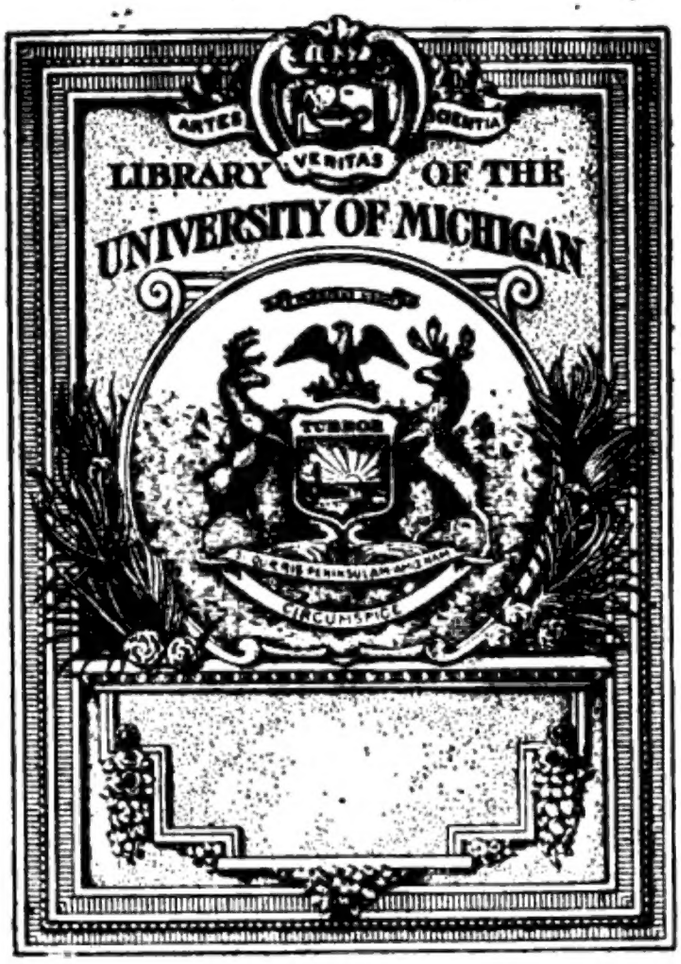
Der fall des hauses Stuart und die succession des hauses ...

Onno Klopp



Digitized by Google

DA
435
.K66

Digitized by Google

Digitized by Google

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Dreizehnter Band.

Die Kriegsjahre 1708, 1709 und 1710.

Wien, 1887.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Digitized by Google

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Digitized by Google

Inhalt.

Vierunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1708.

Die Session des Parlamentes von Groß-Britannien, im Winter 1707/8.

Die Verhandlungen des Parlamentes. Seite

Sprecherwahl 1
Thronrede und Adresse des Unterhauses 1
Im Oberhause Klagen gegen die Admiralität 2
Unterhaus willfährig für die Vermehrung des Truppenstandes 4
Oberhaus erörtert die Kriegführung in Spanien 4
Lord Peterborough 5
Rochester und Marlborough 6
Marlborough nennt den Namen des Prinzen Eugen für Spanien 7
Kluge Berechnung seiner Vertheidigung und seiner Anklagen 8
Er will in Spanien defensive Kriegführung 10
Gemeinsame Adresse beider Häuser betr. Spanien und den Prinzen Eugen . 11

Die Frage der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien.

Differenz zwischen London und Wien über den Krieg in Italien 12
Handschreiben der Königin für die Sendung des Prinzen Eugen 13
Neue Differenz über Werbegelder für kaiserliche Truppen 14
Verdunkelung des ursprünglichen Standpunktes 14
Joseph I. willigt nicht in die Entsendung des Prinzen Eugen nach Spanien 15
Beschwerde des englischen Cabinets darüber 15
Sie wird verstärkt durch Marlborough persönlich 16
Entsprechend redet Heinsius im Haag 17
Der Kaiser beantragt Verständigung zwischen Marlborough, Prinz Eugen und Kurfürst Georg Ludwig 18

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Lord Peterborough redet sich im Oberhause frei 19
Die spanischen Angelegenheiten im Unterhause 20

372832

Digitized by Google

Seite

Entlassung des Staats-Secretärs Harley.

Verhalten Harleys zu Marlborough und Godolphin 21
Der Verrath des Gregg berührt Harley nicht 22
Marlborough und Godolphin verlangen die Entlassung Harleys 23
Haltung des Parlamentes zu der Frage 24
Marlborough und Godolphin nicht im Cabinetsrathe 24
Die Königin zaudert mit ihrem Entschlusse 25
Sie gibt nach auf Harleys Bitte 26
Der Sieg kommt der Whig-Partei zu gute 26
Die Königin behält Frau Masham und, durch dieselbe, auch Harley. . . . 27

Fortsetzung der spanischen Angelegenheiten im Unterhause.

Vertheidigungsschrift der Regierung 28
Die Whig-Mehrheit entscheidet zu Gunsten der Regierung 28
Galway nicht angeklagt 29

Der Versuch des Prätendenten auf Schottland.

Misstimmung in Schottland gegen die Union 29
Hoffnung auf den Prätendenten 30
Verhalten des Hofes von St. Germain 30
Sendung des Obersten Hooke nach Schottland 1707 32
Die Politik Ludwigs XIV. in Betreff des Hauses Stuart 33
Napoleon I. über eine Landung in England 34
Hamilton und Athol und ihre Anhänger 34
Im Jahre 1707 keine Unternehmung 35
Vergleich der Unterstützung Ludwigs XIV. für Franz Rakoczy und für den Prätendenten 36
Vorbereitung der Unternehmung von 1708 37
Meinungen in England über die Möglichkeit einer Invasion 38
Maßregeln dagegen 38
Erwartungen in Frankreich 40
Persönlichkeit des Prätendenten 40
Prinzessin Louise Hollandine und die Kurfürstin Sophie 41
Aeußerung der letzteren über die Unternehmung des Prätendenten 43
Verzögerung der Unternehmung 44
Auslaufen der Flotte aus Dünkirchen, 6./17. März 45
Adresse des Parlamentes an die Königin 45
Proclamation der Acht über den Prätendenten 46
Die englische Flotte setzt der französischen nach 47
Hoffnungen der Jacobiten 47
Landung im Firth of Forth verhindert 48
Eine andere Landung als unausführbar angesehen 49
Anklage der schottischen Jacobiten gegen Ludwig XIV. 49
Ludwig XIV. belobt das Verhalten des Admirals Forbin 51
Haltung des Ritters von St. Georg nach dem Mislingen der Unternehmung 51
Er faßt nicht den Entschluß, seine Sache von derjenigen Ludwigs XIV. zu trennen 53

Digitized by Google

Seite
Die Verschiedenheit der Interessen 54
Neue Aufforderung an die Schotten fruchtlos 55
Viele vornehme Schotten verhaftet 56
Thronrede der Königin, vom 1./12. April 57
Drohung gegen die Katholiken 57
Scharfe Worte der Thronrede gegen den Prätendenten 57

Die Frage der Einladung der Kurfürstin Sophie nach England.
Bemühungen eines gewissen Scott 58
Urtheile des Kurfürsten und Marlboroughs 58
Lord Peterborough schlägt in Hannover die Einladung vor 59
Der Kurfürst verkündet abermals sein Princip der Nicht-Einmischung . . . 60
Aeußerung der Königin und Godolphins darüber 61

Ueberblick des europäischen Kriegszustandes im Beginne 1708.

Die Objecte des Krieges für England 61
Marlborough und Godolphin verfügen über die Mittel 63
Offensiv-Plan Ludwigs XIV. 63
Czar Peter erbietet dem Kaiser seinen Beitritt zur großen Allianz 64
Ludwig XIV. und Marlborough begegnen einander in der Offensive . . . 65
Offensiv-Plan des Prinzen Eugen 66
Kaiser Joseph wünscht Verständigung der Heerführer 66
Der Prinz Eugen im Haag, im April 67
Conferenzen im Haag 67
Ergebnis derselben 68
Prinz Eugen, Marlborough, Kurfürst Georg Ludwig 69
Die Armeen Ludwigs XIV. 71

Franz Rakoczy im Jahre 1708.

Unterhandlungen.
Der Landtag zu Preßburg und Franz Rakoczy 71
Seine Stellung zu Frankreich 73
Sein Plan der Königswahl für Max Emanuel 73
Seine dringenden Vorstellungen in Versailles 74
Seine Alleinherrschaft in Ungarn 75
In Versailles kein Zweifel an ihm 76
Dagegen die Willigkeit im Abnehmen 77
Mahnung des Agenten Betes an Rakoczy 78

Der Feldzug.
Der Landtag in Preßburg 79
Vorbereitungen zum Feldzuge 79
Das Treffen bei Trentschin, 3. August 80
Die Kriegführung beiderseits 80
Entmuthigung vieler Ungarn 81
Rakoczy läßt den Beschluß des Ausharrens erneuern 82

Digitized by Google

Seite

Neue Anknüpfungen Franz Rakoczys.

Rakoczy wendet sich nach verschiedenen Seiten um Hülfe 83
Er bleibt bei dem Trachten nach der polnischen Krone 84
Seine Versuche in Rom 84
In Constantinopel 85
In Berlin 86
Er ersucht in Wien um Waffenstillstand 87

Carl XII. und Peter I.

Versuche des Czaren bei der Allianz und bei Ludwig XIV. 87
Carl XII., wie seine Vorfahren, zerrüttet Polen zu Gunsten Rußlands . . 89
Erwägung der Gefahren von Rußland her für Westeuropa 90
Aussichten für Carl XII. auf den Sieg 90
Kriegsweise des Czaren 91
Carl XII. läßt sich mit Mazeppa ein 92
Czar Peter besiegt Lewenhaupt bei Liesna, 9. October 92

Verwickelung des Kaisers mit dem Papste Clemens XI.

Differenzen des Papstes und des Kaisers 93
Wechsel heftiger Schriften 93
Der Kaiser läßt Ferrara und Comacchio besetzen 94
Schüren von französischer Seite 95
Clemens XI. gibt den Entschluß zum Widerstande kund 95
Manifest des Kaisers vom 23. Juni 96
Ausgleichs-Versuch zu Ferrara, 2. Juli 97
Auch England droht dem Papste 98
Clemens XI. getäuscht von Ludwig XIV. 99
Das Cardinals-Collegium geht mit Clemens XI. 99
Der Papst bekommt keine Hülfe 100
Dennoch günstige Factoren für ihn 100
Marquis Prié in Rom, Ende October 102
Die Forderung der Anerkennung Carls III. 103
Vertheidigungs-Momente für Clemens XI. 103
Klage Carls III. gegen Clemens XI. 104
Drohungen und Verheißungen von französischer Seite 104
Vergleich der Stellung des Papstes von 1701 zu 1708 105

Carl III. in Catalonien.

Der Feldzug bis zur Einnahme von Tortosa.

Carl III. sieht Heil nur von einer Offensive 106
Seine Hoffnung auf Marlborough 106
Ueberblick seiner Lage 108
Verzögerung des Angriffes auf Tortosa 109

Digitized by Google

Seite

Graf Starhemberg 109
Orleans nimmt Tortosa 109

Die Heirath Carls III. mit Elisabeth Christine.

Die Kaiserin schlägt die Prinzessin Elisabeth Christine vor 110
Frage der Conversion der Prinzessin 110
Declaration derselben als Verlobten 112
Trauung durch Procuration in Hietzing 112
Andere ähnliche Trauung in Kloster-Neuburg 112
Wichtigkeit jener ersteren Heirath 113

Fortsetzung des Feldzuges in Spanien.

Verstimmung Carls III. gegen Joseph I. nicht berechtigt 114
Verhalten von englischer Seite gegen Carl III. 114
Plan einer Landung in Frankreich 114
Sardinien für Carl III. gewonnen 115
Eben so Minorka mit Port Mahon 116
Dagegen Denia und Alicante verloren 116
Ueberblick Carls III. über seine Aussichten 116

Plan des Herzogs von Orleans 117

Der Feldzug des Herzogs Victor Amadeus.

Differenzen zwischen Kaiserlichen und dem Herzoge 118
England und Holland immer geneigt für den Herzog 119
Französische Entwürfe und Besorgnisse 120
Victor Amadeus und Villars 121
Einnahme von Fenestrelles 121

Der Feldzug am Oberrhein.

Mahnungen an die Reichsfürsten 122
Bemühungen um das Brandenburgische Reichs-Contingent 123
Nicht von Seiten Marlboroughs 124
Französisches Urtheil über den Solddienst für fremde Mächte 125
Lothar Franz, Georg Ludwig, Prinz Eugen, in Frankfurt 125
Abzug des Prinzen Eugen von der Mosel 125
Klage des Kurfürsten Georg Ludwig bei dem Kaiser 125
Der Feldzug thatlos 126
Introduction Georg Ludwigs in das Kurfürsten-Collegium 126
Das Streben des Kurfürsten wie das seines Vaters 127
Sein Rückblick auf den Feldzug und Mahnung 127

Der Feldzug in den Niederlanden.

Ereignisse bis zum Eintreffen des Prinzen Eugen.

Beiderseits die Absicht der Offensive 129
Marlborough bittet den Prinzen Eugen herbei 130
Französische Gegenmaßregeln 131

Digitized by Google

Seite

Der Aufbruch des Prinzen Eugen verzögert 131
Französischer Plan auf Gent und Brügge 132
Verhalten Marlboroughs dagegen 133
Urtheile über das Wagnis des französischen Marsches 133
Rückzug der Verbündeten nach Asche, 6. Juli 135

Das Treffen bei Oudenarde, 11. Juli.

Der Prinz Eugen in Asche 136
Französische Erwägungen über Oudenarde 137
Marsch der Verbündeten, am 9. und 10. Juli 138
Beiderseits Uebergang über die Schelde, 11. Juli 138
Das Dorf Eyne 139
Die Feld-Deputirten und der Prinz Eugen 139
Seine Dispositionen 140
Das Verhältnis des Prinzen Eugen und Marlboroughs 141
Marschall Vendome und Herzog von Bourgogne 141
Das Treffen bei Oudenarde, 11. Juli 142
Unvereinbarkeit der beiderseitigen Berichte 143

Belagerung von Lille.

Kriegsrath der Verbündeten am 12. Juli 143
Die Belagerung von Lille in Aussicht genommen 145
Ludwig XIV. will die Stellung in Gent behaupten 145
Lille in wehrhaften Stand gesetzt 146
Die Verbündeten lassen Zeit dazu 146
Artois und französisch Flandern unter Contribution 147
Angelegenheit des großen Convoi von Brüssel her 148
Belagerung von Lille, vom 12. August an 149
Uneinigkeit der Heerführer 149
Es kommt nicht zum Treffen 150
Frage der Aufhebung der Belagerung 151
Das Convoi von Ostende her 151
Treffen bei Wynnendaal, 29. September 152
Einbringen von Pulver in Lille 153
Gefahren des Prinzen Eugen persönlich 154
Die Communication mit Ostende abgeschnitten 155
Capitulation von Lille, 23. October 155

Fortsetzung des Feldzugs.

Abermalige Differenz der französischen Heerführer 156
Versuch des Kurfürsten Max Emanuel auf Brüssel 157
Marsch der Verbündeten über die Schelde 157
Eiliger Abzug des Kurfürsten 157
Ludwig XIV. ruft Bourgogne und Vendome ab 157
Die Verbündeten wenden sich gegen Gent 158
Ludwig XIV. sendet den Marschall Boufflers 159
La Mothe in Gent capitulirt, 29. December 159
Prinz Eugen nach Wien, Marlborough im Haag 160

Digitized by Google

Die Friedensfrage und die Stellung der Königin Anna zu Marlborough, Godolphin und der Whig-Partei.

Seite

Versuche Ludwigs XIV. im Haag.

Ludwig XIV. will nicht mit Marlborough unterhandeln 161
Er schickt Mesnager nach dem Haag 161
Dieser knüpft mit Einzelnen an 161

Marlborough und die Königin.

Die Whig-Partei will Somers ins Cabinet 162
Godolphin und die Königin an Marlborough 163
Marlborough an die Königin für Godolphin, 9. Mai 163
Königin will wie Marlborough Fortsetzung des Krieges 165
Ausfall der Wahlen günstig für die Whigs 166
Spannung der Königin mit Godolphin im Steigen 166
Wirkung von Oudenarde auf Holland und auf England 167
Königin und Marlborough über Oudenarde 168
Königin verneint Berathungen mit Harley 169
Marlborough schenkt ihr keinen Glauben 169
Er erklärt sich gegenüber den Whigs 170

Forderungen und Aussichten der Whig-Partei.

Frage der Einladung des Kurprinzen 171
Haltung desselben bei Oudenarde 171
Lord Haversham bei der Königin 172
Königin über die Frage der Einladung an Marlborough 172
Sie kennt nicht den Grundzug des Verhaltens in Hannover 173
Stellung Marlboroughs 174
Seine Bitte um Entlassung 174
Die Königin gewährt nicht 175
Aber sie will den Kampf gegen die Whig-Junta 175
Sie hofft die Whig-Partei zu spalten 176
Abermalige Differenz der Königin und der Lady Marlborough 177
Whig-Partei, geeinigt, will den Prinzen-Gemahl angreifen 177
Ihre Forderungen für Somers und Wharton 178
Prinz Georg stirbt, 2. November. Königin gibt nach 178

Königin Anna als Witwe.

Lady Marlborough und Frau Masham 179
Trauer um den Prinzen Georg 179
Stellung der Königin zu St. Germain 180

Friedensversuch Marlboroughs.

Carl III. bietet ihm abermals die Statthalterschaft in Belgien an 181
Berwicks Bericht über ein Friedenserbieten Marlboroughs 182
Nicht-Annahme auf französischer Seite 182
Marlborough lehnt die Statthalterschaft ab 184

Fünfunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1709.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes, im Winter 1708/9.

Der Beginn. Seite

Wahl des Sprechers im Unterhauſe 185
Eröffnungsrede im Namen der Königin 185
Verſtärkung der Armee in den Niederlanden 186
Adreſſe des Oberhauſes in Betreff Spaniens 187

Frage des Offenſiv-Krieges in Spanien.

Carl III. und Kaiſer Joſeph I. für den Offenſiv-Krieg in Spanien . . . 187
Bericht der Vertreter Carls III. in London 189
Ungünſtige Meinung in London über die Leiſtungen Joſephs I. 191
Antwort des Kaiſers auf verſchiedene Vorwürfe 193
Erneutes Andringen des Kaiſers um Hülfe für Carl III. 195
Harley baut auf die Lage der Dinge in Spanien einen Angriff gegen Godolphin 196
Ritter Simon Harcourt 197
Die Vorlagen Godolphins im Unterhauſe genehmigt 197
Bemühung des Grafen Gallas um Offenſiv-Krieg in Spanien fruchtlos . . 198
Die Erinnerung, daß die Initiative des Königthumes Carls III. in Spanien von England ausgegangen, bereits verdunkelt 199
Die Frage Siciliens 200
Dennoch, im April, engliſche Truppenſendung nach Spanien 201
Das Verhalten Marlboroughs zu der ſpaniſchen Sache 201
Dank des Unterhauſes für Marlborough 202
Seine und Godolphins Beſorgniſſe vor Harley und Frau Maſham . . . 202

Adreſſe des Parlamentes über Wiederverheirathung der Königin.

Aenderung des Kirchengebetes 203
Adreſſe um die Wieder-Verheirathung 204
Geheimes Motiv der Whig-Partei für die Adreſſe 204
Antwort der Königin 205

Die Mittel für den Krieg.

Bewilligungen des Unterhauſes 206
Die Bank von England 206
Die Whig-Partei ſchützt Godolphin gegen die Angriffe der Tory-Partei . . 207
Bill einer allgemeinen Amneſtie 208

Geſetz zum Schutze der Vertreter fremder Mächte.

Mishandlung des ruſſiſchen Botſchafters Matueof 209
Seine Beſchwerde und die Verſuche der Begütigung 209
Lücke der engliſchen Geſetzgebung 210
Handſchreiben der Königin an Peter I. 210
Handſchreiben des Czaren fordert volle Genugthuung 211
Geſetzentwurf für die Privilegien der Geſandten 211

Seite

Diese wünschen als Grundlage das Völkerrecht 211
Matueof verlangt Antwort auf das Handschreiben Peters I. 212

Verhalten des Parlamentes zur Friedenshandlung.

Adresse in Betreff der englischen Forderungen 213
Frage der Demolition von Dünkirchen 213
Die französischen Vorschläge dem Parlamente nicht mitgetheilt 214
Vertagung des Parlamentes 214

Die Friedenshandlung.

Beginn und Verlauf derselben bis zum 28. April.

Kriegerische Stimmung in Frankreich zu Ende 1708 215
Der Frost des Winters 1708/9 215
Friedliche Nachricht aus Constantinopel 216
Französische Anknüpfungen in der Republik 217
Verhalten des Kaisers Josephs I. dazu 218
Verhalten von englischer Seite, namentlich Marlboroughs 219
Er kehrt nach Holland zurück, 19./30. März 221
Verhandlungen zwischen Rouillé und den Holländern 221
Plan Ludwigs XIV. und Toreys in Bezug auf die Republik 222
Marlborough und Heinsius 223
Die Frage der Barriere für die Republik 223
Die volle Instruction Marlboroughs 224
Der Gedanke des Barriere-Vertrages 225
Die Frage der Rückberufung des Rouillé 225
Ansicht Marlboroughs über die Sachlage 226
Er verlangt in London die Absendung eines Beigeordneten 226
Philipp V. ernennt seinen Sohn zum Prinzen von Asturien 227
Verhalten Ludwigs XIV. dazu 227

Der Staats-Secretär Torcy im Haag, im Mai.

Das Conseil in Versailles vom 28. April 228
Der Staats-Secretär Torcy nach dem Haag 228
Plan des Torcy, von Ludwig XIV. genehmigt 229
Marlborough und Townshend nach dem Haag 230
Verhalten der Vertreter der Republik 231
Forderungen der anderen Verbündeten 231
Ansicht des Prinzen Eugen über die Sachlage 231
Rath des Van der Dussen an Torcy 232
Beredung von Torcy und Marlborough 232
Conferenz vom 20. Mai 234
Zweite Beredung von Torcy und Marlborough 234
Conferenz vom 22. Mai 234
Das Mistrauen der Verbündeten in die Aufrichtigkeit Ludwigs XIV. . . . 235
Die Präliminarien von Heinsius schriftlich gefaßt 236
Torcy behält die Sache dem Könige bevor 236

Seite

Umschlag in Versailles für den Krieg.
Bericht des Staats-Secretärs Torcy 236
Er räth Verwerfung auf Grund der Forderungen für das Reich und für Victor Amadeus 237
Im Haag zweifelt Torcy nicht an der Willfährigkeit Philipps V. 237
Die Präliminarien in der Republik und in London ratificirt 238
Torcy und Villars 238
Das Conseil vom 2. Juni 239
Entscheidendes Auftreten des Dauphin für Philipp V. 239
Der völlige Umschlag 240
Der 37. Artikel der Präliminarien als Vorwand 241
Ludwig XIV. hofft die Republik Holland zu gewinnen 241
Beschluß der Verbündeten, an den Präliminarien festzuhalten 242
Goslinga und der Prinz Eugen über Artikel 37 243
Torcys Briefe an den Prinzen Eugen und Marlborough 243

Die Stimmung in Frankreich nach dem 2. Juni.
Rundschreiben Ludwigs XIV. an die Gouverneure 244
Lebhafte Erregung für den Beschluß vom 2. Juni 245
Klage der Maintenon über Nachlassen dieser Erregung 245
Auch Ludwig XIV. selber schwankend 246
Die Gegner des Beschlusses vom 2. Juni, repräsentirt in dem Erzbischofe Fenelon 247
Darlegung Fenelons, indem er sich auf den Standpunkt der Verbündeten stellt 248
Die Darlegung gestaltet sich zu einer Kritik der Politik Ludwigs XIV. . . 249
Die Unehrlichkeit Frankreichs ist der Inbegriff aller seiner Verlegenheit . . 251
Der König hat nicht das Recht, Frankreich aufs Spiel zu setzen für das persönliche Interesse eines Enkels 253
Fenelon über das Testament Carls II. 255
Circular-Schreiben Philipps V., vom 4. Juli 255

Papst Clemens XI. und Kaiser Joseph I.

Friedensschluß zwischen dem Papste Clemens XI. und den Brüdern Joseph I. und Carl III.
Frage der Anerkennung Carls III. 256
Vertrag vom 15. Januar 257
Joseph I. verwendet sich für Clemens XI. in London 258
Gewährung der Königin, mit unberechtigtem Vorwurfe 258
Philipp V. weist den Nuntius Zondodari hinaus 259
Prié erzwingt die Anerkennung Carls III. als katholischen Königs von Spanien 260
Clemens XI. wünscht Garantie des Kirchenstaates 261

Papst und Kaiser für die Katholiken in Irland.
Wiederholte Anklagen der englischen Regierung gegen die Katholiken . . . 262
Parlament von Irland macht neue Gesetze gegen die Katholiken 263
Bonaventura di Burgo von Clemens XI. an Joseph I. gesendet 263

Digitized by Google

Seite
Im Auftrage des Kaisers verwendet sich Graf Gallas 263
Antwort der zwei englischen Staats-Secretäre 264
Gallas hält ihnen einen Auszug der neuen Gesetze entgegen 265
Parallele mit der Verwendung der Königin für die Reformirten in Schlesien 266
Der Gesetz-Entwurf im irischen Parlamente angenommen 268
Auf die Bitte des Papstes abermalige Verwendung des Kaisers 268
Bittschrift der irischen Franziskaner an den Kaiser 269
Abermaliger Auftrag des Kaisers an Gallas 272
Weitere Verwendung aussichtslos 272

Der savoyische Feldzug.

Französische Besorgnisse vor Victor Amadeus 273
Differenzen dieses Herzogs mit dem Kaiser 274
Urtheile von Marlborough und Godolphin über den Herzog 275
Feldmarschall Daun in Savoyen 276
Marlborough über den Feldzug 276

Der Feldzug in Spanien.

Carl III. muß Valencia aufgeben 277
Portugiesen am Guadiana geschlagen, 7. Mai 277
Englischer Plan auf Cadix 278
Unternehmung gegen Sicilien unterbleibt 279
Englischer Plan Minorka zu behalten 279
Der Kaiser läßt die Bedenken geltend machen 280
Die Holländer gegen den Plan 281
Carl III. und Philipp V. in ähnlichen Verhältnissen 282
Kleinere Erfolge auf beiden Seiten 283
Klage Carls III. 283

Reichssachen.

Die Stellung der Reichs-Contingente.

Mahnungen an die Reichsstände, ihre Contingente zu stellen 284
Truppen von Friedrich I. und August II. im Dienste der Seemächte . . 284
Wetteifer darin 286
Friedrich I. und August II. stellen nicht ihr Reichs-Contingent 287
Friedrich I. sucht der Forderung des Contingentes zuvorzukommen 287
Entgegnungen darauf 287
Viele Reichsstände zahlen nicht für die Operations-Casse 288
Ansprüche der Reichsstände auf die avulsa Imperii 288

Der Feldzug am Oberrheine.

Später Beginn des Feldzuges 289
Harcourt über die Beschaffenheit seiner Armee 289
Offensiv-Plan Georg Ludwigs auf die Freigrafschaft 289

Seite
Mercy bei Rumersheim geschlagen, 26. August 290
Mahnung und Klage des Kurfürsten Georg Ludwig 290

Der Feldzug in den Niederlanden.

Vor der Schlacht von Malplaquet.
Stärke der Armeen 291
Unsicherheit der Verpflegung auch bei den Verbündeten 291
Die Noth der französischen Armee 292
In Paris Hunger und Furcht 293
Villars hält sich unangreifbar 294
Beschluß der Belagerung von Tournay 294
Ludwig XIV. zufrieden mit Villars 295
Capitulation von Tournay, 31. Juli 296
Beschluß der Belagerung von Mons 297
Frage eines Treffens 297
Marschall Boufflers als Freiwilliger zur Armee 297
Die Schlacht bei Malplaquet, 11. September.
Marschall Villars sucht ein Treffen, vom 6. September an 298
Die 21 Bataillone von Tournay her 298
Der Bestand der beiderseitigen Armeen 299
Berichte Marlboroughs über das Treffen 300
Prinz Eugen und Villars verwundet 301
Bericht des Marschalls Boufflers 302
Schwere Einbuße der Holländer 303
Gesammtverlust 304
Consequenzen der Schlacht 304
Capitulation von Mons, 20. October 305

Die Schlacht bei Pultawa und ihre nächsten Folgen.

Die Schlacht bei Pultawa, 27. Juni/8. Juli.
Carl XII. ersieht sich Pultawa als Waffenplatz 306
Dürftige Nachrichten von ihm nach Westeuropa 307
Hoffnungen seiner Gegner 307
Anzug des Czaren Peter I. gegen ihn 308
Verwundung Carls XII. 308
Die Schlacht bei Pultawa 308
Flucht Carls XII. 309
Capitulation Lewenhaupts, 30. Juni/11. Juli 309
Aussichten und Ziele des Czaren Peter I.
Rückblick auf die Stellung der nordöstlichen Mächte zu Rußland 310
Der Titel des Czaren 311
Peters Triumphzug in Moskau 312
Sein Anspruch auf die Nachfolge der Kaiser von Ost-Rom 313

Digitized by Google

Seite

Genugthuung der Königin von Groß-Britannien für die an dem Botschafter Matueof verübte Unbill 313

Nächste Einwirkungen der schwedischen Niederlage auf Westeuropa.

Aufnahme der Nachricht in den Hauptstädten von Westeuropa 315
Ludwig XIV. wünscht die Rückkehr Carls XII. 316
Ausbleiben desselben 317
Erneuerung der Plane der Nachbarmächte 318
August II. wieder König von Polen 319
Stanislaus Lescinski 319
Das Corps des Generals Crassau 320
Bündnis von Peter I., August II. und Friedrich IV. 321
Friedrich I. weicht aus 321
Vorstellungen dieser Verbündeten in Wien 321
Kaiser Joseph I. will nur gemeinsam mit den Seemächten handeln . . . 322
Friedrich IV. bricht los zum Kriege 323
Die Verbündeten beschließen die Neutralität für das Reich 323
Eroberungszug des Czaren durch Liefland 324
Dänen bei Helsingborg geschlagen, 28. Februar/10. März 324
August II. in Polen 324
Friedrich I. stellt den Seemächten die Abberufung seiner Truppen in Aussicht 325
Marlboroughs Eifer für Friedrich I. 325
Handschreiben der Königin an Friedrich I. 326

Franz Rakoczy.

Der Stand seiner Angelegenheiten zu Ende 1708.

Folgen der Schlacht von Trentschin 327
Lockerung des Verhältnisses zu Frankreich 327
Rakoczy will keinen Frieden ohne Siebenbürgen für ihn 327
Er hofft dafür auf Frankreich 328
Rückblick auf das Verhalten der Seemächte zu Rakoczy 329

Gesandtschaft Rakoczys an die Seemächte.

Rakoczy entsendet Jablonski und Clement. 330
Der preußische Hof stimmt zu 330
Verhalten Marlboroughs in der Sache 331
Auftrag des Kaisers Joseph I. an den Grafen Gallas 332
Die Anwesenheit von Jablonski und Clement in London verheimlicht . . . 333
Ihr Empfang bei Marlborough. 333
Jablonski und Clement vor dem Cabinetsrath 334
Antworten Marlboroughs, Sunderlands, Godolphins 335
Jablonski und Clement im Haag vor Heinsius 336
Rakoczy darüber an Petes und dessen Antwort. 336

Der Feldzug in Ungarn.

Der Kaiser lehnt Waffenstillstand ab. 337
Seine Antwort an den Landtag in Preßburg 338
Heister unterwirft Nieder-Ungarn 338

Seite

Weitere Bemühungen des Franz Rakoczy.

Rakoczy tritt dem Könige Friedrich I. näher 339
Er sucht durch Hamel Bruininx in Wien Vorschläge zu machen 340
Er bittet Friedrich I., den Czaren zum Einrücken in Schlesien zu bewegen 340
Er schlägt eine Vereinigung der Religionen vor 341
Er sendet Vorschläge an Hamel Bruininx ein 342
Antwort dieses holländischen Gesandten 342
Rakoczys Meinungen über die Gunst der Seemächte und Preußens für ihn 343
Warnung von Petes an ihn 344
Rakoczys Beschwerde über Bruininx 345
Mahnung des Papstes Clemens XI. an die katholischen Geistlichen Ungarns 346
Meinung des Franz Rakoczy darüber 346

Kriegs- und Friedensfrage nach dem Feldzuge.

Der englisch-holländische Barriere-Vertrag.

Ludwig XIV. hofft die Republik aus der Allianz zu lösen 347
Torcys Correspondenz mit Heinsius, auch mit Marlborough 347
Philipp V. macht direct bei den Seemächten einen Versuch 348
Der englisch-holländische Barriere-Vertrag 349
Die Republik garantirt die Thronfolge in England 349
England sichert ihr dafür eine ausgedehnte Barriere 350
Marlborough beim Barriere-Vertrag nicht betheiligt 351

Beschlüsse für die Fortsetzung des Krieges.

Reden des Prinzen Eugen und Marlboroughs 351
Denkschrift des Staatsrathes der Republik 352
Heinsius beantragt, Petkum nach Paris zu senden 353
Petkum in Paris 353
Schilderung der französischen Armee durch Petes 354
Die Reise Petkums ohne Erfolg 355
Resolution der Generalstaaten 355
Ihr Schreiben an die Königin für den nachdrücklichen Offensiv-Krieg . . . 356
Verschiedene Hoffnungen Ludwigs XIV. 356

Die Stellung der Königin Anna zu dem Ehepaare Marlborough.

Die Whigs wollen Lord Orford als Groß-Admiral 357
Wachsende Entfremdung zwischen der Königin und dem Ehepaare Marlborough 357
Marlborough nicht solidarisch mit den Whigs 358
Differenz der Königin und der Lady Marlborough über Frau Masham . . 358
Marlborough über diese Correspondenz 360
Er hat einen besonderen Plan im Hintergrunde 361
Er verlangt das Patent des Commandos auf Lebenszeit 361
Rückblick auf ähnliche Forderungen 362

Digitized by Google

Seite
Marlborough richtet seine Bitte an die Königin 363
Verdacht gegen ihn 364
Godolphin schaut trüb in die Zukunft 364
Lord Orford noch nicht Groß-Admiral 365

Sechsunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1710.

Session des großbritannischen Parlamentes im Winter 1709/10.

Die Bewilligungen für den Krieg.
Rückblick auf das Aufwachsen der Whig-Partei 366
Ernennung des Lords Orford zum Groß-Admiral 367
Das Ehepaar Marlborough und die Königin 368
Thronrede, am 15./26. November 368
Adresse des Unterhauses sofort 369
Diejenige des Oberhauses 369
Anerkennungen für Marlborough 370
Bewilligungen 370
Marlborough will nicht den Offensiv-Krieg in Spanien 371
Er hindert nicht die Ratification des Barriere-Vertrages 372
Die Whig-Partei auf der Höhe ihrer Macht 372
Erhebung der Anklage gegen Sacheverell.
Die Predigt des Sacheverell 373
Misbilligung derselben bei den Ministern und im Unterhause 373
Die Anklage vor dem Oberhause 373
Differenz zwischen der Königin und Marlborough.
Ernennungen der Königin ohne Vorwissen Marlboroughs 374
Marlborough verlangt die Entlassung der Frau Masham 375
Zwei Richtungen unter den Freunden Marlboroughs 375
Schreiben Marlboroughs an die Königin 376
Urtheile Anderer 377
Auf die Antwort der Königin Marlborough zurück 378
Plan gegen Frau Masham fällt 378
Adresse des Unterhauses für die Sendung von Marlborough nach Holland . 379
Antwort der Königin 380
Der Prozeß Sacheverell.
Zweck der Whig-Partei 381
Die Tories nehmen die Vertheidigung auf 381
Sie treten für die Hochkirche ein 382

Digitized by Google

Seite
General Stanhope 382
Erregung der Bevölkerung 382
Verhalten der Königin 383
Ansicht des Grafen Gallas 384
Das Verfahren, beurtheilt von Lockhart und Hare 385
Rückblick auf die Revolution von 1688, mit Berücksichtigung des Antheils Ludwigs XIV. und der Holländer 386
Die nicht genügende Berücksichtigung der Einwirkung fremder Factoren führt beide Parteien in Irrthum 392
Die Königin gibt sich nicht äußerlich kund 393
Die Fragen des Urtheils 394
Die Vorgänge bei dem Prozesse Symptome einer Wandlung 395
Vertagung des Parlamentes 396

Die Friedens-Beredungen in Geertruidenberg.

Vorbereitung derselben.

Torcy schickt einen neuen Friedens-Entwurf, im Januar 396
Er sendet aufgefangene Schreiben von Moles nach Amsterdam 397
Heinsius will eine Concession an die Friedenswünsche in der Republik . . 398
England und der Kaiser geben nach 398
Der Vorschlag von Sicilien für Philipp V. 398
Französische List und Behutsamkeit der Verbündeten 399
Die wahre Meinung des Torcy 399
Beiderseitige Stellung zu dem Kerne der Frage 400
Die französischen Motive der Unterhandlung 400
Der Kern derselben ist Zeitgewinn 401
Antwort Torcys vom 2. Februar 401
Erörterungen darüber im Haag 402

Die Friedensberedungen.

Erste Beredung. Torcy über Buys und Van der Dussen 403
Bericht dieser Holländer über Uzelles und Polignac 403
Meldung der eigentlichen französischen Absicht 404
Der Vorschlag der Theilung abermals wie 1699 berechnet auf die Seemächte 405
Ein Krieg gegen Philipp V. allein den Seemächten nicht genehm 406
Marlboroughs Ansicht über die Lage der Dinge 407
Zweite Beredung in Geertruidenberg, 20. März 408
Handschreiben der Königin Anna an Kaiser Joseph, 24. März 408
Des Kaisers Joseph an die Königin Anna, 27. März 410
Marlborough über die Stimmung in der Republik 411
Diejenige in England nicht sehr verschieden 412
Es fehlt zum Frieden die Aufrichtigkeit Ludwigs XIV. 414
Dritte Unterredung in Geertruidenberg, 7. und 8. April 414
Beginn des Feldzuges, Mitte April 416
Umzingelung von Douay 416

Digitized by Google

Seite
Vierte Beredung in Geertruidenberg 417
Ludwig XIV. an Philipp V., 28. April 418
Er will die Unterredungen nicht abbrechen 419
Fünfte Beredung in Geertruidenberg, 23. Mai 419
Ludwig XIV. hofft auf den Umschwung der Dinge in England 420

Wandel der Dinge in England bis zur Entlassung Godolphins.

Ernennung Shrewsburys zum Oberst-Kämmerer.

Letzte Unterredung der Königin mit Lady Marlborough 421
Ziel der Königin und ihres Berathers Harley 422
Die Juntilla, namentlich Somerset, Argyle, Shrewsbury 422
Die Königin meldet Godolphin die Absicht, Shrewsbury zu ernennen. . . 424
Die Antwort Godolphins sagt die Folgen vorher 425
Dennoch bleibt er im Amte 427
Unklarheit der Königin 428
Shrewsbury und Godolphin 428
Bemühungen der Tories und der Whigs 429
Frage der jacobitischen Factoren 430

Entlassung des Staats-Secretärs Sunderland.

Shrewsbury deutet die Entlassung Sunderlands an. 430
Gegen Sunderland viele Personen thätig 431
Ungewisheit des Zustandes der Dinge 432
Die Whig-Partei hält nicht zusammen 432
Die Königin setzt Marlborough gegenüber ihren Willen durch. 433
Verschiedenheit der Parteien in ihrem Verhalten nach außen 434
Vergeblicher Versuch der Lady Marlborough 435
Marlborough gegen die Entlassung Sunderlands 436
Shrewsbury im Namen der Königin zu Gallas 437
Ansicht von Gallas und Hoffmann 437
Correspondenz der Königin und Godolphins über Marlborough 438
Wichtigkeit der Entlassung Sunderlands 440
Persönlichkeit der Königin 440
Entlassung des Staats-Secretärs Sunderland, 14./25. Juni 441
Die Häupter der Whig-Partei an Marlborough 441
Lord Dartmouth Staats-Secretär 441
Besorgnisse vor weiteren Veränderungen 442
Die Königin persönlich darüber zu dem Grafen Gallas 443
Schwanken des Grafen Gallas zwischen Glauben und Nicht-Glauben . . . 444

Abbruch der Friedensverhandlungen in Geertruidenberg.

Stand dieser Beredungen 445
Die sechste Beredung, 17. Juni. 445
Vorberathung für die siebente Beredung 446
Petkum legt Buys den französischen Plan dar 446

Digitized by Google

Seite

Die siebente und letzte Beredung 448
Die Schrift der französischen Bevollmächtigten 449
Resolutionen der Stände von Holland und der Generalstaaten 450
Anerkennung dafür vom Kaiser und der Königin 451

Fortentwicklung der Krisis in London, im Juli und August.

Stand der Dinge im Beginne Juli 452
Unterhandlungen der Juntilla mit den Whigs 453
Bemühungen Godolphins 454
Resolution der Generalstaaten auf die Versicherung der Königin 455
Uebermittelung derselben durch den Gesandten 455
Erregung der neuen Partei über diese Antwort 455
Die Frage des Credites 456
Verhalten der Whig Partei 457
Antwort auf die Resolution der Generalstaaten 457
Schwanken der Juntilla vor dem Entschlusse 458
Die Frage der Entscheidung noch nicht dringend 460
Reden in der Tory Partei über einen Friedensschluß 461
Abermalige Vertagung des Parlamentes, 30. Juli 10. August 462
Die Hoffnungen der Whigs wieder im Steigen 463

Entlassung des Treasurers Godolphin.

Handschreiben des Kaisers Joseph I. an die Königin 463
Bedenken gegen die Uebergabe 465
Godolphin für die Uebergabe 466
Gallas überreicht das Schreiben, 31. Juli/11. August 466
Ueberblick des Verlaufes der Dinge und des Planes der Juntilla 467
Die Königin entschließt sich, Godolphin zu entlassen 469
Gallas dringt bei Shrewsbury auf Antwort 470
Differente Ansichten beider 471
Entlassung des Treasurers Godolphin, 8./19. August 473
Wichtigkeit dieses Schrittes 475
Verhalten der Häupter der Whigs 475
Die Juntilla hat keine Partei hinter sich 476

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig zu dem Wechsel der Dinge in England.

Correspondenz des Kurfürsten und der Königin über das Commando am Oberrheine 476
Die Juntilla will ihn gewinnen für das Commando in Flandern 477
Tod des Gesandten Cresset 478
Plan der Sendung des Grafen Rivers nach Hannover 478
Correspondenz Marlboroughs mit dem Kurfürsten 480
Thätigkeit des Grafen Rivers in Hannover 482
Sein Plan vereitelt 483
Projectirte Antwort für den Fall des directen Antrages 483
Der Kurfürst setzt Marlborough in Kenntnis 483
Verweilen des Grafen Rivers in Hannover 484

Digitized by Google

Seite

Sieg der Tory-Partei in London.

Einwirkung der Siegesnachricht von Saragossa 484
Entlassungen von Whigs 485
Die Junta in sich nicht einig 485
Graf Rochester erhält das Uebergewicht 486
Auflösung des Parlaments 486
Entlassung des Lord-Kanzlers Cowper 487
Zufriedenheit der Königin 488
Freude Ludwigs XIV. 488

Neuer Versuch den Kurfürsten Georg Ludwig zu gewinnen.

Denkschrift des Grafen Rivers in Hannover 489
Zweck derselben 491
Zwei Antworten von Seiten des Kurfürsten 491
Die zweite lehnt die Einmischung in englische Angelegenheiten ab 492
Rückkehr des Grafen Rivers 493
Die Whig-Partei sucht mit dem Kurfürsten anzuknüpfen 494
Grundirrthum der Whig-Partei über 1688 495
Keine Antwort von kurfürstlicher Seite 495
Geringes Verständnis in England für das Verhalten von Hannover . . . 495
Zweifel in Hannover an der Aufrichtigkeit der Königin 496
Verhalten der Königin gegenüber dem Jacobiten Lockhart 497

Das Verhalten des Hofes von St. Germain.

Die Beziehungen von St. Germain nicht bedeutend 498
Vorschläge Marlboroughs und Antwort der Königin 499
Abermaliger Plan einer Landung 500
Ein solcher Plan nicht im französischen Interesse 501
Erneuerung solcher Gerüchte 501
Uebersicht der Feldzüge dieses Jahres 502

Die schwedische Verwickelung.

Das Corps unter Crassau in Pommern.

Haager Concert für die Neutralität des Reiches, 31. März 503
Der Reichs-Senat in Stockholm stimmt zu, nicht Carl XII. 504
Beschluß einer Neutralitäts-Armee 504
Carl XII. protestirt, 30. November 504

Türkische Kriegserklärung an Peter I.

Carl XII. betreibt in Constantinopel Krieg wider Peter I. 505
Desalleurs in Bender 505
Czar Peter I. wünscht französische Vermittelung durch Rakoczy zu erlangen 506
Handschreiben Ludwigs XIV. an Rakoczy, 25. Juli 506
Rakoczy sendet Betes an Peter I. 507
Desalleurs in Constantinopel arbeitet für Carl XII. 507
Türkisches Kriegs-Manifest vom 21. November 509
Russische Antwort an den Agenten Rakoczys 509

Digitized by Google

Franz Rakoczy.

Seite

Vermittelungsversuche.

Rakoczy sendet Brenner nach Dresden 510
Clement berichtet über den Berliner Hof 511
Behauptung, daß die Türken Hülfe angeboten 512
Clement vor Marlborough und Heinsius 513
Sie misbilligen das Schreiben von Hamel Bruininx 515
Marlboroughs Antwort im Namen der Seemächte 515
Clement nicht nach England 516
Friedrich I. abermals günstig für Rakoczy 517
Gutes Einvernehmen zwischen Peter I. und Rakoczy 518
Der Gesandte Urbich in Wien thätig für Rakoczy 518
Bedingung von kaiserlicher Seite für Rakoczy 519
Rakoczy bietet für den Sohn des Czaren die ungarische Krone 519
Der englische Gesandte Palmes in Wien 520
Handschreiben der Königin an den Kaiser, 5./16. September 521

Der Feldzug in Ungarn.

Rakoczy über die Stimmung zu Ende 1709 522
Hinrichtung des Ozkay und Repressalien 522
Eine Reihe von Nachtheilen der Aufständischen 523
Neuhäusel von den Kaiserlichen genommen 523
Einwirkung der Abmahnung des Papstes Clemens XI. 523
Meldungen des Palmes über die ungarische Sache 524
Er eignet sich das Urtheil von Hamel Bruininx an 525

Der Feldzug am Oberrheine.

Kurfürst Georg Ludwig bittet um Entlassung vom Commando 526
Brandenburg und Kursachsen in Allem rückständig 526
Lothar Franz von Mainz 527
Anerkennung von Kaiser und Reich für Georg Ludwig 527
Prinz Eugen und Feldmarschall Gronsfeld 527
Thatloser Feldzug 528

Der Feldzug in Savoyen.

Dauernde Differenz zwischen dem Kaiser und Victor Amadeus 528
Seemächte geneigt für Victor Amadeus 529
Er bleibt in Turin 529
Daun und Berwick 530
Die preußische Mannschaft 530
Victor Amadeus sucht mit Frankreich anzuknüpfen 531

Digitized by Google

Der Feldzug in den Niederlanden.

Seite
Für das belagerte Douay wagt Villars kein Treffen 532
Douay capitulirt, 25. Juni 533
Belagerung von Bethune 533
Gleichzeitige Belagerung von St. Venant und Aire 534
Der Festungsgürtel noch nicht durchbrochen 534

Der Feldzug in Spanien.

Carl III. im Vortheile.

Philipp V. will beharren 535
Beide Könige zu Felde wie 1706 536
Philipps V. vergeblicher Versuch gegen Balaguer 536
Treffen bei Almenara, 27. Juli 536
Schlacht bei Saragossa, 20. August 537
Kriegsrath in Saragossa 538
Verhältnis Carls III. zu Starhemberg 539
Carl III. über den Beschluß des Kriegsrathes von Saragossa 540

Rückgang der Sache Carls III.

Anhänglichkeit der Castilier an Philipp V. 540
Carl III. in Madrid, 23. September 541
Ablehnendes Verhalten der Bevölkerung 541
Neue Armee Philipps V. unter Vendome 542
Aufbruch Carls III. nach Saragossa 542
Rückzug seiner Armee 542
Stanhope in Brihuega, am 8. und 9. December 543
Schlacht bei Villaviciosa, 10. December 545
Starhemberg tritt den Rückzug an 546
Bericht Carls III. über diese Ereignisse 546

Vierunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1708.

Die Seſſion des Parlamentes von Groß-Britannien, im Winter 1707/8.

Die Verhandlungen des Parlamentes.

Am 6./17. November 1707 trat das erſte Parlament für Groß-Britannien zuſammen. In Betreff der engliſchen Mitglieder war es daſſelbe geblieben; aber wegen des Eintrittes der Mitglieder für Schottland hielt die Mehrheit im Unterhauſe es für geboten, eine neue Sprecherwahl vorzunehmen. Die Wahl fiel wieder auf Smith, und zwar ohne Widerſpruch, weil die Tory-Partei, in Betracht, daß dieſe Seſſion die letzte, es nicht der Mühe werth hielt, die Wahl ſtreitig zu machen. Vielfach gab ſich die Meinung kund, daß der Eintritt der Mitglieder für Schottland, die ſämmtlich mit der Regierung gehen würden, für dieſelbe gelegen käme, weil nach dem nicht glücklichen Kriegsjahre 1707 Angriffe in ſicherer Ausſicht ſtünden[1]).

Die Thronrede der Königin ging aus von der Union von England und Schottland, und baute darauf viele Hoffnungen für die Zukunft. Sie berührte das Mislingen der Unternehmung gegen Toulon, die in Spanien und am Rheine erlittenen Nachtheile für die Allianz, ſtellte die in Italien errungenen Vortheile dagegen, und hob beſonders die günſtige Wirkung der Uebernahme des Commandos am Rheine von Seiten des Kurfürſten von Hannover hervor. Sie ſprach die Hoffnung aus, daß mit Hülfe der vereinten Kräfte der Allianz es dem Könige Carl

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. November.

von Spanien im nächſten Jahre gelingen werde, die geſammte Monarchie wieder zu gewinnen.

Dies war ja ſeit nunmehr drei Jahren der in Worten vorherrſchende Gedanke, gleich als ſei darum die große Allianz vom 7. September 1701 geſchloſſen worden. Der Gedanke fand ſeinen verſtärkten Widerhall in der Adreſſe des Unterhauſes. „Wir bitten, ſagt ſie, Ew. Majeſtät verſichern zu dürfen, daß kein Misgeſchick uns entmuthigen ſoll, die äußerſten Anſtrengungen aufzubieten, um Ew. Majeſtät in den Stand zu ſetzen, daß Sie, in Gemeinſchaft mit Ihren Verbündeten, die geſammte ſpaniſche Monarchie dem Könige unterthänig machen."

Das Oberhaus, in welchem die Jahre vorher die Whig-Mehrheit mit dieſer politiſchen Demonſtration nach außen voranzugehen pflegte, entwickelte dies Mal nicht denſelben Eifer. Die Whigs hatten verlangt, daß die Thronrede die ſchweren Verluſte der Schifffahrt und des Handels in dem abgelaufenen Jahre berühren und die Abwendung derſelben für die Zukunft verſprechen ſolle. Godolphin hatte dies verweigert, weil es dem Eingeſtändniſſe eines bisherigen Mangels an Vorſicht gleich kommen würde. Die Weigerung mochte den Whigs erwünſcht ſein, weil ſie den Angriff wollten, weniger gegen den Lord Groß-Admiral, den Prinzen-Gemahl, als gegen den Lord Churchill, Bruder Marlboroughs, der hauptſächlich das Collegium der Admiralität leitete, und zugleich eines der eifrigſten Mitglieder der Tory-Partei war. Lord Wharton, eines der Mitglieder der Whig-Junta, regte im Oberhauſe den Gedanken an, zuerſt den Zuſtand der Nation in Betreff des Handels und der Schifffahrt in Erwägung zu ziehen. Ihm folgte ſein Parteigenoſſe, Lord Somers. Dann aber ſtimmte im ſelben Sinne auch die ganze Partei Rocheſter mit ein. Der Antrag eines gemäßigten Whig, Lord Stamford, zuerſt die Thronrede zu beantworten, ward abgelehnt: man wollte zuerſt den Zuſtand der Nation ins Auge faſſen. Es war vorauszuſehen, daß bei den vielfach erhobenen Beſchwerden gegen die Admiralität das Unterhaus dann nicht zurückbleiben, ſondern in einer ſo nationalen Angelegenheit auch ſeinen Antheil von der Popularität haben wolle[1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. November.

Die Angriffe im Oberhause waren scharf, so sehr daß die Königin, schon vorher verstimmt durch das Ausbleiben einer Antwort auf ihre Thronrede, sich äußerte: man erweise ihr nicht einmal die gewöhnliche Höflichkeit. Nach wenigen Tagen nahm auch das Unterhaus die Angelegenheit vor, jedoch, wie Hoffmann berichtet, mit mehr Bescheidenheit. Die Berechnungen ergaben, daß im Laufe des Krieges die Engländer den Franzosen genommen hatten 35 Kriegsschiffe, darunter 13 von der Linie, daß sie ihnen vernichtet hatten 80, darunter 25 von der Linie. Ungleich größer dagegen war der Verlust der Engländer an Kauffahrern: er betrug für die Stadt London allein von 1703 an bis gegen Ende 1707 die Zahl von 1139. — Für die Kriegesflotte waren die Verluste namentlich der letzten Zeit sehr groß; denn in weniger als vierzehn Tagen waren sieben Kriegesschiffe, jedes zu 70 bis 80 Kanonen, mit 3000 Seeleuten verloren, theils durch nachtheiligen Kampf mit französischen Kreuzern, theils durch ein besonderes Unglück. In Betreff des letzteren wurde namentlich der Admiral Shovel beklagt. Es hieß, daß er auf der Rückkehr mit der großen Flotte vor der Einfahrt in den Canal auf den sämmtlichen Schiffen habe Beobachtungen anstellen lassen. Die Ergebnisse derselben haben übereinstimmend dahin gelautet, daß man sich in der Entfernung von 20 französischen Meilen von den Scilly-Inseln befinde. Dies habe Shovel bewogen, vier Stunden still zu liegen, um am folgenden Morgen bei hellem Tage in den Canal einzufahren. Diese vier Stunden aber gereichten zum Unglücke. Denn wäre man noch bei Tage weiter gefahren, so würde man erkannt haben, daß man sich nicht weit weg von den Scilly-Inseln, sondern nahe davor befand. So aber gerieth um acht Uhr Abends, bei tiefer Finsternis, das Admiral-Schiff selber auf die Scilly-Klippen. — Es blieb daher zur Erklärung nur übrig, den allgemeinen Irrthum in der Berechnung den mangelhaften Instrumenten beizumessen [1]).

So laut auch zu Anfang manche Vorwürfe gegen die Admiralität erklangen, so sahen die Kundigen voraus, daß das Ergebnis auf die Bitte um mehr Vorsicht für die Zukunft hinaus laufen werde [2]). Und dies in der That war, nach den Verhandlungen vieler Wochen, das praktische Ergebnis.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. December.

[2]) Desgleichen.

Unterdeſſen arbeitete das Unterhaus, ſeiner Adreſſe entſprechend, mit Eifer und Nachdruck an ſeinen Bewilligungen für den nächſten Feldzug. Es erfolgten dort nicht, wie man vorher beſorgt hatte, irgend welche nennenswerthe Angriffe wegen der verſchiedenen Unfälle von 1707. Namentlich ſtand das Anſehen Marlboroughs, obwohl dies Mal ſeiner Heimkehr keine Siegeskunde vorangegangen war, in vollſter Geltung. Und nicht bloß beim Unterhauſe. Wie die Geſandten der fremden Mächte, ſo ſtrömten auch hervorragende engliſche Perſönlichkeiten bei ihm ein, in ſolcher Zahl, wie Hoffmann meldet, „daß auch ein König allhier bei ſeinem Lever nicht mehr Perſonen um ſich ſehen würde, als er continuirlich hat“[1]). Die Beſorgnis, die Marlborough im Haag gehegt, daß das Unterhaus gegen eine Erhöhung des Truppenſtandes Bedenken haben werde, bewährte ſich nicht. Die Vermehrung um volle 10,000 Mann, von 50,000 auf 60,000, ward von der Mehrheit gutgeheißen. Die erſten Bewilligungen betrugen 1.158,000 Pfund Sterling für die Armee in den Niederlanden, und 2.200,000 Pfund Sterling für die Flotte. Dieſe zwei Bewilligungen allein ſchon trugen nach dem damaligen deutſchen Gelde fünfzehn Millionen Reichsthaler aus, eine Summe, wie ſie zu dieſen Zwecken früher niemals bewilligt war[2]).

Bereits am 18. 29. December erſchien die Königin im Oberhauſe, ließ das Unterhaus an die Schranken beſcheiden, und ſanctionirte, mit dem Ausdrucke ihrer höchſten Befriedigung über dieſe raſche Erledigung der Geſchäfte, unter anderen Bills auch die Bewilligung jener ausgiebigen Mittel.

Am nächſten Tage jedoch fielen im Oberhauſe heftige Reden über die Kriegführung in Spanien. Marlborough hatte bereits einige Tage zuvor dem Reſidenten Hoffmann den bevorſtehenden Sturm angekündigt: „Machen Sie Sich darauf gefaßt, daß die Angelegenheiten in Spanien zerriſſen, aber auch, daß ſie hergeſtellt werden“[3]). Dies letztere geſchah freilich in einer beſonderen Weiſe.

Peterborough, der nach einer längeren Reiſe über Wien, Leipzig, Hannover, im Herbſte in London eingetroffen war, ſah mit einiger Beſorgnis der Entwicklung der Dinge dort entgegen. Er ward weder

[1]) Bericht vom 23. December.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. December.
[3]) Desgleichen vom 23. December.

bei der Königin, noch bei Godolphin vorgelassen. Dagegen forderte der Staats-Secretär Sunderland von ihm die schriftliche Beantwortung einer Reihe von Fragen, namentlich warum er im Juni 1706 dem Könige Carl III. zuerst abgerathen, seinen Weg über Valencia nach Madrid zu nehmen, warum er sich nicht schleunigst mit Galway vereinigt, und warum er sich diesem nicht unterordnen wollen, und Anderes mehr. Gegen diese dornigen Fragen suchte Peterborough seine Zuflucht bei dem kaiserlichen Residenten Hoffmann. Er stellte eine Rechtfertigungsschrift für den König Carl III. in Aussicht, wenn man ihm die Zusicherung mache, daß Carl III. sie genehm halten werde [1]).

Mit diesem Ansinnen zurückgewiesen, versuchte Lord Peterborough es auf andere Weise. Er gewann eine gewandte Feder für sich, Dr. Friend, der seine Thaten in Spanien beschrieb. Nach dieser Darstellung erschien Peterborough als der größte Feldherr, der je gewesen, dem im Ersinnen und Durchführen von Kriegslisten kein Grieche noch Römer zu vergleichen. Die Dinge wandelten sich völlig um. Wo in der Wirklichkeit Peterborough durch das Abschlagen aller Geldmittel, im Juni 1706, dem Könige Carl den Marsch über Valencia nach Madrid unmöglich gemacht, und ihn in die Nothwendigkeit gedrängt hatte sich nach Saragossa zu wenden, da war es nun Peterborough, der den Zug über Valencia empfohlen, und der König Carl, der nicht gewollt hatte [2]).

Aber Peterborough durfte für die günstige Aufnahme dieser Schrift hoffen auf die Parteilichkeit der Engländer für ihren Landsmann. Er durfte ferner darauf rechnen, daß die Tory-Partei, in deren Schutz er sich begeben, den Whigs gegenüber sich seiner annehmen werde. In der That geschah es, daß Lord Rochester, am 19./30. December, die Erörterung der spanischen Angelegenheiten begann mit einer Rede zum Preise des Muthes und der Führung des Lords Peterborough [3]). Das Herkommen verlange, schloß er, daß einer Persönlichkeit, die eine so eminente Stellung eingenommen, Dank dargebracht oder Rechenschaft auferlegt würde. — Der nächste Redner der Whig-Partei, Lord Halifax, erkannte auch seinerseits die erfolgreichen Dienste Peterboroughs an; nur hielt er es für besser, den Dank hinauszuschieben, bis der

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. October.
[2]) Desgleichen vom 23. December.
[3]) Lords Debates vol. II, p. 183.

Sachverhalt völlig klar vorläge. — Und wiederum überboten ſich dann die Redner der Tory-Partei im Lobe Peterboroughs, auf Koſten Galways, der ja ein Fremder ſei. Peterborough nützte die günſtige Strömung aus. Er betheuerte die Nothwendigkeit den Krieg fortzuführen, bis der Thron Carls III. in Spanien feſt begründet ſei, und erklärte ſich bereit, wenn es erforderlich werde, nach Spanien zurückzukehren und ſogar unter Galway zu dienen [1]).

Die Urtheile Carls III. über Peterborough und Galway haben uns gezeigt, daß in ſeinen Augen der Eine ſo viel werth war wie der Andere.

Es war jedoch der Tory-Partei im Oberhauſe weniger darum zu thun Peterborough zu rechtfertigen, als die Kriegführung überhaupt, namentlich alſo Marlborough anzugreifen. Dies unternahm der Lord Rocheſter. Er lenkte von dem Kriege in Spanien über auf denjenigen in den Niederlanden. „Es ſcheint mir", ſagt er, „daß wir die Hauptſache vernachläſſigen und auf Nebenſachen unſeren Fleiß verwenden. Ich erinnere an den Ausſpruch eines alten Generals, des Marſchalls Schomberg, welcher zu ſagen pflegte: Frankreich in den Niederlanden anzugreifen, heiße den Stier bei den Hörnern faſſen. Darum meine ich: wir ſollten den Krieg in Flandern nur defenſiv führen, dagegen 15,000 oder 20,000 Mann von dort nach Spanien ſenden." — Ihm ſtimmte der Graf Nottingham bei und klagte, daß Spanien völlig preisgegeben werde [2]).

Dagegen erhob ſich Marlborough nicht ohne ſichtliche Heftigkeit, um, wie er ſagte, die Gefahr eines ſo unüberlegten Vorſchlages darzulegen. Viel eher ſei es nöthig die Armee in den Niederlanden zu vermehren als ſie zu verringern. Er machte zwei hauptſächliche Gründe geltend. Die Mehrzahl der feindlichen Plätze in Flandern, ſagte er, laſſe ſich behaupten mit je einem Bataillon, wogegen die von den Verbündeten eingenommenen großen Städte in Brabant je die zwanzigfache Zahl zur Vertheidigung erforderten. Den anderen Grund nahm Marlborough her von der Stimmung in der Republik. Wenn die Armee in den Niederlanden geſchwächt würde und demgemäß die

[1]) Lords Debates vol. II, p. 184: he was ready to return to Spain and serve even under the earl of Galloway.

[2]) A. a. O.

Franzosen, bei ihrer großen Ueberlegenheit, wahrscheinlich einen erheblichen Vortheil davon trügen: so würde in der Republik die nicht geringe misvergnügte Partei, die nur mit Widerwillen sich unter die unvermeidliche Last des Krieges füge, laut nach Frieden rufen.

Der Vortheil bei dieser Entgegnung war augenscheinlich nicht auf Seiten Marlboroughs, zumal da er Spanien gar nicht berührt hatte. Rochester benutzte dies. Er müsse zuerst seine Verwunderung aussprechen, entgegnete er, daß ein Pair, dessen Ruhe und Mäßigung bisher immer anerkannt worden sei, nun sich zu solcher Heftigkeit versteige. Die absolute Nothwendigkeit etwas für Spanien zu thun, liege jedoch vor Augen. Daher werde Marlborough das Haus zu Danke verpflichten, wenn er angeben wolle, von wo aus Truppen nach Spanien verfügbar gemacht werden könnten. Dies umsomehr, da Lord Peterborough kurz zuvor versichert, aus dem Munde des Prinzen Eugen vernommen zu haben, daß die deutschen Soldaten sich lieber decimiren ließen als nach Spanien zu gehen.

Marlborough sah sich in die Enge getrieben. Er entschuldigte die kundgegebene Heftigkeit mit der Wichtigkeit der Sache, und antwortete dann auf die Frage des Grafen Rochester: „Obwohl es ungeeignet ist, noch geheime Entwürfe zu eröffnen vor einer so großen Versammlung, von welcher aus leicht eine Kunde zu dem Feinde hinüber gelangen kann: so darf ich doch, um den Herren zu willfahren, hier versichern, daß die Verabredungen mit dem Kaiser für eine Armee von 40,000 Mann unter dem Commando des Herzogs von Savoyen getroffen sind, desgleichen für die Sendung eines mächtigen Succurses für den König Carl. Dabei ist zu hoffen, daß der Prinz Eugen bewogen werden könne nach Spanien zu gehen und dort das Commando zu übernehmen, in welchem Falle die deutschen Soldaten ihm gern folgen würden. Die einzige Schwierigkeit bei diesen Entwürfen ist die gewöhnliche Langsamkeit des Wiener Hofes. Beispielsweise erinnere ich daran, daß, wenn die 7000 Mann Recruten, die der Kaiser im vorigen Sommer für die Armee in Piemont versprochen, rechtzeitig eingetroffen wären, die Unternehmung gegen Toulon Erfolg gehabt haben dürfte. Aber es steht zu hoffen, und ich glaube mein Wort dafür einsetzen zu dürfen, daß in Zukunft der Kaiser sein Versprechen pünktlich halten wird."

Die Rede iſt ein kleines Meiſterſtück, nicht in Betreff der Wahrhaftigkeit, ſondern der Abſicht an einer directen Antwort auf die dornige Frage Rocheſters vorbeizukommen. Wir haben uns zu erinnern an die Charakteriſtik Marlboroughs durch den ihn Jahre lang beobachtenden Goslinga (Band XII, S. 520): „Seine tiefe Verſtellung wird um ſo gefährlicher, weil er ſie verſteckt unter Manieren und Ausdrücken, welche die Offenheit ſelber zu ſein ſcheinen.“ Das iſt hier der Fall. Während Marlborough ſcheinbar ſo offen redete, daß er ſogar Cabinets-Geheimniſſe enthüllte, befliß er ſich eben dadurch, ſein eigentliches Geheimnis zu verdecken, und, mit wohlberechneter Speculation auf die Sympathien und Antipathien der Engländer, ſeine Hörer um die eigentliche Frage herum zu führen. Dies erfordert ein näheres Eingehen.

Ungeachtet aller Worte der Thronreden der Königin Anna und der antwortenden Adreſſen des Parlamentes über den Wiedergewinn von Spanien für den König Carl III., hatten die Häupter der engliſchen Kriegführung, Marlborough und Godolphin, in den Jahren zuvor nicht Spanien ſelber als das erſte und wichtigſte Object für die Ausrüſtung der großen Flotte in Ausſicht genommen, ſondern den franzöſiſchen Kriegshafen Toulon. So 1704, 1705, 1707. In dieſem letzten Jahre war es zu einer Unternehmung gekommen; aber ſie war mislungen. Auf welche Perſönlichkeit zuerſt und hauptſächlich der Verdacht einer Mitſchuld an dem Mislingen fiel, blieb für Marlborough nicht wie für den großen Haufen der Engländer ein Geheimnis. Auch wußten dies die ſavoyiſchen Geſandten Briançon und Maffei. Als Marlborough damals die Abſicht ausſprach, anſtatt des jugendlichen Diplomaten Chetwynd den Brigadier Palmes als Geſandten bei Victor Amadeus zu haben, zogen jene Savoyarden daraus die Folgerung, daß dieſer neue Geſandte als kundiger Militär, nach den im vorigen Feldzuge erhobenen Zweifeln, für Marlborough bei Victor Amadeus als Späher zur Ueberwachung dienen ſolle [1]).

---

[1]) A questo conto però Briançon e Maffei hanno detto fra di loro, che Marlborough vuole haver uno spia con il duca, per farlo osservare doppo i dubii della campagna passata. Aus einem Schreiben des Secretärs Primoli an den Grafen Gallas, vom 16. December 1707. Die Briefe Primolis thun dar, daß er ſich Einſicht in die Correſpondenz jener zwei Savoyarden verſchafft hatte. Die Briefe dienen auch für das Folgende.

Aber die Sache mit Toulon war geſchehen. Eine Erörterung des Verdachtes gegen Victor Amadeus machte die Sache nicht wieder gut, zog vielleicht gar den Bruch mit einem Fürſten herbei, der, bei aller ſeiner Falſchheit, dennoch wieder nützlich werden konnte. Dazu war in Betreff des Mislingens gegen Toulon die Meinung in England nicht wider den Herzog Victor Amadeus, ſondern wider den Kaiſer. Eine Anklage gegen den letzteren fand, wie wir oft bemerkt haben, bei den Engländern damaliger Zeit immer eben ſo willige Ohren, wie ein Lob für den Erſteren. Auf dieſe Sympathie und Antipathie war die Erwähnung Toulons in der Rede Marlboroughs berechnet. Von einer kaiſerlichen Zuſage der Nachſendung von 7000 Recruten, wie Marlborough dem Oberhauſe von England erzählte, von einem Ausbleiben derſelben vor Toulon, von einer Conſequenz dieſes Ausbleibens zum Nachtheile des Unternehmens — findet ſich in den Berichten des Prinzen Eugen vor Toulon keine Spur. Daß Marlborough ſelber nicht glaubte, was er hier ſagte, ergibt ſich daraus, daß er drei Jahre ſpäter vor demſelben Oberhauſe ſachgemäß erklärte: „Die Unternehmung gegen Toulon iſt nicht aus Mangel an Mannſchaft mislungen; denn es waren nahe an 17,000 Mann in Italien belaſſen, ſondern aus Mangel an Zeit und aus anderen Umſtänden“ [1]). Demnach war jene Anklage Marlboroughs gegen den Kaiſer eine Fiction. Indem ſie aber in dieſer Verſammlung unwiderſprochen blieb, wirkte ſie mittelbar zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus.

Die Unkunde der Engländer über den wirklichen Verlauf der Unternehmung gegen Toulon war ſo groß, daß in den nächſten Tagen Godolphin dem Unterhauſe noch eine Nachbewilligung für die ſpeciellen Dienſte des Herzogs Victor Amadeus im Kriegesjahre 1707 zumuthen durfte. Die Bewilligung erfolgte mit 100,000 Pfund Sterling [2]).

Und dies führt uns auf den eigentlichen Kriegesplan Marlboroughs in Betreff Spaniens, welchen er auf die Anfrage Rocheſters im Oberhauſe nicht ausſprach, ſondern in denſelben Tagen dem Savoyarden Maffei für Victor Amadeus eröffnete.

[1]) Lords Debates vol. II, p. 314.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 79: Duke of Savoy's special service in 1707.

Marlborough sagte ihm im Vertrauen, daß er nicht beabsichtige, für den kommenden Feldzug Truppen nach Catalonien zu senden, sondern nur die dahin bestimmten Kaiserlichen und Pfälzer zu recrutiren, und die Subsidien für den König Carl um 150,000 Pfund Sterling zu vermehren [1]). Werde die Armee desselben, die auf 13,000 Mann zu schätzen, in dieser Weise verstärkt, so sei sie fähig auf der Defensive zu stehen, und den Ausgang des Feldzuges abzuwarten, nach welchem man die geeigneten Maßregeln für das folgende Jahr treffen könne. Denn wie glücklich auch immer der nächste Feldzug sein möge, so reiche das nicht aus: vielmehr seien für einen vortheilhaften Frieden noch zwei Kriegsjahre erforderlich. Auch wenn man in Spanien noch so großen Erfolg erringe, so werde doch dadurch Frankreich nicht zum Frieden gezwungen, sondern nur dadurch, daß man es zwischen zwei Feuer bringe, einerseits indem er, Marlborough, sich einen Weg in Frankreich hinein eröffne, andererseits indem der Herzog von Savoyen sich im Dauphiné festsetze, dort überwintere und dann von da aus in das Innere Frankreichs eindringe. Finde Victor Amadeus es zweckmäßig, die Freigrafschaft zu besetzen, so werde Marlborough Sorge dafür tragen, daß der Kurfürst von Hannover ihm dahin 3000 Mann Cavallerie entgegensende.

Dieser Plan Marlboroughs behält also die hauptsächliche Aufgabe des Druckes auf Frankreich derjenigen Armee vor, die er selber führte, will dagegen Carl III., dem die Seemächte den Wiedergewinn des Erbes seiner Vorfahren mit den Waffen in der Hand in Aussicht gestellt, auf der Defensive eines Theils desselben belassen.

Die Anfrage Rochesters im Oberhause traf daher den wunden Fleck des Planes von Marlborough, und doch sehen wir dann, mit welchem Geschicke Marlborough sich der Sache entwindet, einestheils durch Ablenken von der Hauptsache, zugleich aber auch und in Verbindung damit durch die Eröffnung einer positiven Aussicht, derjenigen der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Mit welchem Rechte er diese Aussicht eröffnete, wird nachher zu betrachten sein. Es kommt

[1]) Primolis Schreiben vom 20. December: E doppo di ciò Marlborough gli ha fatto una grande confidenza: egli gli ha detto che non si vuol mandare truppe in Catalogna per la nuova campagna, ma solo reclutare li Palatini e Cesarei, che vanno colà, etc.

zunächst die Wirkung in Frage, welche diese Aussicht auf das Parlament machte, nicht bloß mehr auf das Oberhaus, an welches die Aeußerung gerichtet war, sondern auch auf das Unterhaus. Beide Häuser einigten sich nämlich, am 19./30. December, zu einer gemeinsamen Adresse, welche stärker noch als eine der früheren die Ueberzeugung ausspricht, daß nichts Anderes ein gerechtes Gleichgewicht der Macht in Europa herstellen könne, als die Zurückführung der gesammten spanischen Monarchie unter das Haus Oesterreich. Die Adresse wiederholt dann und verschärft den Ausdruck dieses Gedankens, mit den Worten: „Es ist unsere einstimmige Meinung, daß für Ew. Majestät oder Ihre Verbündeten kein Friede ehrenhaft oder sicher sein kann, welcher Spanien, Westindien oder irgend einen Theil der spanischen Monarchie unter der Herrschaft des Hauses Bourbon belassen würde" [1]).

Dann kam die Adresse auf die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Marlborough hatte die Aussicht darauf in die Form der Hoffnung gekleidet: die Adresse schritt zuerst über einen Zweifel hinweg. „Wir fühlen uns verpflichtet, sagt sie, Ew. Majestät unseren unterthänigen Dank auszusprechen für die Sorgfalt, die Sie auf sich genommen, und die Mühen, die Sie aufgewendet, um den Kaiser zu vermögen eine beträchtliche Hülfe unter dem Commando des Prinzen Eugen nach Spanien zu senden; denn das ist sicherlich das geeignete Mittel die Angelegenheiten der Allianz in jenem Lande herzustellen." „Allein, fährt dann die Adresse fort, die häufigen Täuschungen, die wir von Seiten des Kaisers und des Reiches zum Nachtheile der allgemeinen Sache erfahren haben, legt uns die Pflicht auf, damit der Krieg zu einem glücklichen Ende geführt werde, noch ferner Ew. Majestät zur dringendsten Verwendung bei dem Kaiser zu ersuchen, daß er seinem Bruder dem Könige von Spanien mit aller Beschleunigung eine mächtige Hülfe sende, unter der Führung jenes großen und an Erfolgen reichen Feldherrn." Auch für die anderen Kriegsschauplätze möge die Königin sich bei dem Kaiser bemühen, der ja, nach den großen Thaten der Königin für sein Haus, ihr nichts verweigern werde.

[1]) Commons Debates vol. III, p. 77. — Hoffmanns Bericht vom 3. Januar.

Die Antwort der Königin wiederholte in den Grundzügen die Gedanken der Adreſſe, beſtätigend und zuſagend.

Eine ſolche Einſtimmigkeit ſcheint einen Zweifel nicht aufkommen laſſen zu dürfen, daß es damals der Königin wie dem Parlamente ernſtlich um Spanien zu thun war. Und dennoch vernehmen wir einen ſolchen Zweifel. Einige Tage nach jener Adreſſe und der Antwort, am 26. December/6. Januar, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann: „Ich weiß nicht, was ich von den hieſigen Intentionen über die ſpaniſche Sache halten ſoll. Denn, obwohl alle dieſe Parlaments-Adreſſen behaupten, daß kein Friede ſicher und ehrenhaft ſei, der nicht die geſammte ſpaniſche Monarchie unter das Erzhaus bringe: ſo ſind doch Viele hier und zwar unter der Whig-Partei ſelbſt, welche die Sache in Spanien für verloren geben, und nur noch von einer ſtarken Expedition nach Amerika etwas hoffen“ [1]).

Aber es fragte ſich zunächſt, ob man dieſer Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien, welche Marlborough im Intereſſe ſeiner Vertheidigung dem Parlamente in Ausſicht geſtellt hatte, denn bereits ſo ſicher war.

Die Frage der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien.

Kurz zuvor hatte eine abermalige diplomatiſche Differenz zwiſchen London und Wien ſtattgefunden. Bevor die Unterredung im Haag über den Feldzug des nächſten Jahres ſtattfand, hatte der Kaiſer durch den Reſidenten Hoffmann in London vorſchlagen laſſen, die Heſſen und Gothaer, die im engliſchen Solde in Italien ſtanden, nach dem Rheine marſchiren zu laſſen. Die Antwort der Königin lautete ſcharf. Sie ſei erſtaunt, ließ ſie erwiedern, über ein ſolches Anſinnen; denn niemals werde ſie einwilligen, die Armee des Herzogs Victor Amadeus zu ſchwächen. Zugleich habe ſie vernommen, daß dem Prinzen Eugen der Befehl zugegangen ſei, fünf Regimenter der Armee in Italien bereit zu halten zum Abmarſche nach dem Rheine oder nach Ungarn. Die Königin proteſtire dagegen. Sie werde ein ſolches Verfahren anſehen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Januar.

wie eine Erklärung, daß der Kaiser die Neigung oder die Absicht habe, dem Kriege ein Ende zu machen [1]).

Die kaiserliche Antwort, vom 10. December, verwies auf die Beredungen im Haag, die inzwischen stattgefunden. Es sei zu wünschen gewesen, daß der englische Hof den Ausgang dieser Conferenz abgewartet, bevor er sich zu jenen Aeußerungen entschlossen hätte. „Denn derartige Ausdrücke an einen hervorragenden treuen Verbündeten, welcher dem Wohl der gemeinsamen Sache alles zum Opfer bringt, sogar die Sicherheit seiner eigenen Länder, machen auf die anderen Mächte der Allianz nicht einen günstigen Eindruck, und erregen bei den Gegnern die Hoffnung auf die Spaltung der Einigkeit" [2]).

Noch bevor diese Denkschrift in London übergeben ward, erließ die Königin, am 29. November, ein Handschreiben an den Kaiser zum Zwecke der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien.

Der Gedanke war, wie wir seiner Zeit vernommen haben, nicht zuerst von London aus angeregt, sondern von Carl III. in Spanien selber, in Folge der Bedrängnis, welche der Mangel an gutem Willen oder an Befähigung der englischen Generale über ihn gebracht. Wir haben vernommen, wie der Graf Wratislaw von Wien aus das Verlangen Carls III. bestritt, nicht ohne den Vorwurf, daß Carl III. dasselbe nicht lediglich an den Kaiser, sondern auch an die Königin von England gebracht habe. (Band XII, S. 512.) Der durchschlagende Grund der Ablehnung in Wien war, daß für einen möglichen Unglücksfall des Kaisers Joseph I. das Interesse des Erzhauses, also das eigene des Königs Carl, die Anwesenheit des Prinzen Eugen in den österreichischen Erblanden erfordere.

Demgemäß that auch das Handschreiben der Königin, vom 29. November, in Wien keine Wirkung. Bevor aber noch der Abschlag in London eintraf, ergab sich dort eine neue Differenz.

Der kaiserliche Resident Hoffmann hatte eine Denkschrift über die Unterstützung für Carl III. in Spanien eingegeben. Seinem Auftrage gemäß, hatte er darin verlangt, daß die Errichtungsgelder für

[1]) Denkschrift des Gesandten Meadows vom 16. November: La reine regardera (un) tel procédé comme une déclaration que la cour impériale a envie et en veue de mettre fin à cette guerre.

[2]) Denkschrift vom 10. December.

die Regimenter, welche der Kaiser abermals nach Spanien schicken wolle — nämlich 6000 Mann — von England bezahlt würden. In Folge dessen wurde er in den Cabinets-Rath geladen, bestehend aus dem Erzbischof von Canterbury, dem Lord-Kanzler, dem Lord-Treasurer, den Herzogen von Marlborough, Newcastle und Devonshire, den Grafen Pembroke und Sunderland, so wie dem anderen Staats-Secretär, Sir Robert Harley. Die vielen Namen indessen dienten nur zur Staffage der einen Persönlichkeit, die allein redete und allein entschied, nämlich Marlborough. Er erging sich in scharfen Worten über die Forderung von kaiserlicher Seite, und erklärte, daß die englische Regierung lediglich den Transport und zwei Drittel des Unterhaltes in Spanien auf sich nehme. Die Königin erwarte von dem Kaiser, daß er, in Rücksicht auf seinen Bruder und auf das Interesse des Erzhauses, die erforderlichen Mittel finde [1]).

Wir sehen, wie von Jahr zu Jahr der ursprüngliche Standpunkt sich verdunkelt. Nicht nach eigenem Wunsche und Willen hatte ja der Kaiser Leopold I. im Jahre 1703 seinen Sohn Carl nach Spanien entsendet, sondern er hatte darin dem Andringen der Seemächte nachgegeben, die in ihrem eigenen Interesse verlangten, daß nicht das Haus Bourbon im Besitze von Spanien verbleibe. Allmählich verschoben sich nun die Dinge in den Augen der Engländer dahin, als habe die englische Politik dem Hause Habsburg damit eine Wohlthat erwiesen und erweisen wollen.

Marlborough berechnete in jener Conferenz, am 1./12. Januar, die vorhandenen Streitkräfte Carls III. in Spanien auf 13,000 Mann. Unterwegs dahin seien 4000 Kaiserliche und 7000 Pfälzer. Dazu wolle nun der Kaiser noch 6000 Mann senden. Nach der Ankunft aller dieser Truppen würde also die Gesammtzahl 30,000 Mann austragen. Ueber diese Armee, die nur etwa zur Defensive ausreichte, sollte gemäß dem Vorschlage, für welchen Marlborough das englische Parlament in Bewegung gesetzt hatte, der Prinz Eugen das Commando übernehmen.

Zwei Tage später traf ein Schreiben des Grafen Wratislaw bei Marlborough ein, enthaltend die Meldung, daß der Kaiser den

[1]) Mehrere ausführliche Berichte darüber von Hoffmann, vom 13. Januar.

Prinzen Eugen nach Spanien nicht entsenden könne. Dieselbe Nachricht lief ein von dem englischen Gesandten Meadows in Wien.

Wie einige Tage zuvor, so ward darauf, am 5./16. Januar, der kaiserliche Resident Hoffmann abermals in den Cabinetsrath geladen. Als er auf die von allen Seiten erhobenen Vorwürfe begann die Gründe des Kaisers für das Nicht-Eingehen darzulegen, „fiel man mir — so meldet er — alsogleich in die Rede, mit dem Vermelden, daß Meadows das alles schon berichtet habe, und daß es gesuchte Vorwände seien, um die Verweigerung damit zu beschönigen. Denn es drohe weder von Seiten der Türken, noch der Schweden eine Gefahr, noch sei sonst ein Anlaß vorhanden, der die Anwesenheit des Prinzen Eugen in Wien nothwendig mache". Den durchschlagenden Grund, welchen Wratislaw dem Könige Carl gemeldet (Band XII, S. 512), hatte allerdings der Wiener Hof nach England hin nicht ausgesprochen. — Mit dieser Motivirung zurückgewiesen, brachte Hoffmann einen anderen Grund vor. „Auch selbst, wenn der Kaiser einwilligte, sagte er, könnte es doch geschehen, daß der Prinz Eugen oder auch Graf Starhemberg Bedenken trüge, ein Commando auf sich zu nehmen, bei welchem aus Mangel einer genügenden Macht keine Ehre zu erwerben sei, wohl aber die erlangte Reputation in Gefahr kommen könne. Denn, wo doch von hier aus die Armee in Spanien formirt werden muß, sehe ich an Ort und Stelle nicht ab, aus welchen Truppen sie bestehen soll, erblicke vielmehr alles noch in weitem Felde." Darauf betheuerte Godolphin mit starkem Nachdrucke, daß der Prinz Eugen in Spanien eine Feld-Armee von 30,000 Mann haben würde.

„Ich muß hinzufügen — so schließt Hoffmann seinen Bericht — daß ich die englischen Minister niemals in einer solchen Erregung gesehen habe wie über diese Verweigerung" [1]).

Man forderte von ihm, daß er selber den Inhalt der vernommenen Reden in eine Schrift zusammendränge, diese bei Marlborough einreiche, damit man die Gewisheit habe, daß sie den Inhalt der gefallenen Aeußerungen wiedergebe, und dann nach Wien einsende [2]).

---

[1]) Bericht Hoffmanns vom 6./17. Januar.

[2]) Récit de ce que les Seigneurs du cabinet de la Reine m'ont dit aujourd'hui etc.

Darin heißt es, daß die Königin von der Freundſchaft des Kaiſers nicht den Abſchlag eines Verlangens habe erwarten dürfen, welches ſie betrachte als das gerechteſte, als das nothwendigſte und als das wichtigſte für die gemeinſame Sache. Die Gründe, die man dem Geſandten Meadows für den Abſchlag angegeben, ſeien in keiner Weiſe gleichwiegend gegen die offenbare Nothwendigkeit, die Sache in Spanien herzuſtellen, und ohne die Anweſenheit des Prinzen Eugen dort liege die Gefahr des völligen Zuſammenſturzes vor Augen. In dieſem Sinne gehen die Aeußerungen weiter.

Marlborough perſönlich blieb nicht zurück. Er antwortete dem Grafen Wratislaw im ſelben Sinne, wie er und die anderen Miniſter in der Conferenz zu dem Reſidenten Hoffmann geredet. Nur ging er darin noch einen Schritt weiter. Wir haben geſehen, daß gerade er, um ſich der Anklage Rocheſters in Betreff der geringen Leiſtungen für Spanien zu erwehren, den Namen des Prinzen Eugen in die Debatte warf, und daran für ſich perſönlich eine Deckung fand. Dem Grafen Wratislaw, alſo dem kaiſerlichen Hofe gegenüber, wendete er die Sache anders. „Die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien, ſagt er, war das einzige Mittel, das man hier in Anwendung bringen konnte, um einen Jeden zu beſtimmen, zur Hülfe des Königs Carl die äußerſten Anſtrengungen zu machen“ [1]).

Die Thatſachen haben uns gezeigt, daß in Wirklichkeit die Dinge ganz anders lagen. Die Nennung des Prinzen Eugen durch Marlborough im Oberhauſe hatte allerdings die gemeinſame Adreſſe beider Häuſer hervorgerufen, die in den bis dahin ſtärkſten Ausdrücken den Wiedergewinn der geſammten ſpaniſchen Monarchie für Carl III. fordert, dieſes Ziel hinſtellt als das hauptſächliche des Krieges. Demnach ſollte man erwarten, daß nun auch die hauptſächlichſte Bewilligung des Unterhauſes für den Krieg in Spanien beſtimmt ſein, oder daß, wie Marlborough ſich ausdrückt, dafür die äußerſten Anſtrengungen gemacht würden. Einer ſolchen Erwartung entſprechen jedoch nicht die Liſten der bewilligten Summen. Von den ſechs Millionen Pfund Sterling, welche das Unterhaus in dieſer Seſſion für den Krieg gewährte, ward

[1]) Wratislaw hat das Original zu den Anglicis im k. k. Archive gegeben. Es findet ſich abgedruckt bei Murray vol. III, p. 660.

etwa ein Zwölftel für den Krieg in Spanien zusammen mit demjenigen in Portugal bestimmt, ein Fünftel dagegen für die Armee in den Niederlanden, also für diejenige Marlboroughs. Der Betrag für Victor Amadeus, der sich nicht ganz klar erkennen läßt, dürfte demjenigen für Marlborough nahe kommen [1]). Wir haben ja gesehen, daß nach dem Plane Marlboroughs nur diese zwei Armeen die offensiv agirenden sein, diejenige in Spanien auf der Defensive bleiben sollte. Die Thatsache des Planes von Marlborough ward durch jene Worte der Parlaments-Adressen nicht aufgehoben.

Aber Marlborough stellt weiter in jenem Schreiben an Wratislaw die Sache so hin, als wenn ohne die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien jegliche Bewilligung des Parlamentes für den Krieg fraglich bleiben werde. „Ich gestehe Ihnen, ruft er aus, daß bei dem Gedanken an die möglichen Consequenzen mich ein Zittern überkommt. — Ich beschwöre Sie bei Ihrem Eifer für die gemeinsame Sache der Allianz, und selbst für das Erzhaus, alles aufzuwenden, damit der Kaiser diese Angelegenheit nochmals ernstlich erwäge."

In demselben Sinne redete der Rathspensionär Heinsius zu dem Grafen Gallas, der sich im Haag befand. „Die Seemächte, sagte er, sehen die Absendung des Prinzen Eugen nach Catalonien als das einzige Mittel an, welches für den Wiedergewinn der spanischen Monarchie noch einige Hoffnung bietet." Er führte dies weiter aus, so sehr im Sinne Marlboroughs, daß Heinsius wie ein Organ desselben erscheint, ja ihn noch überbietet. Nur die Hinsendung des Prinzen Eugen nach Spanien, sagte er, werde die Königin und ihr Ministerium in den Stand setzen, die zu dem spanischen Kriege erforderlichen Subsidien bei dem Parlamente, welches dieselben nur unter dieser Bedingung zugesagt, zur Verwirklichung zu bringen [2]). — So mochte man von England aus dem Rathspensionär die Sache dargestellt haben: die betreffenden Adressen des Parlamentes lassen eine solche Bedingung nicht erkennen.

Heinsius gestand zu, daß in der ungarischen und der schwedischen Verwickelung das Verhalten der Seemächte den Kaiser unangenehm

[1]) Commons Debates vol. III, p. 79.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 14. Februar.

berührt hatte, verwies dagegen auf die Erfahrung des Jahres 1704, daß man den Kaiſer nicht ſtecken laſſen werde. Er drängte ſeine Meinung endlich zuſammen in die Worte: „Die Entſcheidung ob das Haus Bourbon Spanien behalten ſoll oder nicht, beruht lediglich auf der Frage, ob der Kaiſer den Prinzen Eugen nach Catalonien ſenden wird oder nicht. Denn er iſt der Einzige, in welchen Alle ihr Vertrauen ſetzen, und, in Ermangelung ſeiner Perſon, wird alles was man ſonſt thun könnte, für verloren geachtet."

Der Kaiſer ließ dem Rathspenſionär erwiedern: die für die Rebellion in Ungarn bewieſene Begünſtigung und das Verhalten der Seemächte gegenüber dem Zwange zu dem Vertrage von Alt-Ranſtadt liege, aus gerechten Urſachen, dem Kaiſer noch ſo ſehr am Herzen, daß er völlig entſchloſſen ſei, eher alles in der Welt zu opfern, als ſich jemals wieder einer ſolchen Zwangslage zu unterwerfen [1]).

Unterdeſſen hatte jedoch der Kaiſer bereits einen anderen Schritt gethan. Er ließ im Haag den Vorſchlag machen, daß die drei Ober-Anführer, Marlborough, der Prinz Eugen, der Kurfürſt Georg Ludwig, ſich perſönlich und mündlich über den Feldzug verſtändigen möchten. Hoffmann beklagte es, daß der Vorſchlag nicht zuerſt in London gemacht ſei, namentlich wegen der Perſon Marlboroughs, der ihm verſichere, daß er zwiſchen den Intereſſen des Kaiſers und der Königin keinen Unterſchied kenne. Die Königin Anna ihrerſeits ließ auf den Vorſchlag erwiedern, 16./27. Januar: ſie gebe ihre Zuſtimmung zu einer Conferenz zwiſchen Marlborough und dem Kurfürſten. In Betreff des Prinzen Eugen könne ſie nicht anders als annehmen, ihre eindringlichen Bitten würden bei dem Kaiſer eine ſolche Wirkung geübt haben, daß der Prinz Eugen ſich bereits auf dem Wege nach Spanien befinde [2]).

Es war die letzte Kundgebung des unberechtigten Verdruſſes in dieſer Sache. Marlborough ſchwieg von da an über die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Dagegen iſt aus dem ſpäteren Verlaufe der Dinge wahrſcheinlich, daß die Ausſichten, die für ihn ſich aus dem Vorſchlage des Kaiſers entwickelten, ihm beſſer gefielen als jene aus

---

[1]) Kaiſerliches Reſcript an den Grafen Gallas, vom 14. Februar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 31. Januar.

der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Als Hoffmann einige Zeit ſpäter ihm mittheilte, daß der Wiener Hof abermals auf die Conferenz dringe, nicht mehr in Hannover, ſondern im Haag, ſprach Marlborough den Wunſch aus, daß Hoffmann die Angelegenheit durch eine Denkſchrift an die Königin bringe. Dem ihm vorgelegten Entwurfe fügte er die Bitte hinzu, das Schriftſtück ohne Zeitverluſt einzureichen [1]). Es geſchah durch den neuen Staats-Secretär Boyle, und die Königin genehmigte, ohne auch nur einem anderen Miniſter eine Mittheilung zu machen. Es war der Beginn des Zuſammenwirkens des Prinzen Eugen und Marlboroughs im Jahre 1708, mit den Conſequenzen von Oudenarde und Lille.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Unterdeſſen gingen die Beſorgniſſe, welchen über die Nicht-Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien Marlborough von London, Heinſius vom Haag aus nach Wien hin ſo ſtarken Ausdruck gegeben, nicht in Erfüllung. Im Parlamente kam, wie es ſcheint, die Sache gar nicht wieder zur Sprache, wenigſtens nicht in der Form eines Beſchluſſes. Aber beide Häuſer beſchäftigten ſich wiederholt mit den Angelegenheiten in Spanien. Im Oberhauſe hatte die erſte Erörterung den Lord Peterborough nur erſt geſtreift: am 13./24. Januar und dem folgenden Tage wurden die Angriffe ſchärfer. Das Oberhaus verlangte die anklagende Denkſchrift des Grafen Gallas mit den Beilagen (Band XII, S. 129 und 543). Darunter befand ſich der Brief Peterboroughs an Carl III. vom 10. Juni, enthaltend die Meldung, daß er zu einem Marſche des Königs über Valencia nach Madrid weder Geld, noch ein Maulthier geben könne. Dies ſcharfe Zeugnis wider ihn ſtrebte Peterborough hinweg zu reden, nicht dadurch, daß er ſich gegen Carl III. wandte, ſondern gegen Galway, der mit dieſer Frage direct nicht in Beziehung ſtand. Von dem jungen Könige ſprach er mit großem Ruhme, und beklagte nur nicht dasſelbe auch von deſſen Miniſtern ſagen zu können. Immer aber kehrte er auf Galway zurück, und geſtaltete ſeine Vertheidigung um zu einer Anklage wider

[1]) Pray lose no time in letting M. Secretary Boyle have this memorial. Zu Hoffmanns Berichte vom 28. Februar.

dieſen. Nur in zwei Punkten, ſagte er, erkläre er ſich für ſchuldig: dem einen, daß er gegen das Votum des Kriegsrathes, dem er ſonſt in allem gefolgt, Barcelona angegriffen und genommen; dem anderen, daß er von Genua aus dem Lord Galway ſo viel Geld zugebracht, daß dieſer dadurch in den Stand geſetzt worden ſei zu marſchiren und ſich bei Almanza ſchlagen zu laſſen [1]).

Die endloſen Reden Peterboroughs, die zahlreichen Zeugen, die er vorführte, die Papiere, die er vorlegte, ermüdeten die Hörer. Man ließ, ohne zu einem Beſchluſſe zu kommen, die Angelegenheit fallen [2]).

Schwieriger geſtaltete ſich für die Regierung eine andere Frage in Betreff des Krieges in Spanien vor dem Unterhauſe. Es ergab ſich, daß im Jahre zuvor die Mittel bewilligt waren für mehr als 29.000 Mann in der ſpaniſchen Halbinſel, daß dagegen bei Almanza mitgekämpft hatten 8660 Mann, daß ſich in Portugal damals kein Engländer befand, und in Catalonien und Valencia nur hin und wieder einige wenige Regimenter lagen, ſo daß der Abgang auf 16.000 bis 17.000 Mann geſchätzt werden mußte. Es ward der Antrag eingebracht, daß das geſammte Haus durch eine Adreſſe die Königin um Auskunft über dies Misverhältnis erſuchen möge. Keine Stimme des Widerſpruches gegen den Antrag ward laut [3]). Auf die Ueberreichung der Adreſſe antwortete die Königin: „Meine Herren, Ihrem Wunſche ſoll mit aller Sorgfalt willfahrt werden, und in kurzer Zeit werde ich Ihnen die Antwort zugehen laſſen."

Einem ſolchen Thatbeſtande gegenüber befand ſich das Miniſterium Godolphin in einer ſchwierigen Lage. Und zwar dies um ſo mehr, da unter denen, die auf Unterſuchung drangen, ſich eine amtliche Perſönlichkeit befand, von welcher man, nach dem üblichen Brauche in ſolchen Fällen, ein Eintreten zu Gunſten der Regierung hätte erwarten ſollen, der Staats-Secretär Harley [4]).

Dies Vorgehen Harleys brachte daher Marlborough und Godolphin zu dem Entſchluſſe, ihre Sache mit ihm zur Entſcheidung zu

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar.
[2]) Burnet p. 820 (London Edition 1857).
[3]) Hoffmanns Bericht vom 17. Februar.
[4]) Desgleichen vom 24. Februar.

bringen. Dieſe erfolgte in der That, bevor das Unterhaus jene ſpaniſche Angelegenheit erledigte, und darum haben wir zunächſt auf dieſe Sache Harleys unſere Aufmerkſamkeit zu richten.

Entlaſſung des Staats-Secretärs Harley.

Auf die dringende Bitte Marlboroughs, vom Feldzuge aus, am 15. September, daß die Königin vor dem Beginne des Parlamentes ſich entſcheiden möge zwiſchen Godolphin und Harley, war eine Antwort nicht erfolgt. Demnach wollte die Königin nicht willfahren. Nach der Rückkehr Marlboroughs aus dem Feldzuge erſuchte Harley bei Godolphin um eine perſönliche Conferenz mit ihm und Marlborough. Die, wenn auch zuſagende, Antwort Godolphins athmet nicht eine freundliche Stimmung [1]). Die Zuſammenkunft heilte nicht die Differenz, ſondern erweiterte ſie. Einige Wochen ſpäter ließ der Treaſurer in officieller Form dem Staats-Secretär ſein Misfallen über deſſen Verhalten ankündigen. Auch darauf noch antwortete Harley mit der Verſicherung des Vertrauens auf ſeine Unſchuld und dem Wunſche, durch ſeine Handlungen die Aufrichtigkeit ſeiner Abſichten und ſeines Pflichteifers für Godolphin zu beweiſen [2]). Mit dieſer unterwürfigen, wenn auch heuchleriſchen Redeweiſe Harleys zu Godolphin iſt nicht vereinbar, was man ſpäter über ſein Auftreten gegen Marlborough erzählte, daß er dieſem ſchon damals offen den Vorwurf gemacht, er ſuche in ſeinem Privat-Intereſſe den Krieg in die Länge zu ziehen [3]). Vielmehr war es für Harley klüger, Marlborough nicht zu reizen, weil immerhin für ihn die Möglichkeit da war, über Godolphin den Sieg davon zu tragen, weniger jedoch über Marlborough und Godolphin. Des Letzteren kurze, ſcharfe Antwort auf jenes heuchleriſche Schreiben enthielt die Ankündigung des Bruches [4]).

Zugleich ſchien für Harley eine andere Gefahr emporzuwachſen. Es ergab ſich, daß aus ſeinem Bureau verſchiedene Nachrichten zur Kunde der Franzoſen gekommen waren, namentlich das Handſchreiben der Königin, vom 29. November 1707, an den Kaiſer, betreffend die

---

[1]) Beide Schreiben vom 5. December, bei Somerville, Queen Anne p. 627.

[2]) A. a. O. p. 628. Vom 30. Januar/10. Februar.

[3]) Rapin Thoyras t. IV, p. 223 a.

[4]) Somerville p. 628.

Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Der Verdacht haftete an einem Beamten, Namens Gregg, welcher den Auftrag hatte, die Correſpondenz der gefangenen Franzoſen in England, alſo namentlich des Marſchalls Tallard, mit Frankreich, welche durch das Amt des Auswärtigen vermittelt werden mußte, zu überwachen, und welcher demgemäß die Gelegenheit hatte, derartigen Briefen auch andere Papiere beizufügen. Die Verhöre des Gregg führten weitere Verhaftungen nach ſich, namentlich eines Savoyarden Baud, Secretärs des Geſandten Briançon. Man hatte nämlich aus Paris die ſichere Nachricht erhalten, daß der Hof dort bis zum 10. Juni des Jahres zuvor von einem Plane gegen Toulon keine Kunde gehabt hatte, und der Beginn dieſer Kunde ward dem Savoyarden Baud beigemeſſen [1]). Man ging noch weiter. Der Staats-Secretär Sunderland forderte von dem kaiſerlichen Reſidenten Hoffmann auch die Einwilligung in die Verhaftung von Primoli, einem Secretär des Grafen Gallas, welcher letztere noch nicht wieder eingetroffen war. Hoffmann meinte, ſich nicht weigern zu dürfen. Unzweifelhaft ſtand Primoli in Verbindung mit Baud, und hatte von dieſem her die Nachricht über jenen auffallenden Plan Marlboroughs, daß nur er und Victor Amadeus offenſiv verfahren, Carl III. in Spanien auf die Defenſive beſchränkt bleiben ſollte. Nicht jedoch eine Unterſuchung nach dieſer Richtung hin war das Ziel Sunderlands, ſondern Anhaltspunkte zu finden, welche Harley als den Chef in die Anklage gegen ſeinen Canzliſten Gregg verwickeln könnten. Eben dies wünſchte die geſammte Whig-Partei, die ſeit langem bei Marlborough und Godolphin darauf drangen, von der Königin die Entlaſſung des gefährlichen Harley zu fordern, und dieſe Entlaſſung zur Bedingung ihrer ferneren Unterſtützung machten. Das Oberhaus, das iſt die Whig-Mehrheit darin, wählte einen Ausſchuß von ſieben Mitgliedern zu dem Zwecke der weiteren Nachforſchung über jenen Verdacht.

Dieſer Gefahr freilich durfte Harley ruhig die Stirn bieten. Die Ausſagen des Angeklagten Gregg ergaben in Betreff Harleys Nachläſſigkeit und Mangel an Vorſicht in der Geſchäftsführung, nichts weiter. Während der Angeklagte Gregg für ſich perſönlich alles eingeſtand,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar. Vgl. Bd. XII, S. 329.

wehrte er von Harley jede Anklage ab. Er bestätigte dies in besonders nachdrücklicher Weise in der letzten Schrift, die er vor seiner Hinrichtung dem Sheriff übergab. Von dieser Seite her war Harley nicht beizukommen.

Bevor indessen dieser Verdacht gegen Harley sich aufklärte, waren Marlborough und Godolphin, auf das Andringen der Whig-Partei und im eigenen Interesse, gegen Harley vorgegangen. Wie im Sommer zuvor die Königin den brieflichen Mahnungen Marlboroughs gegen Harley ausgewichen war, so nach seiner Rückkehr auch den mündlichen. Die Stimmung wurde daher noch gespannter. Sie ward nicht gemildert durch das Mit-Eintreten der Lady Marlborough, welche für den Fall, daß Marlborough aus seiner Stellung gedrängt würde, wo sie selber dann auch nicht bei Hofe bleiben könnte, in zudringlicher Weise der Königin das Versprechen entriß, die von ihr, der Lady Marlborough, bekleideten Hofämter ihren zwei ältesten Töchtern zu geben [1]). Der Gedanke, daß Godolphin die Alternative der Wahl zwischen ihm und Harley stellen könnte oder würde, war der Königin seit langem bekannt; der andere, daß Marlborough sich darin mit Godolphin vereinigen könne, scheint der Königin bis dahin nicht gekommen zu sein. Sie erwiederte der andringenden Lady Marlborough: „Wir dürfen uns niemals trennen."

Nachdem aber die Königin der wiederholt angeregten Alternative der Wahl zwischen Godolphin und Harley immer ausgewichen war, vereinbarten Marlborough und Godolphin den Plan, nach welchem nicht bloß mehr der letztere, sondern der erstere zusammen mit ihm der Königin die Alternative stellen wollte.

Am 7./18. Februar, einem Samstage, trat Marlborough in dieser Absicht vor die Königin [2]). Er erging sich in starken Ausdrücken

---

[1]) Coxe vol. II, p. 204.

[2]) Ich folge wesentlich dem ausführlichen Berichte von Hoffmann, 24. Februar, der unter dem unmittelbaren Eindrucke des Vorganges niedergeschrieben wurde. Das nicht-datirte Schriftstück bei Coxe vol. II, p. 191 erscheint mir nicht als ein Brief, der an die Königin abgeschickt wurde, sondern als die Vereinbarung der Rede Marlboroughs für die Audienz. Das Schriftstück schließt mit den Worten: And I beseech Y. M. to look upon me, from this moment, as forced out of your service etc. Wenn aber eine solche Aeußerung schriftlich in den Händen der Königin war, so konnte doch wohl Marlborough nicht nachher noch zur Audienz erscheinen.

gegen Harley. Er nannte das Verhalten desſelben falſch und verrätheriſch. Wolle die Königin einen ſolchen Mann im Dienſte behalten, ſo werde ſie dadurch ihre Angelegenheiten daheim zerrütten, in ganz Europa Kummer und Erſtaunen erregen. „Indem ich aber, fuhr er fort, für meine eigene Ehre und Reputation einzuſtehen habe, darf ich mich nicht täglich zum Opfer der Falſchheit und des Verrathes hingeben, ſondern muß Eurer Majeſtät unterthänigſt eröffnen, daß keine Rückſicht mich bewegen kann, länger mit jenem Manne zu dienen. Ich erſuche daher Ew. Majeſtät von dieſem Augenblicke an, mich aus Ihrem Dienſte als hinaus gezwungen zu betrachten, ſo lange Sie es für geeignet finden, jenen Mann darin zu behalten." Dasſelbe erklärte er im Namen Godolphins. Sie beide würden ſich ſofort auf das Land zurückziehen, dort Gott bitten die Regierung der Königin zu ſegnen, und ſie aus den Händen jenes Mannes zu erlöſen, bevor es zu ſpät ſein würde. Marlborough bat ferner um baldige Entſcheidung, weil Gefahr im Verzuge, und namentlich die Generalſtaaten Nachricht wünſchen würden, um, im Falle ſeiner Nicht-Wiederkehr, ſich nach einem anderen Feldherrn umzuſehen. — Die Königin, heftig weinend, erwiderte, er könne eben ſo wohl ſeinen Degen ziehen und ſie durchſtoßen, als das Commando niederlegen wollen. Eine weitere Antwort gab ſie nicht. Marlborough mußte ſich ohne eine Entſcheidung zurückziehen.

Die Kunde dieſes Standes der Dinge verbreitete ſich raſch. Noch am ſelben Tage einigte man ſich unter der Hand in beiden Häuſern des Parlamentes, im Falle der Entlaſſung von Marlborough und Godolphin alle Geſchäfte zu ſuſpendiren und die Königin um die Urſache einer ſo wichtigen Aenderung zu befragen. Die Whig-Partei insgeſammt haßte Harley; die Zahl ſeiner Freunde unter den Tories war nicht groß. Beiden Parteien galt er als ein Mann ohne Grundſätze [1]).

Auf den folgenden Tag, Sonntag den 8./19. Februar, war eine Sitzung des Cabinetsrathes angeſagt. Marlborough und Godolphin ſtellten ſich nicht ein [2]). Nachdem die Königin ihren Sitz ein-

[1]) Beide Parteien, ſagt Hoffmann, halten ihn für einen gefährlichen Caba-liſten und einen Mann von gar keinen principiis.

[2]) Ueber den Verlauf dieſer Sitzung iſt der Bericht bei Burnet p. 821 (der London Edition 1857) die Grundlage aller ſpäteren.

genommen, begann Harley über einige auswärtige Angelegenheiten zu berichten; aber in der Haltung der Mitglieder der Verſammlung prägte ſich Verſtimmung aus. Der Herzog von Somerſet brach hervor mit den Worten: er ſehe nicht ab, wie über ſolche Angelegenheiten in Abweſenheit des Generals berathen werden könne. Er wiederholte dies mit einiger Heftigkeit, und die verdroſſene Haltung der Anderen that das Uebrige, ſo daß ſich die Königin genöthigt ſah, die Verſammlung aufzuheben. Sie konnte ſich nicht verhehlen, daß das Beiſpiel von Marlborough und Godolphin auch bei anderen Miniſtern Nachfolge finden würde.

Dennoch zögerte die Königin mit ihrer Entſchließung bis zum nächſten Tage, dem 9./20. Februar. Es herrſchte allgemein die Anſicht, daß, wenn es ſich nur um Godolphin gehandelt hätte, die Königin lieber dieſen als Harley entlaſſen würde [1]). Dadurch, daß Marlborough gemeinſame Sache mit Godolphin machte, war Harleys Plan durchkreuzt. Das Verbleiben Marlboroughs als Feldherrn ſtand der Königin höher als ihre Furcht vor der Herrſchaft der Whig-Partei. Dies beweiſt, daß ſie damals ſich ihrer Krone ſicher fühlte nur durch die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Erwähnenswerth jedoch iſt das Gerücht, daß Harley, im Falle ſeines völligen Sieges, wo er für ſich die Stelle des Treaſurers in Ausſicht genommen, auch für das Commando der Armee in den Niederlanden an einen Erſatz gedacht habe, nämlich an den Kurfürſten Georg Ludwig [2]).

Es gereichte zur beſonderen Verwunderung, daß die Königin über den Plan ſich in ſolcher Weiſe von der Herrſchaft der Whig-Partei loszuwinden, wie es nun ans volle Licht trat, ſich zu keinem Anderen vorher eröffnet hatte [3]). Aber es fragte ſich, ob ſie gegen die ſtarke Strömung wider Harley Stand halten könne.

---

[1]) Hoffmann: Es will durchgehends dafür gehalten werden, daß wenn Marlborough nicht causam communem mit Godolphin gemacht und es ſich allein zwiſchen dieſem und Harley gehandelt hätte, die Königin lieber jenen als dieſen entlaſſen haben würde.

[2]) Schreiben des Secretärs Primoli, vom 17. März, im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive in Prag.

[3]) Primoli ſagt: Di tutte queste cabale mai la Regina si è aperta con chi vi sia, il che è ben ammirabile e virtuoso: anzi Lei era per sostenere

Harley ſelber ſcheint eher gewichen zu ſein als die Königin. Er mochte die Stimmung gegen ihn ungünſtiger finden, als er ſelbſt vorher ſie ſich gedacht, und in der Furcht vor der wider ihn aufſteigenden Gefahr bat er ſelber die Königin nachzugeben.

Am Montag Morgen, dem 9./20. Februar, ſprach die Königin ihren Entſchluß aus, den Staats-Secretär Harley zu entlaſſen. An ſeine Stelle trat noch am ſelben Tage Boyle, dem gräflichen Hauſe Burlington angehörig, bisher Kanzler des Schatzamtes, eine Perſönlichkeit, die nicht der einen oder der anderen Partei beigezählt wurde, dagegen bei beiden Parteien in Anſehen und Achtung ſtand. Nach der Anſicht des kaiſerlichen Geſandten Gallas hatte bei Marlborough zur beſonderen Empfehlung für Boyle gereicht deſſen günſtige Geſinnung für Victor Amadeus. — Die hauptſächlichen Anhänger Harleys dagegen kamen der Entlaſſung durch freiwillige Reſignation zuvor. Es waren die drei Tories: der Controlor des königlichen Haushalts, Ritter Manſell, der General-Advocat Harcourt, der Kriegs-Secretär St. John [1]).

Marlborough und Godolphin hatten in erſter Linie gehandelt; aber der Sieg kam weniger ihnen zu gute als der Whig-Partei, unter deren moraliſchem-Drucke ſie gehandelt hatten. Fortan war von Seiten der zwei Häupter jedes Sträuben gegen die Forderungen der Whig-Partei auf die Dauer unhaltbar [2]). Mit der Entlaſſung Harleys beginnt die Herrſchaft der Whig-Partei.

Sie hatte geſiegt; aber in dem Siege ſelbſt ſaß der Wurm, der ihn anfraß. Sie hatte geſiegt über die widerſtrebende Neigung der Königin. Dieſe hatte ſich fügen müſſen, aber darum hatte ſich ihr Widerſtreben noch nicht in Willigkeit gewandelt. Je weniger ſie in der nächſten Zeit eine Ausſicht ſah, dieſes Widerſtreben gegen die Forderungen der Whig-Partei zu bethätigen, deſto intenſiver ſpannten

---

l'Harley di tutta forza e l'haverebbe sostenuto (per quello dicono), se li due Signori menzionati ed una parte dei consiglieri di stato non si fossero dichiarati di voler rinonziare, quando l'altro non fosse stato rimosso.

[1]) Bericht Hoffmanns vom 24. Februar, und derjenige des Grafen Gallas vom 5. März.

[2]) Gallas in einem Briefe vom 5. März ſagt ſogar: Godolphin tout bon joueur d'échec qu'il est, a eu à la fin échec et mat par le parti des Whigs.

ſich in ihr die Wünſche es zu können. Dies zumal unter der Einwirkung ihrer Freunde. Wenn auch äußerlich der Schein eines guten Verhältniſſes mit dem Ehepaare Marlborough und Godolphin noch erhalten blieb, ſo hatte doch der Druck, den alle drei auf ſie geübt, die früheren Bande der Zuneigung durchſchnitten. Um ſo mehr ſuchte die Königin Zuflucht bei ihrer Freundin Maſham. Es hatte ſich anfangs das Gerücht verbreitet, daß, nach Harley, auch dieſe Hofdame entlaſſen ſei. Man meinte, daß die Königin dem Andringen nicht blos des Ehepaares Marlborough und Godolphins, ſondern auch vieler Parlaments-Mitglieder nicht werde widerſtehen können [1]). Das Gerücht bewährte ſich nicht. Frau Maſham blieb. Und mit ihr blieb auch für Harley der Zutritt zu der Königin. Die Miniſter und die Whig-Partei hatten dieſem gefährlichen Gegner den Zutritt nehmen können, den er vermöge ſeines Staatsamtes beſaß: ſie hatten nicht die Macht, ihm den Verkehr mit ſeiner Verwandten zu unterſagen, die im unmittelbaren perſönlichen Dienſte der Königin ſtand. Die Bedeutung und der Einfluß jener Frau konnte eben damals noch um ſo mehr ſteigen, weil die Perſönlichkeit, die ihr hätte entgegen wirken können, ſich zurückzog. Lady Marlborough kündigte der Königin an, daß nach der ſehr harten und ungewöhnlichen Behandlung, welche ſie erfahren, ſie annehmen müſſe, der Königin werde nichts ſo läſtig ſein als ihre Anweſenheit. Darum wolle ſie aufs Land gehen [2]). Eine gütige Antwort [3]) der Königin und die Mahnungen der Freunde der Lady änderten nicht dieſen Entſchluß. Auch Marlborough, von Holland aus, war der Anſicht, daß Lady Marlborough die Frau Maſham durch nichts mehr verpflichten könne als durch das eigene Entfernt-Sein von der Königin; aber er wolle ihr keinen Zwang auferlegen [4]). Fortan kamen die Königin und Lady Marlborough faſt nur noch geſchäftlich

---

[1]) Primoli meldet, 23. April: S. M., non ostante l'addirizzo del Parlamento e le rimostranze del duca, di Marlborough e di M. Tresoriere non se n'è voluta disfare nel tempo che ogn'uno lo credette, e vuol in ogni forma haverla presso di lei.

[2]) Coxe vol. II, p. 204.

[3]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 111.

[4]) A. a. O. p. 115.

zuſammen; dagegen zog ſich das freundſchaftliche Verhältnis der Königin und der Frau Maſham feſter, zu Gunſten zugleich von Harley.

Formell war er entlaſſen: in der Wirklichkeit entzog ſich fortan ſeine Thätigkeit jeglicher Ueberwachung. Sein erſter Verſuch war mislungen, aber nicht die Ausſicht ihm abgeſchnitten, den Verſuch zu erneuern, wenn etwa die Dinge ſich günſtiger wendeten, und einſtweilen die Gewisheit ihm geblieben, für dieſe günſtige Wendung der Dinge arbeiten zu können.

Zunächſt jedoch ſchien ſein Sturz das Miniſterium Godolphin befeſtigen zu müſſen, namentlich in Betreff der Angelegenheiten in Spanien.

Fortgang der ſpaniſchen Angelegenheiten im Unterhauſe.

Gemäß jener Antwort der Königin auf die Anfrage des Unterhauſes um Auskunft über die Truppen in Spanien wurde eine ausführliche Schrift ausgearbeitet, welche das Räthſel des Misverhältniſſes jener Zahlen löſen ſollte, und am 18./29. Februar von dem Sprecher vor dem Unterhauſe verleſen [1]). Aber die Schrift wich der eigentlichen Frage aus. Sie beſchäftigte ſich viel mit den Truppen, die man nach Almanza habe aufbringen wollen. Sie zog den König von Portugal herein, und fand es nicht rathſam, eine allzu ſcharfe Nachforſchung des Truppenſtandes eines Verbündeten vorzunehmen, der unabläſſig vom Feinde umworben werde. Die Schrift befriedigte nicht. Die Tory-Partei im Unterhauſe meinte bereits eine feſte Angriffs-Baſis gegen das Miniſterium zu haben. Von ihr aus erfolgte der Antrag: der geringe Stand der engliſchen Truppen zur Zeit der Schlacht von Almanza ſei dem Mangel an rechtzeitigem und wirkſamem Nachſchube beizumeſſen. Die erwartete Bejahung ſollte zur Begründung einer Anklage gegen das Miniſterium Godolphin dienen.

Wie aber die Dinge lagen, mußte eine ſolche Anklage zum Vortheile für die Plane Harleys ausſchlagen. Indem die Whig-Partei nicht Godolphin zu Gunſten Harleys fallen laſſen wollte, entſchied ſie ſich, auf Koſten der offenkundigen Wahrheit, gegen jenen Antrag.

[1]) Commons Debates vol. III, p. 88.

Derſelbe ward mit 250 gegen 175 Stimmen verneint [1]). Damit war das Miniſterium freigeſprochen. Die Verneinung zog die Bejahung nach ſich. Eine Adreſſe, überreicht durch das geſammte Haus, ſprach der Königin Dank aus für ihre Maßregeln den Stand der Dinge in Spanien herzuſtellen, und die Königin antwortete in entſprechender Weiſe.

Die Aeußerungen des in erſter Linie Betheiligten, des Königs Carl III., die wir zum Jahre 1707 vernommen haben (Band XII, S. 286), laſſen vermuthen, daß eine Verhandlung über die näheren Umſtände des Treffens von Almanza vor ſeinem Forum einen anderen Ausgang genommen haben würde als vor demjenigen der Whig-Partei des Parlamentes von England. Hatte Peterborough ſich durch die Ermüdung ſeiner Hörer im Oberhauſe von jeder Anklage frei gekämpft, ſo ward im Unterhauſe gegen den Whig Galway eine Anklage nicht einmal erhoben. Für das geſchichtliche Urtheil über ihn jedoch dürften die Worte ſeines Gegners, des Marſchalls Berwick (Band XII, S. 288), eine feſte Grundlage bilden.

Wenige Tage ſpäter trugen Ereigniſſe von außen bei, die Stellung der Whig-Partei zu verſtärken, nämlich die erſte Kunde, der Verlauf und der Ausgang eines Verſuches, den damals Ludwig XIV. auf Schottland vorbereitete. Nachdem ſchon zu Ende des Monats Februar ſich Gerüchte verbreitet hatten, daß in Dünkirchen bedrohliche Rüſtungen ſtatt fanden, ließ die Königin am 4./15. März durch den Staats-Secretär Boyle dem Unterhauſe anſagen, daß der prätendirte Prinz von Wales in Dünkirchen eingetroffen ſei, augenſcheinlich zum Zwecke einer Invaſion in England. Wir haben alſo auf den Urſprung und das Werden dieſes Planes unſere Aufmerkſamkeit zu richten.

Der Verſuch des Prätendenten auf Schottland, im März.

Die Mehrheit des letzten ſchottiſchen Parlamentes hatte die Unions-Acte beſchloſſen, das engliſche Parlament ſie in derſelben Form angenommen, die Königin ſie ſanctionirt. Die Ausdrücke der Königin bei dieſem Anlaſſe laſſen keinem Zweifel Raum, daß weitaus die Mehrheit der Engländer die Union als eine Segnung betrachtete. Nicht ſo war es bei den Schotten. Die Mehrheit derſelben war auch

[1]) Hoffmanns Berichte vom 6. und 13. März.

vorher nicht für die Union gewesen: mit der Durchführung derselben vom 1. Mai 1707 an stieg die Abneigung. Die englischen Zollbedienten erregten so sehr den Unwillen der Schotten, daß diese behaupteten, England sende seinen Abschaum nach Schottland [1]). Vor allen Dingen aber schmerzte der Verlust der Selbständigkeit von Schottland. Dafür schien es nur ein Heilmittel zu geben, nämlich die Herstellung des königlichen Hauses Stuart. Auch die Presbyterianer und Cameronianer kamen nun über den Einwand der katholischen Religion hinweg. Denn, sagten sie, Gott könne den König bekehren, oder er könne protestantische Kinder haben; aber die Union könne niemals gut werden.

Die Wünsche vieler Menschen in Schottland nahmen sogar die Form der Erwartung an. Zur selben Zeit, wo in London die Königin Anna die Acte der Union sanctionirte, bereiteten in Schottland Viele sich vor mit Waffen und Pferden zu dem Könige Jacob VIII. zu stoßen, wenn er nun bald landen werde. An den Wünschen und Erwartungen dieser Art betheiligten sich Mitglieder aller bisher verschiedenen Parteien, so daß ein Schotte, der mitten in der Bewegung stand, in dieser Beziehung auf seine Landsleute das schottische Sprichwort anwandte: „Sie Alle waren Eines Vaters Kinder" [2]).

Wenden wir also unsere Blicke nach St. Germain.

Dort war im Laufe der Jahre der Sohn, dessen Geburt im Juni 1688 dem Hause Stuart die Krone zu sichern schien, und um dessen vermeintlicher Rettung und Erhaltung willen der Vater Jacob II. sich zu der Thorheit verleiten ließ, durch seine Flucht, im December, dieselbe Krone zu verlassen und preis zu geben — dieser Sohn war nun zum jugendlichen Manne empor gewachsen, erfüllt von dem sehnlichen Wunsche, das Recht seiner Väter wieder zu erwerben. Aber er wie seine Mutter Marie waren noch immer berathen von denselben Männern, wie einst der Vater Jacob II., von Middleton und Caryll, die eben so wenig wie die königlichen Personen selbst erkannten, daß gerade derjenige Mann, auf welchen sie für die Herstellung besonders hofften, der König von Frankreich, das stärkste Hindernis gegen dieselbe

---

[1]) Lockharts Memoirs t. I, p. 223. Auch für das nächst Folgende.

[2]) A. a. O. p. 227. They were all one man's bairns.

war. Indem das Königshaus Stuart ſein Geſchick an dasjenige Ludwigs XIV. band und gebunden erhielt, galten die Siege Marlboroughs nicht blos der Macht Ludwigs XIV., ſondern auch dem Rechte Jacobs III., welcher in jenem Könige den Schützer ſeines Rechtes zu erblicken vermeinte. Ludwig XIV. hatte beim Tode Jacobs II., im September 1701, den Sohn als Jacob III. anerkannt. Damit ſchien ja er ſich für die Herſtellung desſelben verpflichtet zu haben. Allein es blieb vielleicht der Königin Marie wie ihrem Sohne unbekannt, daß unter den Friedenserbietungen Ludwigs XIV. vom Jahre 1706 voran ſtand die Anerkennung der Königin Anna.

Nur einmal findet ſich eine Andeutung, daß der Vorſchlag gemacht worden ſei, für die königliche Familie einen anderen Aufenthaltsort zu erwählen. Der Vorſchlag ſcheint ohne weitere Erörterung zurück gewieſen zu ſein [1]).

In der Erweiſung der äußeren Ehren hielt Ludwig XIV. feſt daran, ſeinen Schützling als den gleichberechtigten König anzuerkennen. Der Hofmann Dangeau berichtet: „Wenn der König von England auf einem Balle ſein erſtes Menuet tanzt, erweiſt ihm der König die Ehre ſich beſtändig aufrecht zu halten" [2]). Bei ſolcher Höflichkeit mochte Marie Beatrice ſich ſicher fühlen, daß um ſo mehr auch in ernſten Dingen ihr Sohn an Ludwig XIV. eine feſte Stütze haben werde.

Aber für Jahre lang tauchte, bei den Miserfolgen der franzöſiſchen Waffen, ein Hoffnungsſtern für St. Germain nicht auf. In Ermangelung eines ſolchen erörterte man dort oft aufs neue wieder die Frage, ob endlich einmal Marlborough und Godolphin das oft gegebene Wort einlöſen würden. Es ſcheint, daß es Marlborough gelungen ſei, nach St. Germain hin auch die Union mit Schottland als ein Werk guter Abſicht darzuſtellen, weil dadurch Godolphin im Amte erhalten werde. Denn in St. Germain galt die Meinung, daß, ohne Godolphin, Marlborough nicht vermögen würde, ſeine alte Schuld zu zahlen. Aber die Erwägungen ſolcher Art ſchloſſen dann doch immer mit dem Zweifel und der Beſorgnis, daß Marlborough nur ſein eigenes Intereſſe verfolge [3]).

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 75. 85.

[2]) Dangeau t. XII, p. 80.

[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 75.

Im Beginne des Jahres 1707 gelangten nach St. Germain die Nachrichten über die mismuthige Stimmung der Schotten wider die Union. Hier endlich ſchien ſich eine reelle Ausſicht zu eröffnen, und ſofort erblicken wir den Hof von St. Germain in reger Thätigkeit, um bei Ludwig XIV. eine Hülfe zu erwirken. In Verſailles war man minder eifrig. Auf das Andringen Middletons erwiederte Chamillart, daß der König abermals, wie ſchon früher, den Oberſten Hooke nach Schottland ſenden wolle, um an Ort und Stelle die Lage der Dinge zu erkunden. Die Bitten von St. Germain aus um ein Mehr blieben vergeblich. Noch im Februar 1707 begab ſich Hooke nach Schottland [1]).

Er trug bei ſich zwei Inſtructionen, die eine von St. Germain, die andere von Verſailles. Sie waren ſehr verſchieden. Diejenige von franzöſiſcher Seite ermächtigte ihn nicht zu einem poſitiven Verſprechen an die Schotten. Sie unterſagte ihm ausdrücklich den König in Ausgaben zu verwickeln, welche er, bei der Laſt der anderen ihm obliegenden, nicht tragen könne. Aber Hooke ſoll ſich genau erkundigen nach der Anzahl der Truppen, aus welchen die ſchottiſche Armee beſtehen werde, nach den Namen der Generale und der anderen Officiere, welche ſie commandiren ſollen, nach den feſten Plätzen, der Artillerie, dem Fuhrweſen, der Kleidung, der Bewaffnung, den Werkzeugen, Pulver und Blei u. ſ. w. Es wird in der Inſtruction nichts vergeſſen bis hinab zu Schuhen und Strümpfen. — Dies Alles ſollte Hooke erkunden zu einer Zeit, wo die einzige Realität, auf welche man in Betreff Schottlands rechnen konnte, in der Erregung der Mehrheit wider die Union beſtand. — Der engliſche Hiſtoriker, der ſiebzig Jahre ſpäter jene Inſtruction ans Licht zog, nennt ſie ein Probeſtück der Unwiſſenheit des franzöſiſchen Miniſteriums, ſowie der Unaufrichtigkeit gegen den Prätendenten [2]).

Dieſer ſelber ſtattete den Hooke mit einer Proclamation aus, welche das ſchottiſche Volk zum Wiedergewinne ſeiner Freiheit in die Waffen rief. Die Inſtruction ſtellte weiter in Ausſicht: „Sobald die Schotten in Waffen auftreten und ſich für uns erklärt haben, beab-

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 76.

[2]) A. a. O. p. 79.

sichtigen wir in Person ihnen zu Hülfe zu kommen mit dem Succurse, den der König von Frankreich uns versprochen hat, und den er nicht gewähren kann, bis die Schotten den augenscheinlichen Beweis ihrer Gesinnung gebracht haben."

Im Februar 1707 landete Hooke in Schottland und begann seine Thätigkeit. „Ich habe guten Grund zu glauben, sagt über ihn der schottische Jacobit Lockhart, daß er dem Hofe von St. Germain aufgenöthigt und der eigentliche Diener des französischen Königs war; denn der Oberst Hooke zeigte sich mehr beflissen um jeden Preis einen inneren Krieg zu erregen — denn das wollte ja der französische König — als diejenigen Maßregeln zu treffen, welche zum Dienste des Königs Jacob gereichten, und seine Unterthanen zu ermuthigen für ihn zu handeln" [1]).

Was hier der schottische Patriot aus seiner Wahrnehmung und Erfahrung über die Thätigkeit des Obersten Hooke im Jahre 1707 ausspricht, das schließt in sich, wie die Thatsachen von Anfang an uns ergeben haben, den Grundzug der gesammten Politik Ludwigs XIV. in Betreff des unglücklichen Hauses Stuart. Es war vom Beginne Jacobs II. das Trachten Ludwigs XIV. gewesen, jenen König mit der Republik der Niederlande, vor allem mit dem Prinzen von Oranien zu verfeinden, um sie gegenseitig lahm zu legen, damit sie nicht im Stande seien, seinen europäischen Planen entgegen zu treten. Ludwig XIV. hatte die Expedition des Oraniers im Jahre 1688 nicht gehindert, sondern negativ befördert, damit die Mächte Holland und England sich in einander verbeißen sollten. Als die Wage in England sich zum Vortheile des Oraniers senkte, hatte er, damit nicht ein Ausgleich erfolge, der zu seinen Ungunsten ausschlagen würde, das thörichte königliche Paar von England zur Flucht nach Frankreich verleiten lassen. Im Besitze der königlichen Familie von England und Herr ihres Willens hoffte Ludwig XIV. in England einen inneren Krieg zu erregen, nicht indem er selber zuerst Truppen und Geld daran wagte, sondern indem er zuerst die Engländer unter einander zu entzweien hoffte. Wie haben wiederholt die Differenz der Meinungen Ludwigs XIV. und Jacobs II. beobachtet: dieser verlangt zuerst die

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 227.

Sendung franzöſiſcher Truppen nach England, jener zuerſt eine jacobitiſche Erhebung in England. So namentlich bei dem Plane des Attentates auf Wilhelm III., im Februar 1696. Ungeachtet alles Mislingens bleibt der Grundzug bei Ludwig XIV. immer derſelbe. Nach dem Tode Jacobs II. proclamirte Ludwig XIV. den König Jacob III., weder aus Großmuth für die königliche Familie, noch aus thörichtem Hochmuthe gegen England, ſondern aus dem politiſchen Wunſche und der Hoffnung, dadurch England in ſich zu ſpalten.

Alle dieſe Wünſche und Hoffnungen waren fehl geſchlagen. Nun bot ſich im Jahre 1707 eine reelle Ausſicht, wie ſie bis dahin nicht geweſen war, das Haus Stuart, wenn nicht nach England, ſo doch nach Schottland wieder einzubringen. Und wiederum ſehen wir denſelben Grundzug der Politik Ludwig XIV.: er verlangt, bevor er eine Hülfe ſendet, zuerſt die Erhebung der Schotten in Waffen, alſo zuerſt den Bürgerkrieg.

Es iſt von Intereſſe, damit zu vergleichen, daß ſpäter auch Napoleon I. über eine Landung in England ähnlich gedacht hat wie einſt Ludwig XIV. Im Jahre 1805 errichtete Napoleon I. an der Nordküſte Frankreichs das große Lager von Boulogne, das wie eine ungeheuere Vorbereitung zur Landung in England angeſehen werden ſollte, und in Wirklichkeit eine Rüſtung gegen Oeſterreich war. Als einige Jahre ſpäter Metternich in einer Unterredung mit Napoleon I. bemerkte, daß er dieſe Offenſiv-Anſtalten nicht als gegen England gerichtet angeſehen habe, erwiederte Napoleon lächelnd: „Vous avez eu bien raison: jamais je n'eusse été assez sot pour entreprendre une descente en Angleterre, le seul cas excepté d'une révolution intérieure dans ce pays“ [1]).

Zwei Männer ragten damals in Schottland beſonders hervor, die Herzoge von Hamilton und Athol. Beide waren jacobitiſch geſinnt; aber der erſtere hatte durch ſein Verhalten im letzten ſchottiſchen Parlamente bei einigen ſeiner Landsleute Mistrauen gegen ſich erweckt. Der Jacobit Lockhart bezeichnet ihn als loyal, aber vielleicht ein wenig zu vorſichtig, oder eher furchtſam [2]). Nicht den Herzog von Hamilton

[1]) Metternichs nachgelaſſene Papiere Bd. I, S. 44.

[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 228.

zunächst suchte daher Hooke auf, sondern den Herzog von Athol und diejenigen, welche zu ihm hielten. Diesen Herzog selber mochte der Ehrgeiz leiten, als das Haupt einer Bewegung aufzutreten, die den König zurückbringen werde; aber auch von den Anderen, die mit ihm gingen, schätzte, wie Lockhart sagt, ein Jeder sich selber als einen zweiten Monk. So nahmen mit Athol fünfzehn oder sechszehn Edelleute es auf sich, ohne Vollmacht von Anderen, jene eingehenden Fragen des französischen Agenten Hooke zu beantworten. Dennoch sehen wir dann auch von ihnen her dieselbe Differenz der Ansichten sich kund geben, die einst zwischen Ludwig XIV. und Jacob II. bestanden: sie verlangten als Vorbedingung, daß der König Jacob VIII. sechs bis sieben tausend Mann regulärer Truppen mit bringe [1]).

Gegen Hamilton und dessen Freunde benahm sich Hooke so hochfahrend, daß eine Vereinbarung zwischen ihnen unmöglich schien. Hamilton und seine Freunde wendeten sich daher an Middleton in St. Germain. In der Hauptfrage jedoch stimmten sie mit jenen Anderen überein, und spannten ihre Forderung nur noch höher. Da ein Versuch mit schwachen Kräften, sagten sie, für die Person des Königs Jacob verhängnisvoll werden könne, und jegliche Aussicht für die Zukunft vernichten werde; da es ferner klar sei, daß, wenn in einer solchen Sache das Schwert gezogen, die Scheide weggeworfen werden müsse: so ersuchen sie, daß der König Jacob VIII. zum wenigsten 10,000 Mann regulärer Truppen mitbringe [2]).

Im Mai 1707 schied Hooke mit der Versicherung, daß im August der König kommen werde. Er erstattete seine Berichte in Versailles und St. Germain. Middleton richtete ein dringendes Schreiben an Chamillart: „Die Schotten erwarten ihren König, und er glüht vor Verlangen, zu ihnen zu eilen. Wenn ein geringer Theil der Mannschaft und des Geldes, das hier verwendet wird, ausreicht die Sache dort durchzuführen: so wäre es doch Unrecht zu zaudern“ [3]). Er verwies auf das Beispiel von Ungarn, so wie auf andere, um zu zeigen, wie vortheilhaft es sei, eine große Macht in ihrem Daheim anzugreifen.

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 233.

[2]) A. a. O.

[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 87, vom 27. Juli.

In denſelben Tagen gab Hooke nach Schottland die Nachricht, daß zur Zeit die Sache nicht unternommen werden könne.

Der Schotte Lockhart hebt mit Recht bei dieſem Anlaſſe die Discretion des ſchottiſchen Volkes hervor. Obwohl der Wunſch und die Abſicht ſo Vielen gemeinſam war, und in ſo zahlreichen Kreiſen der Bevölkerung erörtert wurde, daß der engliſchen Regierung eine allgemeine Kunde des Wunſches und der Abſicht nicht verborgen bleiben konnte: ſo fehlte es ihr doch an jedem beſtimmten Anhaltspunkte des Eingreifens.

Bei den Häuptern der Jacobiten in Schottland aber befeſtigte ſich durch dies Hinausſchieben der Verdacht, der ſchon durch das Verhalten des Agenten Hooke bei ſeiner Anweſenheit rege geworden war, daß der König von Frankreich für das Haus Stuart nur in ſo weit bedacht war, als es ſeinem eigenen Intereſſe entſprach, und daß er den jungen König als ſein Werkzeug gebrauchte für ſeine eigenen Zwecke. — Dies war namentlich die Ueberzeugung des Herzogs von Hamilton [1]).

Ein auffallender Unterſchied tritt uns beſonders entgegen in dem Verhalten Ludwigs XIV. gegenüber dem Haupte des ungariſchen Aufſtandes, Franz Rakoczy, und dem Sohne Jacobs II., den er als den rechtmäßigen König proclamirt hatte. Dem Rakoczy war, wie er ſelber dankend bei Ludwig XIV. anerkennt, auch der Beginn ſeiner Rebellion nur durch franzöſiſches Geld möglich gemacht worden. Und dann erſt recht die Fortdauer. Ludwig XIV. zahlte pünktlich, Monat auf Monat und Jahr auf Jahr, und ſein Gold wandelte ſich in den Händen Rakoczys zum Schwerte und zur Brandfackel für Ungarn zunächſt, und dann für die Nachbarländer, damit durch alles dies die Macht des Kaiſers gelähmt würde. Ludwig XIV. hatte es ähnlich in ſeiner Hand auch die ihm gefährlichere Macht England daheim zu lähmen, wenigſtens vom Jahre 1707 an, wenn er nur den Bitten der Schotten willfahrte, ihnen einen verhältnismäßig geringen Theil ſeiner Macht zu Hülfe zu ſenden. Er zauderte. Er konnte ſich nicht entſchließen.

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 234.

Der Grund liegt in der Verschiedenheit sowohl der Sache als der Forderung. Ludwig XIV. besoldete den Franz Rakoczy als Rebellen gegen den Kaiser. Der Ungar war und blieb in den Augen Ludwigs XIV. ein Rebell, mit welchem er als König ein Bündnis zu schließen sich weigerte, so daß er ihn fallen lassen konnte je nach seinem Belieben. Auch schickte er ihm nicht Mannschaft, sondern Geld. Anders stand es mit dem Prätendenten Jacob Stuart. Er verlangte nicht zuerst Geld, sondern reguläre Mannschaft. Er war als rechtmäßiger König von Ludwig XIV. anerkannt. Wenn dieser den jungen König mit französischer Mannschaft nach Schottland gehen ließ, so war dort in doppelter Weise seine Ehre engagirt. Er hätte sich nicht lossagen können, weder von dem Könige Jacob, noch von seiner eigenen Mannschaft. Aber nicht er war Herr des Meeres, sondern England. Auch wenn es Ludwig XIV. gelang, den König Jacob und für Einmal mit ihm 10,000 Mann hinüber zu bringen: so war, im Falle des Fehlschlagens, der Ausgang für ihn von sehr bedenklicher Art.

So stand die Sache im Jahre 1707. Und dennoch entschloß sich dann Ludwig XIV., im Beginne des Jahres 1708, dem Andringen des Hofes von St. Germain nachzugeben und eine Flotte auszurüsten, die den jungen König mit 6000 Mann Landungstruppen nach Schottland hinüber tragen sollte.

Am 24. Februar entsendete der Prätendent von St. Germain aus zwei der drei schottischen Deputirten, die im Jahre zuvor zu ihm gekommen waren, an seine Getreuen in Schottland. Die Instruction beginnt mit den Worten: „Sie sollen den Freunden, die wir Ihnen genannt haben und hier nicht nennen dürfen, in unserem Namen versichern, daß wir im Begriffe sind zu kommen, mit aller möglichen Eile, um unser Recht zu behaupten und unsere Unterthanen, gemäß ihren Gesetzen, bei ihrer Religion, ihren Freiheiten, ihrem Gewerbe und Handel zu beschützen, ferner daß wir mit uns bringen eine ausreichende Macht, eine gute Summe Geldes, Waffen, Munition und andere Vorräthe, ganz wie das in Ihrer Denkschrift verlangt wird“ [1]).

Beachtenswerth für den Verlauf der Dinge ist dann der weitere Satz: „Sie sollen denen, welche damit beauftragt sind, in unserem

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 99. — Dangeau t. XII, p. 99.

Namen befehlen, daß ſie bei dem erſten Erſcheinen der Flotte, die uns trägt, oder bei der erſten Nachricht, die ſie von unſerer Landung erhalten, uns als König proclamiren überall da, wo ſie eine Autorität haben. Sie ſollen ferner alle wehrbare Mannſchaft mit ihren beſten Pferden und Waffen aufrufen, und ſollen alle Zuſammenkünfte derer, die fortan noch in der Rebellion verharren, hindern, und die Perſonen derſelben innerhalb ihres Bereiches ergreifen."

Es iſt von beſonderem Intereſſe, die Meinungen wahrzunehmen, die bei dem Kundwerden des Planes auf Schottland an den hauptſächlichen Orten zum Ausdrucke gelangten.

Im großbritanniſchen Parlamente ward wenige Tage zuvor die Frage erwogen, ob ein geheimer Rath für Schottland fortbeſtehen, oder nur Ein geheimer Rath für die vereinigten Königreiche ſein ſolle. Als die gewichtigſte Rede für den letzteren Antrag, den dann das Parlament zum Beſchluſſe erhob, galt diejenige des Lords Somers im Oberhauſe. „Die Königin und der Rath von Groß-Britannien, ſagte er, tragen die Sorge für den öffentlichen Frieden in allen Theilen des vereinigten Königreiches. Dies ſowohl in Betreff innerer Unruhen, als einer fremden Invaſion. In letzterer Beziehung hoffe ich, daß der Feind dazu keine Gelegenheit findet. Wir ſind zur Zeit beſſer verſorgt als im Frieden; denn dann haben wir kein ſtehendes Heer, jetzt aber beſitzen wir die genügenden Kräfte. Wenn ſo etwas wirklich ſich ereignen ſollte, ſo würden wir uns nicht zu verlaſſen haben auf Befehle oder Rathſchläge des geheimen Rathes von Schottland, ſondern auf die Truppen" [1]).

Man ſieht, dieſe Rede am 7./18. Februar ſtreift die Möglichkeit einer Invaſion in Schottland, und verneint die Wahrſcheinlichkeit.

Am 17./28. Februar hatte man in London ſichere Nachrichten über Rüſtungen in Dünkirchen. „Sollte der Feind wirklich eine Landung vorhaben, meldet Hoffmann, ſo kann ſie nur auf Schottland abgeſehen ſein. Man alarmirt ſich hier aber nicht ſehr darüber" [2]). Am ſelben Tage erging jedoch Marlboroughs Aufforderung an Ouwerkerke und Cadogan in den Niederlanden, Truppen zur Ein-

[1]) Hardwicke's State Papers vol. II, p. 473.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.

ſchiffung bereit zu halten, ſo wie die Generalſtaaten um die Fertigſtellung von Kriegsſchiffen zu erſuchen [1]). Zugleich ward mit raſtloſem Eifer gearbeitet, engliſche Schiffe ſeefertig zu machen.

Cadogan, der ſich nach Oſtende begeben, meldete beſtimmtere Nachrichten. Am 20. Februar/2. März gab Marlborough an, daß die Landungstruppen auf der franzöſiſchen Flotte aus 20 Bataillonen beſtehen würden. „Wenn aber, ſagt er, dieſer Weſtwind, bei welchem die feindliche Flotte nicht auslaufen kann, noch einige Tage anhält, ſo werden wir vor den Dünen ein Geſchwader bereit haben, das dem Feinde hinreichend gewachſen iſt.“ — „Marlborough, fügt Hoffmann hinzu, ſcheint keine ſonderliche Beſorgnis zu haben“ [2]).

Die Ausſichten für und wider wurden in London lebhaft erwogen. „Iſt der Landungsplan auf Schottland gerichtet, meldet Hoffmann am 25. Februar/6. März, ſo kann er kaum völlig fehl ſchlagen. Denn nur ein Drittel der Bevölkerung dort iſt für die Regierung, zwei Drittel ſind gegen ſie, entweder als Jacobiten, oder wegen der Union. Ob es aber dem Intereſſe von Frankreich entſpricht, 6000 Mann in ein feindliches Königreich zu ſetzen und dadurch aufzuopfern, weil man ja doch, bei der Ueberlegenheit der engliſchen Flotte, ſie nicht ſtützen kann — das wird billig in ſehr großen Zweifel gezogen“ [3]).

In London ward ein Brief des neuen franzöſiſchen Miniſters Desmarets an einen Freund viel beſprochen. Es hieß darin, die Vorbereitungen für Schottland ſeien ſo getroffen, daß das Unternehmen nicht fehl ſchlagen könne, und dann werde man binnen ſechs Monaten auch in England Aenderungen erleben [4]).

Erſt am 4./15. März ließ die Königin dem Unterhauſe die Gefahr kund thun. Wenden wir daher unſere Blicke zuvor nach Frankreich.

Der Plan einer Landung in Schottland erfüllte dort ſo ſehr die Gemüther der leitenden Perſönlichkeiten, daß der Magyar Vetes bereits am 1. Februar, wo nach außen hin über die Sache noch das tiefſte Geheimnis bewahrt wurde, an Rakoczy meldet, daß vor dieſer

[1]) Murray vol. III, p. 679.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. März.
[3]) Desgleichen vom 6. März.
[4]) Aus einem Schreiben des Secretärs Primoli, vom 3. April.

Angelegenheit alles Andere zurückſtehe [1]). Die Erwartungen dieſes beſonnenen ungariſchen Politikers von der Unternehmung gingen eben ſo hoch wie diejenigen vieler Franzoſen. Er meinte, daß das Gelingen derſelben einen völligen Umſchwung der Dinge herbeiführen werde [2]). Von den erſten Tagen des Monates März an war bei den kundbaren Vorbereitungen das Geheimnis nicht mehr zu bewahren; aber man gab ſich in Verſailles der Hoffnung hin, ſo viele Zeit gewonnen zu haben, daß engliſche Gegenmaßregeln zu ſpät kommen würden. Dem Gerüchte nach nahm die franzöſiſche Flotte in Dünkirchen an Bord 7000 Mann Landungstruppen, dazu 1500 iriſche Officiere, ferner 30,000 Flinten, 20,000 Piſtolen und 4 Millionen baaren Geldes [3]).

Nachdem alles fertig war, verfuhr Ludwig XIV. ähnlich wie im Jahre 1696, wo er den Mordplan Barclays gegen Wilhelm III. auszunutzen hoffte. (Band VIII, S. 172.) Seine Geſandten an neutralen Höfen, wie z. B. in Stockholm, erhielten den Auftrag zu verkünden, daß Ludwig XIV. ſich entſchloſſen habe, Schiffe auszurüſten und Truppen auszuſenden, um den jungen Prinzen Stuart auf den Thron ſeiner Väter wieder einzuſetzen und das in deſſen Vater, Jacob II., verletzte Recht des Königthumes herzuſtellen [4]).

Am 26. Februar/7. März begab ſich der König von England, wie er in Frankreich genannt wurde, zu Ludwig XIV., um Abſchied zu nehmen. Die Perſönlichkeit des damals faſt zwanzigjährigen Prinzen war kurz zuvor von der Herzogin von Orleans in einem Briefe an die Kurfürſtin Sophie gezeichnet mit folgenden Worten: „Unſer junger König von England hat wohl geſunden Verſtand und Vernunft, aber gar keine Lebhaftigkeit. Er iſt wohl erzogen, über die Maßen höflich, aber allezeit nachdenklich und traurig und ungeſund. Immer fehlt etwas. Er lacht aber ſelber über ſeine Träumerei und Zerſtreuung, und nimmt es gar nicht übel, wenn andere darüber lachen. Er iſt von gar gutem Naturell, hat großen Reſpect und Liebe zu der Königin

---

[1]) Fiedler, Actenſtücke u. ſ. w. Bd. I, S. 84.

[2]) A. a. O. p. 87: Cette entreprise est la chose la plus de conséquence pour la cause commune; car, si elle réussit, nous reviendrons sur l'eau. J'ai tout lieu de croire qu'elle réussira.

[3]) A. a. O.

[4]) Lamberty t. V, p. 17.

ſeiner Frau Mutter, ſo wie eine rechte Zärtlichkeit für ſeine Schweſter, die doch ganz anderer Art iſt“ [1]).

Der Prätendent nahm von Ludwig XIV. Abſchied mit den Worten: er hoffe nicht ſo bald die Ehre zu haben, den König wieder zu ſehen. Er werde in Schottland bleiben, wenn er dort auch nur eine einzige Burg habe. Wenn er aber einmal in ſeine Königreiche hergeſtellt werde, wie er hoffe, ſo werde er von London hierher kommen, um dem Könige ſeine Dankbarkeit und Anhänglichkeit auszuſprechen, ihm für ſeine Perſon, wie für das ganze königliche Haus [2]). — Die Worte zeigen, daß der Prinz glaubte fortan Herr ſeines Thuns und Laſſens zu ſein. Ob dies den Intentionen ſeines Gönners entſprach, ſtand noch dahin. Beim Scheiden von St. Germain nahm der Prätendent den Titel an: Ritter von St. Georg.

Viele Wünſche geleiteten ihn, auch derjenigen Blutsverwandten, von denen Andere vielleicht es nicht erwarteten.

Außer der Herzogin Eliſabeth Charlotte von Orleans, Tochter des Kurfürſten Carl Ludwig von der Pfalz, Enkelin alſo der einſtigen Prinzeſſin Eliſabeth aus dem Hauſe Stuart, befand ſich in Paris noch eine Tochter von Eliſabeth, Louiſe Hollandine, Aebtiſſin von Maubuiſſon. Die engliſche Succeſſions-Acte von 1701 hatte dieſe ältere Deſcendenz der Prinzeſſin Eliſabeth, weil katholiſch geworden, ausgeſchloſſen zu Gunſten ihrer jüngſten Tochter, der Kurfürſtin Sophie in Hannover, die dadurch nach der Königin Anna zur Krone berufen war. Dies Thronfolgegeſetz hatte indeſſen weder die geſchwiſterliche Zuneigung getrübt, noch die Geſinnungen geändert.

Am Tage nach der Abreiſe des Ritters von St. Georg ſchrieb die Prinzeſſin Louiſe Hollandine, Aebtiſſin von Maubuiſſon, damals ſechsundachtzig Jahre alt, aber geiſtig wie körperlich geſund und rege, an ihre Schweſter, die Kurfürſtin Sophie in Hannover, damals achtundſiebzig Jahre alt, wie folgt. [3])

---

[1]) Ranke, Franzöſiſche Geſchichte Bd. VI, S. 249. — Ueber die ungeſunde Anlage der Kinder Jacobs II. vgl. Bd. IV, S. 495, Anlage II.

[2]) Dangeau t. XII, p. 93.

[3]) Der Brief unter den Leibniz-Papieren in der k. Bibliothek in Hannover, im franzöſiſchen Original abgedruckt in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. IX, S. XLVIII.

„Wir haben hier ein großes Ereignis. Der König von England ist gestern nach Dünkirchen abgereist, um von dort aus in Schottland zu landen, wenn es Gott so gefällt, wie der h. Apostel Jacobus sagt; denn hier ist das: wenn es Gott so gefällt, gar sehr am Orte. Jedenfalls aber hat dieser junge Prinz vor sich die Freude der Hoffnung und einer angenehmen Reise. In seinem blühenden Lebensalter, wohl gebildet, liebenswürdig, bei einem Verhalten nach Wunsch, fehlt ihm nur noch eine bessere Lebensstellung, und das hangt ab von der Vorsehung. Wenn sie den Marschall Berwick ausersehen hat dieselben Erfolge zu erringen, wie einst der General Monk, so wird das ruhmvoll für ihn sein. Von solchen alten Geschichten zu reden, liebe Schwester, sind doch nur wir zwei noch im Stande; denn wir haben sie durchlebt, und diejenigen, welche sie nur aus Büchern kennen, betrachten auch ja uns wie Chroniken. Ich beklage jedoch die Unruhe, welche die arme Königin (Marie Beatrice) davon haben wird. Sie schließt sich ein zum Gebete. Ich habe ihr heute meine Wünsche vermelden lassen."

Es ist auffallend, daß die Prinzessin hier den Marschall Berwick als Commandanten nennt, den natürlichen Bruder des Prätendenten. Die Schotten hatten ihn für das Unternehmen erbeten, aber Ludwig XIV. die Bitte nicht bewilligt, mit dem Bemerken, daß er des Marschalls Berwick anderswo bedürfe. Dieser selbst erfuhr von dem Unternehmen nicht eher etwas, als bis es bereits im Gange war [1]). Das Commando erhielt ein geborener Franzose, General Gacé, mit der Ernennung zum Marschall Matignon.

Beachten wir aber den gesammten Inhalt jenes Schreibens.

Man sieht, die Schwester der Kurfürstin schreibt an diese präsumtive Thronerbin von England über den Prätendenten und den Plan desselben wie an eine Genossin der eigenen Gesinnung. Ebenso wie die Aebtissin von Maubuisson den Prätendenten hier als König von England bezeichnet, geschieht dasselbe durchweg von der Nichte, der Herzogin von Orleans, in ihren zahlreichen Briefen an die Kurfürstin. Es bedarf dabei kaum der Erwähnung, daß ähnlich oder noch mehr als zwischen den Schwestern ein inniges Verhältnis obwaltete

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 40.

zwiſchen der Tante und der unter ihrer mütterlichen Obhut auf den Höhen von Iburg aufgewachſenen Nichte.

Demnach muß angenommen werden, daß die Kurfürſtin niemals ein Zeichen der Unzufriedenheit über den königlichen Titel für den Sohn ihres Vetters Jacob II. kund gegeben hat. Eine directe Rückäußerung von ihr auf jene Briefe liegt nicht vor, weil, aller Wahrſcheinlichkeit nach, ihre Briefe an jene Verwandten in Frankreich vernichtet ſind [1]). Den Geſammt-Eindruck derſelben faßt ſpäter, nach der Thronbeſteigung Georgs I., die Herzogin von Orleans zuſammen in die Worte: „Ma tante hat mir als geſchrieben: ſie dächte nicht an dieſes Königreich (England). Sie glaubte, die Königin (Anna) wäre heimlich für ihren Bruder, und würde ihm endlich das Königreich zuſpielen“ [2]).

Und dennoch, obwohl eine Antwort der Kurfürſtin an ihre Schweſter von Maubuiſſon über die Unternehmung des Prätendenten nicht beizubringen ſein dürfte, haben wir, in dieſem beſonderen Falle, dafür einen Erſatz, und zwar einen Erſatz, der vielleicht noch ſchwerer ins Gewicht fällt, als es mit einer Antwort an die Aebtiſſin von Maubuiſſon ſein würde. Iſt ſchon jener Brief der letzteren an die Kurfürſtin überraſchend, ſo iſt es noch mehr der nun folgende der Kurfürſtin Sophie.

Zu ihren zahlreichen Correſpondenten gehörten die Töchter morganatiſcher Ehe ihres Bruders Carl Ludwig von der Pfalz, Raugräfinnen zu Pfalz genannt. An eine derſelben, Amalie, ſchrieb die Kurfürſtin Sophie, am 22. März, alſo kurz nach dem Eintreffen jener Meldung der Aebtiſſin von Maubuiſſon, von Hannover aus die folgenden Zeilen: „Man weiß nicht, wann der Kurfürſt zur Armee gehen wird, oder, wo die jungen Herrſchaften ſein werden, hier oder zu Herrenhauſen. Der kleine Prinz (Friedrich Ludwig) hat ſchon zwei Zähne. Zu Berlin ſind ſie Gottlob Alle geſund. Die Kronprinzeſſin iſt nicht guter Hoffnung. Der König will nach Carlsbad. Der Kronprinz, wie man meint, nach Pyrmont. Der Prinz von Wales iſt

[1]) Man vergleiche meine Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. IX, S. L.

[2]) Briefe der Herzogin von Orleans an die Raugräfin Louiſe, in den Publicationen des Literariſchen Vereines zu Stuttgart, Bd. VI, S. 184. Das Wort: als, in dieſer Weiſe gebraucht, iſt mittelrheiniſche Mundart.

in Dünkirchen. Wer weiß, ob Gott den nicht erheben wird, der ſo unſchuldig leidet? Seine Schweſter hat die Maſern, und man ſagt, daß auch er daran krank ſei. Madame iſt auf den Tod gelegen" u. ſ. w.[1])

Man ſieht, daß hier in einem vertraulichen Familienbriefe mitten unter einer Reihe kurz gefaßter Nachrichten die Kurfürſtin Sophie ganz beiläufig, ganz von ungefähr, in den hier im Drucke, nicht in der Original-Handſchrift hervorgehobenen Worten, eine jacobitiſche Geſinnung bekundet, welche derjenigen ihrer Schweſter von Maubuiſſon nahe kommt. Der einzige Unterſchied iſt, daß die letztere den Prätendenten als König von England bezeichnet, die Kurfürſtin ihn als Prinzen von Wales. Ungeachtet der Annahme der Parlaments-Acten von 1701 und 1706 war alſo die Geſinnung der Kurfürſtin im Jahre 1708 gleich derjenigen in ihrem jacobitiſchen Briefe vom September 1700 (in Band VIII, S. 567 u. f.).

Der Archivar, dem neunzig Jahre ſpäter dieſer Brief wieder zu Geſichte kam, gab ſeinem Gefühle Ausdruck mit den Worten: „Dieſes ganz unverdächtige Zeugnis eines über alle niedere Leidenſchaften erhabenen Herzens verdient noch mehr als eine irdiſche Krone"[2]).

Unterdeſſen verliefen die Dinge in Dünkirchen nicht ſo günſtig, wie man in Frankreich hoffte. Bei der Ankunft des Prätendenten dort wurden engliſche Kriegsſchiffe vor der Rhede erblickt, die man für die zurückgekehrte Flotte des Admirals Leake hielt. Demnach ſah man die Ausfahrt als unmöglich an, und die Truppen wurden wieder ausgeſchifft, am 28. Februar/10. März. Eine Recognoscirung am

[1]) Gräflich Degenfeld-Schonburgiſches Archiv zu Eybach in Württemberg.

[2]) (Kazner) Louiſe Raugräfin zu Pfalz. Leipzig 1798. Bd. II, S. 162. — Es findet ſich in engliſchen Geſchichtsbüchern vielfach eine Tradition, die Lord Mahon (ſpäter Earl of Stanhope) in ſeiner History of England from 1713 to 1783, vol. I, chapter III in die Worte kleidet: She (the Electress Sophia) used to say that she should die happy, if she could only live to have: „Here lies Sophia, Queen of England" engraved upon her coffin. — Aehnlich Coxe, Marlborough vol. II, p. 122. Es iſt darauf zu bemerken, daß keiner der Schriftſteller, welche dieſe Worte berichten, dabei angibt, wann? — wo? — zu wem? — die Kurfürſtin auch nur ein einziges Mal dieſe Aeußerung gethan habe. — Ob dieſelbe vereinbar iſt mit den vielen anderen actenmäßig vorliegenden Ausſprüchen, wird der Leſer ſelber entſcheiden.

nächſten Tage jedoch ergab, daß jene Schiffe nicht die Flotte unter Leake ſein könnten, daß ſogar ſehr wenige ſchwere Kriegsſchiffe ſich dabei befänden. Deshalb einigten ſich der Admiral Forbin und der General Gacé, nachheriger Marſchall Matignon, die Truppen wieder einzuſchiffen, am 1./12. März. Aber es trat ein neues Unglück ein. Als Forbin bereit war die Anker lichten zu laſſen, kam ihm die Meldung, der Ritter von St. Georg ſei erkrankt. Dieſer ſelber drängte dennoch an Bord zu gehen; aber man geſtattete es nicht. Die Krankheit entwickelte ſich als Maſern mit gutartigem Verlaufe, ſo daß nach einigen Tagen der Ritter von St. Georg ſich auf die Flotte begeben konnte. Von dort aus ſchrieb er an ſeine Mutter in St. Germain: „Endlich bin ich an Bord. Mein Körper iſt recht ſchwach; aber mein guter Muth hält mich aufrecht. Ich hoffe Dir nicht eher wieder zu ſchreiben als aus dem Schloſſe von Edinburg, wo ich am Samſtage, den 24., einzutreffen hoffe" [1]). — Die engliſchen Schiffe vor Dünkirchen, nicht ſtark genug es mit der franzöſiſchen Flotte aufzunehmen, hatten ſich weiter zurückgezogen. Am 6./17. März lief die franzöſiſche Flotte, ohne irgend welchen Kampf, mit günſtigem Winde in See [2]).

Wir haben bereits vernommen, daß am 4./15. März die Königin durch den Staats-Secretär Boyle dem Unterhauſe die Nachrichten über die franzöſiſchen Rüſtungen in Dünkirchen vorlegen ließ. Nach der Verleſung derſelben beſchloß das Unterhaus einſtimmig, eine Adreſſe an die Königin zu richten, und das Oberhaus zur Betheiligung einzuladen. So geſchah es. Am nächſten Morgen traten die Mitglieder beider Häuſer vor die Königin, um ſie ihrer Treue und ihres Dankes für die getroffenen Maßregeln zu verſichern. Derſelbe Dank galt den Generalſtaaten für ihre Bereitwilligkeit zur Hülfe. Die Adreſſe des Parlamentes erſuchte weiter die Königin, die Geſetze gegen die Katholiken und Eidesverweigerer in Vollzug zu bringen. „Wir ergreifen, ſchloſſen ſie, bereitwillig dieſe Gelegenheit, um Ew. Majeſtät und der ganzen Welt zu zeigen, daß keine Verſuche ſolcher Art uns abhalten

[1]) Dangeau t. XII, p. 101.

[2]) A. a. O. p. 94 et suiv. — Die Berichte von Betes bei Fiedler Bd. I, S. 86 u. f.

werden, Ew. Majeſtät in der nachdrücklichen Fortführung des gegenwärtigen Krieges gegen Frankreich zu ſtützen, bis die ſpaniſche Monarchie dem Hauſe Oeſterreich zurückgegeben ſein, und Ew. Majeſtät den Ruhm haben wird, die Freiheit Europas hergeſtellt zu haben." — Die Königin antwortete in gleichem Sinne. Sie hoffe, ſagte ſie, daß dies Unternehmen nur den Urhebern desſelben Schaden bringen werde.

Dann erließ die Königin eine Proclamation der Acht über den Prätendenten und ſeine Anhänger. Dieſelbe beginnt: „Wir haben ſichere Nachricht erhalten, daß die Perſönlichkeit, welche bei Lebzeiten des verſtorbenen Königs Jacob II. prätendirte Prinz von Wales zu ſein, und welche nach deſſen Tode den königlichen Titel angenommen hat, für England als Jacob III., für Schottland als Jacob VIII. — daß dieſe Perſönlichkeit, welche, auferzogen im papiſtiſchen Aberglauben, angeleitet worden iſt, die franzöſiſche Regierungsweiſe in unſere Königreiche und Länder einzuführen — offen und treulos ſich anſchickt, mit einer Armee, beſtehend aus Truppen des Königs der Franzoſen, unſeres erklärten Feindes, ſowie einiger unſerer rebelliſchen Unterthanen, in unſer Königreich Groß-Britannien einzubrechen." Es folgt dann der Hinweis auf die Geſetze von England zur Feſtſtellung der Thronfolge in der proteſtantiſchen Linie, auf die Parlaments-Acte gegen den Prätendenten als Hochverräther, ſowie gegen ſeine Anhänger in gleicher Weiſe. Die Proclamation erneuert gegen ſie Alle die Androhung der Strafe des Hochverrathes, und eben ſo, nach dem Wunſche des Parlamentes, die Ausweiſung der nicht hausgeſeſſenen Papiſten auf zehn engliſche Meilen von London und Weſtminſter [1]).

Damals zweifelte man in London noch, ob, bei den kundbaren Anſtalten, die in England und Holland mit überraſchender Schnelligkeit getroffen waren, die franzöſiſche Flotte von Dünkirchen auslaufen werde. Bereits am 3./14. März nämlich war eine engliſche Flotte unter dem Admiral Byng von Portsmouth aus in See gegangen; aber ſie hatte den Wind entgegen [2]). Erſt am 10./21. März erblickte man von Dünkirchen aus die holländiſch-engliſche Flotte in der Stärke von 27 Segeln. Auch die franzöſiſche hatte nach der Ausfahrt aus Dünkirchen nicht einen

[1]) Die Proclamation bei Lamberty t. V, p. 12.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. März.

günſtigen Wind gehabt; vielmehr hatte ein Sturm ſie an den Bänken zwiſchen Nieuport und Oſtende zurückgehalten. Dennoch hatte ſie vor jener Ankunft der Engländer das Weite gewonnen. Von Oſtende aus, wo man von den Kirchthürmen die franzöſiſche Flotte hatte erſpähen können, erhielt der Admiral Byng Kundſchaft. Er machte ſich ſofort auf den Weg, ihr nach der vermutheten Landungsſtelle im Firth of Forth, dem Strome von Edinburg, zu folgen. Nach der Rechnung in Verſailles hatte Forbin zweimal vierundzwanzig Stunden voraus [1]).

Unterdeſſen befand ſich Schottland, und zu einem bedeutenden Theile auch England, in heftiger Erregung der Erwartung. Der Jacobit Lockhart malt die Ausſichten als ſehr günſtig. Zwar waren Mannſchaften von den Niederlanden her unterwegs; aber in England ſo wie in Schottland befanden ſich zur Zeit ſo wenige Truppen, und die engliſchen, 15,000 Mann, in ſolcher Entfernung, daß ſie, im Falle der Landung des Prätendenten, nicht vermochten, die Bildung einer Armee zu hindern. Dazu war es, nach der Anſicht der Jacobiten, ſehr fraglich, ob ſich die engliſche Regierung auf ihre ſchottiſchen Truppen überhaupt verlaſſen durfte. War aber erſt eine jacobitiſche Armee gebildet, ſo mußten immer mehr Truppen aus den Niederlanden herangezogen werden. Dann war es für Frankreich nicht mehr ſchwer, mit überlegenen Kräften die Republik niederzuwerfen, und ſomit die Allianz zu ſprengen. In England rechneten die Jacobiten auf das gegenſeitige Mistrauen und die Furcht. Die letztere gab ſich namentlich kund durch das Rennen an die Bank von England mit Forderungen der Baarzahlung. Die Jacobiten hofften, daß die Bank dahin gedrängt werden könne, ihre Zahlungen einzuſtellen [2]).

Eben darum aber bot die Regierung ihrerſeits alles auf, die Bank zu halten. Die Königin befahl Godolphin, den Directoren 300,000 Pfund Sterling anzubieten. In ähnlicher Weiſe bethätigten ſich reiche Kaufleute und andere Perſönlichkeiten [3]).

Bei der Lage der Dinge aber kam es zunächſt und hauptſächlich darauf an, ob die engliſche Flotte rechtzeitig eintreffen würde, um eine Landung im Firth of Forth verhindern zu können.

[1]) Dangeau t. XII, p. 103. — Lockhart's Memoirs vol. I, p. 242.

[2]) Lockhart's Memoirs vol. I, p. 238.

[3]) Lamberty t. V, p. 15.

Es iſt merkwürdig, daß die franzöſiſche Flotte den Vorſprung, den ſie hatte, ſehr wenig ausnutzte. Sie hielt ſich auf der Fahrt weit öſtlich, aus Vorſicht, wie es nachher hieß, um nicht von der engliſchen Küſte aus geſehen zu werden. Sie kam in Sicht der ſchottiſchen Küſte erſt nordwärts von Aberdeen, hatte alſo einen weiten Bogen gemacht, ſo daß ſie, um den Firth of Forth zu erreichen, wieder ſüdwärts ſegeln mußte. Unfern des Meeres lag auf der ſchottiſchen Küſte das Schloß des Grafen Mariſhall, welcher auf die Signale der Flotte die verabredete Antwort zu geben hatte. Dieſe Antwort erfolgte nicht [1]). Am Nachmittage des 12./23. März traf die Flotte an der Mündung jenes Meerbuſens ein, und ging dort vor Anker, mit der Abſicht, am nächſten Morgen den Firth of Forth hinauf zu ſegeln, und an der Südſeite desſelben, unfern Edinburg, zu landen [2]).

In den nächſten Stunden ſchon ward dieſer Plan vereitelt. In derſelben Nacht noch traf die engliſche Flotte vor der Mündung des Firth of Forth ein. Als beim Sonnenaufgang die franzöſiſche Flotte den Feind gewahrte, ward nicht bloß der Plan der Landung ſofort aufgegeben, ſondern nur noch auf die Flucht gedacht. Es war nicht mehr Zeit die Anker zu lichten. Die Taue wurden gekappt. Der Wind blies günſtig vom Lande ab die hohe See zu gewinnen. Da die franzöſiſchen Schiffe noch dazu weniger ſchwer und kurz zuvor carennirt waren, gelang es ihnen einen ſolchen Vorſprung zu gewinnen, daß gegen Abend die Engländer von der Verfolgung abließen und ſich mit der Erbeutung eines einzigen, urſprünglich engliſchen Schiffes begnügten [3]).

Der Admiral Byng ſegelte zurück an die Mündung des Firth of Forth, und warf dort Anker.

Nachdem die zerſtreuten franzöſiſchen Schiffe ſich wieder geſammelt, 20 an der Zahl, hielten der Marſchall Matignon und der Admiral Forbin Kriegsrath. Der Erſtere fragte, ob, nach dem Mislingen der Landung bei Edinburg, ein anderer Hafen geeignet ſei. Forbin ſchlug Inverneß vor, weiter nördlich. Sie brachten den Vorſchlag an den Ritter von St. Georg, der mit Freuden zuſtimmte. Allein es ergab

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 246. — Ker of Kersland's Memoirs p. 62.
[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 245.
[3]) A. a. O. p. 241.

ſich, daß Niemand auf der Flotte der Fahrt nach dem Hafen Inverneß kundig war. So lautet der officielle Bericht des Marſchalls Matignon [1]). Demnach war die Unternehmung nur auf eine Landung bei Edinburg berechnet, und man hatte für den Fall, daß dieſe ein Hindernis fand, einen anderen Ort der Landung vorher nicht ins Auge gefaßt, noch zu einem ſolchen Zwecke einen ſchottiſchen Lootſen an Bord genommen. Man ſchickte ein Fahrzeug aus, um vom Lande einen Lootſen zu gewinnen. Aber das ſtürmiſche Wetter geſtattete nicht ans Land zu gelangen. Der Kriegsrath einigte ſich daher für die Rückkehr. Der Ritter von St. Georg bat den Admiral Forbin flehentlich, doch wenigſtens ihn allein mit ſeiner Begleitung ans Land zu ſetzen. Forbin ſchlug ab [2]).

Der Beſchluß der Rückkehr ward ausgeführt. Bald Windſtillen, bald Sturm verzögerten die Fahrt, ſo daß die franzöſiſche Flotte erſt am 27. März/7. April in Dünkirchen wieder einlief. Sie hatte ſchwere Verluſte an der Landungs-Mannſchaft erlitten, die den Beſchwerden einer ſolchen Seefahrt nicht gewachſen war, und brachte weder Ruhm, noch Vortheil zurück. „Als wir zu Schiffe gingen, ſagt ein Theilnehmer der Fahrt, hörten wir von allen Seiten nichts als Freudenrufe und Glückwünſche: bei unſerer Zurückkunft machte man uns kein anderes Willkommen, als daß man die Schultern zog und den Kopf ſchüttelte“ [3]). Wie zu erwarten, zogen die Engländer ihre Vergleiche zwiſchen der pomphaften Ankündigung des Unternehmens von Seiten Ludwigs XIV. und der Thronrede der Königin, die am Schluſſe geſagt hatte, daß von dieſer Unternehmung Niemand einen Schaden haben werde als der Unternehmer ſelbſt [4]).

Die ſchottiſchen Jacobiten dagegen erhoben noch dazu gegen Ludwig XIV. eine Anklage. Der geſchichtliche Wortführer derſelben, Lockhart, ſagt: „Ich kann kaum diejenigen tadeln, welche der Meinung huldigen, daß Ludwig XIV. eine Landung des Königs Jacob niemals ernſtlich beabſichtigt hat. Von der Ueberzeugung und Befriedigung

---

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 25.

[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 244.

[3]) Curieuſe Nachrichten vom Ritter St. Georg S. 82.

[4]) So der engliſche Geſandte Stanyan an die Schweizer, bei Lamberty t. V, p. 20

aus, daß die Schotten willenseifrig waren, ſich in Waffen zu erheben, mochte er meinen, daß das Erſcheinen ſeiner Flotte an der Küſte genügen würde, dieſen Willen zur That zu machen. Wenn dann einmal die Waffen erhoben und der Bürgerkrieg entzündet war, ſo konnte er ſeine Mannſchaft und ſein Geld ſparen und den König in ſeinen Händen behalten, um ſich bei einer anderen Gelegenheit ſeiner zu bedienen. Denn, ſagten weiter die Schotten, wenn Ludwig XIV. wirklich die Abſicht der Landung hatte, warum ſchickte er nicht die vereinbarte Zahl der Mannſchaft? Die Unterhändler hatten bis 7000 Mann verlangt, die Partei Hamilton 10,000. Jener Betrag war bewilligt; aber in Wirklichkeit befanden ſich auf der Flotte nur zwiſchen 4000 und 5000, nicht gerade guter Mannſchaft. Auch war die Geldſumme, der Vorrath an Waffen und anderen Kriegswerkzeugen auf der Flotte weitaus nicht ſo groß, wie verlangt und bewilligt war. Da der König von Frankreich aber doch ſo viele Auslagen für die Unternehmung gemacht und ſie der Welt mit ſolchem Geräuſch verkündet hatte, warum ließ er nicht im Norden oder im Weſten landen, wo kein Widerſtand zu erwarten war? Allerdings war das ſüdliche Ufer des Firth of Forth die vereinbarte Stelle, und zwar ſehr geeignet, weil dann ſofort Edinburg mit allen den Vortheilen, die der Beſitz dieſer Stadt gewährte, gewonnen werden konnte. Aber die Differenz zwiſchen Weſt, Süd und Nord war doch nicht ſo groß, daß, wenn der eine Anſchlag fehl ging, darum das ganze Unternehmen vereitelt wurde" [1]).

Mit dieſem Urtheile der Jacobiten ſtimmten auch Andere aus dem entgegengeſetzten Lager überein. „Ludwig XIV., ſagten ſie, achtete den Prätendenten nur als ein Werkzeug, um in England Verwirrung anzurichten" [2]).

Das weitere Verhalten Ludwigs XIV. war nicht geeignet, den Verdacht der Schotten niederzuſchlagen. Die Meinung, daß Fehler und Verſäumniſſe vorgekommen, regte ſich auch in Frankreich. Auf die Nachricht, daß die franzöſiſche Flotte von der Mündung des Firth of Forth nordwärts geflohen ſei, trug der Hofmann Dangeau in ſein

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 214.
[2]) Ker of Kersland's Memoirs p. 64.

Tagebuch die Worte ein: „Man sieht in der ganzen Angelegenheit noch nicht klar [1]). Die Sache müßte sich also klären nach der Rückkehr der Flotte. Am 7. April traf dieselbe in Dünkirchen ein, bereits am 8. April befand sich der Admiral Forbin in Versailles. Der König belobte sehr sein Verhalten [2]). Damit schwand für die Franzosen jeglicher Zweifel, ob der Admiral Forbin correct gehandelt; für die ferner Stehenden war jedenfalls dadurch dargethan, daß der Admiral in dem Nicht-Willfahren auf die flehentliche Bitte des Ritters von St. Georg, ihn ans Land zu setzen, nicht eigenmächtig sich benommen habe, sondern nach Befehl. Daß der Ritter von St. Georg eindringlich und nachdrücklich verlangt hatte, in Schottland zu landen, wußte man in Versailles allgemein [3]).

In dem Prinzen scheint zuerst der Unmuth über die Rolle, die er nicht nach eigenem Willen, sondern, wie einst sein Vater, im Dienste eines anderen Königs hatte spielen müssen, die Oberhand gehabt zu haben. Er kehrte nicht zurück nach St. Germain, sondern blieb in Dünkirchen und St. Omer. Es war die Frage, ob dieser Unmuth, dieser moralische Druck, den die eigenen Erlebnisse der letzten Tage auf ihn üben mußten, ihn zur Erkenntnis bringen würden, daß der Cardinal-Fehler seiner Eltern, wie nunmehr auch sein eigener, bestand in dem Vertrauen auf einen fremden König, daß diesem thörichten Vertrauen hauptsächlich das Unglück seines Hauses entstammte, sowohl der Verlust des Thrones als das Schwinden der Aussicht auf den Wiedergewinn, und daß daher die erste Bedingung für diesen Wiedergewinn sein müsse die Lossagung von diesem vermeintlichen Gönner und Beschützer. Daß nicht seine Religion die Scheidewand war, die ihn von dem Throne seiner Väter trennte, lag in Betreff der Schotten aus den Betheuerungen derselben zur Genüge vor. Eben dasselbe durfte in Betreff Englands angenommen werden; denn das erste Jahr der Regierung des Vaters Jacob II. hatte gezeigt, daß, ungeachtet aller Härte und Grausamkeit der englischen Gesetze gegen die Katholiken, ungeachtet aller Vorurtheile der Engländer gegen die allgemeine Kirche, die katholische Religion dennoch Jacob II. nicht gehindert

[1]) Dangeau t. XII, p. 109.
[2]) A. a. O. p. 114.
[3]) A. a. O. p. 117.

hatte ein populärer König zu ſein. Nicht die katholiſche Religion hatte Jacob II. um den Thron gebracht, ſondern ſeine Verbindung mit Ludwig XIV., ſeine Bereitwilligkeit auf die eigennützigen Rathſchläge eines fremden Königs zu eigenem Schaden zu hören. Und der Fortgang der Dinge hatte zur Genüge dargethan, daß England niemals gutwillig ſeinen König aus der Hand Frankreichs empfangen werde. Wenn daher der Ritter von St. Georg fortfuhr ſeine Sache an diejenige des Königs von Frankreich zu binden, ſein Recht an das Unrecht zu knüpfen, in welchem Ludwig XIV. gegenüber den anderen Nationen Weſt-Europas ſtand: ſo ſchädigte jeder Sieg, den England über die Herrſchſucht Ludwigs XIV., über ſein Unrecht davon trug, zugleich auch das Erbrecht des Hauſes Stuart und ſteigerte das Parlaments-Recht hinaus über das Erbrecht.

Es handelt ſich hier nicht um das ungeſchichtliche Verfahren, um hundertundachtzig Jahre ſpäter einen guten Rath zu geben, was Jemand hätte thun ſollen, ſondern um die Erkenntnis einer hiſtoriſchen Sachlage. Das verfehlte Unternehmen auf Schottland hatte dem Ritter von St. Georg gezeigt, was er von ſeinem vermeinten Gönner zu erwarten habe. Dieſem hatte er ſelber beim Abſchiede in Verſailles geſagt, daß er in Schottland landen und dort aushalten wolle, auch wenn er nur Eine Burg dort ſein eigen nenne. Aber der Admiral Ludwigs XIV. hatte ihm die Landung nicht geſtattet, und der König hieß nachträglich dieſe Nicht-Geſtattung gut. Ueber den Ausgang dieſes Unternehmens übten nicht bloß die ſchottiſchen Jacobiten ihre Kritik, wie wir ſie kennen gelernt haben, ſondern auch Andere. „Ich halte dafür, ſchreibt die Kurfürſtin Sophie, am 19. April, an eine ihrer Nichten, daß der König von Frankreich den Ritter von St. Georg in den April geſchickt hat, um dadurch eine Diverſion hervorzurufen“ [1]).

Da ähnliche Urtheile vielfach laut werden mußten, da das Verbleiben des Prinzen in Dünkirchen, die Nicht-Rückkehr nach St. Germain wenigſtens ſo viel beweiſt, daß er ſich unbehaglich oder unzufrieden fühlte: ſo darf man ſagen, daß ſein Verhältnis zu Ludwig XIV. an eine Kriſis gekommen war. Bei dieſer Lage der Dinge konnte er

[1]) An die Raugräfin Louiſe, im Gräflich Degenfeld-Schonburg'ſchen Archive in Eybach.

einen kühnen Entschluß fassen. Wie der Vater Jacob II. gewußt hatte, daß die Kurfürstin Sophie ihm geneigt war, daß sie seinem Sohne die Herstellung gönnte (vgl. Band VIII, S. 568 und 569): so konnte auch dem Sohne, bei dem brieflichen Verkehre, der zwischen der Herzogin von Orleans, so wie der Aebtissin von Maubuisson mit der Kurfürstin Sophie in Hannover statt fand, und vor St. Germain nicht geheim gehalten wurde, es nicht unbekannt sein, daß die Kurfürstin aus sich die englische Krone nicht begehrte, daß sie auch, ungeachtet der Annahme der Parlaments-Acten, die ohne ihr Zuthun und sogar ohne ihr Vorwissen entstanden waren, dennoch mit Wohlwollen seiner gedachte und damals, 1708, ihm sogar die Herstellung wünschte. Daß der Kurfürst Georg Ludwig von der Gesinnung seiner Mutter nicht sehr weit abwich, liegt uns Späteren offen vor Augen, war aber auch damals, vermittelst der Herzogin von Orleans, der Spielgefährtin seiner Jugend, nicht schwer zu erfahren. Wenn also bei der Lage der Dinge nach der verunglückten Expedition auf Schottland, durch welche Ludwig XIV. den Ritter von St. Georg dem Spotte preis gegeben, dieser den Entschluß faßte, überhaupt nicht nach St. Germain zurückzukehren, sondern die Gastfreundschaft der ihm persönlich wohlwollenden Verwandten in Hannover nachzusuchen: so konnte er dadurch den Engländern beweisen, daß er die stärkste Scheidewand zwischen ihm und ihnen, die Verbindung mit Ludwig XIV., niedergerissen hatte, und dann war von diesem Puncte aus ein Ausgleich möglich, der aller Wahrscheinlichkeit nach, gemäß jenem Briefe vom 22. März, eine Fürsprecherin gefunden hätte an der bis dahin präsumtiven Thronerbin von England, der Kurfürstin Sophie.

Ob und in wie weit derartige Gedanken sich in dem Kopfe des Ritters von St. Georg geregt haben, liegt nicht vor. Der Gang der Dinge beweist, daß er den Gedanken der Trennung seiner Sache von derjenigen Ludwigs XIV. nicht zu fassen vermochte. Er wollte zuerst nur nicht zurück nach St. Germain. Von Dünkirchen aus bat er den König ihm zu gestatten, daß er bis zum Beginne des Feldzuges in den Städten von Flandern verweile, und dann als Freiwilliger den Feldzug mitmache [1]). Mit dieser Bitte war die principielle Frage zum

[1]) Dangeau t. XII, p. 114.

Vortheile Ludwigs XIV. entschieden. Dann begab sich dieser, am 11. April, zu der Königin Marie Beatrice, deren geistiges Auge, wie es scheint, jedem Lichtstrahle über die wahre Natur ihres vermeintlichen Beschützers nach wie vor, für immer unzugänglich blieb. Ludwig XIV. und die Königin beschlossen, daß der Ritter von St. Georg sofort nach St. Germain zurückzukehren habe [1]). Und er kehrte zurück.

Diese Rückkehr nach St. Germain hatte naturgemäß die Folge, daß die Bande der Abhängigkeit des Ritters von St. Georg von Ludwig XIV. noch straffer angezogen wurden. Dies ergibt sich aus der Instruction, mit welcher noch im Laufe des Monates April der Schotte Farquarson nach Schottland hin entsendet wurde, nämlich aus der Verschiedenheit derselben von derjenigen vom 24. Februar, durch welche damals der Ritter von St. Georg seinen bevorstehenden Aufbruch angekündigt hatte.

In jener ersten Instruction vom 24. Februar hatte der Ritter von St. Georg seine Getreuen in Schottland aufgefordert, ihn als König zu proclamiren beim ersten Erscheinen der Flotte, die ihn hinüber bringe, an der schottischen Küste, oder auf die Nachricht seiner Landung. Die Getreuen in Schottland, so bereitwillig sie waren, warteten diese Nachricht ab, und daran zerging das Unternehmen, oder genauer der Plan Ludwigs XIV.

Denn es ist hier die Divergenz der Interessen hervorzuheben. Die Schotten hatten das Interesse ihren König bei sich zu haben, um unter seiner Führung sich zu erheben. Der Ritter von St. Georg hatte das Interesse, sich zu den Schotten zu begeben, um mit ihnen die Freiheit Schottlands von England wieder zu erringen. Ludwig XIV. hatte das Interesse, den inneren Krieg auf der großbritannischen Insel zu entzünden, zugleich aber den Prätendenten aus seinem Machtbereiche, wo möglich, nicht zu entlassen. Indem der Stärkste seinem Interesse diejenigen der schwächeren Freunde opferte, wurden alle Wünsche zugleich vereitelt.

Die neue Instruction nun, mit welcher am 25. April ein Schotte entsendet wurde, entsprach besser, als die frühere, den Intentionen Ludwigs XIV. Der Ritter von St. Georg verkündet darin seinen

[1]) Dangeau t. XII, p. 116.

Getreuen in Schottland wie folgt: „Weit entfernt durch das Vorgefallene entmuthigt zu sein, sind wir entschlossen, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, und keinen Stein ruhen zu lassen, um uns und sie zu befreien. Und zu diesem Zwecke beabsichtigen wir selber in die schottischen Hochlande zu kommen, mit Geld, Waffen und Munition, und uns an die Spitze unserer guten Unterthanen zu stellen, wenn sie für uns in Waffen stehen. Und wenn nicht, so ermahnen wir sie sich zu erheben, mit aller dienlichen Eile, in der Erwartung unserer Ankunft, welche sobald wie möglich erfolgen soll, nachdem wir hierauf Antwort erhalten haben" [1]).

Eine dieser Instruction beiliegende Denkschrift von französischer Seite sagt: „Es ist augenscheinlich das Interesse Sr. Majestät sowohl wie des Königs von England, alles aufzuwenden, damit in Schottland ein Bürgerkrieg entzündet werde" [2]). Die Worte mochten richtig sein von dem Standpuncte der französischen Politik aus: sie waren es nicht in derselben Weise von demjenigen des Ritters von St. Georg. Was für jenen der Zweck, durfte für diesen nur das Mittel sein. Indem er aber jenem Worte sich fügte, indem auch er die französische Forderung sich zu eigen machte, daß die Erhebung der Schotten in Waffen seiner Ueberkunft vorhergehen müsse, schadete er seiner Sache nur noch mehr. Die Schotten hatten sich nicht in Waffen erhoben, wo sie die französische Flotte mit ihrem Könige an ihrer Küste wußten, sondern hatten zuvor seine Landung erwartet: wie viel weniger durfte er ihnen zumuthen, daß sie, nachdem ihr Vertrauen auf den aufrichtigen Willen des Königs von Frankreich tief erschüttert war, sich erheben sollten, wo sie ihn fernab in St. Germain wußten, in völliger Abhängigkeit von dem Willen des Königs von Frankreich?

Ja es scheint sogar diese erneute Absicht eines Unternehmens auf Schottland den Getreuen dort nicht einmal zur Kunde gekommen zu sein. Wenigstens gedenkt der schottische Jacobit Lockhart derselben nicht. Er führt vielmehr schwere Klage, daß auf die Anfragen nach St. Germain hin über die Ursachen der Nicht-Landung jegliche Antwort

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 101.

[2]) A. a. O.: It is evident that it is of the interest of His Majesty as well as of the king of England to do every thing that is possible for fomenting a civil war in Scotland.

ausgeblieben sei. „Dies macht die Sache um so dunkler," meint er [1]). In der That aber gibt die Instruction vom 25. April für das Zuvorkommen der englischen Flotte an der Mündung des Firth of Forth als Gründe an: die Krankheit des Ritters von St. Georg in Dünkirchen, Irrthümer der Lootsen und andere nicht vorgesehene Zufälle, so wie für das Nicht-Landen in einem anderen Hafen heftige Gegenwinde, Zerstreuung der Flotte, Unkenntnis der Küste und Mangel an Provision. Es ist kaum anzunehmen, daß derartige Reden den Schotten Lockhart befriedigt haben würden.

Da die Schotten nicht die Thorheit begangen hatten, welche die französische Politik von ihnen hoffte, sich in Waffen zu erheben, bevor sie ihren König auf dem eigenen Boden erblickten, war es auch nicht zu irgend welchem Kampfe gekommen. Aber die Haltung, das Benehmen, die Worte gaben doch Anlaß für die Regierung, eine Reihe von Verdächtigen zu verhaften. Der englische Commandant in Edinburg, Graf Leven, hatte auf die Kunde des Planes den Herzog von Athol, die Lords Drummond, Errol, Marischal, Breadalbaine, Stormond nach Edinburg gefordert. Indem sie der Ladung nicht Folge leisteten, erschienen sie verdächtig. Des Herzogs von Hamilton, der auf einer Reise begriffen war, hatte die Regierung sich sogleich beim Beginne versichert. Die Verhafteten wurden insgesammt nach London gebracht. Hier jedoch gelang es dem Herzog von Hamilton in geschickter Weise sich die Differenz zu nutze zu machen, welche, ungeachtet des Zusammengehens, doch immer zwischen Godolphin und der Whig-Partei bestand. Mit derselben traf Hamilton die Uebereinkunft, daß er und seine Freunde bei der demnächstigen Wahl der schottischen Pairs für das großbritannische Oberhaus mit der Whig-Partei gehen würden. Nach dem Berichte des schottischen Jacobiten Lockhart gelang es dadurch dem Herzoge von Hamilton, den Hochverraths-Prozeß von den Verhafteten abzuwehren [2]).

Ueber den Lord Griffins, der sich auf dem genommenen Schiffe Salisbury befunden, wurde zwar die Todesstrafe ausgesprochen, aber

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 247.

[2]) A. a. O. p. 249. Vor den Aussagen des als Jacobiten zuverlässigen Lockhart fallen die gegen Hamilton später erhobenen Anklagen zusammen.

immer hinausgeschoben. Er starb zwei Jahre später im Gefängnisse im Tower.

Nachdem einerseits die Gefahr der Unternehmung gegen Schottland völlig beseitigt und alle erforderlichen Mittel für den Krieg bewilligt waren, trat, am 1./12. April, die Königin vor das Parlament. Sie anerkannte den bewiesenen Eifer für das öffentliche Wohl, namentlich in Betreff der reichen Bewilligungen, welche abermals alle früheren übertrafen, und fuhr dann fort: „Ich sehe dieselben an, namentlich bei der jetzigen Lage der Dinge, als unanfechtbare Beweise Eures Eifers und Eurer Anhänglichkeit für meinen Dienst, so daß sie Jedermann überzeugen müssen von der gerechten, von Euch mir dargebrachten Anerkennung, daß Ihr Alles, was Euch lieb und theuer ist, unter meiner Regierung für gesichert haltet, und es als unrettbar verloren ansehen würdet, wenn jemals die Absichten eines papistischen Prätendenten, der erzogen ist nach den Grundsätzen der willkürlichsten Regierung, sich verwirklichen ließen."

Die Thronrede schloß mit einer scharfen Drohung gegen die Katholiken. Der kaiserliche Resident Hoffmann bemerkt dazu: „Man darf aber hoffen, daß sie davon nicht mehr zu leiden haben werden, als sie bisher von dergleichen Bedrohungen, die man niemals nach der Strenge ausführt, gelitten haben" [1]).

Nach dieser Thronrede ward das Parlament vertagt, um nach kurzer Zeit aufgelöst zu werden.

Es ward bemerkt, daß noch niemals die Königin sich gegen den Prätendenten so scharf ausgesprochen, wie in dieser Thronrede. Außer der Königin, der Schwester dieses Prätendenten, die einst den Vater Jacob II. gebeten, die Krone annehmen zu dürfen, um sie für den Bruder in Verwahrung zu nehmen — war an dieser Thronrede als Verfasser betheiligt der erste Minister Godolphin, auf den wie auf Marlborough man in St. Germain nach wie vor die Hoffnung setzte, daß sie endlich einmal ihre alte Schuld gut machen würden. Eben damals schrieb der Staats-Secretär Caryll in St. Germain nieder, daß, wenn nicht die Unternehmung so erfolglos abgelaufen wäre, sie für Marlborough die Gelegenheit geboten haben würde, sein so oft ver-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. April.

pfändetes Wort der Bezahlung einzulöſen. — Mehr vielleicht als irgendwo ſonſt, ringt ſich in dieſer Angelegenheit immer wieder der Zweifel empor, in wie weit den Worten der Menſchen zu trauen iſt.

Die Frage der Einladung der Kurfürſtin Sophie nach England.

Dieſe Ungewisheit der Zukunft ſuchte damals der Lord Peterborough in einer beſonderen Weiſe für ſich auszunutzen, nämlich in Betreff einer Einladung der Kurfürſtin Sophie nach England.

Dieſe Frage, welche im Jahre 1706 die Partei Rocheſter nicht in aufrichtiger Weiſe erhoben, die Whig-Partei dagegen von der Königin abgewehrt hatte, war darum nicht beſeitigt. Sie wurde wieder angeregt im Laufe des Jahres 1707 durch einen gewiſſen Scott, der, im Dienſte des Kurfürſten ſtehend, von dieſem die Erlaubnis erhalten hatte in eigenen Angelegenheiten nach London zu reiſen. Dort jedoch betrieb Scott auch Anderes. Er trat mit Hoch-Tories in Verbindung. Er ſandte dem Kurfürſten Berichte ein über die Stellung der Parteien, ſchilderte jene Hoch-Tories als die Freunde des Hauſes Hannover, die Whigs als dem Hofe ergeben. Darum werde von jenen, gleich wie von der großen Mehrheit der Nation die Einladung der Kurfürſtin gewünſcht, von dieſen bekämpft. Er erſuchte den Kurfürſten um die Einwilligung zu einer ſolchen Einladung. Dann werde in der nächſten Seſſion des Parlamentes die Sache geordnet werden [1]).

Die Antwort des Kurfürſten an Scott war ein ſcharfer Verweis, daß er ſich ohne Auftrag in derartige delicate Angelegenheiten miſche, wo er diejenigen Perſonen, die davon zu reden wünſchten, an den Geſandten Schütz hätte weiſen müſſen. Dem Verweiſe folgte ein entſprechendes Verbot für die Zukunft [2]). — Der Kurfürſt ließ durch den Geſandten Schütz an Godolphin, Sunderland, Halifax Abſchriften dieſes Briefes geben.

Robethon ſetzte Marlborough davon in Kenntnis, und dieſer ſeinerſeits theilte nach Hannover die Berichte der Miſſis Howe, der Frau des engliſchen Geſandten dort, mit, welche jeglichen Unterlaſſungsfehler in

[1]) Coxe vol. II, p. 124.
[2]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 93.

Hannover darstellten als eine absichtliche Kränkung und als einen Beweis der Gleichgültigkeit gegen die Aussicht auf die Succession in England [1]).

In Betreff des kurfürstlichen Hauses in Hannover urtheilte Marlborough in einem Briefe an Godolphin: „Obwohl der Kurfürst sich in dieser Angelegenheit benommen, wie ich immer von ihm erwartet habe: so dürfen Sie sich doch darauf verlassen, daß Scott nichts thut als gemäß der Direction der Kurfürstin" [2]). — Dies ist eine Anklage, für welche Marlborough kein Zeugnis vorbringt, und welche mit dem thatsächlichen Verhalten der Kurfürstin unvereinbar ist. Von jener seiner Anklage aus sagt weiter Marlborough zu Godolphin im August 1707: „Sie werden sehen, daß man im nächsten Winter den Versuch machen wird." Wir werden allerdings wahrnehmen, daß fortan dieser Gedanke der Einladung nicht wieder zur Ruhe kommt.

Zunächst nahm der Lord Peterborough den Gedanken wieder auf, jedoch, wie es scheint, nur für seine Person. Er hatte auf seiner Rückkehr nach England, im Juli 1707, mehrere Tage in Hannover zugebracht. Vom Hofe war ihm ein Sechsspänner zur Verfügung gestellt, und er speiste zu Mittag und zu Abend in Herrenhausen.

Nach der Entlassung des Parlamentes, im April, richtete Peterborough je ein Schreiben an die Kurfürstin Sophie und an den Kurfürsten Georg Ludwig. Das letztere lautet wie folgt [3]).

„Wenn die Franzosen durch ihre ganz unerwartete Unternehmung uns Unruhe bereitet haben, so haben sie uns zugleich auch die Befriedigung verschafft, daß alle ehrenhaften Persönlichkeiten hier in Betreff des einzigen Heilmittels gegen solche Plane derselben Ansicht sind."

„Ich sehe mich um nach der ersten Gelegenheit, Ihnen persönlich meine unveränderliche Anhänglichkeit für Ihren Dienst zu betheuern. Es ist von Wichtigkeit, daß Ew. königliche Hoheit Sorge tragen für Ihr eigenes Interesse wie für das unserige. Die Dinge stehen bei uns auf einem sehr wandelbaren Fuße. Es ist hier im eigentlichen Sinne das Land der Unbeständigkeit. Hoffentlich wird der Feldzug Ew. königlichen Hoheit wirksame Folgen für Europa haben, so wie für

[1]) Coxe vol. II, p. 123.
[2]) A. a. O. p. 125.
[3]) Macpherson's Original Papers t. II, p. 110.

diejenigen, welche ſich mit der Hoffnung ſchmeicheln, eines Tages Ihre Unterthanen zu werden."

Beſtimmter noch lautete das Schreiben an die Kurfürſtin Sophie. Es enthielt, daß, nachdem die Furcht vor 5000 Mann Franzoſen England in die äußerſte Verwirrung geſtürzt, und die Landung derſelben lediglich durch einen Zufall verhindert worden ſei, es ſich als durchaus nothwendig ergebe, daß ein Mitglied des kurfürſtlichen Hauſes ſeine Reſidenz in England nehme [1]).

Die Kurfürſtin Sophie übergab das Schreiben Peterboroughs ihrem Sohne, dem Kurfürſten. Dieſe Thatſache allein ſchon widerlegt jene Vermuthung Marlboroughs, daß Mutter und Sohn in dieſer Angelegenheit verſchiedene Wege gingen. Die Antwort entſprach nicht den Wünſchen des Lords Peterborough. Sie lautet wie folgt.

„Ich habe das Schreiben, welches Sie an mich zu richten ſich bemüht haben, empfangen, und dasjenige an die Kurfürſtin geleſen. Ich bin Ihnen ſehr verbunden für die neuen Beweiſe, welche Sie mir von Ihrem Eifer für das Intereſſe meines Hauſes geben, ſo wie von der Beſorgnis, die Sie gehegt haben, daß die franzöſiſche Unternehmung auf Schottland demſelben nachtheilig ſein würde. Im Uebrigen dürften Sie, Mylord, während Ihres Aufenthaltes hier bemerkt haben, daß ich als feſten Grundſatz aufgeſtellt habe, in Bezug auf großbritanniſche Angelegenheiten keinen Schritt zu thun als in Uebereinſtimmung mit der Königin und ihren Miniſtern. Denn ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß den Abſichten der Uebelwollenden nichts ſo ſehr zuwider ſein kann, als ein völliges Einverſtändnis zwiſchen Ihrer Majeſtät und meinem Hauſe. Demgemäß ſtelle ich, Mylord, es Ihrem Urtheile anheim, ob nicht Grund zu der Beſorgnis ſein würde, daß bei dem Verdienſte, welches Sie beſitzen, eine Reiſe Ihrerſeits nach Hannover, oder zu der Armee, welche ich commandire, irgend welchen Verdacht erregen und zu unwillkommenen Auslegungen Anlaß geben könnte. Im anderen Falle würde es mir ein großes Vergnügen machen Sie zu ſehen, und Ihnen Beweiſe der Hochſchätzung zu geben, welche ich für Sie hege" [2]).

---

[1]) Dieſer Inhalt des Schreibens an die Kurfürſtin ergibt ſich aus der Mittheilung Marlboroughs an Godolphin, bei Coxe vol. II, p. 226.

[2]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 110, vom 26. Mai.

Die abweisende Antwort zeigt abermals klar und scharf den Standpunct, welchen von Anfang an das kurfürstliche Haus eingenommen hatte, sich in keiner Weise in die englischen Angelegenheiten einzumischen. Es ist von Wichtigkeit dies wiederholt hervorzuheben, weil wir bei den einzelnen Engländern jener Zeit durchweg die Voraussetzung antreffen, daß das eigene Interesse des kurfürstlichen Hauses demselben eine Einmischung solcher Art vorschreibe oder nützlich erscheinen lasse.

Der Concipient jenes kurfürstlichen Schreibens, der Rath Robethon in Hannover, den Marlborough seit langer Zeit sich für Mittheilungen solcher Art gewonnen, berichtete darüber an Marlborough, und dieser sandte den Bericht an Godolphin ein, welcher ihn der Königin vorlegte. Sie war, wie Godolphin meldet, nicht sehr überrascht, schien vielmehr vorbereitet zu sein, im nächsten Winter viel mit dieser Frage behelligt zu werden. „Dennoch, fügt Godolphin hinzu, kann man sie nicht dahin bringen, in dieser oder irgend einer anderen Beziehung, dasjenige zu thun, was, nach meiner Ansicht, allein abwehren könnte" [1]).

Godolphin sagt nicht, was er damit meint. Wenn er seine oft gegebenen Versicherungen nach St. Germain hin ehrlich meinte, so dürfte man annehmen, daß er die Aussöhnung mit dem Bruder als das wahre Mittel der Sicherstellung für die Königin habe andeuten wollen. Dies jedoch würde mit der letzten von ihm verfaßten, von der Königin gehaltenen Thronrede sehr wenig vereinbar sein.

Ueberblick des europäischen Kriegszustandes im Beginne 1708.

Die französische Unternehmung auf Schottland, obwohl mislungen, hatte augenfällig wieder in Erinnerung gerufen, daß es sich in dem großen Kriege, der von der spanischen Succession den Namen hat, nicht blos handele um diese, sondern eben so sehr um die englische, oder um die Sicherung der dort bestehenden Thronfolge. Auch war dies ja vor der Kriegserklärung von Seiten der großen Allianz ausdrücklich festgestellt. Der Vertrag derselben, vom 7. September 1701, faßte nur die Differenz über das spanische Erbe ins Auge;

[1]) Coxe vol. II, p. 227.

aber er war dann ergänzt worden durch den wichtigen Zuſatz-Artikel vom Jahre 1702, welcher dem Könige von Groß-Britannien und der geſammten britiſchen Nation Genugthuung zuſicherte für die überaus ſchwere und unwürdige Beleidigung, welche der König von Frankreich ihnen gegenüber dadurch begangen, daß er den angeblichen Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland proclamirt habe. (Vgl. Band IX, S. 458.) Der Allianz-Vertrag vom 7. September 1701 hätte England nur verpflichtet, als Auxiliär-Macht in den Krieg mit einzutreten: auf Grund dieſes Zuſatz-Artikels trat es als Principal-Macht ein (vgl. Band X, S. 43), und zwar als der in aller Beziehung gewichtigſte Feind Frankreichs, mit der Abſicht dieſe Macht zu ſchädigen und hinabzudrücken, wo immer es geſchehen konnte. Darum iſt, auch nach Maßgabe des engliſchen Kriegsmanifeſtes (vgl. Band X, S. 67), der übliche Name des ſpaniſchen Succeſſions-Krieges von da an nicht mehr recht zutreffend.

Die Worte der Thronreden der Königin Anna und der antwortenden Adreſſen des Parlamentes ſtellen allerdings, Jahr auf Jahr, als das Ziel des Krieges hin den Wiedergewinn der geſammten ſpaniſchen Monarchie für das Haus Habsburg. Dieſem Wortlaute gemäß ſollte man alſo erwarten, die ſtärkſte Offenſive gegen den Beſitz Philipps V. in Spanien entwickelt zu ſehen. Aber in dem ganzen langen Kriege iſt das auch nicht ein einziges Mal der Fall. Vielmehr verfolgt die engliſche Kriegführung gegen Frankreich in erſter Linie immer Zwecke des engliſchen Intereſſes. Die großen Flotten nach dem Mittelmeere in den Jahren 1704, 1705 und 1707 waren nicht zuerſt darauf berechnet, der Sache Carls III. zu dienen, ſondern, wenn möglich, ſich des Kriegshafens von Toulon zu bemächtigen, und nur in zweiter Linie kam in den Jahren 1704 und 1705 die Sache Carls III. in Spanien in Betracht. Die Erwerbungen von Gibraltar und Barcelona, welche dann gelangen, waren, dem Weſen nach, die Frucht der Mühen des Landgrafen Georg. Ferner waren die Mittel, welche die engliſche Regierung für den Herzog Victor Amadeus aufwandte, weil er für die Zwecke der engliſchen Offenſive wider Frankreich diente, immer bedeutender als diejenigen für den König Carl III. Der Wiedergewinn von Spanien ſtand voran in Worten, nicht in der That.

Daß die Engländer, oder auch nur die Mitglieder des Parlamentes, ſich über das eigentliche Verhältnis klar geweſen wären, iſt kaum anzunehmen. Wir erinnern uns, wie es Marlborough gelang, die Angriffe Rocheſters in dieſer Richtung abzuwehren. Und ferner kamen dabei ja auch die Parteirückſichten in Frage. Wir haben geſehen, daß, als im Unterhauſe bei der Erörterung über Almanza die Differenz zwiſchen dem Soll- und dem Effectiv-Beſtande der Truppen in Spanien in ſo greller Beleuchtung der Zahlen hervortrat, dennoch die Whig-Mehrheit es über ſich gewann, durch die Abſtimmung zu Gunſten des Miniſteriums den Tories die Baſis für eine Anklage vorweg zu nehmen.

Das Unterhaus bewilligte die Mittel allerdings für beſtimmte Zwecke. Allein, ob ſie gerade dazu verwandt wurden, iſt eine andere Frage. Ein kundiger Beobachter der Vorgänge in England, der kaiſerliche Geſandte Graf Gallas, berichtet darüber: „Lord Sunderland und die geſammte Whig-Partei meinen nicht nur einen großen Theil des Miniſterii an ſich gebracht, ſondern die Oberhand darinnen gewonnen zu haben. Auch iſt dies in mancher Beziehung nicht in Abrede zu ſtellen. Allein was die Truppen und das Geld betrifft, ſo machen, wenn dieſelben einmal bewilligt ſind, Marlborough und Godolphin damit was ſie wollen“ [1]).

Die Grundlinien des Planes von Marlborough für den Feldzug 1708 haben wir aus den Mittheilungen darüber an den Herzog Victor Amadeus bereits vernommen: offenſiv in den Niederlanden und von Savoyen aus, defenſiv in Spanien (S. 10). Wie wenig dieſer Plan in Betreff Spaniens ſtimmt zu den Thronreden und den Parlaments-Adreſſen, bedarf nicht der Ausführung.

Der Plan Ludwigs XIV. dagegen war, offenſiv zu verfahren in den Niederlanden und in Spanien, nach anderen Seiten defenſiv [2]).

Eine andere Offenſive, die nur Geld und keine Mannſchaft koſtete, blieb dabei Ludwig XIV. immer ſicher: diejenige durch Rakoczy gegen den Kaiſer. Durch das Vorwärts-Treiben zu dem blutigen Landtage von Onod hatte der König von Frankreich, nach ſeiner

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 25. December.

[2]) Pelet t. VIII, p. 6.

Anſicht, es dahin gebracht, daß Rakoczy, auch wenn er wollte, nicht mehr zurück konnte, ſo ſehr, daß Ludwig XIV. an den Zahlungen für ihn etwas ſparen konnte. Die kaiſerlichen Truppen, welche durch Rakoczy in Ungarn beſchäftigt wurden, hätten ſicherlich ausgereicht, in Spanien binnen kurzer Zeit die Dinge zu wenden.

Die Gefahr für den Kaiſer von dem Schweden her, und damit des Zuſammen-Schlagens beider großen Kriegsflammen von Oſten und von Weſten, war durch den Abzug Carls XII. verringert. In Wien betrachtete man ſie nicht als aufgehoben, vielmehr diente dort der Hinweis auf dieſe Gefahr als einer der Gründe für die Weigerung, den Prinzen Eugen nach Spanien zu ſenden. Im Beginne des Jahres 1708 tauchte ſogar dieſe Gefahr von der anderen Seite wieder auf. Der Czar Peter I. ließ nämlich durch ſeinen Geſandten Urbich dem Kaiſer das Erbieten einreichen der großen Allianz beizutreten und zu dieſem Zwecke 12,000 Mann zu ſtellen. Die betreffende Denkſchrift wies hin auf das freundliche Verhalten des Czaren und ſeiner Vorgänger zu den römiſchen Kaiſern. Niemals hätten ſie die Waffen gekreuzt, vielmehr gegen den Feind des chriſtlichen Namens einmüthig geſtanden. Dem Kaiſer Leopold zu Gefallen habe der Czar in ſeinem Reiche den römiſch-katholiſchen Cultus verſtattet, den Miſſionären der Kirche freien Durchzug zu den Völkern des Oſtens vergönnt. Auch habe der Czar ſchon früher, beim Beginne des Krieges ſeinen Beitritt zur Allianz erboten, und für ſeine Truppen lediglich die Bedingung des Unterhaltes geſtellt. Damals ſeien die Seemächte nicht geneigt geweſen, und daran die Sache geſcheitert. Seitdem aber habe die Königin von Groß-Britannien ſo vielfach ihre geneigte Geſinnung für den Czaren dargethan, daß er nun ſeinen Antrag erneuere, in der Hoffnung, die Willfährigkeit des Kaiſers werde auch für die anderen Verbündeten entſcheidend ſein [1]).

Das Erbieten entſtammte derſelben Furcht des Czaren Peter vor dem Schwedenkönige, die im Jahre zuvor ihn angetrieben, die Vermittelung Ludwigs XIV. nachzuſuchen. Aber den Kaiſer brachte es in nicht geringe Verlegenheit. Ablehnen oder Annehmen hatte beides, je in Rückſicht auf den Czaren oder den Schwedenkönig, ſeine beſonderen

[1]) Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv.

Gefahren. Größer erschien vielleicht noch diejenige der Annahme, weil der Eintritt des Czaren in die große Allianz einen Bund der Könige von Frankreich und Schweden nach sich ziehen konnte. Der Kaiser ertheilte daher seinem Gesandten Gallas in London den Auftrag, das Erbieten zur Kunde der Königin zu bringen und die Sache ihrer Entscheidung anheim zu stellen, so jedoch, daß diese Entscheidung, wohin immer sie ausfalle, von den Seemächten vertreten werde, weil sie einer etwaigen Rache eines jener Gewaltigen nicht ausgesetzt seien [1]).

Es gelang den Mächten, durch Hinausschieben über das verfängliche Erbieten hinweg zu kommen.

In Betreff des Planes der Offensive in den Niederlanden sehen wir also Ludwig XIV. und Marlborough — denn dieser ist auf Seiten der Verbündeten die entscheidende Persönlichkeit — für den Feldzug 1708 einander begegnen. Das Motiv bei Ludwig XIV. ist die Absicht des Druckes auf die Republik der Niederlande, um die dort aufkeimende Friedenswilligkeit höher zu treiben; das Motiv bei Marlborough ist seine Führung dieser Armee.

Ludwig XIV. bereitete zu diesem Zwecke der Offensive in den Niederlanden eine Armee vor, wie er sie bis dahin noch nicht beisammen gehabt hatte. Es ergab sich nachher, daß sie bestand aus 131 Bataillonen und 216 Schwadronen [2]). Eine solche Macht war voraussichtlich der verbündeten Armee auch mit allen den Verstärkungen, welche Marlborough im Laufe des Winters in London und im Haag für dieselbe erwirkt hatte, weitaus überlegen.

Aber es fügte sich, daß an einer anderen Stelle noch ein anderer Offensiv-Plan gegen Frankreich aufwuchs, welcher demjenigen Marlboroughs nicht fern stand, ja sich damit in Verbindung bringen ließ. Dies geschah in Wien.

In dem Feldzuge zuvor hatte, nach der Vereitelung der Unternehmung gegen Toulon, der Prinz Eugen in einem Schreiben von St. Laurent aus an Marlborough eine Reihe von Entwürfen für den nächsten Feldzug zur Sprache gebracht [3]). Die hauptsächliche Stelle dieses Schreibens lautet: „Wird es beschlossen, daß wir hier auf der

[1]) Kaiserliches Rescript vom 1. Februar.

[2]) Pelet t. VIII, p. 6.

[3]) Coxe vol. II, p. 207. Vom 31. August 1707.

Defenſive bleiben: ſo müßte aus verſchiedenen Truppen eine zweite Armee an der Moſel gebildet werden, welche, je nach den Umſtänden, an den Grenzen Deutſchland oder Flanderns offenſiv agiren könnte." Das war damals ein hingeworfener Gedanke, der von Seiten Marlboroughs, welcher im Winter 1707/8 mit dem ſtärkſten Nachdrucke für die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien eintrat, nicht weiter erörtert wurde. Dagegen iſt anzunehmen, daß der Prinz Eugen nach ſeiner Rückkehr nach Wien, vor dem Kaiſer ihn mit Nachdruck geltend gemacht habe. Der Kaiſer, um dem Andringen der Seemächte auf die Entſendung des Prinzen Eugen nach Spanien einen poſitiven Vorſchlag entgegen zu ſtellen, ließ dann, noch im Januar, nach dem Haag und nach London hin, die Aufforderung ergehen, die wir kennen gelernt haben (S. 18), daß die drei Oberanführer, der Prinz Eugen, Marlborough, der Kurfürſt Georg Ludwig, ſich über den Plan des kommenden Feldzuges perſönlich verſtändigen möchten. Wir haben geſehen, daß darauf Marlboroughs bis dahin laute Rede für die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien ſofort verſtummt, daß er dagegen den kaiſerlichen Geſandten in London mahnt, ohne Zeitverluſt den Vorſchlag bei der Königin zu betreiben. Denn, wie immer ſonſt dieſe Verſtändigung ausfallen mochte: in jedem Falle bot ſich ihm dadurch die Ausſicht, ſeine Offenſive gegen Frankreich zu verſtärken. Sowohl in London als im Haag ging man auf den kaiſerlichen Vorſchlag ein.

Die Inſtruction, welche der Prinz Eugen von Wien mitnahm, erörtert zunächſt eine Operation am Oberrheine, und nimmt dabei Straßburg oder Pfalzburg in Ausſicht. Bei der vorausſichtlichen Abneigung aber der Seemächte gegen einen ſolchen Plan folgt der Ausdruck des Wunſches von Seiten des Kaiſers, daß eine Armee an der Moſel gebildet werde. Dann aber wird auch die Vereinigung dieſer Armee mit derjenigen unter Marlborough in Ausſicht genommen, mit der Beſtimmung, daß in dieſem Falle in Betreff des Commandos es gehalten werden möge, wie im Jahre 1704 zwiſchen dem Markgrafen von Baden und Marlborough [1]).

Am 24. März brach der Prinz Eugen von Wien auf, richtete jedoch ſeine Reiſe nicht, wie es urſprünglich die Abſicht war, zuerſt

[1]) In den Hollandicis des k. k. Archivs.

nach Hannover, ſondern direct nach dem Haag. Da unvermeidlich zu Gunſten der neuen Armee Truppen verwendet werden mußten, auf die der Kurfürſt Georg Ludwig für die Reichsarmee gerechnet hatte: ſo konnte dies Vorbeigehen ihn nicht angenehm berühren. Am 8. April traf der Prinz Eugen im Haag ein. Marlborough wartete in England ab, bis die Nachricht der Rückkehr der franzöſiſchen Flotte mit dem Ritter von St. Georg nach Dünkirchen eingetroffen und damit jede Gefahr beſeitigt war. Dann eilte auch er hinüber. Er und der Prinz Eugen begaben ſich zuſammen zum Rathspenſionär Heinſius, am 11. April. Von dieſem Tage alſo an datirt das Zuſammen-Wirken der drei Männer, welches über zwei Jahre lang für das geſammte Europa von ſo folgenſchwerer Bedeutung wurde. Nicht jedoch dieſe drei allein entſchieden. Mochten auch die Vollmachten des Prinzen Eugen und Marlboroughs noch ſo umfaſſend ſein: ſo hatte doch der Rathspenſionär Heinſius die Deputirten der Republik für die geheimen Angelegenheiten zu befragen. Es waren der General-Schatzmeiſter Hop, der Secretär des Staatsrathes und der Greffier Fagel [1]).

Am 12. April traten die genannten Perſonen zu einer Conferenz zuſammen. Der Prinz Eugen legte in einem längeren Vortrage den Stand der Angelegenheiten des Kaiſers auf den verſchiedenen Kriegsſchauplätzen dar. Seine Rede, einfach und ſchmucklos, aber klar und nachdrücklich, erregte Bewunderung. Sie betraf die Bildung einer dritten Armee an der Moſel, die je nach Bedarf der Reichsarmee oder der Armee der Verbündeten in Flandern hülfreiche Hand bieten werde. — Dann legte Marlborough ſeine Vollmacht dar, die Armee zu verſtärken.

In wiederholten Conferenzen ſuchte der Prinz Eugen die kaiſerliche Politik gegen die Anklagen zu rechtfertigen, zu welchen man von Seiten der Seemächte oft allzu ſehr geneigt geweſen war. Die Rechtfertigung in Betreff des Nicht-Friedens mit Franz Rakoczy war ſachlich nicht ſchwer, namentlich für den Prinzen Eugen, der von Anfang an nachdrücklich die Anſicht vertreten hatte, daß nur die Macht der Waffen dem Aufſtande ein Ende machen könne. Schwerer mochte ſie den Hörern eingehen, welche, wie die Folgezeit ergeben wird, auch durch

[1]) Lamberty t. V, p. 37.

den blutigen Landtag von Onod sich nicht von der wahren Natur Franz Rakoczys und seines Aufstandes überzeugen ließen. Ungleich schwerer aber noch war es die Holländer zu überzeugen, daß die Einkünfte der Länder Bayern, Mailand und Neapel den Finanzen des Kaisers nicht eine nennenswerthe Erleichterung gewährten. Die Thatsache mochte immerhin begründet sein; aber, wenn sie es war, so fiel dies den Organen der kaiserlichen Verwaltung zur Last. „Der geringere Theil dessen, was die Bayern zahlen — meldet eben damals der Venetianer Dolfin — gelangt in das kaiserliche Aerar. Alles wird wie in einen Schlund geworfen, der kein Ende hat; denn, wenn gleich die Scharfsicht im Einsammeln noch so groß ist, so ist größer noch die Verschwendung im Zerstreuen“ [1]). Nach seiner Ansicht brachte Bayern statt der früheren fünf Millionen nur noch zwei auf. „Ueberhaupt, meint Dolfin, kann man sich die financiellen Bedrängnisse der Hofkammer und des Hofes selbst nicht schwer genug vorstellen. Es mangelt den Angestellten der Gehalt, den Werkleuten der Lohn, den Soldaten das Brot. Und dennoch leben sie Alle, weil es ihnen nicht zum Vorwurfe gereicht auf welche Art immer sich das Brot zu erjagen“ [2]).

Eben so wenig wie die Reden des Prinzen Eugen diese Holländer, die zu eigenem Schaden die geringe Zuverlässigkeit der kaiserlichen Finanzverwaltung erfahren hatten [3]), überzeugen mochten, daß es damit nunmehr anders bestellt sei: eben so wenig mochte er ausrichten durch den Hinweis auf den Nachtheil, den die Allianz dadurch erleide, daß die Seemächte bei allen Differenzen zwischen dem Kaiser und dem Herzoge Victor Amadeus geneigt seien, auf die Seite des Letzteren zu treten. Das günstige Vorurtheil für den Herzog Victor Amadeus war einmal da, ungleich mehr noch in England als in Holland, und auch sogar durch den Verdacht, der in Betreff des Verlaufes der Unternehmung auf Toulon gegen ihn doch hier und da aufsteigen mußte, kaum verringert. Dazu hatte ja auch Victor Amadeus bei der wichtigsten Persönlichkeit dort, bei Marlborough, seine besonderen Mittel angewendet. (Vgl. Band XII, S. 529.) Und Marlborough, obwohl

[1]) Dolfins Final-Relation von 1708, in Fontes rerum A. Bd. XXII, S. 13.
[2]) A. a. O.
[3]) Lamberty t. V, p. 38.

gerade bei ihm aus den Briefen des Prinzen Eugen vor Toulon der Eindruck haften mußte, daß der Verdacht des letzteren doch eine Begründung haben müsse, vertraute für den Feldzug 1708 wieder auf Victor Amadeus, weil das Vertrauen auf denselben dem Plane seiner Offensive wider Frankreich entsprach.

Ist daher nicht anzunehmen, daß die eindringlichen Reden des Prinzen Eugen im Haag auf die Meinungen seiner Hörer zu Gunsten der kaiserlichen Politik und Verwaltung nachhaltig eingewirkt haben, so gewann seine eigene Persönlichkeit, welche Nachdruck mit Milde paarte, zugleich ihre Hochschätzung und ihre Zuneigung. In der Instruction des Prinzen Eugen findet sich auch der Auftrag, daß er, für den Fall seines gemeinsamen Handelns mit Marlborough, bei dem Rathspensionär auf die Abschaffung des Systems der Feld-Deputirten dringen solle. Dies System war aber mit der Verfassung der Republik so verwachsen, daß auch Wilhelm III. sich unweigerlich in dasselbe gefügt hatte, und es scheint nicht, daß der Prinz Eugen auch nur einen Versuch in der Richtung seines Auftrages gemacht habe. Dagegen trat ein anderes Verhältnis ein. Wir werden wiederholt zu ersehen Gelegenheit haben, daß die Feld-Deputirten dem Prinzen Eugen ein ganz anderes Vertrauen entgegen trugen als dem Herzog von Marlborough.

Im Haag einigte man sich also dahin, daß eine Armee an der Mosel gebildet werden solle, in der Stärke von 20,000 Mann, unter dem Commando des Prinzen Eugen, fast nur aus kaiserlichen und pfälzischen Regimentern bestehend. Man berechnete, daß die Reichsarmee am Oberrheine unter dem Kurfürsten Georg Ludwig dann noch 43,000 Mann stark verbleiben würde [1]). Zwischen Marlborough und dem Prinzen Eugen bestand von Anfang an das Einverständnis, ihre Armee zu vereinigen.

Aber es blieb ihnen noch die besondere Aufgabe, die Einwilligung von zwei wichtigen Persönlichkeiten zu erlangen. Der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz verlangte für die Ueberlassung seiner 9000 Mann von dem Kaiser die Einweisung in den Besitz der Oberpfalz und die Herstellung in die ursprünglich pfälzische Kurwürde. Um ihn von

[1]) Die genaueren Angaben bei Murray t. III, p. 709.

dieſer Forderung abzubringen, wollte ſich der Prinz Eugen vom Haag zunächſt nach Düſſeldorf begeben. Dann aber kam die zweite Schwierigkeit: die Frage der Einwilligung des Kurfürſten Georg Ludwig. Um dieſe zu erlangen, verabredeten der Prinz Eugen und Marlborough in Hannover zuſammen zu treffen. Marlborough kehrte daher, ungeachtet der Wünſche Godolphins, vor dem Feldzuge nicht erſt noch nach England zurück [1]).

Der Verſuch des Prinzen Eugen in Düſſeldorf gelang nicht. Johann Wilhelm hielt feſt an ſeiner Forderung. Unterdeſſen machte ſich auch Marlborough vom Haag aus auf den Weg nach Hannover. Die Reiſe wurde ſo eingerichtet, daß Marlborough unterwegs den Grafen Rechteren als Deputirten der Republik mit aufnahm, und auf der letzten Station vor Hannover ſich mit dem Prinzen Eugen vereinigte. Sie trafen zuſammen in Hannover ein.

Das Verhältnis der Feldherren von 1708 iſt nicht unähnlich demjenigen von 1704. Wie damals der Prinz Eugen und Marlborough einander näher und einigermaßen im Gegenſatze zu dem Markgrafen Ludwig von Baden ſtanden, ſo nunmehr zu dem Kurfürſten. Dieſer erhob den Einwand, daß die Schwächung der Reichsarmee zu Gunſten einer dritten Armee an der Moſel ihn außer Stand ſetzen werde, offenſiv zu verfahren. Auf den Vorſchlag jedoch ihm noch die zwei kaiſerlichen Regimenter Mercy und Lobkowitz zu belaſſen, gab er nach [2]). Der eigentliche Plan ward ihm verhehlt. „Unſeren Plan, berichtet Marlborough an Godolphin, die zwei Armeen zu vereinigen, hielten wir für beſſer dem Kurfürſten nicht mitzutheilen. Es iſt daher zu erwarten, daß die Ausführung desſelben ihn ſehr ärgerlich machen wird. Allein da das Gelingen des ganzen Feldzuges davon abhangt, ſo weiß ich dagegen kein anderes Heilmittel als Geduld" [3]).

Es ward beſchloſſen, daß die Moſel-Armee ſich zwiſchen dem 20. und 25. Mai zwiſchen Coblenz und Rheinfels verſammeln ſolle, und diejenige am Oberrheine zur ſelben Zeit. Den erſten Beſchluß zur Ausführung zu bringen, war jedoch nicht möglich, ſo lange Johann

---

[1]) Lamberty t. V, p. 41. — Murray t. III, p. 698, 705. — Coxe vol. II, p. 211.

[2]) Die Uebereinkunft bei Murray t. III, p. 715.

[3]) Coxe vol. II, p. 215. Aus dem Haag, 3. Mai.

Wilhelm in Düsseldorf fest hielt an seinen Forderungen, und darum verzögerte sich der Beginn des Feldzuges in den Niederlanden.

Unterdessen hatte auch Ludwig XIV. seine Anordnungen für den Feldzug getroffen. Er stellte fünf Armeen auf. Auf den Wunsch seines Enkels, des Herzogs von Bourgogne, übergab er ihm die Führung der stärksten Armee, die er bis dahin besessen, und auf welche er, der Sachlage nach, die Hoffnung einer günstigen Wendung der Dinge setzte. Dem Herzog zur Seite stand der Marschall Vendome. Die Zusammenstellung dieser zwei Persönlichkeiten konnte vom Beginne an von jedem kundigen Franzosen nur mit Besorgnis betrachtet werden; denn zwischen dem noch jugendlichen Prinzen, dem frommen, sittenstrengen Zöglinge Fenelons, und dem alten prahlenden Cyniker bestand eine moralische Kluft. Da vor der Ernennung des königlichen Enkels der Kurfürst Max Emanuel aus den Niederlanden weichen mußte, so erhielt er das Commando am Oberrheine mit dem Marschall Berwick zur Seite. Der Marschall Villars ward gegen den Herzog Victor Amadeus entsendet, mit dem Auftrag der Defensive. Nach Spanien schickte der König abermals seinen Neffen, den Herzog von Orleans, mit dem Marschall Bezons als Berather. Eine zweite Armee führte der Marschall Noailles von Roussillon aus nach Spanien hinein.

Im Norden und im Süden also wollte Ludwig XIV. offensiv vorgehen, nach Osten und Südosten sich defensiv verhalten. Aber zugleich blieb ihm die dritte Offensive, durch die er nicht durch seine Mannschaft, sondern nur durch sein Geld einen großen Theil der Macht des Kaisers lahm legte, diejenige des Franz Rakoczy und seines Aufstandes in Ungarn. Richten wir dahin zuerst unseren Blick.

Franz Rakoczy im Jahre 1708.

Unterhandlungen.

Auf den Wunsch und die Bitte der friedensbedürftigen Ungarn, die sich außerhalb des Machtbereiches von Franz Rakoczy befanden, schrieb der Kaiser Joseph I. am 23. December 1707 einen Landtag nach Preßburg aus, auf den 20. Februar. Das Ausschreiben verkündet,

daß der Kaiſer unter den verſchiedenen Mitteln, den Frieden wieder zu bringen, wiederholt als das wirkſamſte die Berufung eines allgemeinen Landtages ins Auge gefaßt, bisher jedoch, bei der Ungunſt der Umſtände, es nicht in Vollzug gebracht habe. Da nun die Gelegenheit günſtiger erſcheine, ſo wolle er, kraft ſeines königlichen Amtes und der Statuten des Königreiches, es daran nicht ermangeln laſſen. Das Einberufungsſchreiben, gegengezeichnet von den Grafen Illeshazy und Ladislaus Huniady, wurde in allen Grenzſtädten angeſchlagen [1]).

Voran in dem Landtage zu Preßburg erſchienen der Cardinal von Sachſen als Primas von Ungarn und der Palatin Paul Eſterhazy. In den Vorberathungen ſchlug der letztere vor, daß, da der Landtag den Frieden des geſammten Vaterlandes bezwecke, man nicht vorgehen könne ohne die Unzufriedenen. Es ſei daher eine neue Aufforderung an ſie nothwendig. Er erhielt die Zuſtimmung der Stände, und der Kaiſer erhob keinen Einwand, daß eine ſolche Aufforderung von dem Palatin aus erging. Rakoczy hatte unterdeſſen die Stände ſeines Machtbereiches zu einem Gegen-Landtage nach Kaſchau berufen. Dahin erging an ihn die Einladung des Palatins. Die Antwort Rakoczys lautete nicht bloß ablehnend, ſondern zugleich herausfordernd. Er habe nicht erwartet, ſagte er, daß der Palatin ſo verwegen und unbeſonnen ſein würde, ihm eine ſolche Aufforderung zugehen zu laſſen. Denn es ſei doch bekannt genug, daß er, Rakoczy, ſeit den Beſchlüſſen des Landtages zu Onod, von keinem Könige in Ungarn mehr wiſſe, und daher auch den nach Preßburg von dem Kaiſer, unter dem Namen eines Königs von Ungarn, ausgeſchriebenen Landtag als ſolchen nicht reſpectiren könne. Anſtatt dafür zu reden, möge der Palatin beſſer bedenken, was er Gott, dem Vaterlande und ſich ſelber als ehrlichem Manne ſchuldig ſei [2]). — Wie ſehr daher auch der Cardinal von Sachſen-Zeiz als Primas von Ungarn ſich bemühen mochte, unter denen, die erſchienen waren, Katholiken und Proteſtanten, den Frieden zu vermitteln: die Stände des Machtbereiches von Rakoczy, unter dem Drucke der Furcht vor dem Schwerte und dem Feuer, blieben fern.

[1]) Lamberty t. V, p. 77.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 45.

Rakoczy hatte, wie wir gesehen haben, die Blutthat von Onod vollbracht auf die Anforderung der französischen Politik. Er hatte vermeint, durch die Absage an Kaiser Joseph I. sich für Frankreich bündnisfähig zu machen. In der Wirklichkeit hatte, vermöge dieser Vorspiegelung, die französische Politik ihn dahin getrieben, um, auch ohne ein Bündniß mit ihm zu schließen, dennoch sicher zu sein, daß Rakoczy, weil er nicht mehr zurück könne, in der Rebellion gegen den Kaiser beharren müsse. Obwohl, nach den mündlichen Darlegungen des Vetes in Munkacs, dem Rakoczy kein Zweifel darüber bleiben konnte, daß er, ob mit, ob ohne Willen, in Versailles nur als Werkzeug behandelt wurde, so sehr, daß nach Onod auch die früher regelmäßigen Zahlungen der 50,000 Livres monatlich nicht mehr pünctlich eingingen: so richteten sich doch seine hoffenden Blicke noch wieder nach Versailles. Er sandte Vetes wieder dahin, mit dem Auftrage die Zustimmung des Königs und des Kurfürsten Max Emanuel zur Wahl des letzteren zum Könige von Ungarn zu erwirken. Vetes, obwohl er aus seinen früheren Wahrnehmungen und Beobachtungen wußte, wie geringe Aussicht auf Erfolg ein solcher Auftrag hatte, ging hin. Aber es gebührt ihm die Anerkennung, daß er nach wie vor zu seinem Auftraggeber in offener Sprache redete.

In Versailles ward im Beginne des Jahres 1708 der Plan erwogen, Süddeutschland zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel zu insurgiren und ihn wieder nach München zu führen. Der Urheber des Planes war der Minister Chamillart. Auf die Kunde eines solchen Planes begab sich der Marschall Berwick zu Ludwig XIV., und wies den Plan als in aller Beziehung undurchführbar nach. Der König erwiederte mit lachendem Angesichte: „Chamillart meint die Dinge besser zu verstehen als irgend ein General; aber er versteht gar nichts davon“ [1]). Es war ein Zeichen, daß der Stern der Gunst für Chamillart im Erbleichen begriffen war.

Wenn aber Max Emanuel nicht einmal nach München kommen konnte: wie sollte er nach Ungarn gelangen? Torcy erörterte mit Vetes diese Fragen; aber der einzige Zweck aller Erörterungen war, nach der Ansicht von Vetes: pour nous amuser. Aber

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 3.

Torcy verſprach die Zahlung der Rückſtände, 120,000 Thaler, auf einmal [1]).

Rakoczy dagegen ſuchte zu drängen. Am 6. März ſchrieb er an Vetes, daß er mit Ungeduld einer Antwort harre. „Denn, ſagt er, wenn ich nicht des Entſchluſſes des Kurfürſten ſicher bin, ſo würde ich vorziehen, auf die Friedenshandlung einzugehen, die uns angeboten iſt" [2]). Da die gleichzeitigen Drohungen und Handlungen von Rakoczy gegen diejenigen Ungarn, welche ſich nach Preßburg begaben, mit einer Friedenswilligkeit nicht vereinbar ſind: ſo ſind jene Worte an Vetes nur wie ein Drücken auf die Politik von Verſailles zu betrachten.

Aber auch von dort aus verfuhr man in ähnlicher Weiſe. Ob die Berichte von Desalleurs und Bonac wirklichen Zweifel an der Beſtändigkeit Rakoczys erregt hatten, oder ob Torcy ſie nur fingirte, Vetes ſah ſich genöthigt über das ihm kund gegebene Mistrauen Torcys zu berichten [3]). Als abermals für Rakoczy Wochen ohne eine beſtimmte Antwort vergingen, dagegen nur jener Zweifel an ihn gelangte, drängte er, am 31. März, aufs neue, daß Ludwig XIV. über die Wahl des Kurfürſten zum Könige von Ungarn einen Entſchluß faſſe, und betheuerte ſeine Standhaftigkeit. Der Inhalt dieſes Schreibens iſt für die Kenntnis des Rakoczy und ſeiner Sache ganz beſonders lehrreich. Er begründet darin ſein Dringen auf jene Entſcheidung in folgender Weiſe.

„Denn, nachdem wir verweigert haben, uns mit dem Wiener Hofe in Unterhandlung einzulaſſen, ſcheint mir für denſelben kein anderer Entſchluß übrig zu bleiben, als die äußerſten Anſtrengungen aufzubieten dieſe Nation zu unterjochen. Sie aber iſt entſchloſſen, in der Hoffnung auf den Schutz und die Hülfe des Königs von Frankreich, lieber die äußerſten Leiden über ſich kommen zu laſſen, als ſich der Herrſchaft des Hauſes Oeſterreich zu unterwerfen. Auch reicht ja die Art und Weiſe, mit welcher ſie ihren Willen kund gibt, zu dem von dem Kaiſer berufenen Landtage ihre Deputirten nicht zu entſenden, völlig aus, das von unſeren Feinden ausgebreitete, unbegründete Gerücht zu zerſtören. Es wäre denn freilich, daß man dort (in Verſailles)

[1]) Bericht des Vetes vom 1. Februar, bei Fiedler Bd. I, S. 84.
[2]) A. a. O. S. 314.
[3]) A. a. O. S. 82. Vom 19. Januar.

nach Vorwänden ſucht, um den Maßregeln auszuweichen, die man faſſen muß, wenn man uns helfen will. Dazu auch berührt es mich ſehr unangenehm, daß, nachdem ich alles erfüllt, was ich vom Beginne dieſes Krieges an in Ausſicht geſtellt habe, ich nun erleben muß, daß man lieber fremden Berichten Glauben beimißt als demjenigen, was ich melden laſſe. Mein Entſchluß wie derjenige der Nation hat die Probe beſtanden, ſowohl in dem Verluſte von Schlachten wie in Friedensunterhandlungen, ſo daß man kein Recht hat an unſerer Feſtigkeit zu zweifeln. Das alles hat nur gedient, um uns zu der Abſage (von Onod) zu führen. Und darum thut man uns Unrecht zu meinen, daß wir dennoch fähig ſein würden nun wieder umzuſchlagen, während wir noch Hoffnung auf das Gelingen des Planes haben, den Sie auf meinen Befehl dort betreiben. Daher erwarte ich ſo bald wie möglich den endlichen Beſchluß des Königs und des Kurfürſten, und verlaſſe mich darauf, daß, wenn man nicht vermag mir bei meinen Planen zu helfen, man doch nicht auch die Schuld tragen will, daß wir durch die Gewalt der Waffen unterjocht werden" [1]).

Dies wichtige Schreiben zeigt abermals, wenn es deſſen noch bedürfte, daß Franz Rakoczy keinen Frieden anders wollte als auf ſeine Bedingungen, daß auch, nach Rakoczys eigener Anſicht, dem Kaiſer nichts Anderes übrig blieb, als was der Prinz Eugen von Anfang an mit ſtarkem Nachdrucke ausgeſprochen hatte, die Bezwingung des Aufſtandes durch die Waffen. Aber Rakoczy redet in dieſem Schreiben von ſich und der ungariſchen Nation. Es iſt ſchwer einen freien Willensausdruck der letzteren zu gewahren. Schon zu Ende des Jahres 1705 haben wir von den ſeemächtlichen Geſandten die Klage vernommen, daß einige wenige Häupter nach ihrem Intereſſe über die Schickſale der ungariſchen Nation entſchieden. Dies hatte ſich noch geſteigert durch die Anerkennung der abſoluten Gewalt bei Franz Rakoczy in dem Landtage auf dem Felde von Szecſin. Und abermals hatte es ſich geſteigert durch den blutigen Landtag von Onod und deſſen Conſequenzen. Wie der Schrecken von Onod daheim innerhalb des Machtbereiches von Franz Rakoczy jeden Widerſpruch lähmte: ſo handelte dieſer nach außen hin, namentlich nach Verſailles, von wo dem verzehren-

[1]) Fiedler Bd. I, S. 317.

den Feuer in dem französischen Golde die hauptsächliche Nahrung zugeführt wurde, ganz allein. Eben damals befiehlt Rakoczy an Vetes: „Schreiben Sie keine Nachrichten von dort an Personen meines Hofes und noch weniger melden Sie irgend etwas von Ihren Unterhandlungen dort nach hier, an wen immer es sei; denn die Leute, die keine Kenntnis von Geschäften, noch von dem fremden Lande haben, könnten dann Vermuthungen und Vorurtheile fassen, die nachher schwer auszutilgen wären. Darum habe ich vom Beginne dieses Krieges an vor ihnen die Nachrichten und meine auswärtigen Beziehungen immer geheim gehalten." Es folgt für Vetes der Hinweis, daß an der Beobachtung dieser Vorschrift seine Stellung hange [1]).

In der Wirklichkeit hegte man in Versailles nicht die Besorgnis, daß es in Ungarn zum Frieden kommen könne. Das Tagebuch des Hofmarschalls Dangeau, das getreue Echo dessen, was Ludwig XIV. vor seinem Hofe aussprach, meldet bereits zum 21. April, lange bevor jenes Schreiben des Rakoczy dort eintraf: „Der Kaiser hat jegliche Hoffnung auf eine Verständigung mit den Ungarn verloren. Sie verüben mehr Unordnungen als je zuvor. Sie haben sogar bis auf zwei Meilen von Wien Flecken und Dörfer verbrannt" [2]).

Die Staatsmänner der Republik der Niederlande dagegen beharrten in einer, man dürfte sagen, wunderbaren Unkenntnis des eigentlichen Sachverhaltes. Sie schickten eben damals an ihren Gesandten in Wien, Hamel Bruininx, eine neue Vollmacht zum Angebote ihrer Friedensvermittelung bei dem Kaiser [3]). — Der Kaiser wollte den Frieden; aber er konnte nicht die Vermittelung der Seemächte wollen, nachdem Rakoczy dieselbe früher mit so schlauer Ueberlegenheit in seinem Interesse ausgebeutet hatte. Es dürfte sogar fraglich sein, ob Hamel Bruininx, der die Lage der Dinge in Wien besser kennen mußte, das Angebot auch nur vorgebracht hat.

Jene Nachrichten über die Erneuerung der Brandritte der Kuruczen mochte man in Versailles gar gern vernehmen; aber ob darum die Meinung des Franz Rakoczy richtig war, daß, weil er überhaupt

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 322. Vom 16. April.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 121.
[3]) Die Vollmacht bei Lamberty t. V, p. 81.

keinen Frieden mit dem Kaiser wollte, der König von Frankreich nun auch seinen Wünschen willfahren werde, war eine andere Frage. „Dringen Sie, gebot Rakoczy dem Vetes, unablässig in den dortigen Hof, die möglichsten Anstrengungen am Rheine zu machen; denn das ist die einzige Diversion, die den Kaiser hindern kann uns zu unterdrücken“ [1]). Der Befehl entsprach weder dem Wollen noch dem Können des Kurfürsten wie des Königs. Noch bevor Vetes den Befehl erhielt, meldete er zurück, daß für die Wünsche Rakoczys geringe Aussicht sei. Nicht Ungarns wegen gehe der Kurfürst von Bayern an den Oberrhein, sondern weil er des Ranges wegen nicht mit dem Herzog von Bourgogne zusammen in Flandern sein könne. Die Furcht des Kurfürsten, den Kaiser noch weiter zu beleidigen als er bereits gethan, sei im Wachsen. Der König vermöge nicht an zwei Stellen offensiv zu verfahren [2]).

Dagegen erkannte Vetes, daß die Bereitwilligkeit in Versailles für Rakoczy abnahm. Auf seine erneute Beschwerde über die Rückstände der Subsidien antwortete Torcy trocken: „Der König zahlt wie er kann.“ — Obwohl Vetes wußte, daß nach Onod, auf den Abschluß eines Bündnisses nicht mehr zu hoffen, so hatte er doch, formell, darauf zu dringen. In die Denkschrift, die er zu dem Zwecke eingab, hatte er die Worte eingesetzt, daß, wenn nicht die Allianz erfolge, Rakoczy und die conförderirten Stände gezwungen würden, durch einen Vergleich für ihre Sicherheit zu sorgen. Beim Lesen dieser Worte fuhr Torcy scharf heraus: „Der Fürst Rakoczy hat es nicht in seiner Hand ein Abkommen zu treffen; denn die Protestanten von der kaiserlichen Partei in Preßburg machen mehr von sich reden als er, und verlangen mit starken Worten die Herstellung der Gesetze und der freien Religionsübung.“ — Vetes entgegnete: „Wünscht der König durchaus sich davon zu überzeugen, daß es in der Hand des Fürsten Rakoczy steht, den Krieg in Ungarn durch einen Vertrag zu beenden, so bitte ich nur mich dieses Willens zu versichern. Ich werde dann die Nachricht hinbringen, und binnen zwei Monaten werden Sie den Erfolg sehen.“ Torcy lenkte ein [3]).

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 320.
[2]) A. a. O. S. 90. Vom 19. April.
[3]) A. a. O. S. 97 und 105.

Vetes fügt ſeinem Berichte darüber an Rakoczy die Worte hinzu: „In Gottes Namen, gnädigſter Herr, wenn man Ihnen hier nicht willfahrt, ſo zeigen Sie doch dieſen Leuten, daß es von Ihnen abhangt, Ungarn den Frieden zu geben.“

Es würde zu weit führen in die Einzelnheiten der Ausflüchte einzugehen, mit welchen die franzöſiſche Politik ſich von dem Verſprechen eines Bündniſſes mit Rakoczy loswand. Dagegen iſt es von Intereſſe zu ſehen, in welcher Weiſe der Ungar Vetes durch die Charakteriſtik der Politik des Hofes von Verſailles auf Rakoczy einzuwirken ſucht.

„Dieſer Hof, ſagt Vetes, iſt unbeſtändig wie der Wind, und Niemand darf ſich jemals auf ihn verlaſſen. Im Glücke iſt er unerträglich hochmüthig und höhnt ſeine Bundesgenoſſen; im Unglücke opfert er ſie ſeinem Eigennutze, und meint ſeinen Verpflichtungen gegen ſie zu genügen mit der Ausrede, daß er thue was möglich. Ich darf nicht ermüden zu ſagen, daß auch wir für alle ihm geleiſteten Dienſte nichts erlangen werden, als dieſe unfruchtbare Antwort. Mein Rath daher iſt, daß Ew. Durchlaucht die Einzelnheiten meiner Unterhandlung prüfen, und demgemäß den feſten Entſchluß faſſen, ſich nicht dem Eigennutze dieſes Hofes zu opfern, ſondern lieber die noch vorhandenen Vortheile zu benutzen, um ſich einen guten und ehrenhaften Ausgleich zu erwirken. Behandeln Sie den König hier, wie er Sie behandelt, das heißt: auch wenn der König ſich geneigt zeigt, einen Vertrag mit uns zu ſchließen, ſuchen wir auch unſererſeits Vorwände um auszuweichen. Denn einen Vertrag mit Frankreich ſchließen oder nicht ſchließen, iſt für uns ganz dasſelbe. Frankreich wird niemals einen Vertrag halten auf Koſten ſeiner Vortheile. Richten Sie, gnädigſter Herr, alle Ihre Mühe und Sorgfalt dahin, einen Ausgleich zu erreichen, damit nicht der Fluch einer Nation über Sie kommt, den Sie in anderem Falle, wenn Sie ſie dem Intereſſe Frankreichs opfern, auf ſich und Ihr Haus herabziehen. Und wenn Sie nichts Anderes erreichen können, weder für ſich ſelber, noch für das Vaterland, ſo erhalten Sie wenigſtens ſich ſelber und dieſes für eine günſtigere Zukunft“ [1]).

[1]) Fiedler Bd. I, S. 103. Vom 29. Juli.

Wir ſehen, Vetes war als Diener des Franz Rakoczy dennoch ein ungariſcher Patriot.

Vetes ſchrieb dieſen Appell an den Patriotismus des Franz Rakoczy nieder in Paris am 29. Juli, wenige Tage vor der Niederlage des letzteren bei Trentſchin.

Der Feldzug.

Unterdeſſen nahm der Landtag in Preßburg nicht einen günſtigen Verlauf. Es ſtanden dort ähnlich wie hundert Jahre zuvor die katholiſchen und proteſtantiſchen Stände einander gegenüber. Die erſteren wollten die Erneuerung der Beſchlüſſe des Landtages von Oedenburg 1681, die letzteren verlangten mehr. Von der Partei des Rakoczy jedoch waren beide Richtungen geſchieden dadurch, daß ſie beide den König Joſeph anerkannten [1]). Die Biſchöfe wurden als mit dem Hofe völlig einig betrachtet [2]).

Zur ſelben Zeit befand ſich Rakoczy bis in den Monat Juli in Erlau, wo er, wie er meldet [3]), ſeine Armee verſammelt hatte, neu bekleidet, ſtattlich anzuſehen. „Ihr Renommée, ſagt er, ſchwellte um ſo mehr das Herz der Nation, da die Feinde ſich gar nicht rührten. Nach Starhembergs Entſendung nach Spanien hatte der Kaiſer Joſeph den alten Feldmarſchall Heiſter wieder berufen. Aber es fehlte an genügenden Truppen und an Geld. Die geringe Mannſchaft lag in der Schütt, unfähig zu einer nachdrücklichen Offenſive". Bei dieſer Lage der Dinge machte, wie Franz Rakoczy erzählt, Bercſeny im Namen der Officiere, die an der Waag ſtanden, dem Rakoczy den Vorwurf: es ſcheine, daß er Verräther um ſich habe; denn er liefere Schlachten, wenn der Feind ſtark ſei, liege dagegen der Jagd ob, wo der Feind nicht wage aus der Schütt hervor zu kommen [4]). Rakoczy ließ ſich dadurch bewegen zu marſchiren, zuerſt nach Neuhäuſel. Dort warf man ihm abermals vor, daß er den Einflüſterungen der Franzoſen folge, deren Intereſſe es ſei, daß der Krieg niemals ein Ende

---

[1]) Die Berichte des engliſchen Geſandten Meadows im Archivum Rakoczyanum, II O., III K., p. 380 sqq.

[2]) A. a. O. p. 384, 386.

[3]) Mémoires du prince François Rakoczy p. 128.

[4]) A. a. O.

nehme. Er rückte weiter vor auf die Waag. Sein Plan war auf die Feſtung Leopoldſtadt gerichtet; jedoch abermals ward er wider ſeine eigene Neigung, wie er erzählt, bewogen gegen Trentſchin zu marſchiren, Ende Juli. Der Engländer Meadows in Wien meldet, daß dann das Feuer der Verwüſtung ſchwer über die armen Schleſier gekommen ſei [1]).

Am 27. Juli brach jedoch auch Heiſter aus der Schütt nordwärts auf. Er hatte 7000 Mann, die Armee des Rakoczy ward auf 22,000 angegeben [2]). Er ereilte ſie bei Trentſchin, am 3. Auguſt.

Franz Rakoczy, der in ſeinen Denkwürdigkeiten die wichtigen Verhandlungen ſeines Agenten Vetes in Frankreich nicht erwähnt, erzählt wie den Feldzug, ſo auch das Treffen von Trentſchin in ausführlicher Weiſe. „Niemals, ſagt er endlich ſelber, war eine Niederlage ſchmählicher und erbärmlicher, ſowohl an ſich wie durch ihre Folgen." Nach den Berichten von kaiſerlicher Seite verloren die Schaaren des Franz Rakoczy 6000 an Todten, 400 an Gefangenen, und das geſammte Geſchütz, während ihr eigener Verluſt 200 Mann an Todten und Verwundeten betragen habe [3]). — Rakoczy gibt keine Zahlen an.

Eine engliſche Zeitung jener Tage ſchildert die Kriegführung der Schaaren des Franz Rakoczy mit den Worten: „Dieſe angeblichen Patrioten ſind kühn wie die Löwen und ebenſo unerbittlich, ſo lange es ſich darum handelt zu verwüſten, zu brennen, ihre Landsleute zu überfallen und nieder zu ſchlachten; aber ſie laufen davon wie die Kinder, ſobald eine ſchwächere Anzahl kaiſerlicher Truppen ihnen entgegen tritt. Das ſind keine genügenden Beweiſe für die Güte einer Sache, welche ſie ſelber diejenige der Freiheit nennen" [4]).

Der Kriegführung von der einen Seite mochte freilich auch diejenige von der anderen entſprechen. Der Feldmarſchall Heiſter glaubte bemerkt zu haben, daß die größte Gefahr für das Land unter ſeiner Obhut von den kleinen Streifſchaaren drohe, welche leichter durch die Linien brachen als eine größere Anzahl. Er befahl daher, daß, wo die

---

[1]) Bericht vom 4. Auguſt, p. 393.

[2]) Nach dem Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 45 die Kaiſerlichen 6000 Mann Infanterie und 1400 Mann Cavallerie, die Rebellen 22,000 Mann.

[3]) Der Bericht des Meadows vom 8. Auguſt, p. 394. — Dieſelben Zahlen auch im Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 46.

[4]) Daily Courant, 7th January 1709.

kaiſerlichen Truppen eine Streifſchaar unter hundert Mann gefangen nehme, jedem der Gefangenen die rechte Hand abgehauen werden ſolle, zur Abſchreckung von ſolchen Excurſionen [1]).

Die ganze Kriegführung charakteriſirt ſich in zwei beiderſeitigen Erläſſen. Der erſte vom Feldmarſchall Heiſter, vom 27. October, lautet: „Es wird den Rebellen kund gethan, daß, wenn ſie in den Comitaten — es folgen ſieben Namen — ferner noch ein einziges Haus anzuzünden wagen, nicht bloß die dreißig geſtern gefangenen Rebellen, ſondern alle, welche noch gefangen werden, weil ſie nur als Räuber und Mordbrenner zu betrachten ſind, ohne Gnade zum Feuer verwieſen und lebendig verbrannt werden ſollen“ [2]).

Von Seite Rakoczys ward darauf erwiedert: „Es wird den deutſchen Verwüſtern Ungarns kund gethan, daß, wenn ſie ferner noch wagen, in den conföderirten Comitaten des Königreiches Ungarn — es folgen dieſelben Namen — Raub, Brand, Kirchenplünderung, Gewalt gegen Frauen, Tortur der Männer vorzunehmen, dann nicht bloß die zwei- und dreimal dreißig letzthin beim Raube gefangenen Deutſchen und Raizen, ſondern Alle, welche noch gefangen werden, weil ſie nur als Mordbrenner, Landverwüſter, Frauen- und Heiligthumsſchänder zu betrachten ſind, ohne Gnade zum Feuer verwieſen, und mit der ſolchen Verbrechern gebührenden Strafe belegt werden ſollen“ [3]).

Die Folgen dieſes nunmehr fünfjährigen Krieges lagen in ſchrecklicher Weiſe vor Augen. „Dieſer Krieg, ſagte damals der Venetianer Dolfin, der zum größeren Theile auf Koſten ungariſchen Blutes und mit vieler Wuth geführt worden iſt, hat das Königreich ſo verwüſtet, daß ein halbes Jahrhundert erforderlich ſein wird, es wieder zur früheren Blüthe zu bringen.“ — „Das Volk freilich, meint er, des Jammers müde, würde den Frieden vorziehen; aber die Häupter wollen in ihrem Privat-Intereſſe den Krieg und täuſchen den großen Haufen mit dem ſüßen Namen der Freiheit, obwohl er eine ganz barbariſche Sclaverei erleidet“ [4]).

---

[1]) Bericht des Meadows vom 5. Mai, S. 375.

[2]) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 151.

[3]) A. a. O.

[4]) Fontes rerum Austr. t. XXII, p. 17.

Für Viele jedoch löste sich in Folge der Schlacht von Trentschin dieser Druck. In seinem späteren Ueberblick über die Lage der Dinge in den nächsten Monaten sagt Rakoczy: „Heisters Angriff auf Neuhäusel schlug fehl. Die Jahreszeit war vorgerückt. Die dänischen Truppen, die aus Bayern zur Hülfe heran gezogen waren, litten durch Krankheiten. Meine Truppen in Nieder-Ungarn, unter dem Commando von Anton Esterhazy, setzten noch immer ihre Ausritte nach Oesterreich und Steiermark hinein fort. Unsere Angelegenheiten standen daher nicht hülflos, wenn nicht eine Art Schwindel sich der ganzen Nation bemächtigt hätte. Magnaten, Edelleute, Officiere, Soldaten dachten nicht mehr an den Krieg, sondern nur noch ihre Habe, ihre Frauen, ihre Kinder zu retten" [1]).

Der Uebertritt war freilich nur denen möglich, die sich innerhalb der Machtsphäre kaiserlicher Truppen befanden. Rakoczy dagegen versammelte seinen Senat und die Deputirten der Comitate seines Machtbereiches in Szecsin [2]). Dort wurden die Beschlüsse erneuert, daß die Freiheit nur durch die Gewalt der Waffen wieder zu erringen und die Abtrünnigen mit dem Tode zu bestrafen seien. Diese Beschlüsse ließ Rakoczy durch Circulare allenthalben kund machen. Das Schicksal des Todesurtheils traf binnen kurzer Zeit mehrere höhere Officiere, die ihren Frieden mit den Kaiserlichen gemacht hatten, und dann gefangen waren: Ozkay, Bezeredy, Segedy; dieser letztere wurde jedoch begnadigt [3]).

Einem anderen hervorragenden Ungarn gelang es sich zu retten. Es war Paul Okolicsany, der in den ersten Jahren für die Vermittelung gedient, Vater des Unglücklichen, den Bereseny im Landtage von Onod erschlagen hatte. Auch dieser Paul Okolicsany befand sich unter den Edelleuten des Comitates Turosz, welche Rakoczy nach dem Landtage von Onod einkerkern ließ, und wiederholt hatte das Gerücht auch seine Hinrichtung gemeldet. Aber im Beginne des Jahres 1709 ward er, nach geleistetem Eide nicht zum Kaiser zurückzukehren und gegen Caution, der Haft entlassen. Er betrachtete diesen Eid als

[1]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.
[2]) Bericht des Meadows vom 8. September, S. 398.
[3]) A. a. O. vom 20. Februar, S. 429.

erzwungen, ließ die Caution fahren und entfloh nach Wien, um dort um Gnade zu bitten. Sie ward ihm zu Theil[1]).

Neue Verſuche Franz Rakoczys.

Jene Beſchlüſſe des Ausharrens in den Waffen wurden von Rakoczy gefaßt vor dem Einlaufe der Meldungen von Vetes aus Paris, daß weder auf ein Bündnis, noch auf fernere regelmäßige Zahlung von dort her zu rechnen ſei, mit ſeiner entſprechenden Bitte, einen Ausgleich mit dem Kaiſer zu ſuchen. Dieſe Briefe gelangten erſt am 20. October nach Szathmar in die Hände von Franz Rakoczy. Seine Antwort erwähnte der Bitte nicht. „Das Unglück dieſes Feldzuges, ſagte er, rechne ich für nichts; aber, weil ich aus Ihren Briefen erſehe, daß die Miniſter des franzöſiſchen Hofes die Dienſte, welche ich dem Könige zu leiſten ſtrebe, in ſolcher Weiſe gering ſchätzen, ſo werde ich meine Maßregeln treffen gegen alles, was mir begegnen könnte"[2]).

Dieſe Maßregeln, wie Franz Rakoczy ſie benannte, waren theils ſchon getroffen, theils in Vorbereitung. Er war in Betreff der Mächte, an die er ſich bereits gewendet, oder noch wenden wollte, nicht wähleriſch, wenn ſie nur ſich verwenden ließen gegen den Kaiſer. Es waren der Czar Peter I., der Papſt Clemens XI., die Türken, der König von Preußen, und vermittelſt desſelben die Seemächte.

Die Gunſt des Czaren Peter verdankte Franz Rakoczy, wie wir nachher beſtimmter erſehen werden, der Hoffnung des Czaren dadurch die Geneigtheit Ludwigs XIV. und die Vermittelung desſelben zum Frieden mit Carl XII. zu erlangen. Auch als dieſe letztere Hoffnung im Jahre 1708 nicht in Erfüllung ging, ließ dennoch der Czar Peter, gemäß dem Berichte Rakoczys, ihn noch einen Monat nach Trentſchin ſeiner Gunſt verſichern, ſo wie ſeiner Abſicht an dem Vertrage von Warſchau von 1707 feſtzuhalten, alſo Franz Rakoczy zum Könige von Polen zu machen[3]). Dieſe Hoffnung war freilich für Franz Rakoczy ſehr in die Ferne gerückt durch die beſtimmte Erklärung Ludwigs XIV. an den Agenten Vetes, daß er niemals dazu ſeine

[1]) Bericht des Meadows vom 20. Februar, S. 429.
[2]) Fiedler Bd. I, S. 326.
[3]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.

Einwilligung geben und ſich nicht den Zorn Carls XII. zuziehen wolle[1]). — Aber Rakoczy gab darum dies Trachten nicht auf, ſondern that neue Schritte in dieſer Richtung. So meldet nämlich der Engländer Meadows aus Wien, am 1. December, mit den Worten: „Ich erfahre ſo eben, daß der Fürſt Rakoczy ſich in Polen befindet, und dort ſich bemüht den Adel für ſeine Wahl zum Könige von Polen zu gewinnen. Er bedient ſich zu dieſem Zwecke der Intriguen ſeiner Freundin, der Frau des Kron-Generals, deren Einfluß ſich weit erſtreckt; aber er rechnet hauptſächlich auf die großen Reichthümer, welche er in Ungarn geſammelt hat, und deren die Polen ſehr bedürftig ſind“[2]).

Der Bericht iſt nicht ohne Bedenken, weil dieſe Eliſabeth Siniawska im Jahre zuvor dem Rakoczy von dem Trachten nach der polniſchen Krone abgerathen hatte. Indeſſen waren die Umſtände verändert. Auch in einem ſpäteren Berichte kommt Meadows auf die Verbindung des Rakoczy mit der Familie Siniawski und deren Einfluß in Polen zurück[3]). Auch Rakoczy ſelber habe dort großen Einfluß, ſagt er, durch die ausgedehnten Beſitzungen, die er von der Witwe Sobieska gekauft habe. Mit welchem Gelde dieſe Güter bezahlt waren, mochte allerdings dieſer Engländer, der, wie durchweg ſeine Landsleute, für die Beziehungen des Franz Rakoczy zu Ludwig XIV. keine Augen hatte, nicht ahnen.

Ferner wandte Rakoczy, bei der Andauer der Differenzen zwiſchen Papſt und Kaiſer, ſeine Augen auf Rom, und ſchickte dahin als ſeinen Agenten den Weltprieſter Brenner, der ihm zuvor in Polen gedient, einen Mann, deſſen Seele erfüllt war von glühendem Haſſe gegen das Haus Habsburg. Wenn der franzöſiſche Plan einer italieniſchen Liga gegen Oeſterreich zu Stande kam, ſo war Rakoczy bereit in dieſelbe einzutreten, und hoffte dann mit päpſtlichem und italieniſchem Gelde die Kroaten inſurgiren zu können. Er verſprach zugleich dem Papſte, wie der Bericht Clements meldet, Wunderdinge zu verrichten für die Austilgung der Proteſtanten in Ungarn und Siebenbürgen. — So Clement. Er fügt jedoch ſeinem Berichte hinzu,

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 29.
[2]) Bericht des Meadows p. 412.
[3]) A. a. O. p. 417.

daß dieſe Unterhandlungen in Rom und Venedig niemals zu ſeiner vollen Kunde gekommen ſeien[1]). Gewis ſei ihm die Thatſache der Anweſenheit Brenners in Rom und der guten Aufnahme desſelben bei dem Papſte Clemens XI.

Jedenfalls ſagt der Bericht nur, was Rakoczy oder in ſeinem Namen der Weltprieſter Brenner geplant, nicht was der Papſt Clemens XI. darauf geantwortet habe. Der Papſt hatte in zahlreichen Breven die ungariſchen Unruhen beklagt, die Auflehnung gegen den rechtmäßigen König misbilligt. Er hatte, wie wir geſehen (Band XII, S. 482), namentlich in ſcharfer und nachdrücklicher Weiſe die Beſchlüſſe des blutigen Landtages von Onod gerügt, und allen geiſtlichen Perſonen Ungarns, die in irgend einer Weiſe an der Aufrichtung eines neuen Königs ſich betheiligen würden, die kanoniſchen Strafen gegen ungehorſame Prieſter in Ausſicht geſtellt. In dieſem Verhalten blieb Clemens XI. ſich völlig gleich. Er ſprach ſich, wie nach Onod, ſo auch im Auguſt 1709 in einem Breve an den Cardinal von Sachſen-Zeiz ſcharf tadelnd über diejenigen Geiſtlichen in Ungarn aus, die an dem Aufſtande ſich betheiligt[2]). Es iſt daher ſchwer zu glauben, daß er den Anträgen Brenners im Auftrage Rakoczys irgend welches Gehör geſchenkt habe.

Welche Plane indeſſen auch immer Franz Rakoczy in Rom verfolgt haben mag, ſie zergingen mit dem Friedensſchluſſe zwiſchen Papſt und Kaiſer, im Januar 1709.

Ferner entſendete Rakoczy, im Winter 1708/9, neue Boten nach Conſtantinopel. Aber die Regierung dort war in den Händen desſelben Großweſirs, der früher dem Paſcha Ibrahim von Belgrad geſchrieben: er geſtatte dem Franz Rakoczy Hülfe zu leiſten, ſo jedoch daß dieſe Hülfe nicht als ein Einbruch in den Frieden von Carlowitz angeſehen werden könne[3]). Demnach hatte Franz Rakoczy von dort her keine Ausſicht auf nachhaltige Hülfe.

Endlich hoffte Rakoczy auf den König von Preußen und, vermittelſt desſelben, auf die Seemächte.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 4: Ces négotiations ne sont jamais venues clairement à ma connaissance.

[2]) Clementis XI. epistolae t. I., p. 560.

[3]) Correspondance du marquis de Ferriol p. 353, 364.

Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt zu beobachten, daß man in Berlin von Anfang an auf die Thätigkeit Franz Rakoczys mit Wohlwollen blickte (Band XI, S. 58). Im Beginne des Jahres 1706 führte dies Wohlwollen, in welchem Ludwig XIV. und Friedrich I. ſich begegneten, zu franzöſiſchen Angeboten in Berlin, bis die Schlacht von Ramillies die bereits angeknüpften Fäden zerſchnitt (Band XII, S. 49).

Das Wohlwollen jedoch in Berlin für Franz Rakoczy blieb, und ſcheint, wie die Folgezeit beweiſt, auch durch die Nachricht des blutigen Landtages von Onod nicht geſchwächt worden zu ſein.

Im Jahre 1708 ließ Franz Rakoczy dem Könige Friedrich I. in Berlin melden, daß er in Mähren, Schleſien und ſelbſt in Böhmen Einverſtändniſſe habe, daß er ſeinen Marſch auf die Grenzen jener zwei erſten Länder richte, und die geeigneten Proclamationen bei ſich führe, dort einen Aufſtand hervorzurufen. Der Berliner Hof behielt ſich ſeine Entſchlüſſe bevor [1]).

Statt der Inſurgirung jener Länder erfolgte jedoch die Zertrümmerung der Rakoczy'ſchen Armee der Freiheit bei Trentſchin. Die Nachricht ward am Berliner Hofe mit Beſtürzung vernommen. Friedrich I. ließ durch den Agenten des Rakoczy in Berlin, Clement, jenem den Rath ertheilen: er möge ſich für beſſere Zeiten ſparen und zu dieſem Zwecke die Vermittelung der Seemächte anrufen, die noch fortbeſtehe.

Dieſer Gedanke des Fortbeſtehens der Vermittelung mochte allerdings einem Manne wie Franz Rakoczy, der wiederholt vor Ludwig XIV. und deſſen Miniſtern als ſein Verdienſt um Frankreich geltend gemacht, daß er jene Unterhandlungen von 1706 abgebrochen habe, aus ſich etwas fern liegen. Aber dann fand der Rath bei ihm willige Ohren. Er ließ durch Marlborough an die Königin ein Schreiben gelangen, in welchem er die Anklage erhob, daß die Unterhandlungen bisher durch nichts ſo ſehr verzögert worden ſeien, als durch das Trachten des Kaiſers, der ſo feierlich angenommenen Vermittelung der Königin zu entkommen. Er bat daher die Königin, ihre wohlwollende Geſinnung aufs neue zu bethätigen [2]).

---

[1]) Bericht Clements, bei Fiedler Bd. II, S. 3.

[2]) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 406.

Daß dieſes Schreiben, vom 17. October, ſofort einen Erfolg haben würde, mögen weder die Förderer Rakoczys in Berlin, noch er ſelber ſich gedacht haben. Aber zunächſt war dadurch die Sache wieder angeregt, und die Einleitung zu Schritten getroffen, die wir im nächſten Jahre kennen lernen werden.

Zur ſelben Zeit, im Herbſte 1708, wo Rakoczy nach den verſchiedenen Seiten hin in dieſer Weiſe ſich bemühte, ließ er in Wien einen Antrag auf Waffenſtillſtand ſtellen. Zu dieſem Zwecke entließ er einen Gefangenen, den Protonotar Tolvay, nach Wien. Vor ſeinem Aufbruche trugen Rakoczy und Bercſeny ihm auf, dem Kaiſer ihren Wunſch nach Frieden und zunächſt nach einem Waffenſtillſtande auszuſprechen, während deſſen man den Frieden verhandeln könne. Im Beginne des Monats November traf dieſer Tolvay in Wien ein, und fortan wurde dort vielfach erwogen, ob der Antrag ernſtlich und aufrichtig gemeint, und ob Rakoczy zu einem Frieden zu bringen ſei ohne Vermittelung und die Garantie der Seemächte. Dies verneinten auch diejenigen Ungarn, welche in den letzten Monaten die Gnade des Kaiſers geſucht hatten. Der Waffenſtillſtand war thatſächlich da wegen des Winters; aber die Unterhandlung zog ſich Monate hindurch. Der Feldmarſchall Heiſter ſtimmte gegen jeden Vertrag, weil die Waffen ſchneller zum Ziele führen würden als eine Unterhandlung [1]). Es kam nicht zu einem Abſchluſſe, weil im März des nächſten Jahres der Kaiſer alle Verhandlung abbrach.

Carl XII. und Peter I.

Die Beſorgnis, die man in Weſteuropa im Jahre 1707 hatte hegen müſſen, daß durch einen unberechenbaren Entſchluß des jungen Schwedenkönigs die Flammen der zwei großen Kriege in einander ſchlagen würden, legte ſich in dem Maße, wie Carl XII. ſich oſtwärts entfernte. Um ſo mehr ſtieg die Furcht des Czaren Peter vor dem grimmigen Gegner. Demgemäß ſuchte er durch Mittel ſehr verſchiedener Art die drohende Gefahr abzuwenden.

---

[1]) Eine lange Reihe von Berichten des engliſchen Geſandten Meadows, im Archivum Rakoczianum, II. O., III. K., p. 408 sqq.

Im Beginne des Jahres suchte der Czar Peter I. seinerseits Anlehnung an die große Allianz. Wir haben vernommen, daß er, im Januar, dem Kaiser durch seinen Gesandten Urbich den Beitritt zur großen Allianz antragen ließ, und daß man in Wien auswich. Zur Zeit der Conferenzen im Haag, im April, erschien auch Urbich dort, und brachte im Vereine mit dem russischen Gesandten in England, Matueof, jenen Antrag vor. Auch dort fiel der Beschluß dahin aus, auszuweichen, bis man sehe, welchen Verlauf der Krieg zwischen Carl XII. und Peter I. nehmen werde [1]).

Zugleich ließ Peter I., wie im Jahre zuvor, in Versailles Schritte thun, um die Friedensvermittelung Ludwigs XIV. bei Carl XII. zu erlangen. Diese Hoffnung auf Frankreich war der hauptsächliche Beweggrund für die Gunst, welche der Czar dem Franz Rakoczy bewies; denn er meinte, bei dem Interesse, welches Ludwig XIV. daran nahm, den ungarischen Aufstand brennend zu erhalten, diesen König sich dadurch zu verpflichten [2]). Darum war sein Vertrag mit Rakoczy für den letzteren überaus günstig. Er nahm darin nur auf sich, in der nachdrücklichsten Weise bei Ludwig XIV. sich dafür zu verwenden, daß dieser die Friedensvermittelung zwischen dem Czaren und Carl XII. auf sich nehme. Wenn dies gelang und dadurch für den Czaren der Friede mit Carl XII. erlangt wurde, so verpflichtete sich der Czar, sofort mit dem Kaiser Joseph zu brechen und nicht eher Frieden zu schließen, als bis der Kurfürst Max Emanuel die Krone von Ungarn und Franz Rakoczy das Fürstenthum Siebenbürgen ruhig besitze.

Der Magyar Vetes, der im Namen Rakoczys diese Angelegenheit der Vermittelung in Versailles betrieb, erhielt zur Antwort, daß der König sich auf eine Vermittelung nicht einlassen könne, bis er der Einwilligung Carls XII. sicher sei [3]). Da Carl XII. sich im Jahre zuvor gegen jede Andeutung solcher Art ablehnend verhalten hatte, so war im Jahre 1708, bei seinem nunmehrigen Kriegszuge gegen den Czaren, noch geringere Aussicht auf eine geneigte Antwort.

---

[1]) Murray t. IV, p. 8.
[2]) Fiedler Bd. I, S. 27.
[3]) A. a. O., S. 88. Vom 26. März.

Dieſe gleichzeitigen und wenig zu vereinbarenden Schritte des Czaren Peter, einerſeits bei der Allianz, andererſeits bei Ludwig XIV., entſtammen augenſcheinlich demſelben Motive, nämlich der Furcht, die auf irgend eine Weiſe den drohenden Angriff des mächtigen Schwedenkönigs ablenken möchte. Es war bekannt, daß Carl XII. mit dem Czaren Peter eben ſo zu verfahren gedachte wie mit Auguſt II. von Polen [1]). Auch mochte eine gewiſſe Aehnlichkeit der Verhältniſſe darin zu liegen ſcheinen, daß, wie Auguſt II. ſich nicht auf die Polen hatte verlaſſen können, der Czar Peter durch ſeine Neuerungen und durch die ſchonungsloſe Härte, mit welcher er dieſelben durchführte, ſich viele ſeiner Unterthanen entfremdet hatte, die nur einer günſtigen Gelegenheit harren würden. Aber dagegen ſtand dann die Verſchiedenheit des Charakters. Auguſt II. war geſchmeidig wie ein Handſchuh: der Czar Peter dagegen hatte, wie bei ſeinen Neuerungen, ſo bei jedem anderen Anlaſſe, ſich an Willenskraft ſeinem Gegner Carl XII. ebenbürtig gezeigt, ohne an ähnlichen Auswüchſen dieſer Willenskraft zu kranken.

Es kam nun darauf an, ob, im Jahre 1708 und ferner, Carl XII. vermögen würde, die Verſäumniſſe der letzten Jahre wieder einzubringen, Polen und Schweden zugleich, die in dieſer Beziehung das gemeinſame Intereſſe hatten, wider die ruſſiſche Expanſivkraft zu ſchützen. Der Ausgang hat gezeigt, daß er dies nicht vermochte, und die nachfolgenden Zeiten haben von Jahrzehent zu Jahrzehent mehr zur Klarheit gebracht, daß jener Kampf zwiſchen dem Czaren Peter und Carl XII. ein welthiſtoriſcher war, von unabſehbarer Tragweite. Aber auch gleich damals wurden Erörterungen gepflogen, welche die möglichen Conſequenzen jener Vorgänge für Europa ins Auge faßten, namentlich in Holland, in Anlaß des Antrages von Peter I. auf Eintritt in die große Allianz. Seit Narwa galten die Ruſſen nicht bloß für undisciplinirt, ſondern auch für feige. War es da zu rathen, fragte man, ſolche Schaaren unter disciplinirte Truppen aufzunehmen, unter denen ſie Unordnung anrichten würden, wo ſie aber andererſeits die Gelegenheit erhielten ſich zu discipliniren und an den Krieg zu gewöhnen? Die Gelegenheit ſei gefährlich für Europa, meinte man,

[1]) Lamberty t. V, p. 180.

weil die Milde des weſteuropäiſchen Klimas ſie locken würde, mit ihrer überlegenen Menge den Weſten zu überſchwemmen und zu verzehren, wie einſt zur Zeit des Moſes die Heuſchrecken in Aegypten gethan. Man warf die Frage auf, ob das Intereſſe der Seemächte England und Holland es geſtatte, daß eine neue Seemacht an der Oſtſee aufwachſe, die eine Kriegsflotte ſchaffen und mit der Zeit die Herrſchaft des Meeres dort anſtreben werde. Man erörterte ſogar die Frage, ob es correct geweſen ſei, auf den holländiſchen Werften Ruſſen zum Erlernen des Schiffsbaues zuzulaſſen [1]).

Es iſt demgemäß anzunehmen, daß die Sympathien in Europa überwiegend auf Seiten Carls XII. waren. Wie geringen Anſpruch auf Dank er bis dahin ſich erworben, dem Czaren gegenüber mußte er den weiter Blickenden erſcheinen als der Vertreter des Weſtens gegenüber dem Oſten. Sein eigenes Verhalten in Sachſen hat uns gezeigt, daß bei ihm an der Ausſicht auf ſeinen demnächſtigen Sieg kein Zweifel ſich regte, daß ſeine Sache gegen den Czaren ihm nur als eine Frage der Zeit erſchien. Er führte eine Armee, an Qualität gleich und an Quantität nicht viel geringer als diejenige Marlboroughs in den Niederlanden. Wenn Carl XII. auch nicht hoffen durfte, nachdem er dem Czaren Peter eine Reihe von Jahren zur Disciplinirung und militäriſchen Schulung ſeiner Mannſchaft Zeit gelaſſen, die Ruſſen in dem Zuſtande zu finden, wie acht Jahre zuvor bei Narwa: ſo ſtand doch mit Gewisheit zu erwarten, daß bei gleichen Zahlen der Streitmächte die Ruſſen den Schweden nicht Stand halten würden.

Aber es kamen doch auch noch andere Factoren in Betracht. Marlborough, bei ſeinem kurzen Aufenthalte in Alt-Ranſtadt, hatte einer Heerſchau der Schweden nicht beigewohnt. Sein Aufenthalt überhaupt war zu kurz geweſen, um ihm einen tieferen Einblick in die Organiſation der ſchwediſchen Armee zu geſtatten. Dennoch hatte er eine beſondere Wahrnehmung gemacht und aus derſelben den Schluß gezogen, den er, wie wir geſehen (Band XII, S. 387), ſeinem Begleiter Robethon gegenüber in eine für Carl XII. Unheil verkündende Vorausſagung kleidete. Er blieb bei dieſer Anſicht auch gegenüber dem

[1]) Lamberty t. V, p. 167.

Prinzen Eugen, der ſich wegen der Vorgänge des Jahres zuvor in heftiger Erregung wider den Schweden äußerte. „Wir können nichts Beſſeres thun, antwortete Marlborough, als ihn nach ſeinem Belieben wider Moskau agiren zu laſſen. Er wird damit nie zum Ziele kommen und ſich ſo zu Grunde richten, daß er dann nicht mehr im Stande ſein wird etwas zu unternehmen und wir ſeiner los ſein werden“ [1]).

Die Worte klangen etwas anders als die Anrede Marlboroughs an Carl XII. im Lager von Alt-Ranſtadt im Jahre zuvor. Aber Carl XII. vernahm ſie nicht, oder wenn er ähnliche vernahm von der Art etwa, wie Marlborough ſie nach ſeinem Ueberblicke des ſchwediſchen Lagers damals an Robethon gerichtet: ſo bewies ihm ja ſeine bisherige Erfahrung, daß für ihn der Sieg nicht ſich band an einen ſolchen Apparat. Die Kriegsweiſe des Czaren Peter gegenüber Carl XII. dagegen thut dar, daß ſie den Mangel dieſes Apparates, namentlich der Magazine, zur Vorausſetzung nahm, daß ſie darauf berechnet war, dieſen Mangel zum Verderben der Schweden zu wenden.

Es würde zu weit führen, in die Einzelnheiten dieſes Krieges einzugehen. Es kommt nur darauf an, die hauptſächlichen Momente feſtzuſtellen.

Die Ruſſen in Polen, vor den Schweden überall zurückweichend, ließen hinter ſich, wo möglich, eine Wüſte. Die ſchwediſche Armee überwand die Beſchwerden und Entbehrungen ihres Vordringens, und traf, zu Ende März, in der Umgegend von Minsk ein. Dort verweilte ſie dreizehn Wochen. Der lange Aufenthalt an ſich ſelber thut dar, daß Carl XII. über ſeine weiteren Schritte unſchlüſſig war. Er ſandte Befehl an den General Lewenhaupt, der mit einer beträchtlichen Armee in Kurland ſtand, mit dieſer Mannſchaft und mit Vorräthen zu ihm zu ſtoßen.

Wenn dies geſchah und dann Carl XII. direct auf ſein Ziel losging, ſo war, nach der Anſicht eines Augenzeugen in der Umgebung des Czaren, für dieſen alles zu fürchten [2]). Allein eben damals über-

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 340.

[2]) Vgl. Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 238.

wog in der Seele Carls XII. der Rath des alten Kosaken-Hetmanns Mazeppa, der ihm vorspiegelte, daß die Kosaken sich zu seinen Gunsten wider den Czaren erheben würden, und zu diesem Zwecke ihn aufforderte, sich rechts ab nach der Ukraine zu wenden. Der Graf Piper machte dagegen dringende Vorstellungen geltend. Er bat, daß der König den General Lewenhaupt erwarte oder ihm entgegen gehe. Durch diesen verstärkt, werde der König Herr seiner Entschlüsse sein. Durch den Abmarsch nach der Ukraine setze Carl XII. das Corps des Generals Lewenhaupt der Gefahr aus, von der Uebermacht erdrückt zu werden, so wie seine eigene Armee derjenigen des Mangels und der Entbehrung. Zugleich wies Piper hin auf die nicht willige Stimmung der Armee [1]).

Bei Carl XII. verhallten diese Gründe. Er entsandte an Lewenhaupt den Befehl seinen Marsch zu ihm zu beschleunigen, brach aber selbst an der russischen Grenze, unweit Smolensk, südwärts nach der Ukraine auf, im September. Mazeppa war Rebell gegen Peter I., handelte aber dennoch, indem er Carl XII. zu diesem Zuge verleitete, durchaus im Interesse des Czaren. Denn von allen den Vorspiegelungen, die er Carl XII. zu diesem Zwecke gemacht, bewährte sich nachher keine einzige. Dagegen erfüllte sich bald die Besorgnis, die man für Lewenhaupt hegen mußte. Der Czar warf sich mit mehr als doppelt überlegener Macht bei Liesna auf ihn, am 28. September/9. October. Lewenhaupt büßte alle seine Vorräthe und die Hälfte seiner Mannschaft ein; mit dem Ueberreste, 6000 Mann, erreichte er Carl XII. in der Ukraine.

Im Tagebuche des Czaren Peter heißt es: „Die Schlacht von Liesna ist der wahre Grund aller nachfolgenden glücklichen Ereignisse für Rußland und unsere erste Probe in der Kriegeskunst: sie ist die Mutter des um neun Monate später errungenen Sieges von Pultawa."

Die Bemühungen Mazeppas dagegen, die Kosaken gegen den Czaren und zu Gunsten Carls XII. in Aufstand zu bringen, mislangen völlig. Er hatte dem Schweden 30,000 Mann in Aussicht gestellt. In der Wirklichkeit folgten ihm nur diejenigen, über die er

[1]) Nordberg Bd. II, S. 88.

unmittelbar verfügte, 40 bis 50 Personen. Mit diesen traf er am 4. November im Lager Carls XII. ein, nicht mehr als Hetmann der Kosaken, sondern als Flüchtling, und brachte eben darum für Carl XII. nicht eine Willigkeit, eine Freundschaft der Kosaken mit, sondern ihre Abneigung, ihre Feindschaft.

Verwickelung des Kaisers mit dem Papste Clemens XI.

Der Papst Clemens XI. hatte sich im Jahre 1707 in den Durchmarsch der kaiserlichen Truppen nach Neapel gefügt, jedoch widerstrebend. Mehr noch erregte ihn dann eine andere Angelegenheit. Es war der Wille des Kaisers, nach der Vertreibung der Franzosen aus Italien die alten Rechte des Reiches dort geltend zu machen, demnach von den Ländern, die als Reichslehen betrachtet wurden, Beiträge zum Reichskriege wider Frankreich einzufordern. Bereits am 14. December 1706 schloß der Marquis Prié als kaiserlicher Bevollmächtigter darüber einen Vertrag mit dem Herzoge von Parma und Piacenza, so wie den Deputirten der Städte dieses Landes. Aber Clemens XI. verneinte, daß Parma und Piacenza Reichslehen seien, beanspruchte sie vielmehr als Lehen des päpstlichen Stuhles. Ganz besonders erregte seinen Unmuth ein Artikel des Vertrages, durch welchen die Geistlichkeit zu Beiträgen herangezogen wurde, fast einem Viertel der ganzen Summe.

Nachdem Clemens XI. verschiedentlich im Stillen versucht hatte, diesen Vertrag rückgängig zu machen, trat er direct und öffentlich dagegen auf, am 27. Juli 1707. Er erklärte den Vertrag vom 14. December des Jahres zuvor für nichtig. Er ging weiter. Er sprach über diejenigen, die sich an dem Vertrage und der Ausführung desselben betheiligt, die Excommunication aus.

Wenige Wochen später erfolgte der Vertrag von Alt-Ranstadt mit Carl XII. über die Einräumung von Kirchen in Schlesien an die Lutheraner, die Abmahnung des Papstes an Joseph I. gegen diesen Vertrag und die Vertheidigung des Kaisers (Band XII, S. 442). Die Stimmung beiderseits konnte durch diesen Schriftenwechsel nicht freundlicher werden.

Namentlich aber wegen jener Androhung der Excommunication gerieth man auf kaiſerlicher Seite in heftige Erregung. Joſeph I. forderte von dem Statthalter Carls III. in Neapel, dem Cardinal Grimani, ſo wie von Moles in Barcelona, und von Anderen ihr Gutachten über dieſe Excommunication. Nachdrücklich ſprach ſich namentlich aus der Prinz Eugen. „Unter ſolchen Umſtänden, meinte er, werde es alleweg nöthig ſein, eine ſcharfe Reſolution zu faſſen, und Sr. Heiligkeit keineswegs zu geſtatten, daß Sie ſich in die weltlichen Angelegenheiten ſo weit einmiſche“ [1]). Er hob hervor, daß ſich der Papſt gegen den Herzog von Anjou (Philipp V.) ganz anders benehme.

Der Schriftenwechſel wurde heftiger. Auf die Nachricht, daß von kaiſerlicher Seite beabſichtigt werde, die Armee in den Kirchenſtaat einzulegen, richtete Clemens XI. an den Kaiſer eine nachdrückliche Beſchwerde. Er würde, ſagte er, ein ſolches Vorgehen betrachten als einen offenen Angriff auf ſeine Jurisdiction, ſo wie auf die Immunität, deren vor Anderen ſich die Unterthanen des heil. Stuhles erfreuen müßten [2]).

Es traten noch andere Factoren hinzu. Der Herzog Rainald von Modena, deſſen Frau eine Schweſter der Kaiſerin Amalie war, erhob Klage vor dem Kaiſer, daß der päpſtliche Stuhl dem Hauſe Eſte das Herzogthum Ferrara im Jahre 1597 weggenommen habe und widerrechtlich beſitze. Der erſte Miniſter in Wien, Fürſt Salm, nahm ſich dieſer Sache an. Andere waren ſehr dagegen. Dies berührt die inneren Differenzen des kaiſerlichen Hofes, deſſen verworrenen Zuſtand damals der Prinz Eugen dem Könige Carl III. in ſtarken Ausdrücken ſchildert [3]). Wie der Prinz Eugen, ſo war auch der Graf Wratislaw dem Treiben des Fürſten Salm entſchieden abgeneigt. Er hatte, wie jener, dafür geſtimmt, daß dem Papſte Clemens XI. ein Schrecken eingejagt werde. „Aber in dieſer Sache, ſchreibt er dem Könige Carl III., kann ich nicht mitthun; denn wir attaquiren ein

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 20. October 1707. Abgedruckt in Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IX, Supplementheft, S. 198.

[2]) Vom 5. November. Romana des k. k. Archivs. — Clementis XI. epistolae t. I, p. 409.

[3]) Das Schreiben vom 7. März bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 462.

Land, welches die Kirche seit mehr als hundert Jahren für ihr Patrimonium hält" [1]).

Bereits am 31. März ermächtigte der Kaiser zum Einrücken in Ferrara und zur Besetzung von Comacchio. In dem Handschreiben heißt es: „Man hat also auf den Widerspruch des Papstes nicht zu attendiren: viel weniger soll Jemand die Absolution von der vermeinten Excommunication begehren, weil dadurch dieselbe gleichsam anerkannt würde" [2]). — Im Mai rückten kaiserliche Truppen in das Herzogthum Ferrara ein. Andererseits suchte der Cardinal-Legat Casoni sich in Vertheidigungsstand zu stellen.

Von französischer Seite schürte man mit großem Eifer. Es schien sich die Aussicht auf die Verwirklichung des Planes zu bieten, den der Marschall Tessé schon im Jahre 1701 durchzuführen gestrebt hatte, der Bildung einer italienischen Liga mit dem Papste als Oberhaupte, die, wie im Jahre 1708 die Dinge lagen, folgerecht gegen das Ueberwachsen der kaiserlichen Macht in Italien stehen würde. Tessé verfaßte zu diesem Zwecke eine Denkschrift. Ludwig XIV. gab ihr seine Zustimmung [3]). Aber bei aller geringen Neigung, welche außer dem Papste auch die Republik Venedig, die Republik Genua, der Herzog von Parma, der Großherzog von Toscana der kaiserlichen Macht entgegen trugen, war es doch von Anfang an sehr zweifelhaft, ob sie sich derselben auf eigene Gefahr, ohne nachhaltige Unterstützung Frankreichs, bloß stellen würden. An Worten allerdings war von Versailles und Madrid her in Rom kein Mangel [4]).

Der Papst Clemens XI. für sich schien entschlossen zur Gegenwehr. Auf den Einmarsch in Ferrara erließ er, am 2. Juni, ein in starken Ausdrücken abgefaßtes Breve an den Kaiser. Ein solches Verfahren, sagt er darin, sei wider alles Recht und alle Billigkeit, wider die Ehrfurcht, die dem heiligen Stuhle gebühre, wider göttliche und menschliche Gesetze, wider den Titel des Schirmvogtes der Kirche, dessen sich die Vorfahren des Kaisers mit Recht gerühmt. Der Papst

[1]) Wratislaw an Carl III., 2. August.

[2]) K. k. Archiv, Romana 1708.

[3]) Mémoires de Tessé t. II, p. 276.

[4]) Noorden Bd. III, S. 329 u. f. hat eine Reihe von Auszügen aus der betreffenden Correspondenz.

verſichert, daß er, eingedenk ſeiner Pflicht, alle kirchlichen und weltlichen Waffen zur Vertheidigung aufbieten werde. — Wie an den Kaiſer, ſo wandte ſich der Papſt mit denſelben Klagen und Bitten auch an die jenem naheſtehenden Perſönlichkeiten: an die Kaiſerin-Witwe Eleonora, an die Kaiſerin Amalie, an den Beichtvater Biſchoff, an den Fürſten Salm, ferner an die Kurfürſten von Mainz und Trier, an die Könige von Polen und Portugal [1]).

Die Mehrzahl dieſer Schreiben bezweckte Abmahnungen an Joſeph I.; aber zugleich auch ergingen, gemäß der Ankündigung am Schluſſe des Breves an den Kaiſer, die Hülferufe des Papſtes an eine Reihe von Fürſten. Er wandte ſich an Ludwig XIV., an Philipp V., an die anderen Mächte in Italien, an die katholiſchen Schweizer. Von den letzteren namentlich verlangte er einen Zuzug von 6000 Mann [2]).

Einſtweilen jedoch war eine ſolche Hülfe nicht zur Stelle, und die Kaiſerlichen drangen vor. Joſeph I. ließ auf das Breve des Papſtes vom 2. Juni antworten durch ein Manifeſt vom 23. Juni, welches den Hergang der Dinge in der Auffaſſung der kaiſerlichen Politik berichtet, und die Anklage dem Papſte zurückgibt: nicht eine Vertheidigung bezwecke der Papſt durch ſeine Schriften, ſondern eine Uſurpation der Rechte des Reiches auf Parma und Piacenza. „Nicht ohne das tiefſte Leidweſen, ſagt ferner das Manifeſt, ſind wir gezwungen zu ſagen, daß die Räthe des römiſchen Stuhles, ſei es auf fremden Antrieb, ſei es in der Hoffnung auf eigenen Vortheil, ſich zu dem Wagniſſe haben fortreißen laſſen, zum Staunen der Welt und zum Aergerniſſe des chriſtlichen Gemeinweſens, in weltlichen Angelegenheiten kirchliche Waffen zu verwenden“ [3]).

---

[1]) Clementis XI. epistolae t. I, p. 470 sqq. Einige dieſer Schreiben auch in Lünigs Literae procerum t. III, p. 971. — Lamberty t. V, p. 86.

[2]) Schreiben des Nuntius in Madrid, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 253.

[3]) Verum memorare nunc haud absque justo doloris sensu cogimur, Ministros Curiae Romanae, seu alieni instinctu genii, seu proprii qualiscumque emolumenti fiducia, eo abreptos esse, ut ausi fuerint, ad stuporem universi et cum Reipublicae christianae scandalo, saecularibus in rebus spiritualia arma intentare.

Ungeachtet dieſer ſcharfen Anklagen überwog dennoch in Wien die Anſicht, daß es beſſer ſein werde, nicht zum Aeußerſten zu ſchreiten. Der Marquis Prié erhielt den Auftrag, dem Cardinal-Legaten Caſoni in Ferrara Vorſchläge zu einem Ausgleiche zu machen. Sie traten zuſammen am 2. Juli. „Die Annahme dieſer Vorſchläge, ſchrieb ein Jahr ſpäter der Nuntius in Madrid an einen Miniſter Philipps V., hätte damals den Kirchenſtaat bewahrt vor allen den Trübſalen und den ſchweren Koſten, die ſeitdem über uns gekommen ſind; aber der heilige Vater verwarf ſie, in der Hoffnung, daß die Sendung des Marſchalls Teſſé, welche der König von Frankreich ihm in Ausſicht geſtellt, die Lage der Dinge zu ſeinen Gunſten verändern werde“ [1]).

Mit dieſer ſpäteren Anſicht des Nuntius in Madrid iſt zu vergleichen diejenige des Botſchafters Prié aus der Zeit ſeiner nachherigen Verhandlungen in Rom. „Nach dem Nicht-Eingehen des römiſchen Hofes auf die Erklärungen und Vorſchläge, die ich dem Cardinal Caſoni bei unſerem Congreſſe in Ferrara machte, verwarf man allgemein die Führung dieſes Hofes, und hielt die Entſchlüſſe Ew. kaiſerlichen Majeſtät für gerechtfertigt“ [2]).

Indeſſen dürfte es doch die Frage ſein, ob nicht auch noch andere Factoren einwirkten, die Stellung des Papſtes ungünſtiger zu geſtalten. Der Graf Wratislaw in Wien hatte, wie wir aus ſeiner Mittheilung an Carl III. vernommen haben, für ſeine Perſon dem Unternehmen auf Ferrara nicht beigeſtimmt. „Wenn nicht, ſchreibt er am 2. Auguſt, die Victoria in den Niederlanden erfolgt wäre, nämlich der Sieg von Oudenarde am 11. Juli — ſo weiß ich nicht, wie es uns in Italien ergangen wäre.“

Wie der Tag von Oudenarde, der 11. Juli, die Ausſichten für Clemens XI. auf eine franzöſiſche Hülfe noch mehr verringerte: ſo mochte er damals, als er die kaiſerlichen Vorſchläge verwarf, im

---

[1]) Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Aus dem Berichte Priés vom 26. November: Doppo tutte le proteste che V. M. haveva fatta fare dai suoi generali e poi da me si chiaramente e si positivamente al Cardinale Casoni nel congresso havuto a Ferrara, sopra il che si condanna universalmente la condotta di questa corte, e si rendono giustificate le determinazioni di V. M.

Beginne des Monates Juli, noch nicht wiſſen, daß bereits ein neues Gewitter gegen ihn im Anzuge war.

Am 8. Mai erhob der engliſche Staats-Secretär Boyle vor dem kaiſerlichen Geſandten Gallas die Anklage: es ſeien der Königin ſichere Nachrichten zugegangen, daß der Papſt und der Großherzog von Toscana für das franzöſiſche Project der Invaſion in Schottland nicht bloß öffentliche Demonſtrationen veranſtaltet, ſondern auch Geld beigeſteuert hätten. Dies der Neutralität zuwider laufende Verfahren gebe Grund zu der Beſorgnis, daß der päpſtliche Stuhl auch ferner der Krone Frankreich Vorſchub leiſten wolle. Da nun Frankreich darauf ausgehe, vor der Welt den Krieg als einen Religionskrieg auszumalen, ſo habe die Königin ſich entſchloſſen, bei Zeiten zuvorzukommen, und die Sache ſowohl in Florenz, als namentlich in Rom, nachdrücklich zu ahnden, und erſuche den Kaiſer um ſeine Mitwirkung. Einſtweilen jedoch ſolle die Abſicht noch ein Geheimnis bleiben [1]).

Die Sache ward wiederholt erörtert. Gallas ſuchte zu beſchwichtigen. Am 22. Juni eröffnete Boyle, daß die Königin von dem Papſte eine Satisfaction und Schadloshaltung fordern wolle für die Dienſte, welche der Papſt der Krone Frankreich in der ſchottiſchen Angelegenheit geleiſtet. Der Admiral Leake, als der Commandant der engliſchen Flotte im Mittelmeere, habe den Auftrag, von dem Papſte 400,000 Thaler zu fordern. — Gallas erhob Einwände, welche beweiſen, daß die Abſicht der Königin weder ihm perſönlich, noch, nach ſeiner Annahme, dem Kaiſer willkommen ſein konnte [2]).

In Betreff der Thatſache muß gleich hier bemerkt werden, daß Clemens XI. in den ſpäteren Unterredungen mit dem Botſchafter Prié anerkannte, Bittgänge für das Gelingen der Unternehmung des Ritters von St. Georg veranſtaltet zu haben, jegliche Geldunterſtützung verneinte.

Aber wir ſehen hier, wie abermals der Glaube an eine Ehrlichkeit der Politik Ludwigs XIV. dem unglücklichen Papſte Clemens XI. zum Nachtheile ausſchlägt. Im Jahre 1701 hatte er ſich bewegen laſſen, dem Beiſpiele Ludwigs XIV. in der Anerkennung Jacobs III.

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 8. Mai.
[2]) Desgleichen vom 22. Juni.

zu folgen. Er hatte dann sich verleiten lassen, an eine besondere Uebereinkunft Ludwigs XIV. und Wilhelms III. zu glauben, und in diesem Glauben den Plan gefaßt, für die Herstellung des Friedens außerordentliche Nuntien auszusenden (Band IX, S. 351 u. f.). Indem er so den hohen Beruf des Papstes als des gemeinsamen Vaters der Christenheit und darum des Friedensvermittlers der Völker zu erfüllen vermeinte, hatte er gerade dadurch, bei der unvermeidlichen und nothwendigen Weigerung des Kaisers Leopold, einen solchen Nuntius anzunehmen, ihn verfehlt, nicht bloß für das eine Mal, sondern auch für die Folgezeit. Und nun, im Jahre 1708, hatte Clemens XI. abermals geglaubt an die Aufrichtigkeit des Unternehmens von Ludwig XIV. zu Gunsten des Ritters von St. Georg, und hatte in diesem Glauben Demonstrationen gemacht, welche der englischen Regierung die Handhabe boten, von ihm Satisfaction zu fordern. Und abermals noch wieder vertraute Clemens XI., sich der bedrängten Lage, in die er gerathen war, entwinden zu können mit der Hülfe des Königs von Frankreich. Denn er verwarf die Vorschläge, welche zu Anfang Juli in Ferrara der Marquis Prié dem Cardinal Casoni gemacht, in der Hoffnung auf die Hülfe, welche Ludwig XIV. ihm durch das Versprechen der Sendung des Marschalls Tessé in Aussicht gestellt [1]).

Jedoch muß bemerkt werden, daß das Cardinals-Collegium mit dem Papste ging. Es erließ an den Kaiser eine Vorstellung, vom 12. August [2]), in welcher hervorgehoben wurde, daß ein Schreiben des Kaisers Leopold an den Papst Innocenz XII., vom 14. December 1691, Parma und Piacenza als Lehen des päpstlichen Stuhles anerkenne. Weiter führt das Collegium Klage über das scharfe Manifest des Kaisers vom 23. Juni. „Wir Alle, sagt das Schreiben, haben es nicht anders lesen können als mit tiefem Herzeleid, und Einige von

[1]) So ausdrücklich der Nuntius Zondodari in dem Schreiben an Medina Celi, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Dies Schriftstück findet sich im k. k. Archive, Romana, der Zweifel bei Noorden Bd. III, S. 337, N. 1 ist also nicht begründet. Dagegen habe ich das von ihm dort angezweifelte Breve vom 16. Juli auch im k. k. Archive nicht gefunden.

uns nur mit Thränen“ [1]). Dem Papſte dagegen gab das Cardinals-Collegium ſeine Zuſtimmung, den von Sixtus V. für dringende Nothfälle des päpſtlichen Stuhles und der Freiheit der Kirche in der Engelsburg hinterlegten Schatz anzugreifen.

Clemens XI. machte ſeine Drohung zur Wahrheit. Er warb Soldaten an. Er gab den Oberbefehl einem General Marſigli, der einſt nicht mit Ehren aus dem kaiſerlichen Dienſte geſchieden war (Band X, S. 371). Aber der General Daun marſchirte von Piemont heran, im Auguſt.

Inzwiſchen machte ſich der Rückſchlag von Oudenarde auf die franzöſiſche Macht fühlbar. Ludwig XIV. konnte keine Truppen ſchicken, auch wenn er gewollt hätte. Aber auch nicht einmal die Werbungen von päpſtlicher Seite in Avignon erhielten von ihm Vorſchub. Der Marſchall Teſſé traf endlich als Botſchafter in Rom ein, reich an Worten, aber allein und mit leeren Händen. Sein Project einer Liga war von vorne herein ausſichtslos. Auch die katholiſchen Cantone der Schweiz entſprachen nicht den Wünſchen des Papſtes. Dort arbeitete der Graf Trautmannsdorf mit Geſchick und Erfolg, die Werbungen zu vereiteln [2]). Von keiner Seite kam dem Papſte eine Hülfe.

Anderſeits jedoch erwuchſen für Clemens XI. günſtige Factoren, wo er ſie nicht geſucht hätte. Victor Amadeus von Savoyen war mit dem Kaiſer der Anſicht, daß die günſtige Gelegenheit benützt werden müſſe, die Differenzen mit dem Papſte vortheilhaft zu beenden; aber er erſchrak bei der Nachricht der engliſchen Befehle an den Admiral Leake. Er wollte nicht, daß dem Oberhaupte der Kirche in ſolcher Weiſe ein Affront zugefügt werde, und ſah die Abſicht an als eine Frucht des Haſſes der Engländer gegen die katholiſche Religion. Deshalb erhielten Maffei im Haag, Briançon in London, die Befehle, in geeigneter Weiſe entgegen zu wirken, der erſtere auch bei Marlborough [3]).

Im Haag bedurfte es keiner ſolchen Mahnung. Heinſius war mit einem Vorgehen Englands gegen den Papſt gar nicht einverſtanden,

[1]) Eum quidem libellum, Aug^me Caesar, non sine intimo cordis dolore omnes, aliqui etiam nostrum non sine lacrymis legere valuimus.

[2]) Reſcripte des Kaiſers an den Grafen Trautmannsdorf, vom 10. und 24. October, im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive.

[3]) Victor Amadeus an Maffei, 26. Juni, im ſelben Archive.

und mit demjenigen des Kaisers nur halb. Er sagte dem kaiserlichen Gesandten: der holländische Admiral im Mittelmeere habe keinen Befehl, feindlich gegen den päpstlichen Hof zu agiren, und werde daher, im Falle eines solchen Vorgehens, sich von Leake absondern. Er habe jenen Auftrag an Leake zu spät erfahren. Wenn er rechtzeitige Kunde gehabt hätte, so würden die Generalstaaten alles aufgeboten haben, ihn zu hintertreiben [1]).

Es kam sogar dahin, daß im Haag Vorwürfe laut wurden: der Kaiser sei bereits zu weit gegangen. Gallas sah sich genöthigt von London aus dahin zu schreiben: „Ich bitte, daß doch hierin nicht abermals verfahren werde wie in der ungarischen Sache. Indem man damals dem Kaiser sofort Unrecht gab und nicht gestatten wollte, daß er von Anfang an rechtzeitig die erforderlichen Mittel anwandte, hat man ihm mehr Schaden zugefügt als der Gegner selbst." In der That aber war auch in Wien der Befehl an den Admiral Leake nicht mit Beifall vernommen. Gallas erhielt den Auftrag in London vorzustellen, daß die Flotte oder ein zulängliches Geschwader sich immerhin dem Hafen Civita Vecchia nähern möge, um Furcht einzuflößen, nicht jedoch um Thätlichkeiten vorzunehmen. Boyle erwiederte zustimmend. Die Königin, im Hinblicke zugleich auf die im Haag gefallenen Aeußerungen, ließ sagen: sie begriffe sehr wohl, daß man den Kaiser bei dem Unternehmen nicht tadeln, vielmehr mit allem Erforderlichen unterstützen müsse. Von der Forderung der 400,000 Thaler werde weiter keine Rede sein. Dagegen sei an den Admiral Leake der Befehl ergangen, ganz im Einverständnisse mit dem kaiserlichen Botschafter Prié zu handeln [2]).

Damit war dem Wunsche sowohl des Kaisers als des Herzogs Victor Amadeus willfahrt. Sie wollten keinen Bruch, sondern eine Unterhandlung unter dem Drucke der Waffen. Dieser Druck lastete schwer auf den päpstlichen Unterthanen, namentlich nachdem auch noch die Preußen in Italien herangezogen waren.

Es lastete auf ihnen der doppelte Druck der päpstlichen Heeresmacht, welche auf 25,000 Mann angegeben wurde, und derjenigen der

[1]) Bericht des Gesandten Heems, vom 1. September.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 30. October.

Truppen im kaiſerlichen Dienſte. Die Reden der letzteren gingen hoch daher: ſie nahmen bereits eine Plünderung Roms in Ausſicht. Demnach ſtieg das Schreckbild der Erneuerung der Ereigniſſe von 1529 empor. Die Stimmung der Bevölkerung wandte ſich gegen den Papſt, der die Urſache ihrer Leiden ſein würde. Man fragte, ob ſich der Papſt zum Märtyrer Philipps V. machen wolle. Aber auch viele Cardinäle und hervorragende Theologen redeten zu Clemens XI. in ähnlichem Sinne [1]).

Gedrängt von dieſer allgemeinen Stimmung entſchloß ſich der Papſt, die angebotene Unterhandlung nicht mehr auszuſchlagen. Zu Ende October fuhr der kaiſerliche Botſchafter Prié in Rom ein, begrüßt, wie er meldet, von dem Jubel des Volkes, das ihn den Boten des Friedens nannte, wie vorher Teſſé denjenigen des Krieges [2]).

Allein damit war noch keineswegs der Friede hergeſtellt. Im kaiſerlichen Rathe ward ſogar die Frage erwogen, ob es zweckmäßig ſei, um den Druck zu verſchärfen, die kaiſerliche Armee auf Rom marſchiren zu laſſen. Der Prinz Eugen, um ſein Gutachten befragt, rieth ab. Er ſtellte nachdrücklich vor, daß der Papſt nicht bloß ein ſouveräner Fürſt, ſondern auch das Haupt der geſammten Chriſtenheit ſei, und daß daher ein Marſch auf Rom als der äußerſte Druck erſt dann angewendet werden dürfe, wenn alle anderen Mittel fehl geſchlagen [3]).

Zugleich mit dieſer Abmahnung lief ein Bericht des Botſchafters Prié in Wien ein, der mehr Hoffnung gab als die erſten. In dreiſtündiger Audienz hatte ihm der Papſt eine Vertheidigung ſeines Pontificates entwickelt und, wie zu erwarten, den Nachdruck darauf gelegt, daß er in die franzöſiſche Forderung, Philipp V. mit Neapel zu belehnen, nie gewilligt. In Betreff der Anklage von engliſcher Seite her betheuerte er, daß er dem Prinzen von Wales niemals eine andere Unterſtützung habe zukommen laſſen als diejenige ſeiner Gebete [4]).

---

[1]) Bericht des Nuntius Zondodari in Madrid, bei Lamberty t. V, p. 256.

[2]) Bericht Priés vom 4. November, in den Romanis des k. k. Archivs.

[3]) Bericht des Prinzen Eugen, vom 2. December.

[4]) Bericht Priés vom 26. November: Asseverò puro di non haver mai dato la minima assistenza al Prencipe di Galles, toltone quella delle sue orazioni.

Prié erhob fünf Forderungen: Entwaffnung der päpstlichen Truppen, Satisfaction für den Kaiser wegen einiger specieller Klagen, Anerkennung Carls III. auf gleichem Fuße mit Philipp V., Prüfung der Ansprüche auf Parma und Comacchio, Anerkennung des Ranges des römischen Kaisers vor dem Könige von Frankreich.

Der schwierigste dieser Punkte war der dritte, die Anerkennung Carls III. auf gleicher Stufe mit Philipp V. Konnte man von kaiserlicher Seite mit Recht sagen, daß die Anerkennung Philipps V. durch den Papst Clemens XI. der Sache des Hauses Bourbon wie überhaupt, so namentlich in Spanien eine starke moralische Stütze verliehen habe: so wurde von päpstlicher Seite erwiedert, daß zur Zeit der Anerkennung, im Jahre 1701, weder der Kaiser Leopold I. selbst, noch sein Botschafter in Rom, Graf Lamberg, einen Einspruch gegen dieselbe erhoben, daß sie lediglich die Nichtbelehnung Philipps V. mit Neapel verlangt, und daß der Papst, ungeachtet aller Beschwerden und Forderungen von französisch-spanischer Seite, dies Versprechen treu gehalten hatte [1]).

In der That war ja nicht von dem Hause Habsburg die Forderung des Rückgewinnes der ganzen spanischen Monarchie ausgegangen, sondern von England aus, im Jahre 1703, nicht um für das Recht des Hauses Habsburg einzutreten, sondern im Interesse Englands, damit nicht das Haus Bourbon durch die Vereinigung der zwei Monarchien Frankreich und Spanien übermächtig werde. Damals, im Jahre 1703, war der Act, durch welchen der Kaiser Leopold I. und der römische König Joseph alle Rechte des Hauses auf Spanien an den Erzherzog Carl übertrugen (Band X, S. 393), in seinem Ursprunge nicht ein selbständiges Erheben des Anspruches, sondern eine Concession an die Politik der Seemächte. Nachdem aber einmal dieser Schritt gethan, änderte sich folgerecht die ganze Anschauung von dem Kriege, so sehr daß es allmählich in Vergessenheit gerieth, daß man in den ersten zwei Jahren des Krieges, 1701 und 1702, von einer ganz anderen

[1]) Bericht Priés vom 20. November: Che il defonto Imperatore, ne il suo Ambasciatore in Roma, non si era mai opposto a tal ricognizione, sendosi solo chiesto da S. S., che non concedesse l'investitura di Napoli, il che fu promesso ed osservato inviolabilmente, non ostante tutte le doglianze e le premure dei Gallispani.

Baſis ausgegangen war, als nach dem September 1703. Auf Seiten der Verbündeten mochte es daher Vielen erſcheinen, als ſei die Forderung den König Carl III. auf gleicher Stufe wie Philipp V. anzuerkennen, nur diejenige der Gerechtigkeit.

Stärker noch erklang dieſe Forderung von Seite Carls III., der durch den Botſchafter Prié in Rom mit Nachdruck geltend machen ließ, daß ſein Gegner ſich auf die päpſtliche Anerkennung berufe, um den Krieg um die Erbfolge in Spanien zu einem Religionskriege zu ſtempeln. Carl III. erhob wider den Papſt Clemens XI. den Vorwurf, daß er gegen dies Bemühen, namentlich gegen die Verwendung des Tribunals der Inquiſition in dieſem Sinne niemals einen Einſpruch erhoben, daß er den Erzbiſchof von Saragoſſa, den Biſchof von Murcia und Andere, die ſich dieſer Vermengung kirchlicher und politiſcher Angelegenheiten mit großer Härte ſchuldig gemacht, niemals mit kirchlichen Cenſuren belegt habe [1]). Carl III. forderte daher in der Anerkennung des Papſtes die Gleichſtellung mit ſeinem Gegner.

Clemens XI. dagegen hatte zu erwägen, daß ſeine Anerkennung Philipps V. auf kaiſerlicher Seite keinen Widerſpruch hervorgerufen hatte, wogegen die Forderung der Verbündeten nunmehr auch Carl III. anzuerkennen, den lauten und drohenden Einſpruch von Seiten Frankreichs und Caſtiliens fand. Ludwig XIV. und Philipp V. ließen ihm den Verluſt ſämmtlicher Einkünfte aus Frankreich und Spanien in Ausſicht ſtellen, ſo wie die Wegnahme von Avignon. Demgemäß würde das Nachgeben des Papſtes auf die Forderung der Allianz ihm ein feindliches Verhältnis von Seiten Ludwigs XIV. und Philipps V. nach ſich ziehen. Ein ſolcher Bruch, den der Papſt vermeiden mußte und wollte, war allerdings auf kaiſerlicher Seite ein Motiv des Andringens für die Anerkennung Carls III. [2])

Mit den Drohungen verband Ludwig XIV. Verheißungen. Der Papſt ſagte dem Botſchafter Prié, daß der König von Frankreich ihm eine Hülfe von 24,000 Mann in Ausſicht geſtellt habe. „Es

[1]) Eine von Prié eingereichte Denkſchrift: Motiva quae rex Catholicus habet juste conquerendi de Curia Romana etc.

[2]) Priés Bericht vom 30. November: Si deve finalmente ponderare per terzo motivo essere probabilissimo, che venendosi a guadagnare questo punto, ne possi derivare la rottura del Papa colla Francia.

wurde mir nicht schwer, meldet der Botschafter, den Nachweis zu führen, daß ein solches Erbieten völlig unausführbar sei" [1]).

Clemens XI. suchte eine Ermäßigung der schweren Bedingungen direct bei dem Kaiser zu erlangen durch die Sendung des Erzbischofs von Nazareth als besonderen Nuntius. Dieser trug zugleich Breven mit sich für die zwei Kaiserinnen, Amalia und Eleonora. Auch das brachte keinen Erfolg [2]).

Als damals, im December, mehr und mehr die Meinung überhand nahm, daß der Papst den Forderungen des Kaisers nachgeben werde, schrieb der Marschall Tessé, den eine Krankheit an das Haus band, dem Papste einen Brief, dessen Inhalt, wenn er auf den Papst Clemens XI. eine Wirkung ausübte, es nicht zu Gunsten der französischen Politik thun konnte. Tessé sagt darin, daß Religion, Ehre, Gerechtigkeit und Furcht die vier Grundpfeiler seien, auf welchen alle Angelegenheiten der Welt beruhen. Durch einen Friedensschluß mit dem Kaiser begebe sich der Papst auf den gefährlichen Weg, der dahin führe, anstatt der Religion, der Ehre und der Gerechtigkeit, nur die Furcht als Motiv des Handelns zu nehmen [3]).

Der Brief des Marschalls Tessé war vom 14. December. In einer Audienz vom 16. December sagte Clemens XI. dem Botschafter, daß er eine Hülfe von Frankreich weder erwarte, noch wolle.

Damit jedoch war die Sache noch nicht entschieden. Auf diese von allen Verbündeten gewünschte Entscheidung drängte namentlich die Republik der Niederlande. Von kaiserlicher Seite ward daher dem Papste die Frist gestellt bis zum 15. Januar 1709, binnen welcher Zeit er sich zu entscheiden habe. Im anderen Falle würden die Truppen auf Rom marschiren. Ungeachtet alles Zauderns, war doch bis dahin der endliche Entschluß des Papstes Clemens XI. vorauszusehen.

Wie war die politische Stellung des Papstes Clemens XI. zu Ende des Jahres 1708 so weit verschieden von derjenigen im Beginne seines Papates! Damals hatte im Cardinals-Collegium für die rasche

---

[1]) Bericht vom 16. December.

[2]) Clementis XI. epistolae t. I, p. 517. Sämmtlich vom 12. December.

[3]) Das Schreiben bei Lamberty t. V, p. 93, mit Angabe des Datums. — Mémoires de Tessé t. II, p. 295.

Wahl namentlich die Beſorgnis geſprochen, daß nach dem Tode Carls II. von Spanien durch das Ueberwachſen einer politiſchen Macht die Freiheit der Papſtwahl gefährdet werden könne. Clemens XI. war gewählt worden bei völliger Unabhängigkeit des Cardinal-Collegiums. Es ſtand bei ihm ſeine Unparteilichkeit zu wahren, und als der gemeinſame Vater der Chriſtenheit den Frieden der Völker zu vermitteln. So wollte es Clemens XI. Aber die Nachahmung des Beiſpieles von Ludwig XIV. in der Anerkennung eines Königs Jacob III. von England brachte Clemens XI. um die Anerkennung der Unparteilichkeit, deren er bis dahin ſich erfreute, und die Conſequenzen benahmen ihm die Ausſicht auf die Löſung der Aufgabe, die er ſich geſtellt, der Vermittelung des Friedens. Es kam dahin, daß Clemens XI. in weit höherem Maße franzöſiſch parteiiſch erſchien als er es war und ſein wollte, und daraus erwuchs endlich, bei dem Hinzutreten noch anderer Motive auf kaiſerlicher Seite, der Kriegszuſtand. Dieſem Kriegszuſtande mit dem Stärkeren zu entkommen gab es für den Papſt Clemens XI. kein anderes Mittel als dasjenige des Nachgebens in politiſchen Dingen. Eben dies Nachgeben nach der einen Seite mußte dem Papſte Clemens XI. von der anderen Seite den Vorwurf der Parteilichkeit zuziehen. Wie immer alſo auch fortan die Dinge ſich wandten, für Clemens XI. war die Hoffnung, mit der er ſein Papat begonnen, ſeinem Berufe gemäß der Friedensvermittler der chriſtlichen Völker zu ſein, unerfüllbar. Die Einbuße war ſchwer nicht bloß für die eine Perſönlichkeit, den Papſt Clemens XI., ſondern für das Papſtthum. Und ferner war die Einbuße, rückwirkend, eben ſo ſchwer für die chriſtlichen Völker Europas, bei denen fortan allmählich ſich bis zum Erlöſchen der Gedanke verdunkelte, daß zu ihrer Aller Heile dem Papſtthume, gegenüber den weltlichen Mächten, der Beruf der Friedensmahnung und Stiftung gebührt.

Carl III. in Catalonien.

Der Feldzug bis zur Einnahme von Tortoſa.

Bis tief in das Jahr 1708 hinein lebte Carl III. in Barcelona der Hoffnung, daß ſeiner Bitte und den Verwendungen der Seemächte gemäß ihm der Kaiſer Joſeph den Prinzen Eugen nach Spanien ſenden

werde. Er war der Ueberzeugung, daß nur ein nachdrücklicher Offensiv-Krieg in Spanien ihm zum Ziele führen werde. Er sprach im Beginne des Jahres sich darüber seinem Berather Wratislaw nachdrücklich aus mit den Worten: „Hoffentlich werdet Ihr endlich erkennen, daß es eine chimärische Einbildung ist, sich hier defensiv behaupten zu sollen. Entweder muß man mich in den Stand setzen weiter zu rücken und offensiv zu agiren, oder man muß sich klar entschließen, meine Person und das Ganze hier zum Opfer zu bringen" [1]).

In diesen seinen Hoffnungen und Wünschen adoptirte Carl III. völlig den, wie er es nennt, geheimen Plan des Engländers Stanhope und meldete es an Marlborough. Der Plan bestand darin, daß Marlborough mit 20,000 oder 25,000 Mann in Spanien landen solle, so daß er von Westen oder Nordwesten aus vorbrechend, Carl III. selber und der Prinz Eugen von Catalonien aus, mit Einem Zuge diesen langen und blutigen Krieg enden würden [2]).

Ueberhaupt setzte Carl III. volles Vertrauen in Marlborough. In denselben Tagen, am 8. Februar, schrieb er an Wratislaw: „Ich glaube nicht, daß Marlborough sich über mich wird beklagen können; denn ich habe allezeit gesucht, eine ganz vertraute Correspondenz mit ihm zu haben, und auch allen meinen Ministern anbefohlen, nie etwas zu verhandeln, ohne ihm es mitzutheilen und seinen Rath zu vernehmen. Ich habe ihm allezeit zuvor geschrieben, wenn ich etwas von England verlange, und werde ferner darin fortfahren" [3]).

Demgemäß stieg in dem jungen Könige keine Ahnung auf, daß zur selben Zeit, wo er für sich und seine Sache in Spanien die Rettung und das Gelingen nur von einer nachdrücklichen Offensive erwartete, wo er für den Plan der Offensive auf Marlborough persönlich hoffte — daß zur selben Zeit dieser selbe Marlborough dem Herzoge Victor Amadeus seinen Kriegsplan für den nächsten Feldzug dahin eröffnete: offensiv in den Niederlanden und von Piemont aus, an allen anderen Orten, und namentlich auch in Spanien, defensiv.

---

[1]) Correspondenz von Carl III. und Wratislaw, im Archive für Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. XVI, S. 60.

[2]) Das Schreiben vom 13. Januar, bei Arneth: Prinz Eugen Bd. II, S. 460.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 8. Februar, S. 60.

Nicht aber die Wünſche oder Bitten Carls III. entſchieden über den Kriegesplan, ſondern Marlborough und Godolphin verwendeten, wie wir vernommen haben, die vom Parlamente bewilligten Kriegesmittel nach ihrem Ermeſſen. Wie ſie nach der Niederlage von Almanza im Jahre 1707 keine weiteren engliſchen Truppen nach Spanien entſendet hatten, ſo auch nicht im Jahre 1708.

Dagegen trafen dort im Januar die kaiſerlichen und pfälziſchen Truppen ein, an Zahl 7300 Mann, deren Sold auf ſpaniſchem Boden die engliſche Regierung auf ſich genommen. Auf die Klagen der Vertreter Carls III. in London, Hoffmann und Zinzerling, daß man den König hülflos laſſe, erhielten ſie die Antwort, 13. März, daß bereits 163,000 Pfund Sterling für ihn expedirt ſeien. Es war richtig; aber dieſe Gelder lagerten in Liſſabon, von wo aus ſie nur durch die Flotte unter Leake weiter geſchafft werden konnten. Dieſe Flotte aber ſegelte erſt ab im April.

Carl III. meldete damals, im März: „Ich habe in Allem nur 21,000 bis 22,000 Mann. Davon gehen ab für Beſatzungen 6000 Mann. Es bleiben alſo ins Feld zu ſtellen 16,000 Mann. Wenn die Feinde von allen Seiten anrücken, ſo müßte ich die Infanterie in die feſten Plätze legen, und die Cavallerie unter die Kanonen von Barcelona ziehen, wo ſie aus Mangel zu Grunde gehen würde." Auf die Klage des Reſidenten Hoffmann bei dem Staats-Secretär Sunderland über einen ſolchen Stand der Dinge erwiederte dieſer: es ſei nunmehr in allen Dingen Fürſorge getroffen [1]). Aehnlich lauteten andere Vertröſtungen. Aus einem Briefe Carls III. an Wratislaw haben wir erfahren, daß er Hoffnung ſetzte auf das Project des Generals Stanhope. Dieſer ſelbſt fuhr fort, nach ſeiner Wiederkehr aus England, im Juni, bei Carl III. in gleicher Weiſe zu reden. In London habe man die Abſicht, ſagte er, auf der Flotte unter dem Admiral Byng ein gutes Corps nach Portugal zu transportiren, und Marlborough werde auch hingehen, ob aber bereits im laufenden oder erſt im nächſten Jahre, müſſe die Zeit geben [2]). Stanhope mochte immerhin darin aufrichtig reden; um ſo weniger ſtieg bei Carl III. ein Zweifel auf.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. März.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 4. Juni, S. 68.

Zunächst aber war die Realität, daß im März von zwei Seiten her der Angriff bevorstand. Der Marschall Noailles rückte von Roussillon her ein, um Girona zu bedrohen; der Herzog von Orleans begab sich von Madrid nach Saragossa, um von da aus seinen Marsch gegen Tortosa zu richten. Aber der Herzog von Orleans fand die Vorbereitungen auf spanischer Seite durchaus nicht nach seinem Wunsche. Dazu ereignete sich für die Verbündeten ein besonderer Glücksfall, im Mai. Von Toulon aus war ein stattliches Convoy ausgelaufen, reich beladen mit den Erfordernissen für die Belagerung von Tortosa, mit Lebensmitteln, Munition, Geld. Es gelang der unter dem Admiral Leake anfegelnden Flotte, dies Convoy abzufangen und die gesammte Ladung nach Barcelona zu bringen [1]). Dadurch ward die Belagerung von Tortosa noch hinausgeschoben.

Inzwischen traf der Feldmarschall Guido Starhemberg ein, den der Kaiser seinem Bruder ausdrücklich als den besten seiner Generale nach dem Prinzen Eugen bezeichnete. Dieser selber nennt in einem Schreiben an den König Carl III. den Feldmarschall „einen hochberühmten und erfahrenen General, welcher bei dem Feinde großen Respect hat, und ersprießliche und stattliche Dienste leisten wird, wenn er nur auch mit den gehörigen Erfordernissen und einer Armee versehen ist, ohne welche sonst ein Feldherr, wer es auch sei, wenig fruchten noch verrichten kann" [2]).

Eine solche genügende Armee war allerdings nicht vorhanden. Die Bemühungen des Prinzen Eugen in den Conferenzen im Haag hatten nur den Erfolg gehabt, daß man für den Feldzug des nächsten Jahres Hülfe in Aussicht stellte. Es kam aber für Carl III. darauf an, dem bedrängten Tortosa Entsatz zu bringen. Er erwartete einen neuen Succurs von kaiserlichen und pfälzischen Truppen, den die Flotte unter Leake von Italien her überbringen sollte. Aber auch mit diesem Succurse, meinte er, würde er seine Armee nur auf 17,000 Mann schätzen können, während die französische Macht 25,000 Mann betrug. Am 11. Juli capitulirte Tortosa. Von der abziehenden Besatzung nahmen 1500 Mann Dienste unter dem Herzog von Orleans, so daß

---

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XVIII b, S. 243.

[2]) Das Schreiben vom 7. März, bei Arneth: Prinz Eugen Bd. II, S. 462.

er ſtärker daſtand als zuvor [1]). — Noailles dagegen zog ſich von Girona wieder zurück, ohne etwas auszurichten.

Inzwiſchen kehrte die Flotte unter Admiral Leake von der italieniſchen Küſte zurück mit einigen Tauſend Mann neuer Truppen für Carl III. Sie brachte ihm zugleich ſeine Braut Eliſabeth Chriſtine, geb. Prinzeſſin von Braunſchweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel.

Die Heirath Carls III. mit Eliſabeth Chriſtine.

Nach dem Mislingen der Werbung um die Prinzeſſin Caroline von Anſpach (Band XI, S. 297 u. f.) drängte der Graf Wratislaw in Carl III., mit dem Hinweiſe im Vertrauen, daß auf eine weitere Deſcendenz des Kaiſers Joſeph geringe Ausſicht, ſich bald für eine andere Wahl zu entſcheiden [2]). Unter den Prinzeſſinen, die in Frage kommen konnten, befürwortete die Kaiſerin Amalie Wilhelmine [3]) die Wahl einer Prinzeſſin ihres Hauſes, Eliſabeth Chriſtine von Braunſchweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel, Tochter des Herzogs Ludwig Rudolf, Enkelin des Herzogs Anton Ulrich, der noch lebte und demnach Chef des Hauſes war.

Die Frage dieſer Heirath, angeregt durch die Kaiſerin als Verwandte, ward in dem fürſtlichen Hauſe zu Wolfenbüttel bereits 1705 erwogen. Aber für eine demnächſtige Königin von Spanien war bei dieſer Nation das katholiſche Glaubensbekenntnis erſte Bedingung. Der Herzog Anton Ulrich verlangte das Gutachten ſeiner zwei Hofprediger in Betreff eines Uebertrittes. Sie verneinten in ſcharfen Worten die Zuläſſigkeit [4]). Andere Gutachten, namentlich dasjenige von Fabricius, Profeſſor der Theologie in Helmſtädt und Titular-Abt zu Königslutter, lauteten nicht abweiſend. Ueber dieſe verſchiedenen Gutachten, die in den nächſten Jahren in die Oeffentlichkeit traten, erhob ſich dann unter den akatholiſchen Theologen einer Reihe von Ländern Europas ein heftiges Gezänk, beſonders gegen Fabricius.

---

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XVIII b, S. 245.

[2]) Wratislaw an Carl III., 9. Auguſt 1705, S. 20.

[3]) A. a. O., S. 22. Vom 26. Januar 1706.

[4]) Man vergleiche über den ganzen Vorgang den Aufſatz im patriotiſchen Archiv für Deutſchland, Bd. XI, S. 1 u. f.

Die Kaiserin Amalie, die für ihren Plan unter der Hand den Leibarzt Garelli entsandt hatte, erhielt durch ihn Succurs an der Kurfürstin Sophie in Hannover und Leibniz. Von dem Letzteren liegt ein merkwürdiges Schreiben an den Herzog Anton Ulrich vor, zugleich im Namen der Kurfürstin und im eigenen. Die späteren theologischen Zänker gehen von der Basis aus, daß die Prinzessin wider die eigene Neigung durch die großväterliche Autorität zum Uebertritte bewogen sei. Die Kurfürstin und Leibniz, welche die Prinzessin persönlich kannten, weisen dagegen auf eine kundbare Neigung der Prinzessin zur katholischen Kirche hin [1]). Sie rathen daher dem Großvater Anton Ulrich, dieser vorgefaßten Neigung nicht mit Autorität und Zwang entgegen zu treten, sondern freien Raum zu lassen, und Anstalt zu treffen, daß die Prinzessin römisch-katholisch unterrichtet werde. Dieser Rath erfolgte am 2. November. Ein Verlöbnis oder auch nur eine officielle Werbung lag damals nicht vor. Doch sprach sich Carl III. einige Wochen später zu Wratislaw vertraulich mehr zu Gunsten der Prinzessin von Wolfenbüttel als anderer ihm vorgeschlagenen aus, nur daß die Verschiedenheit der Religion ihm Bedenken erregte [2]).

Die Prinzessin, damals kaum sechzehnjährig, begab sich in das Stift Gandersheim, das eine Schwester ihres Vaters unter dem Titel Aebtissin besaß, und empfing dort katholischen Religionsunterricht von dem Jesuiten Plöckner, den der Kurfürst Lothar Franz von Mainz gesendet hatte. Es ist zu bemerken, daß die in der Angelegenheit zunächst betheiligten Personen, der Großvater Anton Ulrich und die Aebtissin von Gandersheim, bald nachher auch katholisch wurden. Das Elternpaar blieb lutherisch.

Im April 1707 traf in Wolfenbüttel eine solenne kaiserliche Botschaft ein, die Prinzessin Elisabeth nach Wien abzuholen. Der feierliche Uebertritt der Prinzessin zur römisch-katholischen Kirche geschah unterwegs im Dome zu Bamberg, wohin sich der Mainzer Kurfürst Lothar Franz, zugleich Bischof von Bamberg, zu diesem Zwecke

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 239. Leibniz sagt dort: Zumahlen man dafür hält, daß bereits in der Jugend zartesten Jahren der Grund der römischen Religion ohne der hohen Groß- und Eltern Zuthun gelegt worden.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 15. December 1706, S. 27.

begeben hatte, am 1. Mai. Erſt während des Aufenthaltes in Wien erfolgte die Werbung in officieller Form. Am 18. September 1707 ließ König Carl III. zu Barcelona die Prinzeſſin Eliſabeth als ſeine Braut declariren. In Wien geſchah dies erſt am 18. October [1]).

Die Schilderungen der Perſönlichkeit der Prinzeſſin Eliſabeth lauten ungemein vortheilhaft. Acht Jahre ſpäter, nachdem ſie als Kaiſerin aus Spanien nach Wien zurückgekehrt war, beſchrieb die Lady Worthley Montague in ihren Reiſebriefen ſie als ein Muſterbild weiblicher Schönheit. „Was die Dichter, ſagt ſie, geſungen haben von der Majeſtät der Juno und dem Reize der Venus, reicht nicht hinan zu dieſer Wirklichkeit" [2]).

Die Ueberſchiffung der Prinzeſſin Eliſabeth nach Barcelona war im Jahre 1707 nicht mehr ausführbar. Im Jahre 1708 fand vorher die Trauung durch Procuration ſtatt, am Abende des 23. April, in der Capelle von Hietzing, die damals als Schloß-Capelle von Schönbrunn diente. Der Kaiſer Joſeph vertrat die Stelle ſeines Bruders, des Königs Carl III.; die Braut ward von den zwei Kaiſerinnen Eleonora und Amalia an den Altar geleitet. Der Cardinal von Sachſen, Erzbiſchof von Gran, aſſiſtirt von zwei Biſchöfen und mehreren Prälaten, vollzog den Act der Trauung. Nach demſelben fuhr die nunmehrige Königin Eliſabeth ſofort ab nach dem kaiſerlichen Schloſſe Hadersdorf [3]). Von dort aus erfolgte am nächſten Tage, dem 24. April, die Weiterreiſe, mit einer Anzahl von Stationen, wie ſie im Zeitalter der Eiſenbahnen faſt unglaublich erſcheint. Am 13. Mai traf die Königin Eliſabeth in Innsbruck ein.

Wenige Wochen ſpäter vollzog ſich am ſelben Hofe eine ähnliche Handlung. Der König Johann V. von Portugal hatte um die Erzherzogin Maria Anna angehalten. Am 9. Juli vollzog der Cardinal von Sachſen die Trauung, bei welcher der Kaiſer Joſeph den Bräutigam vertrat, dies Mal in Kloſter-Neuburg. Auch dieſe Heirath entſprach den Wünſchen der Mächte der großen Allianz, und es ward daher auch für dieſe neue Königin eine Flotte bereit geſtellt, ſie hinüber zu tragen, und

[1]) Ausführlich im Theatrum Europaeum, Theil XVIII a, S. 128 u. f.

[2]) In dem Briefe aus Wien, vom 14. September 1716.

[3]) Officielle Relation des Cardinals von Sachſen.

zwar von den Niederlanden aus. Die Königin Maria Anna brach am 11. Juli von Kloſter-Neuburg auf, mit einem Gefolge, wie es das Ceremoniell jener Tage erforderte, von 265 Perſonen. Am 19. Auguſt traf ſie im Haag ein, und ging in Rotterdam zu Schiffe am 12. September. Erſt am 25. September erreichte ſie Portsmouth, ſo ſchwer an der Seekrankheit leidend, daß man für ſie fürchtete. Am 18. October ſegelte die ſtattliche Flotte ab, zehn Schiffe von der Linie ſtark, mit anderen zahlreichen Fahrzeugen. Dies Mal war die Fahrt glücklich. Sie dauerte von Portsmouth nach Liſſabon nur acht Tage, was bis dahin bei einer ſtarken Flotte unerhört erſchien [1]).

Ungleich wichtiger indeſſen war jene andere Heirath. Es handelte ſich bei ihr, wie wir aus den Andeutungen des Grafen Wratislaw als damals bereits wahrſcheinlich entnommen haben, und wie es wenige Jahre ſpäter zur Gewisheit wurde, um die Fort-Exiſtenz des Hauſes Habsburg.

Der Durchzug der Königin Eliſabeth durch Ober-Italien, im Juni und Juli, rief für einige Mächte dort Verlegenheiten hervor. Der Papſt Clemens XI. weigerte ſich ſie als Königin begrüßen zu laſſen, und dies trug nicht wenig bei, die damaligen Differenzen zu verſchärfen. Die Republik Venedig und Victor Amadeus hatten auch einiges Bedenken; jedoch fügten ſie ſich. In Mailand dagegen wurde Eliſabeth als die rechtmäßige Landesfürſtin wie im Triumphe empfangen [2]). In Vado ſtieg ſie an Bord, am 13. Juli, und landete nach einer Fahrt von zehn Tagen in Barcelona.

Zugleich brachte, wie bemerkt, dieſe Flotte etwa 4000 Mann Truppen, kaiſerliche und Neapolitaner.

Fortſetzung des Krieges in Spanien.

So willkommen dieſe Truppen ſein mußten, ſie gaben Carl III. nicht die Möglichkeit einer Offenſive zurück. „Wir ſtehen hier, meldet er auf die Nachricht des Sieges von Oudenarde, an Wratislaw, durch einen Sieg in den Niederlanden um nichts beſſer; denn der Feind bleibt uns um 10,000 Mann überlegen“ [3]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. November.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII a, S. 216.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 2. Auguſt, S. 76.

Unverkennbar geht durch die Aeußerungen des Königs Carl III. ein Zug der Verstimmung gegen den Kaiser, als wenn dieser es an der erforderlichen Unterstützung für ihn fehlen ließe. Wratislaw dagegen verneint jede Berechtigung zu einem solchen Vorwurfe [1]). In der That beweisen eben damals die Aufträge des Kaisers an den Prinzen Eugen zu Vorstellungen bei Marlborough, daß er sich der Sache lebhaft annahm. Der Prinz Eugen soll diesem die Noth Carls III. so dringend vorstellen, daß, wenn nicht zu der Mannschaft, welche die Flotte des Admirals hinüber geführt, bald noch 8000 Mann hinzukommen, er sich in Catalonien nicht mehr halten könne. Der Auftrag war bereits am 11. Juli gegeben, am selben Tage, an welchem Carl III. an Wratislaw meldete, daß er, im Falle der Einnahme von Tortosa, darauf gefaßt sein müsse, im nächsten Winter wieder in Barcelona belagert zu werden. Gerade am selben Tage capitulirte Tortosa.

Das Verhalten von englischer Seite gegenüber der Sache Carls III. in Spanien ist gerade in diesem Jahre 1708 kaum zu fassen. Die Königin ließ damals bei den Generalstaaten einen Anwurf thun zu einem Vertrage, welcher ausdrücklich besagen sollte, daß die Totalität der spanischen Monarchie dem Hause Oesterreich zurückgegeben werden müsse. Die Holländer wichen aus, weil ein solcher neuer Vertrag nicht vereinbar sein würde mit dem Vertrage von 1703, welcher für Portugal bestimmte Theile von Estremadura zusicherte [2]). Wir sehen also hier bei der Königin den Beweis eines großen Eifers. Marlborough dagegen wandte thatsächlich bei der Vertheilung der bewilligten Mittel nicht bloß weitaus den größten Theil nach den Niederlanden, einen anderen großen Theil nach Piemont, sondern verfolgte daneben auch noch Jahr auf Jahr den Offensiv-Plan einer Landung an der französischen Küste, der immer sehr viele Mittel erforderte, und bis dahin niemals ein Ergebnis gebracht hatte.

Eben damals, im September, wo Carl III. in Barcelona dringend um Verstärkung bat, erschien eine englische Flotte mit Landungstruppen an der Küste der Normandie. Die Abwehr ward den Franzosen nicht schwer. Die Reste der einstigen Landmiliz, in England die train-

[1]) Wratislaw an Carl III., 5. October, S. 78.

[2]) Lamberty t. V, p. 165.

bands genannt, in Deutschland der Ausschuß, waren auch in Frankreich noch vorhanden. Sie wurden aufgeboten. Diese Landmiliz, uniformirt und bewaffnet, wurde von der englischen Flotte aus gesehen und für regelrechtes Militär gehalten. Man wagte nicht von der Flotte aus einen Mann ans Land zu setzen, sondern kehrte nach Portsmouth zurück [1]).

Wenn nicht bei solchen Landungsplanen, so dürfte man in Betreff des Feldzugs in den Niederlanden sagen, daß bei Marlborough egoistische Motive mitwirkten, die Hauptmacht dahin zu leiten. Aber in Betreff Spaniens finden wir auch andere Engländer kaum eifriger. Am 21. September meldet Hoffmann aus London: „Es ist sehr zu beklagen, daß die Fortsetzung des Krieges in Spanien hier mit einer solchen Gleichgültigkeit angesehen wird, so sehr, daß man weder in Catalonien noch in Portugal eine dem Feinde wenn nicht überlegene, so doch wenigstens gewachsene Macht zu haben trachtet. Und doch würde ja ein einziges glückliches Treffen dort über ganz Spanien entscheiden, während, wie die Erfahrung zeigt, die an anderen Orten errungenen Siege diesen Erfolg nicht haben können" [2]).

Dennoch gelang es dann für die Sache Carls III. einige Vortheile zu erringen. Durch den Grafen Cifuentes über die günstige Stimmung in Sardinien für ihn unterrichtet, hatte der König schon früher den englischen Admiral Hickes aufgefordert, dorthin eine Expedition zu unternehmen, aber keine Willigkeit gefunden. Der Admiral Leake dagegen gab der erneuten Aufforderung nach. In der That bedurfte es nur des Erscheinens der Flotte vor Cagliari und einiger Drohungen, um, bei der Stimmung des Volkes, unter welchem die Mönche zu Gunsten Carls III. voran traten, den Gouverneur, Marquis von Jamaique, zur Capitulation zu zwingen, am 14. August. Carl III. bestellte Cifuentes zum Gouverneur der Insel, deren Producte fortan für die Stellung Carls III. in Catalonien zu großem Nutzen gereichten.

Wenige Wochen später gelang ein anderer Anschlag. Von der Einnahme Barcelonas an hatte Carl III. unablässig die Bitte gestellt, daß eine verbündete Flotte im Mittelmeere überwintern möge, und jedes Mal die Antwort erhalten, daß man über keinen geeigneten See-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. September.
[2]) Desgleichen vom 21. September.

hafen verfüge. Von Anfang an aber richteten ſich die Blicke auf Minorka mit Port Mahon, wo, wie man wußte, die Bevölkerung Carl III. erſehnte. Am 14. September unternahm der General Stanhope das Wageſtück, an der Inſel zu landen. Die Gegenwehr war nicht nachdrücklich. Nach wenigen Tagen capitulirten die zwei Commandanten der Feſtung, ein Spanier und ein Franzoſe. Nach der Heimkehr wurde jener zu Madrid der Untreue angeklagt, verurtheilt und hingerichtet, dieſer zu Toulon auf die Anklage und das Urtheil der Zaghaftigkeit. Der vortreffliche Port Mahon war fortan in den Händen der Engländer, damals dem Namen nach für Carl III. Aber noch am Tage der Einnahme ſelbſt meldete Stanhope an Sunderland ſeine Meinung, daß England dieſe Inſel mit ihrem Hafen niemals wieder fahren laſſen dürfe [1]).

Dieſe Erfolge an den Inſeln waren von bedeutender Tragweite; aber auf dem Feſtlande in Spanien zog der feindliche Ring um Carl III. ſich enger. Im Anfange November umlagerte der franzöſiſche General d'Asfeld die Stadt Denia. Sie fiel nach wenigen Tagen, und eben ſo dann das Schloß, am 17. November. Und weiter ging es dann auf Alicante. Auch dieſe Stadt fiel nach einigen Tagen, im Anfange December. Dagegen verſuchte Starhemberg die Stadt Tortoſa durch einen Handſtreich wieder zu gewinnen. So wohl derſelbe angelegt war: er mislang, am 4. December.

Auf der anderen Seite der Halbinſel verlief der Feldzug unter gegenſeitiger Beobachtung, ohne jegliche Entſcheidung.

Zum Schluſſe des Jahres 1708 überblickte der junge König Carl III. ſeine Lage als wenig hoffnungsvoll. Die letzten Verluſte von Denia und Alicante hatten ihm, außer den Plätzen ſelbſt, 3000 Mann genommen. Um ſo mehr alſo fehlte an den 40,000 Mann, die nach dem Anſchlage von Starhemberg zum Widerſtande erforderlich waren. Eben damals war der Feldzug in den Niederlanden glücklich verlaufen. Carl III. hob abermals hervor, daß alle dortigen erfolgreichen Diverſionen für ihn in Spanien nicht hülfen und daß demgemäß ſeine Sache dort, ohne baldigen und nachdrücklichen Beiſtand, zu Grunde gehen müſſe. Und immer wieder tauchte ihm dann das Stanhope'ſche

[1]) Stanhope, Reign of Queen Anne, p. 363.

Project empor. Er bat den Grafen Wratislaw zu dieſem Zwecke in Marlborough zu dringen, daß er im nächſten Frühlinge es ausführe. Wenn Marlborough einmal ſelber engagirt, ſo werde er auch alles zu dem Kriege in Spanien beitragen [1]). — Freilich, nur ſtimmten die Wünſche Carls III. nicht zu den eigenen Planen Marlboroughs.

Plan des Herzogs von Orleans.

Eine Angelegenheit aus dem Feldzuge in Spanien verdient noch eine beſondere Erwähnung. Der Herzog von Orleans baute den kühnen Plan auf, ſich an die Stelle Philipps V. zu ſetzen, einerſeits mit Hülfe einiger Spanier, die mit der unumſchränkten Herrſchaft der Prinzeſſin Orſini unzufrieden waren, andererſeits der Verbündeten ſelbſt. Er knüpfte mit dem ihm von früher her bekannten engliſchen General Stanhope an, in der Hoffnung die Verbündeten zu bewegen, daß auch ſie ihrerſeits den König Carl III. fahren ließen. Auf dieſen Vorſchlag ging der General Stanhope nicht ein, ſtellte dagegen in Ausſicht, daß, wenn der Herzog eine neue Erhebung der Sevennolen begünſtige, für ihn aus Languedoc und Navarra ein ſouveränes Fürſtenthum gebildet werden könne [2]).

So die engliſchen Nachrichten. Andere lauten davon verſchieden. Der Magyar Vetes berichtet ſogar, daß Orleans ſich erboten habe, Philipp V. den Verbündeten auszuliefern [3]). Indeſſen, wie weit immer die Plane des Herzogs ſich erſtrecken mochten, in jedem Falle ſchloſſen ſie einen Hochverrath gegen Philipp V. in ſich. Es gelang der Prinzeſſin Orſini einige Kunde davon zu bekommen, und durch die Verhaftung von zwei Agenten des Herzogs, Flotte und Renault, Beſtimmteres zu erfahren. Philipp V. ſetzte den Großvater in Kenntnis, und die nächſte Conſequenz war, daß dem Herzog von Orleans das Commando für 1709 in Spanien genommen wurde.

Die ausführliche Erzählung des Duc de St. Simon über dieſe Angelegenheit ſcheint darauf berechnet zu ſein, zu zeigen, welche wichtige

---

[1]) Carl III. an Wratislaw, 27. December, S. 80.
[2]) Stanhope, Reign of Queen Anne, p. 365.
[3]) Fiedler Bd. I, S. 151.

Rolle er in dieser Angelegenheit gespielt habe [1]). Der kurze Bericht des Magyars Vetes, der unabhängig und unparteiisch über diese Angelegenheit berichten konnte, meldet: „Der geheime Rath, in außerordentlicher Weise berufen, votirte einstimmig für den Tod, außer dem Könige, der in seiner großen Milde und aus Rücksicht für die Mutter und die Tochter des Schuldigen, ihn völlig begnadigte" [2]).

Wichtiger noch als jene Motive dürfte für Ludwig XIV. ein anderes gewesen sein, welches er seinem Enkel in Madrid mit den Worten kund gibt: „Nach meiner Ansicht ist der beste jetzt zu fassende Entschluß, diese Angelegenheit, deren Bekannt-Werden schon allzu viel Unheil angerichtet hat, von Stund an in Schweigen zu begraben" [3]). Dies Schreiben des Großvaters an den Enkel ist zugleich darauf berechnet, die Schuld von Orleans ab auf jene zwei Agenten zu wälzen, als die ihre Instructionen überschritten hätten und dafür dem Zorn Philipps V. preis gegeben werden.

Von englischer Seite sprach Marlborough gleich damals, auf den ersten Bericht Stanhopes, die Vermuthung aus, daß der Herzog von Orleans sich nicht so weit vorgewagt haben würde ohne jegliches Vorwissen Ludwigs XIV. In dieser Vermuthung ward er bestärkt durch Nachrichten von anderen Seiten, daß Ludwig XIV. die Hoffnung aufgebe, seinen Enkel in Spanien behaupten zu können, und darum nach einem Auskunftsmittel suche [4]).

Die Angelegenheit, die in ihrem Beginne von großer Wichtigkeit erschien, verlor dieselbe von dem Augenblicke an, wo sie dem Hofe Philipps V. in Madrid zur Kunde kam.

Der Feldzug des Herzogs Victor Amadeus.

Nach dem Plane Marlboroughs und Godolphins sollte der Herzog Victor Amadeus eine nachdrückliche Offensive entwickeln. Bereits im April jedoch dämpften die Reden des Prinzen Eugen zu Marlborough ein wenig diese Hoffnungen. Es sei, meinte er, von Victor Amadeus

[1]) Mémoires de St. Simon t. V, p. I et suiv.
[2]) Fiedler Bd. I., S. 151.
[3]) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 203.
[4]) Murray vol. IV, p. 409.

für diesen Feldzug wenig Nachdrückliches zu erwarten [1]). — Im Laufe des Monates Mai kam Marlborough aus anderen Mittheilungen, die er erhielt, namentlich durch einen Brief des Grafen Maffei, zu derselben Ueberzeugung, daß es nicht die Absicht des Herzogs sei, große Dinge vorzunehmen [2]).

Nach dem piemontesischen Entwurfe sollte die zur Offensive zu verwendende Macht bestehen aus 46,000 Mann, nämlich 20,000 Kaiserlichen, 8000 Preußen und 3000 Sachsen-Gothaer, beide im Solde der Seemächte, und 15,000 Piemontesen. Von den letzteren aber müsse der Herzog 7000 Mann für Besatzungen zurück behalten. Von kaiserlicher Seite dagegen behauptete man, erst dann zu 20,000 Mann verpflichtet zu sein, wenn zuvor Sicilien genommen sei. Diese Differenzen, die schon im Februar begannen, zogen sich lange hin. Aber in Wien wußte man sehr wohl, daß sowohl in London wie im Haag immer die Neigung vorherrschte, bei allen Differenzen solcher Art das Recht auf Seiten des Herzogs Victor Amadeus, das Unrecht auf kaiserlicher Seite zu finden. Der Kaiser Joseph, in einem Handschreiben vom 3. März, nennt diese Neigung die bei dem englischen Hofe für den Herzog eingewurzelte Praeoccupation.

Daß diese Neigung stark war, haben wir daran gesehen, daß sie selbst durch die Erfahrungen vor Toulon nur in geringem Grade erschüttert wurde. Dagegen fand sich auf kaiserlicher Seite nicht immer die Bereitwilligkeit, die Victor Amadeus auf Grund der Allianz zu verlangen berechtigt war. Der piemontesische Gesandte Briançon in London zeigte damals dem Grafen Gallas Briefe des Herzogs, nach welchen der kaiserliche General Visconti sich für ein Nicht-Gehorchen auf bestimmte Befehle von Wien her berufen hatte, und machte dazu die Bemerkung: „Die Thorheit und Unbesonnenheit Ihrer eigenen Leute zieht Ihnen Verdrießlichkeiten zu. Wenn Ihr Hof wirklich solche Befehle gegeben hat, so boten sich viele Mittel sie auszuführen, ohne sich ausdrücklich darauf zu berufen und so den Hof selber bloß zu stellen“ [3]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 213. Godolphin an Marlborough, 11./22. April.

[2]) A. a. O. p. 236.

[3]) Bericht des Grafen Gallas, vom 15. Mai. — Die Weigerung Viscontis genauer in einem Schreiben Godolphins, bei Coxe vol. II, p. 235.

Der Beginn des Feldzuges verzog ſich bis in den Monat Juli, und Victor Amadeus hatte dabei die volle Befriedigung, daß namentlich im Haag, auf die Reden des gewandten Maffei, die Schuld der Verzögerung nur den Kaiſerlichen beigemeſſen wurde [1]). Die Feld-Armee beſtand aus nahezu 35,000 Mann, von denen etwa 14,000 Kaiſerliche unter Daun.

Von franzöſiſcher Seite bezweckte man nach Südoſten hin nur die Vertheidigung; aber dieſe ward erſchwert durch den Verluſt von Suſa im vorigen Feldzuge. Es wurden daher in Verſailles eine Reihe von Vorſchlägen zum Wiedergewinne erwogen, die bei der Unzulänglichkeit der Mittel Entwürfe bleiben mußten [2]). Der Marſchall Villars erhielt den Oberbefehl über eine Macht, die bedeutend ſchwächer war als diejenige der Verbündeten, und die dann Ludwig XIV. noch verringerte, aus Furcht vor der Wiederholung des Unternehmens auf Toulon, um dort ein verſchanztes Lager zu errichten. Denn abermals wie im Jahre zuvor befand ſich die Flotte der Verbündeten in derſelben Stärke von 40 Linienſchiffen und vielen anderen Fahrzeugen im Mittelmeere. Es war bekannt, daß ſie von Vado aus die Königin Eliſabeth und neue Truppen nach Catalonien hinüber tragen ſollte; aber es konnte Weiteres im Plane ſein, und in Verſailles hatte man zu erwägen, daß die ganze Küſte von der Mündung des Var bis nach Marſeille ſich nirgends im Zuſtande der Vertheidigung befand [3]). Da dies in London doch auch bekannt ſein mußte, ſo liegt in der Nicht-Ausnutzung dieſer ſchwachen Stelle des Gegners, in dem ſtillſchweigenden Verzichte auf den abermaligen Plan einer Ueberraſchung von Toulon, der Fingerzeig, daß die maßgebenden Perſönlichkeiten in London ſehr wohl wußten, in wie weit auf Victor Amadeus zu bauen war, und daß er nur einen ſolchen Offenſiv-Plan mit Nachdruck und Eifer betreiben würde, deſſen Erfolge ihm ſelber zu Gute kamen. Der Marſchall Villars war nach kurzem Zweifel von Anfang an der Anſicht, daß für die Provence nichts zu fürchten, daß die Offenſive

---

[1]) Lamberty t. V, p. 156.

[2]) Pelet, Mémoires militaires t. VIII, p. 169 et suiv.

[3]) A. a. O. p. 223.

des Herzogs Victor Amadeus gegen Savoyen und Dauphiné gerichtet sein werde [1]).

Um die Mitte Juli brach der Herzog Victor Amadeus mit dem größeren Theile seiner Armee von Susa auf, um über den Mont Cenis in Savoyen einzudringen, während der kleinere Theil den Weg über den kleinen St. Bernhard einschlug. Nach den Berichten des Marschalls Villars, welche, namentlich derjenige an die Frau von Maintenon [2]), wie lauter Siegesfanfaren erklingen, hätte dann er den Herzog zurück gedrängt und so eingekeilt, daß dieser sich nur mit dem Verluste seiner gesammten Artillerie und seines Nachtrabes hätte entwinden können, als dem Herzoge in unerwarteter Weise Luft gemacht worden sei durch die schmähliche Uebergabe des Forts Exilles. Nach der Darstellung von verbündeter Seite dagegen war es der Plan des Herzogs, durch seine Vorwärts-Bewegung den Marschall Villars über sein eigentliches Ziel zu täuschen, ihn von Exilles abzuschneiden und dann in rascher Rückwendung dasselbe zu nehmen [3]). Dies geschah am 12. August. Villars ließ den Commandanten vor ein Kriegsgericht stellen, welches ihn verurtheilte.

Es folgte die Einnahme von Perusa. Dann umringte Victor Amadeus das Schloß Fenestrelles, welches durch seine hohe Lage sicher schien. Aber es war dominirt durch einen anderen Felsen, so jäh und steil, daß die Franzosen, die Ersteigung als unmöglich ansehend, ihn nicht besetzt hatten. Victor Amadeus jedoch machte das scheinbar Unmögliche möglich, und darauf mußte Fenestrelles, ungeachtet der wiederholten Bemühungen des Marschalls Villars zum Entsatze, capituliren, am 31. August [4]).

Wenige Tage später begann es in den Alpen zu schneien, und damit war der Feldzug dort zu Ende. Victor Amadeus aber beeilte sich in London zu bitten, daß ihm bei dem Friedensschlusse, der sich zu nähern schien, der Besitz dieser zwei Festungen zugesichert würde.

---

[1]) Pelet, Mémoires militaires t. VIII, p. 228. — Mémoires de Villars t. II, p. 4.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 13.

[3]) Lamberty t. V, p. 159.

[4]) A. a. O. p. 160.

Der Feldzug am Oberrheine.

Vom Beginne des Jahres 1708 an ſehen wir abermals den Kurfürſten Lothar Franz von Mainz in Thätigkeit, die Reichsſtände durch ihre Geſandten in Regensburg zu mahnen an die Pflicht, ſowohl die Beiträge für die Kriegscaſſe des Reichs einzuzahlen als die Contingente zu ſtellen. Die Mahnungen des Kurfürſten erhielten, wie auch früher, Nachdruck durch die Vorſtellungen des holländiſchen Reſidenten Mortaigne im Namen der Seemächte. Darin ward, wie ein Zeitgenoſſe bemerkte, die Wahrheit inniglich und kräftiglich genug geſagt [1]). — Wenige Tage ſpäter folgte mit einer Anſprache der Cardinal Lamberg als Principal-Commiſſär im Namen des Kaiſers, zu Ende Januar. Dieſen Aufforderungen gemäß faßte zuerſt die Mehrheit im Kurfürſten-Collegium, und entſprechend dann die Mehrheit des geſammten Reichstages, ihr Gutachten, welches der Kaiſer als Reichsſchluß beſtätigte, namentlich dahin, daß ein jeder Reichsſtand ſein Contingent ſtellen und ſeinen Beitrag zu der Reichs-Kriegscaſſe einzahlen ſolle. Der Reichsſchluß ging ſogar ſoweit, dem Kurfürſten von Braunſchweig-Lüneburg als commandirendem General der Reichsarmee das Recht der Execution zuzuſprechen [2]).

Der Wortlaut der Beſchlüſſe war nachdrücklich, die Ausführung, wie hergebracht, lahm.

Auf die Mittheilung der Beſchlüſſe erwiderte der Kurfürſt Georg Ludwig, im Februar, daß er, dem Erſuchen des Reichstages gemäß, ſeinen Geſandten in London und im Haag Auftrag gegeben, die Seemächte zur Verwendung in Berlin zu bewegen, damit auch das brandenburgiſche Reichs-Contingent geſtellt werde. Zwei Monate ſpäter meldet er in einem abermaligen Schreiben an den Reichstag den Stand der Dinge als überaus mangelhaft [3]). Die Klagen betrafen

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 3 u. f.

[2]) A. a. O. S. 12: daß bei denen morosis der Rückſtand durch Ihre kurfürſtliche Durchlaucht zu Braunſchweig kraft des hiermit specialiter auftragenden Gewalt als commandirenden Generalen wirklich exſequirt werden ſollte.

[3]) A. a. O. S. 16.

namentlich, wie seit den letzten vier Jahren, das völlige Ausbleiben des brandenburgischen Reichs-Contingentes von 4000 Mann. Wie diese ausblieben, so auch die 8000 Mann, welche Friedrich I. nach dem Vertrage vom November 1700 über die Krone dem Kaiser zu stellen schuldig war, und welche der letztere seit Jahren vergeblich für die Reichsarmee verlangte. Dagegen standen 12,000 Mann Preußen-Brandenburger für englischen und holländischen Sold in den Niederlanden.

Die Generalstaaten, die ihren Residenten in Regensburg so nachdrücklich reden ließen, hatten doch auch in Berlin an die Pflicht für das Reich mahnen lassen [1]). Friedrich I. mochte glauben, auf alle diese Mahnungen nicht völlig schweigen zu dürfen. Sein Reichstags-Gesandter für Magdeburg erklärte in Regensburg, daß es dem Könige ganz recht sein werde, wenn einige von seinen in den Niederlanden stehenden Truppen an den Oberrhein gezogen würden. Dagegen wandten die anderen Reichsstände ein, daß der König dies unentgeltlich thun müsse, und daß er demgemäß um so viel weniger Subsidien von England und Holland nehmen dürfe, als er, um sein Reichs-Contingent zu stellen, Truppen nach dem Rheine rufen würde. Denn im anderen Falle, wenn nicht den Seemächten diejenigen Truppen, die der König aus den Niederlanden etwa abberiefe, durch andere ersetzt würden, liege es klar vor Augen, daß jene guten Worte ohne Frucht bleiben würden. — Es fielen darüber im Reichstage nachdrückliche Reden. Da die klaren maßgebenden Reichsgesetze, hieß es, nicht mehr beobachtet würden, so sei das, wie Anderes solcher Art mehr, ein Beweis der Zerrüttung des Reichsverbandes. Entweder müsse das durch bessere Anstalten geändert werden, oder es werde endlich Alles einen schlechten Ausgang nehmen [2]).

Abermals also einigte sich, auf Betrieb des Kurfürsten Georg Ludwig, die Mehrheit im kurfürstlichen Collegium zu einem nachdrücklichen Beschlusse, Mitte Mai. „Die Worte desselben, sagt ein Zeitgenosse, waren, nach dem Urtheile patriotischer Gemüther, sachgemäß,

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 16.
[2]) A. a. O. S. 18.

herzhaft und gut" [1]). Aber einige Ausdrücke wurden, als zu weit gehend, im fürstlichen Colleg angefochten. Der Kurfürst Lothar Franz vermittelte. Man einigte sich endlich dahin, daß jeder Reichsstand seinen Antheil an den bewilligten Summen für Philippsburg, ferner an den 300,000 Gulden und der Million Reichsthaler nach Frankfurt unausweichlich und unverzüglich einzahlen solle [2]). — Wir haben bereits gesehen (Band XII, S. 523), daß dies nur zum weitaus geringeren Theile geschah.

Die Republik der Niederlande hatte über diese traurigen Zustände ihre Mahnungen nicht bloß in Regensburg geltend gemacht, sondern auch, wie wir gesehen haben, in Berlin. Anders England. Hier hätte zunächst Marlborough als dem eigentlichen Kenner der Zustände des Reiches obgelegen, eine solche Mahnung ergehen zu lassen. Aber Marlborough war der Führer der Armee in den Niederlanden. Eine Schwächung derselben um das brandenburgische Reichs-Contingent schwächte also seine Armee. Dazu stand er persönlich gut mit Friedrich I., von welchem er im Jahre zuvor bei seinem Besuche in Berlin ein reiches Geschenk erhalten. Nach seiner Rückkehr von Hannover berichtete er vom Haag aus, am 5. Mai, in seiner Meldung an Friedrich I. über die Beredungen dort mit dem Prinzen Eugen und dem Kurfürsten Georg Ludwig. In diesem Schreiben findet sich kein Wort einer Mahnung, das Reichs-Contingent zu stellen [3]). In einem Briefe dagegen, vom selben Tage, an den englischen Botschafter in Berlin, Lord Raby, gibt Marlborough sich noch deutlicher zu erkennen. „Sie dürfen sicher sein, sagt er darin, daß, wenn in Hannover im geringsten der Gedanke angeregt wäre, einige Truppen des Königs aus den Niederlanden weg an den Rhein oder die Mosel zu senden, ich zuerst ihm davon Nachricht gegeben hätte" [4]).

Solche Persönlichkeiten mochten zu eigenem gegenseitigem Nutzen einander in die Hände arbeiten, Andere und namentlich Franzosen ergingen sich über das Nicht-Eintreten mehr als eines deutschen Reichs-

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 19.
[2]) A. a. O. S. 20.
[3]) Murray vol. III, p. 719.
[4]) A. a. O. vol. IV, p. 1.

fürsten für das eigene Vaterland, über das Verhandeln dagegen ihrer Unterthanen zum Solddienste für fremde Mächte, in herbem Spotte. „Gar manche deutsche Fürsten, hieß es dort, würden oft kein Geld haben, wenn sie es sich nicht machten aus dem an andere Mächte verkauften Blute und Leben ihrer armen Unterthanen. Man beschuldigt orientalische Völker einer barbarischen Grausamkeit, weil sie ihre Kinder in die Sclaverei oder harte Leibeigenschaft verkaufen; aber ärger ist es doch noch, Christen an andere Mächte zum Tode zu verkaufen, daß sie hernach verbunden und gezwungen sein müssen, nach des Käufers Gutbefinden ihr Blut, ihre Gliedmaßen, ihr Leben hinzugeben, wo doch dort jene Sclaven das ihrige behalten. Es entspricht nicht dem Anstande und ist dennoch der Wahrheit gemäß, zu bedenken zu geben, ob nicht manche Reichsfürsten ihre im Ehestande lebenden Unterthanen wie eine Stuterei betrachten, die deswegen unterhalten wird, damit man durch das Verkaufen der darin fallenden Jungen seinen Gewinn macht“ [1]).

Im Anfange Juni trafen die zwei Kurfürsten Lothar Franz und Georg Ludwig mit dem Prinzen Eugen in Frankfurt zusammen. Georg Ludwig mochte nicht große Erwartungen von seiner Reichsarmee hegen; aber damals, wo er von dem Plane der Vereinigung der Armeen des Prinzen Eugen und Marlboroughs in den Niederlanden noch keine Kunde hatte, blieb ihm noch die Hoffnung, daß die Operationen des Prinzen Eugen an der Mosel auch ihm zur Offensive am Oberrheine zu statten kommen würden. Dann folgte eine Enttäuschung der anderen. Beim Eintreffen seiner Armee fand er sie noch schwächer, noch mangelhafter als er erwarten durfte. Es blieb indessen noch jene andere Hoffnung. Wenige Tage später entschwand auf ein Schreiben des Prinzen Eugen auch sie. Darüber wandte sich der Kurfürst mit schmerzlicher Klage an den Kaiser [2]).

„Während ich schon, sagt er, mich großen Hoffnungen hingab, wandelte diese ein Schreiben des Prinzen Eugen in eben so tiefe Betrübnis. In sehr höfliche Worte hüllte es die unangenehme Nachricht, daß es nichts sei mit der Expedition an der Mosel, daß der

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIIIb, S. 20.

[2]) Bei Wagner, Historia Josephi, p. 219.

Stand der Dinge sich verändert habe, und daß er darum nicht umhin könne, beim Beginne des Monates Juli sich in Eilmärschen nach Flandern zu begeben. Mögen Ew. kaiserliche Majestät urtheilen, mit welchen Gefühlen ich diese unverhoffte, mir so wenig anständige Nachricht empfangen habe; denn sie zeigte mir ja ganz klar, daß ich geprellt, daß alle unsere zu Hannover getroffenen Verabredungen eine Spiegelfechterei, daß an eine Unternehmung die Mosel hinauf niemals ernstlich gedacht sei. Freilich hatten auch schon vorher einige Umstände einen Verdacht bei mir erregt. Ich verwarf ihn jedoch, weil ich dem Gedanken an eine solche absichtliche Täuschung nicht Raum verstatten wollte. Ein Anderer, dem die eigene Ehre höher als das Vaterland, hätte unter solchen Umständen das Lager verlassen, und sich heimwärts begeben. Ich habe die Sache des Vaterlandes vorgezogen."

Da jedoch dem Kurfürsten, auch nach den Erfolgen in Flandern, keine Unterstützung von da zukam, so blieb ihm nur übrig, auf dem rechten Rheinufer in möglichster Defensive zu stehen. Da auf der anderen Seite Ludwig XIV. dem Kurfürsten Max Emanuel auch nicht die Mittel zur Offensive gewährte, so verlief der Feldzug am Oberrheine, unter geringen Versuchen von der einen und der anderen Seite, in der Hauptsache thatlos.

Dagegen hatten die Bemühungen des Kurfürsten Georg Ludwig um das Reich den Erfolg, daß nun endlich der Widerspruch gegen die vom Kaiser Leopold I. im Jahre 1692 errichtete neunte Kurwürde für das Haus Braunschweig-Lüneburg verstummte. Die Belehnung war damals geschehen ohne die Anerkennung und Zustimmung des gesammten Reiches: es handelte sich nun um diese und demgemäß um die Introduction des Kurfürsten in das Collegium. Wir haben vernommen, daß seit 1707 die Angelegenheit wieder in Anregung war (Band XII, S. 502). Sie hatte ihre Schwierigkeiten daran, daß der Kaiser mit der Braunschweigischen Kursache diejenige der Readmission der böhmischen Kur, das ist die völlige Wiedereinsetzung derselben in alle kurfürstlichen Rechte, verbunden hatte, und andererseits, daß im Falle des Aussterbens der beiden Linien des Hauses Pfalz, der Rudolphischen und Wilhelmischen, die Protestanten im kurfürstlichen Colleg allzu sehr das Uebergewicht haben würden. Das Reichsgutachten vom 30. Juni erledigte diese Fragen, und der Kaiser

gab demſelben am 6. September die Genehmigung[1]). Am 7. September erfolgte zu Regensburg die Einführung des kurfürſtlich Braunſchweig-Lüneburgiſchen Geſandten in das kurfürſtliche Colleg. Es war derſelbe Herr von Limbach, der zuſammen mit dem Miniſter Otto von Grote, ſechzehn Jahre zuvor in der kaiſerlichen Hofburg in Wien, die Belehnung empfangen hatte.

Somit hatte Georg Ludwig dasjenige Ziel erreicht, nach welchem einſt ſein Vater Ernſt Auguſt mit der Anſpannung aller Kraft getrachtet. Wir haben bei der erſten Erwähnung desſelben (Band IV, S. 478) den politiſchen Grundgedanken dieſes Herſtellers ſeines Hauſes kennen gelernt. Sein Streben bezweckte, die Führung des kernhafteſten aller deutſchen Stämme, die einſt ſeinem Ahn Heinrich dem Löwen durch Unrecht und Gewalt entriſſen war, wieder an ſein Haus zu bringen. Dieſem Streben von Ernſt Auguſt lag der Gedanke an die engliſche Krone fern. War es anders bei dem Sohne Georg Ludwig, dem nunmehr die Frucht der Mühen des Vaters zufiel, dem aber zugleich auch die Ausſicht auf die Krone von Groß-Britannien immer näher trat? — Wir haben wiederholt ſchon Gelegenheit gehabt, ſein Verhalten gegenüber dieſer Ausſicht zu beobachten: ſie wird noch öfter und ſtärker ſich uns darbieten.

Beim Abſchluſſe ſeines Feldzuges, am 31. October, warf der Kurfürſt Georg Ludwig in einem Schreiben an den Reichstag einen Rückblick auf dieſen Feldzug. „Es würde uns, ſagt er, eine große Freude geweſen ſein, wenn wir in den Stand geſetzt worden wären, dem Feinde an Macht überlegen zu ſein, und ſomit etwas Hauptſächliches für den Nutzen und die Sicherheit des gemeinen Weſens und des Vaterlandes auszuführen. Wir haben auch an unſerer Fürſorge und Mühe es in nichts erwinden laſſen. Wie ſehr es uns aber an den zur Operation gegen den Feind nöthigen Erforderniſſen gefehlt, das hat der Augenſchein gezeigt. Daher hat nichts Anderes erfolgen können, als daß der Krieg am Rheine dies Jahr defenſiv hat geführt werden müſſen, und daß, zu unſerem ſehr empfindlichen Verdruſſe, dem Feinde kein ſonderlicher Abbruch, und weiter nichts geſchehen

[1]) Die Schriftſtücke in Fabers Staatskanzlei Bd. XIII, S. 362 u. f. — Viele auch im Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 29 u. f.

können, als daß man auch die Macht des Feindes hier beiſammen gehalten und dadurch ihn gehindert hat, nach den Niederlanden oder nach Savoyen Entſendungen zu machen."

„Da nun aber, allem Vermuthen nach, von einer nachdrücklichen Führung des nächſten Feldzuges ein guter, ſicherer und beſtändiger Friede abhangen wird: ſo wollen wir hoffen, und in alle Kurfürſten, Fürſten und Stände des Reiches das Vertrauen ſetzen, daß ſie insgeſammt und ein jeder von ihnen für die allgemeine wie für die eigene Wohlfahrt die Liebe und Werthſchätzung tragen werden, den Reichsſchlüſſen ein unweigerliches Genüge zu thun. Sie werden alſo die ſchuldigen Reichs-Contingente ſtellen, und den auf ſie entfallenden Beitrag, gemäß der Bewilligung des Reichstages, völlig und pünktlich entrichten."

„Dies iſt erforderlich, damit, bei der etwaigen Friedenshandlung, das Reich ſeine Rechte behaupten könne und nicht genöthigt werde zuzuſehen, daß zwar andere verbündete Mächte ihre Satisfaction erhalten, das Reich aber, weil es unterlaſſen ſich für ſeine eigene Wohlfahrt rechtſchaffen anzugreifen, und die feindliche Macht brechen zu helfen, allein bloß ſtehen und ſich verderbliche und ſchimpfliche Friedensbedingungen aufbürden laſſen muß" [1]).

Die Worte des Kurfürſten an den Reichstag zeigen, daß auch in jenen trüben Tagen patriotiſche Mahnungen nicht bloß im Stillen geredet wurden, ſondern laut genug für Alle erklangen. Nur fanden ſie bei denen, auf die es ankam, keinen Widerhall.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Ereigniſſe bis zum Eintreffen des Prinzen Eugen.

Der Feldzug des Jahres 1708 in den Niederlanden ward ſpäter von denen, die daran Antheil genommen, als einer der denkwürdigſten betrachtet, die es ſeit langer Zeit gegeben [2]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 25.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 46. — Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 368. Danach habe der Prinz Eugen geſagt: que celui qui n'avoit pas vu cette campagne, n'avoit rien vu.

Bei der Kunde der Bemühungen Marlboroughs die englisch-holländische Armee auf die höchste bis dahin erreichte Stärke zu bringen, hatte Ludwig XIV. noch um so größere Anstrengungen aufgeboten. Seine Armee in den Niederlanden, die zahlreichste, die seit Jahrhunderten die Welt gesehen, sollte bestehen aus 131 Bataillonen und 216 Schwadronen. Die Führung übergab er seinem ältesten Enkel, dem Herzog von Bourgogne, mit dem Marschall Vendome zur Seite. Demgemäß mußte der Kurfürst von Bayern aus Brüssel weichen, und erhielt, wie wir vernommen haben, das Commando am Oberrheine. Nach der Ansicht Godolphins und Marlboroughs verband jedoch Ludwig XIV. mit dieser Entfernung des Kurfürsten noch den besonderen Plan, der Friedenspartei in der Republik der Niederlande die Aussicht auf den Erwerb von Flandern als Lockspeise vorzuhalten [1]).

Es ist charakteristisch für Ludwig XIV., daß der Höchst-Commandirende der stärksten Armee, die er jemals entsendet, sein Enkel, der einstige Zögling Fenelons, nicht die Erlaubnis erhielt, und zwar, wie es in Paris hieß, auf den Betrieb der Frau von Maintenon, bei seiner Durchfahrt durch Cambrai, den einstigen Führer seiner Jugend zu besuchen. Fenelon mochte es vorher wissen: er wußte den Herzog von Bourgogne zu finden [2]).

Die Ernennung dieses Oberanführers eben so sehr wie die große Macht, welche ihm untergeben und deren Zahl durch die Gerüchte noch gesteigert wurde, waren für Marlborough der Beweis, daß Ludwig XIV. den Krieg in den Niederlanden offensiv zu führen gedachte. Marlborough fügte seiner Meldung an die Königin hinzu: weit entfernt ein Treffen zu vermeiden, werde er es suchen, als dem Dienste der Königin entsprechend [3]). Von französischer Seite ward die Absicht so wenig verhehlt, daß der König bereits am 24. Mai sich vor seinem Hofe verlauten ließ: nach den Berichten, die er empfangen, könne es noch vor dem Ende des Monates zu einem Treffen kommen [4]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 235, 239.
[2]) Dangeau t. XII, p. 140.
[3]) Coxe vol. II, p. 221. Vom 9./20. Mai.
[4]) Dangeau t. XII, p. 144.

Marlborough jedoch änderte, auf Godolphins Rath, dann seine Ansicht in so weit, daß er es für besser hielt, zunächst Zeit zu gewinnen, damit, nach dem zwischen ihm und dem Prinzen Eugen verabredeten Plane, der letztere zu ihm stoßen könne [1]). Für dies Abwarten kam ihm zu statten, daß ein französischer Anschlag durchkreuzt war. Bei dem Misvergnügen, welches die Belgier über die Herrschaft der Holländer über sie empfanden, hatten französische Emissäre in mehr als einer belgischen Stadt Verbindungen angeknüpft. Eine solche fand namentlich statt in Antwerpen, und es handelte sich dort um nichts Geringeres als die Citadelle den Franzosen zu überliefern. Der Plan ward entdeckt in Brüssel durch das Auffangen von anonymen Briefen, die an den Grafen Bergheyck gerichtet waren, und dadurch vereitelt, 23. Mai. In Folge dessen mußten Bourgogne und Vendome ihre Entwürfe ändern [2]).

Am 26. Mai war die ganze Armee der Verbündeten unter Marlborough vereinigt im Lager bei Hal, stark 112 Bataillone und 180 Schwadronen. Die französische lagerte nur drei französische Meilen von da, bei Soignies. Von beiden Seiten war man der Absichten der Gegner unkundig und wartete ab [3]).

Am 30. Mai erließ von dort aus Marlborough, gemäß der Verabredung mit dem Prinzen Eugen, an diesen die Bitte, bei der Lage der Dinge, sich mit ihm zu vereinigen, und dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, der schon damals, nach seiner Residenz, in der Regel Kurfürst von Hannover genannt wurde, davon Kunde zu geben; wenn der Prinz Eugen nicht zustimme, so möge er den Brief den Flammen überliefern, damit eben so wie er, Marlborough, keiner lebenden Seele die Sache mitgetheilt, auch sonst Niemand eine Kunde davon erhalte [4]). — Diese letzte Bitte war, wie überhaupt das ganze Schreiben, nur eine Finte, um den Kurfürsten darüber irre zu führen, daß die zwei Feldherren sich lange zuvor bei ihm, in seiner eigenen Residenz, über diesen Plan verständigt hatten. Wir haben gesehen,

[1]) Coxe vol. II, p. 236. Vom 17. und 24. Mai.
[2]) A. a. O., 24. Mai. — Murray vol. IV, p. 39.
[3]) A. a. O. p. 238.
[4]) A. a. O. p. 238. — Murray vol. IV, p. 38.

welche Wirkung dann das betreffende Schreiben des Prinzen Eugen auf den Kurfürsten übte (S. 126).

Auch war das Geheimnis dieses Planes so wenig bewahrt worden, daß es bereits am Tage zuvor, am 29. Mai, in Versailles bekannt war, und dort zu neuen Instructionen für Vendome diente. Dieser hatte nämlich zwei Tage vorher vorgeschlagen, auf Huy zu marschiren, um dasselbe zu belagern. Ludwig XIV. versagte seine Zustimmung mit dem Hinweise auf jenen wahrscheinlichen Plan des Prinzen Eugen und Marlboroughs. Auch war, nach seiner Ansicht, dieser Plan bereits dem Kurfürsten Max Emanuel und dem Marschall Berwick am Rheine bekannt, die demgemäß hindern würden, daß aus einer solchen Vereinigung eine Ueberlegenheit der Feinde erwachse. Ludwig XIV. wußte aus den Berichten von Coblenz her bereits die Stärke der Armee, die sich unter dem Commando des Prinzen Eugen an der Mosel bilden sollte, zu 46 Bataillonen und 60 Schwadronen [1]).

So richtig diese Angaben, so war doch die ganze Nachricht noch verfrüht. Allerdings besagte die Verabredung zwischen dem Prinzen Eugen und Marlborough, daß noch vor dem Ende des Monates Mai die Armee an der Mosel fertig stehen solle; aber es traten eine Reihe von Verzögerungen ein. Das hauptsächliche Hindernis bereitete der Kurfürst von der Pfalz, dessen Truppen zu mehr als 9000 Mann einen Hauptbestandtheil dieser Armee ausmachen sollten. Er stellte als Bedingung des Marschbefehles voran seine Einweisung in den Besitz der Oberpfalz, welche durch die Acht über Max Emanuel diesem abgesprochen war, so wie die Herstellung der alten Kurwürde der Pfalz mit dem Erz-Truchseß-Amte, welche einst Ferdinand II. an Maximilian von Bayern übertragen hatte. Der Kaiser dagegen hatte Rechts-Bedenken diese Forderung zu gewähren. Marlborough hob, bei diesem Anlasse, nach England hin den großen Vortheil des Königs von Frankreich vor, dessen Wille allein entscheide, während die Verbündeten abhängig seien von den begehrlichen Wünschen verschiedener Fürsten [2]). Dies war richtig; aber an dieser Abhängigkeit trug Marlborough da, wo sein persönliches Interesse mit in Frage kam, seinen Antheil der

[1]) Pelet t. VIII, p. 16.

[2]) Coxe vol. II, p. 240. Vom 4. Juni, an Godolphin.

Mitſchuld. Auch in dieſem Falle richtete er nicht nach Wien hin eine Beſchwerde über die Begehrlichkeit des Kurfürſten, ſondern an dieſen eine Condolenz über die Säumigkeit in Wien [1]). Die Seemächte hatten nämlich dort ſich für das Verlangen von Kurpfalz verwendet. So gedrängt, gab der Kaiſer endlich nach, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß es geſchehe auf die Verwendung der Seemächte, und beſonders der Königin von England. Aber dieſe Einwilligung erfolgte erſt am 23. Juni [2]). Am 11. Juni war Marlborough bereits darauf gefaßt, daß die Bildung der Armee an der Moſel, die bis zum 27. Mai hätte erfolgen ſollen, erſt zum Beginne des Monates Juli geſchehen werde [3]). Seine Briefe und Boten an den Prinzen Eugen folgten im Monate Juni raſch auf einander [4]).

Auf franzöſiſcher Seite gereichte unterdeſſen das Verhältnis zweier ſo verſchiedener Perſönlichkeiten wie des jungen Herzogs von Bourgogne und des Marſchalls Vendome nicht zum Vortheile. Der Letztere, ungeduldig, die Ueberlegenheit der Streitkräfte über die Armee Marlboroughs auszunutzen, machte in dieſem Sinne ſeine Vorſchläge in Verſailles. Er hielt es für demüthigend abwarten zu ſollen, wohin die erſt noch im Werden begriffene Armee des Prinzen Eugen ſich wende. Dies aber war die Anſicht des Königs in Verſailles. In dieſer Erwartung gab er den Entwürfen Vendomes nicht ſeine Zuſtimmung. Darüber verging der ganze Monat Juni [5]). Erſt gegen das Ende desſelben reifte ein beſonderer Plan, nämlich die Städte Gent und Brügge durch einen Handſtreich zu nehmen. Der Plan hatte, wie der frühere auf die Citadelle von Antwerpen, ſeinen Urſprung bei dem Grafen Bergheyck, und war berechnet auf die kundbare Abneigung der Belgier gegen die Herrſchaft der Holländer über ſie. Marlborough hatte, wie wir ſeiner Zeit geſehen, im Jahre 1706 voraus geſagt, daß das Verfahren der Holländer in Belgien die Einwohner auf die

---

[1]) Murray vol. IV, p. 33. Vom 22. Juni. Vgl. p. 96. Vom 6. Juli.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 28. Juni. Im Gräflich Clam-Gallasſchen Archive.

[3]) Coxe vol. II, p. 242. An Godolphin.

[4]) Murray vol. IV, p. 46. 51. 68. 76. 80.

[5]) Pelet t. VIII, p. 22.

Seite der Franzoſen treiben werde. Damals, im Juli 1708, bezeichnet er dies Verfahren als Mishandlung [1]).

Ludwig XIV. gab dem Plane auf Gent und Brügge ſeine Zuſtimmung. Die Ausführung ward auf die erſten Tage des Monates Juli angeſetzt, und in der Stille die Vorbereitungen getroffen.

Am 2. Juli meldete Marlborough, im Einverſtändniſſe mit den holländiſchen Feld-Deputirten, den Generalſtaaten in officieller Form ſeine mit dem Prinzen Eugen getroffene Vereinbarung. Die Armee desſelben ſei nunmehr auf dem Marſche nach Brabant begriffen, der Prinz Eugen für ſeine Perſon aber eile voraus, ſo daß ſein Eintreffen bei der Armee auf den 5. oder 6. Juli erwartet werden dürfe [2]).

Vom Abend des 3. Juli an begannen die Bewegungen der Franzoſen. Zwei Corps marſchirten zunächſt auf Enghien, um dann weiter auf Ninove zu ziehen. Am 4. Juli folgte die geſammte Armee. Es handelte ſich darum, den Gegnern den Vorſprung eines Tagemarſches abzugewinnen, und darum war der Marſch ein ſehr anſtrengender [3]). Die verbündete Armee lagerte bei Anderlecht.

In der Nacht vom 4./5. Juli erhielt Marlborough die Nachricht des Aufbruches der franzöſiſchen Armee. Er entſendete ſofort, um 2 Uhr Morgens, den Befehl, die Beſatzung von Oudenarde durch ein Regiment zu verſtärken [4]). Der Befehl war für die Ereigniſſe um eine Woche ſpäter von großer Tragweite, weil durch dieſe Verſtärkung die an ſich ſchwache Stadt Oudenarde gegen einen Handſtreich der Franzoſen geſichert wurde.

Das Unternehmen der Franzoſen, durch einen forcirten Marſch den Gegnern den Vorſprung abzugewinnen, war dennoch ein ſehr gewagtes. Der Marſchall Vendome ſagt in einer Ueberſicht des Verlaufes, vom 19. Juli: „Der Beſchluß dieſes Eilmarſches iſt, ohne mein Vorwiſſen, zwiſchen dem Herzog von Bourgogne und Puyſegur feſtgeſtellt worden“ [5]). Die Gefahr für die franzöſiſche Armee beſtand

---

[1]) Coxe vol. II, p. 252.
[2]) Murray vol. IV, p. 93.
[3]) Pelet t. VIII, p. 24.
[4]) Murray vol. IV, p. 95.
[5]) Pelet t. VIII, p. 389.

namentlich darin, daß ſie unterwegs bei Ninove die Dender zu überſchreiten hatten. Es konnte daher zu ſchwerem Nachtheile für ſie ausſchlagen, wenn Marlborough die ihm ſonſt eigene Entſchloſſenheit in dieſem Falle auch weiter bewährt hätte. Ob dies geſchah, ergibt ſich am klarſten aus dem Berichte eines mitbetheiligten Augenzeugen, des holländiſchen Feld-Deputirten Goslinga. Er erzählt wie folgt [1]).

„Ich traf mit meinem Collegen, Geldermalſen, am 5. Juli gegen $6^1/_2$ Uhr Morgens im Lager von Anderlecht ein. Wir fanden Mylord Marlborough im Begriffe zu Pferde zu ſteigen. Er hatte nämlich etwa eine Stunde zuvor vom rechten Flügel her durch den General-Major Welderen die Meldung empfangen, daß man den Feind gewahre und Ausſicht habe, dem Nachtrabe einen Streich zu verſetzen. Nach einem angeſtrengten Marſche ſei der Feind im Werke die Dender bei Ninove zu überſchreiten, um die Unternehmung auf Gent zu decken. Auf dieſe Meldung der Generale des rechten Flügels hatte ſich Marlborough von ſeinem Lager erhoben, bleich, verſtört, traurig, um ſelber die Dispoſition des Feindes zu recognosciren. Wir waren kaum eine halbe Meile geritten, als er ſagte, daß ein weiteres Vorgehen zu nichts führen würde und es zu ſpät ſei, etwas zu unternehmen. Er kehrte um. Ich ſchlug meinem Collegen Geldermalſen vor, weiter zu reiten, um die Sache zu erkunden. Er lehnte ab, weil ohne den Herzog wir nichts thun könnten."

Goslinga erzählt dann weiter, daß er jenen Vorſchlag auf die Bitte des General-Majors Welderen gemacht, und daß er, auf die Weigerung Geldermalſens, für ſich allein nicht gewagt habe zu handeln. Er habe ſpäter tauſendmal bereut, die beſte Gelegenheit ſeinem Vaterlande zu dienen und ſich ſelber Ehre zu erwerben, ungenützt gelaſſen zu haben. Denn ein nachdrücklicher Angriff auf den ermüdeten Nachtrab würde ein Drittel der franzöſiſchen Armee vernichtet und ihr die geſammte Artillerie genommen haben, von welcher damals noch nicht Ein Stück über die Dender gebracht ſei.

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 45. Neuerdings hat man in dieſen Denkwürdigkeiten Goslingas Krittelei finden wollen. Aber welches Recht hat man anzuzweifeln, was ein ehrlicher Mann als Augenzeuge ſagt? — Der Prinz Eugen berichtet über ihn an den Kaiſer: „Ich kenne ihn beſonders, und er iſt auch ſonſten ein gar ehrlicher und aufrichtiger Mann", bei Arneth Bd. II, S. 469.

In dem nachfolgenden Kriegsrathe ſchlug dann Marlborough vor, den Rückzug auf Aſſche anzutreten, um Brabant und Dendermonde zu decken und dort den Anzug des Prinzen Eugen mit ſeiner Armee abzuwarten. Dann könne man auf Ath marſchiren, dort über die Dender gehen, um die ſchwache und bedrohte Stadt Oudenarde zu decken. Goslinga erhob Einwürfe, fand aber keine Unterſtützung.

In der Nacht vom 5./6. Juli wurde wieder zu den Waffen gerufen, als beabſichtige der Feind einen Angriff. Die aufgehende Sonne beleuchtete den Irrthum. Erſt dann, am Morgen des 6. Juli, entſchloß man ſich 12 Schwadronen und eben ſo viele Bataillone zur Verfolgung zu entſenden. Der Erfolg, den dieſe davon trugen, 300 Gefangene und eine reiche Beute von Gepäck, zeugte für die Anſicht Goslingas und der Gleichgeſinnten, daß bei einem Andringen mit ganzer Macht der Erfolg entſprechend geweſen ſein würde [1]). — Die ſpätere Ueberſicht dieſer Tage von dem Marſchall Vendome läßt erkennen, in welcher Beſorgnis und Unruhe er geſchwebt hat [2]).

Das Urtheil des ſächſiſchen Generals Schulenburg ſteht demjenigen Goslingas nicht fern, nur daß Schulenburg irriger Weiſe dem Marſchall Vendome den Beſchluß des Marſches mit der ganzen Armee auf Gent zuſchreibt. „Er hat, ſagt Schulenburg, uns vor der Naſe her ungeſtraft dieſen verwegenen Marſch von Hal nach Aloſt gemacht“ [3]).

Auch aus dem Berichte Marlboroughs an den Staats-Secretär Boyle ſcheint mehr durch dasjenige was verſchwiegen als was geſagt wird, zu folgen, daß jene Anſicht Goslingas begründet ſein dürfte. Marlborough berichtet, von Aſſche aus, am 9. Juli, daß Gent und Brügge, durch ein Einverſtändnis der Bürger mit dem Feinde, verloren gegangen ſeien. Er hofft, daß bevor der Feldzug zu Ende, dies gut gemacht werde. Dann fährt er fort: „Am Samſtag Morgen (6. Juli) trafen wir auf den Nachtrab des Feindes, wie er die Dender paſſirte, jedoch zu ſpät, um viele Wirkung zu thun. Wir machten etwa 300 Gefangene und einige Beute, und geſtern hielten wir an

[1]) Mémoires de Goslinga p. 48.
[2]) Pelet t. VIII, p. 389.
[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 332.

in Aſche, um unſer ſchweres Gepäck wegzuſenden und Dispoſitionen zu treffen“ [1]).

Marlborough verſchweigt hier, daß er am 5. Juli keine nachdrücklichen Schritte gethan, ſondern erſt am 6. ein kleines Corps entſendet. Er verſchweigt ferner, daß das Anhalten in Aſche die Folge ſeines Rückzuges war, und daß er dort nicht erſt am 8. Juli, ſondern bereits am Abende des 6. eintraf.

Auf dem Marſche nach Aſche kam der General Cadogan entgegen, der, zu anderen Zeiten die rechte Hand Marlboroughs, damals dem Prinzen Eugen zur Begrüßung zugeſendet geweſen war. Cadogan, in ſeiner lebhaften Weiſe, rief dem Feld-Deputirten Goslinga die Worte entgegen: „Welcher Teufel hat denn Mylord dieſen thörichten Marſch nach Aſche eingerathen?“ — „Fragen Sie ihn ſelber“, antwortete Goslinga [2]).

Das Treffen bei Oudenarde, 11. Juli.

In Aſche fand man den Prinzen Eugen, der, unter einem Geleite weniger Reiter, ſeiner Armee voran geeilt war. Die trübe Lage der Dinge ward vielfach erörtert. Der Prinz drückte dem Deputirten Goslinga, den er bereits früher im Haag kennen gelernt, im Beſonderen ſein Erſtaunen über dieſen Rückzug aus. Goslinga antwortete lächelnd mit dem Bibelworte: „Herr, wäreſt Du hier geweſen, mein Sohn wäre nicht geſtorben“ [3]).

Der Prinz Eugen berichtete dem Kaiſer: er habe Marlborough ziemlich conſternirt gefunden [4]).

Es iſt merkwürdig zu beobachten, welche Wirkung dann die Ankunft des Einen Mannes ohne Armee ausübte. Der Kriegsrath beſchloß einſtimmig, der Armee einen oder zwei Ruhetage zu belaſſen, dann mit einem ſtarken Marſche die Dender bei Leſſines zu erreichen und zu überſchreiten, um Oudenarde und dadurch auch Menin zu

[1]) Murray vol. IV, p. 101.
[2]) Goslinga p. 50.
[3]) A. a. O. p. 51.
[4]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 19.

decken [1]). Denn, da Oudenarde der einzige Paß war, den man über die obere Schelde beſaß, ſo war, nach einem Verluſte von Oudenarde, derjenige von Menin nur eine Frage der Zeit. — Das Weſen dieſes Beſchluſſes läßt ſich kennzeichnen mit den Worten: vom Rückzuge aus ergriff man wieder die Offenſive.

Zur ſelben Zeit ſchlug Vendome im franzöſiſchen Kriegsrathe vor, das ſchwach beſetzte Oudenarde zu belagern. Der General Schulenburg in ſeiner Kritik dieſer franzöſiſchen Kriegführung bezeichnet es als einen ſchweren Fehler, daß Vendome bei dem Marſche auf Gent nicht verſucht hatte, wie es durch einen Handſtreich damals möglich war, ſich ſofort um jeden Preis der Stadt Oudenarde zu bemächtigen [2]). Bourgogne war jedoch auch nicht einmal für eine Belagerung. Er meinte, es genüge zur Zeit Oudenarde zu blokiren, und abzuwarten, was die Gegner nach ihrer Vereinigung unternehmen würden. Der hauptſächliche Unterſchied dieſer Vorſchläge war, daß derjenige Vendomes die Umlagerung der Stadt Oudenarde auch auf dem rechten Scheldeufer erforderlich machte, derjenige Bourgognes nur auf dem linken. Nach dem Vorſchlage Vendomes ſollte alſo die franzöſiſche Armee dem Gegner ſchon den Uebergang über die Dender ſtreitig machen. Bourgogne hielt an ſeinem Plane feſt, welcher dann die nachträgliche Zuſtimmung in Verſailles erhielt [3]).

Denn unterdeſſen hatte auch Ludwig XIV. ſichere Nachricht über den Anmarſch des Prinzen Eugen erhalten, der, wie er ſagte, mit unglaublicher Schnelligkeit erfolge. Auch er war der Anſicht, daß, da man Oudenarde nicht gleich durch einen Handſtreich genommen, man ſich nun nicht in eine Belagerung verwickeln dürfe, bei welcher man durch die vereinigte Macht der Gegner angegriffen werden könne. Er meldete, daß auch der Marſchall Berwick vom Rheine her mit ſeiner Armee auf Namur heranziehe. Daher werde man den vereinigten Gegnern doch gewachſen bleiben [4]). — So Ludwig XIV. am 11. Juli in Verſailles. Am ſelben Tage nahmen bei Oudenarde die Dinge eine andere Wendung.

---

[1]) Goslinga p. 52.
[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 332.
[3]) Pelet t. VIII, p. 29.
[4]) A. a. O. p. 30.

Vor Tagesanbruch des 9. Juli trat die verbündete Armee ihren Marſch von Aſſche aus ſüdwärts an, und erreichte um 2 Uhr Nachmittags Herfelingen. Die Zelte wurden geſpannt. Jedoch um 7 Uhr Abends erklang auf das Signal eines Kanonenſchuſſes abermals das engliſche Tap to [1]). Der Marſch ging weiter, die Nacht und den Tag. Dadurch ward erreicht, daß die Franzoſen, getäuſcht durch die erſten Berichte über das bei Herfelingen geſchlagene Lager, nicht zur Stelle waren, den Uebergang über die Dender bei Leſſines zu wehren. Am Nachmittage des 10. trat dort der Kriegesrath zuſammen. In der Befriedigung über das bisher Geſchehene, beſchloß er einſtimmig eine Schlacht zu wagen, wenn ſich bei dem Weitermarſch auf die Schelde und dem Ueberſchreiten derſelben die Gelegenheit dazu biete. Noch in der Nacht wurde der General Cadogan mit 16 Bataillonen und 30 Schwadronen voraus geſchickt, um unterhalb Oudenarde zwei Brücken über die Schelde zu ſchlagen. Um 7 Uhr Morgens am 11. Juli ſetzte ſich die ganze Armee in Marſch auf Oudenarde [2]).

Die franzöſiſche Armee lagerte, am 10. Juli, bei Gavre am rechten Ufer der Schelde. Es war ihre Abſicht am anderen Tage die Schelde zu überſchreiten, ſich am linken Ufer des Stromes ſo nahe wie möglich vor Oudenarde zu befeſtigen, und zugleich auch alle Punkte zu beſetzen, wo vielleicht die Gegner einen Brückenſchlag verſuchen könnten [3]).

Aber die Kundſchaft der Franzoſen war mangelhaft. Erſt um 10 Uhr Morgens am 11. ſetzten ſie ſich in Bewegung, wo ſchon Cadogan in voller Thätigkeit des Brückenſchlagens bei Oudenarde war. Er meldete an Marlborough, daß er am linken Ufer der Schelde feſten Fuß gefaßt, daß er zwei Brücken nahezu vollendet, die eine in der Stadt, die andere unterhalb, daß er aber dringend um raſchen Anmarſch bitte, weil weiter abwärts die Vorhut der Feinde auch bereits den Strom überſchreite. Die Nachricht wirkte auf die Armee der Verbündeten wie ein Zauber. „Es war nicht mehr ein Marſchiren, ſondern ein Laufen“ [4]).

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 327.

[2]) Goslinga p. 52.

[3]) Pelet t. VIII, p. 33. Schreiben Vendomes vom 10. Juli.

[4]) Goslinga p. 54.

Gegen Mittag gewahrten die Verbündeten von den Höhen vor Oudenarde aus die Brücke über die Schelde. Von 1 Uhr an überschritt der rechte Flügel der Armee die Brücke unterhalb der Stadt, der linke marschirte durch dieselbe [1]).

Der sächsische General Schulenburg, der als Augenzeuge die Schlacht von Oudenarde beschrieben, hebt das merkwürdige Verhältnis hervor, daß zwei einander feindliche Armeen nur zwei Stunden weit von einander denselben Strom überschreiten, ohne Genaueres von einander zu wissen. Er legt dies dar an dem beiderseitigen Verhalten in Betreff des Dorfes Eyne, das am linken Scheldeufer eine Strecke abwärts von der Brücke Cadogans lag. Er meint, die erste Sorge derjenigen, die den Fluß überschritten, hätte sein müssen, dies Dorf Eyne zu besetzen. Es geschah nicht. Das Dorf ward dagegen von einem französischen Corps besetzt, welches voraus geschickt war zu dem Zwecke, vor Oudenarde ein Lager für die Armee abzustecken. Dieses Corps, 7 Bataillone und 12 Schwadronen stark, hatte jedoch noch keine Stütze von der Hauptarmee. Cadogan entschloß sich sie anzugreifen. Der Angriff gelang mit solchem Erfolge, daß 4 Bataillone sich kriegsgefangen gaben. Es war das Vorspiel des Treffens [2]).

Bis 4 Uhr Nachmittags war ein großer Theil der Armee hinüber. Aber mit Besorgnis gewahrten die Feld-Deputirten Goslinga und Rechteren, daß Marlborough nicht ein Schlachtfeld wählte, keine positiven Befehle für den Aufmarsch der Truppen gab, daß er über den zu fassenden Entschluß sichtlich verlegen war. Nach kurzem Austausche der Gedanken über das was zu thun sei, kamen sie überein. Sie wandten sich an den Prinzen Eugen mit der Bitte, daß, bei der gefährlichen Lage der Dinge, er das Commando auf sich nehmen wolle. Er antwortete: er theile mit ihnen die Ueberzeugung, daß unverzüglich ein Entschluß zu fassen sei. Aber es stehe ihm, der sich als Volontär, ohne Truppen, bei dieser Armee befinde, nicht zu, sich mit dem Commando zu befassen. Die Feld-Deputirten drängten abermals, hielten ihm die Gefahr der Republik und der ganzen Allianz vor Augen, deren Wohl abhange von demjenigen dieser schönen und starken Armee.

[1]) Goslinga p. 54.

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 326. Vielleicht die beste kritische Beschreibung.

Sie beschworen ihn bei Allem, was ihm lieb und theuer, bei dem Vaterlande, dem Kaiser, seinem Ruhme, und dies so eindringlich, daß er endlich mit sicherem und frohem Ausdrucke sprach: „Nun denn, meine Herren, ich gebe nach und werde thun was Sie wünschen.“ Im selben Augenblicke zog er seinen Hut, gab dem Pferde die Sporen und ritt vor die Front [1]).

Der erste Befehl, den der Prinz Eugen gab, war, einen kleinen Bach, der dort die Felder durchschnitt, auszufüllen und zu überschreiten, und dann sich auf einer schönen Ebene rechtshin auszubreiten. Dies wurde sofort ausgeführt, und zwang die Feinde, die schon im Begriffe waren sich der Ebene zu bemächtigen, von dort zurück zu weichen. Unterdessen marschirte noch immer die Infanterie über die Brücke und schwenkte dann, wie sie herüber kam, rechts ein. Um fünf Uhr war die erste Linie formirt. Der Prinz Eugen untersagte jedoch den Angriff, bis auch die zweite Linie fertig sein würde. Er ersuchte dann die Feld-Deputirten, Goslinga und Geldermalsen, sich nach dem linken Flügel zu begeben und die Generale dort zum raschen Vorrücken und zum Angriffe auf die Flanke des rechten Flügels der Feinde aufzufordern. Das Verlangen, ihnen einen Adjutanten beizugeben, lehnte er ab, und bat sie vielmehr, ihre Autorität als Repräsentanten der Republik geltend zu machen [2]).

So berichtet Goslinga, und diese Sendung dürfte als ein Meisterzug des Prinzen Eugen bezeichnet werden. Auf dem rechten Flügel, wo Marlborough sich schweigend oder gutheißend in seine Initiative gefügt hatte, war seine Autorität thatsächlich bereits anerkannt, während man auf dem linken Flügel von seinem Eingreifen noch nichts wußte. Dort aber commandirte der Feldmarschall Ouwerkerke, ferner die holländischen Generale Tilly, Hompesch, Württemberg u. s. w. Indem diesen der Prinz Eugen seine Befehle gerade durch die Feld-Deputirten überbringen ließ, mußte jeder Zweifel oder Widerspruch verstummen, und der Prinz Eugen erlangte mit der Ausführung seiner Befehle thatsächlich zugleich seine Anerkennung als Commandirender.

---

[1]) Goslinga p. 55. Wörtlich.

[2]) A. a. O. p. 56.

Die Uebertragung des Commandos an den Prinzen Eugen neben Marlborough durch die holländiſchen Feld-Deputirten und die ſchweigende Einwilligung Marlboroughs dazu darf als der Schlüſſel des Sieges von Oudenarde angeſehen werden.

Aus den Aeußerungen verſchiedener Zeitgenoſſen blickt einige Kunde dieſer Dinge hervor. Der Graf Wratislaw ſchreibt an den König Carl: „Wenn der Prinz Eugen nicht in die Niederlande gekommen wäre, ſo würde dort alles über und über gegangen ſein, zumal Marlborough und die Feld-Deputirten entzweit, die Armee verzagt geweſen, alſo die Schlacht nicht erfolgt wäre“ [1]). — Carl III. antwortet: „Wir haben dem Prinzen Eugen allein die Fortſchritte in den Niederlanden zu danken“ [2]). In der Darſtellung der fünf Tage vom 7. Juli an in dem Geſchichtswerke Wagners heißt es zum Beginne, daß Marlborough bereitwillig dem Manne zugeſtimmt habe, den Alle wie ein Orakel verehrten, und von da erſcheint dann nur noch der Prinz Eugen als der Handelnde [3]).

Spätere Hiſtoriker conſtruirten ſich das Verhältnis aus der beſonderen freundſchaftlichen Einigkeit der beiden Feldherren. Sie iſt unzweifelhaft; aber in dieſem Falle geht doch vorher die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß der Prinz Eugen leitend und führend bei einer Armee auftrat, bei welcher er nur als Volontär anweſend war. Erſt der Bericht Goslingas, der im Jahre 1857 an die Oeffentlichkeit trat, löſt dieſe Frage, und zeigt als den wahren Grund der Einigkeit die Anerkennung der Ueberlegenheit des Prinzen Eugen von Seiten Marlboroughs.

Auf Seiten der franzöſiſchen Heeresleitung war dieſe Einigkeit, dies Zuſammen-Wirken nicht vorhanden. Dies ergibt ſich augenfällig aus dem Berichte Vendomes an den König, namentlich in Betreff des Beginnes. Vendome, der ſich auf dem rechten franzöſiſchen Flügel befand, ließ dem Herzoge von Bourgogne auf dem linken Flügel die Bitte zugehen, die vor ihm ſtehende Cavallerie des rechten Flügels der Verbündeten anzugreifen. Die Umgebung Bourgognes erhob Ein-

---

[1]) Wratislaw an Carl III., 2. Auguſt. S. 74.
[2]) Carl III. an Wratislaw, 27. December. S. 81.
[3]) Wagner, Historia Josephi p. 221.

wände: man habe eine gute Stellung inne: es sei besser sich darin zu verschanzen. „Der Herzog, meldet weiter Vendome, gab nach, aber mit großem Widerstreben; denn ich weiß, daß er sagte: ‚Was wird der Marschall Vendome sagen, wenn er erfährt, daß ich mich verschanze, anstatt anzugreifen?‘ — Ich kenne nicht die Persönlichkeiten, schreibt weiter Vendome, welche diesen unheilvollen Rath ertheilt haben; aber ich weiß wohl, daß die Feinde selbst zugeben, sie wären geschlagen worden, wenn unsere Linke sie angegriffen hätte“ [1]). Den Umständen nach kann sich dieser Bericht Vendomes nur auf die Zeit beziehen, wo bei der sichtlichen Unentschlossenheit Marlboroughs die Feld-Deputirten den Prinzen Eugen um die Uebernahme des Commandos ersuchten.

Ein anderer Nachtheil der Franzosen war, daß bei der Beschaffenheit des Bodens ihre Ueberlegenheit an Cavallerie nicht zur Geltung kommen konnte. Auch Artillerie kam, nach Verhältnis, wenig zur Verwendung. Die Schlacht war wesentlich ein Kampf der Infanterie, an welcher die Verbündeten überlegen waren. Nach der französischen Darstellung fanden lauter Einzelngefechte statt, die nicht in einander eingriffen [2]). Erst nach 5 Uhr Abends wurde das Treffen allgemein und dauerte, bis die Dunkelheit zum Aufhören zwang. Man wußte dann auf Seiten der Verbündeten, daß man im großen Vortheile war, ohne doch die volle Bedeutung zu erkennen, verbrachte daher die Nacht auf dem Schlachtfelde mit den Waffen in der Hand. Der Prinz Eugen und Marlborough ließen sogar dem linken Flügel melden, daß man mit Tagesanbruch den Kampf erneuern werde [3]). Aber die aufgehende Sonne des 12. Juli beleuchtete auf Seiten der Gegner ein leeres Feld. Flüchtige Franzosen hatten sich nach allen Richtungen zerstreut. Einige hatten den Weg nach Tournay eingeschlagen, Andere nach Lille, nach Ypern, nach Gent. Eben dahin waren die geordnet gebliebenen Truppen abgezogen.

Die beiderseitigen Berichte sind völlig unvereinbar. Der erste, den Ludwig XIV. erhielt, meldet: „Wir haben weder Artillerie, noch

[1]) Pelet t. VI, p. 391.
[2]) A. a. O. p. 386.
[3]) Goslinga p. 60.

Fahnen, noch Standarten, noch Gepäck eingebüßt. Es war einer der schwersten Infanterie-Kämpfe, die ich je gesehen, jedoch nicht so blutig wie man danach erwarten sollte. Der Verlust der Feinde mag ziemlich dem unsrigen gleich kommen, der, nach meiner Ansicht, nicht 3000 Mann beträgt" [1]).

Vendome, um acht Tage später, meldet dem Könige, daß täglich sich Versprengte einfinden. Er meint, es würden den Feinden nur etwa 500 Gefangene verblieben sein, an Officieren jedoch 300 [2]).

Marlborough dagegen meldet dem Könige von Schweden, am 16. Juli: „Wir haben mehr als 7000 Gefangene gemacht, mehrere darunter von hohem Range, und haben hundert Standarten, Fahnen und Pauken erbeutet" [3]).

Den höchsten Ansatz des Verlustes der Franzosen macht Goslinga. Er rechnet denselben an Todten, Gefangenen, Deserteurs auf 20,000 Mann [4]). Dieselbe Zahl gibt jedoch vierzehn Tage später auch Marlborough in einem Briefe an Godolphin an. Wiederholt spricht er die Meinung aus, daß eine oder zwei Stunden Tageslicht mehr der gesammten französischen Armee den Untergang bereitet haben würden. Als den größten Vortheil jedoch betrachtet er den Schrecken, der nach Oudenarde in der französischen Armee herrsche, so sehr, daß er jede Gelegenheit suchen werde sie anzugreifen [5]).

Belagerung von Lille.

Am Nachmittage des 12. Juli traten die Häupter zum Kriegesrathe zusammen: der Prinz Eugen, Marlborough, Ouwerkerke, die Feld-Deputirten, Cadogan und Doph. Die Prinzen [6]) schlugen den Weitermarsch in der Richtung von Tournay und Lille vor. Dies würde die Feinde nöthigen zum Schutze des bedrohten eigenen Landes herbei zu eilen, und dafür Gent aufzugeben. Ouwerkerke und mehrere

[1]) Pelet t. VIII, p. 387.
[2]) A. a. O. p. 391.
[3]) Murray vol. IV, p. 115.
[4]) Goslinga p. 61.
[5]) Coxe vol. II, p. 273.
[6]) Goslinga p. 62. Da Marlborough damals Reichsfürst war, so wurden sie beide bei der Armee kurz bezeichnet als die Prinzen.

von den sechs Feld-Deputirten stimmten zu, nicht Goslinga. Die günstige Gelegenheit sei da, sagte er, mit Einem mächtigen Streiche den Krieg zu enden. Zu diesem Zwecke sei es erforderlich, die Schelde hinab auf Gent zu marschiren und zugleich die bei Brüssel eingetroffene Armee des Prinzen Eugen heranzuziehen, um mit vereinten Kräften den Feind auf ein enges Gebiet zu beschränken. Die Armee des Prinzen Eugen würde das Land zwischen Ober- und Nieder-Schelde besetzen, die andere Armee den Canal von Gent nach Brügge. Dadurch schließe man die französische Armee, die sich in und um Gent befinde, auf einen verhältnismäßig engen Raum ein, mit der Hoffnung sie dadurch zur Uebergabe zu zwingen. Auf dieser französischen Armee aber beruhe die Rettung Frankreichs und der Verlust derselben werde es zum Frieden nöthigen auf jede Bedingung.

Von den anderen fünf Feld-Deputirten stimmte nur Geldermalsen, ihrer Verabredung gemäß, seinem Collegen Goslinga bei; die anderen und die Generale Cadogan und Doph waren für den ersten Vorschlag. Der Prinz Eugen jedoch nahm noch einmal das Wort. Die Darlegung Goslingas, sagte er, scheine ihm nicht übel begründet. Er selber aber als Fremder in diesem Lande, der die Beschaffenheit desselben und die Stromläufe nicht genügend kenne, müsse sich verlassen auf die Ansicht der Landeskundigen. — Darauf wiederholten die Generale ihr Votum, daß man den Feind in einem Gebiete von solcher Ausdehnung nicht absperren könne.

Goslinga ist der Ansicht, daß der Vorschlag Marlboroughs entsprang aus seinem Interesse, nicht den Krieg zu beenden, sondern ihn zu verlängern, weil diese Verlängerung seinen zwei hauptsächlichen Leidenschaften diente, dem Ehrgeize und der Habgier. Auch den Prinzen Eugen spricht Goslinga nicht frei von diesem Wunsche den Krieg hinaus zu ziehen, und noch viel weniger Cadogan, den er darin gleichstellt mit Marlborough. Die eigenen Landsleute im Kriegsrathe dagegen sieht Goslinga an als sich beugend unter dem Uebergewichte der zwei Prinzen [1]).

In einem anderen Falle jedoch findet Goslinga den Grund der Willfährigkeit des Prinzen Eugen, den Vorschlägen Marlboroughs

[1]) Goslinga p. 64.

beizustimmen, in der Deferenz des Wiener Hofes gegenüber dem englischen [1]).

Bei dem Gegensatze zwischen Marlborough und Goslinga dürften jedoch auch Motive des nationalen Standpunctes ins Gewicht fallen. Goslinga als Holländer wünschte einen baldigen Frieden mit sicheren Vortheilen für sein Vaterland. Marlborough als Repräsentant der damals in England vorherrschenden Strömung erstrebte zunächst die möglichste Reduction der französischen Macht.

Goslinga erzählt weiter, daß er einige Monate später, nachdem der Prinz Eugen die Beschaffenheit des Landes, den Lauf der Ströme zum vollen kennen gelernt, ihn an den Kriegsrath von Oudenarde erinnert und gefragt habe, ob er über den Vorschlag von damals noch derselben Ansicht sei. Dann fügt Goslinga hinzu: Le prince me répondit, dès aussitôt et sans balancer, ces mêmes paroles énergiques: ‚Nous les aurions tous pris la corde au col' [2]).

In dem Kriegsrathe zu Oudenarde, vom 12. Juli, erfolgte jedoch nach langen Erörterungen der Beschluß, am nächsten Tage südwärts zu marschiren, nach Affleghem, und dort die Haltung des Feindes abzuwarten. Zöge die feindliche Armee sich von Gent zurück, so werde man dies belagern; bleibe sie dort, dann Lille [3]).

Nach England hin gab Marlborough seine Ansicht kund mit den Worten: „Das Lager, in welchem die Franzosen sich hinter dem Canale von Gent nach Brügge befinden, macht sie völlig zu Herren dieser Städte; aber zur selben Zeit liegt Frankreich vor uns offen. Dies wird, wie ich hoffe, der König von Frankreich nicht zugeben, sondern Vendome den Befehl zusenden von dort abzuziehen, wo wir kein anderes Mittel haben würden ihn zu bezwingen als den Hunger" [4]).

Diese Hoffnung bewährte sich nicht. Vielmehr ließ Ludwig XIV., am 18. Juli, an Bourgogne den Befehl ergehen, sich in der Stellung von Gent zu behaupten. Denn, indem er im Besitze der zwei Städte Gent und Brügge den Scheldestrom und das gesammte Canal-Netz

[1]) Goslinga p. 70.
[2]) A. a. O. p. 83.
[3]) A. a. O. p. 64.
[4]) Coxe vol. II, p. 267. Vom 16. Juli.

des Landes beherrsche, mache er es den Feinden unmöglich, die Lebensmittel, die Artillerie, die Munition, deren sie zu einem erheblichen Unternehmen bedürfen würden, auf dem Wasserwege zu beziehen. Der Herzog von Bourgogne solle dafür den Bewohnern von Gent und Brügge die Verpflichtungen vorhalten, die ihnen daraus erwüchsen, daß der König mehr für ihre Erhaltung bedacht sei als für diejenige seiner eigenen festen Plätze [1]).

Der wirkliche Grund für Ludwig XIV. indessen war, daß er, bei dem Mangel an Belagerungsgeschütz bei der feindlichen Armee, bei der Schwierigkeit dasselbe auf dem Landwege an Ort und Stelle zu schaffen, an die Absicht einer Belagerung nicht glaubte. Selbst als schon eine Reihe von Anzeichen dahin deuteten, daß es der Stadt Lille gelten würde, am 27. Juli, hielt er dies Unternehmen nicht bloß für schwer, sondern für undurchführbar [2]).

Von französischer Seite benutzte man allerdings die bis dahin und noch ferner belassene Frist für die Wehrhaftmachung von Lille in der ausgiebigsten Weise. Es ist auffallend zu sehen, welche Zeit dazu die Verbündeten ihnen beließen. Das Hauptquartier der Verbündeten in Affleghem erhielt bereits am 13. Juli sichere Nachricht, daß Bourgogne und Vendome die Stellung von Gent und Brügge nicht verlassen würden. Demnach trat für die Verbündeten der Beschluß vom Tage zuvor in Kraft, sich gegen Lille zu wenden und zunächst es so zu umschließen, daß keine Verstärkung mehr hinein gelange. Die wichtige Festung war damals auf eine Vertheidigung nicht vorbereitet. Es lagen darin nur zwei Bataillone, keine Kanonen auf den Wällen, keine Vorräthe an Munition noch Lebensmitteln. Der General-Lieutenant Sparre erhielt das Commando über das Corps zur Umschließung [3]).

Dann jedoch, als alles wohl vorbereitet erschien, trat noch am selben Tage, dem 13. Juli, plötzlich eine Aenderung ein. Sparre erhielt den Befehl nicht südwärts auf Lille zu marschiren, sondern westwärts, um zuerst die Linien von Comines zu nehmen. Die Aenderung erschien dem Feld-Deputirten Goslinga so auffallend, daß es ihm

[1]) Pelet t. VIII, p. 403. Vom 18. Juli.
[2]) A. a. O. p. 53.
[3]) Goslinga p. 66.

ſchwer wurde an den Ernſt derſelben zu glauben. Er meinte, daß man in dieſen nunmehr nutzlos gewordenen Linien auch nicht Einen Vertheidiger antreffen würde. Nach Berwicks Ausſage betrug die Zahl dieſer Vertheidiger Einhundert Mann. Aber es geſchah noch mehr. Am 14. Juli folgte dahin die ganze Armee, überſchritt die Lys, und lagerte am linken Ufer derſelben von Menin bis Warneton, mit dem Hauptquartiere Berwick in der Mitte. „In Erwartung unſeres Belagerungsgeſchützes, ſagt Goslinga, blieben wir dort vierzehn Tage lang und aßen und tranken. Unterdeſſen ward die Feſtung Lille, die bei raſchem Anrücken nicht acht Tage lang hätte halten können, ſo verſtärkt, daß ſie nachher Monate lang mit ſchwerem Menſchenverluſte belagert werden mußte.“ Am ſelben Tage nämlich, an welchem die Verbündeten ſich weſtwärts weiter entfernten, dem 14. Juli, traf Berwick in Lille ein und ordnete die Anſtalten der Vertheidigung an [1]).

Als in ſpäteren Jahren Goslinga mit dem Marſchall Berwick in Paris die Lage der Dinge um die Mitte Juli 1708 perſönlich beſprach, erkannte der Letztere an, daß damals die Stadt Lille, nicht die Citadelle, durch einen raſchen Handſtreich hätte genommen werden können.

Als das Motiv Marlboroughs, dem der Prinz Eugen wie früher ſich fügte, für die Unterlaſſung meint Goslinga, außer dem Beſtreben den Krieg in die Länge zu ziehen, noch ein anderes namhaft machen zu müſſen: den Groll Marlboroughs gegen die Republik wegen ihrer Weigerung die von Carl III. im Jahre 1706 ihm verliehene Statthalterſchaft von Brabant anzuerkennen. Die Koſten der Belagerung von Lille hatte nämlich die Republik zu tragen. — Ob oder in wie weit dieſe Anklage begründet, dürfte ſchwer zu entſcheiden ſein. Die Thatſache der Verſäumnis dagegen liegt vor Augen.

Um die Misſtimmung der holländiſchen Feld-Deputirten über dies Verhalten zu beſchwichtigen, entſendete Marlborough ſtarke Truppen-Corps, welche Artois und das franzöſiſche Flandern unter Contribution zu ſetzen hatten. Sie drangen vor bis an die Thore von Arras und von Abbeville. Aber Vendome hatte dasſelbe Mittel zur Hand gegen die ihm erreichbaren Theile von Seeland. Auf beiden Seiten

[1]) Goslinga p. 66. — Berwick t. II, p. 9.

ward geraubt, geplündert, gebrannt, für die Kriegführung ohne Vortheil.

Für dieſe war die wichtigſte Frage die Herbeiſchaffung des ſchweren Geſchützes und des übrigen Belagerungsgeräthes von Brüſſel her, wozu man, in der Ermangelung eines jeglichen Waſſerweges, 16,000 Pferde bedurfte. Die ſchwere Artillerie war am 25. Juli in Brüſſel beiſammen. Die Armee des Prinzen Eugen ſollte zur Bedeckung dienen.

Dieſer Plan ward auf franzöſiſcher Seite von Anfang an völlig durchſchaut von dem Marſchall Berwick, deſſen Truppen, 34 Bataillone und 65 Schwadronen ſtark, vom Rheine her nach Mons marſchirt waren. Bereits am 17. Juli ſchlug Berwick, von Tournay aus, dem Marſchall Vendome in Gent vor, ſich zu vereinigen, um der Armee Marlboroughs die Verbindung mit Brüſſel abzuſchneiden und das etwa anziehende Convoi zu ſchlagen. Aber wie den Franzoſen die thatloſe Ruhe Marlboroughs im Lager an der Lys für die Ausrüſtung der Feſtung Lille zu ſtatten kam: ſo den Verbündeten der Widerſpruch Vendomes gegen die Vorſchläge Berwicks. Vendome war zuerſt der Anſicht, der Feind gehe nur darauf aus, Gent und Brügge wieder zu nehmen: deshalb müſſe man dort bleiben. Bourgogne ſtimmte ihm bei. Auf die immer erneuten dringenden Vorſtellungen Berwicks gab Vendome zu, daß in Brüſſel ein Convoi ausgerüſtet werde; aber er meinte, noch am 24. Juli, es ſei gering, führe kein Geſchütz mit, ſondern nur Lebensmittel: er wiſſe das von ſicherer Hand [1]). — Dabei iſt hervorzuheben, daß man auf franzöſiſcher Seite nicht wußte, welcher Stadt eine Belagerung gelten würde. Berwick vermuthete von Anfang an, daß Lille gemeint ſei; aber auch er wußte darüber nichts Sicheres, und Vendome meinte noch am 4. Auguſt: die Abſicht könne eben ſo wohl auch auf Mons gerichtet ſein.

Die Vorſchläge Berwicks, das ungeheuere Convoi, das ſich in einer Länge von fünf bis ſechs Wegſtunden hin ausdehnte, unterwegs mit überlegener Macht anzugreifen, fanden kein Gehör. Am 9. Auguſt

---

[1]) Die Correſpondenz ausführlicher als in Pelet t. VIII, im Appendix zu den Mémoires de Berwick t. II, p. 261 et suiv.

wußte Marlborough, daß das Convoi bei Ath die Dender passirt hatte und somit außer aller Gefahr war [1]).

Für die Franzosen war auch damit die Frage noch nicht gelöst. Eben so wohl wie Lille, konnte auch Tournay oder Ypern das Ziel sein. Erst vom 12. August an umlagerte der Prinz Eugen, dessen Armee den langen Wagenzug geleitet hatte, die Stadt Lille, Marlborough mit der Bedeckungs-Armee nahm seine Stellung in Helchin an der Schelde. Die Vertheidigung der Stadt leitete der Marschall Boufflers, der bereits am 28. Juli dort eingetroffen war. Von französischer Seite blickte man mit Vertrauen auf die Festigkeit der Stadt, deren Citadelle für das Meisterwerk Vaubans galt [2]).

Auf die Nachricht der Umlagerung von Lille verlangte Ludwig XIV. die Vereinigung seiner Armeen, und zwar so, daß Bourgogne und Vendome nach Mons marschirten, Berwick stehen bliebe. Aber bei jenen beiden haftete noch immer der Zweifel, ob die Feinde es ernstlich auf Lille absähen, oder nicht vielmehr nur trachteten, die französische Armee von Gent und Brügge weg zu locken, und dann sich dieser Städte zu bemächtigen. Sie erwiederten, daß sie bereit seien zur Vereinigung, aber auf halbem Wege, zu Grammont an der Dender. Diese erfolgte am 30. August. Die gesammte französische Armee bestand nunmehr aus 140 Bataillonen und 250 Schwadronen.

Am 3. September traf diese starke Armee in Orchies ein. Marlborough und der Prinz Eugen hatten ihre Truppen vereinigt und lagerten in der Ebene zwischen Seclin und Lille. In den nächsten Tagen schien es zu einer Schlacht um den Entsatz von Lille sich handeln zu müssen.

Aber die französische Heeresführung krankte an Uneinigkeit. Berwick hatte sich nur widerstrebend unter Vendome gestellt. Am 6. September führte dieser heftige Klage, daß Bourgogne, unter der Einwirkung Berwicks und verschiedener Generale, Bedenken gegen ein Treffen erhebe, wo die gesammte Armee so bereitwillig sei. In einem anderen Schreiben an Chamillart ersuchte Vendome um seine Entlassung. Berwick dagegen legte in einem Schreiben vom selben Tage

[1]) Murray vol. IV, p. 160.
[2]) Pelet t. VIII, p. 68.

dar, daß, so traurig es sei Lille verloren gehen zu lassen, es noch viel trauriger sein würde, die einzige Armee Frankreichs einem wahrscheinlichen Untergange zu weihen. Bourgogne endlich, selber sich sichtlich Berwick zuneigend, bat um die Entscheidung des Königs [1]).

Dieser hatte wiederholt schon kund gegeben, daß er ein Treffen wolle. Er erneuerte den Befehl, nicht bloß schriftlich, sondern schickte auch den Minister Chamillart. Beim Anblicke des verschanzten Lagers der Feinde erwuchsen auch in ihm die Bedenken. Aber dem strikten Befehle des Königs sollte gehorcht werden. Es vergingen darüber einige Tage, bis, am 12. September, auch der Marschall Vendome sich der Ansicht zuneigte: es sei besser, die Gegner in ihrer starken Stellung nicht anzugreifen. Mit den Boten der Feldherrn ausgerüstet, kehrte Chamillart nach Versailles zurück, um die Entscheidung des Königs einzuholen, die nicht anders ausfallen konnte als jenen Boten gemäß.

Es herrschte damals vielfach die Ansicht, die auch Berwick theilte, daß der Prinz Eugen und Marlborough, in den letzten Tagen des nahen Zusammenseins der Armeen, die Absicht erwogen, in einer Nacht ihre Verschanzungen niederzulegen und auf die französische Armee einzubrechen. Der Erfolg würde eine vollständige Niederlage der Franzosen gewesen sein. Aber der Einspruch der Feld-Deputirten hätte sie gehindert [2]). — Nach dem Berichte des Feld-Deputirten Goslinga wurde der Vorschlag gemacht und berathen, fand jedoch nicht die Zustimmung der zwei Prinzen [3]).

Bis dahin hatte die Belagerung von Lille nur sehr mäßige Fortschritte gemacht, namentlich bei der verhältnismäßigen Schwäche der Belagerungs-Armee. Die Folge des mislungenen Entsatz-Versuches war, daß das verschanzte Lager um Lille weiter ausgedehnt wurde, so daß auch die Armee Marlboroughs in nächster Nähe lagerte. Die französische Armee dagegen besetzte, vom 14. September an, den ganzen Scheldestrom, mit Ausnahme von Oudenarde, um dem Feinde vor Lille jegliche Verbindung mit Brüssel abzuschneiden. Dies gelang

---

[1]) Alle vier Schreiben bei Pelet t. VIII, p. 89 et suiv.

[2]) Berwick t. II, p. 21.

[3]) Goslinga p. 80.

ihnen so vollständig, daß auch nicht ein Bote noch Brief mehr durchkam.

Dies war empfindlich für die Belagerungs-Armee vor Lille, mehr noch als die Franzosen selbst wußten. Man hatte dort im Anfange das Pulver nicht gespart, und es war dann dahin gekommen, daß eine Aufnahme des Bestandes im letzten Drittel des Monates September nur noch 10,000 Pfund ergab. Bereits waren die Magazine von Oudenarde und Menin fast entleert. Die einzige Hoffnung war nur noch auf ein Convoi von Ostende her, wo der englische General Erle mit Truppen, Lebensmitteln und Munition täglich erwartet wurde. Aber der Ernst der Lage vor Lille drängte zu einer Berathung über die Frage, ob bleiben oder die Belagerung aufheben, am 23. September[1]). Der Prinz Eugen stimmte entschieden zu bleiben, eben so zwei der Feld-Deputirten. Marlborough, Ouwerkerke, Cadogan, Doph und die zwei anderen Feld-Deputirten schienen mehr geneigt für die Aufhebung. Bei der Verschiedenheit der Ansichten kam es zu keinem Beschlusse. Am Nachmittage trat man abermals zusammen. Inzwischen war die Kunde eingelaufen, daß eine englische Flotte einen großen Vorrath von Kriegsbedürfnissen nach Ostende gebracht, und daß man demnach Hoffnung habe auf ein Convoi von dort her. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt vor Lille zu beharren.

Auf französischer Seite hatte man den Plan die Communication der feindlichen Armee vor Lille mit Brüssel abzuschneiden, so weit ausgedehnt, daß sogar ein Angriff auf Brüssel mit einbezogen wurde. Auf die Nachrichten der Verstärkung der Besatzung dieser Stadt einerseits, und andererseits der Erwartung einer englischen Landung in Ostende ließ man davon ab, um die Aufmerksamkeit der Küstengegend zuzuwenden. Denn wenn man im französischen Hauptquartier auch keine genaue Kunde von dem bevorstehenden Pulvermangel der Verbündeten vor Lille haben mochte: so stand doch so viel fest, daß von dem Eintreffen des Convoi von Ostende her das Schicksal von Lille abhing. Der General La Mothe erhielt daher den Befehl, von

[1]) Goslinga p. 74. Er allein gibt Nachricht über diese Einzelnheiten. Er gibt kein Datum an als quelques jours avant l'affaire de Wynnendael, also vor 29. September.

Brügge aus mit einer ſtarken Macht die Bedeckung des Convoi anzugreifen. Dieſes brach von Oſtende auf am 27. September, La Mothe von Brügge in der Nacht vom 27. 28. mit 34 Bataillonen und 63 Schwadronen. Am 29. gelangte er bei Wynnendael in Sicht des Convoi; aber vor demſelben ſtanden in Schlachtordnung die Bedeckungs-Truppen unter dem General Webb, welchem von der Armee Marlboroughs her der General Cadogan ein Corps zugeführt hatte. Obwohl ungleich ſchwächer an Zahl, ſchlugen ſie die franzöſiſchen Angriffe mit ſchwerem Verluſte zurück.

„Niemals, urtheilt Berwick, hat ein Mann des Krieges ſeine Sache ſo ungeſchickt gemacht wie La Mothe. Er hätte, anſtatt die Feinde nur in der Front anzugreifen, zugleich einen Theil ſeiner überlegenen Macht verwenden müſſen, um das eine der Gehölze, zwiſchen denen ſie ſich hielten, zu umgehen: dann war es um ſie und um das Convoi geſchehen" [1]). Aehnliche Vorwürfe müſſen gleich damals erhoben ſein; denn La Mothe ſagt in ſeinem ausführlichen Schlachtberichte, daß derartige Anklagen nur von Unkundigen ausgehen können. Denn die Gehölze rechts und links, an welche ſich die Flanken der Gegner lehnten, ſeien durchaus ungangbar [2]). — Der Bericht La Mothes dagegen läßt erſehen, daß ſeine Infanterie nach dem erſten Schuſſe dem Feinde den Rücken wandte, und von links nach rechts die Verwirrung allgemein machte. Darum dürfte man vielleicht eher ſagen, daß die Nachwirkung des Schreckens von Oudenarde in der franzöſiſchen Infanterie auch bei Wynnendael entſchied. Eben dies geht hervor aus dem Verhältniſſe der Zahlen des Verluſtes. Der Bericht der Verbündeten gibt den ihrigen an auf 900, denjenigen der Franzoſen auf 3000 bis 4000 Mann [3]).

Das Eintreffen dieſes Convoi im Lager vor Lille ſicherte die Fortſetzung der Belagerung.

Von der Vertheidigung der Stadt Lille aus war man mit dem Pulver nicht ſparſamer umgegangen, und auch dort drohete Mangel. Die ſchwere Aufgabe in eine belagerte Stadt Pulver einzubringen,

[1]) Berwick t. II, p. 26.
[2]) Pelet t. VIII, p. 449.
[3]) A. a. O. p. 453. — Lamberty t. V, p. 126.

ward, mit erstaunlicher Geschicklichkeit und Kühnheit, wenigstens zum Theile gelöst. Nachdem die erforderlichen Verabredungen von draußen her mit Boufflers getroffen waren, machten sich 2000 Reiter, von denen jeder einen Sack mit 50 Pfund Pulver trug, am 28. September um drei Uhr Nachmittags von Douai auf. Um Mitternacht gelangten sie an die Umwallung der Belagerungs-Armee. Die Vordersten trugen holländische Abzeichen und redeten holländisch. Sie gaben an auf das Einbringen von Munition ausgesendet zu sein und nun von den Franzosen verfolgt zu werden. Darauf öffnete man ihnen die Barriere. Bereits waren viele hindurch, als einer der Officiere die Thorheit beging, das französische Commando-Wort: serrez, zu rufen. Von da an entbrannte der Kampf. Der Eingang ward geschlossen. Diejenigen Reiter, die noch zurück waren, mußten umkehren. Nach den französischen Berichten jedoch waren 1500 Reiter schon voraus, und es gelang ihnen 40,000 Pfund Pulver in die Stadt einzubringen [1]).

Mehrere Berichte von Seiten der Verbündeten sind damit wenig vereinbar. Der Erbprinz von Hessen, der in der betreffenden Gegend des Lagers das Commando hatte, meldet den Generalstaaten, daß nur etwa 300 Reiter mit ihrem Pulver an die Stadt gelangt seien, und daß dieser Vortheil für die Feinde nicht in Vergleich komme mit ihrem erlittenen schweren Verluste [2]). — In dem Berichte Marlboroughs nach England erscheint die Unternehmung als mislungen, mit dem Schlusse: „so daß sehr wenige in die Stadt gelangten" [3]).

Allein die Erzählung des Feld-Deputirten Goslinga stimmt im Wesentlichen zu den französischen Berichten, und fügt die Klage hinzu, daß die Einbringung dieses Pulvers die Einnahme von Lille verzögert habe, mit Gefahr für die ganze Armee [4]). Wir haben dabei die Stellung der verschiedenen Persönlichkeiten ins Auge zu fassen. In der Republik, welche die Kosten der Belagerung zu tragen hatte, gab sich vielfach eine Unzufriedenheit mit der langen Dauer derselben kund,

---

[1]) Pelet t. VIII, p. 107 und 456.
[2]) Lamberty t. V, p. 123.
[3]) Murray vol. IV, p. 244.
[4]) Goslinga p. 77.

ſo ſehr daß dieſe Unzufriedenheit in Verſailles wohl bemerkt und beobachtet wurde [1]).

Die Belagerung ſchritt langſam, aber ſtätig fort, auch ungeachtet der Gefahren, denen der Commandant derſelben, der Prinz Eugen, perſönlich ausgeſetzt war. Eines Tages wurde ihm durch die holländiſche Poſt ein Brief mit doppelter Enveloppe zugeſtellt. Beim Eröffnen der erſten erfaßte den Prinzen ein Schwindel. Dasſelbe widerfuhr dem Kammerdiener, dem Adjutanten, dem General Doph, die nach einander den Brief in die Hand nahmen. Man ſteckte den Brief einem Hunde ins Maul. Nach ſofortigem Erbrechen ſtarb das Thier. — Nachforſchungen über die Sache blieben fruchtlos [2]).

Am 23. September beſichtigte der Prinz Eugen mit vielen Anderen eine Angriffsſtelle. Ein Projectil traf ihn am Kopfe, ſo daß er niederſtürzte. Er erhob ſich jedoch ſofort wieder, mit den Worten, daß es nichts auf ſich habe. Es erfand ſich, daß die Kugel oder der Bombenſplitter, der ihn getroffen, beim Durchſchlagen durch den dicken Hutrand an Kraft eingebüßt hatte, und an der Hirnſchale abgeglitten war. Das Merkwürdige war, daß, wo der Prinz von mehr als zweihundert Perſonen umgeben war, er allein verletzt wurde [3]). — Die Verwundung hemmte den Fortgang der Belagerung nicht, weil für die nächſten Tage Marlborough ſtatt ſeiner eintrat.

In Verſailles hielt man die Verletzung des Prinzen Eugen für ſtärker als ſie war. Ludwig XIV. äußerte ſich vor der Frau von Maintenon und ihrer Umgebung: „Ich wünſche durchaus nicht den Tod des Prinzen Eugen; aber es würde mir nicht leid ſein, wenn ſeine Wunde ihn verhinderte, den Feldzug weiter mitzumachen“ [4]). Die Nachrichten in Verſailles ſteigerten ſich. Am 5. October hieß es dort: der Prinz ſei trepanirt, aber zu ſpät. In der Wirklichkeit hatte er damals das Commando bereits wieder übernommen.

Nach dem Unglücke des Generals La Mothe bei Wynnendael begab ſich der Marſchall Vendome ſelber nach Brügge. Denn, wenn

---

[1]) Dangeau t. XII, p. 241.

[2]) Lamberty t. V, p. 119. — Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 33 und 463.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 345.

[4]) Dangeau t. XII, p. 236.

auch das erste Convoi glücklich bis vor Lille gelangt war, so bedurften die Belagerer doch der weiteren, und es war daher die Aufgabe der Franzosen, ihnen wie die Verbindung mit Brüssel, so auch diejenige mit Ostende abzuschneiden. Marlborough dagegen, um sie zu sichern, marschirte, am 7. October, mit 60 Bataillonen und 130 Schwadronen nach Rousselaer. Aber es war Vendome nicht um ein Treffen zu thun, sondern das Land, so viel möglich, unter Wasser zu setzen und zu diesem Zwecke alle erreichbaren Deiche zu durchstechen, damit das Seewasser einströmen könne. Das Wasser jedoch, welches so sich über das Land ergoß, war auch tief genug, leichte Bote zu tragen, so daß bald zu Lande, bald zu Wasser, für eine Reihe von Tagen noch die Communication offen blieb. Am 16. October noch meldete Marlborough den Empfang von 250 Fässern Pulver. Dann aber trat mit dem Vollmonde die Springfluth ein. Sie ward von den Franzosen durch das Durchstechen der Deiche so geschickt benutzt, daß die Truppen Marlboroughs viele Posten verlassen mußten. Am 19. October meldete Marlborough, daß die Verbindung mit Ostende abgeschnitten sei[1]).

Für die Verbündeten jedoch bedurfte es dessen nicht mehr. Nach langer ruhmvoller Vertheidigung, nach schwerem Menschenverluste auf beiden Seiten, war die Festung Lille nicht mehr haltbar, zumal da das Pulver nicht mehr reichte. Denn der Marschall Boufflers hatte schon früher von Ludwig XIV. den Befehl erhalten, auf alle Fälle 50,000 Pfund Pulver für die Vertheidigung der Citadelle zu bewahren. Nach erhaltener Einwilligung Ludwigs XIV. ließ der Marschall Boufflers, am 22. October, Chamade schlagen. Zur Anerkennung der Vertheidigung überließ der Prinz Eugen dem Marschall Boufflers selber die Bedingungen der Capitulation aufzusetzen. Am 25. October zog sich Boufflers mit den ihm von 10,000 noch übrig gebliebenen 4500 Mann in die Citadelle zurück. Eine neue Belagerung hatte zu beginnen, unter der Bedingung, daß sie nicht von der Stadt aus geschehen dürfe.

[1]) Murray vol. IV, p. 269. Ueberhaupt dort die Berichte von Tag zu Tag.

Fortsetzung des Feldzuges.

Die Berichte der französischen Heerführer Bourgogne, Vendome, Berwick unter einander und an Ludwig XIV. zeigen, daß sie, nach verschiedenen Differenzen, mit Zustimmung des Königs sich geeinigt hatten, Marlborough in seinem Lager zu Rousselaer anzugreifen. Die Capitulation von Lille zerschnitt diesen Plan. Die Besorgnis nun auch Gent und Brügge wieder zu verlieren, stieg empor. Der betreffende Bericht Bourgognes, der Zeugnis ablegt von einer großen Rathlosigkeit, entwickelt eine Reihe von Vorschlägen, über welche der König in Versailles entscheiden sollte [1]). Der König schickte zum zweiten Male den Kriegsminister Chamillart in das französische Hauptquartier zu Saulsoi. In dem dort gehaltenen Kriegsrathe, am 2. November, brach die Differenz zwischen Vendome und Berwick heftig hervor. Der Erstere war der Ansicht, daß man noch immer stark genug sei, Marlborough anzugreifen und zu schlagen, oder, wenn das nicht, ihm alle Communication abzusperren, so daß die feindliche Armee vor Hunger vergehen, oder um Frieden bitten müsse. — Bourgogne und Berwick waren der Ansicht, daß ihre Macht nicht ausreiche, zugleich den Lauf der Schelde und den Canal von Gent nach Brügge zu verwahren, und zogen daher den letzteren vor. Aber Chamillart hatte den bestimmten Befehl, daß, um den Gegnern die Verbindung mit Brüssel abzuschneiden, auch die Schelde besetzt gehalten werden müsse. Die Aufzeichnungen Berwicks lassen erkennen, mit welchem Widerstreben der Kriegskundige sich in die Befehle des Kriegsunkundigen fügte [2]).

Die Frage, ob die Besetzung der Schelde genügen würde, hatte bald die Probe zu bestehen.

Unterdessen hatte der Kurfürst Max Emanuel, der vom Rheine nach Mons zurückgekehrt war, einen anderen Plan entworfen, dessen Gelingen die Armee der Verbündeten an der französischen Grenze in die Gefahr bringen mußte, die Vendome in Aussicht gestellt hatte. Er verabredete mit dem Grafen Bergheyck den Plan die Stadt Brüssel zu überraschen. Die Besatzung derselben war nicht stark, und Max

[1]) Pelet t. VIII, p. 124.

[2]) Berwick t. II, p. 33.

Emanuel glaubte auf die Zuneigung der Bevölkerung zu ihm vertrauen zu dürfen. Ludwig XIV. gab seine Zustimmung.

Am 21. November brachen Max Emanuel und Bergheyck mit 14 Bataillonen und 18 Schwadronen von Mons auf, und standen am 23. vor Brüssel. Aber die von Max Emanuel gehegte Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Stadt Brüssel öffnete ihm nicht die Thore. Um zum Ziele zu kommen, mußte er sie belagern.

Die Nachricht des Unternehmens jedoch erregte bei der Armee der Verbündeten große Unruhe; denn der Verlust von Brüssel würde denjenigen von ganz Brabant nach sich ziehen, und dann war in der That die Armee von Holland abgeschnitten. Der Kriegesrath beschloß daher einstimmig, in Lille nur ein zur Blokade der Citadelle ausreichendes Corps zu belassen, dagegen sich mit gesammter Macht nach Brüssel zu wenden. Am 25. November setzte sich die Armee in Marsch, der so eingerichtet wurde, daß sie in drei verschiedenen Abtheilungen, unter dem Prinzen Eugen, unter Marlborough, unter dem preußischen General Lottum, bei Escanaffe, bei Kerkhoven, bei Gavre, in der Morgenfrühe des 27. die Schelde überschritt. Der Uebergang gelang ohne Hindernis, und das vor Oudenarde stehende französische Corps entkam nur mit Mühe [1]). Am selben Tage noch setzte Max Emanuel der Besatzung von Brüssel mit wiederholten Stürmen heftig zu. Am Abend erhielt er die Nachricht des Ueberganges über die Schelde bei Gavre, und noch in der Nacht brach er auf, mit Zurücklassung des Geschützes und der Verwundeten.

Am Tage vorher hatte der Marschall Vendome nach Versailles gemeldet, daß der Uebergang über die Schelde dem Feinde unausführbar sei, und daß er dafür bürge. Um so mehr ward der König durch die Nachricht des Geschehenen erregt. In dieser Erregung gebot er, am 4. December, die Armee in die Winterquartiere zu legen, und beschied Bourgogne und Vendome nach Versailles. Der Letztere hielt entgegen, daß die Feinde nunmehr Gent bedrohen würden, daß dagegen,

---

[1]) Nach Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 374 ist Marlborough bei diesem Anlasse scharf gegen die holländischen Feld-Deputirten aufgetreten. Nach Goslingas ausführlichem Berichte dagegen, p. 83 et suiv., betraf die Sache nur ihn, und seine Darstellung des Vorfalls zeichnet Marlborough in einem sehr wenig vortheilhaften Lichte.

wenn er mit der Armee hinter dem Canale von Gent seine Stellung nähme, sie sich in großer Verlegenheit befänden, die Magazine in Lille mit dem nöthigen Bedarf zu versehen. Denn da die erforderlichen Convois nur zu Lande, von Brüssel aus, dahin gehen könnten, so würden sie wegen der Nähe des ihnen feindlichen Gent, ihrer gesammten Armee zur Bedeckung der Convois bedürfen. Sie würden darüber den ganzen Winter verbringen, zum großen Schaden, ja zum Verderben ihrer Armee. — Ungeachtet aller dieser Einwendungen hielt der König fest an dem einmal gegebenen Befehle, und die Armee wurde in die Winterquartiere entlassen, bevor noch die Citadelle von Lille capitulirt hatte [1]).

Der Marschall Berwick, der dies berichtet, fügt dann die Bemerkung hinzu: „Es ist zum Erstaunen, daß der König, während des Feldzuges, auf alle minder wohl ausgedachten Vorschläge des Marschalls Vendome einging, und daß er dann am Ende den einzigen vernünftigen Vorschlag desselben hartnäckig verwarf."

In denselben Tagen, wo Ludwig XIV. in Versailles den Befehl der Winterquartiere ausgab, regte der holländische Feld-Deputirte Goslinga bei Marlborough den Gedanken an, das Werk dieses Feldzuges zu vollenden durch die Wiedereinnahme von Gent und Brügge. Für dies Unternehmen war die Einwilligung vom Haag aus erforderlich, welche Goslinga durchzusetzen auf sich nahm. Auch der Prinz Eugen stimmte zu. Am 9. December konnte der Marschall Boufflers die Citadelle von Lille nicht mehr halten, und der Prinz Eugen bewilligte ihm wie früher, in voller Anerkennung dieses Gegners, eine ehrenvolle Capitulation. Vom 10. December an erfolgte die allgemeine Bewegung der Verbündeten gegen Gent, das sich bereits am 12. blokirt sah.

Auf die unerwartete Kunde dieser Absicht legte Ludwig XIV. selber, am 7. December, die Nachtheile dar, die das Gelingen für ihn haben würde; aber er hielt sie für unausführbar. Er sah die Truppen, die dort unter La Mothe standen, als völlig genügend zur Abwehr an, und gebot demselben, am 17. December, die Feinde für diesen

[1]) Berwick t. II, p. 37.

Verſuch ſchwer büßen zu laſſen [1]). Aber bis auf jene Truppen in Gent und Brügge waren alle anderen Franzoſen bereits in den Winterquartieren. Dagegen lag faſt die geſammte Armee der Verbündeten, mit Ausnahme derjenigen, die an der Dender ſtanden, um die Wagenzüge von Brüſſel nach Lille zu decken, vor Gent. In der Nacht vom 23. 24. December eröffneten ſie die Laufgräben.

Erſt dann erkannte man in Verſailles den Fehler, den man darin begangen die Truppen eher zu entlaſſen als der Feind. Der Marſchall Boufflers erhielt den Oberbefehl mit dem Auftrage die Truppen wieder zu ſammeln. Er eilte nach Douai. Von da aus entwickelte er, am 29. December, dem Könige ſeinen Plan, die Feinde von Gent abzuziehen durch einen raſchen Angriff auf Lille. Der König genehmigte den Plan.

Es war zu ſpät. Am ſelben Tage, dem 29. December, verſammelte La Mothe in Gent ſeinen Kriegsrath. Die Gegner, ſagte er, ſeien bereits dem bedeckten Wege nahe, und dieſer nicht haltbar. Es fehle an vielem Nothwendigen. Der geſammten Armee drohe daher das Geſchick der Kriegsgefangenſchaft: um dieſe abzuwenden und die Armee zu erhalten, müſſe man capituliren. Der geſammte Kriegsrath ſtimmte bei [2]).

So der franzöſiſche Bericht. La Mothe ſelber erzählte ſpäter dem Holländer Goslinga, daß er vom Könige den Befehl gehabt, die Beſatzung nicht zu wagen und nicht zu warten, bis die Contreſcarpe genommen würde. Aber die Gegner waren noch nicht an der Contreſcarpe, und wurden gehindert durch den Regen und das Austreten der Schelde [3]).

Dagegen war die Haltung der Bürgerſchaft von Gent nicht derartig, daß die Franzoſen bauen konnten auf ihre Willigkeit die Schrecken einer Belagerung auszuhalten. Sie hatten offen erklärt, ein Bombardement nicht leiden zu wollen, und hatten von dieſer Erklärung Kunde an Marlborough gegeben [4]).

---

[1]) Pelet t. VIII, p. 158.
[2]) A. a. O. p. 165.
[3]) Goslinga p. 96.
[4]) Murray vol. IV, p. 358.

Am 30. December zog die französische Besatzung aus Gent. Der Abzug dauerte von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends[1]). Die Besatzung des noch weniger haltbaren Brügge verließ, um nicht Bedingungen ausgesetzt zu werden, die Stadt freiwillig. Wenige Tage später begann der unerhörte Frost, der aller Kriegführung ein Ende machte.

Der Feldzug, der für die Franzosen glücklich begonnen hatte, endete mit ihrem schweren Verluste und namentlich großer Entmuthigung.

Beim Beginne der Belagerung von Gent hatten die Generalstaaten, auf die Kunde, daß Marlborough nach London, der Prinz Eugen nach Wien zu verreisen gedenke, an Marlborough die Bitte ausgesprochen, daß sie oder wenigstens Einer von ihnen dort verbleiben möchten. Da der Prinz Eugen erklärt, daß seine Reise nach Wien unerläßlich, daß er aber im Februar wiederkehren könne, so möge Marlborough einstweilen verbleiben, bis zur Wiederkehr des Prinzen[2]). Dem Wunsche der Generalstaaten gemäß ward die Uebereinkunft getroffen. Im Beginne des Jahres 1709 machte der Prinz Eugen sich auf den Weg nach Wien, Marlborough blieb im Haag. Jener trug mit sich ein Schreiben, in welchem die Generalstaaten dem Kaiser melden, daß Niemand geeigneter ihm die Wechselfälle dieses erfolgreichen Feldzuges zu berichten, als derjenige, der den wichtigsten Antheil daran getragen, und dessen Einsicht, Kraft und Tapferkeit — nach der Hülfe des allmächtigen Gottes — das höchste Lob der vollbrachten Thaten gebühre[3]).

Die Friedensfrage und die Stellung der Königin Anna zu Marlborough, Godolphin und der Whig-Partei.

Die Friedensfrage und die Persönlichkeit der Königin Anna.

Der Verlauf des Feldzuges von 1707 schien in Versailles die Aussicht eines Friedens auf der Basis des Besitzes von Spanien für Philipp V. zu eröffnen. Nach dem Mislingen der Versuche von 1706 waren jedoch Viele dort der Ansicht, daß es unmöglich sei, auf einem

[1]) Murray vol. IV, p. 389.
[2]) A. a. O. p. 375.
[3]) Arneth Bd. II, S. 466.

anderen Wege zum Frieden zu gelangen als durch Marlborough. Als einmal jemand dem Könige dieſe Meinung ausſprach, lächelte er, ohne eine Antwort zu geben; aber diejenigen, welche ihn beobachteten, deuteten ſeine Mienen als den Ausdruck des Zornes und der Verachtung [1]). Spätere Aeußerungen des Königs beſtätigten dies: er wollte mit Marlborough nicht unterhandeln.

Er hielt dagegen feſt an dem früher wiederholt mit Erfolg betretenen Wege des Verſuches, die Republik der Niederlande aus der Allianz zu löſen. Im Januar 1708 berief er Mesnager zu ſich, eine Perſönlichkeit urſprünglich dem Handelsſtande angehörig, aber ſchon wiederholt in wichtigen diplomatiſchen Angelegenheiten verwendet. Der Plan, den er mit dem Könige vereinbarte, beſtand darin, die Holländer zu locken mit dem Angebote der freien Schifffahrt für alle Nationen nach dem ſpaniſchen Amerika. Der König entließ ihn mit den Worten: „Begeben Sie ſich unter einem anderen Namen nach dem Haag. Knüpfen Sie dort Bekanntſchaft an nach Gelegenheit. Erſtatten Sie Niemandem Bericht als mir. Sie wiſſen, was Sie zu thun haben." Fünf Tage hernach befand ſich Mesnager im Haag [2]). Er wußte in Beziehung zu treten mit dem Rathspenſionär Heinſius und anderen wichtigen Perſönlichkeiten [3]). Dennoch konnte ſeine Miſſion einen Erfolg nicht haben, weil die Baſis, von welcher er und Ludwig XIV. ausgingen, nämlich Spanien für Philipp V., bei der Lage der Dinge im Jahre 1708, gerade bei dem mächtigſten Mitgliede der Allianz, bei England, für unannehmbar galt, und weil, wie Mesnager es benennt, die Eiferſucht unter den Bundesmächten nicht geſtattete, daß die eine oder die andere ſich auf beſondere Vorſchläge einließ. Mit anderen Worten: die Ausſicht die Republik der Niederlande aus der Allianz zu löſen, dieſe dadurch zu ſprengen, war gering.

Unter den Bekanntſchaften, die Mesnager im Haag anknüpfte, nennt er den Herrn von Petkum, der als Geſandter für Holſtein

---

[1]) Minutes of the Negotiations of M. Mesnager. London 1717, p. 14. — Die Aechtheit dieſes wichtigen Werkes wird ſpäter in Betreff der engliſchen Angelegenheiten zu erörtern ſein, zum Jahre 1711.

[2]) Mesnager ſelber gibt die Zeit nicht näher an; aber dieſe findet ſich bei Pelet t. VIII, p. 3.

[3]) Mémoires de Porcy t. I, p. 116.

nicht eine hohe Stellung einnahm, dagegen Scharfſinn und Gewandtheit in ungewöhnlichem Grade verband. Petkum ſtellte ſich bald darauf in Verſailles und diente im Laufe der nächſten Monate als Uebermittler nach beiden Seiten.

Denn, wenn auch von Seiten der Republik auf die franzöſiſchen Anträge nicht in officieller Form eingegangen wurde, ſo gab es doch nicht Wenige, welche, in dem Wunſche nach dem Frieden, für ſich perſönlich ſich auf die Beſprechung der Modalitäten einließen.

Zu den bisherigen Motiven dafür trat vom Frühlinge dieſes Jahres an noch der Zweifel, ob man ſich dauernd auf England verlaſſen könne. Und dies führt uns zurück zu dem Parteigetriebe in England, insbeſondere zu der Perſönlichkeit der Königin Anna.

Marlborough und die Königin.

Die Whig-Partei war nicht geſonnen, ſich mit dem Errungenen zu begnügen, ſondern wollte den Sieg weiter ausnutzen. Sie verlangte von Godolphin für den Lord Somers ein hohes Staatsamt, im April. Godolphin ſchlug der Königin vor, ihn zum Präſidenten des Cabinets Rathes zu ernennen. Er traf auf harten Widerſtand. Aber zugleich drängten ihn die Whigs vorwärts. Er bat Marlborough, vom Haag aus nach England zurückzukehren und die Sache zu ſchlichten [1]). Aber Marlborough ward durch die Vorbereitungen zum Feldzuge damals nach Hannover gerufen, zum großen Verdruſſe Godolphins. Nach dem Haag zurückgekehrt, fand Marlborough die Beſchwerden von beiden Seiten vor, der Königin und Godolphins. Die Whig-Partei hatte ihre Forderung für Somers dahin ermäßigt, daß ſie nicht mehr den Vorſitz im Cabinets-Rathe für ihn verlangte, ſondern eine Stelle darin. An dieſem Verlangen aber hatten ſich betheiligt nicht bloß die Whig-Junta, ſondern auch als Repräſentanten der mehr gemäßigten Fraction der Whigs, die Herzoge von Newcaſtle und Devonſhire, und zwar durch perſönliches Erſcheinen vor der Königin. Dennoch hatte ſie geweigert.

[1]) Coxe vol. II, p. 209. Vom 5./16. April.

Die Königin berichtete nun Marlborough den Hergang. Sie habe erwiedert, ſagte ſie, daß ſie nur ſolche Perſönlichkeiten im Cabinets-Rathe wolle, die ihr im Parlamente wohl dienten und keine Anlehnung an Andere hätten. Eben dasſelbe habe ſie dem Treaſurer geantwortet, der, obwohl von größerer Autorität bei ihr als jene zwei, dennoch nicht vermocht habe ſie umzuſtimmen. „Denn den Lord Somers in meinen Dienſt zu nehmen, ſchreibt ſie, ſehe ich als mein Verderben an. Und ich hoffe daher, daß, obwohl der Lord Treaſurer ſagt, Sie würden ihm beitreten, Sie dies nicht thun werden. Denn niemals kann ich darein willigen“ [1]).

Marlborough gab ſein Urtheil über den Inhalt dieſes Briefes dem Treaſurer kund mit den Worten: „Ich werde in Betreff der Königin Ihrer Weiſung folgen; denn, wenn ſie beharrt, ſo iſt das wie eine offene Erklärung an alle Welt, daß Sie und ich keinen Credit bei ihr haben, und daß alles unter der Hand geleitet wird von Herrn Harley und Frau Maſham“ [2]). In dieſem Sinne fiel ſeine Antwort an die Königin aus, vom 9. Mai.

„Ich muß damit beginnen, ſchreibt er, daß die Stadt Amſterdam, welche immer den größten Eifer für die nachdrückliche Führung des Krieges bewieſen, mich, in zwei Conferenzen mit ihrem Bürgermeiſter und ihrem Rathspenſionär, hat drängen laſſen, Schritte zu einem Frieden zu thun, was ich der Ehre und dem Intereſſe Ew. Majeſtät nicht für entſprechend halten würde. Ich habe Grund zu der Annahme, daß dieſe Aenderung nicht aus Furcht vor Frankreich hervorgeht, ſondern aus dem was im letzten Winter in England geſchehen iſt, aus den wiederholt dahin gelangten Nachrichten, daß Ew. Majeſtät mit dem Entſchluſſe umgehen die Parteien zu wechſeln. Die Vorausſicht der verderblichen Folgen, die das im nächſten Parlamente haben dürfte, iſt für Amſterdam der wahre Grund des ernſtlichen Wunſches, daß im Laufe dieſes Feldzuges Friedensvorſchläge gemacht werden mögen.“

„In Betreff Englands hege ich keinen Zweifel, daß man darauf ausgeht, Ew. Majeſtät zu überreden, daß im nächſten Unterhauſe die

[1]) Coxe vol. II, p. 220. Vom 22. April/3. Mai.
[2]) A. a. O.

Tories die Mehrheit haben werden. Allein ich bitte Ew. Majestät zu erwägen, bevor es zu spät ist, wie das möglich sein kann nach dem Versuche auf Schottland, welchen Frankreich durch den Prätendenten hat machen lassen, und wo die Mehrheit jener Partei in dem Verdachte steht, vorher um jenen Versuch gewußt, oder wenigstens demselben einen Erfolg gewünscht zu haben. Außerdem sind ja ihre Bemühungen beständig dahin gerichtet das Volk zu einem Frieden geneigt zu machen, welcher bei den Umständen, in denen wir uns befinden, lediglich dazu dienen kann, dem Interesse Ew. Majestät zu schaden, und folglich demjenigen des Prätendenten zu nützen."

„Da nun dies der Wahrheit gemäß, wie ist es da möglich, daß die ehrlichen Leute in England, die Ew. Majestät wohl wollen und die Fortsetzung des Krieges wünschen, sich verleiten lassen sollten, solche Persönlichkeiten zu wählen, die nach ihrer Ansicht alles was ihnen lieb und theuer ist, zu Grunde richten würden? Wenn also das was ich die Ehre habe Ew. Majestät hier zu schreiben, der Wahrheit entspricht, so wollen Sie doch um Gottes willen erwägen, welche Consequenzen sich ergeben werden, wenn Sie die Bitte der Herzoge von Newcastle und Davonshire abschlagen. Denn das würde ja eine Demonstration sein nicht bloß für diese zwei, sondern für Jedermann, daß der Lord Treasurer und ich bei Ew. Majestät keine Geltung haben, sondern daß Sie sich leiten lassen nach dem Rathe des Herrn Harley" [1]).

Zum Schlusse weist Marlborough darauf hin, daß in der Verleihung des Commandos an den Herzog von Bourgogne die Andeutung liege, daß der König eine Schlacht wolle. Er selber werde sie nicht vermeiden, sondern suchen, weil nothwendig für den Dienst der Königin. Gott allein wisse daher, ob nicht dieser Brief sein letzter, und darum bitte er mit derselben Inständigkeit, als wäre dieser Brief sicherlich sein letzter, daß die Königin nicht bloß in dieser Angelegenheit, sondern in allen, dem guten Rathe des Treasurers Godolphin folgen wolle.

Der Kern dieses Schreibens läßt sich zurückführen auf die Gedanken: die Krone bleibt der Königin sicher nur durch die nachdrückliche

[1]) Coxe vol. II, p. 221. Vom 9. Mai.

Fortführung des Krieges: darum muß sie der Whig-Partei nachgeben, weil diese die nachdrückliche Fortführung des Krieges verbürgt.

Godolphin überreichte der Königin das Schreiben. Sie las es nicht in seiner Gegenwart. Er kam am nächsten Tage wieder und abermals am dritten. Sie redeten je zwei Stunden über den Inhalt; aber die Königin gab nicht nach. Sie verneinte jeglichen Verkehr mit Harley, auch in zweiter Hand, und versicherte, daß sie nur mit dem Prinzen-Gemahl über diese Angelegenheiten rede.

Dennoch entschloß sie sich einige Tage später an Marlborough über die Friedensfrage zu antworten. „In Betreff dessen, schreibt sie, was der Treasurer mir schon gemeldet hatte, und was Sie wieder hervorheben, nämlich daß man in zwei Conferenzen in Sie gedrängt hat, Schritte zu einem Frieden zu thun, bin ich durchaus Ihrer Ansicht, daß dies weder meiner Ehre noch meinem Interesse entspricht, und versichere Ihnen, daß, was immer meine Feinde Gegentheiliges ausstreuen mögen, ich niemals und zu keiner Zeit in einen Frieden willigen werde als auf sichere und ehrenhafte Bedingungen. Entschuldigen Sie, daß ich zur Zeit nicht weiter auf Ihr Schreiben antworte, und erweisen Sie mir die Gerechtigkeit, etwaigen falschen Darstellungen, die Ihnen über mich gemacht werden könnten, kein Gewicht bei Ihnen zu verstatten; denn das würde mir ein größerer Kummer sein als ich aussprechen kann. Ich kann nicht schließen ohne die Bitte, daß Sie für sich selber Sorge tragen wollen; denn es gibt sicherlich Niemanden, der herzlicher für Ihre Erhaltung betet, als mich, die ich leben und sterben will in aufrichtigster Weise ihre ergebenste Dienerin" [1]).

Demnach wollen beide, die Königin und Marlborough, die Fortdauer des Krieges. Marlborough sagt, daß nur die Fortdauer des Krieges der Königin die Krone sichere: sie beruft sich für ihren Krieges-eifer auf ihre Ehre und ihr Interesse. Daß diese Ehre oder dies Interesse die Zurückstellung von Spanien an das Haus Habsburg erfordere, wie es damals die Thronreden der Königin und die Adressen des Parlamentes verkündeten, kommt in diesen vertraulichen Aeußerungen nicht zur Sprache. Vielmehr erscheint die Fortdauer des Krieges hier als die persönliche Angelegenheit der Königin. Um die Krone zu

[1]) Coxe vol. II, p. 225. Vom 17./28. Mai.

behalten, will ſie den Krieg, und um den Krieg fortzuführen, bedarf ſie des Feldherrn Marlborough.

Aber die Whig-Partei iſt ihr verhaßt. Und darum ſchrickt ſie zurück vor der Conſequenz, daß ſie, um Marlborough zu halten, Conceſſionen an die Whig-Partei machen ſoll. Sie beharrt bei ihrer Weigerung, Lord Somers in den Cabinets-Rath zu nehmen.

Inzwiſchen vollzogen ſich, im Laufe des Monates Mai, die Wahlen für das neue Unterhaus. Die Whig-Strömung hatte die Oberhand. Demnach durfte man ſchon im Mai nicht zweifeln, daß im nächſten Winter das Unterhaus wohlgeneigt ſein werde, die Mittel zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges zu bewilligen [1]).

Auf die Königin übte dieſer Ausfall der Wahlen jedoch nicht den Einfluß, darum den Whigs geneigter zu werden. Vielmehr empfing ſie neuen Anlaß zur Unzufriedenheit durch das Verhalten des Schwiegerſohnes von Marlborough, des Staats-Secretärs Sunderland, welcher den Vorwurf auf ſich lud, bei den Wahlen der ſechszehn Pairs für Schottland für die Whig-Partei einen regeren Eifer entwickelt zu haben als mit ſeiner dienſtlichen Stellung vereinbar war. Die Königin beklagte ſich bei Marlborough, daß Sunderland in ſeinen Briefen nach Schottland ihren Namen gebraucht habe. Sie erwog bereits den Gedanken ſeiner Entlaſſung [2]). Nach den Aeußerungen Marlboroughs an ſie iſt nicht zu zweifeln, daß ſie um ſeinetwillen damals den Schritt unterlaſſen hat, mit welchem ſie zwei Jahre ſpäter den offenen Bruch mit der Whig-Partei begann.

Die Königin bedurfte Marlboroughs als des Feldherrn für den Krieg, deſſen nachdrückliche Fortführung, wie ſie ſich ausdrückte, ihrer Ehre und ihrem Intereſſe entſprach. Weniger jedoch meinte ſie Godolphins zu bedürfen, welcher, unter dem Drucke der Whig-Partei, die Anſprüche derſelben bei ihr vertrat. Die Unterredungen, die ſich bei ſeinen Vorträgen entſpannen, wurden heftiger. Es kam dahin, daß Godolphin ſie bat, entweder ſeinem Rathe zu folgen, oder ihn zu entlaſſen. Er ſei dieſes Lebens müde, klagte er bei Marlborough, am 24. Juni. Mit dem Prinzen-Gemahl ſtehe er kaum beſſer als mit der Königin,

[1]) Coxe vol. II, p. 226. Godolphin an Marlborough, 22. Mai, 2. Juni.
[2]) A. a. O. p. 283.

und jener werde gesteift durch den Admiral Churchill, den Bruder Marlboroughs. Godolphin bat Marlborough herüber zu kommen, um ein besseres Verhältnis herzustellen [1]).

Der Wunsch war unerfüllbar, weil eben damals der Prinz Eugen seinen Marsch von der Mosel aus antrat, um sich mit Marlborough zu vereinigen. Zugleich meldete Marlborough das Steigen der Friedenswünsche in Holland. Der Raths-Pensionär von Amsterdam, Buys, habe sich in einem Dispute mit einem Anderen verlauten lassen: wenn nicht dieser Feldzug einen guten Erfolg bringe, so müsse die Republik Frieden schließen [2]).

Dies war am 2. Juli. Marlborough meldete zugleich an Sunderland das Bevorstehen der Ankunft des Prinzen Eugen, so wie seine Absicht nach dem Eintreffen desselben dem Feinde die Schlacht anzubieten. Aber vorher schienen dann, wie wir gesehen haben, die Dinge sich zu wenden. Wir erinnern uns, daß Marlborough, überrascht durch die Verwegenheit des Marsches der feindlichen Armee auf Gent, am 5. und 6. Juli, die dadurch ihm gebotene Blöße derselben nicht ausnutzte, sondern nach Assche zurückwich. Mehrere Tage hindurch standen die Dinge für die Verbündeten nicht günstig, bis das Treffen von Oudenarde, am 11. Juli, den Anfang machte zu einer Reihe von Siegen.

In seiner ersten Meldung, vom 12. Juli, an die Herzogin über das Treffen thut Marlborough des Prinzen Eugen keine Erwähnung, sondern fordert sie auf zum Danke gegen Gott, der ihn zum Werkzeuge eines solchen Glückes für die Königin und die Nation gemacht habe, mit dem Zusatze: wenn es der Königin gefallen werde davon Gebrauch zu machen [3]). Der Zusatz erhielt nachher eine besondere Bedeutung.

Die Siegeskunde von Oudenarde dämpfte nicht die Friedenswünsche von Amsterdam, rief dagegen in England ein Triumphgeschrei hervor. Godolphin charakterisirt das Verhalten beider Nationen dahin, daß die Holländer in gleicher Weise den guten oder schlechten Erfolg

---

[1]) Coxe vol. II, p. 228.
[2]) A. a. O. p. 246.
[3]) A. a. O. p. 265.

benutzen, um zu ihrem eigentlichen Ziele zu gelangen, dem Frieden, daß dagegen in England Viele ſich bemühen, die Erwartungen noch höher zu ſpannen als dieſelben erfüllbar ſeien, daß namentlich bei den Tories dies der wahre Grund des Siegesjubels ſei. „Erwägen Sie, ſchließt er ſeinen Brief an Marlborough, daß, nach täglicher Erfahrung, unſere Nation ſo angelegt iſt, daß wir, im Glücke, uns hoch oben auf dem Giebel unſeres Hauſes träumen, und, im Unglücke, ja bei der leiſeſten Unruhe, bereit ſind in die Erde zu ſinken“ [1]).

Marlborough antwortete auf die hochgehenden Erwartungen von den Folgen des Sieges von Oudenarde nach England hin mit der Ankündigung, daß, um einen Frieden nach dem Wunſche der Whig-Partei zu erzwingen, noch ein Feldzug erforderlich ſein werde. Mit der Berufung für dieſe Anſicht auf den Prinzen Eugen, bat er die Herzogin, durch ihren Schwiegerſohn Sunderland dies den Häuptern der Whig-Partei mitzutheilen [2]).

Es kommt vor Allem auf die Haltung der Königin an.

Ihr Glückwunſch und Dank, vom 6./17. Juli, an Marlborough für die Siegesnachricht iſt im höchſten Grade verbindlich. Die Königin berührt die heimiſchen Differenzen nur leicht mit den Worten: „Wenn Sie hier anweſend wären, ſo würden Sie ſicherlich mich in Betreff einiger Dinge nicht ſo ſehr im Unrechte halten, wie ich jetzt beſorgen muß, daß Sie es thun“ [3]). Marlborough antwortete mit einer Darlegung, die den Sieg von Oudenarde als „ein ſichtbares Zeichen der Gunſt des Himmels für die Königin und ihre Waffen“ erſcheinen laſſen ſoll [4]). Marlborough verſichert weiter, daß er keinen Ehrgeiz habe, nichts für ſich und ſeine Familie verlange, ſondern der Königin nur im Felde zu dienen wünſche. „Aber, ſagt er dann, nachdem ich für mich dieſen Entſchluß gefaßt, geſtatten Ew. Majeſtät mir auch zu ſagen, daß Sie als gute Chriſtin im Gewiſſen verpflichtet ſind zu verzeihen, und keinen Zorn mehr zu hegen gegen eine beſondere Perſönlichkeit oder eine Partei, ſondern ſich derjenigen zu bedienen, welche

---

[1]) Coxe vol. II, p. 269. Vom 23. Juli/3. Auguſt.

[2]) A. a. O. p. 273. Vom 26. Juli.

[3]) Der Brief in Conduct etc. p. 217.

[4]) Which was a visible mark of the favour of Heaven to you and your arms, bei Coxe vol. II, p. 280. Vom 23. Juli.

Willens ſind dieſen gerechten Krieg mit Nachdruck zu führen. Denn dies iſt das einzige Mittel unſere Religion und unſere Freiheit, ſo wie die Krone auf Ihrem Haupte zu bewahren. Daß Sie ſich derſelben noch lange erfreuen und Ihrem Volke zum Segen gereichen mögen, iſt mein ſtäter Wunſch und mein beſtändiges Gebet."

Die Wirkung, die Marlborough von dieſer Predigt erwarten mochte, wurde etwas durchkreuzt durch das minder fein ausgedachte Eintreten der Lady Marlborough. Sie übergab der Königin die erſte Meldung Marlboroughs an ſie über den Sieg von Oudenarde, die mit den Worten ſchloß: wenn es der Königin gefallen werde, davon Gebrauch zu machen. — Die Königin verlangte von Marlborough eine Erklärung dieſer Worte. Er antwortete, daß der gute Gebrauch des Sieges für die Königin darin beſtehen werde, dem Rathe des erprobten Lord Treaſurers Godolphin zu folgen; denn jeder andere Berather führe ſie in ein Labyrinth, um auf ihre Koſten ſein Spiel zu machen[1]).

Der Hinweis auf Harley lag nahe genug, und die Königin antwortete darauf: „Es gibt Niemanden, mit dem ich mich berathe und auf den ich mich verlaſſe, als Sie und den Lord Treaſurer. Dies werden Sie mir hoffentlich darauf hin glauben, daß ich es ſage, da Sie ja mehr als einmal verſichert haben, daß Sie meinen Worten Glauben ſchenken. Allerdings muß ich geſtehen, daß, nach den täglichen Reden über den Einfluß, den Herr Harley durch eine Verwandte auf mich üben ſoll, und nach Ihrer Aeußerung, daß, wenn nicht etwas Außergewöhnliches vorläge, ich Ihrem und des Lord Treaſurers Rathe folgen würde — daß nach dem Allem ich beſorgen muß, Sie haben nicht eine völlig gute Meinung von mir, und wenn dem ſo iſt, ſo iſt es vergeblich für mich etwas zu ſagen" [2]).

Daß Marlborough dieſen Worten der Königin keinen Glauben beimaß, ſagt er bei der Ueberſendung des Briefes an die Herzogin ausdrücklich mit den Worten: der Inhalt des Briefes zeige, daß es vergeblich ſei, einen Mohren weiß waſchen zu wollen. Er denkt ſich die Sache ſo aus, daß die Tories von der Königin völlig Beſitz genommen

[1]) Coxe vol. II, p. 283. Vom 2. Auguſt.
[2]) A. a. O. p. 284. Nicht datirt.

haben, und sich in diesem Besitze behaupten werden, so lange Frau Masham Credit habe[1]). Ueberhaupt tritt bei Marlborough die Besorgnis vor dem Einflusse der Frau Masham noch stärker hervor als diejenige vor Harley. „Der Verkehr der Königin mit Frau Masham und ihre Gunst für diese, schreibt er am 6. August, wird endlich alles zu Grunde richten."

Wir sehen, wie ungeachtet des Sieges von Oudenarde die Kluft nicht bloß mehr zwischen der Königin und Lady Marlborough oder Godolphin, sondern Marlborough selber sich aufthut. Der Letztere überschätzt damals die Geltung der Tories bei der Königin. Aber er geht von diesem Standpuncte aus weiter. In der Ueberzeugung, daß die Tories auf sein Verderben sinnen, erklärt er fest zu den Whigs halten zu wollen. Er ermächtigt die Herzogin, dies zu Sunderland und den Anderen auszusprechen, mit der Beschränkung: „Wenn sie die Königin stützen wollen, so werden sie mich um so mehr fähig machen, ihnen und meinem Vaterlande zu dienen."

Forderungen und Aussichten der Whig-Partei.

Aber in der Whig-Partei, die sich gekränkt fühlte durch die ablehnende Haltung der Königin, ward damals ein besonderer Plan des Angriffes auf sie erwogen. Zwei Jahre zuvor waren sie eingetreten für die Königin gegen die Partei Rochester, welche hoffte durch den Antrag der Einladung der präsumtiven Thronerbin, der Kurfürstin Sophie, nach England, einen Zankapfel zwischen die Königin und die Whigs zu werfen. Die Whig-Partei hatte den Antrag bekämpft. Sie hatte auf die naturgemäß beste Sicherung der Succession, die Anwesenheit des Thronfolgers, verzichtet, weil die Königin sie nicht wollte. Aber sie hatten damals nur darum verzichtet, um dafür, mit gutem Willen der Königin, eine zweitbeste Sicherung, die Regentschafts-Bill, durchzubringen. Es war der Whig-Partei gelungen, sich dadurch für damals das Wohlgefallen der Königin zu erwerben. Aber der Gedanke der Einladung war nur für das eine Mal zurück gedrängt. Er kehrte wieder, wie er wiederkehren mußte, wenn die Thronfolge des

[1]) Coxe vol. II, p. 286. Vom 6. August.

Hauſes Hannover in England ernſtlich gemeint war. Wir haben vernommen, wie wenige Monate zuvor, im April, Lord Peterborough für ſeine Perſon ihn nach Hannover hin ausſprach.

Im Juni ging in London das Gerücht, daß Marlborough den Kurprinzen Georg Auguſt, damals 26 Jahre alt, nach England eingeladen habe. Der engliſche Botſchafter in Berlin, Lord Raby, der ſich zeitweilig in London befand, meldete anfragend dies Gerücht an Robethon in Hannover, mit dem Zuſatze, daß der Vater Georg Ludwig und die Großmutter Sophie dieſe Vernachläſſigung ihrer Perſonen übel aufgenommen hätten [1]). — Die Antwort Robethons verneinte. Daß der Kurprinz den Feldzug unter Marlborough mitmache, geſchehe auf beſonderen Wunſch des Kurfürſten. Dies entſprach ſo ſehr der Wahrheit, daß Marlborough zu Anderen ſeine Verwunderung ausſprach, warum der Kurfürſt ſeinen Sohn nicht lieber unter ihm ſelber am Rheine dienen laſſe als in den Niederlanden. Er vermuthe, ſagt er, der Kurfürſt wünſche, daß ſein Sohn mit engliſchen Officieren Bekanntſchaft mache [2]).

Dieſe Vermuthung war begründet [3]). Zu Ende Juni traf der Kurprinz bei der Armee Marlboroughs ein, in welcher die Hannoveraner einen nicht geringen Beſtandtheil ausmachten. Als Herzog von Cambridge ward Georg Auguſt dort behandelt als engliſcher Prinz, und die Garden der Königin ſtanden ihm zu Dienſte [4]). Das Verhalten des Prinzen in dem Treffen bei Oudenarde erwarb ihm hohe Anerkennung. „Der Kurprinz, meldet Marlborough dem Kurfürſten, hat ſich beſonders ausgezeichnet. Im Angriff an der Spitze der Truppen Ew. kurfürſtlichen Durchlaucht, die ihren guten Theil zu dem glücklichen Erfolge beigetragen haben, hat er ſie durch ſein Beiſpiel angefeuert“ [5]). Der Ruhm des Prinzen ſtieg noch durch die Kunde der einzelnen Umſtände. Sein Pferd war unter ihm zuſammen gebrochen und er ſelbſt bereits an der Bruſt leicht verwundet, in naher Gefahr

---

[1]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover. Schreiben Rabys vom 16./27. Juni, und Antwort Robethons vom 3. Juli.

[2]) Coxe vol. II, p. 237. Vom 24. Mai.

[3]) Vgl. Schwencke, Geſchichte der hannöveriſchen Truppen S. 139.

[4]) Murray vol. IV, p. 71.

[5]) A. a. O. p. 104.

des Todes oder der Gefangenſchaft, als der Führer der Schwadron, mit welcher er geritten, Oberſt von Löſeke, raſch von ſeinem Pferde ſprang und es dem Kurprinzen darbot. Ihm hinauf helfend, empfing der getreue Mann ſelber den Todesſtreich [1]).

Da, wie wir vernommen haben, in London ſchon im Juni ein unklares Gerücht von einer Einladung des Kurprinzen ergangen war, ſo mochte die Nachricht über ſeine Haltung bei Oudenarde noch mehr beitragen, die Frage zur Beſprechung zu bringen. In der That finden wir im Laufe des Monates Juli bei der Whig-Partei den Gedanken der Einladung in lebhafter Erörterung, und zwar nicht mehr in Betreff der Kurfürſtin Sophie, ſondern des Kurprinzen Georg Auguſt. Der Gedanke blieb nicht geheim. In Folge deſſen erhielt Lord Haversham, von der Tory-Partei, bei der Königin eine Audienz. Die Thatſache allein ſchon, daß die Königin eine Perſönlichkeit wie Lord Haversham, der zwei Jahre zuvor den Antrag auf die Einladung der Kurfürſtin eingebracht, wieder zuließ, erregte Aufſehen [2]). Auf die Meldung, die Lord Haversham vorbrachte, nahm die Königin ihre Zuflucht zu Marlborough. Das Schreiben, für die Haltung der Königin von beſonderem Intereſſe, lautet wie folgt [3]).

„Ich habe Ihnen einen kurzen Bericht eines Beſuches zu geben, den Lord Haversham mir gemacht hat. Er ſagte mir, ſein Auftrag ſei mir kund zu thun, daß zwiſchen den Whigs und einigen Männern in hoher Stellung ein Plan im Werke ſei, in der nächſten Parlaments-Seſſion eine Adreſſe einzureichen, zum Zwecke einer Einladung an den Kurprinzen ſich hier niederzulaſſen, ſo wie daß er nach dem Ende des Feldzuges hier ſicherlich einen Beſuch machen würde. Unter dieſen Umſtänden ſei für mich, um das Gezwungen-Werden zu vermeiden, wie es ohne Zweifel erfolgen würde, nichts Anderes zu thun als mich als Königin zu zeigen und die Einladung aus eigenem Entſchluſſe ergehen zu laſſen. Ich antwortete ihm, daß, wenn man dieſe Sache im Parlamente vorbringe, ich denjenigen, der den Antrag mache, ob Whig ob Tory, nicht als meinen Freund betrachten würde. Auch

[1]) v. d. Decken im Vaterländiſchen Archiv (Hannover) Jahrgang 1835.
[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 294.
[3]) Coxe vol. II, p 287. Vom 22. Juli/2. Auguſt.

würde ich niemals eine Einladung ergehen lassen, weder an den jungen Mann, noch an seinen Vater, noch an seine Großmutter."

„Was ich Ihnen in Betreff dieser Sache zur Zeit zu sagen habe, ist die Bitte, daß Sie dort ausfindig machen wollen, ob ein solcher Plan des jungen Mannes zu einem Besuche hier im Winter vorliegt, und daß Sie sich bemühen, ihm jeden Gedanken solcher Art aus dem Sinne zu bringen. Denn ich möchte die Schwierigkeit vermeiden, ihm die Erlaubnis abzuschlagen, wenn er darum bittet, oder ihm das Kommen zu verbieten, wenn er es aus sich unternimmt. Eins von beiden muß ich thun, wenn etwa er oder sein Vater wünscht, daß er dies Land sehen soll. Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben, und wäre es auch nur für eine Woche. Und darum verlasse ich mich auf Sie, daß Sie jenseit des Wassers alles aufbieten werden, um diese Kränkung von mir abzuwehren, die ich in aufrichtigster Weise bin und immer sein werde" u. s. w.

Die Worte: „Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben" — sind für die letzten Jahre der Königin Anna von schwerem Gewichte, nicht bloß nach der einen Seite, sondern auch nach der anderen.

Der Brief zeigt abermals, daß die von Mistrauen gegen das Kurhaus in Hannover erfüllte Seele der Königin den Grundzug des Verhaltens desselben nicht kannte oder vielleicht auch nicht anerkennen wollte. Nicht bloß einmal, sondern in jeder Kundgebung nach England hin hatte wie die Kurfürstin Sophie, so auch der Kurfürst Georg Ludwig erklärt, und zwar der letztere noch kurz zuvor an Lord Peterborough, daß sie in Bezug auf England keinen Schritt thun würden als im Einverständnisse mit der Königin. In der Wirklichkeit entbehrte daher der Plan, den Lord Haversham zur Kunde der Königin gebracht, des Fundamentes, nämlich der Willigkeit und Zustimmung des Kurprinzen und des Kurfürsten. Der Plan hat daher seinen geschichtlichen Werth nur zur Kenntnis der Richtungen und Bestrebungen von englischer Seite. Fassen wir dies kurz zusammen. Die Whig-Partei läßt durch Sunderland die Herzogin versichern, daß Marlborough auf ihre Freundschaft bauen könne, wenn er es ihnen möglich mache, das heißt also, wenn er in der Frage der Einladung mit ihnen gehe. Die Königin

meldet ihm ihr Vertrauen, daß er die dornige Frage der Einladung von ihr abwehren werde. Marlborough antwortet an Sunderland durch die Herzogin, daß er immer bereit ſei, ſich mit den Whigs gegen die Tories zu einigen, nur nicht die Königin perſönlich zu beleidigen. Und darauf laufe der Plan der Einladung hinaus[1]). — Da dem Plane die Baſis fehlte, ſo mußte er in ſich ſelber zerfallen.

Wir ſehen alſo die Stellung Marlboroughs im Sommer 1708 wie folgt. Er will mit der Whig-Partei zuſammen gehen; aber dieſe traut ihm nicht völlig. Die Königin will ihn halten, weil er ihr unentbehrlich iſt für den Krieg, den ſie fortſetzen will; aber ſie fürchtet ſein Zuſammen-Gehen mit den Whigs, deren Herrſchaft ſie ſich nicht fügen will.

Bei dieſer Lage der Dinge ſuchte Marlborough den äußerſten Druck auf die Königin auszuüben durch die Bitte um ſeine Entlaſſung. Das Schreiben, in welchem er der Herzogin und durch ſie der Königin dieſe Abſicht kund gibt, vom 20. Auguſt, lautet wie folgt.

„Ich thue mein Beſtes, ſagt er, England und der Königin zu dienen, und bete, von ganzem Herzen und von ganzer Seele, um Gottes Schutz und Segen. Aber ich bin von allem dem, was ich höre, und was, nach meinem Dafürhalten, in England geſchieht, ſo ermüdet, daß täglich in mir die Ueberzeugung wächſt, ich würde es an mir ſelber fehlen laſſen und undankbar gegen den allmächtigen Gott ſein, wenn ich nicht die erſte beſte Gelegenheit ergriffe, mich von allen Geſchäften zurückzuziehen. Und nachdem ich nun für eine Reihe von Jahren der Königin und dem Vaterlande mit ganzer Seele gedient habe, würde ich froh ſein noch einige Zeit übrig zu haben, mich zu ſammeln und dankbar zu ſein für die vielen Gnaden, die ich aus der Hand Gottes empfangen habe. Es iſt nicht meine Abſicht zu leben wie ein Mönch; aber ich kann nicht mich geduldig darein ergeben, länger im Geſchäftsleben auszuharren, wo es nicht in meiner Macht ſteht, Andere von dem zu überzeugen was ich für recht halte. Ich ſehe die Schwierigkeit voraus, mich während des Krieges zurückzuziehen, und dieſe Schwierigkeit iſt zur Zeit meine größte Bekümmernis; aber, wenn ich irgendwie verantwortlich gemacht werden ſoll für die

[1]) Coxe vol. II, p. 288. Die verſchiedenen Briefe im Auguſt.

Meinungen der Königin, die in keiner Weise durch dasjenige was ich sage oder thue, sich bestimmen läßt: so muß auch diese Schwierigkeit überwunden werden. Gott mag wissen, wer auf sie den Einfluß ausübt; aber in meiner Liebe für sie und für mein Vaterland, fürchte ich die Folgen" [1]).

Marlborough selber mochte auf die Wirkung dieses seines Druckmittels auf die Königin nicht ein sehr großes Vertrauen setzen. Denn einige Tage später schreibt er an die Herzogin: „Frau Masham ist bei der Königin so fest begründet, daß wir uns fruchtlos gegen sie bemühen, vielmehr durch unsere Anstrengungen wider sie ihr nur gute Dienste erweisen" [2]).

Die Königin antwortete, wie Marlborough erwartet hatte, daß sie zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste niemals ihre Einwilligung geben werde. Sie mahnte ihn, daß, wenn nach allen den Erfolgen, die ihm zu Theil geworden, es Gott ferner gefalle, ihn zum Werkzeuge eines dauernden Friedens zu machen, er im Gewissen verpflichtet sei, vor Gott und den Menschen, seine hülfreiche Hand zu leihen, und dies könne er nicht, wenn er sich zurückziehe. In öffentlicher Stellung könne er eben so wohl Gott dankbar sein wie im Privatleben. — Sie berührt dann, daß auch Godolphin um seine Entlassung anhalte. Aber auch diesem habe sie gesagt, daß er es vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten könne. Sie hofft, daß sie beide nicht darauf bestehen werden einen Schritt zu thun, der sie, die Königin, und das Land in Verwirrung stürzen würde.

Der Antwort der Königin dürfte zu Grunde liegen, daß, so lange sie fest hielt an der Ueberzeugung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere, Harley die Zeit zum offenen Hervortreten noch nicht für gekommen erachtete.

Aber darum machte die Königin in dieser Ablehnung noch nicht eine Concession zu Gunsten der Whig-Partei. Vielmehr klagt sie dieselbe an, daß sie schon in der letzten Session des Parlamentes und immer seitdem die königliche Autorität bestritten habe, und in der nächsten Session darauf ausgehen werde, die geringe Prärogative, die

[1]) Coxe vol. II, p. 290.
[2]) A. a. O. p. 291. Vom 23. August.

der Krone noch verblieben, zu zerreißen. „Sie wollen Niemanden in irgend einem Amte, als der völlig von ihnen abhangt. Nun, wie kann denn ich, die ich das alles ſehe und weiß, ſo klar wie die Sonne am Mittage, ſolche Leute als meine Freunde anſehen? Um Gottes willen, machen Sie doch nicht die Sache jener Menſchen zu der Ihrigen, und erwägen Sie, was Sie thun, und warum eine Hand voll von Perſonen ihre eigenen Landsleute einſchüchtern ſoll. Ich werde jeden Whig, der ſich verdient macht, ermuthigen; aber ich will nichts zu thun haben mit jenen, die ſich ſo herrſchſüchtiger Art bewieſen haben. Kurz, nach meiner Anſicht ſind die Dinge bis zu der Frage gekommen, ob ich mich den fünf tyranniſirenden Lords unterwerfen ſoll, oder ſie ſich mir. Das iſt meine Meinung: ich bitte mir die Ihrige zu ſagen“ [1]).

Die Antwort Marlboroughs zog in ſo fern zurück, daß ſie von einer Entlaſſung vom Commando der Armee nicht mehr ſprach. Im Rathe der Königin jedoch könne er nicht ferner beharren, nachdem die Königin, im Winter und im Frühlinge zuvor, offen kund gethan, daß ſie ihm kein Vertrauen mehr ſchenke, dagegen dasſelbe anderen Perſönlichkeiten zuwende, die weder die Ehrenhaftigkeit, noch die Befähigung beſäßen ihr zu dienen. Im ſelben Falle wie er ſei Godolphin. Er wolle nicht der Königin abermals die Folgen entwickeln, da ja ihr letztes Schreiben an ihn offenbar zeige, daß er vergeblich rede.

Aber die Königin hatte ihr Schreiben geendet wie mit einer Kriegserklärung gegen die Whig-Junta. Demnach waren ſie und ihr Berather Harley damals der Anſicht, den Kampf gegen die Junta mit Ausſicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Dieſe Hoffnung gründete ſich auf eine Spaltung in der Whig-Partei. Nicht alle Mitglieder derſelben waren willig der Führung der aus den Lords Somers, Orford, Wharton, Sunderland und Halifax beſtehenden Junta zu folgen, welche verlangte, daß Marlborough und Godolphin ſich ein für allemal völlig für ſie erklären ſollten — ſondern ein großer Theil, namentlich die Herzoge Somerſet, Devonſhire, Newcaſtle, traten gelinder auf [2]). Es kam darauf an, ob dieſe Spaltung völlig und

[1]) Coxe vol. II, p. 291. An Marlborough gelangt am 27. Auguſt.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. November.

dauernd gemacht werden konnte. Dafür arbeitete unter Anderen auch der Prinz-Gemahl Georg von Dänemark, der sonst in allen inneren englischen Angelegenheiten eine maßvolle Zurückhaltung bewies.

Marlborough in seiner Antwort erörtert dies thatsächliche Verhältnis nicht, sondern entgegnet: die Tyrannei der fünf Lords, welche die Königin so sehr zu fürchten scheine, sei zu vermeiden, wenn sie sich wieder denen anvertrauen wolle, die nun seit sieben Jahren sie auf dem Throne gestützt hätten und noch mehr zuvor. Nicht von ihnen zwei, deren Interesse gemeinsam mit demjenigen der Königin, erwachse eine Gefahr für sie, sondern von Anderen her, deren Interesse es sei Zwietracht zu säen, um dadurch sie beide aus dem Dienste der Königin zu zwingen [1]).

Auch diesmal ward die Königin durch die Rede Marlboroughs nicht umgestimmt.

Die Differenz ward verbittert durch ein abermaliges Aufeinandertreffen der beiden Frauen, der Königin und Lady Marlborough. Am Tage der Dankesfeier für Oudenarde, dem 19./30. August, fielen in der St. Paulskirche selbst zwischen ihnen scharfe Worte, denen ein noch schärferer Briefwechsel folgte [2]). Einige Wochen später, am 9./20. September, fand eine heftige Unterredung statt, in welcher Lady Marlborough, nach ihren Aufzeichnungen darüber, sich nicht auf Angriffe gegen Frau Masham und Harley beschränkt, sondern das gesammte politische Verhalten der Königin gegenüber den Whigs ihrer Kritik unterzogen zu haben scheint. Die Frauen schieden von einander in leidenschaftlicher Erregung. Dann erst faßte Lady Marlborough den heilsamen Entschluß fortan weder zu reden, noch zu schreiben, und erhielt dazu die volle Zustimmung des Gemahls.

Unterdessen mochten jedoch auch der Königin und ihrem Berather Harley, je näher die Einberufung des Parlamentes heran rückte, Bedenken aufsteigen, ob dem voraussichtlichen Sturme der Whig-Mehrheit Halt geboten werden könnte, dies zumal da der Sturm auch den Prinzen-Gemahl mit bedrohen würde. Denn, wie erwähnt, hatte Georg von Dänemark sich in das Parteigetriebe mit eingelassen, und

---

[1]) Coxe vol. II, p. 293.

[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 219.

ſich betheiligt an den Verſuchen die Whigs zu ſpalten. Die Hoffnung auf dieſe Verſuche erwies ſich nach und nach als nicht begründet. Die zwei Fractionen traten einander wieder näher. Demgemäß wandte ſich die Partei gegen den Prinzen, und noch mehr gegen ſeinen Günſtling, den Admiral Churchill, Bruder Marlboroughs. Gegen dieſen zunächſt ſollte in Betreff der Verwaltung der Admiralität, der Anſturm gerichtet werden, und dann über ihn hinweg gegen den Groß-Admiral ſelber, den Prinzen-Gemahl. Auf den Rath Godolphins entſchloß ſich Marlborough hier entgegen zu kommen. Er richtete an ſeinen Bruder in eindringlichſter Weiſe die Bitte, freiwillig vorher zurückzutreten, gegen das Verſprechen ihn dafür doppelt ſchadlos zu halten [1]).

Churchill folgte dem Rathe; aber dies befriedigte noch nicht die nunmehr wieder geeinigte Whig-Partei. Sie erhob wieder ihre erſte Forderung, daß Lord Somers den Vorſitz im Cabinetsrathe haben müſſe. Die Königin hatte im Anfange entgegen gehalten, daß dieſe Stelle gar nicht erledigt ſei, daß Lord Pembroke ſie zu ihrer Zufriedenheit beſitze. Auch dafür wußte man einen Ausweg. Lord Pembroke war zugleich Vicekönig von Irland. Er ſollte beide Aemter zu Gunſten von zwei Mitgliedern der Whig-Junta, Lord Somers und Lord Wharton, niederlegen, um dafür das Amt des Groß-Admirals von England zu erhalten, das bisher der Prinz-Gemahl inne hatte. Im anderen Falle drohete dieſem ſelber der Angriff der Whig-Partei.

Die Königin ſchwankte. Es waren erſt zwei Monate verfloſſen, ſeitdem ſie an Marlborough geſchrieben, daß die Dinge dahin gekommen ſeien, ob ſie ſich den fünf tyranniſirenden Lords unterwerfen ſolle, oder dieſe ſich ihr. Und nun trat in der Wirklichkeit die Frage ſcharf an ſie heran. Der Prinz-Gemahl war nicht bloß leidend, ſondern ſterbenskrank. An ſeinem Bruſtleiden ſiechte er unrettbar dem Grabe zu. Am 22. October/2. November gab die Königin der Forderung der Whig-Partei nach. Dann wieder zauderte ſie mit der Erfüllung. Eine Woche ſpäter nahm der Tod den Prinzen-Gemahl hinweg. Und damit verſtummte jeglicher Einwand der Königin.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 357. Vom 19. October.

Königin Anna als Witwe.

Auf die Nachricht, daß der Zuſtand des Prinzen-Gemahls ſich verſchlimmere, war auch Lady Marlborough von Windſor Lodge, wo ſie weilte, nach Kenſington geeilt, wohin bei dieſer Lage der Dinge ihr Amt als Oberſt-Hofmeiſterin ſie rief. Ihr Bericht über die Begegnung zeigt, daß ſie gehofft hat, bei dieſem Anlaſſe durch ihre Tröſtungen das frühere Band der Freundſchaft wieder zu knüpfen. Es war vergeblich. An Lady Marlborough ſelber ſtellte die Königin das Verlangen Abigail Maſham herbeizurufen [1]).

Der Bericht der Lady Marlborough könnte Zweifel erregen, ob der Tod des Gemahls die Königin innerlich tief getroffen habe. Die Meldungen der kaiſerlichen Geſandten Gallas und Hoffmann laſſen einen ſolchen Zweifel nicht zu. „Die Königin und ihr Gemahl, meldet Gallas, haben bisher ſchon faſt einſam gelebt: nun nach dem Tode des Prinzen, iſt ſie gleichſam ganz allein und ohne Anſprache“ [2]). Um ſo mehr alſo mußte von da an der Einfluß der einzigen Perſönlichkeit ſteigen, der die Königin ein rückhaltloſes Vertrauen entgegen trug, der Abigail Maſham.

Die Königin ließ in Betreff der Kleidung die tiefſte Trauer verordnen, ſo daß die Lords erſcheinen mußten wie in Trauer um den eigenen Vater. Dasſelbe ward den Geſandten der fremden Mächte zur Pflicht der Höflichkeit gemacht. „Einen Mangel darin, meldet Hoffmann, würde die Königin als Disreſpect für ſie ſelber anſehen“ [3]).

Die ſämmtlichen Mitglieder des kurfürſtlichen Hauſes in Hannover ſandten je einzeln ihre Condolenz-Schreiben ein. Das wärmſte und eindringlichſte derſelben iſt dasjenige der Kurprinzeſſin Caroline [4]).

Der Prinz Georg von Dänemark hatte ſich nicht ausgezeichnet durch eine hohe geiſtige Begabung. Das Urtheil ſeines Schwiegervaters Jacob II. über ihn lautete in dieſer Beziehung wenig günſtig (Band IV, S. 242), und die unverhüllte Geringſchätzung Wilhelms III. gegen

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 410.

[2]) Bericht vom 9. November.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 9. November.

[4]) Sämmtlich im State Paper Office. German Papers. Modern Royal letters. Elector of Hanover.

ſeinen Schwager trug nicht wenig bei, ſein Verhältnis zu der damaligen Prinzeſſin Anna zu einem geſpannten zu machen. (Band V, S. 279.) In Betreff ſeines Charakters jedoch ward kein Tadel gegen ihn erhoben, und nur in den letzten Monaten ſeines Lebens, wo er, der Königin zu Liebe, ſich betheiligt hatte an den Verſuchen, die Whig-Partei zu theilen, hatte er ſich dem Angriffe derſelben ausgeſetzt.

Wir erinnern uns, daß einſt, im Anblicke der wankenden Geſundheit Wilhelms III., die Prinzeſſin Anna dem Vater Jacob II. in St. Germain den Vorſchlag gemacht: er möge ihr geſtatten, nach dem Tode ihres Schwagers von Oranien die etwa ihr dargebotene Krone anzunehmen, gegen das Verſprechen ihrerſeits ſie zurückzugeben, ſobald eine geeignete Gelegenheit ſich darbiete. (Vgl. Band X, S. 1 u. f.) Jacob II. hatte nicht eingewilligt. Nach dem Tode des eigenen Sohnes, des Herzogs von Gloceſter, im Auguſt 1700, hatte die Prinzeſſin Anna ihren Vorſchlag erneuert. Im September 1701 war Jacob II. geſtorben mit ſeiner Verzeihung und ſeinem Segen für ſeine Tochter Anna, in dem guten Glauben an ihren Entſchluß, das ihm zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an ſeinem Sohne, ihrem Bruder. So hatte die Mutter desſelben, die Königin-Witwe Marie, von St. Germain aus es ihr kund gethan. Dennoch hatte dann Anna, nach dem Tode Wilhelms III., die Krone für ſich genommen. Daß ſie, wie es damals um die Dinge ſtand, nicht anders konnte, wenn ſie nicht England einer unſäglichen Zerrüttung preis geben wollte, liegt vor Augen; aber damit ward nicht die Thatſache ihres früheren Eingeſtändniſſes nach St. Germain hin aufgehoben, daß ſie die Krone nicht kraft eigenen Rechtes trug. Um dieſes Eingeſtändnis wußte damals in England vielleicht nur die Königin Anna ganz allein. Sie ſuchte vor der Laſt, mit welcher dasſelbe auf ihr inneres Leben drückte, ihre Zuflucht bei der geliebten Hochkirche von England. (Vgl. Band X, S. 4.)

Die Gebete der Hochkirche hatten eine Erhörung nicht gefunden, und mit dem Prinzen-Gemahl ſenkte die Königin Anna dieſe ihre Hoffnung in die Gruft. Fortan mußte ſie, ob wollend ob nicht, ſich völlig in den Gedanken hinein leben, daß ſie die Krone, die, nach ihrem eigenen Bekenntniſſe an den Vater, ihrem Bruder gebührte, einem fremden Fürſtenhauſe hinterlaſſen würde, es wäre denn daß ſich ihr ein Mittel böte, jenes dem Vater gegebene Verſprechen gut zu machen.

Daß die Königin derartige Gedanken erwogen haben müſſe, folgt mit Nothwendigkeit aus den angegebenen Thatſachen, namentlich ihrem Bekenntniſſe an ihren Vater. Daß ſie ſolchen Gedanken Ausdruck gegeben habe, dafür iſt noch für längere Zeit keine Spur erſichtlich. Einſtweilen ſehen wir ſie beharren bei dem anderen Gedanken, den ſie und Marlborough im Laufe dieſes Jahres 1708 wiederholt einander ausgeſprochen, daß die Krone ihr ſicher ſei nur durch die Fortſetzung des Krieges.

Friedensverſuch Marlboroughs.

Um ſo merkwürdiger iſt die Thatſache, daß wir dieſen Mann, der in ſo Vieler Augen als die Fackel und Poſaune des Krieges galt, weil der Krieg ſeinen perſönlichen Intereſſen der Macht und des Reichthumes diene — daß wir dieſen ſelben Mann eben damals auf eigene Hand einen Friedensverſuch machen ſehen. Es geſchah kurz nachdem ihm Carl III. das frühere Anerbieten erneuert hatte, glänzender noch als damals. Laſſen wir alſo die Dinge der Zeit nach auf einander folgen.

Auf die Nachricht des Sieges von Oudenarde erließ Carl III. von Barcelona aus, am 8. Auguſt, an Marlborough ein ſehr warmes Dankſchreiben. „In dem Vertrauen, ſagt er darin, daß derſelben Hand, welche für Deutſchland und für die Niederlande die Freiheit geſichert hat, auch Spanien die ſeinige verdanken wird, bin ich immer bereit, das Patent für die Statthalterſchaft meiner Niederlande, welches ich vor zwei Jahren Ihnen geſandt, zu erneuern und es auf Ihre Lebenszeit auszudehnen. Sie dürfen ſich auf die Erfüllung meines königlichen Wortes verlaſſen und verſichert ſein, daß ich, meinem Verſprechen gemäß, Ihnen die Beſtallung zugehen laſſen werde, ſo bald ich mich im Beſitze von Madrid befinde.“ Carl III. empfahl ihm das Geheimnis. Marlborough theilte es nach England an Godolphin mit, unter der Verpflichtung, daß es vor dem Friedensſchluſſe Niemand erfahre als die Königin, weil im anderen Falle Holland abermals Schwierigkeiten machen würde [1]).

[1]) Coxe vol. II, p. 315.

Das Schreiben Carls III. konnte im Laufe des Monates September in Marlboroughs Händen ſein. Um einige Wochen ſpäter finden wir in den Denkwürdigkeiten des Marſchalls Berwick die folgenden Worte verzeichnet [1]).

„Während ich mich im Lager von Saulſoy befand, erhielt ich heimlich einen Brief vom Herzoge von Marlborough, der mir anzeigte, daß die dermalige Lage der Dinge ſehr geeignet ſei, eine Friedenshandlung anzuknüpfen, daß der Vorſchlag gemacht werden müſſe bei den Feld-Deputirten, bei dem Prinzen Eugen und bei ihm, Marlborough. Die Erſteren würden nicht ermangeln ihm die Mittheilung zu machen, und dann würde er ſein Beſtes thun, um das Eingehen darauf durchzuſetzen."

„Es konnte uns, meint Berwick, nichts Vortheilhafteres widerfahren als dieſer Fingerzeig von Seiten Marlboroughs, der uns für die Beendigung dieſes ſchweren Krieges ein ehrenhaftes Thor des Friedens eröffnete. Ich ſprach darüber mit dem Herzog von Bourgogne und mit dem Miniſter Chamillart. Dieſer entſendete ſogleich einen Courier an den König um ſeine Befehle in Betreff der Antwort. Der König ſchickte ſie an Chamillart ein. Der Letztere war, in einem Uebermaße des politiſchen Scharfſinnes, auf den Einfall gekommen, daß der Vorſchlag Marlboroughs herrührte aus der gefährlichen Lage, in welcher ſich die Armee der Verbündeten befände."

Die Erwähnung der Anweſenheit des Miniſters Chamillart im Lager von Saulſoy beſtimmt die Zeit genauer. Er traf dort ein am 31. October, und verweilte etwa acht Tage. Es war damals die Zeit, wo Chamillart und Andere meinten, durch das Abſchneiden aller Communication die Armee der Verbündeten dem Hungertode ausſetzen zu können. — Berwick fährt fort wie folgt.

„Ich geſtehe, daß dieſe Anſchauungen über mein Verſtändnis hinausgingen. Auch war ich nach der Art und Weiſe, in der Marlborough mir geſchrieben, überzeugt, daß die Furcht daran keinen Antheil hatte, ſondern lediglich der Wunſch einen Krieg zu beenden, deſſen ganz Europa müde wurde. In allem was er mir meldete, war kein

[1]) Berwick t. II, p. 34. Berwick befand ſich im Lager von Saulſoy von Ende September an, vgl. p. 24, bis zum 16. November, vgl. p. 34.

Anzeichen einer Unaufrichtigkeit, und er hatte sich nur darum an mich gewendet, um die Verhandlung durch meine Hände gehen zu lassen, in der Meinung, daß dies mir zum Nutzen gereichen könne. Der Minister Chamillart dictirte mir die Antwort, die ich zu geben hatte, und ich fand sie so wenig entsprechend, daß ich sie französisch beließ und überschickte, damit Marlborough daraus ersehen könne, daß sie nicht von mir ihren Ursprung hatte. In der That ward er dadurch verletzt, so daß diese seine Eröffnung für den Frieden keine Frucht brachte. Nach meiner Ueberzeugung war sogar dies die hauptsächliche Ursache der Abneigung, die der Herzog von Marlborough nachher dem Friedenswerke entgegen trug."

Dieser Bericht Berwicks, der die Thatsache einer Unterhandlung Marlboroughs mit Frankreich, im October 1708, feststellt, erhält noch etwas mehr Licht durch die Instructionen, welche Ludwig XIV., im Mai des nächsten Jahres, dem Staats-Secretär Torcy für eine Unterredung mit Marlborough gab. „Sie haben ihm mein Erstaunen auszudrücken, sagt darin Ludwig XIV., daß er nach seinen früher gegebenen Versprechungen dennoch dem Frieden entgegen arbeitet, und andererseits meine Bereitwilligkeit ihm die in Aussicht gestellte Belohnung zu gewähren, wenn er günstig wirkt." Es folgt dann ein Tarif, der je nach den Leistungen Marlboroughs für Ludwig XIV. und Philipp V. bis zu vier Millionen französischer Livres ansteigt[1]).

Demnach ist nicht blos erst im Mai 1709, sondern auch früher schon zwischen Marlborough und dem Könige oder Chamillart von einem Geldhandel die Rede gewesen. Und da diese Thatsache feststeht, wird auch die Angabe der Summe glaubwürdig, welche wir von anderer Seite her vernehmen. Nachdem nämlich in England der Umschwung eingetreten, drei Jahre später, machte Torcy dem damaligen Grafen Oxford, früheren Harley, die Mittheilung, daß im October 1708 die Summe, für welche Marlborough den Frieden habe bewirken sollen, zwei Millionen Kronthaler betragen habe, daß jedoch Chamillart den Handel durchkreuzt habe durch die Forderung, Marlborough solle, zum Beweise seiner Aufrichtigkeit, die Belagerung von Lille aufheben.

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 159.

Darauf habe Marlborough in zornigen Worten an Berwick geantwortet, daß dieſe Forderung der Sache ein Ende mache [1]).

Jene Thatſachen, das abermalige Angebot der Statthalterſchaft von Seiten Carls III. an Marlborough, und die Aufforderung des Letzteren an Berwick eine Friedenshandlung anzuknüpfen, folgten ſomit kurz auf einander. Ob ſie in einem urſächlichen Zuſammenhange ſtehen, ob die erſtere die letztere hervorrief, läßt ſich darum mit Sicherheit nicht ſagen. Bei einem Frieden, den Marlborough dem Könige von Frankreich anbot, und für welchen daher dieſer ihm Dank ſchuldig ſein mußte, mochte Marlborough die Ausſicht erblicken, jenes Angebot Carls III. zu einer Wahrheit zu machen. Indem die Angelegenheit der Friedenshandlung Marlboroughs ſich zerſchlug, ſank, bei der Abneigung der Republik Holland gegen die Statthalterſchaft Marlboroughs über die Niederlande, abermals die Ausſicht für ihn unter. Zum dritten Male ſah er ſich genöthigt, das Erbieten Carls III. abzulehnen [2]).

Es iſt nicht anzunehmen, daß bei der Armee Marlboroughs irgend Jemand von jenem ſeinem Verkehre mit Berwick und durch denſelben mit der franzöſiſchen Regierung eine Kunde gehabt habe. Aber einem ſcharfblickenden Beobachter wie dem ſächſiſchen General Schulenburg genügte auch das was er ſah und hörte, zu dem wiederholten Urtheile: „Mylord Duc est l'homme le plus fin et le plus rusé de son temps“ [3]).

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 283. — Vgl. Bolingbroke's works vol. II, p. 463.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 30. Juni 1709, S. 93.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 446.

Fünfunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1709.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes im Winter 1708/9.

Der Beginn.

Bei der langen Dauer des Feldzuges von 1708 in den Niederlanden wurde auch die Einberufung des Parlamentes hinaus geſchoben. Es trat zuſammen am 16./27. November. Die Wahlen des Sommers 1708 hatten für das Unterhaus ein erhebliches Uebergewicht der Whig-Partei ergeben. Wir haben geſehen, daß dennoch die Königin eine Zeitlang gehofft hatte, ſich der Herrſchaft dieſer Partei entziehen zu können durch die Spaltung derſelben in zwei Heerlager, von denen das eine der Führung der Junta folgen würde, das andere derjenigen der mehr gemäßigten Häupter Devonſhire, Newcaſtle, Somerſet. Dieſe Hoffnung war nicht in Erfüllung gegangen. Als äußeres Zeichen des Zuſammenhaltens der zwei Fractionen galt namentlich das Ergebnis der Wahl des Sprechers im Unterhauſe. Die Fraction der Junta hatte zuerſt dafür Sir Peter King erſehen, die Gemäßigten den Ritter Onslow. Die Erſteren ließen dann ihren Candidaten fallen, und einigten ſich mit den Anderen auf Onslow [1]).

Die Königin, bei der tiefen Trauer um den Prinzen-Gemahl, ließ ſich bei der Eröffnung des Parlamentes durch eine Commiſſion von Groß-Würdenträgern vertreten, in deren Namen der Lord-Kanzler Cowper die Anrede hielt. Er wies hin auf die Erfolge dieſes Feldzuges, welche das Ziel des Krieges für England, nämlich die Reduction der gefährlichen Macht Frankreichs, in nähere Ausſicht ſtellten. Eben

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. November.

darum hoffe die Königin, das jetzige Parlament werde, um dieses Ziel zu erreichen, in Betreff der nachdrücklichen Fortführung des Krieges dem vorigen an Willfährigkeit nicht nachstehen. Nach einer eindringlichen Mahnung zur inneren Einigkeit an Alle wendete sich dann die Rede an das Unterhaus besonders mit der Forderung die Armee in Flandern zu verstärken. Denn, nachdem die Erfolge dieses Feldzuges ein Eingangsthor zum Eindringen in Frankreich eröffnet, ziehe der Feind von allen anderen Seiten her dahin seine Macht zusammen. In Betreff der Flotte hob die Rede namentlich die Wichtigkeit der Erwerbung von Port Mahon hervor, welche das Mittel gewähre, dort eine Anzahl Schiffe immer zum Eingreifen bereit zu halten. Die Rede feiert ferner die Union von England und Schottland als einen glücklichen Erfolg, der nur noch des weiteren Ausbaues bedürfe, damit die Gesetze beider Länder zu möglichster Uebereinstimmung gebracht werden. Endlich läßt die Königin durch die Rede versichern, daß sie, im Vertrauen auf Gottes Segen und die Zuneigung ihrer Unterthanen, beharren werde, die Entwürfe des Prätendenten und seiner Anhänger zu bekämpfen. Sie wolle sich bemühen ihr Volk in solchem Grade zu beglücken, daß Niemand, der etwas zu verlieren habe, sich einlassen könne auf einen Plan der Störung ihrer Regierung, noch der Union, noch der gesetzlich festgestellten Thronfolge, ohne zugleich in offenbarer Weise wie pflichtwidrig, so auch gegen das eigene Interesse zu handeln.

In Betreff der Fortführung des Krieges ist von besonderer Wichtigkeit, daß die Eröffnungsrede eine abermalige Verstärkung der Armee in den Niederlanden in Aussicht nimmt. Diese Forderung ist zu betrachten als die Frucht eines kurz zuvor eingelaufenen Schreibens der Generalstaaten, vom 20. November [1]). Der Gedanke ging aus von Marlborough, der nicht bloß geltend machte, daß die in den verschiedenen Treffen und vor Lille erlittenen Verluste zu ersetzen seien, sondern auch nach verschiedenen Seiten hin verkündete, daß Frankreich seine Armee in den Niederlanden um 51 Bataillone und 52 Schwadronen verstärken wolle [2]). In Betreff des verlangten Nachschubes

[1]) Lamberty t. V, p. 199.

[2]) Murray vol. IV, p. 399.

ward hervorgehoben, daß die Einstellung von Rekruten dem Zwecke weniger entspreche, daß es vielmehr besser sein werde, geschulte Truppen zu nehmen. Nach dem im Haag gemachten Anschlage sollte die Republik die Zahl der Truppen in den Niederlanden um 6000 Mann vermehren, England um 10,000 Mann.

Es fiel dagegen auf, daß die Eröffnungsrede nicht wie früher den völligen Wiedergewinn Spaniens betonte [1]).

In den nächsten Tagen erfolgten die Adressen beider Häuser, zunächst diejenigen der Condolenz über den Tod des Prinzen-Gemahls, dann der Beglückwünschung zu den Erfolgen des Feldzuges von 1708, die ja damals, im November und December, sich noch täglich steigerten. Hatte die Eröffnungsrede des Wiedergewinnes von Spanien nicht ausdrücklich gedacht, so nahm dafür die Adresse des Oberhauses wieder die Worte auf, daß kein Friede sicher oder ehrenhaft sein könne, bis die gesammte spanische Monarchie dem Hause Habsburg zurückgegeben sein werde.

Frage des Offensiv-Krieges in Spanien.

So sehr diese Worte dem Interesse Carls III. zu entsprechen schienen, so waren doch weder er in Barcelona, noch sein Bruder, der Kaiser Joseph I. in Wien, der Ansicht, daß zu diesem Zwecke die Mittel am rechten Orte verwendet würden. In denselben Tagen, wo das Oberhaus in London sich in jener Weise aussprach, schrieb Carl III., am 27. December, von Barcelona aus an Wratislaw in Wien: „So glücklich auch der Feldzug in den Niederlanden abgelaufen ist, so zeigt doch der Effect, daß alle dortigen Diversionen uns hier in Spanien nicht helfen. Vielmehr werden wir hier zu Grunde gehen, wenn man uns nicht bald in den Stand setzt, offensiv zu agiren. Ich hoffe, daß man auch von Wien aus bei den verbündeten Mächten darauf dringen und auch selber alles Mögliche beitragen wird." Das beste Mittel war, nach der Ansicht Carls III., die Ausführung des früheren Projectes von Stanhope, daß Marlborough mit einer erheblichen Macht nach Spanien komme. Demnach wußte auch damals

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. November.

noch Carl III. nicht, daß ſeinem Plane der Offenſive in Spanien gerade Marlborough als der entſcheidende Gegner gegenüber ſtand.

Von Wien aus ward dagegen der Wunſch des Königs Carl III., wie er erwartet hatte, lebhaft befürwortet. Am 28. November erließ der Kaiſer Joſeph I. ein Handſchreiben an die Königin Anna, und zugleich ein ausführlicheres, ebenfalls eigenhändig, an den Grafen Gallas, mit dem Auftrage, den Inhalt des erſteren bei der Königin eindringlich zu vertreten[1]). „Der gegenwärtige Stand und Lauf dieſes Krieges, ſagt darin der Kaiſer, hat mich bewogen, meine Gedanken vor allen Dingen auf die Führung des Offenſiv-Krieges in Spanien zu richten. Denn es iſt nicht abzuſehen, wie er auf anderem Wege als in Spanien ſelbſt zum Ziele könne geführt werden. Auf dem Boden Spaniens ſelbſt muß Spanien gewonnen werden. Daß durch ein Eindringen von den Niederlanden her in Frankreich der König dort zur Abtretung von Spanien gezwungen werden könne, iſt mehr zu wünſchen als zu hoffen. Er hat allzu viel in Spanien daran geſetzt, als daß er anders als gezwungen den Herzog von Anjou von dort her abberufen wird. Dieſer Zwang aber kann eintreten, wenn im nächſten Feldzuge mit der Offenſive von den Niederlanden und von Savoyen aus, wo an beiden Stellen durch die Einnahme von Lille und von Exilles die Eingangsthore in das Innere von Frankreich eröffnet ſind, zugleich auch mit Uebermacht in Spanien gehandelt wird, und zwar von Catalonien aus. Immerhin mag auch die Diverſion von Portugal aus, nach der Ueberführung der dahin verlangten Mannſchaft, etwas fruchten können; aber weder der Hof dort, noch das Volk zeigt ſich als zum Kriege geartet. Weil dagegen Caſtilien ſich gegen meinen Bruder ſo übel geſinnt erweiſt, ſo liegt vor Augen, daß, ohne hauptſächliche Befeſtigung des Kriegesſitzes in Catalonien, keine ſonderlichen Vortheile zu erlangen ſein werden. Die beabſichtigte Rekrutirung der Armee dort kann zwar vielen Nutzen ſchaffen. Wenn ſie jedoch nicht mit allem Nothwendigen verſehen, ſo wie mit neuen Truppen verſtärkt wird: ſo ſteht das zu erreichende Ziel noch in weiter Ferne."

---

[1]) Beide Schreiben im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive. Ich verändere in etwas die Faſſung.

Demnach soll Graf Gallas sich eine besondere Audienz erbitten, und der Königin persönlich dieses Alles nachdrücklich vorstellen. Jedoch möge Gallas dabei behutsam verfahren. „Denn ich sehe voraus, sagt der Kaiser, daß auch im nächsten Feldzuge wieder die Gedanken bei Vielen dort dahin gerichtet sein werden, alle verfügbaren Truppen nach den Niederlanden zu ziehen, in Spanien dagegen den König abermals auf die Defensive zu beschränken. Auch ich erkläre mich nicht wider eine starke Diversion in den Niederlanden, wohl aber gegen das Bestreben dahin die Entscheidung zu legen, und erhebe dagegen besonders zwei Einwände. Erstlich hat der heurige Feldzug, der doch endlich noch glücklich abgelaufen ist, in seinen Wechselfällen die Schwierigkeit der Kriegführung dort besonders dargelegt, so daß, wenn im nächsten Feldzuge nichts von Erfolg geschähe und eben so wenig dann auch in Spanien, der Krieg sich noch lange hinaus ziehen und schwerer werden könnte. Mein anderer Grund ist, daß die Eroberungen in den Niederlanden den Generalstaaten noch immer mehr Anlaß geben werden, zum größten Schaden des Landes dort, meines Erzhauses und der allgemeinen Sache, sich in denselben fest zu setzen, und den Handel und Verkehr dort zu ihrem einseitigen Vortheil zu sperren und zu verderben. Wie dies schon jetzt geschieht, so ist ja vorauszusehen, daß bei der Friedenshandlung darüber noch große Unruhe und viele Schwierigkeiten sich ergeben werden. Bei allem dem habt Ihr besonders zu beobachten, daß die Persönlichkeiten, welche an dem niederländischen Kriege den meisten Antheil nehmen, mir nicht abwendig gemacht werden. Ich rechne in dieser Angelegenheit zunächst auf die eigene gute Meinung der Königin, so wie dann auf die Neigung der Nation, die mit allem Fleiße und aller Behutsamkeit dahin zu hegen und pflegen ist, daß sie im nächsten Parlamente die Angelegenheiten in Spanien in den gehörigen Gang bringen werde."

Zugleich gelangte von Barcelona her an die Vertreter der habsburgischen Brüder in London, Gallas, Hoffmann, Zinzerling die Aufforderung, in London nachdrücklich für die Offensive einzutreten. In einem Kriegsrathe, in welchem am 12. November Carl III. seine Minister und Generale um sich versammelt, hatte man sich zu dem folgenden Beschlusse geeinigt: die Erfahrung des Jahres 1708 habe gezeigt, daß man bei einem Defensiv-Kriege nur verliere: der König

habe die Plätze Tortosa, Denia, Alicante eingebüßt. Es bleiben ihm nur noch die drei: Barcelona, Tarragona, Girona. Demnach bröckele von dem Besitze Carls III. auf spanischem Boden ein Stück nach dem anderen ab. Daher sei es die einhellige Meinung dieses Rathes, daß man sich mit der Defensive nicht länger behaupten könne, sondern offensiv agiren müsse, wenn man sich nicht völlig aus Spanien vertreiben lassen wolle. Zur Offensive dort sei erforderlich eine Macht von 40,000 Mann. Um den Bestand der Truppen Carls III. auf diese Höhe zu bringen, werde es nöthig sein, außer denen, die man von dem Kaiser her erwarte, auch 5000 oder 6000 Mann von der Armee in den Niederlanden auf die Flotte zu setzen und nach Valencia zu bringen. — Mit diesem Beschlusse wurde der Brigadier Wade nach London entsendet, und traf dort ein am 15. December [1]).

Den Vertretern Carls III. in London stand die volle Schwierigkeit dieses Verlangens vor Augen, und sie legten sie dem Kaiser dar. „Seit der Niederlage von Almanza, sagen sie, haben Viele hier die Sache in Spanien als unwiederbringlich verloren angesehen. Darum dürfte auch der letzte Verlust von Denia und Alicante, anstatt sie zum nachdrücklichen Handeln in Spanien anzutreiben, sie in jener Meinung nur noch mehr befestigen. Sie wollen die Dinge in Spanien völlig gehen lassen und dafür sich an die Hoffnung halten, daß man von den Niederlanden aus den König von Frankreich zur Restitution von Spanien zwingen könne. Es ist wahr, daß nicht wenige Engländer diese Art der Politik für wenig solide und gefährlich halten, zumal nach den Wechselfällen des letzten Feldzuges in den Niederlanden, wo man offenkundig einen nicht geringen Antheil der Erfolge der Uneinigkeit unter den französischen Heerführern beizumessen hat. Allein jene Meinung, daß man von den Niederlanden aus Spanien erobern müsse, ist diejenige der maßgebenden Persönlichkeiten hier, und darum ist gegen dieselbe nicht anzukämpfen."

„Eben darum auch wird es schwer fallen, die Absendung eines ganzen Corps nach Catalonien durchzusetzen. Dies um so mehr, da die Republik den Krieg in Spanien fast völlig von sich ab und auf England schiebt. Auch selbst die Rekrutirung der in Spanien stehenden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. December.

Pfälzer erscheint uns noch sehr unsicher. Das Parlament hat vor einem Jahre für den Krieg in Spanien eine Million Pfund Sterling bewilligt, und wird dies Mal denselben Betrag, oder auch vielleicht noch einen höheren gewähren. Würde diese Summe allein für Spanien verwendet, so würde sie ein Großes austragen. Allein es finden davon so viele Abzüge statt, daß wenig mehr als die Hälfte dorthin zur Verwendung kommt. So sind z. B. dem Herzoge Victor Amadeus, außer den gewöhnlichen Subsidien, für den abgelaufenen Feldzug von jener Million 100,000 Pfund Sterling gezahlt worden. Ferner geht davon ab der Unterhalt für die in der Schlacht von Almanza gefangenen Regimenter, derjenige für die neuen, anstatt jener aufgerichteten Regimenter, die aber nicht dort, sondern in den Niederlanden stehen. Es gehen ferner davon ab die Ausgaben für die Truppen in Portugal, die Kosten für die verschiedenen Landungsversuche an der französischen Küste, diejenigen für die Transportschiffe und andere Ausgaben — alles unter dem Namen des Kriegesstaates für Spanien."

„Es wird uns daher obliegen, mit allem Glimpf es dahin zu bringen, daß von den künftigen Subsidien für Spanien diese Abstriche nicht mehr gemacht, sondern die Beträge, wie sie bewilligt sind, für die Armee und die Operationen in Spanien auch wirklich verwandt werden. Was die Vermehrung der dortigen Truppen auf 40,000 Mann betrifft, so werden wir, wenn man die Unmöglichkeit vorschützt, uns bemühen zu erlangen, daß wenigstens so viel Geld nach Catalonien geschickt wird, damit der König seine aus Cataloniern und anderen Spaniern bestehenden Truppen auf den gewünschten Stand bringen könne" [1]).

Es kam dazu, was die Vertreter der habsburgischen Brüder in dieser Darlegung nicht ausdrücklich aussprachen, daß in England die Meinung vorherrschte, der Kaiser Joseph leiste für seinen Bruder Carl nicht das Erforderliche. Das Oberhaus hatte sogar keinen Anstand genommen in die Adresse hinein den Wunsch zu setzen: da die Unterthanen der Königin für die Ziele des Krieges so außerordentliche

---

[1]) Zusammen gezogen aus den Berichten Hoffmanns vom 18., 28. December 1708, 1. Januar 1709.

Anſtrengungen machten, ſo möge die Königin diejenigen Verbündeten, welche näher betheiligt ſeien, zu gleichen Leiſtungen auffordern [1]).

Wenige Tage ſpäter, am 11. December, ward der Graf Gallas in den Cabinetsrath geladen. Dort hielt man ihm vor, daß der Kaiſer 3000 Mann, die nach Catalonien beſtimmt, zurück behalten, daß er die im Solde der Seemächte ſtehenden 8000 Mann Preußen an die neapolitaniſche Grenze beordert habe. — Der Geſandte, ohne Nachricht darüber, konnte nur ſeinen Zweifel entgegen halten, ob dieſer Bericht den Thatſachen entſpreche [2]).

Bei den Erörterungen über die Frage der Offenſive in Spanien trat das Mistrauen der leitenden Perſönlichkeiten in London gegen Wien in beſtimmterer Form hervor, nämlich in derjenigen des Verdachtes, daß es dem Kaiſer für ſeinen Bruder Carl nur um die italieniſchen Länder zu thun ſei, daß er dagegen um Spanien und Weſtindien ſich wenig kümmere. Wie dieſer Verdacht im Jahre 1707 genährt war durch die gegen den Einſpruch der Seemächte unternommene Expedition nach Neapel, ſo rankte er ſich im Winter 1708/9 empor an ſeiner Bitte, daß der Admiral Whitaker im Mittelmeere den Befehl erhalten möge, mitzuwirken für eine Unternehmung auf Sicilien, die nach der Anſicht des Vicekönigs in Neapel, Grimani, einen Erfolg in ſichere Ausſicht ſtellte. Der Verdacht der engliſchen Miniſter gegen Wien ſteigerte ſich durch die Nachricht, daß bei der Unterhandlung mit dem Papſte Clemens XI. der Marquis Prié von dieſem als Lehnsherrn die Belehnung Carls III. mit Neapel und Sicilien verlange. Unter der Herrſchaft dieſes Verdachtes ertheilte die engliſche Regierung dem Admiral nicht den gewünſchten Befehl, ſondern das Verbot, ohne ausdrückliche Vollmacht von London aus einer etwaigen Aufforderung dieſer Art Folge zu leiſten. Die kaiſerlichen Vertreter meinten für dies Verhalten der engliſchen Regierung ein anderes Motiv zu finden, und ſprachen dieſe Meinung dem Staats-Secretär Sunderland offen aus. Zu Grunde, ſagte ihm Hoffmann, läge in

[1]) Lords Debates vol. II, p. 246: As her own subjects made such extraordinary efforts, they desired she would press her Allies who were more nearly concerned, to show an equal vigour.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 11. December.

London noch immer der Theilungsplan: man wolle etwas übrig laſſen, was dem Herzog von Anjou angeboten werden könne. Sunderland für ſich erkannte an, daß das Dringen des Kaiſers auf eine Unternehmung gegen Sicilien bezwecke, jedem Theilungsplane zuvorzukommen. Aber er bürge dafür, ſagte er, daß das engliſche Cabinet keinen Plan einer Theilung der ſpaniſchen Monarchie habe [1]). — Dies war, am 1. Januar 1709, für die damalige Zeit durchaus richtig, und Sunderland in ſeinem Whig-Eifer war ſicherlich weit entfernt zu meinen, daß auf die damalige Fluth dieſer Partei ſehr bald eine Ebbe folgen könne.

Bevor indeſſen noch dem Kaiſer die Kunde dieſes letzten Verdachtes zukam, antwortete er auf die Anklagen, die, am 11. December, im engliſchen Cabinetsrathe wider ihn erhoben waren. „Wir bedauern ſehr, ſchreibt der Kaiſer am 2. Januar, die Dinge dort ſchon ſeit geraumer Zeit dahin gediehen zu ſehen, daß allen Anklagen wider uns nicht allein Gehör, ſondern auch völliger Glaube beigemeſſen wird, ſo ſehr daß wir in Deiner Perſon, auf Grund unförmlicher Brief-Extracte, gleichſam zu Rede geſtellt werden. Und zwar dies über zwei Dinge, von denen das eine ſich ganz anders verhält, das andere rein erdichtet iſt.“ Das Erſte betraf die Sendung von 3000 Mann aus Neapel nach Catalonien, die der Kaiſer ernſtlich betrieb; das andere die Forderung der 8000 Mann Preußen an die neapolitaniſche Grenze. Gallas ſolle verlangen, von denſelben Perſonen wie am 11. December, mit ſeiner Widerlegung gehört zu werden. Wenn nicht, ſo ſolle er der Königin eine Denkſchrift mit der Darlegung des Sachverhaltes einreichen. Er ſolle darin ausſprechen, daß, obwohl alle Verbündete auf die Wiederbringung der geſammten ſpaniſchen Monarchie faſt gleiches Gewicht legen, „dennoch wir aus der beſonderen Zuneigung, die wir unſerem geliebten Herrn Bruder ſchuldig ſind, vor Anderen uns nach äußerſtem Vermögen bemühen, auch durch die That es zu beweiſen, da zur Zeit außer uns Niemand einige Truppen nach Catalonien überſchickt“ [2]).

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 18., 28. December 1708, 1. Januar 1709.

[2]) Kaiſerliches Reſcript vom 2. Januar.

Der Kaiser nennt keinen Ankläger. Aber es liegt die Vermuthung nahe, daß es abermals Victor Amadeus war, der in London immer wieder Glauben fand.

Dagegen geht aus den letzten Worten des Kaisers abermals hervor, daß er weder der Politik Marlboroughs und der Whig-Partei beistimmte, welche Spanien von den Niederlanden aus dem Könige Ludwig XIV. abzuzwingen vermeinten, noch weniger, daß er gefaßt sein konnte auf die neue Anklage, die sich gegen ihn auf dem Wege befand, daß er nur die italienischen Länder für seinen Bruder zu sichern suche, Spanien dagegen preis gebe.

Wenn auch die Königin Anna nicht ausdrücklich diesen Vorwurf erhob, so richtete sie doch, gemäß dem Wunsche in jener Adresse des Oberhauses, am 11. Januar an den Kaiser die Mahnung alles aufzubieten für den Krieg, in welchem es sich hauptsächlich und zuerst um das Interesse seines Hauses handele [1]).

Unterdessen häuften sich in Wien die Berichte Carls III. und des kaiserlichen Botschafters Duca di Moles, aus Barcelona, daß sie mit schwerer Besorgnis dem herannahenden Feldzuge entgegen sähen. Vom Haag aus dagegen meldete Heems, daß Marlborough und die Deputirten der Generalstaaten überein gekommen, die noch in Catalonien vorhandenen geschwächten Regimenter der Seemächte nicht zu rekrutiren, noch auch auf die von Carl III. verlangte Absendung von 5000—6000 Mann aus den Niederlanden nach Spanien einzugehen. Auf diese Meldung erließ der Kaiser, am 28. Januar, an Heems im Haag und Gallas in London nachdrückliche Schreiben [2]).

„Mit Bestürzung, sagt er darin, haben wir die Beschlüsse vom 15. d. M. vernommen. Die Folge davon wird sein, daß der König, mein Bruder, noch immer enger eingeschlossen wird. Er hat außer Barcelona noch Girona. Aber dieser weitschichtige Platz ist bei den zahlreichen und ausgedehnten Werken, die sich nicht im Stande der Vertheidigung befinden, auf die Dauer nicht zu halten. Dann steht eine abermalige Belagerung von Barcelona in Aussicht. Und damit

---

[1]) Suadent res rationesque Domus Austriacae, de quibus hoc in bello potissimum agitur.

[2]) Im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.

ſteigt die Beſorgnis empor, daß die bisher ſehr getreuen, nunmehr aber, wie uns für gewiß berichtet wird, ſchwierigen, kleinmüthigen und faſt deſperaten Catalonier den König zwingen, um ſeinen Abzug aus Spanien zu capituliren, wo nicht gar, um Verſöhnung mit Madrid zu erlangen, ihn dem Feinde ausliefern werden."

„Es war ſchon vorher ein Grundirrthum zu meinen, daß es genüge, wenn der König in Spanien ſich in der Defenſive erhalte. Um ſo mehr jetzt. Die Rekrutirung und die verlangte friſche Hülfe von 5000—6000 Mann würden für die große Armee in Flandern ein kaum merklicher Abgang ſein. Dagegen würden ſie den König in Spanien in den Stand geſetzt haben und noch ſetzen, den Krieg dort noch im laufenden Jahre entweder ganz oder nahe zu Ende zu bringen. Dies iſt von Flandern her mit aller Macht, die man dort aufwenden mag, ſo bald und ſo leicht nicht zu hoffen."

Der Kaiſer ſagt zu, daß er, obwohl die Ruhe in Italien noch nicht völlig hergeſtellt, die bereits verſprochenen 3000 Mann aus Neapel mit der Flotte Whitakers ſofort abſenden und weitere 3000 Mann aus der Lombardei folgen laſſen werde, jedoch auf Koſten der Seemächte. Er verlangt ferner für den König Carl III. die $7\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, deren er, nach dem Gutachten des Kriegsrathes vom 12. November, für die Führung eines Offenſiv-Krieges bedürfe.

„Du haſt, ſchließt der Kaiſer, dieſen Vortrag mit Nachdruck und ernſtlichen Worten zu halten, und die Billigkeit desſelben auf die von den verbündeten Mächten ſo heilig gethanene Zuſage zu gründen. Denn auf deren Wort und Zuſpruch hat ſich ja der König vor Jahren auf dieſe gefährliche und mühſame Wanderſchaft begeben, auf welcher er ſeither mit der Noth und dem Abgange des Erforderlichen, worin man ihn jederzeit hat ſtecken laſſen, genug gekämpft hat, ohne daß er etwas Anderes damit gewonnen, als um ſich abermals der Gefahr ausgeſetzt zu ſehen, ſeinen Feinden aufgeopfert zu werden. Dieſer Noth und Gefahr können wir ihn und nunmehr mit ihm auch die Königin, unmöglich länger preisgegeben ſehen, ſondern müſſen auf die Sicherheit ihrer Perſonen Bedacht nehmen."

Ein Schreiben desſelben Inhalts ward von Sinzendorf an Marlborough gerichtet, und der Kaiſer fügte ein eigenes Handſchreiben

hinzu, enthaltend die Erwartung, daß Marlborough sein Begehren unterstützen werde.

Bevor noch diese Schreiben des Kaisers an ihre Adressen gelangten, zog das Unterhaus in London die spanischen Angelegenheiten in Erwägung. Und zwar bauete darauf, wie im Jahre zuvor, Harley seinen Plan des Angriffes gegen Godolphin. Am 12./23. Januar sprach er in einer wohl ausgeführten Rede zunächst seine Anerkennung aus für den ruhmwürdigen Feldzug in Flandern. Dann jedoch kam die Kehrseite. Da man aber, fuhr er fort, den so schweren Krieg nicht führe, um die französischen Niederlande oder Frankreich selber zu überwältigen, sondern um die spanische Monarchie wieder zu gewinnen: so sei es vor allen Dingen nöthig zu untersuchen, in welchem Stande sich dort die Angelegenheiten befinden. So lange man noch einen Fuß in Spanien habe, meinte damals Harley, müsse man desselben eingedenk sein; sei die Position dort verloren, so werde man niemals wieder einen Spanier geneigt finden, sich für die Verbündeten zu erklären. — Die Rede fand Zustimmung. Es wurden daher drei Adressen an die Königin beschlossen: die eine ersuchte um die Rechnungsablage der bewilligten halben Million Pfund Sterling für Savoyen, Portugal und den Krieg in Spanien; die zweite um diejenige für die im Jahre zuvor bewilligte Million für den Unterhalt der englischen Truppen in Spanien; die dritte betraf die Contracte für den Unterhalt der Flotte. — Aus dem zweiten Puncte konnte und — nach Harleys Plane — sollte ein Angriff auf Godolphin erwachsen. Der Bericht Hoffmanns fügt hinzu: „Es ist möglich, daß in dieser Sache einige Whigs mit den Tories gehen; es ist aber auch möglich, daß, bei der Ueberlegenheit der Whigs, die nun, nachdem ihre Häupter in die besten Aemter eingewiesen, mit Godolphin ganz zufrieden sind, die Sache in eine Danksagung für Godolphin ausschlägt“ [1]).

War es denn aber dem Harley und seiner Partei bei ihrem beabsichtigten Angriffe, um die Sache, um Spanien, zu thun? — Unser Berichterstatter zieht dies in Zweifel. „Es finden sich dabei Viele, sagt er, deren geringste Sorge ist, wer Meister von Spanien

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Januar. — Commons Debates vol. IV, p. 107.

bleibt, wenn sie nur das jetzige Ministerium stürzen und durch die Veränderung sich selber in die einträglichen Aemter bringen können"[1]).

Bevor die Sache zur Verhandlung kam, verlor die Partei Harley im Unterhause den Ritter Simon Harcourt, der ein Jahr zuvor zugleich mit Harley seines Amtes entlassen war. Er galt an Kenntnis und Beredtsamkeit für eines der befähigtsten Mitglieder der Tory-Partei, und war, am 12./23. Januar, für die Forderung der Rechnungsablage wegen Spanien, also für die Vorbereitung des Angriffes auf das Ministerium Godolphin, am nachdrücklichsten eingetreten. Am 20./31. Januar jedoch ward seine Wahl angefochten. Die Reden für und wider dauerten von 11 Uhr Morgens bis nach 2 Uhr in der Frühe des nächsten Tages, über fünfzehn Stunden. Zum Schlusse faßte Harcourt in kurzen markigen Worten nochmals seine Stellung zusammen. Dann erfolgte die Abstimmung. Eine Mehrheit von 48 Stimmen erklärte seine Wahl für ungültig[2]).

Dem Führer Harley persönlich ward ein anderes Hindernis in den Weg geworfen. Die Mehrheit im Unterhause beschloß, die Aussagen des im Jahre zuvor überwiesenen Hochverräthers Gregg zu prüfen. „Dadurch, meint Hoffmann, wird Harley, der die spanische Angelegenheit angeregt, für sich persönlich so viel zu thun bekommen, daß er für jene andere keine Zeit und Kraft mehr übrig hat"[3]).

Am 1./12. Februar erfolgte, gemäß jenem Verlangen des Unterhauses, die Vorlage der Rechnungen des abgelaufenen Jahres über Spanien. Die Besorgnis Godolphins vor dem Tadel der Gegenpartei war so gering, daß er zugleich auch den Kriegesstaat für 1709 vorlegen ließ[4]).

In der That ward dieser im Unterhause bewilligt wie er vorgelegt war, für Spanien zum Betrage von 1.180,000 Pfund Sterling, etwa gleich 5 Millionen Thaler damaligen Geldes. Der kaiserliche Resident Hoffmann fügt dem Berichte darüber die folgende Kritik hinzu: „Von diesem Betrage kommt etwas mehr als die Hälfte auf

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. Januar.
[2]) Desgleichen vom 1. Februar. — Commons Debates vol. IV, p. 111.
[3]) Desgleichen vom 8. Februar.
[4]) Desgleichen vom 12. Februar.

den Unterhalt von 39 engliſchen Regimentern. Da ſich aber in Spanien 11 und in Portugal 6, alſo in allem nur 17 engliſche Regimenter auf der Halbinſel befinden, ſo ſind 22 Regimenter zu viel angeſetzt. Darunter ſtecken allerdings die 12, die bei Almanza gefangen ſind, ſo daß nur 10 in Frage kommen. Der Angabe nach ſind dieſe 10 Regimenter im vergangenen Jahre zum Dienſte in Spanien und Portugal aufgerichtet, dann aber, weil die Noth es erforderte, nach Oſtende geführt und ſtehen jetzt in den Niederlanden“ [1]).

Nachdem der Reſident weitere Einzelnheiten der Belaſtung erörtert, ſchließt er: „Obſchon alſo das Unterhaus den ganzen Betrag ohne Abzug eines Hellers bewilligt, ſo iſt damit doch Sr. katholiſchen Majeſtät noch nicht geholfen.“

Von dem Parlamente war nunmehr, bei allem guten Willen desſelben für Carl III., eine weitere Bethätigung nicht zu erwarten.

Demnach konnte es ſich nur noch darum handeln, was die directe Einwirkung von Regierung zu Regierung ergeben würde.

Auf Grund des kaiſerlichen Schreibens vom 28. Januar reichte der Graf Gallas, am 21. Februar, eine Denkſchrift ein, die in nachdrücklicher Weiſe namentlich die Gefahr hervorhob, daß die Catalonier in Verſuchung kommen könnten, auf Koſten Carls III. ihren Frieden mit Madrid zu machen. Godolphin gibt ſein Urtheil über den Inhalt dieſer Denkſchrift in einem Briefe an Marlborough mit den Worten: „Graf Gallas ſtellt zur Hülfe für den König von Spanien Forderungen, von denen einige mir ſehr extravagant erſcheinen“ [2]). — Er lud den Geſandten zu einer Conferenz. Sie redeten zwei Stunden, und Godolphin ſchloß mit den Worten, daß England auf alle Weiſe ein offenſives Vorgehen in Spanien verlange. „Dies ſind Worte, ſchließt Gallas ſeinen Bericht. Der einzige Erfolg iſt, daß man ſich hier darauf eingelaſſen hat, mit Einem von uns dieſe Sache ordentlich zu bereden, was wir bisher noch niemals haben erhalten können“ [3]).

Am ſelben Tage jedoch noch erſchien der Staats-Secretär Sunderland bei Gallas, und verlangte im Namen der Königin die Abreiſe

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 311.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. März.

des Rathes Zinzerling, der im Auftrage Carls III. ſich in London befand. Denn Zinzerling ſei ein Jacobit. „Mit dieſem Namen, bemerkt Gallas, belegt man nunmehr hier Alle, die nicht zur Whig-Partei gehören. Der eigentliche Zweck der Aufforderung, der ich nicht ausweichen kann, iſt die Abſicht, die Reden Zinzerlings über das ſpaniſche Budget zum Schweigen zu bringen, und zugleich dadurch dem Reſidenten Hoffmann und mir eine Warnung zu ertheilen“ [1]).

Die officielle Antwort auf die Denkſchrift des Grafen Gallas entſprach der Unterredung, die zwiſchen ihm und Godolphin darüber ſtatt gefunden. Namentlich aber ergab ſie abermals, daß, ungeachtet aller Hinweiſe von kaiſerlicher Seite auf die Lage der Dinge im Jahre 1703, ſich die Erinnerung an den Beginn des Krieges auf ſpaniſchem Boden in England bereits völlig verdunkelt hatte. Die Antwort ſagte, daß man von England aus für Carl III. viel mehr gethan als die Verträge zur Pflicht machten. Gallas und Hoffmann entgegneten: „Ueber die Abreiſe des Königs Carl III. von Wien nach Spanien iſt damals kein Vertrag aufgerichtet; aber die eindringlichen Mahnungen, die man damals von hier aus nach Wien entſendet hat, um ihn zu der Reiſe zu bewegen, und die darüber ergangenen ſolennen Erklärungen und Verſicherungen, daß man nichts Anderes verlange als ſeine Perſon, und für dieſelbe in Allem und Jedem Sorge tragen wolle, legen die Verbindlichkeit auf, ihm nach äußerſtem Vermögen beizuſtehen“ [2]). — Dieſe Entgegnungen entſprachen der Wahrheit namentlich in Betreff der Königin Anna ſelbſt, die dem Kaiſer Leopold I. das Verſprechen gegeben, ſich ſeines Sohnes Carl annehmen zu wollen wie eine andere Mutter (Band X, S. 396).

Inzwiſchen wandten ſich die Dinge in London für Carl III. etwas günſtiger, nicht zunächſt um ſeinetwillen, ſondern wegen des Verhältniſſes von England zu der Republik der Niederlande. In der letzteren war eine nicht geringe Partei geneigt zum Frieden mit der Belaſſung von Neapel und Sicilien für Philipp V., während England die geſammte Monarchie, wie Carl II. ſie beſeſſen, für Carl III. verlangte. Da nun aber die Thatſache des Beſitzes von hoher Wichtigkeit

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. März.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 8. März.

war, ſo fand im März der Hinweis von Gallas auf die Berichte Grimanis, daß eine geringe Flotte ausreichen würde, Sicilien für Carl III. zu gewinnen, in London keinen Widerſpruch mehr. Marlborough, der am 28. Februar/10. März von den Niederlanden her dort eingetroffen war, ſprach ſich entſchieden dafür aus. Demgemäß erhielt der für die Flotte des Mittelmeeres ernannte Admiral Byng die Inſtruction: „Ihre Majeſtät iſt der Anſicht, daß unter den gegenwärtigen Umſtänden der Wiedergewinn Siciliens ſo wichtig iſt wie irgend eine andere Unternehmung.“ So am 18./29. März [1]). Es blieb dann bei den Worten.

In Betreff Carls III. in Spanien entſprach dagegen Marlborough nicht den Wünſchen der habsburgiſchen Brüder. England hatte für die 3000 Mann, welche der Kaiſer aus Neapel nach Catalonien ſandte, die Koſten übernommen. Gegen die weiteren 3000 Mann, die aus der Lombardei dahin gehen ſollten, wurden Einwände erhoben. Auf den Vorhalt von Gallas vor Marlborough, daß von ihm die Schwierigkeiten kämen, berief ſich Marlborough darauf, daß keine Mittel vorhanden. Hier lag die Antwort nahe, daß, wie Gallas in ſeinem Berichte an den Kaiſer ſich ausdrückt, Marlborough alles Waſſer auf ſeine Mühle leite. Statt deſſen beſchränkte ſich Gallas auf die Bitte, daß nicht, wie wiederholt geſchehen, ein Vorwurf der Säumigkeit wider den Kaiſer erhoben werden möge [2]).

„Die von dem Unterhauſe für Spanien gemachten Bewilligungen, meldet Hoffmann, würden mehr als ausreichend ſein, wenn nicht ein ſo großer Theil derſelben, nämlich 600,000 Pfund Sterling, anderswohin gewendet würde. Aber wir dürfen dagegen nicht reden, wenn wir uns nicht der Antwort ausſetzen wollen, die im vorigen Jahre dem portugieſiſchen Geſandten zu Theile geworden, nämlich daß ein Fremder ſich in engliſche Rechnungen nicht einzumiſchen habe“ [3]).

Und dennoch erfolgte dann doch noch eine Hülfe von England aus für Carl III. in Spanien, abermals nicht zunächſt um ſeinetwillen, ſondern wegen der Stellung Englands zu der Republik. Als

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. April.
[2]) Desgleichen vom 22. März.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar.

Marlborough bei den damaligen Friedensberedungen im Haag, die wir später im Zusammenhange zu überblicken haben, einmal den Vorwurf erhob, daß die Republik sich, ohne Vorwissen Englands, tief eingelassen habe, erfolgte von holländischer Seite die Antwort, daß England den Krieg in Spanien auf sich genommen, und dann ihn völlig vernachlässigt habe. Die Folge war, noch im April, die Absendung von sechs englischen Regimentern nach Spanien [1]).

Die Thatsachen haben ergeben, daß der Vorwurf von Seiten der Holländer begründet war, daß seit der Niederlage von Almanza, dem 25. April 1707, dasselbe England, dessen Parlaments-Adressen Jahr auf Jahr die Rückstellung der gesammten spanischen Monarchie an das Haus Habsburg forderten, in Spanien selbst nicht in entsprechender Weise für diese Forderung handelte. Aber die Frage ist, ob denn das gesammte England dieser Vorwurf traf. Das Unterhaus bewilligte alle Beträge, welche für die Sache in Spanien verlangt und welche von den Vertretern des Hauses Habsburg in London als ausreichend anerkannt wurden, wenn sie dem Zwecke gemäß verwandt wären. Dies Letztere geschah aber nicht, und daß dies nicht geschah, fiel den Leitern der englischen Politik zur Last, Marlborough und Godolphin, oder richtiger dem Ersteren als dem stärkeren, dem entscheidenden Factor. Ja es ist daran zu erinnern, daß eben so wie im Jahre 1707 selbst, Marlborough auch in den Jahren zuvor schon die Offensiv-Kraft Englands vermöge der Flotte im Mittelmeere nicht gegen die Herrschaft der Bourbons in Spanien zu wenden suchte, sondern gegen Toulon. In einer späteren Rede vor dem Oberhause, am 11. 22. Januar, betonte Marlborough, daß von 1704 an er jene Unternehmung mit den Gesandten des Herzogs Victor Amadeus, erst Briançon, dann Maffei, verhandelt habe, und zwar im tiefsten Geheim [2]).

Bei dem geringen Eifer Marlboroughs für die Sache in Spanien warf der Gesandte der habsburgischen Brüder in London, Graf Gallas, im Laufe des Jahres 1709, ihm einmal die Frage hin, ob es nicht in England Einige gäbe, welche das Königreich Spanien als

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. April.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 314.

eine Hinterthüre zum allgemeinen Frieden offen laſſen wollten. Marlborough wies den Gedanken zurück [1]). Zwei Jahre ſpäter fanden ſich Andere, welche, nachdem ſie wiederholt das Verhalten Marlboroughs zu der Sache Carls III. in Spanien als Baſis des Angriffes wider ihn benutzt hatten, jenen Gedanken in ihrer Weiſe und zu ihrem Nutzen verwirklichten.

Eine ſolche Gefahr ſchien damals, wo, ähnlich wie Marlborough im Felde, Godolphin im Parlamente, einen Sieg nach dem anderen davon trug, völlig fern zu liegen. Nach außen hin ſtanden ſie auf der Höhe ihrer Macht. Die Whig-Partei, mit ihnen zufrieden, in beiden Häuſern des Parlamentes in der Mehrheit, beſchloß was und wie ſie es wünſchten. Da Marlborough, gemäß der Uebereinkunft mit dem Prinzen Eugen, für die Monate Januar und Februar auf dem Feſtlande verweilte, beſchloß das engliſche Unterhaus, und zwar darin einſtimmig, ihm dahin ſeinen Dank zu ſenden, ſowohl für den letzten erfolgreichen Feldzug, als auch für den unermüdlichen Eifer, mit welchem er im Dienſte der allgemeinen Sache auswärts verharre, wo er daheim des ehrenvollen Dankes ſicher ſei. So am 22. Januar/2. Februar. Marlborough antwortete in entſprechender Weiſe, von Brüſſel aus, am 13. Februar [2]).

Um ſo auffallender erklingen in ſolcher Zeit die vertraulichen Aeußerungen der beiden Männer zu einander. „Es iſt nicht meine Gewohnheit, ſchreibt Godolphin, am 10./21. Januar, Sie mit Klagen über meine Lage zu behelligen; aber Ihre Abweſenheit von hier wird ſo ſehr ausgebeutet und ich leide darunter ſo ſchwer, daß ich mich frei darüber auslaſſen muß mit den Worten: das Leben eines Galeeren-Sclaven iſt ein Paradies im Vergleiche mit dem meinigen“ [3]). — Marlborough antwortet in gleicher Tonart, daß er die Sehnſucht Godolphins nach Ruhe und Zurückgezogenheit bemeſſe nach ſeiner eigenen. Denn nur die Pflicht für die Königin und die Freundſchaft für Godolphin halte ihn feſt bei dem Entſchluſſe, durch die Mühſale dieſes Krieges zu wandern.

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December.
[2]) Commons Debates vol. IV, p. 109.
[3]) Coxe vol. II, p. 379.

In wie weit ſolche Worte aufrichtig gemeint ſein konnten, iſt zu vergleichen an den Thatſachen früher und ſpäter. Aber ſie legen Zeugnis ab von der inneren Unruhe Beider über den wachſenden Einfluß der Frau Maſham und Harleys. „Die Königin, ſchreibt Godolphin ein anderes Mal, verkehrt vertraulich nur noch mit denen, welche dem öffentlichen Dienſte feindſelig gegenüber ſtehen“ [1]).

Adreſſe des Parlamentes über Wieder-Verheirathung der Königin.

In denſelben Tagen richtete nicht bloß das Unterhaus, ſondern das geſammte Parlament einſtimmig an die Königin eine beſondere Adreſſe, welche, ſo wenig das äußerlich hervortritt, dennoch in der Parteiung ihre Wurzel hatte.

Im Laufe des Monates Januar erfolgte aus dem geheimen Rathe der Königin der Befehl, daß in dem Kirchengebete, vorgeſchrieben am 8. März, dem Tage des Regierungs-Antrittes der Königin, die folgenden Worte zu ſtreichen ſeien: „Und damit die Segnungen, deren wir uns erfreuen, auch für unſere Nachkommen fortdauern, ſo mache die Königin, das erflehen wir, zu einer glücklichen Mutter von Kindern, die erzogen in Furcht und Treue zu Dir, ihr glücklich folgen mögen in der Regierung dieſer Königreiche“ [2]). Daß dieſes Gebet für die Königin, ſubjectiv, eine tiefernſte Bedeutung hatte, haben wir beim Beginne ihrer Regierung beobachtet. (Band X, S. 1 u. f.)

In der Ehe mit dem Prinzen Georg von Dänemark hatte ſie achtzehnmal eine Hoffnung getragen; jedoch nur drei Kinder hatten ſich als lebensfähig erwieſen, und von dieſen hatte nur eins, der Herzog von Gloceſter, das elfte Lebensjahr erreicht, im Jahre 1700. Bei der Aufhebung jenes Gebetes hatte die Königin nur noch einige Tage zur Vollendung ihres vierundvierzigſten Lebensjahres.

Am 28. Januar/8. Februar beſchloß das Parlament eine Adreſſe an die Königin mit der Bitte um Wieder-Verheirathung.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 379.

[2]) And that these blessings may continue to after-ages, make the Queen, we pray Thee, an happy mother of children, who, being educated in Thy true faith and fear, may happily succeed her in the government of these kingdoms.

Der Bericht des kaiſerlichen Reſidenten Hoffmann darüber lautet wie folgt.

„Dieſe Adreſſe iſt von einigen jungen Deputirten der Whig-Partei beantragt, und, ungeachtet Einige mehr bedachtſam eingewendet, daß es noch nicht de tempore et decore ſei, Ihrer Majeſtät dergleichen Zumuthungen zu machen, ſo ſind gleichwohl nicht bloß die meiſten Stimmen für eine ſolche Adreſſe geweſen, ſondern es hat auch das Unterhaus dem Oberhauſe die Sache mitgetheilt und Concurrenz begehrt. Das Oberhaus hat ſich dazu verſtanden. Vom Oberhauſe der Lord-Kanzler und vom Unterhauſe der Sprecher ſind heute Abend 8 Uhr zur Königin gefahren, um ihr die Adreſſe zu präſentiren. Die Antwort wird mit Spannung erwartet."

Auf dieſen Bericht der Thatſache folgt dann eine weitere Erörterung.

„So viel ich vernehme, ſo rührt dieſer Vorſchlag nicht von unbeſonnenen jungen Leuten allein her, ſondern es liegt darunter ein politiſcher Streich verborgen. Die Tories nämlich, welche, nachdem der Hof den Whigs die vornehmſten Aemter überwieſen, gegen denſelben über alle Maßen erbittert ſind, haben vorgehabt, um die Königin zu kränken, die Herüberkunft der Kurfürſtin-Witwe von Braunſchweig-Lüneburg im Parlamente vorzuſchlagen. Um dieſem Plane zuvorzukommen, haben die Whigs die Wieder-Verheirathung angeregt und damit allerdings jenen anderen Vorſchlag durchkreuzt. Denn man kann nicht von der Königin heute verlangen, daß ſie ſich wieder verheirathe, um dem Königreiche einen Leibeserben zu geben, und ein anderes Mal, daß ſie die präſumtive Thronerbin herüber kommen laſſe."

Der Berichterſtatter fügt weiter hinzu: „Als im Unterhauſe dann die Frage laut wurde, welche Mitglieder mit der Redaction zu beauftragen ſeien, erhob ſich der Bruder des Lords Peterborough, der allezeit auch in die ernſthafteſten Sachen etwas Kurzweiliges einzubringen weiß, und ſagte: er ſei der Meinung, daß alle Mitglieder des Unterhauſes, welche das dreißigſte Jahr noch nicht erreicht, dazu verwendet werden ſollten. Dies hat ein allgemeines Lachen erregt. — Man hört noch Niemanden nennen, den ſie der Königin gern zum Gemahle geben wollten. Mit der Zeit dürfte man jedoch auf den Erbprinzen von Heſſen-Caſſel fallen, es wäre denn, daß die Königin eine ſolche Antwort gäbe, welche alle Gedanken abſchneidet."

Die Adreſſe an die Königin ſchloß mit den Worten: „Alle Unterthanen Ew. Majeſtät kommen überein in der Meinung, daß für Ihr Königreich kein größeres Glück zu wünſchen als daß ſie und ihre Kinder bleiben mögen unter der gütigen und gnädigen Regierung Ew. Majeſtät und Ihrer Nachkommenſchaft."

Obſchon die Königin ſelber die Stunde der Ueberreichung der Adreſſe angeſetzt, gab ſie dennoch nicht ſofort eine Antwort, ſondern verſchob dieſelbe auf den nächſten Tag. Dann lautete ſie: „Die häufigen Beweiſe der Pflicht und Anhänglichkeit an meine Perſon und Regierung, wie ich ſie von beiden Häuſern des Parlamentes empfange, ſind ſehr wohlthuend für mich. — Die Feſtſtellung, die ich für die proteſtantiſche Erbfolge getroffen habe, wird immer zum Beweiſe dienen, wie ſehr mir das künftige Glück meines Königreiches am Herzen liegt. — Der Gegenſtand dieſer Adreſſe iſt von ſolcher Art, daß ich mich der Ueberzeugung hingeben darf, Sie werden von mir nicht eine beſtimmtere Antwort erwarten."

Die Antwort ward als ſehr tactvoll betrachtet. Denn ſie ſei verbindlich für das Parlament und das Haus Hannover, und lenke von der Frage einer zweiten Heirath in ſolcher Weiſe ab, daß ſie keiner Partei einen Angriffspunct darbiete, alſo der Königin zunächſt Ruhe ſichere. — Es befeſtigte ſich zugleich die Anſicht, daß die Königin an eine zweite Heirath nicht denke[1]).

Die Whig-Partei hatte abermals wie drei Jahre zuvor für die Königin das Schreckbild eines Antrages auf die Einladung eines Mitgliedes der kurfürſtlichen Familie zu nichte gemacht. Damals hatte die Königin es der Partei Dank gewußt. Daß ſie auch im Jahre 1709, nach den vielfachen Erfahrungen, daß ſie gegenüber den fünf, wie ſie ſagte, tyranniſchen Lords ihren Willen nicht behaupten könne — den Whigs eine wohlwollende Geſinnung bethätigt habe, iſt kaum anzunehmen. Aber wie mit Marlborough und Godolphin, die nunmehr ganz auf die Whig-Partei ſich ſtützten, ſo war indirect auch mit dieſer die Königin verbunden durch ihre Meinung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone auf ihrem Haupte ſichere.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. Februar.

Die Mittel für den Krieg.

Der Stimmung der Whig-Partei gemäß ſtiegen abermals die Bewilligungen des Unterhauſes für den Krieg. Am 15./26. Februar betrugen ſie $6^1/_2$ Millionen Pfund Sterling oder, nach dem damaligen Reichsgelde, $29^1/_4$ Million Reichsthaler. Von dieſer Summe kam nur der fünfzehnte Theil auf die inländiſchen Beſatzungen und Wachen; alles Andere war für den Krieg [1]).

Aber die hauptſächlichen Quellen der öffentlichen Einnahme, die Landtaxe und die Malzſteuer, deren Ertrag zuſammen auf $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling geſchätzt wurde, waren ſchon auf Jahre hinaus verpfändet. Die Regierung ſetzte ſich daher, um baares Geld zu erhalten, mit der Bank von England ins Einvernehmen. Dieſe verpflichtete ſich 400,000 Pfund Sterling baar herzugeben und für $2^1/_2$ Millionen Bankzettel auf ihren Credit in Umlauf zu ſetzen, gegen die Bedingung, daß die Regierung das Privileg ihres Beſtandes, welches in zwei Jahren ablaufe, auf weitere einundzwanzig Jahre verlängere [2]).

Nachdem Regierung und Parlament die Bedingungen gut geheißen, ward am Morgen des 22. Februar/5. März die Subſcription eröffnet, bei welcher die Unterzeichner den fünften Theil des Betrages zu erlegen hatten. Innerhalb vier Stunden, von 9 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags, ward der ganze Betrag von $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling gezeichnet, mit ſolchem Zulaufe und Gedränge, daß eine große Anzahl Perſonen nicht zum Unterzeichnen gelangen konnte. „Außerhalb Englands, fügt der Berichterſtatter hinzu, wird es unglaublich erſcheinen, daß dieſe Nation, nachdem ſie während des faſt zwanzigjährigen Krieges 400 Millionen Reichsthaler contribuirt hat, in wenigen Stunden gegen einen mäßigen Zins von 6 Percent abermals 10 Millionen aufbringt. Es iſt aber dabei zu beachten, daß dies nicht in baarem Gelde, wovon wenig mehr vorhanden, ſondern in Papier, nämlich in Bankſcheinen, geſchieht, wie denn von dieſen 10 Millionen nicht eine einzige in Baarſchaft, ſondern alle in Banknoten eingebracht worden ſind. Dieſe Banknoten ſind hier ſo ſehr im Um-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar.
[2]) Desgleichen.

lauf, daß einem Jeden mehr damit gedient iſt als mit baarem Gelde. Demnach gründet ſich der hieſige ganze Reichthum nunmehr faſt allein auf den Credit dieſes Papieres und die richtige Bezahlung der Zinſen" [1]).

Nachdem Marlborough und Godolphin ſich völlig für die Whigs erklärt, die ja in beiden Häuſern die Mehrheit beſaßen, konnte namentlich der Letztere mit größerer Zuverſicht als je zuvor den etwaigen Angriffen der Tory-Partei entgegen ſehen. Es war ſicher, daß, eben ſo wie in der ſpaniſchen Angelegenheit, auch in anderen die Whigs die ſchützende Hand über ihn breiten würden. In dem Ertrage der Landtaxe waren erhebliche Ausfälle vorgekommen, weil mehrere Einnehmer derſelben fallirt hatten. Die Tory-Partei im Unterhauſe erhob gegen Godolphin den Vorwurf, daß er nicht genügende Cautionen gefordert, und war Willens die Königin durch eine Adreſſe zu erſuchen, daß der Treaſurer zur beſſeren Verwaltung angehalten werde. Die Whig-Partei, mit 231 Stimmen gegen 97, ſtrich in der Adreſſe den Namen, und beſchränkte ſie auf die Bitte, daß die Rückſtände der Landtaxe eingebracht werden möchten [2]).

Ferner ward Godolphin angegriffen wegen Mangels an Fürſorge für Schottland im März des Jahres zuvor, wo er doch von dem Plane der Invaſion vorher Kunde gehabt habe. Zuerſt im Oberhauſe, am 1./12. März. Dort bewies Lord Haversham in einer langen und wohl ausſtudirten Rede, die bis auf die Anzahl und die Beſchaffenheit der Musketen und ihrer Schlöſſer in Schottland hinab ging, daß der Beſtand der Regierung in großer Gefahr geſchwebt habe und noch ſchwebe [3]). Einige Tage ſpäter erneuerte ſich der Anſturm im Unterhauſe. Man ſuchte nachzuweiſen, daß die Burgen und Beſatzungen in Schottland weder mit Gewehr, noch mit Pulver verſehen geweſen ſeien. „Die Whigs, ſagt unſer Bericht, ließen die Tories reden, ſo lange ſie wollten, und wendeten endlich mit einer Mehrheit von 76 Stimmen es dahin, daß die Sache zur Ehre und zum Lobe des Treaſurers ausſchlug" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. März.
[2]) Desgleichen vom 12. März.
[3]) Lords Debates vol. II, p. 252.
[4]) Hoffmanns Berichte vom 12. und 26. März.

Die Mehrheiten in beiden Häuſern einigten ſich zu einer gemeinſamen Adreſſe an die Königin, mit dem Ausdrucke des Dankes für ihre Regierung, daß ſie zur Zeit der Gefahr der Invaſion viele und wirkſame Sorgfalt aufgewendet, die Anſchläge der Feinde daheim und auswärts zu nichte zu machen.

Es gelang ferner dem Treaſurer Godolphin, auch die etwaigen Conſequenzen ſeiner früheren Beziehungen zu St. Germain abzuſchneiden, und zwar durch eine allgemeine Amneſtie. Der Hergang der Dinge ward erzählt wie folgt. Ein früheres Schreiben von Godolphin nach St. Germain war in andere Hände gerathen und zuletzt in diejenigen des Lords Wharton, des Mitgliedes der Whig-Junta. Das Schreiben hatte ſeiner Zeit mit gedient, um bei Godolphin die Ernennung Whartons zum Lord-Statthalter von Irland durchzudrücken. Im März drängte ihn Godolphin ſich auf ſeinen Poſten zu begeben, zumal da ja doch das Parlament nur noch formelle Angelegenheiten zu erledigen habe. Wharton fügte ſich. Im April gelangte von der Regierung aus zunächſt an das Oberhaus die Bill einer allgemeinen Amneſtie, welche ausdrücklich frühere Correſpondenzen mit St. Germain mit umfaßte. Die Lords ſtimmten zu, und ſendeten die Bill an das Unterhaus, mit dem Wunſche, daß auch dieſes beitreten möge. So geſchah es, und bereits am nächſten Tage erfolgte die königliche Sanction [1]).

Geſetz zum Schutze der Vertreter fremder Mächte.

Unter den Angelegenheiten der Regierung und des Parlamentes, bei welchen eine Parteiſtellung nicht in Frage kam, war eine der wichtigſten die Schaffung eines Geſetzes zum Schutze der Vertreter fremder Mächte. Den Anlaß dazu hatte ein auffallendes Ereignis gegeben.

Als im Juli 1708 die Kunde umlief, daß der ruſſiſche Botſchafter Matueof ſeine Abſchieds-Audienz gehabt, und ſeine Abreiſe vorbereitete, erwirkten einige Kaufleute, denen er Geld ſchuldig war, einen Ver-

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 132. — Macpherson's Original Papers vol. II, p. 104.

haftsbefehl gegen ihn. Dies war möglich nach englischem Rechte, welches eine Immunität der Vertreter fremder Mächte bis dahin nicht kannte. Die Ausführung erfolgte auf offener Straße, wobei die Gerichtsdiener den von seinem Wagen aus in verschiedenen Sprachen um Hülfe schreienden Mann durch Mishandlungen zum Schweigen brachten und ihn dann ins Gefängnis schleppten. Auf die Bürgschaft eines ihm bekannten Kaufmannes, den er herbitten ließ, ward er dort in Freiheit gesetzt.

Kaum hatte Matueof seine Wohnung erreicht, als im Namen der Admiralität ein Rath derselben, Hill, der frühere Gesandte in Turin, bei ihm erschien, um ihm zu melden, daß die von ihm gewünschte Yacht bereit liege. Matueof antwortete, daß er nicht mehr die Yacht verlange, sondern Genugthuung für die erlittene Beleidigung. Dann erzählte er den Vorfall. Hill, zuerst sprachlos vor Erstaunen, brachte dann nur die Worte hervor: „Ich schäme mich ein Engländer zu sein“ [1]).

Der Staats-Secretär Boyle eilte zu dem Botschafter, und darauf richtete der letztere an jenen schriftlich seine Beschwerde und seine Forderung der Genugthuung [2]). Er verwies auf die ungleich geringere Beleidigung des Grafen Manchester kurz zuvor in Venedig, dem die Königin durch ihre Drohungen von der Republik eine eclatante Genugthuung verschafft, ferner auf die Sache des schwedischen Gesandten Stralenheim in Wien gegen den Grafen Zobor. Die Verlegenheit der englischen Regierung zeigt sich darin, daß vier Tage vergingen, ohne daß sie auch nur eine Aeußerung fand. Erst als dann Matueof unverzüglich seine Pässe verlangte, erfolgte am andern Tage, dem 27. Juli/7. August, eine Antwort Boyles, welche für die verhafteten Schuldigen die strengsten Strafen in Aussicht stellte, die das englische Gesetz gestatte. Die Antwort Matueofs vom selben Tage bestand in der erneuten Forderung seines Passes. Am 29. Juli/9. August erfolgte der Paß, zugleich mit der Versicherung, daß bereits 17 Personen in Haft genommen seien. Es war der dringende Wunsch der englischen Regierung, den Botschafter von der Absicht der Abreise ab-

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 7. August 1708.

[2]) Die Correspondenz bei Lamberty t. IV, p. 169 et suiv.

zubringen. Deshalb erſchien Boyle abermals am 30. Juli/10. Auguſt bei dem Botſchafter, theilte ihm mit, daß die Königin den Kaufmann, der Bürgſchaft geleiſtet, zum Ritter geſchlagen, daß ſie Willens ſei den Admiral Caermarthen, deſſen Perſönlichkeit dem Czaren genehm, in beſonderer Miſſion an ihn zu ſenden, und durch ihn ſagen zu laſſen, daß ſie nichts unterlaſſen werde, was zur Reparation einer ſo großen Beleidigung dienen könne. Die Worte blieben fruchtlos. Matueof nahm weder ein Recreditiv-Schreiben an, noch das ihm dargebotene Geſchenk von 1000 Pfund Sterling, noch die Yacht, ſondern nur den Paß. Am nächſten Tage, dem 31. Juli/11. Auguſt, ſchiffte er ſich auf einem holländiſchen Kauffahrer nach Holland ein [1]).

Dann ward es offenkundig, daß ungeachtet der ſcharfen Worte, deren ſich der Staats-Secretär Boyle vor Matueof über das Attentat bedient, den Klägern und dem Richter nach engliſchem Geſetze nicht beizukommen war. Bereits am 6./17. Auguſt befanden ſich faſt alle jene 17 Verhafteten wieder auf freiem Fuße [2]).

Am 19. September a. St. erließ die Königin Anna ein Handſchreiben an den Czaren Peter I., dem ſie darin den Titel der kaiſerlichen Majeſtät gab, alſo bevor Peter I. ſelber die Gleichſtellung des Czaren-Titels mit dem Kaiſer-Titel verlangte. Der Inhalt des Schreibens iſt ähnlich wie derjenige des früheren des Staats-Secretärs Boyle an den Botſchafter. Mit ſcharfen Ausdrücken wird das Attentat verurtheilt und die ſtrengſten Strafen in Ausſicht geſtellt. Zugleich aber bittet die Königin, daß der Czar nicht Unſchuldige und Schuldige verwechſeln wolle [3]). — Demnach gibt ſich die Beſorgnis kund, daß der Czar zu Repreſſalien an Engländern innerhalb ſeines Bereiches ſchreiten könne.

Das Schreiben der Königin an den Czaren kreuzte ſich mit einem von ſeiner Seite, welches zwei Tage früher, am 17. September, in Sowolewo geſchrieben war. Darin legt der Czar allen Nachdruck auf das Völkerrecht, und fordert vom Standpuncte desſelben aus volle Genugthuung. Principiell verlangte er für die ſämmtlichen Betheiligten, die Creditoren, welche die Verhaftung beantragt, den Richter,

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 12. Auguſt.
[2]) Desgleichen vom 17. Auguſt.
[3]) Lamberty t. IV, p. 173.

welcher die Vollmacht gegeben, die Gerichtsdiener, welche sie ausgeführt — die Todesstrafe. — Es mochte für die Königin von Groß-Britannien schwer sein, auf dieses Schreiben zu antworten: sie schwieg. Aber der Czar Peter forderte eine Antwort, und in dieser Forderung bestand fortan der Kern der Verwickelung.

Matueof, der sich nach dem Haag begeben hatte, mahnte von da aus nach London hin um eine solche Antwort. Es scheint, daß auch Boyle längere Zeit durch Schweigen abzukommen suchte [1]). Als ihm dies nicht mehr thunlich erschien, versicherte er, daß die Indignation der Königin über die dem Botschafter widerfahrene Behandlung dem Zorne desselben völlig die Wage halte. Aber dieser Anerkennung entsprach keine That. „Die Strafe, hieß es von englischer Seite, wird von allen Richtern unseres Königreiches feierlich erwogen werden, weil unsere Gesetze den Fall nicht vorhergesehen haben." Matueof seinerseits ermangelte nicht, solchen Reden gegenüber die Ueberlegenheit seiner Position zur vollen Geltung zu bringen.

Um ähnlichen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen, sah sich die englische Regierung genöthigt, einen Gesetzentwurf für die Privilegien der Gesandten ins Parlament einzubringen. Der Entwurf fand, weil er nicht von dem allgemeinen Völkerrechte ausging, nicht die Zustimmung der in London anwesenden Vertreter der fremden Mächte. Sie traten bei dem preußischen Botschafter Spanheim zusammen und verfaßten eine Denkschrift, welche Spanheim im Namen Aller den Staats-Secretären Sunderland und Boyle einreichte. Die Denkschrift verlangte namentlich, daß in dem Gesetzentwurfe nach den Worten: „Zur Verhütung derartiger Insolenzen" — eingeschaltet würde: „welche in Widerspruch stehen mit dem Völkerrechte und den von allen Zeiten her auf dasselbe begründeten Privilegien der Botschafter, Gesandten und öffentlichen Vertreter, sobald sie als solche anerkannt sind, eben so wie derjenigen der Könige oder Königinnen von Groß-Britannien an anderen Höfen" [2]). — In derselben Denkschrift der Gesandten folgen dann noch andere Puncte, immer auf das eine Ziel gerichtet,

[1]) Die Correspondenz bei Lamberty t. V, p. 204 et suiv.
[2]) A. a. O. p. 237.

daß in dem Geſetze für die Privilegien der Vertreter fremder Mächte die Poſtulate des Völkerrechtes zum Ausdrucke kommen ſollten.

Es gelang ihnen nicht: jene Zuſätze wurden in das Geſetz nicht aufgenommen. Dieſes knüpft an den Fall Matueof an, nennt zwar das Völkerrecht, jedoch ohne weitere Conſequenz, gründet ſich dagegen lediglich auf die Autorität der Königin mit dem Parlamente.

Der Staats-Secretär Boyle ſuchte dem Botſchafter Matueof den Erlaß dieſes Geſetzes wie eine Satisfaction für ihn darzuſtellen. Er hatte damit keinen Erfolg. „Ich wäre gern deſſen überhoben geweſen, antwortet Matueof, daß mein Name in der Geſchichte der Verfaſſung Ihres Landes eine Bedeutung hat und ſo der Nachwelt überliefert wird. Ich bitte jedoch nochmals mir zu ſagen, ob Ihre Majeſtät die Königin Willens iſt eine Satisfaction zu geben, die der Maßloſigkeit des mir widerfahrenen Affronts entſpricht, und wie Se. Majeſtät der Czar ſie verlangt, ſo wie auf ſein Handſchreiben zu antworten“ [1]). Die Mahnung war vom 24. Mai/4. Juni.

Es verging dann noch ein volles Jahr, bis endlich ſich die Königin zu einer Antwort und überhaupt zu einer Satisfaction entſchloß, mit welcher der Czar Peter I. ſich befriedigt erklärte [2]).

Verhalten des Parlamentes zu der Friedenshandlung.

Nach einer anderen Seite bethätigte ſich das Parlament in Betreff der Friedensforderungen, die man an Frankreich zu ſtellen habe. Wir werden die Beredungen, die in der erſten Hälfte des Jahres 1709 ſtatt fanden, nachher im Zuſammenhange zu überblicken haben. Es kommt hier zunächſt darauf an klar zu ſtellen, welchen Antheil das Parlament daran nahm.

Auf das Gerücht, daß Frankreich ſich bei der Republik der Niederlande ernſtlich um den Frieden bemühe, im Anfange März, regte Lord Somers im Oberhauſe eine Adreſſe an die Königin an, zum Ausdrucke der Forderungen, welche die Königin an Frankreich

---

[1]) Lamberty t. V, p. 236.

[2]) A. a. O. t. VI, p. 228.

ſtellen möge, nämlich der Anerkennung des eigenen Titels und derjenigen der proteſtantiſchen Thronfolge, und der Entfernung des Prätendenten aus dem franzöſiſchen Gebiete. Das Oberhaus trat einſtimmig bei, und ſendete dann den Entwurf an das Unterhaus. Dort machte der Staats-Secretär Boyle geltend, daß, nachdem die britiſche Nation ſo viel Blut und Geld für dieſen nothwendigen Krieg aufgewendet, es gerecht ſei, daß ſie durch den Frieden auch einen Vortheil erlange. Nun ſei die Stadt Dünkirchen ein Piraten-Neſt, von welchem aus dem Handel und der Schifffahrt unendlicher Nachtheil zugefügt werde: er beantrage daher, daß die Demolirung des Hafens und der Feſtungswerke von Dünkirchen als eine Friedensbedingung gefordert werden müſſe. Das Unterhaus ſtimmte zu, und eben ſo dann auch das Oberhaus. Am 3./14. März überreichten im Namen des Oberhauſes der Lord-Canzler, und im Namen des Unterhauſes der Sprecher der Königin dieſe Adreſſe. Sie antwortete, daß ſie in allen Puncten dieſer Adreſſe die Anſicht des Parlamentes theile, und ihrerſeits es nicht an Sorgfalt ermangeln laſſen werde, das gewünſchte Ziel zu erreichen [1]).

Da die Anträge in beiden Häuſern von Perſönlichkeiten der Regierung ausgegangen waren: ſo ſah man darin die Abſicht, gegen eine etwaige voreilige Friedensneigung in der Republik eine Schranke zu errichten. Andere waren indeſſen der Meinung, daß die Adreſſe in der Republik den entgegengeſetzten Erfolg haben könne. Denn die Forderung der Demolition von Dünkirchen, ſo ſehr ſie der engliſchen Macht zu gute komme, entſpreche eben darum nicht dem Intereſſe der Republik der Niederlande. Wolle man aber von dieſer verlangen, daß ſie für ein ſpecifiſch engliſches Intereſſe den Krieg verlängere, ſo könne leicht das Gegentheil die Folge ſein. Dies um ſo mehr, da auch ſo ſchon Marlborough und Godolphin im Verdachte ſtünden, auf die Verlängerung des Krieges auszugehen [2]).

Als die Friedensberedungen im Haag ſich hinzogen, entſchloß ſich Marlborough, im Anfange April, wieder hinüber zu gehen. Bevor er abreiſte, ward im Cabinetsrathe der Königin die Frage erwogen, ob es zweckmäßig ſei, die franzöſiſchen Vorſchläge dem Parlamente

[1]) Lords Debates vol. II, p. 261.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 19. März.

mitzutheilen und deſſen Gutachten darüber zu vernehmen. Einige Stimmen erhoben ſich zu Gunſten dieſes Vorſchlages, der die Räthe der Krone gegen alle Verantwortlichkeit decken würde. Andere dagegen machten geltend, daß eine ſolche Befragung einen Eingriff in die königliche Prärogative bedeute, und daß, wenn einmal ein ſolcher Schritt geſchehen, das Parlament ſich denſelben zu nutze machen, und fortan bei allen künftigen Tractaten fordern werde, zuvor gehört zu werden. Demnach ward die Frage verneint [1]).

Dennoch ward, bei der Ungewisheit, wie die Beredungen im Haag ausſchlagen würden, das Parlament, auch nach der Erledigung der Geſchäfte, noch beiſammen gehalten. Erſt am 21. April 2. Mai entſchloß ſich der Cabinets-Rath zur Vertagung. In der Schlußrede ſprachen die königlichen Commiſſäre dem Unterhauſe den beſonderen Dank der Königin dafür aus, daß es ſo zeitig und wirkſam die Mittel für die Fortſetzung des Krieges bewilligt habe, mit einer Vermehrung der Streitkräfte. „Euere Bereitwilligkeit, heißt es weiter, bei dieſer Lage der Dinge ſo bedeutende Mittel zu gewähren, und die dargebotenen Vorſchüſſe, welche ſie mit ſo geringer Belaſtung des Publicums zur Verwirklichung gebracht haben, beweiſen, wie völlig Ihr es verſteht von unſeren errungenen Erfolgen den rechten Gebrauch zu machen, und ferner, daß für pflichttreue und anhängliche Unterthanen, die in der Vertheidigung einer gerechten Sache handeln, nichts zu ſchwer fällt“ [2]).

Das Parlament hatte alſo keinen directen Einfluß auf die damaligen Friedenshandlungen: der indirecte Einfluß liegt in jenen Dankesworten angedeutet.

Die Friedenshandlung.

Beginn und Verlauf derſelben bis zum 28. April.

Die Antwort, welche der Miniſter Chamillart, im October 1708, durch Berwick auf den Antrag von Marlborough gegeben, läßt nicht auf eine damalige Friedenswilligkeit des Hofes von Verſailles ſchließen. Auch die dann noch zu Ende des Feldzuges ſich häufenden Nachtheile

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. April.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 134.

und Verluste riefen nicht eine Willigkeit dieser Art hervor. Marlborough machte für die Verstärkung der verbündeten Armee nach allen Seiten hin geltend, daß nach seinen Berichten Ludwig XIV. alle Kraft gegen den Norden aufbieten, seine Armee dort um 50 Bataillone und 50 Schwadronen verstärken werde. Aus aufgefangenen Briefen erfuhr man, daß das erste Unternehmen dem Wiedergewinne von Lille gelten, daß zu diesem Zwecke im Beginne des Monates April eine Armee von 150,000 Mann bereit stehen werde [1]).

Diese kriegerische Stimmung überwog bis mindestens in die zweite Hälfte des Monates Januar. Am 20. berichtet der Magyar Vetes aus Paris an Rakoczy: „Man hat hier den festen Entschluß eines nachdrücklichen Feldzuges. Aber bei Vielen regt sich Zweifel, ob Frankreich dazu im Stande, nachdem der harte Frost so viel verdorben hat. Es wird sogar eine allgemeine Noth befürchtet" [2]).

Die Schrecken dieses furchtbaren Winters waren damals noch nicht vorüber: vielmehr stand eine Erneuerung derselben noch bevor. Es ist von Interesse auf diese Sache näher einzugehen.

Am 3. December 1708 begann ein mäßiger Frost, der etwa drei Wochen anhielt. Dann trat Thauwetter ein und dauerte bis zum 6. Januar 1709. Von diesem Tage an erneuerte sich der Frost mit einer außerordentlichen Strenge, so sehr, daß man am 8. Januar die Rhone, einen der schnellsten Ströme Europas, an verschiedenen Stellen mit einer Eisdecke überzogen sah. Es gefroren die sämmtlichen Canäle von Venedig, die Mündung des Tajo bei Lissabon. Oelbäume und Weinstöcke zerbarsten. Der scharfe Frost dauerte bis zum 25. Januar. Dann fiel Schnee bis zum 6. Februar, und es trat sogar für mehrere Tage Thauwetter ein. Abermals jedoch erneuerte sich der Frost in gleich scharfer Weise wie im Januar und währte fort bis zum 6. März. Dann trat eine Milderung ein; aber vom 10. an wieder für etliche Tage Schnee und Frost. Der Eiswinter hatte demnach gedauert bis in den vierten Monat [3]).

---

[1]) Murray vol. IV, p. 429. Ein Schreiben aus Spanien an den Herzog von Orleans.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 120.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 384.

Die Calamität dieſes unſäglichen Froſtes ſcheint die ſüdlichen Länder, nach Verhältnis, härter betroffen zu haben als die nördlichen. Bereits am 4. Februar wußte man in Verſailles, daß der Froſt nicht bloß viele Reben getödtet habe, ſondern, aller Wahrſcheinlichkeit nach, auch das Saatkorn in der Erde [1]). Das bleiche Geſpenſt des Hungers ſtieg empor. Das franzöſiſche Volk ſeufzte nach Brot und Frieden.

Es iſt anzunehmen, daß die von allen Seiten einſtrömenden Berichte über den traurigen Zuſtand des Landes die Entſchlüſſe Ludwigs XIV., die im Januar noch kriegeriſch waren, im Februar zum Wanken gebracht haben.

Dazu kamen eben damals die Berichte des franzöſiſchen Botſchafters aus Conſtantinopel ein, welche zeigten, daß auf die lang gehoffte Erhebung der Türken zu Gunſten Frankreichs wider den Kaiſer durchaus nicht zu rechnen war. So empfindlich vielen Türken die Erinnerung an den Frieden von Carlowitz: der Großweſir, ſelber kriegsunkundig und darum im Falle eines Krieges ſehr exponirt, wollte ihn nicht brechen. Er hatte für die Hülfeleiſtungen einzelner Paſchas an Rakoczy die ſcharfe Grenze gezogen, daß nicht der Friede von Carlowitz offen verletzt werde. Nun nachdem die Rebellion an den Folgen des wuchtigen Streiches von Trentſchin langſam abſtarb, war bei jener Geſinnung des Großweſirs um ſo weniger auf eine Bethätigung für Frankreich zu rechnen. Der betreffende Bericht des Marquis Ferriol aus Conſtantinopel iſt vom 5. Februar [2]).

In Verſailles ſann man nach über einen Weg zum Frieden zu gelangen. Eine Anknüpfung dazu war möglich.

Wir haben geſehen, daß Ludwig XIV., nach dem für Frankreich unglücklichen Kriegsjahre 1706, verſchiedene Friedensverſuche gemacht: den einen durch den Prinzen Vaudemont in Mailand bei dem Prinzen Eugen, den anderen durch den Kurfürſten Max Emanuel bei den Generalſtaaten und bei Marlborough. Beide Verſuche waren zurück gewieſen. Dennoch waren ſeitdem die Fäden von Beſprechungen zwiſchen Holland und Frankreich niemals wieder völlig abgeriſſen. In der Republik war es, in Folge der einſtigen Vorbereitungen der Friedens-

[1]) Dangeau t. XII, p. 326.

[2]) Correspondance du Marquis de Ferriol p. 352.

ſchlüſſe von Nymegen und Ryswyck, wie zu einem Rechte der Gewohnheit geworden, daß man von dort aus, auch ohne Vorwiſſen und Betheiligung der Bundesgenoſſen, die Friedenswilligkeit des Gegners zu erforſchen ſuchte. Für Frankreich aber ſchien es, nach den Erfahrungen jener zwei Friedensſchlüſſe, eher möglich die Republik zu gewinnen als den Kaiſer oder England, und durch die Löſung dieſer einen der drei Hauptmächte aus der Allianz die furchtbare Kette derſelben zu zerſprengen.

Die hauptſächliche Perſönlichkeit, welche zum Zwecke der Uebermittelung nach beiden Seiten diente, war, wie bereits früher erwähnt, ein Herr von Petkum, nicht jedoch in ſeiner amtlichen Eigenſchaft als Geſandter für Holſtein, ſondern trotz derſelben. Der Rathspenſionär hatte ihm die Pflicht des Geheimniſſes auferlegt ſowohl gegenüber dem eigenen Herzog als deſſen Gönner, dem Könige Carl XII. von Schweden, mit der Zuſicherung des Schutzes und der Entſchädigung für jeden Nachtheil [1]). Genau genommen war alſo Petkum ein Diener des Rathspenſionärs Heinſius. Im Auftrage deſſen reiſte Petkum ſogar nach Verſailles.

Allein es fehlte bis in das Jahr 1709 hinein die Gemeinſamkeit eines Ausgangspunctes. Die Sendung des Mesnager nach dem Haag, im Januar 1708, war mislungen, weil, ſo viele Handelsvortheile er für die Republik bot, voran ſtand ſeine Forderung Spanien und Weſtindien für Philipp V. zu belaſſen. Im Januar 1709 verſuchte dieſer König ſelbſt durch ſeinen Miniſter, den Grafen Bergheyk, mit der Republik auf ähnliche Bedingungen hin anzuknüpfen. Er erhielt die Antwort: wenn nicht Spanien und Weſtindien, Mailand und die Niederlande, ſo wie ein günſtiger Handelsvertrag mit Frankreich angeboten werde: ſo werde man über die anderen Präliminar-Artikel nicht vertraulich ſich bereden können [2]).

Auf dieſe Antwort, welche von Seiten der Republik die Möglichkeit der Ueberlaſſung von Neapel und Sicilien für Philipp V. offen ließ, entſchloß ſich Ludwig XIV. in Unterhandlung zu treten. Er verlangte dafür, daß neben ſeinem Bevollmächtigten auch der Graf

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 386.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 119.

Bergheyck als derjenige Philipps V. zugelaſſen würde. Die Holländer lehnten ab.

Nach den Denkwürdigkeiten des Staats-Secretärs Torcy über dieſe Verhandlungen war es dabei Ludwig XIV. vor Allem darum zu thun, einen abermaligen Feldzug zu vermeiden, wäre es auch nur durch einen Waffenſtillſtand.

Am 5. März entſendete Ludwig XIV. als ſeinen Bevollmächtigten den Präſidenten Rouillé, der früher als Geſandter in Portugal gedient hatte. Am 17. März traf er in einem Dorfe nahe bei Moerdyk zuſammen mit zwei holländiſchen Bevollmächtigten, Buys, dem Penſionaris von Amſterdam, und Van der Duſſen, Penſionaris von Gouda.

Daß Derartiges vorbereitet werde, blieb dem kaiſerlichen Geſandten Heems im Haag nicht völlig verborgen. Er verlangte von dem Rathspenſionär Heinſius Auskunft darüber. Dieſer erwiederte, daß auch der Kaiſer Vorſchläge anhöre. Auf den Bericht des Heems ließ der Kaiſer Joſeph I. antworten, am 28. März, daß in dem einzigen Falle vor zwei Jahren, wo der Prinz Vaudemont dem Prinzen Eugen in Mailand Vorſchläge habe machen wollen, er dies ſofort zur Kunde ſeiner Verbündeten gebracht habe. — Dies Schreiben war von Wien aus noch nicht expedirt, als dort ein Courier aus Rom eintraf. Durch denſelben meldete der Botſchafter Prié, daß ein Duca di Monte Leone, nach mehreren vergeblichen Verſuchen, es dahin gebracht, daß er, Prié, bei einem Beſuche in einem Kloſter ihm nicht habe ausweichen können. Monte Leone eröffnete, daß er von Frankreich her vortheilhafte Vorſchläge für das Erzhaus habe, und daß, im Falle der Annahme, in Rom oder in Genua weiter verhandelt werden könne. Prié antwortete: er habe keinen Befehl, ſich in Unterredungen ſolcher Art einzulaſſen. Auch würden derartige Vorſchläge niemals vom Kaiſer einſeitig angehört, viel weniger noch auf Grund derſelben zu einer Unterhandlung geſchritten, ſondern zunächſt den Verbündeten alles mitgetheilt. — Heems erhielt den Auftrag, dieſen Verlauf bei dem Rathspenſionär nachdrücklich geltend zu machen [1]).

---

[1]) Kaiſerliches Reſcript an Heems, vom 28. März. Im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive.

Bevor noch dieſes geſchah, machte ſeinerſeits der Rathspenſionär dem Geſandten Heems officiell die Mittheilung, daß jene Beredungen in Moerdyk ſtatt fänden. Der Kaiſer begnügte ſich zunächſt zu antworten: er erwarte, daß man von holländiſcher Seite ſich auf eine Einräumung von Neapel und Sicilien für den Herzog von Anjou nicht einlaſſe. Die Sicherheit Europas beſtehe darin, daß Frankreich nicht mehr ſchaden könne [1]).

Schärfer noch lauteten die Aeußerungen von London aus.

Es ergab ſich, daß am ſelben Tage, wo Marlborough ſich in Oſtende nach London eingeſchifft, Rouillé in Brüſſel eingetroffen ſein mußte. Hatte alſo Marlborough um das Kommen desſelben vorher gewußt? Dies glaubten in Verſailles wenigſtens diejenigen, welche in das Geheimnis ſeines Antrages vom October zuvor eingeweiht waren. Torcy ſchreibt, daß Marlborough, über alles wohl unterrichtet und dabei überzeugt, daß nichts abgeſchloſſen werde ohne ihn, und daß er immer Meiſter ſein werde, die Unterhandlung zu fördern oder zu brechen, ſeine Einwilligung zum Kommen des Rouillé gegeben habe [2]). Demnach waren die Schritte von Verſailles her von dieſer Vorausſetzung aus bemeſſen.

Aber dieſe Vorausſetzung ſtützt ſich nicht auf eine Thatſache, noch ein beſtimmtes Zeugnis. Ferner ſtehen die Aeußerungen Marlboroughs entgegen. Er ſchrieb von St. James aus, am 11./22. März, an Wratislaw in Wien: „Wir haben hier ſeit heute Morgen die Beſtätigung der Ankunft des Präſidenten Rouillé in Holland, die unzweifelhaft überall große Unruhe erregen wird. Ich für mich weiß bisher nicht, was er vorzuſchlagen haben wird; aber nach meiner Ueberzeugung wird er, wenn es nicht ſein eigentlicher Zweck iſt alles in Wirrwar zu bringen, wenigſtens darauf ausgehen, die Saat der Eiferſucht zwiſchen den Verbündeten auszuſtreuen. Geben wir alſo Acht, daß wir uns nicht irre machen laſſen. Cadogan hat bereits vor acht Tagen Befehl erhalten ſich nach dem Haag zu begeben, und alle ſeine Schritte zu überwachen, und ich beeile mich nach Möglichkeit, um über das Meer zurückzugehen“ [3]).

---

[1]) Kaiſerliches Reſcript vom 4. April.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 168, 181.

[3]) Murray vol. IV, p. 471.

Daß Marlborough um das Kommen des Rouillé vorher nicht gewußt habe, wird ferner beſtätigt durch die Meldungen der kaiſerlichen Geſandten in London. Von holländiſcher Seite, meldeten ſie, ſei die Sache in aller Stille betrieben, aus Furcht daß England ſie hindern werde. Marlborough äußerte ſich in London geradezu, daß man in Holland, durch die Nicht-Mittheilung des Kommens von Rouillé, ihn hintergangen habe. Jedenfalls lag daraus vor Augen, daß ſein Anſehen in der Republik, einſt ſo hoch, nunmehr im Sinken begriffen ſei. Er äußerte ſich weiter: er glaube nicht, daß die Holländer die Sache wieder fallen laſſen würden, hoffe jedoch ſie bis zum Beginne des Feldzuges hinzuzögern, ſo daß, wenn einmal dieſer im Gange, ſich Mittel und Wege finden laſſen würden, auch dann noch die Sache weiter hinzuziehen und Frankreich zu beſſeren Bedingungen zu zwingen[1]).

Es iſt daher ſcharf zu unterſcheiden zwiſchen dem Erbieten, das Marlborough, im October 1708, an Berwick hatte gelangen laſſen, und ſeiner Haltung im Frühlinge 1709. Ob jenes Erbieten und auf welche Bedingungen durchführbar geweſen wäre, kann Niemand ſagen; aber jedenfalls war es darauf angelegt, die Führung der Dinge in die Hände Marlboroughs zu bringen. Bei der Unterhandlung vom Frühlinge 1709 dagegen war die Initiative von Anderen ausgegangen. Eine ſelbſtändige Stellung, eine Führung für Marlborough war daher nicht anders möglich als im Einverſtändniſſe mit der in England herrſchenden Whig-Partei, ſo daß er als der Repräſentant der Anſichten und Beſtrebungen derſelben gegenüber Frankreich erſchien. Indem Ludwig XIV. und Torcy dieſen Unterſchied ſich nicht klar machten, geriethen ſie über Marlborough in Irrthümer.

Das Mistrauen in die Sendung des Rouillé, welchem Marlborough in jenem Schreiben an Wratislaw in Wien, ſo wie ſonſt auf vielfache Weiſe ſchriftlich und mündlich Ausdruck gab, entſprach der Stimmung der Perſönlichkeiten der engliſchen Regierung, ſo wie der Mehrheit des Parlamentes. Jene Adreſſe, durch welche dasſelbe die engliſchen Forderungen für den Frieden ausſprach und beſonders die Demolirung von Dünkirchen verlangte, war beſchloſſen worden vor dem Eintreffen Marlboroughs in London, und zwar auf den

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. März.

Antrag des Staats-Secretärs Boyle. Die Zerstörung Dünkirchens war aber nicht ein allgemeines Interesse der großen Allianz wider Frankreich, sondern ein specifisch englisches und sicherlich der Republik der Niederlande nicht einmal erwünscht. Die Forderung war also nicht bloß direct gegen Frankreich gekehrt, sondern indirect auch eine Mahnung an die Republik [1]).

Bereits am 15./26. März gibt Marlborough nach Wien und Berlin hin kund, daß die französischen Umtriebe in Holland ihn nöthigen werden, seine Rückkehr dahin zu beschleunigen. Er glaube freilich, sagt er dann, daß diejenigen, welche zu den Beredungen dort die Hand geboten, schon beginnen es zu bereuen. „Denn es ist ja sicher, wie ich früher bereits angedeutet habe, daß Frankreich nur darauf ausgeht uns zu täuschen" [2]). Seine Ansicht gab im Rathe der Königin den Ausschlag. Am 19./30. März erhielt er den Befehl der Königin hinüber zu gehen und die Schritte dort zu überwachen. Der ungünstige Wind verzögerte für mehrere Tage die Abfahrt [3]).

Unterdessen hatten Rouillé und die zwei Holländer wiederholt verhandelt, nicht bloß über Bedingungen für die Republik, sondern über die sämmtlichen Interessen der Allianz und der einzelnen Mitglieder, zuerst in Moerdyk, nachher in Woerden. Für Ludwig XIV. war das hauptsächliche Interesse die Entschädigung, wie er es benannte, seines Enkels Philipp V. Er ließ von derselben eine Forderung nach der anderen fallen bis auf diejenige von Neapel und Sicilien. Auch darauf beließen die zwei Holländer nur geringe Hoffnung. Das hange von der Einwilligung Englands ab, sagten sie; aber es würde viel sein, wenn England nur das Königreich Neapel allein für Philipp V. zugestehe. „Demnach, sagt Torcy, stellten die Holländer in ihrer servilen Unterwürfigkeit vor England, der Entscheidung dieser Macht und derjenigen des Kaisers, eine wesentliche Bedingung des Friedens anheim, beließen also diesen selber ungewis, zu einer Zeit, wo der König ihrer Republik die Ehre erwies, sich an sie zu wenden für die Erleichterung der Herstellung des allgemeinen Friedens" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. März.
[2]) Murray vol. IV, p. 473.
[3]) A. a. O. p. 474.
[4]) Mémoires de Torcy t. I, p. 174.

Der damals einundſiebenzigjährige König mochte allerdings ſich gegenwärtig halten, daß nunmehr eine andere Zeit gekommen war als 1672, wo er vierunddreißigjährig, um ſeines Ruhmes willen, die flehende Bitte dieſer Republik um den Frieden zurück wies.

Den Holländern war das hauptſächliche Intereſſe ihre Barriere gegen Frankreich, nämlich das Recht der Beſatzungen in den Feſtungen Belgiens auf Koſten dieſes Landes. Dieſe Barriere müſſe ſo ſtark ſein, ſagte Buys zu Rouillé, daß fortan die Republik ſich gegen jeden Uebergriff Frankreichs ſicher fühlen könne. Dieſem Principe gemäß fielen die Forderungen aus. Außer den bereits genommenen Städten verlangten die Holländer noch Tournay, Maubeuge und Condé. Man wurde darüber nicht einig.

Der eigentliche Zweck von franzöſiſcher Seite bei dieſen Conferenzen, die am 4. April bis auf näheren Beſcheid aus Verſailles ſiſtirt wurden, ergibt ſich aus den Worten des Torcy: „Die Bedingungen, welche der König den Holländern bewilligte, ſowohl für ihren Handel als für die Sicherheit ihrer Barriere, waren für ſie ſo vortheilhaft, ſo überwiegend gegen dasjenige was ſie von ihrer Allianz mit den gegen Frankreich feindlichen Mächten hoffen durften, daß man Grund hatte zu erwarten, eine ſo kluge Republik werde nicht die günſtige Gelegenheit verlieren, in vollem Maße zu erlangen, was ſie nur wünſchen konnte“ [1]).

Demnach hofften Ludwig XIV. und Torcy durch die Zugeſtändniſſe die Republik aus der Allianz zu löſen, dieſe zu zerſprengen. Die Berechnung erwies ſich nicht als richtig.

Rouillé verblieb in Bodegrave, um Antwort auf die letzten Forderungen von Buys und Van der Duſſen abzuwarten. Dieſe zwei begaben ſich nach dem Haag, um Bericht zu erſtatten. Dort trafen am 7. und 9. April auch der Prinz Eugen und Marlborough ein. Die Verſtändigung zwiſchen ihnen war leicht, weil die Inſtruction des Prinzen Eugen ihn anwies in Allem mit England, alſo mit Marlborough, zuſammen zu gehen [2]). Minder entſchieden war, gemäß der Stimmung in der Republik, der Rathspenſionär. Als Marlborough

[1]) A. a. O. p. 177.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 56.

ihm eröffnete, daß seine Instruction für Philipp V. von dem spanischen Erbe nichts beließ, erwiederte Heinsius mit sichtlichem Staunen: er besorge, daß man Frankreich dahin nicht werde bringen können. Marlborough entgegnete: er könne von keinem Puncte abgehen, und, in Betracht der Misere in Frankreich, die eine weitere Kriegführung fast unmöglich mache, dürfe man mit Recht erwarten, daß Frankreich sich in jegliche Bedingung eines dauernden Friedens fügen werde. Heinsius versetzte: „Ich weiß, daß Frankreich sehr erschöpft ist; aber ich muß Ihnen auch im Vertrauen meine Ueberzeugung aussprechen, daß es hier zu Lande noch schlimmer steht. Bisher hat die Hoffnung auf einen baldigen Frieden das Volk noch bei gutem Willen erhalten; aber ich fürchte die Folgen der Vereitelung; denn die großen Städte, überhaupt die Menge, würde sie England zur Last legen. Jedoch werde ich das Aeußerste aufbieten, daß kein Schritt anders geschieht als in Uebereinstimmung mit der Königin und den Verbündeten." Noch am selben Abende erfuhr Marlborough, daß auf den Bericht von Buys und Van der Dussen die Stände von Holland den entsprechenden Beschluß gefaßt hatten [1]).

Zugleich aber stiegen damit die Ansprüche auch an die Bewilligung Englands in Betreff der Barriere. Die Holländer verlangten noch einige Städte mehr. Die Summe für den Unterhalt der Besatzungen darin, meinten sie, dürfe nicht weniger als etwa 300,000 Pfund Sterling betragen. „Kurz, meldet Marlborough heim, sie verlangen so ziemlich ein Königreich." Er hielt ihnen die Frage entgegen, was denn dem Könige Carl III. von seinem Lande noch übrig bleiben solle. Dann jedoch suchte er auszuweichen mit dem Einwande: die Sache sei zur Erörterung noch nicht reif [2]).

Die Liste der von den Holländern noch ferner als Barriere verlangten Städte, der eroberten wie Lille, und der noch nicht eroberten wie Tournay und anderer, erregte auch Godolphins Staunen und Unwillen [3]). Die Forderung, welche Lüttich, Huy und Bonn mit umfaßte, war so stark, daß der Prinz Eugen und Marlborough den

---

[1]) Murray vol. IV, p. 475.
[2]) A. a. O. p. 482.
[3]) Coxe vol. II, p. 398.

Verdacht faßten: die Forderung solle, im Falle der Ablehnung, den Vorwand hergeben, die französischen Vorschläge anzunehmen. — „Ich bin daher, schreibt der Prinz Eugen dem Kaiser, mit Marlborough einig, daß wir trachten müssen, den Feldzug zu beginnen" [1]). Sie drängten daher nach allen Seiten auf die Bereitschaft der Truppen für den 1. Mai.

Unterdessen hatte Rouillé von Versailles her Antwort erhalten, und Buys und Van der Dussen begaben sich zu ihm nach Bodegrave. Ludwig XIV. gab noch einige Städte für die Barriere zu, verlangte aber Lille zurück und bestand auf Neapel und Sicilien für Philipp V. Auf die Mittheilung dessen trat Marlborough, am 23. April, bei Heinsius mit seiner vollen Instruction hervor. Sie lautete: „Im Namen der Königin soll Marlborough dem Rathspensionär erklären, daß keine Friedenshandlung mit Frankreich geschlossen werden darf, bevor die Präliminarien derselben zwischen England und der Republik festgestellt sind. Er soll die Hoffnung aussprechen, daß die Generalstaaten übereinstimmen mit den Forderungen der Königin und ihres Volkes, die in so vielen Adressen des Parlamentes ihren Ausdruck gefunden haben, nämlich daß kein Friede sicher noch ehrenhaft sein kann, der nicht die gesammte spanische Monarchie dem Hause Oesterreich zurück gibt; ferner daß der französische König sich verpflichte, den Titel der Königin und die gesetzlich festgestellte Thronfolge in Groß-Britannien anzuerkennen; ferner daß der Prätendent aus Frankreich entfernt, und endlich daß die Festungswerke und der Hafen von Dünkirchen zerstört werden. — Dazu wünscht die Königin, daß Präliminarien festgestellt werden für die Sicherheit und das Interesse der Generalstaaten, besonders in Betreff einer Barriere, über welche ein Vertrag so lange schon in der Schwebe ist. Die Königin ist willig die Bürgschaft für dieselbe zu übernehmen, in der Voraussetzung, daß die Generalstaaten in gleicher Weise die protestantische Thronfolge gewährleisten werden" [2]).

Wir erinnern uns, daß der Gedanke die protestantische Thronfolge in England durch einen Vertrag mit den Generalstaaten ver-

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 60.

[2]) Coxe vol. II, p. 395.

bürgen zu lassen, durch eine Parlaments-Adresse, vom 29. November/10. December 1705, zum Ausdrucke gelangt war. (Vgl. Band XII, S. 13.) Bei den Bemühungen um einen solchen Vertrag im Haag hatte Lord Halifax die Antwort erhalten, im August 1706, daß England zur Gegenleistung den Generalstaaten eine Barriere in den spanischen Niederlanden verbürgen möge. (Vgl. Band XII, S. 217.) Von da an hatte die Angelegenheit geruht. Indem sie nun in Anlaß der Präliminarien in dieser Form wieder zur Sprache kam, durfte man von englischer Seite im voraus sicher sein, daß die Republik principiell zustimmen würde. Für die Republik dagegen eröffnete sich die Aussicht, daß England, in den Zugeständnissen für die Barriere, bis an die Grenze des in Rücksicht auf das eigene Interesse Zulässigen gehen würde.

Der Eindruck der Mittheilung der Instruction von Marlborough auf Heinsius war ein solcher, daß Marlborough nach London meldete, man dürfe sich auf Heinsius völlig verlassen. Dieser erzählte weiter: in der letzten Conferenz sei Rouillé so hochfahrend aufgetreten, und habe wiederum auf holländischer Seite eine so feste und ablehnende Haltung gefunden, daß man seine Abberufung erwarten dürfe. In diesem Falle solle von holländischer Seite alles bereit sein für den Beginn des Feldzuges am 1. Mai [1]).

Um die Entfernung des Rouillé und damit um den Abbruch der Verhandlungen war es wie dem Prinzen Eugen, so auch Marlborough und der in England herrschenden Whig-Partei hauptsächlich zu thun. „Ich und der Mylord, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, am 23. April, bleiben darin einig, daß wir darauf dringen wollen, den Rouillé aus dem Lande zu bringen" [2]). Dies war aber eben die schwere Aufgabe. Marlborough schreibt, am 24. April, an Moles in Barcelona: „Die Erbietungen des Rouillé haben auf die Gemüther hier einen solchen Eindruck gemacht, und diese scheinen mir überhaupt so sehr zum Frieden geneigt, daß es schwer halten wird, diese Unterhandlungen abzubrechen und zu verhindern, daß sie zu einem Abschlusse gelangen" [3]). Bestimmter noch schreibt er an den General Stanhope

[1]) Murray vol. IV, p. 486. Vom 23. April.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 62. Vom 23. April.

[3]) Murray vol. IV, p. 488. Vom 24. April.

dort: „Aus meinem Schreiben an Moles werden Sie meine Beſorgnis erſehen, daß ich mich nicht für fähig erachte, dieſe Unterhandlungen hier zu durchbrechen, wo ich doch die Dinge für einen allgemeinen Frieden noch nicht reif halte. Denn wir haben vor uns die Ausſicht auf einen glücklichen Feldzug, in welchem nach aller Wahrſcheinlichkeit auch der geringſte Erfolg den Feind nöthigen wird, ſich Allem zu fügen, was wir vernünftiger und gerechter Weiſe von ihm verlangen." — Indem Marlborough ähnlich nach England an den Staats-Secretär Boyle berichtet, entwickelt ſich daraus für ihn ein neuer Gedanke, nämlich derjenige einer Ueberfahrt nach England zur Abſtattung eines mündlichen Berichtes [1]). Der eigentliche Zweck war, wie ſich dann bald ergab, die Erweiterung der Barriere für die Republik.

Der in England herrſchenden Partei mochte eine ſolche Conceſſion an die Republik um ſo mehr gerathen erſcheinen, weil dort bei Einigen die Anſicht vorwaltete, daß die Holländer die Königreiche Neapel und Sicilien lieber in den Händen eines Bourbon als eines Habsburgers ſehen würden. Dies war namentlich die Anſicht Godolphins. Indem er ſie dem kaiſerlichen Reſidenten Hoffmann ausſprach, fügte er hinzu, in voller Uebereinſtimmung mit Marlborough: „On n'a qu'à tenir ferme pour que la France vienne à demander l'aumône" [2]).

Marlborough führte die am 24. April vom Haag aus kund gegebene Abſicht aus. Am 21. April/2. Mai traf er in London ein. In den nächſten Tagen ſchon war in den politiſchen Kreiſen der Zweck ſeiner Reiſe kein Geheimnis mehr. Er verlangte, daß ein Mitglied der Whig-Junta ihm nach dem Haag hin beigeordnet werde, um die Angelegenheit der Barriere zu regeln [3]). Zunächſt ſchien dafür in Betracht kommen zu müſſen Lord Halifax, der drei Jahre zuvor die ähnliche Miſſion gehabt. Aber dieſer war nicht willig, und machte aus ſeinen Gründen kein Hehl. Wenn Marlborough vorher ſähe, ſagte er, daß der mit der Republik feſtzuſtellende Vertrag zur Zufriedenheit der engliſchen Nation ausfallen würde, ſo würde er die Ehre des Abſchluſſes mit Niemandem theilen wollen. Das Werben um einen Beigeordneten

[1]) Murray vol. IV, p. 487.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 9. April.
[3]) Desgleichen vom 3. Mai.

errege daher den Verdacht, daß er das etwaige Odium auf dieſen Genoſſen abſchieben wolle. — Es kam dann Lord Sunderland in Vorſchlag; aber gegen ihn ward der Einwand der Vehemenz ſeines Auftretens erhoben. Dagegen fand ſich, außerhalb der Junta, in der Whig-Partei ein jüngeres Mitglied, Lord Townſhend, welcher ſich bereit erklärte, mit Marlborough nach dem Haag zu gehen. „Er iſt, fügt Hoffmann ſeinem Berichte hinzu, biegſam und gelehrig“ [1]).

Diejenigen, welche von der Anſicht ausgingen, daß Ludwig XIV. es mit dieſen Friedensberedungen nicht ehrlich meine, fanden eine Beſtätigung derſelben in der Nachricht, die damals durch Europa lief, daß Philipp V., am 7. April, ſeinen noch nicht zweijährigen Sohn zum Prinzen von Aſturien erklärt und als ſolchem, nämlich als Thronerben von den Cortes habe huldigen laſſen. Die Feierlichkeit ward erhöht durch die darauf folgende Firmung des Kindes durch den Patriarchen von Indien in der Hieronymus-Kirche zu Madrid [2]). In London, im Haag, in Wien durfte man ſich fragen, wie das möglich war zu einer Zeit, wo Ludwig XIV. ſeine Forderung für ſeinen Enkel auf Neapel und Sicilien beſchränkte. In der That aber beabſichtigte Philipp V. damit eine Demonſtration nicht bloß den Spaniern gegenüber. Er ſchrieb zugleich an Ludwig XIV., daß er Spanien nur mit dem Leben aufgeben werde. Es iſt daher anzunehmen, daß die Demonſtration nicht bloß nicht mit Vorwiſſen Ludwigs XIV. erfolgt, ſondern ihm ungelegen gekommen ſei. Er antwortete, am 28. April, ſeinem Geſandten Amelot in Madrid: „Es gibt Verwickelungen, in denen der Muth der Klugheit nachſtehen muß, und da die Völker, wenn auch zur Zeit noch ſo eifrig, vielleicht nicht immer eben ſo geſinnt ſein werden, und nicht ſo feſt wie mein Enkel, ſo iſt es beſſer darauf zu gedenken, daß ihm an irgend einem Orte eine Herrſchaft verbleibt, als alle ſeine Länder zugleich zu verlieren“ [3]).

In ähnlicher Weiſe wirkte das Vorgehen Philipps V. gegen den päpſtlichen Nuntius Zondodari. Clemens XI. hatte damals, wie wir

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Mai.

[2]) Bericht der Königin an die Herzogin von Bourgogne, bei Lamberty t. V, p. 320.

[3]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 200.

ſpäter beſtimmter erſehen werden, dem Andringen des Kaiſers nachgegeben, und Carl III. als König anerkannt. Darauf gebot Philipp V. dem Nuntius Zondodari, Madrid zu verlaſſen. Man fragte ſich, wie bei der notoriſchen Abhängigkeit Philipps V. von Ludwig XIV. dies möglich ſei, wenn der Letztere es mit dem Verzichte ſeines Enkels auf das Königreich Spanien ehrlich meine [1]).

Der Staats-Secretär Torcy im Haag.

Unterdeſſen ſtieg in Frankreich mit jedem Tage die Noth und das Bedürfnis des Friedens. Die Gründe dafür wurden mit Nachdruck geltend gemacht in einem Conſeil vom 28. April, dem muthloſeſten, das vielleicht bis dahin Ludwig XIV. abgehalten. Aber die ſchwierige Frage war, wie zum Frieden zu gelangen. Ludwig XIV. klagte die Holländer der Unaufrichtigkeit an; denn auf den Brief Van der Duſſens, der Neapel und Sicilien nicht erwähne, habe er ſich in die Unterhandlung eingelaſſen, in der Hoffnung jene Länder für Philipp V. zu retten. In der Wirklichkeit war doch dieſer Vorwurf nur eine Umhüllung des Verdruſſes, daß es nicht gelungen war, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen, noch einen Stillſtand zu erlangen. Es blieb alſo kein anderes Mittel als neue Conceſſionen auf allen Gebieten. Nur an Neapel noch für ſeinen Enkel wollte Ludwig XIV. feſthalten [2]).

Als der König die Räthe entließ, blieb der Staats-Secretär Torcy bei ihm zurück, um einen neuen Vorſchlag zu machen. Von dem langſamen Wege der Conferenzen in Bodegrave, ſagte er, ſei nichts mehr zu hoffen, zumal da der Beginn des Feldzuges vor der Thüre ſtehe. Da der König die Verhandlungen nicht abbrechen wolle, ſo müſſe er ſie beſchleunigen. Zu dieſem Zwecke erbiete er, Torcy, ſich nach Holland zu gehen. Der König nahm an. Ausgerüſtet nur mit einem Courier-Paſſe brach Torcy am Abende des 1. Mai von Paris auf. Am 4. paſſirte er Brüſſel, wo ſich der Prinz Eugen befand. Dieſer meldete am 6. dem Kaiſer, daß ein Unbekannter durchgekommen,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Mai.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 213 et suiv.

welchen das Gerücht als Torcy bezeichne[1]). Am selben Tage trat Torcy im Haag vor den staunenden Rathspensionär Heinsius. So lange es möglich war, blieb seine Anwesenheit dort geheim.

Torcy selber hat in ausführlicher Weise seine Mission für die Nachwelt dargelegt. Es kommt für uns auf die Grundzüge an.

Gleich der erste Bericht Torcys nach Versailles spricht die Ansicht aus, daß, obwohl Heinsius, Buys und Van der Dussen in den Unterredungen mit ihm die Interessen aller Verbündeten vertreten, doch nur der Artikel der Barriere ihnen nahe gehe. — „Ich habe mich jedoch entschlossen, fügt er dann hinzu, Marlborough abzuwarten, wenn seine Rückkehr sich nicht zu sehr verzögert. Denn es scheint mir, daß bei der Lage der Dinge er den Ausschlag geben, und daß sich ein Mittel bieten wird, ihn zum Frieden geneigt zu machen"[2]).

Dies ist also das System, nach welchem Torcy arbeitet: er sucht die Holländer zu gewinnen durch Nachgiebigkeit für ihre Forderungen der Barriere; er will dann die darin zufrieden gestellten Holländer verwenden zum Drucke auf Marlborough, und zugleich diesen persönlich geneigt machen. Wenn Holland und England zufrieden, so würde ein Widerspruch der anderen Verbündeten den Frieden nicht hindern[3]).

In seiner Antwort vom 14. Mai geht Ludwig XIV. völlig auf den Plan seines Ministers ein. Er glaubt Grund zu haben zu der Annahme, daß die Generalstaaten sich seinen Erbietungen gegenüber willig beweisen werden. Dagegen soll Torcy dem Marlborough das Erstaunen des Königs aussprechen, daß seine Bemühungen für den Abbruch der Verhandlungen mit seinen früheren Erbietungen für den Frieden nicht im Einklange stehen. Dennoch werde der König es gern sehen, wenn Marlborough durch sein Verhalten den Lohn erwerben wolle, den der König ihm versprochen habe. Damit Torcy sich vor Marlborough klar darüber aussprechen könne, folgt dann ein genauer Tarif: zwei Millionen französischer Livres, wenn Neapel und Sicilien für Philipp V. erhalten werden, oder, im äußersten Falle,

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 84.

[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 15.

[3]) A. a. O. p. 25.

auch nur Neapel allein; zwei Millionen für die Erhaltung von Dünkirchen mit Feſtungswerken und Hafen für Frankreich; dieſelbe Summe für Straßburg; in Allem vier Millionen, wenn Neapel und Sicilien für Philipp V. erlangt werden, Dünkirchen und Straßburg für Ludwig XIV. erhalten bleiben [1]).

Die Anweſenheit von Torcy im Haag konnte, bei aller Geheimhaltung, nicht lange unbekannt bleiben. Bereits am 10. Mai war die Nachricht in London, und der beigefügte Irrthum, daß Torcy mit Vorwiſſen und Zuſtimmung der Leiter der Republik gekommen, erregte Mistrauen gegen dieſelben [2]). Es kam weiter die Nachricht ein, daß Torcy in Betreff der Barriere für die Republik ſehr freigebig ſei. Einer der Geſandten bemerkte darauf dem Staats-Secretär Sunderland, daß dieſe Freigebigkeit wurzele in der Hoffnung auf Neapel und Sicilien für Philipp V. „Ich bin derſelben Anſicht, erwiederte Sunderland. Aber glauben Sie mir auch, daß ein engliſcher Miniſter, der eine ſolche Ceſſion unterzeichnet, damit ſeinen Kopf verwirkt haben würde" [3]).

Auf Marlborough wirkte die Nachricht der Ankunft von Torcy im Haag beſchleunigend für ſeine Rückkehr dahin. Ihn begleitete Lord Townſhend mit Vollmacht zu Bewilligungen für die Barriere der Holländer. Marlborough ſchrieb darüber an Stanhope: „Ich hoffe, der König (Carl III.) wird der Königin einige Willfährigkeit darin nicht verargen; da ſie ja dabei keine andere Abſicht haben kann als die Generalſtaaten bei der Forderung der geſammten ſpaniſchen Monarchie feſtzuhalten" [4]). Die Bewilligungen von Lord Townſhend im Namen Englands für die Barriere der Republik gingen dann allerdings ſehr weit; doch kam der Vertrag darüber erſt im October zum Abſchluſſe. — Einſtweilen begnügten ſich die Generalſtaaten mit dem Verſprechen, und ließen der Königin eine Denkſchrift einreichen, des Inhalts, daß ſie, weit entfernt ſich zu übereilen, dem Kaiſer und dem Herzoge von Savoyen die Zuſicherung eingeſendet, in nachdrücklicher

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 159.
[2]) Hoffmanns Berichte vom 10. und 14. Mai.
[3]) Desgleichen vom 21. Mai.
[4]) Murray vol. IV, p. 496. Vom 1./12. Mai.

Weise ihre Interessen zu vertreten. — Die Denkschrift nahm in London jegliche Besorgnis über das unvermuthete Erscheinen von Torcy im Haag hinweg [1]).

Auch diesem selber und Rouillé, den von Bodegrave her er nach dem Haag berufen, ward es täglich klarer, daß jeglicher Versuch die Republik loszureißen, vergeblich blieb. Eines Tages, am 15. Mai, sagte der Rathspensionär: „Sie würden vielleicht lieber mit dem Prinzen Eugen und mit Marlborough unterhandeln?" — „Nicht doch, versetzte Torcy. Da der Zweck meiner Reise hauptsächlich die Republik betrifft, so würde ich viel lieber, ohne die Genannten, mit Ihnen und den Deputirten der Republik unterhandeln." Heinsius wiederholte nochmals das schon oft gesprochene Wort: „Wir sind unseren Bundesgenossen durch Verträge verpflichtet" [2]).

In der That vertraten die Holländer eine Reihe von Forderungen der Verbündeten. Diese Forderungen strömten ein von dem Kaiser, dem Reichstage in Regensburg, insbesondere von den vier oberen Kreisen, von Victor Amadeus, von vielen Anderen. „Jeder Souverän, meldet Torcy, vermeint im Rechte zu sein, Forderungen an die Krone Frankreich zu stellen. Er würde es mit seiner Ehre nicht vereinbar halten, wenn er zum Nachtheile der Krone nicht etwas zu fordern wüßte" [3]).

In der Wirklichkeit aber war dies doch der in menschlichen Verhältnissen sicher voraus zu sehende Rückschlag. Seit nunmehr siebenzig Jahren hatte die Krone Frankreich, im Trotze auf die Ueberlegenheit ihrer Macht, zahllose Uebergriffe in das Recht der Schwächeren verübt. Nun wo diese Macht völlig zu Boden zu liegen schien, forderte ein Jeder sein wahres oder vermeintes Recht zurück. Es wäre zu verwundern, wenn es anders gewesen wäre.

Der Prinz Eugen, der am 12. Mai von Brüssel aus im Haag eingetroffen war, schrieb von dort aus am 17. Mai dem Kaiser: „Alle Thatsachen bewahrheiten, daß Frankreich den Krieg auf keine Weise mehr auszuhalten vermag, und daß man daher, wenn man nur will, alles

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Mai.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 57.
[3]) A. a. O. p. 63.

haben kann was man verlangt. Folglich iſt alles nur daran gelegen, daß man zuſammen hält und ſich unter einander wohl verſteht“ [1]).

Die Meldungen, die aus Frankreich ſelbſt über das Danieder-Liegen dieſer Macht einliefen, lauteten ſo verzagt und verzweifelt, daß auch die Holländer bei aller der Friedensneigung, die in England einige Wochen zuvor noch Beſorgniſſe erregt hatte, dennoch im Mai ſich ähnlichen Anſchauungen hingaben wie der Prinz Eugen. Ein für Frankreich wohlmeinender Holländer, als welchen Torcy den Penſionarius Van der Duſſen anerkannte, wies ihn wiederholt darauf hin. „Die Beſchlüſſe der Provinz Holland, ſagte er, der hauptſächlichen von allen, hangen ab von mehr als 500 Stimmen. Die Mehrheit derſelben iſt erfüllt von der Meinung, daß es mit der Macht Frankreichs zu Ende geht, und andererſeits ſo erregt durch die Erinnerung an vergangene Zeiten, daß ſie, ohne weiter viel zu erwägen, bereit ſind zu dem Beſchluſſe: jetzt endlich ſei die Zeit gekommen, den mächtigen Feind völlig zu Boden zu ſchlagen.“ — Van der Duſſen rieth nicht zu zaudern, nicht erſt die Ankunft Marlboroughs abzuwarten, der neue Schwierigkeiten erregen werde, ſondern alle Forderungen zu gewähren [2]). Van der Duſſen mochte freilich nicht wiſſen, warum Torcy darauf warten wollte.

Marlborough und der Prinz Eugen hatten verabredet, einander im Haag zu treffen. Die Anweſenheit des Letzteren im Haag, ſeit dem 12. Mai, übte zunächſt jedoch auf die Verhandlungen keinen Einfluß. Der Prinz Eugen mengte ſich in dieſelben nicht ein, weil ein eigentlicher Botſchafter für den Frieden ernannt war, Graf Sinzendorf, der ſich bereits auf dem Wege befand. Marlborough dagegen war zugleich Botſchafter und Feldherr. Am 18. Mai traf er mit Townſhend im Haag ein, und von da an wurden die Verhandlungen lebhaft.

Torcy, der im Hauſe Petkums wohnte, ſuchte durch dieſen bei Marlborough ſofort um eine Beſprechung an. Sie erfolgte. Marlborough betheuerte ſeinen tiefen Reſpect vor dem Könige, und nannte bald den Namen Berwick. Torcy antwortete, daß ihm die Einzelnheiten der Correſpondenz bekannt, und daß die Geſinnungen des Königs noch dieſelben ſeien. (Vgl. S. 229.) „Il rougit, et passa aux propo-

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 104.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 46.

sitions faites pour la paix.“ Der erſte Anwurf war alſo nicht günſtig. Vielmehr ging in Erfüllung, was Van der Duſſen vorausgeſagt: Marlborough brachte eine neue engliſche Bedingung mit, die Forderung der Rückgabe von Terre-Neuve in Nord-Amerika [1]).

Dann wendete ſich das Geſpräch auf den König von England, wie Torcy, oder den Prinzen von Wales, wie Marlborough den Ritter von St. Georg benannte. Marlborough betheuerte ſeinen ſehnlichen Wunſch ihm einen Dienſt erweiſen zu können als dem Sohne eines Königs, für den er gern Blut und Leben hingegeben hätte. Marlborough nannte ſeinen Gefährten Townſhend. „Ich habe in ſeiner Perſon, ſagte er, einen Aufſeher, obwohl er ein rechtſchaffener Mann iſt, den ich aus der Whig-Partei habe wählen laſſen. In ſeiner Gegenwart muß ich reden wie ein hartnäckiger Engländer; aber ich möchte von ganzem Herzen dem Prinzen von Wales einen Dienſt erweiſen, und wünſche, daß Sie durch Ihr Andringen zu ſeinen Gunſten, in Betreff ſeiner Reſidenz und ſeines Unterhaltes, mir die Gelegenheit dazu geben“ [2]).

Marlborough betheuerte dann ſeinen Wunſch nach dem Frieden, ſeine Sehnſucht, wie bei ihm üblich, ſeine letzten Tage in Ruhe zu verbringen. Der Bericht Torcys an den König läßt nicht erſehen, daß auf ihn jene Reden den Eindruck der Wahrhaftigkeit machten. Aber Torcy erkannte auch, daß von Marlborough her auf einen Theil der ſpaniſchen Monarchie für Philipp V. nicht zu hoffen war. Erſt dieſe Wahrnehmung brachte Torcy zu dem Entſchluſſe, Neapel und Sicilien fallen zu laſſen. Marlborough erwiederte: das ſei das einzige Mittel zum Frieden. Noch am ſelben Tage theilte Torcy auch dem Raths-penſionär das, wie er ſich ausdrückte, neue Opfer mit, welches ſein König dem Wohle des Friedens bringe. „Ich wies ihn hin, fährt der Bericht Torcys fort, auf die Wichtigkeit die Sache nunmehr zu Ende zu bringen. Ich habe Grund zu glauben, daß er dies aufrichtig wünſcht; denn er begann dann, was ihm bis dahin ſehr fern gelegen, von der Nothwendigkeit eines Waffenſtillſtandes zu reden, damit den Ereigniſſen des Feldzuges vorgebeugt würde“ [3]).

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 69.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. p. 71.

Auf den 20. Mai ward eine Conferenz angesetzt, an der mit dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf auch der Prinz Eugen Antheil nahm. Die holländischen und englischen Forderungen kamen zuerst zur Sprache. Sie wurden beglichen. Dann begann der Prinz Eugen: die französischen Bevollmächtigten hätten durch die Befriedigung von England und Holland ihren Vortheil wahrgenommen, um diese in ihr Interesse zu ziehen; aber er verlange nun auch die Erfüllung der Forderung des Kaisers: Straßburg und das Elsaß.

Der Prinz Eugen berichtet darüber: „In Betreff Spaniens, Englands, Hollands wurden wir mit Torcy fast einig. Als aber dann die Rede auf das Reich kam, fing er an zu stutzen, sagte, daß er abreisen und seine Pässe verlangen müsse" [1]).

Torcy war ermächtigt, Straßburg abzutreten, nicht das Elsaß. Er kämpfte für beide und man einigte sich nicht. Eben so wenig geschah dies in Betreff der Forderungen des Herzogs Victor Amadeus. Am nächsten Tage gab Torcy die Stadt Straßburg hin; aber der Prinz Eugen beharrte bei seiner Forderung auch des Elsasses, und eben so bestanden die Holländer und Engländer auf Exilles und Fenestrelles, so wie auf anderen Forderungen für den Herzog Victor Amadeus. Man kam einander darin nicht näher.

Torcy hatte dann eine abermalige Beredung mit Marlborough, dies Mal von dem Letzteren gewünscht. Er äußerte, wie das erste Mal, seinen Wunsch, nach dem Frieden die Protection des Königs zu verdienen. Torcy sprach ihm keine Hoffnung darauf aus, lenkte aber wieder die Rede auf das Privatinteresse Marlboroughs. „Il est vrai que, lorsque je parlais de ses intérêts particuliers, il rougissait, et paraissait vouloir détourner la conversation." Dagegen läßt der Bericht Torcys den ungünstigen Eindruck erkennen, den die Betheuerungen der Aufrichtigkeit Marlboroughs auf Ehre und Gewissen, so wie die häufige Anrufung des Namens Gottes auf ihn machten [2]).

Auch am 22. Mai kam man über die zwei Fragen des Elsasses und der Ansprüche des Herzogs Victor Amadeus zu keiner Einigung.

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 467.

[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 79, 89.

Als darauf Torcy und Rouillé ſich bei Heinſius verabſchieden wollten, antwortete dieſer: man ſei doch zu weit gekommen, als daß man ſich trennen dürfe, ohne abzuſchließen. Torcy und Rouillé blieben, mit dem Vorbehalte über jene zwei Puncte durch einen Courier in Verſailles anzufragen, und über die vereinbarten eine Denkſchrift vorzulegen.

Dies geſchah am folgenden Tage und daraus entwickelte ſich eine neue Differenz. Von verbündeter Seite beſchwerte man ſich über die geringe Sicherheit, die für die Ceſſion Spaniens geboten würde. Man verlangte eine Bürgſchaft dafür, daß nicht die Verbündeten den Krieg in Spanien gegen Philipp V. fortzuſetzen hätten, während Frankreich ſich des Friedens erfreue. Der Rathspenſionär verlangte drei franzöſiſche und drei ſpaniſche, von Franzoſen beſetzte Feſtungen als Pfänder. Die Reden darüber gingen hin und her den 23. Mai, und begannen wieder am Morgen des 24. Torcy ſelber drängt die Sätze ſeiner Gegner zuſammen in die folgende Alternative: „Entweder unterwirft ſich Philipp V. dem Rathe ſeines Großvaters, wie wir es glauben wollen; oder er ſucht ſich im Beſitze des ſpaniſchen Thrones zu behaupten. Im erſteren Falle koſtet es dem Könige von Frankreich nichts, uns Sicherheitsplätze einzuräumen, weil ſie ſofort nach der Erfüllung des Vertrages zurück gegeben werden. Im zweiten Falle muß es aller Welt klar vor Augen liegen, daß der König von Frankreich aufrichtig handelt, und daß er, indem er feſte Plätze als Pfänder ſeines Wortes hergibt, in der That weder direct noch indirect ſeinen Enkel aufrecht halten will“ [1]).

„Was man auch ſagen mochte, fährt Torcy fort, um ſie von der Ungerechtigkeit einer ſolchen Forderung zu überzeugen, die der König nie gewähren würde: ſie hielten daran feſt. Noch dazu war die Forderung beleidigend für den König von Frankreich, weil ſie einen Zweifel an ſeinem Worte in ſich ſchloß, und zwar zur ſelben Zeit, wo ſie ihrerſeits verlangten, daß wir in ihre Ehrlichkeit Vertrauen ſetzen ſollten, noch über die gewöhnlichen Grenzen der Verträge hinaus“ [2]).

Die Kritik Torcys berührt den Nerv der Sache: das Mistrauen der Verbündeten in den aufrichtigen Willen Ludwigs XIV. Aber dies

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 101.

[2]) Torcy im Berichte vom 28. Mai, p. 111.

Mistrauen war begründet auf eine Erfahrung von fünfzig Jahren. Die Verbündeten verwieſen Torcy namentlich auf das Verfahren Ludwigs XIV. zu Gunſten Portugals gegenüber Spanien nach dem pyrenäiſchen Frieden. (Vgl. Band I, S. 56.)

Nach langen Erörterungen, die eine Einigung nicht bewirkten, ſchlug Torcy vor, daß eben ſo wie er und Rouillé ihrerſeits eine Denkſchrift vorgelegt, die alles umfaſſe, auch die Verbündeten eine ſolche Schrift abfaſſen möchten. Sie ſtimmten zu, und Heinſius unterzog ſich der Aufgabe.

Da er ſich darüber mit dem Prinzen Eugen, Marlborough und Sinzendorf ins Einvernehmen ſetzen mußte, ſo vergingen mehrere Tage. Am Morgen des 27. Mai legte er die Schrift, in 44 Artikel abgetheilt, unter dem Namen der Präliminarien den Franzoſen vor, und dieſe verſprachen ihre Bemerkungen dazu zu machen. Dies geſchah noch am ſelben Abende. Es iſt dabei von beſonderer Wichtigkeit zu beobachten, daß die Artikel 4 und 37, um deren willen nachher Ludwig XIV. die Präliminarien verwarf, von Torcy und Rouillé mit Bemerkungen oder Einwänden nicht verſehen ſind.

Auch ungeachtet der vielfachen Einwände war Rouillé geneigt zur Unterzeichnung, nicht Torcy. Jener mahnte. „Sie kennen, ſagte er zu Torcy, den Stand der Dinge in Frankreich; denn darum ſind Sie hierher gekommen. Wie drückend daher auch immer dieſe Friedensbedingungen ſind, ſo bitte ich doch, daß Sie, bevor Sie abreiſen, ohne zu ſchließen, erwägen wollen, wie entmuthigend dieſe Rückkehr für die franzöſiſche Nation ſein würde“ [1]).

Umſchlag in Verſailles für den Krieg.

Torcy beharrte dabei, die Sache der Entſcheidung des Königs heimzuſtellen. Indem er, am 28. Mai, die Präliminarien mit ſeinen Bemerkungen ſo wie den Gegenbemerkungen von Heinſius nach Verſailles einſchickte, fügte er hinzu: „Die Gegner rechnen darauf, daß dies die Friedensartikel ſind, daß Ew. Majeſtät ſie ſämmtlich annehmen werden. Zugleich ſind bereits die Maßregeln getroffen, daß die Rati-

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 150.

fication von England und von der Republik her unverweilt zur Stelle sein kann. Wenn ich die Vollmacht hätte zu zeichnen oder nicht zu zeichnen, so würde ich lieber die Unterhandlung abgebrochen, als Ew. Majestät solchen Bedingungen ausgesetzt haben. Aber man hat die Entscheidung von mir nicht eher verlangt als bis ich, nach Versailles zurückgekehrt, Bericht erstattet haben würde. Der Prinz Eugen hat mir versprochen, bis zum 4. Juni nichts zu unternehmen, ohne die entsprechende Verpflichtung des Marschalls Villars zu verlangen"[1]).

„Ew. Majestät haben also völlige Freiheit diese Bedingungen zu verwerfen, wie es hoffentlich der Stand Ihrer Angelegenheiten gestattet, oder sie anzunehmen, wenn, wie die Feinde verkünden, der Stand der Dinge Ihnen den Frieden um jeden Preis zur Pflicht macht."

„Wenn Ew. Majestät, wie ich hoffe, verwerfen, so darf ich im voraus sagen, daß es zweckmäßiger sein würde, dies zu thun auf Grund der Forderungen, die man in Betreff des Elsasses und zu Gunsten des Herzogs von Savoyen gestellt hat — als auf Grund eines Artikels, der indirect Spanien beträfe. Denn man hat hier den Leuten in den Kopf gesetzt, daß Ew. Majestät die Krone Spanien und Westindien nicht aufgeben wollen, sondern lediglich darauf ausgehen, für Frankreich den Frieden zu erlangen, Ihren Feinden dagegen die Mühe und die Kosten des Krieges in Spanien zu belassen, den dann Ew. Majestät durch geheime Unterstützung leicht im Gange erhalten würden."

Anders als in diesem Berichte an Ludwig XIV. hatte Torcy mündlich vor seiner Abreise vom Haag geredet. Es könne geschehen, sagte er, daß der Herzog von Anjou eher in Versailles einträfe als er selber[2]). Dies Wort Torcys ist merkwürdig, weil er dadurch bewies, daß ihm beim Aussprechen desselben kein Zweifel aufstieg, ob der Herzog von Anjou einem solchen Gebote des Großvaters Folge leisten würde. Daher hielten die Generalstaaten es um ein Jahr später mit Nachdruck den französischen Declamationen entgegen, daß es barbarisch sei, den Großvater zur Gewalt gegen den Enkel aufzufordern.

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 115.

[2]) Diese Aeußerung von Torcy ist nicht anzuzweifeln, weil die Generalstaaten in ihrer Resolution vom 27. Juli 1710, bei Lamberty t. VI, p. 70, sie anführen.

Die Anſicht, daß Ludwig XIV. ratificiren werde, ſcheint bei den Politikern im Haag wie in London allgemein geweſen zu ſein. Vom Haag aus ſprach dies namentlich Marlborough brieflich nach vielen Seiten aus[1]). Doch findet ſich eine Nachricht, nach welcher er vertraulich geäußert: er fürchte, der ſiebenunddreißigſte Artikel werde alles verderben[2]).

Die Ratification von Seiten der Republik der Niederlande erfolgte in der Form der Reſolutionen der Stände der ſieben ſouveränen Provinzen. In London trafen die Präliminarien ein am 1. Juni, wurden am 2. ratificirt, und am 3. zurück geſendet. Ein Zweifel, ob das auch von Verſailles aus geſchehen werde, ward dort nicht laut[3]).

In Paris und Verſailles deckte bis dahin die Friedensſache das tiefſte Geheimnis. Die Hofleute beobachteten das Kommen und Gehen der Couriere und bauten danach ihre Muthmaßungen auf[4]). Im Allgemeinen herrſchte die Meinung, daß der Friede zu Stande kommen werde[5]). Gegen Ende Mai jedoch verlautete unter den Gegnern des Friedens, daß die Schärfe der Bedingungen Hoffnung gebe auf ihre Verwerfung[6]).

Auf der Rückkehr traf Torcy in Douay den Marſchall Villars, dem der König das Commando der Nord-Armee gegeben, und ſetzte ihn von der Sachlage in Kenntnis. Villars in dem Wunſche der Nicht-Annahme der Bedingungen bat Torcy den König zu verſichern, daß er in den Werth und den guten Willen der Truppen volles Vertrauen ſetze. „Was die Subſiſtenz der Armee betrifft, ſagte er, ſo habe ich Getreide für den Lauf des Monates Juni. Wenn dann nichts mehr da iſt, ſo müſſen wir hoffen, daß die Vorſehung Mittel finden laſſen wird, uns weiter zu erhalten“[7]).

Am ſelben Tage noch, dem 1. Juni, um 7 Uhr Abends traf Torcy in Verſailles ein, und erſtattete ſofort in den Zimmern der Frau von Maintenon dem Könige ſeinen Bericht. Am nächſten Morgen

[1]) Seine Schreiben vom 31. Mai bis 4. Juni bei Murray vol. IV, p. 499.
[2]) Lamberty t. V, p. 298.
[3]) Hoffmanns Berichte vom 1. bis 9. Juni.
[4]) Dangeau t. XII, p. 398, 403, 423.
[5]) Bericht des Betes an Rakoczy, bei Fiedler Bd. I, S. 135. Vom 16. Mai.
[6]) A. a. O. S. 132.
[7]) Mémoires de Torcy t. II, p. 145. — Mémoires de Villars t. II, p. 52.

und wiederum am Nachmittage trat das Conſeil zuſammen. Am Abende des 2. Juni wußte der Hof von Verſailles, daß der König die Präliminarien nicht genehm heiße [1]).

Ueber die Vorgänge in dieſem wichtigen Conſeil enthalten die Denkwürdigkeiten des Staats-Secretärs Torcy keine Nachricht. Eben ſo wenig redet darüber das Tagebuch des Hofmarſchalls Dangeau, der dagegen wiederholt bemerkt, daß die Friedensangelegenheit ſtreng geheim gehalten worden ſei. St. Simon ſagt, daß er über die Friedenshandlungen nichts berichte, weil in den Actenſtücken alles enthalten ſei [2]). Es dürfte anzunehmen ſein, daß St. Simon von den Vorgängen im Conſeil am 2. Juni nicht mehr gewußt habe als der Hofmarſchall Dangeau. Dagegen bringt er bei der ſpäteren Frage, ob Ludwig XIV. ſeine Truppen aus Spanien zurückziehen und ſeinem Enkel Philipp V. dort die Behauptung ſeiner Krone allein überlaſſen ſolle, über den Vater Philipps V., den damaligen Dauphin von Frankreich, charakteriſtiſche Bemerkungen, die Licht zurückwerfen auch auf das Conſeil vom 2. Juni. St. Simon ſagt: „Monseigneur, toujours ferme en faveur de son fils, et ferme à l'excès, mais uniquement sur ce chapitre“, und weiter: „ce prince, bien embouché et qui ne fut jamais ardent de soi que pour le roi d'Espagne, parla au roi avec force contre le rappel de ses troupes et l'abandon“ [3]).

Ueber die Vorgänge in dieſem Conſeil vom 2. Juni, die der Mitwelt verborgen blieben, iſt nämlich erſt in neuerer Zeit eine Nachricht ans Licht getreten, ſtammend von einer Perſönlichkeit, die durch Lebensſtellung und Gewandtheit befähigt war, Geheimniſſe ſolcher Art zu erforſchen, dem Magyar Vetes, Agenten von Franz Rakoczy am franzöſiſchen Hofe.

„Den gewichtigſten Nachdruck für die Verwerfung der Präliminarien, meldet Vetes, hat der Dauphin gegeben durch die Feſtigkeit, mit welcher er für ſeinen Sohn Philipp V. eingetreten iſt. Er hat ſogar dem Könige wegen der geringen Liebe für den Enkel Vorwürfe gemacht. Mit einer bei dem ſonſt ſo gutmüthigen Prinzen ganz un-

[1]) Dangeau t. XII, p. 429.

[2]) Mémoires t. IV, p. 392.

[3]) A. a. O. — Man vergleiche über das Verhalten des Dauphin in der ſpaniſchen Sache auch die Worte im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 263 a.

gewöhnlichen Schärfe hat er die Mitglieder des Conſeils getadelt, welche für die Preisgebung Spaniens geſtimmt hatten. Ja als die Mehrheit ſich für den Frieden und demgemäß für das Verlaſſen Philipps V. neigte, erhob er ſich mit Unwillen und mit einem Mangel an Reſpect für den König. Er proteſtirte gegen alles was man wider ſeinen Sohn, den König von Spanien, beſchließen würde. Mit zornigem Blicke auf diejenigen, welche für den Frieden waren, rief er ihnen zu, eingedenk zu ſein, daß eines Tages er ihr Herr ſein würde, daß er der Vater desjenigen ſei, den nun auf ihren Rath der König preis geben wolle, und daß er dann von ihnen für ihr Verhalten Rechenſchaft fordern werde. Er ging dann fort, und wollte auch am nächſten Morgen nicht wieder kommen, bis ihm Torcy im Namen des Königs die Meldung der Reſolution überbrachte, den König von Spanien aufrecht zu halten" [1]).

Noch am Abende des 2. Juni ward von Verſailles aus ein Courier an Rouillé abgefertigt. Das Schreiben, welches er trug, entſprach nicht dem früheren Rathe des Torcy. Zwar wurden die Forderungen des Elſaſſes und der Grenzen für Victor Amadeus darin als zu ſchwer bezeichnet: der hauptſächliche Nachdruck aber lag auf der Weigerung Ludwigs XIV. eine Bürgſchaft dafür zu übernehmen, daß Philipp V. auf die Krone Spanien verzichte. Das Einzige, was man von ihm fordern dürfe, ſagte Ludwig XIV., und was er verſprechen und ehrlich ausführen wolle, ſei die Abberufung ſeiner Truppen aus Spanien, in Folge deren der Krieg dort ein Ende haben werde. Auf dieſe Bedingung hin ſei er bereit abzuſchließen [2]).

Bei der Einſendung der Präliminarien hatte Torcy für ſeinen Rath, das Motiv des etwaigen Abbruches nicht von Spanien her zu nehmen, als Begründung angeführt, daß die Gegner daran nicht glauben würden. Indem nun doch dies Motiv vorgewendet wurde,

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 133. Vom 29. Juni. Es iſt zu bemerken, daß Petes die Tage nicht richtig angibt. Das entſcheidende Conſeil fand ſtatt am Sonntage dem 2. Juni, während Petes als Zeit der Rede des Dauphins angibt: lundi à soir. Immerhin, da Petes erſt am 12. Juni berichtet, darf ein Irrthum als möglich angenommen werden.

[2]) Das Schreiben an Rouillé bei Torcy t. II, p. 145, ſowie dasjenige an die Gouverneure der Provinzen bei Lamberty t. V, p. 299.

war auch die Consequenz unvermeidlich. — Da nun aber auch mit Grund anzunehmen ist, daß Torcy im Conseil jenen seinen ersten Rath vertheidigt haben werde: so folgt, daß dort ein völliger Umschwung statt gefunden habe, und daher wird jener Bericht des Vetes über das Auftreten des Dauphin um so mehr innerlich wahrscheinlich.

Gemäß dem Schreiben an Rouillé verlangte also Ludwig XIV., genau genommen, eine Aenderung des Artikels 37 der Präliminarien. Dieser lautete: „Und im Falle der Allerchristlichste König alles hiervor Gesagte ausführt, und die spanische Monarchie dem Könige Carl III. zurück gegeben und abgetreten sein wird, wie es durch diese Artikel festgestellt ist, innerhalb der bestimmten Frist (von 2 Monaten): so wird weiter vereinbart, daß der Waffenstillstand zwischen den Armeen der kriegführenden Parteien fortdauern soll bis zum Abschlusse und zur Ratification der Friedensverträge."

Es ist hier daran zu erinnern, daß, bei der Feststellung der Präliminarien im Haag, Torcy gegen diesen Artikel 37 einen Einwand nicht erhoben, ja daß er sogar die Willigkeit der Folgeleistung Philipps V. auf die Abberufung aus Spanien ausdrücklich betont hatte.

Es fragt sich also zunächst, ob Ludwig XIV. und Torcy dabei erwartet haben, daß die Verbündeten auf die Forderung einer Umgestaltung des Artikels 37 eingehen würden? — Es scheint nicht. Als am Morgen des 3. Juni der Magyar Vetes bei Torcy eintrat, um die Entscheidung zu erfragen, erwiederte dieser kurz: „La guerre, Monsieur, et pour ce que vous puissiez aussi la faire et la soutenir, mes premiers soins seront de vous faire payer vos arrérages" [1]).

Eben so wenig enthält das Schreiben Ludwigs XIV. vom selben Tage an den Marschall Villars auch nur die Erwähnung, daß Rouillé noch einen Versuch dieser Art zu machen habe, sondern redet nur von Krieg. Nach der andern Seite hin ist dies Schreiben sehr merkwürdig, weil es angibt, worauf denn Ludwig XIV., bei der dringenden Nothlage Frankreichs, noch seine Hoffnung setzte. Er konnte nicht ablassen von dem Gedanken, daß es endlich dennoch gelingen müsse, die Republik

[1]) Fiedler Bd. I., S. 133.

Holland aus der Allianz zu löſen. Er faßt dies in die Worte an Villars: „Si vous pouvez soutenir cette campagne sans fâcheux événements, les conditions de la paix seront différentes, et les Hollandais, opprimés par la volonté de leurs alliés et par les grandes forces qu'ils ont au milieu de leur pays, sentiront pour lors qu'il est de leur véritable intérêt de se réunir pour toujours avec la France, en se procurant une barrière raisonnable“ [1]).

Dabei mochte Ludwig XIV. allerdings noch nicht wiſſen, daß es ſehr ſchwer ſein würde, die Freigebigkeit des Lords Townſhend im Namen der Whig-Partei zu überbieten, eine Freigebigkeit, die zugleich Bonn am Rheine und Oſtende am Meere mit umfaßte.

Dem Beſchluſſe Ludwigs XIV. und ſeines Conſeils vom 2. Juni gemäß eröffnete Rouillé im Haag ſeine Meldung, zunächſt dem Rathspenſionär, der ſie dann weiter mittheilte. Marlborough machte geltend, daß nicht einmal ein formulirter Gegenvorſchlag von franzöſiſcher Seite vorgelegt ſei [2]). Auf die Erklärung des Grafen Sinzendorf für den Kaiſer und Marlboroughs für die Königin von England, daß ſie in eine Aenderung nicht willigen könnten, beſchloſſen, am 7. Juni, auch die Generalſtaaten einſtimmig an den Präliminarien feſtzuhalten, namentlich weil eine Aenderung oder Wegnahme des Artikels 37 den ganzen Aufbau derſelben zum Falle bringen würde [3]).

Am 9. Juni erhielt Rouillé ſeinen Paß und reiſte ab. Die Generalſtaaten luden darauf Marlborough und Sinzendorf, ſo wie die anderen Geſandten in ihre Verſammlung. Auf die Darlegung des Thatbeſtandes ſprach zuerſt Sinzendorf im Namen des Kaiſers und des Reiches den Generalſtaaten ſeinen Dank aus für ihr beſonnenes Verhalten in dieſer Angelegenheit, dann Marlborough im Namen der Königin. Es folgten die Anderen. Nur derjenige von Preußen, Schmettau, dem, wie der Berichterſtatter ſagt, das Klagen Gewohnheit war, erhob eine Art Proteſtation, daß die Präliminarien dasjenige was er die Intereſſen ſeines Königs nannte, nicht genügend in

[1]) Pelet t. IX, p. 25. Vom 3. Juni.
[2]) Murray vol. IV, p. 530.
[3]) Lamberty t. V, p. 297.

Acht nähmen [1]). Zum Schluſſe faßte Heinſius nochmals alles zuſammen, und ſuchte darzulegen, daß die letzte franzöſiſche Erklärung ſogar zurückgehe hinter die früheren eigenen Erbietungen, mit denen Torcy gekommen ſei.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß unter den Unterzeichnern der Präliminarien ſich zwei Perſonen befanden, welche eine Milderung des Artikels 37 gewünſcht hätten: der Holländer Goslinga und der Prinz Eugen. Der Erſtere gab ſich noch vor der Abreiſe des Rouillé im Haag darum viele Mühe; aber er ſelbſt meldet, daß auch Van der Duſſen die Achſeln dazu zuckte [2]). Der Prinz Eugen ſprach ſich zu Marlborough aus, ſobald dieſer im Feldlager erſchien, daß die Einräumung einiger feſten Plätze ein genügender Vortheil geweſen wäre, für den man den Franzoſen den Artikel 37 hätte erleichtern können [3]). Als einige Tage ſpäter der Feld-Deputirte Goslinga ſich bei der Armee einfand, zog der Prinz Eugen ihn ſofort bei Seite und erging ſich in einer nicht gelinden Kritik über das Verfahren im Haag. „Mit Weglaſſung des Artikels 37, ſagte er, hätten wir durch einen Federſtrich, und ohne einen Tropfen Blutes zu vergießen, eine Reihe von Städten erlangt. Es wird noch viele Köpfe koſten, bis wir dahin kommen.“ — Der Prinz Eugen geſtattete, daß Goslinga dieſe Worte nach dem Haag meldete. Es führte dahin, daß die Generalſtaaten durch den Grafen Albemarle dem Prinzen Eugen vorſtellen ließen, daß ſolche Reden auf das Volk eine nachtheilige Wirkung üben würden [4]).

Aus dem Zuſammenhange der Thatſachen ergibt ſich, daß die Kritik des Prinzen Eugen und Goslingas, inſofern ſie den letzten Auftrag Ludwigs XIV. an Rouillé betrifft, wohl kaum berechtigt ſein dürfte.

Torcy hatte noch am Abende des 2. Juni an den Prinzen Eugen und an Marlborough je ein Schreiben gerichtet, aus welchen hervorgeht, daß er ſich auf eine Aenderung des Artikels 37 keine Hoffnung gemacht hat. „Ich ſehe voraus, ſchließt er dasjenige an den Prinzen

[1]) Lamberty t. V, p. 298.
[2]) Mémoires de Goslinga p. 100.
[3]) Murray vol. IV, p. 505.
[4]) Goslinga p. 102.

Eugen, daß wir für den gewünſchten und für ganz Europa ſo nothwendigen Frieden eine andere Gelegenheit abwarten müſſen“[1]). Beide antworteten in entſprechender Weiſe. Damit war die Correſpondenz zu Ende. Die franzöſiſchen Miniſter unter einander führten Klage über Marlborough, der ihren Erwartungen nicht entſprochen habe. „Er hat uns eben ſo wohl getäuſcht wie Sie“ — meldet Chamillart an Berwick[2]). Und dennoch ſcheint man dann in Verſailles wieder Hoffnung auf ihn geſetzt zu haben. Er erhielt, am 18. Juni, ein neues Schreiben von Torcy. Wenn das eine abermalige Speculation auf ſeine Privatintereſſen — wie Torcy es benannt hatte — ſein ſollte, ſo hatten Ludwig XIV. und Torcy ihre Zeit nicht richtig gewählt. Am wenigſten konnte Marlborough zurück, weil er am ſtärkſten vorwärts getrieben hatte. Der Verſuch diente ihm daher in anderer Richtung. Er gab Meldung davon nach London und dem Haag, an Heinſius mit der Anfrage, ob er darauf antworten ſolle, und im Falle der Bejahung, mit der Bitte um den Entwurf einer Antwort. In dieſer Weiſe ward die Sache ausgeführt[3]).

Die Stimmung in Frankreich nach dem 2. Juni.

Ludwig XIV. erließ an die Gouverneure ſeiner Provinzen ein Rundſchreiben, in welchem, wie zu erwarten, alle Schuld des Abbruches auf die Forderungen der Gegner fällt[4]). Torcy hatte in den Conferenzen einmal ausgeſprochen: es ſei unmöglich, daß Ludwig XIV. ſelber ſeinen Enkel bekriege, um ihn zu entthronen. Er hatte darauf von Marlborough eine zuſtimmende Antwort erhalten[5]). Deſſen ungeachtet deutete das Rundſchreiben an, daß dergleichen Inſinuationen gemacht worden ſeien. Dies übte zu Anfang bei der Mehrzahl der Franzoſen die gewünſchte Wirkung.

---

[1]) „Mais je prévois qu'il faudra attendre un autre moment pour la paix si désirée et si nécessaire à toute l'Europe.“

[2]) Pelet t. IX, p. 152. Vom 3. Juni.

[3]) Murray vol. IV, p. 509, 517.

[4]) Bei Torcy, Mémoires t. II, p. 171. — Lamberty t. V, p. 299.

[5]) Mémoires de Torcy t. II, p. 95, 199.

„Es fehlen mir die Worte, meldet der Magyar Vetes, den Unwillen dieſer Nation über die ſcharfen Forderungen der Verbündeten zu ſchildern, ſo wie die Freude über den Entſchluß des Königs, ſeinen Enkel aufrecht zu halten“ [1]).

Der Marſchall Boufflers zuerſt bot dem Könige an, ſein Silbergeſchirr in die Münze zu tragen. Alle Hofleute folgten dem Beiſpiele. Der König ſelber ließ ſein goldenes Geräth einſchmelzen. Wenn er die Juwelen der Krone verpfänden könne, ſagte er, ſo werde er es thun. Der Herzog von Orleans, alle Prinzen und Prinzeſſinnen von Geblüt brachten desgleichen ihr Silber dar. Man zweifelte nicht, daß ſämmtliche Einwohner von Paris, die Silbergeſchirr beſaßen, es in die Münze tragen würden. Denn Niemand würde es auf ſich nehmen, noch von Silber zu ſpeiſen, wenn die vornehmſten Herren des Königreiches es nicht mehr thäten [2]).

Dies war die Strömung des Tages. Es war die Frage, ob ſie vorhalten würde. Gerade eine Woche ſpäter vernehmen wir von der Frau von Maintenon an den Herzog von Noailles die Worte: „Als man erfuhr, daß der König die dem Miniſter Torcy geſtellten unwürdigen Friedensbedingungen verwarf, rief Jedermann Beifall und verlangte den Krieg. Aber dieſe Erregung hat nicht vorgehalten. Man iſt bald in jene Niedergeſchlagenheit zurück gefallen, deren Augenzeuge Sie waren und die Ihren Unwillen erregte.“

„Wie oft haben Sie bei Ihrer Anweſenheit hier ſagen hören: warum beläßt man uns noch Silbergeſchirr? Der König würde uns ein Vergnügen machen, alles zu nehmen. Seitdem nun die Eifrigſten dies Beiſpiel gegeben haben, iſt alle Welt beſtürzt. Man murrt. Man ſagt, daß es dem Könige gebühre, mit Einſchränkungen den Anfang zu machen. Man rechnet mit Klagen ihm ſeine Ausgaben nach. Man bezeichnet die Reiſen nach Marly als die Urſache des Verfalles des Staates. Man möchte ihm ſeine Pferde, ſeine Hunde, ſeine Diener nehmen. Man tadelt die Pracht ſeiner Möbeln. Kurz, ihm zuerſt möchte man alles nehmen. Und wo murrt man in ſolcher Weiſe? — An ſeiner Thür. Und wer murrt? — Diejenigen, die alles ihm

[1]) Fiedler Bd. I, S. 133.

[2]) Dangeau t. XII, p. 433.

verdanken. Was mich betrifft, ſo würde man gern mich ſteinigen, weil man meint, daß ich ihm nichts ſage, wie wenn er nicht ſelber alle Briefe öffnete und nicht ſelber ſeine Befehle gäbe."

„Der König hat jedoch ſeine Tafel in Marly beſchränkt. Er hat ſein goldenes Geſchirr in die Münze geſchickt. Er hat ſeine Juwelen dem Herrn Desmarets eingehändigt ſie zu verſetzen, wenn er kann. Aber man will dem Könige nur aufrechnen, was er nicht thut. Ich geſtehe Ihnen, daß die Wahrnehmung ſolcher Geſinnungen mir das Blut in den Adern erſtarren macht."

„Die Entfeſſelung der Zungen gegen den Ihnen bekannten Mann (Chamillart) wächſt täglich und gelangt bis zum Könige. Dieſer kann ſich nicht entſchließen ihn preiszugeben, aus Mitleid, und weil er zur Zeit alles für den Dienſt aufbietet"[1]).

Frau von Maintenon verfaßte dieſen Brief in St. Cyr. Nach der Rückkehr am ſelben Tage nach Verſailles fand ſie dort die Meldung der Entlaſſung von Chamillart vor. Er hatte, wie Frau von Maintenon ſagt, im Vertrauen auf das Zuſtande-Kommen des Friedens, keine Vorbereitungen für die Fortſetzung des Krieges treffen wollen, und dieſe Hartnäckigkeit, behauptete man nun, trage die Schuld an der gefährlichen Lage, in der Frankreich ſich befinde[2]). — An ſeine Stelle trat Voiſin.

Die Stimmung über den Abbruch der Verhandlungen ſchwankte bei Ludwig XIV. ſelber auf und ab. „Wir haben ihn nicht, dieſen unglückſeligen Frieden, ſchreibt die Frau von Maintenon, am 22. Juni, und unſere Lage iſt ſchlimmer noch als wenn wir ihn hätten. „On (d. h. Ludwig XIV.) est bien désespéré de la savoir rompue: on aurait été bien affligé de se soumettre à de telles conditions: la guerre vaut encore mieux que la honte" [3]).

Auch Torcy, der in ſeinen ſpäter geſchriebenen Denkwürdigkeiten ſich als ein Verdienſt um Frankreich anrechnet, für den Abbruch thätig geweſen zu ſein, verſchweigt nicht, daß Andere anders dachten. „Dennoch, ſagt er, gab es einige durch hervorragendes Verdienſt, durch

[1]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 119.
[2]) A. a. O. p. 137.
[3]) A. a. O. p. 124.

große Leiſtungen, durch wichtige Aemter ausgezeichnete Perſönlichkeiten, welche, ohne die Präliminarien zu kennen, die Weigerung der Unterzeichnung misbilligten. Ihr Urtheil gründete ſich auf das tiefe Friedensbedürfnis von Frankreich"[1]).

Torcy nennt keinen Namen. Einer jener hervorragenden Männer jedoch hat ſein Urtheil auch ſchriftlich fixirt: der Erzbiſchof Fenelon von Cambrai. Und von dieſem einem Namen aus liegt die Folgerung nahe auf noch andere, nicht bloß auf die mit dem Erzbiſchofe befreundeten Herzöge Beauvilliers und Chevreuſe, ſondern noch auf eine höher ſtehende Perſönlichkeit, den Herzog von Bourgogne, den künftigen Thronerben von Frankreich, deſſen Jugend Fenelon geleitet hatte, zur Ehre und zum Ruhme ihrer beider, und der ſein Lebenlang mit dieſem Führer ſeiner Jugend, dem Berather ſeiner männlichen Jahre, verknüpft blieb durch die Bande gegenſeitiger Anhänglichkeit und Hochſchätzung. Von dieſem Geſichtspunkte aus gewinnen die Kundgebungen Fenelons in dieſer Sache für die Nachwelt eine andere Bedeutung. Hatte der Vater Philipps V., der Dauphin, in vermeinter Sohnesliebe den Beſchluß durchgedrückt, Philipp V. als König von Spanien nicht fallen zu laſſen: ſo überwog in dem Bruder als dem Erben der Krone Frankreich die Liebe zum Vaterlande, welche ihm nicht geſtattete für ſeine Perſon einzuwilligen, daß noch ferner Frankreich ſich opfere, um ſeinem Bruder eine fremde Krone zu erhalten.

Der Gang der Weltereigniſſe in den nächſten Jahren hat nun freilich auf die franzöſiſche Verwerfung der Präliminarien vom Mai 1709 das Siegel der Beſtätigung gedrückt, und daher entſtammt in Frankreich die Neigung, die Ausdauer Ludwigs XIV. im Unglücke rühmend hervorzuheben. Aber dieſer Umſchwung in den nächſten Jahren war weniger die Folge einer Kraftleiſtung Frankreichs, als eines unberechenbaren Wandels der Dinge in England, eines ſolchen, der im Mai 1709 noch unter dem Geſichtskreiſe war. Es iſt aber nicht die Aufgabe der Geſchichtsbetrachtung darum einen Entſchluß gut zu heißen, weil unvorhergeſehene ſpätere Momente ihn als nützlich oder heilſam beſtätigt haben, ſondern es kommt für ſie zuerſt darauf an darzulegen, ob der unter den jeweiligen Umſtänden gefaßte Entſchluß für damals

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 149.

ſelbſt den Principien des Rechtes und der Klugheit entſprochen hat. Eine Antwort auf dieſe Frage kann nur ein Mann geben, der in dem beſtimmten Falle mitten in den Dingen ſtand und mit Kenntnis, mit Ueberlegung und zugleich mit patriotiſchem Sinne ſie überſchauete.

Betrachten wir alſo den weltgeſchichtlichen Moment der Ablehnung der Präliminarien vom Mai 1709 in der Auffaſſung des Erzbiſchofs Fenelon [1]). Es iſt augenſcheinlich, daß, wie auch Torcy andeutet, dem Erzbiſchofe bei der Abfaſſung ſeiner Denkſchrift nicht der Wortlaut der Präliminarien vorgelegen hat, ſondern jenes Rundſchreiben an die Gouverneure.

„Ich gehe davon aus, ſagt Fenelon, daß die Feinde von dem Könige nicht verlangen dürfen, daß er ſeinen Enkel bekriegt. Das hieße eher ihn entehren wollen, als eine wirkliche Sicherheit von ihm verlangen. Denn, wenn der König unaufrichtig wäre, wie ſie ihn beargwöhnen, ſo muß ihnen die eigene Ueberlegung zeigen, daß ſie mit jener Forderung nicht beſeitigen was ſie fürchten. Dem Vertrage gemäß würde ihnen der König eine beſtimmte Anzahl Truppen gegen Spanien ſtellen, und würde auf der anderen Seite unbemerkt eine weit größere Anzahl Officiere und Soldaten nach Spanien hin verabſchieden, wider unſere Feinde."

„Vielmehr ſcheinen mir die Verbündeten bei der Stellung einer ſo harten und ſchmählichen Bedingung für den König von der Anſicht ausgegangen zu ſein, daß es völlig bei ihm ſtehe, ſeinen Enkel aus Spanien zurückkehren zu laſſen, wenn er es nur aufrichtig wolle und dafür die entſcheidenden Mittel anwende. Sie rechneten darauf, daß er alles dies eher thun würde, als ſich ſelber dahin erniedrigen, mit den Waffen in der Hand ſeinem Enkel die Krone wieder zu entreißen, die er ſelber ihm gegeben hat."

Fenelon überblickt dann den Gang der Friedenshandlung. Er tadelt die Heimlichkeit. „Gerade die Oeffentlichkeit unſerer Angebote, ſagt er, würde die wahren Republikaner in Holland uns geneigt gemacht haben. Denn ſie können nicht wünſchen, daß Frankreich zu Boden geſchlagen werde." Er findet es weiter nicht anſtändig, daß ein Miniſter einer großen Macht ausgeſchickt worden ſei, öffentlich

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 593 et suiv.

um den Frieden zu bitten. So etwas dürfe nur in der höchſten Noth geſchehen, und auch dann noch hätte man ſich wenigſtens ſicher ſtellen müſſen, daß ein ſo ungewöhnlicher Schritt wenigſtens einige Frucht mit ſich bringe. — Fenelon wußte augenſcheinlich nicht, daß Ludwig XIV. und Torcy zunächſt von der Abſicht ausgegangen waren, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen und aus der Allianz los zu reißen.

„Ich komme wieder auf den Punct zurück, ſagt er weiter, daß die Zumuthung an den König ſeinen Enkel zu bekriegen, gehäſſig ſein würde; aber diejenigen, welche an dieſem Puncte haften bleiben, ſcheinen mir doch die Schwierigkeit der Lage nicht völlig zu erfaſſen. Man kann den Hofleuten und ſelbſt der Bevölkerung von Paris ein vorüber gehendes Mitleid mit dem jungen Fürſten einflößen, den die Gegner mitten in ſeinen Siegen durch ſeinen eigenen Großvater entthronen laſſen wollen. Es iſt auch nicht ſchwer, in der geſammten Nation eine gewiſſe Indignation wider ſo herriſche Feinde wachzurufen. Allein es iſt doch ſehr zu beſorgen, daß derartige Gefühle uns nicht lange gegen den Hunger aufrecht halten, noch gegen die anderen Leiden, von denen wir uns bedroht ſehen. Auch dürfen wir, wenn ich mich nicht irre, uns nicht der Meinung hingeben, daß die Unparteiiſchen ernſtlich überzeugt ſind: es ſtehe nicht in der Macht des Königs, ſeinen Enkel zurückkehren zu laſſen, ohne ihn zu bekriegen. Folgen wir darüber den Reden unſerer Feinde, die, wie es ſcheint, faſt in ganz Europa Anklang finden."

Fortan redet Fenelon wie vom Standpuncte der Verbündeten aus.

„Es erſcheint freilich hart, ſagen ſie, dem Könige von Frankreich den Zwang aufzuerlegen ſeinen Enkel zu entthronen. Allein er hat ihn auf den Thron geſetzt, und zwar durch eine Ueberraſchung, wider den Theilungsvertrag, auf Grund eines Teſtamentes, deſſen Unterſchrift man einem ſterbenden Könige abgedrungen, indem man anſtatt des Namens des früheren Kurprinzen von Bayern denjenigen des Herzogs von Anjou hinein ſchrieb, ſo daß das Actenſtück auf den veränderten Namen gar nicht paßt. Derjenige, der den Schaden angerichtet hat, muß ihn wieder gut machen. Nur er kann es thun, nur an ihn allein können wir dafür uns halten. Wenn wir uns mit den

Erbietungen begnügen, die er uns macht, so haben wir diesen langen Krieg, der uns so viel Blut und Geld gekostet hat, von neuem zu beginnen. Frankreich, welches seit dem pyrenäischen Frieden nur darauf ausgeht zu täuschen, will auch in diesem Falle abermals uns betrügen. Es macht große Anerbietungen, weil es nicht mehr kann; aber in der Wirklichkeit will es nur Athem schöpfen und uns irre führen: es will den Frieden in Flandern, wo es sich überwältigt fühlt, um den Krieg nach Spanien zu übertragen, wo es sich für siegreich hält. Aehnlich hat es sich benommen nach dem pyrenäischen Frieden. Ungeachtet der feierlichen Versprechungen, die es in diesem Vertrage gegeben, schickte es, unter dem Namen von Freiwilligen, eine wirkliche Armee gegen Spanien in Portugal. Ganz eben so wird es nun nach diesem Frieden gegen uns in Spanien eine unzählige Menge altgedienter Soldaten und verabschiedeter Officiere entsenden, und diese alle werden froh sein, bei ihrer Noth im Dienste eines französischen Prinzen eine Beschäftigung zu erlangen. Die Einen nach den Anderen werden ihren Weg durch die Thäler der Pyrenäen finden: der König von Frankreich wird anscheinend darüber zornig werden, und wird der Welt verkünden, daß es nicht in seiner Macht stehe, alle diese Leute zurück zu halten, die keine andere Beschäftigung gelernt haben als diejenige der Waffen. Das nämlich waren die Reden, welche Frankreich halten ließ, als es die Freiwilligen unter dem Marschall Schomberg nach Portugal entsendete. (Vgl. Band I, S. 111.) Höchstens wird dann des Anstandes halber der allerchristlichste König einen Befehl erlassen, der den Uebertritt von Soldaten nach Spanien hin mit Strafe bedroht; aber Niemand wird diese Strafe fürchten. Unterdessen wird der König seinem Enkel geheime Geldhülfe senden. Frankreich wird bei der Ruhe und der Sicherheit, die wir ihm belassen, sich neu kräftigen, um uns zu erschöpfen, um es uns unmöglich zu machen, jemals das einzige Ziel aller unserer Mühen zu erreichen. Wir würden Spanien, aufrecht gehalten durch das angrenzende Frankreich, nur durch die Sendung von jährlich neuen Armeen über das Meer erobern können, und das würde uns zu Grunde richten. Dagegen würde Spanien uns allen Handel benehmen, und die Franzosen, mächtig in Spanien, würden denselben sich aneignen. Wir würden siegreich scheinen, und doch verloren sein."

„Daher wollen wir Sorge tragen, daß Frankreich unſeren Händen nicht entſchlüpft, wo wir es erſchöpft und abgemattet niederhalten. Nach allem, was wir von Spanien kennen, ſind wir ſicher, daß es nur von dem Könige von Frankreich abhangt, ſeinen Enkel von dort zurückkehren zu laſſen, ſobald er das ernſtlich will. Sein Enkel hat bekanntlich kein Geld. Er beſitzt nicht die Mittel, den Abgang der Truppen wieder zu erſetzen. Es befinden ſich in allen Ländern ſeiner Herrſchaft eine große Anzahl Welt- und Ordenspriester, ſo wie Familien in allen Lebensſtellungen, voll Anhänglichkeit an das Haus Oeſterreich. Er kann, ſobald die Hoffnung auf die franzöſiſche geheime Hülfe aufhört, nicht auf die Dauer einen Krieg zugleich nach innen und nach außen aushalten. Die Spanier ſelbſt, ſo ſehr ſie ſich auf die Ehre ſteifen, werden dennoch nachlaſſen, ſo bald ſie ſich klar darüber werden, daß der König Carl ihre geſammte Monarchie vereinigen wird — denn das ja iſt ihr einziges Ziel — während der König Philipp ſie nur zerſtückeln und dadurch herunter bringen kann. Endlich werden auch die bisher für Philipp Eifrigſten, im Anblicke der Verwüſtungen eines langen Krieges, des Verluſtes der Beſitzungen in Flandern, Italien, Indien, der Vernichtung des Handels, der Erſchöpfung der Kräfte für die jährlich neue Rüſtung, ihn verlaſſen. Daher kann dieſer Prinz den Entſchluß ſich in Spanien behaupten zu wollen, nur auf Rechnung der geheimen Hülfe faſſen, die Frankreich ihm verſprochen hat."

„Die Unehrlichkeit Frankreichs iſt daher der Inbegriff aller unſerer Verlegenheit. Frankreich ſelber macht unmöglich, was es zu verſprechen ſcheint. Krieg gegen Krieg gerechnet, ſo wollen wir ihn lieber mit den Franzoſen in Frankreich ſelbſt und vor den Thoren von Paris führen, mit allen den ſichtlichen Vortheilen für uns, als mit den Franzoſen in Spanien, unter allen den unendlichen Nachtheilen für uns. In dem einen Falle wie dem anderen würden wir gegen die Franzoſen kämpfen: in dem letzteren aber würden wir Frankreich von derjenigen Laſt befreien, deren Druck dasſelbe zu einem guten Frieden zwingen muß, und würden dagegen uns in die augenſcheinliche Gefahr des Unterganges bringen. Wir würden uns ſchwächen: Frankreich und Spanien dagegen, geeinigt durch Ein Königshaus und geleitet durch Einen Rath, würden dem geſammten Europa das Geſetz vorſchreiben."

„Endlich Philipp ist un enfant de France, welcher sein Recht der Thronfolge in Frankreich an sich trägt. In dieser Eigenschaft muß er seinem Großvater gehorchen: in Ermangelung dessen verliert er sein Recht. Augenscheinlich hat er, wenn der König von Frankreich in aufrichtiger Weise ihn verläßt, keine reelle Hülfsquelle mehr. Daher kann er nur darum sich weigern zurückzukehren, weil er sich sicher fühlt, daß dieses Verlassen nur eine Komödie ist: es ist nur eine Veränderung des Kriegsschauplatzes und nicht ein wahrer Friede. Wenn nicht wir aufrichtiger als die Franzosen einen festen und beständigen Frieden wünschten, so würden wir alle Plätze annehmen, die sie uns bieten, würden damit beginnen, am nächsten besten Tage uns in Besitz zu setzen. Dadurch würden wir uns das Eingangsthor in Frankreich offen halten, und, sobald wir bemerken würden, daß man die verabschiedeten französischen Truppen nach Spanien gehen ließe, um dort den Krieg wieder zu beginnen, so würden auch wir von unserer Seite ihn erneuern, von den Grenzen der Niederlande aus, und wir würden vordringen bis Paris. Eben dies Verhältnis beweist unsere Ehrlichkeit und unsere Mäßigung. Wir wollen nicht einen falschen Frieden, sondern einen wahren. Wir suchen nur die Sicherheit unseres Handels zusammen mit dem Gleichgewichte der Mächte Europas, welches nur dadurch zu erreichen ist, daß Spanien und Frankreich für immer getrennt bleiben. Wir fordern die Franzosen auf, irgend ein reelles und wirksames Mittel zu finden, welches uns gegen die so eben geschilderten Uebel eine Sicherheit gewähren könnte. Es liegt vor Augen, daß, ohne die Erfüllung unserer Forderungen, wir von neuem zu beginnen haben, und daß es nur von dem Könige von Frankreich abhangt den Krieg zu beenden, so bald er das ernstlich will." —

„Ich nehme es nicht auf mich, sagt weiter Fenelon, mich für diese Reden der Verbündeten zu entscheiden; aber alle Neutralen in Europa werden sie sich aneignen. Man wird sich der Ansicht zuneigen, daß eine Falle beabsichtigt worden sei, und diese Ansicht wird Beglaubigung erhalten durch das Beispiel Portugals, welches unterstützt wurde ungeachtet des pyrenäischen Friedens. Man wird weiter darauf hinweisen, daß der König mit dem Versprechen seinen Enkel nicht mehr zu unterstützen, nichts Positives verspricht. Denn es kann ihm ja doch nicht entgehen, daß die Mehrzahl der Soldaten und der

Officiere, die man beim Friedensschlusse verabschiedet, nicht ermangeln werden, sich sofort nach Spanien zu begeben, um dort ein Unterkommen zu finden, und daß, wenn sie es nicht in der Hoffnung thäten ihm zu gefallen, sie es thun würden, um Brot zu haben. Demnach ist das was er verspricht, sichtlich eine Illusion."

„Wie immer jedoch dem sei, ich gehe bei meinen Erwägungen von der wesentlichen Basis aus, daß Frankreich sich in einer sehr gefährlichen Lage befinden muß, weil man so außerordentliche Schritte thut, sich derselben zu entwinden. Von dieser meiner Basis aus ziehe ich den Schluß, daß es zu nichts dient das Geschrei zu erheben, daß die Forderungen der Feinde ungerecht, unverschämt, unerträglich seien. Es kommt auf die Thatsachen an. Sind wir im Stande den Krieg in ehrenhafter Weise fortzuführen und unseren Staat sicher zu stellen? Wenn das der Fall ist, warum schickt man dann Jemanden aus, um in so demüthigender Weise den Frieden zu erbitten? Wenn wir aber nicht im Stande sind den Krieg in ehrenhafter Weise fortzuführen, ohne den Staat aufs Spiel zu setzen, wozu dient es dann Klagen zu erheben, die dem Uebel nicht abhelfen? Niemals werdet Ihr die Feinde, noch auch die Neutralen überzeugen, daß Ihr den König von Spanien nicht zurückrufen könnt, sobald Ihr ihm alle Consequenzen des völligen Preisgebens vor Augen haltet. Ihr werdet Niemanden überreden, daß den Holländern die Verpflichtung obliege, Euch in Ruhe zu lassen und sich mit einem trügerischen Frieden zu begnügen, während in Wahrheit der Krieg, anstatt zu enden, nur zu ihrem Nachtheile auf einen anderen Schauplatz verpflanzt wird."

„Ich gehe weiter von der Voraussetzung aus, daß Frankreich, bei der Fortdauer des Krieges, sich in naher Gefahr der Invasion oder der Zerstückelung befindet. Diese Voraussetzung gründet sich auf die Thatsache des Angebotes von Lille, Tournay, Ypern, Condé, Straßburg, Dünkirchen u. s. w. Von dieser Voraussetzung aus glaube ich aber entgegen halten zu müssen, daß der König nicht das Recht hat, Frankreich aufs Spiel zu setzen für das persönliche Interesse des einen seiner Enkel, eines jüngeren Gliedes des Königshauses. Der König ist der legitime Souverän des Königreiches, aber nur für die Dauer seines Lebens. Er hat die Nutznießung, nicht jedoch das Eigenthum. Er kann nicht darüber verfügen: er ist nur der Depositar.

Er iſt nicht berechtigt die Nation der Gefahr auszuſetzen unter eine fremde Herrſchaft zu verfallen, noch auch das königliche Haus der Gefahr alles, oder doch einen Theil der ihm gebührenden Krone zu verlieren. Setzen wir demnach den Fall einer äußerſten Noth voraus, ſo muß der König, nach Recht und Gewiſſen, die Sicherheit des ihm anvertrauten Königreiches höher halten als das angefochtene Recht eines ſeiner Kinder auf ein fremdes Königreich. Der Ehrenpunct und die Vorſchrift des Gewiſſens, weit entfernt den König an dieſer Unterſcheidung zu hindern, machen ſie ihm zur Pflicht. Weder die Nation in ihrer Unabhängigkeit von jedem Fremden, noch das königliche Haus in ſeinem Anrechte auf die geſammte Krone, ſind verpflichtet, ſich einer Invaſion oder Zerſtückelung auszuſetzen, um einen Prinzen von Frankreich in den Rechten zu ſchützen, welche er in einem fremden Lande haben kann. Sie ſind in keiner Weiſe verantwortlich für den Schritt, den man durch den Bruch des Theilungsvertrages begangen, um das Teſtament Carls II. zur Geltung bringen zu können. Es iſt daher gerecht, daß der König in aufrichtiger Weiſe alle Anſtrengungen aufbiete, um Philipp aus Spanien abzuberufen, damit die Gefahr für Frankreich aufhöre. Vorausgeſetzt alſo daß der König es kann, iſt es ſeine Pflicht es zu thun in ſchnellſter und entſcheidender Weiſe."

Fenelon erörtert dann die Art und Weiſe, in welcher dieſe Abberufung geſchehen könne. Da ſie nicht erfolgt iſt, ſo würde es zu weit führen, darauf einzugehen.

Eben ſo wenig iſt es erforderlich, diejenigen Schriften zu erörtern, welche von verbündeter Seite dem Abbruche entgegen geſtellt wurden. Denn jene Kritik Fenelons als eines franzöſiſchen Patrioten iſt die ſchärfſte, welche die Politik Ludwigs XIV. in der ſpaniſchen Sache erfahren hat. Denn man wolle beachten, daß die Anſchauung Fenelons über den Beginn des ungeheueren Krieges noch frei iſt von den Traditionen, die ſpäter zu Gunſten Ludwigs XIV. in Frankreich aufgewachſen ſind. Fenelon nennt die Annahme des Teſtamentes Carls II. einen Bruch des Theilungs-Vertrages. Er weiß, daß dies Teſtament einem moraliſchen Zwange an einem todtkranken Manne ſeinen Urſprung verdankt. Er weiß dagegen noch nichts von der Fiction, daß der Papſt Innocenz XII. dem Könige Carl II. ein ſolches Teſtament angerathen habe.

In einer anderen Denkschrift, muthmaßlich ebenfalls für den künftigen Thronerben von Frankreich, den Herzog von Bourgogne, erörtert Fenelon eingehend die Frage des Testamentes Carls II. und sucht aus dem Inhalte desselben die Nullität darzuthun. Das Testament, sagt er, ist dasjenige, welches Carl II. früher zu Gunsten des Kurprinzen von Bayern gemacht hatte. Statt dieses Namens hat man, im October 1700, denjenigen des Herzogs Philipp von Anjou hinein gesetzt. Aber die Verhältnisse stimmen nicht überein. Das Testament Carls II. vom October 1700 legt nicht Zeugnis ab für eine volle geistige Freiheit [1]).

Das Testament war das Werk des Cardinals Portocarrero. Wie es zu Stande kam, haben wir zum 3. October 1700 gesehen (Band VIII, S. 590 u. f.).

Das Testament Carls II. aber war die anscheinend rechtliche Grundlage, auf welche der thatsächliche Besitz Philipps V. in Spanien sich stützte. Daß er nicht gesonnen war, von diesem seinem Besitze abzulassen, legte er, ähnlich wie der Großvater gethan, in einem Circularschreiben, vom 4. Juli, seinen Unterthanen dar [2]). Dasselbe enthält, den Verbündeten gegenüber, Wahrheiten, die nicht verneint werden konnten.

„Die Engländer und Holländer, sagt Philipp V. darin, haben vergessen, daß sie mich in formeller Weise als König anerkannt haben. In Betreff der Gesammtheit der Monarchie sind sie nur darin einig, daß ich sie völlig aufgeben soll; aber bevor sie dann dem Hause Oesterreich sie überweisen wollen, vertheilen sie hier ein Stück von Mailand an den Herzog von Savoyen, dort ein Stück von Estremadura an Portugal, wieder einen großen Theil der Niederlande an die Republik Holland." Es war dieselbe Klage, die von seinem Standpuncte auch Carl III. erhob, mit den Worten: „Dividunt vestimenta mea" [3]). Freilich um ein Recht handelte es sich ja nur in den Augen dieses Fürsten selbst. Wie Ludwig XIV. sich bewußt sein mußte, daß sein Enkel kein anderes Recht auf Spanien besaß als

---

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 589.

[2]) Lamberty t. V, p. 308.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 10. März 1710, S. 111.

welches er ſelber, direct und indirect, mit dem Aufgebote unendlicher Liſt und Täuſchung ihm geſchaffen: ſo waren die Führer der Seemächte ſich bewußt, daß ſie nicht um des Rechtes des Hauſes Habsburg willen, nicht aus einer Gunſt für dasſelbe zu den Waffen gegriffen, um dem Herzoge von Anjou die ſpaniſche Monarchie wieder zu entreißen, ſondern im Intereſſe der Zweckmäßigkeit für ſie ſelber.

Hochfahrender noch in ſeinem Tone als das Circularſchreiben Ludwigs XIV. deutete eben dadurch dasjenige Philipps V. an, daß er ſich des großväterlichen Schutzes, oder, um im Sinne Fenelons zu reden, der Opferung Frankreichs für das Unrecht Ludwigs XIV., wieder völlig ſicher fühlte.

Papſt Clemens XI. und Kaiſer Joſeph I.

Friedensſchluß zwiſchen dem Papſte Clemens XI. und den Brüdern Joſeph I. und Carl III.

Der kaiſerliche Botſchafter Prié in Rom hatte dem Papſte Clemens XI. den 15. Januar als den Termin bezeichnet, an welchem ſeine Vollmacht zur Unterhandlung erlöſche, diejenige des Feldmarſchalls Daun zur Action in Kraft trete. Als die Gerüchte über das wahrſcheinliche Nachgeben des Papſtes ſtiegen, richtete der Botſchafter Teſſé, der andauernd krank war oder ſich ſo ſtellte, an ihn ein abermaliges Schreiben, welches ähnlich wie das frühere, wenn es überhaupt eine Wirkung auf den Papſt übte, nur die ungünſtige des Unwillens gegen die Frechheit hervorrufen konnte, die ſich in das ſchützende Gewand eines Botſchafters hüllte [1]). — Den Franzoſen in Rom, die gegen eine Anerkennung Carls III. durch den Papſt Gründe der Ehre und des Gewiſſens vorführten, entgegneten Andere, daß am wenigſten von franzöſiſcher Seite ein ſolcher Einwand zuläſſig ſei, nachdem Ludwig XIV. bei Lebzeiten Jacobs II. den König Wilhelm III., wiederum bei Lebzeiten Wilhelms III. den König Jacob III. anerkannt habe, und nunmehr willig genug ſei, bei Lebzeiten Jacobs III. auch noch

[1]) Mémoires de Tessé t. II, p. 297, und bei Lamberty t. V, p. 243.

die Königin Anna anzuerkennen. — Bei dem Papſte Clemens XI. aber war und blieb in der That die Frage der Anerkennung Carls III. der ſchwerſte Stein des Anſtoßes.

Am 15. Januar unterzeichneten der Cardinal Paolucci im Namen des Papſtes, der Botſchafter Prié im Namen des Kaiſers den vereinbarten Vertrag [1]). Die Hauptſache darin war die Entlaſſung aller neu angeworbenen Truppen des Papſtes binnen vierzehn Tagen. Der Papſt verſprach ferner, den unzufriedenen franzöſiſch Geſinnten in Neapel keine Unterſtützung zu geben. Comacchio ſoll einſtweilen von kaiſerlichen Truppen beſetzt bleiben, bis die Differenzen darüber durch eine Conferenz von Cardinälen mit dem Botſchafter Prié gütlich ausgeglichen ſind. In derſelben Conferenz ſollen auch die Differenzen über Parma und Piacenza gütlich geſchlichtet werden. Dann kam der ſchwierigſte Punct. Clemens XI. war bereit, Carl III. als König, ohne nähere Bezeichnung, anzuerkennen, einen Nuntius nach Barcelona zu entſenden, mit allen Conſequenzen. Aber Prié forderte für Carl III. die gleiche Anerkennung wie für Philipp V. Und dazu konnte ſich Clemens XI. noch nicht entſchließen. Deshalb ward dieſe Frage in einen geheimen Artikel des Vertrages verwieſen. Er beſagte, daß bis zur vollen Anerkennung in der verlangten Weiſe ſechs kaiſerliche Regimenter auf dem Boden des Kirchenſtaates verbleiben ſollten, jedoch nur diesſeit des Po. Der Kaiſer dagegen verſprach dem Papſte ſeine Hülfe für den Fall, daß in Folge dieſer Anerkennung der weltliche Beſitz des heil. Stuhles von einer anderen Macht bedroht werde [2]).

Jedenfalls war für den Kaiſer viel gewonnen, daß durch die Entwaffnung des Papſtes der franzöſiſche Plan einer italieniſchen Liga durchkreuzt und überhaupt ferneren Thätlichkeiten vorgebeugt war, nicht bloß von kaiſerlicher, ſondern auch von engliſcher Seite. Nachdem, wie wir geſehen (S. 101 u. f.), ſchon im Herbſte 1708 der Unwille der engliſchen Regierung wider den Papſt Clemens XI. nachgelaſſen, hatte dann doch wieder der Admiral Whitaker ſchärfere Inſtructionen erhalten. „Ich habe den Admiral gebeten, meldet Prié, am 18. Januar, an

---

[1]) Priés Bericht an Marlborough, bei Murray vol. IV, p. 460.

[2]) Kaiſerliches Reſcript an Gallas, vom 15. Februar.

Marlborough, das Bombardement von Civita Vecchia aufzuschieben, um nicht den römischen Hof zu erbittern und dadurch dem Vertrage Hindernisse in den Weg zu legen. Ich halte auch noch ferner mit dieser Bitte an. Der Papst hofft, daß der Kaiser sich bei der Königin für ihn verwenden, so wie daß diese Verwendung nicht fruchtlos sein und er völlig der Unruhe entnommen werden wird. Er hat mir nachdrücklich betheuert, für die Unternehmung auf Schottland kein Geld hergegeben zu haben" [1]).

Diese Verwendung erfolgte sogar noch vor dem Abschlusse des Vertrages von Rom. Denn, auf die Nachricht des Prié, daß der Papst sich zur Willigkeit neige, hatte der Kaiser sofort, noch im December 1708, dem Grafen Gallas den Auftrag ertheilt, die erforderlichen Schritte zu thun. Bereits am 6./17. Januar reichte der Graf Gallas in London eine Denkschrift ein. Nachdem der Papst, sagte er, dem Kaiser und den Mächten der Allianz die positive Zusicherung gegeben, allen Verbindungen mit den Gegnern derselben zu entsagen, entspreche es der Billigkeit, daß auch er von jeder Besorgnis der Beunruhigung befreit werde. Darum bitte der Kaiser die Königin, den wegen der französischen Unternehmung auf Schottland gegen den römischen Hof gefaßten Unmuth fallen zu lassen. Gallas ersuchte um eine schriftliche Antwort [2]).

Diese erfolgte am 25. Januar/6. Februar, zwar gewährend, nicht jedoch in einer gewinnenden Weise. Von England her war die Anklage erhoben, daß der Papst Clemens XI. für die Unternehmung des Ritters von St. Georg, im März 1708, Geld beigesteuert. Der Papst hatte sie verneint, und die englische Regierung hatte weder vorher, noch in dieser Antwort ein Zeugnis beigebracht, welches die Anklage dem Kaiser glaubwürdig machen konnte. Dessen ungeachtet sagt diese englische Antwort: „Und Ihre Majestät die Königin hält sich überzeugt, daß, weil sie auf die Verwendung des Kaisers die besondere Gefälligkeit beweist, von der Genugthuung abzustehen, die sie für die erfahrene Ungebühr zu fordern haben würde, auch der

---

[1]) Murray vol. IV, p. 462.

[2]) Denkschrift des Grafen Gallas vom 6./17. Januar, in den Anglicis des k. k. Archives.

Kaiſer ſeinerſeits nicht ermangeln wird, durch den Vertrag, der nunmehr in Rom dem Abſchluſſe nahe iſt, den Papſt zu der Erklärung zu verpflichten, daß er hinfort weder direct noch indirect ſich betheiligen wird, um die Abſichten der Feinde der Königin zu ermuthigen, und daß er irgend welche Unternehmung gegen die Königin und ihre Länder in keiner Weiſe und irgendwie unterſtützen noch begünſtigen wird" [1]).

Die Anerkennung des Erzherzogs Carl als Königs, ohne nähere Bezeichnung, genügte den habsburgiſchen Brüdern nicht; in den Augen Philipps V. war ſie zu viel. Ein rechtfertigendes Schreiben des Nuntius Zondodari in Madrid an den ſpaniſchen Miniſter, Herzog von Medina Celi, beſänftigte nicht den Zorn des ſpaniſchen Hofes, im Februar [2]). Die Bethätigung dieſes Zornes jedoch ward verſchoben, damit der Nuntius vorher dem feierlichen Acte der Huldigung für den Prinzen von Aſturien, am 7. April, beiwohnen könne. Am nächſten Tage ließ Philipp V. dem Nuntius den Aufenthalt in Madrid und in Spanien kündigen. Er ward im königlichen Wagen unter einer Bedeckung von 20 Reitern an die Grenze gebracht. Nach der Abreiſe ward das Tribunal der Nuntiatur geſchloſſen, das Archiv derſelben mit Beſchlag belegt. Ein königliches Schreiben an den Cardinal Portocarrero unterſagte den ſpaniſchen Biſchöfen jeglichen Verkehr mit Rom [3]).

Der Nuntius wußte und berichtete in Rom, daß der Beſchluß eines ſo ſcharfen und allem Herkommen widerſprechenden Verfahrens wider ihn im königlichen Rathe zu Madrid nicht einſtimmig gefaßt war. In der That bewies der Beſchluß ſich nicht als ein Act der Beſonnenheit. Der Botſchafter Prié in Rom hob in ſeinen Berichten hervor, daß dieſer Uebereifer in Madrid die Anerkennung Carls III. durch den Papſt erſt recht zur allgemeinen Kunde der Spanier gebracht, und dadurch dem Vorgeben, daß der Krieg für Philipp V. wider Carl III. ein Religionskrieg ſei, den Boden genommen habe. Einige

[1]) Engliſche Antwort vom 26. Januar/6. Februar, in den Anglicis des k. k. Archives.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. V, p. 253.

[3]) A. a. O. p. 259.

gingen ſo weit zu behaupten, daß die Rathgeber, welche Philipp V. zu dieſem Schritte bewogen, in der Wirklichkeit für Carl III. geſinnt ſein müßten [1]).

Andererſeits benutzte Prié das leidenſchaftliche Vorgehen des Hofes von Madrid zum Andringen auf Clemens XI., nun auch ſeinerſeits jede Rückſicht auf Philipp V. fallen zu laſſen, und in einem Conſiſtorium öffentlich Carl III. als katholiſchen König von Spanien anzuerkennen. Aber für den Papſt Clemens XI. nahm das tumultuariſche Verfahren Philipps V. die Gründe gegen Carl III. nicht hinweg. Er ſuchte der Forderung des Botſchafters auszuweichen durch den Hinweis auf die damalige Friedenshandlung im Haag, welche die Sache erledigen werde. Prié glaubte zu erkennen, daß auf den Papſt ganz beſonders die Furcht drücke, Philipp V. in Neapel als Nachbar zu erhalten. Denn die Franzoſen in Rom ließen es ſich angelegen ſein zu verkünden, daß Ludwig XIV. dieſe Bedingung für den Frieden ſtellen werde. Dazu war ja Sicilien noch im Beſitze des Hauſes Bourbon. Wenn die Löſung in dieſer Weiſe erfolge, meinte man, ſo werde der Papſt, umklammert von der Macht des Hauſes Bourbon, demſelben dienſtbar ſein müſſen [2]).

Der Botſchafter Prié ließ die Einwände des Papſtes nicht gelten, ſondern verlangte die volle Anerkennung Carls III. als katholiſchen Königs von Spanien. Der Papſt hatte dem früheren Verſprechen als Bedingung hinzugefügt die Forderung der Rückgabe von Comacchio als Eigenthum des päpſtlichen Stuhles. Auch dieſe Bedingung ließ der Botſchafter nicht zu. Dagegen drohete er mit einem neuen Einmarſche von 16,000 Mann unter Daun und den Winterquartieren derſelben im Kirchenſtaate. Dem Zwange dieſer Drohung wich der Papſt. Er entſendete nur noch mit der Erklärung ſeines Nachgebens an den Kaiſer Joſeph die flehentliche und dringende Bitte, dem päpſtlichen Stuhle Comacchio zurückzugeben, mit der Berufung darauf, daß dieſes ſein Breve ihm vor dem ſchrecklichen Gerichte Gottes zum Zeugniſſe dienen werde, daß er ſeine wiederholten Eide

[1]) Bericht des Botſchafters Prié, bei Coxe vol. II, p. 367.
[2]) A. a. O.

das Erbe des päpſtlichen Stuhles zu bewahren, nach ſeinen Kräften gehalten habe [1]).

Die für dieſe Angelegenheit niedergeſetzte Congregation von Cardinälen trat mit dem Botſchafter Prié in Verbindung. Es erfolgte die Einigung, daß Clemens XI. in einem Breve an Carl III. ihn benannte als katholiſchen König von Spanien [2]).

Die habsburgiſchen Brüder mochten die Anerkennung, zu welcher ſie den Papſt gezwungen, nur als eine Forderung des gleichen Rechtes für die zwei Prätendenten auf Spanien anſehen. Der hauptſächliche Vortheil dieſer Gleichſtellung beſtand für Carl III. darin, daß fortan ſeinem Gegner Philipp V. die Waffe des vermeintlichen Religionskrieges bei den Spaniern entwunden war. Der Botſchafter Prié hoffte auf eine noch weitere Ausdehnung des Erfolges. Er ſchreibt darüber an Marlborough: „Ich würde es als einen glücklichen Erfolg meiner Bemühungen anſehen, wenn der Zwiſt, den wir mit dem päpſtlichen Hofe gehabt haben, für ihn den Bruch mit Frankreich nach ſich zöge, und der Papſt durch das gewaltſame Verfahren der Gegner genöthigt würde, die Intereſſen der allgemeinen Sache zu vertreten“ [3]).

An einen Beitritt zu der großen Allianz, wie die letzten Worte zu wünſchen ſcheinen, dürfte Clemens XI. ſicherlich nicht gedacht haben. Dagegen ſprach er dem Kaiſer die Beſorgnis aus, daß, nach der erfolgten völligen Anerkennung Carls III., das Haus Bourbon noch gewaltthätiger gegen ihn vorgehen werde. Er wünſchte daher die Garantie des Kirchenſtaates, und entſendete zu dieſem Zwecke ſeinen Neffen Hannibal Albani, jedoch ohne geſandtſchaftlichen Charakter, nach Wien. Der Zweck dieſer Sendung blieb das Geheimnis weniger Perſonen. Der Kaiſer erwiederte, daß eine formelle Garantie nicht möglich ſei, daß er dagegen nach Kräften ſich bemühen wolle, auf die

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 593: „Speriamo che avanti il tremendo Tribunale di Dio, al quale dovremo rendere minuto conto di tutte le nostre azioni, questa stessa lettera, che ora scriviamo alla Maestà Vostra, abbia a valerci di prova di aver adempito in quella guisa, che potevamo, li nostri doveri, e di aver soddisfatto a' replicati giuramenti da Noi prestati.“

[2]) Das Breve bei Lamberty t. V, p. 260. — Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 267.

[3]) Murray vol. IV, p. 462.

Bundesgenossen in dieser Richtung zu wirken. Er gab dem Grafen Gallas den Auftrag, bei der Königin von England vorzustellen, daß sich der Papst durch die völlige Anerkennung Carls III. auf gleichem Fuße mit Philipp V. um die Sache der Allianz ein großes Verdienst und dadurch ein Anrecht auf den Schutz derselben erworben habe [1]).

Die Besorgnis des Papstes vor einem Angriffe der bourbonischen Macht auf den Kirchenstaat ging nicht in Erfüllung. Ludwig XIV. und Philipp V., durch die bisherigen Feinde völlig in Anspruch genommen, begnügten sich mit Feindseligkeiten gegen die Jurisdiction des Papstes innerhalb ihres Bereiches.

In einer anderen Angelegenheit dieses Jahres 1709 handelten von Anfang an Papst und Kaiser einmüthig. Sie betraf die Katholiken in Irland.

Papst und Kaiser für die Katholiken in Irland.

Wir haben wiederholt beobachtet, daß in dem damaligen England jegliche Gefahr für die bestehende Regierung einen Ansturm gegen die Katholiken nach sich zog. So die Entdeckung des Mordplanes gegen Wilhelm III. im Jahre 1696 (Band VII, S. 182 u. f.), so die Kunde der Unternehmung des Prätendenten auf Schottland im Jahre 1708 (oben S. 57). Noch im Herbste 1708 verlautete abermals das Gerücht, daß der Admiral Forbin mit sieben Kriegsschiffen und mit Landungs-Mannschaft darauf von Dünkirchen ausgelaufen sei. Das Gerücht erwies sich später als nicht begründet. In London jedoch stieg wieder die Besorgnis für Schottland empor. Nach üblicher Weise erfolgte dann eine Proclamation für die Ausführung aller Gesetze wider den Papismus. [2]).

Merkwürdiger Weise liegt aus denselben Tagen, im December 1708, im Archive der Propaganda in Rom aus Schottland die Nachricht vor, daß bei dem Frieden, dessen man sich erfreue, die Zahl der Conversionen sich mehre, besonders in den Hochlanden [3]). Die Zahl der

[1]) Kaiserliches Rescript an Gallas, vom 20. November.

[2]) Bei Lamberty t. V, p. 192.

[3]) Bellesheim, Geschichte der katholischen Kirche in Schottland Bd. II, S. 341.

Katholiken in Schottland ward damals auf 4500 gerechnet, und es ist daher nicht denkbar, daß die englische Regierung vor denselben eine begründete Besorgnis gehegt habe. Auch richtet sich jene Proclamation nicht so sehr gegen die Katholiken überhaupt als gegen die Priester. „Denn es ist unzweifelhaft, sagt sie, daß diese römischen Missionäre und ihre Anhänger nicht bloß unsere guten Unterthanen verkehren, sondern auch von der Treue für uns und unsere Regierung abwenden, da ja ihre übele Gesinnung gegen uns und unsere Regierung notorisch ist." Es wird sich nachher zeigen, ob für die Behauptung dieser Notorietät die Mitglieder der englischen Regierung ein Zeugnis aufbringen konnten.

Ungleich schlimmer jedoch als für die wenigen Katholiken in Schottland, standen die Aussichten für die zahlreichen in Irland. Vom Beginne des Jahres 1709 an wußten sie, daß in dem Parlamente von Irland, welches nicht das irische Volk, sondern die englischen Herren desselben vertrat, neue harte Gesetze gegen das Wachsthum des Papismus, wie der übliche Ausdruck lautete, vorbereitet wurden. Selber machtlos dagegen, konnten sie nur von einer Verwendung von außen her eine Abhilfe hoffen. Um eine solche zu erlangen, begaben sich einige Franziskaner, unter der Führung von Bonaventura de Burgo, zunächst nach Rom. Der Papst Clemens XI. stattete Bonaventura aus mit einer Empfehlung an den römischen Kaiser Joseph I., und ersuchte zugleich diesen, eingedenk seines Amtes als des Schirmvogtes der Kirche, dafür einzutreten, daß die Capitulation von Limerick in Irland aufrecht erhalten bleiben möge [1]). (Vgl. Band V, S. 305 u. f.)

Die Capitulation von Limerick war ja allerdings schon durchbrochen durch die Gesetze, welche das irische Parlament im Jahre 1697 beschlossen und der König Wilhelm III., entgegen seiner früheren besseren Einsicht, sanctionirt hatte. (Vgl. Band VII, S. 470 u. f.) Dennoch blieb dieser Vertrag immer der feste Punct, dessen Behauptung allein Aussicht auf einen Erfolg gewährte.

Jene Aufforderung des Papstes entsprach der eigenen Gesinnung des Kaisers. Demgemäß wandte sich in seinem Auftrage der Graf Gallas in London sowohl an den Groß-Schatzmeister Godolphin als an die Staats-Secretäre Sunderland und Boyle, und erbat für die

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 543. Vom 24. April.

Katholiken in Irland die Aufrechthaltung des Vertrages von Limerick. Er machte geltend, daß eine Verfolgung der Katholiken in Irland dem Hauſe Bourbon die Gelegenheit bieten würde, vor den Spaniern den Ruf des Religionskrieges zu erneuern. Er zog eine Parallele zwiſchen der Behandlung der Proteſtanten in Schleſien, für welche die Königin ſich bei dem Kaiſer verwendet habe, und derjenigen der Katholiken in Irland, für welche nun der Kaiſer eintrete. „Und doch, ſagt er, hat bei dem Einmarſche des Königs von Schweden ſich ergeben, daß den Erſteren jeder fremde Fürſt, den ſie gegen den eigenen Landesherrn anrufen können, willkommen iſt. Dagegen hat bei der letzten Unternehmung auf Schottland ſich in den Ländern, die der Königin unterthan, kein Katholik auch nur gerührt, noch den geringſten Anlaß zum Verdachte gegen ſeine Treue gegeben“ [1]).

Die Verwendung des Grafen Gallas fand nicht eine günſtige Aufnahme. Godolphin für ſich gab gar keine Antwort, ſondern überließ dies den zwei Staats-Secretären. Es iſt hervorzuheben, daß dieſe Antwort auf den letzten Satz des Grafen Gallas, der bei der Lage der Dinge der wichtigſte ſein mußte, nicht eingeht. Dagegen bringt ſie allgemeine Behauptungen vor. „Die Mehrzahl der Römiſch-Katholiſchen in Irland, ſagen die Staats-Secretäre, ſind von der Reformation an jederzeit, und mehr noch ſeit der letzten glücklichen Revolution, erklärte und ſichere Feinde der Regierung. Wie dies Jedermann vor Augen liegt, ſo ſind auch Sie, Herr Graf, zu einſichtig, als daß es nöthig wäre, Ihnen das weiter darzulegen. Sie treiben ihren Haß ſo weit, daß ſie auch gegen die Perſon des Kaiſers ihn nicht verhehlen können“ [2]).

Die beabſichtigten neuen Geſetze, ſagten weiter die zwei engliſchen Staats-Secretäre, bezweckten nur die Erläuterung und Ausführung der bereits beſtehenden, um die Katholiken in Irland zu hindern, ſich ihrer gewöhnlichen Mittel zur Umgehung derſelben zu bedienen. Die

---

[1]) Schreiben des Grafen Gallas vom 27. Juli: „pendant que dans la dernière invasion de l'Ecosse aucun des Catholiques dans toute la dépendance des royaumes de la Reine a non seulement point remué, mais ni même donné le moindre ombrage ou soupçon de sa fidélité“. — Im k. k. Archive.

[2]) „Et même qu'ils poussent leur haine à un tel point qu'ils ne peuvent pas la cacher contre la personne de l'Empereur.“

Regierung betrachte daher dieſe neuen Geſetze als für das Wohl und die Sicherheit des Staates durchaus nothwendig; auch könne man darin nicht den geringſten Einbruch in die Artikel der Capitulation von Limerick finden [1]). Ueberhaupt warfen die Staats-Secretäre dem Geſandten Unkenntnis der Sachlage vor [2]).

Dieſen Vorwurf wollte der Graf Gallas nicht hinnehmen. Zum Beweiſe ſeiner Kenntnis legte er ſeiner Erwiederung einen Auszug des Geſetzentwurfes vor, den damals das Parlament von Irland berieth.

Der erſte Artikel beſagte, daß, „wenn ein Kind papiſtiſcher Eltern ſich für proteſtantiſch erklärt, die Organe der Regierung die Eltern anhalten ſollen, ihm den Beſtand ihres Vermögens offen zu legen. Von dieſem Vermögen wird die Regierung für den Unterhalt ſolcher proteſtantiſchen Kinder einen Antheil nach Gutdünken überweiſen können, vorausgeſetzt daß dieſer Antheil nicht über ein Drittel beträgt, und ferner kann die Regierung dieſen Antheil von Zeit zu Zeit ſteigern im ſelben Maße, wie das Vermögen der Eltern ſich vermehrt". — „Ein Papiſt, der Kinder hat, erhält für den Uebertritt ſieben Jahre lang jährlich fünf Pfund Sterling." — „Ein Prieſter, der übertritt, erhält fünfzig Pfund Sterling jährlich auf Lebenszeit." — Solchen Löhnen entſprachen andererſeits die Strafen.

„Wenn Jemand nach dem 1. Auguſt 1709 Anzeige macht von einem Erzbiſchofe, Biſchofe, General-Vicar, Jeſuiten, Mönche, einer papiſtiſchen Ordensperſon, oder überhaupt einer ſolchen, die eine kirchliche Jurisdiction ausgeübt hat, ferner einem Weltprieſter, der nicht geſetzmäßig einregiſtrirt iſt, oder einem Lehrer, der in Privathäuſern die Jugend unterrichtet — ſo daß die Perſönlichkeit gefaßt und überführt werden kann: ſo ſoll der Angeber zum Lohne erhalten fünfzig Pfund Sterling für jeden Erzbiſchof, Biſchof, General-Vicar oder jede andere Perſönlichkeit, die eine geiſtliche Jurisdiction ausgeübt hat, und zwanzig Pfund für jede geringere Perſon. Dieſe Gelder ſollen

---

[1]) „Le gouvernement a trouvé ces loix absolument nécessaires pour le bien et la sûreté de l'état, et on ne sauroit non plus y trouver le moindre attentat sur les articles de la capitulation de Limerick." Aus der Antwort der Staats-Secretäre, vom 22. Juli. S. V.

[2]) „Nous voyons que vous avez été fort mal informé des faits."

von den Papiſten der Ortſchaften entnommen werden, wo jene Perſonen fungirt haben."

„Zwei Friedensrichter haben das Recht jeden Papiſten von ſechszehn Jahren und darüber binnen drei Tagen vorzuladen. Im Falle des Nicht-Erſcheinens oder im Falle der Weigerung auf Eid anzugeben, wann er die Meſſe gehört, an welchem Orte, wer ſie celebrirt, welche Perſonen zugegen geweſen, wo irgend ein Weltgeiſtlicher wohnt — ſoll ein ſolcher Papiſt, der nicht vollſtändig über alle Umſtände Auskunft gibt, zwanzig Pfund Sterling bezahlen oder auf zwölf Monate in das gewöhnliche Gefängnis geſchickt werden."

„Alle Weltprieſter haben den Abſchwörungs-Eid vor dem 1. November zu leiſten, und ſollen, im Falle der Weigerung oder Unterlaſſung, wie überführte Ordensprieſter behandelt werden." — Die Ordensprieſter wurden eo ipso deportirt, und bis dahin, daß ſich ein Schiffer fand, der ſie, für fünf Pfund Sterling den Mann, nach Amerika überbrachte, ins Ortsgefängnis verwieſen. Der Abſchwörungs-Eid zu Gunſten der beſtehenden Regierung war ſehr lang und ausführlich.

Es ſtand aber den zwei Friedensrichtern auch das Recht zu jede Perſönlichkeit über ſechszehn Jahre vorzuladen, und von ihr den Abſchwörungs-Eid zu verlangen. Im Falle der Weigerung betrug die Buße zwei Pfund Sterling oder drei Monate Gefängnis. Im zweiten Falle ward die Strafe verdoppelt. Im dritten Falle kam das Geſetz Praemunire in Anwendung, d. i. Confiscation des ganzen Vermögens und lebenslängliches Gefängnis.

Der Auszug des Grafen Gallas aus dem Geſetzentwurfe hat fünfzehn Beſtimmungen, die eine der anderen entſprechend.

Ein Geſetzentwurf ſolcher Art, erklärte der kaiſerliche Geſandte den zwei engliſchen Staats-Secretären, ſtehe nicht im Einklange mit der Capitulation von Limerick, ſondern ſei in Wahrheit eine Verfolgung zum Zwecke der Ausrottung der katholiſchen Religion. „Allerdings, fährt der Graf Gallas fort, iſt der Kaiſer nicht der Garant der Capitulation von Limerick, wie es die Königin für den Vertrag von Alt-Ranſtadt iſt. Aber es iſt aller Welt bekannt, wie viel die gute Freundſchaft zwiſchen dem Kaiſer Leopold und dem Könige Wilhelm III. beigetragen hat, den letzteren hier zu befeſtigen. Jedermann kennt auch die Verſicherungen,

welche damals der König gegeben, daß die Römisch-Katholiken in diesen Ländern niemals verfolgt werden sollten. Daher darf der Kaiser nicht unterlassen sich für sie zu verwenden, wenn er nicht bei allen katholischen Fürsten Europas den Vorwurf einer Mitschuld an den Verfolgungen auf sich nehmen will. Es besteht daher zwischen der Verwendung des Kaisers für die Katholiken in Irland und derjenigen der Königin für die Protestanten in Schlesien wesentlich kein Unterschied" [1]).

Die Vergleichung war den Umständen nach unvermeidlich; aber sie konnte auf die englische Regierung kaum in gewinnender Weise wirken. Carl XII. hatte, nach dem Abschlusse des Vertrages von Alt-Ranstadt mit dem Kaiser, die Seemächte aufgefordert, die Garantie desselben zu übernehmen. Beide Mächte hatten dies gethan, die Königin von England mit Ausdrücken des Lobes und der Anerkennung für Carl XII., die dem Kaiser Joseph I. sehr wenig erfreulich klingen konnten. Das Schreiben der Königin erschien Vielen ähnlich einer Aufforderung an Carl XII., dem Kaiser dennoch auf den Leib zu fallen [2]). Die Königin beschränkte sich ferner darin nicht auf die Garantie des Vertrages zu Gunsten der Anhänger der Augsburgischen Confession, sondern sprach den Wunsch aus, daß Carl XII. auch den Reformirten dasselbe Glück zuwende. Carl XII. erklärte sich zuerst bereitwillig. Der Wiener Hof erwiederte, daß er den Vertrag von Alt-Ranstadt erfüllen, darüber aber nicht hinausgehen wolle. Die Angelegenheit, die ursprünglich nur eine Maske war, durch welche Carl XII. den wahren Grund seines langen Verweilens in Sachsen verhüllte, schien nun durch das wenig bundesfreundliche Mit-Eintreten Englands eine neue selbstständige Bedeutung zu gewinnen. Der englische Gesandte Meadows in Wien reichte eine Denkschrift ein, welche nachwies, daß der Osnabrücker Friedensvertrag unter den Bekennern der Augsburgischen Confession die Reformirten mit umfasse, daß demnach auch der Vertrag von Alt-Ranstadt für sie gelten müsse [3]).

---

[1]) Schreiben des Grafen Gallas vom 17. August. Im k. k. Archive.

[2]) Lamberty t. V, p. 70.

[3]) A. a. O. p. 74. Vom 27. October 1708.

Um ſo mehr bemühete man ſich von kaiſerlicher Seite die Schweden dabei feſtzuhalten, daß die Auslegung des Vertrages von Alt-Ranſtadt nur dem Kaiſer und dem Könige zuſtehe, und die Sache raſch zur Ausführung zu bringen. Dies gelang. Am 8. Februar 1709 ſtellte der ſchwediſche Bevollmächtigte Stralenheim die urkundliche Erklärung aus, daß alle Beſtimmungen des Vertrages von Alt-Ranſtadt zu Gunſten der freien Religionsübung für die Bekenner der Augsburgiſchen Confeſſion in Schleſien voll und getreu erfüllt ſeien [1]).

Die engliſche Einmiſchung zu Gunſten der Reformirten in Schleſien hatte alſo keinen Erfolg gehabt. Eben darum aber auch mochte die engliſche Regierung wenig geneigt ſein, der kaiſerlichen Verwendung für die Katholiken in Irland einen Einfluß zu geſtatten.

Die Mehrheit des iriſchen Unterhauſes nahm den Geſetz-Entwurf gegen die Katholiken an und ſandte ihn an das Oberhaus, verknüpft mit einer Subſidien-Bill. Nach harten Kämpfen im Oberhauſe betrug dort die Mehrheit für den Entwurf ſieben Stimmen [2]).

Der Statthalter, Lord Wharton, ſandte die Bill mit ſeiner Befürwortung der Königin ein. Es handelte ſich alſo nur noch um die Sanction der Königin.

Clemens XI. wandte ſich abermals mit flehender Klage an eine Reihe katholiſcher Fürſten: an den König von Portugal, an den Herzog Victor Amadeus, an die Republik Genua [3]). Der Einzige jedoch, deſſen Fürwort vielleicht noch in die Wage fallen konnte, war doch nur der Kaiſer. Für dieſen blieb einſtweilen noch die Hoffnung, daß die Königin nicht ſanctioniren würde. Von der Ueberzeugung aus, daß durch das neue Geſetz der katholiſchen Religion in Irland der Todesſtoß verſetzt werde, befahl der Kaiſer dem Grafen Gallas, daß er ſich, wie bisher, dieſer Sache mit dem äußerſten Fleiße und Nachdrucke annehmen ſolle, ſo viel ſich immer thun laſſe, ohne ſich mit dem engliſchen Hofe abzuwerfen [4]).

Auch dieſe Hoffnung bewährte ſich nicht: die Königin ſanctionirte.

---

[1]) Lamberty t. V, p. 396.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. September. Im k. k. Archive.

[3]) Clementis XI epistolae t. I, p. 587 sqq.

[4]) Kaiſerliches Reſcript vom 16. October. Im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive.

Der Papst Clemens XI. entsendete darauf die in Rom weilenden Franziskaner, unter der Führung Bonaventuras, abermals an den Kaiser. Jener reichte die folgende Bittschrift ein [1]).

„Die Katholiken und insbesondere der Clerus des unglücklichen Königreiches Irland werfen sich Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät seufzend und weinend zu Füßen, und erflehen und erbitten, vermittelst des Ordensmannes, der, wie vor einiger Zeit, so jetzt abermals von dem Papste ausdrücklich zu diesem Zwecke gesendet ist, mit unendlichen Wehklagen und Thränen, die mächtige und fromme Hülfe und Verwendung Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät. Denn die Gefahr des Unterganges der katholischen Religion ist für uns nunmehr aufs höchste gekommen. Wir erkennen mit tiefstem Danke die niemals oder nur mit unserem Blute zu vergeltende Verpflichtung für die warme Fürsprache, die bisher auf Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät treueifriges Geheiß Ihre Minister für uns eingelegt haben. Aber alle diese auch noch so lebhaften und ewigen Lobes würdige bisher aufgebotenen Verwendungen haben nicht vermocht zu verhindern, daß die Parlamentarier, mit kunstvoller Arglist, der Königin von England die Sanction der letzten unheilvollen Acte, welche auf die Ausrottung des katholischen Glaubens ausgeht, entrissen haben. Dieselbe ist zu Dublin am 10. September verkündet mit der Beifügung, daß die Obrigkeiten die Ausführung aufs schärfste überwachen sollen, mit Androhung schwerer Strafe und Geldbuße für die darin etwa Säumigen."

„Daß nun diese Ausführung in der That durch die Obrigkeiten geschieht, melden uns die jüngsten Briefe aus Dublin, vom 20. September/1. October. Sie berichten, daß mehrere der Unseren schon unterlegen sind und den Glauben der Väter abgeschworen haben, daß viele Andere wanken, und, tief betroffen von Furcht vor der unvermeidlichen Bettelarmuth, geneigt erscheinen dem Beispiele der Anderen zu folgen und der katholischen Religion zu entsagen, es wäre denn daß von Gott, vermittelst des frommen Fürwortes Ew. erhabenen und gnädigsten Römisch-Kaiserlichen Majestät, recht bald uns die Hülfe käme, daß jener grausamen Ausführung Einhalt gethan würde."

---

[1]) Anlage I.

„Es ist also jetzt die Zeit gekommen, ohne Aufschub dasjenige zu thun, was allein in dieser äußersten Noth noch übrig ist und helfen kann, damit nicht unsere heilige katholische Religion in unserem tief betrübten, einst derselben so fest anhangenden Irland ganz und gar und wie in Einem Augenblicke untergehe. Und darum bitten wir, mit aller Unterthänigkeit, mit Thränen, mit Seufzern, mit demüthigen Klagen, abermals und abermals."

„Unsere Bitte nämlich ist, daß Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät aus unendlicher Gnade und in der vollen ererbten Frömmigkeit Ihres Hauses geruhen wolle, zunächst ein Allerhöchsteigenes Handschreiben an die Königin, so wie auch an das Parlament von Groß-Britannien zu richten, mit der Mahnung und der Darlegung der Gründe für die Rücknahme jener Beschlüsse, oder wenigstens für die Suspension der vorerwähnten grausamen Ausführung, welche ja auch der politischen Klugheit nicht entspricht. Denn offenbar schadet diese Verfolgung in hohem Maße der gemeinsamen Sache, nicht bloß vor den Augen aller Katholiken der Allianz, sondern auch der neutralen, besonders aber der Katholiken in Spanien, mögen sie dem Könige Carl III. gehorchen oder nicht."

„Ferner müssen die Engländer eingedenk sein, wie sehr ihre Freiheit und ihr Eigenthum abhing von der Freundschaft des Kaiserhauses, zur Zeit des Königs Wilhelm III., der darum dem glorwürdigsten Kaiser Leopold sein königliches Wort verpfändete, daß in seinen drei Königreichen, namentlich aber in Irland, die katholische Kirche keiner Gefahr ausgesetzt werden und keinen Schaden erleiden solle."

„Aus diesem königlichen Worte ist erwachsen und bleibt der Königin und dem Parlamente die bündige Verpflichtung, die Fürsprache Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät für die genaue Beobachtung der Capitulationen von Limerick und Galway zu hören; denn Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät sind Vermittler (?) und Bürge (?) derselben."

„Und zwar dies um so mehr, weil die Katholiken in Irland den geleisteten Eid der Treue, der allein vertragsmäßig ihnen obliegt, niemals gebrochen haben, immer in friedlicher Stille lebend, auch ungeachtet der zahllosen Beschwerden, welche diejenigen der ägyptischen Tyrannei übertrafen."

„Und weil der Herzog von Marlborough bei der Königin und dem Londoner Hofe viel vermag, und leicht einsieht, welcher Nachtheil der gemeinsamen Sache aus dem Bekannt-Werden der grausamen Katholiken-Verfolgung in Irland erwachsen muß: so scheint es zweckmäßig und wird für sehr nützlich gehalten, wenn im Namen der Römisch-Kaiserlichen Majestät diesem Herzoge geschrieben würde, so wie desgleichen auch dem Prinzen Eugen, der auf den genannten Herzog großen Einfluß hat."

„Während die unterthänigsten Boten der irischen Katholiken in Asche und im härenen Gewande, in Thränen ohne Ende Buße thun, in der Erwartung einer glücklichen Hoffnung, bitten, flehen, beschwören sie Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät, eingedenk zu sein des eigenen Rechtes und des vermöge der Abstammung von Kaiser Leopold begründeten Anspruches, den die Verfolger des Glaubens austilgen möchten. Unsere Sache ist dieselbe, nämlich Gottes und des Kaiserhauses."

„Die unterthänigsten Boten der Katholiken Irlands gedenken der Verdienste alter Zeiten. Es ist bekannt, daß die Iren von spanischem Ursprunge sind, daß sie in Spanien sich heimisch fühlen, von den Spaniern wie Brüder behandelt werden. Das Gedächtnis der Lebenden kann die Bände der Verzeichnisse ergänzen, in welchen zu lesen, welche, wie viele, mit welcher Treue und zugleich mit welchem glücklichen Erfolge aus beiden Nationen dem Kaiserhause gedient haben. Und darum, wenn sie durch dasselbe in ihrem Glauben bewahrt werden, hat das Kaiserhaus an Irland eine lebendige Pflanzschule guter Soldaten und Officiere."

„Ferner wollen die Sendboten der katholischen Iren des Verdienstes des kaiserlichen, mit allem Nachdrucke erfolgenden Fürwortes in der gegenwärtigen heiligsten Sache eingedenk sein vor dem höchsten allmächtigen Gotte, der die Siege, die Kronen, die Scepter verleiht und erhält, und der sie wandelt von einem Geschlechte zum anderen nach seinem Wohlgefallen."

„Ferner werden sie dies thun vor dem Oberhaupte der Christenheit, dessen hauptsächliche Sorge und besonderer Fleiß darauf gerichtet ist, den katholischen und apostolischen Glauben nicht bloß zu erhalten, sondern auch auszubreiten, wie er in Betreff des höchst beklagenswerthen Irland Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät in dem neulichen päpstlichen Breve kund gethan hat."

„Endlich vor der geſammten Chriſtenheit, welche, wie ſie über den beweinenswerthen Zuſtand Irlands unſäglich trauert, ſo auch ſehnlichſt begehrt einen Retter zu ſchauen, und für Jahrhunderte ihn zu preiſen. Ein augenſcheinliches Zeugnis der Wahrheit deſſen iſt, daß alle katholiſchen Fürſten, wenn auch in anderen Angelegenheiten noch ſo ſehr uneinig, in dieſer einen heiligen Sache einſtimmig bereit ſind, ſich der Römiſch-kaiſerlichen Majeſtät anzuſchließen."

„Dies Alles legen die Sendboten der iriſchen Nation Ew. Römiſch-Kaiſerlichen Majeſtät zu Füßen, der erhabenen Entſcheidung harrend, nicht um ein Maß vorzuſchreiben, ſondern um Mittel anzugeben, welche ſie für nothwendig erachten, nicht im Vertrauen auf eigene Verdienſte, ſondern vor allen Dingen auf den ererbten reinſten Eifer des Kaiſerhauſes für die Kirche und die katholiſche Religion, vermöge deſſen es emporgewachſen iſt zum erhabenen und ſtarken Baume, deſſen Höhe reicht bis zum Himmel, und ſichtbar iſt über den ganzen Erdkreis."

Der Kaiſer Joſeph I. entſprach der flehenden Bitte. Er ertheilte abermals, am 23. November, dem Grafen Gallas den Auftrag, in der nachdrücklichſten Weiſe überall da wo eine Ausſicht auf Erfolg ſich biete, gegen dieſe Geſetze in Irland zu reden. Der Geſichtspunct, daß, dem Hauſe Bourbon gegenüber, die Verfolgung der Katholiken in Irland eine politiſche Thorheit ſei, tritt darin voran; zugleich jedoch macht der Kaiſer ſeine hohe Pflicht als des Schirmvogtes der Kirche geltend [1]).

Noch bevor der Graf Gallas den Auftrag erhielt, meldete er heim, am 5. November: „Die Dinge in Irland ſind bereits dahin gediehen, daß dieſe armen bedrängten Menſchen keine andere Hülfe mehr haben noch hoffen können als die, daß Gott der Allmächtige die Gemüther, welche die Verfolgung nunmehr in ihrer Willkür haben, dahin leiten möge, daß dieſelbe, gleichwie hier in England geſchieht, nicht nach dem Wortlaute vollzogen werden." Dann jedoch ſteigt ihm ſofort der Zweifel auf, und er fügt hinzu: „Dieſes iſt jedoch dort in einer abgeſonderten Provinz, wo die Statthalter und die ihnen unterſtehenden Obrigkeiten allezeit mit mehr Violenz verfahren, kaum

[1]) Anlage II.

zu hoffen. Sollte ich aber jemals nur die geringste Gelegenheit finden und sehen, die Befehle Ew. kaiserlichen Majestät mit einiger Aussicht auf Erfolg ausführen zu können, so werde ich gewis keinen Augenblick verlieren."

Darin lag im voraus zur Genüge angedeutet, daß für den neuen Auftrag des Kaisers, vom 23. November, sich geringe Aussicht auf Erfolg darbiete. In der That fand sich für Gallas weiter keine Gelegenheit. Die Dinge in Irland gingen ihren Gang. Nach menschlicher Ansicht mußte die Kirche dort aussterben. Anders jedoch als der Wille und die Meinungen der Menschen lautet die göttliche Verheißung: Et portae inferi non praevalebunt adversus eam.

Der savoyische Feldzug.

Der Friedens-Vertrag mit dem Papste Clemens XI., vom 15. Januar, machte die kaiserliche Armee unter Daun wieder verfügbar. Sie marschirte nach Piemont. Unverkennbar schaute man von Versailles aus dahin mit großer Besorgnis. Es hieß dort, daß die Armee unter dem Herzoge Victor Amadeus 50,000 Mann betragen werde, daß er große Entwürfe habe zugleich gegen das Dauphiné und die Grafschaft Nizza, daß ihm für den letzteren Plan eine holländisch-englische Flotte die Hand bieten werde[1]). Diese Besorgnisse stiegen durch den Bericht des Marschalls Berwick, der dem Herzog gegenüber den Oberbefehl führen sollte, aus Grenoble, am 28. April, über den Zustand, den er vorfand. Die Intendanten der Provinzen rund umher gestatteten nicht den Verkauf von Getreide, unter der Behauptung, daß die Bevölkerung die Abfuhr nicht gestatten werde. „Ohne Brot aber, ruft er, kann ich keine Armee zusammen halten, und folglich wäre dann der Herzog von Savoyen Herr und Meister zu thun was er will. Bei den großen Vorbereitungen, die er getroffen, stehen wir in Gefahr ihn bald an den Ufern der Rhone zu erblicken. Es ist ein Irrthum sich einzubilden, daß die Subsistenz des Volkes höher steht als diejenige der Armee. Erst die Armee, dann das Volk"[2]). Berwick

[1]) Pelet t. IX, p. 130.

[2]) A. a. O. p. 139.

erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, wie er diesem seinem Grundsatze gemäß alles öffentliche Geld aus den ihm erreichbaren Cassen genommen, und auf die Vorstellung des Finanz-Directors Desmarets, daß das wider alle Ordnung, ihm geantwortet habe: es sei noch mehr wider die Ordnung eine Armee, welche die Grenzen Frankreichs zu wahren habe, verhungern zu lassen [1]).

Berwick fürchtete einen Angriff auf Toulon. Dies war, nach seiner Ansicht, das einzige Object, welches von der Seeseite her die Feinde ins Auge fassen würden. Er traf dagegen seine Anstalten, und erhielt dafür die volle Zustimmung des Königs in Versailles [2]).

Unterdessen saß der Herzog Victor Amadeus, vor welchem man in Frankreich bis in den Sommer hinein so große Besorgnisse hegte, in seiner Hauptstadt Turin und haderte von da aus mit dem Kaiser über seine Ansprüche. Dem Vertrage von 1703 gemäß hatte er Montferrat und einige mailändische Provinzen erhalten. Demselben Vertrage gemäß verlangte er Vigevanasco. Auch dies war der Kaiser bereit zu gewähren, verlangte aber zugleich eine Minister-Conferenz in Mailand über einige Zweifel. Ein anderer Differenzpunct war die Frage, wie weit sich die Rechte des Herzogs über die Reichslehen erstrecken, die durch ein Diplom des Kaisers Leopold von 1690 ihm überwiesen waren. Es liefen bei dem Kaiser Klagen ein gegen Uebergriffe des Herzogs. Der Kaiser erklärte es für seine Pflicht, die Geschädigten zu schützen [3]).

Im Haag und in London war es Gewohnheit der Staatsmänner, bei Differenzen dieser Art auf den Kaiser zu drücken, daß er dem Herzoge Victor Amadeus zu Willen sein möge. So geschah es auch dies Mal, namentlich im Haag. Dennoch wußten wenigstens die englischen Häupter, wie es um Victor Amadeus stand. Bereits am 17. Januar mahnte Marlborough vom Haag aus Godolphin, über die Gesinnungen des Herzogs stets genaue Kunde einzuziehen. „Denn ich fürchte, sagt er, daß es nicht seine Absicht ist, im nächsten

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 42.
[2]) Pelet t. IX, p. 146 und 152. Vom 24. Mai und 3. Juni.
[3]) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 23. Januar.

Feldzuge den Franzoſen großen Schaden zu thun." Er wiederholte dies einige Tage ſpäter [1]).

Ungeachtet dieſer Mahnung Marlboroughs drängte auch Godolphin, im April, in den kaiſerlichen Geſandten Gallas: der Kaiſer möge um der allgemeinen Sache willen den Wünſchen des Herzogs willfahren. Gallas entgegnete: was immer auch der Kaiſer thue, Victor Amadeus werde neue Vorwände erſinnen [2]). — Als dann das Verhalten des Herzogs Victor Amadeus mehr und mehr der von Marlborough bereits im Januar kund gegebenen Beſorgnis entſprach, gewann dieſelbe auch bei Godolphin die Oberhand. Am 14./25. Juni forderte er Marlborough auf, darüber zu dem Grafen Maffei im Haag eindringlich zu reden. „Victor Amadeus, ſchreibt Godolphin, hat, außer den laufenden Subſidien, für dieſes Jahr bereits erhebliche Summen aus den außerordentlichen Mitteln von der Königin empfangen. Es iſt nicht vernünftig, daß, wenn er es für angemeſſen hält, dem Wiener Hofe zu grollen, dann das Geld und die Mühen der Königin für umſonſt ſein müſſen, wo ſie ja doch überall für ſeine Intereſſen Sorge trägt" [3]). — Aber Victor Amadeus begnügte ſich nicht mit dem thatſächlichen Verhalten. Er gab vor den Geſandten der Seemächte und nach Wien hin die Erklärung ab: er werde überhaupt nicht zur Armee gehen, bevor nicht der Kaiſer alle ſeine Forderungen erfüllt habe [4]). Die Meldung erhöhte den Verdruß Godolphins. „Der Herzog, ſchreibt er, behandelt uns wie Kinder. Iſt es denn recht, daß er wegen jeder Zänkerei und Verdrießlichkeit mit dem Wiener Hofe die gerechten Erwartungen der Königin und der Generalſtaaten unbefriedigt läßt? Sie haben ſo viel für ihn gethan, ſo große Ausgaben gemacht, um ihn in Stand zu ſetzen, Frankreich von jener Seite her zu bedrängen: und nun, wo die Gelegenheit dazu für ihn günſtiger iſt als er ſelber hoffen durfte, beliebt es ihm verdroſſen zu ſein und keinen Gebrauch davon zu machen!" [5]).

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 298 und 302.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. April.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 333.

[4]) Kaiſerliches Reſcript an den Grafen Gallas, vom 13. Juli.

[5]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 347. Vom 4./15. Juli.

Marlborough ließ auf verſchiedenen Wegen ſeine Mahnungen nach Turin ergehen, daß die Klagen des Herzogs, wie begründet immer, doch nur den Kaiſer treffen dürften, nicht die gemeinſame Sache der Allianz [1]). Die Mahnungen übten auf den Herzog keinen Einfluß.

Nach der Anſicht Godolphins war die günſtigſte Auslegung, die man von dieſem Verhalten des Herzogs Victor Amadeus machen konnte, diejenige, daß er trachte den Krieg hinzuziehen auf Koſten der anderen Mächte, in der Hoffnung dabei ſeine Rechnung zu finden. — Andere hegten die Vermuthung, daß Victor Amadeus, nachdem er erreicht, was er gewollt, nun einmal wieder geneigt ſei, ſeine Segel nach franzöſiſchem Winde zu ſtellen [2]). Es ward ſogar behauptet, daß Ludwig XIV. mit dem Herzoge durch deſſen Tochter in Spanien, die Frau Philipps V., angeknüpft habe [3]). Nach franzöſiſchen Berichten jedoch weigerte ſich Ludwig XIV., damals dem Herzoge Vorſchläge zu machen [4]). Thatſächlich erreichte dieſer, daß die Seemächte, ungeachtet alles Verdruſſes über ihn, dennoch um ſo ſtärker in den Kaiſer drängten, allen Begehren des Herzogs zu willfahren.

In Ermangelung des Herzogs Victor Amadeus kam das Commando der Armee an den Feldmarſchall Daun. Am 11. Juli überſchritt er die Alpen. Ihm gegenüber hatte Berwick die Stadt Briançon zum Mittelpuncte ſeiner Vertheidigung gemacht. Es gelang dem Feldmarſchall Daun nicht, ihn von dort zu verdrängen, noch zu einem Treffen zu zwingen. Das einzige Ereignis von Bedeutung war eine Schlappe, welche die Franzoſen unter dem General Thouy, am 28. Juli, bei Conflans erlitten. Dann beobachtete man ſich gegenſeitig, bis mit dem frühzeitigen Eintreten der rauheren Jahreszeit der Feldzug endete.

Marlborough kleidet ſeine Kritik dieſes Feldzuges im Südoſten in die an den engliſchen General und Geſandten Palmes in Turin gerichteten Worte: „Aus Ihren und den anderen Nachrichten erſehe

---

[1]) Murray vol. IV, p. 532, 555.
[2]) Wagner, Historia Josephi p. 296.
[3]) Coxe vol. II, p. 471.
[4]) Pelet t. IX, p. 209.

ich, daß Ihre ganze Armee über die Berge zurückgegangen, so daß es mit aller Aussicht, die wir hatten, nun zu Ende ist, und Sie nach aller Wahrscheinlichkeit im nächsten Jahre eben so spät wie in diesem aufs neue zu beginnen haben werden. Dies läßt mich fast daran verzweifeln, daß Sie von jener Seite jemals etwas ausrichten werden"[1]).

Bei der Lage, in der sich Frankreich befand, und bei den Besorgnissen, die beim Beginne des Feldzuges gerade von Südosten her laut wurden, war es ein Gewinn sich ohne erheblichen Nachtheil dort behauptet zu haben.

Der Feldzug in Spanien.

Die Bemühungen des Kaisers Joseph in England, während der Session des Parlamentes, um Nachschub für Carl III., damit er in den Stand gesetzt würde, von Catalonien aus wieder zur nachdrücklichen Offensive vorzugehen, hatten, wie wir gesehen, geringen Erfolg gehabt. „Die Verbündeten, schrieb Carl III. an Wratislaw, scheinen nur durch die Niederlande Spanien erobern zu wollen." Um so dankbarer erkannte er an, daß der Kaiser ihm noch 3000 Mann schicken wolle[2]).

Der Feldzug begann an beiden Seiten der Halbinsel nicht vortheilhaft für Carl III. Die Stadt Alicante war in den Händen der Franco-Spanier; doch noch hielt sich die Citadelle. Der General Stanhope versuchte, im April, auf der Flotte des Admirals Whitaker ihr Hülfe zu bringen. Er konnte nur noch für sie eine günstige Capitulation erwirken und abschließen, am 18. April, und damit war die Herrschaft Carls III. in Valencia völlig zu Ende.

Auf der anderen Seite der Halbinsel ließen die Versicherungen von Portugal aus eine höhere Kraftleistung als bisher erwarten. Die verbündete Armee, aus Engländern und Portugiesen bestehend, unter Lord Galway und dem Grafen St. Joan, überschritt am 7. Mai den Guadiana. Noch am Nachmittage desselben Tages kam es zum Treffen, in welchem der Sieg den Franco-Spaniern verblieb.

[1]) Murray vol. IV, p. 624.
[2]) Carl III. an Wratislaw, 4. Mai.

Ungeachtet daß die dringenden Vorſtellungen des Grafen Gallas für die Ausſtattung Carls III. zum Offenſiv-Kriege in Spanien bei den entſcheidenden Perſönlichkeiten in England geringen Anklang fanden: ſo brachten doch die Friedensverhandlungen die Wirkung hervor, daß die Sendung von engliſchen Truppen dahin wieder zur Erörterung kam. Godolphin baute ſeine Gedanken dafür auf wie folgt. „Wie die Uebergabe von ganz Spanien an Carl III. gemäß dem Vertrage eine Sache von höchſter Wichtigkeit: ſo dürfte ſie doch zugleich auch ſchwieriger ſein, als in den Präliminarien zum Ausdrucke kommt. Darum erachten wir für rathſam alle Mittel aufzubieten, daß ſich die Stadt Cadix ſogleich für den König Carl III. erklärt“ [1]).

Dieſe Mittel beſtanden hauptſächlich darin, daß die Flotte des Admirals Baker ſieben Bataillone Landungstruppen an Bord nahm, daß zugleich an den General Stanhope in Barcelona der Befehl voraus ging, der Flotte nach Liſſabon entgegen zu eilen und mit jener Mannſchaft einen Verſuch auf Cadix zu machen [2]).

Stanhope eröffnete in Barcelona den erhaltenen Auftrag dem Könige Carl III. Er behauptete in Cadix Verbindungen zu haben, die ihm das Gelingen des Planes wahrſcheinlich machten. Die Gegenvorſtellungen Carls III. blieben vergeblich. Die engliſche Politik wollte ihn zum Könige von Spanien machen, nur freilich in ihrer, nicht in ſeiner Weiſe. Er ſah ſich genöthigt zu geſtatten, was er nicht hindern konnte, und es blieb ihm nur übrig darauf bedacht zu ſein, daß nicht abermals, wie in Port Mahon geſchehen, noch eine ſpaniſche Stadt eine lediglich engliſche Beſatzung erhielte. Zu dieſem Zwecke gab er dem Engländer Stanhope zwei erprobte Spanier bei, Stampa und Santa Cruz [3]).

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 7. Juni. — Aehnlich in Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 319. Vom 24. Mai/4. Juni. Ferner p. 329.

[2]) A. a. O. ſagt Godolphin: seven regiments of foot. Es ſcheint aber, daß damals in England die Namen Regiment und Bataillon ſynonym gebraucht worden ſind, wie es z. B. Marlborough thut, Murray vol. IV, p. 649, zwei Zeilen von einander.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 30. Juni. — Wagner, Historia Josephi p. 301.

Die Ausführung des Unternehmens auf Cadix, an welches ſich weitere Plane auf Granada knüpften, unterblieb jedoch, nicht wegen der Einwände Carls III., ſondern weil Lord Galway in Liſſabon es für unpraktiſch erachtete [1]). Er ſchlug eine andere Verwendung dieſer nun einmal eingeſchifften ſieben Bataillone vor, nämlich durch ſie die Bucht und den Hafen von Vigo in Beſitz zu nehmen. Der Vorſchlag, meinte Marlborough, bezwecke eher ein Truppencorps auf Koſten von Spanien zu erhalten als dem eigentlichen Ziele der Eroberung von Spanien nachzuſtreben [2]). Jene ſieben Bataillone kamen alſo endlich doch dem Könige Carl III. zu ſtatten.

Während der Friedenshandlung hatte Marlborough die Mithülfe der engliſchen Flotte für eine Unternehmung auf Sicilien in Ausſicht geſtellt, damit nicht den Holländern die Möglichkeit bliebe, Sicilien für Philipp V. zu belaſſen. Godolphin war anderer Anſicht. Wenn der Friede zu Stande käme, erklärte er, ſo bedürfe es einer ſolchen Unternehmung nicht; aber auch ſo ſei die Flotte nützlicher an der ſpaniſchen Küſte zu verwenden [3]). In ähnlicher Weiſe urtheilte gleichzeitig Stanhope in Barcelona. Die Nachrichten über die Stärke der Feinde in Sicilien, meldete er an Marlborough, lauten ſo ganz verſchieden, daß ſich ein ſicheres Urtheil nicht bilden laſſe. Auch wiſſe er nicht, ob es nicht doch die endliche Abſicht ſei, die Inſel Sicilien dem Herzoge von Anjou zu belaſſen. Deshalb gebe er auf das Andringen der Umgebung Carls III. nur allgemeine Antworten und verweiſe auf die aus England zu erwartenden Befehle [4]). — Da dieſe, gemäß jener Aeußerung Godolphins, nicht erfolgten, ſo unterblieb die Unternehmung gegen Sicilien.

Dagegen war in England ſeit längerer Zeit ſchon der Plan rege, die Inſel Minorka mit dem trefflichen Port Mahon für England zu behalten. Marlborough ſchreibt darüber an Stanhope: „Die Abtretung dieſer Inſel an uns wird für unſeren Handel in aller Beziehung

---

[1]) Murray vol. IV, p. 582.

[2]) A. a. O. p. 583.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 330. Vom 7./18. Juni.

[4]) Murray vol. IV, p. 563. Schreiben Stanhopes vom 15. Juni.

große Vortheile nach ſich ziehen. Aber es iſt ein ſehr kitzlicher Punct, deſſen Behandlung Ihre größte Umſicht erfordert. Denn ſo bald eine Kunde davon verlautet, werden die Höfe von Verſailles und Madrid ſich derſelben zum Nachtheile des Königs Carl bedienen, und desgleichen bin ich auf die Einwände der Holländer gefaßt" [1]).

In der That mochte es, nachdem England vom Beginne des Krieges an ſo oft und ſo laut erklärt, daß es für ſich von dem ſpaniſchen Erbe nichts beanſpruche, doch einigermaßen ſchwer ſein nun etwas zu fordern. Indeſſen pflegen ſich dem menſchlichen Scharfſinne bei dem Willen etwas zu nehmen, auch Gründe dafür einzuſtellen. Stanhope erhielt ſeine Befehle. Demgemäß eröffnete er dem überraſchten Könige Carl, daß er den Auftrag habe, Minorka mit Port Mahon für England zu verlangen, nicht als eine Ceſſion, ſondern als Pfand für die ausgelegten Koſten der Befeſtigung. Da die Engländer ſich im Beſitze befanden, ſo war es ſchwer der Forderung auszuweichen. Carl III. ſuchte hinzuziehen, mit der Hoffnung auf den Einſpruch des Kaiſers [2]). Zugleich theilte er ſeinem Bevollmächtigten in London die Sache mit [3]).

Stanhope dagegen erging ſich in heftigen Worten an Marlborough über die geringe Willigkeit Carls III. „Dieſer Hof, ſchreibt er, verdient weder von England, noch von Ew. Gnaden im Geringſten die Rückſicht, die Sie ihm beweiſen. Wenn nicht andere Gründe des Gemeinwohles obwalteten, ſo geſchähe ihm ganz recht, wenn wir in alle auch noch ſo übergreifenden Forderungen der Holländer willigten" [4]). In ähnlichem Tone antwortete Marlborough: „Ihr Hof dort iſt nicht der einzige, der ſich nicht bereitwillig erzeigt, ſeine großen Verpflichtungen für die Königin anzuerkennen, wo er doch auch noch ferner von ihr abhängig iſt. Sie hat für den Hof dort bereits mehr gethan, als er jemals wird vergelten können. Ich ſehe dafür kein anderes Heilmittel als Geduld" [5]).

[1]) Murray vol. IV, p. 409. Vom 26. Januar.
[2]) Carl III. an Wratislaw, 15. Mai.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.
[4]) Murray vol. IV, p. 562. Vom 15. Juni.
[5]) A. a. O. p. 561. Vom 31. Juli.

Es ist bemerkenswerth, daß damals nicht alle englischen Staatsmänner für diese Besitznahme geneigt waren. Auf die Frage des Savoyarden Briançon, wie es um die Angelegenheit stehe, antwortete Sunderland: er halte so weit entlegene Erwerbungen für England nicht vortheilhaft [1]). — Einige Tage später ward der kaiserliche Gesandte Gallas zu einer Conferenz über diese Angelegenheit geladen. Sunderland trug den Stand derselben vor. Godolphin schwieg. Gallas entgegnete: er erwarte Instruction von Wien [2]). Diese traf ein. Der Kaiser beauftragte seinen Gesandten die schweren Bedenken gegen eine solche Cession geltend zu machen: dasjenige der Erregung des Mistrauens der Generalstaaten, des Unwillens und der Abneigung der spanischen Nation, der Besorgnis bei dem Papste und den italienischen Mächten [3]).

Einige Tage später wandte sich der Holländer Vrybergen an Gallas mit der Frage, wie es mit Minorka stehe. Der Rathspensionär kenne die englische Zumuthung. Gallas antwortete: er habe ausdrücklichen Befehl, im Falle eines ferneren Andringens zu erklären, daß, da die Verpflichtungen Carls III. ihn den beiden Seemächten gegenüber bänden, sein Gesandter sich, ohne Vorwissen der Generalstaaten, auf eine Sache von solcher Wichtigkeit nicht einlassen könne. Vrybergen erwiederte: „Diese Antwort überhebt mich aller Besorgnisse. Denn, in der That, Minorka in englischen Händen wäre für die Republik eben so bedenklich wie Ostende" [4]).

Indessen that man im Haag auch directe Schritte. Man befragte den Lord Townshend über diese Angelegenheit. Er war derselben unkundig oder stellte sich so, und erwiederte, daß er bei seinem Hofe darüber anfragen werde. Er erhielt die Antwort, daß die Königin diese Angelegenheit nicht betreibe, und selbst nicht darein willigen werde [5]).

Darum freilich hörten die Bemühungen anderer Engländer, denen vielleicht von jener Antwort der Königin an Townshend keine Kunde zukam, nach und in Barcelona nicht auf. Der Entwurf eines

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 2. August.
[3]) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 24. Juli.
[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. August.
[5]) Lamberty t. VI, p. 8.

Vertrages war von London aus dahin geſchickt, mit dem Auftrage für Stanhope dort den Abſchluß zu erwirken [1]). Marlborough bemühete ſich zugleich, bei Wratislaw in Wien die Sache in ein anderes Licht zu ſtellen. Er behauptete, daß er über die Angelegenheit nicht befragt ſei, aber, in ſo weit ſie zu ſeiner Kunde gekommen, müſſe er ſagen, daß man ſowohl in Wien wie in Barcelona ſie ſehr irrig auffaſſe. „Nach meiner Anſicht, ſagt er, würde den Intereſſen des Königs Carl nichts ſo ſehr entſprechen als uns jene Inſel zu belaſſen. Denn der Beſitz derſelben würde uns fortdauernde Ausgaben auferlegen, von denen Spanien den Nutzen zöge, und dazu hätte es im Falle der Noth immer eine Hülfe zur Hand" [2]).

Es ſcheint nicht, daß dieſe Art der Beweisführung in Wien oder in Barcelona eine überzeugende Kraft ausgeübt habe. Nachdem Stanhope zur Erkenntnis gekommen, daß er mit allem Ungeſtüme dennoch nichts erreichen werde, kehrte er, ohne den gewünſchten Vertrag, im Herbſte nach London zurück.

Wir ſehen die geringe Rückſicht, welche dieſe Engländer darauf nahmen, daß ſie durch derartige Anforderungen an Carl III. ſein Königthum in Spanien, das ſie begründen wollten, zugleich wieder untergruben. Etwas Aehnliches fand ſtatt auf einem anderen Gebiete. Carl III. durfte hoffen, durch die päpſtliche Anerkennung als katholiſcher König von Spanien ſeinem Rivalen die Waffe des Religionskrieges bei den Spaniern entwunden zu haben. Aber auf franzöſiſch-ſpaniſcher Seite behauptete man, auf einem genommenen engliſchen Schiffe 14,000 Exemplare des Katechismus der engliſchen Liturgie gefunden zu haben, von der Königin Anna zur Vertheilung in Aragonien und Valencia beſtimmt [3]).

Für ſeine Defenſive in Catalonien ſah ſich der König Carl, beim Beginne des Feldzuges, auf die geringe Truppenzahl angewieſen, die er noch beſaß. Aber es beſtand für Philipp V. ein ähnliches Verhältnis wie für Carl III. Wie dem Letzteren die Macht England,

[1]) Murray vol. VI, p. 569. Vom 5. Auguſt.

[2]) A. a. O. p. 604. Vom 26. September.

[3]) Memoire Amelots für ſeinen Nachfolger Blecourt, in Mémoires de St. Simon t. IV, p. 462.

die ihn — wie das nicht genug wiederholt werden kann — nicht zunächſt in ſeinem, ſondern in ihrem eigenen Intereſſe nach Spanien gerufen hatte, nicht die Mittel gewährte, durch eine nachdrückliche Offenſive in Spanien ſelber die Entſcheidung zu geben: ſo zog auch Ludwig XIV. bei der Gefahr, die für Frankreich ſelber von den Niederlanden her drohete, möglichſt viele Truppen aus Spanien zurück, und beließ dem Marſchall Bezons dort nur ſo viele als ihm zur Defenſive durchaus erforderlich ſchienen. Dazu wirkte auf der Seite Philipps V. lähmend ein die Abneigung der Spanier wider ſeine franzöſiſchen Berather, die Prinzeſſin Orſini und den Botſchafter Amelot, der dann durch Blecourt erſetzt wurde, ferner die Differenzen zwiſchen dem franzöſiſchen Marſchall Bezons und dem Spanier Aguilar.

Es kam dahin, daß Starhemberg mit ſchwächeren Kräften dennoch es unternahm, die Offenſive zu ergreifen. Er überſchritt die Segra, nahm am rechten Ufer derſelben die Stadt Balaguer und befeſtigte ſie. Philipp V., um die Seinigen zu ermuthigen, kündigte an, daß er ſich ſelber zur Armee begeben werde, und traf dort ein, mit ſchwerem Tadel für den Marſchall Bezons. Aber keiner der Generale wollte zu einem Angriffe auf die befeſtigte Stellung Starhembergs rathen. Ein ſo erprobter Feldherr, ſagte man, würde, bei ſeiner geringen Macht, nicht ſo zuverſichtlich auftreten, wenn er nicht des Nachſchubes ſicher wäre. In der That blieb es dabei [1]).

Im nördlichen Catalonien gelang es dem Marſchall Noailles, unweit Girona, am Fluſſe Ter, die Generale Uhlefeld und Frankenberg zu überraſchen und zu ſchlagen. Daß es damals noch nicht zu einer Belagerung Gironas kam, verdankte Carl III., nach ſeiner Meldung an ſeinen Bruder Joſeph, dem wachſamen Eifer Starhembergs.

Carl III. hatte alſo abermals ſich das Jahr 1709 hindurch behauptet, aber auch nur dies. Denn zugleich meldete er ſeinem Bruder: der Gegenſatz der Caſtilier wider ihn und ſeine Herrſchaft ſei ſo hartnäckig und ſo tief, daß, auch wenn ſein Gegner hinweg fliegen wollte, ſie ihn mit Gewalt zurückhalten würden. Nicht in Güte, ſondern nur mit den Waffen könne Caſtilien gewonnen werden. Dazu aber fehle ihm faſt alles. Noch habe er ſieben Regimenter Infanterie,

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 300.

sechs Cavallerie. Aber auch diese würden ohne schleunige und nachhaltige Unterstützung sich auflösen. Dann stehe ihm die abermalige Belagerung in Barcelona bevor. An eine Erweiterung seines Gebietes, an den Erwerb Siciliens sei daher zur Zeit nicht zu denken [1]).

Reichssachen.

Die Stellung der Reichs-Contingente.

Wir haben beim Abschlusse des Feldzuges von 1708 die nachdrückliche Mahnung des Kurfürsten Georg Ludwig als Reichsfeldherrn an die Stände des Reiches vernommen. (S. 127.) Aehnliche Mahnungen ergingen wie immer im Beginne des Jahres 1709 von dem Kaiser, von der Königin von Groß-Britannien, den Generalstaaten. Namentlich die zwei letzteren Mächte pflegten dabei mit scharfen Worten nicht zu kargen. Nachdem die Königin die Leistungen Englands hervorgehoben, fragt sie, ob das einst so schreckliche Deutschland seinen Feinden zu einem Spotte und Gelächter werden solle [2]). — In der Wirklichkeit lagen aber doch die Dinge so, daß die Erfolge der Seemächte zu einem sehr bedeutenden Theile durch deutsches Blut errungen waren. Weniger Deutschland im Allgemeinen verdiente die Vorwürfe, als diejenigen Häupter, welche dem eigenen Interesse des Gewinnes durch den Sold fremder Mächte die Pflicht für das gemeinsame Vaterland nachsetzten, und dazu angelockt wurden namentlich von England aus.

Voran darin stand der neue König von Preußen, der seit Jahren auch nicht Einen Mann seines Reichs-Contingentes an den Rhein stellte, dagegen 25,000 Mann im Solde der Seemächte hatte, zu zwei Dritteln in den Niederlanden, zu einem Drittel in Italien. Dem Könige Friedrich I. zunächst an Eifer für den Dienst der Seemächte kam im Jahre 1708 August II. von Sachsen-Polen. Er stellte vier Regimenter Infanterie, ein Regiment schwerer Reiter und zwei Regimenter Dragoner. Er begab sich dann selber in das Hauptquartier vor Lille, unter dem Vorwande diese denkwürdige Belagerung anzusehen, in der Wirklichkeit aber, wie er es selber später an Marlborough

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 301.

ſchrieb [1]), um durch dieſen die Seemächte für ſeinen Plan des Wiedergewinnes von Polen günſtig zu ſtimmen. Zu demſelben Zwecke bot er neue ſächſiſche Truppen an, am 1. November 1708.

Auf die Kunde deſſen ſtellte ſofort Friedrich I. dem Botſchafter Raby in Berlin vor, daß die Truppen des Königs Auguſt II. für den Zweck der Vermehrung nicht ausreichen würden, und ſprach den dringenden Wunſch aus, daß die Seemächte mindeſtens eben ſo viele von ihm nehmen möchten, nämlich vier Regimenter Cavallerie und vier oder fünf Bataillone Infanterie. Er wolle ſeine Rechnung ſo machen, daß die Verbündeten durch die Annahme ſeiner Truppen vor anderen viel Geld ſparen würden [2]). Zugleich ward dann der Werth der Truppen als altgedient hervorgehoben.

Dies Angebot, vom 8. December 1708, leitete den Handel ein. Marlborough ſtrich zunächſt die von Friedrich I. verlangten vierzig Thaler Werbegeld für den Mann hinweg. Die weitere Correſpondenz von Seiten Marlboroughs zeichnet in den denkbar höflichſten Formen dem Könige die Grenzen ſeiner Forderungen vor. „Das Parlament, ſagt Marlborough, hat für die Vermehrung der Armee die Summe von 220,000 Pfund Sterling bewilligt; in Betreff der Güte ſind die preußiſchen Truppen allen anderen vorzuziehen; bekanntlich jedoch liegen auch von anderen Seiten Angebote vor; den großen Vorbereitungen der Feinde gegenüber müſſen wir ſparſam ſein, um für das bewilligte Geld möglichſt viele Truppen zu erlangen“ [3]). Kürzer und bündiger zeichnet Marlborough dem Botſchafter Raby in Berlin die Linie des Verhaltens mit den Worten vor: „Mit möglichſter Sparſamkeit für die vom Parlamente bewilligten Summen die größtmögliche Truppenzahl“ [4]).

Aber Friedrich I. ſuchte aus dieſen Sold-Verträgen mit England auch noch einen anderen Nutzen zu ziehen. Sein Geſandter Schmettau

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 354. Das Schreiben vom 1. November 1708.

[2]) Murray vol. IV, p. 385. Der Ausdruck Rabys im Schreiben vom 8. December: The Allies will save a great deal by taking their troops preferably to others. Dabei die Einzelnheiten des Vortheils.

[3]) A. a. O. p. 393. Vom 6. Januar.

[4]) A. a. O. p. 394.

im Haag legte Marlborough einen Entwurf über die Soldtruppen in Italien vor, in welchem Anſprüche an den Kaiſer, an die Generalſtaaten, auf Mecklenburg mit aufgenommen waren. „Aber derartige Anſprüche, erwiederte Marlborough, gehen ja die Königin gar nicht an“[1]).

Die Verhandlungen namentlich über die Vermehrung der Truppen in den Niederlanden zogen ſich wochenlang hin. Zu Ende Januar glaubte Marlborough am Ziele zu ſein, indem er in Berlin einen Entwurf vorlegen ließ, der dem Könige den Sold einer größeren Anzahl von Officieren zuwies als er wirklich unterhielt[2]). Aber auch dieſer Entwurf fand noch nicht den Beifall Friedrichs I. Ein hauptſächlicher Differenzpunct war, daß Marlborough mehr Infanterie verlangte, und Friedrich I. mehr Cavallerie anbot. Endlich vereinbarte Marlborough mit dem Geſandten Schmettau und dem Brigadier Grumbkow im Haag einen neuen Vertrag, und ſchickte den letzteren mit demſelben nach Berlin. Dieſem gelang es in perſönlicher Verhandlung den König Friedrich I. von den Vortheilen desſelben völlig zu überzeugen. Dem Könige Friedrich I. gegenüber verzichtete Marlborough auf die $2^1/_2$ Percent, welche er von allen Subſidien, die das Parlament für Soldtruppen bewilligt, für ſich in Abzug brachte[3]).

Dieſer bei Marlborough ungewöhnliche Verzicht bezeugt, welchen Werth er darauf legte, durch Friedrich I. deſſen Truppen zur Verfügung zu haben. In Wahrheit hatte er deren in den Niederlanden nach dieſem letzten Vertrage 22,000 Mann. Darum ſuchte er auf alle Weiſe den König bei gutem Willen zu erhalten. Wenn er auch nicht die Aufnahme der zahlreichen und entlegenen Anſprüche desſelben in die Subſidien-Verträge geſtattete: ſo machte er ſich perſönlich verbindlich, z. B. die von Friedrich I. erhobenen Anſprüche auf Ober-Geldern zu vertreten[4]).

Demnach hatte wie Auguſt II. von Sachſen-Polen, ſo auch Friedrich I. von Preußen außer dem Gelde, das ſie von den Seemächten für ihre Truppen bezogen, auch die Ausſicht auf die Unter-

[1]) Murray vol. IV, p. 419.

[2]) A. a. O. p. 420: „whereby H. M. has the benefit of the pay of a good number of officers more than he entertains“.

[3]) Der Bericht Grumbkows bei Coxe vol. II, p. 371.

[4]) Murray vol. IV, p. 491 und 497.

ſtützung der Seemächte für ihre Anſprüche an Landerwerb. Es war daher vortheilhafter für ſie, in jener Art ihre Truppen zu verwenden als ihr Reichs-Contingent zu ſtellen. Auguſt II. ging ſo weit, Marlborough zu erſuchen: die Seemächte möchten dahin wirken, daß ihm auf die Truppen, die er ihnen in den Niederlanden ſtelle, ſein Reichs-Contingent angerechnet werde [1]). Er hatte es, ſeit dem unglücklichen Tage von Hagenau im Jahre 1706 (Band XII, S. 50) nicht mehr geſtellt.

Anders verfuhr Friedrich I. Indem er darauf gefaßt ſein mußte, daß für das Jahr 1709 die Forderung an ihn ſein Reichs-Contingent zu ſtellen, mit Nachdruck wieder erhoben würde, ſuchte er zuvorzukommen. Als Herzog von Magdeburg ließ er, am 5. März, im Reichstage zu Regensburg berichten, daß er ſeine 8000 Mann in Italien belaſſen wolle, eben ſo die 17,000 Mann in den Niederlanden, und dieſe noch mit 5000 Mann verſtärke, ſo daß er mit 30,000 Mann wider den gemeinſamen Feind agire. Daraus werde Jedermann ſein patriotiſches Gemüth erkennen. Es wäre ihm zwar gleich, ob ſeine Truppen am Oberrheine oder anderswo Dienſte thäten. Nachdem aber der jüngſte Feldzug gezeigt, daß am Oberrheine, auch bei aller guten Abſicht, wenig auszurichten: ſo habe er den Wünſchen der mächtigen Verbündeten, der Königin und der Republik, denen doch die Hauptlaſt des Krieges obliege, ſich nicht entziehen wollen, und hoffe, daß deren ruhmwürdige Plane dadurch um ſo mehr werden befördert werden [2]).

Gegen dieſe Auffaſſung erhob ſich namentlich Württemberg. „Das geſammte Reich, ſagte der Geſandte, hat eine Armee von 120,000 Mann beſchloſſen. Dafür zuerſt hat ein jeder Reichsſtand ſein Contingent zu ſtellen. Daß man deutſche Truppen wider den gemeinſamen Feind auch in die Fremde führt, iſt zwar billig und gut und in ſeinem Maße auch nöthig: dies ſollte aber lediglich vom Ueberſchuſſe der Reichsarmee, oder, wenn ein ſolcher ſich nicht findet, durch beſondere Truppen derjenigen Reichsſtände geſchehen, die durch ſolche ausländiſche

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 356. Auguſt II. an Marlborough, 30. October 1708.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 12.

Expeditionen ihre eigenen Zwecke und Particular-Vortheile verfolgen. Das Gegentheil iſt bisher geſchehen."

Es folgten weitere eindringliche Reden und Mahnungen, die doch an der Sache nichts änderten. Der brandenburgiſche Geſandte zog ſich zuletzt darauf zurück, daß er alles heim gemeldet, aber keine andere Antwort erhalten habe, als daß die Verträge mit den Seemächten geſchloſſen ſeien und nicht geändert werden könnten [1]).

Friedrich I. trug einen hauptſächlichen Antheil der Schuld an der Schwäche des Reichs zur Abwehr; aber er trug ſie nicht allein. Wir haben geſehen, wie Auguſt II. dazu ſtand. Und auch nicht auf dieſe zwei allein beſchränkt ſich die Anklage. Die Reichs-Operations-Caſſe, die der Kurfürſt Georg Ludwig von Anfang an zur Bedingung ſeines Handelns gemacht und für welche der Reichstag eine Million Reichsthaler auf die Reichskreiſe umgelegt hatte, blieb wie leer. Der Mainzer Kurfürſt, Lothar Franz von Metternich, entwickelte, wie in den Jahren zuvor, eine raſtloſe Thätigkeit für das Gemeinwohl, mit geringem Erfolge.

Dagegen ward am Reichstage ausführlich erörtert, was man von Frankreich beim Friedensſchluſſe zurückzufordern habe, die ſogenannten avulsa Imperii. Die Gelegenheit ſchien ja ſo günſtig. „Aber, ſagt ein Zeitgenoſſe, man hatte von Seiten Frankreichs Gott für die ſchlechten Anſtalten der Deutſchen zu danken; denn, menſchlichem Urtheile nach, dürfte es, wenn man ſich nur halbwegs angegriffen hätte, für Frankreich jämmerlich genug ergangen ſein" [2]). Die Generalſtaaten ihrerſeits erwiederten auf ein betreffendes Schreiben des Reichstages: „Es iſt nicht genug, ſeine Gedanken darauf zu erſtrecken was man gern haben möchte, ſondern man muß auch zugleich auf Mittel bedacht ſein, durch die man es erreichen kann, und davon iſt in dem uns eingeſandten Schreiben nicht die Rede" [3]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 17.
[2]) A. a. O. S. 45.
[3]) A. a. O. S. 64.

Der Feldzug am Oberrheine.

Nicht von deutscher Seite ward der Feldzug am Rheine begonnen, sondern von französischer, im Juni. Der Marschall Harcourt überschritt den Rhein, weniger um große Thaten auszuführen, als, nach dem üblichen französischen Ausdrucke, pour manger le pays. Der Kurfürst Georg Ludwig weilte noch in Hannover. Zu seiner Verstimmung über die abermalige geringe Willigkeit von Seiten des Reiches im Allgemeinen kam noch der besondere Anlaß, daß die Generalstaaten für die Verstärkung der Armee in den Niederlanden 4000 Württemberger in Sold genommen hatten und, im Mai, rheinabwärts kommen ließen. Erst am 8. August traf der Kurfürst mit seinem Reichs-Contingente bei der Armee ein, die unfern Germersheim stand. Von Langenkandel aus meldete er dem Reichstage in Regensburg seine Ankunft, und verlangte sofort eine neue Reichsbewilligung, am 13. August.

Zur selben Zeit befand sich die gegenüber stehende französische Armee unter Harcourt in einem noch ungleich schlechteren Zustande. Am 16. August beendete Harcourt, in Langen-Schleithal, einen langen kläglichen Bericht an den Kriegsminister mit den Worten: „Einhunderttausend Thaler in Species würden uns hindern vor Hunger zu sterben. Seit drei Monaten hat man uns fast nichts geschickt. Machen Sie Frieden, wenn Sie können" [1]).

Der Kurfürst Georg Ludwig hatte einen Offensiv-Plan von bedeutender Tragweite. Wiederholt schon war in den Jahren zuvor die der französischen Herrschaft abgeneigte Stimmung der Freigrafschaft in Erwägung gezogen. Es schien, daß, wenn es gelänge dort einen festen Punct zu gewinnen, die Reichsarmee und diejenige des Herzogs Victor Amadeus sich über denselben die Hand reichen könnten. Namentlich der Herzog Victor Amadeus hatte im Winter zuvor großen Eifer für diesen Plan entwickelt [2]). Man hatte Einverständnisse in Besançon. Der Plan des Kurfürsten war darauf berechnet, durch seine Bewegungen die Macht Harcourts nach dem Nieder-Elsaß zu ziehen, und

[1]) Pelet t. IX, p. 245.

[2]) Lamberty t. V, p. 380. — Coxe vol. II, p. 369.

dadurch für ein Corps unter dem General Mercy, welches er am rechten Rheinufer ſtromaufwärts entſendete, den Weg durch das Ober-Elſaß frei zu machen. Am 20./21. Auguſt überſchritt Mercy bei Rheinfelden den Rhein. Aber der Marſch blieb dennoch dem Marſchall Harcourt nicht verborgen. Es gelang ihm, den Grafen du Bourg, der im Ober-Elſaß commandirte, noch rechtzeitig zu verſtärken. Am 26. Auguſt traf dieſer, bei Rumersheim, auf das Corps des Grafen Mercy. Das letztere ward, mit ſchwerem Verluſte, zerſprengt [1]).

Der mislungene Verſuch der Offenſive warf den Kurfürſten auf die Defenſive zurück. Aber auch auf franzöſiſcher Seite fehlte die Kraft zu jeder weiteren Unternehmung. Am 7. October richtete der Kurfürſt von Speier aus abermals wie im Jahre zuvor eine dringende Mahnung an den Reichstag, und ſprach das Vertrauen aus, daß endlich die Kurfürſten, Fürſten und Stände des Reiches den Zuſtand desſelben beherzigen würden. Dann kehrte er heim, nicht gehobenen Muthes. Auch ſein Reichs-Contingent mußte er heim führen, weil die umliegenden Reichsſtände ſich weigerten, den Truppen die vom Kaiſer bewilligten Quartiere einzuräumen.

Von Hannover aus faßte er nochmals ſeine Beſchwerden an den Kaiſer zuſammen. „Etliche Reichsſtände, ſagt er, ſtellen ihre Contingente gar nicht. Andere ſtellen ſie nicht vollzählig, oder mangelhaft ausgeſtattet. Für die Operations-Caſſa haben viele Reichsſtände gar nichts gezahlt, viele nur einen geringen Theil. Daher iſt nichts Anderes möglich geweſen als eine ſchwache Defenſive."

Der Kurfürſt fügte noch eine Reihe einzelner Beſchwerden hinzu. Sie deuteten nicht auf eine Willigkeit abermals die Mühen eines ſolchen Oberbefehls auf ſich zu nehmen.

[1]) Zwei ausführliche Berichte des Grafen du Bourg bei Pelet t. IX, p. 250 et suiv. — Von deutſcher Seite im Theatrum Europaeum, Theil XVIII c, S. 48.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Vor der Schlacht von Malplaquet.

Ungeachtet der Briefe des Staats-Secretärs Torcy vom 2. Juni blieben der Prinz Eugen und Marlborough doch während faſt des ganzen Monates Juni noch in Zweifel, ob nicht Ludwig XIV. dennoch die Präliminarien unterzeichnen werde. Erſt am 24. Juni gab die Kunde des Circular-Schreibens von Ludwig XIV. an die Gouverneure für Marlborough die volle Gewisheit, daß der König noch einen Feldzug wolle [1]).

Die Armee der Verbündeten war die ſtärkſte, die ſeit Jahrhunderten das chriſtliche Europa geſehen. Die Ordre de Bataille gab diejenige Marlboroughs an auf 104 Bataillone und 163 Schwadronen, diejenige des Prinzen Eugen auf 60 Bataillone und 108 Schwadronen, zuſammen 164 Bataillone und 271 Schwadronen [2]). Jedoch mochten noch nicht alle Truppen zur Stelle ſein; denn Marlborough ſelber ſetzt, am 9. Juni, die Geſammtzahl etwas geringer an, auf 152 Bataillone und 245 Schwadronen [3]). Die Geſammtzahl der Kampffähigen betrug alſo etwa 150,000 Mann.

Die franzöſiſche Armee unter dem Marſchall Villars betrug zu Anfang Juni 121 Bataillone und 213 Schwadronen. Im Laufe des Monates kamen noch dazu im Dienſte Philipps V. und des Kurfürſten Max Emanuel 14 Bataillone und 44 Schwadronen. Alſo in Allem 135 Bataillone und 257 Schwadronen. In Betracht der Ueberlegenheit der Gegner ließ Ludwig XIV. dann noch 60 Schwadronen von der Armee Harcourts am Oberrheine nach den Niederlanden marſchiren [4]).

Außer der Ueberlegenheit der Zahl hatten die Armeen der Verbündeten voraus die, nach Verhältnis, beſſere Verpflegung. Die Sorge um den Bezug des Brotes drückte freilich auch auf ſie. „Die Berichte,

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 180. — Vgl. a. a. O. vol. II, p. 326.

[2]) Pelet t. IX, p. 33.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328.

[4]) Pelet t. IX, p. 29.

ſagt Marlborough, die wir über die Fourage erhalten, lauten ſchrecklich, und dieſen Punct fürchte ich mehr als die Gasconnaden des Marſchalls Villars“ [1]). Dieſe Beſorgnis war im Steigen. Vier Tage ſpäter, am 13. Juni, meldet Marlborough an Godolphin: „Ich vermag Ihnen nicht auszuſprechen, wie ſchwer auf mir und den meiſten Generalen die Sorge laſtet, daß wir nicht die Mittel des Unterhaltes für die Armee haben werden, namentlich wenn wir in Frankreich einmarſchiren. Darum wäre der Abſchluß des Friedens doch zu wünſchen geweſen. Was ich hier ſchreibe, darf indeſſen außer der Königin Niemand erfahren“ [2]).

Ganz anders noch drückte dieſe Sorge auf franzöſiſcher Seite. „Manchmal, erzählte ſpäter Villars, wenn ich die Reihen der Soldaten durchſchritt, erklang an mich der Ruf: Unſer tägliches Brot gib uns heute — wo ſie nur die Viertel- oder nur die halbe Ration erhalten hatten. Ich ſuchte ſie zu ermuthigen, machte ihnen Verſprechungen. Sie begnügten ſich die Achſeln zu zucken, und ſahen mich an mit einem rührenden Blicke der Ergebung, aber ohne Klagen und Murren“ [3]).

Nicht Alle beſaßen dieſe Ergebung, ſondern Viele deſertirten. Von verbündeter Seite ſuchte man dies zu befördern durch das Verſprechen einer Prämie von je einer Piſtole für den Mann. Der Gedanke ging aus von den Generalſtaaten, und Marlborough rieth der Königin, ſich mit der Hälfte daran zu betheiligen. Die Kaiſerlichen, meint er, habe man nicht darüber zu befragen, weil ſie doch keinen Pfennig dafür zu erübrigen haben würden [4]). — Villars erließ, am 10. Juli, gegen die Marodeure einen ſcharfen Befehl, der nicht ein Zeugnis ablegt zu Gunſten der bisherigen Disciplin. Es mochte ſchwer ſein, dieſe zu erhalten, wo man niemals des Brotes auf vier Tage im voraus ſicher war [5]).

Aber die Unzufriedenheit herrſchte nicht bloß in den Gemüthern vieler Soldaten. Villars meldete dem Könige, daß auch unter den

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328. Vom 9. Juni.

[2]) A. a. O. p. 331.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 61.

[4]) Murray vol. IV, p. 514. Vom 24. Juni.

[5]) Pelet t. IX, p. 314. Man vergleiche p. 31.

Officieren böſe Reden geführt würden, die auf die Soldaten nachtheilig wirkten. Um dieſe zu ermuthigen, hielt er es für zweckmäßig, daß ſich Prinzen des königlichen Hauſes im Lager einfänden. Zum Vergleiche wies er hin auf die große Anzahl von Perſönlichkeiten fürſtlicher Abkunft im Lager der Verbündeten [1]). In ſeinem Hauptquartiere befand ſich nur Eine ſolche Perſönlichkeit, deren Erſcheinen dort nicht im eigenen Intereſſe lag, der Ritter von St. Georg.

Die Mahnung des Villars hatte keinen Erfolg. Auch dürfte derſelbe zweifelhaft geweſen ſein; denn es fragt ſich ob die Prinzen des königlichen Hauſes frei waren von der Depreſſion, die, nach der Schilderung von Fenelon (S. 247 u. f.), auf allen Gemüthern lag. „Unſer Hof iſt ſehr niedergedrückt, meldet die Frau von Maintenon an Noailles. In dieſem Saale, wo man ſich ſonſt unterhielt von einem Satze von tauſenden von Louisd'or auf Eine Karte, von Karoſſen und von Pferden, iſt jetzt nur die Rede von Korn, von Gerſte, von Haſer. Man beſchäftigt ſich viel damit die Leiden des Volkes zu erleichtern; allein bisher erregt das was man für die Leute thut, ſie nur noch mehr. Es gibt Böswillige, welche ſie zum Murren anreizen" [2]). Ein anderes Mal meldet ſie: „Man begreift Paris nicht mehr. Niemals ward ſo viel Korn auf dem Strome verſchifft, oder befand ſich ſo viel auf den Märkten, und doch wird das Brot täglich theuerer, und demgemäß das Volk immer aufſäſſiger. Man wendet dagegen alle erdenklichen Mittel an; aber bisher haben dieſe das Uebel nur noch verſchlimmert. Die Behörden ſind uneins" [3]).

Zu der Theuerung und dem Hunger daheim kam von außen her die Furcht. Man erzählte ſich in Paris, daß der Prinz Eugen in Brüſſel, auf den Empfang des Briefes von Torcy, vom 2. Juni, geäußert habe: er werde ſofort mit der ganzen Armee in Frankreich einmarſchiren, um die franzöſiſche aufzuſuchen und zu ſchlagen, und werde zugleich 40,000 Mann entſenden, um Paris und Verſailles in Brand zu ſtecken [4]). Das Gerücht iſt wenig vereinbar mit jenem aus-

---

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 53. Vom 16. Juni. Das Schreiben findet ſich nicht bei Pelet.

[2]) Lettres de Mme de Maintenon t. V, p. 141.

[3]) A. a. O. p. 133.

[4]) Pelet t. IX, p. 30.

geſprochenen Wunſche des Prinzen, daß der ſiebenunddreißigſte Artikel der Präliminarien als der wahre oder vorgebliche Stein des Anſtoßes in Verſailles, durch eine Interpretation gemildert werden möge. (S. 243.) Aber in Frankreich ward es geglaubt.

In dieſer trüben Lage der Dinge für Frankreich gebührt dem Marſchall Villars, bei allen ſeinen Gasconnaden, ein hauptſächlicher Antheil an dem Verdienſte ſich behauptet zu haben.

Auf den ſchweren Winter war ein regnichter, naſſer Sommer gefolgt, der bis tief in den Monat Juni die Bewegung der Armeen hemmte. Vom 19. an befand ſich die Armee der Verbündeten bei Lille. Der Marſchall Villars hatte die ſeinige in der Ebene von Lens geſammelt, ſo daß der rechte Flügel ſich auf Douay ſtützte, der linke auf Lens. Das Lager war theils durch den Stromlauf der Deule und anderer Gewäſſer, theils durch aufgeworfene Schanzen ſo wohl befeſtigt, daß der Prinz Eugen und Marlborough, nach wiederholter Beſichtigung, es für unangreifbar erklärten [1]). Dies Urtheil war, bei der ſchwächeren Macht des Marſchalls Villars, gleich einem Erfolge für ihn.

Die Heerführer und die Feld-Deputirten verſammelten ſich zum Kriegsrathe und beſchloſſen eine Belagerung. Es kamen dafür hauptſächlich zwei Städte in Betracht, Ypern von Marlborough vorgeſchlagen, Tournay vom Prinzen Eugen. Die erſtere Stadt war mit Allem wohl verſehen, die letztere dagegen, die an ſich ſelber als eine der ſtärkſten in Europa galt, war nur ſchwach beſetzt. Dieſer Umſtand, ferner die Wichtigkeit der Lage der Stadt, die Sicherheit der Zufuhr für die Belagerer, die Schwierigkeit des Entſatzes, beſtimmten die Mitglieder des Kriegsrathes, dem Prinzen Eugen beizufallen.

Eben wegen ſeines Vertrauens auf die Feſtigkeit von Tournay hatte Villars die Beſatzung ſo ſchwach belaſſen. Es kam alſo darauf an, die Stadt zu umzingeln, bevor Villars die Abſicht gegen ſie durchſchauete, und ihm dadurch die Verſtärkung der Beſatzung unmöglich zu machen. Es gelang durch eine Scheinbewegung bei Lille ihn über die eigentliche Abſicht zu täuſchen, ſo daß Tournay, wie es war, am 27. Juni, von der Armee Marlboroughs cernirt wurde [2]).

---

[1]) Goslinga p. 103.

[2]) A. a. O. p. 106.

Dies war ein Erfolg der Verbündeten, jedoch kaum in Vergleich zu bringen gegen denjenigen des Marschalls Villars, Schlimmeres für Frankreich vermieden zu haben. Der König in Versailles brachte dem letzteren, am 2. Juli, seine Anerkennung dar. „Aus ihrer gestrigen Meldung, schreibt er, ersehe ich, daß die Feinde sich zur Belagerung von Tournay entschlossen haben. Ich rechne es Ihnen hoch an, daß in Folge Ihrer vortrefflichen Dispositionen und Maßregeln, alle weit aussehenden Entwürfe der Feinde auf diese einzige Unternehmung zusammen geschrumpft sind, und Sie konnten den Feldzug nicht mit einem wichtigeren Dienste für mich eröffnen" [1]). Es knüpfte sich daran die freilich weniger begründete Hoffnung, daß über die Belagerung von Tournay der beste Theil des Feldzuges den Gegnern verloren gehen werde. Villars selber berechnete diese Zeit auf vier bis fünf Monate. Es gelang ihm dagegen den Muth seiner Armee zu heben durch die Wegnahme des kleinen, aber wichtigen Postens Warneton. Sein Bericht darüber stimmt zu demjenigen Goslingas, daß hier ein Unterlassungsfehler der Häupter auf verbündeter Seite vorliege [2]).

Der Angriff auf die Stadt Tournay geschah an drei Stellen, je unter der Leitung des sächsischen Generals Schulenburg, des preußischen, Lottum, des holländischen, Fagel. Der erstere war der wichtigste und entscheidende [3]).

Unterdessen verhandelten der Marschall Villars und Ludwig XIV. die Frage, ob ein Treffen zu wagen sei. Der Erstere war geneigt, auch wenn er nicht angegriffen würde, die Feinde aufzusuchen, weil die Lebensmittel doch nicht reichen würden, den Feldzug auszuhalten, weil dagegen ein glückliches Treffen alles herstellen könne, und weil im Falle des unglücklichen Ausganges es besser sei die Armee dadurch aufgelöst zu sehen, als sie vor Hunger sterben zu lassen. Ludwig XIV. war nicht dieser Ansicht. Er hielt entgegen, daß der Verlust einer Schlacht den Gegnern den Weg nach Frankreich hinein eröffne. Er gab die Ermächtigung zum Schlagen nur in so weit, wenn im Falle einer Gefahr für Valenciennes und Condé, ein Treffen mit

---

[1]) Pelet t. IX, p. 47.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 68. — Goslinga p. 107.

[3]) Goslinga, der anwesend war, nennt p. 107 nur diesen Angriff.

Ausſicht auf Erfolg gewagt werden könne. Demgemäß zog Villars ſich dahin [1]).

Unterdeſſen machte die Belagerung der Stadt Tournay Fortſchritte. Der Commandant Surville, der ſpäter dem General Schulenburg geſtand, daß bereits am 10. Juli der für ihn gefährlichſte Erfolg des Angriffes ſtatt gefunden, ſteckte am 28. Juli die weiße Fahne aus. Am 31. Juli übergab er die Stadt, und zog ſich mit der ihm noch übrigen Mannſchaft in die Citadelle. Der Marſchall Villars, ſehr unzufrieden mit der nach ſeiner Anſicht allzu raſchen Capitulation, verlangte, daß nun wenigſtens die Citadelle aufs äußerſte vertheidigt werde [2]).

Es wurden Vorſchläge gemacht, daß die Citadelle, ohne weitere Belagerung, wenn nicht binnen einer beſtimmten Friſt Entſatz gebracht würde, ſich ergeben ſolle. Ueber dieſe Friſt jedoch erfolgte keine Einigung und die Belagerung begann. Sie war ſehr ſchwierig wegen der unterirdiſchen Werke und des demgemäß erforderlichen Minenkrieges. Schulenburg, der den einen der zwei Angriffe leitete, wie Lottum den anderen, bemerkt dazu: „Die Belagerung dieſer Citadelle iſt ganz verſchieden von denen, die man bisher vorgenommen. Die Schwierigkeit hier erwächſt aus der geringen Kenntnis, welche die Officiere und ſelbſt die Ingenieure von ſolchen unterirdiſchen Werken haben, und demgemäß ihrem geringen Geſchicke die Sache richtig anzufaſſen“ [3]).

„Nach meiner Anſicht, ſagt Goslinga, würden wir die Citadelle nie bekommen haben, wenn nicht der Hunger die Beſatzung zur Uebergabe gezwungen hätte“ [4]).

Die Capitulation erfolgte in der Nacht vom 2./3. September. Der Marſchall Villars erging ſich darüber gegen den Commandanten Surville in ſcharfem Tadel, welcher, nach jenem Urtheile Goslingas, nicht gerechtfertigt erſcheint.

Sobald die Uebergabe der Citadelle in Ausſicht ſtand, erwogen die Häupter der Verbündeten den weiteren Plan. Der Prinz Eugen

---

[1]) Pelet t. IX, p. 55 et suiv.

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 394. — Mémoires de Villars t. II, p. 72.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 397.

[4]) Goslinga p. 107.

und Marlborough waren der Anſicht, daß, bei der Beſchaffenheit des Landes, es nicht in ihrer Hand ſtehe, den Marſchall Villars zu einem Treffen zu nöthigen, und daß man daher auf eine neue Belagerung gedenken müſſe. Die Wahl fiel auf Mons. Es handelte ſich alſo darum die Stadt zu umzingeln, bevor Villars es hindern oder die Beſatzung verſtärken könne [1]).

Am Abende des 3. September ſetzte ſich der Erbprinz von Heſſen mit 60 Schwadronen und 4000 Mann Infanterie in Marſch auf die franzöſiſchen Linien zu. Er erreichte ſie zwiſchen Mons und der Sambre. Die wenigen Franzoſen dort, auf den unvermutheten Angriff nicht vorbereitet, flohen davon, und die Linien wurden ohne Verluſt genommen. Der Erbprinz von Heſſen zog weiter auf Mons, um dasſelbe zu umzingeln. Auf die Nachricht deſſen folgte dahin die geſammte Armee bis auf 39 Bataillone, die theils als Beſatzung, theils zur Ausführung der Capitulation in Tournay belaſſen wurden. Die Thatſache zeigt, daß damals der Prinz Eugen und Marlborough an ein baldiges Treffen noch nicht dachten.

Wie die Ausſicht auf die nahe Capitulation der Citadelle von Tournay bei den Feldherren der Verbündeten den Entſchluß gegen Mons hervorgerufen, ſo regte ſie in Verſailles die Erwägung an, daß nunmehr der Prinz Eugen und Marlborough ein Treffen beabſichtigen, und daß in dieſem Falle das Geſchick Frankreichs an der einen Perſon des Marſchalls Villars hangen würde. Unter dieſen Umſtänden bot der Marſchall Boufflers, älter als Villars, dem Könige an, als Freiwilliger zur Armee zu gehen und ſich dem Marſchall Villars unterzuordnen. Ludwig XIV. nahm an. Noch am 1. September ſetzte der Miniſter Voiſin den Marſchall Villars davon in Kenntnis, und am 3. September kündigte ſich, von Arras aus, Boufflers ſelber an. Die Briefe der zwei Marſchälle bekunden beiderſeits eine große Willfährigkeit. Am 4. traf Boufflers bei der Armee ein. Nach dem Berichte von Villars hob das gute Einverſtändnis der Häupter das Vertrauen der Soldaten [2]).

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 378. — Goslinga p. 108.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 86 et suiv.

Die Schlacht bei Malplaquet, 11. September.

Bis zum 6. September war sich der Marschall Villars über die eigentliche Absicht seiner Gegner nicht klar. Indem er dann erkannte, daß es auf eine Belagerung von Mons abgesehen sei, reifte in ihm der Entschluß zu schlagen. „Mein Beweggrund war, schreibt er dem Könige, eine Belagerung von Mons zu hindern; denn ich hatte dort nur eine abgemattete Besatzung, die ich betrachten durfte wie das Spital meiner Armee, und sehr wenige Lebensmittel. Den Feinden dagegen lag daran, bei ihrer Belagerung nicht gestört zu werden, und vielleicht hätten sie mich nicht aufgesucht, wenn sie nicht bemerkt hätten, daß ich gegen sie anrückte, so jedoch, daß ich mich immer mit Verschanzungen deckte“ [1]).

Bereits am 7. September ward es dem Prinzen Eugen und Marlborough klar, daß der Marschall Villars ein Treffen suche. Es ergingen Couriere an die Generale Schulenburg und Lottum, die sie in Tournay belassen hatten, mit der Aufforderung ihre 21 verfügbaren Bataillone schleunigst heranzuführen [2]). Es ist merkwürdig zu sehen, wie diese 21 Bataillone nicht zum Vortheile gereichten. Nach dem Berichte von verbündeter Seite [3]) standen die Armeen bereits am 9. September einander so nahe, daß es zum Treffen hätte kommen können. Aber man wollte die Ankunft jener 21 Bataillone abwarten. Dadurch gewann der Marschall Villars die Zeit sich zu verschanzen, und, obwohl er gekommen war um zu schlagen, dennoch den Vortheil zu haben, daß er innerhalb seiner Verschanzungen angegriffen werden mußte. Er meldete diese Lage der Dinge nach Versailles am 10. September um 10 Uhr Morgens mit den Worten: „In diesem Augenblicke stehen wir auf halbe Pistolen-Schußweite von einander. Meiner Neigung würde ein Cavallerie-Angriff entsprechen; aber wir befinden uns in einer so guten Stellung, daß wir, wenn der Feind uns darin angreift, mit Gottes Hülfe, auf einen guten Erfolg hoffen dürfen“ [4]).

---

[1]) Bericht des Marschalls Villars an Ludwig XIV., 8. September.
[2]) Die Briefe in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 405.
[3]) Abgedruckt bei Pelet t. IX, p. 356.
[4]) A. a. O. p. 344.

Villars wollte also angegriffen werden. Mit Bezug auf dies Schreiben vom 10. meldete er auch nach dem Ausgange, daß dies sein Wunsch gewesen sei [1]). — Diesen Wunsch erfüllten ihm die Gegner. Jene 21 Bataillone aber, um deren willen sie ihm die Zeit des Verschanzens gelassen, kamen ihnen nur wenig zu gute. Zwar trafen sie am 11. ein; aber in Folge verschiedener Irrthümer gelangten sie, unter der Führung des Generals Withers, nicht an den für sie bestimmten Ort auf dem linken Flügel, zur Stütze des Prinzen von Oranien-Nassau und der Holländer, sondern nach dem rechten Flügel. Dort wurden sie schwer vermißt, und hier bedurfte man ihrer nicht [2]).

Die beiderseitigen Angaben über den Bestand der Armeen am 11. September stimmen nicht völlig überein. Die Aufzeichnungen des Generals Schulenburg, der unter dem Prinzen Eugen 40 Bataillone führte, ergeben die folgenden Zahlen:

	Bataillone	Schwadronen
Kaiserliche	7	33
Dänen	8	19
Sachsen	7	12
Pfälzer	7	18
Hessen	6	16
Württemberger	3	4
Engländer	13	14
Preußen	18	35
Hannoveraner	12	26
Holländer	42	62
Zusammen	123	239

Derselbe General gibt den Bestand der französischen Armee an auf 126 Bataillone und 240 Schwadronen. Rechnet man im Durchschnitte das Bataillon auf 500 Mann, die Schwadron auf 100: so waren die zwei Armeen ziemlich in gleicher Stärke, je 90,000 Mann [3]).

---

[1]) Pelet t. IX, p. 377. Vom 14. September: „La vérité est que j'ai souhaité d'être attaqué."

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 411.

[3]) A. a. O. S. 438.

Es fällt auf, einen wie geringen Bestandtheil der Armee die National-Engländer ausmachen.

Für den geschichtlichen Ueberblick der Dinge kommt es weniger an auf die oft beschriebenen Einzelnheiten der furchtbaren, grauenvollen Schlacht von Malplaquet, der blutigsten des achtzehnten Jahrhunderts, als auf die Auffassung und Darstellung der hauptsächlichen Personen.

Am Abende des 11. September berichtete Marlborough an die Königin: „Seit unserem Aufbruche von Tournay ist die Armee beständig in Bewegung. Auf die Kunde der Annäherung des Feindes gegen uns haben die Truppen die zwei letzten Nächte unter den Waffen zugebracht, um bereit zu sein zum Angriffe. Dieser erfolgte heute Morgen. Nach einem sehr hartnäckigen Kampfe, in welchem auf beiden Seiten Viele den Tod gefunden, hat es dem allmächtigen Gott gefallen, den Waffen Ew. Majestät einen Sieg zu verleihen, der, wenn die Verbündeten zustimmen, Ew. Majestät für die noch übrigen Tage Ihres Lebens die Ruhe verbürgt" [1]).

Etwas ausführlicher berichtet Marlborough an den Staats-Secretär Boyle. „Sobald uns am gestrigen Abende die Nachricht zukam, daß die 21 Bataillone und 4 Schwadronen von Tournay her im Bereiche waren, beschlossen wir den Angriff und trafen die Vorbereitungen, so daß wir heute Morgen um 8 Uhr begannen. Der Kampf dauerte mit großer Hartnäckigkeit bis nahe an Mittag, bevor es uns gelang, ihre Verschanzungen zu überwältigen und sie aus dem Gehölze ins offene Feld zu drängen. Dort befand sich ihre gesammte Cavallerie. Durch das Vorrücken der unserigen auf dieselbe ward die ganze Armee verwickelt und focht mit großer Leidenschaft bis nach 3 Uhr. Dann begann die feindliche Cavallerie zu weichen und sich auf Valenciennes und Condé, zum Theile auch auf Maubeuge zurückzuziehen. Wir verfolgten sie mit großem Gemetzel bis an Bavay. Alle unsere Truppen haben sich mit dem größten Muthe benommen. Wir sind nun gelagert auf dem Schlachtfelde. Sie dürfen mir glauben, daß der Verlust auf beiden Seiten sehr schwer ist" [2]).

---

[1]) Murray vol. IV, p. 591.

[2]) A. a. O. p. 592.

Zwei Tage ſpäter, am 13. September, ſchreibt Marlborough einen weiteren Bericht an Godolphin. „Seit dem 11. habe ich kaum Zeit gefunden zu ſchlafen, weil ich von den verſchiedenen Nationen um die Fürſorge für ihre Verwundeten in Anſpruch genommen werde. Niemals in dieſem Kriege haben die Franzoſen ſo wohl gefochten wie dies Mal, ſo daß Officiere ſo wohl wie Soldaten in großer Anzahl verwundet und getödtet ſind. Denn beiderſeitig wurde in dem Gehölze auf unſerer Rechten wenig oder kein Quartier gegeben. In dieſem Gehölze hatten wir 80 Bataillone, und der Feind, nach meiner Schätzung, noch mehr. Die Schlacht iſt außerordentlich ruhmvoll für die Waffen der Verbündeten; aber unſer Verluſt iſt ſehr beträchtlich. Die Feinde hatten nicht bloß den Vortheil der Beſchaffenheit des Bodens, ſondern auch in dem Gehölze zwei Verſchanzungen, die eine hinter der anderen, und eine ſehr gute Verſchanzung vor ihrer Cavallerie mit Oeffnungen zu je zweihundert Schritten. Durch dieſe drangen wir ein, nachdem wir uns zuvor des Walles bemächtigt und ihn mit 17 Bataillonen beſetzt hatten. Alle anderen Truppen rechts und links waren in Thätigkeit. Unſere äußerſte Linke beſtand nur aus Holländern, welche ſich vortrefflich benahmen, aber dennoch die feindlichen Verſchanzungen nicht zu nehmen vermochten, ſo daß ſie mehr eingebüßt haben als irgend eine andere Nation. Die Haustruppen des Königs von Frankreich haben zweimal angeſetzt, ſo daß ſie ſehr ſchwer gelitten haben müſſen. Nach meiner Anſicht ſind niemals in einer Schlacht ſo viele Menſchen getödtet oder verwundet worden; denn nach Maßgabe der Bedeutung der Action gibt es wenige Gefangene“ [1]).

Wie bei den Verbündeten der Prinz Eugen auf dem rechten Flügel commandirt hatte, Marlborough auf dem linken, ſo hatte bei der franzöſiſchen Armee der Marſchall Villars ſeinem Collegen Boufflers den rechten Flügel zugewieſen, wo ſich die Haustruppen des Königs befanden, für ſich den linken Flügel genommen. Zwei der einander gegenüber ſtehenden Feldherren, der Prinz Eugen und der Marſchall Villars, waren verwundet, jener am Kopfe, jedoch nur leicht, ſo daß er ausharren konnte, dieſer am Knie, ſchwer, ſo daß er ausſcheiden mußte. Der Oberbefehl kam daher an Boufflers. Am

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 383.

Abende dieses Tages berichtete er aus dem Lager bei Quesnoy nach Versailles, wie folgt [1]).

„Der Marschall Villars ist heute erheblich verwundet; jedoch verneinen die Chirurgen eine Gefahr. Es thut mir sehr leid, daß dieses Unglück mir die Pflicht auferlegt, Ew. Majestät den abermaligen Verlust einer Schlacht zu melden; aber ich darf auch zugleich versichern, daß sich niemals einem Unglücke ein größerer Ruhm zugesellte; denn alle Truppen Ew. Majestät haben sich einen wohl begründeten Anspruch darauf erworben, durch die Festigkeit und die Ausdauer, mit welcher sie Stand gehalten haben, und endlich, nach Wundern der Tapferkeit, nur der überlegenen Zahl gewichen sind."

„Alle Dispositionen des Marschalls Villars waren vortrefflich, wie sie nur ein sehr befähigter und sehr erfahrener General entwerfen kann. In der Action hat er die erdenklichste Thätigkeit und Eifer entwickelt, und, neben dem guten Beispiele, möglichst gute Befehle gegeben; aber dieser selbe Eifer und die geringe Schonung seiner eigenen Person haben ihm die erhaltene Wunde zugezogen, die für den Ausgang dieses unglücklichen Tages bedeutungsvoll geworden ist."

„Er hatte mir die Ehre erwiesen, mich mit dem rechten Flügel zu betrauen, und selber den linken übernommen. Auf beiden Flügeln haben unsere Truppen mit unendlichem Muthe die Feinde mehr als drei- oder viermal zurückgeworfen; aber nachdem unser Centrum, in Folge der dringenden Nothwendigkeit unseren linken Flügel an Infanterie zu verstärken, zu viel davon hatte abgeben müssen, haben die Feinde sich mit so großen Kräften an Cavallerie und Infanterie auf dasselbe geworfen, daß es, wo es nur noch Cavallerie entgegen zu stellen hatte, sich genöthigt sah, der unendlich überlegenen Zahl der Feinde und den erstaunlichen Anstrengungen derselben zu weichen. Vorher machte es mindestens noch sechs der kraftvollsten und nachdrücklichsten Vorstöße, die jemals stattgefunden haben, indem es bei jedem Vorstoße zwei oder drei Linien der Feinde durchbrach und warf, so daß diese gänzlich geschlagen wären, wenn sie sich nicht auf ihre Infanterie hätten stützen können. Unter dem Schutze derselben sammelten

[1]) Pelet t. IX, p. 345.

ſie ſich wieder, und kehrten, durch neue Cavallerie verſtärkt, zum Angriffe gegen die unſere zurück."

„Ich darf Ew. Majeſtät verſichern, daß die Feinde die dreifache Anzahl gegen uns eingebüßt haben, und daß ſie aus dieſer unglücklichen Action keinen anderen Vortheil ziehen können als den Beſitz des Schlachtfeldes. Ja ich glaube noch dazu Ew. Majeſtät verſichern zu dürfen, daß dieſer unglückliche Ausgang des Treffens Ihnen, wenn Sie es für geeignet halten Frieden zu machen, auch nicht Einen Zollbreit Landes mehr koſten wird, daß im Gegentheil die Feinde die Truppen Ew. Majeſtät reſpectiren und vielleicht gefügiger ſein werden, ſo aufgeblaſen ſie auch über die Vortheile ſein mögen, die ſie nur dem Glücke verdanken. Und dieſes kann ſich ja ändern."

„Niemals iſt ein Rückzug, nach einem ſo langen, blutigen und hartnäckigen Kampfe, mit mehr Ordnung und Feſtigkeit ausgeführt. Ich glaube nicht, daß die Feinde zwanzig Gefangene gemacht haben, ſei es in der Verfolgung, ſei es im Treffen" u. ſ. w.

Die Worte zeigen, daß in aller Beziehung der Geiſt des Marſchalls Villars auf ſeinen Nachfolger übergegangen war. Indeſſen Villars überbot ihn doch. Er faßt in einem Schreiben vom 14. an den König alle Kraft zuſammen in die Worte: „Enfin, Sire, si Dieu nous fait la grâce de perdre encore une pareille bataille, V. M. peut compter que ses ennemis sont détruits" [1]).

Eine eigentliche Verfolgung hatte nicht ſtatt gefunden aus Mangel der erforderlichen Infanterie. Diejenige des rechten Flügels der Verbündeten ſtand zu weit entfernt; die nähere des linken Flügels, die holländiſche, trugen der Prinz Eugen und Marlborough Bedenken dafür zu verwenden, weil ſie im Treffen zweimal geworfen war [2]).

Dieſe holländiſche Infanterie hatte beſonders gelitten. Da ihr die in Ausſicht geſtellten 21 Bataillone von Tournay her ausblieben, ſo waren ſie den Gegnern nicht gewachſen. In dem Schlachtberichte von verbündeter Seite heißt es: „Dreißig Bataillone, geſtützt auf

---

[1]) Pelet t. IX, p. 377. — Es findet ſich bei Lamberty t. V, p. 373 noch ein Schreiben, nicht datirt, von Villars, welches Pelet nicht hat. Der Bombaſt desſelben macht es verdächtig.

[2]) Marlborough an Godolphin, 26. September, in Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 399.

höchſtens zwölf oder fünfzehn, theils Preußen, theils Hannoveraner, theils Heſſen, kämpften hier gegen 70 Bataillone Franzoſen“ [1]).

Demgemäß war der Verluſt der Holländer, nach Verhältnis, der ſtärkſte, weit über ein Drittel des Geſammtverluſtes. Freilich war auch ihr Contingent weitaus das ſtärkſte.

Der Unmuth darüber entlockte einige Wochen ſpäter einem Mitgliede der holländiſchen Regierung, Slingeland, eine herbe Aeußerung gegen Goslinga, der allein von den Feld-Deputirten der Schlacht beigewohnt hatte. Auf dem Landgute des Erſteren machte der Letztere die Bemerkung, daß der Befehl des Wegſchlagens einiger Bäume um das Haus ihm nicht reiflich genug erwogen zu ſein ſcheine. Slingeland fuhr lebhaft heraus: er habe dies vielleicht reiflicher erwogen als Goslinga ſeine Einwilligung die Schlacht von Malplaquet zu liefern, wo er doch die beiden Feldherrn kenne und wiſſe, wie ſie ſich in dergleichen Fällen benähmen [2]). — Goslinga hat allerdings namentlich den Prinzen Eugen als mit Menſchenleben nicht ſparſam gezeichnet [3]). In dem Falle bei Malplaquet aber dürfte es fraglich ſein, ob da, wo von beiden Seiten der Wille des Schlagens da war, ein Einſpruch des Feld-Deputirten es hätte verhindern können.

Der Geſammtverluſt an Todten und Verwundeten betrug auf verbündeter Seite 24,263 Mann, alſo reichlich ein Viertel der Kämpfer.

Die Berichte von Seiten der Franzoſen geben ihren Verluſt nur auf reichlich 8000 Mann an. Der Engländer Coxe berechnet ihn auf 14,000 [4]).

Die Schlacht bei Malplaquet, ungleich blutiger als diejenigen bei Höchſtädt, bei Ramillies, bei Turin, ſtand an Wichtigkeit der Conſequenzen jeder derſelben nach. Villars hatte die Schlacht gewagt, zunächſt um die Belagerung der Stadt Mons zu hindern, und der Erfolg für die Verbündeten erſtreckte ſich nicht weiter, als daß dieſe Belagerung geſchehen konnte. Dagegen hatte die Haltung der Franzoſen

[1]) Pelet t. IX, p. 359.

[2]) Bericht Schulenburgs an Auguſt II., in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 409. — Es iſt zu bemerken, daß die Denkwürdigkeiten Goslingas zum Jahre 1709 vor der Schlacht von Malplaquet abbrechen.

[3]) Mémoires de Goslinga p. 77.

[4]) Coxe vol. II, p. 459.

in der Schlacht ihnen die Achtung der Gegner wieder gewonnen. Der König brachte den Häuptern seine Anerkennung entgegen, indem er Villars zum Pair von Frankreich, den General Artagnan zum Marschall ernannte. In seiner Meldung dessen an Villars sagte er, daß dieser durch seine vortrefflichen Dispositionen die weit ausgreifenden Entwürfe der Feinde in diesem Feldzuge zum Stillstande gebracht habe [1]).

Der Muth auf französischer Seite war so sehr gehoben, daß sie in den ersten Tagen noch zweifelten, ob die Gegner die Belagerung von Mons unternehmen würden, sodann daß sie selber sich für fähig hielten, die Stadt durch ein abermaliges Treffen zu entsetzen. Der Beginn der eigentlichen Belagerung zog sich hin, weil, wie im Jahre zuvor gegen Lille, das schwere Geschütz erst von Brüssel hergeschafft werden mußte. Am 25. September wurden die Laufgräben eröffnet.

Unterdessen berief Ludwig XIV. den Marschall Berwick, dessen Feldzug in Savoyen beendet war, dem Marschall Boufflers zur Seite. Sie beide fanden die Stellung der Verbündeten um Mons schwer angreifbar. Dazu gesellte sich die andere Schwierigkeit, daß für den Zweck eines Angriffes die Armee auf zwei Tage im voraus mit Brot versehen werden mußte, und daß dieses nicht zu beschaffen war. Boufflers und Berwick begnügten sich daher ihre Stellungen so zu nehmen, daß sie die nahe gelegenen Festungen Maubeuge, Valenciennes, Le Quesnoi deckten, damit nicht, nach Mons, auch diese noch angegriffen würden [2]).

Dies war nicht die Absicht der Verbündeten. Mons leistete Widerstand bis zum 20. October. Mit der Capitulation dieser Stadt endete der Feldzug.

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 204: en arrêtant par vos sages dispositions les vastes projets que les ennemis avaient formés. — Pelet t. IX, p. 382.

[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 58.

Die Schlacht bei Pultawa und ihre nächſten Folgen.

Die Schlacht bei Pultawa, 27. Juni 8. Juli.

Einige Wochen vor der blutigſten Schlacht des Jahrhunderts, dem Treffen von Malplaquet, welches doch die Machtverhältniſſe im Weſten nur in geringem Maße änderte, war im fernen Oſten Europas ein anderes Treffen erfolgt, geringer an Einbuße von Menſchenleben, durch ſeine Conſequenzen dagegen eins der wichtigſten, die in den letzten Jahrhunderten geſchlagen worden ſind. Es war die Schlacht von Pultawa.

Vom Herbſte 1708 an ſtand Carl XII. mit ſeiner Armee in der Ukraine. Dort kamen über die Schweden die Schrecken des Winters von 1708 auf 1709. Es ward berichtet, daß Eine Nacht des heftigſten Froſtes 3000 Mann hinweg gerafft habe [1]). Dennoch weiß ein Theilnehmer des Zuges nur von drei Wochen Ruhe zu ſagen, welche der ſcharfe Froſt erzwang [2]). Dann begann wieder der ruheloſe Kampf.

Als die Schärfe des Winters nachließ, machte der Graf Piper den Vorſchlag an den Dnieper zu marſchiren, um ſo die Verbindung mit Polen wieder zu eröffnen. Der König erwiederte, daß ein ſolcher Marſch einer Flucht nicht unähnlich ſein und den Feind noch dreiſter und muthiger machen werde. Da er weder eine Rückzugslinie noch auch nur einen namhaften feſten Ort beſaß, ſo faßte er, auf Anrathen Mazeppas, den Plan die Stadt Pultawa in der Ukraine zu nehmen und ſie zu ſeinem Waffenplatze zu machen. Ungeachtet des Abrathens des Miniſters Piper und des Generals Rennſchild hielt Carl XII. an dieſem Plane feſt [3]). Der Entſchluß iſt deshalb von beſonderer Wichtigkeit, weil er jeden Gedanken eines Rückzuges abſchnitt. Vom Anfange März an war Pultawa, in welchem ſich 5000 Mann Ruſſen befanden, in weitem Bogen umſchloſſen. Die ſchwediſchen Quartiere erſtreckten ſich, zur leichteren Auffindung eines kärglichen und dürftigen Unterhaltes, auf zwölf Meilen weit.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIIIc, S. 291.

[2]) Nordberg Bd. II, S. 113.

[3]) Nordberg, als Hofprediger Carls XII. in ſeiner Umgebung, ſagt jedoch, daß Mazeppa von dem Plane auf Pultawa abgerathen habe, in Bd. II, S. 115.

Nach Westeuropa gelangten von dem herabgekommenen Zustande der schwedischen Armee nur dürftige Nachrichten. Zu Ende April und im Mai lief ein Brief Carls XII., am 9. April bei Pultawa geschrieben, an Stanislaus um. Danach befand sich die Armee in einem sehr guten Stande. Der Feind sei geschlagen, hieß es ferner darin, zurück getrieben, in allen Treffen verjagt. Die zaporovischen Kosaken seien dem Beispiele Mazeppas gefolgt und durch einen Eid vereinigt, nicht eher von den Schweden zu lassen, als bis sie das Joch des Czaren abgeworfen. „Die Lage der Dinge, schloß das Schreiben, hat es nöthig gemacht, daß wir in der Umgebung von Pultawa unsere Quartiere genommen, und ich hoffe davon einen glücklichen Ausgang“ [1]).

Das vereinzelte Durchkommen irgend welcher Nachricht von der schwedischen Armee nach Westeuropa mußte schon an sich den Zweifel erregen, ob es dort mit derselben wohl bestellt sei. August II. von Polen hatte gleich auf die Nachricht des Treffens von Liesna, im October 1708, die Hoffnung gefaßt, der Schwede werde fortan so verwickelt sein, daß er an eine Rückkehr nach Deutschland nicht mehr denken könne. Darauf hin hatte August II. an Marlborough seinen Wunsch kund gegeben, die polnische Krone wieder zu nehmen [2]). Vom Frühlinge 1709 an wurden auch in Kopenhagen und an anderen Orten Erwägungen gepflogen, wie aus dem etwaigen Sturze der schwedischen Macht Nutzen zu ziehen sein würde [3]).

In dem Czaren Peter mochten noch bis tief in 1709 Furcht und Hoffnung mit einander ringen. Denn auch die Seinigen hatten durch den harten Winter schwer gelitten, und dazu war es der bis dahin so sehr gefürchtete Schwede, der ihm gegenüber stand. Das Gerücht, das damals erging, daß einige Zeit vor dem Treffen der Czar Peter einen Frieden habe anbieten lassen, ist nicht unwahrscheinlich. Verschiedene Berichte von Einzelnen aus dem schwedischen Lager zeigen, daß dort der Friede als die Erlösung aus dem unendlichen

[1]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum Theil XVIIIc, S. 294. — Bei Lamberty t. V, p. 397.

[2]) Sein Schreiben an Marlborough, vom 1. November 1708, in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 353.

[3]) A. a. O. S. 391.

Jammer der Noth und der Entbehrung gehofft wurde.[1]) — Aber zwiſchen Carl XII. und Peter I. gähnte allein ſchon als weite, nicht zu überbrückende Kluft der Name Petersburg.

Von April an begann die ſchwediſche Belagerung der Stadt Pultawa. Auf die Nachricht zog der Czar Peter alle ſeine Streitkräfte zum Entſatze nach der Ukraine zuſammen. Nachdem die Belagerung nur erſt geringe Fortſchritte gemacht, ſtanden im Juni die Heere einander nahe. Es kam zu häufigen Scharmützeln, in deren einem eine kleine Büchſenkugel dem Schwedenkönige die Knochen des einen Fußes zerſplitterte. Dem Schmerze und dem Wundfieber mußte die Willenskraft Carls XII. ſich beugen: er überließ das Commando dem Feldmarſchall Rennſchild.

Die Ruſſen unter dem Czaren ſelber und dem Feldmarſchall Scheremetoff kamen näher, ſo jedoch daß ſie ſich mit Verſchanzungen deckten. Beiderſeitig wollte man das Treffen, und zwar die Schweden, weil dies allein ihnen die Ausſicht auf Brot gewährte. Der ruſſiſche Schlachtbericht hebt hervor, daß, obwohl der Czar Peter den Angriff auf den 27. Juni/8. Juli vorbereitet, dennoch die Schweden, mit ihrer gewöhnlichen Verwegenheit, im Morgengrauen zuvor gekommen ſeien. Der Angriff, der zurückgewieſen wurde, verwickelte noch nicht die beiden Armeen: erſt um 9 Uhr Morgens ſtanden ſie ſich in voller Schlachtordnung gegenüber. Abermals ging, wider das Erwarten der Ruſſen, der Angriff von den Schweden aus. Dann jedoch dauerte, nach der Verſicherung der Ruſſen, das eigentliche Haupttreffen nur eine halbe Stunde und endete mit der völligen Niederlage der Schweden[2]).

Auf dem Schlachtfelde fanden die Ruſſen den zerſchoſſenen Tragſeſſel, auf welchem Carl XII. dem Treffen beigewohnt, nicht den König ſelbſt. Der bei den Ruſſen gefangene Feldmarſchall Rennſchild ſprach düſtere Beſorgniſſe für ihn aus.

Sie waren in dieſer Weiſe nicht begründet. Carl XII. hatte, den dringenden Vorſtellungen ſeiner Umgebung weichend, ſich auf ein Pferd heben laſſen, und war nach dem Dnieper hin entkommen.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 301. Man vergleiche eben dort S. 295.

[2]) Der ruſſiſche Bericht bei Lamberty t. V, p. 399.

Nach der Angabe der Ruſſen lagen etwa 8000 Schweden auf dem Schlachtfelde, beinahe 3000 waren gefangen, 137 Fahnen und Standarten erbeutet. Dem Czaren Peter dagegen war der Hut durchſchoſſen.

Aber nicht die geſammte ſchwediſche Armee war bei Pultawa betheiligt geweſen. Eine ſtarke Abtheilung unter Lewenhaupt ſtand am Dnieper, und wurde vermehrt durch die Flüchtlinge von Pultawa. Dahin begab ſich auch der König Carl XII., in der Abſicht ſich an die Spitze dieſer Truppen zu ſtellen und den Krieg dennoch fortzuſetzen. Die ſämmtlichen Generale dagegen, die ſich dort um ihn ſammelten, baten ihn ſeine Perſon über den Strom in Sicherheit zu bringen. Carl XII. zauderte lange mit dem Entſchluſſe. Es kann ihm, der Sachlage nach, kein Zweifel geblieben ſein, daß in dieſem Falle nur er für ſeine Perſon ſich retten, daß, nach ſeinem Weggange, die noch übrigen Truppen capituliren würden. Endlich kam er zum Entſchluſſe der Flucht über den Dnieper. Nach einer Nachricht ſoll er dann zu dem vor ihm ſtehenden Mazeppa in die Worte ausgebrochen ſein: „Hätten wir doch den Rath unſeres getreuen Generals Rennſchild, und das Gutachten Pipers befolgt. Mazeppa, Mazeppa, Ihr habt uns verführt! — Jedoch will ich zu Gott hoffen, daß ich noch unüberwunden ſterbe“ [1]).

Die Mittel an Kähnen und Flößen über den breiten Strom des Dnieper zu ſetzen, waren ſo dürftig und ärmlich, daß man vom ruſſiſchen Hauptquartiere aus nachher in die Welt meldete, Carl XII. und ſeine Begleitung, zu etwa 300 Mann, ſeien mit ihren Pferden ſchwimmend über den Strom gekommen [2]).

Wenige Stunden nach dieſer Flucht Carls XII. traf der ruſſiſche Fürſt Menzikoff mit 9000 Mann bei dem ſchwediſchen Lager ein, am 30. Juni/11. Juli. Auf die Verſicherung einiger Gefangenen, daß die Schweden capituliren würden, ließ Menzikoff den Feldmarſchall Lewenhaupt auffordern, mit der Bedrohung, daß er im anderen Falle keine Schonung kennen werde. Die Capitulation erfolgte. Es waren noch über 16,000 ſchwediſche Soldaten, viele von ihnen krank, alleſammt

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 300.

[2]) Der Bericht bei Lamberty t. V, p. 403.

abgemattet durch den Hunger und die Entbehrung vieler Monate. Sie ſtreckten das Gewehr.

Das war das Ende der ſchwediſchen Armee, die zwei Jahre zuvor in den Augen faſt aller Menſchen, und namentlich ihres Führers ſelbſt, wie unüberwindlich und unwiderſtehlich aus Sachſen oſtwärts gezogen war. Die menſchliche Geſchichte kennt wenige Beiſpiele einer ſo völligen Niederlage der einen Seite, eines ſo völligen Sieges der anderen. Demgemäß waren auch die Conſequenzen unabſehbar. Man führt die Worte des Czaren an, die er noch auf dem Schlachtfelde von Pultawa an den Admiral Apraxin niederſchrieb: „Unſeren Feind hat Phaethons Schickſal getroffen, und feſt geſenkt iſt endlich der Grundſtein unſerer Newa-Stadt“ [1]). — Die Worte reichen nicht aus, die volle Bedeutung des Tages von Pultawa zu würdigen, namentlich nicht in den Augen des Czaren Peter I. ſelbſt.

Ausſichten und Ziele des Czaren Peter.

Die Trauerkunde von Pultawa rief in ſchwediſchen Patrioten die Erinnerung wach an den letzten Rath des alten Benedict Oxenſtjerna für ſeinen jungen König, daß, weil Polen mit Schweden den gemeinſamen Erbfeind an Moskau habe, es im Intereſſe Schwedens liege, Polen nicht zu ſchwächen, ſondern gemeinſam mit Polen gegen Moskau zu ſtehen [2]). (Band X, S. 98.) Carl XII. hatte dieſe Mahnung nicht zu Herzen genommen, oder, wenn er doch dies gewollt hat, es in einer Weiſe gethan, die nicht den Wünſchen Oxenſtjernas entſprach, eher dagegen der Tradition des Waſa-Hauſes. Werfen wir einen Blick zurück.

Bis in das ſechszehnte Jahrhundert hinein ſtanden der nach Weſten drängenden Expanſiv-Kraft Moskoviens zunächſt drei Bollwerke entgegen: der Deutſch-Orden, die Königreiche Polen und Schweden. In Folge der Felonie Albrechts von Brandenburg gegen das römiſche Reich deutſcher Nation und zugleich der Kirchenſpaltung, brach die Macht des Deutſch-Ordens zuſammen, und um die oſtwärts gelegenen Spolien desſelben ſtritten ſich fortan Polen, Schweden, Moskovien.

[1]) Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 246.

[2]) Lamberty t. V, p. 413.

Es lag im natürlichen Intereſſe der beiden erſteren Mächte, zuſammen zu halten gegen die letztere. Das war nicht die Politik der Linie des Hauſes Waſa, die in Carl IX. den Thron von Schweden uſurpirte. Der Sohn dieſes Uſurpators, Guſtav II. Adolf, erhob Krieg wider ſeinen Vetter Sigismund III. von Polen, den nach der Erbfolge rechtmäßigen König auch von Schweden, um durch die Uebermacht der Waffen den Mangel an Recht zu erſetzen. Der Sieg blieb ihm, die Schwäche den Polen, und darum indirect der Vortheil den Moskoviten. Wiederum brachte Carl X. Guſtav den Krieg über Polen, weil Johann Caſimir den ſchwediſchen Titel fortführte, abermals zur unſäglichen Zerrüttung von Polen, und daher mittelbar zum Vortheile von Rußland. Dann kam Carl XII. Er führte, wie er ſagte, nicht Krieg mit Polen, ſondern mit Auguſt II.; aber er führte den Krieg an Polen, moraliſch ſchlimmer und mehr zerrüttend, als hätte er ihn mit Polen geführt, ſo ſehr daß, als er nach Sachſen ging, um ſein Werk an Auguſt II. zu vollenden, Polen wehrlos dem Czaren Peter zu Füßen lag.

Im Herbſte 1707 kehrte Carl XII. von Sachſen nach Polen zurück, nicht bloß, nach ſeiner Meinung, um Polen zu ſchützen, Schweden zu ſichern und herzuſtellen, ſondern um die moskovitiſche Macht von der Oſtſee ab und völlig zurückzudrängen. Der Ausgang von Pultawa, der doch zu einem erheblichen Theile dem unberathenen Eigenſinne Carls XII. zuzuſchreiben iſt, beſtätigte dem Czaren Peter den Beſitz deſſen was er der ſchwediſchen Macht an der Oſtſee bereits genommen, eröffnete ihm die Ausſicht dort auf noch viel mehr und legte ihm abermals das zerrüttete Polen wie wehrlos zu Füßen.

Nicht darauf jedoch beſchränkte ſich der Blick des Czaren. Sein Titel Czar bedeutete etwa Magnus Dux oder Großfürſt. Zwar gab ihm die Höflichkeit damaliger Zeiten oft den Titel der czariſchen Majeſtät, nicht jedoch ſo als ob damals der Titel des Czaren dem königlichen Titel gleich geachtet wäre. Vielmehr war in früheren Verhandlungen mit dem päpſtlichen Stuhle über die Union Moskoviens mit der römiſch-katholiſchen Kirche, namentlich im Beginne des ſechszehnten Jahrhunderts, wiederholt erörtert, daß im Falle dieſer Union der Czar von dem päpſtlichen Stuhle den Königs-Titel erhalten

würde [1]). Nun aber, nach dem Siege von Pultawa ging Peter I. darüber noch hinaus.

Er veranſtaltete, nach altrömiſcher Weiſe, gegen den Schluß des Jahres in Moskau einen feierlichen Triumphzug, in welchem die gefangenen Schweden, auch der Graf Piper mit, zu Fuß vor ihm einher ſchritten. Auch der zerſchoſſene Tragſeſſel Carls XII. ward mit aufgeführt. Die Triumphbögen, die der Zug paſſirte, waren, nach der Unterſchrift, gewidmet vom S. P. Q. M. (senatus populusque Moscoviticus), und feierten Peter als den großen Kaiſer von Rußland, als den Ueberwinder der Aſiaten, der Türken, der Schweden [2]). Sie nannten ihn daher, wie einſt der Senat und das römiſche Volk die Scipione und Andere, Asiaticus, Turcicus, Suecicus. Sie gaben ihm ferner den Titel Auguſtus. Wo zur Decoration die Krone erforderlich ſchien, ſah man die geſchloſſene Kaiſerkrone. Das Wappen war ein Doppeladler.

Nicht blos in Moskau dienten zur Siegesfeier ſolche kaiſerliche Embleme, ſondern auch überall dort, wo eine ſolche in öffentlicher Weiſe den Vertretern des Czaren geſtattet wurde, im Haag dem Botſchafter Matueof bereits lange zuvor, im October. Bei dieſer Feier erſchien der Name nicht wie in Moskau als Petrus Moscoviae Imperator, ſondern nur mit den von einer Kaiſerkrone überdachten Anfangsbuchſtaben P. R. I. [3]), die ſowohl als Petrus Russorum Imperator, wie als Petrus Romanorum Imperator gedeutet werden konnten.

Aber es gab damals in der Chriſtenheit nur Einen Fürſten, dem der Titel des Kaiſers gebührte, und zwar des römiſchen Kaiſers, den man betrachtete als den Nachfolger nicht bloß Carls des Großen, ſondern darüber hinaus der einſtigen römiſchen Kaiſer bis hinauf zu Auguſtus. Der Titel Kaiſer bezeichnete noch nicht den Beherrſcher eines weiten Landes überhaupt, ſondern faßte in ſich die eine beſtimmte Beziehung und — ſetzen wir es mit Nachdruck hinzu — den einen ganz beſtimmten Anſpruch auf das römiſche Kaiſerthum, das

[1]) Karamsin, Histoire de Russie t. VII, p. 123.
[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 332.
[3]) Lamberty t. V, p. 410.

Imperium mundi. Es fragt ſich alſo, wie der Czar Peter für ſich einen Anſpruch ſolcher Art aufbauen konnte.

Die Inſchriften bei ſeinem Triumphzuge in Moskau nannten ihn in gleicher Weiſe, etwas verfrüht, als den Sieger der Türken wie der Schweden. Er hatte ſchon zwölf Jahre zuvor dem Könige Wilhelm III. offen ausgeſprochen, daß es ſeine Abſicht ſei, Conſtantinopel zu nehmen (vgl. Band VIII, S. 86) — alſo Oſt-Rom. Als der Papſt Leo III. im Jahre 800 den Frankenkönig Carl zum römiſchen Kaiſer krönte, als Otto I. um 160 Jahre ſpäter die römiſche Kaiſerkrone bleibend an das deutſche Königthum brachte, beſtand noch das oſtrömiſche Kaiſerthum für Jahrhunderte. Es konnte alſo neben dem anerkannten weſtrömiſchen Kaiſerthume auch ein oſtrömiſches geben, und ſogar, wie jenes ohne den Beſitz von Weſt-Rom, ſo dieſes ohne den Beſitz von Oſt-Rom, mit dem Beſtreben jedoch dasſelbe zu erlangen.

Dahin alſo zielt der Kaiſer-Titel, den der Czar Peter ſich beilegte, als der Fingerzeig für ſeine Mitwelt und für die Nachwelt, daß der ruſſiſche Kaiſer-Titel ſeinen Urſprung hat in dem Streben nach der Erlangung von Conſtantinopel.

Ein beſonderer Beweis, wie ſehr durch die Schlacht von Pultawa und deren Folgen das Anſehen des Czaren in Weſteuropa geſtiegen war, ergab ſich aus der Art und Weiſe, in welcher die Königin von Groß-Britannien Genugthuung leiſtete für die von einigen ihrer Unterthanen an dem Botſchafter Matueof verübte Unbill (S. 208 u. f.). Wir haben geſehen, daß der Czar damals für eine Reihe der Betheiligten die Todesſtrafe gefordert hatte, während man ſie nach den engliſchen Geſetzen nicht einmal in Haft behalten durfte. Nach langen Verhandlungen blieb daher nichts Anderes übrig, als daß die Königin die Strafe, welche ſie nach den engliſchen Geſetzen nicht verhängen konnte, in der Form der Abbitte auf ſich ſelber nahm. Zu dieſem Zwecke wurde ein eigener Botſchafter, Lord Whitworth, mit einem Handſchreiben der Königin nach Moskau geſchickt [1]). Die Formalitäten der Ueberreichung waren ſo vereinbart, daß die Genugthuung möglichſt augenfällig wurde. Der Czar ſtand aufrecht unter einem Thronhimmel,

[1]) Die Relation darüber bei Lamberty t. VI, p. 228.

entblößten Hauptes, umgeben von den Großen des Reiches, den Miniſtern ſeines Hofes, den Generalen ſeiner Armee. Der engliſche Botſchafter hielt eine längere Anrede, in welcher er ausdrücklich betonte, daß er, kraft der Vollmacht der Königin, ihre Perſon repräſentire, als wenn ſie ſelber gegenwärtig ſei. In ihrem Namen ſpreche er zunächſt ihren Kummer und ihren gerechten Abſcheu aus gegen die verwegene That, die man verübt habe gegen einen Vertreter des Czaren, noch dazu gegen einen ſolchen, den die Königin beſonders hoch ſchätze. Er bitte dann um Entſchuldigung für den Mangel und die Unzulänglichkeit der bisherigen engliſchen Geſetze, welche nicht geſtatten für eine ſo außerordentliche Verletzung des Völkerrechtes nach Gebühr zu ſtrafen. Er verſichere endlich den aufrichtigſten Wunſch der Königin, die bisherige Freundſchaft und das gute Einvernehmen zwiſchen den zwei Kronen auch ferner aufrecht zu halten.

Dann folgt der weitere Satz: „Im Namen Ihrer Majeſtät der Königin bitte ich daher ſehr inſtändig, Ew. kaiſerliche Majeſtät wollen geruhen, dieſe Entſchuldigungen mit der brüderlichen, Ihnen eigenen guten Geſinnung aufzunehmen, und nicht Ihrer Majeſtät der Königin, noch der britiſchen Nation einen Unfall beizumeſſen, an dem nur wenige unbändige Perſönlichkeiten betheiligt ſind, ſondern Ew. kaiſerliche Majeſtät wolle denſelben gänzlich in Vergeſſenheit ſtellen, und in großmüthiger Weiſe fortan der Königin und ihren Unterthanen Ihr hohes Wohlwollen bewahren."

Darauf überreichte der Botſchafter dem Czaren das Handſchreiben der Königin. Es verſicherte abermals, daß, bei der Unzulänglichkeit der alten Statuten des Königreiches für einen ſolchen Fall, es noch nicht im Vermögen des geſetzeskundigen Juriſten des Königreiches geſtanden, ein Urtheil zu ſchöpfen, noch eine endliche Entſcheidung dieſer Angelegenheit zu finden. Darum habe die Königin, zur Verhütung der Wiederkehr ſolcher Unglücksfälle, eine Parlaments-Acte ſanctionirt, welche jede Kränkung eines Vertreters eines fremden Souveräns mit ſchwerſter Strafe bedrohe. „Dies wird, ſagt die Königin, für die geſammte Nachwelt verbleiben wie ein Monument unſerer Deferenz für Ew. kaiſerliche Majeſtät."

Die Antwort des Czaren, die Momente kurz zuſammen faſſend, erklärte, daß er damit die Sache als abgethan anſehen wolle. Sein

Bescheid an Matueof im Haag besagte, daß er die im Namen der Königin vorgebrachten Entschuldigungen als Satisfaction für die seinem Botschafter in London widerfahrene Unbill annehme, und die persönliche Genugthuung demselben vorbehalte. Darunter war begriffen der Ersatz für die dem Botschafter erwachsenen Kosten, für das ihm entgangene Geschenk bei seinem Abschiede, für die Nicht-Benutzung der englischen Yacht zur Ueberfahrt nach Holland. Die Frau des Matueof hatte schon früher bei Marlborough angedeutet, daß auch sie ein Geschenk erwarte. Da Marlborough nach London hin die Ansicht aussprach, daß diese Erwartung zum Wesen der Sache gereichen dürfte, so hatte er zugleich der Königin die Summe von 500 Pfund Sterling für Frau Matueof vorgeschlagen [1]). — Nachdem der hauptsächliche Schritt gethan, ist nicht zu bezweifeln, daß Matueof nach der ihm widerfahrenen Unbill pecuniär keinen Nachtheil erlitten habe.

Es ist dabei zu bemerken, daß die Königin von Groß-Britannien dem Czaren diese Genugthuung in den Tagen gewährte, in denen sie sich auf der Höhe ihrer Macht befand. So hoch wie zu Ende des Jahres 1709 und zum Beginne 1710 hatte das Ansehen Englands in Europa noch nie gestanden.

Nächste Einwirkungen der schwedischen Niederlage auf Westeuropa.

Die Nachricht von Pultawa traf in der zweiten Hälfte des Monates August in Versailles ein, und ward dort mit großer Betrübnis vernommen [2]). Anders stand die Sache in London. „Außer den französisch gesinnten Jacobiten, meldet Hoffmann, findet sich kein Engländer, ob hohen ob niedrigen Standes, der ein Bedauern für den Schwedenkönig ausspräche. Und zwar dies in Folge seines vor zwei Jahren bewiesenen Uebermuthes. Denn zu Anfang dieses Krieges war Jedermann für ihn eingenommen" [3]). Dies indessen war die Stimmung des Momentes, die Folge des persönlichen Verhaltens von Carl XII. Das politische Interesse, welches England an der Erhaltung

[1]) Murray vol. IV, p. 480. Vom 16. April 1709.
[2]) Petes an Rakoczy, 23. August. Bei Fiedler Bd. I, S. 145.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 30. August.

der ſchwediſchen Macht haben mußte, gewann bald wieder die Oberhand. — Im Haag nahmen Mitglieder der Generalſtaaten und viele Geſandte Theil an der geräuſchvollen Siegesfeier, welche der Botſchafter Matueof drei Tage nach einander mit Banketten, Feſtbällen, Feuerwerk veranſtaltete [1]). Auf den Einſpruch des ſchwediſchen Geſandten Palmquiſt ward entgegnet, daß man durch die Geſtattung derſelben, dem Herkommen gemäß, die Neutralität nicht verletze. Doch gab es im Haag nicht wenige, welche darauf hinwieſen, daß der erwählte Ort des Feuerwerkes zu den Zeiten der Jahrmärkte den Poſſenreißern diene. — In Wien ward dem ruſſiſchen Geſandten Urbich das Abbrennen eines Feuerwerkes nicht erlaubt, und auch ſogar in Kopenhagen die Erlaubnis nur in beſchränkter Weiſe gegeben. Dabei iſt nicht anzunehmen, daß an einem dieſer beiden Orte das Schickſal des Schwedenkönigs, der Monate lang für Weſteuropa wie verſchollen war, eine lebhafte Sympathie erregt habe.

Nach Stockholm brachte erſt die Ankunft des Generals Meyerfeld, am 26. October/6. November, mit zwei Handſchreiben Carls XII., an ſeine Großmutter und an ſeine Schweſter die Gewisheit, daß er lebe und ſich zu Bender auf türkiſchem Boden und in Sicherheit befinde [2]).

Die Frage der Rückkehr des Schweden ward demnach aller Orten erwogen. Ludwig XIV. wünſchte ſie. Bereits im September meldete in Verſailles das Gerücht, daß Carl XII. ſich in Bender befinde. Ludwig XIV. ließ durch Vetes an Rakoczy melden: er verlange, daß für den Fall der Rückkehr Carls XII. durch Ungarn, Rakoczy ihn aufnehme und behandele wie einen Freund und Verbündeten des Königs von Frankreich, dagegen jegliches Verlangen des Czaren Peter in Bezug auf Carl XII. als unvernünftig zurückweiſe. Denn es ſei die Abſicht Ludwigs XIV., dem Schwedenkönige beizuſtehen, ihm wieder empor zu helfen, um ihn ſo durch Wohlthaten zu verpflichten dasjenige zu thun, was er während ſeines Verweilens in Sachſen nicht habe thun wollen. Der König von Frankreich ſehe hinweg über den Hochmuth, mit welchem Carl XII. damals ſeine Anträge abgelehnt, ſei vielmehr in ſeinem hohen Alter geneigt, die Hitze der

[1]) Lamberty t. V, p. 405.
[2]) Nordberg Bd. II, S. 163.

Jugend zu verzeihen oder zu entſchuldigen, und ſein Titel als allerchriſtlichſter König lege ihm die Verpflichtung auf, den Unglücklichen beizuſtehen. Desalleurs habe den Auftrag, ſich zu Carl XII. zu begeben. — Die Einwendung des Vetes, daß Rakoczy Rückſichten auf den Czaren zu nehmen habe, wies Torcy zurück mit der Erklärung: „Der König will es, und hat darauf bereits dem ſchwediſchen Geſandten ſein Wort gegeben“ [1]).

Die Dinge haben einen anderen Verlauf genommen, als welchen Ludwig XIV. damals hoffte. Aber die Worte ſind merkwürdig als der Beweis dieſer Hoffnung, die für längere Zeit auf das politiſche Verhalten Ludwigs XIV. eine ſtarke Einwirkung übte.

Aber auch die verbündeten Mächte waren nicht Willens, der Rückkehr Carls XII. ein Hindernis in den Weg zu legen. Die Generalſtaaten ließen, im December, ihm eine Anzahl Schiffe zur Heimfahrt über das Mittelmeer anbieten. Carl XII. ließ dankend antworten, daß er hoffe, bald auf einem näheren Wege heimkehren zu können [2]).

In den erſten Tagen des Aufenthaltes in Bender erwog Carl XII. die Frage der Heimkehr mit der Begleitung von einem oder zwei Anderen. Er meinte, unerkannt durchkommen zu können. Entgegen ſtanden ſeine Wunde am Fuße und die Beſorgnis um die Zurückbleibenden [3]). Die Erwägungen dieſes Entſchluſſes währten jedoch nicht lange. Bereits im Auguſt begannen die Bemühungen Carls XII. in Conſtantinopel um das Geleite einer türkiſchen Armee für ſeine Heimkehr, zuerſt durch den Geſandten Neugebaur, dem bald, im October, Poniatowski ſich zugeſellte, ſo wie hernach der Franzoſe Desalleurs. Die Verſuche blieben, bis tief in das Jahr 1710 hinein, ohne Erfolg.

Auf jeden Fall ſtand es auf die Nachricht von Pultawa für Weſteuropa in ſicherer Ausſicht, daß wie die ſchwediſche Armee verſchwunden war, ſo auch Carl XII. perſönlich für Monate lang keine Einwirkung üben könne. Zehn Jahre zuvor, wo die Jugend Carls XII. leichtes Spiel in Ausſicht zu ſtellen ſchien, hatten die ihm benachbarten Häupter die begehrlichen Hände nach dieſem und jenem Stücke ſeines

[1]) Fiedler Bd. I, S. 148. Vom 16. September.
[2]) Nordberg Bd. II, S. 178.
[3]) A. a. O. S. 163.

Erbes ausgeſtreckt. Das war zweien unter ihnen, den Königen Friedrich IV. von Dänemark und Auguſt II. von Sachſen-Polen, ſchlecht gelungen. Aber nun war die Macht Carls XII. zertrümmert, er ſelber fern: daher war mit Wahrſcheinlichkeit zu erwarten, daß die Bethätigung derſelben Gelüſte ſich erneuern würde. Allerdings beſtanden die Friedensſchlüſſe von Münſter, von Oliva, von Travendal, von Alt-Ranſtadt. Aber ſelbſt die zwei erſteren konnten doch nur als Verträge ſolcher Art betrachtet werden, in welchen der Stärkere ſeinen Willen erzwingt, ſei es durch eigene Uebermacht allein, oder durch die Mithülfe Anderer. Ein Friedensſchluß, welcher der ſchwediſchen Macht deutſche Länder zuſprach, wie derjenige von Münſter, oder dieſen Beſitzſtand beſtätigte, wie derjenige von Oliva, trug in ſich ſelber nicht die Gewähr ſeines Beſtandes, ſondern begründete vielmehr für den Fall, daß die ſchwediſche Macht aufhörte furchtbar zu ſein, die Gefahr eines neuen Krieges. An den Ferſen der Eroberer haftet gar oft der doppelte Fluch, daß ſie, um zu nehmen, den Krieg über ihre Mitwelt bringen, und durch ihr Nehmen der Nachwelt die Saat des anderen Krieges hinterlaſſen, der geführt wird zu dem Zwecke, das Genommene wieder zu erlangen.

Am wenigſten von allen dieſen Friedensſchlüſſen trug derjenige von Alt-Ranſtadt in ſich eine Gewähr. Carl XII. hatte die Polen gezwungen, einen neuen König zu erwählen, den er ihnen vorſchrieb. Er hatte Auguſt II. gezwungen, auf die Krone zu verzichten und ſelber den neuen König anzuerkennen. Der Schwede mag ſich gedacht haben, daß dies nicht bloß eine Demüthigung Auguſts II., ſondern ein moraliſches Bindemittel ſein ſolle. In der Wirklichkeit beſtand das Bindemittel nur in ſeinem Zwange. Mit dem Aufhören des Druckes desſelben ſprangen alle Federn empor.

Eine ſtarke Partei in Polen war dem Könige Auguſt II. immer treu geblieben, und verlangte im Jahre 1708, ſobald Carl XII. die ruſſiſche Genze erreicht hatte, ſeine Wiederkehr. Auguſt II. ſchrieb am 1. November an Marlborough, daß ſein Wunſch die Belagerung von Lille mitzumachen, nur ein Vorwand geweſen ſei, um nicht in Dresden eine polniſche Botſchaft zu empfangen und auf ihre Aufforderung zur Rückkehr zu antworten. Denn im Falle der Weigerung könne es geſchehen, daß die Republik Polen das Diplom zurückfordere, welches ſie ihm über ſeine Königswahl ausgeſtellt, und welches noch in ſeinen

Händen ſei als das Band, welches ihn an Polen und Polen an ihn binde [1]). — Es iſt demnach anzunehmen, daß weder Carl XII., noch Stanislaus von der Exiſtenz eines ſolchen Königs-Diplomes eine Kunde gehabt haben, weil, folgerecht, nach dem Frieden von Alt-Ranſtadt, Auguſt II. die Auslieferung nicht hätte verweigern können. — Auguſt II. ſprach weiter zu Marlborough ſeine Abſicht aus, der Aufforderung zu willfahren, ſobald die Gelegenheit ihm günſtig erſcheine.

Nach Pultawa trat zu jenen Aufforderungen von Polen aus an Auguſt II. noch ein anderer Druck. Der Czar Peter verlangte von ihm den ſofortigen Entſchluß. Durch ſeinen Miniſter van der Lith ließ er dem Könige Auguſt ſein Erſtaunen melden, daß dieſer auch nur Einen Tag zögere, und ſtellte, bei weiterem Zaudern, eine Neuwahl in Ausſicht [2]). Dieſer Druck machte dem Schwanken Auguſts II. ein Ende. Er erneuerte am 26. Juli/6. Auguſt ſein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Czaren. Am 8. Auguſt, um einen Monat nach Pultawa, erging von Dresden aus ſein Manifeſt dieſes Entſchluſſes. Das langathmige Schriftſtück, anſtatt kurz und offen nur die Zwangslage zu betonen, in der ſich Auguſt II. im Herbſte 1706 befunden, redet wieder von dem Misbrauche, den man, ohne ſein Wiſſen und wider ſeinen Willen, mit ſeinen Blanketten getrieben, um böswilliger Weiſe den betrügeriſchen Vertrag zu ratificiren. Einleuchtender darin war, daß Carl XII. ſelbſt dieſen von ihm dictirten Vertrag, der nur von Winterquartieren in Sachſen redete, nicht gehalten hatte, indem er nach eigenem Willen die Zeit der Quartiere ausgedehnt hatte vom 1. September 1706 bis zum 16. September 1707. — Was nach dieſem Manifeſte der von Auguſt II. anerkannte König Stanislaus zu erwarten hatte, ergibt ſich aus der Bezeichnung ſeiner darin als des Hochverräthers Lescinski [3]).

In der erſten Zeit machte Stanislaus ſich noch die Hoffnung, daß der Kaiſer Joſeph I., der ihn anerkannt hatte, ihn ſchützen würde. In einem Schreiben vom 13. Auguſt legte er die Gefahren dar, die für Polen von der anwachſenden Macht des Czaren Peter drohten,

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 354.
[2]) A. a. O. S. 448. Das Datum dort kann indeſſen nicht richtig ſein.
[3]) Die Schrift bei Lamberty t. V, p. 414.

ſo wie andererſeits von Auguſt II., der ſich an den Vertrag von Alt-Ranſtadt nicht binden würde, endlich von der Uneinigkeit der Polen unter einander, von denen Jeder nur den eigenen Vortheil ſuche, nicht das Gemeinwohl. — Aber der Kaiſer hatte zwar Stanislaus anerkannt, nicht jedoch eine Garantie des Friedens von Alt-Ranſtadt übernommen. Anſtatt auf jenes Schreiben einzugehen, verlangte der Kaiſer von ſeinem Geſandten Gallas in London ſchleunigſten Bericht, wie die Regierung der Königin die Wandlung der Dinge in Polen betrachte[1]).

Als die Stütze der Macht des Stanislaus in Polen befand ſich dort noch ein ſchwediſches Corps unter dem General Craſſau, in der Stärke von etwa 14,000 Mann. Es war der anrückenden Macht des Königs Auguſt II., der Kron-Armee unter Siniawski, die ihm wieder zugetreten war, und der Ruſſen, nicht gewachſen. Es blieb für Craſſau nichts übrig als der Rückzug nach Pommern. Auguſt II. vermochte nicht denſelben zu hindern. Der Marſch mußte preußiſches Gebiet durchſchneiden. Friedrich I. gewährte nicht die Erlaubnis dazu; aber er hatte auch nicht die Macht zur Hand, den Durchzug zu verwehren. Craſſau gelangte nach Stettin. Von da aus erließ Stanislaus, der dem Corps ſich angeſchloſſen, an die Polen eine Proclamation, durch welche er ſich erbot die Krone niederzulegen, wenn dadurch der innere Friede Polens hergeſtellt werden könne[2]). — Die Proclamation war einer Abdankung ſehr ähnlich. Die abermalige Anerkennung Auguſts II. fand nirgends ein Hindernis. Als der Czar Peter I. in Warſchau eintraf, begrüßten ihn dort eine Reihe vornehmer Polen mit Glückwünſchen zu dem Siege von Pultawa, durch welchen er ihnen ihren rechtmäßigen König zurück gegeben, und, wie ſie ſich ausdrückten, ihre Freiheit gerettet habe.

Dann folgte Peter I. der Einladung von Auguſt II. nach Thorn, im Anfange October. Wie Patkul längſt begraben war, ſo ward es nun auch ſein Gedächtnis: die zwei Häupter hatten nur noch zu reden von der an der Krone Schweden zu machenden Beute. Sie theilten ſich im voraus in Liefland und Eſthland, dieſes für den Czaren, jenes für Auguſt II.; jedoch machte der Czar mündlich dem

---

[1]) Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv.

[2]) Dies Universale bei Lamberty t. V, p. 428.

Grafen Fleming kein Hehl daraus, daß er auch Liefland nehmen und mit Rußland vereinigen werde [1]).

Mit Friedrich IV. von Dänemark, den die Ungeduld drängte baldmöglichſt loszuſchlagen und in Schonen einzubrechen, ſchloßen der Czar Peter I. und Auguſt II., durch deſſen Geſandten Grafen Ranzau, ein entſprechendes Bündnis ab. Dann eilte der Czar weiter nach Marienwerder zu dem Könige Friedrich I., am 28. October. Dieſer König jedoch, der nicht bloß im Oſten erwerben wollte, ſondern auch im Weſten, hatte dabei Rückſichten auf das Wohlgefallen der Seemächte zu nehmen, und trug daher Bedenken vor allzu raſchem Handeln. Er trat dem Schutz- und Trutzbündniſſe der drei Anderen nicht bei [2]).

Zu Ende November reichte der czariſche Geſandte Urbich in Wien eine Denkſchrift ein. Sie meldete, daß der Czar Peter, Auguſt II. und Friedrich IV. von Dänemark ein Schutz- und Trutzbündnis geſchloſſen, um ſich für das von der Krone Schweden erlittene Unrecht ſchadlos zu halten. Der Czar im Namen aller drei erkläre, daß der Zweck dieſer Allianz nicht dahin gehe, das Königreich Schweden über den Haufen zu werfen, ſondern es auf ſeine gerechten Grenzen zurückzubringen [3]) und den Nachkommen Sicherheit zu verſchaffen. Daher wollen ſie das Reich nicht beunruhigen, den Krieg der Allianz wider Frankreich nicht ſtören, und demnach wollen auch Friedrich IV. und Auguſt II. ihre Truppen im Solde der Seemächte nicht abberufen. Dagegen erwarten die drei Häupter auch, daß dem Schwedenkönige keine Hülfe geſchehe. Der Czar und Auguſt II. wollen dem nach Pommern entwichenen General Craſſau nicht, wie ſie berechtigt wären, dahin folgen, hoffen aber auch, daß der Kaiſer und die verbündeten Mächte Vorkehrungen treffen, daß aus den ſchwediſchen Provinzen im Reiche ihnen kein Nachtheil widerfahre, noch daß die Schweden ſich durch Werbung aus dem Reiche verſtärken. Dafür verlangen die drei Mächte die Garantie der großen Allianz. Wenn dieſe Garantie nicht

---

[1]) Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 249.

[2]) Einige Nachrichten über Marienwerder im Berichte von Clement, vom 28. Februar 1710, bei Fiedler Bd. II, S. 84.

[3]) Ad justos terminos redigere. Die Denkſchrift im Gräflich Clam-Gallasſchen Archive.

erfolge, ſo wollen auch die drei Mächte ſich an ihr Verſprechen nicht gebunden halten.

Auguſt II. reichte in Wien eine beſondere Denkſchrift ein, daß er den General Craſſau aus Rückſicht auf den Frieden des Reiches habe ziehen laſſen, und daß er dagegen von dem Kaiſer die Garantie verlange, daß auch ihm aus den deutſchen Ländern der Krone Schweden kein Angriff widerfahre. — Aber Auguſt II. ſelber hatte, während Craſſau ſich auf dem Marſche befand, dem General Schulenburg gemeldet, daß er, um den Marſch des Generals Craſſau zu hindern, nicht die erforderliche Infanterie beſitze [1]).

Endlich machte auch Friedrich I. ſein Verdienſt in dieſer Sache geltend. Durch ſeine Vermittelung, ließ er dem Kaiſer melden, ſeien Auguſt II. und der Czar zu dem Verſprechen bewogen, dem General Craſſau nicht nach Pommern zu folgen, wenn dafür die Verſicherung gegeben werde, daß Craſſau von Pommern aus nicht angreife, noch auch nach Polen zurückkehre. Der Kaiſer möge Carl XII. zu einer ſolchen Erklärung bewegen und dieſelbe ſeinerſeits gemeinſam mit den Seemächten verbürgen [2]).

Das Verdienſt Friedrichs I. in dieſer Sache, wo er von den Spolien der Krone Schweden das Land Pommern doch wohl zunächſt ſich ſelber gönnte, mag eben ſo ſchwer oder ſo leicht wiegen wie dasjenige Auguſts II. von Sachſen-Polen. Sein Anſuchen an den Kaiſer dagegen läßt den Plan etwas klarer durchblicken: bei dem Charakter Carls XII. war mit Wahrſcheinlichkeit vorauszuſehen, daß er jene verlangte Erklärung nicht geben werde.

Einſtweilen aber war es in Weſteuropa für Monate lang fraglich, zuerſt ob Carl XII. überhaupt noch exiſtire, dann ob oder wann er zurückkehren werde. Es kam daher zunächſt auf die Entſcheidung des Kaiſers und der Seemächte an, wie ſie ſich zu der Sache ſtellen würden. Joſeph I. ſandte die ihm eingereichten Denkſchriften an Gallas in London, mit dem Auftrage zu verſichern, daß er nur gemeinſam mit den Seemächten handeln werde.

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 420. Schreiben vom 30. September, aus Brunshof, zwiſchen Thorn und Poſen.

[2]) Denkſchrift Bartholdis vom 5. December im Gräflich Clam-Gallasſchen Archive.

Auf die Nachricht von Pultawa ſtand von Anfang an bei der Regierung der Königin Anna als der Grundſatz ihrer Politik im Norden feſt, einen Bruch dort zu verhüten [1]). Es fügte ſich dazu der andere nicht ausgeſprochene, Schweden möglichſt aufrecht zu halten [2]). In jenem Sinne ergingen Abmahnungen von Thätlichkeiten an Auguſt II. und Friedrich IV. Der Letztere kümmerte ſich darum nicht viel, ſondern brach noch im November in Schonen ein. Das Manifeſt, das er voraus ſchickte, fand bei Unparteiiſchen ſo geringen Beifall, daß Viele urtheilten: beſſer würde es geweſen ſein, ohne Worte den Krieg angefangen zu haben [3]). Die Seemächte ſchlugen indeſſen dieſen däniſchen Verſuch deshalb nicht hoch an, weil ſie voraus ſahen, daß der ſchwediſche General Steenbock dort ihm gewachſen ſein würde [4]).

Dagegen kam es für die Mächte der Allianz weſentlich darauf an, daß nicht von Pommern aus im Reiche ſich ein neuer Krieg entzünde, ſei es durch einen Angriff auf das ſchwediſche Corps unter Craſſau dort, ſei es durch ein Vorbrechen desſelben. Auf die Denkſchriften hin, welche der Czar Peter im Namen ſeiner Bundesgenoſſen, ſowie Friedrich I. von Preußen dem Kaiſer eingereicht, auf die Erklärungen ferner, welche dieſer ſelbſt den Seemächten gegeben, ſo wie dann wiederum die Königin von Groß-Britannien und der Kurfürſt von Braunſchweig-Lüneburg den Generalſtaaten, faßten dieſe den Beſchluß, am 24. December, jegliche Feindſeligkeit in Norddeutſchland, in Schleswig und in Jütland zu verhindern und die Neutralität dieſer Länder zu verbürgen [5]). — Dadurch war einſtweilen der Friede dort geſichert. Es fragte ſich dann nur, wie der König Carl XII. ſich dazu ſtellen würde.

Nicht geſichert dagegen war der Friede für andere Länder, welche der Krone Schweden gehörten, namentlich für die entfernteren, Liefland und Karelien. Diejenige Truppenmacht, über welche Schweden daheim noch verfügeu konnte, ward in Schonen durch die Dänen feſtgehalten.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 605.
[2]) Lamberty t. V, p. 431.
[3]) A. a. O. p. 434 et suiv.
[4]) A. a. O. p. 441.
[5]) A. a. O. p. 442.

Dem Czaren, der nun ſeinen Eroberungszug durch Liefland begann, ſtand dort nur die geringe ſchwediſche Macht entgegen, die bereits vorher dort vorhanden war. Die Schrecken dieſes Krieges ſteigerten ſich durch eine peſtartige Krankheit, welche die Soldaten wie die Landeseinwohner zu tauſenden hinweg raffte. Die Schweden in den Städten Wiburg und Kexholm, in Riga, Reval, Sternau hielten ſich tapfer: um ſo länger dauerten die Leiden der unglücklichen Länder.

Einſt hatte der mit dem Deutſch-Orden vereinigte Orden der Schwertbrüder, mit der Zuſtimmung und der Vollmacht der Kirche und des Reiches, dahin die deutſche Cultur getragen, und dann es vermocht, durch eigene Kraft das Erworbene zu ſchützen gegen den Anſturm des weſtwärts drängenden Czarenthums. In Folge der Kirchenſpaltung war die Macht des Ordens zerbröckelt und zerfallen, und Polen hatte ſich zum Erben der Herrſchaft über Liefland eingeſetzt. Es hatte dann nicht vermocht, den nicht rechtmäßig erworbenen Beſitz zu behaupten, ſondern hatte ihn abgeben müſſen an den begehrlicheren, aber auch willenskräftigeren Schweden. Nachdem auch dieſes ſich zerrüttet, gelang es nun dem Czaren, das ſeit Jahrhunderten erſtrebte Ziel zu erreichen.

Aber der Czar Peter achtete in Liefland die Cultur, die er daheim nicht beſaß. Darum wollte er das Land nicht bloß beſitzen kraft des Rechtes der Eroberung, ſondern es an ſich binden vermöge der Verträge, welche ihm die ſelbſtändige Anerkennung der Bewohner ſicherten.

Nur der Czar Peter trug von Anfang an den Löwenantheil der ſchwediſchen Beute davon. Dänemark hielt durch ſeine Landung in Schonen dort die ſchwediſche Kriegsmacht unter Steenbock feſt, zu Gunſten des Czaren, nicht zu eigenem. Denn es gelang Sternbock ſehr bald, am 28. Februar/10. März 1710, die gelandete däniſche Armee bei Helſingborg ſo zu ſchlagen, daß der Reſt ſich ſchleunig wieder einſchiffte.

Auguſt II. von Sachſen-Polen konnte der Abmahnung des Kaiſers und der Seemächte von einem Angriffe auf ſchwediſche Beſitzungen um ſo leichter Folge leiſten, da die Wieder-Befeſtigung ſeines Thrones in Polen ihn vollauf beſchäftigte.

Friedrich I. von Preußen-Brandenburg hatte in Marienwerder dem Czaren gegenüber die Betheiligung am Angriffe auf die

Besitzungen Carls XII. abgelehnt. Dennoch ward gerade er nicht von den Mächten überhaupt, sondern namentlich von Marlborough mit scharfer Aufmerksamkeit beobachtet. Denn Friedrich I. hatte bei der verbündeten Armee in den Niederlanden 22,000 Mann, also fast ein Fünftel der ganzen Armee. England und Holland bezahlten diese Truppen; aber es stand bei Friedrich I. sie abzuberufen. Er ermangelte nicht darauf hinzuweisen, namentlich in Fällen der Differenz mit den Generalstaaten. An Anlässen dazu fehlte es nicht. Die Republik wünschte Ober-Geldern für sich zu behalten: Friedrich I. beanspruchte es als Ersatz für seine Forderungen an die Krone Spanien. Andere Klagen Friedrichs I. maßen der Republik eine allzu geringe Willfährigkeit für ihn in Betreff des oranischen Erbes bei.

Marlborough mahnte daher nach London, auch noch vor Pultawa, daß bei den Klagen Friedrichs I. über die Republik, die Königin trachten möge, ihn bei guter Laune zu erhalten [1]). Im October ließ Friedrich I. durch den General Grumbkow bei Marlborough seine Klagen über die geringe Willfährigkeit der Generalstaaten für seine Ansprüche, sowie die Drohung des Zurückziehens seiner Truppen erneuern. Zur Antwort bat Marlborough mit, wie er sagte, möglichster Unterthänigkeit, daß Friedrich I. der Allianz nicht diesen tödtlichen Streich versetzen, nicht was immer die Generalstaaten wider ihn gefehlt, die Königin und die anderen Bundesgenossen entgelten lassen wolle. Er betrachte den König, sagte weiter Marlborough, comme le chef protecteur de notre sainte religion dans l'Empire. Und auch für diese werde ein solcher Entschluß des Königs unheilvolle Folgen nach sich ziehen [2]).

Trotz allem dem grollte Friedrich I. fort. Marlborough bat die Generalstaaten, dem Könige gegenüber jeden Anlaß zur Unzufriedenheit zu vermeiden [3]). Er forderte den Botschafter Raby in Berlin dringend auf, den König von jenem Entschlusse abzubringen [4]). Auch das fruchtete nicht. Grumbkow meldete Marlborough, daß Friedrich I.

[1]) Murray vol. IV, p. 574. Vom 15. August.
[2]) A. a. O. p. 630. Vom 19. October.
[3]) A. a. O. p. 643. Vom 31. October.
[4]) A. a. O. p. 659. Vom 29. November.

auch gegen die Königin Klage erhebe wegen ihrer mistrauiſchen Zurückhaltung gegen ihn. Auf die Bitte Marlboroughs ward Grumbkow von Berlin zu ihm nach dem Haag entſendet. Mündlich deutete hier Grumbkow an, daß geheime Unterhandlungen mit Frankreich nicht abgebrochen und daß ſtarke Gründe für die Beſorgnis vorhanden ſeien, daß der Unwille ſeines Königs wider die Generalſtaaten ihn zur Losſagung von der Allianz bringen könne. Als das Gegenmittel ſchlug Grumbkow vor, daß die Königin, wie aus ſich ſelber, ein Handſchreiben mit beſtimmten Verſprechungen nach dem Wunſche Friedrichs I. an dieſen richten möge. Grumbkow ſelber entwarf dieſes Schreiben. Marlborough ſchickte den Entwurf an Godolphin. Die Königin ſchrieb ihn eigenhändig ab, und Grumbkow überbrachte dann dies königliche Handſchreiben nach Berlin [1]).

Franz Rakoczy.

Der Stand ſeiner Angelegenheiten zu Ende 1708.

Franz Rakoczy hatte im Jahre 1706 vor Ludwig XIV. und deſſen Dienern geltend gemacht, daß er im Intereſſe Frankreichs die Friedenshandlung von Tyrnau oder Neuhäuſel abgebrochen. Er hoffte dadurch ſich zu einem formellen Bündniſſe mit Ludwig XIV. fähig zu machen. Dieſer jedoch ließ durch Desalleurs als weitere Vorbedingung fordern die Abſage an den Kaiſer Joſeph. Auch dieſe ſetzte Franz Rakoczy bei den Ständen von Ungarn durch, vermittelſt des blutigen Landtages von Onod, im Mai 1707. Aber dann erſt recht rückte ihm, wie ſein Landsmann und Diener Betes ihm voraus verkündet, das Bündnis in unabſehbare Ferne. Der monatliche Sold von 50,000 Livres dagegen ward fortgezahlt, nur weniger regelmäßig als zuvor.

Im Laufe des Monates Auguſt 1708 erfolgte als ſchwerer Streich auf die Sache Rakoczys die Niederlage von Trentſchin. „Von da an, ſagt er in ſeinen ſpäteren Denkwürdigkeiten, gedachten Magnaten,

---

[1]) So berichtet Coxe vol. II, p. 482, gibt jedoch nicht die Actenſtücke, die geſchichtlich werthvoller ſein würden als ſo manche andere, die er gegeben.

Edelleute, Officiere, Soldaten nicht mehr an den Krieg, sondern nur noch an die eigene Rettung“ [1]). Zugleich blieben die französischen Subsidien mehr und mehr im Rückstande. Denn zu dem Unvermögen Ludwigs XIV., die Last dieser Zahlungen zu tragen, trat noch ein Mistrauen in das Bemühen Rakoczys in Wien um einen Waffenstillstand. Die Berichte des Desalleurs schürten dies Mistrauen. Rakoczy dagegen empfand schwer das Ausbleiben der Gelder. Am 10. Januar 1709 schrieb er an Vetes: „Wenn es die Absicht des Hofes dort ist, daß Sie gehen sollen, so zaudern Sie nicht einen Augenblick.“ Dann jedoch fügt er einlenkend die Versicherung hinzu, daß er ohne Vorwissen des Königs und gegen dessen Interesse keine andere Unterhandlung beginnen werde [2]).

Jenes französische Mistrauen in Rakoczy war in Wahrheit nicht begründet. Die Entlassung des Tolvay nach Wien im Herbste 1708 hatte nur dienen sollen, um Zeit zu gewinnen. Aber auch Vetes gab sich der Ansicht oder vielmehr, von seinem Standpuncte aus, der Hoffnung hin, daß Rakoczy auf einen Ausgleich mit dem Kaiser sinne. Auf seine Anfrage deshalb erhielt er eine klare Antwort. „Sie können sich darauf verlassen, schreibt Rakoczy, im April, daß, wenn ich Neigung gehabt hätte, irgend welche Unterhandlung mit dem Kaiser abzuschließen, ich Sie davon in Kenntnis gesetzt haben würde, auch selbst durch Expressen. So lange Sie also nicht direct von mir eine solche Nachricht haben, schenken Sie keinem Gerüchte Glauben. Da ich entschlossen bin, wenn ich nicht das Fürstenthum Siebenbürgen erhalte, den Krieg bis zum General-Frieden fortzusetzen: so dürfen Sie, trotz aller Gerüchte, dem Könige versichern, daß auf andere Weise ein Friede nicht zu Stande kommen wird, auch wenn ich darüber aus dem Königreiche weichen müßte“ [3]).

Auf diese Versicherung antwortete Vetes als der Diener: „Ich sehe, daß ich bisher nicht die Ehre gehabt habe, die Intentionen Ew. Durchlaucht völlig zu kennen. Ich bin der Meinung gewesen, Sie würden sich überzeugen, daß der französische Hof niemals sich in dem

---

[1]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.
[2]) Fiedler Bd. I, S. 328.
[3]) A. a. O. S. 330. Vom 25. April 1709.

Stande befinden wird, den Kaiser zur Abtretung von Siebenbürgen an Sie nöthigen zu können, und folglich würden Sie dann die Gewogenheit haben, auf unsere Erhaltung bedacht zu sein, so wie auf die Ihrige für uns. Aber da Sie nun geruhen mir zu eröffnen, daß Sie den Krieg fortsetzen wollen bis zur Abtretung dieses Fürstenthums an Sie, und daß Sie lieber ins Exil gehen wollen, als sich mit dem Kaiser auf einer anderen Basis vergleichen: so werde ich mich hüten, in Zukunft Ihnen von einem Ausgleiche auch nur zu reden. Ew. Durchlaucht müssen wissen, was Sie thun und thun werden. Möge es Gott gefallen, Ihnen die Erfüllung Ihrer Wünsche zu verleihen; aber ich wage nicht auf dieses Wunder zu hoffen" [1]).

Wir haben, nach dem Abbruche der Friedenshandlung, im Beginne des Monats Juni, das Wort des Torcy an Petes vernommen (S. 241): „Meine erste Sorge wird sein, Ihre Rückstände zu bezahlen." Bei der schweren Noth Frankreichs konnte Torcy dies Wort nicht zur Wahrheit machen. Petes berechnete die Rückstände vom Beginne des Jahres 1708 an bis zum 1. August 1709, also für 19 Monate, auf 650,000 Livres, gleich dem Betrage für 13 Monate [2]). Aber daß Ludwig XIV. bei der unsäglichen Bedrängnis Frankreichs im Jahre 1709 überhaupt noch etwas an Franz Rakoczy zahlte, beweist, wie hoch er die Dienste anschlug, welche dieser durch die Lahmlegung der kaiserlichen Macht ihm erwies.

Im Vertrauen darauf konnte sogar Rakoczy nicht lassen von der Hoffnung, daß Ludwig XIV. für ihn die Forderung von Siebenbürgen erheben würde. Petes dagegen verneinte, daß bei den Unterhandlungen im Haag gegenüber dem Prinzen Eugen und dem Grafen Sinzendorf Siebenbürgen auch nur genannt worden sei. Nach seiner Ansicht hatte Ludwig XIV. es dem Torcy geradezu untersagt [3]). In der That findet sich in den Denkwürdigkeiten Torcys keine Spur einer Nennung Siebenbürgens. „Wenn Sie das Glück haben, schreibt

[1]) Fiedler Bd. I, S. 135. Vom 4. Juli.

[2]) A. a. O. S. 143.

[3]) A. a. O. S. 142. Die damaligen Verhandlungen des Petes mit Torcy, in welchen der Letztere nicht als der Ueberlegene erscheint, sind von hohem Interesse. Ein weiteres Eingehen hier würde zu weit führen.

Vetes an Rakoczy, Siebenbürgen zu erlangen, so geschieht es durch die Mächte der Allianz, aber sicherlich nicht durch Frankreich" [1]).

Diese Worte führen uns auf das eigenthümliche Verhältnis der Seemächte zu den Unruhen des Franz Rakoczy. Vom Anfange derselben an haben wir gesehen, daß in England wie in Holland der Aufstand des Rakoczy, obwohl er die Macht des Verbündeten der Seemächte, des Kaisers, nahezu lahm legte, dennoch nicht mit ungünstigem Auge betrachtet wurde. Es ward den Vertretern dieser Seemächte nicht klar, daß dieser Aufstand, weil Franz Rakoczy von dem Kaiser das Unmögliche verlangte, nur durch die Gewalt der Waffen beendet werden konnte, und daß daher Niemand anders einen Vortheil davon zog als Ludwig XIV. Die Thatsache, daß eben darum dieser König bereitwillig Jahr auf Jahr an Rakoczy große Summen zahlte, eine Thatsache, die doch längst bekannt sein mußte, ward, ungeachtet des wiederholten und nachdrücklichen Hinweises der kaiserlichen Gesandten, von den Staatsmännern im Haag und in London nicht, oder doch nicht mit Consequenz erwogen. Sie drängten dem Kaiser ihre Vermittelung auf. Als es Rakoczy gelang, gemäß der Forderung Ludwig XIV. an ihn, im Sommer 1706, die Verhandlungen zum Abbruche zu bringen, trug doch die Ueberlegenheit seiner List bei den Vorurtheilen und dem Mangel an Scharfblick der Vertreter der Seemächte den Vortheil davon, daß sie die Schuld des Abbruches nicht dem Thäter beimaßen, nicht Franz Rakoczy, sondern den kaiserlichen Ministern.

Der blutige Landtag von Onod mochte ein wenig die Sympathien im Haag und in London für die Sache des Franz Rakoczy gedämpft haben. Durch die Fühlung jedoch, die er mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin hatte, wurde ihm angedeutet, daß man auch so noch im Haag und in London nicht mit ungünstigem Auge auf ihn schauete. Im Sommer 1706 hatte er dem Dienste Ludwigs XIV. die Vortheile geopfert, die er damals durch diese Gunst hätte erlangen können: im September 1708, als die Sonne Ludwigs XIV. mehr und mehr sich verdunkelte, entschloß er sich, auf den Rath Friedrichs I., zurückzukehren zu der nicht verscherzten Gunst der Seemächte.

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 142.

Geſandtſchaft Rakoczys an die Seemächte.

Der Agent Clement jedoch, deſſen ſich Rakoczy in Berlin bediente, erſchien ihm für die wichtige Sendung an die Seemächte gar zu jung. Er erſuchte daher den Hofprediger Jablonski in Berlin, mit welchem er ſchon ſeit 1706 in Beziehungen ſtand (Band XII, S. 49), dieſe Reiſe auf ſich zu nehmen [1]), im Januar 1709. Jablonski war bereit, unter der Bedingung, daß Clement ihn begleite. Auf den Vortrag des Jablonski bei Friedrich I. über die Angelegenheit erwiederte dieſer ſofort: er werde in Allem, ſo viel es geſchehen könne, die Sache Rakoczys und der conföderirten Stände von Siebenbürgen befördern, und bei ſeinen Verbündeten alle Mühe aufwenden, damit Siebenbürgen an Franz Rakoczy zurückgegeben werde [2]).

Clement hatte dann vor den Miniſtern Wartenberg und Ilgen Bericht über den Stand der Sache Rakoczys abzuſtatten. In Betreff der Türken meldete er, daß Rakoczy, wiederholt von ihnen zum Bündniſſe aufgefordert, dennoch ihnen nicht das Ohr geliehen habe, ſondern zu den proteſtantiſchen Mächten ſeine Zuflucht nehme, ob durch ihre Vermittelung Ungarn und Siebenbürgen zum Frieden gelangen könnten [3]).

Die Sache lag, wie die Berichte des franzöſiſchen Geſandten Ferriol in Conſtantinopel uns gezeigt haben (S. 85), eher umgekehrt. Immerhin iſt es möglich, daß Clement die Wahrheit zu reden meinte.

Die preußiſchen Miniſter antworteten dem Clement: was Rakoczy verlange, ſei recht und billig. Das Intereſſe der evangeliſchen Mächte erfordere, daß ihm Siebenbürgen und den ungariſchen Ständen ihre Freiheit zurück gegeben werde. Und obwohl der preußiſche Hof aus mehreren Gründen dieſe Sache nicht offen betreiben könne, ſo werde doch der König überall an ſeinen Bemühungen im Geheimen es nicht fehlen laſſen. Ueber die Frage, ob die Sendung von Schriftſtücken nach dem Haag und nach London genüge, müſſe das Gutachten Marlboroughs eingeholt werden. Clement begab ſich daher zu dem

[1]) Die Berichte Clements, bei Fiedler Bd. II. Derjenige an den Kaiſer Carl VI., vom 22. September 1715, S. 1 u. f.; Finalbericht an Rakoczy S. 36 u. f. — Ferner die Einzelberichte S. 18 u. f.

[2]) Fiedler Bd. II, S. 38.

[3]) A. a. O. S. 39.

Botschafter Lord Raby, der sofort in der gewünschten Weise an Marlborough schrieb. Dieser antwortete von Brüssel aus, am 4. Februar, daß Jablonski und Clement im Laufe des Monates ihn im Haag treffen würden, und daß sie dahin auch die Bitten der, wie er sagt, armen Protestanten in Ungarn mitbringen möchten [1]).

Am 7. Februar gab er nach London hin Nachricht, daß er von Rakoczy Briefe an die Königin und die Generalstaaten habe, enthaltend die Bitte um die Wieder-Aufnahme der Vermittelung und die Garantie nachher. Er wolle gern in dieser Sache beitragen, fügte er hinzu; jedoch scheine es nicht zweckmäßig, daß er sich offen betheilige: deshalb bescheide er Jablonski und Clement nach dem Haag [2]). Zugleich gab er an Wratislaw in Wien Nachricht, als habe er von ungefähr die Reise jener beiden und ihre Absicht erfahren, mit der Anfrage, wie er sich dazu verhalten solle [3]).

Die Aufforderung Marlboroughs durch Raby an Jablonski und Clement nach dem Haag traf nicht mehr rechtzeitig in Berlin ein. Am 4. März meldete er, aus Brüssel, an Lord Raby in Berlin, daß er die zwei Sendboten nicht mehr im Haag empfangen könne. „Ich vermuthe, fügt er hinzu, sie werden dann nach England hinüber eilen. Dort wird es mir eine Freude sein, ihnen alle möglichen Dienste zu erweisen, obwohl ich erfahre, daß der Wiener Hof Kunde von der Sache hat, und der Einmischung der Königin und der Generalstaaten durchaus abgeneigt ist" [4]).

Die Doppelzüngigkeit Marlboroughs in dieser Sache, wie sie hier bereits vor Augen liegt, tritt dann noch immer schärfer hervor. Am 4. März hatte er von Brüssel aus das vorstehende Schreiben abgesandt. Am 6. März erhielt er dort die ablehnende Antwort von Wratislaw auf seine Anfrage vom 7. Februar. Darauf erwiederte er seinerseits, vom 11./22. März, von St. James aus: „Ich bin völlig Ihrer Ansicht, daß die Einmischung der Königin und der Generalstaaten in die fragliche Angelegenheit nicht ein glückliches Ergebnis

---

[1]) Murray vol. IV, p. 423.

[2]) A. a. O. p. 429.

[3]) A. a. O. p. 431.

[4]) A. a. O. p. 463. Dieses und das folgende Schreiben auch im Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 430 und 431.

bringen kann. Sie dürfen alſo darauf rechnen, daß ich nach Kräften ſie fern halten werde. Aber ich wage nicht dafür zu bürgen, daß Andere derſelben Anſicht ſein werden; denn ich ſehe mehr und mehr, daß man einen Ausgleich in der ungariſchen Sache für das größte Glück anſieht, welches bei der jetzigen Lage der Dinge den Verbündeten widerfahren könnte" [1]).

Als Marlborough die vorſtehenden Worte niederſchrieb, befanden ſich Jablonski und Clement bereits ſeit zwei Tagen in London, und fanden dort ihren eifrigſten Gönner an Marlborough.

Als ſie in den Niederlanden Marlborough nicht mehr antrafen, wurde Jablonski, der von Friedrich I. nur bis Brüſſel die Erlaubnis hatte, zweifelhaft, ob er über das Meer gehen dürfe. Aber Marlborough hatte einen Paß für ſie zurückgelaſſen, und ſie erfuhren, daß er, in Erwartung ihrer Ankunft, weder der Königin, noch den Generalſtaaten die ihm zugeſendeten Briefe Rakoczys übergeben habe. Demnach war ohne die Weiterreiſe nach London der Zweck Rakoczys nicht zu erreichen. Jablonski fügte ſich den Vorſtellungen Clements, und erhielt nachher dafür die volle Genehmigung ſeines Königs. Am 20. März trafen dieſe zwei Sendboten in London ein [2]).

Bereits aber war von Wien aus ihnen eine eindringliche Mahnung vorauf gegangen, nicht erſt veranlaßt durch jene von Marlborough dahin geſchickte Nachricht. Am 9. Februar hatte der Kaiſer Joſeph an den Grafen Gallas in London den folgenden Auftrag erlaſſen [3]).

„Die Beharrlichkeit der ungariſchen Rebellen gründet ſich auf die Hoffnung einer Vermittelung der Seemächte. Deshalb haſt Du die Königin und die Miniſter durch kluge und gelinde Vorſtellungen dahin zu bringen, daß ſie ſich zu einer Vermittelung nicht anheiſchig machen, ſondern den Rakoczy und ſeinen Anhang mit ihren Geſuchen ab- und an unſere Gnade weiſen, ſo wie auf den zur Niederlegung dieſer Unruhen angeſetzten Landtag, wo ihnen alle Billigkeit widerfahren ſoll. Dieſes Begehren iſt an ſich gerecht, und des Exempels

[1]) Murray vol. IV, p. 471.
[2]) Fiedler Bd. II, S. 42.
[3]) Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv.

und der Folgen halber aller Regenten gleichmäßiges Intereſſe. An der Beilegung dieſes Aufſtandes iſt ferner allen Alliirten gelegen. Endlich aber iſt eine auswärtige Vermittelung in einheimiſchen Angelegenheiten und gegenüber den eigenen Unterthanen keiner Macht zuzumuthen, anders als gezwungen."

Der nächſte Erfolg der Vorſtellungen, die der Graf Gallas auf Grund dieſes Auftrages erhob, war der, daß ihm und dem Reſidenten Hoffmann die Anweſenheit jener Sendboten in London völlig verheimlicht wurde. Die Berichte der kaiſerlichen Vertreter nach Wien laſſen nicht erkennen, daß ſie von der Anweſenheit jener zwei Perſonen in London auch nur eine Ahnung gehabt haben.

Am 23. März erſchienen Jablonski und Clement vor Marlborough in St. James. Ihrem Berichte gemäß empfing er ſie mit beſonderem Wohlwollen. Das Unglück für Rakoczy, ſagte er, beſtehe darin, daß, obwohl der Kaiſer ihm nicht ſehr abgeneigt, in deſſen Umgebung ſich auch nicht ein einziger Miniſter für Rakoczy günſtig befinde. Es gebe zwar Parteiungen unter ihnen; aber Alle ſeien einig in dem einen Puncte, daß Ungarn nicht zum Frieden kommen und Rakoczy nicht Siebenbürgen erhalten ſolle. Denn von dort her werde ihnen geſtattet ſich Schätze zu ſammeln [1]).

Marlborough charakteriſirt hier alſo die kaiſerlichen Miniſter insgeſammt in derſelben Weiſe, in welcher nicht wenige ſeiner Zeitgenoſſen ihn anſahen. Aber er ging noch einen Schritt weiter. Die zwei Agenten nannten den Grafen Wratislaw als denjenigen, welchen Rakoczy von jeder Unterhandlung ausgeſchloſſen zu ſehen wünſche. „Wenn das nicht möglich iſt, antwortete Marlborough lächelnd: il faut le gagner."

Wir haben geſehen, daß Marlborough am Tage zuvor dieſem ſelben Wratislaw, den er ſeinen Freund zu nennen pflegte, in Betreff der Sache Rakoczys das Gegentheil der Wahrheit berichtet hatte. Die eine Aeußerung dürfte der anderen gleichwerthig ſein.

Marlborough entließ die zwei Sendboten mit der Verſicherung, daß die Königin wie auch er bereit ſeien, dem Fürſten Rakoczy und

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 43: haec enim esse, unde thesauros depromere ipsis liceat.

den conföderirten Ständen von Ungarn alle möglichen Dienſte zu erweiſen.

Am 1. April wurden die zwei Perſonen vor den Cabinetsrath geführt. Vorher, im Vorbeigehen, ſprach Marlborough wohlwollend, wahrhaft väterlich, wie Clement berichtet, ihnen die Mahnung aus, vor der erlauchten Verſammlung frei und aufrichtig zu reden. Es waren anweſend als Präſident Lord Somers, der Herzog von Marlborough, der Lord-Kanzler Cowper, der Groß-Admiral Pembroke, der Lord-Treaſurer Godolphin, und die drei Staats-Secretäre Queensberry, Sunderland, Boyle. Vor ihnen erhob der Berliner Hofprediger Jablonski in einer lateiniſchen Anrede die üblichen Anklagen Rakoczys und ſeiner Partei gegen das Haus Habsburg, gegen die kaiſerlichen Miniſter, gegen die Jeſuiten u. ſ. w. Wichtiger indeſſen war es Rakoczy zu vertheidigen. „Der Wiener Hof, ſagte Jablonski, hat das Gerücht ausgeſprengt, daß die Ungarn um die Hülfe der Türken angeſucht haben. Dies iſt aber durchaus falſch. Vielmehr iſt der Fürſt Rakoczy von einem Bündniſſe mit den Türken ſo weit entfernt, daß er auch nicht einmal mit dem Könige von Frankreich, obwohl er von dieſem einige Subſidien genießt, ſich in ein vortheilhaftes Bündnis eingelaſſen, ſondern ſich die volle Freiheit vorbehalten hat, mit dem Kaiſer Frieden zu ſchließen, ſobald dies ſeinem Intereſſe entſpräche.“ Den Beweis für dieſe Behauptungen erbrachte der Hofprediger Jablonski wie folgt: „Die Wahrheit deſſen ergibt ſich aus den eigenen Worten, die der Fürſt Rakoczy neulich an den König von Preußen geſchrieben hat“ [1]).

Der Bericht Clements, dem die vorſtehenden Worte entnommen ſind, meldet nichts von einem Ausdrucke des Zweifels bei den engliſchen Miniſtern über die dreiſte Zumuthung ſolcher Reden an die Willfährigkeit ihres Glaubens. Demnach müßte man bei ihnen eine ſtaunenswerthe Unkenntnis der europäiſchen Angelegenheiten außerhalb Englands annehmen. Aber es iſt möglich und wahrſcheinlich, daß die lateiniſche Rede des Jablonski nicht völlig von ihnen aufgefaßt wurde.

Zwei Jahre ſpäter wurde allerdings dem Agenten Clement in London die Unwahrheit der früheren Reden vorgehalten. „In Betreff des von Ew. Durchlaucht nicht angenommenen Bündniſſes der Türken,

[1]) Fiedler Bd. II, S. 46.

meldet er, entgegnen ſie mir, daß ſie ſichere Beweiſe in Händen haben, welche das Gegentheil beſagen, und daß Ew. Durchlaucht beſtändig die Hülfe der Türken nachgeſucht haben" [1]).

Zuerſt Marlborough, dann Andere betheuerten ihre Sympathien. Aber der Erſtere kritiſirte auch die von Rakoczy gemachten Vorſchläge. An den zwei Puncten allein, der Forderung von Siebenbürgen für Rakoczy und derjenigen der Garantie für einen Frieden, werde dieſer ſcheitern. Auf Jablonskis Entgegnung, daß auch ein guter Friede, ohne die Garantie auswärtiger Mächte, den Ungarn nicht genügen könne, antwortete Marlborough: „Ich verſtehe Ihren Einwurf, nämlich daß die Kaiſer die Verträge niemals gehalten haben. Das iſt freilich wahr; aber eine formelle Garantie wird der Kaiſer nie gewähren. Man muß ſie in anderer Weiſe zu erſetzen ſuchen." Er rieth, Rakoczy möge ſeine Vorſchläge mildern.

Ehrlicher und offener rief Sunderland aus: „Auch ich ſympathiſire mit den Ungarn; aber, wenn ich kaiſerlicher Miniſter wäre, würde ich ihm nicht rathen, Siebenbürgen aufzugeben und ſo den Türken das Thor zu eröffnen."

Godolphin endlich redete ausdrücklich im Namen der Königin. Sie hege, ſagte er, für Rakoczy und Ungarn die beſten Geſinnungen. Was geeignet erſcheine, und was ſie thun könne, Rakoczy zu ſtützen, das werde ſie leiſten. Die von dieſem gemachten Vorſchläge ſeien derartig, daß der Kaiſer daran die Unterhandlung nach ſeiner Gelegenheit hinzerren könne. Da die Königin, um das Geheimnis deſto beſſer zu bewahren, nicht ſchriftlich antworten könne, ſo habe ſie dem Rathe befohlen in ihrem Namen zu antworten: es thue ihr leid, daß ſie bei der gegenwärtigen Sachlage ein Mehr nicht zu leiſten vermöge.

Die Antwort zeigt, daß die Vorſtellungen des kaiſerlichen Geſandten Gallas ihre Wirkung gethan hatten. Die engliſche Regierung wagte nicht ſich offen zur Ermuthigung von Franz Rakoczy zu bekennen. Und dennoch ermuthigte ſie ihn heimlich durch die Zulaſſung ſeiner Sendboten und durch den Ausdruck ihrer Sympathie.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 212: Ministri alliatorum conqueruntur et mihi nunc exprobrant de non acceptato a S. V. Turcarum auxilio argumenta afferenti, se certas prae manibus habere informationes contraria statuentes, et S. V. continuo Turcarum auxilia quaesivisse.

Dieſen Boten ſelber fiel es auf, daß ihr Hinweis, Ungarn werde nach einem günſtigen Ausgleiche ſich an dem Kampfe gegen Frankreich nachdrücklich betheiligen, von den engliſchen Miniſtern gar nicht beachtet war. Eben ſo auffallend iſt, daß keiner der engliſchen Miniſter eine Frage ſtellte über das Verhältnis von Rakoczy zu Ludwig XIV., wo doch dasſelbe in der Rede Jablonskis geſtreift war. Gerade dies Söldlings-Verhältnis machte ja den Franz Rakoczy zum Feinde nicht mehr bloß des Kaiſers, ſondern der geſammten Allianz.

Einige Tage ſpäter brach Marlborough nach dem Feſtlande auf, und gebot den Sendboten Rakoczys ihm dahin zu folgen. Im Haag führte Marlboroughs Vertrauter Cardonnel ſie zu dem Rathspenſionär Heinſius. Dieſer benahm ſich wie die engliſchen Miniſter gethan, alſo nach Verabredung mit Marlborough. Nachdem er das ihm überreichte Schreiben Rakoczys ſofort geleſen, erwiederte er: der Inhalt desſelben ſei vernünftig, die Abtretung Siebenbürgens aber ein ſehr ſchwieriger Punct. Er erkundigte ſich genauer über die Abſichten Rakoczys in Betreff der Religion. Dann fiel er aus: der Kaiſer und ſeine Miniſter ſeien maßlos und hätten, im Jahre 1706, die Verhandlungen von Tyrnau abſichtlich zu nichte gemacht. Er verſicherte dann ſeine und der Generalſtaaten Bereitwilligkeit in dieſer Sache.

In der That erhielt Jablonski nach wenigen Tagen, am 23. April, eine Reſolution der Generalſtaaten, die dennoch, ſo günſtige Worte ſie aufwendete, poſitiv nur den Rath Marlboroughs wiederholte: Rakoczy möge ſeine Vorſchläge mildern: alsdann würden die Geſandten der Generalſtaaten den Auftrag erhalten, ſie bei dem Kaiſer nachdrücklich zu vertreten [1]).

Rakoczy ſcheint den Bericht des Clement über das Ergebnis dieſer Botſchaft mit großer Freude vernommen zu haben. Er meldete es ſeinem Agenten Betes in Paris, und zwar mit den Worten: „Die Holländer haben in ihrem geheimen Rathe beſchloſſen, mich in dem Fürſtenthume Siebenbürgen zu behaupten“ [2]).

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 49.

[2]) A. a. O. Bd. I, S. 335. Vom 16. Juni: „Les Hollandais ont décidé dans leur conseil secret de me maintenir dans la principauté de Transylvanie.“ — Vergleiche dazu die wirkliche dem Clement mitgetheilte Reſolution bei Fiedler Bd. II, S. 49.

Von einem ſolchen Beſchluſſe findet ſich in der dem Clement mitgetheilten Reſolution der Generalſtaaten auch nicht Ein Wort.

Vetes nahm die Meldung ſeines Dienſtherrn etwas kühler auf. „Ich danke Gott, erwiederte er, für die geneigten Geſinnungen der Verbündeten für Ew. Durchlaucht. Möge ſeine Güte ſie darin erhalten! Aber ich bezweifele, daß jene Mächte ihre guten Wünſche zur That machen können. Sie werden niemals den Kaiſer überreden, Ihnen Siebenbürgen zu ſchenken, und ganz gewis werden ſie nicht aus Freundſchaft für uns mit ihm brechen, um ihn dahin zu zwingen" [1]).

Bevor wir auf die Schritte Rakoczys in Folge jener Ermuthigung von London und dem Haag aus eingehen, haben wir auf den Stand der Dinge in Ungarn ſelbſt das Auge zu richten.

Der Feldzug in Ungarn.

Rakoczy hatte den Proto-Notar Tolvay nach Wien entſendet, mit dem oſtenſibelen Auftrage einen Stillſtand zum Zwecke des Friedens zu erwirken. Dagegen haben ſeine Meldungen an Vetes, wie ſeine anderen Schritte in Berlin, in London, im Haag dargethan, daß es ihm nur darum zu thun war, Zeit zu gewinnen. Es bedurfte für die Kaiſerlichen nur einer Unterredung der dazu Beauftragten mit dem Grafen Anton Eſterhazy von der Seite Rakoczys, im Februar, um darüber völlig ins Klare zu kommen. Zugleich wirkten mit die Vorſtellungen des Feldmarſchalls Heiſter, daß die Waffen viel leichter und viel ſchneller zum Ziele führen würden als Unterhandlungen. Im März erklärte der Kaiſer Joſeph, daß er den Landtag wieder nach Preßburg berufen werde, zugleich jedoch den Waffen freien Lauf laſſe [2]).

Noch bevor Heiſter den eigentlichen Feldzug, im Juni, eröffnete, wurden verſchiedentlich kleine Erfolge gemeldet. Es war dieſelbe Erfahrung wie immer, daß die an Zahl überlegenen Inſurgenten-Schaaren den kaiſerlichen Truppen nicht Stand hielten, und dennoch die par-

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 142. Vom 15. Auguſt.

[2]) Berichte des Meadows vom 20. Februar und 16. März, im Archivum Rakoczyanum II. O., III. K., p. 428 und 431.

tiellen Niederlagen dem Streifen keinen Einhalt thaten. Noch im Mai wagten ſich häufig Kuruczen bis über die Leitha und über die March [1]).

Im Juni übergaben die kaiſerlichen Commiſſäre Liechtenſtein und Traun dem Landtage in Preßburg, von welchem ſich die Stände im Machtbereiche Rakoczys fern hielten, die Antwort auf die im Jahre zuvor aufgeſtellten Beſchwerden. Die Antwort befriedigte nicht alle Stände, zum Theile aus entgegengeſetzten Gründen. Indem die Antwort die früheren Abſchiede von Oedenburg und Preßburg beſtätigte, that ſie in den Augen der proteſtantiſchen Stände nicht genug, in den Augen der katholiſchen zu viel. Denn die letzteren hielten feſt an dem Principe, daß den Proteſtanten nur eine Duldung, nicht eine Berechtigung zugeſtanden werden dürfe [2]). Es iſt derſelbe Gegenſatz, wie er ſich geltend machte bei dem Schluſſe des Landtages von Oedenburg, im Jahre 1681. (Vgl. Band II, S. 350.) Die Differenz beſtand alſo weniger zwiſchen dem Kaiſer und den proteſtantiſchen Ständen von Ungarn, als zwiſchen den Ständen unter einander. Um ſo auffälliger iſt es, daß die Beſchwerden der proteſtantiſchen Stände von Ungarn wider den Kaiſer in Berlin, in London, im Haag, bei Carl XII. willige Ohren fanden.

Zugleich erneuerte der Kaiſer den General-Pardon für alle diejenigen, die binnen Monatsfriſt darum anſuchen würden, mit ſchwerer Bedrohung im anderen Falle. Ausgenommen waren nur die Häupter Rakoczy und Bereſeny, deren Verbrechen des Hochverrathes in ausführlicher Rede dargelegt wurden [3]).

Rakoczy wagte, dem Feldmarſchall Heiſter gegenüber, nicht mehr mit einem Heere im offenen Felde zu erſcheinen. Aber viele feſte Plätze waren noch ſein. Heiſter durchzog von Raab aus Nieder-Ungarn. In dem Anhange Rakoczys war die Kraft des Widerſtandes im Nachlaſſen. Wie vorher die Führer im offenen Felde, ſo ließen ſich nun auch die Commandanten der feſten Plätze von der Furcht überwältigen. Heiſter nahm Simontornia, dann Veſprim. Andere Erfolge reihten ſich an. Damit war Nieder-Ungarn unterworfen. Heiſter überſchritt

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 440.

[2]) Bericht des Meadows vom 20. Juli, S. 448.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 100. Vom 14. Juli.

bei Raab wieder die Donau. Dort jedoch waren von Neuhäusel an oſtwärts noch eine Reihe feſter Plätze in den Händen der Rakoczyaner. Sie zu gewinnen, ſollte die Aufgabe des nächſten Feldzuges ſein.

Dennoch war Franz Rakoczy nicht geneigt etwas von ſeinen Entwürfen aufzugeben.

Weitere Bemühungen des Franz Rakoczy.

Wie in Paris, ſo hatte Rakoczy ſeine Anknüpfungen in Conſtantinopel, in Bender, bei dem Czaren Peter, in Berlin, überall hin lauſchend und planend, in wie fern die Ereigniſſe, die Stimmungen hier oder dort, ihm zu gute kommen konnten. Es würde zu weit führen, auf die Einzelnheiten dieſer Beſtrebungen einzugehen. Die Hauptſache für ihn war die Bereitwilligkeit, die er in Berlin und bei den Seemächten gefunden. Dieſe gedachte er ſich zu nutze zu machen.

Zunächſt trat Franz Rakoczy dem Könige von Preußen näher. Der Berliner Prediger Ancillon begab ſich nach Szerencs, wo die Fürſtin Rakoczy weilte, um ihr proteſtantiſchen Religionsunterricht zu geben. Dort überreichte ihm, unter dem Pſeudonym als Herrn St. Julien, am 9. Juli, Franz Rakoczy eine Denkſchrift, die beginnt mit den lebhafteſten Ausdrücken des Dankes für das Wohlwollen des Königs, und dann, unter dem Scheine die Abgeordneten der proteſtantiſchen Kirchengemeinſchaften im Haag zu informiren, dem Könige Friedrich I. ſelber einen Abriß der Geſchichte Ungarns darbietet, zu dem Zwecke darzuthun, daß die Chriſtenheit vor einem Türkenkriege niemals ſicher ſein werde, ſo lange Ungarn dem Hauſe Oeſterreich gehorchen müſſe. Wenn dennoch der König von Preußen und die anderen Verbündeten den Kaiſer Joſeph als König von Ungarn belaſſen wollten, ſo ſeien ihm eine Reihe von Bedingungen vorzuſchreiben, darunter diejenige der Freiheit der proteſtantiſchen Religion gemäß den Beſchlüſſen von Szecſin, im Jahre 1705, und der Austreibung der Jeſuiten auf ewig als der Wurzel alles Uebels [1]).

Alsdann entſprach Franz Rakoczy dem in London, im Haag, in Berlin ihm gegebenen Rathe, mit neuen Vorſchlägen ſich nach

[1]) Fiedler Bd. II, S. 52. Vom 8. Juli.

Wien zu wenden. Am 29. Juli ſchrieb er, von Patak aus, an den Fürſten von Lamberg als erſten Miniſter des Kaiſers und an den Geſandten der Generalſtaaten in Wien, Hamel Bruininx, und erbot ſich, zur leichteren Erledigung einer Friedenshandlung eine Perſon ſeines Vertrauens nach Wien zu ſenden [1]). Es waren damals erſt wenige Tage verfloſſen ſeit dem Erlaſſe des General-Pardons, der Rakoczy und Bercſeny namentlich ausſchloß.

Der Fürſt Lamberg gab ſelber keine Antwort. In ſeinem Auftrage erwiederte Bruininx, daß der Fürſt Lamberg nicht die Stellung habe, die Rakoczy ihm beilege, daß es aber auch durchaus wider das Herkommen und das Decorum ſei, ſo wichtige Angelegenheiten ohne die Mitwirkung des geheimen Rathes zu verhandeln. Nach allen vergeblichen Verſuchen, die der Kaiſer gemacht, um Ungarn den Frieden wieder zu geben, komme Rakoczy mit ſeinem Erbieten etwas ſpät. Dann jedoch fügte Bruininx hinzu: wenn Rakoczy ihm Vorſchläge überſenden wolle, ſo ſei er bereit, ſie in die Hände des Kaiſers zu legen [2]).

Dieſes Schreiben, vom 11. September, gelangte an Rakoczy erſt am 30. October. Inzwiſchen war er nach der anderen Seite hin einen erheblichen Schritt weiter gegangen.

Der Erfolg des Czaren Peter bei Pultawa ſchien auch ihm als dem Verbündeten desſelben zu gute kommen zu müſſen. Im Jahre zuvor, wo die Macht Peters in Weſteuropa noch geringſchätzig angeſehen wurde, hatte der Kaiſer das Angebot der Vermittelung des Czaren in Ungarn zurückgewieſen. Nunmehr, dachte ſich Rakoczy, gebe es ein Mittel auch ohne offenen Krieg den Kaiſer zu zwingen. Am 8. October entſandte er Clement an den König von Preußen mit ſchwerer Klage über die geringe Aufrichtigkeit des Wiener Hofes, der ihm auf ſein Erbieten nicht antworte, und mit neuen Vorſchlägen. Der König möge den Czaren bewegen die Winterquartiere in Schleſien zu nehmen und dort zu verweilen, bis der Kaiſer Joſeph auf die Krone von Ungarn verzichte. Dieſer Verzicht, meint Rakoczy, gereiche allen Mächten Europas zum Vortheil, weil dann eine Einigung der ver-

[1]) Fiedler Bd. II, S. 66.
[2]) A. a. O. S. 69. Vom 11. September.

ſchiedenen Religionen eintreten könne. Insbeſondere ſei er dem Czaren nützlich für den Fall, daß die Türken ſich bewegen ließen, zu Gunſten Carls XII. ihn anzugreifen. Dem Könige von Preußen endlich, der fortan auf die Dankbarkeit der ungariſchen Nation völlig bauen könne, werde dadurch der Weg zum Kaiſerthrone eröffnet [1]).

Daß Clement den Vorſchlag der ruſſiſchen Winterquartiere in Schleſien gemacht, liegt aus einer von ihm eingereichten Denkſchrift [2]) vor, nicht jedoch eine Antwort Friedrichs I.

Was Rakoczy mit der Einigung der Religionen meinte, ſuchte er einige Tage ſpäter in ausführlicher Weiſe dem Hofprediger Jablonski darzulegen, zum Zwecke der Uebermittelung an Friedrich I. Obwohl als Katholik geboren und erzogen, ſagt er in dem Schreiben, habe er Rom als die Quelle aller Uneinigkeit der Chriſten kennen gelernt. Nicht minder jedoch trifft ſein Haß das Haus Oeſterreich, die Jeſuiten u. ſ. w. Er ſchlägt vor, daß die verbündeten Mächte den Welttheil Europa auf einer anderen Grundlage aufbauen und den Kaiſer zwingen, eine neue Königswahl in Ungarn zu geſtatten. Dann werde der neue König ſich mit ihnen vereinen gegen Rom [3]).

Das Schreiben entfremdete dem Franz Rakoczy nicht die Zuneigung Friedrichs I. Der Letztere hätte, wie Rakoczy berichtet, lieber ihn als Auguſt II. zum Könige von Polen geſehen. Rakoczy machte daher den Vermittelungsvorſchlag, daß Auguſt II. König von Ungarn werden könne. Aber Eile thue Noth [4]).

Während Franz Rakoczy von Kronen träumte, gelangte an ihn jenes Schreiben des holländiſchen Geſandten Bruininx, durch welches dieſer verſprach, etwaige Vorſchläge zum Ausgleiche dem Kaiſer einzuliefern.

Die Aufforderung weckte Franz Rakoczy nicht aus ſeinem Königstraume. Am 2. November meldete er dem holländiſchen Geſandten ſechs Vorſchläge, die weder im Inhalte noch in der Form

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 71.

[2]) A. a. O. S. 89. Vom Februar 1710.

[3]) A. a. O. Bd. I, S. 16. Das Schreiben iſt lang und verworren. Ich habe den Kern heraus zu ſchälen verſucht.

[4]) A. a. O. Bd. II, S. 72. Inſtruction für Clement vom 8. October.

das Bewußtſein des Schwächeren und Unterliegenden ausſprachen, ſondern dasjenige der Macht gegenüber der Macht [1]). Zugleich gab er ſie mit dem Schreiben des Holländers nach Berlin hin kund, damit, wie er ſagte, die Verbündeten daraus die deſpotiſche Art des Verfahrens von Wien her, und dagegen ſeine Willfährigkeit erſähen. Er gab ferner den Auftrag in Berlin zu erklären, daß er feſthalte an der dem Herrn St. Julien übergebenen Denkſchrift, ſo wie daß er, unter dem allgemeinen Worte der Sicherheit in jenen Vorſchlägen, verſtehe die Abtretung von Siebenbürgen an ihn oder ein entſprechendes Aequivalent [2]).

Das Schreiben von Franz Rakoczy, vom 2. November, gelangte nach Wien an den Holländer Bruininx, im December. — Der Engländer Meadows war ſchon vor Monaten abgereiſt, und ein neuer engliſcher Geſandter nicht ernannt. Demnach hatte Bruininx auf eigene Hand zu verfahren. Seine Antwort war nicht gehalten in dem Sinne der früheren [3]). Sie begann damit, die Schuld des Abbruches der Verhandlungen von Tyrnau, im Jahre 1706, dem Rakoczy beizumeſſen. Weiter hält Bruininx ihm vor den Landtag von Onod und deſſen Beſchlüſſe, die alle Hoffnung auf einen Frieden abgeſchnitten. Ferner weiſt er hin auf die daraus erwachſene Erbitterung des kaiſerlichen Hofes, über die man ſich doch nicht ſehr zu verwundern habe, ſo wie dann auf die ſeitdem errungenen Erfolge der kaiſerlichen Waffen in Ungarn, und auf die zahlreichen Rücktritte gerade der Vornehmen des Landes zum Kaiſer. Der Holländer hebt ferner hervor, daß Rakoczy ſeit dem Jahre 1706 die Vermittelung nicht bloß vernachläſſigt, ſondern wie erloſchen betrachtet habe. Seitdem ſeien die dem Kaiſer getreuen Ungarn zum Landtage in Preßburg verſammelt, hätten dort verhandelt und Beſchlüſſe gefaßt. Diejenigen Conföderirten, die ſich geweigert zu erſcheinen, namentlich aber die zwei Häupter, ſeien geächtet, ihre Güter für confiſcirt erklärt. Nach außen hin ſei der franzöſiſche Krieg, einſtmals ſo drohend, nunmehr dem Erlöſchen nahe.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 74.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. S. 77.

„Wenn Ew. Hoheit, ſchließt Bruininx, nur das Geſagte, damit ich von anderen Dingen ſchweige, billigen Sinnes bei ſich überlegen wollen, ſo zweifele ich nicht, Sie werden in vollſtem Maße anerkennen daß eine ungariſche Friedenshandlung, zumal auf die Bedingungen hin, welche Sie, ungeachtet der ſo ſehr veränderten Lage der Dinge, zu wünſchen ſcheinen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten ſtoßen würde, und daß meine Schultern einer ſolchen Laſt nicht gewachſen ſind. Ew. Hoheit wollen mir zu Gnaden halten, daß ich lediglich im eigenen Namen zunächſt dies erwiedere, bis ich von meinen Principalen Antwort erhalten kann."

Es vergingen abermals Wochen, bis dieſes Schreiben bei Rakoczy eintraf. Er baute unterdeſſen weiter an den Entwürfen, die er im Juli durch St. Julien-Ancillon an Friedrich I. hatte gelangen laſſen, und die ſeinen Religionswechſel zur Vorausſetzung hatten. In einer Inſtruction, vom December, für Brenner, Propſt von Scepus, der ſich als ſein Agent bei dem Czaren in Moskau befand, conſtruirte er ſich ſeine politiſche Anſchauung wie folgt [1]).

„Nach der Niederlage der ſchwediſchen Macht iſt der Schutz der proteſtantiſchen Religionen in Deutſchland, welcher bisher bei Schweden ſtand, auf die Perſon des Königs von Preußen übergegangen, alſo von einem Lutheraner auf einen Reformirten. Nach meiner Anſicht haben England und Holland zugeſtimmt. Wenn ſich aber dies ſo verhält, ſo wird dieſe Conföderation einem zu großen Wachsthume der Macht des Hauſes Oeſterreich unzweifelhaft entgegen arbeiten. Und weil England und Holland mit ſolchem Nachdrucke beſtrebt ſind, das Haus Oeſterreich im Beſitze der ſpaniſchen Monarchie zu behaupten, ſo folgt daraus für uns unwiderleglich, daß ſie alles aufbieten werden, damit von der ungariſchen Seite her der Macht des Hauſes Oeſterreich eben ſo viel abgehe als ihr dort zuwächſt [2]). Denn durch die Behauptung eines Habsburgers in der ſpaniſchen Monarchie büßen die Seemächte in Betreff der Religion nichts ein, weil die ſämmtlichen Völker jener Monarchie katholiſch ſind, und wer immer dort König

[1]) Archivum Rakocziannm I. O., II. K., p. 577.

[2]) Infallibiliter nobis persuademus eos omnem lapidem moturos, ut viribus domus Austriacae tantum ex parte Hungarica decedat, quantum ibi accrescit.

werden möge, der wird, wie die Seemächte ſicher wiſſen, in Betreff der Religion nicht mit ihnen gehen. Der Handel dagegen macht für die Seemächte wünſchenswerth, daß ein Habsburger und nicht ein Bourbon ſich im Beſitze der ſpaniſchen Monarchie befindet."

„Dies gilt nicht in gleichem Maße von Ungarn. Wenn dieſes ſeine Freiheit zurück erhält, ſo wird es auf Grund der Verſchiedenheit der Religion mit jenen proteſtantiſchen Mächten gehen, oder, zum mindeſten, ſich neutral verhalten. Dieſem Verhältniſſe allein ſchreibe ich das beſondere Wohlwollen des Königs von Preußen für mich zu, ſo wie die wiederholten Zuſicherungen, welche mir die Engländer und Holländer machen, daß ſie mich im Beſitze des Fürſtenthumes Siebenbürgen behaupten, oder ein äquivalentes Fürſtenthum, mit dem Rechte der Souveränetät, in Ungarn für mich errichten wollen."

Rakoczy hat hier den Standpunct gezeichnet, von welchem aus er den Krieg nicht beenden wollte. Aber die Baſis dieſes Standpunctes beſtand nur in ſeinen Meinungen. Seiner Vermuthung, daß in Betreff der Religion eine Conföderation, wie er ſagt, zwiſchen Friedrich I. und den Seemächten beſtehe, entſpricht keine Thatſache.

Ein anderer wichtiger Irrthum war ſeine Meinung von einer Zuſicherung, die ihm England und Holland gemacht haben ſollten, ihn im Beſitze von Siebenbürgen zu behaupten. Eine ſolche Zuſicherung liegt nicht vor. Der eifrigſte Gönner Rakoczys unter den Engländern, Marlborough, hatte erklärt, daß die Forderung Siebenbürgens einen Ausgleich mit dem Kaiſer unmöglich mache.

Die Verſprechungen der Engländer wie der Holländer für Rakoczy waren vielmehr vag und unbeſtimmt. Auch fehlte es ihm nicht an der entſprechenden Warnung von ſeinem Diener und Landsmanne, der ſchon wiederholt mit klarem Blicke ihm die Dinge gezeichnet hatte, wie ſie wirklich lagen. „Ich wünſche, ſchrieb Vetes, daß die Verſprechungen von dort her in Erfüllung gehen mögen. Ich glaube, daß unter denen, die Ihnen ihren Schutz zugeſichert haben, der König von Preußen mit mehr Aufrichtigkeit handelt um ſeines eigenen Intereſſes willen; aber bis ich die Verwirklichung aller dieſer ſchönen Verheißungen ſehe, kann ich den Gedanken nicht faſſen, daß die Verbündeten, Ew. Durchlaucht zu Liebe, ſich in die Lage bringen werden, abſichtlich das Misfallen des Hauſes Oeſterreich auf ſich zu ziehen.

Immerhin werden sie zu Ihren Gunsten reden, aber in so sanfter Weise, daß sie besser thäten Ihnen nichts zu versprechen“ [1]).

Dieser letzte Vorwurf von Vetes fällt allerdings mit schwerer Wucht auf die damaligen Vertreter der Politik der Seemächte. Sie hatten nicht den Muth, dem Kaiser gegenüber offen und direct für den Rebellenführer einzutreten, der nunmehr seit sechs Jahren dem Götzen seines Ehrgeizes und seiner Habgier sein Vaterland zum Opfer darbrachte; aber sie nahmen es auf sich, ihn heimlich und verborgener Weise mit unerfüllbaren Versprechungen anzufeuern, zum Nachtheile ihres Verbündeten, des Kaisers, zum Vortheile ihres Feindes, des Königs von Frankreich, und besonders mit dem Erfolge, die Leiden der unglücklichen Ungarn zu verlängern.

Denn auf den in freiwillige wie in unfreiwillige Irrthümer in gleicher Weise verstrickten Franz Rakoczy übte keine Darlegung der Realität eine Wirkung, weder diejenige seines Landsmannes Vetes, noch diejenige des Holländers Bruininx. Ueber den letzteren ließ er durch Clement im Haag schwere Klage führen und namentlich hervorheben, daß Bruininx drei Jahre zuvor ganz anders geredet, daß er damals den Abbruch der Verhandlungen von Tyrnau dem Kaiser zur Last gelegt, und nun ihn, Rakoczy, dessen beschuldige. Dies war richtig: entweder im Jahre 1706, oder im Jahre 1709 hatte Hamel Bruininx — sagen wir — sich geirrt. Im Jahre 1706 stand Bruininx in Wien unter dem Einflusse des dominirenden Engländers Stepney, im December 1709 war er allein als seemächtlicher Gesandter in Wien.

In welchem der beiden Fälle aber Bruininx sich geirrt, das wußte Niemand besser als Rakoczy selber. Er hatte im Jahre 1706 bei Ludwig XIV. als sein Verdienst um ihn geltend gemacht, daß er die Unterhandlungen von Tyrnau abgebrochen: er that eben dasselbe wieder im November 1709, einige Tage bevor Bruininx jenen Brief schrieb, gegenüber dem französischen Gesandten Bonac, und zwar in Worten, die wie der Ausdruck einer Reue aufgefaßt werden können, daß er es gethan [2]).

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 160.

[2]) A. a. O. Ergänzungsheft S. 90: Je soutiens (cette guerre) depuis si longtemps, après avoir rompu les négociations qui pouvaient peut-être plus

Dazu erfolgte damals auf die Sache Rakoczys ein anderer ſchwerer Streich von der Hand der Papſtes. Clemens XI. erließ, am 17. Auguſt, ein eindringliches Breve an den Primas von Ungarn, Cardinal von Sachſen-Zeiz, zur Abmahnung aller Welt- und Ordenspriester von der Theilnahme an der Rebellion, mit der Androhung aller kirchlichen Strafen [1]). Der Papſt ſagt darin: es ſei ihm ſehr ſchmerzlich zu vernehmen geweſen, daß viele (quamplures) Geiſtliche, uneingedenk ihres Berufes, ſich nicht geſcheut, ſich den Rebellen anzuſchließen und die Wirren im Gange zu erhalten. Dieſe Angabe ſteht ſcheinbar im Widerſpruche mit der früheren Meldung von Franz Rakoczy an Ludwig XIV., daß der Clerus zum Hauſe Habsburg halte. Aber ein relativ geringer Bruchtheil konnte immerhin doch für das weit gedehnte Ungarn eine große Anzahl ergeben.

Es liegt in dem Breve keine Andeutung vor, daß der Papſt Clemens XI. von dem damaligen Projecte Rakoczys auf die, wie er es nannte, Vereinigung der Religionen eine Kunde gehabt habe.

In dem vorerwähnten Schreiben an Brenner ſetzt Rakoczy ihn in Kenntnis, daß dieſes Breve in Ungarn verbreitet werde, daß es ſich zuerſt an den Thüren der Kirche zu Scepus von unbekannter Hand zur Nachtzeit angeſchlagen befunden habe. Er verlangt, daß Brenner über dies Breve, welches im Widerſpruche ſtehe mit den Zuſicherungen, die derſelbe früher in Rom erhalten, bei dem Nuntius in Warſchau Beſchwerde führe. Ein ſolches Breve gefährde nicht bloß die Autorität des päpſtlichen Stuhles, ſondern könne auch für die ungariſchen Stände katholiſcher Religion eine große Gefahr heraufbeſchwören, ja bei der Ueberzahl der Akatholiken eine völlige Austilgung der katholiſchen Religion nach ſich ziehen. Rakoczy verſpricht, daß er dies auf alle Weiſe verhüten werde, erachtet es aber auch für nothwendig, daß der apoſtoliſche Stuhl ſich ſolcher Bedrohungen fortan enthalte. Im anderen Falle ſetze derſelbe ſeine Autorität aufs Spiel; denn alle vernünftigen Menſchen ſtimmen darin überein, daß es dem Papſte nicht zuſtehe, Jemanden zum Eidbruche anzuhalten [2]).

---

heureusement terminer nos affaires que la suite d'une guerre qui manque de tout ce qu'il faudrait pour sa continuation.

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 560.

[2]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 581.

Ob dieser Einwand des Franz Rakoczy bei vernünftigen Menschen, wie er sagt, gegen das päpstliche Breve Stand hielt, war vom December an, wo wir nach jener Meldung Rakoczys das päpstliche Breve als in Ungarn bekannt ansehen dürfen, die Frage der nächsten Zukunft.

Die Kriegs- und Friedensfrage nach dem Feldzuge.

Der Barriere-Vertrag.

Das Schreiben Ludwigs XIV., vom 3. Juni, an Villars, hat uns gezeigt, daß er dennoch nicht die Hoffnung aufgab, die Republik der Niederlande aus der Allianz zu lösen. „Wenn Sie nur diesen Feldzug aushalten, schrieb er, ohne schweren Nachtheil zu erleiden, so werden die Friedensbedingungen anders ausfallen, und die Holländer, die zur Zeit unter dem Drucke der Verbündeten stehen, deren starke Streitkräfte sie mitten im eigenen Lande erblicken, werden dann erkennen, daß ihr wahres Interesse erheischt, sich für immer mit Frankreich zu vereinigen, indem sie dadurch sich eine vernünftige Barriere verschaffen“ [1]).

Diesem Plane gemäß brach der Staats-Secretär Torcy, obwohl durch seine Schreiben, vom 2. Juni, an den Prinzen Eugen und an Marlborough, die officielle Friedenshandlung abgeschnitten war, dennoch nicht völlig ab, sondern spann den Faden einer Correspondenz mit Heinsius fort. Er bot dem Rathspensionär drei feste Plätze als Unterpfänder an, welche die Republik bewahren würde, bis die Cession der spanischen Monarchie vollständig erfolgt wäre. Heinsius antwortete, daß allerdings solche Unterpfänder nothwendig seien, daß jedoch das gemachte Angebot nicht ausreiche. Philipp V. werde sich nicht für verpflichtet halten, auf die Krone von Spanien zu verzichten, um dadurch für Frankreich drei feste Plätze wieder zu gewinnen, und für Ludwig XIV. sei es immer noch ein Gewinn, durch die Hingabe von drei festen Plätzen seinen Enkel auf dem Throne von Spanien zu erhalten [2]).

---

[1]) Pelet t. IX, p. 25.

[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 182.

Auch an Marlborough richtete Torcy je dann und wann einen Brief. Demnach dauerte in Verſailles noch derſelbe Plan fort, den Torcy im Haag im Mai verfolgt hatte, wie die Republik im Ganzen, ſo Marlborough perſönlich durch ſein Privat-Intereſſe zu gewinnen. Dieſe Fortſetzung ſcheint nicht Zeugnis abzulegen für eine beſondere Geſchicklichkeit. Auf die Briefe Torcys antwortete Marlborough nur mit Vorwiſſen und nach Rath von Heinſius [1]).

Anders jedoch als die franzöſiſchen Kundgebungen, lauteten die ſpaniſchen. Torcy ging von den Präliminarien vom Mai nur in ſo weit ab, daß er anſtatt des Artikels 37 derſelben eine andere Bürgſchaft anbot, die wie die geſammte franzöſiſche Politik in dieſer Sache, auf die Republik berechnet war. Philipp V. ließ dagegen durch den Herzog von Alba und den Grafen Bergheyck, die er zu ſeinen Friedens-Bevollmächtigten ernannt, an Marlborough ein Schriftſtück von ganz anderem Inhalte gelangen, im Auguſt. Der König Philipp V. und die ſpaniſche Nation, heißt es darin, haben mit großem Erſtaunen vernommen, daß die Mächte Groß-Britannien und die Republik Friedens-Präliminarien aufgeſtellt haben, welche bezwecken dem von ihnen ſelber anerkannten Könige Philipp V. ſein Königreich Spanien wieder zu nehmen. Der König und die ſpaniſche Nation erklären für nichtig und ungültig alles was über ſie ohne ihr Vorwiſſen und ihre Zuſtimmung beſchloſſen wird. Dagegen erbieten ſie, gemäß der Freundſchaft, die ſeit dem Frieden von Münſter zwiſchen Spanien und den Seemächten beſtanden, ſich auch ferner mit ihnen friedlich zu einigen. Zu dieſem Zwecke ſtellen ſie den Seemächten nicht bloß die Erneuerung der Handelsverträge in Ausſicht, wie ſie unter Carl II. beſtanden, ſondern auch die Hinzufügung neuer Vortheile, wie die Seemächte ſie für die Intereſſen ihrer Unterthanen nothwendig erachten würden [2]).

Marlborough ſandte ſofort dieſe auffallenden Erbietungen nach London, nach dem Haag, ſo wie auch nach Wien und Barcelona. Es bedarf nicht der Erörterung, daß die Seemächte bei dem Stande der Dinge ſich auf die Sache nicht einließen.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 571, 576.

[2]) A. a. O. p. 577. Vom 15. Auguſt.

Wie Ludwig XIV. hoffte, die Republik der Niederlande für ſich zu gewinnen durch einen vortheilhaften Barriere-Vertrag, ſo verfolgte denſelben Plan auch die in England herrſchende Whig-Partei. Sie wollte den Krieg fortſetzen, hauptſächlich zu dem Zwecke, die Macht Ludwigs XIV. niederzudrücken, damit er es nicht vermöge, das Haus Stuart in England wieder auf den Thron zu bringen. Für dieſen Zweck erſchien es erforderlich, die Republik, in welcher die Neigung zum Frieden auch mit einiger Abfindung für Philipp V. doch immer lebendig war, bei gutem Willen für den Krieg zu erhalten. Es geſchah durch den Barriere-Vertrag, den nach langen Verhandlungen, am 29. October, der Lord Townſhend von engliſcher Seite, und im Namen der Republik ſieben Vertreter der einzelnen Provinzen unterzeichneten [1]).

Der Vertrag entſprach für England dem Parlaments-Beſchluſſe vom 10. December 1705. Es werden darin benannt die Succeſſions-Acte von 1701, ſo wie die Regentſchafts-Acte vom December 1705. (Vgl. Band XII, S. 11.) Dann heißt es weiter: „Keine Macht hat das Recht, dieſe von der Krone und dem Parlamente von Groß-Britannien errichteten Geſetze anzufechten. Wenn es jedoch geſchähe, daß unter irgend einem Vorwande irgend eine Perſon oder irgend eine Macht die von dem Parlamente errichtete Feſtſtellung der Thronfolge auf das durchlauchtigſte Haus Hannover in Zweifel ziehen, ſich derſelben widerſetzen, oder diejenigen, welche ſich derſelben widerſetzen, direct oder indirect unterſtützen oder begünſtigen wollte, ſei es durch offenen Krieg, ſei es durch Anfachung von Aufruhr und Verſchwörung gegen diejenige oder denjenigen, zu deſſen Gunſt das Recht an der Thronfolge, gemäß jenen Acten, eröffnet wäre: ſo verpflichten ſich die Generalſtaaten der Vereinigten Provinzen und verſprechen ihren Beiſtand zu leiſten und diejenige oder denjenigen, welchem das Recht der Thronfolge gemäß den vorbenannten Parlaments-Acten zuſteht, bei dem Rechte zu behaupten, ihm zu helfen Beſitz zu ergreifen, wenn er nicht ſchon ergriffen hat, ſo wie demjenigen entgegen zu treten, der ihn an der Beſitzergreifung oder dem bereits erfolgten Beſitze ſtören wollte."

Nach dieſer Zuſicherung von Seiten der Generalſtaaten für die Thronfolge in England erfolgten die Bewilligungen von Seiten Eng-

[1]) Lamberty t. V, p. 469.

lands für die ſogenannte Barriere der Republik in Belgien. Sie umfaßt nicht bloß eine Reihe der bereits genommenen feſten Plätze Nieuport, Menin, Lille, Tournay, ſondern auch der noch nicht genommenen, wie Maubeuge, Charleroi und Namur. Ein geheimer Artikel beſagte, daß auch die Citadelle von Lüttich, ferner Huy und Bonn am Rheine mit dazu gehören ſollten, ſo wie das Ober-Quartier von Geldern, als für die Sicherheit der Republik durchaus nothwendig.

Der Vertrag iſt ſpäter nicht in dieſer Ausdehnung verwirklicht, ſondern mit Einſchränkungen, die im Jahre 1712 der engliſche Botſchafter Lord Strafford der Republik aufzwang. Indeſſen waren das doch nur Modificationen: der Grundzug blieb.

Dieſer Grundzug war die ausgedehnte Bethätigung des Princips, welches die Republik von ihrer Gründung an befolgt hatte, nämlich die eigenen Grenzen zu decken durch vorgeſchobene Poſten in den Ländern ihrer Nachbaren und auf Koſten derſelben. Sie hatten dies Princip bethätigt an ihrer ganzen Oſtgrenze von Emden bis Kleve, namentlich im dreißigjährigen Kriege, und hatten durch ihre Beſatzungen nicht geringen Einfluß geübt, nicht bloß defenſiver, ſondern auch offenſiver Art. Nun aber ließen ſie ſich durch einen völkerrechtlichen Vertrag nicht bloß eine lange Kette von Feſtungen zuſprechen, ſondern auch den Unterhalt für ihre Beſatzungen darin auf Koſten des umliegenden Landes. Der Vertrag beſtimmte, daß die Einkünfte derjenigen Städte der Barriere, welche der König Carl II. nicht beſeſſen, ganz den Generalſtaaten verbleiben ſollten. Er beſtimmte ferner, daß dazu in denjenigen Provinzen der Niederlande, welche Carl II. beſeſſen, jährlich aus den ſicherſten Einkünften eine Million Livres für den Unterhalt der holländiſchen Beſatzungen und der Feſtungen vorab genommen werden ſolle.

Der Vertrag erneuerte ferner zum Nachtheile der Unterthanen Carls III. dort die Beſtimmungen des Friedens von Münſter, welche die Mündungen der Schelde und der anderen Ströme in das Meer für geſchloſſen erklärten.

Der ganze Vertrag gründete ſich auf den neunten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701, nach welchem die Republik zu ihrer Sicherheit gegen Frankreich eine Barriere erhalten ſollte. Aber bei der Errichtung des Vertrages wurden die Nächſt-Berechtigten

und Betheiligten, der König Carl III. und seine Unterthanen in den Niederlanden, nicht befragt noch gehört. Der Bevollmächtigte von englischer Seite und die Holländer vereinbarten unter einander, und machten davon weder den Vertretern Carls III., noch denen des Kaisers Joseph eine officielle Mittheilung. Dagegen nahm in diesem Vertrage Groß-Britannien es auf sich, die Einwilligung Carls III. zu erwirken und den Vertrag zu garantiren.

Der Vorgang ruft in uns die Erinnerung an die Worte wach, mit welchen zwei Jahre zuvor der kaiserliche Gesandte im Haag, Graf Goes, das Verhalten der Seemächte in der Friedensfrage zum voraus charakterisirt hatte. (Bd. XII, S. 222.)

Der Name Marlboroughs als des großbritannischen Botschafters bei der Republik steht nicht unter dem Vertrage. Auf die Frage des kaiserlichen Residenten Heems im Haag, wie er sich zu dem Vertrage verhalte, wich Marlborough aus mit den Worten: „Cela a été fait par mon second et à mon insu“ [1]). — Dies Verhalten spricht für die frühere Muthmaßung des Lords Halifax, daß Marlborough einen Gehülfen für den Barriere-Vertrag nur darum suche, um auf diesen die Verantwortlichkeit für die Einwilligung in die Forderungen der Holländer abzuschieben (S. 226). Denn es war vorauszusehen, daß auch in England dieses Vollmaß in der Erfüllung der Wünsche der Holländer einigen Anstoß erregen würde.

Beschlüsse für die Fortsetzung des Krieges.

Der Barriere-Vertrag fachte den Kriegeseifer in den Führern der Republik aufs neue an. Im Anfange des Monates November trafen der Prinz Eugen und Marlborough im Haag ein, um mit den Deputirten der Republik die Nothwendigkeit eines neuen Feldzuges zu bereden. Der Prinz Eugen legte in eindringlicher Rede die Erfordernisse dar und hob, in der Erinnerung an den während des letzten Feldzuges wiederholt erlittenen Mangel, namentlich die Nothwendigkeit der Magazine und des Fuhrwerkes hervor. Auch Marlborough betonte dann dieselbe Angelegenheit, und verbreitete sich weiter über die Noth-

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December.

wendigkeit, die Truppen baldigst zu rekrutiren und die Verträge mit den deutschen Fürsten zu erneueren, um die Truppen derselben im Dienste zu behalten. Er redete mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit und Wärme [1]).

Der Staatsrath der Republik hatte nur die Ankunft und die Aeußerungen der Feldherren abgewartet, um in einer entsprechenden Denkschrift den Generalstaaten den Bedarf für den nächsten Feldzug vorzulegen. Aber, wie üblich, brachte die Denkschrift zunächst die Begründung für die Fortsetzung des Krieges. Sie führte in raschem Ueberblicke den Verlauf der zwei letzten Feldzüge vor, so wie das Scheitern der Friedenshandlung, und kam daraus zu dem Ergebnisse, daß es, um einen guten und sicheren Frieden zu erlangen, nothwendig sei den Krieg fortzuführen, und zwar mit aller Macht. Sie verstärkte dann noch diese Begründung durch einen summarischen Rückblick auf den Ursprung und den Verlauf des ganzen Krieges. „Aus diesen Erwägungen, schließt sie, folgt unwidersprechlich, daß es in jeder Beziehung besser ist, mit Geduld und Festigkeit noch ferner die schweren Lasten des Krieges zu tragen, um einen schnellen und sicheren Frieden zu erlangen, als nun, nachdem man diesem Ziele so nahe gekommen ist, nachzulassen, den erworbenen Ruhm und die erlangten Vortheile einzubüßen, und sich der Gefahr eines schleppenden Defensiv-Krieges auszusetzen."

Diese Denkschrift des Staatsrathes war datirt vom 11. November. Aber es war damals noch nicht alle Hoffnung untergegangen, daß dennoch auf Grund der Präliminarien vom Mai der Friede zu Stande kommen könne. Die Weigerung Ludwigs XIV. diese Präliminarien zu unterzeichnen, bezog sich, den Worten nach, nur auf den Artikel 37. Wir haben vernommen, daß im Laufe des Sommers Torcy, zum Ersatze des Artikels 37, an Heinsius andere Vorschläge einsandte. Obwohl diese den Boden der Präliminarien nicht verließen, so hielt doch Heinsius sie für unzulänglich. Torcy sprach dann wiederholt den Wunsch aus, daß vielleicht in mündlicher Beredung mit ihm ein Expediens gefunden werden könne.

---

[1]) Lamberty t. V, p. 445.

Nach der Ankunft des Prinzen Eugen im Haag legte Heinsius ihm, ferner Marlborough, so wie den Holländern Buys und Van der Duſſen die Frage der Entſendung von Petkum vor. Er bemerkte, daß viele Mitglieder der Regierung der Republik dafür ſtimmten. Daher würde ein Nicht-Willfahren das Mistrauen erregen, daß die Einwände des Prinzen Eugen und Marlborough herſtammten aus einer Abneigung gegen jeden Frieden, aus dem Wunſche dagegen, den Krieg in die Länge zu ziehen. Deshalb möge man Petkum entſenden, aber mit der Inſtruction, nach ſeiner Ankunft den franzöſiſchen Miniſtern zu erklären, daß die verbündeten Mächte feſthielten an den Präliminarien, namentlich alſo an der Uebergabe der geſammten ſpaniſchen Monarchie, damit der Friede allgemein ſei und der Krieg in beiden Königreichen zugleich ſein Ende erreiche. — Wenn dieſe Erklärung Eingang finde, ſo könnten die Ausdrücke im Artikel 37 ermäßigt werden. Der Prinz Eugen und Marlborough gaben ihre Zuſtimmung, mit der Forderung, daß dieſer Sachverhalt den anderen Geſandten kund gethan werde [1]). — Am 12. November reiſte Petkum vom Haag ab.

Seine Anweſenheit in Paris blieb auch dort nicht völlig unbekannt. Der Ungar Vetes, der ihm bei Torcy begegnete, erhielt von dieſem auf ſeine Frage die Antwort: „Il est venu de la part des Etats-Généraux, pour voir s'il n'y avait point de moyen pour s'accommoder avec le roi“ [2]).

Die Antwort entſpricht offenbar mehr den Wünſchen Torcys als dem Sachverhalte. Petkum war nicht bloß im Namen der Generalſtaaten gekommen, ſondern mit Vorwiſſen der Vertreter der betheiligten Mächte. Eben darum auch waren die Wünſche, die Ludwig XIV. und Torcy an dieſe von ihnen bei der Republik erbetene Sendung zum Zwecke der mündlichen Beſprechung knüpfen mochten, nämlich die Republik für ſich zu gewinnen, von vorn herein ausſichtslos.

Es erſcheint nicht überflüſſig, hier der franzöſiſchen, hauptſächlich von Torcy aufgebrachten [3]) Tradition zu gedenken, welche auf das

[1]) Murray vol. IV, p. 648. Vom 8. November.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 150. — Es iſt zu bemerken, daß Torcy in den Mémoires t. II, p. 182 et suiv. dieſe Reiſe Petkums nicht erwähnt.

[3]) Mémoires de Torcy t. II, p. 2.

Trifolium von Heinſius, dem Prinzen Eugen, Marlborough die Anklage concentrirt, die Ludwig XIV., um die Franzoſen zu erregen, in ſeinem Circularſchreiben vom Juli gegen die Präliminarien hatte erheben laſſen. Die Anklage war nicht begründet. Nicht eine von Ludwig XIV. fingirte Forderung der Alliirten, daß er ſelber ſeinen Enkel bekriegen ſolle — überhaupt nicht der Modus der Abtretung von Spanien war das Hinderniß des Friedens, ſondern, wie Torcy es ſelber einmal ſagt, die Abtretung ſelbſt [1]). In dieſer Forderung waren damals nicht bloß Heinſius, der Prinz Eugen, Marlborough einig, ſondern alle Verbündete insgeſammt. Ludwig XIV. dagegen war, ſeit dem Beſchluſſe vom 2. Juni, nicht Willens dieſe Forderung zu gewähren. Dies war der unvereinbare Gegenſatz, der durch Beſprechungen mit Petkum, durch Fingerzeige für denſelben auf die Gunſt Ludwigs XIV. für die Republik, nicht überbrückt werden konnte. Dies um ſo weniger, da eben noch England oder doch die herrſchende Partei dort für die Republik mehr gewährt hatte als Ludwig XIV. geben konnte.

Es fanden in Verſailles wiederholte Beredungen ſtatt, zu denen Ludwig XIV. auch den Kurfürſten Max Emanuel herbei zog. Die Kunde dieſer Thatſache bewog den Ungar Betes in Paris, ſeine Anſicht über den Stand der Dinge in Frankreich ſeinem Auftraggeber zu melden.

„Den ganzen Feldzug hindurch, ſchreibt er, am 15. November, haben die Truppen des Königs gedient barfuß, ohne zulängliche Kleidung, ohne Geld, und oft ſieben bis acht Tage hindurch ohne Brot, und dann war das wenige, das ſie erhielten, aus Gerſte und Hafer. Als die Schlacht von Malplaquet geſchlagen wurde, hatten ſie in acht Tagen kein Brot gehabt. Der Dienſt iſt ſo herab gekommen, daß ein Lakai eines Miniſters ſeine Livree nicht gegen die Uniform eines Lieutenants austauſchen würde. Die Franzoſen haben nicht mehr den früheren Wetteifer für den Dienſt des Königs. Seine Einkünfte haben ſich ſehr verringert, nicht jedoch ſeine Ausgaben. Im Gegentheil ſteigen mit der allgemeinen Noth auch noch dieſe. Entweder alſo muß

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 188: L'unique obstacle à sa conclusion était, comme on l'a vu, la cession de la Monarchie d'Espagne.

man um jeden Preis einen Frieden ſchließen, oder man muß das Geld herbei ſchaffen, die Truppen zu kleiden, zu zahlen, überhaupt in Stand zu ſetzen" [1]).

Dennoch hatte Petes keine Gewisheit, nach welcher Seite hin endlich die Sache ausſchlagen würde. Die Berichte Petkums nach dem Haag dagegen gaben keine Ausſicht auf Erfolg. Bereits am 29. November ſchrieb Marlborough an Sinzendorf: „Nach Allem was Sie mir melden und was ich von anderen Seiten her vernehme, bin ich der Ueberzeugung, daß der Hof von Verſailles nur auf die Fortſetzung des Krieges ſinnt, und daß alle Frucht, die wir von dieſer Reiſe hoffen dürfen, ſich darauf beſchränken wird, daß die Generalſtaaten in einer ſcharfen Reſolution ihrem Unmuthe wider Frankreich Ausdruck geben" [2]).

Die Anſicht Marlboroughs erwies ſich als richtig. Im Anfange December kehrte Petkum zurück mit einem von Torcy ihm dictirten Schriftſtücke [3]). Dasſelbe ſchlug nicht ein Expediens für den Artikel 37 vor, ſondern begann mit der Erklärung, daß die Ausführung desſelben für Ludwig XIV. unmöglich ſei. Aber es verließ zugleich den Boden der Präliminarien überhaupt und ſchlug vor, daß man, ohne von den Präliminarien weiter zu reden, die nächſten drei Monate, während deren der Winter einen natürlichen Waffenſtillſtand auferlege, zur Verhandlung eines definitiven Friedens verwenden könne.

„Aus einem ſolchen Verfahren des Feindes, ſagt der betreffende Beſchluß der Generalſtaaten [4]), kann nichts Anderes gefolgert werden, als daß er den aufrichtigen Willen zu einem guten und ſicheren Frieden gar nicht hat, und daß daher auf ſeine Betheuerungen einer ſolchen Bereitwilligkeit, denen die Thatſachen nicht entſprechen, kein Gewicht zu legen iſt. Vielmehr iſt ſein Ziel, Uneinigkeit und Mistrauen unter den Verbündeten und in dieſem Staate zu erregen, wenn ihm das möglich wäre."

In dieſem Sinne richteten die Generalſtaaten, am 14. December, ein Schreiben an die Königin von Groß-Britannien. Sie erbieten ſich

[1]) Fiedler Bd. I, S. 150. Vom 15. November.
[2]) Murray vol. IV, p. 659.
[3]) Abgedruckt bei Lamberty t. V, p. 316.
[4]) A. a. O. p. 318.

darin und fordern auf zum nachdrücklichen Offensiv-Kriege, um die errungenen Vortheile zu bewahren und neue dazu zu gewinnen. Sie schließen mit der Bitte, daß die Königin zu diesem Zwecke den Herzog von Marlborough noch vor dem Ende des Monates Februar herüber senden möge [1]).

Da die inneren Zustände von Frankreich, wie Petes sie schildert, zu irgend welchen Hoffnungen auf die Fortsetzung des Krieges nicht berechtigten: so nahm Marlborough an, daß Ludwig XIV. irgend welche auswärtige Wendung zu seinen Gunsten erwartete. Eine solche konnte erwachsen aus den Differenzen im Norden, nachdem bereits Dänemark gegen Schweden die Waffen ergriffen. Andererseits breitete Frankreich selber geflissentlich das Gerücht aus, daß die Pforte für Carl XII. gegen Peter I. eintreten werde. Nach Marlboroughs Ansicht bezweckte dies Gerücht nur die Einschüchterung der Verbündeten [2]). Es war jedoch auch kund, daß Desalleurs nach Constantinopel geschickt worden sei [3]).

Lady Marlborough hat später die Beschuldigung ausgesprochen, daß Harley und seine Partei nach Frankreich hin Winke der Ermuthigung zum Aushalten gegeben [4]). Ein Zeugnis einer Thatsache im Jahre 1709 für diese Behauptung liegt nicht vor. Aus keiner bekannt gewordenen Aeußerung von Versailles aus ist zu ersehen, daß bereits damals das Ränkespiel am Hofe von St. James mit in die Berechnung der politischen Factoren gezogen wurde.

Die Stellung der Königin Anna zu dem Ehepaare Marlborough.

Nach außen hin standen im Laufe des Jahres 1709 Marlborough und Godolphin und mit ihnen die Whig-Partei auf der Höhe ihrer Macht. Unter jenen zwei führenden Ministern waren fast die sämmtlichen höheren Staatsämter mit Whigs besetzt. Nur noch eins war übrig: die durch den Tod des Prinzen-Gemahls erledigte

[1]) Lamberty t. V, p. 459.
[2]) Murray vol. IV, p. 681.
[3]) Fiedler Bd. I, S. 151.
[4]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 322 n.

Stelle des Groß-Admirals. Auch für dieſe ward ein Mitglied der Whig-Junta erſehen, Lord Orford, der einſtige Sieger von La Hogue. Wiederum alſo fiel Marlborough und Godolphin, die auf die Whig-Partei ſich ſtützen mußten, die Aufgabe zu, zu Gunſten dieſer Freunde die widerwillige Königin zu dieſer Ernennung zu drängen [1]).

Dabei konnten ſie ſich kein Hehl darüber machen, daß wie der Lady Marlborough, ſo auch ihnen beiden ſelber der Boden bei der Königin unter den Füßen ſchwand. Marlborough, in ſeiner Redeweiſe, ſchreibt darüber vom Feldzuge aus an ſeine Frau: „Gott hat ſeine Wege zu ſtrafen, und ich glaube, Frau Maſham iſt das Werkzeug, welches der Königin und Anderen, denen wir wohl wollen, ſchwere Kränkung bereiten wird. Denn dieſe Welt wird nicht immer nach Vernunft regiert, und ich glaube, Du und der Lord Treaſurer thun wohl, auf ihrer Hut zu ſein" [2]). — Dann fügt er in möglichſt geheimnisvoller Schrift hinzu: „Es iſt mir gewis, daß Frau Maſham und Harley bei der Königin Eiferſucht gegen Godolphins und meine Macht erregt haben; aber das darf Niemand wiſſen als Du."

Im Laufe des Feldzuges ſtieg durch die Nachrichten, die Marlborough von ſeiner Frau und Godolphin erhielt, ſeine Misſtimmung gegen die Königin und ihre geheimen Berather. „Ich ſtimme völlig mit Dir überein, ſchreibt er am 26. Juli ſeiner Frau, daß, ſo lange Frau Maſham einen Einfluß bei der Königin beſitzt, für uns drei, Dich, Godolphin und mich, das Beharren im Dienſte der Königin weder Annehmlichkeit, noch auch nur Sicherheit verheißt" [3]).

Unterdeſſen verlangte die Whig-Partei von Godolphin die Ernennung von Lord Orford zum Groß-Admiral. Die Forderung berührte die Königin auch perſönlich unangenehm, weil Lord Orford die Verwaltung des Prinzen-Gemahls getadelt hatte. Die Königin ſuchte der Forderung zu entkommen durch einen Appell an Marlborough. Dieſer aus ſich ſelber war nicht eifrig für Orford; aber das Andringen der Whig-Partei ließ ihm keine Wahl. Er trat für die Ernennung

---

[1]) Coxe vol. II, p. 392.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 170. Vom 19. Mai.

[3]) A. a. O. p. 192.

Orfords bei der Königin ein. Für lange Zeit jedoch noch gab dieſe nicht nach [1]).

Bei dem Allem fühlte ſich Marlborough nicht ſolidariſch mit der Whig-Partei. Er erörtert einmal ſogar, ſeiner Frau gegenüber, die Frage, wie die Dinge ſich geſtalten würden, wenn die Mehrzahl der Whigs zu Harley und Frau Maſham überginge [2]). — Die beſtändige Erwähnung dieſer Frau zeigt zugleich, wie ſehr er ſie fürchtete, nicht bloß für Lady Marlborough, ſondern auch für ihn ſelber.

Das Verhalten dieſer drei Frauen, der Königin Anna, der Lady Marlborough, der Frau Maſham, zu einander, iſt von weittragenden Folgen geworden, nicht bloß für die engliſche Geſchichte, ſondern für die geſammt-europäiſche. Dieſe Thatſache die vor Augen liegt, hat dem Franzoſen Voltaire zu einer Carricatur des Urſprunges der Feindſeligkeit gedient, die als glaubwürdig von Vielen aufgenommen worden iſt. Nach Voltaire entſpringt die Feindſchaft aus einer abſichtlichen kleinlichen Beleidigung der Lady Marlborough gegen Frau Maſham, und hat dann zur Folge die Veränderung der Oberfläche von Europa [3]).

Immerhin mag Lady Marlborough auch irgend welche kleinliche Beleidigungen gegen Frau Maſham verübt haben; aber dieſe würden jedenfalls nur als Symptome des Krankheits-Zuſtandes der Erbitterung anzuſehen ſein, die mit dem Tage begonnen, an welchem Lady Marlborough bemerken mußte, daß ihre Verwandte, welche von ihr zur eigenen Stütze in den Dienſt der Königin gehoben war, nicht bloß im Dienſte, ſondern auch in der Freundſchaft der Königin in eine ſelbſtändige Stellung hinein wuchs.

Nach der Meinung vieler Zeitgenoſſen würde dennoch die Lady Marlborough der Rivalin nicht bloß gewachſen, ſondern überlegen geblieben ſein, durch andauerndes Verweilen in der Nähe der Königin.

[1]) Coxe vol. II, p. 485.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 200.

[3]) Siècle de Louis XIV. p. 263: Quelques paires de gants d'une façon singulière qu'elle (L. M.) refusa à la reine: une jatte d'eau qu'elle (L. M.) laissa tomber en sa présence, par une méprise affectée, sur la robe de Madame de Masham, changèrent la face de l'Europe. — Die Scurrilität einer ſolchen geſchichtlichen Auffaſſung verdient nur darum Erwähnung, weil noch in unſerer Zeit ein ernſthafter engliſcher Hiſtoriker, Lord Stanhope, in dem Werke: Reign of Queen Anne p. 400, das Factum hervorhebt.

Wie immer dem sei, Lady Marlborough hielt sich, der Regel nach, persönlich fern, in Windsor Lodge, und schrieb von da aus Briefe an die Königin. Den Anlaß zu einem derselben voll Bitterkeit gegen Frau Masham gab ihr eine wenig aufrichtige Antwort der Königin, daß sie mit Frau Masham keinen anderen Verkehr habe als mit einer Kammerfrau, und daß sie Gott bitte, ihrer Freundin Missis Freeman die Augen zu öffnen. „Und nun, antwortet Missis Freeman, weil Sie Gott bitten, mir die Augen zu öffnen, will ich Ihnen sagen, daß Sie das selber thun mögen, wenn es Ihnen beliebt, nämlich dadurch, daß Sie mit Ihren alten getreuen Dienern leben wie früher, und auf den Rath Ihrer getreuen Minister hören; denn das würde mir und Jedermann die Augen öffnen. In der That, ich kann nicht umhin, meine Meinung auszusprechen, daß es besser sein würde, Ihr Ministerium völlig zu ändern, einen anderen Feldherrn und einen anderen Treasurer zu ernennen, und die Creaturen der Frau Masham so lange regieren zu lassen, wie sie es vermögen — oder im anderen Falle Rath anzunehmen von denjenigen, welche diese Staatsämter inne haben, und dadurch die Welt zu überzeugen, daß in der Wirklichkeit die Genannte nichts Anderes zu besorgen hat als jede andere Kammerfrau." — „Aber wer anders als diese Frau, ruft sie aus, kann Sie zu Ihrem ganzen Verhalten bewegen? Denn Sie sehen ja Niemanden sonst!" [1]).

Der Zorn der Lady Marlborough in diesem Falle ward geschärft durch ein neu erschienenes Buch, New Atlantis, als dessen Verfasserin sich später eine Frau Manley ergab. Das Werk besteht aus einer Sammlung von Scandal-Affairen der gemeinsten Art zwischen Mitgliedern der englischen Aristokratie. Gefeiert dagegen werden darin, unter veränderten Namen, die Königin, Frau Masham, Harley, Peterborough. Aus diesem Buche, welches Lady Marlborough schlechthin der Tory-Partei zur Last legt, schreibt sie die Stellen des Lobes für Frau Masham und Harley aus, begleitet sie mit der Kritik des Hohnes und schließt: „Wo die Tory-Partei in solcher Weise die große Favoritin vor aller Welt proclamirt, da werden Ew. Majestät in Zukunft hoffentlich es mir nicht mehr zum Verbrechen anrechnen,

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 234.

wenn ich glaube, daß Sie ihr große Gunſt beweiſen, oder mich für die einzige halten, die das glaubt."

Lady Marlborough führt ferner einen fingirten Dialog zwiſchen Frau von Maintenon und Frau Maſham an, in welchem die erſtere ihren Dank ausſpricht für ihre guten Bemühungen, dem Könige von Frankreich in England zu dienen, und nach dem vielverheißenden Beginne und der Freundſchaft von Frau Maſham mit Harley, große Hoffnungen von ihr hegt [1]).

Die Anführung iſt ſehr merkwürdig; denn der Gedanke einer Sonder-Verhandlung mit Frankreich, der erſt aus der Aenderung des Miniſterii im Jahre 1710 hervor ging, lag im Jahre 1709 noch keinenfalls im Geſichtskreiſe der Königin Anna.

Das Angefügte genügt um darzuthun, daß die Worte dieſer Frauen zu einander eine Kluft zwiſchen ihnen auswühlten, die nicht wieder zu überbrücken war, die aber auch, bei der Stellung der Perſönlichkeiten, ſich nicht auf ſie beſchränkte.

Marlborough verſprach ſich von dieſem Verfahren ſeiner Frau keinen Erfolg. „Nach meiner Erfahrung, antwortete er, haben bei allen Erörterungen von früher freundſchaftlichen Verhältniſſen auch die beſt gegründeten Vorwürfe immer nur den Erfolg, den Spalt weiter zu reißen. Ich meine, daß, ſo unbedeutend wir auch ſein mögen, eine Macht über uns waltet, die unſerem Glücke oder Unglücke ein Ziel ſetzt; dagegen, wenn Jemand mir vor acht Jahren vorausgeſagt, daß nach meinen Erfolgen und Deinen ſiebenundzwanzigjährigen treuen Dienſten, wir genöthigt ſein würden, noch bei Lebzeiten der Königin, unſer Glück in einem zurückgezogenen Leben zu ſuchen, würde ich das für unmöglich gehalten haben" [2]).

Erklingen dieſe Worte Marlboroughs wie eine volle Reſignation, die ſeinem Charakter nicht entſpricht: ſo miſcht ſich in anderen Kundgebungen ſeines Unmuthes der vermeintlichen Reſignation noch ein

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 235. Dies Schreiben, obwohl nicht datirt, iſt unzweifelhaft aus dem Jahre 1709, wo der zweite Theil der New Atlantis erſchienen war. Dagegen muß ich bemerken, daß die franzöſiſche Ausgabe: L'Atalantis de M. Manley, traduit de l'anglais. A la Haye 1713 — dieſen Dialog nicht enthält.

[2]) A. a. O. p. 204.

anderer nicht klar ausgesprochener Gedanke bei. In einem Schreiben an seine Frau, wenige Tage vor der Schlacht von Malplaquet, kommt er zurück auf jenen Gedanken der Eifersucht der Königin auf seine Macht. „Dir allein, schreibt er, darf ich aussprechen, daß ich gerechten Grund für die Ueberzeugung habe, daß man bei der Königin Eifersucht gegen meine Macht erregt hat. Daher bin ich entschlossen, nicht bloß sie, sondern alle Welt zu überführen, daß ich einen solchen Ehrgeiz nicht besitze, und zugleich doch auch Sorge zu tragen, daß ich mich nicht in der Gewalt von Bösewichtern befinde, noch auch derjenigen der Königin." Indem er selbst fühlt, daß auch seiner Frau diese Worte geheimnisvoll erklingen mußten, fügt er hinzu: „Es ist unmöglich dies schriftlich zu erläutern; aber ich bin von der Wahrheit dessen völlig überzeugt. Daher ist es sehr schwer für jeden Anderen außer mir und Dir, die Du die volle Wahrheit erfahren sollst, eine Richtschnur für mein Verhalten aufzustellen. Leb Du immerhin in der Weise fort, die Dir zusagt; denn kein Verhalten unsererseits, weder Dein noch mein, vermag bei der Königin irgend welche Rücksicht für uns zu bewirken. Diese böse Gesinnung ist ihr beigebracht durch Frau Masham auf die Anstiftung von Harley, der sicherlich der schlechteste aller Menschen ist" [1]).

Welchen Plan immer Marlborough im Hintergrunde haben mochte: diese Worte legen den inneren Bruch mit der Königin vor Augen, zu einer Zeit, wo denen, die in diese Beziehungen nicht einblickten, äußerlich noch alles in voller Einigkeit und Kraft dazustehen schien.

Aber auch über den Plan für seine Sicherheit, den Marlborough seiner Frau nur andeutet, scheint er Anderen gegenüber nicht so völlig geschwiegen zu haben.

Von dem Feldzuge aus richtete er an den Lord-Kanzler Cowper die Anfrage und Bitte, daß ihm das Patent als General-Feldhauptmann auf Lebenszeit ausgestellt werden möge [2]). Der Lord-Kanzler

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 212. Vom 7. September.

[2]) Coxe vol. II, p. 491. Coxe erzählt die Sache summarisch, ohne die Actenstücke beizubringen, obwohl dieselben ungleich wichtiger gewesen wären als so manche andere, die er bringt.

als beeideter Diener der Krone willfahrte nicht, sondern antwortete, daß dieses hohe Amt niemals anders verliehen worden sei als gemäß dem Belieben des Souveräns, also widerruflich. Marlborough begnügte sich nicht mit dieser Antwort, sondern bat in den Archiven nachzusehen. Die Untersuchung ergab die Bestätigung der Ansicht des Lord-Kanzlers. Auch damit gab Marlborough sich noch nicht zufrieden, sondern beauftragte einen Officier, Namens Craggs, das einst dem General Monk ausgestellte Patent einzusehen. Auch dies bestätigte die Ansicht des Lord-Kanzlers, der nun seinerseits für Marlborough die Warnung hinzufügte, daß ein solches Patent auf Lebenszeit eine Neuerung sein und einen Anlaß zu böswilligen Auslegungen bieten würde [1]).

Es mochte Cowper dabei unbekannt sein, daß damals selbst die Stellung des Generals Monk, oder Lords Albemarle, dem doch das Haus Stuart die Herstellung verdankte, bei dem nächsten Thronerben, dem damaligen Herzog von York, Bedenken hervorgerufen hatte. Nach dem Tode Monks, im Jahre 1670, bat der Herzog seinen Bruder Carl II., die Stelle Monks als des General-Feldhauptmanns nicht wieder zu besetzen; denn eine solche Stellung lege allzu viele Macht und Gewalt in die Hand eines Unterthans, ihn selber nicht ausgenommen. In Friedenszeit sei ein solches Amt nicht erforderlich, und in Kriegeszeit könne der König General-Officiere ernennen je nach Bedarf und Gelegenheit [2]).

Näher noch lag ein anderer Fall. Einige Jahre später setzte Carls II. natürlicher Sohn, der Herzog von Monmouth, bei dem Vater seine Ernennung zum General durch. Es gelang dem Herzog von York, Einsicht in das Patent zu bekommen, bevor es übergeben wurde. Er fand darin vor dem Worte: Sohn, das Wort: natürlicher, ausradirt. Er nahm das Patent an sich und überbrachte es dem Könige. Carl II. zerschnitt es eigenhändig. — Aber er hatte zugleich auch dem Herzoge von Monmouth den Titel des Generals für Schottland verliehen. In diesem Falle trat Monmouth offen auf, und verlangte von dem Kanzler für Schottland, Lauderdale, die Aus-

[1]) Coxe vol. II, p. 492.

[2]) The life of James II, vol. I, p. 446.

fertigung des Patentes ohne das Wort: natürlicher, vor Sohn, und auf Lebenszeit. Lauderdale weigerte und fertigte das Patent aus mit den Worten: nach Belieben des Königs, und mit dem Zusatze: natürlicher, vor Sohn [1]).

Aus dem späteren Verhalten Monmouths nach dem Tode Carls II. darf mit Recht geschlossen werden, daß er mit der Forderung eines Patentes auf Lebenszeit nicht bloß eine Sicherheit für sich bezweckte, wie Marlborough bei seiner ähnlichen Forderung für sich seiner Frau schreibt, sondern mehr.

Die Warnung des Lord-Kanzlers Cowper an Marlborough beweist, daß ein ähnlicher Verdacht auch gegen ihn aufsteigen konnte.

Dessen ungeachtet beharrte Marlborough bei seinem Wunsche, und richtete die Bitte unmittelbar an die Königin. Wenn jemals, so war für diese hier der Anlaß gegeben, ihre geheimen Berather zu befragen. Demgemäß fiel die Antwort aus, unbedingt verneinend. Auch dann noch schwieg Marlborough nicht. Der Mahnung vergessend, die er selber seiner Frau gegeben, richtete er an die Königin einen Beschwerdebrief, in welchem er ihr nicht bloß ihren Mangel an Rücksicht für seine geleisteten Dienste vorwarf, sondern auch sich schwer beklagte über ihre Entfremdung von der Herzogin, und über ihre Gunst für Frau Masham. Zugleich kündete er seinen Entschluß an, beim Ende des Krieges sich zurückzuziehen.

So thöricht die Bitte nach dem Ausgange der Dinge erscheint, so muß doch auch die Zeit erwogen werden, in welcher Marlborough sie stellte. Er stand an der Spitze einer siegreichen Armee und durfte, wie die Dinge lagen, sich für unentbehrlich halten. Daher war es möglich, daß er auf den Gedanken kam, die Königin werde den Gefahren, die aus einem Abschlage erwachsen konnten, die Willfahrung vorziehen.

Ueber die Meinung eines anderen englischen Generals in Betreff der Bitte Marlboroughs vernehmen wir aus den nächsten Jahren die folgende Tradition. Als dem Herzoge von Argyle die Frage vorgelegt

[1]) The life of James II, vol. I, p. 497: but the duke of Lauderdale refused to draw it otherwise than during pleasure, and with the word natural in it, and so it passed.

wurde, wie der Forderung Marlboroughs zu begegnen, und ob aus dem Abſchlage eine Gefahr erwachſen könne, antwortete er ſogleich: die Königin möge ſich keine Sorge machen; denn er erkläre ſich bereit, wann immer ſie befehle, den Herzog von Marlborough an der Spitze ſeiner Truppen zu greifen, und ihn hinweg zu bringen, ob todt, ob lebendig [1]).

In der Antwort liegt gegen Marlborough der Verdacht der Abſicht der Rebellion. Der Gewährsmann für dieſe Antwort, der Dechant Swift, iſt als ein eifriger Parteigänger Harleys, nicht unbedingt zuverläſſig. Aber Thatſache iſt, daß dieſe Partei den Herzog von Marlborough des Trachtens nach der Krone für verdächtig hielt [2]). Demnach redete ſie bei der Königin in dieſem Sinne gegen ihn, und als die ſtärkſte Stütze des Verdachtes gegen ihn bot ſich jenes Verlangen ſeiner Unabſetzbarkeit als General-Feldhauptmann.

Wenn alſo, wie Marlborough berichtet, die geheimen Berather der Königin ſchon vorher bei ihr eine Eiferſucht erregt hatten: ſo hatte er ſelber durch jene Forderung, durch ſein Beharren bei derſelben, durch ſeine Beſchwerde nach dem Abſchlage, ſeinen Gegnern bei der Königin in die Hände gearbeitet, wie ſie es nicht beſſer wünſchen konnten. Die Klage der Königin über ihre bondage bezog ſich dann nicht mehr bloß auf die fünf tyranniſchen Whig-Lords, ſondern auch auf das Ehepaar Marlborough und Godolphin, und demgemäß erwuchs daraus die Sehnſucht nach Befreiung.

Godolphin, im Sehen und Hören deſſen, was täglich ihn umgab, ſchaute nicht gehobenen Muthes in die Zukunft. „Bringen Sie uns nicht den Frieden mit, ſchreibt er an Marlborough, am 4. Auguſt, ſo fällt im nächſten Winter hier alles in Stücke“ [3]). Zwei Tage ſpäter meinte er aus glaubwürdigen Berichten zu wiſſen, daß Harley und ſeine Partei einen Frieden um jeden Preis wollen, weil, ſo lange

[1]) Coxe vol. II, p. 492.

[2]) Letters and correspondence of Bolingbroke vol. I, p. 70. Vom 12. Januar 1711: We shall send him over a subject: take care you do not put royalty into his head again. — Man vergleiche den Brief des Dr. Hutton an den Kurfürſten Georg Ludwig, 5. September 1710, in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 189; ſo wie die Aeußerung der Herzogin von Orleans, bei Ranke, Franzöſiſche Geſchichte Bd. VI, S. 291.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 356.

der Krieg im Gange, ein Angriff auf die Miniſter im Parlamente, der Erfahrung gemäß, ein ſchwer durchführbares Wagnis ſei [1]).

Der Sieg von Malplaquet befeſtigte aufs neue den Credit der Regierung. Die Directoren der Bank baten Godolphin, nur nicht einen faulen Frieden zu machen. Auf ſeine Frage, was ſie unter einem faulen Frieden verſtünden, erfolgte die Antwort: einen Frieden, der Spanien dem Hauſe Bourbon belaſſe; denn dann werde England niemals ſicher ſein [2]). — Aber bald wieder ſehen wir den Muth Godolphins ſinken. Auf eine Andeutung Marlboroughs, daß er im Herbſte in den Niederlanden bleiben werde, bis der Prinz Eugen aus Wien zurückkehre, erwiederte Godolphin: „Dies iſt, wenn Sie wollen, daß die Sachen hier vorwärts gehen, ganz unmöglich. Daher bitte ich, daß Sie nicht Einen Augenblick ſäumen, nach beendetem Feldzuge herüber zu kommen. Thun Sie es nicht, ſo geht hier alles zu nichte“ [3]).

Dennoch hielt, wie wir geſehen, die Vereinbarung mit den Vertretern der Republik über die nachdrückliche Fortführung des Krieges Marlborough bis tief in November im Haag zurück. Das großbritanniſche Parlament hatte unterdeſſen bereits begonnen. Bis dahin hielt die Königin feſt an dem Widerſpruche, Lord Orford zum Groß-Admiral zu ernennen.

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 357.
[2]) A. a. O. p. 392.
[3]) A. a. O. p. 405.

Sechsunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1710.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes im Winter 1709/10.

Die Bewilligungen für den Krieg.

Bei dem Zuſammentritte des großbritanniſchen Parlamentes, im November 1709, warf der Graf Gallas als Geſandter Carls III. für dieſen auf den bisherigen Gang der Regierung den folgenden Rückblick [1]).

„Beim Antritte der Regierung der Königin lagen die Dinge hier ſo, daß keine der zwei Parteien, Whigs oder Tories, die Oberhand hatte, ſondern daß es völlig in dem Belieben der Königin ſtand, die Aemter ohne Unterſchied der Parteien zu vergeben. Und weil Lady Marlborough, nebſt ihrem Gemahl und dem Treaſurer Godolphin, die Autorität der Königin völlig in Händen hatte, ſo haben dieſe drei eine dritte Partei gebildet, die eigentliche Hof-Partei, in der ſich Whigs und Tories zuſammen fanden, alleſammt jenen drei völlig zugethan und ergeben. So wurden nach und nach die vornehmſten Aemter mit Perſönlichkeiten beſetzt, welche jenen zwei Lords freie Hand beließen und ſich ohne deren Direction in nichts einmengten. Dieſe dritte Partei war jedoch nicht ſtark genug, im Parlamente den Ausſchlag zu geben. Um nun vom Parlamente zu erhalten, was den Umſtänden nach erforderlich war, ſahen jene dritte Partei und voran die zwei Lords ſich genöthigt, eine der andern zwei Parteien zu Hülfe zu nehmen. Und weil die Whig-Partei ſich eifrig für den Krieg bewies,

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December. Nicht in Abſchrift, ſondern ganz eigenhändig.

ſo fiel die Wahl auf ſie, obwohl man wie die Königin, ſo auch Marlborough und Godolphin perſönlich als Tories anſieht."

„Bei dieſer Lage der Dinge war es das Beſtreben der Whig-Partei, die vornehmſten Staatsämter an ſich zu bringen. Indem dagegen Marlborough und Godolphin erkannten, daß, wenn die Whig-Partei völlig die Oberhand erlangte, ſie ſelber von den Whigs und nicht die Whigs von ihnen abhangen würden, ſuchten ſie ſo viel ihnen möglich zurück zu halten. Auch haben ſie ihre Rolle ſo meiſterlich geſpielt, daß es nur langſam gegangen iſt. Indeſſen haben ſie doch von einer Seſſion zur anderen nachgeben müſſen, und es iſt nun dahin gekommen, daß die Entſcheidungen nicht mehr bei Marlborough und Godolphin ſtehen, ſondern bei der Whig-Partei. Dieſe zieht nunmehr auch die auswärtigen Angelegenheiten in ihren Bereich, und darum werden die zwei Lords, die das Motiv der Fortſetzung des Krieges mit der Partei gemein haben, auch darin ſich eben ſo fügen müſſen, wie in allem Vorhergehenden geſchehen iſt."

„Eine ähnliche Bewandtnis hat es mit der Königin. Dieſe hat zu Anfang den Rath von Marlborough und Godolphin aus Neigung angenommen und befolgt: nun aber muß ſie gleich wie jene, ſich dem Willen der Whig-Partei fügen."

Der Bericht des Geſandten zeigt, daß ihm nur erſt der offene Thatbeſtand vorlag, daß dagegen ſeinem Blicke wie demjenigen der anderen ferner Stehenden es noch verhüllt war, daß die Königin in der Stille um ſich einen engeren Rath gebildet hatte, in welchem ſich politiſche Berechnung und perſönliche Leidenſchaften einten zu dem Zwecke, bei gegebener Gelegenheit das Joch der tyranniſchen Whig-Lords, wie die Königin es benannte, zu zerſprengen. Aeußerlich dagegen ſetzte die Junta eben damals auch noch die letzte Forderung durch.

Bis in den Herbſt 1709 war die Königin dem Verlangen der Whig-Partei, daß ſie den Lord Orford zum Groß-Admiral ernennen möge, ausgewichen. Weder Godolphin, noch viel weniger Marlborough waren aus ſich dem Wunſche der Whigs geneigt; aber dieſe drängten und ſtellten die Alternative ihrer ferneren Unterſtützung[1]). Demgemäß trat auch Marlborough brieflich bei der Königin für ſie ein. Dieſe

[1]) Coxe vol. II, p. 483.

willigte endlich ein, daß das erledigte Amt des Groß-Admirals durch eine Commiſſion verwaltet würde, mit Lord Orford als Vorſitzenden; aber ſie erhob Einwände gegen andere Perſönlichkeiten, die mit benannt waren. Nachdem darin ihr nachgegeben war, vollzog ſie die Ernennung.

Demnach waren nunmehr, im November 1709, alle fünf Mitglieder der Whig-Junta in hohen Staatsämtern. Damit ſchien der innere Friede völlig hergeſtellt. Die Königin gewann es ſogar über ſich, gegen Lord Sunderland freundlich zu ſein. Auf den Bericht der Lady Marlborough darüber erwiederte der Gemahl: „Nach meiner Anſicht rührt dieſe Freundlichkeit nur daher, daß man der Königin geſagt hat, ſie könne nicht anders als mit den Whigs gehen. Aber ſei verſichert, daß im Stillen Frau Maſham und Harley nicht ruhen werden, beſonders gegen Dich, gegen Godolphin und gegen mich. Denn ſie meinen, wenn nur wir entfernt ſeien, ſo werde alles in ihrer Macht ſtehen, und dahin arbeiten ſie“ [1]). — In denſelben Tagen zeichnete die Königin der Lady Marlborough, mit ſcharfem Tadel über deren feindſelige Geſinnung gegen die Frau Maſham, die Linie des ferneren Verhaltens vor, mit den Worten: „Es iſt Ihnen unmöglich, meine frühere Neigung wieder zu gewinnen. Fortan ſind Sie für mich nur die Frau des Herzogs von Marlborough und meine Oberſt-Hofmeiſterin“ [2]).

Das Parlament trat zuſammen am 15. 26. November. Die Königin, die ſeit dem Tode ihres Gemahles ſich dem Parlamente nicht gezeigt hatte, verlas nun ſelber wieder ihre Thronrede. Man meinte zu bemerken, daß es mit geringerem Ausdrucke geſchah, daß ſie dabei überhaupt weniger Sorgfalt an den Tag legte als ſie früher gethan [3]). Die Thronrede bezeichnete die Friedensunterhandlung vom Mai als eine franzöſiſche Argliſt zum Zwecke einer Spaltung unter den Verbündeten. Sie hob hervor, daß dieſe Argliſt die Operationen nicht verzögert habe, und daß ein ſtattlicher Sieg errungen ſei, der das Bedürfnis des Friedens dem Feinde noch empfindlicher mache.

[1]) Coxe vol. II, p. 484. Vom 1. November.
[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 225.
[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 263.

Dennoch dauere der Krieg, und die Vollendung des großen Werkes, die übergreifende und erdrückende Macht zu reduciren, welche so lange die Freiheit Europas bedroht habe, erfordere die Bewilligung neuer Mittel. Sie versicherte die Verwendung solcher Mittel nur zu dem bestimmten Zwecke, und schloß mit der Bitte um schnelle Erledigung.

Um seine Willfährigkeit zu beweisen, beschloß das Unterhaus, wider die Gewohnheit [1]), noch am selben Tage eine Adresse an die Königin. Auf den Dank an die Königin für ihre gnädige Rede folgt in der Adresse eine Verherrlichung des Sieges von Malplaquet und der Person Marlboroughs. Dann fährt die Adresse fort: „Da der öffentliche Credit so wohl begründet, ferner die Richtschnur Ihrer Politik so sicher und so standhaft, weiter Ihre Bundesgenossen so fest und zuverlässig sind, daß keine französische Arglist sie zu trennen vermag, und endlich da Ihre Waffen so mächtig, daß keine französische Verschanzung ihnen eine Grenze setzt: so dürfen Ew. Majestät versichert sein, daß wir, Ihre getreuen Commons, bei solchen Ermuthigungen, in unserer Pflicht für Ew. Majestät und diejenigen, welche wir vertreten, durch rasche und ausgiebige Bewilligungen Ew. Majestät in den Stand setzen wollen, die nöthigen Vorbereitungen für die Fortführung des Krieges zu treffen, und zwar in solcher Weise, daß, mit Gottes Segen, der gemeinsame Feind genöthigt werden soll, sich einem Frieden zu fügen auf solche Bedingungen hin, wie sie für Ew. Majestät und Ihre Bundesgenossen die dauernde Gewähr der Sicherheit bieten."

So stark hatte in diesem Kriege das Unterhaus sich noch niemals ausgelassen. Marlborough, inzwischen in St. James eingetroffen, fügte am Abende dieses Tages einem Schreiben nach dem Haag eigenhändig die Worte hinzu: „Unsere Angelegenheiten im Parlamente gehen wunderbar" [2]).

Die Adresse des Oberhauses entsprach derjenigen des Unterhauses, namentlich in dem Lobe Marlboroughs. Als er dann, am 17./28. November, selber im Oberhause erschien, richtete der Lord-Kanzler, im Namen desselben, an ihn eine Dankesrede voll Lobes und Bewunderung.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. November.

[2]) Murray vol. IV, p. 657.

Das Unterhaus stand darin nicht nach. Es ward der Antrag eingebracht, daß das Unterhaus dem Herzoge von Marlborough seinen Dank aussprechen möge für den Sieg von Blaregnies [1]), so wie für die anderen großen und wichtigen Erfolge dieses Feldzuges, und zu diesem Zwecke eine Deputation an ihn entsenden wolle. Kein Widerspruch ward laut. Fünfzehn der angesehensten Mitglieder des Unterhauses begaben sich zu Marlborough. Er nahm den Dank an, indem er ihn auf die Armee übertrug [2]).

Man darf diesen Tag bezeichnen als den höchsten und letzten Glanzpunkt im Leben Marlboroughs.

Für diese Feier seiner Person wirkte jedoch ein Motiv mit, das nicht zum Ausdrucke gelangte. „Diese große Höflichkeit, setzt der kaiserliche Resident seinem Berichte hinzu, ist, genau genommen, eine Wirkung der Befriedigung, welche die Whig-Partei über die Verleihung des Amtes der Groß-Admiralität an ihre Freunde empfindet." — Aber die Whig-Partei besaß äußerlich so sehr die Herrschaft, daß jener Bericht fortfährt: „Von welcher Zufriedenheit man sich alles Ersprießliche zu versprechen hat."

Demgemäß erfolgten die Bewilligungen rasch und glatt. Marlborough sprach den kaiserlichen Vertretern seine Erwartung aus, daß die Session um sechs Wochen eher enden werde als üblich [3]).

Andererseits war der Graf Gallas als der Vertreter nicht bloß des Kaisers, sondern auch des Königs Carl III. von Spanien, mit Marlborough nicht sehr zufrieden. Die Puncte der Unzufriedenheit betrafen die Kriegführung in Spanien und den Barriere-Vertrag in den Niederlanden.

In den Vorlagen der Regierung wurden für den Krieg in Spanien reichlich 1.100,000 Pfund Sterling verlangt. „Dieser Betrag, meinten die kaiserlichen Vertreter, würde zur offensiven Kriegführung in Spanien völlig ausreichen, wenn er wirklich und völlig dahin gewendet würde. Aber dies geschieht nicht. Ein großer Theil geht nach den Niederlanden."

[1]) Die Bezeichnung des Ortes war damals noch schwankend. Es kommt auch der Name der Schlacht bei Mons vor, so wie bei Tanieres.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 29. November.

[3]) Desgleichen vom 20. December.

Gallas erkannte bei ſich an, daß er nicht das Recht habe, an Marlborough directe Fragen über die Verwendung jener Summe im Einzelnen zu richten. Aber in wiederholten Discurſen ſuchte er der Sache möglichſt nahe zu kommen. Der Inhalt derſelben war, ſeinem Berichte nach, wie folgt.

„Es kommt mir ſeltſam, ja unbegreiflich vor, daß, wo man doch den Krieg um Spanien führt, und wo dieſes Königreich nunmehr, nachdem Frankreich alle ſeine Truppen von dort her zurück gezogen, wie verlaſſen und offen ſteht, man doch nicht mit dem rechten Nachdrucke daran geht, dasſelbe völlig einzunehmen. Will man Spanien durch die Niederlage Frankreichs gewinnen, ſo ſcheint mir doch der Weg nach Paris immer noch ſehr eng und länger als man meint. Dagegen ſchützt auf dieſe Weiſe Frankreich, indem es für ſich ſelber kämpft, zugleich auch Spanien. Wenn man aber im nächſten Feldzuge nicht bloß in den Niederlanden, ſondern eben ſo ſehr auch von Catalonien aus angriffsweiſe verführe, ſo dürfte man hoffen, auf die eine oder auf die andere Weiſe das Ziel zu erreichen. Denn der König von Frankreich ſetzt ja aus keiner anderen Urſache den Krieg fort, als um dennoch endlich Spanien für ſeinen Enkel zu behaupten. Darum iſt ein guter und baldiger Friede eher von Catalonien aus zu erreichen, als von den Niederlanden“ [1]).

Es hätte, nach der Anſicht von Gallas, nur einer ſolchen Vorſtellung Marlboroughs an die Whig-Partei bedurft, um dieſelbe für alle Anforderungen willig zu finden. Marlborough ging in ſo weit auf die Wünſche des Grafen Gallas ein, daß er die Königin bewog, den Unterhalt der 3000 Mann, welche damals der Kaiſer nach Spanien ſenden wollte, auf ſich zu nehmen. Im Uebrigen aber beharrte er bei der Anſicht, daß die Offenſive von den Niederlanden aus das zweckmäßige Verfahren ſei, den König von Frankreich zu zwingen. Nach wiederholten Verſuchen mußte Gallas an Carl III. melden: „Der Plan des nächſten Feldzuges von hier aus iſt völlig demjenigen des abgelaufenen gleich: den ſtärkſten Nachdruck in Flandern zu entwickeln, den Krieg in Spanien als ſecundär zu betrachten.“ — Die Whig-Partei folgte darin dem kriegserfahrenen Feldherrn.

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 13. December. Sehr ausführlich.

Der andere Punct, in Betreff deſſen die Vertreter des Hauſes Habsburg mit Marlborough ſich unzufrieden zeigten, war der Barriere-Vertrag zwiſchen England und der Republik. Nicht Marlborough hatte dieſen für die Rechte Carls III. und ſeiner Unterthanen in den Niederlanden ſehr nachtheiligen Vertrag unterzeichnet, ſondern nur Townſhend. Wir haben vernommen, daß Marlborough ſich den Anfragen der Kaiſerlichen im Haag darüber entwand mit den Worten: que cela avait été fait par son second et à son insu. Die Worte konnten die Hoffnung erregen, daß Marlborough der Königin die Ratification nicht anrathen würde[1]). Aber dagegen ſtand die Frage, ob Townſhend ohne Marlborough ſo weit gegangen ſein würde, wenn er nicht von Seiten der Whig-Partei ſich der Genehmigung ſicher wußte. Und mit welchem Eifer dieſe ſeit drei Jahren die Gegenleiſtung der Republik für die in überreichem Maße ihr bewilligte Barriere erſtrebte, nämlich die Garantie der Republik für die Thronfolge des Hauſes Hannover, lag Jedermann vor Augen. Es war daher nicht darauf zu rechnen, daß Marlborough, mochte er den Barriere-Vertrag billigen oder nicht, in Betreff der Ratification desſelben der Whig-Partei entgegen arbeiten würde. Und eben ſo wenig war für die Kaiſerlichen darauf zu hoffen, daß die Königin Anna aus ſich den Muth faſſen würde, der übermächtigen Partei den Wunſch der Ratification zu verſagen. Die Königin Anna ratificirte.

Die Whig-Partei, in beiden Häuſern des Parlamentes in der Mehrheit, ſchritt feſt und ſicher ihres Weges einher. Sie bewilligte ohne nennenswerthen Einwand die verlangten Kriegesmittel zum Betrage von mehr als ſechs Millionen Pfund Sterling. Die Herrſchaft ihrer Meinungen über die engliſche Nation ſchien völlig geſichert. Aber ſie wollte auch einen Widerſpruch gegen dieſelbe nicht leiden.

Erhebung der Anklage gegen Sacheverell.

Ein ſolcher Widerſpruch ward erhoben von einem Geiſtlichen der Hochkirche, Dr. Sacheverell. Er predigte am 5./16. November, einem der hauptſächlichen Jahrestage der Umwälzung von 1688, in der

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 13. December.

St. Paulskirche vor dem Lord Mayor und den Alterleuten von London, und wählte sich dabei zum Thema: „Die Gefahren vor falschen Brüdern in Kirche und Staat." Er ließ dann die Predigt drucken. Geringwerthig in Logik und Form, erregte sie doch, durch den scharfen Gegensatz ihrer Behauptungen gegen die Meinungen der Whigs und das System der Regierung, das höchste Aufsehen. Es hieß, daß in wenigen Tagen vierzigtausend Exemplare verkauft seien. Demgemäß war die Predigt in Aller Munde. Die Minister erwogen die Frage, ob und wie der Prediger zur Rechenschaft zu ziehen sei. In ihrem Rathe stimmte nur Somers dafür, die Frage den kirchlichen Behörden anheim zu stellen; die anderen waren der Ansicht, daß die Sache mit dem stärksten Nachdrucke vom Parlamente aus betrieben werden müsse [1]).

Demgemäß erhob, am 13./24. December, ein Mitglied des Unterhauses vor demselben eine Anklage wider die Predigt des Dr. Sacheverell. Nachdem einige Stellen aus der Dedication, so wie dann aus dem Texte selbst verlesen waren, stimmte die Mehrheit des Hauses dem Antrage zu, daß diese Predigt ein böswilliges, ärgerliches, aufrührerisches Libell sei, als welches Tadel werfe auf die Königin und ihre Regierung, auf die glückliche Revolution (von 1688), auf die protestantische Thronfolge, wie das Gesetz sie feststelle, auf beide Häuser des Parlamentes u. s. w. Im Gegensatze dazu lobte die Whig-Mehrheit einen anderen Geistlichen, Hoadley, der oft mit Nachdruck die Grundsätze gerechtfertigt habe, nach welchen Königin und Nation in der letzten glücklichen Revolution gehandelt [2]), und empfahl ihn in einer besonderen Adresse der Königin für seine eminenten Dienste in Kirche und Staat zur Beförderung. Dies genügte jedoch der Whig-Partei noch nicht. Im Namen des Unterhauses erschien ein Mitglied desselben vor dem Oberhause, um den Prediger Sacheverell, den das Unterhaus in Haft genommen, wegen hoher Verbrechen und Misverhaltens anzuklagen. Demnach war die Sache anhängig. Das Unterhaus übernahm den Beweis der Anklage vor dem Oberhause als dem höchsten

[1]) Somerville, Reign of Queen Anne p. 374.

[2]) For having often strenuously justified the principles on which Her Majesty and the Nation proceeded in the late happy revolution, in Commons Debates vol. IV, p. 138.

Gerichtshofe des Königreiches. Es ſetzte einen Ausſchuß nieder die Anklage-Puncte auszuarbeiten. Es überlieferte zugleich ſeinen Arreſtanten dem Oberhauſe, welches dann, gegen Bürgſchaft, ihn auf freien Fuß ſetzte.

Als Oertlichkeit für die Führung eines ſolchen Prozeſſes, in welchem das geſammte Unterhaus als Ankläger, das geſammte Oberhaus als Richter fungiren würde, diente Weſtminſter-Hall. Dieſe für einen ſolchen Zweck herzurichten, war eine längere Zeit erforderlich, und daher verſchob ſich die Sache bis über den Monat Februar hinaus.

Im Januar 1710 trat ein anderes Ereignis in den Vordergrund: eine offene Differenz zwiſchen der Königin und Marlborough. Dieſelbe hatte zwei verſchiedene Anläſſe.

Es waren zwei militäriſche Stellen erledigt: diejenige eines Commandanten des Tower und diejenige eines Regiments-Oberſten. Wegen der erſteren Stelle erſchien der Graf Rivers, ein Vetter der Königin, bei Marlborough und bat um Empfehlung. Marlborough rieth die Bewerbung ab, verſprach dann aber keinen Einwand zu erheben, wenn er, dem Herkommen nach, befragt würde. Als er dann bei der Königin erſchien, um einen Anderen vorzuſchlagen, erfuhr er von ihr, daß ſie den Grafen Rivers bereits ernannt habe. — Nach der Anſicht Marlboroughs und ſeiner Anhänger hatte hatte man ihn abſichtlich getäuſcht [1]).

Augenfälliger war die andere Angelegenheit. Marlborough erhielt den Befehl der Königin, das erledigte Regiment dem Oberſten Hill zu übertragen, einem Bruder der Frau Maſham. An dieſem Puncte beſchloß Marlborough ſich zur Wehr zu ſetzen. Die Whig-Partei ſagte ihm ihre Unterſtützung zu.

In einer Audienz hielt er der Königin die Uebelſtände vor, die ſich aus der Ernennung von höheren Officieren ohne ſein Vorwiſſen und ſeine Zuſtimmung ergeben würden, ſo wie die beſonderen Bedenklichkeiten gerade dieſes Falles. Er machte ſeine Verdienſte geltend, die ihm eine ſolche Kränkung erſparen ſollten. Die Königin ging auf die Vorſtellungen nicht ein. Sie entließ ihn mit der Weiſung: er möge mit ſeinen Freunden darüber zu Rathe gehen [2]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 6.

[2]) A. a. O. p. 8.

Marlborough rief die Hülfe des Lords Somers an, als des Präsidenten des geheimen Rathes und Hauptes der Whig-Partei. Dieser, anfangs willig mit Marlborough sich zur Königin zu begeben, erklärte sich zur angesetzten Stunde für unwohl. In seinem Verdrusse verließ Marlborough die Stadt, und begab sich nach Windsor Lodge.

Es geschah am Tage einer Cabinets-Sitzung. Marlborough erschien also nicht. Zwei Jahre zuvor hatte das Entbleiben von Marlborough und Godolphin, durch das Auftreten der anderen Mitglieder für sie, die Königin zum Nachgeben und zur Entlassung von Harley gezwungen. Dies Mal wurde die Abwesenheit Marlboroughs nicht beachtet, die Geschäfte ohne ihn erledigt.

In Windsor Lodge entwarf Marlborough ein Schreiben, das mit den Worten endet: „Ich hoffe, Ew. Majestät werden entweder Frau Masham entlassen oder mich." Er verlangte darüber die Ansichten Godolphins und der Häupter der Whig-Partei. Godolphin war gegen einen solchen entscheidenden Schritt, Sunderland war lebhaft dafür. Man einigte sich nicht.

Godolphin versuchte ein anderes Mittel. Auf seine Bitte begab sich Lord Somers zu der Königin, um sie durch Vorstellungen zur Zurücknahme ihres Befehls zu bewegen. Die Vorstellungen blieben fruchtlos.

Von da an markiren sich die zwei Richtungen unter den Freunden Marlboroughs schärfer ab. Die eine, vertreten hauptsächlich durch Godolphin und Somers, wünscht und erbittet zuerst seine Rückkehr nach der Stadt, in der Hoffnung, daß er selber in einer Audienz bei der Königin die Sache ausgleichen werde. Marlborough ging auf diesen Rath nicht ein. Er erwog den Gedanken eines anderen Briefes, in welchem er nicht so bestimmt die Alternative der Entlassung stellen würde.

Die andere Richtung, hauptsächlich vertreten von Sunderland, war geneigt die Sache im Parlamente anzuregen, und durch eine Adresse desselben die Königin zur Entlassung der Frau Masham aufzufordern. So bitter gegen die letztere auch der Haß der Lady Marlborough sein mochte: so stimmte sie doch darin ihrem Schwiegersohne nicht bei [1]). Aber das Gerücht, daß etwas dieser Art im Werke sei,

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 231.

blieb der Königin und ihrer Umgebung nicht unbekannt. Sie wollten es nicht darauf ankommen laſſen. Die Königin ließ Godolphin rufen und ſagte ihm: „Nach reiflicher Erwägung der Vorſtellungen des Lords Somers beſtehe ich nicht auf die Verleihung des Regimentes an den Oberſten Hill. Melden Sie das dem Herzog von Marlborough, wie ich es ihm auch perſönlich ſagen werde, wenn ich, wie ich hoffe, ihn bald hier ſehe."

Erſt nach dieſer Erklärung traf der neue Brief Marlboroughs ein. Er zeichnet das Verhältnis wie folgt [1]).

„Madame. Nach den Nachrichten, die ich aus London empfange, geruhen Ew. Majeſtät die Sache ſo aufzufaſſen, als müßte ich bei nochmaliger Erwägung anerkennen, daß Ew. Majeſtät im Rechte waren, das erledigte Regiment dem Oberſten Hill zu verleihen. Ich bitte Ew. Majeſtät, mir die Gerechtigkeit zu erweiſen, nicht mich für ſo unvernünftig zu halten, daß ich mich in ſolchem Maße wie jetzt gekränkt fühlen würde, wenn nur dieſe eine Sache vorläge. Denn ich werde immer bereit und freudig ſein, alles zu verrichten, was Ihnen genehm, wenn ich zuvor dargelegt habe, was etwa Ihrem Dienſte zum Nachtheile gereichen würde. Aber jene Sache iſt nur eine der ſchweren Kränkungen, die mir auferlegt worden ſind. Und da ich nicht viele Gelegenheiten haben werde an Sie zu ſchreiben, ſo geſtatten Ew. Majeſtät mir die Bitte zu erwägen, was Ihre eigenen Unterthanen, was die übrige Welt, die Zeugen ſind der Liebe und des Pflichteifers, mit welchem ich Ihnen gedient habe, urtheilen müſſen, wenn ſie ſehen, daß alles, was ich geleiſtet, nicht ausgereicht hat, mich gegen die Bosheit einer Kammerfrau zu ſchützen [2]). Geſtatten Ew. Majeſtät mir bei dieſer Gelegenheit Ihnen alles dasjenige ins Gedächtnis zurückzurufen, was ich während des letzten Feldzuges gemeldet habe, in Betreff meiner gewiſſen Kenntnis der Verſicherung von Frau Maſham an Herrn Harley, daß ich beſtändig ſolche Kränkungen empfangen würde, welche mir unmöglich machen ſollten, in Ihrem Dienſte zu beharren. Der allmächtige Gott und die ganze Welt ſind meine Zeugen, mit welcher Sorgfalt und Mühe ich Ihnen nun mehr als zwanzig Jahre

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 233.

[2]) To protect me against the malice of a bedchamber woman.

gedient habe, und ich war entschlossen, wenn möglich, mit den Schwierigkeiten bis zum Ende des Krieges zu kämpfen. Aber die vielen Beweise, die ich von der großen Wandlung Ew. Majestät mir gegenüber erfahren, haben die Schwingen meines Geistes so gelähmt, daß ich als die größte und letzte Gunst ansehen muß Ihre Einwilligung in meinen Abschied, damit ich die geringe Zeit, die ich noch zu leben habe, in Dankbarkeit gegen Gott für den mir verliehenen Schutz hinbringen kann." Es folgt dann die wiederholt schon vorgekommene Betheuerung, daß er in der Zurückgezogenheit für das Wohl der Königin beten wolle.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Königin vergessen haben sollte, daß erst wenige Monate zuvor Marlborough das Ober-Commando auf Lebenszeit verlangt hatte.

Wie die Dinge äußerlich lagen, durfte Marlborough allerdings sich auf das Urtheil der übrigen Welt beziehen. Der kaiserliche Resident Hoffmann meldete heim: „Durch die Ernennung des Obersten Hill hat die Königin an den Tag gegeben, daß ein so geringes Frauenmensch wie ihre Kammerdienerin, und zwar in einer militärischen Sache wie diese, mehr Credit und Vermögen bei ihr hat als der General-Capitän"[1]). — Man sieht aber auch daraus, daß die herrschende Meinung, welche in der Hauptsache Marlborough Recht gab, auch die Ansicht von einer untergeordneten Stellung der Frau Masham acceptirte. Dem gegenüber muß daran erinnert werden, daß sie, ihrer Herkunft nach, von der einen Seite die Großeltern gemein hatte mit der Herzogin von Marlborough, von der anderen Seite mit Sir Robert Harley. Welche Stellung die Königin ihr gab, hing doch nur von dieser selbst ab. In der Unterredung mit Lady Marlborough vom Jahre 1707 bezeichnet Frau Masham selber sich als Secretärin für die geringeren Gesuche.

Auf den Rath Godolphins entschloß sich die Königin, Marlborough brieflich zu antworten. In dem Briefe gab sie Marlborough die Versicherung, daß sein Argwohn unbegründet sei, und sprach den Wunsch seiner unverzüglichen Rückkehr aus, wo sie ihm dann selbst

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. Februar.

ſagen werde, daß Niemand vermöge zu ſeinem Nachtheile auf ſie einzuwirken. Den Brief übergab ſie an Godolphin [1]).

Was immer dieſer von der Aufrichtigkeit des Briefes urtheilen mochte: er ſowohl wie die Lords Somers und Kanzler Cowper waren der Anſicht, daß nach dieſem Briefe Marlborough zurückkehren müſſe. Derſelben Anſicht waren die Häupter der Whig-Partei. Marlborough kehrte zurück, am 21. Januar 1. Februar, nach zehntägiger Abweſenheit.

Aber er kehrte zurück mit der Abſicht, die Entlaſſung der Frau Maſham zu verlangen. Dies war es, was die Königin fürchtete, ob von ihm, ob vom Parlamente aus. In dieſer ihrer Beſorgnis wandte ſie ſich, direct und indirect, an eine Reihe von Perſönlichkeiten, auch an Jacobiten. „Man ſah, erzählt Lady Marlborough, mehrere von dieſen zu Hofe eilen, geſchäftigen und befriedigten Angeſichtes, als wenn nun ſie die Regierung in die Hand bekommen würden" [2]). Aber die Königin fand auch Hülfe an den Lords Godolphin, Somers, Cowper. Sie waren der Anſicht, daß ein ſolcher Appell an die Königin, wie ihn Sunderland beabſichtigte, der Verfaſſung nicht entſpreche. „Im Unterhauſe, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, waren Viele geneigt zu einer ſolchen Adreſſe; aber die Gemäßigten hielten zurück. Im Oberhauſe hat Godolphin einen dahin gehenden Antrag verhindert" [3]).

Jene Lords thaten für die Königin noch den weiteren Schritt auch Marlborough anzurathen, die Forderung fallen zu laſſen [4]). Er gab nach.

Formell war durch das Zurücktreten der Königin von dem einmal gegebenen Befehle der Sieg auf Seiten Marlboroughs. Seine Autorität bei der Armee hatte nicht gelitten. Er vergab nunmehr das erledigte Regiment einem ſeiner Anhänger, Meredith. Und doch durfte auch die Königin es als einen Erfolg anſehen, daß bei der ſchwierigen Lage, in die ſie ſich durch jenen übereilten Befehl geſetzt, ſie mit dem Zurückziehen desſelben davon kam, und ihre geliebte Frau Maſham ſich erhielt.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 18.
[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 235.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 4. Februar.
[4]) Coxe vol. III, p. 19.

Lady Marlborough erzählt, daß man der Königin diesen Ausgang dargestellt habe als eine Art von Sieg über die Marlborough-Familie [1]).

Es wird berichtet, daß die Königin den zurück gekehrten Marlborough mit einer Freundlichkeit empfing, wie in den Tagen seiner höchsten Gunst [2]). Innerlich durfte man sich beiderseitig nicht verhehlen, daß diese Begegnung nicht eine Versöhnung bedeutete, sondern daß der Kampf nur nicht ausgefochten war, und sich erneuern würde je nach Zeit und Gelegenheit.

Marlborough persönlich jedoch ward der Theilnahme an dem Kampfe der Principien, der damals in England sich vorbereitete, bereits einige Tage später entzogen. Ungeachtet der Resolution der Generalstaaten vom 14. December 1709 hatte dennoch die französische Politik, wie wir später genauer ersehen werden, neue Unterhandlungen mit der Republik angeknüpft. Bei der notorischen Friedensneigung vieler Mitglieder in der Republik erhob sich bei der Whig-Partei in England die Besorgnis, daß es dennoch der französichen Politik gelingen werde, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen. Aus dieser Besorgnis erwuchs der Wunsch, daß Marlborough nach Holland hinüber gehen möge, um die Verhandlungen zu überwachen. Zu diesem Zwecke beantragte sie eine Adresse an die Königin. Es war also nicht, wie man nach dem Verlaufe der Dinge geurtheilt hat [3]), ein Kunstgriff Harleys und der Tory-Partei, um Marlborough unter einem scheinbaren Vorwande zu entfernen. Vielmehr widerstrebte die Tory-Partei im Unterhause jener Adresse als einem Eingriffe in die Prärogative der Königin. Sie ward beschlossen mit 282 gegen 101 Stimmen [4]). — Das Oberhaus trat der Adresse bei.

Der zweite Satz dieser Adresse lautet wie folgt: „Wir können nicht umhin diese Gelegenheit zu ergreifen, um unsere Ansicht von den großen und unvergleichlichen Diensten des Herzogs von Marlborough auszusprechen, und mit allem denkbaren Pflichtgefühl der großen Weisheit Ew. Majestät unseren Beifall darin zu zollen, daß Sie den Charakter eines Generals und eines Botschafters in ihm einer und

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 235.
[2]) Coxe vol. III, p. 20.
[3]) A. a. O. p. 21, und ähnlich Stanhope p. 410.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.

derselben Persönlichkeit anvertraut haben, die, nach unserer unterthänigen Meinung, so sehr befähigt ist, zwei so wichtigen Stellungen zu genügen."

„Dieser Absatz, meldet Hoffmann, ist deshalb eingeschaltet worden, damit, nach dem was neulich geschehen, der Credit und die Reputation des Herzogs außer Landes empor gehalten werden soll. Man hat der Königin, welche im anderen Falle es hätte übel nehmen können, diese Nothwendigkeit vorgehalten. Wiewohl es ihr innerlich nicht gefallen haben dürfte" [1]).

Das Verhalten der Königin bewies allerdings zur Genüge, daß es ihr nicht gefiel. Als der Treasurer Godolphin den Entwurf einer Antwort im Sinne jener Adresse vorlegte, erwiederte sie, daß sie schon vorher dem Herzog von Marlborough den Auftrag der Ueberfahrt nach dem Haag gegeben. Sie blieb dabei, ungeachtet der Zweifel Godolphins. Demgemäß ward eine andere Antwort, dem Willen der Königin entsprechend, abgefaßt, lautend: „Mylords und Herren. Bei der kritischen Lage der Dinge in Holland, bin ich so sehr überzeugt von der Wichtigkeit der Anwesenheit des Herzogs von Marlborough dort, daß ich die nothwendigen Anordnungen für seine sofortige Abreise bereits getroffen habe, und es freut mich sehr aus Eurer Adresse zu ersehen, daß Ihr in der gerechten Würdigung der hervorragenden Dienste des Herzogs von Marlborough mit mir überein stimmt" [2]).

Indem die Antwort die Priorität des Gedankens, Marlborough nach Holland zu senden, für die Königin in Anspruch nahm, hatte sie augenscheinlich den Zweck, die Prärogative der Krone zu wahren, war demnach in demselben Sinne abgefaßt, in welchem die Tories die Adresse bekämpft hatten.

Der Prozeß Sacheverell.

Inzwischen waren die Vorbereitungen zu dem Prozesse Sacheverell getroffen. Der Beginn desselben ward auf den 27. Februar/10. März angesetzt.

Das geräuschvolle Vorgehen der Whig-Partei und der Regierung gegen den an sich selber unbedeutenden Mann und seine wenig gehalt-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. März.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 151.

volle Predigt könnte erscheinen wie das Auffahren einer Batterie gegen einen Sperling. Aber die Whig-Partei wollte in dem Individuum Sacheverell die Ideen treffen, zu deren Herolde er sich aufgeworfen. Bei der Ueberlegenheit ihrer Zahl im Oberhause wie im Unterhause war es wahrscheinlich, daß der Prozeß auslaufen würde in die öffentliche und feierliche Verurtheilung nicht blos der Persönlichkeit, sondern auch der von ihr verkündeten Meinungen, daß mithin in Sacheverell die Tory-Partei getroffen würde [1]).

Aber die Whig-Partei und die Regierung, Marlborough und Godolphin, mochten dabei nicht zur Genüge erwogen haben, daß auch die Gegner von ihrem Standpuncte aus die entsprechenden Folgerungen ziehen, daß daher der Angeklagte, wenn nicht um seiner Person, so um der Sache willen, welche in ihm die Whigs zu treffen suchten, Fürsprecher finden würde. In der That stand die Persönlichkeit des Sacheverell bei den Tories nicht in höherem Ansehen als bei den Whigs [2]); aber es eröffnete sich ihnen durch die Sache selbst eine günstige Gelegenheit, öffentlich gegen die Whigs aufzutreten und die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Hatten die Whigs die sichere Aussicht, daß die Verurtheilung des Sacheverell und seiner Predigt ihnen nicht fehl schlagen könne: so erwuchs für die Tories die Hoffnung, daß dennoch der moralische Sieg der Sache ihnen verbleiben könne.

Zu dieser Hoffnung hatte die Whig-Partei Anlaß genug gegeben [3]). Ein Freund der Familie Marlborough sagt darüber: „Ich glaube, daß es niemals eine Gesellschaft von Leuten gegeben hat, welche so ungescheut und so geflissentlich der Irreligiösität und Unmoralität huldigten, die geradezu so darauf ausgingen, die jungen Edelleute höheren und niederen Standes zu verleiten und zu verderben. Dadurch haben sie bei den rechtschaffenen Leuten aller Richtungen großen Anstoß erregt. Sie haben jede Gelegenheit benutzt, Verachtung auf die anglicanische Geistlichkeit zu bringen. — Fügen Sie ferner dazu die

[1]) Somerville p. 376.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 17: Nor are the Tories so simple as to like the man better than the Whigs. — Es sind die Worte des Dr. Hare, Caplans der Familie Marlborough. Er sucht in diesem ausführlichen Schreiben der Lady Marlborough die Wandlung der Dinge in England in der ihm möglichst objectiven Weise darzulegen.

[3]) A. a. O. p. 18.

zahlloſen Flugſchriften der letzten Jahre, mit denen die Nation überſchwemmt wurde, in denen man die Religion und die Kirche in einer früher nie erhörten Art inſultirte."

Waren die Hochkirchlichen ſchon aus ſich principiell gegen die Whig-Partei, ſo war es ihnen bei einem ſolchen Verhalten derſelben um ſo leichter, ihren Gegenſatz wider jene als die Sache der Religion und der Moral anzuſehen, und darunter namentlich auch das Verfahren gegen ein Mitglied des geiſtlichen Standes zu begreifen.

Wie ſehr beiderſeitig die Erregung der Gemüther im beſtändigen Wachſen begriffen war, zeigt das Verhalten einer beſonderen Perſönlichkeit. Der General Stanhope, der ſich von Spanien her in London befand, hatte bereits ſeine Rückkehr dahin als dringend nothwendig erklärt. Dann aber ließ er als Mitglied des Unterhauſes ſich bewegen einen der Ankläger abzugeben [1]).

Die allgemeine Erregung erreichte ihren Höhepunkt mit dem Beginne des Prozeſſes. Die Sympathien der Bevölkerung für Sacheverell gaben ſich in ſtarker Weiſe kund. Es blieb nicht bei friedlichen Demonſtrationen. Am Abende des 1./12. März rotteten ſich viele tauſende von Menſchen zuſammen und begingen Thätlichkeiten. Sie warfen ſich auf mehrere Kirchen der Presbyterianer, ſchlugen die Thüren ein, holten das Brennbare hervor und ließen es auf öffentlichen Plätzen auflodern. Eine Abtheilung der Leibwache, Cavallerie und Infanterie, zerſtreute die Haufen. Am nächſten Tage richtete das Unterhaus in einer Adreſſe an die Königin die Bitte: ſie wolle den von den Papiſten, den Eidweigernden und anderen dem Rechte der Königin auf die Krone und ihrer Regierung feindlich geſinnten Perſonen erregten Aufruhr unterdrücken, und zu dieſem Zwecke eine Proclamation erlaſſen. In der That erfolgte eine ſolche Proclamation, welche, nach der üblichen Weiſe, die Katholiken auf zehn Meilen von London verwies. Es war aber auch eben ſo hergebracht, daß dieſe Drohung niemals ausgeführt wurde [2]). Für die Entdeckung eines Rädelsführers wurden 100 Pfund Sterling ausgeſetzt.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 11. März.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 14. März. Die Commons Debates vol. IV, p. 152, ſchweigen über dieſe Adreſſe und die Proclamation.

„Auch ſonſt im Lande, fügt der kaiſerliche Reſident Hoffmann hinzu, haben Unruhen ſtattgefunden. Man iſt nicht ohne dringenden Verdacht, daß ſie von Perſonen von Conſideration angeſtiftet, nicht des Prädicanten wegen, ſondern um alles in Confuſion zu bringen und dadurch Frankreich zu erleichtern. Denn es fehlt in dieſem Königreiche nicht an Leuten, die aus Haß und Neid gegen die Whigs mehr für den Prinzen von Wales, ungeachtet ſeiner Religion, als für das Haus Hannover ſind, aus keiner anderen Urſache, als weil hauptſächlich die Whig-Partei die Succeſſion auf dieſes Haus feſtgeſtellt, und weil ſie Frankreich, ohne deſſen Hülfe und Zuthun jener Prinz unmöglich zur Krone gelangen kann, lieber proſperiren als leiden ſehen. Wie man denn auch aus Frankreich längſt die Nachricht hat, daß von dort aus die Vorgänge hier mit ſcharfen Augen beobachtet werden. Das Miniſterium muß Verdacht haben, weil es ſeit acht Tagen über alle Perſonen, die mit Poſtſchiffen in Harwich eintreffen, genaue Beſchreibungen einfordert."

Dieſer Bericht des kundigen Augenzeugen thut dem Thatbeſtande, daß die Sache des Sacheverell ſich in der Bevölkerung großer Sympathien erfreute, keinen Eintrag.

Wie bei den Geringeren, ſo trat auch bei den Höheren für die wochenlange Dauer des Proceſſes alles Andere zurück gegen dieſen. „Man denkt hier, meldet einer der Geſandten, weder an den Frieden, noch an den Krieg. Man hat kein Gehör, noch Geſicht, als nur für die Sache Sacheverell. Die Miniſter ſind für uns unzugänglich"[1]).

Für die Königin war eine eigene Tribune errichtet, für den Fall daß ſie zuhören wolle. Die Geſandten bezweifelten dies vorher, „in der Erwägung, daß gegen die Lehre der Pflicht des paſſiven Gehorſams, die unter anderen der Prädicant vorgebracht, viele ſcharfe und unangenehme Reden auf die Bahn kommen werden"[2]). In der That blieb die Königin am erſten Tage aus, nicht mehr am zweiten. Von da an erſchien ſie regelmäßig und blieb jedes Mal vom Anfang bis zum Ende, ſo ſehr, daß ſie in einem eigens dazu eingerichteten Zimmer in Weſtminſter Hall ſpeiſte, und nach vollendeter kurzer Mahlzeit ſofort wieder zur Stelle war[3]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. März.
[2]) Desgleichen vom 7. März.
[3]) Desgleichen vom 21. März.

Dagegen waren die Anordnungen ſo getroffen, daß die Geſandten der fremden Mächte keinen Zutritt erlangen konnten. Das hinderte dieſe nicht und namentlich nicht den befähigtſten unter ihnen, den Grafen Gallas, über den ganzen Vorgang ſich ſein Urtheil zu bilden und heim zu berichten. „Es iſt der Parteieifer, meldet er, der in dieſer Sache dominirt. Man hat die zwölf Oberrichter des Königreiches (die judices regni) über die Geſetzmäßigkeit einer ſolchen Anklage befragt. Sie haben dieſelbe einſtimmig verneint. Wenn die Sache vor ihr Tribunal gebracht würde, ſo würden ſie dieſelbe als nicht legal abweiſen. Dennoch hat die Mehrheit beſchloſſen zu procediren. Allerdings haben ſie die Mehrheit der Zahl. Sie werden demnach den Angeklagten verurtheilen. Und dennoch haben ſie eine große Thorheit begangen. Die Strömung von unten auf ſchwillt an gegen ſie. Was an Uebergriffen der Partei, an Unrecht gegen die Schwächeren begangen iſt, das kommt alles jetzt zur Sprache. Sie ſiegen äußerlich. Aber ihr äußerlicher Sieg wird innerlich der Beginn ihres Niederganges ſein, und dies wird verderblich zurück wirken auf die Angelegenheiten Europas" [1]).

Das Unterhaus hatte vier Anklagepunkte aufgeſtellt, nämlich: Sacheverell behaupte, daß die zur Durchführung der Revolution (von 1688) angewendeten Mittel nicht zu rechtfertigen ſeien; ferner, daß die durch das Geſetz gewährte Toleranz (für alle von der Hochkirche Abweichenden) unverantwortlich ſei; daß die Kirche von England ſich unter der Königin in großer Gefahr befinde; und daß die derzeitige Regierung ausgehe auf die Vernichtung der Verfaſſung [2]). Für jeden der vier Anklagepunkte waren fünf Redner aufgeſtellt, alſo zwanzig; Sacheverell dagegen hatte fünf Vertheidiger. Die Anklage nahm vier Tage in Anſpruch, eben ſo viele die Vertheidigung, zwei die Replik und die Duplik.

Ueber die Anklage fällt einer der Augen- und Ohrenzeugen, der ſchottiſche Jacobit Lockhart, ſein Urtheil wie folgt. „Die vom Unterhauſe aufgeſtellten Wortführer benahmen ſich mit aller erdenklichen Dreiſtigkeit. In ihren Reden erhoben ſie die Behauptung, ſogar in Gegenwart der Königin, daß, wenn das Recht zur Krone erblich

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 3. April.

[2]) Somerville p. 377.

und unvertilglich wäre, dann der Prinz jenseit des Meeres — indem sie damit den König meinten — und nicht die Königin den rechtmäßigen Anspruch hätte, während dagegen sie, die Königin, kein anderes Recht besäße als dasjenige, welches sie dem Volke verdanke. Und weiter behaupteten sie, daß vermöge der Grundsätze der Revolution (von 1688), auf welche die Constitution gebaut wäre und mit welchen die Gesetze des Landes übereinstimmten, die Nation berechtigt sei, ihren Souverän zu verjagen oder bei Seite zu setzen, je nachdem sie Grund dazu sähe [1]). Obwohl, ohne Zweifel, in diesen Behauptungen viel Wahres lag, so ist doch leicht zu ermessen, daß die Königin nicht sehr erfreut sein konnte, sie ausgesprochen zu hören, sogar in ihrer eigenen Gegenwart, in so demonstrativer Weise, und vor einer so großen Versammlung ihrer Unterthanen. Denn wenn auch die Souveräne diese und ähnliche Doctrinen in so weit gern haben als sie ihnen als Mittel dienen zum Throne zu gelangen: so finden sie doch, wenn sie einmal denselben besitzen, daran so geringes Gefallen, wie diejenigen, welche succediren nach unzweifelhaftem Erbrechte."

Stellen wir dem Urtheile des Jacobiten Lockhart dasjenige eines Nicht-Jacobiten zur Seite, des Dr. Hare, des Freundes der Familie Marlborough, wie er es im Laufe des Jahres 1710 an die Lady Marlborough nieder schrieb [2]).

„Was den Prätendenten betrifft, sagt er, so kann ich nicht wahrnehmen, daß die Tories direct zu seinen Gunsten Schritte gethan haben; aber die Whigs haben, nach meiner Ansicht, einen sehr großen Schritt dieser Art gemacht. So auffallend dies Wort erscheint, werden Ew. Gnaden es als wahr anerkennen, wenn Sie erwägen, was im Prozesse Sacheverell geschehen ist."

„Eins der wichtigsten Motive, welches die Nation so einstimmig in die Revolution (von 1688) hinein zog, war die vermuthete Illegitimität des Prätendenten. Was immer die Ansichten einiger weniger Personen vom höchsten Range darüber gewesen sein mögen, so ist doch gewis, daß die Nation im Allgemeinen völlig von dieser Meinung

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 312: The people might turn out or lay aside their sovereigns as they saw cause.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 20.

eingenommen war. Daher iſt es, nach meiner Anſicht, ganz augenſcheinlich, daß nichts die (Conſequenzen der) Revolution ſo ſehr erſchüttern kann, als dem Volke dieſe Meinung zu benehmen. Hätten die Tories dieſen Verſuch gemacht, ſo würde dies eine vortreffliche Handhabe geboten haben, ſie als Jacobiten hinzuſtellen. Allein nicht die Tories, ſondern die Whigs haben es in der möglichſt öffentlichen Weiſe in Weſtminſter Hall gethan. Sie haben die Legitimität des Prinzen dort voraus geſetzt oder eher beſtätigt, und behauptet, daß das Erbrecht an ihm hafte. Dadurch ſind viele tauſende der Nation bewogen worden ihre Meinung zu ändern, und dies dürfte in nicht geringem Maße die (Conſequenzen der) Revolution in Gefahr bringen."

„Denn wenn auch ſeine Ausſchließung vom Throne, bei Vorausſetzung ſeiner Legitimität, nicht für ungerecht gehalten werden mag, ſo wird es doch als hart erſcheinen, daß ein Prinz um der Fehler ſeines Vaters willen, an denen er nicht betheiligt, ein Königreich verlieren ſoll. Auch iſt im Volke immer eine ſtarke Neigung zum Mitleide mit unſchuldigen Prinzen im Unglücke. Darum hätte, nach meiner geringen Anſicht, für die (Conſequenzen der) Revolution nichts dienlicher ſein können als jene Meinung aufrecht zu halten, andererſeits für den Prätendenten nichts ſo vortheilhaft als ſie zu verneinen. Auch ſehe ich nicht, welchen guten Zweck die Whigs dabei verfolgen konnten, es wäre denn der, daß ſie ſich die Macht zuſprächen, Könige zu ernennen. Ein ſolcher Anſpruch würde ihnen aber zu nichts dienen als den Souverän zu beleidigen und ſich bei der Maſſe der Nation unbeliebt zu machen."

Bereits am 1./16. März, nachdem alſo die Whig-Partei die Anklagen entwickelt, meldete Godolphin ſeine Klage über die Thorheiten in dem Vorgehen derſelben. Er wünſchte bereits, daß man den Prozeß nicht begonnen hätte [1]).

Die Reden der Whigs und der Tories in Weſtminſter Hall kranken, bei aller Ausführlichkeit, an der Nicht-Beachtung wichtiger Factoren der Umwälzung von 1688, und zwar einer Nicht-Beachtung, die ihren Grund in dem engliſchen National-Charakter haben mag, nämlich in der Präoccupation, als ſei die Umwälzung von 1688 eine

[1]) Coxe vol. III, p. 25.

lediglich englische Angelegenheit gewesen, von englischen Factoren vollbracht. Deshalb erscheint es hier, wo von dem Prozesse Sacheverell an eine Richtung sich kund gibt, die im Widerspruche mit den Consequenzen von 1688 steht, zweckmäßig zu sein, uns den Thatbestand, wie er sich aus dem Zusammen-Wirken der europäischen Factoren für die englische Umwälzung von 1688 ergibt, in kurzen Zügen wieder zu vergegenwärtigen [1]).

Jacob II., als Katholik zur Regierung gekommen, war, das erste Jahr seiner Regierung hindurch, ein populärer König. Er verlor, vom December 1685 an, die Zuneigung vieler Engländer hauptsächlich durch zwei Bestrebungen, nämlich sich eine starke stehende Armee zu sichern und die katholische Religion in England wieder aufzurichten. Von da an wagte er nicht wieder ein Parlament zu berufen.

Er erhielt für seine Bestrebungen zu vermeintlichen Gunsten der katholischen Religion weder die Zustimmung des Papstes Innocenz XI., noch des Kaisers Leopold I. Desto mehr wurde ihm Lob und Aufmunterung zu Theil von Ludwig XIV., dessen Absicht dabei Jacob II. nicht durchschauete. Das Ziel Ludwigs XIV. war, beim Absterben des letzten schwachen Habsburgers in Spanien, Carls II., die Monarchie desselben an sich oder sein Haus zu bringen. Es war nicht zu erwarten, daß ein König von England, auch nicht Jacob II., dies ruhig geschehen lassen würde. Darum suchte Ludwig XIV. den König Jacob II. daheim zu verwickeln, damit England, durch innere Zwietracht lahm gelegt, nach außen hin sich nicht bethätigen könne.

Dem Wesen nach dasselbe System der Politik befolgte Ludwig XIV. gegenüber der Republik der Niederlande und England zusammen. Auch die Republik würde voraussichtlich den Uebergang der spanischen Monarchie an das Haus Bourbon nicht gestatten. Deshalb suchte die Politik Ludwigs XIV. Feindschaft auszusäen zwischen ihr und England, namentlich zwischen den Häuptern, dem Könige Jacob II. und dessen Schwiegersohne Wilhelm III. von Oranien. Der Oranier, ausgehend von der Ueberzeugung, daß gegen die Uebermacht Frankreichs nur das Zusammen-Gehen der zwei Seemächte und wiederum

[1]) Man vergleiche meine ausführliche Darlegung in Bd. III und IV dieses Werkes.

beider mit dem Kaiser Leopold I. Sicherheit gewähre, suchte beim Regierungs-Antritte Jacobs II. Aussöhnung und Freundschaft mit seinem mistrauischen Schwiegervater. Bereits im zweiten Jahre der Regierung Jacobs II. gelang es der Arglist der französischen Politik, das gute Einvernehmen zu stören und das Mistrauen Jacobs II. gegen seinen Schwiegersohn höher zu steigern als je zuvor.

Eben so gelang es den Agenten Ludwigs XIV., in der Republik der Niederlande Mistrauen gegen Jacob II. zu erregen. Als das furchtbarste Schreckbild in der Erinnerung der Holländer stand ihnen vor das Jahr 1672, wo sie zugleich zu Lande und zu Wasser den Angriffen der zwei gegen sie verbündeten Könige, Ludwigs XIV. und Carls II. von England, ausgesetzt gewesen waren. Vom zweiten Jahre der Regierung Jacobs II. an erhob sich bald hier, bald dort, bald auf diese, bald auf jene Weise das Gerücht der Erneuerung eines solchen Bündnisses zwischen Ludwig XIV. und Jacob II. Anfangs ward das Gerücht in der Republik verlacht, dann mit Zweifel erwogen, endlich für wahr gehalten, so sehr daß es, ungeachtet der Verneinung Jacobs II., als die allgemeine Meinung in der Republik zum wichtigsten Factor für die auswärtige Politik derselben wurde. Denn auf Grund dieser allgemeinen Meinung, obwohl sie nicht begründet war, bildete sich der Entschluß aus: besser als die Abwehr eines erfolgten Angriffes sei das Zuvorkommen. Vom Ende des Jahres 1687 an begannen die Rüstungen der Republik.

Der Oranier war der hauptsächlichste Vertreter dieser Gedanken. Aber er war nicht souveräner Herr der Republik, sondern Erbstatthalter von fünf Provinzen, und General-Capitän der Streitkräfte der Republik. Er konnte jene Gedanken nur zur That machen, wenn die anderen Häupter in der Republik ihm beistimmten, wenn ihre Furcht vor Jacob II. so stark war, daß sie das Mistrauen gegen die etwaigen Souveränetäts-Gelüste des Oraniers daheim überwand, und darum ihm die Kriegesmittel der Republik anvertraute.

Unterdessen war in England die Unzufriedenheit, namentlich bei der Aristokratie, gegen Jacob II. in beständigem Wachsen. Nicht wenige Mitglieder derselben hofften und verlangten Abhülfe von dem Oranier. Er dagegen stellte als Bedingung eine Einladung an ihn nach England. Aber, so lange Jacob II. söhnelos und demnach die

Aussicht da war, daß das System seiner Regierung mit seinem Tode enden, daß die präsumtive Thronerbin Mary, die Frau des Oraniers, die Dinge herstellen würde, konnten sie sich zu einer solchen Einladung nicht entschließen. Am 10./20. Juni 1688 jedoch erfolgte die Geburt eines Sohnes des englischen Königspaares. Dies Ereignis wirkte entscheidend auf den Entschluß einiger Mitglieder der englischen Aristokratie. Ihrer sieben erließen an den Oranier die von ihm gewünschte Einladung, mit dem unwahren Zusatze, daß unter tausend Engländern nicht Einer den kürzlich geborenen Prinzen für ächt halte, und mit der Bedingung, daß die Proclamation des Oraniers diesen Verdacht gegen Jacob II. auszusprechen habe. Der Oranier fügte sich, wenn auch mit wohl erkennbarem Widerstreben, in die schmähliche Bedingung.

Ludwig XIV. wußte eher und genauer als Jacob II., was in den Kriegeshäfen der Republik vorbereitet wurde. Er bot Jacob II. seine Hülfe an. Er ließ, im Anfange September 1688, der Republik drohend verkünden, daß er im Bündnisse mit dem Könige von England stehe, daß er, vermöge dieses Bündnisses, jedem Angriffe auf denselben entgegen treten werde. Jacob II. verneinte, der Wahrheit gemäß, dies Bündnis. Aber die Häupter der Republik glaubten nicht ihm, sondern jenem. Zugleich aber erkannten sie, daß der König von Frankreich in den nämlichen Tagen, wo er ihnen drohete, sich selber die Mittel benahm, seine Drohung auszuführen. Anstatt seine Armee nordwärts an ihre Grenze zu legen, schickte er, mitten im Frieden, sie südwärts und ostwärts, gegen den Papst und gegen den Kaiser. Seine Schiffe lagen abgetakelt im Hafen. Die Bahn also für den Oranier mit der Flotte der Republik nach England war frei. Die Republik erklärte nicht dem Könige Jacob II. den Krieg, sondern sie lieh dem Prinzen von Oranien, der nicht ihr Souverän war, ihre Kriegesmittel, damit er in eigenem Namen seine Rechte in England wahre, und den König Jacob II. zwinge zu einer anderen Politik nach innen, wie nach außen.

Der Oranier landete unfern Exeter. Er fand anfangs nicht die Zustimmung, die man ihm in Aussicht gestellt, und erwog bereits die Rückkehr. Dann aber brach Verrath in die Reihen des Königs Jacob II. ein. Nicht die Armee als solche verließ ihn, sondern einige Häupter, namentlich Churchill, der spätere Marlborough, und unter

dem Beirathe desſelben und ſeiner Frau, Jacobs II. eigene Tochter Anna und ihr Gemahl. Dieſer Abfall mehr als die vielfachen Erhebungen in Waffen hier und dort, brach den Muth des unglücklichen Königs.

Von Mistrauen in ſeine ganze Umgebung erfüllt, von Furcht und Sorge, namentlich um ſeinen Sohn gequält, wählte dann der bethörte Mann den denkbar ſchlechteſten Ausweg. Niemals fähig die Argliſt ſeines Bruders von Frankreich zu durchſchauen, war er abermals bereitwillig auf deſſen Rath zu hören. Die Hoffnung Ludwigs XIV., daß der Oranier in England nachdrücklichen Widerſtand finden, daß die Streitkräfte der Republik und Englands, in einander ſich verbeißend, und dadurch auf lange Zeit ihm unſchädlich, ihm freie Hand belaſſen würden, in dem übrigen Europa ſeine Geſchäfte zu beſorgen, war fehl geſchlagen. Statt deſſen ſtieg vor ihm die Beſorgnis empor, daß, im Falle eines Ausgleiches zwiſchen dem Oranier und Jacob II., England und die Republik, gemäß dem Wunſche und dem Beſtreben des Erſteren, ſich geeinigt wenden würden wider ihn. Dieſe Gefahr war, wie es Ludwig XIV. ſchien, zu vermeiden, der Unfriede in England dauernd zu erhalten, wenn der rechtmäßige König mit Weib und Kind, dem Thronerben, ſich flüchtete nach Frankreich. Ludwig XIV. gab den Rath und Jacob II. befolgte ihn.

Aber nur der Königin mit dem Kinde gelang die Flucht, nicht ihm. Er ward angehalten. Er ward nach London zurückgeführt, nicht als Gefangener, ſondern als König. Noch einmal lag alles in ſeiner Hand. Aber den einmal verlorenen Muth fand er nicht wieder.

Für den Oranier dagegen hatten durch die gelungene Flucht des Thronerben die Dinge ſich völlig geändert. Er hatte der Republik, die ihn entſendet, dem Kaiſer, auf deſſen Zuſtimmung er hoffte, die Zuſage gegeben, die Thronfolge in England nicht anzutaſten. Aber höher ſtand ihm die Löſung der Aufgabe, welche ſein Vaterland von ihm erwartete, England mit der Republik zu einigen zum Bunde wider die übergreifende Macht Ludwigs XIV. Die Löſung dieſer Aufgabe war nicht möglich, wenn Jacob II. als König in England verblieb; denn einem Vater, der ſein Kind als das Unterpfand ſeiner Treue einem fremden Könige in die Hände gegeben, konnte nicht zugemuthet werden, ein Bündnis wider dieſen ſelben König einzugehen.

Daher durfte, wenn Wilhelm von Oranien seinen Zweck erreichen wollte, der König Jacob II. nicht in England bleiben. Von dieser Erwägung aus begann der Oranier, nach der Wiederkehr Jacobs II. von seiner Flucht, auf ihn zu drücken, ihn fühlen zu lassen, daß die Macht nicht mehr bei ihm. Jacob II. ließ geschehen. Er fügte sich der Forderung des Oraniers, seine Hauptstadt zu verlassen und sich, unter dem Geleite oranischer Truppen, nach dem Schlosse Rochester zu begeben. Er mußte aus der Haltung dieser Truppen, so wie aus vielen anderen Umständen erkennen, daß die Flucht aus England seinem Gegner lieb sein würde. Er wußte auch, daß er von Freunden noch nicht verlassen war. Allein er verließ sich selbst. Er floh zum zweiten Male, nicht gezwungen, sondern freiwillig, aber dies Mal endgültig, von seinen Kronen weg.

Es gab Engländer, die dann dem Oranier riethen, die Krone zu nehmen kraft des Rechtes der Eroberung. Er wies derartige Gedanken zurück. Denn der Oranier war in jeder Faser seines Wesens zuerst der holländische Patriot. Die Republik hatte ihn aber nicht entsendet, damit er für sich eine Krone gewinne, sondern damit er England mit der Republik verbünde zum Schutze wider die übergreifende Macht Frankreichs. Dieses Bündnis war am leichtesten zu erreichen und am sichersten zu behaupten, nicht wenn der Oranier aus sich die Krone nahm, sondern wenn er sie nahm auf den Antrag und die Bitte der Engländer. Darum berief er als der factische Inhaber der Regierungsgewalt ein Convent-Parlament und ließ den Reden darin freien Lauf, wohl voraussehend, daß je länger sie redeten, desto mehr sie sich in den thatsächlichen Zustand der Dinge hinein reden würden. Man mochte juristisch die Frage erörtern, ob derjenige, der die Krone verlassen, darum auch sie niedergelegt habe, ob mithin der Thron vacant sei: thatsächlich war es doch nicht anders. Der Oranier war im Besitze der Regierungsgewalt, und die Consequenz der Thatsachen mußte das Convent-Parlament dahin führen, den Besitz ihm auch rechtlich zu bestätigen, ihn als König anzuerkennen.

Wie aber der Oranier mehr um der Republik als um seiner selbst willen nach England gekommen, wie es sein Hauptzweck war, England und die Republik zum Bunde nach außen zu einigen, wie

daher die engliſche Krone ihm als dem holländiſchen Patrioten nicht der Zweck war, ſondern das Mittel zu jenem Zwecke: ſo beließ er, um die Engländer ſolidariſch an ſich und ſein neues Königthum zu binden, dem Parlamente freie Bahn, die innere Verfaſſung des Landes zu geſtalten nach ihrem Ermeſſen. So ſehr die Bill of Rights die bisherigen Prärogativen der Krone beſchränkte, der Oranier erhob um ſeines höheren Zweckes willen gegen keinen der Punkte einen Einſpruch. Und weiter ließ er die Thronfolge ſo feſtſtellen, daß, mit Ausſchluß der katholiſchen Linien des Hauſes Stuart, nach ihm das Erbrecht, welches er durchbrochen hatte, wieder in Kraft trat, mit Ausſchluß jedoch der katholiſchen Linien. Die Religion gab der Ausſchließung, welche ſich in erſter Linie gegen den Prinzen in St. Germain richtete, den populären Anſtrich. Für Wilhelm III. ſelber ſtand jedenfalls das politiſche Motiv höher, daß von der Rückkehr eines Stuart-Prinzen aus St. Germain für England die Gefahr einer franzöſiſchen Vaſallenſchaft, für die Republik diejenige eines Rachekrieges untrennbar erſchien.

Das Convent-Parlament von 1689 hatte alſo allerdings über die Krone zu Gunſten Wilhelms III. verfügt; aber es hatte nicht etwa den König Jacob II. abgeſetzt oder vertrieben, ſondern es hatte verfügt gemäß dem thatſächlichen Beſtande, den es, bei ſeiner Eröffnung, vorgefunden als die Folge des Zuſammen-Wirkens anderer Factoren, die zu einem großen Theile außerhalb Englands lagen.

Es iſt mit Nachdruck zu wiederholen, daß bei dem Principienkampfe der Whigs und der Tories in dem Prozeſſe Sacheverell die Einwirkung der nicht-engliſchen Factoren für die Umwälzung von 1688 faſt völlig unbeachtet blieb, daß die Parteien beiderſeits von der mit der Wirklichkeit nicht beſtehenden Meinung ausgingen, als hätten die Thatſachen von 1688/89, wie ſie auf dem Boden von England ſich abſpielten, dort allein auch ihren Urſprung und ihren Verlauf genommen. Von dieſer irrigen Vorausſetzung aus waren nicht bloß für die eine oder die andere, ſondern für beide Parteien weitere Irrthümer unvermeidlich.

Indem die Whig-Partei die Factoren von 1688, namentlich die nicht-engliſchen, nicht zur Genüge würdigte, oder auch ſie völlig aus den Augen verlor, konnte ſie, im Prozeſſe Sacheverell, dahin kommen,

für ſich oder für das Parlament von 1688/89 an der Umwälzung einen größeren Antheil der Cauſalität in Anſpruch zu nehmen als mit den Thatſachen vereinbar war. Indem die Tories, im Prozeſſe Sacheverell, die Grundſätze der Whigs verneinten, vergaßen ſie, daß ſie, gegenüber der Macht der Thatſachen von 1688, namentlich gegenüber der Flucht des ſich ſelber aufgebenden Königs Jacob II. noch viel weniger vermocht hatten, damals ihre Grundſätze zu bethätigen.

Auf Wilhelm III. war, im Jahre 1702, die Königin Anna gefolgt. Nach den Meinungen, welche die Whig-Partei im Prozeſſe Sacheverell verkündete, war dies geſchehen kraft der Parlaments-Acte von 1689, nach derjenigen der Gegner vermöge ihres Erbrechtes. Die Königin Anna, gemäß den Briefen, welche ſie, 1692 und ſpäter, an ihren Vater in St. Germain gerichtet, wußte zur Genüge, wie es um das eigentliche Erbrecht ſtand.

Die Frage nun, wie ſie ſich zu dem Prozeſſe verhalte, dem ſie mit äußerſter Aufmerkſamkeit folgte, hielt die Gemüther in beſonderer Spannung. Da jede der kämpfenden Parteien behauptete, die Königin auf ihrer Seite zu haben, ſo muß man annehmen, daß ſie ſich hütete vor jeder Aeußerung, die in die Oeffentlichkeit dringen konnte. „Vernünftiger Weiſe, ſagten die Whigs, kann ſie nicht für des Prädicanten Lehre ſein, wenigſtens nicht für den erſten Punct. Denn, wenn man kein Recht gehabt, dem Könige Jacob II. als der rechtmäßigen Obrigkeit Widerſtand zu leiſten, ſo iſt die Revolution in ſich ſelber im Unrecht. Denn hat der König Wilhelm III. die Krone nicht mit Recht beſeſſen, ſo hat auch die Königin ihm mit Unrecht ſuccedirt.“ — „Die Tories hat man im Verdachte Abſichten zu haben nicht ſo ſehr gegen die Königin als gegen die Thronfolge des Hauſes Hannover, weil dieſe von der Whig-Partei ſtabilirt worden iſt“ [1]).

Nachdem in dem Prozeſſe Sacheverell vierzehn Tage mit dem Anhören der Anklage und der Vertheidigung zugebracht waren, ward von Seiten der Tory-Partei im Oberhauſe die Frage formulirt, ob das Unterhaus mit ſeiner Anklage dem Rechte gemäß procedirt habe. Die Erörterung dieſer Frage nahm drei Tage in Anſpruch. Lord

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. März.

Nottingham allein redete täglich je drei bis vier Stunden. Endlich ward die Frage mit einer Mehrheit von achtzehn Stimmen bejaht.

Dann ſchritt das Oberhaus zu den einzelnen Puncten der Anklage, nämlich zu dem erſten, daß der Dr. Sacheverell die Pflicht des paſſiven Gehorſams und das Unrecht jeglichen Widerſtandes behaupte, und daß durch dieſe Behauptung die Revolution von 1688 für unrecht erklärt werde. Ueber dieſen Satz diſputirten die beiden Parteien im Oberhauſe von 11 Uhr Morgens bis Abends 9, eine jede nicht in der Hoffnung die Gegner zu überzeugen, ſondern ſie zu ermüden und zum Fortgehen zu bewegen. Indeſſen beiderſeits hielt man aus, und es erfolgte endlich das Urtheil des Oberhauſes mit 65 gegen 52 Stimmen, daß das Unterhaus dieſe Anklage bewieſen habe. — Die anderen drei Anklagepuncte als minder wichtig wurden am nächſten Tage, dem 17./28. März, mit gleicher Mehrheit bejaht.

Es kam dann die weitere Frage, ob der Prädicant dadurch ſich hoher Verbrechen im Sinne der Anklage ſchuldig gemacht habe. Die Erörterung über die Frageſtellung nahm wieder einen ganzen Tag in Anſpruch. Endlich ward entſchieden, daß die Frage kurz zu ſtellen ſei: ſchuldig oder nicht. Am 20./31. März erfolgte die Abſtimmung, und ergab mit einer Mehrheit von 17 Stimmen, 69 : 52, das Schuldig. Die Einrede des Sacheverell auf Nullität wurde verworfen.

Es handelte ſich endlich um das Strafmaß. Bei der Erörterung desſelben gaben ſich merkwürdige Einflüſſe kund. Einige ſprachen die Beſorgnis aus, daß im Falle einer ſcharfen Strafe ein Ausbruch der Volkswuth zu beſorgen ſei. Andere wollten wiſſen, daß die Königin Milde wünſche [1]). Nach verſchiedenen Anträgen einigte man ſich dahin, daß der Dr. Sacheverell auf drei Jahre vom Amte ſuſpendirt ſein und ſeine Predigt von Henkershand verbrannt werden ſolle.

Das Oberhaus lud das Unterhaus an ſeine Schranken, dies Urtheil zu vernehmen. Der Verdruß, der über dieſen Ausgang der Sache ſich bei manchen Mitgliedern des Unterhauſes regte, ſchien den Freunden des Sacheverell dort ein günſtiger Anlaß zu dem Antrage, der Ladung nicht Folge zu leiſten. In dieſem Falle wäre das Urtheil nicht verkündet, alſo die Sache unentſchieden hangen geblieben. Die Mehr-

[1]) Lords Debates vol. II, p. 276.

heit im Unterhauſe jedoch beſchloß der Ladung zu folgen[1]). Das Urtheil ward verkündet am 23. März 3. April.

Die Thatſachen haben dargethan, daß nicht dem Prozeſſe Sacheverell als ſolchem die Wichtigkeit beizumeſſen iſt, die er nach den äußeren Vorgängen zu haben ſcheint. Vielmehr waren dieſe Vorgänge Symptome einer Wandlung, die ſich im nationalen Leben der Engländer vollzog. Die Whig-Partei, in beiden Häuſern des Parlamentes in der Mehrheit, hatte gehofft, durch ein ſcharfes Urtheil über die unbedeutende Perſönlichkeit des Sacheverell zugleich den Principien der Gegenpartei einen ſchweren Schlag zu verſetzen. Es war alles anders gekommen. Nicht blos Volkshaufen, wie in den erſten Tagen, hatten zu Gunſten des Sacheverell demonſtrirt: in der Capelle von Whitehall ſelbſt hatte ein Prediger Palmer öffentlich für den verfolgten Dr. Sacheverell gebetet[2]). Denn darin lag der Kern der Sache: in weiten Kreiſen der engliſchen Nation ſah man die Anklage gegen Sacheverell an als einen Angriff auf die Hochkirche, und dies rief einen ungeheueren Rückſchlag hervor. Lady Marlborough, welche die Vorgänge in ſarkaſtiſcher Weiſe beſchrieben hat, hebt namentlich die Sympathie des weiblichen Geſchlechtes für die Perſönlichkeit des Sacheverell hervor[3]). Dieſer Factor iſt ſicherlich nicht zu unterſchätzen. Die Whig-Partei, anſtatt ſich durch den Ausgang des Prozeſſes zu befeſtigen, lernte erkennen, daß das Volk ihrer Herrſchaft müde war und ſich nach einer Aenderung ſehnte.

Sacheverell, obwohl ſchuldig geſprochen, durchzog das Land wie ein Triumphator. Wichtiger war, daß zugleich ein Sturm von Adreſſen an die Königin ſich erhob, alle überfließend von Loyalität und hochkirchlicher Geſinnung. Sie trugen bei, in der Seele der Königin den Entſchluß zur Reife zu bringen, den ſie mit ihren geheimen Berathern ſeit Jahren erwog, das, wie ſie es nannte, Joch der fünf tyranniſchen Whig-Lords abzuſchütteln.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 328.

[2]) A. a. O. p. 325.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 143: The weaker part of the ladies were more like mad or bewitched, than like persons in their senses.

Bevor aber dergleichen etwas erfolgen konnte, mußte das Parlament vertagt werden. Es geſchah am 16. April. Die Thronrede, das letzte Werk Godolphins in dieſer Art, athmet ſeine Geſinnung der Dankbarkeit und des Wohlwollens für dieſes Parlament. Sie ſchließt mit den Worten, daß die Vertagung nur kurz ſein ſolle, weil die Armee noch nicht im Felde, dagegen die franzöſiſchen Bevollmächtigten ſich noch in Holland befänden. Beſtimmter zu reden, hatte Marlborough vom Haag aus die Bitte um eine nur kurze Vertagung damit begründet, daß noch nicht abzuſehen ſei, ob nicht die Häupter der Republik, auf Grund der Beredungen mit jenen Bevollmächtigten, den Generalfrieden beantragen würden [1]). Die kurze Vertagung ward daher allgemein dahin gedeutet, daß, ſobald eine wirkliche Ausſicht auf den Frieden ſich ergebe, das Parlament wieder berufen werden ſolle [2]).

Die Erwähnung der franzöſiſchen Bevollmächtigten führt uns zu den neuen Beredungen, die damals in Geertruidenberg ſtatt fanden.

Die Friedens-Beredungen von Geertruidenberg.

Das Schreiben der Generalſtaaten, vom 14. December 1709, an die Königin von Großbritannien für die nachdrückliche Fortführung des Offenſiv-Krieges wider Frankreich, nahm die Thatſache der Exiſtenz einer ſtarken Friedenspartei in der Republik nicht hinweg. Darum durfte man ſich in Verſailles der Hoffnung hingeben, daß dennoch ein Vorſchlag zu abermaliger Unterhandlung nicht vergeblich ſein werde.

In den erſten Tagen des Monates Januar überreichte Petkum im Haag einen von Torcy ihm zugeſtellten Friedens-Entwurf. Dies war eine Umarbeitung der Präliminarien des Jahres zuvor, mit Ausſchluß jedoch der zwei wichtigen Artikel 4 und 37, welche von verbündeter Seite als die Tragſäulen des Ganzen angeſehen wurden [3]).

Torcy ſuchte zugleich in anderer Weiſe namentlich auf die Stadt Amſterdam einzuwirken. Ein franzöſiſches Schiff hatte Briefe von Barcelona her aufgefangen, darunter zwei des Duca di Moles, kaiſer-

[1]) Coxe vol. III, p. 36. Vom 28. März.

[2]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 28. April.

[3]) Lamberty t. VI, p. 2 et suiv.

lichen Botschafters bei Carl III. In dem einen Schreiben berichtete Moles dem Kaiser über die englischen Versuche, dem Könige Carl III. Minorka mit Port Mahon abzudringen; in dem anderen, an Marlborough gerichtet, führte er Beschwerde über das Auftreten des Generals Stanhope bei diesem Anlasse. Moles meldete, daß, ungeachtet aller Einwände, die man Stanhope entgegen gehalten, namentlich der Verpflichtungen Carls III. gegen die Republik der Niederlande, ferner des von ihm in Saragossa geschworenen Eides keine Theilung zuzulassen, jener dennoch beharrt habe, und in Minorka mit der Verkündigung englischer Gesetze und englischer Religionsfreiheit thatsächlich vorgegangen sei. Dies aber gereiche für Carl III. zu schwerem Nachtheile. Denn nachdem kurz zuvor die Anerkennung Carls III. durch den Papst Clemens XI. der Predigt des Religionskrieges wider ihn den Boden genommen, sei nun zu besorgen, daß das Gerücht, es werde von einer Kanzel auf spanischem Boden die Lehre Calvins gepredigt, die Gemüther aufs neue erregen werde. Stanhope jedoch, auf keine Vorstellung hörend, habe den König Carl bedroht mit der Einstellung jeder Zahlung, und dann sich im Zorne zur Heimkehr nach England eingeschifft. — Moles ersuchte also Marlborough entgegen zu wirken, daß Stanhope in London Zustimmung und Unterstützung finde[1]).

Wir haben zu seiner Zeit gesehen (S. 280), daß Marlborough an dem Vorgehen Stanhopes in Barcelona einen erheblichen Antheil der Mitschuld trug. Allein nicht darauf kam es hier an. Durch das Auffangen des Schreibens von Moles, durch die Mittheilung desselben an die Stadt Amsterdam, und damit an den gesammten Handelsstand der Republik, war die Sache in ein anderes Stadium getreten. Die Kaufleute murrten. Vergeblich suchte Lord Townshend sie durch den Hinweis auf das Versprechen der Königin zu beruhigen, daß Engländer und Holländer in Handel und Schifffahrt gleiches Recht genießen sollten. Der Unmuth über das Vorgehen Stanhopes in Barcelona und der Friedenswunsch in der Republik verschmolzen sich zu einem starken Drucke auf die Regierung der Republik. Heinsius sprach dem Grafen Sinzendorf und dem Lord Townshend offen aus, daß

[1]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 325.

dieſer Stimmung in der Republik eine Conceſſion gemacht werden müſſe, nämlich die Zulaſſung franzöſiſcher Bevollmächtigten zur Friedenshandlung, unter der Bedingung jedoch, daß vorher die Präliminarien von franzöſiſcher Seite unterſchrieben, und über nichts Anderes verhandelt werde als über ein Aequivalent für den Artikel 37. Er hoffe, der Kaiſer und die Königin würden unter dieſen Umſtänden ihre Zuſtimmung nicht verſagen [1]).

Townſhend willigte ein. Auch Sinzendorf erhielt auf ſeinen Bericht von Wien her die Antwort: wenn er die Holländer nicht zurückhalten könne, ſo ſolle er ſich nicht trennen. Aber der Kaiſer verlange die Unterſchrift des Königs von Frankreich für die Präliminarien. Dann könne eine Beredung in Moerdyk ſtatt finden. Nur ſchien es dem Kaiſer nicht würdig, daß zwei holländiſche Bürgermeiſter im Namen von Souveränen das Wort führten, zumal da Buys offen ausſage, daß er bereit ſein würde, für den Frieden ein Stück der ſpaniſchen Monarchie hinzugeben.

Demnach erhielt, zu Ende Januar, Petkum den Auftrag, das Schreiben des Staats-Secretärs Torcy in dem vom Rathspenſionär Heinſius ihm angegebenen Sinne zu beantworten.

Jene Aeußerung von Wien aus über Buys hatte einen beſonderen Anlaß, der aus dem Schreiben Torcys vom 2. Januar entſprang. Es fanden ſich darin die Worte: Petkum habe im Haag ſich verlauten laſſen, daß, nach ſeiner Anſicht, es ein gutes Auskunftsmittel ſein würde, Philipp V. die Inſel Sicilien zu belaſſen. Torcy machte dazu in dem Schreiben die Bemerkung, daß Petkum zu dieſer Aeußerung keinen Auftrag von Verſailles her gehabt, daß jedoch eine ſolche Ceſſion vielleicht das ſicherſte Mittel ſein würde, alle Schwierigkeiten zu ebenen [2]).

Auf dieſe Weiſe war gelegentlich ein Wort hingeworfen, welches Frankreich noch nicht band und welches doch die Wirkung that, die man in Verſailles davon hoffte. Denn es liegt nahe, daß eben ſo wie Buys als der Penſionaris von Amſterdam, auch die Kaufleute dieſer Stadt dasſelbe erörtert haben, und ferner, daß eben ſo wie

[1]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 326.

[2]) Lamberty t. VI, p. 2.

die Nachricht von Erörterungen ſolcher Art dem Kaiſer nicht verborgen blieb, ſie noch um ſo leichter ihren Weg nach Verſailles fand. Hatte das gelegentliche Wort in der Republik Eingang gefunden, ſo konnte es in officieller Form weiter verwerthet werden.

Wir ſehen, wie ſo oft in jener Zeit, den Hof von Verſailles mit Meiſterſchaft ſich ſolcher kleinen Kunſtgriffe bedienen. Auf der anderen Seite thut jeder Schritt von Seiten der Verbündeten dar, mit welcher Vorſicht ſie befliſſen ſind, jedem etwa möglichen Kunſtgriffe oder Fallſtricke der franzöſiſchen Politik auszuweichen. Und doch war jener eine Kunſtgriff nur ein mitwirkender Factor für einen größeren, dem die Verbündeten auch nicht mehr ausweichen konnten.

Sie hatten dem Friedenswunſche, den in der Republik der Niederlande außer der wichtigen Stadt Amſterdam namentlich die Provinz Utrecht vertrat, die Conceſſion machen müſſen, abermalige Beredungen zu geſtatten. Sie hatten es gethan mit der Bedingung feſtzuhalten an den Präliminarien vom Mai 1709, welche ja, weil von allen drei Hauptmächten genehmigt und unterzeichnet, ſie unter einander zuſammen banden. Nur der Artikel 37 wurde zur Discuſſion geſtellt. Es ſchien daher nicht möglich, daß Frankreich in die Präliminarien einbrechen könne.

In der Wirklichkeit gingen aber die Abſichten oder doch die Wünſche von franzöſiſcher Seite noch viel weiter. In dieſer Beziehung iſt es von beſonderem Intereſſe ein vertrauliches Wort von Torcy über die franzöſiſche Abſicht bei dem Vorſchlage dieſer Beredungen zu vernehmen.

Petes, der Agent des Franz Rakoczy in Paris, erhob, am 1. Februar, bei dem Staats-Secretär Torcy ſeine Klage, daß man ihm das Anſpinnen dieſer Unterhandlung verheimlicht habe. Petes fährt dann in ſeinem Berichte fort: „Mais il s'en est excusé en me disant et en m'assurant que tout ceci n'aboutirait à rien, du moins qu'il n'en espérait pas une réussite; car outre que l'article du roi d'Espagne est un écueil, qui fera sûrement échouer les bonnes dispositions où le roi est pour donner toute la satisfaction possible aux Etats-Généraux, S. M. doute de leur sincérité“ [1]).

[1]) Fiedler Bd. I, S. 156.

Dieſe vertrauliche Aeußerung des Staats-Secretärs Torcy gewährt ein klareres Licht über die dann ſich entſpinnende Friedenshandlung von Geertruidenberg, als ſein ſpäteres Buch, in welchem er ſeinen franzöſiſchen Leſern die Aufrichtigkeit des Königs für den Frieden darzulegen ſucht, die Verbündeten dagegen wiederholt benennt als les ennemis de la France et de la paix. Jene vertrauliche Aeußerung zeigt, daß das Princip Ludwigs XIV. war, ſeinen Enkel Philipp V. als König von Spanien zu behaupten. Er ernannte in denſelben Tagen einen neugeborenen Urenkel zum Herzog von Anjou, vergab alſo damit den franzöſiſchen Titel Philipps V.

Torcy ſagt in jenem Buche mit Recht: „L'unique obstacle à la conclusion de la paix était, comme on l'a vu, la cession de la monarchie d'Espagne“ [1]).

Dieſes Hinderniß war alſo der Kern der Frage. Die Stellung der Verbündeten zu denſelben war klar und offen: ſie forderten die Ceſſion. Sie ließen einen Einſpruch Ludwigs XIV. gegen den Artikel 37 zu; aber dieſer Artikel betraf nicht das Princip der Ceſſion, ſondern den Modus der Ausführung. Die Stellung Ludwigs XIV. dagegen zu der Frage war nicht klar. Er verneinte, den Verbündeten gegenüber, nicht das Princip der Ceſſion. Sogar der franzöſiſche Entwurf vom 2. Januar enthielt, unter Bedingungen, die Zuſage, Carl III. als König von Spanien anzuerkennen. Die Stellung Ludwigs XIV., der die Ceſſion Spaniens nicht wollte und doch in Worten ſie in Ausſicht ſtellte, war alſo von Anfang an durchaus unaufrichtig.

Aber Ludwig XIV. wünſchte dennoch Unterhandlungen. Es fragt ſich alſo um die Motive.

Das eine der Motive, die ihn bewogen, dennoch die Unterhandlung zu wünſchen, hat Torcy in jener vertraulichen Aeußerung kund gegeben. Es war die Hoffnung, die Republik durch die Bewilligung beſonderer Vortheile für ſie zu gewinnen, ſie demnach aus der Allianz zu löſen, dieſe zu zerſprengen. Torcy verhehlte dabei nicht, daß dieſe Hoffnung ſchwach ſei.

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 188.

Die anderen Motive ſind erſichtlich aus dem ſpäteren Buche des Torcy [1]). Auch darin macht Torcy zunächſt geltend den Friedenswunſch in der Republik. Petkum hatte die Verſicherung gegeben, daß die Bevollmächtigten der Republik mehr als je zuvor geneigt ſein würden, für Philipp V. ein erhebliches Stück der ſpaniſchen Monarchie zu belaſſen. — Darüber ließ ſich verhandeln.

„Ferner, ſagt Torcy, ſtieg von England her die Hoffnung einer Aenderung auf, deren Folgen dem Frieden günſtig ſein würden."

„Einige Reichsfürſten beklagten ſich über die Verbündeten." — Damit deutet er hin auf den abermaligen Handel Friedrichs I. von Preußen mit Frankreich, den wir kennen gelernt haben (S. 325 u. f.), und der damit endete, daß Friedrich I., für den Nicht-Abfall von der Allianz, eine Steigerung des Wohlwollens der Königin von England für ihn erwirkte [2]).

„Der Krieg im Norden dauerte fort, und die Ereigniſſe desſelben konnten umgeſtaltend auf Europa wirken."

„Daher gab man ſich gern der Vorausſicht hin, daß die neue Unterhandlung, wenn auch hart in den Bedingungen, doch für den Frieden nicht unfruchtbar ſein würde."

Die ſämmtlichen Motive, die Torcy hier aufführt, drängen ſich zuſammen in das eine, Zeit zu gewinnen, bis ein Umſchwung irgendwo die Lage Frankreichs erleichtern würde.

Dieſe Anſicht ward namentlich von Marlborough von Anfang an nach allen Seiten verkündet, um ſo mehr aber dann, als, vom Monate April an, die Ausſicht auf einen Umſchwung der Dinge in England beſtimmtere Geſtaltung annahm [3]).

Es fragte ſich alſo zunächſt um die Antwort von franzöſiſcher Seite auf jenen Vorſchlag von Heinſius, zu welchem Townſhend und Sinzendorf ihre Einwilligung gegeben hatten.

Die Antwort Torcys, die am 2. Februar im Haag eintraf, enthielt: der König wünſche eine Beredung, um den Knoten des Artikels 37 zu löſen. Sobald man ſich über ein Aequivalent für

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 190.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 417.

[3]) Murray vol. IV, p. 682, 700, 710.

dieſen Artikel geeinigt, werde der König auch die anderen Artikel des Präliminare ſämmtlich als Grundlage eines Friedensvertrages anerkennen. Bereits habe er als Bevollmächtigte den Marſchall Uxelles und den Abbé Polignac ernannt. Moerdyk jedoch erſcheine für Perſönlichkeiten ſo hohen Ranges nicht als der geeignete Ort. Zweckmäßiger ſei der Haag ſelbſt, wo man die Sache führen könne in Anweſenheit des erfahrenen Staatsmannes Heinſius, oder eine andere größere Stadt. Denn der König wolle vermittelſt der Holländer mit allen Verbündeten unterhandeln.

Ueber dieſe Antwort erhob ſich unter den Staatsmännern im Haag eine lebhafte Erörterung. Der Anſicht Sinzendorfs gegenüber, daß hier nichts Feſtes und Greifbares geboten werde, machte Buys in lebhafter Rede das Friedensbedürfnis der Republik geltend. Es ſchien als träte er geradezu für Frankreich ein. Seine Heftigkeit rief diejenige der Geſandten Sinzendorf und Townſhend hervor, ſo daß Heinſius die weitere Berathung auf den nächſten Tag, den 8. Februar, verſchob [1]). Dann vertrat Sinzendorf die Anſicht: man dürfe weder auf die Beredungen ſich einlaſſen, noch auf eine Antwort an Torcy. Die Holländer jedoch überwogen. Heinſius faßte die Antwort dahin: wenn der König offen erkläre, daß er die Präliminarien bis auf den Artikel 37 anerkenne, ſo werde man die Päſſe ſenden. — Die Antwort von Verſailles aus lautete: der König willigt ein, daß die Präliminarien, wie ſie gefaßt ſind, beſtehen, während über Artikel 37 verhandelt wird. So wenig klar und beſtimmt die Antwort, ſo wurden doch die Päſſe entſendet und Geertruidenberg als der Ort der Beredung angeſetzt.

Von Seiten der Republik erhielten abermals wie im Jahre zuvor Buys und Van der Duſſen den Auftrag. Von kaiſerlicher Seite erklärte Graf Sinzendorf den beſtimmten Befehl zu haben Theil zu nehmen, und ähnlich von engliſcher Seite Lord Townſhend. Ihnen erwuchs ein beſonderes Hindernis von dem preußiſchen Geſandten Schmettau. Er erklärte, daß, wenn nicht alle Geſandte zugelaſſen würden, ſo werde ſein König die Truppen aus

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 328.

Belgien und Italien abberufen. Dem gegenüber ſtanden Sinzendorf und Townſhend ab, und überließen die Sache den Holländern allein [1]).

Die Friedensberedungen.

Am 9. März traten ſie in Geertruidenberg mit den Bevollmächtigten Uxelles und Polignac zuſammen. Derſelbe Buys, der wenige Tage zuvor im Haag durch ſeine Reden zu Gunſten Frankreichs den Unmuth des kaiſerlichen und des engliſchen Geſandten wach gerufen, wird von Torcy, in deſſen ſpäteren Denkwürdigkeiten, dargeſtellt als ein grimmiger Feind Frankreichs. Buys, ſo wie auch Van der Duſſen, den doch Torcy gelegentlich einmal als plus humain bezeichnet, traten, nach Torcys Behauptung, in Geertruidenberg mit einer ſcharfen Forderung auf, nämlich: „Ils avaient dit nettement que les Alliés exigeaient, comme condition essentielle de la paix, que le roi unît ses forces aux leurs, pour obliger conjointement le roi d'Espagne à renoncer à sa couronne, s'il résistait à l'abandonner volontairement“ [2]).

Anders lautete der Bericht dieſer Holländer [3]). Die Bevollmächtigten, meldeten ſie, hätten geltend gemacht, daß es im Intereſſe der Verbündeten läge, mit Frankreich einen Sonderfrieden zu ſchließen, und daß der König dann bereit ſein würde, für ſein Verſprechen ſeinen Enkel nicht zu unterſtützen, den Verbündeten einige Städte als Pfand einzuräumen. Die holländiſchen Deputirten hätten darauf ihr Erſtaunen ausgeſprochen, daß nach den wiederholten Bemühungen von franzöſiſcher Seite, dieſe Beredungen zu erlangen, nun nichts Anderes vorgebracht werde, als was früher ſchon verworfen ſei. Dies ſei nicht ein Beweis der Aufrichtigkeit des Hofes von Verſailles, ſondern bezwecke nur die Sache hinzuhalten. Die Bevollmächtigten hätten darauf ihre Unkenntnis des Früheren vorgewendet und erſucht, ihre Ehrlichkeit nicht in Zweifel zu ziehen. Mit vielem Lobe der aufrichtigen Geſinnung des Königs für den Frieden hätten ſie dann geltend gemacht,

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 329.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 199.
[3]) Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 90.

daß man den König nie bewegen würde, mit den Waffen gegen ſeinen Enkel vorzugehen. Das einzige Mittel, dem Könige Carl die ſpaniſche Monarchie zu verſchaffen, ſei die Abtretung eines Theiles derſelben an Philipp V. Durch die Ueberweiſung von Neapel und Sicilien würde der Letztere ſich bewegen laſſen, auf das Uebrige zu verzichten. Die holländiſchen Deputirten hätten erwiedert, daß eine ſolche Theilung unvereinbar ſei mit den zwiſchen den Verbündeten errichteten Verträgen, ſo wie mit den Präliminarien, welche ja Frankreich ſelber als Fundament des zu ſchließenden Vertrages anerkenne. Auch ſeien ſie nur gekommen, um zu vernehmen, welches Expediens ſtatt des angefochtenen Artikels 37 die franzöſiſchen Bevollmächtigten vorzuſchlagen hätten, nicht jedoch um ſich auf die Erörterung anderer Puncte einzulaſſen.

Dann brachen die Holländer auf zur Rückkehr nach dem Haag, die Franzoſen blieben in Geertruidenberg.

Es gibt noch eine andere Meldung über dieſe erſte Beredung in Geertruidenberg, dasjenige ergänzend, was von beiden Seiten nicht offen ausgeſprochen wurde. „Man verſichert, berichtet der Ungar Petes aus Paris, daß die Generalſtaaten durchaus nicht in eine Sonder-Unterhandlung mit Frankreich eintreten wollen. Hier dagegen rechnete man darauf, daß die großen Vortheile, welche der König ihnen bieten läßt, um ſie von den anderen Verbündeten zu trennen, ihnen annehmbar erſcheinen würden“ [1]).

Daß dies die Abſicht, hatte Torcy dem Petes auch in jener Unterredung vom 1. Februar ausgeſprochen, mit dem Hinzufügen jedoch, daß er perſönlich davon keinen Erfolg erwarte. Eben darum, weil in Geertruidenberg bei den Holländern jede Andeutung ſolcher Art mislungen war, konnte Torcy den Ausſpruch vom 1. Februar wiederholen am 20. März, mit den Worten: „Il n'y a aucune apparence que la paix se faſſe“ [2]).

Und dennoch, obwohl die eigentliche franzöſiſche Abſicht, die Spaltung der Allianz in dieſer Weiſe, mislungen war, und ſo correct auch im Sinne der Allianz die holländiſchen Deputirten geantwortet,

[1]) Fiedler Bd. I, S. 163. Vom 20. März.
[2]) A. a. O. S. 162.

ſo trug man doch von franzöſiſcher Seite den Vortheil davon, daß der auf die divergenten Intereſſen der verbündeten Mächte mit Geſchick berechnete Vorſchlag der Theilung nun in officieller Form ausgeſprochen war. Im Grunde war es dasſelbe Spiel, durch welches Ludwig XIV. zwölf Jahre zuvor die Seemächte in die Theilungs-Verträge gelockt hatte. Den Seemächten lag zunächſt daran, daß nicht das Haus Bourbon in Spanien herrſche, ſondern das Haus Habsburg. An dieſem ihrem eigenen Intereſſe hatten ſich damals die Vertreter der Seemächte von Ludwig XIV. verleiten laſſen, in den Theilungs-Vertrag einzugehen, welcher Spanien dem Erzherzoge zuwies, die italieniſchen Länder Carls II. dem Dauphin. Im Intereſſe des Hauſes Habsburg ſtand aber der Beſitz der italieniſchen Länder voran, ohne welchen es Spanien nicht einmal behaupten konnte. Darum wäre damals ein Tauſch der Portionen die erſte Bedingung geweſen, dem Kaiſer Leopold I. den zweiten Theilungs-Vertrag annehmbar zu machen. Es geſchah nicht. Dagegen wollte Spanien nichts wiſſen von dem Theilungs-Vertrage, und fügte lieber ſich dem Teſtamente, deſſen Unterſchrift man dem todtkranken Könige abgepreßt. Beim Tode Carls II. erwies ſich die geſammte Berechnung Ludwigs XIV. als richtig, und das Haus Bourbon trug das ganze ſpaniſche Erbe davon.

Dann erwuchs der Widerſtand. Aber wiederum konnte das Haus Habsburg mit eigenen Mitteln nur nach dem Wiedergewinne Italiens ſtreben. Abermals dann waren es die Seemächte, voran England, welche auf Spanien hinwieſen, welche den Wiedergewinn dieſes Landes für das Haus Habsburg auf ihre Koſten übernahmen. Freilich ward dann der Krieg um Spanien nicht in derjenigen Weiſe geführt, wie ihn das Haus Habsburg, wenn es ſelber über die von den Seemächten gegebenen Mittel verfügt hätte, geführt haben würde. Aber man war nun doch ſo weit gekommen, daß man dem Könige von Frankreich als die Bedingung des von ſeinen Unterthanen erſehnten Friedens die Ceſſion der geſammten ſpaniſchen Monarchie an den Habsburger Carl vorſchreiben konnte. Dagegen ſchien das Unterlaſſen jeglicher Unternehmung von Seiten der Seemächte gegen Sicilien, ungeachtet der wiederholten Bitten von Wien und von Barcelona aus, für Ludwig XIV. die Andeutung zu enthalten, daß man ſich im Haag und in London dennoch Sicilien als die Thüre zum Frieden

offen halten wollte. Weil dagegen in Verſailles ſicher vorauszuſehen war, daß der Kaiſer in die Ueberlaſſung von Sicilien an einen Bourbon freiwillig nicht eingehen würde: ſo war die Forderung von Sicilien für Philipp V. ein ſchlau berechnetes Mittel, nicht, wie Polignac vorgab, um den Krieg auf die leichteſte Weiſe zu beenden, ſondern um Zwieſpalt auszuſäen zwiſchen den Verbündeten und daran zunächſt wenigſtens Zeit zu gewinnen, bis irgendwo eine günſtige Wendung einträte.

Die Antwort der zwei Holländer in Geertruidenberg war formell correct; aber in der Sache entſprach ſie nicht der Friedensneigung, die in der Republik überhand nahm. Es erſchien dort Vielen als ein geringes Opfer, wenn, um des allgemeinen Friedens willen, Carl III. verzichten würde auf Sicilien, das er ja noch nicht einmal beſaß. Der Graf Sinzendorf bemühete ſich, in einer gründlich ausgearbeiteten Denkſchrift die Wichtigkeit des Beſitzes von Sicilien darzulegen, ohne welchen gegenüber der Macht des Hauſes Bourbon auch Neapel nicht haltbar ſein würde. Die Denkſchrift legte zugleich in einem kurz gedrängten Ueberblicke die lange Kette der Argliſt dar, mit welcher die franzöſiſche Politik, ſeit dem Kindesalter Ludwigs XIV., bereits unter Mazarin im Jahre 1646, dem ſpaniſchen Erbe nachgeſtrebt [1]). (Vgl. Band I, S. 37.)

Wie der Graf Sinzendorf im Namen des Kaiſers ſich gegen jegliche Abtretung eines Theiles von Italien an Philipp V. erklärte, ſo fand er auf holländiſcher Seite keine Geneigtheit für ſeinen Vorſchlag, mit dem Könige von Frankreich, auf Grund der Einräumung von vier Städten zum Unterpfande, Frieden zu ſchließen und dagegen den Krieg wider Philipp V. mit allem Nachdrucke fortzuſetzen. Das Erſterben des Aufſtandes in Ungarn machte den Kaiſer im Oſten frei, und geſtattete ihm für jenen Krieg eine ungleich größere Truppenzahl in Ausſicht zu ſtellen. Aber gerade die Republik hatte für den Krieg auf ſpaniſchem Boden, der noch dazu ihren Truppen verhaßt war, geringen Eifer bethätigt, und die Einwürfe des Rathspenſionärs gegen die Darlegungen Sinzendorfs zeigten bald, daß dieſer Vorſchlag ausſichtslos ſei.

[1]) Lamberty t. VI, p. 17.

Dazu erwuchs auch dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf von dem Engländer Townshend her für diesen Vorschlag keine Stütze. Die Whig-Partei, in deren Händen sich noch die Herrschaft befand, hatte, wie wir gesehen haben und ferner sehen werden, mit der Republik so viele Interessen gemein, daß sie nicht Willens war, in irgend einem Puncte der Republik entgegen zu treten.

Marlborough, der am 8. März im Haag eingetroffen war, zeichnete am 18. diese Lage der Dinge mit folgenden Worten.

„Nach meiner Ansicht sollte Jedermann überzeugt sein, daß das hauptsächliche Absehen der französischen Politik darauf gerichtet ist, eine Spaltung zwischen den Verbündeten hervorzurufen. Die Kaiserlichen würden geneigt sein mit Frankreich Frieden zu schließen auf Grund des Angebotes der letzteren Macht, vier Städte ihres Gebietes zum Pfande zu geben. Die Generalstaaten dagegen würden willig sein, durch die Gewährung eines Antheils von der spanischen Monarchie den Krieg auf Einmal völlig zu beenden. Ich habe die Besorgnis, daß die Franzosen dieser verschiedenen Meinungen nicht unkundig sind, und daß sie dadurch um so leichter die Mittel finden werden, uns hinzuhalten und zu betrügen" [1]).

In Versailles hatte man allerdings genaue Kunde der Vorgänge im Haag und handelte demgemäß.

Am nächsten Tage, dem 19. März, lief im Haag eine Meldung der französischen Bevollmächtigten aus Geertruidenberg ein, daß sie neue Instructionen erhalten, alle Verbündete betreffend, und so wichtigen Inhaltes, daß sie nicht in Geertruidenberg zu erledigen seien. Sie stellten daher die Bitte, daß ihnen der Haag oder Delft oder eine andere Stadt angewiesen würde. Damit lag offen der Plan vor, daß die Beredungen, die von verbündeter Seite gestattet waren auf Grund der Präliminarien zum Zwecke einer Einigung über den Artikel 37 derselben, nun zu einer allgemeinen Friedenshandlung erweitert werden sollten. Marlborough und auch selbst Heinsius stimmten dafür, daß nunmehr die französischen Bevollmächtigten ungehört heimzusenden seien. Der Staatsrath im Haag war dagegen der Ansicht, daß man immer-

[1]) Coxe vol. III, p. 36.

hin anhören könne, damit um ſo klarer der Beweis vorliege, daß es dem Könige nicht um den Frieden zu thun ſei.

Demnach begaben ſich Buys und Van der Duſſen wieder nach Geertruidenberg, am 20. März. Die Franzoſen eröffneten, daß, da die Verbündeten nicht geneigt ſeien, den Krieg wider Philipp V. allein fortzuführen, es billig erſcheine, ihm einen erheblichen Antheil der ſpaniſchen Monarchie zu überweiſen, ſei es Sicilien mit Neapel, oder ſtatt deſſen Arragonien, oder ein anderes Land — man meinte Lothringen oder Savoyen — das gegen Sicilien zu vertauſchen ſei, oder Neapel mit Sardinien und den Häfen von Toskana, oder endlich auch Sicilien und Sardinien mit denſelben Häfen. Wenn die Verbündeten einen dieſer Theile erwählten, ſo werde der König von Frankreich ſeinem Enkel rathen, um des allgemeinen Friedens willen Spanien fahren zu laſſen, werde auch andere Mittel anwenden, die jedoch nicht im Widerſpruche ſtünden mit Ehre und Gewiſſen [1]).

In dieſen Vorſchlägen, im Ganzen wie im Einzelnen, lag die franzöſiſche Abſicht nunmehr handgreiflich zu Tage. Es fragte ſich alſo, welche Wirkung dieſe Erkenntnis üben würde.

In denſelben Tagen, jedoch noch vor der Kunde jener franzöſiſchen Vorſchläge, ſprachen die Häupter der Allianz, der Kaiſer Joſeph und die Königin Anna, ſich zu einander über den Krieg in längeren Handbriefen aus. Derjenige der Königin iſt vom 24. März, alſo bei noch unveränderter Lage der Dinge in England, im Geiſte der bisherigen Politik der Königin. Sie ſchreibt wie folgt [2]).

„Mein Herr Bruder. Das Wohl der Angelegenheiten der Verbündeten geht mir ſo ſehr zu Herzen, daß ich mich nicht der Ruhe erfreuen kann, ſo lange dafür irgend welche Gefahr oder Nachtheil droht. Und da die frivole Antwort, welche der Herr Petkum von Paris zurück gebracht, ſo wie die großen Vorbereitungen der Feinde für den Krieg, ergeben, daß ihre wahre Abſicht durchaus nicht auf den Frieden gerichtet iſt: ſo erſcheint es als ſehr nothwendig, daß auch von Seiten der Verbündeten man rechtzeitig ſich bereit mache, die Truppenmacht zu vermehren, und zahlreiche und wohl ausgerüſtete

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 336.

[2]) In den Anglicis 1710 des k. k. Archivs.

Armeen ins Feld zu bringen. Darum habe ich wie die Generalstaaten es für geeignet gehalten, in sehr dringender Weise an alle Verbündete zu schreiben, um sie aufzufordern, daß sie bei diesem wichtigen Anlasse ihre äußersten Anstrengungen aufbieten."

„Und obwohl ich mich der Ueberzeugung hingebe, daß Ew. kaiserliche Majestät, deren erhabenes Haus an den Erfolgen dieses Krieges in so besonderem Maße betheiligt ist, die Nothwendigkeit Frankreich von allen Seiten mit stärkerem Nachdrucke anzugreifen, bereits reiflich erwogen haben — kann ich doch nicht unterlassen, Ihnen die Unruhe vorzustellen, in der ich mich befinde, daß von der Festigkeit, die zur glücklichen Ausführung dieses entscheidenden Krieges erforderlich ist, irgendwie nachgelassen werde, und daß dann der Feind aus dieser Ermattung der Verbündeten einen Vortheil ziehe, namentlich nach der Seite Deutschlands hin, und daß er dann dort den allgemeinen Angelegenheiten irgend einen verderblichen Streich versetze. Ich empfehle also Ew. kaiserlichen Majestät die Sorgfalt nicht bloß alle Fürsten und Stände aufzufordern, ihre Pflicht zu thun, sondern auch sie zu ermuthigen durch das eigene Beispiel, damit ein Jeder die Anzahl seiner Truppen vermehre nach seinem Vermögen. Nur so kann die Armee am Oberrheine in den Stand gesetzt werden, offensiv zu agiren. Ferner ersuche ich Ew. kaiserliche Majestät, mit dem Herzoge Victor Amadeus durch die Erfüllung der Verpflichtungen gegen ihn ein gutes Verhältnis herzustellen."

„Ich werde, schließt die Königin, Ew. kaiserliche Majestät nicht unterhalten mit der Aufzählung dessen was ich thue. Ich bitte nur mich zu unterstützen."

Das Schreiben geht, wie man sieht, über die Beredungen von Geertruidenberg schweigend hinweg. In Betreff derselben war der Verfasser des Schreibens, Godolphin, mit Marlborough wesentlich der gleichen Ansicht. Er zweifelte an der Aufrichtigkeit der Franzosen und hoffte, daß ein nochmaliger glücklicher Feldzug dem Könige von Frankreich keine Wahl lassen werde als sich in die Präliminarien zu fügen [1]).

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 413, 415.

In denselben Tagen, am 27. März, entsendete der Kaiser Joseph I. an die Königin einen Handbrief, der demnach nicht als eine Antwort auf jenen betrachtet werden darf. Er lautet wie folgt [1]).

„Durchlauchtigste Königin, theuerste Frau Schwester. Als auf die letzte Erklärung, die der König von Frankreich den Verbündeten durch seinen Minister Torcy machen ließ, ihm bewilligt wurde den Marschall d'Uxelles und den Abbé Polignac nach Holland zu senden, in der Voraussetzung, daß diese Gesandten eine endliche Resolution des Königs über ein Expediens für den Artikel 37 der Präliminarien mitbringen würden, erfolgte, wie Ew. Majestät bekannt, daß jene in der Zusammenkunft mit den Deputirten der Generalstaaten zu Moerdyk, am 10. und 11. dieses Monates, als ein Expediens listiger Weise die Alternative vorschlugen: entweder den Sonderfrieden mit Frankreich, so daß der Krieg in Spanien fortdauere, oder eine Theilung der Monarchie, so daß Neapel und Sicilien für den Herzog von Anjou verblieben, mit der Hindeutung, daß vielleicht auch ihr König sich mit Sicilien allein begnügen würde. Ich meinerseits würde in Uebereinstimmung mit meinen Bundesgenossen gern den ersten Satz jener Alternative ergreifen; dagegen jedoch kommen mir aus dem Haag von mehreren Seiten Versicherungen zu, daß ein großer Theil der Regenten der Republik geneigt sein würde für den zweiten Satz der Alternative, also für die Theilung. Ich darf Ew. Majestät nicht verhehlen, wie schmerzlich mir eine so unglückliche und unerwartete Nachricht fällt. Und in Wahrheit, wer den Inhalt der Allianz erwägt, die Kette von Siegen auf Seiten der Verbündeten, die Ueberlegenheit ihrer Streitkräfte und den gegenwärtigen Stand der Dinge in Frankreich, der muß sich verwundern, daß, nach so vielem Aufwande von Blut und mitten im Siegeslaufe, die Hand geboten werden solle zu einem so unwürdigen und trügerischen Frieden, der schon vor Jahren nach der Schlacht von Ramillies verworfen ist."

„Ich weiß, daß Ew. Majestät einen Abscheu tragen und immer getragen haben vor dem schreckhaften Namen der Theilung als der einzigen Ursache des jetzigen Jammers für Europa und dessen künftiger Knechtschaft, wie es Ihr eifriges Parlament, sowohl vor als nach der

[1]) Anlage II.

Union Ihrer glücklichen Königreiche, in den gewichtigsten Ausdrücken wiederholt dargelegt hat. Daher gebe ich mich gern der Hoffnung hin, daß Ew. Majestät nie geneigt sein werden auf einen Vorschlag zu hören, der in solchem Maße den Ruhm Ihrer Regierung verdunkeln, und den Herzog von Anjou oder vielmehr den König, seinen Großvater, und dessen Nachfolger in Frankreich, zu Herren des gesammten Italien, des Mittelmeeres und der Inseln machen würde, so wie dann auch Spaniens selbst, und der zugleich meine Erbkönigreiche und Länder am Ufer des adriatischen Meeres in die beständige Gefahr setzen würde, von einem so mächtigen und rachsüchtigen Feinde angegriffen zu werden, nicht bloß zu eigenem unvermeidlichen Verderben, sondern auch zu sehr schwerem Nachtheile der europäischen Gesammtheit."

„Wenn jedoch zu meinem schweren Unglücke und demjenigen meines Herrn Bruders, des katholischen Königs, wider alle Erwartung, auch Ew. Majestät zu einem allgemeinen Frieden, mit Belassung irgend welches Antheils der spanischen Monarchie für den Herzog von Anjou, sich entschließen würden — so würde ich mich in der Nothwendigkeit befinden zu erklären, wie ich hiermit mich erkläre, fest entschlossen zu sein, niemals einzuwilligen, und lieber jedes extreme Heilmittel zu ergreifen, um einen so unheilvollen Schlag von Europa abzuwenden. Mein Gesandter, der Graf Gallas, ist beauftragt, meine weiteren Gedanken über die Sache Ew. Majestät vorzulegen. Und darauf beziehe ich mich."

Ein fast gleichlautendes Handschreiben des Kaisers erging an den Grafen Sinzendorf im Haag, zur Ueberreichung an die Generalstaaten.

Prägen die Kundgebungen der zwei Souveräne in den letzten Tagen des Monates März den Willen der nachdrücklichen Fortführung des Krieges aus, so zeichnet Marlborough, am 28. März, vom Haag aus, die Stimmung dort in anderer Weise. „Sie dürfen sich darauf verlassen, schreibt er an Godolphin, daß die Republik beabsichtigt, die Unterhandlungen fortzusetzen, um einen allgemeinen Frieden zu erlangen. Denn sie hofft die Verbündeten zur Einwilligung in die französischen Forderungen zu Gunsten des Herzogs von Anjou bewegen zu können" [1].

---

[1]) Coxe vol. III, p. 36. — Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 418.

Dieſe Stimmung in der Republik hatte ihren Kern in Amſterdam. Dieſe Stadt aber beſaß damals einen ſtärkeren Einfluß auf die geſammte Republik, als etwa irgend eine andere Hauptſtadt eines Königreiches auf dasſelbe. Denn unter den ſieben Provinzen der Republik zahlte die mächtigſte, Holland, mehr als die Hälfte aller gemeinſamen Laſten, und in der Provinz Holland wieder zahlte die volkreiche und mächtige Stadt Amſterdam mehr als die Hälfte der Koſten der Provinz. Amſterdam alſo allein trug mehr als ein Viertel der Geſammtlaſt der Republik der Niederlande.

Einige Tage ſpäter ging Marlborough noch einen Schritt weiter. Er meldete, daß, wenn die Republik ſich von Seiten Ludwigs XIV. und Philipps V. verſichert halten könnte, daß der Letztere ſich mit Sicilien begnügen würde, um in aufrichtiger Weiſe dem Kriege ein Ende zu machen, ſo würde es nicht möglich ſein, die Republik von dem Friedensſchluſſe auf dieſe Bedingung hin abzuhalten. Das Hindernis beſtehe nur darin, daß die Häupter der Republik ſelbſt jenen aufrichtigen Willen bei dem Hauſe Bourbon nicht zu erkennen vermöchten [1]).

Eine ähnliche Stimmung begann jedoch auch in England kund zu werden. Die Parlaments-Adreſſen, welche als die Grundbedingung eines ſicheren Friedens die geſammte ſpaniſche Monarchie für Carl III. forderten, beſtanden noch in voller Kraft. Aber mit Verwunderung nahm man nun wahr, daß die Engländer die Nachrichten über das Auftreten der Franzoſen in Geertruidenberg wie paſſiv anhörten. Der Schluß, daß auch die Engländer des Krieges müde ſeien, lag nahe genug [2]).

Wir haben geſehen, daß damals das Parlament vertagt wurde, und zwar, nach dem Rathe Marlboroughs, nur auf kurze Zeit, für den Fall, daß die Regierung der Einwilligung desſelben zum Frieden bedürfe. Denn obwohl der Krone allein das Recht über Krieg und Frieden zuſtand, ſo durften doch die Miniſter, nach jenen wiederholten Adreſſen des Parlamentes für die Erhaltung der Geſammtheit der

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. April. Das betreffende Schreiben Marlboroughs findet ſich weder in der Correspondence, noch bei Coxe, noch bei Murray.

[2]) Desgleichen.

ſpaniſchen Monarchie, der Krone nicht zu einem Frieden rathen, der einen Theil derſelben hinweg geben würde. Wenn aber, wie damals viele Häupter in der Republik hofften, daß ſie ſich mit Frankreich einigen könnten auf Grund der Belaſſung von Sicilien für Philipp V.: ſo zweifelte in England faſt Niemand daran, daß das Parlament, ungeachtet aller früheren Adreſſen, auch ſeinerſeits zuſtimmen werde. Die kaiſerlichen Geſandten erhielten von zuverläſſiger Hand die Mittheilung, daß die Whig-Junta unter ſich den Frieden beſchloſſen habe, wenn er durch Sicilien an Anjou zu erhalten ſei [1]).

Die Whig-Partei hatte dafür noch ein ganz beſonderes Motiv in ihrem Verhältniſſe zu der Republik, welche in dem Barriere-Vertrag die Thronfolge des Hauſes Hannover gewährleiſtet hatte. Bereits im April, bevor die Königin irgend eine Aenderung im Miniſterium vorgenommen, erhob ſich, in Anlaß der vielfachen Kundgebungen zu Gunſten des Sacheverell, die Meinung, daß bei den nächſten Parlamentswahlen, alſo, wie damals die Dinge lagen, im Jahre 1711 die Tory-Partei die Mehrheit davon tragen könne. Die Folge würde dann ein Tory-Miniſterium ſein. In dieſem Falle hatten die Whigs zu beſorgen, daß die Tories, unter dem Vorwande, daß es unmöglich ſei, den Krieg fortzuſetzen, ſogleich Frieden ſchließen würden, und zwar einen viel ärgeren, mit der Abſicht die Schuld auf die Whigs zu werfen, weil ſie den Krieg, deſſen Leitung bisher allein bei ihnen geſtanden, ſo übel geführt und, anſtatt, wie es die Tories immer verlangt, in Spanien mit Nachdruck aufzutreten, die ganze Kraft nach Flandern gewendet hätten [2]).

Es iſt zu wiederholen, daß dieſe Erwägungen in England angeſtellt wurden, bevor eine Aenderung der Miniſter ſtatt gefunden, alſo zu einer Zeit, wo die Whig-Partei ſich auf noch reichlich ein Jahr hinaus, ſo lange wie das damalige Unterhaus dauern würde, ihrer Herrſchaft ſicher glauben durfte.

Das Ergebnis alſo iſt, daß, im April ſowohl in der Republik der Niederlande wie in England die herrſchende Strömung geneigt war für den Frieden, wie Ludwig XIV. ihn in Geertruidenberg zu

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. April.
[2]) Desgleichen.

bieten ſchien, und daß daher zum Frieden nichts fehlte als die Aufrichtigkeit dieſes Königs. Wir haben von Anfang an das Wort des Torcy vernommen, daß der Hauptzweck dieſer Beredungen geweſen war, die Holländer durch beſondere Vortheile aus der Allianz zu löſen, und daß, nachdem dieſer Zweck nicht erreicht, zu einem Frieden aus dieſen Beredungen keine Ausſicht ſei. Nicht alſo um des Friedens willen ließ Ludwig XIV. ſie fortſetzen, ſondern um des Scheines des Friedens willen, bis die Dinge ſich günſtiger geſtalteten. Und allerdings mochte er, der ſeit nunmehr fünfzig Jahren mit ſcharfem Auge die Wandlungen der Dinge in England beobachtete, klarer und eher als irgend ein Anderer erkennen, daß dort ein Wetter aufſteige, welches, was immer ſonſt es mit ſich führte, für ihn nur Vortheil bringen konnte.

In den erſten Tagen des Monates April ließen die Bevollmächtigten in Geertruidenberg wieder um eine Unterredung anſuchen. Was davon zu erwarten war, zeigt abermals die vertrauliche Aeußerung Torcys zu Betes: „Les conférences éloignent plus la paix qu'elles ne l'approchent“ [1]). Die Häupter der Republik waren erbötig. Dies Mal glaubte auch der Graf Sinzendorf auf die wiederholten dringenden Befehle des Kaiſers nach Geertruidenberg mitgehen zu müſſen. Marlborough perſönlich und der Prinz Eugen brieflich riethen ab. Es ſei, ſagten ſie, wie die Dinge lägen, nicht klug, auf Buys und Van der Duſſen den Verdacht zu bringen, daß ſie einer Ueberwachung bedürften. Vielmehr beſtehe der einzige Vortheil, der aus dieſen Beredungen noch erwachſen könne, darin, daß die den Frieden erſehnenden Holländer durch ihre eigenen Landsleute, und zwar durch die Häupter der Friedenspartei ſelbſt, überzeugt würden, daß an den Regenten der Republik, an dem Kaiſer, an England die Schuld des Nicht-Friedens nicht läge [2]).

Am 7. und 8. April fand die dritte Beredung in Geertruidenberg ſtatt. Uxelles und Polignac eröffneten, der König werde ſich für ſeinen Enkel mit Sicilien, Sardinien und den toskaniſchen Häfen begnügen. Auf die Frage, welche Bürgſchaft er biete, daß die übrige

[1]) Fiedler Bd. I, S. 163. Vom 6. April.
[2]) Wagner, Historia Josephi p. 341.

ſpaniſche Monarchie dem Könige Carl III. eingeräumt werde, für den Fall, daß der Enkel dem Rathe oder Gebote des Großvaters nicht Folge leiſte, erwiederten Uxelles und Polignac: das ſei die Sache der Verbündeten, die darüber Vorſchläge zu machen hätten. — Erzürnt darüber fuhr Buys heraus: „In der That Sie treiben allzu zuverſichtlich Ihren Spott mit uns. Wenn Sie ſonſt nichts vorzubringen hatten, ſo hätten wir uns die Reiſe hierher ſparen können“ [1]). Die Holländer erklärten weiter, daß die Verbündeten einer ſolchen Art zu verhandeln müde ſeien, daß ſie eine klare und beſtimmte Erklärung von franzöſiſcher Seite verlangten und im anderen Falle abbrechen würden. Die Franzoſen verſprachen einen Courier nach Verſailles zu entſenden.

Die Ausführung der Drohung hätte dem Sinne des Grafen Sinzendorf entſprochen, und Lord Townſhend und Andere ſtimmten darin ihm zu. Wozu noch länger mit einem Gegner verhandeln, welcher ſo windungsreich den Punct umging, um deſſen willen allein man die Beredungen geſtattet hatte? — So ſchien es, und in der Wirklichkeit war es dennoch nicht ſo, ſondern die Bevölkerung der Republik hoffte dennoch von dieſen Beredungen den Frieden, und darum glaubte man ſie nicht abbrechen zu dürfen.

Damals traf das nachdrückliche Handſchreiben des Kaiſers, vom 27. März, im Haag ein. Es berührte die Häupter der Republik nicht angenehm. Jedoch maß man die ſcharfen Worte dem Eifer des Grafen Wratislaw bei, deſſen Hitze für den kaiſerlichen Dienſt ſich immer auf dem Siedepuncte befinde [2]). Es gelang dem Grafen Sinzendorf, die Gemüther wieder zu beſchwichtigen. Aber auch die Franzoſen in Geertruidenberg erhielten nicht ihre Päſſe.

Der Groß-Schatzmeiſter Godolphin hegte nach wie vor von dem Verweilen derſelben auf holländiſchem Boden geringere Beſorgnis als die Kaiſerlichen. Auf die Beſchwerde des Grafen Gallas erwiederte er: „Allerdings haben die Holländer wohl einige Neigung den franzöſiſchen Vorſchlägen Gehör zu geben; in der That aber ſind ſie noch immerfort auf dem rechten Wege verblieben. Meine endliche Meinung

---

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 341.

[2]) Lamberty t. VI, p. 51.

daher, welche ich Ihnen im tiefſten Vertrauen ausſpreche, iſt, daß man die franzöſiſchen Geſandten ruhig in Geertruidenberg belaſſen möge, weil, ſo lange ſie dort ſind, das Volk in Holland ſich mit der Hoffnung auf den Frieden ſpeiſen wird, daß dagegen, ſo bald der Prinz Eugen bei der Armee eintrifft, der Feldzug mit allem Nachdrucke eröffnet werden möge. Dann wird die Friedensſache bald ein anderes Anſehen gewinnen" [1]).

Dieſe Anſicht theilte mit Godolphin auch Marlborough. Er hatte den Beginn des Feldzuges auf den 15. April angeſetzt. Ludwig XIV. beſtimmte ſeine Armee in Flandern, unter dem Marſchall Villars, auf 180 Bataillone und 280 Schwadronen, ſo jedoch daß ein Theil an der Maas ſtehen ſollte [2]). In der Wirklichkeit betrug die Zahl nur 155 Bataillone und 262 Schwadronen, insgeſammt nicht vollzählig, ſo daß das Bataillon im Durchſchnitte nur zu 350, die Schwadron zu 110 Mann angeſchlagen wurde. Nach der Rechnung der Franzoſen waren die Verbündeten um 40,000 Mann an Zahl überlegen [3]). Eine größere Verſchiedenheit noch zeigte ſich in der Ausſtattung, über die der Ungar Vetes meldet: „Den Verbündeten mangelt nichts und uns mangelt Alles" [4]).

Nachdem auch der Prinz Eugen eingetroffen, ſetzten ſich die Armeen der Verbündeten am Abende des 20. April von Tournay aus in Marſch auf die franzöſiſchen Linien zu. Die Franzoſen verließen dieſelben faſt ohne Widerſtand. Am Morgen des 21. überſchritt Marlborough mit ſeiner Armee die Deule, am Abende, weiter links nach Douay zu, der Prinz Eugen. Sie lagerten in den Ebenen von Lens, die zwei Stunden zuvor der Marſchall Montesquieu verlaſſen hatte. Am 22. ging der Marſch auf die Scarpe zu. Man erblickte die franzöſiſche Armee am anderen Ufer; aber beim erſten Brückenſchlage trat ſie den Rückzug auf Cambray an. Am 23. lagerten ſich die Armeen um Douay. Das alles war geſchehen faſt ohne Verluſt. „Die Hand Gottes muß uns hergeführt haben, meldet Marlborough

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 8. April.
[2]) Pelet t. X, p. 10.
[3]) A. a. O. p. 30, 33, 35.
[4]) Fiedler Bd. I, S. 163.

in ſeiner Weiſe; denn im anderen Falle wäre es unglaublich, in zweimal vierundzwanzig Stunden ſolche Fortſchritte zu machen" [1]).

„Nachdem wir nun Douay inveſtirt haben, ſchreibt er am nächſten Tage, iſt für uns in der nächſten Zeit, bis unſer Geſchütz eintreffen kann, wenig zu thun. Da unſere Erfolge bisher über alle Erwartungen hinausgehen, ſo werden wir in kurzer Zeit erfahren, ob der Treaſurer richtig urtheilt, daß wir bald Frieden haben werden. So ſehr ich ihn wünſche, fürchte ich doch, daß die Franzoſen entſchloſſen ſind, den Feldzug auszuhalten" [2]).

Am ſelben Tage fand wieder eine Beredung in Geertruidenberg ſtatt, die vierte. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten hatten am Tage zuvor die Rückkehr ihres Couriers von Verſailles gemeldet, und darauf hin hatten Buys und Van der Duſſen die Vollmacht erhalten ſich hin zu begeben. Auf die Anfrage der Holländer nach dem Beſcheide von Verſailles erwiederten die Franzoſen, daß ſie keine andere Vorſchläge vorzubringen hätten als die bereits gemachten, und vielmehr darauf eine Antwort erwarteten. Jene erhoben darauf Beſchwerde über die geringe Aufrichtigkeit des Hofes von Verſailles, der, nachdem er wiederholt, ſchriftlich und mündlich, die Präliminarien bis auf Artikel 37 anerkannt habe, nun, wo man ihn auffordere, für den Artikel 37 ein Expediens vorzuſchlagen, nichts Anderes vorbringe als einen neuen Theilungsplan. Die Reden wurden heftiger. Die Ueberſteigung der Linien von Douay, ſagte Polignac, ſei nicht ein ſolcher Vortheil, wie es den Verbündeten erſcheine. Der König lege darauf keinen hohen Werth. Der etwa mögliche Verluſt von Douay werde aufgewogen werden durch den Gewinn von Girona in Spanien. Im Eifer ließ ſich Polignac die Worte entfallen: lieber werde er ſich die Hand abhauen laſſen als die Präliminarien unterzeichnen.

Beim Aufbruche, am 25. April, ſagten Buys und Van der Duſſen, daß, nachdem von franzöſiſcher Seite in den Conferenzen kein Schritt vorwärts gethan und nunmehr die Armee im Felde, es beſſer ſein werde, die Beredungen nicht fortzuſetzen. Die Franzoſen dagegen

[1]) Murray vol. V, p. 5.

[2]) Coxe vol. III, p. 24. Vom 24. April.

erwiederten, daß ſie Eröffnungen gemacht, auf die man ſich von der anderen Seite nicht erkläre [1]).

Es war demnach den zwei Franzoſen darum zu thun, noch nicht abzubrechen. Die zwei Holländer ihrerſeits merkten und ſahen die Argliſt; aber es mangelte ihnen der vollgültige Beweis, der auch Andere überzeugt hätte. Uns Späteren liegt der Beweis vor in der Correſpondenz Ludwigs XIV. mit ſeinem Enkel. „Wenn Sie, ſchreibt er, am 28. April, Kunde haben von den Vorgängen in Flandern, wie ich nicht bezweifele, ſo werden Sie leicht begreifen, daß, während Douay belagert wird, es ſich nicht empfiehlt, Girona anzugreifen. Es dient nicht für die Ruhe Spaniens, wenn ich Frankreich den Feinden offen laſſe. Der Stand der Dinge wird ſich vielleicht vor dem Ende des Feldzuges ändern, und wenn ich dann über einen Theil meiner Truppen verfügen kann, ſo werde ich mit Vergnügen ſie nach Ihrem Wunſche verwenden. Suchen Sie inzwiſchen den ſchwachen Stand der Angelegenheiten des Erzherzogs nach Kräften auszunutzen, und bedenken Sie, daß Ihr Geſchick in Ihren eigenen Händen iſt. Der bevorſtehende Feldzug wird darüber entſcheiden. Fällt er für Ew. Majeſtät ruhmvoll aus, ſo werden unſere Feinde in Betreff der Friedensbedingungen deſto minder ſchwierig ſein“ [2]).

Die Frage, ob Spanien für Philipp V. verbleiben ſolle, wird in dieſem Schreiben Ludwigs XIV. nicht erörtert, ſondern als ſich von ſelbſt verſtehend vorausgeſetzt. Das iſt die Baſis, auf welcher Ludwig XIV. ſtand, während er in Geertruidenberg über die Präliminarien reden ließ, welche den Verzicht Philipps V. auf Spanien zum Ausgangspuncte hatten.

Auf den Bericht der Deputirten ward im Haag abermals beſchloſſen, an den Präliminarien feſtzuhalten. Der Vorſchlag jedoch die franzöſiſchen Bevollmächtigten von Geertruidenberg heim zu ſenden, ward nicht angenommen. Die Halbheit kam dem Abwarten und Hinzerren der Franzoſen zu gute. Sie ſchrieben an Petkum, am 4. Mai, daß ſie, ohne Vollmacht weitere Vorſchläge zu machen, geduldig abwarteten, ob die holländiſchen Deputirten wieder kommen würden, um

[1]) Lamberty t. VI, p. 52. — Wagner, Historia Josephi p. 342.
[2]) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 205.

ſich mehr zu eröffnen als bisher, oder ob der Rathspenſionär ihnen ſelber die Abreiſe auferlegen würde. — Petkum erwiederte, am 9. Mai, im Namen der Verbündeten, daß, da die Bevollmächtigten ohne weitere Vollmacht, die Deputirten nicht wiederkehren würden. Dieſer Gang der Dinge ſetzte die franzöſiſchen Bevollmächtigten in den Vortheil zu antworten: „Es thut uns ſehr leid zu ſehen, daß ungeachtet alles Entgegen-Kommens von Seiten des Königs für den Frieden man dennoch ſich entſchloſſen hat, ihn zu verweigern. Da jene Herren es für zweckmäßig gehalten haben, die Unterhandlung abzubrechen, ſo ſchicken wir uns zur Abreiſe an“ [1]).

Nicht das jedoch war die Abſicht Ludwigs XIV. Es lag ihm daran, wie Torcy ſagt, den Aufenthalt ſeiner Bevollmächtigten in Holland möglichſt zu verlängern [2]). Auch wollte er nicht einen Abbruch in ſolcher Art, in Folge der Meldung einer neutralen Perſönlichkeit, ſondern in formeller Weiſe durch die Generalſtaaten ſelbſt [3]). Denn es mußte ihm, bei den furchtbaren Kriegsleiden, denen er Frankreich nicht entnahm, vor allen Dingen daran liegen, mit irgend welchem Scheine des Rechtes vor der franzöſiſchen Nation die Schuld des Nicht-Friedens auf die Gegner abzuwälzen.

Anſtatt alſo von Geertruidenberg aufzubrechen, ließen Uxelles und Polignac von dort aus durch Petkum ein Schreiben an den Rathspenſionär gelangen. Sie meldeten, daß ſie den Auftrag zu neuen Eröffnungen erhalten. Abermals fanden ſie Willigkeit. Am 23. Mai trafen Buys und Van der Duſſen in Geertruidenberg ein. Die Franzoſen eröffneten, daß Ludwig XIV. abſtehe von der Forderung Neapels für Philipp V., daß er ſich begnüge mit Sicilien, Sardinien und den Hafenplätzen von Toscana. Auf die Frage: welche Bürgſchaft ſie den Verbündeten zu geben hätten, daß Philipp V. Spanien und Weſtindien räumen würde, wichen ſie aus. Die Holländer Buys und Van der Duſſen erwiederten: das Verhalten von franzöſiſcher Seite lege täglich klarer vor Augen, daß man die Friedenshandlung nur deshalb fortſetze, um das franzöſiſche Volk für die Tragung der ſchweren Kriegs-

[1]) Die Correſpondenz bei Lamberty t. VI, p. 52.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 252.
[3]) A. a. O. p. 223.

laſt geduldig zu erhalten, nicht jedoch um zu einem Frieden zu gelangen [1]).

So richtig dieſe Antwort ſein mochte, ſo blieb dann doch die Frage, warum Ludwig XIV. einen Krieg fortſetzen wollte, der ihm ſo geringe Ausſichten des Erfolges bot. Gerade die Kenntnis des Nothſtandes in Frankreich beſtärkte ja wie in England bei Godolphin, ſo im Haag bei den Häuptern der Republik, immer wieder die Meinung, daß Ludwig XIV., ſo hart es ihn ankomme, dennoch endlich ſich in die Präliminarien fügen werde, die er doch ſchon, im Mai 1709, faſt völlig anerkannt hatte.

Und dennoch hatte man nun geſehen, daß auch der raſche Erfolg der Verbündeten zum Beginne des Feldzuges, vom 20. bis 23. April, auf die Haltung der Bevollmächtigten in Geertruidenberg gar keinen Einfluß geübt hatte.

Allein in denſelben Tagen hatte der von Ludwig XIV. längſt erſehnte, längſt berechnete Wandel der Dinge in England begonnen, im Anfange geräuſchlos, und, wie es ſchien, nur die inneren Angelegenheiten betreffend. Und doch wurde ſehr bald nicht bloß an Einem Orte, ſondern an vielen, die Wichtigkeit der in London ſich vollziehenden Aenderungen erkannt. Bereits am 12. Mai meldet Marlborough vom Feldlager aus: „Nicht bloß vom Haag, ſondern auch von Paris aus ſind alle Briefe erfüllt mit Meldungen über unſere Spaltungen in England. In Paris hofft man für ſich von dort her große Vortheile“ [2]).

Dieſe Hoffnungen waren im Steigen von Woche zu Woche. Die Ereigniſſe, die in London ſich vollzogen, ohne Kanonendonner, ohne Blutvergießen, nicht freilich ohne heftige Kämpfe menſchlicher Leidenſchaften, waren in ihren Conſequenzen gewichtiger als alle Feldzüge dieſes Jahres. Wir haben ihnen unſere Aufmerkſamkeit zuzuwenden, und dabei beſonderes Gewicht zu legen auf die Berichte der kundigen und unparteiiſchen Vertreter des Kaiſers, Gallas und Hoffmann.

[1]) Lamberty t. VI, p. 55.
[2]) Coxe vol. III, p. 46.

Wandel der Dinge in England bis zur Entlassung Godolphins.

Ernennung Shrewsburys zum Oberst-Kämmerer.

Die Erregung der Gemüther in England, die der Prozeß Sacheverell hervorgerufen, gab sich andauernd kund durch Adressen aus beiden großen Parteien an die Königin.

Diese selbst erschien wie völlig verändert. Seit dem Tode ihres Gemahls, November 1708, hatte sie noch einsamer und abgeschlossener gelebt als zuvor. Im März 1710 ward das anders. Täglich verstattete sie Audienzen, ließ Leute aller Stände zu, hörte Jeden willig und freundlich an.

Dagegen kam sie damals mit der langjährigen Freundin, Lady Sarah Marlborough, zum offenen Bruche. Von der letzten Unterredung, am 6./17. April, hat die Lady einen ausführlichen Bericht gemacht [1]). Die Unterredung verlief stürmisch; jedoch ergibt sich daraus nicht so sehr, daß die Königin den Bruch gesucht habe, als daß er durch das ungestüme Andringen der Lady herbei geführt wurde. Die Königin versagte ihr mündliches Gehör, und verwies sie auf den Weg der schriftlichen Mittheilung. Damit war noch nicht die Dienstes-Entlassung ausgesprochen; aber sie wurde im Laufe der Dinge unvermeidlich.

Der Bruch mit der Lady Marlborough war der erste offene Schritt der Königin auf dem Wege, sich frei zu machen von dem Drucke auf sie, den sie ihre bondage nannte. Aber es würde nicht richtig sein darum zu sagen, daß sie von den Whigs hinüber lenken wollte zu den Tories. Es entsprach nicht dem Sinne der Königin, die Herrschaft der einen Partei mit derjenigen der anderen vertauschen zu wollen. Sie vertraute auf das Wort ihres confidentiellen Berathers Harley, daß es möglich und allein richtig sei, ein solches Ministerium zu bilden, welches fähige und gemäßigte Köpfe beider Richtungen verwende. Harley war, wie der englische Ausdruck lautete, ein Trimmer, d. h. ein Mann, der es sich zur Aufgabe setzt, das Gleichgewicht herzustellen. Aber es lag die Erfahrung vor, daß auch

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 295. — Conduct of the Duchess of Marlborough p. 236.

Marlborough und Godolphin, obwohl ſelber beide Tories, von Anfang an eben dasſelbe Syſtem hatten beobachten wollen, und daß ſie dann doch, und mit ihnen die Königin, freilich erſt allmählich und im Laufe der Jahre, der Whig-Partei nachgegeben hatten. Dies war geſchehen, weil ſie mit derſelben das eine wichtige Intereſſe gemein hatten, die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Ein Abwenden von der Whig-Partei, ganz oder auch nur zum Theile, ſchloß alſo die Frage in ſich, wenn auch zu Anfang noch für Viele latent, ob die Fortführung des Krieges möglich ſein werde.

Es iſt von Wichtigkeit, dieſe Betrachtung vorauszuſenden, weil ſich mehr als einmal ergeben wird, daß die Königin und Harley über das eigentliche Ziel, wie weit ſie gehen wollten, von Anfang an nicht klar geweſen ſein können. Man hat ihnen, namentlich damals ſelbſt, oft mehr Planmäßigkeit und Conſequenz beigelegt als ſie wirklich beſaßen.

Indem die Königin, ſeit dem Prozeſſe Sacheverell, aus ihrer bisherigen Zurückgezogenheit wieder mehr hervor trat, zog ſie Perſönlichkeiten zu ſich heran, welche entweder mit Marlborough, oder Godolphin, oder auch mit der Whig-Partei ſich nicht im Einklange befanden. Es waren die drei Herzoge Somerſet, Shrewsbury, Argyle, die Grafen Rivers und Poulett, endlich Sir Robert Harley. Im April ward das Zuſammen-Gehen dieſer Männer bemerkt, und man nannte ſie gegenüber der Junta der Whig-Lords ſcherz- oder ſpottweiſe die Juntilla. „Sie wird vom Herzoge von Somerſet geführt, meldet Gallas, und von Harley dirigirt“ [1]).

Aehnlich lautet über Somerſet das Wort des Savoyarden Maffei: „Er trägt ſich als Haupt der Juntilla; aber man benutzt ihn nur, weil er das Ohr der Königin hat“ [2]). Er war Ober-Stallmeiſter. Wegen ſeines Auftretens hatte man ihm den Beinamen: the sovereign gegeben. Er gehörte zur Whig-Partei, war jedoch wiederholt der Junta entgegen getreten, und ſtand mehr noch im Gegenſatze zu Marlborough und Godolphin.

Eine Charakteriſtik des Herzogs von Argyle haben wir vernommen von ſeinem Landsmanne Lockhart von Carnwath, der politiſch

[1]) Bericht vom 29. April.
[2]) Coxe vol. III, p. 66.

mit ihm im Gegenſatze ſtand. (Band XI, S. 564). Argyle war General unter Marlborough. Dieſer und die Lady bezeichneten ihn wiederholt als undankbar gegen ſie. Für die Gegnerſchaft Argyles gegen Marlborough jedoch genügt die einzige Aeußerung, die von ihm berichtet wird in Anlaß des Verlangens von Marlborough, ſeine Stelle als General-Capitän lebenslänglich zu behalten (S. 363).

Die variabelſte Perſönlichkeit unter jenen drei war der Herzog von Shrewsbury. Wir haben ihn kennen gelernt als eins der ſieben Mitglieder der Ariſtokratie, welche im Juni 1688 die Einladung an Wilhelm von Oranien zeichneten, dann als in beſonderer Weiſe thätig für die Umwälzung, und wieder einige Jahre ſpäter in Beziehungen zu dem Hofe von St. Germain. Wilhelm III. bediente ſich ſeiner als Miniſters mehr wegen des Einfluſſes und Anſehens der Perſönlichkeit, als aus Vertrauen. Gegen das Ende der Regierung Wilhelms III. zog Shrewsbury ſich aus dem Staatsdienſte ganz zurück, und begab ſich nach Rom, um, wie er ſagte, ſeine Geſundheit zu pflegen, eben ſo ſehr jedoch weil er aller politiſchen Thätigkeit müde war. Er ſpricht dieſe Abneigung in ſcharfer Weiſe aus in einem Briefe an Lord Somers, mit den Worten: „Ich verwundere mich, daß in England Jemand, der ſonſt ſein Brot haben kann, ſich mit politiſchen Angelegenheiten befaſſen mag. Hätte ich einen Sohn, ſo würde ich lieber einen Schuhflicker aus ihm machen als einen Hofmann, und einen Henker lieber als einen Staatsmann“ [1]).

Nach der Thronbeſteigung der Königin Anna hätten Marlborough und Godolphin gern ihn zurückgerufen, und ſtellten ihm das Ober-Stallmeiſter-Amt in Ausſicht [2]). Er weigerte ſich. Bis 1706 blieb er in Rom. Nach der Rückkehr führte Marlborough bei ihm Klage über den wachſenden Druck der Whig-Partei, und hätte gern geſehen, daß Shrewsbury als Freund derſelben mäßigend auf ſie eingewirkt hätte. Shrewsbury blieb für mehrere Jahre auf dem Lande, und nahm erſt allmählich wieder am öffentlichen Leben Antheil. Er hatte aus Italien eine Frau mitgebracht, eine geborene Paleotti, deren Auftreten

[1]) Hardwicke's State Papers vol. II, p. 441. Vom 17. Juni 1701.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 131. Charakteriſtik des Herzogs von Shrewsbury durch Lady Marlborough.

nicht immer der engliſchen Hofſitte entſprach und dadurch den Spott der Lady Marlborough hervorrief. Auf das Betreiben Harleys ließ dagegen die Königin ſich herbei, der Italienerin eine beſondere Aufmerkſamkeit zu beweiſen [1]).

Das erſte auffallende Zeichen, daß mit Shrewsbury eine Aenderung eingetreten war, gab ſich kund bei dem Urtheile in der Sache des Prädicanten Sacheverell. Der Herzog, der an den Ereigniſſen von 1688 ſo hervorragenden Antheil genommen, ſtimmte nun für Sacheverell mit Nicht-Schuldig.

Von da an fand jene Juntilla ſich zuſammen; jedoch ward das Handeln hinaus geſetzt bis nach der Vertagung des Parlamentes. Dieſe erfolgte am 15./26. April. Nach dieſer einſtweiligen Erledigung der Geſchäfte begab ſich Lord Godolphin nach Newmarket. Drei Wochen zuvor hatte er ſich in einem Briefe an Marlborough ausgeſprochen mit den Worten: „Ich habe keine Ausſicht auf etwas Gutes weder draußen noch daheim als nur von Ihrem energiſchen Feldzuge, der vielleicht nach beiden Seiten günſtig wirken kann. Ich will Sie nicht behelligen mit meinen Klagen; aber mit Einem Worte: das Leben eines Galeeren-Sclaven iſt ein Paradies im Vergleiche mit dem meinigen“ [2]).

Kurz nach ſeiner Ankunft in Newmarket traf ihn dort ein Schreiben der Königin. Es redet zuerſt von der Erregung im Lande, von der Hoffnung, daß auch Godolphin ſich bemühen werde, dieſelbe zu beſchwichtigen, von der Bereitwilligkeit der Königin, ſich mit allen ihren Freunden in dieſem Bemühen zu einigen. Dann fährt das Schreiben fort: „Seitdem Sie ſich nach Newmarket begeben, habe ich von dem Herzoge von Shrewsbury wiederholte Betheuerungen ſeiner Willfährigkeit erhalten, in meinen Dienſt zu treten. Bei meiner guten Meinung von ihm und in der Ueberzeugung, daß er in dieſen Zeiten der Verwirrung von großem Nutzen ſein kann, habe ich ſein Erbieten gern angenommen. Aus dieſem Grunde habe ich mich entſchloſſen den (Oberſt Kämmerer) Grafen von Kent zu entlaſſen, der, wie ich hoffe,

[1]) Coxe vol. III, p. 59.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 420. Vom 30. März 10. April.

gern darauf eingehen wird, weil ich ihn dafür zum Duke ernennen werde. Auch hoffe ich, daß diese Veränderung Ihre Zustimmung erhalten wird, die ich bei allen meinen Handlungen zu haben wünsche. Ich habe meine Absicht, dem Herzoge von Shrewsbury (als Oberst-Kämmerer) den weißen Stab und den Schlüssel zu geben noch nicht erklärt, weil ich zuerst Sie davon in Kenntnis setzen wollte" [1]).

Das Schreiben enthält, wie man sieht, nicht etwa eine Anfrage um Rath, sondern eine entschiedene Willenserklärung, die dann auch sofort noch an demselben Tage ausgeführt wurde. Sie verkündete das Anbrechen einer neuen Zeit, einer völlig veränderten Stellung der Königin zu ihren bisherigen Berathern.

In der Meldung der Königin ward dagegen ein wichtiger Punct nicht berührt. Der bisherige Oberst-Kämmerer gehörte durch dies Amt dem Cabinetsrathe nicht an. Shrewsbury dagegen ward mit seiner Ernennung zugleich demselben eingereiht, und als Grund dafür ward angeführt, daß er unter Wilhelm III. wiederholt Staats-Secretär gewesen sei. „Er gilt für einen mäßigen und bescheidenen Mann, meldet der Graf Gallas, und für einen Freund Marlboroughs. Das Auffallende bei der Sache ist, daß er im Prozesse des Sacheverell für Nicht-Schuldig gestimmt. Die Urtheile über die Ernennung sind verschieden. Einige sagen, daß Marlborough und Godolphin bei dieser Veränderung mit darunter stecken, um das Verhältnis der ersten Jahre herzustellen, wo sie, unabhängig von den Parteien, geeignete Persönlichkeiten aus beiden in den Dienst der Krone zogen. Andere sagen: das Ziel sei eine völlige Veränderung, so daß das Schatzamt selber, das Amt Godolphins, in Commission gegeben werden solle" [2]).

In diesem Sinne faßte Godolphin selber die Mittheilung der Königin an ihn, nach ihrem Inhalte und nach ihrer Form. Seine Antwort suchte der Königin den Weg zu beleuchten, auf den die Consequenz dieses ersten Schrittes sie führen müsse [3]).

---

[1]) Das Schreiben bei Coxe vol. III, p. 61.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 16./27. April.

[3]) Das Schreiben in Conduct of the Duchess of Marlborough p. 248. Die Daten dort können jedoch nicht correct sein, weil erst am 15./26. das Parlament vertagt war. Graf Gallas bezeichnet den 16./27. als den Tag der Ernennung Shrewsburys.

„Der Kummer, deſſen Ausdruck Ew. Majeſtät in meinem vorigen Schreiben bemerkt haben, war nur ein Ausfluß meiner Ueberzeugung, daß Ew. Majeſtät es dulden, daß Sie in Ihr eigenes Verderben geführt werden, und zwar ſo ſchnell wie es den Perſönlichkeiten möglich iſt, auf welche Sie ſo viel zu vertrauen ſcheinen. Darum bin ich weniger überraſcht als betrübt durch den Entſchluß, den Ew. Majeſtät gefaßt haben, den Herzog von Shrewsbury in Dienſt zu nehmen. Allerdings erkannten ja jene Perſönlichkeiten, daß es ſchwer ſein werde, Ew. Majeſtät direct zur Auflöſung eines Parlamentes zu bewegen, welches ſeit zwei Wintern Ihnen jedes Mal mehr als ſechs Millionen für die Fortführung eines Krieges bewilligt hat, von dem Ihre Krone abhangt. Darum machen ſie, ſogar wo noch der Krieg dauert, Ew. Majeſtät liſtiger Weiſe den Vorſchlag einer ſolchen Ernennung, deren Conſequenzen Sie eben ſo ſicher in die Nothwendigkeit bringen werden, das Parlament aufzulöſen, obwohl, wie ich doch glaube, gegen Ihre Abſicht und gegen Ihren Willen.“

Godolphin verwahrt ſich dann, eine perſönliche Abneigung gegen Shrewsbury zu haben oder deſſen Befähigung zu unterſchätzen. „Aber es iſt meine Aufgabe, fährt er fort, Ew. Majeſtät die Dinge im rechten Lichte zu zeigen. Sie ziehen den Herzog in Ihren Dienſt und in die Leitung der Geſchäfte gerade zu einer Zeit, wo er öffentlich in jedem Votum mit der Geſammtheit der Tories geht, und wo er in ſeinem Privatleben in beſtändiger Beziehung mit dem Herrn Harley ſteht. Welche andere Conſequenz kann daraus folgen als die, daß alle Mitglieder Ihres Cabinets-Rathes, mit Ausnahme des Herzogs von Somerſet, davon fliehen werden wie vor der Peſt? — Und ferner mögen Ew. Majeſtät erwägen, welche Wirkung dieſer völlige Wechſel Ihres Miniſteriums auf Ihre auswärtigen Verbündeten haben wird. Dieſe werden fragen, ob es denkbar, daß dieſer Krieg fortgeführt werde von den Parteien, die bisher immer Hinderniſſe in den Weg gelegt, und die jeglichen Frieden annehmen und deſto höher ſchätzen werden, je mehr er Frankreich frei macht die Zeit zu wählen, um dieſem Lande den Prätendenten aufzuzwingen.“

„Dieſe Erwägungen werden ſicherlich Holland ſofort dahin bringen, einen Sonderfrieden mit Frankreich einzugehen. Dann werden Ew. Majeſtät aller Ehre und alles Ruhmes, den Ihre Waffen durch

den Krieg Ihnen erworben, verloren gehen, und eben so wird das Königreich die Früchte der unermeßlichen Kosten dieses Krieges einbüßen, wie nicht minder die Vortheile und die Sicherheit, deren es bedurfte und deren Erlangung in so sicherer Aussicht stand. Kann ferner Jemand sich der Einbildung hingeben, daß nach einer so großen Enttäuschung für das Königreich, man nicht die Frage aufwerfen und Untersuchung darüber anstellen werde, wer den Anlaß gegeben habe zu einem so großen Wechsel in den Maßregeln und Rathschlägen Ew. Majestät, nachdem die früheren, so lange erfolgreich, Ew. Majestät einen so großen Namen in der Welt erworben hatten? Ich fürchte sehr, Ew. Majestät werden, wenn es zu spät, erfahren, daß es eine sehr schwierige Aufgabe ist, gegen eine solche Untersuchung Stand zu halten."

„Wenn ich nicht alle diese Consequenzen für unvermeidlich ansähe, so würde ich nicht Ew. Majestät damit behelligen. Aber in meiner Ueberzeugung, daß Ew. Majestät sie als solche anerkennen müssen, halte ich auch, aus reiner Treue und Eifer für Ew. Majestät Dienst und Ehre, es für meine Pflicht sie auszusprechen."

Nach dieser Darlegung dürfte man die Kundgebung des Entschlusses von Godolphin erwarten, sich an den Geschäften weiter nicht zu betheiligen, und demgemäß die Bitte um seine Entlassung. Statt dessen lenkt dann Godolphin ein. Er fährt fort wie folgt.

„Daß Ew. Majestät einen Entschluß von so weittragenden Folgen für alle Ihre Angelegenheiten daheim und nach außen gefaßt haben, ohne dem Herzoge von Marlborough und mir eher eine Kunde davon zu geben als nach dem gefaßten Entschlusse, ist der geringste Theil meiner Kränkung in dieser ganzen Sache. Vielleicht allerdings dürfte die Welt dafür halten, daß die langen und getreuen Dienste, die wir eifrig und getreu Ew. Majestät zu leisten uns bemüht, etwas mehr Rücksicht verdient hätten. Ich für meinen Theil bitte unterthänigst Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß ich Ihren Maßregeln oder irgend einem Minister, den Sie anzustellen geruhen werden, nicht das geringste Hindernis in den Weg legen werde."

Die letzten Worte enthielten die völlige Unterwerfung unter die vollendete Thatsache, so wie die Erklärung der gleichen Bereitwilligkeit auch für die Zukunft. Demnach verblieb der Sieg der Partei Harley.

Sie beſchränkte ſich einſtweilen auf dieſen Erfolg der Ernennung Shrewsburys.

Als Godolphin nach ſeiner Rückkehr perſönlich vor der Königin erſchien, machte ſie ihm den Vorwurf, daß keiner der Whigs die Ernennung Shrewsburys ſo übel aufgenommen habe wie er. Godolphin beharrte dabei, daß man ſeinen Brief, wenn es zu ſpät, als eine wahre Prophezeiung des Kommenden erfinden werde. Die Königin entgegnete, jedoch in unſicherer Weiſe, daß ſie weitere Veränderungen nicht beabſichtige. Godolphin verſetzte: „In der Stadt laufen darüber viele Gerüchte um“ [1]).

Der Verlauf der Dinge hat allerdings die Prophezeiung Godolphins bewahrheitet. Und es iſt nicht bloß möglich, ſondern wahrſcheinlich, daß andere ſcharfe Beobachter, wie namentlich Ludwig XIV., gleich damals geſchloſſen haben, daß es dahin kommen müſſe, alſo daß die Königin ſich zu den Tories wenden und das Parlament auflöſen würde. Aber der Königin ſelber lagen wahrſcheinlich dieſe Gedanken noch fern. Sie hatte vom Beginne ihrer Regierung an in dem Gedanken gelebt, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges wider Frankreich ihr die Krone ſichere, und Godolphin hatte ja in jenem Briefe dieſen Gedanken zum Fundamente ſeiner Beweisführung gemacht. Wenn die Königin auch die Conſequenzen verneinte, die Godolphin daraus zog: ſo hielt ſie dennoch an jenem Gedanken noch feſt. Die ſchwierige Frage bei dem Verhalten der Königin in dieſer Sache iſt immer die, den Punct zu finden, wo die Ehrlichkeit aufhört, die Unaufrichtigkeit beginnt.

Einige Tage ſpäter erſchien Shrewsbury ſelber bei Godolphin. Er ſprach ſeinen Wunſch aus, mit Godolphin ſelber ſo wie mit dem Ehepaare Marlborough und wiederum deren Freunden auf gutem Fuße zu leben. Er betheuerte feierlich, mit Abigail — mit dieſem Taufnamen ward Frau Maſham gemeiniglich genannt — niemals Ein Wort geſprochen zu haben [2]). Die Beſorgniſſe Godolphins ſcheinen damals ſich etwas gelegt zu haben.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 63.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 422. Vom 20. April/1. Mai.

In Folge der Ernennung von Shrewsbury nahm jedoch die Erregung in London wie überhaupt in der englischen Nation nicht ab, sondern zu. Ueber diese Ernennung selber war man nur in so weit klar, daß sie ohne das Vorwissen und gegen den Wunsch der Whig-Junta erfolgt sein müsse. „Ob aber der Treasurer Godolphin die Hand darin gehabt, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann noch, am 24. April/5. Mai, ist zur Zeit nicht zu durchdringen. Godolphin protestirt aufs höchste, daß er vorher nicht die geringste Kunde gehabt. Die Königin selber bestätigt dies, und sagt, daß sie aus eigenem Antriebe gehandelt. Die Whig-Partei schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß eine weitere Aenderung nicht statt finden werde, und scheint sich dabei zu beruhigen. Anders die Tories. Sie machen geltend, daß dieser Beginn eine völlige Veränderung des Ministeriums zu ihren Gunsten nach sich ziehen werde."

„Bis jetzt jedoch, fügt der Beobachter hinzu, ist dafür noch kein Anzeichen vorhanden. Denn, wenn die Königin Willens wäre, eine so gefährliche Sache zu unternehmen, so müßte sie auch das Parlament, welches noch ein Jahr lang zu bestehen hat, auflösen und ein neues einberufen. Denn, wenn sie das Ministerium änderte und sich demnach für die Tories erklärte, so würde sie sich des jetzigen Parlamentes, in welchem die Whigs die Mehrheit haben, nicht bloß nicht mit Nutzen, sondern auch nicht ohne Gefahr bedienen können. Die Tories allerdings wenden alles auf, um die Auflösung des Parlamentes zu erwirken, indem sie nicht zweifeln, daß, bei Neuwahlen, sie die Mehrheit davon tragen werden. Zu diesem Zwecke laufen täglich Adressen ein, in denen die Whigs als Republikaner und Feinde der königlichen Autorität dargestellt werden. Dagegen versprechen die Tories in diesen Adressen, bei den künftigen Wahlen solche Deputirte zu erwählen, welche für die königliche Autorität und die Hochkirche eintreten werden. Aber auch die Whigs ihrerseits senden Adressen ein, in denen sie die Tories darstellen als Jacobiten und als Feinde der Revolution, durch welche die Königin den Thron besitze. Das gesammte Königreich ist in einer Agitation, wie man sie seit Cromwells Zeiten nicht gesehen. Dies wird aber keine nachtheiligen Folgen haben, wenn nur die Königin das Parlament nicht auflöst" [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. Mai.

Die wiederholte Nennung der Jacobiten bei dieſem Wechſel in England führt zu der Frage, ob oder in wie weit dabei jacobitiſcher Einfluß thätig war. Die Mehrzahl der Mitglieder der ſogenannten Juntilla waren keine Jacobiten. Zum Beweiſe deſſen darf ſchon hier darauf hingewieſen werden, daß, als reichlich vier Jahre ſpäter die Frage der Thronfolge thatſächlich zur Entſcheidung ſtand, gerade jene drei Herzoge Argyle, Somerſet, Shrewsbury, durch ihr raſches Vorgehen während der Agonie der Königin eine jacobitiſche Erhebung unmöglich machten. Demnach muß geſagt werden, daß die jacobitiſchen Factoren, die etwa bei dem im April beginnenden Wechſel des Syſtemes in England thätig waren, wenigſtens ſich nicht offen als ſolche kund gaben. In der Partei Harley, wie ſie damals beſtand, war vielleicht die einzige entſchiedene Jacobitin die Frau Maſham, die, ſo gewichtig ihr Einfluß ſein mochte, nicht in den Vordergrund trat.

Entlaſſung des Staats-Secretärs Sunderland.

Bis zur Mitte Mai überwog die Meinung daß eine weitere Veränderung im Miniſterium nicht erfolgen werde [1]). Aber der Adreſſen-Sturm hielt an. Das Gerücht, daß eine völlige Aenderung bevorſtehe, tauchte immer neu wieder empor, wenn auch für längere Zeit noch ohne Namen.

Ein beſtimmter Fingerzeig ergab ſich jedoch um die Mitte des Monats Mai aus den Aeußerungen Shrewsburys zu einigen Whigs. Wenn man, ſagte er, die Königin ſicher ſtellen könne, daß ſie in Betreff der Frau Maſham nicht wieder beunruhigt werden ſolle, ſo werde ſie in ihrem Leben an die Tories nicht denken. Auf den Bericht dieſer Aeußerung war Marlborough der Anſicht, daß ſie die Aufforderung an die Whigs enthalte, ihn und die Lady Marlborough fallen zu laſſen [2]). Näher jedoch als dieſe zwei ſtand für die Anwendung jener Hindeutung noch eine andere Perſönlichkeit. Es war offenkundig, daß der Lord Sunderland in dem Winter zuvor eine Parlaments-

[1]) Desgleichen vom 13. Mai.

[2]) Coxe vol. III, p. 77. Schreiben Marlboroughs vom 22. Mai.

Adreſſe gegen die Frau Maſham betrieben hatte. Auf ihn alſo zunächſt bezogen ſich jene Worte. Shrewsbury ſchien darin den Whigs zuzuſichern, daß, wenn ſie für den Lord Sunderland nicht einträten, weiter keine Veränderung vorgenommen werden ſolle.

Gegen den Lord Sunderland waren, nach einem Berichte Godolphins an Marlborough [1]), eine Reihe von Perſönlichkeiten thätig. Damals als er jenen Plan einer Parlaments-Adreſſe gegen die Frau Maſham betrieb, hatte die Königin in ihrer Furcht und Sorge um ihre gefährdete Freundin ſich an mehrere Parlaments-Mitglieder einzeln gewendet, ſie zur Abwehr aufgefordert und dafür auch ihrerſeits Verpflichtungen übernommen. Dieſe Perſönlichkeiten drängten nun vorwärts gegen Sunderland.

Am 11./12. Mai gab Shrewsbury dem Treaſurer zu verſtehen, daß ſeine neuen Freunde die Entlaſſung des Staats-Secretärs Sunderland forderten. Dem Verſuche Godolphins eine poſitive Antwort darauf zu erlangen, wich Shrewsbury aus [2]).

Einige Tage ſpäter trat die Ungewisheit, die Unſicherheit des dermaligen Zuſtandes der Dinge bereits an Godolphin perſönlich heran. Ein Bericht Townſhends aus dem Haag, den Godolphin der Königin vorlas, enthielt, daß die fremden Geſandten in London heimwärts meldeten, das Schatzamt ſolle in Commiſſion gegeben, mit anderen Worten: Godolphin ſolle entlaſſen werden. — Beim Vorleſen dieſer Stelle meinte Godolphin an der Königin ein verächtliches Lächeln zu bemerken. Sie äußerte jedoch kein Wort. „Vielleicht, ſchreibt Godolphin an Marlborough, hat ſie noch nicht die Abſicht; aber ich kann nicht gutſagen dafür, daß Harley und ſeine Freunde ſie bis zu dieſem Puncte drängen werden. Dagegen weiß ich, daß ich aushalten will, ſo lange Sie im Felde ſind, weil nur durch meine beſondere Sorgfalt und Mühe Sie des regelmäßigen Soldes für Ihre Armee ſicher ſind, und darum werde ich nicht um einer geringen Provocation willen meinen Poſten aufgeben" [3]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 78. Schreiben Marlboroughs vom 29. Mai.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough, vol. II, p. 433. Vom 12./23. Mai.

[3]) A. a. O. p. 436. Vom 16./27. Mai.

Das Gerücht über die Entlaſſung Godolphins war damals, im Mai, nur erſt noch das Zucken eines weit entfernten Wetterleuchtens. Dagegen haftete das Gerücht an Sunderland, mit dem Zuſatze, daß er einen Tory zum Nachfolger erhalten werde. Am 19./30. Mai hielten auch die kaiſerlichen Vertreter in London ſich verpflichtet, in ihren Berichten nach Wien das Gerücht zu erörtern. Ihre Meinung war, nicht daran zu glauben. „Denn weil eine ſolche Veränderung den Whigs gegenüber nicht wohl vorgenommen werden kann, ohne daß man zugleich das Parlament auflöſe und ein neues berufe, ſo kann es keinem bedachtſamen und für das allgemeine Weſen wohlgeſinnten Menſchen einleuchten, daß die Königin bei den jetzigen auswärtigen Conjuncturen ſich zu einem ſo gefährlichen Entſchluſſe verleiten laſſen ſollte, wäre es auch nur in Rückſicht auf die Republik der Niederlande. Denn dieſe hat jederzeit gegen die Tories das höchſte Mistrauen gehabt, und würde die Veränderung mit ſolchem Argwohne aufnehmen, daß man auf einen übereilten Friedensſchluß ihrerſeits mit Frankreich gefaßt ſein müßte“ [1]).

Dieſe Gründe ſprachen gegen die Glaubwürdigkeit des Gerüchtes. Dann jedoch kam auch die andere Seite der Sache zur Sprache, mit den Worten: „Dahingegen zeigt die Erfahrung, daß in dieſem Lande dergleichen Gerüchte der Regel nach Vorboten der Thatſachen ſind.“

Jene Erwägung der kaiſerlichen Geſandten geht von der Anſicht aus, als handele es ſich um die Whig-Partei als ſolche, oder als werde die Partei ſolidariſch für Sunderland eintreten. Aber das Verfahren von der anderen Seite war, wie wir geſehen haben, darauf berechnet, daß dies nicht geſchehen werde.

Dieſe Berechnung erwies ſich als richtig. Marlborough allerdings mahnte von Anfang an: „Die Hauptſache iſt, daß die Whigs einmüthig zuſammen ſtehen, und dann müſſen, früher oder ſpäter, alle Dinge zurecht kommen“ [2]). Allein eine Einmüthigkeit, ein Zuſammen-Gehen ſolcher Art war nicht da. Aufgeſtört aus ihrer bisherigen Ruhe, irre gemacht an dem Beſitze der Macht, die ſie zu haben meinten, ſuchte ein jeder der Whigs ſeinen Weg für ſich.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Mai.

[2]) Coxe vol. III, p. 68. Vom 5. Mai.

Godolphin nennt drei Mitglieder der Junta als bereit, Herrn Harley ihre Huldigung darzubringen, wie dieser bereit sei, sie zu empfangen. Die drei waren die Lords Halifax, Somers und — Sunderland [1]).

Aber auch Marlborough selber gegenüber erkannte damals die Königin, daß sie es vermöge ihren Willen durchzusetzen. Er hatte, nach dem glücklichen Beginne des Feldzuges, zu Ende April, zur Ermuthigung eine Reihe von Beförderungen vorgeschlagen. Der Kriegs-Secretär Robert Walpole legte der Königin die Listen vor. Diese schlossen ab vor den Namen der Obersten Masham und Hill, des Gemahls und des Bruders der Frau Masham. Die Königin verlangte den Vorschlag Marlboroughs für beide zur Ernennung von Brigadieren. In Betreff des ersteren willfahrte Marlborough sofort; in Betreff Hills erhob er Einwände. Die Königin bestand. Godolphin und Walpole riethen nachzugeben, weil es mehr als wahrscheinlich sei, daß die Erfüllung dieses Wunsches der Königin zu Gunsten der Frau Masham andere Schwierigkeiten beheben werde. Marlborough gab nach [2]).

Es scheint, daß Godolphin und Walpole sich dabei gedacht haben, die Königin könne dadurch bewogen werden, den Lord Sunderland nicht zu entlassen. Aber das Gerücht, daß dies bevorstehe, erhielt und befestigte sich, und eben so ward es zur Gewisheit, daß die anderen Mitglieder der Junta und der Whig-Partei nicht solidarisch für ihn eintreten würden. Wenn sie dies thäten, sagten sie den kaiserlichen Vertretern, so würden sie selber zu einer völligen Aenderung beitragen, und dadurch auf Einmal den Tories den ganzen Vortheil in die Hände geben, den diese doch sonst nur schrittweise erringen könnten. Wenn sie, die Whigs, dagegen um des einzigen Sunderland willen sich ihrer Stellen nicht begäben, so behielten sie noch immer die Oberhand in den Geschäften, und gewönnen wenigstens Zeit, an welcher bei der jetzigen Krisis der auswärtigen Angelegenheiten alles gelegen, so daß man von daher auch die günstigere Gestaltung der inneren Angelegenheiten erwarten dürfe [3]).

[1]) Coxe vol. III, p. 79. Vom 29. Mai a. St.

[2]) Coxe: Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 21. Vom 23. Mai/3. Juni.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 21. Juni.

Hier tritt uns die Verſchiedenheit der Parteien in ihrem Verhalten nach auswärts hin entgegen. Die neue Partei, die Juntilla, war von dem Gedanken ausgegangen, daß der Friede nun bald bevorſtehe [1]). Die Mahnung Marlboroughs, daß Ludwig XIV. niemals ernſtlich den Frieden geſucht habe, ſondern mit der Bitte um Beredungen nur dahin trachte Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung auf einen Umſchlag irgendwo — dieſe Mahnung verklang bei den neuen Räthen der Königin ungehört, vielleicht gerade, weil ſie von demjenigen ausging, den man im Verdachte hatte, um ſeines Vortheils willen den Krieg in die Länge zu ziehen. Erſt langſam und allmählich, noch nicht im Juni, reifte in der zweiten Hälfte des Sommers bei der neuen Partei die Erkenntnis, daß man, wohl oder übel, gezwungen ſein werde, zunächſt den Krieg fortzuführen.

Jene Anſicht der Whigs dagegen, daß Ereigniſſe von außen her auch die inneren Angelegenheiten günſtiger geſtalten würden, ſchloß in ſich die Hoffnung auf einen Sieg Marlboroughs. Dies führte in eindringlicher Rede namentlich Lord Somers aus, der als eins der befähigtſten Häupter der Whig-Partei galt. „Wohin ich meine Augen wende, ſchreibt er an Marlborough: ich ſehe keine Hoffnung als von der Armee unter Ihrer Führung. Sie haben Wunder für uns gethan: mögen Sie auch ferner ſolche thun! Das wirkſamſte und ſicherſte Mittel alle Ihre Gegner zu ſtrafen iſt, ſich nicht darum zu kümmern, was ſie thun, ſondern vorwärts zu gehen, die Gelegenheit zu nutzen und mit Lorbern heim zu kehren“ [2]). Die Worte ſprachen nicht aus, aber ließen durchblicken, daß Somers, ungeachtet des Sturzes von Sunderland, in ſeinem Poſten bleiben wolle. Die Königin hatte nämlich, in einer vertraulichen Unterredung, ihm beſonders zugeſichert, daß ſie weitere Veränderungen nicht vornehmen wolle.

Marlborough dagegen ſprach, vom Feldlager aus, in derber Weiſe ſeine Verwunderung aus über die Whigs, die, vor wenigen Monaten ſo mächtig, nun in zahmer Ergebung ſich unter Harley und Frau Maſham fügten. „Die Whigs irren ſich, ſchreibt er an Godolphin, wenn ſie meinen, daß jene nur beabſichtigen, Sie und mich zu

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Auguſt.
[2]) Coxe vol. III, p. 85. Vom 17. Juni.

kränken; denn der Sturz ihrer Aller und ein neues Parlament ist das Ziel" [1]).

Es ist merkwürdig, daß bei den Verhältnissen wie sie lagen, einige der betheiligten Persönlichkeiten meinten, daß Lady Marlborough noch vermögen würde etwas auszurichten. Sie hatte sich, nach der letzten heftigen Unterredung mit der Königin, am 6./17. April, nach Windsor Lodge zurückgezogen und lobte von dort aus den Frieden des Landlebens. Aber sie erhielt dort Briefe von Seiten der Whig-Partei, welche ihre Abwesenheit beklagten zu einer Zeit, wo das öffentliche Wohl ihre Mitwirkung erheische [2]). Mehrere Whigs meldeten sogar an Marlborough ihre Meinung: es sei möglich, daß Lady Marlborough und Frau Masham friedlich und freundlich neben einander leben könnten [3]). Einer der Anhänger der Familie Marlborough, Maynwaring, der sich selber gelegentlich als Secretär der Lady bezeichnet, schrieb ihr, daß ihre Abwesenheit die Gelegenheit biete zum Aufsprießen von Unheil, welches jüngere Leute als er zu beklagen haben würden [4]). Auch Godolphin hielt es für wünschenswerth, daß Lady Marlborough zur Stadt komme [5]).

Die Lady folgte der Aufforderung. Sie richtete dann ein Schreiben an die Königin. Sie erhielt keine Audienz, sondern schriftlich in kurzen Worten den Vorwurf, daß sie wider ihr Versprechen von Politik geredet. Noch einmal schrieb die Herzogin, und zwar, nach dem Urtheile Godolphins, einen sehr vernünftigen Brief [6]). In der That enthält der Brief keinen Ausdruck der Leidenschaft, sondern eine klare Darlegung der Sachlage, die ihres Eindruckes nicht hätte verfehlen können, wenn nicht die einst geliebte Missis Freeman die Verfasserin gewesen wäre. Die Königin gab keine Antwort.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 87. Vom 15. Juni.

[2]) So Lady Cowper in Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 313. Vom 14./25. Mai.

[3]) A. a. O. p. 326. Vom 18./29. Mai.

[4]) A. a. O. p. 336.

[5]) A. a. O. p. 347. Anfang Juni. — Vergleiche Conduct of the Duchess of Marlborough p. 254.

[6]) A. a. O. p. 353. Das Schreiben der Lady ebendort p. 340.

„Ob meine Einmiſchung, ſchrieb Lady Marlborough lange Jahre nachher, die Ausführung des Planes gegen Lord Sunderland beſchleunigte, kann ich nicht ſagen. Gewis dagegen iſt, daß ſie dieſelbe nicht verzögerte“ [1]).

An die vergebliche Anweſenheit der Herzogin in der Stadt knüpfte ſich dagegen ſogleich das Gerücht, daß die Königin entſchloſſen ſei, ſie aus ſämmtlichen Hofämtern zu entlaſſen, und dies nur verſchiebe bis nach der Rückkehr Marlboroughs aus dem Feldzuge, damit es ſcheinen ſolle, als habe er ſelber zugeſtimmt [2]).

Am 2./13. Juni ertheilte die Königin dem Treaſurer Godolphin den Auftrag, Marlborough in Kenntnis zu ſetzen, daß ſie den Staats-Secretär Lord Sunderland entlaſſen wolle. Am 9./20. Juni erhielt Marlborough im Feldlager dieſe Meldung. Dem Rathe Godolphins gemäß ſchrieb Marlborough zur Antwort an ihn einen oſtenſibelen Brief. Das Schreiben iſt der Ausdruck tiefſter Kränkung. „Es thut mir leid, ſagt Marlborough, daß Lord Sunderland der Königin nicht genehm iſt; aber daß er allein unter dieſen Umſtänden zur Entlaſſung ausgeſondert wird, hat keinen anderen Grund als daß er mein Schwiegerſohn iſt.“ Er ſtelle als Belohnung aller ſeiner treuen Dienſte, ſagt er weiter, an die Königin nur die einzige Bitte, daß ſie mit der Entlaſſung warten wolle bis nach dem Ende des Feldzuges. Er ſchließt mit den Worten an Godolphin: „Ich bitte Sie, dieſen Brief zu bewahren zu meiner Rechtfertigung nach meinem Tode“ [3]).

Der Brief traf ein am 13./24. Juni. Godolphin eilte damit zu der Königin. Sie vernahm ihn kühl. Er hoffte auf Shrewsbury. Dieſer erwiederte: er müſſe ſein Erſtaunen ausſprechen, daß Marlborough die Sache ſo hoch aufnehme. Godolphin wandte ſich an Somers. Dieſer antwortete: Marlborough könne ſeinen Gegnern keinen größeren Gefallen thun als durch die Niederlegung des Commandos [4]).

Am ſelben Tage berichtet der kaiſerliche Geſandte, Graf Gallas, wie folgt.

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 257.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. Juli.
[3]) Coxe vol. III, p. 86. Vom 20. Juni.
[4]) A. a. O. p. 89.

„Heute Vormittag erſchien bei mir der Herzog von Shrewsbury, um, im Namen der Königin, in beſonderem Vertrauen mitzutheilen, daß ſie den Staats-Secretär Lord Sunderland entlaſſen wolle. Da ſie vorausſehe, daß, bei der Verwandtſchaft des Lords Sunderland mit Marlborough, dieſe Veränderung viel zu reden geben werde, ſo möge ich dem Kaiſer und dem Könige von Spanien verſichern, daß dies keineswegs geſchehe zum Zwecke der Verringerung des Anſehens von Marlborough, welches die Königin vielmehr erhalten wolle. Auch ſei es nicht der Wille der Königin, durch dieſe Veränderung es dahin kommen zu laſſen, daß die politiſche Stellung Englands darunter leide. Die Sache betreffe bloß den Lord Sunderland perſönlich, den die Königin bisher nur aus Rückſicht für Marlborough behalten habe. Shrewsbury bat wiederholt: man wolle ſich nicht irre machen laſſen durch das Gerede, als ſei es die Abſicht der Königin, ſich zum Nachtheile der allgemeinen Sache von der bisherigen Politik loszuſagen."

Gallas antwortete, daß jegliche Beſorgnis, die er in dieſer Richtung hätte haben können, geſchwunden ſei durch die Wahrnehmung, daß ein Mann von ſo maßvoller Haltung wie Shrewsbury, das Ohr der Königin habe. Shrewsbury verſetzte, daß, wo er etwas vermöge, er allezeit zu Gunſten des Erzhauſes eintreten, und, wenn der Krieg nöthig ſei, auch für denſelben ſtimmen werde. Er müſſe aber geſtehen, daß England des Friedens ſehr bedürftig ſei.

Dieſe letzten Worte, geſprochen zu einer Zeit, wo der Friede nicht von England abhing, wo vielmehr die franzöſiſchen Bevollmächtigten in Geertruidenberg ihren Ton ſteigerten, ließen in dem Grafen Gallas nicht eine Befriedigung zurück. Er ſchloß ſeine Berichte nach Wien und Barcelona mit den Worten: ſeine Beſorgnis vor nachtheiligen Folgen ſei nicht gering.

Entſchiedener noch ſprach ſich in ſeinem Berichte der Reſident Hoffmann aus, der an der Unterredung Theil genommen. „Dieſe Botſchaft an den Grafen Gallas, meldet er, iſt auffallend. Wenn die Königin wirklich nicht beabſichtigt weiter zu gehen, ſo bedürfte es wegen der Entlaſſung eines einzigen Miniſters nicht ſolcher Verſicherungen an die verbündeten Mächte. Die Botſchaft erweckt daher den Verdacht einer anderen Abſicht." — „Dazu auch, fährt er fort, iſt die Bewegung und die Cabale in dem ganzen Königreiche viel zu

groß, als daß man auf etwas Anderes ſchließen kann als eine völlige Veränderung. Der Zweck der Tories iſt die Auflöſung des jetzigen Parlamentes, die Berufung eines neuen. Setzen ſie die Auflöſung des Parlamentes durch, ſo ſind ſie eben dadurch Meiſter des Miniſteriums. Es ſteht dann nicht mehr im Belieben der Königin, gemäßigte Männer beider Parteien auszuwählen. Daß es noch in dieſem Sommer dazu komme, wird von Vielen geglaubt, welche neben der natürlichen Zuneigung der Königin zu den Tories auch noch das Motiv geltend machen, daß die Königin nach den Schritten, die ſie bereits gethan, ſich nicht wohl noch länger eines Parlamentes bedienen kann, in welchem die Whigs die Mehrheit haben."

„Welche Stellung Marlborough und Godolphin dazu einnehmen, iſt ſchwer abzuſehen. So lange der Krieg dauert, wird man des Einen bedürfen wie des Anderen. Denn, wenn der Treaſurer entlaſſen würde, ſo würde der Credit, in welchem zur Zeit der Reichthum des Landes beſteht, auf einmal zerfallen und dadurch das Ganze in die äußerſte Verwirrung gerathen. Auch ſo ſchon haben die Vorgänge hier zur Folge, daß Frankreich ſich darauf ſteift" [1]).

Am ſelben Abende gab die Königin ihren damaligen Gedanken Ausdruck in einem Briefe an Godolphin. Derſelbe lautet wie folgt [2]).

„Gerade bevor Sie heute bei mir eintraten, hatte ich nach dem Staats-Secretär Boyle ausgeſchickt, um ihm meine Befehle für die Empfangnahme der Siegel von Lord Sunderland zu ertheilen. Und ich ſehe nicht ab, warum das Schreiben des Herzogs von Marlborough mich bewegen ſollte, meinen Entſchluß zu ändern, es wäre denn daß ich ihm darin zuſtimmen müßte, daß ich ihm eine Kränkung zufügte. Deſſen bin ich mir aber nicht bewußt, und kann nicht anders als dafür halten, daß alle Unparteiiſche mir darin beiſtimmen werden. Freilich mag die Entlaſſung ſeines Schwiegerſohnes den Herzog von Marlborough unangenehm berühren; aber muß denn davon das Schickſal Europas abhangen? Und müſſen denn ihm alle ſeine Wünſche gewährt werden, mir dagegen nicht ein ſo vernünftiger, daß ich befreit ſein will von einem Diener, den ich mit aller erdenklichen Unluſt

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.
[2]) Coxe vol. III, p. 89.

angenommen, dessen Benehmen gegen mich seitdem immer so geringen Tact bewiesen, und der, wie ich hinzufügen muß, Allen, mit wenigen Ausnahmen, unangenehm ist? Nach meiner Ansicht ist vielmehr das Andringen des Herzogs von Marlborough, daß ich die Ausführung meines Entschlusses verschieben soll, eine harte Kränkung für mich, und ich hoffe, Sie sowohl wie er werden, nach ruhiger und unparteiischer Erwägung, sich nicht verwundern, wenn ich seinem Wunsche nicht nachgebe."

Godolphin antwortete sofort, daß eine Fortsetzung solcher Kränkungen gegen Marlborough diesen bewegen würden, ein Commando niederzulegen, das er nicht länger mit Ehren führen könne. Dann werde auch er folgen müssen. Die Königin erhielt dies Schreiben noch vor Schlafen-Gehen. Am nächsten Morgen antwortete sie: „Ich kann meinem gestrigen Schreiben, bei dessen Inhalt ich beharre, nur noch hinzufügen, daß ich nicht die Absicht habe, den Herzog von Marlborough von der Armee wegzunehmen, noch auch, wie ich sicher glaube, irgend Jemand sonst. Wenn Sie oder er jemals ein solches Unrecht begingen, meinen Dienst zu verlassen, so würde die daraus erfolgende Verwirrung Ihnen zur Last fallen, und Sie allein würden dafür verantwortlich sein und Niemand sonst. Aber ich hoffe, Sie werden sich das besser überlegen. — Gestern Nachmittag kam der Staats-Secretär Boyle zu mir, und ich ertheilte ihm den Befehl, sich heute Morgen zu Lord Sunderland zu begeben und die Siegel von ihm in Empfang zu nehmen. Ich halte es für passend, Ihnen dies mitzutheilen, bevor Sie es von anderer Seite hören, und zugleich Ihnen zu sagen, daß ich den Lord Dartmouth an seiner Statt ernennen will, was Sie hoffentlich billigen werden" [1].

Die eigenen Zeitangaben der Königin machen es wahrscheinlich, daß sie nicht, wie sie in dem Schreiben vom Abende des 13./24. Juni sagt, nach dem Staats-Secretär Boyle ausgesandt, bevor Godolphin mit dem Briefe Marlboroughs bei ihr eintrat, sondern erst nachher, und daß also gerade dieser Brief, von welchem Marlborough und Godolphin die Wirkung des Aufschubs hofften, die sofortige Ausführung hervor gerufen hat.

---

[1] Coxe vol. III, p. 90.

Es könnte ſcheinen, als verweilte dieſe Darſtellung allzu lange bei der Entlaſſung eines einzigen Miniſters, der nicht einmal an erſter Stelle ſtand. Aber die Wichtigkeit geſchichtlicher Thatſachen wird bedingt durch ihre Conſequenzen. Das grauſige Blutbad von Malplaquet iſt, weil es keine Entſcheidung brachte, weil es in dem Verhältniſſe der europäiſchen Factoren nichts änderte, und darum für die Geſammtheit keine weſentlichen Conſequenzen nach ſich zog, für die Entwickelung der europäiſchen Völker-Geſchichte minder wichtig als der blutloſe Wechſel des Miniſteriums in England, deſſen Ausgangs-Punct die Entlaſſung Sunderlands iſt. Wir haben daher zu beobachten, wie von dieſem Puncte aus die Dinge weiter ſich entwickeln, wie durch das Zuſammen-Wirken perſönlicher und politiſcher Factoren neue Geſtaltungen ſich bilden, an welche diejenigen, welche in erſter Reihe dafür thätig ſind, ſelber vorher nicht gedacht haben.

Im Vordergrunde ſteht die Perſönlichkeit der Königin Anna. Aus ihrem ganzen Lebensgange liegt vor Augen, daß Aufrichtigkeit nicht der Grundzug ihres Charakters war. Aber darüber hinaus ihr eine Planmäßigkeit der Argliſt beizumeſſen, erſcheint nicht gerechtfertigt. Es iſt Thatſache, wie wir geſehen haben, daß ſie am 25. Juni den Treaſurer Godolphin moraliſch zwingt in ihrem Dienſte zu verbleiben. Es wird ſich uns um zwei Monate ſpäter die Thatſache ergeben, daß die Königin Anna denſelben Treaſurer nicht in ehrender Weiſe aus ſeinem Amte ſtößt. Aber es folgt daraus nicht, daß ſie am 25. Juni ſchon eine Abſicht ſolcher Art gehabt habe. Sie iſt wechſelvoll, allzu oft beherrſcht von den Leidenſchaften des Augenblickes, unter denen oben an ſteht die Furcht, und vermittelſt dieſer Leidenſchaften abhängig von denjenigen Perſönlichkeiten, welche in ihrer Umgebung dieſelben auszubeuten verſtanden. Und eben daher erklären ſich manche Acte ihrer Unaufrichtigkeit.

Am 14. 25. Juni wurden dem Lord Sunderland die Siegel abgenommen. Wenn die Königin Recht haben mochte mit dem Urtheile, daß Sunderland ihr gegenüber es an Tact habe fehlen laſſen, ſo bewies er, wie Hoffmann meldet, daß er ein ſelbſtändiger Charakter war. Er nahm die dargebotene Penſion von 3000 Pfund Sterling nicht an.

Ungeachtet jenes Schreibens der Königin an Godolphin, daß, im Falle ſeines und Marlboroughs Rücktrittes, die Folgen ihnen beiden

zur Laſt fallen würden, waren doch Godolphin und einige Häupter der Whig-Partei der Anſicht, daß Marlborough dieſen Entſchluß faſſen würde. Sie richteten daher noch am ſelben Tage, dem 14./25. Juni, an ihn ein gemeinſames Schreiben [1]). Ausgehend von ſeinem letzten Briefe an Godolphin, vom 9./20. Juni, ſprechen ſie ihm ihr Mitgefühl aus für die Kränkung, die er erleide zu einer Zeit, in welcher er täglich ſein Leben für ſein Vaterland wage, und in welcher das Schickſal von Europa zum bedeutenden Theile von ſeiner Führung abhange. „Aber zugleich, ſagen ſie, ſind wir der Ueberzeugung, daß durch ein Aufgeben des Dienſtes zu dieſer Zeit Ew. Gnaden die geſammte Allianz in Gefahr bringen. Und darum beſchwören wir Sie bei Ihrem erworbenen Ruhme, bei den Dienſten, die Sie der Königin und dem Vaterlande geleiſtet, bei der Erwartung, die Europa von Ihnen hegt, bei Allem was daheim Ihnen lieb und theuer iſt — daß Sie Ihr großes Werk nicht unvollendet laſſen und an der Spitze der Armee verbleiben wollen. Dies ſehen wir an als das nothwendige Erforderniß, die Auflöſung des Parlamentes zu verhindern. Durch die Erfüllung dieſer unſerer Bitte werden Sie uns und allen Patrioten die höchſte Verpflichtung auferlegen, während Sie durch das Gegentheil den Wünſchen Ihrer Feinde entſprechen würden." Das Schreiben trug die Unterſchriften des Lord Kanzlers Cowper, des Treaſurers Godolphin, ferner der Lords Somers, Newcaſtle, Devonſhire, Orford, Halifax und des Staats-Secretärs Boyle. — Marlborough ſelber ſchrieb an Godolphin, 29. Juni, daß er jede Minute wünſche ein Eremit zu ſein [2]). Aber er blieb im Commando.

Der Nachfolger des Grafen Sunderland im Amte, Lord Dartmouth, war ein Sohn des Admirals, den wir als einen der Getreuen des Königs Jacob II. kennen gelernt haben. (Band IV., S. 294 u. f.) Der neue Staats-Secretär galt für einen Mann ſanftmüthigen Charakters. Schärfer lautet über ihn das Urtheil des Grafen Gallas: „Mit ihm reden oder gar nicht reden, iſt einerlei." Es ging das Gerücht, daß die Tory-Partei nur einſtweilen ihn in dieſer Stelle zu belaſſen gedenke, um den Lärm zu Anfang nicht allzu groß zu

[1]) Abgedruckt in Conduct of the Duchess of Marlborough p. 257.

[2]) Coxe vol III, p. 92.

machen [1]). — So das Gerücht; aber einſtweilen herrſchte doch noch nicht einmal die Tory-Partei. Das Gerücht meldete weiter: die Auflöſung des Parlamentes ſtehe bevor. Die Finanz-Welt war in Unruhe. Am 15./26. Juni erſuchten vier Directoren der Bank um eine Audienz bei der Königin. Von dem Herzoge von Newcaſtle vorgeführt, verſicherten ſie, daß die umlaufenden Gerüchte den Credit ſchädigten. Es ſei dringende Beſorgnis vorhanden, daß namentlich auswärtige Inhaber von Bank-Actien dieſe auf den Markt werfen würden. Die Königin antwortete, daß ſie eine weitere Aenderung nicht vornehmen wolle. Dieſe Antwort ward dann durch das Gerücht dahin erweitert, als habe die Königin hinzugeſetzt, daß ſie auch das Parlament nicht auflöſen wolle [2]).

Dem Berichte darüber fügt der kaiſerliche Reſident Hoffmann hinzu: „Ungeachtet dieſer Verſicherung wird die Auflöſung des Parlamentes faſt von Jedermann für gewis gehalten, und bereits iſt im ganzen Königreiche die Agitation für die Wahlen ſo lebhaft, als wäre die Auflöſung bereits erfolgt. Zugleich aber heißt es, daß die Auflöſung erſt im September erfolgen ſolle. Daher darf man noch hoffen, daß ſich inzwiſchen ſolche Schwierigkeiten erheben, daß die Königin, wenn ſie wirklich die Abſicht hegt, genöthigt ſein wird davon abzuſtehen" [3]).

Der Geſandte Gallas dagegen war der Anſicht, daß, wenn die Aenderung ſich auf Sunderland beſchränke, ſie für die allgemeine Sache eher ein Vortheil als ein Nachtheil ſein würde. „Denn Sunderland war ſo eigenſinnig und doch wieder ſo jäh in ſeinen Urtheilen und Unternehmungen, daß er der Beſcheidenheit und Billigkeit nicht immer Raum beließ, und hatte dabei in der Junta großen Einfluß. Es iſt vielmehr gut, daß dieſe Junta etwas gezäumt und außer Stande geſetzt wird, ihre Eigenmächtigkeit ohne alle Rückſicht geltend zu machen. Alle Hoffnung und Furcht bei dieſer Sache beſteht alſo in der Frage, ob die Königin die Veränderung auf die Perſon Sunderlands beſchränken will oder kann."

[1]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.

[2]) Daß die Königin die letztere Aeußerung nicht gethan, ſagt Hoffmann ausdrücklich im Berichte vom 4. Juli.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.

Am nächsten Tage ward der Graf Gallas vom Herzoge von Shrewsbury zum Diner geladen, mit ihm der portugiesische und der florentinische Gesandte. Vermöge seines Amtes wohnte der Oberst-Kämmerer Shrewsbury im Palaste Kensington, in welchem die Königin ihre Residenz hatte. Die Herzogin von Shrewsbury forderte die Gäste auf, sich mit ihr in die Zimmer der Königin zu begeben. Dort fanden sie Shrewsbury und Somerset. Der Letztere redete zu jenem scharf gegen Godolphin, so sehr daß Gallas erkannte, die neue Partei wolle auch Godolphin beseitigen. Darüber trat die Königin ein und das politische Gespräch verstummte. Nachdem das Diner angesagt war, winkte die Königin im Weggehen den Grafen Gallas ihr zur Seite. Es sei ihre Absicht, sagte sie, die Zusage, welche der Herzog von Shrewsbury in ihrem Namen überbracht, selber mündlich zu wiederholen. Der Graf möge dem Kaiser und dem Könige von Spanien versichern, daß sie niemals ihre Gesinnungen ändern und allweg für die Fortsetzung des Krieges sein werde, bis man einen guten und reputirlichen Frieden erlangen könne, demnach auch nicht Willens sei etwas zu veranlassen, was bei der gegenwärtigen Lage der Dinge der allgemeinen Sache zum Nachtheile gereichen könne. — Nachdem die Königin für diese Zusicherung den Dank des Grafen Gallas entgegen genommen, begab man sich zur Tafel [1]).

Nach der Tafel fand Gallas den Herzog von Shrewsbury in eifriger Unterredung mit dem Portugiesen. Jener legte diesem die Friedensbedürftigkeit Englands dar, bis der Letztere verwundert fragte: „Aber was soll diese Beweisführung? Wollen Sie einen Frieden machen, ohne den Herzog von Anjou aus Spanien zu vertreiben?" — „Nicht doch, erwiederte Shrewsbury: wir verlangen einen guten, aber einen baldigen Frieden."

Die Worte sind charakteristisch für die neue Partei. Sie hatte ihr Werk der Aenderung der Dinge in England unternommen in der Hoffnung, daß der Friede nahe sei. Aber nun verzog sich diese Hoffnung.

Der Graf Gallas fügt seine Kritik gemäß der damaligen Lage der Dinge hinzu mit folgenden Worten: „Man vernimmt hier häufig

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. Juli.

derartige Reden, welche lauten, als wenn man den Frieden in der Hand hätte und als wenn Andere mit allem Fleiße den Krieg verlängerten. Da nun die Mehrheit der englischen Nation sehr nach dem Frieden verlangt, da ferner für die neue Partei bei der Gährung, die sie in der Nation angerichtet hat, der Friede sehr wünschenswerth ist: so ist beständig zu besorgen, daß, wenn es in Versailles Ernst würde, den Frieden anzunehmen mit Verzicht auf Spanien und Westindien, und dafür aufrichtig den Weg zu eröffnen, dann die Seemächte auf die gewichtigen Gründe, die einem Theilungs-Vertrage entgegen stehen, wenig hören würden."

Ungeachtet jener Versicherung, welche die Königin persönlich ihm gegeben, schwankte doch der Graf Gallas zwischen Glauben und Nicht-Glauben. „Niemand weiß, wessen man sich von der Sachlage hier zu versehen hat." Nicht als ob er der Königin eine Falschheit beimäße. Aber er hebt hervor, daß die neue Cabale der Königin beständig einrede, sie habe zuvor nicht als Königin gewaltet, sondern mit gebundenen Händen. Die Folge sei nunmehr, daß die Königin Jedermann ohne Unterschied zulasse und anhöre.

Wie schwer es war, zu einem sicheren Urtheile zu gelangen, zeigte das Verhalten anderer Gesandten. Die Königin ließ ihnen dieselben Versicherungen geben wie dem Grafen Gallas. Der Holländer Vrybergen beruhigte sich völlig damit. Die Veränderung werde keine weiteren Folgen haben, sagte er. Er wies den zweifelnden Grafen Gallas darauf hin, daß der Treasurer noch allezeit großes Gehör bei der Königin habe. „Dies ist richtig, meldet Hoffmann. Der Treasurer begibt sich täglich an den Hof, meistentheils zweimal, und redet zu der Königin in ihrem Cabinet. Er würde viel zu scheu sein, dies zu thun, wenn er bei der Königin ein Mistrauen gegen ihn verspürte. So lange dieser Minister Gehör findet, so lange darf man sich die Hoffnung machen, daß sich die Königin von diesen neuen Persönlichkeiten, welche sie umgeben und nichts Anderes im Munde führen als die Nothwendigkeit des Friedens, zu keiner schädlichen Resolution verleiten lassen werde" [1]).

In denselben Tagen brachte Ludwig XIV. es dahin, den Friedensberedungen in Geertruidenberg ein Ende zu machen.

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 1. und 4. Juli.

Abbruch der Friedensverhandlungen in Geertruidenberg.

Wir ſind den Friedensberedungen in Geertruidenberg gefolgt bis zu der fünften, zu Ende des Monates Mai. Beiderſeitig waren die Präliminarien vom Mai 1709, welche die Ceſſion der geſammten ſpaniſchen Monarchie als Princip enthielten, als Grundlage anerkannt, und nur für den Artikel 37 derſelben, welcher den Modus der Ceſſion feſtſtellte, ſollte ein Aequivalent gefunden werden. Aber die franzöſiſchen Bevollmächtigten Uxelles und Polignac hatten, anſtatt Vorſchläge dieſer Art zu machen, jedes Mal eine neue Theilung in Anregung gebracht. Die holländiſchen Deputirten Buys und Van der Duſſen konnten, ſo geneigt ſie perſönlich waren für den Frieden Sicilien dem Könige Philipp V. zu belaſſen, auf die franzöſiſchen Vorſchläge nicht eingehen, weil die gemeinſame Unterſchrift der Präliminarien die alliirten Mächte zuſammen band. Sie hatten wiederholt jenen Bevollmächtigten vorgeworfen, daß das Verfahren derſelben nicht den Frieden bezwecke, ſondern Zeitgewinn.

Und dennoch war der Friedenswunſch und das Friedensbedürfnis in der Republik ſo mächtig, daß gegenüber dieſer überwiegenden Stimmung die Häupter der Republik nicht wagten, den franzöſiſchen Bevollmächtigten den Aufenthalt in Geertruidenberg zu kündigen.

In der erſten Hälfte des Monates Juni meldeten die franzöſiſchen Bevollmächtigten durch Petkum dem Rathspenſionär den Empfang einer neuen Botſchaft von Verſailles und erſuchten um die Zuſendung der Deputirten. Ungeachtet der nachdrücklichen Einreden des Grafen Sinzendorf, ungeachtet des Widerſtrebens der Deputirten ſelbſt, ward dem Wunſche abermals willfahrt. Die Deputirten brachten, am 17. Juni, die Meldung zurück: Ludwig XIV. wolle ſich mit Sicilien und Sardinien für ſeinen Enkel begnügen. Er verlange, um dieſen dazu zu überreden, vier Monate Zeit. Wenn Philipp V. dann noch ſich weigere, ſo werde Ludwig XIV. Geld zahlen zum Kriege wider ihn in Spanien [1]).

Die bevollmächtigten Miniſter der Verbündeten im Haag kamen überein, auf dieſe Anträge mit einer formellen Erklärung zu antworten.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 57. — Wagner, Historia Josephi p. 345.

Sie lehnten darin die Annahme derſelben ab, weil das Eingehen einen Particular-Frieden bedingen würde, wo ſie einen allgemeinen wollten. Sie verlangten dagegen, gemäß den Präliminarien, die Räumung Spaniens und Weſtindiens. Wenn dieſe zugeſtanden, ſo könne man über die anderen Artikel unterhandeln.

Mit dieſer Antwort wurde Petkum nach Geertruidenberg entſendet. Am 24. Juni brachte er die Meldung zurück, daß die franzöſiſchen Bevollmächtigten ihm ihr Erſtaunen über eine ſolche Antwort ausgeſprochen, ſo wie daß ſie abermals einen Courier erwarteten. Dann verging eine Reihe von Tagen. Am 4. Juli traf abermals unter der Adreſſe Petkums ein Schreiben der Bevollmächtigten an Heinſius ein, enthaltend die Bitte, daß die Deputirten ſich zu ihnen begeben möchten. Auf den Beſchluß der Miniſter der verbündeten Mächte ſchrieben die Deputirten, daß ſie zuvor Antwort auf die von Petkum ihnen überbrachte Declaration der verbündeten Mächte erwarteten. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten erwiederten, daß ſie, vermöge ihrer Vollmacht und ihrer Inſtructionen, immer im Stande ſeien, über den Willen des Königs Auskunft zu geben, und deshalb die Deputirten erſuchten ſich einzuſtellen [1]).

Die Berathungen im Haag, ob man noch einmal willfahren ſolle, zogen ſich durch mehrere Tage. Selbſt der Deputirte für Utrecht, diejenige Provinz, welche am nachdrücklichſten den Frieden verlangte, erkannte an, daß Frankreich nur hinzuhalten trachte, und widerſprach nicht mehr der Forderung, daß die franzöſiſchen Bevollmächtigten heim zu ſenden ſeien. Dennoch kam man überein, noch einmal ſie zu hören.

Vor dem Aufbruche der holländiſchen Deputirten erhielt der eine derſelben, Buys, ein Privatſchreiben von Petkum, in welchem dieſer das Ergebnis wiederholter Unterredungen mit den franzöſiſchen Bevollmächtigten darlegte [2]). Er habe ihnen ſeine Verwunderung ausgeſprochen, daß der König von Frankreich nicht Frieden machen wolle, wo es vor Augen liege, daß er den Krieg nicht fortführen könne.

[1]) Lamberty t. VI, p. 59.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. VI, p. 80. Es trägt dort kein Datum; aber der Inhalt ergibt, daß es nach der Entlaſſung Sunderlands, vom 24. Juni, und vor der letzten Beredung in Geertruidenberg geſchrieben iſt.

Nicht anders dachten viele französische Patrioten. Am 24. Juni schrieb der Erzbischof Fenelon an den Herzog von Beauvilliers, der, wie er selber, dem Herzoge von Bourgogne nahe stand: „Je mehr ich sehe, wie sehr wir Mangel leiden an Geld, an Persönlichkeiten von gutem Willen und von Kenntnissen, an Ordnung und Ueberlegung, desto fester werde ich in der Ueberzeugung, daß kein Friede für uns zu theuer erkauft werden kann“ [1]).

Petkum entwickelte den französischen Bevollmächtigten weiter seine Ansicht über die Lage der Dinge. Er warnte sie, eine Hoffnung auf eine Verwirrung in England zu setzen, nachdem die Königin öffentlich erklärt habe, daß sie über die Entlassung Sunderlands hinaus weiter keine Veränderung vornehmen wolle. Bei diesen Worten unterbrachen ihn Uxelles und Polignac. „Allerdings, sagten sie, wenn alles sich so verhielte, wie Sie es ansehen, so wäre unsere Politik nicht zu rechtfertigen. Aber wir sehen die Dinge anders an. Frankreich hat guten Grund einen anderen Ton anzuschlagen und einen besseren Frieden zu hoffen als bisher zu erwarten war. Wir sind überzeugt, daß Sie selber unserer Meinung sein werden, wenn Sie binnen kurzem sehen werden, daß der englische Feldherr in Ungnaden verabschiedet oder doch so behandelt wird, daß er mit Ehren nicht fortdienen kann, wenn Sie ferner dort das bisherige Ministerium entlassen, das Parlament aufgelöst sehen werden.“ Auf den Zweifel Petkums erwiederten die Franzosen, daß diese Maßregeln bereits zwischen Frankreich und dessen Parteigängern in England vereinbart seien. Sie hoben hervor, daß die Königin sich nicht verpflichtet habe, das Parlament nicht aufzulösen, daß die Freunde Frankreichs für die Auflösung arbeiteten Tag und Nacht, mit großer Hoffnung des Gelingens, daß jedenfalls keine Instanz der Welt eine Zusicherung des Gegentheiles erhalten würde. Denn bereits seien die Generalstaaten mit einer solchen, obwohl respectvollen Vorstellung, zurückgewiesen, und die Persönlichkeiten in der Umgebung der Königin seien wachsam sie zu mahnen, daß sie sich eine solche Einmischung nicht gefallen lassen dürfe.

Wie es mit dieser vermeinten Zurückweisung der Generalstaaten steht, wird sich später ergeben.

[1]) Oeuvres de Fénélon t. VI, p. 322.

Die Auflöſung des Parlamentes, ſagten weiter Uxelles und Polignac, werde diejenige Partei empor bringen, die von Anfang an dem Kriege abgeneigt, dagegen bereit war, Philipp V. anzuerkennen. Und auch ſelbſt, wenn dieſe Partei nicht die Oberhand erhielte, ſo würde doch aus der Auflöſung des Parlamentes Frankreich den Nutzen ziehen, daß der Credit in England ſchweren Schaden erlitte. Dieſer Vortheil ſtehe ſogar bei der Bewegung in England auch dann in Ausſicht, wenn es nicht zur Auflöſung des Parlamentes komme. Denn bereits ſeien die Actien der Bank in beſtändigem Sinken, faſt zwanzig Percent tiefer als beim Beginne des Jahres. Die zwei Franzoſen ſprachen ſogar die Beſorgnis aus, daß bei dem Eifer, der ſich in England für das Erbrecht kund gäbe, die Anhänger des Prätendenten allzu früh ſich erklären würden, bevor die hauptſächlichen Perſonen der Partei in England die Mittel beſäßen ihn aufrecht zu halten.

Wenn nur der Marſchall Villars es vermögen würde einem Treffen auszuweichen, meinten Uxelles und Polignac, und dadurch die Verbündeten nöthigte, ihre Kraft an Belagerungen zu verwenden, ſo würde der Vortheil, den Frankreich aus den inneren Wirren von England ziehe, den Verluſt von drei oder vier Hauptfeſtungen in dieſem Feldzuge reichlich überwiegen.

Die zwei Franzoſen ſchloſſen mit den Worten, deren viele ihrer Biſchöfe ſich bedienten: Gott, der die Herzen der Könige lenke, bereite ohne Zweifel ein Heilmittel vor oder ein unvorhergeſehenes Ereignis, durch welches er, indem er die Nationen, welche auf den Krieg ausgehen, unter einander zertrenne, ſich für die Waffen ihres Königs und die Gerechtigkeit ſeiner Sache erklären wolle. —

Aus allen dieſen Aeußerungen ſchloß Petkum, daß die franzöſiſchen Bevollmächtigten in Geertruidenberg einen höheren Ton als bisher anſchlagen, ſogar den Abbruch provociren würden, und daß ſie bereits ein Manifeſt vorbereiteten, welches den Vorwurf des Abbruches auf die holländiſchen Deputirten wälzen ſolle. Dies Manifeſt werde ſo gehalten ſein, daß es ihren Parteigängern in England dienen könne, vor dem engliſchen Volke die Glaubwürdigkeit desſelben höher zu ſtellen, als diejenige der Berichte der eigenen Miniſter.

Am 13. Juli fand die letzte Beredung in Geertruidenberg ſtatt. Die holländiſchen Deputirten verlangten eine beſtimmte Antwort auf

die Declaration, die Petkum früher überbracht habe. Die Franzoſen erwiederten, daß ſie Petkum nicht als dazu autoriſirt angeſehen hätten. Die Holländer wiederholten ihrerſeits jene Declaration. Sie fügten hinzu, daß ſo lange nicht die Bevollmächtigten über die Räumung Spaniens und Weſtindiens eine Erklärung abgäben, die Conferenzen fruchtlos ſein würden. Die Bevollmächtigten erwiederten: es ſei unbillig, von Frankreich eine ſolche Erklärung zu verlangen, bevor es des Friedens verſichert ſei. Wenn die Verbündeten die Heimkehr der Bevollmächtigten verlangten, ſo ſei es nur nöthig, ihnen den Tag des Aufbruches zu beſtimmen. Die Deputirten beließen ihnen vierzehn Tage Zeit, vorher noch in Verſailles anzufragen. Die Aeußerungen wurden gereizter. Van der Duſſen warf den franzöſiſchen Bevollmächtigten vor, daß ſie nicht mit Aufrichtigkeit gehandelt. Polignac antwortete mit dem Vorwurfe der Undankbarkeit für die Republik, die bei ihrer Losreißung von Philipp II. ihre hauptſächliche Stütze an Frankreich gefunden [1]).

Am 20. Juli entſandten die franzöſiſchen Bevollmächtigten von Geertruidenberg aus an Heinſius ein Schreiben, in welchem ſie den Gang der Beredungen von Geertruidenberg dem Plane gemäß darſtellten, nach welchem die franzöſiſche Politik von Anfang an ſie unternommen hatte, und dem Urtheile des geſammten Europa, ja ſogar, wie ſie ſagten, der Bevölkerungen von England und Holland, überließen, die wahren Urheber der Fortſetzung des blutigen Krieges zu erkennen [2]).

Der Rathspenſionär, welcher, gemäß der Verfaſſung der Republik, niemals officiell zu antworten hatte, übergab das Schreiben den Deputirten. Auch dieſe, die niemals einen Auftrag gehabt hatten zu unterhandeln, ſondern lediglich zu hören, was die franzöſiſchen Bevollmächtigten als Aequivalent für den Artikel 37 der Präliminarien vorſchlagen würden, antworteten nicht aus ſich, ſondern gemäß der Reſolution ihrer nächſten Principale, der Stände von Holland. Dieſe Reſolution ging davon aus, daß das franzöſiſche Schreiben wie eine Antwort ſei auf die letzte, im Namen der verbündeten Mächte, von

[1]) Lamberty t. VI, p. 59.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. VI, p. 60.

den zwei Deputirten gegebene Declaration. Aber das französische Schreiben gehe über die in der Declaration enthaltenen Vorschläge hinweg, erkläre die Erörterung derselben für unnütz, und breche dadurch die Beredungen ab. — Auf den weiteren Inhalt des französischen Schreibens ließ sich die Resolution der Stände von Holland nicht ein.

Dagegen geschah dies durch eine ausführliche Resolution der Generalstaaten, vom 27. Juli [1]). Sie wies mit Nachdruck darauf hin, daß, nach der beiderseitigen Anerkennung der Präliminarien bis auf den Artikel 37, nur dieser Artikel zur Discussion gestanden, und daß daher die Restitution von Spanien und Indien immer das Fundament der Beredung gewesen sei. „Dies ist so augenscheinlich, sagt die Resolution, daß es gar nicht zu fassen ist, wie sonst der König von Frankreich ohne Schwierigkeit die Restitution von Spanien und Indien selbst vor dem Eingehen in die erste Verhandlung, vom April und Mai 1709, hätte versprechen können, weil man im anderen Falle ja annehmen müßte, daß der König von Frankreich von Anfang an die verbündeten Mächte habe täuschen wollen, indem er versprach, was zu halten weder in seiner Macht, noch in seinem Willen stand. Dies ist nicht anzunehmen, weil es an seiner Ehrlichkeit zweifeln hieße, um so weniger weil damals einer der französischen Minister (Torcy) hier aussprach, Philipp V. würde vielleicht eher in Versailles sein als er. Dies ist der augenscheinliche Beweis, daß man damals gar keinen Zweifel hegte an der Ausführbarkeit einer Sache, die man jetzt als unmöglich hinstellt."

Wir haben damals (S. 239 u. f.) vernommen, daß, nach dem Berichte einer der Regel nach wohl unterrichteten Persönlichkeit in Paris, der Umschlag im Conseil Ludwigs XIV. erfolgt sei durch das entschiedene Auftreten des Dauphins für seinen zweiten Sohn.

„Das gesammte Verhalten der französischen Seite bei diesem Anlasse — so schließt die Resolution der Generalstaaten — legt klar zu Tage, daß ihre Theilungsvorschläge, so wie alles Andere was sie vorgebracht, nur darauf berechnet waren, unter den verbündeten Mächten Eifersucht und Uneinigkeit zu erregen, um dadurch den eigentlichen Zweck zu erreichen, nämlich Spanien und Indien zu behalten,

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 65 et suiv.

obwohl die Rückgabe derselben das Fundament der ganzen Unterhandlung war. Eben dahin zielt die Berufung an die Unterthanen von England und der Republik gegen ihre Regierungen, als wenn diese die Schuld trügen an der Fortdauer des schweren und blutigen Krieges. — Sie, die Feinde, vielmehr haben keinen ernstlichen Willen zum Frieden bewiesen, sondern haben die Beredungen abgebrochen, ohne auch nur einen Faden zur Wieder-Anknüpfung zu belassen. Daher bleibt uns und unseren Verbündeten nichts übrig als den Krieg mit allem Nachdrucke fortzusetzen."

Die Häupter der verbündeten Mächte sprachen den Generalstaaten für ihre Haltung in der ganzen Sache ihre volle Anerkennung aus. Um ihnen dies in besonderer Weise kund zu thun, redete das kaiserliche Schreiben sie an als Hochmögende (Celsi ac Potentes), welcher Titel ihnen bis dahin vom Kaiserhofe nicht gegeben war [1]). Die Königin von England ließ sofort, am 7. August, durch Lord Townshend ihre volle Zustimmung zu der Resolution vom 23. Juli aussprechen. Sie ließ ausdrücklich hervorheben, daß es unerhört und beispiellos sei, die Unterthanen von Groß-Britannien und der Republik zur Kritik der Handlungen der verbündeten Mächte aufzufordern. Sie ließ endlich den Generalstaaten ihren festen Entschluß verkündigen, im Vereine mit ihren Verbündeten die nachdrücklichsten Maßregeln zur Fortführung des Krieges zu treffen, bis man einen sicheren und ehrenhaften Frieden erlangen könne [2]).

So mochte es also damals, im Beginne des Monates August, scheinen, als ob Ludwig XIV. durch den Rückschlag seines Täuschespieles von Geertruidenberg die Allianz wider ihn neu gekittet habe. Aber es war die Frage, ob oder wie lange noch eine solche officielle Sprache von London aus dem wirklichen Stande der Dinge entsprach. Aus dem Berichte Petkums über die Reden von Uxelles und Polignac zu ihm haben wir vernommen, daß sie die Conferenzen abbrechen wollten, weil die Dinge in England dahin gekommen seien, daß eine für Frankreich günstige Wendung bevorstehe. Wir haben also unsere Blicke wieder nach England zu wenden.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 78.

[2]) A. a. O. p. 77.

Fortentwickelung der Kriſis in London, im Juli und Auguſt.

Wie von Verſailles aus mit Hoffnung, ſo ſchaute man vom Haag, von Wien, von Barcelona, von Hannover aus, im Juli und Auguſt, mit ſteigender Beſorgnis nach London. Am 11. Juli zeichnet der kaiſerliche Reſident Hoffmann die Lage der Dinge dort mit folgenden Worten: „Das Triebrad dieſer Hof-Cabale iſt Sir Robert Harley, neben ihm die Herzoge von Shrewsbury und Somerſet, die Grafen Rivers und Peterborough, ferner die Favoritin Frau Maſham. Gegen die Integrität und Capacität der Meiſten von ihnen wäre viel einzuwenden. Dieſe Cabale hat die Königin ſo für ſich eingenommen, daß es in ihrer Macht ſteht, ſowohl das Miniſterium völlig zu verändern als das Parlament aufzulöſen. Es fehlt ihnen aber an Muth, die Sache auf einmal ſo weit zu treiben. Denn im Falle nachtheiliger Folgen daheim oder außer Landes würden ſie ſich eine ſo ſchwere Verantwortung aufbürden, daß in einem neuen Parlamente die Tory-Partei nicht ausreichen würde und vielleicht auch nicht einmal Willens wäre, ſie davon zu erretten. Erſtlich nämlich iſt eine Tory-Mehrheit in einem neuen Parlamente nicht ſicher. Die Parteien haben vor einigen Tagen in der Hauptſtadt ſelbſt ihre Stärke erprobt. Es handelte ſich um die jährliche Wahl der zwei Sheriffs, bei welcher jeder Bürger das active Wahlrecht hat. Jede der Parteien hat das Mögliche aufgeboten, um dieſe zwei Aemter, welche für das Criminal-Verfahren eine ganz beſondere Bedeutung haben, für ſich zu gewinnen. Die Whigs haben dabei mit fünffacher Ueberlegenheit den Sieg davon getragen. Das gibt der Cabale doch Einiges zu denken. Aber auch ſelbſt, wenn die Tories in einem neuen Parlamente die Mehrheit erlangten, ſo würden doch immer die Whigs eine ſtarke Minderheit ausmachen. Wenn nun das Gemeinwohl durch die Aenderungen der Cabale nachweislich Schaden erlitten hätte, ſo würden auch einige wohlgeſinnte Tories mit den Whigs gehen. Derartige Erwägungen halten von extremen Entſchlüſſen zurück, machen dagegen geneigt zu Ausgleichs-Verſuchen."

„Dieſe ſind zur Zeit im Gange und mehrere der Whigs ſind dazu bereit. Haben die Verſuche Erfolg, ſo würde das Geſchehene in

Vergessenheit gestellt und die Dinge wesentlich in dem Stande verbleiben, wie sie zur Zeit sind. Treibt dagegen die Cabale die Sache weiter, so wird für gewis gehalten, daß weder Marlborough noch Godolphin in ihren Stellen verbleiben können" [1]).

In den nächsten Tagen stiegen noch die Bedenken am Hofe gegen Neuwahlen und demnach auch gegen die Auflösung des Parlamentes. Zugleich ward es offenkundig, daß der Treasurer Godolphin das ganze Gewicht, das er bei der Königin noch besaß, gegen eine Auflösung des Parlamentes in die Wage gelegt hatte. Von dem Tage an, wo dies geschähe, hatte er ihr erklärt, würde ihre bisher ruhmreiche Regierung für sie eine Kette von Unannehmlichkeiten und Bekümmernissen sein. — Aber zugleich ward sichtbar, daß Godolphin sich völlig auf sein eigentliches Amt beschränkte, daß die Gnadenerweisungen der Königin, die früher durch seine als des ersten Ministers Hände gingen, nun durch Shrewsbury übermittelt wurden. Zugleich wandelte sich bei den Gesandten der bisher für die Juntilla übliche Name der Cabale in denjenigen des neuen Ministeriums, obwohl aus ihr nur Shrewsbury ein neu ernannter Minister war [2]).

Ein neuer Incidenz-Punct ergab sich durch die Antwort der Generalstaaten auf die Zusicherung, welche, nach der Entlassung von Sunderland, die Königin durch den Staats-Secretär Boyle allen verbündeten Mächten hatte zugehen lassen, daß sie weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Wir haben gesehen, daß die Häufung dieser Versicherungen damals dem kaiserlichen Residenten Hoffmann sehr auffallend erschien, daß er geneigt war, dahinter die Absicht des Gegentheiles zu vermuthen. Jedenfalls aber durfte die englische Regierung auf solche Zusicherungen einer Antwort entgegen sehen.

Es ist nun dabei sehr auffallend, daß auch schon früher einmal, vor jenen Zusicherungen vom 14./25. Juni, sich in London das Gerücht verbreitet hatte, daß die Republik der Niederlande Vorstellungen gegen eine Aenderung des Ministeriums erhoben habe. Der holländische Gesandte Vrybergen, von den kaiserlichen Vertretern darüber

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. Juli.

[2]) Die Berichte der kaiserlichen Vertreter Gallas und Hoffmann, vom 15. Juli.

befragt, verneinte unbedingt. Demnach war das Gerücht grundlos. Dennoch erhielt es ſich. Man vernahm von einigen Tories die Rede: es ſei eine unerhörte Anmaßung, daß eine fremde Macht ſich in engliſche Angelegenheiten einmiſche und der Königin vorſchreiben wolle, welcher Miniſter ſie ſich zu bedienen habe. Die Reden zielten dann auf Marlborough, der, wie man behauptete, um ſeines eigenen Intereſſes willen ſolche Remonſtrationen von Holland aus zu Wege gebracht habe. — Da eine officielle Remonſtration vom Haag aus jedenfalls nicht gemacht war, ſo war das Gerücht wie die Reden darüber auffallend [1]).

Aber das damalige Gerücht beſchränkte ſich nicht einmal auf London. Wir haben das Echo desſelben vernommen aus den Reden der franzöſiſchen Bevollmächtigten in Geertruidenberg zu dem Unterhändler Petkum. „Gegenwärtig, ſagten ſie, haben bei der Königin Perſönlichkeiten Zutritt, welche ſie aufmerkſam darauf machen, daß ſie ſich eine ſolche Einmiſchung nicht gefallen laſſen darf."

Andererſeits aber waren jene Zuſicherungen nach der Entlaſſung Sunderlands derartig gehalten, daß eine Antwort darauf wie eine Pflicht der Höflichkeit erſcheinen durfte.

Godolphin hatte ſofort, am 16./27. Juni, an Marlborough ſeinen Rath überſchrieben, wie etwa die Antwort der Generalſtaaten einzurichten ſei. „Der beſte Gebrauch, der nach unſerer (ſeiner und der Whigs) Anſicht von jener Zuſicherung gemacht werden kann, iſt eine Antwort durch Vrybergen, daß ſie über das mit Sunderland, den ſie als warmen Freund ihrer ſelbſt und der gemeinen Sache kennen, Geſchehene ſehr betroffen, dagegen ſehr erfreut ſeien zu vernehmen, daß die Königin weitere Veränderungen nicht beabſichtige. Wenn jedoch der geringſte Gedanke da ſei das Parlament aufzulöſen, wie die Freunde Frankreichs in der Republik mit Fleiß ausſtreuen: ſo werde es durchaus unmöglich ſein, die Bevölkerung der Republik abzuhalten, kopfüber in einen Frieden nach dem Willen Frankreichs zu rennen, und den Kaiſer und die Königin ſich ſelber zu überlaſſen" [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juni.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 445.

In ähnlicher Weiſe fiel die Reſolution der Generalſtaaten aus, welche zur Kundgebung an die Königin dem holländiſchen Geſandten Brybergen in London übermittelt wurde. Er begab ſich damit zu Godolphin. Dieſer antwortete, daß er, für ſich perſönlich mit der Reſolution einverſtanden, dennoch weniger als ein Anderer urtheilen könne, wie die Königin ſie aufnehmen würde. Er empfahl dem Geſandten, darüber mit dem Herzoge von Somerſet zu reden, der weniger hinterhaltig ſei als andere Mitglieder der Cabale. Brybergen folgte dem Rathe. Demnach erhielt die Umgebung der Königin eine Kunde der Reſolution vor der officiellen Uebergabe [1]).

Brybergen erbat und erhielt dann eine Audienz. Er begann, daß er eine Reſolution ſeiner Principale erhalten, daß der Inhalt derſelben allzu wichtig, als daß er ihn in ſeine eigenen Worte faſſen dürfe, und daß er daher um die Erlaubnis erſuche, die Reſolution in engliſcher Ueberſetzung zu verleſen. Es geſchah. Dann überreichte er eine von ihm unterzeichnete Abſchrift. Die Königin nahm ſie an mit der Bemerkung: „Dieſe Sache iſt von ſo großer Wichtigkeit und ſolcher Art, daß es einige Zeit erfordern wird, ſie reiflich zu überlegen, um eine Antwort darauf ertheilen zu können.“ Der Bericht Brybergens darüber bei den anderen Geſandten rief bei Allen die Anſicht hervor, daß jene Antwort der Königin vorher berathen und feſtgeſtellt ſei [2]).

In den nächſten Tagen erging in den höheren geſellſchaftlichen Kreiſen von London das Gerücht: der holländiſche Geſandte habe eine Denkſchrift eingereicht, zu dem Zwecke der Königin von einer Auflöſung des Parlamentes abzurathen: das ſei eine Einmiſchung in die Angelegenheiten der Königin. — Die Geſandten bemüheten ſich die Thatſachen richtig zu ſtellen. Brybergen, ſagten ſie, habe nicht eine Denkſchrift überreicht, ſondern eine Antwort der Generalſtaaten auf die Verſicherung der Königin, daß ſie nichts vornehmen werde, was der allgemeinen Sache zum Nachtheile gereichen könne. Demnach ſeien die Generalſtaaten nicht aus ſich, ſondern auf eigenen Anlaß der Königin in die Sache eingegangen.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.

[2]) Desgleichen.

Die Geſandten hielten ferner entgegen, daß es Verhältniſſe und Perſönlichkeiten gebe, bei denen alle Mitglieder der Allianz betheiligt ſeien. Wenn der Kaiſer den Prinzen Eugen, die Generalſtaaten den Rathspenſionär Heinſius entlaſſen wollten, ſo würde die geſammte engliſche Nation ſich dabei mit betroffen fühlen und ihrer Meinung Ausdruck geben.

Auf ſolche Darlegungen entgegneten die Anhänger der neuen Partei: nirgends anderswo ſei etwas Aehnliches vorgekommen wie in England, wo man der Königin durch eine Parlaments-Adreſſe den Zwang habe anthun wollen, die Perſönlichkeiten ihrer nächſten Umgebung nicht nach eigenem, ſondern nach fremdem Willen zu wählen. „Immerhin, erwiederte der Graf Gallas einem Mitgliede der Juntilla, mag man dieſen Plan gehabt haben: die Erfahrung beweiſt, daß er nicht zur Ausführung gekommen iſt. Und wie empfindlich auch die Königin dadurch berührt worden ſein mag, ſo iſt das doch nicht zu vergleichen mit dem Gefühle, welches die Königin haben würde, wenn in Folge ihrer Schritte das Glück und das Heil der geſammten Nation, ja von ganz Europa, in die äußerſte Gefahr geriethe, und der große Name und Ruhm, den ſie durch ihre bisherigen Berather erworben, vor der Welt verdunkelt und verloren würde“ [1]).

Derartige Reden verhallten wirkungslos. Ein wichtigeres Hemmnis für die neue Partei war die Frage des Credites. Es ergingen, unter der Hand, Erkundigungen an die Reichen unter den Tories, ob man im Falle der Auflöſung des Parlamentes, in Betreff des Vorſchuſſes der Gelder, ſich auf ſie verlaſſen könne. Die Antworten lauteten verneinend. Dies war von beſonderer Wichtigkeit. Denn, wenn aus Mangel der Vorſchüſſe, die bis dahin der Schatzverwaltung immer zu Gebote geſtanden, der Krieg nicht fortgeführt werden konnte, ſo geriethen die Urheber der Aenderung in die Gefahr, zur Rechenſchaft gezogen zu werden, und zwar Shrewsbury noch mehr als Harley, weil jener äußerlich als das Haupt der Cabale erſchien, deren Seele Harley war. Deshalb ſtiegen, um die Mitte Juli, die Ausſichten auf ein Compromis mit der Whig-Partei, und verſtärkten ſich durch das Gerücht, daß ſich die Königin nach Windſor begeben werde; denn,

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.

wenn sie das Parlament auflösen wolle, meinte man, so würde sie London nicht verlassen [1]).

Mit besonderer Verwunderung aber beobachteten, bei der Verworrenheit dieser Dinge, die fremden Gesandten die Häupter der Whig-Partei. Im Winter zuvor hatte man sie auftreten sehen, als seien sie völlig die Meister. Nun waren sie verzagt, kleinmüthig, so daß man sie nicht hörte, noch sah. Sie hofften, durch Unterhandlung aus dem Schiffbruche ihrer Macht ein Jeder für sich noch einen Theil zu retten [2]). Dagegen würde es nicht richtig sein anzunehmen, daß Harley bei diesen Unterhandlungen nur darauf ausging, die Whigs hinzuhalten und zu täuschen. Er war ja der Trimmer, der ein Ministerium bilden zu können vermeinte aus Mitgliedern beider Parteien. Wenn aber das Parlament aufgelöst und demgemäß, nach der Erwartung Aller, die Neuwahlen den Tories die Mehrheit geben würden, so war die unvermeidliche Consequenz ein Tory-Ministerium.

Inzwischen erhielt der Holländer Vrybergen eine Antwort auf die von ihm eingereichte Resolution der Generalstaaten, die formell, weil sie selber eine Antwort war, einer solchen nicht bedurft hätte. Es kam dem neuen Ministerium, wie man es bereits häufig nannte, dabei sehr gelegen, daß inzwischen auch vom Berliner Hofe eine Antwort auf die Versicherungen vom 15./26. Juni eingelaufen war.

Friedrich I. ließ darin sagen, daß er für die Mittheilung danke, daß er über die einheimischen Angelegenheiten der Königin sich kein Urtheil erlaube, sondern sich versichert halte, daß die Königin nichts unternehmen werde, was nicht sowohl zu ihrem eigenen Besten gereiche als dem Gemeinwohle diene. — Man vermuthete, daß der Botschafter Lord Raby in Berlin, welcher der Cabale in London nicht fern stand, die Antwort von dort so eingerichtet habe. Die Partei Harley benutzte nun dieselbe so, daß das dem Holländer Vrybergen übergebene Schriftstück ihm die preußische Antwort mit begleitendem Lobe verkündigte, über die eigentliche Frage dagegen, diejenige der Auflösung oder Nicht-Auflösung des Parlamentes, mit Schweigen hinwegging [3]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. Juli.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 18. Juli.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.

Das Schweigen bewies nicht bloß, daß die Berather der Königin ſich noch nicht ausſprechen wollten, ſondern auch daß ſie es noch nicht wagten ihren Entſchluß zu faſſen. Godolphin hielt an der Hoffnung feſt, daß ſie es überhaupt nicht wagen würden. Wenn aber doch, ſo machte er kein Hehl aus ſeinem Entſchluſſe, der Schmach der Entlaſſung, wie er ſagte, durch ſeinen Verzicht zuvorzukommen. Man nahm an, daß dann auch Marlborough zurücktreten werde. Auch dieſe Eventualität ward in der Umgebung der Königin erwogen, und es erhob ſich noch im Laufe des Monates Juli die Rede, daß dem Kurfürſten Georg Ludwig von Braunſchweig-Lüneburg das Commando in den Niederlanden angeboten werden ſolle [1]). Ein Verſuch in dieſer Richtung wurde erſt ſpäter gemacht, und wir werden dann den Verlauf der Sache im Zuſammenhange zu überblicken haben.

Inzwiſchen trafen gegen das Ende des Monates Juli in London die Nachrichten von dem hochmüthigen Auftreten der franzöſiſchen Bevollmächtigten in Geertruidenberg ein. „Und dennoch weiß man noch nicht, meldet Hoffmann am 29. Juli, was die fünf Perſonen, welche die Macht in Händen haben, ſowohl über dieſes Königreich als über die Intereſſen von ganz Europa zu entſcheiden, beſchließen werden. Von allen Orten her hören ſie und ſehen ſie, daß der König von Frankreich ſeine ganze Hoffnung auf die Auflöſung des Parlamentes ſetzt, daß der öffentliche Credit täglich abnimmt, daß er bei einer Auflöſung des Parlamentes völlig zu Boden ſinken wird, daß dann eine Fortſetzung des Krieges unmöglich, und daß die Verantwortung für alles das auf ſie fallen muß. — Aber die Furcht, die ſie ihrer bisherigen Schritte wegen vor dem Parlamente haben müſſen, überwiegt in ihnen alle andere Gedanken, und ſie halten ſich nicht für ſicher, bis ſie zum Aeußerſten ſchreiten und ein neues Parlament einberufen, in der Hoffnung auf die Tories. Aber die Whigs werden auch nicht ruhen, und im Falle eines Unglückes könnte es geſchehen, daß die geſammte Nation ſich gegen die Urheber des Unglückes wendete. Dann würden die Tories, zu deren Partei dieſe fünf Perſönlichkeiten nicht gehören, ſie nicht ſchützen“ [2]).

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 22. und 29. Juli.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 29. Juli.

Der Bericht zeichnet uns die Stimmung des Tages, und in derſelben den Fluß des Werdens der Dinge. Er führt mit Nothwendigkeit zu der Frage, vor welcher der Berichterſtatter abbricht: wie aber, wenn jene fünf Perſönlichkeiten, die zu den Tories nicht gehörten, ſich dennoch ihnen in die Armee warfen, um von ihnen geſchützt zu werden? — Denn die Tory-Partei hatte ja von Anfang an als ihre Forderung und als die Conſequenz der Aenderung hingeſtellt die Auflöſung des Parlamentes.

So weit jedoch war man bis zu Ende Juli noch nicht gekommen. Die Unterhandlungen der Cabale mit den Whigs, die noch faſt alle ihre Aemter inne hatten, durch Lord Halifax, dauerten fort. Der kaiſerliche Geſandte Gallas befragte Godolphin, ob nicht die Kunde des hochmüthigen Briefes der franzöſiſchen Bevollmächtigten aus Geertruidenberg an den Rathspenſionär Heinſius für einen Ausgleich förderlich wirken werde. Godolphin entgegnete: „Noch iſt nichts beſchloſſen, und die Nachricht jenes Briefes ſollte allerdings dem gehofften Ausgleiche zu ſtatten kommen; denn im anderen Falle würde es ſcheinen, als wollten wir fortan auf dem Kopfe und nicht mehr auf den Füßen gehen“ [1]).

Die Hoffnung des Grafen Gallas ſtieg darum freilich nicht. „Ich fürchte, fügt er hinzu, daß nicht die geſunde Vernunft, ſondern die Leidenſchaften des Ehrgeizes und der Rachgier den Sieg davon tragen werden. Gott gebe, daß mein Urtheil falſch ſei, und daß die gute Königin, die ſich in dies gefährliche Spiel hat hinein verlocken laſſen, noch zu rechter Zeit erleuchtet und auf einen beſſeren Weg geleitet werde, bevor derjenige, auf welchem ſie jetzt wandelt, nicht bloß über die engliſche Nation, ſondern über ganz Europa ſchweren Nachtheil bringen kann.“

Für einige Tage ſchien dennoch die Hoffnung zu ſteigen, daß ein Ausgleich mit der Whig-Partei zu Stande kommen und das Parlament nicht aufgelöſt werde. Man beobachtete, daß der Abbruch der Verhandlungen von Geertruidenberg und damit die Entfernung der Friedensausſicht auf den Cours der Bank-Actien keine Wirkung geübt hatte, daß dagegen dieſe Papiere, auf die Kunde jener Hoffnung, in

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 29. Juli.

zwei Tagen um vier Percent ſtiegen. Es war der augenfällige Beweis, daß die Finanz-Welt die Fortdauer des Krieges bei weitem weniger fürchtete als die Auflöſung des Parlamentes [1]). — Andererſeits hielt man dafür, daß die Entfernung der Friedensausſicht die Juntilla nachgiebiger gemacht habe. Denn ſie hatte, im Frühling, ihr Werk der Aenderung begonnen in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden, und es ſcheint ihr bis dahin nicht zur Klarheit gekommen zu ſein, daß gerade ſie für Ludwig XIV. das ſtärkſte Motiv dargeboten hatte, ſich in die ihm vorgeſchriebenen Bedingungen des Friedens nicht zu fügen.

Aus der Stimmung dieſer wenigen Tage erfloß jener Auftrag an den Lord Townſhend im Haag, den Generalſtaaten die Befriedigung der Königin auszuſprechen über ihre Reſolution vom 27. Juli. Wir haben vernommen (S. 451), in welcher Weiſe Townſhend den Auftrag ausführte, am 7. Auguſt.

An dieſem Tage war in London die Stimmung bereits wieder geſunken. Es verlautete, daß die Königin wegen eines Anſtoßes der Gicht nicht nach Windſor gehe, ſondern in Kenſington verbleibe. Man nahm dies für einen Vorwand. Die wahre Abſicht der Königin ſei, ſagte man, in Kenſington deſto füglicher an den Geſchäften, namentlich auch der eventuellen Wahlen, Antheil zu nehmen. Die Actien waren wieder im Sinken. Es zeigte ſich ferner, wie richtig die franzöſiſchen Bevollmächtigten in Geertruidenberg in ihrem Schreiben an Heinſius auf die Stimmung der neuen Partei in England gerechnet hatten. Officiell hatte die Königin durch Townſhend im Haag ihre Entrüſtung darüber ausſprechen laſſen, daß die Franzoſen an das Urtheil ihrer Unterthanen Berufung einlegten. Aber der Juntilla, deren Rathe ſich die Königin hingegeben, kam die Anklage, deren wegen die Franzoſen jene Berufung erhoben, nämlich die Anklage auf das Hinſchleppen des Krieges, ſehr gelegen; denn das war ja eben dieſelbe Beſchuldigung, welche die Juntilla gegen Marlborough erhoben hatte [2]).

Die Ausgleichs-Verhandlungen zwiſchen der Juntilla und der Whig-Partei wurden jedoch noch fortgeſetzt. Die Frage der Entſcheidung

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Auguſt.
[2]) Desgleichen vom 5. Auguſt.

war noch nicht unmittelbar dringend. Gemäß der Unions-Acte von 1707 mußte die Berufung eines neuen Parlamentes der Versammlung desselben um fünfzig Tage vorausgehen. Der Regel nach begann die Session vor der Mitte November (a. St.). Demnach hatte, im Anfange August, die Regierung noch reichlich einen Monat Zeit, sich über die Frage der Beibehaltung oder Auflösung des Parlamentes zu entschließen. Ein anderes Verhältnis dagegen verkürzte die Frist. Wenn die Regierung die Partei, auf welche sie sich stützte, wechseln wollte, so pflegte sie vor dem Erlasse der Proclamation auch die Statthalter der Provinzen und die Friedensrichter im Sinne der neuen Richtung zu ändern, um auf den Einfluß derselben für sich rechnen zu können. Dies Mal war ein solches Verfahren um so sicherer vorauszusehen, da, im Falle der Auflösung, für die Juntilla an dem Ausfalle der Wahlen ihre ganze Wohlfahrt hing. Sobald also eine Aenderung der Gouverneure und Friedensrichter erfolgen würde, hatte man, auch vor jeder Proclamation, mit Sicherheit die Auflösung des Parlamentes zu erwarten. Und noch weiter folgerte man. Ein Wechsel jener Organe der Regierung konnte nicht anders geschehen als durch den ersten Rath der Krone. Da der Treasurer Godolphin sich dazu nicht verstehen würde, so war das Erste, was man im Falle des Entschlusses zur Auflösung des Parlamentes zu erwarten hatte, die Entlassung Godolphins [1]).

Von Seiten der Tory-Partei, welche von Anfang an darauf gerechnet hatte, daß die Verwirrung zu ihrem völligen Siege ausschlagen würde, vernahm man in Betreff eines künftigen Friedensschlusses bereits sehr bedenkliche Reden. Der Friede sei nothwendig, sagten sie. Um ihn zu erlangen, könne das Haus Habsburg sich begnügen mit Italien, die Republik der Niederlande mit einer guten Barriere, der Herzog Victor Amadeus mit seinen gemachten Eroberungen. Wenn dann auch Spanien und beide Indien dem Herzoge von Anjou verblieben, so werde dieser doch ein guter Spanier werden und das spanische Interesse dem französischen vorziehen. England dagegen habe und wolle vom Kriege keinen Vortheil als die Sicherheit des Handels [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. Juli/8. August.

[2]) Desgleichen.

„Dies ſind nicht, fügt der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſeinem Berichte darüber hinzu, Reden von geringen Perſonen, ſondern von vornehmen. Hält man dies zuſammen mit demjenigen, was die Juntilla offen ausſpricht, daß man auf alle Weiſe den Frieden haben müſſe — erwägt man ferner, daß der König von Frankreich feſt hält an der Hoffnung, Spanien und Indien für ſeinen Enkel behaupten zu können: ſo folgt daraus mit Nothwendigkeit die Beſorgnis, daß man hier, um dem Kriege ein baldiges Ende zu machen, den Entſchluß faſſen dürfte, ſich mit Frankreich auf dieſen Theilungsplan einzulaſſen. Noch dieſen Morgen hat ſich der Herzog von Buckingham, bevor Harley zu ihm gekommen, dem portugieſiſchen Geſandten gegenüber verlauten laſſen: ſo lange die Generale an der Spitze der Armee im Felde, ſei auf einen Frieden nicht zu hoffen. Im nächſten Winter jedoch würden ſich ſchon Anläſſe ergeben, Schritte in dieſer Richtung zu thun."

Der Bericht iſt für die Klarſtellung der Geſchichte jener Zeit von beſonderer Wichtigkeit. Er zeigt, daß nicht erſt im Jahre 1711 oder gar nach dem Tode des Kaiſers Joſeph I., im April 1711, in England der Gedanke ſich erhob, Philipp V. als König von Spanien zu belaſſen, ſondern daß er von Anfang an, wenn nicht Gemeingut der Tory-Partei war, ſo doch in derſelben offen erörtert wurde.

Am 30. Juli/10. Auguſt ließ die Königin den Cabinetsrath über die Frage einer abermaligen Vertagung des Parlamentes berathen. Graf Orford, eines der Mitglieder der Whig-Junta, der frühere Admiral Ruſſel, benutzte den Anlaß, um die Frage der Auflöſung anzuregen. Er fuhr mit Heftigkeit heraus: er könne ſich nicht einbilden, daß die Königin dergleichen Gedanken hege, noch weniger glauben, daß ein Unterthan es wagen würde, ihr einen ſolchen Rath zu ertheilen; denn das ſei mit Leib und Leben zu verantworten [1]). — Die Königin, ganz verſtört, faßte ſich doch wieder dahin zu ſagen: es handele ſich hier nicht um die Auflöſung, ſondern um eine abermalige Vertagung. Die Vertagung ward ausgeſprochen bis zum 26. September (a. St.). Bis dahin mußte es ſich zeigen, ob ſich die Veränderung auf die Perſon des Lords Sunderland beſchränken werde.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1./12. Auguſt.

Die Hoffnung der Whigs ſtieg allerdings wieder, weil ſie bei ihren Gegnern Furcht zu bemerken glaubten. Man erfuhr, daß Harley ſich über Mangel an Reſolution bei der Königin beklage. Aber, wenn man auch bei Harley kein Bedenken vorausſetzte, ſo doch um ſo mehr bei Shrewsbury, der vor der Oeffentlichkeit als das Haupt der Juntilla erſchien. — Dann ſchien auch die Lage der Dinge nach außen hin nicht unglücklich zu liegen. Frankreich hatte allerdings die Beredungen von Geertruidenberg abgebrochen; aber es war ihm kein Vortheil zugewachſen, der das Bedürfnis dort nach dem Frieden minder dringend gemacht hätte. Die Gefahren des nordiſchen Krieges, die im Beginne des Jahres bedrohlich erſchienen, hatten ſeitdem an Intenſität verloren. Der Stand der Dinge im Nordoſten war eher günſtig für die verbündeten Mächte. Im Südoſten ſetzte die Türkei den Bemühungen des Schwedenkönigs in Bender und des Franzoſen Desalleurs in Conſtantinopel, ſie in die Waffen zu bringen, noch ihren Widerſtand entgegen [1]).

Entlaſſung des Treaſurers Godolphin.

Während dieſer Lage der Dinge war bei Gallas ein Handſchreiben des Kaiſers Joſeph I. an die Königin Anna eingetroffen, als Antwort auf die Verſicherungen von Shrewsbury an Gallas, vom 13./24. Juni, die nachher die Königin perſönlich ihm beſtätigt hatte. Dies wichtige Handſchreiben lautet wie folgt [2]).

„Madame. Der Graf Gallas hat mir gemeldet, daß Ew. Majeſtät beſchloſſen hatte, dem Lord Sunderland das Amt des Staats-Secretärs zu nehmen, und zugleich mir Kunde deſſen gegeben, was Sie ihm durch den Herzog von Shrewsbury darüber haben andeuten laſſen. Da die Handlungen Ew. Majeſtät ſich immer regeln nach der großen Einſicht und Gerechtigkeit, welche von jeher ſie begleitet, ſo trete ich nicht ein in eine Erörterung der Gründe, welche Sie bei dieſem Entſchluſſe geleitet haben können, um ſo weniger, da die

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 1./12. Auguſt.
[2]) Anlage II.

Souveräne für ihre Handlungen Niemandem Rechenſchaft ablegen. Dagegen muß ich Ew. Majeſtät Dank ſagen für die Aufklärungen, welche Sie die Gewogenheit gehabt haben, mir durch den Herzog von Shrewsbury über Ihre fernere Abſichten zu geben. Denn nachdem die Kunde der Entlaſſung des genannten Lords aus den Gründen, die Ew. Majeſtät vorhergeſehen, mich in große Beſorgnis verſetzt hatte, bin ich davon frei geworden, ſobald ich vernommen habe, daß dies eine rein perſönliche Angelegenheit ſei, die ſich beſchränke lediglich auf ſeine Perſon, ohne andere Folgen, die ich mit den Verbündeten davon für die gemeinſame Sache fürchten könnte. Und in der That, wenn Ew. Majeſtät mich in Ungewisheit über Ihre Abſichten belaſſen hätten und in Zweifel darüber, ob Ihre Gedanken, was Gott verhüten wolle, darauf ausgingen, die Sache weiter zu treiben, und ſogar, wie das Gerücht meldete, bis zur völligen Veränderung des gegenwärtigen Miniſteriums und zur Auflöſung des Parlamentes zu ſchreiten — in dieſem Falle würde ich, vermöge des Antheils, den ich an dem Ruhme Ew. Majeſtät, an Ihrer Erhaltung, ſo wie an dem Wohlergehen aller Alliirten nehme, mich für verpflichtet gehalten haben, Ihnen die durchaus verderblichen Folgen vorzuſtellen, die für die gemeinſame Sache daraus erfolgen würden. Ich gehe dabei hinweg über viele Erwägungen, die ich machen könnte, und hebe lediglich das Mistrauen hervor, welches Ihre Verbündeten und beſonders die Generalſtaaten von Beginn an und ſehr natürlicher Weiſe über den Grund oder das Ziel einer ſolchen Veränderung faſſen würden, ſei es daß dieſe Veränderung beträfe das Miniſterium, oder das Parlament vor dem Ablaufe der ordentlichen Zeit, oder auch beide zugleich, wo ſie doch um das Gemeinwohl beide ſich ſo verdient gemacht haben. Dieſes Mistrauen würde ohne Zweifel das völlige Einvernehmen, welches bisher unter den Bundesgenoſſen geherrſcht hat, und welches allein den Sieg über unſere Feinde verbürgen kann, verringern, ja vielleicht gar zerſetzen. Was würde dann, bei einem ſo unheilvollen Vorfalle, aus der Frucht eines ſo blutigen und ruhmvollen Krieges werden? Wie würde es dann ſtehen um die Freiheit Europas? Welcher allgemeine Umſturz würde erfolgen in dem bisher ſo glücklichen Syſtem, das, errichtet durch die Kraft der Waffen, geſegnet iſt von der Hand des allmächtigen Gottes!“

„Aber ich würde der großen Einsicht Ew. Majestät Unrecht thun, namentlich nach den Versicherungen, welche Sie mir haben geben lassen, wenn ich noch glauben oder selbst noch fürchten wollte, daß Sie jemals auf so unheilvolle Rathschläge hören könnten, oder nicht aus Sich die unglücklichen Wirkungen absähen, die daraus erfolgen müßten, und sie nicht auf alle Weise vermeiden würden. Dennoch kann ich, bei der Wichtigkeit der Angelegenheit, und bei der aufrichtigen Zuneigung, die ich für die geheiligte Person Ew. Majestät und für Ihre Interessen trage, nicht umhin, Sie inständigst zu bitten, das Ganze in dem bisherigen Stande zu belassen, und auch fernerhin sich eines solchen Parlamentes und eines solchen Ministeriums zu bedienen, welche bisher in ihrem Dienste für Ew. Majestät und für das Gemeinwohl sich so sehr ausgezeichnet haben. Denn Sie würden auch ja unter Ihren Unterthanen keine Persönlichkeiten finden, die vor dem Parlamente Ihre großmüthigen Absichten besser vertreten, oder Ihnen, sei es in Ihrem Rathe, sei es in der Führung Ihrer Waffen oder der Finanzen, mit mehr Eifer, Treue und allgemeiner Zustimmung dienen könnten, als diejenigen, welche zur Zeit die Ehre haben, sich in diesen Stellungen zu befinden, und in welche sowohl Ew. Majestät selber wie die Verbündeten ein gleiches Vertrauen setzen dürfen."

Dies Handschreiben hat für die damalige Verwickelung der Dinge in England eine andere Bedeutung erlangt, als die der Kaiser Joseph I. beim Abfassen desselben beabsichtigte. Darum ist es erforderlich, auf die Einzelnheiten des Verlaufes einzugehen.

Der Graf Gallas empfing das Handschreiben noch im Juli, getrauete sich aber nicht, nach der Erfahrung, die der holländische Gesandte Brybergen gemacht, es sofort zu übergeben. Er schickte Abschriften an den Grafen Sinzendorf im Haag und an den Prinzen Eugen im Feldlager, und bat um ihre Ansicht. Prinz Eugen befragte Marlborough, der auch seinerseits ein Handschreiben des Kaisers erhalten hatte [1]). Die in dem kaiserlichen Schreiben ausgesprochene Hoffnung, daß die Königin bei der Besetzung der Ministerposten und in Betreff des Parlamentes Rücksicht nehmen werde auf das Urtheil der verbündeten Mächte, erregte Bedenken. Aber das Schreiben

[1]) Das Schreiben bei Coxe vol. III, p. 101.

war nun einmal da. Der Prinz Eugen und Marlborough entschieden sich für die Uebergabe, jedoch mit dem Rathe, daß der Graf Gallas vorher in einer Anrede die Königin der fortdauernd freundschaftlichen Gesinnung des Kaisers, den Umständen gemäß, versichern möge [1]).

Nach dem Empfange dieser Zustimmung begab sich der Graf Gallas zu Godolphin, an dessen Rath er durch kaiserlichen Befehl ausdrücklich gewiesen, wie er von der anderen Seite durch Marlborough bei Godolphin mit den Worten beglaubigt war: „Ich bürge Ihnen für die Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit des Grafen Gallas, und bitte Sie ganz offen und frei mit ihm zu reden" [2]). Gallas legte eine Abschrift des kaiserlichen Handbriefes vor, am 30. Juli/10. August. Godolphin las und erwiederte dann: er finde das Schreiben etwas stark und in die englischen Angelegenheiten tief eingehend. Dennoch sei er für die Uebergabe. Gallas berichtete dann, daß er zuvor das Gutachten des Prinzen Eugen eingeholt habe, und daß die Vota aller drei, des Prinzen Eugen, Marlboroughs, des Grafen Sinzendorf, für die Uebergabe seien. Auf diese Antwort fiel Godolphin ein: dann sei auch er um so mehr dafür. Wenn die Sache in Kensington verzweifelt stünde, so würde allerdings die Behändigung des Schreibens besser unterbleiben. Aber dies sei nicht der Fall. Er lebe vielmehr der Zuversicht, dies Handschreiben werde gute Wirkung thun [3]).

Demgemäß ersuchte Graf Gallas um eine Privat-Audienz und erhielt sie am nächsten Tage, dem 31. Juli/11. August. Er fügte der Uebergabe des Schreibens mit der Versicherung der freundschaftlichen Gesinnung des Kaisers einige Worte der Rechtfertigung bei, warum der Kaiser sich so weit in die Sache eingelassen, und bat um eine Antwort, welche die Feinde außer Hoffnung, die Freunde außer Furcht setzen würde.

Die Königin nahm das Schreiben. Sie antwortete, daß sie sich des Weiteren in demselben ersehen und dem Kaiser so bald wie möglich antworten werde.

[1]) Schreiben des Prinzen Eugen an den Grafen Gallas, vom 2. August, aus dem Lager bei Rebreuve.

[2]) Coxe vol. III, p. 102.

[3]) Außer den laufenden Berichten hat Gallas am 11./22. August noch einen ergänzenden Gesammtbericht gemacht.

Am anderen Tage, dem 1./12. Auguſt, machte Gallas dem Holländer Vrybergen Mittheilung des Geſchehenen, ferner dem Lord Halifax und Anderen. Sie ſprachen ſämmtlich die Anſicht aus, daß das kaiſerliche Handſchreiben zur rechten Stunde eingetroffen ſei. Sie wiederholten dies am nächſten Tage, mit dem Ausdrucke der Freude.

Sie alle hatten noch keine Ahnung, daß zur ſelben Zeit über dies Handſchreiben eine andere Perſönlichkeit eine noch größere Freude empfand, nämlich Sir Robert Harley.

Faſſen wir, um uns dies völlig klar zu machen, nochmals die hauptſächlichen Momente des bisherigen Verlaufes des Wandels der Dinge in England zuſammen.

Der ſehnlichſte Wunſch der Königin ſeit Jahren war, frei zu werden von dem Joche, wie ſie einmal an Marlborough ſchrieb, der fünf tyranniſchen Whig-Lords. Eben ſo ſehr aber auch ſtrebte ſie frei zu werden von der läſtigen Bevormundung der einſt geliebten Freundin Miſſis Freeman. Dies war ihr erſt gelungen in jener letzten Audienz im April, und vielleicht über ihr Erwarten. Sie hatte dann, auf den Antrieb ihrer geheimen Berather und im Vertrauen auf die eigene Popularität, es gewagt, ohne Vorwiſſen und ohne Zuſtimmung des langjährigen erſten Berathers Godolphin, ſelbſtändig einen Miniſter zu berufen, welcher folgerecht fortan höher in ihrem Vertrauen ſtand als Godolphin. Sie hatte dem anfangs widerſtrebenden Marlborough gegenüber es durchgeſetzt, den Gemahl und den Bruder ihrer geliebten Frau Maſham zu Brigadiers zu ernennen. Sie hatte dann einen Hauptſchlag geführt, indem ſie das ihr perſönlich am meiſten verhaßte Mitglied der Whig-Junta, den Lord Sunderland, aus ihrem Dienſte entließ. Sie war der Anerkennung ihrer Umgebung ſicher, daß ſie daheim als Königin handele.

Aber von der Entlaſſung Sunderlands an kamen nicht bloß die heimiſchen, ſondern auch die auswärtigen Factoren in Betracht. Die Königin hatte, vom Beginne ihrer Regierung an, in der Ueberzeugung gelebt, daß nur der nachdrückliche Krieg gegen Frankreich ihr die Krone ſichere. In dieſer ihrer Ueberzeugung hatte ſie, ob gern ob ungern, ſich fügen müſſen in das Ueberwachſen des Einfluſſes der Whigs als der eigentlichen Kriegspartei. Es liegt nicht vor, daß die Königin perſönlich in der Meinung, daß in der Demüthigung Frankreichs die

Bürgschaft für die Sicherheit ihrer Krone liege, bis dahin wankend gemacht worden sei.

Die große Differenz zwischen ihren Ansichten und derjenigen ihrer Verbündeten bestand darin, daß diese das Ueberwiegen der Whig-Partei für die bisherige Politik wider Frankreich als unentbehrlich ansahen, daß dagegen die Königin, gemäß den Reden ihres geheimen Berathers Harley, dieselbe Politik nach außen festhalten zu können meinte, auch wenn sie ihre Minister wähle aus den verschiedenen Parteien.

Wie aber war von den bisherigen ersten Räthen der Krone, von Marlborough, von Godolphin, von den hauptsächlichen Whigs, loszukommen, ohne den Einspruch der Verbündeten wach zu rufen? — Die Cabale unter Harleys Führung entwarf den Plan, gerade den zu erwartenden Einspruch zu benutzen, um die Königin vorwärts zu treiben, oder auch, wenn der Einspruch nicht erfolge, ihn zu provociren, um ihn dann als fremde Einmischung geltend zu machen, welche die Königin sich nicht gefallen lassen dürfe.

Dieser Plan liegt an einer Reihe von Thatsachen zu Tage.

Wir haben gesehen, daß schon im Beginne des Monates Juni, vor der Entlassung von Sunderland, sich in London das Gerücht erhob: die Generalstaaten hätten gegen eine Aenderung des Ministeriums Vorstellungen erhoben, und daß dieses Gerücht sich als grundlos erwies (S. 453 u. f.). Wir haben ferner gesehen, daß die französischen Bevollmächtigten Uxelles und Polignac dem Vermittler Petkum gegenüber geltend machten: die Persönlichkeiten in der Umgebung der Königin würden darüber wachen, daß sie sich eine fremde Einmischung nicht gefallen lasse (S. 447).

Die Entlassung Sunderlands erfolgte mit der Versicherung, daß die Aenderung sich auf seine Person beschränken solle. Wir haben beobachtet, wie diese Versicherung gleich damals den Verdacht des kaiserlichen Residenten Hoffmann hervorrief, daß darunter sich eine andere Absicht verberge (S. 437). An sich schon machte eine solche Versicherung eine Antwort darauf zur Pflicht der Höflichkeit: diejenige gegenüber dem kaiserlichen Gesandten, von der Königin persönlich bestätigt, provocirte dieselbe geradezu.

Und daran tritt der arglistige Plan der Cabale um die Königin schärfer hervor. Es war mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die

Mächte, welche auf eine ſolche Verſicherung antworteten, dieſer Antwort einen wirklichen Inhalt geben würden, der nach der Lage der Dinge das Miniſterium oder das Parlament betreffen würde. Und dieſer reelle Inhalt ließ ſich dann verwenden als unberechtigte Einmiſchung, deren ſich die Königin erwehren müſſe.

In der That erfolgte ein ſolches Eingehen auf die Verſicherung vom 14./25. Juni, gleich als hätte dieſelbe einen wirklichen Inhalt, von faſt allen verbündeten Mächten außer dem Könige von Preußen, der von Lord Rabys Hand geleitet, ſich den Dank der engliſchen Juntilla erwarb. Zuerſt von Seiten der Generalſtaaten. Dann von Seiten des Kurfürſten Georg Ludwig von Braunſchweig-Lüneburg. Da ein Geſandter desſelben in London nicht anweſend, hatte Lord Townſhend im Haag dem Geſandten Bothmar die Verſicherung der Königin mitgetheilt. Der Kurfürſt hatte durch Bothmar die ſchriftliche Antwort geben laſſen: er hoffe, daß die Königin keine weitere Aenderung in einem ſo wohl verdienten Miniſterium, noch ſo wohl geſinnten Parlamente vornehmen werde. Dies war die ſtärkſte Antwort, die bis dahin erfolgt war. Aber es war den geheimen Berathern der Königin nicht gelegen, mit dem Kurfürſten als eventuellem Thronfolger in Differenzen zu gerathen. Ihm gegenüber ſchwiegen ſie. Nur in den Kreiſen der Geſandten verlautete die Kunde [1]).

Nun aber war das kaiſerliche Handſchreiben gekommen. Je entſchiedener und beſtimmter dasſelbe lautete, deſto günſtiger war es für Harley, deſto leichter ließ ſich behaupten, daß dies Schreiben einen unberechtigten Eingriff in die Souveränetät der Krone von Groß-Britannien in ſich ſchließe.

Solche Reden der Cabale thaten ihre Wirkung. Noch auf ſelben Tage der Uebergabe des kaiſerlichen Handſchreibens, oder am nächſten, dem 1./12. Auguſt, faßte die Königin mit ihren geheimen Berathern den Beſchluß, nicht dem Rathe und der Mahnung des Kaiſers zu folgen, ſondern das Gegentheil zu thun, und zwar zunächſt Godolphin

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1./12. Auguſt: Das neue Miniſterium hat über dieſe Antwort nichts geſagt, ſondern dieſelbe gleichſam ſupprimirt, reſp. der Succeſſion.

zu entlaſſen und das Schatzamt einer Commiſſion von fünf Perſonen zu übergeben [1]). Demnach hatten der Kaiſer, der den Brief geſchrieben, alle diejenigen, welche zur Uebergabe gerathen, Godolphin, der ihnen beigeſtimmt, Gallas endlich, der das Schreiben übergeben, ſämmtlich gearbeitet für den einen Reineke Fuchs, Sir Robert Harley.

Dies iſt der Kern des Herganges dieſer Dinge. Aber der Beſchluß ward nicht ſofort offenkundig. Bis Harley ſich der geeigneten fünf Perſonen für die Commiſſion des Schatzamtes verſicherte, verging noch eine Reihe von Tagen, während deren jener Beſchluß verheimlicht wurde. Es iſt von Intereſſe, zu beobachten, wie während dieſer Zeit die Betheiligten, die Nicht-Wiſſenden und die Wiſſenden, gegen einander ſich benahmen.

Am 3./14. Auguſt begab ſich Gallas zu Shrewsbury. Er erinnerte daran, daß am 13./24. Juni Shrewsbury ihm die Intention der Königin bei der Entlaſſung Sunderlands kund gethan, meldete, daß er nun darauf ein Handſchreiben des Kaiſers überreicht, und ſprach die Hoffnung aus, daß Shrewsbury, nach ſeiner weltberühmten Einſicht, allen erforderlichen Beiſtand thun werde, eine befriedigende Antwort zu erwirken. — Shrewsbury antwortete: die Königin habe ihm das Handſchreiben ſogleich gezeigt. Er habe über dasſelbe zwei Reflexionen zu machen. Zuerſt lege das Schreiben ihm bei, mehr geſagt zu haben, als er wirklich geſagt habe. Das Schreiben laute, als wenn er, Shrewsbury, gemeldet habe, daß keine weitere Veränderung im Miniſterio erfolgen ſolle, wo doch die Verſicherung, die er im Namen der Königin überbracht, nur dahin zu nehmen geweſen ſei, daß die Entlaſſung Sunderlands dem Credite Marlboroughs zu keinem Nachtheile gereichen ſolle. Allerdings habe er dann auf die Frage von Gallas, ob die Entlaſſungen nicht weiter greifen würden, eine verneinende Anſicht ausgeſprochen, nicht jedoch aus Befehl, ſondern perſönlich.

Die andere Reflexion, die er zu machen habe, ſagte Shrewsbury, betreffe mit dem weiteren Inhalte auch die Form. Gallas ſelber

[1]) Correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 127. Aus dieſem Schreiben, abgefaßt am Morgen des 2./13. Auguſt, ergibt ſich die obige Feſtſtellung des Datums des Beſchluſſes.

würde vielleicht finden, daß der Stil des kaiserlichen Schreibens unter gekrönten Häuptern nicht bräuchlich sei. Es habe das Ansehen, als käme dieser Brief nicht von Wien.

Gallas antwortete zuerst auf die letztere Beschwerde. „Diese, sagte er, dürfte wohl am wenigsten gegen mich zu richten sein. Denn unter allen Gesandten hier kann wohl ich die meisten Beispiele aufzeigen, in welcher Weise die Königin in Sachen von geringerer Wichtigkeit bald bei dem Kaiser, bald bei dem Könige von Spanien ihre Officien mit gleichmäßigem Eifer geltend gemacht, ohne daß von Ihrer Seite gesagt werden könnte, daß der Kaiser und der König jemals dasjenige, was in guter Meinung für das allgemeine Beste geschrieben wurde, übel genommen hätten. — Dieses Handschreiben ist ferner nicht das erste, welches ich überreicht habe, so daß der Königin, zumal da es eigenhändig geschrieben, die Handschrift nicht unbekannt sein sollte." — Später kam der Graf Gallas noch einmal auf die Insinuation zurück, und sagte schärfer als zuvor: „Ich ersuche Sie meines Ortes, der Königin vorzustellen, wie empfindlich es dem Kaiser fallen muß, die Meinung zu vernehmen, als schriebe er Briefe nach fremdem Wunsche. Der Kaiser hat nicht nöthig gehabt, von anderer Seite her um dieses Handschreiben ersucht zu werden; denn meine Berichte und die wirkliche Lage der Dinge haben ihm Ursache genug zur Beunruhigung gegeben."

Es kam dann der andere Punct zur Sprache, ob der Bericht des Grafen Gallas nach Wien der Erklärung des Herzogs von Shrewsbury an ihn, vom 13./24. Juni, entsprochen habe. Gallas wiederholte den Gang jener Unterredung, conform mit seinem damaligen Berichte (S. 437). „Sie haben ausdrücklich gesagt, schloß er, ich möge mich nicht durch das allgemeine Gerücht beunruhigen lassen, sondern fest glauben, daß die Königin nichts thun wolle, was bei den gegenwärtigen Conjuncturen nachtheilig werden könne. Nun wird man aber doch wohl nicht glauben machen wollen, daß, wenn die Königin fortfährt, Minister zu wechseln, oder gar das Parlament auflöst, dies mit jener Versicherung im Einklange stehe. In solchem Falle würde jene Versicherung gar nichts sagen."

Shrewsbury dagegen hielt fest daran, daß seine Zusicherung so wie diejenige, die der Staats-Secretär Boyle im Namen der

Königin gegeben, über andere Minister als Sunderland nichts gemeldet.

Die Discussion wurde lebhafter. „Die Ausländer, sagte Shrewsbury, haben sonderbare Vorstellungen von unseren Angelegenheiten. Glauben Sie denn, daß das ganze Heil von England an den 500 Personen hangt, die zur Zeit im Unterhause sitzen? Ich sage Ihnen dagegen, daß ganz England sein Interesse kennt und wohl weiß, daß dieser Krieg mit Eifer fortzusetzen ist, bis daß man einen guten Frieden haben kann. Dieser Friede ist aber dann so bald wie möglich anzunehmen. Dagegen ist es eine harte Zumuthung an die Königin, Persönlichkeiten, die ihr zuwider sind, in ihrem Dienste behalten zu sollen."

Auf diese unklare Rede faßte der Graf Gallas seine Sätze scharf zusammen: „Es handelt sich jetzt darum, ob die Königin den Kaiser und die übrigen Verbündeten aus der Gefahr halten will, alle bisher errungenen Vortheile zu verlieren. Denn als eine solche Gefahr wird der Wechsel der Minister und die Auflösung des Parlamentes, welche das tägliche Gerücht in Aussicht stellt, vom Kaiser und den anderen Verbündeten aufgefaßt. Ich bitte Sie also zu erwägen, welchen Namen Sie Sich dadurch erwerben, daß Sie eine solche Gefahr verhindern helfen. Ueberlegen Sie die Wichtigkeit der Sache und stellen Sie dieselbe so vor, daß ich den Kaiser bald mit einer befriedigenden Resolution erfreuen kann."

„Hierauf, schließt Gallas, erhielt ich eine Antwort zwischen den Zähnen, die nicht wohl zu verstehen war. Sein Angesicht aber entdeckte mir die wahre Beschaffenheit der Sache dergestalt, daß ich sogleich an den Prinzen Eugen schrieb: die Furcht sei größer als die Hoffnung."

Jenes Wort Shrewsburys zu Gallas, daß das Schreiben seinen Ursprung nicht in Wien habe, verdient noch eine besondere Beachtung. Es kommt in jener Zeit nicht bloß dies eine Mal vor, daß von der englischen Regierung aus die Anklage erhoben wird, daß eine auswärtige Macht ihr Verhalten in Bezug auf England einrichte gemäß dem Wunsche oder der Bitte einer englischen Partei. Wo aber die Dreistigkeit vorhanden ist, eine solche Anklage dem Gesandten der betreffenden fremden Macht offen auszusprechen, da ist auch mit Recht

anzunehmen, daß dieſelbe vor der Königin erhoben iſt, daß alſo Harley und Shrewsbury vor der Königin geltend gemacht haben: das kaiſerliche Handſchreiben habe ſeinen Urſprung von der Whig-Partei.

In den nächſten Tagen ſprachen der Holländer Vryberger, ſo wie Lord Halifax wiederholt ihre Meinung aus, daß das kaiſerliche Handſchreiben eine günſtige Wirkung thun werde. Namentlich Halifax war voll Hoffnung, daß eine Auflöſung des Parlamentes nicht eintreten werde. Zwar verlautete, daß in einer Sitzung des Cabinetsrathes in Gegenwart der Königin zwiſchen Shrewsbury und Godolphin heftige Worte gefallen ſeien, welche mittelbar auch die Königin berührten. Aber die laufenden Geſchäfte gingen wie bisher. Die Gefahr weiterer Entlaſſungen ſchien völlig zurückgetreten zu ſein. — Auf ſolche Reden der Freunde eröffnete der kaiſerliche Geſandte, Graf Gallas, ſeine Abſicht, bei Shrewsbury auf eine Antwort zu dringen. Jene ſtimmten zu, am 7./18. Auguſt.

Am ſelben Tage hatte Godolphin einen längeren Vortrag bei der Königin. Ueber den Verlauf meldet er an Marlborough: „Die Frage der Beibehaltung oder der Auflöſung des Parlamentes ſteht noch ſehr ungewis. So nachtheilig dieſe Ungewisheit, bemerke ich doch nicht die geringſte Neigung ſie zu beenden, obwohl die Königin überzeugt ſcheint, daß keine Sicherheit für uns iſt als im guten Erfolge des Krieges. So oft ich aber die Nothwendigkeit der Maßregeln für dieſen Zweck berühre, ſo iſt es als ſtünde ein Löwe im Wege“ [1]).

Die Geſchäfte führten Godolphin am ſelben Tage noch einmal zu der Königin. Dies Mal wagte er es, offen zu reden über die nachtheiligen Folgen geheimer Berathungen und des Mangels an Vertrauen in die officiellen Miniſter. Er unterwarf der Entſcheidung der Königin, ob er im Amte bleiben oder gehen ſolle, und ſtellte zuletzt die beſtimmte Frage: „Iſt es der Wille Ew. Majeſtät, daß ich fortfahren ſoll?“ — Die Königin, ohne Zaudern, bejahte [2]). Damals war ſeit dem noch immer geheimen Beſchluſſe der Entlaſſung Godolphins bereits eine volle Woche verfloſſen.

[1]) Coxe vol. III, p. 123.
[2]) A. a. O. p. 124.

Am nächſten Morgen begab ſich Gallas zu Shrewsbury im Palaſte Kenſington. Auf die Frage des Geſandten antwortete Shrewsbury, daß die Königin, ſeines Wiſſens, bisher nichts beſchloſſen und, wegen Unpäßlichkeit, dem Kaiſer noch nicht habe antworten können. Er zweifele aber nicht, daß ſie antworten werde [1]).

Während der Graf Gallas, heimgekehrt, ſeinen Bericht niederſchrieb, ward ihm das Gerücht gemeldet, daß der Treaſurer Godolphin ſeines Amtes entlaſſen ſei. Er zweifelte noch, weil weder Shrewsbury es ihm direct geſagt, noch durch ſeine Haltung eine Abſicht ſolcher Art zu erkennen gegeben habe. Aber es kam die Beſtätigung ein. Gallas ſchloß ſeinen Bericht mit den Worten: „Daß mir Shrewsbury von der bereits geſchehenen Sache der Entlaſſung des Treaſurers nichts geſagt, dafür kann ich keinen anderen Grund finden als daß er ſich deſſen geſchämt hat."

In der That war die Sache vorher geſchehen. Nach der letzten Audienz des Treaſurers, am 7./18. Auguſt, hatte die Königin in Kenſington die folgenden Worte an ihn nieder geſchrieben: „Die Unzufriedenheit, welche Sie ſeit einiger Zeit an den Tag gelegt, hat mir vielen Verdruß gemacht, obwohl ich ſie geduldet, und wäre Ihr Verhalten dasſelbe geblieben, wie es für mehrere Jahre nach meiner Gelangung zur Krone war, ſo würde ich mit mir ſelbſt nicht in Zweifel gerathen ſein was zu thun. Aber die mannigfachen Unfreundlichkeiten, die mir ſeitdem widerfahren, beſonders Ihre Rede zu mir perſönlich in Anweſenheit der Lords, machen es mir unmöglich, Sie länger in meinem Dienſte zu behalten. Aber ich will Ihnen ein Jahrgeld von 4000 Pfund Sterling geben. Und ich wünſche, daß Sie, anſtatt mir den weißen Stab zu bringen, ihn zerbrechen. Dies wird für uns Beide leichter ſein" [2]).

In der Frühe des Morgens des 8./19. Auguſt überbrachte ein königlicher Lakai dieſes Schreiben dem bisherigen Treaſurer. Zugleich meldete die Königin mit kurzen Worten die Thatſache an Marlborough, damit er, wie ſie darin ſagte, zuerſt von ihr die Nachricht erfahre.

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. Auguſt.
[2]) Coxe vol. III, p. 124.

Am selben Tage verfaßte auch der kaiserliche Resident Hoffmann seinen Bericht. „Ueber das Handschreiben Ew. kaiserlichen Majestät, meldet er, wird öffentlich nicht geredet wie über die Resolution der Generalstaaten. Diejenigen aber, die im Vertrauen der neuen Partei sind, lassen sich vernehmen, daß dies Handschreiben ein Verfahren sei, welches die Königin ohne ihre Empfindlichkeit darüber zu zeigen, nicht hingehen lassen dürfe, und daß, wenn man noch nicht entschlossen sei, das Ministerium zu ändern und das Parlament aufzulösen, man es zur Antwort auf solche Abmahnungen thun solle."

„Der Fall Godolphins, schließt er, ist entscheidend. An dem völligen Umschwunge ist nicht mehr zu zweifeln" [1]).

So das Urtheil eines kundigen Beobachters, welches der spätere Verlauf der Dinge bestätigt hat. Niemals vorher oder nachher hat der Sturz eines Ministers so tief in die Geschicke Europas eingegriffen.

Das beste Zeugnis für Godolphin ist, daß er aus seiner Stellung als Treasurer, die er acht Jahre inne gehabt, ausschied ohne Vermögen, darin so sehr ungleich seinem Freunde Marlborough.

Das Schatzamt ward in Commission gegeben. Unter den fünf Commissären trat als erster voran Graf Poulett, befand sich jedoch auch Harley als Kanzler der Schatzkammer. Die Zeit des offenen Hervortretens für ihn war gekommen.

Der Schlag der Entlassung Godolphins erschreckte die Whigs. Er brachte sie nicht zur Erkenntnis der Lage. Wie sie sich getäuscht hatten bis zum Tage der Entlassung Godolphins, so auch nachher. Noch am selben Tage traten sie zusammen und beschlossen ruhig abzuwarten, bis die Gegner, in der Ermangelung des Credites zur Fortführung der Verwaltung, fallen würden durch Schwäche und Unfähigkeit. Halifax und Godolphin sprachen die Ansicht aus, daß bereits binnen zwei Monaten alles anders stehen werde. Sie und die gesammte Whig-Partei ersuchten Marlborough, in seiner Stellung zu beharren.

Auch der kaiserliche Gesandte Graf Gallas war der Ansicht, daß man den Muth nicht sinken lassen dürfe. „Denn die Subjecte, die dieses Werk unternommen, sind nicht von solcher Beschaffenheit,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 8./19. August.

daß ich mir in den Sinn kommen laſſe: ſie würden es durchführen können. Sie haben keine eigentliche Partei hinter ſich, ſondern ſtützen ſich nur auf die Gunſt der Königin“ [1]).

Dies war ja ſehr richtig. Die Königin und Harley waren von dem Gedanken ausgegangen ein Miniſterium zu bilden, deſſen Mitglieder unabhängig ſeien von den zwei Parteien. Nun nachdem der Hauptſchlag geführt, trat dieſe Frage ſcharf heran. Die Tory-Partei hatte von Anfang ſich der Hoffnung hingegeben, daß die Juntilla die Bahn breche für ſie. Zu dem Trimmer Harley hatten ſie keine Neigung. Die Whigs dagegen hielten an ihrer Hoffnung, ſo lange die Auflöſung des Parlamentes nicht ausgeſprochen war. Für Wochen lang, im Auguſt und September, ſtanden die Dinge ſo, daß ſelbſt die Mitglieder des alten Miniſteriums nicht zu ſagen wußten, nach welcher Seite endlich die Dinge ausſchlagen würden.

Für Harley und ſeine Partei war dabei von beſonderer Wichtigkeit, wie der künftige Thronfolger, der Kurfürſt Georg Ludwig in Hannover den Wandel der Dinge in England betrachte.

Verhalten des Kurfürſten Georg Ludwig zu dem Wechſel der Dinge in England.

Vom Beginne des Jahres 1710 an wechſelten der Kurfürſt Georg Ludwig und die Königin Anna verſchiedene Briefe. Am 4./15. Januar ſchrieb der Kurfürſt, daß unüberwindliche Gründe ihn nöthigten, das Commando am Oberrheine niederzulegen. Alle ſeine Mahnungen ſeien vergeblich geblieben. Er habe wirkſame Mittel vorgeſchlagen, die in der Stellung ihres Contingentes ſäumigen Reichsſtände anzuhalten: die einzige Frucht ſeiner Mühen ſei der Haß derſelben wider ihn. Andere, welche ihre Contingente ſtellten, ſtatteten die Führer mit ſolchen Vollmachten aus, daß es ihm unmöglich werde, über die Truppen zu verfügen. Dieſe Untergrabung aller Subordination und die daraus entſtehende Unordnung mache es ihm unmöglich,

[1]) Bericht vom 11./22. Auguſt.

ſeine Reputation noch ferner an das Commando einer ſchwachen und von Allem entblößten Armee zu ſetzen [1]).

Noch bevor dieſer Brief an die Königin gelangte, ließ ſie dringende Aufforderungen an die Reichsfürſten ergehen, ihre Contingente für die Reichsarmee in voller Ausrüſtung zu ſtellen, ſo wie an den Kurfürſten, am 6./17. Januar, die Bitte zu beharren. Er antwortete am 26. Januar/6. Februar, dem erſten Schreiben entſprechend. „Ich kann mich nicht, ſagte er, verantwortlich machen für die ſchlimmen Folgen, die aus den Unordnungen entſpringen werden, welchen ich vergeblich abzuhelfen geſucht habe."

Die Königin ließ darum nicht nach. Sie erneuerte ihre Aufforderung, am 18./29. April. Sie theilte mit, welche Schritte ſie bei dem Kaiſer und anderen Reichsfürſten gethan, ſo daß ſie hoffen dürfe, der Kurfürſt werde die Dinge in beſſerem Stande finden als zuvor. Sie fügte hinzu, daß, nach ihrer Anſicht, der Kurfürſt der Einzige ſei, der es vermöge, die Reichsarmee für die allgemeine Sache nutzbar zu machen. — Unterdeſſen hatte jedoch der Kaiſer Joſeph das Geſuch des Kurfürſten um ſeine Entlaſſung bereits genehmigt, und an ſeiner Statt dem Prinzen Eugen das Commando gegeben. Mit Bezug darauf und dem Hinweiſe, daß die Reichsarmee in noch ſchlechterem Zuſtande ſei als je zuvor, wiederholte der Kurfürſt, am 9./20. Mai, daß er nicht vermöge, in dieſer Angelegenheit dem Wunſche der Königin zu willfahren.

Indem aber nun der Kurfürſt frei war von dem Commando am Oberrheine, tauchte bei der Juntilla in London der Gedanke empor, den Kurfürſten für ſich zu gewinnen durch den Antrag des Commandos in den Niederlanden.

Zu Anfang Juli vernahm man, daß Creſſet, den wir im Jahre 1701 in Celle kennen gelernt haben (Band IX, S. 147 u. f.), ein Freund Harleys, wieder als Geſandter nach Hannover ernannt ſei. Wenige Tage ſpäter verlautete Näheres über ſeinen Auftrag. Für

[1]) Dieſe Correſpondenz im State Paper Office. German Papers. Modern Royal letters. 7. Elector of Hanover. — In engliſcher Ueberſetzung in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 178. Wo ich die Ueberſetzungen in Macpherſon mit den Originalen habe vergleichen können, habe ich ſie durchweg correct gefunden.

den Fall, hieß es, daß Godolphin aus seinem Amte zurück trete und dann auch Marlborough dem Beispiele seines Freundes folge, habe Cresset den Auftrag, dem Kurfürsten das Commando in den Niederlanden anzubieten [1]).

Die Thatsache, daß der Kurfürst auf die Versicherung der Königin nach der Entlassung Sunderlands eine ähnliche Antwort geben ließ, wie erst die Generalstaaten, dann der Kaiser, scheint an dem Plane nichts geändert zu haben. Da jene Antwort nur schriftlich nach London gelangte, so war es leichter mit Schweigen über sie hinweg zu gehen. (Vgl. S. 469.)

Nachdem bereits Cresset seine Abschieds-Audienz bei der Königin für die Fahrt nach Hannover erhalten, rührte ihn in der folgenden Nacht der Schlag, 26. Juli/6. August. Godolphin berichtete an Marlborough, daß Harley mit besonderem Eifer in den letzten Stunden Cressets dessen Papiere habe versiegeln lassen, und große Unruhe gezeigt habe, bis er in den Besitz gelangt sei. Marlborough antwortete, daß er die dem Cresset ertheilten Aufträge kenne als feindselig wider sie beide, gab sie jedoch nicht näher an [2]).

Für einige Zeit ruhte die Angelegenheit einer Sendung nach Hannover. Bereits am Tage nach seiner Entlassung erfuhr jedoch Godolphin, daß der Graf Rivers ernannt sei, eins der Mitglieder der Juntilla. „Ich vermuthe, schreibt er an Marlborough, der hauptsächliche Auftrag für ihn ist, dem Kurfürsten für den nächsten Feldzug Ihren Posten anzubieten. Dies würde, nach der Meinung jener Partei, einen doppelten Vortheil für sie haben, den einen, Sie der großen Macht zu entkleiden, mit welcher sie die Königin unabläſſig schrecken — den anderen, sich selber gegen die Anklage zu decken, daß sie für den Schützling Frankreichs arbeiten. — Nach meiner Ansicht wird sogar Harley sich nicht darauf beschränken, sondern wird ausgeben, daß die Sendung eine Einladung bezwecke. Wenn die Königin in dies Vorgeben willigt, so wird man wohl sagen dürfen, daß dies ein nicht geringer Beweis der Macht Harleys über sie ist" [3]).

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns im Juli.

[2]) Coxe vol. III, p. 114. Vom 5./16. August.

[3]) A. a. O. p. 126. Vom 9./20. August. Vgl. p. 121.

In der That ging in dieſer Weiſe das Gerücht aus. Auch erkannten die Kundigen in dem Gerede von einer Einladung eines Mitgliedes der kurfürſtlichen Familie einen Kunſtgriff Harleys, weil nicht anzunehmen ſei, daß es der Königin jemals Ernſt ſein werde, den Kurprinzen nach England einzuladen [1]).

In Betreff des Commandos jedoch machte die Partei Harley ſich Hoffnung, und das hauptſächliche Motiv derſelben war eben jenes, welches Godolphin angibt, ihre Furcht vor der großen Macht Marlboroughs. Wir haben beim Schluſſe des Jahres 1709 geſehen, welche Gedanken man ihm zutrauete. (S. 364.) Auch in Verſailles finden wir das Gerücht, daß Marlborough das Beiſpiel Cromwells habe nachahmen wollen [2]). Ein Mitglied der Partei Harley meldete damals nach Hannover, daß den vorigen Winter hindurch die Anhänger Marlboroughs ſeine Geſundheit unter dieſem Titel getrunken hätten [3]). Mochte dieſe Furcht begründet ſein oder nicht: die Wirkung war dieſelbe. Aber es war ſchwer, Marlborough, nachdem er erklärt hatte, daß er, ungeachtet der Veränderungen in England, ſein Commando fortführen werde, an der Spitze ſeiner Armee mitten im Feldzuge etwa wie den Treaſurer Godolphin durch ein Handbrieflein zu entlaſſen, zumal bei der Schwierigkeit des Erſatzes. Darum fielen die Blicke der Königin und ihrer Umgebung zunächſt auf den Kurfürſten.

Rivers wurde noch in London zurück gehalten, damit man über Hannover erſt genauer ſich erkundigen könne. Am 24. Auguſt/4. September, demſelben Tage, wo die Amſterdamer Zeitung der Welt verkündete, daß Lord Rivers den Auftrag habe, dem Kurfürſten das Commando anzubieten, wurde, wie das Gerücht in London meldete, in der Inſtruction des Lords Rivers dieſer Auftrag geſtrichen [4]). Das Gerücht entſprach nicht völlig der Wahrheit: der Gedanke wurde feſtgehalten, jedoch anders geformt. Dann brach Rivers, im Anfange September, nach Hannover auf, ausgeſtattet mit einem Handſchreiben der Königin, vom 14./25. Auguſt, ſo wie mit Briefen von Shrews-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Auguſt.
[2]) Ranke, Franzöſiſche Geſchichte Bd. IV, S. 291.
[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 189.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 5. September. Vgl. Coxe vol. III, p. 128.

bury und Rocheſter, vom 24. Auguſt/4. September, ſämmtlich erfüllt von lebhaften Ausdrücken der Freundſchaft und Ergebenheit [1]).

Der Name Rocheſters als des Hauptes des rechten Flügels der Tory-Partei verdient hier eine beſondere Beachtung. Er beweiſt, daß die Fäden zwiſchen der Königin und der Juntilla mit der Tory-Partei bereits ſich enger verwoben.

Bevor der Graf Rivers mit ſeinem Auftrage gegen Marlborough in Hannover anlangte, traf dort ein merkwürdiges Schreiben des letzteren aus dem Feldlager ein. Er ſtand mit dem Kurfürſten in häufiger Correſpondenz. Er pflegte allen Fürſten, welche Truppen bei ſeiner Armee hatten und daher über dieſelben regelmäßige Berichte von ihren Generalen empfingen, bei wichtigeren Anläſſen auch ſelber zu ſchreiben, namentlich, wenn er die Truppen zu rühmen hatte, wie die Hannoveraner bei der Einnahme von Douay [2]). Aber ſeine Correſpondenz mit dem Kurfürſten Georg Ludwig war doch überhaupt lebhafter als mit anderen. Auf die Kunde des Gerüchtes, daß der Graf Rivers dem Kurfürſten das Commando in den Niederlanden anbieten ſolle, meldete Marlborough an Godolphin, daß er gerade in der letzten Zeit von Hannover aus viele Höflichkeiten empfangen habe [3]). Es iſt auffallend, daß er die größte dieſer Höflichkeiten nicht nennt. Sie iſt zu entnehmen aus ſeinem Schreiben an den Kurfürſten, vom 30. Auguſt [4]). Dasſelbe lautet wie folgt.

„Es fehlen mir die Worte um auszuſprechen, wie ſehr ich Ew. kurfürſtlichen Hoheit verpflichtet bin für die großen Beweiſe des Vertrauens, mit welchen Sie durch den General Bülow mich beehrt haben. Ich bitte Ew. kurfürſtliche Hoheit ſich überzeugt zu halten, daß ich mich bemühen werde mich ihrer würdig zu machen durch die unverletzliche Treue für Ihr Intereſſe, mit welchem, meines Erachtens, dasjenige meines Vaterlandes und des geſammten Europa unzertrennlich verbunden iſt. Hoffentlich wird ſich niemals in England eine

[1]) Die Robethon-Papiere im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen, zu Hannover, erwähnen nur dieſe drei Briefe. Sie ſind abgedruckt bei Macpherson's Original Papers vol. II, p. 185.

[2]) A. a. O. p. 183.

[3]) Coxe vol. III, p. 128. Vom 4. September.

[4]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 187.

erhebliche Anzahl Menſchen zum Verderben desſelben verleiten laſſen, auf die Argliſt des Herrn Harley und Anderer einzugehen, deren Verhalten ſchon jetzt keinen Zweifel beläßt, daß ſie trachten, den angeblichen Prinzen von Wales zurück zu bringen."

„Wir fühlen bereits allzu ſehr durch die Entlaſſung des Lord Treaſurers die Wirkungen ihrer böſen Abſichten; denn dieſer Schritt hat daheim unſeren Credit zu Grunde gerichtet und nach außen uns das Vertrauen unſerer beſten Verbündeten verſcherzt."

Marlborough verſichert dann, daß er dem Baron Bothmar, welchen die Kurfürſtin Sophie und ihr Sohn, der Kurfürſt[1]), am 9. Auguſt, als Geſandten nach England ernannt, nach ſeiner Rückkehr dahin mit beſtem Rathe zur Seite ſtehen werde. „Ich hoffe dort, ſagt er, im Stande zu ſein, meine Aufmerkſamkeit, meinen Credit, meine Freunde aufzubieten, das Intereſſe Ew. kurfürſtlichen Hoheit und Ihrer durchlauchtigen Familie zu befördern, und zugleich den verderblichen Abſichten derjenigen entgegen zu treten, deren Schritte unfehlbar bezwecken, die proteſtantiſche Thronfolge umzuſtürzen, und, mit derſelben, die Freiheit und die Sicherheit ihres Vaterlandes, ſo wie des geſammten Europa."

Wir haben im Laufe der Jahre wiederholte Kundgebungen Marlboroughs nach der entgegen geſetzten Seite hin, nach St. Germain, vernommen. Die Frage, ob dieſe damals aufgehört hatten, wird bei der Darlegung des Verhaltens in St. Germain zur Beantwortung kommen.

Dennoch muß hervorgehoben werden, daß Marlborough im Felde ſchärfer blickte als durchweg ſeine Freunde in London. Shrewsbury hatte einem derſelben geſagt: die Sendung des Grafen Rivers bezwecke nicht die Entfernung Marlboroughs vom Commando. Weiter betheuerte Shrewsbury ſeine Freundſchaft für Marlborough, und deutete an, daß es nicht die Abſicht der Königin ſei, deſſen Frau zu entlaſſen. Auf den Bericht darüber erwiederte ihr Marlborough, am 13. September: „Gedenk an das was ich jetzt ſage: Shrewsbury wird eben ſo betrogen werden wie Somerſet; denn außer Frau

[1]) Die Credentialien für Bothmar ſind zwar vom ſelben Tage, aber geſondert, jedes ſelbſtändig für ſich.

Maſham und Harley beſitzt Niemand eine wirkliche Macht. Daher iſt für uns das einzige Mittel uns nicht täuſchen zu laſſen, die Kenntnis der Wahrheit, nämlich, daß, was immer dienen kann uns zu kränken, nicht unverſucht bleiben wird. — Nach meiner Anſicht iſt es der Entſchluß des Königs von Frankreich nicht an den Frieden zu denken, bis er im nächſten Winter die Haltung Englands kennt."

„Auch darfſt Du Dir nicht mit der Hoffnung ſchmeicheln, daß der Kurfürſt mit Nachdruck eingreifen werde. Er wird, nach meiner Anſicht, an den Tag legen, daß er mich ſchätzt; aber zugleich wird er wünſchen ſo wenig wie möglich ſich in engliſche Angelegenheiten zu miſchen" [1].

Am 7. 18. September traf der Graf Rivers in Hannover ein. Er erhielt mit ſeinem Begleiter, dem Oberſten Worſeley, ein eigenes Haus zur Verfügung, und wurde auf kurfürſtliche Koſten frei gehalten. Er überreichte dem Kurfürſten die mitgebrachten Briefe. Das Schreiben der Königin begann mit den Worten: „Herr Bruder. Wie es immer mein größter Wunſch iſt, Ihnen auf alle mögliche Weiſe die beſondere Freundſchaft und Achtung zu beweiſen, die ich für Sie und Ihre ganze mir ſo theuere und nah verwandte Familie hege, ſo habe ich es für zweckmäßig gehalten, einen durch ſeine Befähigung und ſeine Geburt gleich ausgezeichneten Mann zu erwählen, der Ihnen bei dieſer Gelegenheit Beweiſe davon geben ſoll." Das Schreiben erſuchte dann den Kurfürſten, dem Grafen Rivers vollen Glauben beizumeſſen, namentlich in Betreff des Eifers der Königin für die Intereſſen des Kurfürſten.

Nachdem Rivers wiederholt in dieſem Sinne geredet, legte er dem Miniſter Grafen Bernſtorf den Entwurf einer Antwort des Kurfürſten an die Königin vor. Der Entwurf enthielt die Worte: „Ich würde mich unendlich glücklich ſchätzen, wenn ich ein Mittel finden könnte, durch die That meinen Eifer für den Dienſt der Königin zu beweiſen, und die größte Gunſt, welche Ihre Majeſtät mir erweiſen kann, würde darin beſtehen, daß ſie mich in die Lage verſetzt ihr nützlich ſein zu können" [2].

---

[1] Coxe vol. III, p. 168.

[2] Macpherson's Original Papers vol. II, p. 192. Die Verſchiedenheit der Daten des wirklichen Briefes des Kurfürſten dort und des Entwurfes von Rivers

Die Worte zeigen, daß Rivers den eigentlichen Zweck der Königin und der Juntilla, dem Kurfürsten das Commando in den Niederlanden anzutragen, auf einem Umwege erreichen wollte. Augenscheinlich war die Liſt nicht ſehr fein angelegt. Noch am ſelben Tage ſchrieb der Kurfürſt eigenhändig einen eigenen Brief an die Königin, voll höflicher Betheuerungen, aber ohne ſich zu engagiren.

War ſomit der Plan der Königin und der Juntilla, den Kurfürſten für ſich zu gewinnen, in dieſer Form vereitelt, ſo entgingen ſie, ohne dies genau zu wiſſen, durch ihre Liſt einer directen Kundgebung des Kurfürſten zu Gunſten Marlboroughs. Denn für den Fall, daß Rivers den Antrag des Commandos in den Niederlanden geradezu vorgebracht hätte, lag ein Entwurf der Antwort bereits fertig vor. Er ſchloß mit den Worten: S. A. E. laisse à juger à S. M., si le zèle qu'Elle a toujours témoigné pour la cause commune, ne doit pas La porter à laisser achever la guerre à un général, qui l'a poussée jusqu'à présent avec tant de succès, et qui s'est acquis la confiance des alliés de Sa Majesté [1]).

Nachdem Rivers mehrere Tage in Hannover verweilt, ohne das Commando in den Niederlanden oder die Einladung des Kurprinzen nach England anzuregen, ließ der Kurfürſt den General ſeiner Truppen in den Niederlanden, Herrn von Bülow, beauftragen, dies im Namen des Kurfürſten bei Marlborough vertraulich auszuſprechen [2]). Dieſelbe Weiſung erhielt als erſten Auftrag der eben damals ernannte [3]) hannöverſche Reſident in London, Kreyenberg, in Betreff des kaiſerlichen und des holländiſchen Geſandten. Kreyenberg verſicherte ausdrücklich, daß der Auftrag des Grafen Rivers in nichts beſtanden habe als in Complimenten und Verſicherungen der Freundſchaft der Königin. Jenen Geſandten erſchien es auffallend, daß Rivers dennoch

---

iſt ein Irrthum. Der Kurfürſt datirte nach dem neuen Stil. Rivers war am 18. September desſelben angekommen. Demnach iſt das Datum des 14. September bei Macpherſon irrig, ſtatt 24. September.

[1]) Die genannten Robethon-Papiere.

[2]) A. a. O. Reſcript vom 22. September.

[3]) Die Ernennung vom 2. October. Vom ſelben Datum die Beglaubigung bei der Königin, in lateiniſcher Sprache.

in Hannover verblieb. Sie muthmaßten, daß seine eigentliche Aufgabe sei, sich unter der Hand zu erkundigen, wie der Kurfürst über die Uebernahme des Commandos denke [1]).

Rivers selber jedoch, obwohl nicht mit dem Charakter eines Gesandten ausgerüstet, hatte von Anfang erklärt, daß er drei Wochen verweilen werde [2]). So lange ja durfte es etwa dauern, bis aus dem damaligen Wirrwarr in London eine feste Gestaltung hervorgehen würde. Er redete in Hannover nicht wie bis dahin Shrewsbury zu den Gesandten in London, von der Friedensbedürftigkeit Englands, sondern betonte die Nothwendigkeit der nachdrücklichen Fortführung des Krieges [3]).

Sieg der Tory-Partei.

Der Plan, über den die Königin und Harley seit Jahren gesonnen, nämlich eine Regierung zu bilden, welche die Königin nicht wieder der Gefahr aussetze, unter die Herrschaft einer Partei zu gerathen, hatte nach der Entlassung Godolphins seine Probe zu bestehen. Die Aussichten waren von Anfang an nicht günstig, weil weder die Häupter der Whigs, noch Rochester als das Haupt der Tory-Partei, Willens waren sich Harley unterzuordnen. Ein Ereignis von außen her wirkte zu Gunsten der Tory-Partei: eine Siegeskunde aus Spanien. Starhemberg hatte, am 20. August, die Gegner bei Saragossa völlig geschlagen. Die Nachricht ward in London gefeiert, wie diejenige keines anderen Sieges zuvor, mit Illumination und Freudenfeuern [4]). Es geschah weniger aus Begeisterung für den Krieg, als in der Hoffnung, daß dieser Sieg, indem er, wie man meinte, über den Besitz Spaniens entscheide, den ersehnten Frieden um so näher bringe. Den Tories aber kam der Sieg zu gute, weil sie, im Gegensatze zu den Whigs, welche mit Marlborough den hauptsächlichen Nachdruck auf den Krieg

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. October.

[2]) Die Robethon Papiere.

[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 266. Die Kurfürstin Sophie an Lord Strafford.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 9. September.

in Flandern legten, wiederholt auf denjenigen in Spanien als den entſcheidenden hingewieſen hatten.

Vom 5./16. September an erhob ſich in London das Gerücht, daß Graf Rocheſter, anſtatt des Lords Somers, zum Präſidenten des geheimen Rathes ernannt werden ſolle. Das Gerücht ward als das Anzeichen genommen, daß Harley an Boden verliere. Man vernahm, daß Rocheſter ſich geäußert: er wolle mit Harley nicht zuſammen gehen. Auch wußte man von ihm als dem ſchärfſten Widerſacher Marlboroughs und Godolphins in der erſten Zeit der Königin Anna, daß er überhaupt nicht Willens war, mit Jemandem die Macht zu theilen. Trat alſo er in die Regierung ein, ſo geſchah es mit der Abſicht das Haupt derſelben zu werden [1]).

Einſtweilen war dies ein Gerücht. Thatſache jedoch war, daß am 5. 16. September die Statthalterſchaft von Cornwall dem früheren Treaſurer Godolphin genommen und Rocheſter gegeben wurde. Der Herzog von Bolton, Whig, verlor drei Statthalterſchaften zugleich, von denen zwei dem Herzoge von Beaufort, einem hitzigen Mitgliede der Tory-Partei, gegeben wurden. Die Statthalterſchaft der Inſel Wight erhielt der General Webb, ebenfalls Tory. Dieſe Veränderungen ſtellten die Auflöſung des Parlamentes in nahe Ausſicht [2]).

Aber der Zweifel, die Verwirrung in der Regierung war offenkundig. Sie bedurfte, im September, für die laufenden Ausgaben 400,000 Pfund Sterling. Die Bank von England wollte nur mehr den achten Theil vorſtrecken. Die Königin nahm ein Viertel auf ſich. Für das Uebrige mußte man ſich an reiche Privatperſonen wenden [3]). Dieſe inneren Angelegenheiten nahmen alle Aufmerkſamkeit in Anſpruch. Für die auswärtigen fanden die fremden Geſandten kein Gehör.

Die Juntilla war unter ſich nicht mehr einig. Dem Herzog von Somerſet, dem Freunde wie Feinde die Klarheit des Willens abſprachen, waren die Dinge zu weit gegangen. Er machte deſſen kein Hehl und zog ſich zurück. Das eigentliche Geheimnis der werdenden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. September.
[2]) Desgleichen.
[3]) Desgleichen.

Dinge, ſagte man, ſei nur zwiſchen der Königin, Harley, Shrewsbury. Aber es gab noch Eine Perſönlichkeit, die ſich ſchwer abweiſen ließ, der Graf Rocheſter, Mutterbruder der Königin. In einer längeren Unterredung hielt er der Königin vor, daß der Plan eine Regierung zu bilden, die unabhängig von den Parteien bleiben wolle, undurchführbar ſei. Weder er, noch andere Mitglieder der hochkirchlichen Partei ſeien geneigt, mit Männern zuſammen zu dienen, die im Principe nicht mit ihnen übereinſtimmten. Wolle dagegen die Königin der hochkirchlichen Partei vertrauen, ſo werde ſie dieſelbe insgeſammt zu ihrem Dienſte haben. „Die Königin, ſchließt der Bericht, ſoll bei dieſer Beſchaffenheit der Dinge über alle Maßen perturbirt ſein. Sie iſt aber bereits zu weit gegangen als daß ſie ſich zurückwenden oder die Dinge belaſſen könnte, wie ſie ſind. Dazu kommt das unangenehme Bewußtſein, daß man ihr alle dieſe übelen Conſequenzen vielfältig vorher geſagt hat“ [1]).

Die Königin entſchloß ſich. Am 20. September/1. October entließ ſie den Lord Somers als Präſidenten des geheimen Rathes, den Herzog von Devonſhire als Oberſthofmeiſter, ferner den Staats-Secretär Boyle. Die Stellen erhielten Graf Rocheſter, Herzog von Buckingham, Henry St. John. Der Letztere war der frühere Kriegs-Secretär, der zwei Jahre zuvor, bei der Entlaſſung Harleys, freiwillig abgetreten war. „Er iſt, meldet Hoffmann, ein junger übermüthiger Mann von Verſtand und Capacität“ [2]).

Nachdem am nächſten Tage dieſe drei neuen Miniſter vor dem großen Rathe beeidigt waren, erklärte die Königin, daß der Termin, bis zu welchem das Parlament vertagt ſei, herannahe, daß ſie ſich jedoch entſchloſſen habe, dasſelbe aufzulöſen. Sie ließ die entworfene Proclamation verleſen. Darauf erhob ſich der Lord-Kanzler Cowper, um dagegen zu reden. Mit demſelben Entſchluſſe waren die Lords Orford und Wharton erſchienen. Bevor jedoch Cowper nur beginnen konnte, erhob ſich auch die Königin zum Aufbruche und machte dadurch der Verſammlung ein Ende. — Es hieß, daß die Königin ſich nicht

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19./30. September.
[2]) Desgleichen vom 22. September/3. October.

habe aussetzen wollen, die im Cabinetsrathe bereits vernommenen Einwände noch einmal zu hören [1]).

Am nächsten Tage, dem 22. September/3. October, erbaten und erhielten die Lords Wharton, Statthalter von Irland, und Orford, Groß-Admiral, ihre Entlassung. Sie waren Mitglieder der Whig-Junta. Dem Ersteren folgte im Amte der Herzog von Ormond, für die Admiralität wurde eine Commission von mehreren Tories bestellt.

Unterdessen war die Proclamation gedruckt. Die Königin beschied den Lord-Kanzler Cowper, damit er das große Siegel beisetze. Er erhob den Einwand, daß nach dem Wortlaute der Proclamation sie erlassen sei mit Zustimmung der königlichen Räthe. Da ihm das Gegentheil bekannt, indem er nicht einmal zu Worte gekommen sei, so könne er das Siegel nicht beidrucken, erkläre sich aber bereit dasselbe in die Hände der Königin zurückzugeben. Es scheint, daß die Königin unter den Whigs am wenigsten gern den Lord Cowper verlor. Sie nahm das Siegel nicht, sondern bat ihn freundlich, daß er es entweder behalten, oder wenigstens sich darüber bedenken wolle. Cowper zog sich zurück. Am nächsten Morgen kam er wieder und bot abermals das Siegel an. Dies Mal nahm es die Königin an [2]).

Auch das Kanzler-Amt wurde in Commission gegeben. Da aber die Commissäre nicht eine Sache beglaubigen konnten, die vor ihrem Eintritt in das Amt geschehen war, so wurde der Verstoß dadurch ausgeglichen, daß eine zweite Proclamation die erste in sich aufnahm [3]).

In wenigen Tagen waren also alle hohen Staatsämter gewechselt. Ein unparteiischer Beobachter bemerkt dazu: „Vergleicht man die entlassenen großen Subjecte mit denen, die an ihre Stelle getreten, so kann man sich nicht genug verwundern, daß eine solche Veränderung hat statt finden können, wie denn auch das ganze Wesen ein so ver-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. October.
[2]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 7. October.
[3]) Desgleichen.

wirrtes und unſtätiges Anſehen hat, daß man auf keinen langen Beſtand desſelben rechnen kann“ [1]).

Anders ſah die Königin die Sache an. In der letzten Zeit hatte man wiederholt an ihr eine Perturbation zu bemerken geglaubt. Dies mochte gekommen ſein von den vielen Schwierigkeiten, die ihr entgegen getreten waren. Denn nachdem nun der Wechſel vollzogen, ließ ſie eine beſondere Zufriedenheit von ſich blicken. Um ſich von den Erregungen der letzten Tage zu erholen, begab ſie ſich, am 28. September/9. October, nach Hamptoncourt [2]).

Die Befriedigung der Königin über dieſen Ausgang der Dinge dürfte übertroffen worden ſein durch diejenige einer anderen Perſönlichkeit, des Königs Ludwigs XIV. in Verſailles. Als er die Meldung erhielt, daß der Entſchluß zur Auflöſung des Parlamentes gefaßt war, ließ er Mesnager kommen, deſſen er ſich früher als Agenten im Haag bedient. „Es iſt mir unmöglich, ſagt Mesnager, das Entzücken der Freude zu beſchreiben, in welchem ich den König beim Leſen dieſes Berichtes fand. ‚Wohlan, ſagte er, wenn Harley das fertig bringt, ſo nenne ich ihn einen geſchickten Mann, der auszuführen verſteht, was er unternommen. Mesnager, die Zeit iſt gekommen, daß Sie nach England müſſen.‘ — Eine Zeitlang konnte ich kein Wort dazwiſchen bringen, ſo erfüllt war der König von dieſer Nachricht, und ſo raſch floß ihm die Rede, bald zu ſich ſelber, bald zu mir. Als ich endlich beginnen wollte, hieß mich der König eine Stunde warten. — Ich zog mich alſo zurück, und der König ſchritt in die nächſten Zimmer, um, wie ich nachher erfuhr, der Frau von Maintenon die Nachricht mitzutheilen, und vielleicht die zu treffenden Maßregeln mit ihr zu berathen“ [3]). — Wir werden ſpäter Mesnager in England finden.

Die Proclamation der Königin berief das neue Parlament ein auf den 25. November (a. St.). Es erfolgte alſo im Monate October durch Groß-Britannien eine lebhafte Wahl-Bewegung.

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 10. October.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 10. October.

[3]) Minutes of the negotiations of Mr. Mesnager p. 61. Die Frage der Aechtheit dieſer Schrift wird zum Jahre 1711 zur Sprache kommen.

Neuer Verſuch den Kurfürſten Georg Ludwig zu gewinnen.

Der Königin lag zunächſt die wichtige Frage vor, weſſen ſie ſich bei dem Wechſel der Dinge in England von dem Kurfürſten in Hannover zu verſehen. Der erſte Verſuch des Grafen Rivers, ihn bei der Veränderung in directer Weiſe mit zu betheiligen, war mislungen. Nach dem geſchehenen Wechſel ward ein neuer Anlauf genommen. Am 3./14. October überreichte Graf Rivers eine Denkſchrift. Sie lautet wie folgt [1]).

„Die Königin befiehlt mir Ew. kurfürſtlichen Hoheit zu verſichern, daß ihr Herz erfüllt iſt von aller möglichen Achtung für Ihre Perſon, und daß ſie die Intereſſen Ihres durchlauchtigen Hauſes wie die eigenen betrachtet. Sie ſchätzt ſich glücklich, die beiden Königreiche England und Schottland vereinigt zu haben; aber ſie kann ihren Ruhm nicht als vollendet betrachten, bevor ſie die proteſtantiſche Succeſſion außer aller Gefahr geſetzt haben wird. Zu dieſem Zwecke kann nichts ſo ſehr beitragen wie die engſte Freundſchaft und volles Vertrauen zwiſchen Ihrer Majeſtät und Ew. kurfürſtlichen Hoheit. Die Königin, durchlauchtigſter Herr, bietet Ihnen die ihrige an, und hofft, daß es niemals in der Macht eines Uebelgeſinnten ſtehen werde, zwiſchen den zwei Höfen die geringſte Eiferſucht auszuſäen. Ihre Majeſtät würde ſchon vor langer Zeit dieſe entgegen kommenden Schritte und die jetzigen Verſicherungen gegeben haben, wenn ſie nicht vorgezogen hätte, lieber hier keinen Miniſter zu haben, als die Bemühungen gelingen zu laſſen, die man aufgewendet hat, Jemanden hierher zu ſenden, vermittelſt deſſen Ihre Majeſtät mit Ew. kurfürſtlichen Hoheit nicht ganz offen hätte reden können. Darum hat Ihre Majeſtät mich beauftragt, Ew. kurfürſtlichen Hoheit zu ſagen, daß diejenigen, welche am lauteſten ſich über den Wechſel beklagen, den ſie in ihrem Miniſterium vorgenommen, ſowie über die in allen Provinzen des Königreiches erregte Leidenſchaftlichkeit, gerade diejenigen ſind, welche die Königin in die Nothwendigkeit gebracht haben, dieſe Veränderung nicht mehr aufzuſchieben, und deren Verhalten die Schuld trägt an allen in neuerlicher Zeit erfolgten Unordnungen. Und ferner,

[1]) Anlage III.

daß die Bemühungen, welche die Miniſter und ihre Anhänger machten, eine Partei zu bilden, die nur von ihnen abhinge, zu dem Zwecke die ganze Macht der Regierung in die Hände ihrer Creaturen zu bringen, die Gemüther des Volkes mit weit gehendem Argwohn erfüllt und die ganze Nation in Erregung verſetzt haben."

„In Folge deſſen hat Ihre Majeſtät, um die königliche Autorität aufrecht zu halten, ſich verpflichtet geſehen, in ihr Vertrauen und für die Leitung der Geſchäfte ſolche Miniſter zu berufen, welche nicht den Intereſſen dieſer Cabale dienten, ſondern in wahrhafter Weiſe denen ihres Vaterlandes."

„Und ich wage Ew. kurfürſtliche Hoheit zu verſichern, daß diejenigen, welche Ihre Majeſtät ſeit kurzem um Ihre Perſon berufen hat, von dem lebhafteſten Eifer für die Succeſſion des Hauſes Hannover erfüllt ſind, und ſie betrachten als das einzige Mittel die Religion und die Freiheit ihres Vaterlandes zu bewahren. Und ſie richten an Sie, durchlauchtigſter Herr, die Bitte zu glauben, daß ſie von dieſem Grundſatze ausgehen. Zu dieſem Zwecke haben ſie Sorge getragen, daß alle diejenigen, welche ſich zu der Partei halten, die man als diejenige der Kirche (von England) bezeichnet, ſich in den ſtärkſten und feierlichſten Ausdrücken für die proteſtantiſche Succeſſion erklären."

„Ew. kurfürſtliche Hoheit mögen kein Bedenken darüber faſſen, daß man mit ſolchem Nachdrucke betont, was man Erbrecht nennt. Diejenigen, welche den Titel der Königin und des Hauſes Hannover nur auf die Parlaments-Acten begründen, ſcheinen dadurch die Krone zu einer Wahl-Krone zu machen und dem Volke die Meinung einzuflößen, daß es nur von dem Parlamente abhangt, die Thronfolge nach Belieben zu ändern. Da nun Eindrücke ſolcher Art übele Wirkungen hervorbringen könnten, ſo hält man dafür, daß es beſſer iſt, als Princip hinzuſtellen, daß die Ausſchließung der Papiſten durchaus nicht das Erbrecht aufhebt, und daß die Krone vermöge des Rechtes der Kronfolge auf das Haus Hannover übergeht als auf die nächſten regierungsfähigen Erben. Die Parlaments-Acte iſt declaratoriſch und beſtätigt alſo nur dieſes Recht."

„Ew. kurfürſtliche Hoheit müſſen ſich in gewiſſer Weiſe als bei den jüngſten Vorgängen in Groß-Britannien als betheiligt anſehen,

weil es ſich ja dabei um die Ehre und Würde der Krone handelt. Weil die Königin die Inſolenzen derjenigen, welche ſie auf die höchſte Stufe der Macht und des Anſehens gehoben hatte, nicht länger mehr erdulden konnte, ſo hat ſie den Entſchluß gefaßt, den Hochmuth derſelben zu dämpfen, obwohl ſie dreiſt genug ſind, ſich auch wider den Willen der Königin behaupten zu wollen. Daher ſind alle die kürzlich vorgefallenen Unordnungen gekommen."

Die Abſicht dieſer Denkſchrift liegt vor Augen. Indem ſie das Eintreten der Königin und der hochkirchlichen Partei für die Thronfolge des Hauſes Hannover verſpricht, verlangt ſie dagegen im Intereſſe der Krone die Zuſtimmung des Kurfürſten zu dem kürzlich erfolgten Miniſter-Wechſel.

Im kurfürſtlichen Rathe dagegen wurden die zwei Angelegenheiten ſcharf geſchieden, und es erfolgte in jeder derſelben eine beſondere Antwort, die erſte nach zwei Tagen, die zweite nach vier, ſo daß auch der Zeit nach eine Zuſammenlegung nicht möglich war. Die erſte, vom 16. October, lautete wie folgt [1]).

„Der durchlauchtigſte Kurfürſt iſt vollaus überzeugt, daß man, bei der Feſtſtellung der Thronfolge auf ſein Haus niemals daran gedacht hat, die Krone zu einer Wahl-Krone zu machen, weil man ja ſeine Frau Mutter nur aus dem Grunde genannt hat, daß ſie die nächſte in der proteſtantiſchen Linie iſt. Darin liegt eine formelle Anerkennung des Erbrechtes in dieſer Linie. Da nun aber die Benennung dieſer Linie zur Thronfolge geſchehen iſt durch Parlaments-Acten, welche die papiſtiſchen Prinzen für unfähig zur Regierung erklären, ſo ſtellt Se. kurfürſtliche Hoheit zur Erwägung anheim, ob es nicht zweckmäßig ſein würde, daß diejenigen, welche ſich für das Erbrecht erklären, vermieden dies in einer abſoluten Weiſe zu thun, dagegen immer hinzufügten: in der proteſtantiſchen Linie und mit Ausſchluß der Papiſten, in Uebereinſtimmung mit den Acten des Parlamentes."

Die andere Antwort erfolgte am 18. October. Es mußte im Rathe des Kurfürſten ſehr aufgefallen ſein, daß die Königin, nachdem ſie die Antworten zuerſt der Generalſtaaten, dann des Kaiſers, auf ihre Erklärung, über die Entlaſſung Sunderlands hinaus keine Ver-

[1]) Anlage IV.

änderung treffen zu wollen, ſo empfindlich aufgenommen, und als Einmiſchung in ihre Angelegenheiten bezeichnet hatte, nun von ihm, der von Anfang an in vielfacher Weiſe, direct und indirect, den Grundſatz ausgeſprochen, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht zu miſchen, eine ſolche Einmiſchung geradezu verlangte. Die Antwort ging daher darauf aus, in der höflichſten Form den Grundſatz abermals ſo klar und ſcharf wie möglich zu verkünden. Die Denkſchrift lautet wie folgt [1]).

„Se. kurfürſtliche Hoheit iſt durchdrungen von Dankbarkeit für die Beweiſe der Freundſchaft, welche Ihre Majeſtät ſeit Ihrer Thronbeſteigung ihm gegeben, und für die Erneuerung derſelben, wie ſie kürzlich in einer ſo verbindlichen Weiſe durch eine ſo ausgezeichnete Perſönlichkeit wie Lord Rivers geſchehen iſt. Der Kurfürſt betrachtet dieſes Wohlwollen der Königin wie die größte der ihm widerfahrenen Wohlthaten, und als eine ſolche, die zu bewahren er ſich immer höchſt angelegen ſein laſſen und mit äußerſter Sorgfalt bemühen wird. Deſſen bittet er Mylord Rivers, Ihre Majeſtät verſichern zu wollen."

„Der Kurfürſt hat immer ſorgfältig vermieden, ſich in irgend einer Weiſe in die Angelegenheiten von Groß-Britannien zu miſchen. Er verläßt ſich völlig auf die Weisheit der Königin, welche ſeit dem Beginne ihrer Regierung ſich in einer allzu augenfälligen Weiſe bekundet hat, als daß Sr. kurfürſtlichen Hoheit darüber noch der geringſte Anlaß zur Unruhe bleiben könnte. Daher würde er glauben gegen den Reſpect zu verſtoßen, den er für die Königin unverletzlich bewahrt, ſo wie gegen das vollkommene Vertrauen, das er immer zu der Weisheit ihrer Verwaltung haben wird, wenn er in dieſer Beziehung den geringſten Zweifel blicken ließe. Die großen Dinge, welche Ihre Majeſtät bisher für das Gemeinwohl, für die Ehre der britiſchen Nation und für die Befeſtigung der proteſtantiſchen Succeſſion verrichtet hat, geſtatten keinem Zweifel Raum an demjenigen, was ſie in Zukunft vollbringen wird. Darauf verlaſſen ſich alle Verbündete, insbeſondere aber und mehr als irgend ein Anderer der Kurfürſt."

Mit dieſen zwei Denkſchriften und zugleich mit einer Reihe von Briefen [2]), der Kurfürſtin Sophie an die Königin, des Kurfürſten

[1]) Anlage V.

[2]) Die Briefe ſämmtlich bei Macpherson's Original Papers vol. II, p. 194.

Georg Ludwig an die Königin, ſo wie des Kurfürſten an die neuen Miniſter, die ihm ihre Ergebenheit entgegen getragen, Shrewsbury, Rocheſter, Buckingham, kehrte Rivers nach London zurück. Er ſelbſt behauptete dort, über das Ergebnis ſeiner Reiſe ſehr zufrieden zu ſein [1]). Der Inhalt der Denkſchriften, die er mitbrachte, und aus denen die Betheiligten erſahen, daß er den Zweck ſeiner Sendung nicht erreicht, läßt an der Realität dieſer Zufriedenheit zweifeln. Lady Marlborough wußte ſogar ſchon vorher zu berichten, daß der Kurfürſt wiederholt, wenn Lord Rivers den Namen Godolphin genannt, um ihn anzugreifen, den Redner mit Lobesworten für Godolphin unterbrochen habe [2]). Die Angabe iſt wahrſcheinlich, weil Lady Marlborough ſofort eine andere Meldung im voraus beifügt, die ſich nachher bewährte. Sie ſagte, daß Lord Rivers in Hannover nicht, wie es ſonſt damals bei Geſandtſchaften üblich war, ein Geſchenk erhalten würde. Wir haben ſchon früher die unmuthige Aeußerung der Kurfürſtin Sophie vernommen: La cour d'Angleterre ne me fera plus payer des envoyés. So ward es bei der Sendung des Lords Rivers gehalten. Man gab Worte für Worte.

Sir Robert Harley und der Herzog von Leeds kamen mit ihren Verſicherungen nach. Auch ſie erhielten Höflichkeiten zurück. Geſchah es, daß einer dieſer neuen Anhänger ſich in ſeinem Eifer überbot, wie der Herzog von Buckingham, welcher behauptete wegen ſeiner Ergebenheit für das Haus Hannover unter dem vorigen Miniſterium verfolgt zu ſein [3]), ſo ging man in Hannover darüber ſchweigend hinweg und antwortete ihm höflich wie den Anderen.

Wie die nunmehr zur Herrſchaft gelangte Tory-Partei dieſelbe ſich zu ſichern ſuchte durch die Zuſtimmung des künftigen Thronfolgers: ſo hoffte die Whig-Partei mit ſeiner Hülfe ſie wieder zu erlangen.

Bereits im Auguſt, gleich nach der Entlaſſung Godolphins, kamen die Häupter der Whigs überein, daß ſie fortan ihre Blicke nach Hannover zu wenden hätten. Indem die Haltung des Kurfürſten in der Sache Marlboroughs ſie darin beſtärkte, überſahen ſie, daß

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 201.
[2]) Coxe vol. III, p. 145.
[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 193.

der Kurfürſt nicht um ihretwillen ſo handelte wie er that, ſondern nach eigener Ueberzeugung. Sunderland übermittelte die Meinungen ſeiner Freunde an Marlborough. „Die Angelegenheit der Thronfolge Hannovers, ſchrieb er, iſt und muß unſer Nothanker ſein, und wenn ſie richtig geführt wird, ſo werden Sie über alle Ihre Gegner triumphiren, und durch die Rettung Ihres Vaterlandes, wenn möglich, größer werden als zuvor“ [1]).

Es iſt anzunehmen, daß in der nächſten Zeit die Frage der Anknüpfung mit Hannover viel erörtert worden iſt. Aber erſt nach der Rückkehr von Lord Rivers kamen die Whigs zu einer Bethätigung ihrer Geſinnung. Wie ſie die Tories gemeinhin Jacobiten nannten, ſo wurden ſie von jenen als Republikaner bezeichnet. Es kam ihnen alſo darauf an, nach Hannover hin darüber Klarheit zu geben. Zu dieſem Zwecke übermittelten die Lords Halifax und Sunderland an den Rath Robethon in Hannover das folgende Schreiben [2]).

„Die Lords Halifax und Sunderland erſuchen Sie, Ihrem Hofe klar zu machen, daß die Whig-Partei nicht auf eine Republik ausgeht, noch auch auf eine Wahl-Krone, ſondern vielmehr die Krone betrachtet als erblich in der proteſtantiſchen Linie, und als dem Nächſtberechtigten in dieſer Linie zuſtändig. Aber es iſt ihnen nicht möglich die Revolution (von 1688) aufzugeben. Sie haben den vorigen König auf den Thron geſetzt, und ſind verpflichtet ſeinen Titel zu vertheidigen. Die Sache iſt nun die, daß man ihn damals der jetzigen Königin vorgehen ließ, obwohl dieſe näher und proteſtantiſch war. Da dies nicht anders geſchehen konnte als durch die Autorität des Parlamentes, ſo iſt es natürlich, daß die Whigs dieſe Autorität vertheidigen, ſo wie das Recht des Parlamentes über die Krone. Denn, wenn nicht, ſo würden ſie ſich ſelber für Verräther und Rebellen erklären. Und da die Feſtſtellung der Thronfolge auf das Haus Hannover eine Folge der Revolution (von 1688) iſt und ein Werk des verſtorbenen Königs, ſo ſollte man bei Ihnen es den Whigs Dank wiſſen, daß ſie die Revolution (von 1688) vertheidigen, und einige Ausdrücke der letzt erſchienenen Schriften, welche die Autorität des Parlamentes in Fragen

[1]) Coxe vol. III, p. 131. Vom 24. Auguſt/4. September.
[2]) Anlage VI.

der Thronfolge zu übertreiben ſcheinen, lieber entſchuldigen. Dies um ſo mehr, da die Grundſätze der Tories geradezu darauf ausgehen, dem Prinzen von Wales den Weg zu bahnen und ſeinen Anſpruch als unzweifelhaft darzuſtellen. Daher iſt es ganz natürlich, daß die Freunde der Thronfolge des Hauſes Hannover von einem entgegen geſetzten Principe ausgehen."

Wir ſehen in dieſer Schrift wieder den Grundirrthum der Whig-Partei, als ob es im Jahre 1689 von ihr abgehangen hätte, Wilhelm III. auf den Thron zu ſetzen oder nicht, wo er als der thatſächliche Inhaber der Regierungsgewalt ihn bereits inne hatte, und von dem Parlamente nur verlangte, daß es für dieſe Realität den entſprechenden Ausdruck fand.

Das Schriftſtück iſt eine Kundgebung der Whig-Partei, auf welche eine directe Antwort von kurfürſtlicher Seite an die Whig-Partei nicht vorliegt, und auch, gemäß dem in der Antwort an Rivers ausgeſprochenen Principe der Nicht-Einmiſchung, nicht einmal gegeben werden konnte. Dagegen machte der kurfürſtliche Geſandte Bothmar dem kaiſerlichen über ſeine Inſtruction in dieſer Beziehung kein Hehl. „Bothmar hat mir zu erkennen gegeben, meldet der Graf Gallas, daß ſein Kurfürſt einen großen Abſcheu trage, ſich mit Jemandem von dieſer Nation in irgend welche Factionsſache einzulaſſen, welche die Partei der Königin gegenüber aufrecht halten oder unterſtützen könnte. Wenn die Whigs dies durchſchauen, ſo dürften ihre Abſichten und Meinungen in Betreff des Kurfürſten in vieler Beziehung ſich ändern"[1]).

Dies Princip des Kurfürſten Georg Ludwig wies alſo beide Parteien in gleicher Weiſe ab. Es iſt wichtig dies hier nochmals hervorzuheben, weil wir noch wiederholt ſehen werden, daß weder die eine, noch die andere Partei in England dies Princip völlig anerkennt, oder an die folgerechte Feſthaltung desſelben glaubt.

Dazu mochte beitragen die engliſche Anſchauung der ganzen Sache. Wie jene Denkſchriften gezeigt haben, ſowohl die von dem Grafen Rivers eingereichte, wie diejenige der Whig-Partei, legten beide Parteien, eine jede auf ihre Weiſe, Berufung ein an das Intereſſe des kurfürſtlichen Hauſes. Sie gingen von der Vorausſetzung aus,

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 29. Januar 1711.

daß das kurfürstliche Haus um des eigenen Interesses willen nach der englischen Krone trachten müsse. Die Frage, ob diese Voraussetzung richtig, scheint in England wenig zur Erörterung gekommen zu sein. Die mannigfachen Aeußerungen der Kurfürstin gegenüber dem Könige Wilhelm III., von 1689 an, direct oder indirect, und namentlich der auffallende Wunsch zu Gunsten des Prätendenten, vom März 1708 (S. 43), legen nicht Zeugnis ab für ein solches Trachten. Immerhin mochten solche Aeußerungen den Engländern unbekannt geblieben sein. Dagegen konnten sie wissen, daß das kurfürstliche Haus weder um die Successions-Acte selber von 1701, noch um diejenigen der Naturalisation und der Regentschaft von 1705 aus sich einen Schritt gethan, und wir haben beobachtet, daß auch in Anlaß der letzteren Acten die Stimmung bei den maßgebenden Persönlichkeiten in Hannover nicht eine freudig erregte war (Band XII, S. 29). Ueberhaupt lag die Thatsache vor, daß bisher das kurfürstliche Haus in Bezug auf England nichts gethan hatte als das Dargebotene anzunehmen.

In England aber verlor man diese Thatsachen gar leicht aus den Augen vor der Meinung, daß, weil der Glanz der Krone von Groß-Britannien so sehr den Kurhut von Braunschweig-Lüneburg überstrahle, jene darum begehrenswerther sein müsse. Und darum meinte jede der beiden Parteien durch den Hinweis auf diesen Glanz den Kurfürsten für sich gewinnen zu können, um mit seiner Hülfe der anderen obzusiegen. Sie legten Berufung ein an das Interesse des Kurfürsten, und meinten dabei das eigene. Darum verhielt sich der Kurfürst ablehnend gegen beide.

Der Königin Anna persönlich gegenüber mochte bei dem Kurfürsten für seine ablehnende Haltung beitragen der Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Dieser Zweifel ward durch die zahlreichen Betheuerungen, wie sie eben noch der Graf Rivers herüber gebracht, nicht gehoben. Die Kurfürstin-Witwe Sophie machte aus diesem Zweifel für sich in ihren Correspondenzen kein Hehl. Ihre Briefe an ihre Nichte, die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, sind, auf den Wunsch des späteren Königs Georg I., von der letzteren verbrannt [1]); aber den

[1]) Briefe der Prinzessin Elisabeth Charlotte von Orleans an die Raugräfin Louise. Stuttgarter Literarischer Verein Bd. VI, S. 183. Dort sagt die Herzogin, 6. September 1714, daß sie dem Wunsche bisher nicht nachgekommen; aber im

Gesammt-Eindruck der Briefe in Bezug auf die Thronfolge in England hat die Herzogin selber wieder gegeben in den oben (S. 43) gemeldeten Worten, welche diesen Zweifel in starker Weise zum Ausdrucke bringen.

Daß dieser Zweifel nicht unbegründet, zeigt uns Späteren eine damalige Aeußerung der Königin.

Unter der Fluth der Adressen, die damals bei ihr einströmten, befand sich auch eine der Grafschaft Edinburgh, angeregt von dem Parlaments-Mitgliede Lockhart von Carnwath, und demgemäß, wie er selber es bezeichnet, in hoch monarchischem Stile[1]). Zur Zeit der Parlaments-Eröffnung brachte er sie mit, ward vom Herzog von Hamilton der Königin vorgestellt, und verlas sie. Die Königin zeigte sich sehr erfreut und ertheilte eine gnädige Antwort. Dann fuhr sie zu Lockhart fort: obwohl er fast immer ihren Maßregeln entgegen gearbeitet, zweifele sie doch nicht an seiner Anhänglichkeit für ihre Person, und hoffe, daß er nicht mitthun werde in den Planen gegen Frau Masham und für das Herüber-Bringen des Kurprinzen von Hannover. „Zuerst, sagt Lockhart, war ich etwas überrascht; dann jedoch faßte ich mich schnell und versicherte ihr, daß ich niemals mich betheiligen würde, ihr irgend welchen Verdruß zu erregen. Und was den Kurprinzen von Hannover beträfe, so möchte Ihre Majestät aus der von mir verlesenen Adresse urtheilen, daß ich es meinen Wählern nicht recht machen würde, wenn ich meine Zustimmung geben wollte, ein Mitglied jener Familie herüber zu bringen, ob jetzt oder zu irgend welcher späteren Zeit. — Die Königin lächelte, und ich zog mich zurück. Darauf sagte sie zu dem Herzoge: sie hielte mich für einen rechtschaffenen Mann, und der geradeaus gehe. Der Herzog antwortete: er könne versichern, daß ich Ihrer Majestät zugethan sei und allen ihres Vaters Kindern" [2]).

Archive des Hauses Orleans haben sich, nach angestellten Nachforschungen, die Briefe nicht mehr vorgefunden.

[1]) Lockhart Papers vol. I. p. 317.

[2]) The duke replied, he could assure her, I liked her Majesty and all her father's bairns. — Diese schottische Redeweise hat hier eine besondere Bedeutung.

Es ist zu bemerken, daß sehr wenige Fälle überliefert sind, in denen die Königin Anna sich so offen kund gegeben hätte.

Dies führt uns auf die damalige Haltung des Hofes von St. Germain.

Das Verhalten des Hofes von St. Germain.

Es läßt sich nicht ersehen, daß seit der Mahnung, welche die Königin-Witwe aus St. Germain, im September 1701, an die damalige Prinzessin Anna einschickte (Band X, S. 2), bis noch in das Jahr 1711 hinein irgend welcher Gedanken-Austausch dieser Verwandten statt gefunden habe.

Ludwig XIV., nach dem unglücklichen Versuche der Landung in Schottland, vom März 1708, unternahm nichts mehr zu Gunsten seiner Schützlinge. „Da er für uns nichts thun kann, meldet Middleton aus St. Germain nach Schottland, so gestattet er uns zu thun, was wir selber können" [1]). Dies beschränkte sich darauf, Verbindungen zu unterhalten.

Dem Ritter von St. Georg scheint damals mehr als seiner Mutter die Erkenntnis aufgegangen zu sein, daß der Aufenthalt in Frankreich ein großer Fehler war. Unter verstelltem Namen schreibt er an Middleton, daß er sehnlichst wünsche, Frankreich zu verlassen, dessen er in aller Beziehung müde sei [2]). Aber er befand sich alljährlich bei der Nordarmee, die gegen seine Landsleute stand.

Die Friedensberedungen in Geertruidenberg schienen der Königin in St. Germain wenigstens eine Aussicht auf die Erlangung ihres Witthums zu eröffnen. Aber Polignac antwortete ihr, am 9. April, daß sich noch nicht die Gelegenheit geboten habe, ihre Sache zur Sprache zu bringen [3]). Die Gelegenheit gab sich auch ferner nicht.

Dagegen tauchte, im Juni, unerwartet eine andere Hoffnung auf. Sie kam von dem für Alle unberechenbaren Marlborough. Wir haben ihn, im Herbste 1708, an seinen Neffen, den französischen

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 144.

[2]) A. a. O. p. 160.

[3]) A. a. O. p. 151.

Marſchall Berwick, einen Friedensvorſchlag richten ſehen, auf den damals Ludwig XIV. nicht einging (S. 181). Die Thatſache des Vorſchlages bot aber dann, bei den Beredungen im Haag, im Monate Mai 1709, dem Staats-Secretär Torcy den Anlaß, für den Frieden das Privat-Intereſſe Marlboroughs in Rechnung zu ziehen (S. 232, 234). Dieſe Rechnung ſchlug fehl. Marlborough blieb jedoch auch ferner mit Berwick in Correſpondenz.

Im Juni 1710, noch vor der Entlaſſung Sunderlands, gelangte an Berwick ein Schreiben Marlboroughs mit Vorſchlägen zu Gunſten des Ritters von St. Georg. Berwick lieferte das Schreiben nach St. Germain ein. Dort ward der Einſpruch erhoben, daß man ſich auf Marlborough nicht verlaſſen dürfe. Aber Torcy hatte früher wiederholt geltend gemacht, daß man Marlborough mit Aufmerkſamkeit behandeln möge. Dazu, meinte man, ſei die Gefahr für ſeine Stellung in England ein Motiv für ihn, neue Anknüpfungen zu ſuchen. Wenn man ihm nicht die Hand dazu biete, ſo ſei zu beſorgen, daß er ſich dem Hauſe Hannover zuwende, und daß dies der Sache des Hofes von St. Germain zu ſchwerem Nachtheile gereiche. Aus dieſer Erwägung reifte der Entſchluß der Königin-Witwe ſelber an Marlborough zu ſchreiben. Der Brief wurde ihm übermittelt durch den Marſchall Villars [1]).

Das Schreiben der Königin wiederholt die Hauptzüge des Briefes von Marlborough an Berwick. Er hatte ausgeſprochen, wie ſo oft, daß er nach dem Abſchluſſe des Friedens ſich in die Stille zurückziehen werde. Die Königin bekämpft dieſen Entſchluß, durch den Marlborough ſich für ſeine Freunde nutzlos mache, für ſich ſelber die Gefahr bereite, ſeinen Gegnern wehrlos gegenüber zu ſtehen. Dann tritt ſie ihrem Zwecke näher. „Ich bitte Sie daher, ſagt ſie, die Sache wohl zu überlegen, bevor Sie die Mittel aus den Händen geben, Sich ſelber zu ſichern und Ihre Freunde zu ſtützen. Aber, wie Sie verloren ſind, wenn Sie Ihre Stellung aufgeben, ſo ſehe ich andererſeits auch wohl, daß, wie die Dinge zur Zeit liegen, es ſehr ſchwer für Sie ſein wird, ſich in Ihrer Stellung zu behaupten. Ihr Intereſſe und Ihre Ehre gehen demnach Hand in Hand. Sie können nicht in Sicherheit ſein

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 158.

als dadurch, daß Sie Gerechtigkeit üben, und nicht Ihre Größe bewahren, als indem Sie Ihre Pflicht erfüllen. Die Zeit ist kostbar sowohl für Sie wie für uns."

„Sie ertheilen uns den Rath uns an die neue Favoritin zu wenden. Der Rath ist sicherlich wohl gemeint; aber was dürfen wir von einer Fremden erwarten, die keine Verpflichtungen gegen uns hat? Dagegen haben wir alle Gründe uns auf Sie zu verlassen; weil wir ja nunmehr dasselbe Interesse gemein haben. Sie haben die Macht, den König in die Lage zu setzen, in welcher er Sie schützen kann. Legen Sie also, ich bitte Sie darum, die Gedanken des Zurückziehens bei Seite. Fassen Sie Muth. Schicken Sie uns, ohne Zeitverlust, einen Mann Ihres Vertrauens, oder gestatten Sie uns, einen solchen zu senden. Eine rasche und positive Antwort von Ihnen wird uns zeigen, welche Meinung wir von unseren Angelegenheiten haben dürfen."

Endlich dankt die Königin Marlborough für die Zusage seiner Bemühungen um ihr Witthum beim Friedensschlusse. „Meine Sache ist so gerecht, sagt sie, daß ich allen Grund habe zur Hoffnung sie zu gewinnen. Wenigstens schmeichele ich mir, daß die Schwester des Königs zu wohl gesinnt ist, als daß sie entgegen streben werde."

Obwohl also die Königin Anna auf jene Mahnung aus St. Germain, vom September 1701, geschwiegen hatte, so ergibt sich doch, daß die Witwe Jacobs II. von ihr eher Freundlichkeit als Feindseligkeit erwartete.

Von einer Antwort Marlboroughs auf diesen directen Appell der Königin-Witwe in St. Germain an seine Loyalität für das Haus Stuart findet sich keine Kunde. Wir haben gesehen, in welcher Weise er sich einige Wochen später nach Hannover wandte. Ob seine Rede nach St. Germain, oder diejenige nach Hannover aufrichtiger war, dürfte schwer zu entscheiden sein. Wahrscheinlicher ist, daß sie es nach beiden Seiten nicht war. Für gewis aber dürfte anzunehmen sein, daß weder in St. Germain, noch in Hannover, noch in London, die nächst betheiligten Personen von dieser Verschiedenheit seiner Reden eine Kunde hatten.

Die Erregung der Gemüther in England rief dagegen im Laufe des Sommers in St. Germain wieder den Plan einer Landung in

Schottland hervor[1]). In der Denkschrift, welche Middleton zu diesem Zwecke bei Torcy einreichte, sagt er, daß seit dem März 1708 Jacob III. in Schottland an Anhängern noch gewonnen habe, daß die kirchliche Bewegung in England für die Lehre vom Nicht-Widerstande nützlich für ihn wirke, daß die Prinzessin Anna selber in ihrer Begünstigung der Hofkirche ihre Neigung für ihn darthue. Augenscheinlich sei daher die gegenwärtige Lage der Dinge in England für den König Jacob III. verheißender als je zuvor, und nach allem Anscheine bedürfe es nur der Geduld im Abwarten. — Dann jedoch macht die Denkschrift Middletons eine kühne Wendung. Dennoch, sagt sie, erbiete sich der König Jacob, aus Mitgefühl mit dem schlechten Stande der Dinge in Frankreich, abermals seine Person in Schottland zu wagen, um dadurch England zu zwingen sich aus der Allianz zu lösen und somit für Frankreich den ersehnten Frieden zu verschaffen. Als Bedingung stelle er die Ueberlassung der Irländer im französischen Dienste, 3000 bis 4000 Mann.

Das Gerücht, daß der Plan einer Landung im Werke sei, verbreitete sich, zu Ende August, nicht bloß in Paris, sondern auch in London[2]). Aber wir vernehmen darüber zugleich von dem letzteren Orte das Urtheil: „Sollte dieses Gerücht begründet sein, so würde die Königin das Parlament nicht auflösen dürfen." Der Eine Gedanke genügt zu zeigen, daß auch Ludwig XIV. seinerseits den Plan einer Landung in Schottland als seinem Interesse entsprechend nicht erachten konnte.

Dennoch regte sich einige Wochen später abermals die Besorgnis, und zwar war dies Mal der Träger der Nachricht derselbe Marlborough, der einige Monate zuvor fast gleichzeitig nach St. Germain und nach Hannover hin seine Loyalität betheuert hatte. Am 25. September legte er, vom Lager bei St. André aus, einem officiellen Berichte an den Staats-Secretär Boyle ein eigenhändiges Schreiben bei, in welchem er meldet, von eben derselben Persönlichkeit, die zwei Jahre zuvor die erste Nachricht des Landungsplanes in Schottland gegeben, nun die Kunde eines ähnlichen Planes für die Zeit der Wahlen vernommen zu haben. Marlborough weist Boyle an, nur der

[1]) Denkschrift vom 29. August, in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 165.

[2]) A. a. O. p. 164. — Hoffmanns Bericht vom 3. September.

Königin die Mittheilung zu machen, und dann denjenigen Personen, welche die Königin bestimmen würde, damit die nothwendigen Maßregeln getroffen werden können. Mit der Vorbereitung derselben sei er selber schon beschäftigt [1]).

Man könnte geneigt sein, da in der That nachher nichts erfolgte, die Nachricht als eine Fiction Marlboroughs anzusehen, deren Zweck sich uns eben so verbirgt, wie bei vielen anderen seiner Doppelzüngigkeiten. Aber wir vernehmen wieder einige Wochen später ein ähnliches Gerücht von anderer Seite, nämlich dies Mal in Betreff einer Absicht des Marschalls Berwick, nicht auf Schottland, sondern direct auf England. Er erbot sich dort mit 20,000 Mann zu landen [2]).

Abermals gelangte das Gerücht davon nach London. Die Whigs behaupteten, daß die Tories die Landung wünschten. Die Tories erhoben dieselbe Anklage gegen die Whigs, mit dem Zusatze, daß diese die Verwirrung benutzen wollten, um die Königin vom Throne zu stoßen [3]). Wahrscheinlich waren beide Anklagen gleich unbegründet, nur Symptome der Partei-Leidenschaft. Keine derselben hatte eine Probe zu bestehen. Das Verhalten Ludwigs XIV. bei der Nachricht der Auflösung des Parlamentes hat uns gezeigt, daß er das Ereignis betrachtete wie einen für ihn durchschlagenden Sieg, der ihm das Gebiet der Unterhandlung eröffnen mußte, auf welchem er und die Seinen überlegen waren. Eine Landung hätte den mühelos ihm zugefallenen Erfolg wieder in Frage stellen, hätte die in Parteien zerrissene englische Nation einigen können wider ihn. Seine Erfolge dagegen erblüheten damals wie früher aus der Zwietracht der Anderen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Vorschlag Berwicks bei Ludwig XIV. auch nur einer Prüfung werth gehalten sei.

Vor der Wichtigkeit der inneren Umwälzung in England tritt diejenige der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen sehr zurück. Fassen wir dieselben zunächst in gedrängter Kürze zusammen.

---

[1]) Murray vol. V. p. 162.

[2]) Lamberty t. VI, p. 85. Schreiben eines bayerischen Ministers an den Kurfürsten Max Emanuel, vom 18. October.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 17. October.

Im äußerſten Nordoſten hält der Czar ſeinen Siegeslauf durch Karelien und Liefland. Im Südoſten ſucht Carl XII. die Türken in die Waffen zu bringen, bis es ihm gegen das Ende des Jahres gelingt. Die Flamme des ungariſchen Aufſtandes brennt immer matter bis zum Erlöſchen. Der däniſch-ſchwediſche Krieg, nach der Niederlage der Dänen bei Helſingborg, ſtagnirt. Das ſchwediſche Corps unter Craſſau wagt nicht aus Pommern vorzubrechen. Der Feldzug am Oberrheine verläuft thatlos, und kaum lebhafter derjenige in Savoyen. Nachdrücklicher iſt der Krieg der Hauptarmeen in den Niederlanden; aber die Fortſchritte der Verbündeten beſtehen in dem Gewinne von vier feſten Plätzen. Der wichtigſte Feldzug dieſes Jahres dagegen iſt der ſpaniſche, reich an Wechſelfällen, und darum rückwirkend auch auf die neue Geſtaltung der Dinge in England, was von keinem der anderen Feldzüge geſagt werden kann.

Die ſchwediſche Verwickelung.

Das Corps unter Craſſau in Pommern.

Die Mächte der Allianz hielten feſt an dem Vorſatze darüber zu wachen, daß nicht das ſchwediſche Corps in Pommern der Anlaß werde zu einem neuen Kriegsbrande im Reiche, entweder durch das eigene Vorbrechen oder durch einen Angriff auf daſſelbe. Wie dieſer Gedanke zum Ausdrucke gelangt war durch die Reſolution der Generalſtaaten vom 24. December 1709, ſo ward er wiederholt durch eine Uebereinkunft der Vertreter der Mächte im Haag, vom 31. März [1]). Der Senat in Stockholm wußte, daß Carl XII. von Bender aus an Craſſau in Pommern den Befehl zum Rückmarſche nach Polen erlaſſen hatte. Aber dies war geſchehen vor der Kunde des däniſchen Angriffes, und jene Neutralität lag, in Betreff der deutſchen Provinzen, im Intereſſe Schwedens. Daher ſtimmte der ſchwediſche Senat dem Haager Concerte für die Neutralität im Reiche zu, wenn ſie gegen Jeden in gleicher Weiſe aufrecht erhalten würde, und war ſogar erbötig, das Corps ſelbſt den verbündeten Mächten für die Armee in

[1]) Lamberty t. VI, p. 292.

den Niederlanden zu überlaſſen, in der Abſicht das dafür zu erwartende Geld zur Vertheidigung Schwedens zu verwenden [1]).

Bereits im Juni jedoch erfuhr man im Haag durch den Kurfürſten Georg Ludwig, dem Carl XII. es ſelber geſchrieben, daß er mit dieſer Neutralität nicht einverſtanden war. Dazu führte Auguſt II. von Sachſen-Polen Beſchwerde, daß das ſchwediſche Corps in Pommern durch Werbung ſich ſtetig mehre. Nach der Anſicht der Vertreter der Mächte im Haag handelte Schweden in der ganzen Sache wider ſein eigenes Intereſſe, weil es ſie nöthigte, ihr Concert vom 31. März, das mehr zum Vortheile Schwedens war als der Gegner, mit Nachdruck aufrecht zu halten. In der That ward am 4. Auguſt die Aufſtellung einer Neutralitäts-Armee von etwa 16,000 Mann an der Elbe und Oder beſchloſſen. Die Seemächte übernahmen die Hälfte; die andere Hälfte der Kaiſer und die Reichsfürſten in Norddeutſchland [2]).

Zugleich trat man mit dem ſchwediſchen Geſandten Palmquiſt im Haag in Unterhandlung ein über die Ueberlaſſung der ſchwediſchen Truppen. Dies um ſo eifriger, da zugleich der Kaiſer die Nachricht geben ließ, daß der Großweſir in Conſtantinopel geäußert habe: der Sultan wolle Carl XII. durch eine Armee von 40,000 Türken durch Polen in ſein Land geleiten laſſen. Die Verbündeten boten dem Schweden Palmquiſt für das Craſſauiſche Corps von 8000 Mann 400,000 Thaler. Aber ſie ſtellten die Bedingung, daß das Corps nicht abberufen werden dürfe, und daran zerging der Vertrag [3]).

Carl XII. in Bender dagegen wartete mit ſeiner öffentlichen Erklärung ſo lange, bis er des Entſchluſſes von Seiten der Pforte gegen den Czaren Peter ſicher war. Alsdann erließ er von Bender aus, am 30. November, einen Proteſt, daß das ohne ſein Vorwiſſen und wider ſeinen Willen abgeſchloſſene Haager Concert vom 31. März ihn nicht binde, und er daher im Vertrauen auf die göttliche Hülfe und ſeine gerechte Sache nach ſeiner Ueberzeugung handeln werde [4]). Bis dahin war die Neutralitäts-Armee noch nicht beiſammen.

[1]) Lamberty t. VI, p. 296.

[2]) A. a. O. p. 305 die Vertheilung.

[3]) A. a. O. p. 314.

[4]) Der Proteſt bei Nordberg Bd. III, S. 486. Er bemerkt an einer anderen Stelle, Bd. II, S. 241, daß in dem Abdrucke bei Lamberty t. VI, p. 319 ausgelaſſen ſind die Worte: Se fretum auxilio divino atque aequitate causae.

Die türkiſche Kriegserklärung an Peter I.

Die Bemühungen Carls XII. die Pforte zum Bruche mit dem Czaren zu bewegen, hatten im Anfange ſo geringen Erfolg, daß es vielmehr dem ruſſiſchen Botſchafter Tolſtoi gelang, die Erneuerung des letzten Friedensſchluſſes zu erwirken. Dennoch lehnte Carl XII., wie das zuerſt ihm von den Generalſtaaten, dann, im December 1709, von Frankreich, ferner, im Januar 1710, von England ihm gemachte Erbieten ihn auf einer Flotte nach Schweden zu bringen, ſo auch eben dasſelbe von Seiten der Pforte ab[1]). Auch den Antrag des Kaiſers durch deſſen Länder heimzukehren, nahm er nicht an.

Im Juni ward ein neuer Großweſir ernannt. Dem Schwedenkönige nicht günſtiger geſinnt als ſein Vorgänger, ließ er verkünden, daß Carl XII. nunmehr heimkehren werde; aber zugleich ward, zur Einſchüchterung der Polen, hinzugeſetzt: im Geleite einer türkiſchen Armee gleich derjenigen, welche Kara Muſtapha nach Wien geführt. Dies nicht ernſtlich gemeinte Gerücht hatte dennoch den Erfolg, daß es die Kriegesluſt der Janitſcharen erregte, und ſie zu Fürſprechern der Wünſche Carls XII. machte[2]).

Außer den Agenten, welche direct im Dienſte Carls XII. in Conſtantinopel arbeiteten, Neugebaur und Poniatowski, gelang es ihm auch den Chan der Tartaren zu gewinnen. Dazu kam noch eine andere Perſönlichkeit, vielleicht die gewichtigſte, der franzöſiſche Geſandte Desalleurs.

Nachdem Desalleurs eine Reihe von Jahren dem Intereſſe der franzöſiſchen Politik in Ungarn gedient, entſendete ihn Ludwig XIV. nach Bender an Carl XII. Desalleurs ſtellte die Möglichkeit der franzöſiſchen Vermittelung zwiſchen Carl XII. und Peter I. in Ausſicht. Die Vorbedingungen des letzteren würden ſein: Nicht-Einſpruch Carls XII. gegen ein franzöſiſch-ruſſiſches Bündnis, Einſchluß des Czaren in den allgemeinen Frieden, der Kaiſer-Titel für den Czaren. — Die Antwort Carls XII., vom 10. 21. März, nahm die Vermittelung an, unter der Bedingung, daß auch der Czar annähme, fügte jedoch

[1]) Nordberg Bd. II, S. 219.

[2]) Hammer, Geſchichte der Osmanen Bd. IV, S. 105.

hinzu: die Forderungen des Czaren würden so ungemessen sein, daß es zu nichts kommen werde. Die Zeiten, meinte er, dürften sich ändern und der Czar so in die Enge getrieben werden, daß er sich in andere Forderungen fügen müsse als die man zur Zeit ihm stellen dürfe [1]).

In Wahrheit jedoch hielt der Czar Peter I. an dem Wunsche der französischen Vermittelung, die er schon im Jahre 1707 gesucht, auch nach dem Siege von Pultawa fest. Wie daher von Anfang an alle seine Gunst für Franz Rakoczy in Ungarn in der Hoffnung beruhete, sich dadurch das Wohlgefallen Ludwigs XIV. zu erwerben: so war er nun auch gern einverstanden damit, daß Franz Rakoczy durch seinen Agenten Betes in Versailles diese Angelegenheit der französischen Vermittelung in der eifrigsten Weise betrieb [2]). Im Falle des Gelingens, ließ Peter I. an Franz Rakoczy melden, werde er den Warschauer Vertrag von 1707 genau erfüllen und mit seiner gesammten Macht für Ungarn gegen das Haus Habsburg eintreten. Rakoczy ließ bei Ludwig XIV. hervorheben, daß die Aufrichtigkeit des Czaren in dieser seiner Bereitwilligkeit zum Frieden nicht in Zweifel zu ziehen sei. Denn der Ehrgeiz vermöge mehr über ihn als das Interesse. Er wolle in Europa geachtet sein, und glaube dies am sichersten erreichen zu können durch ein Bündnis mit dem Könige von Frankreich.

Es schien, im Juli, als wenn Ludwig XIV. und Torcy für diese Angelegenheit denselben Eifer hegten, wie der Czar Peter, Franz Rakoczy und Betes. Ludwig XIV. antwortete durch ein Handschreiben an Rakoczy, vom 25. Juli, mit den Worten: „Mein Vetter. Die Denkschrift, welche der Baron Betes, als Ihr Minister bei mir, am 4. dieses Monates, mir überreicht hat, ist von solchem Gewichte und Nutzen für meine Interessen und die Ihrigen, daß ich nichts Besseres thun kann als alle darin enthaltenen Vorschläge und Forderungen zu billigen, gutzuheißen und zu genehmigen. Ich bitte Sie also alle Ihre Sorgfalt aufzuwenden, daß diese Unterhandlung sich zu unserer gemeinsamen Befriedigung vollziehe, und dem Berichte des Barons

---

[1]) Nordberg Bd. II, S. 219. — Die Denkschrift des Betes, bei Fiedler Bd. I, S. 168.

[2]) Die Actenstücke bei Fiedler a. a. O.

Vetes über meine guten und aufrichtigen Gesinnungen für Sie allen Glauben beizumessen" [1]).

Bei aller Verbindlichkeit der Ausdrücke ist es doch auffallend, daß in dem Schreiben die Angelegenheit, um die es sich eigentlich handelt, diejenige der Friedensvermittelung zwischen Carl XII. und dem Czaren Peter I., so wie die Person des letzteren nicht genannt wird.

Die Berichte des Vetes, der so scharf wie irgend einer seiner Zeitgenossen, in die Verschlingung der Fäden der Politik von Versailles einblickte, lassen jedoch dies Mal einen Zweifel an der Aufrichtigkeit derselben nicht erkennen.

Ausgerüstet mit jenem Handschreiben Ludwigs XIV. und den entsprechenden Versicherungen eilte Vetes heimwärts, um dann als Gesandter Rakoczys zu Peter I. zu gehen. Ein französischer Gesandter, Baluze, sollte ihm folgen. Die Instruction für Vetes schärfte ihm ein, daß diese Gesandtschaft die bisher wichtigste von allen sei. Das Haus Oesterreich, solle Vetes sagen, suche die Pforte zum Kriege wider den Czaren zu reizen. Wenn bis dahin Ungarn und Siebenbürgen frei, so würden sie mit Freuden beitragen helfen, den Thron des Czaren in Constantinopel wieder zu errichten [2]).

Bevor Vetes vor dem Czaren Peter I. eine Rede solcher Art halten konnte, hatte die Pforte dem Czaren den Krieg schon angekündigt, nicht jedoch auf Betrieb des Kaisers. Vielmehr ließ Joseph I. durch seinen Gesandten Talmann in Constantinopel gegen den Krieg reden. Es bedürfe, ließ der Kaiser sagen, nachdem er dem Schwedenkönige sichere Heimkehr durch seine Länder angeboten, für denselben nicht des Geleites einer türkischen Armee [3]). In ähnlicher Weise redeten in Constantinopel die Gesandten der anderen Mächte der Allianz. — Der Antrieb von Westen her für die Türken zum Kriege gegen den Czaren kam von dem Gesandten einer anderen Macht.

Desalleurs hatte sich von Bender aus nach Constantinopel begeben. Nachdem dort im Juni jenes Gerücht von dem Geleite des

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 173.

[2]) L'aider à rétablir son thrône en Constantinople, bei Fiedler Bd. I, S. 178.

[3]) Nordberg Bd. II, S. 230.

Schwedenkönigs durch eine Armee ausgesprengt war, begann man auch Kriegsvorbereitungen zu treffen. Diese wurden ernster vom August an, unter dem neuen Großwesir Mehemet Baltadschi. Der Chan der Tartaren begab sich, gemäß der Verabredung mit Carl XII., nach Constantinopel um für den Krieg zu reden. Mit ihm setzte sich der französische Gesandte Desalleurs in Verbindung, nicht jedoch um, wie Ludwig XIV. durch Franz Rakoczy dem Czaren versprochen, für eine Vermittelung zwischen dem letzteren und dem Schwedenkönige zu arbeiten, sondern um gemeinsam mit dem Tartarenchan die Kriegesgedanken in Constantinopel wider den Czaren zu erregen. Es gelang dem russischen Gesandten Tolstoi, eine Kunde der Denkschriften zu erlangen, die Desalleurs in Constantinopel eingereicht. Der Inhalt derselben legt die Bedeutung dar, welche, nach der Absicht Ludwigs XIV., der Krieg im fernen Osten für Westeuropa haben sollte. Tolstoi berichtete denselben nach Moskau wie folgt [1]).

Desalleurs habe im Namen Ludwigs XIV. hervorgehoben, daß die Zeit zum Angriffe auf den Czaren Peter für die Pforte günstig sei. Diese werde nur mit Rußland zu thun und dabei natürliche Verbündete haben an Polen und Schweden. Der Krieg im Westen zwischen Frankreich und dem Kaiser werde in zwei bis drei Jahren beendet sein. Wenn also die Pforte mit ihrem Angriffe bis dahin zaudere, so werde sie dann die ganze Christenheit gegen sich haben. Wenn sie dagegen sofort beginne, werde sie Carl XII. durch Polen in seine Länder führen. Von dort aus werde Carl XII. den König August II. bis in sein Erbland verfolgen, und dadurch eine solche Diversion machen, daß die Reichsfürsten sich gezwungen sähen für ihn einzutreten, demnach ihre Truppen aus dem Kriege wider Frankreich zurückzuziehen. Dadurch erhalte der König Luft und könne den Krieg mit Vortheil fortsetzen, bis es ihm gelinge, dem Hause Oesterreich alle Länder der spanischen Monarchie wieder zu entreißen. Dazu werde die Herstellung des Schwedenkönigs den Verfall der Sache des Kaisers nach sich ziehen, weil dann Ungarn, nachdrücklicher als bisher von Frankreich unterstützt, wieder Muth fassen werde. Dann könne man, bei dem demnächstigen Frieden zwischen Frankreich und dem

[1]) Bericht des Vetes bei Fiedler Bd. I, S. 210.

Kaiſer, das Königreich Ungarn in ſeine alten Rechte und Freiheiten herſtellen, was der Pforte zum großen Vortheile gereiche.

Auf die Frage der Türken, warum denn, bei einer ſolchen Lage der Dinge, der König ihnen nicht lieber anrathe gegen den Kaiſer einen Krieg zu unternehmen, der doch dem franzöſiſchen Intereſſe näher liege als die Herſtellung des Schweden, habe Desalleurs geantwortet: ſein König gebe ſeinen Rath gerade im Intereſſe der Pforte. Denn, wenn ſie dem Kaiſer den Krieg ankündige, ſo werde der Czar, der die Hände frei habe, ſofort miteintreten, ſo daß die Türken, anſtatt mit nur Einer Macht, mit zweien zu thun haben würden, und vielleicht auch noch mit der Republik Venedig dazu, welche ſich die günſtige Gelegenheit nicht entgehen laſſen werde. Greife die Pforte dagegen nur den Czaren an, ſo werde weder der Kaiſer, noch die Republik Venedig ſich einmiſchen, ſondern jene zwei Mächte allein den Kampf ausfechten laſſen.

Der Divan in Conſtantinopel beſchloß Krieg gegen den Czaren Peter. Am 21. November ward das Manifeſt in den Moſcheen von Conſtantinopel verkündet. Mit dem Manifeſte erließ der Sultan eine Reihe von Forderungen an den Czaren Peter I., ſo geſtellt, wie z. B. diejenige der Rückgabe von Liefland an Carl XII., daß man der Ablehnung ſicher ſein durfte [1]).

Die Meldung der türkiſchen Kriegserklärung traf noch eher in Moskau ein als der Geſandte Rakoczys, Vetes, der von Verſailles aus ein königliches Handſchreiben eines ſo ganz anderen Inhaltes an Rakoczy überbracht, und den Wortlaut desſelben voraus entſendet hatte. Auf die Meldung ſeiner Ankunft in Moskau und die Bitte um Audienz erhielt er die Antwort: L'honneur et les intérêts de S. M. C. ne lui permettent pas d'écouter aucunes propositions d'un roi aussi perfide et frauduleux comme est le roi de France [2]). — Man ſandte ihm einen Paß und Reiſepferde mit dem Gebote des Aufbruches binnen zwei Tagen.

Die Thatſache der Duplicität Ludwigs XIV. liegt vor Augen. Schwieriger iſt es, das Motiv zu erkennen. Dasjenige den Czaren

---

[1]) Nordberg Bd. II, S. 234.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 201 u. f.

Peter I. zu täuschen und dadurch in Sicherheit einzuwiegen, damit er durch den Türkenkrieg überrascht würde, scheint kaum ausreichend. Eher dürfte anzunehmen sein, daß er und Torcy im Juli so gedacht haben, wie sie damals durch Vetes an Franz Rakoczy und durch diesen an den Czaren kund gaben, und daß erst nachher, in Folge von Berichten des Gesandten Desalleurs, der völlige Umschlag eingetreten ist.

Es fragte sich dann freilich, ob Ludwig XIV. von diesem neuen Kriege, den er nach Kräften mit herauf beschworen hatte, die gewünschten Vortheile haben werde.

Franz Rakoczy.

Vermittelungsversuche.

Wir haben gesehen, daß Rakoczy in Anlaß der Antwort von Carl XII. in Bender an den französischen Gesandten Desalleurs die Hoffnung faßte, daß durch Ludwig XIV. eine Friedensvermittelung zwischen Carl XII. und dem Czaren Peter I. erfolgen könne, und daß dann von dieser Hoffnung aus er und seine Agenten einen großen Eifer für diese Vermittelung entwickelten. So standen in seinen Augen die Dinge indessen nicht beim Ende des Jahres 1709 und Anfang 1710. Damals hielt er die Interessen Ludwigs XIV. und Carls XII. für eng verwoben, zumal da der Erstere ihn aufgefordert, dem Letzteren zu Dienste zu sein. Deshalb glaubte er damals von dem Czaren Peter nichts zu erwarten zu haben, und zog sogar seinen Agenten Brenner von dort weg. Dagegen setzte er seine Hoffnung auf die gegen Carl XII. verbündeten Könige. Er entsendete jenen Propst Brenner, der als katholischer Geistlicher weder in Moskau, noch in Berlin willkommen war, nach Dresden, Clement wieder nach Berlin mit dem weiteren Auftrage, nach dem Haag und nach London zu gehen. Beide wurden entsendet, bevor noch jene Antwort des holländischen Gesandten Hamel Bruininx aus Wien (S. 342) bei Rakoczy eingetroffen war. Brenner sollte August II. versichern, daß die Gastfreundschaft, deren Rakoczy zur Zeit seines Exiles in Polen genossen, allein ihn abgehalten habe, in den letzt verflossenen Jahren

nach der polnischen Krone so zu trachten, wie die Verhältnisse es gestattet hätten, in der Ueberzeugung zugleich, daß ein erzwungener Verzicht der Gerechtigkeit nicht entspreche. Darum beglückwünsche er den König August von Herzen zu der wieder erlangten Krone. — Dann jedoch ging er einen großen Schritt weiter. Es sei doch möglich, meinte er, daß Carl XII. mit türkischer Hülfe wiederkehre, auch sich abermals von Sachsen Meister mache. Brenner solle also den Wink hinwerfen, ob August II. nicht lieber, bevor er jenen Fall abwarte, nach der ungarischen Krone trachten wolle [1]).

Günstigeren Boden als Brenner in Dresden, fand Clement in Berlin. „Der König, meldet er, der die Gerechtigkeit liebt, und, um die Sache beim rechten Namen zu nennen, den Kaiser haßt, ist Ew. Durchlaucht bester Freund, und fast der ganze Hof folgt ihm darin. Der Graf Wartenberg, erster Staatsminister, aufrichtig, nicht jedoch sehr scharfsichtig, ist geneigt zu Allem Ja zu sagen. Der Freiherr von Ilgen jedoch, durch dessen Hand alle Expeditionen gehen, scheint mir kaiserlich zu sein; denn er ist allen meinen Vorschlägen immer entgegen. Es wäre gut, wenn Ew. Durchlaucht ihn durch ein Prämium gewinnen könnten. Dem Herrn von Ilgen hält dagegen der englische Botschafter, Lord Raby, im Vollbesitze der Gunst des Königs, des Grafen und der Gräfin Wartenberg, durchaus das Gleichgewicht. Er ist künftiger Friedensbotschafter und verspricht dann, die ganze Autorität seiner Stellung für Ew. Durchlaucht geltend zu machen. Besonders der Sache Ew. Durchlaucht ergeben ist ferner der Hofprediger Jablonski. Jedoch möchte ich, um ihn aufrichtig bei dieser Gesinnung zu bewahren, ein Prämium für nothwendig halten" [2]).

Als den stärksten Drücker ließ Rakoczy auch Clement in Berlin geltend machen den Hinweis auf die Türken.

Rakoczy behauptete in einem Schreiben an ihn, vom 12. December 1709, daß er für die Einräumung von Buda, Erlau und den anderen festen Plätzen, die früher die Türken besessen, ihrer Hülfe sicher sein würde. Auf Grund solcher Meldungen erklärte Clement in Berlin, daß, wenn nicht bald die Verbündeten eine sichere Resolution

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 581.

[2]) Hauptbericht des Clement, im Juli 1710, bei Fiedler Bd. II, S. 119.

faßten, die den Kaiser nöthige, sich auf die Vermittelung der Seemächte einzulassen, er den Befehl habe, in aller Form zu protestiren, daß Rakoczy aus keiner anderen Ursache als aus Zwang genöthigt werde, die türkische Protection anzunehmen, nicht als ob er nicht wisse, daß auch dies ein schweres Joch, sondern, weil die gesammte Nation überzeugt sei, dadurch einem noch schwereren Unheil zu entgehen, das ihr die Jesuiten schon zubereitet hätten [1]).

Ungeachtet des Nachdruckes, mit welchem diese Drohung geltend gemacht wurde, darf doch bezweifelt werden, ob die Ausführung in der Macht von Franz Rakoczy gestanden hätte. Zuerst nicht wegen der Ungarn selbst. Wir haben seiner Zeit von dem Agenten Vetes vernommen, daß er in solchem Falle seinen Dienst aufkündigen werde. (Band XII, S. 473.) Es ist anzunehmen, daß unter der Partei des Rakoczy — von den kaiserlich gesinnten Ungarn zu geschweigen — Vetes mit dieser Gesinnung nicht allein stand. Clement sagt in seinem späteren Berichte darüber: „In dieser Angelegenheit waren die Gesinnungen der Ungarn getheilt, und der Prinz Rakoczy wagte sogar nicht zu mehreren von ihnen viel darüber zu reden" [2]).

Ferner aber ist die Sache zweifelhaft, und sogar noch mehr, wegen der Türken. Jenes Schreiben Rakoczys, vom 12. December 1709, enthält mit der Meldung von der Bereitwilligkeit der Türken zum Eintreten für ihn auch die, daß die Pforte den Krieg gegen den Czaren beschlossen habe. Die letztere Meldung war irrig, war um ein Jahr verfrüht. Aber der Irrthum der einen Hälfte des Berichtes aus Constantinopel erregt Zweifel auch an der Richtigkeit der anderen, zumal bei dem Thatbestande vorher und nachher. Wir haben von dem französischen Gesandten Ferriol in Constantinopel, der, wie einst sein Vorgänger vom Jahre 1683, für sich kein Bedenken trug, die Türken zum Kriege gegen den Kaiser anzufeuern, wiederholt vernommen, daß die Türken die Schranken des Carlowitzer Friedens nicht durchbrechen wollten. Aber Rakoczy redet hier von der Zeit zu Ende 1709 und Anfang 1710. Damals wurde Ferriol irrsinnig, und es folgte ihm

[1]) Fiedler Bd. II, S. 90, 95. — Man vergleiche Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 589.

[2]) Fiedler Bd II, S. 7.

bald Desalleurs als Gesandter. Wir haben erfahren, daß Desalleurs im Auftrage Ludwigs XIV. den Türken einen Angriff auf den Kaiser abrieth, damit sie nur mit dem Czaren zu thun hätten. Dies wußte Rakoczy freilich nicht. Vielmehr war er die Mittelsperson, durch welche Ludwig XIV. den Czaren in Täuschung erhielt. Rakoczy stattete sogar, im Juli, seine Agenten in Constantinopel, Papai und Horvath, mit Empfehlungen an Desalleurs aus und mit der Bitte, bei der Pforte sich zu ihren Gunsten zu verwenden [1]).

Aus allen diesen Thatsachen aber folgt, daß, welche Beredungen auch immer zwischen Agenten Rakoczys und türkischen Ministern gepflogen sein mögen, eine Zusicherung solcher Art von Seiten der Pforte, wie sie Rakoczy im Beginne 1710 in Berlin und später im Haag geltend machen ließ, nicht wahrscheinlich ist.

Welche Aussicht aber auch immer von Seiten der Türken den Agenten des Franz Rakoczy gemacht sein mag, sie ging unter im Laufe des Jahres 1710, als Desalleurs und die anderen Helfer Carls XII. in Constantinopel ihre Thätigkeit entwickelten.

Unzweifelhaft war die Stimmung am Hofe von Berlin für Rakoczy günstig. Auch seine besonderen Beziehungen, wie mit dem Hofprediger Jablonski, so mit St. Julien-Ancillon dauerten fort [2]), obwohl ein Ergebnis derselben nicht ersichtlich ist. Ueberhaupt aber war der Berliner Hof nicht der entscheidende Ort, sondern konnte nur fördern.

Clement erhielt von Berlin aus Empfehlungen mit an Marlborough im Haag. Zugleich hatte er dort einen eifrigen Fürsprecher an dem preußischen Gesandten Schmettau. „Er hat, meldet Clement, einst vom Kaiser in Schlesien Verfolgung erlitten und ist ihm feindlich gesinnt. Aber er handelt hierin auch aus dem Geiste des Christenthums und leistet gute Dienste, indem er sich auf die Autorität des Königs beruft, vor welchem die Holländer nunmehr Respect haben. Es wird nothwendig sein, ihm einige Fässer guten Weines herauszusenden" [3]).

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 471.

[2]) A. a. O. II. K., p. 590.

[3]) Fiedler Bd. II, S. 119. Vom Juli 1710.

Wie ſchon die Faſſung der letzten Aufforderung andeutet, kamen Sendungen von Fäſſern Tokayer ſehr häufig zur Anwendung, ſo z. B. bei Marlborough [1]), bei Heinſius [2]), bei Strafford [3]). Clement gab ſogar den Rath, daß Rakoczy den ruſſiſchen Miniſtern Menzikoff, Golovkin, Safiroff Weinberge von Tokay ſchenken möge. Behalte man Ungarn, ſo werde es Mittel geben, die Beſchenkten abzufinden. Könne man es nicht behaupten, ſo ſei es nützlich, daß dieſe Ruſſen für dies erhaltene Geſchenk Freunde bleiben. Denn es gebe keine Worte für die Neigung der Ruſſen zum ungariſchen Weine [4]).

Marlborough empfing den Agenten Rakoczys mit gleicher Höflichkeit wie das Jahr zuvor. Er verſtieg ſich zu den Worten: er wolle nicht bloß ſich den Fürſten Rakoczy und die ungariſche Nation verpflichten, ſondern wiſſe auch, daß er in dieſer Sache das Werk Gottes fördere [5]). — Minder entgegen kommend erſchien zu Anfang der Rathspenſionär Heinſius. Er hob hervor, daß die Berichte von kaiſerlicher Seite über den Stand der Dinge in Ungarn ungünſtig für Rakoczy lauteten. Nach der Verſicherung Clements gelang es ihm, die Einwürfe von Heinſius völlig zu widerlegen [6]).

Die Denkſchriften Clements für Marlborough und Heinſius ſtellten ſtärker noch als es in Berlin geſchehen war, die Verbindung Rakoczys mit den Türken in Ausſicht. Die Worte Rakoczys darüber lauten: „Die Pforte hat verſichert, daß ſie bereit ſei uns zu helfen, wenn wir ihr Erlau, Neuhäuſel und die anderen früher von ihr beſeſſenen Feſtungen einräumen. Wir erwarten nun die endliche Reſolution der verbündeten Mächte. Bleibt ſie aus oder vermag ſie nicht die Schwierigkeiten zu heben, ſo geben wir allen chriſtlichen Fürſten unſeren feſten Entſchluß kund, uns den Türken zu unterwerfen, zum großen Nachtheile der Chriſtenheit. Denn wir ſehen, daß wir von den Miniſtern des Hauſes Oeſterreich nichts Anderes zu erwarten haben

---

[1]) Murray vol. IV, p. 494.
[2]) Fiedler Bd. II, S. 119.
[3]) A. a. O. S. 371.
[4]) A. a. O. S. 122.
[5]) A. a. O. S. 111.
[6]) A. a. O. S. 112.

als grauſame Verfolgungen, beſtändige Todesſtrafen und eine harte Sclaverei“ [1]).

Während dann Clement, mit der Hülfe Schmettaus, eine Antwort auf die Bitte Rakoczys um die nachdrückliche Vermittelung der Seemächte betrieb, gelangte an ihn ein neues Schreiben Rakoczys mit jener Antwort des holländiſchen Geſandten in Wien, Hamel Bruininx, vom December 1709. (S. 342.) Bei dem Stande der Dinge, wo ein engliſcher Geſandter neben dem holländiſchen in Wien nicht anweſend war, wo dagegen die Spannkraft des Aufſtandes täglich nachließ, hatte Bercſeny in einem Schreiben ſeinerſeits an Clement nicht Unrecht, die Antwort zu bezeichnen als einen abſoluten Verzicht der Seemächte auf die Vermittelung [2]).

Hamel Bruininx hatte aber jene Antwort nicht in officieller Form gegeben, ſondern wie perſönlich für ſich. Der Verlauf der Dinge zeigt, daß Heinſius damals, im April, noch keine Kunde davon hatte. Es fragte ſich alſo nun, ob die Republik und England die Antwort gut heißen würden.

Auf die Beſchwerde Clements über dieſe Antwort zeigte ſich der Rathspenſionär ſehr verwundert [3]). Der Geſandte, ſagte er, habe keinen Auftrag dieſer Art gehabt, habe aber Vollmacht, in entlegenen Angelegenheiten zu handeln, wie er es dem Beſten ſeines Vaterlandes entſprechend erachte, und habe vielleicht aus dieſer ſeiner Meinung ſo geredet. Man werde jedoch ihm eine gute Lection überſchreiben.

Heftiger als Heinſius ſprach ſich Marlborough gegen Hamel Bruininx aus, mit den Worten: Ce n'est pas un coup d'un honnête homme, non plus d'un ministre. Er fügte hinzu: unzweifelhaft ſei Hamel Bruininx von den Kaiſerlichen beſtochen.

Aber es handelte ſich um eine Antwort auf das eigentliche Verlangen von Franz Rakoczy, nämlich eines Druckes auf den Kaiſer für die Zulaſſung der ſeemächtlichen Vermittelung. Am 18. April ward ſie von Marlborough im Namen der Königin und der Generalſtaaten, im Beiſein des Rathspenſionärs, des Lords Townſhend, des preußi-

[1]) Schreiben Rakoczys vom 27. December 1709, bei Fiedler Bd. II, S. 199.
[2]) A. a. O. S. 93.
[3]) A. a. O. S. 113.

ſchen Geſandten Schmettau, dem Agenten Clement und einem Abgeſandten von proteſtantiſchen Ständen in Ungarn, Namens Birndorf, ertheilt. Die Königin und die Generalſtaaten, ſagte er, hätten, eingedenk ihres Verſprechens vom Jahre zuvor, ihre Geſandten in Wien beauftragt, in nachdrücklicher Weiſe dem Kaiſer ihre Vermittelung anzubieten. Dies ſei geſchehen; aber nach den glücklichen Erfolgen der Waffen der Verbündeten und beſonders auch denen der Kaiſerlichen in Ungarn, ſei der Wiener Hof übermüthiger geworden. Darum falle es nicht den Verbündeten zur Laſt, daß ihre Schritte nicht den gehofften Erfolg gehabt. Viel allerdings liege auch an dem Miniſter. Marlborough wiederholte dann vor dieſen Zuhörern ſeinen ſcharfen Tadel gegen Hamel Bruininx. Das Verhalten desſelben, ſagte er, gezieme ſich nicht für einen rechtſchaffenen Mann, noch für einen Chriſten, und noch weniger für den Miniſter einer freien Republik. Da jedoch Geſchehenes ſich nicht ändern laſſe, ſo verſicherte er, die verbündeten Mächte würden es ſich angelegen ſein laſſen, daß der Erfolg ihren Abſichten entſpreche. In Betreff der Fortſetzung oder Wiederaufnahme der Vermittelung würden an die ſeemächtlichen Geſandten in Wien die Befehle ergehen, abermals darauf zu dringen. Der Einſchluß dagegen Rakoczys und der conföderirten Stände in den allgemeinen Frieden ſei von Seiten der Seemächte unmöglich. Rakoczy möge den König von Frankreich bitten, den Vorſchlag zu machen, möge ſich auch an den nunmehr ſo mächtigen Czaren halten. Die türkiſche Hülfe erſcheine unſicher, und, auch wenn ſie ſicher wäre, wegen der Conſequenz der allgemeinen Abneigung, gefährlich. Wenn Rakoczy ſich auf dieſelbe nicht einlaſſe, ſo werde man ihm einen ehrenhaften Frieden verſchaffen, geſchehe auch in Ungarn was da wolle [1]).

Die Weiterreiſe nach England rieth Marlborough dem Clement ab: das Intereſſe des Rakoczy erheiſche vielmehr, daß ihm bald eine genaue und ſichere Nachricht gegeben werde. Clement entgegnete: Rakoczy wiſſe bereits alles dies genau. Die eigentliche Abſicht ſeiner Sendung ſei, endlich von den verbündeten Mächten eine poſitive Reſolution zu erhalten. Er erbitte die gegebene Antwort ſchriftlich.

---

[1]) Dieſe letzten Worte in dem ſpäteren Berichte Clements für den Kaiſer, bei Fiedler Bd. II, S. 18.

Marlborough wich aus. — Noch am selben Tage, dem 18. April, fuhr er mit dem Prinzen Eugen ab zum Feldzuge nach Flandern [1]).

Clement versuchte bei dem Rathspensionär eine schriftliche Antwort zu erlangen. Heinsius erwiederte, das sei gefährlich und ganz besonders schädlich, wenn etwa die Schrift in die Hände der Kaiserlichen geriethe. Rakoczy möge sich darauf verlassen, daß die Generalstaaten bei ihren Beschlüssen beharren würden. — Clement befragte Townshend und Schmettau. Sie antworteten: Marlborough und der Rathspensionär seien, wie die tröstliche Antwort bezeuge, für Rakoczy sehr wohl gesinnt; aber nach ihrer Kenntnis der Sachlage habe Marlborough die Weiterreise des Clement nach England deshalb gehindert, damit nicht dort, wo sein Ansehen im Sinken, ihm die Sache aus der Hand genommen werde. Man möge daher nicht unterlassen, die nun so aufrichtig angesponnene Sache durch eine Botschaft bei der Königin zu betreiben [2]).

Clement reiste zurück zuerst nach Berlin. Dort versicherte ihm Friedrich I., daß seine Ansichten mit den im Haag ausgesprochenen überein stimmten, bis auf die Frage der Türken. Denn besser sei es, meinte er, das äußerste Heilmittel zu versuchen, als sich einem so brutalen Ministerium, wie dem Wiener, ohne Sicherheit hinzugeben. Nur Eile thue noth, damit nicht die Verbündeten eine Gelegenheit fänden, die Türken zu hindern [3]).

Die Mühe des Hinderns hatte in diesem Falle, wie wir gesehen haben, Ludwig XIV. bereits auf sich genommen.

Für das Verhalten dieser Vertreter der Seemächte dürfte dieselbe Kritik, die der Magyar Vetes im Jahre zuvor über dasselbe an Rakoczy gerichtet (S. 337, 345), auch dieses Mal zutreffend sein, nur freilich in noch schärferem Maße.

Zu Wien befand sich noch der Holländer Hamel Bruininx, der für sich persönlich, im December 1709, abgelehnt hatte, sich an der Sache zu betheiligen. Ein neuer englischer Gesandter, der General

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 118. Hauptbericht vom Juli.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. S. 119.

Palmes, traf im Mai ein. Demnach hatte es sich zu zeigen, welchen reellen Werth jene Antwort Marlboroughs hatte.

Inzwischen hatten sich aber seit der Antwort Carls XII. in Bender an Desalleurs, im März, die Dinge in den Augen Rakoczys dahin geändert, daß er hoffen dürfe auf den Frieden zwischen dem Czaren Peter und Carl XII. durch die Vermittelung Ludwigs XIV. und sein eigenes eifriges Zuthun, demnach auch auf Belohnung von dem Czaren. In der That herrschte das ganze Jahr 1710 hindurch, wo auch der Czar Peter sich derselben Hoffnung des Friedens nach dem damaligen Stande der Dinge hingab, zwischen ihm und Franz Rakoczy ein besonders gutes Einvernehmen. Ungeachtet daher, daß Rakoczy in Ungarn täglich an Boden verlor, standen seine und der geringen Zahl seiner Mitwisser Hoffnungen sehr hoch. Bercseny meinte, daß, wenn nur nicht der Türke mit seinen Kriegsvorbereitungen und Gerüchten störend dazwischen fahre, so werde bald der Czar vermögen, die Sache Ludwigs XIV. in Westeuropa herzustellen; denn allein in Polen und Lithauen habe er 100,000 Mann regelmäßiger Truppen [1]).

Der Czar Peter bethätigte seine Gesinnung für Rakoczy dadurch, daß sein Gesandter Urbich sich von Wien aus in der Stille nach Munkacs zu Rakoczy begab, im Mai, um die Meinung Rakoczys über den Frieden zu vernehmen. Nach der Rückkehr Urbichs wurde sein Schritt kund und ihm in Wien nicht wohl aufgenommen. Einen Ungar, Sugo, den Urbich als Deputirten Rakoczys mitgenommen, ließ der Feldmarschall Palffy in Preßburg in Haft nehmen. Es gelang jedoch Urbich, in Wien die Befreiung zu erwirken [2]).

Der Anfang schien für die Absicht einer Vermittelung nicht günstig. Dagegen trugen die kaiserlichen Minister kein Bedenken, dem Gesandten Urbich auf seinen Wunsch die Bedingungen mitzutheilen, unter denen der Kaiser zum Frieden bereit sein werde. Die hauptsächliche derselben war: Rakoczy habe für sich und die conföderirten Stände ein Submissions-Schreiben einzureichen, und darin um Pardon zu bitten, so wie um die Restitution der Güter, Rechte und Freiheiten, der Geistlichen wie der Weltlichen, auch im voraus seine Zustimmung

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 651. Vom 27. December.
[2]) A. a. O. p. 532; II. O., III. K., p. 450.

zu den Beschlüssen des in Preßburg versammelten Reichstages zu erklären. Alsdann werde der Kaiser, um dem Lande den Frieden und die Ruhe zurückzugeben, und in Rücksicht auf den Czaren, von seinem Rechte und der Schärfe abstehen und Gnade walten lassen [1]).

Der Graf Wratislaw, der dem Gesandten diese Mittheilung machte, betheuerte dabei, daß er in diesem Falle der erste sein würde, die ihm geschenkten Rebellengüter, nämlich des Hauses Forgacs, die er zum Theile schon in Besitz hatte, wieder abzutreten. Er zweifelte nicht, daß auch die Anderen seinem Beispiele bald folgen würden. Der Cardinal von Sachsen-Zeiz, Primas von Ungarn, bestätigte alles dies.

Urbich zog aus diesem Verhalten von kaiserlicher Seite den Schluß, daß der Kaiserhof die Vermittelung, die, von Seiten der Seemächte angetragen, er formell nicht annehme, von Seiten des Czaren indirect zulasse. Nach seiner Ansicht würde es für Rakoczy rathsam sein, sich mit dem Kaiser einstweilen so gut wie möglich zu vergleichen und dann auf bessere Zeiten und den Sterbefall des Kaisers zu harren. — Es war ja kein Geheimnis mehr, daß, der Wahrscheinlichkeit nach, der Kaiser Joseph I. söhnelos sterben werde.

Zugleich jedoch sprach Urbich nach Moskau seine Ansicht aus: Rakoczy werde den Krieg fortführen, wenn der Czar ihn mit Mannschaft oder Geld unterstützen werde.

Die Andeutung Urbichs auf den Todesfall des Kaisers Joseph I. hatte er für Rakoczy selber näher dahin bestimmt, daß er dann dem Könige August II. die ungarische Krone anbieten solle. Rakoczy war nicht dieser Ansicht. Die sächsischen Minister, meinte er, erstrebten schon die Heirath des Kurprinzen mit einer Erzherzogin, um ihm dadurch den Weg zur Kaiserkrone zu bahnen. Er schildert die möglichen Folgen. Er meint, es liege nicht im Interesse des Czaren, daß ein Fürst die Kaiserkrone, die polnische, die ungarische auf sich vereinige. Und dann macht er eine rasche Wendung mit den Worten: „Ich sehe nicht ab, warum der Czar die ungarische Krone lieber für August II. als für seinen eigenen Sohn wünschen sollte. Denn der Besitz der ungarischen Krone ist der erste Schritt zum oströmischen Kaiserthume.

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 532. Urbichs Bericht vom 18. Juni.

Darüber läßt ſich Vieles ſagen; aber es bedarf eines feſten Entſchluſſes, und nicht des Zagens der Miniſter“ [1]).

Eben demſelben Könige Auguſt II. hatte aber Franz Rakoczy die ungariſche Krone nicht bloß Einmal angetragen, ſondern zweimal. Das erſte Mal im Jahre 1706 (vgl. Band XII, S. 163). Das zweite Mal erſt wenige Monate vorher (S. 341). Er hatte ſie auch Anderen angeboten, je nach der wahren oder ſcheinbaren Lage der Dinge, ſich gleich bleibend nur in dem Beſtreben die Krone nicht demjenigen zu belaſſen, welcher ſie rechtmäßig beſaß.

Der ruſſiſche Geſandte begnügte ſich nicht mit jener ſeiner Hoffnung, indirect die Vermittelung des Czaren einzubringen. Er trug ſie direct an. Sie wurde nicht angenommen [2]).

Es fragte ſich dann um die Bethätigung der hochfahrenden Worte Marlboroughs, vom 18. April. Der engliſche Geſandte Palmes in Wien ſagte den kaiſerlichen Miniſtern: die Königin hoffe, daß, weil das trügeriſche Verhalten der Franzoſen (in Geertruidenberg) die Fortdauer des Krieges ankündige, der Kaiſer ernſtlich die Nothwendigkeit erwägen werde, einerſeits den Herzog Victor Amadeus zufrieden zu ſtellen, andererſeits die ungariſchen Wirren zu beenden; denn das Letztere werde unfehlbar bald die Franzoſen zur Vernunft bringen. Palmes wies dann, wie Rakoczy es gewünſcht, auf die Gefahr hin, daß die Malcontenten in Ungarn ſich und die Feſtungen des Landes den Türken überliefern würden. „Ich ermangele nicht, fügt er hinzu, die Miniſter hier damit zu beunruhigen“ [3]).

Von einem Angebote, oder gar von einem Aufdringen der ſeemächtlichen Vermittelung, wie Marlborough im Haag dem Clement in Ausſicht geſtellt, ſchweigen die Berichte dieſes engliſchen Geſandten. Er erfuhr von Urbich, daß Rakoczy, der willig ſei die Vermittelung des Czaren anzunehmen, für ſich das Fürſtenthum Siebenbürgen verlange. Der Engländer erkannte an, daß der Kaiſerhof dies nie bewilligen werde, zog aber daraus nicht den Schluß, daß Rakoczy, wenn er wirklich den Frieden wolle, dieſe Forderung aufgeben müſſe, ſondern

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 120. Dort bezeichnet als Projectum literarum etc. Vom 21. Juni.

[2]) A. a. O. II. O., III. K., p. 453.

[3]) A. a. O. p. 452. Vom 9. Auguſt.

daß keine Rückſicht den Kaiſerhof vermögen werde, die Differenzen anders zu beenden als durch das Niederſchlagen der Malcontenten [1]).

Dennoch wurde die Frage des Angebotes der Vermittelung in London wiederholt erwogen. Nach der Rückkehr des Clement vom Haag und Berlin entſchloß ſich Rakoczy, noch einmal direct die Königin um ihr Einſchreiten zu erſuchen. Am 30. Auguſt richtete er an ſie, an die Generalſtaaten, an den König Friedrich I. je ein dringendes Schreiben, erfüllt mit ſchweren Anklagen gegen den Kaiſer und namentlich gegen deſſen Miniſter [2]). Dasjenige an die Königin von England ſcheint ſofort Wirkung gethan zu haben; denn ein Handſchreiben der Königin zu Gunſten Rakoczys und des Herzogs Victor Amadeus an den Kaiſer iſt datirt vom 5./16. September [3]). Das Schreiben iſt weſentlich eine Wiederholung derſelben Rede, welche Palmes an die kaiſerlichen Miniſter gerichtet hatte. — Es iſt dabei ſehr merkwürdig, daß die Königin, welche wenige Tage zuvor einen Rath des Kaiſers, der doch eigentlich nur eine Antwort auf ihre Mittheilung war, ſo übel aufgenommen, daß ſie das Gegentheil desſelben that, nun unaufgefordert den Kaiſer erſuchte, ſich mit ſeinen aufſtändiſchen Unterthanen zu vertragen. Nicht ausdrücklich in den Worten, aber in der Sache ſelbſt lag abermals die Parteinahme für Rakoczy, deſſen Beziehungen zu Ludwig XIV. doch nun endlich auch in Kenſington nicht mehr unbekannt ſein konnten.

Die ſchwere Frage aber war, dieſe weder gerechte noch kluge Parteinahme weiter zu bethätigen. Das Gelüſte des Antrages der Vermittelung war da; aber der Geſandte Palmes wußte, daß der Graf Wratislaw wiederholt ſich ausgeſprochen: der Kaiſerhof werde in keiner Weiſe eine abermalige Einmiſchung der Seemächte in die ungariſchen Angelegenheiten geſtatten [4]). Vor der ſicheren Ausſicht auf einen Abſchlag erlahmte der Eifer. Unterdeſſen veränderten die Waffen die Sachlage.

[1]) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 453. Vom 13. Auguſt.
[2]) Fiedler Bd. II, S. 456 u. f.
[3]) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 456.
[4]) A. a. O. p. 458.

Der Feldzug in Ungarn.

Am Ende des Jahres 1709 zeichnet Rakoczy die Stimmung unter den Seinigen mit den Worten: „Es iſt mir ſehr hart zu ſagen, daß das ganze Königreich in der Ueberzeugung lebt, den Waffen der Deutſchen nicht widerſtehen zu können, und daß ein Jeder, bei dem barbariſchen Verfahren der Deutſchen an der eigenen Rettung verzweifelnd, ſeine Treue für das Vaterland lieber durch ein freiwilliges Exil, als durch eine mannhafte Vertheidigung beweiſen will“ [1]).

Rakoczy ſchrieb dieſe Worte nieder im Angeſichte der Bedrohung von Leutſchau, deſſen Beſatzung, zum großen Theile aus Ueberläufern beſtehend, ſich gegen den kaiſerlichen General Löffelholz mit Ausdauer vertheidigte.

Die Stimmung der kämpfenden Parteien ward, im Beginne des Jahres, heftig gereizt durch ein beſonderes Ereignis. Es gelang einem Streifcorps aus Neuhäuſel, den zum Kaiſer übergetretenen Oberſten Ozkay auf ſeinem Landſitze gefangen zu nehmen. Nach Neuhäuſel gebracht, ward er am nächſten Tage enthauptet. Zur Repreſſalie ließ der Feldmarſchall Heiſter zwei gefangene Oberſten der Aufſtändiſchen in Raab denſelben Tod erleiden, 18. Januar.

Vom erſten Monate des Jahres an begannen die Miserfolge der Aufſtändiſchen. Am 22. Januar ſchlug der General Sickingen ein Corps derſelben bei Sadock, unfern Szecſin, mit ſchwerem Verluſte. Wenige Tage ſpäter capitulirte die Beſatzung von Leutſchau. Der Verluſt für Rakoczy war doppelt; denn die Beſatzung trat für die Gewährung der Amneſtie in den kaiſerlichen Dienſt. — Bereſeny hatte eine große Reiterſchaar zuſammen gebracht, mit welcher er die Bergſtädte bedrohete. Es gelang Sickingen, am Ypoli dieſe Haufen völlig zu zerſprengen [2]).

Für den Beginn des eigentlichen Feldzuges war es bei den Kaiſerlichen die wichtige Frage, welchen der feſten Plätze man zuerſt anzugreifen habe. In Wien ward das Gewicht auf Erlau gelegt, bei der Armee überwog die Anſicht, daß das längſt, obwohl ungenügend,

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 580.

[2]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 393.

cernirte Neuhäusel endlich mit vollem Nachdrucke berannt werden müsse. Die Stimme des Feldmarschalls Heister drang durch. Wiederum jedoch gingen, nach der bei der Verwaltung der Kaiserlichen allzu oft hergebrachten Weise, zwei Monate durch den Mangel des Nothwendigen verloren, so daß erst im Juli die Belagerung begann. Am 23. September capitulirte Neuhäusel.

Der Gewinn dieser Festung, die letzte Waffenthat des Feldmarschalls Heister, war von großer Bedeutung. Denn eine Reihe von Jahren hindurch war Neuhäusel der feste Punct gewesen, von welchem aus die Aufständischen ihre Raubzüge nach Mähren und Nieder-Oesterreich hinein unternahmen [1]).

In der Voraussicht des Falles von Neuhäusel hatte Rakoczy die Stadt Szolnok an der Theiß stark befestigt, damit sie ihm als Waffenplatz zum Kriege an der Theiß diene. Im October langte der kaiserliche General Cusani davor an, nur erst mit Cavallerie. Als seine Aufforderung zur Uebergabe kein Gehör fand, war er, nach dem Berichte von Franz Rakoczy [2]), im Angesichte der festen Werke, schon zur Umkehr bereit, als er dennoch von der Festung aus den Trommelschlag der Chamade vernahm. — Der Gewinn von Szolnok gab freie Bahn für die Verbindung mit Siebenbürgen.

Dann erschien Palffy vor Erlau. Der Commandant, Paul Reday, wartete nur den Angriff ab, um zu capituliren [3]).

Ein Jahr zuvor hatte Rakoczy gemeint, daß der Papst Clemens XI. durch seine Mahnung an die Geistlichkeit Ungarns seine Autorität aufs Spiel setze. Anders urtheilt er in seinen späteren Denkwürdigkeiten über den Verlauf des Jahres 1710. „Alle katholischen Officiere und Edelleute, sagt er, wenn auch sonst noch so wenig eifrig, begannen dem Beispiele der Geistlichen zu folgen. In Folge dieser Intriguen verlor ich die zwei Festungen Szolnok und Erlau, auf die ich viel bauete" [4]). Ebenso ergaben sich in kurzer Frist die Städte Scepus, Bartfeld, Eperies.

---

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 398.
[2]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 147.
[3]) Wagner, Historia Josephi p. 401.
[4]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 147.

Dieſe Nachrichten erweckten in Wien die Hoffnung, daß es gelingen werde, den ungariſchen Krieg noch im Laufe des Winters zu beenden. Um ſo weniger war der Kaiſer geneigt, eine fremde Einmiſchung zuzulaſſen. Der Engländer Palmes hatte das Handſchreiben der Königin vom 5. 16. September überreicht; aber er erhielt keine ſchriftliche Antwort. Nur mündlich gab man ihm zu verſtehen, daß an die Zulaſſung einer engliſchen Vermittelung nicht zu denken ſei [1]). Allmählich wandelte ſich aber auch in dieſem Engländer Palmes das Urtheil über die Hinderniſſe des Friedens. Er war nach Wien gekommen, erfüllt von den Vorurtheilen ſeiner Heimat über Ungarn, die uns aus den Handſchreiben der Königin Anna an den Kaiſer entgegen treten. Er empfing dort wiederholt Befehle von Kenſington aus, den Kaiſer zum Frieden mit Ungarn zu mahnen. Aber bereits am 11. October meldet er an Lord Raby in Berlin, den beſonderen Gönner der Agenten Rakoczys, daß er geringe Hoffnung habe, weil das Verhalten auf ungariſcher Seite aller Regel widerſpreche [2]). Einen Monat ſpäter klagt er, daß die Ungarn noch auf den Czaren Peter vertrauen, wo doch dieſer zurückziehe. Es ſei nicht ſeine Abſicht, hatte der Czar ſagen laſſen, etwas zu thun, was dem Kaiſer misfalle. Nur als guter Nachbar habe er ſeine Vermittelung und ſeine Bemühungen anbieten laſſen. — „Dennoch, ſagt Palmes, können dieſe unglücklichen und übel berathenen Ungarn ſich nicht entſchließen, einen Schritt für ihre Sicherheit zu thun, wo doch die kaiſerlichen Waffen täglich vorrückten. Ihre beſten Freunde hier ſind der Anſicht, daß das geeignete Mittel, der Sache ein Ende zu machen, die Bitte um Amneſtie ſein würde" [3]). Es verging abermals ein Monat. Am 10. December meldet Palmes: „Die Nachricht der Einnahme von Erlau iſt da, und damit befeſtigt ſich die Hoffnung der Kaiſerlichen, den Krieg in dieſem Winter zu beenden. Ich ſelber beharre bei meiner Anſicht, daß den Ungarn nichts Beſſeres zu rathen ſei, als daß ſie ſich auf die Zuſage der Amneſtie hin unterwerfen, und im Uebrigen ſich auf einen freien Landtag berufen, an dem ſie ſelber Theil zu nehmen haben. Denn es iſt

[1]) Sein Bericht an Raby, vom 8. November, bei Fiedler Bd. II, S. 124.

[2]) A. a. O. S. 123: Modus enim agendi Hungarorum plane extraordinarius est.

[3]) A. a. O.

ganz gewis, daß an diesem Hofe sich Viele befinden, denen es zum Nutzen und Vortheile gereicht, wenn die Ungarn durch Waffengewalt bezwungen werden. Darum haben sie ihre Freude daran, daß die Häupter in ihrer Halsstarrigkeit verharren, und das einzige ihnen noch übrige Mittel, zu leidlichen Bedingungen zu gelangen, nicht ergreifen" [1]).

So das Urtheil des Engländers Palmes; aber es fragt sich doch, ob diese Richtung in der kaiserlichen Regierung die Oberhand erhalten konnte. Vielmehr eröffnete das Ausbleiben einer solchen Bitte von Seiten der Häupter des Aufstandes der kaiserlichen Regierung die Aussicht, die Aufständischen unter einander zu spalten. Die Fortschritte der kaiserlichen Waffen rückten einem jeden Einzelnen die Erwägung der Gefahr näher, die ihn an Leben und Habe bedrohe, wenn er im Aufstande beharre. Die Folge war, daß, wie Palmes meldet, täglich in Wien Gnadengesuche von Officieren der Aufständischen anlangten. „Diese Gesuche, fügt er hinzu, werden bewilligt für Leben und Habe, und dazu der Eintritt in den kaiserlichen Dienst" [2]). Palmes erfuhr aber auch, daß die kaiserliche Regierung darin noch einen Schritt weiter gehen, daß sie einen General-Pardon verkündigen werde, der nur die drei Häupter ausnehmen solle, also Rakoczy, Bercseny, Karoly [3]).

In der Erwägung alles dessen was vor seinen Augen vorging, ließ Palmes mehr und mehr die mitgebrachten Vorurtheile seiner Heimat über die ungarischen Wirren fahren, und näherte sich der Anschauung seines holländischen Collegen. „Herr Bruininx, meldet er, ist den Ungarn darum verdächtig geworden, weil er ihnen, ohne zu schmeicheln, aufrichtig die Wahrheit gesagt hat, die ihnen freilich verhaßt ist, weil sie gern sich an leeren Hoffnungen ergötzen" [4]).

Statt der Ungarn dürfte jedoch nur Franz Rakoczy zu setzen sein; denn es ist kaum zu denken, daß jenes Schreiben von Hamel Bruininx vielen anderen Ungarn zur Kunde gekommen ist.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 124.
[2]) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 467.
[3]) A. a. O. p. 466.
[4]) Fiedler Bd. II, S. 125.

Der Feldzug am Oberrheine.

Wie der Kurfürst Georg Ludwig schon im Januar der Königin Anna gemeldet, ersuchte er den Kaiser um die Entlassung vom dem Commando am Oberrheine. Der Kaiser ließ, am 12. März, die Beschwerden des Kurfürsten im Reichstage zu Regensburg zum Vortrage bringen. Daran knüpften sich die Erörterungen, die schon so oft und immer mit demselben geringen Erfolge gepflogen waren. Der Kurfürst ließ mit Nachdruck vorstellen, daß, wenn ein Jeder seine Pflicht für das Reich erfülle und sein Contingent stelle, das Reich auch allein ohne Bundesgenossen dem Werke Rath zu schaffen vermöge [1]). Der König-Kurfürst von Preußen-Brandenburg hatte geltend gemacht, daß seine Truppen in den Niederlanden in ihrer Anzahl für eine Armee gelten können, in der sich auch sein Reichs-Contingent befinde. Der Kurfürst Georg Ludwig erwiederte, daß das Reich sich die Truppen im Solde fremder Mächte nicht in Rechnung bringen lassen dürfe. Auch andere Reichsstände hätten Truppen in den Niederlanden, entbänden aber darum sich nicht von ihrer Pflicht, dem Reiche das Seinige zu leisten. Der Kurfürst hob ferner hervor, daß die vom Reiche bewilligten Gelder für die Kriegescasse nicht gezahlt seien, und daß man sogar vorwende, daß in Collectensachen die Mehrheit nicht gelte. Wenn solche Grundsätze geltend gemacht werden dürften, so sei die Auflösung da und das Reich habe ein Ende [2]).

In der Wirklichkeit war es doch kaum anders. Nur muß immer wiederholt werden, daß der Vorwurf darüber nicht das Reich als solches treffen kann, sondern diejenigen Glieder, welche ihre schuldige Pflicht nicht leisteten. Die vier Kreise Schwaben, Franken, Oberrhein und Kurrhein wiesen nach, daß sie ihr Reichs-Contingent stellten. Brandenburg dagegen hatte nur die drei ersten Jahre des Krieges sein Contingent gestellt, dann nicht mehr. Das Reich hatte eine Reichs-Kriegescasse bewilligt. Viele Reichsstände waren säumig zu zahlen. Brandenburg und Kursachsen zahlten gar nichts. — Und doch

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 15.
[2]) A. a. O. S. 20.

erhoben sie dann ihrerseits Forderungen. Brandenburg verlangte, daß zu der Neutralitäts-Armee, die zur Deckung gegen das schwedische Corps in Pommern dienen sollte, auch jene Kreise beizutragen hätten. Und darüber haderte man durch endlosen Schriftenwechsel in den hergebrachten, langsamen Formen.

In Betreff des Krieges gegen Frankreich einigten sich die drei Collegien endlich doch dahin, den Kurfürsten von Mainz zur Abfassung eines gemeinsamen Gutachtens aufzufordern. Dasselbe athmete den patriotischen Sinn, den Lothar Franz immer bekundet [1]). Aber den Worten des Stimmführers entsprachen nicht die Handlungen Anderer.

Der Kaiser willfahrte der wiederholten Bitte des Kurfürsten Georg Ludwig um die Enthebung vom Commando. Zugleich ward die seinem Hause verliehene neunte Kur vervollständigt durch ein Erz-Amt. Das Reichsgutachten darüber begann: „Man hat nach reifer Erwägung der Sachen und aller dabei betrachteten Umstände dafür gehalten, es hätten die von Ihrer kurfürstlichen Durchlaucht zu Braunschweig-Lüneburg je und allezeit dem Publikum in gegenwärtigem Kriege, nicht allein zu Dero und ihres hohen Hauses unsterblichem Nachruhme, sondern auch kaiserlicher Majestät und dem römischen Reiche dabei geleistete vortreffliche, viele Dienste, auch zu dem deutschen Vaterlande beständig hegende Liebe und noch ferner erweisender Eifer, eine rechte Erkenntlichkeit von kaiserlicher Majestät und dem römischen Reiche längstens erworben, und ist daher in Ansehung der großen Verdienste derselben geschlossen worden, daß Se. kurfürstliche Durchlaucht zu Braunschweig-Lüneburg vorgedachtes Erz-Schatzmeister-Amt, wie solches das Kurhaus Pfalz vorher inne gehabt, ohne Aufschub, als ein Reichs-Erz-Amt, Ihrer Kur beizulegen, und Se. kaiserliche Majestät auch das verlangte Reichs-Gutachten allerunterthänigst dahin, wie hiermit geschicht, zu erstatten." Am 3. April erfolgte die kaiserliche Genehmigung dieses Reichs-Gutachtens, und damit die endliche völlige Erledigung der Sache der neunten Kurwürde [2]).

Den Oberbefehl am Rheine übertrug der Kaiser dem Prinzen Eugen. Da jedoch dieser, der sich bereits in den Niederlanden befand,

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 31.

[2]) A. a. O. S. 41.

das Bedenken erhob, daß er nicht von einer Armee zur anderen eilen könne, ſo wurde der Feldmarſchall Gronsfeld für ihn an den Rhein delegirt.

Von allen bisherigen Feldzügen am Rheine war dieſer der thatloſeſte. Die Armeen, in ungefähr gleicher Stärke, welche die franzöſiſchen Berichte auf 45 Bataillone und etwa 70 Schwadronen angeben, lagen einander gegenüber, der Regel nach innerhalb ihrer Linien, die eine den Angriff der anderen fürchtend. Größer jedoch war die Furcht auf Seiten der Franzoſen wegen der Noth, die ſie litten, und welche ſo zahlreiche Deſertionen zur Folge hatte, daß Bezons, der nach der Erkrankung Harcourts den Oberbefehl erhielt, die völlige Auflöſung befürchtete [1]). Die erſehnten Winterquartiere machten der Noth ein Ende [2]).

Der Feldzug in Savoyen.

Die Differenzen des Herzogs Victor Amadeus mit dem Kaiſer, auf welche ſich der Erſtere im Jahre zuvor berufen, um nicht in Perſon ins Feld zu gehen, dauerten fort. Sie betrafen einige Gebietstheile, welche der Herzog nach dem Vertrage von 1703 für ſich verlangte, welche dagegen der Kaiſer für Reichslehen erklärte, über die ihm ohne Zuſtimmung des Reiches keine Verfügung zuſtehe. Die Differenzen waren noch verſchärft worden durch einen kaiſerlichen Erlaß vom 29. Juli 1709, den der Baron Neſſelrode, Biſchof von Fünfkirchen, im October, in den betreffenden Gebieten verkündet hatte. Dieſer Erlaß wies die Lehensträger an, für die darin benannten Reichslehen keine andere unmittelbare Oberhoheit anzuerkennen als diejenige des Kaiſers.

Darüber erhob Victor Amadeus bei den Seemächten, als den Garanten des Vertrages von 1703, ſchwere Klage. Er hatte bei ihnen drei Geſandte, die gewöhnlich ſich im Haag aufhielten, Maffei, Del Borgo, Mellarede, deren Thätigkeit für die Intereſſen ihres Herrn

---

[1]) Pelet t. X, p. 200, 206, 219.

[2]) A. a. O. p. 223.

dort der Anerkennung ſicher war [1]). Der Methode gemäß, welche wie im Norden Friedrich I., ſo im Süden Victor Amadeus, mit Gewandtheit in Anwendung zu bringen wußte, begleiteten ſie ihre Beſchwerde mit dem Zweifel, ob der Herzog, wenn ihm nicht zuvor Genugthuung widerfahre, ſeine Truppen ins Feld rücken laſſen werde.

Die Generalſtaaten faßten demgemäß, am 17. April, die Reſolution, dem Kaiſer den Vorſchlag zu machen, daß er, um den Anſprüchen des Herzogs entgegen zu kommen, ihn zum Vicar aller Lehen des Reiches in Italien ernennen, und im Uebrigen die Königin von Groß-Britannien und die Generalſtaaten als Schiedsrichter anerkennen möge. Die Königin ließ ihre Zuſtimmung ausſprechen. Victor Amadeus begrüßte den Vorſchlag mit Freude. Nicht ſo der Kaiſer. Er ließ erwiedern, daß es, nach der von ihm beſchworenen Wahl-Capitulation, nicht in ſeiner Macht ſtehe, das Vicariat des Reiches in Italien weiter auszudehnen, und eben ſo wenig, fremde Mächte als Schiedsrichter über Lehen des Reiches anzuerkennen. Er hob hervor, daß die verweigernde Haltung der Generalſtaaten gegen die Anſprüche des Königs von Preußen auf Obergeldern ganz ähnlich liege, wie die ſeinige gegenüber dem Herzog Victor Amadeus. Er gebe ſich alſo der Hoffnung hin, daß die Generalſtaaten nicht von ihm etwas verlangen würden, was ſie im ähnlichen Falle zu thun ſich weigerten [2]).

Dies iſt im Weſentlichen der Standpunct, auf dem man beiderſeits beharrte. Victor Amadeus ging perſönlich nicht zu Felde, und im Haag gab man ſich willig dem Glauben hin, daß er durch Krankheit verhindert werde [3]). Demnach verblieb wie im Jahre zuvor das Commando dem Feldmarſchall Daun, dem wieder der franzöſiſche Marſchall Berwick gegenüber ſtand.

Die Dauer des Schnees in den Alpenpäſſen verzögerte, wie gewöhnlich, den Beginn des Feldzuges ſo ſehr, daß Berwick für den Monat Mai bei der Armee in Flandern verweilen konnte. Am 27. Juni traf er in Briançon ein. Er fand eine Armee vor von 70 Bataillonen und reichlich 30 Schwadronen. Die Stärke der

[1]) Lamberty t. VI, p. 180.
[2]) A. a. O. p. 204.
[3]) A. a. O. p. 210.

Verbündeten an Infanterie war etwa gleich, an Cavallerie das Doppelte [1]).

Im Beginne Juli rückte Daun von Coni aus gegen das Thal von Barcelonette vor, um ſich desſelben zu bemächtigen. Berwick glaubte den Plan zu erkennen, der von da aus auf das Ueberſchreiten der Durance und auf den Beſitz von Gap gerichtet ſei. Von dort aus war eine Anknüpfung mit den Misvergnügten im Dauphiné möglich. In dieſer Meinung wurde Berwick beſtärkt durch die gleichzeitige Meldung einer Landung von Seiten der Verbündeten in Cette. Von dort her gelangte an ihn die Aufforderung Truppen zu ſenden, weil zu befürchten ſtehe, daß jene Landung nur dazu dienen ſolle, den Misvergnügten einen Stützpunct zu verſchaffen. Berwick dagegen war der Anſicht, daß er die feindlichen Plane wirkſamer durchkreuze, wenn er eine ſolche Stellung einnähme, die ſeinem Gegner Daun es unmöglich mache, mit der Hauptmacht weiter weſtwärts vorzudringen. In der That ward das Unternehmen auf Cette durch den raſchen Anmarſch des Herzogs von Noailles aus Rouſſillon ſo bald vereitelt, daß eine Erhebung von Misvergnügten nicht erfolgte. Daun dagegen, vorausſehend nicht weiter durchdringen zu können, trat im Auguſt den Rückmarſch an [2]).

So ſtellt Berwick die Sache dar; aber für den geringen Erfolg dieſes Feldzuges auf Seiten der Verbündeten wirkte noch ein Moment mit, das ihm unbekannt blieb. In der Armee Dauns befanden ſich widerwillige Elemente, nämlich die 8000 Mann Preußen im Solde der Seemächte. Von kaiſerlicher Seite ward die Anklage erhoben, daß dieſe Truppen unerhörte Erpreſſungen verübten. Sie dagegen behaupteten, daß von kaiſerlicher Seite man ſie Mangel leiden ließe. Jedenfalls war ein Gegenſatz da, der die Actions-Fähigkeit der Armee lähmte [3]).

Am kaiſerlichen Hofe entwickelte ſich daraus der Wunſch dieſer Truppen los zu werden und ſie durch eigene zu erſetzen. Denn das Erlöſchen des Brandes in Ungarn ſtand in naher Ausſicht und damit

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 62.
[2]) A. a. O. p. 65 et suiv. — Vgl. Pelet t. X, p. 164.
[3]) Lamberty t. VI, p. 210.

die Fähigkeit einer ſtärkeren Kraftentwickelung nach außen. Aber an mehr als Einem Orte in Italien ward dieſer Plan der Verſtärkung der kaiſerlichen Macht in Italien mit Argwohn aufgenommen, und nicht zum wenigſten in Turin. Victor Amadeus ließ im Haag Widerſpruch erheben[1]).

Dies Verhältnis mag beigetragen haben, in dem windungsreichen Herzog Victor Amadeus neue Gedanken anzuregen. Beim Beginne des erſten großen Krieges von 1689 an war er franzöſiſch geweſen, dann 1690 zu den Verbündeten übergegangen, und 1696 wieder franzöſiſch geworden, jedes Mal mit Vortheil. Wiederum war er beim Beginne des zweiten großen Krieges, im Jahre 1701, franzöſiſch geweſen, dann, im Jahre 1703, wieder übergelaufen, mit erheblichem Nutzen. Nun war Ludwig XIV. in Bedrängnis. Es mochte dem Herzoge ſcheinen, daß der König, um des läſtigen Feindes im Südoſten los zu werden, ſich zu erheblichen Conceſſionen herbeilaſſen werde.

Zu Ende Auguſt gelangte an den Marſchall Berwick von einem Mönche Arnaud her, deſſen ſich der Herzog Victor Amadeus oft bediente, die Mittheilung, daß der Herzog gern bereit ſein würde, Friedensvorſchläge anzuhören. Auf die Erneuerung dieſer Meldung bat Berwick in Verſailles um Inſtruction. Ludwig XIV., eifriger als Berwick, zauderte nicht ſie zu geben. Victor Amadeus ſchlug ein ähnliches Verfahren vor, wie er es von 1693 bis 1696 beobachtet, nämlich ſeine Verbündeten nicht öffentlich, ſondern nur heimlich zu verrathen, indem er für franzöſiſchen Lohn ſie hinderte. Das entſprach nicht der Meinung Ludwigs XIV., noch des Marſchalls Berwick. Eine Denkſchrift des Letzteren, die, wie zu erwarten, das Haus Habsburg als den eigentlichen Feind des Herzogs hinſtellte, bot ihm an das Königreich Lombardien und forderte, gegen die Subſidien, wie bisher von den Seemächten, die Vereinigung der Streitkräfte[2]).

Die Angebote genügten dem Herzog Victor Amadeus nicht. Er verlangte namentlich noch das Fürſtenthum Monaco dazu, welches, als das Beſitzthum eines Dritten, Ludwig XIV. ihm nicht geben zu

[1]) Lamberty t. VI, p. 210.

[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 72 et suiv.

können erklärte. Darüber zog sich die Sache hin bis in das Jahr 1711, wo von England her für Ludwig XIV. ein ungleich hellerer Stern aufging.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Verbündeten hatten den Feldzug in den Niederlanden begonnen, im April, mit dem Durchbruche der französischen Linien an der Scarpe, und dann Douay umschlossen. Der rasche Erfolg war zu nicht geringem Theile der irrigen Meinung in Versailles zu verdanken, daß die Verbündeten nicht vor dem Monate Juni im Felde sein würden [1]). Aber Ludwig XIV. war nicht Willens, die Stadt Douay ohne Hülfe zu lassen. Er gestattete dem Marschall Villars den Entsatz zu versuchen, selbst auf die Gefahr hin eines Treffens, wenn er einen Erfolg hoffen dürfe [2]).

Der Prinz Eugen und Marlborough, auf einen solchen Versuch gefaßt, hatten nicht bloß eins, sondern zwei Schlachtfelder abgesteckt, je auf den Ebenen von Lens, oder nach der Seite von Bouchain, um dort einen etwaigen Angriff abzuwarten [3]). Der Prinz Eugen war der Ansicht, daß die Franzosen nicht wagen würden, die Scarpe zu überschreiten, und bot für diese Meinung seinem Collegen eine Wette von 1000 Guineen an. Dennoch geschah es. Aber im Angesichte der verschanzten Lager kamen die drei Marschälle Villars, Berwick, Montesquiou, mit den anderen Generalen, zu der Ueberzeugung, daß ein Angriff die augenscheinliche Gefahr einer Niederlage der französischen Armee heraufbeschwören würde [4]). Der König stimmte zu. Damit war Douay, dessen Besatzung unter dem Commando des Generals Albergotti sich mit Ausdauer vertheidigte, sich selber überlassen. Dagegen empfahl Ludwig XIV. dem Marschall Villars an, seine Stellung so zu nehmen, daß Arras, der Schlüssel zur Picardie, und Cambrai dadurch gedeckt würden [5]).

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 60.

[2]) Pelet t. X, p. 28.

[3]) Murray vol. V, p. 29. Marlborough an den Kronprinzen von Preußen.

[4]) Pelet t. X, p. 39. Vom 31. Mai.

[5]) A. a. O. p. 41. Vom 1. Juni.

Je näher die Aussicht des Falles von Douay rückte, desto dringender ward diese Sorge des Königs für Arras und Cambrai. Villars wäre bereit gewesen, ein Treffen zu suchen, um dadurch auch eine etwaige Belagerung von Bethune zu hindern. Ludwig XIV. schlug ab, damit nicht darüber Villars die Sicherheit jener zwei Plätze aus dem Auge verlöre [1]).

Douay und das Fort Scarpe capitulirten, am 25. Juni, unter ehrenhaften Bedingungen. Für mehrere Tage erwogen die Heerführer der Verbündeten den weiteren Plan. Am 7. Juli meldet Marlborough, daß er auf ein Treffen gefaßt sei. Allein da Villars sich innerhalb seiner Linien hielt, so erschien es nicht zweckmäßig, weder ihn anzugreifen, noch Arras einzuschließen. Vom 14. Juli an traf man die Vorbereitungen rechts abzumarschiren und Bethune zu belagern [2]). Es geschah noch in der Hoffnung, daß Villars einen Versuch machen würde es zu hindern und dadurch eine Gelegenheit zum Schlagen bieten würde. Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung [3]).

Während der Belagerung von Bethune, die langsam vorwärts schritt, dauerte dasselbe Verhältnis. Villars wäre bereit gewesen zu schlagen: der König hielt ihn zurück. „Ich durfte herausfordern, sagt Villars, nicht angreifen" [4]). Indessen dürften doch diese Herausforderungen nicht so sehr nahe heran getreten sein; denn der sächsische General Schulenburg, der den einen der zwei Angriffe auf Bethune leitete, wie der holländische General Fagel den anderen, schreibt eben damals: „Der Prinz Eugen hat keine anderen Gedanken im Kopfe als zu schlagen, wann nur die Gelegenheit sich bietet" [5]). Eine solche Gelegenheit bot sich jedoch nicht. Es ist daher anzunehmen, daß Villars sich genau innerhalb der von Ludwig XIV. ihm angewiesenen Schranken hielt. Diese forderten die Deckung von Arras, Cambrai, Hesdin, so wie der Linien bis an das Meer, und untersagten darüber hinaus jegliche Action, die ein Wagnis erforderte [6]). Jene Plätze waren noch

---

[1]) Pelet t. X, p. 282. Vom 21. Juni.
[2]) Murray vol. V, p. 66, 70.
[3]) Pelet t. X, p. 64.
[4]) Mémoires de Villars t. II, p. 144.
[5]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 470.
[6]) Pelet t. X, p. 73.

feſte Riegel gegen das Eindringen der Verbündeten in das innere Frankreich, und für die Folgezeit durfte Ludwig XIV. hoffen auf den Umſchlag der Dinge in England.

Am 28. Auguſt, während die Armee der Verbündeten vor Bethune Freudenfeuer anzündete für die eben angelangte Nachricht des Sieges von Almenara in Spanien, ließ der Commandant in Bethune, Vauban, die Trommel zur Chamade rühren [1]). Am 31. zog die bisherige Beſatzung aus nach St. Omer.

Die Bewegungen der Verbündeten in den nächſten Tagen beließen bald keinen Zweifel mehr, daß es ihre Abſicht ſei, zwei Belagerungen zugleich vorzunehmen, diejenigen der einander ſehr nahe gelegenen kleineren Plätze Aire und St. Venant. Villars bat abermals um die Erlaubnis, die Gegner dort angreifen zu dürfen. Sie ward ihm verſagt wie früher, am 11. September [2]).

So klein dieſe Plätze, namentlich St. Venant, ſo hatten ſie ein vortreffliches Mittel der Vertheidigung an den Ueberſchwemmungen. St. Venant hielt ſich bis zum 2. October, Aire mehr als einen Monat länger, bis zum 9. November.

Der Gewinn des Feldzuges für die Verbündeten beſtand in den vier Plätzen Douay, Bethune, St. Venant und Aire. Der Verluſt dagegen betrug reichlich 40,000 Mann. Der Feldzug brachte in keiner Weiſe eine Entſcheidung. Denn weder war der ſtachelichte Feſtungsgürtel Frankreichs dort durchbrochen, noch konnte ſonſt der Verlauf auf Ludwig XIV. eine Wirkung üben, die ihn zum Frieden bereitwilliger gemacht hätte als er war.

Der wichtigſte der Feldzüge des Jahres 1710 war der an Wechſelfällen reiche in Spanien, der in den Hauptzügen eine Aehnlichkeit darbietet mit demjenigen von 1706.

[1]) Murray vol. V, p. 120. Die Berichte Marlboroughs an eine Reihe Fürſten.

[2]) Pelet t. X, p. 85.

Der Feldzug in Spanien.

Carl III. im Vortheile.

Während Ludwig XIV. vom Beginne des Jahres 1710 an die Verbündeten durch neue Friedensberedungen hinzuhalten ſuchte, die zu nichts führen ſollten, ließ er durch ſeinen Geſandten Iberville in Madrid von ſeinem Enkel die Erklärung einholen und dann in Frankreich verkünden, daß Philipp V., es möge gehen wie es wolle, entſchloſſen ſei, bei der ihm von Gott verliehenen Krone zu leben und zu ſterben[1]). — Daß Philipp V. es aufrichtig ſo meinte, wie er redete, dürfte nicht in Zweifel zu ziehen ſein. Dasſelbe gilt von ſeinem Vater, dem Dauphin, der am 2. Juni 1709 ſo entſcheidend für ſeinen Sohn eingetreten war. (Vgl. S. 239.) Der Großvater Ludwig XIV., der allein Wiſſende unter den drei, bedurfte einer ſolchen Erklärung vielleicht auch vor anderen Mitgliedern ſeines Hauſes. Denn es liegt nahe anzunehmen, daß ſein älteſter Enkel, der Thronerbe nach dem Dauphin, Herzog von Bourgogne, in der Sache geurtheilt habe, wie der einſtige Führer ſeiner Jugend, der Freund ſeines Mannesalters, der Erzbiſchof Fenelon. (Vgl. S. 253 u. f.)

Aber Philipp V., von ſeinem Standpuncte aus, redete und handelte aufrichtig. Im März gab er den Spaniern ſeinen Willen kund, zur Behauptung ſeiner Krone ſelber ins Feld zu gehen. Er war nicht mehr abhängig bloß von den Mitteln ſeines Großvaters. Die Anhänglichkeit namentlich der Caſtilier und Eſtramaduren hatte ihn in den Stand geſetzt, eine ſelbſtändige Armee zu errichten. Zu Anfang Mai brach er von Madrid nach Arragonien auf. Seine Abſicht war gerichtet auf die Belagerung von Balaguer, wo der Herzog von Noailles von Rouſſillon her zu ihm ſtoßen ſollte.

Aber auch für Carl III. hatten die Dinge ſich günſtiger gewendet. Verſtärkungen durch kaiſerliche und durch pfälziſche Truppen waren theils ſchon eingetroffen, theils auf dem Wege. Der General Stanhope, aus England zurückgekehrt, hatte Geld mitgebracht, und zugleich den Wunſch der Königin Anna, daß Carl III. ſich zur Armee

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIXa, S. 273.

begeben möge. Da auch von der Armee aus dann Starhemberg und Stanhope dieſe Bitte erneuerten, mit der Verſicherung, daß allem Anſehen nach der Feldzug günſtig ausfallen werde, ſo machte ſich Carl III. auf den Weg [1]). Wiederum alſo wie vier Jahre zuvor in und vor Barcelona, ſtanden die beiden jungen Könige perſönlich einander gegenüber.

Noch bevor Carl III. eintraf, hatte Philipp V. einen Miserfolg erlitten. Der Plan der Belagerung von Balaguer hatte zur Vorausſetzung, daß Noailles dort zu ihm ſtoßen werde. Aber Noailles blieb aus. Obwohl etwas ſtärker an Zahl als die Gegner, wagten doch Philipp V. und ſeine Generale Villadarias und Tzerclaes nicht, die durch eine Anſchwellung der Segra erſchwerte Belagerung fortzuſetzen, ſondern zogen zurück auf das rechte Ufer der Segra. Am 12. Juni ſtanden die Armeen einander gegenüber, diejenige Philipps V. von 25,000 Mann, diejenige Carls III. 19,000 Mann, aber in beſſerem Zuſtande als jene. Carl III. meldet, daß man ſchönere Truppen, beſonders an Infanterie, nicht leicht werde ſehen können. Man erwartete ein Treffen. Aber die Poſition, die Starhemberg eingenommen, erſchien den Gegnern zu ſtark: ſie wagten keinen Angriff.

Für mehrere Wochen lagen die Armeen, unfern von Balaguer, durch den Stromlauf der Segra getrennt, beobachtend einander gegenüber. Am 26. Juli traf bei der Armee Carls III. der General Wetzel mit Verſtärkungen ein. Zugleich vernahm man, daß die Armee Philipps V. ſich auf Lerida zurück ziehe. Starhemberg folgte. Um Mitternacht auf den 27. ſchickte er den General Stanhope mit der Cavallerie und tauſend Grenadieren voran. Bereits um 9 Uhr Morgens gewann Stanhope Fühlung mit dem Feinde, der jedoch, anſtatt anzugreifen, das Dorf Almenara an der Noguera beſetzte. Nachdem die Hauptarmee nachgekommen und zum großen Theile die Noguera überſchritten, wünſchte Stanhope, nach ſeinem Berichte, bereits um Mittag die vor ihm ſtehende feindliche Cavallerie anzugreifen. Starhemberg gab jedoch die Erlaubnis erſt gegen Abend. Der Erfolg war über Erwarten. Die Cavallerie Philipps V. wurde mit ſchwerem

[1]) Carl III. an Wratislaw, aus Portella, 23. Juni.

Verluste geworfen und zersprengt. Die einbrechende Nacht rettete die Armee Philipps V. vor der völligen Niederlage [1]).

Zum ersten Male wieder seit langer Zeit erklang aus Spanien eine Siegesnachricht Carls III. Sie traf im Haag ein am 20. August, und that sofort ihre Wirkung. Die Geheim-Deputirten der Generalstaaten traten mit dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf und dem englischen, Lord Townshend, zusammen, um eine nachdrückliche Verstärkung für Carl III. zu berathen [2]).

Am selben Tage fiel in Spanien ein noch ungleich stärkerer Schlag. Philipp V. und seine Armee, deren Commando er dem gegen die Portugiesen wiederholt siegreichen Marquis Bay übergeben, hatten sich von Lerida auf Saragossa zurückgezogen. Dahin folgten die Verbündeten. In der Nacht vom 19. auf den 20. August überschritten sie den Ebro bei Saragossa und stellten dadurch Philipp V. und Bay vor die Alternative, eine Schlacht anzunehmen oder die Stadt aufzugeben. Bay wählte das Erstere, um so mehr, da die Stellung fest erschien. Aber der Angriff erfolgte mit solchem Nachdrucke und die Infanterie auf Seiten Carls III. war so sehr überlegen, daß die spanischen Reihen brachen. Nach dem Berichte des englischen Generals Carpenter gebührte das Verdienst auch dieses Tages wie desjenigen von Almenara, in erster Linie dem General Stanhope [3]). Der eigentliche Kampf der Massen währte nur zwei Stunden, die Einzelnkämpfe und die Verfolgung der Trümmer noch sechs weitere. Die gesammte Artillerie und das Gepäck auf Seiten der Franco-Spanier war verloren. Bay vermochte nur 4000 bis 5000 Mann zu sammeln, mit denen er Tudela in Navarra erreichte. Philipp V. traf, am 24., als Flüchtling mit wenigen Begleitern in Madrid ein [4]).

Abermals, wie im Jahre 1706, schien seine Sache sehr schlimm zu stehen. Er richtete an seinen Großvater in Versailles die dringende Bitte, ihm einen der Marschälle zu schicken, Berwick oder Vendome.

---

[1]) Eingehende Berichte bei Lamberty t. VI, p. 158 et suiv. — Das Schreiben Stanhopes in Somerville, Queen Anne p. 636.

[2]) Lamberty t. VI, p. 165.

[3]) Der Bericht bei Somerville, Queen Anne p. 638.

[4]) Lamberty t. VI, p. 166 et suiv.

Ludwig XIV. entſandte Vendome, der ſeit ſeinem unglücklichen Feldzuge von 1708 nicht beſchäftigt war.

Berwick jedoch hielt es für ſeine Pflicht, als des Krieges in Spanien Kundiger ſein Gutachten einzuſenden. Die Hauptſache in demſelben war der Rath, Navarra feſtzuhalten, um die Verbindung mit Frankreich zu ſichern [1]).

Dieſelbe Frage lag nach der Schlacht dem Kriegsrathe in Saragoſſa vor. Zwei Richtungen waren darin vertreten: die eine ging dahin, auf Madrid zu marſchiren, und durch die Beſetzung der Hauptſtadt, andererſeits durch die Heranziehung der Streitkräfte der Verbündeten in Portugal, die Entſcheidung herbeizuführen; die andere, zunächſt durch die Verfolgung des Feindes nach Navarra und die Beſetzung dieſes Landes die Verbindung Philipps V. mit Frankreich abzuſchneiden. Der Vorſchlag des Marſches auf Madrid fand den lebhafteſten Fürſprecher an dem engliſchen General Stanhope, derjenige der Verfolgung der Feinde nach Navarra und der Beſetzung dieſes Landes den alleinigen an dem jungen Könige Carl III. [2]).

Wir ſehen, daß die Anſicht Carls III. im Weſen zuſammen ſtimmt mit derjenigen des Marſchalls Berwick.

Für den jungen König war es ein ſchwerer Nachtheil, daß er mit dem Führer ſeiner Armee, dem Feldmarſchall Starhemberg, ſich nicht immer gut verſtand. „Ich kann Euch im höchſten Vertrauen unter uns nicht verbergen, ſchreibt Carl III. an Wratislaw, daß, was die geringe Rückſicht auf mich betrifft, zwiſchen dem Feldzuge vor vier Jahren und dem jetzigen kein Unterſchied iſt. Eben ſo wenig wie damals wird jetzt auf meine Meinung gehört. Es iſt Vieles geſchehen, von dem ich vorher nicht das Geringſte gewußt habe, und zwar von allen Generalen, ſo ſehr daß ich im Kriegsrathe oft auch mit Starhemberg verſchiedener Meinung war, wo doch, wenn er zuvor ſich mit mir verſtändigt hätte, und wir zwei einig geweſen wären, wir viel Uebeles hätten ändern können und die Generale der Verbündeten auch nicht ſo viel nach ihrem Kopfe erlangt hätten."

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 69.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 9. November.

Aber die Misstimmung war gegenseitig, so sehr daß Starhemberg den Kaiser damals bereits um seine Abberufung ersucht hatte. Indem Wratislaw dem Könige Carl III. dies bestätigt, fügt er, zugleich in Antwort auf jene Klage, hinzu: „Nichts Anderes wird den Starhemberg so sehr zum Bleiben dort bewegen, als wenn Ew. Majestät ihm gute Worte geben, Ihr ganzes Vertrauen in ihn setzen und endlich auch seinem übelen Humor und natürlichen Fehlern und Gebrechlichkeiten mit Geduld nachsehen und abhelfen. Ich kann mit Wahrheit sagen, daß der Feldmarschall nichts davon geschrieben; jedoch geht aus anderen Berichten hervor, daß Ew. Majestät ihn in nichts auszeichnen, seine wohlgemeinte Vorstellungen öfters übel aufnehmen, selten etwas darauf beschließen, dagegen vorher mit Anderen überlegen, und dann so entscheiden, daß ihm dadurch weh geschieht, und oft selbst wider Ew. Majestät Interesse. Allein es sei dem wie ihm wolle, so ist gewis, daß weder der Kaiser, noch die verbündeten Mächte einen anderen General haben, der fähig wäre, dem wichtigen und verwirrten Commando dort vorzustehen. Daher ist aus der Noth eine Tugend zu machen. Freilich ist es zu bedauern, daß man Ew. Majestät Ansicht nicht gefolgt und nicht in Navarra eingerückt ist; aber das sind geschehene Sachen, auf die man nicht mehr zu sehen hat, sondern auf die Zukunft" [1]).

Ob die letzten Worte Wratislaws in dieser Weise richtig sind, dürfte fraglich sein. Jenes Schreiben Carls III. mit der Klage über Starhemberg ist abgefaßt *vor* dem nachtheiligen Umschwunge seiner Angelegenheiten in Spanien, dasjenige Wratislaws *vor* der Kunde dieses Umschwunges. Aber dieser Umschwung, das damals Künftige, hing folgerecht zusammen mit dem Beschlusse, nicht zuerst Navarra zu sichern, sondern auf Madrid zu marschiren.

Denn die Stimmung für diesen Beschluß erhielt im Kriegsrathe nach der Schlacht von Saragossa die Oberhand. Der hauptsächliche Vertreter dieser Richtung, der englische General Stanhope, pflegte in erster Linie ins Auge zu fassen, was daheim in England ihm Lob und Ehre erwerben würde. Es war von Anfang an das Unglück des Königthumes Carls III. in Spanien gewesen, daß er angewiesen war

[1]) Wratislaws Schreiben vom 15. Januar 1711.

auf fremde Kräfte, die andere Intereſſen vertraten als nur die ſeinigen. Es blieb auch ferner ſo. Je länger er in Spanien weilte, deſto ſehnlicher ward ſein Wunſch nach nur kaiſerlichen Truppen.

Der König Carl III. faßt ſeine Meinung über den Kriegsrath von Saragoſſa zuſammen in die Worte: „Alles Uebel kommt daher, daß alle Generale, die (im Kriegsrathe) geredet, haben auf Madrid laufen und nicht gleich den Feind verfolgen und in Navarra rücken wollen, wie ich allein der Meinung war und ſtark genug geredet habe. Ich habe die Wirkungen, ſo zu ſagen, Schritt für Schritt vorausgeſagt. Es wäre nicht geſchehen, wenn nur der Eine oder der Andere mir zugeſtimmt hätte. Da dies nicht geſchah, ſo wollte ich nicht capricios erſcheinen. Daher habe ich das Concluſum gemacht nach ihrer Meinung, jedoch mich dabei verwahrt, poſitiv der widrigen Meinung zu ſein und an einem übelen Ausgange keine Schuld zu tragen. Es reut mich aber nun genug, daß ich nicht mit Vernunft capricios geblieben bin. Dann würde es beſſer um uns ſtehen."

Als der König Carl III. dieſe Worte niederſchrieb, am 26. November, war von den übelen Conſequenzen des Kriegsrathes von Saragoſſa erſt ein geringer Theil, nur noch der Anfang, in Erfüllung gegangen. Noch ſtand ſeine Sache in Spanien aufrecht, noch wirkte in London und im Haag der Siegesjubel von Saragoſſa nach. Dann kam alles anders.

Rückgang der Sache Carls III.

Die Bewegungen der Armee Carls III. von Saragoſſa auf Calatajud, im Anfange September, zeigten Philipp V. an, daß es Madrid gelten würde. Am 9. September machte er ſich mit Frau und Kind auf den Weg nach Valladolid, der alten königlichen Reſidenz. Aber die Thatſachen zeigten, daß ſein Königthum bereits feſter bewurzelt war als vier Jahre zuvor. Viele Granden von Spanien folgten ihm, andere verließen Madrid, um ſich auf ihre Güter zu begeben. Auch viele Beamte gingen mit. Man zählte tauſend Karoſſen in ſeinem Gefolge. Die in Madrid Zurückbleibenden, indem ſie das ihnen Bevorſtehende als einen Uebergang betrachteten, wünſchten den Abziehenden eine baldige Heimkehr. Von Valladolid aus erließen die

Granden um Philipp V., als wäre es im Namen der ſpaniſchen Nation, an Ludwig XIV. die Bitte ſie zu ſchützen gegen das Aufdringen eines Königs durch Fremde und durch Ketzer [1]).

So viel Gewicht alſo auch die Brüder Joſeph und Carl auf die Anerkennung des letzteren durch den Papſt Clemens XI. gelegt hatten, ſo ſcheint doch dieſe Anerkennung, wenigſtens in Caſtilien, nicht durchgedrungen zu ſein.

Am 23. September hielt Carl III. ſeinen Einzug in Madrid. Er fand, ungeachtet ſeiner friedlichen und freundlichen Proclamationen, kein Entgegen-Kommen. Es hatten ſich ſo viele Einwohner geflüchtet, daß die Stadt zuerſt wie verlaſſen erſchien [2]). Die Dagebliebenen verhielten ſich kalt, lieferten widerwillig, was man von ihnen forderte, und ſuchten ſich zu entziehen. Carl III. ſtand in der Hauptſtadt ſeiner Vorfahren, als deren rechtmäßigen Nachfolger er ſich betrachtete, wie ein Eroberer im fremden Lande, das er fühlt nicht behaupten zu können. Er bezeichnet es ſelber mit dem Ausdrucke: „dies gelobte, uns ſo contraire Land".

Von den Hoffnungen, die Stanhope in Saragoſſa ſo nachdrücklich verkündet, ging keine in Erfüllung. Die Portugieſen ſtanden an der Grenze; aber ſie kamen nicht. Stanhope bat wenigſtens nur um die Zuſendung der engliſchen und holländiſchen Streitkräfte dort. Der König antwortete: er könne für die Sicherheit ſeines eigenen Königreiches dieſer Truppen nicht entbehren.

Die Beſetzung der Hauptſtadt machte auf die Landbevölkerung Caſtiliens keinen Eindruck zur Fügung unter die neue Herrſchaft. Carl III. war ihrer nur ſo weit Herr, als die Waffen ſeiner mitgebrachten Truppen reichten. Daher konnte ſeine Macht nicht wachſen, ſondern mußte ſich verringern.

Anders ſtand es in Valladolid. Die Anhänglichkeit der Bevölkerungen von Caſtilien und Andaluſien hielt den Muth aufrecht, und gewährte die Möglichkeit, die von Saragoſſa her geretteten Truppen zu verſtärken. In Pampeluna und anderen Städten von Navarra rückten Franzoſen ein, und machten die Spanier dort verfügbar.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 288.

[2]) Stanhope an Lord Dartmouth, bei Coxe vol. III, p. 857. Vom 4. October.

Noailles, der sich in Valladolid eingefunden, kehrte bald zurück, um mit verstärkter Macht von dort aus eine Diversion in Catalonien zu machen. Bay erhielt wieder das Commando der geringen Truppen gegen Portugal. Dafür traf der auf die Bitte Philipps V. von Ludwig XIV. entsandte Marschall Vendome ein, um die Führung des Ganzen zu übernehmen. Man schreibt auch ihm, in Betreff der Schritte der Verbündeten, nach Saragossa, das Wort zu: „Ihr habt zu siegen verstanden, nicht aber den Sieg zu benutzen" [1]).

Das neue Heer schwoll an, stärker vielleicht an Zahl als an Kriegsfähigkeit, aber getragen durch die Sympathie der Bevölkerung, deren die Gegner entbehrten. Im October begab sich Vendome mit der neuen Streitmacht nach Salamanca. Dadurch ward für die Armee Carls III. die Möglichkeit der Verbindung mit Portugal abgeschnitten. Von da aus erreichten die Franco-Spanier das Thal des Tajo-Stromes, um darin aufwärts zu gehen.

Im November ward durch den Mangel an Lebensmitteln und den steigenden Gegensatz gegen die Landeseinwohner für die Armee Carls III. der Aufenthalt in Castilien sehr schwierig. Der Rückzug auf die Magazine von Arragonien ward beschlossen. Die Generale ersuchten Carl III., zuerst unter Bedeckung nach Saragossa aufzubrechen, zumal da auch über die Bewegungen von Noailles gegen Girona beunruhigende Nachrichten einliefen.

Der äußerste Posten, den südwärts die Armee Carls III. besetzt hielt, war Toledo [2]). Von dort brach der General Stanhope am 28. November auf nach Chinchon. Dort wurde gerastet, und dann am 3. December der Weitermarsch in verschiedenen Colonnen angetreten, die Engländer zur Linken, die Kaiserlichen in der Mitte, die Spanier und Portugiesen zur Rechten. Am Abende des 3. ward die Vereinbarung getroffen, daß der linke Flügel in drei Märschen Brihuega erreichen solle, das Centrum in derselben Zeit Cifuentes, fünf Wegstunden von Brihuega gelegen. Das Corps Stanhopes, bestehend aus 8 Bataillonen und 8 Schwadronen, auf diesem Marsche wiederholt geneckt durch feindliche Cavallerie, die Stanhope

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 381.

[2]) Von hier an der Bericht Stanhopes bei Murray vol. V, p. 155.

auf 1200 Mann schätzte, erreichte am Abende des 6. Brihuega. Dort mußte, zum Zwecke des Brotbackens, abermals gerastet werden. Am 8., noch vor Mittag, erblickte man von der Stadt aus feindliche Reiter auf den nahe gelegenen Hügeln. Man hielt sie für dieselben wie die Tage zuvor. Aber die Schaaren wurden dichter, und am Nachmittage um 3 Uhr kam Infanterie in Sicht, immer steigend an Zahl. Es war die ganze feindliche Armee.

„Bis dahin, berichtet Stanhope, dachte weder ich, noch ein Anderer, noch, nach meiner Ansicht, auch der Feldmarschall, daß innerhalb der Weite mehrerer Tagemärsche von uns sich Infanterie befinden könne. Die feindliche Armee hatte darin Außerordentliches geleistet. Am 1. December von Talavera aufgebrochen, hatte sie die Strecke bis zu Brihuega, fünfundvierzig Leguas, bis zum 8. durchmessen. Dabei war die Gesinnung der Landbewohner ihnen so günstig und uns so abgeneigt, daß in den acht Tagen ihres Marsches keine Art von Mahnung an uns gelangte. Um 5 Uhr Nachmittags sahen wir uns umschlossen von 6000 Mann Cavallerie und 3000 Mann Infanterie, so daß der Rückzug uns abgeschnitten war. Noch am selben Abende erging an uns ihre Aufforderung zur Uebergabe, die wir in gebührender Weise ablehnten. Wir wollten uns vertheidigen, so gut wir konnten, und schickten dem Feldmarschall Bericht ein."

So Stanhope. Es ward ihm jedoch zum Vorwurfe gemacht, daß er keine Vorposten ausgestellt hatte, um so leichter also überrascht wurde [1]).

Auch Starhembergs Marsch war nicht unbehelligt geblieben; denn unmittelbar nach dem Abmarsche erhoben sich die Communen in Waffen. Deshalb erregte der Marsch in getrennten Colonnen bei ihm Bedenken, so daß er am 8., noch bevor er die Nachricht von Brihuega erhielt, die Befehle zur Vereinigung ergehen ließ. Auf die Meldung von dort brach er in der Nacht auf, und marschirte den 9. hindurch, bis noch eine Meile von Brihuega die einbrechende Dunkelheit ihn zum Halten zwang, bei Villaviciosa. Er ließ seine Geschütze abfeuern, um dem General Stanhope seine Nähe zu verkünden [2]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 160.

[2]) Bericht Starhembergs an Carl III., im Theatrum Europaeum Theil XIXa, S. 290.

Es war bereits zu spät.

Die Stadt Brihuega war umringt mit einer alten hohen Mauer noch aus maurischer Zeit, ohne weitere Vertheidigung, dagegen von den umliegenden Höhen so beherrscht, daß auch das Kleingewehr in die Straßen reichte. Die Mauer war nicht breit genug, um von ihr aus die Annäherung des Feindes abzuwehren, oder ihn zu hindern eine Bresche zu legen. Noch in der Nacht vom 8. auf den 9. ließ Vendome die Vorbereitungen treffen, und mit dem Tagesgrauen begann das Feuer der Geschütze gegen die Mauer. Bald waren zwei Breschen gelegt; aber hinter den Breschen erhoben sich Abschnitte und Barrikaden. Dennoch machten die Franco-Spanier Fortschritte. Um 3 Uhr Nachmittags war von ihrer Seite alles zum Generalsturme bereit. Vorher erfolgte eine zweite Aufforderung. Sie ward abermals abgelehnt. Der Sturm geschah und zugleich legte eine Mine eine dritte Bresche. Die Franco-Spanier drangen ein. Es ward gekämpft in Straßen und Häusern bis gegen 7 Uhr, also bis in die Nacht. Stanhope erwähnt in seinem Berichte nicht, daß er die Kanonen Starhembergs vernommen. In der Umgebung Vendomes dagegen wurden sie gehört [1]).

Es liegt noch ein anderer Bericht vor, von dem General Pepper, der auch seinerseits nichts erwähnt von dem Herannahen Starhembergs oder dessen Kanonenschüssen. Aber Pepper erhebt gegen seinen Vorgesetzten Stanhope den Vorwurf, daß dieser keine Anstalten getroffen zum Rückzuge mit den Truppen in das ungleich stärkere Schloß, in welchem man sich einige Tage hätte vertheidigen können [2]).

Während Pepper mit seiner Mannschaft noch fort kämpfte, ließ Stanhope, ohne jenen vorher zu befragen, um 7 Uhr Abends die Trommeln rühren zur Chamade. Die Capitulation war kurz: sie lautete auf Kriegsgefangenschaft. Nach Stanhopes Berichte hatte er mehr als 600 Todte und Verwundete, und schätzte den Verlust der Gegner auf etwa 1500 Mann. Die noch Uebrigen von den 8 Bataillonen und 8 Schwadronen streckten das Gewehr, am Abend des 9. December.

[1]) Der Bericht des Secretärs von Vendome, im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 294.

[2]) Peppers Schreiben an Marlborough vom 29. März 1711, bei Coxe vol. III, p. 160.

Unkundig deſſen kam Starhemberg in der Morgenfrühe des 10. näher, um, wie er meinte, den Engländern die Befreiung zu bringen. Vendome erhielt die Nachricht, während er dem Ausmarſche der kriegsgefangenen Engländer aus Brihuega zuſchaute. Er ward unruhig, und gab dem Geleits-Commandanten den Befehl den Marſch zu beſchleunigen [1]). Dann eilte auch er zu den Truppen, die an Zahl denjenigen Starhembergs weit überlegen waren. Nach der Angabe des Letzteren hatte er ſelber 27 Bataillone und 29 Schwadronen, die Gegner 32 Bataillone und 80 Schwadronen. Aber dieſe Ueberzahl war theils neu, theils wirkte noch in ihnen der Schrecken von Saragoſſa nach. Der Beginn des Treffens verzog ſich bis 3 Uhr. Dann wurde der linke Flügel Starhembergs in völliger Unordnung geworfen, ſo daß die Feinde bis in den Rücken der Kaiſerlichen gelangten. Auch der rechte Flügel ward gedrängt. Um ſo feſter hielt das Centrum, die Infanterie. Der Secretär Vendomes ſagt über dieſelbe: „Sie thaten Wunderwerke der Tapferkeit, und tödteten uns in dieſem Zuſtande viele Leute in den verſchiedenen Angriffen, welche man machte, um ſie vorn und hinten in die Enge zu treiben, ohne daß man ihnen jemals beikommen konnte.“

„Ich kann mit Wahrheit ſagen, meldet Starhemberg dem Könige Carl III., daß mehr als 6000 der Gegner auf dem Platze geblieben ſind“ [2]).

Das Schlachtfeld alſo und der Sieg waren ſein. Dann aber kamen die Schattenſeiten. Er erfuhr von den Gefangenen, daß die Engländer, für die er den Kampf gewagt, am Morgen vor dem Beginne desſelben kriegsgefangen abgeführt ſeien. Er hatte keine ſichere Kunde von dem abgetrennten linken Flügel, als daß derſelbe ſich zurück nach Arragonien gewendet. Für die ihm gebliebenen Truppen hatte er weder Brot, noch andere Lebensmittel. Das Gepäck war in den Wechſelfällen des Gefechtes theils durch die Gegner, theils durch Bauern geplündert. Er hatte die feindliche Artillerie erbeutet; aber während des Gefechtes waren die Knechte mit dem Geſchirre davon

[1]) Der Bericht des Secretärs von Vendome im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 294.

[2]) Man vergleiche dazu den Bericht Philipps V., in Mémoires de Berwick t. II, p. 361. Dieſer iſt mit demjenigen Starhembergs vereinbar, weniger der prahlende im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 293.

geritten, ſo daß er nicht vermochte, weder das eigene Geſchütz, noch das erbeutete zu beſpannen, ſondern ſich entſchließen mußte, die Laffetten und die Munitionskarren zu verbrennen.

Das Ende alſo des Sieges von Villaviciosa war noch am ſelben Abende der Entſchluß, am nächſten Morgen, dem 11. December, den Rückzug nach den Grenzen von Arragonien anzutreten.

Aber auch dort war des Bleibens nicht mehr. Mit noch 4000 bis 5000 Mann als dem Ueberreſte der im Juni ſo ſtattlichen Armee gelangte Starhemberg nach Catalonien.

Carl III. ſchließt ſeinen Bericht über dieſe Ereigniſſe an Wratislaw mit den Worten: „Ihr werdet aus dieſem Allen erſehen, wie es nun mehr als je nöthig iſt, daß man von kaiſerlicher und verbündeter Seite mich auf das eheſte und möglichſte verſtärke; denn es iſt nicht nur der Verluſt des engliſchen Corps zu erſetzen, ſondern auch andere Truppen zu ſenden, ſtatt des in der ſcharfen Action Verlorenen. Vor Allem ſind ohne Zeitverluſt die 2000 kaiſerlichen Cüraſſiere mit den Pferden zu ſenden; denn man ſieht ja nun klar, daß ſich auf die Cavallerie der Verbündeten nicht zu verlaſſen iſt. Daß wir überhaupt des Feindes nicht Meiſter werden können außer mit kaiſerlichen Truppen, liegt auch wieder aus dieſer Action vor Augen; denn von ihnen iſt ſie ausgefochten worden. Daraus alſo erſcheint, welch ein großer Nutzen es ſein würde, wenn wir ein Corps bloß von den Truppen unſeres Hauſes zuſammen brächten, mit welchem wir nach unſerem Willen agiren könnten und nicht von der Gnade der Alliirten abhangen müßten“ [1]).

Die Wandelbarkeit dieſer Gnade hatte Carl III. in Folge von Brihuega und Villaviciosa erſt recht zu erfahren.

---

[1]) Carl III. an Wratislaw, 20. December.

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Fünfunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 269.

Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv in Prag. Papiere des Geſandten Grafen Gallas 1709.

Ordinis S. Francisci in Hibernia memoriale Josepho I Caesari exhibitum (1709).

Aug^me^ et Cl^me^ Caesar,

Catholici praesertim Clerus infelicissimi Regni Hiberniae humiliter in genua provoluti gementes et flentes lacrymis ac suspiriis interminabilibus, mediante eodem Religioso ad hoc officium nuper a summo Pontifice signanter deputato, denuo supplicant et implorant potent^mum^ juxta et piissimum S. C. R. M^tis^ auxilium et patrocinium in praesenti extrema fidei Catholicae calamitate et excidio, recognoscentes summam vix umquam vel eorundem sanguine expiabilem obligationem, propter fervorosas interpositiones hactenus mediantibus Caesareis Ministris praestitas ex zelantissima commissione Aug^mae^ M^tis^. Verum quia ea omnia officia, quantumcumque fervorosa, et sempiterna laude dignissima usque modo ab iis praestita non valuerunt impedire, quin Parlamentarii, artificiosa quadam astutia, extorserint a Regina Angliae subscribi atque confirmari Acta extrema exitialia, ultimate extirpantia fidem, et Dublinii 10 Septembris (St. V.) publicata, adjuncto praecepto ut executioni quam districte demandentur per Justitiarios, comminata gravissima poena et pecuniaria mulcta in negligentes, si qui forent.

Executionem vero actu fieri per eosdem Justitiarios asseverant nuperrimae Litterae scriptae in Hibernia 20 Septembris (St. V.),

referentes plures jam succubuisse, abjurata sancta avita fide, alios quam plures titubare, et videri timore inevitabilis miserabilissimae mendicitatis perculsos, propensos ad sequenda aliorum exempla, renunciando Catholicae Religioni, nisi a Deo, mediante Aug^mae et Clem^mae Majestatis piissimo patrocinio, citissime veniat subsidium procurata suspensione praedictae crudelissimae executionis.

Nunc igitur tempus est indilate faciendi, quod solum superesse et prodesse posse in tanta extremitate videtur, ne sacra Cath. religio ex toto et quasi in momento pereat in afflictissima Hibernia, alias ejusdem sanctae fidei tenacissima, pro quo, cum omni submissione, imo et lachrymosis gemitibus et humillimis suspiriis, iterum atque iterum supplicatur.

Nimirum ut Aug^ma Majestas ex sua infinita Clementia et immensa haereditaria pietate ac zelo dignaretur imprimis scribere proprio sacratissimo nomine ipsi Reginae ac etiam Parlamento Magnae Britanniae, exhortando et persuadendo revocationem ejusmodi Decretorum, aut saltem suspensionem suprascriptae crudelissimae executionis, quam et ipsa politica dissuadent. Nam clarum est ejusmodi persecutionem plurimum praejudicare causae communi, non modo in conspectu omnium Catholicorum confoederatorum, sed et neutralium, imo et Catholicorum Hispanorum, tam obedientium quam non obedientium Ser^mo Regi Carolo III.

Deinde Angli recordari debent, quantum illorum libertas et proprietas dependebat ab amicitia Aug^mae domus, tempore Regis Guilelmi, qui propterea verbo et fide Regia assecuravit Aug^mam M^tem Leopoldi I gloriosae memoriae, quod in tribus regnis, maxime vero in Hibernia, Catholica Religio nullum prorsus subiret discrimen nullumve pateretur detrimentum.

Ex quo Regio Verbo nata est et remanet semper in Regina et Parlamento stricta obligatio auscultandi interpositionem S. C. R. Majestatis pro exacta observantia Capitulationum Limericensium et Galviensium, veluti fundamentalis earundem Mediatoris et Fidejussoris.

Et quidem eo fortius quod Catholici Hiberni praestitum fidelitatis juramentum (quod solum illis porrigi debuit ex pactis) numquam violaverunt, semper quietissime viventes, non obstantibus innumeris gravaminibus ipsas Aegyptiacas tyrannides longe excedentibus.

Et quia Dux de Marleborough plurimum valet apud Reginam et Aulam Londinensem, quique facile capit, quantum praejudicii

affert causae communi nota Catholicorum Hibernorum crudelissima persecutio, idcirco opportunum videtur et plurimum profuturum creditur, si eidem Duci scriberetur et etiam Principi Eugenio apud praeditum Ducem multum potenti, nomine Aug^mae M^tis.

Dum Catholici Hiberni, humillimi oratores, in cinere et cilicio, in lachrymis sine mensura agunt poenitentias, exspectantes beatam spem, orant, obsecrant et deprecantur S. C. R. M. non oblivisci proprii juris et justissimae praetensionis Aug^mae prosapiae, quam persecutores fidei volunt elisam. Causa eadem est, Dei scilicet et Aug^mae Domus.

Nolunt demississimi Oratores exaggerare merita antiquorum temporum: notum Hibernos origine esse Hispanos, in Hispania naturalizatos, atque ab Hispanis tractari tamquam fratres. Viventium memoria suppleat volumina registrorum, in quibus longa serie recensentur, qui, quot, et quanti, quantaque cum fidelitate, et simul felici utilitate servierunt Aug^mae Domui in utraque natione, per quam, si praeservati fuerint in fide, eadem Aug^ma Domus habet in Hibernia vivum seminarium optimorum militum et officialium.

Minus exaggerare volunt merita Aug^mae interpositionis, cum omni majori efficacia faciendae, in praesenti sanctissima causa, imprimis coram Deo O. M., qui dat victorias, et successiones, manutenet sceptra, et mutat de gente in gentem ad beneplacitum.

Deinde coram Summo Pontifice, cujus praecipua cura et principalissima applicatio est non modo conservare, sed et propagare fidem Apostolicam, quam quoad Hiberniam notum fecit Aug^mae M^ti in nuperno Brevi Pontificio supra eandem luctuosissimam causam.

Denique coram tota Christianitate quae tota uti supra modum dolet de casu lachrymabili et statu Hibernorum, ita suspirat, atque videre peroptat Restauratorem, eumque laudare per saecula. Cujus veritatis evidentissimum signum est, omnes omnino Principes Catholicos, quantumvis inter se in aliqua parte dissentientes, aut saltem in toto non convenientes, unanimiter conspirare volentes se conjungere Aug^mae M^ti pro hac sacra causa, et pro ejus integra recuperatione.

Quae omnia cum reliquis brevitatis causa omittendis subjiciunt oratores una secum sanct^mo et zelant^mo arbitrio Aug^mae M^tis, non praescribentes modum, sed suggerentes media, quae putant necessaria, non fidentes meritis propriis, sed praecipue avito ac haereditario purissimo zelo Aug^mae Domus pro Ecclesia et Catho-

lica Religione, ex quo et per quem crevit in arborem sublimem ac robustam, et cujus altitudo pertingit ad coelum, et aspectus illius in omnem terram. Oraturi indesinenter pro successione et incremento atque aeterna felicitate, humiliter supplicant pro Potent^mo Patrocinio efficaciter interponendo, et omni jure et ratione, habituro effectum et pro qua gratia Deus etc.

Anlage II. Zu S. 272.

Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv zu Prag. Papiere des Gesandten Grafen Gallas. Kaiserl. Rescript vom 23. November 1709.

In was äußerster Gefahr und Verfolgung die katholische Religion und deren Zugethane in Irland nach dem bewußten jüngsthin von der Königin approbirten Act des irländischen Parlamentes begriffen sei: mit was Schärfe derselbe allenthalben in diesem Königreiche zu völliger Austilgung des wahren Glaubens und aller katholischen Irländer durch die hin und wieder aufgestellte Richter vollzogen werde, gibt beikommende uns abermals durch die hier anwesenden von S. P. H. an uns eigens deswegen abgeschickte irländische Religiosen O. S. Francisci überreichtes Memorial gar beweglich zu erkennen. Wir sind gleichwohl in Hoffnung gestanden, es würde die Königin und dero Ministerium auf Deine aus unserem gd Befehl für die katholischen Irländer eingewandte eifrige Intervention vom scharfen Verfahren inne gehalten, und etwa, wo nicht dero Vorfahrer am Königreich, König Wilhelm, bei Eroberung Limerick verwilligten und auf dessen Nachfolger an der Kron verbindlich ankommenden pactatis, wenigstens den in unserem Rescript angeführten beweglichen Staats-Ursachen, woran die gesammten katholischen Mächte Theil nehmen, nachgegeben haben, in welcher Hoffnung wir noch so lang beharren, als uns von Dir über erstberührtes unser Rescript nicht das Widrige berichtet wird. Indem es aber aus diesem christlichen Anbringen das Ansehen gewinnt, als ob der Untergang der katholischen Religion in Irland von dem allda gewesenen Vicekönig Wharton schon vor erfolgter Approbation in England wäre abgeredet und unternommen worden; so können Wir aus hoher Obliegenheit uns nicht entschütten, Dir dieses in Irland nunmehr auf den äußersten Fall gestürzte Religionsgeschäft auf das allernachdrücklichste hiermit gdst dahin anzubefehlen, daß Du Dich desselben nach Deiner beiwohnenden Vernunft und uns bekanntem Religionseifer sowohl bei der Königin als dero Ministern, insbesondere aber bei

dem Mylord Marlborough, wie auch ſonſten durchgehends bei Allen, wo Du es Deinem Vorhaben nützlich und verſtändig erachten möchteſt, ohngeſparter Mühe annehmeſt, und uns die Conſolation des nächſten beibringen mögeſt, daß wir von dieſer unſerer pro causa Dei nach unſeren hohen Pflichten tragenden Sorgfalt einige Frucht verſpüren mögen, wobei der Königin und geſammten engliſchen Nation ſelbſteigenes Intereſſe, abſonderlich bei heutigen Umſtänden aus denen Dir vorhin angezeigten und täglich ſich vermehrenden Urſachen namhaft mitbegriffen iſt. Erwarten darüber Deine gute Verrichtung.

Sechsunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 410. (Irrthümlich ſteht dort II.)

K. k. Archiv. Anglica 1710. Handſchreiben des Kaiſers Joſeph I. an die Königin Anna von Groß-Britannien, vom 27. März 1710.

Serenissima Regina, Signora sorella mia amantissima. Quando sopra l'ultima dichiaratione fatta dal Re di Francia a gl'alleati per mano del suo ministro Torcy, gli fù concessa facoltà di mandare il Maresciallo d'Uxelles e l'Abbate di Polignac in Holanda, nel supposto, che questi haveressero portato seco la finale risolutione dell'istesso Re sopra l'ispediente dell'articolo 37 de' praeliminari, successe, come sa Vostra Maestà, che questi nel congresso tenutosi co'i deputati degli Stati Generali a Moerdyk, ai 10 et 11 del corrente mese, artificiosamente proposero per ispediente l'alternativa, o della pace particolare colla Francia, tenendo viva la guerra con Spagna, o vero d'una ripartitione della monarchia con domandare il Regno di Napoli et di Sicilia per il Duca d'Angiù, facendo traspirare, che il loro Re si sarebbe forse contentato con quel solo della Sicilia. Io, siccome secondo il concerto fatto tra gli alleati abbraccio volontieri la prima propositione di quest'alternativa, così venendo all'incontro dall'Haya da più parti assicurato, qualmente gran numero de' regenti della Republica potrebbe portarsi per la seconda, cioè della ripartitione, non posso celare alla Maestà Vostra, quanto dolorosa mi riesca una nuova sì infausta e giammai aspettata. Ed in vero, chi considera il tenore dell'alleanza, le vittorie concatenate degl'alleati, la superiorità delle loro forze e lo stato presente della Francia, si maraviglierà, che a costo di tanto sangue ed in mezzo di triomfi si dia mano ad una pace sì indegna e fallace,

rigettata già anni fu avanti e dopo la battaglia di Ramillies. So, che alla Maestà Vostra è stato e sarà sempre abhorrito il portentoso nome del partaggio, causa unica dell' afflitta Europa e della sua futura servitù, come il suo zelantissimo parlamento, tanto avanti quanto dopo l' unione di quei felicissimi reami, l' ha con ponderosissime espressioni più volte rimostrato. Onde mi giova di sperare, ch' Ella non sarà mai per ascoltare una propositione, che offuscarebbe tanto la gloria del suo regno, e renderebbe il Duca d'Angiù o piuttosto il Re suo avo e suoi successori in Francia padrone di tutta l' Italia, del Mediterraneo e delle sue isole, anzi dell' istessa Spagna, mettendo insieme i miei regni e provincie hereditarie situate al lido Adriatico in perpetuo rischio d' essere e turbate ed assalite da un inimico sì potente e vendicativo, non solo con la di loro inevitabile ruina, ma in danno grandissimo del publico universo. Però quando mai per mia sventura e quella del Re Cattolico mio Signor fratello, Vostra Maestà si determinasse, contr' ogni aspettativa, anch' Essa alla pace generale con abbandonare qualsisia portione della monarchia di Spagna al detto Duca d'Angiù, in tal caso mi trovo in obbligo di dichiararmi, siccome con questa mi dichiaro risolutissimo, di non acconsentirvi mai, e di abbracciare più tosto ogni qualcunque estremo rimedio per divertire un colpo sì funesto all' Europa, nel qual caso mi spiacerebbe, quando oltre l' articolo 37 anche più altri punti degl' istessi preliminarii venissero alterati. Il Conte Gallas mio inviato è incaricato di spiegare più ampiamente i miei sentimenti sopra la corrente materia, a cui mi rimetto.

Anlage II. Zu S. 463.

K. k. Archiv. Anglica 1710. Handſchreiben des Kaiſers Joſeph I. an die Königin Anna, mit der Randnote: Expedirt 22. Juli 1710. J. K. M. haben den Inhalt gegenwärtigen Handbriefels eigenhändig in welſcher Sprach geſchrieben, wie das Concept hierbei liegend ausweiſt.

Madame. Le comte de Gallas m'a informé que V. M. avoit déterminé d'oster à Mylord Sunderland la charge de Secrétaire d'Estat, me donnant part en méme temps de ce qu'Elle luy a fait signifier là-dessus par le Duc de Shrewsbury. Comme les actions de V. M[té] sont toujours réglées par cette grande sagesse et justice, qui ont accoustumé de les accompagner, j'entre d'autant moins en discussion des raisons, qui La peuvent avoir portée à cette reso-

lution, que les Souverains ne rendent compte à personne de leurs faits. Bien dois-je remercier V. M. de l'éclaircissement qu'Elle m'a bien voulu donner de Ses intentions par le Duc de Shrewsbury. Car comme la nouvelle de la deposition du dit Mylord m'avoit d'abord mis dans une grande apprehension pour les causes que V. M. a préveues, j'en ay esté délivré aussy tost que j'ay entendu que ce qui s'estoit passé avec le dit Mylord, estoit une affaire personnelle et qu'il se fixeroit en sa seule personne, sans autre suite que j'en pourrois craindre avec les Alliés pour la cause commune. Et en effet, Madame, si V. M^{té} m'avoit laissé dans l'incertitude de Ses intentions et dans le doute que Ses pensées, que Dieu ne veuille, iroient à pousser l'affaire plus loin, et même, comme le bruit portoit, jusqu'à un changement total de Son present Ministère et à la dissolution du Parlement moderne: en ce cas je m'aurois crû obligé par la part que je prends en Sa gloire, en Sa conservation, et au salut de tous les Alliés, de Luy representer les très-pernicieuses consequences, qui en suivroient pour la cause commune. Je passe icy sur bien des considerations que j'y pourrois faire. Je dis seulement que la seule defiance, que Ses Alliés et particulierement les Etats Generaux concevroient d'abord et fort naturellement du fondement ou but d'un semblable changement, soit du Ministère ou du Parlement avant le temps ordinaire, ou de tous deux ensemble, quoyque bien merités pour le bien public, amoindriroit sans doute ou peut-être renverseroit même cette parfaite union, qui a regné jusqu'icy entre eux, et par laquelle seule nos ennemis peuvent estre vaincus. Que deviendroit ensuite dans un delabrement si fatal le fruit d'une guerre si sanglante et glorieuse? Que seroit-il alors de la liberté de l'Europe? Quel bouleversement universel du systeme present si heureusement estably par la force des armes, et si beni de la main du Tout-Puissant?

Mais je ferois tort aux grandes lumieres de V. M., surtout après les asseurances qu'Elle m'a fait donner, de croire ou même d'apprehender encore, qu'Elle dût jamais escouter des conseils si funestes, ou ne point comprendre d'Elle même les effets malheureux qui en suivroient, et ne les éviter de toute maniere. Je ne scaurois pourtant pas me contenir pour l'importance de l'affaire et l'affection tres sincere que je porte à la personne sacrée de V. M. et à Ses interests, que je ne La prie tres instamment de laisser

le tout en l'estat present et de continuer à Se servir d'un tel Parlement et d'un tel Ministere, lesquels jusques icy se sont si bien signalés envers V. M. et le Public, puisqu'aussy bien Elle ne pourroit trouver entre Ses sujets, qui dans le Parlement seconderoient mieux Ses genereuses intentions, ou La serviroient soit dans Ses conseils, soit au maniement de Ses armes ou finances avec plus de zele, de fidelité et d'approbation universelle que ceux qui ont l'honneur de s'y trouver actuellement, et en qui tant Elle que les Alliez pourroient mettre une egale confiance.

Anlage III. Zu S. 489.

Robethon-Papiere im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen zu Hannover. Mémoire délivré à M. le baron de Görtz par Mylord Rivers, le 14 Octobre 1710, pour être remis à S. A. E.

To the Elector.

La Reine m'ordonne d'assurer V. A. E. qu'Elle a le cœur rempli de toute l'estime possible pour Sa Personne, et qu'Elle regarde les interêts de Son Illustre Maison comme les Siens propres. Elle s'estime heureuse d'avoir uni les deux Royaumes d'Angleterre et d'Ecosse, mais Elle ne peut regarder sa gloire comme parfaite jusqu'à ce qu'Elle aura mis la Succession Protestante hors de tout danger. A cette fin il n'y a rien qui puisse contribuer tant qu'une amitié la plus étroite et une confidence la plus entiere entre S. M. et V. A. E. La Reine, Monseigneur, vous offre la Sienne, et Elle espere qu'il ne sera jamais dans le pouvoir d'aucun mal-intentionné de semer la moindre jalousie entre les deux cours. Il y a longtems que S. M. auroit fait ces avances, et donné les assurances à V. A. E. qu'Elle donne à present, si Elle n'avoit mieux aimé n'avoir icy aucun ministre que de laisser reussir les efforts qu'on a faits d'y envoyer un, par le canal duquel Sa Majesté ne pouvoit vous parler à cœur ouvert. Et c'est pourquoy S. M. m'a commandé de dire à V. A. E. que ceux qui se plaignent le plus du changement, qu'Elle a fait dans son Ministere, et des chaleurs qui ont été excitées dans toutes les provinces du royaume, sont ceux-là mesmes, qui L'ont réduite à la necessité de ne differer plus ces changements, et par la conduite desquels tous les desordres dernierement arrivés ont pris leur origine; que les efforts que

firent les Ministres et leur cabale de former un parti, qui ne dependroit que d'eux, pour mettre tout le pouvoir du gouvernement entre les mains de leurs creatures, ont jetté des soubçons infinis dans les esprits du peuple et ont donné l'allarme à toute la nation.

C'est alors que Sa Majᵗᵉ a été obligée pour soutenir Son authorité Royale, et pour calmer les esprits du peuple, d'appeller à Sa confidence et au maniement des affaires tels ministres, qui, sans être dans les interêts de cette cabale, sont veritablement dans ceux de leur patrie.

Et j'ose asseurer V. A. E. que ceux que Sa Majᵗᵉ a bien voulu depuis peu appeller auprès de Sa personne, sont remplis du zele le plus ardent pour la succession de la Maison d'Hanovre, la regardant comme le seul moyen de conserver la religion et la liberté de la patrie. Et ils vous supplient, Monseigneur, de croire qu'ils s'établissent sur ce principe. Pour cette fin ils ont pris soin de faire declarer tous ceux qui forment ce qu'on appelle le party de l'Eglise, dans des termes les plus forts et les plus solemnels pour la succession protestante.

Votre Altesse Electorale ne doit prendre nul ombrage de ce qu'on insiste tant sur ce qui s'appelle droit héréditaire. Ceux qui ne fondent le titre de la Reine et de la Famille d'Hanovre que sur les actes de Parlement, semblent rendre la Monarchie Elective, et donner une opinion au peuple, qu'il ne tient qu'à luy de changer le cours de la succession tant de fois qu'il voudra. Or, comme des impressions de cette nature pourroient produire de mauvais effets, on croit qu'il vaut mieux d'établir pour principe que l'exclusion des Papistes n'abolit point le droit héréditaire, et que la Couronne descend par droit de succession à la Maison d'Hanovre comme aux plus prochains héritiers qui soient capables de regner. L'acte du Parlement est declaratif et ne fait que confirmer ce droit.

Votre Altesse Electorale se doit regarder comme interessée en quelque maniere dans ce qui s'est passé depuis peu en Bretagne, puisqu'il s'agit de l'honneur et de la dignité de la Couronne.

La Reine ne pouvant plus souffrir les insolences de ceux qu'Elle avoit élevés au plus haut degré de pouvoir et d'autorité, Elle prend la resolution d'abaisser leur orgueil, quoyqu'ils sont assez hardis pour tâcher de se soutenir malgré Elle. Voilà d'où sont venus tous les desordres arrivés depuis peu etc.

Anlage IV. Zu S. 491.

Aus den Robethon-Papieren im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover. Denkſchrift, dem Grafen Rivers übergeben zu Hannover, 16. October 1710.

Mgr. l'Electeur est pleinement persuadé qu'en establissant dans Sa maison la succession à la couronne, on n'a jamais pensé à rendre la couronne elective puisqu'on a nommé Madame Sa Mere uniquement par la raison qu'Elle est la plus proche dans la ligne protestante, ce qui est un aveu formel du droict hereditaire qu'on reconnoist dans cette ligne. Mais comme cette ligne a esté apellée à la succession par des actes du Parlement qui ont declaré les Princes Papistes incapables de regner, S. A. E. laisse à considerer s'il ne seroit pas à propos que ceux qui se declarent pour le droict hereditaire, evitassent de le faire d'une maniere absolue, et adjoutassent toujours *dans la ligne Protestante, Et à l'exclusion des Princes Papistes*, en conformité des actes du Parlement.

Anlage V. Zu S. 492.

Wie Anlage IV. Ecrit delivré à Mylord Rivers par M. le baron de Görtz, par ordre de S. A. E., le 18 d'Octobre 1710.

S. A. E. Mgr. l'Electeur est penetré de reconnoissance des marques d'amitié que Sa Majesté luy a données depuis qu'Elle est sur le throsne, et de ce qu'Elle luy en a fait renouveller les assurances d'une maniere si obligeante par une personne aussi distinguée que Mylord Rivers. Il regarde cette bienveillance de la Reine comme le plus grand de tous ses advantages, et celuy qu'il luy importe le plus de conserver; c'est à quoy il travaillera toujours avec un extreme soin; et il prie M^d^ Rivers d'en vouloir assurer S. M.

S. A. E. Mgr. l'El^r^ a toujours soigneusement evité de se mesler en aucune façon des affaires de la Grande Bretagne, se reposant entierement sur la prudence de la Reine, qui a brillé depuis le commencement de Son Regne d'une maniere trop eclatante pour laisser à S. A. E. le moindre sujet d'inquietude. Aussy croiroit-il manquer au respect qu'il conservera inviolablement pour la Reine, et à la parfaite confiance qu'il aura toujours en la sagesse de Son administration, s'il faisoit paroistre le moindre doute

à cet egard. Les grandes choses que S. M. a faites par le passé pour le bien public, pour la gloire de la nation Britannique, et pour l'affermissent de la succession protestante, ne permettent pas de douter de ce qu'Elle fera à l'advenir. C'est sur cela que tous les alliez se reposent, mais en particulier et plus qu'aucun d'eux S. A. E.

Anlage VI. Zu S. 494.

Wie Anlage IV.

Du Correspondant secret, en chifre. Du 14 Novembre 1710.

Mylord Halifax et Mylord Sunderland vous prient, Monsieur, de bien faire comprendre à votre cour, que le parti des Whigs n'est aucunement pour une Republique, ni pour rendre la couronne elective, la considerant comme hereditaire dans la Ligne Protestante, et appartenant au plus proche dans cette ligne. Mais il n'est pas possible que les Whigs abandonnent la Revolution; ils ont fait monter le feu Roi sur le trône, et ils sont obligés de defendre son titre. Or on le fit passer alors devant la Reine d'aujourd'hui, quoique plus proche et protestante. Ce qui n'ayant pu se faire que par l'autorité du Parlement, il est naturel que les Whigs defendent cette autorité et le droit parlementaire à la couronne. Car ils se declareroient sans cela eux-mesmes *traîtres et rebelles*. Et comme l'establissement de la succession de Hanovre est une suite de la Revolution et un ouvrage du feu Roi, on doit chés vous savoir gré aux Whigs de ce qu'ils defendent la Revolution, et excuser quelques expressions de leurs derniers écrits, qui paroissent pousser trop loin l'autorité du Parlement dans la matière de la succession, d'autant plus que les maximes des Tories, allant tout droit à frayer le chemin au Prince de Galles, et à mettre son titre hors d'atteinte, il est naturel que les amis de la succession de Hanovre soutiennent une doctrine opposée.

Alphabetiſches Namen- und Sachregiſter.

A.

Aiſleghem 145 u. f.
Aguilar, Graf, 283.
Aire 534.
Alba, Herzog von, 348.
Albani, Neffe des Papſtes Clemens XI., 261.
Alicante 190, 277.
Allianz-Vertrag vom 7. September 1701 S. 62.
Almanza 20, 28, 108, 190, 201.
Almenara 536.
Amalie, Kaiſerin, 94, 96, 105, 110, 112.
Amelot, franzöſiſcher Geſandter in Madrid, 227, 283.
Amſterdam, geneigt für den Frieden, 163, 398 u. f., 412 u. f.
Ancillon, Prediger in Berlin, 339 u. f.
Anna, Königin von Groß-Britannien und Irland. Ihre Thronrede im November 1707 S. 1. Differenz mit Kaiſer Joſeph I. S. 12. Sie verlangt die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien 13 u. f.; wird von Marlborough und Godolphin gedrängt zur Entlaſſung von Harley 21 u. f.; haßt um ſo mehr die Whig-Partei 26 u. f.; verkündigt dem Parlamente den Verſuch des Prätendenten auf Schottland 29 u. f. und 39; erläßt Proclamation gegen denſelben 46; ſucht Bank von England zu halten 47; in der Thronrede vom 1./12. April ſcharf gegen den Prätendenten 57.

Sie fordert Satisfaction von Clemens XI. S. 98 u. f.; zieht dann zurück 101 (vgl. jedoch 257). Unklares Verhalten gegenüber Carl III. von Spanien 114.

Differenz mit Marlborough und Godolphin über Somers 162. Sie hat mit Marlborough gemein die Abſicht der Fortſetzung des Krieges 165; correſpondirt mit ihm über den Tag von Oudenarde 168; verlangt, daß Marlborough eine Einladung des Kurprinzen abwende 172; will Marlborough nicht entlaſſen, auch nicht Godolphin 175; beſchwert ſich über die Whigs 176 u. f.; hat neue Differenz mit Lady Marlborough 177; weicht vor den Whigs, Ende 1708, S. 178.

Ihr Verhalten als Witwe 179 u. f. Ihre Mahnung an Kaiſer Joſeph, Januar 1709, S. 194. Die Erinnerung an ihre Verſprechen von

1703 bereits bei ihr verdunkelt 199. Die Frage ihrer Wieder-Verheirathung 203 u. f. Ihr Verhalten gegenüber Peter I. in der Sache Matueof 210 u. f. Sie ſtimmt der Adreſſe des Parlamentes in Betreff Dünkirchens zu 213.

Verhalten gegenüber Clemens XI. S. 257 u. f. Ihre Garantie des Vertrages von Alt-Ranſtadt 266 u. f. Verhalten in Betreff von Port Mahon 281. Sie leiſtet dem Czaren Peter I. Genugthuung in der Sache Matueof 313 u. f.; richtet ein Handſchreiben an Friedrich I. S. 326. Ihre Stellung zu dem Ehepaare Marlborough zu Ende 1709 S. 356 u. f. Sie will nicht Marlborough das Patent eines General-Capitäns auf Lebenszeit gewähren 363 u. f.; bewilligt die Ernennung Orfords 368; weiſt Lady Marlborough in ihre dienſtliche Stellung 368.

Ihre Thronrede im November 1709 S. 368. Sie ratificirt den Barriere-Vertrag 372. Differenz mit Marlborough über Rivers und Hill 374 u. f. Sie zieht in der letzteren Sache zurück 376; behält dagegen Frau Maſham 378; entſendet Marlborough nach dem Haag 379 u. f.; hört dem Prozeſſe Sacheverell zu 383 u. f. Ueberblick ihres Verhaltens in 1688 S. 387 u. f., ſo wie desjenigen zu dem Prozeſſe 393 u. f.

Handſchreiben an Kaiſer Joſeph vom 24. März 1710 S. 408 u. f. Sie bricht mit Lady Marlborough 421; iſt ſich über ihr Ziel im Anfange nicht klar 421 u. f.; ernennt Shrewsbury zum Oberſt-Kämmerer 424 u. f.; iſt in ſich andauernd unklar 428; will Sunderland entlaſſen 430 u. f.; geht auf eine Darlegung der Lady Marlborough nicht ein 435. Ihr Verhalten bei der Entlaſſung von Sunderland 436 u. f. Sie verſichert keine weitere Aenderung vornehmen zu wollen 442 u. f. Sie ſtimmt der Reſolution der Generalſtaaten über Geertruidenberg zu 451; iſt längere Zeit im Schwanken 457 u. f.; nimmt das Handſchreiben des Kaiſers Joſeph entgegen 466. Ueberſicht der Veränderungen unter ihr im Sommer 1710 S. 467 u. f. Verhalten vor und bei der Entlaſſung von Godolphin 473 u. f.

Sie ſucht den Kurfürſten Georg Ludwig beim Commando der Reichsarmee zu erhalten 476; ſendet Rivers nach Hannover 482; entſchließt ſich mit den Tories zu gehen und löſt das Parlament auf 486; fühlt ſich gehobenen Muthes 488; ſucht den Kurfürſten Georg Ludwig zu gewinnen 488 u. f.; gibt Lockhart gegenüber jacobitiſche Geſinnung kund 497; richtet an den Kaiſer, im September, ein Handſchreiben zu Gunſten von Franz Rakoczy 521.

Anton Ulrich, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg, 110 u. f.

Argyle, Herzog von, 364, 422.

Arras 533 u. f.

Artagnan 305.

Aſſche 135 u. f.

Athol, Herzog von, 34 u. f., 56.

Auguſt II., Kurfürſt-König von Sachſen-Polen, 284 u. f., 286 u. f., 307 u. f., 318 u. f., 511, 519.

B.

Balaguer 535 u. f.

Bank von England 47, 206, 365, 442, 485.

Barcelona 62, 106, 113, 187, 190, 194, 278 u. f., 535 u. f.

Barriere und Barriere-Vertrag für die Republik der Niederlande 222 u. f., 347, 349, 372, 413.
Baud 22.
Bay 537.
Beauvilliers, Herzog von, 247, 447.
Bercſeny, Graf, 79, 87, 338, 515, 522.
Bergheyck, Graf, Miniſter Philipps V., 130, 132, 156, 217, 348.
Bernſtorf, Miniſter in Hannover, 482.
Berwick, Herzog von, franzöſiſcher Marſchall, 29, 42, 73, 137, 147 u. f., 152, 156, 158, 182, 232, 273 u. f., 276, 305, 499, 502, 529 u. f., 538.
Bethune 533.
Bonac 74.
Bonaventura de Burgo 263 u. f., 269 u. f.
Borgo, del, 528.
Bothmar, hannöverſcher Geſandter im Haag, 469, 481, 495.
Boufflers, Marſchall, Commandant von Lille, 149 u. f., 155 und 158, 159, 245, 297 u. f.; bei Malplaquet 301 u. f.
Bourg, du, General, 290.
Bourgogne, Herzog von, 71, 129, 132 u. f., 141 u. f., 149, 156, 247, 447, 535.
Boyle, britiſcher Staats-Secretär, 19, 26, 29, 98, 101, 135, 209 u. f., 213, 263 u. f., 438, 441, 453, 471, 486.
Brenner, Agent Rakoczys, 84, 343, 346, 510.
Briançon, Geſandter des Herzogs Victor Amadeus, 8, 22, 119, 280.
Brihuega 542 u. f.
Brügge 132 u. f., 158 u. f.
Brüſſel 156 u. f.
Buckingham, Herzog von, 486, 493.
Bülow, hannöverſcher General, 480, 483.
Buys, Penſionaris von Amſterdam, 167, 218, 222, 353 u. f., 398 u. f., 402 u. f., 408 u. f., 414 u. f., 417 u. f., 419 u. f., 445 u. f.
Byng, Admiral, 46, 48, 108, 200.

C.

Cadix 278 u. f.
Cadogan, General, 38, 136, 138, 143, 151, 152.
Cambrai 533.
Cameronianer 30.
Cardinals-Collegium an Joſeph I. 99, 105.
Cardonnel 336.
Carl II. von England 362.
Carl III. von Spanien. Er wünſcht den Prinzen Eugen nach Spanien 13; verlangt die Anerkennung des Papſtes Clemens XI. S. 103; will offenſiv agiren 106 u. f.; ſetzt volles Vertrauen in Marlborough 107; ſchildert ſeine Lage 108. Seine Heirath mit Eliſabeth Chriſtine 110 u. f. Er kann nicht die Offenſive ergreifen 113; iſt unzufrieden mit Kaiſer Joſeph 114; erlangt Sardinien 115; wird in Spanien immer mehr eingeengt 116; dankt Marlborough für Oudenarde 181.

Er verlangt, im December 1708, abermals die Mittel zur Offenſive in Spanien 187 u. f. Sein Kriegsrath vom 12. November 1708 S. 189. Er erlangt, bei allem guten Willen des Unterhauſes, dort nicht die Erfüllung ſeiner Wünſche 197 u. f.; wird anerkannt von Clemens XI. S. 256 u. f., ſo wie 260 u. f.

Sein Feldzug von 1709 S. 277 u. f. Er geſtattet, widerſtrebend, den engliſchen Plan auf Cadix 278; iſt nicht willig, Port Mahon einzuräumen 280 u. f.; kann nicht die Caſtilier gewinnen 283; wird bei dem engliſch-holländiſchen Barriere-Vertrag nicht gefragt 350.

Sein Feldzug von 1710 S. 535 u. f.; Urtheil über den Kriegsrath in Saragoſſa 538 und 540; Verhältnis zu Starhemberg 538. In Madrid 540 u. f. Sein Urtheil über ſeinen Feldzug 546.

Carl XII., König von Schweden. Die Gefahr des Kaiſers vor ihm nur verringert 64 und 87. Er wird von Peter I. gefürchtet 88 u. f.; iſt dem Czaren gegenüber, Vertreter des Weſtens 90; von Marlborough beurtheilt 91; läßt ſich von Mazeppa in die Ukraine verleiten 92.

Sein Verhalten in Betreff der Garantie des Vertrages von Alt-Ranſtadt 267. Er umſchließt Pultawa, im März 1709, S. 306; wird verwundet 308; entkommt über den Dniepr 309; wird beurtheilt in Weſteuropa 315 u. f.; iſt in Bender 316; erwägt die Frage der Heimkehr 317; daheim bedroht durch das Bündnis von Peter I., Auguſt II., Friedrich IV. S. 318 u. f.; ſtimmt dem Haager Concerte nicht zu 504; betreibt Türkenkrieg gegen Peter I. S. 504 u. f.

Carl Ludwig, Kurfürſt von der Pfalz, 41, 43.

Carlowitz, Friede von, 216.

Caroline, Kurprinzeſſin von Braunſchweig-Lüneburg, 179.

Caſoni, Cardinal-Legat, 97.

Caſtilien 535 u. f.

Cette 530.

Chamillart, franzöſiſcher Kriegsminiſter, 32, 35, 73, 150, 156, 182, 214, 246.

Chetwynd 8.

Chevreuſe, Herzog von, 247.

Churchill, Admiral, 21, 167, 178.

Ciſuentes 115.

Civita Vecchia 101, 258.

Clemens XI., Papſt. Er wird von Rakoczy geſucht 84; iſt mit Kaiſer Joſeph I. verwickelt 93; iſt entſchloſſen zur Gegenwehr 95; geht auf die Vorſchläge des Botſchafters Prié nicht ein 97; wird von England bedroht 98; erhält keine Hülfe 100; geht auf Unterhandlung mit Prié ein 102; bewilligt nicht die Anerkennung Carls III. S. 103 u. f. Seine Stellung 105. Er erkennt die Königin Eliſabeth nicht an 113.

Er ſchließt Frieden mit Kaiſer Joſeph I. S. 256 u. f., ſo wie 260 u. f.; bemüht ſich mit dem Kaiſer für die Katholiken in Irland 262; mahnt die Geiſtlichkeit Ungarns nachdrücklich ab von Rakoczy 346. Wirkung deſſen 523.

Clement, Agent des Franz Rakoczy in Berlin, im Haag und in London, 330 u. f., 332 u. f., 336 u. f., 340 u. f., 511 u. f., 513 u. f.

Comacchio 95 u. f., 258 u. f.

Conſtantinopel 313, 507 u. f.
Cowper, Lord Kanzler, 185, 361 u. f., 378, 441, 486 u. f.
Craggs 362.
Craſſau, ſchwediſcher General, 320 u. f., 503 u. f.
Creſſet, als Geſandter nach Hannover beſtimmt, 477.
Cuſani, kaiſerlicher General, 523.

D.

Dangeau, franzöſiſcher Hofmarſchall, 31, 51, 76.
Dartmouth, Staats-Secretär, 439, 441.
Daun, Feldmarſchall, 100, 120, 260, 273, 276, 529.
Dauphin von Frankreich im Conſeil vom 2. Juni 1709 S. 239 und 247; 535.
Dender 134 u. f.
Denia 190.
Desalleurs 74, 505 u. f., 507.
Desmarets, franzöſiſcher Miniſter, 39, 274.
Devonſhire, Herzog von, 162, 176, 486.
Dniepr 306 u. f.
Dolfin über die kaiſerlichen Finanzen 68, über Ungarn 81.
Doph, General, 139 u. f., 151.
Douay 416 u. f., 532.
Dünkirchen 29 u. f., 38 u. f., 42, 44, 46, 49, 53, 213 u. f., 221, 229.
Duſſen, van der, Penſionaris von Gouda, 218, 232, 353, 402 u. f., 408 u. f., 414 u. f., 417 u. f., 419 u. f., 445 u. f.

E.

Edinburgh 45, 47, 56.
Eleonora, Kaiſerin, 96, 105, 112.
Eliſabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, 40, 42 u. f., 497.
Eliſabeth Chriſtine, vermählt mit Carl III., 110 u. f.
Erlau 79, 522 u. f.
Eſterhazy, Anton, 337.
Eſterhazy, Palatin von Ungarn, 72.
Eſthland 320.
Eugen, Prinz von Savoyen. Frage ſeines Commandos in Spanien 7 und 11 u. f., und 17 u. f., vgl. 107. Gedanke des Zuſammen-Wirkens mit Marlborough in Flandern 65 u. f. Er iſt mit dieſem im Haag 67, dann nach Düſſeldorf und Hannover 70. Er täuſcht Georg Ludwig 125; marſchirt von der Moſel nach Flandern 130. Wirkung ſeiner Ankunft bei der Armee Marlboroughs 136. Er übernimmt, von den Feld-Deputirten erſucht, das Commando 139 u. f. Sein Verhalten im Kriegsrathe von Oudenarde 143 u. f.; belagert Lille 149 u. f., iſt perſönlich in Gefahr 154. Sein Verhalten gegen Boufflers 155. Er zieht mit Marlborough gegen Max Emanuel 157, ſo wie gegen Gent und Brügge 158; begibt ſich nach Wien 160.

Er geht bei der Friedenshandlung von 1709 mit Marlborough 222; hält Frankreich für friedensbedürftig 231; nimmt zuerſt nicht Theil an

den Beredungen 232. Seine Forderungen 233. Urtheil über die Präliminarien 243.

Sein Feldzug in den Niederlanden 1709 S. 291 u. f.; ſchlägt die Belagerung von Tournay vor 294; beſchließt mit Marlborough die Belagerung von Mons 297; bei Malplaquet 301 u. f.

Er legt, im November 1709, die Erforderniſſe des nächſten Feldzuges dar 351. Er räth, im Juli 1710, zur Uebergabe des kaiſerlichen Handſchreibens an die Königin 466.

Er erhält den Oberbefehl am Rheine 527. Verhalten im Feldzuge von 1710 S. 532 u. f.

F.

Fabrizius, Hofprediger in Braunſchweig, 110 u. f.
Fagel, General, 295.
Fagel, Greffier, 67.
Farquarſon, jacobitiſcher Agent, 54.
Feld-Deputirte der Republik der Niederlande 69, 139, 143 u. f., 150, 304.
Feldzug von 1708 in den Niederlanden 128 u. f.
„ „ „ am Oberrheine 122 u. f.
„ „ „ in Savoyen 118 u. f.
„ „ „ in Spanien 106 u. f.
„ „ „ in Ungarn 79 u. f.
„ von 1709 in den Niederlanden 291 u. f.
„ „ „ am Oberrheine 289 u. f.
„ „ „ in Savoyen 273 u. f.
„ „ „ in Spanien 277 u. f.
„ von 1710 in den Niederlanden 416 und 532.
„ „ „ am Oberrheine 526 u. f.
„ „ „ in Savoyen 528 u. f.
„ „ „ in Spanien 535 u. f.
„ „ „ in Ungarn 522 u. f.
Fenelon, Erzbiſchof von Cambrai, 129, 247 u. f., 447, 535.
Feneſtrelles 121.
Ferriol, franzöſiſcher Geſandter in Conſtantinopel, 216, 512.
Firth of Forth 47 u. f.
Fleming, General, 321.
Forbin, Admiral, 45 u. f., 48 u. f., 51.
Friedrich I., Kurfürſt-König von Brandenburg-Preußen. Er iſt geneigt für Franz Rakoczy 86, ſo wie 330 u. f., und 511. Sein Verhalten zum Reiche 122 u. f., ſo wie 284 u. f., und 526. Sein Handel mit Marlborough über die zu ſtellenden Truppen 285. Er läßt ſich im Reichstage zu Regensburg vertheidigen 287.

Sein Verhalten zu den nordiſchen Wirren 320 u. f., ſo wie 324 u. f., Seine Antwort nach London in Betreff des Miniſter-Wechſels 457.
Friedrich IV., König von Dänemark, 318 u. f., 321 u. f.

G.

Gallas, Graf, Gesandter für Joseph I. und Carl III. in London, 17, 19, 26, 63, 98, 101, 119, 178, 189, 192 u. f., 194, 198, 201, 258, 262.

Seine Thätigkeit für die Katholiken in Irland 263 u. f., so wie 272 u. f. Sein Urtheil über Victor Amadeus 275; in Betreff Port Mahons 281. Er tritt ein gegen eine Vermittelung der Seemächte für Franz Rakoczy 332 u. f. Sein Rückblick, Ende 1709, auf die Regierung der Königin Anna 366 u. f.

Er erhebt Klage über die Kriegführung in Spanien 370 u. f.; berichtet über den Prozeß Sacheverell 384; über die Ernennung Shrewsburys 424; über die Entlassung von Sunderland 437 und 442; erhält und übergibt ein kaiserliches Handschreiben an die Königin 465 u. f. Seine Unterredung mit Shrewsbury 470 u. f.

Galway, Graf, englischer General, 6, 19, 29, 277, 279.

Geertruidenberg, Friedensberedungen von, 396 u. f., 402 u. f., 407 u. f., 417 u. f., 445 u. f.

Geldermalsen 134.

Generalstaaten der Republik der Niederlande. Sie lassen in Regensburg und in Berlin mahnen 122 u. f.; verlangen das Verbleiben des Prinzen Eugen oder Marlboroughs 160; verlangen Barriere in Belgien 224 u. f.; wollen an den Präliminarien festhalten 242; antworten auf die Forderungen des Reiches 288; wollen keinen Krieg im Reiche 323 und 503; sind geneigt für Rakoczy 336; verbürgen im Barriere-Vertrag die englische Thronfolge 349; sind, Ende 1709, willig zur Fortsetzung des Krieges 352. Ihre nachdrückliche Erklärung über Ludwig XIV. S. 355. Ihre Friedensneigung 400 u. f., so wie 411 und 415 u. f. Resolution über die Beredungen in Geertruidenberg 450 u. f. Sie antworten der Königin auf ihre Zusicherung 453; verwenden sich bei Kaiser Joseph für Victor Amadeus 529 u. f.

Gent 132, 156 u. f., 158 u. f.

Georg, Prinz von Dänemark, Gemahl der Königin Anna, 166, 177 u. f., 203, 357.

Georg, Ritter von St., s. Prätendent.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, 171 u. f.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, zu Hannover. Er ist Oberfeldherr am Rheine 18; will sich in englische Angelegenheiten nicht einmischen 58 u. f.; wird vom Prinzen Eugen und Marlborough bei der Berathung des Feldzuges nicht aufrichtig behandelt 66 u. f., und 70, so wie 125 u. f. Sein Feldzug von 1708 am Oberrheine 122 u. f. Er mahnt an die Reichspflicht 123; beschwert sich bei dem Kaiser 125 u. f.; kann sich nur defensiv verhalten 126; erlangt die Introduction ins kurfürstliche Collegium 126. Sein Rückblick auf den Feldzug 127.

Er wird von der Königin Anna nicht richtig erkannt 173. Sein Feldzug von 1709 am Oberrheine 289. Klage über die Lässigkeit der Reichsstände 290. Er will keinen Krieg im Reiche 323. Seine Antwort auf die Entlassung von Sunderland 469.

Er will das Commando der Reichsarmee niederlegen 477 u. f. Britiſcher Verſuch ihn für das Commando der Armee in Flandern zu gewinnen 458 und 477 u. f. Seine Correſpondenz mit Marlborough 480. Er will nicht das Commando in Flandern 482 u. f. Sein Verhalten gegenüber den Verſuchen ihn für die Aenderung in England zu gewinnen 489 u. f. Er will ſich nicht in engliſche Angelegenheiten miſchen 491 u. f., ſo wie 494 u. f.

Er erlangt die Entlaſſung vom Commando der Reichsarmee 526, und ein Reichs-Erzamt 527.

Germain, St., 30 u. f., 45, 51 u. f., 208, 392 u. f., 481, 498 u. f.

Gibraltar 62.

Girona 109, 190, 194, 283.

Godolphin, Graf, Treaſurer von Groß-Britannien. Sein und Marlboroughs Plan auf Toulon 8 u. f. Er wird wegen der Truppen bei Almanza angegriffen 20; nöthigt mit Marlborough die Königin zur Entlaſſung von Harley 21 u. f.; wird beurtheilt in St. Germain 31 und 57; hat mit Marlborough die Kriegesleitung in Händen 62 u. f.; erhält von der Königin Anna nicht die Ernennung von Lord Somers 163; iſt der Königin weniger werth als Marlborough 166. Sein Urtheil über die Engländer 167.

Er leidet, von Harley im Unterhauſe angegriffen, keine Gefahr 196 u. f.; weicht den Forderungen von Gallas aus 198; hat, mit Marlborough, geringen Eifer für den Krieg in Spanien 201; klagt über ſeine Mühen 202; wird geſchützt von der Whig-Partei 207; ſetzt eine Amneſtie-Bill durch 208; geht auf die Verwendung für die Katholiken in Irland nicht ein 264; durchſchaut den Herzog Victor Amadeus 275 u. f.

Er redet im Namen der Königin zu den Agenten des Rakoczy 335 u. f. Seine Stellung, Ende 1709, zu der Königin 357 und 364 u. f. Er ſucht zwiſchen der Königin und Marlborough zu vermitteln 375 u. f.; über Prozeß Sacheverell 386. Die letzte von ihm verfaßte Thronrede 396. Seine Anſicht über Geertruidenberg 415; über die Ernennung Shrewsburys 424 u. f. Sein Verhalten in der Angelegenheit Sunderlands 431 u. f. Er billigt das Auftreten der Lady Marlborough 435; beſchränkt ſich auf ſeine Amtsgeſchäfte 453. Sein Verhalten bei den Antworten der fremden Mächte auf die Verſicherungen der Königin 454 u. f. Beſchluß ſeiner Entlaſſung hervorgerufen durch das Handſchreiben des Kaiſers Joſeph 463 u. f. und 470 u. f. Sein letzter Vortrag bei der Königin 473. Entlaſſung 474.

Goslinga, Feld-Deputirter, über Marlborough im Anfange Juli 1708 S. 134 u. f.; fordert den Prinzen Eugen auf, das Commando zu übernehmen 139. Im Kriegsrathe von Oudenarde 144. Ueber die Verzögerung der Belagerung von Lille 147 und 153. Er regt die Wiedernahme von Gent und Brügge an 158. Ueber die Präliminarien 243. Verhalten bei Malplaquet 304.

Gregg 22 u. f., 197.

Griffins, Lord, 56.

Grimani, Vicekönig von Neapel, 192, 200.

Gronsfeld, General am Rheine, 528.

Grumbkow, General, 325.

H.

Halifax, Lord, 5, 176, 225 u. f., 467, 473, 494.
Hamel Bruininx, holländiſcher Geſandter in Wien, 76, 340 u. f., 515 u. f., 517.
Hamilton, Herzog von, 34 u. f., 56 u. f., 497.
Hannover, Haus, ſ. Georg Ludwig und Sophie.
Harcourt, Marſchall, 26, 197, 289.
Hare 385 u. f.
Harley, Sir Robert. Seine Differenz mit Marlborough und Godolphin und Entlaſſung 20 u. f. Er behält durch Frau Maſham Zutritt bei der Königin 27 und 28 und 169 und 175 u. f. und 357 u. f. und 368. Sein Angriff im Unterhauſe auf Godolphin, im Januar 1709, S. 196 u. f.
Bei dem Wechſel im Jahre 1710 iſt er ſich über ſein Ziel im Anfang nicht klar 421 u. f. Sein erſter Erfolg die Ernennung Shrewsburys 427. Er iſt die Seele der neuen Partei 430 u. f., ſo wie 452 u. f. und 456. Ueberſicht der Führung der Cabale von 1710 durch ihn 467 u. f. Verſuch der Einwirkung auf den Kurfürſten Georg Ludwig 476 u. f.
Haversham, Lord, 172, 207.
Heems, Freiherr von, kaiſerlicher Geſandter in Haag, 194, 218.
Heinſius, Rathspenſionär. Er verlangt die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien 17; tritt zuſammen mit dem Prinzen Eugen und Marlborough 67; will nicht ein Vorgehen gegen Clemens XI. S. 100; gebraucht Petkum in der Friedensſache 217 u. f.; hält ſie erſt geheim 218; fügt ſich in Betreff des Friedens in die engliſchen Forderungen 223. Seine Beredungen mit Torcy 228 und 231 u. f. Er entwirft die Präliminarien 236 u. f.; ſteht in der Sache des Rakoczy wie Marlborough 336. Er bleibt in Correſpondenz mit Torcy 347 und 352; ſendet Petkum nach Paris 353 u. f.; dringt auf neue Friedensberedungen 398 u. f.; antwortet nicht ſelber den franzöſiſchen Bevollmächtigten 449; iſt geneigt für Rakoczy 514 u. f.
Heiſter, Feldmarſchall, 79 u. f., 87, 337 u. f., 522 u. f.
Helſingborg 324.
Heſſen, Erbprinz von, 204, 297.
Hietzing 112.
Hill, Admiralitätsrath, 209.
Hill, Oberſt, 374, 433.
Hoadley 373.
Hoffmann, kaiſerlicher Reſident in London. Berichte desſelben finden ſich S. 12, 14 u. f., 19, 22, 38, 115, 177, 179, 196 u. f., 204 u. f., 377, 380, 383, 429 u. f., 432, 437, 452 und 462 u. f., 475.
Holland, Stände der Provinz, 449.
Hompeſch, General, 140.
Hooke, Oberſt. Seine Thätigkeit in Schottland in Betreff 1707 und 1708 S. 32 u. f.
Hop, General Schatzmeiſter, 67.
Howe, engliſcher Geſandter in Hannover, 58.

J.

Ilgen, Minister in Berlin, 330, 511.
Inverneß 48.
Jablonski, Hofprediger in Berlin, Agent des Franz Rakocy, 330 u. f., 333 u. f., 341 u. f., 511 u. f.
Jacob II. 30, 33, 51, 179 u. f., 362. Ueberſicht ſeines Sturzes 387 u. f.
Jacobiten in Schottland im Jahre 1707 und 1708 S. 29 u. f., 49 u. f., 55 u. f., 378, 430.
Jeſuiten 334, 339.
Johann V., König von Portugal, 112.
Johann Wilhelm, Kurfürſt von der Pfalz, 69, 131.
John, St., 26, 486.
Joſeph I, römiſcher Kaiſer. Vorwürfe gegen ihn im britiſchen Parlamente 11, und im Cabinet 14 u. f., vgl. 119. Er will nicht den Prinzen Eugen nach Spanien ſenden 18; iſt nicht ohne Beſorgnis ſowohl vor Peter I., wie vor Carl XII. S. 64; tritt dem Plane des Prinzen Eugen für eine Armee an der Moſel bei 66.

Er beruft einen Landtag nach Preßburg 71; geht auf Unterhandlung mit Rakoczy nicht ein 87. Seine Verwickelung mit Clemens XI. S. 93 u. f. Er vertritt Carl III. bei der Trauung 112; ſucht Carl III. zu unterſtützen 114; genehmigt das Reichsgutachten für die neunte Kur 126; bewilligt die Einweiſung des Kurfürſten Johann Wilhelm in den Beſitz der Oberpfalz 131.

Er befürwortet, Ende 1708, den Offenſivkrieg in Spanien 188 u. f. Vorwurf in England gegen ihn wegen des Krieges in Spanien 191 u. f. Verantwortung gegen die engliſchen Anklagen 193 u. f. Verhalten bei der Friedenshandlung von 1709 S. 218 u. f.

Er ſchließt Frieden mit Clemens XI. S. 256 u. f.; tritt bei der Königin Anna für die Katholiken in Irland ein 262 u. f. und 272 u. f.

Seine Differenz im Jahre 1709 mit Victor Amadeus 274 u. f. Er iſt gegen die Abtretung von Port Mahon an England 281; will in Betreff der nordiſchen Wirren nur gemeinſam mit den Seemächten handeln 319 u. f.; will nicht die Vermittelung der Seemächte für Franz Rakoczy 332 u. f.; beruft den Landtag nach Preßburg, im März 1709, ohne den Lauf der Waffen zu hemmen 337.

Er willigt, Anfang 1710, in neue Friedensberedungen mit Frankreich 398. Sein Handſchreiben an die Königin Anna, vom 27. März, 410 u. f. Dank an die Generalſtaaten für ihre Reſolution über Geertruidenberg 451. Handſchreiben an die Königin, vom 16. Juli, 463 u. f.

Er räth der Pforte vom Kriege gegen Peter I. ab 507. Seine Bedingungen für Ungarn 518. Er entläßt den Kurfürſten Georg Ludwig vom Commando der Reichsarmee 527. Verhalten zu Victor Amadeus 528 u. f.
Junta der Whig-Partei 162, 176, 178, 185, 357, 364, 367, 395, 413, 442, 462, 467, 487.
Juntilla 422 u. f., 434, 456, 477, 483, 486.

K.

Katholiken in England 46, 57, 262 u. f., 382, 387.
„ „ Irland 262 u. f.
„ „ Schottland 262 u. f.
Kreyenberg, hannöverſcher Reſident in London, 484.
Kuruczen 76, 338.

L.

Lamberg, Fürſt, 340.
Leake, Admiral, 98, 100 u. f., 115.
Leven, Graf, 56.
Lewenhaupt, ſchwediſcher General, 91 u. f., 309.
Liechtenſtein, Fürſt, 338.
Liefland 320 u. f., 323, 503, 509.
Liesna, Treffen bei, 92.
Lille, Belagerung von, 143 u. f., 152 u. f., 155, 159.
Limbach 127.
Limerick, Capitulation von, 263 u. f.
Lockhart, ſchottiſcher Jacobit, 33 u. f., 47 u. f., 49 u. f., 55 u. f., 384, 422, 497.
Löſeke, Oberſt, 172.
Lothar Franz, Kurfürſt von Mainz, 111, 122, 124 u. f., 288, 527.
Lottum, preußiſcher General, 295.
Louiſe Hollandine, Aebtiſſin von Maubuiſſon, 41 u. f.
Ludwig XIV., König von Frankreich. Sein Verhalten zum Hauſe Stuart und Plan der Landung des Prätendenten in Schottland 31 u. f. Grundzug ſeiner Politik in Betreff des Hauſes Stuart 33 u. f. Verſchiedenheit ſeines Verhaltens gegenüber Rakoczy und dem Prätendenten 36. Er macht die Abſicht der Landung in Schottland kund 40; wird beurtheilt von den Schotten 49 u. f.; bedient ſich auch ferner des Prätendenten 54.

Er will, 1708, die Offenſive in Flandern 63 und 65; ſtellt fünf Armeen auf 71; weiß, daß Rakoczy nicht den Frieden will 76; ſucht gegen den Kaiſer eine italieniſche Liga zu bilden 95; kann dem Papſte Clemens XI. nicht helfen 100; fordert, daß er Carl III. nicht anerkenne 104. Sein Verhalten gegenüber dem Herzog von Orleans in Betreff Spaniens 117 u. f.

Sein Plan für den Feldzug in den Niederlanden 129 u. f. Er ſtimmt dem Unternehmen auf Gent und Brügge zu 133; iſt für die Anſicht des Herzogs von Bourgogne 137; will, nach Oudenarde, die Stellung in Gent behaupten 145 u. f.; zieht die Forderung eines Treffens zurück 150; äußert ſich über die Verwundung des Prinzen Eugen 154; ſchickt Chamillart ins Hauptquartier 156; entläßt, vorzeitig, die Armee in die Winterquartiere 157.

Er ſucht die Republik aus der Allianz zu löſen 161. Sein Verhalten auf den Antrag Marlboroughs zum Frieden 182. Er entſchließt ſich, unter dem Drucke der Noth von 1708/1709, zur Friedenshandlung 216 u. f.; will die Republik aus der Allianz löſen 217 und 222; verlangt Neapel und Sicilien für Philipp V. S. 221; mahnt dieſen ſich den Umſtänden zu fügen

227; entſendet Torcy nach dem Haag 228; ſetzt einen Tarif für Marlborough an 229; hält Conſeil über die Friedensfrage 238; weigert ſich eine Bürgſchaft zu übernehmen, daß Philipp V. verzichte 240; will alſo den Krieg fortſetzen 241; hofft auf die Löſung der Republik aus der Allianz 242 und 347.

Er mißt die Schuld des Abbruches den Gegnern bei 244. Urtheile über ihn perſönlich 245. Der Stand der Dinge in Frankreich und die Friedensfrage beurtheilt von Fenelon 247 u. f.

Er iſt, 1709, nicht in Verbindung mit Victor Amadeus 276; zieht Truppen aus Spanien 283; verſtärkt die Armee in Flandern 290; anerkennt die Führung des Marſchalls Villars 295; ſieht ſeine Lage durch Malplaquet nicht als verſchlimmert an 305; verlangt von Rakoczy freies Geleit für Carl XII. S. 316; traut nicht ganz dem Rakoczy 327.

Er knüpft, Ende 1709, im Haag wieder an 353 u. f. Die eigentliche Frage für ihn iſt Spanien 354. Der Stand ſeiner Angelegenheiten charakteriſirt von Petes 354. Er ſchlägt, Ende 1709, Stillſtand vor 355. Ueberblick ſeiner Politik in Betreff Jacobs II. S. 387 u. f. Seine Geſinnung in Betreff der Beredungen von Geertruidenberg 399 u. f.

Er ſucht wieder die Republik aus der Allianz zu löſen 404; hofft auf Spaltung in England 414 u. f.; hat keinen anderen Plan für den Frieden als denjenigen von Spanien für Philipp V. 418; will die Beredungen in Geertruidenberg noch hinhalten 419 u. f. Sein Plan nach der Darſtellung Petkums 447 u. f.

Er ſieht mit Freuden, 1710, den Gang der Dinge in England 488; unternimmt, nach 1708, nichts mehr mit den Waffen für den Prätendenten 498 und 501 u. f. Die Frage ſeiner Vermittelung zwiſchen Peter I. und Carl XII. S. 505 u. f. Er will Arras und Cambrai geſchützt wiſſen 532 u. f.; ſchickt Vendome nach Spanien 537.

M.

Maffei, Graf, ſavoyiſcher Geſandter, 8 u. f., 120, 528.
Mahon, Port, 116, 186, 279 u. f., 397 u. f.
Maintenon, Frau von, 129, 238, 245, 293, 357, 488.
Manſell, Ritter, 26.
Maria Anna, Erzherzogin, 112.
Marie, Königin-Witwe in St. Germain, 30, 180.
Marlborough, Herzog von. Er wird hoch geehrt 4; vertheidigt die Kriegführung in Flandern 6; über den Feldzugsplan von 1708 S. 10; über die Koſten der Sendung kaiſerlicher Truppen nach Spanien 14; nach Wien über die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien 16; läßt dieſe Forderung fallen 18; dringt auf die Entlaſſung Harleys 21 u. f.

Urtheile über ihn in St. Germain 31 und 57. Er trifft Anſtalten gegen die Landung in Schottland 38; über den Kurfürſten Georg Ludwig 59. Die Kriegesleitung in ſeinen und Godolphins Händen 62 u. f. Seine Beredung mit dem Prinzen Eugen und Heinſius, im April 1708, im Haag 67. Er iſt mit dem Prinzen Eugen in Hannover 70; hat das Vertrauen Carls III.

S. 107; handelt wenig zu deſſen Gunſten 114 und 116; ſieht ſeine Erwartung von der Offenſive des Herzogs Victor Amadeus nicht erfüllt 118 u. f.; mahnt nicht nach Berlin hin für die Leiſtung der Reichspflicht 124.

Er iſt in den Niederlanden auf ein Treffen gefaßt 129; bittet den Prinzen Eugen heran 130. Sein Verhalten bei dem Marſche der Franzoſen auf Gent und Brügge 133 u. f. Bei Oudenarde unentſchloſſen 139 u. f. Sein Bericht über das Treffen 143. Verhalten im Kriegsrathe von Oudenarde 143 u. f. Seine Anſicht über den Vortheil ſeiner Stellung, im Juli 1708, S. 145. Er hat, mit dem Prinzen Eugen, nicht die Abſicht eines Treffens 150. Kriegsrath über die Fortſetzung der Belagerung von Lille 151. Er tritt für den verwundeten Prinzen Eugen ein 154. Im Lager zu Rouſſelaer 155. Mit dem Prinzen Eugen gegen Max Emanuel 157; gegen Gent 158; bleibt im Haag 160.

Er tritt bei der Königin für die Forderung der Whigs für Somers ein 162 u. f. Correſpondenz mit der Königin über Oudenarde 168. Er tritt den Whigs näher 170; lobt den Kurprinzen Georg Auguſt 171; ſtellt ſeine Entlaſſung in Ausſicht 174; bewegt ſeinen Bruder Churchill zum Rücktritte 178. Sein Friedensverſuch im Herbſt 1708 S. 181 u. f. Er will Verſtärkung der Armee in Flandern 186; iſt für den Wiedergewinn Siciliens 200; hat geringen Eifer für den Krieg in Spanien 201 u. f.

Er erhält, im Februar 1709, den Dank des Unterhauſes 202. Sein Antheil an den Friedensberedungen im Haag 213 und 219 und 223 u. f. Er begibt ſich nach London 226; beſchleunigt, auf Torcys Ankunft im Haag, ſeine Rückkehr dahin 230. Unterredungen mit Torcy 232 und 234. Er weiſt neue Verſuche zurück 244.

Er mistraut, 1709, dem Herzog Victor Amadeus 274 u. f.; kritiſirt den ſavoyiſchen Feldzug 276; will Port Mahon für England 279 u. f., ſo wie 282 u. f.; handelt mit Friedrich I. über die Stellung ſeiner Truppen 285.

Sein Feldzug von 1709 in den Niederlanden 291 u. f. Er beſchließt, mit dem Prinzen Eugen, die Belagerung von Mons 297 u. f.; berichtet über Malplaquet 300 u. f.; dringt darauf, Friedrich I. bei guter Laune zu erhalten 325; begünſtigt die Sache des Franz Rakoczy 331 u. f.; läßt ihm rathen, ſeine Anſprüche zu mäßigen 335 u. f.; antwortet Torcy nur nach Rath von Heinſius 348; zeichnet nicht den Barriere-Vertrag 351; glaubt nicht, daß Ludwig XIV. den Frieden will 355.

Seine Stellung, zu Ende 1709, zu der Königin Anna 356 u. f. Er will die Ernennung zum General-Capitän auf Lebenszeit 361 u. f.; ſpricht wiederholt ſeine Beſorgniſſe aus 368; wird vom Parlamente gefeiert 369 u. f.; legt auch ferner das Hauptgewicht auf den Krieg in Flandern 371 u. f. Seine Differenz mit der Königin über Rivers und Hill 374 u. f.

Er wird, im Februar 1710, nach dem Haag geſandt 379; zeichnet, im März, die Lage der Dinge 407 u. f.; über die Friedensneigung in der Republik 411 u. f. Ueber den Beginn des Feldzuges 416. Er mahnt die Whigs zur Einigkeit 432 und 434; gibt der Königin in der Ernennung von Hill und Maſham nach 433; ſchreibt an Godolphin über die Entlaſſung von Sunderland 436; wird von der Whig-Partei erſucht zu bleiben 441;

räth zur Uebergabe des kaiserlichen Handschreibens 465; wird von der Königin wegen seiner großen Macht gefürchtet 479.

Seine Correspondenz mit Georg Ludwig über die Lage der Dinge in England 480 u. f. Seine Verbindung mit St. Germain 498. Seine Duplicität überhaupt 500 u. f. Er begünstigt Rakoczy 514. Seine Antwort an dessen Agenten Clement 515 u. f. Sein Feldzug von 1710 S. 532 u. f.

Marlborough, Herzogin von. Ihr Verhalten zu der Königin Anna 23, 27, 169, 177, 179, 357 u. f., 368, 375, 378, 421, 435.

Marsigli, General, 100.

Masham, Frau, 27, 163, 169, 175, 179, 203, 357 u. f., 368, 374 u. f., 428, 430 u. f.

Masham, Oberst, 433.

Matignon, Marschall, 42, 45, 48.

Matueof, russischer Botschafter, 208 u. f., 313 u. f., 316.

Max Emanuel, Kurfürst von Bayern, 73, 77, 129, 131, 156 u. f.

Mazeppa 92, 306 u. f.

Meadows, britischer Gesandter in Wien, 15, 80, 84, 267.

Mellarede, savoyischer Gesandter, 528.

Menzikoff, Fürst, 309 u. f.

Mercy, General, 290.

Meredith 378.

Mesnager 161, 488.

Meyerfeld 316.

Middleton, Staats-Secretär in St. Germain, 30, 35, 498, 501.

Minorka 116.

Moles, Duca di, 397.

Monaco 531.

Monk 42, 362.

Monmouth, Herzog von, 362.

Mortaigne, holländischer Gesandter in Regensburg, 122.

Mothe, La, französischer General, 151, 159.

N.

Napoleon I. über eine Landung in England 34.

Neugebaur 317, 505.

Neuhäusel 523.

Newcastle, Herzog von, 162, 176.

Noailles, Marschall, 109, 283, 530, 535.

Nottingham, Graf, 6, 394.

O.

Oberhaus des britischen Parlamentes. Ueber die Flotte 2 u. f.; über die Kriegführung in Spanien 4 u. f. und 19 u. f. Es ist gegen Harley 22. Ueber einen geheimen Rath für Schottland 38.

Adreſſe im November 1708 S. 187. Bill der Amneſtie 208. Adreſſe im November 1709 S. 369. Es nimmt die Anklage gegen Sacheverell entgegen 378 u. f.; fällt das Urtheil 393 u. f. Vgl. Parlament.
Okolicſany, Paul, 82.
Onod, der blutige Landtag von, 68, 73, 75, 77, 82, 85 u. f., 329.
Onslow, Sprecher des Unterhauſes, 185.
Orden, Deutſch-, 310 u. f.
Orford, Lord, 176, 357, 367 u. f., 441, 487.
Orleans, Herzog von, 109, 117.
Ormond, Herzog von, 487.
Orſini, Prinzeſſin, 117, 283.
Oudenarde 133 u. f.
Ouwerkerke, holländiſcher Feldmarſchall, 38, 140, 143, 151.
Oxenſtjerna, Benedict, 310.

P.

Paleotti 424.
Palffy, Feldmarſchall, 518, 520.
Palmes, britiſcher Geſandter in Turin und ſpäter in Wien, 8, 276, 518, 520 u. f.
Palmquiſt, ſchwediſcher Geſandter im Haag, 316, 504.
Paolucci, Cardinal, 257.
Parlament von Groß-Britannien 1. Es erklärt ſich für den Wiedergewinn von Spanien und für die Sendung des Prinzen Eugen dahin 11; über die Frage eines beſonderen geheimen Rathes für Schottland 38. Adreſſe gegen die Unternehmung des Prätendenten 45.

Es tritt zuſammen im November 1708 S. 185 u. f. Ueber Wiederverheirathung der Königin 203. Geſetz zum Schutze der Vertreter fremder Mächte 208 u. f. Verhalten zur Friedenshandlung im Frühling 1709 S. 212 u. f.

Prozeß des Sacheverell 381 u. f. Es wird vertagt im April 1710 S. 396. Frage der Auflöſung vom April 1710 an 426 u. f. und 452 u. f. und 486.

Vgl. auch Oberhaus und Unterhaus.
Parlament von Irland 263 u. f.
Parma und Piacenza 93, 99.
Pembroke, Lord, 178.
Pepper, General, 544.
Peter I., Czar, ſucht Eintritt in die große Allianz 61 und 88; iſt geneigt für Rakoczy 83 und 88; fürchtet Carl XII. S. 87 u. f.; wünſcht Friedensvermittelung Ludwigs XIV. S. 88. Sein Kampf mit Carl XII. ein welthiſtoriſcher 89 u. f. Seine Kriegführung 91. Sieg bei Liesna 92.

Er fordert von der Königin Anna Genugthuung in der Sache Matueof 210 u. f.; zieht, im Frühling 1709, gegen Carl XII. S. 307 u. f.; ſiegt bei Pultawa 308. Seine Ausſichten und Ziele 310 u. f. Er erhält von der Königin Anna Genugthuung 313; verlangt von Auguſt II. die Rückkehr nach Polen 319 u. f. Seine Allianz mit Auguſt II. und Friedrich IV. S. 321 u. f. Er erobert Liefland 323 u. f. und 503.

Er wünſcht franzöſiſche Vermittelung mit Carl XII. S. 506; wird dabei von Ludwig XIV. getäuſcht 567 u. f.; iſt, 1710, günſtig für Rakoczy 518 u. f.

Peterborough, Lord, über ſeine Kriegführung in Spanien 4 u. f., ſowie 19 u. f. und 29. Verhalten zu Hannover 59.

Petkum, Geſandter im Haag, 161 u. f., 217 u. f., 232, 353 u. f., 396 u. f., 401, 418 u. f., 445 u. f.

Pforte faßt den Entſchluß des Krieges gegen Peter I. S. 504 u. f.

Philipp V. König von Spanien, 96, 103, 117, 160, 217, 227. Er demonſtrirt im April 1709, Spanien nicht aufgeben zu wollen 227. Seine Sache im Conſeil Ludwigs XIV. vertreten durch ſeinen Vater, den Dauphin, 239 und 247. Er erläßt ein Rundſchreiben an ſeine Unterthanen 255; iſt feindſelig gegen Papſt Clemens XI. S. 259; im Feldzuge von 1709 S. 283.

Er will mit den Seemächten anknüpfen 348; will die ſpaniſche Krone behalten 535.

Sein Feldzug von 1710 S. 535. Flucht aus Madrid 540.

Piper, Graf, Miniſter Carls XII, 92, 306, 312.

Plöckner S. J. 111.

Polignac, Abbé, franzöſiſcher Bevollmächtigter 402, 414 u. f., 417 u. f., 439 u. f., 445 u. f., 447 u. f.

Poniatowski 317, 505.

Portugal 541 u. f.

Poulett, Lord, 475.

Präliminarien des Friedens, von Heinſius, Mai 1709, entworfen 236, ratificirt von der Republik und England 238, nicht von Ludwig XIV. S. 239; beurtheilt vom Prinzen Eugen und Goslinga 243.

Sie ſollen für die Beredungen von 1710 zu Grunde gelegt werden 396, 401 u. f., 417 u. f., 449 u. f.

Prätendent 29 u. f. Sein Verſuch von 1708 auf Schottland 32 u. f. Seine Inſtruction nach Schottland 37. Seine Perſönlichkeit 40 u. f. Er wird wohlwollend beurtheilt von der Kurfürſtin Sophie 43. Seine Ausfahrt aus Dünkirchen verzögert 44. Er kann nicht im Firth of Forth landen 48; nicht in Inverneß 48 u. f.; unwillig über die erfahrene Behandlung 51; vermag nicht ſich von Ludwig XIV. loszuſagen 53; kehrt nach St. Germain zurück 54; entſendet neue Inſtructionen nach Schottland 54. — 186, 233, 258, 293, 384 u. f., 426, 448, 481, 498 u. f.

Preßburg, Landtag von, 72, 79, 337 u. f.

Prié, kaiſerlicher Botſchafter in Rom, 93, 97, 102 u. f., 104, 218, 256 u. f., 259.

Pultawa 306 u. f.

Puyſegur 133.

R.

Raby, Lord, britiſcher Botſchafter in Berlin, 124, 285 u. f., 325, 331, 457.

Rainald, Herzog von Modena, 94.

Rakoczy, Franz. Er wird von Ludwig XIV. benutzt 36; lehnt die Ladung zum Landtage in Preßburg ab 72; ſchaut immer hoffend nach Verſailles 73 u. f.; handelt als abſoluter Herr 75. Er läßt ſich bewegen nach Neuhäuſel und

Trentſchin zu marſchiren 79; berichtet über Trentſchin 80; verzeichnet von da an den Rückgang ſeiner Sache 82; will dennoch ausharren und ſucht Hülfe bei Peter I. S. 84, bei Clemens XI. S. 84, in Conſtantinopel 85, bei Friedrich I. und den Seemächten 86; entſendet Tolvay nach Wien 87.

Er erhält Befehle Ludwigs XIV. zu Gunſten Carls XII. S. 316. Stand ſeiner Angelegenheiten zu Ende 1708 S. 326. Er will nicht einen Ausgleich mit dem Kaiſer 327 u. f.; vertraut auf Ludwig XIV. S. 328. Sein Verhältnis zu den Seemächten 329. Er faßt die Worte derſelben zu günſtig auf 336; will Zeit gewinnen 337; im Felde gegenüber Heiſter 338. Seine Bemühungen in Berlin 339. Correſpondenz mit Hamel Bruininx 340 und 342 u. f. Seine Denkſchrift für Berlin 341. Seine Illuſionen 343 u. f. Er beſchwert ſich über den Papſt Clemens XI. S. 346.

Warum von Peter I. begünſtigt 505 u. f. Er wird von Ludwig XIV. getäuſcht 506 u. f. Seine Hoffnung auf die gegen Carl XII. verbündeten Fürſten 510 u. f. Bemühungen in Berlin 511 u. f. Er verwendet ungariſchen Wein zu Geſchenken 514; ſtellt Verbindung mit den Türken in Ausſicht 513 u. f.; hat gutes Einvernehmen mit Peter I. S. 518; trägt für den Czarewitſch die ungariſche Krone an 520. Sein Feldzug von 1710 S. 522 u. f.

Vgl. auch Betes.

Rechteren, Graf, 70, 139.

Religionskrieg, Frage deſſen in Spanien, 98, 259, 261, 264, 282, 397, 541.

Rennſchild, ſchwediſcher Feldmarſchall, 306 u. f.

Rivers, Graf, 374. Als Geſandter nach Hannover 478 u. f., 481, 482 u. f., 489 u. f., 493.

Robethon, Unter-Staats-Secretär in Hannover für die engliſchen Angelegenheiten, 58, 61, 171, 494.

Rocheſter, Lord, Haupt der Tory-Partei, 2, 5, 7, 10, 16, 480, 484.

Rouillé, franzöſiſcher Friedensunterhändler, 218, 222, 236, 242.

Rumersheim 290.

S.

Sacheverell und ſeine Sache 372 u. f. und 380 u. f., 394.

Sachſen, Cardinal von, Primas von Ungarn, 72.

Salm, Fürſt, Miniſter Joſephs I., 94.

Santa Cruz 278.

Saragoſſa 537 u. f.

Sardinien 115.

Schelde 137 u. f., 144 u. f., 156 u. f.

Scheremetoff 308 u. f.

Schmettau, preußiſcher Geſandter im Haag, 242, 285, 402, 513, 517.

Schonen 323.

Schulenburg, General, 135, 139, 184, 295 u. f., 298, 533.

Schütz, hannöverſcher Geſandter in London, 58.

Scott 58.

Shovel, Admiral, 3.

Shrewsbury, Herzog von, 421. Charakter 423 u. f. Er wird zum Oberſt-Kämmerer ernannt 424 u. f.; thut dem Grafen Gallas die Entlaſſung von

Sunderland kund 437; wünſcht Frieden 443; tritt mehr hervor 453. Seine Unterredung mit Gallas vor der Entlaſſung Godolphins 470 u. f.
Sicilien 192, 199, 260, 279, 398, 405 u. f., 412 u. f., 445.
Sickingen 522.
Siebenbürgen 327 u. f., 330 u. f., 520.
Simon, St., 117.
Siniawska, Eliſabeth, 84.
Siniawski, polniſcher Kronfeldherr, 320.
Sinzendorf, Graf, 195, 232 u. f., 401 u. f., 406 u. f., 414 u. f., 445 u. f., 460.
Slingeland 304.
Smith 1.
Somers, Lord, 38, 162, 176, 178, 213, 334, 375, 434, 441, 486.
Somerſet, Herzog von, 25, 176, 422 u. f., 443, 486.
Sophie, Kurfürſtin-Witwe von Braunſchweig-Lüneburg zu Hannover. Ihre Beziehungen zu ihren Verwandten in Frankreich 41 u. f. Sie iſt wohlwollend für den Prätendenten 43 u. f. Ihr Urtheil über das Unternehmen auf Schottland 52. Plan der Einladung für ſie nach England 58 und 204. Sie wirkt zu Gunſten der Heirath von Eliſabeth Chriſtine mit Carl III. S. 111; wird von der Königin Anna nicht richtig erkannt 173; ſchreibt nach England 492. Ihr Verhalten 496.
Spanheim, preußiſcher Botſchafter in London, 211.
Sparre 146.
Stamford, Lord, 2.
Stampe 278.
Stanhope, britiſcher General in Spanien, 107 u. f., 116 u. f., 187, 277 u. f., 279 u. f., 382 u. f., 397, 535 u. f., 539 u. f., 542 u. f.
Stanislaus von Polen 319 u. f.
Starhemberg, Guido, Feldmarſchall, 109, 116, 283, 484, 536, 538 u. f., 543.
Steenbock 324.
Stralenheim 268.
Straßburg 229, 234.
Stuart, Haus, ſ. Jacob II. und Prätendent.
Sunderland, Lord, 166, 170, 176, 192 u. f., 198, 230, 263 u. f., 281, 335, 375, 430 u. f., 440 und 467, 494.
Surville 296 u. f.
Suſa 120.
Szolnok 523.

T.

Talmann, kaiſerlicher Reſident in Conſtantinopel, 507.
Tarragona 190.
Tartaren, Chan der, 505, 508.
Teſſé, Marſchall, Botſchafter in Rom, 95 u. f., 100, 105, 256 u. f.
Theilungsvertrag über die ſpaniſche Monarchie 404 u. f.
Tilly, holländiſcher General, 140.
Torcy, franzöſiſcher Staats-Secretär, 73, 77, 218, 221. Er erbietet ſich nach dem Haag zu gehen 228; will die Holländer und Marlborough gewinnen

229 u. f.; hat geringe Hoffnung, die Republik loszureißen 231; unterredet ſich mit Marlborough 232 und 234; berichtet über die Friedens-Conferenzen 235; unterzeichnet nicht die Präliminarien 236; räth Ludwig XIV. ſie ab 237; hat keine Hoffnung auf die Aenderung derſelben 241 und 243; ſpinnt die Correſpondenz mit Heinſius fort 347 und 352 u. f.; ſucht Spaltung in der Republik hervorzurufen 397 u. f.; über die Beredungen in Geertruidenberg 399 u. f., ſo wie 403 u. f.

Tory-Partei 5 u. f., 62, 168, 170, 183, 204, 207, 359, 379, 381, 385, 393, 413, 429 u. f., 452, 461, 484, 493, 501.

Toulon 7 u. f., 62, 68, 120, 201, 274.

U.

Ukraine 306 u. f.

Union von England und Schottland 29 u. f.

Unterhaus des britiſchen Parlamentes. Ueber die Kriegführung in Spanien 20 u. f. und 28 u. f. und 62. Adreſſe gegen die Unternehmung des Prätendenten auf Schottland 45.

Neues Unterhaus im November 1708 S. 185 u. f. Ueber den Krieg in Spanien 196 u. f. Dank für Marlborough, im Februar 1709, S. 202. Adreſſe auf die Thronrede, im November 1709, S. 369. Es erhebt vor dem Oberhauſe die Anklage gegen Sacheverell 373 u. f. Adreſſe für die Sendung Marlboroughs nach dem Haag, Februar 1710, S. 379 u. f. Nimmt die Entſcheidung des Oberhauſes entgegen 394.

Vgl. auch Parlament.

Urbich, ruſſiſcher Geſandter in Wien, 316, 321, 407 u. f.; 518.

V.

Venant, St., 534.

Vendome, Marſchall, 71, 109, 132 u. f., 137, 141, 148 u. f., 537 u. f., 542 u. f., 545.

Vetes, Agent des Franz Rakoczy in Paris, 39, 73, 76 u. f. Er charakteriſirt die Politik von Verſailles 78 und 83; ſucht für Peter I. die Vermittelung Ludwigs XIV. nach 88; über den Herzog von Orleans 117 u. f.; über die Noth von 1709 in Frankreich 215; über das Conſeil vom 2. Juni 1709 S. 239; über die Stimmung in Frankreich 245; über Carl XII. S. 316; wünſcht für Rakoczy einen Ausgleich mit dem Kaiſer 327 u. f.; über die Verſprechungen der Seemächte für Rakoczy 337 und 344; über die franzöſiſche Politik 399, ſo wie 506 u. f.

Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, erfreut ſich der Sympathien in England und Holland für ihn 9 und 68 und 119 und 274 und 520. Er will nicht, daß dem Papſte Clemens XI. ein Affront geſchehe 100. Sein Feldzug 1708 S. 118 u. f. Er nimmt Exilles und Feneſtrelles 121. Forderungen für ihn, im Mai 1709, im Haag, 234. Verhalten im Feldzuge 1709 S. 293 u. f. Plan auf die Freigrafſchaft 289. Differenz mit Joſeph I. S. 528 u. f. Er ſucht mit Ludwig XIV. anzuknüpfen 531 u. f.

Villars, Marſchall, 120 u. f., 238, 291 u. f., 294 u. f., 298, 301 u. f., 499, 532 u. f.

Villaviciosa 545.
Voiſin, franzöſiſcher Kriegsminiſter, 246, 297.
Vrybergen, holländiſcher Geſandter in London, 281, 444, 453 u. f., 467, 473.

W.

Walpole, Sir Robert, 433.
Wartenberg, Graf, Miniſter in Berlin, 330, 511.
Waſa, Haus, 310 u. f.
Webb, General, 152, 485.
Wharton, Lord, 2, 176, 178, 208, 268, 487.
Whig-Partei, 22, 26, 63, 162, 166, 170, 172 u. f., 175, 177, 185, 202, 204 u. f., 207, 349, 357, 370 u. f., 379, 381, 385, 393, 413, 429, 432, 452, 456 u. f., 463, 467 u. f., 487, 493 u. f., 501.
Whitaker, Admiral, 192, 257, 277.
Whitworth, Lord, 313 u. f.
Wilhelm III. 262, 266, 270, 313. Ueberſicht ſeines Verhaltens in 1688 S. 387 u. f.
Winter von 1708/1709 S. 215.
Withers, General, 299.
Worſeley 482.
Wratislaw, Graf, kaiſerlicher Miniſter, 13 u. f., 16, 94, 97, 107, 110 u. f., 113, 141, 219, 282, 331 u. f., 415, 519, 521, 533.
Württemberg, Prinz von, 140.
Wynnendaal 152.

Z.

Zinzerling, Geſandter Carls III., 189, 199.
Zondodari, Nuntius in Madrid, 227, 259.
Zuſatz-Artikel zur großen Allianz 62.

Druck von Adolf Holzhauſen in Wien,
k. k. Hof- und Univerſitäts-Buchdrucker.

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Vierzehnter (Schluß-) Band.

Die Jahre 1711 bis 1714.

Wien, 1888.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Siebenunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1711.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes, im Winter 1710/11.

Das neue Miniſterium bis zur Verſammlung des Parlamentes.

Seite

Das neue Miniſterium beſteht aus Tories 1
Ausfall der Wahlen zu Gunſten desſelben 2
Es will die Fortſetzung des Krieges 3
Eine Sieges-Dankfeier nicht in St. Paul 4
Bereitwilligkeit des Miniſteriums für Carl III . . . . . —
Harleys Bericht über die Stellung Englands nach außen 5
Rocheſter zum Treaſurer ernannt, 10. 21. November 6
Harley, Raby, Peterborough, St. John 7
Harley und St. John bedienen ſich der Preſſe . . . . . —

Die Seſſion des Parlamentes.

Wahl des Sprechers, Bromley, und die Thronrede 8
Urtheile über den Inhalt der Thronrede 9
Die Betonung der Thronfolge des Hauſes Hannover 10
Betheuerungen der Miniſter nach Hannover . . . . . —
St. John und Robethon 11
Adreſſe des Oberhauſes der Thronrede entſprechend 13
Die Adreſſe des Unterhauſes nimmt auch die Angelegenheit der Thronfolge auf 14
Gerücht über eine abermalige Sendung von Rivers nach Hannover . . . . —
Inſtallation des Kurprinzen als Ritters des Hoſenband-Ordens 15
Geſinnung des Staats-Secretärs St. John gegenüber Oeſterreich . . . . . —
Seine Aeußerungen über die Aufträge Peterboroughs 16
Verdacht des Grafen Gallas gegen das neue Miniſterium 17
Die Adreſſe des Unterhauſes entſpricht dem Programme Harleys . . . . —
Sie zielt auf die Whig-Partei, ohne ſie zu nennen 18
Harley ſucht den Eifer zu beſchwichtigen 19
Der October-Club, jacobitiſch . . . . . —

Die Stellung Marlboroughs.

Er will das Commando behalten 20
Verſuche, ihn durch den Herzog von Argyle zu kränken . . . . . —

Seite

Ein Lob für Marlborough im Oberhause dringt nicht durch 21
St. John über Marlborough 22
Entlassung der Generale Meredith, Macartney, Honeywood . . . . . —
Marlborough an den Kurfürsten Georg Ludwig 23
Sein Empfang in London . . . . . —
Bedingung für ihn der Verzicht seiner Frau auf ihre Aemter 24
Verdacht gegen Marlborough 25
Seine Lage beurtheilt vom Grafen Gallas . . . . . —
Seine Aeußerungen zu Robethon über seine Stellung 26
Versuche Marlboroughs die Königin zu mildern 27
Ablieferung des goldenen Schlüssels 28
Harleys Bericht an den Kurfürsten Georg Ludwig 29
Weitere Kränkungen für Marlborough . . . . . —
Die Königin declarirt sein Verbleiben im Amte 30
Marlborough nach dem Haag . . . . . —

Einwirkung der unglücklichen Nachrichten aus Spanien.

Eintreffen der Nachrichten von Brihuega und Villaviciosa 31
Muthige Aeußerungen der Königin und der Minister 32
Dennoch die Besorgnis vor einem Umschlage nicht grundlos . . . . . —
Nach der Darlegung St. Johns der Umschlag im königlichen Rathe beschlossen 33
Fiction St. Johns, daß Oesterreich den Krieg in Spanien gewollt 34
Neue Beschlüsse im Gegensatze zu der bisherigen Politik . . . . . —
Adresse des Unterhauses auf die Mittheilung über Spanien 35
Das Oberhaus untersucht den früheren Verlauf in Spanien 36
Erörterung des Planes gegen Toulon, von 1707 37
Tadels-Votum gegen das frühere Ministerium 38
Lob für Peterborough 39

Beginn der englischen Friedenswerbung in Versailles.

St. John sucht die Holländer zu täuschen 39
Sendung des Priesters Gautier nach Versailles 40
Plan der französischen Politik 41
Ein Urtheil von Comines über Engländer und Franzosen 42
Antwort Torcys an Gautier . . . . . —
Abweisung des Herzogs Victor Amadeus 43
Schwanken der englischen Minister in Betreff Hollands . . . . . —
Ablehnendes Verhalten in Versailles gegen Holland 44
Der Friedensversuch Lothringens . . . . . —

Die Sache des Prätendenten.

In dem neuen Ministerium damals kein Jacobit 46
In Folge des Prozesses Sacheverell die jacobitische Strömung stärker . . . —
Marlborough über den October-Club und Harley . . . . . —
Harley knüpft, durch Gautier, mit Berwick an 47
Bericht Berwicks über diese Anknüpfung . . . . . —
Demnach der October-Club dienstbar für Harley 48

Seite
Erſtes Schreiben des Prätendenten an die Königin Anna, Mai 1711 . . . 49
Frage einer ſchriftlichen Antwort der Königin 52
Jenes Schreiben, der Sachlage gemäß, ihr ſehr willkommen 53
Erörterung Marlboroughs über die Königin . . . . . —
Nur Frau Maſham Mitwiſſerin ihres Geheimniſſes 54
Die Königin will nicht einen Vertrag mit ihrem Bruder 55
Harley nicht Mitwiſſer ihres Geheimniſſes . . . . . —
St. John damals nicht in Correſpondenz mit St. Germain 56
Harleys Anknüpfung dort ohne Vorwiſſen der Königin . . . . . —
Er ſucht die Jacobiten für ſich auszunutzen 57

Aufſteigen Harleys und die weiteren Parlaments-Verhandlungen.

Rocheſter oder Harley 58
Guiscard und ſein Attentat auf Harley 59
Adreſſe des Parlamentes zu Gunſten Harleys 60
Adreſſe und Antwort erregen Verwunderung . . . . . —
Harley, im Unterhauſe begrüßt, legt ſeinen Südſee-Plan vor 62
Er wird zum Grafen von Oxford und Mortimer ernannt . . . . . —
Er wird Lord Treaſurer 63
Geſammt-Vorſtellung des Unterhauſes 64
Bewilligung desſelben für fünfzig neue Kirchen . . . . . —

Die Wirren im Oſten Europas in der erſten Hälfte des Jahres.

Das Verhalten der weſtlichen Mächte zu den öſtlichen.

Manifeſt Carls XII. gegen Auguſt II. 65
Franzöſiſche Hoffnungen von Carl XII. . . . . —
Die Ereigniſſe im Oſten befördern die engliſche Friedensneigung 66
Die Angelegenheit der Neutralitäts-Armee . . . . . —
Beſorgnis in Wien vor den Türken 67

Der Friede von Szathmar.

Graf Karoly knüpft in Wien an 68
Graf Palffy erhält den Auftrag des Friedens . . . . . —
Aufträge an den engliſchen Geſandten Palmes in Wien 69
Antwort des Prinzen Eugen an dieſen 70
Zuſammenkunft zu Baja, 30. Januar . . . . . —
Bericht Rakoczys darüber 71
Sein Verhalten zu der Ausſicht auf den Frieden . . . . . —
Seine Verhandlung in Berlin 72
Preußiſche Protections-Urkunde für Rakoczy 73
Seine Verhandlung mit Auguſt II. . . . . —
Das Schreiben Rakoczys im Rathe des Kaiſers 74
Inſtruction für Locher von Lindenheim . . . . . —
Urtheil des engliſchen Geſandten Palmes 75
Lord Peterborough und ſeine Inſtruction 76
Rakoczys ſpäterer Bericht über die Beſchlüſſe ſeines Senates 77

Seite
Ferner über seinen Austritt nach Polen 78
Versuche Peterboroughs und Urbichs für Rakoczy in Wien vergeblich . . 79
Rakoczy und Karoly in Stry . . . . . —
Bericht des Ersteren über das weitere Verfahren Karolys 80
Urtheil des Vetes über Rakoczys Austritt nach Polen . . . . . —
Palffy fordert die Ueberlieferung von Kaschau 81
Einwirkung des Todes des Kaisers Joseph I. . . . . —
Uebergabe Kaschaus, 26. April 82
Szathmarer Friede, 29. April 83
Ende des Aufstandes auf ungarischem Boden, und Rückblick . . . . . —
Mahnung des Vetes an Rakoczy 84
Hoffnungen Rakoczys 85

Der Tod des Kaisers Joseph I. und die nächsten Folgen.

Erkrankung des Kaisers Joseph I., und Tod 85
Bitte der Minister in Wien an Carl III. um die Heimkehr 87
Die Reden Peterboroughs . . . . . —
Antwort Carls III. an Wratislaw 88
Generalstaaten wünschen die baldige Kaiserwahl Carls III. 89
Fast alle Kurfürsten sofort willig . . . . . —
Bemühungen Ludwigs XIV. dagegen 90
Die großbritannischen Minister . . . . . —
Französisches Angebot an Carl III. 91
Die englischen Minister reden nicht gegen die Vereinigung des Kaiserthumes mit der spanischen Krone 92
Adresse beider Häuser den Schritten der Königin zustimmend . . . 93
Heinsius über die vorerwähnte Vereinigung der Kronen . . . . . —
Aehnlich der britische Botschafter Raby 94
Die Aeußerungen des Grafen Sinzendorf 97
Charakteristik dieser Reden der Vertreter der Großmächte . . . . . —
Spätere Trübung der Erkenntnis des Sachverhaltes, namentlich durch St. John 98

Die geheime Friedenshandlung zwischen England und Frankreich.

Die Verhandlungen in den Monaten April bis Juli.

Vorschläge Torcys vom 22. April 99
Selbsttäuschung des englischen Ministeriums 100
Mittheilung der Vorschläge nach dem Haag 101
Zugleich verlangt Gautier in Versailles bestimmtere Auskunft 102
Antwort der Republik auf jene Vorschläge . . . . . —
Zugleich sucht die Republik in Versailles anzuknüpfen 103
Auf die Bitte von England abgewiesen 104
Die englischen Minister fürchten eine Unterhandlung Carls III. . . . . —
Torcy drängt sie vorwärts durch diese Furcht 105

Seite

Carl III. fern von einer Unterhandlung mit Frankreich 106
Er hat andererſeits keinen Verdacht gegen die engliſchen Miniſter 107
Neuer Verſuch der franzöſiſchen Politik in Wien 108
Berufung des Botſchafters Raby nach London 109
Engliſche Expedition nach Nordamerika . . . . . —
Matthew Prior nach Verſailles, im Juni 110

Vermuthungen und Urtheile über die geheime Friedenshandlung.

Vermuthungen im Haag 110
Der ſchärfſte Beobachter Graf Gallas in London 111
Sein Verdacht erregt durch das Geſchwader nach Amerika 112
Der Verdacht geſteigert durch die Ankunft Rabys . . . . . —
Die Forderung der 8000 Mann aus Ungarn nach Savoyen 113
Erörterungen des Grafen Gallas über die Verdachtsgründe 114
Aeußerungen St. Johns 115
Gallas charakteriſirt die Perſönlichkeiten des Miniſteriums . . . . . —
Er legt die dem engliſchen Volke vorgeſpiegelten Gedanken dar 117
Er warnt dringend nach Barcelona und nach Wien 118
Sein Plan einer nachdrücklichen Denkſchrift 119
Sinzendorf und der Prinz Eugen nicht für dieſen Plan . . . . . —
Gallas vertheidigt den Plan 120
Auch Heinſius nicht dafür 121
Ausführlicher Bericht von Gallas, vom 31. Juli, ausgeliefert . . . . . —

Die Frage der Heimkehr Carls III.

Carl III. nicht geneigt zur Heimkehr bis Ende Juni 122
Wratislaw und der Prinz Eugen dringen auf Entſchluß . . . . . —
Die Flotte hat nicht den Befehl, König und Königin zu führen 123
Denkſchrift des Grafen Gallas vom 9./20. Auguſt 124
Schriftliche Antwort St. Johns, vom 11./22. Auguſt 126
Abermaliger Schriftwechſel 129

Fortſetzung der geheimen Friedenshandlung.

Die Vollmacht und Inſtruction Priors 130
Ludwig XIV. entſchließt ſich Mesnager nach London zu ſenden 131
Gallas dringt mit ſeinen Fragen ſchärfer in die Miniſter . . . . . —
Unkunde der Sachlage bei der Whig-Partei und bei Godolphin 132
Mittel Oxfords zum Zwecke der Täuſchung . . . . . —

Die Verwickelung im Oſten und deren einſtweilige Löſung.

Peter I., Auguſt II., Rakoczy in Jaroslaw 133
Peter I. und Auguſt II. machen Erbietungen nach Frankreich 134
Bedenken in Verſailles gegen Peter I. und noch mehr gegen Auguſt II. . 135
Auguſt II. fordert ſeine Truppen aus Belgien zurück, vergeblich 136
Auguſt II. und Peter I. wollen Craſſau angreifen 137
Prinz Eugen über dieſe Fürſten . . . . . —

Seite
August II. mit Frankreich im Handel gegen die Wahl Carls III. . . . 137
Der französische Plan für Friedrich I. 138
Von Friedrich I. selber an Sinzendorf kund gemacht . . . . . —
Die Machtstellung Augusts II. bedingt durch diejenige Peters I . . . 139
Der russisch-türkische Krieg . . . . . —
Peter I., am Pruth, kauft sich beim Großwesir frei 140
Carls XII. Versuch dagegen vergeblich 141
Der Friedensschluß am Pruth eine Segnung für Oesterreich . . . . . —
Einmarsch der Sachsen und Dänen in Pommern . . . . . —
Franz Rakoczy will seine Sache nicht aufgeben 142
Er unterhält nach wie vor seine Agenten 143

Der Herzog Victor Amadeus.

Victor Amadeus beharrt im Kriege 144
Montferrat ihm überwiesen . . . . . —
Die Königin Anna stellt ihm Vortheile in Aussicht 145
Sie will Heirath des Prinzen von Piemont mit einer Erzherzogin . . . —
Die Frage der Verstärkung mit 8000 Mann 146
Der Feldzug thatlos . . . . . —

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Frage des Verbleibens der preußischen Truppen.

Friedrich I. droht seine Truppen abzuberufen 147
Die Differenz über die oranische Erbschaft . . . . . —
Heinsius über diese Angelegenheit 148
Ungünstiges Verhältnis in der Republik für den Prinzen von Nassau . . 149
Friedrich I. nach Holland . . . . . —
Mehrheit in den Generalstaaten für Friedrich I. . . . . —
Die Sache zieht sich hin 150
Der Prinz, auf der Reise nach dem Haag, ertrinkt 151
Die Drohungen Friedrichs I. erreichen ihren Zweck 152

Der Feldzug.

Ludwig XIV. will die Defensive 153
Der Prinz Eugen zieht ab nach dem Rheine . . . . . —
Die Armeen thatlos einander gegenüber 154
Marlborough von Goslinga angefeuert . . . . . —
Zustimmung im Haag 155
Hoffnung durch ein Treffen die geheime Verhandlung zu zerreißen . . . —
Marlborough sucht mit dem neuen Ministerium anzuknüpfen 156
Oxford hält den Abgesandten, Grafen Stair, hin 157
Aussicht auf ein Treffen, 6. August 158
Villars bietet die Gelegenheit, Marlborough nimmt nicht an . . . . . —
Der Kriegesrath 159
Votum Goslingas . . . . . —

Seite
Beſchluß des Abzuges über die Schelde 160
Verſchiedene Urtheile darüber . . . . . —
Marlborough ſucht ſich zu verantworten 161
Oxford weiſt ſeine Erbietungen zurück 162
Marlborough und Goslinga . . . . . —
Belagerung und Einnahme von Bouchain 163

Die Kaiſerwahl.

Die franzöſiſche Armee am Rheine unthätig 164
Die Kurfürſten in Frankfurt 165
Ruinen der einſtigen Bedeutung des Kaiſerthums . . . . . —
Aufbruch des Königs Carl aus Barcelona ohne die Königin 166
Landung in Vado, 12. October . . . . . —

Die Friedensſache.

Die geheime Verhandlung in London.

St. John meldet nach dem Haag die Anweſenheit des Mesnager 167
Bedenken Shrewsburys 168
Der geheime Vertrag des britiſchen Miniſteriums mit Frankreich . . . . —
Gutachten des Comites des Unterhauſes von 1715 169
Durch den geheimen Vertrag wird England für Frankreich dienſtbar . . 170
Die beſonderen Vortheile des geheimen Vertrages für Groß-Britannien . . 171
Die Frage des Beſitzes von Spanien 172
Aſſiento-Vertrag . . . . . —
Das Comité von 1715 über die formellen Mängel . . . . . —
Das andere Schriftſtück der franzöſiſchen Präliminarien 173
Strafford damit nach dem Haag, Rivers nach Hannover 175

Das Verfahren der britiſchen Regierung gegen den Grafen Gallas.

Täuſcheſpiel des Grafen Oxford in Betreff Spaniens 175
Erbitterung der britiſchen Miniſter gegen Gallas 176
Uebergabe der Präliminarien an die Geſandten 177
Gallas ſchreibt darüber an Dartmouth . . . . . —
Drohung St. Johns in Betreff des Geſandten 178
Die Vorſchläge des Mesnager veröffentlicht . . . . . —
Unterredung von Gallas und Dartmouth 179
Schreiben von St. John-Dartmouth an Gallas . . . . . —
Bericht von Chetwynd über eine Audienz bei Carl VI. 180
Die Bitte von Gallas um eine Abſchieds-Audienz abgeſchlagen 181
Die Königin läßt ihm den Hof verbieten . . . . . —
Gallas vermuthet St. John als Urheber der Beleidigung 182
Officiöſe Auslaſſung des britiſchen Miniſteriums . . . . . —
Handſchreiben der Königin an Kaiſer Carl VI. 183
Verſuch der Begründung der Anklagen 184

Seite

Auftrag der Ueberbringung an Watkins 184
Ergebnis des Sachverhaltes 185

Die Sache des Prätendenten.

Gerüchte über eine Unternehmung unbegründet 186
Marlborough ſchreibt, durch Villars, an den Prätendenten 187
Meinungen über die Geſinnung der Königin 188
Mesnager im Auftrage Ludwigs XIV. nach St. Germain 189
Auftrag Ludwigs XIV. für Mesnager . . . . . —
Die britiſchen Miniſter weichen den Andeutungen aus 190
Mesnager abermals nach London . . . . . —
Verhalten der wichtigſten Perſonen in Betreff des Prätendenten 191
Mesnager mit Erlaubnis der Königin zu Frau Maſham . . . . . —
Frau Maſham über die Geſinnung der Königin 193
Uebereinkunft der zwei Perſönlichkeiten 194
Die Nicht-Betheiligung Oxfords 195

Die Friedensfrage im Haag.

Strafford und Buys in Helvoetſluis 196
Inſtruction des Grafen Strafford . . . . . —
Generalſtaaten ſenden Buys nach England 197
Beſcheid St. Johns auf die Frage nach einem geheimen Vertrage 198
Dienſtbarkeit des britiſchen Miniſteriums vor Frankreich 199
Ludwig XIV. ſendet nach London den Entwurf ſeiner Zugeſtändniſſe . . —
Das Gutachten des Staatsrathes der Republik 200
Proteſt des Kaiſers gegen die franzöſiſchen Präliminarien . . . . . —
Drohungen des Grafen Straſford an Heinſius . . . . . —
Die Generalſtaaten geben nach 201
Anreden St. Johns und Straffords an die Geſandten . . . . . —
Ein kaiſerliches Handſchreiben in London nicht übergeben 202

Die Friedensfrage in Hannover.

Das Verhältnis der britiſchen Regierung zu dem Kurfürſten anſcheinend gut 203
Jacobitiſche Medaille in Edinburgh 204
Die Königin bewilligt dem Kurfürſten Truppen zurückzuziehen 205
Britiſche Miniſter verſichern ihre Ergebenheit . . . . . —
Die Kurfürſtin Sophie in Correſpondenz mit Strafford 206
Ueber die Präliminarien 207
Erwartung St. Johns in Betreff des Kurfürſten . . . . . —
Handſchreiben des Kurfürſten an die Königin . . . . . —
Denkſchrift für den Grafen Rivers 208
Verhalten des Grafen Rivers 209
Inſtruction für den Geſandten Bothmar . . . . . —
Seine Denkſchrift, vom 28. November/9. December, auf Grund dieſer Inſtruction 215
Zuſatz Bothmars zu der Denkſchrift über die Inſtruction hinaus . . . —
Die Denkſchrift ein ſchwerer Streich für das Miniſterium 216

Seite
Das Ministerium schiebt den Ursprung der Denkschrift auf die Whig-Partei 217
Das Verfahren berechnet auf die Neigung der Engländer 218

Die Sendung des Prinzen Eugen.

Carl VI. und seine Räthe in Innsbruck 220
Beschluß den Prinzen Eugen nach England zu senden . . . . . —
Urtheile über diesen Beschluß im Haag 221
Marlborough ersehnt diese Sendung . . . . . —
Seine Stellung gefährdet 222

Achtunddreißigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1712 und der Friede zu Utrecht 1713.

Session des großbritannischen Parlamentes 1711/12.

Bis zur Vertagung im Januar 1712.

Thronrede der Königin, 7./18. December 1711 224
Im Oberhause der Antrag Nottinghams in Betreff Spaniens 226
Derselbe Antrag im Unterhause 227
Erregung der Minister 228
Instructionen St. Johns an Strafford . . . . . —
Die Adressen und die Antworten der Königin 230
St. John über den Entschluß derselben . . . . . —
Unmuth der Minister gegen Buys und Bothmar 232
Die Kurfürstin Sophie für Bothmar gegen Strafford 233
Der Prinz Eugen im Haag 234
Bemühungen der britischen Minister gegen seine Ueberkunft 235
Er geht dennoch zu Schiffe 237
Nottinghams Antrag zu Gunsten der Hochkirche 238
Beschlüsse des Oberhauses zu Gunsten der Thronfolge und der Allianz . . 239
Bericht im Unterhause über die Bezüge Marlboroughs . . . . . —
Entlassung Marlboroughs aus allen Aemtern 240
Ernennung von zwölf neuen Pairs 241

Der Prinz Eugen in England.

Ankunft des Prinzen Eugen in London 242
Seine Audienz bei der Königin 243
St. John über den Prinzen an Torey 244
Verhalten der Engländer gegenüber dem Prinzen 245
Denkschrift des Prinzen Eugen, 14./25. Januar 246
Antwort St. Johns . . . . . —
Verdacht des Prinzen Eugen gegen die Minister 248
Irrthum des Kaisers Carl VI. . . . . —

Seite

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Rede Walpoles im Unterhause 249
Botschaft der Königin an das Parlament 17./28. Januar . . . . . —
Dankadressen beider Häuser 251
Beschluß des Unterhauses gegen Walpole 252
Gegen Marlborough 253
Verschiedene Entlassungen 254
Gerüchte über Plane des Prinzen Eugen, Marlboroughs, Bothmars . . . 255
Der Spion Plunket 256
Verhalten Oxfords 257

Stellung des Ministeriums zum Hause Hannover.

Oxfords Bill für den Rang des kurfürstlichen Hauses 258
Der Name Haus Hannover 259
Instruction für Thomas Harley als Gesandten nach Hannover 260
Aeußerung der Kurfürstin Sophie über die Sendung 261
Der Gesandte Bothmar und der Minister St. John . . . . . —
Handschreiben des Kurfürsten an die Königin 263
Bothmar bezieht sich auf seine Denkschrift 264
Unmuth St. Johns 265
Die Sendung Harleys verschoben 266

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Eine Reihe von Resolutionen des Unterhauses 266
Tadel über den Barriere-Vertrag . . . . . —

Beginn des Friedenscongresses in Utrecht.

Instruction der britischen Botschafter 268
Auftreten der französischen Botschafter 269
Kein Friedensvermittler 270
Erste Conferenz am 29. Januar 271
Auch die Kaiserlichen nach Utrecht . . . . . —
Friedensvorschläge der Franzosen, 11. Februar 272
Mit Staunen und Unwillen in der Republik vernommen 273
Das Oberhaus votirt eine Adresse gegen die Vorschläge 275
Das Unterhaus völlig schweigend . . . . . —
Antworten der Verbündeten auf die französischen Vorschläge 276
Spanien und Westindien von Vielen nicht erwähnt . . . . . —
Auf das Andringen der Holländer geben Bristol und Strafford eine Erklärung 277

Die Angelegenheit des Prätendenten.

Das britische Ministerium gilt für jacobitisch 278
Ein Schreiben des Herzogs von Hamilton . . . . . —
Die Bemühungen der Jacobiten nicht einheitlich geleitet 279
Oxfords Verbindung mit Berwick durch Gautier . . . . . —

Seite
Ein Rath Gautiers für Ludwig XIV. und den Prätendenten 280
Mesnagers Correspondenz mit Lady Masham 281
Lady Masham über St. Germain und Oxford 283
Bemerkungen über ihre Ansichten 284
Die britische Forderung der Anerkennung der Thronfolge 285
Mesnager darüber an Lady Masham 286
Der Prätendent an die Königin 287
Die Frage des Vertrauens der Jacobiten in Oxford 288
Spaltung des October-Clubs . . . . . —
Befehl aus St. Germain zu Gunsten Oxfords 289
Oxford und St. John . . . . . —
Misstimmung St. Johns gegen Hannover 290
St. John über das Trachten Oxfords 292

Das Ende der Mission des Prinzen Eugen in London.

Das britisch-französische Abkommen über Spanien bleibt geheim 292
Denkschrift des Prinzen Eugen vom 7./18. Februar 293
Antwort St. Johns vom 29. Februar/10. März ausweichend 294
Adresse des Unterhauses vom 4./15. März 295
Rückblick auf den geschichtlichen Verlauf der spanischen Sache . . . . . —
Unkunde desselben in der Adresse des Unterhauses 298
Desgleichen bei der Königin . . . . . —
Antwort St. Johns an den Prinzen Eugen, 11./22. März . . . . . —
Lob Ludwigs XIV. für das britische Ministerium 300
Oxford knüpft mit dem Prinzen Eugen an . . . . . —
Der Prinz Eugen verläßt England 301

Todesfälle in Frankreich und deren Consequenz für den britisch-französischen Friedenshandel.

Stand der Friedenssache im Beginne März 301
Tod der Dauphine Marie Adelaide 303
Tod des Dauphins, früheren Herzogs von Bourgogne . . . . . —
Verleumdung gegen den Herzog von Orleans 304
Tod des neuen Dauphins . . . . . —
Erhaltung des Herzogs von Anjou . . . . . —
Einstiger Plan Ludwigs XIV. für Philipp V. 305
Torcy an St. John, 10. März 306
St. John verlangt Verzicht Philipps V. auf Frankreich 307
Torcy bezeichnet einen solchen Verzicht als ungültig . . . . . —
Sein Vorschlag eines Expediens 308
Schärferes Auftreten St. Johns, 23. März/3. April 309
Stocken der Friedenshandlung in Utrecht . . . . . —
Besorgnis St. Johns 310
Torcy sucht auszuweichen 311

Seite
St. John ſtellt die Forderung des ſofortigen Verzichtes 311
Ludwig XIV. ſchiebt ſeinem Enkel die Entſcheidung zu 312
St. John drängend an Torcy, 29. April/10. Mai 313
Neuer Vorſchlag eines Tauſches mit Vorwiſſen Ludwigs XIV. . . . . —
Ludwig XIV. darüber an Philipp V. 315
Ludwig XIV. und Königin Anna hoffen auf Annahme in Madrid . . . 317
Ludwig XIV. gibt der Königin dies Verſprechen 318
Die Königin acceptirt es, 10./21. Mai . . . . . —

Der Feldzug in den Niederlanden.

Bis zum 10./21. Mai.

Vorbereitung des Feldzuges 318
Das Commando des Prinzen Eugen 319
Inſtruction des Herzogs von Ormond . . . . . —
Seine Vollmacht dieſelbe wie des Prinzen Eugen 320
Ludwig XIV. und Villars über den Feldzug 321
St. John an Ormond, zurückhaltend, 25. April/6. Mai . . . . . —
Ormond beruft ſich auf ſeine Inſtruction 322

Schreiben St. Johns vom 10./21. Mai und die Conſequenzen.

Das Schreiben St. Johns vom 10./21. Mai 322
Doppelte Antwort Ormonds, 25. Mai 324
Correſpondenz zwiſchen Villars und Ormond 325
Verhalten Ormonds in den erſten Tagen 326
Der Kriegsrath am 29. Mai 327
Ormond zu einer Erklärung gezwungen 328
Der Prinz Eugen über die Vereitelung . . . . . —
Vorſtellung der Generalſtaaten an Ormond 329
Beunruhigende Aeußerung des Biſchofs von Briſtol . . . . . —
Berathung darüber im Haag 330
Denkſchrift der Generalſtaaten an die Königin 331

Das britiſche Parlament über die Friedensſache.

Miſtimmung in der Armee 332
Feindſelige Erwägungen gegen das britiſche Miniſterium . . . . . —
Der Prinz Eugen geht ohne Ormond vor 333
Das britiſche Oberhaus über die Schenkungen Wilhelms III. . . . . —
Beſchwerde Van Borſelens über das Verhalten Ormonds 334
St. John meldet Ormond das Lob der Königin . . . . . —
Antrag des Lords Halifax im Oberhauſe, 27. Mai/7. Juni 335
Reden Oxfords, Nottinghams, Marlboroughs . . . . . —
Die Rede Argyles eine Kritik der Kriegführung Marlboroughs 336
Der Antrag Halifax fällt 337
Das Unterhaus beſchließt eine Vertrauens-Adreſſe 338

Seite
Stimmung in beiden Häusern für das Ministerium . . . 338
Erklärung Philipps V. auf Frankreich zu verzichten 339
Thronrede der Königin mit dem Friedens-Entwurf, 6./17. Juni . . . . —
Debatten darüber im Oberhause und Dank-Adresse 340
Nachdrücklicher Protest der Minderheit . . . . . —
Dank-Adresse des Unterhauses 342
Das Unterhaus gegen die Predigten des Bischofs von St. Asaph . . . 343
Desgleichen gegen die Vorstellung der Generalstaaten vom 5. Juni . . 344
Entsprechende Antwort der Königin an die Generalstaaten . . . . . —
Besorgnisse um die Thronfolge des Hauses Hannover 345
Antrag Hampdens im Unterhause zu Gunsten derselben 346
Antrag verworfen, und statt dessen eine Vertrauens-Adresse 347
Antwort der Königin . . . . . —
Entlassung des Parlamentes bis nach dem Friedensschlusse 348

Der britisch-französische Waffenstillstand.

Einigung darüber zwischen London und Versailles.

Stellung des britischen Ministeriums zu Frankreich und zu den Verbündeten 348
Misstimmung in Holland und bei den anderen Verbündeten 349
Die britischen Bedingungen für einen Waffenstillstand 350
Antwort Ludwigs XIV. 351
Er will das Patent für Philipp V. in den Parlamenten streichen . . . 352

Die Frage der Truppen unter Ormond.

Bestand der Armee Ormonds 353
Unterhandlungen der Generalstaaten mit den reichsfürstlichen Gesandten . 354
Zurückbehalten der Rückstände von britischer Seite . . . . . —
Anfrage Ormonds bei den Generalen der Reichsfürsten 355
Ormond erklärt sich dem Prinzen Eugen und den Feld-Deputirten . . . —
Meinungen von einer bösen Absicht des britischen Ministeriums 356
Die Generale wollen die Befehle ihrer Kriegsherren abwarten . . . . . —
St. John darüber zu den Gesandten in London 357

Verlauf der Angelegenheit des Waffenstillstandes.

St. John bietet für Dünkirchen den Sonderfrieden 357
Prinz Eugen nimmt Le Quesnoi 358
Er schaut mit besonderer Erwartung nach Hannover 359
Stimmung im englischen Feldlager . . . . . —
Die Vorschläge sind gegen das Princip des Kurfürsten 360
Das britische Ministerium sucht Friedrich I. . . . . —
Verhandlungen Straffords und Bristols im Haag, 6. Juli 361
Beschluß der Stände von Holland 362
Antworten der Generale der Reichsfürsten an den Prinzen Eugen . . . 363
Lord Strafford im britischen Hauptquartier . . . . . —
Der Prinz Eugen beschließt Aufbruch gegen Landrecy 364
Villars und Ormond . . . . . —

Seite
Strafford und Bülow 365
Trennung der Armeen, 16. Juli . . . . . —
Ormond verkündet Waffenstillstand 366
Aeußerungen des Unmuthes St. Johns nach Berlin und Hannover . . . —
Anklage der Commission des Unterhauses von 1715 368
Verhalten der Truppen bei der Trennung 369
Ormonds Erzählung der Besetzung von Gent und Brügge 370
Der eigentliche Hergang . . . . . —
Lob der Königin und der Minister für Ormond 372

Kaiser Carl VI. zu der britischen Politik.

Die geheime Anknüpfung mit Oxford 372
Carl VI. nicht geneigt Spanien aufzugeben . . . . . —
Oxford sucht den Kaiser irre zu führen 373
Der Prinz Eugen durchschaut das Spiel . . . . . —
Carl VI. und Lord Peterborough 374
Kaiser will festhalten an Spanien 375
Rede des Grafen Wratislaw dagegen, 15. Juli . . . . . —

Fortsetzung des Feldzuges und der britisch-französischen Friedenshandlung.

Der Unfall von Denain, 24. Juli.

Vorbereitung des Ueberfalles 377
Die Niederlage und deren nächste Consequenzen 378
Entmuthigung der Feld-Deputirten . . . . . —

Verhandlungen zwischen London und Versailles bis zum Waffenstillstande.

Torcy dringt auf einen Sonderfrieden, 19. Juli 379
St. John stellt Forderungen zu Gunsten von Victor Amadeus . . . . . —
Motive dafür 380
Abermaliger Vorschlag des Sonderfriedens in anderer Form 381
St. John erneuert die Forderungen für Victor Amadeus . . . . . —
Jener französische Vorschlag abgelehnt 382
St. John meldet die Sache dem Lord Peterborough 383
Wie Anna für Victor Amadeus, so Ludwig XIV. für Max Emanuel . . 384
Die Königin beharrt bei ihren Forderungen, 20./31. Juli . . . . . —
Ludwig XIV. lenkt ein, fordert aber Sonderfrieden 385
St. John erhält den Auftrag sich nach Versailles zu begeben 386
Er wird vorher zum Lord Viscount Bolingbroke ernannt . . . . . —
Seine Meinung von dieser Ernennung . . . . . —
Die Frage des Sonderfriedens im Cabinetsrath abgewiesen 388
Bolingbrokes Reise nach Paris 390
Frage, ob er die Forderung von Straßburg habe fallen lassen . . . . . —

Seite
Abmachungen Bolingbrokes mit Torcy 391
Die Frage des Königreiches Sicilien für den Herzog Victor Amadeus . . 392
Das Verhalten des Herzogs zu dieſer Forderung 393
Audienz Bolingbrokes bei Ludwig XIV. 394

Verhalten der Republik der Niederlande.

Villars nimmt Douay, Le Quesnoy, Bouchain 394
Anſicht des Prinzen Eugen über die Stimmung 395
Holländer nähern ſich den britiſchen Bevollmächtigten 396
Differenz über Lille und Tournay . . . . . —
Bolingbroke und Torcy wünſchen Sonderfrieden 397
Differenz zwiſchen Rechteren und Mesnager . . . . . —
Ludwig XIV. fordert Satisfaction . . . . . —
Der franzöſiſche Zweck iſt der Sonderfriede 398
Bericht eines Verſuches zu dieſem Zwecke 399
Die Generalſtaaten trauen der Willigkeit der Reichsfürſten nicht 400
Ludwig XIV. ſteigert die Forderung an die Republik . . . . . —
Vorſtellung der Republik bei der Königin 401
Stimmung in England der Republik günſtig 402

Die Frage der Thronfolge.

Der Ritter von St. Georg.

Das britiſche Miniſterium gilt für jacobitiſch 403
Die öffentlichen Acte nicht günſtig für den Prätendenten . . . . . —
Schwierigkeit für die Königin etwas für ihn zu thun 404
Unterredung Buckinghams mit der Königin . . . . . —
Rückblick auf die Umwälzung von 1688 405
Antwort des Prätendenten auf die Zumuthung des Uebertrittes 406
Die franzöſiſche Politik in Betreff des Prätendenten 407
Frage des künftigen Aufenthaltes für ihn . . . . . —
Die Königin hat wahrſcheinlich Lothringen beſtimmt 408

Wichtige Perſonal-Veränderungen in England.

Meinungen über Marlboroughs Entfernung 409
Das Exil ihm durch Oxford aufgezwungen 410
Ernennung Hamiltons zum Botſchafter nach Paris . . . . . —
Beſorgniſſe und Hoffnungen 411
Duell Hamiltons und Mohuns 412
Der Tod Hamiltons ein Verluſt für die Jacobiten . . . . . —
Der Prätendent weiſt ſeine Anhänger an Oxford 413
Perſönlichkeit des Herzogs von Argyle . . . . . —
Allmählich eintretende Aenderung 414
Lockharts Verſuch in St. Germain vergeblich 415
Argyle entſchieden gegen St. Germain 416

Seite

Stellung der Königin und ihrer Miniſter zum Hauſe Hannover.

Harley mit Handſchreiben der Königin nach Hannover 417
Betheuerungen Oxfords dahin . . . . . —
Diejenigen Straffords bei der Kurfürſtin Sophie 418
Bolingbroke über den Hof in Hannover 419
Er knüpft durch Gautier mit St. Germain an 420
Das britiſche Miniſterium will den Kurfürſten für Schweden verwickeln . —
Harley mit einer Reihe von Schreiben zurück 422
Dasjenige des Kurfürſten an Shrewsbury . . . . . —
Der Kurfürſt ſendet den Freiherrn von Grote nach London . . . . . —
Er ſoll ein Jahrgeld für die Kurfürſtin verlangen 423
Verſchiedenheit der Urtheile in Hannover über Oxford 424
Weiſung für Grote in Betreff Bolingbrokes 425
In Betreff der Parteien in England . . . . . —
Namen zuverläſſiger Perſönlichkeiten 426
Auftrag zur Forderung der Rückſtände 427

Stand der europäiſchen Angelegenheiten in den letzten Monaten des Jahres.

Der Krieg um ſchwediſche Beſitzungen 427
Franz Rakoczy vor Ludwig XIV. über ſeine Leiſtungen 428
Lord Lexington nach Spanien 430
Seine Inſtruction und ſein Verhalten in Betreff der Catalonier . . . . —
Carl VI. für die Catalonier . . . . . —
Seine Forderungen an England für den Beitritt zum Frieden 431
Ablehnung derſelben 433
Königin bietet Heimkehr der Kaiſerlichen aus Spanien an 434
Sie fordert dafür die Neutralität in Italien . . . . . —
Frankreich ſteht von Tournay ab 435
Das britiſche Miniſterium verlangt Aenderung des Barriere-Vertrages . . —
Rede Straffords im Haag, im December . . . . . —
Beſorgniſſe der Holländer 436
Der neue Barriere-Vertrag 437
Einwand gegen die Faſſung in Betreff der Erben der Königin . . . . . —
Einwand in London abgelehnt 438
Die Forderung der vier oberen Reichskreiſe nicht berückſichtigt . . . . . —
Genugthuung von holländiſcher Seite für Miesnager 439
Die Republik dennoch auf Fortſetzung des Krieges gefaßt . . . . . —

Der Utrechter Friede.

Zwiſchen Groß-Britannien und Frankreich nicht erledigte Punkte 440
Frankreich ſteigert die Anſprüche . . . . . —
Bolingbroke über dieſe Lage der Dinge 441
Bericht der Commiſſion von 1715 darüber 442

Seite
Frankreich geht ein, hadert jedoch mit der Republik 443
Groß-Britannien stellt ein Ultimatum, 28. Februar . . . . . —
Frankreich nimmt an und dringt auf Abschluß 444
Strafford und Bristol verlangen neue Vollmacht . . . . . —
Friedenssehnsucht in England . . . . . —
Der Kaiser geht ein in Verträge über die Räumung Cataloniens und Neutralität Italiens 445
Philipp V. nicht willig für die Catalonier 446
Frage des Beitrittes des Kaisers zum Frieden . . . . . —
Unterzeichnung des Friedens zu Utrecht, 31. März/11. April 447
Verzögerung der Verkündigung 448

Verhalten des Hauses Hannover zu der britischen Regierung in den ersten drei Monaten des Jahres 1713.

Steigendes Mistrauen gegen Oxford 448
Auch bei der Kurfürstin Sophie und dem Kurprinzen . . . . . —
Grote findet für keinen seiner Aufträge Willfährigkeit 449
Eifer von Mitgliedern der Whig-Partei 450
Der Kurfürst will nicht sich in englische Angelegenheiten mischen 451
Werthschätzung der Brüder Argyle und Jay . . . . . —
Offenheit der Kurfürstin Sophie . . . . . —
Eine Reihe von Anfragen nach England 452
Kurfürstin und Kurfürst setzen volles Vertrauen in Marlborough . . . . —
Englische Antworten auf jene Anfragen 453
Das Verlangen der Sendung des Kurprinzen 454
Es verstößt gegen das Princip des Kurfürsten . . . . . —
Der Kurfürst tritt dem Frieden von Utrecht nicht bei 455

Der Prätendent zu dem Utrechter Frieden.

Sein Protest vom 25. April 1712 455
Rückblick auf die völkerrechtliche Stellung des Prätendenten 456
Daher sein Protest nicht an die richtige Adresse 457
Forderung seiner Entfernung aus Frankreich . . . . . —
Sir Thomas Hanmer in Paris . . . . . —
Desgleichen der Herzog von Argyle 458
Gautier im Auftrage Oxfords an Torcy über den Prätendenten . . . . —
Auffallendes Verhalten dabei einerseits Oxfords, andererseits Torcys . . . 459
Der Prätendent an Ludwig XIV., 20. Februar 460
Zweifel in seiner Umgebung gegen Oxford . . . . . —
Der Prätendent und Middleton weisen die Zweifel zurück 461
Der vierte Artikel des Friedensschlusses 462

Neununddreißigſtes Buch.

Vom Frieden von Utrecht, 11. April 1713, bis zur Krönung Georgs I., 20. 31. October 1714.

Das britiſche Parlament vom 9./20. April bis zur Auflöſung, im Auguſt.

Verhalten der Jacobiten. Seite

Beſorgniſſe vor der jacobitiſchen Partei 463
Die Jacobiten zu Oxford und Bolingbroke 464
Sacheverell 465

Beginn des Parlamentes.

Die Thronrede und die Adreſſen für die Thronfolge von Hannover . . . 466
Die Whig-Partei dringt in Hannover auf die Sendung des Kurprinzen . 467
Eben ſo Marlborough und Bothmar 470
Das Unterhaus verwirft den Handelsvertrag mit Frankreich 471
Schottland gegen die Malztaxe . . . . . —
Lockharts Plan für die Aufhebung der Union . . . . . —

Stand der Frage der Thronfolge.

Anſicht des Reſidenten Kreyenberg darüber 473
Seine Bitte um Unterſtützungen für arme Lords 476
Antwort des Kurfürſten an Kreyenberg und L'Hermitage, im Juli . . . 477
Erneutes Andringen nach Hannover 479

Fortſetzung der Parlaments-Verhandlungen.

Die Königin verlangt für ihre Schulden eine halbe Million 479
Die officielle Friedensfeier, 7./18. Juli 480
Oberhaus für die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen . . . . . —
Unterhaus beſchließt eine ähnliche Adreſſe 481
Thronrede der Königin zur Vertagung, 16./27. Juli 482
Auflöſung und Neuwahlen 483
Contraſt des Wahlergebniſſes mit der Stimmung der Nation . . . . . —

Die Sache des Prätendenten.

Berwick und Oxford 484
Oxford und Bolingbroke gehen nicht zuſammen . . . . . —
Berwicks eigener Vorſchlag 485
Oxford gibt darauf keine Antwort 486
Verhalten Oxfords bei der Königin in dieſer Sache 487
Das Werk über das Erbrecht an der Krone . . . . . —
Irrthümer der Königin Anna 489
Beſorgnis der Whigs vor dem Zwecke jenes Werkes 490
Duplicität Oxfords . . . . . —

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig.

Seite
Der Kurfürst ernennt den Gesandten Schütz, im August 491
Seine Instruction ist gegen die Sendung des Kurprinzen . . . . . —
Hannover will nicht wissen, was Whig, was Tory 493
Weitere Gründe gegen die Sendung . . . . . —
Verschiedenheit der Lage von derjenigen im Jahre 1688 494
Die Instruction verpflichtet zur scharfen Vorsicht 495
Schütz, in London, sieht die Lage als ungünstig an . . . . . —
Urtheile über ihn 496
Das Verhalten Marlboroughs kennzeichnet die Ungewisheit der Dinge . . —

Die europäische Lage der Dinge gegen Ende des Jahres 1713.

Steenbocks Sieg bei Gadebusch und Capitulation in Tönningen 498
Sinken der schwedischen Macht . . . . . —
Congreß in Braunschweig 499
Fortsetzung des Reichskrieges gegen Frankreich . . . . . —
Prinz Eugen über die Leistungen der Reichsfürsten 500
Die beiderseitige Macht 501
Englische Ansichten über die Fortdauer des Krieges 502
Kaiserliche Truppen in Spanien zurück gehalten . . . . . —
Belagerung von Landau 503
Abermals der Verräther Elein . . . . . —
Belagerung von Freiburg 504
Prinz Eugen und Marschall Villars in Rastadt 505
Sie dringen nach Versailles und nach Wien auf Frieden 506
Ultimatum des Prinzen Eugen 507
Villars mahnt zur Annahme wegen Englands . . . . . —
Ludwig XIV. beabsichtigt nicht, für den Prätendenten einzutreten 508

Krankheitsanfall der Königin Anna, im Januar 1714, und die nächsten Consequenzen.

Der Gesandte Schütz über die Meinungen der Whig-Partei 509
Krankheitsanfall der Königin, im Januar 511
Ein Schreiben Bolingbrokes . . . . . —
Berichte Hoffmanns über diese Lage der Dinge 512
Eindruck der Nachricht im Haag 513
Verhalten der Kurfürstin Sophie 514
Der Kurprinz Georg August 515
Der Kurfürst Georg Ludwig, beurtheilt von Schulenburg 516
Grundsätzliches Verhalten des Kurfürsten 517

Weitere Entwickelung der Dinge in England.

Besorgnisse der Whig-Partei nicht begründet 519
Oxford den Jacobiten verdächtig . . . . . —

Seite

Seine Bemühungen nach Hannover hin 520
Neuer Krankheitsanfall der Königin, im Februar 521
Die Bank von England 522
Geburtstag der Königin 6./17. Februar 523
Verſuche Oxfords zu täuſchen 524
Seine Stellung bei der Königin . . . . . —

Frage des Religionswechſels des Prätendenten.

Oxford verlangt den Religionswechſel des Prätendenten 524
Miſtimmung Berwicks darüber . . . . . —
Antwort des Prätendenten 525
Sie berührt nicht ſein Verhältnis zu Frankreich 527

Die Seſſion des Parlamentes.

Stellung der Parteien.

Wahl des Sprechers Hanmer 528
Die Jacobiten, nach Lockharts Darſtellung 529
Unterredung zweier Häupter derſelben mit Bolingbroke . . . . . —
Die Parteien im Unterhauſe 531
Der Reſident Kreyenberg über Oxford . . . . . —
Nottingham über die Frage der Sendung des Kurprinzen 532
Cowpers Verſuch das Writ für den Kurprinzen zu erlangen 533
Whig-Partei über das einzuſchlagende Verhalten . . . . . —
Beſorgniſſe des Geſandten Schütz und der Whig-Partei 534
Entgegengeſetzte Beſorgnis der Königin 535

Das Parlament, im März.

Die Thronrede, 2./13. März 535
Die Adreſſen, namentlich die des Unterhauſes 536
Frage der Aufrichtigkeit 537
Beiderſeitige Beſorgniſſe übertrieben 538
Der Kurfürſt erneuert den Abſchlag der Sendung des Kurprinzen . . . 539
Er verlangt weitere Entfernung des Prätendenten . . . . . —
Reden im Oberhauſe für dieſe Entfernung 540
Oxford gegen die Einbringung fremder Truppen . . . . . —
Das Unterhaus über die Flugſchriften Steeles 541
Bolingbroke über den Gang der Dinge im Parlamente 542
Seine Unzufriedenheit mit der Führung Oxfords . . . . . —

Die Sendung des Thomas Harley nach Hannover.

Abſicht Oxfords bei der Sendung Harleys 543
Sein Schreiben an die Kurfürſtin Sophie . . . . . —
Handſchreiben der Königin, vom 8./19. Januar 544
Bolingbroke über die Inſtruction für Harley 545
Gegenſatz der Abſichten Oxfords und Bolingbrokes 546

Seite
Gerüchte über die Sendung Harleys 546
Besonderer Antrag an die Kurfürstin Sophie 547

Oxford und Bolingbroke.

Berwicks Bericht über das Verhalten Oxfords 547
Bemerkungen zu diesem Berichte 549
Ausnutzung des Vertrauens von Berwick in Oxford durch Torey . . . . —
Ludwig XIV. nicht Willens für den Prätendenten etwas zu thun . . . 550
Berwick dringt durch Ormond auf die Entlassung Oxfords . . . . . —
Oxford weiß sich noch zu halten, Anfang April 551
Die hauptsächliche Differenz kommt nicht zur Sprache 552
Oxford bleibt bei den Betheuerungen nach St. Germain . . . . . —
Der eigentliche Gegensatz zwischen Oxford und Bolingbroke 553
Oxford knüpft durch Steingens mit Schulenburg an . . . . . —
Er betheuert auch über Holland nach Hannover seine Gesinnung 554
Unkenntnis des Verhältnisses bei Schütz 555

Fortsetzung der Parlaments-Session, im April.

Veränderungen in der Armee 555
Einigung der hannöverschen Tories mit den Whigs 556
Im Oberhause Angriff auf die Minister . . . . . —
Ob die Succession in Gefahr unter der Regierung der Königin 557
Adresse gegen den Prätendenten . . . . . —
Antwort der Königin 558

Die Forderung des Writ und ihre Consequenzen.

Das Writ liegt ausgefertigt vor 559
Erwägungen des Gesandten Schütz darüber 560
Schreiben der Kurfürstin Sophie in Betreff des Writ . . . . . —
Schütz verlangt das Writ bei dem Lord-Canzler 561
Er erhält dafür das Lob von Angleseа und Hanmer 562
Antwort des Lord-Canzlers . . . . . —
Urtheile der Whig Partei 563
Oxford erforscht bei Schütz den Sachverhalt . . . . . —
Mahnungen der Whig-Partei nach Hannover 564
Erwartungen davon in London 565
Unterhaus über die Frage, ob die Succession in Gefahr . . . . . —
Schütz empfängt das Writ 566
Ihm wird der Hof verboten . . . . . —
Allmähliche Wandlung der Ansichten 567
Schütz, auf den Rath der Whigs, nach Hannover . . . . . —
Verhalten des Lords Oxford 568
Kundgebungen für das Kommen des Kurprinzen . . . . . —
Handschreiben des Kurfürsten an die Königin, 7. Mai 570
Denkschrift des Kurfürsten und der Kurfürstin Sophie, 7. Mai . . . . —
Antwort des Kurfürsten in Betreff des Writ an Harley 573
Cadogans Aufforderung den Kurprinzen zu senden . . . . . —

Seite

Meinungen von jacobitiſcher Seite 574
Eindruck der Antwort des Kurfürſten auf die Whigs 575
Schreiben der Kurfürſtin Sophie an Strafford 576
Unmuth der Whigs . . . . . —

Die drei Briefe der Königin und der Tod der Kurfürſtin.

Verſchärfung der Differenz zwiſchen Oxford und Bolingbroke 579
Die Königin und die kurfürſtliche Denkſchrift vom 7. Mai 581
Bolingbroke bewegt die Königin zum Angriffe 582
Seine gleichzeitigen Aeußerungen zu Strafford . . . . . —
Schreiben der Königin an den Kurprinzen, 19./30. Mai 583
Desgleichen an den Kurfürſten 584
Desgleichen an die Kurfürſtin Sophie 585
Schreiben des Grafen Oxford . . . . . —
Die Kurprinzeſſin über die Lage der Dinge 586
Tod der Kurfürſtin Sophie, 8. Juni 587
Ihre Beliebtheit 588

Verhalten des Kurfürſten.

Ausſöhnung des Kurfürſten und des Kurprinzen 589
Die Wirkung der drei Briefe entſpricht nicht der Abſicht des Verfaſſers . 590
Die zwei Antworten des Kurfürſten an die Königin . . . . . —
Antwort des Kurprinzen 592
Neue Documente der Ernennung der Regenten . . . . . —

Weiterer Verlauf der Dinge in London, im Juni.

Die Schisma-Bill im Unterhauſe 593
Abſicht Bolingbrokes dabei . . . . . —
Das Unterhaus nimmt an 594
Ernennung Clarendons zum Geſandten nach Hannover . . . . . —
Bolingbrokes Uebergewicht wird bekannt 595
Die Schisma-Bill im Oberhauſe . . . . . —
Oxfords Verhalten dabei 596
Annahme der Bill und weiteres Geſchick derſelben . . . . . —
Die Königin ſetzt den Namen des Kurfürſten ins Kirchengebet 597
Unterhaus bewilligt nicht die Rückſtände von 1712 für Hannover 598
Hoffnungen der Jacobiten von Bolingbroke noch vertagt . . . . . —
Misſtimmung der Whigs im Nachlaſſen 600
Oxford ſucht die Ueberkunft Bothmars abzuwehren . . . . . —
Der Kurfürſt beharrt bei der Sendung Bothmars 601
Handſchreiben der Königin an den Kurfürſten, 19./30. Juni 602
Antwort der Königin auf die kurfürſtliche Denkſchrift . . . . . —

Die Proclamation gegen den Prätendenten.

Aufforderung des Kurfürſten an die Generalſtaaten 605
Oxford bewirkt eine Proclamation der Königin gegen den Prätendenten . 606
Bolingbroke ſetzt eine geringere Summe durch 607

Seite
Die Königin ſpricht nach Hannover gemäßigter durch Bromley 607
Ihr Mistrauen unüberwindlich 608
Antwort des Kurfürſten an Clarendon . . . . . —
Durch die Proclamation gibt die Regierung die frühere Stellung auf . . 609
Dank-Adreſſe des Oberhauſes . . . . . —
Das Unterhaus ſtellt den Preis von 100.000 Pfund Sterling her . . . 610
Bolingbroke beantragt eine Bill gegen Werbungen 611
Abermals das Verhalten der franzöſiſchen Politik . . . . . —
Audienz Bothmars bei der Königin, 29. Juni/10. Juli 613
Bolingbroke und Oxford ſchlagen die Proclamation nicht hoch an 614

Stand der Dinge bis zur Vertagung des Parlamentes.

Oxford und Bolingbroke, 29. Juni/10. Juli 614
Die Jacobiten mit Bolingbroke unzufrieden 615
Seine Unterredung mit Lockhart . . . . . —
Jacobiten wieder mit dem Miniſterium 616
Oberhaus über den Handelsvertrag mit Spanien 617
Die Königin nennt nicht die verlangten Namen . . . . . —
Das Verhalten Oxfords . . . . . —
Das Oberhaus ſetzt die Berathung und Nachforſchung fort 618
Es iſt mit der Antwort der Königin nicht befriedigt 619
Thronrede der Königin endet ſcharf 620
Meinungen über das zu erwartende Vorgehen Bolingbrokes . . . . . —
Lockhart und Stanhope 621

Entlaſſung des Treaſurers Oxford und Tod der Königin Anna.

Entlaſſung Oxfords.

Zwei der Briefe der Königin vom 19./30. Mai veröffentlicht 621
Beſchwerde der Königin nach Hannover 622
Sachverhalt dieſer Publication . . . . . —
Erörterung des Verhaltens von Marlborough 623
Oxford und Marlborough 624
Bolingbroke und Marlborough 625
Oxford meint noch ſich halten zu können . . . . . —
Bolingbroke bereitet Strafford auf den Umſchwung vor 626
Oxford und Lady Maſham 627
Swift und Erasmus Lewis über den Streit . . . . . —
Oxford hält bis zuletzt an der Hoffnung 628
Das Misfallen der Königin gegen ihn im Steigen . . . . . —
Entlaſſung Oxfords 629

Tod der Königin.

Frage, ob die Königin zu einem Entſchluſſe gelangt iſt 630
Bolingbrokes Plan eines neuen Miniſteriums . . . . . —
Lady Maſham an Swift 631

Seite
Schlaganfall der Königin 632
Shrewsbury zum Lord Treasurer ernannt . . . . . —
General Stanhope über die Lage an Kaiser Carl VI. . . . . —
Maßregeln des geheimen Rathes 635
Tod der Königin, 1./12. August 636

König Georg I.

Die ersten fünf Tage der Regentschaft.

Constituirung der Regentschaft 636
Proclamirung des Königs Georg I. 638
Versammlung des Parlamentes . . . . . —
Die geheimen Papiere der Königin verbrannt 639
Bolingbrokes spätere Behauptungen . . . . . —
Sein eigenes damaliges Zeugnis 640
Die Maßregeln der Regentschaft gerichtet gegen Frankreich 641
Ludwig XIV. hat nicht feindselige Absichten . . . . . —
Günstige Stimmung der Regentschaft für den Kaiser 642
Unterhaus beschließt einstimmig eine Adresse 643
Die Worte: Kaiserliche Krone . . . . . —
Eindruck der Adresse . . . . . —
Ankunft Marlboroughs 644

König Georg I. in Hannover.

Clarendons Bericht über den Kurfürsten und die Räthe 645
Urtheil Schulenburgs über den Kurfürsten . . . . . —
Eintreffen der Berichte aus England 646
Ueberblick des bisherigen Verhaltens des Hauses Hannover zu der Succession —
Die Annahme eine Ehrenpflicht gegenüber Europa 648
Haltung der Republik der Niederlande 649

Der Prätendent.

Er bricht auf von Bar, wird in Frankreich zurückgewiesen 650
Bericht Bolingbrokes darüber . . . . . —
Protestation von Plombieres, 29. August 651
Bemerkungen zu derselben . . . . . —
Betheuerung beharren zu wollen 652

Fortgang der Dinge in England.

Bewilligungen des Unterhauses 652
Antworten des Königs an den geheimen Rath und die Regentschaft . . . 653
Frage des Einzuges in London . . . . . —
Ernennungen für Marlborough und Orford 654
Die Regentschaft sanctionirt die Geld-Bills 655
Antworten des Königs auf die Adressen . . . . . —
Peterborough 656
Verhalten Bolingbrokes . . . . . —

Seite

Die Regentſchaft erlangt den Beſcheid ihn zu entlaſſen 657
Ausführung desſelben und Verhalten Bolingbrokes . . . . . —
Seine Unterredung mit Bothmar 658
Bericht Bothmars über Oxford 659
Thätigkeit Oxfords für die Sache der Succeſſion 660
Friedlicher Verlauf der Dinge 661
Nottinghams Rathſchläge nach Hannover . . . . . —

Reiſe und Einzug des Königs.

Aufbruch und das Gefolge 662
Die Fahrt bis zum Haag 663
Aufenthalt im Haag . . . . . —
Die Seefahrt und die Ankunft in Greenwich 664
Graf Oxford 665
Einzug in London, 20. September/1. October . . . . . —
Belohnungen und Ernennungen 666

Die Krönung.

Ankunft der Prinzeſſin von Wales 667
Der Krönungszug, 20./31. October . . . . . —
Predigt des Biſchofs von Oxford . . . . . —
Haltung der Jacobiten 668
Krönung und Huldigung . . . . . —
Bolingbroke 669
Rückkehr nach Weſtminſter-Hall und Feſtmahl . . . . . —
Exiſtenz einer zahlreichen jacobitiſchen Partei 670

Siebenunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1711.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes im Winter 1710/11.

Das neue Miniſterium bis zur Verſammlung des Parlamentes.

Die Juntilla hatte durch den Sturz des Miniſteriums Godolphin den Sieg davon getragen, nicht jedoch in der Weiſe, in welcher das Haupt derſelben, Harley, es gewünſcht und gewollt. Der Plan eine Regierung zu bilden, die nicht ſich ſtützte auf die eine der Parteien, ſondern auf befähigte Mitglieder beider Parteien, war geſcheitert. Das poſitive Ergebnis war vielmehr, daß die Tories an die Stelle der Whigs getreten waren. Die andere Hoffnung Harleys, die ſich nicht erfüllt hatte, war diejenige auf die Zuſtimmung des Succeſſors, des Kurfürſten Georg Ludwig in Hannover. Als Mitglied der großen Allianz hatte dieſer offen zu erkennen gegeben, daß er um der Sache derſelben willen Marlborough im Commando der Armee erhalten zu ſehen wünſchte. In Betreff der inneren Angelegenheiten von Groß-Britannien hatte der Kurfürſt jegliche Betheiligung oder Einmiſchung in klar ausgeſprochener Weiſe abgelehnt.

Eben dadurch daß die Königin, um die Sache durchzuführen, ſich an ihren Oheim Rocheſter hatte wenden müſſen, war in dem Siege ſelbſt die Juntilla zerſprengt. Der Herzog von Somerſet, dem es hauptſächlich um den Sturz Godolphins zu thun geweſen war, zog ſich dann, als der Sturm darüber hinaus ging, grollend zurück und näherte ſich wieder den Whigs. Shrewsbury ward ſogar um den gehofften Lohn gebracht. Er erſtrebte für ſich die Statthalterſchaft

von Irland; aber Rocheſter wendete dieſelbe ſeinem Verwandten zu, dem Herzog von Ormond. „Wenn Harley und Shrewsbury, bemerkt ein Beobachter, ſich nicht in allen Dingen den Häuptern der Tory-Partei fügen, ſo werden ſie ſich eben ſo wenig halten können wie die erklärten Whigs.“ [1])

Marlborough jedoch war in Betreff Harleys nicht dieſer Anſicht. „So lange Frau Maſham in Gunſt verbleibt, antwortet er ſeiner Frau auf eine ähnliche Aeußerung, wird es den Tories ſehr ſchwer werden, das Anſehen und den Credit Harleys bei der Königin zu ſchmälern.“ [2]) In ähnlicher Weiſe ſprach er ſich einige Monate ſpäter in vertraulicher Unterredung zu Robethon aus, der als Geſandter des Kurfürſten Georg Ludwig ſich im Haag befand. „Die Regierung kann ſo wie ſie jetzt iſt, nicht lange beſtehen, ſondern entweder Rocheſter oder Harley muß das Uebergewicht gewinnen. Jener hat in beiden Häuſern die Mehrheit, dieſer hat für ſich das völlige Vertrauen der Königin.“ [3])

Wie dieſe ſpäter geſprochenen Worte Marlboroughs ergeben, ward das Gewicht der Tory-Partei verſtärkt durch den Ausfall der Wahlen zum Unterhauſe, die in heftiger Erregung vor ſich gingen. In der Stadt Weſtminſter, welche zwei Mitglieder zu wählen hatte, wurde von Seiten der Whigs als der eine Candidat der General Stanhope aufgeſtellt. Da er in Spanien abweſend, ſo ward er durch einen anderen höheren Officier, Devonport, repräſentirt. Der übliche Aufzug unter Trompetenſchall fand ſtatt, jedoch unter Inſulten allerlei Art gegen Devonport. Es kam dahin daß, was unerhört war, die Wähler für Stanhope durch Mishandlungen zurück geſchreckt wurden. [4]) Weſtminſter wählte zwei Tories. Die Stadt London, welche vier Deputirte zu ſtellen hatte, ebenfalls Tories. Die Whigs unterlagen an Wahlorten, die ſie ſeit vierzig Jahren inne gehabt. Durchweg wurden drei Tories gegen einen Whig erwählt. Dies Ergebnis war, wie man allgemein glaubte, die Nachwirkung des Proceſſes Sacheverell, und das Moment, das den Ausſchlag gab, war die Beſorgnis,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. November.
[2]) Coxe's Marlborough t. III, p. 143.
[3]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover. Bericht vom 23. März 1711.
[4]) Hoffmanns Berichte vom 17. und 24. October.

daß unter einem Whig-Parlamente und einem Whig-Ministerium die anglicanische Religion in Gefahr sein würde. Der öffentliche Credit dagegen war im Sinken. Die Actien der Bank, die vor der Aenderung zu 126 und selbst 128 gestanden, sanken bis zu 99. Damals hielt einer der Bank-Directoren, die nach der Entlassung des Lords Sunderland bei der Königin eine Bitte gegen weitere Aenderungen eingelegt, als erwählter Lord-Mayor seinen Umzug. Man mußte, gegen den bisherigen Brauch, Vorsichtsmaßregeln treffen, um ihn gegen etwaige Insolenzen des Volkes zu schützen.[1])

Demnach ward das neue Ministerium daheim durch eine starke Popularität getragen.

In Betreff des Verhaltens nach auswärts verkündete der neue Staats-Secretär St. John nach Holland: „Unsere Freunde und Feinde werden an uns dieselbe Erfahrung machen, daß, so verschieden wir auch in Betreff der lediglich einheimischen Dinge denken, wir Eines Sinnes sind in den großen Angelegenheiten, welche das jetzige und künftige Wohl Europas betreffen. Sie dürfen Jedermann dort versichern, daß wir den Credit aufrecht halten, den Krieg fortführen, die Allianz stärken wollen."[2]) Aehnliche Versicherungen gab Lord Rivers in Hannover.

Dies entsprach unzweifelhaft damals den Meinungen der Königin Anna. Wir haben oft Gelegenheit gehabt zu beobachten, daß Marlborough und Godolphin ihr gegenüber von dem Axiom ausgehen, daß lediglich die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere. Demgemäß hatte auch die Königin nicht bezwecken können, durch den Wechsel der Minister vom Kriege frei zu kommen, sondern durch andere Persönlichkeiten ihn fortzuführen.

Auch war von außen her nichts zu ihrer Kunde gekommen, was sie darin hätte wankend machen können. Vielmehr vollzogen sich die hauptsächlichen Aenderungen, der Beschluß zur Auflösung des Parlamentes, sowie die Besetzung der Ministerposten mit Mitgliedern der Tory-Partei, unter dem Eindrucke der Siegesnachrichten aus Spanien.

[1]) Hoffmanns Berichte vom 4. und 11. November.

[2]) Letters and Correspondence of St. John Viscount Bolingbroke t. I, p. 5.

Das Dankfest für diejenige von Saragossa fand statt am 7. 18. November, nicht jedoch in der Kathedrale St. Paul.

Einige Tage vorher erschien in der Londoner Zeitung eine Kundmachung, durch welche der Staats-Secretär St. John im Namen der Königin Verzeihung und Belohnung für diejenigen verhieß, welche die Thäter eines in der Paulskirche verübten Verbrechens anzeigen würden. Nach der Anzeige bestand das Verbrechen darin, daß starke eiserne Klammern, die einen Balken im westlichen Gewölbe trugen, losgelöst und weggenommen waren.[1])

Diese an sich schon aufregende Kundmachung wurde durch das Gerücht weiter dahin ausgelegt, daß am Tage des Dankfestes der Balken auf die Königin und ihr Gefolge gestürzt sein würde. Eine Broschüre klagte die Whig-Partei dieses Attentates an. Andere dagegen behaupteten, daß sowohl die Thatsache wie das daran haftende Gerücht aus dem neuen Ministerium seinen Ursprung habe.[2])

Da die von einem Minister gezeichnete Kundmachung auch den Namen der Königin nannte, so liegt der Schluß nahe, daß das Gerücht dieses vermeintlichen Attentates der Grund war, daß das Dankfest nicht in der Paulskirche abgehalten wurde, sondern in der Hof-Capelle von St. James. Dort, wo man zum ersten Male die neu ernannten Minister und Würdenträger beisammen sah, ward es augenfällig, welche große Veränderung sich vollzogen hatte. Der Hof bestand nur aus Großen der Tory-Partei: ein Whig war nicht wahrnehmbar.[3])

Aber man feierte ein Siegesfest, und die Gedanken auch dieses neuen Ministeriums waren wie diejenigen der Königin gerichtet auf die Fortsetzung des Krieges. Sie konnten es sein, weil ja doch bis gegen das Ende des Jahres von Spanien her nur erst noch günstige Nachrichten vorlagen. Da Carl III. sich in Madrid befand, und daher in England wie durchweg außerhalb Spaniens angenommen wurde, daß die Unterwerfung Castiliens gelingen müsse, so fanden auch die Wünsche Carls III. zum Nachschube von Truppen bereitwilliges Gehör, mehr als zuvor. Der Graf Gallas, als Gesandter zugleich des Kaisers und Carls III.,

[1]) Lamberty t. VI, p. 371.

[2]) A. a. O.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 18. November.

wiederholt in die Conferenz der Minister geladen, legte dort den Gang der Dinge seit dem Treffen von Almanza dar, und verlangte für die 2000 Kürassiere, die der Kaiser nach Spanien senden wollte, die Ueberführung und Verpflegung. Die Forderung wurde bewilligt.[1]) Einige Tage später kündete St. John dem Grafen Gallas an, daß die Königin die in der Insel Wight stehenden Bataillone und einige aus Irland nach Spanien absenden werde. Dies waren zusammen über 5000 Mann.[2]) Die Absendung indessen verzog sich.

Es ist von Wichtigkeit diese Thatsachen hervorzuheben, weil in späterer Zeit die Meinung aufgekommen ist: das Tory-Ministerium sei sofort auf den Frieden ausgegangen. Dies ist nicht richtig. Vielmehr wird sich uns später der Anlaß zu dieser Wendung in ganz bestimmter Weise ergeben.

Der Wechsel der Minister daheim legte auch die Veränderung der Gesandten auswärts nahe. Ueber die Maßregeln, welche zur Sicherung des erlangten Sieges zu dienen hatten, nach außen wie daheim, erstattete Harley am 30. October 10. November[3]) in Windsor einen ausführlichen Bericht. „Das kraftvolle Auftreten der Königin, sagt er darin, hat den ihr gebührenden Respect zurück gewonnen. Die Holländer, die anderswohin ihre Augen gerichtet hatten, beginnen nunmehr sie der Königin zuzuwenden. Es ist nothwendig, sie dabei zu erhalten und zu stärken, und zu diesem Zwecke einen befähigten Minister hinzusenden." Zugleich stellte Harley den allgemeinen Grundsatz für die Behandlung aller verbündeten Mächte auf. „Das Verfahren, welches dem englischen Volke am meisten zusagen wird, ist alle Verbündeten anzuhalten, genau zu erfüllen, was sie in ihren Verträgen versprochen haben. Die ihnen bewiesene Nachgiebigkeit von unserer Seite ist oft beklagt worden und das Dringen in sie zur strictеn Erfüllung ist der wahrscheinlichste Weg zum Frieden."

Unzweifelhaft stand in der Erfüllung der allianzmäßigen Pflichten England allen anderen Mächten voran, und daher ward auf diesen von Harley ausgesprochenen Gedanken in der Folgezeit der stärkste Nachdruck gelegt.

[1]) Berichte vom 14. und 31. October.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 21. November.

[3]) Abgedruckt in Hardwicke's Collection t. II, p. 485.

In Betreff der einzelnen Hauptorte der anderen Mächte sieht Harley den Haag als den wichtigsten an. „Dort, sagt er, ist der Mittelpunkt der Geschäfte und der Kenntnis, und darum muß dafür zuerst Bedacht genommen werden. Dann kommen Wien und Turin in Betracht, und zwar um so mehr, weil zwischen beiden ein Geheimnis obzuwalten scheint, das uns Allen hier undurchdringlich ist.“ Dies Geheimnis haftete doch wohl zum größeren Theile an der Persönlichkeit des Herzogs Victor Amadeus, der eben damals bereits mit dem Marschall Berwick angeknüpft hatte. (Vgl. Band XIII, S. 531 u. f.)

Zuletzt nennt Harley die Länder Portugal und Spanien, mit denen die Beziehungen abhängig sein würden von den Unterhandlungen an den vorgenannten Orten.

„Es gibt Einen schwachen Punkt, sagt endlich Harley, den sich der Feind zum Angriffe ausersehen könnte: das ist die Angelegenheit des Hauses Hannover. Es muß der großen Weisheit der Königin überlassen werden zu erwägen, wie dem zuvorzukommen wäre.“

Unter dem Feinde wird hier die Whig-Partei gemeint. Harley befürchtet, daß diese Partei ihren Stützpunkt an dem Kurfürsten suchen werde. Daß der Versuch bereits gemacht und fehl geschlagen war, mochte Harley nicht wissen. Oder, wenn er es wußte, so war damit in seinen Augen die Gefahr noch nicht beseitigt. Wir haben hier nur die Thatsache zu constatiren, daß diese Besorgnis vorhanden, und daß also Harley und seine Partei an die Durchführung des Principes des Kurfürsten, sich in englische Angelegenheiten und englische Parteiungen nicht zu mischen, nicht unbedingt glaubten.

Einige Tage später erfolgte die Rückkehr der Königin von Windsor in die Stadt, um, wie es hieß, vor dem Zusammentritte des Parlamentes die Regierung definitiv zu regeln. Am 10. 21. November erhielt der Graf Rochester den weißen Stab des Treasurers. Somit war er das Haupt der Regierung, wie früher Godolphin. Harley verblieb unter ihm damals als Kanzler der Schatzkammer. Aber Rochester war nun alt geworden und nur noch wenige Monate waren ihm vergönnt.

Es traf sich, daß am selben Tage in London Ezechiel von Spanheim starb, 81 Jahre alt, den Friedrich I., um des Glanzes seiner Krone willen, als Botschafter dort gehalten hatte. Um zu entsprechen, hatte auch die Königin einen Botschafter nach Berlin geschickt,

den Lord Raby. Der Tod Spanheims in London machte auch den englischen Botschafter in Berlin verfügbar, und es verlautete bald das Gerücht, daß Lord Raby für den wichtigsten Posten, im Haag, bestimmt sei, so wie Lord Peterborough für Wien und Turin.[1])

Die hervorragendsten Persönlichkeiten der neuen Regierung waren Harley und St. John, und neben ihnen der spätere Botschafter im Haag, Lord Raby. Im Laufe des nächsten Jahres erscheinen sie unter den anderen Namen: Oxford, Bolingbroke, Strafford.

Die Charaktere dieser drei Persönlichkeiten, wie sie in einzelnen Zügen bisher schon vorliegen, werden schärfer hervortreten aus ihren nachfolgenden Handlungen und den Urtheilen der Kundigen.

Harley und St. John wandten zur Bekämpfung ihrer Gegner in weiterem Umfange als jemals bisher geschehen, die Druckerpresse an. Sie besaßen beide ungewöhnliche literarische Kenntnisse und, namentlich der Letztere, wie seine zahlreichen Schriften darthun, eine ungemeine Gewandtheit. Sie verwertheten dieselbe nicht bloß in Staatsschriften, sondern auch persönlich in der damaligen periodischen Presse, und hielten dazu auch eine Reihe anderer Federn in ihrem Solde. Das von ihnen, im August 1710, gegründete Wochenblatt, the Examiner, brachte Aufsätze auch von ihrer eigenen Hand. Sie gewannen dann für dasselbe den Dr. Jonathan Swift, welcher bald fast allein dafür schrieb. In ähnlicher Weise wie Swift war Matthew Prior thätig, eine Persönlichkeit niederer Herkunft, deren Talente ihm die Gunst von Wohlthätern für ihre Ausbildung erworben hatten. Prior wurde Diplomat und blieb dabei Poet. Auf seinem ferneren Lebenswege fand er, nach der Versicherung der Lady Marlborough, einen hauptsächlichen Gönner an Marlborough.[2]) Als die Dinge im Jahre 1710 sich wendeten, stellte Prior seine scharfe Feder für Harley und St. John zur Verfügung.

Neben dem Examiner erhob sich bald der Post Boy, der zweimal wöchentlich erschien. Den zwei Blättern gegenüber stand der Daily Courant.

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 21. November und 9. December.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough t. II, p. 139.

Man hat den Scharfſinn und den Witz der genannten Schriftſteller, namentlich im Vergleiche zu den ihnen darin nicht gewachſenen Gegnern, oft ſehr gelobt. Indeſſen ſind ihre Angriffe gegen die frühere Regierung, namentlich gegen Marlborough, allzu ſehr perſönlicher Natur, als daß in einer ſpäteren Zeit, wo die Motive jener damaligen Leidenſchaftlichkeit längſt begraben ſind, an den Ausbrüchen derſelben der Leſer ein Gefallen finden könnte. Erwähnenswerth iſt der literariſche Kampf, weil er das erſte bedeutende Beiſpiel iſt, daß eine regelmäßig-periodiſche Preſſe in ſolcher Art verwendet wurde, und weil, wenn er keinen anderen Erfolg hatte, ſo doch ſicherlich den, die Gemüther zu verhetzen und zu verbittern und dadurch den Kampf leidenſchaftlicher zu machen.

Die Seſſion des Parlamentes.

Jener Vortrag Harleys in Windſor zeichnete für die nächſte Zeit, wo man die unglückliche Wendung der Dinge in Spanien noch nicht kannte, die Grundzüge des Verhaltens der neuen Regierung vor. Denſelben entſprach zunächſt die Thronrede.

Am 25. November/6. December trat das neue Parlament zuſammen. Die Mehrheit der Tories im Unterhauſe war ſo überwältigend, daß die Whigs den Kampf um die Wahl eines Sprechers nicht verſuchten. Gegen das vorgeſchlagene Mitglied der Tory Partei, Bromley, erhob ſich kein Widerſpruch.[1]) Die Königin hieß die Wahl gut.

Ihre Thronrede ſagte in Betreff des Krieges: „Die Fortführung des Krieges auf allen Schauplätzen desſelben, und beſonders in Spanien mit dem äußerſten Nachdrucke, iſt das wahrſcheinlichſte Mittel, mit Gottes Segen, einen ſicheren und ehrenhaften Frieden zu erlangen, ſowohl für uns wie für alle unſere Verbündete, deren Unterſtützung und Intereſſe mir wahrlich am Herzen liegt.“ Demgemäß verlangt die Königin vom Unterhauſe die entſprechenden Mittel.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December: Bromley gewählt, nemine contradicente. — Commons Debates t. IV, p. 169 ſagen, daß Hanmer und Smith mit in Vorſchlag gebracht ſeien. Bei Differenzen dieſes Werkes mit den Berichten Hoffmanns habe ich jedes Mal die letzteren als zuverläſſiger gefunden.

Die Thronrede gedenkt dann, wie sie sagt, mit Bekümmernis der Schuldenlast des Flottenamtes, und verlangt Mittel und Wege, den Forderungen an dasselbe zu entsprechen, und für die Zukunft zuvorzukommen.

Im Gegensatze mit jener ersten Aufforderung den Krieg nachdrücklich fortzuführen, folgte dann der Ausdruck des sehnlichen Wunsches nach dem Frieden.

Weiter erklärte die Königin die Kirche von England hochhalten und schützen, dabei aber auch die Indulgenz, welche das Gesetz gestatte, für bedenkliche Gewissen gewähren zu wollen.

„Und damit alles dies auch den Nachkommen zu Theil werde, schloß die Königin, werde ich Niemanden anstellen als diejenigen, welche von Herzen der protestantischen Succession im Hause Hannover zugethan sind; denn bei dem Interesse dieser Familie kann Niemand so wahrhaft betheiligt sein als ich selbst."

Die Kritik der Thronrede als des Programmes der neuen Regierung fiel bei den Nicht-Tories nicht günstig aus. „Zuerst, sagte man, ist in der Thronrede der Waffenerfolge des letzten Feldzuges nicht gedacht. Dies ist nur darum unterblieben, weil sie noch unter der Whig-Verwaltung geschehen sind." [1])

„Ferner, sagte man, stellt die Thronrede für diejenigen, welche von der Hochkirche abweichen, nur eine Indulgenz in Aussicht. Die Presbyterianer verlangen aber Toleranz." Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß das Wort Indulgenz absichtlich in die Thronrede gesetzt war, weil in dem Prozesse Sacheverell der Unterschied der Worte Toleranz und Indulgenz die lebhaftesten Erörterungen beider Theile hervorgerufen hatte. Indem nun die Thronrede das Wort enthielt, welches die Whig-Partei damals mit Entschiedenheit zurückgewiesen, sah diese das Wort an als den Vorboten einer Verfolgung.

Ferner hatte die Thronrede der Schulden gedacht, die auf der Marine-Verwaltung lagen. Diese Schulden beliefen sich auf fünf Millionen Pfund Sterling, die zum Theile noch von der Regierung des Königs Wilhelm III. herstammten. Unter der Verwaltung Godolphins hatte das Unterhaus das für den Krieg überhaupt Geforderte jedes

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9 December.

Mal auch bewilligt. Allein in den Eingängen war immer ein Rückſtand geblieben. Dieſen Abgang hatte Godolphin auf das Marine-Amt geſchoben, als welches die Bezahlung am beſten abwarten konnte, um ſich des Geldes dort zu bedienen, wo die Nothdurft es erforderte. Er hatte gemeint, dies thun zu dürfen, weil das Unterhaus nicht, wie früher zur Zeit des Königs Wilhelm III., die Gelder zu dieſem oder jenem Zwecke ausdrücklich und genau beſtimmte, ſondern ein völliges Vertrauen in die Verwaltung der Königin ausſprach. Indem nun die Thronrede, wider die Gewohnheit, die Verſchuldung des Flottenamtes in dieſer Weiſe zur Sprache brachte, ſah man darin die Aufforderung, die frühere Verwaltung zu unterſuchen, folglich Godolphin anzugreifen.

Die Wirkung der Thronrede war daher, außer bei den Tories, nicht eine günſtige. Die Actien der Bank, die ſeit vierzehn Tagen etwas geſtiegen waren, fielen, auf das Bekanntwerden der Thronrede, an Einem Tage um 4 Percent. [1])

Noch niemals zuvor hatte eine Thronrede die Succeſſion des Hauſes Hannover ſo ausdrücklich betont. Da Harley in jenem Programme von Windſor dieſen Punkt der Weisheit der Königin anheim geſtellt hatte, ſo muß die Entſcheidung dahin gefallen ſein, daß man durch das nachdrückliche Betonen dieſer Thronfolge der Whig-Partei dieſen Angriffspunkt entreißen wollte. In wie weit die Königin Anna darin aufrichtig redete, dürfen wir dahin geſtellt ſein laſſen. Andere hervorragende Perſönlichkeiten des neuen Miniſteriums wie Shrewsbury, Rocheſter, Buckingham hatten ſchon die Sendung des Grafen Rivers nach Hannover benutzt, um dort ihre Ergebenheit zu betheuern. Am 1. 12. November, alſo mehrere Tage nach jenem Programme von Windſor, geſchah dies auch von Harley. [2]) Er habe es bisher unterlaſſen, ſagte er, weil er es vorgezogen haben würde, ſeine Ergebenheit durch Thaten als durch Worte zu beweiſen; aber er benutze nun eine günſtige Gelegenheit. — Es iſt zu bemerken, daß eine Anknüpfung Harleys zugleich mit St. Germain damals noch nicht ſtatt gefunden hatte, ſondern erſt einige Wochen ſpäter erfolgte, im Beginne des Jahres 1711.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 197.

In denſelben Tagen wie Harley, ſetzte ſich auch St. John mit Hannover in Verbindung. Es wurde ihm leichter als jenem, weil er nur zu antworten hatte auf ein Schreiben des Unter-Staatsſecretärs Robethon an ihn, welches Rivers überbracht hatte. Robethon bot darin ſeine Correſpondenz an. Aber St. John ging gleich einen bedeutenden Schritt weiter. Da Robethon als einſtiger Privat-Secretär Wilhelms III. jahrelang in London geweilt hatte, ſo war er dort nicht unbekannt, unterhielt vielmehr noch verſchiedene perſönliche Beziehungen, z. B. mit Hervart, der zur Zeit Wilhelms III. deſſen Geſandter in der Schweiz geweſen war, ferner mit einem Franzoſen De la Motte. Bevor St. John ſelber an Robethon ſchrieb, ließ er ihm durch Hervart die Andeutung machen, daß er, St. John, ſich glücklich fühlen würde, wenn er gelegentlich Robethon einen Gefallen erweiſen könne.[1]) Um dies klarer zu erläutern, begab ſich Hervart zu De la Motte, dem Freunde Robethons in London, und eröffnete, daß Robethon von dem neuen Miniſterium dieſelben Privat-Vortheile zu hoffen habe, die er zuvor von den Whigs empfangen. „Ich antwortete, meldete De la Motte an Robethon, daß ich an ſolche Privat-Vortheile von Seiten der Whigs für Sie nicht glaubte. Wenn dem ſo geweſen wäre, ſo würde es mir nicht unbekannt haben bleiben können. Dazu auch dienten Sie einem Herrn, dem allein es zuſtehe, Ihre Dienſte zu belohnen.“ De la Motte verlangte dann, daß Hervart ſich beſtimmter ausſpreche. Dieſer erwiderte: „Man erwartet von Herrn von Robethon, daß er in Uebereinſtimmung mit der neuen Partei hier für die Thronfolge des Hauſes Hannover arbeiten wird.“ „Es ward mir klar, fügt De la Motte ſeinem Berichte hinzu, daß Hervart im Auftrage von St. John redete.“[2])

Nachdem dieſe Andeutungen voran gegangen, ſchrieb auch St. John, am 10. 21. November, an Robethon, daß er mit allem erdenklichen Vergnügen das Angebot der Correſpondenz annehme. Er meldete, daß die Königin bald einen Geſandten nach Hannover ernennen werde, und erſuchte Robethon, denſelben in ſeine Protection zu nehmen.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers p. 199.

[2]) A. a. O., p. 200.

[3]) A. a. O., p. 202. — Im franzöſiſchen Original in Bolingbroke's letters t. I, p. 12

Robethon legte die Schriftſtücke dem Kurfürſten vor. Demgemäß antwortete er an St. John, daß das Angebot der Correſpondenz ſich nur auf die Zeit bezogen habe, wo, wie bisher nach dem Tode des Herrn von Schütz, ein hannöverſcher Geſandter in London nicht anweſend. Da nun aber der neu ernannte Herr von Bothmar, der das volle Vertrauen des Kurfürſten beſitze, ſich auf dem Wege befinde, ſo würde jede Correſpondenz ohne ihn zwecklos ſein.

„Im Uebrigen, ſchreibt dann Robethon, bin ich ſehr erſtaunt, daß Sie meine Protection für einen Geſandten Ihrer Majeſtät verlangen. Ich ſtehe hier am Hofe nicht auf einem ſolchen Fuße, Jemandem eine Protection gewähren zu können, und die Geſandten einer ſo großen Königin bedürfen hier keiner anderen Protection als ihres Charakters.“

„Ich habe auch, ſchließt dann Robethon, mit Reſpect und Dankbarkeit, die Höflichkeiten empfangen, welche Herr von Hervart in Ihrem Namen mir geſchrieben. Ich bat ihn, dies Ihnen kund zu geben, und zweifele nicht, daß er Ihnen meine Antwort mitgetheilt hat. Ich bitte Sie zu glauben, daß in Allem was ich thun kann, ich kein anderes Motiv fühlen werde, als dasjenige, die Ehre Ihrer Achtung zu verdienen und von Ihnen als ein rechtſchaffener Mann angeſehen zu werden.“ [1]) St. John antwortete darauf mit den ſtärkſten Betheuerungen ſeiner Ergebenheit für das kurfürſtliche Haus. „Wenn ich fähig wäre dieſe Gefühle zu ändern, ſchreibt er, ſo würde ich mich für unwürdig halten, den Namen eines guten Proteſtanten, eines guten Engländers, eines treuen Dieners der Königin zu führen.“ [2])

Dieſe Betheuerungen indeſſen veränderten nicht die Thatſache, daß St. John von Robethon eine Abweiſung erfahren hatte. Und dieſe Abweiſung iſt nicht bloß für die Charakteriſtik der Perſönlichkeiten wichtig. Sie betrifft zugleich das Verhältnis der beiden Höfe. St. John in London, Robethon in Hannover, blieben bis über die Kataſtrophe des Todes der Königin Anna hinaus in ihren Aemtern, jener als der Staats-Secretär, dieſer als der vortragende Rath für die Angelegenheiten der engliſchen Thronfolge. Die beiderſeitigen

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 205.
[2]) A. a. O., p. 242.

Schriftstücke wurden also durch zwei Männer verfaßt, die, nachdem sie von Beginn an in dieser Art auf einander getroffen, nur noch höfliche Worte für einander haben konnten. Und dadurch ward, über den officiellen Verkehr der zwei Höfe hinaus, jeder andere mehr vertrauliche von Anfang an unmöglich gemacht.

Es fragt sich um die Adressen der beiden Häuser des Parlamentes zur Antwort auf die Thronrede.

Diejenige des Oberhauses erfolgte bereits am nächsten Tage. Seit einer Reihe von Jahren war die Mehrheit der Whig-Partei im Oberhause eine feste Burg. An derselben war im Beginne der Regierung der Königin der wichtige Plan der Tories gegen die gelegentliche Conformität gescheitert. Diese Whig-Mehrheit war dann mit Nachdruck eingetreten für die Union mit Schottland. Dieselbe Union jedoch wurde dann ein zweischneidiges Schwert. Die sechzehn Pairs, welche gemäß der Union Schottland in das Oberhaus von Groß-Britannien entsandte, gingen, bis auf zwei oder drei, nicht mit den Whigs als solchen, sondern mit der jeweiligen Regierung, welche Aemter und Jahrgelder zu vergeben hatte, und brachten dadurch die Partei der neuen Regierung dies Mal zur Mehrheit.[1]) Demgemäß fiel die Adresse aus. Sie war der Widerhall der Thronrede mit etwas anderen Worten. Sie sprach den Dank des Hauses aus für die große Fürsorge der Königin, die Segnungen ihrer Regierung auch den Nachkommen dadurch zu bewahren, daß sie die protestantische Thronfolge im Hause Hannover sichere.

Bei der Berathung der Adresse des Unterhauses auf die Thronrede ward in dem ersten Entwurfe die hannöversche Thronfolge nicht erwähnt. Ein Mitglied der Tory-Partei, Sir Thomas Hanmer, beantragte den Zusatz, daß alle Maßregeln vermieden werden möchten, deren Consequenz dahin zielen könnte, den Rechtstitel der Königin zu schwächen. Ein Anderer, Lechmere, erweiterte dies dahin, daß man auf gleiche Weise Sorge tragen möge, die Königin zu sichern gegen solche Maßregeln und Grundsätze, welche dienen könnten, die Feststellung der Thronfolge im Hause Hannover zu erschüttern und die Hoffnungen des Prätendenten zu begünstigen. Aber Lechmere war ein

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar 1711.

Whig. Das Unterhaus schwieg zu dem Vorschlage. Als Alles still blieb, erhob sich Harley, der Kanzler der Schatzkammer, und sagte: „Die protestantische Thronfolge ist durch verschiedene Parlaments-Acten bereits hinreichend festgestellt und gesichert, so daß es nicht erforderlich erscheint, denselben noch etwas hinzuzufügen. Allein nachdem vorhin ein Zusatz zu Gunsten des durchlauchtigen Hauses Hannover angeregt ist, würde es auffallend erscheinen, sowohl daheim als auswärts, wenn mit Stillschweigen darüber hinweg gegangen würde." Darauf beschloß das Haus, auf den Vorschlag Lechmeres einzugehen.[1])

Der Vorgang ist lehrreich in doppelter Beziehung. Er legt nicht Zeugnis ab von einem Eifer der Mehrheit dieses Unterhauses für die Thronfolge des Hauses Hannover, beweist dagegen die Willigkeit sich der Führung Harleys unterzuordnen.

Wenige Tage später gelang es die Wahl jenes Lechmere mit Erfolg anzufechten. Er mußte das Unterhaus verlassen.[2])

Bald nachher erging das Gerücht, daß der soeben von Hannover zurückgekehrte Graf Rivers abermals dahin gesendet werden solle. Die tiefer Blickenden vernahmen das Gerücht mit Zweifel. „Schon die erste Mission, sagten sie, hat allem Ansehen nach nur den Zweck gehabt, der englischen Nation weis zu machen, daß der Hof, obwohl er die Whig-Partei zurück gedrängt, dennoch die hannöversche Thronfolge aufrecht halten will. Daß der Hof von Hannover selber die Sache so aufgefaßt hat, ergibt sich daraus, daß er den Grafen Rivers ohne ein Geschenk hat zurückkehren lassen." — Daß nun das Gerücht einer abermaligen solchen Mission verbreitet werde, hatte, nach der Ansicht solcher Beobachter, den Zweck, der englischen Nation einen Beweis zu geben von der engen Freundschaft mit Hannover. Das Gerücht bestätigte sich nicht. Es war, wie Hoffmann nachher erfuhr, von Anfang an ohne Grund, mit Absicht ausgestreut.[3]) Diese Absicht deutet auf Harley.

In derselben Richtung scheint ein anderer thatsächlicher Vorgang gedient zu haben. Die Königin hatte schon früher den Kurprinzen

[1]) Commons Debates t. IV, p. 170.
[2]) Bolingbroke's letters t. I, p. 58.
[3]) Hoffmanns Berichte vom 11. November, 16. und 23. December.

Georg August von Braunschweig-Lüneburg zum Herzog von Cambridge ernannt; aber die feierliche Installation war unterblieben, weil der englische Gesandte Howe in Hannover für diesen Act Ansprüche erhob, die der Kurfürst nicht gewähren wollte. (Band XII, S. 251.) Es ward nun der Ausweg gefunden, daß die Installation in Windsor erfolgte, nicht jedoch des Kurprinzen in Person, sondern eines Bevollmächtigten in der Person des Lords Halifax. In dem Dankschreiben für diesen sagte der Kurprinz: er wisse die Schwierigkeiten zu würdigen, die Halifax zu bekämpfen gehabt habe.[1])

Es ist wahrscheinlich, daß Harley gemeint hat, durch diesen Act das freundschaftliche Verhältnis der Königin zu dem Hause Hannover vor Augen zu stellen. Eben so nahe aber auch lag die Antwort, daß ein mehr überzeugender Beweis die Installation des Herzogs in Person gewesen wäre.

Inzwischen redete der Staats-Secretär St. John auch zu den fremden Gesandten im Sinne des Programmes von Harley und der Thronrede. Namentlich dem Grafen Gallas machte er Mittheilungen über die Aufträge des Grafen Peterborough nach Wien und Turin. Bevor wir darauf eingehen, ist es jedoch erforderlich, kurz die Gesinnungen St. Johns gegenüber dem Hause Oesterreich im Allgemeinen zu charakterisiren.

Wenige Tage nach der Ernennung St. Johns nennt ihn der Graf Gallas einen sehr hochmüthigen und eigensinnigen Mann.[2]) Die Bezeichnung dürfte vielleicht weniger dem Verhalten von Person zu Person gelten, als zu derjenigen Macht, welche der Graf Gallas vertrat, dem Hause Oesterreich. Eine Reihe von Jahren später traf Bolingbroke mit einem Jugendfreunde, dem damaligen Botschafter Stanhope, in Paris zusammen. Bei der Erörterung der damaligen politischen Lage erging sich Bolingbroke in solcher Weise, daß Stanhope kurzweg antwortete: Harry, you was always an enemy to the House of Austria. — Bolingbroke selber erzählte dies später dem Grafen Marchmont, nicht um es zu verneinen.[3])

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 244.

[2]) Bericht vom 24. October.

[3]) Marchmont papers vol. I, p. 14.

In der That legt die ganze politiſche Correſpondenz St. Johns während der vier Jahre ſeines Miniſteriums Zeugnis ab für die Wahrheit jener Worte Stanhopes. Gleich die erſte officielle Depeſche St. Johns an Marlborough enthält die Worte: „Wie ich Sr. Excellenz dem Lord Townſhend bereits früher geſchrieben, ſo habe ich den Befehl auch Ew. Gnaden zu wiederholen, daß die Königin mit der Haltung des Kaiſerhofes äußerſt misvergnügt iſt, in beinahe jedem Punkte, der die gemeinſame Sache betrifft. Auf Befehl Ihrer Majeſtät wollen daher Ew. Gnaden den Generalſtaaten den Wunſch kund thun, daß ſie gemeinſam mit der Königin dem Kaiſer die Erwartung ausſprechen, daß nach allem was Groß-Britannien und Holland für ſein Haus gethan, er auch etwas für ſich ſelber thue, und bei dem jetzigen Stande der Dinge auf eigene Rechnung ein Truppen-Corps nach Spanien ſende.“ [1]) Von derartigen eines Staatsmannes minder würdigen Ausfällen gegen Oeſterreich iſt die politiſche Correſpondenz St. Johns durchtränkt. Einige Tage ſpäter äußert er über dasſelbe: „Jenes Haus Oeſterreich iſt der böſe Genius Englands geweſen.“ [2]) Nun iſt es aber moraliſch unmöglich, daß ein Mann, der von einem ſolchen Vorurtheil eingenommen, die Führung der auswärtigen Politik einer Großmacht übernimmt, nicht auch in ſeinen Handlungen dieſes Vorurtheil ausprägen ſollte.

Ueber die Aufträge Peterboroughs äußerte ſich St. John zu dem Grafen Gallas: jener ſolle im Haag und in Wien erklären, daß die Königin für den nächſten Feldzug ſtärkere Anſtrengungen machen werde als jemals zuvor. Wie aber die Königin in aller Aufrichtigkeit dieſe Erklärung gebe: ſo wolle ſie zugleich auch ihren Verbündeten nicht verhehlen, daß dieſe Anſtrengung vielleicht die letzte ſein würde. Sie verlange daher, daß ihre Verbündeten gleich wie ſie Außerordentliches leiſteten, damit dadurch der Krieg bald und wohl beendet werden könne. Sie vertröſte ſich endlich, daß der Kaiſer und die Generalſtaaten mehr als bisher für den Krieg in Spanien thun würden. [3])

---

[1]) Coxe's Marlborough t. III, p. 151.

[2]) Bolingbroke's letters t. I, pag. 59: That House of Austria has been the evil genius of Britain.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 9. December.

Weiter meldete St. John, daß Peterborough den Auftrag habe, die Differenzen zwischen dem Kaiser und Victor Amadeus zu schlichten. Gelinge ihm dies nicht, so werde die Königin die Sache dem Parlamente vorlegen und dessen Rath erbitten. — Gallas sprach sein Befremden aus, daß man diese piemontesische Differenz wie eine allgemeine Sache der Allianz behandeln wolle. Aber er wußte zugleich auch allzu wohl, daß, ungeachtet aller Erfahrungen, daß der Herzog Victor Amadeus die für ihn aufgewendeten Subsidien nicht mehr durch Leistungen vergalt, dennoch die Vorliebe der Engländer ihm verbleiben würde.

In seinem Urtheile nach Wien hin über die Reden St. Johns faßte der Graf Gallas die Sache noch etwas schärfer auf. „Dieser Eifer für den Herzog Victor Amadeus, sagte er, hat eine verborgene Absicht, nämlich heute oder morgen damit die unzeitigen Friedensgedanken zu bemänteln und die Schuld auf Andere abzuschieben.“ [1])

Der Verdacht des Grafen Gallas gründete sich damals nur erst noch auf die allgemeine Erwägung, daß der Mangel an Credit das neue Ministerium nöthigen werde, den Frieden zu suchen.

Die im Unterhause herrschende Tory-Partei schien jedoch weit entfernt, dergleichen Meinungen aufkommen lassen zu wollen. „Ihre Reden, meldet Hoffmann, am 1./12. December, gehen sehr hoch von den großen Dingen, die sie thun wollen, um zu beweisen, daß es ihnen weder am guten Willen, noch an den Mitteln fehlt, den Krieg mit Nachdruck fortzusetzen. Die Whigs, sagen sie, wollen die Welt glauben machen, daß durch ihre Hintansetzung alles verloren sei, aber wir werden sie übertreffen. — Sie, die Tories, behaupten nämlich, daß sie nicht bloß die Kosten des nächsten Feldzuges, sondern auch die Mittel zur Deckung eines großen Theils der von den Whigs her erwachsenen Schuld aufbringen wollen. Sie sagen, daß sie in dieser Session acht bis neun Millionen bewilligen wollen, und zwar durch solche Auflagen, die sämmtlich im nächsten Jahre einkommen werden, so daß nicht mehr, wie unter der vorigen Verwaltung geschehen, die Nation bis auf die Kindeskinder hin mit Schulden beschwert werden solle.“ [2])

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 9. December.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

Derartigen Reden entſprach allerdings die Adreſſe des Unterhauſes. Sie wiederholte die Gedanken der Thronrede für die nachdrückliche Fortführung des Krieges, beſonders in Spanien. Sie enthielt freilich nicht die frühere Clauſel, daß kein Friede geſchloſſen werden dürfe ohne die Rückgabe der geſammten ſpaniſchen Monarchie an das Haus Habsburg. Aber auch das vorige Unterhaus, deſſen Mehrheit aus Whigs beſtand, hatte dieſe Bedingung nicht mehr erhoben. Das Tory-Unterhaus von 1710/11 ging jedoch in ſo weit über das frühere hinaus, daß es ſeine Leiſtungen fortzuſetzen verſprach, bis ein ſolcher Friede erlangt werden könne, welchen die Königin in ihrer Weisheit als ſicher und ehrenhaft erachten würde, für ſie wie für ihre Verbündeten. Demnach ſtellte das Unterhaus den Frieden dem Willen der Königin anheim.

Dem Programme Harleys, vom 30. October/10. November, gemäß enthielt ferner wie die Reden St. Johns nach auswärts, ſo auch die Adreſſe des Unterhauſes den Satz: die Königin möge ihren mächtigen Einfluß bei allen ihren Verbündeten geltend machen, daß dieſe für die allgemeine Sache mit gleichen Entſchlüſſen und Leiſtungen, entſprechend den engliſchen, ſich bethätigten.

Nach dem Antrage Lechmeres, den Harley unterſtützt hatte, war in die Adreſſe auch der Paſſus zu Gunſten der Thronfolge des Hauſes Hannover und zur Dämpfung der Hoffnungen des Prätendenten aufgenommen. Daran ſchloß ſich jedoch noch ein anderer Gedanke, nämlich der Bekämpfung auch aller anderen Grundſätze und Maßregeln, welche in letzter Zeit die Krone und das Königthum bedroht hätten, und welche, wenn jemals ſie die Oberhand erhielten, ſich als verderblich erweiſen würden für die geſammte Verfaſſung, in Kirche und Staat.

Ein unparteiiſcher Beobachter bemerkt dazu: „Die letzten Worte der Adreſſe zielen auf die Whig-Partei, als hätte dieſe die Abſicht die Königin vom Throne zu ſtoßen. Eine ſolche Anklage erſcheint maßlos. Aber man hat eben die Abſicht, dem großen Haufen weis zu machen, daß die Whigs ſehr gefährlich, die Tories dagegen die treueſten Unterthanen ſind.“ [1])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5./16. December.

Viele Mitglieder der Tory-Partei verlangten aber auch, daß dieſen Worten die volle Conſequenz gegeben, daß die Whigs nicht bloß aus den höheren Staatsämtern, ſondern überhaupt aus allen Aemtern getrieben würden. Man dürfe die Dinge nicht halb thun: eine feſte, ſichere Verwaltung ſei nothwendig, und zwar ohne Zeitverluſt. Dieſen Eiferern trat Harley entgegen. Die Whigs, ſagte er ihnen, ſeien waghalſige, verzweifelte Menſchen, die man nicht alle zugleich auf das äußerſte erbittern dürfe. Für die Beſtändigkeit der Regierung bedürfe man zuerſt des Friedens. Wenn dagegen, ſo lange noch der Krieg währe, die Whigs zur Verzweiflung gebracht würden, ſo ſei die höchſte Gefahr vorhanden. Darum bat er, daß man Geduld haben möge. Da er hoffe, daß man ſeine Zuneigung für das Tory-Intereſſe nicht in Zweifel ziehen werde, ſo ſtelle er zur geeigneten Zeit die volle Befriedigung ihrer Wünſche und Hoffnungen in Ausſicht. [1])

Die Eiferer ließen dieſe Einwände nicht als vollwichtig gelten, aber ſie erkannten, daß Harley davon nicht wich. Darum hielten ſie es für klüger ihrerſeits abzuſtehen. Denn ſie mußten anerkennen, daß er als das hauptſächlichſte Werkzeug der Umwälzung das völlige Vertrauen der Königin beſaß und über alle Angelegenheiten unter ihr völlig verfügte. Ein Bruch daher mit ihm würde ihre eigenen Ausſichten in Frage geſtellt haben. Darum beſchloſſen ſie, ohne ihm völlig zu trauen, dennoch mit ihm zu gehen. „Demnach, ſchrieb ſpäter ein Mitglied dieſer Partei, obwohl Harley die Tories zu führen und dieſe ihn zu ſtützen ſchienen, ſo achteten und ſchätzten doch weder ſie ihn, noch er ſie.“ [2]) Wenn dies ſich von Anfang an ſo verhielt, ſo handelte es ſich dabei um die Frage, welcher von beiden am letzten Ende den Andern für ſeine Zwecke benutzte, ob Harley dieſe Tories, oder dieſe Tories ihn.

Dieſer Partei, dem rechten Flügel der Tories, gehörte auch der ſchottiſche Jacobit Lockhart an, und ſchon dies deutet darauf hin, daß die jacobitiſche Geſinnung unter ihnen vorherrſchte. Sie traten bald nach der Eröffnung des Parlamentes zu einem beſonderen Club zuſammen, in welchem ſie die Verpflichtung auf ſich nahmen, feſt zu

[1]) Lockhart's Papers t. I, p. 323.

[2]) A. a. O.

einander zu ſtehen, wöchentlich zuſammen zu treten, um gemeinſame Maßregeln zu verabreden, mit der Bedingung, daß die Minderheit ſich der Mehrheit unterordne. Der Name, den ſie ſich gaben, war unſcheinbar. Die Mehrzahl von ihnen beſtand aus Edelleuten vom Lande, die daheim gewohnt waren, ſtark eingebrautes Octoberbier zu trinken. Von daher fanden ſie für ihre Vereinigung den Namen des October-Clubs. In dieſem Club, der fortan der Regel nach feſt zuſammen hielt, beſtand die eigentliche Stärke der Tory-Partei.[1])

Die Stellung Marlboroughs.

Bei den zahlreichen Entlaſſungen nach derjenigen Godolphins ward nur Eine hochſtehende Perſönlichkeit der früheren Regierung nicht mit betroffen, der Feldherr Marlborough. Er ſeinerſeits war nicht geneigt, freiwillig ſein Amt niederzulegen, und ſtützte ſich, den Vertrauten gegenüber, dafür auf die von daheim, bei Godolphins Entlaſſung, ihm kund gegebene Meinung der Whig-Partei, ſo wie auf die von auswärts ihm ausgeſprochenen Wünſche des Kaiſers, der Generalſtaaten, des Kurfürſten Georg Ludwig.[2]) Die Weigerung des Letzteren ſich in irgend einer Weiſe an den engliſchen Vorgängen zu betheiligen, war für die ſiegende Partei dort vielleicht der unangenehmſte Querſtrich. Sie verſuchte gegen Marlborough eine Reihe kleiner Mittel. Die Königin ließ an den Herzog von Argyle, der ſich bei der Armee in den Niederlanden befand, ſchreiben, daß ſeine Freunde für ihn um Urlaub gebeten, und daß ſie denſelben bewillige. Argyle, obwohl politiſcher Widerſacher Marlboroughs, begab ſich als deſſen Untergebener zu ihm, um zu verſichern, daß er ſelber nicht um Urlaub gebeten habe, und daß, im Falle er nach England zu gehen wünſche, er bei ſeinem Chef um die Erlaubnis dazu einkommen werde. — Dem Berichte darüber an Godolphin fügt Marlborough hinzu: „Die Thorheit und Undankbarkeit der Königin macht mich krank und matt.“[3])

---

[1]) Lockhart's Papers t. I, p. 324.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 142.

[3]) A. a. O., p. 146. Vom 4. October.

Die Königin ließ den Weiterbau des Palaſtes Blenheim, der als ein National-Dank für Marlborough begonnen war, einſtellen.[1])

Ungeachtet Argyle ſich an jenem Verſuche der Kränkung nicht nach dem Wunſche der Königin betheiligt, ſondern correct gehandelt hatte, ernannte ihn die Königin einige Wochen ſpäter zum General der Infanterie. „Nach allem, ſetzt ein Berichterſtatter hinzu, was zwiſchen ihm und Marlborough die zwei letzten Feldzüge hindurch vorgegangen, wird dieſe Ernennung bei Marlborough großen Verdruß erregen. Dies iſt jedoch die Abſicht. Man will ihn ſo lange kränken, bis er freiwillig verzichtet. Die Urheber der Umwälzung hier wollen ihn nicht in ſeiner hohen Stellung belaſſen, aus Furcht vor ſeiner Rache. Die eigentlichen Tories dürften ihn gedulden wollen, aber nur ſo, daß er völlig von ihnen abhangt. Dies kann er aber wieder nicht wegen der Whig-Partei. Seine Stellung iſt daher eine ſehr verzwickte.“[2]) Marlborough verweilte ſo lange wie ihm möglich in Holland.

Es geſchah ſogar, daß eigene Freunde Marlboroughs ihm Schaden zufügten. Eines Tages erhob ſich im Oberhauſe Graf Scarborough, der bald Whig, bald Tory, immer aber malcontent war, und ſchlug vor, daß der Lord Kanzler beauftragt werde, im Namen des Hauſes an Marlborough ein Dankſchreiben für die großen Erfolge des Jahres zu erlaſſen. Der Herzog von Argyle, bereits zurückgekehrt, legte Einſpruch ein. Er ſehe nicht ab, ſagte er, worauf eine ſolche Dankſagung ſich gründen könne, außer man wolle die Gewohnheit dafür anführen. Man habe zwar vier Plätze eingenommen, aber nur einen derſelben, Douay, von Bedeutung. Die anderen drei hätten das beſte Blut der Armee gekoſtet. Der General Lord North und Grey, ebenfalls Gegner Marlboroughs, ſprach ſich ähnlich aus. Die Sache fiel damit.[3])

Namentlich der neue Staats-Secretär St. John, den einſt Marlborough empor gehoben, und bei deſſen Anblick, noch kurz vor der Umwälzung, Lady Marlborough in ihrer oft nicht höflichen Weiſe in

---

[1]) Ausführlich darüber Coxe's Marlborough vol. III, p. 138.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. November.

[3]) Desgleichen vom 12. December.

die Worte ausgebrochen war: There goes an ungrateful rogue — erging ſich nun nach Holland hin in ſcharfen Ausdrücken über den, wie er in ſeinen Briefen ihn bezeichnete, großen Mann. Er ließ durch einen Vertrauten der neuen Regierung, den dort anſäſſigen Engländer Drummond, ausforſchen, wie Marlborough ſich nach ſeiner Rückkehr in England zu ſtellen gedenke, mit der Drohung daß er, im Falle eines ferneren Zuſammengehens mit den Whigs, ſich Gefahren ausſetze, deren Ende nicht abzuſehen ſei.[1]) Der Bericht Drummonds lautete für St. John nicht befriedigend. „Marlborough will alſo, antwortet St. John, ſich zu keiner Partei verpflichten, will ſeine Stimme geben nach dem Maße des Rechtes, will ſo aufrichtig wie irgend Einer eintreten für die Ehre der Königin und die Wohlfahrt der Nation. Das ſind allgemeine Redensarten, die ihn zu nichts verbinden. Wenn er heimkehrt, ſich trennt von den Whigs, der Raſerei ſeiner Frau Einhalt thut — Lady Marlborough drohte nämlich damals, die Briefe der Königin aus beſſeren Zeiten an ſie durch den Druck zu veröffentlichen — kurz wenn er ſich losſagt von allen ſeinen Freunden der letzten Jahre, und wieder ſich vereinigt mit denen der früheren Zeiten: ſo kann er durch die Gnade der Königin und durch die ihm bei Einigen noch gebliebene Rückſicht nicht bloß ſich behaupten, ſondern auch eine ſo hohe Stellung einnehmen, wie ein Unterthan ſie beanſpruchen darf. Aber verlaſſen Sie ſich darauf, daß, wenn er uns mit allgemeinen Redensarten hinhalten und ſich weigern will, eine Bürgſchaft zu geben, er ſich täuſchen wird.“[2])

Wenige Tage ſpäter führte das neue Miniſterium einen gewichtigen Streich auf Marlborough. Es war die Anzeige eingekommen, daß drei General-Officiere, Meredith, Macartney, Honeywood, beim Weine dem neuen Miniſterium, nach dem engliſchen Ausdrucke, Confuſion zugetrunken. Auf die Anzeige hin, ohne weitere Unterſuchung, erging an ſie der Befehl der Königin, um ihren Abſchied einzukommen. Der Befehl, hieß es, ſolle der Welt darthun, daß die Königin ſelbſt regiere, daß Marlborough nur das Commando der Armee habe. Der Befehl indeſſen mußte durch ſeine Hände gehen. Die drei Schreiben

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 15. Vom 10./21. November.

[2]) A. a. O., p. 26. Vom 28. November/8. December.

wurden ihm verſiegelt zugeſchickt, mit dem Auftrage, ſie uneröffnet zuzuſtellen, ſo daß er ſelber dann erſt von den Betheiligten die Kunde vernahm.[1])

Der Vorfall erregte um ſo mehr Aufſehen, weil ein derartiges Zutrinken damals in beiden Parteien allgemein üblich war. „Alle Officiere, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, reden zu Gunſten jener drei. Wenn man lediglich auf die Angabe eines Delators hin Generale caſſire, ſagen ſie, ſo ſei der Unſchuldigſte nicht mehr ſicher.“ Indeſſen Macartney geſtand offen ein, auf die Confuſion der Gegner Marlboroughs getrunken zu haben. „Wenn man aber dies ſtrafen wolle, hieß es unter den Officieren, ſo müſſe man faſt die ganze Armee abſtrafen.“[2])

Marlborough verweilte im Haag bis in den Beginn des Jahres 1711. Bevor er aufbrach, richtete er an den Kurfürſten Georg Ludwig in Hannover ein abermaliges Dankſchreiben für die ihm bewieſene Rückſicht. Er deutete ſeinen Wunſch an im Commando zu verbleiben, verhehlte aber nicht ſeine Beſorgnis, daß, wenn man ihm auch dasſelbe belaſſe, man ihm viele Hinderniſſe in den Weg legen werde. Der Kurfürſt in ſeiner Antwort ſprach den Wunſch aus, daß man ihm alle ſchuldige Gerechtigkeit erweiſen möge.[3])

Die erſte Audienz Marlboroughs bei der Königin war kurz. Sie verwies ihn auf den nächſten Tag, fügte jedoch hinzu: ſie erwarte nicht von ihm eine Meinung über die ſtatt gehabte Aenderung zu hören; denn mit derſelben ſei ſie ſo ſehr zufrieden, daß, wenn dieſelbe noch nicht erfolgt wäre, ſie ſofort ſie vorzunehmen nicht ermangeln würde. — Am nächſten Tage ſprach Marlborough der Königin ſeine Bereitwilligkeit aus fortzudienen, wenn es mit ſeiner Ehre verträglich. Die Antwort der Königin lautete ausweichend.[4])

Die Miniſter ſtatteten Marlborough ihre Beſuche ab, bis auf Harley. Eben dies aber ward für ein ungünſtiges Zeichen angenommen, weil nur Harley das völlige Vertrauen der Königin beſitze.

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 23. und 30. December.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. December.

[3]) Die Briefe in Macpherson's Original papers vol. II, p. 240.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 13. Januar.

Zwar die Häupter der Tory-Partei waren einer Verſtändigung mit Marlborough nicht abgeneigt, zumal nach den damals eingelaufenen ſchlimmen Nachrichten aus Spanien; aber ſie waren durch den Wandel der Dinge allzu ſehr der Königin verpflichtet, als daß ſie, ohne ihren Willen zu kennen, ſich mit ihm einlaſſen wollten. Daß dieſer Wille nicht günſtig ſei, ſchien durch eine neue Thatſache beſtätigt zu werden. Gleich nach der Ankunft Marlboroughs in London erhielt Walpole, Schatzmeiſter der Marine, ſeine Entlaſſung. „Da er ein großer Freund Marlboroughs, meldet der kaiſerliche Reſident, ſo wird die Entlaſſung angeſehen als eine neue abſichtliche Kränkung.“ [1])

Daß überhaupt dies die Richtſchnur des Handelns für die neuen Miniſter war, ſprach St. John gelegentlich offen aus. „Ich habe ihm, ſchreibt er, mit allem erdenklichen Freimuthe meine Meinung ausgeſprochen, und konnte nicht unterlaſſen, ihm den Unterſchied klar zu machen zwiſchen den Freunden, die er einſt beſaß (nämlich den Tories), und denen, für welche er ſie verlaſſen. Er ſcheint mehr und mehr niedergedrückt, und, nach meiner Meinung, findet er zwei Dinge, auf die er nicht gefaßt war: das eine iſt der völlige Verluſt ſeines Intereſſes bei der Königin, das andere die Wahrnehmung, in die Partei der Hochkirche nicht einbrechen zu können, weil auch nicht ein einziges Individuum ihm trauen würde.“ [2])

Endlich erſchien auch Harley bei Marlborough mit der Eröffnung, daß die Königin einwilligen könne, ihn im Commando zu belaſſen, wenn er die Lady Marlborough dahin bringe, auf ihre Hofämter zu verzichten. Bis dahin hatte Marlborough an der Hoffnung feſtgehalten, dies Letzte wenigſtens noch abwenden zu können. Ganz verſtört entgegnete er, daß er nicht abſehe, wie er mit Ehre und Reputation fortdienen könne, wenn man nach allen ſeinen Freunden und Verwandten nun auch noch ſeine Frau hinausſtoße. [3])

Unparteiiſche Beobachter ſahen ſeine Lage als ſehr ſchwierig an. „Geht er ab, ſagten ſie, ſo iſt er ein Trotzkopf, dem man beizukommen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Januar.
[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 61. Vom 5./16. Januar.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

wissen wird. Bleibt er und widerfährt ihm dann im Felde ein Unglück, so ist das für ihn nicht minder unerfreulich."[1])

Die neuen Minister waren indessen der Meinung, daß Marlborough sich in alles fügen würde. Am selben Tage schrieb St. John an Drummond in Holland: „Marlborough ist nunmehr zu der Einsicht gekommen, daß er weder die Königin noch sonst Jemanden so leiten kann, wie er zu thun pflegte. Wir werden ihn als einen Unterthan hinüber senden: geben Sie Acht, daß Sie ihm dort nicht wieder Königthum in den Kopf setzen."[2])

Der Verdacht, dem St. John in diesen Worten Ausdruck gibt, ob begründet, ob nicht, erklärt mehr als irgend eine vorgegangene Thatsache den grimmigen Haß der Königin gegen das Ehepaar Marlborough und ihre Begier dasselbe zu demüthigen, so wie andererseits ihre Dankbarkeit für Harley und Frau Masham.

Nach der Meinung der des Hofes Kundigen hätte Marlborough den Ausgleich mit der Königin beginnen müssen mit dem Verzichte der Lady auf ihre Hofämter; denn nichts habe die Königin so sehr erbittert als das Widerstreben Marlboroughs in dieser Angelegenheit.[3]) Aber Marlborough war auch noch nach jener Unterredung mit Harley dazu nicht willig. Zwei Tage später eröffnete er sich darüber dem Grafen Gallas. „Man macht Complimente, sagte Marlborough, aber man gibt keine Erklärung ab, die mich überzeugen könnte, daß man aufrichtig die Fortsetzung meiner Dienste verlangt. Vielmehr scheint alles nur darauf angelegt zu sein, mich dahin zu bringen, daß ich selber kündige, um dann über mich her zu fallen und alle erfolgenden Nachtheile meiner Kündigung zur Last zu legen. Cassirt man mich dagegen, so haben die jetzigen Rathgeber der Königin vor der Nation die Verantwortlichkeit zu tragen."[4])

So Marlborough. Gallas fügt seinem Berichte darüber die Bemerkung hinzu: „Von Tage zu Tage wird mehr offenkundig, daß der Reflex der Animosität der Königin gegen die Lady Marlborough so stark auf den Gemahl zurück fällt, daß, wenn man ihm das

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.
[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 70. Vom 12./23. Januar.
[3]) A. a. O., p. 76.
[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. Januar.

Commando beläßt, dies lediglich aus Furcht vor der allgemeinen Meinung geschieht, die sein Verbleiben verlangt. Sollte daher im Falle der Entlassung hernach ein Unglück erfolgen, so würde die jetzt unterliegende Partei der Whigs sich dies vor der Nation zu nutze machen und vielleicht dadurch wieder den Sieg davon tragen. — Demnach wird man, nach meiner Ansicht, Marlborough zwar im Commando belassen, aber so daß ihm kaum etwas mehr bleibt als der bloße Name. Man wird ihn umgeben mit erklärten Feinden, und hat damit bereits den Anfang gemacht, indem man an die Stelle seines Freundes und Anhängers Cadogan den Lord Orrery geschickt hat. Man wird auf alle Weise ihn zu drücken, zu mishandeln suchen, bis man ihn endlich dahin bringt, auf irgend eine Weise zu verzichten, oder vor Aerger und Verdruß zu sterben. Auf dem Wege zu diesem letzteren Ziele ist man bereits ziemlich weit fortgeschritten; denn Marlborough hat so sehr abgenommen, daß er sich selber nicht mehr ähnlich sieht." [1])

Es ist später die Meinung aufgekommen, daß Marlborough, aus sich selber Willens das Commando niederzulegen, sich damals durch Godolphin und die Whig-Partei, so wie durch auswärtige Einflüsse habe umstimmen lassen. [2]) Diese Meinung wird durch kein sicheres Zeugnis unterstützt. Zwei Monate später äußerte sich Marlborough über die ganze Sache im Haag zu dem Hannoveraner Robethon wie folgt. [3])

„Gott ist mein Zeuge für meine Liebe zur Königin und zu meinem Vaterlande, und aus diesem Beweggrunde hauptsächlich habe ich mir so viele Mühe gegeben, um meinen Posten zu behalten. Nichts wäre mir leichter gewesen als alles in England in Verwirrung zu bringen. Denn die Whigs meinten, daß ich aus Verdruß meine Aemter aufgeben und mit ihnen gemeinsame Sache gegen den Hof machen würde, und die Tories erwarteten, daß ich, um mich zu behaupten, mich völlig mit ihnen vereinigen und gegen die Whigs erklären würde. Aber ich habe keins von beiden gethan. Es gab noch einen dritten Weg, der meiner Neigung mehr entsprach als irgend ein anderer,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. Januar.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 178.

[3]) Robethons Bericht vom 21. März. Ich gebe den ganzen merkwürdigen Bericht im Originale als Anlage I.

nämlich mich auf das Land zurückzuziehen und mich in nichts mehr zu mischen. Vielleicht hätten dann, wenn das Commando in anderen Händen war, die Dinge eine solche Wendung genommen, daß alles zu meiner Ehre ausgeschlagen wäre und man mich vermißt hätte. Ohne Zweifel war dies das sicherste Mittel mich an meinen Feinden zu rächen. Aber das Gemeinwohl und mein Vaterland hätten darunter gelitten, und diesen habe ich geglaubt, lieber das Opfer bringen zu müssen, unter ungünstigen Verhältnissen fortzudienen und mich etwaigen Unglücksfällen auszusetzen, obwohl ich weiß, wie bereitwillig das neue Ministerium sein wird sie mir zur Last zu legen. Ein anderer sehr starker Grund, der mich zu diesem Entschlusse bewogen hat, ist das Interesse der Succession des Hauses Hannover. Durch das Verbleiben in meinem Posten, durch das Verhindern also, daß derselbe nicht in schlechte Hände kam, habe ich geglaubt nützlich sein zu können."

Die Absicht dieser Worte als an einen Vertreter des Kurfürsten gerichtet, ist nicht zu verkennen. Aber jedenfalls ergibt sich daraus, daß Marlborough, nach seiner Ueberzeugung, nicht auf fremden Rath, sondern kraft eigenen Entschlusses das Commando der Armee hat festhalten wollen.

Die Frage des Bleibens oder Gehens von Marlborough erfüllte, im Januar, alle Gemüther. Die fremden Gesandten in London hatten für den Fall der Entscheidung die Couriere bereit stehen.

Marlborough ließ bei der Königin einen neuen Versuch machen. Die Antwort lautete wie zuvor: zuerst Verzicht der Lady Marlborough auf ihre Hofämter. Dann werde die Königin Jedermann dahin anhalten, für Marlborough die schuldige Consideration zu haben. „Das sind ihre Worte, fügt der Graf Gallas seinem Berichte hinzu; aber Worte und Werke der Königin sind zur Zeit sehr verschieden." Marlborough bemühete sich seine Frau zum Verzichte zu bereden. [1])

Shrewsbury und Andere bewogen Marlborough, nochmals persönlich einen Versuch zu machen. Man schilderte ihm die Königin als milder gesinnt. Auf sein Ansuchen gewährte sie ihm eine Audienz, am 17./28. Januar.

---

[1]) Postscript zum Berichte des Grafen Gallas vom 27. Januar.

Marlborough erſchien mit einem Schreiben ſeiner Frau an die Königin. Dieſe nahm es zögernd, und öffnete es erſt auf die dringenden Bitten Marlboroughs. Das Schreiben enthielt Betheuerungen, unter der Vorausſetzung des Verbleibens im Amte, nichts von einem Verzichte. Die Königin erwiderte kurz: „Ich kann meinen Entſchluß nicht ändern.“ Dann erging ſich Marlborough in flehentlichen Bitten. Dieſe machten auf die Königin keinen Eindruck. Sie erwiderte kurz, daß ihre Ehre die Entfernung der Herzogin fordere. Marlborough verſetzte: „Was dieſer Ausdruck bedeutet, vermag ich nicht zu faſſen, und eben ſo wenig, was ſie denn eigentlich verbrochen hat.“ Die Königin, ohne weiter ſich darauf einzulaſſen, ſtellte kurz die Friſt zur Ablieferung des goldenen Schlüſſels auf drei Tage. Marlborough bat, kniend, um die Verlängerung der Friſt auf zehn Tage. Die Antwort der Königin verkürzte die Friſt auf zwei Tage.

Dann begann Marlborough von ſeinen Angelegenheiten zu reden, von den Kränkungen, die ihm widerfahren. Er berührte die Entlaſſung der drei Generale, die auf ſein Wohl getrunken. Es ſcheint alſo, daß Marlborough ſelber nicht genau wußte, welcher Verdacht der ſchwerſte Anklagepunkt gegen ihn war. Die Königin brach ab mit den Worten: „Ich will von nichts Anderem reden: zuvor den Schlüſſel.“ [1])

Marlborough kehrte heim. Sein Bericht übte auf die Herzogin die Wirkung, daß nun ſie völlig umſchlug. Bis dahin hatte ſie ſich geklammert an eine Hoffnung, die ſich auf keinen feſten Grund ſtützte. Nun, in der Erkenntnis deſſen, verzichtete ſie auf jegliche Friſt, und verlangte, daß Marlborough noch am ſelben Tage den Schlüſſel abliefere.

Zum zweiten Male alſo an dieſem Tage begab ſich Marlborough zu der Königin. Indem er den Schlüſſel überreichte, erneuerte er die Frage nach dem eigentlichen Vergehen der Herzogin. Die Königin, überraſcht und erſtaunt, brachte nur eine unverſtändliche Antwort hervor. [2])

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 176. Er verſichert, daß ihm ein handſchriftlicher Aufſatz der Lady Marlborough vorgelegen.

[2]) A. a. O., p. 178.

Im Auftrage der Königin berichtete Harley am nächsten Tage dem Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover die Thatsache. Der Auftrag sollte gelten als ein neuer Beweis des Wunsches der Königin, die Correspondenz rege zu erhalten. Die eigentliche Meldung war kurz. „Gestern Abend, sagt Harley, brachte der Herzog von Marlborough den goldenen Schlüssel, das Abzeichen eines der Hofämter seiner Frau, nachdem die Königin es in seine Wahl gestellt den Schlüssel zu bringen oder einem Beauftragten der Königin zu übergeben. Dies ist so weit entfernt den Herzog an dem Verbleiben in seinen Aemtern zu hindern, daß er vielmehr entschlossen scheint, sich dem Willen der Königin zu fügen und in ihrem Dienste zu beharren. Die Ursachen der Ungnade seiner Frau sind so öffentlich und erstrecken sich auf so viele Jahre, daß es überflüssig sein würde, Ew. kurfürstliche Hoheit damit zu behelligen. Ueber die erledigten Stellen wird schleunig verfügt werden und die hauptsächlichste derselben der Herzogin von Somerset zufallen." [1])

Diese Verleihung war der Balsam, den man anwandte, um den Herzog von Somerset dafür zu begütigen, daß der Umschlag, an welchem er mitgearbeitet, so weit über seine Wünsche hinaus gegangen war.

Ein anderes Amt, dessen Harley nicht gedenkt, die Verwaltung der königlichen Schatull-Casse (the privy purse), war der Frau Masham vorbehalten.

Marlborough vermeinte durch den Verzicht seiner Frau auf ihre Hofämter alle Erwartungen in Betreff seiner Unterwerfung erfüllt zu haben. Sowohl aus den Berichten unparteiischer Beobachter, als namentlich aus Aeußerungen seiner Gegner ersehen wir, daß seine Meinung nicht richtig war. „So viel ich vernehme, meldet am nächsten Tage der kaiserliche Resident Hoffmann, so wird er noch viel mehr Verdrießlichkeiten zu erleben haben. Seine Gegner hier nehmen alle seine Submission hin, als sei sie geschehen auf Antrieb der Whig-Partei, so wie andererseits gemäß seiner in Holland getroffenen Abrede, sich um jeden Preis, man behandele ihn auch wie man wolle, im Commando zu erhalten. Diese Meinung über ihn zieht die üble Folge

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 243.

nach ſich, daß die Gegner ſich nicht beſänftigen, ſondern vorhaben ihn, weil er doch auf alle Fälle fortdienen will, allerdings dienen zu laſſen, ihm hingegen die Autorität in der Armee ſehr zu beengen. Man nimmt eine Veränderung der General-Officiere vor, wie alljährlich in Frankreich geſchieht. Man vergibt die Regimenter ohne ſein Vorwiſſen. Man hat hier einen Kriegsrath unter dem Vorſitze des Herzogs von Ormond errichtet, bei welchem alle Generale und Oberſten ihre Patente einreichen müſſen, damit man erſehe, ob jeder in der ihm gebührenden Stellung. Die Einrichtung zielt auf Marlborough, der den Einen und den Anderen vorgezogen haben ſoll." [1])

Ungleich ſtärker lauten aus denſelben Tagen die Drohungen St. Johns gegen Marlborough. „Nach allem was ich urtheilen kann, ſagt er, iſt es äußerlich mit ihm ein wenig beſſer geworden; aber im Innern bleiben dieſelben Geſinnungen, und zwar dieſe noch geſteigert und angefeuert durch das was er Provocationen nennt. Wir werden thun was wir vermögen, um ihn in dem Commando der Armee zu ſtützen, ohne der Königin zu nahe zu treten. Und wenn er nicht bethört iſt, ſo wird auch er nach demſelben Plane handeln. Denn Sie müſſen wiſſen, daß in dem Augenblicke, wo er den Dienſt verläßt und den Schutz der Regierung verliert, ſich Dinge offenbaren werden, welche kein Siegesglanz überdecken kann." [2])

Dieſe Worte zeigen an, was Marlborough zu erwarten hatte, wenn erſt das neue Miniſterium ſich mehr befeſtigt fühlen würde.

Für damals mochte es ihm wie ſeinen Gegnern gelegen kommen, daß die Generalſtaaten, bei der Lage der Dinge im Oſten und Nordoſten Europas, die Königin um die baldige Ueberſendung Marlboroughs erſuchten. Die Königin erklärte, am 30. Januar 10. Februar, vor ihrem Cabinetsrathe, daß ſie Marlborough wieder mit dem Commando beauftrage, und antwortete am nächſten Tage, in einem Schreiben voll Lobes für Marlborough, den Generalſtaaten, daß ſie ihren Wünſchen willfahre.

Im Anfange März traf Marlborough im Haag ein. Aber ſeine Stellung dort war von der früheren ſehr verſchieden. Von 1702 an

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 81. Vom 23. Januar 3. Februar.

war er Botſchafter und Feldherr geweſen, und hatte in der erſteren Eigenſchaft nur auf ſeine eigene Bitte einen Gehilfen an Lord Townſhend erhalten. Dieſer war ſeiner Abberufung durch die Bitte um dieſelbe zuvorgekommen. An ſeine Stelle ſollte Lord Raby aus Berlin treten, nicht als zweiter unter Marlborough, ſondern als eigentlicher Botſchafter der neuen Regierung, und darum Marlborough überwachend. Früher lag in den Händen des letzteren nicht bloß die Führung der Armee, ſondern die geſammte auswärtige Politik. Die neuen Miniſter zogen ihn nicht bloß nicht zu Rathe, ſondern verhehlten ihm auch was ſie verhehlen konnten. Und freilich hatten ſie bald ſehr viel zu verhehlen.

Einwirkung der unglücklichen Nachrichten aus Spanien.

Die Thronrede der Königin wie die antwortenden Adreſſen des Parlamentes hatten betont, daß der Krieg mit dem ſtärkſten Nachdrucke fortgeführt werden ſolle, beſonders in Spanien. Man dachte ſich damals den Stand der Dinge in Spanien als günſtig, und den Lords im Oberhauſe lag jegliche Ahnung fern, daß an demſelben Tage, an welchem ſie der Königin ihre Adreſſe einreichten, am 28. November/9. December, in Brihuega die Engländer unter Stanhope vor der Uebermacht Vendomes die Waffen ſtreckten. Im Laufe des Monates December jedoch tauchten unbeſtimmte Gerüchte auf, daß es in Spanien nicht gut ſtehe, daß die Armee den Rückzug angetreten, und daß Carl III., auf die Bitte der Generale, nach Saragoſſa vorangeeilt ſei. Die Gerüchte wurden trüber von Tage zu Tage.

Am 19. December gelangte die Nachricht von Brihuega nach Verſailles. Ludwig XIV. ſagte: er zweifele nicht, daß ſie ſehr glückliche Folgen haben werde. Am nächſten Tage traf diejenige von Villaviciosa ein. Sie ſchilderte den Ausgang des Treffens als die völlige Niederlage Starhembergs, der mit geringer Mannſchaft ſich gerettet habe. Ludwig XIV. ließ den Bericht vor ſeiner Umgebung verleſen.[1])

[1]) Journal de Dangeau t. XIII, p. 303.

Erſt in den letzten Tagen des Monates December gelangte die Nachricht nach London. Man durfte noch zweifeln, weil ſie nicht in officieller Form vorlag, aber Tag auf Tag kamen neue Beſtätigungen ein. Am 23. December 3. Januar zweifelte man nicht mehr an der völligen Niederlage. Die neuen Miniſter bewieſen dennoch, dem Aeußeren nach, guten Muth, eben ſo die Königin. Aus der Kirche kommend, hielt ſie, im Vorbeifahren, den Grafen Gallas an mit den Worten: „Die aus Spanien eingelaufenen Nachrichten ſind wohl recht unglückſeliger Art; aber wir dürfen deswegen den Muth nicht ſinken laſſen. Ich werde was in meiner Macht ſteht beitragen, um das Unheil wieder gut zu machen.“ [1])

Gallas begab ſich zu dem Miniſter St. John. Er erhielt die Antwort, daß die Königin an alle verbündete Mächte Handſchreiben zur Ermuthigung erlaſſen werde, ähnlich wie ſie zu ihm geredet. Der portugieſiſche Geſandte, der das Handſchreiben an ſeinen König eingeſehen, fand dasſelbe zu allgemein gehalten, und ſprach die Beſorgnis aus, daß es darum ſeinen Hof nicht abhalten würde, andere Beſchlüſſe zu faſſen.

Größer noch war die Beſorgnis bei den des engliſchen Hofes Kundigen vor einem Umſchlage dort. „Man kann nicht vergeſſen, meldet der Reſident Hoffmann, ſchon am 3. Januar, was bei Anfang der Aenderung hier diejenigen, welche dieſelbe betrieben, über die Nothwendigkeit des Friedens geſagt, und daß das Gemeinwohl von Europa nicht darunter leiden würde, wenn Spanien und beide Indien dem Herzoge von Anjou verblieben.“ (Vgl. Band XIII, S. 461.)

In denſelben Tagen kam hinzu die Nachricht der türkiſchen Kriegserklärung an den Czaren zu Gunſten des Schwedenkönigs. St. John fürchtete von daher eine Umwälzung Europas. „Es gibt einen beſtimmten Punkt, rief er aus, bis zu welchem, und nicht weiter, die menſchlichen Dinge geführt werden können. Ein kluger Mann fühlt das, und hält bei Zeiten inne. Wir haben uns bereits zu weit vorgewagt.“ [2])

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 4. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 56. Vom 26. December 6. Januar

Die dunkelen Worte erhalten mehr Licht durch andere Stellen des nicht wohl geordneten, in Erregung geschriebenen Briefes. „Unser Unglück in Spanien ist groß, sagt er an einer anderen Stelle, und wir fühlen das Gewicht desselben um so mehr, weil wir, nach den früheren Nachrichten, annehmen durften, daß die Armee sich in Castilien halten könne, und daß wir demnach den Winter hindurch Zeit hätten, sie zu stützen. Ich spreche Ihnen gegenüber mich immer mit vollem Freimuthe aus, und ich sage Ihnen offen, daß, da Spanien nicht auf dem Wege der Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden kann, kein vernünftiger, nüchterner Mann an dem Gedanken festhalten wird, dieses weite Land mit den Waffen zu erobern und zu behaupten." „Jedoch, fügt er dann hinzu, muß eine gute Miene aufgesetzt, und der Krieg dort im Gange erhalten werden."[1])

In einer späteren Vertheidigung der Politik, die zum Utrechter Frieden führte, hat St. John sich berufen auf die Aussage von Craggs, der, vom General Stanhope aus Spanien heim gesendet, im December in London eingetroffen sei. Craggs habe gesagt: in Spanien sei alles aus. Armeen von 20.000 oder 30.000 Mann könnten bis zum jüngsten Tage Spanien durchkreuzen. Wohin sie gelangten, da würde aus Furcht das Volk sich Carl III. unterwerfen, und, sofort nach ihrem Abzuge, aus Zuneigung wieder Philipp V. ausrufen. Spanien zu erobern, erfordere eine starke Armee, und, es zu bewahren, eine stärkere.[2])

Zunächst jedoch handelt es sich nur um die Angaben, die St. John damals selbst als Motive geltend macht. An einer späteren Stelle jenes Briefes an Drummond kommt er wieder auf den Gedanken des Aufgebens von Spanien zurück. Er ermächtigt Drummond, dem Rathspensionär Heinsius im tiefsten Vertrauen die Mittheilung zu machen, und ihm anzudeuten, daß eben dies auch die Meinung der Königin sei.

Die letzten Worte werfen ein helles Licht auf die Sache. Demnach war die Frage, ob bei einem Friedensschlusse Spanien aufzugeben

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55. Vom 26. December/6. Januar: However, a good mien is to be put on, and the war there must be kept alive.

[2]) Bolingbroke's works vol. II, p. 461.

ſei, im königlichen Rathe bereits zur Sprache gekommen und bejaht worden, oder mit anderen Worten: die Königin und ihre Miniſter waren bereits geneigt, durch die Hingabe von Spanien den Frieden zu erkaufen.

Demnach hat nicht, wie ſpäter oft geſagt worden iſt, der Tod des Kaiſers Joſeph I. dem engliſchen Miniſterium dieſen Ausweg aus dem Kriege eröffnet. Der Kaiſer Joſeph I. ſtarb im Monate April, und St. John ſchrieb den Brief, in welchem er das Geheimnis dieſes Beſchluſſes errathen läßt, am 6. Januar.

Zu ihrer Entſchuldigung unter einander ſuchten die engliſchen Miniſter den Irrthum, wie St. John ſich ausdrückt, des Krieges in Spanien auf die Kaiſerlichen abzuwälzen. „Der Irrthum, ſagt St. John, daß Spanien durch eine Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden könne, wurde uns auferlegt durch die Kaiſerlichen und durch den Lauf der Erfolge, die wir einmal in Catalonien und Valencia hatten; aber wir ſind nun endlich unheilvoll genug davon enttäuſcht.“ [1])

Die Thatſachen des Jahres 1703 haben dagegen gezeigt, daß nicht von den Kaiſerlichen, ſondern gerade von den Tories in England der Gedanke des Krieges in Spanien ausgegangen war, und daß der Kaiſer Leopold I. nur zögernd und widerſtrebend nachgegeben, bis er endlich, wie er ſich ausdrückte, der Königin ſeinen zweiten Sohn Carl anvertraute wie einer anderen Mutter (Band X, S. 249 u. f., S. 395) und die Königin auch ihrerſeits dieſe Worte ſich aneignete (S. 396).

Der im königlichen Rathe gefaßte Beſchluß, den jene Worte St. Johns andeuten, iſt von einer folgenreichen Tragweite, im geraden Gegenſatze zu der bisher befolgten Politik.

Der Gedanke, welchen das Miniſterium Marlborough-Godolphin für ſeine Politik bei der Königin voran ſtellte, und welchen die letztere vollaus ſich aneignete, war der, daß die nachdrückliche Führung des Krieges gegen Frankreich das Mittel ſei, ihr die Krone zu ſichern. Durch die Entlaſſung Godolphins gab die Königin dieſen Gedanken nicht auf, vermeinte vielmehr, berathen von Harley, denſelben Weg auch ferner verfolgen zu können. Ob Harley darin nur die Königin

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55.

oder auch ſich ſelber mit täuſchte, mag dahin geſtellt bleiben. Die Ankündigung in der Thronrede, vom 26. November 7. December, den Krieg mit dem ſtärkſten Nachdrucke fortzuführen, beſonders in Spanien, deutet an, daß damals die rechte Erkenntnis noch nicht aufgegangen war. Die zwei Nachrichten zugleich, diejenige aus dem Süden über die Tage von Brihuega und Villaviciosa, diejenige aus dem Südoſten über die Kriegserklärung der Türken zu Gunſten Carls XII., beide ſo vortheilhaft für Frankreich, wie Unheil weisſagend für die Allianz, brachten dem neuen Miniſterium zur völligen Klarheit, daß es nicht ſich halten könne durch nachdrückliche Fortführung des Krieges wider Frankreich, ſondern durch die Anbahnung des Friedens mit Frankreich. Es kam alſo nur darauf an, die Königin zu überzeugen, daß auch in dieſem Falle ſie der Krone ſicher ſein werde. Es ſcheint Harley nicht ſchwer geworden zu ſein, denn die Worte der Königin an Marlborough in der erſten Audienz, daß ſie über die Veränderung ihrer Miniſter volle Zufriedenheit empfinde, wurden geſprochen, nachdem der von St. John angedeutete geheime Beſchluß der Friedenswerbung bei Frankreich bereits mehrere Tage zuvor gefaßt war.

Aber, wie St. John ſagt, es mußte zugleich eine gute Miene aufgeſetzt und der Krieg in Spanien im Gange erhalten werden.

Am 2./13. Januar brachte St. John, im Namen der Königin, an das Unterhaus die Mittheilung, daß in Spanien eine Action zum Nachtheile Carls III. ſtatt gefunden, mit beſonderem Verluſte der engliſchen Truppen. Zum Erſatze habe die Königin ſofort Befehle gegeben, neue Truppen hinzuſenden. Die Königin hege keinen Zweifel, daß das Parlament zuſtimmen, und ſeine Hülfe anbieten werde, das große Unglück wieder gut zu machen.[1])

Das Unterhaus war einſtimmig derſelben Anſicht. Am nächſten Tage begaben ſich die geſammten Mitglieder, unter der Führung des Sprechers, nach dem Palaſte St. James, um eine Antworts-Adreſſe zu überreichen. Nach dem Ausdrucke des Dankes für die getroffenen Maßregeln fuhr die Adreſſe fort: „Wir bitten Ew. Majeſtät verſichern zu dürfen, daß dieſer Nachtheil uns nicht entmuthigen wird die äußerſten Anſtrengungen aufzubieten, damit Ew. Majeſtät den gerechten und

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 177.

nothwendigen Krieg, in welchem Sie die Freiheit Europas zu schützen auf sich genommen, fortzuführen vermögen."

Die Adresse des Oberhauses brachte zwei andere Gedanken mit ein: zuerst denjenigen, daß dies Unglück in Spanien verursacht sein könne durch eine frühere ungeschickte Führung, und daß daher das Oberhaus mit der äußersten Sorgfalt diese Angelegenheit prüfen wolle, so wie ferner, daß in Betreff der Herstellung eines ehrenvollen und dauernden Friedens, das Oberhaus sich völlig auf die Königin verlasse.[1])

Zur Ausführung jenes Planes der Prüfung ersuchte das Oberhaus die Königin, daß der Lord Peterborough, der bereits fertig stand, als Gesandter die Reise nach Wien anzutreten, noch auf einige Tage zurückbehalten werde. Die Königin bewilligte nicht bloß, sondern begab sich am nächsten Tage selber in ihre Loge am Oberhause, um den Verhandlungen zuzuhören. Dies galt wie eine öffentliche Autorisirung der vorzunehmenden Untersuchung.[2])

Es handelte sich namentlich um die Schlacht von Almanza, vom 25. April 1707, und es traten in erster Linie gegen einander auf die Lords Peterborough und Galway. Der eigentliche Plan indessen lag tiefer. „Es ist der Partei des neuen Ministeriums daran gelegen, meldet Hoffmann, von Galway das Eingeständnis heraus zu bringen, daß er von dem vorigen Ministerium den Befehl gehabt habe, auf jeden Fall die Schlacht zu wagen. Wenn das wäre, so würde man darauf die Anklage bauen, daß das vorige Ministerium dies nur gethan, um sich in der Macht zu erhalten, daß also die Cassirung nothwendig gewesen sei. Das jetzige Ministerium bedarf einer Rechtfertigung für die Entlassung der früheren Minister, weil der Credit nach wie vor im Sinken begriffen ist."

Dieser Plan drückt den Verhandlungen, die eine Reihe von Tagen hindurch im Oberhause statt fanden, das Gepräge auf. Vor der Mehrheit desselben gelang es dem Grafen Peterborough nicht bloß, allen Tadel von sich abzuwenden, sondern Lob und Ruhm davon zu tragen. Galway legte die Denkschrift des Grafen Gallas, vom 20. 31. August 1706 (vgl. Band XI, S. 543), welche so schwere

[1]) Lords Debates vol. II, p. 281. Vom 4./15. Januar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5./16. Januar.

Anklagen gegen Peterborough enthielt, auf den Tisch des Hauses nieder.[1]) Die Schrift wurde nicht beachtet, und daher wurde es Peterborough nicht schwer, sich um sein Verhalten im Jahre 1706 herum zu reden. Schwieriger stand die Frage für das Jahr 1707.

Der Vorwurf, wie er erhoben wurde, ging darauf hinaus, daß, nachdem schon der Plan gegen Toulon mit Victor Amadeus verabredet war, die Regierung Befehl gegeben habe zur Offensive in Spanien. Zur Stütze dieser Anklage wagte Lord Peterborough die Behauptung, daß er, im Einverständnisse mit dem Herzoge Victor Amadeus, für den Plan gegen Toulon, im September 1706, 5000 Mann von der Armee in Spanien verlangt habe, jedoch vergeblich.[2]) In der Wirklichkeit war, wie wir gesehen haben (Band XII, S. 304 u. f.), der Plan gegen Toulon noch bis tief in das Jahr 1707 hinein das Geheimnis sehr weniger Personen, unter denen sich Lord Peterborough nicht befand. Die Geschichte dieses Planes auf Toulon ward von Marlborough, der damals noch in London und im Oberhause anwesend war, in kurzen Zügen dargelegt. „Die Absicht eines Versuches auf Toulon, sagte er, wurde zuerst, bereits 1703, durch den Gesandten Hill dem Herzoge Victor Amadeus kund gethan. Später wurde der Plan verhandelt zwischen mir und den savoyischen Gesandten Briançon und Maffei. Ich bot zuerst 50.000 Pfund Sterling für den Herzog, und wir kamen zuletzt überein über 100.000 Pfund Sterling. Im Jahre vor der Ausführung wünschte der Herzog sehr dringend das Geheimnis der Sache, und es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß der Herzog selber zu irgend Jemandem von der Sache gesprochen und 5000 Mann dafür verlangt haben sollte. Auch ist die Unternehmung nicht fehl geschlagen aus Mangel an Mannschaft — denn es blieben 17.000 Mann in Italien stehen - - sondern aus Mangel an Zeit und anderen Umständen." Ungeachtet dieser Rede Marlboroughs, die der Wahrheit entsprach, erneuerte Peterborough die Behauptung, die seiner Partei zum Stützpunkte des Angriffes diente, daß die Kriegführung in Spanien auf die Unternehmung gegen Toulon nachtheilig eingewirkt habe.

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 334.

[2]) A. a. O., p. 314.

Die Reden der theils unkundigen theils parteieifrigen Lords wogten daher in wildem Gewirre. Noch einmal nahm Marlborough das Wort. „Mylords, ſagte er, ich habe die Ehre gehabt, die Unterhandlung über das Unternehmen gegen Toulon zu führen, welches die Königin vom Beginne dieſes Krieges an als eins der wirkſamſten Mittel anſah, ihn bald zu beenden. Und ich kann Ihnen die Verſicherung geben, daß in der ganzen Verhandlung, die ich mit den ſavoyiſchen Geſandten Briançon und Maffei führte — von denen jener todt iſt, dieſer lebend bei uns weilt — auch nicht Ein Wort von Spanien geſprochen iſt. Der Krieg dort ward, eben ſo wie derjenige in Italien, ſelbſtändig geführt, beide unabhängig von einander. Auch kann nicht geſagt werden, daß das unglückliche Treffen von Almanza nachher eine Einwirkung übte. Es legte uns in Spanien die Defenſive auf; aber die von dort abberufenen franzöſiſchen Truppen gelangten nicht vor Toulon."

Das Alles verfing nicht. Es verblieb die Thatſache, daß die Mehrheit des Kriegsrathes von Valencia, im Januar 1707, den Offenſivkrieg in Spanien beſchloſſen, und daß der Staats-Secretär Sunderland, auf die Kunde dieſes Beſchluſſes, ihn gebilligt hatte. Und darauf hin wurde ein Antrag conſtruirt wie folgt: „Da aus dem Schreiben des Grafen Sunderland (an Stanhope) hervorgeht, daß der Beſchluß des Kriegsrathes (von Valencia) zur Offenſive in Spanien von dem Miniſterium gutgeheißen iſt, ungeachtet des Planes der Unternehmung gegen Toulon, welcher, wie die Miniſter wußten, damals mit dem Herzoge von Savoyen bereits verabredet war: ſo ſind ſie, weil ſie dadurch beigetragen haben zu allen unſeren Unfällen in Spanien und zu dem Fehlſchlagen der Unternehmung gegen Toulon, mit Recht zu tadeln."

Der Antrag ward angenommen mit 68 gegen 48 Stimmen. Die Minderheit reichte einen Proteſt ein, der in ſich ungleich bündiger war als jener Beſchluß.

Weder von der einen noch von der anderen Seite findet ſich in dieſem mehrtägigen Wortkampfe die Andeutung irgend welcher Kenntnis, welche Rolle der verzogene Liebling der engliſchen Nation, der Herzog Victor Amadeus, bei der Unternehmung gegen Toulon geſpielt habe. (Man vergleiche Band XII, S. 335, ſo wie S. 342 u. f.)

Die Partei des neuen Miniſteriums hatte im Oberhauſe den Sieg davon getragen, und doch nicht den Sieg in der erſtrebten Art. Das Miniſterium hatte den Beſchluß des Kriegsrathes von Valencia nachträglich gut geheißen, nicht jedoch ihn hervor gerufen, oder gar befohlen. Jene Thatſache genügte nicht zum Aufbau einer Anklage. Dieſe fiel zu Boden.

Der Einzige, der aus dieſen langen Verhandlungen einen Gewinn davon trug, war der Lord Peterborough. Er empfing den Dank des Oberhauſes für ſeine ausgezeichneten Leiſtungen, ausgedrückt durch eine Rede des Lord-Siegelbewahrers, die für den Angeredeten in dieſer Richtung nichts zu wünſchen übrig ließ. — Ob Andere, welche die Dinge genauer kannten als die Lords des Oberhauſes, darin mit ihnen einſtimmig ſein würden, durfte auch für Peterborough fraglich ſein. Im Kriegsrathe zu Valencia, im Januar 1707, war Carl III., ſo wie auch Noyelle und die Spanier, mit Peterborough derſelben Anſicht geweſen, gegen Galway, Das Minas, Stanhope, Tyrawley. Inſofern das ein Verdienſt, war es gemeinſam. Ueber das Jahr 1706 dagegen lag die vom Oberhauſe nicht beachtete Denkſchrift des Grafen Gallas vor, nicht zur Ehre des Waltens von Lord Peterborough in Spanien.

Beginn der engliſchen Friedenswerbung in Verſailles.

Unterdeſſen hatten ſich die Fäden zwiſchen St. James und Verſailles bereits angeſponnen.

Am 20./31. December hatte St. John an Drummond in Holland geſchrieben: „So groß die Segnung des Friedens, ſo leben wir doch hier der Ueberzeugung, daß er nicht zu wünſchen iſt, wenn nicht unſer Feind darum bittet, und wenn nicht unſere guten Freunde, die Generalſtaaten, Hand in Hand mit uns gehen von dem erſten Schritte bis zum letzten.“[1]) Er wiederholt denſelben Gedanken noch am 16./27. März mit den Worten: „Ich bin völlig Ihrer Anſicht, daß die erſten Schritte zum Frieden nicht von unſerer Seite ausgehen dürfen.“[2])

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 43.

[2]) A. a. O., p. 108.

Dieſe erſten Schritte waren damals bereits zwei Monate vorher geſchehen. Die Aeußerungen St. Johns beweiſen alſo nur, daß auch die Vertrauten wie Drummond verwendet wurden, um die guten Freunde, die Generalſtaaten, irre zu führen.

Die Frage des Ob? war entſchieden in Folge der Nachrichten zugleich von Spanien und von Conſtantinopel her. Es handelte ſich alſo um die ſchwierige Frage des Wie?

Daß es in London an franzöſiſchen Correſpondenten, auch an genau unterrichteten, nicht fehlte, haben ſchon die Reden der Bevollmächtigten in Geertruidenberg, Uxelles und Polignac, zu dem Reſidenten Petkum uns dargethan. Unter dieſen Franzoſen in London war ein Geiſtlicher, Gautier, gebürtig aus St. Germain bei Paris, von niederer Herkunft. Als Caplan dort hatte er durch ehrgeiziges Streben Andere verletzt, und dann vorgezogen, anderswo ſein Fortkommen zu ſuchen. Im Gefolge des Botſchafters Tallard kam er 1698 nach London. Nach dem Ausbruche des Krieges blieb er da, mit Zuſtimmung Tallards, und diente als Berichterſtatter für den franzöſiſchen Staats-Secretär Torcy. In Unkenntnis deſſen engagirte ihn der kaiſerliche Geſandte Gallas für ſeine Capelle. Dort lernte ihn Lady Jerſey kennen, welche in dieſer Capelle die Meſſe zu hören pflegte, und durch ſie der Gemahl. Lord Jerſey war nicht bloß Jacobit, ſondern auch franzöſiſch geſinnt, und erging ſich darüber offen zu Gautier, der es an Torcy berichtete. Jerſey war ein Vertrauter des neuen Miniſteriums, in welchem freilich er und Gautier die jacobitiſche Richtung überſchätzten, indem ſie Shrewsbury und Harley als ihre Geſinnungsgenoſſen anſahen.[1])

In Anlaß der Frage der Sendung einer geeigneten Perſönlichkeit zur Anknüpfung in Verſailles ſchlug Jerſey den Miniſtern dieſen franzöſiſchen Geiſtlichen vor. Es iſt merkwürdig, daß es keinem dieſer engliſchen Miniſter klar wurde, daß Gautier als geborener Franzoſe und bisher ſchon Berichterſtatter des Staats-Secretärs Torcy, einen Auftrag nach Verſailles eher im franzöſiſchen Sinne ausführen würde als im engliſchen. Gautier ward als geeignet befunden. Man vertraute ihm noch nichts Schriftliches an; aber Lord Jerſey ſtattete ihn aus mit einer münd-

[1]) Stanhope, Reign of Queen Anne p. 470.

lichen Instruction. Er solle sagen, daß die englischen Minister den Frieden wünschten und zum Wohle des Königreiches für nothwendig hielten, daß sie jedoch um ihrer Sicherheit willen sich nicht auf eine geheime Unterhandlung mit Frankreich einlassen könnten, sondern den König ersuchten, die Conferenzen mit der Republik wieder anzuknüpfen. In diesem Falle würden die englischen Bevollmächtigten solche Instructionen erhalten, daß es nicht wieder in der Macht der Holländer stehen würde, den Abschluß zu vereiteln.[1])

Gautier landete in Nieuport, bereits am 15. Januar. Nachdem er von da aus die Meldung seiner Ankunft an Torcy vorausgeschickt, traf er einige Tage später in Paris ein. Er richtete seinen Auftrag aus, nicht mehr als ein Agent des englischen Ministeriums, sondern, nach dem Berichte Torcys, als Franzose. „Wollen Sie, sagte er, den Frieden? Ich bringe Ihnen das Mittel ihn zu verhandeln und abzuschließen, unabhängig von den Holländern, die unwürdig sind der Güte des Königs und der so oft ihnen erwiesenen Ehre, mit ihnen über den Frieden Europas zu verhandeln.“[2])

Diese spätere Darstellung Torcys lautet, als sei ihm die Botschaft unerwartet gekommen. In der Wirklichkeit hatte Ludwig XIV. im Sommer des Jahres zuvor, wie das Schreiben Petkums an Buys (Band XIII, S. 446 u. f.) uns dargethan, die Friedensberedungen von Geertruidenberg doch nur darum abgebrochen, weil er voraus sah, daß der Wandel der Dinge in England für die neue Regierung dort das Trachten nach dem Frieden nothwendig machen werde. Der lang ersehnte Augenblick der Bitte dieser Partei um den Frieden war nun gekommen. Aber noch haftete an der Bitte die Bedingung, mit den Holländern, wenigstens in der formellen Behandlung der Angelegenheit, zusammen gehen zu wollen. Die Bedingung entsprach nicht der Politik Ludwigs XIV. Sein Ziel war, wie immer, die Sprengung der Kette der Allianz. Dies Ziel war weniger leicht zu erreichen, wenn er mit zwei Gliedern zu thun hatte als nur mit Einem. Bisher hatte er zu diesem Zwecke immer nur die Republik ins Auge gefaßt. Es war ihm völlig gelungen im Jahre 1678, in der Hauptsache auch im Jahre 1697,

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 80. — Mémoires de Torcy t. III, p. 19.
[2]) A. a. O., p. 21.

dagegen wiederholt mislungen in dieſem letzten Kriege. Nun eröffnete ſich die Ausſicht auf England, und zwar ſo ungleich viel günſtiger, daß der erſte Schritt, den der Republik gegenüber immer Ludwig XIV. gethan, nun von den engliſchen Miniſtern ausging. Dieſer erſte Schritt ſchloß das Weſen der Sache in ſich, den Verrath des engliſchen Miniſteriums an der Sache der Allianz, und von dieſem erſten Schritte aus konnte das engliſche Miniſterium, weil es um ſeiner Selbſterhaltung willen des Friedens bedurfte, auch zu dem zweiten gedrängt werden, zu verhandeln und abzuſchließen auch ohne die Republik. Und damit war dann die Allianz zerſprengt, und jedes einzelne Glied derſelben dem Willen des Starken preis gegeben.

Der Verlauf der Dinge wird darthun, daß die franzöſiſche Politik gemäß dieſem Principe handelte; aber wir haben nicht minder das Recht anzunehmen, wie die Andeutung deſſen ſchon in der Rede Gautiers vor Augen liegt, daß von Beginn an in Verſailles die Conſequenzen gezogen wurden. Kurz, es bewährte ſich in dem ganzen Gange dieſer geheimen Unterhandlungen von Anfang bis zu Ende dieſelbe Erfahrung, welche dreihundert Jahre zuvor der kundige Philipp von Comines in die folgenden Worte gekleidet hatte: Jamais ne se mena traité entre les François et Anglois, que le sens des François et leur habileté ne se monstrast par dessus celle des Anglois: et ont les dits Anglois un mot commun, qu'autrefois m'ont dit, traitant avec eux, c'est qu'aux batailles qu'ils ont eues avec les François, tousjours ou le plus souvent, ils ont eu le gain: mais en tous traitez qu'ils ont eu à conduire avec eux, ils y ont eu perte et dommage.[1])

Die Forderung, welche Gautier in Verſailles zu ſtellen hatte, war möglichſt gering. Er verlangte einige Zeilen von der Hand des Staats-Secretärs Torcy an Lord Jerſey, Complimente enthaltend. Mündlich gab man ihm den Auftrag den großbritanniſchen Miniſtern zu erklären, daß der König, in gerechtem Zorne über das Verhalten der Generalſtaaten, nichts mehr hören wolle von einem Frieden vermittelſt der Republik, dagegen mit Vergnügen darüber ſich mit England in Verbindung ſetzen werde.[2])

[1]) Mémoires de Philippe de Comines livre III, chap. 8.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 24.

Ein ähnlicher Beſcheid erging nach einer anderen Seite. Wir haben vernommen, daß bereits im Auguſt des Jahres zuvor der Herzog Victor Amadeus, gemäß dem eigenen Charakter ſo wie der Tradition der Politik ſeines Hauſes, bei dem Marſchall Berwick gegen entſprechende Vortheile ſeinen Verrath an der Allianz angeboten, und daß, auf Befehl Ludwigs XIV., Berwick ſich darüber mit ihm in Unterhandlungen eingelaſſen hatte. Auf die Ankunft Gautiers erhielt Berwick den Auftrag, an Victor Amadeus zu melden, daß, wenn er etwas vorzuſchlagen habe, er ſich damit an die Königin von England wenden möge, ohne welche Frankreich fortan mit keiner anderen Macht unterhandeln werde.[1])

So weit jedoch, wie man in Verſailles glauben mochte, waren die engliſchen Miniſter noch nicht. In ihrem Namen antwortete Gautier von London aus, daß ſie für einen allgemeinen Frieden den König um Vorſchläge erſuchten, welche ſie nach Holland einſenden würden. Ihr Plan ſei eine Unterhandlung in Gemeinſchaft mit ihren Bundesgenoſſen. Aber ſie hofften, daß die Vorſchläge, die der König von Frankreich an ſie gelangen ließe, nicht minder vortheilhaft ſein würden, als die letzten von ihm in Geertruidenberg gemachten.[2]) Das hieß mit anderen Worten: eine Theilung der ſpaniſchen Monarchie in ſolcher Weiſe, daß Spanien und Weſtindien für Carl III. verblieben.

Dieſes Verlangen, das zu dem durch Gautier gemachten Erbieten faſt wie im Gegenſatze ſteht, bekundet noch ein auffallendes Schwanken der engliſchen Miniſter. Ludwig XIV. ging auf die Forderung nicht ein. Aber er war auch weit entfernt, den einmal geknüpften Faden zu zerreißen. Er ließ erwidern, daß er, widerwillig ſich mit den Holländern einzulaſſen, der Königin vorſchlage, mit ihm über einen Congreß von Geſandten aller betheiligten Mächte zum Zwecke eines allgemeinen Friedens überein zu kommen.[3])

Von franzöſiſcher Seite ward die damalige politiſche Abneigung gegen die Republik in gefliſſentlicher Weiſe an den Tag gelegt. Marl-

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 25. Von engliſcher Seite finden ſich über dieſe Verhandlungen keine Schriftſtücke. Der Bericht des vom Parlamente im Jahre 1715 zur Unterſuchung niedergeſetzten geheimen Comitées nennt, mit Klage über große Lücken in den Acten, als das erſte Schriftſtück von Bedeutung die Premières propositions de la France, vom 22. April 1711.

[3]) A. a. O.

borough im Haag, in völliger Unkunde der Anknüpfung der engliſchen Miniſter in Verſailles, ſprach ſich vertraulich über die Haltung der Republik in folgender Weiſe aus: „Man denkt hier zur Zeit nicht an den Frieden, und thut dafür keinen Schritt. Aber ich erkenne leicht, daß nur die Gelegenheit fehlt und nicht die Neigung. Denn die Art und Weiſe, wie Frankreich zur Zeit die Republik behandelt, benimmt ihr jegliches Mittel ſich mit jener Macht einzulaſſen. Ich halte es für ein großes Glück, daß Frankreich wie mit Abſicht darauf ausgeht, die Holländer zu erbittern. Man verſagt ihnen nicht bloß alle Päſſe, ſondern ſpricht auch von der Republik im Allgemeinen wie von dem Rathspenſionär im Beſonderen, bei jeder Gelegenheit nicht anders als mit Hohn und Verachtung. Das Verfahren von Seiten Frankreichs ſetzt die Republik in die Nothwendigkeit, für die Fortſetzung des Krieges die äußerſten Anſtrengungen aufzubieten, und zwar dies zu einer Zeit, wo ſie durch den Miniſterwechſel in England ſich ſehr unangenehm berührt fühlt, ſo ſehr daß, wenn Frankreich ſie hätſchelte und ſtreichelte, der Friede in kurzer Zeit da ſein würde. Da andererſeits das engliſche Miniſterium, bei aller Sehnſucht nach dem Frieden, dennoch, um jeglichen Vorwurf von ſich fern zu halten, lieber ſieht, daß die Republik den erſten Schritt thäte — ſo dürfen wir von einer ſolchen Lage der Dinge die nachdrückliche Fortführung des Krieges hoffen.“ [1])

Wir ſehen, daß Marlborough nicht die Frage aufwirft, welchen Beweggrund Ludwig XIV. zu dieſem ablehnenden Verhalten gegen die Republik haben konnte, wo doch der vorgebliche, daß ihre Vertreter in Geertruidenberg herriſch aufgetreten ſeien, allzu fadenſcheinig war.

Dennoch ward, im März, ein Friedensverſuch gemacht, von etwas auffälliger Art.

Der franzöſiſche Geſandte bei dem Herzoge von Lothringen, Audiffret, machte bei dieſem geltend: er wiſſe, daß die Holländer ſich ſehr nach dem Frieden ſehnten, und daß auch die Engländer geneigt ſeien. Wenn der Herzog ſich dieſen Mächten erbieten würde, der Träger ihrer Vorſchläge bei Ludwig XIV. zu ſein, ſo ſei nicht daran zu zweifeln, daß der König zu einer ſo heilſamen Sache bereitwillig die Hand bieten werde. Er ſage das nicht im Auftrage, fügte Audiffret

[1]) Robethon an Bernſtorf in Hannover, 21. März.

hinzu, beſorge aber auch nicht desavouirt zu werden. Dazu werde dem Herzog das Erbieten dieſer Vermittelung förderlich ſein, um bei dem Könige den Vorwurf der Parteilichkeit für die Feinde desſelben von ſich abzulehnen.[1])

Der Herzog Leopold ging ein. Sein Geſandter La Begue im Haag brachte die Sache an den Rathspenſionär, Marlborough, Sinzendorf. Heinſius, im Einverſtändniſſe mit den Anderen, richtete an La Begue ein Schreiben des Inhalts, daß ſie bereit ſein würden Vorſchläge entgegen zu nehmen. Auf den Bericht Audiffrets nach Verſailles ließ Ludwig XIV. antworten: Que l'intention de S. M. T. C. n'était pas de faire la moindre avance aux alliés, qu'ils ne le pouvaient pas prétendre d'Elle, après avoir rejeté avec tant de mépris celles qu'Elle leur avait faites par le passé, et que c'était à eux à s'expliquer et à faire les premiers pas.

Torcy vergleicht die Rede des Gautier bei deſſen Ankunft im Januar mit der Anfrage an einen kranken Mann, ob er vom langen Siechthume geneſen wolle. Und dennoch führte nun derſelbe kranke Mann auf eine ähnliche Anfrage eine hochfahrende Rede, als ſtrotze er von Geſundheit. Entweder alſo war Ludwig XIV. ſchon ſicher, daß ihm das Spiel mit den engliſchen Miniſtern gelingen würde, oder, wenn nicht, ſo war jene Rede nach Lothringen hin der abermalige Fingerzeig an die engliſchen Miniſter, daß er nur mit ihnen und durch ſie zum Frieden kommen wolle.

Dennoch blieb für mehrere Monate dies der Differenzpunkt: die engliſchen Miniſter hofften, daß Ludwig XIV. ihnen Vorſchläge machen werde, welche ſie auch an die Republik bringen könnten; Ludwig XIV. wollte zunächſt eine Verſtändigung ſeinerſeits mit der engliſchen Regierung allein.

Die Sache des Prätendenten.

Die Friedenswerbung des engliſchen Miniſteriums durch Gautier in Verſailles bot zugleich die Gelegenheit zu einer Anknüpfung mit dem Prätendenten in St. Germain.

---

[1]) Ausführliche Mittheilung Marlboroughs an Robethon, im Berichte des Letzteren vom 21. April.

Für den Ministerwechsel des Jahres 1710 hatten, so weit ersichtlich, im Beginne keine jacobitischen Einflüsse mitgewirkt. Daß indessen die Königin und ihre Vertraute, Frau Masham, im Stillen die Frage erwogen haben, ob es möglich sei, die Thronfolge nach der Königin wieder auf ihren Bruder zu bringen, läßt sich mit Wahrscheinlichkeit schon aus dem Wohlgefallen entnehmen, welches die Königin dem Schotten Lockhart über seine jacobitische Adresse zu erkennen gab. (Vgl. Band XIII, S. 497.)

Das neue Ministerium, den Grafen Rochester vielleicht ausgenommen, zählte unter sich damals keinen Jacobiten. Es hatte mit lebhaftem Eifer die Gunst des Kurfürsten Georg Ludwig gesucht, und die Königin bewogen, in ihrer Thronrede den Eifer für die Thronfolge des Hauses Hannover zu verkünden.

Lassen wir die Frage der Aufrichtigkeit dieses Eifers dahin gestellt, so ergibt sich aus der Thatsache des Verkündens, daß das neue Ministerium der etwaigen Anklage, als sei dieser Eifer nicht vorhanden, den Boden vorweg nehmen wollte. Demnach war die große Mehrheit der englischen Nation für die Thronfolge des Hauses Hannover, wenn auch die Behauptung des Dr. Jonathan Swift, daß diese Mehrheit sich zu der Zahl der Jacobiten verhalte wie 500 zu 1,[1]) für sehr übertrieben gehalten werden muß.

Denn die Reden im Processe Sacheverell waren nicht bloß der hochkirchlichen, sondern auch der jacobitischen Richtung zu gute gekommen. Das Trugbild der Lüge von 1688, daß der Prätendent nicht das Kind seiner Eltern, sondern untergeschoben sei, war in diesem Processe von den Whigs selber mit Absicht zertrümmert. Die Consequenz der Strömung, welche durch die Ereignisse des Jahres 1710 in den Gemüthern der Engländer erregt war, konnte nicht anders sein, als daß unter der großen Zahl der Hochkirchlichen, welche die Neuwahlen in das Unterhaus brachten, sich auch viele Jacobiten befanden. „Geben Sie sich, sagte Marlborough im Haag zu Robethon, keiner Täuschung darüber hin, daß die Zahl der Jacobiten sehr stark ist. Niemand wagt offen für den Prätendenten zu reden; denn dadurch würde man sich der Anklage des Hochverrathes aussetzen. Aber wir,

[1]) In der Schrift: The conduct of the allies etc., p. 47.

die wir den heimatlichen Boden kennen, wissen auch um die Absichten der Menschen dort und um die Beweggründe, welche das Verhalten bedingen. Die Mehrheit des October-Clubs, der im Unterhause die Entscheidung in der Hand hat, besteht aus Jacobiten. Harley ist nicht Jacobit, sondern für die Thronfolge des Hauses Hannover. Wenn er in Verbindung mit den Whigs eine stärkere Partei bilden könnte, als die Tories sind, so thäte er es morgen. Aber der October-Club ist so mächtig, daß zu befürchten steht, Harley, der seinem Ehrgeize und seinem Interesse alles zum Opfer bringt, werde genöthigt sein, um sich zu behaupten, sich ganz ihnen zu widmen und in alle ihre Entwürfe einzugehen. Dann könnten die Dinge so schnell sich entwickeln, daß es gegen die Rückkehr des Prinzen von Wales kein Heilmittel mehr gäbe." [1])

Dies Urtheil Marlboroughs über das Verhalten Harleys zu dem October-Club ist nicht sehr verschieden von demjenigen des Jacobiten Lockhart (S. 19).

Es war aber durchaus nicht die Absicht Harleys, sich den Jacobiten zu widmen, ihnen sich dienstbar zu machen, sondern sie zu gebrauchen für sich. Wir kommen hier an ein bisher nicht immer genügend beachtetes Meisterstück, nicht freilich der Ehrlichkeit, sondern der Arglist.

Harley benutzte die Sendung des Gautier nach Paris, um mit St. Germain anzuknüpfen. Es ist dabei nicht unwichtig zu bemerken, daß Gautier selbst den Minister Harley für einen Jacobiten hielt, und dies früher schon an Torcy geschrieben hatte, [2]) so daß also sowohl er wie Torcy darin in gutem Glauben handelten. Ueber die Anknüpfung liegt der Bericht des Marschalls Berwick vor, des Sohnes von Jacob II. und der Arabella Churchill, also natürlichen Bruders des Prätendenten. Der Bericht lautet wie folgt. [3])

„Im Winter des Jahres 1710/11 suchte der Abbé Gautier, dessen sich der französische Hof zur geheimen Friedensverhandlung mit England bediente, mich in St. Germain auf. Er kam im Namen des englischen

---

[1]) Robethons Bericht vom 21. März. Man sehe Anlage I.

[2]) Stanhope, Reign of Queen Anne p. 470.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 126. Die Chronologie jedoch dort ist ungenau. Berwick sagt: A la fin de 1710, und nennt zugleich Harley als Grafen Oxford. Da Berwick lange Jahre später aus der Erinnerung niederschrieb, so thun solche Irrthümer der Substanz des Berichtes keinen Eintrag.

Miniſters Harley und ward mir empfohlen vom Staats-Secretär Torcy, mit dem Bemerken, daß ich Vertrauen in ihn ſetzen dürfe. In der That eröffnete Gautier mir dann, daß er den Auftrag habe, mit mir über die Angelegenheiten des Königs Jacob zu reden, und mit mir ein Mittel für deſſen Herſtellung zu vereinbaren. Bevor er jedoch auf die Sache ſich weiter einließe, habe er den Befehl von mir das Verſprechen zu verlangen, erſtlich daß Niemand in St. Germain um die Sache wiſſen dürfe, auch nicht die Königin (Maria), ferner daß die Königin Anna für ihre Lebenszeit die Krone behalten ſolle, wogegen ſie den Beſitz derſelben nach ihrem Tode ihrem Bruder zuſichern würde; endlich daß wir die genügenden Bürgſchaften gäben für die Erhaltung der anglicaniſchen Religion und der Freiheiten von England. — In alles dies willigte ich, wie leicht zu denken, gern ein, und ließ es ihm dann auch durch den König Jacob beſtätigen, zu welchem ich ihn zu dieſem Zwecke führte. Nach dieſen Präliminarien traten wir in die Erörterung der Mittel zum Zwecke ein; aber der Abbé konnte, für dies erſte Mal, ſich nicht tiefer einlaſſen, weil der Miniſter Harley ihm ſelber noch nicht genügend ſeine Abſichten dargelegt hatte, und weil vor allen Dingen zuerſt der Friede abgeſchloſſen ſein müſſe, ohne welchen das dermalige Miniſterium nicht wagen würde, ſich mit einer ſo delicaten Sache zu befaſſen. Obwohl ich der Anſicht war, daß das Eine das Andere nicht ausſchloß, ſo fügte ich mich dennoch, und, um zu zeigen, daß wir nichts unterlaſſen wollten, und um unſere Aufrichtigkeit zu beweiſen, ſchrieben wir an alle Jacobiten, daß ſie mit dem Hofe gehen möchten. Dies trug nicht wenig dazu bei, die Partei desſelben im Unterhauſe ſo überlegen zu machen, daß alles dort nach ihren Wünſchen ging."

Dieſe Worte ſind für die Geſchichte der nächſten Jahre von beſonderer Wichtigkeit. Nicht alſo, wie Marlborough in derſelben Zeit zu Robethon ſagte, übte der October-Club im Unterhauſe auf Harley einen Druck zu Gunſten des Prätendenten, ſondern Harley machte ſich, durch ſeine Anknüpfung in St. Germain, oder — damit wir es gleich beim rechten Namen nennen — ſein unaufrichtiges Vorgeben dort, ſo wie vermöge der Weiſungen, die in Folge deſſen der Prätendent und ſein Halbbruder Berwick den Jacobiten in England gaben, den October-Club im Unterhauſe dienſtbar.

Nach der hier gegebenen Darstellung Berwicks scheint es, als hätten er und der Prätendent sich begnügt mit dem Vertrauen in Harley, für dessen Aufrichtigkeit sie doch keine andere Bürgschaft hatten als das mündliche Wort des Gautier. In der That aber begnügten sie sich damit nicht. Die Worte, die Gautier überbracht hatte, enthielten nicht eine Bevollmächtigung von Seiten der Königin. Dem Prätendenten aber mußte es darum zu thun sein, zuerst und vor allen Dingen direct mit seiner Schwester, der Königin Anna, in Beziehung zu treten, und nicht bloß aus zweiter Hand das Wort eines Ministers zu vernehmen, der sich gar nicht einmal ausdrücklich auf die Königin berief. Zu diesem Zwecke der Anbahnung eines directen Verkehres verfaßte der Prätendent, einige Wochen später, ein Schreiben an die Königin, in welchem er die von Harley durch Gautier ihm gestellten Bedingungen wie aus eigener Initiative erörterte. Das Schreiben lautet wie folgt.[1])

„Madame. Die Gewaltthätigkeit und die Herrschsucht der Feinde unserer Familie und der Monarchie haben allzu lange schon diejenigen einander fern gehalten, welche durch die Bande des Blutes und der Pflicht fest geeinigt sein sollten, und haben uns gehindert, nach den geeigneten Mitteln eines besseren Verständnisses zwischen uns zu trachten, wo doch ein solches nicht verfehlen würde, die glücklichsten Folgen nach sich zu ziehen, sowohl für uns selbst und für unsere Familie, als für unser blutendes Vaterland."

„Allein, was auch immer der Erfolg sein mag, ich habe mich nun entschlossen, alle Zurückhaltung aufzugeben und den ersten Schritt für den so gerechten und nothwendigen Versuch einer Verständigung zu thun. Die natürliche Zuneigung, die ich zu Ihnen trage, und die der König, unser Vater, bis zum letzten Athemzuge für Sie hegte, die Erwägung ferner unseres gegenseitigen Interesses, unserer Ehre und Sicherheit, so wie endlich die Pflicht, die ich Gott und meinem Vaterlande

[1]) Der Brief in Macpherson's Original papers vol. II, p. 223, hat als Zeitangabe: Mai 1711. Die Note Macphersons, in welcher er verweist auf das Schreiben Middletons, vom 19. März, p. 209, dürfte nicht richtig sein. Es ist nach jener Bedingung, die Harley durch Gautier hatte stellen lassen, kaum anzunehmen, daß Middleton oder die Königin in St. Germain um den Brief wußten. Dem Herausgeber Macpherson war das eigentliche Verhältnis, das nur aus Berwicks Memoiren klar wird, nicht bekannt. Die Sammlung Macphersons erschien 1755, die Memoiren Berwicks 1778.

ſchuldig bin — dies ſind die wahren Beweggründe, welche mich antreiben dies Schreiben an Sie zu richten, und alles zu thun was mir möglich, um zu einer völligen Einigung mit Ihnen zu gelangen."

„Und Sie dürfen verſichert ſein, Madame, daß, obwohl ich niemals anders als mit meinem Leben das Recht aufgeben kann, welches, wie Sie wiſſen, durch die Grundgeſetze des Landes unerſchütterlich feſt geſtellt iſt, es doch mein lebhafteſter Wunſch iſt, den Wiedergewinn desſelben lieber Ihnen zu verdanken als irgend einem anderen Menſchen. Ihnen iſt dies ſo gerechte und ruhmvolle Werk vorbehalten. Die Stimme Gottes und der natürlichen Bande beruft Sie dazu. Das Verſprechen, welches Sie dem Könige unſerem Vater gegeben,[1]) macht es Ihnen zur Pflicht. Die Erhaltung unſerer Familie, die Nothwendigkeit der Abwehr eines inneren Krieges erfordert es. Die Wohlfahrt unſeres Vaterlandes verlangt von Ihnen, daß Sie es zu bewahren ſuchen vor gegenwärtigen und vor künftigen Uebeln, welche, hinab zur ſpäteſten Nachwelt, die Nation in Blutvergießen und Wirrwarr ſtürzen müßten, bis endlich die Thronfolge in der rechten Linie hergeſtellt ſein würde."

„Mich befriedigt die Ueberzeugung, Madame, daß, wenn Sie ſich durch Ihre eigene Neigung leiten laſſen, Sie bereitwillig auf den ſo gerechten und klaren Vorſchlag eingehen werden, Ihrem eigenen Bruder, dem letzten männlichen Sproſſen unſeres Namens, den Vorzug zu geben vor der Kurfürſtin von Hannover, der entfernteſten Verwandten, die wir haben. Sie haben keinen Grund auf die Freundſchaft derſelben zu bauen, oder ſie zu begehren. Jene Fürſtin würde den Thron vererben auf Fremde, deren Sprache, deren Intereſſe andere ſind als die unſeren, und welche, vermöge einer allgemeinen Naturaliſation, Schaaren von Fremdlingen herüber bringen würden, um dadurch den Mangel ihres Rechtes zu erſetzen und die Nation zu unterjochen."

„Zugleich verſichere ich Ihnen, Madame, und bin bereit, alle gewünſchte Sicherheit dafür zu geben, daß es mein unabänderlicher Entſchluß iſt, das Geſetz des Landes zur Richtſchnur meiner Regierung zu machen, eines jeden Mannes Recht, Freiheit und Eigenthum in

---

[1]) The life of James vol. II, p. 559. — Man vergleiche Band X dieſes Werkes, S. 1 u. f.

gleicher Weise zu schützen wie die Rechte der Krone, so wie die Anhänger der Kirche von England zu sichern und aufrecht zu halten bei allen ihren Rechten und Privilegien, wie das Gesetz sie feststellt, endlich den Dissenters eine solche Toleranz zu gewähren, wie das Parlament für geeignet erachten wird."

„Ihre eigene gute Gesinnung, Madame, und Ihre natürliche Zuneigung zu einem Bruder, der Sie niemals gekränkt hat, kann Ihr Herz nur dahin bewegen, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und, wie es in Ihrer Macht steht, so zweifele ich nicht an Ihrem guten Willen. Und ich versichere Ihnen auch, daß, in diesem Falle eines Ausgleiches, keine vernünftige Bedingung, welche Sie für Sich selber fordern, von mir verweigert werden wird. Aber, da Angelegenheiten von solcher Wichtigkeit nicht wohl schriftlich abgemacht werden können, so muß ich Sie beschwören, Jemanden mit voller Instruction und Vollmacht herüber zu senden, oder Sicherheit zu gewähren für einen solchen Gesandten von mir. Denn nur auf diesem Wege, der unsererseits im tiefsten Geheim gehalten werden soll, können die Dinge zu unserer gegenseitigen Zufriedenheit behandelt werden."

„Ich habe diesen ersten Schritt zu unserem gegenseitigen Glücke gethan, mit wahrer brüderlicher Zuneigung, mit der Offenheit und der Aufrichtigkeit, welche unserem Range und unserer Verwandtschaft gebührt, und in der besonnensten Weise, die ich zur Zeit erdenken konnte. Ich werde mich in der Fortführung der Sache durch Sie leiten lassen, mit völligem Vertrauen in Ihre Kenntnis und Ihre Erfahrung in Betreff der geeigneten Mittel."

„Und nun, Madame, wie Sie Ihre eigene Ehre und Ihr Glück schätzen, desgleichen die Erhaltung und Herstellung unseres alten königlichen Hauses, die Sicherheit und die Wohlfahrt einer braven Nation, welche beinahe zusammen sinkt unter der gegenwärtigen Last, und Grund hat eine noch schwerere zu fürchten, welche dagegen keine Ursache hat sich über mich zu beklagen, und welcher ich immer zugethan sein muß und bin als meiner eigenen — so beschwöre ich Sie, auf diesem freundlichen Wege der Schlichtung unserer Differenz mir entgegen zu kommen. Denn dadurch allein dürfen wir hoffen die guten Wirkungen zu erlangen, die uns beide beglücken, Ihnen selber mehr Ruhm als alle

bisherigen Acte Ihres Lebens erwerben und Ihr Gedächtnis theuer machen werden für alle kommenden Zeiten."

Es hat engliſche Hiſtoriker gegeben, welche über die Frage einer Zuneigung der Königin Anna zu ihrem Bruder in St. Germain leicht hinweg gegangen ſind. Einer derſelben meint, daß die Anhänglichkeit der Königin an die Hochkirche und ihre Beſorgnis vor einem abermaligen Jacob II. auf dem Throne mehr als ausgereicht haben würden, ihr Gefühl für einen Bruder zu dämpfen, den ſie ſeit der Zeit ſeiner Wiege nicht geſehen.[1]) — Ein anderer Hiſtoriker hat die Anſicht ausgeſprochen, daß es unter allen den obwaltenden Umſtänden geradezu abſurd ſei, von einer natürlichen Zuneigung — nämlich der Königin Anna zu ihrem Bruder in St. Germain — zu reden.[2])

Die Frage, ob menſchliche Gefühle und ob vor allen Dingen die unter einander ſich anklagenden und entſchuldigenden Gedanken des Gewiſſens ſich in den Rahmen der conſtitutionellen Theorie einſpannen laſſen, dürfte doch wohl nicht durch Meinungen zu erledigen ſein. Es fragt ſich um Thatſachen. Wir haben alſo zunächſt klar zu ſtellen, ob oder in welcher Weiſe die Königin Anna auf jenes Schreiben ihres Bruders, vom Mai 1711, geantwortet hat.

Ob die Königin Anna auf jenen Brief eine ſchriftliche Antwort gegeben, läßt ſich mit Sicherheit nicht ſagen. Wenn es geſchehen, ſo iſt es doch nicht wahrſcheinlich, daß dieſe Antwort noch exiſtirt. Denn die Stuart-Papiere von St. Germain ſind in den Stürmen der franzöſiſchen Revolution zu Grunde gegangen.[3]) Die Privatpapiere der Königin Anna ſind, ihrem ausdrücklichen Willen gemäß, ſofort nach ihrem Tode, im Beiſein der Regentſchaft verbrannt worden.[4])

Dennoch iſt ein indirectes, aber ſehr ſtarkes Zeugnis für eine ſchriftliche Antwort der Königin Anna auf jenen Brief vorhanden. In dem zweiten Schreiben, welches von dem Prätendenten an die

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 513.

[2]) Hallam, Constitutional History chapter XVI.

[3]) The life of James II, published by Clarke vol. I, Preface p. XVII.

[4]) Bolingbroke hat ſpäter wiederholt das Gegentheil behauptet, z. B. in ſeinem letter to Sir William Wyndham, in den Works vol. I, p. 32, ſo wie in der Schrift: On the state of parties etc. vol. III, p. 130. — Ich werde die beweiſenden Zeugniſſe für die Verbrennung zum Auguſt 1714 bringen.

Königin vorliegt, um ein Jahr ſpäter, findet ſich die Anrede: dear sister, und die Unterſchrift: your most entirely affectionate brother.[1])

Dieſe Veränderung der Anrede gegenüber derjenigen im erſten Briefe beweiſt, daß inzwiſchen etwas vorgegangen iſt, was den Bruder und die Schweſter einander näher rückte, macht mithin eine ſchriftliche Antwort der Königin Anna höchſt wahrſcheinlich.

Und in der That konnte ihr bei der damaligen Lage der Dinge nicht leicht etwas ſo willkommen ſein, wie jenes erſte Schreiben ihres Bruders. Unter der Führung Marlboroughs und Godolphins hatte alle die Jahre zuvor bei ihr der Gedanke überwogen, daß die Krone nur durch den nachdrücklichen Krieg ihr geſichert bleibe. Der Krieg gegen Frankreich war zugleich derjenige gegen den Prätendenten, der die Krone beanſpruchte, welche ſie ſelber trug. Die Gemeinſamkeit dieſer Intereſſen, des franzöſiſchen und desjenigen des Prätendenten, hatte noch zuletzt ſich dargethan durch den Verſuch auf Schottland, im März 1708.

Und nun, wo die Königin Anna von anderen Berathern, die es dem eigenen Intereſſe der Selbſterhaltung entſprechend fanden den Frieden zu ſuchen, eben ſo willig oder williger noch ſich leiten ließ, als von den früheren, trat ihr Bruder, der Prätendent, ihr entgegen mit dem Erbieten der gütlichen Vereinbarung und mit dem Verſprechen ſie im Beſitze nicht zu ſtören. Damit fiel für ſie perſönlich das eigentliche Motiv, für welches ſie in den Krieg eingetreten war, und um ſo eifriger erſtrebte ſie demnach perſönlich fortan den Frieden.

Ob jedoch dabei die Königin Anna auf jene Vorſchläge ihres Bruders auch praktiſch eingehen konnte oder wollte, iſt eine andere Frage. Es kommt dabei ſowohl auf ihre Stellung als Königin an, wie auf ihren perſönlichen Charakter. Es iſt von Intereſſe zu vernehmen, wie in denſelben Tagen Marlborough im Haag ſich zu dem hannöverſchen Geſandten Robethon nach dieſer Richtung hin vertraulich ausſprach.[2])

„Ich bin nicht der Anſicht, ſagte Marlborough, daß die Königin für den Prätendenten iſt. Ihr Intereſſe iſt friedlich zu regieren und die proteſtantiſche Thronfolge nach ihr zu befeſtigen, und nach meiner

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 295. Vom 29. März 1712.

[2]) Robethons Bericht vom 21. März, in Anlage I.

Ueberzeugung iſt das auch ihre Abſicht. Denn einen Vertrag mit dem Prinzen von Wales zu ſchließen, um ihm dadurch die Thronfolge nach ihr zu verſchaffen, würde heißen die eigene Freiheit und ſelbſt das Leben aufs Spiel ſetzen; denn ſie würde ſich dadurch der Ungeduld derjenigen Partei bloß ſtellen, welche dem Prinzen den Thron verſchaffen will. — Aber die Königin iſt eine Frau: man kann ſie täuſchen. Man kann ſie führen bis dahin, wohin ſie ſelber nicht zu gehen meint. Es fehlen mir die Ausdrücke, um zu ſagen, bis zu welchem Grade Frau Maſham und Harley ſie beherrſchen. Dieſe zwei vermögen es, nach ihrem Gefallen die Königin hoch zu bringen oder niedrig. Die arme Königin hatte noch in dieſem letzten Winter Momente der Offenheit für mich, die mir gezeigt haben, bis zu welchem Punkte jene zwei ſich ihres ſeeliſchen Lebens bemächtigt haben."

Bei dieſen Worten Marlboroughs iſt immerhin ſeine perſönliche Stellung in Anſchlag zu bringen. Aber die ſehr große Geltung jener zwei Perſönlichkeiten bei der Königin wird durch die Thatſachen wie durch die Urtheile der kundigen Zeitgenoſſen beſtätigt. Nach der eigenen Meinung der Königin verdankte ſie ihnen beiden die Befreiung aus der bisherigen Abhängigkeit von der Familie Marlborough und der Whig-Partei. In ſo weit gingen die Wege zuſammen, aber in Einem Punkte war lediglich die Frau Maſham die Vertraute der Königin. Nach jener Rede Marlboroughs hatte er entweder keine Kunde von dem Verſprechen der Prinzeſſin Anna an ihren Vater kurz vor deſſen Tode (Band X, S. 1), oder er ging mit Abſicht darüber hinweg. Das Erſtere iſt deshalb glaublicher, weil auch in den zahlreichen uns erhaltenen Aeußerungen der Lady Marlborough über die Königin keine Andeutung vorkommt, daß die Erſtere um das Geheimnis jenes Verſprechens nach St. Germain hin gewußt habe. Wir haben geſehen, daß die Königin von dem Drucke jenes Verſprechens frei zu kommen hoffte durch einen eigenen Leibeserben, daß ſie die Bitte um einen ſolchen ſogar ins Kirchengebet aufnehmen ließ. Als ein Jahr nach dem anderen verging ohne die Erfüllung dieſer Hoffnung, als dann auch der Prinz-Gemahl ſtarb und jene Bitte aus dem Kirchengebete geſtrichen wurde, mußte zugleich mit dem Gefühle der Vereinſamung auch der Druck ihrer Verſchuldung von 1688 gegen den Vater und den Bruder, ſo wie insbeſondere jenes Verſprechens von 1701 auf der

Seele der Königin Anna schwerer und schwerer lasten. In solchen Fällen sehnt sich auch ein starker Charakter nach einem Vertrauten der eigenen inneren Zerrissenheit: wie viel mehr denn die von jedem Windeshauche bewegte Seele der Königin Anna! Sie hatte nun seit Jahren ihre Vertraute gefunden an der Frau Masham, und in der Mitwissenschaft dieses Geheimnisses bestand, aller Wahrscheinlichkeit nach, das eigentliche Band, welches die zwei Frauen bis zum Tode der Königin untrennbar zusammen hielt.

Denn auch für die Königin selber war ein Bekanntwerden ihres Geheimnisses nicht ohne Gefahr. Ihr Bruder konnte von seinem Standpunkte aus das Erbieten zur Schlichtung ihrer Differenz durch einen Vertrag stellen: ein Eingehen darauf von Seiten der Königin war gefährlich für sie selber. Ließ die Königin sich herbei zu einem Vertrage mit ihrem Bruder, und wäre es auch nur über die Nachfolge nach ihr, erkannte sie überhaupt nur im mindesten ein Anrecht des Prätendenten auf die Krone ausdrücklich an, so schwoll im selben Momente dies anerkannte Anrecht hoch empor über das ihrige. Denn es gab nur die Alternative: entweder hatte der Prätendent gar kein Recht, oder er hatte das erste Recht. Ein Mittel dazwischen gab es nicht. Wenn also die Königin, dem Wunsche ihres Bruders gemäß, sich auf einen Vertrag mit ihm einließ, so trat ein, was Marlborough in jener Unterredung mit Robethon in Aussicht gestellt: die Königin setzte sich der Gefahr aus, als Usurpatorin behandelt zu werden.

Wie freundlich also auch immer die Antwort der Königin auf jenes erste Schreiben des Prätendenten gelautet haben mag, so sehr daß dieser in dem zweiten Schreiben sie als Schwester anredete: die Erklärung der Bereitwilligkeit zu dem gewünschten Vertrage kann sie nicht enthalten haben. Dies zweite Schreiben des Bruders enthält, ohne Berufung auf eine Zusage, in eindringlichen Worten die Erneuerung seiner Bitte.

So stand die Sache für die Königin persönlich. Es fragt sich dann, ob sie, wie die Frau Masham, so auch den Minister Harley zum Vertrauten ihres Geheimnisses gemacht haben kann. Die Mittheilung eines Geheimnisses solcher Art an den Minister hätte eine andere Tragweite gehabt als diejenige an die Vertraute, die stille Gefährtin des Kummers der Königin: sie wäre gleich bedeutend gewesen

mit der Aufforderung zu thun, was er vermöge, um das Verſprechen zur Erfüllung zu bringen. Nach den Geſetzen von England aber brachte jeder Schritt zu Gunſten der Rückführung des Prätendenten denjenigen, der ihn wagte, in die Gefahr der Strafe des Hochverrathes, alſo des Todes durch Erhängen und Viertheilen. Wie ſorgfältig man ſich auch nur vor dem Verdachte einer Correſpondenz mit St. Germain hütete, zeigt uns das damalige Verhalten St. Johns. Als der Abbé Gautier, nach einer ſeiner Friedensreiſen nach Verſailles, dieſem Staats-Secretär in den Dienſträumen desſelben in Whitehall Bericht erſtattet hatte, bemerkte St. John, nach dem Weggehen Gautiers, auf ſeinem Tiſche einen Brief. Die Adreſſe war an ihn gerichtet, das Siegel trug das königliche Wappen. Sofort gab St. John Befehl, den Abbé Gautier zurückzurufen. Nachdem dieſer anerkannt, daß er das Schreiben im Auftrage des Prätendenten hergebracht und niedergelegt, verlangte St. John, daß er es wieder an ſich nehme. „Ich gebe Ihnen dabei die Verſicherung, fügte er hinzu, daß, wenn Sie noch einmal einen Verſuch dieſer Art machen, Sie nicht mehr vierundzwanzig Stunden in England bleiben werden.“ [1])

Dieſer Vorfall beweiſt zugleich, daß Harley bei dem vorerwähnten Verſuche durch Gautier in St. Germain keinen Mitwiſſer im engliſchen Miniſterium hatte.

Andererſeits aber könnte vermuthet werden, daß um ſo weniger noch Harley, wenn er keinen ſeiner Collegen zum Mitwiſſer hatte, den Schritt in St. Germain gewagt haben würde ohne Vorwiſſen der Königin. Aber es iſt zu wiederholen, daß Gautier dort als ſeinen Auftraggeber nur Harley nannte, nicht die Königin. Iſt ſchon das ein Fingerzeig, ſo iſt entſcheidend der Verlauf der Dinge, welcher zur Evidenz bringen wird, daß Harley für den Prätendenten niemals einen aufrichtigen Schritt gethan hat.

Eben darum auch muß zurück geſchloſſen werden, daß die Königin ihm das letzte Geheimnis ihrer Seele, das dem Vater im Exile gegebene Verſprechen, niemals anvertraut haben kann. Auch ſie für ſich hatte zu fürchten, daß der Miniſter, dem ſie darüber ſich eröffnete,

[1]) Marchmont Papers vol. II, p. 241. Eigene Erzählung Bolingbrokes an den Grafen Marchmont, aus ſpäterer Zeit.

wenn er das Wagnis nicht auf sich nehmen wollte, es vorziehen werde abzugehen. Den Minister Harley aber glaubte sie für sich selber nicht entbehren zu können.

Es ist daher auch weiter der Schluß berechtigt, daß die Königin um den Schritt Harleys in St. Germain nicht einmal wußte. Auch das von Gautier, bei Gelegenheit dieser Reisen, von St. Germain her mitgebrachte Schreiben des Prätendenten, von diesem abgefaßt wie aus eigener Initiative stammend, gab ihr über den voran gegangenen Schritt Harleys keine Kunde.

Dieser handelte also darin für sich ganz allein, nicht um etwas für die Herstellung des Prätendenten zu thun, sondern um durch sein Vorgeben für dieselbe sich die Gefolgeschaft der Jacobiten im Unterhause zu sichern. Aus den Worten Berwicks haben wir ersehen, daß ihm dies gelang.

Aber dies Gelingen hatte noch eine ganz andere Tragweite. Indem die Brüder, der Prätendent und Berwick, auf das Erbieten Harleys eingegangen waren, hatten sie sich dadurch auch an ihn gebunden. Indem sie ihm trauten, konnten sie nicht mehr handeln ohne ihn. Eben damals wurde in St. Germain der Vorschlag einer neuen Landung eingereicht, mit dem Nachweise, daß die Aussichten noch ungleich günstiger lägen als im Jahre 1708.[1]) Aber der Prätendent und Berwick hatten eben noch versprochen, die Königin für ihre Lebenszeit im ruhigen Besitze der Krone zu belassen. Eine andere Denkschrift wies darauf hin, daß die Herüberkunft des Prätendenten dem Lande den Bürgerkrieg ersparen werde, welcher unvermeidlich erscheine, wenn der Tod der Königin erfolge, bevor die Parlaments-Acten aufgehoben seien, welche in diesem Falle die Proclamirung des betreffenden Mitgliedes der kurfürstlichen Familie zur Pflicht machten.[2]) Dies war gewis richtig, und wurde eben so auch von dem Prätendenten und Berwick anerkannt. Aber sie erwarteten, nachdem sie sich zu Allem bereit erklärt, die weiteren Schritte von Harley.

Wie es damit für das Jahr 1711 erging, erfahren wir in kurzer Uebersicht von Berwick selbst. Er berichtet wie folgt.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 210.

[2]) A. a. O., p. 219.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 127.

„Bevor Gautier nach London zurückkehrte, ſagte er mir, daß er von Harley Befehl habe, mir zu verſichern, daß man im Laufe des Sommers den Entwurf ſenden, und daß, wenn ich mich nicht bei Hofe befände, man mir ihn zur Armee nachſchicken werde; denn Harley wolle ſich Niemandem anvertrauen als mir. Damit wir unſererſeits ohne Zeitverluſt auf den Entwurf antworten könnten, kamen wir überein, daß der König Jacob, unter dem Vorwande einer Rundreiſe durch Frankreich, ſich im Beginne des Monats Auguſt im Dauphiné, wo ich das Commando hatte, befinden und möglichſt lange bei mir verweilen ſolle. In der That kam er zu mir; aber ich erhielt die fraglichen Papiere nicht, und bis zum nächſten Winter hörte ich nichts weiter. Nur ſchrieb mir Gautier, daß er bald mit ausreichenden Inſtructionen eintreffen werde.“

Der Erfolg Harleys durch ſeine Anknüpfung in St. Germain, die lediglich perſönlich war und dort irrthümlicher Weiſe als diejenige der Königin und ihrer Regierung angeſehen wurde, war alſo ein doppelter: er gewann ſich die Jacobiten im engliſchen Parlamente zu Dienſte, und hielt den Prätendenten und Berwick von anderen Schritten zurück.

Aufſteigen Harleys und die weiteren Parlaments-Verhandlungen.

Nachdem die Königin und Harley im Herbſte 1710 ſich genöthigt geſehen, um eine neue Regierung zu bilden, der Tory-Partei näher zu treten, galt es Vielen für zweifellos, daß die zwei Häupter Rochester und Harley, von denen jener in beiden Häuſern des Parlamentes die Mehrheit, dieſer die Neigung der Königin für ſich hatte, ſich nicht lange neben einander vertragen würden. Noch am 21. März hob Marlborough im Haag hervor, daß in dieſem Dualismus, dem Zuſammengehen des Tory und des Trimmer, die Schwäche der neuen Regierung beſtehe, an welcher ſie bald zu Grunde gehen werde.

In denſelben Tagen jedoch hoben die Conſequenzen eines Unfalles Harley empor.

In London befand ſich ein entlaufener Prieſter De la Bourlie, der als Bruder des Marquis Guiscard ſich deſſen Namen beigelegt hatte. Nach einem ungezügelten Leben in Frankreich war er zuerſt

nach dem Haag gekommen, und hatte dort sich für den Urheber des Aufstandes der Sevennolen ausgegeben. Die Holländer achteten seiner nicht viel. Mehr Glauben fand er in England, wo man ihm sogar für einige Zeit das Commando eines Regimentes Dragoner anvertraute. Man entließ ihn dann mit einer Pension, die ihm jedoch nicht genügte. Seine Reden zogen die Aufmerksamkeit auf ihn, und die Folge war die Verringerung seiner Pension. In seinem Verdrusse darüber suchte Guiscard Aussöhnung in Frankreich. Ungeachtet des Umweges seiner Briefe über Lissabon nach Versailles wurden diese dort entdeckt, und nach London eingeschickt. Der dringende Verdacht gegen ihn ward gesteigert durch seine Rede, daß bald etwas geschehen solle, was eine völlige Umgestaltung nach sich ziehen werde.[1])

Am 8. 19. März ward Guiscard im Parke von St. James verhaftet. Man brachte ihn in die Geschäftslocale des Staats-Secretärs St. John. Dort traten mehrere der Minister zusammen, um ihn über seine Correspondenz zu befragen. Beim Vorführen gelang es Guiscard unbemerkt ein Federmesser zu ergreifen. Als Harley das Wort nahm, ihm seine Undankbarkeit gegen die Königin vorzuhalten, bemächtigte sich des Angeklagten ein solcher Zorn, daß er das Federmesser dem Harley zweimal in die Brust stieß, so heftig jedoch, daß schon beim ersten Stoße die Klinge abbrach. Die Anderen zogen gegen den rasenden Mann ihre Degen und verwundeten ihn mehrmals; doch gelang es erst den herzueilenden Dienern, ihn nach einer schweren Verletzung völlig zu bändigen.

Das Verhalten Harleys brachte ihm große Anerkennung ein. St. John schrieb an Drummond: „Es fehlen mir die Worte Ihnen die Festigkeit und Hochherzigkeit zu beschreiben, mit welcher Herr Harley sich bei der Ueberraschung dieses Anfalles benahm. Ich habe ihn immer bewundert, aber nie in solchem Maße. Die Plötzlichkeit des Stoßes, die Schärfe der Wunde, die Verwirrung, welche dann folgte, veränderten weder seine Haltung noch seine Stimme.“ [2])

Es war vielleicht das letzte Mal, daß St. John eine Bewunderung für Harley aussprach. Nicht lange so theilten sich ihre Wege.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 533.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 102.

Die Kunde des Attentates erregte am nächſten Tage in beiden Häuſern des Parlamentes einen Sturm der Entrüſtung. Sie einigten ſich zu einer gemeinſamen Adreſſe an die Königin. In derſelben wird der Verbrecher, der abtrünnige Prieſter De la Bourlie, als ein franzöſiſcher Papiſt bezeichnet. Dann wird Harley gefeiert. „Wir haben Grund zu glauben, ſagt weiter die Adreſſe, daß ſeine Treue für Ew. Majeſtät und ſein Eifer für Ihren Dienſt ihm den Haß aller Gönner des Papismus und der Faction zugezogen haben.“

Die Adreſſe bittet weiter die Königin Sorge zu tragen für ihre geheiligte Perſon, an deren Leben die Wohlfahrt der Nation, wie die Freiheit Europas hange. — Demnach iſt anzunehmen, daß der Verdacht einer böſen Abſicht des Guiscard gegen das Leben der Königin allgemein getheilt wurde.

Endlich bittet die Adreſſe die Königin, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, die Papiſten aus London und Weſtminſter zu entfernen.

Die Adreſſe erregte im Haag viele Verwunderung. Man wußte, daß im Unterhauſe beantragt war, der erſten Erwähnung der Papiſten beizufügen diejenige der notoriſchen Jacobiten und Eidweigerer, wie es bisher immer in ſolchen Fällen gehalten war. Die Mehrheit hatte abgelehnt, demnach zum erſten Male die Jacobiten indirect in Schutz genommen. [1])

Größeres Staunen indeſſen noch erregte die Antwort der Königin, die ſich nicht wie gewöhnlich auf einen Dank beſchränkte. Sie wiederholte die Gedanken der Adreſſe und beſtätigte auch ihrerſeits, daß der einzige Grund zu dem Attentate gegen Harley beſtehe in ſeinem bekannten Gegenſatze zum Papſtthum und zur Faction. Sie verſprach die Papiſten aus London zu entfernen, und verlangte ein neues Geſetz mit Todesſtrafe für den Angriff auf das Leben der Beamten im Dienſte.

„Das Wort Papismus in der Adreſſe und der Antwort — ſagte darüber der Rathspenſionär Heinſius im Haag — bezieht ſich auf Guiscard, der doch allein ſtand und keine Partei hatte. Das

[1]) Robethons Bericht vom 4. April. — Die Commons Debates vol. IV, p. 194 ſagen nichts von dieſem Antrage.

Wort Faction dagegen bedeutet die Whigs. Demnach ſtellt man einen Mörder und die Whigs auf gleiche Stufe. Wenn die Königin die Tragweite ſolcher Ausdrücke kennt, ſo erſcheint es ſehr auffallend, daß ſie das vorige Miniſterium, von welchem ſie ſo ausgezeichnete Dienſte erhalten, wie eine Faction behandelt. Wenn ſie aber nur nachſpricht, was man ihr vorſagt, ohne die Bedeutung und die Tragweite der Worte zu erfaſſen, ſo gibt das eine geringe Meinung von ihrem Verſtande. Ich neige mich dahin das Letztere anzunehmen. Aber wie immer dem ſei: die Folgen, daß ein Souverän ſich ſo leiten läßt, ſind unheilvoll in dem einen Falle wie in dem anderen." — Robethon fügt ſeinem Berichte an den Grafen Bernſtorf hinzu, daß der Rathspenſionär vertraulich ſo zu ihm geſprochen, nicht zum Zwecke der Meldung.[1])

Guiscard erlag im Gefängniſſe den erhaltenen Verletzungen. Im Haag war man der Anſicht, daß ſein Tod verſchiedenen Perſönlichkeiten in London nicht unerwünſcht ſein werde. Von dem Inhalte ſeiner Berichte nach Frankreich verlautete keine weitere Kunde.[2])

Ueber das Hineinziehen der Katholiken in das Attentat des Guiscard bemerkt ein engliſcher Hiſtoriker am Schluſſe des achtzehnten Jahrhunderts: „Es war das ſcandalöſe Verfahren jeder engliſchen Regierung, wie ſie ſeit dem Beginne der Königin Eliſabeth auf einander folgten, jedes Unheil den Römiſch-Katholiken beizumeſſen."[3]) — Dieſes Urtheil dürfte ſich jedoch nicht auf die jeweiligen Regierungen in England beſchränken. Vielmehr ſind von dieſem ungerechten Verfahren her eine Reihe von Vorurtheilen in der engliſchen Geſchichts-Tradition haften geblieben, vor allen Dingen dasjenige, daß Jacob II. die Krone, die er ſelber durch ſeine freiwillige Flucht unbeſonnener Weiſe verſcherzte, um ſeiner Religion willen eingebüßt habe.

Die Verwundung Harleys, obwohl kaum gefährlich, zog weitere Folgen nach ſich. Das Unterhaus widmete der Königin neuen Dank für ihre Forderung eines Geſetzes zum Schutze ihrer Miniſter, und ſetzte zu dieſem Zwecke ſogleich eine Commiſſion nieder. Der Entwurf

---

[1]) Robethons Bericht vom 4. April.

[2]) Desgleichen.

[3]) Somerville, Queen Anne p. 429, n. 45.

desſelben, welcher einen Angriff ſolcher Art der Felonie gleich erachtete, ward angenommen. Unterdeſſen genas Harley langſam von ſeiner Wunde. Als er, am 26. April/7. Mai, wieder im Unterhauſe erſchien, ward er von dem Sprecher Bromley, im Namen des Hauſes, mit einer Anrede begrüßt, welche, wie ſie die Ausdrücke des Parteieifers gegen die Papiſten und die Faction wiederholte, ſo auch andererſeits jeglichen Wunſch der Eitelkeit bei Harley zum Vollen befriedigen konnte. Seine Antwort hielt ſich in den Schranken des Maßes.[1])

Wenige Tage ſpäter, am 1./12. Mai, entwickelte Harley in ausführlicher Rede vor dem Unterhauſe ſeinen Plan, die geſammte Nationalſchuld abzutragen. Die Inhaber dieſer Schuldtitel ſollten mit ſechs Percent jährlich betheiligt ſein an dem Ertrage des Handels einer Südſee-Compagnie. Wenn dies Unternehmen einmal feſt begründet, hieß es, ſo wird es alljährlich die Schätze von Peru und Mexiko nach Groß-Britannien bringen. — Zur feſten Begründung mangelte es allerdings dieſem Unternehmen an der ſoliden Baſis; aber erſt die ſpätere Erfahrung ſtellte dies klar, und damals erhielt Harley für ſeinen Plan die allgemeine Zuſtimmung des Unterhauſes.[2])

Welch ein Unterſchied war, ſo mochte Mancher denken, zwiſchen der Verwaltung des vorigen Miniſteriums, welche die Nation mit Schulden überhäuft, und dieſem jetzigen Kanzler der Schatzkammer, der durch einen genialen Plan ſie abzuwälzen unternahm! — Ein ſolcher Mann, wie Harley damals erſchien, hatte Anſpruch auf Belohnung von der Königin und der Nation. In denſelben Tagen kam für Harley das Ziel ſeines Strebens, der weiße Stab des Treaſurers, nicht bloß in den Wünſchen ſeiner Freunde und Anhänger, ſondern auch in Wirklichkeit in Sicht. Den Grafen Rocheſter, den Inhaber desſelben und den Einzigen, der an Anſehen bei der im Parlamente herrſchenden Partei Harley überragte, nahm ein Schlaganfall hinweg. Die Bahn für Harley war frei.

Vorher jedoch hatte ihm die Königin noch eine andere Ehre zugedacht. Am 24. Mai/4. Juni erſchien ein Patent, durch welches ſie ihn zum Grafen von Oxford und Mortimer ernannte. Der Name,

---

[1]) Beide Reden bei Lamberty t. VI, p. 535.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 208.

kurz zuvor erloſchen, hatte dem alten Hauſe der De Vere angehört, welches ſich zurück erſtreckte bis in die Zeiten Wilhelms des Eroberers. Harley ſtand mit dieſem Hauſe in entfernter Verwandtſchaft. Nicht darauf jedoch nahm das Patent Bezug, ſondern auf die Stadt, in der die Wiſſenſchaften blühen, weil der neue Graf ſelber eine Zier der Wiſſenſchaft und ein Protector der Gelehrten ſei. — Im Uebrigen iſt das Patent, wie alle öffentlichen Kundgebungen jener Tage, vom Parteigeiſte durchtränkt. Es zählt die Verdienſte des neuen Grafen auf, darunter dasjenige, daß er den Lauf des Peculates gehemmt, der wie eine anſteckende Krankheit um ſich gegriffen, mit anderen ähnlichen Anſpielungen auf die Verwaltung Godolphins. Darum habe die Königin der allgemeinen Stimme der Nation, dem ausdrücklichen Wunſche der beiden Häuſer des Parlamentes in dieſer Verleihung willfahrt.

Am 29. Mai/9. Juni erhielt der Graf Oxford den weißen Stab des Treaſurers von Groß-Britannien. Der Tag war mit Abſicht gewählt als der einundfünfzigſte Jahrestag des Einzuges von Carl II., alſo der Herſtellung des Hauſes Stuart auf den Thron der Väter. Die Bedeutung der Wahl gerade dieſes Tages ward noch klarer durch die Beförderung des Dr. Atterbury, der im Proceſſe Sacheverell Bürge desſelben geweſen war, zum Dechanten der Kirche des Chriſt-Collegiums in Oxford.

Beide Beförderungen mußten, wie damals die Dinge lagen oder zu liegen ſchienen, in St. Germain volle Befriedigung erregen. In Betreff Atterburys war ſie berechtigt; denn er bewies ſich ſein Leben lang als Jacobit aus voller Ueberzeugung. In Betreff des Grafen Oxford dagegen keimte damals, außer in ihm ſelber, in vielleicht keinem anderen Menſchen eine Ahnung, daß die Sache des Prätendenten, die er zu fördern ſchien, ihm nur diente als ein Mittel für ſeine Zwecke.

Als der neue Treaſurer einige Tage ſpäter in der Schatzkammer beeidigt wurde, hielt der Lord Siegelbewahrer Harcourt an ihn eine Anrede, in welcher er das neue Amt bezeichnete als die gerechte Belohnung von Harleys eminenten Verdienſten. „Sie ſind, ſagte er, das große Werkzeug geweſen, den öffentlichen Credit herzuſtellen und die Nation zu befreien von dem ſchweren Drucke und der Schande einer unermeßlichen Schuld, unter welcher ſie ermattete.“ [1])

[1]) Lords Debates vol. II, p. 349.

Einige Tage vorher hatte das Unterhaus in einer Geſammt-Vorſtellung der Königin vorgeführt, was es in dieſer Seſſion geleiſtet. Danach hatte es nicht bloß die für den Dienſt des laufenden Kriegsjahres erforderlichen Summen bewilligt, ſondern auch mit der Unterſuchung der ſchweren Schulden der Nation ſich beſchäftigt, ſo wie mit den Mitteln davon frei zu werden. Die Vorſtellung erging ſich dabei in ſchweren Anklagen gegen die vorige Verwaltung, welche die bewilligten Mittel zu anderen Zwecken verwendet als für die ſie bewilligt waren. „Das iſt, ſagt die Vorſtellung, ein Verfahren ſehr wenig verſchieden von einer Gelderhebung ohne Bewilligung des Parlamentes.“ Es häufen ſich dann eine Menge anderer Anklagen, bis der Schluß auslauft auf das Lob der Königin, deren Weisheit die Abſichten ſolcher Maßregeln erkannt und die Verwaltung den Händen derjenigen entnommen habe, die ſo ſchlecht ihrem Vertrauen entſprochen.

Außer allen den für den Krieg und die Abtragung der Schulden bewilligten Mitteln hatte das Unterhaus noch einem beſonderen Wunſche der Königin willfahrt. Die Convocation der Erzdiöceſe Canterbury hatte der Königin den Bau neuer Kirchen, beſonders in London und Weſtminſter, ans Herz gelegt, und die Königin, dem entſprechend, dieſen Wunſch an das Unterhaus gebracht. „Weder der lange koſtbare Krieg, antwortete die Adreſſe des Unterhauſes, noch der Druck der ſchweren Schulden der Nation ſoll uns hindern, zu bewilligen, was erforderlich iſt, einen ſo vortrefflichen Gedanken auszuführen.“ Die Bewilligung erfolgte für fünfzig neue Kirchen in London und Weſtminſter.

Wegen dieſer vielen Angelegenheiten blieb das Parlament bis über die gewöhnliche Zeit verſammelt. Bevor noch eine Vertagung eintreten konnte, durcheilte eine unerwartete Schreckenskunde die Länder der großen Allianz: diejenige des Todes des Kaiſers Joſeph I.

Die Wirren im Oſten Europas in der erſten Hälfte des Jahres.

Das Verhalten der weſtlichen Mächte zu den öſtlichen.

Auf die Kriegserklärung des Sultans zu Gunſten Carls XII. an den Czaren Peter I., die zu Ende 1710 und im Anfange 1711

Europa durcheilte, folgte bald diejenige Carls XII. von Bender aus gegen August II.[1]) Die Thatsachen, die Carl XII. darin seinem Vetter vorhielt, waren unzweifelhaft begründet: sowohl die Rückkehr Augusts II. nach Polen, als die Wiederannahme der Krone dieses Landes, war ein Bruch des Friedensschlusses von Alt-Ranstadt. Aber der in diesem Friedensschlusse dem Könige August II. auferlegte Zwang zum Verzichte konnte nur ihn persönlich binden, nicht die Polen. Indem sie ihn als König zurückriefen und wieder anerkannten, hoben sie dadurch seinen erzwungenen Verzicht auf. In seinem Kriegsmanifeste erklärte nun aber Carl XII. abermals Stanislaus für den rechtmäßigen König, und versprach keine Mühe, noch Kosten zu sparen, bis er ihm Polen wieder übergeben. „Zu diesem Zwecke, sagt er, haben wir uns vereinigt mit dem ottomanischen Kaiser und dem großen Chan der Tartaren, die beide von gleicher Zuneigung wie wir für die polnische Republik beseelt, in dem gleichen Wunsche die Freiheit der Polen herzustellen, zu diesem Zwecke ihre Waffen mit den unserigen vereinigt haben."

Da die Türken zu nicht geringem Theile auf den Antrieb Ludwigs XIV. durch Desalleurs zu den Waffen gegriffen, so mußte ihr Krieg jenem Könige zum Vortheile, der Allianz zum Nachtheile gereichen. In der That wurden ähnliche Reden wie diejenigen des Desalleurs in Constantinopel, auch am Hofe von Versailles geführt. Carl XII., hieß es dort, werde vor dem Ende des Monates März an der Weichsel stehen und könne noch im Monate Mai in Sachsen sein, wo der General Crassau mit 20.000 Mann von Pommern her zu ihm stoßen werde.[2])

Diese Meinung litt jedoch an zwei Irrthümern. Es war zuerst nicht der Brauch der Türken, so früh im Jahre im Felde zu sein. Dann aber wußte man in London und im Haag bereits im März, aus den Berichten der Gesandten in Constantinopel, daß der Sultan nicht, wie Carl XII. begehre, die Armee theilen wolle, und daß daher Carl XII., wenn er den Feldzug mitmachen werde, den Großwesir nur zu begleiten habe. Diese Nachricht wurde als sehr wichtig

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 435.

[2]) Dangeau t. XIII, p. 373. Vom 3. April.

angeſehen.[1]) — Und in der Wirklichkeit ward nachher dieſes Verhältnis entſcheidend für den ganzen türkiſch-ruſſiſchen Krieg.

Dieſe Worte St. Johns (S. 32) haben uns gezeigt, daß neben den Unglücksnachrichten aus Spanien der Ausbruch dieſes Krieges im fernen Südoſten, deſſen Tragweite nicht abzuſehen war, ein Motiv abgab für die geheime Sendung Gautiers nach Verſailles. Einen Druck in Conſtantinopel gegen den Krieg auszuüben, war namentlich für England ſchwer. Jede Drohung dort konnte gefährlich zurückwirken auf den engliſchen Tuchhandel dahin, und bei dieſem Handel waren wegen der Wolle gerade die Landedelleute betheiligt, an denen das neue Miniſterium ſeine feſte Stütze hatte.[2]) Dagegen boten die Seemächte dem Czaren ihre Vermittelung an.

Aber auch auf Carl XII. hatte man Rückſicht zu nehmen. Wir haben geſehen (Band XIII, S. 504), daß gleichzeitig mit der türkiſchen Kriegserklärung, zu Ende des Jahres 1710, die Drohung Carls XII. durch Europa erging, daß er ſich an das ohne ſein Vorwiſſen und ohne ſeine Zuſtimmung beſchloſſene Haager Concert, vom 31. März, für die Neutralität des Reiches im ſchwediſch-ruſſiſchen Kriege, nicht für gebunden erachte, ſondern, im Vertrauen auf Gottes Hülfe und die Gerechtigkeit ſeiner Sache, ſich vorbehalte, ſich aller Mittel, die ihm Gott verliehen, wider ſeine Feinde zu bedienen. Auf dem Boden des Reiches aber ſtand ihm zur Verfügung das Corps unter dem General Craſſau in Pommern, und demnach gründete ſich hauptſächlich auf dieſes Corps die Hoffnung Carls XII. Um ein Vorbrechen dieſes Corps aus Pommern ſo wie einen Angriff auf dasſelbe zu verhindern, hatten die Mächte der Allianz, am 4. Auguſt 1710, den Beſchluß gefaßt, zwiſchen der Oder und der Elbe eine Neutralitäts-Armee aufzuſtellen. Der Beſchluß war bisher nur zum geringen Theile zur Ausführung gelangt. Jene Drohung Carls XII. ſchien nun, im Beginne des Jahres 1711, dieſe Ausführung dringend nahe zu legen.

Der Eifer dafür ward jedoch gelähmt durch die beſonderen Rückſichten, die eine jede der großen Mächte auf Carl XII. zu nehmen

---

[1]) Robethons Bericht vom 17. März, aus dem Haag, an den Kurfürſten Georg Ludwig.

[2]) Desgleichen vom 13. und 17. März.

hatte. In Wien hegte man, ungeachtet daß die Kriegserklärung des Sultans an den Czaren bereits erfolgt war, ein tiefes Mistrauen wider die Türken. Es ist nicht das erste Mal, hieß es, daß sie sich äußerlich zuerst anstellten, ihren Krieg wider das eine Land zu richten, und in der Wirklichkeit dann doch ihre Waffen wider ein anderes wendeten. Darum müsse alles vermieden werden, was sie oder ihren Schützling, den Schwedenkönig, wider den Kaiser reizen könne. Der Graf Sinzendorf im Haag erhielt daher den Auftrag, für den Fall, daß gegen das schwedische Corps unter Crassau ein Angriff beschlossen werde, nichts dagegen einzuwenden, jedoch sich sorgfältig zu hüten, daß von Seiten der Schweden oder Türken nicht dem Kaiser beigemessen werden könne, als habe er Anlaß dazu gegeben.[1])

Aber auch die Seemächte hatten durchaus nicht die Absicht, wider das schwedische Corps unter Crassau angriffsweise vorzugehen. Die englische Regierung wollte eben so wenig Carl XII. wider sich aufbringen wie die Türken, und überließ die Führung der Sache der Republik. Das Bestreben des Rathspensionärs ging aber lediglich dahin den Frieden im Reiche zu erhalten. Diesen zu stören war doch das schwedische Corps in Pommern, so lange nicht die Türken und Carl XII. näher kamen, aus sich nicht stark genug. Ungeachtet des Andringens des Czaren Peter und des Königs August II. von Sachsen-Polen ging daher auch die Bildung der Neutralitäts-Armee nur langsam von statten.

Jene Besorgnis in Wien, daß die wirkliche Absicht der Türken dennoch auf Ungarn gerichtet sein könne, erhielt sich noch die ersten Monate des Jahres 1711 hindurch. Darum entsprach der Prinz Eugen nicht der Bitte der Generalstaaten, sich frühzeitig zur Armee in den Niederlanden zu begeben, sondern erwiderte, daß er zuvor die Ankunft des türkischen Aga abwarten wolle, den der Sultan als Boten seiner Freundschaft für den Kaiser, am 11. Februar, von Constantinopel aus entsendet. Am 7. April traf der Aga in Wien ein. Dem Herkommen gemäß gehörten die Beziehungen zur Türkei vor den Präsidenten des Hofkriegsrathes. Als solcher empfing der Prinz Eugen in seinem Palaste an der Himmelpfortgasse, mit dem Aufgebote aller

[1]) Kaiserliches Rescript vom 24. December 1710.

Feierlichkeit, die dem Orientalen imponiren sollte, den Aga in Audienz. Dieser versicherte, daß die Kriegsrüstungen der Pforte den Frieden von Carlowitz nicht im geringsten stören würden, und bat, daß man die Commandanten an den Grenzen völlig beruhigen möge. Die Antworten des Aga auf die Fragen des Prinzen ergaben, daß die asiatischen Truppen, auf welche hauptsächlich die Pforte baue, nicht vor dem 15. Juni an der Donau stehen könnten. Das Heer werde so stark sein wie dasjenige von 1683.[1])

Noch bevor die Türken heranzogen, gelang es der kaiserlichen Regierung, die Wirren zu beenden, um deren willen hauptsächlich sie die Türken hatte fürchten müssen, nämlich die Unruhen in Ungarn.

Der Friede von Szathmar.

Die Nachricht der Kriegserklärung des Sultans an den Czaren verdoppelte zu Ende des Jahres 1710 die Bemühungen des Kaisers, mit den noch übrigen Aufständischen in Ungarn zum Frieden zu gelangen. Wir haben den Bericht des Engländers Palmes aus Wien vom 17. December vernommen (Band XIII, S. 525), daß man beabsichtige, einen General-Pardon ergehen zu lassen, der nur die drei Häupter ausschließen würde: Rakoczy, Bercseny, Karoly.[2]) Aber bereits am 2. Januar wußte man im Haag, daß der letztere in Wien angeklopft und williges Gehör gefunden hatte.[3]) Für ihn sprach dort der Umstand, daß er im Beginne der Rebellion, im Jahre 1703, wo dieselbe noch leicht zu ersticken schien, mit seiner Meldung dieser Sachlage in Wien abgewiesen und dann aus Verdruß darüber, wie man sagte, selber zu den Rebellen übergegangen war.

Der eigentliche Mann des Friedens für Ungarn auch von kaiserlicher Seite war selber ein Ungar, der Feldmarschall Graf Johann Palffy, der in seiner Treue für den Kaiser niemals wankend geworden war, und der nun, nachdem er die letzten nachdrücklichen Schläge auf

---

[1]) Robethons Bericht vom 9. Mai über die Aeußerungen des Prinzen Eugen im Haag.

[2]) Bericht von Palmes, vom 17. December, im Archivum Rakocziannm, II Osztály, III Kötet, p. 466 und 471.

[3]) A. a. O., p. 471.

die ermatteten Rebellen geführt, im Namen des Kaisers seinen Landsleuten die Hand zum Frieden bot.[1])

Dies war um so wichtiger, weil die Einwirkungen von außen her wieder stärker in Aussicht standen. Rakoczy, der noch nicht wußte, welche ungünstige Aufnahme sein Agent Vetes in Moskau erfahren (Band XIII, S. 509), hoffte auf das Kommen des Czaren Peter nach Polen, und hatte, im December, ihm Bercseny dahin nach Lemberg entgegen geschickt. — Eine andere Aussicht kam ihm von London her. Bereits war Lord Peterborough auf dem Wege nach Wien, um dort die Beilegung der Differenzen mit Victor Amadeus und der ungarischen Wirren nicht bloß zu erbitten oder anzurathen, sondern zu fordern. Bis er eintraf, entlud St. John den Unmuth, der bei ihm jegliche Erwähnung Oesterreichs zu begleiten pflegte, in den Aufträgen an Palmes in Wien.[2])

Diesem war inzwischen ein eigenthümlicher Friedensentwurf zugestellt worden. Auf das Andringen des Botschafters Lord Raby in Berlin hatte der dortige Agent Rakoczys, Clement, auf der Grundlage seiner Instructionen einen Entwurf dieser Art ausgearbeitet, wie er selbst sagt, in sehr allgemeinen Ausdrücken. Raby schickte diesen Entwurf nach London, wo derselbe genehmigt wurde. Raby selber, in der Zusendung an Palmes, erklärte den Entwurf für so vernünftig, daß er nicht zurückgewiesen werden könne. Bei diesem Urtheile des Botschafters fragt es sich jedoch auch um seine persönliche Stellung zu der Sache der ungarischen Rebellion. Als er eben damals sich anschickte, sich von Berlin auf seinen neuen Posten im Haag zu begeben, erinnerte Clement den Rakoczy daran, daß der Berliner Hofprediger Jablonski jenem Lord eine bestimmte Summe Geldes versprochen, wenn der Friede zu Stande komme. Es sei daher höchst nothwendig, daß entweder Rakoczy eigenhändig dies Versprechen bestätige, oder ihm, dem Clement, bestimmten Auftrag dazu gebe.[3]) Das damalige Angebot für diesen englischen Botschafter betrug 20.000 Thaler. Später

[1]) Wagner p. 414 hat eine eindringliche Rede Palffys, aber ohne Ort und Datum, auf die ich mich daher nicht zu verlassen wage.

[2]) Man sehe im Archivum Rakoczianum, II Osztály, III Kötet, p. 473, 474, 476.

[3]) Fiedler, Bd. II, S. 169. Vom März.

war Rakoczy bereit auch bis zu 50.000 Thalern zu gehen.[1]) Die von dieſem Botſchafter als vernünftig befundenen Vorſchläge ſollte nun der Geſandte Palmes im Namen der Königin bei der kaiſerlichen Regierung unterſtützen.

Er hatte damit geringen Erfolg. Er zeigte ſie dem Prinzen Eugen, welcher, wie er meldet, milder geſinnt war als die anderen Miniſter. Der Prinz erwiderte, daß die Aufſtändiſchen ſich keine Hoffnung machen dürften, etwas durch die Vermittelung einer fremden Macht zu erreichen. Der alleinige Weg, der zum Ziele führe, ſei ſich unmittelbar an den Kaiſer zu wenden, der, wenn es zeitig geſchähe, nach der Anſicht des Prinzen geneigt ſein werde, die Perſönlichkeiten zu berückſichtigen, beſonders den Prinzen Rakoczy. „Aber es ſcheint mir doch ſehr auffallend, fügte dann der Prinz Eugen hinzu, daß, von Seiten der Aufſtändiſchen, man in derſelben Zeit, wo man bei dem Kaiſer um Indemnität anhält, in Briefen und unterzeichneten gedruckten Papieren ſich über den Kaiſer luſtig zu machen trachtet.“ Der Prinz verſprach indeſſen die Vorſchläge an den Kaiſer zu bringen, der für die Empfehlung der Königin alle mögliche Rückſicht haben werde.[2])

Ungeachtet der wiederholten Berichte des Geſandten Palmes, daß der kaiſerliche Hof jegliche Vermittelung ablehne, wurden die Mahnungen von St. James aus an ihn, wie dann an ſeinen Nachfolger Peterborough, immer dringender.

Unterdeſſen nahmen die Dinge in Ungarn ſelbſt eine günſtigere Wendung. Karoly ſetzte ſich in briefliche Verbindung mit Palffy, und zwar, wie Rakoczy behauptet,[3]) auf ſeine Veranlaſſung. Er bat um einen kurzen Stillſtand und eine Beſprechung. Palffy bewilligte. Karoly antwortete, daß Rakoczy mitkommen werde. Palffy, obwohl ohne Vollmacht, ſchlug nicht ab.[4]) Die Zuſammenkunft fand ſtatt zu Vaja, am 30. Januar.

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 273. Vergleiche dort S. 285.

[2]) Palmes Bericht vom 31. Januar, S. 480.

[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 146.

[4]) Nach den Mémoires p. 147 hat Palffy gewünſcht, daß Rakoczy mitkommen möge. Dies ſteht im Widerſpruche mit dem von Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 480 N. 34 mitgetheilten Berichte Palffys an den Prinzen Eugen: „Ich habe Rakoczy nicht verlangt, ſondern er hat ſelbſt angehalten, mit mir reden zu dürfen.“ Die Irrthümer in den Mémoires ſind zahlreich, namentlich auch in der Chronologie.

Rakoczy erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, daß er vorher bei Richwarda eine Heerschau über 12.000 Mann abgehalten, daß er dort die Absicht seiner Fahrt nach Vaja eröffnet und erklärt habe, daß er sein Möglichstes thun werde, der Nation den Frieden zu verschaffen. Wenn ihm aber dies mislinge, so sei die Zeit gekommen, lieber die Rettung in einem opferfreudigen Tode zu suchen als sich dem Joche der Deutschen zu unterwerfen.

In Vaja, nach dem Berichte Rakoczys, versicherte ihn Palffy des kaiserlichen Wohlwollens und mahnte ihn, einen Brief der Unterwerfung an den Kaiser zu schreiben. Dann werde der Kaiser für die Ungarn wie für die Siebenbürger, die noch in Waffen, allgemeine Amnestie, und der gesammten Nation alle ihre gesetzlichen Freiheiten bewilligen. Für ihn selber, Rakoczy, gebe es keine Ehre, keine Würde, keine Gunst, keine Güter, auf die er vom Kaiser nicht zu hoffen habe, außer dem Fürstenthume Siebenbürgen. Palffy bat dies alles wohl zu überlegen; denn wenn nicht in dieser Weise den Ungarn ihre Gesetze und Freiheiten gesichert würden, so könne es dahin kommen, daß, bei der voraussichtlichen Unterwerfung durch die Gewalt der Waffen, die kaiserlichen Räthe dies zum Vorwande nähmen, um nach derselben Ungarn zu behandeln, wie Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg.

Rakoczy erwiderte, wie er meldet, daß er kein Bedenken trage, den Brief zu schreiben, daß er jedoch nichts vorschlagen würde, ohne vorher den Senat und die conföderirten Stände befragt zu haben, und daß er als ihr Chef alles annehmen und unterzeichnen würde, was sie für gut befänden, daß er aber für sich keinen Antheil nehmen könne in der Voraussicht, daß die kaiserlichen Minister dennoch die Nation die Früchte des Vertrages nicht genießen lassen würden.

Nach dieser seiner eigenen Darstellung erhob hier Rakoczy vor Palffy im voraus gegen die kaiserlichen Minister eine Anklage, die, wenn begründet, jeden Frieden überhaupt unmöglich machte. Es kommt daher auf die Frage an, wie er selber sich zu der Aussicht auf den Frieden verhielt.

Wir haben seine wiederholten Kundgebungen an Ludwig XIV. vernommen, daß er ohne den Besitz des Fürstenthumes Siebenbürgen für ihn niemals sich auf einen Frieden einlassen werde. Aber er wußte auch, daß der Kaiser ihm dies nicht gewähren werde. Wie

Wratislaw im Jahre 1706, ſo hatte eben noch Palffy ihm alles Andere angeboten, nur nicht dies. Rakoczy hatte die Berufung auf ſeinen Senat und die conföderirten Stände entgegen geſtellt. Aber es fragt ſich, ob Rakoczy ſich nach allen Seiten in derſelben Weiſe äußerte.

Einige Monate zuvor, nach dem Falle von Neuhäuſel, hatte Rakoczy aufs neue ſeinen Agenten Clement nach Berlin und an die Seemächte entſendet. Die Inſtruction beſagte, daß, nachdem Rakoczy um ihretwillen ſich des Bündniſſes mit der Pforte enthalten und ſeine Geſandten von Conſtantinopel abberufen, er nun auch erwarte, daß die verbündeten Mächte die Mittel gefunden haben würden, die ihm gegebenen Verheißungen zur Wahrheit zu machen. Dem Berliner Hof hatte Clement eine beſondere Vorſtellung zu machen. Die betreffende Stelle der Inſtruction lautete: „In Bezug darauf, daß der Berliner Hof ſchon längſt kund gegeben, daß die Fortdauer dieſes Krieges ihm nicht unangenehm ſei, muß ihm ausführlich dargelegt werden, daß dieſe Fortdauer nicht ſo ſehr abhangt von dem Fortbeſtande der Waffen im Königreiche, als von der Erhaltung unſerer Perſon und der hauptſächlichen Mitglieder der Conföderation, ſo daß, wenn der König für die Sicherheit derſelben Sorge trägt, die öſterreichiſche Tyrannei die Nation nie ſo unterdrücken kann, daß ſie nicht in künftigen Zeiten eine gegebene Gelegenheit zu benutzen vermöchte.“ [1])

Irgendwelche Friedenswilligkeit blickt aus dieſen Worten Rakoczys augenſcheinlich nicht hervor. Vielmehr ſucht er ſich eine Rückzugslinie zu ſichern, von welcher aus er, je nach den Umſtänden, den Krieg neu beginnen könne.

In denſelben Tagen, wo Rakoczy mit Palffy in Vaja zuſammen trat, trug Clement in Berlin dieſe Frage dem Miniſter Ilgen vor. Er fand bei dieſem ſo wie dann auch bei dem Könige Friedrich I. williges Gehör, ſo ſehr, daß Ilgen den Clement aufforderte, ſelber die Protektionsurkunde abzufaſſen.[2]) Es geſchah. Die Urkunde datirt vom 21. Februar, bezeichnet Franz Rakoczy als cognatus et amicus noster carissimus. Sie ſichert ihm und den ſämmtlichen Ungarn,

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 133. Aus Ungvar, vom 23. October.
[2]) A. a. O., S. 169. Bericht vom März.

welche bei dem unglücklichen Ausgange des Krieges dort ihre Zuflucht im Königreiche Preußen nehmen wollen, den vollen königlichen Schutz, freie Religionsübung und alle Rechte der Unterthanen zu.[1]) — Das Original dieser Urkunde ward zur Verwahrung dem Hofprediger Jablonsky übergeben, der kein Bedenken trug, Abschriften davon nehmen zu lassen, die bald in alle Welt ausgingen. Erst nachdem dies geschehen, erfuhr es der Minister Ilgen und ersuchte den Hofprediger das einzustellen.[2])

In der Protections-Urkunde kommt der Grund, den Rakoczy für die Erlangung derselben geltend gemacht, nämlich daß der Krieg in Ungarn sich binde an seine Person, und daher, wenn nur diese gesichert werde, wieder angefacht werden könne, aus leicht begreiflichen Gründen nicht vor. Die Folgerung jedoch, daß der König von Preußen durch diese Protection sich dem Kaiser gegenüber bedrohlicher machen wolle, ward an vielen Orten gezogen.[3])

In ähnlicher Weise hatte Rakoczy, noch vor dem Ende des Jahres 1710, sich an August II. gewendet. Die Instruction seines Gesandten besagte, daß viele Ungarn mit ihm bereit seien, lieber als das österreichische Joch auf sich zu nehmen, das Vaterland zu verlassen. Dann aber sei es vorzuziehen, daß sie unter den Fahnen eines befreundeten Fürsten dienten, als daß sie sich zu den Schweden oder den Türken schlügen. Auf die etwaige Frage: warum denn die Ungarn den von dem Kaiser so oft angebotenen Frieden verschmäheten, soll der Gesandte erwidern: dies sei darum geschehen, weil die Sicherheit für die Abmachungen immer verweigert sei, und weil der Kaiser die Beschwerden des Königreiches an einen Landtag verweise, der, unter dem Vorsitze seiner Anhänger abgehalten, nicht frei sein würde, und weil auch zur Zeit noch die nach den Gütern der Ungarn gierigen kaiserlichen Räthe lieber die Waffen gegen sie anwendeten als Friedenshandlungen. „Was aber, ließ Rakoczy durch den Gesandten sagen, unsere Absichten betreffe, so bezweifele er, der Gesandte, nicht, daß, da wir das polnische Indigenat besitzen und die Jaroslaw'schen Güter

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 145.
[2]) A. a. O., S. 171. Vom 11. April.
[3]) A. a. O., S. 168.

gekauft haben, wir zu geeigneter Zeit uns in den Schutz des Königs begeben würden." [1])

Welchen Zweck also immer auch Rakoczy mit der von ihm angestrebten Beredung in Vaja verfolgt haben mag, jene Bemühungen bei Friedrich I. und August II. thun dar, daß er lange vorher darauf ausging, für den Fall des Unterliegens seiner Waffen sich einen Zufluchtsort außerhalb Ungarns zu sichern.

Ueber den Ort und die Zeit des Briefes, welchen Rakoczy nach der Beredung mit Palffy geschrieben, lauten die Angaben verschieden. Nach derjenigen Bercsenys hat Rakoczy selber den Brief an Palffy übergeben.[2]) Rakoczy dagegen sagt in seinen Denkwürdigkeiten, daß er den Brief in Munkacs geschrieben, nach seiner Rückkehr von Vaja.[3]) Wie immer dem sei, der Brief entsprach in Inhalt und Form nicht dem Wunsche Palffys. Rakoczy redete zu dem Kaiser darin wie ein kriegführender Fürst zu dem anderen, bekannte nicht eine Schuld ein, und verlangte Amnestie für die gesammte Conföderation. Man wußte zu erzählen von heftigen Erörterungen, die über den Inhalt des Briefes zwischen Rakoczy und Karoly statt gefunden haben sollten.[4]) Indessen der Brief ging ab, und bis zum Eintreffen der Antwort sollte der Waffenstillstand dauern.

Im Rathe des Kaisers in Wien war namentlich der Prinz Eugen mit dem Verfahren Palffys durchaus nicht einverstanden. Es sei nicht gut, sagte er, daß man den Rebellen so große Hoffnungen gebe und sie mit so vieler Güte behandele. Insbesondere zürnte er darüber, daß Palffy das ungehörige Schreiben Rakoczys angenommen und eingeschickt habe. Er beantragte die nachdrückliche Androhung an die Rebellen, binnen vierzehn Tagen die Waffen niederzulegen.[5])

Die Mehrheit jedoch war für mildere Maßregeln, und der Kaiser stimmte zu. Er entsendete, am 18. Februar, den Hof-Kriegsrath Locher von Lindenheim, mit der Instruction nicht mit Rakoczy für ihn und seine Anhänger zu verhandeln, sondern mit jeder der

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 109. Vom 7. December 1710.
[2]) Fiedler, Bd. II, S. 158.
[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149.
[4]) Wagner p. 417.
[5]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 157.

höheren Persönlichkeiten einzeln, und einem Jeden ohne Unterschied, ob Rakoczy, ob ein Anderer, auf sein Ersuchen des Kaisers völlige Verzeihung zu gewähren. Nur Einer war ausgenommen, der Graf Bercseny, der sich damals in Lemberg befand. Mit ihm sollte nicht verhandelt werden als auf weiteren Befehl des Kaisers. [1])

Der Engländer Palmes fügt seinem Berichte hinzu: „Nach meiner Ueberzeugung bringen alle Bemühungen des Berliner Hofes den ungarischen Herren keinen Vortheil, sondern Schaden. Indem sich diese mit Hoffnungen auf Berlin, auf den Czaren, und auf Andere vertrösteten, haben sie darüber die wichtige Zeit verstreichen lassen, in der sie für sich und ihre Anhänger einen wahren Frieden hätten erlangen können."

Das Schreiben ist nicht officiell; denn die hier hervorgehobenen Worte: und auf Andere, lassen nur die Hindeutung von Palmes auf die Regierung seines eigenen Vaterlandes zu, die britische, deren Einmischung in Ungarn von Anfang an für die ungarische Nation nur unheilbringend und vortheilhaft nur für die französische Politik gewesen war.

Und nun nahte gar der Lord Peterborough heran, den Rakoczy und seine Anhänger geradezu als den ihrigen betrachteten. Früher hatten sie Marlborough gelobt; aber diese günstige Meinung hatte sich gewandelt. „Er gab gute Worte, meldet Clement an Rakoczy, damit die Königin aus Furcht mit dem Kaiser zu brechen, nur nicht zum Handeln komme. Einerseits wollte er dabei nicht die Gnade des Kaisers verlieren, andererseits bezweckte er dadurch, daß diese Diversion in Ungarn dazu diente, auch den großen Krieg in die Länge zu ziehen, für sich immer reicher zu werden. Das hat sich nun geändert. Das jetzige Ministerium, in der Erkenntnis, wie eigennützig Marlborough gehandelt, erstrebt auf alle Weise unsere Pacification als das Mittel zum allgemeinen Frieden. Darum sendet es den Lord Peterborough, den das Wiener Ministerium am meisten fürchtet. Und es ist gewiß, daß, wenn nicht Lord Peterborough etwas für das Königreich Ungarn ausrichtet, so wird es Keiner." [2])

---

[1]) Bericht des Palmes vom 18. Februar, S. 485. — Vergleiche Arneth, Bd. II, S. 157.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 168. Vom März.

Lord Peterborough traf in Wien ein am 23. Februar. Dort erreichte ihn eine neue dringende Instruction der Königin, aus der Feder St. Johns geflossen, und darum in dem Tone, den dieser Minister anzuschlagen pflegte, sobald von Oesterreich die Rede war. Peterborough soll dem Kaiser die unglückliche Politik seiner Minister vorhalten, welche wegen der Privatangelegenheiten des Kaisers überall die glücklichen Fortschritte der Verbündeten hemme. Die Königin freue sich, daß der Friede in Ungarn bevorstehe; aber sie verlange dafür auch, daß der Kaiser durch die verfügbar werdenden Truppen die Armeen am Rheine, in Italien, in Spanien ergänze, und daß er bedenke, wie nothwendig es sei, daß auch er einmal die von England und Holland bisher getragene Kriegeslast mit auf sich nehme. Im anderen Falle, wenn er dies nicht thue, habe er zu erwarten, daß die Verbündeten dies als einen Verzicht auf die spanische Monarchie betrachten würden, zumal da der ungarische Friede und der savoyische Ausgleich die zwei einzigen Mittel seien, die wankende Sache der Verbündeten herzustellen.[1])

Die Worte gingen hoch daher, und sowohl ihnen gemäß wie nach eigener Neigung hätte Lord Peterborough gar gern in die ungarische Friedenshandlung mit eingeredet. Aber er fand keinen Eingang, der ihm eine Einmischung eröffnete. „Mein Vorgänger, schreibt er an Raby, hat die Dinge vernachlässigt, und mein holländischer College ist allzu österreichisch gesinnt. Ich fürchte nur für den Fürsten Rakoczy, daß er in der jetzigen Vertragshandlung geprellt wird; denn Karoly geht nur auf seinen Eigennutz aus. Es ist also durchaus nöthig, daß Rakoczy gewarnt werde. Und obwohl der kaiserliche Hof weder Briefe noch Couriere an Rakoczy zu senden gestattet, so will ich doch alles daran wagen einen Expressen durchzubringen.“[2])

Diese eigenen Worte Peterboroughs zeigen, daß seine Absicht nicht den Frieden vermittelst der Unterwerfung der Ungarn bezweckte. Allein wie immer das ausschlug, bereits hatte Franz Rakoczy selber Schritte gethan, die mehr als sein Brief an den Kaiser dem Frieden auf Grund der Unterwerfung zu statten kamen.

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 146.

[2]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149.

In seinen später niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten erzählt Franz Rakoczy den Verlauf der Dinge wie folgt.[1])

„Der Waffenstillstand dauerte fort, aber ich war fast verlegen mit meiner Person. Ich wollte nicht in Munkacs bleiben, um nicht die Lebensmittel dort zu verzehren. Wollte ich mich in den Dörfern einlagern, die von Flüchtlingen erfüllt waren, so hätte ich diesen den Raum zu enge gemacht. Daher berief ich die Senatoren, die mir erreichbar waren, so wie meine Räthe aus Siebenbürgen nach Schalanka, drei Meilen von Munkacs, um sie zu befragen." Er berichtete vor ihnen über seine Unterredung mit Palffy, und stellte die Frage, was zu thun, wenn auf Grund seines Briefes der Kaiser sich in Unterhandlung einließe. „Da wir uns in der äußersten Nothlage befinden, sagte er, so handelt es sich darum, ob wir in irgend einem Punkte nachlassen können von den Artikeln, die wir zu Neuhäusel (1706) in voller Versammlung des Senates beschlossen haben. (Vgl. Band XII, S. 170.) Wir haben damals uns vereinigt die Waffen nicht nieder zu legen als mit dem Wiedergewinne unserer Freiheiten: es fragt sich also, von welchen Artikeln wir abstehen können, ohne unserem Eide zuwider zu handeln."

„Die Furcht, sagt Rakoczy weiter, konnte auf die Versammelten nicht einwirken; denn außer daß ich keine Truppen bei mir hatte, sahen sie wohl, daß ich aufrichtig mit ihnen verfuhr. Aber es fand sich unter ihnen auch nicht Einer, der dafür gestimmt hätte, daß wir einen von jenen Artikeln aufgeben sollten. Wenn es die Frage sei zu unterhandeln, so müsse der Senat und die conföderirten Stände berufen werden."

Der Beschluß, wie Rakoczy ihn hier berichtet, steht demnach in geradem Gegensatze zu den kaiserlichen Instructionen für Palffy und Locher.

„Mein zweiter Vortrag, fährt Rakoczy fort, betraf die Hülfe, die wir vom Czaren von Moskovien zu hoffen hätten. Dieser Fürst wurde in Polen erwartet. Ich wünschte daher ihre Meinung zu wissen,

---

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149. Hier findet sich die Zeitangabe: vers la fin de Janvier 1710, die unmöglich ist. Es müßte heißen: de Février 1711.

ob es dem Intereſſe des Vaterlandes mehr entſpreche, mich, für das Aufhören des Stillſtandes, in Munkacs einzuſchließen, oder nach Polen zu gehen, um mich mit dem genannten Fürſten zu beſprechen. Sie waren ſämmtlich der Anſicht, daß ich unendlich viel beſſer thun würde mich nach Polen zu begeben." Rakoczy richtete dann das Wort an ſeine Räthe aus Siebenbürgen beſonders. Sie erklärten, ihn ſeines geleiſteten Eides nicht zu entlaſſen, und verſprachen ihrerſeits, treu zu ihm zu halten.

In dieſer Weiſe ſtellten ſich eine Reihe von Jahren ſpäter die Dinge der Erinnerung Rakoczys dar. Während des Verlaufes derſelben, am 5. April, alſo bevor man zu einem Abſchluſſe gekommen war, ſprach er ſich über die Motive ſeines Handelns in etwas anderer Weiſe aus, und zwar zu ſeinem Agenten Brenner, in welchen er beſonderes Vertrauen ſetzte. „Nachdem der Waffenſtillſtand, ſagt er, bis auf das Eintreffen der Antwort des Kaiſers verlängert war, bemerkte ich deutlich, daß Palffy durch die angefangene Unterhandlung nichts Anderes bezwecke als nach dem Eintreffen der Antwort aus Wien die ſchwankenden Gemüther zu beſtürmen, und auch meine Perſon entweder zu umſtricken oder in Gefahr zu bringen. Daher berief ich ſo ſchnell wie möglich einige Senatoren und meine ſiebenbürgiſchen Räthe, legte ihnen die Sachlage dar, und begab mich dann, um jeglichem Verſuche gegen mich zuvor zu kommen, nach Polen." Brenner ſelbſt führt dieſe Furcht Rakoczys einem anderen Agenten desſelben gegenüber weiter dahin aus, daß die Kaiſerlichen getrachtet haben, Rakoczy den Weg nach Polen zu verlegen, damit er der Gefangenſchaft nicht entgehen könne.[2])

Demnach band Rakoczy die, wie er ſagt, ſchwankenden Gemüther ſeines Senates in jener Verſammlung aufs neue an ſich und brachte dann, mit ihrer Zuſtimmung, ſeine Perſon in Sicherheit. Es iſt auffallend, daß er meinen konnte, die Gemüther, welche er während ſeiner Anweſenheit als ſchwankend bezeichnet, würden ſtandhaft bleiben in ſeiner Abweſenheit.

Für die Zeit derſelben übergab Rakoczy dem General Karoly den Oberbefehl, nur nicht über Munkacs. Er erzählte ſpäter, daß er

---

[1]) Archivum Rakoczyanum, II Osztály, III Kötet, p. 612.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 172, 181.

damals gegen Karoly kein Mistrauen gehabt habe.[1]) — Freilich hatte Karoly theil genommen an dem Senatsbeschlusse von Schalanka.

So unerwartet die Nachricht des eilfertigen Abzuges von Rakoczy den Ministern in Wien kommen mochte, so wiesen sie doch den abermaligen Versuch Peterboroughs an Rakoczy zu schreiben, zurück mit der Antwort, daß, wenn die fremden Mächte sich während der letzten sechs Monate nicht eingemischt, die Sache geendet hätte mit der Herstellung der Malcontenten in den völligen Besitz ihrer Güter, Ehren und der Gewissensfreiheit.[2]) So correct die Abweisung an sich, so dürfte die Meinung, die hier für sie geltend gemacht wurde, nicht richtig sein. Die kaiserlichen Minister wie Andere glaubten, daß für Rakoczy um der Erhaltung seines Lebens und seiner Güter willen zuletzt nichts Anderes übrig bleibe als die Unterwerfung.[3]) Sie wußten also nichts von der Schenkung der Jaroslaw'schen Güter in Polen, durch welche Ludwig XIV. den Franz Rakoczy gegen eine solche Wendung der Dinge sicher gestellt hatte.

In Lemberg fand Rakoczy nicht den Czaren Peter, sondern dessen Bevollmächtigten Dolgorucki. Mit diesem erneuerte er die Uebereinkunft, die czarische Vermittelung anzunehmen. Da dieselbe früher in Wien abgelehnt war, so scheint der Gesandte Urbich in Wien den abermaligen Antrag in Wien nicht einmal gemacht zu haben. Der kaiserliche Hof, antwortete Urbich nach Lemberg, beharre bei dem durch den Prinzen Eugen ihm kund gegebenen Entschlusse, nichts hören zu wollen von einem gemeinsamen Vertrage, oder auch nur dem Namen einer Conföderation, sondern nur die Unterwerfung der Einzelnen anzunehmen und ihnen Gnade widerfahren zu lassen. Diese Instruction sei an Palffy und Locher ergangen, und darauf hin hätten sie Karoly nach Debreczin geladen.[4])

Bei diesem Stande der Dinge kehrte Rakoczy von Lemberg um, nicht nach Ungarn hinein, sondern bis Stry. Dort erschien vor ihm Karoly, und erstattete Bericht über die Vorschläge Palffys. Nach der Erzählung Rakoczys waren Bercseny, Esterhazy, Forgacs zugegen.

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 150.
[2]) Bericht des Palmes vom 18. März, S. 488.
[3]) Bericht des englischen Secretärs St. Clement, vom 9. Mai, S. 491.
[4]) Bericht Berceseny's, vom 18. März, aus Lemberg, an Clement.

„Wir verlangten, ſagte weiter Rakoczy, von Palffy Erläuterungen ſeiner Vorſchläge, und endlich entſchloß ich mich, den Conföderirten eine Berufung nach Hüßt im Comitate Marmaros anzuſagen. Ich verſprach mich in Perſon dorthin zu begeben, und alles auszuführen, was ſie angemeſſen finden würden. Jene Generale, geheime Gegner Karolys, riethen mir, ihn zu verhaften. Aber einerſeits hatte ich dafür keinen vernünftigen Grund, andererſeits erblickte ich kein Mittel mehr den Krieg fortzuſetzen.“ [1])

„Vor dem Ausgange des Termines, fährt Rakoczy fort, den ich für die Verſammlung in Hüßt angeſetzt hatte, verlegte Karoly ſie aus eigener Macht nach Karol. Von dort aus wurden im Namen der Verſammlung Deputirte an mich entſendet, mit der Bitte an ihre Spitze zu treten, um den Vertrag zu unterzeichnen, den im Originale ſie mir vorlegten. Denn ſie erachteten die Annahme dem Gemeinwohle der conföderirten Stände für zuträglich. Dieſe letztere Qualität nahmen ſie für ſich in Anſpruch, obwohl unter ihnen weder ein Senator war, außer Karoly ſelbſt, noch bevollmächtigte Deputirte der Comitate.“

Franz Rakoczy erfüllte jenes von ihm ſelber berichtete Verſprechen nicht, ſondern blieb in Polen. Seine Abweſenheit war nicht ein Hemmnis für die Friedenshandlung. Vielmehr zeichnete ihm ſein Landsmann und Diener Vetes, auf die Kunde von Rakoczys Austritt nach Polen, von Danzig aus am 10. April den Gang der Dinge im voraus. „Wenn Ew. Durchlaucht, ſchreibt er, ſich nach Polen zurückgezogen haben, mit oder ohne Truppen, ſo thut es mir leid, vorherzuſagen, daß Sie darauf gefaßt ſein müſſen, die Kunde des Abſchluſſes und der Publication der Amneſtie, die der Graf Palffy angeboten hat, unverzüglich zu vernehmen. Denn was vermag denn am Ende auch noch die Handvoll Edelleute, die noch für die Conföderation ſind, wenn ſie ſich von ihrem Haupte verlaſſen ſehen? — Nach meiner Meinung können ſie nichts Beſſeres thun, als ſich der Nothwendigkeit zu fügen, welche harte Geſetze dieſe auch auferlege. Gerechter Gott, wenn das eintritt, welchen Schaden werden Ew. Durchlaucht ſich zufügen! Sie werden Ihren Credit unwiederbringlich verlieren, und eben ſo groß wie früher die Liebe der Nation, wird dann ihr Haß gegen Sie ſein,

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 151.

weil man nicht ermangeln wird, Ihnen die Leiden beizumeſſen, die dann über ſie kommen. Diejenigen ſelbſt, welche bisher Ihnen am meiſten zugethan, werden dann Anſchuldigungen gegen Sie ſuchen, um ſich dadurch beliebt zu machen."[1])

Karoly betrieb die Friedenshandlung in der von Rakoczy nach Hüßt berufenen, von jenem nach Karol im Comitate Szathmar verlegten Verſammlung. Die Schwierigkeit war die Uebergabe der feſten Plätze, welche Palffy forderte, namentlich der Stadt Kaſchau. Karoly bewog die Verſammlung zu dem Beſchluſſe, daß, wenn nicht Rakoczy am Tage des Ablaufes des Stillſtandes eintreffe, ſie ihres Eides frei ſein und Kaſchau übergeben würden. Palffy entſendete zwei Hauptleute mit dieſem Beſchluſſe nach Kaſchau. Der Commandant, ein Eſterhazy, berief ſich jedoch auf die Befehle Rakoczys.

Dann aber ſchienen zwei andere Hinderniſſe zu erwachſen. Am 17. April ſtarb der Kaiſer Joſeph I. Mit der Todesnachricht zugleich gelangte an Palffy, von Seiten der Regentin, der Kaiſerin-Witwe Eleonora, die Abberufung. Der General Cuſani ſolle das Werk zu Ende führen.[2])

Nach der Anſicht Palffys und Lochers war der Befehl geeignet, die ganze Sache in die Länge zu ziehen. Locher ſchrieb dies Bedenken nach Wien. Karoly, ſagte er, werde in Cuſani nicht das Vertrauen ſetzen wie in ſeinen Jugendgenoſſen Palffy. Von dem Tode des Kaiſers habe man nichts zu befürchten; denn der Preßburger Schluß von 1687 ſtelle die Erbfolge im Mannesſtamme feſt, und keinem Ungarn komme ein Zweifel an der Succeſſion des Königs Carl in den Sinn.[3])

Die Worte ſind wichtig zur Beantwortung der Frage, ob der Tod des Kaiſers Joſeph verheimlicht werden mußte.

Entſprechend lautet der Bericht eines Mitgliedes der engliſchen Geſandtſchaft in Wien. „Nach der Meldung Lochers, ſagt er, ſind die Deputirten der Malcontenten eben ſo geneigt, die ihnen gebotenen Bedingungen anzunehmen, wie ihrerſeits bereit Kaſchau zu überliefern,

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 218.

[2]) Wagner, p. 418.

[3]) A. a. O., p. 419.

und haben nur noch zwei Tage Friſt gewünſcht, um zum Abſchluſſe zu kommen. Demnach erwarten wir täglich zu hören, daß die Wirren dort zu einem befriedigenden Abſchluſſe gekommen ſind. Die Meldung vom Tode des Kaiſers hatten ſie dort empfangen.“ [1])

In der That ward auf den Bericht Lochers die Vollmacht für Palffy, am 26. April, in Wien erneuert. [2]) Inzwiſchen hatte er um ſo eifriger die Sache betrieben, und die entſprechende Willigkeit bei Karoly gefunden. Palffy entſendete den FML. Ebergenyi, Karoly zwei Oberſten nach Kaſchau. Ihren vereinten Bemühungen und ihrem Hinweiſe auf die friedensbegierige Stimmung der Bevölkerung gelang es endlich, den Commandanten zur Uebergabe zu bewegen, am 26. April. [3])

In der Erwartung deſſen hatte ſich Palffy noch am Tage zuvor, in Begleitung von tauſend Mann Cavallerie, nach Karol begeben. Nach Erledigung der noch erhobenen Zweifel und Bedenken kam dort am 29. April der Vertrag, oder richtiger die Urkunde der Amneſtie, zu Stande. Sie enthält nicht den Namen des Kaiſers Joſeph I., ſondern ſtatt deſſen jedes Mal Ihre kaiſerliche und königliche Majeſtät. Eben ſo der neu zu leiſtende Huldigungseid. Dem ganzen Sachverhalte nach iſt anzunehmen, daß zwiſchen den pactirenden Theilen oder, genauer, zwiſchen Palffy und Karoly, das ſtille Einverſtändnis ſtatt fand, den Tod des Kaiſers nicht zur Sprache zu bringen. Die Behauptung, daß auch ſogar Karoly am 29. April den am 17. April erfolgten Tod des Kaiſers Joſeph nicht gewußt haben ſolle, erklärt gleich damals Vetes in einem Schreiben an Rakoczy für unglaublich. [4]) Wenn etwa ein Zweifel aufſteigen mochte, ſo verſtummte er vor dem dringenden Wunſche auf beiden Seiten nach dem Frieden. Auf Seiten Karolys und derer die mit ihm waren, mochte noch die Erwägung hinzutreten, daß, wenn nicht dieſer Friede zu Stande kam, bei der Ueberlegenheit der kaiſerlichen Waffen, ein gleich günſtiger nicht wieder zu hoffen war.

---

[1]) Bericht des St. Clement, vom 29. April, S. 489.

[2]) Desgleichen, vom 6. Mai, S. 490.

[3]) Wagner, p. 420.

[4]) Fiedler, Bd. I, S. 222. Schreiben von Hamburg aus, 22. Mai.

Ueberhaupt dürfte es fraglich sein, ob jemals nach einer solchen Rebellion eine so völlige und so umfassende Amnestie erlassen worden ist. Der erste Artikel befaßt sich mit Franz Rakoczy, sichert ihm Gnade und gänzliche Vergessenheit alles dessen zu was er gethan, also mitinbegriffen den blutigen Landtag von Onod, dessen keine Erwähnung geschieht. — Der Artikel beließ ihm drei Wochen Frist.

Am nächsten Tage, dem 30., stellte Karoly die gesammte kurruzische Cavallerie von reichlich 10.000 Pferden, auf dem Felde von Maitin, in einer langen Paradelinie auf. Nach der Ankunft des Feldmarschalls Palffy rückten die 149 Standarten dieser Mannschaft vor, und schlossen um ihn einen Kreis. Innerhalb desselben legten, unter dem Vorgange Karolys, die anwesenden Officiere den Eid der Treue ab. Nach den in solchen Fällen üblichen Reden ließ Palffy die in die Erde gesteckten Fahnen durch die Seinigen übernehmen. „Mit was guter Ordnung, schließt Palffy, Disciplin, auch großer Freud und Frohlocken von den herüber getretenen Ungarn die Submissions-Acten vollzogen und bewirkt worden, kann (ich) mit der Feder nicht beschreiben.“ Vor Allem lobt er den Grafen Karoly, der durch seine bewiesene Aufrichtigkeit und Pünktlichkeit die ernstliche Reue über das Geschehene dargethan habe.[1])

Die noch übrigen festen Plätze, Ungvar und kleinere, folgten dem Beispiele Kaschaus. Nur bei der Felsenfeste Munkacs bedurfte es der Anfänge einer Belagerung, bis auch diese capitulirte, im Juni.

Das war auf ungarischem Boden der Abschluß einer Rebellion, die acht Jahre lang nicht bloß Ungarn selbst, sondern vielfach auch die Nachbarländer mit Asche und Leichen bedeckt hatte. Unternommen im Vertrauen auf die französische Politik, welcher jedes Mittel recht war, wenn es nur dem Kaiser schadete, von einem einzelnen Manne, der vom Beginne an nur sein eigenes Interesse vor Augen hatte, nämlich den Besitz des Fürstenthumes Siebenbürgen, und der mit erstaunlicher Geschicklichkeit die Leidenschaften seiner Landsleute, erregt durch berechtigte und unberechtigte Klagen, in den Dienst seines Interesses, seiner Herrschsucht zu ziehen wußte — war sie genährt und lebendig

[1]) Das Schreiben Palffys an den Prinzen Eugen, vom 2. Mai, bei Arneth Bd. II, S. 483.

erhalten, außer durch jene Leidenschaften, hauptsächlich durch die regelmäßige Zahlung des französischen Goldes, mittelbar durch die Thorheit und Unkenntnis der Seemächte, welche, wie Rakoczys Landsleute, den Schwall seiner Worte für Realitäten nahmen, endlich durch den Mangel an Kraft und Willen im kaiserlichen Rathe, der mehr als einmal, namentlich im Beginne, es vermocht hätte, durch raschen und energischen Entschluß der Sache ein Ende zu machen.

Rakoczy benutzte nicht die durch den Frieden von Szathmar ihm gebotene Frist der drei Wochen, durch seine Unterwerfung die völlige Herstellung in seine Güter in Ungarn zu erlangen, sondern blieb in Polen. Dort empfing er noch verschiedentliche Mahnungen seines Landsmannes und Dieners Vetes, der sich auf der Reise von Rußland zurück auf seinen früheren Posten in Paris befand. Vetes hielt ihm vor, welche günstige Gelegenheit sich durch den Tod des Kaisers geboten habe, und wie nun alles verscherzt sei. „Das, ruft er aus, gnädigster Herr, ist die Frucht Ihres Austrittes nach Polen. Möge Gott geben, daß Sie sich davon wieder erheben können; aber ich sehe dazu keinen Anschein. Wenn ich früher schon Grund hatte, an einem guten Ausgange Ihrer Kriegführung zu zweifeln, so bin ich heute dessen sicher, daß es mit derselben ein Ende genommen hat, und zwar ein unglückliches. Möge es Gott gefallen, daß ich ein falscher Prophet sei; aber ich kann Ihnen vorher sagen, daß es für Sie keine andere Rückkehr nach Ungarn gibt als durch die Gnade von Wien. Hoffen Sie nichts von dem französischen Hofe; denn er hat sich ja Ihrer immer nur zu seinem eigenen Interesse bedient.“ [1])

Vetes drängt dann in kurzer Uebersicht das gesammte Verhalten der französischen Politik gegenüber Ungarn seit 1704 zusammen. Niemand kannte dasselbe besser als Vetes selbst, der namentlich allein genau wußte, in welcher Weise die französische Politik Franz Rakoczy zu dem blutigen Landtage von Onod gedrängt hatte. Aber Vetes nennt in dieser Uebersicht nicht die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter, durch welche Rakoczy in den Stand gesetzt war, noch auszudauern. Vetes warnt ihn ferner auf das eindringlichste, sich in die Gewalt des Czaren Peter I. zu begeben, dessen Zorn über die von

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 223. Aus Hamburg, vom 23. Mai.

Frankreich befürwortete türkische Kriegserklärung er in Moskau erfahren. Rakoczy hatte indessen den Czaren Peter I. bereits wieder umgestimmt, und konnte also in dieser Beziehung mit Recht dem Vetes antworten, daß dessen Vorhersagung nicht begründet sei.[1])

Der offene Freimuth dieses Landsmannes, der je zuweilen den Diener in sich vergaß, hatte jedoch Rakoczy allzu empfindlich berührt. Er schickte Vetes einstweilen weiter nach Paris, mit der Absicht jedoch ihn dort bald zu ersetzen durch den Propst Brenner, bei dessen Gesinnung er sicher war, niemals wie von Vetes her eine Mahnung an die Gnade des Hauses Oesterreich zu vernehmen.

Rakoczy wollte beharren. Er hatte für sich, wie er damals meinen durfte, den Czaren Peter I., den König August II. von Sachsen-Polen. Er hoffte auf das Geld Frankreichs, die Gunst Friedrichs I. von Preußen, das Fürwort der Mächte England und Holland. Zunächst kam es darauf an, was die beiden ersteren für ihn thun konnten.

Der Tod des Kaisers Joseph I. und die nächsten Folgen.

Wie zur Zeit des Kaisers Leopold I. bis zum achtunddreißigsten Jahre seines Lebens der Gedanke, daß er keinen Sohn hatte, in nicht wenigen Fällen auf das Verhalten Anderer ihm gegenüber einen wichtigen Einfluß geübt: so traten ähnliche Erwägungen, hier der Furcht, dort der Hoffnung, auch im Hinblicke auf das Leben des Kaisers Joseph I. heran. Geboren 1678, stand er im Jahre 1711 in voller Kraft des jugendlichen Mannesalters. Er hatte zwei Töchter; aber die Hoffnung auf eine weitere Descendenz schwand von Jahr zu Jahr. Für ihn selber galt es als eine besondere Gefahr, daß er noch nicht geblattert hatte.[2])

Im Winter 1710/11 wurden in Wien verschiedene Blatternfälle beobachtet, so daß am kaiserlichen Hofe besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden.[3]) Am 7. April fühlte der Kaiser sich unwohl. Er hoffte des Uebels Herr zu werden durch Bewegung auf der Jagd;

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 356. Vom 18. Juni.

[2]) Wratislaw an König Carl III., 15. Januar 1708.

[3]) Theatrum Europaeum, Theil XIX b, S. 526.

aber er mußte umkehren. Das Unwohlſein ſtieg raſch. Am 10. April brachen die Blattern hervor. Joſeph I. fühlte was dies zu bedeuten habe, und gab es kund durch die Worte: Vale imperator! Er ließ ſeinen Beichtvater kommen, den Pater Engelbert von der Geſellſchaft Jeſu.[1]) — Er ließ den Frauen, zu denen er in Beziehungen geſtanden, ihre Briefe zurückgeben, bat die Kaiſerin um Verzeihung, und beichtete dann und communicirte.[2])

Zu gleicher Zeit durcheilten zwei ſolche Nachrichten Europa: der Dauphin von Frankreich war am ſelben Tage an demſelben Uebel erkrankt. Aber der Tod des Dauphin, bereits am 15. April, übte auf die politiſche Lage Europas keinen Einfluß. Anders mußte es ſein mit demjenigen des Kaiſers Joſeph. Die Krankheit indeſſen ſchien einen gutartigen Verlauf zu nehmen. Man hielt den Prinzen Eugen, deſſen Aufbruch nach den Niederlanden wegen der Krankheit des Kaiſers hinausgeſchoben war, am 15. April nicht mehr zurück.[3]) Am folgenden Tage jedoch wandte es ſich zum Schlimmen. Am Morgen des 17. April erlag der Kaiſer Joſeph I., 33 Jahre alt.

„Ich habe einem Herrn gedient, ſchreibt der Graf Wratislaw an Carl III., deſſen Tod ich Zeit meines Lebens beweinen werde; denn ich habe ihn inniglich geliebt. Mein Gemüth war ihm bekannt, und er hat ſich auf mein Thun und Laſſen in Allem verlaſſen, und iſt, um frei zu reden, eher als ein Freund denn als ein Herr mit mir umgegangen. Er hat in allen ſeinen perſönlichen und anderen Angelegenheiten ſein Herz vor mir ausgeſchüttet, und, obwohl er nicht immer meinem Rathe gefolgt, ſo hat er doch jederzeit anerkannt, daß meine Rathſchläge zu ſeinem Beſten gemeint waren. Gott der Allmächtige hat ihn vor mir zu ſich berufen, und mir an Ew. Majeſtät einen anderen Erbherrn geben wollen. Ich werde thun was ich kann; aber es iſt mir leid Ew. Majeſtät zu ſagen, daß der Zuſtand Europas mehr als je verwirrt, folglich die Regierung Ew. Majeſtät nicht anders als ſehr ſchwer ſein wird.“[4])

[1]) Wagner, p. 408.

[2]) Robethons Bericht vom 28. April, aus den Mittheilungen des Grafen Sinzendorf.

[3]) Wratislaws Bericht an Carl III., vom 14. April, S. 143 der Herausgabe von Arneth.

[4]) Wratislaws Bericht vom 22. April.

Noch am Todestage des Kaisers erkannten die Räthe die Kaiserin-Mutter Eleonora als Regentin für den König Carl an. Wratislaw schrieb zugleich an diesen die dringende Bitte, so bald wie möglich herüber zu kommen, weil im anderen Falle nicht bloß die römische Kaiserkrone ihm verloren gehen, sondern auch die Erblande in die größte Gefahr gerathen würden. Aus keiner Ursache wie auch immer, möge sich der König von dieser Reise abwendig machen lassen.[1])

Auf diesen Wunsch Wratislaws wirkte mit ein das Erbieten des englischen Gesandten Lord Peterborough, über Turin nach Barcelona zu gehen, und die englische Flotte dort dem Könige Carl zur Verfügung zu stellen. Am nächsten Tage kam Peterborough mit noch anderen Vorstellungen hervor, zu denen er, wie es in der Natur der Sache lag, nicht beauftragt sein konnte. Er trat, wie Wratislaw sich ausdrückt, mit seiner gewöhnlichen Hitze, zu diesem und sagte: weder die Seemächte, noch Andere würden gestatten, daß der König Carl als der einzige Erbe des Erzhauses die römische Kaiserkrone, die Erblande und die gesammte spanische Monarchie zugleich besitze. Weil man aber doch Spanien und Indien dem Hause Bourbon nicht belassen könne, werde es das beste Mittel sein, eine der Erzherzoginnen mit dem Prinzen von Piemont zu verheirathen — da ja doch ohnehin schon das Haus Savoyen durch das Testament Philipps IV. von Spanien dem Erzhause substituirt werde — und dann Spanien und Westindien dem Herzoge von Savoyen zu geben, dagegen die italienischen Länder der einstigen Monarchie sämmtlich an Carl III. zu überweisen. — Wratislaw erwiderte, daß zur Entscheidung über eine so wichtige Frage nur der König selbst berufen sei, benutzte jedoch dann die Mittheilung an Carl III., um diesen abermals zur Heimkehr zu mahnen. In Wien hielt Wratislaw den Vorschlag des Peterborough geheim.[2]) Dieser jedoch redete in gleicher Weise zu dem holländischen Gesandten Bruininx, und zwar so, als habe Wratislaw ihm zugestimmt. Bruininx seinerseits berichtete dies nach dem Haag.[3]) — Der König Carl werde sehen, äußerte Peterborough wiederholt, was ein englischer Lord vermöge.

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 17. April.

[2]) Desgleichen vom 22. April, S. 148.

[3]) Die Berichte Robethons aus dem Haag, im Mai.

Er eilte dann weiter nach Turin, um zunächst den Herzog Victor Amadeus für seinen Plan zu gewinnen, und dann nach Barcelona zu gehen. Das Erstere gelang ihm, das Letztere stand noch aus.

Die Antwort Carls III. auf die Todesnachricht an Wratislaw beweist ein uneingeschränktes Vertrauen in diesen Mann. Mit ihm als Kanzler für Böhmen sollten den engeren Ministerrath um die Kaiserin Eleonora bilden der Prinz Eugen, der Fürst Trautson, der Reichs-Vicekanzler Graf Schönborn, der Graf Seilern als Kanzler für Oesterreich. Aber Carl III. schreibt dann an Wratislaw: „Wie vorhin allezeit, so setze ich auch ferner mein besonderes Vertrauen in Euere Treue und Eueren Eifer, daß Ihr mit Euerer Ehrlichkeit meinen Dienst befördern werdet, und verpflichte Euch bei Euerer Schuldigkeit für das Beste des Vaterlandes, daß Ihr mir klar und ohne Scheu und ohne jede Nebenabsicht berichten sollt, wie die Kaiserin und die Minister sich verhalten, damit ich das Gute belohnen und das Böse bestrafen oder hindern könne, und damit gleich im Beginne eine glückliche, gerechte, gute Grundlage meiner Regierung gelegt werde.“ [1])

Auf die Mahnung Wratislaws zur sofortigen Ueberkunft ging Carl III. nicht ein. Er müsse erst beobachten, schrieb er, wie die Veränderung bei den anderen Mächten aufgenommen werde. Dazu auch könne er nicht handeln ohne die Zustimmung der Verbündeten, und sei namentlich in Betreff der Ueberfahrt völlig in ihre Hand gegeben. Endlich sprach er, in der Erinnerung an das Verhalten des Lords Peterborough gegen ihn in den Jahren 1705 und 1706, gegen diesen Mann ein entschiedenes Mistrauen aus. [2])

Es handelte sich also zunächst um die Aufnahme der Todesnachricht an den wichtigsten Orten, im Haag und in London.

Die Nachricht von der Erkrankung des Kaisers beunruhigte die Gemüther im Haag aufs höchste. Sein Tod, hieß es, wäre ein schwerer Streich auf die große Allianz. [3]) Am 26. April traf die Todesnachricht ein. Die Regierung faßte sofort ihre Entschlüsse, über die sich Heinsius aussprach in folgender Weise: „Die Generalstaaten

[1]) Carl III. an Wratislaw, 4. Mai. S. 153.
[2]) Desgleichen, 9. Mai. S. 154.
[3]) Das Folgende nach den Berichten Robethons vom 26., 27., 28. April.

ſind der Ueberzeugung, daß unter dieſen Umſtänden nur der König Carl von Spanien auf den Kaiſerthron berufen werden kann. Sie hoffen, daß man im Reiche eben ſo denkt, und ſich keine Scrupel darüber macht, daß dann die Kaiſerwürde und die ſpaniſche Monarchie auf Eine Perſon kommen würden. Denn die Weltlage macht dies zur Nothwendigkeit und beläßt uns darin keine Wahl. Der großbritanniſche Botſchafter Raby iſt derſelben Anſicht, und hat, nach einer Beſprechung mit dem kaiſerlichen Geſandten Sinzendorf, einen Courier an die Königin geſchickt." — Raby beſtätigte dies. Es ſei durchaus nothwendig, ſagte er, daß die Kurfürſten ſchleunigſt und einſtimmig ſich erklärten.

Im ſelben Sinne redete ſofort im Congreſſe der Geſandten der Präſident der Woche, Herr van Welderen. Er hob hervor, daß viel darauf ankomme, nicht die mindeſte Unſicherheit und Zweifelhaftigkeit an den Tag zu legen. Die Generalſtaaten hätten bereits ein Schreiben an die Königin in dieſem Sinne abgeſchickt: ſie würden desgleichen ſchreiben an alle Mitglieder der großen Allianz, namentlich an die Kurfürſten. Sie hielten auch die ſofortige Heimkehr Carls III. für dringend geboten, und bereits ſei an ihren Admiral im Mittelmeere der Befehl ergangen, dem Könige in Allem zu Willen zu ſein.

Ein wichtiger Beweggrund für die Generalſtaaten, ſofort in dieſer nachdrücklichen Weiſe für die Wahl des Königs Carl einzutreten, war der Wunſch, den Katholiken im Reiche die Beſorgnis zu benehmen, daß ein proteſtantiſcher Reichsfürſt die Forderung der Alternative der Kaiſerwürde erheben könne.[1]) In der That ſprach der Mainzer Kurfürſt Lothar Franz dem Prinzen Eugen, bei deſſen Ankunft am Rheine, mündlich die Beſorgnis aus, daß der König Friedrich I. darauf ausgehen werde, die Kaiſerwahl zu verzögern.[2])

Dem Eifer der Generalſtaaten entſprach derjenige faſt aller Kurfürſten. Direct oder indirect liefen ſchon bis zum 28. April die Erklärungen von Mainz, Trier, Düſſeldorf, Dresden, Hannover ein, ſämmtlich übereinſtimmend mit dem Beſchluſſe der Generalſtaaten. Die brandenburgiſchen Geſandten Hymmen und Meinershagen entblieben,

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 623.

[2]) Arneth, Bd. II, S. 170 und 482.

wider ihre Gewohnheit, vom Congreſſe der Geſandten. Aber man konnte ſchon mit Gewisheit ſagen, daß, wenn der König Friedrich I. anderer Anſicht ſei, er ganz allein ſtehen werde.[1])

In der That ließ Ludwig XIV. Verſuche in dieſer Richtung machen, ob unter dem Vorwande, daß die Kaiſerwürde zwiſchen den verſchiedenen Confeſſionen zu alterniren habe, der König-Kurfürſt von Preußen-Brandenburg als Gegenbewerber aufgeſtellt werden könne. Man wußte, daß bei der Anweſenheit Carls XII. in Sachſen im Jahre 1707 Friedrich I. bei ihm dieſe Frage angeregt hatte. Im Auftrage Ludwigs XIV. erſchienen als ſeine Agenten für dieſe Sache der Abbé Clermont in Hannover, Groſſey in Berlin. Dieſe Werbung erſchien im Anfang ohne Ausſicht, nicht bloß gegenüber der Stimmung der Kurfürſten, ſondern auch derjenigen der Seemächte.[2]) Und doch werden wir ſehen, daß Ludwig XIV. für mehrere Monate daran feſthielt, und Ausſichten des Gelingens zu haben meinte.

Wir haben mit beſonderer Aufmerkſamkeit dem Verlaufe der Dinge in England zu folgen, weil ſowohl die bald erfolgende Wendung, als vielfach auch irrthümliche Meinungen ſpäterer Zeiten die Erinnerung dieſes Verlaufes verdunkelt haben.

Heinſius, noch unkundig der geheimen, ſeit dem Beginne dieſes Jahres beſtehenden Anknüpfung des engliſchen Miniſteriums durch Gautier in Verſailles, ſprach, am 28. April, dem Geſandten des Kurfürſten Georg Ludwig im Haag ſeine Beſorgnis aus, daß die engliſchen Miniſter, denen ihre Stellung den Frieden wünſchenswerth mache, ſich dieſes Anlaſſes bedienen würden. Er erſuchte daher, daß der kurfürſtliche Geſandte in London, Baron Bothmar, den Auftrag erhalte, bei den Miniſtern der Königin für die nachdrückliche Fortführung des Krieges einzutreten.[3])

Das Ereignis in Wien ſcheint die engliſchen Miniſter völlig überraſcht zu haben. Auf die Nachricht der Erkrankung des Kaiſers fragten ſie bei Bothmar an, ob der König Carl das Vorzugsrecht vor den Töchtern Joſephs haben werde. Bothmar erwiderte, daß im

[1]) Robethons Bericht vom 28. April: Si le roi de Prusse n'est pas d'avis d'élire le roi d'Espagne, il sera seul de sa bande.

[2]) Desgleichen vom 26. Mai.

[3]) Desgleichen vom 28. April.

Reiche der Mannsſtamm vorgehe. Beim Eintreffen der Todesnachricht bemerkte Bothmar bei St. John die Aeußerung des Wunſches, daß Carl III. in Spanien verbleiben und die Regierung in den Erblanden einſtweilen durch Andere führen möge. St. John theilte zugleich vertraulich mit, daß bei der Capitulation von Girona, im Januar, der Herzog von Noailles dem Grafen Lecheraine eröffnet habe: er beſitze Vollmacht ſowohl von Ludwig XIV. als Philipp V., mit dem Könige Carl III. über den Frieden zu unterhandeln. Sie böten ihm für den Verzicht auf Spanien und Weſtindien die ſämmtlichen Länder, die Carl II. in Italien beſeſſen, ferner die Niederlande, ſo wie ihre eventuelle Mitwirkung zur Kaiſerwahl. Carl III. habe abgelehnt. — Auf die Anfrage Bothmars bei Gallas beſtätigte dieſer die Thatſache, mit dem Hinzufügen, daß Carl III. davon nichts habe hören wollen.[1])

Es war alſo das zweite Mal, daß dieſer Antrag von franzöſiſcher Seite kam. Das erſte Mal war er dem Prinzen Eugen nahe gelegt worden nach dem für Frankreich ſo ſehr unglücklichen Kriegesjahre 1706 (Band XII, S. 295), und von dieſem zurückgewieſen mit dem Bemerken, daß der Kaiſer nicht verhandele ohne Mitwiſſen ſeiner Verbündeten.

Aber von Anfang an hatte das Kaiſerhaus von dem ſpaniſchen Erbe zunächſt und weſentlich ins Auge gefaßt die Länder in Italien. Der Gedanke auch das ſpaniſche Feſtland und Weſtindien zu gewinnen, hatte ſeinen Urſprung nicht in Wien gehabt, ſondern in London. Daß der Kaiſer Leopold I., im Jahre 1703, ſeinen zweiten Sohn, Carl, nach Spanien entſendete, war eine Conceſſion an die Wünſche der Seemächte, an das Intereſſe derſelben, welches nicht geſtatten zu können ſchien, daß Spanien und Weſtindien an das Haus Bourbon käme. Der König Carl, getreu dem Bunde mit den Seemächten, hatte eben noch die franzöſiſchen Anträge, die ihm anboten was von Anfang an ſein Haus erſtrebt, zurückgewieſen. Aber der ſöhneloſe Tod des Kaiſers Joſeph ſchien die Sachlage für ihn zu verändern. Die engliſchen Miniſter erörterten bei ſich die Frage, ob nicht Carl III. es für klüger halten würde, die im Januar abgewieſenen Anträge des Hauſes Bourbon, nunmehr, nach dem Tode des Kaiſers Joſeph, bereitwillig anzunehmen

[1]) Bothmars Berichte vom 28. und 30. April, in den Robethon-Papieren.

und ſeinen Sonderfrieden mit dem Hauſe Bourbon abzuſchließen. Die Folge würde dann ſein die Abwälzung des Krieges mit dem Hauſe Bourbon auf die Seemächte allein.

Daß die engliſchen Miniſter Erwägungen dieſer Art machten, liegt ſowohl in der Natur der Dinge, als auch blickt es aus ihren Aeußerungen hervor. Die Conſequenz war, daß ſie zunächſt Carl III. in Spanien feſtzuhalten ſuchten.

So dachten es ſich die engliſchen Miniſter. Carl III. ſelber machte nicht ſolche Erwägungen.

In London begab ſich der Graf Gallas ſofort auf die erhaltene Todesnachricht zu dem Miniſter St. John. Er beobachtete genau, ob dieſer ein Bedenken kund gäbe gegen die Ausſicht, daß der Beſitz der öſterreichiſchen Erblande, der ſpaniſchen Monarchie und der Kaiſerkrone ſich auf Ein Haupt vereinigen würde. Er nahm ein ſolches Bedenken nicht wahr. In der erbetenen Audienz bei der Königin legte Gallas den Zweck ſeines Kommens dar. Die Königin entgegnete: St. John habe ihr bereits alles mitgetheilt. Der König Carl III. könne ſich völlig darauf verlaſſen, daß ſie ſein Intereſſe ſtützen werde mit demſelben Eifer und derſelben Beſtändigkeit wie bisher. — Die Miniſter Shrewsbury, Buckingham, Rocheſter, St. John, die ſich bei Hofe befanden, wiederholten das und führten weiter aus, daß es darauf ankomme, die Hoffnungen der Feinde niederzuſchlagen. „Ich verweilte noch ein wenig bei ihnen im Vorzimmer, fügt Gallas ſeinem Berichte hinzu, und im Laufe meiner ganzen Unterredung mit ihnen konnte ich auch nicht in der geringſten Weiſe etwas wahrnehmen, was ich dahin hätte deuten können, daß ſie die Abreiſe Ew. Majeſtät aus Spanien oder die Vereinigung der Kaiſerwürde mit dem Beſitze der ſpaniſchen Monarchie nicht gern ſehen würden.“ [1])

Entſprechend verfuhr die Regierung der Königin Anna gegenüber dem Parlamente, das damals noch beiſammen war. Am 24. April

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas an König Carl III., vom 8. Mai: E nel corso di tutt' il mio trattenimento con loro non potei in veruna qualsisia minima forma accorgermi di cosa, che potesse farmi sospettare che non si vedesse volontieri la partenza di Vostra Maestà dalla Spagna, o che l'Imperio e la Spagna non potessero restare sotto un medesimo capo. — Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv.

5. Mai brachten die Staats-Secretäre, Queensberry an das Oberhaus, St. John an das Unterhaus, die Botschaft, daß sofort auf die erste Nachricht von der Krankheit des Kaisers Joseph, die Königin den Entschluß gefaßt habe, das Interesse des Hauses Oesterreich zu stützen und alle Bemühungen aufzuwenden, damit der König von Spanien zum Kaiser gewählt werde. Die Generalstaaten, ließ weiter die Königin sagen, haben sich darin mit ihr geeinigt, und demgemäß seien die geeignetsten Maßregeln getroffen, auf alle bei der Wahl Betheiligten in diesem Sinne einzuwirken. Die Königin sprach zugleich ein völliges Vertrauen in die Zuneigung und die Pflichttreue ihres Parlamentes aus, daß mit der Hülfe desselben, unter Gottes Schutz und Segen, sie in den Stand gesetzt werden möge, durch einen sicheren und ehrenvollen Frieden den Krieg glücklich zu beschließen. [1])

Auf diese Botschaft einigten sich beide Häuser des Parlamentes zu einer gemeinsamen Adresse. Nachdem diese die Anerkennung für die Bemühungen der Königin um die Kaiserwahl ausgesprochen, fuhr sie fort: „Ew. Majestät mögen völliges Vertrauen in unsere Anhänglichkeit und Pflichttreue setzen, und sich überzeugt halten, daß weder dies Unglück, noch irgend ein anderes, uns entmuthigen wird, Ew. Majestät in allen denjenigen Maßregeln zu unterstützen, welche Sie in Ihrer großen Weisheit für geeignet erachten werden, durch einen sicheren und ehrenhaften Frieden diesen Krieg zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen."

Durch diese Adresse gab demnach das Parlament den Räthen der Königin für die Verhandlung eines Friedens unbedingte Vollmacht.

Die Anschauungen der drei hauptsächlichsten Regierungen treten uns klarer und bestimmter noch aus den Reden der Vertreter derselben im Haag in den nächsten Tagen entgegen. Der Plan des Lords Peterborough mit dem unrichtigen Zusatze, daß Graf Wratislaw ihm beigestimmt, wie es in den Berichten des Holländers Bruininx vorlag, ward dabei entweder mit Schweigen übergangen oder auch ausdrücklich zurückgewiesen.

„Ich halte es für sehr gefährlich, sagte der Rathspensionär Heinsius, zur Zeit die Frage zu erörtern, ob es zweckmäßig sei, die

[1]) Commons Debates vol IV, p. 294.

Kaiſerwürde und die ſpaniſche Monarchie auf Eine Perſon zu vereinigen. Eine ſolche Erörterung wäre das ſichere Mittel, alles in Wirrwarr zu bringen. Zur Zeit iſt vor allen Dingen erforderlich, die Kaiſerwahl zu beſchleunigen, ohne daß dem Könige Carl auch nur der Gedanke kommen darf, es habe Jemand die Abſicht, die ſpaniſche Monarchie auf einen Anderen zu bringen. Auch läßt bisher der Geſandte des Herzogs von Savoyen nicht verſpüren, daß dieſer die Abſicht habe, einen Anſpruch zu erheben. Der König Carl von Spanien iſt bisher kinderlos: um ſo weniger darf man ihm eine ungerechte und maßloſe Herrſchſucht zutrauen. Erhält er noch Kinder, ſo können ſie theilen und wieder zwei Linien des Hauſes Habsburg begründen, wie es zuvor geweſen iſt." [1])

Aehnlich redete — und es iſt von beſonderer Wichtigkeit dies hier feſt zu ſtellen — in denſelben Tagen der großbritanniſche Botſchafter Lord Raby zu den anderen Geſandten im Haag. „Die Königin, ſagte er, hat in aller Beziehung den Beſchlüſſen der Generalſtaaten zugeſtimmt und mir Briefe an alle Kurfürſten zugeſtellt, zu dem Zwecke, daß ſie ſchleunigſt und einſtimmig den König von Spanien zum Kaiſer erwählen mögen. Ich ſelber bin mit den Kaiſerlichen und den Holländern in Allem einig bis auf die Frage der eiligen Rückkehr des Königs aus Spanien. Dagegen habe ich geltend gemacht, daß der König durch einen ſchleunigen Aufbruch aus Spanien dort völlig ſeinen Credit einbüßen würde, ſogar bei den Cataloniern, welche einen ſolchen Aufbruch für eine Flucht anſehen könnten, ähnlich wie einſt die Polen die Abreiſe Heinrichs von Valois. Daher möge der König Carl noch zwei Monate verweilen, um ſich dadurch die Gemüther der Spanier zu ſichern und alle Welt zu überzeugen, daß er, weit entfernt Spanien aufzugeben, die äußerſten Anſtrengungen aufbieten werde, ſich in den Beſitz der geſammten Monarchie zu ſetzen." [2]) „Der Rathspenſionär, fügte Raby hinzu, iſt derſelben Anſicht: aber ein großer Theil der holländiſchen Geheim-Deputirten hat mit Heftigkeit die Abreiſe verlangt. Es iſt daher beſchloſſen worden, alles der eigenen Einſicht

---

[1]) Robethons Bericht vom 2. Mai.

[2]) Desgleichen vom 5. Mai. Ich füge dieſen merkwürdigen Bericht im Originale bei, in Anlage II.

des Königs Carl heimzustellen, und unverzüglich den Admiralen die Weisung zuzusenden, seinen Befehlen zu gehorchen. Auch darin ist die Königin dem Beschlusse der Generalstaaten beigetreten, damit in dieser Angelegenheit die völlige Uebereinstimmung hervortrete."

„Die Minister in Wien, sagte weiter Lord Raby, sind über den Tod des Kaisers so bestürzt gewesen, daß sie sogleich einen Courier nach Barcelona abgefertigt haben, mit der Bitte schleunig zurückzukehren, und, im Falle eine Flotte nicht anwesend, lieber sich mit einer Fregatte zu begnügen als zu zaudern. Ich betrachte diesen Rath als sehr nachtheilig für die Interessen der Seemächte. Denn da dieses einzig darin besteht abzuwenden, daß der Herzog von Anjou Spanien und Westindien behält, würde diesem Interesse nichts so sehr nachtheilig sein wie die Kundgebung, gegenüber den Spaniern und Frankreich, daß der Fürst, zu dessen Gunsten die Seemächte bisher so große Anstrengungen gemacht, und dem sie die gesammte Monarchie bestimmt haben, Gleichgültigkeit gegen dieselbe bewiese und eine gewisse Hast seine Anhänger in Spanien zu verlassen, und alle seine Gedanken auf die Kaiserwürde und die Erblande zu richten."

„Es wäre daher zu wünschen, fuhr Lord Raby fort, daß für die noch übrige Zeit des Krieges weder das Object desselben, noch die Methode sich änderten, so daß der katholische König nachdrücklicher als je zuvor den Plan verfolgte, sich in den Besitz der gesammten Monarchie zu setzen, ohne jedweden Theilungsgedanken, und zu erkennen gebe, daß, nachdem er Herr des Ganzen geworden und für sich selber handelt, er in Zukunft seine Angelegenheiten in Spanien mit ganz anderem Nachdrucke aufrecht halten wird als bisher der Kaiser gethan."

„Besonders bin ich, sagte weiter Lord Raby, eben so wie der Rathspensionär, der Ueberzeugung, daß nichts so verderblich sein würde als zur Zeit die Frage aufzuwerfen, ob die Kaiserwürde und das spanische Königthum auf Eine Person zu vereinigen seien. Denn wozu dient es, die Inconvenienzen hervorzuheben, welche die Folge einer solchen Vereinignng sein könnten, zu einer Zeit, wo die spanische Monarchie sich thatsächlich in den Händen des Herzogs von Anjou befindet? Sollte man nicht lieber alle Sorgfalt dahin richten sie ihm zu entreißen? Und ist es nicht noch Zeit genug, erst dann wenn die Verbündeten Meister von Spanien sind, darüber zu berathen, zu wessen

Gunsten darüber verfügt werden soll? Für jetzt reicht es hin, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu verbleiben, den König von Portugal nach Kräften beizubehalten, und dem Herzoge von Savoyen schöne Hoffnungen zu machen, ohne sich über einen Fall auszusprechen, der noch gar nicht existirt und vielleicht niemals eintreten wird."

„Uebrigens, fuhr Lord Raby fort, wäre es auch nicht gerecht, den König von Spanien, der noch mehrere Kinder haben kann, verpflichten zu wollen zum Verzichte auf eine Monarchie, die nach natürlichem Rechte einem derselben zufallen kann. In diesem Falle wäre die spanische Monarchie von der Kaiserwürde getrennt wie zuvor. Und will man diesem Fürsten wider seinen Willen sein Recht auf jene Monarchie nehmen, so hieße das doch ihn bis auf den äußersten Grad misvergnügt machen, und darum für die noch übrige Zeit dieses Krieges seine Hülfe den Bundesgenossen entziehen. Wenn selbst er freiwillig dazu käme auf Spanien zu verzichten, wie er es doch nur thun würde unter der Bedingung, die italienischen Länder und die Niederlande zu behalten: welchen anderen Erfolg würde dieser Schritt haben, als daß die ganze Last des Krieges in Spanien, nachdem die Gemüther dieser Nation durch jene Theilung uns entfremdet wären, auf die Seemächte fiele?"

„Es ist daher sehr zu beklagen, schloß Raby, daß Peterborough von Wien sich nach Turin begeben hat, in der Absicht bei dem Herzoge von Savoyen Absichten auf Spanien anzuregen. Er ist für das Interesse dieses Herzogs allzu eifrig, und aus seinen Briefen ersehe ich, daß er nicht bloß bei dem Herzoge diesen Plan anregen will, sondern auch von der Königin die Zustimmung zu erlangen hofft. Er hat auch an die Minister in England darüber geschrieben. Unter diesen sind einige dem Herzoge sehr wohl geneigt; aber hoffentlich wird doch die Königin fortfahren, meinen Briefen mehr Gewicht beizulegen als denen jenes Grafen Peterborough." — Mit dem Plane dagegen der Verheirathung einer Erzherzogin mit dem Prinzen von Piemont, für den Fall daß König Carl III. kinderlos bliebe, erklärte sich Lord Raby einverstanden.

Diese Rede des Lords Raby will also zunächst Spanien für Carl III. Aber seit Monaten schon waren damals von England aus in Versailles die geheimen Unterhandlungen angeknüpft, in welchen

voraussichtlich die französische Politik als erste Bedingung fordern würde: Spanien für Philipp V.

Es kommt endlich, dem Holländer und dem Engländer gegenüber, auf die Kundgebung des Vertreters Carls III. an, des Grafen Sinzendorf.

Dieser äußerte sich zu dem hannöverschen Gesandten Robethon mit den von England her eingelaufenen Erklärungen sehr befriedigt. Dann fuhr er fort: „Der König Carl wird vermöge der Dankbarkeit, die er den Seemächten schuldet, fortfahren, den Krieg in Spanien zu betreiben, obwohl dies Königreich ihm mehr zur Last als zum Nutzen gereicht." Er wiederholte das stärker mit den Worten: „Lediglich im Interesse der Seemächte und ihres Handels bemüht sich der König Carl auch noch ferner, den Herzog von Anjou außer Besitz zu setzen. Bleibt der König kinderlos, so könnte er mit der Zeit sich entschließen, über Spanien zu Gunsten einer Erzherzogin zu verfügen; aber dies würde sich immer nur von Spanien und Westindien verstehen; denn niemals wird der König auf die italienischen Länder oder auf die Niederlande verzichten." Sinzendorf betonte nachdrücklich, daß der König Carl auch niemals zugeben könne, daß der Herzog Victor Amadeus, dem man niemals trauen dürfe, König von Spanien werde. Auch liege bereits die Kundgebung des Königs von Portugal vor, der lieber den Herzog von Anjou in Madrid sehe als Victor Amadeus.[1])

Charakterisiren wir also die Reden dieser drei Vertreter je ihrer Mächte: Heinsius, Raby, Sinzendorf.

Heinsius steht auf dem Standpunkte, den bisher die Seemächte eingenommen: Spanien für Carl III. Er sieht in der Vereinigung der Kaiserwürde und des spanischen Königthumes keine Gefahr.

Raby steht scheinbar ganz auf demselben Standpunkte, und betont ihn mit noch stärkeren Ausdrücken. Darum tadelt er scharf die Eigenmächtigkeit des Lords Peterborough. Und doch läßt er einen Gedanken nebenher einfließen, der eine weite Aussicht eröffnet mit den Worten: „Wenn selbst der König Carl freiwillig dazu käme, auf Spanien zu verzichten, wie er es doch nur thun würde unter der Bedingung, die italienischen Länder und die Niederlande zu behalten: welchen anderen

[1]) Robethons Bericht vom 5. Mai.

Erfolg würde dieſer Schritt haben, als daß die ganze Laſt des Krieges in Spanien, nachdem die Gemüther dieſer Nation durch jene Theilung uns entfremdet wären, auf die Seemächte fiele?" — Das heißt poſitiv gefaßt: es ſteht in der Hand des Königs Carl, durch einen Separatfrieden mit dem Hauſe Bourbon ſich namentlich die italieniſchen Länder zu ſichern, welchen Theil der ſpaniſchen Monarchie das Haus Habsburg ſchon zu den Zeiten Leopolds I. als allein erreichbar und erſtrebenswerth angeſehen hat, und durch einen ſolchen Separatfrieden die Laſt des Krieges in Spanien den Seemächten allein zu überlaſſen, ohne Ausſicht eines Vortheils für ſie. Ein ſolcher Separatfriede Carls III. muß im Intereſſe Englands verhütet werden.

Sinzendorfs Rede klingt wie eine Antwort darauf. „Das Königreich Spanien, ſagt er, iſt für Carl III. mehr eine Laſt als ein Vortheil, um ſo mehr alſo der Krieg um dasſelbe. Aber Carl III. wird ihn fortführen aus Dankbarkeit für die Seemächte."

Als in der ſpäteren Zeit die Erinnerung an den Umſchwung der Dinge im Jahre 1711 ſich zu trüben begann, half namentlich St. John, der in erſter Linie an dem Umſchlage der britiſchen Politik mitgearbeitet, durch ſeine Darſtellungen dieſer Trübung nach. Er richtete lange Jahre nachher an einen Freund ein Schreiben, in welchem er als demſelben bekannt vorausſetzt, daß ſie beide noch nach dem Tode des Kaiſers Joſeph für die Anſprüche Carls III. auf Spanien eingetreten ſeien. „Sie und ich, ſchreibt er, und viele Andere fuhren fort, die Anſprüche des Königs Carl zu unterſtützen, und ſtellten uns mit aller Kraft den Friedenshandlungen entgegen, die auf einer anderen Grundlage begonnen hatten. Glücklicher Weiſe hatten wir keinen Erfolg. Die Vielen, welche uns entgegen hielten, daß wir darauf ausgingen eine furchtbare Macht zu ſchaffen, an der wir zuletzt den gefährlichen Feind haben würden, den wir bis dahin in einem Anderen erblickten, behielten gegen uns die Oberhand." [1])

Daß dieſer Popanz einer Uebermacht des nachherigen Kaiſers Carl VI. im Jahre 1711 noch nicht exiſtirte, haben die Reden Rabys dargethan und wird der Verlauf der Dinge ferner darthun. Das engliſche Miniſterium, in welchem neben Harley der Staats-Secretär

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 165. The occasional writer II.

St. John voran trat, hatte seine geheime Friedenshandlung begonnen im Januar, wo der Kaiser Joseph I. in jugendlicher Manneskraft da stand. Der Tod des Kaisers wurde dem englischen Ministerium zum Sporne, diese geheime Friedenshandlung, bei welcher auf englischer Seite St. John die hauptsächlichste Arbeitslast trug, eifriger zu betreiben, nicht jedoch aus Furcht vor einer übergroßen Macht des Königs Carl, sondern aus Furcht, daß der König Carl, auf ein ähnliches französisches Erbieten, wie das im Januar geschehene, eher als sie selber, Spanien aufgeben könne. Wir haben der Friedenshandlung zu folgen.

Die geheime Friedenshandlung zwischen England und Frankreich.

Die Verhandlungen in den Monaten April bis Juli.

Bei der Anknüpfung des englischen Ministeriums in Versailles, durch den französischen Geistlichen Gautier, war es der Differenzpunkt, daß das englische Ministerium von Versailles her Vorschläge erwartete, die es auch der Republik mittheilen könne, daß dagegen König Ludwig XIV. lieber nur mit England allein verhandeln wollte. In diesem Stande blieben die Dinge bis in den April.

Am 8. April erkrankte der Kaiser Joseph I., am 17. April starb er. Am 22. April zeichnete Torcy in Marly sechs Friedensvorschläge, zunächst an England gerichtet.[1]) Der Eingang lautet: „Da man nicht in Zweifel ziehen darf, daß der König im Stande ist, den Krieg ruhmvoll auszuhalten, so kann man es auch nicht als einen Beweis der Schwäche betrachten, daß Se. Majestät das Schweigen bricht, welches er seit der Auflösung der Conferenzen von Geertruidenberg beobachtet hat, und daß er, vor der Eröffnung des Feldzuges, neue Beweise seines Wunsches gibt, den Frieden Europas herzustellen. Aber nach den Erfahrungen, die er in Betreff der Gesinnungen der jetzigen Leiter der Republik Holland gemacht hat, so wie ihrer Bemühungen, die Unterhandlungen fruchtlos zu machen, will er, zum Zwecke des

[1]) Dies ist das erste Schriftstück in dem Berichte des geheimen Comités des Unterhauses von 1715, zur Erforschung der Unterhandlung des Utrechter Friedens.

Gemeinwohles, die Vorschläge, die er für geeignet hält, den Krieg zu beenden und die allgemeine Ruhe der Christenheit zu sichern, an die englische Nation bringen." Dann folgen die Vorschläge. Der wesentliche Unterschied derselben von den Präliminarien, die den Unterredungen von Geertruidenberg zu Grunde gelegen, ist der, daß jene Präliminarien die Rückgabe Spaniens feststellten und die Beredungen nur den Modus derselben behandeln sollten, daß dagegen die Vorschläge vom 22. April 1711 das Königreich Spanien als das Eigenthum Philipps V. voraussetzen, der als anerkannter König den Engländern volle Sicherheit für ihren Handel verspricht, überhaupt in allgemeinen Ausdrücken England, die Republik und ihre Bundesgenossen zu befriedigen in Aussicht stellt. Des Königs Carl geschieht in diesen Vorschlägen Toreys keine Erwähnung.

Auf den Eingang dieser Vorschläge in London schrieb der Staats-Secretär St. John an Lord Raby im Haag: „Im Allgemeinen kann ich Ihnen nunmehr sagen, daß wir uns bemühen müssen, den Frieden zu erlangen, ohne uns zu begierig darnach zu zeigen." [1])

Die letzten Worte zeigen uns die Selbsttäuschung dieses britischen Ministeriums. Der Gang der Dinge, die Urtheile der kundigen Zeitgenossen haben dargethan, daß Ludwig XIV. im Jahre zuvor die Verhandlungen in Geertruidenberg erst hingehalten, dann abgebrochen, in der Hoffnung, daß die bevorstehende Wandlung der Dinge in England ihm bessere Aussichten bringen werde. Diese Wandlung war eingetreten, weitgreifend vielleicht über sein Erwarten. Daß das neue Ministerium friedensbedürftig war und um seiner Selbsterhaltung willen friedensbegierig sein mußte, war eine Thatsache, über die unter den Kundigen kein Zweifel obwaltete. Diese Thatsache brachte das Ministerium dahin, im Januar endlich den seit langer Zeit von Ludwig XIV. ersehnten, aber auch erwarteten Schritt zu thun und den ersten Anwurf zu machen. Es geschah jedoch noch nicht in der von Ludwig XIV. gewünschten Weise; denn England wollte noch mit Holland zusammen gehen. Für die französische Politik aber kam es darauf an, diese zwei Mächte völlig aus einander zu reißen, dadurch

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 157. Vom 20. April S. V., also 1. Mai S. N., wo das von Torey am 22. April gezeichnete Schriftstück in London sein mußte.

die große Allianz ganz zu zersprengen, und nur noch mit England zu verhandeln. Dann erst war der Umschwung vollbracht. Dann war Ludwig XIV. nicht mehr wie zwei Jahre zuvor im Haag in der Person seines Staats-Secretärs Torcy der um Frieden Bittende, sondern wieder wie vordem der Meister und Herr, der die Bedingungen des Friedens dictirte nach seinem Willen. Und zwar wurde er dies, nicht weil es dem englischen Ministerium gelang, seine Friedensgierigkeit nicht zu zeigen, sondern weil vielmehr diese Friedensgierigkeit das für die Augen in Versailles offen liegende Fundament war, auf welches Ludwig XIV. den Plan der Herstellung seiner Ueberlegenheit bauete.

Die Vorschläge vom 22. April waren daher ein Keil, den die französische Politik zwischen England und die Republik einzutreiben suchte, um sie zu spalten und zu trennen.

Die Vorschläge wurden im Rathe der Königin zu St. James als ein annehmbares Erbieten zur Unterhandlung anerkannt. Im Namen der Königin übersandte St. John, am 27. April/8. Mai, sie an Lord Raby zur Mittheilung an den Rathspensionär. Denn die Königin, schrieb er, wolle nur in vollem Einverständnisse mit den Generalstaaten handeln.

Aber der Eingang der Vorschläge enthielt beleidigende Anklagen gegen das Verhalten der Holländer in Geertruidenberg, für welches Verhalten damals selbst die Königin ihre volle Anerkennung hatte aussprechen lassen (Band XIII, S. 451). In seinem officiellen Schreiben berührt St. John das nicht. In seinem Privatbriefe an Lord Raby erwähnt er die Thatsache, daß seit Geertruidenberg immer die französische Politik sich bemüht habe, ein Mistrauen gegen die Friedenswilligkeit der Holländer an den Tag zu legen.[1]) Den Grund, warum die französische Politik so handele, und namentlich in diesem Falle, erörtert St. John nicht.

Dagegen sieht er voraus, daß die Vortheile, die in den Vorschlägen Frankreich für England in Aussicht stellt, natürlicher Weise die Holländer antreiben werde, unter der Hand auch für sich bei Frankreich Vortheile auszubedingen. „Die Holländer, schreibt er, werden sich bemühen, uns durch den Frieden zu prellen, wie sie uns durch

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 175.

den Krieg geprellt haben."[1]) Lord Raby ſoll daher wachſam ſein ſolchen Verſuchen nachzuſpüren. — St. John erkannte alſo an, daß die Vorſchläge des Feindes von England nicht bloß das Mistrauen des Bundesgenoſſen von England gegen England wach rufen würden, ſondern wahrſcheinlich auch die Bethätigung dieſes Mistrauens durch eigene Sonderunterhandlungen mit Frankreich. Aber er wußte auch, daß England in der Gunſt des bis dahin noch gemeinſamen Feindes einen Vorſprung hatte.

Und zwar dies in mehr als einer Beziehung. Denn das engliſche Miniſterium, welches dem Rathspenſionär ſagen ließ, daß die Königin nur gemeinſam mit den Generalſtaaten unterhandeln wollte, wartete eine Antwort von dort her nicht ab. Vielmehr enthielt jene ſelbe Depeſche St. Johns, welche die franzöſiſchen Vorſchläge an Raby im Haag übermittelte, auch ein Schreiben des Gautier aus London an Torcy, welches Raby nach Paris zu befördern hatte.[2]) In dieſem Schreiben verlangt Gautier beſtimmtere Auskunft über die Worte des erſten Artikels der Vorſchläge: „Die Engländer werden reelle Sicherheiten erhalten, fortan ihren Handel in Spanien, in Weſtindien und in den Häfen des Mittelmeeres auszuüben." — Auf dieſe Anfrage ließ Torcy mehrere Wochen mit der Antwort warten.

Inzwiſchen lief die Antwort der Republik auf die durch Raby gemachte Eröffnung ein. Sie lautete wie folgt.[3])

„Holland wünſcht in gleicher Weiſe wie Groß-Britannien einen allgemeinen, definitiven und dauerhaften Frieden, und iſt bereit ſich in aller Weiſe an den Mitteln zu betheiligen, welche geeignet erſcheinen ihn herbeizuführen. Es bemerkt, daß die Vorſchläge noch zu allgemein ſind, und wünſcht, ebenſo wie Groß-Britannien, daß Frankreich ſich über die darin enthaltenen Punkte mehr eingehend erkläre, und denjenigen Plan mittheile, den es für geeignet erachtet, den verſchiedenen Mächten der Allianz ihre Intereſſen zu verbürgen, und die Ruhe Europas herzuſtellen. Dann wird man in eine engere Unterhandlung eintreten können."

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 176.
[2]) A. a. O., p. 178.
[3]) A. a. O., p. 198.

Die mündliche Antwort des Rathspenſionärs an Lord Raby war ausführlicher. Sie ſprach den Dank der Republik aus für das Vertrauen der Königin in ſie, ſowie die Verſicherung demſelben zu entſprechen. Wie die Königin der Republik verheißen, nur gemeinſam mit ihr an dem Frieden arbeiten zu wollen, ſo verſpreche auch die Republik, keinen Schritt zu thun ohne die Königin, noch ſich in irgend welche Sonderunterhandlung einzulaſſen. [1])

Das Verſprechen war von der einen Seite ſo aufrichtig gemeint wie von der anderen. Von Seiten des engliſchen Miniſteriums findet ſich nicht wieder eine Antwort. Es war ja bereits mit der Fortſetzung ſeiner Sonderunterhandlung ohne die Republik in vollem Zuge. Aber auch dieſe handelte nun ihrerſeits ſo wie St. John von ihr vorausgeſetzt hatte. Nachdem das britiſche Miniſterium durch ſeine einſeitige Anknüpfung mit Frankreich, durch das principielle Eingehen auf die Vorſchläge von Verſailles, die Allianz moraliſch bereits gebrochen, ſo daß die Republik auf weitere Schritte in dieſer Richtung gefaßt ſein mußte, gab dieſe nicht dem anderen Bundesgenoſſen, dem Könige Carl, eine Kunde von dieſer für die Allianz gemeinſamen Gefahr, ſondern trachtete auch ihrerſeits für ſich bei Frankreich gut abzukommen. Heinſius und Buys machten Verſuche nicht bloß, wie Torcy erzählt, durch Petkum, ſondern auch auf anderem Wege, durch einen Kaufmann aus Rotterdam. [2]) Sie eben ſo wie das britiſche Miniſterium bereiteten dadurch nur dem Hofe von Verſailles eine beſondere Genugthuung. „So ſah man, erzählt Torcy, die zwei Mächte, die bis dahin der Herſtellung der Ruhe Europas am nachdrücklichſten entgegen geſtanden, nun im Wettlaufe mit einander um die Ehre, zur Vollendung dieſes Werkes beizutragen.“ [3])

In dieſem Wettlaufe jedoch, der von einem Anderen als Torcy kaum als derjenige um eine Ehre bezeichnet werden dürfte, hatte das engliſche Miniſterium mehr als nur Einen Schritt voraus. Den König Carl in Spanien hülflos zu machen, ſtand ungleich mehr in der Macht Englands als der Republik, und dieſer Punkt war der weſentlichſte

[1]) Rapport du Comité secret p. 3. Schreiben des Lord Raby an St. John, vom 25. Mai.

[2]) Robethons Bericht vom 23. Mai.

[3]) Mémoires de Torcy t. III, p. 29.

in der ganzen Sache. Mit dieſem Vortheile jedoch, daß England als die ſtärkere Macht beſſere Dienſte für Frankreich leiſten könne, begnügte das engliſche Miniſterium ſich nicht. Torcy erzählt: Ils supplièrent le roi, supposé que les Hollandais eussent véritablement fait quelques avances, de répondre nettement qu'il ne voulait rien écouter de leur part.[1]) — Die Bitte des britiſchen Miniſteriums ward gewährt. Der König ließ die Antwort an Petkum ſo abfaſſen, wie Gautier ſie vorgeſchlagen.[2])

Gefährlicher jedoch als ein holländiſcher Sonderfriede mit Frankreich, hätte für das britiſche Miniſterium ein ſolcher des Königs Carl ſein können. Darum wurde ihnen, bei aller ihrer Geneigtheit für den verzogenen Liebling Victor Amadeus, der eigenwillige Eifer Peterboroughs für einen Anſpruch des Herzogs auf Spanien mehr und mehr ungelegen. „Eine Erklärung unſererſeits für einen ſolchen Anſpruch, ſchrieb St. John, am 27. April/8. Mai, würde nur die eine Wirkung haben, die öſterreichiſchen Miniſter zu einem Abkommen mit Frankreich zu treiben.“[3]) Im Falle eines ſolchen Abkommens blieb dann freilich für die britiſchen Miniſter keine Ausſicht auf die Sondervortheile in Spanien, mit welchen ſie hofften den Mangel an Ehre, den dies geheime Friedenswerk auf ſie bringen mußte, in den Augen der Nation zu überdecken.

Dieſe Vortheile waren zunächſt der Beſitz wichtiger Hafenplätze in Spanien. Darauf bezog ſich die Anfrage Gautiers vom 8. Mai. Mündlich waren genannt Gibraltar, Port Mahon, Corunna. Philipp V. bewilligte die zwei erſteren. Ludwig XIV. erachtete es dem Intereſſe ſeines Enkels mehr entſprechend, das zweite einſtweilen noch in Reſerve zu behalten. Demgemäß antwortete Torcy, am 31. Mai, indem er weitere Fragen hinausſchob, mit dem feſten Angebote von Gibraltar.[4]) Zugleich beruhigte er das britiſche Miniſterium darüber, daß Frankreich weitere geheime Unterhandlungen nicht habe, weder mit Holland, noch anderswo durch Lothringen, oder durch Noailles, ſondern lediglich mit dem britiſchen Miniſterium. „Aber, ſchließt er dann, benutzen Sie

[1]) Mémoires de Torcy, t. III, p. 30.
[2]) A. a. O., p. 31.
[3]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 170.
[4]) Mémoires de Torcy, t. III, p. 27.

auch Ihrerseits das Vertrauen, welches man in Sie setzt; denn es wäre nicht recht für uns, dadurch die Zeit und die günstigen Dispositionen, die man von einer anderen Seite uns zu zeigen beginnt, verloren gehen zu lassen. Betrachten Sie das was ich hier schreibe, nicht als eine Drohung, sondern bedenken Sie, daß es für uns nicht klug wäre, die Mittel zu einem Frieden nicht zu benutzen, so lange wir nicht sicher sind, was Sie Ihrerseits thun wollen." [1])

Die Drohung blieb ungeachtet der Motivirung eine Drohung, und es kann sich daher nur fragen, ob diese Motivirung einen festen Grund hatte. Die Versuche der Holländer hatte man in Versailles, gemäß der Bitte des britischen Ministeriums, zurückgewiesen. Als die andere Seite, auf die Torey hindeuten will, blieb daher nur die dritte betheiligte Großmacht, der König Carl als der Erbherr der österreichischen Länder.

Daß die französische Politik gewünscht hatte, mit ihm allein abzukommen, liegt vor in dem Versuche, den sie nach dem Falle Gironas durch Noailles hatte machen lassen. Daß ein directes Abkommen mit Carl III. auch den Wünschen Philipps V. und der zu ihm haltenden Spanier mehr entsprochen hätte als dasjenige mit England, liegt schon darin, daß dann die Abtretung von Gibraltar und Port Mahon hätte erspart bleiben können. Auch regte sich auf französischer Seite sofort nach dem Tode des Kaisers Joseph wieder dieser Gedanke einer Unterhandlung mit Carl III., und fand einen lebhaften Ausdruck durch den Marschall Villars. [2]) Er hatte eine gewisse Berechtigung diesen Gedanken vor dem Könige von Frankreich geltend zu machen, weil er als dessen Gesandter in Wien zur Zeit der Theilungsverträge Augen- und Ohrenzeuge der Misstimmung gewesen war, die der Kaiser Leopold und seine Räthe über jene im vermeintlichen Interesse der Seemächte gemachten Verträge empfanden, so wie der Kundgebungen ihrer Bereitwilligkeit, um den Tausch der Portionen sich mit Ludwig XIV. zu einigen. Der Marschall Villars machte, vom Feldlager von Oisy aus, am 29. April, alle diese seine Erinnerungen von Wien her vor Ludwig XIV. geltend.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 170.

[2]) Pelet t. X, p. 594 et suiv. Vom 29. April.

In dieser Weise also wurde auf französischer Seite die Sache wieder angeregt, zu Ende April.

Jene Worte Torcys aber, vom 31. Mai, daß man von einer anderen Seite günstige Dispositionen zu zeigen beginne, weisen hin auf Carl III., und es fragt sich also um die Wahrheit derselben.

Der König Carl hatte von Anfang an den Willen kund gegeben an Spanien festzuhalten. Darum ging er auf die dringenden Bitten seiner Mutter, der Kaiserin Eleonora, wie des Grafen Wratislaw, zur sofortigen Heimkehr nicht ein. In denselben Tagen, wo Torcy nach London hin jene Andeutung machte, am 27. Mai, antwortete der König Carl von Barcelona aus dem Grafen Wratislaw auf die Frage, ob er, vorausgesetzt daß Spanien dem Hause Bourbon entrissen würde, sich mit den italienischen Ländern begnügen könne. Carl erwidert: „Es ist nicht gut auch nur zu denken, daß Spanien von meinem Hause könne getrennt werden. Ich bin fest entschlossen, Spanien so lange wie möglich zu behaupten, und werde dasjenige, was meinem Hause und mir gebührt, und so lange demselben gehört hat, niemals anders fahren lassen als gezwungen. Also hat man die dortigen und die hiesigen Angelegenheiten in gleicher Weise in Betracht zu ziehen. Nachdem ich Euch diesen meinen Willen und meinen Entschluß kund gethan, werdet Ihr danach Eure Rathschläge einrichten. Sollte es Gott später so fügen, daß wir Spanien nicht behalten können, so wird dann auf weitere Maßregeln zu denken sein.“ [1])

Fassen wir hier das Verhalten Carls III. noch mit einigen weiteren Zügen ins Auge.

Der König Carl ging dabei von dem Gedanken aus, den er einige Wochen früher in einem Schreiben an Wratislaw in die Worte gekleidet hatte: „Ich glaube nie, daß die Seemächte Spanien und Indien in des Feindes Händen lassen werden wegen ihres eigenen Interesses.“ [2]) Bei der Abfassung jenes Schreibens vom 27. Mai steigt ihm einmal ein Verdacht gegen Holland auf, ohne bestimmten Anhaltspunkt, nur so daß er empfiehlt, bei den laufenden Conjuncturen

[1]) Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 162.
[2]) A. a. O., S. 152. Vom 25. April.

auf Holland wohl Acht zu haben.[1]) Irgend welcher Verdacht gegen das neue britiſche Miniſterium kommt bei ihm nicht zum Ausdrucke. Die Furcht der britiſchen Miniſter, daß Carl III. die eigenmächtigen Reden des Lords Peterborough für den Anſpruch des Herzogs Victor Amadeus auf Spanien als officiell berechtigt anſehen und demgemäß ihnen bei Frankreich zuvorkommen könne, war ſo wenig begründet, daß Carl III. von ſeinem Standpunkte aus in gleicher Weiſe jene Reden des Peterborough beklagte, und zwar wegen der ſchädlichen Wirkungen für ihn in Italien. Eine Ueberfahrt des Lords Peterborough nach Barcelona, wie er ſie in Ausſicht geſtellt, würde ihm dort nicht einen freundlichen Empfang in Ausſicht geſtellt haben. Aber er kam nicht ſo weit, ſondern kehrte von Turin aus wieder um nach Wien. An die britiſchen Miniſter dachte Carl III. bei den Gerüchten über die Reden Peterboroughs nicht. Auf die erneuerten Bitten um ſeine Ueberkunft nach Wien antwortete er, daß dort, wo die Regierung wohl geordnet und erfahrene Miniſter anweſend, ſeine Gegenwart weniger nothwendig ſei, als in Spanien, wo er den Plan der Regierung für ſeine Abweſenheit erſt noch zu bilden habe. Endlich wies er darauf hin, daß, wie die Admirale der Flotte bereits kund gegeben, ſie ihn nicht hinweg führen würden ohne Auftrag ihrer Principale. Eine Kundgebung ſolcher Art konnte bei Carl III. keinen Verdacht erregen, weil es, bei ſeiner Auffaſſung der Dinge, nahe lag zu ſchließen, daß für England ſein einſtweiliges Verbleiben in Spanien erwünſcht ſein werde. Darum blieb auch der Ausdruck der Vermuthung Wratislaws, daß in den Befehlen an die Admirale geheime Clauſeln ſtecken könnten, bei Carl III. ohne Wirkung.[2])

Ein Verdacht hätte bei Carl III. dadurch aufſteigen können, daß jede Geldſendung von London her unterblieb. Selbſt der neue britiſche Botſchafter bei ihm und General der britiſchen Truppen in Spanien, Herzog von Argyle, war mit leeren Händen gekommen. Dies war um ſo auffallender, nachdem bei der Eröffnung des Parlamentes die Thronrede der Königin und die antwortenden Adreſſen des Parlamentes der Welt verkündet hatten: beſonders in Spanien ſolle der

[1]) Arneth, Eigenhändige Correſpondenz u. ſ. w., S. 158.
[2]) A. a. O., S. 155. Vom 17. Mai.

Krieg mit Nachdruck geführt werden. Statt dessen ergab sich nun in der That die völlige Vernachlässigung. Sie mochte von Carl III. weniger empfunden werden, weil ihm der Graf Mollart von Wien aus noch im Mai einen Wechsel von einer halben Million Gulden überbrachte.[1] Jedenfalls keimte noch für längere Zeit in der Seele Carls III. in Barcelona gegen das britische Ministerium kein Verdacht, der zum Ausdrucke gelangte.

Das gesammte Verhalten Carls III. beweist, daß jene von Torcy, am 30. Mai, nach England gerichtete Drohung mit dem Hinweise auf eine andere Unterhandlung in Bezug auf Carl III. jedes Grundes entbehrte. Anders lagen die Dinge; denn gerade die französische Politik machte wieder einen Versuch in dieser Richtung. Es ist möglich, daß jener Hinweis des Marschalls Villars mit dazu beitrug.

Die Sache wurde dies Mal so eingerichtet, daß man von französischer Seite sich an den Neffen des Papstes wandte, Albani. Dieser schrieb dem Nuntius in Wien: er möge dem Grafen Wratislaw und dem Fürsten Trautson sagen, daß Frankreich bereit sei, mit Carl III. einen Frieden zu verhandeln und gute Bedingungen zu gewähren. Denn man wolle lieber mit Carl III. abschließen als mit England. Die Bedingung sei die Nichtmittheilung an die Verbündeten. — Die beiden österreichischen Minister erwiderten: sie seien nicht ermächtigt, in der Abwesenheit des Königs auf derartige Vorschläge zu antworten. Wratislaw fügte hinzu: wenn Frankreich den König Carl III. befragen werde, ob er mit Ausschluß seiner Verbündeten unterhandeln wolle, so werde es jederzeit ein Nein zur Antwort erhalten.[2]

Demnach sind nicht bloß Einmal, sondern wiederholt von französischer Seite Vorschläge an Oesterreich gemacht und jedes Mal zurückgewiesen. St. John hatte gewis nicht Unrecht zu sagen, daß England in dem schweren Kriege ungleich mehr geleistet, als das von dem ungarischen Aufstande gelähmte Oesterreich. Dennoch hatte das letztere etwas entgegen zu stellen, was ungleich schwerer wog: seine Ehrlichkeit und seine Bundestreue.

---

[1] Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 156.

[2] A. a. O., S. 214. Vom 31. August.

Aber indem die Miniſter Oxford und St. John den Maßſtab zur Beurtheilung Oeſterreichs aus ſich ſelber nahmen, übte jene Drohung Torcys mit dem Hinweiſe auf Oeſterreich, ob begründet, ob nicht, dieſelbe Wirkung.

Indem das britiſche Miniſterium entſchloſſen war, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen, erwuchs die Nothwendigkeit, den Botſchafter im Haag in das volle Vertrauen zu ziehen. Denn, nach dem Ausdrucke St. Johns, war der Botſchafter der Königin im Haag beinahe ihr Univerſal-Miniſter.[1]) Im Laufe des Monates Mai hatte St. John wiederholt ſchon dem Lord Raby angekündigt, daß ſeine Ueberkunft nach England wünſchenswerth ſei. Am 29. Mai/9. Juni meldete er ihm den directen Befehl der Königin, damit die Inſtructionen, nach denen er fortan im Haag zu handeln habe, mit ſeiner eigenen Aſſiſtenz ausgefertigt werden könnten.[2]) Als Vorwand zur Verhüllung des eigentlichen Zweckes der Reiſe dienten die Privatangelegenheiten des Lord Raby. Es verlautete, daß die Königin ſein wiederholtes Erſuchen erfüllen und den Familientitel der Grafen Strafford in ihm herſtellen wolle.

Ein beſonderer Act ergibt ſich zugleich, wie feſt entſchloſſen das britiſche Miniſterium bereits war. Erſt einige Wochen ſpäter ward zwiſchen ihm und Verſailles ſchriftlich feſtgeſtellt, daß der Beſitz in Nordamerika verbleiben ſolle, wie er beim Abſchluſſe des Friedens ſein werde.[3]) Im Mai entſendete das neue Miniſterium ein Geſchwader unter dem Commando des Brigadiers Hill, des Bruders der Frau Maſham, nicht mehr nach Spanien, ſondern nach Nordamerika, zuerſt nach Boſton, dann nach Canada. „Obwohl, ſchreibt St. John an Hill, das wahre Geheimnis der Expedition fortdauernd öffentlich beſprochen wird, ſo iſt doch in den Gerüchten keine Stätigkeit, und ich glaube Ihnen die Verſicherung geben zu dürfen, daß der Feind im Dunkeln tappt.“[4]) — Dieſes Wort Feind konnte ſich, nach Maßgabe des Geheimniſſes, auch auf Andere beziehen als auf Frankreich.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 185.
[2]) A. a. O., p. 229.
[3]) Rapport du Comité secret p. 212.
[4]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 233. Vom 29. Mai/10. Juni.

Im Juni entſendete das britiſche Miniſterium in der Stille den als Poeten wie Diplomaten gleich gewandten Matthew Prior nach Frankreich. Seine Inſtruction enthielt voran die Forderung der Sicherheit, daß die Kronen von Frankreich und Spanien nie auf Einem Haupte vereinigt ſein dürften, und diejenige der Satisfaction für alle Alliirten, ſo wie der Herſtellung des Handels. Es folgten die einzelnen Forderungen. Prior verſicherte dem Staats-Secretär Torcy, daß der König im Laufe der Unterhandlung mit der Königin zufrieden ſein werde, verlangte aber auch, daß für den Dienſt, den die Königin dadurch leiſte, daß ſie dem Könige Philipp V. den Thron von Spanien ſichere, vortheilhafte Bedingungen für die Königin und Groß-Britannien gewährt werden müßten. Ueber dieſe Bedingungen verhandelte Prior in Paris bis in den Monat Auguſt.[1])

Vermuthungen und Urtheile über die geheime Friedenshandlung.

Daß eine geheime Unterhandlung im Werke ſei, ward im Haag, im Laufe des Monates Juni, von Vielen vermuthet, zu nicht geringem Theile aus den Reden ſelbſt, die Lord Raby dort geführt hatte. Entgegen den früheren Worten, die er auf die Todesnachricht des Kaiſers Joſeph geäußert, hatte er, im Juni, offen geſagt, daß man Spanien und Weſtindien dem Herzoge von Anjou belaſſen müſſe. Er hatte darin Zuſtimmung gefunden bei der friedenseifrigen Partei, namentlich bei dem Penſionaris Buys. Beſonders der Prinz Eugen äußerte ſich ſcharf gegen Lord Raby, der offen erklärt hatte, daß Franz Rakoczy gute Gründe habe, ſich dem Frieden von Szathmar nicht zu fügen, und der dann doch zugleich im Auftrage des neuen Miniſteriums für die Forderung eintrete, daß man 8000 Mann aus Ungarn nach Savoyen ſchicken ſolle.[2]) — Der Prinz Eugen mochte nicht wiſſen, daß die Sympathie dieſes britiſchen Botſchafters für Rakoczy einigermaßen bedingt ſein könne durch den Goldesglanz des ihm von Rakoczy in Ausſicht geſtellten Geſchenkes.

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 35.

[2]) Robethons Bericht vom 23. Juni.

Aber es fehlte auch nicht an positiven Anzeichen. Petkum zeigte dem Rathspensionär einen Brief Torcys vor. Darin hieß es: das britische Ministerium zeige sich so sehr geneigt zum Frieden, daß, wenn Frankreich einen solchen zu verhandeln gedenke, es nur dahin sich wenden würde.[1]) — Die letzten Worte hießen eben so viel wie die Meldung der Thatsache, daß unterhandelt werde. Man wußte nur freilich nicht wo? und wie?

Demgemäß wurden auch andere Umstände in dieser Richtung aufgefaßt. Am 4. Juli hieß es bereits im Haag, daß diese geheime Unterhandlung der Grund sei, aus welchem der Graf Oxford jede Geldsendung nach Spanien unterlasse, und aus welchem Philipp V. in Spanien jegliche Unternehmung gegen Catalonien auf den Herbst verschoben habe, in der Hoffnung, auch ohne ein Wagnis durch einen Friedensvertrag den Besitz dieses Landes zu erlangen.[2])

Unter den Gesandten in London entwickelte in dem Bestreben, den Schleier der Anknüpfung des britischen Ministeriums mit Frankreich zu lüften, den regsten Eifer der Vertreter des Königs Carl, Graf Gallas. Wir haben daher seinen Schritten zu folgen. Indem diese uns den Sachverhalt klarer stellen, als es bei der Unkenntnis derselben bisher hat geschehen können, ergibt sich zugleich daraus die Rechtfertigung des Gedächtnisses dieses Mannes gegenüber der Unbill, die er von der Regierung der Königin Anna zu erfahren hatte, und die dann der französische Staats-Secretär Torcy auch literarisch, in seinen Memoiren, mit mehr Eifer als Kenntnis fortgesetzt hat.

Bis tief in den Monat Mai hinein hatte der Graf Gallas gegen das britische Ministerium keinen Verdacht. Am 8. überreichte er der Königin ein Dankschreiben Carls III., vom 28. März, für ihre Erbietungen mit allem Nothwendigen auszuhelfen. Gallas benutzte die Gelegenheit zu bemerken, daß es an Vielem fehle. Die Königin antwortete: sie werde die erforderlichen Maßregeln treffen lassen. „Da die Königin, fügt Gallas hinzu, keine andere Information hat, noch haben will als von ihren eigenen Dienern, so ist jede Enttäuschung unmöglich und der Versuch dazu würde übel aufgenommen werden.

[1]) Robethons Bericht vom 23. Juni.

[2]) Desgleichen vom 4. Juli.

So wird durch Schweigen wenigſtens die Eintracht erhalten, und im Einzelnen läßt ſich dann doch immer noch etwas erreichen.“ [1])

Den erſten dringenden Verdacht erregte bei dem Grafen Gallas die Abfahrt des Geſchwaders von neunzehn Schiffen, unter Hill, von Plymouth, am 10. Mai. Er wußte, daß die Holländer daran keinen Antheil, noch auch nur eine Kenntnis davon hatten. „Faſſe ich alles zuſammen, ſchreibt er, was ich davon weiß, ſo kann weder Frankreich das Ziel ſein noch Spanien, noch überhaupt das Mittelmeer, ſondern Amerika. Man ſagt mir auch, daß die Expedition beſondere Vortheile für Harley und St. John bezwecke.“ [2]) Er wußte damals noch nicht, daß die Koſten für dieſe Expedition entnommen waren von der Summe einer und einer halben Million Pfund Sterling, welche das Unterhaus für den Krieg in Spanien bewilligt hatte.

Mit der Ankunft des Lords Raby wuchſen in London die Friedensgerüchte hervor, namentlich in der kaufmänniſchen Welt, mit dem beſtimmten Inhalte, daß Spanien und Weſtindien dem Herzoge von Anjou, Philipp V., verbleiben würden. St. John wiederholte den fremden Geſandten unabläſſig, daß Lord Raby wegen ſeiner Privatangelegenheiten gekommen ſei. Dennoch entſchlüpfte ihm einmal ein Wort von einem Befehle der Königin, und die Berichte vom Haag her, wo Raby, wenn nicht ausdrücklich, ſo durch ſeinen Eifer für ſeine Abreiſe deutlich zu erkennen gab, daß er berufen worden ſei, ließen darüber keinen Zweifel.[3]) Um ſo ſtärker regte ſich das Mistrauen. Gallas befragte, am 12. 23. Juni, den Staats-Secretär Dartmouth, was er in Betreff der umlaufenden Friedensgerüchte nach Wien und Barcelona berichten könne. Dartmouth erwiderte: „Sie dürfen der Kaiſerin und dem Könige Carl verſichern, daß die Königin in der Friedensſache ſich nie anders engagiren wird als gemeinſam mit ihren Verbündeten.“ In ähnlicher Weiſe antworteten Oxford und St. John.[4])

---

[1]) Bericht vom 8. Mai. Im Gräflich Clam Gallas'ſchen Archive. Dasſelbe iſt in dieſer Angelegenheit ungleich reicher als das k. k. Archiv.

[2]) Bericht vom 29. Mai.

[3]) Robethons Bericht vom 23. Juni: La reine l'a mandé avec le dernier empressement.

[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 12. 23. Juni.

Der Letztere ſuchte auch direct nach Wien hin zu wirken. Der Graf Wratislaw hatte ihm einige Zeit zuvor einen Entwurf über die Kriegführung in Spanien zugeſchickt. St. John erwiderte, am 15./26. Juni, daß der Entwurf zu weit ausgreife. „Suchen wir zuerſt, fügt er hinzu, unſere zerfallenen Angelegenheiten in Catalonien herzuſtellen, und auf den anderen Schauplätzen, wo der Feldzug bereits im Gange, den Krieg mit Nachdruck zu führen: alsdann wird es Zeit ſein, neue Plane zu entwerfen.“ [1])

Zugleich empfahl St. John dem Grafen Wratislaw die Sendung von Whitworth nach Wien. Der Auftrag desſelben war zu verlangen, daß von den Truppen, die nunmehr in Ungarn verfügbar ſeien, 8000 Mann dem Herzoge Victor Amadeus zugeſendet würden, damit er weſtwärts der Alpen feſten Fuß faſſen könne.

Dieſe Forderung der 8000 Mann iſt von beſonderer Wichtigkeit. Zunächſt iſt kaum anzunehmen, daß das britiſche Miniſterium, wo es heimlich ſich bemühete, mit Frankreich zum Frieden zu gelangen, noch mit Ernſt darauf geſonnen haben ſollte, demſelben in Savoyen einen ſchweren Streich zu verſetzen. Dagegen konnte ſich das britiſche Miniſterium nicht unklar darüber ſein, daß die Forderung, die es durch Whitworth in Wien ſtellen ließ, dort ſehr geringe Ausſicht auf Erfolg haben würde. Zwar war in Ungarn der Friede hergeſtellt, doch erſt zu Ende April; aber es war bekannt genug, daß, wie immer der ruſſiſch-türkiſche Krieg ausſchlug, ob zu Gunſten des Czaren Peter I. oder des Schwedenkönigs, Oeſterreich den Einen zu fürchten hatte wie den Anderen. Demnach konnte und mußte man in London vorausſehen, daß die Miniſter in Wien eine Schwächung der Armee in Ungarn um 8000 Mann nicht gewähren würden. Wie man aber dann in London dieſen Abſchlag anſehen wollte, zeigte St. John im voraus in einem Schreiben an den Herzog von Argyle in Spanien an, nämlich als eine abſolute Deſertion der gemeinſamen Sache. [2])

In der Wirklichkeit geſtaltet ſich alſo die Sache ſo, daß dieſe Forderung argliſtig ausgedacht war, damit der vorausſichtliche Abſchlag derſelben zu einer Anklage gegen Oeſterreich dienen könne.

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, pag. 252.

[2]) A. a. O., p. 241. Vom 12. Juni: We must look upon a refusal of them as an absolute desertion of the common cause.

Die Meinungen des Grafen Gallas bei dieſer Lage der Dinge, im Juni, ſchwankten auf und ab. Das Gerücht meldete, daß ſich das engliſche Miniſterium des gefangenen Marſchalls Tallard als Unterhändler bediene. Gallas verwarf dies Gerücht, denn, wenn es dem Miniſterium Ernſt ſei, ſo könne es leicht bei Nacht ſeine Agenten von Dover nach Calais überbringen laſſen. Daß der erſte Agent, deſſen ſich das britiſche Miniſterium bedient, der franzöſiſche Geiſtliche Gautier, in ſeinem eigenen Hauſe ein- und ausging, erfuhr Gallas erſt ſpäter. Noch am 7. Juli ſpricht er ſeinen Zweifel aus, ob die Gerüchte begründet ſeien. Es hange alles von dem Grafen Oxford ab, meint er, von der Frage, was dieſem Manne perſönlich als zweckmäßig erſcheine.[1])

Aber die Gerüchte erneuerten ſich täglich. Gallas erörtert die Gründe, die für dieſelben ſprechen. „Diejenigen von der jetzt herrſchenden Partei der Tories, ſchreibt er, mögen ſagen was ſie wollen, ſo iſt es doch eine ausgemachte und weltbekannte Sache, daß der größere und vornehmere Theil von ihnen niemals im Herzen willig für dieſen Krieg geweſen iſt. Was das Parlament in der letzten Seſſion gethan, daß es alles hergegeben, was der Hof verlangt hat, um den wankenden Credit wieder empor zu bringen und die Subſidien zu bezahlen — das iſt mehr der eigenen Reputation wegen und unter dem Drucke der Zweckmäßigkeit ſich dadurch zu erhalten, als aus Neigung für die Sache geſchehen. In der Wirklichkeit haſſen die Tories, unter denen viele Jacobiten ſind, aus natürlicher Neigung und aus ihrem Gegenſatze gegen die Whigs und das vorige Miniſterium, mehr die Holländer und das Haus Oeſterreich als Frankreich. Sie haben ſchon damals gleich, nach dem Tode Carls II. von Spanien, oft und laut ausgeſprochen, daß die Vereinigung der zwei Kronen in dem Hauſe Bourbon nicht eine Gefahr für England mit ſich bringe. Marlborough und Godolphin dagegen haben den Grundſatz verkündet, daß der Wiedergewinn von Spanien an ſich ſelber ſchon für England zum Heile gereiche."

„Es kommt dazu die Laſt der Steuern, die nach der Veranlagung von den Tories ſchwerer empfunden wird als von den Whigs, weil das Vermögen der erſteren hauptſächlich im Grundeigenthume beſteht."

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 7. Juli.

Die Anwesenheit des Lords Raby in London hatte dann, nach der Ansicht von Gallas, den Zweck ihn völlig einzuweihen und durch ihn die friedensbegierige Partei in Holland zu gewinnen. Wir sehen also, wie der Graf Gallas durchweg das Richtige vermuthet, ohne jedoch dafür positive Anhaltspunkte beibringen zu können.

St. John verneinte dem Grafen Gallas gegenüber jegliche Sonderunterhandlung mit Frankreich. Und doch waren dann seine Reden zu anderen Personen derartig, daß sie Bedenken hervor riefen. Der aus Wien zurückgekehrte General Palmes machte ihn aufmerksam, daß die Gelegenheit günstig sei, Sicilien zu nehmen. St. John bestritt. Dann fuhr er heraus mit der Frage: „Was wissen Sie, ob nicht zur Stunde schon der Wiener Hof mit Frankreich heimlich tractirt?" — Dem savoyischen Gesandten Maffei warf er hin: „Sind Sie sicher, daß man in Holland nicht unterhandelt?" — Zu dem hannöverschen Gesandten Bothmar äußerte er sich: „Ich sage nicht, daß wir etwas vorhaben. Wenn wir es aber hätten, so thäten wir nichts Anderes als was Andere längst gethan haben." [1])

Derartige Aussprudelungen waren nicht geeignet einen Verdacht zu beschwichtigen. Aber Gallas legte den Aeußerungen St. Johns nicht ein volles Gewicht bei. Er bespricht in einem längeren Berichte die Persönlichkeiten des neuen Ministeriums. Darin führt er zunächst schwere Klage über den Grafen Oxford, der, in den heimischen Angelegenheiten bis zur Perfection bewandert, von auswärtigen sehr wenig wisse, und dennoch bei der Königin alles entscheide. Bei der Zurückhaltung desselben sei man gezwungen, sich an die zwei Staats-Secretäre zu wenden, Dartmouth und St. John. Der dritte, Queensberry, war kurz zuvor gestorben. „Der Erstere, sagt Gallas, nimmt alles zum Berichte. Mit ihm zu reden ist eben so viel wie gegen eine Mauer zu sprechen. St. John ist das völlige Widerspiel. Er geht auf alles ein, begreift gar wohl, und man kann eines formellen Bescheides von ihm her sicher sein. Aber er hat weder den Rang, noch den Credit, noch die Capacität oder Solidität, daß man auf seine Meinungen bauen oder sie sich zur Richtschnur nehmen könnte. Zudem wächst sein Hochmuth und übermäßiges Feuer von Tag zu Tag, so sehr, daß

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 10. Juli.

es ſehr ſchwer iſt, ſich über ſeine eigentlichen Ideen ein ſicheres Urtheil zu bilden. Dazu iſt er der Ausſchweifung und dem Trunke grauſam ergeben, in ſolcher Weiſe, daß er ſich gleichſam eine Tugend daraus macht, öffentlich zu affectiren, als ſeien ihm die Geſchäfte eine Bagatelle, und ſeine Capacität und Geſchicklichkeit auf einer ſolchen Stufe, daß er nicht nöthig habe, um jener willen ſich das geringſte von ſeinen Vergnügungen abzubrechen. Er iſt ein ſchlechter Freund des Erzhauſes, und noch mehr der Holländer. Nach ſeinen Reden ſollte man oft meinen, daß dieſe Mächte von England her eher einen Krieg zu fürchten als Freundſchaft zu erwarten hätten." — St. John, geboren 1678, war damals dreiunddreißig Jahre alt.

„Unter den anderen Miniſtern der Königin iſt nicht Einer, außer dem Herzoge von Buckingham, der den Namen eines Miniſters verdiente. Er hat vielen Verſtand, iſt jedoch ſpitzfindig und eigenſinnig. Dazu iſt er nicht derjenige, mit dem die Geſandten zu verkehren haben."

„Die hauptſächlichſte Perſon bleibt immer der Graf Oxford. Dieſer Mann ſteckt ſo voll von Künſten und Argliſt, daß man tauſend Hiſtörchen von ihm erzählt, wie er Andere hintergangen hat und täglich hintergeht. Seine eigenen Freunde ſagen, daß er keine größere Freude hat, als wenn er einen Streich thun kann, ohne daß man ſich deſſen verſieht." [1]) — „Oxford hat neulich eine Stunde lang zu mir geredet, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, ohne daß ich dahin hätte gelangen können, in ſeinen Worten etwas Greifbares und Feſtes zu faſſen." [2])

„Das iſt das Miniſterium der Königin von Groß-Britannien. Ueber die Principien desſelben kann Niemand ſich ein ſolides Urtheil bilden." — Ein anderes Mal bezeichnet ſie Gallas ausdrücklich als der Allianz eher feindlich als freundlich geſinnt. [3])

„Der Gedankengang aber, wie er von dieſen Miniſtern und ihrem Anhange täglich dem Volke eingeredet wird, iſt wie folgt."

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 17. Juli. — Man vergleiche dazu die Charakteriſtik Oxfords in Lockhart's Memoirs vol. I, p. 369, wo Einzelnheiten ſolcher Streiche.

[2]) Bericht vom 14. Auguſt.

[3]) Im Berichte vom 31. Juli: gli ministri ed il partito dominante sono piuttosto nemici ch' amici dell' alleanza.

„Die Königin sei wie im Gefängnisse gewesen, die Kirche in höchster Gefahr, die königliche Würde usurpirt und misbraucht, das Aerar defraudirt, der Krieg nur aus Particular-Convenienz fortgeführt, und daher der Friede entfernt, den man sonst schon längst hätte haben können. — Um weiter die Bundesgenossen anzuschwärzen, so insinuirt man, daß es eine baare Unmöglichkeit sei, Spanien und Indien wieder zu gewinnen, wenn die Verbündeten sich nicht besser anstrengten. Denn das vorige Ministerium habe durch seine übele Wirthschaft und weil es an das Erzhaus und die Holländer verkauft war, England in einen solchen Zustand versetzt, daß es mit den jährlich aufzubringenden Mitteln unmöglich mehr aufkommen könne. Man habe Ungarns wegen das Erzhaus geschont. Aber dieses sei nun jenes Unheils ledig, besitze und genieße Bayern, Mailand, Mantua, Neapel und Sardinien, und doch sehe man nicht, daß ein Mehr von demselben zu hoffen. Die Holländer zögen allen Vortheil von den Eroberungen in den Niederlanden, wollten aber von einer Steigerung, noch auch selbst nur einer Erfüllung ihrer Verpflichtungen etwas wissen. Vertragsmäßig sollten sie eine gewisse Anzahl Schiffe im Mittelmeer und im Canale halten, hätten aber kaum den dritten Theil. Ihr Contingent in Spanien sei gering. Die Verbündeten gehen nur darauf aus, England auszusaugen. Das vorige Ministerium habe England theils auf 32 Jahre, theils auf 99 in Schulden gestürzt, und damit in die Unmöglichkeit gesetzt, einen abermaligen Krieg auszuhalten. Deshalb sei es erforderlich, noch zur rechten Zeit in sich zu gehen und den kleinen Rest zu sparen. Denn die Alliirten und namentlich Holland seien mehr als Frankreich zu fürchten. Wenn man sich des Handels in Amerika wegen auf einige Weise verstehen könne, so habe man nicht so viel darnach zu fragen, ob ein Habsburger oder ein Bourbon Spanien besitze. Um die geheime Friedenssache zu rechtfertigen, sagt man, daß in Wien und namentlich in Holland die geheime Correspondenz immer offen gehalten werde."

„Man wird mir dort erwidern: dies alles sei unvernünftig."

„Ich habe aber bei dem letzten Ministerwechsel selber erfahren, daß, wer der englischen Nation zutraut, daß dies oder jenes nicht geschehen werde, weil es wider die Vernunft, wider die Ehre, wider alle Billigkeit laufe, in beständiger Gefahr schwebt, sich getäuscht zu sehen. Als man damals die Veränderung des Ministeriums befürchtete, waren

Viele der Meinung, es ſei unmöglich, daß Jemand wagen werde, ſo etwas der Königin einzurathen und zu unternehmen. Und bei alledem hat der jetzige Graf Oxford es nicht bloß der Königin eingerathen und unternommen, ſondern auch vollbracht. Wenn man zur Zeit einen der Whigs, und zwar einen der Führer derſelben fragt, was von dem Gerüchte einer geheimen Friedenshandlung zu halten ſei, ſo heißt es eben ſo wie vor einem Jahre: es ſei unmöglich, daß es Jemand wagen werde, der Königin einen Frieden mit Belaſſung von Spanien und Indien für den Herzog von Anjou einzurathen. Ich halte es aber für meine Schuldigkeit Ew. Majeſtät offen zu erklären, daß man ſich auf ſolche Reden nicht im geringſten verlaſſen darf. Bei der Zuſammenſetzung des jetzigen Parlamentes verfügt der Hof über dasſelbe. Wenn aber dies der Fall, was hat dann ein Miniſter zu fürchten? — Ja das jetzige Parlament iſt ſogar ſo beſchaffen, daß, wenn der Hof demſelben die Zügel ſchießen ließe, ich nicht weiß, wohinaus es noch rennen würde, und ob man nicht alles in der Welt davon zu fürchten hätte."

Dennoch gibt Graf Gallas die Hoffnung nicht auf. „Oxford, ſagt er, kann ſich eines Beſſeren beſinnen. Denn, daß er ein Mann von großem Geiſte und Verſtande iſt, das kann ihm Niemand verneinen. Und obwohl er die auswärtigen Angelegenheiten nicht genügend kennt, ſo ließe ſich alles machen, wenn nur der gute Wille da wäre; denn dann würde es ihm auch an Wegen und Mitteln nicht fehlen. Bereits laſſen die Whigs ab von dem früheren Principe, mit dieſem Miniſterio nichts zu ſchaffen zu haben, nehmen Stellen an und ſuchen ſie."

Gallas empfiehlt daher nach Wien hin zweierlei: man möge an dies Miniſterium gar keine Anforderung ſtellen, dagegen mit einer Thatſache aufkommen, welche die Gegner zum Schweigen bringe, indem ſie den Beweis liefere, daß der König Carl unter den veränderten Umſtänden mehr leiſte als zuvor. Für ſich bat er bei dem Könige ihn abzuberufen und ſtatt ſeiner eine Perſönlichkeit höheren Ranges zu ſenden, die namentlich über die engliſche Hülfe für die Sache in Spanien einen beſtimmten Vertrag abſchließen würde. Denn der Mangel eines ſolchen Vertrages ſei die Klippe, an welcher jede Verwendung für die Sache in Spanien ſcheitere.

Dazu hatte Gallas noch ein drittes Mittel zur Hand, nämlich bei der Königin eine Denkschrift einzureichen, welche, ausgehend von den früheren Parlamentsbeschlüssen, daß kein Friede ehrenvoll noch sicher sei anders als mit der Zurückstellung der gesammten spanischen Monarchie, das Aufgebot aller Kräfte zu diesem Zwecke einerseits antragen, andererseits verlangen solle. Dieses letzte Mittel wagte er jedoch nicht für sich allein anzuwenden, sondern schickte den Entwurf dazu dem Grafen Sinzendorf im Haag zur Begutachtung ein, am 17. Juli.[1])

Im Haag hatte man hier und da bereits eine bestimmtere Kunde. Weil es dem englischen Ministerium daran lag, die Friedenspartei dort für sich zu gewinnen, auch bevor der Botschafter Raby seine volle Thätigkeit in dieser Richtung entwickelte: so sandte St. John vorher einen seiner Vertrauten, Namens Herwart. Dieser machte im Haag vor denen, mit welchen er in Berührung trat, kein Hehl daraus, daß St. John und Shrewsbury einen schleunigen Frieden erstrebten, daß sie willig seien dafür dem Herzoge von Anjou Spanien und Westindien zu belassen, gegen große Vortheile für den englischen Handel.[2])

Wenn der Graf Sinzendorf im Haag solche Reden kannte, so scheint er denselben noch mistraut zu haben. Er und der Prinz Eugen beriethen den Plan des Grafen Gallas. Sie kamen überein, daß der König Carl, um zu beweisen, daß er für die gemeinsame Sache aufbiete, was in seinem Vermögen, einen nachdrücklichen Schritt thun müsse. Aber dieser Schritt könne erst geschehen nach der Ankunft Carls III. auf deutschem Boden und im nächsten Winter. Der Plan des Grafen Gallas erschien ihnen bedenklich. Er möge sich den Anschein geben, erwiderten sie, als glaube er an die Versicherung der britischen Minister, daß eine geheime Correspondenz mit Frankreich nicht bestehe.

---

[1]) Von hier an ein sehr ausführlicher Bericht des Grafen Gallas, vom 31. Juli, an Carl III., im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive. Ich gebe denselben im Originale in Anlage III.

[2]) Robethons Bericht vom 25. Juli: Mr. d'Herwart, grand confident de Mr. de St. Jean et du duc de Shrewsbury, ne dissimule pas que ces Messieurs sont pour une prompte paix, et pour laisser au duc d'Anjou l'Espagne et les Indes, en stipulant de luy de grands avantages pour le commerce de l'Angleterre. — Stärker noch 1. August.

Gallas erwiderte, am 24. Juli: es ſei ihm nicht möglich ſo zu verfahren, denn keiner der Miniſter habe ihm geſagt, daß mit Frankreich keine Correſpondenz beſtehe, ſondern lediglich, daß die Königin nichts thun werde, ohne es ihren Bundesgenoſſen mitzutheilen. Eine ſolche Antwort ſchließe eine geheime Correſpondenz mit Frankreich nicht aus. Ueberhaupt aber dürfe man ſich auf die Antworten dieſer Miniſter nicht verlaſſen. Zum Beweiſe deſſen verwies Gallas abermals auf die Vorgänge des Jahres zuvor, wo die Königin, ungeachtet aller bei der Entlaſſung Sunderlands gegebenen Verheißungen, das Miniſterium völlig entlaſſen, den Credit faſt unwiederbringlich ruinirt, und dann für die Sache in Spanien nach der pomphaften Verkündigung der Thronrede und der Adreſſen, ſeit nunmehr einem Jahre kein Geld abgeſendet habe. Erſt damals erfuhren die Geſandten Carls III., daß von der Summe der einen und einer halben Million Pfund Sterling, welche das Unterhaus für die ſpaniſchen Angelegenheiten bewilligt, neben anderen Beträgen auch die Koſten für die geheimnisvolle Expedition nach Amerika entnommen waren. [1])

Auch mit dem Abwarten der Ankunft Carls III. auf deutſchem Boden war der Graf Gallas nicht einverſtanden. „Denn ich ſehe, antwortete er, dieſe Leute hier in beſtändiger Bewegung, und weiß von ſicherer Hand, daß ſie vor der nächſten Seſſion des Parlamentes ihren Entſchluß gefaßt haben müſſen, ob für den Frieden, ob für den Krieg. Verhält man ſich von Seiten der Verbündeten unthätig, ſo ſteht den Miniſtern hier kein Hindernis entgegen, ihren Plan auszuführen, zum ſchweren Nachtheile für uns Andere, und zwar, wenn einmal ausgeführt, unabänderlich, wie es die Erfahrung bisher zeigt. Zugleich wird man dann Sorge tragen, in der Nation die nachtheiligſten Vorſtellungen von den Verbündeten zu erregen.

„Der einzige Aufſchub meiner Denkſchrift, auf den ich mich einlaſſen kann, iſt derjenige bis zum Eintreffen einer Antwort des Königs Carl, die ſich bereits unterwegs befindet.“

Unterdeſſen fanden im Haag, wo Sinzendorf auch dem Rathspenſionär die Abſicht des Grafen Gallas mitgetheilt, verſchiedene Berathungen darüber ſtatt. Der Rathspenſionär und andere Holländer

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. Auguſt.

waren der Ansicht, daß, wenn geheime Verhandlungen zwischen St. James und Versailles bestünden, wie man das allerdings vermuthen müsse, dann eine solche Denkschrift, wie der Graf Gallas sie beabsichtige, dieselben nicht zerreißen, sondern eher beschleunigen würde. Dies stimmte also zu der Ansicht Sinzendorfs. „Je mehr ich die Dinge erwäge, fügte Sinzendorf hinzu, desto mehr rathe ich ab."

Bei dieser Ungewisheit legte der Graf Gallas in einem ausführlichen Berichte, vom 31. Juli, dem Könige Carl III. den ganzen Sachverhalt dar. Der Regel nach ließ er, allmonatlich, seine Depeschen durch Couriere befördern. Diesmal vertraute er sie der Post an, nicht ohne Bedenken. Das Bedenken war gerechtfertigt. Einige Wochen später kam der Graf Gallas zur Kenntnis, daß das englische Ministerium seine Depesche, vom 31. Juli, der Post entnommen, und weiter, daß einer seiner Secretäre den Chiffreschlüssel ausgeliefert hatte.[1]) Aus dieser Depesche konnten die britischen Minister ersehen, in wie weit Gallas von ihren Beziehungen mit Frankreich Kunde hatte, welche Mittel er dagegen anrieth, und endlich, daß er bei seinem Plane von Holland her nicht unterstützt wurde, sondern allein stand.

Die Einwendungen vom Haag aus bewogen den Grafen Gallas nicht, seinen Plan aufzugeben. Es sei nicht seine Absicht, erwiderte er, zu drohen. Aber es komme viel darauf an, den Reden der Minister, daß aus dem geringen Eifer und der geringen Sorgfalt des Erzhauses die Nothwendigkeit erwachse, der Fortdauer des Krieges einen schlechten Frieden vorzuziehen, rechtzeitig und nachdrücklich entgegen zu treten.[2])

Die Frage der Heimkehr Carls III.

Ungeachtet alles Dringens von Wien aus auf die Heimkehr schob unterdessen Carl III. sie fortdauernd hinaus. Am 12. Juni erklärte

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. October, mit dem Bemerken: „Dies ist die einzige Relation, für welche ich Besorgnis gehabt, weil sie durch die gewöhnliche Post gegangen." — Dem gegenüber sind die Bemerkungen bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 188, die davon ausgehen, als hätten die englischen Minister sich noch anderer Depeschen bemächtigt, nicht haltbar.

[2]) Schreiben vom 4. August.

er, daß er aufbrechen werde, ſobald die Nachricht ſeiner Wahl zum römiſchen Kaiſer eingetroffen ſei. Völlig unkundig deſſen, daß zwiſchen St. James und Verſailles verhandelt wurde, war er der Meinung: es werde gut ſein, daß das Reich ſeine Heimkehr verlange, damit nicht die Verbündeten einen Einſpruch einlegen könnten. „Denn, ſagt er, ſie ſind noch ſtark der Anſicht, daß ich nicht hinaus ſoll.“ [1]) Von Wien aus hatte man von Anfang an verlangt, daß er die Königin mitbringe, zumal da das Ehepaar noch kinderlos war. Aber Carl III. war der Anſicht, daß, wenn auch er reiſe, doch die Königin noch bleiben müſſe, um dadurch Catalonien zu ſichern. Denn den Feldmarſchall Starhemberg als Vicekönig wolle man nicht. Unverkennbar miſcht ſich in die Aeußerungen des jungen Königs über Starhemberg eine gewiſſe Gereiztheit. Es ſei mit ihm nicht auszukommen, meint er, weil Starhemberg in Allem und Jedem Herr ſein wolle. — Vierzehn Tage ſpäter, am 25. Juni, tritt Carl III. dem Gedanken des Aufbruches näher. „Ich eröffne Euch alſo, ſchreibt er an Wratislaw, im Vertrauen meine Meinung, nämlich die Königin für jetzt hier zu laſſen, damit ich deſto geſchwinder die Reiſe zu Waſſer und zu Lande ausführen kann. Es wird ſich dann nachher die Gelegenheit finden, die Königin nachkommen zu laſſen, wenn man nur dadurch nicht den Verbündeten noch mehr Motive an die Hand gibt, Spanien preis zu geben, unter dem Vorwande, daß ich es ſelber zuerſt verlaſſen habe. Dies muß auf alle Weiſe verhütet werden, wie Ihr darüber ja meine Meinung wißt.“

Wratislaw dagegen erneuerte unabläſſig ſein Andringen auf die Ueberkunft Beider, des Königs und der Königin. Er wies hin auf den zerrütteten Zuſtand der Erblande in Folge des langen Krieges, auf die Schwierigkeiten der Kaiſerwahl. Zwar ſei der endliche Ausgang derſelben nicht zweifelhaft; aber die Bedingungen derſelben von Seiten der Kurfürſten ſeien im Steigen. Die Königin müſſe mitkommen. Ueber die Stimmung in Catalonien enthalte er, Graf Wratislaw, ſich des Urtheils: auf die Meinung der Seemächte jedoch habe der König keine Rückſicht zu nehmen. In derſelben Urkunde wie Carl III. über

[1]) Von hier an die eigenhändige Correſpondenz des Königs und Wratislaws, herausgegeben von Arneth, S. 181 u. f.

die Anknüpfungen zwiſchen St. James und Verſailles, kommt doch Wratislaw zu einem ganz verſchiedenen Ergebniſſe. Je indifferenter, meint er, Carl III. ſich in Betreff Spaniens erzeige, deſto eher werden die Seemächte es ihm geben wollen, wo ſie zur Zeit, während er Eifer für Spanien beweiſe, ihm die ganze Laſt des Krieges dort aufzuwälzen ſuchen.

Die Wünſche in Wien und namentlich auch des Prinzen Eugen für die Rückkehr des Königs Carl wurden dringender von Tag zu Tag. Gegen das Ende des Monates Juli entſendete der Prinz Eugen den General Althann nach Barcelona, mit der inſtändigen Bitte, die Reiſe nicht länger aufzuſchieben. Schon vor der Ankunft Althanns, am 31. Juli, überwogen bei Carl III. die Gründe für die Reiſe. Er erkannte ſie nunmehr als höchſt nöthig an, ſo wie die Gründe Wratislaws dafür als durchſchlagend. Dann jedoch rechtfertigt er ſich. Erſtlich, ſagt er, wäre ein ſofortiger Aufbruch wie ein Preisgeben Spaniens erſchienen. Es folgt der zweite Grund, mit ſeinen Worten: „Wenn ich auch wollte, kann ich nicht gehen, wenn mich die Flotte nicht hinüber führt. Dieſe hat, wie Argyle ſelbſt geſagt hat und wie ich auch von anderer Seite her erfahre, poſitive geheime Befehle, gegen meine Ueberfahrt nach eingelaufener Nachricht der Wahl keine Schwierigkeit zu erheben, jedoch, wenn ich die Königin mitnehmen wolle, weder ſie noch mich hinüber zu führen. Deshalb und aus den anderen Gründen, die ich früher gemeldet, kann ich nicht anders als die Königin zur Zeit hier laſſen.“ [1]) Carl III. hebt dann namentlich wieder die Stimmung der Catalonier hervor, welche die Abfahrt ihrer beider nicht geſtatten, ſich vielmehr dagegen erheben würden.

Indem dieſer Grund, die Stimmung der Catalonier gegen eine Abreiſe des königlichen Paares, offen vor Augen lag, keimte bei Carl III. nicht der Verdacht, daß die Befehle für den britiſchen Admiral Jennings aus einem anderen Boden erwachſen ſein könnten als auf dem des aufrichtigen Feſthaltens an der Allianz. Er dachte ſich vielmehr, wie jene Worte zeigen, in Betreff des Verbleibens der Königin wie in einen freiwilligen Entſchluß hinein.

[1]) Arneth, Eigenhändige Correſpondenz u. ſ. w., S. 195.

Um ſo weniger konnten ſeine Geſandten vor dieſer Nachricht über die dem engliſchen Admiral Jennings zugegangenen Befehle wiſſen, wie eigentlich die Sache ſtand. Der Graf Gallas in London führte ſeinen Entſchluß, eine Denkſchrift einzureichen, aus am 9./20. Auguſt, auf Grund des Auftrages von Barcelona vom 11. Juni, aus einer Zeit alſo, wo Carl III. meinte, es hange frei von ſeinem Entſchluſſe ab die Königin mitzunehmen oder in Barcelona zu belaſſen. Dies iſt für die Denkſchrift des Grafen Gallas gewichtig. Sie lautet wie folgt.[1])

„Indem Se. katholiſche Majeſtät ſich in der Nothwendigkeit befindet, ſich nach Deutſchland zu begeben, wo Ihre Gegenwart unerläßlich, glaubt der König keinen ſtärkeren Beweis ſeiner Verpflichtungen gegen Ew. Majeſtät und ſeines Eifers für die gemeinſame Sache erbringen zu können, als erſtlich durch das Erbieten die Königin in Catalonien zu belaſſen, und zweitens durch die Verſicherung für Ew. Majeſtät, daß er bei ſeiner Ankunft in ſeinen Erblanden alle Sorgfalt aufbieten wird, um gegen den gemeinſamen Feind mit mehr Nachdruck als bisher handeln zu können. Se. katholiſche Majeſtät wünſcht ſogar, daß, wenn ein noch koſtbareres Pfand in ſeiner Macht iſt als dasjenige, welches er zum Beweiſe ſeiner ehrlichen Abſichten darbietet, Ew. Majeſtät es ihm anzeigen mögen, weil es nichts gibt, wozu ſeine katholiſche Majeſtät ſich nicht bereit erklären würde, wenn es darauf ankommt zu zeigen, daß der König niemals Spanien aufgeben, und daß er ſeine äußerſten Anſtrengungen aufbieten wird, damit man ſobald wie möglich zu einem ehrenhaften und guten Frieden gelange auf Grund der Gedanken, welche Ew. Majeſtät ſo oft ausgeſprochen, und welche den Präliminarien (von 1709) einverleibt ſind. Denn dieſer Präliminar-Vertrag, welcher die ſpaniſche Monarchie Sr. katholiſchen Majeſtät als dem rechtmäßigen Souverain zuſpricht, und feierlich erklärt, daß, wenn nicht, die Freiheit Europas gegen die übergreifende Macht des Hauſes Bourbon niemals geſichert ſein kann, muß ja das Fundament des allgemeinen Friedens ſein.“

„Da jedoch Se. katholiſche Majeſtät von der gütigen Geſinnung Ew. Majeſtät für ihn überzeugt iſt, ſo wie von Ihrer bekannten

[1]) Ich gebe die zwei Actenſtücke in wörtlicher Ueberſetzung.

Einsicht und Gerechtigkeit, welche gerechten Tadel gegen ihn erheben würde, wenn er, bei der Trennung von der Königin, nicht alle erforderlichen Maßregeln träfe, um sie gegen jegliche Gefahr sicher zu stellen, und namentlich vor derjenigen in Barcelona belagert zu werden, wie es im nächsten Herbste oder Winter unfehlbar geschehen wird, wenn nicht die Angelegenheiten dort auf einen besseren Fuß gestellt werden, als sie es bisher in diesem Jahre gewesen sind — : so hat der unterzeichnete außerordentliche Gesandte Sr. katholischen Majestät den Befehl Ew. Majestät unterthänigst zu bitten, wie es mit dem tiefsten Respecte durch die gegenwärtige Denkschrift geschieht, daß Ew. Majestät geruhen wollen ihm kund zu thun, ob Ew. Majestät es angemessen finden, daß der katholische König seine Gemahlin in Barcelona belasse, und welche Verfügungen getroffen sind, dem Unglücke zu begegnen, welches, wenn nicht Gegenmittel bereitet werden, die Angelegenheiten in Spanien bedroht."

„Ferner hat er den Befehl Ew. Majestät vorzustellen, daß, da der übele Zustand, in welchem sich die Angelegenheiten in Spanien zur Zeit befinden, dem Dienste Ew. Majestät sowohl als demjenigen der gemeinsamen Sache zum Nachtheile gereicht, das geeignetste und sicherste Mittel, um das Ganze wieder auf einen guten Fuß zu bringen, sein würde der Befehl Ew. Majestät einen Plan zu entwerfen, der Ihre Intentionen kund gäbe, und der die Grundlage böte für eine Uebereinkunft, die allen Betheiligten als Richtschnur zu dienen hätte, so daß fortan alles in besserer Ordnung vor sich gehen würde. Die Zahl der Truppen dort ist nie sehr beträchtlich gewesen, und, wenn auch die feindliche Armee ein wenig zahlreicher ist, so ist dagegen diejenige der Verbündeten ihnen an Qualität so sehr überlegen, daß, wenn die Dispositionen getroffen wären, oder auch noch rechtzeitig getroffen würden, die Gelegenheit niemals so günstig wie jetzt gewesen ist, sehr beträchtliche Erfolge in Spanien zu erringen. Wenn man sich über dieselben wohl verständigte und sie ausnutzte mit aller erforderlichen Vorsicht und doch dem rechten Nachdrucke, so würden sie nicht wieder dem unglücklichen Umschlagen wie in den Jahren zuvor ausgesetzt sein."

„Die Befehle, kraft deren der unterzeichnete Minister das Vorstehende Ew. Majestät vorzutragen die Ehre hat, sind bereits vom 11. Juni datirt und erst so spät deshalb eingetroffen, weil sie nur die

Duplicate von Depeschen sind, die der Courier am 16. Juni hat ins Meer werfen müssen. Ew. Majestät können daher leicht beurtheilen, mit welcher Ungeduld Se. katholische Majestät eine Antwort erwartet. Der unterzeichnete Minister, der den Befehl hat einen Courier damit zu entsenden, hofft, daß Ew. Majestät ihn baldigst damit beehren werden, und zwar mit einer solchen, wie Se. katholische Majestät sie bei dieser wichtigen Conjunctur erhofft."

Gallas überreichte seine Denkschrift dem Staats-Secretär St. John, und empfahl sie sowohl diesem als dem Grafen Oxford. Sie erwiderten: die Königin stimme zu, und auch die Minister alle seien der Meinung, daß die Sache in Catalonien auf einen anderen Fuß gesetzt werden müsse. Es sei besser, daß alles dort dem Commando eines Generals des Königs unterstehe, und daß die Königin, sich selber nur als Hülfsmacht betrachtend, Carl III. die Direction überlasse. Eben so gab dann Buckingham sich kund. Er behauptete, daß auch Argyle sich so geäußert habe. „Ich muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, fügte Buckingham hinzu, dies anzuerkennen. Vielleicht wünscht er dabei, daß die Wahl auf ihn selber falle; aber wir kennen allzu sehr das Verdienst Starhembergs, als daß an Argyle zu denken wäre." [1])

Die Reden dieser Minister, die seit Monaten sich mit der Frage beschäftigten, wie sie durch das Preisgeben der Sache Carls III. in Spanien die möglichsten Vortheile für England erringen könnten, hatten eben darum nur den Zweck, den Vertreter Carls III. irre zu führen.

Auch die Antwort auf die Denkschrift ließ nicht auf sich warten. Sie erfolgte, abgefaßt von St. John in der ihm eigenen Ausdrucksweise, bereits am 11. 22. August. Sie lautet wie folgt.

„Die Königin hat seit dem Beginne dieses Krieges alles was von ihr abhing, gethan, um ihn mit Nachdruck zu führen. Sie ist großmüthig genug gewesen, niemals ihr besonderes Interesse ins Auge zu fassen, nicht ihre Ausgaben zu beschränken auf die Forderungen der Verträge, nicht zu verlangen, daß, bei einer Anzahl von Gelegenheiten, die Leistungen ihrer Verbündeten in ein richtiges Verhältnis gebracht würden mit den ihrigen, oder mit dem Maße, wie es die

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 20. August.

Vernunft forderte, und wie jene vielleicht im Stande waren sie auf sich zu nehmen."

„Spanien ist seit sieben Jahren der Schauplatz eines sehr lebhaften Krieges gewesen, dessen Wechselfälle oft wandelbar, dessen Ausgaben oft maßlos, und dessen Last fast völlig von der Königin getragen wurde."

„Ihre Majestät hat jedoch sich nicht zurückschrecken lassen. Im Gegentheile hat sie in dem laufenden Jahre, außer den vier Bataillonen, die der verstorbene Kaiser hergegeben, auf eigene Rechnung so viele Truppen nach Catalonien führen lassen, daß die Armee Sr. katholischen Majestät, ungeachtet der Verluste des vorigen Feldzuges, sich an Zahl derjenigen des Feindes fast gleich befindet, an Qualität überlegen. Der größere Theil der Summen, welche das Parlament für das gesammte Jahr bewilligt hat, ist bereits geliefert worden, der geringe Rest soll zu seiner Zeit übermacht werden."

„So groß diese Leistungen, hat die Königin sich damit nicht begnügt. Gemäß der Antwort, welche, nach Befehl Ihrer Majestät, auf die Denkschrift des Grafen Gallas vom 28. Januar 8. Februar gegeben worden ist, sah die Königin voraus, daß bei dem Stande der Angelegenheiten des katholischen Königs, alles was sie thun konnte, fruchtlos sein würde, so lange es dem Allerchristlichsten Könige frei stand, seinem Enkel Hülfe zu schicken, und daß das einzige Mittel, welches sofort und unfehlbar dem Könige von Spanien Erleichterung verschaffen müsse, bestehe in einem nachdrücklichen Angriffe auf Frankreich von der Seite Italiens her. Darum befliß sich die Königin frühzeitig alle Hindernisse hinweg zu räumen, die bis dahin den Herzog von Savoyen gehindert hatten, sich an die Spitze seiner Armee zu stellen, ferner ihm die ordentlichen und außerordentlichen Subsidien zu reichen, und alle erforderlichen und von ihr abhangenden Maßregeln zu treffen, um ihm vor dem Ende des Feldzuges eine Verstärkung von Truppen zu senden, in der gewissen Ueberzeugung, daß dann Se. königliche Hoheit die Winterquartiere westwärts der Alpen nehmen würde. Die Ereignisse in Savoyen ergeben augenscheinlich, daß das Project nicht unzweckmäßig war. Und aus diesem Grunde sieht Ihre Majestät mit um so mehr schmerzlichem Bedauern, daß die 8000 Mann, welche allein fehlten, um den Plan zur Ausführung zu bringen, nicht kommen

werden, obwohl dieſe Abſendung ein Zuwachs von Ausgaben für Ihre Majeſtät geweſen wäre, gemäß den Erbietungen, die ihr Miniſter, Herr Whitworth, nicht ermangelt haben würde, in Wien zu machen, wenn er wahrgenommen hätte, daß es nur von einem Mehr oder Weniger abhinge, das Corps in Marſch zu bringen."

„Die angeführten Einzelnheiten ſind eben ſo viele Beweiſe des Wunſches, den die Königin immer gehegt hat, die ſpaniſche Monarchie aus den Händen des Hauſes Bourbon zu nehmen, um ſie dem Hauſe Oeſterreich zu übergeben. Und wie immer der Krieg ausſchlage, die Königin hat in keiner Weiſe zu fürchten, daß die jetzige Mitwelt oder die Nachwelt ihr einen Mangel darin beimeſſen wird."

„In Betreff des Erbietens, welches Se. katholiſche Majeſtät machte, die Königin, ſeine Gemahlin, in Catalonien zu belaſſen, während er ſich nach ſeinen Erblanden begibt, und über welches Erbieten man das Gutachten der Königin verlangt, antwortet Ihre Majeſtät, daß ſie dieſe Frage als zu wichtig und zu delicat betrachtet, als daß irgend Jemand ſonſt ſie entſcheiden könne als der katholiſche König ſelbſt."

„Um es kurz zu ſagen, die Königin wünſcht nichts ſo ſehnlich als die Angelegenheiten in Spanien gelingen und die Maßregeln ſo getroffen zu ſehen, daß man nicht mehr ſolchen unheilvollen Wechſelfällen wie in den Vorjahren ausgeſetzt iſt. Mit außerordentlicher Freude hat die Königin vernommen, daß Se. katholiſche Majeſtät entſchloſſen iſt, nach der Rückkehr in ſeine Erblande, alle Sorgfalt aufzuwenden, um mit mehr Nachdruck als bisher gegen den gemeinſamen Feind zu handeln. Aber bei der dringenden Nothwendigkeit, daß für die künftigen Operationen des Krieges in Spanien ein Plan entworfen werde, hofft die Königin, daß Se. katholiſche Majeſtät dieſe Mühe auf ſich nehme. Denn der König als an Ort und Stelle, und in voller Kenntnis ſeiner Intereſſen, ſo wie ſeiner ſtark angewachſenen Kräfte, und der gegenwärtigen Lage des Königreiches, vermag dies beſſer als irgend ein Anderer. Die Königin wird mit Ungeduld dieſen Plan erwarten, um zur rechten Zeit mit ihren guten Verbündeten die Ausführung zu vereinbaren."

Die Antwort zeigt, daß der Vorwand, mit welchem St. John in ſpäterer Zeit den nachherigen Frieden von Utrecht zu entſchuldigen

ſuchte, das Schreckbild einer überwachſenden Macht des Habsburgers Carl, damals noch nicht gefunden war oder noch nicht zur Anwendung kam. Das britiſche Miniſterium gab ſich noch den Schein, als ſei es für die Behauptung der Sache des Königs Carl in Spanien, wo es über die Ceſſion Spaniens an Philipp V. mit Frankreich nur noch nicht zum Abſchluſſe gekommen war. Auch die andere Unwahrheit, daß die Königin Anna dem Könige Carl allein die Entſcheidung anheim ſtelle, ob er die Königin Eliſabeth mit ſich nehmen wolle, wo doch der engliſche Admiral Jennings den ſtricten Befehl hatte, die Königin Eliſabeth nicht hinüber zu führen, lag dem Grafen Gallas nicht offen vor Augen. Und doch fällte er auch ſo ſein Urtheil, daß die Antwort, unbedeutend und nichts ſagend,[1]) keine Gewähr des Schutzes für die Königin, dagegen nur Kunſtgriffe des Ausweichens vor jeder poſitiven Verpflichtung enthalte. Er ſchrieb aufs neue an St. John, daß jene Antwort oder gar keine gleichbedeutend, und verlangte ein poſitives Verſprechen für die Sicherheit der Königin in Catalonien. Die Erwiederung St. Johns prägte abermals das Beſtreben aus, alle Schuld in Spanien auf vorgebliche Unterlaſſungen des Erzhauſes zu ſchieben, ſo wie dem Könige Carl allein den Krieg dort zuzuwälzen. Das Verlangen für die Sicherheit der Königin Eliſabeth in Barcelona, ſagte er, komme der Königin von Groß-Britannien ganz unerwartet. Sie habe Truppen in Spanien, eine Flotte im Mittelmeere, welche der feindlichen überlegen, und die Commandanten derſelben ſeien ausgeſtattet mit Inſtructionen, entſprechend den früher kund gegebenen Wünſchen Carls III. Die Königin ſehe mit Ungeduld dem Plane des künftigen Feldzuges entgegen. Das Schreiben ſchließt mit den Worten: „Si cependant la sûreté de la personne de la Reine d'Espagne demanderait un renfort immédiat des troupes, S. M. souhaiterait fort d'en avoir à portée pour y envoyer. Mais Elle croit que ce qui Lui serait en ce cas impraticable, ne peut pas manquer d'être facile au roi d'Espagne, dont les états sont depuis peu fort augmentés, et qui a en Italie un corps de troupes très-considérable.“[2])

---

[1]) Insipida ed insignificante.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Fortsetzung der geheimen Friedenshandlung.

Unterdessen rückten die geheimen Unterhandlungen zwischen dem britischen Ministerium und Frankreich näher, und nahmen zugleich einen anderen Charakter an.

Wir haben vernommen, daß seit dem Monate Juni der Diplomat Prior sich in Paris befand, um über die Vortheile zu unterhandeln, welche das britische Ministerium für die Preisgebung der Sache Carls III. in Spanien zu erlangen hoffte. Er zeigte dort seine Vollmacht vor, die, lediglich mit der Unterschrift der Königin, nicht derjenigen eines Ministers versehen, nur die Worte enthielt: „Herr Prior ist vollaus unterrichtet und autorisirt an Frankreich unsere Präliminar-Bedingungen kund zu geben und uns die Antworten von dort her zu überbringen.“[1])

Die Fassung dieser Instruction zeigt, wie dem Prior die Hände gebunden waren. Das britische Ministerium verlangte auf bestimmte Vorschläge bestimmte Antworten. Ein solches Verfahren hätte der Machtstellung Englands gegenüber Frankreich entsprechen können, so lange jenes sich mit seinen Bundesgenossen einig wußte. Aber diese Zeit war vorüber. Nachdem das britische Ministerium die Sonderunterhandlung mit Frankreich gewünscht und erbeten hatte, lag es in der Natur der Verhältnisse, daß es zwar zunächst für seinen Verrath an der allgemeinen Sache besondere Vortheile für England ausbedingen durfte, zugleich jedoch auch, daß die Gewährung, sowie überhaupt die Entscheidung auch in allen anderen Fragen bei dem in Folge des Verrathes wieder übermächtig gewordenen Frankreich stand. Damit war die Form der Verhandlung, an welche Prior durch seine Instruction sich binden mußte, wenig vereinbar. Nachdem die Sache sich einige Wochen hingezogen, faßte Ludwig XIV. einen Plan, der seinen Absichten wie der wirklichen Sachlage besser entsprach. Er verlangte einen Mann seines Vertrauens nach London zu senden, der direct mit den britischen Ministern unterhandeln würde. Der Forderung war bei

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 39. Es ist daran zu erinnern, daß das im Jahre 1715 zur Untersuchung niedergesetzte Comité des Unterhauses über diese erste Zeit der Unterhandlung fast gar keine Schriftstücke vorgefunden hat.

dem Stande der Sache nicht auszuweichen. Ludwig XIV. wählte den früheren Kaufmann Mesnager, dessen scharfe Beobachtungsgabe und Gewandtheit er oft erprobt. In der zweiten Hälfte des Monats August traf Mesnager mit zwei Begleitern, Prior und Gautier, in London ein.[1])

Beiderseits wollte man das tiefste Geheimnis beobachten. Aber das Gerücht von einer längeren Abwesenheit Priors in Frankreich hatte auch das andere zur Folge, daß er für die geheime Friedenshandlung verwendet werde. Eines Tages trat Gallas an Oxford mit der directen Frage heran: „Was ist es mit der Reise des Prior?" — Oxford antwortete trocken: „Die Königin wird in der Friedenssache nicht anders handeln, als in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten." — Dann fügt Gallas seinem Berichte hinzu: „Aber so groß auch seine Unbefangenheit und Falschheit ist, so zeigte doch seine Haltung dabei einige Verwirrung und Kränkung, und um jedem neuen Angriffe auszuweichen, nahm er sogleich eine Gelegenheit wahr, sich zu wenden und mit Anderen zu reden."[2])

In ähnlicher Weise stellte Gallas den Staats-Secretär St. John. Dieser erwiederte: „Derartige Gerüchte stammen von unseren Stock-Jobbers, zum Zwecke des Steigens oder Sinkens der Papiere. Sie dürfen sicher sein, daß die Königin nichts gegen ihre Verpflichtungen thun wird, sei es in Betreff des Krieges oder des Friedens." — Die Redewendungen St. Johns waren dem Grafen Gallas nicht mehr neu: er hatte sie zuvor in der officiösen Zeitung St. Johns, dem Post Boy, gelesen, in einem Briefe aus dem Haag, vom 28. August. In demselben Briefe fanden sich dann die Worte: „Wir vernehmen auch, daß Frankreich, um Groß-Britannien zum Frieden zu bewegen, zur Sicherung des Südsee-Handels vier Hafenplätze an der Küste von Chili und Peru angeboten hat. Aber alles vergeblich: Groß-Britannien hat gegen die klangreichen Töne jener verlockenden Sirene nur taube Ohren."[3])

---

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 40 et suiv. Er nennt 18. August.

[2]) Bericht vom 11. September: Ma per grande che sia la sua disinvoltura e doppiezza, il di lui comportamento monstrò qualche cosa di confuso e di mortificato, e per schivarsi d'ogn'altro mio attacco, prese subito l'occasione di voltarsi a parlar con altri.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Unterdeſſen ſaß Mesnager in London und verhandelte mit St. John und Shrewsbury und anderen britiſchen Miniſtern die Conceſſionen, die Ludwig XIV. für den Frieden gewähren wollte.

Der Graf Gallas hatte davon wenigſtens äußerliche Kunde, obwohl er anſtatt des Mesnager den Abbé Polignac vermuthete. Auch wußte er, daß die Abtretung von Gibraltar und Port Mahon der hauptſächliche Preis ſei, den Philipp V. zahlen würde. Aber es drängte ſich ihm dann die Frage auf, ob überhaupt der Plan des Miniſteriums gelingen könne.

„Dieſe Miniſter hier, meldet Gallas am 11. September, ſpielen ein ſeltſames und großes Spiel. Dagegen muß ich jedoch bemerken, daß bisher noch Niemand von den Häuptern der Whigs, ſei es aus eigener Neugier, oder um mir unter der Hand einiges Licht zu geben, zu mir gekommen iſt.“ — Statt deſſen ſtieß Gallas wiederholt bei Whigs und anderen auf eine erſtaunliche Unkenntnis. Er redete mit L'Hermitage, der, obwohl nicht eigentlich Geſandter der Generalſtaaten, wie ein ſolcher angeſehen wurde. L'Hermitage hielt die geheime Friedenshandlung für undurchführbar, für bereits gefallen. Godolphin war ähnlicher Anſicht. Dieſem theilte daher Gallas alle ſeine Wahrnehmungen mit und berichtete, daß er im Haag auf die Nothwendigkeit eines Geſandten hingewieſen, in Wien auf die Sendung einer Perſönlichkeit von erſtem Range. Godolphin billigte das ſehr. Die Frage jedoch, ob anzunehmen ſei, daß der Hof das Parlament zur Verfügung haben werde, den Frieden ſo zu bewilligen, wie die Miniſter zur Zeit vereinbarten, verneinte Godolphin. „Sie werden ſehen, ſagte er, welche Stellung Marlborough in der nächſten Seſſion einnehmen wird. Viele Tories warten nur darauf, daß Oxford einen falſchen Schritt thue.“ — „Dies ſind, fügt Gallas kritiſirend hinzu, Einwände ähnlicher Art, wie ſie auch im vorigen Jahre bei der Veränderung des Miniſterii erhoben worden ſind. Oxford und die Anderen ſind, unbekümmert darum, ihres Weges gegangen, und ſo, fürchte ich, werden ſie es auch dies Mal thun.“ [1])

Daß viele Engländer in Unkenntnis blieben, war zu einem nicht geringen Theile die Folge der Künſte Oxfords, der mit einer erſtaunlichen Fertigkeit bald dieſes, bald jenes Gerücht empor wachſen ließ.

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Eines Tages trat er zu dem Residenten Hoffmann und redete von einer neuen Liga, die sich zu bilden habe zwischen dem Kaiser, England, der Republik und den vier vorderen Reichskreisen, nicht bloß zur Fortsetzung des Krieges, sondern auch zum Zwecke des Friedens. Man müsse sich dann mit dem neuen Kaiser, dessen Entwurf über den Krieg in Spanien er mit Verlangen erwarte, darüber verständigen. Der Resident fragte, wie sich zu einem solchen Plane die Sendung Priors nach Paris verhalte. Oxford antwortete: es sei allerdings richtig, daß Frankreich sich in London wegen des Friedens angemeldet. Auch habe man angehört, um eine directe Kunde zu bekommen, und nicht immer von fremder Discretion abzuhangen. Seitdem aber sei die Sache völlig gefallen. Wenn es jemals zu etwas Rechtem kommen solle, so werde man die Sache nach dem Festlande hinüber geben. „Ihr werdet zu seiner Zeit, sagte Oxford wörtlich, den Frieden jenseit des Meeres zu tractiren haben, und wir werden uns begnügen, einigermaßen der Canal des Friedens zu sein, während man uns früher völlig auszuschließen gesucht hat.“ [1])

Obwohl das Unwahre in dieser Rede Oxfords überwiegt, so ist doch auch, wenn auch verzerrt, die eigentliche Absicht ausgesprochen: im Geheimen werden in London zwischen England und Frankreich die Grundzüge des Friedens festgestellt, die dann in einem Congresse auf dem Festlande zur weiteren Ausführung gelangen werden.

Es fragt sich zunächst, welche Einwirkung im Laufe dieses Jahres die verschiedenen Feldzüge gehabt hatten.

Die Verwickelung im Osten und deren einstweilige Lösung.

Der Zorn des Czaren Peter I. gegen Ludwig XIV., der durch Desalleurs in Constantinopel für die türkische Kriegserklärung wider ihn hatte arbeiten lassen, während er dem Czaren selber die Vermittelung des Friedens mit Carl XII. in Aussicht stellte, war bei der Ankunft in Polen noch in voller Kraft. Demgemäß war Peter I. auch sehr wenig geneigt für Franz Rakoczy, der für das Angebot jener Vermittelung gedient hatte. Dennoch gelang es der Beredsamkeit des

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 18. September.

Rakoczy, den Czaren völlig wieder zu gewinnen, so sehr, daß Peter I. und August II. Wohnung nahmen auf den Jaroslaw'schen Gütern, die Ludwig XIV. für Franz Rakoczy gekauft hatte. Dort wurden viele Plane erwogen, die für Westeuropa nicht den Frieden bezweckten.

Zunächst hoffte man, den Czaren von dem bevorstehenden Türkenkriege dennoch frei machen zu können. Rakoczy erzählt, daß er den Vorschlag gemacht, eine Persönlichkeit seines Vertrauens nach Constantinopel zu entsenden, die dort mit schweren Geldsummen die Kriegslust dämpfen würde. Der Czar ging ein und bewilligte die Wechsel zur Deckung jener Summen.[1])

Ferner erklärte sich Peter I. bereit die Vermittelung Ludwigs XIV. für seinen Frieden mit Carl XII. anzunehmen. Er versprach dagegen die seinige für den Frieden Frankreichs mit dem Kaiser und den anderen Verbündeten. Er war bereit ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich einzugehen, und kraft desselben die Ungarn mit aller Macht zu unterstützen. Um alle diese Erbietungen zu bekräftigen, wollte der Czar seinen Secretär Wolgow nach Paris entsenden.[2])

Auch August II. von Sachsen-Polen kargte nicht mit Erbietungen, die er durch Rakoczy an Ludwig XIV. gelangen ließ. Er sei bereit mit diesem Könige in eine enge Verbindung zu treten, wenn nur dieser auch sich in bestimmter Weise über seine Wünsche ausspreche. August II. selber ließ es an dieser Bestimmtheit nicht fehlen. Er wolle, sagte er, seine Truppen aus der Armee der Verbündeten in den Niederlanden zurückziehen, wenn der König von Frankreich für ihren Unterhalt beitragen werde, ob in Sachsen, in Polen oder anderswo. Er verspreche mit dem Czaren und dem Könige von Dänemark sich zu vereinigen, um mit bewaffneter Hand die Vermittelung eines allgemeinen Friedens durchzusetzen. Wie der Czar zu diesem Zwecke in Ungarn, so werde er in die Reichsländer eindringen. Wenn der König von Frankreich stärkere Beweise der Aufrichtigkeit verlange, mit welcher August II. für das Interesse Frankreichs eintreten solle, so wolle er, August II., von Stund an mit Ludwig XIV. eine Art geheimer Neutralität zwischen seinen Truppen in der Armee der Verbündeten und den französischen

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.
[2]) Fiedler, Bd. I, S. 32.

eingehen, nämlich so, daß der König von Polen dem General seiner Truppen dort untersagen würde, sich bei einer Unternehmung von Bedeutung gegen die französische Macht mit einzulassen, also Antheil zu nehmen an Schlachten, Belagerungen und dergleichen. Auch sei er sogar bereit, im Falle einer Wahl der ungarischen Stände die Krone dieses Landes anzunehmen.[1])

Nach einem anderen Berichte schlug Rakoczy dem Könige August vor, den sächsischen Kurprinzen zum römischen Könige erwählen zu lassen. Zu diesem Zwecke müsse Ungarn dem Hause Oesterreich genommen, dagegen als Kurfürstenthum dem Reiche einverleibt und immer dem erwählten römischen Könige, wenn er nicht ausreichende Erbländer zur Aufrechthaltung seiner Würde besitze, zu diesem Zwecke überwiesen werden.[2])

Um alle diese Entwürfe und Einzelnheiten geheim zu halten, kamen die drei Häupter, der Czar Peter, August II. und Franz Rakoczy, überein, daß der letztere unablässig seinen Wunsch kund zu geben habe, bei dem Kaiserhause wieder in Gnaden zu kommen, jeden wirklichen Schritt dazu jedoch unterlassen solle.

So weit der Plan. Die Ausführung hing jedoch von verschiedenen Bedingungen ab. Die erste war die Geneigtheit Ludwigs XIV. sich darauf einzulassen. Der russische Secretär Wolgow, ausgestattet mit den Briefen jener zwei Souveräne, begab sich nach Paris, und bestätigte dort durch Wort und Schrift alles was in ihrem Namen Rakoczy hatte vorbringen lassen.[3])

Die Anträge, die zugleich auch auf anderen Wegen nach Versailles gelangten, eröffneten der französischen Politik noch eine neue Aussicht, neben derjenigen der geheimen Unterhandlung mit dem britischen Ministerium, die Allianz der Gegner zu zersprengen. Andererseits war man nicht ohne Bedenken in Betreff der Zuverlässigkeit oder der Leistungsfähigkeit dieser neuen Freunde. Der Czar Peter I. genoß, auch noch nach Pultawa, nicht das Ansehen, in welchem, nach dem Ablaufe von fast zwei Jahrhunderten, die Nachwelt allzu leicht geneigt ist, ihn an-

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 33.
[2]) A. a. O., Bd. II, S. 11.
[3]) A. a. O., Bd. I, S. 242. Bericht des Vetes vom 6. August.

zuſchauen. Während er das höchſte Gewicht darauf legte, von Ludwig XIV. als gleicher gewürdigt zu werden, hielt dieſer ihm gegenüber feſt an Kundgebungen der eigenen Superiorität. Als der Agent Rakoczys in einem Schriftſtücke den Ausdruck gebrauchte: „Le roi se fait l'honneur de s'allier avec le czar“ — erhielt er das Schriftſtück zurück mit der Veränderung: „Le roi se fait le plaisir de s'allier avec le czar.“[1])

Stärker waren die Bedenken gegen eine Bundesgenoſſenſchaft mit Auguſt II. von Sachſen-Polen. Nach der üblichen Weiſe deutſcher Reichsfürſten bei ihren Anträgen in Verſailles forderte er zunächſt Geld. Man hielt die Erſchöpfung des königlichen Schatzes entgegen, die nicht geſtatte ſich zu neuen Zahlungen zu verpflichten. Ein anderes Bedenken erwuchs aus der Erinnerung an das Jahr 1701, wo Auguſt II. mit Ludwig XIV. darüber verhandelt hatte, für franzöſiſches Geld in die kaiſerlichen Erblande einzubrechen. (Man vergleiche Band IX, S. 8, 40, 177.) Nach der Darſtellung der Franzoſen hatte Auguſt II. damals zugleich mit dem Kaiſer verhandelt, und wäre nahe daran geweſen, von Frankreich eine bereits angewieſene hohe Summe zu erhalten, wenn Ludwig XIV. nicht noch in der letzten Stunde Kenntnis der Doppelzüngigkeit erlangt hätte. Dieſer Verſuch des Prellens hatte Auguſt II. in Verſailles etwas discreditirt.[2])

Darum jedoch wurden die Anträge nicht zurückgewieſen. In der Vorausſicht deſſen hatte Auguſt II. bereits gehandelt. Sein Befehl an ſeinen General Kanitz in den Niederlanden mit den ſächſiſchen Truppen den Rückmarſch anzutreten, war datirt zu Leipzig am 3. Mai und traf im Hauptquartiere ein am 11. Mai.[3]) Hier jedoch fand der Befehl, der ohne Vorwiſſen der zahlenden Mächte England und Holland erlaſſen war, den entſchiedenen Widerſtand Marlboroughs. Vielmehr forderte er die Ergänzung des ausbedungenen Corps durch Nachſchub von Rekruten.

Auguſt II. mußte den Befehl fallen laſſen, aber es blieb die Ungewisheit, wie lange man der Truppen ſicher ſein könne. Und eben dasſelbe galt dann von den Truppen des Bundesgenoſſen jener zwei Häupter, des Königs von Dänemark.

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 242.

[2]) A. a. O., S. 243. Petes' Bericht vom 6. Auguſt.

[3]) Murray vol. V, p. 342. Marlborough an St. John, 14. Mai.

Auguſt II. und der Czar Peter drängten im Haag ferner auf die Errichtung der Neutralitäts-Armee, deren Zweck, nach dem Plane des Rathspenſionärs Heinſius, ſein ſollte, ſowohl das Vorbrechen des ſchwediſchen Generals Craſſau aus Pommern, als einen Angriff auf denſelben zu hindern. Aber Carl XII. hatte gegen das Haager Concert und die Aufſtellung einer ſolchen Armee proteſtirt. Im Juni trat der Zweck, den jene Häupter mit dem Drängen auf die endliche Errichtung jener Armee verfolgten, deutlicher hervor. Ihr Plan war nicht bloß das ſchwediſche Corps unter Craſſau in Pommern anzugreifen, ſondern auch zu dieſem Zwecke die Neutralitäts-Armee mit zu verwenden.

Der Prinz Eugen, ohne die Ziele der Verabredungen von Jaroslaw zu kennen, ſprach ſich im Haag über die Häupter im öſtlichen Europa in folgender Weiſe aus. „Der König von Schweden iſt ehrlicher als alle die Anderen; denn man kann ſich wenigſtens auf ſein Wort verlaſſen. Der Czar, der bisher für ehrlich galt, zeigt ſich nunmehr von einer anderen Seite. Nach den Beredungen in Polen mit Auguſt II. iſt er den Kaiſerlichen mit einem Hochmuthe entgegen getreten, der alles überſteigt, was man jemals von dem Könige von Schweden erfahren. Es wäre zu wünſchen, daß der Czar und die Türken ſich in einen langen Krieg verwickelten; denn wir haben das Glück des Einen eben ſo ſehr zu fürchten, wie dasjenige des Anderen, zumal ſeitdem der Czar den Franz Rakoczy offen in ſeinen Schutz genommen. Auf den Antrieb des Czaren hat ſich Rakoczy dem Frieden von Szathmar nicht gefügt.“[1])

Dabei war der Prinz Eugen der Anſicht, daß dieſe, nach ſeiner Meinung, Veränderung der Haltung des Czaren eingetreten ſei in Folge der unheilvollen Rathſchläge des Königs Auguſt II. Er warf dieſem vor, ein heimliches Verſtändnis mit Frankreich zu haben gegen die Wahl Carls III. zum Kaiſer.

Den nächſten Anlaß zu dieſer Anklage bot der Proteſt Auguſt II. gegen die Verfrühung des Wahl-Termines. Der Kurfürſt Lothar Franz von Mainz, dem Wunſche folgend, in welchem aus ſehr verſchiedenen Gründen alle Mächte der Allianz übereinſtimmten, daß die Wahlſache bald erledigt werden möge, hatte den Termin vom 20. Auguſt

[1]) Robethons Bericht vom 11. Juli.

auf den 20. Juli zurückverlegt. Dagegen proteſtirte Auguſt II., von Krakau aus, am 17. Juni, weil, wie er behauptete, die Zeit nicht ausreiche, die erforderlichen Inſtructionen vorzubereiten. Zum Schluſſe verſicherte er, dabei kein Privat-Intereſſe zu verfolgen.[1])

Die Anſicht des Prinzen Eugen war, daß dieſer Proteſt Auguſts II. ein Kunſtgriff ſei, der bezwecke, der franzöſiſchen Politik die Zeit zu geben, die Mittel ihrer Politik an verſchiedenen Höfen des Reiches ſpielen zu laſſen. Er ging ſo weit zu ſagen, daß er nur ſolche Intriguen als den Grund anſehen könne, der die franzöſiſche Politik bewöge, die verſchiedenen Truppenſendungen aus den Niederlanden nach dem Rheine vorzunehmen, die ſonſt ganz unbegreiflich ſein würden.[2])

Im Laufe des Monates Juli erhielt man über den franzöſiſchen Plan mehr Klarheit. Ein Agent des Königs Friedrich I. ſandte dieſem, der ſich im Haag befand, den franzöſiſchen Antrag des Kaiſerthums für Friedrich I. ein. Frankreich, hieß es darin, habe zwei Kurſtimmen zu vergeben, diejenigen von Köln und von Bayern. Es ſtehe in Unterhandlung mit dem Könige Auguſt II. über die ſeinige. Dazu habe es noch eine vierte Stimme zur Verfügung, die es jedoch nicht nannte. Wenn der König-Kurfürſt Friedrich I. dann noch ſich ſelber ſeine Stimme geben würde als die fünfte, ſo ſei die Mehrheit ſicher. Dazu bot Frankreich 100.000 Thaler monatlich und 70.000 Mann Truppen zur Behauptung der kaiſerlichen Würde.[3])

Friedrich I. ſelber, zum Beweiſe, daß er darauf nicht eingehen wolle, brachte dieſe franzöſiſchen Vorſchläge zur Kunde des Grafen Sinzendorf. Dies ſchien zuerſt die Sache verdächtig zu machen als eine beſtellte Arbeit, damit Friedrich I. dann um ſo eher ſeine anderen nicht geringen Forderungen durchſetzen könne. Indeſſen andere Nachrichten aus Frankreich beſtätigten. Am wenigſten konnten im Haag diejenigen Perſonen zweifeln, die ſchon zwei Monate zuvor Kunde erhalten hatten von der Sendung der Agenten, Clermont nach Hannover,

[1]) Der Proteſt in Fabers Staatskanzlei, Bd. XVII, S. 668.

[2]) Robethons Bericht vom 11. Juli: Le prince Eugen alla même jusqu'à me dire que ce n'étoit que sur de telles intrigues qu'il pouvoit fonder les divers détachements que les François faisoient vers le Rhin, auxquels sans cela il avouoit ne pouvoir rien comprendre.

[3]) Lamberty t. VI, p. 646. — Wagner, p. 496.

Groffey nach Berlin (S. 90). Man wußte ferner, daß Auguſt II. entſchloſſen war, für das Wahlrecht der geächteten Wittelsbachiſchen Brüder, Max Emanuel und Joſeph Clemens, bei dem Wahltage einzutreten, unter dem Vorwande, daß nur ſo die Wahl rechtmäßig und gegen jeden ſpäteren Einſpruch geſichert ſein könne.[1])

Es war alſo für das geſammte Weſteuropa eine wichtige Frage, welche Machtſtellung Auguſt II. zur Zeit der Kaiſerwahl einnehmen würde. Dieſe Stellung war weſentlich bedingt durch diejenige ſeines Freundes und Bundesgenoſſen, des Czaren Peter I. In jedem Falle aber lagen die Dinge verwickelt. Siegte Peter I. über die Türken, ſo wurden die in Jaroslaw verabredeten Plane für Weſteuropa gefährlich. Siegten dagegen die Türken zu Gunſten Carls XII., ſo konnte dieſer wiederum zu einer Stellung emporwachſen wie im Jahre 1707, und dann, wie er ſelber gedroht hatte, mit ſeinem Schwerte für Weſteuropa den Frieden dictiren wollen. Auch der Rathspenſionär Heinſius ſtimmte daher ſehnlichſt in den Wunſch des Prinzen Eugen mit ein, daß jene Mächte im Oſten ſich tief und lange in einander verbeißen möchten.[2])

Und doch fügte ſich dann in einer ſehr merkwürdigen Weiſe Alles anders als es Jemand hätte vorher vermuthen können.

Jener Plan, den der Czar und Franz Rakoczy in Jaroslaw, im Mai, verabredet, durch reiche Geſchenke in Conſtantinopel den Kriegseifer der Türken zu lähmen, war dadurch zergangen, daß der Fürſt der Moldau dem Agenten Rakoczys die Durchreiſe verweigerte.[3]) Der Krieg war unvermeidlich.

Die Meinungen der Generale im Kriegsrathe Peters I. waren getheilt: die Minderheit rieth beide Ufer des Dnieſter beſetzt zu halten und dort den Feind zu erwarten; die Mehrheit war für das Vordringen auf die Donau. Ungeachtet des Hinweiſes der Minderheit, daß man ſich dadurch in dieſelbe Gefahr des Mangels bringe, wie Carl XII. zwei Jahre zuvor in der Ukraine, trat der Czar der Mehrheit bei. Die Ruſſen überſchritten den Dnieſter, am 16./27. Juni.

Dann ging die Vorherſagung raſch in Erfüllung. Die Ruſſen kamen zu ſpät, den Türken den Uebergang über die Donau zu wehren,

[1]) Lamberty t. VI, p. 647.

[2]) Robethons Bericht vom 7. Juli.

[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.

wurden vielmehr mit verluſtvollen Kämpfen über den Pruth zurückgedrängt, und dann, am 9. 20. Juli, am rechten Ufer des Stromes völlig umringt. Die abgematteten hungernden Ruſſen waren in der Hand des Großweſirs.[1]) Der Czar Peter I. ſprach ſich über ſeine Lage offen aus in einem Briefe an ſeinen Senat, ſchließend mit den Worten: „Sollte ich umkommen, ſo wählet unter Euch ſelbſt den Würdigſten zum Nachfolger.“[2]) Man hat dieſen Brief heroiſch genannt. Minder eignet ſich dieſe Bezeichnung für ein anderes Schreiben Peters I., vom ſelben Tage, an den Großweſir, enthaltend die Bitte um Verſchonung, mit der Heimſtellung der Bedingungen in die Gnade des Großweſirs. Mit dieſem Schreiben und zugleich mit allem im ruſſiſchen Lager verfügbaren Golde und Juwelen begaben ſich der Kanzler Schafiroff und einige Andere ins türkiſche Lager. Sie erlangten die Zuſage eines Friedens, deſſen Hauptbedingung die Rückgabe von Aſow war. Für den König Carl XII. forderte der Großweſir die Zuſicherung der freien Rückkehr.

Dieſer König, dem die Türken das Commando der Armee nicht hatten anbieten wollen, harrte unterdeſſen in dem nicht fernen Bender des Ausganges. Dort erhielt er, am Abende des 22., durch einen Courier des Polen Poniatowski, der ihn bei dem Großweſir vertrat, die Nachricht der Umzingelung der Ruſſen. Carl XII. ritt die Nacht durch und traf am Nachmittage ein. Als der Großweſir ſich ihm ſtellte, begann Carl XII.: die Armee ſei ſchön, nur Schade, daß ſie nicht beſſer angewendet werde. Der Großweſir antwortete: es bedürfe deſſen nicht mehr, nachdem der Friede bereits vereinbart. Der König fragte, ob der Großweſir ſich getraue, einen ſolchen Frieden vor dem Sultan zu verantworten. Der Großweſir entgegnete: als Stellvertreter des Sultans habe er die Macht über Krieg und Frieden. Noch einmal begann der König: die Vortheile ſeien ſo groß, daß man einen weit beſſeren Frieden erlangen könne. „Geben Sie mir, fuhr er heraus, zwanzig Kanonen, und ich liefere Ihnen, ohne Verluſt eines einzigen Türken, binnen ſieben Stunden die ganze ruſſiſche Armee kriegsgefangen.“

[1]) Die Darſtellung im Theatrum Europaeum XIX a., p. 785 u. f. mit dem beigegebenen Plane iſt anſchaulich.

[2]) Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 270.

Der Großweſir wiederholte, daß der Friede bereits vereinbart ſei, und lehnte ab. Carl XII. erhob ſich, wandte dem Großweſir den Rücken und ging.[1])

Nach der Auswechslung der Friedensdocumente zog die ruſſiſche Armee ab. Sie war in einem ſolchen Zuſtande, daß der Czar, zum Schutze gegen die Tartaren, eine türkiſche Escorte erbat. Peter I. war mit 38.000 Mann angezogen und brachte nicht die Hälfte zurück. Und doch hatte der eigentliche Krieg, Feind gegen Feind, nur vier Tage gedauert.

Der Czar und der Großweſir hatten für Rußland und die Türkei Frieden geſchloſſen. Aber die Conſequenz dieſes Krieges und dieſes Friedens erſtreckte ſich zugleich auf den Weſten. Carl XII., anſtatt ſeine hochfahrenden Drohungen auszuführen, kehrte wieder in ſeine machtloſe Einſamkeit in Bender zurück. Die Offenſiv-Plane des Czaren Peter und Auguſts II. ſchwemmte der Pruth hinab in das Meer.

Demnach war jener Friedensſchluß am Pruth eine Segnung für Oeſterreich, oder, wie jene Zeit ſich auszudrücken pflegte, eins der Mirakel, welche der Himmel hernieder ſandte, wenn das Haus Oeſterreich ſich in der augenſcheinlichſten Gefahr befand. Mittelbar ſicherte der Friedensſchluß am Pruth die Kaiſerwahl des einzigen noch übrigen Sproſſen vom Mannsſtamme der Habsburger, und drückte andererſeits mittelbar auf den Friedensſchluß von Szathmar das Siegel der Befeſtigung.

Indem jedoch der Friedensſchluß am Pruth, ſo demüthigend er für den Czaren war, zugleich auch dem Schwedenkönige die Ausſicht auf die Rückkehr mit bewaffneter Macht in weite Ferne rückte, benahm er den anderen Gegnern, Auguſt II. von Sachſen-Polen und Friedrich IV. von Dänemark, die Furcht vor ihm. Am 20. Auguſt erließ jener, am 21. dieſer ein Manifeſt für das Einrücken in Pommern.[2]) In den Manifeſten beriefen ſie ſich darauf, daß Carl XII. wider die von den Mächten der Allianz beſchloſſene Acte der Neutralität für das Reich Proteſt erhoben, und dadurch in gewiſſer Weiſe ſelber den Krieg erklärt habe. So ungern man im Haag das neue Kriegsfeuer auflodern ſah, ſo war

---

[1]) Ich berichte nach dem Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 789.

[2]) Bei Lamberty t. VI, p. 477 et suiv.

man doch, weil die oft und vielfach berathene Neutralitäts-Armee in den Anfängen der Bildung ſtecken geblieben war, nicht im Stande dagegen einzuſchreiten. Man mußte den Schweden überlaſſen, ob ſie ſich behaupten könnten. Dieſe zogen ſich nach Stralſund, und vertheidigten die Stadt mit Ausdauer und mit Erfolg.

Dagegen hatte der für den Czaren unglückliche Ausgang des Türkenkrieges die Hoffnungen und Entwürfe des Franz Rakoczy völlig zertrümmert. Er ſelbſt freilich glaubte es nicht. Noch zu Ende Juli trug er ſich mit der Hoffnung, daß er mit franzöſiſchem Gelde ſeinen Krieg erneuern könne, jedoch fügte er dem Auftrage der Werbung darum auch den anderen hinzu: „Wenn man keine Neigung zeigt, die Ausgabe zu machen, ſo ſuchen Sie zu erforſchen, welche Aufnahme meiner dort am Hofe harrt.“ [1]) Die Meinung des Staats-Secretärs Torcy dort war ihm wenig günſtig. Rakoczy ſelber, ſagte er, trage die Schuld des unglücklichen Ausganges: ſein Austritt nach Polen habe Karoly zum Frieden von Szathmar gezwungen.[2]) Rakoczy ſei nunmehr, nach einem franzöſiſchen Sprichworte, aus einem Biſchofe ein Tiſchler geworden. Auch an anderen Orten ſank die Gunſt für Rakoczy. Friedrich I. nahm es übel, daß Rakoczy von der für ihn ausgeſtellten Protections-Urkunde keinen Gebrauch gemacht und wiederholt Behauptungen erhoben habe, die ſich nachher nicht als richtig erwieſen. Rakoczy habe wiederholt geſagt, daß er die dargebotene Hülfe der Türken nicht angenommen: ſtatt deſſen habe man die Beweiſe in Händen, daß er beſtändig dieſe Hülfe geſucht.[3]) — In London und im Haag gaben die Agenten Rakoczys auch ferner Denkſchriften ein. Nach und nach jedoch blieben die Antworten aus.[4]) Seine Zeit war um. Er ſelber freilich war auch dann noch nicht willens ſeine Sache aufzugeben. Er zog ſich nach Danzig zurück. Von dort aus meldet er ſeinem Agenten Clement in London, am 28. November: „Ich habe mich entſchloſſen, alle meine Ausſichten und Anſprüche der Unterhandlung des allgemeinen Friedens heimzuſtellen. Diejenigen, welche meinen, daß meine Weigerung gegen einen Ausgleich mit dem Wiener Hofe

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 359.
[2]) A. a. O., S. 236.
[3]) A. a. O., Bd. II, S. 212. Vom 18. September.
[4]) A. a. O., S. 238.

meinem Vaterlande zum Nachtheile gereiche, ſind im Irrthum. Sie würden ihre Anſicht ändern, wenn ſie erwägen wollten, daß ich durch meine Rückkehr nach Ungarn und meine Unterwerfung mich für die Zukunft unfähig machen würde, als Vertheidiger der Geſetze und Freiheiten aufzutreten. Ich bin nicht im Beſitze meines Fürſtenthumes oder eines Aequivalentes, und da ich weder das Eine noch das Andere ohne die Hülfe einer fremden Macht erlangen kann, ſo rechne ich dafür auf die Verſprechungen von Frankreich. Ungeachtet der geringen Hoffnung, die Sie mir von England her in Ausſicht ſtellen, ziehe ich doch aus der Lage der Dinge den Schluß, daß, ſobald erſt die Höfe von St. James und Verſailles feſter geeinigt ſind, das britiſche Miniſterium auf alles eingehen wird, was Frankreich zu meinen Gunſten ihm vorſchlägt.“ [1])

Dazu kam für Franz Rakoczy, daß er nicht mittellos aus Ungarn geſchieden war. Er konnte nicht bloß ſich ſelber in Danzig erhalten, ſondern von dort aus auch ſeine Agenten bezahlen, Clement in London oder im Haag, den Propſt Brenner in Paris. Mit ſeinem Landsmanne Vetes dort, der ſo oft den Illuſionen Rakoczys den Spiegel der Wahrheit entgegen gehalten, hatte er endlich völlig gebrochen, nicht jedoch in ſolcher Weiſe, daß Rakoczy dafür die Zuſtimmung oder gar die Mitwirkung des franzöſiſchen Staats-Secretärs Torcy fand. Dieſer ließ den Vetes nicht, wie Rakoczy verlangt, in die Baſtille ſetzen, ſondern legte ihm die Beweiſe der Duplicität von Franz Rakoczy wider ihn vor, und ſetzte dadurch Vetes in den Stand, noch einmal vor Rakoczy den Contraſt ſeiner Worte und ſeiner Handlungen zu beleuchten.[2])

Rakoczy beſaß nicht bloß die Mittel, dieſe Agenten zu unterhalten, ſondern auch ſie zu ermächtigen, namentlich den Propſt Brenner, daß ſie da, wo die Gründe für ihn nicht den gewünſchten Eindruck machten, durch Geldverſprechungen nachhelfen ſollten.[3])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 244.

[2]) Die Correſpondenz a. a. O. Bd. I, S. 272 u. f.

[3]) A. a. O., Bd. II, S. 268.

Der Herzog Victor Amadeus.

Die Sonderunterhandlung, die der Herzog Victor Amadeus im Laufe des Jahres 1710 mit dem Marſchall Berwick anknüpfte, wurde im Beginne des Jahres 1711, nach der Ankunft des Geiſtlichen Gautier in Paris, von franzöſiſcher Seite abgebrochen mit der Weiſung: wenn Victor Amadeus ferner etwas vorzuſchlagen habe, ſo müſſe es geſchehen vermittelſt der Königin von England, ohne welche der König von Frankreich mit keiner anderen Macht verhandeln wolle.[1]) — Dies alſo war der eigentliche Grund, weshalb Victor Amadeus im Kriege beharrte.

Aber er hatte perſönlich ſchon ſeit mehreren Jahren ſich nicht betheiligt, aus Verdruß, wie er ſagte, daß der Kaiſer ihm die Zuſagen des Vertrages von 1703 nicht erfülle. Die Seemächte traten darin für Victor Amadeus ein, und ein Hauptzweck der Sendung des Lords Peterborough nach Wien, im Beginne des Jahres 1711, war, den Kaiſer zum Nachgeben zu bewegen. Joſeph I. willfahrte den Forderungen des Herzogs in Betreff der Lehen von Montferrat, am 28. März.[2]) Victor Amadeus ſah dies nur wie eine Abſchlagszahlung an, weil ſeine Forderungen auf Vigevanasco und auf die Langhes unerledigt blieben; dennoch gab er Hoffnung, dies Mal den Feldzug ſelber mitzumachen, der, nach Maßgabe der Gangbarkeit der Alpenpäſſe, der Regel nach erſt im Juni beginnen konnte.

Inzwiſchen trat der Tod des Kaiſers Joſeph I. ein, und Lord Peterborough eilte von Wien nach Turin, um in dem Herzoge Victor Anſprüche auf Spanien zu erwecken oder zu ermuthigen. In Folge deſſen ſchickte Victor Amadeus ſeinen Geſandten im Haag, Del Borgo, hinüber nach London, wo er bereits den Grafen Maffei als ſtändigen Geſandten hatte, damit ſie mit doppelter Kraft dort arbeiteten.[3]) Dem engliſchen Miniſterium, welches für die Belaſſung von Spanien bei Philipp V. die Sondervortheile für England zu kaufen trachtete, kam der neue Wunſch des Herzogs Victor Amadeus ſehr wenig gelegen.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Die Urkunde bei Lamberty t. VI, p. 557.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 15. und 28. Mai.

St. John bezeichnete die Schwierigkeit, den Herzog in Betreff ſeiner Anſprüche auf Spanien zufrieden zu ſtellen, als den Knoten der ganzen Angelegenheit.[1]) Eben darum blieb die Reiſe Del Borgos nicht ohne Frucht. Die Königin ließ ihm mündlich und ſchriftlich verſichern, daß ſie nicht bloß geneigt ſei, aus Achtung und Zuneigung für die Perſon des Herzogs alles was von ihr abhange, zur Förderung ſeiner Intereſſen beizutragen, ſondern auch die Steigerung der Macht des Hauſes Savoyen wie eins der ſicherſten Mittel betrachte, das für die Ruhe und den Frieden Europas ſo weſentliche Gleichgewicht der Mächte zu erhalten.[2])

Nach ſolchen Worten darf angenommen werden, daß ein Einblick in die Fuchs-Natur dieſes Herzogs, für welche die Mächte der Allianz, und voran unter ihnen England, im Jahre 1707 vor Toulon ſo ſchwere Opfer dargebracht hatten, der Königin Anna und ihren Miniſtern völlig fern lag.

„Die Königin iſt entſchloſſen, ſagt St. John weiter, eben ſo wie bisher auch in Zukunft das Vertrauen zu verdienen, welches der Herzog in ſie ſetzt, und geht in ſeine Gedanken ein, ſowohl für den Fall der Unvereinbarkeit, als für den Fall der Union, der Kaiſerkrone mit der ſpaniſchen Monarchie. In beiden Fällen betrachtet die Königin die Heirath des Prinzen von Piemont mit der Erzherzogin (der älteren Tochter des Kaiſers Joſeph I.) als das ſicherſte Mittel die Gefahren abzuwenden, denen der Herzog ſich ausgeſetzt glaubt. Die Königin iſt bereit dieſe Heirath, jedoch unter Verzicht der Erzherzogin auf die Erblande, vorzuſchlagen je nach der Zeit und Gelegenheit, wie der Herzog es für geeignet erachtet, und wird von Stund an den Verbündeten denſelben Gedanken nahe bringen.“ In der That ließ St. John ſich dies ſehr angelegen ſein.[3])

Die europäiſche Geſchichte iſt reich an Heirathen von Prinzeſſinnen im politiſchen Intereſſe des eigenen Hauſes. Ein Fall wie dieſer, daß die Mächte, die einen Frieden beabſichtigen mit Hintergehung und auf Koſten des Erzhauſes, dann die neue Ordnung der Dinge in ihrem

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 161.

[2]) A. a. O., p. 236.

[3]) A. a. O., p. 351.

Interesse zu befestigen trachten durch die Forderung der Heirath einer Tochter des ungerecht behandelten Hauses — ein solcher Fall dürfte selten vorgekommen sein.

Ferner machte das britische Ministerium dem Herzoge Victor Amadeus Aussicht auf eine Verstärkung mit 8000 Mann kaiserlicher Truppen, die ihn in den Stand setzen würden, die Winterquartiere westwärts der Alpen zu nehmen, demnach anstatt wie bisher im Juni oder Juli, den folgenden Feldzug mit dem Frühlinge eröffnen zu können. Wir haben bereits erfahren, daß die kaiserlichen Minister, im Hinblicke auf die Verwickelungen im Osten, und namentlich auf die Gefahr vor dem Czaren Peter, diese Forderung abschlugen, und daß dann das britische Ministerium von diesem Abschlage her den Vorwand nahm, die Regierung in Wien eines Mangels an gutem Willen anzuklagen.[1]) St. John ging sogar noch weiter. Indem er dem Engländer Drummond in Amsterdam berichtet, daß die Minister in Wien völlig abgelehnt, fügt er die von ihnen angegebenen Motive hinzu, nicht um sie anzuerkennen, sondern um sie in scharfer Weise zu verneinen, nämlich mit der Frage: „Wollen die Oesterreicher das Maß der Provocation gegen uns voll machen?“[2])

Seinem Versprechen an die Seemächte gemäß begab sich Victor Amadeus zur Armee, im Juli. Seine Armee war derjenigen des Marschalls Berwick erheblich überlegen. Der Letztere ward zum Abzuge von Montmelian gezwungen, und sein Angriff auf Exilles vereitelt. Im Anfange September begab man sich beiderseitig in die Winterquartiere. Für den Gang der Dinge im Großen war der Feldzug bedeutungslos.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Frage des Verbleibens der preußischen Truppen.

Das Schwergewicht des Krieges schien auch dies Mal wieder in den starken Armeen in den Niederlanden liegen zu müssen. Diejenige

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 241.

[2]) A. a. O., vol. II, p. 296.

der Verbündeten jedoch ward von verschiedenen Seiten her mit Schwächungen bedroht.

August II. von Sachsen-Polen nahm zwar seinen bereits gegebenen Befehl zum Abmarsche seiner Truppen zurück; aber es haftete doch die Besorgnis, daß man derselben nicht ganz sicher sei. Aehnlich stand es dann mit den dänischen Truppen; denn, da Friedrich IV. mit August II. und dem Czaren Peter I. im Bündnisse war, so durfte man voraussehen, daß der Eine dem Andern folgen würde. Bedenklicher jedoch als von Seiten jener zwei Häupter waren Drohungen solcher Art von Seiten des Königs-Kurfürsten Friedrich I. von Preußen-Brandenburg, dessen Contingent in der Armee der Verbündeten reichlich 20.000 Mann betrug. Friedrich I. hatte keinen Antheil an dem Bündnisse jener drei Potentaten wider Carl XII. Er wollte also nicht seine Truppen direct im eigenen Interesse verwenden, sondern, gemäß dem oft angewandten Verfahren, durch die Drohung, sie abzuberufen, besondere Vortheile bei den Seemächten für sich herausdrücken.

Während Marlborough die Armee sammelte, erhielt er, am 27. März, ein Schreiben Friedrichs I., des Inhalts, daß, da die Königin und die Generalstaaten ihm auf die gemachten Vorstellungen nicht die geringste Satisfaction gäben, er nicht bloß den Marsch seiner Truppen sistirt habe, sondern auch, wenn man ihn in Betreff seiner Forderungen nicht schleunigst zufrieden stelle, fest entschlossen sei, sie völlig zurückzuziehen.[1]) Marlborough antwortete, daß in diesem Falle nicht bloß der Feldzug verloren gehe, sondern die ganze Sache der Verbündeten. Mit dem Versprechen seinen ganzen Einfluß bei den Generalstaaten aufzubieten, bat er um Rücknahme des Befehles.[2]) Von Lord Raby und General Grumbkow, auf die der König in Betreff seiner Forderungen verwiesen, erfuhr dann Marlborough, daß sie die oranische Erbschaft beträfen, und Grumbkow versicherte, daß ohne eine befriedigende Antwort der Generalstaaten an die Rücknahme des Befehles nicht zu denken sein werde.[3])

Der Kern der Differenz, wie wir gesehen (Band X, S. 84 u. f.), bestand darin, daß der König Wilhelm III. durch ein Testament den

[1]) Murray t. V, p. 283.
[2]) A. a. O., p. 284.
[3]) A. a. O., p. 291.

jugendlichen Prinzen Wilhelm Friſo von Naſſau zum Erben ſeines geſammten Vermögens eingeſetzt hatte, daß dagegen Friedrich I. dies Teſtament nicht als berechtigt anerkannte, ſondern als allein noch übriger Enkel des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien den geſammten Nachlaß desſelben für ſich beanſpruchte. Viele Stücke hatte der König ſofort ergriffen, wie z. B. die Grafſchaften Lingen und Mörs. Die erſtere war, nach ſeiner Behauptung, eine Dependenz von Tecklenburg, während der Prinz erwiderte, daß es ſeit 150 Jahren davon getrennt geweſen ſei, und für dieſe Anſicht die Stände von Overyſſel auf ſeiner Seite hatte, welche die Grafſchaft Lingen als ihr Lehen in Anſpruch nahmen. In Bezug auf Mörs behauptete Friedrich I., daß es ein Lehen von Kleve ſei, wogegen der Prinz es als Allod bezeichnete. — Der König verlangte nun von den Generalſtaaten die Anerkennung dieſer ſeiner Anſprüche, und noch vieler anderer dazu.

Marlborough fand Anfangs bei den Generalſtaaten geringe Geneigtheit.[1]) Allmählich jedoch gelang es ihm und dem General Grumbkow, die Folgen eines Abzuges der preußiſchen Truppen ſo eindringlich darzuſtellen, daß die Holländer wichen. Die Generalſtaaten gaben eine ſo befriedigende Erklärung ab, daß Grumbkow, am 2. April, an den Fürſten von Anhalt einen Courier mit dem Marſchbefehle entſenden konnte.[2])

Ueber dieſe Vorgänge äußerte ſich der Rathspenſionär vertraulich zu dem hannöverſchen Geſandten Robethon. „Er ſagte mir, berichtet dieſer, mit wahrhaftem Schmerze, daß man genöthigt ſein würde, dem Könige von Preußen ſehr harte und ſehr ungerechte Forderungen zu bewilligen; aber die Lage der Dinge in England, und die bekannte Neigung der Miniſter dort zu einem baldigen Frieden, mit dem Wunſche zugleich, den etwaigen Vorwurf auf die Republik abzuwälzen, mache es dieſer zur Pflicht, die preußiſche Mannſchaft beizubehalten, um nicht den engliſchen Miniſtern irgend welchen Vorwand zu geben.“[3])

Es würde indeſſen nicht richtig ſein, auch das britiſche Miniſterium, außer Raby und Marlborough, für den directen Druck auf

---

[1]) Murray t. V, p. 291.

[2]) A. a. O., p. 295.

[3]) Robethons Bericht vom 4. April.

die Generalstaaten zu Gunsten des Unrechtes mit verantwortlich zu machen. Auch St. John nennt im Fortgange der Dinge das Verfahren des Königs Friedrich I. unverantwortlich.[1])

In der Republik der Niederlande dagegen waltete ein für das Recht des Prinzen ungünstiges Verhältnis ob. Nicht die sämmtlichen sieben souveränen Provinzen traten für ihn ein. Er war General im Dienste der Republik, Erbstatthalter jedoch nur von Groningen und Friesland. Diese zwei Provinzen standen immer für ihn ein, in der Regel auch Geldern und Overyssel, nicht jedoch die drei anderen, und namentlich nicht immer die wichtigste von allen, Holland. Die republikanische oder richtiger oligarchische Partei wollte nicht wieder einen Erbstatthalter, sondern sah lieber die Macht des Prinzen verringert. In der Streitsache mit dem Könige von Preußen verlangte daher die Provinz Holland, daß der Prinz im Interesse der Gesammtheit Opfer bringe.

Im Mai machte Friedrich I. sich selber auf den Weg nach der Republik. Er verlangte durch seine Commissäre, daß ihm das Schloß Dieren in Geldern, Eigenthum des Prinzen, zur Wohnung eingeräumt werde. Die Commissäre des Prinzen schlugen ab, mit dem Hinweise auf den Alten Hof im Haag, den Friedrich I. in ähnlicher Weise allmählich sich zum Eigenthume gemacht. Die Generalstaaten ersuchten den Prinzen, dem Könige zu willfahren. Anders die Stände von Geldern. Sie drangen in den Prinzen es nicht zu gestatten, damit nicht das Ansehen ihres höchsten Gerichtshofes, welcher Dieren dem Prinzen zugesprochen, darunter litte.[2])

Die Mehrheit in den Generalstaaten war, gemäß der Erklärung vom 2. April, geneigt für einen Ausgleich der Differenzen über die oranische Erbschaft zum Vortheile des Königs von Preußen. Auf die Verwendung des Landgrafen von Hessen-Cassel und des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg zu Gunsten des Prinzen erwiderte der Rathspensionär: „Es erscheint mir auffallend, daß man den Generalstaaten allen Tadel zuwälzt in einer Angelegenheit, bei welcher sie nicht im mindesten ihr eigenes Interesse verfolgen. Denn es liegt doch

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 259.

[2]) Robethons Berichte vom 30. Mai und 2. Juni.

wohl klar vor Augen, daß es ihrem Intereſſe ungleich mehr entſpräche, das geſammte Erbe dem Prinzen zu überweiſen als den König von Preußen zur Theilung zuzulaſſen. Es handelt ſich vielmehr in dieſer Sache um das Gemeinwohl der Verbündeten. Denn wenn nach dem Abzuge der preußiſchen Truppen der Republik ein Unglück widerführe, ſo würden nicht wir allein darunter leiden, ſondern auch das Reich würde die Folgen empfinden. Nachdem aber der König von Preußen bereits zweimal ſeinen Truppen unterſagt zu marſchiren, müſſen wir auch darauf gefaßt ſein, daß er ſeine Drohungen ausführt.“[1])

Es hieß, daß der König Friedrich I., der ſich in Honslardyk befand, geſchworen habe: er werde ſeine Truppen heimkehren laſſen, wenn man in der oraniſchen Erbſchafts-Sache ihm nicht Genüge leiſte. In der Verſammlung der Generalſtaaten entſchieden vier Stimmen gegen drei, daß der Prinz zum Zwecke des Ausgleiches von der Armee her heim berufen werden ſolle. Es waren Holland, Seeland, Utrecht, Overyſſel, gegen Groningen, Friesland, Geldern.[2])

Die Generalſtaaten ſetzten zum Zwecke eines Ausgleiches eine Deputation nieder, je ein Mitglied für jede Provinz. Die Commiſſäre von beiden Seiten reichten die Anſprüche ein. Diejenigen des Königs von Preußen betrafen nicht bloß die Grafſchaften Lingen und Mörs, ſondern auch das Fürſtenthum Oranien, die Güter in Burgund und Anderes, ſo daß für den Prinzen ſehr wenig übrig blieb. Dieſer dagegen forderte auf Grund des Teſtamentes von Wilhelm III. das Ganze.

Als der Monat Juni darüber zu Ende ging, erhob die Umgebung Friedrichs I. laute Klagen gegen die Säumigkeit der Generalſtaaten. Der Prinz Eugen wandte ſich darüber zu dem General Grumbkow mit den Worten: „Sagen Sie doch lieber Ihrem Könige, daß er dem Prinzen gegenüber Großmuth beweiſen und nachlaſſen möge.“ — „Ich werde mich hüten, antwortete jener, ſolche Rathſchläge zu geben, die mich nach Spandau bringen würden.“[3])

Der Fürſt von Anhalt erhielt den Befehl, am 12. Juli mit den preußiſchen Truppen heimzumarſchiren, wenn nicht bis dahin Gegenbefehl erfolge.

---

[1]) Robethons Bericht vom 6. Juni.

[2]) Desgleichen vom 9. Juni.

[3]) Desgleichen vom 30. Juni.

Die Beſorgniſſe im Haag ſtiegen dadurch, daß zugleich die Abſicht des Czaren Peter zum Angriffe auf die Schweden in Pommern immer mehr kund wurde, und Friedrich I. dem ruſſiſchen Botſchafter im Haag, Matueof, eine auffallende Freundlichkeit bewies. Heinſius war der Anſicht, daß Friedrich I., anſtatt, nach dem Beſchluſſe der Allianz, für die Neutralität im Norden des Reiches einzutreten, nach ſeiner gewöhnlichen Politik, ſich lieber durch Gefälligkeiten mit dem Czaren Peter I. und Auguſt II. auf einen guten Fuß ſetzen werde, um dann einen Antheil an der Beute zu erlangen.[1])

Dennoch ſcheint die Freundlichkeit des Königs Friedrich I. für die Ruſſen mehr ein Druckmittel auf die Generalſtaaten geweſen zu ſein. Denn am 6. Juli ließ er ſich bewegen, ſeinen Befehl an Anhalt zum Abmarſche bis auf weiteres zurückzunehmen. Dagegen ſtiegen ſeine Anſprüche an das oraniſche Erbe. Er verlangte nun auch das Haus Dieren. Die Stände der Provinz Friesland dagegen legten bei Heinſius nachdrückliche Fürſprache für den Prinzen ein. Sie würden nicht dulden, ſagten ſie, daß man wider alle Vernunft und Gerechtigkeit den Prinzen dem Könige von Preußen zum Opfer bringe. — Die Partei des Prinzen hoffte auf ähnliche Beſchlüſſe von Geldern und Overyſſel.[2])

Es kam dem Könige Friedrich I. zu ſtatten, daß zur ſelben Zeit, im Beginne des Monates Juli, auch wieder Auguſt II. und Friedrich IV. mit der Abberufung ihrer Truppen droheten. Was wurde aus der verbündeten Armee, wenn zugleich die Preußen, die Dänen, die Sachſen abzogen? — Die Forderungen vom Haag aus an den Prinzen von Naſſau wurden lauter und dringender. Er entſchloß ſich der Ladung nach dem Haag Folge zu leiſten. Er machte ſich auf den Weg. Beim Ueberſetzen des Stromes bei Moerdyk erfaßte eine Böe das Fahrzeug und brachte es zum Kentern. Faſt ſämmtliche Begleiter des Prinzen retteten ſich: er ſelber und ſein Ad-

[1]) Robethons Bericht vom 27. Juni: Le Pensionnaire croit aussi que, si le danger augmente pour la Poméranie, la cour de Prusse, selon sa politique ordinaire, cherchera par toutes sortes de bassesses à prendre des liaisons avec le czar et avec le roi Auguste II, et les aidera même dans la dite expédition etc.

[2]) Desgleichen vom 7. Juli.

jutant ertranken. Er hinterließ eine Tochter in zartem Alter und ſeine Frau in Hoffnung.

Die Commiſſäre des Prinzen zeigten den Generalſtaaten an, daß damit ihre Vollmacht erloſchen, und baten um Schutz für die Hinterbliebenen. Die Commiſſäre Friedrichs I. dagegen drängten mehr als je auf die Einweiſung in die Verlaſſenſchaft des Prinzen Friedrich Heinrich. Der Rathspenſionär ließ darauf dem Könige ſagen, daß die Regierung gegen Pupillen nicht vorgehen könne. Die Erklärung that nicht die gewünſchte Wirkung, ſondern brachte den König ſo ſehr in Zorn, daß er dem Fürſten von Anhalt den Befehl der Bereitſchaft zum Abmarſche zuſandte, für ſich ſelber die Anordnungen traf zum Aufbruche in den nächſten Tagen, und ſich vierundzwanzig Stunden ſo verhielt, daß Niemand ihn anzureden wagte.[1])

Die Drohungen des Königs erreichten ihren Zweck. Die Mehrheit in den Generalſtaaten, unter Proteſt der Minderheit, beſchloß, proviſoriſch, ohne die Rechtsfrage zu entſcheiden, den König in den Beſitz der Güter ſeines Großvaters Friedrich Heinrich einzuweiſen. Friedrich I. erklärte, daß er, obwohl er einen mehr poſitiven Beſchluß erwartet habe, dennoch annehme, in der Hoffnung, daß mit der Zeit das noch Fehlende ergänzt werde.[2])

Die preußiſchen Truppen blieben. Friedrich I. hatte mit ihnen eine Eroberung vollbracht, ohne daß ſie vielleicht ſelber wußten, wozu ſie hatten dienen müſſen.

Der Feldzug.

Im April zogen ſich die Armeen zuſammen, die franzöſiſche unter dem Marſchall Villars, diejenige der Verbündeten unter Marlborough, während der Prinz Eugen, der als Feldmarſchall des Reiches die

[1]) Robethons Bericht vom 28. Juli: Le roi de Prusse a été samedi (25. juillet) au soir dans une colère extrême, a voulu partir demain, a fait commander les relais, a envoyé ordre au prince d'Anhalt de se tenir prêt à marcher avec les trouppes au premier ordre qu'il recevroit, et a été vingt-quatre heures si irrité que personne n'osoit lui parler — tout cela parce que le Pensionnaire lui avoit fait voir que l'état ne pouvoit rien faire contre des mineurs. — Cf. Lamberty t. VI, p. 519.

[2]) Lamberty t. VI, p. 524.

Stellungen der Reichsarmee zu besichtigen hatte, nur langsam näher kommen konnte. Bereits am 26. April lag die Möglichkeit eines Treffens in den Ebenen von Denain nahe. Villars vermied es, und erhielt dafür das Lob des Königs. „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, schrieb Ludwig XIV., dürfen wir nicht ohne Noth so wichtige Ereignisse wagen. Es genügt den Uebergang über die Schelde und die Sensette zu wahren, und so die etwaigen Plane der Feinde zu vereiteln.“ [1]) Beiderseitig betrachtete man es als eine hauptsächliche Aufgabe der Kriegführung dort, die zahlreichen Wasserläufe zu eigenem Vortheile, und zum Schaden des Feindes zu leiten.

Das Eintreffen des Prinzen Eugen bei der Armee am 13. Mai ward namentlich von Marlborough freudig begrüßt; denn bei seiner schwierigen Stellung gegenüber dem britischen Ministerium lag es ihm vor allen Dingen daran, einen Gefährten seiner Verantwortlichkeit zu haben. [2]) Diese Freude währte nicht lange. Am 3. Juni gab Ludwig XIV. an Villars den Befehl, 15 Bataillone und 15 Schwadronen gegen den Rhein zu entsenden. Er und der Kurfürst Max Emanuel bauten darauf irgend welche Hoffnungen, die nach Frankfurt hin ausgeschriebene Kaiserwahl stören zu können, für den Fall daß auch August II. seinerseits zur That zu schreiten vermöge.

Dieser Act von französischer Seite zwang die Verbündeten dasselbe zu thun, und legte zugleich dem Prinzen Eugen die Nothwendigkeit auf, selber sich an den Rhein zu begeben. „Die Aussicht, meldet der Felddeputirte Goslinga, auf die Abreise des Prinzen Eugen, der an Befähigung für den Krieg den Herzog von Marlborough weit übertrifft, erregte Unbehagen. Soldaten wie Officiere werden in gewisser Weise dadurch entmuthigt.“ [3]) — Diese Stimmung in der Armee der Verbündeten blieb auf französischer Seite nicht unbekannt. [4]) Am 25. Juni erfolgte der Befehl der Absendung eines zweiten Corps, welches namentlich die Truppen des Kurfürsten Max Emanuel enthielt. Es ward verkündet, daß diese Truppen offensiv agiren sollten. [5]) Die

---

[1]) Pelet t. X, p. 592.
[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 512.
[3]) Mémoires de Goslinga p. 115.
[4]) Pelet t. X, p. 617.
[5]) A. a. O., p. 618.

Conſequenz war, daß nunmehr alle kaiſerlichen und pfälziſchen Truppen ſich nach dem Rheine in Bewegung ſetzten. In Folge dieſes Abzuges erging ſich Marlborough bei den Holländern in lebhaften Klagen über die Entmuthigung der Armee und beſchwor ſie mit dringenden Bitten, den Prinzen Eugen zur Aenderung ſeines Entſchluſſes zu bewegen.[1]) Die Nachrichten des Prinzen Eugen nach Wien darüber machten den Eindruck, daß Wratislaw an den König Carl ſchrieb: „Marlborough iſt ſo verzagt, daß er nicht weiß, was zu thun oder zu laſſen.“[2])

Es geht daraus hervor, wie richtig vom franzöſiſchen Standpunkte aus dieſe Maßregeln getroffen waren. Die Bitte des Marſchalls Villars jedoch um die Erlaubnis zu einem Treffen in der Ebene von Lens gewährte Ludwig XIV. abermals nicht. „Es liegt dafür, antwortete er, gar keine Nothwendigkeit vor. Bei unſeren Feinden dagegen können verſchiedene Anläſſe der Spaltung eintreten, ſei es wegen der Kaiſerwahl, ſei es wegen des Krieges im Norden, der lebhaft zu werden beginnt. Unter dieſen Umſtänden iſt es beſſer abzuwarten und die etwa ſich darbietende Gelegenheit zu benützen. Vielleicht geht der Feldzug nicht zu Ende, ohne daß ſich eine für mich glückliche Löſung der Dinge ergibt.“[3]) Daß eine geheime Unterhandlung mit England im Gange war, ſprach der König auch ſeinem Heerführer nicht offen aus.

Für mehrere Wochen geſchah nichts von Bedeutung. Marlborough hatte, in Anlaß des Abzuges des Prinzen Eugen, und auch ſpäter wiederholt dem holländiſchen Felddeputirten Goslinga ſein beſonderes Vertrauen entgegen getragen, „in ſo weit, fügt Goslinga hinzu, als ſeine Reſerve und ſeine tiefe Politik ihm das verſtatteten.“[4]) Aber Goslinga benutzte dies Verhältniß, um ermuthigend auf ihn einzuwirken. Als ſie ſich eines Tages allein befanden, ſprach Goslinga offen die Anſicht aus, daß es in Marlboroughs eigenem Intereſſe läge, nunmehr wo er die Ehre eines Erfolges mit keinem Anderen zu theilen habe, etwas Nachdrückliches zu unternehmen. Wie ein ſolcher Erfolg gerade zu dieſer Zeit im allgemeinen Intereſſe der Allianz liege, und

[1]) Mémoires de Goslinga p. 116.
[2]) Wratislaw an Carl III., 29. Juni, S. 188.
[3]) Pelet t. X, p. 402. Vom 17. Juni.
[4]) Mémoires de Goslinga p. 118.

entſcheidend für die Wahl in Frankfurt wirken werde, ſo bedürfe Marlborough eines ſolchen gegenüber dem britiſchen Miniſterium. Marlborough ging ein. Sie traten an die Landkarte, und verabredeten einen Plan, zunächſt nur in allgemeinen Zügen.[1])

Um ſich zu decken, berichtete Goslinga den Plan nach dem Haag an den Rathspenſionär und an Slingeland. Dieſe zogen den Prinzen Eugen, der ſich gerade dort befand, zu Rathe. Der Plan erhielt die Zuſtimmung mit dem Auftrage an Goslinga, ferner dafür thätig zu ſein. Marlborough nahm die Kunde mit Freude entgegen.[2])

Es vergingen abermals vierzehn Tage und der Monat Juli war faſt zu Ende. Verſchiedene Verſuche Goslingas bei Marlborough blieben fruchtlos. Erſt als Villars, auf Befehl von Verſailles, den General d'Eſtaing mit 10.000 Mann in der Richtung von Mons entſendete, zeigte Marlborough, auf ein dringendes Schreiben Goslingas, ſich willfähriger. In den erſten Tagen des Monats Auguſt ward der Plan des Angriffs feſtgeſtellt, und, auf Goslingas Verlangen, nunmehr auch die anderen Häupter ins Vertrauen gezogen.[3])

Wie bei den Holländern im Haag für den Entſchluß zum Angriffe unzweifelhaft der Gedanke mit in die Wage fiel, daß ein Sieg vielleicht die Fäden der geheimen Unterhandlung zwiſchen St. James und Verſailles zerreißen würde: ſo hatte Goslinga von Anfang an bei Marlborough hervorgehoben, daß ein Sieg ſeine Stellung gegenüber dem britiſchen Miniſterium verbeſſern würde. Marlborough aber wollte, wie ſo oft, auch dies Mal, nach dem engliſchen Sprichworte, zwei Eiſen zugleich im Feuer haben. Während er auf die holländiſchen Vorſchläge einging oder einzugehen ſchien, machte er zugleich den Verſuch, ſich mit dem neuen Miniſterium in England gut zu ſtellen.

Im Laufe des Feldzuges hatte er mehrere Briefe mit dem Grafen Oxford gewechſelt, nicht bloß officiellen Inhalts. Am 4. Juli kündigte er dieſem geradezu an, daß er wünſche fortan mit ihm in Vertrauen und Freundſchaft zu leben, und daß er ihm zu dieſem Zwecke und

[1]) Mémoires de Goslinga p. 120.
[2]) A. a. O., p. 121.
[3]) A. a. O., p. 127.

zur Beſprechung des ferneren Kriegsplanes den Grafen Stair zuſenden wolle. Die Antwort Oxfords, vom 6. 17. Juli, lautete zuſtimmend.[1])

Demnach trat Marlborough, am 26. Juli, in das Quartier des Grafen Stair. In langer Unterredung beklagte er das unglückliche Geſchick der großen Allianz. Er beſorgte, daß nach allem vergoſſenen Blute und aufgewendeten Gelde die Frucht deſſen verloren gehen könne, namentlich wenn er, nach der Einbuße der Gunſt der Königin und ohne das Vertrauen der Miniſter, an der Spitze der Armee verbliebe. Er denke daher daran, dem Grafen Oxford eine Alternative vorzuſchlagen: entweder ſeine Niederlegung des Commandos, und die Ernennung eines Anderen an ſeiner Statt, in welchen die Königin das volle Vertrauen ſetze, daß er den Zwecken der großen Allianz nachſtreben werde, bis der Krieg durch einen ruhmvollen Frieden geendet werden könne. In dieſem Falle werde er gern das Commando abgeben, ſich in die Stille zurückziehen, und für den Erfolg der königlichen Waffen unter anderer Führung herzlich beten. Dagegen, wenn man ſeine Gegenwart bei der Armee und ſeine Führung für nützlicher erachte als diejenige eines Anderen, ſo ſei er willig zu beharren, und werde, wenn die Königin ihr Vertrauen in ihn herſtelle, mit Oxford leben wie zuvor mit Godolphin.[2])

Aus dieſer Rede Marlboroughs ergibt ſich, daß er von der geheimen Friedenshandlung des britiſchen Miniſteriums mit Frankreich keine Kenntnis hatte. Auch hatte St. John von Anfang an Sorge getragen, daß weder von England, noch vom Haag aus eine Mittheilung darüber an Marlborough gelange.[3]) Er hatte ferner dem Lord Raby im Haag kund gethan, daß man zwar, aus vielen Gründen, für dieſen Feldzug Marlborough das Commando habe belaſſen müſſen, daß jedoch jeder Verſuch von ſeiner Seite die frühere Stellung wieder zu erlangen, auf den ſchärfſten Widerſtand treffen werde.[4])

[1]) Dies Schreiben bei Coxe's Marlborough vol. III, p. 219

[2]) Marchmont papers vol. II, p. 77. Erzählung des Grafen Stair an Al. Marchmont im Jahre 1736. — Die Daten werden beſtätigt durch die Briefe Marlboroughs bei Murray t. V, p. 420.

[3]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 175

[4]) A. a. O., p. 188. Vom 6./17. Mai.

Für uns Spätere ergibt sich aus diesen Worten St. Johns, daß der Versuch, den Marlborough durch den Grafen Stair machen wollte, von einer irrigen Basis ausging, und daher keine Aussicht auf Erfolg haben konnte.

Aber Graf Stair, der eben so wenig wie Marlborough das eigentliche Verhältnis durchschaute, stimmte jener Rede bei. Marlborough schrieb daher einen entsprechenden Brief an Oxford. Er beauftragte Stair diesen Brief nach London zu bringen, und dabei dem Grafen Oxford in derselben Weise mündlich zuzureden. Desgleichen überbrachte der Graf Stair ein Schreiben an die Königin. Es gelang ihm erst, nach längerem Verweilen in London, von dem Grafen Oxford eine Unterredung zu erlangen. In derselben sprach sich der Letztere dann ganz offen und frei aus, und zwar so, daß Stair hoffte, die Unterredung werde enden mit der Erklärung der Bereitwilligkeit Oxfords, auf den zweiten Vorschlag einzugehen. Dies war jedoch nicht der Fall. Oxford endete damit zu sagen: er müsse seinen definitiven Entschluß vertagen bis auf die nächste Unterredung, die in kurzer Zeit stattfinden sollte. Von diesem Stande der Dinge setzte Oxford selber Marlborough in Kenntnis durch ein Schreiben vom 4./15. August, welches in Betreff der Hauptsache nichts Positives enthielt.[1])

Inzwischen nahmen die Dinge im Felde einen merkwürdigen Verlauf.

Gegen das Ende des Monats Juli fand das Drängen des Marschalls Villars auf die Erlaubnis zu einer Action in Versailles mehr Eingang. Die Abtrennung des Corps unter Estaing erschien dort in dieser Richtung als ein Vortheil, weil dann doch nicht die ganze Armee aufs Spiel gesetzt würde. Die Meldung vom 2. August an Villars lautete: „Der König gibt Ihnen durchaus nicht den Befehl mit Eifer alle Gelegenheiten zu einem Treffen zu suchen; aber er beläßt Ihnen die Freiheit diejenigen, welche die Feinde Ihnen zum Angriffe auf sie gewähren, zu benutzen, sobald Sie glauben es mit Vortheil oder wenigstens mit Gleichheit, wie Sie es ermessen werden, thun zu können.“[2])

---

[1]) Das Schreiben in Coxe's Marlborough vol. III, p. 220.

[2]) Pelet t. X, p. 635.

Die Bewegungen der Armeen in den erſten Tagen des Monats Auguſt waren derartig, daß man beiderſeits auf ein nahes Treffen gefaßt war. Der Marſch der Armee der Verbündeten, am 4. und 5. Auguſt, der die franzöſiſchen Linien durchbrach, erregte Bewunderung. Am 6. Auguſt war Paris von dem Gerüchte erfüllt, daß eine Schlacht geliefert werde.[1])

In der That ſtand am Morgen dieſes Tages die franzöſiſche Armee in Schlachtordnung da, ſo jedoch daß Villars, gemäß der erhaltenen Weiſung, nicht zum Angriffe vorging, ſondern ihn erwartete.[2])

Bevor noch Marlborough wußte, daß der Feind bereits ſo nahe, rief er beim Recognosciren am frühen Morgen des 6. Auguſt Goslinga zu: „Bevor ich die Belagerung von Bouchain unternehme, werde ich in dieſen Tagen den Feind zum Schlagen bringen.“ Goslinga ſtimmte mit Eifer zu. Dann kamen die Nachrichten ein über die Nähe des Feindes, ſeine Stellung. Die Generale konnten vom Kirchthurme von Framegies aus die Farben der feindlichen Fahnen unterſcheiden.[3]) Es lag vor Augen, daß Villars ein Treffen anbot.

Auf das Andringen Goslingas die Gelegenheit ſich zu nutze zu machen, wich jedoch nunmehr Marlborough aus, und in gleicher Weiſe ſein Vertrauter, der General Cadogan. Man vernahm einige Bauern über die Beſchaffenheit des Bodens. Nach der Behauptung Marlboroughs lauteten die Ausſagen ungünſtig für einen Angriff: der linke Flügel und das Centrum der Feinde ſeien gedeckt durch Moräſte, der rechte Flügel durch eine große Schlucht. Goslinga führte zwei Bauern vor, welche ausſagten: der linke Flügel und das Centrum hätten keine vorliegende Deckung, der rechte Flügel allerdings eine Schlucht. — Villars ſelber ſagt: „Je me plaçai de manière que je pouvais marcher mille pas en avant, sans perdre l'avantage de mon poste, qui était uniquement d'avoir mes flancs appuyés.“ — Er wußte, daß an Zahl ſeine Gegner ihm bedeutend überlegen waren, und nach ſeiner Anſicht war in beiden Armeen kein Zweifel, daß es zum Treffen kommen würde.

---

[1]) Dangeau t. XIII, p. 455.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 185.

[3]) Mémoires de Goslinga p. 132. Seine Erzählung iſt ſehr ausführlich und intereſſant.

Marlborough erkärte den Kriegsrath befragen zu wollen. Ueber dies Verfahren erzählt Goslinga, daß Marlborough einige Jahre zuvor bei einem ähnlichen Anlasse in vertraulicher Unterredung gesagt: „Ich muß Ihnen einen allgemeinen Grundsatz aussprechen: nämlich wenn Sie Sich jemals in einer zweifelhaften Lage befinden, wo Sie Sich zu entscheiden haben für oder gegen eine Schlacht oder eine andere gewagte Unternehmung — so befragen Sie, wenn Sie für die Sache sind, nur Ihren General, und im anderen Falle berufen Sie einen großen Rath. Dann sind Sie sicher, daß Sie, ohne sich selber zu exponiren, die Sache zu Falle bringen.“ [1])

Der Kriegsrath trat zusammen. Er war einstimmig der Ansicht, daß bei der Ueberlegenheit der Streitkräfte, die man besäße, bei dem Siegesgefühl, welches das Bewußtsein derselben der Mannschaft einflöße, man auf den Feind gehen müsse, wenn die Bodenbeschaffenheit es gestatte. — Ueber diese Bedingung trennten sich dann die Meinungen. Die drei englischen Generale Ras, Orkney, Lumley, der Fürst von Anhalt und der General Fagel erklärten, daß nach dem Berichte der Bauern die Bodenbeschaffenheit dem Feinde allzu vortheilhaft sei. Albemarle war zweifelhaft. Die Prinzen von Hessen und Württemberg stimmten für den Angriff. Der alte General Tilly war gegen den Angriff. Dann trat auch Marlborough der Mehrheit bei. Es sei sein Wunsch, erklärte er, mit dem Feinde zu einer Entscheidung zu kommen. Da er aber dies nicht für möglich halte, so bleibe nur übrig, die Schelde zu überschreiten und die Belagerung von Bouchain zu unternehmen. — Die Reihe kam nun an die drei Felddeputirten. Zwei von ihnen, Capelle und Hooft, fielen der Mehrheit bei. Goslinga dagegen wies auf die Verschiedenheit in den Aussagen der Bauern hin. Er verlangte, daß, bevor man auf den Angriff verzichte, erst noch genauer recognoscirt würde. Er hob hervor, daß ein entscheidender Sieg die verbündeten Mächte in den Stand setzen würde, die Bedingungen des Friedens vorzuschreiben. Er widerrieth den Uebergang über die Schelde, der fast im Angesichte des Feindes geschehen müsse und darum die Nachhut schweren Gefahren aussetzen werde. — Allein Marlborough hielt fest

[1]) Mémoires de Goslinga p. 138.

an dem Beschlusse der Mehrheit. Demnach wurden sofort die Vorbereitungen zum Uebergange über die Schelde getroffen.

Die Urtheile über diese Lage der Dinge vom 6. und 7. August waren damals und später so verschieden, daß es sich der Mühe verlohnt, noch etwas weiter die Sache zu verfolgen. Der französische General Pelet, der zu Anfang dieses Jahrhunderts die Geschichte jener Feldzüge schrieb, kennt nicht die Vorgänge auf Seiten der Verbündeten, sondern gibt nur die Thatsache an, daß die Bewegungen derselben widersprechend gewesen seien, kühn in dem Anzuge vom 5. August, furchtsam in dem Links-Abmarsche über die Schelde, am Abende des 6.[1])

Wichtiger jedoch sind die Ansichten der Nächstbetheiligten. In den Denkwürdigkeiten, die der Felddeputirte Goslinga im folgenden Winter niederschrieb, bezeichnete er die herausfordernde Aufstellung des Marschalls Villars, am 6. August, als eine Unbesonnenheit und Verwegenheit. Dagegen nannte Villars, dem es nicht unbekannt blieb, daß Goslinga den Angriff verlangt hatte, das Nichteingehen Marlboroughs eine Weisheit. Nicht alle französischen Generale jedoch waren dieser Ansicht; denn Goslinga versichert, einige Jahre später als Gesandter in Paris von französischen Generalen das Urtheil vernommen zu haben, daß Villars an jenem Tage geradezu die Krone Frankreichs aufs Spiel gesetzt habe.

Aber die Dinge hatten dann durch den Links-Abmarsch der Verbündeten über die Schelde sich völlig gewendet. Nach dem Berichte Goslingas entstand bei diesem Uebergange und den Versuchen des Weitermarsches am Abende und in der Nacht und bei strömendem Regen eine unendliche Verwirrung, in welcher man sehnsüchtig des ersten Sonnenstrahles harrte. Bei diesem Stande der Dinge am Morgen des 7. hätte, nach der Ansicht Goslingas, ein Anmarsch und Angriff von 10.000 Franzosen ausgereicht, die ganze Nachhut und vielleicht noch viel mehr zu vernichten. Ein solcher Angriff erfolgte nicht. Aus Unterredungen späterer Jahre mit Villars erkannte Goslinga, daß jener die ihm so günstige Lage der Dinge vom 6. 7. August niemals erfahren habe, und vermied es nun auch selber, sie ihm zu enthüllen.[2])

---

[1]) Pelet t. X, p. 421.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 143.

Die Thatsache dieses Nichtwissens wird durch die Worte des Marschalls Villars in seinen Denkwürdigkeiten zum Vollen bestätigt. „In der Nacht, sagt er, gingen die Feinde über die Schelde, ohne daß man davon die geringste Nachricht hatte.“ [1])

Drängen wir kurz diesen Umschwung der Dinge binnen vierundzwanzig Stunden zusammen. Am Morgen des 6. August stehen die feindlichen Armeen einander so gegenüber, daß Villars die Schlacht anbietet, und daß auf beiden Seiten die Urtheile der Kundigen über den muthmaßlichen Erfolg eines Eingehens der Verbündeten auf jenes Anbieten im Widerspruche mit einander stehen. Marlborough — ob lediglich aus sachlichen, oder auch aus persönlichen Gründen, bleibe dahin gestellt — wagt den Angriff nicht.

Der Tag geht so vorüber. Vierundzwanzig Stunden später hat sich die Sachlage geändert. Die verbündete Armee ist, theils durch Mangel an Voraussicht in der Führung, theils durch die Mächte der Natur, in einen Zustand der Verwirrung gerathen, in welchem ein etwaiger Angriff von Seiten der Franzosen sie mit schwerem Verluste bedroht. Aber Villars, nur um wenige Wegstunden entfernt, kennt diese Sachlage nicht. Und darum bleibt die Armee der Verbündeten erhalten.

Es ist leicht zu erachten, daß Goslinga über seine Auffassung der Vorgänge vom 6. August nach dem Haag hin nicht schwieg. Auch dort hatte man, nach dem kühnen Marsche vom 4. und 5. August, etwas Anderes erwartet. Der Rathspensionär, Slingeland, Sinzendorf, antworteten auf die Berichte Marlboroughs, daß sie auf ein Treffen gefaßt gewesen seien. Die Erwiderungen Marlboroughs, der sonst jederzeit seine Erregungen unter glatte Worte, ob schriftlich, ob mündlich, zu verdecken wußte, lauteten dies Mal sehr unmuthig. „Ich kann Ihnen nicht verhehlen, schreibt er an Sinzendorf, daß Ihre Andeutung, man sei auf ein Treffen gefaßt gewesen, für mich äußerst kränkend ist, als wenn ich eine Gelegenheit versäumt hätte, während doch nicht ein einziger General oder Officier bei der Armee ist, der nicht zustimmte, daß es unmöglich war, mit der geringsten Aussicht auf Erfolg sich

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 185: Leur armée passa l'Escaut, sans qu'on en eût le moindre avis.

mit dem Feinde einzulaſſen. Ich muß geſtehen, daß eine ſolche Behandlung ſehr kränkend iſt, und mich ſehr entmuthigt.“ [1]) Entſprechend ſchrieb Marlborough an Slingeland, und ſpäter und ausführlicher noch an Heinſius.

Aber auch franzöſiſche Zeitungen redeten über den 6. Auguſt in ähnlicher Weiſe. Gegen dieſe wandte ſich Marlborough in einem officiellen Schreiben an St. John, mit der Bitte um Vorlage vor die Königin und die Miniſter. [2]) Danach waren die Schwierigkeiten gegen einen Angriff auf Villars am 6. Auguſt noch viel größer. „Seine rechte Flanke, ſagt Marlborough, war geſichert durch die Stadt Cambrai, das Centrum durch zwei vorliegende Dörfer und durch Hohlwege, die linke Flanke durch den Moraſt von Inchi. Es war daher nicht thunlich, den Feind in dieſer Stellung anzugreifen.“

Zu dieſem Tadel, der von verſchiedenen Seiten auf Marlborough eindrang, trat für ihn noch die Erfahrung, daß ſein Verſuch bei dem neuen Miniſterium fehl geſchlagen war. Oxford hatte den Grafen Stair in London zurückbehalten von einem Tage zum anderen. Inzwiſchen trafen Prior und Mesmager mit den Zuſicherungen der Sondervortheile für England bei dem Frieden ein. Das britiſche Miniſterium bedurfte Marlboroughs nicht mehr. Stair erhielt von Oxford einen nichts ſagenden Brief an ihn, mit der Weiſung, ſich wieder zur Armee zu begeben. [3])

Marlborough mußte fühlen, wie der Boden ihm unter den Füßen ſchwand. Er ließ Goslinga zu ſich bitten. Er erinnerte an ihr früheres gutes Verhältnis langer Jahre, und ſprach dann die Beſorgnis aus, daß bei ſeiner Stellung zu dem britiſchen Miniſterium, welches nur die Gelegenheit ſuche, ihn zu verderben, das Misverſtändnis mit Goslinga ihm zum Nachtheile gereichen könne. Er erſuchte Goslinga, die Freundſchaft und Vertraulichkeit mit ihm herzuſtellen. [4])

Nach Goslingas Anſicht war das Verhalten Marlboroughs am 6. Auguſt nicht die Folge ſeiner Ueberzeugung von den ſachlichen

---

[1]) Alle drei Schreiben bei Murray t. V, p. 442. Vom 13. Auguſt.

[2]) Abgedruckt bei Somerville p. 646. Vom 20. Auguſt.

[3]) Marchmont Papers vol. II, p. 77: a bamboozling letter.

[4]) Mémoires de Goslinga p. 146.

Schwierigkeiten, ſondern perſönlicher Motive. Er wollte, meinte Goslinga, nicht durch eine Entſcheidungsſchlacht den Krieg beenden, ſondern ihn weiter hinſchleppen. Dadurch erſtrebte, nach der Anſicht Goslingas, Marlborough einen doppelten Vortheil für ſich, nämlich den der Fortführung des Commandos und den Sturz des Miniſteriums, welches bei längerer Dauer des Krieges ſich nicht halten konnte. Goslinga zweifelte auch dies Mal an der Aufrichtigkeit in dem Freundſchaftserbieten Marlboroughs; „aber, ſetzt er dann hinzu, der Zauber, den das Weſen dieſes großen Mannes ausübt, iſt derartig, daß es ſchwer, ja faſt unmöglich iſt, ihm zu widerſtehen.“ [1]) Sie unterhielten ſich dann vertraulich weiter, und Goslinga ſprach Marlborough offen ſeine Anſicht über die ganze Sachlage aus. „Ein Sieg, ſagte er, deſſen Folge das Geſetz des Friedens für Frankreich geweſen wäre, würde Ihnen das Uebergewicht über alle Ihre Feinde gegeben haben. Weder das Miniſterium, noch auch ſelbſt die Königin würde dann gewagt haben, die Hand wider Sie zu erheben, oder das Commando Ihnen zu nehmen. Wenn Sie aber meinen, daß das Miniſterium Willens ſei, den Krieg fortzuführen, ſo iſt das, nach meiner Anſicht, ein Irrthum. Dieſe Leute ſind ſchon zu weit gegangen, als daß ſie auch nur ſtehen bleiben könnten. Ich halte es für ſicher, daß ſie im nächſten Jahre den Frieden machen, oder doch, wenn es nothwendig noch einen Feldzug auszuhalten, Ihnen das Commando nehmen werden. Ich bitte eines Tages dieſer meiner Worte zu gedenken.“ Marlborough kam darauf zurück, daß er in der Ablehnung des Treffens am 6. Auguſt der Mehrheit des Kriegsrathes gefolgt ſei; allein Goslinga bat ihn ſich ſeiner eigenen Worte von 1707 über die Zweckmäßigkeit eines Kriegsrathes zu erinnern. (Vgl. S. 159) „Die günſtige Gelegenheit, ſchloß er, mit einem wuchtigen Streiche den Krieg ruhmvoll zu beenden, iſt vorüber und wird nicht wiederkehren.“ [2])

Das Ergebnis des vielbewunderten Marſches der Verbündeten vom 5. Auguſt war die Belagerung von Bouchain. In den erſten Tagen beſaß der Marſchall Villars noch eine Verbindung mit der Stadt über einen Moraſt. Es gelang den Verbündeten ihm dieſelbe

[1]) Mémoires de Goslinga p. 147.

[2]) A. a. O., p. 148.

zu nehmen, zur großen Unzufriedenheit in Verſailles, die wiederholt ihren Ausdruck fand.[1]) Am 13. September capitulirte Bouchain.

Marlborough ließ durch den General Albemarle im Haag noch die Belagerung von Le Quesnoi vorſchlagen. Er fand dafür keine Willigkeit. Denn ſo wenig Sicheres und Beſtimmtes auch die Mittheilungen enthielten, die St. John über die Anweſenheit des Mesnager in London durch Drummond an Heinſius gelangen ließ,[2]) ſo ward dadurch doch die Thatſache der geheimen Unterhandlung zwiſchen England und Frankreich beſtätigt. Die Generalſtaaten fanden andere Gründe, weitere Unternehmungen im Felde abzulehnen: der durchſchlagende war die Beſorgnis vor jenen Unterhandlungen.[3])

Die Kaiſerwahl.

Die Entſendung der franzöſiſchen Truppen nach dem Rheine hatte nicht, wie man von Paris aus verkünden ließ, den Zweck eines Angriffes, ſondern geſchah einerſeits in der Abſicht, die Armee der Verbündeten in Flandern zur Nachahmung zu zwingen und dadurch zu ſchwächen,[4]) andererſeits für den Fall daß es Auguſt II. gelinge nachdrücklicher aufzutreten, eine Macht in der Nähe zu haben. Wir haben geſehen, daß der Ausgang der Dinge am Pruth auf die Entwürfe des Czaren Peter I. und des Königs Auguſt II. nach Weſten hin ein ſtarker Dämpfer war.

Zu einer Offenſive am Rheine fehlten der franzöſiſchen Armee die Mittel. Der Marſchall Harcourt dort führte ſchwere Klage, daß der König mit den Truppen nicht auch das Nothwendige zum Unterhalte ſende. Das Land könne die Truppen nicht ernähren.[5]) In Deutſchland ging längere Zeit hindurch das Gerücht, daß der Kurfürſt Max Emanuel ſich an die Spitze der franzöſiſchen Truppen ſtellen werde, um einen Einbruch zu verſuchen. Auf die wiederholten Mel-

[1]) Pelet t. X, p. 639 et suiv., 643.
[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 316. Vom 17./28. Auguſt.
[3]) Lamberty t. VI, p. 551.
[4]) Pelet t. X, p. 534.
[5]) A. a. O., p. 540.

dungen Harcourts, daß es ihm nicht möglich sei etwas zu unternehmen, blieb auch Max Emanuel zurück.[1])

Auch der Prinz Eugen unternahm seinerseits keinen Angriff. Er hatte nur die Aufgabe, jeder Absicht der Störung der Kaiserwahl entgegen zu treten. Ein solcher Versuch ward nicht gemacht.

Im August sammelten sich in Frankfurt am Main die Kurfürsten oder deren Stellvertreter mit Ausnahme der durch die Reichsacht ausgeschlossenen zwei wittelsbachischen Brüder von Köln und Bayern. Zunächst galt es die Wahlcapitulation festzustellen. So wenig wirkliche Macht das Kaiserthum oder richtiger das römische Königthum bot, welches aus sich selber über keinen Mann und keinen Gulden verfügte, so tritt uns nicht bloß aus den unendlichen Formalitäten, sondern auch aus dem Wortlaute der Capitulation selbst noch die Erinnerung an die einstige Bedeutung des Kaiserthums für die gesammte Christenheit entgegen. Denn der erste Artikel der Wahlcapitulation beginnt mit den Worten: „Zum Ersten, daß wir in Zeit solcher unserer königlichen Würde Amt und Regierung die Christenheit, den Stuhl zu Rom, Päpstliche Heiligkeit und christliche Kirche, als derselben Advocat, in gutem, treulichem Schutze und Schirme halten sollen und wollen."

Dieselben Gedanken prägen sich aus in dem Eide der Kurfürsten vor der Wahl: „Ich (Titel) und Kurfürst, schwöre zu den heiligen Evangelien, hier gegenwärtig vor mich gelegt, daß ich durch den Glauben oder die Treue, damit ich Gott und dem heiligen römischen Reiche verstrickt und verbunden bin, nach aller meiner Vernunft und Verständnis, mit Gottes Hülfe erwählen will ein weltliches Haupt dem christlichen Volke, das ist einen römischen König, zum künftigen Kaiser zu erheben." Der Eid entspricht dem Thatbestande, daß erst die Krönung von der Hand des Papstes den Kaisertitel verlieh, nur daß seit Maximilian I. durch die Concession des Papstes auch ohne die Krönung der Titel: Erwählter römischer Kaiser, geführt wurde.

Es waren ehrwürdige Ruinen einer besseren Zeit, die das Verhältnis der zwei Schwerter auf Erden in der dem Wohle des christlichen Volkes entsprechenden Weise zu regeln verstanden hatte. Aber aus den Ruinen keimte nicht mehr eine schaffende Kraft. Jede neue

[1]) Pelet t. X, p. 559.

Wahlcapitulation drängte die noch gebliebenen Rechte des Kaiſers in engere Grenzen ein, niemals zum Frommen der Geſammtheit, immer im Intereſſe der Unabhängigkeit und Selbſtherrlichkeit der Reichsfürſten.

Am 12. October ward der König Carl III. von Spanien einſtimmig zum römiſchen Könige mit dem Anſpruche auf das Kaiſerthum erwählt als der ſechſte ſeines Namens.

Wir haben geſehen, daß im Laufe des Monates Juli bei Carl III. die Gründe Wratislaws für ſeine Heimkehr überwogen. Dazu trat dann die Ankunft des Grafen Althann, den der Prinz Eugen nach Barcelona entſendet hatte, um dem Könige Carl III. die Nothwendigkeit der Ueberkunft vorzuſtellen. Der Graf Wratislaw fügte noch die Mahnung nach: „Wenn Ew. Majeſtät, wider Verhoffen, nach Althanns Ankunft nicht abreiſen, ſo weiß ich meines Leides und unſeres Elends kein Ende. Ew. Majeſtät können nicht glauben, in welche Armuth die Hofkammer und alle dieſe Länder durch den langwierigen Krieg gerathen ſind.“ [1])

Am 5. September ſchrieb Carl III. an Wratislaw ſeinen Entſchluß, am 20. aufzubrechen. Die Frage, ob die Königin Eliſabeth in Barcelona zu belaſſen oder mitzunehmen, ward viel hin und her erwogen; aber die ausdrückliche Weigerung des engliſchen Admirals, die Königin mit an Bord zu nehmen, war entſcheidend.[2]) Der König gab ihr als ſeiner Statthalterin die Räthe bei: den Italiener Moles, den Spanier Cardona, den Oeſterreicher Starhemberg, den Spanier Palma. Der Verdacht des Grafen Gallas gegen die britiſchen Miniſter in Betreff einer geheimen Friedenshandlung war dem Könige Carl bei dem Scheiden aus Barcelona nicht mehr unbekannt. Die Gefahr ſchien ihm noch nicht unmittelbar dringend.[3])

Am 27. September beſtieg Carl III. in Barcelona das engliſche Linienſchiff Blenheim, das ihn nach Italien tragen ſollte. Am 8. October befand er ſich vor der Bucht von Vado, und ſtieg am 12. October dort ans Land. Es war der Tag der Wahl in Frankfurt am Main.

[1]) Vom 31. Auguſt. S. 211.
[2]) Vom 5. September. S. 217.
[3]) A. a. O., S. 220.

Am selben Tage noch enteilten von dort die Couriere mit der Nachricht, in denselben Tagen aber auch diejenigen des Grafen Gallas aus London, daß dort zwischen Frankreich und England ein geheimes Abkommen getroffen sei.

Die Friedenssache.

Die geheime Verhandlung in London.

Die geheimen Unterhandlungen St. Johns und Anderer, mit dem Franzosen Mesnager, im August und September, fanden statt im Hause des Prior. Die Reisen nach Versailles und zurück zur Einholung von Resolutionen machte der Geistliche Gautier. Diese äußeren Umstände erfuhr der Graf Gallas, namentlich durch die Thätigkeit seines Secretärs Primoli. Den Inhalt der Berathungen konnte man nur vermuthen; doch kamen diese Vermuthungen der Wahrheit, wie sie sich später enthüllte, ziemlich nahe.

Dem Rathspensionär Heinsius dagegen ließ St. John durch Drummond sagen, 17. 28. August, daß auf die Eröffnungen, die Frankreich im April gemacht, die Königin einen mehr eingehenden schriftlichen Entwurf verlangt, den sie den Generalstaaten vorlegen könne, daß aber der König statt dessen eine Persönlichkeit zur mündlichen Verhandlung geschickt habe. Diesem Herrn gegenüber hätten die Staats-Secretäre im Namen der Königin erklärt, daß sie unter keiner Bedingung in einen Sondervertrag willigen werde. Er möge daher einen Friedensvorschlag ausarbeiten, den dann der britische Botschafter, der nunmehr zum Grafen Strafford ernannte Lord Raby, nach dem Haag überbringen werde.[1])

Diese Meldung war zur kleineren Hälfte wahr, zur größeren unwahr, und darum auf Irreführung berechnet. Mesnager arbeitete nicht bloß Einen Entwurf aus, sondern zwei, den einen, vag und unbestimmt, zur Vorlage an die Mitglieder der Allianz, den anderen, der die Sondervortheile für England enthielt, nur für die britischen Minister.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 316. Vom 17./28. August.

Unter dieſen erhob jedoch Einer einige Bedenken. Es war Shrewsbury. Er erkannte die Vortheile der Vorſchläge für England an. Aber, meinte er dann, in dem einen Entwurfe wie in dem anderen, ſei der Verbündeten doch gar zu wenig gedacht. Daher könne, wenn einmal dieſe Papiere öffentlich würden, der Verdacht entſtehen, die Regierung der Königin habe nur für das britiſche Intereſſe Sorge getragen, und, nachdem einmal dies mit Frankreich feſtgeſtellt, den Bundesgenoſſen überlaſſen, bei einem allgemeinen Vertrage für ſich ſelber zu ſorgen. „Da dies der Abſicht der Königin nicht entſpricht, fügte Shrewsbury hinzu, ſo ſollte auf die Feſtſtellung für die Verbündeten mehr Bedacht genommen werden. Ich erinnere mich ein Schriftſtück von Mesnager geſehen zu haben, welches für das Reich ſehr Unvortheilhaftes enthielt. Ein Schweigen von unſerer Seite in ſolchen Dingen könnte einen Verdacht gegen uns erregen.“ [1])

Dieſe Worte Shrewsburys, die Zeugnis ablegen von einer Regung der Ehrlichkeit, hatten zur Folge, daß man in dem einen Entwurfe, der zur Mittheilung an die Verbündeten beſtimmt war, noch einige Veränderungen anbrachte, um ihn, wie St. John der Königin meldet, nach außen hin ſchmackhafter zu machen. [2])

Das ungleich wichtigere Schriftſtück war das geheime, welches die Sondervortheile für England enthielt. Indem St. John der Königin die Meldung abſtattet, am 25. September/6. October, daß das Schriftſtück vereinbart ſei, fügt er hinzu: „Es möge mir geſtattet ſein hinzuzufügen, daß dieſe Uebereinkunft für die Königreiche Ew. Majeſtät größere Vortheile enthält als vielleicht jemals für irgend eine Nation in einem Zuge bewilligt worden ſind.“ [3])

Es iſt von Wichtigkeit, die Entſtehung dieſes Schriftſtückes näher ins Auge zu faſſen.

Die britiſchen Miniſter hatten unter dem Titel: Präliminar-Forderungen für Groß-Britannien beſonders, dem Mesnager eine Denkſchrift mit acht Forderungen eingereicht. Der Eingang der Denkſchrift enthielt, daß erſt mit der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 336. Vom 27. Auguſt/7. September.
[2]) A. a. O., p. 368.
[3]) A. a. O., p. 373.

dieſe Artikel in Kraft treten würden, und hob hervor, daß eben darum ja Ludwig XIV. durch die Bewilligung derſelben nichts riskire.

Ludwig XIV. bewilligte die acht Forderungen, freilich in etwas anderer Form, aber vor allen Dingen ſo, daß in der Bewilligung jene Eingangsworte des britiſchen Miniſteriums ausdrücklich wiederholt wurden. „Nachdem, ſagt ſein Bevollmächtigter Mesnager, Se. Majeſtät in der That erkannt haben, wie es in der engliſchen Denkſchrift heißt, daß Sie durch ein Eingehen in der dort verlangten Weiſe nichts riskiren, weil ja die Präliminar-Artikel vor der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens nicht in Kraft treten werden u. ſ. w.: ſo haben Se. Majeſtät den Herrn Mesnager zu der bewilligenden Antwort ermächtigt.“ [1])

St. John als der Wortführer des Miniſteriums in dieſer Angelegenheit legte vor denjenigen Engländern, die ganz oder zum Theile in das Geheimnis eingeweiht waren, wie z. B. vor dem Lord Peterborough, dies Verfahren zurecht in folgender Weiſe: „Die Königin verlangte von Frankreich eine Zuſage für gewiſſe Punkte im Intereſſe von Groß-Britannien. Dieſe Zuſage tritt aber in Kraft nur im Falle des allgemeinen Friedens. Und weiter hat die Königin vor Freund und Feind erklärt, daß dieſer allgemeine Friede nur dann eintreten ſoll, wenn ihre Verbündeten für die betreffenden Forderungen alle vernünftige Satisfaction erlangen. Ich frage Sie alſo, ob das eine Ungerechtigkeit iſt, ob übele Conſequenzen folgen können.“ [2])

Dieſe Beweisführung St. Johns hat einige Lücken. Es iſt zunächſt erforderlich ihr die Anſicht entgegen zu ſtellen, welche vier Jahre ſpäter das vom Unterhauſe zur Unterſuchung niedergeſetzte Comité über dies Verfahren des Miniſteriums von 1711 ausſprach.

„Es iſt hervorzuheben, ſagt dies Gutachten, welcher unheilvollen Nothwendigkeit dies Verfahren der Miniſter die Königin ausſetzte. Sie ward dadurch gezwungen, aufs Gerathewohl in alle Maßregeln Frankreichs einzugehen. Denn es ſtand in der Macht dieſer Krone, durch die Enthüllung jenes Geheimniſſes, durch die Kundmachung einer ſo

---

[1]) Das Schriftſtück in Bolingbroke's letters vol. I, p. 374. — In den Beilagen zum Rapport du Comité secret iſt es Nr. IV.

[2]) Bolingbroke letters vol. II, p. 141.

offenbaren Verletzung der internationalen Treue, bei den verbündeten Mächten sich jeden möglichen Vortheil zu verschaffen. Denn diese konnten in solchem Falle kein Bedenken tragen, sich jeder Verpflichtung für die Königin entbunden zu achten, wenn sie auf eine andere Weise besser abkommen konnten. Unter dem Vorwande also des Friedens, und mit Ausnutzung der Autorität der Königin, setzten die englischen Minister Frankreich in den Stand, die Königin aller ihrer Bundesgenossen zu berauben, und verschafften ihm Vortheile, auf welche es sonst nicht hätte hoffen dürfen." [1])

Die erstere Gefahr, diejenige für die Ehre und die Vortheile Englands durch die Publication der geheimen Artikel, ging nicht in Erfüllung. Die französische Politik stand sich besser bei dem Verschweigen. Richtig dagegen war, daß eben dadurch sie sich Vortheile verschaffte, auf die sie sonst nicht hätte hoffen dürfen. Denn dies war die Consequenz der gegenseitigen Beziehungen, in welche das britische Ministerium durch die geheime Uebereinkunft zu der französischen Politik getreten war. Wir haben aus dem Berichte St. Johns an die Königin entnommen, wie er sich die Vortheile ausmalte, welche diese Uebereinkunft für Groß-Britannien in Aussicht stellte. Eben darum aber auch wollte das Ministerium diese Vortheile sichern. Die Vorbedingung für die Sicherung war der Abschluß des allgemeinen Friedens. Daher war es die Consequenz, daß das britische Ministerium die Bundesgenossen zu dem allgemeinen Frieden nicht bloß einladen und auffordern, sondern je nach den Umständen auch drängen und zwingen werde. Dies von dem britischen Ministerium der Politik von Versailles entgegen getragene Erbieten, daß die Sondervortheile für Groß-Britannien nur dann gelten sollten, wenn der allgemeine Friede erfolge, wurde zur Fessel, welche Frankreich dem britischen Ministerium anlegte, um durch dieselbe es zu verwenden zum Dienste für die französische Politik gegen die eigenen Bundesgenossen. Und wenn auch St. John je zuweilen versicherte, daß eine vernünftige Satisfaction für alle Bundesgenossen die Vorbedingung für die Sondervortheile Englands sein solle: so sprach er sich zu anderen Zeiten über die Sache offener aus, namentlich zu dem Grafen Strafford mit den Worten: „Wir

[1]) Rapport du Comité secret p. 19.

werden alles Vernünftige für die Generalstaaten, für den Herzog von Savoyen, und für alle Verbündeten erlangen, ausgenommen den Kaiser, auf dessen Kosten dieser Friede gemacht wird, wie der Krieg auf die unseren geführt worden ist." [1])

Zur stärkeren Hervorhebung der von englischer Seite entgegen getragenen Bedingung für die besonderen Vortheile Groß-Britanniens ging die französische Zusage nicht bloß von derselben aus, sondern wiederholte auch am Schlusse, daß dies alles bewilligt werde für den Fall der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens.

Diese besonderen Vortheile für Groß-Britannien umfaßten acht Punkte. Ludwig XIV. bewilligte sie, so jedoch, daß er die Bewilligung in seine Fassung kleidete. Der Unterschied tritt je nach den Artikeln mehr oder minder auffallend hervor. Zum Beispiel lautet der dritte Artikel der englischen Forderung kurzweg: Dünkirchen soll zerstört werden. — Die französische Antwort darauf kommt nach einer längeren Einleitung allerdings zur Einwilligung, aber mit der Bedingung eines Aequivalentes, mit welchem der König zufrieden sein könne. Da England ein solches nicht geben könne, so sei die Erörterung darüber auf die Conferenzen des allgemeinen Friedens zu vertagen.

Besonders wichtig ist die Verschiedenheit der Fassung des vierten Artikels, und darum ist der Wortlaut hierher zu setzen.

Demande préliminaire de la Grande Bretagne.	Réponse du roi de France.
Gibraltar et le port Mahon resteront entre les mains de ceux qui les possèdent présentement.	Le roi promet au nom du roi d'Espagne, son petit-fils, et suivant le pouvoir que Sa Majesté en a reçu de ce prince, que Gibraltar et le port Mahon demeureront entre les mains des Anglais, qui possèdent présentement l'un et l'autre.

Die Fassung von englischer Seite hat augenscheinlich den Nebenzweck, indem sie nicht Philipp V. als Herrn von Spanien benennt, in

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 479.

Worten die Frage offen zu halten. Die franzöſiſche Antwort, beſtimmt und klar, macht dieſen Kunſtgriff zu nichte. Dennoch kommen die zwei engliſchen Staats-Secretäre Dartmouth und St. John in der Nachfuge, durch welche ſie die geheime Uebereinkunft über die acht Forderungen annehmen, auf den Kunſtgriff zurück mit den Worten: Lesquels articles, nous soussignés déclarons, en vertu d'un ordre exprés de Sa Majesté qu'Elle accepte comme articles préliminaires, qui ne contiennent que des sûretés et des avantages que Sa Majesté se croit en droit d'attendre, quiconque soit le prince qui aura en partage la monarchie d'Espagne.

Auf Grund dieſes Kunſtgriffes meinten dann die britiſchen Miniſter ſagen zu dürfen, daß ſie nicht die ſpaniſche Monarchie dem Hauſe Bourbon vorweg überlaſſen hätten.

Mit beſonderer Ausführlichkeit tritt unter den Forderungen von engliſcher Seite im fünften und ſiebenten Artikel diejenige des Aſſiento-Vertrages für England hervor, das heißt des Sclavenhandels von Guinea nach Weſtindien — in derſelben Weiſe, wie zur Zeit ihn Frankreich beſitze. Das Comité des Unterhauſes von 1715 macht dazu die Bemerkung: „Es iſt leicht zu begreifen, aus welchem Grunde die Miniſter für die Faſſung dieſer Artikel beſondere Sorgfalt aufgewendet und großen Eifer an den Tag gelegt haben, ſobald man weiß, daß dieſer Aſſiento-Vertrag ihr Privat-Intereſſe betraf.“ [1])

Dieſer Bericht des Unterſuchungs-Comités vom Jahre 1715 hebt ferner hervor, daß in der ganzen Verhandlung vom Anfang bis zu Ende auch nicht Eine Vollmacht oder Eine Inſtruction ſich gefunden habe, gegengezeichnet von einem Miniſter, daß vielmehr die Unterſchrift der Königin allein ſie alle habe decken ſollen.[2]) — Dies Verfahren der Miniſter, welches in mehr als einer Beziehung der conſtitutionellen Regel zuwider lief, zeugt allerdings mehr von Vorſicht als von Muth. Aber ob daraus gefolgert werden dürfe, daß die Königin Anna, wie ſie in Betreff der formellen Behandlung der Sache hintergangen wurde, ſich auch über die Principien derſelben einer Täuſchung hingegeben habe, darf dahin geſtellt bleiben.

[1]) Rapport du Comité secret p. 15.
[2]) A. a. O., p. 14.

Jene Uebereinkunft, die eigentliche Grundlage des zu ſchließenden Friedens, ward unterzeichnet von Mesnager im Namen Ludwigs XIV., und acceptirt von Dartmouth und St. John im Namen der Königin, am 27. September, 8. October. Sie ſollte ſtrenges Geheimnis bleiben.

Zugleich übergab Mesnager ein anderes Schriftſtück, von ihm allein unterzeichnet, unter dem Titel: Articles préliminaires de la part de la France pour parvenir à la paix générale. Das Schriftſtück ſtand in ſcharfem Gegenſatze zu den Präliminarien von 1709. Hatten dieſe dem unterliegenden Könige von Frankreich das Geſetz des Friedens dictiren ſollen, ſo trat nun in dieſen vorläufigen Artikeln von 1711 dieſer ſelbe König als der Meiſter auf, der den Frieden gab. Damit nicht im mindeſten der Charakter derſelben ſich verwiſche, folgen ſie hier im Wortlaute.

Le roi voulant contribuer de tout son pouvoir au rétablissement de la paix générale, Sa Majesté déclare:

Premièrement. Qu'elle reconnaîtra la reine de la Grande Bretagne en cette qualité, aussi bien que la succession à cette couronne suivant l'établissement présent.

Secondement. Qu'elle consentira volontairement et de bonne foi à prendre toutes les mesures justes et raisonnables, pour empêcher que les couronnes de France et d'Espagne soient jamais réunies sur la tête d'un même Prince; Sa Majesté étant persuadée que cet excès de puissance serait contraire au bien et au repos de l'Europe.

Troisièmement. L'intention du roi est, que toutes les parties engagées dans la guerre présente, sans en excepter aucune, trouvent leur satisfaction raisonnable dans le traité de paix à faire. Que le commerce soit rétabli et maintenu désormais à l'avantage de la Grande Bretagne, de la Hollande et des autres nations, qui ont accoutumé de l'exercer.

Quatrièmement. Comme le roi veut aussi maintenir exactement l'observation de la paix, lorsqu'elle aura été conclue, et que l'objet que Sa Majesté se propose est d'assurer les frontières de son royaume, sans troubler, en quelque manière que ce soit, les états voisins, elle promet de convenir par le traité de paix futur, que les Hollandais auront entre leurs mains les places

fortes, qui seront spécifiées dans les Pays-Bas, pour servir désormais de barrière, qui assure le repos de la République de Hollande contre toute entreprise de la part de la France.

Cinquièmement. Le roi consent aussi, qu'il soit formé à l'Empire et à la maison d'Autriche une barrière sûre et convenable.

Sixièmement. Quoique Dunquerque ait coûté au roi des sommes très-grandes, tant pour l'acquérir que pour le fortifier, et qu'il soit nécessaire de faire encore une dépense très-considérable pour en raser les ouvrages, Sa Majesté veut bien toutefois s'engager à les faire démolir immédiatement aprés la conclusion de la paix, à condition qu'il lui sera donné, pour les fortifications de cette place, un équivalent convenable, et dont elle soit contente; et comme l'Angleterre ne peut fournir le dit équivalent, la discussion en sera remise aux conférences qui se tiendront pour la négociation de la paix.

Septièmement. Lorsque les conférences pour la négociation de la paix seront formées, on y discutera, de bonne foi et à l'amiable, toutes les prétensions des princes et états engagés dans la présente guerre, et rien ne sera omis pour les régler et pour les terminer à la satisfaction de tous les partis.

En vertu du plein pouvoir du roi, nous soussigné, chevalier de son ordre de St. Michel, député au conseil de commerce, avons arrêté au nom de Sa Majesté les présents articles préliminaires, en foi de quoi nous avons signé. Fait à Londres, le 27 septembre V. S., et du nouveau le 8 octobre 1711.

(L. S.) Mesnager.

Die Worte: avons arrêté ſind im Drucke hervorgehoben wegen des Verlaufes der Angelegenheit.

Zwei Artikel der geheimen Uebereinkunft ſind in dieſe für die Mittheilung an die Verbündeten der Königin beſtimmten Präliminarien wörtlich hinüber genommen, der erſte die Anerkennung der Königin betreffend, und derjenige über Dünkirchen.

Nachdem dies geſchehen, führte St. John den Franzoſen Mesnager zur Audienz nach Windſor. Die Königin ſprach ihm nachdrück-

lich ihre Befriedigung aus. Die Worte St. Johns in einem Schreiben an Torcy, welches Mesnager nach Frankreich mitnahm, versichern seine Aufrichtigkeit und seine Willigkeit, sowie sein Vertrauen auf den guten Ausgang.[1])

Es galt zunächst und vor allen Dingen, die Republik Holland zum Eingehen auf die Präliminarien zu bewegen. Zu diesem Zwecke kehrte nunmehr der Botschafter Graf Strafford dahin zurück. Nach Hannover ward, wie im Jahre zuvor, der Graf Rivers entsendet. An die anderen verbündeten Mächte sollte die Mittheilung durch ihre Gesandten gelangen.

Das Verfahren der britischen Regierung gegen den Grafen Gallas.

Unterdessen setzten die britischen Minister ihr Täuschespiel fort. Am selben Tage, an welchem Strafford und Rivers sich einschifften, dem 5./16. October, zog der Treasurer Oxford den kaiserlichen Residenten Hoffmann bei Seite, mit den Worten: „Ich bitte, daß doch keine Zeit verloren werde, den schon wiederholt angeregten Plan des Feldzuges in Spanien einzusenden. Ich befürchte, es könnte zu spät werden." — Hoffmann entgegnete: die Abreise des Königs sei dazwischen gekommen. „Darauf aber, fährt der Bericht Hoffmanns fort, sah ich ihn lächelnd an, und fragte, ob es wirklich noch um den Plan eines Feldzuges in Spanien zu thun sei, wo Jedermann hier den Frieden wie abgeschlossen, zum wenigsten für gewiß ansehe, und zwar, dem Gerüchte nach, auf eine solche Art, daß ich wenigstens der Bote der Nachricht an den König Carl nicht sein wolle." — „Wohl aber ich," versetzte Oxford. — „Wie? fragte Hoffmann, nachdem Spanien und Indien dem Hause Bourbon abgetreten werden sollen?" — „Es ist keine Rede davon," entgegnete Oxford. Er wiederholte das. — „Wenn es so damit steht, erwiderte Hoffmann, so habe ich nichts dazu zu sagen." — Oxford drängte noch einmal auf die Eingabe des Feldzugsplanes für Spanien; denn man müsse sowohl auf den Krieg wie auf den Frieden bedacht sein.[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 386. Vom 2./13. October.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. October.

Nicht in dieſer Weiſe irre zu führen war jedoch der Geſandte des Königs Carl, der Graf Gallas. Dem Gedächtniſſe dieſes ſcharf blickenden und energiſchen Mannes iſt in engliſchen, franzöſiſchen, deutſchen Geſchichtsbüchern vielfach Unrecht geſchehen, und es erwächſt daher dem Hiſtoriker die lohnende Pflicht die Wahrheit herzuſtellen.

Nachdem der Bericht des Grafen Gallas vom 31. Juli, in welchem er die damalige britiſche Regierung der Wahrheit gemäß gezeichnet hatte, durch die Treuloſigkeit des Secretärs Clemente dem Miniſterium ausgeliefert war, haßten und fürchteten ſie ihn. Denn Gallas hatte darin als das nach ſeiner Anſicht zweckmäßige Mittel gegen die heimliche Unterhandlung der britiſchen Miniſter mit Verſailles empfohlen eine nachdrückliche Vorſtellung dagegen, vertreten durch eine Perſönlichkeit erſten Ranges. Der Vorſchlag hatte damals weder im Haag, noch in Wien Anklang gefunden. Im Haag hatte man ſogar unterlaſſen, an der Stelle des im Juli verſtorbenen Brybergen einen anderen Geſandten zu ernennen, ſo daß Gallas als Vertreter einer Großmacht allein ſtand. Indem er die Nicht-Ausführung jenes Vorſchlages beklagte, hielt er feſt an der Zweckmäßigkeit desſelben.[1]) Dagegen verging noch eine Reihe von Wochen, bis der Graf Gallas durchſchauete, daß die britiſchen Miniſter jenen ſeinen Bericht kannten und daß er im eigenen Hauſe einen Verräther hielt.

Im Laufe des Sommers umgab Oxford den Geſandten nicht bloß mit Spionen, die Gallas als ſolche erkannte und in ſeinen Berichten benannte, Plumket, Netterville, Azzurini, ſondern ſuchte ihn auch durch die Zuſtellung von anonymen Briefen irre zu führen. Gallas dagegen hielt ſich dadurch berechtigt, in der erſteren Beziehung ein Aehnliches zu thun. Als der Lord Peterborough, im Auguſt, als engliſcher Krönungsbotſchafter nach Frankfurt geſandt wurde, erhielt jener Secretär Clemente, den Gallas damals noch nicht durchſchauete, von ihm den Auftrag zu folgen und den Peterborough als Gegner Oeſterreichs dort zu beobachten und zu überwachen. Clemente ließ abermals ſich von dem britiſchen Miniſterium gewinnen und offenbarte ſeinen Auftrag. Erſt dann, nachdem er abgereiſt, kam der Graf Gallas

[1]) Ich ziehe hier wie für das Folgende die Berichte des Grafen Gallas im Auguſt und September zuſammen.

zur vollen Kunde des Verhaltens von Clemente und namentlich der Auslieferung seines Berichtes vom 31. Juli.[1])

Am 9./20. October erhielt der Graf Gallas von dem Staats-Secretär Dartmouth eine Abschrift der französischen Präliminarien zugestellt, ohne nähere Angabe des Zweckes. Am Donnerstage, dem 11./22. October, hatte, nach der damals üblichen Weise, der Staats-Secretär St. John Empfangstag, zu welchem die anderen Gesandten erschienen, nicht der Graf Gallas.[2]) St. John legte den Gesandten dar: die Artikel seien keine Präliminarien, sondern nur eine Einleitung zu einem allgemeinen Congresse. — Er bemerkte: „Die kaiserlichen Vertreter lassen sich nicht sehen, sondern halten sich an andere Leute."[2])

Da dem Grafen Gallas das Actenstück von Dartmouth zugestellt war, so richtete er am nächsten Tage schriftlich an diesen die Frage, zu welchem Zwecke das geschehen sei. Er würde, sagte er weiter, diesen Artikeln, welche im Widerspruche stünden mit den von den Mächten vereinbarten und festgestellten Präliminarien von 1709, keine Beachtung geschenkt haben, wenn sie ihm nicht im Namen der Königin zugestellt wären. Aber er halte es für seine Pflicht nach dem Zwecke der Zusendung zu fragen, und ob dies neue Präliminar-Artikel seien, festgestellt zwischen der Königin besonders und Frankreich; denn dahin deute der Ausdruck: nous avons arrêté. Die Sache sei ihm ein Räthsel, in welchem jedoch die Gefahr liege, daß, wenn die Königin dem Hause Oesterreich ihre Freundschaft entziehe, dieses und demgemäß die Freiheit Europas der Herrschsucht Frankreichs zur Beute werde.[3])

Es scheint fast, daß Mesnager den für einen Vorschlag ungeeigneten Ausdruck arrêter mit Absicht gewählt habe. Jedenfalls war es von britischer Seite nicht eine Vorsicht denselben zuzulassen.

Dartmouth theilte dies Schreiben seinem Collegen St. John mit, und dieser äußerte sich darüber noch am selben Tage in einem Schreiben an Strafford im Haag: „Der Graf Gallas, der sich außerhalb seines Hauses nicht sehen läßt, wenigstens nicht, um die Diener der Königin zu besuchen, hat an Lord Dartmouth einen Brief gerichtet, in welchem

[1]) So im Berichte vom 13. October.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. October.

[3]) Das Schreiben so wie die Antwort bei Lamberty t. VI, p. 709. Auch in den Actes et Mémoires touchant la paix d'Utrecht t. I, p. 209.

er über die Propositionen sehr leicht hinweggeht, und sich nur darum herabläßt davon Notiz zu nehmen, weil sie ihm auf Befehl der Königin zugestellt sind. Er nennt das ganze Verfahren ein Räthsel, und führt, kurz gesagt, diejenige Redeweise, welche man von der Impertinenz eines österreichischen Ministers, gesteigert durch die Ermuthigung und den Verkehr mit einer unverschämten Faction, erwarten darf. Es soll an mir nicht liegen, wenn er nicht eine solche Antwort erhält, die durch ihren Tact ihm Grund geben wird sich zu schämen, und zugleich durch ihre Entschiedenheit ihn niederschlagen wird."[1])

Am nächsten Tage, dem 13./24. October, brachte ein Zeitungsblatt der Whig-Partei, Daily Courant, die französischen Vorschläge zur öffentlichen Kunde. „Whigs wie Tories in den Kaffeehäusern, meldet Hoffmann, waren darüber so erstaunt, daß sie stumm einander ansahen. Die Papiere an der Börse fielen um einige Percent. Deshalb ließ das Ministerium einige Stunden später durch einen anderen Zeitungsschreiber mittheilen: das Haus Oesterreich werde das ganze spanische Erbe erhalten, außer Spanien selbst und beiden Indien. Dünkirchen werde geschleift werden."[2])

Die englischen Minister streuten aus, daß diese Publication von Gallas ausgegangen sei. Aber nicht ihm selber sprachen sie diesen Verdacht aus. Die Art und Weise, in welcher Gallas und Hoffmann, unabhängig von einander, die geschehene Thatsache erwähnen, macht es moralisch unmöglich zu glauben, daß Einer von ihnen dazu mitgewirkt habe.[3])

In Folge jener Aeußerung St. Johns, daß der Graf Gallas sich nicht sehen lasse, begab sich dieser am Sonntag, dem 14./25., nach Windsor, um sich der Königin vorzustellen. Ungeachtet daß sie am Podagra litt, ließ sie, wie gewöhnlich, die Gesandten sämmtlich vor, und richtete an Gallas die bei ihr üblichen Fragen über das Wetter. — Dann suchte Gallas, da er auf seine Anfrage keine Antwort erhalten hatte, nicht Oxford oder St. John auf, sondern Dartmouth, weil von

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 404.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. October.

[3]) Gallas im Berichte vom 27. October: „Es hat sich zugetragen, daß der Daily Courant am vergangenen Samstag die neuen scandalosen Präliminarien publicirt hat, worüber sowohl Tories wie Whigs erschrocken und verstummt sind."

dieſem aus das franzöſiſche Schriftſtück ihm zugegangen war. Dartmouth antwortete: er habe die Anfrage darauf empfangen. Nach ſeiner Anſicht werde es die Königin empfindlich berühren, wenn man über eine Sache, die doch in der That nichts ſei, ſich ſo ſehr beunruhige und Mistrauen in die Königin ſetze. „Aber, fragte Gallas, wenn die Sache nichts auf ſich hat, warum dann die Mittheilung?“ — Als ihm aus der verlegenen Haltung Dartmouths klar wurde, daß dieſer um das Ganze wiſſe, fuhr der Graf Gallas nachdrücklich fort: „Die Königin hat die Präliminarien von 1709 ratificirt. Mit denſelben ſtehen aber die jetzigen franzöſiſchen Propoſitionen im Widerſpruche. Dieſe überweiſen uns an Frankreich, geben uns der Discretion dieſer Macht preis. Denken Sie ſich: der König Carl hätte ſo gehandelt, wie es jetzt von England geſchieht: was würden Sie ſagen?“ — Dartmouth ſuchte zu entkommen durch einen Hinweis auf Marlborough. Alle Eiferſucht und Befürchtung, ſagte er, rühre nur von Einer Perſönlichkeit her, die in der Fortſetzung des Krieges ihre Größe ſuche. — Die Worte zeigen abermals die engliſche Neigung, die in der Angelegenheit dieſer Friedenshandlung ſich noch ſtärker kund geben wird, bei allen Ereigniſſen auf Erden engliſche Factoren in erſter Linie wirkſam zu ſehen. Gallas ließ ſich darauf nicht ein. „Die Aushändigung dieſer franzöſiſchen Präliminarien, ſagte er, iſt das Betreten eines neuen Weges, über den ſich mein König mit Recht zu beunruhigen hat. Daher bedarf ich einer ſchriftlichen Antwort, um ihm die Beſorgnis zu nehmen, daß die Königin ihm ihre Freundſchaft entziehe und dadurch ganz Europa an Frankreich preis gebe.“ Dartmouth verſprach, es der Königin vorzutragen.[1])

Die verlangte Antwort erfolgte, noch während Gallas ſeinen Bericht abfaßte. Sie war nicht ausweichend und verlegen, wie Dartmouth geredet, ſondern hochfahrend und herausfordernd, wie es der Weiſe St. Johns entſprach. Die Artikel, hieß es darin, ſeien dem Grafen Gallas zugeſtellt als dem Geſandten des Königs von Spanien. Wenn indeſſen der Graf ein Bedenken trage ſie zu übermitteln, ſo werde es durch den Botſchafter Peterborough geſchehen. Der Zweck der Artikel ſei, Friedens-Conferenzen anzubahnen, und da die Königin

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. October.

ſie dem Sinne der großen Allianz entſprechend befunden,[1]) ſo habe ſie für zweckmäßig erachtet, ſie den am Kriege betheiligten Mächten kund zu geben. „Ich vermag nicht, ſchloß das Schreiben, dasjenige was Ihnen ein Räthſel zu nennen beliebt, klarer darzulegen.“

Einige Tage ſpäter traf in St. James ein Bericht des Reſidenten Chetwynd aus Genua ein, über eine Audienz bei dem Könige Carl, vom 2./13. October. Der Bericht lautet wie folgt.[2])

„Nachdem ich mich an Bord des Schiffes begeben, das unweit von hier vor Anker lag, geruhte der König auf meine Anmeldung mich vorzulaſſen. Er befragte mich, ob ich Nachrichten hätte in Betreff der Sonderunterhandlung, die in England über den Frieden ſtattfinde. Meine Antwort lautete, daß dieſe Frage das erſte ſei, was ich von einer ſolchen Sache vernähme. Wenn irgend ſo etwas im Gange, ſo zweifelte ich nicht, Se. Majeſtät würde darüber vom Grafen Gallas Nachricht erhalten; denn ich könne mir nicht vorſtellen, daß die Königin irgend einen Vorſchlag von Frankreich anhören würde, ohne denſelben ſofort auch dem Miniſter Sr. Majeſtät und anderen Verbündeten mitzutheilen.“

„Der König verſetzte: er ſei derſelben Anſicht und nicht Willens anders darüber zu denken. Dennoch könne er nicht umhin auszuſprechen, daß er zugleich Grund habe, die ihm in dieſer Beziehung gemachten Mittheilungen zu erwägen, allein ſchon darum, weil die Subſidien für ihn in dieſem Jahre mehr als je zuvor ausgeblieben, und wegen der geringen Sorgfalt überhaupt von England für den Krieg in Spanien. Nachdem der König längere Zeit dieſe Angelegenheit erörtert, ſagte er mir endlich, daß, wenn man in England nicht anders verfahre und mehr Eifer zeige, die Sache in Spanien aufrecht zu halten, man dadurch ihn nöthigen werde zuerſt für ſich ſelber Sorge zu tragen, wie er denn nicht zweifele, daß dann jedes Mitglied der Allianz dasſelbe thun werde. Er wünſchte, daß ich dies der Königin überſchriebe, jedoch mit der Verſicherung, daß er feſt bleiben werde, ſo lange ſie zu ihm ſtehen und ihn unterſtützen wolle.“

---

[1]) Et que la reine les ait trouvés conformes au sens de la grande Alliance.

[2]) Abgedruckt in Bolingbroke's letters vol. II, p. 4.

„Dies sind, so gut ich mich zu erinnern vermag, die Ausdrücke, deren der König sich bediente. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Lordschaft bei der ersten Gelegenheit davon in Kenntnis zu setzen, so wie auch, daß diese Unterredung das Ergebnis einiger Briefe war, die der König am selben Morgen von dem Grafen Gallas erhalten hatte."

Die Rede des Königs oder nunmehrigen Kaisers Carl ging also von der Ansicht aus, die er auch wiederholt im Laufe des Jahres in Barcelona ausgesprochen, daß England um des eigenen Interesses willen Spanien nicht dem Hause Bourbon belassen werde. Da aber der eigentliche Kitt der neuen Freundschaft zwischen dem Ministerium der Königin Anna und der französischen Politik gerade in der Belassung von Spanien bei dem Hause Bourbon bestand, unter der Bedingung von Sondervortheilen für England, so war, wie jene Ansicht irrthümlich, so die von derselben ausgehende Drohung für die Sache wirkungslos.

Dagegen liegt es in der Natur der Dinge, daß der Bericht Chetwynds den Zorn des Ministeriums Oxford-St. John gegen den Grafen Gallas, wenn es möglich war, noch steigerte.

Nach dem Eintreffen des Kaisers in Mailand erhielt von dort aus, in den ersten Tagen des November, der Graf Gallas die erbetene Abberufung, so wie zu diesem Zwecke ein Handschreiben an die Königin. Gallas richtete an den Staats-Secretär Dartmouth die Bitte um einen Paß für einen zu entsendenden Courier, sowie um eine Audienz bei der Königin zum Zwecke der Ueberreichung des Handschreibens und der Verabschiedung. Dartmouth erwiederte: es thue ihm leid antworten zu müssen, daß die Bitte zu spät bei ihm eingegangen, nachdem er schon vorher den Befehl der Königin erhalten, mit dem Grafen Gallas nicht mehr zu verkehren. Das Weitere werde er vernehmen.

Zwei Stunden später, am 26. October 6. November, erschien bei dem Grafen Gallas der Ceremonienmeister Cotterel. Von Seiten des Staats-Secretärs St. John und auf Befehl der Königin, meldete Cotterel, habe er dem Grafen Gallas zu entbieten, daß die Königin, aus Misfallen über sein Verhalten, ihm den Hof untersagen lasse und dem Kaiser die Gründe kund thun werde. Meldungen von Seiten des Kaisers durch einen anderen Diener desselben würden der Königin

angenehm sein. Das Letztere that St. John dem Residenten Hoffmann auch schriftlich kund.

In seinen Berichten ergeht sich Gallas in Vermuthungen über den Urheber der ihm widerfahrenen Beleidigung. Diese Vermuthungen hafteten an St. John. Auf die gelegentliche Frage eines Gesandten bei dem letzteren, weshalb mit solchem Eclat, wo man ja doch den Grafen Gallas in der Stille hätte abreisen lassen können, mit Protest gegen seine Wiederkehr, antwortete St. John: die Königin habe es vielleicht mit Fleiß zu einer öffentlichen Demonstration kommen lassen wollen.[1])

Dagegen erfuhr Gallas, der noch einige Wochen in London verblieb, von sicherer Seite, daß die Königin in dies Verfahren wider ihn nicht leicht eingewilligt, vielmehr eingewendet habe, daß sie ja niemals eine Ursache gehabt, sich über den Grafen Gallas zu beschweren, daß jedoch St. John nicht nachgelassen habe, bis er seine Absicht erreicht.[2]) Diese Nachricht steht mit der früher von St. John zu Strafford ausgesprochenen Drohung wider Gallas (S. 178) nicht im Widerspruche.

Aber es fragte sich um die Gründe eines Verfahrens, welches überall das größte Aufsehen erregte. Einer der Agenten Rakoczys, also dem Grafen Gallas nicht freundlich gesinnt, meldet, daß die dem Grafen Gallas widerfahrene Behandlung in Holland Erstaunen und Indignation hervorgerufen habe.[3]) Wir finden dort die Ansicht ausgesprochen, daß der eigentliche Beweggrund des britischen Ministeriums zu dem Vorgehen wider den Grafen Gallas bestanden habe in der Besorgnis, daß, wenn dem Grafen Gallas noch eine Unterredung mit der Königin verstattet werde, bei seiner Gewandtheit und Entschiedenheit es ihm gelingen könne, die Königin zu überzeugen, wie sehr man ihren Namen misbrauche.[4])

Jedenfalls war die Stimmung über den Vorfall derartig, daß das Ministerium meinte, auch öffentlich etwas darüber sagen zu müssen. Das Zeitungsblatt Post Boy, dessen sich die Regierung in Fällen solcher Art zu bedienen pflegte, gab an: der Graf Gallas habe seit

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. November.
[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 3. December.
[3]) Fiedler, Bd. II, S. 244.
[4]) Lamberty t. VI, p. 739.

einiger Zeit ſich beſtrebt, zwiſchen dem Kaiſer und der Königin Mißverſtändniſſe zu ſtiften. Darum habe man ſich nicht zu verwundern, daß die Königin ihm den Hof verboten, da der ſpaniſche Botſchafter Canales im Jahre 1701 wegen ſeines groben Verhaltens vom Könige Wilhelm III. ſogar den Befehl erhalten, binnen drei Tagen das Königreich zu verlaſſen. — Die letzte Thatſache war richtig. Aber Canales wußte auch den Grund. Nämlich er hatte in einer eingereichten Denkſchrift dem Könige wegen des zweiten Theilungs-Vertrages mit der Berufung an das Parlament gedroht. Dem Grafen Gallas dagegen war eine Thatſache nicht ausgeſprochen.[1])

Es fragte ſich alſo, was die Königin, oder richtiger St. John als die Feder derſelben, zur Rechtfertigung des auffallenden Verfahrens dem Kaiſer gegenüber vorbringen werde. Das Schreiben, zwölf Tage nach dem Vorfalle datirt, lautet im Originale wie folgt.[2])

Hampton Court, ce 7 de novembre 1711.

Monsieur mon frère. Je suis fachée d'avoir occasion de vous écrire sur un sujet désagréable, mais l'amitié qui subsiste entre nous paraît exiger que je vous rends compte du ressentiment que j'ai été obligée de montrer au comte de Gallas, votre envoyé extraordinaire auprès de moi. Il y a quelque temps que j'ai eu occasion d'être mal-satisfaite de sa conduite. J'avais espéré que ma patience contribuerait à le faire revenir à lui-même et l'obligerait à agir d'une manière plus conforme au caractère dont vous l'avez honoré; mais quand il s'est émancipé à manquer du respect qu'il devait à ma personne, j'ai cru ne devoir plus longtemps souffrir une personne si mal-intentionnée. Je suis persuadée que Votre Majesté Impériale trouvera que j'ai agi dans cette affaire pour le plus grand bien de nos intérêts communs. J'espère que cet accident n'empêchera pas que je reçoive toutes les communications que vous avez à me donner, puisque tout autre ministre que vous trouverez à propos de m'envoyer me sera fort agréable, et de mon côté je n'omettrai rien qui peut contribuer

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. November.

[2]) In den Anglicis 1711 des k. k. Archives.

à vous faire voir effectivement avec combien d'estime et vérité je suis, Monsieur mon frère, de Votre Majesté Imperiale

la trés-affectionnée sœur

Anne R.

Auch dieſes Schreiben enthält, wie man ſieht, nur allgemein gehaltene Anklagen. Es liegt jedoch demſelben ein beſonderes Schriftſtück bei, enthaltend die Artikel, welche dem Grafen Gallas zur Laſt fallen.[1])

Der erſte dieſer Punkte ſagt, daß der Graf Gallas dem Lord Peterborough einen Spion beigegeben.

Der zweite Punkt betrifft den Vorſchlag eine nachdrückliche Vorſtellung an das großbritanniſche Cabinet zu richten, welchen der Graf Gallas im Juli dem Grafen Sinzendorf gemacht und dieſer nicht gutgeheißen hatte.

Der dritte Punkt betrifft den Vorwurf, den der Graf Gallas in dem Berichte vom 31. Juli über die Königin ausgeſprochen, daß ſie das bei der Entlaſſung Sunderlands im Juni 1710 gegebene Wort nicht gehalten, ſondern das ganze Miniſterium entlaſſen habe.

Der vierte Punkt ſagt: „Er ſchildert, die derzeitigen Miniſter als unwiſſend und übelwollend, als Feinde eher denn als Freunde der gemeinſamen Sache, der Perſon des Königs, ſo wie des Krieges, der doch hauptſächlich zu ſeinen Gunſten unternommen ſei."

St. John übermittelte das Handſchreiben der Königin mit den Beilagen dem Botſchafts-Secretär Watkins im Haag, mit dem Auftrage ſich nach Frankfurt zu begeben, um dort dem Kaiſer das Handſchreiben zu überreichen. Er ſetzte zugleich den Botſchafter Strafford davon in Kenntnis, mit den Worten: „Die Königin hält es unter ihrer Würde ſich auf eine formelle Rechtfertigung ihres Verfahrens einzulaſſen, und ich glaube, Ew. Excellenz werden Ihr Verhalten am richtigſten ſo bemeſſen, daß Sie von dieſer Angelegenheit in allgemeinen Ausdrücken reden, ohne eine nähere Kenntnis an den Tag zu legen."[2])

Entſprechend lautete der Auftrag für Watkins. „Sie werden, bei der Ueberreichung des Briefes, dem Kaiſer zu verſtehen geben, daß

---

[1]) Anlage IV.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 473. Vom 9./20. October.

Sie in Betreff der einzelnen Umstände, welche die Königin zu dem Entschlusse bewogen haben, dem Grafen Gallas den Hof zu verbieten, hinreichend unterrichtet sind. Und wenn die Minister Sie in dieser Beziehung drängen, so dürfen Sie zu ihnen reden, gemäß der Information, welche Sie aus den beifolgenden Papieren entnehmen. Nennen Sie den Namen Clemente, so bezeichnen Sie ihn als einen von uns entdeckten und ergriffenen Spion, und belassen Sie jene Minister lieber in dem Glauben, daß Clemente sein Geständnis gemacht, nachdem er von uns festgesetzt war, als daß Sie den Gedanken aufkommen lassen, er sei von uns gewonnen worden, während er in ihren Diensten war. Ein Tag oder zwei wird ausreichen, das Geschäft auszurichten."[1])

Die eigenen Worte des St. John legen also das Sachverhältnis dar.

Der Secretär Clemente hatte sich von dem Ministerium gewinnen lassen, die Depesche des Grafen Gallas vom 31. Juli auszuliefern. Der Gesandte, dessen unkundig, hatte dann Clemente beauftragt, den Lord Peterborough nach Frankfurt zu begleiten und zu überwachen. Auch diesen Auftrag hatte Clemente der britischen Regierung kund gegeben.

Diesen Auftrag benutzte St. John als ersten der vier Anklagepunkte gegen den Grafen Gallas. Die drei anderen stützten sich sämmtlich auf jenen Bericht vom 31. Juli, welchen der Graf Gallas im Dienste seines Königs nach seiner Ueberzeugung für denselben niedergeschrieben, und welchen das britische Ministerium durch rechtswidrige Mittel sich angeeignet hatte.

Von kränkenden Reden des Grafen Gallas über die Persönlichkeit der Königin, wie man später sie ihm zur Last gelegt hat, meldet der Ankläger St. John weiter kein Wort. In einem Privatbriefe an Strafford faßt er die oben gegebenen Anklagen schärfer dahin: „Der ganze Zug der Correspondenz dieses Gesandten ging dahin, das Wort der Königin hinzustellen als unzuverlässig, ihre Minister im Ganzen genommen als Narren und Schurken, und, ausdrücklich, als Feinde der gemeinsamen Sache."[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 476.

[2]) A. a. O., p. 438: The whole drift of this Minister's correspondence was to represent the Queen's word as not to be relied on, to represent her

Gallas dagegen ſagt in ſeinen Erörterungen der Sache: „Geſetzt man habe hier eine Abſchrift meines Berichtes vom 31. Juli in Händen, ſo wird man darin nichts Anderes finden als die Bewahrheitung des Sprichwortes: Ein Horcher an der Wand hört ſeine eigene Schand.“ [1])

Es fragte ſich dann, wie der Kaiſer die in ſeinem Geſandten auch ihm widerfahrene Beleidigung aufnehmen würde. Jedenfalls aber hatte das britiſche Miniſterium zunächſt den Erfolg erreicht, einen ſcharfblickenden, muthigen, und durch ſeine Stellung als Vertreter des Kaiſers gewichtigen Gegner zum Schweigen gebracht zu haben.

Unterdeſſen ſpielten ſich, in tiefſter Stille, in London noch andere Verhandlungen ab, ohne Kenntnis ſogar der Miniſter. Sie betrafen die Thronfolge in Groß-Britannien für den Prätendenten.

Die Sache des Prätendenten.

Wir haben das Meiſterſtück der Argliſt des Grafen Oxford kennen gelernt, durch welches er den Prätendenten und Berwick gewann, daß ſie ihm vertrauten und die Jacobiten in Groß-Britannien anwieſen, ihn zu ſtützen, während von ſeiner Seite für den Prätendenten nichts geſchah. Es liegt keine Andeutung vor, daß Oxford damals in England auch nur Einen Mitwiſſer dieſes ſeines Spieles gehabt habe.

Je dann und wann tauchten im Laufe des Jahres Gerüchte auf, daß der Prätendent eine Unternehmung beabſichtige.[2]) Da einer der weſentlichen Punkte der einſtweiligen Uebereinkunft zwiſchen Berwick und Oxford beſagte, daß die Königin im Beſitze nicht geſtört werden dürfe; da ferner auch der Prätendent in dieſem Sinne an die Königin geſchrieben: ſo fehlte allen ſolchen Gerüchten der Kern, und ſie verſtummten, wie ſie aufgetaucht waren. Es lohnt nicht ihnen nachzuforſchen.

Dagegen erhielt ſich die Meinung, daß die jacobitiſche Partei, wenn ſie auch nicht offen als ſolche auftrat und nicht auftreten konnte,

---

Ministers, in the gross, as fools, knaves and, in express terms, as enemies to the common cause.

[1]) Bericht vom 10. November.

[2]) Mehrmals in den Berichten der kaiſerlichen Geſandten, und bei Robethon.

dennoch sehr stark sei. Wir haben darüber die Worte Marlboroughs zu Robethon, desgleichen die Meinung des Jacobiten Lockhart vernommen, der seine Partei im Unterhause als die Mehrheit ansah.[1]) Marlborough gab der Ansicht, die er zu Robethon im Haag, im März, ausgesprochen, dann auch nach seinem Eintreffen bei der Armee praktisch die Folge, daß er für alle Fälle ähnliche Betheuerungen wie nach Hannover, auch an den Prätendenten sandte, der sich damals bei der Armee des Marschalls Villars befand. Eine Zeitlang lagerten dort die Armeen nur durch den Stromlauf der Sensette getrennt. Die Wachposten wurden es bald müde auf einander zu schießen, und an beiden Ufern ging und ritt man ungefährdet auf und ab. Eines Tages nahm der Marschall Villars den, wie er ihn nannte, König von England mit zu einem solchen Ritte, und hatte sein Vergnügen daran, daß am jenseitigen Ufer die Engländer sich ansammelten und mit lebhafter Aufmerksamkeit herüber schaueten. Der Eindruck der Persönlichkeit, meinte er, war vortheilhaft; denn der Prinz war groß, wohl gestaltet, und saß trefflich zu Pferde. Am folgenden Tage jedoch gelangte von Marlborough an Villars die Bitte, derartige Spazierritte lieber nicht wieder zu unternehmen.[2])

Die Briefe Marlboroughs an den Prätendenten gingen durch den Marschall Villars. Die Meinung des letzteren war, daß Marlborough durch seine Betheuerungen der Anhänglichkeit bei dem Prätendenten der Königin einen Gefallen zu erzeigen suchte. „Denn, fügt er hinzu, man wußte ja, daß sie für ihren Bruder im Herzen günstige Neigungen bewahrte, welche sie öffentlich kund zu geben nicht die Kraft besaß." — In Betreff Marlboroughs scheint Villars bei jener Vermuthung die englischen Gesetze gegen den Verkehr mit dem Prätendenten außer Acht gelassen zu haben. Wir haben aus den früheren Jahren wiederholt die Worte Marlboroughs zu der Königin vernommen, daß die energische Fortsetzung des Krieges das alleinige Mittel sei, ihr den Thron gegen die Ansprüche des Prätendenten zu sichern. Dagegen liegt keine Andeutung vor, daß andere Gedanken zu Gunsten des Prätendenten, wie sie eine jede dieser zwei Persönlichkeiten, die Königin und Marl-

[1]) Lockhart's memoirs vol. I, p. 345.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 164.

borough, je dann und wann hegen mochten, zwiſchen ihnen ſelber jemals zum Ausdrucke gekommen wären.

Die Königin gab, wie Villars bemerkt, günſtige Neigungen für ihren Bruder nicht öffentlich kund. Sie hatte vielmehr in der letzten Thronrede die Succeſſion des Hauſes Hannover ſehr ſtark betont. Dennoch ſtiegen, ungeachtet aller Thronreden und Adreſſen, auch den nicht betheiligten Beobachtern Zweifel auf, ob die Geſinnung und die Worte vollaus zuſammen ſtimmten. Den Anlaß dazu gaben im Sommer nachtheilige Gerüchte über den Geſundheitszuſtand der Königin. Man fürchtete damals, daß ihr Tod bald und unerwartet eintreten könne.[1])

„Wie es aber beim Todesfalle der Königin, fährt Graf Gallas fort, mit der hieſigen Succeſſion ablaufen wird, das weiß der Himmel. Denn es iſt recht ſeltſam anzuſehen, wie der hannöveriſche Miniſter hier behandelt wird. Die Whigs ſind ſtets um ihn; die Tories dagegen ſehen ihn kaum an. Auch die Königin ſelber hat nicht bloß den jetzigen (Herrn von Bothmar), ſondern auch den vorigen Geſandten (Herrn von Schütz), allezeit ſehr ſchnöde tractirt.“[2])

An anderen Orten wurden für dieſen Fall noch ganz andere Gedanken ausgeſprochen. Als nach dem Tode des Kaiſers Joſeph I. Ludwig XIV. erwog, welchen Kurfürſten er dem Könige Carl als Gegen-Candidaten für die Kaiſerwahl entgegenſtellen könne, und nirgends eine rechte Willigkeit fand, ſtellte Frau von Maintenon Betrachtungen an über das, wie ſie ſagte, allgemeine Bedürfnis nach Ruhe. „Der Herzog in Hannover, ſagt ſie bei dieſem Anlaſſe, will weder das Kaiſerthum, noch, wie es ſcheint, die Krone von England. Man ſieht nur noch Philoſophen und ſehr wenige Helden.“[3])

Dieſe Meinung der Frau von Maintenon und alſo, aller Wahrſcheinlichkeit nach, auch Ludwigs XIV., von dem geringen Eifer des Hauſes Hannover für die Thronfolge in England, mochte beitragen, daß er mit der geheimen Friedenshandlung in England auch eine andere für den Prätendenten anzubahnen ſuchte.

---

[1]) Es liegen mir darüber zwei eingehende Berichte vor, von Gallas in London, vom 10. Juli, und von Robethon im Haag, vom 25. Juli. Ich gebe ſie in den Anlagen V und VI.

[2]) Bericht vom 10. Juli.

[3]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 240. Vom 16. Mai.

Bevor er Mesnager nach England gehen ließ, gebot er ihm in St. Germain über die dortigen Wünsche anzufragen. Die Königin-Witwe Marie dort sagte ihm, daß sie über seinen Auftrag unterrichtet sei, und wies ihn dann in Betreff ihrer Angelegenheiten und derjenigen ihres Sohnes an Lord Middleton.[1])

Es ist demnach hier von Anfang an scharf zu unterscheiden. Oxford hatte seine Anknüpfung bei Berwick gemacht unter der Bedingung des Ausschlusses der Königin in St. Germain. Sie wußte also davon nichts. Dagegen verwies sie nunmehr Mesnager an Lord Middleton, ohne ihren Sohn oder Berwick zu benennen. Beide waren im Feldzuge abwesend. Demnach wurden zwei Fäden angeknüpft, oder gar, wenn wir den directen Versuch des Prätendenten bei der Königin Anna hinzuzählen, drei Fäden, unabhängig von einander.

Wir haben den Lord Middleton, mit welchem Mesnager in Verbindung trat, zur Zeit des Königs Jacob II. nicht als einen Mann von scharfer Urtheilskraft kennen gelernt (Band VII, S. 189). In ähnlicher Weise bethätigte er sich gegenüber dem Franzosen Mesnager. Diesem legte er verschiedene Entwürfe für einen Angriff auf England vor, bei Lebzeiten der Königin Anna oder nach ihrem Tode. Mesnager wies ihn hin auf die völlige Wandlung der Dinge. Sein Auftrag nach England bezwecke den Frieden, nicht einen Angriffsplan. Wenn die Königin-Witwe ihm den Auftrag gebe, bei der Königin von Groß-Britannien den Versuch zu machen, die Dinge dahin zu regeln, daß nach ihrem Tode die Thronfolge auf ihren Bruder komme, so werde er ihr zu Diensten sein, und habe dafür einige Aussicht auf Erfolg. Eine andere Thätigkeit müsse er ablehnen. Da Middleton bei seinem Verlangen beharrte, brach Mesnager ab.

Ludwig XIV. billigte sein Verhalten. Beim Abschiede sagte er: „Es wird mir angenehm sein, wenn Sie dem jungen Könige einige Dienste erweisen, und besonders wenn Sie die neuen Minister und die Königin dahin bringen können, daß er nach der Königin den Thron erhält. Aber halten Sie fest, daß, wenn die Hauptsache es erfordert und die Königin darauf besteht, Sie ihn seinem Geschicke überlassen

[1]) Das Folgende nach der in Anlage VII besprochenen Schrift.

müſſen. Wir dürfen uns nicht um ſeinetwillen ruiniren. Verſtehen Sie?“ — Der König wiederholte dieſe letzten Worte.

Auf dies beſcheidene Maß alſo hatte ſich die, wie es neun Jahre zuvor geſchienen, ſo großmüthige Anerkennung Jacobs III. von Seiten Ludwigs XIV. reducirt. Jedenfalls aber war damit ausgeſprochen, daß Ludwig XIV. für den Ritter von St. Georg dann eintreten wollte, wenn es ihm ohne eigenen Schaden möglich war. Dies ſchien das Verbleiben des Prätendenten in Frankreich vorausſetzen zu müſſen.

Der Papſt Clemens XI. dagegen, eingedenk deſſen daß auch er den Prinzen als König Jacob III. anerkannt hatte, und in der Vorausſicht, daß im Falle des Friedensſchluſſes, England den ferneren Aufenthalt desſelben in Frankreich nicht verſtatten werde, bot in Verſailles ein Aſyl für den Prinzen in Rom an, oder wo immer im Kirchenſtaate es ihm gefallen würde. Ludwig XIV. antwortete: der Aufenthalt, den er ſelber dem Prinzen gewähre, werde nicht ein Hindernis des Friedens ſein. Wenn die Verbündeten den Frieden ernſtlich wollten: ſo werde er alle vernünftigen Bedingungen annehmen, und man werde dann in den Vertrag einen Artikel zu Gunſten des Prinzen einſetzen.[1])

Es bedarf nicht der Ausführung, daß der Papſt durch die Einladung für den Prinzen auch die Sorge für ſeinen Unterhalt auf ſich nehmen wollte. Dieſe verblieb alſo Ludwig XIV. Es fragte ſich nun, was er oder in ſeinem Namen Mesnager für den Prinzen ausrichten würde.

Es darf wie ein Erfolg des Mesnager angeſehen werden, daß die britiſchen Miniſter gegen die vage Faſſung des erſten Artikels des geheimen Vertrages, welcher Artikel dann wörtlich in die von Mesnager allein unterzeichneten Vorſchläge hinüber genommen wurde, keinen Einwand erhoben. Jeglicher weiteren Hindeutung jedoch wichen die britiſchen Miniſter aus. Nach der Mittheilung ſeiner ſogenannten Präliminarien kehrte Mesnager nach Frankreich zurück, reiſte aber wenige Tage ſpäter wieder in der Stille nach London, um dort in der anderen Angelegenheit einen Verſuch zu machen.

Er knüpfte dort wieder wie früher mit einem Lord an, den er nicht nennt, aber als im Herzen jacobitiſch geſinnt bezeichnet. Damit kann

[1]) Rapport du Comité secret p. 170.

nicht, wie Einige angenommen haben, St. John gemeint ſein. Denn die Beſchreibung paßt nicht auf eine Perſönlichkeit in erſter Linie, wie St. John ſtand, und dazu war dieſer damals nicht Jacobit. (Man vergleiche S. 56.) Eher dürfte Buckingham gemeint ſein. Wie immer dem ſei, der fragliche Lord warnte Mesnager. „Wenn Sie, ſagte er, vor den Miniſtern auch nur den Namen des Prätendenten nennen: ſo jagen Sie ſie Alle in Schrecken.“ — „Wie ſo? — verſetzte Mesnager: ich zweifele doch nicht, daß ſie nach dem Tode der Königin ihm ſein Recht erweiſen werden.“ — „Ich kann nicht ſagen, erwiderte jener, ob ſie es thun würden, wenn es in ihrer Macht ſtünde; aber ſie ſind in dieſer einen Beziehung ſo argwöhniſch der Eine gegen den Anderen, daß Keiner von ihnen ſeinen Namen auszuſprechen wagt.“ [1])

Nach dem Berichte dieſes Lords waltete aber ein ähnliches Verhalten der Miniſter auch gegenüber der Königin ob. Dieſe habe ſich zu ihm geäußert: „Ich kann niemals einen der Miniſter dahin bringen, auch nur von ihm (dem Prätendenten) zu reden, oder mir auf eine Frage nach ihm zu antworten. Auch dränge ich ſie nicht; aber ich hoffe, ſie werden handeln nach Gebühr.“ Frau Maſham ihrerſeits ſagte: „Alle Dinge ſind bei dem Lord Treaſurer wie verſchloſſen, ſo daß wir nichts erfahren. Er iſt unmittheilſam. Alles was die Königin ſelber von ihm vernimmt, gibt wenig mehr aus als daß im Allgemeinen die Dinge wohl gehen, und dann die beſtändige Mahnung: Nur gutes Muthes, Majeſtät.“

Auf dieſe Reden theilte der Lord der Königin und Frau Maſham mit, daß Mesnager ſich in London befinde und in Betreff des Prätendenten etwas vorzubringen wünſche. Er fragte, ob Frau Maſham ihn hören wolle. Auf die gegebene Erlaubnis der Königin erklärte ſie ſich bereit. In ſeinen Aufzeichnungen nennt Mesnager auch den Namen der Frau Maſham nicht; aber es iſt undenkbar, daß eine andere das Vertrauen der Königin in dieſem Maße beſeſſen haben könne.

Es war für beide Theile ſchwer, einen Vorſchlag zu finden. Mesnager ging von dem Gedanken aus: da die Friedens-Artikel in Betreff der Succeſſion im eigentlichen Sinne einen Vertrag mit der Königin perſönlich enthielten: ſo ſtehe es auch ihr zu, die Tragweite

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 247.

der Verpflichtung zu beſchränken, und zu erklären, in wie weit nach ihrem Tode dieſelbe für Frankreich bindend ſein ſolle oder nicht. Frau Maſham wehrte dieſe Zumuthung ab. Die Königin, ſagte ſie, würde durch kein Mittel dahin zu bringen ſein, eine Erklärung ſolcher Art zu unterzeichnen.

Dennoch kamen ſie einander näher. In einer zweiten Zuſammenkunft ſtellten ſie die Frage dahin feſt: der Friedensvertrag erfordere, daß, zur Satisfaction des engliſchen Volkes und der Verbündeten, der König von Frankreich im Namen der Königin von Groß-Britannien aufgefordert werde, auf Grund der Anerkennung der geſetzlich feſtgeſtellten Succeſſion, den Bruder der Königin und ſein Intereſſe zu verlaſſen. Deſſen ungeachtet könne dies Verlaſſen ſo verſtanden werden, daß der König von Frankreich nicht verpflichtet ſein ſolle, im Falle des Todes der Königin, nicht ſich zu bemühen, den genannten Prinzen auf den Thron ſeines Vaters zu ſetzen, auf welchen er ein unzweifelhaftes Recht habe.[1])

Es blieb indeſſen die Schwierigkeit, für den inneren Widerſpruch dieſer Sätze eine löſende Form zu finden. Mesnager betonte, daß dies nur bei der Friedensunterhandlung geſchehen könne, und daß die Bevollmächtigten, unter denen von franzöſiſcher Seite er ſelber ſein werde, demgemäß inſtruirt ſein müßten.

Da vorausſichtlich die Mächte der Allianz die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich verlangen würden, ſo brachte dann Frau Maſham den Ort ſeines künftigen Aufenthaltes zur Frage. Sie wünſchte ſehr, daß der Ort nicht zu weit abgelegen ſein möge; denn ſicherlich werde, früher oder ſpäter, in England eine günſtige Gelegenheit eintreten. Mesnager war der Anſicht: der Ritter von St. Georg werde ſchon aus ſich ſelber den Entſchluß faſſen, ſeinen Aufenthalt ſo nahe wie möglich an Frankreich zu nehmen, ob in Lothringen, in Zweibrücken oder anderswo.

Im Fortgange der Unterredung ſagte Frau Maſham, daß ſie alles was Mesnager vorbringe, anſehe wie kommend aus dem eigenen Munde des Königs von Frankreich. Wenn Mesnager ihr das gleiche Vertrauen ſchenke, ſo werde die Vereinbarung um ſo gewichtiger ſein.

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 276.

Mesnager erwiderte, daß er ſelber ſich betrachte wie in Audienz bei der Königin, welche bei der Ungunſt der gegenwärtigen Umſtände und der engliſchen Regierungsform zu Niemandem ſich offen ausſprechen dürfe. Frau Maſham möge glauben, daß der König von Frankreich das Recht in dieſer Angelegenheit erkenne, und daß er handeln werde gemäß der Möglichkeit der Umſtände. Ihm ſelber, Mesnager, liege es ob, jedem Worte, das Frau Maſham zu ihm ſpreche, zu glauben und dieſelbe Ehre zu erweiſen, als käme es von der Königin.

Darauf erklärte Frau Maſham, ihre Auffaſſung der Dinge zuſammen drängen zu wollen. Es ſei, ſagte ſie, zur Zeit das Unglück der Königin, den Thron ihres Bruders zu beſitzen, auf welchen ſie keinen anderen Anſpruch habe, als welchen die politiſche Lage der Dinge legal und in gewiſſer Weiſe nothwendig gemacht habe. Dennoch, fuhr Frau Maſham fort, bereite, nach ihrer Anſicht, dies der Königin oft geheimen Kummer. Aber damit ſei ihr Unglück noch nicht erſchöpft, ſondern durch dieſelbe politiſche Nothwendigkeit ſei ſie verpflichtet, nicht bloß wider ihre Neigung, ſondern auch wider ihre Grundſätze, die Fortdauer der Uſurpation zu befördern und zu befeſtigen, nicht bloß über ihr eigenes Leben hinaus, ſondern für immer. Mesnager möge daher verſichert ſein, daß unter ſolchen Umſtänden es für die Königin eine unausſprechliche Genugthuung ſein würde, ſich befreit zu ſehen von der unheilvollen Nothlage ſo viel Unrecht zu thun, und dagegen, wenn es mit der Sicherheit für die Religion und die Freiheiten ihrer Unterthanen vereinbar, das Recht ihres Bruders hergeſtellt zu wiſſen, wenigſtens nach ihrem Tode, wenn es nicht früher geſchehen könne.[1])

Man wolle mit dieſen Worten der Frau Maſham vergleichen die Kundgebung der Prinzeſſin Anna an ihren Vater Jacob II. in St. Germain, in den letzten Jahren ſeines Lebens. (Band X, S. 1 u. f.)

Frau Maſham fuhr indeſſen noch weiter fort. Es ſei wahr, ſagte ſie, daß die Königin keinen Ausweg erblicke, und daß, bei dem Zorne und der unverſöhnlichen Abneigung der großen Mehrheit des Volkes gegen ihren Bruder, ein ſolcher Ausweg ihr wie unauffindbar erſcheine. Ja die Königin finde es unmöglich, zu einem Friedensvertrage zu gelangen, oder auch nur der Nation das Ende des Krieges

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 282.

in Ausſicht zu ſtellen, ohne die ſtärkſten Verpflichtungen für die Beſtätigung der Thronfolge im Hauſe Hannover auf ſich zu nehmen. „Und das iſt ja doch, fuhr Frau Maſham fort, der Inbegriff aller unſerer Abneigung. Aber wir haben dagegen keine Zuflucht als zu Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät, in der Hoffnung, er werde bei dem Friedensvertrage die Dinge ſo einrichten, daß er ſich die Freiheit vorbehalte, in die Sache einzutreten und zu helfen, wenn immer ſich eine Gelegenheit darbieten möge. Zu dieſem Ende müſſen die Friedensbevollmächtigten von hier, obwohl man ihnen nichts im Wege des Vertrauens mittheilen darf, ſo inſtruirt werden, daß ſie nicht mehr verlangen als die Nothwendigkeit erheiſcht, und ſicherlich können auch Reſerven beigefügt werden, welche bei geeigneter Zeit für die Herſtellung des Rechtes Raum gewähren.“

Mesnager ſprach der Frau Maſham ſeinen Dank aus für die Klarheit, mit welcher ſie geredet, wo dagegen alle britiſchen Staatsmänner, die er in eine Erörterung zu ziehen geſucht, ſich mit doppeldeutigen Worten losgemacht hätten. Zur Sache erwiderte er, daß gerade dies es ſei, was der König wünſche: die britiſchen Bevollmächtigten für die Friedenshandlung dürften nicht auf ſtärkere Ausdrücke inſtruirt werden als die Nothwendigkeit fordere, und von ihm nichts verlangen, was er nicht gewähren könne. In dieſem Falle, meinte Mesnager, dürfte ſich für den König die Möglichkeit ergeben, ſich von der anſcheinenden Verpflichtung dieſes Theiles des Friedensvertrages ſpäter loszumachen und in Freiheit zu ſein, je nach der ſich darbietenden Gelegenheit zu handeln.

Sie kamen noch einmal zuſammen, um die Mittel der Correſpondenz fortan feſtzuſtellen. Zum Schluſſe überreichte Frau Maſham dem Franzoſen in einer rothen Sammtbörſe das mit Diamanten eingefaßte Bildnis der Königin. Mesnager trat einen Schritt zurück, um es knieend zu empfangen. Frau Maſham, die Abſicht erkennend, hinderte ihn daran. „Denn, fuhr ſie fort, ich ſage Ihnen nicht, daß die Königin Ihnen dies darbietet; aber es mag Ihnen die Gewisheit gewähren, wie ſehr Ihre Beſuche hier befriedigt haben, und wie ſehr ich es mir zur Ehre rechne, dies Geſchenk Ihnen einzuhändigen.“ [1])

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 289.

Desgleichen empfing Mesnager nach seiner Rückkehr in Versailles die lobende Anerkennung Ludwigs XIV.

Der Bericht Mesnagers ergibt, daß bei der ganzen Verhandlung die Eine Persönlichkeit, durch welche die Machtfülle der Krone in Wirksamkeit trat, der Treasurer Oxford, nicht betheiligt war. Mesnager und Frau Masham hatten in der Verhandlung beiderseitig starken Nachdruck gelegt auf den Inhalt der demnächstigen Instructionen für die Friedensbevollmächtigten. Aber diese Instructionen waren nicht abzufassen von der Königin oder der Frau Masham, sondern von dem Treasurer Oxford und dem Staats-Secretär St. John. Demnach muß sich Frau Masham gedacht haben, daß sie und die Königin im Sinne jener Uebereinkunft auf Oxford einwirken würden.

Aber sie selber hatte ihn charakterisirt als nicht mittheilsam, als verschlossen. Oxford regte nicht bloß die Sache des Prätendenten vor der Königin nicht an, sondern verstand es auch ihrer Anregung derselben auszuweichen, sich ihrer Fragen durch sein begütigendes: Be easy, Madame — zu entwinden. Die Frauen mochten dies Verhalten sich auslegen als die Folge des Eifers für die Friedenssache, die für andere Angelegenheiten nicht Raum verstatte. In der Wirklichkeit waren die drei Persönlichkeiten, deren Wege so lange zusammen gegangen, in der Sache des Prätendenten an den Punkt gekommen, an welchem sie sich innerlich trennten, so jedoch, daß es Oxford verstand über diese Trennung noch lange keine Klarheit aufkommen zu lassen. Er erhielt die Königin in dem Glauben, daß er ihre Politik mache, während er in der Wahrheit zuerst die seinige im Auge hatte.

Die Thronreden der Königin, die er abfaßte, betonten stärker als diejenigen, welche Godolphin gemacht hatte, die Thronfolge des Hauses Hannover. Dies entsprach nicht dem Wunsche und der Gesinnung der Königin; aber wie sich aus den Reden der Frau Masham zu Mesnager ergibt, glaubte sie der Versicherung Oxfords, daß die Abneigung der Nation gegen ihren Bruder es so erfordere. Ueberhaupt vertrauete sie Oxford, dem sie so Vieles zu verdanken meinte.

Und dennoch blieb fortan die gewichtige Frage, wie lange es Oxford gelingen werde, die Königin in dem guten Glauben zu erhalten, und demnach die Consequenz zu vermeiden, die aus dem Schwinden desselben für ihn erfolgen mußte.

Einſtweilen wurden alle Gedanken in Anſpruch genommen durch die Angelegenheit des Friedens.

Die Friedensfrage im Haag.

Wir haben vernommen, daß nach der Ueberreichung der Friedens-Präliminarien des Mesnager, im Anfange October, die Grafen Rivers und Strafford ſich einſchifften, jener, wie im Jahre zuvor, nach Hannover, dieſer nach dem Haag. Verfolgen wir, der Zeit nach, zuerſt die Sendung Straffords.

Bei der Ankunft desſelben in Helvoetſluis fand er dort den Penſionaris Buys vor, der, zum Geſandten nach England ernannt, auf günſtigen Wind zur Einſchiffung wartete. Strafford legte ihm die Artikel des Mesnager vor. Sie geriethen darüber heftig an einander. Buys erklärte nach dem Haag zurückzukehren, um neue Inſtructionen zu verlangen. [1])

Diejenigen für Strafford ſind ein merkwürdiges Actenſtück. Er ſoll in ſeiner Mittheilung an die Holländer davon ausgehen, als habe die Thatſache der geheimen Unterhandlung mit Vorwiſſen der holländiſchen Regierung ſtatt gefunden. Mesnager habe dann Vorſchläge eingereicht, welche, obwohl nicht ſo genau beſtimmt, wie Frankreich es ſicherlich noch thun werde, dennoch als eine genügende Grundlage zu betrachten ſeien. Auf die etwaige Frage, ob England für ſich beſondere Vortheile ausbedungen, ſoll Strafford ausweichen mit der Antwort, daß die Königin abgelehnt habe, die Unterhandlung in England weiter führen zu laſſen. Er ſoll ferner ſagen, daß er es auf ſich nehme zu verſichern, daß England nichts für ſich ausbedungen, was dem Intereſſe der Republik zuwider. Wenn aber England für ſich Vortheile verlange, ſo entſpreche dies ſeinen weitaus hervorragenden Leiſtungen in dieſem Kriege. Es handele darin den Verträgen nicht zuwider, weil es keinen Frieden wolle ohne Satisfaction für die Republik. Aber der Barriere-Vertrag von 1709, dem weder der Kaiſer noch die britiſche Nation zuſtimme, könne nicht feſt gehalten werden, ſondern es liege

[1]) Lamberty t. VI, p. 695. — Bolingbroke's letters vol. I, p. 411.

im eigenen Intereſſe der Republik, davon nachzulaſſen. Die Eintracht von England und Holland ſei durchaus nothwendig.

Frankreich ſchlage die Städte Utrecht, Nymegen, Aachen oder Lüttich zur Unterhandlung vor. Die Republik möge eine derſelben benennen, und baldmöglichſt die Päſſe für die Bevollmächtigten ſenden.

Wenn dagegen die Holländer und die Kaiſerlichen ſagen, daß dieſe Vorſchläge nicht ausreichen, ſondern verlangen, daß man Präliminarien errichte, wie im Jahre 1709, ſo ſoll Strafford darauf erwidern, daß die Franzoſen vielleicht ſich weiter erklärt hätten, wenn ſie nicht, während der Verhandlung mit England, den Geiſt der Unruhe, der Ungeduld, der Eiferſucht unter den Verbündeten bemerkt hätten. Fordern dagegen die Holländer die Fortführung des Krieges und wollen ſie auf keine geringeren Bedingungen Frieden ſchließen als diejenigen von 1709, ſo ſoll Strafford erklären, daß die Königin dazu bereit, daß jedoch dann das Misverhältnis in dem Tragen der Kriegeslaſt ein Ende nehmen, die Verbündeten ihre Leiſtungen ſteigern müſſen, während England die ſeinigen verringern werde. Machen dagegen die kaiſerlichen und die holländiſchen Miniſter das Unvermögen geltend, ſo ſoll endlich Strafford verkünden: die Königin beſtehe darauf zu verlangen, daß ihre Verbündeten, ſei es für den Krieg, ſei es für den Frieden, mit ihr zuſammen gehen.

Die Reden Straffords im Haag in dieſem Sinne ſchlugen jedoch noch nicht durch. Die Generalſtaaten faßten, am 24. October, den Beſchluß: die vorgelegten Artikel des Mesnager ſeien ſo unbeſtimmt und dunkel, daß ſie ſich nicht eigneten als Baſis für eine formelle Unterhandlung. Mit dieſem Beſchluſſe ward der Penſionär Buys als Geſandter nach England geſchickt. [1])

Dort bot Buys die nicht geringe Macht ſeiner Beredtſamkeit auf, die britiſchen Miniſter zu überzeugen, daß ein Weg der Verhandlung mit Frankreich auf ſo unbeſtimmte Artikel hin nicht zum Ziele führen könne. Die Mühe war vergeblich, weil die britiſchen Miniſter ihm verſchwiegen, daß ſie ihr Sonderziel bei Frankreich bereits erreicht hatten. Nach vielen Conferenzen entſprach die endliche Antwort, die St. John im Namen der Königin gab, den Reden, welche Strafford,

[1]) Lamberty t. VI, p. 695.

auf Grund ſeiner Inſtruction, im Haag führte.[1]) Mit der Mittheilung deſſen erging zugleich an Strafford die Weiſung ſtärker zu drücken, ſo wie ein beſtimmterer Beſcheid als früher, den er auf die Frage nach einem geheimen Vertrage zu geben habe. Der Beſcheid iſt merkwürdig.

„Was die Frage eines geheimen Vertrages mit Frankreich betrifft, ſchreibt nämlich St. John an Strafford, ſo exiſtirt ein ſolcher nicht. Die Königin würde es niemals über ſich gewinnen, einen ſo unehrenhaften Schritt zu thun. In der That haben wir Frankreich kund gemacht, daß wir unſere Verbündeten in allen ihren Anſprüchen ſtützen würden; aber daß wir da, wo dieſe ſich als exorbitant erwieſen, einſchreiten würden zu vermitteln.“

Demnach dachte ſich St. John, daß die offene Losſagung Englands von der Allianz unehrenhafter ſein würde als dieſe geheime, nach welcher England ſeine Sondervortheile erſt dann bekommen ſollte, nachdem es ſeine Bundesgenoſſen in einen Frieden nach dem Willen Frankreichs hinein genöthigt hatte.

In der That prägt die Correſpondenz zwiſchen Torey und St. John mehr und mehr die Dienſtbarkeit des britiſchen Miniſteriums aus. Auf die Mittheilung der bisher geſchehenen Schritte antwortet Torey, am 21. October: „Es iſt leicht für diejenigen, welche in der Verwirrung ihre Rechnung finden, Mistrauen auszuſäen und zu nähren; aber es iſt auch leicht dasſelbe zu zerſtreuen, wenn man beiderſeits aufrichtig den Frieden und die Einigkeit wünſcht.“[2]) Bevor St. John darauf antwortete, erfolgte ein neues Schreiben Toreys. Als den Anlaß desſelben gibt er an, daß die Holländer in London das Gerücht verbreitet: es ſpinne ſich eine neue geheime Unterhandlung zwiſchen dem Haag und Verſailles an, und daß die britiſchen Miniſter ſich darüber beunruhigt gefühlt hätten. Demnach ſchrieb Torey, am 2. November, an St. John, daß, da die gegenwärtige Lage der Dinge das einträchtige Zuſammenwirken für die Vollendung des begonnenen Werkes erfordere, er durch Gautier anfragen laſſe, welche Maßregeln auf die Weigerung der Holländer die Königin zu treffen gedenke.[3]) Das Schreiben des Torey an

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 437. Vom 26. October 6. November.

[2]) A. a. O., p. 451.

[3]) A. a. O., p. 452. Zu vergleichen mit den Mémoires de Torcy t. III, p. 98.

Gautier enthielt den Auftrag, im Namen des Königs den Miniſtern Oxford und St. John die Verſicherung zu geben: que tant d'artifices mis en usage de la part des ennemis communs, étaient incapables d'ébranler sa fermeté.

Dieſe Worte gelangten an St. John, am 22. October 3. November, alſo noch bevor er die Königin zu der beleidigenden Behandlung gegen den Grafen Gallas bewogen hatte, mit der vor dem Kaiſer zu erhebenden Anklage, daß der Graf Gallas die Miniſter der Königin eher als Feinde, denn als Freunde der gemeinſamen Sache darſtelle.

St. John und Oxford nahmen das von Ludwig XIV. durch Gautier an ſie gerichtete Wort, welches die Verbündeten der Königin als les ennemis communs benannte, nicht bloß hin, ſondern St. John eignete ſich die von Torcy in dem Briefe zuvor, vom 21. October, an ihn gerichteten Worte ausdrücklich an. „Dieſes Mistrauen zu erwecken, ſagt er dann, iſt das Trachten der Böswilligen, ſowohl bei uns wie überall anderswo. Ich bin jedoch darum nicht bekümmert, weil es nur von dem allerchriſtlichſten Könige abhangt, alle ihre Bemühungen vergeblich zu machen." — „Die Erklärungen, welche Sie mir in Ausſicht ſtellen, werden alle dieſe Wolken zerſtreuen. Wir werden uns derſelben nur mit großer Zurückhaltung bedienen, und dies werden Sie mir glauben, wenn ich Ihnen verſichere, daß, wenn der König, wie er früher in ſolchen Fällen gethan, uns einen eingehenden Entwurf ſeiner Zugeſtändniſſe zuſtellt, die Königin denſelben ihren Verbündeten niemals mittheilen wird." [1])

St. John gab davon zugleich dem Botſchafter Strafford im Haag beſtimmtere Kunde mit den Worten: „Die Friedens-Conferenzen müſſen auf Grund der allgemeinen Friedens-Vorſchläge eröffnet, und die Königin ermächtigt werden, Jedem der Alliirten beſonders dasjenige anzubieten, was annehmbar und vernünftig erſcheint. Nachdem das eigene Intereſſe der Königin geordnet iſt, muß ſie Vermittlerin ſein für die Intereſſen der Anderen." [2])

Gemäß der Aufforderung der Königin überſandte Ludwig XIV., mit vollem Lobe für die Feſtigkeit der Königin, einen Entwurf ſeiner

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 454.

[2]) A. a. O., p. 455.

Zugeſtändniſſe für alle betheiligten Mächte.[1]) Der Entwurf liegt dem nachherigen Frieden von Utrecht durchweg zu Grunde.

Aber in der Republik ſtimmten die Berichte des Geſandten Buys aus London die Gemüther noch keinesfalls willfährig. Der Ueberblick der Kriegeslage, mit welchem der Staatsrath, nach hergebrachter Weiſe, am 13. November, den Generalſtaaten ſeine Forderung für den nächſten Feldzug einreichte, betont in der nachdrücklichſten Weiſe die Gefahren, denen man von einem bald wieder erſtarkenden Frankreich her ausgeſetzt ſein werde. Darum, ſchließt er, fordere es die Nothwendigkeit, den Krieg in der bisherigen Weiſe fortzuſetzen, mit Eifer, mit Einigkeit, mit Beſtändigkeit, in der Hoffnung, daß man dann binnen kurzer Zeit im Stande ſein werde, einen Frieden mit der erforderlichen Sicherheit gegen einen ſo mächtigen und furchtbaren Feind zu ſchließen.[2]) Unterdeſſen traf im Haag auch der Proteſt des Kaiſers ein. Von Mailand aus, wo die franzöſiſchen Präliminarien ihm zur Kunde gekommen waren, richtete Carl VI., am 8. November, alſo am ſelben Tage, an welchem in London die Königin ſeinem Geſandten Gallas Schweigen auferlegte, an die Generalſtaaten ein eindringliches Schreiben. Er erklärte darin, daß er feſthalte an den Präliminarien von 1709, und daß er einen Congreß auf Grund der verfänglichen und inhaltloſen franzöſiſchen Vorſchläge nicht beſchicken werde. Er erſuchte die Generalſtaaten ſich mit ihm zu einigen in dem Beſtreben, auch die Königin von Groß-Britannien zur Verwerfung ſolcher Vorſchläge zu bewegen.[3]) Zugleich reichte der Graf Goes im Haag, im Namen des Kaiſers, bei den Generalſtaaten eine entſprechende Denkſchrift ein.

Dagegen ward die Rede Straffords täglich lauter, hochfahrender, drohender. Einen ſolchen Ton, ſagte man, habe bisher auch noch ſelbſt kein Feind angeſchlagen.[4]) Als dennoch auch dieſe Reden nicht den gewünſchten Erfolg brachten, richtete Strafford, am 19. November, ein Schreiben an den Rathspenſionär Heinſius. Jede Weigerung, erklärte er darin, oder auch nur ein Aufſchub, den Ort des Congreſſes zu benennen, und die Päſſe für die Friedensgeſandten zu bewilligen, ſei

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 474. — Lamberty t. VI, p. 698 et suiv.

[2]) Lamberty t. VI, p. 711 et suiv.

[3]) Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 165.

[4]) Lamberty t. VI, p. 724.

gleich einem Mistrauen in die Aufrichtigkeit der Königin. Er verlange, daß Heinsius die verderblichen Folgen darstelle, die aus einer Trennung oder auch nur aus dem Scheine einer Trennung der Republik von der Königin erwachsen würden. Er wies Heinsius persönlich hin auf die Verantwortlichkeit, die er vor dem Vaterlande, vor der Nachwelt zu tragen haben werde.[1])

Am 21. November traten die Generalstaaten über diese Angelegenheit zusammen. Noch am Morgen dieses Tages erhielt Heinsius abermals ein Schreiben Straffords, enthaltend die Drohung, daß die Königin jeden Aufschub einer Weigerung gleich achte, und daß daraus ein Riß entstehen könne, unheilvoll für diese Republik und für das gesammte Europa.[2])

Dieser Drohung wichen die Generalstaaten. Sie bestimmten Utrecht als den Ort der Friedens-Conferenzen, übersandten die Pässe für die Bevollmächtigten nach London, und benannten als den Termin des Beginnes den kommenden 12. Januar.

Demgemäß lud St. John einige Tage später die fremden Gesandten in sein Amtslocal. Dort händigte er ihnen die Circular-Schreiben ein, durch welche die Königin die betheiligten Mächte aufforderte, ihre Bevollmächtigten nach Utrecht zu senden, mit der Hervorhebung, daß sie nichts Anderes im Auge habe als einen dauerhaften Frieden, durch welchen einem Jeden eine vernünftige Satisfaction widerfahren solle.[3])

Im Haag hielt zu demselben Zwecke, am 1. December, Lord Strafford eine Anrede an die versammelten Gesandten. Beim Beginne derselben ersuchte ihn der kaiserliche Gesandte, Freiherr von Heems, langsam zu reden, damit man aufschreiben könne, was er sage. Es geschah. Heems wiederholte dann kurz die Gedanken des Gesagten und fügte bei, daß er es dem Kaiser berichten und dessen Beschluß abwarten werde. Dann aber wendete er sich wieder zu dem Grafen Strafford, mit den Worten: „Es besteht bereits ein unterzeichneter Sondervertrag zwischen Frankreich und Groß-Britannien. Ich kann Ihnen Tag und

[1]) Lamberty t. VI, p. 725.
[2]) A. a. O., p. 726.
[3]) A. a. O., p. 728.

Stunde nennen, auch den Ort, wo er unterzeichnet iſt. Ich weiß die Unterſchriften, die Siegel, auch die Farbe des Wachſes.“ — Der Graf Strafford, völlig überraſcht, wußte nicht zu antworten, und geſtand ſomit durch ſein Schweigen die Thatſache ein. Aber Heems, der hier die Kundſchaften des Grafen Gallas oder ſeines Secretärs Primoli ſo geſchickt benutzt hatte, kannte darum doch noch nicht den Inhalt des von Mesnager einerſeits, von St. John und Dartmouth andererſeits unterzeichneten Sondervertrages.[1])

Eben darum weil der Inhalt des geheimen Vertrages zwiſchen Groß-Britannien und Frankreich nicht vorlag, war der bei den Verbündeten zur Wahrſcheinlichkeit, ja zur Gewißheit geſteigerte Verdacht eines ſolchen Vertrages für die britiſchen Miniſter nicht ein Hindernis weiter vorzugehen. Strafford erhielt für ſein feſtes Auftreten, welches das Nachgeben der Generalſtaaten zu Wege gebracht, durch St. John das volle Lob der Königin. Auch das Verhalten des Geſandten Buys, meinte St. John, ſei untadelhaft. Der Herzog Victor Amadeus hatte auf die erſte Kunde der Vorſchläge des Mesnager etwas gemurrt, dann aber, nachdem man zu ſeinen Gunſten eine Nachfuge gemacht, ſich willig erklärt. In dieſer Nachfuge verſprach Ludwig XIV. dem Herzoge die Gebiete zurückzugeben, welche dieſer zu Anfang des Krieges beſeſſen, ſo wie in die Vergrößerung ſeiner Gebiete in Italien einzuwilligen.[2]) Victor Amadeus war alſo, wenn er gegen den Kaiſer ging, der Gunſt beider Mächte ſicher. Carl VI. ſelber war, wie es ſich nunmehr ergab, rechtzeitig und mit wohl erwogenem Vorbedacht in der Perſon ſeines Vertreters Gallas mundtodt gemacht. Er ſandte dann zwar, von Mailand aus, wie jenen Proteſt nach dem Haag, ſo ein Handſchreiben an die Königin und eine Denkſchrift ein. Aber nur das erſtere traf ein, die letztere fand ſich nicht vor. Unter dieſen Umſtänden erwogen Gallas, der noch nicht abgereiſt war, und Hoffmann die Frage, ob jenes allein zu übergeben ſei. Sie kamen zu der Anſicht, daß, nach dem Nachgeben der Generalſtaaten, die ſcharfe Rede des Handſchreibens eine nutzloſe Erbitterung gegen den Kaiſer hervorrufen würde. Dazu erfuhr der Graf Gallas von ſicherer Hand, daß das Miniſterium eine

[1]) Lamberty t. VI, p. 731.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 5.

Gelegenheit wünsche sich mit dem Kaiser völlig zu überwerfen. Daher faßten sie den Beschluß das Handschreiben nicht zu übergeben.[1])

Ganz besonders war St. John erfreut über die Willigkeit, mit welcher Friedrich I. von Preußen einging, und beauftragte Strafford, nach Berlin hin dafür kund zu thun, daß die Königin das Interesse des Königs im Laufe der Unterhandlung, so wie auch später vertreten werde.[2])

Von außen her schien also das britische Ministerium kaum noch einen Widerspruch zu erwarten zu haben. St. John konnte bereits, am 25. November/6. December, nach Versailles hin den Wunsch aussprechen: man möge beiderseitig dahin trachten, daß der Friede nicht mehr den Wechselfällen noch eines Feldzuges ausgesetzt werde.[3]) Im Haag faßten die zu Gunsten des großbritannischen Ministeriums Gesinnten schon einen bestimmten Termin in Aussicht. Bis zum 15. März, sagten sie, werde der Friede unterzeichnet sein.[4])

Und doch erfolgte dann ein Widerspruch von einer Seite her, von welcher das britische Ministerium kaum, oder wenigstens nicht in so entschiedener Weise, wie es geschah, ihn erwartet hatte. Der Widerspruch kam von dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg.

Die Friedensfrage in Hannover.

Wie es die Aufgabe des Grafen Strafford im Haag war, die Zustimmung der Generalstaaten zu der Friedenspolitik des britischen Ministeriums durchzusetzen, so lag es dem Grafen Rivers ob, diejenige des Kurfürsten Georg Ludwig als des muthmaßlichen Thronfolgers zu gewinnen.

Die erste Sendung des Grafen Rivers nach Hannover, zu Ende des Jahres 1710, war nicht nach dem Wunsche des neuen Ministeriums ausgefallen. Dennoch schien das Verhältnis äußerlich ein gutes. Wenn auch, wie wir vernommen, das Benehmen der Königin gegenüber dem Repräsentanten des Kurfürsten in London bei anderen Gesandten den

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. December.
[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 18.
[3]) A. a. O., p. 11.
[4]) Lamberty t. VI, p. 731.

Zweifel wach rief, ob die Königin aufrichtig für die Thronfolge des Hauſes Hannover geſinnt ſei: ſo fand doch der officielle Schriftenwechſel beiderſeitig in den verbindlichſten Formen ſtatt. Wie immer auch man in Hannover über die Ausſicht auf die Thronfolge in England denken mochte: man war dort nicht Willens, die durch die Annahme der Succeſſions-Acte erworbenen Rechte einer Misachtung preis zu geben. Einen Anlaß zur Bethätigung dieſer Geſinnung bot eine jacobitiſche Kundgebung in Edinburgh.

Wie ſchon wiederholt in den Jahren zuvor geſchehen, ſo hatte damals auch die Herzogin von Gordon in Edinburgh eine Medaille prägen laſſen, die auf der einen Seite das Bruſtbild des Prätendenten zeigte, mit der Unterſchrift: Cujus est? — auf der andern Seite Groß-Britannien und Irland, mit einer herannahenden Flotte, und der Unterſchrift: Reddite. Dieſe Medaille machte die Herzogin der Genoſſenſchaft der Advokaten in Edinburgh zum Geſchenke. Die Frage der Annahme kam zur Berathung, und unter 75 Anweſenden erklärten ſich nur 12 dagegen, am 30. Juni 11. Juli. Eine Deputation der Genoſſenſchaft überbrachte der Herzogin den Dank derſelben, und der Sprecher ſchloß mit den Worten: „Ich hoffe und halte mich deſſen gewiß, eben ſo wie meine Committenten, daß Ew. Gnaden bald die Gelegenheit haben werden, unſerer Genoſſenſchaft noch eine andere Medaille zu ſchenken, geſchlagen auf die Herſtellung des Königs und der königlichen Familie, und auf die Austilgung der Rebellion, der Uſurpation, der Tyrannei und des Whiggismus.“[1])

Die Sache kam zur Kunde des hannöverſchen Reſidenten Kreyenberg in London, und er ſandte einen Bericht darüber nach Hannover ein. Auf Grund deſſen gab ihm die Kurfürſtin Sophie den Auftrag, bei der Regierung Beſchwerde zu führen und die Beſtrafung der Thäter zu verlangen. St. John verſprach nachdrückliche Unterſuchung und Beſtrafung. Seine Erörterungen auch zu Anderen über dieſe Angelegenheit thun abermals dar, daß er keine jacobitiſche Neigung kund gab.[2])

[1]) Robethon-Papiere im Archiv des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 343. An Drummond, 4. September. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 257.

Zur selben Zeit hatte das britische Ministerium Gelegenheit, in einer anderen Sache sich dem Kurfürsten gefällig zu erweisen. In Pommern stellte es sich sehr bald heraus, daß die sächsischen und dänischen Truppen nicht vermögen würden, sich der schwedischen Festungen zu bemächtigen. Es war daher ihr Rückzug zu erwarten, und zwar so daß die Dänen die Winterquartiere im schwedischen Herzogthume Bremen nehmen würden. Um gegen das Herüberschlagen dieser Kriegesflamme in das eigene Gebiet sicher zu sein, ersuchte der Kurfürst sowohl bei Marlborough als bei Oxford, für ihn bei der Königin die Rücksendung einiger seiner Regimenter Cavallerie zu erwirken, die im englischen Solde in den Niederlanden standen.[1]) Oxford antwortete am 11./22. September: „Ich hatte gestern, in Windsor, die Ehre, der Königin das Schreiben Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht vorzutragen, und ich möchte wünschen fähig zu sein, die verbindliche Weise wieder zu geben, mit welcher Ihre Majestät von Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht sprach, so wie die Bereitwilligkeit auszudrücken, mit welcher sie auf Ihr Verlangen einging. Ew. Kurfürstliche Durchlaucht sehen daraus, mit welcher Sorgfalt die Königin für das Interesse Ihres Hauses bedacht und andererseits überzeugt ist, daß Sie nichts zum Nachtheile der allgemeinen Sache verlangen werden." — Die Feststellung der abzuberufenden Truppen überließ die Königin der Vereinbarung zwischen dem Kurfürsten und Marlborough.

Im Laufe des Monates October traf der Graf Rivers mit den Friedens-Präliminarien, und mit den Betheuerungen der Anhänglichkeit von Shrewsbury und Oxford, in Hannover ein. Der Letztere hob in seinem Schreiben an die Kurfürstin Sophie und an den Kurfürsten hervor, mit welcher besonderen Sorgfalt die Königin in den Präliminarien das Interesse des kurfürstlichen Hauses bei der Thronfolge in Groß-Britannien vorangestellt, ohne dafür ihrerseits eine Verpflichtung gegen Frankreich auf sich zu nehmen. Der Wortlaut des ersten Punktes der Vorschläge von Mesnager legt, wie wir gesehen (S. 173 u. f.), nicht Zeugnis ab von einer besonderen Sorgfalt, es wäre denn diejenige des Mesnager, die Fassung so unbestimmt wie möglich zu halten. — Aber Oxford fuhr fort, daß ungeachtet des großen Bedürfnisses in England nach dem Frieden, die Königin nicht habe handeln wollen

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 249. Auch für das Folgende.

ohne die Mitwirkung ihrer Verbündeten, und darum ſeien alle Schritte nur vorläufig, zum Zwecke der Anbahnung eines allgemeinen Friedens-Congreſſes, welchen die Königin ſofort eröffnet zu ſehen wünſche.[1])

Andere Miniſter der Königin ſandten die Betheuerungen ihrer Ergebenheit nach. Unter ihnen überbot der Herzog von Buckingham, der in Wirklichkeit Jacobit war, durch ſeine Betheuerungen zu Gunſten der Thronfolge des Hauſes Hannover noch den Grafen Oxford. Er verſicherte, daß, wo doch früher, in der Seſſion des Parlamentes von 1705 6, in Betreff der Frage der Einladung der Kurfürſtin nach England, ſein Eifer vor Anderen bemerkbar geweſen, er dies Mal an getreuen Dienſten keinen der mit der Angelegenheit betrauten Lords habe übertreffen können.[2])

Es folgte mit ſeinen Verſicherungen der Biſchof Robinſon von Briſtol, kurz zuvor zum Lord Geheimſiegel-Bewahrer ernannt, ſo wie dann in einem langen Schreiben an die Kurfürſtin Sophie der Botſchafter im Haag, Graf Strafford. Er war ihr bekannt von ſeinem früheren Poſten in Berlin her, und darum ließ ſich die Kurfürſtin mit ihm in eine fortgeſetzte Correſpondenz ein.

Kurz zuvor war der Kurfürſtin Sophie eine Urenkelin geboren, für welche die Eltern, der Kurprinz Georg Auguſt und Caroline, die Königin Anna um die Annahme der Pathenſchaft erſuchten. Dieſe erfolgte mit einem reichen Geſchenke, welches mit ſeinen anderen Aufträgen der Graf Rivers überbrachte. Lord Strafford, in ſeinem Schreiben an die Kurfürſtin, berührte dies.

„Ew. Königliche Hoheit, ſchreibt er, haben mir früher geſagt, daß alles was Sie durch die engliſche Thronfolge gewonnen, in Pergament beſtehe. Ich hoffe, daß dasjenige was der Graf Rivers mitbringt, beweiſt, daß die Königin beginnt Ihrem Hofe beſſere Sachen als Pergament zu ſchenken, und ich glaube, dieſer kleine Anfang iſt nur ein Vorbote von ſtärkeren Beweiſen der Werthſchätzung der Königin für Sie als ſie bisher gegeben hat.“[3]) Die Kurfürſtin antwortete: „Unter anderen hat der Graf Rivers für das Pathenkind der Königin ein Geſchenk mitgebracht, welches unendlich geſchätzt wird. Dennoch

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 256.

[2]) A. a. O., p. 258. Vom 9./20. October.

[3]) A. a. O., p. 260.

möchte ich nicht mein Pergament dafür hingeben. Denn dies Pergament wird als ein immerwährendes Gedächtnis im Archive zu Hannover verbleiben: dagegen wird das Geschenk für die kleine Prinzessin, wenn sie einmal erwachsen, mit ihr in eine andere Familie übergehen.“ [1])

Lord Strafford hatte ferner der Kurfürstin in sehr ausführlicher Weise die Gründe für die Friedenspolitik der britischen Regierung entwickelt. „Alle diese Thatsachen, antwortet sie, welche Sie mir anführen, waren aber vor einem Jahre auch vorhanden. Und doch athmete damals die Rede des Grafen Rivers hier nichts als Krieg. Woher denn nun dieser plötzliche Umschwung? Wenn Sie auf solche Präliminarien hin, wie sie jetzt verkündet werden, Frieden schließen wollen: so hätte doch wahrlich viel Blut und Geld gespart werden können.“

Daß dennoch das Ministerium von dem Kurfürsten her eine zustimmende Antwort für seine Friedenspolitik erwartete, ergibt sich aus den Aeußerungen St. Johns nach Frankreich hin. In einer Denkschrift vom 29. October, die Gautier nach Frankreich überbrachte, sagt St. John, daß, wenn man von dort her für Friedrich I. die Anerkennung des Königthumes, für Georg Ludwig diejenige der Kurwürde in Aussicht stelle, so würde dies den guten Erfolg haben, daß die zwei Fürsten, ohne zu zaudern, in alle Maßregeln der Königin eingehen würden.[2]) Aber St. John erwog dabei nicht, daß es sich in Betreff dieser zwei Fürsten doch um zwei sehr verschiedene Charaktere handele. Friedrich I. allerdings entsprach der von ihm gehegten Erwartung: von Seiten Georg Ludwigs standen für St. John und seine Gefährten noch manche nicht erwartete Erfahrungen bevor.

Der Graf Rivers begleitete den Kurfürsten Georg Ludwig auf den Jagden in der Göhrde. Bei seinem Abschiede von dort, am 7. November, erhielt er eine Reihe von Schriftstücken mit. Das Handschreiben des Kurfürsten an die Königin kündigte an, daß er, um ihr seine Ansicht über die französischen Friedenspunkte auszusprechen, eine Persönlichkeit seines Vertrauens senden werde, den Freiherrn von Bothmar. Der Brief an den Grafen Oxford redete bestimmter. Der Kurfürst spricht darin seine Freude aus über den Entschluß der Königin,

---

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 266.

[2]) Rapport du Comité secret p. 244. — Lamberty t. VI, p. 698.

in der Friedensſache nicht anders handeln zu wollen als gemeinſam mit ihren Bundesgenoſſen. Er ſetzt dieſes Lob fort mit den Worten: „Das iſt ein Verhalten wahrlich einer ſo großen Königin würdig, und durchaus allem dem entſprechend, was ſie, während des Laufes eines ſo ruhmvollen Krieges, für das gemeinſame Intereſſe ihrer Verbündeten gethan hat.“ Auf dies etwas ironiſche Lob folgt dann die Kehrſeite: „Und Sie, Mylord, ſind zu einſichtig, als daß Sie nicht erkennen ſollten, daß alle Früchte dieſes Krieges verloren gehen, wenn Spanien und Indien dem Herzoge von Anjou verbleiben, da ja dies Frankreich ſehr bald in den Stand ſetzen würde, Europa das Geſetz vorzuſchreiben, und alle diejenigen weiſen Maßregeln zu nichte zu machen, welche die Königin getroffen, um ihrem Volke ein dauerndes Glück zu ſichern.“

In derſelben Weiſe, nur noch eingehender, war die Antwort an den Herzog von Buckingham gehalten.[1])

Dazu erhielt der Graf Rivers eine beſondere Denkſchrift, welche alle einzelnen Punkte ſeines Vortrages bei dem Kurfürſten beantwortete. Auch darin wird mit lobender Anerkennung die Kundgebung der Königin hervorgehoben, daß ſie in Betreff des Friedens nur gemeinſam mit ihren Verbündeten, namentlich den Generalſtaaten, handeln wolle. Dann fährt die Denkſchrift fort wie folgt.[2])

„Denn von der guten Eintracht der zwei Nationen hangt ja zum großen Theile ihre gegenſeitige Sicherheit und das Gleichgewicht Europas ab, und der gegenwärtige Krieg hat bewieſen, was ſie, feſt vereinigt, auszurichten vermögen. Aber die Leiſtungen von Groß-Britannien ſind ſo bedeutend geweſen, die Stellung, welche dieſe Nation eingenommen, iſt eine ſo ſchöne und edle, kurz ſo würdig der Nation und der großen Königin, welche über ſie regiert, daß kein Grund iſt zu zweifeln, daß bei einer künftigen Friedenshandlung alle Verbündeten einſtimmig dafür eintreten werden, daß Groß-Britannien diejenigen Vortheile und Bedingungen erhalte, die es von Frankreich beanſpruchen kann. Und es ſcheint, daß dieſer Weg zu einem ſolchen Ziele zu gelangen, zuverläſſiger und ſicherer iſt, als wenn man dasſelbe erſtreben wollte vermittelſt einer Sonder-Unterhandlung, die den anderen Bundes-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 263.

[2]) Robethon-Papiere im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen.

genoſſen Anlaß zu Mistrauen geben könnte. Denn ſicherlich fordert das gemeinſame Intereſſe der Verbündeten von ihnen, eben ſo einig bei der künftigen Friedenshandlung zuſammen zu ſtehen, wie ſie es während des Krieges gethan haben. Denn dies iſt das einzige Mittel ſich zu ſchützen gegen die Kunſtgriffe, deren ſich die franzöſiſche Politik bei allen ſolchen Verſammlungen ſo geſchickt zu bedienen weiß, um die Verbündeten unter einander zu ſpalten, und alle Sicherheit für die Zukunft hangt ab von der gegenſeitigen Bürgſchaft für die Beſtimmungen des Friedens."

Das Verhalten des Grafen Rivers bei der Empfangnahme dieſer Denkſchrift erſchien auffallend. Er ſchloß ſie ſofort ungeleſen ein. Als der überreichende Miniſter ihn fragte, ob er nicht zuvor ſeine Anſicht darüber ausſprechen wolle, erklärte er dies für unnöthig.[1]) Es mochte ihm ja allerdings aus den Reden, die er vernommen, hinreichend klar geworden ſein, daß ähnlich wie das Jahr zuvor, die Antwort den Wünſchen ſeiner Auftraggeber nicht entſprechen werde. Der alten Kurfürſtin Sophie, die ſich ihm gegenüber ähnlich geäußert, wie brieflich zu Strafford, hatte er einmal geantwortet: er ſehe, daß ſie von Marlboroughs Partei ſei. Die Kurfürſtin hatte lebhaft entgegnet, daß, wenn die Königin einen Affen zu ihrem General gemacht, und dieſer Affe ſo viele Siege erfochten hätte, ſie auch für den Affen ſein würde.[2]) — So ſcharf die Entgegnung, ſo traf ſie nicht den richtigen Punkt. Rivers hatte geredet als einer derjenigen Engländer, bei welchen alles was auf Erden lebte, gemeſſen wurde nach dem Maße engliſcher Parteiung. In den Augen der Partei des britiſchen Miniſteriums erſchien Marlborough als das Haupt der Kriegespartei: darum gehörte Jeder, welcher nicht der Friedenspolitik des damaligen Miniſteriums beiſtimmte, ob in England, ob außerhalb desſelben, zur Partei Marlborough.

Der Kurfürſt Georg Ludwig begnügte ſich nicht mit der kurzen dem Grafen Rivers eingehändigten Denkſchrift. Wie er der Königin in Ausſicht geſtellt, daß ſein Geſandter Bothmar ſeine Anſichten genauer darlegen werde: ſo ward zur Richtſchnur für den Geſandten

---

[1]) Die Kurfürſtin Sophie an Strafford, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 349.

[2]) A. a. O., p. 347.

eine ausführliche Inſtruction angefertigt, die ebenfalls das Datum des 7. November trägt. In England ward nachher die irrthümliche Anſicht ausgeſprochen, daß erſt das ausweichende Verhalten des Grafen Rivers beim Empfange ſeiner Denkſchrift die Inſtruction für Bothmar hervorgerufen habe.[1])

Auf der Reiſe traf Bothmar im Haag mit Marlborough zuſammen und fuhr mit dieſem hinüber. Es iſt daher ſehr wahrſcheinlich, daß ſie in ihren Unterredungen vielfach dieſelben Anſichten ausſprachen.

In denſelben Tagen, am 28. November/9. December, alſo noch vor dem Zuſammentritte des Parlamentes, reichte Bothmar den britiſchen Miniſtern eine Denkſchrift ein, die er auf Grund ſeiner Inſtruction ausgearbeitet hatte. Die Denkſchrift iſt damals oft gedruckt:[2]) es kommt für die Klarſtellung des Sachverhaltes auf die Inſtruction an. Dieſe lautet wie folgt.[3])

„Obgleich die Antwort, welche Se. kurfürſtliche Durchlaucht dem Grafen Rivers ſchriftlich gegeben, und von welcher eine Abſchrift beiliegt, ausreichen dürfte, dem Freiherrn von Bothmar die Intentionen des Kurfürſten kund zu thun, ſo wie die Richtung anzugeben, in welcher er in England zu reden hat, ſo wünſcht doch Se. kurfürſtliche Durchlaucht, daß der Geſandte ſich über einige Punkte ſtärker ausſpricht als es in jener Antwort zu thun zweckmäßig erſchienen iſt, und darum iſt es für geeignet befunden, dieſe Punkte anzugeben."

„Erſtlich nämlich wird es gut ſein, den Miniſtern der Königin mit Nachdruck vorzuſtellen, daß Ihre Majeſtät mit ihren Verbündeten ſich einige über den Ort, wo die Friedenshandlung ſtatt finden ſoll, insbeſondere mit Sr. kaiſerlichen Majeſtät und den Generalſtaaten. Denn es wäre doch von verderblicher Conſequenz geſtatten zu wollen, daß Frankreich in dieſer Beziehung das Geſetz vorſchriebe, wie es dies thun zu wollen ſcheint, und wenn ihm das bei dieſem erſten Schritte gelänge, ſo würde es während des ganzen Laufes der Unterhandlung den Ton des Hochmuthes und der Ueberlegenheit annehmen."

---

[1]) Burnet, History of his own time p. 874.

[2]) Zum Beiſpiel bei Lamberty t. VI, p, 731. — Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 224 et suiv.

[3]) Anlage VIII.

„Ferner bedürfen die Verbündeten nicht bloß positiver Erklärungen, sondern auch reeller Sicherheiten, weil sie mit einem Feinde zu thun haben, dessen Chikanen und Unzuverlässigkeit zur Genüge bekannt sind. In dieser Beziehung hatten die früheren Präliminarien vorgesorgt, weil sie Frankreich die Verpflichtung auferlegten, vorher Sicherheitsplätze einzuräumen. In diesen jetzigen Vorschlägen ist weder von einer reellen Sicherheit die Rede, noch gibt es darin solide und bestimmte Erklärungen. Es sind vage Allgemeinheiten, die nichts Greifbares enthalten und über die man zehn Jahre fort unterhandeln könnte. Es fragt sich doch darum, welches das bessere Mittel sei, um dem Kriege ein schnelles Ende zu machen: ob man zuvor von Frankreich solche Bedingungen fordern soll, daß man in den allgemeinen Friedens-Conferenzen nur noch die Aufgabe hat, sie in die Form eines Vertrages zu bringen — oder ob man eine solche Versammlung einberufen soll auf Grund von sechs oder sieben verfänglichen und dunkelen Artikeln, welche den Verhandlungen freies Feld belassen und für Frankreich einen weiten Spielraum eröffnen, seine üblichen Chicanen und Intriguen wirken zu lassen."

„Drittens. Nur eine vollständige Einigkeit unter den Verbündeten während der allgemeinen Friedenshandlung, und ihre gegenseitige Bürgschaft für das Beschlossene, kann sie für die Zukunft in Sicherheit setzen. Wenn nicht, so fällt Europa der Verwirrung und früher oder später der Sclaverei anheim, namentlich wenn man Spanien und Indien einem Prinzen des Hauses Bourbon überläßt. Es wäre ein großer Irrthum meinen zu wollen, daß nach geschlossenem Frieden, und namentlich nach einem solchen Frieden, Groß-Britannien in Sicherheit sein, sich im friedlichen und blühenden Stande erhalten könne, wenn es nicht mit der Republik der Niederlande und den anderen Verbündeten in einer Einigung verbleibt, welche sie sämmtlich gegen die Uebergriffe Frankreichs sicher stellt. Ihre vereinigten Kräfte insgesammt reichen kaum aus sich derselben zu erwehren. Daraus ist zu schließen, was erfolgen würde, wenn es dieser Krone gelänge, Spaltung unter sie zu bringen, und was sie auszurichten vermöchte, wenn sie einige Jahre hindurch würde Athem schöpfen können. Daher ist nicht zu zweifeln, daß Ihre großbritannische Majestät sich vornehmen wird, in dieser ganzen Angelegenheit im Vereine und in Uebereinstimmung mit

ihren Bundesgenoſſen zu handeln, gemäß den von ihr gegebenen Verſicherungen. Allein um jegliche Art Mistrauen zu verbannen, wäre es gut, daß nicht eine geheime Unterhandlung ſtatt fände, welche Anlaß geben könnte zu dem Verdachte, daß Groß-Britannien auf einen Sonder-Vertrag für ſich ausginge."

„Viertens. Es wäre überflüſſig ſich über die verderblichen Folgen zu ergehen, die von einer Belaſſung Spaniens und Indiens bei dem Herzoge von Anjou zu befürchten ſind. Der Miniſter Sr. kurfürſtlichen Durchlaucht kennt ſie vollaus, und wird nicht ermangeln, denjenigen der Königin ſie vorzuhalten. Ihre Majeſtät ſelber hat ſich darüber offen ausgeſprochen in der Thronrede zum Beginne der vorigen Seſſion, indem ſie den Krieg in Spanien als denjenigen empfahl, an welchem der britiſchen Nation beſonders liegen müſſe. Kurz ein Preisgeben von Spanien und Indien hieße mit leichtem Sinne alles verlieren und für Europa Ketten ſchmieden, und insbeſondere würde man dadurch das hauptſächliche Intereſſe von Groß-Britannien opfern, welches durch den Südſeehandel, mit dem man ihm ſchmeichelt, durchaus nicht dafür entſchädigt würde. Denn, wenn derſelbe nicht völlig auf Einbildung beruht, ſo iſt er wenigſtens zweifelhaft, und wird nur ſo lange dauern, wie Frankreich und Spanien ihn geſtatten wollen."

„Fünftens. Es wäre gut diejenigen zu enttäuſchen, welche meinen, daß die Barriere in den Niederlanden nur die Sicherheit der Republik betreffe, und ihnen klar zu machen, daß ſie eben ſo ſehr diejenige von Groß-Britannien angeht. Dieſes würde ſich, wenn Frankreich die Niederlande in ſeine Gewalt brächte, nicht weniger in Gefahr befinden als die Republik. Dieſe Wahrheit iſt von patriotiſchen Engländern jederzeit anerkannt, ſo ſehr daß der König Carl II., ungeachtet ſeiner Verbindungen mit jener Krone, die Wegnahme der Niederlande nicht geſtatten wollte. Darum liegt die Barriere, welche jenem gefährlichen Feinde das Betreten der Niederlande verwehren ſoll, im gemeinſamen Intereſſe der Seemächte."

„Sechſtens. Alle Verbündete werden gern zum Abſchluſſe des Friedens beitragen, wenn nur dieſer ihnen Sicherheit gewährt. Denn unter ihnen iſt Keiner, der nicht der Ausgaben und der Nachtheile des Krieges müde wäre, oder der ihn fortſetzen wollte, nachdem er aufgehört hat nothwendig zu ſein. Ferner auch iſt unter ihnen Keiner,

der nicht nach allem Vermögen gern dazu beitragen würde, für Groß-Britannien die Bedingungen und die Vortheile zu verschaffen, die es von Frankreich beanspruchen kann. Der Kurfürst insbesondere wird sich eine Pflicht daraus machen, alle seine Sorgfalt dafür aufzuwenden. Denn nach den großen Leistungen, welche Ihre britische Majestät vom Beginne ihrer ruhmvollen Regierung an für die gemeinsame Sache aufgewendet hat, ist nichts gerechter als dies. Und dieser Weg führt sicherer zum Ziele, als wenn Groß-Britannien, ohne die Mitwirkung seiner Bundesgenossen, durch eine Sonder-Unterhandlung dasselbe erreichen wollte."

„Siebentens. Se. kurfürstliche Durchlaucht bürgt dafür, daß der Kaiserhof niemals den Plan gehegt hat, den man ihm beimißt, zum Nachtheile der Interessen von Groß-Britannien mit Frankreich eine Sonder-Unterhandlung anzuspinnen. Um jedoch in dieser Beziehung jede Möglichkeit eines Verdachtes zu beseitigen, sei es in Betreff des Kaisers, sei es in Betreff der Republik, empfiehlt es sich, mit diesen zwei Mächten neue Vereinbarungen zu treffen. Man darf sicher sein, daß sie keine Schwierigkeit erheben werden, der Königin das feste und feierliche Versprechen zu geben, daß sie niemals mit dem Feinde in eine Sonder-Unterhandlung eintreten, und niemals eine Eröffnung oder einen Vorschlag von seiner Seite her annehmen werden, ohne Ihrer britischen Majestät Mittheilung zu machen, und gemeinsam mit ihr Beschlüsse und Maßregeln zu fassen. Man macht geltend, daß der Kaiserhof auf Spanien und Indien bereitwillig verzichten werde, wenn man ihm nur die Länder in Italien und die Niederlande belasse. Aber darüber wäre doch zuerst der neue Kaiser zu hören, von dem man weiß, daß ihm die spanischen Angelegenheiten sehr am Herzen liegen, und welcher doch Grund hat überrascht zu sein, daß, bei seiner Ankunft im Reiche, ohne die geringste vorgängige Mittheilung an ihn, man von Seiten der Königin die Eröffnung eines Friedens-Congresses betreibt, und daß Ihre britische Majestät von den Generalstaaten die Pässe für die französischen Bevollmächtigten verlangt, indem man als Grundlage der Verhandlung sechs oder sieben inhaltslose und verfängliche Artikel annimmt, in welchen die Interessen des Kaisers völlig übergangen werden."

„Achtens. Wie auch immer die Dinge sich gestalten, sei es daß man zur Zeit den Friedens-Congreß eröffne, sei es daß man — wie

zu hoffen — ihn auf eine spätere Zeit vertage, nämlich bis dahin daß Frankreich besser genügende Erklärungen abgegeben hat: in jedem Falle hat der Minister des Kurfürsten denen der Königin vorzustellen, daß es durchaus nothwendig ist, in den Vorbereitungen für den nächsten Feldzug nicht nachzulassen. Denn es ist gar keine Hoffnung vorhanden, gute Friedensbedingungen zu erlangen, als indem man sich in den Stand setzt, den Krieg nachdrücklich fortzusetzen und mit beträchtlicher Macht den Feldzug frühzeitig zu beginnen. Es ist nicht zu zweifeln, daß der Kaiser stärkere Anstrengungen machen werde als zuvor, und daß die Republik dasjenige leiste, wozu die Verträge sie verpflichten. Besonders aber ist es wesentlich, sich vor den Fallstricken eines Waffenstillstandes zu hüten, den, wie es sehr wahrscheinlich, Frankreich sogleich nach der Eröffnung eines Friedens-Congresses vorschlagen wird. Ein solcher Stillstand würde die Seemächte in der Nothwendigkeit belassen, dieselben Anstrengungen, dieselben Ausgaben für den Krieg zu machen, dieselben Flotten und dieselben Armeen zu unterhalten, und doch dabei ihnen die Möglichkeit benehmen, sich derselben zu bedienen, und nur ihre siegreichen Fortschritte hemmen. Es ist Grund zu hoffen, daß man durch Beharren in Einigkeit, mit Gottes Hülfe, bald Frankreich dahin zwingen wird, vernünftige Friedensbedingungen zu bewilligen. Denn es ist gewis, daß diese Macht äußerst erschöpft, und das dringende Bedürfnis derselben nach dem Frieden wird von allen Seiten bestätigt."

„Neuntens. Der Minister Sr. kurfürstlichen Durchlaucht wird nicht unterlassen, der Königin für die Sendung des Grafen Rivers zu danken, so wie für die Eröffnungen, die in Betreff des Friedens sie ihm durch den genannten Grafen gemacht, und für die Sorgfalt, welche sie im ersten Artikel der Präliminarien für die Interessen des kurfürstlichen Hauses getragen hat."

„So geschehen in der Göhrde, am 7. November 1711."

(Ort des Siegels.)

„Nachschrift. Der Minister Sr. kurfürstlichen Durchlaucht wird nicht ermangeln darauf hinzuweisen, daß die Barriere Frankreichs so gut wie durchbrochen ist, daß, nach der Wegnahme nur noch Eines festen Platzes, man sich im Herzen Frankreichs befindet, und die Bedingungen vorschreiben kann nach Belieben. Er wird auch hinzufügen

können, daß für Frankreich, nachdem es mit dem Anerbieten eines Sonder-Vertrages bei den Generalstaaten abgewiesen ist, wenn es nunmehr auch von England abgewiesen würde, nur die Nothwendigkeit bleibt, sich an die Verbündeten insgesammt zu wenden, und ihnen offen auszusprechen, was es für den Frieden thun will. Es würde sich um so leichter zu guten Bedingungen herbeilassen, da es ihm zur Zeit klar wird, daß die nordischen Wirren die von dort her gehoffte Diversion ihm nicht verschaffen."

Die Denkschrift, welche Bothmar auf Grund dieser Instruction dem britischen Ministerium eingab, ist derselben fast durchweg wörtlich entnommen. Ein besonderer Punkt jedoch ist darin weiter ausgeführt. Man wird bemerken, daß die Instruction die Aussicht des Hauses Hannover auf die englische Thronfolge nur am Schlusse leichthin streift, einer Gefahr für dieselbe oder auch des Prätendenten nicht gedenkt. In der Denkschrift dagegen, die Bothmar auf Grund seiner Instruction dann auf dem Boden von England ausarbeitete, wird dieser in der Instruction selbst nicht betonte Punkt weiter ausgeführt. Sie hebt zuerst hervor die Gefahr der Vereinigung der zwei Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt.

„Dieser Fall, sagt sie, wird eintreten, sobald die eine der zwei Linien erlischt, sei es diejenige des Dauphins in Frankreich, sei es die Linie Anjou in Spanien. Dagegen schützt kein Vertrag und kein Verzicht, wie die Erfahrung an dem pyrenäischen Friedensvertrage, so wie an dem Theilungsvertrage dargethan hat. Und ferner ist es gewis, daß der König von Frankreich, der, ungeachtet des Ryswycker Friedens und seiner Verträge mit Wilhelm III., bei Lebzeiten desselben einen Anderen als König von England anerkannt hat, fortan, sobald er seinen Enkel auf dem Throne von Spanien befestigt sieht, auch dahin arbeiten wird, jenen von ihm ernannten König auf den Thron von Groß-Britannien zu setzen, und daß er, durch die Steigerung seiner Machtfülle vermittelst des Besitzes von Spanien und Indien, damit zum Ziele kommen wird. Es ist leicht vorher zu sehen, welcher Gefahr die Person der Königin in diesem Falle ausgesetzt sein würde, so wie was der Freiheit Groß-Britanniens bevorsteht unter einem Könige, der aufgewachsen ist in den Grundsätzen Frankreichs und im Hasse gegen die besten Engländer, die dem Gesetze gemäß ihm abgeschworen haben.

Es ist endlich leicht zu sehen, daß es dann um die Freiheit von ganz Europa und um die protestantische Religion geschehen wäre, vermöge der Bande der Verpflichtung, der Verwandtschaft und der Dankbarkeit zwischen den drei Königen der entgegen gesetzten Confession, und einer solchen Macht zu Wasser und zu Lande, unter der Leitung des Königs von Frankreich. Das sind Consequenzen, bei denen der Kurfürst allzu sehr betheiligt ist, als daß er sie mit Gleichgültigkeit ansehen könnte."

Die Denkschrift war ein schwerer Streich auf den Friedensplan des Ministeriums Oxford-St. John. Wiederholen wir die Sachlage. Es war ihnen gelungen, dem Kaiser in dieser Sache zunächst das Wort abzuschneiden. Es war ihnen ferner gelungen, die Generalstaaten durch die Drohungen Straffords dahin einzuschüchtern, daß sie in den Friedens-Congreß willigten. Kleinere, aber dennoch bedeutende Mächte, wie der Herzog Victor Amadeus und der König Friedrich I., folgten der ihnen von dem britischen Ministerium vorgehaltenen Aussicht auf Lohn. Und nun trat ihnen ein Fürst entgegen, dessen eigenes directes Interesse sie nicht verletzten, und der darum auch nicht seine Stimme erhob, als werde er geschädigt, sondern für die Gesammtheit aller Interessen der Allianz gegenüber Frankreich. Und dazu war dieser Fürst, der in solcher Weise der Politik des britischen Ministeriums entgegen trat, der nach den Gesetzen des Landes berufene Thronfolger. Die Denkschrift versetzte also das Ministerium in eine schwierige Lage.

Da das Ministerium sich zu dem starken und eigentlichen Motive seiner Friedens-Politik, dem mit Frankreich heimlich abgeschlossenen Sonder-Vertrage und dessen Vortheilen für England nicht offen bekennen wollte: so zerschellten an dem gewichtigen Aufbau der Sätze jener Denkschrift die Sophistereien St. Johns. Eine in der Sache befriedigende Antwort zu finden war nicht möglich. Den Gesandten Bothmar zu behandeln wie den kaiserlichen, den Grafen Gallas, lag kein Anlaß vor, und dadurch wurde auch die Denkschrift nicht beseitigt. Den Kurfürsten in Hannover zu bedrohen, wie die Generalstaaten im Haag, war kein Mittel vorhanden.

Das Ministerium Oxford-St. John fand einen anderen Ausweg. Es spielte die Sache hinüber auf das Gebiet der englischen Parteiung. Vernehmen wir, um uns dieses klar zu machen, zunächst den Bericht des kaiserlichen Residenten Hoffmann, vom 6. 17. December.

„Die Denkschrift Bothmars, am 10. eingegeben, findet sich bereits im Drucke, bei demselben Drucker, der früher die Vorschläge des Mesnager ausgegeben hat.[1]) Der erste Abdruck genügt der Nachfrage nicht. Die Regierung ist aufs äußerste darüber beleidigt, vorgebend, es sei eine unerhörte Sache, daß ein fremder Minister heute eine Denkschrift einreiche und dann, ohne eine Antwort abzuwarten, morgen sie publicire. Dies sei eine manifeste Appellation vom Hofe an das Volk, mithin eine Verletzung der Souveränetät."

„Bothmar betheuert, fährt Hoffmann fort, daß er an der Publication keinen Antheil, und nur zwei fremden Ministern Abschriften davon mitgetheilt habe. Diese zwei sind der Holländer Buys und ich. Von Buys kann nicht geglaubt werden, daß er die Denkschrift in Druck gegeben, weil er sie eben so sehr misbilligt wie die hiesigen Minister selbst. Da folglich der Verdacht auf mich fallen könnte, so habe ich, um nicht eine Schuld auf mir liegen zu haben, die ich nicht begangen, der Sache nachgeforscht, und habe dann befunden, daß man ganz andere Gedanken davon hegt. Nämlich man sieht die gedruckte englische Uebersetzung als das Original des Aufsatzes an, mißt dasselbe einem oder anderen des vorigen Whig-Ministeriums bei, und sagt, daß Bothmar es nur in das Französische übersetzt und seinen Namen darunter geschrieben habe. Demnach sei es von einem Mitgliede der Whig-Partei dem Buchdrucker zugestellt, und um so mehr damit geeilt worden, damit die Abdrücke noch vor dem Zusammentritte des Parlamentes unter das Volk ausgebreitet werden könnten. Die Denkschrift findet in der That einen solchen Beifall, daß, wenn die Verbündeten insgesammt eine nachdrückliche Vorstellung solcher Art unterzeichnet und eingegeben hätten, solche bei weitem nicht die Wirkung haben würde, als diese, welche im Namen des künftigen Thronfolgers hier eingegeben ist."

„Viele aber, fügt Hoffmann hinzu, sind auch der Meinung, daß dieser Schritt des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, im Falle der davon zu hoffende Zweck nicht erreicht wird, seinem hiesigen Interesse sehr nachtheilig sein dürfte, weil er dadurch sein Zusammengehen mit der Whig-Partei öffentlich an den Tag gegeben hat."

---

[1]) Das war der Herausgeber des Whig Blattes Daily Courant.

Dieſe letzten Worte des in der Sache ſelber noch nicht klar blickenden Hoffmann zeigen offen die Fährte an. Bothmar hatte in ſeiner ihm am 7. November in der Göhrde übergebenen Inſtruction die Denkſchrift, bis auf den letzten Zuſatz, völlig fertig mitgebracht. Er hatte ſie dem britiſchen Miniſterium eingereicht. Er hatte eine Abſchrift dem Holländer Buys, eine andere dem Oeſterreicher Hoffmann mitgetheilt. Weder der Eine noch der Andere hatte ein Intereſſe daran, den Vertrauensbruch zu begehen, daß er die Denkſchrift öffentlich machte. Eben ſo wenig durfte man von Bothmar annehmen, daß er die Thorheit verüben würde, die Waffe ſeiner Denkſchrift durch die Veröffentlichung abzuſtumpfen. Dennoch lag die Denkſchrift nun gedruckt vor. Demnach kann die Veröffentlichung nur von dem vierten Orte ausgegangen ſein, der ſich im Beſitze der Denkſchrift befand, nämlich dem britiſchen Miniſterium ſelber.

Es könnte hier der Einwand erhoben werden, daß es doch nicht im Intereſſe des Miniſteriums lag, eine Denkſchrift zu veröffentlichen, welche die eigene Politik in ſo ſcharfer und ſchlagender Weiſe kritiſirte. Aber es kam auf die Art und Weiſe an. Nicht das franzöſiſche Original wurde gedruckt, ſondern eine engliſche Ueberſetzung, als ſei dieſe das Original, und von einem Buchdrucker herausgegeben, deſſen ſich in der Regel die Whig-Partei bediente. Das britiſche Miniſterium ging darauf aus, der Denkſchrift den Stempel des Whiggismus aufzuprägen. So vielen Beifall auch immer die Denkſchrift dann ſonſt finden mochte: ſie fand ihn nicht an der entſcheidenden Stelle, im Parlamente. Vielmehr war dieſer ſcheinbare Charakter des Whiggismus, den das britiſche Miniſterium durch die Art und Weiſe der Publication der Denkſchrift äußerlich anklebte, das geeignete Mittel, durch die im Parlamente überwiegende Tory-Strömung ſie todt zu machen.

Es iſt dabei Bedacht zu nehmen auf die Neigung der damaligen Engländer, alles was mit England in Beziehung trat, in das Joch des dortigen Parteilebens einzuſpannen, oder für alles was England berührte, einen engliſchen Urſprung zu ſuchen. Bei der Erörterung des Sendſchreibens, welches Leibniz unter dem Namen von Sir Rowland Gwynne an den Grafen Stamford erließ (Band XII, S. 25 u. f.), war im Parlamente auch nicht einmal die Frage aufgetaucht, ob etwa

der Name des Engländers Gwynne nur vorgeschoben sei. Bei dem Handschreiben des Kaisers Joseph I., im August 1710 (Band XIII, S. 471 u. f.), hatte Shrewsbury dem Grafen Gallas angedeutet, daß dasselbe seinen Ursprung in London haben könne, und diese Andeutung nicht zurückgenommen. Es lag also in der englischen Anschauungsweise jener Zeit eine gewisse Neigung, auf Behauptungen solcher Art einzugehen. Die Worte des kaiserlichen Residenten Hoffmann, der damals seit dreißig Jahren in London weilte, zeigen, daß auch er an der Wahrheit des von dem Ministerium arglistig ausgestreueten Gerüchtes damals keinen Zweifel erhob.

Demgemäß haftet auch in der englischen Geschichtschreibung die Neigung, die Publication der Denkschrift Bothmars einer Verabredung zwischen ihm und Marlborough oder auch den Whigs beizumessen.[1]) Man vergißt dabei, daß der Kurfürst von Anfang an den Grundsatz verkündet und festgehalten, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen, und daß daher der Freiherr von Bothmar, wenn er anders gehandelt, sich der Verantwortung vor dem Kurfürsten ausgesetzt haben würde.

Wir werden zu ersehen haben, wie der Kurfürst einige Wochen später direct zu der Königin selber über das Verhalten seines Gesandten sich aussprach.

Inzwischen freilich war das Täuschespiel des Ministeriums Oxford-St. John bereits gelungen: die von dem Gesandten des Kurfürsten eingereichte Denkschrift galt in England als ein Werk der Whig-Partei.

Die Sendung des Prinzen Eugen.

Bei den Protesten des Kaisers von Mailand aus gegen die französischen Präliminarien hatte er noch keine Kunde von dem Affront, der am selben Tage in London seinem Vertreter, dem Grafen Gallas, widerfuhr. Die Nachricht dessen gelangte an ihn erst auf der Weiterreise in Innsbruck. Dorthin waren ihm entgegen gekommen der Prinz

[1]) Somerville, Queen Anne p. 449, n. 8. — Coxe's Marlborough t. III, p. 269. — Stanhope, Queen Anne p. 499.

Eugen, der Graf Wratislaw aus Wien, der Graf Sinzendorf aus dem Haag. Der Erstere vertrat in nachdrücklicher Rede die Ansicht, daß man der britischen Regierung die Beleidigung des Kaisers nicht ungeahndet hingehen und sich durch sie nicht einschüchtern lassen dürfe. Solchen charakterlosen Männern wie diesen Ministern der Königin müsse man unerschrocken die Stirn zeigen. Wenn der Graf Gallas England noch nicht verlassen, so müsse er dort bleiben; sei er bereits abgereist, so dürfe nicht ein anderer Minister des Kaisers dahin gesandt werden.[1])

Dagegen jedoch überwog die Meinung, daß der Kaiser in London nicht unvertreten bleiben dürfe. Es fragte sich dann um die geeignete Persönlichkeit. In der Ungewisheit darüber vergingen mehrere Tage. Dann forderte der Kaiser, am 27. November, den Prinzen Eugen selber auf, den schweren Auftrag auf sich zu nehmen. Der Prinz Eugen erklärte sich bereit.[2])

Der Gedanke, ob bei dem Kaiser selbst oder einem der Räthe entsprungen, entsprach dem im Juli wiederholt ertheilten Rathe des Grafen Gallas, eine Persönlichkeit ersten Ranges nach England zu senden. Aber damals waren die Fäden nur erst eingeschlagen, das Gewebe noch nicht fertig, ein Zerreißen daher eher möglich.

Dies wußten freilich Carl VI. und seine Räthe noch nicht. Nach dem Berichte über ihre Verhandlungen in Innsbruck hatten sie nicht bloß keine Kunde, daß neben den von Mesnager unterzeichneten Vorschlägen, welche das britische Ministerium den Bundesgenossen übergeben, auch ein fertiger Vertrag zwischen England und Frankreich existire, sondern es kam auch nicht einmal die Frage zur Sprache, ob dies sein könne. Sie gingen daher von einer unrichtigen Basis aus, nämlich von der Voraussetzung, daß es noch möglich sein werde, die britische Regierung wieder umzustimmen, sei es durch das Gewicht der Persönlichkeit des Prinzen Eugen, sei es durch die Gründe des Rechtes und der Billigkeit, die er geltend machen werde, sei es endlich durch die Erbietungen der stärkeren Leistungen, welche der Kaiser auf sich nehmen wolle.

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 189.
[2]) A. a. O., S. 191.

Andere indeſſen, obwohl auch nicht eingeweiht in die Kunde des engliſch-franzöſiſchen Sondervertrages, ſahen doch von Anfang an den Auftrag des Prinzen Eugen nach London als einen vergeblichen an. Zu dieſen gehörte der Rathspenſionär Heinſius und die Geheim-Deputirten der Republik. Sie waren durch die Drohungen des britiſchen Miniſteriums ſo ſehr eingeſchüchtert, daß Heinſius dem kaiſerlichen Geſandten Goes gegenüber in die Worte ausbrach: die Republik befinde ſich in einer Lage wie nicht ſeit dem Jahre 1672.[1]) Die Erwähnung dieſes Jahres als des furchtbarſten Schreckbildes in der Erinnerung der Holländer läßt zugleich den letzten Grund der Furcht erkennen. Auch in der Republik waren Viele der Anſicht, daß das Ziel des britiſchen Miniſteriums die Rückführung des Prätendenten ſein werde, und mit dem Gedanken der Herſtellung desſelben, der dem Könige von Frankreich zu Danke verpflichtet zu ſein glaubte, verband ſich bei den Holländern unvermeidlich ſofort auch derjenige der Erneuerung des Vertrages von Dover, von 1670, mit den Conſequenzen. Darum wollten die Holländer, nachdem ſie einmal in den Friedens-Congreß gewilligt, alles vermeiden, was bei dem britiſchen Miniſterium Verdacht erregen und Anlaß zu weiteren Gehäſſigkeiten geben könne. Heinſius ſprach dem Grafen Goes offen aus, daß das Kommen des Prinzen Eugen nach dem Haag ihm nicht angenehm ſein werde. Man wußte, daß der Prinz Eugen, der am 3. December von Innsbruck aufgebrochen war, den Rhein hinab zu Waſſer reiſe: im anderen Falle würde ihm Heinſius einen Courier mit der Abmahnung entgegen geſchickt haben.[2])

In London dagegen befand ſich jedenfalls eine gewichtige Perſönlichkeit, welche die Herüberkunft des Prinzen Eugen lebhaft erſehnte. Es war Marlborough.

Nachdem Oxford die Verſuche Marlboroughs zur Annäherung zurückgewieſen, im Auguſt, mußte es für Marlborough klar werden, daß er von dem Miniſterium nichts Freundliches mehr zu erwarten habe. Jedoch wechſelte er noch Briefe mit der Königin. Er bitte

---

[1]) Wagner, p. 454.

[2]) Kaiſer Carl VI. an die Kaiſerin Eleonora, vom 16. December, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 486.

Gott, ſchrieb er ihr am 23. October, daß ihr die große Segnung zu Theil werden möge, den Frieden zu erreichen und noch viele Jahre ſich desſelben zu erfreuen. Ihm werde es für ſeine alten Tage der höchſte Troſt ſein, nach ſeinen Kräften dazu beigetragen zu haben.[1]) In Wahrheit aber war der Friede, wie er nunmehr beabſichtigt wurde, Marlborough völlig fremd. Einige Tage ſpäter meldete er dem Prinzen Eugen, daß er davon nichts wiſſe als was die gedruckten Zeitungen meldeten.[2])

Dagegen gelangte im Haag an ihn eine andere Kunde. Die vom Unterhauſe niedergeſetzte Commiſſion zur Prüfung der öffentlichen Rechnungen hatte den Armee-Lieferanten Salomon de Medina von Holland nach London kommen laſſen und dort auf Eid vernommen. Die Ausſagen Medinas erſchienen belaſtend für Marlborough. Auf dieſe Kunde richtete er vom Haag aus, am 10. November, an die Commiſſäre ein Schreiben, in welchem er ſeine Berechtigung darzuthun ſuchte, Geld von Medina anzunehmen und im öffentlichen Dienſte zu verwenden.[3])

Wie immer aber auch dieſe Dinge ausgehen würden, für Marlborough ergab ſich daraus die Gewisheit, daß die Miniſter darauf ausgingen, ihn zu Falle zu bringen, und daß daher für ihn nichts übrig blieb, als das Zuſammen-Gehen mit der Whig-Partei gegen das Miniſterium. Wir haben aus den Aeußerungen Godolphins zu Gallas (S. 132) erfahren, welche Hoffnungen jene auf ihn ſetzten.

Nach ſeiner Heimkehr ſprach Marlborough in ſeiner erſten Audienz bei der Königin nachdrücklich wider die Friedenspolitik der Miniſter. Dieſe dagegen fürchteten ihn nicht mehr, weil ſie im Parlamente die Mehrheit für ſich hoffen durften. „Marlborough mag ſich wenden wie er will, ſchrieb St. John, am 21. November/2. December, an Strafford: die Neigung der Nation iſt für den Frieden. Diejenigen, welche mit den Parlaments-Mitgliedern verkehren, wie dieſe aus der Heimat hier eintreffen, verſichern mich, daß ſie herkommen mit dem Entſchluſſe uns zu ſtützen, und daß nichts ſo populär iſt als die Feſtigkeit und Ent-

[1]) Murray vol. V, p. 551.

[2]) A. a. O., p. 561. Vom 3. November.

[3]) Das Schreiben in Lockhart's Papers vol. I, p. 354, ſo wie in Commons Debates vol. IV, p. 235.

ſchiedenheit, mit welcher wir vorgehen."[1]) Indem alſo Oxford und St. John von dieſem Standpunkte aus hoffen durften, daß ihr Wunſch keinen Feldzug mehr zu haben, in Erfüllung gehen könne, fiel auch für ſie derjenige Grund hinweg, welcher für das Verbleiben Marlboroughs im Amte ſprach. „Sein Schickſal hangt ſchwer über ihm," ſchreibt St. John im ſelben Briefe.

Indem daher Marlborough bei der Lage der Dinge vorausſehen konnte, daß es ſich für ihn bald um ſeine Stellung handeln werde, mußte ihm die Ausſicht auf das Kommen des Prinzen Eugen, an welchem er unter allen Umſtänden eine moraliſche Stütze haben würde, ſehr angenehm ſein. So viel er vermochte, trug er daher bei, den Prinzen Eugen bei dieſer Abſicht zu erhalten.[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 481.

[2]) Murray vol. V, p. 573.

Achtunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1712 und der Friede von Utrecht 1713.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes 1711/12.

Vor dem Beginne des Friedens-Congreſſes in Utrecht.

Der Beginn der Seſſion des Parlamentes war hinausgeſchoben bis dahin, daß die Zuſtimmung der Generalſtaaten zur Beſchickung des Friedens-Congreſſes in Utrecht vorlag. Am 7./18. December trat das Parlament zuſammen. Die Königin erſchien und ließ ihre Thronrede durch den Lord-Siegelbewahrer Harcourt vorleſen.

„Ich habe Euch zuſammen berufen, begann die Rede, ſobald die öffentlichen Angelegenheiten es geſtatteten, und bin erfreut, nunmehr Euch ſagen zu können, daß ungeachtet der Künſte derjenigen, welche am Kriege ihre Freude haben, Ort und Zeit für die Eröffnung der Unterhandlung eines allgemeinen Friedens angeſetzt ſind.“

Der in dieſem Beginne enthaltene Vorwurf traf eben ſo wohl wie die Whig-Partei daheim, diejenigen Verbündeten, welche die Friedenspolitik des Miniſteriums nicht gut hießen.

Dann fuhr die Rede fort: „Unſere Verbündeten, beſonders die Generalſtaaten, deren Intereſſe ich als unzertrennlich von dem unſeren betrachte, haben durch ihr bereitwilliges Zutreten ihr völliges Vertrauen in mich dargethan.“ — Diejenigen Mitglieder der Verſammlung, welche die wirkliche Lage der Dinge kannten, vernahmen ſolche Worte mit ſtummem Staunen.[1])

[1]) Burnet, History of his own time (London edition 1857) p. 875.

„Auch habe ich, hieß es weiter, keinen Grund zu zweifeln, daß meine eigenen Unterthanen sich von meiner besonderen Sorgfalt für sie überzeugt halten."

„Mein hauptsächliches Streben ist darauf gerichtet, daß die protestantische Religion, so wie die Gesetze und Freiheiten dieser Nationen für Euch dadurch fortdauern, daß die Thronfolge, wie das Parlament sie auf das Haus Hannover festgestellt hat, gesichert bleibt."

Die weitere Rede verbreitete sich über die Aussichten des Friedens, ohne bestimmte Anhaltspunkte für die Bedingungen desselben zu geben, verlangte jedoch auch vom Unterhause die Mittel für den Fall der Fortführung des Krieges.

Nach Vollendung der Rede verließ die Königin das Haus nicht, sondern legte nur den königlichen Ornat ab, um dann in ihrer Loge am Oberhause die Debatten zu vernehmen, die sich dort an ihre Thronrede knüpfen würden. Es war zu erwarten, daß ein lebhafter Kampf bevorstand, und daher ward angenommen, daß die Königin beabsichtige, durch ihre Anwesenheit die Leidenschaften zu mäßigen.[1])

Wir Spätere haben uns hinein zu denken in die Lage der Dinge vom 7./18. December 1711. Das Ministerium hatte sich an Frankreich gebunden durch den geheimen Vertrag vom 27. September 8. October, unterzeichnet von St. John und Dartmouth einerseits, von Mesnager andererseits. Durch diesen Vertrag erkannte die britische Regierung, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch indirect vermöge der Annahme von Gibraltar und Port Mahon aus der Hand Ludwigs XIV. im Namen seines Enkels Philipp V. — den letzteren als König von Spanien an. Das britische Ministerium verschwieg diesen Vertrag, hielt dagegen öffentlich an der Fiction, als sei für England der Besitz der Krone von Spanien eine noch offene Frage. Der wirkliche Stand der Dinge ward allgemein vermuthet. Wenn die Vermuthung sich als richtig erwies, so stand diese Thatsache im Widerspruche mit einer Reihe von Thronreden und Parlaments-Adressen der früheren Jahre, welche ausdrücklich die Rückgabe von Spanien und Westindien an das Haus Oesterreich als Friedensbedingung forderten. Spanien also bot den

[1]) Lords Debates vol. II, p. 350.

Angriffspunkt gegen die Friedenspolitik des Ministeriums Oxford-St. John.

Ueber diesen Angriff hatte sich der Graf Nottingham mit der Whig-Partei geeinigt. Der Erstere, ein eifriger Hochkirchenmann, war einer derjenigen Tories, welche im Jahre 1703 mit Aufrichtigkeit den Plan des Angriffes auf Spanien zu Gunsten des Erzhauses betrieben hatten. Er war zugleich einer der Tories, die in den ersten Jahren der Königin Anna unablässig die Bill gegen die gelegentliche Anbequemung der Dissenters an die Hochkirche gefördert hatten. Indem er nun mit der Whig-Partei sich einigte zum Angriffe auf die Politik dieses Ministeriums, ist es möglich und wahrscheinlich, daß er von ihnen im voraus den Verzicht auf ihren Einspruch gegen einen solchen Antrag zu Gunsten der Hochkirche verlangt hat. Denn dafür spricht der Gang der Dinge im Parlamente in den nächsten Tagen.

Sobald der übliche Antrag auf eine Dank-Adresse für die Thronrede der Königin gestellt war, erhob sich Lord Nottingham, um darzuthun, welches Unheil für ganz Europa, besonders aber für England, das Verbleiben von Spanien und Westindien bei dem Hause Bourbon nach sich ziehen würde. Er beantragte daher, daß in die Adresse als Meinung und Rath des Oberhauses eingeschaltet würde: kein Friede könne sicher oder ehrenvoll für Groß-Britannien und Europa sein, wenn derselbe Spanien und Westindien irgend einem Zweige des Hauses Bourbon beließe. Die Minister und ihre Partei, nicht Willens das Geheimnis bloß zu geben, bekämpften den Antrag weniger wegen des Inhaltes, als aus dem formellen Grunde, daß es nicht gestattet sei, der Krone einen unverlangten Rath zu geben. Marlborough dagegen legte sein ganzes Gewicht in die Wage für den Antrag. „Er trat, wie Oxford bemerkt, an die Spitze der Whigs.“ [1]) Er redete um so eifriger, weil er persönlich herausgefordert war. Ein Tory, der Graf Anglesea, bemerkte, daß man bald nach Ramillies sich der Segnungen des Friedens hätte erfreuen können, wenn es nicht im Interesse einiger Personen gelegen wäre, den Krieg in die Länge zu ziehen. Marlborough wies den Angriff zurück mit einem Appell an die in ihrer Loge anwesende Königin.[2])

[1]) Oxford an Strafford, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 49.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 272.

Der Kampf um den Antrag Nottinghams währte eine lange Reihe von Stunden. Unter denen, die für denſelben eintraten, befand ſich auch der Herzog von Somerſet, der in den letzten Jahren verſchiedene Wandlungen durchgemacht, und deſſen Frau damals bei der Königin mehrere von den früheren Aemtern der Herzogin von Marlborough inne hatte. Die Abſtimmung ergab endlich zu Gunſten des Antrages 62 Stimmen, gegen denſelben 54.

Der Umgebung der Königin fiel ihr Verhalten beim Weggehen auf. Auf die Frage des Oberkammerherrn Shrewsbury, wer ſie an den Wagen geleiten ſolle, ob er oder der Erbkammerherr Lindſay, antwortete ſie: „Keiner von Beiden", und nahm den Arm des Herzogs von Somerſet. Frau Maſham äußerte darüber zu dem Dr. Swift ihre Beſorgnis, daß die Königin völlig umſchlagen werde.

Im Unterhauſe ward derſelbe Antrag wie im Oberhauſe von Nottingham, von Robert Walpole geſtellt. Dort führte St. John die Sache des Miniſteriums. Als er dieſelbe Behauptung vorbrachte, die in der Thronrede ſtand, daß die Generalſtaaten mit großer Willfährigkeit auf die Sache eingegangen ſeien, rief ein Whig: er lege für eine ſolche Rede Berufung ein an das Gewiſſen St. Johns.[1]) Der Ausgang der Dinge war indeſſen hier ein anderer als im Oberhauſe. Der Antrag ward abgelehnt, mit 232 Stimmen gegen 106.

Allein darum durfte der Beſchluß des Unterhauſes doch noch nicht als eine Gutheißung der Politik der Miniſter angeſehen werden. Vielmehr hatte der Einwand durchgeſchlagen, daß es dem Reſpecte nicht entſpreche, einen in der Thronrede nicht angedeuteten Rath in die Adreſſe aufzunehmen. Die Meinung dagegen, daß Spanien und Weſtindien nicht dem Hauſe Bourbon verbleiben dürften, herrſchte auch noch im Unterhauſe vor. „Nach meiner Anſicht, ſagt ein unbetheiligter Beobachter, hat in beiden Häuſern dieſelbe Geſinnung die Oberhand, obwohl das eine ſich in Betreff Spaniens und Weſtindiens beſtimmter ausgeſprochen hat."[2])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. December.

[2]) Der preußiſche Reſident Bonnet an Clement, bei Fiedler, Bd. II, S. 251: De sorte que je regarde qu'il y a un même esprit dans les deux chambres, quoique l'une se soit plus nettement expliquée que l'autre sur l'article de l'Espagne et des Indes.

Die Berichte Oxfords und St. Johns, vom nächsten Tage, an den Gehülfen ihres Werkes, den Botschafter Strafford im Haag, legen Zeugnis ab von einer heftigen Erregung.[1]) Die Worte Oxfords lassen erkennen, daß ihm das Votum des Oberhauses unerwartet gekommen war. Theils sei daran, meinte er, der Zufall des Entbleibens der schottischen Pairs schuld: dies indessen sei gering im Verhältnisse zu der Thätigkeit des Generals und der fremden Minister, auf die jedoch der Schlag zurückfallen werde. — Mit dem General war Marlborough gemeint, mit den fremden Ministern der Holländer Buys und der Hannoveraner Bothmar. Namentlich dem Letzteren galt der Zorn. „Ich kann nicht unterlassen, Ihnen zu sagen, meldet Oxford, daß Einige von der Faction — nämlich den Whigs — die Denkschrift Bothmars nicht so bald nur nannten, als Persönlichkeiten, die sonst für jene Thronfolge sehr eifrig sind, die schärfsten Vorwürfe gegen jene Schrift erhoben. Das sei, sagten sie, für eine freie Nation nicht zu ertragen." „In der That, fährt Oxford fort, diejenigen, welche jene Denkschrift angerathen, haben der Thronfolge (des Hauses Hannover) eine schreckliche Wunde geschlagen, und wir müssen unser Bestes thun, die Gemüther des Volkes in dieser Beziehung zu beruhigen."

Wir haben beobachtet, daß auf diesen Ministern selber der dringende Verdacht ruht, die von Regierung zu Regierung gerichtete Denkschrift durch den Druck öffentlich gemacht zu haben, mit der Absicht dadurch die Schrift als Parteisache der Whigs erscheinen zu lassen. Die Frage wird bei gegebener Gelegenheit nochmals direct herantreten.

Schärfer noch als Oxford trat in seinem Schreiben an Strafford der Staats-Secretär St. John auf. Er redete von den Cabalen der fremden Minister gegen die Königin, ohne anzugeben, worin diese Cabalen bestanden, besonders von Buys und Bothmar, und von Geldvertheilungen, bei welchen der Letztere sich bethätigt habe. Diese letzte Anklage dürfte nur der Leidenschaftlichkeit St. Johns entstammen. Denn es ist nicht abzusehen, woher und warum der Kurfürst, der für sich selber aus einem Friedensschlusse wie immer direct keinen Vortheil zu erwarten hatte, die Mittel beschaffen sollte, die erforderlich waren, um auf die Abstimmung der Lords des Oberhauses einzuwirken. —

[1]) Beide in Bolingbroke's letters vol. II, p. 48.

St. John gibt dann die Instruction: „Ew. Excellenz wollen, ohne des Geldumstandes zu gedenken, von dem Ausgange (im Oberhause) reden wie von dem Erfolge eines Tricks, der daher auf die Urheber und die Betheiligten zurückschlagen wird.“ Strafford soll sich gegen den Rathspensionär und die anderen Holländer sehr trocken und zurückhaltend benehmen, soll ihnen zu verstehen geben, daß die Königin sich gekränkt fühle, und daß sie bald hören würden, welche Wirkungen ein solches Verfahren auf ein mildes und gütiges Gemüth übe, das durch wiederholte Provocationen zum Zorne gereizt werde.

Bereits war der Prinz Eugen im Haag. In Bezug auf ihn faßt St. John seine Weisungen an Strafford zusammen in die Worte: Strafford soll, so viel ihm möglich, dem Prinzen von der Reise nach England abrathen.

Und dann steigert sich die Rede St. Johns. „Es ist hohe Zeit, schreibt er, solchem fremden Einflusse auf britische Rathschläge Einhalt zu thun. Entweder müssen wir jetzt uns frei machen oder für immer Sclaven sein.“

„Mylord, ich schreibe Ihnen ohne Rückhalt, denn die Gelegenheit erfordert dies, wie nicht minder meine Freundschaft. Es hangt alles an dem Entschlusse der Königin. Besitzt sie Kraft und Festigkeit genug, die eigene Würde zu wahren, so wird sie die Masse der Nation um sich einigen, und der Faction nichts belassen als machtlose Bosheit sich selber damit zu quälen, nicht jedoch der Königin oder ihren Dienern zu schaden. Es ist nicht auszusprechen, wie sehr die Menschen erregt sind über Bothmars Denkschrift und über sein Verhalten. Ich wiederhole: wenn die Königin sich selber treu bleibt, so wird der Erfolg der Whigs im Hause der Lords ihnen zum Verderben gereichen, und der Königin zur Rettung.“

„Ich hoffe, daß die Königin den Willen hat, und glaube es. Mit der nächsten Post werden Ew. Excellenz erfahren, wie die Dinge gegangen sind. Denn die Krisis ist da, und kann nicht mehr hinausgeschoben werden.“

Das Endurtheil über das Verhalten Bothmars, eben so wie vorher dasjenige über den Grafen Gallas, kam doch wohl nicht der Königin oder St. John, sondern den betreffenden Souveränen zu.

Aber die Worte St. Johns, daß die Kriſis da ſei, ſind bedeutungsvoll. Perſönlichkeiten wie Swift und Prior gaben bereits die Sache der Miniſter für verloren. Oxford jedoch ließ durch Gautier, der ſich in London befand, den franzöſiſchen Staats-Secretär Torcy bitten, daß dieſer ſich auf ſeine Feſtigkeit verlaſſen möge.[1])

Das Unterhaus überreichte zuerſt, am 10. 21. December, ſeine Adreſſe, welche völlig der Thronrede entſprach. Die Königin antwortete: „Gerade eine ſolche pflichttreue Adreſſe habe ich von dem Eifer und der Loyalität eines ſolchen Hauſes der Gemeinen erwartet.“[2]) Am nächſten Tage, dem 11. 22., traten die Mitglieder des Oberhauſes mit ihrer Adreſſe vor die Königin. Sie erwiderte: „Ich nehme Ihren Dank freundlich entgegen. Es würde mir leid thun, wenn Jemand von mir glauben könnte, daß ich nicht das Aeußerſte thun würde, um Spanien und Weſtindien dem Hauſe Bourbon wieder zu nehmen.“[3])

Dieſe Antwort der Königin ſteht in augenſcheinlichem Widerſpruche mit dem geheimen Vertrage vom 27. September 8. October. Es iſt möglich, daß der Zuſtand der Unentſchiedenheit, in welchem ſie ſich befand, mit dazu beitrug, ſie zu einer ſolchen Antwort zu bewegen, die dem Wunſche der Mehrheit des Oberhauſes zu entſprechen ſchien.

Die Unentſchiedenheit jedoch ging bald vorüber. Bereits am nächſten Tage, dem 12./23. December, meldete St. John an Strafford, daß der Entſchluß der Königin gefaßt ſei. Es werde demnach eine völlige Wandlung eintreten zu Gunſten derjenigen, welche der Königin gehorcht und gedient haben, und zum Schaden derjenigen, welche die Macht der Krone gegen ſie gebraucht, und auf welche die Mäßigung der Königin keine andere Wirkung geübt habe als ſie noch unverſöhnlicher zu machen. „Ich halte es für gewis, fährt er fort, daß die Veränderungen am rechten Ende beginnen werden, nämlich an den Häuptern. Eine ſolche Geſinnung, wenn bethätigt und feſtgehalten, wird die Reputation der Königin, welche eine Genoſſenſchaft von Leuten hinab zu drücken ſuchte, herſtellen, wird ihren Maßregeln nach außen

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 502.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 229.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 351.

den gebührenden Nachdruck geben, und endlich daheim ihre Diener in der Ausführung ihrer Befehle ſicher ſtellen.“ [1])

So leidenſchaftlich dieſe Worte, ſo wenig ſie dem Thatbeſtande entſprechen: ſie haben ihren geſchichtlichen Werth als die principielle Auffaſſung einer Perſönlichkeit, die in erſter Linie und fortan noch mehr als zuvor auf das Werden nicht bloß der engliſchen, ſondern der europäiſchen Dinge einwirkte.

Nach den weiteren Ausführungen St. Johns ſcheint ein hauptſächliches Mittel des moraliſchen Druckes, welchen er und Oxford auf die Königin geübt, um ſie zum Entſchluſſe zu bewegen, beſtanden zu haben in der Erinnerung an das Schickſal ihres Großvaters Carl I. „Ich muß Ihnen aufrichtig meine Meinung dahin ausſprechen, ſchreibt St. John an Strafford, daß ich dieſe unſere Verwickelung für die wichtigſte halte, in welcher jemals ein Souverän dieſes Landes ſich befunden ſeit der Zeit, wo Ihr Vorfahr von der Faction angegriffen wurde, die mit ihm begann, und ihre Tragödie auch mit dem Tode ſeines Fürſten nicht abſchloß. Indem dieſer König ſeinen Diener preis gab, bereitete er damit das eigene Todesurtheil vor. So hat auch unſere Herrin keinen anderen Weg ſich ſelber zu ſichern, als denjenigen der Anwendung ihrer Macht zum Schutze ihrer Diener, welche ſie erlöſt haben aus ihrer Sclaverei daheim, und nun darauf ausgehen ſie zu befreien auch von fremdem Drucke. Ich will Sie nicht täuſchen, Mylord, und würde es nicht thun, auch nicht in der verzeihlichſten, der wenigſt tadelnswerthen Weiſe, nämlich durch das Verhehlen wirklicher Gefahren und das Erregen falſcher Hoffnungen: darum mögen Sie ſich darauf verlaſſen, daß ich Ihnen ſage: nach meiner Ueberzeugung iſt alles in Sicherheit und der Entſchluß der Königin ſteht feſt.“ [2])

„Die einzige Schwierigkeit, deren Druck auf der Königin lag, war neben einer kleinen natürlichen Langſamkeit, die Gewöhnung ihres Zuſammenſeins mit der Herzogin von Somerſet, und die Beſorgnis für eine Stelle ſo nahe bei ihrer Perſon nicht Jemanden wieder zu finden, die ihr zuſagen würde.“

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 55.

[2]) A. a. O., p. 75. Vom 15./26. December.

Der Ausgleich wurde dahin getroffen, daß die Miniſter, welche jenen Worten gemäß die Entlaſſung auch der Herzogin von Somerſet verlangt hatten, ſich einſtweilen in das Verbleiben derſelben fügten

Aber zugleich entwarfen ſie den Plan, wie St. John in Ausſicht geſtellt, ihre Poſition zu ſichern, ſowohl daheim wie nach außen, wenn es anders in der letzteren Beziehung deſſen bedurfte.

Die Mächte, die hier in Betracht kamen, waren die Republik, der Kurfürſt Georg Ludwig, der Kaiſer. Oxford und St. John erhoben gegen die Geſandten der zwei erſten heftige Klagen wegen Einmiſchung in die engliſchen Angelegenheiten.

In Betreff des Holländers Buys zunächſt iſt aus ihren Reden nicht zu erſehen, worin er die Befugniſſe des Geſandten einer verbündeten Macht überſchritten haben könne. Buys legte es darauf an, das Geheimnis auszuforſchen, welches in Betreff Spaniens und Weſtindiens obwaltete. Er verlangte, daß die Republik die Vortheile mit genieße, welche die Miniſter für Groß-Britannien ausbedungen. Es gelang ihm nicht. St. John dagegen ſchlug, nach ſeinen Berichten an Strafford, dem Geſandten Buys gegenüber denſelben Ton an, wie Strafford im Haag, mit demſelben Erfolge der Einſchüchterung.[1]) Wie St. John ſich die Sache dachte, ergeben ſeine Worte an Strafford: „Wir wollen für Holland einen guten Frieden, aber einen höchſt vortheilhaften für Groß-Britannien, welches am meiſten durch den Krieg gelitten hat.“[2])

Ungleich ſchwerer war es, dem Geſandten des Kurfürſten Georg Ludwig gegenüber eine ſolche Rede zu führen, weil der Kurfürſt bei dem Frieden nichts für ſich verlangte, ſondern nur im allgemeinen Intereſſe der Allianz und beſonders des Kaiſers ſeine Stimme erhoben hatte. Aber ſtärker als gegen Buys, ſprach gegen Bothmar der Schein der Einmiſchung wegen des Druckes der Denkſchrift. Die Frage des Verhaltens von Bothmar kam, in Folge der Anklagen St. Johns, zur Erörterung, nicht in officieller Form, ſondern in der Correſpondenz, in welche ſich die Kurfürſtin Sophie mit dem Grafen Strafford eingelaſſen hatte. Der Letztere benutzte die Gedanken, die St. John ihm über die Identität der Whigs mit den einſtigen Puritanern ausgeſprochen,

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 28, 58, 76, 80.

[2]) A. a. O., p. 76.

um zu der Kurfürstin in ähnlicher Weise zu reden, wie St. John vor der Königin gethan.

Strafford meldete der Kurfürstin, daß nach seinen Nachrichten aus London der Freiherr von Bothmar mit den Whigs zusammen ginge. „Ich bin sehr erstaunt, antwortete sie, über Ihre Meldung, daß Bothmar sich für die Whigs erklärt haben solle. Aber, da Sie dann selber hinzufügen, daß das Gerücht falsch sein könne, so wird es mir nicht schwer fallen, Sie des letzteren zu überzeugen. Sie werden nämlich aus der Denkschrift, die er im Namen des Kurfürsten eingegeben, erfahren, daß darin von Whigs und Tories gar nicht die Rede ist. Aber weil die Königin meinem Sohne die Ehre erwies, ihn durch den Grafen Rivers um seine Ansicht von den Friedens-Präliminarien zu befragen, so hielt er es für seine Pflicht sie auszusprechen. Er würde es nicht gethan haben, wenn die Königin ihn nicht aufgefordert hätte. Gedruckt ist die Denkschrift weder auf seinen Befehl, noch auf denjenigen Bothmars. Man sagt auch, daß Ihre Majestät mit dem Inhalte nicht unzufrieden gewesen sein soll."

„Sie sprechen ferner aus, fährt die Kurfürstin fort, daß Sie keiner Partei angehören. Wenn aber diejenige Partei, welche den König, meinen Oheim, aufs Schaffot gebracht, noch existirte, wie Sie es sagen, so könnte doch ihr jetzt daran nichts zur Last fallen. Nach meiner Meinung wäre jene Partei längst erloschen; aber freilich haben wir ja in diesen letzten Zeiten gesehen, daß das Parlament that, was ihm beliebte, indem es über die Krone verfügte." [1])

Man wolle mit diesen merkwürdigen Worten der achtzigjährigen Fürstin, zu deren Gunsten das Parlament über die Krone verfügt hatte, vergleichen ihre Aeußerung über den Prätendenten drei Jahre zuvor, in Anlaß seines Versuches auf Schottland. (Band XIII, S. 43.)

Die Antwort des Grafen Strafford an die Kurfürstin erging sich abermals in der Schilderung der Gefahren eines Zusammengehens mit der Whig-Partei. Er versicherte, daß die Königin und ihre Minister völlig geneigt seien für die Sicherung der Succession in dem Hause

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 347. Die merkwürdigen Worte dort lauten: Yet we have clearly seen, in these latter times, that the Parliament have done what they pleased, in disposing of the crown.

Hannover, auch ungeachtet der unfreundlichen Behandlung, welche ſie durch die Publication der gegen ihre Politik gerichteten Denkſchrift erfahren. Die Kurfürſtin erwiderte: „Ich will Ihnen keine Gegenrede halten über die Whigs; denn Sie kennen ſie beſſer als ich, und die Spaltungen in England genauer als der Freiherr von Bothmar, der nicht dahin geſchickt iſt, um ſich damit zu befaſſen. Vielmehr gab ihm der Kurfürſt lediglich den Auftrag, der Königin ſeinen Reſpect zu vermelden, und ſich an ihre Miniſter zu wenden, denen er die Denkſchrift einreichte. Es kann ſein, daß dieſe Miniſter ſie haben drucken laſſen; denn auf Befehl des Kurfürſten oder des Herrn von Bothmar iſt ſie nicht gedruckt.“ [1])

Es iſt zu bemerken, daß im nächſten Jahre im Parlamente gegen die Miniſter der Vorwurf erhoben wurde: die Königin habe von der Denkſchrift nicht eher eine Kunde bekommen, als bis die Herzogin von Somerſet ſie ihr in dem Blatte Examiner gedruckt vorgelegt habe.

Die dritte Einwirkung von außen, die für die Miniſter Oxford und St. John in Betracht kam, war diejenige des Kaiſers. Im Namen desſelben traf der Prinz Eugen in denſelben Tagen im Haag ein, als die Häuſer des Parlamentes der Königin ihre Adreſſen eingaben. Wir haben bereits die Weiſung St. Johns an Strafford vernommen, daß er auf alle Weiſe den Prinzen Eugen entmuthigen ſolle. Der Rath indeſſen war ſchwer auszuführen, denn die hochfahrende Art, durch welche Strafford wiederholt die Holländer eingeſchüchtert, verſagte ihm gegenüber dem Prinzen Eugen. Man beobachtete an ihm eine ganz andere Haltung.[2]) Der Prinz Eugen dagegen machte aus ſeinem Mistrauen gegen Strafford kein Hehl. Als in einer Beredung mit den holländiſchen Deputirten, der Strafford beiwohnte, die Operationen des nächſten Feldzuges zur Sprache kommen ſollten, gab der Prinz Eugen den erſteren deutlich zu verſtehen: er habe zwar Vieles darüber zu ſagen, könne dasſelbe aber in Anweſenheit Straffords nicht thun, weil er nicht wiſſen würde, ob er vor einem Engländer oder einem Franzoſen ſpräche.[3])

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 349.
[2]) Lamberty t. VI, p. 740.
[3]) Arneth, Bd. II, S. 195.

In der Hauptsache selbst äußerte sich der Prinz Eugen in conciliánter Weise. Obwohl der Kaiser, sagte er, Grund habe sich zu beschweren, daß England, wider die ausdrücklichen Feststellungen der Verträge, allein mit Frankreich über den Frieden unterhandelt habe, so sei das nicht seine Absicht. Auch den Generalstaaten gegenüber wolle er nicht klagen, daß sie so weit eingegangen seien, ohne Vorwissen des Kaisers sich an einem Friedens-Congresse betheiligen zu wollen. Er beschränke sich lediglich darauf zu bitten, daß man in einer Angelegenheit von solcher Tragweite fortan nicht hastig sein wolle. Er legte dann umständlich dar, welche Mittel der Kaiser für den kommenden Feldzug aufwenden wolle.[1])

Die Kluft zwischen dem Kaiser und den Leitern der Republik war nicht so weit, daß sie nicht überbrückt werden konnte. Die Holländer hatten sich dahin einschüchtern lassen, daß sie auf die Mittheilung der französischen Präliminar-Artikel in einen Congreßort willigten und die Pässe ausstellten. Der Kaiser hatte erklärt, diese Präliminarien nimmer als die Grundlage eines Friedens gelten lassen zu wollen. Aber es lag den Leitern der Republik daran, daß der Kaiser seine Vertreter zum Congresse sende. Die Generalstaaten wandten sich daher an die Königin mit der Bitte, diese Präliminarien als nicht für bindend zu erklären. Der Prinz Eugen seinerseits fragte bei dem Kaiser an, ob eine solche Erklärung genügen würde.[2])

Der eigentliche Auftrag des Prinzen Eugen aber lautete nach England. Die Mühen Straffords gegen diese Absicht waren vergeblich. Am 11./22. December trat Hoffmann zu dem Grafen Oxford und meldete, daß, nachdem von englischer Seite wiederholt der Plan des nächsten Feldzuges in Spanien verlangt sei, der Kaiser nunmehr den Prinzen Eugen selber nach London sende, um die Maßregeln festzustellen. Oxford wich aus. Nach vielen Höflichkeiten für die Person des Prinzen wies er darauf hin, daß in der Bevölkerung eine Gährung herrsche, und deutete an, daß die Whig-Partei sich der Anwesenheit des Prinzen zu noch weiterer Aufreizung bedienen könne. Er rathe dem Prinzen von der Reise ab.[3])

[1]) Lamberty t. VI, p. 740.

[2]) A. a. O.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 22. December.

Schärfer und bestimmter antwortete St. John, den Hoffmann um die Absendung einer Jacht nebst Convoi für den Prinzen zu bitten hatte. „Wenn der Prinz zu dem Zwecke kommt, erwiderte er, hier einen Feldzugsplan festzustellen, so wird seine Reise vergeblich sein. Die Königin wird darin nicht anders handeln als nach Uebereinkunft mit ihren Verbündeten. Diese Uebereinkunft aber muß jenseit des Wassers getroffen werden, wo der Mangel liegt, über den wir uns mit Recht zu beklagen haben. Unsere Vorbereitungen für den Feldzug gehen vorwärts wie gewöhnlich. Wenn der Krieg, besonders in Spanien, fortgesetzt wird, so muß er in Zukunft in der Wirklichkeit, nicht bloß in Worten, eine gemeinsame Sache sein. Bis dahin also, daß die Königin sieht, was der Kaiser und die Holländer leisten wollen, kann sie sich auf Versprechungen und Verpflichtungen nicht einlassen." — „Ich verstehe, antwortete Hoffmann, daß der Prinz der Königin nicht willkommen sein würde." — St. John wiederholte, daß die Person des Prinzen angenehm sein, die Königin sich jedoch auf die Feststellung eines Entwurfes für den Feldzug mit ihm nicht einlassen würde.[1])

Wir Spätere, denen der geheime Vertrag vom 27. September/8. October 1711 offen liegt, haben stets uns gegenwärtig zu halten, daß schon darum die Sendung des Prinzen Eugen nach England ohne alle Aussicht war. Aber auch der kaiserliche Resident Hoffmann, der um jenen geheimen Vertrag nicht wußte, dagegen nunmehr seit mehr als dreißig Jahren des Landes und der Menschen dort kundig war, meldete dem Kaiser seine Ansicht, daß alle Schritte erfolglos bleiben, die englischen Minister jegliches Erbieten als unzulänglich bezeichnen würden. „Was das Parlament, schließt er, auf welches das Meiste ankommt, nicht zu Wege bringen kann, wird durch keine andere Mittel zu erreichen sein."[2])

Der Auftrag des Kaisers für den Prinzen Eugen dagegen lautete bestimmt und entschieden. Der Letztere ließ daher durch Hoffmann an St. John zurück melden: wenn auch die Königin weder über den Feldzug noch über den Frieden in England unterhandeln lassen wolle, so entbinde ihn das nicht von seinem Auftrage, dessen hauptsächlicher

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 56. Vom 12./23. December.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 24. December.

Zweck dahin gehe, die guten Beziehungen der Freundschaft zwischen der Königin und dem Kaiser zu erneuern. Die Königin und ihre Minister würden alle denkbare Ursache haben mit seiner Haltung zufrieden zu sein. Er ersuche daher um eine Jacht mit Convoi.[1])

Die Sache ward im Cabinetsrathe der Königin erwogen. Demgemäß erhielt Strafford im Haag den erneuten Auftrag dem Prinzen Eugen zu sagen, daß die Friedenssache in Utrecht, die Feldzugsfrage im Haag zur Berathung stehe. Wolle der Prinz Eugen eine Entschuldigung für das Verhalten des Grafen Gallas vorbringen, so bedürfe es deren nicht; denn der Unwille der Königin betreffe nur dessen Person, und jeder andere Gesandte des Kaisers werde der Königin willkommen sein. Die Freundschaft der Königin mit dem Kaiser bestehe völlig und unversehrt, und bedürfe weder einer Erneuerung noch Bestätigung. Endlich soll Strafford dem Prinzen sagen, daß in der letzten Zeit sein Name wiederholt gebraucht sei, Unordnungen zu erregen, und daß daher die Königin es weder sicher für ihn erachte, noch schicklich für sie, wenn er in einer solchen Zeit sich herüber begeben wolle. Unter anderen Umständen würde Niemand ihr willkommener sein als der Prinz Eugen. — Zugleich erging an die Capitäne der englischen Kriegsschiffe und Jachten die Weisung, Niemanden zur Ueberfahrt an Bord zu nehmen als auf Befehl der Admiralität oder des Botschafters Strafford.[2])

Der Bescheid hat nur den geschichtlichen Werth, die Gesinnung des britischen Cabinets zu zeigen. Bevor derselbe gegeben wurde, hatte der Prinz Eugen von dem Grafen Strafford den erforderlichen Befehl an den Capitän der Jacht verlangt, die den Friedensbevollmächtigten, Bischof von Bristol, nach Holland brachte. Strafford, zugleich Botschafter und Lord der Admiralität, fügte sich, am 25. December 5. Januar, und verfaßte an den Capitän der Jacht ein doppeldeutiges Schreiben, welches empfahl und doch die Verantwortlichkeit auf den Capitän abschob.[3]) Dieser nahm den Prinzen mit Gefolge an Bord. Von dem Aufbruche des Prinzen Eugen aus Innsbruck, am 3. De-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 89. Vom 28. December/8. Januar.

[2]) A. a. O., p. 92.

[3]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 3.

cember, bis zur Einschiffung, im Januar, waren also etwa fünf Wochen vergangen.

Inzwischen hatten in London Oxford und St. John nach dem Plane gehandelt, welchen dieser angekündigt, sobald sie der Willigkeit der Königin wieder sicher waren. Sie nahmen den Anlaß dazu von den weiteren Beschlüssen der beiden Häuser des Parlamentes. Verfolgen wir also zunächst diese.

Nachdem dem Grafen Nottingham im Bunde mit der Whig-Partei der Hauptstreich gelungen war, der Adresse des Oberhauses den Rath beizufügen, daß Spanien und Westindien dem Hause Bourbon nicht belassen werden dürfe, brachte er sofort eine andere Bill ein, die dem Wesen nach übereinstimmte mit der früher im Oberhause abgelehnten Bill gegen die gelegentliche Conformität. Den Worten nach hatte der neue Vorschlag den Zweck, die protestantische Religion zu bewahren, indem er einerseits die gesetzlich festgestellte Kirche von England besser schützte, andererseits den protestantischen Dissenters die Duldung bestätigte. In der Wirklichkeit lief die Bill darauf hinaus, daß für jegliches Amt in Civil oder Militär erforderlich sein sollte die Theilnahme an der Communion der Hochkirche. Mit dem Zwecke der besseren Sicherung derselben verband die Bill auch denjenigen der Befestigung der Thronfolge des Hauses Hannover.[1]) Da die Bill den Tories als solchen zusagte, und bei den mit Nottingham verbündeten Whigs keinen Widerspruch erfuhr, so ging sie rasch durch das Oberhaus und fand dann eben so bereitwillige Annahme im Unterhause. — Das so entstandene Gesetz, von späteren Engländern als unduldsam bezeichnet, blieb etwa sieben Jahre in Kraft.[2])

Dagegen erhob sich im Oberhause ein heftiger Kampf um eine andere Frage. Die Königin hatte den schottischen Herzog von Hamilton zum Herzog von Brandon in England ernannt. Auf Grund dieses Patentes beanspruchte der Herzog Sitz im Oberhause. Die Debatten darüber, denen die Königin in ihrer Loge beiwohnte, währten bis in

[1]) Lords Debates vol. II, p. 352.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 503.

die Nacht. Die endliche Abstimmung über die Frage: ob schottische Pairs, die nach geschehener Union zu Pairs von Groß-Britannien ernannt werden, in der letzteren Qualität das Recht haben im Oberhause zu sitzen — ward mit einer Mehrheit von fünf Stimmen verneint.[1])

Die Minderheit, unter denen sich auch Oxford befand, gab einen nachdrücklichen Protest ein. In der Wirklichkeit kam für den Plan Oxfords der Ausfall dieser Abstimmung sehr gelegen.

Die Mehrheit im Oberhause ging weiter vor sowohl in Betreff der Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover, als zur Erhaltung der großen Allianz. In der ersteren Beziehung beantragte der Herzog von Devonshire, daß die Königin dem Kurprinzen als Herzog von Cambridge den Vorrang vor allen anderen Pairs verleihen möge. In Betreff der Allianz beantragte Nottingham, daß die britischen Friedens-Bevollmächtigten den Auftrag erhalten möchten, vor der Eröffnung des Congresses sich mit den Bevollmächtigten der Verbündeten dahin zu verständigen, daß zwischen ihnen Allen eine feste Einigkeit bestünde. Denn nur so könne der Zweck des Krieges erreicht, und nur durch eine allgemeine Garantie, welche allen Verbündeten die erlangten Vortheile und für Groß-Britannien die protestantische Thronfolge verbürge, der Friede sicher und dauernd gemacht werden. — Der Antrag stand in scharfem Widerspruche mit der geheimen Politik des Ministeriums. Aber es gelang dem letzteren in den Antrag die Worte einzubringen: „Wenn die Königin nicht bereits solche Befehle gegeben." — Auf die Ueberreichung der Adresse erwiederte dann die Königin: sie habe bereits die entsprechenden Instructionen ertheilt.[2])

Das Unterhaus, nachdem es seine Adresse auf die Thronrede eingereicht, beschäftigte sich mit der Berathung und Bewilligung der Mittel für den Feldzug. Auf das Verlangen des Unterhauses erstattete der Schotte Lockhart als Mitglied der Commission, die zur Prüfung der öffentlichen Rechnungen niedergesetzt war, am 21. December, Bericht über die Beträge, welche Marlborough als Commandant in den Niederlanden von dem Brot-Lieferanten Medina bezogen, so wie über die

[1]) Lords Debates vol. II, p. 357.

[2]) A. a. O., p. 359.

$2^1/_2$ Percent Abzug von den Geldern für die im engliſchen Solde ſtehenden fremden Truppen. Lockhart berechnete die erſteren Beträge für alle die Kriegsjahre auf nahe an 700.000 Gulden holländiſch oder reichlich 63.000 Pfund Sterling. Die anderen Beträge des Abzuges von $2^1/_2$ Percent für alle die Kriegsjahre kamen auf faſt 180.000 Pfund Sterling. Das Schreiben vom 10. November, in welchem Marlborough behauptete, zur Annahme dieſer Gelder berechtigt geweſen zu ſein und ſie im öffentlichen Dienſte verwandt zu haben, ließ die Commiſſion als genügend nicht gelten.[1])

Nachdem dieſer Bericht verleſen war, beſchloß das Unterhaus ihn in Betracht zu ziehen, vertagte ſich aber dann, am 22. December a. St., auf den 14. Januar. Einſtweilen alſo lag die von der Commiſſion erhobene Anklage auf Marlborough.

„Er iſt dadurch, meldet Hoffmann am 25. December 5. Januar, in ſo weit angeſchwärzt, daß man ihm, der nunmehr öffentlich mit den Whigs gegen die Abſichten des Hofes votirt, ſeine Aemter mit einiger ſcheinbaren Urſache abnehmen kann.“[2])

Am 29. December (a. St.) ſtand der Bericht in den öffentlichen Blättern. Er übte ſofort ſeine Wirkung. Als Marlborough bei Hofe erſchien, ward er von Niemandem bemerkt.[3])

Am nächſten Tage begab ſich die Königin in den Cabinetsrath, und ließ dort ins Protokoll eintragen: „Auf die Meldung, daß die Commiſſion für die öffentlichen Rechnungen dem Unterhauſe einen Bericht gegen den Herzog von Marlborough vorgelegt hat, erachtet Ihre Majeſtät, damit die Angelegenheit einer unparteiiſchen Unterſuchung unterzogen werden könne, es für zweckmäßig, ihn aller ſeiner Aemter zu entlaſſen.“[4])

Die Königin gab dieſen Beſchluß durch ein eigenhändiges Schreiben an Marlborough kund. Nach dem Berichte der Herzogin hat er in ſeiner Indignation dies Papier ins Feuer geworfen: ſeine Antwort jedoch läßt erſehen, daß die Königin noch eine Anklage über die

---

[1]) Der Bericht ausführlich in Lockhart's Memoirs vol. I, p. 352; ſo wie in Commons Debates vol. IV, p. 233.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Januar.

[3]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 279.

[4]) A. a. O., p. 280.

Behandlung, welche sie von ihm erfahren, hinzugefügt hat. Marlborough antwortete, daß diese unbestimmte Anklage ihn viel mehr bekümmere als jenes Andere. Er wies in entschiedener Weise alle Beschuldigungen zurück.[1])

Vom nächsten Tage an ward über die Aemter verfügt, die bisher Marlborough inne gehabt. Sein Regiment zu Fuße erhielt der Herzog von Ormond, der sich dem Ministerium Oxford-St. John angeschlossen, und eben derselbe drei Tage später das Commando der Armee. Das Amt des Feldzeugmeisters der Artillerie erhielt der Graf Rivers. In dieser Weise ging es in den nächsten Tagen fort.[2])

Zugleich mit der Entlassung Marlboroughs hatte Oxford einen anderen noch wuchtigeren Schlag geführt, für welchen die Abstimmung im Oberhause gegen die Pairschaft des Herzogs von Brandon den Vorwand hergab. Der Hof, hieß es, sei im Oberhause zu schwach vertreten. Dasselbe Zeitungsblatt, welches die Entlassung Marlboroughs verkündete, meldete die Ernennung von zwölf neuen Pairs von Groß-Britannien.[3]) So überraschend der Schritt, erhob doch, bei der Einführung dieser neuen Pairs, das Oberhaus keinen Einwand, und hätte auch, wie später oft dargethan ist, einen gesetzlich begründeten Einwand gegen diese weit getriebene Ausübung der Prärogative der Krone nicht erheben können. In späteren Jahren schrieb St. John über diesen Act: „Oxford, im Oberhause hart bedrängt, sah sich gezwungen, mitten in der Session, die Königin zu überreden, die Ernennung von zwölf neuen Pairs vorzunehmen. Dies war eine bis dahin beispiellose und gehässige Maßregel, die nur durch die Nothwendigkeit und durch diese kaum entschuldigt werden konnte."[4]) Aber dieser sogenannte Pairsschub diente der Politik, die Oxford und St. John gemeinsam betrieben, und es ist daher kaum anzunehmen, daß damals selbst St. John einen Einwand gegen denselben erhoben haben sollte.

Unter den neu ernannten Pairs war auch der Gemahl von Abigail Masham. Es wird berichtet, daß die Königin dies nicht gewünscht, sondern nur zögernd eingewilligt habe.[5])

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 280.
[2]) Lords Debates vol. II, p. 360.
[3]) A. a. O.
[4]) Bolingbroke's works vol. I, p. 13. Letter to Sir William Windham.
[5]) Stanhope, Queen Anne p. 508.

Das Oberhaus hatte ſich nicht wie das Unterhaus auf weiterhin vertagt, ſondern nur bis zum 2./13. Januar. An dieſem Tage erfolgte die Einführung der neuen Pairs. Dann ließ die Königin den Wunſch ausſprechen, daß auch das Oberhaus, wie das Unterhaus, ſich bis zum 14. Januar a. St. vertagen wolle, wo ſie dem Parlamente wichtige Angelegenheiten mittheilen werde. Die Meinungen waren getheilt, ſo daß man zur Abſtimmung ſchreiten mußte. Bei dieſem Anlaſſe richtete Lord Wharton von der Whig-Partei an die neuen zwölf Pairs die Anfrage, ob ſie einzeln ihre Stimmen abgeben würden, oder insgeſammt durch ihren Obmann.[1]) Die Abſtimmung ergab eine Mehrheit von dreizehn Stimmen für die Vertagung.

„Die Ernennung der zwölf neuen Pairs und die Entlaſſung Marlboroughs, meldet Hoffmann dem Kaiſer, ſetzen es außer allem Zweifel, daß das Miniſterium ſeinen Vertrag mit Frankreich bereits geſchloſſen hat. — Die Stimmung hier iſt derartig, daß diejenigen, welche die Herüberkunft des Prinzen Eugen am eifrigſten gewünſcht haben, nun um ſeinetwillen lieber ſähen, er käme nicht, damit er ſich nicht exponire.“[2])

Die Ankündigung des Geſchehenen, von St. John an Strafford, am ſelben Tage, klingt dagegen wie ein Siegesruf. „Ew. Excellenz erſehen daraus, daß wir unſere Stellung genommen und unſere Dispoſition zum Angriff im Unterhauſe getroffen haben. Eben dasſelbe muß im Oberhauſe geſchehen. Die Helden dort werden, gleich anderen Großprahlern, das Schwert ſtrecken, ſobald der Gegner das ſeinige zieht.“[3])

Der Prinz Eugen in England.

Der Kaiſer Carl VI. indeſſen hatte, durch ein abermaliges Schreiben, vom 9. Januar, aus Frankfurt am Main, den Prinzen Eugen zur Ueberfahrt nach England gedrängt. „Je mehr und mehr es ſich äußert, ſagt darin der Kaiſer, wie wenig Gutes, ja alles Uebele ich und mein Erzhaus von dem engliſchen Miniſterium und Hof zu

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 509.

[2]) Bericht vom 12. Januar.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 131. Vom 1./12. Januar.

erwarten haben, und daß die Sache nicht anders als durch eine herzhafte Resolution hergestellt werden kann, so will es die höchste Noth, daß E. L. ihre Reise nach England eilends fortsetzen."[1])

Die Ueberfahrt des Prinzen Eugen war nicht eine günstige. Am 11. Januar (n. St.) gelangte man endlich in Sicht von Harwich. Dort wollte indessen der Prinz Eugen nicht landen, sondern zog vor die Themse möglichst weit hinauf zu segeln. Man erfuhr nachher, daß von Harwich an bis London alle Orte mit herzu geströmten Menschen erfüllt gewesen seien, alle begierig den Helden zu sehen, dessen Ruhm seit nunmehr vierzehn Jahren die Welt erfüllte. Auch auf der Themse wiederum hatte man Gegenwind, so daß erst am 5./16. Januar Hoffmann in London die sichere Nachricht der Herauffahrt erhielt und dann dem Prinzen entgegen eilte. Er fand dort bereits den Schotten Drummond, den Oxford und St. John zur Begrüßung und Beobachtung entgegen geschickt. Es war die Absicht, am Tower-Wharf zu landen, wo man um sechs Uhr Abends anlangte; allein ungeachtet der Dunkelheit drängte sich dort eine große Menschenmenge, so daß der Prinz gebot weiter zu fahren. Man passirte die London-Brücke und weiter über Whitehall hinauf. Dort wo in unseren Tagen die Waterloo-Brücke ihre mächtigen Bogen spannt, stieg der Prinz Eugen am linken Ufer ans Land und fuhr in dem ersten besten Miethwagen nach dem Hause des Grafen Gallas.[2])

Von dort aus ließ er sofort dem Staats-Secretär St. John und dem Treasurer Oxford seine Ankunft melden. Der Bericht Drummonds über die Sorgfalt, mit welcher der Prinz Eugen jegliches Aufsehen vermieden, wirkte günstig. Noch um Mitternacht ließ St. John melden, daß er am nächsten Morgen seinen Besuch machen werde. Marlborough hatte noch am Abende sich eingefunden. Am anderen Morgen versprach St. John, sofort bei der Königin um eine Audienz anzuhalten. Diese erfolgte noch am selben Abende nach sechs Uhr. Der Höflichkeit kam der Tag zu statten, nämlich Sonntag, wo die Straßen von London menschenleer. St. John führte in seinem Wagen den Prinzen nach St. James. Dort empfing ihn die Königin, an ihrer Seite die zwei

[1]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 575.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 19. Januar. Auch für das Folgende.

Miniſter Oxford und St. John. Sie war, wie der Prinz Eugen dem Kaiſer meldet, ziemlich verlegen und kaltſinnig. Er überreichte das Handſchreiben des Kaiſers mit der Bitte es zu leſen.[1]) Es war franzöſiſch abgefaßt, und dies ſicherlich nicht ohne Abſicht, weil es dadurch für den Kaiſer leichter war, der Königin den von ihr gewünſchten Majeſtäts-Titel zu geben, den die in lateiniſcher Sprache verfaßten Schriftſtücke aus der Reichskanzlei nur dem römiſchen Kaiſer beilegten. Die Königin ließ ihren Blick leicht darüber gleiten. Schon die im erſten Satze enthaltenen Worte: V. M. aura pu connaître aussi combien que j'ai les affaires de l'Espagne à cœur — mochten ihr genügen. Sie antwortete: die Dinge, von denen der Auftrag des Prinzen rede, müßten in Holland verhandelt werden. Der Prinz erwiederte, daß dies in Betreff des Hauptzweckes ſeiner Sendung, der Herſtellung und Befeſtigung des guten Einverſtändniſſes zwiſchen ihr und dem Kaiſer, doch wohl nicht angehe. Damit war man an den Punkt gekommen, in Betreff deſſen die Königin perſönlich nicht in der ſchroffen Weiſe antworten konnte, die St. John einige Tage vorher dem Grafen Strafford vorgeſchrieben hatte (S. 237). Die Königin wich aus. Es thue ihr leid, ſagte ſie, daß ihre ſchwankende Geſundheit ihr nicht verſtatte, ſich ſo oft mit dem Prinzen Eugen zu unterreden, wie ſie ſelber wünſche. Sie müſſe ihn daher an dieſe zwei Miniſter verweiſen, die von ihr beauftragt ſeien, ſeine Anträge entgegen zu nehmen. Damit endete die Audienz.

Jene Inſtruction St. Johns für Strafford zeichnet überhaupt die Linie des Verhaltens vor, welches das britiſche Cabinet auf die Anträge des Prinzen Eugen beobachten wollte. Wenn auch ihm perſönlich gegenüber der Anſtand höfliche Formen vorſchrieb, ſo ward dadurch das Weſen der Sache nicht geändert.

Auch theilte St. John nicht bloß dem Engländer Strafford den Plan des Verhaltens gegenüber dem Prinzen Eugen mit. Bevor er mit dieſem zu einem ſchriftlichen Austauſche der Gedanken gekommen war, am 12./23. Januar, meldete er dem franzöſiſchen Staats-Secretär Torcy: „Der Prinz Eugen von Savoyen iſt ſeit einigen Tagen hier.

[1]) Abgedruckt in der Oeſterreichiſch-militäriſchen Zeitſchrift, Jahrgang 1808, S. 558.

Sein Aufenthalt wird nicht lange dauern, und seine Vorstellungen werden nicht die Wirkung haben, die man sich am Hofe des Kaisers davon verheißen hat."[1]) — Die Worte entsprachen der Gesinnung, mit welcher einige Wochen früher dies Ministerium von Frankreich her die Bezeichnung der Verbündeten der Königin als les ennemis communs sich ohne Widerrede hatte gefallen lassen.

Demnach war die Sendung des Prinzen Eugen nach England von vornherein aussichtslos.

Wir vernehmen sogar den Zweifel, ob diese Sendung der Würde des Kaiserhofes entspreche. Der preußische Resident in London, Bonet, äußert sich darüber mit den Worten: Au reste, Monsieur, vous conviendrez que la cour impériale n'a ni fiel ni hauteur, puisqu'après le congé donné au comte de Gallas, elle a envoyé par deçà un ministre du poids du prince Eugène.[2])

Den Vertretern der fremden Mächte in London fiel es besonders auf, daß keiner der Minister der Königin oder Kronbeamten den Prinzen Eugen zur Bewirthung einlud.[3]) Es bot sich sogar dem Hofe die Gelegenheit, ein von dem Gemeinderathe von London dem Prinzen Eugen zu Ehren beabsichtigtes Fest zu vereiteln. Nachdem dort schon der Beschluß des Festes gefaßt war, machte ein Mitglied aufmerksam, daß es schicklich sein würde, vorher bei Hofe über die Genehmhaltung anzufragen. Darauf wurden zwei Mitglieder an den Staats-Secretär Dartmouth abgesendet. Sie brachten die Angelegenheit mündlich vor. Am nächsten Tage erhielten sie von Dartmouth die Antwort: da die Aldermänner ihr Ansuchen bloß mündlich und nicht schriftlich vorgebracht: so lasse die Königin erwiedern, daß sie denselben Respect verlange wie ihre Vorgänger, und daher auf eine mündliche Anfrage solcher Art nicht antworten werde. Damit fiel die Sache.[4])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 156.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 266.

[3]) A. a. O., S. 171. Bericht Bonets an Clement, vom 29. Januar: Le p. E. a été journellement régalé depuis son arrivée, mais non par aucun officier de la couronne ou ministre d'état. — Damit fallen also die Anekdoten von den Complimenten im Hause Oxfords.

[4]) Das Schreiben Dartmouths bei Lamberty t. VII, p. 387.

Die Nichtbetheiligten dagegen in der englischen Aristokratie wetteiferten an Höflichkeit für den Prinzen Eugen. Diejenige der niederen Bevölkerung, oder richtiger die Neugier derselben, nachdem die Anwesenheit des Prinzen bekannt geworden war, äußerte sich nicht immer in angenehmer Weise. Nicht bloß umstanden zahlreiche Menschen das Haus, um einmal des berühmten Feldherrn ansichtig zu werden, sondern viele drängten sich ein und erfüllten die Räume, so daß sie die Bewegung beengten.

Am 14./25. Januar reichte der Prinz Eugen über den Zweck seines Kommens den Ministern eine Denkschrift ein. Der erste Punkt derselben betraf den Grafen Gallas. Der Kaiser versprach eine gründliche Untersuchung seines Verhaltens. Nachdem aber, fuhr dann die Denkschrift fort, diese Angelegenheit ein so großes Aufsehen in der Welt erregt, daß es scheinen könne, als bestehe ein Misverständnis zwischen den beiden Höfen, so sei der Kaiser erbötig einen anderen Gesandten zu schicken. Da jedoch, allem Brauche nach, ein Gesandter nur von seinem eigenen Souverän abberufen werden könne und dann in aller Form sich zu verabschieden habe: so wünsche der Kaiser zu wissen, ob die Königin, wenn sie den Grafen Gallas nicht mehr vor sich kommen lassen wollte, ihm gestatten werde, wie das häufig geschehen sei, schriftlich seinen Abschied zu nehmen.

Der zweite Punkt betraf das im Haag erörterte Expediens für den Kaiser, ungeachtet seiner Weigerung über die französischen Präliminarien zu verhandeln, dennoch den Friedens-Congreß zu beschicken.

Der dritte Punkt betraf das Erbieten des Kaisers zu stärkeren Leistungen namentlich für den Krieg in Spanien.[1])

Die Aufgabe der Antwort lag St. John ob. Er kündigte sie dem Grafen Strafford im Haag vorher an mit den Worten: „Meine ausführliche Antwort auf die drei Punkte der Denkschrift des Prinzen Eugen ist so gehalten, daß er finden wird, er hätte besser gethan Ihrem Rathe zu folgen, und daß Sie über England und unsere Königin besser Bescheid wissen als diejenigen, mit denen er zu Rathe gegangen ist.“[2])

[1]) Die Denkschrift gedruckt bei Lamberty t. VII, p. 370 et suiv. — Dort auch die Antwort so wie die folgenden Schriften.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 164.

Es ist dabei zu bemerken, daß die Antwort, welche der Botschafts-Secretär Watkins einige Tage zuvor von Frankfurt zurück gebracht, dem Staats-Secretär St. John schon gezeigt hatte, daß der Kaiser nicht mit vollem Nachdrucke für den Grafen Gallas eintreten werde, sondern beginne, wie St. John sich ausdrückt, filer doux.[1]) Demnach hatte im Rathe des Kaisers die Ansicht, die derjenigen des Prinzen Eugen in Innsbruck entgegen stand, völlig die Oberhand gewonnen. In dem ersten Punkte der Denkschrift lag für St. John eine gewisse Bestätigung seiner Meinung. Der darin gemachte Vorschlag, dem Grafen Gallas zu gestatten, daß er einen Abschiedsbrief an die Königin richte, war wohl das Geringste, was in völkerrechtlichen Fällen solcher Art verlangt worden ist.

Die von dem Cabinet der Königin genehmigte Antwort St. Johns auf die Denkschrift des Prinzen Eugen sagte in Betreff des ersten Punktes: „Ihre Majestät ist der Ansicht, bisher nichts vernachlässigt zu haben, was sie ihrer eigenen Ehre und der Freundschaft für den Kaiser schuldig ist. Aber nach solchen Provocationen, wie sie von Seiten des Grafen Gallas, und nach solchen Beweisen der Entrüstung, wie sie von Seiten der Königin statt gefunden haben — würde sie glauben die ersteren zu kränken und doch der anderen nicht zu entsprechen, wenn sie, unter irgend einem Vorwande, in ihre Gegenwart eine Persönlichkeit zuließe, die sie nicht mehr als Minister anzuerkennen öffentlich erklärt hat, oder wenn sie geruhete ein Schreiben von ihm anzunehmen."

Die Antwort auf den zweiten Punkt beginnt mit dem Vorwurfe, daß nur aus dem Mistrauen der Verbündeten gegen die Königin Frankreich seinen Vortheil ziehe, nicht aus ihren Maßregeln. Die sieben Präliminar-Punkte seien verbindlich nur für Frankreich.

Die Antwort auf den dritten Punkt bespricht die Erbietungen des Kaisers, mehr zu leisten. In Betreff der eigenen Leistungen sagt sie: „Die Königin wird alles thun, was von ihr abhangt, um die nöthigen Mittel zu erlangen, überall den Krieg aufrecht zu erhalten und besonders in Spanien, im Vereine mit dem Kaiser und den Generalstaaten." Die Antwort suchte dann darzuthun, daß der Mehr-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 133.

betrag, zu welchem der Kaiser sich erbiete, in der Wirklichkeit betrage 1600 Mann. — Nach der Aufstellung des Prinzen Eugen, die er dann erneut geltend machte, betrug sie 14.000 Mann.

Mit welchen Hoffnungen immer der Prinz Eugen nach England gekommen sein mag: diese Antwort auf seine Denkschrift mußte ihm zeigen, daß das Ministerium des guten Willens ermangele. Der landeskundige Resident Hoffmann hatte ihm von Anfang an gesagt, daß er nichts ausrichten werde. „Das Ministerium, sagte Hoffmann, hat die Friedenssache so weit getrieben, daß ihm nur die Alternative bleibt, entweder damit durchzudringen, oder sich der äußersten Gefahr ausgesetzt zu sehen.“[1] — Auch nach den eigenen Wahrnehmungen und Beobachtungen blieb dem Prinzen Eugen kein Zweifel darüber, daß das ausweichende Verhalten der Minister sich nur auf einen mit Frankreich bereits abgeschlossenen Vertrag gründen könne. In seinen Berichten an den Kaiser gab er wiederholt dieser Ansicht Ausdruck.

Dem Kaiser Carl VI. dagegen ward es sehr schwer, sich an den Gedanken des völligen Umschwunges der Dinge in England zu gewöhnen. Nachdem ihm Gallas in einer längeren Audienz, am 15. Februar, die Sachlage dort entwickelt, stellte er direct die Bitte, welcher die Minister bisher ausgewichen, seinen Haushalt in London nunmehr völlig auflösen zu dürfen. Der Kaiser antwortete: das hange ab von den weiter zu erwartenden Berichten des Prinzen Eugen, aus denen sich ergeben werde, ob das jetzige Ministerium sich halten könne oder fallen werde. Danach seien die Maßregeln zu treffen. Dann sprach der Kaiser dem Grafen Gallas seine volle Zufriedenheit mit dessen Eifer und geleisteten Diensten aus.[2]

Demnach war der Kaiser sogar noch der Ansicht, daß er in die Lage kommen könne, den Grafen Gallas nach London zurückzusenden.

Diese irrthümliche Auffassung der Dinge in Wien erklärt, warum der Prinz Eugen noch länger in London verblieb, und sich ferner einem sehr wenig befriedigenden Schriftenwechsel mit St. John aussetzen mußte. Die eigenen Worte des letzteren an Strafford haben

[1] Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

[2] Gallas an Primoli, 13. Februar. Diese Correspondenz, die fortan wiederholt angeführt werden wird, befindet sich im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive in Prag.

gezeigt, welche Absicht er, mit Zustimmung des Cabinetsrathes der Königin, bei diesen Antworten verfolgte.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Inzwischen war die Vertagung des Parlamentes abgelaufen, und am 14./25. Januar traten die Häuser wieder zusammen. Eine Botschaft der Königin lag nicht vor. Nachdem das Unterhaus die Gültigkeit einer Wahl erörtert, erhob sich Robert Walpole und sagte, daß Fragen von höchster Wichtigkeit vorhanden seien, die den Krieg und den Frieden beträfen. Einige Mitglieder wollten ihn unterbrechen; aber er rief ihnen entgegen: es sei der Würde des Parlamentes zuwider, ein Mitglied unterbrechen zu wollen, welches für das Wohl der Nation reden wolle. Dann fuhr er fort: das Haus habe die Mittel für den Krieg bewilligt: daher habe es ein Recht darauf zu wissen, welchen Frieden man machen wolle. Man dürfe nicht jede Mittheilung darüber von einem Tage zum anderen verschieben, und dafür sich berufen wollen auf das Uebelbefinden der Königin. Allen Mitgliedern des Hauses sei bekannt, daß, obwohl die Königin wegen des traurigen Todesfalls ihres Gemahles eine ganze Session hindurch nicht ins Parlament gekommen, die öffentlichen Angelegenheiten darum doch keinen Verzug erlitten hätten. Der Umstand, daß diejenigen, welche die Leitung der Geschäfte in Händen hätten, dem Hause über ihre Unterhandlungen nichts mittheilten, lasse der Vermuthung Raum, daß diese kein Licht leiden könnten. Er sei der Meinung, daß die Krankheit weniger in den Füßen der Königin stecke als in den Köpfen der Minister.[1])

Während dieser Worte traf eine Botschaft der Königin ein. Sie ließ melden, daß ein Gichtanfall sie hindere, zu dem Parlamente zu reden, und daß sie daher eine fernere Vertagung wünsche, bis zum 17./28. Januar. Demnach scheint es, daß die Minister auf die Nachricht von der Eröffnung des Congresses in Utrecht gewartet haben.

Eine solche Nachricht traf noch nicht ein, dagegen am Morgen des 17./28. Januar eine von ganz anderer Art, eine Siegesnachricht aus Spanien. Nachdem die Truppen Philipps V. die Belagerung

[1]) Lamberty t. VII, p. 389.

des feſten Platzes Cardona in Catalonien unternommen, waren ſie davon zurückgeſchlagen, mit dem Verluſte der geſammten Artillerie. Die Nachricht rief in London eine ſtarke Erregung hervor, nicht zu Gunſten der Miniſter; denn es gab ſich die Beſorgnis kund, daß zu einer Zeit, wo das Glück in Spanien für die Allianz wiederzukehren ſchien, England ſich von derſelben losſagen wolle. Am Nachmittage erfolgte eine Botſchaft der Königin an das Parlament, und der Anſchein ſprach dafür, daß dieſe Botſchaft zum Zwecke der Beruhigung durch jene Nachricht von Cardona hervorgerufen war.[1])

„Ihre Majeſtät, heißt es darin, kann Euch nunmehr verkünden, daß ihre Bevollmächtigten in Utrecht eingetroffen ſind und begonnen haben, gemäß ihren Inſtructionen, die beſt geeigneten Wege einzuſchlagen, um allen ihren Bundesgenoſſen eine gerechte Satisfaction zu verſchaffen, entſprechend den verſchiedenen Verträgen, und beſonders in Bezug auf Spanien und Weſtindien. Ihr dürft Euch darauf verlaſſen, daß Ihre Majeſtät, vor dem Abſchluſſe des Friedens, die Beſtimmungen desſelben Euch kund geben wird. Die Welt wird nunmehr erkennen, wie grundlos die Gerüchte, die von übel geſinnten Perſonen im Intereſſe ihrer ſehr böſen Abſichten verbreitet worden ſind, als wenn ein Sonderfriede unterhandelt worden ſei, welche Behauptung jegliches Grundes entbehrt.“[2]) Die Botſchaft ſchloß mit einer Klage über die Zügelloſigkeit der Preſſe und empfahl dagegen ein Heilmittel aufzufinden.

Dieſe Botſchaft der Königin an das Parlament wurde vielfach betrachtet wie eine indirecte Antwort auf die Denkſchrift von Bothmar und auf die Sendung des Prinzen Eugen.[3]) Man dürfte hinzuſetzen, daß ſie eben ſo ſehr in Bezug auf die Rede von Robert Walpole dieſe Bezeichnung verdiente. Daß überhaupt die Botſchaft mit Geſchick abgefaßt war, bewies der ſofortige Erfolg. Am Morgen waren alle

---

[1]) Primoli an Gallas, 19. Februar: Toccante il tempo vi è apparenza che la nuova di Cardona liberata con gran vantaggio su gli nemici habbia sconcertato le misure, ispirato un poco più di moderazione ed obbligato a mandare quel messaggio nel dopo pranzo.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 243.

[3]) Primoli an Gallas: è una risposta indiretta al memoriale del Barone di Bothmar etc.

Gemüther in Unruhe und Sorge. Sobald die Nachricht dieſer Botſchaft, in welcher die Königin verſprach, ſich von ihren Bundesgenoſſen nicht zu trennen und die Friedensbedingungen vorher dem Parlamente vorzulegen, in der Stadt bekannt wurde, war Jedermann beruhigt und zufrieden. Der Wechſel war geradezu ſtaunenswerth.[1])

Dem Wortlaute nach ließ ſich das in der Botſchaft Geſagte alles behaupten. Aber ſie ſagte nicht alles. Das britiſche Miniſterium wollte allerdings nicht einen Sonderfrieden mit Frankreich; aber es verſchwieg, daß es mit Frankreich einen Sondervertrag hatte, durch welchen es, wenn auch nicht ausdrücklich, Spanien und Weſtindien an Philipp V. aufgab, während die Vortheile dieſes Vertrages für Groß-Britannien erſt dann in Geltung treten ſollten, nachdem es ſeine Bundesgenoſſen in die Willigkeit zur Annahme der franzöſiſchen Friedensbedingungen hinein genöthigt hatte. Die Zahl der Mitwiſſer des eigentlichen Planes im Parlamente war gering, und die Zahl der friedensſehnſüchtigen Landedelleute im Unterhauſe war ſehr groß.

Das Unterhaus beſchloß einſtimmig eine Dank-Adreſſe. Von Seiten der Whig-Partei ward beantragt, daß den Worten, welche den Verbündeten je nach ihren Verträgen Genugthuung verheißen ſollten, beigefügt würde: „Beſonders in Bezug auf Spanien und Weſtindien.“ Die Freunde des Miniſteriums redeten dagegen, und es gewann den Anſchein, daß eine große Mehrheit den Zuſatz verwerfen würde. Unterdeſſen trat St. John in das Haus ein. Jene Worte waren dieſelben, die er der Botſchaft der Königin eingefügt hatte, freilich in einem anderen Sinne als den die Gegner damit verbanden. Dieſe meinten damit die Abſicht des Wiedergewinnes von Spanien auszuſprechen gemäß den wiederholten Erklärungen ſeit dem Jahre 1703. Anders St. John. „Die Worte, ſchreibt er darüber an Strafford, waren mit Vorbedacht gewählt, weil ſie nicht mehr ausſprechen als der Vertrag der großen Allianz von 1701. Und da dies die Grundlage iſt, auf welcher zu ſtehen wir uns bemühen müſſen, ſo hielt ich es für beſſer, (im Unterhauſe) die Worte durchgehen zu laſſen.“[2])

---

[1]) Primoli an Gallas: Scrivono essere stato sorprendentissimo il cambio improviso.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 161. Vom 18./29. Januar.

Die Dankadreſſen beider Häuſer auf die Botſchaft vom 17./28. Januar enthielten daher wie dieſe ſelbſt die Worte: „Beſonders in Bezug auf Spanien und Weſtindien.“ Wie mit dieſen Worten jede der Parteien einen anderen Sinn verband: ſo gaben überhaupt weder die Botſchaft, noch die Adreſſen einen klaren Einblick in die wirkliche Lage der Dinge. Dieſer Einblick war nur bei den Miniſtern.

Die Adreſſe des Unterhauſes wiederholt auch die Klage aus der Botſchaft der Königin über die Zügelloſigkeit der Preſſe. „Dieſe, ſagt ſie, gereicht der Nation zum gerechten Vorwurfe, weil ja nicht bloß falſche und ärgerliche Schriften gegen die Regierung Ew. Majeſtät gedruckt und veröffentlicht werden, ſondern auch die abſcheulichſten Blasphemien gegen Gott und die Religion.“ Das Unterhaus verſpricht den äußerſten Fleiß aufzuwenden, um dagegen ein Heilmittel aufzufinden.

Der Zuſatz des Unterhauſes in Betreff der blasphemiſchen Schriften lenkt etwas von dem Parteigetriebe wieder ab. Denn in politiſcher Beziehung dürfte die Streitbarkeit auf beiden Seiten nicht eine ſehr verſchiedene geweſen ſein. Und dazu verfügten die Miniſter über ganz andere Mittel des Förderns und des Hinderns. Einige Monate zuvor berichtet St. John der Königin gelegentlich, daß er den Verfaſſer eines ärgerlichen Libells eingeſetzt habe. „Er iſt, fügt er hinzu, der dreizehnte, den ich gegriffen, und der Fünfzehnte, den ich ausfindig gemacht habe.“[1]) Ein ſolches Mittel ſtand den Gegnern nicht zu Gebote. Dagegen meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann gerade in denſelben Tagen der Botſchaft der Königin: „Die Menge der Libelle wider Marlborough iſt endlos.“[2])

Jener Ausdruck St. Johns, daß er es für beſſer gehalten, die Worte in Betreff Spaniens im Unterhauſe durchgehen zu laſſen, zeigen, wie ſicher ſich das Miniſterium dieſes Unterhauſes fühlte. In der That gab die Mehrheit Beweiſe. Die Commiſſion zur Prüfung der Rechnungen hatte in den Lieferungs-Contracten, die der frühere Kriegs-Secretär Robert Walpole abgeſchloſſen, Vortheile für ihn perſönlich gefunden. Auf den Bericht darüber vertheidigte ſich Walpole im Unter-

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 412.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

hauſe. Nach langen heftigen Erörterungen ſprach die Mehrheit des Unterhauſes ihn des Vertrauensbruches und der Corruption ſchuldig und erkannte ihm dafür Gefängnis im Tower zu, ſo lange wie das Haus es für gut finden würde. Am anderen Tage beſchloß das Unterhaus, jedoch mit der geringen Mehrheit von 30 Stimmen, die Ausſtoßung Robert Walpoles.[1])

Ein ſpäterer engliſcher Hiſtoriker hat hervorgehoben, wie wenig dieſe Anklage der Mehrheit des Unterhauſes damals und ſpäter Robert Walpole an ſeiner Ehre geſchadet hat. Damals ſelbſt empfing er im Tower die Beſuche höchſt angeſehener Männer, und ſpäter ſtieg er zu den höchſten Staatsämtern empor.[2])

Nachdem die Mehrheit des Unterhauſes über Walpole ein ſolches Urtheil gefällt, war vorauszuſehen, daß Aehnliches auch über Marlborough kommen würde. Das Unterhaus zog den Bericht der Commiſſion für das Rechnungsweſen in Betracht. Nach der Vorleſung desſelben entwickelte ſich ein heftiger Kampf, über acht Stunden lang. Denn für Marlborough traten nicht bloß Whigs ein, ſondern auch Tories. Am nachdrücklichſten redete von den letzteren der Kriegszahlmeiſter Brydges. Daß Marlborough ſowohl jene Beträge von den Proviant-Lieferanten, als den Abzug der $2^1/_2$ Percent von dem Solde für die Hülfstruppen angenommen, war eine Thatſache, die nicht in Zweifel gezogen wurde: es handelte ſich nur um die Frage, ob Marlborough dies Geld habe annehmen dürfen. Brydges hob beſonders hervor, daß der zweckmäßigen Verwendung dieſes Geldes zur Erlangung von Kundſchaftern die engliſche Nation es verdanke, daß ihre Armee niemals überfallen worden ſei. Brydges wagte die Behauptung, daß das Verfahren gegen Marlborough der britiſchen Nation zur Schande gereiche. — Einer der Officiere, Sir John Germain, der noch unter dem Fürſten Waldeck in Belgien gedient, ſagte aus, daß dieſer von den Lieferanten dieſelben Vortheile empfangen habe. Die Mehrheit jedoch blieb gegen Marlborough. Sie entſchied mit 270 gegen 165 Stimmen, daß die jährliche Annahme verſchiedener Summen Geldes von Seiten der Brotlieferanten durch den Herzog von Marlborough

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 245.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 515.

illegal und unverantwortlich ſei. — Dann ward ein Antrag auf Vertagung geſtellt und verworfen. Es kam alſo die andere Frage zur Abſtimmung, ob die $2^1/_2$ Percent Abzug von den Subſidien öffentliches Geld ſeien, für die eine Rechnung abgelegt werden müſſe. Eine große Mehrheit bejahte. Sie beſchloß zugleich, daß das Unterhaus in ſeiner Geſammtheit der Königin die Reſolution kund thun ſolle. Man vergaß dabei, daß ſich bei den Acten ein Reſcript befand, ausgeſtellt von dem Staats-Secretär Hedges im Namen der Königin, am 6. Juli 1702, welches Marlborough ermächtigte, jene $2^1/_2$ Percent zu nehmen, und davon die außerordentlichen Auslagen zu beſtreiten, für die auf andere Weiſe nicht vorgeſorgt werden könne. — Die Königin, nachdem ſie von dem Sprecher des Unterhauſes den Beſchluß vernommen, antwortete: „Ich ſchätze jegliche Vorſtellung von Seiten meiner Commons ſehr hoch, und werde das Meinige thun, um Euerer Beſchwerde Abhülfe zu ſchaffen.“[1])

Dieſe Worte der Königin ſchienen ein weiteres Verfahren gegen Marlborough in Ausſicht zu ſtellen. Die Freunde Marlboroughs verneinten die Möglichkeit. „Sie ſind der Anſicht, meldet Hoffmann, daß man ihm im Rechtswege nicht beikommen kann, daß vielmehr das ganze Verfahren gegen ihn nur den Zweck hat, ihn vor der Nation anzuſchwärzen und ſeine Abſetzung zu beſchönigen.“[2])

Dieſe Anſicht wird mittelbar beſtätigt durch St. John ſelber. Er ſchrieb an Strafford: „Dieſer Vorgang im Unterhauſe wird hoffentlich aller Welt, draußen wie daheim, darthun, daß kein Verdienſt, keine hohe Lebensſtellung, kein Reichthum denjenigen entſchuldigen oder ſicher ſtellen kann, der ſich in Widerſpruch mit der Königin ſetzt. Die ganze Debatte war darauf angelegt, augenſcheinlich darzuthun, welcher Urſache der Herzog ſeinen Fall beizumeſſen hat.“[3])

Auch in der Umgebung der Königin ward mehr und mehr gelichtet. Der Herzog von St. Albans, ein natürlicher Sohn Carls II., hatte mit den Whigs votirt. Er würde ſeines Hofamtes entlaſſen. Dem Herzog von Somerſet, der bei der erſten Adreſſe für den Wieder-

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 251. — Hoffmanns Bericht vom 5. Februar.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Februar.
[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 167.

gewinn von Spanien und Westindien geredet und gestimmt, wurde das Oberstallmeister-Amt genommen. Einstweilen blieb noch die Herzogin. „Aber, schreibt St. John in jenem selben Briefe, obwohl die Königin sich noch nicht erklärt hat, sehe ich doch die Herzogin bereits als entlassen an. Wir kommen, wie ich glaube, endlich doch auf festen Boden. Sie werden mir zustimmen, daß es dafür hohe Zeit war."[1])

Einige Wochen zuvor hatte St. John das Festhalten der Königin an der Herzogin von Somerset als eine hauptsächliche Schwierigkeit bezeichnet. Jene seine Worte deuten an, daß, auch wenn die Herzogin nicht wirklich entlassen wurde, die Dinge doch dahin gebracht waren, daß jegliche Einrede der Herzogin bei der Königin gegen die Politik des Ministeriums Oxford-St. John verstummte.

Daß die Königin, nach dem kurzen Schwanken in der Zeit des Beginnes des Parlamentes, von da an in alle Schritte dieses Ministeriums willigte, scheint zu einem bedeutenden Theile ihrer Furcht beigemessen werden zu müssen. Die Luft war erfüllt von Gerüchten über Plane der Gewalt gegen die Freiheit oder gar das Leben der Königin. In diesen Gerüchten wurden als die Urheber solcher Plane genannt der Prinz Eugen, Marlborough, der hannöversche Gesandte Bothmar. Der französische Staats-Secretär Torcy hat in seinen Denkwürdigkeiten, die 1757 erschienen sind, viel über schauerliche Plane solcher Art geredet, allerdings mit dem Zusatze: si l'on en croyait des gens peut-être mal informés.[2])

Aber dann bringt er doch vor: der Prinz Eugen habe den Vorschlag gemacht, zu einer Zeit, wo ein befreundeter Officier die Wache des Palastes St. James commandire, die Stadt London an verschiedenen Stellen in Brand zu stecken. Bei der dann entstehenden Verwirrung möge Marlborough einige Bewaffnete um sich sammeln, sich zuerst des Towers und dann der Person der Königin bemächtigen u. s. w., u. s. w.[3])

Für diese Fabeleien hat Torcy einen bestimmten Ursprung nicht angegeben. Allein darauf kommt es an. Torcy hat seine Nachrichten

[1]) Bolingbroke letters vol. II, p. 162. Vom 18./29. Januar.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 165.

[3]) Coxe bespricht die Sache ausführlich in seinem Werke Marlborough vol. III, p. 291.

aus England gehabt; denn auch Jonathan Swift, deſſen Feder ſich Oxford häufig bediente, erzählt in ſeiner Geſchichte der letzten vier Jahre der Königin Anna ähnliche haarſträubende Dinge. Aus der reichen Sammlung von Actenſtücken, die im Jahre 1775 Macpherſon bekannt machte, ergibt ſich, daß ein gewiſſer Plunket nach St. Germain hin berichtete, die Entdeckungen jener Gewaltplane des Prinzen Eugen dem Grafen Oxford zugebracht zu haben.[1])

Die Perſönlichkeit dieſes Plunket allein genügt, die Qualität der Nachrichten zu beleuchten. Wie er ſelber hier ſagt, daß er dem Grafen Oxford Nachrichten zubringe, ſo ſtand er andererſeits im Solde des Grafen Gallas. Dieſer gibt, von Wien aus, am 16. März, dem Secretär Primoli den Auftrag: „Sie dürfen dem Plunket das zweite Quartal auszahlen, und ihn für dieſe Zeit fortfahren laſſen.“[2]) Gallas wiederholt die Sache im nächſten Schreiben, vom 23. März.

Dieſer Plunket war alſo ein Doppel- oder gar ein dreifacher Spion; denn er diente den Grafen Oxford und Gallas, ſo wie St. Germain.

In der Sammlung der Briefe St. Johns, des nachherigen Lords Bolingbroke, 1798 gedruckt, erſcheinen zwei angebliche Briefe des Prinzen Eugen, die im Cabinetsrathe der Königin verleſen wurden. Der eine derſelben redet von Vorſchlägen des Prinzen Eugen zu Gewaltthaten, unter der Zuſtimmung von Bothmar, und dann von Marlborough und Godolphin, mit dem Zuſatze, daß die Vernichtung einiger unwürdiger Subjecte, wie ſie zur Zeit das Ruder der Regierung führen, nicht in Vergleich komme mit dem Wohle der gemeinſamen Sache.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 310.

[2]) Al P—t si potrebbe rimettere l'altro quartale, e farlo continuare per questo tempo. — Der hier nur angedeutete Name findet ſich in der Correſpondenz gelegentlich auch vollſtändig. Vergleiche über Plunkets Beziehung zu Gallas auch Macpherson's Original papers vol. II, p. 282. Coxe, in ſeinem Werke über Marlborough, vol. III, p. 289, nennt Plunket a miscreant Jesuit spy, und ebenſo Lord Stanhope in dem Werke Queen Anne p. 510, vielleicht nur nach dem Vorgange von Coxe. Woher dieſer weiß, daß Plunket ein Jeſuit geweſen ſei, iſt bei ihm nicht zu erſehen. Die Correſpondenz des Plunket gibt für dieſe Benennung keinen Anhalt.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 146. Der Herausgeber behauptet die Originale zu beſitzen. Aber es iſt nicht abzuſehen, auf welche Weiſe Original-Briefe des Prinzen Eugen an den Grafen Zinzendorf in den Beſitz St. Johns kommen konnten.

Demnach wurden Gerüchte ſolcher Art in den höchſten Kreiſen vernommen und, wie es ſcheint, in ernſthafter Weiſe beſprochen. Aber es bleibt dann das Räthſel, warum, wenn das Miniſterium Zeugniſſe zur Ueberführung in Händen hatte, es nicht gegen den Prinzen Eugen und gegen Bothmar vorging wie früher gegen den Grafen Gallas, und gegen Marlborough verfuhr nach den engliſchen Geſetzen. Dies geſchah nicht. Am 6./17. Februar war der Geburtstag der Königin. „Sie hat, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, den Prinzen von Savoyen in ihr Cabinet rufen laſſen, wie ſie immer zu thun pflegt, wenn er zu Hofe kommt, und ihm eigenhändig einen mit Diamanten beſetzten Degen verehrt.“ [1])

Dagegen traf das Miniſterium nach einer anderen Seite hin die jenen Gerüchten entſprechenden Maßregeln. Die Wache im Palaſte St. James wurde verdoppelt, und mehrere Thore desſelben verſchloſſen gehalten. In der Nähe von St. James wurden verſchiedene Cavallerie-Poſten aufgeſtellt, und Anderes der Art.[2])

Bei ſolchen Anſtalten mußte ſich die Königin von Gefahren umringt meinen. Die Conſequenz war, daß ſie um ſo williger noch der Führung des einen Mannes folgte, der ihr nach ihrer Meinung ihre Freiheit wieder gegeben und bisher ſie über alle Schwierigkeiten hinweg gehoben hatte, des Grafen Oxford.

In einer anderen Richtung jedoch hatte dieſer ſich bisher verrechnet, nämlich in Bezug auf den Kurfürſten Georg Ludwig. Bei dem Miniſterwechſel ſelbſt, im Herbſte 1710, hatte er gehofft, durch die Sendung des Grafen Rivers die Zuſtimmung des Kurfürſten zu erlangen. Es war ihm nicht gelungen. Er hatte dann verſucht, im Herbſte 1711, durch die abermalige Sendung des Grafen Rivers den Beifall des Kurfürſten zu der britiſchen Friedenspolitik zu gewinnen. Dieſer Verſuch war ſo ſehr fehlgeſchlagen, daß vielmehr der Kurfürſt jene Politik entſchieden misbilligte, und daß die Miniſter die Denkſchrift, die der Geſandte Bothmar im Namen des Kurfürſten einreichte, nur dadurch wirkungslos machen konnten, daß ſie dieſelbe veröffent-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 169.

lichten, um ſie den Whigs zuzuſchieben und dadurch den Parteieifer ihrer Anhänger gegen dieſelbe anzufachen.

Wir haben von Oxford das Wort vernommen, daß dieſe Denkſchrift der Angelegenheit der Succeſſion des Hauſes Hannover eine furchtbare Wunde geſchlagen habe. (S. 228.) Der Jacobit Lockhart geht ſo weit zu ſagen, daß Oxford damals im Parlamente die Mehrheit gegen dieſe Succeſſion habe gewinnen können.[1])

Stellung des britiſchen Miniſteriums zum Hauſe Hannover.

Oxford dagegen beſchloß abermals in Hannover einen Verſuch zu machen.

Bei der Beſorgnis, die ſo vielfach ſich regte, daß das letzte Ziel der Miniſter Oxford und St. John die Rückführung des Prätendenten ſein würde, ging die Whig-Partei darauf aus, immer neue Bollwerke für die Sicherung der Thronfolge des Hauſes Hannover zu errichten. Wir haben vernommen, daß unmittelbar vor der erſten Vertagung des Oberhauſes der Herzog von Devonſhire dort den Antrag ſtellte: die Königin möge dem Kurprinzen in Hannover als Herzog von Cambridge den Vorrang vor allen Pairs von Groß-Britannien zuerkennen. Der Antrag war ein Schritt in derjenigen Richtung, welche die Whig-Partei, ſeit ihrer Niederlage vom Herbſte 1710, bei jeder Gelegenheit einzuſchlagen ſuchte, nämlich auf die Einladung des Kurprinzen. Der Graf Oxford jedoch, anſtatt einen Einſpruch zu erheben, legte, beim Wiederzuſammentritte des Parlamentes, im Oberhauſe eine fertige Bill vor, welche der Prinzeſſin Sophie, verwitweten Kurfürſtin, dem Kurfürſten ihrem Sohne und dem Kurprinzen Herzog von Cambridge, nach der Königin den erſten Rang in Groß-Britannien zuerkannte. Dieſe Bill wurde am ſelben Tage zweimal im Oberhauſe verleſen, das dritte Mal am nächſten Morgen. Dann wurde ſie von zwei vornehmen Mitgliedern des Oberhauſes an das Unterhaus gebracht, und dort dreimal nach einander, ohne Unterbrechung, ver-

[1]) Lockhart papers vol. I, p. 374.

leſen. Denn man war allſeitig einverſtanden, daß die Bill durchgehen ſolle ohne Widerſpruch.[1])

Die Bill alſo wie ſie beſchloſſen wurde, umfaßte das geſammte damalige kurfürſtliche Haus in Hannover. Es dürfte nicht überflüſſig ſein, bei dieſem Anlaſſe die Verſchiedenheit des Namens klar zu ſtellen. In dem officiellen Stile des alten Reiches exiſtirte nicht der Name eines Fürſtenhauſes Hannover. Sämmtliche Linien des welfiſchen Hauſes als Nachkommen des Herzogs Otto Puer, der bei der Ausſöhnung mit dem Kaiſer Friedrich II., auf dem Hoftage zu Mainz 1235, ſeine Allode aufgetragen und als Reichslehen wieder empfangen, führten den herzoglichen Titel von Braunſchweig-Lüneburg. Erſt nach 1636, wo das Haupt der jüngeren Linie, der Herzog Georg, ſich die Stadt Hannover zur Reſidenz erſehen, kam für dieſe Linie oft die Bezeichnung des Fürſtenhauſes Hannover auf, nur freilich nicht in der amtlichen Sprache des Reiches. Die Erhebung zur Kurwürde 1692 galt dem Hauſe Braunſchweig-Lüneburg der jüngeren Linie, die in Hannover ihren Sitz hatte. Die engliſche Succeſſions-Acte von 1701 berief, für den Fall des kinderloſen Abſterbens der damaligen Prinzeſſin Anna, die Prinzeſſin Sophie und ihre Leibeserben. In dieſer erſten Acte ward der Name des Fürſtenhauſes nicht genannt. Wie jedoch auch in Deutſchland das Fürſtenhaus häufig kurzweg nach der Reſidenz benannt wurde, ſo überwog in England durchaus die Benennung Hannover, ſo daß die ſpäteren Parlaments-Acten das Fürſtenhaus, welches ſich ſelber Braunſchweig-Lüneburg nannte und in der amtlichen Sprache des Reiches nur dieſen Namen führen konnte, mit dem Namen des Hauſes Hannover bezeichnen. Dieſe Benennung gewann dann im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts völlig das Uebergewicht über die urſprüngliche und reichsrechtliche.

Kehren wir zurück zu dem Plane Oxfords. Er hatte durch ſeine Bill der Königin den Dienſt erwieſen, dem unangenehmen Plane der Whigs auf die Einladung des Kurprinzen die Spitze abzubrechen. Aber ſeine Gedanken dabei gingen weiter. Wie die Parlaments-Acte der Succeſſion, von 1701, wie die ferneren Acten der Naturaliſation und der Regentſchaft, von 1705, ſo ſollte auch dieſe Acte durch einen

[1]) Lords Debates vol. II, p. 363. — Commons Debates vol. IV, p. 247.

eigenen Gesandten nach Hannover überbracht werden. Oxford erwählte dazu seinen Verwandten Thomas Harley. Die Instruction für denselben in Bezug auf den Kurfürsten ist von besonderer Wichtigkeit. Sie lautet wie folgt.[1])

„Nachdem Sie die Briefe der Königin überreicht und die bei solchen Anlässen üblichen Höflichkeiten vollzogen, nehmen Sie die erste Gelegenheit wahr, um mit dem Kurfürsten allein zu reden. Sie haben zu beginnen von dem Punkte aus, wo der Graf Rivers aufgehört hat. Sagen Sie also dem Kurfürsten, daß, obwohl Ihre Majestät durch das Verhalten seines Ministers hier sich provocirt fühlt, ihre Zuneigung für den Kurfürsten und ihre Sorgfalt für die Interessen seiner Familie dennoch bei ihr so sehr überwiegt, daß sie, anstatt die geringste Aeußerung eines Verdrusses laut werden zu lassen, vorgezogen hat, Sie an ihn zu senden, ausgerüstet mit der völligen Kunde ihrer Absichten, um ihm, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, das wirkliche Interesse von Groß-Britannien offen zu legen. Geben Sie dem Kurfürsten einen wahren Bericht dessen, was hier vorgegangen ist. Legen Sie ihm die Schwäche derjenigen dar, mit denen sein Minister zu Rathe geht, und unter deren Leitung er handelt. Zeigen Sie ihm, wie viel schwächer noch diese Faction werden muß, wenn erst der Friede abgeschlossen ist, und wenn die natürliche Kraft der Nation, entlastet von der Bürde des Krieges, sich frei entwickeln kann. Ueberzeugen Sie ihn, daß sein Interesse in Betreff der Succession demjenigen einer Partei zum Opfer gebracht wird. Erinnern Sie ihn, daß er bisher nach beiden Seiten hin sich freundlich erwiesen, daß dagegen die jetzigen Maßregeln dahin zielen, ihn zu dem Haupte der einen Partei zu machen im Gegensatze zu der anderen. Stellen Sie ihm den Unterschied zwischen seinem jetzigen und seinem früheren Verhalten vor Augen."

„Wenn diese Vorstellungen den gebührenden Eingang finden, so suchen Sie weiter dem Kurfürsten klar zu machen, daß die Rolle, welche der Freiherr von Bothmar hier gespielt hat, es für ihn unmöglich macht, einen Antheil an dem Vertrauen der Königin zu haben, oder hier in Freundschaft mit Anderen zu leben als mit der Einen Gesellschaft von Leuten."

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 182.

Die Instruction spricht also wesentlich dieselben Gedanken aus, welche einige Wochen zuvor der Graf Strafford bei der Kurfürstin Sophie vorgebracht hatte, und mit welchen er dort abgewiesen war. Das Vertrauen in Hannover und namentlich bei der Kurfürstin in die Aufrichtigkeit dessen, was von der Königin Anna kam, war nie sehr fest gewesen, und ward damals durch den Gang der Dinge in England mehr und mehr erschüttert. Sie spricht sich darüber vertraulich aus zu einer ihrer Nichten, der Raugräfin Louise in Frankfurt: „Madame — nämlich die Herzogin von Orleans, Halbschwester der Raugräfin — hat neulich den englischen Hof in St. Germain besucht und alle königlichen Personen lustig und gesund gefunden. Sie haben auch in langer Zeit kein besseres Spiel gehabt. Wenn die Krone von Groß-Britannien zu kaufen ist, wie es scheint, kann Frankreich sie besser bezahlen als wir, die wir es nicht machen werden wie König August." [1])

Ueber die Nachricht, daß Harley als Gesandter kommen solle, äußert sich die Kurfürstin nach derselben Seite: „Es wird ein Gesandter von England kommen mit Schriftstücken, die ich mit Gold — durch die damals den Gesandten gegenüber üblichen Geschenke — bezahlen muß, wie vor diesem geschehen. Was es bedeuten soll, weiß ich nicht; denn ich habe schon ein großes Patent vom Könige Wilhelm, damals von Lord Macclesfield überbracht." [2]) Einige Tage später schreibt sie: „Vom Hofe in England aus darf man des Volkes wegen nicht anders reden als daß man die Succession auf uns verlangt. Wenn aber Frankreich die Oberhand hat, so wird wohl nichts davon werden. Was mich betrifft, so werde ich es ja doch nicht erleben.. Ich bin mit meinem Stande wohl zufrieden, und danke Gott, der mich bisher gesund leben läßt."

Thomas Harley kam indessen damals nicht in die Lage, jener Instruction gemäß in Hannover zu reden. Sein Auftrag lautete zuerst nach dem Haag und nach Utrecht, dann nach Hannover. Inzwischen jedoch traf eine Kundgebung des Kurfürsten in London ein. Beobachten wir zuerst die Stellung Bothmars zu den Ministern dort.

[1]) Gräflich Degenfeld Schonburgisches Archiv in Eybach. Vom 4. Februar.
[2]) Eben dort, vom 12. Februar.

Dieſe konnte nach dem Vorgefallenen nicht eine freundliche ſein. Die Miniſter hielten wie an einem unzweifelhaften Factum feſt, daß Bothmar im Vereine mit den Whigs ſeine Denkſchrift veröffentlicht habe, während Bothmar bei dem Kurfürſten die britiſchen Miniſter anklagte, daß ſie durch die von ihnen her bewirkte Veröffentlichung bezweckten, die Denkſchrift zu einer Kundgebung des engliſchen Parteigetriebes hinabzudrücken. Als es kund wurde, daß Harley als Geſandter nach Hannover gehen ſolle, fragte Bothmar bei St. John um den Auftrag desſelben an. St. John verweigerte die Auskunft.[1])

Im Februar trat dazu ein neuer Anlaß der Reibung in Betreff des Barriere-Vertrages von 1709. Dieſer Vertrag, durch welchen die damals herrſchende Whig-Partei der Republik das Beſatzungsrecht in einer Reihe von belgiſchen Städten zugeſtanden, um die Garantie der Republik für die Thronfolge des Hauſes Hannover zu erlangen, war in den Augen des Miniſteriums Oxford-St. John allzu vortheilhaft für die Republik, und nachtheilig für den Handel von England nach Belgien hin ausgefallen. Die Regierung legte ihn, zu Ende Januar, dem Unterhauſe vor, um ihre Forderungen der Aenderung an die Republik durch das Votum des Unterhauſes zu ſtützen. Bothmar faßte die Sache anders auf. Er richtete an St. John ein Schreiben, in welchem er die Bitte ausſpricht, St. John wolle die Sache im Unterhauſe ſo leiten, daß die in dem Vertrage feſtgeſtellte Garantie der Republik für die Succeſſion keinen Schaden erleide.[2]) Die Bitte verhüllt offenbar nur ſchwach die Beſorgnis, daß die Vorlage an das Unterhaus im Intereſſe des Prätendenten geſchehe. St. John brachte die Sache an die Königin, und antwortete im Namen derſelben: die Prüfung alles deſſen, was dem Intereſſe der Nation nachtheilig werden könne, ſei ein unanfechtbares Privileg des Unterhauſes. „Darum, fährt er fort, werden Sie mir geſtatten Ihnen auszuſprechen, daß Sie ſich nicht leichthin in eine ſo delicate Angelegenheit miſchen dürfen, zumal wo Sie darüber keine beſtimmten und beſonderen Befehle von dem Kurfürſten haben können." — „Ich muß hinzufügen, ſagt weiter

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

[2]) Das Schreiben in Bolingbroke's letters vol. I, p. 171. Dort auch die Antwort.

St. John, daß in dem guten Willen der Königin, ihres Parlamentes und des Volkes die beste Garantie für die Sicherheit der protestantischen Thronfolge besteht. Und nach allen Beweisen, welche sowohl die Königin als die beiden Häuser des Parlamentes von ihrer aufrichtigen Gesinnung für das Recht des durchlauchtigsten Hauses gegeben haben, erscheint es ein wenig auffallend, daß die Prüfung des Barriere-Vertrages, der einen wichtigen Zweig unseres Handels so nahe angeht, ein Mistrauen erwecken sollte."

War in dieser Sache der Vortheil der Position auf Seiten St. Johns, so erhielt einige Tage darauf Bothmar eine Verstärkung der seinigen. Der Kurfürst antwortete, am 20. Januar, auf die Aufforderung der Königin, vom 21. November/1. December, den Friedens-Congreß in Utrecht zu beschicken. Das Schreiben lautet wie folgt.[1])

„Durchlauchtigste und mächtigste Königin u. s. w."

„Das Schreiben, mit welchem Ew. königliche Majestät unter dem Datum des 21. November verflossenen Jahres uns beehrt haben, ist uns richtig überliefert. Wir haben daraus ersehen, welchen Anlaß der allerchristlichste König Ew. königlichen Majestät dargeboten hat, einen mit Frankreich abzuschließenden Frieden in Erwägung zu nehmen und zu Beredungen darüber uns mit den anderen Verbündeten einzuladen."

„Ew. königlichen Majestät sagen wir für die Mittheilung, die Sie über eine so gewichtige Sache uns zu machen geruht haben, unseren gebührenden Dank. Und, wie wir in die hochherzige Erklärung Ew. königlichen Majestät, daß Sie nichts vor Augen haben als daß der Krieg durch einen soliden Frieden beendet werde, bei welchem jeder der Verbündeten eine vernünftige Satisfaction erlangen könne, ein besonderes Vertrauen setzen: so sind wir auch der Ueberzeugung, es werde Ew. königlichen Majestät nicht misfallen, wenn wir, in dem Streben die Obliegenheit eines guten Bundesgenossen in aller Beziehung zu erfüllen, vor Ew. königlichen Majestät uns aufrichtig und freimüthig darüber aussprechen, welche Mittel und Vorsichtsmaßregeln uns nothwendig erscheinen, das von Ew. königlichen Majestät vorgesteckte löbliche und ersehnte Ziel zu erreichen."

---

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VII, p. 393.

„Da jedoch durch brieflichen Verkehr dies nicht ohne große Ausführlichkeit und darum minder bequem geſchehen könnte: ſo haben wir es dem Verhältniſſe unſerer Verpflichtungen für Ew. königliche Majeſtät beſſer entſprechend zu ſein erachtet, unſerem an Ihrem Hofe weilenden Staatsrathe und außerordentlichen Geſandten, dem Freiherrn von Bothmar, zu ſchreiben, was er über eine Angelegenheit von ſolchem Gewichte vor Ew. Majeſtät und Ihren Miniſtern vorzubringen habe. Damit dies geſchehen könne, erſuchen wir Ew. königliche Majeſtät angelegentlichſt, dasjenige was der Freiherr von Bothmar in unſerem Namen vorbringen wird, gnädig anzuhören und demſelben vollen Glauben beizumeſſen.“

„Unterdeſſen werden wir nicht ermangeln, zu den angeregten Friedensberedungen unſere Bevollmächtigten abzuſenden, ſobald die geheiligte kaiſerliche Majeſtät beſchloſſen haben wird daran Theil zu nehmen. Denn von dem Kaiſer als dem Haupte des Reiches dürfen wir, wie Ew. königliche Majeſtät gern uns zugeſtehen werden, in einer ſo wichtigen Angelegenheit uns nicht trennen.“

„Im Uebrigen empfehlen wir Ew. königliche Majeſtät von ganzer Seele dem göttlichen Schutze.“

„Gegeben zu Hannover, am 20. Januar 1712. Georg Ludwig, Kurfürſt.“

Der Schwerpunkt dieſes Schreibens liegt in den hier durch den Druck, nicht im Originale, hervorgehobenen Worten: „in dem Streben die Obliegenheit eines guten Bundesgenoſſen in aller Beziehung zu erfüllen“, ſo wie daneben in der erneuten Beglaubigung Bothmars. Der Kurfürſt berührt nicht die Frage eines Zuſammen-Gehens von Bothmar mit der Whig-Partei: eine ſolche Frage war für ihn gar nicht da.

Bothmar erhielt nicht eine Audienz zur Ueberreichung des Schreibens. Er ſandte es daher ein, mit einem Begleitſchreiben ſeinerſeits.[1]) „Die Vorſtellungen, ſagt er darin, mit denen, laut dieſer Antwort, Se. kurfürſtliche Durchlaucht mich beauftragt haben in Betreff der Mittel und der Vorſichtsmaßregeln, um zu dem ruhmwürdigen Ziele zu gelangen, welches Ew. Majeſtät ſich geſteckt haben, für Sie

[1]) Lamberty t. VII, p. 394.

ſelber und für alle Ihre Verbündeten einen ſicheren, dauernden und vortheilhaften Frieden zu erwirken — dieſe Vorſtellungen ſind dieſelben, welche ich, auf Befehl des Kurfürſten, vor den Miniſtern Ew. Majeſtät gemacht habe, ſowohl mündlich als durch eine Denkſchrift, eingereicht am 28. November/9. December. Ew. Majeſtät wollen mir zu Gnaden halten, daß ich darauf mich beziehe." Dann jedoch fuhr Bothmar in dem Sinne der Denkſchrift fort: „Die große Einſicht Ew. Majeſtät, Ihr Wohlwollen für die Intereſſen Ihrer Verbündeten, Ihr Eifer für das Wohl von Geſammt-Europa, ſind die Gründe der Ueberzeugung für den Kurfürſten, daß Ew. Majeſtät bei dieſer Unterhandlung Nutzen ziehen werden von den großen Vortheilen, mit denen Gott während dieſes ganzen Krieges Ihre Waffen geſegnet hat, um einen Frieden zu erwirken, bei welchem alle Ihre Verbündete ihre Genugthuung in ſolcher Art finden, daß die Einigkeit den Friedensſchluß noch lange überdauern, und ihn erhalten und verbürgen wird. Dies wird die ruhmvolle Regierung Ew. Majeſtät durch die Freiheit und durch das Gedeihen in Folge eines ſolchen Friedens der Nachwelt eben ſo theuer machen, wie ſie heute über das Erdenrund ſtrahlt durch den Glanz der Siege."

Der Eindruck, den dieſe zwei Schreiben auf die Miniſter der Königin machten, ergibt ſich aus einer Meldung darüber von St. John an Strafford. „Sie verwundern ſich, ſchreibt er, mit Recht über Bothmars Thorheit. Aber es thut mir leid Ihnen zu ſagen, daß ſein Herr von denſelben Meinungen ſehr ſtark angehaucht ſcheint. Erſt vor zwei Tagen hat die Königin von ihm als Antwort auf ihr Circular vom 21. November, ein Schreiben erhalten, in welchem er eine Art von Sanction ausſpricht für alle Impertinenz, die ſein Geſandter hier begangen hat und ferner bereit iſt zu begehen."[1])

Wenn aber in dieſer ganzen Angelegenheit von einer Impertinenz die Rede ſein konnte, ſo war es diejenige der Veröffentlichung einer Denkſchrift, die von der einen verbündeten Regierung an die andere gerichtet war. Und dieſer Impertinenz hatte ſich, nach dem nicht direct ausgeſprochenen, aber aus dem Ganzen wohl erkennbarem Urtheile des Kurfürſten, nicht ſein Geſandter Bothmar ſchuldig gemacht.

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 180. Vom 19. Februar/1. März.

Es war zuerſt die Abſicht des Grafen Oxford, ſeinen Verwandten Harley ſogleich nach dem Beſchluſſe des Parlamentes über jene Acte nach Hannover zu ſenden. Das Handſchreiben der Königin an den Kurfürſten, welches er überbringen ſollte, war ſogar datirt vom 8. Januar a. St., alſo noch bevor nur das Parlament jene Acte des Vorranges beſchloſſen hatte. Harleys Aufbruch jedoch verzögerte ſich, weil das Miniſterium ſeiner Mitwirkung zur Führung des Unterhauſes nicht entbehren konnte.[1]) Und dann traf jenes Handſchreiben des Kurfürſten an die Königin ein, welches mit der Inſtruction Harleys in ſcharfem Widerſpruche ſtand und daher ihr die Möglichkeit der Ausführung benahm. Er wurde dann zwar nach dem Haag und nach Utrecht geſchickt, gelangte aber erſt im Laufe des Sommers nach Hannover.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Die Mehrheit des Unterhauſes arbeitete unterdeſſen in dem von dem Miniſterium gewünſchten Sinne, die auswärtige Politik desſelben durch ſeine Beſchlüſſe zu ſtützen. Am 4./15. Februar wurden elf Reſolutionen gefaßt, des Inhaltes, daß nur England ſeine vertragsmäßige Pflicht für die große Allianz erfüllt, nicht die anderen Mächte. In Betreff des Kaiſers ſagte die zweite dieſer Reſolutionen: „Für die Führung des Krieges in Spanien, um dieſe Monarchie dem Hauſe Oeſterreich wieder zu gewinnen, haben weder die Kaiſer Leopold und Joſeph, noch der gegenwärtige Kaiſer, jemals bis zum letzt abgelaufenen Jahre, auf eigene Koſten Truppen geſtellt, und auch dann nur Ein Regiment Infanterie, beſtehend aus 2000 Mann.“[2])

Der Beſchluß zeigt, daß dieſem Unterhauſe von 1712 der Beginn des Krieges in Spanien völlig unbekannt war. Der Reſident Hoffmann meldete darüber heim: „Man hat von Seiten des Hofes dem Unterhauſe nicht mitgetheilt, daß man allhier damals für gut befunden, freiwillig Se. kaiſerliche Majeſtät von einem Beitrage für den Krieg in Spanien und Portugal zu eximiren.“[3])

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 179.
[2]) Commons Debates vol. IV, p. 253.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

Einige Wochen ſpäter wiederholte das Unterhaus dieſe Beſchlüſſe in der Form einer Adreſſe an die Königin beſtimmter und genauer, und darum wird ſich dann der beſſer geeignete Anlaß bieten, näher darauf einzugehen, ſowohl in Betreff des Kaiſers wie der Republik.

Dann zog das Unterhaus den Vertrag mit der Republik, vom October 1709, über die Barriere derſelben gegen Frankreich und über die Garantie der Thronfolge in Groß-Britannien, zur Unterſuchung. Die Mehrheit kam zu dem Ergebniſſe, daß, unter dem Vorwande jener Zwecke, in den Vertrag verſchiedene Artikel eingeſetzt ſeien, verderblich für den Handel und das Intereſſe von Groß-Britannien, und deshalb ſehr zur Unehre der Königin. Es liege vor Augen, daß der Lord Townſhend für verſchiedene Artikel in dem beſagten Vertrage nicht die Befehle oder die Ermächtigung gehabt habe. Die Reſolution ſchloß mit den Worten: „Lord Townſhend, welcher dieſen Vertrag unterhandelte und abſchloß, und alle diejenigen, welche anriethen denſelben zu ratificiren, ſind Feinde der Königin und des Königreiches.“ [1])

Bei ſolchen Leiſtungen der Mehrheit des Unterhauſes ſchreibt St. John an Strafford: „Es lag uns daran dahin zu kommen, daß das Unterhaus für das Intereſſe der Königin und die Maßregeln zum Frieden völlig ſicher wäre. Ich glaube nunmehr ſagen zu dürfen, daß dies durchaus erreicht iſt. Wenn daher die Franzoſen einen in ſich vernünftigen Entwurf vorlegen, deſſen Annahme Ihre Majeſtät, nach einem erfolgreichen Kriege, mit Ehren rechtfertigen kann: ſo iſt kein Hindernis mehr.“ [2])

Von dieſem Ziele war man freilich noch weit entfernt. Es iſt dem Miniſterium Oxford-St. John in der damaligen Zeit öfter ausgeſprochen, daß ſie einen näheren Weg hätten haben können, wenn ſie, gegen die Ceſſion von Spanien und Weſtindien an Philipp V., von Ludwig XIV. für England und für deſſen Verbündete Carte Blanche verlangt hätten.[3]) Dann hätte England die Entſcheidung in Händen gehabt. Nun aber ſtand dieſelbe, wie jene Worte St. Johns darthun, bei Frankreich.

Und dies führt uns zu dem Friedens-Congreſſe in Utrecht.

---

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 256.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 179. Vom 16./27. Februar.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 18. October.

Beginn des Friedens-Congresses in Utrecht.

Als Friedensbotschafter von britischer Seite waren ernannt der Lord Geheimsiegelbewahrer Robinson, anglicanischer Bischof von Bristol, und der Graf Strafford. Der Erstere stand voran im Range, der Letztere im Vertrauen der Minister. Die Instruction dieser Gesandten sagte nichts von dem geheimen Vertrage, vom 27. September 8. October, mit Mesnager, stand vielmehr mit demselben im Widerspruch. Denn sie sagte: „Wird es für zweckmäßig erachtet, mit der Verfügung über die spanische Monarchie zu beginnen: so haben Sie darauf zu bestehen, daß die Sicherheit und die vernünftige Satisfaction, welche die Verbündeten erwarten, und welche der König von Frankreich versprochen hat, nicht bestehen kann, wenn Spanien und Westindien irgend einer Linie des Hauses Bourbon überwiesen werden. Und im Falle der Feind — also hier die Franzosen — einwenden würde, wie es die kaiserlichen Minister gethan haben, daß der zweite Artikel der von Mesnager gezeichneten Präliminarien das Verbleiben des Herzogs von Anjou auf dem Throne von Spanien voraus setze: so haben Sie dagegen geltend zu machen, daß diese Artikel bindend sind für Frankreich, nicht jedoch für uns und unsere Bundesgenossen.“[1])

Demgemäß führte Strafford im Haag die Rede, daß England sich aufs äußerste bemühen werde, Spanien und Westindien wieder zu gewinnen. Man hielt ihm entgegen, daß Frankreich das Gegentheil wolle und daß man also nicht zum Frieden gelangen werde. Aber Strafford erwiederte dann, daß England des Friedens bedürfe. Die daraus zu ziehende Folgerung lag nahe.[2]) — Es war ja allerdings leichter in London Worte niederzuschreiben, die mit den Thatsachen unvereinbar waren, als es im Haag sein konnte, gegenüber dem Kreuzfeuer der Fragen solche unaufrichtigen Worte dennoch aufrecht halten zu wollen.

Die britischen Botschafter trafen zuerst in Utrecht ein, dann die Franzosen. Es waren ihrer drei: der Marschall Uxelles, der Abbé Polignac und Mesnager. Die ersteren zwei kennen wir als die früheren

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 96.

[2]) Lamberty t. VII, p. 5.

Bevollmächtigten von Geertruidenberg, den letzteren als denjenigen, der die Basis zu dieser neuen Verhandlung gelegt hatte. Namentlich jene zwei mochten mit anderen Gefühlen in Utrecht einziehen als zwei Jahre zuvor in Geertruidenberg. Als die Engländer, wie es der Brauch verlangte, den später angekommenen Franzosen den ersten Besuch machten, empfing Uxelles den Bischof von Bristol mit den Worten: Je vous donne la main, et je vous donne la —. Man meinte, daß er das Wort paix mit Absicht verschluckt habe. Als einer der Holländer bei dem ersten Besuche seine Freude aussprach, daß man nun zu Friedenshandlungen komme, warf Mesnager ihm entgegen: „Also die Holländer wollen auch den Frieden?“ Jener entgegnete: „Gewis wollen wir den Frieden, aber so, wie er dem rühmlich geführten Kriege entspricht.“ [1]) Der Wille war gut; aber, bei der Abhängigkeit der britischen Minister von Frankreich, waren nicht mehr die Holländer die Herren der Situation, sondern die Franzosen, und darum erblicken wir bei diesen wieder den vollen Uebermuth der früheren Zeiten unter Ludwig XIV.

Der Monat Januar verfloß fast völlig mit den Vorbereitungen, den gegenseitigen Besuchen und Anderem der Art. Die Conferenzen sollten auf dem Stadthause statt finden, in welches die französischen Gesandten und diejenigen der Verbündeten durch verschiedene Eingänge gelangten. Der Magistrat meinte für alles trefflich vorgesorgt zu haben. Es war nicht der Fall. Die Franzosen bemerkten, daß, während die Verbündeten durch das Hauptportal ein- und ausgehen würden, ihnen eine Nebenthür angewiesen sei. Sie verlangten die Herstellung ihres Einganges zu gleicher Höhe. Sie fanden ferner, daß in dem Conferenz-Saale der Ort des Kamines oder das Vorhanden-Sein eines großen Spiegels gegenüber die Meinung des Vorranges eines der Plätze erregen könne. Sie bemerkten, daß das für sie bestimmte Berathungszimmer minder reich tapezirt sei als dasjenige für die Verbündeten. — Für alles dies beeilte sich der Magistrat von Utrecht schleunige Abhülfe zu schaffen.[2])

Dazu kamen andere unvorhergesehene Schwierigkeiten. Bei den europäischen Friedensschlüssen jener Zeit war es herkömmlich, daß eine

---

[1]) Lamberty t. VII. p. 7. — Die Berichte Primolis an Gallas, vom Januar.

[2]) Schreiben Primolis vom 2. Februar.

neutrale Macht als Vermittlerin eintrat. Von der chriſtlichen Weltanſchauung aus gebührte von Rechts wegen dies Amt der Vermittelung zunächſt dem päpſtlichen Stuhle, und Clemens XI. hatte, wie wir geſehen haben (Band IX, S. 353 u. f.), in den erſten Jahren ſeines Papates dieſes ſein Amt geltend zu machen geſtrebt. Die Verſuche von 1706 an waren gemacht ohne jegliche fremde Vermittelung. Bei dieſem letzten hatte man ſich von engliſcher Seite die Sache im voraus ſo ausgedacht, daß, nachdem England mit Frankreich einig, die Königin die Vermittlerin ſein würde. St. John hatte dieſen Gedanken als unzweifelhaft wiederholt an Strafford kund gegeben.[1]) Da man jedoch durch das offene Ausſprechen eines ſolchen Gedankens das heimliche Spiel, daß England mit Frankreich im Principe bereits einig ſei, bloß gegeben haben würde: ſo ſuchte Strafford auf mittelbarem Wege das Ziel zu erreichen. Eine hauptſächliche Aufgabe eines Vermittlers war die Führung eines bindenden Protokolles. Als in den Vorberathungen zu Utrecht die Frage aufgeworfen wurde, wem dies anzuvertrauen, ſchlug Strafford, in einer Verſammlung bei dem ſavoniſchen Geſandten Del Borgo, am 23. Januar, den britiſchen Botſchafts-Secretär Watkins vor. Er fand dafür keine Zuſtimmung.[2])

Es iſt ſehr wohl möglich, daß die Tragweite dieſer Ablehnung den anderen Geſandten nicht einmal ſofort völlig klar war. Und doch war damit einer der hauptſächlichen Gedanken der Friedenspolitik des Miniſteriums Oxford-St. John von Anfang an durchkreuzt.

Ungeachtet ſolcher Hinderniſſe ging bei den britiſchen und den franzöſiſchen Geſandten unausgeſetzt die Rede, daß im April alles beendet ſein und man heimkehren werde. Andere ſahen dieſe Rede an als ein Druckmittel auf die Kaiſerlichen, ſich nach Utrecht zu begeben, damit man nicht abſchließe, ohne auf ſie zu hören. In der Wirklichkeit jedoch gab Torcy von Verſailles aus nach St. James die Beſorgnis kund, daß bei dem Mangel an Willigkeit der Kaiſerlichen ſich an dem Congreſſe zu betheiligen, derſelbe ohne Ergebnis zergehen werde. Indem St. John dies dem Grafen Strafford in Utrecht mittheilte, wies er ihn an, ſich über das einzuſchlagende Verfahren mit den Franzoſen dort unter der

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 443, 455; vol. II, p. 31.

[2]) Lamberty t. VII, p. 11. — Primolis Bericht vom 2. Februar.

Hand zu verständigen, mit dem Unterschiede jedoch, daß von den drei Gesandten nur Polignac das volle Vertrauen Torcys besitze.[1])

Die erste Conferenz ward angesetzt auf den 29. Januar. Der Bischof von Bristol that dabei sich besonders hervor. Ueber die bischöfliche Kleidung der Hochkirche von England hatte er einen weiten violetten, mit Gold verbrämten Sammtmantel angelegt. Den gewünschten Eindruck der Feierlichkeit schien er indessen dadurch nicht zu erreichen.[2]) Er richtete an die französischen Bevollmächtigten eine Anrede zur Betheuerung der eigenen aufrichtigen Friedensneigung, und zum Ausdrucke der Hoffnung auf die entsprechende Gesinnung bei jenen. Uxelles antwortete in gleicher Weise. Dann schlug er vor, daß entweder die Präliminarien von Mesnager zu Grunde gelegt würden, oder daß die Verbündeten ihre Forderungen darlegen möchten. Strafford erwiederte, daß die Präliminarien nur für Frankreich verbindlich seien. Polignac erkannte dies an, und damit fiel der erstere Punkt der Alternative. Dann aber erhob sich über den zweiten eine ausführliche Discussion, ob es zweckmäßiger sei, daß Frankreich Erbietungen machte, oder die Verbündeten Forderungen erhöben. Namentlich Polignac redete darüber in wohl ausstudirter Weise. Er endete mit dem Vorschlage, daß die Franzosen bereit sein würden, ihre Erbietungen genauer zu bestimmen, wenn nur dann auch die Verbündeten sich über diese Erbietungen im Einzelnen aussprechen würden. Damit endete die erste Conferenz.[3])

Auf den Bericht derselben beschlossen die Häupter der Republik im Haag, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Jene Reden und Gegenreden der Franzosen und Engländer in Utrecht, obwohl man auf kaiserlicher Seite sie als vorher verabredet ansah, hoben doch auch dort den hauptsächlichen Einwand gegen die Beschickung des Friedens-Congresses hinweg. Dazu kamen die dringenden Mahnungen der Holländer durch Buys und Goslinga. Der Graf Sinzendorf im Haag beschloß, sich nach Utrecht zu begeben. In der Aussicht auf die Kränkungen, die ihm als dem Vertreter des Kaisers dort bevorstanden, trat er, wie der mit ihm vertraute General Bonneval

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 167.

[2]) Lamberty t. VII, p. 12.

[3]) Primolis Berichte vom 2., 4. und 23. Februar.

ſich äußert, die Reiſe an, als ginge ſie zum Galgen. Vorher jedoch kamen Sinzendorf und der portugieſiſche Geſandte Graf Tarouca, der ſich nunmehr auch entſchloß nach Utrecht zu gehen, überein, jeglichem weiteren Schritte von britiſcher Seite zu dem Amte eines Vermittlers entgegen zu treten. Der erſte Schritt ſei geſchehen durch die Anſetzung eines Friedens-Congreſſes, der zweite durch die Beſtimmung des Ortes und der Zeit. Der dritte ſei nunmehr verſucht durch den Vorſchlag der Uebernahme der Protokoll-Führung. Das ſei um ſo weniger zu geſtatten, da man ſich auf die unparteiliche Führung des Protokolles nicht werde verlaſſen dürfen.[1])

Gemäß dem Vorſchlage Polignacs hatten demnach die franzöſiſchen Bevollmächtigten ihre Erbietungen für den Frieden einzugeben. Sie zauderten damit einige Tage, weil ſie ein Document abwarteten, auf welches ſie darin Bezug nehmen wollten. Dies Document, datirt zu Madrid am 2. Januar, war eine Verzichts-Urkunde Philipps V. auf die ſpaniſchen Niederlande zu Gunſten des Kurfürſten Max Emanuel von Bayern, allerdings mit ſchweren Bedingungen, unter ihnen derjenigen der Ausſcheidung eines ſouveränen Fürſtenthums mit Einkünften zum Betrage von 30.000 Thalern zu Gunſten der Prinzeſſin Orſini.[2])

Nachdem dies Document bekannt geworden, verſammelten ſich, am 11. Februar, die Friedensgeſandten, unter denen ſich nunmehr auch die kaiſerlichen, Sinzendorf und Consbruch, befanden, in dem großen Conferenz-Saale zu Utrecht, um die Vorſchläge der franzöſiſchen Bevollmächtigten entgegen zu nehmen. Sie ließen ſich ſämmtlich um einen großen runden Tiſch nieder, und, nach einigen Formalitäten, zog Uxelles ein Schriftſtück hervor. Der ihm zunächſt ſitzende Holländer Buys nahm es in Empfang. Dann erhob er ſich, ohne es zu leſen, und ſchritt auf das Sonderzimmer der Verbündeten zu. Die Anderen folgten ihm, und eben ſo begaben ſich die Franzoſen ihrerſeits in das ihnen angewieſene Zimmer.

Das von Uxelles unterzeichnete Schriftſtück ward dann verleſen. Der Inhalt desſelben war von den Präliminarien vom Mai 1709

[1]) Primolis Bericht vom 9. Februar. — Lamberty t. VII, p. 13.

[2]) Die Urkunde bei Lamberty t. VII, p. 14.

ſehr verſchieden. Damals bat Ludwig XIV. um den Frieden, wie die Verbündeten ihn gewähren würden: jetzt ſchrieb er die Bedingungen vor, wie er ſie wollte.

Er ſtellte die Anerkennung der Königin von Groß-Britannien und der Thronfolge dort in Ausſicht bei der Unterzeichnung des Friedens. Er verſprach Dünkirchen zu zerſtören gegen ein Aequivalent zu ſeiner Befriedigung. Als ein ſolches beſtimmte er die Städte Lille und Tournay mit ihrem Zubehör. Er bewilligte eine Barriere in den Niederlanden für die Republik, verlangte aber auch eine ſolche für Frankreich. Die Frage, welchem der Bewerber Spanien und Weſtindien gehören ſolle, ward nicht berührt, ſondern ſtatt deſſen geſagt, daß der König von Spanien verzichte auf Mailand, Neapel, Sardinien. Niemals jedoch ſolle eine und dieſelbe Perſon zugleich König von Frankreich und von Spanien ſein. Die Grenze gegen das Reich ſolle bleiben wie bisher. Dagegen ſollen die Kurfürſten von Köln und Bayern wieder eingeſetzt werden. Der König einerſeits, der Herzog Victor Amadeus andererſeits ſollen einander das Genommene zurückgeben. Eine Reihe von Vorſchlägen betrifft den Beſitz in Nordamerika zu Gunſten von England, ſo wie den Handel nach Spanien und Weſtindien. Für die Republik wird der günſtige Tarif von 1664 in Ausſicht geſtellt, jedoch mit Einſchränkungen.

Mit Staunen und Unwillen vernahmen die Geſandten der Verbündeten dieſe Vorſchläge. Namentlich der Vorleſende ſelber, Buys, konnte ſeine Ueberraſchung nicht bergen. Denn er hatte nach ſeiner Rückkehr aus England ſich oft dahin geäußert, daß Frankreich dennoch annehmbare Vorſchläge machen werde. Sinzendorf unterließ nicht, ihm in höflicher Weiſe zu bemerken, daß er nach den Ausſichten, die Buys gemacht, auf ſolche Vorſchläge nicht gefaßt geweſen ſei.

Wie immer auch St. James und Verſailles vorher ſich verſtändigt haben mochten: dieſe franzöſiſchen Vorſchläge gingen in mehr als einem Punkte auch über die Inſtructionen der britiſchen Geſandten hinaus. Dieſe machten z. B. ihnen zur Pflicht, die Rückgabe von Straßburg und Breiſach an das Reich zu verlangen.

Am nächſten Tage traten die Geſandten der Verbündeten zuſammen zu berathen, ob die Antwort eine gemeinſame ſein oder ob jeder Verbündete einzeln ſeine Gegenforderung erheben ſolle. Man

einigte ſich über einen gemeinſamen Tag der Ueberreichung, den 5. März.

Nicht wenige gaben ſich der Meinung hin, daß der allgemeine Unwille gegen die franzöſiſchen Vorſchläge der Sache der Allianz zum großen Vortheile gereichen werde. Allein die weſentliche Frage war, ob man im Haag und in London den Muth und die Kraft beſitzen werde die Vorſchläge zu verwerfen.

Der Unwille allerdings war in der Republik ſehr lebhaft. In der wichtigen Stadt Amſterdam war unter den vier Bürgermeiſtern nicht Einer für den Frieden unter dieſen Bedingungen.[1]) Die Rüſtungen gingen fort. Geld war vorhanden, weil der letzte Feldzug weniger koſtſpielig geweſen war als die früheren. Dazu brachten die Lotterien viel ein. Die Stimmung im Lande entſprach derjenigen von Amſterdam. Lieber wolle man den Türken zum Nachbar, hieß es, als den Kurfürſten von Bayern. Andere machten geltend, daß ein ſolches Auftreten Frankreichs undenkbar ſein würde, wenn nicht Frankreich mit England völlig einig, wenn nicht bereits ein Vertrag exiſtire, welcher Frankreich aller Beſorgnis von dort her enthebe. Dagegen aber ward der Einwand erhoben, daß die zur Zeit in England danieder liegende Partei der Whigs doch noch ſtark genug ſei einen Vertrag wie den einſtigen von Dover zu verhindern.[2])

Bei dieſer Stimmung im Haag begab ſich Strafford von Utrecht dahin, um beſchwichtigend zu wirken. Er äußerte vertraulich ſeine Meinung, daß Frankreich an ſolchen extravaganten Forderungen nicht feſthalten werde. Es werde mildere Saiten aufziehen. Er habe dagegen den Auftrag mitzutheilen, daß von britiſcher Seite alle Anſtalten getroffen würden rechtzeitig einen nachdrücklichen Feldzug zu eröffnen.[3])

Was immer man von den Worten Straffords halten mochte: es kam zunächſt darauf an, wie das britiſche Parlament die franzöſiſchen Propoſitionen von Utrecht aufnehmen würde.

Das britiſche Miniſterium legte die Propoſitionen dem Parlamente nicht vor. Dennoch wurden ſie aus den holländiſchen Zeitungen

---

[1]) Primolis Berichte vom 16. und 23. Februar.

[2]) Desgleichen.

[3]) Lamberty t. VII, p. 23.

ſofort bekannt. „Jedermann, meldet Hoffmann, hat ſich über den Inhalt aufs höchſte geärgert, und die Werthpapiere ſind ſofort um 4 Percent gefallen.“[1]) Lord Halifax benutzte die aus den holländiſchen Blättern geſchöpfte Kunde, um die Sache im Oberhauſe anzuregen. Er nannte die franzöſiſchen Propoſitionen ſcandalös, inſolent, unehrenhaft für die Königin und ihre Verbündeten. Derjenige, welcher der Königin den Rath geben würde, auf ſolche Vorſchläge hin zu unterhandeln, ſei ein Feind der Königin und des Königreiches. Halifax fand reichliche Unterſtützung. Sunderland bemerkte ironiſch, daß dieſe Vorſchläge auf Grubſtreet als ihren Urſprung deuteten, daß es ſich daher nicht verlohne, ſich damit zu befaſſen. Grubſtreet galt als die Schmiede der officiöſen Preſſe. Lord Guernſey erwiedert, daß das holländiſche Blatt, welches die Propoſitionen enthalte, unter der Autorität der Generalſtaaten erſchiene, und Lord Wharton richtete an den Grafen Oxford die Frage, ob er auf Ehrenwort die Artikel als unecht bezeichnen könne. Der Strom der Entrüſtung rann im Oberhauſe ſo ſtark, daß Oxford mitſchwimmen mußte.[2]) Es wurde eine Adreſſe an die Königin beſchloſſen, und am nächſten Tage ihr von dem geſammten Oberhauſe überreicht. Die Ausdrücke der Adreſſe waren ſcharf. Sie ſprach die gerechte Indignation, die äußerſte Empfindlichkeit des Hauſes über die franzöſiſchen Vorſchläge aus, und erneuerte die Zuſage, mit Gut und Blut die Königin in der Fortführung des Krieges zu unterſtützen, um einen ſicheren und ehrenvollen Frieden für die Königin und für ihre Verbündeten zu erlangen. — Der Dank der Königin war möglichſt kurz.[3])

Der wichtigere Factor des Parlamentes dagegen, das Unterhaus, verhielt ſich den franzöſiſchen Vorſchlägen gegenüber völlig ſchweigend. Daher konnte St. John am ſelben Tage, wie wir geſehen haben, an Strafford ſchreiben, daß das Unterhaus, wie er ſich ausdrückt, für die Königin und die Maßregeln zum Frieden völlig geſichert ſei.

Es handelte ſich alſo um die Antworten der Verbündeten in Utrecht auf die franzöſiſchen Vorſchläge vom 11. Februar.[4]) In der

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar. Aehnlich Lamberty t. VII, p. 396.

[2]) Schreiben Hoffmanns an Primoli, 1. März.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 368. Vom 16./27. Februar.

[4]) Das Folgende nach dem Berichte Primolis an Gallas, vom 15. März.

Versammlung der Gesandten dort, am 3. März, ward von dem Portugiesen Tarouca beantragt, daß jeder Antwort die Forderung der gerechten Genugthuung für alle Verbündete gemäß den Allianzen eingefügt werde. Ungeachtet des Widerspruches von Strafford ward dies angenommen.

Am Morgen des 4. März wurden in der Versammlung der Gesandten der Verbündeten die Forderungen der einzelnen Mächte verlesen. Es ergab sich, daß nur Portugal und Savoyen ausdrücklich die Rückgabe von Spanien und Westindien an das Haus Oesterreich verlangten, auf Grund der Verträge. In der erneuerten Zusammenkunft am Abende brachte der Graf Sinzendorf die principielle Frage zur Sprache. Gemäß dem vom Kaiser erhaltenen Befehle, sagte er, müsse er von den Seemächten eine positive Erklärung verlangen, wie sie gesonnen seien in Betreff des hauptsächlichen Objectes des bisherigen Krieges, Spaniens und Westindiens. Darauf zogen die holländischen Gesandten sich zu einer Sonderberathung zurück. Nach ihrer Wiederkehr eröffneten sie, daß sie, gemäß der einmal aufgerichteten Ordnung, nach welcher ein Jeder seine Ansprüche gesondert vorbringen solle, in ihrer Schrift eine solche positive Erklärung über Anderes nicht geben könnten, daß jedoch dessen ungeachtet sie als hauptsächliches Ziel im Auge hätten den Wiedergewinn von Spanien und Westindien. Sinzendorf richtete seine Frage an die Engländer. Diese hielten sich in allgemeinen Reden. Es genügten, sagten sie, die Worte der großen Allianz, welche dem Kaiser eine gerechte Satisfaction verhießen. Sinzendorf richtete an den Grafen Maffei als ersten Vertreter des Herzogs Victor Amadeus die Forderung einzutreten für die Allianz von 1703. Maffei und seine Collegen Del Borgo und Mellarede schwiegen.

Bei diesem Verhalten der Bundesgenossen brach Sinzendorf in die Worte aus: „Der heutige Tag macht der großen Allianz ein Ende.“ [1])

Es erhob sich weiter die Frage um den Modus der Ueberreichung. Die Holländer und Andere waren der Ansicht, daß die Schriftstücke

[1]) Dies sagen Bristol und Strafford in ihrem Berichte an St. John, im Rapport du Comité secret p. 274.

in ihrer Gesammtheit durch den Vertreter des Kaisers zu überreichen seien. Die Engländer widerstrebten der gemeinsamen Ueberreichung, wenn diese nicht durch sie geschähe. Es ward das Auskunftsmittel gefunden, daß ein Jeder verfahren möge in der ihm geeignet erscheinenden Weise.

Am anderen Morgen, dem zur Ueberreichung angesetzten Tage, dem 5. März, ließen die Holländer den Engländern die Bitte zugehen, sich vor der angesetzten Zeit nach dem Rathhause zu begeben. Dort richteten die Ersteren an diese das Ersuchen, dem Grafen Sinzendorf eine mehr befriedigende Antwort zu geben. Als die Engländer zauderten, erklärten jene, daß sie für sich es thun würden. Demgemäß wandten sie sich zu den Gesandten der Verbündeten mit der Eröffnung, daß, nachdem ihre gestrigen Worte nicht befriedigend erschienen, sie im Namen der Generalstaaten die Versicherung abgäben, alle Verträge, sowohl in Betreff Spaniens und Westindiens wie überhaupt, getreu erfüllen zu wollen.

Der Bericht der zwei englischen Gesandten an St. John zeigt die Verlegenheit, in die sie durch das Andringen der Holländer sich versetzt sahen. „Wir überlegten, melden sie, die gefährlichen Consequenzen unseres Verfahrens, wo wir die einzigen Minister waren, die Spaniens und Westindiens keine Erwähnung gethan hatten. Darum hielten wir es für zweckmäßig etwas zu sagen, um den Schein zu retten." Nach der Rückkehr in das Sonderzimmer der Verbündeten, erklärte daher dort der Bischof von Bristol, daß, da die Königin eine gerechte und vernünftige Satisfaction für alle ihre Verbündeten verlangt, gemäß ihren Allianzen, unter diesen Allianzen auch diejenigen in Betreff Spaniens und Westindiens als solche, welche die Interessen der anderen Verbündeten angehen, mit begriffen seien. — „Wir hoffen, setzen sie dann noch hinzu, daß man diese Erklärung des Bischofs, die nur Rechtes und Vernünftiges enthält, nicht zu einer neuen Verpflichtung ausweiten könne."[1]) — Mit anderen Worten: sie hofften, daß man ihr Ja als Nein auslegen könne.

St. John begnügte sich mit der Antwort: „Ihre Aufgabe in Utrecht ist in der That höchst schwieriger Art gewesen."[2])

---

[1]) Rapport du Comité secret p. 275.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 213.

Die Forderung von kaiſerlicher Seite war ſehr umfaſſend. Sie verlangte für das Reich alles zurück, was durch die Friedensſchlüſſe von Münſter, Nymegen, Ryswyck an Frankreich gekommen war, ſo wie die völlige Herſtellung des Herzogs von Lothringen und für den Kaiſer das geſammte ſpaniſche Erbe auf Grund des Teſtamentes von Philipp IV.

Die Franzoſen ſetzten ihre Antwort hinaus bis auf den 30. März.

Unter den Forderungen, die von britiſcher Seite den franzöſiſchen Geſandten in Utrecht überreicht wurden, ſind von beſonderem Gewichte diejenigen, welche ſich auf die Anerkennung der geſetzlich feſtgeſtellten Thronfolge beziehen. Dieſe Angelegenheit verdient daher ein genaueres Eingehen, namentlich in Betreff der damaligen Stellung und der Hoffnung des Prätendenten.

Die Angelegenheit des Prätendenten.

Aus den Aeußerungen der Zeitgenoſſen blickt vielfach die Meinung hervor, daß das Ziel der Friedenspolitik des britiſchen Miniſteriums die Rückführung des Prätendenten ſein müſſe. Die ſpätere Unterſuchungs-Commiſſion des britiſchen Unterhauſes, von 1715, war ſogar geneigt, von allen Schriftſtücken des Friedenshandels, die nicht mehr aufzufinden waren, anzunehmen, daß ſie die Sache des Prätendenten betroffen hätten.[1]) Wir haben uns nach ſicheren Zeugniſſen umzuſehen.

Im Beginne des Jahres richtete der Herzog von Hamilton, den wir wiederholt als ſchottiſchen Jacobiten kennen gelernt haben, an den Lord Middleton in St. Germain das folgende Schreiben.[2])

„Der Beſitz der Krone iſt niemals das Object der Wünſche der Königin geweſen, noch auch betrachtet ſie dieſelbe als ihr Eigenthum. Sie ſieht die Krone an wie ein Depoſitum in ihrer Hand, für welches ſie Rechenſchaft abzulegen hat. Das Unglück des Prinzen thut ihr ſchmerzlich leid. Sie beklagt, daß dasſelbe über ihn gekommen iſt in Folge ſeiner Erziehung in Grundſätzen, die ihrem Volke widerſtreben.

[1]) Rapport du Comité secret p. 32.

[2]) Anlage I.

Was mich betrifft, so thut es mir leid, jacobitische Lords mit Marlborough zusammen gehen zu sehen. Der Anblick ist gehässig und erregt Anstoß bei der Königin. Was haben Sie im Sinne dabei, daß Sie den Ansichten der Königin entgegen arbeiten? Sind Sie denn noch nicht von der Falschheit des Mannes überzeugt? Es ist Zeit für Sie die Augen aufzuthun und aufzuhören sich mit vergeblichen Hoffnungen hinhalten zu lassen. Dieses Land wird niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen, noch wollen die Engländer sich von einem Römisch-Katholischen regieren lassen. Ich würde mich freuen, den König endlich hergestellt zu sehen; aber ich erkläre mich gegen jede Betheiligung an einem Bürgerkriege. Offen gesprochen, Sie sollten ohne Zeitverlust ihn bewegen, Frankreich zu verlassen, und nicht abwarten, bis ein öffentlicher oder geheimer Artikel in dem Friedensvertrage ihm diesen Zwang auferlegt. Gehen Sie mit ihm in ein protestantisches Land und verheirathen Sie ihn baldmöglichst mit einer Protestantin. Ich wünsche, Sie wären wohlbehalten auf schwedischem Boden."

Mit diesem schwedischen Boden kann das Herzogthum Zweibrücken gemeint sein. Der Gedanke einer Doppelheirath, Carls XII. mit der Schwester des Prätendenten, und des letzteren mit der Schwester Carls XII., wird damals öfters erwähnt, freilich nur als Wunsch. Die erstere Prinzessin starb bald nachher.

Die ersten Gedanken in dem Schreiben Hamiltons stimmen zu der Rede der Lady Masham zu Mesnager. Aber die folgenden sind so sehr verschieden, daß sie eine Gemeinsamkeit der Bestrebungen des Herzogs von Hamilton und der Lady Masham ausschließen. Es geht hier wie immer durch alle jacobitische Bemühungen der eine Grundzug hindurch: es fehlt die Planmäßigkeit, die einheitliche Leitung. Der Eine weiß nichts von der Thätigkeit des Anderen. Und dazu kommt dann noch die absichtliche Täuschung, das Irreführen im Interesse Oxfords.

Dieser hatte zu seiner Anknüpfung mit Berwick im Jahre zuvor den Abbé Gautier verwendet. Der Letztere, obwohl in dieser Friedenssache zuerst vom britischen Ministerium gebraucht, erscheint doch von Anfang an als Unterthan Ludwigs XIV., von diesem Könige seine Belohnung hoffend und darum zunächst für dessen Interesse thätig.

Daneben aber war er als Franzoſe, in ſo weit jenes Intereſſe es zuließ, geneigt für den Prätendenten. Man darf die Richtſchnur des Verhaltens, welche Ludwig XIV. bei der Entſendung des Mesnager nach England ausdrücklich ausſprach (S. 189), als diejenige anſehen, nach welcher überhaupt alle betheiligten Franzoſen handelten. Sie waren darin ſehr verſchieden von dem Engländer Oxford. Ueber dieſen ſprach ſpäter, nach dem Verlaufe der Dinge, Berwick die Anſicht aus, daß die Erbietungen Oxfords durch Gautier an ihn niemals aufrichtig gemeint geweſen waren, daß ſie nur bezweckt hatten, vermittelſt der Weiſungen von St. Germain aus die Jacobiten im Parlamente der Politik Oxfords dienſtbar zu machen.[1]) Aber Gautier als der Bote Oxfords an Berwick führte die ihm ertheilten Aufträge ſo aus, daß, nach Berwicks eigenem Berichte, zu Anfang und noch für lange ein Zweifel in ihm nicht aufſtieg. Die Stellung dieſes Gautier nach den verſchiedenen Seiten hin legt ſich uns dar in einem ſeiner Briefe aus London an Torcy, etwa gleichzeitig mit jenem des Herzogs von Hamilton an Lord Middleton in St. Germain. „Bei jeder Ankunft der Poſt aus Holland, meldet Gautier, ermangelt die Königin nicht, nach der Gazette de Paris zu fragen, und lieſt dann mit Vergnügen die mit London überſchriebenen Artikel. Deshalb laſſen Ihre Freunde hier Sie erſuchen, dort die Anweiſung dahin zu geben, daß in ſolchen Artikeln nichts ſich finde, was der Königin misfallen könnte. Auch wenn Ew. Excellenz nunmehr den König bewegen könnten, ein Schreiben an ſie zu richten, würde ein ſolcher Schritt ſie unſerem Intereſſe um ſo geneigter machen und unſere Angelegenheiten hier ſehr befördern. Der Prätendent würde gut thun dieſelbe Gelegenheit zu benutzen und ihr die Verſicherung zu geben, daß er immer mit Vergnügen dem Rathe oder den Weiſungen Folge leiſten wird, die in ihrem Namen an ihn gelangen.“[2])

Der König wie der Prätendent befolgten den Rath. Der Letztere gelangte dazu erſt zwei Monate ſpäter, nachdem unterdeſſen ſich in Bezug auf ihn Vieles ereignet hatte.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 129. Vergleiche die Briefe Berwicks im Appendix zum erſten Bande von Lord Mahon's history of England from the peace of Utrecht etc.

[2]) Das Schreiben in Stanhope, Queen Anne p. 512.

Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. durch Mesnager einen Faden mit Lady Masham hatte anknüpfen lassen. Die zwischen diesen beiden Persönlichkeiten vereinbarte Uebereinkunft ging dahin, die französische Anerkennung der gesetzlich festgestellten Thronfolge in Groß-Britannien in solchen Ausdrücken abzufassen, daß sie dem Könige von Frankreich die Möglichkeit offen ließen, sich von der anscheinenden Verpflichtung dieses Theiles des Friedensvertrages später loszumachen und in Freiheit zu sein, je nach der sich darbietenden Gelegenheit zu handeln. In diesem Sinne sollten beiderseitig die Gesandten in Utrecht instruirt werden.

Nach seiner Ankunft in Utrecht sondirte Mesnager die britischen Gesandten in Betreff solcher Instructionen. Es gelang ihm nicht etwas dieser Art zu entdecken. Dagegen waren die holländischen Gesandten sehr wachsam auf jedes Wort in dieser Richtung. „Sie sahen, sagt Mesnager, diese Angelegenheit wie ihre eigene an.“ Nach der Meinung der Franzosen standen diese Holländer dabei unter dem Einflusse von Persönlichkeiten aus England, welche Bristol und Strafford im Verdachte jacobitischer Gesinnungen hielten.[1]) — Jene Meinung der Franzosen mochte richtig sein; aber eben so sicher war es, daß die Holländer im eigenen Interesse zu handeln glaubten. Denn für sie verband sich mit dem Gedanken der Rückkehr eines Stuart auf den Thron von England derjenige der Erneuerung der Gefahren von 1672.

Nach drei Wochen vergeblichen Tastens berichtete Mesnager, zu Anfang Februar, diesen Stand der Dinge an Lady Masham. Sie erwiederte: „Ihre Nachricht, daß unsere Minister in Utrecht keine Privat-Instructionen haben, setzt mich nicht in Erstaunen, nachdem ich erfahren habe, daß Ihr Hof es für zweckmäßig gehalten hat, hier eine besondere Unterhandlung darüber anzuknüpfen. Wer als Agent von dort dient, habe ich nicht nöthig Ihnen auszusprechen, und wer hier mit ihnen in Verbindung steht, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber Sie dürfen sicher sein, daß die Sache, die vorher in gutem Zuge war, in eine schwer zu heilende Lage gebracht worden ist. Urtheilen Sie selber, wie schmerzlich dies allen Freunden des Ritters von St. Georg

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 294.

iſt, in der Erwägung, daß dasjenige was Sie gethan, ſo ganz anderer Art wäre."[1])

Mesnager ſandte das Schreiben, ohne weitere Bemerkung ſeinerſeits, nach Verſailles ein.[2])

Inzwiſchen überreichten, am 11. Februar, die Franzoſen in Utrecht ihre Friedensvorſchläge. Der erſte derſelben lautet wie folgt.

Le roi reconnaîtra, en signant la paix, la reine de la Grande Bretagne en cette qualité, aussi bien que la succession à cette couronne suivant l'établissement présent et de la manière qu'il plaira à Sa Majesté Britannique.

Dieſe Worte, indem ſie der britiſchen Regierung völlig freie Hand belaſſen, die Formel der Anerkennung zu geſtalten, ſind augenſcheinlich im Sinne der Unterredungen von Mesnager mit Lady Maſham abgefaßt.

Am nächſten Tage erhielt Mesnager in Utrecht die Antwort Ludwigs XIV. auf jene Einſendung. Sie enthielt die Klage, daß ſeine Agenten am Hofe von St. James ihm übel gedient. Mesnager ſchob dieſe Klage auf den Hof von St. Germain. „Dort, ſagt er, fühlt man ſich nur dann behaglich, wenn man Agenten in Thätigkeit ſetzt, welche die eigene Sache verderben." Es ſei nunmehr dem Könige gemeldet, fährt er in ſeinem Berichte an Lady Maſham fort, daß Jemand von London nach Utrecht gehen werde, um mit ihm und den britiſchen Miniſtern dort die Maßregeln in Betreff des Ritters von St. Georg feſtzuſtellen. Mesnager bittet die Lady Maſham, daß die betreffende Perſönlichkeit die Inſtructionen von ihr empfangen möge.[3]) — Die Thatſache, die Oxford nach Verſailles oder St. Germain hatte melden laſſen, daß er ſeinen Vetter Harley nach Utrecht ſenden werde, war richtig. Aber auch nur dieſe Thatſache. Seine Inſtructionen waren anderer Art als Mesnager ſich dachte. Sie enthielten zu Gunſten des Prätendenten kein Wort, ſondern nur die Forderung ſeiner ſofortigen Entfernung aus Frankreich.[4])

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 301.
[2]) A. a. O., p. 304.
[3]) A. a. O., p. 307. Vom 12. Februar.
[4]) Dieſe Inſtructionen in Bolingbroke's letters vol. II, p. 188.

Auf das Schreiben Mesnagers vom 12. Februar antwortete Lady Masham:[1]) „Wäre ich nicht so tief bekümmert um das Mislingen einer Angelegenheit, von der ich so große Hoffnungen hegte, und die, unter Ihrer guten Führung, ich für sicher gestellt hielt — so könnte ich mich über den Hof von St. Germain lustig machen, wenn ich an dessen neue geheime Unterhandlungen hier gedenke. Denn sicherlich sind sie damit in die Hände des Lord Treasurer gefallen. Er hat gern Geheimnisse und besitzt einen gewissen Ruf die Dinge da, wo es keine Intriguen gibt, intricat zu machen, und nicht minder jede Angelegenheit von so delicater Natur zum Mislingen zu bringen. Wenn die Versicherungen, die man in St. Germain erhalten, von ihm herrühren, so zweifele ich nicht, daß er es sich hoch anrechnet sie irre geführt zu haben. Und wenn die Sendung der betreffenden Persönlichkeit von ihm ausgeht, so darf ich Ihnen im voraus versichern, daß sie bei ihrer Ankunft in Utrecht ohne Instruction sein wird. Zugleich mögen Sie überzeugt sein, daß diejenigen Persönlichkeiten, denen alles dies hätte mitgetheilt werden müssen, nicht einmal wissen, daß Ein Wort davon geredet worden ist, und sehr verwundert darüber sind, daß man sich nicht an sie gewendet hat. Freilich darf der Lord Treasurer die Sache jetzt nicht zur Sprache bringen, weil, wie er weiß, er darin kein Vertrauen finden würde. Und dann gibt es hier Einige, die eingedenk irgend eines übelen Streiches, den er ihnen gespielt, nicht ermangeln würden, ihm die Schuld heimzuzahlen, und eine solche geheime Unterhandlung ihm zum völligen Verderben zu wenden."

„Wenn er nicht Ihr Mann ist, so muß es Lord — (Name nicht ausgefüllt) sein. Er hat mehr Rechtschaffenheit; jedoch sehe ich nicht ab, auf welchem Fuße er Ihnen solche Aussichten machen könnte, wie Ihr letztes Schreiben verlangt. Denn nach meiner Ueberzeugung hat er vor der Königin die Sache niemals zur Sprache gebracht. In Wahrheit sind ja diese Dinge von einer so delicaten Natur, daß, wie Sie sich erinnern werden, ich Ihnen bei Ihrer Anwesenheit sagte, nicht zwei unter unseren Ministern wagen sich einander darüber anzuvertrauen, und daß auch nicht Einer auf sich nehmen würde, darüber zu der Königin zu reden. Und ich darf Ihnen versichern, daß, was

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 310.

immer Ihre Agenten Ihrem Könige gemeldet oder in Ausſicht geſtellt haben, hier alles dies wie in den Wolken iſt, und daß die Königin auch nicht einmal Ein Wort davon vernommen hat. Dies bringt mich auf die Vermuthung, daß das große Geheimnis jener Agenten bei dem Lord Treaſurer beruht, bei dem oft Geheimniſſe ſchlafen und ſterben."

„Wir wiſſen gar nichts von einer nach Utrecht zu entſendenden Perſönlichkeit, noch können dahin private Inſtructionen mit irgend welcher Autorität entſendet werden. Und nach dieſen Unterlaſſungen ſehe ich voraus, daß die Sache ſcheitern wird. Auf wen die Schuld fällt, wiſſen Sie am beſten. Aber verlaſſen Sie ſich darauf, daß dieſe Sache nie zu einem guten Ende gebracht werden kann anders als in der Weiſe, die wir beide verabredet haben. Diejenigen, welche andere Wege einſchlagen, geben mir Grund anzunehmen, daß ſie die Sache nicht verſtehen und darum fehl gehen müſſen."

Obwohl dies Schreiben, datirt aus St. James, vom 2./13. März, nicht alles aufklärt, ſo enthält es doch ſehr bemerkenswerthe Aufſchlüſſe. In Betreff der Hauptſache zunächſt, in welcher Weiſe eine Herſtellung des Prätendenten möglich, befindet ſich Lady Maſham, welche ſie allein durch eine Uebereinkunft mit Frankreich für möglich hält, im Gegenſatze zu dem Herzoge von Hamilton, der nach St. Germain hin verkündet hatte, daß England niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen werde.

In Betreff des Nicht-Gelingens des eigenen Planes bisher wirft Lady Maſham die hauptſächliche Schuld auf den Grafen Oxford. Das frühere Bündnis dieſer zwei Perſönlichkeiten, welches ſo erheblich zu der Entlaſſung des Miniſteriums Godolphin beigetragen, war alſo bereits gelockert. Lady Maſham als Jacobitin erkannte die Unaufrichtigkeit des Grafen Oxford in dieſer Sache. Dennoch ließ ſie als Entſchuldigung für ihn gelten, daß er ſich nicht bloß geben dürfe, weil er ſich ſchweren Gefahren ausſetzen würde. Allem Vermuthen nach war dies auch der Standpunkt der Königin. Denn ſo ſehr auch Oxford vor ihr die Angelegenheit des Prätendenten vermeiden mochte, ſo konnte ihr Wunſch dem Bruder die Thronfolge nach ihr dennoch zuzuwenden, ihm nicht unbekannt ſein, und für das Nicht-Eingehen von ſeiner Seite auf dieſen Wunſch gab es nur zwei Gründe: den Hinweis auf die Stimmung der großen Mehrheit der Nation, und die Gefahr für

ihn persönlich. Vor dem Hinweise Oxfords, daß die Sache noch nicht an der Zeit, verstummte jener Wunsch, und vor dem Hinweise auf jene Stimmung der Mehrheit der Nation, welche die hannöversche Thronfolge verlange, fügte sich die Königin in die Thronreden zu Gunsten des Hauses Hannover, die ihrer Gesinnung nicht entsprachen. Dagegen verschwieg Lord Oxford der Lady Masham, daß er die Jacobiten für die Zwecke seiner Politik benutzte. Nicht hatte man sich, wie Lady Masham meinte, von St. Germain aus an den Grafen Oxford gewendet, sondern er zuerst hatte seinen Antrag bei Berwick gemacht, und hatte dabei, was nicht zu unterschätzen ist, seine Stütze an Torcy und an Ludwig XIV., denen zur Zeit Oxford nützlicher war als der Prätendent.

Bevor noch Mesnager jenes Schreiben der Lady Masham erhielt, überreichten, am 5. März, in Utrecht die Friedensbevollmächtigten der Verbündeten ihre besonderen Forderungen. Die erste derselben von Seiten der britischen Regierung lautet wie folgt.[1])

„Der allerchristlichste König wird in den genauesten und stärksten Ausdrücken die Thronfolge in Groß-Britannien anerkennen, so wie sie durch die Parlaments-Acten, welche errichtet sind unter der Regierung des Königs Wilhelm III., ruhmvollen Gedächtnis, und unter derjenigen der jetzt regierenden Königin, festgestellt ist auf die protestantische Linie des Hauses Hannover."

„Ferner wird der allerchristlichste König sowohl für sich als für seine Erben und Nachfolger versprechen, niemals irgend eine Person als König oder Königin von Groß-Britannien anzuerkennen anders als Ihre Majestät die jetzt regierende Königin, und diejenigen, welche ihr nachfolgen werden auf Grund der besagten Parlaments-Acten."

„Der allerchristlichste König wird gleicher Weise sich verpflichten, diejenige Persönlichkeit, welche Anspruch erhebt auf die Krone von Groß-Britannien, sofort zum Verlassen seines Gebietes anzuhalten."

„Der allerchristlichste König wird für sich, seine Erben und Nachfolger versprechen, die genannte Königin von Groß-Britannien, ihre Erben und Nachfolger aus der besagten protestantischen Linie, in dem friedlichen Besitze der Krone von Groß-Britannien und was davon

[1]) Lamberty t. VII, p. 49. — Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 320.

abhangt, niemals zu ſtören, ſo wie auch niemals, ob direct, ob indirect, ob zu Waſſer, ob zu Lande, an Geld, Waffen, Munition, Schiffen, Matroſen, Soldaten, oder auf andere Weiſe, irgend einer Perſönlichkeit Hülfe zu leiſten, die es unternehmen würde, auf irgend welchen Vorwand hin ſich der genannten Thronfolge zu widerſetzen — noch auch diejenigen zu begünſtigen, die ſich widerſetzen würden, ob direct, ob indirect, ob durch offenen Krieg, oder durch Begünſtigung von Aufruhr und Verſchwörung, gegen einen ſolchen Fürſten oder eine ſolche Fürſtin, der oder die auf Grund der beſagten Parlaments-Acten den Thron von Groß-Britannien inne haben wird, oder gegen diejenige oder denjenigen, zu deren oder zu deſſen Gunſten die Succeſſion an der Krone von Groß-Britannien auf Grund der beſagten Parlaments-Acten eröffnet ſein wird."

Demnach ſehen wir hier den geraden Gegenſatz gegen das Ergebnis der Unterredungen des Mesnager mit der Lady Maſham. Die Forderungen von britiſcher Seite ſind ſo gehalten, daß ſie dem Könige von Frankreich jegliche Möglichkeit benehmen ſollen, irgend etwas zu Gunſten des Prätendenten zu thun, ob bei Lebzeiten der Königin Anna, ob nach ihr.

Beim Anblicke dieſer Forderungen ließ Mesnager in einem Schreiben an Lady Maſham ſeinem Unmuthe freien Lauf. „Ich habe von Glück zu ſagen, ſchließt er, daß dieſe Sache nicht der weſentliche Theil meines Auftrages in England war, ſondern eher accidentell. Indem ich Ihnen, gnädige Frau, für die mir in England erwieſene Ehre unendlich verbunden bleibe, muß ich den Ritter von St. Georg ſeinem unglücklichen Geſchicke überlaſſen." [1])

Die Correſpondenz ward damit nicht abgebrochen, ſondern ſetzte ſich noch fort. Mesnager ſchlug eine geheime Erklärung vor, beiderſeitig von König und Königin am Tage des Friedensſchluſſes zu unterzeichnen, daß die Feſtſtellungen desſelben in Betreff des Ritters von St. Georg nur für die Lebenszeit der Königin und nicht länger gelten ſollten.[2]) — Auf dieſen Vorſchlag erhielt er, wie er ſagt, nur zweifelhafte Antworten. „Dennoch, ſagt er dann, wünſchte man, daß ich

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 313. Vom 7. März.

[2]) Der Entwurf a. a. O., p. 322.

den Artikel, wenn auch nicht unterzeichnet, nach England überſende, damit man ihn bereit halten könne für eine Gelegenheit. Dies durfte ich nicht verweigern, aber ich konnte die Perſönlichkeiten in London nicht über die Antwort hinaus bringen, daß man nicht wage der Königin den Artikel vorzulegen."[1])

Erſt nachdem jene genau beſtimmten Forderungen in Betreff der Anerkennung der Thronfolge von britiſcher Seite, am 5. März, in Utrecht eingegeben waren, entſchloß ſich der Ritter von St. Georg, am 28. März, gemäß jenem von Gautier gegebenen Rathe, abermals einen Brief an die Königin zu richten. Das Schreiben lautet wie folgt.[2])

„Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, liebe Schweſter, iſt es mir unmöglich länger zu ſchweigen, und Sie nicht an die Ehre und die Erhaltung unſerer Familie zu mahnen, und zugleich Sie meiner ewigen Anerkennung und Dankbarkeit zu verſichern, wenn Sie für beide die wirkſamſten Anſtrengungen aufbieten werden. Geſtatten Sie mir zu ſagen, daß Ihre eigene Gutherzigkeit mich bereits geneigt macht mir dies zu verſprechen, und von dieſer Ueberzeugung aus werde ich immer bereitwillig ſein einzugehen auf dasjenige, was Sie meinem Intereſſe für beſt entſprechend erachten werden. Denn dies iſt ja doch, nach Allem, unzertrennlich von dem Ihrigen. Ich bin alſo völlig entſchloſſen, keine andere Mittel anzuwenden als diejenigen, welche Sie für unſer gegenſeitiges Glück, ſo wie für die allgemeine Wohlfahrt unſeres Landes als zweckmäßig erachten."

Das Schreiben thut dar, daß, ſeit dem erſten vom Jahre zuvor (S. 49), eine Kundgebung der Königin an ihren Bruder erfolgt ſein muß, welche ihn zu dieſem wärmeren Tone bewogen hat. Es ergibt ſich zugleich daraus, daß irgend welcher Plan nicht vorlag, ja daß der Prätendent auch nicht einmal einen Vorſchlag machte, ſondern alles der Initiative der Königin anheim ſtellte, nach welcher er ſich völlig richten wolle. Die Königin konnte aber nur durch ihre Miniſter handeln. Mittelbar enthält alſo das Schreiben des Prätendenten zugleich ein Vertrauens-Votum für das damalige Miniſterium, deſſen Politik die Richtſchnur erhielt von dem Treaſurer Oxford, wenn auch in der

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 325.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 295.

Bethätigung für die auswärtigen Angelegenheiten St. John in die erſte Linie trat.

Es erwächſt hier alſo die Frage, ob auch die Jacobiten in England ein gleiches Vertrauen in Oxford ſetzten. Beim Beginne ſeines Miniſteriums waren ſie der Anſicht: er als ein Mann von großen Gaben, erfüllt von Ehrgeiz und Entſchloſſenheit, werde immer eingedenk ſein, daß vor noch nicht gar langer Zeit die Whig-Partei gewünſcht hatte, durch die Ausſagen des Secretärs Gregg ſeinen Kopf unter das Beil zu bringen, und daß dann er durch den Sturz des Miniſteriums Godolphin ſie noch ungleich mehr erbittert hatte. Daher meinten dieſe Jacobiten, daß Oxford zu ſeiner eigenen Sicherheit für die Zukunft darauf ausgehen müſſe, den Prätendenten zurückzuführen. Dies um ſo mehr, da wie es wohl bekannt, der Kurfürſt in Hannover völlig im Whig-Intereſſe ſei.[1])

Die Thatſachen haben gezeigt, daß dieſe letzte jacobitiſche Meinung irrig war. Aber das Vorurtheil übt dieſelbe Kraft aus, wie das richtige Urtheil.

Dieſe Meinung der Jacobiten von Oxford wurde bereits vom December 1711 an etwas erſchüttert. Nach ihrer Erwartung müſſe Oxford folgerecht die Whigs aus allen Aemtern entfernen. Nicht dies geſchah, ſondern es kam vor, daß Oxford erledigte Aemter an Whigs verlieh.[2]) Darüber entſtanden in dem October-Club Differenzen, die durch einen beſonderen Anlaß zum Ausbruche kamen. St. John ließ ſich in den October-Club aufnehmen, mit der unverkennbaren Abſicht den Vorſitz zu führen und zu dirigiren. Das war vielen Tories zu ſtark. Fünfunddreißig Mitglieder traten aus und gründeten eine beſondere Geſellſchaft, die ſie den März-Club nannten. Sie beſchloſſen, Niemanden aufzunehmen, der ein Amt oder ein Jahrgeld von der Regierung habe, oder verdächtig ſei danach zu trachten. Sie regelten ihre beſtändigen Toaſte: die Königin, das Gedeihen der Hochkirche, die Succeſſion des Hauſes Hannover, ein guter und ſicherer Friede. — Dagegen bezeichneten ſie die im October-Club Verbleibenden, wie

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 345.

[2]) A. a. O., p. 365. — Das Folgende aus dem Berichte Hoffmanns vom 15. März.

Lockhart ſich ausdrückt, als Sclaven und Creaturen des Miniſteriums.

Der October-Club fuhr fort, durchaus mit dem Miniſterium zu gehen, aber, wie Lockhart als eines der Mitglieder ſagt, nicht aus Reſpect oder einer guten Meinung von ihnen, ſondern, weil ſie in dem Glauben, daß der Friede durchaus nothwendig ſei, nicht zu irgend welcher Maßregel beitragen wollten, welche die Macht oder den Credit der Miniſter verringerte. Dennoch blieb der Zweifel an Oxford. Lockhart erzählt, daß er ſich bei Mitgliedern beider Häuſer bemüht habe es dahin zu bringen, daß man Oxford auf die Probe ſtelle, was man in Betreff des Königs — des Prätendenten — von ihm zu erwarten habe. Während er dieſe Sache betrieb, erſchien eines Tages bei ihm ein Herr Meinzies, durch den die Correſpondenz mit St. Germain ging, und legte einen Brief des Lords Middleton vor. Der König wünſche, hieß es darin, daß alle ſeine Freunde zuſammen hielten für das Miniſterium und demſelben keinerlei Schwierigkeiten bereiteten. Lockhart erwiderte: er erkenne es für ſeine Pflicht zu gehorchen, aber er thue es mit Leidweſen, weil er das Miniſterium, wenigſtens Oxford, mehr als je zuvor im Verdachte habe. Denn, nach ſeiner Ueberzeugung, gingen dieſe Weiſungen von St. Germain aus nicht hervor aus irgend einer Verſicherung, die der König vom Miniſterium habe — denn der König ſelber habe ihm kürzlich in einem Handſchreiben geſagt, daß er eine ſolche Verſicherung nicht beſitze — ſondern dieſe Weiſungen ſeien von den franzöſiſchen Miniſtern in St. Germain erwirkt worden, und zwar auf Betrieb Oxfords, der dadurch der Ausführung des vermuthlich zu ſeiner Kunde gelangten Planes ihn auf die Probe zu ſtellen, habe zuvor kommen wollen.[1])

Es iſt hier hervorzuheben, daß überhaupt ein Schreiben des Grafen Oxford nach St. Germain niemals kund geworden iſt.[2]) Seine mündlichen Verſicherungen dahin wurden überbracht oder überſchrieben durch den Abbé Gautier.

Oxford als Lord Treaſurer ſtand wie ein Miniſter über den anderen Miniſtern. „Da er, ſagt einmal St. John, der einzige zuver-

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 369.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 529.

läſſige Canal iſt, durch welchen der Wille der Königin zu uns geleitet wird: ſo ergibt ſich eine völlige Stagnation, bis es ihm gefällt ſich zu eröffnen und die Gewäſſer in Fluß zu bringen."[1]) Dies war noch in der erſten Zeit. Allmählich jedoch wuchs neben ihm St. John, dem in erſter Linie die auswärtigen Angelegenheiten oblagen, ſelbſtändig empor. Es trug dazu der an ſich ſelber geringfügige Umſtand bei, daß keiner der britiſchen Miniſter in ſolchem Maße wie St. John der franzöſiſchen Sprache mächtig war, ob mündlich ob ſchriftlich. Aber St. John fühlte ſich auch an geiſtiger Kraft und Willen dem Haupte des Miniſteriums nicht bloß ebenbürtig, ſondern überlegen. Die Rivalität der Beiden flammte je zuweilen auf; jedoch hielt der Blick auf das gemeinſame Ziel der Friedenspolitik ſie zuſammen. Es iſt daher die Aufgabe hier klar zu ſtellen, wie damals St. John, auf den Lady Maſham in jenem Schreiben an Mesnager (S. 283) zu deuten ſcheint, in der Frage der Thronfolge ſich verhielt.

Er hatte früher, wie wir geſehen haben (S. 56), den Verſuch Gautiers ihn mit St. Germain in Verbindung zu bringen, entſchieden abgelehnt. Er war für die Thronfolge des Hauſes Hannover. Seit der Denkſchrift Bothmars aber und namentlich nach der nachdrücklichen Anerkennung derſelben durch den Kurfürſten, war ſeine Misſtimmung im Wachſen. Wir haben damals die Aeußerungen ſeines Verdruſſes über Bothmar vernommen. Sie wurden dann ſtärker gegen den Kurfürſten ſelbſt. „Das Verhalten des Hofes von Hannover, ſchreibt St. John an Strafford, am 7./18. März,[2]) iſt ein trauriges Thema zur Beſprechung für diejenigen, welche wohl geſinnt ſind für die proteſtantiſche Succeſſion. Bis zu dieſem Winter hat der Kurfürſt ſich ſo benommen, daß Whigs und Tories auf gleiche Weiſe ihn umwarben und gleiche Erwartungen von ihm hegten. Nunmehr hat er ſich zum Haupte einer Partei gemacht, und zwar, was immer auch man ihn glauben machen mag, zur Zeit weitaus der ſchwächſten, und die, ſobald wir nur erſt des Krieges ledig ſind, wahrſcheinlich noch ſchwächer werden wird. Das Intereſſe des Grundeigenthumes wird dann empor wachſen, und das Intereſſe des Capitales, auf welches die Whig-Partei

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 226.
[2]) A. a. O., vol. II, p. 210.

hauptsächlich sich stützt, demgemäß fallen. Es ist in dieser Angelegenheit etwas Unberechenbares. Der Kurfürst wird früher oder später einmal die Augen öffnen. Ich flehe zu Gott, daß es bald geschehen möge."

„Die Königin unterläßt sicherlich nichts was in ihrer Macht steht, um den Kurfürsten zu einem richtigen Verständnisse des wirklichen Standes der Dinge in Groß-Britannien und seines eigenen Interesses zu bringen. Lord Rivers ging zuerst dahin und eröffnete, mit dem denkbarsten Vertrauen, alle Absichten der Königin, die Gründe ihres Verfahrens, und, kurz, das ganze Geheimnis ihrer Verwaltung. Die Antwort auf diesen Beweis der Freundschaft war die Sendung eines Ministers hierher, der sich in Gemeinschaft einließ mit den Dienern, welche die Königin in Ungnade zu entlassen für nöthig befand, der ferner ihrer Politik offen Trotz bot, der sogar an die Nation Berufung einlegte gegen ihren Souverän. Dennoch ist unsere gute Herrin noch Willens, auch über diese Kränkungen und Unwürdigkeiten hinweg zu sehen, und noch einmal zu versuchen, ob der Schleier von den Augen des Kurfürsten hinweg zu nehmen ist, und ob er der wahren und uneigennützigen Darlegung, welche, im Namen der Königin, Harley ihm vorbringen soll, sein Ohr leihen will. Ich gestehe Ihnen offen, mit meinem gewöhnlichen Freimuth, daß ich argwöhne, es sei ihnen dort dieselbe Meinung beigebracht, die, wie ich weiß, die Whigs bei ihrer Partei hier ausbreiten, daß das Leben der Königin sehr precär ist, und daß es nicht viele Monate mehr dauern kann. Aber, dem Himmel sei Dank, die Meinung ist eben so wenig begründet wie so viele andere auf jener Seite, und Ihre Majestät hat, wie ich hoffe, zur Zeit ein besser gesichertes Leben als der Kurfürst."

Dies Schreiben St. Johns hat geringeren Werth für die Charakteristik des Kurfürsten, dessen Kundgebungen immer das Bewußtsein ausprägen, sich niemals in englische Angelegenheiten eingemischt zu haben, als für diejenige St. Johns selber. Diese Minister hatten von Anfang an die Hoffnung gehegt den Kurfürsten für sich zu gewinnen. Es ward ihnen schwer dieser Hoffnung zu entsagen, und sie machten immer neue Versuche in dieser Richtung. Auch nach dem wiederholten Scheitern beharrte Oxford darin, oder richtiger in seinem Doppelspiele. In St. John dagegen sehen wir die Besorgnis aufwachsen, daß er für seine Politik einmal zur Rechenschaft gezogen werden könne. Indem

er dieſe Beſorgnis durch Anklagen und Vorwürfe gegen den Succeſſor niederzukämpfen ſucht, entwickelt ſich daraus bei ihm der Beginn der Wendung. St. John fängt an zu überlegen, ob er ſich nicht ſicherer dabei ſtehe, wenn der Prätendent auf den Thron gelange.

In jedem Falle aber war dies nur der Anfang einer inneren Wendung St. Johns. Bis zu einer Anknüpfung ſeinerſeits mit St. Germain verfloſſen noch Monate. Nach dieſem ſeinem Schreiben darf ferner mit Sicherheit angenommen werden, daß, wie es auch Lady Maſham in ihrem letzten Schreiben an Mesnager andeutet (S. 283), er vor der Königin die Sache ihres Bruders bis dahin niemals zur Sprache gebracht hat.

Es taucht hier der Punkt auf, an welchem um zwei Jahre ſpäter die Rivalität zwiſchen Oxford und St. John zur Entſcheidung kommen ſollte. Bis dahin gelang das Beſtreben Oxfords, welches St. John, der ſpätere Bolingbroke, eine Reihe von Jahren nachher bezeichnet mit den Worten: „Er hatte ſeine Anknüpfungen in Hannover und hatte ſie in Bar. Die Jacobiten dienten ihm und er diente Hannover. Aber ſein ganzes Beſtreben war darauf gerichtet, in der Angelegenheit der Succeſſion eine allgemeine Unentſchiedenheit zu erhalten.“[1])

Jedenfalls aber wurde für Oxford der nächſte Zweck erreicht: die Jacobiten, ob willig ob innerlich widerſtrebend, gingen mit dem Miniſterium. Und dies führt uns zurück auf den Stand der Friedensſache im Monate März.

Das Ende der Miſſion des Prinzen Eugen in London.

Der Verdacht, daß zwiſchen der britiſchen Regierung und Frankreich bereits ein Vertrag beſtehe, durch welchen der Herzog von Anjou als König von Spanien anerkannt werde, blickt aus zahlreichen Kundgebungen hervor: dennoch wußte ſich das britiſche Miniſterium des offenen Eingeſtändniſſes zu enthalten. Wir haben geſehen, wie die

[1]) Bolingbroke's works vol. III, p. 137: He was the bubble of one in the end, the pretender was so of the other. Der engliſche Ausdruck bubble iſt im Deutſchen ſchwer wieder zu geben, iſt aber in dieſem Falle auch ſachlich nicht zutreffend.

britiſchen Bevollmächtigten in Utrecht, um den Schein zu retten, wie ſie ſagten, noch am 5. März eine Erklärung abgaben, die, ſo gewunden ſie war, dennoch im Widerſpruche mit der Wahrheit ſtand. Es iſt merkwürdig, daß der Prinz Eugen in London ſelber, im guten Glauben handelnd, dennoch dem britiſchen Miniſterium den Anlaß gab, nicht zwar offen ſich zu dem Vertrage mit Mesnager zu bekennen, aber thatſächlich dem Kriege in Spanien ein Ende zu machen.

Er bot ſowohl mündlich als in einer Denkſchrift, vom 7./18. Februar, an, daß der Kaiſer 30.000 Mann für den Krieg in Spanien ſtellen werde. Zum Unterhalte derſelben ſeien vier Millionen Kronthaler erforderlich. Der Kaiſer erbiete ſich davon eine Million auf ſich zu nehmen. Beide Erbietungen waren im Vergleiche zu den Vorjahren ganz außerordentlich; denn bis dahin hatte der Kaiſer in Spanien nur etwa reichlich 2000 Mann, und dieſe auf engliſche Verpflegung. Die Bewilligungen des Unterhauſes für den Krieg in Spanien betrugen bis dahin nominell jährlich anderthalb Millionen Pfund Sterling.

Eine Antwort auf dieſe Denkſchrift des Prinzen Eugen zog ſich lange hin. Am 21. Februar 3. März erhielt er die Beſtätigung des Erfolges von Cardona, und benutzte ſie zur Mahnung um eine Antwort. Man dürfe, meinte er, bei dem Zuſtande der Armee des Herzogs von Anjou, dieſen Erfolg als den Beginn des Umſchwunges der Dinge in Spanien anſehen. Aber mit dem Hinweiſe, daß er nun bereits ſechs Wochen dort verweilt, bat er dringend um eine Antwort auf jenes Erbieten, zu welchem der Kaiſer durch keinen Vertrag verpflichtet ſei. Bereits ſei der März herangekommen, die rechte Zeit zum Kriegführen in Spanien.

Zwei Tage ſpäter, am 25. Februar 5. März, hatte der Prinz Eugen noch eine weitere Nachfuge zu machen. Zur Ausführung des geheimen Vertrages mit Mesnager hatten die britiſchen Generale, Portmore in Liſſabon, der Herzog von Argyle in Barcelona, den Auftrag erhalten, ſich der feſten Plätze Gibraltar und Port Mahon völlig zu verſichern. Argyle, ohne ſeine Abſicht kund zu geben, ordnete zuvor mit dem Marſchall Starhemberg in Barcelona die Angelegenheiten der Truppen in Catalonien. Dann begab er ſich an Bord der Flotte. Von dort aus erließ er an den britiſchen Zahlmeiſter in Barcelona

die Weisung, bis auf weiteren Befehl an die kaiserlichen Truppen nichts auszuzahlen.

„Dieser Schritt, meldet der Prinz Eugen der Königin, hat den Kaiser um so mehr überrascht und in Bestürzung gesetzt, weil, wenn er nicht sofort zurückgezogen wird, die sämmtlichen kaiserlichen Truppen dort dadurch dem Verderben preis gegeben sind.“[1])

Am 29. Februar/10. März, also mehr als volle drei Wochen nach der eigentlichen Denkschrift des Prinzen Eugen, erfolgte eine Antwort St. Johns. Die Sache liege dem Unterhause vor, sagte St. John. Doch müsse er im Namen der Königin bemerken, daß die Generalstaaten keine Neigung zeigten, ihren Beitrag in Catalonien zu erhöhen, nachdem doch die Königin schon vor Monaten erklärt habe, daß Jeder gleichen Antheil tragen müsse. „Die Königin hofft, fügt dann St. John hinzu, daß fortan man weder in Holland noch anderswo sich zurückziehen wird vor Ausgaben, zu denen man durch Verträge nicht verpflichtet ist, weil es ja doch vor aller Welt notorisch, daß der Königin dafür, daß sie den größten Theil der ungeheueren Summen für den Krieg seit so vielen Jahren beigesteuert hat, keine andere Verpflichtung oblag als diejenige ihrer Großmuth und ihres Eifers für die gemeinsame Sache.“ — In Betreff des Verfahrens des Herzogs von Argyle in Barcelona müsse man, um mit Grunde zu antworten, dessen Rückkehr und Bericht abwarten.[2])

Die Antwort war also ausweichend und verschiebend, dennoch auf den Abschlag vorbereitend.

Die Sache lag dem Unterhause vor. Das britische Ministerium verlangte von demselben die Bewilligung eines Drittels der Summe von vier Millionen Kronen, welche der Prinz Eugen als für den Krieg in Spanien erforderlich angegeben hatte. Das Unterhaus bewilligte, was verlangt war. „Hätte die Regierung mehr verlangt, meldet Hoffmann, so würde das Unterhaus mehr bewilligt haben.“[3])

Die Durchführung des Planes den Prinzen Eugen mit den Erbietungen des Kaisers abzuweisen, ward dem britischen Ministerium

---

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. VII, p. 379.

[2]) A. a. O., p. 378.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 15. März.

erleichtert durch die ſtaunenswerthe Unkenntnis, welche die Mehrheit des Unterhauſes über den Urſprung und Beginn des Krieges in Spanien an den Tag legte. Wie ſchon die Reſolutionen vom 4./15. Februar die Ungleichheit der Kriegeslaſten zum Nachtheile Englands ausgeſprochen hatten: ſo wurden nun dieſe Reſolutionen in einem ausführlichen Ueberblicke des ganzen Krieges von dem Tory Sir Thomas Hanmer erweitert und begründet, und dieſer Ueberblick in der Form einer Adreſſe am 4./15. März von dem geſammten Unterhauſe der Königin überreicht.

Um uns die volle Unkenntnis klar zu machen, die in dieſer Adreſſe des Unterhauſes uns entgegen tritt, haben wir zuvor uns zu vergegenwärtigen, wie man dazu gekommen war, Spanien für das Haus Oeſterreich wieder gewinnen zu wollen.

St. John pflegte ſich für ſeine Politik auf den achten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701 zu berufen, der von einem Wiedergewinne Spaniens für das Haus Oeſterreich nichts enthalte. Dies war richtig. Der Kaiſer Leopold I. dachte nur an den Wiedergewinn der Länder in Italien für ſein Haus. Und dies war auch, dem Weſen nach, die Anſicht des päpſtlichen Stuhles. (Man vergleiche Band VIII, S. 504 u. f.) Die Fiction, die Ludwig XIV. nach dem Tode des Papſtes Innocenz XII. ausbreiten ließ, daß dieſer Papſt dem Könige Carl II. den Rath eines Teſtamentes über die geſammte Monarchie zu Gunſten des Herzogs von Anjou gegeben, war im Jahre 1700 und ſelbſt 1701 noch nicht vorhanden. Wenn es damals oder vorher vom Papſte und vom Kaiſer abgehangen hätte, die Sache zu entſcheiden, ſo konnte Europa vor dem furchtbaren Kriege bewahrt bleiben. Aber die Seemächte wollten gerade Spanien und Weſtindien nicht dem Hauſe Bourbon belaſſen. An dieſem ihrem Wunſche faßte ſie Ludwig XIV. gleich nach dem Frieden von Ryswyck, um ſie zu den Theilungsverträgen zu verleiten. Beide Verträge, namentlich der letztere, waren von Seiten Ludwigs XIV. Meiſterſtücke politiſcher Argliſt. Indem er vorausſah, daß der Kaiſer auf dieſen Theilungsvertrag nach dem Wunſche der Seemächte niemals eingehen könne, zerriß er die noch beſtehende Allianz zwiſchen dem Kaiſer und den Seemächten, erwarb ſich dagegen in Spanien eine ſtarke Partei, welche, beſeelt von dem ſpaniſchen National-Vorurtheile, daß die Monarchie ein untheilbares Ganzes ſei, dem ſterbenden Könige die Unterſchrift eines Teſtamentes

abpreßte, kraft deſſen ein Prinz desjenigen Hauſes zum Erben eingeſetzt wurde, welches allein die Macht zu haben ſchien, die Monarchie in ihrer Geſammtheit zu erhalten. Nachdem Ludwig XIV. den Zweck erreicht, zu welchem der Theilungsvertrag ihm als Mittel gedient, ließ er dieſen fallen. Sein Enkel Philipp trat ein in den Beſitz der geſammten ſpaniſchen Monarchie. Das Meiſterſtück Ludwigs XIV. ſchien gelungen.

Dann begann dasjenige Wilhelms III., deſſen Seele erfüllt war von dem Gedanken, daß die Vereinigung der zwei Monarchien Spanien und Frankreich in dem Hauſe Bourbon die Freiheit aller anderen Mächte bedrohe, und daß darum das einzige Mittel der Rettung beſtehe in der allgemeinen Vereinigung der Anderen wider das Haus Bourbon. Sein Streben war, die frühere Allianz neu wieder zu kitten. Die Vorausſetzung für ihn war, daß der Kaiſer Leopold ſein Recht nicht fahren ließ. Indem Wilhelm III. den Kaiſer dazu ermuthigte, konnte dies nur geſchehen in derjenigen Richtung, die der Kaiſer für ſich als die allein mögliche und zweckmäßige anſah, nämlich in Bezug auf die Gebiete, die Carl II. in Italien beſeſſen hatte. Darauf hin einigte ſich Wilhelm III., vom Parlamente zu Bündniſſen ermächtigt, mit dem Kaiſer. Es erfolgte die große Allianz vom 7. September 1701. Sie faßte nur dasjenige Ziel ins Auge, welches damals im günſtigen Falle erreichbar ſchien: für den Kaiſer den Wiedergewinn der Länder in Italien, für die Republik der Niederlande ihre Sicherheit.

Der Kaiſer Leopold hielt an dieſem ſeinem Ziele feſt. In England dagegen wuchs, nach dem Erfolge in der Bucht von Vigo und durch die Anknüpfung mit Portugal, wieder der Gedanke empor, daß um Englands willen Spanien und Weſtindien dem Hauſe Bourbon nicht verbleiben dürfe. England verlangte von dem Kaiſer, daß er das Recht ſeines Hauſes auf Spanien geltend mache; aber England ſtellte dem Kaiſer dies Verlangen nicht etwa aus Opferwilligkeit für ihn und ſein Haus, oder um des Rechtes willen, ſondern weil dies Recht als Mittel diente für den Zweck der engliſchen Politik, dem Hauſe Bourbon Spanien wieder zu nehmen. Der Kaiſer Leopold zauderte. England verlangte weder Truppen, noch Geld: es verlangte nur die Hinſendung des zweiten kaiſerlichen Sohnes, des Erzherzogs Carl, als des Königs von Spanien. Auch da noch zauderte der Kaiſer. Um ihn, der, wie

es notorisch war, in seiner damaligen Bedrängnis nicht vermochte, seinem Sohne Carl auch nur Eine Compagnie Soldaten mitzugeben, für die Sendung nur des Sohnes, ohne Truppen und ohne Geld, willig zu stimmen, und um ihm jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit des Willens zu benehmen, schlug damals, 1703, die Königin Anna vor, dem Vertrage der großen Allianz einen Zusatz-Artikel beizufügen (Band X, S. 385 u. f.). Dieser Artikel sollte die Mächte der Allianz verpflichten, nicht einen Frieden mit dem Hause Bourbon einzugehen, so lange ein Mitglied desselben sich im Besitze eines Stückes des spanischen Erbes befinde. Jedoch enthielt dieser Entwurf eines Zusatz-Artikels auch noch eine andere Bestimmung. Entgegen dem Versprechen Wilhelms III., daß alles in Westindien Eroberte dem Kaiser zurückgegeben werden solle, sagte der Zusatz-Artikel, daß etwaige Eroberungen der Seemächte in Westindien ihnen verbleiben würden. Diese Bestimmung widerstrebte dem Kaiser, der nicht die Katholiken in Amerika unter die Herrschaft nicht-katholischer Mächte kommen lassen wollte. Wegen dieser Nicht-Zustimmung des Kaisers Leopold kam daher der Zusatz-Artikel nicht zu Stande. Aber der Kaiser willigte in die Sendung seines Sohnes, mit dem Vollbewußtsein, daß er dadurch der gemeinsamen Sache wider das Haus Bourbon ein Opfer bringe. Er vertraute seinen Sohn der Königin von England an wie einer anderen Mutter. Die Königin Anna eignete sich dies Wort und dies Vertrauen an. Sie gab in eigenhändiger Schrift dem Kaiser das Versprechen, wie wir es vernommen haben (Band X, S. 396). Entsprechend schrieb die Königin (eben dort S. 397) damals an den jungen König Carl, der nichts in die Wage zu legen hatte als seine Person und die Ueberzeugung von seinem Rechte: „Ich habe beschlossen, alle Macht meiner Waffen aufzubieten, um beizutragen zur Aufrechthaltung und zum Glücke Ihrer Regierung."

So freundlich die Worte, war es doch — dies ist zu wiederholen — nicht das Rechtsgefühl, welches die Königin, unter der Führung ihrer damaligen Berather, zu einem solchen Versprechen bewog, sondern die Ueberzeugung, daß dieses Versprechen mit dem politischen Interesse von England zusammen fiel. Und darum vernehmen wir dann, eine Reihe von Jahren hindurch, aus den Thronreden und den Adressen beider Häuser des Parlamentes immerfort den Gedanken

widerhallen, daß kein Friede ſicher noch ehrenhaft, nämlich für England, der nicht Spanien und Weſtindien dem Hauſe Oeſterreich überweiſe.

Und nun, noch nicht volle acht Jahre nach jenem Verſprechen der Königin Anna, welches nur die Perſon des Königs Carl verlangte, und gegenüber dem Erbieten des damaligen Königs, nunmehrigen Kaiſers, welcher fortan in der Stellung der Mannſchaft die Hauptlaſt des Krieges in Spanien übernehmen wollte, gab die Mehrheit des Unterhauſes ihre Zuſtimmung zu einer Adreſſe, welche in Betreff Spaniens die Königin anredete mit den Worten: „Der Bericht, den wir Ew. Majeſtät in dieſer Beziehung vorzulegen haben, beſagt, daß, obwohl das Unternehmen in Spanien begonnen wurde auf die beſondere und eindringliche Bitte des kaiſerlichen Hofes,[1]) und obwohl für denſelben die Wiederbringung der ſpaniſchen Monarchie an das Haus Oeſterreich eine Sache von höchſter Wichtigkeit und Bedeutung ſein mußte — dennoch weder der vorige Kaiſer, noch der jetzige dort jemals eine Mannſchaft auf eigene Rechnung gehabt hat als im letzten Jahre, und dann lediglich Ein Regiment Infanterie, beſtehend aus 2000 Mann.“

Und in entſprechender Weiſe brachte die Königin Anna, die acht Jahre zuvor ſich dem Vater Leopold und dem Sohne Carl in jenen Ausdrücken verbindlich gemacht, nunmehr unter der Anleitung ihrer Berather Oxford und St. John, es über ſich, auf eine ſolche, mit den Thatſachen nicht zu vereinende Adreſſe des Unterhauſes zu antworten: „Dieſe Darlegung iſt ein weiterer Beweis derjenigen pflichttreuen Ergebenheit für meinen Dienſt und der Fürſorge für das allgemeine Intereſſe, welche dies Haus der Gemeinen immer bewieſen hat.“[2])

Demgemäß konnte nun auch St. John dem Prinzen Eugen antworten mit Berufung auf das Votum des Unterhauſes. Jedoch erfolgte dieſe Antwort an den Feldherrn, den die Jahreszeit zu ſeinen Truppen rief, erſt eine Woche nach jener Adreſſe an die Königin, nämlich am 11./22. März. St. John meldete, daß das Unterhaus

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 267. Although this undertaking was entered upon at the particular and earnest request of the Imperial Court etc.

[2]) A. a. O., p. 273.

beſchloſſen habe, die kaiſerlichen Truppen in Spanien noch bis zum 25. des laufenden Monates, a. St., alſo noch vierzehn Tage, nach dem alten Fuße zu bezahlen. Von da an werde Groß-Britannien nur noch ſeinen Antheil an der Summe der vier Millionen Thaler, die der Prinz Eugen für erforderlich erachte, nämlich ein Drittel bezahlen. „Die Königin, fährt St. John fort, erſucht den Prinzen Eugen dies dem Kaiſer zu berichten, damit er Anſtalt treffe, ſein Drittel rechtzeitig zu entrichten, und zugleich durch ſeine Miniſter im Haag die Republik anhalte, auch ihren Antheil beizubringen. Denn die Königin erklärt, daß, wenn nicht ihre Verbündeten, ein Jeder ſein Drittheil, zu dem Kriege in Spanien beitragen, ſie auch das vom Unterhauſe zu dem Zwecke ihr bewilligte Drittheil nicht bezahlen wird.“ [1])

In ſeiner Antwort faßt der Prinz Eugen alles dahin zuſammen, daß die Freunde wie die Feinde die Antwort St. Johns anſehen werden wie das Preisgeben des Krieges in Spanien. Er fügt hinzu, daß die Truppen des Kaiſers in Italien ſtehen, bereit zur Ueberfahrt, daß jedoch die Commandanten der Flotte die Einſchiffung verweigern, bis auf poſitiven Befehl.

Auch dann noch verſuchte St. John durch Worte die Sache anders zu wenden als ſie lag. Die Flotte im Mittelmeere, ſagt er, habe den Auftrag, die Ueberfahrt der Truppen zu decken. Die anderen Koſten der Ueberfahrt wie der Verpflegung fallen dem Kaiſer zur Laſt; denn die Königin gehe über ihren Antheil an den vier Millionen nicht hinaus. „Wenn der Kaiſer und die Generalſtaaten, ſagt er, nicht je ihr Drittel einzahlen, ſo wird allerdings der Krieg in Spanien damit preisgegeben ſein: nur iſt es nicht die Königin, die ihn preisgegeben hat.“ — „Die Königin hofft, ſagt weiter St. John, daß der Prinz Eugen ſeinen großen Einfluß bei dem Kaiſer und den Generalſtaaten verwenden werde, um dieſe zum Entſchluſſe zu beſtimmen. Dieſer Entſchluß wird unfehlbar Frankreich gefügiger und die Unterhandlung in Utrecht minder ſchwierig machen. Denn das einzige Mittel zur Beſchleunigung des Friedens iſt ja, wie der Prinz Eugen wiederholt dargelegt, und wie die Königin davon völlig überzeugt iſt, dem

[1]) Lamberty t. VII, p. 381.

Feinde die Bereitſchaft zu zeigen, den Krieg von allen Seiten mit Nachdruck zu führen.“[1])

Das britiſche Miniſterium erhielt für dieſe Führung des Unterhauſes das volle Lob Ludwigs XIV. „Der König, meldet Torcy, hat die ganze Geſchicklichkeit der klugen und einſichtsvollen Führung beobachtet, mittelſt welcher das Unterhaus zur Erkenntnis gebracht iſt, daß die engliſche Nation von ihren Verbündeten misbraucht wurde, und daß dieſe ihren Nutzen zogen von einem Kriege, deſſen hauptſächliche Laſt ſie der engliſchen Nation aufbürdeten, und von welchem dieſe keinen anderen Nutzen hoffen konnte, als durch ſchleuniges Eingehen auf einen Frieden unter ehrenvollen und vortheilhaften Bedingungen. Da das Oberhaus ſich nur durch die Leidenſchaft einer unruhigen Partei fortreißen läßt, die ihr Eigennutz gegen das gegenwärtige Miniſterium ſtachelt, ſo hält ſich der König für verſichert, daß diejenigen Perſönlichkeiten, die zur Zeit mit ſolcher Befähigung die Angelegenheiten der Königin von England führen, auch das Mittel finden werden, dieſe Partei zu beugen, und ſie dahin zu bringen, daß ſie ſich dem wahren Intereſſe der Nation anbequemen.“[2])

Dem Prinzen Eugen hatten die Antworten St. Johns, eben ſo ſehr durch den in Staatsſchriften an eine befreundete Macht nicht gewöhnlichen Ton, wie durch den Inhalt, zur Genüge gezeigt, daß für den Zweck ſeiner Reiſe, Groß-Britannien bei der Allianz zu erhalten, ſehr geringe Ausſicht war.

Dennoch iſt zu erwähnen, daß von einer anderen Perſönlichkeit in den letzten Tagen ſeines Aufenthaltes in London wieder entgegenkommende Schritte geſchahen. Der Treaſurer Oxford knüpfte durch den pfälziſchen Reſidenten Steingens an mit dem Adjutanten des Prinzen, Hohendorf. Da Oxford ſich auf die Zuſtimmung der Königin berief, willigte der Prinz in eine Unterredung. Auf den Vorhalt des Prinzen Eugen, daß Frankreich nicht wagen würde in Utrecht ſo aufzutreten, wie es geſchehe, wenn es nicht ſchon mit England einverſtanden und deſſen Zuſtimmung im voraus verſichert wäre, betheuerte Oxford,

[1]) Lamberty t. VII, p. 386.
[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 222.

daß dies sich nicht so verhalte, und daß England in keine Verbindlichkeiten gegenüber Frankreich eingegangen sei.[1])

Dieser Beginn charakterisirt für uns Spätere von vorn herein den Schritt Oxfords als unaufrichtig. In Wien jedoch, wo man die geheime Uebereinkunft vom October des Jahres zuvor, welche die Belassung Spaniens bei Philipp V. zum Fundamente hatte, zwar vermuthete, nicht jedoch kannte, wurden die Anträge Oxfords nicht principiell verworfen. Der Kaiser Carl VI. konnte, wie es scheint, noch für längere Zeit sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß die Königin, der er einst mit dem vollen Vertrauen der Jugend entgegen getreten war, von allen früheren Zusagen sich nunmehr so völlig losmachen wolle. Die Correspondenz mit Steingens zog sich mehrere Monate hin.

In der Abschieds-Audienz erhielt der Prinz Eugen ein Handschreiben der Königin für den Kaiser. St. John, dem als der französischen Sprache kundigsten Minister es oblag, diese Handschreiben abzufassen, hatte darin seine Rhetorik aufgeboten, um in einem Schwalle von Worten nichts Greifbares zu sagen.[2])

Gegen Ende März schiffte sich der Prinz Eugen in Greenwich ein, um, so viel an ihm war, mit den Waffen gegen den offenen Feind bessere Erfolge zu erringen, als mit Worten gegen einen unaufrichtigen Freund.

Todesfälle in Frankreich und deren Consequenz für den britisch-französischen Friedenshandel.

St. John hatte im Namen der Königin die Worte des Prinzen Eugen über die Bereitschaft zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges sich angeeignet: in der Wirklichkeit stand es damit etwas anders. Denn, während der Prinz Eugen in London verweilte und derartige Antworten erfuhr, bemühete sich das britische Ministerium bei Frankreich in dringlicher Weise um den Frieden. Dies war der eigentliche Zweck, für welchen Harley, der Vetter Oxfords, im Beginne des

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 212.

[2]) Das Schreiben ist abgedruckt in der Oesterreichisch-militärischen Zeitschrift. Jahrgang 1808, S. 559.

Monates März, nach Holland entsendet werden sollte. Um das Entgegenwirken des Kaisers und der Republick abzuschneiden, ließ die Königin den Harley mit solchen Instructionen ausstatten, daß, wenn die Franzosen nur einigermaßen entgegen kommen würden, der Friede gesichert schien. „Denn alle Dinge sind hier so wohl vorbereitet, schreibt St. John den Bevollmächtigten, am 23. Februar 5. März, daß, wie immer das nächste französische Erbieten im Congreß aufgenommen werden möge, Groß-Britannien sich dafür erklären wird, vorausgesetzt, daß es so viel enthält, als wir mit Besonnenheit und Ehre vertreten können.“[1]) „Wenn nur die Franzosen, sagt er weiter, in den allgemeinen Puncten so vernünftig sind, wie sie sich in den einzelnen bewiesen haben, so wird die Königin den Entwurf dem Parlamente vorlegen. Wir werden in beiden Häusern mit Einer Debatte abkommen, und das Ergebnis derselben wird unfehlbar sein der Rath für die Königin den Frieden abzuschließen.“

Demnach war St. John über den Standpunkt der Vermittelung in Utrecht bereits hinaus. Sein Plan des directen Abschlusses mit Frankreich erschien ihm so zweckmäßig, daß er selber sich erbot, sich nach Versailles zu begeben, um persönlich dort mit dem französischen Ministerium eine solche Vorlage festzustellen. Dieser Plan jedoch erschien zu kühn. Man zog es vor Gautier wieder zu entsenden.[2])

Dies war der Stand der Dinge im Beginne des Monates März. Inzwischen jedoch traten in Versailles Ereignisse von unabsehbarer Tragweite ein. Die Folge war, daß sowohl Harley als Gautier noch bis zum 5. 16. März in London zurückbehalten wurden.

Diese Ereignisse waren drei Todesfälle im königlichen Hause rasch nach einander. Nachdem im April des Jahres zuvor der damalige Dauphin, Sohn Ludwigs XIV., 49 Jahre alt verstorben war, stand dem Throne zunächst sein ältester Sohn, der bisherige Herzog von Bourgogne, fortan Dauphin. Verheirathet mit der Prinzessin Marie Adelaide von Savoyen, hatte er zwei kleine Söhne, den Herzog von Bretagne und den Herzog von Anjou. Auf diese folgten im Anrechte an den Thron die jüngeren Enkel Ludwigs XIV., zunächst der frühere

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 191.

[2]) A. a. O., p. 193.

Herzog von Anjou, nunmehrige König Philipp V. von Spanien, dann der Herzog von Berry.

Am 12. Februar ſtarb Marie Adelaide, Dauphine von Frankreich, nach einer Krankheit weniger Tage. Der Verluſt traf, nach dem Dauphin, am härteſten den alten König ſelbſt; „denn die Dauphine war all ſein Troſt und Vergnügen.“ [1])

In ſpäterer Zeit iſt die Meinung aufgekommen, daß Marie Adelaide das Vertrauen, deſſen ſie bei Ludwig XIV. genoß, misbraucht habe, um ihrem Vater, dem Herzog Victor Amadeus, Geheimniſſe zu entdecken. Die neuere Forſchung hat dargethan, daß im Archive zu Turin für eine ſolche Anklage jeder Anhaltspunkt fehlt.[2])

Bevor noch die Dauphine begraben war, erkrankte der Dauphin an derſelben Krankheit, die man als Rötheln bezeichnete. Es war am Dienstag, dem 16. Februar. Die Krankheit ſtieg raſch. Am Abende des 17. ließ er in ſeinem Zimmer einen Altar zurichten. Nach Mitternacht ward dort die Meſſe geleſen. Der Dauphin empfing die Sacramente. Dann redete er in wilden Fieber-Phantaſien von Jagd und Krieg; aber noch am ſelben Morgen machte der Tod ſeinen Leiden ein Ende, am Donnerstag, dem 18. Februar. Ein und derſelbe Wagen führte die Särge des prinzlichen Paares in die Königsgruft zu St. Denis.

„In dem Dauphin, ſchrieb Dangeau in ſein Tagebuch, iſt der tugendhafteſte und frömmſte Prinz geſtorben, den es vielleicht auf der Welt gab.“[3]) In gleicher Weiſe lauten andere Urtheile. „Ich bin gewiß, meldet die Herzogin von Orleans, daß mehr als hundert Heilige kanoniſirt ſind, die es weniger verdient haben als unſer Dauphin.“

Der Dauphin war das Meiſterſtück der Erziehungskunſt des Erzbiſchofs Fenelon. Seine Knabenjahre hatten ſeine Umgebung erzittern laſſen vor den Ausbrüchen wilder Leidenſchaftlichkeit nach allen

---

[1]) Worte der Herzogin von Orleans an die Kurfürſtin Sophie, bei Ranke: Franzöſiſche Geſchichte Bd. VI, S. 291. Ueberhaupt folge ich hier hauptſächlich den Briefen der Herzogin.

[2]) M. Della Rocca: Correspondance inédite de la D. de Bourgogne etc. p. 88.

[3]) Dangeau t. XIV, p. 90.

Richtungen. Unter der Leitung Fenelons erfolgte der Umschlag. Der Jüngling formte sich um in ein Musterbild der Bescheidenheit, der Sittenreinheit, der Herzensgüte.[1])

Eine schöne Hoffnung für Frankreich ward in diesem edelsten Sprossen des Hauses Bourbon begraben. Als geschichtliche Thatsache muß erwähnt werden, daß sich gegen den Herzog von Orleans ein Verdacht des Giftmordes an dem prinzlichen Paare erhob, so laut und rücksichtslos, daß Ludwig XIV. selber seinem Neffen rieth, den Chemiker Humberg, mit welchem der Herzog zu arbeiten pflegte, in die Bastille zu schicken, damit er dort vernommen würde. Der Commandant der Bastille dagegen nahm den Chemiker als Gefangenen nicht an, mit Berufung auf den Gegenbefehl des Königs. Es scheint also, daß Ludwig XIV. von seinem Neffen den Anlaß zu einer solchen Demonstration verlangt habe. Inzwischen war auch das Gutachten der Aerzte erfolgt, welches für die Dauphine als die Todesursache die Rötheln angab, für den Dauphin dieselbe Krankheit, und als weitere Ursache noch die Betrübnis hinzufügte, dagegen den Gedanken an Gift zurückwies.[2])

Der Dauphin war 26 Jahre alt geworden. Es blieben seine zwei Söhne, der Herzog von Bretagne, 5 Jahre alt, nunmehriger Dauphin, und der Herzog von Anjou, 2 Jahre alt. Am 28. Februar erkrankte der neue Dauphin, jedoch leicht. Die Krankheit schien vorüber zu gehen. Am 7. März erkrankten beide Kinder schwer, am Abende des 8. starb der neue Dauphin.

In dem Berichte der Herzogin von Orleans heißt es: „Als der kleine Dauphin schon ganz roth von den Rötheln war und schwitzte, haben die Doctoren ihn zur Ader gelassen, hernach ein Brechmittel gegeben, und in der Operation ist das arme Kind verschieden." — „Sein Brüderchen hatte eben dieselbe Krankheit. Während die neun Doctoren mit dem Aelteren beschäftigt waren, haben sich die Wartefrauen des Jüngeren mit dem Prinzen eingesperrt. Gestern nun, am 9., weil das Kind starkes Fieber hatte, haben die Doctoren ihn auch zur Ader lassen wollen; aber die Gouvernante Madame de Ventadour und deren

[1]) Dangeau t. XIV, p. 90. Die schöne Charakteristik von der Hand St. Simons.
[2]) Briefe der Herzogin von Orleans S. 292 u. f.

Stellvertreterin haben ſich ſtark widerſetzt und es durchaus nicht leiden wollen, haben ihn nur hübſch warm gehalten. So iſt dieſes Kind ſalvirt worden."[1]) — Es war der ſpätere Ludwig XV.

Das Gerücht dieſer Todesfälle durcheilte Europa. Es ſetzte hinzu, daß auch Ludwig XIV. geſtorben ſei. Friedrich I. in Berlin hielt dies für ſo ſicher, daß er an Lord Strafford in Utrecht ſchrieb: es ſei allerdings jetzt die rechte Zeit Frankreich zu demüthigen; aber man dürfe es doch nicht zu ſehr thun, damit es im Stande verbleibe, dem Hauſe Oeſterreich das Gleichgewicht zu halten. — Im Uebrigen empfahl Friedrich I. dem Lord Strafford ſein Intereſſe.[2])

Das Leben dieſes damals zweijährigen Kindes war die Scheidewand, welche Philipp V. von dem nächſten Anrechte auf die Krone Frankreich trennte, demnach das einzige Bollwerk gegen die Vereinigung der beiden Monarchien auf Eine Perſon.

Damals als Ludwig XIV. ſeinen Enkel Philipp von Anjou zur Beſitzergreifung der Krone nach Spanien entſendete, im December 1700, hatte er ihm ſein Anrecht an die Krone Frankreich durch ein beſonderes Patent ausdrücklich gewahrt (Band IX, S. 48). Wir haben aus der früheren Zeit die Anſicht vernommen, daß, bei der ſchwachen Conſtitution des älteren Bruders, des Herzogs von Bourgogne, weder auf ein langes Leben, noch auf Nachkommenſchaft von ihm gerechnet werde, daß daher Ludwig XIV. hoffe, ſeinem zweiten Enkel, dem Herzoge von Anjou, ſei dasjenige Ziel vorbehalten, welches ihm ſelber in ſeinen jugendlichen Mannesjahren vorgeſchwebt und dann ſich als unerreichbar bewieſen hatte, die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien (Band VIII, S. 619).

Bei der Anknüpfung des geheimen Friedenshandels zwiſchen Frankreich und Groß-Britannien dagegen ſchien dieſer Gedanke aufgegeben. Der zweite Artikel der Präliminarien des Mesnager ſagte ausdrücklich, daß zweckmäßige und vernünftige Maßregeln getroffen werden müßten, um zu verhindern, daß jemals die Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt zuſammen kämen.

---

[1]) Bericht vom 10. März. S. 294.

[2]) Die Correſpondenz im Britiſh Muſeum. Add. MS. Strafford Papers. Vol. 22,210.

In derſelben Weiſe meldete Torcy, am 10. März, an St. John den Tod des kleinen Dauphins. „Die Feinde des Friedens, ſagt er, werden dies zum Vorwande nehmen, um die Gefahr der Vereinigung der zwei Kronen auf Ein Haupt geltend zu machen. Dieſe Vereinigung wäre jedoch eben ſo ſchlimm für Frankreich und für Spanien wie gefährlich für das übrige Europa. Daher beharrt der König beſtändig in dem feſten Entſchluſſe, alle erforderlichen Maßregeln zu treffen, um ſie zu verhindern.“ Torcy gab dieſe Maßregeln nicht an; aber er bat, daß die Königin ſich deſſen verſichert halten möge.[1])

Die Nachricht der Todesfälle bewirkte bei der Königin und dem britiſchen Miniſterium in Betreff der Geſinnungen und des bereits früher feſtgeſtellten Planes für den Frieden keine Aenderung. Es war ihnen um Eile zu thun, damit es nicht mehr zu einem Feldzuge komme. Darum wurde am nächſten Tage nach dem Eingange jenes Schreibens von Torcy, am 5. 16. März, Harley nach Utrecht, Gautier nach Verſailles entſendet. Es handelte ſich alſo, dem früheren Plane gemäß, um einen Friedensentwurf, den die Bevollmächtigten der beiden Mächte unter einander feſtſtellen würden, um dann von den Anderen die Annahme zu fordern. St. John hielt ſich des Gelingens für ſicher. „Es hangt nur von Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät ab, ſchrieb er an Torcy, den Frieden in einer geringeren Anzahl von Tagen zum Abſchluſſe zu bringen als ſeine Bevollmächtigten bereits in Utrecht verweilt haben.“[2])

Der Gedankengang bei St. John iſt alſo weſentlich derſelbe wie elf Tage zuvor. Die Inſtructionen für Harley nach Utrecht, für Gautier nach Verſailles blieben wie ſie waren, nur daß ſie einen Zuſatz erfuhren, nämlich in Betreff der wichtigen Frage, die durch die Todesfälle der zwei Dauphins in den Vordergrund getreten war. „Auch die Königin, ſagt dieſer Zuſatz, zweifelt nicht, daß der Tod dieſer Prinzen denen, welche die Fortſetzung des Krieges erſtreben, zum Vorwande dienen werde; aber ſie iſt zugleich der Anſicht, daß das ſicherſte Mittel ihre Anſtrengungen zu vereiteln, darin beſtehe, ohne Zeitverluſt die geeigneten Maßregeln zu treffen, um die Vereinigung

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 205.

[2]) A. a. O., p. 207. Vom 4./15. März.

der zwei Kronen zu verhindern. Zu diesem Ende glaubt die Königin vorschlagen zu sollen, daß der Prinz, der sich im Besitze der spanischen Krone befindet, auf diejenige von Frankreich für sich und seine Kinder formell verzichte, und daß die Thronfolgen für beide Länder in dem Friedensvertrage selber festgestellt werden."[1])

Das britische Ministerium scheint bei diesem seinem Vorschlage an einen Widerspruch auf französischer Seite kaum gedacht zu haben. Denn ähnlich wie an Torcy, schreibt St. John einige Tage später, am 7./18. März, auch an Strafford in Utrecht. Es stehe nunmehr, sagt er, alles in der Hand Frankreichs. Die Königin sei weit entfernt, aus dem Unglücke des Hauses Bourbon Nutzen ziehen zu wollen. Obwohl die Verbündeten den Feldzug mit Vortheil beginnen können, so wünsche doch die Königin allen Operationen zuvor zu kommen. Ein vernünftiger Friedensplan von französischer Seite werde daher ihre volle und bereitwillige Zustimmung finden, und eben so diejenige der Nation. St. John fürchtet nur die französische Neigung zum Verhandeln, die den Kriegeseifer in der britischen Nation wieder anfachen könne. Eine Besorgnis seinerseits in Betreff jenes Vorschlages, daß Philipp V. auf Frankreich verzichten solle, wird nicht laut.[2])

Und doch traf gerade dieser Vorschlag die französische Königs-Politik ins Herz und ward fortan für mehrere Wochen zur wichtigsten Frage, vor der alle anderen als nebensächlich erschienen.

Auf die durch Gautier überbrachte Denkschrift, vom 4./15. März, antwortete Torcy durch eine besondere Denkschrift vom 23. März.[3]) Die Hauptsache darin ist die Antwort auf die Forderung, daß Philipp V. auf die Krone Frankreich verzichten solle. „Ein solcher Verzicht, antwortete Torcy, wäre gemäß den Grundgesetzen des Königreiches nichtig und ungültig. Denn nach diesen Gesetzen ist der Prinz, welcher der Krone zunächst steht, nothwendig der Erbe derselben. Diese Erbschaft empfängt er weder von dem Könige seinem Vorgänger, noch von dem Volke, sondern kraft des Gesetzes, so daß, wenn ein König zum Sterben kommt, der Nächststehende unmittelbar ihm folgt, ohne um Jemandes

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 208.
[2]) A. a. O., p. 213. Vom 7./18. März.
[3]) Abgedruckt a. a. O., p. 222.

Einwilligung ſich zu kümmern. Er folgt nicht als Erbe, ſondern als der Herr des Königreiches, deſſen Eigenthum ihm zuſteht, nicht nach Wahl, ſondern lediglich nach dem Rechte der Geburt. Er iſt für ſeine Krone weder dem Willen ſeines Vorgängers verpflichtet, noch einem Edicte, noch einem Beſchluſſe, noch auch dem Wohlwollen irgend eines Menſchen: er iſt es lediglich dem Geſetze. Dieſes Geſetz wird angeſehen als das Werk deſſen, der die Monarchien gegründet hat, und man hält in Frankreich feſt, daß nur Gott es abſchaffen könne. Daher gibt es keinen Verzicht, der es aufzuheben im Stande wäre. Und wenn der König von Spanien um des Friedens willen und aus Gehorſam für ſeinen Großvater den Verzicht leiſtete, ſo würde es ein Irrthum ſein, dieſen Verzicht zu betrachten als ein ausreichendes Heilmittel gegen die Uebel, welche man vermeiden will. Im Gegentheile würde das die Quelle der größten Uebel ſein. Es hieße das Thor eröffnen für innere Kriege in Frankreich, deren Flammen ganz Europa in Brand ſtecken würden."

In dem Begleitbriefe an St. John ſagt Torcy kürzer: „Man darf bei ſolchen Gelegenheiten nicht auf Sand bauen, und unnützer Weiſe viele Vorſichtsmaßregeln aufwenden, um Acte zu ſtützen, die in ſich ſelber nichtig ſind."

Aber Torcy erkennt in ſeinen Worten auch an, daß eine Vereinigung der Kronen nicht ſtatthaft ſei. Denn weder dürfe Frankreich eine Provinz von Spanien, noch Spanien eine Provinz von Frankreich werden. Man müſſe daher ein Expedient finden. Zu dieſem Zwecke ſchlägt er dasjenige vor, welches, wie er ſagt, der König Carl II. in ſeinem Teſtamente aufgeſtellt. Wenn der durch dies Teſtament berufene Erbe für Spanien, der Herzog von Anjou, ſein Anrecht an die Krone Frankreich vorziehe, ſo trete für Spanien an ſeine Stelle der jüngere Bruder, der Herzog von Berry. So, meint Torcy, könne es gehalten werden, wenn ſich für Philipp V. die Nachfolge in Frankreich eröffne.

So ſehnſüchtig das britiſche Miniſterium nach dem Frieden ausſchauete, ſo war doch dieſe franzöſiſche Zumuthung, die in der That den alten Plan kaum verhüllte, gar zu ſtark. In ſeiner Antwort, vom 23. März/3. April, an Torcy trat St. John feſter auf. „Der hauptſächliche Beweggrund für die Königin, ſagt er, ſo weit für den Frieden entgegen zu kommen, war das Vertrauen, daß auch der allerchriſtlichſte

König seinerseits alle erforderlichen Schritte thun werde, um für immer die für ganz Europa so gefährliche Vereinigung der zwei Kronen zu hindern. Man darf Ihrerseits nicht verlangen, daß sie sich dafür mit einer so geringen Sicherheit begnüge, wie der von Ihnen gemachte Vorschlag bietet, oder daß sie gestatte, daß derjenige, der sich im Besitze der Krone Spanien befindet, das Recht haben solle an der Krone Frankreich zu succediren. Wer bürgt uns dafür, daß dieser Prinz, anstatt eine so beispiellose Mäßigung zu beweisen, nicht lieber seine Macht anwendet, um die eine Krone zu behalten, die andere zu erlangen?"

„Seien Sie in Frankreich immerhin überzeugt, daß nur Gott das Grundgesetz Ihrer Thronfolge aufheben kann: gestatten Sie aber dagegen uns in Groß-Britannien der Ansicht zu sein, daß ein Prinz sich durch eine freiwillige Cession seines Rechtes begeben kann, und daß derjenige, zu Gunsten dessen der Verzicht geschieht, den gerechten Anspruch hat auf den Schutz der Mächte, welche den Vertrag verbürgen."

„Kurz die Sache ist von solcher Wichtigkeit sowohl für die Königin als für das gesammte Europa, sowohl für die Mitwelt als für die Nachwelt, daß die Königin nicht einwilligen kann, die Friedenshandlung fortzusetzen, wenn nicht das Expedient, welches sie vorgeschlagen, oder ein anderes gleichwerthiges angenommen wird." [1])

Zugleich erging ein Courier nach Utrecht an die britischen Bevollmächtigten mit dem Befehle, keine weiteren Vorschläge von französischer Seite anzunehmen als bis in dieser Angelegenheit Satisfaction gegeben sei.

Schon vorher indessen stockten dort die Dinge. Der 30. März war der Tag, welchen die französischen Bevollmächtigten zur Antwort auf die besonderen Forderungen der Verbündeten, vom 25. März, angesetzt hatten. Als die sämmtlichen Gesandten sich in dem Conferenzsaale eingefunden, zog der Abbé Polignac ein Blatt hervor und las: „Nachdem man beiderseitig die Forderungen schriftlich übergeben, halten wir dafür nunmehr im Stande zu sein, mit allen Verbündeten, gemäß der in den früheren Friedens-Congressen üblichen Weise in Verhand-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 229. Vom 23. März/3. April.

lung zu treten."[1]) Der Graf Sinzendorf erhob darauf die Frage, ob das die in Aussicht gestellte Antwort sei. Polignac bejahete. Die Gesandten der Verbündeten zogen sich in ihr besonderes Zimmer zurück, und ergingen sich in heftigen Reden über das französische Verfahren, welches sie lächerlich nannten. Nur Strafford trat für dasselbe ein. Nach einigem Hin- und Herreden einigte man sich zu der Antwort: „Wir haben erwartet, daß nachdem wir, Ihrem Wunsche gemäß, unsere besonderen Forderungen schriftlich eingegeben haben, Sie dieselben eben so beantworten würden. Und dies erwarten wir noch."

Am 2. April erneuerten die Verbündeten in einer allgemeinen Conferenz diese Erklärung. Polignac bestritt die Verpflichtung und bezog sich auf das Verfahren in den früheren Friedens-Congressen. Man hielt ihm entgegen, daß damals ein Vermittler da gewesen sei, der nunmehr fehle. Der Marschall Uxelles rief: wie könne man schriftliche Verhandlung fordern, nachdem man das erste Schriftstück nur dazu benutzt habe, die Völker gegen Frankreich zu erregen. Sinzendorf erwiederte: sobald man von französischer Seite nur billige und vernünftige Vorschläge mache, werde sich die Erregung der Völker nicht gegen Frankreich wenden, sondern gegen die Verbündeten.

Die Franzosen willigten nicht ein, und man blieb auf diesem Punkte einander gegenüber stehen. Inzwischen traf der Prinz Eugen auf der Rückkehr von London im Haag ein. Viele der Gesandten eilten dahin. Sie hofften ja überhaupt mehr von einem nachdrücklichen Feldzuge als von den Verhandlungen, bei welchen sie nicht wußten, ob die Engländer ihnen Feind oder Freund. Die allgemeinen Verhandlungen in Utrecht standen still, noch bevor jene Weisung St. Johns an die britischen Bevollmächtigten eintraf, daß, ehe die geheime Beredung mit den Franzosen weiter ginge, Frankreich in Betreff der Trennung der zwei Kronen Frankreich und Spanien sich befriedigend erklären müsse.

So nachdrücklich sich St. John über diesen Punkt zu Torcy ausgesprochen, seine weiteren Kundgebungen prägen seine Sorge aus. Er sucht, direct durch eigene Briefe, indirect durch die Bevollmächtigten Bristol und Strafford, Stützen an den Gesandten derjenigen Mächte,

[1]) Bericht des Primoli vom 1. April. — Vgl. Lamberty t. VII, p. 91.

die, nach alter Erfahrung, dahin neigten, wo der größere Vortheil winkte, Friedrich I. und Victor Amadeus.[1])

In der That war man in Versailles nicht geneigt, den Versuch zu Gunsten Philipps V. aufzugeben. St. John hatte die Forderung des Verzichtes von Philipp V. auf sein Erbrecht an Frankreich nicht kategorisch gestellt, sondern daneben Raum gelassen für etwa ein anderes gleichwerthiges Expediens. In Versailles suchte man ein solches zu finden. Der erste Vorschlag hatte darin bestanden, daß Philipp V. dann, wenn die Krone Frankreich ihm zufalle, seine Wahl zu treffen und auf die eine der zwei Kronen zu verzichten habe. Damit abgewiesen brachte Torcy den modificirten Vorschlag vor, daß Philipp V. oder derjenige seiner Descendenten, dem als Nächstberechtigten die Aussicht auf den Thron von Frankreich sich eröffne, als präsumtiver Thronerbe seine Wahl zu treffen habe, ob Frankreich, ob Spanien.

Die Antwort St. Johns riß auch diesem Vorschlage den Schleier ab, und stellte dies Mal die Frage bestimmt fest. „Es bleibt nur Ein Mittel, erwiederte er, die sofortige Option des Prinzen, der im Besitze von Spanien ist, und die Feststellung der Thronfolgen für beide Länder durch den Friedensvertrag."[2])

Der Name St. John steht hier als derjenige des Vertreters des britischen Ministeriums gemäß seinem eigenen Anspruche. Denn er schreibt zugleich an Strafford: „Als ich unternahm, im Gegensatze zu allen Verbündeten, im Gegensatze zu einer mächtigen turbulenten Faction daheim, im Gegensatze sogar zu der Anschauungsweise, welche seit zwanzig Jahren in Folge falscher Grundsätze aufgewachsen war — im Gegensatze zu allem diesem einen Frieden herbeizuführen, war es mir klar, daß dies Bestreben den äußersten Nachdruck und feste Entschlossenheit erforderte."[3])

St. John vergißt hier manches Andere zu nennen, mit welchem sein Streben nicht minder im Gegensatze stand. Kein späterer Engländer ist für die Meinung eingetreten, daß Oxford und St. John

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 232. An Maffei, an Marschall von Biberstein, an die Bevollmächtigten.

[2]) A. a. O., p. 249. Vom 6./17. April.

[3]) A. a. O., p. 256. Vom 8./19. April.

durch ihre Mittel zum Frieden zu gelangen, die nationale Ehre Englands gefördert haben.

Auf die nunmehr bestimmt gestellte britische Forderung des sofortigen Verzichtes schob Ludwig XIV. seinem Enkel in Madrid die Entscheidung zu. „Die Nothwendigkeit des Friedens, schrieb er, am 18. April, steigt täglich, und, nachdem die Mittel zur Fortführung des Krieges erschöpft sind, werde ich mich endlich gezwungen sehen, auf Bedingungen hin zu unterhandeln, die für uns beide gleich unangenehm sind, wenn nicht Ew. Majestät unverzüglich durch einen raschen Entschluß zuvorkommen. Mein Gesandter Bonac wird Ihnen mittheilen, was ich denke in einer so schwierigen Angelegenheit, bei welcher vernünftige Gründe nicht mehr am Orte sind.“ [1])

Der Rath Ludwigs XIV. für Philipp V. war, wie Torcy es benennt, der Hartnäckigkeit der Engländer nachzugeben, und zu erklären, daß er auf die unsichere Aussicht auf die Krone Frankreich verzichten werde.

Torcy meldete dies nach London, am 26. April. Zwar sei es für Philipp V. hart, meint er, schon jetzt den Spaniern kund zu thun, daß er, wenn sich die Thronfolge in Frankreich für ihn eröffne, sie verlassen wolle: aber dieser Uebelstand müsse dem Gemeinwohle weichen. Der König legt also seinem Enkel in Madrid die Nothwendigkeit dar, schon jetzt seinen Entschluß zu fassen. Torcy hofft, daß Philipp V. sich in Güte fügen werde. Wenn aber nicht, so werde Ludwig XIV. alle Mittel anwenden, welche die Königin von Groß-Britannien für geeignet halte, und wenn es sein müsse, auch dasjenige der Gewalt.

„Nach meiner Ueberzeugung, fährt Torcy fort, wird es nicht zu diesem Aeußersten kommen; aber es ist der Wille des Königs, daß ich Ihnen seinen Entschluß für diesen Fall mittheile, damit Sie darin einen neuen Beweis seiner Aufrichtigkeit erblicken, so wie den wahrhaften Wunsch nach dem schnellen Abschlusse eines sicheren und festen Friedens.“

Nach Torcys Meinung war damit diese Sache geebnet. Aber, sagt er dann, die Feinde des Friedens setzen ihre Hoffnungen auf die Ereignisse des Feldzuges, und darum empfehle es sich, daß die Königin,

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 183.

um ſolche Plane der Gegner zu durchkreuzen, nunmehr einen Waffenſtillſtand vorſchlage.[1])

Das Schreiben ward von Gautier nach London überbracht. Für den Fall jedoch, daß Toreys ſchriftliche Verſicherungen der Aufrichtigkeit im britiſchen Cabinet nicht den gewünſchten Glauben fanden, war Gautier auch noch mit mündlichen Inſtructionen ausgerüſtet, die aus dem Verlaufe der Dinge wohl erkennbar ſind. Der eigentliche Vertrauensmann in England für Frankreich war der Treaſurer Oxford, St. John dagegen führte die Feder des britiſchen Cabinets.

Seine Antwort an Torey, vom 29. April/10. Mai, prägt nicht den von dieſem gewünſchten Glauben an die Aufrichtigkeit der franzöſiſchen Kundgebung aus.[2]) „Sie melden mir, antwortet er, daß die Erklärung über die Option von Stund an erfolgen ſoll; aber Sie ſagen nicht, daß mit der Erklärung auch die Ausführung Schritt halten wird. Eben dies jedoch iſt für den definitiven Frieden durchaus nothwendig. Wir müſſen die Sache ſo einrichten, daß niemals der Moment eintreten kann, in welchem derjenige Fürſt, der ſich im Beſitze der Krone von Spanien befindet, die Succeſſion an derjenigen von Frankreich als für ihn eröffnet betrachten könne."

Das Schreiben St. Johns ſchlägt daher ein Auskunftsmittel vor. Für den Fall, daß Philipp V. ſein Anrecht auf Frankreich bewahren wolle, müſſe er Spanien aufgeben. In dieſem Falle werde er ſofort mit dem Herzoge Victor Amadeus zu tauſchen haben, ſo daß dieſer Spanien erhalte, Philipp V. die Erbländer des Herzogs, mit Montferrat, Mantua, Sicilien dazu. Werde Philipp V. dann König von Frankreich, ſo habe er Sicilien an das Haus Oeſterreich abzugeben: die anderen Länder verbleiben als franzöſiſche Provinzen.

„Allein, fügt dann St. John hinzu, die Umſtände geſtatten nicht, daß wir länger in der Ungewisheit bleiben, ob wir Krieg oder Frieden haben werden. Das Parlament wird ungeduldig. Die Königin, die demſelben die Mittheilung der Friedenshandlung verſprochen hat, kann ſich nicht entziehen die auf dieſes mein Schreiben erfolgende Antwort dort vorzulegen. Die Armeen ſtehen im Felde und die Ereigniſſe

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 278. Vom 26. April.

[2]) A. a. O., p. 300.

Eines Tages können völlig die Sachlage verändern. Bei aller Geneigtheit für den Frieden und bei aller Abneigung gegen ferneres Blutvergießen, kann die Königin sich nicht für einen Waffenstillstand erklären, bevor sie den Entschluß des allerchristlichsten Königs auf diesen unseren Vorschlag kennt. Der Abbé Gautier hat uns den Plan für den allgemeinen Frieden überbracht. Aber es würde eine vergebliche Mühe sein, andere Punkte zu erörtern, bevor die Hauptfrage entschieden ist. Die Königin besteht daher darauf, daß die Antwort, die Sie mir senden werden, kategorisch und endgültig sei."

Die Fassung dieses Schreibens ist offenbar scharf, fast drohend. In so fern trägt es das persönliche Gepräge St. Johns. Eine andere Frage ist, von welchem Boden aus die Gedanken entstammten, die in so freigebiger Weise über fremdes Eigenthum verfügten, willkürlicher noch als die einstigen Theilungsverträge über die spanische Monarchie. Denn damals handelte es sich nur um Länder, die durch den zu erwartenden Tod Carls II. von Spanien herrenlos wurden: in diesem Falle dagegen sollte über Länder verfügt werden, die sich im rechtmäßigen Besitze Anderer befanden. Es liegt daher die Vermuthung nahe, daß dem Cabinetsrathe, in welchem St. John der Auftrag zu jenem Schreiben ertheilt wurde, eine Verständigung zwischen Oxford und Gautier nach den mündlichen Aufträgen des letzteren vorangegangen war. Daß St. John um dies Geheimnis nicht wußte, geht daraus hervor, daß er, gemäß dem Verlaufe der Berathung im Cabinete, dieselbe Vermuthung aussprach.

„Wenn Vorschläge zu Aenderungen angeregt wurden, schreibt er an Strafford, so konnte ich an dem Verhalten Oxfords deutlich merken, daß er wußte, welcher Vorschlag dem Hofe von Versailles mehr genehm und welcher es minder sein würde. Ich habe den Gautier nach allen Richtungen hin ausgefragt, und glaube aus ihm herausgebracht zu haben, daß man in Frankreich gegen ein Expediens solcher Art sich nicht obstinat verhalten wird."[1])

Es ist von Interesse, solche Aeußerungen dieses britischen Ministers mit dem Thatbestande zu vergleichen. Die Lage der Dinge war, namentlich in militärischer Beziehung, für Frankreich sehr wenig günstig.

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 300. Vom 29. April, 10. Mai.

„Gautier, meldet St. John, am 29. April/10. Mai, ist von großer Furcht vor einem Treffen erfüllt, und er hat seit seiner Ankunft hier wohl zehnmal den Ausdruck gebraucht: er hoffe, daß unsere Armee nichts unternehmen werde, bis sich ergebe, welchen Entschluß sein Hof auf diesen letzten Vorschlag fassen werde."[1])

Demnach lagen die Dinge so, daß die Königin von Groß-Britannien, wenn sie ihren Bundesgenossen die gemachten Verträge treu und ehrlich hielt, es auch damals noch in ihrer Macht hatte, für Ludwig XIV. das Gesetz des Friedens vorzuschreiben. Anstatt der Königin einen Rath dieser Art zu geben, machte St. John, einige Tage später, an Gautier die weitere Wahrnehmung, die er in die Worte an Strafford kleidet: „Gautier hat mir eingestanden: er erwarte, daß in Versailles der Vorschlag des Tausches angenommen werde."[2])

Dagegen brachte diese Wahrnehmung den Staats-Secretär St. John, ungeachtet seiner früheren Vermuthung einer Verständigung zwischen Oxford und Gautier, nicht zu der weiteren Schlußfolge, daß jener Vorschlag des Tausches zwischen Philipp V. und Victor Amadeus seinen Ursprung nicht in St. James, sondern in Versailles haben könne, und daß daher die Feder St. Johns in Bewegung gesetzt worden sei, dem Könige Ludwig XIV. seinen eigenen Vorschlag in britische Form gekleidet zurückzugeben.

Es handelt sich also um die Aufnahme jenes Vorschlages in Versailles.

Zunächst ist zu beachten, wie dort die Umstände lagen. Der kleine Dauphin, von den Rötheln kaum genesen, war abermals erkrankt. „Man ist sehr in Sorge, schrieb Dangeau in sein Tagebuch, am 9. Mai, daß die Gesundheit des Kindes sich gar nicht wieder herstelle."[3]) Ludwig XIV. selber war nahe daran, sein vierundsiebenzigstes Lebensjahr zu vollenden. Bei dieser Lage der Dinge schrieb er, nach dem Eintreffen jener von Groß-Britannien gestellten Alternative, eigenhändig an seinen Enkel Philipp V. in Madrid den folgenden Brief, der kaum einen Zweifel beläßt, daß der von Oxford im Cabinetsrathe der Königin

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 301. Vom 29. April/10. Mai.
[2]) A. a. O., p. 309.
[3]) Dangeau t. XIV, p. 143. Vgl. p. 136, 146, 150.

vertretene Vorschlag des Tausches mit Savoyen in Wahrheit seinen Ursprung in Versailles hatte.

„Ich gestehe Ihnen, sagt darin Ludwig XIV.,[1]) daß ich ungeachtet des ungleichen Verhältnisses der Länder (Spanien und der Gebiete des Herzogs Victor Amadeus) dennoch lebhaft von dem Gedanken ergriffen bin, daß Sie fortfahren würden König zu sein, daß ich immer Sie als meinen Nachfolger betrachten könne, und daß Ihre Stellung Ihnen gestatten würde von Zeit zu Zeit zu mir zu kommen. Denken Sie sich die Freude aus, die ich darüber empfinden würde, mich für die Zukunft auf Sie als meinen Nachfolger verlassen zu können, und gesichert zu sein, daß, wenn der Dauphin am Leben bleibt, ich ihm in Ihrer Person einen Regenten hinterlassen würde, der gewohnt ist zu befehlen, fähig die Ordnung in meinem Königreiche aufrecht zu halten und den Cabalen zu steuern. Wenn dieses Kind zu sterben kommt, wie seine schwache Constitution nur zu sehr besorgen läßt, so würde nach dem Rechte der Geburt die Thronfolge auf Sie verstammen. Ich würde dann den Trost haben, meinen Völkern einen tugendhaften König zu hinterlassen, befähigt sie zu regieren, welcher, indem er mir folgt, noch so beträchtliche Länder wie Savoyen, Piemont und Montferrat mit der Krone vereinigen würde. Diese Aussicht ist mir so lieb, und hauptsächlich die Annehmlichkeit, die ich mir darin vorstelle, mit Ihnen und der Königin einen Theil des Restes meines Lebens zu verbringen, und selber Sie über den Stand meiner Angelegenheiten zu unterrichten, daß ich mir nichts ausdenken kann dem Vergnügen zu vergleichen, welches Sie durch das Eingehen auf diesen neuen Vorschlag mir bereiten würden."

„Wenn die Dankbarkeit und die Neigung für Ihre Unterthanen dringende Beweggründe für Sie sind, bei ihnen zu bleiben, so darf ich auch meinerseits sagen, daß Sie mir dieselben Gefühle schulden, so wie Ihrem Hause und Ihrem Vaterlande eher noch als Spanien. Ich wünsche von Ihnen die Bethätigung derselben. Ich werde es als das größte Glück meines Lebens betrachten, wenn Sie den Entschluß fassen sich mir zu nähern und sich die Rechte zu bewahren, welche Sie, wenn Sie sie jetzt aufgeben, eines Tages vergeblich zurücksehnen werden."

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 190.

„Indeſſen bin ich engagirt auf der Grundlage Ihres Verzichtes auf Frankreich gegen die Beibehaltung Spaniens und Weſtindien zu verhandeln, für den Fall daß Ew. Majeſtät den Vorſchlag des Tauſches mit dem Herzog von Savoyen verwerfen. Ich habe es in der Hand, Ihnen die Wahl frei zu laſſen; jedoch wird die Nothwendigkeit zum Abſchluſſe des Friedens zu gelangen, täglich dringender."

Bis die Entſcheidung Philipps V. in Verſailles und dann in St. James eintreffen konnte, mußte jedenfalls eine Reihe von Tagen verfließen. Bei dem Stande der Dinge aber war jeder Verzug für den heimlichen Friedensplan gefährlich. Weder die Königin Anna, noch Ludwig XIV. waren geneigt, denſelben noch von einem Waffengange abhängig zu machen. Am Hofe von Verſailles ward ſchon am 9. Mai die Nachricht verbreitet, daß die Königin in ihrer Capelle das Gebet für das Glück ihrer Waffen habe einſtellen laſſen.[1]) St. John meldete an Strafford, am 6./17. Mai, daß die Königin auf das Eintreffen der Antwort aus Frankreich ihren Entſchluß faſſen werde und zu dieſem Zwecke Strafford herüber rufe, damit er, geſtützt auf die Beſchlüſſe der beiden Häuſer des Parlamentes, nach Utrecht zurückkehren und die Sache dort abkürzen werde. Der dann abzuſchließende Vertrag, meint St. John, werde für England zugleich ehrenvoller und vortheilhafter ſein als irgend einer zuvor, von dem die Geſchichte melde.[2]) — Einem anderen gleichgeſinnten Freunde gegenüber gebraucht er die Worte: „Ich ſage Ihnen ohne Prahlerei, daß ich lieber mein ganzes Leben in der Verbannung zubringen will, weil ich mitgeholfen habe an dieſem Frieden, als zu den höchſten Ehren erhoben ſein möchte, wenn ich beigetragen hätte ihn zu hindern."[3])

In gleicher Weiſe wie den britiſchen Botſchafter Strafford, rief St. John auch den ſavoyiſchen, Grafen Maffei, nach England, indem er ihnen die Antwort von Verſailles, auf welche hin die Königin handeln wolle, als für das Ende der Woche bevorſtehend ankündigte.[4]) An demſelben Tage befand ſich allerdings die Antwort Torcys, vom 13. Mai, bereits unterweges.

---

[1]) Dangeau t. XIV, p. 143.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 313.

[3]) A. a. O., p. 305.

[4]) A. a. O., p. 312. Vom 6./17. Mai.

In Verſailles herrſchten ähnliche Erwägungen vor, wie in St. James. Da die Antwort Philipps V. ſich noch einige Zeit hinziehen würde, ſo ließ Ludwig XIV. für ihn durch Torcy erklären, daß Philipp V. auf die eine oder die andere Weiſe der geſtellten Alternative eingehen werde. „Sie haben alſo, fügt Torcy für St. John hinzu, das was ich auf Befehl des Königs hier ſchreibe, zu betrachten als die Ihrerſeits verlangte endgültige Antwort des Königs, welche daher jeglicher Ungewisheit über den Frieden oder die Fortführung des Krieges ein Ende machen muß.“ Torcy ſchloß mit dem Vorſchlage eines Waffenſtillſtandes.[1])

Die Königin ließ erwiedern, am 10. 21. Mai, daß ſie ſich auf die Aufrichtigkeit des Königs völlig verlaſſe, und daß, ſobald die Nachricht des Entſchluſſes von Madrid eingetroffen, ſie alle für das große Werk des Friedens erforderlichen Erklärungen ergehen laſſen werde. Am ſelben Tage handelte die Königin, welche vor dem gemeinſamen Feinde der großen Allianz von Aufrichtigkeit reden ließ, vor den eigenen Bundesgenoſſen, die in Waffen demſelben gegenüber ſtanden, in einer Weiſe, welche dieſe Bundesgenoſſen nicht als aufrichtig anerkannten.

Wir haben daher dem Feldzuge unſere Aufmerkſamkeit zuzuwenden und zunächſt die Schritte vorher ins Auge zu faſſen.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Bis zum 10./21. Mai.

In den geheimen Verhandlungen zwiſchen St. James und Verſailles war im Winter zuvor beiderſeitig wiederholt der Wunſch ausgeſprochen, daß man ſich nicht den Wechſelfällen eines abermaligen Feldzuges ausſetzen möge. Der Botſchafter Strafford jedoch erklärte im Haag, daß der Feldzug mit allem Nachdrucke erfolgen werde.[2]) Der Admiral Wiſhart, der im Auftrage der Königin die Rüſtungen zur See im Haag vereinbaren ſollte, gebrauchte, am 16. März, die Worte: auf Befehl der Königin habe er vorzuſtellen, daß es für die

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 316.

[2]) Lamberty t. VII, p. 194.

gemeinsame Sache von der äußersten Wichtigkeit sei, die denkbar stärksten Anstrengungen aufzubieten, um den Krieg nach allen Richtungen fortzusetzen, für den Fall, daß die gegenwärtige Unterhandlung nicht zum Ziele führe.[1])

Im März setzten sich die Truppen allseitig in Marsch. Der Prinz Eugen fragte bei den Generalstaaten an, ob es ihr Wunsch sei, daß er zur Armee gehe, auch bevor die zur Verstärkung erwarteten kaiserlichen Truppen einträfen. Er erhielt, am 16. April, die bejahende Antwort. Er möge sich hin begeben und, vermöge seiner Erfahrung und Einsicht, helfen die militärischen Operationen zu leiten, und in Uebereinstimmung mit den Feld-Deputirten und Generalen der Armee handeln.[2]) — Der Oberbefehl hatte also bestimmte Grenzen.

Einige Tage später, am 18. April, ersuchte der Botschafter Strafford um eine Conferenz mit den Deputirten der Generalstaaten. Er überreichte ein Schreiben der Königin, vom 21. März/1. April, als Antwort auf ein solches von Seiten der Generalstaaten, vom 14. März, in welchem sie zum Beginne des Feldzuges auffordern. Die Königin erwiederte, daß alles bereit gestellt sei, um frühzeitig und mit Nachdruck den Feldzug zu beginnen. Der Herzog von Ormond, dem sie das Commando verliehen, werde in den nächsten Tagen eintreffen. — Daran schlossen sich weitere Erörterungen von Seiten Straffords über die Leistungen für den Krieg, und zwar, wie immer, in dem Sinne, daß England, bisher übermäßig belastet, fortan nur noch nach Verhältnis beitragen wolle. Von Seiten der Republik ward erwiedert, daß sie 60.000 Mann in den Niederlanden unterhalte, und daß die bisherige Mehrleistung der Königin in Spanien und Portugal der Richtschnur des Verhältnisses entsprochen habe, wie es durch die Verträge festgestellt worden sei.[3])

Wenige Tage später traf Ormond im Haag ein. Seine Instruction wies ihn an, dem Rathspensionär Heinsius zu versichern, daß die Königin entschlossen sei, den Krieg mit allem möglichen Nachdrucke zu betreiben, bis der Feind dahin gebracht werde, Frieden zu machen

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 111. Vom 16. März.

[2]) A. a. O., p. 114.

[3]) A. a. O., p. 117.

auf ſichere und ehrenhafte Bedingungen für die Königin und ihre Verbündeten. — Sobald er bei der Armee eingetroffen, habe er ſich zum Prinzen Eugen zu begeben, um mit ihm und den anderen Generalen die geeigneten Maßregeln der Bethätigung zu vereinbaren.[1])

Ormond erzählte im Haag in vertraulicher Weiſe, daß er ſelber ſeine Inſtruction entworfen und der Königin zur Unterzeichnung vorgelegt habe. Er habe dann der Königin ausgeſprochen, daß er ein Mann von Ehre ſei, dem Dienſte ergeben, und ein guter Engländer. Er erſuche daher die Königin nicht zu geſtatten, daß, wenn er im Felde, ihm von einem Miniſter her Befehle zugingen im Widerſpruche mit jener Inſtruction; denn im anderen Falle werde er ſofort ſeine Stelle niederlegen.[2])

Wenige Wochen ſpäter meinte man im Haag Grund zu haben, Ormond wegen des Widerſpruches ſeines Handelns mit jenen Worten die Abſicht der Täuſchung vorzuwerfen.[3]) Das Urtheil dürfte zu ſcharf ſein. Die Charakteriſtik ſeines Verhaltens im Jahre 1702, durch den Landgrafen Georg (Band X, S. 192) reicht aus, auch dasjenige von 1712 zu erklären.

In der Beſorgnis, daß die Generalſtaaten dem Prinzen Eugen unbedingte Vollmacht gegeben, wandte ſich auch Ormond, am 28. April, an die Generalſtaaten mit der Frage, ob ſie es für zweckmäßig hielten, daß er ſich zur Armee begebe. Man errieth den Grund der auffallenden Frage von Seiten eines Generals, deſſen Truppen bereits im Felde ſtanden, und gab ihm eine Antwort, die im Weſen mit derjenigen an den Prinzen Eugen gleich lautete.[4]) Beide Feldherren ſtanden alſo neben einander, auf gütliche Vereinbarung angewieſen, zugleich aber auch mit den Feld-Deputirten. Die Frage von Ormond bei Heinſius, ob ein beſonderer Feldzugsplan entworfen ſei, verneinte dieſer mit dem Hinweiſe, daß alles von der Vereinbarung an Ort und Stelle abhangen werde.[5])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 121.

[2]) A. a. O., p. 122.

[3]) A. a. O.

[4]) A. a. O.

[5]) Ormond an St. John, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 270. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 192.

Auf dem Wege zur Armee erhielt Ormond ein Schreiben St. Johns, enthaltend die Meldung, daß nach sicherer Kunde die Holländer den Prinzen Eugen nicht ohne Besorgnis betrachteten. Sie bedächten, daß er ein Papist und, dem Interesse nach, ein Deutscher sei. Zu Gunsten des Kaisers werde er allzu eifrig ein Treffen suchen.[1])

In Tournay traf Ormond mit dem Prinzen Eugen zusammen. Nach den Denkwürdigkeiten des Ersteren zeigte sich der Prinz Eugen in diesen ersten Beredungen unentschlossen, während Ormond auf den Beginn des Feldzuges drängte.[2])

Auf französischer Seite hatte abermals der Marschall Villars die Oberanführung. In der Unterredung, die Ludwig XIV. vor der Entsendung mit ihm hatte, prägt sich die volle Besorgnis des Königs vor den Ereignissen des Feldzuges aus. Der Verlust einer einzigen Schlacht würde den Gegnern den Weg auf Paris eröffnen. Niemals, sagte der König, werde er dies zugeben, sondern zuvor noch einmal alles zusammen raffen und an den Ufern der Somme Stand halten, um den Staat zu retten oder selber unterzugehen. — Villars erkannte an, daß er auf eine sehr ungleiche Defensive beschränkt sein werde; denn, nach seinen Angaben, konnte er den 180 Bataillonen der Gegner höchstens 140 entgegen stellen. Er hoffe jedoch, meldete er dann vom Felde aus dem Könige, die obere Schelde bis an die Quelle vertheidigen zu können.[3])

In dem ersten Drittel des Monates Mai gelangte von St. John eine neue Mahnung an Ormond. Es sei der Wille der Königin, schrieb er, daß alle Truppen in ihrem Solde, ob Engländer, ob nicht, unmittelbar unter Ormonds Befehle stünden, auch wenn es früher anders gehalten sei. Als den Grund dafür gibt St. John an das Verhalten des Prinzen Eugen, gegen den man auf seiner Hut sein müsse. Bestimmter folgt dann der Ausdruck der Meinung der Königin, daß Ormond für einige Zeit sehr vorsichtig sein möge, sich in ein Treffen einzulassen, wenn nicht ein sehr augenscheinlicher und beträchtlicher Vortheil in Aussicht stehe. Indem die Ankunft der kaiserlichen

[1]) Ormond an St. John, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 267. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 196.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 194.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 197 et suiv.

Truppen erwartet werde, ſei es nur gerecht, daß im Falle eines ſolchen Ereigniſſes auch dieſe ihren Antheil trügen.[1])

Das Schreiben iſt datirt zu Whitehall, am 25. April 6. Mai, alſo nach dem Eintreffen des Schreibens von Torcy, vom 26. April, in welchem dieſer die Differenz zwiſchen ihren Meinungen als geebnet anſehen wollte (S. 312). St. John ſchloß ſein Schreiben an Ormond mit der Meldung, daß die wichtige Frage, wie eine Vereinigung der Monarchien Frankreich und Spanien zu verhindern, noch nicht völlig geregelt ſei.

In ſeiner Antwort bezog ſich Ormond auf ſeine Inſtruction, die ihn anweiſe, im Vereine mit den Verbündeten den Krieg mit Nachdruck zu führen. Wenn daher die Gelegenheit ſich biete, den Feind mit Vortheil anzugreifen, ſo könne er ſich dem nicht entziehen, und die Feld-Deputirten würden nicht ermangeln ihn dazu aufzufordern. Wenn die Franzoſen bisher noch die Sache hinzögen, ſo hoffe er das Glück zu haben, ſie zur Annahme der Bedingungen der Königin zu zwingen.[2])

Daß von London aus Weiſungen ſolcher Art wie die vorerwähnte, an Ormond gelangen würden, hatte der Prinz Eugen nicht bloß für ſich vermuthet, ſondern auch nach Wien hin offen ausgeſprochen. Aber das Verhalten Ormonds ſchien den Verdacht nicht zu beſtätigen. Auf eine Anregung des Prinzen Eugen in dieſer Richtung erklärte Ormond, daß er dieſelbe Vollmacht beſitze wie früher Marlborough, und bereit ſei zu Allem was nicht allzu gewagt erſcheine. Dies war am 11. Mai.

Demgemäß ſetzten ſich die Armeen an dem vereinbarten Tage in Marſch. Ormond nahm ſein Hauptquartier in Marchiennes. Die Heerführer kamen weiter überein die Schelde zu überſchreiten, und, wenn möglich, den Marſchall Villars anzugreifen.

Schreiben St. Johns vom 10. 21. Mai und die Conſequenzen.

Bevor es zur Ausführung deſſen kam, erhielt Ormond ein neues Schreiben von St. John, datirt vom 10. 21. Mai. Wir haben vernommen (S. 318), welche Antwort an dieſem Tage die Königin nach

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 274.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 198.

Verſailles abgehen ließ. Es handelte ſich zugleich in St. James um den an Ormond zu erlaſſenden Befehl.

Nach einer ſpäteren Erzählung St. Johns ging von der Königin ſelber im Cabinetsrathe der Gedanke aus, daß Ormond den Befehl erhalten müſſe, ſich nicht an einem Treffen zu betheiligen. Der Graf Oxford unterſtützte den Vorſchlag, jedoch allein. St. John in der erſten Erregung wollte Einwände erheben, als er bemerkte, daß die Königin mit ihrem Fächer ihren Mund berührte. Aus ſeiner Erfahrung kannte er dieſe Bewegung als ein Zeichen der Entſchloſſenheit der Königin, bei der Kundgebung ihres Willens zu beharren. St. John ſchwieg und fügte ſich dem Auftrage, den entſprechenden Befehl an Ormond zu ſchreiben.[1])

Dies ſehr merkwürdige Schreiben, datirt vom 10./21. Mai, beginnt damit, daß St. John jene Antwort Ormonds, vom 7./18. Mai, erhalten habe. Dann fährt es fort wie folgt.[2])

„Den Anlaß dieſen Courier zu ſenden, geben die Nachrichten, welche die Königin geſtern Abend vom franzöſiſchen Hofe erhalten hat."

„Ihre Majeſtät, Mylord, hat Grund anzunehmen, daß wir in Betreff des wichtigen Artikels der Vereinigung der zwei Königreiche (Frankreich und Spanien) zu einer Uebereinkunft gelangen werden, ſobald ein von Verſailles nach Madrid entſendeter Courier zurückkehren kann. Deshalb ergeht an Ew. Gnaden der beſtimmte Befehl der Königin, daß Sie vermeiden ſich auf eine Belagerung einzulaſſen, oder eine Schlacht zu wagen, bis Sie andere Befehle von Ihrer Majeſtät her erhalten."

„Zugleich bin ich angewieſen Ew. Gnaden kund zu thun, daß die Königin wünſcht, Sie mögen den Empfang dieſes Befehles geheim halten, und Ihre Majeſtät iſt der Anſicht, daß es Ihnen nicht an Vorwänden fehlen kann, ſich ſo zu verhalten, wie es den Abſichten der Königin entſpricht, ohne doch dasjenige einzugeſtehen, was, wenn öffentlich bekannt, zur Zeit eine übele Wirkung haben dürfte."

---

[1]) Hardwicke's Collection of State papers vol. II, p. 482. — Man vergleiche damit die Aeußerungen in dem Aufſatze: A sketch of the history and state of Europe. Die Stelle findet ſich in Bolingbroke's letters on the study and use of history vol. I, p. 137.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 319.

„Die Königin kann nicht mit Ruhe ſich dem Gedanken hingeben, daß Menſchenblut vergoſſen wird, wenn ſich eine klare Ausſicht bietet ihr Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen, und ferner will ſie ſich nicht dem Vorwurfe ausſetzen laſſen, daß ſie durch die Wechſelfälle eines Feldzuges eine Unterhandlung hingezogen habe, die im anderen Falle in wenigen Tagen ſo gut wie abgeſchloſſen hätte ſein können."

„In kurzer Friſt werde ich einen abermaligen Courier ſenden."

Es folgt dann noch die auffallende Nachſchrift: „Faſt hätte ich vergeſſen Ew. Gnaden zu melden, daß dem Hofe zu Verſailles von dieſem Befehle Mittheilung gemacht iſt, ſo daß, wenn der Marſchall Villars, auf irgend welchem Privatwege, Ihnen gegenüber davon Notiz nimmt, Ew. Gnaden entſprechend antworten wollen. Wenn dieſer Befehl auf der einen oder der anderen Seite geändert wird, ſo werden wir Ehren gemäß einander zur Mittheilung darüber verpflichtet ſein."

Es iſt zu bemerken, daß von franzöſiſcher Seite die Bitte um einen Befehl ſolcher Art nicht geſtellt war, daß die Königin damit entgegen kam.[1])

Lange Jahre ſpäter ſuchte St. John dieſen Befehl zu rechtfertigen mit den Worten: „Es lag vor Augen, daß wenn die Königin den Feldzug machte in Gemeinſchaft mit ihren Verbündeten, ſie nicht mehr Herrin der Unterhandlungen ſein konnte, ſo wie auch faſt keine Ausſicht hatte, dieſelben zu dem von ihr geſteckten Ziele zu führen. Eine übele Wendung der Dinge im Felde für uns würde die Franzoſen weniger lenkſam gemacht, ein günſtiger Erfolg unſere Verbündeten in dieſe Stimmung geſetzt haben. Von dieſem Grundſatze aus ſuſpendirte die Königin die Operationen ihrer Truppen."[2])

Zunächſt jedoch kam es auf den Feldherrn an, ob er einem ſolchen minder ehrenhaften Befehle gehorchen wollte.

Ormond empfing den Befehl zwei Tage vor dem vereinbarten Aufbruche zum Marſche ſüdwärts. Am anderen Tage, dem 25. Mai, ſchrieb er, nach der damals in England üblichen Weiſe, zwei Briefe an St. John, den einen, der gezeigt werden konnte, den anderen

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 78.

[2]) In Bolingbroke's letters on the use and study of history vol. I, p. 154.

privat.[1]) In jenem ſagt er, daß er bei der Heerſchau über die engliſchen Truppen ſie in ſo gutem Stande gefunden, daß fortan man das unbegründete Gerede der Verbündeten über die Langſamkeit der Engländer wohl nicht mehr vernehmen werde. Er fügt hinzu: „Wenn wir die Gelegenheit finden, die Feinde zu einem Treffen zu nöthigen, ſo werden wir ſie nicht vermeiden.“[2])

Ganz anders lautet der Privatbrief. Ormond verſichert darin, dem Befehle ſich weder in eine Schlacht, noch ein Treffen einzulaſſen, pünktlich gehorchen, ſo wie das Geheimnis bewahren zu wollen. Aber der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten wollen entweder den Feind angreifen oder die Feſtung Le Quesnoi belagern. Ormond fürchtet daher keinen Vorwand zu haben, der ihm geſtatte, den eigentlichen Befehl zu verheimlichen. Zunächſt habe er keinen Vorwand, von der vor der Ankunft des Befehles getroffenen Vereinbarung des Marſches zurückzutreten.

Am ſelben Tage, an welchem dies falſche Spiel Ormonds gegenüber den Verbündeten begann, am 25. Mai, erhielt auch der Marſchall Villars durch einen Courier von Verſailles aus die Kunde des an Ormond ergangenen Befehles, mit der Verpflichtung des Geheimniſſes.

Villars ſchickte ſofort, unter dem Vorwande einer Auswechſelung, an Ormond einen Trompeter mit der Anfrage, ob nur die National-Engländer in Unthätigkeit verbleiben würden, oder die geſammten Truppen im engliſchen Solde. Der Unterſchied war bedeutend; denn die National-Engländer beſtanden nur aus 22 Bataillonen und 19 Schwadronen, die ganze Armee unter Ormond dagegen zählte 70 Bataillone und 138 Schwadronen, zum Betrage von 50.000 Mann. — Er erhielt die Anfrage des Marſchalls Villars noch am ſelben Abende, alſo noch vor dem Aufbruche. Er beſtätigte dem Marſchall Villars die Richtigkeit des ergangenen Befehles. Der Marſch, den er vorhabe, ſagte weiter Ormond, dürfe dem Marſchall Villars in Betreff der Truppen, die er, Ormond, anführe, keine Beſorgnis einflößen, weil derſelbe nur wegen der mangelnden Fourage geſchehe. Was die

[1]) Der engliſche Ausdruck: a public and a private letter.

[2]) Rapport du Comité secret p. 62. Auch für das Folgende. Man vergleiche auch die Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 200.

Bewahrung des Geheimniſſes anbelange, ſo werde dies ganz von den Maßregeln des Marſchalls Villars abhangen.[1])

Dieſe Antwort, die den Kern der Anfrage des Marſchalls Villars nicht traf, befriedigte denſelben nicht. „Ormond, fügt Villars ſelber hinzu, war augenſcheinlich des Standes der Dinge noch nicht ſicher.“ — Man darf vielleicht noch den Schritt weiter gehen zu ſagen, daß Ormond ſich damals ſeine Aufgabe leichter vorſtellte als ſie wirklich war.

Am 26. Mai erfolgte der vereinbarte Aufbruch aus dem bisherigen Lager. Die Armee der Verbündeten überſchritt auf einer Anzahl von Brücken die Schelde, und ſchlug dann das Lager in einer langen Ausdehnung, rechts endend an Bouchain, links an Cateau Cambreſis. Villars hatte ſeinen Mittelpunkt in Cambrai.

Am 27. machte der Prinz Eugen den Vorſchlag die Generale Fels, Cadogan, Doph zu entſenden, um den am Urſprunge der Schelde ſtehenden rechten Flügel der Feinde zu recognosciren. Ormond berichtet darüber am nächſten Tage an St. John: „Ich konnte dies nicht abſchlagen, ohne einen Anlaß zu geben den Befehl zu vermuthen, den ich verheimlichen ſoll. Uebrigens wußte ich wohl, daß es darum nicht zu einem Treffen kommen würde, weil die Feinde an der anderen Seite der Schelde ſind. Das Detachement, das man ausſchickte, beſtand aus 40 Schwadronen Cavallerie und allen Grenadieren meiner Armee, welche im Falle eines Angriffes der Feinde jene aufnehmen ſollten. Die Cavallerie ging vor bis an den rechten Flügel des Lagers der franzöſiſchen Armee, und kehrte zurück, ohne diesſeit der Schelde einen Franzoſen erblickt zu haben.“

„Der Raum zwiſchen den Quellen der Schelde und der Somme beträgt nur anderthalb Meilen. Es iſt eine Ebene, auf welcher die Franzoſen bisher keine Verſchanzung angelegt haben. Vielleicht daß ſie morgen daran arbeiten, nachdem ſie unſere Recognoscirung dort wahr genommen haben.“

Dies Wort: Vielleicht verhüllt, wie der Fortgang der Dinge lehrt, den ſehnlichen Wunſch Ormonds, daß Villars ihm durch das Verſchanzen dort den fehlenden Vorwand darbieten möge. Villars dagegen

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 202. — Mémoires de Villars t. II, p. 205.

mochte der Anſicht ſein, daß, nach der erhaltenen Verſicherung Ormonds ihn nicht angreifen zu wollen, es deſſen nicht bedürfe.

Am Morgen des 29. Mai begab ſich der Prinz Eugen zu dem Herzog von Ormond, zu welchem er auch die holländiſchen Feld-Deputirten beſchieden hatte. Nach der Erzählung Ormonds hatte er ſie ſämmtlich zu Mittag eingeladen. Sie wußten damals bereits von dem engliſchen General Cadogan ſo viel, daß ein zurückhaltender Befehl aus London eingetroffen war. Der Graf Fels erſtattete Bericht über die Recognoscirung des Tages zuvor. Er meldete, daß man leicht und ohne Hindernis bis zum Urſprunge der Schelde gelangen könne. Die Generale Cadogan und Doph beſtätigten. Darauf nahm der Prinz Eugen das Wort, um die Vortheile eines Angriffes zu entwickeln und dieſen vorzuſchlagen. Die Feld-Deputirten, ſchon vorher unter ſich darüber einig, ſtimmten zu. Nur Ormond ſaß ſchweigend. Erſt, als Alle in ihn drängten, nun auch ſeine Meinung zu ſagen, begann er zu reden.[1])

„Sie können ſich leicht vorſtellen, meldet Ormond noch am ſelben Tage an St. John, in welcher Verlegenheit ich mich befand, den Aufſchub einer Unternehmung zu entſchuldigen, die nach den Berichten der General-Quartiermeiſter und mehrerer anderer Generale, welche das Detachement begleitet hatten, ſich als ſehr zweckmäßig erwies. Die beſte Entſchuldigung, auf die ich mich beſinnen konnte, war die plötzliche Abreiſe von Lord Strafford nach London. Dieſe gäbe mir Grund zu vermuthen, ſagte ich, daß dort eine Sache von der äußerſten Wichtigkeit vorläge. Ich bat nur noch vier bis fünf Tage zu warten, bis ich neue Befehle erhalten würde.“[2]) — Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten ließen dies nicht gelten. Sie erinnerten ihn an ſeine wiederholten Erklärungen, im Haag vor dem Beginne des Feldzuges, und dann während desſelben. Der Prinz Eugen hielt ihm namentlich entgegen, daß er keinen Einwand erhoben gegen den Vormarſch ins feindliche Land mitten zwiſchen die Feſtungen desſelben hinein, und daß er nun plötzlich unthätig verbleiben wolle. Er und

---

[1]) Die Berichte des Prinzen Eugen bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 493 u. f. und in der Oeſterreichiſch-militäriſchen Zeitſchrift, Jahrgang 1808, S. 224 u. f.

[2]) Rapport du Comité secret p. 65. — Vergl. Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 203.

die Feld-Deputirten machten weiter geltend, daß der sonst so wachsame Marschall Villars Niemanden ausgeschickt, um die Bewegungen der Verbündeten zu beobachten, und keine Vorsichtsmaßregeln zum Schutze seines Lagers getroffen habe. — In der That sagt Villars selbst, daß er einige Tage zuvor dieselbe Landstrecke besichtigt, welche bei jener Recognition am 28. sich als nicht geschützt erwiesen hatte.[1])

„Wie Ormond, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, ohne dies kein gar großer Mann ist, so wußte er auch nicht was er uns antworten sollte."

Nachdem alle Vorwände niedergeschlagen waren, blieb für Ormond als letzte Zuflucht nur die Erklärung, daß er vor dem Empfange neuer Nachrichten aus England nichts unternehmen könne und sich weigern müsse sich an einer Belagerung oder einem Treffen zu betheiligen. Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten erwiederten, daß sie sich für verpflichtet hielten, von diesem unerwarteten Zwischenfalle ihren Souveränen Kunde zu geben.

Ueber die Aussichten, die man damals von einem Treffen hegen zu dürfen meinte, meldete der Prinz Eugen dem Kaiser: „Ich kann nochmals Ew. kaiserlichen Majestät versichern, daß sich diesen ganzen Krieg hindurch keine bessere Gelegenheit zu einer allem Ansehen nach sehr glücklichen Action ergeben und gezeigt hat, zumal wenn man betrachtet, in welchem guten und schönen Stande sich unsere Armee gegenüber der feindlichen befindet. Denn, nachdem der Feind den Marsch oberhalb des Ursprunges der Schelde unmöglich hätte verhindern können, so wäre er genöthigt gewesen sich endlich auf ein Treffen einzulassen oder sich zurückzuziehen. Damit hätte er uns nicht allein frei gelassen, die Belagerung von Le Quesnoi und Landrecy mit aller Gelegenheit zu unternehmen, sondern auch den Eingang in Frankreich eröffnet, so daß man mit starken Abtheilungen tief ins Land hätte eindringen können."

Dagegen kann eingewendet werden, daß Villars oberhalb des Ursprunges der Schelde deshalb keine Maßregeln zur Vertheidigung getroffen, weil er sich der Nicht-Betheiligung Ormonds an einem Angriffe sicher wußte.

---

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 206.

Es ist von besonderem Interesse zu ersehen, was St. John selber über die Tragweite des durch ihn übermittelten Befehles urtheilte. Indem er einige Monate später einen Vergleich zog zwischen dem zuvorkommenden Verhalten der Königin gegenüber Frankreich und der geringen Willfährigkeit von Seiten dieser Macht, fügt er hinzu: „Ich will nicht aussprechen, daß jener Befehl die französische Armee vor einer Niederlage bewahrt hat; aber in meinem Gewissen bin ich doch dieser Ansicht.“ [1])

Im Haag war man vom Sonntag dem 29. Mai an, gemäß den Nachrichten aus dem Feldlager, auf ein Treffen gefaßt. Jene Nachrichten sagten, daß Ormond aufrichtig handele.[2])

Am Nachmittage des 1. Juni dagegen traf vom Feldlager aus ein Courier mit der Meldung des Verhaltens von Ormond ein. Die Berathung der Deputirten der Generalstaaten darüber dauerte bis tief in die Nacht. Das Ergebnis war eine nachdrückliche schriftliche Vorstellung an Ormond. „Dieselbe enthielt alles, schreibt dieser, was man auch mündlich schon mir gesagt hatte, und verlangte dann die Kundgebung meiner Befehle, sowie eine Erklärung meinerseits, in wie weit man auf die englischen Truppen rechnen könne. Endlich forderten mich darin die Generalstaaten auf kein Hindernis in den Weg zu legen, daß die Truppen im gemeinschaftlichen Solde beider Mächte sich ihren Anordnungen fügen würden.“ — „Um mich aus der Sache zu ziehen, berichtet Ormond weiter, kam ich auf das früher Gesagte zurück, daß ich froh sein würde, bevor ich mich an einer Action betheiligte, neue Befehle aus England zu erhalten, wie ich sie stündlich erwartete. Das sei alles, was ich gemäß meinen Instructionen ihnen antworten könne.“ [3])

Dies geschah am 4. Juni. Bereits indessen war ein neuer Zwischenfall eingetreten. Am Donnerstage dem 2. Juni befand sich in Utrecht der britische Bevollmächtigte, Bischof von Bristol, in Conferenz mit den holländischen Deputirten. Diese hatten den Auftrag in

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 78.

[2]) Primoli an Gallas, 31. Mai aus dem Haag: pretendendosi che l'Ormond agisca di buon proposito.

[3]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 205. — Die Vorstellung selbst bei Lamberty t. VII, p. 132.

höflicher, aber nachdrücklicher Weise über das Verhalten Ormonds Beschwerde zu führen. Der Bischof erwiederte: die Thatsache sei ihm unbekannt; aber er setze voraus: die Königin werde nicht ohne Gründe gehandelt haben. Dann fügte er hinzu: nachdem die Generalstaaten den entgegen kommenden Schritten der Königin so wenig entsprochen, halte sie sich für berechtigt, andere Maßregeln zu nehmen und sich als aller Verpflichtungen ledig anzusehen.[1])

Auf den Bericht dieser Rede, die in ihrer Art eben so beunruhigend erschien, wie das Verhalten Ormonds, luden die Deputirten der Generalstaaten die Gesandten der verbündeten Mächte im Haag zu einer Besprechung ein. Die Holländer legten den Stand der Dinge dar, daß sie nur durch ihr treues Festhalten an den Verträgen sich diese Vorwürfe von englischer Seite zugezogen haben könnten. Der Graf Sinzendorf betonte das Festhalten des Kaisers an den Verträgen. Der Hannoveraner Bothmar erklärte ermächtigt zu sein, alle diejenigen Schritte zu thun, die auf die Erhaltung der Einigkeit abzweckten. Er werde daher mit den Generalstaaten zusammen gehen.[2])

Anders stand die Sache mit dem preußischen Gesandten Marschall von Biberstein. Friedrich I. erhob Ansprüche auf Ober-Geldern, welches der englisch-holländische Barriere-Vertrag vom October 1709 der Republik zusprach. Indem England von der letzteren die Revision dieses Vertrages verlangte, stellte es dabei dem Könige Friedrich I. seinen Gewinn in Aussicht. St. John hatte dies eben damals dem Marschall von Biberstein im Haag kund gethan, so wie dem britischen Gesandten Breton in Berlin.[3]) Dem Letzteren schrieb er die Worte: „Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie bei den preußischen Ministern auf einiges Mistrauen stoßen werden, als wenn die Königin sich in Betreff der Barriere in neue Verpflichtungen mit den Generalstaaten eingelassen hätte, welche den Ansprüchen in Berlin auf Ober-Geldern nachtheilig werden könnten. Sie dürfen dort getrost versichern, daß dies nicht der Fall ist. Die Königin hat alles gethan was in ihrer Macht stand, und vielleicht noch mehr als dies, um ein gutes Ver-

[1]) Die Vorstellung der Generalstaaten an die Königin, vom 5. Juni, bei Lamberty t. VII, p. 136.

[2]) Primolis Bericht vom 10. Juni.

[3]) Das Schreiben in Bolingbroke's letters vol. I, p. 329 und 332.

ſtändnis mit der Republik zu unterhalten. Allein Ihre Majeſtät wird in keinem Falle in Maßregeln eingehen, die den Intereſſen des Königs von Preußen zuwider ſind."

Die Ausſicht auf den Beſitz von Ober-Geldern erklärt das Verhalten der preußiſchen Geſandten Biberſtein und Hymmen in jener Verſammlung. „Innerlich, meldet ein Augenzeuge, lachen die Preußen über dieſe Differenzen, weil ihre Intereſſen ſich mit denjenigen Englands und des Reiches nicht berühren, und weil ſie gute Hoffnung haben, ihr Begehren durchzuſetzen." — Auf jene Frage der Holländer antworteten ſie, daß ſie heim berichten würden, und nicht zweifelten, ihr König werde die den Umſtänden angemeſſenen Entſchlüſſe faſſen.

Der Savoyarde Del Borgo hielt mit großer Gewandtheit eine ausführliche Rede, die damit ſchloß, daß der Herzog zu allem beitragen würde, was die Einigkeit der Seemächte befördern könne. „In klare Sprache überſetzt, ſchreibt einer der Hörer, ging die Rede dahin, daß im Falle die Republik Maßregeln gegen England träfe, der Herzog prüfen werde, auf welcher Seite ſeine Convenienz läge. Das deutet mit anderen Worten an: wenn England zum Frieden gelangen will, ſo thut Savoyen dasſelbe, ſo wie Preußen erſt recht."[1]) — Nicht anders erwartete es St. John.

Nach dieſer Verſammlung kamen die Generalſtaaten zu dem Beſchluſſe eine Vorſtellung an die Königin zu richten und zwar in milden und reſpectvollen Ausdrücken, ſo wie die Zeitlage ſie erfordere, damit die Königin geruhe, die Befehle an den Herzog von Ormond zu ändern. Weiter prüft die Denkſchrift in maßvoller Weiſe die Reden des Biſchofs von Briſtol, und gibt zu verſtehen, daß man den Vorwurf, dem Entgegen-Kommen der Königin nicht entſprochen zu haben, nicht verdiene. — Mit dieſer Vorſtellung ward ein Courier an den Geſandten van Borſelen in London entſendet.

Es fragt ſich alſo, wie in England das Verhalten Ormonds aufgenommen wurde.

---

[1]) Primoli: Ciò è a dire in buon linguaggio che, quando mai lo stato havesse preso misure contro l'Inghilterra, il duca haverebbe esaminato le sue convenienze, che secondo il mio debol parere vuol inferire che, se gl'Inglesi verranno alla pace, li Savoiardi faranno l'istesso, come appunto li Prussiani.

Das britiſche Parlament über die Friedensſache.

Bei der Armee hatten ſich unterdeſſen die Dinge ſo geſtaltet, daß Ormond die ihm geſtellte Aufgabe nicht mehr ſo leicht anſah wie zuvor. Er ſchildert, am 4. Juni, dem Staats-Secretär St. John die bei den Verbündeten gegen ihn herrſchende Misſtimmung, welcher er nicht neue Nahrung geben dürfe. „Es gibt unter ihnen Einige, meldet er, die ſich nicht ſcheuen laut zu ſagen, daß man ſie verrathen hat. Ich fürchte ſogar, daß, wenn der Abſchluß des Friedens ſich hinzieht, ich nur über die britiſchen National-Truppen Herr bleiben werde. In dieſer Beſorgnis werde ich dadurch beſtärkt, daß der Kurfürſt von Hannover das Friedenswerk nicht gut heißt und ſeine Truppen mit den Holländern dienen laſſen will. Ich zweifele ſogar, ob man die Dänen gewinnen könne.“[1])

Aus den Worten Ormonds läßt ſich nicht erſehen, ob er Kunde davon hatte, daß ſich bei den Holländern geradezu feindſelige Gedanken gegen ihn regten. „Welderen und Hop, meldet der in vielen Dingen kundige Primoli, am 7. Juni, aus dem Haag, ſind zur Armee gereiſt. Es ſcheint, daß man die Abſicht hat, die Engländer zu entwaffnen. Wenn man den Kurfürſten in Hannover und Dänemark dafür gewinnen könnte, ſo iſt es ſicher, daß man hier die Hand dazu bieten würde. Nur Preußen flößt Furcht ein. Nach meiner Anſicht würde ein ſolcher Schlag in London eine ſehr gute Wirkung thun. Zur Zeit ſind ſie dort durch die Duplicitäten des Miniſteriums ſo verblendet, daß ſie die Intriguen desſelben nicht durchſchauen, wie die beiliegenden aus London an mich gerichteten Briefe mit Anfragen ausweiſen. Dann jedoch würden ſie den Verrath erkennen, den jene Miniſter ſpinnen ſowohl gegen das Gemeinwohl der Allianz als das wahre Intereſſe von England.“[2])

Der Gedanke war unausführbar. Denn an dem Principe des Kurfürſten Georg Ludwig, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht einzumiſchen, mußte jeder Vorſchlag ſolcher Art ſofort erlahmen. Daß

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 207.
[2]) Anlage II.

jedoch Gedanken in dieser Richtung erwogen waren, blieb auch St. John nicht unbekannt.[1])

Wenn auch Ormond vielleicht von solchen Gedanken keine Kunde hatte, so war ihm doch das sichtliche Mistrauen wider ihn sehr unbehaglich. Er schloß jene Meldung mit dem Wunsche nach der Erlaubnis zur Heimkehr.

Unterdessen handelte der Prinz Eugen selbständig, ohne Ormond zu fragen. Er überschritt die Selle und traf dann seine Maßregeln so, daß jener leicht erkannte, der Prinz Eugen beabsichtige die Belagerung der Festung Le Quesnoi. Ormond nahm dann seine Stellung zwischen der französischen und der Belagerungs-Armee, und gab zu der letzteren diejenigen Truppen her, die im Solde der beiden Seemächte standen, das Eine wie das Andere zur großen Unzufriedenheit des Marschalls Villars.[2])

Unterdessen gelangte die Nachricht von Ormonds Verhalten im Kriegsrathe vom 29. Mai nach London. Beachten wir zunächst die Stellung der Parteien dort.

Im Oberhause schienen die Whigs, ungeachtet der neuen zwölf Pairs, dennoch das Gleichgewicht zu halten. Dort war nämlich ein Vorschlag zur Ernennung von Commissarien, welche die Rechtsgültigkeit der Schenkungen Wilhelms III. zu prüfen hatten, der Zankapfel der Parteien. Bei der dritten Lesung standen 78 gegen 78 Stimmen, so daß dadurch die Bill verworfen war. Man betrachtete dies als einen moralischen Sieg der Whigs, weil auf Seiten der Tories außer den zwölf neuen Pairs sich auch die sechzehn schottischen befanden, die der Regierung verfügbar waren. Mit den Whigs dagegen ging der Graf Nottingham, und namentlich der Herzog von Argyle, welcher die Minister in sehr scharfer Weise angriff. Nach der Behauptung der Whigs hätte Oxford, wenn ihm diese Bill gelungen wäre, alles durchsetzen können.[3])

Im Unterhause dagegen hatte die Friedensströmung, und demgemäß die Willigkeit für das Ministerium, durchaus die Oberhand.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 374: Some have been saucy enough to insinuate to attempt seizing the British troops in Flanders.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 207.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 31. Mai.

Die Verzögerung des Friedens, durfte dort St. John ſagen, falle der einheimiſchen Faction, d. i. den Whigs, zur Laſt, welche nicht ablaſſen könnten, bei den Verbündeten Verdacht und Mistrauen zu erregen, und ſogar auszuſtreuen, als gedenke man den Prätendenten einzubringen.[1])

Am ſelben Tage noch, dem 23. Mai/3. Juni, trafen die erſten Nachrichten bei dem holländiſchen Geſandten van Borſelen ein. Er ſuchte wiederholt den Staats-Secretär St. John auf, jedoch vergeblich. Erſt am dritten Tage, dem 6. Juni, ließ St. John ihn vor. Auf die Beſchwerde Borſelens über Ormond erwiederte Jener: er ſei davon nicht unterrichtet: es ſei das eine häkliche Sache, über die er ſich nicht äußern könne, bevor ſie im Cabinet vorgekommen ſei. Doch werde er ihm eine Audienz bei der Königin verſchaffen. Als van Borſelen ſich nach Kenſington begab, wo die Königin verweilte, traf er dort den Grafen Oxford. Auch dieſer ſtellte ſich als wiſſe er nichts von einem Befehle an Ormond, von dem er keine Berichte empfangen habe. Er wandte dann ſein hergebrachtes Mittel an, ſich in einer langen Rede zu ergehen, aus welcher der Angeredete etwas Greifbares nicht entnehmen konnte. Endlich ließ die Königin den Holländer zur Audienz vor. Auf ſeine Darlegung des Sachverhaltes erwiederte ſie kurz: Je ferai en sorte que les Etats soyent satisfaits.[2])

Noch am ſelben Abende jedoch traf der Bericht Ormonds ein, und es erfolgte darauf eine Cabinets-Sitzung. Das Ergebnis derſelben meldete St. John am nächſten Morgen an Ormond mit den Worten: „Ich habe den Auftrag Ew. Gnaden zu ſagen, daß die zur Schau getragene Unzufriedenheit und das Geſchrei, welches über die Vorgänge zwiſchen Ihnen, dem Prinzen Eugen und den Feld-Deputirten, ſowohl hier als in Holland mit ſo vielem Eifer erhoben wird, Ihrer Majeſtät auch nicht die leiſeſte Unruhe bereiten. Die Befehle der Königin waren begründet auf die gerechteſten und beſonnenſten Erwägungen. Sie haben denſelben mit derjenigen Feſtigkeit gehorcht wie es ſich gebührt, und die Königin erwartet, daß Sie auch ferner darin beharren werden.“

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juni.
[2]) Desgleichen vom 7. Juni.

Es folgt die Genehmigung für die zur Deckung der Belagerung von Le Quesnoy eingenommene Stellung.[1])

Dagegen führten die Minister vor ihren Anhängern ihre Reden mit solchem Geschicke, daß bei den Tories die Meinung galt: die Nachrichten über die an Ormond ertheilten Befehle seien Erfindungen der Whigs.[2])

Bei dieser Lage der Dinge faßte Lord Halifax den Entschluß das Ministerium zum offenen Aussprechen zu drängen. Am Abende des 27. Mai 7. Juni kündigte er im Oberhause an, daß er Dinge von Wichtigkeit vorzubringen habe, und ersuchte die Mitglieder, am nächsten Tage sich einzufinden. Sein Antrag lautete, die Königin sei durch eine Adresse unterthänigst zu ersuchen, daß sie die dem Herzoge von Ormond ertheilten Befehle dem Hause vorlegen, und ihm die Ordre zugehen lassen wolle, in Gemeinschaft mit den Verbündeten offensiv zu agiren. Halifax begründete den Antrag durch eine pathetische Rede, in welcher er einen nachdrücklichen Vergleich zog zwischen dem bisherigen Gange des Krieges und dem dermaligen Stande.

Es lag zunächst dem Grafen Oxford ob, für die Regierung einzutreten. Er bekannte weder ein Verbot des Schlagens an Ormond ein, noch verneinte er es. Es sei nichts Neues, sagt er, daß ein General Bedenken trage sich in ein Treffen einzulassen; noch weniger dürfe es fremd vorkommen, wenn man ihm zur Zeit eines bevorstehenden Friedens anbefohlen habe, nichts Ungewisses und Gefährliches, was den Frieden erschweren könnte, zu unternehmen. Ormond habe den Entwurf einer Belagerung eingeschickt, und die Verordnung der Königin darüber sei bereits an ihn ergangen. — Mit dem Frieden dagegen, versicherte Oxford, gehe es vorwärts, so daß die Königin binnen vier oder fünf Tagen dem Parlamente den Entwurf vorlegen werde. Die Generalstaaten, behauptete Oxford, seien bereits instruirt. Es sei für England ein sehr vortheilhafter und ruhmwürdiger Friede; alle anderen Verbündeten würden dabei ihre billige Genugthuung finden, und sogar auch diejenigen, welche hier am meisten dagegen gelärmt, würden ihn für einen guten Frieden erkennen.[3])

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 341. Vom 27. Mai 7. Juni.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 7. Juni.

[3]) Desgleichen vom 10. Juni.

Im Laufe seiner Rede hatte Oxford die Worte gebraucht, daß ein Sonderfriede Englands mit Frankreich thöricht, schurkisch, abscheulich sein würde. Nachdem er geendet, erhob sich Lord Wharton und ersuchte die Versammlung, dieser Worte eingedenk zu sein.[1])

Diejenige Richtung, welche den Plan der Rückführung des Prätendenten als den Inbegriff des Trachtens des Ministeriums ansah, war hauptsächlich vertreten in dem Tory, Grafen Nottingham. Er begriffe nicht, sagte er, wie man dem Feldherrn Befehle zugehen lassen könne, nicht zu schlagen, es wäre denn, daß gewisse Leute besorgten, den Feind zu sehr zu schwächen, und dadurch sich selber außer Stand zu setzen, diejenigen Entwürfe auszuführen, zu denen sie sich zur Zeit noch nicht zu bekennen wagten. — Die Rede gab Anlaß zu einer Carricatur, auf welcher St. John dem Degen Ormonds ein Vorhängeschloß anlegte.[2])

Unter denen, die für den Antrag Halifax eintraten, war auch Marlborough, und zwar so, daß er am Schlusse seiner Rede Berufung einlegte an einen anwesenden Sachverständigen. Der Herzog von Argyle bezog diese Berufung auf sich. Er war bei der Aenderung des Ministeriums im Jahre 1710 zuerst mit der neuen Partei gegangen, hatte jedoch dann allmählich sich abgesondert. Wie er sich zu dem Antrage Halifax stellen würde, wußte man vorher nicht. Er begann seine Rede damit, daß er unvorbereitet wie er sei, nicht das Wort genommen haben würde, wenn er nicht die Andeutung des Vorredners auf sich beziehen müsse. Dann jedoch entsprach Argyle durchaus nicht der Hoffnung oder der Erwartung Marlboroughs. Vielmehr wendete sich die Rede Argyles gegen diesen seinen früheren Chef, und warf ihm vor, daß er Gelegenheit gehabt habe, den Krieg durch nachdrückliches Vorgehen und Eindringen in Frankreich zu beenden, daß er aber damals, ungeachtet seiner, Argyles, eifrigen Bitte, freiwillig auf diese günstige Aussicht verzichtet habe.[3])

Die Rede Argyles als eines Sachverständigen, den Marlborough selber aufgerufen, ist vielleicht die schärfste Kritik, welche der Charakter

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 372.

[2]) Lamberty t. VII, p. 450.

[3]) Die Rede Argyles am ausführlichsten in den Lockhart's Papers vol. I, p. 386. Lockhart war auf der Tribüne anwesend.

der Kriegführung Marlboroughs jemals öffentlich erfahren. — In Folge derſelben ſtieg auch einem anderen minder Sachverſtändigen, dem Grafen Poulett, der Muth zu einem Urtheile, in welchem Marlborough die Abſicht der Beleidigung fand. Gegen die nachherige Herausforderung Marlboroughs deckte den Grafen Poulett die Intervention der Königin. Marlborough begnügte ſich dann mit der Erklärung, daß er ſeine perſönlichen Empfindungen den Wünſchen der Königin zum Opfer bringe.[1])

Die Bedeutung der Rede Argyles liegt in jener Kritik Marlboroughs. Da er eben ſo wenig wie die anderen Mitglieder eine Kunde von der Correſpondenz St. Johns mit Torcy und mit Ormond hatte, ſo brachte ſeine Rede in Bezug auf die vorliegende Frage nicht etwas Poſitives, ſondern erging ſich in allgemeinen Betrachtungen. Dennoch berichtet Lockhart: „Es iſt nicht auszuſprechen, welche Wirkung dieſe Rede hatte, und wie ſie manche Lords umſtimmte, die vorher geneigt geweſen waren, die Gelegenheit zu benutzen, um Vergeltung an Oxford zu üben.“[2])

Es iſt nicht ohne Gewicht, daß man über die Vorgänge im Kriegsrathe vom 29. Mai nur die holländiſchen Berichte hatte, nicht einen authentiſchen von engliſcher Seite.[3]) Jene konnten angefochten werden. Die Strömung der Meinungen im Oberhauſe rann im Laufe der Debatte ſo ſichtlich zu Gunſten des Miniſteriums, daß Halifax gern ſeinen Antrag zurückgezogen hätte. Aber die Anhänger des Miniſteriums verlangten die Abſtimmung. Der Antrag Halifax ward mit 68 Stimmen gegen 40 verworfen. Die Minderheit gab dagegen einen Proteſt ein, der aus den Thatſachen den Beweis bringt, daß ein hemmender Befehl an Ormond ergangen ſein müſſe, und bündig und nachdrücklich das Unrecht darlegt, in welches ſich England durch ein ſolches Verhalten, welches einen Sondervertrag mit Frankreich vorausſetzen laſſe, gegenüber ſeinen Bundesgenoſſen geſetzt habe.[4])

Günſtiger noch für das Miniſterium geſtalteten ſich die Dinge im Unterhauſe. Dort brachte am ſelben Tage Pulteney einen ähnlichen

[1]) Die Erklärung bei Lamberty t. VII, p. 452.

[2]) Lockhart Papers vol. I, p. 392.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 10. Juni.

[4]) Lords Debates vol. II, p. 373.

Antrag ein wie Halifax im Oberhause. Ihm gegenüber führte St. John die Sache des Ministeriums in derselben Weise wie Oxford im Oberhause. Der Antrag Pulteneys ward verworfen mit 203 gegen 73 Stimmen. Man blieb bei der Verneinung nicht stehen, sondern beschloß eine Adresse des vollen Vertrauens in das gnädige Versprechen der Königin, dem Parlamente die Friedensbedingungen vor dem Abschlusse vorzulegen, so wie der Versicherung, die Königin zu unterstützen in diesem Streben nach einem sicheren und ehrenvollen Frieden gegen alle Widersacher, daheim oder auswärts. — Die Adresse ward zwei Tage später von dem gesammten Hause überreicht. Die Königin antwortete: „Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für diese Resolution, die zugleich pflichteifrig für mich ist, ehrenhaft für das Land und sehr gelegen kommt zu dieser Zeit, wo so manche Kunstgriffe aufgewendet werden, um einen guten Frieden zu verhindern oder Groß-Britannien einen nachtheiligen Frieden aufzudringen.“ [1])

Wir sehen hier die Mehrheit des Unterhauses ihr Vertrauen aussprechen für eine Friedenshandlung, in deren Gang sie keinen Einblick hatte. — Drei Jahre später tagte in denselben Räumen ein anderes Unterhaus, dessen Mitglieder Einblick hatten in jene Schriftstücke. Die Mehrheit sprach dann nicht ein Vertrauen aus. An St. John dagegen hatte sich dann bereits das Geschick erfüllt, welches er in den Tagen der Macht und des Glanzes herausgefordert, daß er wegen dieses Friedenshandels seine Zuflucht suchen mußte im Exile.

Damals aber, im Juni 1712, schien er des Erfolges sicher. Er fügte der Meldung seines Triumphes an Ormond die Worte bei: „Die Gesinnung, welche in beiden Häusern obwaltet, ist ein noch besseres Omen als die Mehrheit, mit welcher wir die Oberhand behalten haben.“ [2])

St. John gab zugleich an Torcy Nachricht, daß die Vorstellungen der Holländer gegen den Befehl an Ormond nur den Erfolg gehabt hätten, daß dieser Befehl erneuert worden sei. „Wenn aber, sagt er dann, wider Erwarten der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten dabei beharren, Quesnoi belagern zu wollen, so muß dann der Herzog von

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 311.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 346.

Ormond den Marschall Villars bitten, nichts gegen sie zu unternehmen und nicht ihn zu zwingen sich für sie an einer Action zu betheiligen."

Ormond mußte selber durch einen Trompeter diese Briefe an Villars übermitteln, und erhielt dann von diesem die Antwort, daß er nicht angreifen würde.[1])

Am selben Tage, an welchem das britische Ministerium in beiden Häusern des Parlamentes einen so wichtigen Erfolg davon trug, dem 28. Mai/8. Juni, traf in Versailles der Courier mit der Antwort Philipps V. ein, daß er, bei der ihm gestellten Alternative, sich entscheide für die Beibehaltung von Spanien und Westindien, mit Verzicht auf die Thronfolge in Frankreich.

Torcy berichtete dies sofort nach London. „Demnach, fügte er hinzu, habe ich nicht mehr zu besorgen, daß, ungeachtet alles Widerstrebens der Feinde des Friedens, die Verhandlungen abgebrochen werden könnten." Bei dieser Lage der Dinge aber und besonders mit Rücksicht auf die Stellung Ormonds, der, dem früheren Befehle nicht gemäß, die Belagerung von Le Quesnoi decke, drängte Torcy auf einen öffentlichen Waffenstillstand.[2])

Die Nachricht der Einwilligung Philipps V. in den Verzicht auf die Thronfolge in Frankreich war für die Königin und ihre Berather entscheidend, sowohl nach innen, als nach außen. In der ersteren Beziehung handelte es sich um die in Aussicht gestellte Vorlage an das Parlament, in der letzteren um die nachdrückliche Fortführung der Unterhandlung mit Frankreich. Wir haben zunächst den Gang der Dinge in ersterer Beziehung bis zum vorläufigen Abschlusse derselben zu verfolgen.

Am 6./17. Juni begab sich die Königin mit den üblichen Feierlichkeiten in das Oberhaus, und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Im Eingange ihrer Rede betheuerte sie, daß sie, ungeachtet aller Schwierigkeiten und aller Bestrebungen das große und gute Werk zu durchkreuzen, standhaft beharrt habe, zunächst das wahre Interesse ihrer eigenen Königreiche sicher zu stellen, dann aber auch ihren Ver-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 351. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 213.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 356, 358.

bündeten zu verschaffen, was ihnen nach den Verträgen gebühre. Voran stand für England die Sicherung der Thronfolge. Darüber sagte die Rede: „Da die Sicherung der protestantischen Tronfolge, wie das Gesetz sie für das Haus Hannover festgestellt hat, mir zunächst am Herzen liegt, so ist besondere Sorgfalt getroffen, nicht bloß die Anerkennung derselben in den stärksten Ausdrücken zu verlangen, sondern auch noch eine weitere Sicherheit zu haben, nämlich die Entfernung derjenigen Persönlichkeit, welche beansprucht hat diese Feststellung zu stören, aus dem französischen Gebiete."

Die Thronrede kündigt ferner die Verzichte an, welche geleistet werden sollen, um die Monarchien Frankreich und Spanien für immer getrennt zu erhalten, dann die Maßregeln zum Schutze des Handels, in Amerika durch die Abtretung der Hudsons-Bai und anderer Stücke von Seiten Frankreichs, daheim durch die Schleifung von Dünkirchen, im Mittelmeere durch die Abtretung von Gibraltar und der Insel Minorka mit Port Mahon von Seiten Spaniens. — Die Rede erörtert dann die Interessen der Verbündeten, für welche die Königin Sorge getragen, nicht ohne einen starken Zug des Selbstgefühles, daß alles so wohl geordnet sei.

Die Vorlage enthielt also eine Skizze der Vereinbarung, welche Frankreich und Groß-Britannien, ohne Vorwissen und Zustimmung ihrer Verbündeten, nicht bloß über die eigenen gegenseitigen Interessen, sondern auch über diejenigen der Verbündeten getroffen hatten. Das Verfahren stand also im Widerspruche mit der Grundbestimmung der großen Allianz vom 7. September 1701.

Nachdem die Königin und die Mitglieder des Unterhauses die Räume verlassen, ward im Oberhause eine Dank-Adresse an die Königin beantragt. Lord Wharton bemerkte: man habe allen Grund, der Königin für ihre Sorgfalt um die Thronfolge des Hauses Hannover zu danken; aber es seien in der Rede doch auch andere wichtige Punkte enthalten; man werde daher wohl thun die Rede in Berathung zu ziehen. Dies geschah. Wharton beantragte, daß die im Drucke erschienene Vorstellung der Generalstaaten, vom 5. Juni, verlesen werde. Es ward ihm erwiedert, daß das Haus von Schriftstücken, die ohne Autorität erschienen, keine Notiz zu nehmen habe. Marlborough suchte den Kern der Dinge zu treffen: die seit einem Jahre her verfolgte

Politik Englands, erklärte er, stehe im Widerspruche mit den Verpflichtungen der Königin gegen ihre Verbündeten, besudele den Ruhm ihrer Regierung und werde den englischen Namen bei allen anderen Nationen gehässig machen. Graf Strafford erwiederte: die Verbündeten würden dem Frieden weniger abgeneigt sein, wenn sie nicht durch geheime Correspondenzen mit einigen Mitgliedern dieses erlauchten Hauses gesteift würden. Da die Ausdrücke Straffords den Anforderungen englischer Sprachreinheit nicht völlig genügten, so nahm Lord Cowper von daher den Anlaß zur Erwiederung: der edle Lord habe sich so lange im Auslande aufgehalten, daß er nicht bloß die Sprache seiner Heimat, sondern auch die Gesetze derselben vergessen zu haben scheine. Diese Gesetze machten es nicht zu einem Verbrechen in Correspondenz mit Verbündeten zu stehen, deren Interesse die Königin, beim Beginne dieser Session, als untrennbar von dem ihrigen erklärt habe. Dagegen dürfte es schwer zu rechtfertigen, auch weder mit den eigenen Landesgesetzen, noch den allgemeinen Gesetzen der Ehre zu vereinen sein, wenn etwa einige Personen, ohne Mitwissen der Verbündeten, heimlich sich mit dem gemeinsamen Feinde in Beziehung setzen wollten.[1])

Ungeachtet solcher scharfen Worte rann die Strömung günstig für das Ministerium. Es ward eine Dank-Adresse beantragt, die zunächst die Sorgfalt der Königin für die Thronfolge des Hauses Hannover hervorhob und in Betreff des Friedens sagte, daß man sich auf die Königin völlig verlasse (entirely rely). Die Whig-Partei machte noch den Versuch hinzuzufügen: und daß das Haus darum die Königin bitte, in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten die geeigneten Maßregeln zu treffen, auf Grund deren Jene sich mit Ihrer Majestät zu einer gegenseitigen Garantie vereinigen würden. — Ungeachtet der eindringlichen Reden der Lords Nottingham und Cowper für diesen Zusatz ward er mit 81 gegen 36 Stimmen verworfen.

„So klein, wie jetzt, fügt der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte hinzu, sind die Whigs noch nie gewesen."[2])

Das Oberhaus überreichte seine Dank-Adresse. Die Königin antwortete: „Das Vertrauen, welches Sie in mich setzen, wird mich

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 375.

[2]) Bericht vom 21. Juni.

um so besser befähigen, dies große Werk zu Ende zu führen, zum Vortheile meines eigenen Volkes, und für die Sicherheit und das Interesse meiner Verbündeten." Die Minderheit der Lords jedoch gab einen nachdrücklichen Protest ein. Er bezeichnet das Verfahren der Regierung als einen Treubruch gegen die Verbündeten. Er erörtert die hauptsächlichen Punkte des Friedens-Entwurfes in scharfer Weise. Die Thronrede selber wie die zahlreichen Aeußerungen St. Johns thun dar, welches Gewicht man darauf legte, daß der Verzicht Philipps V. auf Frankreich ein Bollwerk sein werde gegen die Vereinigung der zwei Monarchien. „Die Erfahrung, erwiedert der Protest, mag uns hinreichend überzeugen, wie wenig wir uns auf Verzichte des Hauses Bourbon verlassen dürfen. Wenn auch der gegenwärtige Herzog von Anjou (Philipp V.) sich durch seinen eigenen Act gebunden achten würde, wie es sein Großvater nicht gethan hat: so werden doch seine Nachkommen sich in Freiheit meinen zu behaupten, daß kein Act solcher Art sie ihres Geburtsrechtes berauben kann, namentlich wo dies ein Recht ist, welches, nach der französischen Volksmeinung, vermöge der Grundgesetze des Königreiches, unverletzlich feststeht. Wir halten es daher für unsicher, darauf zu bauen, daß dieser hauptsächliche Theil des Vertrages ausgeführt werde, weil es das Interesse Frankreichs sei ihn aufrecht zu halten. Das Gegentheil vielmehr ist richtig. Denn die Bemühungen Frankreichs seit dem pyrenäischen Frieden, die Monarchien Frankreich und Spanien zu vereinigen, legen vor Augen, daß sie diese Vereinigung als ihr höchstes Interesse betrachten und als das wirksamste Mittel, für das Haus Bourbon die Universal-Monarchie zu erlangen."[1])

Die spätere Erfahrung hat diesen Protest bekanntlich nicht bestätigt. Aber man wird nicht sagen dürfen, daß sie darum die Politik Oxford-St. John gerechtfertigt hat. Diese baueten den Frieden auf ein Fundament, welches der französische Minister Torcy ihnen ausdrücklicher noch als jener Protest der Minderheit des Oberhauses, offen als Sand bezeichnete, und welches durch alle Logik der Deductionen St. Johns nicht in Fels verwandelt wurde. Nicht darum, weil die Verzichte des Utrechter Friedens die Probe bestanden haben, blieb für

[1]) Lords Debates vol. II, p. 378.

Europa die Erneuerung des ſpaniſchen Erbfolge-Krieges oder ein franzöſiſcher Erbfolge-Krieg erſpart, ſondern weil ſie die Probe nicht zu beſtehen hatten. Beiderſeitig hegte man damals geringe Erwartungen von der Lebenskraft des kleinen Dauphins von Frankreich. Und doch war die Erhaltung des ſchwachen, ſchwankenden Lebens in dieſem Kinde — dem nachherigen Ludwig XV. — die allein ſichere Bürgſchaft gegen die Erneuerung jenes Krieges, und zugleich, ſo merkwürdig das klingt, gegen die Erneuerung des eigentlichen Lebensplanes des Urgroßvaters, Ludwigs XIV.

Der Proteſt der Minderheit der Lords, obwohl ihn die Erfahrung nicht beſtätigt hat, war daher begründet im Jahre 1712. Die Mehrheit indeſſen duldete ihn nicht. 90 Stimmen gegen 54 beſchloſſen die Ausmerzung des Proteſtes aus den Protokollen des Oberhauſes.[1])

Anders noch als im Oberhauſe verlief die Sache im Unterhauſe. Nach der Rückkehr in die Räume derſelben öffneten ein oder zwei Mitglieder den Mund zu dem Antrage, die Rede der Königin in Erwägung zu ziehen. Ihnen hallte der allgemeine Ruf nach einer Dank-Adreſſe entgegen. Dieſer Geſinnung gemäß wurde die Adreſſe abgefaßt. Auf die Ueberreichung dankte die Königin ihrerſeits, und wiederum beſchloß dann die Mehrheit des Unterhauſes einen Dank für den Dank.[2])

Anders urtheilte man in anderen Lebenskreiſen. Auf die Nachricht, daß die Königin dem Parlamente den Entwurf des Friedens mittheilen werde, ſtiegen die Werthpapiere um 4 bis 5 Percent. Nach der erfolgten Mittheilung durch jene Thronrede fielen ſie auf den früheren Stand zurück und blieben dort haften.[3])

Die Mehrheit des Unterhauſes überbot ſich in vermeintlicher Loyalität. Der anglicaniſche Biſchof von St. Aſaph ließ damals vier Predigten aus früheren Zeiten drucken, begleitete ſie jedoch mit einer Vorrede, die einen Rückblick warf auf die ſieben erſten Jahre der Königin Anna im Vergleiche mit der Gegenwart. So maßvoll der Ausdruck, der Inhalt misfiel. Die Mehrheit des Unterhauſes bezeichnete die Vorrede als böswillig und factiös, als herabwürdigend für die

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 380.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 318.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 21. Juni.

gegenwärtige Regierung, und abzweckend auf die Erregung von Zwietracht und Empörung unter den Unterthanen der Königin. Darum solle die Vorrede zur Mittagszeit auf öffentlichem Platze in Westminster, im Beisein der Sherifs von London und Middlesex, durch den Henker verbrannt werden.[1])

In gleicher Weise ging die Mehrheit des Unterhauses vor gegen die Publication der Vorstellung der Generalstaaten, vom 5. Juni, an die Königin. Die Vorstellung erschien in öffentlichen Blättern gedruckt, bevor eine Antwort darauf gegeben war. Es ist auffallend, daß Publicationen solcher Art in England damals so häufig sich zutrugen. Im October des Jahres zuvor erschienen die Präliminarien des Mesnager gleich nach der Uebergabe an die Gesandten gedruckt. Das britische Ministerium maß dem Grafen Gallas die That bei, während der Gesandte in seinen Berichten an den Kaiser es verneinte. Wenige Wochen später erschien die Denkschrift Bothmars bald nach ihrer Uebergabe gedruckt. Wir haben gesehen, daß damals die Anklage des britischen Ministeriums gegen Bothmar von Hannover aus abgewiesen wurde, und daher auf das Ministerium selber zurück fiel, welches durch diese Publication die Staatsschrift eines verbündeten Fürsten zu einer einheimischen Parteischrift stempelte, und eben dadurch sich der Pflicht der Antwort zu entziehen wußte. Jene Vorstellung der Generalstaaten ward am 6./17. Juni im Unterhause verlesen. Es folgte nicht eine Erwägung des Inhaltes, sondern der Antrag auf eine Adresse, enthaltend den Ausdruck des gerechten Zornes über die Unwürdigkeit des Verfahrens eine solche Schrift zu veröffentlichen, mit der Bitte an die Königin, ihren Unwillen über derartige Unwürdigkeiten dadurch kund zu geben, daß sie fortan auf solche veröffentlichte Schriftstücke nicht antworte.[2])

Es ist merkwürdig, daß im ähnlichen Sinne gerade am Tage zuvor die Königin den Generalstaaten geantwortet hatte. Ueber den Inhalt der holländischen Vorstellung geht auch diese Antwort hinweg mit den Worten: „Wir setzen voraus, daß die Besorgnis, welche Sie wegen der Erklärungen des Herzogs von Ormond und des Bischofs

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 322.

[2]) A. a. O., p. 329.

von Briſtol gefaßt hatten, nun vorüber iſt, und wir wiederholen, was wir Ihnen ſo oft erklärt haben, daß, wie bisher ſo auch fortan es Ihre eigene Schuld ſein wird, wenn alle unſere Maßregeln in Betreff des Krieges und des Friedens nicht nach Vereinbarung mit Ihrem Staate getroffen werden."

Die Antwort der Königin ſagt weiter, daß ihr Botſchafter Straſford in wenigen Tagen nach dem Haag zurückkehren werde, verſehen mit allen Inſtructionen in Betreff ihrer Intentionen. Zum Schluſſe drückt die Antwort der Königin ihr großes Erſtaunen aus, daß die Vorſtellung der Generalſtaaten, in Wahrheit eher ein Appell an das Volk als eine Adreſſe an einen Souverän, beinahe eben ſo ſchnell veröffentlicht als der Königin überreicht worden ſei. Im Falle der Wiederholung werde die Ehre die Königin verpflichten, auf ein ſolches Schriftſtück keine Antwort zu geben.[1])

Dieſe Antwort der Königin an die Generalſtaaten, obwohl der Ausdruck der Geſinnung ihres Verfaſſers St. John, ward, indem ſie dem vorausſichtlichen Beſchluſſe des Unterhauſes vorherging, angeſehen als eine Milderung im Verhältniſſe zu dieſem.[2])

Bei dieſer im Unterhauſe überwiegenden Strömung ſtieg bei der Whig-Partei, ungeachtet der Verſicherung der Königin in ihrer Thronrede vom 6. 17. Juni, die Beſorgnis für die Thronfolge des Hauſes Hannover.

Die Thatſachen haben uns gezeigt, daß, wenigſtens bis dahin, ein eigentlicher Plan für die Zurückführung des Prätendenten nicht exiſtirte, daß der Graf Oxford, in deſſen Händen die Machtfülle der Regierung lag, die Plane Anderer in dieſer Richtung nicht bloß nicht förderte, ſondern eher durchkreuzte. Aber dies nimmt nicht hinweg, daß man die Meinung eines ſolchen Planes von ihm hegte. Der Jacobit Lockhart, indem er das Verhalten des Herzogs von Argyle damals beſpricht, ſagt: „Ich konnte nicht anders als annehmen, als daß der Herzog und ſein Bruder, Graf Ilay, von Oxfords letzten Abſichten dieſelbe Meinung hegten wie die übrigen Menſchenkinder, und daß ſie wie alle anderen Parteien und Richtungen in dem Einen Urtheile

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 330.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XIXb, S. 365.

übereinstimmten: die Herstellung des Königs sei das einzige Spiel, welches Oxford mit Sicherheit für sich und seine Freunde spielen könne."[1])

Es ist von Wichtigkeit, daß Lockhart sagt: alle Parteien stimmten darin überein. Wenn daher auch die Jacobiten mit Oxford unzufrieden waren, daß er so wenig that, ihren Erwartungen von ihm gerecht zu werden, so kehrten sie doch immer wieder zu ihm zurück, in der Hoffnung, daß endlich doch einmal Oxford um seiner eigenen Sicherheit willen ihren Wünschen entsprechen müsse. Umgekehrt erwarben ihm die Betheuerungen in den Thronreden der Königin kein Vertrauen bei den Anderen. Wir haben vernommen, wie der Tory Graf Nottingham im Oberhause seiner Besorgnis Ausdruck gab. In jenen Betheuerungen selbst meinte man Zweideutigkeiten finden zu können. Es ward behauptet, daß am Hofe Predigten gehalten würden, nicht bloß erlaubter, sondern vielleicht befohlener Weise, des Inhalts, daß der Prätendent, wenn er zur Hochkirche überträte, der rechte Erbe der Krone sei.[2])

Die Besorgnis für die Thronfolge bewog einige Mitglieder der Whig-Partei, im Unterhause nochmals einen Versuch zu machen, der die Gegner zwingen würde, in offener Weise Farbe zu bekennen. Am 17./28. Juni brachte Hampden im Unterhause den Antrag zu einer Adresse an die Königin ein. Man habe der Königin, sagte er, dankbar zu sein für ihre Sorge um ihr Volk, für die neuliche Versicherung in ihrer Thronrede, daß die protestantische Succession im Hause Hannover ihr zunächst am Herzen läge. Und da man der Ueberzeugung sein müsse, daß die Sicherheit der protestantischen Thronfolge in hohem Maße abhange von dem Ausgange der gegenwärtigen Friedenshandlung: so habe man die Königin unterthänigst zu ersuchen, sie wolle geruhen ihre Bevollmächtigten besonders dahin zu instruiren, daß in dem Abschlusse des Friedensvertrages die verschiedenen mit der Königin verbündeten Mächte die Bürgschaft für die gesetzlich festgestellte Thronfolge in diesen Königreichen übernähmen. — Die Versuche, Hampden

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 395: It was certain all sides and parties did conclude that the king's restoration was the only game his Lordship could with safety to himself and his friends pursue.

[2]) Lamberty t. VII, p. 460.

zur Zurückziehung des Antrages zu bewegen, schlugen fehl. Es kam zur Abstimmung, in welcher der Antrag mit 133 Stimmen gegen 38 abgelehnt wurde. Die geringe Anzahl der Stimmenden deutet an, daß die Whig-Partei nicht solidarisch für den Antrag haften wollte. Dann schlug der Versuch um in das Gegentheil dessen, was er erstreben sollte. Die Mehrheit beschloß zu erklären: „Das Unterhaus hat ein so völliges Vertrauen in die wiederholten Erklärungen Ihrer Majestät, ihren Königreichen die gesetzlich festgestellte Thronfolge im Hause Hannover zu sichern, daß es niemals einen Zweifel daran haben kann, ob die Königin die geeigneten Maßregeln für die Sicherung treffen werde. Das Unterhaus will Ihre Majestät stützen gegen einheimische Factionen wie gegen auswärtige Feinde. Das Unterhaus ersucht, Ihre Majestät wolle geruhen, diejenigen im Zaume zu halten, welche darauf ausgehen Mistrauen zwischen Ihrer Majestät und ihren Unterthanen zu erregen, namentlich durch falsche Darstellungen ihrer guten Absichten für die Wohlfahrt ihres Volkes."

Die Adresse wurde der Königin von dem gesammten Unterhause überreicht. Die Königin fügte ihrem Danke die Worte hinzu: „Ihr habt Euch erwiesen als ehrenhafte Vertreter der Monarchie, eifrige Vertheidiger der Verfassung und wahrhafte Freunde der protestantischen Thronfolge. Was ich gesagt und gethan, reicht aus, Jedermann, der im Ernste die Thronfolge des Hauses Hannover will, wie sie durch das Gesetz festgestellt ist, zu überzeugen, daß es nicht einer Mahnung an mich bedarf, etwas zu thun, was zur Sicherung jener Succession beitragen könne."[1])

Die Königin sprach aus, was Oxford ihr einsagte. Ob durch solche Worte das vorangeführte Urtheil Lockharts, welches er als das gemeinsame aller Parteien bezeichnet, erschüttert wurde, darf dahin gestellt bleiben. Die Mehrheit des Unterhauses beschloß abermals einen Dank.

Das Parlament hatte nunmehr das Seinige gethan. Es hatte den Berathern der Königin freie Bahn eröffnet, einen Frieden zu machen nach ihrem Gefallen. Am 21. Juni/2. Juli erschien die Königin in der üblichen feierlichen Weise im Oberhause und ließ das Unterhaus

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 332. — Hoffmanns Bericht vom 28. Juni.

an die Schranken bescheiden. Sie wiederholte nochmals ihren Dank für die letzten Adressen des Vertrauens. „Sie werden mir die Kraft verleihen, fuhr sie fort, anzukämpfen gegen jegliche Schwierigkeit, die noch erregt werden könnte, und ich hoffe, daß weder diejenigen, die uns um einen guten Frieden beneiden, noch diejenigen, welche in der Fortsetzung des Krieges ihr Interesse suchen, im Stande sein werden, unsere vereinten Anstrengungen zu vereiteln, die gerichtet sind auf die Ehre und den Vortheil von Groß-Britannien, und die Sicherheit aller unserer Verbündeten.“[1])

Damit ward das Parlament entlassen, um erst nach dem Abschlusse des Friedens von Utrecht wieder zusammen zu treten.

Der britisch-französische Waffenstillstand.

Einigung darüber zwischen London und Versailles.

Wir haben vernommen, daß die Meldung des Staats-Secretärs Torcy über die Bereitwilligkeit Philipps V. zum Verzichte auf die Thronfolge in Frankreich bei der Königin und ihren Berathern entscheidend wirkte, sowohl nach innen als nach außen. Gemäß dieser Entscheidung brachte die Königin die Friedenssache vor das Parlament, gemäß derselben ließ sie zugleich die Verhandlung mit Versailles in der nachdrücklichsten Weise fortsetzen.

Indem in ihrem Namen St. John den Staats-Secretär Torcy von dem ersteren Schritte Nachricht gab, übersandte er zugleich die Bedingungen für einen fortan öffentlichen Waffenstillstand, in denen, wie die Königin hoffe,[2]) der König von Frankreich nichts Anstößiges finden werde. Der höfliche Ton St. Johns gegenüber Frankreich, mit dem man öffentlich noch im Kriege war, sticht auffallend ab von demjenigen, den St. John in officiellen wie Privat-Schriftstücken anschlug gegenüber den Mächten, mit welchen man öffentlich noch im Bunde war.

---

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 334.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 366.

Wie in den Worten ſo in der Sache. Die Verbündeten erfuhren nicht, was St. John im Namen der Königin nach Verſailles gelangen ließ. An Torcy dagegen ſchrieb St. John, daß der Botſchafter Lord Strafford nunmehr nach Utrecht zurückkehren werde, mit Inſtructionen, die ihn und den Biſchof von Briſtol in Stand ſetzen, die bisherigen Rückſichten für die Verbündeten nicht mehr zu beobachten. St. John ſchreibt wörtlich: Ils pourront dorénavant se joindre ouvertement aux plénipotentiaires de Sa Majesté T. C., pour donner la loi à tous ceux qui ne voudront pas se soumettre à des conditions justes et raisonnables. C'est aussi ce qu'ils ne manqueront pas de faire, et c'est par ce moyen que nous pourrons en peu de temps parvenir à la fin de tous nos travaux.[1])

Demnach waren die leitenden Perſönlichkeiten im Rathe der Königin über den früheren Standpunkt, von welchem aus ſie zwiſchen ihren Verbündeten und Frankreich vermitteln wollten, bereits hinaus gekommen: ſie wollten nun, im Vereine mit Frankreich, ihren Verbündeten das Gebot vorſchreiben.

St. John ſah dies Verhältnis nicht als eine Unterordnung unter Frankreich an. Indem er dem Biſchof von Briſtol in Utrecht die Sachlage mittheilt, fügt er hinzu: „Verſtatten Sie mir, mit Ihnen mich zu freuen über die gegenwärtige glückliche Lage der Dinge und über die Stellung, welche die Königin in der Welt einnimmt. Von dem Stande der Unterordnung unter ihre Verbündeten iſt ſie emporgeſtiegen, ihnen das Geſetz vorzuſchreiben und in ihrer eigenen Hand das Schickſal Europas zu halten, welches Frankreich nöthigt, Verpflichtungen gegen ſie auf ſich zu nehmen und ihr Unterpfänder dafür zu geben, während ihr keine Verpflichtung für Frankreich obliegt."[2])

In dem ſo angeredeten Biſchofe von Briſtol, den im Haag und in Utrecht eine von einer anderen Stimmung erfüllte Luft umgab, als diejenige des damaligen Unterhauſes von Groß-Britannien, regten ſich doch auch andere Gefühle als diejenigen des Triumphes. Die Generalſtaaten hatten für den Ausdruck ihres Unwillens über die britiſche Politik in ihrem Schreiben an die Königin die denkbar höf-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 368.

[2]) A. a. O., p. 378.

lichſten Formen ausgeſucht: daheim auf eigenem Boden verfuhren andere Holländer nicht mit dieſer Zurückhaltung. Vor dem Hauſe Straffords im Haag fand man eines Morgens ein Rad aufgerichtet, mit einer für den Botſchafter nicht ehrenvollen Inſchrift.[1]) Der Biſchof meldete nach England, daß er bei der allgemeinen Erregung ſich nicht ſicher fühle. St. John wies dies hinweg, da ja Briſtol durch ſeinen Charakter als Biſchof und Botſchafter doppelt geſchützt ſei. „Außerdem, ſagt er dann, habe ich auch Grund zu glauben, daß die Holländer ſich umſonſt abmühen. Sie ſchlagen jetzt um ſich wie ein Raubthier im Netze. Aber die Stricke ſind zu ſtark zum Zerreißen. Das Widerſtreben wird ſie endlich abmatten, und wenn ſie außer Athem ſind, werden ſie zahm werden.“[2])

„In ſolchen Ausdrücken, ſagt drei Jahre ſpäter die Unterſuchungs-Commiſſion des Unterhauſes, redete ein britiſcher Miniſter über die Bundesgenoſſen der Königin und über die Behandlung, die er ihnen anthat.“

Aber auch damals, im Jahre 1712, waren aus dem britiſchen Parlamente ſelbſt, wenn auch von der Minderheit aus Stimmen an das Ohr St. Johns gedrungen, die mit jenem ſeinem Dithyrambus über die Stellung der Königin in Europa wenig im Einklange ſtanden. Von außen her hätte Ormond ihm das Urtheil des Prinzen Eugen berichten können, daß derjenige, welcher die Befehle an Ormond verfaßt und überſendet habe, in beſtändiger Furcht ſein müſſe, dereinſt ſeinen Kopf auf dem Schaffote zu verlieren.[3]) Ueberhaupt dürfte es ſehr zweifelhaft ſein, ob damals unter den verbündeten Mächten auch nur Eine in jene Worte St. Johns, die im Grunde nur ſein Selbſtlob enthielten, eingeſtimmt habe. Und in Verſailles war man wohl kaum der Meinung, daß man geführt wurde, ſondern eher, daß man führte.

Zunächſt alſo kommt es auf die Bedingungen an, welche die Königin für einen Waffenſtillſtand dort ſtellen ließ, ſo wie auf das Eingehen in dieſelben von Seiten Frankreichs.

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 247.

[2]) Rapport du Comité secret p. 98. Vom 20. Juni/1. Juli.

[3]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 234.

Die Königin bewilligte einen Waffenstillstand auf zwei Monate. Sie verlangte dagegen, daß während des Stillstandes der Vertrag des allgemeinen Friedens abgeschlossen werde, wenigstens der Artikel in Betreff des Verzichtes von Philipp V. auf die Thronfolge in Frankreich, daß also die Verzichts-Urkunde ausgestellt, von Ludwig XIV. angenommen, und von den Ständen des Königreiches Frankreich in feierlichster Form bestätigt werde. Als Unterpfand forderte sie die Einräumung der Stadt und der Citadelle Dünkirchen. Die französische Besatzung habe abzuziehen. Mit dem ersten Tage des Waffenstillstandes dagegen werden englische Truppen einrücken und so lange verweilen, bis die Generalstaaten dem Könige von Frankreich für die Demolirung von Dünkirchen ein Aequivalent überweisen, mit welchem er sich zufrieden erklärt. Alsdann solle er die Demolirung vornehmen. — Im Uebrigen wolle die Königin in die Verwaltung der Stadt Dünkirchen in keiner Weise sich einmischen.[1])

St. John that zugleich Torcy kund, daß Ormond im Felde von diesem Stande der Dinge Kunde habe, und, auf die Einsendung der Artikel mit der französischen Unterschrift, sofort den Waffenstillstand proclamiren werde.

Dies Schriftstück St. Johns, abgesandt am 6. 17. Juni, traf am 21. in Marly ein. Am nächsten Tage erfolgte die Antwort.

Mit reichem Aufwande von Betheuerungen seines Vertrauens in die Königin, ließ Ludwig XIV. durch Torcy melden, daß er seine Truppen aus Dünkirchen nehmen und vom Tage des Stillstandes an die britischen dort einziehen lassen werde, so jedoch daß die Beamten aller Magazine dort auf ihrem Posten verblieben. — Auf die Forderung der Bestätigung des Verzichtes von Philipp V. durch die gesammten Stände von Frankreich ließ Ludwig XIV. erwiedern, daß den Ständen eine Einmischung in die Angelegenheiten der Thronfolge nicht zustehe, überhaupt nicht das Recht Gesetze zu machen, noch sie abzuschaffen. Wenn der König sie berufen, so geschehe dies ausdrücklich nur, um etwaige Klagen guter und getreuer Unterthanen anzuhören und abzustellen. Die Beispiele der früheren Jahrhunderte bewiesen, daß solche

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 366.

Verſammlungen durchweg Unruhen nach ſich gezogen, und die letzte, diejenige von 1614, habe geendet mit dem Bürgerkriege. Aber die Königin verlange eine Sicherheit. Dieſe könne auf andere Weiſe gegeben werden, nämlich durch die Verkündigung und Einregiſtrirung des Verzichtes von Philipp V. für ſich und ſeine Nachkommen in allen Parlamenten des Königreiches. Edicte und Declarationen in dieſer Weiſe vollzogen haben Geſetzeskraft, und dies entſpreche der franzöſiſchen Anſchauung.

Dazu machte Ludwig XIV. noch ein ſehr bemerkenswerthes Zugeſtändnis. Zugleich wolle er, wie Torcy ſchrieb, in öffentlicher Form aus den Regiſtern der Parlamente das Patent ſtreichen laſſen, durch welches er dem Könige von Spanien, bei ſeinem Aufbruche nach Madrid, das Recht ſeiner Geburt habe wahren laſſen. (Vgl. Band IX, S. 48.)

Man wolle dies Zugeſtändnis beachten. Torcy ſagt eben vorher, daß die Eintragung des Verzichtes von Philipp V. demſelben in den Augen der Franzoſen die rechte Geſetzeskraft verleihe. Nun aber wollte Ludwig XIV. jenes Patent, welches durch die Eintragung in die Regiſter des Parlamentes ebenfalls Geſetzeskraft erlangt hatte, vermöge ſeiner königlichen Machtvollkommenheit aus denſelben ſtreichen laſſen. Wenn der eine durch ſeine Geburt rechtmäßige König von Frankreich dies vermochte, ſo vermochte es auch der andere. Wenn alſo nach dem Tode Ludwigs XIV. der kleine Dauphin nicht mehr am Leben war oder blieb, und wenn demgemäß durch ſeinen Tod das Geburtsrecht auf Philipp V. verſtammte: ſo konnte er mit demſelben Rechte wie vorher Ludwig XIV. die in die Regiſter der Parlamente eingetragenen Edicte und Declarationen ſtreichen laſſen. Ludwig XIV. ſelber alſo gab, ob wiſſentlich, ob unwiſſentlich, ob abſichtlich, ob nicht abſichtlich, durch jenes Erbieten der Königin Anna und ihren Berathern den Fingerzeig, daß, wie Torcy gleich im Beginne der Sache ſich ausgedrückt, ein Vertrauen in einen Verzicht Philipps V. gleich einem Bauen auf Sand, und daß daher jener Proteſt der Minderheit des Oberhauſes vollaus begründet war. Nicht an Verzichten und Verſprechungen hing ſpäter die Erhaltung des Friedens, wie man damals ihn plante, ſondern — es iſt zu wiederholen — an dem ſchwachen Lebensfaden Ludwigs XV.

Es ist nicht ersichtlich, daß die Königin und ihre Berather diese Erwägungen angestellt, noch auch eine Unzufriedenheit über das nicht volle Eingehen Ludwigs XIV. auf die ihm gestellten Bedingungen bewiesen haben. Er seinerseits gab dem Courier ein Handschreiben an die Königin mit, in welchem er freilich den Titel der Majestät vermied, aber ihr sein volles Vertrauen aussprach. [1]) Er hatte ja Grund dazu.

Wie von London aus die Bedingungen für den Waffenstillstand direct an Ormond geschickt waren, so ergingen nun auch die französischen Zugeständnisse darauf durch den Marschall Villars an ihn.

Die Frage der Truppen unter Ormond.

Bevor jedoch dieselben bei Ormond eintrafen, war eine principielle Frage dort in der Stille zur Entscheidung gekommen: nämlich für welche Truppen Ormond den Waffenstillstand mit Frankreich eingehen werde. Die gesammte Macht unter seinem Commando bestand, wie bereits erwähnt, aus 70 Bataillonen und 138 Schwadronen, von denen die National-Engländer 22 Bataillone und 19 Schwadronen ausmachten. Die Armee Ormonds war zusammengesetzt wie folgt.

	Bataillone	Schwadronen
Engländer	22	19
Dänen	9	21
Preußen-Brandenburger	10	36
Sachsen	7	12
Hannoveraner	14	29
Holsteiner	2	8
Braunschweig-Wolfenbüttel	2	—
Wallonen	—	4
Anspacher	2	4
Nassau-Dillenburger	1	—
Oettingen	1	—
Hußaren	—	5
Zusammen	70	138

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 393.

Die Nicht-Engländer dieser Armee waren Soldtruppen, theils von den Seemächten einzeln, theils gemeinschaftlich bezahlt. Die Frage, wie diese Truppen sich verhalten würden, tauchte nicht erst am 22. Juni auf, sondern war beiderseitig vorher erwogen. Die englischen Minister wußten, daß für den Fall eines Sonder-Waffenstillstandes zwischen England und Frankreich die Generalstaaten Geld bereit hielten, jene Truppen völlig in ihren Sold zu übernehmen.

Auf diese Meldung erwiederte St. John, am 7./18. Juni, an Thomas Harley: „Es würde mir lieb sein, wenn Sie mir die Gesandten dort benennten, welche eingewilligt haben, die Truppen ihrer Fürsten aus dem Dienste der Königin zu nehmen. Einen derselben kann ich freilich leicht errathen. Nach meiner Ansicht dürfte in diesem Falle die Königin sich frei erachten von allen Verpflichtungen, sei es denen des Vertrages oder anderer Art. Und ich meine, sie würde sich bei dem Bruche besser stehen als bei fernerer Union mit solchen Alliirten.“ [1])

Indessen redete St. John hier nicht bloß persönlich. Am selben Tage meldete er im ähnlichen Sinne an Ormond: „Ich werde nicht ermangeln, den verschiedenen Ministern hier auszusprechen in welcher Weise die Königin jegliche Nichtwilligkeit ahnden wird, und, nach meiner Ansicht, werden Ew. Gnaden wohl thun, zu den Generalen der fremden Truppen im Solde der Königin dieselbe Sprache zu führen. Unter Anderem werden sie, nach meinem Dafürhalten, die Rückstände, welche den meisten von ihnen geschuldet werden, zweimal bedenken.“ [2])

St. John legt hier den Nachdruck auf die Rückstände. Es fragt sich also, wie dieselben entstanden waren, wo doch der Regel nach gerade die britische Regierung in ihren Zahlungen so pünktlich war.

„Es kommt nun an den Tag, berichtet einige Tage später der kaiserliche Resident Hoffmann, warum, obschon Geld genug im Schatzamte war, man mit der Zahlung aller Rückstände so lange inne gehalten hat.“ [3]) Demnach sollte das Zurückbehalten des bereits verdienten Lohnes für die Soldaten das Druckmittel auf die Generale sein. Die britischen Minister zweifelten nicht, daß ihnen dies gelingen

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 375.

[2]) A. a. O., p. 372.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juli.

müſſe. Die franzöſiſche Antwort beſagte ausdrücklich, daß ſie auf den Waffenſtillſtand nicht bloß der Engländer rechne, ſondern der geſammten von Ormond commandirten Armee.[1])

Ormond ſuchte daher ſich zu vergewiſſern, daß die Befehlshaber der Soldtruppen ihm folgen würden. Er wandte ſich zunächſt an den hannöverſchen General Bülow, noch am 22. Juni. „Dieſer, meldet der Prinz Eugen dem Kaiſer, hat ihm gar gut geantwortet.“[2]) Am anderen Tage richtete Ormond an den Fürſten von Anhalt, Befehlshaber der brandenburgiſch-preußiſchen Truppen, die Anfrage, ob er, im Falle des Abmarſches, mitziehen oder bei dem Prinzen Eugen verbleiben werde. Anhalt antwortete, daß ſeine Befehle ihn anwieſen für das gemeine Beſte zu handeln wie bisher. Da daraus die Verneinung klar genug hervor blickte, verlangte Ormond, daß Anhalt durch einen Courier in Berlin anfrage, wie er ſich zu verhalten habe. Ormond wandte ſich weiter an die anderen Generale der Bundestruppen. Die Antworten derſelben lauteten nicht ſo, daß ſie dem Herzoge von Ormond die Hoffnung abſchnitten.[3])

Auf die durch Villars erhaltene Meldung, daß Ludwig XIV. in die Bedingungen für einen Waffenſtillſtand gewilligt, begab ſich Ormond, am Morgen des 25. Juni, zu dem Prinzen Eugen, bei welchem ſich auch die holländiſchen Feld-Deputirten einfanden. Ormond machte zuerſt den Vorſchlag, die Belagerung von Le Quesnoy aufzugeben. Damit, wie zu erwarten, zurückgewieſen, mußte er den Grund angeben, daß er ſein früheres Verſprechen die Belagerung zu decken, nicht mehr halten könne, ſondern daß er, nachdem der König von Frankreich die Bedingungen der Königin für einen Waffenſtillſtand, namentlich auch die Einräumung von Dünkirchen bewilligt, mit ſeiner Armee abziehen müſſe. Ormond redete vor den Feld-Deputirten, als wenn alle Truppen im Solde der Königin ihm folgen würden. Er hoffe, ſagte er, die Republik würde um ſo lieber dem Waffenſtillſtande

[1]) Torcy in Bolingbroke's letters vol. II, p. 390.

[2]) Bericht des Prinzen Eugen, in Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 494.

[3]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 6. Ormond berichtet ſogar poſitiv, daß ſie ihm auf die erſte Anfrage Hoffnung gegeben. Die ſubjective Meinung Ormonds, ſelbſt wenn ſie irrig war, fällt hier ins Gewicht. Denn derſelben entſprechend handelt er.

beitreten, da dies das geeignete Mittel ſei, die Königin zur Vertretung ihrer Intereſſen zu bewegen.[1])

Die Feld-Deputirten verlangten fünf Tage Aufſchub, bis ſie Antwort vom Haag erhalten könnten. Ormond bewilligte nur drei Tage. Jene führten ſchwere Klage, daß der Abzug Ormonds mit allen ſeinen Truppen ſie der franzöſiſchen Armee preis geben würde.

Dies letztere iſt ſo augenfällig, daß, obwohl es in den zwiſchen St. John und Torcy gewechſelten Schriftſtücken nicht ausdrücklich zur Sprache kommt, man doch beiderſeitig es vorhergeſehen haben muß. Wenn jene ganze Armee unter Ormond abzog, ſo waren die Holländer und die Kaiſerlichen vor der Uebermacht des Marſchalls Villars in großer Gefahr. Es iſt daher nicht zu verwundern, wenn in London die Gegner des britiſchen Miniſteriums behaupteten: der böſe Plan desſelben gehe darauf hinaus, daß, nach dem Abzuge Ormonds, die franzöſiſche Armee diejenige der Verbündeten niedermachen ſolle.[2]) Eben dieſelbe Anſicht wurde in Deutſchland ausgeſprochen.[3])

Die Feld-Deputirten ſagten zugleich dem Herzog von Ormond, daß, nach ihrer Ueberzeugung, die Generale der Truppen im Solde der Königin ihm nicht folgen würden. Erſt dann trat an Ormond mit voller Wucht die Frage heran, ob er das Angefangene auch durchführen könne. Nach der Rückkehr in ſein Hauptquartier legte er den Generalen abermals die Frage vor. „Ich fand, ſagt er, daß es den Gegnern inzwiſchen gelungen war, ſie zu gewinnen.“ Sie erwiederten einmüthig, daß ſie es nicht für erlaubt hielten, ohne näheren Befehl ihrer Kriegsherren ſich von dem verbündeten Heere zu trennen.[4])

Wenige Stunden vorher hatte Ormond dem Marſchall Villars gemeldet, wie er ſeinen Plan ausführen wolle. Noch am ſelben Tage mußte er einen zweiten Trompeter entſenden, mit der Nachricht, daß die Ausführung mislungen ſei.

---

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 5.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 84: I heard also that, by the next post, we should have authentic proofs of the wicked design to have had the confederate army cut off by the French, whilst the duke of Ormond marched away with his part of it.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 382.

[4]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 6.

In Verſailles erhielt man dieſe Nachricht ſchon am 16. 27. Juni, in London erſt vier Tage ſpäter, am 20. Juni/1. Juli.

Wie der Abzug der geſammten Armee unter Ormond ein ſehr großer Vortheil für Frankreich geweſen wäre, ſo diente ſelbſt auch die Weigerung der Generale, die Stellung Frankreichs gegenüber England günſtiger zu geſtalten. Nach den eigenen Worten von britiſcher Seite hatte die Einräumung von Dünkirchen zur Vorausſetzung den Abzug Ormonds mit ſeiner geſammten Armee. Dieſe Bedingung war nicht erfüllt: demnach erklärte Torcy, daß demgemäß auch die Conſequenz hinweg falle, die Einräumung von Dünkirchen. Dieſe Erklärung traf in London ein zugleich mit der Meldung Ormonds von dem Mislingen ſeines Verſuches, am 20. Juni/1. Juli.[1])

Der Nachtheil, moraliſch wie materiell, traf die britiſche Politik. Dennoch entſchloß ſich die Königin mit ihrem Miniſterium zu beharren, alſo weitere Conceſſionen an Frankreich zu machen.

Auf Befehl der Königin berief St. John ſofort die Geſandten derjenigen Mächte, welche Truppen im engliſchen Solde hatten. Er eröffnete ihnen, daß die Königin bei dieſer Lage der Dinge das Verhalten der Generale anſehen werde wie Erklärungen der betreffenden Kriegsherren für die Königin oder wider ſie. Demnach erwarte ſie, daß die Generale nicht Einen Augenblick zaudern würden, dem Herzoge von Ormond zu gehorchen: im anderen Falle werde ſie nicht mehr zahlen. — Es kam darüber zu ſcharfen Worten, namentlich zwiſchen St. John und dem hannöverſchen Reſidenten Kreyenberg. Der Letztere beſchwerte ſich über das Auftreten St. Johns bei dem Treaſurer Oxford. Dieſer erwiederte: St. John habe im Namen der Königin geredet, welche Urſache genug habe, ihre Unzufriedenheit mit Hannover noch ſchärfer auszuſprechen.[2])

Verlauf der Angelegenheit des Waffenſtillſtandes.

St. John meldete dieſen Stand der Dinge noch am ſelben Tage an Torcy. Er fügte weiter den Entſchluß der Königin hinzu: im

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 400.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 382.

Falle, daß einige der Soldtruppen beharrten, bei der Armee des Prinzen Eugen verbleiben zu wollen, werde Ormond mit den engliſchen Truppen und denen, die ihm folgen würden, ſicherlich der Mehrzahl, abmarſchiren. „Dann wird die Königin, ſagt St. John, welche bisher gegen ihre Verbündeten Rückſichten beobachtet hat, nunmehr aber durch das Verhalten derſelben ſich zum Aeußerſten getrieben ſieht, ſich vor Gott und den Menſchen als gerechtfertigt anſehen, wenn ſie die Friedenshandlung zu Utrecht oder ſonſtwo fortſetzt, ohne ſich darum zu kümmern, ob ſie mitgehen oder nicht.“[1])

Aber es war um Dünkirchen zu thun. Demnach geht St. John weiter, im Namen der Königin zu erklären, daß, wenn Ludwig XIV. die Stadt und Feſtung Dünkirchen einräume, die Königin bereit ſei zum Sonderfrieden mit Frankreich, und ihre Verbündeten ihrem Schickſale überlaſſe. Auf die Meldung an Ormond, daß der König die Stadt Dünkirchen für England eröffne, werde Ormond den Abmarſch antreten, die Königin dagegen werde einige Regimenter von England aus hinüber ſchicken, um von Dünkirchen Beſitz zu nehmen. St. John meldete zugleich, daß zu ſtärkerem Nachdrucke der Graf Strafford ſich ins Hauptquartier begeben werde.[2])

Am 5. Juli traf der Courier mit dieſem Schreiben St. Johns in Verſailles ein. Die Vorſchläge oder Bitten der Königin wurden dort ſofort angenommen, und ein Courier mit der Nachricht dieſer Lage der Dinge an Villars entſendet. Bis dieſe Meldung auch in London eintraf, fühlten ſich die Miniſter dort recht unſicher und unbehaglich.

Unterdeſſen hatten im Felde die Dinge ſich nicht ſehr verändert. Da die Generale ſich auf die Befehle ihrer Kriegsherren berufen hatten, ſo mußte die Rückkehr der Couriere abgewartet werden. Inzwiſchen verlangte Ormond nochmals, daß der Prinz Eugen von der Belagerung der Feſtung Le Quesnoi ablaſſe, am 30. Juni.[3]) Im Gegentheile, erwiederte jener, um ſo nachdrücklicher müſſe nunmehr die Belagerung betrieben werden. Am 3. Juli ſah ſich die Beſatzung genöthigt zu capituliren.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 403.

[2]) Man vergleiche das Schreiben St. Johns a. a. O., p. 417.

[3]) Lamberty t. VII, p. 155.

In Betreff der Entscheidung der Reichsfürsten über ihre Truppen bei der Armee, schaueten Viele, unter ihnen namentlich der Prinz Eugen, mit besonderer Erwartung nach Hannover. Schon zur Zeit des Wechsels des Ministeriums, im Herbste 1710, hatte der Prinz Eugen nach Wien hin vorgeschlagen: man möge den Kurfürsten zu einer Reise nach England auffordern. Seine persönliche Gegenwart dort werde das geeignete Mittel sein, die Königin zu freundlicheren Gesinnungen für die Allianz zurückzubringen. Der Wiener Hof war damals auf den Vorschlag nicht eingegangen.[1]) Man mochte in Wien besser wissen als der Prinz Eugen, daß der Kurfürst Georg Ludwig von Anfang an das Princip bethätigt hatte, sich in die inneren englischen Angelegenheiten in keiner Weise einzumischen.

Die Verwickelung der Dinge in den letzten Junitagen 1712 rief jenen Gedanken bei dem Prinzen Eugen lebhaft wieder hervor. Er suchte durch den Grafen Sinzendorf im Haag in dieser Richtung zu wirken. „Es ist, schreibt er diesem, am 30. Juni, keine Minute zu verlieren, zuvörderst den Kurfürsten von Hannover aufzumuntern, daß er die Sache einmal recht zu Gemüthe nehmen und sich rühren möge. Denn, wenn er nicht vor dem Frieden sein Interesse ausmacht, so ist es gewis, daß die englische Krone ihm verloren sein wird. Hingegen könnte man darauf rechnen, daß, wenn der Kurfürst oder sein Sohn hier wäre, ja noch besser, wenn der Eine oder der Andere nach England hinüber ginge, ein großer Theil der britischen Nation sich zu seiner Partei schlagen würde. Wenn aber Niemand da ist, der sich in Bewegung setzt: so wird es dem englischen Ministerium leicht fallen, nach und nach alles zu gewinnen und auf seine Seite zu bringen."

Demnach nahm auch der Prinz Eugen an, wie wir es nach den Worten des Jacobiten Lockhart (S. 345) als das allgemeine Urtheil in Groß-Britannien vernommen haben, daß folgerechter Weise das damalige Ministerium auf die Herstellung des Prätendenten ausgehen müsse.

Jener Wunsch steigerte sich bei dem Prinzen Eugen namentlich durch den Hinblick auf die Stimmung im englischen Lager. „Es ist dort, meldet er am 7. Juli, sowohl unter den Officieren wie den

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 237.

Soldaten eine ſolche Verbitterung zu verſpüren, daß man Grund hat zu hoffen, es würde, wenn der Herr Kurfürſt von Hannover oder ſein Herr Sohn jetzt hier ankäme und etwas Geld mit ſich brächte, ſchier dieſes ganze Corps bei ihm verbleiben. Ich habe mit dem Baron Bothmar öfters darüber geſprochen, wie nöthig es ſei, daß der genannte Herr Kurfürſt eine Reſolution faſſe. Denn man darf ſich doch nicht einbilden, daß ihm die engliſche Krone ins Maul fliegen werde; wohl aber kann man ſich verſichern, daß im anderen Falle, wenn er ſich nur paſſiv verhalten und von ſeiner Seite nicht ein Mehreres thun will, er davon ausgeſchloſſen ſein und noch andere ſchädliche Dinge hernach folgen werden.“ [1])

Die Nachricht des Prinzen Eugen über die Stimmung in der engliſchen Armee wird beſtätigt durch diejenigen von hannöverſcher Seite. Die Generale Stairs und Scarborough erſchienen als die Wortführer der Unzufriedenen bei dem General Bülow. Wenn nur der Kurfürſt perſönlich miteintreten und ſie ermuthigen wolle, ſagten ſie, ſo würde ein guter Theil der engliſchen Truppen zu ihm übergehen.[2])

Der Kurprinz Georg Auguſt, damals zwanzigjährig, wäre nicht abgeneigt geweſen auf den Vorſchlag des Prinz Eugen einzugehen;[3]) aber der Vorſchlag ſtand im Widerſpruche mit dem Principe ſeines Vaters, des Kurfürſten, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht einzumiſchen. Der Kurfürſt gab nicht ſeine Einwilligung.

Das britiſche Miniſterium ſuchte dagegen auf den König von Preußen einzuwirken, und zwar durch den Geſandten desſelben im Haag, Marſchall von Biberſtein. St. John ſchrieb demſelben im Namen der Königin, daß dieſe das Intereſſe Friedrichs I. vertreten werde wie das eigene und den Frieden zu ſeiner Zufriedenheit einrichten wolle, wenn er nur dem Fürſten von Anhalt den Befehl gebe, ſich von dem Prinzen Eugen und den Holländern zu trennen und mit Ormond zu gehen.[4])

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 497.

[2]) Schwencke, Geſchichte der hannöverſchen Truppen S. 254. Aus den Papieren von Ilten's.

[3]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 453. Schreiben der Kurprinzeſſin Caroline an Leibniz, vom 7. Juni 1714.

[4]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 416. Vom 27. Juni/8. Juli.

Den hauptsächlichen Nachdruck erwartete jedoch das britische Ministerium von der Sendung des Botschafters Strafford. Sein ursprünglicher Auftrag, sich direct ins Hauptquartier zu Ormond zu begeben, wurde dann dahin geändert, daß er über den Haag gehen solle, um zuvor dort nachdrücklich zu den Holländern zu reden. Dahin folgte ihm ein Schreiben St. Johns, in welchem er anerkennt, daß, ohne die Einräumung Dünkirchens, der Boden für das Ministerium sehr unsicher sein, daß aber, mit der Einräumung Dünkirchens, das Spiel in ihren Händen, wie er es nennt, ruhmvoll sein werde. Er versteigt sich zu dem Ausdrucke: „Wir haben den Rubikon überschritten und müssen triumphiren oder untergehen."[1])

Am 6. Juli traf Strafford im Haag ein. Er verlangte, daß die Republik sich in der Sache des Waffenstillstandes an England anschlösse, mit der wiederholten Drohung, daß er auf dem Wege sei, sich zur Armee zu begeben. Der Angelpunkt seiner Sendung beruhte auf der Erwartung des britischen Ministeriums, daß es dem Grafen Strafford dennoch gelingen werde, die deutschen Generale zum Anschlusse an Ormond zu bewegen. Strafford ging so weit bei dem Grafen Sinzendorf im Haag den Vorwurf zu erheben, daß der Prinz Eugen jene Generale vom Dienste der Königin abwendig gemacht habe. Dies führte beiderseits zu heftigen Reden. „Warum, fragte Sinzendorf, wollen Sie dem Feinde alle diese Vortheile lassen? Sie würden ja doch leichter zu einem allgemeinen Frieden gelangen, wenn die Bedingungen weniger schlimm wären, als so, wo Sie mit Gewalt und mit Zuziehung des Feindes Ihren Verbündeten einen Frieden aufdringen wollen. Ich begreife nicht, wie Ihnen das zum Vortheile gereichen kann." — Darauf fuhr Strafford, wie Sinzendorf bemerkt, unbedachtsamer Weise heraus: Frankreich könne durch den Verlust einer Schlacht so hinabgebracht werden, daß man sich von daher keines Beistandes mehr zu versehen habe.[2])

Strafford und Bristol, welcher auch nach dem Haag gekommen war, hielten mit den Vertretern der Republik mehrere Tage hindurch eine Reihe von Berathungen. Diese Thatsache allein beweist, daß die

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 427. Vom 5./16. Juli.

[2]) Bericht Sinzendorfs bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 495. Vom 9. Juli.

Holländer sich nicht sofort so entschieden zeigten, daß sie jenen Botschaftern jegliche Hoffnung abschnitten. Da diese hatten durchblicken lassen, daß England für den Waffenstillstand die Stadt Dünkirchen erlangen werde, so forderten sie, daß auch der Republik eine Bürgschaft gegeben werde, und namentlich eine Sicherheit für die Erlangung ihrer Barriere. Als Strafford darauf nicht einging, sondern die Drohung seiner Abreise zur Armee wiederholte, verlangten die Holländer von dem preußischen und dem hannöverschen Gesandten die nochmalige Zusicherung des Belassens ihrer Truppen. Der Erstere, Marschall von Biberstein, gab ihnen Einblick in eine Denkschrift, die Friedrich I. durch seinen Residenten Bonet in London hatte einreichen lassen, mit der Beschwerde, daß die Mittheilungen der Königin über den Friedens-Entwurf der Stadt Straßburg nicht gedächten. Die preußischen Truppen hätten Befehl bei denen der Königin zu verbleiben, so lange sie gegen den Feind agiren würden, im anderen Falle sich unter den Prinzen Eugen zu stellen. Diese Antwort setzte voraus, daß fortan der Kaiser und die Generalstaaten den Sold für die Truppen aufbringen würden. Doch werde der König einen Monat vorschießen.

In ähnlicher Weise antwortete Bothmar. Der Kurfürst, erwiederte er, sei bereit, von den 10.000 Mann, die er in den Niederlanden habe, 6000 in eigenen Sold zu übernehmen.

Auf den Wunsch der Holländer stellten beide Gesandte die Antworten schriftlich aus, die dann sofort durch einen holländischen Courier den Generalen überbracht wurden.[1])

Bei dieser Lage der Dinge ward in der Versammlung der Stände von Holland der Beschluß gefaßt, keinen Waffenstillstand anders einzugehen als gemeinsam mit allen Verbündeten. Nach der Erfahrung war zu erwarten, daß dem Vorgange Hollands die anderen souveränen Provinzen folgen würden. Auf die Kunde des Beschlusses versuchten Strafford und Bristol noch einmal durch nachdrückliche Reden die Gemüther zu erschüttern. Der Versuch schlug fehl. Am 10. Juli brach Strafford auf nach dem Feldlager.[2])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 159.

[2]) A. a. O.

Auf die Nachricht des Bevorstehens der Ankunft von Strafford sammelte der Prinz Eugen mit den holländischen Feld-Deputirten auch die Generale der reichsfürstlichen Truppen um sich, um nach dem Eingange der Couriere die endgültige Antwort zu vernehmen. Der Fürst Leopold von Anhalt als Commandant der brandenburgisch-preußischen Truppen nahm zuerst das Wort, und erklärte sich entsprechend der Versicherung des Gesandten im Haag. Zugleich jedoch bewies sein Verhalten, daß der ihm gewordene Befehl seinen Wünschen entsprach, so daß der Prinz Eugen in seinem Berichte an den Kaiser den löblichen Eifer des Fürsten von Anhalt in besonders rühmender Weise hervorhob.[1])

Aehnlich erklärte sich der hannöversche General Bülow. Damit waren die wichtigsten Streitkräfte gesichert. Weniger bestimmt lauteten die erhaltenen Weisungen für den kursächsischen General Wilkens, für den Herzog von Württemberg als Commandanten der Dänen. Nur der holsteinische General Berner erklärte, mit denjenigen Truppen, für welche England zahle, bei Ormond aushalten zu müssen, nämlich 1 Bataillon und 4 Schwadronen.

Strafford war mit Ungeduld erwartet und ward bei der Ankunft mit Freuden begrüßt von Ormond, der, wie er später selber sich ausdrückte, unter Straffords Führung sich dem Labyrinthe zu entwinden hoffte,[2]) in welches die Politik des britischen Ministeriums ihn verstrickt hatte. Aber Strafford mochte bald erkennen, daß für ihn sehr geringe Aussicht war, seine im Haag ausgesprochenen Drohungen bewahrheiten zu können. Der Prinz Eugen war mit den Feld-Deputirten überein gekommen, nicht ihm einen Schritt entgegen zu thun. „Sollte aber Strafford selbst sich zu mir verfügen, meldet er an Sinzendorf, so werde ich nicht ermangeln mit ihm hoch und stark zu sprechen.“[3])

Lord Strafford brachte sich nicht in diese Lage. Er hatte sich, bei der Art seines Auftretens, in Utrecht wiederholt, von dem Portugiesen Tarouca und dem Holländer Buys, Antworten zugezogen, wie sie im diplomatischen Verkehre nicht üblich sind.[4]) Die Stimmung bei

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 244, 497.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 23.

[3]) Das Schreiben, vom 11. Juli, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 497.

[4]) Lamberty t. VII, p. 27, 93. Man vergleiche dazu p. 173.

den Verbündeten gegen ihn persönlich war ihm daher bekannt. Und nun kam dazu, daß er als der Vertreter einer Politik erschien, welcher in der Armee das Lob der Ehrlichkeit und Geradheit nicht entgegen getragen wurde. Strafford gab dem Prinzen Eugen Nachricht von seiner Ankunft, blieb aber im britischen Hauptquartier, und machte auch keine Versuche bei den Generalen der Bundestruppen.

So dauerte es einige Tage. Der Briefwechsel zwischen Ormond und Villars war unterdessen lebhaft; aber die Vorbedingung der Erklärung des Waffenstillstandes für Ormond war die Nachricht der Einräumung von Dünkirchen. Diese Nachricht war noch nicht da, als der Prinz Eugen den Entschluß faßte, die Dinge zur Klarheit zu bringen. Am 15. Juli ließ er dem Herzog von Ormond die Meldung zugehen, daß er in der Frühe des nächsten Tages aufbrechen werde. Zugleich erhielt Ormond von Villars die Nachricht, daß die Schritte des Prinzen Eugen auf die Umschließung der Festung Landrecy abzielten. „Ich habe sichere Nachricht, fuhr Villars fort, daß der Prinz Eugen morgen auf Landrecy marschiren wird. Ihre Armee befindet sich auf dem Wege, den ich einschlagen muß, um nach Landrecy vorzurücken. Das ist eine auffallende Fügung der Dinge, und es scheint mir von der holländischen Armee sehr kühn, daß sie die Allianz der Königin so misachtet, und von den Kaiserlichen sehr undankbar, daß sie sich für die von England empfangene Hülfe so wenig erkenntlich beweisen.“ Villars schloß damit, Ormond um Nachricht zu bitten, welche Truppen bei ihm verbleiben würden.[1])

Zunächst hatte Ormond sich mit dem Prinzen Eugen aus einander zu setzen. Er antwortete, daß ihn die Meldung überrascht habe, zumal da vorher zwischen ihnen nichts festgestellt sei, und der Prinz Eugen nicht einmal den Zweck seines Marsches angebe. Deshalb könne er, Ormond, sich dem Prinzen nicht anschließen. „Sagen Sie weiter Sr. Hoheit, fügte Ormond hinzu, daß er noch weniger von den Truppen der Königin eine Hülfe erwarten dürfe, zumal bei einer in solcher Weise begonnenen Unternehmung.“ — „Ich war sehr froh, schrieb Ormond in späterer Zeit, im voraus ihm diesen Hinweis zu

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 27. — Rapport du Comité secret p. 78.

geben, damit er sich danach richten, und nicht das etwa ihm zustoßende Unglück mir beimessen könne." — In der Wirklichkeit dürfte diese Freude nur der späteren Reflexion Ormonds entstammen. Damals selber beschränkte sich wohl die Freude darauf, daß der Prinz Eugen formell ihm den Anlaß bot sich in solcher Weise auszusprechen. Er schloß nämlich seine Rückmeldung mit den Worten: wenn der Prinz Eugen marschire, so sei auch er genöthigt aufzubrechen, um, wie er sagte, die Truppen der Königin in Sicherheit zu bringen.[1])

Auf diesen, bei dem Thatbestande, armseligen Vorwand sah sich Ormond reducirt, weil er, in Ermangelung einer positiven Nachricht über die Einräumung von Dünkirchen, den Waffenstillstand noch nicht verkünden durfte.

Dann antwortete er dem Marschall Villars. Ueber die Andeutungen desselben auf ein Zusammen-Wirken ging Ormond hinweg. Er sagte nur, daß er zur Stunde über die bei ihm verbleibenden Truppen keine Auskunft geben könne, sondern erst am nächsten Tage.[2])

Demnach gab Ormond noch die Hoffnung nicht auf, daß einige der Bundestruppen bei ihm bleiben würden. Zu diesem Zwecke suchte Strafford in letzter Stunde auf den hannöverschen General Bülow einzuwirken. Diesem gegenüber behauptete Strafford, wie er selbst berichtet, daß die Königin mit Frankreich weder Frieden, noch Stillstand habe. Demnach würden, wenn der Prinz Eugen aufbräche, die Truppen der Königin einer großen Gefahr ausgesetzt sein. Auf diese Rede, deren Unwahrheit der General Bülow wohl kaum ganz durchschauete, versetzte er: im Falle eines Angriffes auf die Engländer würde er nicht ermangeln zu ihrer Hülfe herbei zu eilen. „Darauf, fährt Strafford fort, erwiederte ich mit Geringschätzung: es würde sich doch wohl absonderlich ausnehmen, wenn ein Kurfürst des Reiches einen ausreichenden Beschützer für Groß-Britannien abgeben könnte."[3])

In der Morgenfrühe des 16. Juli brach der Prinz Eugen mit seiner Armee auf. Es folgten ihm wie die Holländer, so auch die

---

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 25. — Rapport du Comité secret p. 78.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 80.

Preußen, die Hannoveraner, die Dänen, die Sachsen. Noch im Laufe desselben Tages meldete Ormond an Villars, daß bei ihm verblieben seien 1 Bataillon und 4 Schwadronen Holsteiner und 2 Schwadronen Lütticher. Nachdem er in dieser Weise sich von dem Prinzen Eugen getrennt, bestehe thatsächlich bereits der Waffenstillstand.[1])

Villars antwortete mit der Bitte an Ormond die Richtung seines Marsches kund zu geben. In Erwartung dessen werde er noch einen Tag in seinem Lager verweilen. Er meldete weiter, daß er fortan Ormond als seinen Freund betrachte, dem, wenn es ihm beliebte, der Marsch durch die Länder des Königs frei stünde, da ja die festen Plätze sich im Besitze der Holländer befänden.[2])

Im Laufe desselben Tages brach auch Ormond auf. Seine Armee bestand aus etwa 12.000 Mann. Es war der Tag, an welchem der Abrede gemäß Dünkirchen eingeräumt werden sollte. Demnach ließ Ormond am Abende, nach dem Aufschlagen des Lagers, vor der Front eines jeden Regimentes den Waffenstillstand mit Frankreich verkündigen.

Er sandte zugleich die Meldung an den Prinzen Eugen, jedoch, auf Straffords Betrieb, mit einer anderen Begründung. Ormond ließ sagen: der Aufbruch des Prinzen Eugen, ohne Vereinbarung, so wie der Abzug der Hülfstruppen mit ihm, habe die Truppen der Königin derartig exponirt, daß Ormond, um sie in Sicherheit zu setzen, einen Waffenstillstand mit Frankreich habe eingehen müssen.[3])

Zugleich meldete Ormond den Verlauf dieses Tages dem Staats-Secretär St. John. Dieser, der gehofft hatte, daß seine Mahnungen an Marschall von Biberstein im Haag einigen Erfolg haben würden, ließ nun vor demselben seinen Unmuth aus. „Ich besorge, sagt er, daß die Ehre, die der Fürst von Anhalt bei der Belagerung von Landrecy davon tragen wird, die gemeinsame Sache nicht für das Unglück entschädigt, welches sie erleiden wird in Folge des falschen Schrittes dieses Fürsten, durch den er beigetragen hat, der Königin einen so beschimpfenden Affront zuzufügen." — Es folgt dann die Drohung, daß die

[1]) Rapport du Comité secret p. 81.
[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 28.
[3]) Rapport du Comité secret p. 79.

Königin über die nordiſchen Angelegenheiten durch den Mund ihres Admirals in der Oſtſee ſprechen werde.[1])

Stärker noch bricht der Unmuth St. Johns über das Mislingen hervor in einem Privatſchreiben, das er am ſelben Tage an den unterdeſſen in Hannover endlich eingetroffenen Geſandten Thomas Harley richtete.[2]) „Dieſer mein Brief, ſchreibt er, dient zur Begleitung des officiellen Schriftſtückes, um Ihnen zu ſagen, daß wir über die Vorgänge in Flandern in Betreff des Intereſſes der Königin in keiner Weiſe bekümmert ſind, dagegen nicht vermögen zu errathen, was denn die Fürſten, denen die Truppen dort gehören, eigentlich wollen. Ein bettelhafter deutſcher General befiehlt den Truppen, die von der Königin eine Reihe von Jahren bis auf dieſe Zeit bezahlt worden ſind, von der Königin zu deſertiren, und deren Unterthanen, ſo viel jene davon wiſſen konnten, dem Angriffe des Feindes auszuſetzen. Dies, ich geſtehe ein, iſt überraſchend, und dürfte nicht viele Fälle des Gleichen haben."

„Ich verſichere Ihnen, daß die Sache hier hoch aufgenommen werden wird. Nach meinem Dafürhalten ſind die Königin und alle ihre Diener entſchloſſen, die Inſulte, die der britiſchen Nation von ihren Söldlingen angethan iſt, zu reſſentiren. Wir werden Geld zu ſparen haben, und werden, nach meiner Anſicht, es anwenden, um diejenigen unſere Macht empfinden zu laſſen, die durch unſere Güte nicht gewonnen werden konnten."

„Die nordiſchen Miniſter beginnen bereits über die Ausrüſtung eines ſtarken Geſchwaders nach dem baltiſchen Meere Unruhe zu empfinden. Sie werden bald bemerken, daß die Generalſtaaten, welche (nach ihrer Meinung) uns angreifen ſollten, nicht eine Flotte ausrüſten können, die nur unſerer Canal-Wache die Wage halten könnte."

„Ich ſehne mich von Ihnen zu hören. Hat denn der Kurfürſt nicht einen einzigen Mann, der etwas von unſerem Lande kennt, oder mehr Scharfſinn beſitzt als Schütz und Bothmar, die armſeligſten Werkzeuge, die jemals Papier beſchmutzten?"

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 429. Vom 12./23. Juli.

[2]) A. a. O., p. 422.

Es iſt kaum anzunehmen, daß der Geſandte Harley es für zweckmäßig gehalten habe, die Bramarbas-Rede St. Johns auch ſich bei dem Kurfürſten zu eigen zu machen. Dagegen erfordert es die Gerechtigkeit, der Meinung St. Johns über die Politik, die er und Oxford in dieſer Angelegenheit durch Ormond und Strafford betrieben, auch diejenige anderer Engländer entgegen zu halten, ſo wie die Beſorgnis, welche ſie davon hegten, wenn dieſe Politik damals gelungen wäre.

Zunächſt bemerkte man, bei aller Ausſicht auf den Frieden, kein Steigen der Werthpapiere. Auf die Nachricht der Trennung der Armeen fielen die Actien der Bank von England um 6 Percent.[1])

In dem Berichte der Commiſſion, welche drei Jahre ſpäter das Unterhaus, in der Mehrheit aus Whigs beſtehend, zur Unterſuchung dieſer Angelegenheit niederſetzte, heißt es darüber wie folgt.[2])

„Wenn der Plan, auf welchen Frankreich ſich gefaßt, und zu welchem England ſich anheiſchig machte, nämlich alle fremde Truppen, die im Solde der Königin zu der Armee des Herzogs von Ormond gehörten, dahin zu nöthigen, daß ſie die anderen Verbündeten preis gäben — wenn dieſer Plan gelungen wäre: ſo iſt es gewiß, daß die geſammte Armee des Prinzen Eugen gezwungen geweſen ſein würde, ſich jeder Forderung der Franzoſen zu unterwerfen, oder ihnen völlig preis gegeben zu ſein zur Vernichtung oder Einſperrung, je nach dem Belieben des Marſchalls Villars. Für die Armee der Königin würde dagegen der ganze Vortheil darin beſtanden haben, daß das Loos der Vernichtung erſt zuletzt an ſie gekommen wäre. Die Truppen im Solde der Königin konnten ſich in Ehre und Gewiſſen nicht entſchließen, ihre Bundesgenoſſen zu verlaſſen und an Frankreich zu opfern. Dafür wurden ſie in England beſtraft durch den Verluſt ihres bereits verdienten Soldes. Denn dies war das einzige Mittel, welches die Miniſter beſaßen, um ihren Zorn kund zu geben und ſich für dies ihr Misgeſchick zu rächen, welches ihre mit Frankreich getroffenen Verabredungen durchkreuzt hatte.“

Die Anklage der Commiſſion von 1715 beſchränkt ſich alſo nicht auf diejenige der Böswilligkeit gegen die Verbündeten, ſondern fügt

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.

[2]) Rapport du Comité secret p. 78.

noch hinzu diejenige des Mangels an Voraussicht in die Consequenzen für die englischen Truppen.

Es fragt sich also, wie diese selber an Ort und Stelle die Vorgänge aufnahmen, deren Motive doch nur ein sehr geringer Bruchtheil von ihnen zu errathen vermochte.

Strafford meldete, daß bei der Trennung der Armeen, am 16., alle Engländer Freude an den Tag legten. Als den Grund fügt er hinzu, daß die Lage, in der sie sich befanden, und die Vorwürfe, die man in der großen Armee ihnen machte, ihnen zuwider waren. „Es sind, fährt er fort, nur zwei oder drei unzufriedene Gesichter, die da seufzen und wünschen möchten, daß die Hannoveraner sich nicht von uns getrennt hätten. Aber ich kann ihnen antworten, daß es so vielleicht um desto besser ist.“[1])

Die Wahrnehmung also, die acht Tage zuvor der Prinz Eugen gemeldet, daß es sich nur um das Erscheinen des Kurfürsten oder des Kurprinzen bei der Armee handele, um die Mehrzahl derselben zu anderen Entschlüssen fortzureißen, hat Strafford entweder nicht gemacht oder nicht berichtet.

Dagegen lautet ein Bericht eines englischen Historikers jener Zeit sehr abweichend von demjenigen Straffords. Nach demselben haben die Soldaten sogar in lauter Weise ihrem Unmuthe gegen Ormond und ihrem Verdrusse über die nicht rühmliche Rolle, die sie den Verbündeten gegenüber zu spielen gezwungen waren, Ausdruck gegeben.[2])

Nach hannöverschem Berichte bildeten beim Abzuge der Hannoveraner englische Officiere und Soldaten Spalier.[3])

In Betreff der Verkündigung des Waffenstillstandes am Abende breitete Strafford aus, daß dieselbe von den englischen Soldaten mit Jubel aufgenommen worden sei.[4]) Aber man erhielt im Haag zuverlässige Nachrichten, die das Gegentheil meldeten. Auch der Prinz Eugen wußte es besser. Ormond hatte ihm zur Kundmachung des Waffenstillstandes den General Cadogan geschickt. Dieser berichtete dem Prinzen Eugen: Ormond habe alles Erdenkliche aufbieten lassen,

[1]) Rapport du Comité secret p. 79.

[2]) Cunningham vol. II, p. 384. Aber Cunningham war nicht Augenzeuge.

[3]) Schwenke, Geschichte der hannoverschen Truppen u. s. w. S. 254.

[4]) Lamberty t. VII, p. 172.

um die Soldaten zu bewegen, daß ſie bei der Verkündigung des Waffenſtillſtandes nach der engliſchen Weiſe durch dreimaliges Aufſchreien ihre Freude kund geben ſollten. Die aufgewandte Mühe ſei jedoch fruchtlos geblieben: vielmehr habe ſich unter den Officieren wie Soldaten eine große Beſtürzung kund gegeben, mit der Folge, daß eine große Anzahl deſertire.[1])

Wie Ormond ſpäter erzählte, hatte er ſeinen Marſch in der Richtung auf Douay angetreten, ohne ſich über ein eigentliches Ziel klar zu ſein. Er ſchwankte zwiſchen Dünkirchen und Gent. Die erſtere Stadt ward inzwiſchen einem durch die engliſche Flotte herüber getragenen Corps eingeräumt, Gent hatte eine kleine holländiſche Beſatzung. Daher trug Ormond, wie er erzählt, Bedenken ſich dahin zu begeben. Aber die holländiſchen Commandanten von Bouchain und von Douay weigerten dem Botſchafter Strafford und einigen Officieren den Einlaß und die Durchreiſe. Dieſe Begegnung, ſagt Ormond, habe ſeinen Entſchluß auf Gent beſtimmt. Er ließ den Feld-Deputirten melden, daß er bei dem Mistrauen, das man ihm beweiſe, Gent beſetzen werde. Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten ſchickten ihm den Grafen Naſſau, am 19. Juli, mit der Verſicherung, daß jene Commandanten ohne Befehl gehandelt, und ließen ihm für ſeinen Marſch jegliche Begünſtigung anbieten. „Ich konnte mich jedoch dadurch, ſagt Ormond, nicht überzeugen, daß jene Commandanten gewagt haben ſollten, ohne ausdrücklichen Befehl ſo zu handeln.“ Er nahm Beſitz von Gent und Brügge.[2])

Im Haag war man der Anſicht, daß der Rath ſich dieſer Städte zu bemächtigen, von Torcy durch Villars an Ormond gelangt ſei. Torcy in ſeinen Denkwürdigkeiten beſtätigt, daß Ludwig XIV. den Rath gegeben, alſo vor der That.[3])

Von wem immer zuerſt der Gedanke ausgeſprochen ſein mag: in der Wirklichkeit war die Sache wohl berechnet ausgeführt, und zwar nach dem Rathe Straffords, und anders als Ormond ſpäter erzählte. Am zweiten Tage des Marſches, dem 17. Juli, legte Strafford

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 17. Juli, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 498.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 30.

[3]) Mémoires de Torcy t. III, p. 232.

in einem Schreiben an St. John den Plan dar. „Nach meiner Ansicht, sagt er, sollte Ormond eine Abtheilung vor eine ihrer (d. h. mit holländischer Besatzung versehenen) Städte rücken lassen, um zu sehen, ob man den Durchzug weigern würde. Eine Weigerung solcher Art würde ihn berechtigen, etwas zu unternehmen, was den Truppen sehr angenehm und bei Ihnen, wie ich glaube, keine Misbilligung finden würde." — „Ormond, fügt dann Strafford hinzu, hat großen Eifer; aber er hat sicherlich in seiner Umgebung auch Schwierigkeiten zu überwinden. Denjenigen dort, welche Befähigung besitzen, darf er sich nicht völlig anvertrauen, und diejenigen, in welche er Vertrauen setzt, sind nicht befähigt ihn mit gutem Rathe zu unterstützen."[1])

Nach der Ausführung, am 21. Juli, meldet dann Strafford, daß er bei jenem Schreiben vom 17. die Besetzung von Gent im Auge gehabt habe.

Wie Strafford richtig vorausgesehen, empfing Ormond für die That der Ueberrumpelung Gents den Dank der Königin, und zwar in den stärksten Ausdrücken. St. John sagt sogar, daß ihm die Worte dafür fehlen. „Auf die Nachricht der Einräumung von Dünkirchen an uns, sagt er, konnte nicht eine mehr erfreuliche folgen als diejenige der Besetzung von Gent. Der erstere Platz setzt uns in den Stand vortheilhaft mit Frankreich zu unterhandeln; der Besitz des anderen wird die Holländer und die Kaiserlichen zwingen, fortan der Königin mehr Rücksichten zu beweisen als bisher."[2])

In ähnlicher Weise ist der Glückwunsch Oxfords an Ormond für diese Leistung, Gent und Brügge besetzt zu haben, ein wahrer Jubelruf. „Das Beispiel der Entschlossenheit, das ein so hoch befähigter, von unerschrockenem Muthe beseelter Mann gegeben, hat Sie zum Objecte des Neides auf der einen Seite gemacht, und auf der anderen Ihnen den Beifall aller erfahrenen und verständigen Leute erworben. Der Marsch Ew. Gnaden nach Gent ist ein Meisterstreich und wird als solcher in Frankreich wie in Holland anerkannt."[3])

Bevor wir die Entwickelung dieser Dinge weiter verfolgen, ist es erforderlich klar zu stellen, wie dazu sich der Wiener Hof verhielt.

---

[1]) Das Schreiben Straffords im Rapport du Comité secret p. 89.

[2]) Lamberty t. VII, p. 216.

[3]) A. a. O., p. 218.

Kaiser Carl VI. zu der britischen Politik.

Wir haben gesehen, daß der Prinz Eugen im März, bevor er von London aufbrach, sich auf eine geheime Unterredung mit Oxford einließ. Der Kaiser hieß den Schritt gut. „Obwohl, antwortete er dem Prinzen Eugen, die Engländer nach meinem Dünken sich schon so weit eingelassen haben, daß ich fürchte, es sei von ihnen nichts zu hoffen, so ist es dennoch gut sie anzuhören.“ [1])

Es fragte sich indessen, ob man das britische Ministerium als solches anhörte. In der Correspondenz St. Johns, durch den die auswärtigen Angelegenheiten gingen, findet sich kein Wort der Andeutung einer Kunde seinerseits von dieser Verhandlung mit Wien. Es ist also lediglich Oxford, der hier in Frage kommt. Dieser aber hatte, um die Sache einzuleiten, begonnen mit einer Behauptung, die der Wahrheit zuwider lief (S. 301). Demnach liegt es nahe zu vermuthen, daß Oxford auch in dieser Angelegenheit, wie es so häufig seine Weise, von Anfang an auf Täuschung ausging.

Dabei kam ihm zu statten die Verkennung der wirklichen Sachlage in Wien. Carl VI. vergaß, daß sein Vater Leopold nicht aus eigenem Antriebe ihn nach Spanien entsendet, um dort das Erbrecht ihres Hauses geltend zu machen, sondern in seiner Deferenz für die politischen Wünsche des Bundesgenossen England. Was immer Carl VI. in Spanien besaß, das hatte er, in Betreff der materiellen Mittel, fast lediglich durch England errungen. Indem nun die politische Macht England die Sache Carls VI. in Spanien preis gab, war es sehr die Frage, ob sie zu behaupten sein würde.

Bei Carl VI. dagegen überwogen die moralischen Gründe. Er wollte das Recht seines Hauses an Spanien nicht aufgeben. Er wollte diejenigen Spanier, die ihm als ihrem rechtmäßigen Könige gehuldigt und für ihn gelitten hatten, namentlich die Catalonier, nicht preis geben. Und von diesem seinem Standpunkte aus hoffte Carl VI. immer wieder aufs neue, daß England zu einer ehrenhafteren Politik zurückkehren könne, und war, ungeachtet aller Abmahnungen der Erfahrung an

[1]) Handschreiben des Kaisers, vom 6. April, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 490.

dieſem Miniſterium Oxford-St. John, dennoch, wie er es ſelber ſagte, geneigt ſie anzuhören.

Oxford indeſſen trat nicht ſelber hervor. Er machte ſeine Mittheilungen durch den pfälziſchen Reſidenten, Namens Steingens. Im Mai überlieferte dieſer einen ausgearbeiteten Vorſchlag. Danach ſolle der Kaiſer Mailand und alle Staaten des Herzogs Victor Amadeus erhalten, mit Ausnahme von Savoyen, welches an Frankreich fiele. Die Niederlande würden zwiſchen dem Kaiſer und dem Kurfürſten von Baiern getheilt. Spanien ſolle dem Herzoge Victor Amadeus, Neapel und Sicilien dem Könige Philipp V. zufallen.[1]) — Steingens empfahl dem Hofe in Düſſeldorf, bei dem Kaiſer für die Annahme eines Vorſchlages zu wirken, der aller Wahrſcheinlichkeit nach zwiſchen Frankreich und England verabredet, von dieſer letzteren Macht nachdrücklich werde feſtgehalten werden.[2])

Der Vergleich dieſes Vorſchlages mit der Alternative, welche eben damals St. John im Namen der Königin in Verſailles geſtellt, thut die Unvereinbarkeit dar. Demnach wurde Steingens als betrogenes Werkzeug von Oxford gebraucht, um den Kaiſer irre zu führen.

Bevor die Sache nach Wien gelangte, antwortete der Prinz Eugen vom Feldlager aus nach London hin dem Sinne des Kaiſers entſprechend. Dieſer ſelber empfand es tief, daß man in ſolcher Weiſe über die wichtigſten Intereſſen ſeines Hauſes ohne ihn verfüge und ihm durch die dritte Hand davon Kunde geben wolle. Dennoch ließ er dann den Adjutanten des Prinzen Eugen, den Baron Hohendorf, der dieſe Mittheilungen überbracht hatte, wieder nach England gehen.[3])

Das Verhalten Ormonds im Juni benahm namentlich dem Prinzen Eugen jeden Zweifel an der eigentlichen Abſicht Oxfords. „Der Widerſpruch, ſchreibt er, in den Berichten Hohendorfs mit den Befehlen an Ormond zeigt ſonnenklar, daß man nur darauf ausgeht uns zu betrügen. Während England und Frankreich, allem Anſcheine nach, in ihrer Unterhandlung ſchon völlig einig ſind, will Oxford zur

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 221.

[2]) A. a. O., S. 492.

[3]) Handſchreiben des Kaiſers an den Prinzen Eugen, vom 16. Mai, a. a. O.

Verhüllung ihrer übelen Intention und ehrlosen Vorhabens mit uns noch tractiren.“ [1])

Aber die Klarheit des Prinzen Eugen über Oxfords Unehrlichkeit führte den Hof in Wien noch nicht zur Erkenntnis, daß durch das Zurücktreten Englands von der Allianz das frühere Ziel derselben in unerreichbare Ferne gerückt war. Wie die Königin dem britischen Parlamente ihren mit Frankreich vereinbarten Friedensplan vorgelegt, ließ sie die Kunde desselben auch an den Kaiser bringen. Die dazu ersehene Persönlichkeit war nicht mit Geschick, oder, richtiger vielleicht, nicht mit Wohlwollen für den Kaiser Carl VI. ausgewählt. Es war der Lord Peterborough. So viele Ehren auch immer die Partei-Tactik im britischen Oberhause auf diesen Mann gehäuft: er genoß außerhalb Englands nicht desselben Ansehens. Robethon, während seines Aufenthaltes im Jahre zuvor als hannöverscher Gesandter im Haag, bezeichnet ihn in einem Berichte nach Hannover mit den Worten: Le roi des menteurs et des fous.[2]) Am wenigsten aber dem Kaiser Carl VI. konnte als Botschafter eine Persönlichkeit genehm sein, über die er in den Jahren 1705 und 1706 nach Wien und nach London hin so sehr schwere Klagen geführt hatte.

Der Kaiser befand sich in Preßburg zum Zwecke der Krönung als König von Ungarn. Dort erschien vor ihm Lord Peterborough und hielt ihm in langer Rede vor, was Alles die Königin für das Haus Oesterreich gethan, und wie durch die Hülfe der Königin der Kaiser mehr besitze als jemals einer seiner Vorfahren. Die Königin hoffe, es werde unter den Verbündeten Niemand, am wenigsten aber der Kaiser, ihr die Ehre misgönnen, daß Europa durch ihren Eifer und ihre unermüdete Sorgfalt einen solchen Frieden erlange, bei welchem die gesammten Verbündeten ihre Sicherheit und billige Satisfaction finden könnten.[3])

Die anmaßende Rede aus unwillkommenem Munde reizte den Kaiser zum Zorne. Er trat einen Schritt vor, faßte den Peterborough beim Knopfe des Rockes und sagte: lieber wolle er alles in der

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 495. Vom 24. Juni.

[2]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover, von 1711.

[3]) Die Rede im Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 180. — Lamberty t. VII, p. 512.

Welt aufſetzen und verlieren als ſich auf ſolche unziemliche Weiſe Geſetze vorſchreiben laſſen.

Nach dieſer Audienz war es dem Lord Peterborough in Oeſterreich nicht mehr behaglich, zumal da er behauptete, daß man ihn nicht ſeinem Charakter entſprechend behandele. Wenn dies geſchehe, meinten Andere, ſo ſei das nach dem was der Graf Gallas in London erfahren, nicht auffallend. Als Peterborough erkannte, daß der Kaiſer auf die Beſtändigkeit hoffe, die Victor Amadeus ihm verſichern ließ, brach er nach Turin auf, um dort entgegen zu wirken.[1])

In denſelben Tagen ließ die Kaiſerin Eliſabeth in Barcelona die Krönung ihres Gemahls zum Könige von Ungarn feſtlich begehen, am 23., 24. und 25. Juni. Zwei Tage ſpäter verkündeten die Signale von der hohen Feſte Montjuich das Herannahen einer Flotte. Sie trug 7000 Mann kaiſerlicher Truppen, zum Beweiſe, daß der Kaiſer ſeinem Feſthalten an Spanien durch die That Nachdruck geben wollte. Anders jedoch lautete die Meinung St. Johns von dieſen Truppen. „Sie ſind, ſchreibt er, eben ſo viele Geiſeln.“[2])

Auch im Haag ließ der Kaiſer in entſprechender Weiſe vorgehen. Dort reichte, am 28. Juni, der Graf Sinzendorf den Generalſtaaten den Entwurf einer neuen Allianz ein, deren Ziel ſein würde der Wiedergewinn der geſammten ſpaniſchen Monarchie für das Haus Oeſterreich.[3]) Der Kaiſer trug ſich damals mit dem Gedanken, zwar die Kaiſerin zurückzurufen, aber zugleich eine ſeiner Schweſtern als Statthalterin nach Barcelona zu ſenden, und ihr zu dieſem Zwecke den Grafen Gallas als Oberſt-Hofmeiſter beizugeben.[4])

Bei der kundbaren Neigung des Kaiſers Carl VI. feſtzuhalten an Spanien war es ſchwer, dieſen principiellen Punkt zur Sprache zu bringen und dagegen zu reden. Dennoch geſchah dies endlich, am 15. Juli, in einer Conferenz zu Preßburg. Der Kaiſer legte die Frage vor, und der ſchon kranke Graf Wratislaw unternahm es darauf zu antworten. Er ſelbſt ſchreibt darüber dem Grafen Sinzendorf wie folgt.[5])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 512.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 114.

[3]) Die Denkſchrift bei Lamberty t. VII, p. 152.

[4]) Gallas an Primoli, 13. Juli.

[5]) Oeſterreichiſch-militäriſche Zeitſchrift, Jahrgang 1808, S. 586.

„Niemand wagte es auf die einzelnen Umſtände einzugehen als ich allein. Die Anderen votirten theils mit zitternden Lippen, theils in ſo verworrenen Worten, daß es eben ſo viel war, als wenn ſie nichts geſagt hätten. Man wollte die Sache der Beurtheilung der Uebrigen anheim ſtellen, noch fernere Nachrichten oder den Verlauf der Dinge abwarten, um ſich mit größerer Beſtimmtheit entſchließen zu können. Ich aber, nachdem ich mich Gott empfohlen hatte, ſtellte dem Kaiſer die Unmöglichkeit vor, den Krieg noch fortzuſetzen, weil alle Mittel dazu mangelten. Ich erklärte ihm, daß ſeine Erbländer die gegenwärtige Laſt nicht mehr, viel weniger denn eine noch größere zu tragen vermöchten. Dieſelbe Unmöglichkeit walte auch bei den Holländern ob, welche nur ſo lange noch einigermaßen Stand hielten, bis ſie für ſich ſelber beſſere Bedingungen erhalten würden. Von dem Herzoge von Savoyen ſei nichts Anderes zu erwarten als die Befolgung des gleichen Beiſpieles. Ja ich ging noch weiter und bewies, daß die Fortſetzung des Krieges für uns mehr Uebeles als Gutes mit ſich bringen, und daß man zuletzt gezwungen ſein würde, den Frieden unter noch viel ungünſtigeren Bedingungen abzuſchließen.“

Die Rede war alſo durchaus gegen die Neigungen und Wünſche des Kaiſers. „Am folgenden Tage, fährt Wratislaw fort, ſprach ich noch lange Zeit mit dem Kaiſer über denſelben Gegenſtand. Obwohl die Pille bitter iſt, ſehe ich doch, daß die Einſicht über die Neigung den Sieg davon tragen, und daß der Kaiſer die angemeſſenen Entſchlüſſe faſſen wird, wenn er nur den Cataloniern gegenüber den Ehrenpunkt rein zu bewahren vermag, und nicht zu einer formellen Entſagung angehalten werden ſoll.“

In der That ſind dies die beiden Punkte, an denen Carl VI. fortan ausdauernd feſthält: er will die Catalonier nicht verlaſſen, und er will das eigene Recht nicht verneinen.

Wenige Tage ſpäter kam Carl VI. zur vollen Klarheit über die geheimen Verhandlungen durch Hohendorf und Steingens, in London mit Oxford. Er fügte dem Conferenz-Protokolle ſeiner Miniſter, vom 18. Juli, die Worte hinzu: „Es ſcheint, daß Hohendorf vom Treaſurer betrogen, Steingens gar nichts nutz.“[1])

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 501.

Jene gewichtigen Worte Wratislaws über die Aussichten des Kaisers für den Krieg und über die Bundesgenossen wurden gesprochen zu einer Zeit, wo der moralische Erfolg bei der Armee in Flandern gegenüber Ormond, die große Allianz, mit Ausnahme Englands, zu befestigen schien. Es kam darauf an, wie sie sich bewähren würde, wenn das Unglück an die Thore pochte.

Fortsetzung des Feldzuges und der britisch-französischen Friedenshandlung.

Der Unfall von Denain, 24. Juli.

Am 17. Juli befand sich die Armee der Verbündeten um Landrecy. Ludwig XIV. hätte zur Sicherung der Festung ein allgemeines Treffen gewünscht; aber die Berichte des Marschalls Villars über die Beschaffenheit des Terrains lauteten ungünstig.[1]) Dagegen machte der Marschall Montesquiou den Vorschlag, eine Unternehmung gegen das verschanzte Lager von Denain an der Schelde zu richten, welches den Verbündeten diente als der Stützpunkt für ihre Verbindung mit den großen Magazinen von Marchiennes. Villars ging darauf ein. Die Vorbereitungen wurden im tiefsten Geheimnis getroffen, so sehr, daß auch den französischen General-Officieren der eigentliche Zweck verborgen blieb, dagegen nach allen Seiten die Meinung aufrecht erhalten wurde, Villars sinne auf einen Angriff gegen die Armee vor Landrecy.

Die eigenen Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiser thun dar, daß er bis in die Morgenfrühe des 24. Juli nicht durchschaute, wohin die Absicht des Marschalls Villars gerichtet sei. Dann erhielt er die Meldung, daß dieser in der Nacht zwischen Bouchain und Denain Brücken über die Schelde geschlagen, und am rechten Ufer derselben auf Denain marschire. Dort lag Albemarle mit etwa 11.000 Mann. Der Marsch der französischen Armee war so geschickt ausgeführt, daß jene schwächere Macht noch dazu fast völlig überrascht wurde. Sie erlag der Ueberzahl vor den Augen des Prinzen Eugen, der persönlich

[1]) Pelet t. XI, p. 70.

am linken Ufer der Schelde herbei geeilt war. Es gelang ihm die Cavallerie zu retten; aber dann brach die einzige Brücke, die man über die Schelde beſaß. 24 Bataillone wurden faſt völlig vernichtet oder gefangen. Es blieb nicht bei dem einen Unglücke: der Verluſt der großen Magazine von Marchiennes war unabwendbar, und demnach die Aufhebung der Belagerung von Landrecy.

Gegen Albemarle als den Commandanten, ſelber gefangen, wurden ſchwere Anklagen erhoben. Der Prinz Eugen trat durch ein Schreiben an den Rathspenſionär Heinſius offen für ihn ein: er habe geleiſtet, was in einer ſolchen Gelegenheit ein umſichtiger, wachſamer General habe leiſten können.[1])

Ungleich wichtiger noch als die materielle Einbuße von Denain und Marchiennes ſtellte ſich nach und nach die moraliſche Einwirkung heraus. Dieſe begann ſofort. Bereits am 27. Juli führt der Prinz Eugen vertraulich Klage, daß die holländiſchen Feld-Deputirten ſich in einer Weiſe geltend machen, wie ihre Vorgänger nie gethan.[2])

Das Inſtitut der holländiſchen Feld-Deputirten hat in der ſpäteren Geſchichtſchreibung, namentlich der engliſchen, geringe Anerkennung gefunden, und man iſt dort ſehr geneigt, wie es auch die Zeitgenoſſen waren, namentlich Marlborough als durch kriegsunkundige Feld-Deputirte beſtändig gehindert und gelähmt anzuſehen. Die Berichte des Feld-Deputirten Goslinga haben wiederholt Gelegenheit gegeben zu zeigen, daß er die Dinge etwas anders auffaßte. Jedenfalls ſcheint es gewagt anzunehmen, daß die Staatsmänner der Republik ein ſo gewichtiges Amt kriegsunkundigen Perſonen anvertraut haben ſollten. Auch klagt der Prinz Eugen in jenem vertraulichen Schreiben und ſpäter nicht über die Unkunde der Feld-Deputirten, ſondern über die Geſinnung, welche ſie beſeele, über ihre Scheu vor jedem Wagniſſe. Und darin waren ſie unzweifelhaft der getreue Spiegel ihrer Landsleute, der geſammten Republik, die durch den Unfall von Denain ſchwer betroffen war.

Anders in Frankreich. Seit langer Zeit bot ſich wieder für Ludwig XIV. ein Anlaß, das Tedeum ſingen zu laſſen. Aber er

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 182.

[2]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 498. Vom 27. Juli.

dachte weiter die Sache auszunutzen zum Zwecke des activen Hereinziehens von England zu seinen Gunsten.

Verhandlungen zwischen London und Versailles bis zum Waffenstillstande.

In London war unterdessen ein anderer Plan aufgetaucht. Wir haben diesen Erörterungen der Zeit nach zu folgen.

Am 19. Juli wies Torcy in einem Schreiben an St. John darauf hin, daß nunmehr durch die Einräumung von Dünkirchen die hauptsächliche Bedingung der Königin erfüllt sei. Sie habe durch St. John in dem Schreiben vom 20. Juni/1. Juli erklären lassen, daß sie sich dann vor Gott und den Menschen gerechtfertigt halte, ihren besonderen Frieden mit Frankreich abzuschließen. Es handele sich, sagte Torcy, nunmehr um die Erfüllung dieses Versprechens.[1])

Die Antwort St. Johns, vom 12./23. Juli, wich dieser Forderung aus. Sie entsprach den französischen Wünschen in Betreff des Waffenstillstandes auch zu Wasser, erhob aber dann eine neue bisher nicht angeregte Forderung mit folgenden Worten.[2])

„Von allen Verbündeten Ihrer Majestät liegt ihr das Interesse keines Anderen so sehr am Herzen als dasjenige des Herzogs von Savoyen. Sie hofft daher, daß, im Vereine mit ihr, der allerchristlichste König nichts unterlassen werde, was den Herzog bewegen könne, in die gemeinsamen Maßregeln miteinzutreten, und ihn, wenn dies geschehen, gegen alle Insulten von kaiserlicher Seite sicher zu stellen."

Zu diesem Zwecke der Begünstigung des Herzogs Victor Amadeus verlangt St. John für ihn das Besatzungsrecht in Monaco mit anderen kleinen Vortheilen dort, ferner an der Westgrenze einige Dörfer am rechten Ufer der Rhone, die Stadt Briançon und das Fort Barreau. Dazu kam dann aber noch eine besondere wichtige Forderung, die St. John einleitet wie folgt.

„Es liegt weder im Interesse Groß-Britanniens noch Frankreichs, daß das Königreich Sicilien dem Hause Oesterreich zu Theil werde.

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 429.

[2]) A. a. O., p. 439.

Der Herzog von Savoyen vielmehr iſt der Fürſt, auf deſſen Haupt die Königin dieſe Krone zu ſetzen wünſcht. Von dieſem Wunſche kann ſie nicht abſtehen. Sie macht dem Herzoge den Vorſchlag als eine Bedingung des Waffenſtillſtandes in Italien, und thut ihm zugleich zu wiſſen, daß dies ein Artikel, über welchen ich auf ihren Befehl Ihnen geſchrieben habe. Der Courier nach Turin geht über Frankreich, ſo daß der König die Vorſchläge, die er dem Herzoge zu machen hat, zugleich mit denjenigen der Königin übermitteln kann."[1])

Die Faſſung der Worte ſelber zeigt, daß nicht etwa von dem Herzoge Victor Amadeus die Initiative ausgegangen war, ſondern daß ihm hier, wie der ſprichwörtliche Ausdruck lautet, in Wahrheit eine Krone an den Kopf geworfen werden ſollte. Aber warum und wozu? — Einerſeits ergibt die Thatſache der Nicht-Antwort auf die franzöſiſche Forderung des Sonderfriedens, daß das britiſche Miniſterium ſich dieſer Forderung entziehen und darum in eine andere Bahn lenken wollte. Andererſeits war eine ſolche Begünſtigung des Herzogs Victor Amadeus eine indirecte Antwort der Königin und ihrer Berather auf die Anrede des Kaiſers Carl VI. an den Lord Peterborough in Preßburg. Weil der Kaiſer Carl VI., um ſich nicht dem von England und Frankreich ihm dictirten Frieden zu fügen, auf die fernere Bundesgenoſſenſchaft des Herzogs Victor Amadeus hoffte, ſo ſollte dieſer Bundesgenoſſe ihm entriſſen werden. Da vorausſichtlich der Kaiſer Carl VI. dem Herzoge viel bieten würde, ſo ſollte er im voraus überboten werden. Das war der Plan dieſer britiſchen Miniſter, deren Haß gegen den Kaiſer ſich in dem Maße ſteigerte, wie ſie ihm Unrecht gethan. Der Plan wird aus ihren eigenen Aeußerungen klarer hervortreten.

Das Schreiben St. Johns, vom 12./23. Juli, konnte am 26. Juli in Verſailles ſein; denn der Regel nach gebrauchte ein Courier von London nach Verſailles nicht drei Tage. Aber der Vorſchlag, Sicilien dem Herzoge Victor Amadeus zu geben, berührte in Verſailles ſehr unangenehm, weil Ludwig XIV. dasſelbe Land dem Kurfürſten Max Emanuel verſprochen hatte. Inzwiſchen jedoch hatte ſich die Lage der Dinge in Flandern verändert durch den franzöſiſchen Erfolg von

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 440.

Denain, am 24., deſſen Kunde man jedenfalls ſchon am 25. in Verſailles hatte. Auf Grund dieſer Siegesnachricht ließ Ludwig XIV. durch Torcy ein Schreiben an St. John abfaſſen, welches des Vorſchlages von Sicilien nicht erwähnt, dagegen die Königin nach einer anderen Richtung zu engagiren trachtet.

„Der König rechnet darauf," ſchreibt Torcy an St. John, am 26., „daß die von ſeinen Truppen errungenen Vortheile für die Königin um ſo erfreulicher ſein werden, weil es neue Motive ſind, die Hartnäckigkeit der Feinde des Friedens zu überwinden. Nach den letzten Briefen aus Holland iſt die Animoſität derſelben im Steigen. Ich hoffe, daß Ihre britiſche Majeſtät ſie vollends zur Vernunft bringen wird, dadurch, daß ſie nunmehr ſogleich mit dem Könige die geeigneten Maßregeln vereinbart, um ein bereits ſo weit vorgerücktes Werk zu Ende zu führen. Sie hat dazu die Mittel in der Hand, wenn ſie ſich nur der von ihren Truppen beſetzten Plätze bedienen will, namentlich der Stadt Gent. Denn wer dieſer Stadt Meiſter iſt, kann bei der gegenwärtigen Sachlage alle Plane der feindlichen Generale vereiteln, und den Holländern das Geſetz vorſchreiben." [1]) — Der Vorſchlag eines thätlichen Eingreifens zu Ungunſten der Republik ſetzt augenſcheinlich den Sonderfrieden zwiſchen England und Frankreich voraus, und iſt darum nur eine Erneuerung dieſes Vorſchlages in anderer Form.

Der franzöſiſche Plan der Ablenkung hatte geringe Ausſicht auf Erfolg. Bevor noch das Schreiben Torcys, vom 26., in London eintraf, erneuerte St. John, am 17. 28., von Whitehall aus den Vorſchlag, vom 12./23., Sicilien dem Herzog Victor Amadeus zu geben. Er wiederholt dieſelben Gründe und fügt noch einen anderen hinzu: „Die Königin," ſagt er, „lebt der Ueberzeugung, daß der allerchriſtlichſte König den Entſchluß faſſen wird, ſich ohne Zeitverluſt eines Fürſten zu verſichern, deſſen Erklärung für uns ein Meiſterſtreich ſein wird, und um ſo mehr zur gelegenen Zeit kommt, weil das Verhalten des Königs von Preußen durchaus nicht denjenigen Erwartungen entſprochen hat, welche die Königin Grund hatte, von ihm zu hegen." [2])

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 443.

[2]) A. a. O., p. 448.

Demnach hatten die Berather der Königin Anna bis zuletzt feſt gehalten an der Hoffnung, daß Anhalt mit den brandenburgiſch-preußiſchen Truppen ſich zu Ormond fügen würde. Nachdem dieſe Hoffnung vereitelt war, ſollte nun Victor Amadeus den Keil abgeben, der das Gefüge der Allianz zerſprengte. Das Angebot einer Königskrone an das Haus Carignan hat alſo ſeinen Urſprung von jener Weigerung Anhalts, für welche der Prinz Eugen, die Generalſtaaten, der Kaiſer ihm ihre ehrende Anerkennung darbrachten.

St. John ging aber dann zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus noch einen Schritt weiter. Es beſtehe die Uebereinkunft, ſagte er, daß für den Fall des Abſterbens der Linie Philipps V. in Spanien der Friedensvertrag den nächſt berechtigten Erben nennen ſolle. Als dieſen ſchlage die Königin den Herzog Victor Amadeus und ſeine Linie vor, und verlange, daß dies in der bündigſten Form feſtgeſtellt werde. Sobald Ludwig XIV. dem Herzog Victor Amadeus dieſes Verſprechen gegeben, ſei nicht zu bezweifeln, daß der Herzog dem Beiſpiele von Groß-Britannien folge, und dann könne zwiſchen der Königin, den Königen von Frankreich und Spanien und dem Herzoge Victor Amadeus binnen kürzeſter Friſt der Friede abgeſchloſſen werden.[1])

Erſt nach der Vollendung dieſes Schreibens, am 17. 28., kam das zwei Tage zuvor von Verſailles aus abgeſandte Schreiben Toreys dem britiſchen Staats-Secretär zu. Im Rathe der Königin ward die Andeutung Toreys auf ein gemeinſchaftliches Handeln in Flandern zurückgewieſen. „Ich habe Befehl, Ihnen zu verſichern, antwortete St. John, daß die Königin nichts unterlaſſen wird, was ſie mit Gerechtigkeit und Ehre thun kann, um jene Feinde des Friedens zur Vernunft zu bringen.“ „Das geeignetſte Mittel zu dieſem Zwecke, fährt er dann fort, iſt eben dasjenige, von welchem der vorſtehende Brief handelt, nämlich den Herzog von Savoyen dahin zu verpflichten, zugleich mit der Königin ſeinen Frieden mit Frankreich und mit Spanien zu ſchließen.“[2])

Am ſelben Tage faßte St. John das Schreiben ab, welches den Lord Peterborough in Kenntnis ſetzen ſollte. Es blickt aus demſelben

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 451.

[2]) A. a. O., p. 453.

abermals klar hervor, daß nicht der Herzog Victor Amadeus, oder auch nicht Peterborough der Urheber des Gedankens war, Sicilien an Victor Amadeus zu geben. Der Ursprung liegt in Whitehall, und bei dem Selbstbewußtsein, mit welchem St. John den Gedanken vertritt, liegt die Vermuthung nahe, daß er selber der Urheber ist. Seine Worte sind charakteristisch.[1])

„Seit Jahren, sagt er, ist unsere Politik so geführt, daß England erschien wie eine Provinz der Allianz. Es ist daher hohe Zeit, daß wir uns selber bethätigen, und das Gesetz vorschreiben, anstatt daß wir unterwürfig es hinnehmen."

„Zu diesem Zwecke kann nichts so sehr beitragen als die Erhebung des Hauses Savoyen, und das Zurückdrängen der Macht des Hauses Oesterreich in Italien. Mehr als je zuvor ist Groß-Britannien zur Zeit im Stande dies zu thun, einerseits durch den Besitz von Gibraltar und Port Mahon, andererseits durch den Gebrauch, den wir von Sicilien machen werden. Wenn diese Insel dem Kaiser überlassen wäre, wie unsere weisen Minister einstmals beabsichtigten, so würde sie gedient haben, unsere Macht im Mittelmeere matt zu setzen, und die Holländer würden damit einverstanden gewesen sein. Dagegen wird der Herzog von Savoyen sich auf die Seemacht der Königin stützen müssen, von deren Großmuth er die Krone empfängt, und demgemäß darf, nach meiner Ansicht, Groß-Britannien darauf rechnen, hinfort in jenen Meeren dieselbe Bedeutung zu haben, welche sie jemals in ihrem eigenen Canale besaß."

„Ich glaube hinzufügen zu dürfen, daß sich damit für uns die Aussicht aufthut, den Schauplatz künftiger Kriege zu verändern, und sie in größere Entfernung von unserer Insel zu verlegen, in einen Theil der Welt, wo wir nicht anders eingreifen können als vermittelst unserer Flotte, anstatt uns wieder auf das verderbliche System einzulassen, kostspielige Armeen auf dem Continente zu unterhalten."

Wir sehen, wie die Welt sich malt im Kopfe St. Johns. Ob das Bild richtig oder verschoben, ist für uns Spätere weniger wichtig als die Thatsache, daß diese Anschauungen praktische Consequenzen für die Gestaltung der Karte Europas nach sich zogen.

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 457.

Groß-Britannien engagirte ſich für dieſe Politik ſo völlig, daß zugleich die Königin ein Handſchreiben an Victor Amadeus in dieſem Sinne erließ.[1])

Auf das erneute Andringen von Whitehall aus konnte man ſich in Fontainebleau, wo damals ſich der franzöſiſche Hof aufhielt, der Erörterung der Forderung von Sicilien für Victor Amadeus nicht entziehen. Das betreffende Schreiben Torcys trägt das Datum des 28. Juli, desſelben Tages, an welchem von Whitehall aus die zweite Aufforderung erging. Es enthält zunächſt die Zuſtimmung des Königs zu allen anderen britiſchen Vorſchlägen, in Betreff des Waffenſtillſtandes, des Verzichtes von Philipp V., antwortet aber dann auf alle Forderungen zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus abſchlagend. Der König könne nicht das Recht des Fürſten von Monaco vergeben, ferner nicht durch die Einräumung von Briançon und Barreau an Victor Amadeus ihm freien Eingang in das Dauphiné eröffnen, endlich nicht für die Abtretung von Sicilien an ihn ſtimmen, weil der König dies Königreich dem Kurfürſten Max Emanuel von Bayern verſprochen habe. Daher müſſe der Kurfürſt von Bayern, außer der Rückgabe ſeines Kurfürſtenthums, entweder die Niederlande erhalten, wie der König Philipp V. ſie ihm cedirt habe, oder als Aequivalent dafür die Inſel Sicilien. Im Falle die Königin ſich für das Erſtere entſcheide, wies Torcy darauf hin, daß, außer den anderen Mitteln der Durchführung, der Herzog von Ormond mit einer ſtattlichen Armee in Flandern ſtehe.[2])

Das Schreiben traf in London ein am Abende des 20./31. Juli. Die Königin, meldet St. John, habe es vernommen mit Ueberraſchung und Bedauern. Die abermalige Abſicht, die Königin in Krieg mit den bisherigen Verbündeten zu verwickeln, lag gar zu klar vor Augen. Deshalb wies die Antwort St. Johns zunächſt darauf hin, daß nach dem zwiſchen England und Frankreich vorher vereinbarten Friedensplane die Niederlande an das Haus Oeſterreich fallen ſollten. Dann ſchnitt er jene Zumuthung ab mit den Worten: „Endlich entſpricht es

[1]) Das Handſchreiben nicht bei Bolingbroke. Aber in der Antwort vom 11. September nennt Victor Amadeus das Datum des 17. Juli. Dieſe Antwort im Britiſh Muſeum. Add. MS. — Original letters to Queen Anne.

[2]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 468.

weder der Ehre noch den Interessen der Königin, wider ihre Verbündeten, so undankbar diese sich auch bewiesen haben, einen Krieg anzufangen zu Gunsten eines Fürsten, dessen Geschick sie freilich beklagt hat, für den sie jedoch genug gethan zu haben glaubt durch das Versprechen, darauf zu bestehen, daß ihm im Friedensvertrage ein Theil der Länder zurückgegeben werde, die er mit den Waffen in der Hand eingebüßt hat." [1])

„Das Interesse des Einzelnen, sagt weiter St. John, muß dem allgemeinen europäischen Interesse nachstehen." Und dann folgt ein merkwürdiges Eingeständnis. „Sie werden ohne Zweifel, schreibt St. John an Torcy, das Gewicht dieses Satzes würdigen, da es ja Ihnen nicht unbekannt sein kann, daß dem Beginne wie der Fortsetzung dieser Friedenshandlung zu Grunde liegt die Voraussetzung, daß die Königin von mehreren Bedingungen abzustehen hatte, welche zu stellen, streng genommen, sie ihren Verbündeten verpflichtet war."

Dies Eingeständnis, durch welches St. John den ganzen Friedenshandel von britischer Seite charakterisirt, machte er nur der officiell noch feindlichen Macht gegenüber. Zu den Verbündeten, welche gerade das, was er dem Feinde hier bekennt, ihm zum Vorwurfe machten, war seine Rede eine andere.

St. John erklärte endlich, daß die Königin von den in seinem Schreiben vom 17./28. gemachten Vorschlägen in keiner Weise zurück treten wolle und, nach allem, was sie gethan, sich für berechtigt halte, auf Seiten des Königs Bereitwilligkeit dafür zu erwarten. Bis dieselbe sich durch die That beweise, würden alle bereits eingeleiteten Schritte zum Frieden eingestellt bleiben.

Die Antwort Torcys, vom 4. August, lenkte in mehrfacher Beziehung ein. Ludwig XIV. war bereit nachzugeben, daß, im Falle des Aussterbens von Philipp V. und seiner Linie in Spanien, Victor Amadeus und seine Linie dort folge. Auch solle Philipp V. Sicilien an Victor Amadeus abtreten.

Dagegen verlangte Ludwig XIV. zwei Gegenbedingungen. Abtretungen solcher Art können nur durch einen Friedensvertrag geschehen. Wenn daher der allgemeine Friede sich hinziehe, so müsse ein

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 476.

Sonderfriede zwischen Frankreich, England, Spanien und Savoyen geschlossen werden.[1]) Ferner verlangte Ludwig XIV. die Mitwirkung der Königin für die Herstellung des Kurfürsten Max Emanuel in seine Erbländer, so wie für die Belassung der Gebiete, die er in den Niederlanden noch besitze, oder für den Fall, daß die Königin sich dessen weigere, die Ueberweisung von Sardinien mit dem Königstitel an ihn. — Die anderen Forderungen zu Gunsten des Herzogs Victor Amadeus lehnte Ludwig XIV. ab.

Auf dieses Schreiben Toreys erfolgte als Antwort St. Johns die Meldung des Befehles der Königin an ihn, sich sofort nach Paris zu begeben.[2]) Er sollte dort in persönlicher Verhandlung die Hindernisse zu beseitigen suchen, welche sich dem allgemeinen Waffenstillstande zwischen Frankreich und Groß-Britannien noch entgegenstellten.

Er führte damals einen anderen Namen als bisher. Gleich nach dem Schlusse des Parlaments hatte die Königin ihn, unter dem Titel Viscount Bolingbroke, zum Pair von England ernannt.

Den ferner Stehenden mußte dies als eine bedeutende Beförderung erscheinen. Auch nahm der neue Lord Glückwünsche entgegen. Zu den näher Stehenden jedoch sprach er sich anders aus, namentlich zu dem Grafen Strafford.[3]) „Ich will Ihnen offen sagen, schreibt er diesem, wie ich es keinem Anderen gegenüber thue, daß meine Beförderung eine Kränkung für mich war. Im Unterhause, darf ich sagen, war ich der Führer, und hätte es bleiben müssen, ob im Dienste des Hofes oder nicht. Wollte man daher durch meine Entfernung von dort meinem Ehrgeize schmeicheln, so gab es dafür nur das Mittel, mir den Titel zu verleihen, welcher seit langer Zeit in meiner Familie, vor etwa einem Jahre, durch den Tod des letzten Sprossen der älteren Linie an die Krone zurückgefallen ist. Mich zum Pair zu machen, war nicht ein großes Compliment für mich, nachdem eine so große Anzahl zur Verstärkung der Stimmenzahl im Oberhause ernannt war, und, nachdem die Königin während der letzten Session meiner im Unterhause bedurft hatte, konnte sie nicht weniger thun als mich zum

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 498.

[2]) A. a. O., p. 505.

[3]) A. a. O., p. 484. Der hier nicht ausgesprochene Titel, den Bolingbroke für sich erwartete, ist derjenige eines Earl.

Viscount zu ernennen, oder ich hätte denn verschiedenen Anderen nachstehen müssen, denen ich mich überlegen fühle. In so weit also ist um meinetwillen so viel wie nichts geschehen, und nicht mir eine besondere Gunst erwiesen. Dennoch hätte es, wenn Ihre Majestät darin weiter gehen sollte, eines besonderen Druckes bedürft, welchen ich nie in Anwendung bringen werde. Ich gestehe Ihnen, daß ich niemals in meinem Leben eine solche Indignation gefühlt habe, und die einzige Erwägung, welche mich vom Aeußersten zurückhielt, war eben diejenige, welche einen Anderen bewogen haben sollte, mich besser zu behandeln. Ich wußte, daß jeder Anschein eines Bruches zwischen mir und dem Lord Treasurer unseren gemeinsamen Feinden Muth einflößen würde, und daß, wenn ich bei der jetzigen Lage der Dinge ablehnte weiter zu dienen, die Angelegenheiten daheim, wenigstens für einige Zeit, nur lahm vorangehen würden. Der Freundschaft also und dem öffentlichen Wohl, wenn man mir einen so eitlen Ausdruck verzeihen will, habe ich meine persönliche Empfindlichkeit zum Opfer gebracht, und verbleibe im Dienste, ausgestattet mit einem so geringen Antheile der Gunst der Königin, wie immer sie mir gewähren konnte."

Der Unmuth Bolingbrokes darüber legte sich auch in späteren Jahren nicht. In einer Schrift, die den Zweck hatte als Selbstvertheidigung vor die Oeffentlichkeit zu kommen, erzählt er, daß die ganze Last der Friedenshandlung auf ihm gelegen, und fügt dann hinzu, daß nach Maßgabe der Dinge, seine Beförderung im Juli 1712 eine Strafe gewesen sei.[1])

Es blieb nicht bei solchen vertraulichen Aeußerungen Bolingbrokes. Eine Anklageschrift, welche Oxford um zwei Jahre später gegen ihn an die Königin richtete,[2]) läßt ersehen, daß nach der Ernennung Bolingbrokes zwischen ihm und Oxford heftige Erörterungen statt gefunden haben, und zwar in Gegenwart der Lady Masham. Die Nennung dieser Persönlichkeit scheint anzudeuten, daß Oxford sie auf seiner Seite glaubte. Oxford sagt, daß, um Bolingbroke zu begütigen, er der Königin die Sendung nach Frankreich vorgeschlagen habe, die wegen der Sache an sich selber nicht nothwendig gewesen sei.

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 12. In der letter to Sir William Wyndham.

[2]) Lamberty t. VII, p. 474.

So kleinlich die Angelegenheit an ſich, ſo iſt ſie dennoch von ſchwerer Bedeutung durch ihre Conſequenzen. Sie iſt das Wetterleuchten des Bruches zwiſchen den zwei Perſönlichkeiten, die bis dahin mit geeinter Hand das Staatsſchiff Englands lenkten. Es war noch nicht, wie Bolingbroke ſagt, ſeine Abſicht ſich von Oxford zu trennen, und doch liegt in dem feindſeligen Tone jener an Strafford gerichteten Aeußerungen, wie in der Sache ſelber zur Genüge angedeutet, daß es früher oder ſpäter zwiſchen ihnen beiden zum Kampfe der Entſcheidung über die Frage kommen müſſe, welcher von ihnen den anderen vom Ruder hinweg drängen würde.

Noch vor dem Aufbruche Bolingbrokes nach Frankreich kam in einer ſehr wichtigen Frage dieſer Reiſe die Differenz der beiden Staatsmänner zum Ausdrucke. Dieſe Frage, in den Denkwürdigkeiten des Franzoſen Torcy nur geſtreift, iſt, meines Wiſſens, bisher niemals eingehend erörtert worden.

In dem Schreiben vom 4. Auguſt hatte Torcy als Gegenforderung des Königs für die Bedingungen der Königin aufgeſtellt den Abſchluß eines Sonderfriedens zwiſchen Frankreich, England, Spanien und Savoyen. Nach der Anſicht Torcys hätten dann die anderen kleineren Mächte, ſelbſt auch die Republik, von England völlig preisgegeben, ſofort folgen müſſen. Bolingbroke vertrat im Rathe der Königin dieſe franzöſiſche Forderung. Und in der That darf man ſagen, daß die früheren Erörterungen Bolingbrokes, namentlich in dem Schreiben vom 20. Juni 1. Juli (vgl. S. 358), erheblich beigetragen hatten, dieſem franzöſiſchen Wunſche eine Ausſicht auf Erfolg zu eröffnen. Daß er auch damals für einen Sonderfrieden war, hat er lange Jahre ſpäter beſtätigt mit den Worten, daß ein ſolches Verfahren offener, würdiger, vortheilhafter geweſen ſein würde.[1]) — Dagegen fand die franzöſiſche Forderung eines Sonderfriedens Widerſpruch an Oxford, und zwar, wie Torcy meint, aus Furcht desſelben vor dem Kurfürſten von Hannover, der, auf den Thron gelangt, dafür Vergeltung üben würde.[2])

Die einzige poſitive Nachricht über dieſes Vorkommnis gibt, wie erwähnt, Torcy in ſeinen Denkwürdigkeiten. Aber dieſe Nachricht erhält

---

[1]) Letters on the use and study of history t. I, p. 157.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 241.

ihre Bestätigung durch den Vergleich der Schriftstücke. Das Schreiben Torcys vom 4. August stellt die Forderung des Sonderfriedens. Die Instruction Bolingbrokes,[1]) der zur Antwort hingesandt wurde, gedenkt der Forderung des Sonderfriedens mit keinem Worte, sondern beauftragt ihn über einen längeren Waffenstillstand zu verhandeln. Demnach muß im Cabinetsrathe der Königin die Forderung des Sonderfriedens so völlig verworfen sein, daß Bolingbroke, nach seiner Instruction, auch ein Zurückkommen darauf officiell nicht gestatten durfte.

Andererseits aber liegt nahe, daß Torcy über diese Angelegenheit des Sonderfriedens, welche von Versailles aus wiederholt zur Sprache gebracht war, auch mündlich angefragt, und daß der letztere in confidentieller Weise darauf geantwortet hat. Oxford selber dürfte im Conseil nicht bloß seine Furcht vor dem Kurfürsten als Thronfolger als Motiv geltend gemacht haben. Er hatte sich im Oberhause mit so starken Ausdrücken gegen einen Sonderfrieden ausgesprochen, und seine Gegner hatten ihn darüber so scharf beim Worte genommen (S. 336), daß es ihm moralisch unmöglich war, davon wieder los zu kommen.

Aber legen wir mit Torcy und demgemäß auch mit Bolingbroke das hauptsächliche Gewicht für den Widerspruch Oxfords gegen einen Sonderfrieden auf seine Furcht vor dem Thronfolger: so folgt daraus, daß Bolingbroke diese Furcht nicht theilte. Es erhebt sich also die Frage: warum nicht? — Die Beantwortung dieser Frage findet jedoch zweckmäßiger ihren Ort in der weiter unten folgenden Besprechung des Verhaltens der Minister gegenüber dem Hause Hannover. Zunächst haben wir Bolingbroke in der Ausführung seines Auftrages nach Frankreich zu folgen.

---

[1]) Die Instruction in Bolingbroke's letters vol. III, p. 2. — Es ist darauf hinzuweisen, daß die Commission des Unterhauses von 1715 über diese Instruction völlig irre gegangen ist. Sie sagt im Rapport du Comité secret, p. 102 (der französischen Uebersetzung): Il paraît par ces instructions que M. Bolingbroke était autorisé à conclure une paix séparée entre l'Angleterre, la France, l'Espagne et la Savoye. — Dies steht nicht in der Instruction. Indem aber R. Walpole in diesen Irrthum verfiel und doch dabei nicht einging auf die so nahe liegende Frage, warum denn dieser Sonderfriede nicht abgeschlossen wurde, versperrte er sich selber und den Hörern seines Berichtes, das heißt dem damaligen Unterhause, den Einblick in das wirkliche Verhältnis der Frage des Sonderfriedens.

Von der Landung in Calais an bis Paris ward Lord Bolingbroke auf seiner Durchfahrt in den größeren Städten gefeiert bis zur Ermüdung. Entsprechend war der Empfang in Paris, wo der Staats-Secretär Torcy und dessen Angehörige ihn als ihren Gast empfingen. Bei dem Erscheinen Bolingbrokes im Theater erhob sich das Publikum zur Begrüßung, und er hinterließ bei seiner Abreise einen Beutel voll Geld für die Darsteller des „Cid", als hätten sie für ihn gespielt.[1])

In Betreff der Verhandlungen zwischen Torcy und Bolingbroke ist damals gesagt worden, daß die Reise des letzteren das Reich um Straßburg gebracht habe. Und zwar stützte man sich dafür auf eine Aeußerung Oxfords. Es ward gesagt, daß Bolingbroke die Argentina nicht um Silber verhandelt habe, sondern um Gold.[2]) — Aus den Berichten Bolingbrokes jedoch ist nicht zu ersehen, daß in den Verhandlungen mit Torcy auch nur der Name Straßburg genannt worden sei. In Wahrheit hatte die britische Politik schon früher Straßburg aufgegeben. Die Instruction für die britischen Friedensbotschafter, datirt vom 23. December 1711, enthielt die Forderung der Rückgabe von Straßburg an das Reich. In Anlaß des allgemeinen Friedens-Entwurfes, den im April der Abbé Gautier nach London überbrachte, wird in den Antworten von britischer Seite die Rückgabe Straßburgs abermals verlangt, von französischer Seite jedoch abgelehnt.[3]) Darauf ließ die Politik des britischen Ministeriums die Forderung fallen. Die Thronrede der Königin, vom 6./17. Juni, eröffnete dem Parlamente, daß Frankreich den Rhein zur Grenze setzen, daß es Breisach, Kehl und Landau abtreten, und alle festen Plätze am rechten Ufer oder auf den Inseln des Stromes schleifen wolle. Der Name Straßburg wird darin nicht mehr genannt. — Strafford ließ sich sogar dem dänischen Minister im Haag gegenüber verlauten, daß jene erste Forderung Straßburgs von britischer Seite nicht ernstlich gemeint gewesen sei.[4]) — Aus dem Ganzen folgt, daß, wenn Oxford jenes Wort gegen Bolingbroke gesprochen, dies aus der späteren Feindschaft entstammen muß.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 55.

[2]) Lamberty t. VII, p. 519.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 295.

[4]) Lamberty t. VII, p. 246.

Es ist weiter dem Lord Bolingbroke zum Vorwurfe gemacht, daß er den Auftrag gehabt, bei der Demolirung von Dünkirchen darauf zu bestehen, daß Frankreich auf der Strecke zwischen Dünkirchen und Brest nicht einen anderen Kriegshafen bauen dürfe. In Fontainebleau habe man für eine Million den Lord Bolingbroke bewogen, diese Clausel fallen zu lassen. Und zwar sei dies geschehen in der Absicht, den Canal von Mardyk zu bauen.[1]) — Allein die Instruction für Bolingbroke enthält nicht eine bestimmte Clausel solcher Art, sondern lediglich die allgemeine Vorschrift, in Betreff der Interessen von Groß-Britannien sich solcher Ausdrücke zu befleißen, die keinen Zweifel zulassen, und jene in der vortheilhaftesten Weise geltend machen.

Weniger auf solche einzelne Punkte kommt es an, als das gesammte Verhalten zu charakterisiren.

Die Instruction Bolingbrokes enthielt den Satz: „Wir wollen nicht eine Stipulation auf uns nehmen, die uns zur Durchführung derselben zu einem Kriege verpflichten könnte, besonders mit unseren alten Verbündeten. Frankreich hat genügenden Vortheil davon, daß das Verhalten unserer Verbündeten es für uns vernünftig, gerecht und sogar nothwendig gemacht hat, uns aus dem gegenwärtigen Kriege zurückzuziehen."

Indem Bolingbroke beobachtete, daß Torcy, wie auch bei früheren Gelegenheiten geschehen, Aeußerungen machte, die darauf hinzielten, England zu Gunsten Frankreichs mit den bisherigen Bundesgenossen in Thätlichkeiten zu verwickeln, hielt er, wie er meldet, es für geeignet, jenen Gedanken seiner Instruction in den stärksten Ausdrücken geltend zu machen. „Ich nehme Gelegenheit, fügt er seinem Berichte hinzu, dies den französischen Ministern oft zu wiederholen." [2])

Darüber sagt die Anklageschrift des Unterhauses von 1715: „Während den Verbündeten gegenüber die Königin durch die in der feierlichsten Weise eingegangenen Allianz-Verträge verpflichtet war, eine gerechte Satisfaction zu verschaffen, meinten unsere Minister ihrer Pflicht genügt zu haben, indem sie sich weigerten, die Verbündeten zu

[1]) Lamberty t. VII, p. 519.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 16.

zwingen, ſich den Bedingungen zu fügen, welche Frankreich ihnen auferlegen würde."

Zugleich aber hebt jene Anklageſchrift hervor, daß die britiſchen Miniſter dieſe Bedingungen nicht einmal kannten. Die Inſtruction Bolingbrokes enthielt den merkwürdigen Satz: „Sie werden gleicher Weiſe Ihr Beſtes thun, in Betreff der einzelnen Theile des allgemeinen Friedensplanes auszuforſchen, worin das wirkliche Ultimatum Frankreichs beſtehen mag." Es handelte ſich dann um die hauptſächlich ſtreitige Frage der Entſchädigung oder Begünſtigung einerſeits des Kurfürſten Max Emanuel, andererſeits des Herzogs Victor Amadeus. Beiderſeitig gab man etwas nach. Torcy geſtand Sicilien für Victor Amadeus zu, und Bolingbroke ließ die Forderungen des Herzogs auf eine Gebietserweiterung an der franzöſiſchen Grenze fallen. Torcy und Bolingbroke vereinbarten die Rückgabe von Bayern ohne die Oberpfalz und die ältere Kurwürde an Max Emanuel, und Bolingbroke erhob keinen Widerſpruch, wenn es gelinge ihm Sardinien ſtatt der Niederlande zu verſchaffen.

Das Eintreten für das Intereſſe des Herzogs Victor Amadeus erſcheint wie eine Ausnahme von der Regel, daß dies britiſche Miniſterium die Verbündeten der Königin an Frankreich preis gab. Aber wir haben geſehen, in welcher Weiſe die Forderung von Sicilien für ihn in St. James plötzlich aufgewachſen war, nicht weil er ſelber es wünſchte, ſondern weil das Miniſterium es dem britiſchen Intereſſe für entſprechend hielt, nämlich um den Kaiſer außer Stand zu ſetzen, ſich nach der Auflöſung der Allianz gegen Frankreich zu behaupten. Dabei wußte man nicht, ob Victor Amadeus das Dargebotene annehmen würde, ſelbſt damals noch nicht, als Bolingbroke dieſe Verhandlung in Paris betrieb. Es exiſtirt ein Dankſchreiben des Herzogs an die Königin, datirt zu Turin am 11. September, als Antwort auf ihr Handſchreiben vom 17./28. Juli.[1]) Er ſpricht darin in unterwürfigen Ausdrücken ſeine unendliche Dankbarkeit aus, und preiſt den Ruhm, der einer ſo großen Königin vorbehalten ſei, andere Fürſten aufrecht zu erhalten und zu erhöhen; aber der Name Sicilien und

[1]) Das Schreiben im Britiſh Muſeum. Add. Ms. — Original letters to Queen Anne.

überhaupt etwas Positives wird in dem Briefe nicht genannt. Die allgemeinen Redensarten reichen daher nicht hin, eine Annahme des Geschenkes schon damals zu beweisen.

Vielmehr pflegte Victor Amadeus sehr genau zu überlegen, nicht was dem Interesse der britischen oder französischen, sondern seiner eigenen Politik entsprach. Die Vertragsbrüche seines Lebens waren zahlreich, aber immer mit Gewinn. Von dem Standpunkte des Interesses seiner Politik redete er zu Lord Peterborough, am 24. September, also vierzehn Tage nach dem Datum jenes Dankschreibens an die Königin: seine Begier nach dem leeren Königstitel sei nicht so groß, daß er dafür seine reellen Interessen preis geben oder aufs Spiel setzen wolle. Er finde es ferner sehr auffallend, wenn man einem Fürsten, den man Jahre lang immer geschlagen, endlich doch den Preis überlassen wolle, um welchen man gekämpft, und welchen das Parlament so oft als den gerechten und hauptsächlichen Beweggrund des Krieges bezeichnet habe, nämlich die spanische Monarchie.[1]) — In einem späteren Briefe bemerkte Lord Peterborough, daß er nicht vermöge die Erregung zu beschreiben, in welche der Herzog Victor Amadeus gerathe, sobald man mit ihm von dem Angebote der Krone Sicilien rede. Um ihn zu beruhigen, reichte ihm Peterborough eine Denkschrift ein, in welcher er darzulegen suchte, daß Victor Amadeus durch eine Weigerung sich mit der Königin und dem britischen Ministerium überwerfen werde. Peterborough suchte zugleich diese Minister gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie allzu sehr dem französischen Interesse ergeben seien. England oder Frankreich, oder auch beide Mächte gemeinsam würden dem Herzog eine Flotte senden, ausreichend nicht bloß zur Besitznahme, sondern auch nachher zur Bürgschaft des Besitzes. — Es verging indessen noch längere Zeit, bis Victor Amadeus sich mit dem Gedanken eines in dieser Art geschenkten Königreiches vertraut machen konnte.

Daß er früher oder später auf die Schenkung eines Königreiches, welches er weder beanspruchte noch auch selbst für vortheilhaft hielt, dennoch eingehen würde, setzte also Bolingbroke in seinen Beredungen mit Torcy voraus.

[1]) Rapport du Comité secret, p. 86. — Lamberty t. VII, p. 512.

Demgemäß ward dann dort zwiſchen Torcy und Bolingbroke ein für Groß-Britannien und Frankreich allgemeiner Waffenſtillſtand zu Waſſer und zu Lande auf vier Monate geſchloſſen. Nach dem Berichte Bolingbrokes hofften er und Torcy, daß binnen dieſer Zeit die Holländer beitreten würden.

Nach dem Abſchluſſe dieſer Conferenzen führte Torcy ſeinen Gaſt nach Fontainebleau, wo der König verweilte. Bolingbroke erhielt Wohnung angewieſen im Schloſſe ſelbſt, und ward am nächſten Morgen zur Audienz geführt. Sie ſcheint zu beiderſeitiger Zufriedenheit verlaufen zu ſein. Lange Jahre ſpäter ſchrieb Bolingbroke aus dieſer ſeiner perſönlichen Bekanntſchaft mit Ludwig XIV. die Bemerkung nieder, die in ihrem Wortlaute hier folgt: If he was not the greatest king, he was the best actor of majesty at least that ever filled a throne.[1])

Vor der Abreiſe Bolingbrokes ließ Ludwig XIV. ihm durch Torcy einen prächtigen Diamanten überreichen, den der frühere Dauphin am Hute getragen.[2])

Verhalten der Republik der Niederlande.

Auf den Holländern lag ſeit dem Tage von Denain der Schrecken. Indem der Prinz Eugen die Belagerung von Landrecy aufgeben mußte, welches man als den Weg nach Paris bezeichnete, wurde die Kriegführung eine andere als bisher. Die Offenſive ging über an Villars. Er unternahm, im Anfange Auguſt, die Belagerung von Douay. Es geſchah, wie er meldet, nicht ohne Widerſtreben ſeiner Generale, welche die Durchführung als zu ſchwierig anſahen.[3])

Dieſe Beſorgnis ſtieg, als der Prinz Eugen nach Chateaulieu unweit Douay anrückte, um zu verſuchen, es zu einem Treffen zu bringen. Aber er führte ein ſtarkes Hindernis ſeiner Abſicht mit ſich in der Geſinnung vieler Häupter ſeiner eigenen Armee. Am 17. Auguſt meldet er dem Kaiſer: „Ich habe zwar dieſe Tage mit der Recognos-

---

[1]) Letters on the use and study of history vol. II, p. 262.

[2]) Dangeau t. XIV, p. 212.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 225.

cirung des Terrains zugebracht, um zu ſehen, wo etwa dem Feinde beizukommen ſein möchte; allein der Muth der Feld-Deputirten und der holländiſchen Generalität iſt derartig gefallen, daß ſie ſich in ihrem Kopfe ſchon mit dem Verluſte von Douay vertraut machen und darum ſich deſto weniger darum bekümmern. Namentlich die Deputirten ſind widerwillig etwas zu thun, und ſchützen lauter Unmöglichkeiten vor.“[1]) Stärker noch äußert ſich der Prinz Eugen in Privatbriefen über einzelne Perſönlichkeiten. „Es iſt unglaublich ſchwer ſich zurück zu halten, daß man ſich mit ſolchen Leuten nicht überwirft.“

Am 8. September mußte Hompeſch in Douay capituliren. Noch bevor dies geſchah, hatte Villars das Auge auf Le Quesnoy gerichtet, alſo nur erſt zwei Monate, nachdem die Verbündeten dasſelbe gewonnen. Während er dasſelbe belagerte, im September, ſchaute er weiter aus nach Bouchain. Der allgemeine Widerſpruch ſeiner Generale, wie er erzählte, bewirkte nur, daß er den Angriff auf Bouchain noch verſchob. Am 4. October ergab ſich Le Quesnoy. Bouchain hielt ſich nur neun Tage. Der Marſchall Villars behauptet, binnen zwei Monaten und fünf Tagen in den genommenen fünf Plätzen 53 Bataillone kriegsgefangen gemacht zu haben.[2])

„Und dennoch, meldet eben damals der Prinz Eugen an Sinzendorf, iſt es ganz gewis, daß, wenn wir nur mit Feſtigkeit auftreten, wir dieſe nunmehr ſo hochmüthigen Franzoſen und ihre neuen Freunde zum Zittern bringen werden. Denn man darf den übelen Ausgang dieſes Feldzuges nicht dem Unglücke von Denain beimeſſen, ſondern dem Geiſte der Furcht und der Unentſchloſſenheit, der in der Republik herrſcht und der ſich ihren Feld-Deputirten und Generalen mitgetheilt hat. Ohne dieſen würden, nach meiner Anſicht, jene Plätze nicht verloren gegangen ſein. Wir haben uns daher vor dem Ende dieſes Feldzuges zu entſchließen, ob wir Krieg oder Frieden wollen. Wenn nicht, ſo werden uns die Gegner ſchrittweiſe dahin drängen, wohin ſie wollen, und werden, außerdem daß ſie uns einen unwürdigen Frieden vorſchreiben, ſich noch rühmen können, uns bei der Naſe geführt zu haben.“[3])

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 500.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 244.

[3]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 500.

Indeſſen bereits im Laufe des Monates Auguſt eröffneten die holländiſchen Bevollmächtigten in Utrecht den britiſchen, daß ſie bereit ſein würden zu einem Frieden auf der Grundlage der Thronrede vom 6. 17. Juni, wenn die Königin von dieſer Grundlage aus für ſie eintreten wolle. Die Kunde deſſen war bereits am 23. Auguſt in London.[1]) Strafford und Briſtol erwiderten: wenn die Königin den Verbündeten nichts über die Vorſchläge in der Thronrede hinaus verſchaffen, oder gar auch dieſe nicht alle feſthalten könne: ſo ſei das nur die eigene Schuld der Verbündeten, weil ſie ſelber Schwierigkeiten erregt und dadurch die Sache ungewis gemacht hätten. — Bolingbroke ertheilte ihnen dafür das volle Lob, daß ſie der Königin aus dem Herzen geſprochen.[2]) — So hochfahrend die Worte, ſo enthielten ſie doch mittelbar wieder die Anerkennung, daß der Wille Frankreichs entſcheide.

Fortan ſuchte alſo die Republik nur noch für ſich ſelber gut abzukommen, und zwar war ihr hauptſächlicher Zweck die möglichſt ſtarke Barriere gegenüber Frankreich. Aber von dieſem Puncte aus begann die Differenz. Jene Thronrede beſagte, daß die Generalſtaaten ihre Barriere gemäß dem Vertrage vom 29. October 1709 erhalten würden, ausgenommen höchſtens zwei oder drei Plätze. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten erhoben nun die Forderung, daß die Stadt Lille für ſie gelte als das ausbedungene Aequivalent für Dünkirchen, daß demnach außer Lille noch drei andere Plätze von jener Forderung der Barriere entfallen müßten, namentlich Tournay. Eben Tournay aber ſah die Republik an als ein weſentliches Glied in der Kette ihrer Barriere. Die britiſchen Bevollmächtigten in Utrecht waren der Anſicht, daß die Forderung der Holländer jener Erklärung der Königin entſpreche. Bolingbroke geſtand dies zu, und dennoch konnte die Commiſſion des Unterhauſes, drei Jahre ſpäter, aus ſeinen Briefen an Torcy den Beweis führen, daß er Rathſchläge gegeben, wie Tournay an Frankreich zu bringen ſei.[3])

Es iſt indeſſen ſehr wohl möglich und wahrſcheinlich, daß Bolingbroke durch das Hinziehen der Differenz über Tournay nur für

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Auguſt.
[2]) Rapport du Comité secret p. 102, 104.
[3]) A. a. O., p. 115.

einen anderen und wichtigeren Plan arbeitete. Vor seiner Sendung nach Frankreich war er im Cabinetsrathe darin unterlegen, daß seine Instruction nur auf einen Stillstand lautete, nicht auf einen Sonderfrieden. Dieser Instruction entsprechend hatte er mit Torcy officiell verhandeln und demgemäß auch berichten müssen. Dieser sein Bericht enthielt ausdrücklich, daß Torcy den längeren Waffenstillstand von vier Monaten vorgeschlagen, um den Holländern die Hoffnung abzuschneiden, die Waffen der Königin wieder in Thätigkeit zu bringen. Der Verlauf der Dinge dagegen zeigt, daß das wirkliche Motiv Torcys für diesen Vorschlag war, während dieser Zeit England dennoch zu einem Sonderfrieden zu bewegen.

Jene gleichzeitige Erklärung der holländischen Bevollmächtigten, daß die Republik willig sei, auf der Grundlage der Vorschläge in der Thronrede der Königin vom 6./17. Juni zu verhandeln, kam daher der französischen Politik sehr ungelegen.[1]) Aber es bot sich ihr zunächst ein Anlaß, die Verhandlungen in Utrecht, die nach jener Erklärung der Bereitwilligkeit der Republik wieder aufgenommen werden konnten, noch zu verzögern. Der Anlaß war wie folgt.

Beim Eintreffen der Nachricht von Denain hatten die Diener des französischen Botschafters Mesnager denen des holländischen, Grafen Rechteren, höhnende Geberden gemacht. Als die Beschwerden Rechterens darüber bei Mesnager erfolglos blieben, gebot der Erstere seinen Dienern, sich selber Genugthuung zu nehmen. Es geschah durch thätliche Mishandlung. Darüber wurde von den Bevollmächtigten hin und her geredet, und Ludwig XIV. forderte Satisfaction.

In späterer Zeit urtheilte Torcy selber über die Sache wie folgt.[2])

„Man muß zugeben, daß unter allen anderen Verhältnissen ein Streit unter Lakaien nicht die ernsthafte Aufmerksamkeit der Friedensbotschafter verdient hätte, noch weniger diejenige des Königs, und daß man dem Grafen Rechteren die Nachsicht hätte gewähren können, wie seine Collegen vorschlugen, ihn für betrunken zu halten. Allein damals war es nothwendig, nicht bloß den Hochmuth der Holländer zu beugen, sondern auch die Friedens-Conferenzen in Utrecht bis dahin aufzuhalten,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. August.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 253.

daß alle Angelegenheiten mit der Königin von Groß-Britannien vereinbart wären."

Ludwig XIV. ſchrieb die Bedingungen der zu leiſtenden Satisfaction vor. Er verlangte öffentliche Misbilligung Rechterens durch die anderen holländiſchen Botſchafter, und Abberufung Rechterens durch die Generalſtaaten. — Tritt uns darin die Neubelebung des Vereines von Hochmuth und Kleinlichkeit der früheren Jahre Ludwigs XIV. entgegen: ſo iſt dabei feſtzuhalten, daß die Forderungen nur Mittel zum Zwecke waren. Ueber dieſen ſpricht ſich Torcy gleich damals zu ſeinem neuen Freunde Bolingbroke aus mit den Worten: „Nach meiner Anſicht wird es ihnen (den Generalſtaaten) Mühe koſten, in eine ſolche Satisfaction, ſo gerecht ſie auch iſt, einzuwilligen; aber das wird Stoff zum Verhandeln geben, während man anderswo beſſer handeln wird."[1]) — Demnach ſetzt Torcy bei Bolingbroke verwandte Geſinnungen voraus.

Die Pariſer Zeitung, die nur dasjenige zur Kunde brachte, was dem Hofe dort gefiel, gab den Gedanken des Torcy Ausdruck mit den Worten: es ſei zu wünſchen, daß England ſich mit Frankreich verbünde, um die bisherigen Alliirten zum Frieden zu zwingen, und daß dann der Prätendent der Königin von Groß-Britannien in der Souveränetät zugeſellt werde. Eines der Londoner Blätter, die fliegende Poſt (the flying post), gab den Aufſatz wieder mit einer ſcharfen Kritik. Bolingbroke, deſſen Empfindlichkeit für die Anzüglichkeiten in der Tagespreſſe nach gleichem Maße zu bemeſſen ſein dürfte mit der Dreiſtigkeit der eigenen Feder, ließ den Verfaſſer Ridpath nach Newgate einbringen.[2])

Torcy jedoch redete in denſelben Tagen in dem Streben nach einem Sonderfrieden mit England zu Bolingbroke wie zu einem Geſinnungsgenoſſen, ſtärker als zuvor. Ein Privat-Schreiben Bolingbrokes, vom 10./21. September, ſchnitt jedenfalls die Hoffnung auf einen Sonderfrieden nicht ab.[3]) In der Antwort, vom 27., behandelt Torcy das wie eine poſitive Zuſage, und redet weiter in dieſem Sinne.

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 41. Vom 29. Auguſt.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. September.

[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 47. Der Herausgeber hat dort Très-Chrétienne und Britannique verwechſelt.

„Aus demſelben Grunde, ſagt er, dringt der König nicht auf die Erneuerung der Conferenzen in Utrecht und fordert eine etwas ſtarke Satisfaction von dem Trunkenbold Rechteren. Es ſcheint mir, daß indirect dies auch das geeignete Mittel iſt, die Holländer in ihrer Hartnäckigkeit zu ſteifen, und ſie zu hindern, daß ſie, vor dem Abſchluſſe eines Sonderfriedens, ſich in die Maßregeln fügen, welche der König und die Königin vereinbart haben. Demgemäß wird dann auch Ihre Nation mehr und mehr erregt werden wider die Halsſtarrigkeit einer hochmüthigen Republik, welche in Betreff der Miniſter, die innerhalb ihres Gebietes den Frieden unterhandeln, nicht einmal mehr das Völkerrecht beobachtet, und in dieſer Weiſe kommen wir täglich dem Ziele näher, das wir uns vorgeſetzt haben.“[1])

Auch in der diplomatiſchen Welt in London war man der Anſicht, daß Bolingbroke auf einen Sonderfrieden mit Frankreich ausgehe. Man erzählte ſich von heftigen Reden im Cabinetsrathe der Königin. Eines Tages, ſagte man, habe Bolingbroke die Acte eines Sonderfriedens mit Frankreich vorgelegt, und ſie empfohlen mit dem Hinweiſe, daß der Handel und die Schifffahrt, für welche der Waffenſtillſtand zur Sicherheit nicht genüge, dann ſofort ſich frei entfalten würden. Auf die Frage der Anderen, auf weſſen Befehl er auf einen ſolchen Entwurf ſich eingelaſſen und ihn unterzeichnet, habe er die Königin genannt. Dieſe, ſelber anweſend, habe bejaht, und zu zwei verſchiedenen Malen die Feder in die Hand genommen, um ihrerſeits zu unterzeichnen. Darüber aber habe ſich in dem Cabinetsrathe, der, in Abweſenheit Ormonds, aus ſieben Perſonen beſtand, ein großer Zwieſpalt erhoben. Namentlich habe der Lord-Canzler erklärt, daß er, bevor das Parlament ſich über einen Friedensvertrag erklärt, der die Alliirten ausſchlöſſe, niemals auf ſich nehmen würde, demſelben das große Siegel beizuſetzen. — Nach vielem Hin- und Wiederreden habe ſich die Königin endlich genöthigt geſehen, die Sitzung aufzuheben.[2])

Inzwiſchen trafen vom Haag aus beſtimmtere Nachrichten ein. Wir haben alſo dahin unſere Blicke zu wenden.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 86. Vom 27. September.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. October. Den Tag dieſer Sitzung gibt er nicht an. Frühere Andeutungen in den Berichten Hoffmanns über dieſe ſtürmiſche Sitzung laſſen auf den 28. September, 9. October ſchließen.

Der Monat September verfloß, ohne daß man in Utrecht in der Friedensſache einen Schritt weiter kam. Der Graf Sinzendorf ſammelte unterdeſſen, am 15., im Haag die dortigen Vertreter der Reichsfürſten um ſich, und beredete mit ihnen die Ausführung des Reichstagsbeſchluſſes von 1702, nach welchem eine Reichs-Armee von 120.000 Mann aufgeſtellt werden ſolle. Die Anſätze der Leiſtungen der Einzelnen nahmen ſich auf dem Papiere gar pomphaft aus;[1]) aber die Generalſtaaten wußten aus zehnjähriger Erfahrung, was davon Schein und was Wirklichkeit war, wenn nicht ſie ſelber zahlten. Der mächtigſte dieſer Reichsfürſten, der König-Kurfürſt von Preußen-Brandenburg, hatte jährlich mehr als 20.000 Mann geſtellt, aber auch nicht einen einzigen davon auf ſeine Koſten. Im Vertrauen auf ſolche Bundesgenoſſen den Krieg fortzuſetzen, mochte den Generalſtaaten bedenklich erſcheinen. Bolingbroke gebraucht über die Verbündeten die höhnenden Worte: „Wenn die Holländer nicht mehr mitthun, ſo kann der Reſt der Bundesgenoſſen kaum noch einen Schein des Krieges aufrecht halten.“[2])

Dagegen überreichten die franzöſiſchen Bevollmächtigten in Utrecht den britiſchen, am 26. September, ein Schriftſtück, erfüllt von ähnlicher Geſinnung wie dasjenige Torcys an Bolingbroke in denſelben Tagen. Das Schriftſtück macht der Republik den Vorwurf, daß ihre Weigerung ſich der Königin von England anzuſchließen, dem Könige die Koſten dieſes Feldzuges aufgenöthigt habe. Die Bevollmächtigten ſollen daher den Frieden mit der Republik nicht anders zeichnen als gegen die Rückgabe von Tournay. Zugleich erklärt das Schriftſtück den Willen des Königs, den Abſchluß des Sonderfriedens zwiſchen Frankreich, England, Spanien, Portugal und Savoyen nachdrücklich zu betreiben, den Holländern dagegen anheimzuſtellen, was ſie für ſich als zweckmäßig anſehen.[3])

Es iſt ein merkwürdiger Irrthum der franzöſiſchen Politik, daß ſie durch ein ſolches Vorgehen ihren Zweck in England und Holland zu erreichen meinte.

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 257.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 123.

[3]) Lamberty t. VII, p. 250.

In Folge deſſen einigten ſich die holländiſchen Friedens-Bevollmächtigten Buys, Van der Duſſen, Renswoude, Goslinga, Rechteren, am 4. October, zu der klagenden Vorſtellung bei den Generalſtaaten, daß Frankreich den Fortgang der Friedenshandlung hemme. Sie heben hervor, daß ſie nur die nothwendige Sicherheit für ihre Barriere und ihren Handel erſtreben, ferner eine vernünftige Satisfaction für die Verbündeten, Freundſchaft und Einigkeit zwiſchen ihrer Republik und der Königin. Denn die Gefahren der Einen ſeien auch die Gefahren der Anderen. Sie ſind bereit Lille an Frankreich zurückzugeben, verlangen jedoch als durchaus nothwendig für ihre Barriere die Städte Tournay und Condé. — Die Generalſtaaten eigneten ſich dieſe Vorſtellung an, mit der Hoffnung, daß die Königin, in der Anerkennung der Neigung der Republik für den Frieden, und des Vertrauens in ſie ſelber, ihnen beiſtehen werde, auf dieſer Grundlage zum Frieden zu gelangen.[1])

Wie der Rathspenſionär Heinſius dieſe Vorſtellung mit dringender Mahnung dem Treaſurer Oxford überſchickte, ſo reichte der Geſandte Van Borſelen ſie dem Staats-Secretär Bolingbroke ein. Der Letztere legte ſich die Sache zurecht wie folgt. „Das Ziel dieſer Leute (der Generalſtaaten) ſcheint zu ſein, entweder ihre Eintracht mit der Königin herzuſtellen, und durch deren Vermittelung mit Frankreich und Spanien zum Frieden zu gelangen, oder, im anderen Falle, durch die öffentliche Darlegung ihres Verhaltens, daß ſie, in Rückſicht auf die Königin, von ihren erſten Forderungen zurückgewichen ſind, und wie ſie ſich in ſehr demüthigen Ausdrücken unterworfen haben, das Mitleid der Menſchheit für ſie, und einige Indignation gegen uns zu erregen, als wenn wir zu parteiiſch für Frankreich wären.“[2])

Die Hauptſache war, daß die franzöſiſche Politik durch das hochfahrende Auftreten gegen die Republik das Gegentheil deſſen bewirkt hatte was ſie erreichen wollte. Frankreich wollte den Sonderfrieden mit England. Dieſes Trachten war, ungeachtet daß Bolingbroke, mit Zuſtimmung der Königin, entgegen kam, fehl geſchlagen an der Scheu der anderen Miniſter vor der Verantwortlichkeit zu einer Zeit, wo

[1]) Lamberty t. VII, p. 258.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 121. Vom 29. September 10. October.

noch die Republik in ihrer Abgeneigtheit verharrte. Nun hatte aber das hochfahrende Auftreten von französischer Seite in der Republik die Erkenntnis gereift, daß, wie immer die britische Regierung sich benommen, dennoch es besser sei, mit England zusammen zu gehen, als sich der Gefahr auszusetzen, die aus einem Sonderfrieden zwischen England und Frankreich für die Republik erwachsen würde. Die Erklärung der Bereitwilligkeit der Republik in diesem Sinne machte jedem Gedanken eines Sonderfriedens, auch bei Bolingbroke, ein Ende.

Er zeichnete dem Matthew Prior, den er als seinen Stellvertreter in Paris belassen, die Linie des ferneren Verhaltens vor. „Wenn die Holländer sich unterwerfen, so dürfen wir nicht in der ablehnenden Haltung gegen sie verharren, noch auch uns völlig weigern, für ihr Interesse einzutreten. Der König mag immerhin wünschen, Tournay zu behalten; aber, wenn durch seinen Verzicht auf Tournay der Friede Europas hergestellt werden kann, so würde die Weigerung seinen früheren Betheuerungen nicht entsprechen."

Es war also mit Bolingbroke eine erhebliche Aenderung vorgegangen. Den Grund dessen gibt er im Fortgange seines Schreibens an Prior noch bestimmter an. „Wenn es bekannt wird, wie das ja kein Geheimnis bleiben kann, daß Holland, für die Zusicherung von Tournay, bereit ist, zugleich mit der Königin den Frieden zu zeichnen: so dürfen wir nicht auf uns nehmen, es zurück zu lassen. Denn ich muß Ihnen sagen, daß in solchem Falle einige unserer besten Freunde unter den Tories in den Tadel gegen uns miteinstimmen würden."[1])

Auch andere Anzeichen gaben sich kund, welche das Ministerium warnten, auf der Hut zu sein. „Man hat dasselbe im Verdachte, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß es, um sich zu erhalten und aller Verantwortung zu entziehen, die Absicht habe, dem Prätendenten die Thronfolge zu verschaffen. Dieser Verdacht macht die Gemüther dem Grafen Oxford täglich mehr abgeneigt, und stellt Verwirrung in Aussicht."[2])

Es drängt sich daher hier die Frage heran, wie bis zum Herbste dieses Jahres die Frage der Thronfolge sich gestaltet hatte.

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 124.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 14. October.

Die Frage der Thronfolge.

Der Ritter von St. Georg.

Die Meinung, die im October der kaiserliche Resident Hoffmann von London aus als die dort zunehmende meldet, daß das Ministerium, um sich der Verantwortlichkeit für die Friedenshandlung mit Frankreich zu entziehen, den Prätendenten zurück führen werde, haben wir früher schon von Lockhart als den hauptsächlichen Grund kennen gelernt, welcher die Jacobiten bewog, mit dem Ministerium Oxford zu gehen (S. 288). Dieselbe Ansicht gab sich auch außerhalb Englands kund. Der Bischof von Bristol meldete aus Utrecht, daß ihm dort der kaiserliche Gesandte Consbruch ausgesprochen: es sei seine persönliche Ueberzeugung, daß das letzte Ziel der britischen Minister sein müsse, den Prätendenten einzubringen. Einer der holländischen Minister sagte demselben Bischof geradezu, daß die Besorgnis vor einem solchen Plane ein hauptsächliches Motiv für die Haltung der Republik gegenüber England sei.[1]) Eben derselben Meinung waren aber auch die zunächst betheiligten Personen, der Prätendent selber und Berwick, weil sie dafür das durch Gautier mündlich ihnen überlieferte Wort des Grafen Oxford hatten.

Die öffentlichen Acte des britischen Ministeriums waren allerdings mit dieser Meinung wenig vereinbar. Während der französische Friedensbevollmächtigte Mesnager in Utrecht sich der Hoffnung hingab, daß, gemäß seinen Verabredungen mit Lady Masham, die britischen Forderungen auf die Anerkennung der Thronfolge so abgefaßt sein würden, daß sie für eine Clausel Raum ließen, waren sie in Wirklichkeit, wie wir gesehen (S. 285), so scharf, so bestimmt, so ausschließend gehalten, daß Mesnager persönlich jede Hoffnung für den Prätendenten aufgab. Die britischen Bevollmächtigten forderten ferner die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich. Ludwig XIV., der reichlich ein Jahr zuvor das großmüthige Erbieten des Papstes Clemens XI. für den Prätendenten abgelehnt, unter dem Hinweise, daß er im Friedensvertrage Günstiges ausbedingen werde, erhob keinen Widerspruch gegen die Forderung der Entfernung.

[1]) Rapport du Comité secret p. 171. Vom 7. Juni.

Wir haben geſehen, daß dann der Prätendent, im Vertrauen auf die günſtige Geſinnung ſeiner Schweſter für ihn, ihr ſeine Sache völlig anheimſtellte (S. 287). Nach der Erzählung Berwicks haben die Jacobiten damals beſtändig in Oxford gedrängt, von der Lage der Dinge Gebrauch zu machen. Sie ſtellten ihm vor, daß niemals ein Unterhaus ſo günſtig geſinnt geweſen ſei, daß er daher nur den Widerruf der Parlaments-Acten zu Gunſten der Thronfolge des Hauſes Hannover zu beantragen habe, und daß dann unzweifelhaft der Antrag in dieſem Sinne durchgehen werde. Seine Antwort habe dann gelautet, daß man mit mehr Vorſicht zu Werke gehen müſſe, daß er die Sache ernſtlich erwäge, und daß man gutes Muthes ſein möge.[1])

Anſtatt daß ein ſolcher Antrag, wie Berwick wünſchte, an das Parlament gekommen wäre, betonte, wie wir vernommen haben (S. 345), die letzte Thronrede der Königin, vom 6./17. Juni, nachdrücklicher als jemals zuvor, daß ihr die Succeſſion des Hauſes Hannover zunächſt am Herzen liege.

In denſelben Tagen berichtet der Herzog von Buckingham an Middleton in St. Germain über eine Unterredung mit der Königin. Auf die Worte Buckinghams zu Gunſten des Ritters von St. Georg habe ſie ihm entgegnet: „Sie ſehen, er thut nichts, um mich zu verpflichten," nämlich er tritt nicht zur Hochkirche über. Buckingham, eine derjenigen Perſönlichkeiten, die wie Oxford und Marlborough, nach Hannover und nach St. Germain in gleicher Weiſe mit ihren Betheuerungen freigebig waren, erzählt dann weiter, wie er zu Ungunſten des Kurfürſten und zu Gunſten des Prätendenten geredet, Richtiges und Unrichtiges, und fügt wiederholt ſeine dringende Mahnung bei: der Prinz möge dem Wunſche ſeiner Schweſter darin entgegen kommen. Wenn er zur anglicaniſchen Kirche übertrete, ſo werde alles leicht ſein. Buckingham findet dann noch den beſonderen Ausweg: wenigſtens möge der Prinz ſeiner Schweſter zu erkennen geben, daß er es thun würde, wenn er nicht fürchten müſſe, daß die Welt ungünſtig darüber urtheilen werde.[2])

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 129.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 330.

Es ist nicht unwichtig daran zu erinnern, daß Persönlichkeiten von unzweifelhaft aufrichtiger jacobitischer Gesinnung wie Lockhart, überhaupt die Schotten, welche in den Jahren 1707 und 1708 bereit waren, sich für den Prätendenten zu erheben, eine Zumuthung solcher Art an ihn nicht stellten.

Allerdings war es damals schon und blieb Volksmeinung, daß Jacob II. um der katholischen Religion willen die Krone verloren. Diese Meinung hatte feste Anhaltspunkte an den Parlaments-Beschlüssen, sowohl in den einleitenden Worten zu demjenigen des Convent-Parlamentes von 1689, welcher die Krone für vacant erklärte, als namentlich der Successions-Acte von 1701, welche die Katholiken als nicht-successionsfähig ausschloß. Aber darum entsprach jene Volksmeinung noch nicht dem geschichtlichen Thatbestande. Vielmehr enthält die weitere Begründung jenes Beschlusses des Convent-Parlamentes von 1689 die Berichtigung in sich. Das Convent-Parlament hatte nicht etwa, wie man sich später oft, und zwar recht ungenau, ausgedrückt hat, den König Jacob II. abgesetzt oder vertrieben. Das Convent-Parlament fand vielmehr die vollendete Thatsache vor, daß, ohne alles Zuthun seinerseits, Jacob II. seine Krone verlassen hatte und nach Frankreich geflüchtet war. Die Worte der Kurfürstin Sophie im Jahre 1700, daß Jacob II. seine Krone unbesonnener Weise verloren,[1]) dürften die richtigste Bezeichnung enthalten. Aber diese Unbesonnenheit hatte furchtbare Consequenzen, für Jacob II. und sein Haus. Auf Grund dieser Thatsache, daß der König nicht mehr da war, daß er seine Krone freiwillig verlassen, erklärte das Convent-Parlament die Krone für vacant. Indem aber dies Parlament den nach Frankreich flüchtigen König nicht zur Rückkehr auffordern konnte noch wollte, blieb ihm zu dem Zwecke eine geregelte Regierung wieder zu erlangen, keine andere Möglichkeit, als dem thatsächlichen Inhaber der Regierungsgewalt dieselbe kraft des Rechtes des Parlamentes aufzutragen. (Vergl. Band IV, S. 347 u. f.) Die Flucht Jacobs II. war also das entscheidende Moment. Durch dieselbe vernichtete er, so viel an ihm war,

[1]) Le pauvre prince de Galles est trop jeune pour profiter de l'exemple du roi de France et serait apparemment si aisé de recouvrer ce que le roi son père a inconsidéremment perdu. Vergleiche das ganze Schreiben in Bd. VIII, S. 567 u. f.

die beſtehende Rechtsordnung, in welcher er der Schlußſtein des Gewölbes war, und die dann ſofort ſich neu bildende Rechtsordnung konnte nicht anders, ſondern mußte vielmehr ihn und ſein Haus ausſchließen, nicht wegen der Religion, auch nicht wegen der vorgeblichen Zweifel an der Geburt ſeines Sohnes, ſondern weil er ſelber feindlich gegen ſie ſtand und weil ſein Sohn auf franzöſiſchem Boden in dieſelbe Feindſchaft hinein wuchs.

Weil aber von Anfang jene Tradition erwachſen war, welche die Verſchiedenheit der Religion nicht bloß, der Wirklichkeit gemäß, als einen mitwirkenden, ſondern als den entſcheidenden Factor anſah: ſo liegt es nahe, daß damals Aufforderungen ſolcher Art, wie Buckingham ſie ſtellte, häufig nach St. Germain gelangten, mit der Begründung, daß der Uebertritt des Prätendenten zur Hochkirche von England ſeinen Freunden dort einen Anlaß darbieten würde, ſich für ihn zu erklären.[1])

Der Prätendent hatte wiederholt verheißen, daß er die Hochkirche von England in ihrer Verfaſſung und in ihren Rechten ſchützen würde. Auf jene Zumuthungen ließ er von St. Germain aus erwiedern: „Wenn Pleſſington (der Prätendent) bei der jetzigen Lage der Dinge auf einen ſolchen Vorſchlag eingehen würde: ſo würde er nur ſeinen Credit verringern, auch ſogar bei denen, welche ihm die Zumuthung ſtellen. Denn, wenn ſie jetzt ſeinem Worte (die Hochkirche zu ſchützen) nicht trauen, wo ſie doch nichts erblicken als Feſtigkeit, Rechtſchaffenheit, Ehre und Aufrichtigkeit: ſo würden ſie doch ſicherlich viel weniger Grund dazu haben, wenn ſie ſehen würden, daß er ſich ſo leichthin losſagt von einem armen Freunde, mit welchem er aufgewachſen iſt. Denn dann würden ſie ihn entweder für ſehr ſchwach oder ſehr unaufrichtig halten, und in dem einen wie dem anderen Falle würden ſie Grund haben nicht bloß zum Mistrauen, ſondern auch zur Verachtung.“[2])

Wenn aber auch die franzöſiſche Politik gemäß dem Grundſatze, den Ludwig XIV. zu Mesnager ausgeſprochen, daß die eigene Sache um des Prätendenten willen nicht leiden dürfe, nicht für ihn eintrat, vielmehr, wie Lockhart meint, auf St. Germain drückte, damit die

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 355.

[2]) A. a. O., p. 341.

Jacobiten im britiſchen Parlamente, ungeachtet ihres Mistrauens gegen Oxford, dennoch ihn ſtützen ſollten: ſo blieb doch darum in Verſailles die Bereitwilligkeit für den Prätendenten einzutreten, wenn es ohne eigenen Nachtheil, oder gar mit eigenem Vortheil geſchehen konnte. Eine ſolche Ausſicht bot ſich dar, wenn es gelang, Groß-Britannien zum Sonderfrieden mit Frankreich zu bewegen. Wir haben darüber das Wort Torcys vernommen, daß Bolingbroke geneigt geweſen wäre, Oxford aus Furcht vor dem Zorne des Kurfürſten dagegen ſtimmte, und daß man darum, bei der Sendung Bolingbrokes nach Paris, ſich auf den Waffenſtillſtand beſchränkte (S. 389). „Dieſer, fährt dann Torcy fort, zog viele Verlegenheiten nach ſich, die man durch einen definitiven Frieden zwiſchen Frankreich und England vermieden hätte. Die Königin von Groß-Britannien, deren Schwächezuſtand im Wachſen war, hätte dann die Muße gehabt, vor ihrem Tode für die Ruhe ihres Königreiches zu ſorgen, eben ſo wohl wie für die Sicherheit ihrer Miniſter, die ihr treu gedient hatten.“ [1])

Die unſcheinbaren Worte ſchließen eine Fülle anderer nicht ausgeſprochenen Gedanken in ſich. Aus dem Sonderfrieden zwiſchen England und Frankreich hätte ſich eine Allianz entwickelt, ſo wie dann die Rückkehr des Prätendenten mit allen Conſequenzen.

Nach den Urtheilen der Vertreter der fremden Mächte über die Königin Anna, wie wir ſie vernommen haben (S. 399), würde ſie perſönlich dem Sonderfrieden und demnach auch den vorausſichtlichen Conſequenzen desſelben nicht abgeneigt geweſen ſein, wenn ihr nicht von ihrem Cabinetsrathe aus, mit Ausnahme Bolingbrokes, ein ſo entſchiedener Widerſpruch entgegen getreten wäre.

Officiell alſo blieb es bei der britiſchen Forderung der Entfernung des Prätendenten aus Frankreich. Aber die Frage war, wohin? — Auf die erneuerte Mahnung Bolingbrokes, vom 24. Mai: antwortete Torcy: „Sie dürfen der Königin verſichern, daß der Ritter von St. Georg auf den erſten Befehl zum Aufbruche bereit iſt, wenn er nur weiß, wohin er gehen ſoll und wo er in Sicherheit ſein kann. Ich geſtehe ein, daß ich keinen Fürſten weiß, der bereitwillig wäre ihn

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 241.

aufzunehmen, aus Furcht der Königin oder anderen Mächten zu misfallen." Torcy bat um Nachricht durch Gautier.[1])

Die Commission des Unterhauses, vom Jahre 1715, hat in dieser Correspondenz besondere Momente des Verdachtes anderer Absichten zu finden geglaubt. Aus demjenigen was davon übrig geblieben, erscheint der Verdacht nicht begründet.

Bei der Anwesenheit Bolingbrokes in Paris, im August, wird als künftiger Aufenthalt des Prätendenten Bar-le-Duc in Lothringen genannt. Bolingbroke meldet, noch von Paris aus, an Dartmouth, daß der Prätendent erster Tage reisen wolle, und daß Frankreich den Herzog von Lothringen auffordere, bei dem Kaiser um Pässe für ihn dahin anzusuchen.[2])

Da, nach jenen Worten Torcys, Niemand den Prätendenten aufzunehmen wagte, aus Furcht der Königin zu misfallen, so folgerte daraus die Commission des Unterhauses von 1715, und, wie es scheint, mit Recht, daß die Königin selber Lothringen vorgeschrieben habe.[3]) Der Name war, wie wir gesehen haben (S. 192), zuerst gefallen in den Unterredungen zwischen Mesnager und Lady Masham. Jedenfalls ward, auf jene Meldung Bolingbrokes, ein Einspruch gegen die Absicht der Uebersiedelung des Prätendenten nach Lothringen nicht erhoben.

Indessen noch das ganze Jahr hindurch verblieb der Prätendent in St. Germain.

Wichtige Personal-Veränderungen in England.

Im Laufe des Herbstes erfolgten verschiedene Personal-Veränderungen, jede in ihrer Art für die Angelegenheit der Thronfolge von Bedeutung.

Die eine derselben war, daß, im Anfange November, Marlborough England verließ. Gemäß der Nachricht, die Bolingbroke darüber nach Versailles geben ließ, hatte er die Königin um Erlaubnis ersucht, nach Italien reisen zu dürfen, und nach längerer Erörterung

[1]) Rapport du Comité secret p. 173.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O., p. 175.

im Cabinet sei sie ihm gewährt, und in dem ertheilten Passe der Weg ihm vorgeschrieben. Bolingbroke fügt hinzu: man dürfe in Versailles über die Reise Marlboroughs außer Sorge sein, da es nicht mehr in seiner Macht stehe zu schaden.[1])

Die Meinung in London darüber war, daß Marlborough, weil er sich auf Schritt und Tritt überwacht fühle, freiwillig fort gewollt habe. Die Minister seien darüber sehr erfreut. Nur sei es ihm untersagt worden, sich nach Wien, Holland oder Hannover zu begeben. Die Whig-Partei sei über den Entschluß getheilter Ansicht. Einige loben ihn; die Anderen sagen: wer die Partie verläßt, verliert sie.[2])

Es ist die Frage, ob diese Meinungen das Richtige trafen.

Es war Marlborough in einer staunenswerthen Weise gelungen, das Vertrauen in St. Germain nicht zu verlieren und dasjenige in Hannover sich völlig zu erhalten. Nach seiner Entlassung ließ Middleton, im März, ihm sagen: der König und die Königin-Mutter seien überzeugt, es werde ihn nun tief schmerzen, daß er nicht ihren Rath befolgt, seine Schuld gut zu machen, so lange er die Mittel in Händen gehabt. Sie beklagen sein Unglück; aber der König setze Vertrauen in ihn und erwarte Hülfe von ihm. Denn, wenn auch seine Macht geschwunden, so könne doch seine Klugheit und Erfahrung von großem Nutzen sein.[3]) — Ein anderes Mal bricht dieser Middleton in die Worte aus: „Die Mächtigen dieser Erde sollten sich an Marlborough ein Beispiel nehmen, daß sie ihre Zeit auszunutzen haben, so lange sie es vermögen; denn der Stern auch der Glücklichsten ist wandelbar.“[4])

Wir werden dagegen ersehen, daß die Kurfürstin Sophie und der Kurfürst Georg Ludwig, in ihrer Meinung von Marlboroughs Ergebenheit für sie, daran dachten, für den Todesfall der Königin Anna das Commando aller britischen Streitkräfte in die Hände Marlboroughs zu legen. Wir werden Marlborough selber von Antwerpen aus, wo er nach verschiedenen Reisen hierhin und dorthin seinen festen Aufenthalt nahm, in der Angelegenheit der Succession sehr thätig erblicken.

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 539.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. October/8. November.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 297.

[4]) A. a. O., p. 336.

Dies deutet darauf hin, daß ſeine Ueberſiedelung nach dem Feſtlande nicht etwa die Bethätigung des ſo oft betonten Bedürfniſſes nach Ruhe und Einkehr in ſich ſelber war. Es erregt ferner den Zweifel, ob der Entſchluß, bei dem Herannahen der Kriſis London zu verlaſſen, ein ſo ganz freiwilliger war, wie es damals viele, unter ihnen auch Bolingbroke glaubten.

Und in der That exiſtirt eine darüber ganz anders lautende Nachricht, die von Erasmus Lewis, dem Secretär Oxfords, herſtammt. Im Laufe der Friedenshandlung erhielt Torcy von Ludwig XIV. die Erlaubnis, dem Treaſurer Oxford die Schriftſtücke einhändigen zu laſſen, welche ſich bezogen auf das Friedenserbieten Marlboroughs im Herbſte 1708, um den Preis von zwei Millionen Kronen. (Vergleiche Band XIII, S. 182 u. f.) Ludwig XIV. geſtattete, daß Oxford ſich dieſer Schriftſtücke bediene, um Marlborough des Landes zu verweiſen, beſtand jedoch darauf, daß es ihm nicht ans Leben gehen dürfe. So geſchah es. Oxford lud Marlborough zu einer geheimen Beſprechung im Hauſe ſeines Verwandten in St. James Street. Oxford betrat das Haus durch das Hauptthor, Marlborough vom Parke aus durch den Garten. Dort ward die Sache feſtgeſtellt.[1]) Weil damals kein Pair des Königreiches ohne Erlaubnis des Souveräns das Land verlaſſen durfte, ſo reichte Marlborough die Bitte darum bei der Königin ein. Oxford ſcheint das Geheimnis für ſich behalten zu haben; denn nur ſo iſt es erklärlich, daß, wie man erzählte, Bolingbroke im Cabinetsrathe den Antrag Oxfords auf einen Paß für Marlborough beſtritt.[2])

Von beſonderer Bedeutung für die Angelegenheit der Thronfolge, jedoch in entgegen geſetzter Richtung, waren ferner damals zwei andere Perſönlichkeiten, beide Schotten, die Herzoge Hamilton und Argyle.

Nachdem der Waffenſtillſtand mit Frankreich abgeſchloſſen, während deſſen die verſchiedenen Verzichte der Mitglieder des Hauſes Bourbon ratificirt werden ſollten, ernannte die Königin als ihren Botſchafter nach Frankreich, der als Zeuge dieſen Ratificationen beiwohnen ſollte,

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 285.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 539.

den Herzog von Hamilton. Daß er einer der Wenigen war, welchen gegenüber die Königin aus ihrer wahren Gesinnung in Betreff ihres Bruders kein Hehl machte, haben wir gesehen bei der Audienz des Jacobiten Lockhart (Band XIII, S. 497). Aus dieser Ernennung ging daher der jacobitischen Partei eine besondere Hoffnung auf. Umgekehrt sah die Whig-Partei in dieser Ernennung einen sicheren Beweis für die Absicht den Prätendenten einzubringen, so sehr, daß in ihr die Rede ging: Hamilton werde ihn mit sich zurückführen.[1])

In der jacobitischen Partei begann sogar durch diese Ernennung das Vertrauen in Oxford wieder empor zu steigen. Dazu kam, daß man vernahm: Oxford habe einigen Häuptern der Clans der schottischen Hochlande Pensionen verliehen, mit der Vollmacht sich bereit zu halten, wenn etwa der Dienst der Königin es erfordere. Jedermann wußte, daß diese Clans im Jahre 1689 unter Lord Dundee bei Killikrankie für Jacob II. gefochten hatten. Es kam endlich dem Grafen Oxford bei den Jacobiten zu statten, daß, wenn auch die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich verlangt war, dennoch von britischer Seite gegen den Vorschlag seiner Residenz in Lothringen kein Einwand erhoben wurde.[2])

Die Mittheilungen, die Hamilton seinem Gesinnungsgenossen Lockhart über seinen Auftrag machte, lassen nicht einen bestimmten Plan zu Gunsten des Prätendenten erkennen. Hamilton sagte jedoch, daß nach den Andeutungen, die Lord Oxford ihm gegeben, und nach mehreren Unterredungen mit der Königin, er niemals einer Unternehmung mit solcher Freude entgegengesehen habe als derjenigen dieser Reise.[3])

Es bildete sich später die Tradition aus, Hamilton habe Ludwig XIV. bewegen sollen, die irischen Regimenter in seinem Dienste heimlich zu Gunsten des Prätendenten nach Schottland zu senden. Dort würde dann der Prätendent, mit Zustimmung der Königin, als präsumtiver Thronerbe gelebt haben. So, hieß es, hätten sich die Jacobiten selber darüber ausgesprochen.[4])

---

[1]) Lockhart's Papers vol I, p. 377.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 408.

[4]) Coxe: Essay on the succession. Handschrift im Britisch Museum. Add. Ms. Coxe's collection vol. 9129.

Dagegen iſt zu bemerken, daß, da Hamilton auch ſelbſt dem treu ergebenen Lockhart ſich über den eigentlichen Plan nicht beſtimmt geäußert, wohl kaum irgend ein anderer Jacobit denſelben kennen konnte.

Wie immer dem ſei, es kam nicht dazu. Der Herzog hatte eine Differenz mit einem Lord Mohun von der Whig-Partei. Sie kamen überein, ihre Sache durch einen Zweikampf im Hyde Park auszufechten. Beide fielen; aber der Secundant des Herzogs, ein Oberſt auch des Namens Hamilton, ſagte aus, daß Macartney, der Secundant Mohuns, nach dem Falle des letzteren den Herzog meuchlings erſtochen und dann durch die Flucht ſich gerettet habe.[1])

Daß Hamilton durch Mord gefallen ſei, war auch die Anſicht des Hofes. Einige Monate ſpäter ließ die Königin an den Kurfürſten Georg Ludwig das Erſuchen richten, im Falle der General Macartney, der den Herzog von Hamilton ermordet, ſich in Hannover ſehen ließe, ihn zu verhaften und nach England auszuliefern. Der Kurfürſt ließ erwiedern, daß er über Macartney keine Nachricht habe, auch es nicht für wahrſcheinlich halte, daß er dort ſich einfinde. — Der Geſandte in London erhielt den Auftrag, den Freunden Macartneys anzudeuten, daß dieſer Mann ſich durchaus nicht nach Hannover begeben möge, weil in Folge deſſen dem Kurfürſten eine ſchwere Verwickelung mit der Königin erwachſen würde.[2])

Wie immer es mit der Frage des Mordes ſei, die Sache ward allgemein ſo aufgefaßt, daß zwei Vorkämpfer der verſchiedenen Richtungen für die Thronfolge gefallen ſeien. Ungleich gewichtiger aber war der Verluſt, den die jacobitiſche Richtung erlitten. Der kaiſerliche Reſident Hoffmann, von der Anſicht aus, daß das britiſche Miniſterium ſelber jacobitiſch ſei, meldet heim: „In Betreff des Prinzen von Wales wird das Miniſterium kein ſo taugliches Subject wieder finden, wie der Herzog von Hamilton geweſen iſt.“[3])

In ähnlicher Weiſe äußerte ſich Oxford ſelber zu einem Freunde Lockharts. Der Tod des Herzogs, ſagte er, durchkreuze alle Entwürfe; denn Groß-Britannien biete nicht eine andere Perſönlichkeit dar,

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 403. Lockhart ſucht ausführlich nachzuweiſen, daß dieſe Ausſage richtig ſein muß.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 474.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 29. November.

die in gleicher Weise wie der Herzog von Hamilton fähig sein würde, den ihm anvertrauten Auftrag auszuführen. Auch aus diesen Worten zog Lockhart den Schluß, daß ein Auftrag von so außerordentlicher Wichtigkeit und der ein solches Geschick erforderte, nichts Anderes gewesen sein könne als die Herstellung des Prätendenten. Er spricht den Zweifel aus, ob von da an Oxford jemals von Herzen wieder auf den Gedanken zurück gekommen sei.[1])

In denselben Tagen fragten einige Schotten in St. Germain um Anweisungen für ihr Verhalten an. Der Prätendent ließ durch Nairne erwiedern: er vermöge nicht Anweisungen solcher Art zu geben, vielmehr sei es der Rath seiner besten Freunde zur Zeit stille zu sitzen, aus Besorgnis durch irgend welches Vorgehen die guten Absichten, die einige Personen haben könnten, zu durchkreuzen. Alles hange ab von Harley (Lord Oxford), bei dessen Verschlossenheit Niemand recht wisse, worauf zu rechnen und wie zu handeln. Das Klügste sei daher abzuwarten und zu sehen, welchen Gang die Dinge nehmen würden.[2])

Ein eigentlicher Plan war also auf jacobitischer Seite nicht vorhanden.

Der andere Schotte, dessen Persönlichkeit von da an in den Vordergrund tritt, ist der Herzog von Argyle.

Beim Wechsel des Ministeriums im Herbste 1710 war Argyle ein thätiges Mitglied der neuen Partei, wenn auch nicht in erster Linie. Ein hauptsächliches Motiv für ihn scheint dabei gewesen zu sein die Abneigung gegen den Herzog von Marlborough. Wir haben damals seine scharfen Worte in Betreff desselben vernommen (Band XIII, S. 364). In Anlaß des Antrages von Halifax im Oberhause, im Juli, gegen die Weigerung Ormonds, sich auf ein Treffen einzulassen, war, nach dem Zeugnisse Lockharts, die Rede Argyles der Todesstreich für jenen Antrag.[3]) Argyle leistete also der Friedenspolitik der Königin und

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 410 cf. p. 377.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 340. Vom 10. December.

[3]) Lockhart's Papers vol. I, p. 393.

des Ministeriums einen sehr wesentlichen Dienst. In Bezug auf ihn sind die bereits angeführten Worte Lockharts als Jugendfreundes von Argyle von besonderem Interesse. „Da ich nicht anders denken konnte, berichtet Lockhart, als daß er und sein Bruder, Graf Ilay, dieselbe Meinung und Vorstellung von Lord Oxfords Endzielen hatten, wie alle übrigen Menschenkinder, nämlich daß man allerseits darin einig war, das einzige Spiel, welches Lord Oxford mit Sicherheit für sich und seine Freunde spielen könne, sei die Zurückführung des Königs — so lebte ich der Ueberzeugung, daß auch der Herzog dies glaubte und erwartete. Wie er also beitrug das Interesse derjenigen zu fördern, welche die Sache zu vollbringen hatten, so ist es folgerecht anzunehmen, daß auch er dazu mitwirken wollte."[1])

Die Ausdrucksweise Lockharts hier ist von besonderer Wichtigkeit, weil sich in ihr die Vorsicht ausprägt, mit welcher die Jacobiten auch unter einander vermieden, ihrem Endzwecke in Worten Ausdruck zu geben.

Lockhart schildert dann die allmählich bei Argyle eintretende Aenderung mit folgenden Worten:

„Im Fortgange der Zeit jedoch, als er bemerkte, daß Oxford sich ihm gegenüber sehr zurückgezogen verhielt, daß jener seine Plane in Allem und Jedem ihm verhehlte, stieg in ihm das Mistrauen empor, daß die Sache ohne ihn und seine Betheiligung ausgeführt werden solle, daß er demnach auch an der Ehre keinen Antheil haben und folglich auch des Dankes für die Mithelfer verlustig gehen würde. Dagegen erwuchs in ihm die Besorgnis, daß er und seine Familie verlassen und dem Misfallen preis gegeben sein würden, welches, wie ihm wohl bewußt, sein Haus um die königliche Familie verdient hatte. Und indem er zugleich beobachtete, daß der Graf Mar der Günstling des Ministeriums war, und daß dieser Lord bei vielen Anlässen sich befliß, ihm entgegen zu treten und die Macht und das Interesse seines Hauses zu verringern, so wie daß verschiedene schottische Tories, die sich allzu zahm in die völlige Abhängigkeit von dem Ministerium fügten, dergleichen Bemühungen im Unterhause wider ihn unterstützten — so steigerten sich dadurch die Besorgnisse und das Mistrauen des Herzogs,

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 395.

bis zuletzt in ihm die Ueberzeugung reifte, daß man auf nichts Geringeres ausgehe als auf sein völliges Verderben, indem man ihn und sein Haus der Abneigung der loyalen Partei wider dasselbe zum Opfer bringen wolle. Aus dieser Meinung erwuchs bei ihm im Fortgange der Zeit der Entschluß, völlig mit dem Ministerium zu brechen und sich dem Kurfürsten zur Verfügung zu stellen. Sobald die Whig-Partei bemerkte, daß das Verhältnis des Herzogs zu dem Ministerium sich lockerte, waren sie im eigenen Interesse eifrig, bei jeder Gelegenheit nachzuhelfen. Sie schienen alles Frühere vergessen zu haben. Sie deuteten an, daß, bei der Gelangung des Kurfürsten zur Krone, der Herzog die für das Commando der Armee geeignete Persönlichkeit sein würde, nachdem ja Marlborough in einer so feigen Weise das Königreich desertirt und seine Freunde in der Noth stecken gelassen habe.[1])"

Nach der Ansicht Lockharts vom jacobitischen Standpunkte aus trugen also die Hauptschuld an der Wandlung Argyles der Graf Mar und dessen Anhänger. „Sie verdienen, sagt er, den schwersten Tadel, weil sie in unvernünftiger Weise einen Mann provocirten, der so sehr befähigt war dem Könige zu dienen, sowohl durch seinen persönlichen Muth und seine Erfahrung im Felde, als durch seine Geltung bei den Officieren der Armee und bei den schottischen Presbyterianern, so wie durch seine hohe Stellung und sein Ansehen in der Welt — und weil sie durch diese Provocation ihn dahin brachten, sich in der Nothwendigkeit zu glauben, sich denen beizugesellen, welche dem Interesse des Königs feindselig gegenüber standen."

Indem der Jacobit Lockhart, der immer mit dem Herzoge von Argyle im freundlichen Verhältnisse blieb, die Wandlung bei ihm beobachtete, suchten er und einige seiner Freunde entgegen zu wirken. Sie eröffneten sich dem Herrn Meinzies, der wiederholt als Vermittler zwischen St. Germain und den Jacobiten in England gedient hatte. Ihr Vorschlag ging dahin, daß der König (Jacob III.) ein freundliches Schreiben an den Herzog von Argyle richten, ihn darin zum Beistande für seine Sache auffordern und dafür ihm die königliche Gnade zusichern möge. Dies würde, nach ihrer Ansicht, einen guten Erfolg haben. Meinzies ging nach St. Germain und kehrte wieder

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 396.

mit der Meldung: er habe dem Lord Middleton den Vorſchlag mitgetheilt, und darauf die Antwort erhalten, daß ſeine Lordſchaft es mit der Würde und Ehre eines Souveräns nicht für vereinbar halte, einem pflichtvergeſſenen Unterthan gegenüber den erſten Schritt zu thun.[1])

Lockhart fügt ſein Urtheil hinzu mit den Worten: „Ob der Vorſchlag dem Könige ſelber mitgetheilt iſt, kann ich nicht ſagen, bin jedoch geneigt zu glauben, daß es nicht geſchehen iſt. Denn ich kann nicht umhin von dem Verſtande Sr. Majeſtät eine beſſere Meinung zu haben, als daß er den Vorſchlag ſo auffaſſen und eine ſolche Antwort darauf gegeben haben ſollte."

Lockhart und ſeine Freunde gaben darum ihre Bemühungen nicht auf. In Argyle dagegen wurden die Erinnerungen an ſeine nächſten Vorfahren immer lebendiger. Die Jacobiten meinten, daß das Geſchick zweier von ihnen in ihrer Auflehnung gegen das Haus Stuart für ihn eine Mahnung zur Loyalität für dasſelbe ſein müſſe. Das Gegentheil war der Fall. Man vernahm von Argyle die Worte: das Haus Stuart ſchulde dem ſeinigen zwei Köpfe, und weder könne, noch wolle er einem Mitgliede jenes Hauſes dienen, außer der Königin.[2])

Die Stellung der Königin und ihrer Miniſter zum Hauſe Hannover.

Wir haben vernommen, daß Thomas Harley bereits im Beginne des Jahres den Auftrag erhielt, die neue Parlaments-Acte über den Rang des kurfürſtlichen Hauſes in Groß-Britannien nach Hannover zu bringen, und zugleich die Inſtruction, den Kurfürſten Georg Ludwig über ſeine Politik zu belehren (S. 260). Bevor es zu dieſer Reiſe kam, zeigte das durch Bothmar, im Februar, überreichte neue Handſchreiben des Kurfürſten an die Königin, daß die Ausſicht auf einen Erfolg des zweiten Auftrages ſehr gering war. Demnach hatte es auch mit der Ueberkunft Harleys nach Hannover keine Eile. Aber der Auf-

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 397.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 82. Vom 29. September.

trag blieb ihm. Auch selbst nach den Ereignissen im Juni zeichnete die Königin, am 17./28., ein neues Handschreiben an den Kurfürsten, in welchem sich die Worte finden: Je compte que vous verrez, avec satisfaction, combien les véritables intérêts de votre famille m'ont été à cœur, et je ne doute nullement que vous en soyez agréablement surpris de voir que les offres de la France approchent de si près à une satisfaction juste et raisonnable pour tous mes alliés.[1]) Weiter beklagt das Schreiben die Hemmnisse, die sich der Unterhandlung in den Weg gestellt. Harley sei aber mehr als ein Anderer befähigt, dem Kurfürsten die Politik der Königin im rechten Lichte darzustellen. Das Schreiben schließt mit den Worten: C'est aussi sur les représentations qu'il vous fera que vous pouvez former votre opinion, et prendre sûrement vos mesures. Soyez persuadé que je veillerai toujours à vos intérêts et à ceux de votre maison, que je les regarderai comme les miens propres, et que pour les soutenir et avancer d'autant mieux, je tâcherai toujours de vivre avec vous dans la plus étroite amitié.

Daß weder der Kurfürst Georg Ludwig, noch die Kurfürstin Sophie festes Vertrauen in die Worte der Königin setzen konnten, liegt nahe. Dennoch durfte es fraglich sein, ob sie in ihrem Mistrauen so weit gingen, wie es anderswo vielfach geschah. Denn es lagen ihnen nicht bloß die schriftlichen Versicherungen der Königin vor, sondern auch diejenigen des Treasurers Oxford und Anderer. Es ist hier an den sehr bemerkenswerthen Unterschied zu erinnern, daß Oxford mit den Persönlichkeiten des Hauses Stuart nur mündlich durch Gautier angeknüpft hatte, daß er dagegen in Hannover vom Beginne seines Ministeriums an seine Ergebenheit schriftlich betheuerte.[2])

Diese Betheuerungen fanden in Hannover Glauben bei der alten Kurfürstin Sophie und dem Kurprinzen Georg August, weniger bei dem Kurfürsten und dem vortragenden Rathe für die englischen Angelegenheiten, dem scharf blickenden Robethon. Jedenfalls aber befand man sich in Hannover über das Endziel Oxfords eben so im Dunkeln wie in St. Germain und in London, wie er auch vielleicht selber dar-

[1]) In den Robethon-Papieren des historischen Vereines zu Hannover.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 356.

über ſich nicht klar war. Gerade in Beziehung auf die Sendung des Thomas Harley nach Hannover ward unter den Jacobiten die Anſicht ausgeſprochen, daß Oxford trachte die Wage in der Hand zu behalten und nach dem Tode der Königin über die Krone zu verfügen, nach welcher Seite hin es ihm beliebe.[1])

Außer Oxford betheuerte von den damals gewichtigſten Perſönlichkeiten Englands auch der Friedens-Botſchafter Strafford in Hannover ſeine Ergebenheit. Den wiederholten Anlaß dazu bot ihm die Privat-Correſpondenz, welche die Kurfürſtin Sophie mit ihm unterhielt. Für die Aufrichtigkeit der Betheuerung Straffords ſpricht die Thatſache, daß er einer derjenigen Edelleute war, die von Wilhelm III. Dotationen erhalten hatten, und daher, im Falle der Rückkehr des Prätendenten, in Gefahr geriethen, dieſelbe zu verlieren.[2]) Der Beſitz von Geld und Gut lagen aber dieſem Lord ſo ſehr am Herzen, daß er als Friedens-Botſchafter ein Angebot des Franz Rakoczy von 50.000 Thalern für den Fall der Erlangung Siebenbürgens für dieſen, nicht zurückwies.[3]) Strafford machte jedoch ſeine Betheuerungen bei der Kurfürſtin nicht bloß für ſich, ſondern redete zugleich in ähnlicher Weiſe für das ganze Miniſterium. Dies deutet nicht auf einen Auftrag in dieſem Sinne, ſondern eher darauf, daß, wie überhaupt kein Plan des Miniſteriums in dieſer Sache vorlag, ſo auch die Beſprechung vermieden wurde. Von der Anknüpfung Oxfords in St. Germain hat ſicherlich weder Strafford, noch in der erſten Zeit auch Bolingbroke etwas gewußt. Aber auch der Letztere drückte ſich Strafford gegenüber bis tief in das Jahr 1712 ſo aus, daß Strafford daraus auf eine Abſicht gegen die Thronfolge des Hauſes Hannover nicht ſchließen konnte.

Während der drei Monate der Anweſenheit des Thomas Harley in Hannover, vom Juli bis September, wurden indeſſen die Ausdrücke Bolingbrokes noch ſchärfer als früher.

Die Inſtruction Harleys enthielt, wie wir geſehen, namentlich den Auftrag, dem Kurfürſten die Ehrenhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Politik des britiſchen Miniſteriums einleuchtend zu machen. Zur

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 374.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 352.

[3]) Fiedler, Bd. II, S. 252, 273.

Löſung dieſer undankbaren Aufgabe hielt ſich Harley faſt nur an den Kurfürſten perſönlich, verkehrte wenig mit den Miniſtern. Er hatte nicht viel zu berichten. „Er iſt, meldet Bolingbroke an Strafford, mit ſeinen Briefen ſehr ſparſam; aber auch in demjenigen was er ſchreibt, bemerke ich nicht einen erheblichen Fortſchritt in ſeiner Aufgabe, dem blindeſten Hofe in Europa den Staar zu ſtechen.“ „Die Königin, ſchreibt er an einer anderen Stelle des Briefes, befindet ſich wohl: Gott möge das noch lange ſo dauern laſſen; denn ich für meinen Theil ſehe nach ihr nichts als Confuſion voraus.“[1]) Etwas beſtimmter drückt er am ſelben Tage ſich aus in Antwort auf eine Meldung Harleys ſelber: „Die Königin hat mit Vergnügen vernommen, daß das kurfürſtliche Haus ihr die Gerechtigkeit erweiſt, in gebührender Weiſe ihre Sorgfalt für das Intereſſe desſelben anzuerkennen. Mit Betrübnis, nicht freilich mit Ueberraſchung, vernehme ich dagegen, daß die Antworten des Kurfürſten, wenn er geruht ſolche zu geben, in Betreff des Friedens eben ſo lauten wie diejenigen, mit welchen ſein Geſandter Bothmar hier mich zu beehren pflegte. Hoffen wir, daß er nicht lange der Ueberzeugung widerſtrebt, welche die Wahrheit, die Sie nicht ermangeln ihm vorzuſtellen, mit ſich bringt. Sei dem indeſſen wie es wolle, Ihre Majeſtät wird feſt halten.“ — „Ich kann jedoch nicht umhin, ſchließt er, mich dahin auszuſprechen, daß wir mit dem Hofe von Hannover entweder beſſer oder ſchlechter ſtehen müſſen als es jetzt der Fall iſt.“[2])

Dies war vor der Reiſe Bolingbrokes nach Paris, zu einer Zeit alſo, wo die Möglichkeit eines Sonderfriedens zwiſchen Frankreich und Groß-Britannien noch nicht abgeſchnitten war. Wir haben uns hier wieder jene Worte Torcys gegenwärtig zu halten, daß Oxford den Sonderfrieden nicht wollte, um ſich nicht dem Zorne des Nachfolgers auszuſetzen (S. 388). Bolingbroke hatte alſo dies Bedenken nicht, und eben ſo wenig dasjenige vor den weiteren Conſequenzen.

Nachdem dieſer Plan des Sonderfriedens fehl geſchlagen, vollzog ſich auch ſo in Bolingbroke die Wandlung, die in jenem Schreiben vom 23. Juli/3. Auguſt angedeutet liegt. Es mochte dazu beitragen

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 487. Vom 23. Juli/3. Auguſt.

[2]) A. a. O., p. 491.

die Rückkehr Harleys aus Hannover und seine Berichte über die Erfolglosigkeit, dem Kurfürsten eine günstige Meinung über die britische Friedens-Politik beizubringen. Am 12. October meldet Gautier an Torcy, daß Bolingbroke ernstlich wünsche, mit dem Prätendenten in Beziehung zu treten, und zu diesem Zwecke die Namen derjenigen Whigs zu wissen verlange, welche vor etwa achtzehn Monaten dem Prätendenten ihre Dienste unter der Bedingung angeboten, daß er sich völlig ihnen anvertrauen solle.[1])

Nach der Meldung Berwicks gab der Prätendent auf diese Frage an Torcy eine Antwort, welche bewies, daß man Vertrauen in ihn setzen dürfe. — Im Uebrigen liegt über ein solches Angebot von Mitgliedern der Whig-Partei sonst keine bekannte Nachricht vor. Der Verlauf der Thatsachen ergibt, daß es keine Consequenz gehabt haben kann.

Die weiteren Worte Gautiers, durch den einst auch Oxford mit Torcy und mit St. Germain angeknüpft, lassen nicht ersehen, daß Gautier dem Einen von den Schritten des Anderen eine Mittheilung gemacht habe. Bolingbroke hatte verlangt, daß nicht einmal sein Agent Prior in Paris, mit dem er sonst auf dem vertraulichsten Fuße stand, eine Kunde seines Schrittes erhalte. Demnach standen Oxford und Bolingbroke, Jeder für sich und ohne von einander darüber zu wissen, in Verbindung mit St. Germain, und zwar durch Gautier und Torcy. Ein solches Verhältnis konnte nur der französischen Politik zu gute kommen.

Kehren wir indessen zurück nach Hannover.

Kurz vor seinem Aufbruche von dort, im August, erhielt Thomas Harley noch einen besonderen Auftrag.

Der Krieg der drei Verbündeten, des Czaren Peter, des Königs August II., des Königs Friedrich IV. von Dänemark, gegen die Länder Carls XII. im Reiche dauerte fort. Die Erfolge in Pommern waren nicht groß. Einen Angriff auf Stettin wagte man nicht, und Stralsund ward von den Schweden mit Ausdauer vertheidigt. Aber im Sommer bemächtigten sich die Dänen des Herzogthumes Bremen. Es war dem britischen Ministerium daran gelegen, daß die schwedische

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 536. — Vgl. desselben Verfassers: History of England etc. vol. I, Appendix, p. 387.

Macht erhalten blieb. An Harley in Hannover gelangte daher der Auftrag, den Kurfürsten aufzufordern, daß er mit der Königin sich zur Herstellung des Friedens dort vereinige. Wenn dies zu Gunsten Schwedens geschah, so war die voraussichtliche Folge, daß der Kurfürst in den Krieg mit verwickelt wurde.

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß sich damit noch eine andere Absicht des britischen Ministeriums verband. Wir haben die Aeußerungen des Prinzen Eugen vernommen, daß das Erscheinen des Kurfürsten oder auch des Kurprinzen bei der Armee in den Niederlanden den Plan des britischen Ministeriums durchkreuzen könne (S. 359). Wir finden verwandte Aeußerungen auch in Holland. Besser als sich von Frankreich und England mishandeln zu lassen, meinten Einige, werde es sein, wieder einen Statthalter zu ernennen, nämlich den Kurfürsten von Hannover. Wenn er seine Macht mit derjenigen der Republik vereinige und man ihm eine Flotte zur Verfügung stelle, so werde er nach England hinüber gehen und im Vereine mit seinen Anhängern dort die Dinge wenden.[1]) Diejenigen, die in solcher Weise redeten, dachten also an eine Wiederholung des Jahres 1688. Daß der Kurfürst bei seinem Principe sich in die englischen Angelegenheiten nicht einzumischen, sich auf einen Plan dieser Art nicht einlassen würde, durften die britischen Minister annehmen; allein, wo eine derartige Stimmung in der Republik sich regte und demgemäß auch vielleicht in England einen Wiederhall fand, erschien es doch sicherer noch, den Kurfürsten anderweitig zu verwickeln.

Wie immer dem sein mochte, der Kurfürst ließ sich auf den Plan des britischen Ministeriums nicht ein. Auf den Antrag Harleys gab er zur Antwort: er werde es sich immer zur Ehre und zur Freude rechnen, die Absichten der Königin zu unterstützen und seine Bemühungen zur Herstellung des Friedens mit den ihrigen zu vereinen, vorausgesetzt daß dieser Friede allgemein sei, und daß alle bei dem nordischen Kriege betheiligten Parteien in gleicher Weise seine guten Dienste annähmen.[2])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 412.

[2]) Aus der Instruction des Gesandten Grote. In den Robethon-Papieren im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen in Hannover.

Gegen Ende September ſchied Thomas Harley von Hannover, ausgeſtattet mit der ſchriftlichen Erklärung, daß der Kurfürſt ſich in der Friedensſache von Kaiſer und Reich, ſo wie den anderen Verbündeten nicht trennen könne.[1]) Auf die Bothmar'ſche Denkſchrift, auf welche das britiſche Miniſterium nicht geantwortet, kam der Kurfürſt nicht zurück. Wie alſo die Misbilligung der Friedens-Politik des britiſchen Miniſteriums nicht direct ausgeſprochen wurde, ſo auch nicht das Mistrauen in Betreff der Angelegenheit der Succeſſion. Die Briefe, welche Harley mitnahm, waren in den verbindlichſten Ausdrücken gehalten. Unter denſelben iſt beſonders derjenige an Shrewsbury hervorzuheben, weil der Kurfürſt ihn zum Anlaſſe nahm, nochmals ſein Princip in Betreff der Succeſſion auszuſprechen. Der Brief lautet wie folgt.[2])

„Herr Harley hat mir Ihren Brief vom 4. März übergeben, und mit vielem Vergnügen habe ich daraus die Fortdauer Ihrer Geneigtheit für die Intereſſen meines Hauſes erſehen. Ich bitte Sie zu glauben, Mylord, daß ich dies ſehr wohl aufnehme, und insbeſondere den guten Rath, den Sie mir geben in Bezug auf das Verhalten gegenüber den zwei Parteien, welche die Nation theilen. Die Mäßigung, welche Sie mit der Verſicherung, daß beide Parteien gleich eifrig für meine Intereſſen ſind, in Betreff des Verhaltens gegen beide mir empfehlen, iſt eben das was ich immer mit der äußerſten Sorgfalt zu beobachten geſtrebt habe. Daher habe ich an ihren Differenzen niemals den geringſten Antheil nehmen wollen und mich mit völligem Vertrauen auf die Beſonnenheit der Königin verlaſſen, ſo wie auf die Güte, von der ſie mir ſo viele Beweiſe gegeben. Es gereicht mir zur großen Befriedigung, daß mein bisheriges Verhalten die Zuſtimmung eines ſo erleuchteten und ſo wohl geſinnten Miniſters, wie Sie es ſind, gefunden hat. Seien Sie überzeugt von der Hochſchätzung, welche ich für Ihre Perſon empfinde, ſo wie von der Aufrichtigkeit, mit welcher, Mylord, ich Ihnen zugethan bin."

Der Kurfürſt beſchloß dann, die Höflichkeit, die in der Sendung Harleys lag, vollaus dadurch zu erwiedern, daß auch er abermals

[1]) Man vergleiche über den Aufenthalt Harleys in Hannover meine Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 355 u. f.

[2]) In den Robethon-Papieren.

einen Gesandten hinüber schickte, nämlich einen seiner Minister, den Freiherrn Thomas von Grote. Daran knüpften sich andere politische Zwecke.

Harley hatte jene neuen Parlaments-Acten über den Rang des kurfürstlichen Hauses in Groß-Britannien überbracht. Aber der eigentliche Zweck Oxfords dabei war, ähnlich wie bei den früheren Sendungen des Grafen Rivers, von 1710 und 1711, in Hannover irgend welche Aeußerung zu erlangen, die mit einem Scheine der Wahrheit sich in England als ein Ausdruck der Zustimmung zu der Politik des Ministeriums verwerthen ließe. Der Kurfürst beschloß durch die Sendung seines Ministers Grote sowohl jenem Plane Oxfords entgegen zu wirken, als auch eine reelle Bürgschaft für die Succession zu verlangen.

Es mochte dazu beitragen, daß gegenüber den Gerüchten über die jacobitische Gesinnung des britischen Ministeriums auch von der anderen Seite Kundgebungen stattfanden. Der kaiserliche Resident Hoffmann in London meldet: „Am verwichenen Freitag (dem 3./14. October) ist, wider die Gewohnheit, der Geburtstag der Kurfürstin von Braunschweig von Vielen allhier mit Freudenfeuern und Illumination gefeiert worden.“ [1])

Der Gedankengang in Hannover in Betreff einer reellen Bürgschaft war wie folgt.[2])

Grote soll durch eine Denkschrift in den höflichsten Ausdrücken verlangen, daß durch eine Parlaments-Acte für die Kurfürstin Sophie als die präsumtive Thronerbin ein Jahrgeld festgestellt werde. Er soll dies mündlich weiter ausführen. Der richtige Zeitpunkt dafür scheine gekommen, weil die englische Nation erwarte, daß durch den Abschluß des Friedens die Succession auf festen und unerschütterlichen Fuß gesetzt werde. Das Einkommen, welches man für die nächste Thronerbin verlange, erscheine als eine natürliche Folge der Parlaments-Acten, welche die Thronfolge auf die protestantische Linie beschränken, insbesondere der letzten durch den Gesandten Harley überbrachten Acte, welche der Kurfürstin und ihrer Descendenz den Rang und die Prärogativen der ersten Prinzen vom königlichen Blute zuerkenne. Bisher,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. October.

[2]) Instruction für Grote, vom 10. November, in den Robethon-Papieren.

wo Groß-Britannien mit der Laſt eines ſo ſchweren Krieges beladen, habe man einen Anſpruch ſolcher Art nicht erheben wollen; aber nun, nachdem dieſe Ausgaben aufgehört, ſei man es der eigenen Ehre ſchuldig, darüber nicht länger zu ſchweigen. Auch ſei ja nicht zu zweifeln, daß die Miniſter der Königin mit Freuden die Gelegenheit ergreifen würden, um reelle und wirkſame Beweiſe ihres Eifers für die Thronfolge des Hauſes Hannover zu geben, weil ſie dadurch den Verleumdungen ihrer Gegner, die ihnen Abſichten zu Gunſten des Prätendenten beimäßen, völlig den Mund ſchließen würden. Sie würden ferner dadurch die Beſorgnis zerſtreuen, die in Folge deſſen in den Gemüthern der Nation um ſich gegriffen, und zugleich dem Thronerben einen Dienſt erweiſen, den er mit vieler Dankbarkeit empfangen werde. Obwohl jedoch es ſich auf mancherlei Weiſe kund gebe, daß die britiſche Nation eine ſolche Feſtſtellung verlange, ſo wünſche doch das kurfürſtliche Haus, daß die Sache nur von der Güte der Königin und der Zuneigung der Miniſter ausgehe, um ihnen allein dafür Dank ſchuldig zu ſein.

Der Geſandte Harley hatte bei ſeiner Anweſenheit in Hannover wiederholt die Rechtmäßigkeit der Forderung eines Jahrgeldes für die Kurfürſtin Sophie als nächſte Thronerbin anerkannt. Demgemäß erwartete man von ihm die Vertretung derſelben bei dem Lord Treaſurer als der hauptſächlichſten Perſönlichkeit.

Dies war der Gedankengang namentlich der Kurfürſtin Sophie, die ſich das Vertrauen in Oxford nicht nehmen ließ. Die Verſchiedenheit der Urtheile in Hannover über dieſen Miniſter tritt dann ſcharf hervor in den zwei Inſtructionen, mit welchen der Geſandte Grote ausgerüſtet ward, der einen gezeichnet von der Kurfürſtin Sophie, der anderen von ihrem Sohne, dem regierenden Kurfürſten. Der Concipient war in beiden Fällen der Rath Robethon. Eine weſentliche Verſchiedenheit in Betreff des Zweckes fand daher nicht ſtatt, nur in Betreff des Urtheiles über die in Frage kommenden Perſonen. Die Worte, welche Robethon auf Befehl der Kurfürſtin niederſchrieb, beweiſen abermals, daß ſie den Verſicherungen der Ergebenheit Oxfords vollen Glauben beimaß. Anders mußte Robethon ſich ausdrücken im Auftrage des Kurfürſten und nach ſeiner eigenen Kenntnis der Perſönlichkeit. „Der Geſandte, heißt es dort, wird eingedenk ſein, daß

er in keiner Weise sich auf die schönen Versprechungen verlassen darf, die der Treasurer Oxford in Betreff der Succession ihm machen wird. Der Charakter dieses Mannes ist ihm zur Genüge bekannt." Und weiter heißt es: „Der Gesandte soll darüber wachen, daß dem Treasurer nicht der listige Anschlag gelinge, in England auszubreiten, als habe Harley in Hannover die Zustimmung des Kurfürsten zu der Politik des britischen Ministeriums erlangt. Der Gesandte soll sich hüten vor den Spionen Oxfords." — „Der Freiherr von Grote wird eingedenk sein, heißt es weiter, daß der Groß-Schatzmeister eine Menge Leute im Solde hat, denen er befiehlt übel von ihm zu reden zu dem Zwecke, daß sie sich dadurch in das Vertrauen derjenigen einschleichen, die er irre führen will."

Die Instruction der Kurfürstin weist den Gesandten an, dem Staats-Secretär Bolingbroke mit möglichster Höflichkeit entgegen zu kommen; diejenige des Kurfürsten nennt kaum den Namen. Der Grund dafür ergibt sich aus dem Folgenden. Die Instructionen waren dem Freiherrn von Grote ertheilt auf dem Jagdschlosse in der Göhrde. Vor seinem Aufbruche von Hannover aus schrieb er dahin zurück die merkwürdige Anfrage, wie er es vermeiden könne, so lange Bolingbroke als Staats-Secretär im Amte sei, ihm einige Aufmerksamkeit zu beweisen. Er erhielt die Antwort: es liege kein Anlaß dazu vor, wenn Bolingbroke den Posten nicht mehr habe. — Die Worte lassen nur die eine Erklärung zu, daß Harley im Namen seines Verwandten Oxford die baldige Entlassung Bolingbrokes in Aussicht gestellt hat. Es war zu voreilig.

Geringer war die Differenz der Instructionen in Betreff des Verhaltens des Gesandten gegenüber den Parteien. Diejenige der Kurfürstin Sophie beginnt mit den Worten: „Wenn es jemals für den Gesandten unseres Hauses in London erforderlich gewesen ist, den Parteien in England gegenüber eine völlige Unparteilichkeit zu bewahren, so darf man sagen, daß bei der gegenwärtigen Sachlage der Gesandte sorgfältig vermeiden muß, mit den Whigs allzu öffentlich zu verkehren; denn dies würde die Königin und ihre Minister den Interessen des kurfürstlichen Hauses mehr und mehr entfremden. Es steht nicht unserem Hause zu, sich in die Parteiungen jenes Landes einzulassen: das beste Verfahren vielmehr ist, höflich gegen Alle zu sein, Allen

ohne Unterschied kund zu geben, wie hoch man die Nation und die Thronfolge schätze, und ihnen zu versichern, daß die hauptsächliche Sorgfalt der kurfürstlichen Personen, bei Lebzeiten der Königin, darauf gerichtet sein wird, sich die Ehre ihrer Zuneigung zu bewahren, und nichts zu thun, was dieselbe trüben könnte."

Dann jedoch erkennt die Instruction die Nothwendigkeit für den Gesandten an, bei Persönlichkeiten wie Marlborough und den Whigs Halifax, Townshend, Sunderland u. A. Rath einzuholen.

Etwas anders lautet die Instruction von Seiten des Kurfürsten. „Es steht fest, sagt sie, daß wir auf die Häupter der Whigs zählen und sie als treue Freunde betrachten dürfen. Es ist daher durchaus erforderlich, sie zu schonen, und obwohl der Freiherr von Grote den Verkehr mit ihnen nicht so augenfällig machen darf, daß die Minister der Königin darin einen gerechten Grund zum Verdachte und zur Klage haben würden, so muß er doch auch in gleicher Weise vermeiden sich so zu verhalten, daß in unseren wahren Freunden die Meinung aufsteigen könne, man vernachlässige oder verachte sie und wolle sich den Tories in die Arme werfen."

Als das geeignete Auskunftsmittel sieht der Kurfürst an, daß Grote sich zu den Persönlichkeiten selber darüber offen ausspricht. Als die erste derselben wird mit besonderem Lobe der Befähigung, der Anhänglichkeit, der Besonnenheit und Mäßigung genannt Lord Halifax, dann Marlborough, der aber eben damals England verließ, ferner Townshend, Sunderland, Somers. Es folgen weiter der Herzog von Bolton, die Grafen Manchester, Stamford, Orford, Wharton, Stairs, Scarborough, weiter der Herzog von St. Albans. Eine besondere Aufmerksamkeit verdiene der Herzog von Somerset wegen seiner hohen Stellung und sehr eifrigen Gesinnung, so wie die Herzogin als erste Staatsdame der Königin. Mit gleichem Nachdrucke wird hervorgehoben der Herzog von Devonshire als beständiger Freund des kurfürstlichen Hauses, und ferner der frühere Lord Kanzler Cowper.

Klingen diese Namen stark whiggistisch, so bezeichnet doch die Instruction sie nicht als solche, und eben so wenig als Tories die dann genannten und als zuverlässig bezeichneten Persönlichkeiten, den Grafen Nottingham und seinen Schwiegersohn, den Herzog von Roxborough. Es folgen weiter die Namen des Herzogs von Argyle und

seines Bruders, des Grafen Ilay, ferner der Generale Stanhope und Cadogan. Die Instruction der Kurfürstin nennt auch den Herzog von Buckingham, nicht diejenige des Kurfürsten. Buckingham stand in andauernder Beziehung mit St. Germain,[1]) außer ihm von den vorgenannten Personen nur noch Marlborough, der indessen seit Jahren nicht mehr direct dahin geschrieben zu haben scheint.

Ein besonderer Auftrag des Kurfürsten für den Gesandten war, die Zahlung der Soldrückstände zu fordern, welche bis zum Tage der Trennung des Generals Bülow mit seinen Truppen von Ormond aufgelaufen waren. Sie betrugen 60.000 Pfund Sterling. Da das britische Ministerium die Zahlungen vorher mit Absicht inne gehalten, um durch die Höhe der Rückstände das Druckmittel stärker zu machen, so durfte man sich auf die Bereitwilligkeit zur Nachzahlung einstweilen nur geringe Hoffnung machen.

In den letzten Tagen des Jahres traf der Freiherr von Grote in London ein.

Stand der europäischen Angelegenheiten in den letzten Monaten des Jahres.

Das beharrliche Verweilen Carls XII. in Bender war eine hauptsächliche Ursache, daß die Factoren der Bewegung im Osten Europas auf den Westen nur noch geringen Einfluß übten. Das Verhalten der Türken zu dem Czaren Peter I. war abwechselnd vom Frieden zum Krieg, und wiederum vom Krieg zum Frieden; aber seitdem sich Peter I. ihnen gegenüber darein gefügt, die Friedensbedingung vom Pruth zu erfüllen, die ihm die Abtretung Asows auferlegte, konnte er sich völlig dem Ausbaue seiner Macht an der Ostsee auf Kosten der schwedischen zuwenden. Er führte im Bunde mit August II. von Sachsen-Polen und Friedrich IV. von Dänemark den Krieg gegen den schwedischen Besitz in Pommern, seinerseits weniger um diesen Krieg zur Entscheidung zu bringen, als um Schweden dadurch zu divertiren und dabei dort, wo er allein den Krieg gegen dasselbe führte, am bottnischen Meerbusen, sich die Erfolge zu erleichtern.

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 327, 340. Aus diesem Jahre.

In diesen Krieg um den schwedischen Besitz dort wurden die angrenzenden Länder des Reiches, namentlich Mecklenburg, leidend hinein gezogen. Die Abmahnungen des Kaisers, dem keine Waffenmacht dort zu Gebote stand, wurden von den kriegenden Parteien überhört.

Ein hauptsächlicher Factor der Unruhe im östlichen Europa für eine Reihe von Jahren hindurch, Franz Rakoczy, mußte damals sich darein ergeben, völlig vom Schauplatze zu verschwinden. Er war nicht mit leeren Händen aus Ungarn geschieden. Seine Mittel verstatteten ihm, von Danzig aus, wo er verweilte, nicht bloß Agenten zu verwenden, in Paris den Propst Brenner, im Haag und in Utrecht den oft genannten Clement, in Berlin den Hofprediger Jablonski, sondern auch einigen Botschaftern in Utrecht namhafte Summen anzubieten, wenn sie ihm zum Besitze von Siebenbürgen verhelfen würden. Brenner hatte Aufträge solcher Art bei Franzosen, Clement bei Engländern und Holländern.[1]) Das Angebot bei dem Grafen Strafford und dem anglicanischen Bischofe von Bristol betrug je 50.000 Thaler. Der Erstere hielt bei der Uebergabe des Schreibens von Rakoczy nur das Bedenken entgegen, daß man derartige Dinge besser nicht zu Papiere bringe.[2]) So rastlos indessen die Thätigkeit Rakoczys und seiner Agenten, und so viele Gegner des Kaisers ihm geneigt waren: Niemand nahm es auf sich, seine Sache vor den europäischen Mächten zu vertreten. Im Spätherbste schiffte er sich nach Frankreich ein. Er suchte zuvor in England zu landen, in Hull, erhielt aber dorthin auf seine Anmeldung als Graf Saaros von Bolingbroke die kurze Antwort zurück, daß ein Fahrzeug nach Frankreich für ihn bereit liege.[3])

In Versailles dagegen ward Franz Rakoczy gnädig aufgenommen. Und hier bot sich ihm in der Audienz bei Ludwig XIV. die Gelegenheit, noch einmal umfassend alles zu berichten, was er nach seiner Ansicht für die Politik des Königs geleistet. Darum haben diese Worte als Rückblick auf die europäische Geschichte der letzten Jahre vom Standpunkte Rakoczys aus ihre Bedeutung. „Der Ueberlegenheit der Feinde gegenüber, sagte Rakoczy zu Ludwig XIV., hat die ungarische Nation die Frucht ihrer Mühen eingebüßt. Dagegen schmeicheln

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 268.
[2]) A. a. O., S. 252.
[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 207.

mir die Feinde Ew. Majestät in angenehmer Weise, indem sie mir vorwerfen, daß durch den Abgang der Truppen, die mir folgten, ferner durch den Abgang derjenigen, die ich durch die meinigen in Schach hielt und hinderte ihnen zu dienen, ferner durch den Abgang der Lebensmittel, die ich ihnen entzog, des Geldes, welches ich ihnen nahm, endlich durch die beständigen Einbrüche der Meinigen in die kaiserlichen Erblande — daß durch alles dies ich viel beigetragen habe, ihre Plane gegen Frankreich und Spanien zu durchkreuzen."[1]) Stärker noch sagt er einige Jahre später dem Cardinal Dubois: „Allerdings hat Frankreich in dem letzten Kriege eine große Truppenmacht unterhalten; allein was wäre aus Frankreich geworden, wenn der Kaiser Leopold die 30.000 Mann, welche gegen mich standen, und die gleiche Zahl Ungarn dazu, nach Spanien hätte entsenden können, damals als er seinen zweiten Sohn, den jetzigen Kaiser, dem er wegen des ungarischen Krieges weder Geld noch Truppen mitgeben konnte, machtlos und arm dem guten Willen der Engländer überlieferte! Die gegenseitigen Vorwürfe der Königin von England und des Kaisers vor dem Utrechter Frieden haben augenscheinlich dargethan, welchen Conjuncturen der König von Spanien seine Krone verdankt und Frankreich das Glück einen seiner Söhne auf jenem Throne zu wissen."[2])

Franz Rakoczy hatte also von seinen Leistungen für die Politik Ludwigs XIV. nicht eine geringe Meinung. Die Kehrseite derselben war der unendliche Jammer, den er durch seine Rebellion über eine Reihe von Ländern, namentlich aber über sein eigenes Vaterland gebracht hatte. Ludwig XIV. würdigte die Verdienste Franz Rakoczys um ihn durch einen fürstlichen Unterhalt. Er ließ die Summe von 600.000 Livres für ihn in die Register des Stadthauses von Paris eintragen, und verlieh ihm dazu 6000 Livres monatlich. Philipp V. gab ihm eine Jahresrente von 30.000 Livres, so daß er, nach der Berechnung von St. Simon, ein Einkommen von etwa 100.000 Livres besaß. Man sah ihn beständig bei Hofe, decorirt mit dem goldenen Vließe, welches Philipp V. ihm geschenkt.[3])

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 496.

[2]) A. a. O., S. 504.

[3]) Mémoires de St. Simon t. VI, p. 366. — Journal de Dangeau t. XIV, p. 375. Der Letztere erwähnt nicht das spanische Jahrgeld.

Nachdem das britiſche Miniſterium ſich mit Ludwig XIV. über die zu leiſtenden Verzichte Philipps V. und der franzöſiſchen Prinzen in der Hauptſache geeinigt, wurde wie der Herzog von Hamilton nach Frankreich, ſo Lord Lexington als Botſchafter nach Spanien ernannt, um dem Acte der Verzichtleiſtung als Zeuge beizuwohnen. Eine wichtige Frage bei der Ueberlaſſung Spaniens an Philipp V. war die, was mit denjenigen Spaniern geſchehen ſolle, die ſich für Carl III. erklärt hatten, alſo namentlich mit den Cataloniern. Die Commiſſion des britiſchen Unterhauſes im Jahre 1715 ſprach die Anſicht aus, daß auch damals noch, im Herbſte 1712, Philipp V. der Königin Anna die Forderung die Privilegien der Catalonier zu beſtätigen, nicht hätte abſchlagen können.[1]) Die Inſtruction, vom 1. September, für den Lord Lexington ging nicht ſo weit, dieſe Forderung zu ſtellen. „Sie werden, ſagt ſie, dem Könige oder deſſen Miniſtern darlegen, daß es nicht weniger ſeinem Intereſſe als unſerer Ehre entſpricht, daß er eine allgemeine und ausnahmsloſe Amneſtie für alle diejenigen Spanier gewähre, welche dem Hauſe Oeſterreich angehangen, insbeſondere den Cataloniern, in Betreff ihrer Perſonen, Güter, Würden und Privilegien.“

Die Inſtruction blieb alſo zurück hinter der Erwartung, zu welcher die Catalonier, die ſich auf Grund der Zuſicherungen der Königin von England im Jahre 1705 erhoben, berechtigt waren. Lord Lexington aber faßte den ihm ertheilten Auftrag in die Worte: „Die Königin von Groß-Britannien bittet Se. Majeſtät, eine allgemeine, ausnahmsloſe Amneſtie für alle Spanier zu bewilligen, die ſich dem Hauſe Oeſterreich angeſchloſſen, beſonders den Cataloniern; denn die Königin iſt überzeugt, daß dies eben ſo wohl ihrer eigenen Ehre entſpricht, als dem Intereſſe Sr. Katholiſchen Majeſtät.“

Demnach blieb abermals die Bitte des Lords Lexington, im October, hinter ſeiner Inſtruction zurück.

Unterdeſſen bemühete ſich auch Carl VI. zu Gunſten ſeiner Catalonier.

Die Stände dieſes Landes hatten ihm, auf die Kunde des Stillſtandes zwiſchen Groß-Britannien und Frankreich, ihren Dank und ihre Freude ausgeſprochen, daß der Kaiſer beharren wolle, ſo wie ihren

---

[1]) Rapport du Comité secret p. 146.

Wunsch, daß er zu ihnen zurückkehre. Wenn aber das Geschick es anders verfügt habe, so bitten sie den Kaiser sich ihrer anzunehmen, daß Catalonien mit den angrenzenden Ländern sich unabhängig behaupten könne.[1])

So sehr indessen der Kaiser sich sträubte sich in einen Frieden zu fügen, den Frankreich vermittelst des britischen Ministeriums vorschrieb, so trat doch eine Reihe von Erwägungen an ihn heran, die das Beharren im Kriege bedenklich erscheinen ließen. Wir haben darüber die Rede des schon fast sterbenden Grafen Wratislaw vernommen (S. 376). Seitdem hatte sich noch Manches zum Nachtheile verändert. Die Differenz zwischen der Republik der Niederlande und Frankreich drehte sich fast nur noch um Tournay. Noch bis in den October hinein meinte Carl VI., Victor Amadeus beibehalten zu können, und war bereit zu neuen Concessionen an ihn.[2]) Aber die Erfahrung langer Jahre lehrte, daß über das Thun und Lassen des Herzogs Victor Amadeus nur die Aussicht auf den größeren Vortheil entschied.

Vor allen Dingen aber mußte der Kaiser die Frage erwägen, ob er in Spanien seinen Anspruch werde behaupten können. Er hatte vor, für die Rückkehr der Kaiserin eine seiner Schwestern als Statthalterin nach Barcelona zu senden. Er hatte im Laufe des Sommers eine bedeutende Anzahl Truppen hingeschickt. Aber die Catalonier, die ihn nach Wien begleitet hatten und zum Beharren riethen, erwogen nicht genug, daß nicht Carl VI. den Krieg in Spanien begonnen hatte, sondern England durch ihn. Wenn England den Krieg dort fallen ließ, so war Spanien für Carl VI., der auch nicht Ein Kriegsschiff besaß, unerreichbar.

Im October entschloß sich Carl VI. den Versuch zu machen, der Friedenshandlung beizutreten. In seinem Namen eröffnete der Resident Hoffmann in London den Ministern Oxford und Bolingbroke, daß der Kaiser bereit sei, von der Forderung Spaniens und Westindiens abzustehen, daß er sich begnügen wolle mit Catalonien, Valencia, Arragonien und Roussillon, theils um einen Fuß in Spanien zu behalten, theils wegen der Anhänglichkeit der drei ersten Länder an ihn. Dazu

---

[1]) Die Schrift bei Lamberty t. VIII, p. 401.

[2]) A. a. O., t. VII, p. 284.

verlange er Sicilien. Oxford und Bolingbroke, Jeder für sich, lehnten kurz ab. Der Letztere fügte hinzu: der Kaiser habe allerdings mehrere tausend Mann Truppen nach Catalonien geschafft: diese würden nun als Geiseln dienen.[1])

Die Aeußerungen dieser Art werfen ein Licht zurück auf das Verhalten des britischen Ministeriums im Jahre 1711. Während die heimliche Unterhandlung mit Frankreich, deren erste Bedingung sein mußte die Belassung Spaniens für Philipp V., schon längst im Gange war, hatte der britische Admiral vor Barcelona den Befehl, nicht den damaligen König Carl III. und die Königin mit ihm zur Rückkehr an Bord zu nehmen, sondern nur den König allein. An demselben Tage, wo Mesnager mit St. John und Dartmouth in London die geheime Uebereinkunft abschloß, welche die Anerkennung Philipps V., wenn auch nicht ausdrücklich aussprach, so doch in sich schloß, landete Carl III. ohne seine Frau in Vado. Er glaubte sie zurückgelassen zu haben als die Bürgschaft seiner Wiederkehr: in der Wirklichkeit hatte das britische Ministerium die Königin in Barcelona als Geisel zurückbehalten, um von dem Gemahle den Verzicht auf Spanien zu erzwingen.

Mündlich abgewiesen, reichte Hoffmann eine Denkschrift an die Königin ein. Die Forderungen darin waren sehr ermäßigt.[2]) Der Kaiser verlangte in Spanien nichts mehr für sich, sondern die Errichtung Cataloniens zur Republik, unter dem Schutze aller verbündeten Mächte, besonders Groß-Britanniens. „Allzu sehr, heißt es darin, ist der Kaiser bei Catalonien mit Ehre und Gewissen betheiligt, als daß er zugeben dürfte, daß nach so vielen Beweisen der Treue und der Beständigkeit, welche dieses Fürstenthum ihm gegeben, es der Rache des Feindes ausgesetzt bleibe. Dies brave Volk hat nur auf die Versicherungen von Seiten Ew. Majestät es nie verlassen zu wollen, die Waffen ergriffen, und verdient daher, daß Ew. Majestät für seine Erhaltung und für seine Freiheit eine besondere Sorgfalt tragen. Denn wenn es unter dem Joche des Hauses Bourbon verbliebe, so hat es auf Freiheit nicht zu rechnen."

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. October. Man vergleiche Bolingbroke's letters vol. III, p. 114.

[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. VII, p. 355. Vom 22. October/2. November.

Für sich verlangt der Kaiser Sicilien und Sardinien, die Küste von Toscana und die Gewährleistung seines Besitzes in Italien, für das Reich eine bessere Barriere gegen Frankreich, insbesondere die Rückgabe von Straßburg. Ferner verlangt der Kaiser Befriedigung für Lothringen, und erklärt sich in Betreff der Niederlande bereit, den Intentionen der Königin zu entsprechen, wenn nur auch seine Rechte gewahrt bleiben.

Die Antwort auf diese Denkschrift hatte der Resident von Bolingbroke zu erwarten. Er zeichnet eben damals das Verhalten dieses Ministers im Amte gegenüber den Vertretern der fremden Mächte. „Der Donnerstag ist der Tag, an welchem sich sämmtliche Gesandte bei ihm einzufinden pflegen. Er hat sechs Donnerstage nach einander vorbeigehen lassen, ohne sich zu zeigen. Noch mehr befremdet es, daß er uns jedes Mal drei bis vier Stunden in seiner Kanzlei warten läßt, bevor er Jemanden schickt, um uns kund zu thun, daß er nicht erscheint. Dieser Procedur muß sich der venetianische Botschafter eben so wohl fügen, wie der geringste von uns.“ [1])

Die Antwort auf jene Denkschrift erfolgte nach drei Wochen, am 10./21. November, in aller Beziehung ablehnend, und in Ausdrücken, die man nicht bloß in Wien als insolent bezeichnete.[2]) Die Forderungen des Kaisers, sagte Bolingbroke, seien in Utrecht zu verhandeln. Eine Republik Catalonien sei unpraktisch. „Die Königin ist der Ansicht, sagt er weiter, daß die Catalonier ihre Sicherheit viel besser bei der allgemeinen Amnestie finden werden, die mit der Zurückstellung ihrer Ehren und Güter ihnen verheißen ist. Das ist ein Verfahren eines Königs würdig, gleich vortheilhaft für Fürst und Volk, und welches nicht ermangelt haben würde, die besten Wirkungen hervorzubringen, wenn man in Spanien seit einigen Jahren es beobachtet hätte.“

Nach diesen Worten Bolingbrokes sollte man annehmen, daß Philipp V. auf jene Bitte Lexingtons eine zusagende Antwort gegeben. Dies war nicht der Fall. Die Antwort, die er gegeben, lautete ausweichend, bedingungsweise, so daß sie ihn zu nichts verband, ward sogar

---

[1]) Bericht vom 15. November.

[2]) Lamberty t. VII, p. 357.

ſpäter, von dem Unterſuchungs-Comité des Unterhauſes, im Jahre 1715, als eine indirecte Weigerung bezeichnet.[1])

Jedenfalls hatte das britiſche Miniſterium von Anfang an jedes Mittel aus der Hand gegeben, etwas Nachdrückliches für die Catalonier zu thun. Aber nicht bloß dies hatte der Kaiſer aus der Denkſchrift Bolingbrokes zu entnehmen, ſondern noch eine neue Forderung an ihn ſelber. Die Denkſchrift nämlich ſchloß mit den folgenden Worten: „Da der Waffenſtillſtand zwiſchen Groß-Britannien, Frankreich und Spanien bereits beſteht, derjenige Portugals zum Abſchluſſe reif iſt, endlich die holländiſche Flotte im Mittelmeere den Befehl zur Heimkehr hat: ſo hält die Königin als treue Verbündete und zugethane Freundin ſich für verpflichtet, Se. kaiſerliche Majeſtät an die Lage zu erinnern, in welcher ſich die Kaiſerin und die Truppen in Catalonien befinden, und daher vorzuſchlagen, noch zeitig die für die Sicherheit der Einen wie der Anderen erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Sie hat dieſen Vorſchlag durch ihre Bevollmächtigten in Utrecht bereits gemacht, und da nicht erkennbar, daß Se. kaiſerliche Majeſtät bisher auf die dem Uebel angemeſſenen Heilmittel bedacht iſt, ſo kann die Königin nicht umhin, ſich dieſer Gelegenheit zu bedienen, um ihr Erbieten zu erneuern, daß ſie bereit iſt, für den Rückzug ſowohl der Kaiſerin als der kaiſerlichen Truppen aus Catalonien beizutragen, und bis dahin daß dieſer Rückzug bewerkſtelligt werden kann, den Verbleib derſelben dort ſicher zu ſtellen. In dieſem Falle zweifelt die Königin nicht, daß der Kaiſer in eine Neutralität für Italien willige. Denn dieſe erſcheint nothwendig, die Beſorgniſſe einiger Fürſten und Staaten dort zu beſchwichtigen.“ Das hieß mit anderen Worten: um die Kaiſerin und die Truppen aus Catalonien zu retten, ſolle der Kaiſer indirect auf Sicilien zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus verzichten.

Mit welchen Gefühlen immer gegen die britiſche Politik dies geſchehen mochte, ſo konnte doch auf die Dauer in Wien die Unvermeidlichkeit eines ſolchen Entſchluſſes nicht verkannt werden.

Im Laufe des Monates October ſtand Ludwig XIV. von Tournay ab; aber, wie das britiſche Miniſterium feſt hielt an der Forderung von Sicilien für den Herzog Victor Amadeus, ſo Lud-

[1]) Rapport du Comité secret p. 148.

wig XIV. an derjenigen von Sardinien für Max Emanuel von Bayern. Er entsandte zu diesem Zwecke den Engländer Prior von Paris aus mit einem Handschreiben an die Königin. Er redete sie an als Madame ma sœur, und sie antwortete ihm als Monsieur mon frère; aber der Titel der Majestät ward in beiden Briefen vermieden.[1])

Das Abstehen der Franzosen von Tournay setzte das britische Ministerium in den Stand, auf die Vorstellung der Generalstaaten vom October (S. 401) in so weit eingehend zu antworten, und eben dadurch zugleich den Druck auf sie zu verstärken. Bolingbroke kündigte dies bei Torcy an, am 11./22. November, mit den Worten: „Wenn, nach Tournay, die Holländer abermals neue Forderungen erheben, so wird die Königin ohne sie mit Frankreich und Spanien abschließen.“[2]) Nicht die Republik jedoch erhob eine neue Forderung, sondern das britische Ministerium an die Republik, nämlich diejenige der Aenderung des Barriere- und Successions-Vertrages vom 29. October 1709. Indem Bolingbroke den Entwurf eines neuen Vertrages an Strafford und Bristol übersendet, fügt er hinzu: „Ich habe dabei ganz besonders die Absicht, Euere Lordschaften in den Stand zu setzen, den Holländern zu sagen, daß zwischen uns und ihnen keine Einigung bestehen kann, wenn sie nicht einwilligen, den ganzen Barriere-Vertrag, dieses ärgerliche Beweisstück, daß wir damals von einer Faction verkauft waren, bei Seite zu legen, und ferner durch die Actenstücke Sie in den Stand zu setzen, dem Rathspensionär und den anderen Ministern vorzuhalten, daß sie die Gutmüthigkeit und Willfährigkeit des Lords Townshend damals in solchem Maße sich zu nutze gemacht haben.“[3])

Bei dem Allen hatten die Holländer verhältnismäßig die günstige Position, daß der Barriere-Vertrag vom 29. October 1709 die Unterschrift der Königin trug.

Zu Anfang December erschien Strafford im Haag, um die Antwort von britischer Seite auf jene Vorstellung der Generalstaaten vom October kund zu thun.[4]) Am 8. December eröffnete er, daß, wenn die Republik verspreche, keine weitere Forderung zu erheben, die Königin

[1]) Beide abgedruckt im Rapport du Comité secret p. 406.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 176.

[3]) A. a. O., p. 172.

[4]) Lamberty t. VII, p. 316 et suiv.

das französische Abstehen von Tournay zur Bedingung des Friedens machen wolle. Er vertrat ferner die französischen Forderungen zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel. Er legte dann den Entwurf eines neuen Barriere-Vertrages vor. Neben der Streichung mehrerer Städte war eine der wichtigsten Veränderungen der Wegfall des geheimen Artikels, welcher in dem Vertrage von 1709 Ober-Geldern den Generalstaaten zusicherte. Wie das britische Ministerium den Herzog Victor Amadeus durch die Schenkung von Sicilien gewinnen wollte, so den König Friedrich I. durch diejenige von Ober-Geldern.[1]) Strafford hob mit Nachdruck hervor, daß diese seine Rede das Ultimatum der Königin an die Republik sei.

Hinter diese Erklärung barg sich die Drohung des Sonderfriedens der Königin mit Frankreich, wie Bolingbroke denselben für Torcy offen in Aussicht stellte. Ob dennoch Oxford und die anderen britischen Minister ein solches Wagnis auf sich genommen haben würden, ist, weil es nicht geschehen, eine müssige Frage. Aber die Thatsache ist zu constatiren, daß bei den Holländern die Furcht vor einem solchen Sonderfrieden zwischen Frankreich und England vorhanden und eben darum auch ein gewichtiger politischer Factor war. Die Freundschaft der officiellen Persönlichkeiten in London war gar zu auffallend. Im Anblick dessen was damals dort bei der Ankunft des spanischen Botschafters Monte Leone vorging, meldet ein Augenzeuge: „Ich erlebe hier nunmehr wieder eine ähnliche Zeit wie ich sie in den letzten Jahren Carls II. angesehen habe. Auch damals galt das Interesse Frankreichs vor allem anderen, und die Gesandten desselben traten auf wie Dictatoren, während diejenigen des Hauses Oesterreich mit Verachtung angesehen wurden. Und doch war noch der Unterschied, daß damals ein Parlament nach dem anderen dem Willen des Hofes entgegen trat, während in dem jetzigen die Mehrheit, zum Theile aus Sehnsucht nach dem Frieden, zum Theile aber auch aus Eigennutz, in jegliches Verlangen des Hofes einzugehen fähig ist.“[2])

Vergegenwärtigen wir uns dabei, daß nach den Aeußerungen, die wir von jacobitischer Seite, wie von anderen vernommen, man sich

[1]) Lamberty t. VII, p. 328. Cf. t. VIII, p. 43.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. December.

ſo vielfach der Meinung zuneigte: das letzte Ziel dieſes britiſchen Miniſteriums werde die Rückführung des Prätendenten ſein. Eine Vorſtufe dazu wäre ein britiſch-franzöſiſcher Sonderfriede geweſen. Für die Republik aber verband ſich mit dem Gedanken der Rückkehr des Sohnes von Jakob II. auf den Thron von England die Furcht vor der Erneuerung der Schrecken des Jahres 1672. Aus dieſer Furcht entwickelte ſich daher die Willigkeit lieber in Manches ſich zu fügen, als dem britiſchen Miniſterium einen Anlaß zu geben, der zum Vorwande eines Sonderfriedens mit Frankreich dienen könne.

Die Generalſtaaten konnten über den Entwurf des neuen Barriere- und Succeſſions-Vertrages für ſich nicht beſchließen, ſondern entſendeten ihn an die Stände der einzelnen ſouveränen Provinzen.

Der Vertrag ſicherte der Republik zu, in einer langen Reihe von Städten in Belgien Beſatzungen auf Koſten dieſes Landes zu halten, nämlich in Furnes, Knock, Ypern, Menin, Tournay (Stadt und Citadelle), Mons, Charleroi, Namur (Stadt und Citadelle), in der Citadelle von Gent, ferner in La Perle, Philipp, Damme, St. Donaat. Dagegen legte er der Republik auf, für die in Groß-Britannien durch die Parlaments-Acten von 1701 und 1706 feſtgeſtellte Thronfolge zu Gunſten der Kurfürſtin Sophie und ihrer Erben nach dem Tode der Königin einzutreten.

Es iſt bemerkenswerth, daß in der Republik wie in Hannover gegen die Wortfaſſung an mehreren Stellen des Vertrages ein beſonderer Einwand erhoben wurde. Im zweiten Artikel hatte die Republik zu verſprechen, daß ſie nach dem Tode der Königin *ihren Erben*, und, in Ermangelung derſelben, der Prinzeſſin Sophie und ihren Erben für die Thronfolge beiſtehen würde. Wen konnte man ſich unter den Worten der Erben der Königin vorſtellen? Sie war kinderlos, Witwe, faſt fünfzigjährig, und hatte als nahen Verwandten nur ihren Bruder, den Prätendenten. Bothmar im Haag erhielt von Hannover aus den Auftrag, dahin zu wirken, daß die Worte *ihren Erben* verändert würden in *ihren Leibes-Erben*. Denſelben Vorſchlag der Aenderung an allen betreffenden Stellen machten die einzelnen ſouveränen Provinzen der Republik.[1])

[1]) Anlage III.

Ungeachtet ſolcher Einwendungen richteten die Generalſtaaten, am 29. December, an die Königin die Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, ſich ihr in den Maßregeln für den Frieden anzuſchließen und gemeinſchaftlich mit ihr den Frieden, ſo wie einen neuen Vertrag in Betreff der Barriere und der Succeſſion in Groß-Britannien zu zeichnen.[1])

Die Antwort der Königin nahm die Bereitwilligkeit der Generalſtaaten gnädig an, jedoch im Stile Bolingbrokes. „Die Erklärung dieſer Bereitwilligkeit, ſagt ſie, wird einigermaßen die gemeinſame Sache für das Unglück entſchädigen, welches aus der Deſertion der Alliirten bereits erwachſen iſt, und ſie ſchützen gegen diejenigen, welche in Zukunft davon zu befürchten waren.“[2])

Aber zugleich benahm das Schreiben der Königin die Ausſicht auf eine Aenderung in der Wortfaſſung jenes Vertrages. Der Geſandte Van Borſelen berichtete ſogar, daß die britiſchen Miniſter ſich über die Aenderungsvorſchläge misfällig geäußert hätten. Auf jenes Verlangen, daß die Worte ihrer Erben als Leibes-Erben genauer beſtimmt würden, hatten ſie erwiedert: dies ſehe aus, als habe man ſie im Verdachte, nicht für das Haus Hannover geſinnt zu ſein. Die Weigerung konnte den Verdacht im Haag und in Hannover, daß jene unbeſtimmt gefaßten Stellen des Vertrages je nach den Umſtänden auch zu Gunſten des Prätendenten ausgelegt werden könnten, nur beſtärken. Aber die holländiſchen Bevollmächtigten in Utrecht ergaben ſich darein, den Vertrag ſo zu unterzeichnen, wie er von britiſcher Seite ihnen vorgelegt war, am 30. Januar 1713.[3])

Der Vorwurf, daß die Verbündeten ſich von England getrennt, wie er in jener Antwort der Königin an die Generalſtaaten ſich kund gab, war dem britiſchen Miniſterium ſehr geläufig. Die Bevollmächtigten der vier oberen Kreiſe des Reiches, des ſchwäbiſchen, fränkiſchen, oberrheiniſchen und kurrheiniſchen, richteten, im December, an die britiſchen Bevollmächtigten eine dringende Vorſtellung, daß die Kreiſe den von der Königin unterzeichneten, mit dem großen Siegel von England verſehenen Vertrag von Nördlingen getreu erfüllt

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 330.

[2]) A. a. O., t. VIII, p. 29. Vom 7. Januar 1713.

[3]) A. a. O., p. 34.

hätten, und darum nun auch demſelben gemäß von der Königin verlangten, beim Friedensſchluſſe für ſie einzutreten. „Es handelt ſich, rufen ſie aus, um den Ruhm Ihrer Majeſtät die öffentlich und feierlich gegebenen Verſicherungen zu erfüllen. Es handelt ſich um die Beſonnenheit und Gerechtigkeit der Miniſter, das gegebene Königswort heilig zu halten, und dem großen Siegel des Königreiches die Ehre der Unverletzlichkeit zu bewahren, damit nicht die Archive das traurige Gedächtnis des Gegentheiles der Nachwelt überliefern.“ [1])

Die britiſche Antwort lautete: das Reich würde Straßburg als Barriere haben erlangen können, wenn man ſich nicht von der Königin getrennt hätte. Nunmehr ſei es zu ſpät.[2]) — Aber bei den Ereigniſſen in den Niederlanden, im Juni und Juli, waren jene vier Kreiſe eben ſo wenig betheiligt geweſen, wie etwa die Catalonier.

Die Holländer waren in Allem zur Nachgiebigkeit bereit. Wir haben geſehen, wie die franzöſiſche Politik die Differenz zwiſchen Rechteren und Mesnager über das Verhalten ihrer Dienerſchaften benutzt hatte, um durch die Forderung einer ſchwer zu leiſtenden Genugthuung die Verhandlungen in Utrecht lahm zu legen. Die Sache kam zur Vermittelung an die Königin.[3]) Demgemäß mußten die holländiſchen Bevollmächtigten ſich in die franzöſiſche Forderung der Genugthuung fügen. Am 30. Januar erſchienen drei von ihnen, die das Loos dazu beſtimmt, in der Wohnung des Marſchalls Uxelles, der zu dieſem Zwecke viele Gäſte geladen hatte. Die Holländer gaben die verlangten Erklärungen ab, deren Weſen darin beſtand, daß ſie keinem der Betheiligten zu wahrer Ehre gereichten.[4])

Obwohl auch der Waffenſtillſtand um vier Monate verlängert war, blieb man ſich in der Republik bei allem dem doch wohl bewußt, daß man des Friedens noch keineswegs ſicher war. Die Vorbereitungen für den Feldzug wurden getroffen. Die Generalſtaaten erſuchten den Prinzen Eugen, das Commando wieder übernehmen zu wollen. Der

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 3.
[2]) A. a. O., p. 4.
[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 96.
[4]) Lamberty t. VIII, p. 33.

Kaiſer nahm die Bitte freundlich auf, und gab die Zuſage, daß er der baldigen Abreiſe des Prinzen Eugen kein Hindernis in den Weg legen werde.[1])

Der Utrechter Friede.

Im Beginne des Jahres 1713 erſchien dem britiſchen Miniſterium der Friede in naher Ausſicht zu ſtehen. Die Ankunft des ſpaniſchen Geſandten Monteleone in London und ſeine Inſtructionen ließen hoffen, daß zwiſchen England und Spanien bald alles geregelt ſein werde. Zwiſchen England und Frankreich beſtanden, nach Bolingbrokes Anſicht, nur noch zwei Punkte unerledigt. „Die Holländer, fügt er hinzu, werden ſich fügen, und der allerdurchlauchtigſte Kaiſer muß ſich fügen.“[2]) Bolingbroke erwartet damals den Abſchluß in wenigen Tagen.

Der eine der nicht erledigten Punkte betraf den Handel der Engländer nach Frankreich auf dem Fuße der meiſt begünſtigten Nation; der andere den Beſitz in Nordamerika.

Am 7. 18. Januar erging von Verſailles nach London eine Denkſchrift, in welcher Torcy verneinte, den für holländiſche Waaren im Jahre 1664 bewilligten Zolltarif für britiſche Waaren gewähren zu können, wegen der Nicht-Gegenleiſtung der Engländer, und in welchem er ferner bei der Abtretung von Newfoundland in Nordamerika das Recht des Fiſchfanges an der Küſte für die Franzoſen vorbehielt. In einem Begleitſchreiben an Bolingbroke bezeichnete er dieſe Forderungen als Ultimatum, und erſuchte ihn, endlich dem Streite ein Ende zu machen.[3])

Die Verſammlung des Parlamentes ſtand damals bevor. Es hatte zuſammentreten ſollen auf den 13./24. Januar, war aber wieder vertagt auf den 3./14. Februar.

Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß die franzöſiſchen Anſprüche auf einmal höher getrieben wurden in der Erwartung, daß das britiſche Miniſterium, dem daran liegen mußte, mit der Friedensurkunde vor das Parlament zu treten, alles nachgeben werde.

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 5.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 276.

[3]) A. a. O., p. 325.

Die dafür in Versailles vorausgesetzte Willigkeit war jedoch bei dem britischen Ministerium nicht vorhanden. Vielmehr rief jenes Ultimatum in demselben lebhafte Besorgnisse hervor. Die Commission des Unterhauses von 1715 zeichnete diesen Stand der Dinge mit den folgenden Worten: „Das Ministerium hatte den geheimen Vertrag vom 27. September/8. October 1711 von der Basis aus geschlossen, daß zuerst die Interessen von Groß-Britannien geregelt werden sollten. So lange sie sich mit dieser Hoffnung schmeichelten, machte alles Andere ihnen geringe Sorge. Sie handelten, fünfzehn Monate hindurch, als Emissäre Frankreichs. Und nun, am Ende dieser Zeit, erblickten sie sich in Gefahr, von dieser Krone in dem wesentlichsten Punkte ihres Vertrages mit ihr getäuscht zu sehen.“[1])

Ueber diese Lage der Dinge gibt Bolingbroke in einem Schreiben an Prior in Paris seinem Unmuthe und seiner Besorgnis freien Ausdruck. „Wir hier, schreibt er, können das Verfahren der Franzosen uns gegenüber weder für offen noch für klug halten. Sie scheinen uns zum Abschlusse zu drängen, um über die Anderen nach ihrem Belieben zu walten, und zur selben Zeit chicaniren sie in wesentlichen Fragen unseres Handels, und suchen über Punkte hinweg zu kommen, die längst festgestellt sind.“[2]) „Bereits, meint er, haben die Whigs Kunde, daß Frankreich uns etwas verweigert, und fassen demnach Muth.“ Dann tritt das Bewußtsein der eigenen Gefahr stärker hervor. „Allerdings, sagt er weiter, stehen wir am Rande eines Abgrundes, aber die Franzosen nicht minder. Sagen Sie in meinem Namen dem Herrn Torcy: er könne es dahin bringen, daß Robert (Oxford) und Harry (Bolingbroke) gehängt werden; dann aber würden die Dinge hier bald zurück und in einen solchen Wirrwarr laufen, daß er wünschen möchte, uns wieder ins Dasein zu rufen. Oder, um ernsthaft zu reden: wenn nicht die Königin erklären kann, daß ihre Beziehungen mit Frankreich geregelt sind, und wenn nicht der französische Hof unsere Verbündeten auch ferner ins Unrecht setzt, wie sie es zur Zeit unzweifelhaft zur Genüge sind: so sehe ich unentwirrbare Schwierigkeiten voraus.“[3])

---

[1]) Rapport du Comité secret p. 125.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 302. Vom 19./30. Januar.

[3]) A. a. O., p. 304.

Zugleich erging ein anderer ausführlicher und officieller Bericht Bolingbrokes an den Herzog von Shrewsbury, der, nach Hamiltons Tode zum Botschafter und Zeugen für die Verzichtleistungen der Prinzen des Hauses Bourbon in Frankreich auf Spanien ernannt, einige Tage vorher in Paris eingetroffen war. Im Namen der Königin ermächtigt Bolingbroke den Botschafter, das Verhalten der französischen Minister in Betreff des Handelsvertrages als Verletzung des gegebenen Wortes zu benennen.[1]) Nach einer ausführlichen Darlegung des Sachverhaltes stellt dann Bolingbroke seine Forderung: die Artikel 9 und 10 des Handelsvertrages müssen gestrichen und dafür ein anderer Artikel, den er übersende, eingesetzt werden.[2]) Wenn dies geschehe, so wolle die Königin einwilligen, daß der König, bei der Cession von Newfoundland, seinen Unterthanen für eine Strecke an der Küste das Recht des Fischfanges vorbehalte. Im anderen Falle jedoch nicht.

Es ist von Interesse über diese Forderung und die gleichzeitige Cession von Seiten des britischen Ministeriums schon hier das Urtheil der Commission des Unterhauses von 1715 zu vernehmen. „Um sich der Verwickelung zu entwinden, in die das britische Ministerium im Januar 1713 gerathen war, cedirte es alle in Nordamerika streitigen Punkte, so wie die Fischerei an Newfoundland, und zwar dies lediglich in Betracht des neunten Artikels des Handelsvertrages, welcher Artikel dann vom Parlamente mit gerechter Indignation verworfen wurde.“[3])

Dennoch erhielt Shrewsbury, im Januar 1713, den Auftrag mit starkem Nachdrucke auf die Annahme dieses Artikels in Versailles zu dringen. Daß er dabei auf Widerstand gestoßen sei, ist kaum anzunehmen. Er selbst erklärt wiederholt, daß er von diesen Handelsangelegenheiten wenig verstehe.

Als Motiv des Dringens galt für Bolingbroke namentlich das Zusammentreten des Parlamentes, welchem die Königin etwas Fertiges verkünden müsse. Aber der leidende Zustand der Königin machte eine abermalige Vertagung nothwendig.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 310.

[2]) Der ganze Vertrag bei Lamberty t. VIII, p. 79 et suiv. Der neunte Artikel, sehr ausführlich, p. 83.

[3]) Rapport du Comité secret p. 125.

Das britiſche Miniſterium erklärte ſich mit der Annahme jenes Artikels für befriedigt; dennoch gedieh darum die Sache noch nicht weiter. Nachdem der Verkehr der Franzoſen mit den Holländern in Utrecht wieder in Gang geſetzt war, zogen die Erſteren durch Hader über Nebenpunkte die Sache hin. „Wenn dieſe Herren, rief Bolingbroke aus, in demſelben Maße, wie wir die Verbündeten zum Nachgeben bewegen, ihre Anſprüche ſteigern: ſo kommen wir nie zu Ende.“[1]) Auch Shrewsbury mahnte von Paris aus heim, daß durch das Hinziehen die Stellung Englands immer ſchwächer werde. „Bereits, meldet er, am 22. Februar, ſchickt ſich der Prinz Eugen an zum Aufbruche nach dem Haag, in voller Hoffnung auf die Fortführung des Krieges. Wir dagegen haben weder unſeren Frieden geſichert, noch Vorbereitungen für den Krieg getroffen.“[2])

Die Lage der Dinge war günſtig für das britiſche Miniſterium mit Nachdruck aufzutreten. Die Generalſtaaten hatten kurz zuvor, auf Straffords Rath, der Königin ein Schreiben eingeſchickt, welches, wie Bolingbroke ſagt, die klarſten Zeugniſſe ihrer Unterwürfigkeit und ihres Vertrauens in die Königin ausſprach.[3]) Demnach war darauf zu rechnen, daß die Generalſtaaten mitgehen würden.

Am 17./28. Februar entſandte das britiſche Miniſterium an Shrewsbury ein Ultimatum, welches er mündlich und ſchriftlich geltend zu machen habe. Es betraf die noch obſchwebenden Differenzen mit Portugal, dem Kurfürſten Max Emanuel, den Generalſtaaten, und ſtellte beſtimmte Vorſchläge zur Beilegung derſelben. Wenn Frankreich nicht in dieſe Vorſchläge willige, ſo ſoll Shrewsbury noch einmal die volle Ausſicht auf den Krieg eröffnen. Wenn dagegen Frankreich eingehe, ſo werde die Königin, auch wenn jene Verbündeten ablehnen, mit Frankreich abſchließen.[4]) Dieſelbe Mahnung richtete Bolingbroke direct an Torcy.[5])

Bereits am 8. März erging von Verſailles nach London, und an die Bevollmächtigten in Utrecht die Meldung, daß Lud-

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 383. Vom 4./15. Februar.
[2]) A. a. O., p. 415.
[3]) A. a. O., p. 453.
[4]) A. a. O., p. 417.
[5]) A. a. O., p. 447.

wig XIV. in Allem ſich mit der Königin von Groß-Britannien geeinigt habe.

Anders dagegen lautete das Urtheil der britiſchen Bevollmächtigten in Utrecht, Strafford und Briſtol, über das Verhalten der Franzoſen. Am 3. Februar hatten ſie gemeldet: „Die Holländer ſind misgeſtimmt über die ablehnende Haltung der Franzoſen, und wir haben unſeren guten Antheil daran; denn wir ſehen mit Verdruß, daß ihnen, entgegen der Erklärung der Königin (in der Thronrede vom 6./17. Juni), mehrere Dinge abgeſchlagen werden. Aber alles was man ſagen kann, dient zu nichts.“[1]) — Die Bevollmächtigten wiederholten dieſe Beſchwerden auch nach jener Meldung vom 8. März.[2]) Aber auf Grund derſelben drängten nun die Franzoſen in die Engländer zum Abſchluſſe. „Wir ſind verwundert, melden Strafford und Briſtol an Bolingbroke, über die Haſt, mit welcher die Franzoſen in uns dringen, allein mit ihnen abzuſchließen, zu einer Zeit, wo mehrere der Verbündeten nahe daran ſind mit uns zu gehen. Dazu auch haben wir, bei unſerer Rückkehr, die Conſequenzen eines ſolchen Verfahrens zu fürchten.“[3])

Die Vollmacht lautete nämlich auf den Abſchluß eines allgemeinen Friedens. Dem Einwande wurde abgeholfen durch eine neue Vollmacht. Zugleich ward abermals in die Bevollmächtigten gedrängt. Bolingbroke ſchrieb darüber an Shrewsbury in Paris. „Nicht bloß diejenigen Gründe, welche Sie geltend gemacht haben, ſprechen für den Abſchluß, ſondern auch die Stimmung daheim verlangt ihn. Während die Wuth derjenigen, welche ihn verhindern möchten (alſo der Whig-Partei) durchaus nicht ſich legt, ermüdet die Geduld derjenigen, welche ihn erſehnen, und gegen uns ſchwillt der Vorwurf heran, daß wir weder Krieg noch Frieden machen.“[4])

Daß dieſe letztere Stimmung die herrſchende, beſtätigt von ſeinem Standpunkte aus der kaiſerliche Reſident Hoffmann. „Die franzöſiſche Politik, meldet er, ohne ſich viel um dieſen Hof zu kümmern, thut oder läßt, was ſie für gut befindet, und das britiſche Miniſterium, nachdem es ſich nun einmal ſo weit hingegeben, darf ſich darüber nicht

[1]) Rapport du Comité secret p. 134.
[2]) A. a. O., p. 136.
[3]) A. a. O., p. 137.
[4]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 18. Vom 29. März/9. April.

beklagen. Andererseits aber verbleibt diese ganze Nation für den Frieden, er sei wie er wolle, so sehr eingenommen, daß, wenigstens für jetzt, eine Veränderung nicht zu hoffen steht.“ [1])

Die Königin war so mismuthig über das Zögern ihrer Bevollmächtigten, daß sie einmal die Absicht aussprach, ihnen eigenhändig zu schreiben. Statt dessen übernahm es Oxford in sehr dringender Weise.[2])

Bei dem Kaiser Carl VI. war endlich die Ueberzeugung durchgedrungen, daß er, bei allem guten Willen für diejenigen Spanier, die seine Sache vertreten hatten, den in Betreff Spaniens verbündeten Mächten, Frankreich und Groß-Britannien, machtlos gegenüber stehe. Das Wort Bolingbrokes, daß die Kaiserin Elisabeth und die kaiserlichen Truppen in Catalonien als Geisel dienten, erwies sich, nicht zur Ehre des britischen Ministeriums, aber zum Zeugnisse seiner Arglist, als wahr. Um die Kaiserin und die Truppen frei zu machen, mußte sich Carl VI. zu Concessionen entschließen, deren hauptsächlichste die Neutralität in Italien war, zu Gunsten des nunmehr offen bundbrüchigen Herzogs Victor Amadeus. Aber Carl VI. forderte vor dem Aufbruche der Seinen aus Catalonien die Bestätigung der Privilegien dieses Landes und der Inseln. Die französischen Bevollmächtigten widerstrebten. Diejenigen der Königin von Groß-Britannien gaben wiederholt die Erklärung ab, daß die Königin überall wo es erforderlich, ihre wirksamsten Bemühungen aufbieten werde, damit die Catalonier und die Bewohner der Inseln ihrer Privilegien sich erfreuen könnten. Nachdem auch die französischen Bevollmächtigten erklärt, daß ihr König dazu beitragen werde, gaben sich die kaiserlichen Bevollmächtigten in Utrecht damit zufrieden, mit dem Verlangen, daß dieser Hergang der Dinge in dem Vertrage selber berichtet werde. So geschah es. Am 14. März wurden in Utrecht die zwei Verträge über die Räumung Cataloniens durch die Kaiserlichen, und über die Neutralität in Italien unterschrieben und besiegelt.[3])

Aber man wußte in London, daß der König Philipp V. lange vorher erklärt hatte: er werde den Cataloniern nichts bewilligen als

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 18. Das Schreiben, vom 20/31. März, im Rapport du Comité secret, p. 138, so wie Lamberty t. VIII, p. 63.

[3]) Die Verträge bei Lamberty t. VIII, p. 49.

eine allgemeine Amnestie.[1]) Gerade zwei Monate vor jenem Vertrage, am 14. Januar, hatte der Staats-Secretär Dartmouth auf jene Erklärung geantwortet, daß die Ehre der Königin für die Catalonier die Privilegien verlange, wie sie waren beim Tode Carls II., und daß sie sich im Gewissen verpflichtet fühle davon nicht zu lassen. Auf diesen Vorhalt durch Lord Lexington entgegnete Philipp V.: „Wir wissen, daß Euch der Friede eben so nöthig ist wie uns, und daß Ihr für eine Bagatelle ihn nicht brechen werdet.“[2]) — Das also war die Frucht der nachdrücklichen Bemühungen der Königin.

Der Kaiser Carl VI. war überhaupt willig, dem Kriege ein Ende zu machen. Kurze Zeit vor dem Abschlusse traf bei dem Grafen Sinzendorf ein Courier ein, mit der Ermächtigung des Kaisers, einem Frieden auf der Grundlage der Rede Straffords vom 8. December beizutreten. Aber es kam den französischen Bevollmächtigten ein Wort zu Ohren, welches dem kurmainzischen Gesandten, Grafen Stadion, im Unmuthe über den Gang der Dinge entfahren war: man werde gezwungen sein, den Frieden anzunehmen, wie die Franzosen ihn vorschrieben. Darauf hin steigerten diese ihre Forderungen, namentlich zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Sie legten einen Entwurf zum Frieden mit Kaiser und Reich vor.[3])

Der Graf Sinzendorf und die Gesandten der Reichsfürsten traten darüber zusammen. Der französische Entwurf nannte den Kaiser nicht, sondern das Haus Oesterreich, forderte für die wittelsbachischen Brüder Herstellung und Entschädigung, und stellte erst dann die Anerkennung des Kaisers in Aussicht. Sinzendorf legte den Gesandten dar, daß der Kaiser Interessen seines Hauses zum Opfer gebracht, um für das Reich einen besseren Frieden zu erlangen, daß jedoch in dieser Weise, wo Frankreich sich die souveräne Verfügung über das Oberhaupt und die Glieder des Reiches anmaße, und dadurch die ganze Verfassung desselben umstürze, ein Friede nicht zu erlangen sei.[4]) In ähnlicher Weise redete der kurmainzische Gesandte Graf Stadion. Er bat, daß alle mächtigen Glieder des Reiches als Patrioten handeln und mit

[1]) Rapport du Comité secret, p. 428.
[2]) A. a. O., p. 150.
[3]) Lamberty t. VIII, p. 68.
[4]) A. a. O., p. 163.

Nachdruck für die schwächeren eintreten möchten. Ihm schloß sich an der Gesandte Bothmar für den Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg. In Bezug auf diesen Fürsten im Vergleiche mit den wittelsbachischen Brüdern war die französische Anmaßung in ähnlicher Weise auffällig wie bei dem Kaiser. Ludwig XIV. verlangte für die Wittelsbacher, welche das Reich in Acht und Aberacht erklärt, die völlige Herstellung, und erst nach derselben wollte er den vom Reichstage anerkannten Kurfürsten auch seinerseits anerkennen.

Sinzendorf und andere Gesandte deutscher Reichsfürsten hofften noch bis zuletzt, daß auch die Republik, weil Frankreich ihre Forderungen in Betreff der Barriere und der Herstellung des Zolltarifes von 1664 nicht bewilligt, nicht mitgehen würde. Aber die Partei des Friedens überwog vor Allem in der mächtigen Stadt Amsterdam.

Die Unterzeichnung des Friedens war bereits angesetzt auf den 12. April. Dann jedoch erwogen die britischen Bevollmächtigten, daß nach dem alten Stile, der noch für England galt, dies dort der 1. April sein, und demnach daran leicht der für alles Außerordentliche, welches an diesem Tage geschieht, übliche Spott haften würde. Sie setzten durch, daß die Unterzeichnung am Tage zuvor geschah, dem 31. März/11. April.[1])

Wie der Beginn der Friedenshandlung in das Dunkel des Geheimnisses gehüllt gewesen war, so der Verlauf. Das Rathhaus von Utrecht war für die Versammlungen hergerichtet; aber es diente dafür nur die ersten Male. Wie die eigentlichen Fäden vorher zwischen Versailles und St. James angesponnen waren, so auch blieben sie es, und die Verhandlungen wurden geführt hauptsächlich in Privatbriefen Bolingbrokes und Torcys. Was in Utrecht ferner noch geschah, das fand statt in den Wohnungen, namentlich der englischen Bevollmächtigten. So auch die Unterzeichnung. Die Engländer und die Savoyarden zeichneten bei dem Bischof von Bristol, die Portugiesen, die Preußen, die Holländer bei dem Grafen Strafford.[2])

Es war zu allen Zeiten üblich, einen Friedensschluß, als ein erfreuliches Ereignis im Völkerleben, sofort der Welt zu verkünden. Es

[1]) Lamberty t. VIII, p. 71.

[2]) A. a. O., p. 252.

geſchah dies Mal nicht. Am 30. April vernehmen wir die Rüge, daß den Völkern die Kunde der Friedens-Artikel noch vorenthalten werde.[1]) In der Wirklichkeit verzögerte ſich die Kundmachung bis tief in den Monat Mai. Vielleicht gab man ſich der Hoffnung hin, daß Kaiſer und Reich dennoch beitreten würden. Das franzöſiſche Erbieten ließ dafür die Friſt offen bis zum 1. Juni. Sie ward nicht benutzt.

Es iſt nicht erforderlich auf die ſcharfe Kritik, die der Friede von kaiſerlicher Seite erfuhr, hier weiter einzugehen.[2]) Dieſe Kritik liegt in den Thatſachen. Dagegen wird der Verlauf der Dinge die Kritik von Engländern vorführen, die im Beginne durch den Klang des Friedenswortes ſich hatten täuſchen laſſen.

Nicht mit dem Frieden ſtimmten überein vor Anderen zwei Perſönlichkeiten, eine jede von ihrem Standpuncte aus, der Ritter von St. Georg und der Kurfürſt Georg Ludwig in Hannover. Wir haben dem Verhalten derſelben bis zum Abſchluſſe des Friedens nachzugehen.

Verhalten des Hauſes Hannover zu der britiſchen Regierung in den erſten drei Monaten des Jahres 1713.

Noch vor dem Abſchluſſe des Jahres 1712 war der Geſandte Grote in London angekommen. Von Anfang an erblickte er für die Aufträge, die er auszurichten hatte, geringe Ausſicht. Oxford und Bolingbroke vermieden es mit ihm zuſammen zu ſein.

Um ſo ſtärker wuchs bei dem Kurfürſten, ſeinem Miniſter Bernſtorf und Robethon das Mistrauen gegen den erſteren auf. „Nach dieſem ſeinem Verhalten, ſchrieb Robethon, iſt er zu beurtheilen. Sie können nicht mistrauiſch genug gegen ihn ſein, müſſen dagegen ſorgfältig Acht geben, daß wir nicht von ihm betrogen werden. Wir dürfen uns darauf verlaſſen, daß Oxford mit Frankreich und der Königin ſich allzu tief eingelaſſen als daß er noch zurück könnte, und ſelbſt, wenn er es wollte, ſo würde es für ihn unmöglich ſein auch die

---

[1]) In der Schrift Dumonts, abgedruckt bei Lamberty t. VIII, p. 241 et suiv.

[2]) Außer der vorgenannten Schrift namentlich diejenige von Leibniz: La paix d'Utrecht inexcusable, abgedruckt in der Ausgabe ſeiner Werke durch Foucher de Careil t. IV, p. 1 et suiv.

Königin zurückzubringen. Alles was er erreichen könnte, wäre dasselbe Geschick, das Marlborough und Godolphin widerfahren ist.“ [1])

In diesen Worten liegt klar vor Augen, wie in Hannover da, wo man sich offen aussprach, die Königin Anna angesehen wurde. Aber die Thatsachen haben ergeben und werden ferner ergeben, daß man darin zu weit ging. Weder hatte die Königin einen ausgesprochenen Willen, noch Frankreich einen festen Plan.

Indessen auch Grote faßte aus den Mittheilungen, die er in London erfuhr, dieselbe Meinung. Seine Berichte darüber machten Eindruck auch auf die Kurfürstin Sophie und den Kurprinzen. „Ich für meinen Theil, meldet Robethon an Grote, habe vorgezogen, den beiden fürstlichen Personen, auf welche die Reden von Sir Thomas Harley im vorigen Sommer nicht ohne Wirkung geblieben waren, nicht meine Ansicht dahin auszusprechen, daß Oxford unwiderruflich mit dem Prätendenten und dem Könige von Frankreich verkettet ist; denn sie würden nicht ermangelt haben, mir Parteilichkeit zu Gunsten der Whigs vorzuwerfen. Daher habe ich vorgezogen zu warten, bis E. E. durch Ihre Beobachtungen an Ort und Stelle diese unzweifelhafte Wahrheit bestätigen würden.“ [2])

Indessen hatte doch auch Grote in dieser Beziehung keine positive Thatsache zu berichten, sondern nur Vermuthungen und Meinungen, die allerdings sich gründeten auf die negative Thatsache, daß er in keiner Angelegenheit ein Entgegen-Kommen fand. Er hatte in Betreff des Barriere- und Successions-Vertrages dieselben Anstände zu erheben, wie die Holländer, daß anstatt der Worte der Erben der Königin gesetzt werden müsse der Leibeserben (S. 437 u. f.). Die britischen Minister nahmen auf diese Vorstellung eben so geringe Rücksicht wie auf diejenige der Holländer. Grote verlangte die bis zum Tage der Trennung der Truppen von Ormond aufgelaufenen Soldrückstände. Die britischen Minister gaben auf diese Denkschrift keine Antwort. Er erklärte, daß die Entfernung des Prätendenten nach Lothringen nicht genüge, daß der Aufenthalt dort von demjenigen in Frankreich kaum verschieden sei. Die britischen Minister gingen darauf nicht ein. Grote

[1]) Macpherson Original Papers vol. II, p. 468. Vom 27. Januar.

[2]) A. a. O., p. 472.

verlangte in einer anderen Denkschrift ein Jahrgeld für die Kurfürstin als die präsumtive Thronerbin. Gerade diese Forderung war in den Augen des Kurfürsten der Prüfstein, an welchem es sich entscheiden müsse, ob die Königin und ihre Minister die Thronfolge des Hauses Hannover aufrichtig wollten. Auch auf diese Denkschrift erfolgte keine Antwort.

Dagegen übergab Oxford, am 9. 20. Februar, dem Gesandten Grote ein Schriftstück, welches mit den Worten beginnt: Je pose pour fondement que d'assurer la succession à la maison de Hanovre, c'est notre intérêt et même notre propre sûreté. Nach diesen gewichtigen Eingangsworten empfiehlt die Schrift Freundschaft mit der Königin und Unparteilichkeit. Von der Hand Robethons ist die Aufschrift beigefügt: Papier délivré etc., lequel ne veut rien dire.[1])

Es ist dagegen zu halten, daß Oxford bis zuletzt mit dem Hause Hannover auf gutem Fuße zu stehen meinte. Demnach mag er nicht erwogen haben, daß, wo auf bestimmt gestellte Forderungen mit allgemeinen Redensarten geantwortet wird, der Verdacht der Unaufrichtigkeit emporsteigt, auch wenn er früher nicht vorhanden war.

Ließen es die Minister der Königin an Entgegen-Kommen für den Gesandten ermangeln, so waren dafür Mitglieder der Whig-Partei um so eifriger, voran unter ihnen Lord Sunderland, so sehr, daß es dem Gesandten bedenklich wurde. Bei der Whig-Partei war derselbe Gedanke lebendig, der bereits einige Monate zuvor sich in Holland geregt hatte: der Kurfürst möge mit bewaffneter Macht herüber kommen, wie der Oranier im Jahre 1688. Sie redeten darüber nicht bloß zu dem Gesandten Grote, sondern auch zu dem General Schulenburg, der damals sich in London befand. Bernstorf und Robethon erwogen unter sich diese Eröffnung. Sie ließen erwiedern, daß ein solcher Plan die Willigkeit der Republik voraussetze, ihre Flotte herzuleihen, wo man doch dort nur das Bemühen erkenne, mit der Königin und dem britischen Ministerium freundschaftlich zu stehen und zusammen mit England zum Frieden zu gelangen. Zur Zeit sei daher der Gedanke unausführbar. Man möge sowohl den Generalstaaten als England selber die Frist lassen, zur Erkenntnis zu gelangen, was dieser Friedensschluß

[1]) Robethon-Papiere.

für sie bedeute. Dazu sei es beinahe sicher, daß der Kurfürst niemals einen solchen Entschluß fassen werde. Im Falle des Todes der Königin dagegen dürfe man sich auf ihn verlassen.[1])

Der Kurfürst war so sehr abgeneigt, sich vor der Zeit in englische Angelegenheiten einzumischen, daß die Minister nur mit Mühe ihn bewegen konnten, für zwei Persönlichkeiten, die in der Sache der Succession für das Haus Hannover eintraten, etwas Geld zu bewilligen. Der Eine war der Redacteur der „Flying Post", Ridpath, der 50 Pfund Sterling erhielt. Der Andere war Lord Fitz Walter, dem sein Mangel an Mitteln nicht gestattete, seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Er erhielt 600 Pfund Sterling.[2]) Jegliche Ausgabe dagegen zum Zwecke der Einwirkung auf die im Laufe des Jahres bevorstehenden Wahlen zum Parlamente lehnte der Kurfürst ab.

Mit besonderer Zufriedenheit ward am Hofe in Hannover die Meldung vernommen, daß unter den Persönlichkeiten, welche den Gesandten aufsuchten, sich auch der Herzog von Argyle und sein Bruder, Lord Islay, befanden. Der Gesandte ward angewiesen, dem Ersteren die besondere Werthschätzung des Kurfürsten auszusprechen. Die Minister gingen darin noch weiter. Die Brüder erschienen als die geeigneten Persönlichkeiten, die Sache eines Jahrgeldes für die Kurfürstin im Parlamente anzuregen. Im Falle des Gelingens seien ihnen aus diesen Mitteln verhältnismäßige Pensionen in Aussicht zu stellen. Der Kurfürst war damit einverstanden, verlangte aber dann, daß seine Mutter, die Kurfürstin, auf die es zunächst ankomme, das Rescript unterzeichnen solle. Die Minister erhoben den Einwand, daß es dann schwer sein werde, das Geheimnis zu bewahren. Demnach blieb es dabei.[3])

Es kam wiederholt vor, daß die Offenheit, mit welcher die zweiundachtzigjährige Kurfürstin die Angelegenheiten der Succession besprach, den Ministern Bedenken erregte. Die im Jahre 1706 ausgestellte Urkunde, durch welche die Thronerbin, auf Grund der Regentschafts-Bill vom October 1705, eine Reihe von Lords durch eigenhändige

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 473.

[2]) A. a. O., p. 471.

[3]) Die Minute des Rescriptes, vom 27. Januar, in den Robethon-Papieren, trägt die Signirung, nicht die Unterschrift, der vier Minister, dagegen nicht des Kurfürsten, noch der Kurfürstin. Es ist also fraglich, ob es abgegangen.

Schrift benannte, die, beim Tode der Königin, zusammen mit den sieben ersten Großwürdenträgern der Krone, die Regentschaft zu übernehmen hatten — diese Urkunde erschien wegen der eingetretenen Todesfälle und anderer Veränderungen nicht mehr zutreffend. Es war eine neue Urkunde ausgefertigt und dem Gesandten Grote mitgegeben, mit der Beschränkung jedoch, daß er die Ueberreichung nicht zu beeilen, sondern eine geeignete Gelegenheit abzuwarten habe. Man vernahm nun in Hannover, daß die Kurfürstin sich bei voller Tafel geäußert: es thue ihr leid, so viele Whig-Namen in jene Urkunde eingeschrieben zu haben.[1])

Die Nachrichten, die über den Gesundheitszustand der Königin Anna einliefen, lauteten so wenig günstig, daß am 10. März die Minister in Hannover eine Reihe von Fragen über die für den Todesfall der Königin zu treffenden Maßregeln aufstellten. Der Gesandte Grote solle auf diese Fragen die Antwort der Freunde der Succession einholen, namentlich der Lords Sunderland, Somers, Halifax, Townshend. Dieselben Fragen ergingen an Marlborough in Antwerpen. Dieser rieth: im eintretenden Falle möge der Kurfürst, ausgestattet mit der Vollmacht der Kurfürstin als ihr General-Stellvertreter, sich sofort nach England begeben. Er rieth ferner an, einen Spion in Bar-le-Duc zu halten, den er sich zu stellen erbot, wenn der Kurfürst fünfzig Pistolen monatlich dafür auslegen wolle.[2]) — An dem Angebote solcher Persönlichkeiten war kein Mangel. Der Gesandte Bothmar im Haag schlug zu jenem Zwecke drei Personen vor, zu etwas höherem Betrage.

Der schriftliche Verkehr beweist ein volles Vertrauen des Kurfürsten in Marlborough. Der Erstere ließ diesem nochmals ein Certificat zugehen, daß der Abzug der $2^1/_2$ Percent von den englischen Geldern für die Truppen mit Vorwissen und Zustimmung des Kurfürsten geschehen sei. Dies war eine Rechtfertigung gegen die Anklage des Unterhauses im December 1711, die mit gedient hatte zum Vorwande für die Entlassung Marlboroughs. Ferner ernannte ihn die Kurfürstin Sophie durch ein Diplom vom 14. März, für den Fall des

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 469.
[2]) A. a. O., p. 478.

Todes der Königin, zum Commandanten aller britischen Streitkräfte in und außer dem Königreiche. Das Diplom, unterschrieben von der Kurfürstin, und gegengezeichnet von den vier Ministern des Kurfürsten, in französischer Sprache ausgestellt, beginnt mit den Worten: Sophie par la grâce de Dieu Electrice et Duchesse Douairière de Hanovre, petite-fille du Roy Jacques premier, à tous ceux qu'il appartiendra.[1])

Es war dabei den Ministern in Hannover eben so wenig wie der Kurfürstin bekannt, daß nach englischem Rechte alle eventuellen Ernennungen ungültig waren. Einige Tage später erhielten sie darüber von England her den ganz bestimmten Aufschluß.[2])

Daß Marlborough, der sich damals in Aachen befand, als Engländer sofort die Nicht-Gültigkeit des ihm zugestellten Diplomes erkannt habe, ist kaum zu bezweifeln. Aber dasselbe war wie die anderen Schriftstücke, die er zugleich aus Hannover erhielt, ein Beweis des Vertrauens. Er antwortete mit lebhaften Ausdrücken des Dankes. „Ich wünsche, schließt er, am 11. April, Ew. kurfürstliche Hoheit mehr durch Handlungen als durch Worte überzeugen zu können, wie tief ich diese abermaligen und gewichtigen Beweise Ihres Vertrauens empfinde, und bitte Sie überzeugt zu sein, daß ich immer bereit sein werde, mein Vermögen und mein Leben für Ihren Dienst aufzusetzen.“ [3])

Die Antworten auf jene Fragen vom 10. März wurden in London von den Persönlichkeiten, an die sie gerichtet, in Gemeinschaft mit dem Lord Oberrichter Parker erwogen. Diese waren, wie Marlborough, der Ansicht, daß die Kurfürstin Sophie das Diplom der Ernennung ihres Sohnes, des Kurfürsten, oder, wie sie hinzusetzten, des Kurprinzen, zum Bewahrer des Königreiches und Statthalter (custos regni et locum tenens) für den eintretenden Fall bereit halten möge. Sie theilten dagegen nicht die Ansicht des Kurfürsten, daß die Forderung

[1]) In den Robethon-Papieren.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 487: It is to be observed, once for all, that any dormant instrument for any of the purposes aforesaid, sealed during her Majesty's life, will be of no force by the laws of Great Britain.

[3]) A. a. O., p. 488.

eines Jahrgeldes für die Kurfürſtin Sophie der geeignete Prüfſtein für die Aufrichtigkeit der Miniſter ſein werde. Weil jedoch der Kurfürſt ſich weigere, durch Geld auf die demnächſtigen Parlaments-Wahlen einzuwirken: ſo haben die Anhänger der Succeſſion ſeines Hauſes ſich über einen anderen Vorſchlag geeinigt, der ihnen von größerer Conſequenz und durchaus nothwendig erſcheine, nämlich der Sendung des Kurprinzen nach England. Früher ſei die Rede geweſen von einem Votum des Parlamentes zu dieſem Zwecke. Ein ſolches ſei, nach einſtimmiger Meinung der Freunde, in dieſem Parlamente und unter dieſem Miniſterium nicht zu erlangen. Aber der Kurprinz als Pair des Königreiches, als Prinz von Geblüt und als ſolcher durch Parlaments-Acte anerkannt, habe ſein eigenes Recht, dem Niemand wagen werde ſich zu widerſetzen. Die Einwilligung des Kurfürſten in dieſes Verlangen werde den Freunden der Succeſſion eine ſolche Stütze verleihen, daß die Forderung eines Jahrgeldes unnöthig werde.[1])

Derſelbe Vorſchlag war bis dahin oft und vielfach von Einzelnen geäußert: hier trat er hervor als die Kundgebung der Geſinnung der Freunde der Thronfolge des Hauſes Hannover, Whigs und Tories. Von da an, vom Beginne April, alſo noch vor der Verſammlung des Parlamentes, tritt dies Verlangen der Herüberkunft des Kurprinzen für die Anhänger der Succeſſion in den Vordergrund.

Aber das Verlangen verſtieß einerſeits gegen das Princip des Kurfürſten, ſich bei Lebzeiten der Königin in die engliſchen Angelegenheiten nicht einzumiſchen, andererſeits gegen ſeine der Königin gegebene Zuſage, daß ohne ihre und des Parlamentes Vorwiſſen und Zuſtimmung kein Mitglied ſeines Hauſes den Boden Englands betreten werde.

Es war dem Geſandten Grote nicht mehr vergönnt, jene Rathſchläge der Freunde der Succeſſion nach Hannover zu befördern. Im März erkrankt, ſtarb er in London in den erſten Tagen des Monats April.

Inzwiſchen ward in Utrecht der Friede geſchloſſen.

Als Reichsfürſt konnte Georg Ludwig nicht in einen Friedensſchluß willigen, der die Rechte des Kaiſers und des Reiches ſchwer verletzte. In Betreff des Anſpruches auf die Krone von Groß-Britannien

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 480.

gab der Wortlaut des Friedensschlusses keinen Anlaß zur Beschwerde. Der vierte Artikel desselben wahrte in den nachdrücklichsten Worten, deren die menschliche Sprache fähig ist, wie das Recht des kurfürstlichen Hauses auf dieselbe, so auch die Anerkennung dieses Rechtes durch den Träger der Krone Frankreich und dessen Nachfolger.

In Hannover dagegen ging man von der Ansicht aus, die wir aus jener Zeit auch anderswoher bereits so vielfach vernommen haben, daß die treibende Ursache bereits des Ministerwechsels von 1710 gewesen sei der Wunsch der Königin Anna, ihren Bruder zurückzuführen. Der Eifer für den Friedensschluß habe gedient zu dem Zwecke den Weg für ihn zu pflastern.[1])

Der Hergang der Dinge hat gezeigt, daß diese Meinung den Thatsachen nicht entsprach, daß namentlich die Bemühung aus dem Kriege zu kommen, nicht dem Wechsel des Ministeriums voranging, sondern erst nachher sich aus demselben entwickelte. Da aber die unrichtige Meinung auf das Urtheil mit gleicher Kraft bestimmend wirkt wie die richtige, so ist danach zu bemessen, welcher Werth in Hannover jenem vierten Artikel des Friedensschlusses in Utrecht beigelegt wurde.

Der Prätendent zu dem Utrechter Frieden.

Anders als der Kurfürst Georg Ludwig und doch von seinem Standpunkte aus noch schärfer ablehnend verhielt sich zu dem Utrechter Frieden der Ritter von St. Georg. Er hatte den Abschluß desselben nicht abgewartet, sondern bereits ein Jahr zuvor, am 25. April 1712, von St. Germain aus Protest eingelegt gegen eine Friedenshandlung, in welcher auf sein Recht gar keine Rücksicht genommen werden solle. Im Fortgange des Protestes wiederholt sich dieser Gedanke mit dem Zusatze: von den verbündeten Fürsten.[2])

Es fragt sich, ob dieser Act völkerrechtlich eine Bedeutung haben konnte. Blicken wir, um uns dies klar zu machen, zurück auf die Hauptmomente des Niederganges des Hauses Stuart.

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 472.

[2]) Cum autem intelligamus nullam juris nostri a Foederatis Principibus haberi rationem. Bei Lamberty t. VIII, p. 171.

Jacob II. verlor ſeine Krone durch ſeine Flucht nach Frankreich, mit ſeinem Sohne. In Folge dieſer Flucht ſchloß die neue Rechtsordnung Englands, die unter einem neuen Könige aufwuchs, den König Jacob II. aus, und gedachte des Sohnes nicht. Die zwei Großmächte, der Kaiſer und die Republik der Niederlande, erkannten die neue Rechtsordnung in Wilhelm III. an, und nahmen ihn auf in ihre Allianz vom 12. Mai 1689 gegen Ludwig XIV. Dieſer König, um für ſich zum Frieden mit England zu gelangen, opferte dafür, im Ryswycker Frieden, ſeine Anerkennung des Rechtes Jacobs II., zu deſſen Flucht und dadurch zur Deſertion vom eigenen Rechte er beigetragen hatte.

Jacob II. ſtarb und Ludwig XIV. erkannte, entgegen dem Ryswycker Frieden, den Sohn Jacobs II. als Jacob III. an. Seine Berechnung dabei war, bei dem zu erwartenden Ende des Oraniers England in ſich zu ſpalten. Die Berechnung erwies ſich nicht als richtig. Die Engländer nannten den Act, der den Franzoſen als eine Bethätigung der Großmuth erſchien, einen Friedensbruch. Der vorher abgeſchloſſene Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 verpflichtete England nur als Hülfsmacht für den Kaiſer in den Streit um das ſpaniſche Erbe einzutreten. Die franzöſiſche Anerkennung eines Königs Jacob III. dagegen bewog die Macht England, dem Vertrage der großen Allianz einen Zuſatz-Artikel beizufügen, nach welchem die Mächte der Allianz insgeſammt für England von dem Könige von Frankreich Genugthuung forderten für die Beleidigung, einen Anderen als König anerkannt zu haben als Wilhelm III. (Band IX, S. 458). Auf Grund dieſes Zuſatz-Artikels, den der Kaiſer und die Republik der Niederlande ratificirten, trat England nicht bloß als Hülfsmacht in den Krieg mit ein, ſondern als Principal-Macht. Auf Grund dieſes Artikels war daher der ungeheure Krieg, der von dem ſpaniſchen Erbe her den Namen führt, eben ſo wohl ein Krieg zur Befeſtigung der engliſchen Succeſſion, und daher eben ſo wie gegen das Haus Bourbon, auch gegen das Haus Stuart. Indem dieſes beharrte das eigene Geſchick an dasjenige des vermeintlichen Beſchützers zu binden, traf jeder Schlag, der auf die Macht desſelben fiel, auch das Recht deſſen mit, der, ſelber machtlos, eben nichts beſaß als dieſes Recht, und der dennoch, trotz der Erfahrungen des Friedens-

ſchluſſes von 1697 und der Friedensverſuche von 1706, nicht zu der Erkenntnis kam, daß für dieſen Beſchützer, um aus dem Kriege zu kommen, das nächſt bereit liegende Opfer immer das von ihm anerkannte Recht ſeines Schützlinges ſein werde.

Es blieb freilich dabei die Abſicht Ludwigs XIV., wie wir es aus ſeiner Inſtruction an Mesnager vernommen haben (S. 189), ſich des Prätendenten in ſo weit anzunehmen, als es ohne eigenen Nachtheil geſchehen konnte.

Aber auf dem Friedens-Congreſſe in Utrecht erſchienen die franzöſiſchen Bevollmächtigten, am 11. Februar 1712, mit dem Angebote, die Thronfolge-Ordnung in England in derjenigen Weiſe anzuerkennen, die der Königin genehm ſein würde.

Keine andere der kriegführenden Mächte hatte jemals einen König Jacob III. anerkannt, als nur das Haus Bourbon. Darum hätte der Proteſt Jacobs III., vom 25. April 1712, richtiger als an die verbündeten Fürſten, zunächſt ſich an Ludwig XIV. gewendet.

Von britiſcher Seite ward die Forderung der Entfernung des Prätendenten aus Frankreich geſtellt, mit der Hindeutung auf Lothringen. Der Herzog Leopold war willig ihn aufzunehmen, wenn der Kaiſer es geſtatte. Von Wien aus erfolgte darauf, nach einigem Zögern, im Beginne des Jahres 1713, ein Sicherheitspaß, in welchem, um nach keiner Seite hin Anſtoß zu geben, jede Titulatur vermieden war. Der Prätendent ward darin bezeichnet als Vorzeiger dieſes.[1]) So lange indeſſen wie es irgend möglich war, klammerte ſich der Prätendent an den franzöſiſchen Boden.

Im Laufe des Herbſtes und des Winters trafen in Paris nach einander zwei Briten ein, denen der Hof eine ausgeſuchte Höflichkeit beweiſen ließ. Der eine war der Ritter Thomas Hanmer, ein hervorragendes Mitglied der Tory-Partei. Ein Biograph desſelben hat aus ſeinem Verhalten den Schluß gezogen, daß er auf das Zureden ſeines Freundes Ormond, deſſen jacobitiſche Geſinnung ihm bekannt ſein mußte, ſich nach Paris begeben habe, um ſelber zu erkunden, weſſen ſich die Hochkirche von dem Prätendenten zu verſehen haben würde.[2])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 375: Exhibitor praesentium.

[2]) Bunbury, The correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 28.

Sowohl Torcy als Berwick machten Versuche den hochangesehenen Mann, den man schon damals als den künftigen Sprecher des Unterhauses bezeichnete, für die jacobitische Sache zu gewinnen. Er verhielt sich jedoch zu den Andeutungen in dieser Richtung so zurückhaltend oder ablehnend, daß man bald von jeglichem Versuche abstand.[1])

Noch größer war in Versailles die Aufmerksamkeit für den Herzog von Argyle, der am 3. Januar, auf der Rückkehr von Port Mahon, dort eintraf. Ludwig XIV. erwies ihm die Ehre, ihn allein zu sich in sein Cabinet zu bescheiden. „Es ist unglaublich, fügt der Berichterstatter hinzu, mit welcher Zuvorkommenheit der Hof ihn behandelt, wie man das hier zur Zeit auch dem Geringsten gegenüber thut, der aus England kommt, vorausgesetzt, daß er ein Protestant oder Mitglied des Parlamentes ist. Den Herzog von Argyle begleiten immer, wohin er geht, zwei Marschälle von Frankreich, Villeroy und Tallard, so wie ein Hauptmann der Leibwache, der Herzog von Noailles, dazu eine Schaar Hofleute, als wollten sie ihn auf den Schultern tragen."[2]) Der Aufenthalt Argyles indessen war sehr kurz, und von einer Berührung mit dem Hofe von St. Germain ist nicht die Rede.

Das britische Ministerium war mit dem längeren Verweilen des Prätendenten auf französischem Boden nicht zufrieden. Am 31. Januar 1713 schrieb Gautier, der wie er im Anfage die Fäden angeknüpft, so andauernd der Vermittler derjenigen Geheimnisse geblieben war, die nur mündlich überbracht werden sollten, von London aus an Torcy: „Es ist durchaus erforderlich, daß der Ritter von St. Georg sich anschickt, so bald wie möglich das Gebiet des Königs zu verlassen. Sowohl von Lord Oxford, als von Lord Bolingbroke habe ich den Befehl, Ihnen kund zu thun, daß die Königin es nicht auf sich nehmen kann, den Frieden zu unterzeichnen, so lange er in Frankreich verweilt. Lord Bolingbroke sagte mir heute, daß der Ritter, wenn der Kaiser in Betreff eines Passes für ihn nach Lothringen noch ferner Anstände macht, unverweilt sich nach der Schweiz begeben möge."[3]) Der Paß war unterdessen bereits eingetroffen.

[1]) Bunbury, The correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 28.
[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 368.
[3]) Stanhope, Queen Anne p. 540.

Aber Gautier erhob noch einen anderen Vorwurf. „Sagen Sie dem Ritter, meldet er, daß ungeachtet der schönen Versprechungen, die er mir gemacht, von ihm oder doch wenigstens in seinem Namen Tag auf Tag Priester hierher gesendet werden, die seine Sache verderben und ihm Haß erwecken bei Allen denen, mit welchen sie in Beziehung treten. Er sollte sehr vorsichtig sein, und sich von hier her lieber Protestanten um seine Person berufen. Es ist zu früh, bereits jetzt an seine Sache zu denken. Er möge warten, und zur rechten Zeit dann wird er Kunde erhalten. Sie dürfen sicher sein, daß jede zu seinen Gunsten getroffene Maßregel, unserer Uebereinkunft gemäß, durch Ihre Hände gehen wird." [1])

Das Schreiben ist für das Verhalten Oxfords in der Sache des Prätendenten von hohem Interesse.

Zunächst ist es wichtig, hervorzuheben, daß wir hier nicht die Worte eines britischen Jacobiten vernehmen, sondern daß Gautier als der Agent der Politik von Versailles an den französischen Minister schreibt, und zwar im Auftrage des Grafen Oxford. Dieser hatte durch Gautier zum Beginne wie mit Torcy, so auch mit Berwick angeknüpft, und zwar in Betreff der jacobitischen Sache für sich allein. Auch liegt keine Andeutung vor, daß er in dies Geheimnis seiner besonderen Beziehungen jemals einen anderen Engländer mit herein gezogen hat. Oxford allein hatte die Sache in seiner Hand, und seine Beziehungen mit St. Germain gingen nicht direct, sondern durch die Vermittelung von Gautier und Torcy. Wie immer diese zwei Persönlichkeiten über das Verhalten Oxfords in der Sache des Prätendenten denken mochten, ob sie Vertrauen in ihn setzten, ob nicht: es lag nicht in ihrem Interesse oder demjenigen der französischen Politik, diese Beziehungen, welche beigetragen hatten, die jacobitische Partei im Parlamente der Friedenspolitik dienstbar zu machen, zu verändern oder abzubrechen, sondern vielmehr sie zu erhalten. Eben darum auch gaben sie einem etwa aufsteigenden Zweifel an der Aufrichtigkeit Oxfords in der Sache des Prätendenten keinen Ausdruck.

In der Wirklichkeit läßt nun hier Oxford durch Gautier und dann Torcy dem Prätendenten verkünden, daß für seine Sache noch

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 540.

nichts geſchehen ſei, und weiter, daß er ſich für den rechten Zeitpunkt völlig auf Oxford zu verlaſſen habe.

In merkwürdiger Weiſe wird dieſe Mahnung begleitet mit dem Vorwurfe der faſt täglichen Sendung von Prieſtern nach England. Die Thorheit, welche dieſer Vorwurf dem Hofe von St. Germain beimißt, iſt ſo auffallend, daß ſie ſchon dadurch Zweifel erregt. Der Vorwurf wird um ſo mehr auffallend durch den Vergleich mit den Nachrichten, die man in denſelben Tagen in Hannover lebhaft erwog, daß nämlich der Prätendent die Abſicht haben ſolle, zur engliſchen Hochkirche überzutreten.[1]) — Es liegt daher die Vermuthung nahe, daß jener Vorwurf unter die Erfindungen Oxfords zu verweiſen iſt.

Noch einmal ließ Torcy durch Gautier über den Ort des Rückzugs für den Prätendenten anfragen, ob Bar-le-Duc oder Bern. Die Antwort lautete: „Es liegt nicht viel daran, an welchem Orte der Ritter von St. Germain den Winter verbringt, wenn er nur Frankreich verläßt und ſich nicht an einen Ort begibt, wo Marlborough mit ihm zuſammen treffen könnte.“[2])

Auch in dieſer Antwort iſt Oxford zu erkennen. Wie er im Stande war, Enthüllungen über Marlborough zu geben, ſo hätte auch Marlborough ſie geben können über ihn.

Bevor dieſe letzte Mahnung eintraf, war der Ritter von St. Georg nach Lothringen hin aufgebrochen. Auf dem Wege dahin richtete er von Chalons an der Marne aus, am 20. Februar, ein Abſchiedsſchreiben an Ludwig XIV. Das Schreiben iſt der Ausdruck der wärmſten Dankbarkeit und des Vertrauens ſo wie des Verſprechens der Treue.[3])

Am nächſten Tage traf er in Bar-le-Duc ein. Wenn nicht früher, ſo vernahm er dort in ſeiner Umgebung eine warnende Stimme gegen Oxford. „Ich ſagte ihm, meldet Nairne, daß Viele der Anſicht ſeien, Oxford betreibe im Grunde das Intereſſe Hannovers. Die Königin Anna ſelber, wenn ſie ermuthigt würde, von Herzen und

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 464. — Ferner die Robethon-Papiere.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 541.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 385.

bald die Sache zu unternehmen, vermöge sie hinauszuführen. Der Aufschub und die dunkelen Wege seien verdächtig."[1])

Von anderen Seiten kam die Mahnung ein an den schlechten Gesundheitszustand der Königin Anna. Sie leide an Zufällen, von denen einer sie plötzlich hinweg nehmen könne. Wenn Frankreich nichts unternehmen wolle, so stehe Schottland offen, wo die Unzufriedenheit mit der Union allgemein und steigend sei. Die Krone sei zu erringen wie durch einen Wettlauf: wer zuerst kommt, gewinnt.[2])

Allen Entwürfen solcher Art stand die durch Torcy und Gautier vermittelte Uebereinkunft des Prätendenten und Berwicks mit Oxford entgegen. Sie lautete dahin, daß zuerst der Friede abgeschlossen sein müsse und die Königin im friedlichen Besitze der Krone für ihre Lebenszeit nicht gestört werden dürfe. Bis dahin war dieser Pact dem Grafen Oxford, dem die Jacobiten im Parlamente Heeresfolge geleistet, zu gute gekommen, oder richtiger noch der französischen Politik, die durch dies Ministerium Oxford-Bolingbroke einen Frieden erlangt, wie es sich ihn in den Jahren zuvor nicht träumen lassen durfte. Diese Politik hoffte auch ferner noch auf Oxford, und übermittelte daher, wie wir vernommen haben, dem Prätendenten die Mahnung Oxfords zur Geduld.

Der Prätendent und sein erster Berather Middleton wiesen die Zweifel an der Aufrichtigkeit Oxfords zurück. Auf eine Darlegung zu dessen Gunsten erwiederte Middleton zustimmend. „Der König, schrieb er am 9. März, hat mit vieler Befriedigung Ihre Darlegung vernommen, in welcher Sie bei Ihrer früheren Ansicht beharren, daß es Harleys (Oxfords) wirkliches Interesse und daher auch seine Intention ist, daß das Gesetz für die Thronfolge Hannovers aufgehoben werde. Es ist sicher, daß, wenn der Tod der Prinzessin Anna einträte, bevor diese Revision statt gefunden, dann Harley in verhältnismäßig gleicher Gefahr der Verfolgung sein würde wie der König. Darum ist vernünftiger Weise zu hoffen, daß er alle seine Bemühungen aufbieten wird, die Sache zu einer baldigen Entscheidung zu bringen; denn der Verzug ist dem Einen so gefährlich wie dem Anderen."[3])

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 386.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O., p. 394. Vom 9. März.

Dann ward der Friede von Utrecht geſchloſſen. So viel immer er für andere Mitglieder der großen Allianz zu wünſchen übrig ließ: diejenige Genugthuung, welche jener Zuſatz-Artikel der großen Allianz in Betreff der Anerkennung eines Königs Jacob III. von Ludwig XIV. forderte, ward in dem vierten Artikel des Friedensſchluſſes von Utrecht vollſtändig geleiſtet. Nicht zuerſt der Prätendent hatte, beim Tode ſeines Vaters Jacob II., ſich den Titel als König Jacob III. beigelegt, ſondern Ludwig XIV. hatte ihn als ſolchen anerkannt, ihm alle Hülfe verſprochen und darauf hin hatte er dieſen Titel angenommen. Nun beſagte der vierte Artikel des Friedensſchluſſes: „Nachdem derjenige, welcher bei Lebzeiten des Königs Jacob II. ſich als Prinzen von Wales benannte, und nach deſſen Tode den Titel eines Königs von Groß-Britannien angenommen, kürzlich freiwillig ſich aus dem Königreiche Frankreich wegbegeben hat, um anderswo ſeinen Aufenthalt zu finden, verſpricht der allerchriſtlichſte König, daß er, ſo wie ſeine Erben und Nachfolger alle Sorgfalt aufwenden werden, damit nicht Jener zu irgend einer Zeit und unter irgend welchem Vorwande nach Frankreich zurückkehre.“

Demnach hatte das Staatsrecht von Groß-Britannien nunmehr durch den Friedensſchluß von Utrecht abermals auch die völkerrechtliche Anerkennung erhalten. Der Prätendent dagegen hatte durch ſeine Anhänger im Parlamente ſelber beigetragen, daß dieſer Friede abgeſchloſſen wurde. Und dennoch hoffte dann wieder der Ritter von St. Georg, daß diejenigen, die öffentlich vor aller Welt ſein Recht verneint, einerſeits die Königin von Groß-Britannien und ihre Miniſter, andererſeits der König von Frankreich, im Geheimen dasſelbe wieder aufbauen würden.

Neununddreißigſtes Buch.

Vom Frieden von Utrecht, 11. April 1713, bis zur Krönung Georgs I., 20. 31. October 1714.

Das britiſche Parlament vom 9./20. April bis zur Auflöſung im Auguſt.

Verhalten der Jacobiten.

Die Beſorgniſſe in England vor geheimen Planen des Miniſteriums zu Gunſten des Prätendenten gingen ſehr weit. Am 27. Januar meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann aus London: „Es mangelt hier nicht an Perſonen, die ſogar glauben wollen, daß man die Türken zum Losbruche gegen Ew. kaiſerliche Majeſtät und das Reich aufreizen werde, um im Falle eines ſolchen Kriegesbrandes auch die Republik Holland außer Stand zu ſetzen, gegen die Herüberkunft des Prätendenten aufzutreten.“ — Einige Wochen ſpäter verlautete das Gerücht der Ausrüſtung eines Geſchwaders. „Die Whigs fürchten über alle Maßen, meldet Hoffmann am 14. März, daß dieſe Ausrüſtung bezweckt, den Prätendenten herüber zu führen.“

So haltlos dieſe Gerüchte waren, ſo haben ſie geſchichtlich den Werth, dieſe — man darf ſagen — krankhafte Stimmung der Beſorgnis zu zeichnen. In wie weit Beſorgniſſe ſolcher Art überhaupt gerechtfertigt waren, oder wie es um die Hoffnungen und Wünſche der Jacobiten damals ſtand, erfahren wir genauer aus ihren eigenen Berichten, namentlich des Schotten Lockhart.

Mit dem Abſchluſſe des Friedens, meldet Lockhart, ſchien für die jacobitiſche Partei die Zeit gekommen ſich zu verſichern, weſſen ſie ſich von Lord Oxford zu verſehen.[1]) Denn die bevorſtehende Seſſion war,

[1]) Das Folgende nach den Lockhart Papers vol. I, p. 412.

gemäß der Acte über die dreijährige Dauer eines Parlamentes, die letzte desſelben. Daher traten die Häupter des October-Clubs vor Oxford mit der Erklärung, daß ſie nunmehr die Erfüllung des ſo oft Verſprochenen erwarteten, wie dies ja zugleich auch nothwendig erſchiene für die Sicherheit der Königin, für ſeine eigene, ſo wie für die ihrige. Er ſeinerſeits ſprach ihnen für ihr Verhalten großes Lob aus, mit dem Wunſche jedoch, daß ſie noch ein wenig ſich gedulden möchten. „Freilich, ſagte er, iſt der Friede abgeſchloſſen, aber die Artikel ſind dem Parlamente noch nicht vorgelegt, und die Genehmigung derſelben dort iſt eben ſo wichtig wie irgend ein Schritt, der bisher gethan.“ Er ſprach weiter ſeinen Wunſch aus, daß in der bevorſtehenden Seſſion alles leicht von ſtatten gehen möge. Er verhieß, daß er ſofort nach der Auflöſung dieſes Parlamentes und vor den Neuwahlen gründliche Arbeit machen und die Dinge in England auf ſolchen Fuß ſtellen werde, daß alle Tories in Groß-Britannien mit ſeinem Verhalten zufrieden ſein ſollten.

Dieſe Rede Oxfords befriedigte jene Häupter nicht. Auch würden ſie ſich dabei nicht beruhigt haben, wenn nicht eine andere Ausſicht ihnen aufgegangen wäre. Sie hatten bereits bemerkt, daß Bolingbroke begann das Verhalten Oxfords offen zu tadeln. Sie meinten einen großen Treffer zu machen, wenn ſie jenen dahin bringen könnten, ihre Führung zu übernehmen. Da er ſich durch ſein freies Auftreten bereits einen großen Anhang unter ihnen erworben, ſo war er bereitwillig genug dazu und ſuchte daher täglich ſich bei ihnen mehr populär zu machen. Denn ſein Ziel war erſter Staatsminiſter zu werden. Als jene Mitglieder des October-Clubs ihm ihr Mistrauen gegen Oxford und ihre Unzufriedenheit mit ihm offen ausſprachen, ſtimmte Bolingbroke ihnen durchaus bei und verſicherte ihnen: er werde das Aeußerſte aufbieten, um Oxford zu mehr entſchiedenen Maßregeln zu bringen. Da jedoch Oxford bei der Königin viel gelte, ſo müſſe die Sache mit großer Vorſicht und Höflichkeit geführt werden. Daher erſuchte Bolingbroke dieſe Häupter, nicht dem Miniſterium entgegen zu ſein; denn dann könne es geſchehen, daß die Dinge nicht zu ihrer Befriedigung ausliefen.

Indem nach dieſen Aeußerungen die Mitglieder des October-Clubs vorausſahen, daß, nach aller Wahrſcheinlichkeit, die Lords Oxford

und Bolingbroke nicht lange mehr zusammen halten würden, beschlossen sie dem Letzteren anzuhangen, ihn zu stützen und in dieser Angelegenheit, die den Anlaß zu der Frageſtellung geboten, seiner Anweisung zu folgen. „Und in der That, fügt Lockhart diesem seinem Berichte hinzu, ich bin fest überzeugt, daß Bolingbroke damals und bis zum Tode der Königin die Herstellung Jacobs III. erstrebte.“ Indem aber überhaupt die jacobitischen Tories von der Besorgnis erfüllt waren, daß, im Falle ihrer Opposition wider die Minister, diese oder doch wenigstens Lord Oxford, sich bewogen finden könnten, sich den Whigs in die Arme zu werfen, hielten sie es für klüger, ganz mit Bolingbroke zu gehen und abzuwarten, welche Wirkungen seine Maßregeln haben würden. Dies war der Grund, weshalb in dieser dritten Session, die im April begann, der October-Club denselben Weg wandelte wie zuvor, alles bewilligend was das Ministerium verlangte. Denn, obwohl es kein großes Geheimnis mehr war, daß Oxford und Bolingbroke einander wegzudrängen suchten, und die Tories des October-Clubs sehr unzufrieden mit dem Ersteren und völlig dem Zweiten ergeben waren, so trat doch die Differenz nicht offen hervor, namentlich nicht in politischen Angelegenheiten. So konnte es geschehen, daß die Dinge für das Ministerium glatt verliefen.“

So der Bericht Lockharts über den Stand der Dinge vor dem Zusammen-Treten des Parlaments.

Die entsprechende Gesinnung bei der Mehrheit des Unterhauses gab sich in auffallender Weise kund durch die Gunst für den Dr. Sacheverell. Am 23. März 3. April liefen die drei Jahre ab, während deren er, nach dem Spruche des Oberhauses auf die Anklage des Unterhauses von 1710, sich der Kanzel enthalten mußte. Dann nahm er sich zum Texte seiner ersten Predigt die Worte der Schrift: „Vater, vergib ihnen; sie wissen nicht was sie thun.“ Die neue Tactlosigkeit des aufgeblasenen Mannes schadete ihm nicht. Die im Unterhause herrschende Mehrheit ersah ihn sich zum Festprediger für den Gedenktag der Herstellung des Königthumes, und die Königin verlieh ihm eine reiche Pfründe.[1])

Allein es war dann doch die große Frage, ob die im Unterhause vorwaltende Stimmung auch derjenigen der großen Mehrheit der Nation entsprach.

[1]) Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 41.

Beginn des Parlamentes.

Nachdem das Parlament zu wiederholten Malen vertagt war, im Monat März allein fünfmal, trat es endlich am 9./20. April zusammen. Die Thronrede der Königin kündigte den Abschluß des allgemeinen Friedens an, und fügte bei, daß die Auswechselung der Ratificationen binnen wenigen Tagen erfolgen würde. Dann fuhr sie fort: „Was ich für die Sicherung der protestantischen Thronfolge gethan habe, so wie die vollkommene Freundschaft, die zwischen mir und dem Hause Hannover besteht, mag alle demselben Wohlgesinnten, welche zugleich die Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes wünschen, überzeugen, wie vergeblich alle Versuche sind uns zu zertrennen, und daß diejenigen, die sich ein Verdienst daraus machen unsere Interessen als verschieden darzustellen, niemals ihren Zweck erreichen werden."

Bei der Anregung der Dank-Adresse im Oberhause wurde geltend gemacht, daß der Friede nicht allgemein sei und daß man um die Mittheilung der Artikel bitten müsse. Das letztere Verlangen ward auch im Unterhause angeregt. In beiden Häusern war die Mehrheit dagegen. Die Adressen beider Häuser begrüßten dagegen mit lebhaften Ausdrücken des Dankes die Worte der Königin über die Thronfolge. „Ew. Majestät, sagte diejenige des Unterhauses, können keinen höheren Beweis Ihrer Fürsorge für die Nachwelt geben als durch den Eifer, welchen Sie auszusprechen geruhen für die protestantische Succession in dem Hause Hannover, von welcher das künftige Glück dieses Königreiches so sehr abhangt. Wir hoffen und vertrauen, daß nichts im Stande sein wird, die Freundschaft zwischen Ew. Majestät und jener erlauchten Familie zu stören, da ja die bösen Absichten derjenigen, welche darauf ausgehen diese Interessen zu trennen, allzu plump angelegt sind, als daß sie je gelingen könnten."[1])

Bei solchen Reden einerseits der Königin, andererseits des Parlamentes hätte die Thronfolge des Hauses Hannover als fest begründet erscheinen müssen. In der Wirklichkeit dagegen hatten, nach vertraulichen Berichten aus London, die Minister viele Mühe gehabt die Königin zu bewegen, in ihrer Thronrede das Haus Hannover auch nur

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 337.

zu nennen. Nur auf die eindringlichen Vorstellungen, daß dies durchaus erforderlich sei, um die Gemüther zu beschwichtigen und bei den im Laufe des Jahres bevorstehenden Wahlen die Oberhand zu behalten, hatte die Königin nachgegeben.[1])

Die Häupter der Whig-Partei dagegen traten bei Lord Halifax zusammen, um eben auf Grund dieser Thronrede und der Adressen ihrer Bitte bei dem Kurfürsten, den Kurprinzen herüber zu senden, neues Gewicht zu verleihen.[2]) Im Namen derselben schrieb der Holländer L'Hermitage, der, obwohl nicht officieller Minister-Resident der Republik, dennoch im Ansehen eines solchen stand, nach Hannover. „Gerade jene unaufrichtigen Betheuerungen, ließen die Whigs sagen, geben für den Kurprinzen den natürlichsten Vorwand in Person herzukommen, jene Betheuerungen als aufrichtig gemeint zu betonen und dafür Dank zu sagen. Denn die Verstellung der Königin und des Treasurers mit derselben Münze zu bezahlen, ist nicht anders als gerecht. Der Kurfürst kann ja doch nicht anders als die unwürdige Weise, in der man ihn behandelt, schwer empfinden. Vom Throne herab wird geredet als thue man nichts als in Uebereinstimmung mit ihm, wo man in der Wirklichkeit auf die Denkschriften seines kürzlich hier verstorbenen Gesandten nicht einmal eine Antwort gegeben und in Utrecht das Interesse des Kurfürsten gegenüber demjenigen des Kurfürsten von Bayern völlig preis gegeben hat."

„Auf jeden Fall bietet sich hier die schönste Gelegenheit von der Welt, den Lord Oxford in seinen eigenen Schlingen zu fangen. Sie scheint providentiell gegeben zu sein. Um Gottes willen möge man sie nicht vernachlässigen; denn hernach auf sie zurückkommen zu wollen, dürfte zu spät sein."

„Die Freunde der Thronfolge halten es nicht für zweckmäßig, im Parlamente ein Jahrgeld für die Kurfürstin zu beantragen, noch auch dort zuerst die Herüberkunft eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses anzuregen. Durch dies letztere würden sie ein Recht in Frage stellen, welches das kurfürstliche Haus besitzt, und der Mehrheit im

[1]) Bothmar an Robethon, 16. Mai, bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 494.

[2]) A. a. O., p. 489.

Parlamente einen Anlaß geben, irgend welchen ungeeigneten Beschluß zu fassen, der die Herüberkunft erschweren würde." „Es bedarf für den Kurprinzen weder einer Einladung des Parlamentes, welche bei der Zusammensetzung des jetzigen nicht zu erwarten steht, noch auch einer Erlaubnis der Königin, welche sie, wenn verlangt, sicherlich nicht gewähren wird. Der Kurprinz, weil hier naturalisirt, zum Herzog von Cambridge und Mitglied des Oberhauses ernannt, endlich vermöge seines Ranges als Prinz von Geblüt, hat durchaus das Recht hierher zu kommen nach seinem Belieben. Nach den Gesetzen kann die Königin selber ihm weder untersagen ins Königreich zu kommen, noch auch seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Auch können die Königin und ihre Minister, nach den öffentlichen und feierlichen Erklärungen der Thronrede und der Adressen des Parlamentes, davon nicht zurück, sondern werden genöthigt sein, den Prinzen wohl aufzunehmen. Zugleich wird, wo die Gesundheit der Königin täglich mehr zusammen bricht, Jedermann sich ihm als der aufgehenden Sonne zuwenden."

„Die Freunde der Thronfolge wünschen, daß der Kurfürst den Prinzen sofort herüber senden möge, damit er noch während der gegenwärtigen Session, die nur noch zwei Monate dauern wird, hier erscheine und seinen Sitz im Oberhause nehme, nicht um dort mit den Whigs und gegen den Hof zu stimmen, sondern um Besitz zu ergreifen von demjenigen was ihm gebührt, und die Nation von der Falschheit der in Umlauf gesetzten Gerüchte zu überzeugen, daß der Kurfürst in Betreff der Krone von England gleichgültig sei. Denn andererseits stimmen die Freunde überein, daß der Prinz der Königin den Hof zu machen, den Ministern Aufmerksamkeit zu beweisen, Jedermann ohne Unterschied der Partei freundlich zu behandeln habe, und sich vom Besuche des Oberhauses enthalten möge, wenn dort Partei-Fragen zur Erörterung kommen, weil er bei solchen Gelegenheiten in die Lage gerathen könnte, entweder gegen den Hof zu stimmen, oder gegen die Freunde der Succession."

„Daß die Nation für das kurfürstliche Haus und gegen den Prätendenten ist, liegt nunmehr augenscheinlich vor, weil ja der Hof selber der Ansicht ist, die Wahlen für das nächste Parlament nicht anders durchsetzen zu können als durch die Erklärungen der Königin zu Gunsten des Hauses Hannover. Eben so suchen sich die Mitglieder

des Unterhauses, um der Wiederwahl sicher zu sein, in ihren Adressen hinter dieselbe Maske eines vorgeblichen Eifers für die protestantische Thronfolge zu verstecken. Dieses Beispiel wird Nachahmung finden in allen Adressen, welche, in Anlaß des Friedens, von allen Gegenden des Königreiches einkommen werden."

„Der Lord Treasurer läßt aller Orten im Lande umher verkünden, daß der Kurfürst sich in völliger Uebereinstimmung mit der Königin befinde, und es gut aufnehmen werde, wenn die vom Hofe empfohlenen Persönlichkeiten ins Parlament gewählt werden. Dieser Kunstgriff gelingt ihm an manchen Orten. Da er außerdem Geld zu verwenden hat und bei solchen Anlässen sehr freigebig damit ist, so werden die Whigs entmuthigt, als Bewerber um die Wahlen aufzutreten, aus Furcht des Mislingens. Demgemäß erwächst die Gefahr eines den Ministern eben so ergebenen Parlamentes wie das bisherige. Tritt dies ein, so vermögen die Minister, weil dann für drei Jahre lang unbedingt die Meister, leicht ihre verderblichen Plane auszuführen und den Prätendenten einzubringen."

„Dagegen wird die Anwesenheit des Kurprinzen im Königreiche ausreichen, diesen Plan der Minister zu nichte zu machen. Sie wird die Whigs ermuthigen sich um die Wahlen zu bewerben, und sie werden gern alle Kosten derselben auf sich nehmen, ohne von dem Kurprinzen etwas zu verlangen. Seine bloße Anwesenheit wird auf die Wahlen einen mächtigen Einfluß haben und für die Wohlgesinnten Viele gewinnen, welche zur Zeit dem Hofe nur darum folgen, weil sie an dem Successor keine Stütze haben, und in der irrigen Meinung befangen sind, daß der Kurfürst sich um England nicht kümmere. Alle diese Besorgnisse werden schwinden. Jedermann wird dem Prinzen anhänglich sein wollen, und dadurch werden wir ein gutes Parlament erhalten. Hernach mag dann der Kurprinz darin entscheiden, wie er für gut findet, sowohl in der Angelegenheit der Thronfolge als in denjenigen Europas."

„Die Sendung des Kurprinzen ist demnach ein sicheres Heilmittel sowohl gegen die gegenwärtigen Uebelstände, als die hernach zu besorgen sind. Es ist leicht, bietet sich selber dar, erfordert weder Kosten, noch bringt es eine Gefahr. Dies ist so einleuchtend, daß ich Ihnen nicht verhehlen darf, daß, wenn unsere Freunde, die so eindringlich es

verlangen, sich darin getäuscht sehen, sie sich für verlassen halten und auf keine andere Hülfe hoffen werden. Das wird sie entmuthigen und dahin bringen, daß sie für ihre Sicherheit ihre eigenen Maßregeln suchen."

„Alles hangt davon ab, daß der Kurprinz baldigst kommt und in unerkannter Weise. Dann wird Alles sich leicht machen."

Die Whig-Partei in England erneuerte diesen Rath, im Mai und Juni, mit jeder neuen Post. Auch Marlborough von Antwerpen aus mahnte in diesem Sinne. Der Gesandte Bothmar im Haag gab nach Hannover den gleichen Rath. Er rieth, daß der Kurprinz, um nicht den Weg über Holland zu nehmen, sich auf einer dänischen Fregatte in der Elbe einschiffen möge.[1])

Bevor von Hannover aus auf diese Wünsche eine Antwort erfolgte, bewies der Ausgang einer Angelegenheit im britischen Parlamente, daß das Ministerium sich nicht unbedingt auf die Mehrheit verlassen konnte.

Am 8./19. Mai erging eine Botschaft der Königin an das Unterhaus, lautend: „Anna Königin. Da es die unzweifelhafte Prärogative der Krone ist, Krieg und Frieden zu machen, so habe ich die Verträge über Frieden und Handel mit Frankreich, welche auf meinen Befehl gezeichnet waren, ratificirt" u. s. w. Diese Verträge wurden nun dem Hause vorgelegt.

So weit man diese Verträge auch schon vorher kannte, hatte namentlich der neunte Artikel des Handelsvertrages, den das britische Ministerium von Frankreich herausgedrückt zu haben meinte, schwere Bedenken des englischen Handelsstandes wach gerufen. Viele waren der Ansicht, daß dieser Artikel, welcher den Franzosen die Rechte der meist begünstigten Nation zuspreche, gegen die Verträge mit Portugal verstoße, und daß England darüber in Gefahr kommen würde, den sehr einträglichen Handel mit diesem Lande einzubüßen. Die Whig-Partei nutzte diese unzufriedene Stimmung aus. Bei der ersten Abstimmung, am 14./25. Mai, behielt das Ministerium noch die Oberhand. In den nächsten Tagen jedoch liefen viele Petitionen verschiedener Berufs-Classen, namentlich des Handelsstandes, gegen jenen Artikel ein.

[1]) Macpherson's Original papers, vol. II, p. 494. Vom 9. Mai.

Wiederholt wurden auch Experten mündlich vernommen. Am 18. 29. Juni fiel die Entscheidung. Für dieselbe erschien namentlich die Rede des Tory Sir Thomas Hanmer als gewichtig. Er erklärte offen, daß er früher für das in Kraft Treten der zwei Artikel 8 und 9 des Handelsvertrages gestimmt habe, daß jedoch die Darlegungen der Kauf- und Geschäftsleute verschiedener Richtungen ihn eines Besseren belehrt hätten. Das Interesse des Vaterlandes so wie die eigene Ueberzeugung seien die allein entscheidenden Grundsätze für ihn, und darum stimme er gegen das in Kraft Treten der zwei Artikel. Es ergab sich eine Mehrheit der Verneinenden mit 194 gegen 185.[1])

Das Ministerium hatte also eine Niederlage erlitten. Nach der Meinung oder vielmehr nach der Anklage Bolingbrokes hatte Oxford dieselbe verschuldet, indem zwei Tage zuvor das Gerücht ausging, daß Oxford auf den Punkt kein Gewicht lege. Er für seine Person also suchte sich der Niederlage zu entziehen. Der Verdruß Bolingbrokes gegen ihn war im Steigen, so sehr, daß er den Erguß seines Unwillens an Prior mit den Worten endet: Quos perdere vult Juppiter, prius dementat.[2])

Eine andere verwickelte Frage im Parlamente betraf Schottland. Die Unions-Acte von 1706 stellte fest, daß, so lange der Krieg währe, Schottland nicht zu der schweren Steuer der englischen Malz-Taxe herangezogen werden solle. Aber der Krieg war nun zu Ende und demgemäß brachte das Ministerium eine Bill ein, welche die Malz-Taxe über ganz Groß-Britannien ausdehnte. Die Schotten im Parlamente sträubten sich dagegen, so viel sie vermochten; aber die Bill ging mit großer Mehrheit durch.

Die allgemeine Misstimmung in Schottland darüber gedachte der Jacobit Lockhart auszunutzen. Er selber gibt seinen Plan dabei an mit den folgenden Worten: „Da es bei meiner Betheiligung an öffentlichen Angelegenheiten mein hauptsächliches, ja mein einziges Absehen war, dem Könige (Jacob III.) nach Kräften zu dienen, so hatte ich zunächst immer dies im Auge und wünschte sehnlichst eine Gelegenheit herbei, in welcher die schottische Nation die Ehre haben könne,

[1]) Commons Debates vol. V, p. 40.
[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 184.

möglichst einstimmig für ihn einzutreten."[1]) In der Anerkennung, daß die Loyalität nicht vermögen würde, das positiv einigende Band zu sein, trachtete Lockhart die allgemeine Abneigung der Schotten gegen die Union zu dem negativ einigenden Bande zu machen. Und dafür ergab die Einführung der Malz-Taxe eine geeignete Gelegenheit. Es handelte sich darum, die Aufhebung der Union zu beantragen.

Lockhart erzählt in ausführlicher Weise die Schritte, die er zu diesem Zwecke that, unbekümmert um die Misbilligung Oxfords, so wie auch der Königin. Er gewann für den Gedanken des Antrags auf die Aufhebung der Union die Schotten im Unterhause, und eben so dann im Oberhause. „Sie gingen ein, sagt ein Berichterstatter, wie jeder Schotte thun mußte, der sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, bei der Rückkehr in die Heimat gesteinigt zu werden."[2]) Man erblickte den Herzog von Argyle in dieser Sache wetteifernd mit dem Grafen Mar.

Aber es handelte sich darum, für den zu stellenden Antrag vorher eine Mehrheit zu gewinnen. Das Ministerium und die Tories weigerten sich. Dagegen einigten sich die Lords Nottingham, Townshend, Halifax mit den Schotten, daß, wenn diese ein anderes Mittel vorschlagen könnten, die Succession des Hauses Hannover in Schottland zu sichern, sie für die Aufhebung der Union stimmen würden.[3]) Von Seiten jener Lords war dies schlau berechnet; denn wenn mit ihrer Hülfe der Antrag durchging, so machten sich dadurch die Schotten bis dahin, daß die Sache entschieden war, also jedenfalls bis zum Ende der Session, von der Whig-Partei abhängig.

Der Antrag ward im Oberhause gestellt von Lord Findlater, und begründet durch die Nachtheile, welche die Schotten durch die Union erlitten haben wollten. Die ministeriellen Lords redeten dagegen, die Whigs, unter Voraussetzung jener Bedingung, dafür. Der Herzog von Argyle ging darüber noch hinaus, sehr wenig zur Befriedigung Lockharts. Argyle erkannte an, daß er für das Zustande-Kommen der Union nachdrücklich mitgewirkt. Er habe dies gethan in

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 418.
[2]) Krevenbergs Bericht vom 12. Juni, in den Robethon-Papieren.
[3]) Desgleichen vom 13. Juni.

der Hoffnung dadurch die proteſtantiſche Thronfolge um ſo mehr zu feſtigen. Aber für dieſen Zweck ließen ſich andere Mittel finden. Die Union, ſagt er dann, gereiche der Thronfolge des Hauſes Hannover ſo wenig zur Sicherheit, daß vielmehr die Abneigung gegen dieſelbe dem Prätendenten bei dem letzten Verſuche einer Invaſion, im März 1708, eine Menge Anhänger zugeführt habe, die ſonſt an ihn nicht gedacht haben würden. Dies werde ſich bei ähnlichen Gelegenheiten wiederholen.[1])

Nach langen Erörterungen ergab die Abſtimmung der Anweſenden je 54 für und wider. Die Vollmachten für den Antrag betrugen 13, diejenigen wider ihn 17. Demnach war die Sache erledigt und kam im Unterhauſe nicht einmal vor.

Stand der Frage der Thronfolge.

Wir ſehen, wie bei allen Angelegenheiten des britiſchen Parlamentes, ſei es offen, ſei es verſteckt, als der wichtigſte Factor die Frage der Thronfolge eintritt. Es iſt darum hier der Ort, den damaligen Stand derſelben nach der Auffaſſung des hannöverſchen Reſidenten Kreyenberg darzulegen. Nach dem Tode des Freiherrn von Grote hatte der Kurfürſt einen anderen Geſandten noch nicht wieder ernannt. Kreyenberg alſo führte die Geſchäfte. Bei ſeinem Berichte an Robethon iſt jedoch mit in Anſchlag zu bringen, daß er Oxford für einen wirklichen Jacobiten hielt. Er berichtet am 16./27. Juni wie folgt.[2])

„Die Angelegenheit der Schotten ſcheint nunmehr völlig beigelegt; aber Gott weiß, welche Folgen ſie noch in Schottland nach ſich zieht. Der Marquis Montroſe und der Herzog von Argyle ſo wie auch Andere ſind der Anſicht, daß ſie nicht ſchlimm ſein können, daß ſie vielmehr bei den nächſten Wahlen den Jacobiten zum Nachtheile gereichen werden. Ich zweifele jedoch daran, weil vorausſichtlich Lord Oxford das Geld nicht ſparen wird. Uebrigens ſcheint es mir, daß die ſchottiſchen Lords im Parlamente, nachdem ſie einmal ein böſes

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 435. Vgl. Lords Debates vol. II, p. 394.
[2]) Der Bericht in den Robethon-Papieren.

Geſicht gemacht, fortan wieder wie bisher mit dem Miniſterium ſtimmen werden. Ich nehme davon nur den Herzog von Argyle aus, ſeinen Bruder Lord Ilay, und vielleicht Lord Blantyre. Freilich predigt der Herzog von Argyle den Anderen unabläſſig, daß man in Schottland ihrem ernſtlichen Willen, dem Lande Erleichterung zu verſchaffen, nicht glauben wird, wenn ſie nicht auch in anderen Angelegenheiten gegen den Hof ſtimmen, bis ſie ihn zur Abhülfe zwingen; aber dies bringt keine Frucht; denn ihre Penſionen und die Hoffnung auf die Ueberkunft des Prinzen von Wales liegen ihnen mehr am Herzen."

„Ich halte es nicht für erforderlich, meinerſeits noch wieder die Reiſe des Kurprinzen hierher oder eine Geldſumme für die Wahlen anzuregen. Ich glaube die Nothwendigkeit und die vorausſichtlich gute Wirkung zur Genüge dargelegt zu haben. Das Eine oder das Andere würde unzweifelhaft durchſchlagen; allein, wenn weder das Eine noch das Andere geſchieht, ſo weiß ich in Wahrheit nicht, was aus unſerer Succeſſion hier werden ſoll. Ich gehe weiter und ſtelle es Ihrem Urtheile anheim, ob in ſolchem Falle Se. kurfürſtliche Hoheit daheim in ſeinem Kurfürſtenthume ſicher ſein, und ob nicht der König von Frankreich und der Prinz von Wales auf dem Throne von England trachten werden, den Kurfürſten auf einen ſolchen Stand hinab zu bringen, daß ſie von ihm nichts mehr zu fürchten haben. Sie kennen aus eigener Erfahrung England zu wohl um daran zu zweifeln, daß die Krone demjenigen zufallen wird, der zuerſt kommt, und daß ein Widerſtand hier ohne fremde Hülfe nicht möglich iſt. Aber die Frage iſt, woher dieſe Hülfe kommen ſolle. Denn hier ſind Viele der Anſicht, daß Holland, nachdem es einmal ſo wie zur Zeit herunter gebracht iſt, nicht wagen wird ſich zu rühren. Und was Dänemark betrifft, den guten Willen dort vorausgeſetzt, ſo kann man von dort her nicht eine ſchnelle Hülfe erwarten. Nur mit der Zeit könnte Dänemark nützlich werden, das heißt wenn der Krieg ſich hinzöge. Indeſſen ich will das nicht ausführen, ſondern kehre auf England zurück."

„Es gibt hier eine ſehr große Zahl Leute, die zur Zeit von den beſten Abſichten beſeelt ſind. Wäre aber der Prätendent einmal hier, ſo würden ſie, nach meiner Anſicht, nicht bloß ſich ruhig unterwerfen, ſondern auch reden etwa wie folgt: Wie! Soll ich mich und meine Familie zu Grunde richten, daß ich einen Bürgerkrieg anzetteln

helfe, deſſen Ausgang ungewis iſt? — Nein, lieber unterwerfe ich mich. Vielleicht iſt auch die Regierung des Prinzen nicht ſo ſchlimm, wie man behauptet. Er verſpricht ja, daß er unſere Religion und unſere Freiheit ſchützen will u. ſ. w. — Wenn der Prinz ſich proteſtantiſch erklärte, ſo würde man ſolche Reden noch nachdrücklicher vernehmen."

„Sie können mir darauf antworten, daß Leute, die ſo reden, nicht verdienen gerettet zu werden, oder daß man ſich für ſie bemühe. Allein man darf nicht verlangen, daß die Menge aus Catonen beſtehe. Auch iſt dies niemals und bei keiner Nation ſo geweſen. Es gibt eine gewiſſe Anzahl Leute, obwohl klein, die feſthalten werden; aber man darf ſich nicht darauf verlaſſen, daß ihr Beiſpiel die Maſſe der Nation mit fortzieht. Dieſe iſt furchtſam und bereitwillig ſich zu ergeben."

„Darum halte ich an der Hoffnung feſt, daß Se. kurfürſtliche Hoheit gemäß der Ihr eigenen Großmuth an England denken wird, bevor es zu ſpät iſt, und es nicht zu Grunde gehen laſſen will, obwohl die bis jetzt vorgeſchlagenen Mittel und Wege die Genehmigung dort nicht gefunden haben."

„In Betreff der Forderung des Geldes für die Wahlen habe ich, ſo viel es mir möglich, die Koſten entgegen gehalten, die der Kurfürſt für den Reichskrieg zu tragen hat. Ihnen gegenüber jedoch muß ich auch ſagen, daß dasjenige, was jetzt mit einer Summe von hunderttauſend Pfund Sterling zu erreichen iſt, ſpäter vielleicht mehr erfordern wird. Und jene Summe wäre einmal für immer."

„In Betreff des anderen Vorſchlages, nämlich der Sendung des Kurprinzen, geſtehe ich ein, daß ich den bekannten Freunden gegenüber nicht alle Hoffnung abſchneide, damit ſie nicht den Muth verlieren. Aber der lange Verzug einer Antwort darauf deutet ihnen ſchon an, daß nichts daraus werden wird, und daß meine Reden nur den Zweck der Begütigung haben. Dazu ſcheint auch ja die ſchöne Gelegenheit, welche ſich aus den Worten der Thronrede über die vollkommene Freundſchaft der Königin mit Hannover ergab, bereits verloren."

„Demnach bitten die Freunde, daß der Kurfürſt, indem er keinen von ihren zwei Vorſchlägen genehmigt, ſelber einen anderen, ihm geeignet erſcheinenden machen wolle. Denn ſie für ſich wiſſen keinen anderen, weder um dem Unheil vorzubeugen, noch auch das mehr und

mehr um sich greifende Gerede zum Schweigen zu bringen. In Wahrheit vernimmt man von Leuten, welche das Geheimnis jener zwei Vorschläge nicht kennen, daß entweder der Kurfürst ein Einverständnis mit Lord Oxford haben müsse, und darum die Succession nicht als in Gefahr ansehen könne, oder daß er geringen Werth auf diese Succession lege, sich eher gleichgültig dagegen verhalte. Der Einwand, daß doch der verstorbene Herr von Grote wie ich hier, und daß der Herr von Bothmar im Haag immer in anderer Weise geredet haben, verfängt nicht. Man erwiedert, daß wir sämmtlich nicht in das Geheimnis eingeweiht sind, daß auch selbst der Minister Bernstorf es nicht ist. Derartiges Gerede verbreitet sich so sehr, daß Worte dagegen nichts mehr vermögen. Auch sind es nicht geringe Leute, die in dieser Weise raisonniren, sondern Personen von Einsicht, von Verständnis, von gutem Willen. Auch selbst unter denen, welche das Geheimnis der zwei Vorschläge kennen, sind Einige nicht frei von Mistrauen, wenn sie es auch mir nicht kund geben. Ich rede nicht bloß von Whigs, sondern auch von Tories, unter denen es, nach meiner sicheren Kunde, eine große Zahl ehrenhafter Persönlichkeiten gibt, die sich von Stund an gegen Lord Oxford erklären würden, wenn sie wahrnähmen, daß Se. kurfürstliche Hoheit auftritt. Aber, wenn man in sie dringt sich auszusprechen, so halten sie das vorhin dargelegte Raisonnement entgegen."

Der Resident malt dann seine Besorgnisse vor den Folgen aus, die eintreten könnten, wenn die für die Succession Eifrigen in England auf alle Hülfe von Seiten des Kurfürsten verzichten müßten. Daß solche Besorgnisse vorhanden waren, ist demgemäß eine geschichtliche Thatsache, die darum auch Wirkungen ausübte. Ein Eingehen auf Besorgnisse, die sich nicht verwirklicht haben, würde dagegen über den Rahmen des Geschehenen hinausführen.

Endlich brachte Kreyenberg noch einen besonderen Wunsch der Bethätigung des Kurfürsten in England vor.

„Jedesmal, schreibt er, wo ich eine Geldfrage anregen muß, darf ich Ihnen versichern, daß ich es ungern thue. Aber ich kann es nicht immer unterlassen. Ein solcher Fall kommt mir jetzt vor in Betreff des Lords Willoughby von Parham. Dieser Lord, neulich durch den Tod seines Bruders zur Pairschaft gekommen, ist ein rechtschaffener

Mann, aber mittellos. Lord Oxford hat im Namen der Königin ihm ein Jahrgeld angeboten, wie es sein Bruder erhielt; aber er hat dem Boten geantwortet, daß er lieber Hungers sterben würde als durch sein Votum zum Verderben seines Vaterlandes beizutragen. Den Freunden unserer Sache, die ihn aufgefordert haben, sich hierher zu begeben, hat er erwiedert, daß er dazu bereit sei, auch seinen Sitz im Oberhause einzunehmen, wenn sie ihm die Reisekosten stehen würden. Dazu haben sie sich erboten, und demgemäß wird er erwartet. Unsere hauptsächlichen Freunde haben auch die Absicht, ein Jahrgeld für ihn zusammen zu legen. Aber dies stößt auf Schwierigkeiten, zumal da diese Arten von Ausgaben immer auf ein halbes Dutzend Personen fallen, die nicht reich genug sind für alles aufzukommen. Daher hat man mich viel gebeten zu seinen Gunsten zu schreiben, damit der Kurfürst sich herbeilassen möge, ihm ein kleines Jahrgeld zu bewilligen. Dafür könnte er auf dem Lande leben und seine Vollmacht hier belassen. Man hofft, daß 400 Pfund Sterling nicht als zu hoch dort angesehen werden, und der gute Mann würde damit sehr zufrieden sein. Ich habe dem Andringen darüber zu schreiben nachgeben müssen; aber ich sage im voraus, daß Lord Willoughby sich als rechtschaffener Mann bewähren wird, möge man ihm etwas geben oder nicht. Auch geschieht dies Schreiben ohne seine Bitte und sogar ohne sein Vorwissen."

„Ich füge noch hinzu, daß Lord Bolingbroke sich in sehr heftigen Ausdrücken gegen die Herren Bernstorf und Bothmar zu ergehen pflegt, und manchmal auch mir die Ehre erweist, in gleicher Weise von mir zu reden."

Auf diese dringenden Vorstellungen ließ der Kurfürst Georg Ludwig, im Beginne des Monats Juli, an Kreyenberg und L'Hermitage eine Antwort ergehen.[1]) „Se. kurfürstliche Hoheit, schreibt Robethon, hat durch den verstorbenen Herrn von Grote unseren Freunden in England sagen lassen, daß er sie niemals verlassen, und, auf den Tod der Königin, alles thun wird, was die Nation von ihm erwarten kann. Nachdem er nun, nach dem Tode Grotes, durch den Residenten Kreyenberg diese Versprechungen in den stärksten Ausdrücken hat erneuern lassen, würde es ihn in Staunen versetzen, wenn ein Zweifel laut

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 497.

würde an ſolchen Zuſicherungen von Seiten eines Fürſten, von dem man weiß, daß er ſein Wort gewiſſenhaft zu halten pflegt."

Der Nachdruck dieſer Antwort liegt in den Worten: auf den Tod der Königin. Sie ſchnitten jegliche Einmiſchung des Kurfürſten in die engliſchen Angelegenheiten vorher ab. Daß dennoch der Kurfürſt indirect auch für England ſich bethätigte, ſucht der Fortgang des Schreibens darzulegen.

„Der Kurfürſt erweiſt den Wohlgeſinnten in England den größten Dienſt, welchen die europäiſchen Angelegenheiten im Allgemeinen und ſeine beſondere Stellung ihm geſtatten, nämlich dadurch, daß er treu zu Kaiſer und Reich gegen Frankreich ſteht und zu dieſem Zwecke 17.000 Mann ſeiner Truppen verwendet. Dieſer Krieg gegen Kaiſer und Reich ſetzt den König von Frankreich außer Stande, den Prätendenten mit einer Armee nach England zu ſenden, und es iſt nicht anzunehmen, daß ohne eine franzöſiſche Armee der Prätendent es wagen wird, weil er ja durch die Geſetze geächtet iſt und die Nation wider ſich hat. Thäte er es dennoch, ſo muß man ja fragen, ob die Freunde der Succeſſion, welche ſo vermögend, ſo einflußreich ſind, und auf die Nation und die Geſetze ſich ſtützen können, den Muth verlieren und ſofort ſich unterwerfen würden, wo es ſich handelt um ihre Religion, ihre Geſetze, ihr Eigenthum, ihre Freiheit, zumal da ſie auf ſchleunige Hülfe von Seiten des Kurfürſten ſich verlaſſen dürfen. Die Nation muß ſich ſelber bethätigen; denn der Kurfürſt kann ſie nicht retten wider ihren Willen."

„Die Truppen am Rheine erfordern einen ſolchen Aufwand, daß der Kurfürſt das für die Wahlen verlangte Geld nicht hergeben kann. Dazu würde es ihm unfehlbar mislingen, weil ja doch der Hof immer den ſchwereren Beutel haben würde. Und ferner könnte eine ſolche Maßregel niemals ſo geheim gehalten werden, daß ſie nicht dem Miniſterium zu großem Anſtoße gereichen würde."

„Gegen die Sendung des Kurprinzen nach England ſtreitet eine Reihe von Gründen. Zuerſt mangelt, weil eine geheime Ueberkunft nicht möglich, die Gewisheit einer ſicheren Fahrt. Die Miniſter haben es in ihrer Macht ihm Hinderniſſe in den Weg zu legen, oder nach der Ankunft Kränkungen zu bereiten. Ferner iſt der Kurfürſt ſeit zwei Jahren mit irrthümlichen Nachrichten über den Zuſtand der Königin

ſo oft getäuſcht worden, daß er nicht anders als annehmen kann, ihr Tod ſtehe noch lange nicht in Ausſicht. Auf eine ſo unbeſtimmte Erwartung hin darf er nicht ſeinen einzigen Sohn und die Hoffnung ſeines Hauſes wagen."

Die Gründe für die Nicht-Sendung des Kurprinzen erſchienen dem Holländer L'Hermitage ſo wenig befriedigend, daß er es vorzog ſie gar nicht geltend zu machen, ſondern erneuerte Vorſtellungen dagegen nach Hannover richtete. Lord Halifax, meldete er, ermäßige die Forderung für die Wahlen in England auf die Hälfte, nämlich auf 50.000 Pfund Sterling, und der Herzog von Argyle glaube für Schottland mit 20.000 Pfund Sterling ausreichen zu können. Ungleich mehr wünſchenswerth aber ſei die Ueberkunft, wenn nicht des Kurfürſten, ſo doch des Kurprinzen. Halifax wolle dafür einſtehen, daß in dieſem Falle das Miniſterium geſtürzt werde. Dringender noch ſchrieb Lord Sunderland an Bothmar im Haag. Wenn nicht der Kurfürſt oder doch der Kurprinz komme, ſo würden alle Freunde der Succeſſion ſich für verlaſſen halten.[1])

Die Frucht dieſes Andringens in Hannover war, daß der Kurfürſt den Gedanken erwog, ſich in London wieder durch einen Geſandten vertreten zu laſſen.

Fortſetzung der Parlaments-Verhandlungen.

Wie richtig dagegen der Einwand, daß der Kurfürſt, auch wenn er ſonſt gewollt hätte, an Mitteln für die Wahlen mit der Königin und ihren Miniſtern nicht wetteifern könne, ergab ſich in denſelben Tagen. Am 25. Juni 6. Juli ließ die Königin an das Unterhaus die Botſchaft gelangen, daß ſie ſich in Folge außerordentlicher Ausgaben in Schulden befinde.[2]) Sie verlangte eine halbe Million Pfund Sterling. Bei dem jederzeit wohl geregelten Hofhalte der Königin mußte eine ſolche Forderung auffallen. Der Reſident Hoffmann berichtete darüber an den Kaiſer: „Dieſe Schulden rühren eigentlich daher, daß ein großer Theil der Einkünfte der Königin zur Gewinnung von Par-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 499. Im Juli und Auguſt.

[2]) Commons Debates vol. V, p. 44.

laments-Mitgliedern dient, wie denn auch die nunmehr begehrte Summe meiſtentheils zu demſelben Zwecke angewandt werden wird. Denn daran iſt dem Miniſterium alles gelegen, ja man dürfte ſagen, daß es deſſen einziges Geſchäft ausmacht.“ [1])

Dagegen vernahm die Whig-Partei mit Freuden die rege Betheiligung des Kurfürſten an dem Reichskriege wider Frankreich; denn, wie er, waren auch ſie der Meinung, daß jedenfalls dieſe Diverſion es dem Könige von Frankreich allzu ſchwer mache, mit Waffenmacht etwas für den Prätendenten zu thun.

Die officielle Friedensfeier fand ſtatt am 7./18. Juli. Die Abſicht der Königin ſich an derſelben in der St. Paulskirche zu betheiligen, ward vereitelt durch ihren Geſundheitszuſtand. Ihrem Wunſche gemäß begaben ſich die Mitglieder des Parlamentes zur St. Paulskirche, als wenn die Königin dort anweſend wäre; ſie ſelber dagegen hielt die Feier ab in der Capelle von St. James. Die ſämmtlichen Vertreter der fremden Mächte waren dazu geladen. Es erſchienen nicht die Reſidenten des Kaiſers und des Kurfürſten, Hoffmann und Kreyenberg. Auch die geſammte Whig-Partei hätte lieber nicht Antheil genommen. Um jedoch nicht den Vorwurf aufkommen zu laſſen, daß die Whig-Partei ſich in allen Dingen dem Hofe widerſetze, betheiligten ſich die Lords Halifax und Somers.[2])

Während das Parlament ſich zum Schluſſe neigte, gelang es noch einmal den Anhängern der geſetzlich feſtgeſtellten Succeſſion, einen erheblichen moraliſchen Erfolg davon zu tragen.

Am 29. Juni 10. Juli erhob ſich im Oberhauſe Lord Wharton mit dem Antrage, die Königin durch eine Adreſſe zu erſuchen, daß ſie bei dem Herzoge von Lothringen und bei allen mit ihr in Frieden und Freundſchaft ſtehenden Mächten ihren Einfluß aufbieten wolle, damit ſie dem Prätendenten der Krone von Groß-Britannien keine Aufnahme verſtatteten. Der Antrag überraſchte die Gegner ſo ſehr, daß erſt nach langem Schweigen einige Einwände laut wurden. Auch dieſe hielten nicht Stand. Eine Adreſſe in dieſem Sinne ward einſtimmig beſchloſſen.[3])

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Juli.
[2]) Desgleichen vom 18. Juli.
[3]) Lords Debates vol. II, p. 400.

Die Antwort der Königin lautete dahin, daß sie ihre Bemühungen, damit jene Persönlichkeit weiter entfernt werde, wiederholen wolle. Dies letzte so ungeschickt wie unaufrichtig gewählte Wort gab den Anlaß eine zweite Adresse zu beantragen. Diese sprach das Erstaunen des Hauses aus, daß die ersten Bemühungen nicht volle Wirkung gehabt, wo doch der König von Frankreich dem Wunsche sofort nachgegeben hätte. Die Adresse versprach, daß das Oberhaus der Königin zur Seite stehen werde in Allem was erforderlich sei, ein Verlangen durchzusetzen, welches, indem es sich gründe auf das Völkerrecht, nothwendig sei für die Ehre und die Sicherheit der Königin, wie für die Ruhe und den Frieden ihres Volkes.

Das Oberhaus beschloß, daß der Königin diese neue Adresse überreicht werden solle durch die Lords mit weißen Stäben. Es geschah, und es erfolgte der Bericht, daß die Königin die Adresse gnädig aufgenommen habe.

Zwei Tage nach jenem Antrage im Oberhause stellte der General Stanhope im Unterhause einen ähnlichen. Nur ein einziger Jacobit, Whitlocke, machte einen Einwurf. Er erinnere sich, sagte er, daß dem Protector Cromwell eine ähnliche Adresse eingereicht sei zu dem Zwecke, daß Carl Stuart aus Frankreich hinausgewiesen werde. Dessen ungeachtet sei kurze Zeit hernach Carl Stuart auf den Thron seines Vaters zurückgekehrt. — Die anderen Jacobiten schwiegen. Dies ist um so mehr auffallend, da wir von Lockhart die Ansicht vernommen haben, daß es nur von dem Lord Oxford abgehangen, von der Mehrheit des damaligen Unterhauses einen Beschluß zu Gunsten des Prätendenten zu erwirken. Das Schweigen der anderen Jacobiten auf den Antrag Stanhopes ward damals gedeutet als hervorgehend aus der Rücksicht auf die demnächstigen Neuwahlen.[1]) Demgemäß liegt darin von Seiten der Jacobiten die schweigende Anerkennung, daß sie in der Gesammtheit der Nation eine geringe Minderzahl ausmachten.

Der Antrag Stanhopes ward ohne Widerspruch zum Beschlusse erhoben. Die Adresse, die dann von dem Sprecher und dem ganzen Hause überreicht wurde, sprach in beredten Worten der Königin den Dank des Hauses aus für alle die Schritte, die sie für die eigene

[1]) Commons Debates vol. V, p. 47.

Sicherheit und diejenige ihres Volkes gegen den Prätendenten und für die Thronfolge des Hauſes Hannover gethan, und bat, die Königin wolle baldigſt und nachdrücklichſt auf den Herzog von Lothringen wirken, damit auch von dort diejenige Perſönlichkeit entfernt werde, welche, wie die Adreſſe ſagt, „zum Trotze gegen das ganz unzweifelhafte Recht Ew. Majeſtät auf die Krone, und gegen die Feſtſtellung desſelben auf das durchlauchtige Haus Hannover, den Titel eines Königs dieſer Reiche angenommen hat. Und wir bitten ferner Ew. Majeſtät verſichern zu dürfen, daß die Commons von Groß-Britannien, bei jedem Anlaſſe, mit dem Aufgebote aller Kraft Euere Majeſtät ſtützen wollen bei denjenigen Schritten, die für nöthig erachtet werden, jene Bemühungen wirkſam zu machen und Ew. Majeſtät den ruhigen und friedlichen Beſitz des Thrones zu ſichern.“

Die Königin faßte ihren Dank für die Adreſſe in die möglichſt kurzen Worte, daß ſie ihre Weiſungen im Sinne der Adreſſe geben wolle. Das Unterhaus beſchloß auch dafür wieder einſtimmig ſeinen Dank.

Die Zeit dieſes Parlamentes war um. Am 16./27. Juli erſchien die Königin in demſelben, und richtete eine warme Dankesrede namentlich an das Unterhaus für deſſen bewieſene Anhänglichkeit, Treue und Pflichteifer. Zu beiden Häuſern gewendet beklagte ſie die unglücklichen Spaltungen in der Nation, und ſchloß mit den Worten: „Ich hoffe für den inneren Frieden dieſer Nationen und für das Gemeinwohl, daß ich im nächſten Winter mein Parlament antreffen werde erfüllt von dem Willen nach denſelben Grundſätzen zu handeln, mit derſelben Beſonnenheit und mit derſelben Kraft, die mich in den Stand ſetzen wird, nach außen die Freiheit Europas aufrecht, und nach innen den Geiſt der Faction im Zaume zu halten.“ [1])

Man hatte ſich längſt daran gewöhnt, daß dies Miniſterium die Whigs mit dem Namen der Faction belegte. Daß die Königin denſelben in einer Thronrede anwandte, geſchah zum erſten Male und ſchien mit der Mahnung zum inneren Frieden wenig im Einklange zu ſtehen.[2])

---

[1]) Commons Debates vol. V, p. 57.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16./27. Juli.

Dann verkündigte der Lord-Canzler die Vertagung des Parlamentes auf den 28. Auguſt. Bevor der Termin ablief, erfolgte die Auflöſung.

Sofort begann dann der ſeit langem vorbereitete Wahlkampf, nicht zu Gunſten der Whig-Partei. Bis zur Mitte September waren etwa 200 Wahlen vollzogen, unter ihnen nur 60 zu Gunſten der Whigs. Wenn es, wie vorauszuſehen, nach dieſem Verhältniſſe fortging, ſo würden die Whigs im nächſten Unterhauſe nur etwa ein Viertel der Mitglieder ausmachen.

Demnach ergibt ſich ein auffallender Contraſt zwiſchen dieſem Ausfalle der Wahlen und der Stimmung der Nation im Allgemeinen. Daß dieſe in ihrer großen Mehrheit für die Thronfolge des Hauſes Hannover war, liegt in den Thatſachen des Auftretens beider Häuſer des Parlamentes in ihren Adreſſen und der Antworten der Königin zu Tage. Und dennoch ſehen wir dann von derſelben Nation aus eine Mehrheit von Vertretern in das Unterhaus entſendet, dienſtwillig für eine Regierung, die vielfach im Verdachte ſtand, nicht für die geſetzlich feſtgeſtellte Thronfolge, ſondern für den Prätendenten zu arbeiten. Wir ſehen die Hoffnungen der Whig-Partei, welche ſich als die eigentliche Stütze der Thronfolge des Hauſes Hannover anſah, in beſtändigem Sinken.

Es fragt ſich alſo um das Verhalten einerſeits des Prätendenten in Bar-le-Duc, andererſeits des Kurfürſten in Hannover.

Die Sache des Prätendenten.

Bei der Anknüpfung durch Gautier mit Berwick und dann dem Prätendenten ſelber in St. Germain, im Beginne des Jahres 1712, hatte Oxford ausbedungen, daß zuvor der Friede hergeſtellt und die Königin Anna bei Lebzeiten im Beſitze nicht geſtört werden dürfe. Berwick und der Prätendent waren darauf eingegangen, und hatten demgemäß ihre Partei im Parlamente dem Miniſterium für den Frieden, oder mittelbar dem Könige von Frankreich dienſtbar gemacht. Nachdem nunmehr der Friede abgeſchloſſen, ließ Berwick durch Gautier an Oxford ſchreiben, daß er ſich über die Maßregeln ausſprechen möge,

welche er für den Fall getroffen, daß die Königin vor der Herſtellung ihres Bruders ſterbe.[1]) Gautier antwortete, im Mai, daß Oxford völlig geneigt, daß auch Bolingbroke darin mit ihm einig ſei, die Königin zu bewegen ihrem Bruder ihre Schuld abzutragen. Eine beſtimmte Kunde, in welcher Weiſe dies geſchehen ſolle, habe er nicht; die Forderung derſelben erſcheine ihm jedoch ſo vernünftig und begründet, daß er bei ſeiner Ankunft in England, wohin er zu gehen ſich anſchicke, bei Oxford und Bolingbroke auf eine Erklärung dringen werde.

Es vergingen zwei Monate, und Berwick hatte keine weitere Nachricht. Er ſetzte den Herzog von Ormond, mit welchem er, ohne Wiſſen Oxfords, in Briefwechſel ſtand, zu gleichem Zwecke in Thätigkeit. Er wußte ferner um die Schritte der Jacobiten in England bei Oxford, aber zugleich auch, daß Oxford und Bolingbroke nicht auf freundlichem Fuße ſtanden. Den Zweifel, der darüber bei ihm aufſtieg, kämpfte er nieder durch die Erwägung, daß ihr gemeinſames Intereſſe ſie wieder zuſammen führen müſſe.

Wir ſehen alſo Berwick mangelhaft unterrichtet. Oxford und Bolingbroke hatten, ein Jeder für ſich, mit Gautier angeknüpft; aber es liegt kein Zeugnis vor, daß ſie jemals in dieſer Angelegenheit zuſammen gegangen wären. Vielmehr ſehen wir hier gerade die Verſchiedenheit oder den Gegenſatz. Bolingbroke wäre bereit geweſen zu handeln, wenn er gekonnt hätte. Aber einerſeits die Machtfülle der Krone war in den Händen des Treaſurers Oxford, andererſeits war damals noch das Vertrauen der Königin überwiegend für ihn.

Von Seiten Oxfords erfolgte nach Bar-le-Duc hin keine poſitive Aeußerung. Dagegen ließ er, zum Verdruſſe Berwicks, durch den anglicaniſchen Geiſtlichen Lesley dort die Frage des Uebertrittes zur Hochkirche anregen. Die Antwort des Prätendenten lautete derartig, daß er und Berwick hofften, man werde darauf nicht zurückkommen.

[1]) Dies Ganze nach Aeußerungen Berwicks, theils in ſeinen Mémoires t. II, p. 128 et suiv., theils in den Briefen in Lord Mahon's History of England etc. vol. I, p. 388.

„Auf dieſe Weiſe, erzählte ſpäter Berwick, hielt Oxford uns hin, und es war ſchwer ein Mittel dagegen zu finden. Denn ein Bruch mit ihm hätte alles vereitelt, weil er die Macht in Händen hatte und die Königin völlig leitete. Wir mußten uns alſo den Schein geben, Vertrauen in ihn zu ſetzen, unterließen aber dabei nicht unter der Hand mit dem Herzoge von Ormond und vielen Anderen zu arbeiten, um, wenn Oxford uns entginge, mit ihrer Hülfe zum Ziele zu kommen."

Als Gautier auch nach ſeiner Rückkehr aus England im Sommer nichts Poſitives mitbrachte, entſchloß ſich Berwick, im Auguſt, ſelber einen Vorſchlag zu machen, der ihm, wenn auch auf den erſten Blick etwas gewagt, dann doch, wie er ſagt, leicht, ſicher und ſogar als der einzig mögliche erſchien. Es iſt dabei zu bemerken, daß auch einige Jacobiten in England dieſe Meinungen Berwicks theilten.[1])

„Meine Meinung war, ſagt er, daß der König Jacob ſich heimlich und allein nach England zu ſeiner Schweſter begeben ſolle. Dann würde ſie ſofort am erſten Tage des neuen Parlamentes vor dasſelbe treten, dort das unbeſtreitbare Recht ihres Bruders darlegen, und ihren Entſchluß ausſprechen, ihm zurückzugeben, was nach göttlichen und menſchlichen Geſetzen ihm gebühre. Zugleich aber würde ſie verſichern, daß ſie mit ihm die Maßregeln verabredet, um zu verhindern, daß in irgend einer Weiſe die Hochkirche dadurch in Gefahr gerathe. Sie ſeien unter einander überein gekommen, daß ſie, die Königin, auf Lebenszeit die Krone friedlich behalten, ihn dagegen behandeln würde wie ihren Sohn, und daß ſie diejenigen Acte, welche das Parlament für die Sicherheit der Religion und der Freiheit für nothwendig erachte, genehmigen würde. — Nach dieſer Erklärung ſolle die Königin ſofort ihren Bruder ſelber dem Parlamente vorführen und ausſprechen: ‚Meine Herren, ſehen Sie hier ihn ſelber, der Ihnen verſpricht unverletzlich alles zu halten, was ich verſprochen habe, und dies zu beſchwören. Daher verlange ich, daß Sie ſofort die wider ihn errichteten Acten widerrufen, ihn von Stund an als meinen Erben und Ihren künftigen König anerkennen, damit er Ihnen Dank wiſſe dafür, daß Sie ſich

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 504.

mit mir geeinigt haben, das zu vollbringen, was Ihr Gewiſſen, Ihre Pflicht, Ihre Ehre Ihnen ſchon längſt hätte auferlegen ſollen.'"

„Dieſer unvorhergeſehene Schritt, meint Berwick ſpäter, würde die Factiöſen ſo ſehr überraſcht, die Wohlgeſinnten ſo entzückt haben, daß ſicherlich nicht der geringſte Widerſpruch laut geworden wäre. Es iſt gar nicht daran zu zweifeln, daß im ſelben Augenblicke alles nach den Befehlen der Königin gegangen wäre. Denn Jedermann würde der Ueberzeugung geweſen ſein, daß die Königin auch die Maßregeln getroffen, ihren Willen durchzuſetzen. Somit hätte von der einen Seite die Furcht vor einer Züchtigung, auf der anderen die Hoffnung auf einen Nutzen von dieſer Veränderung, die Mitglieder des Parlamentes bewogen, in einem Augenblicke die natürliche Ordnung, gemäß den Grundgeſetzen des Staates, herzuſtellen."

Das Schickſal dieſes Vorſchlages gibt dann Berwick ſelber an mit den Worten: „Wohl eingeweiht in die Einzelnheiten dieſes Vorſchlages, reiſte Gautier von meinem Hauſe in der Picardie nach England ab; allein obwohl er mir regelmäßig ſchrieb, konnte ich doch in Betreff jenes Vorſchlages niemals eine Antwort von ihm erlangen."

Es iſt aber auch nicht anzunehmen, daß Gautier aus eigener Macht es auf ſich genommen habe darüber zu ſchweigen, ſondern nur auf Oxfords Befehl. Auch iſt es nicht erforderlich, Oxford darin eines böſen Willens zu beſchuldigen; denn der Vorſchlag der jacobitiſchen Brüder hatte in ſich ſelber ſchwere Bedenken. Wir haben uns zu erinnern an die Rede Marlboroughs zu Robethon, daß die Königin ſich hüten würde, den Prätendenten für ihren Bruder zu erklären und ihm irgend welches Recht auf die Krone zuzuſprechen. Denn in demſelben Momente, wo dies geſchah, wuchs ſein Recht hinaus über das ihrige, erklärte ſie ſich mittelbar zur Uſurpatorin, konnte ſie alſo nicht die Krone auf Lebenszeit behalten wollen, weil ſie nicht mehr ihr gehörte. Der Vorſchlag Berwicks ſtellte alſo an die Willigkeit der Königin eine Forderung, deren Conſequenzen für ſie ſelber gefährlich werden konnten. Die Willigkeit der Königin Anna, das von ihr ſelber an ihrem Vater und an ihrem Bruder verübte Unrecht von 1688 wieder gut zu machen, kann, ungeachtet aller Parlaments-Acten, die ſie ſanctionirt, und ungeachtet aller Betheuerungen, die ſie nach Hannover hin gemacht, nicht in Zweifel gezogen werden. Aber dieſe Willigkeit hatte ihre Grenze. Wir

haben ihr Wort vernommen, daß sie bei Lebzeiten nicht irgend welchen Successor im Lande dulden wolle (Band XIII, S. 173). Die weite Fassung dieser Worte ist augenscheinlich nicht bloß gegen das Haus Hannover, sondern auch gegen ihren Bruder gerichtet. Die Willigkeit der Königin Anna für diesen hatte die Grenze, daß sie zwar wünschte ihm die Krone zu hinterlassen, selber aber sie behalten wollte bis an ihr Ende. Ihr Vertrauen auf Oxford stützte sich gerade darauf, daß er es vermocht habe ihr die Krone zu bewahren, welche, wie er sagte und wie sie glaubte, die Whigs ihr hatten nehmen wollen, und daß er es vermögen werde, auch ferner sie ihr zu bewahren.[1])

Es ist daher sehr wohl möglich, daß Oxford den durch Gautier überbrachten Vorschlag Berwicks oder richtiger doch wohl beider Halbbrüder der Königin ihr mitgetheilt hat, in der sicheren Voraussicht, daß sie ablehnen und er an dieser Ablehnung im geeigneten Falle seinen Stützpunkt haben werde. Wenn dies der Fall, so wirkte bei dem Charakter der Königin der Vorschlag Berwicks eher zu Ungunsten des Prätendenten als zu seinen Gunsten.

Ueberhaupt aber liegt die Frage nahe, wie es möglich war, daß die Königin, die von der Lady Masham wissen mußte, wie Oxford sich zu dem Plane des Franzosen Mesnager verhalten, die ferner in den von Oxford für sie verfaßten Thronreden wider die eigene Neigung ihre Freundschaft mit dem Hause Hannover rühmte, dennoch in der Sache ihres Bruders dem Lord Oxford ihr Vertrauen bewahrte.

Es ist zunächst möglich und sehr wahrscheinlich, daß Oxford bei der Königin als die Bedingung eines Eintretens für den Prätendenten geltend machte die Forderung seines Uebertrittes zu der Hochkirche. Diese Forderung entsprach so sehr dem eigenen Wunsche und dem Charakter der Königin, daß sie dieselbe nicht anders als gerechtfertigt finden mochte.

Dann aber geschah auch etwas Positives im Sinne der Königin. Längere Zeit hindurch ward an einem großen wissenschaftlichen Werke gearbeitet, welches endlich im October erschien, unter dem Titel: „Nachweis des Erbrechtes der Krone von England."[2]) Unter einer Fülle

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 503. Bericht des Gesandten Schütz, vom 22. September.

[2]) The hereditary right of the crown of England asserted.

hiſtoriſchen Materiales zieht ſich durch dieſes Werk ein beſonderer Gedanke als der eigentlich leitende, am klarſten ausgeſprochen bei der Nachfolge Eduards des Bekenners, in den Worten:[1] „Es kann der Fall eintreten, daß ein Souverän weder die Macht noch die Gelegenheit hat, dem legitimen Erben der Krone Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen, und daß er dadurch genöthigt iſt, die Bürde einer Krone zu tragen, deren er gern ſich entlaſtet ſehen würde, wenn er es in vernünftiger Weiſe zu thun vermöchte. Wenn zum Beiſpiel der wahre Erbe abweſend iſt, vielleicht in einem entfernten Königreiche, und in der Macht des Herrſchers dort, von deſſen Willen ſeine Rückkehr abhangt: ſo rufe ich den ſtrengſten Richter der Handlungen eines Fürſten an zu entſcheiden, ob die Ausübung der königlichen Gewalt durch den Inhaber des Thrones für Uſurpation geachtet werden kann. Nicht die Thatſache an ſich, daß Jemand einen Thron annimmt und inne hat, der nicht zunächſt ihm gebührt, macht ihn zum Uſurpator, ſondern der Wille ſo zu handeln. Derjenige, welcher das Recht eines Anderen für ſich nimmt, in der Abſicht dem rechtmäßigen Eigenthümer den Beſitz vorzuenthalten, und niemals wieder zurückzuſtellen, iſt ſicherlich der größten Ungerechtigkeit der Welt ſchuldig. Derjenige aber, der die Krone annimmt nur in der Abſicht ſie für den rechtmäßigen Eigenthümer zu bewahren, und durch dieſe Bewahrung die Abſichten der Feinde zu durchkreuzen, erweiſt durch dieſen Dienſt dem rechtmäßigen Eigenthümer ſicherlich einen Act außerordentlicher Freundſchaft.“

Kürzer berichtet über den Inhalt wie über den Zweck des Buches der kaiſerliche Reſident Hoffmann mit folgenden Worten: „Das eigentliche Thema des Buches iſt, daß derjenige, welcher eines Anderen Erbrecht beſitzt mit der Intention durch ſein Beſitzen dasſelbe dem rechten Erben zu bewahren, nicht für einen Uſurpator gehalten werden dürfe.“ Dann ſetzt er in Ziffern hinzu: „Dieſer Gedanke iſt die eigentliche Regel und der Grundſatz, nach welchem die Königin von England ſich zu halten gedenken ſoll.“[2]

Von denen, die in ſolcher Weiſe redeten, hatte wahrſcheinlich auch nicht Einer einen Einblick gehabt in die einſtige Correſpondenz der

[1] p. 28 des Werkes.

[2] Hoffmanns Bericht vom 27. October.

Prinzessin Anna mit ihrem Vater Jacob II. in St. Germain, siebzehn Jahre zuvor. (Vgl. Band VIII, S. 235 u. f.) Und doch, wie merkwürdig stimmt der Gedankengang, welcher der Königin Anna im Jahre 1713 zugeschrieben wurde, mit demjenigen, den sie im Jahre 1696 selber ausgesprochen! Aber die Königin Anna vergaß im Jahre 1713, daß ihr Vater Jacob II. ihr auch im Jahre 1696 seine Zustimmung zu jenem Gedankengange nicht gegeben, vielmehr sie ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nichts schwerer zurückzustellen sei als eine Krone. Sie vergaß ferner, daß sie im Jahre 1702 die Krone genommen, damals nicht in der Absicht sie zurückzugeben, sondern um sie zu behaupten wider den Bruder, der, in gleicher Weise übel berathen wie der Vater, die Krone zurückzugewinnen meinte mit der Hülfe des Feindes seines Geburtslandes.

Ueberhaupt aber handelte es sich ja in dieser Sache nicht bloß um die Differenz der Mitglieder des Königshauses. England hatte den langen schweren Krieg geführt nicht allein um das spanische Erbe, sondern in ausdrücklich ausgesprochener Weise, vermöge des Zusatz-Artikels zur großen Allianz (Band IX, S. 458), um von dem Könige von Frankreich die Anerkennung der Thronfolge-Ordnung zu erzwingen. Weil das bethörte Königshaus Stuart nicht ablassen konnte oder wollte, seine Sache an diejenige des Königs von Frankreich zu binden: so war die lange Kette der Siege von Höchstädt bis Malplaquet nicht bloß über die Macht Ludwigs XIV. errungen, sondern zugleich über die Ansprüche des Hauses Stuart an den Thron von England, zur Sicherung der Königin Anna auf diesem Throne, zugleich aber auch zur Befestigung der Gesetze, welche die Thronfolge nach ihr dem Hause Hannover zusprachen. Waren auch durch den Friedensschluß von Utrecht manche Früchte jener Siege wieder an Frankreich preisgegeben, so war doch jene Frucht, die Befestigung der gesetzlichen Thronfolge durch die Anerkennung von Seiten Frankreichs, vollaus zum Ausdrucke gekommen.

Jenes Werk über das Erbrecht der Krone stand mithin im Gegensatze zu der inhaltsreichen Geschichte von England seit einer langen Reihe von Jahren. Die allgemeine Meinung in London maß es dem Grafen Oxford als Urheber zu, und glaubte zu wissen, daß dessen reich ausgestattete Bibliothek gewichtiges Material geliefert hatte, nament-

lich in Betreff der Verfügungen Heinrichs VIII.[1]) Das Werk war indeſſen nicht bloß zur Gewiſſensberuhigung der Königin abgefaßt, ſondern hatte, nach der Meinung der Whig-Partei, auch einen weiteren politiſchen Zweck. Sie ſagten, daß das Miniſterium ſich bei dem neuen Parlamente desſelben bedienen wolle, um, wie es bei Heinrich VIII. geſchehen, die Thronfolge der Verfügung der Königin anheim zu ſtellen, und zwar unter dem Scheine, daß dies keineswegs gegen das Haus Hannover gerichtet ſein ſolle, ſondern nur zu dem Zwecke, damit der Succeſſor einigermaßen von der Königin abhange, ſich gegen ſie nicht übernehme, ihrem Intereſſe nicht entgegentrete, ſondern ſich demſelben unterordne.[2])

Immerhin mochte dies der Plan ſein: die Ausführung war fraglich.

Jedenfalls aber wußte Oxford durch dieſe und andere Mittel zu erreichen, daß, dem aufſtrebenden Bolingbroke gegenüber, der mit gering verhehlter Ungeduld die Machtmittel der Krone nur in Oxfords Händen ſah, die Königin dieſen nach wie vor für unentbehrlich hielt. Und ähnlich hatte er in Bar-le-Duc den Erfolg, daß, ſo oft ſich auch dort ein Zweifel an ihm regte, dennoch die neu gewählten jacobitiſchen Mitglieder des Parlamentes wieder an ſeine Führung gewieſen wurden.[3])

Derſelbe Lord Oxford verſicherte dagegen den Freunden der Thronfolge des Hauſes Hannover, daß der Kurfürſt ſein geſammtes Verhalten billige. In dieſer Weiſe äußerte er ſich ſogar zu Lord Halifax. Daher ſagte man: wenn Oxford einer Perſönlichkeit gegenüber, die allgemein als in Hannover hoch angeſehen gilt, derartige Reden führt, wie dann erſt zu Anderen, die in Hannover unbekannt ſind?[4])

Dennoch meinte Oxford dabei ſicher ſeines Weges zu gehen. Als ihn Jemand wohlwollend warnte auf ſeiner Hut zu ſein, antwortete er: „Ich habe niemals einem Menſchen getraut. Ich bin entſchloſſen auch für die Zukunft niemals Jemandem zu trauen. Demgemäß hat mich Niemand je betrogen, noch wird man mich betrügen.“[5])

[1]) So Marlborough in Macpherson's Original papers vol. II, p. 516.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. October.
[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 434, 444.
[4]) A. a. O., p. 509.
[5]) A. a. O., p. 503.

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig.

Gegenüber dem unabläſſigen Andringen, namentlich von der Whig-Partei aus, auf die Ueberſendung des Kurprinzen nach England, entſchloß ſich der Kurfürſt, zu Ende Auguſt, ſich dort wieder durch einen Geſandten vertreten zu laſſen. Er ernannte zu dieſem Zwecke den Freiherrn von Schütz, den Sohn des früheren Geſandten zur Zeit Wilhelms III. und in den erſten Jahren der Königin Anna. Der neue Geſandte war ein Neffe des Miniſters Bernſtorf. Durch den langjährigen Aufenthalt in England mit ſeinem Vater war er vertraut mit der engliſchen Sprache, den Sitten und Anſchauungen.

Die Inſtructionen, die Schütz ſowohl von der Kurfürſtin Sophie wie von dem Kurfürſten erhielt, zum großen Theile gleichlautend mit denjenigen des früheren Geſandten Grote, führten durchweg den Gedanken aus, daß der Kurfürſt, vor dem Tode der Königin, ſich in engliſche Angelegenheiten nicht einmiſchen werde, verlangten dagegen ein Hinwirken auf die weitere Entfernung des Prätendenten und eine Dotation nach engliſcher Weiſe für die Kurfürſtin als nächſte Thronerbin. Dagegen ward der Geſandte ausführlicher noch als zuvor mit Gründen gegen die Forderung der Ueberkunft eines Mitgliedes des kurfürſtlichen Hauſes nach England ausgeſtattet. Das Ganze entſpricht unzweifelhaft der Geſinnung des Kurfürſten; jedoch iſt auch die Subjectivität des Verfaſſers, des franzöſiſchen Refugié Robethon, darin nicht zu verkennen.

„Die Freunde der Thronfolge, heißt es in der Inſtruction,[1]) ſind bereits darüber klar, daß bei Lebzeiten der Königin es dem Kurfürſten ſelber unmöglich iſt, nach England hinüber zu gehen. Denn ein Souverän darf ſein eigenes Land nicht ohne dringende Nothwendigkeit verlaſſen, und die Anweſenheit des Kurfürſten daheim iſt um ſo mehr geboten, weil noch der Reichskrieg gegen Frankreich und der nordiſche Krieg in ſeiner unmittelbaren Nähe fortwährt. Auch begreifen die Freunde, welchen Verdacht und Verdruß bei der Königin eine ſolche Reiſe erregen würde. Wenn man nicht bis zum Aeußerſten der Königin gegenüber gehen will, ſo iſt eine ſolche Reiſe weder gerecht,

[1]) In den Robethon-Papieren. Sämmtliche Inſtructionen vom 28. Auguſt.

noch zweckmäßig, würde vielmehr, weil ja doch auch die Königin noch nichts gegen die Thronfolge gethan und die Neigung ihrer Unterthanen für ſich hat, eher Nachtheil als Vortheil bringen."

„Es handelt ſich alſo um den anderen Vorſchlag, denjenigen der Sendung des Kurprinzen. Wenn dieſer Vorſchlag angeregt wird, ſo hat der Freiherr von Schütz darauf in folgender Weiſe zu antworten."

„Die Regel der Klugheit macht es dem Kurfürſten zur Pflicht die Königin und ihre Miniſter ſo lange zu ſchonen wie es möglich iſt, d. h. ſo lange ſie nicht irgend welchen directen Angriff gegen die Thronfolge gemacht haben. Jeder auffallende Schritt, den der Kurfürſt unternähme, bevor die Königin und die Miniſter ſich vor der Nation ins Unrecht geſetzt haben, würde voreilig ſein und das kurfürſtliche Haus, anſtatt für daſſelbe mehr Boden zu gewinnen, den bereits gewonnenen verlieren laſſen. Es ſteht zur Zeit mit unzweifelhafter Gewisheit feſt, daß der Königin nichts ſo ſehr zuwider iſt als ein Mitglied des kurfürſtlichen Hauſes dort zu ſehen. Demnach könnte der Kurprinz nur wider den Willen der Königin dahin gehen. Dies würde den Kurfürſten unvermeidlich mit der Königin überwerfen, und ihn in die Gefahr bringen, als im Unrechte angeſehen zu werden, weil diejenigen Tories, die für die Thronfolge geſinnt ſind, die Sendung des Kurprinzen betrachten würden wie die Ausführung eines Planes, den Whigs ein Haupt zu geben und ſie, zum Nachtheile der Tories, wieder in die Aemter einzuſetzen. Das kurfürſtliche Haus würde alſo die Zuneigung der gemäßigten Tories verlieren. Dieſer Verluſt wäre aber ſehr empfindlich. Denn ſo lange die Tories im Anſehen und die Königin für ſie iſt, darf man nicht erwarten, daß die Whigs im Parlamente die Mehrheit haben werden. Daher bedarf das kurfürſtliche Haus aller ſeiner Freunde, welcher Partei immer ſie angehören, und als der ſicherſte Weg die Thronfolge aufrecht zu halten, erſcheint die Einigung der gemäßigten Tories mit der Whig-Partei, und die Trennung jener von den jacobitiſchen Tories. Die Verwerfung des Handelsvertrages mit Frankreich hat bereits gezeigt, daß die Tories, welche aus Patriotismus handeln, bereit ſind, ſich in ſolchen Angelegenheiten, die ſie als nachtheilig für Groß-Britannien anſehen, von dem Miniſterium zu trennen. Wenn aber dies ſchon für ein einfaches Handels-Intereſſe geſchieht, ſo darf man es mit feſterem Grunde da

erwarten, wo es sich darum handelt, die gesetzlich festgestellte Thronfolge aufrecht zu halten, und wann die gemäßigten Tories erkennen, daß es das Bestreben der Minister ist sie umzustürzen. Das Interesse des kurfürstlichen Hauses erfordert daher, mit den so gesinnten Tories behutsam umzugehen. Der Gesandte des Kurfürsten muß ihnen überzeugend darzuthun suchen, daß man in Hannover nicht weiß, was Whig, was Tory ist, und daß man dort für England nur zwei Parteien kennt, nämlich diejenige des kurfürstlichen Hauses, und diejenige des Prätendenten, so daß der Kurfürst als seine Freunde diejenigen ansieht, welche für die Succession sind, ohne sich um ihre sonstige Parteistellung zu bekümmern."

„Ferner, wenn das nächste Parlament dem Hofe eben so ergeben ist wie das vorige — was ja aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird — so wäre es, falls der Kurprinz wider den Willen der Königin käme, für das Ministerium eine leichte Sache, ihn wieder hinaus zu nöthigen. In diesem Falle hätte man durch die Reise des Prinzen mehr verloren als gewonnen, und nur die Sache des Prätendenten gefördert. Die Erfahrung hat gezeigt, wie geschickt das jetzige Ministerium ist, denen die ihm missfallen, Verbrechen und angebliche Verschwörungen anzudichten, und Mittel auszufinden, die in solchen Dingen auf den Glauben des Volkes wirken. Auch wäre es ja nicht das erste Mal, daß das Parlament die dem Throne zunächst stehenden Prinzen gezwungen hätte aus dem Königreiche zu weichen. Die Freunde des kurfürstlichen Hauses sind selber der Meinung, daß ein im Parlamente gemachter Vorschlag den Kurprinzen einzuladen, dem Hofe Anlaß geben würde, einer solchen Reise Hindernisse in den Weg zu wälzen. Und sicherlich würde es auch dem Hofe nicht schwerer werden Mittel zu finden, die den Kurprinzen zum Verlassen des Königreiches nöthigen würden, als ihm von vorn herein den Eintritt zu verwehren."

„Die Ueberfahrt des Kurprinzen würde, wenn sie heimlich und ohne Vorwissen der Königin geschähe, schweren Gefahren unterworfen sein, und sein Aufenthalt in London würde ihn einer Volksbewegung und den Attentaten von Papisten und Jacobiten bloß stellen. Es liegt daraus vor Augen, welches Wagnis der Kurfürst durch die Sendung auf sich nähme, wo er nur diesen einzigen Erben hat, und dieser selbst wieder nur Einen Sohn, der noch in der zartesten Kindheit sich befindet."

„Man würde endlich die protestantische Thronfolge geradezu aufs Spiel setzen, wenn man einen solchen Schritt thäte, ohne vorher auch die geeigneten Maßregeln getroffen zu haben, ihn zu behaupten. Solche Maßregeln können in zuverlässiger und wirksamer Weise nur im Vereine mit den Generalstaaten getroffen werden. Nun ist es aber sicher, daß, bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüther in Holland, es unmöglich sein würde, bei Lebzeiten der Königin, und so lange sie sich nicht offen für den Prätendenten erklärt, die Republik zu derartigen Maßregeln zu bewegen. Dagegen ist es unzweifelhaft, daß die Republik zur Hülfe eintreten würde, wenn etwa der Prätendent nach dem Tode der Königin etwas gegen die protestantische Thronfolge unternähme, oder auch selbst, wenn dies bei ihren Lebzeiten geschähe, vorausgesetzt nur, daß in diesem Falle die wohlgesinnte Partei in England das Beispiel gäbe und dem Feinde widerstände, wie das Gesetz es zur Pflicht macht. Denn wenn man sich beugt, sich unterwirft, so darf man nicht darauf rechnen, daß Holland die Sache auf sich nimmt. Die gegenwärtige Lage ist von derjenigen zur Zeit des Königs Wilhelm (d. h. 1688) sehr verschieden. Vermöge seiner Stellung als Statthalter in Holland besaß dieser Prinz den Credit und die erforderliche Autorität, die Republik zu bewegen, ihn mit Macht zu unterstützen. Andererseits gestatteten damals die Gesetze den Engländern nicht, sich zu Gunsten des genannten Prinzen und wider den damals regierenden König Jacob II. zu erheben.[1]) Dagegen haben zur Zeit die wohlgesinnten Engländer die Gesetze für sich, sind durch dieselben autorisirt, sich dem Prätendenten mit aller Macht zu widersetzen, und den protestantischen Successor aufrecht zu halten, der seinerseits bei den Holländern sich nicht in der günstigen Lage befindet, wie damals der König Wilhelm. Deshalb ist es zunächst an den wohlgesinnten Engländern festzuhalten, und dann auf Hülfe von dem Kurfürsten und von Holland her zu rechnen."

Es war nicht die Absicht des Kurfürsten, daß sein Gesandter die Gedanken dieser Instruction offen verkünden, sondern nur, daß er auf

[1]) Les loix ne permettoient pas alors aux Anglois de se soulever en faveur du dit Prince, contre le Roi Jacques II, qui étoit actuellement sur le trône.

Befragen denſelben gemäß Rede ſtehen ſolle. Den Wortlaut ſelber durfte er nur wenigen ſehr zuverläſſigen Freunden mittheilen.

Ueberhaupt machte ihm die Inſtruction große Vorſicht zur Pflicht. Auf der Durchreiſe durch Holland ſolle er ſagen, daß er ſich wegen ſeiner Familien-Angelegenheiten nach England begebe, um dadurch zu vermeiden, daß der Botſchafter Strafford im Haag Schritte gegen ihn thue. Nach ſeiner Ankunft in London ſolle er, ſo lange die Königin in Windſor verweile, nicht öffentlich auftreten, und ſeine Beglaubigung dem Staats-Secretär erſt dann überreichen, wenn die Rückkehr der Königin in Ausſicht ſtehe. — Die Inſtruction der Kurfürſtin prägt ſchärfer noch als diejenige des Kurfürſten, die Beſorgnis aus parteilich zu erſcheinen. „Der Geſandte, ſagt ſie, ſoll bei jeder Gelegenheit die völligſte Unparteilichkeit beweiſen. Er muß es vermeiden mit den Whigs allzu ſehr einen öffentlichen Verkehr zu unterhalten. Er muß Allen ohne Unterſchied die Werthſchätzung ausſprechen, die wir von der Nation und der Thronfolge dort hegen, und ihnen verſichern, daß die hauptſächliche Sorgfalt der kurfürſtlichen Hoheiten bei Lebzeiten der Königin darauf gerichtet ſein wird, die Ehre ihrer Freundſchaft vollaus zu würdigen."

Im September traf Schütz in London ein, und hielt ſich dann für längere Zeit noch unbekannt. Dies hinderte ihn jedoch nicht Unterredungen zu pflegen hier und da, und Nachrichten einzuziehen. Es würde zu weit führen die Meinungen der Einzelnen zu berichten, zumal da durchweg dieſen Meinungen ſich Irrthümer über Thatſachen beimiſchten, namentlich in Betreff des Treaſurers Oxford. Lord Halifax z. B., der mit Recht als eine der bedeutendſten Perſönlichkeiten galt, ſagte, daß nach ſeiner Anſicht ſowohl die Königin wie das Miniſterium gegen die hannöverſche Thronfolge ſeien. Dagegen lebe er der Ueberzeugung, daß die Königin, weit entfernt dem Prätendenten die Krone abtreten zu wollen, keineswegs zur Zeit geneigt ſei, ihn herüber kommen zu laſſen.[1]) — Demnach war auch für das Auge des Lords Halifax der Treaſurer Oxford undurchdringlich.

Im Allgemeinen war jedoch der Eindruck, den der Geſandte Schütz aus den ihm gemachten Mittheilungen empfing, derjenige, daß

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 509. Vom 24. October.

die Ausſicht auf die Thronfolge des Hauſes Hannover immer unſicherer werde. „Wenn die Dinge in dieſer Weiſe fortgehen, ſagte ihm der General Stanhope, ſo wird der Kurfürſt nicht zur Krone gelangen, er komme denn mit einer Armee.“[1]) Aber auch Stanhope war dabei der Anſicht, daß der Treaſurer ganz für den Prätendenten ſei.

Der andere Geſammt-Eindruck, den die Berichte des Herrn von Schütz wieder ſpiegeln, iſt derjenige der Klage über das Verhalten des Kurfürſten, der keinen Schritt thue, um ſich Stimmen im Parlamente zu ſichern. Es ſeien im Oberhauſe ſechs oder ſieben arme Lords, die lieber von dem Kurfürſten je eintauſend Pfund für ihren Unterhalt nehmen würden, als, wie es geſchehe, von der Regierung.[2]) Schütz war nicht ermächtigt, derartige Gelder zu bewilligen.

Einen anderen Vorwurf kannte Schütz ſelber nicht einmal, weil derſelbe ſeine eigene Perſon betraf. Als er endlich, im November, von Hannover her die Erlaubnis erhielt, als Geſandter aufzutreten, vernahm man von einigen Häuptern der Whigs die Rede, daß die ſchwierige Lage der Dinge dort den geſchickteſten Miniſter des Kurfürſten erfordert hätte, nicht jedoch einen jungen und unerfahrenen Mann.[3])

Wie ungewis und ſchwankend die Dinge auch dem erfahrenſten Engländer erſchienen, liegt in auffallender Weiſe in dem Verhalten Marlboroughs vor, der damals in Antwerpen ſich befand. Dort erſchien bei ihm am 13. October der Jacobit Tunſtal und berichtete dann über ihn an Middleton in Bar-le-Duc. Lieber werde Marlborough ſich die Hand abhauen, meinte Tunſtal von ihm vernommen zu haben, als daß er zum Nachtheile des Dienſtes des Königs handeln würde. Wenn er nur auch ſeines eigenen Anſpruches ſicher wäre, ſo würde er bereitwillig allen ſeinen Einfluß, öffentlich wie privat, für die Sache des Königs aufbieten.[4])

Sechs Wochen ſpäter, am 30. November, richtete derſelbe Marlborough an Robethon in Hannover ein dringendes Schreiben über die Lage der Dinge in England. Obwohl, ſagte er darin, die geſammte

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 506. Vom 3. October.
[2]) A. a. O., p. 506, 510.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 21. November.
[4]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 441.

Führung des Miniſteriums, nach innen wie nach außen, über die Abſicht den Prätendenten einzubringen, keinen Zweifel belaſſe: ſo wolle er doch zum Beweiſe einige beſondere Umſtände anführen. Zuerſt nämlich werde die Verbindung des Hofes von St. James mit Frankreich, trotzdem daß dieſe Macht ſich der Ausführung der Friedens-Artikel zu entziehen wiſſe, immer feſter und enger. Ungeachtet der Parlaments-Adreſſen für die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen thue das Miniſterium dort keinen Schritt, entwickele dafür aber eine große Geſchäftigkeit bei allen denjenigen Höfen, die vorausſichtlich auch ſo den Prätendenten nicht aufnehmen würden. Ferner verleihe man alle Aemter in Civil und Militär an notoriſche Jacobiten. — Dieſe Anklage war, wie die entgegen geſetzte von Lockhart ausweiſt, in dieſem Maße nicht begründet. Es folgten andere, in ähnlicher Weiſe ſtark aufgetragen, beſonders in Betreff der Wahlen, und mit Nachdruck diejenige über das, wie er ſagt, perniciöſe Werk für das Erbrecht der Krone, ferner die Anweſenheit des iriſchen Jacobiten Patrick Lawleß in London, als Geſandten für Philipp V. Marlborough ſchloß, daß es gegen alles dies kein ſo wirkſames Heilmittel gebe als die ſchleunige Ueberſendung des Kurprinzen nach England. Das ſei der einſtimmige Wunſch der Freunde der Succeſſion in England, über welchen der Kurfürſt entſcheiden möge. Marlborough bat endlich, nur dem Kurfürſten und dem Miniſter Bernſtorf von dieſem Briefe Kunde zu geben, und dann ihn zu verbrennen.[1])

Es findet hier der Unterſchied ſtatt, daß Marlborough nach Barle-Duc hin mündliche Verſicherungen abgibt, nach Hannover ſie ſelber ſchreibt. Aber er ſchickte auch noch im März des nächſten Jahres an den Marſchall Berwick ein Schreiben, welches dieſer mit der Bezeichnung: leere Worte, dem Prätendenten übergab. In Hannover dagegen fand Marlborough vollen Glauben, nicht jedoch ſo, daß der Kurfürſt in dem Entſchluſſe der Nicht-Sendung des Kurprinzen durch ihn umgeſtimmt wäre.

Wiederholt aber iſt in dem Vorſtehenden wie von Marlborough ſo von Anderen mit Beſorgnis auf Frankreich hingewieſen, auf die Einwirkung, die es für den herannahenden Fall der Eröffnung der

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 515.

Succession in England üben könne oder werde. Es ist daher hier zunächst erforderlich, die europäische Lage der Dinge beim Ende des Jahres 1713 zu überblicken.

Die europäische Lage der Dinge gegen Ende des Jahres 1713.

Während Carl XII. in der Türkei dem Gedanken nicht entsagen konnte, daß es ihm endlich dennoch gelingen müsse, die türkische Macht wider den Czaren Peter I. in die Waffen zu bringen, leuchtete ihm, zu Ende des Jahres 1712, für seine Besitzungen auf dem Boden des Reiches noch einmal ein Hoffnungsstrahl. Nachdem damals Schweden mit der Anspannung aller mehr und mehr erschlaffenden Kräfte es vermocht hatte, eine bedeutende Verstärkung nach Pommern hinüber zu bringen, gelang es dem General Steinbock, am 20. December 1712, bei Gadebusch die Dänen und Sachsen zu schlagen. Die Ehre dieses Sieges ward wenige Tage später befleckt durch die Einäscherung der wehrlosen Stadt Altona. Dies sei, behauptete Steinbock, für ihn das einzige Mittel gewesen, die zu Gunsten seiner Feinde, der Dänen, in Altona aufgehäuften Lebensmittel zu zerstören, und zugleich an den Dänen Vergeltung zu üben für den grausamen Brand von Stade.[1])

Die Siegeshoffnung indessen dauerte kurz. Die vereinigten Gegner drängten Steinbock in Holstein hinauf. Nach vergeblichen Versuchen sich an der Eider zu halten, warf er sich in Tönningen. Auch dies ward von den Gegnern umzingelt und belagert. Am 16. Mai mußte sich Steinbock mit der ihm noch übrigen Mannschaft kriegsgefangen ergeben. Es ging mit der schwedischen Machtstellung zu Ende.

Die schwedischen Minister wandten sich mit schmerzlicher Klage und mit Berufung auf den Travendahler Frieden an England. Ihr Königreich, sagten sie, sei aufs äußerste gebracht. Erdrückt durch die schwere Steuerlast, verarmt durch den Verfall des Handels, entvölkert sowohl durch die häufigen Aushebungen von Mannschaften wie auch die Pest, könne es die wenigen Plätze in Deutschland nicht mehr

[1]) Das Schreiben Steinbocks bei Lamberty t. VIII, p. 292. Dort auch die entsprechenden Antworten.

behaupten, nur vielleicht noch 8000 Mann aufbringen, um Finnland zu halten, und eine Flotte, um Schonen zu bewahren.[1])

Die verschiedenen Darlegungen Bolingbrokes geben zu erkennen, daß er geneigt gewesen wäre, zu Gunsten Schwedens einzuschreiten, wenn die Generalstaaten mitgethan hätten. Diese wichen aus, theils aus Mistrauen in die Ehrlichkeit der britischen Minister, theils aus Furcht vor Repressalien gegen ihren Handel in der Ostsee.[2]) Der Kaiser lud die betheiligten Mächte zu einem Friedens-Congresse in Braunschweig. Aber es erschienen dort nur Gesandte der Reichsfürsten. Unterdessen ging der Siegeslauf, namentlich der Russen, unaufhaltsam weiter. Sie nahmen Stettin, überließen dies jedoch dem König von Preußen in Sequester. Der Czar Peter hielt seinen Einzug in Abo in Finnland. Zugleich faßten die auf dem Congresse in Braunschweig vertretenen Reichsfürsten Beschlüsse eine Armee zur Sicherung des Reichsbodens aufzustellen, in der Wirklichkeit Beschlüsse gegen Schweden. Es war der Rückschlag der einstigen Eroberungen der Schweden auf deutschem Boden. Die von Gustav II. Adolf begründete Großmacht Schweden zerging, und mit den Spolien derselben bereicherte sich vor allen Anderen die czarische Macht. Die Thatsachen haben uns gezeigt, welchen Antheil der Schuld der unberathene Eigensinn Carls XII. daran trug. Auf den Westen übte zunächst diese Verschiebung der Machtverhältnisse im Osten nicht eine unmittelbare Wirkung.

Die Königin von Groß-Britannien hatte zum Abschlusse des Friedens in Utrecht gedrängt, um ihrem harrenden Parlamente die Thatsache eines allgemeinen Friedens ankündigen zu können. Die Behauptung entsprach nicht der Wahrheit. Eine Reihe von Verträgen stand noch aus, und kam erst im Verlaufe desselben Jahres, oder auch erst im nächsten zu Stande. Die Waffen jedoch wurden nur weiter geführt zwischen Kaiser und Reich einerseits und andererseits dem Könige von Frankreich, und zwar, nachdem für Italien der Waffenstillstand vereinbart war, nur am Rheine. Dahin also marschirten die kaiserlichen Truppen, die bisher in den Niederlanden oder in Italien gefochten, dahin auch die Truppen derjenigen Reichsfürsten, welche ihr

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 121.

[2]) Lamberty t. VIII, p. 307 et suiv.

Contingent stellten. Der Reichstag in Regensburg hatte im Jahre 1702, bei der Erklärung des Reichskrieges wider Frankreich, die Aufstellung einer Armee von 120.000 Mann beschlossen und die Contingente den Reichsständen auferlegt. Er bewilligte für den Feldzug des Jahres 1713 den Betrag von vier Millionen Thalern. Wenn alles dies gestellt wurde oder einging, so war die Macht des Reiches der französischen nicht bloß gewachsen, sondern überlegen.

In welcher Weise aber dies geschah, zeigen uns die Berichte des Reichsfeldherrn, des Prinzen Eugen.

Am lässigsten in der Erfüllung seiner Reichspflicht hatte sich von Beginn an der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen gezeigt, der, während er in den Niederlanden und in Italien reichlich 20.000 Mann im Solde der Seemächte hatte, weder die dem Kaiser durch den besonderen Vertrag über die Krone schuldigen 8000 Mann stellte, noch auch, seit dem Jahre 1706, sein Reichs-Contingent. Der Sohn Friedrich Wilhelm I. stellte 6000 Mann. Ueber die Art und Weise aber, in welcher es geschah, meldet der Prinz Eugen, aus dem Hauptquartiere Mühlberg in Baden, am 9. Juni, nach Wien: „Wenn die verwilligten 6000 Mann Preußen nur in dem kölnischen Lande stehen bleiben und die Verpflegung für Mann und Pferd, wie sie es wirklich thun, von dem Lande erpressen und sich verabreichen lassen wollen: so geschieht dadurch dem Reiche keine Hülfe, sondern nur eine Ueberlast. Es wird alles umsonst sein, so lange sie nicht lediglich meiner Disposition unterstehen, und auf meinen Befehl allenthalben hin, wo es der Armee und des römischen Reiches Dienst erfordert, gezogen werden können. Dies zumal wo der Feind schon angefangen hat sich in Bewegung zu setzen, auch dort nichts zu besorgen steht. Es wäre daher weit besser, diese Truppen nach Hause zurück zu senden, als, ohne einen Dienst für die gemeinsame Sache, das Reich von ihnen auffressen zu lassen.“[1])

Indessen die Vorwürfe des Reichsfeldherrn trafen nicht bloß diesen einen Fürsten. Bei jenen vom Reiche bewilligten vier Millionen Thalern war beschlossen worden, daß statt der Einzahlung derselben in die Reichscasse auch die Stellung von Truppen in Anrechnung gebracht

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 504.

werden könne. Darüber schreibt der Prinz Eugen dem Kaiser, acht Tage nach jener Beschwerde: „Ich bitte dringend, daß man mit allen diesen Kur- und Fürsten, von denen man Truppen zu übernehmen glaubt, oder mit denen man darüber unterhandelt, diese Sache auf die eine oder die andere Weise auszumachen trachte. Denn ich sehe ihre Intention und was zuletzt endlich davon erfolgen wird, mehr als zu viel voraus. Es wird dahin ausfallen, daß sie ihre Truppen, um sie von dem eigenen Lande fern zu halten, und auf dem Boden anderer Fürsten und Reichsstände zu ernähren, den ganzen Sommer über spazieren führen, und das Reich, ohne einen Dienst dafür zu thun, auffressen lassen werden. Denn es ist gewis, daß, wenn der Feind gegen den Niederrhein oder zwischen demselben und der Maas erscheinen sollte, sie sich dem feindlichen Beginnen nicht widersetzen, sondern sich zurückziehen würden, um anderswo in Ruhe subsistiren zu können. Es würde ihnen dann nicht der Vorwand mangeln, daß man bisher mit ihren Principalen nichts abgeschlossen, und daß demnach sie auch nicht den Befehl hätten Dienste zu leisten. Daraus würde der Nachtheil entstehen, daß keine zum Widerstande genügende Reichsarmee vorhanden, und demnach bei solcher Gefahr das römische Reich lieber zu einem Frieden, wie immer er sein möge, sich verstehen würde, als von Feind und Freund gänzlich ruinirt zu werden. Endlich würden durch solche Art Reichstruppen die vier Millionen Thaler aufgezehrt, ohne daß ein Kreuzer davon zur Casse gelangte, und doch würden jene dann nach dem Feldzuge nicht ermangeln, derartige Ansprüche zu erheben, als wenn sie wirklich gedient hätten. Es wäre daher weit besser, wenn man mit den betreffenden Reichsfürsten nicht zum Schlusse gelangen könnte, ihnen frei zu bedeuten, daß sie mit ihren Truppen die fremden Gebiete zu verlassen und sich in die eigenen Länder zurückzuziehen hätten.“[1])

Das Uebergewicht der Zahl war von Anfang an und blieb auf französischer Seite. Dort rechnete man die deutschen Truppen, wenn sie erst alle beisammen wären, auf 114 Bataillone und 234 Schwadronen.[2]) Nach derselben Berechnung betrug die französische Macht

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 504.

[2]) Pelet t. XI, p. 611.

gegen 180 Bataillone und 320 Schwadronen. Durchweg war je ein französisches Bataillon oder eine Schwadron an Zahl schwächer als ein deutsches; aber die Uebermacht und daher die Offensive war auf Seiten der Franzosen. Das Commando derselben führte der Marschall Villars.

Von England aus schaute man je nach der Parteistellung mit Hoffnung oder mit Furcht auf den Krieg am Rheine. Mit Hoffnung die Whig-Partei, weil von dort aus ein Umschlag möglich schien. Der Furcht des Ministeriums gab eines Tages Bolingbroke zu dem Residenten Hoffmann Ausdruck in einer Weise, welche die wirkliche Gesinnung zu verhüllen suchte. „Hält man sich, fragte er lächelnd, in Wien noch immer für versichert, daß der Tod der Königin bald erfolgen, und daß dann England, so bald das Haus Hannover auf dem Throne sitzt, den Krieg erneuern werde?“ — Hoffmann verneinte die Frage. Es entspreche nicht, sagte er, dem Charakter des Kaisers, den Tod der Königin zu wünschen, und man wisse in Wien zur Genüge, daß die Neigung der englischen Nation überwiegend für den Frieden sei.[1]) In der That hatte Bolingbroke selber einige Wochen zuvor diese Friedensneigung der englischen Nation in starker Weise ausgesprochen. „Heute, sagte er zu Hoffmann, proclamiren wir unseren Frieden, und werden fortan Kaufleute und Landbauer sein, das Sammeln der Lorbeerkränze dagegen den Deutschen allein überlassen. Man möge sich versichert halten, daß diese Nation sich nicht so bald wieder in ein auswärtiges Interesse einmischen, noch weniger darum in einen Krieg einlassen wird.“[2])

Und doch mischte das britische Ministerium sich ein, nicht durch Handeln, sondern durch Unterlassen, und zwar zu Gunsten Frankreichs. Wir haben vernommen, daß der Kaiser in dem sehnlichen Wunsche in Catalonien festen Fuß zu behalten, im Jahre zuvor eine erhebliche Anzahl Truppen dahin gesendet hatte. Diese waren, wie Bolingbroke damals bemerkte, für England wie Geiseln. Vor dem Utrechter Frieden ward dann der Räumungsvertrag abgeschlossen, durch welchen England sich verpflichtete, die Kaiserin Elisabeth wie jene Truppen nach Italien hinüberzubringen. In Betreff der Kaiserin ward der Vertrag sofort

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. August.
[2]) Desgleichen vom 16. Mai.

ausgeführt, so daß noch im März die Kaiserin in Barcelona an Bord stieg. Anders war es mit der Flotte für die Mannschaft. Es gab Hindernisse, Verzögerungen verschiedener Art. Erst im September lagen die englischen Schiffe bei Barcelona zur Aufnahme bereit. Für eine Betheiligung dieser 7000 Mann an dem Feldzuge am Oberrheine war es daher längst zu spät.[1])

Der Marschall Villars ersah sich die Festung Landau zum Objecte des Angriffes. Dies Schicksal wiederfuhr der Stadt zum vierten Male in diesem Kriege. Villars übertrug die Belagerung der Stadt, in der sich der Herzog Alexander von Württemberg mit 8000 Mann befand, dem Marschall Bezons, und nahm mit der Hauptmacht eine so vortheilhafte Stellung ein, daß der Prinz Eugen dem Kaiser die Unmöglichkeit meldete, ihn darin anzugreifen und etwas für den Entsatz Landaus zu thun.[2]) Am 20. August mußte der Herzog Alexander, durch Pulvermangel bedrängt, sich mit der Besatzung kriegsgefangen ergeben.

Bereits vorher hatte der Marschall Villars auf die Stadt Freiburg als nächstes Object das Auge geworfen, und seinerseits der Prinz Eugen, in der Voraussicht dessen, eine Reihe von Anstalten zur Abwehr getroffen. Einen anderen Vorschlag machte ein Verräther auf kaiserlicher Seite, dies Mal von französischer Seite als Baron Elein benannt. Es ist dasselbe Individuum, welches, sechs Jahre zuvor, durch seinen Verrath der Linien von Bühl und Stollhofen so namenloses Elend über das südwestliche Deutschland gebracht hatte. (Vgl. Band XII, S. 492 u. f.) Es ergibt sich also, daß dieser Mann damals nicht bloß nicht entdeckt, sondern auch in seiner Stellung verblieben war und sein Gewerbe fort betrieb.[3]) Er hatte vom französischen Hofe 12000 Livres erhalten, und wandte davon 300 Pistolen an, um sich einen ausführlichen Bericht, vom 25. August, des Prinzen Eugen an den Kaiser zu verschaffen. Auf Grund dessen und auf seine

[1]) Wagner p. 521.

[2]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 506.

[3]) Pelet t. XI, p. 338 et suiv. — Seine Denkschrift eben dort p. 628. Ich muß hier wiederholen, daß, obwohl dieser Elein ein höherer kaiserlicher Officier gewesen sein muß, dennoch in den beiderseitigen Ordres de batailles nicht ein ähnlicher Name zu entdecken ist.

eigene Kenntnis der Sachlage machte er den Vorschlag, daß die französische Armee nur zum Scheine Freiburg bedrohen, dann aber, wo die ganze Aufmerksamkeit und alle Anstalten des Prinzen Eugen auf die Sicherung von Freiburg gerichtet seien, rasch sich gegen die schwach besetzten Linien von Ettlingen wenden und nach deren voraussichtlich leichter Ueberwältigung die mit Kriegsvorrath nicht genügend versehene Festung Philippsburg nehmen solle. — Es ist merkwürdig, daß in dem von einem Franzosen über den Vorschlag aufgenommenen Berichte sich wiederholt Ausdrücke finden, wie: le dit baron engage sa parole d'honneur.

Daß die Consequenzen des Vorschlages dieses Individuums Klein gefährlicher gewesen wären als diejenigen der Unternehmung gegen Freiburg, liegt in den Worten des Prinzen Eugen, der von jenem Verrathe keine Kunde hatte, an den Kaiser, vom 22. September: „Meine Stellung in den Ettlinger Linien ist das rechte Thor in das römische Reich, und von um so größerer Wichtigkeit, da durch sie auch Philippsburg vor einer Belagerung bewahrt wird.“[1])

Ludwig XIV., dem jene Denkschrift vorlag, hätte den Angriff auf die Linien von Ettlingen gewünscht;[2]) aber die Vorbereitungen zur Belagerung von Freiburg waren bereits so weit gediehen, daß die Macht des Marschalls Villars für beide Zwecke nicht ausreichte. Andererseits mußte auch der Prinz Eugen die Belagerung von Freiburg ruhig geschehen lassen, weil ihm ein Angriff auf das verschanzte Lager der Feinde, bei der Schwierigkeit der Bodenbeschaffenheit, keinen Erfolg verhieß. Die Besatzung, unter dem Commando von Harsch, vertheidigte sich ausdauernd, bis der Prinz Eugen die Ermächtigung zur Capitulation einsandte. Diese erfolgte am 17. November.

Der Prinz Eugen hatte es nicht auf das Aeußerste ankommen lassen wollen, weil beiderseits der Wunsch und die Annäherung zum Frieden vorhanden war, vermittelt durch den Kurfürsten von der Pfalz. Die Kriegshäupter selbst, der Prinz Eugen, und Villars, erhielten von Wien und von Versailles her die Vollmachten zur Beredung und zum Abschlusse des Friedens. Sie ersahen sich zum Orte ihrer Zusammen-

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 304.
[2]) Pelet t. XI, p. 359.

kunft das Schloß zu Raſtadt. Dort nahm, vom 26. November an, der Prinz Eugen den rechten Flügel des Schloſſes zur Wohnung, der Marſchall Villars den linken. Das Zuſammenleben der Beiden dort war ein ſo freundliches, daß ſie täglich abwechſelnd der Eine bei dem Andern ſpeiſten, und die zwiſchen ihnen liegenden Räume des Schloſſes geſellſchaftlich gemeinſam benutzten. Auch laſſen die beiderſeitigen Berichte keinen Zweifel, daß es ihnen perſönlich ernſtlich um den Frieden zu thun war.[1]) Dagegen führt Villars ſelber Klage, daß der Staats-Secretär Torcy hemmend wirke, weil Villars nicht zum Berichte an ihn, ſondern den Kriegsminiſter Voiſin angewieſen war.

Es gab eine Reihe von Punkten, bei denen ein Ausgleich kaum möglich ſchien. Villars verlangte Landau für Frankreich zu behalten, und für die Rückgabe von Freiburg ein Aequivalent. Der Prinz Eugen verweigerte. Villars beſtand nicht mehr, wie in Utrecht geſchehen war, auf Sardinien mit dem Königstitel für Max Emanuel; aber er verlangte die volle Herſtellung der Wittelsbachiſchen Brüder Joſeph Clemens und Max Emanuel. Diejenige des Erſteren wollte der Prinz Eugen gewähren: diejenige des Anderen ſei dem Kaiſer nach den Rechten des Reiches unmöglich. Villars verlangte, gemäß der Schenkung Philipps V., für die Fürſtin Orſini, die Ausſcheidung eines ſouveränen Fürſtenthumes in den Niederlanden mit 30.000 Thalern Einkünfte. In Utrecht war von dem britiſchen Miniſterium dieſe unwürdige Forderung bewilligt. Der Prinz Eugen wies ſie zurück. Villars verlangte für Franz Rakoczy die Rückgabe ſeiner Güter in Ungarn. Der Prinz Eugen ſchlug ab. Der Kaiſer dagegen forderte die Zuſicherung der Privilegien der Catalonier. Villars wich aus.

„Unſere Unterredungen, erzählte ſpäter Villars, wenn auch immer mit dem gebührenden Reſpecte für die beiderſeitigen Souveräne, und dem Ernſte der Sache entſprechend, waren doch ſo lebhaft, daß, wenn Jemand uns gehört hätte, er leicht auf die Meinung hätte kommen können, wir würden nicht zwei Tage zuſammen bleiben.“[2])

[1]) Die Berichte des Prinzen Eugen ſind ausführlich benutzt von Wagner, Historia Josephi p. 523 sqq., und von Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 313 u. f. Villars hat eine lebhafte Darſtellung gegeben in ſeinen Mémoires t. II, p. 297 et suiv.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 299.

Der Prinz Eugen erkannte bald, daß der Marschall für sich persönlich die höchste Ehre darin sah, den Frieden zum Abschlusse zu bringen. Darum gebrauchte er als das stärkste Druckmittel auf Villars wiederholt die Drohung, daß er abreisen wolle.

Aber auch der Prinz Eugen gab nach Wien hin eindringlichen Rath für den Frieden. Er berief sich dafür auf die Meinung des Kurfürsten von Mainz und anderer Reichsfürsten. Der Eifer des Reiches für den Krieg sei nicht so groß, daß man jemals hoffen dürfe auf eine der französischen Macht gewachsene Armee, viel weniger denn auf eine überlegene. Der nordische Krieg werde täglich bedrohlicher, namentlich da das Gerücht die baldige Rückkehr des ruhelosen Schwedenkönigs melde. In solchem Falle sei von den Kurfürsten von Sachsen und Hannover, die beide nach den schwedischen Spolien ausschaueten, keine Reichshülfe zu erwarten. Von dem Preußen-Brandenburger drohten sogar Gefahren. Heinsius hatte nach Wien gemeldet, daß Frankreich in Berlin das Land Jülich und Berg als Lockspeise vorhalte. — Aus allen diesen Gründen sei die Hülfe der Hälfte des Reiches durchaus zweifelhaft. Die Böswilligkeit des britischen Ministeriums sei unheilbar, und darum müsse man mit allem Eifer die Friedenshandlung beschleunigen, damit nicht England bei irgend einem Ereignisse mit eintrete und Partei nehme. Andererseits sei Italien nicht sicher vor dem neuen Könige von Sicilien. Der Türke betreibe, nach allen Nachrichten, starke Rüstungen, und Niemand wisse, wohin sie ausbrechen würden. — Aus allen diesen Gründen rieth der Prinz Eugen, von der stärksten Forderung, derjenigen der Rückgabe von Landau, abzustehen.[1])

Der Kaiser gab darin nach. Jedoch weigerte er sich entschieden, für die Rückgabe von Freiburg einen Landstrich der Pfalz mit Germersheim abzutreten. In Bezug darauf ist mit Recht hervorgehoben worden, daß der Kaiser nicht die eigenen Bedingungen günstiger gestalten wollte auf Kosten des Reiches.[2])

Nach wochenlangen Beredungen und einer Reihe gegenseitiger Concessionen, obwohl dieselben noch keinem Theile genügten, kamen

[1]) Wagner p. 533.

[2]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 331.

doch der Prinz Eugen und Villars überein, im Januar 1714, den Entwurf eines Vertrages aufzusetzen. Villars sandte ihn nach Versailles ein. Allein dort ward er nicht genehmigt. Vielmehr ward er, mit Tadel für Villars begleitet, nach Rastadt zurückgesandt, in so völlig veränderter Form, daß der Prinz Eugen ihn für unannehmbar erklärte. Er erging sich in schweren Anklagen gegen den französischen Hof, dessen Trachten nur darauf ziele, den Kaiser mit den Reichsfürsten zu entzweien. „Meine Vorwürfe wären noch heftiger gewesen, meldet er, wenn nicht der Marschall mir in Allem Beifall gegeben und sich mit noch größerer Erbitterung als ich selbst über seinen Hof beschwert hätte.“ [1]) — Deshalb setzte auch der Marschall der Erklärung des Prinzen Eugen, nunmehr abreisen zu wollen, keinen Widerstand entgegen, bat ihn jedoch, vorher die äußersten Bedingungen abzufassen, unter denen er den Frieden unterzeichnen könne, und dann in der Nähe zu verweilen, damit, wenn auf dieses Ultimatum eine Antwort aus Versailles eintreffe, er erreichbar sei. Der Prinz Eugen sagte zu, und brach dann, am 6. Februar, nach Stuttgart auf.

Inzwischen schrieb der Marschall Villars in nachdrücklicher Weise an die Minister Voisin und Torcy. Er erklärte die Bedingungen für vortheilhaft und ruhmvoll für den König. Denn, außer der Herstellung seiner Verbündeten im Reiche, erlange er durch den Frieden auf diese Bedingungen hin dennoch, was der Cardinal Richelieu, der Prinz Condé, der Marschall Turenne erstrebt, die innere Entzweiung Deutschlands als des einzigen Feindes, der für Frankreich zu Lande schweren Nachtheil bereiten könne. Und dann wies er mit Nachdruck auf England hin. „Mit der Königin Anna geht es zu Ende: ihr Tod kann die Whig-Partei dort in ihre frühere Macht herstellen.“ [2])

Die Mahnung, die damals durch die Nachrichten über den Zustand der Königin Anna wiederholt in eindringlicher Weise wach gerufen war, verfehlte in Versailles nicht ihre Wirkung. Der General Contades, den Villars zur nachdrücklichen Vorstellung dahin entsendet, brachte die Genehmigung des Königs zu dem Ultimatum des Prinzen Eugen zurück. Am 27. Februar trafen der Marschall Villars, der inzwischen

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 336 und 512.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 321.

sich nach Straßburg begeben, und der Prinz Eugen zur Vollendung ihres Friedenswerkes in Rastadt wieder zusammen.

Bevor wir zu dem Stand der Dinge in England gelangen, der den Marschall Villars zu jener Mahnung bewog, ist das Verhalten der französischen Politik zu dem Prätendenten nach dem Abschlusse des Utrechter Friedens ins Auge zu fassen. Wir haben von dem Kurfürsten in Hannover nach England hin die Rede vernommen, daß er wenn nicht direct, so indirect für die Sache der Thronfolge in England eintrete, indem er durch die nachdrückliche Theilnahme am Reichskriege es für Frankreich unmöglich mache, dazu noch Truppen zu Gunsten des Prätendenten verfügbar zu halten. Aehnlich urtheilten die Whigs in England, indem sie den Entschluß des Kaisers zur Fortsetzung des Krieges wider Frankreich mit Freuden begrüßten. Daß aber Ludwig XIV. noch bei Lebzeiten der Königin Anna etwas dieser Art gegen England unternehmen würde, erwartete sicherlich auch nicht einmal die Whig-Partei. Die Königin Anna mit ihrem Ministerium Oxford-Bolingbroke hatte für die Politik Ludwigs XIV. Dienste geleistet, welche selbst diejenigen Carls II. übertrafen. Die Besorgnis konnte sich nur beziehen auf den Todesfall der Königin. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß in den Ausführungen des Marschalls Berwick, weder in seinen damaligen Briefen an den Prätendenten, noch in seinen später niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten, von einer Aussicht auf die Hülfe Frankreichs für jenen auch nur mit einem Worte die Rede ist. Einer der jacobitischen Agenten berichtet sogar, nach einer Unterredung mit Torey, am 13. September: er könne versichern, daß dieser von den Angelegenheiten des Prätendenten oder dem Stande der Dinge in England gar keine Kenntnis habe.[1]) Demnach muß Berwick gewußt haben, daß der Friede von Utrecht für Ludwig XIV. der Markstein war, über den hinaus er sich in die englischen Angelegenheiten nicht einmischen wollte. Vielmehr fürchtete man in Versailles, wie jene Mahnung des Marschalls Villars uns gezeigt, den Tod der Königin Anna, weil in Folge dessen England sich wieder am Kriege betheiligen könne, und daher diente dort die Nachricht ihres Krankheitsanfalles zur Willigkeit für den Frieden.

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 433.

Dies lag weder in London, noch im Haag, noch in Hannover offen vor. Vielmehr konnte man an allen drei Orten nicht lassen von der Besorgnis, daß im gegebenen Falle eine französische Armee für den Prätendenten bereit stehen werde. Diese Besorgnis, wenn auch immer unbegründet, ist daher dennoch als ein wichtiger Factor des Verhaltens an allen drei Orten zu betrachten.

Krankheitsanfall der Königin Anna, im Januar 1714, und die nächsten Consequenzen.

Jene Besorgnis tritt uns namentlich entgegen in der Whig-Partei in London und in dem dortigen hannöverschen Gesandten Schütz. Der Partei hatte zu Anfang die Jugend und Unerfahrenheit dieses Gesandten nicht zugesagt. Sie mochten sich doch damit bald ausgesöhnt haben, weil Schütz, unter dem Eindrucke der ihm überlegenen Persönlichkeiten, nach Hannover hin ihre Ansichten völlig wieder gab. Er hatte den Häuptern der Whigs die Gründe kund gethan, welche der Kurfürst gegen das Verlangen der Uebersendung seines Sohnes geltend machte. Sie reichten ihm eine Gegenschrift ein, welche alle jene Bedenken als nicht zutreffend zu widerlegen suchte. Schütz übermittelte sie nach Hannover.[1]) Er legte dann zum Schlusse des Jahres in einem ausführlichen Berichte an Robethon den Stand der Dinge nach der Auffassung der Whig-Partei dar.[2]) Es sei nicht eine besondere Meinung einzelner Personen, meldete er, sondern die allgemeine der best befähigten, der reichsten, der wohlgesinnten Mitglieder einer Partei, die ihr eigenes Interesse als untrennbar von demjenigen des Hauses Hannover ansehe, daß ohne ein schleuniges Heilmittel, nämlich die Ueberkunft des Kurprinzen, die Angelegenheit der Succession für immer verloren sei. Derselben Ansicht seien aber auch die für die Succession wohlgesinnten Mitglieder der Tory-Partei. Schütz gibt dann eine Uebersicht der Thatsachen des wenig entgegen kommenden Verhaltens der Minister gegen Hannover, von der Sendung des Grafen Rivers an, im

[1]) Diese Schrift ist abgedruckt in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 44 u. f.

[2]) Eben dort der Bericht von Schütz, vom 29. December/9. Januar.

Auguſt 1710. Mit Nachdruck wiederholt er, daß es der formelle Plan des Miniſteriums ſei, den Prätendenten einzubringen. Und zwar ſei der zwingende Grund die Nothwendigkeit ſich ſelber ſicher zu ſtellen, weil ſie ſich in den Augen des Kurfürſten allzu ſchuldig fühlten, als daß ſie Vergebung hoffen dürften. Aber auch, wenn einſtweilen noch die Miniſter die Sache aufſchöben, ſo würden ſie die Maske abnehmen, ſobald der Friede zwiſchen dem Kaiſer und Frankreich geſchloſſen ſei. Sie würden es zuerſt in Güte verſuchen, und dabei die Unthätigkeit des Hauſes Hannover geltend machen, indem ſie dieſelbe bezeichneten als Geringſchätzung der britiſchen Krone. Schon jetzt geſchehe dies zu dem Zwecke, die Freunde des Hauſes Hannover zu bewegen, ſich davon loszuſagen.

Wenn aber das Miniſterium auf dem Wege der Güte allzu viele Schwierigkeiten finde, ſo werde Frankreich bereit ſein, mit Macht einzutreten, und zugleich 80.000 bis 100.000 Mann an die holländiſche Grenze legen, um die Republik niederzuhalten. Was werde Hannover in ſolchem Falle vermögen? Wenn man dort meine, daß die Einreichung von Denkſchriften ein genügendes Heilmittel ſei, ſo zeige ja doch die Erfahrung, was man mit ihnen ausrichte.

Zum Schluſſe wird die Rede von Schütz im Auftrage der Whigs lebhafter. „Erwägen Sie auch, meldet Schütz an Robethon, den Stand der Dinge, in welchem ſich unſere Freunde hier befinden, welche Ermuthigung ſie von uns erhalten, mit welchem Grunde wir uns ſchmeicheln dürfen, ſie uns zu bewahren. Wir machen ihnen keine Mittheilungen. Wir verbergen uns vor ihnen. Diejenigen, die im Namen des Kurfürſten hierher geſandt werden, haben die Weiſung, nicht zu oft und zu öffentlich mit ihnen zu verkehren. Wir verwerfen alle Mittel und Schritte, die ſie, für das Gedeihen unſerer Angelegenheiten uns vorzuſchlagen, im Gewiſſen ſich verpflichtet fühlen. Sie haben allen Grund zu zweifeln, daß wir ſie für unſere Freunde anerkennen, obwohl ſie immer als ſolche aufgetreten ſind, und obwohl ſie durch ihr gegenwärtiges Verhalten wirklich in Gefahr ſtehen, Vermögen und Leben zu verlieren. Sie wiſſen weder, ob ſie ſich ſelber retten können, noch ob uns die von ihnen erwieſenen Dienſte angenehm ſind, während man von der anderen Seite ihnen täglich lockende Ausſichten bietet, wenn ſie nur dafür unſer Intereſſe preis geben.“

„Im Uebrigen bezwecken unſere Freunde und insbeſondere Lord Halifax durch ſolche Reden nicht Vorwürfe oder Groll kund zu geben, ſondern ſie halten ſich im Gewiſſen zum offenen Ausſprechen verpflichtet, weil ſie ſich nun einmal Sr. kurfürſtlichen Hoheit gewidmet haben. Lord Halifax betheuert, daß wenn der Kurfürſt nicht in dieſen Plan eingehen will, er darum nicht ſich mit ihm entzweien oder ſeine Sache aufgeben wird, vielmehr bereit iſt, zu jeder Zeit auch den größten Gefahren ſich auszuſetzen, wenn er nur die Befehle des Kurfürſten kennt. Aber er ſagt auch, daß er den Kurfürſten täuſchen würde, wenn er ihm nicht ausſpräche, daß alle diejenigen, die ſich als Freunde des Kurfürſten bekennen, in gleicher Weiſe reden, und wenn er nicht hinwieſe auf die große Gefahr, daß die Zahl der Wohlgeſinnten ſich täglich vermindert, wenn die Dinge auf dem gegenwärtigen Fuße bleiben."

So die Auffaſſung der Whigs, wie auf ihren Wunſch der Geſandte Schütz ſie nach Hannover wieder gab.

In denſelben Tagen erfolgte ein heftiger Krankheitsanfall der Königin in Windſor. Was es damit ſei, erfuhr man in den erſten Tagen nicht; denn — ſo berichtet der kaiſerliche Reſident Hoffmann — „alle derartigen Zufälle der Königin werden geheim gehalten und geringer gemacht als ſie ſind. Das Haus Hannover hat am Hofe keinen einzigen Freund, der dem Geſandten desſelben einige Mittheilung machte."[1])

Es gelang jedoch dem hannöverſchen Geſandten Bothmar im Haag, durch ſeine Verbindungen in England einen vertraulichen Brief Bolingbrokes aus Windſor an einen Freund in London zu erlangen. Der Brief, der ſich nicht auf die Krankheit der Königin beſchränkt, lautet wie folgt.[2])

„Windſor, den 6. Januar. Ich habe Ihren Boten hier zurück behalten, bis ich Ihnen über den Zuſtand der Königin genaue Angaben machen könnte, auf Grund des Berichtes der Aerzte an den Cabinetsrath. Sie ſagen alſo, daß die Krankheit der Königin ein Tertian- oder Wechſelfieber iſt — denn dieſe zwei Namen ſind anwend-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. Januar.

[2]) Anlage I.

bar — ferner daß der erste Anfall sehr heftig gewesen ist, der zweite jedoch minder scharf, und die begleitenden Symptome weniger gefährlich. Ferner sagen sie, daß der Körper erfüllt ist von einer gichtischen Flüssigkeit, mit welcher sich eine hysterische Affection verbindet."

„Mein lieber Freund, ich kann mich nicht enthalten Ihnen auszusprechen, daß die Nacht vom Donnerstage die traurigste war, die ich in meinem Leben verbracht, und ich schwebe noch immer in der größten Besorgnis, oder vielleicht sehe ich mehr voraus als ich sollte. Ich hoffe, daß diese wiederholten Zufälle ihre Wirkung auf Lord Oxford üben und ihn bewegen werden, nunmehr ohne Zeitverlust die erforderlichen Maßregeln zu treffen, die ihn und seine Freunde in den Stand setzen können, für den unheilvollen Fall des Todes der Königin wenigstens Bedingungen für sich und für das Land aufzustellen."

„Meine Rückkehr nach London hangt ab von dem Befinden der Königin, daher kann ich etwas Bestimmtes darüber nicht sagen; aber ich versichere Ihnen, daß ich kommen werde, sobald es mir möglich; denn ich bin in Betreff der Verzögerungen unserer hauptsächlichen Angelegenheit in großer Unruhe. Ihnen gegenüber, dem ich mich ohne Rückhalt eröffnen darf, sage ich, daß, wenn ich zehn tausend Pfund Sterling von der Königin erhalten kann, dieser Betrag meine kleinen Angelegenheiten in einen guten Stand setzen würde. Kann ich mehr erhalten, desto besser; aber, wenn dieser Betrag mir entgeht und der Königin ein Unglück widerfährt, so würde ich mich schämen, mich in Schulden zu befinden, wo alle Andern, die zum Frieden beigetragen, in so ausgiebiger Weise ihr Vermögen vermehrt haben. Leben Sie wohl, lieber Freund."

Dies Schreiben Bolingbrokes, vermuthlich an den Abbé Gautier gerichtet, zeigt vor allen Dingen, daß nicht, wie Schütz im Auftrage der Whig-Partei nach Hannover hin berichtet hatte, ein fertiger Plan für die Einbringung des Prätendenten vorlag, sondern daß in dieser Richtung alles sich auf Velleitäten beschränkte. Beachtenswerth ist ferner die schwere Klage Bolingbrokes, daß Oxford bisher nichts gethan, um, für den Todesfall der Königin, sich selber und seine Freunde sicher zu stellen.

Dem kaiserlichen Residenten Hoffmann hat ein anderes Schreiben Bolingbrokes aus jenen Tagen vorgelegen. Er theilt nicht den Wort-

laut desselben mit, berichtet aber darüber wie folgt. „Es erhellt daraus, daß von dem Ministerium die Maßregeln für den Prinzen von Wales noch nicht vereinbart sind, und daß, wenn der Tod der Königin jetzt erfolgen sollte, es kein anderes Mittel hat als sich durch die Flucht zu retten. Bolingbroke schreibt aber auch, daß er einen Gegenvorschlag zu machen habe und der Hoffnung lebe, daß dieser Lärm die Anderen sämmtlich zum Eingehen bewegen, oder daß sie sich wenigstens dadurch in den Stand setzen werden, sich durch Capitulation zu retten. — Ich unterstehe mich, Ew. k. Majestät ferner zu versichern, daß, im Falle dieser Tod bald erfolgt, diese Nation sogleich wieder in ihr wahres Interesse eintreten wird."[1]) — „Damit habe ich aber nicht sagen wollen, fügt er im nächsten Berichte hinzu, daß man sich sofort wieder in den Krieg einlassen werde, es wäre denn, daß Frankreich den Prinzen von Wales mit Gewalt auf den Thron setzen und dadurch den Krieg erneuern wollte."[2])

An diesem Tage, dem 5./16. Januar, war die Gefahr bereits geringer. „Die Königin, meldet Hoffmann, hat in beiden Händen das Podagra, und dies gilt für ein gutes Zeichen."

Der Zustand der Gefahr war indessen noch nicht vorüber. Am 8./19. Januar ging das Gerücht, daß bei der Constitution der Königin ein Schlaganfall zu besorgen stehe. In den nächsten Tagen trat diese Besorgnis zurück.[3])

Unterdessen durcheilte die Nachricht von der schweren Erkrankung der Königin, vielfach sich wandelnd in das Gerücht des bereits erfolgten Todes, das gesammte Europa. Wir haben gesehen, wie der Marschall Villars von Rastatt aus nach Versailles sie benutzte zum Drucke für den Frieden.

Im Haag hatten bis dahin die Häupter der Republik über die Angelegenheit der Succession Schweigen beobachtet. In Anlaß der Krankheit der Königin jedoch eröffnete der Rathspensionär Heinsius dem hannöverschen Gesandten Bothmar: die Häupter der Republik seien durchweg der Meinung, daß bei der Lage der Dinge in England die

[1]) Bericht vom 12. Januar.
[2]) Bericht vom 16. Januar.
[3]) Bericht vom 19. Januar.

Absendung des Kurprinzen dahin nicht bloß nützlich, sondern fast unumgänglich sei, zu dem Zwecke, die freilich noch verborgenen, aber leicht zu errathenden Anschläge des Ministeriums und der Jacobiten zu durchkreuzen.[1]) Aehnlich berichtete von Antwerpen aus Marlborough über den Stand der Dinge in der Republik.[2])

In Hannover haben wir die Personen des kurfürstlichen Hauses zu unterscheiden, die in Betreff der englischen Succession nicht übereinstimmend dachten: die alte Kurfürstin Sophie, den Kurfürsten Georg Ludwig und seinen jüngsten Bruder Ernst August, den Kurprinzen Georg August und dessen Gemahlin Caroline, geborene Prinzessin von Anspach. Die letztere, damals dreißigjährig, war vielleicht die eifrigste von allen für die Succession.

Das Verhalten der Kurfürstin zu der Aussicht auf die englische Thronfolge liegt in vielen ihrer Aeußerungen in diesem Werke zu Tage. Niemals hatte sie, wie später die unbegründete Sage in England erzählt hat, sich nach derselben begierig gezeigt. Sie hatte im October 1713 das dreiundachtzigste Lebensjahr vollendet. Aber wie sie noch ihre körperliche Gesundheit besaß, so auch die volle Frische des Geistes, mit welcher sie zahlreiche Correspondenzen unterhielt, durchweg eigenhändig schreibend. Eine hauptsächliche derselben fand statt mit Leibniz, damals in Wien, der vom Beginne des Auftauchens der Thronfolge in England an einer der eifrigsten Vertreter derselben bei der Kurfürstin gewesen war. In ihren längeren Briefen an ihn pflegte sie die Angelegenheit der Thronfolge nur in wenigen Worten zu streifen. Am 8. December 1713 meldet sie: ein Lord habe gesagt: wenn man den Prätendenten überall verbannen wolle, so möge man ihn nach Hannover senden. Am 4. Januar, vor der Krankheit der Königin: „Ich werde Ihnen durchaus nicht von den englischen Angelegenheiten reden. Wäre ich erst dreißig Jahre alt — also wie die Kurprinzessin — so wäre ich dabei sehr betheiligt. Jetzt dagegen denke ich nur daran meine Seele in Ruhe zu halten, damit ich das Leben bewahre, so lange es geht.“[3])

---

[1]) Bericht des Herrn von Heems, vom 16. Januar. K. k. Archiv. Hollandica.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 543.

[3]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 416 und 421.

Auf die Nachricht der schweren Krankheit der Königin sprach Leibniz die Hoffnung aus, die Kurfürstin, ungeachtet ihrer entgegen gesetzten Ansicht, noch als Königin zu erblicken. Sie antwortete, am 1. März: „Mein Tod würde allerdings schöner sein, wenn, nach Ihren Wünschen, meine Gebeine in Westminster bestattet würden; aber ich sage offen, daß meine Seele, die bisher noch den Leib beherrscht, zur Zeit sich noch nicht so traurigen Gedanken hingibt, und daß die Reden über die Succession mich verdrießen. Man schreibt so viele Bücher für und wider, daß ich mir nicht die Mühe gebe hineinzublicken. Hätte ich damals als man dem Herzoge von Ormond den Befehl zusandte nicht zu schlagen, den Thron inne gehabt: so wären jetzt die Angelegenheiten des Kaisers im besseren Stande, und man würde ihn bitten, Europa den Frieden zu geben. Aber ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß man geduldig abwarten muß, was Gott uns sendet.“ [1])

Mit besonderem Eifer dagegen hielt das kurprinzliche Paar die Aussicht auf die Thronfolge in England im Auge. Der Kurprinz wäre schon zwei Jahre zuvor bereit gewesen, auf den Vorschlag des Prinzen Eugen sich zu bethätigen (S. 359). Um so mehr also mußte er nun, wo von so vielen Seiten die Aufforderung an ihn herantrat, geneigt sein, durch die Ueberfahrt nach England, durch sein Auftreten dort die Sache seines Hauses zur Entscheidung zu bringen. Aber immer stand ihm entgegen die Nicht-Zustimmung des Vaters.

Wir haben die Gründe vernommen, die der Kurfürst durch seinen Gesandten Schütz darüber den Freunden der Succession in England entwickeln ließ. Wir haben ferner vernommen, daß die Häupter der Whig-Partei durch eine Gegenschrift diese Gründe zu entkräften suchten. Aber den einen Grund konnten sie nicht entkräften, daß im Falle der Ueberkunft des Kurprinzen die Whigs ihn umdrängen, ihn wie ihr Haupt ansehen würden. Der Schein der Parteinahme war in solchem Falle schwer abzuwehren. Der Kurfürst hätte dadurch der Königin und dem Ministerium den Anlaß oder doch den Schein zu dem Vorwurfe geboten, daß er seinem wiederholt gegebenen Versprechen, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen, zuwider gehandelt habe.

[1]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 430.

Es iſt möglich, daß der Kurprinz durch ſeine Haltung in England jeglichem Vorwurfe ſolcher Art den Boden entzogen haben würde. Aber der Vater wenigſtens trauete ſeinem Sohne eine ſolche feſte Haltung nicht zu. Er zog den zweiunddreißigjährigen Prinzen nicht in den Rath, aus Beſorgnis, wie der ihn beobachtende General Schulenburg ſagt, ſeines Mangels an Discretion vor den Frauen. Es iſt damit die Kurprinzeſſin Caroline gemeint, die an geiſtiger Befähigung der alten Kurfürſtin ebenbürtig da ſtand. Demnach ergibt ſich aber auch, daß das Verhältnis von Vater und Sohn gelockert wurde.

Der General Schulenburg, nach einer Beobachtung mehrerer Monate, entwirft damals von dem Kurprinzen die folgende Charakteriſtik: „Er brennt vor Begierde die Krone zu erlangen. Er iſt geiſtig befähigt, lebhaft, beſitzt ein wunderbares Gedächtnis; aber dabei iſt er unbeſtändig, argwöhniſch, liebt und haßt ohne Grund, kurz ein ſonderbar gemiſchter Charakter.“ [1])

Als die Nachricht der ſchweren Erkrankung der Königin in Hannover eintraf und damit ſich die Ausſicht erhob, daß die Ueberkunft der Thronerbin nach England erforderlich werden könnte, erklärte die Kurfürſtin Sophie, daß ſie niemals ohne ihren Sohn, den Kurfürſten, hinüber gehen werde. Der General Schulenburg fügte der Meldung deſſen an Leibniz die Worte hinzu: Celui-ci dans le fond de son cœur ne voudrait pas voir arriver le cas — sapienti pauca.[2]) — Einige Wochen ſpäter ſchreibt er demſelben: A Hanovre on est trop indolent sur l'affaire (d'Angleterre), et je me trompe, si l'Electeur n'est pas bien aise d'en être quit avec honneur.[3]) Noch ſtärker drückt Schulenburg ſich einige Monate ſpäter aus, in den Tagen der Kataſtrophe in England, mit den Worten: Il est sûr que l'Electeur est très-indifférent de ce qui arrivera de l'affaire en question, et j'oserais avancer que, si elle venait aujourd'hui à sa maturité, il serait au désespoir d'être obligé par honneur de quitter son séjour.[4])

---

[1]) Schulenburg an Steingens, 10. Auguſt, in: Leben und Denkwürdigkeiten des Grafen Schulenburg, Band I, S. 542.

[2]) Schreiben vom 11. Februar, in den Leibniz-Papieren der k. Bibliothek zu Hannover.

[3]) Eben dort. Schreiben vom 31. März.

[4]) In dem vorerwähnten Schreiben an Steingens.

Schulenburg ſtützt ſich für ſein Urtheil hier nicht auf eine beſtimmte Kundgebung des Kurfürſten, ſondern ſagt ſelber, daß er eine Behauptung wagt. Als Grundlage dieſer Behauptung dient das thatſächliche Verhältnis, daß der Kurfürſt um der engliſchen Thronfolge willen keine Schritte that. Schulenburg und Leibniz, der darüber mit jenem die Gedanken austauſchte, ſo wie viele andere Zeitgenoſſen, gingen in ähnlichen Urtheilen von der Vorausſetzung aus, als ſei es ſelbſtverſtändlich, daß der Kurfürſt nach der engliſchen Krone ſtreben, danach greifen müſſe.

Aber der Kurfürſt hatte durch eine lange Reihe von Jahren bewieſen, daß er nicht von dieſem Geſichtspunkte ausging. Er war ein ſelbſtändiger Reichsfürſt, einer der mächtigſten. Seit ſieben Jahrhunderten war das welfiſche Haus, dem er entſtammte, verwachſen und verwoben mit dieſer niederſächſiſchen Heimat. Die Tradition des Ahnherrn Heinrichs des Löwen, dem einſt das geſammte Volk der Niederſachſen vom Rheine bis zur Peene als dem Stammesherzoge folgte, war Jahrhunderte lang verdunkelt geweſen. Der Vater Ernſt Auguſt hatte, nach Maßgabe der damaligen Verhältniſſe, ſie wieder ins Leben gerufen, hatte vom Kaiſer die neunte Kurwürde erlangt, oder, in ſeinem Sinne zu reden, wieder gewonnen, was einſt ſeinem Ahn mit Unrecht und Gewalt genommen war, und hatte zugleich mit dem Kaiſerhauſe ſeinen Bund geſchloſſen zu treuem Zuſammen-Halten. Dies politiſche Vermächtnis von Ernſt Auguſt machte Georg Ludwig aus voller Ueberzeugung ſich zu eigen. Er trat perſönlich ein in den Dienſt für Kaiſer und Reich. Auf dieſem ſeinem Wege des Wiederaufbaues der einſtigen Macht und Größe ſeines Hauſes und desjenigen Theiles der Niederſachſen, die ihm folgten, trat ihm entgegen das Angebot der engliſchen Königskrone. Er ſo wenig wie ſeine Mutter, durch welche ein Anſpruch an dieſelbe auf ihn verſtammte, hatten um dies Erbieten einen Schritt gethan. Sie nahmen das Dargebotene an.

Aber es iſt die Frage, ob der Glanz dieſer in Ausſicht geſtellten Krone den ruhigen und friedlichen Beſitz deſſen was in der Heimat ihnen eigen war, ſo ſehr überſtrahlte. Die Veränderlichkeit der engliſchen Nation war damals in Europa wie ſprichwörtlich. Die Kurfürſtin Sophie hatte im langen Leben allen dieſen Wechſel mit angeſehen: ſie war gleich ihrer Schweſter, der Aebtiſſin von Maubuiſſon,

wie dieſe einmal bemerkt, eine lebende Chronik aller jener Wandlungen. Immerhin war der Glanz der Krone lockend; aber es fehlte die Gewähr des Beſtandes.

Dazu forderte die Annahme dieſer Krone ein ſchweres Opfer, den Verzicht auf die Heimat. Georg Ludwig hat ſpäter als König Georg I. die Aenderung eines Satzes der Succeſſions-Urkunde verlangt und durchgeſetzt; aber bei ſeiner Annahme derſelben, im Jahre 1701, befand ſich dieſer Satz darin mit den Worten: „Keine Perſon, die in Zukunft zum Beſitze dieſer Krone gelangen wird, ſoll, ohne Zuſtimmung des Parlamentes, das Königreich verlaſſen dürfen.“ Es haftete daran unvertilglich die Beſorgnis, daß England den Beſitz des demnächſtigen Herrſcherhauſes außerhalb der Inſeln Groß-Britannien und Irland mit Mistrauen betrachten würde.

Die Kurfürſtin Sophie und ihr Sohn, der Kurfürſt Georg Ludwig, hatten angenommen, was, ohne ein Zuthun, ein Bemühen, eine Bitte ihrerſeits, von den berufenen Vertretern eines Königreiches, zwei Souveränen nach einander in Gemeinſchaft mit den Abgeordneten der Nation, ihnen entgegen getragen war, nicht um des Hauſes Hannover willen, ſondern um Englands willen. England bedurfte des Hauſes Hannover, um ſicher zu ſein gegen einen Bürgerkrieg, nicht aber bedurfte das Haus Hannover Englands. Die Annahme des Dargebotenen war eine Pflicht der Ehre und des Gewiſſens, nicht jedoch das Trachten und Streben über dasjenige hinaus, was von der Nation in ihrer Geſammtheit freiwillig entgegen getragen wurde und dadurch ein Recht begründete. Von dieſem Grundſatze aus hielten die Kurfürſtin Sophie und der Kurfürſt Georg Ludwig feſt an der Richtſchnur, aus ſich nicht einen Schritt in England zu thun, ſondern nur dasjenige anzunehmen, was von der Königin und dem Parlamente gemeinſam ihnen dargeboten wurde. Sie erkannten ſich nicht das Recht zu, in England zu handeln wider den Willen, noch auch nur ohne Vorwiſſen der Königin. An dieſem Principe ſcheiterten die Bemühungen, ob von England her, ob von Holland, ob aus nächſter Nähe, den Kurfürſten zur Ueberſendung ſeines Sohnes nach England zu bewegen.

Weitere Entwickelung der Dinge in England.

Die Aufforderungen von England aus wurden freilich immer dringender. Am 19. Januar meldete Schütz, daß Freunde der Succession, sowohl Tories als Whigs, bei ihm erschienen seien, um zu betheuern, daß nichts Anderes die Succession retten könne als die Uebersendung des Kurprinzen. Den neuen Anlaß zu diesem Drängen gab das Gerücht der Ausrüstung eines französischen Geschwaders in Brest.[1])

Es ist merkwürdig zu sehen, wie in England die Freunde der Succession sich in Besorgnisse hinein redeten. Man fürchtete nicht bloß die französische Flottenrüstung. Es hieß ferner, daß auch Truppenbewegungen in Nord-Frankreich statt fänden. Man fürchtete sogar auch, daß die britische Flotte für den Dienst des Prätendenten verwendet werden solle. Es hieß, daß der Admiral Wishart, der das Commando der Flotte erhalten, lauter schottische See-Officiere auslese.[2])

In der Wirklichkeit war doch das alles ganz anders. Das Schreiben Bolingbrokes aus Windsor hat durch den Ausdruck der Hoffnung, daß Oxford nun endlich Schritte thun würde, sich selber und seine Freunde sicher zu stellen, uns gezeigt, daß einerseits die gesammte Macht der Krone noch in Oxfords Händen lag, so wie andererseits, daß er bis dahin noch keine Schritte in der von Bolingbroke gewünschten Richtung gethan. Was Bolingbroke hoffte, suchte auf die Nachricht der Krankheit der Königin auch Berwick bei Oxford zu erreichen. Er gab dem Herzoge von Ormond den Auftrag, nun endlich Oxford zu einem Entschlusse zu drängen. Es gelang nicht. Das Ergebnis einer langen Unterredung war, daß Berwick nach Bar-le-Duc berichtet: „Oxford ist so geheimnisvoll und unfaßbar, daß man oft in Versuchung geräth, ihn im Grunde für einen Schurken zu halten. Aber dagegen steht, daß die Whig-Partei, der Kurfürst in Hannover, Marlborough sich niemals mit ihm aussöhnen werden.“[3])

Während also die Whig-Partei das Ministerium im schwersten Verdachte von Attentaten zu Gunsten der Jacobiten hielt, erwuchs auf

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 546.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

[3]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 389. Vom 4. Februar.

jacobitiſcher Seite gegen das Haupt des Miniſteriums der nicht minder ſchwere Verdacht, von ihm betrogen zu werden. Berwicks Beſorgnis ward allerdings gedämpft durch die Erwägung, daß es Oxford nicht gelingen werde, mit dem Kurfürſten in Hannover auf guten Fuß zu kommen. Wie aber, wenn Oxford das dennoch glaubte und in dieſer Richtung ſich bemühete?

Vom Beginne des Jahres an machte Oxford wiederholte Verſuche, ſich dem hannöverſchen Geſandten Schütz zu nähern — Verſuche, die der Letztere nicht ſehr hoch angeſchlagen zu haben ſcheint.[1]) Aber Oxford kam wieder. Er theilte dem Geſandten im tiefſten Geheimniſſe mit, daß es ihm gelungen ſei, die Königin für die Sicherung der Thronfolge des Hauſes Hannover zu einem neuen Verſprechen zu bewegen. Sie wolle eine Acte ſanctioniren, welche die Kurfürſtin Sophie ermächtigen würde, die ſämmtlichen Mitglieder der Regentſchaft zu ernennen, ohne an die ſieben Perſonen gebunden zu ſein, welche, gemäß der Regentſchafts-Bill von 1705, vermöge ihres Amtes Mitglieder ſeien. Schütz ſchöpfte den Verdacht, daß Oxford nach der Gelegenheit trachte, die Succeſſions-Acte überhaupt zu ändern. Lord Halifax beſtätigte dieſen Verdacht, mit dem Rathe, daß der Kurfürſt ſich auf keine Aenderung einlaſſen, ſondern ſich mit der gegenwärtigen Faſſung der Acte befriedigt erklären möge.[2])

Vom 12./23. Januar an verlautete in London das Gerücht, daß Thomas Harley, einer der Secretäre vom Schatzamte und naher Verwandter des Treaſurers, wieder wie im Jahre zuvor, in außerordentlicher Miſſion nach Hannover gehen ſolle. Ueber den eigentlichen Zweck dieſer Sendung verlautete nichts;[3]) jedoch lag es in der Natur der Dinge, daß die Thatſache ſelber als eine freundliche für Hannover angeſehen wurde. Eben darum, meinte man, werde Oxford um ſo mehr das Mistrauen der Jacobiten wider ihn wach rufen. Dies war in der That der Fall, mit Conſequenzen, wie man ſie bei der erſten Kunde der Sache noch nicht ahnte. Das Handſchreiben der Königin, welches Harley zu überbringen hatte, war bereits am 8. 19. Januar

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 542.
[2]) A. a. O., p. 545.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

gezeichnet. Bis zur Abreise Harleys jedoch verfloß noch eine Reihe von Tagen, und seine Ankunft in Hannover erfolgte sogar erst im April. Dann also wird die Sache uns wieder vor Augen treten.

Die Königin schien, im Januar, sich wieder zu erholen, und es war bereits davon die Rede, daß sie in einem besonders für ihren Zustand gebauten Wagen das Schloß Windsor verlassen und sich in die Stadt begeben werde. Da erfolgte, am 23. Januar/3. Februar, ein neuer Krankheitsanfall, den man als Kolik bezeichnete. Bolingbroke, der sich in Windsor befand, schrieb darüber an Gautier, am 26. Januar/6. Februar: „Mein lieber Freund. Im tiefsten Vertrauen eröffne ich Ihnen, daß es mit der Königin so schlimm steht, daß auf ihre Herstellung nicht zu rechnen ist. Wir sind freilich genöthigt das Gegentheil zu versichern, um das Nothwendige zu ordnen." Es folgten in dem Briefe unaufgelöste Ziffern.[1])

Wenn auch die hier ausgesprochene Meinung Bolingbrokes allzu dunkel gefärbt war, so ist doch anzunehmen, daß er derselben gemäß zu handeln suchte.

Das Bemühen den eigentlichen Zustand der Königin geheim zu halten, ging so weit, daß einige fremde Gesandte, welche, am 4. Februar, sich zum Zwecke der Erlangung einer Audienz, nach Windsor hinaus begeben hatten, dort an Ort und Stelle von einem neuen Krankheitsanfalle der Königin nichts erfuhren, sondern erst nach ihrer Rückkehr in die Stadt die Kunde erhielten.[2])

Indessen die Maßregeln der Minister für die Geheimhaltung konnten diesen Zweck nicht dauernd erreichen. Bei der Frage des Lebens oder des Todes der Königin war ganz Europa betheiligt, zunächst und vor Allen die Engländer selbst. Darum stieg dort bei diesem erneuten Krankheitsanfalle die Sorge und die Unruhe um die Zukunft. Die Gerüchte, die schon seit einiger Zeit im Umlaufe, wurden stärker. Sie überboten sich. Der Prätendent, hieß es, habe seinen Aufenthalt zu Bar-le-Duc in Lothringen plötzlich verlassen, und Niemand wisse, wohin er sich begeben. Das französische Geschwader in Brest

[1]) Das Schreiben, von Bothmar auf demselben Wege erlangt, wie das frühere, S. 511, Note 2. Nach dem Berichte von Schütz in Macpherson's Original papers vol. II, p. 550 war der Expreß von Windsor aus an Gautier.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 6. Februar.

wurde wieder genannt. Um Boulogne zögen ſich franzöſiſche Truppen zuſammen. Die Capitäne des Geſchwaders der zwölf britiſchen Schiffe, welches unter dem Admiral Wiſhart abſegeln ſollte, wurden nun ſämmtlich als Jacobiten bezeichnet, ausdrücklich zu dem Zwecke ausgewählt, den Prätendenten her zu geleiten. In Folge dieſer Gerüchte ward die Bank von England ähnlich angelaufen, wie im März 1708. Die Actien derſeben ſanken in zwei Tagen um vier bis fünf Percent.[1])

Deshalb entſendete die Bank vier ihrer Directoren an den Treaſurer Oxford. Sie führten alle jene Gerüchte an, ferner den übelen Zuſtand der Königin, das lange Hinausſchieben der Verſammlung des Parlamentes. Das alles habe eine ſolche Beſorgnis erweckt, daß Jedermann an die Bank renne und baares Geld verlange. Wenn nicht der Hof etwas zur Beruhigung thue, ſo ſchwebe der öffentliche Credit in Gefahr zuſammen zu brechen.

In ſeiner Antwort ſtellte ſich Oxford, als habe er von allem dem zuvor nichts gewußt, und behandelte alle dieſe Gerüchte wie lächerlich. Es fänden überhaupt keine Rüſtungen ſtatt, weder in England, noch in Frankreich. Der Prätendent begebe ſich in die Schweiz, weil weder Venedig noch Rom ihm den Aufenthalt geſtatteten. Die Königin ſende Thomas Harley nach Hannover, welcher dem Kurfürſten die Fortdauer ihrer Sorgfalt für die Wahrung der Succeſſion darlegen werde. Eine andere Perſönlichkeit hohen Ranges werde dahin folgen, deren Name allein Jedem, der noch zweifele, alle Furcht und Sorge um die Succeſſion benehmen werde.[2]) — Als die hier angedeutete Perſönlichkeit ward in den nächſten Tagen der Herzog von Kent genannt.

In der That aber gingen die Beſorgniſſe um den Zuſtand der Königin über die Wirklichkeit hinaus. Am 1./12. Februar richtete Bolingbroke in ihrem Auftrage ein Schreiben an den Lord Mayor von London.[3]) Daſſelbe enthielt einige Worte der Beruhigung über ihren Geſundheitszuſtand, und verſicherte, daß das Parlament an dem beſtimmten Tage, dem 16. 27. Februar, zuſammen treten werde. —

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. Februar.
[2]) Desgleichen, vom 13. Februar.
[3]) Lamberty t. VIII, p. 640.

Das Schreiben hatte die Wirkung, daß sich das Rennen an die Bank verminderte. Die Whig-Partei dagegen trauete so wenig, daß sie zwei Officiere nach Frankreich hin entsendete, um über das Gerücht eines Lagers bei Boulogne Gewisheit einzuziehen.[1])

Die Königin erholte sich wieder. Am 6./17. Februar, ihrem Geburtstage, war sie im Stande, die Glückwünsche in der Art in Empfang zu nehmen, daß sie, auf ihrem Thronsessel sitzend, die Gratulanten paarweise vorüber defiliren ließ. Sie verneigte sich, jedoch ohne zu reden. „Ich muß sagen, meldet Hoffmann, daß ich keine Aenderung an ihr wahrgenommen, außer daß die Augen nicht so lebhaft blicken wie zuvor.“[2])

In der Stadt London fand von der sogenannten hannöverschen Gesellschaft eine Feier statt, ähnlich wie jährlich im November das Erinnerungsfest an die Königin Elisabeth, in welchem ein hauptsächliches damaliges National-Vorurtheil der Engländer zum Ausdrucke gelangte. An der Spitze eines Zuges von etwa fünfhundert Fackelträgern, von unzähligem Volke umschwärmt, fuhr ein Wagen mit drei großen Figuren, die den Papst, den Prätendenten, den Teufel darstellen sollten. Der Zug ging durch die hauptsächlichsten Straßen der Stadt. Der Ausschuß (trainbands) stand in Waffen, machte jedoch keinen Versuch des Einschreitens. Der Umzug vollzog sich friedlich, und vor dem Versammlungshause jener Gesellschaft wurden dann die drei Figuren mit großer Solennität dem Feuer übergeben. „Durch dergleichen Spectacula, sagt der Berichterstatter, sucht die Whig-Partei bei diesen gefährlichen Zeitläufen die Gemüther des Volkes gegen den Prinzen von Wales in Erregung zu erhalten, und findet, daß dies eine gute Wirkung hat.“[3])

Es bestätigte sich, daß dem Herzoge von Kent die Andeutung gemacht war, dem Thomas Harley nach Hannover zu folgen. Er hatte jedoch erwiedert, daß er die Sendung nicht anders auf sich nehmen werde als mit dem Auftrage, den Kurprinzen einzuladen und herüber zu führen. Der Auftrag blieb aus. Dagegen ging von dem Mini-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Februar.

[2]) Desgleichen vom 20. Februar.

[3]) Desgleichen.

ſterium das Gerücht aus: die Königin werde in ihrer Thronrede aussprechen, daß ſie bereit ſei, alles zu thun, was zur Beruhigung ihrer Unterthanen gereichen könne. Alsdann werde der Staats-Secretär Bromley im Unterhauſe eine Adreſſe vorſchlagen, enthaltend die Bitte um die Einladung des Kurprinzen. — „Dies Gerücht, bemerkt dazu Hoffmann, findet keinen Glauben.“ Das Mittel ſolcher Gerüchte für Oxford war verbraucht.

Dagegen war es Bolingbroke noch nicht gelungen, die Geltung Oxfords bei der Königin zu erſchüttern. Noch in der Woche vor dem Zuſammentritte des Parlamentes vollzog die Königin für Oxford eine Schenkung von 5000 Pfund Sterling als beſondere Belohnung für ſeine guten Dienſte.[1]) Es tritt alſo bei dieſem guten Verhältniſſe Oxfords zu der Königin, abermals an uns die Frage heran, wie er bei derſelben ſich die Sache des Prätendenten zurecht legte.

Frage des Religionswechſels des Prätendenten.

Aus dem Briefe Berwicks, vom 4. Februar, an den Prätendenten haben wir vernommen, daß ſein Glaube an Oxford bereits ins Wanken gekommen war. In denſelben Tagen dictirte Oxford, der, wie früher bereits hervorgehoben iſt, ſich niemals eigenhändig mit dem Prätendenten oder deſſen Umgebung eingelaſſen, dem Prieſter Gautier für denſelben ein Schreiben, in welchem er verſichert, daß der Religionswechſel oder die Fiction desſelben abſolute Bedingung ſei, und daß die Königin, ſo lange der Prätendent in der römiſch-katholiſchen Religion beharre, nichts für ihn thun werde.[2]) — Dieſelbe Forderung trat in vielfacher Weiſe von England aus an den Prätendenten heran.

Berwick war über dieſe Forderung ſehr unmuthig, und wies namentlich darauf hin, daß bei der erſten Anknüpfung, die von Oxford her durch Gautier und Torcy an ihn gekommen, davon mit keinem Worte die Rede geweſen war. „Wahrlich, meinte er, das ſieht ſchlimm aus, wenn nach einer Verhandlung von zwei Jahren eine unmögliche Forderung erhoben wird. Dennoch müſſen wir mit ihnen aushalten,

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 562.
[2]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 56, 390.

weil es kein anderes Mittel gibt."[1]) Aber er war zugleich der Ansicht, daß auf diese Forderung keine Antwort gegeben werden dürfe.

Darin jedoch stimmte mit ihm der Prätendent nicht überein. Er hatte schon früher den hochkirchlichen Geistlichen Lesley, der in England den Eid auf die Verfassung verweigert, für die anglicanischen Mitglieder seiner Umgebung nach Bar-le-Duc berufen. Dieser antwortete im Sinne des Prätendenten auf jene Forderungen an die jacobitischen Freunde im Parlamente. Aber Jacob begnügte sich damit nicht. Er entschloß sich, wenn auch widerstrebend, eigenhändig auf jene von Gautier eingesandte Forderung zu antworten. Dies Schreiben des Prätendenten lautet wie folgt.[2])

„Ich hätte wünschen mögen, in dieser Zeit nicht genöthigt worden zu sein, mich auf ein so delicates Thema wie dasjenige der Religion einzulassen; aber Ihre zwei letzten Briefe lauten darüber so dringend und so positiv, daß es ein unverzeihlicher Mangel an Offenheit sein würde, wenn ich darauf nicht mit der gleichen Aufrichtigkeit antworten wollte."

„Ich beginne daher damit, Ihnen die letzte Unterredung, die wir über diese Sache hatten, ins Gedächtnis zu rufen. Ich habe dazu nichts hinzuzufügen, als daß es mir weder an Berathung noch Erwägung fehlt, unveränderlich bei meinem festen Entschlusse zu beharren, daß ich niemals meine Religion verleugnen, daß ich eher alles verlassen als gegen Ehre und Gewissen handeln werde, koste es auch was es wolle. Das ist meine Ueberzeugung. Hätte ich eine andere, oder handelte ich im Widerspruche mit dieser, welche ich habe: wo wäre dann noch ein Mann von Ehre, der mir trauen würde? — Und wie könnten jemals meine Unterthanen sich auf mich verlassen, oder glücklich unter mir leben, wenn ich mich einer so notorischen Heuchelei bedient hätte, um zu ihnen zu gelangen? Ich bin überzeugt, daß sie vermöge ihres ehrenhaften Charakters sowohl das Verbrechen selbst als den der sich dessen schuldig gemacht, verabscheuen würden. Und wenn sie sich nur die Zeit lassen wollten ernstlich zu erwägen, so würden sie, nach

[1]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 389.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 525. Vom 13. März. Gautier ist dort nicht genannt; aber schon die Bezugnahme auf die stattgehabten Unterredungen läßt keine andere Adresse zu.

meiner Ueberzeugung, nicht meine Religion als das einzige Hindernis meiner Herstellung ansehen, da sie ja vielmehr die sicherste Bürgschaft für ihre Freiheiten, ihr Eigenthum, ihre Religion ist, weil sie mir die Macht benimmt einen Angriff darauf zu machen, auch wenn ich es wollte. Dies Wollen liegt aber meinen Gedanken so fern, daß ich vielmehr willig und bereit bin, in Betreff dieser Punkte alle Sicherheit zu gewähren, die vernünftiger Weise von mir verlangt werden kann. Denn alle meine Wünsche gehen nur dahin, meine Unterthanen zu einem glücklichen, blühenden Volke zu machen."

„Ich kann kein anderes Interesse haben als das ihrige. Dagegen gibt es viele andere minder als ich berechtigte Erben der Krone, welche einerseits mächtig, andererseits Fremdlinge, Neigungen haben können, wie sie ihrer Macht entsprechen, und vielleicht für England niemals eine Ruhe gönnen, bis sie es in vollem Ernste unterjocht haben."

„Wollen denn meine Unterthanen immer so verblendet sein, dasjenige als unleidlich anzusehen, worin in der That ihre größte Sicherheit besteht? Wollen sie nicht die wirklichen und gerechten Ursachen zur Furcht und Sorge für sich erkennen und trachten denselben zuvorzukommen?"

„Meine gegenwärtige Aufrichtigkeit, zu einer Zeit, wo sie mir so theuer zu stehen kommen kann, sollte ihnen eine hinreichende Bürgschaft sein für die gewissenhafte Beobachtung alles dessen was ich ihnen verspreche. Denn ich kann mit Wahrheit sagen, daß ich alle Verstellung und alles Doppelspiel verabscheue, und sogar auch jetzt liebe ich meine Unterthanen zu sehr, als daß ich nicht wünschen sollte, sowohl um ihret- als um meinetwillen, daß sie wenigstens ihre Augen öffnen möchten, ihr wahres Interesse zu erkennen und rechtzeitige Fürsorge für ihren künftigen Frieden zu treffen."

„Ich weiß, daß mein Großvater und auch mein Vater von der Hochkirche von England in Bezug auf die Monarchie immer eine gute Meinung hatten. Auch beweist ja die Erfahrung, daß jedes Mal, wo ein Streich die Krone traf, die Hochkirche ihn mitfühlte, und, wenn auch einige ihrer hauptsächlichsten Vertreter es an ihrer Pflicht haben fehlen lassen, so dürfen wir doch die Grundsätze einer Kirche nicht messen wollen nach den Handlungen einiger Privatpersonen."

So ehrenwerth die Gesinnungen, die der Prätendent hier kund gab, so stand doch zwischen ihm und der Krone von England als Hindernis nicht bloß die Religion, sondern die ganze lange Kette des Geschehenen, die sich an die nicht von ihm verschuldete thörichte Flucht seines Elternpaares mit ihm nach Frankreich knüpfte. Was die Religion betraf, so hatte sich ja allerdings eben zuvor, in Anlaß des Geburtsfestes der Königin, das englische National-Vorurtheil wider die katholische Kirche in einer Weise ausgeprägt, die auf Gerechtigkeit für den Angehörigen derselben geringe Hoffnung gab. Aber dieselben Whigs, die vor dem englischen Volke die Abneigung gegen den Prätendenten in der populären Form der Confessionalität zum Ausdrucke brachten, waren, politisch betrachtet, in England die eigentlichen Freunde des römisch-katholischen Kaisers. Wie einst Wilhelm III. vor allen Dingen dahin getrachtet hatte, für die durch ihn in England bewirkte Umwälzung die Sanction des Kaisers Leopold zu gewinnen: so beschäftigte sich eben damals die Whig-Partei mit dem Plane, von dem Kaiser Carl VI. einen Garantie-Vertrag für die Thronfolge des Hauses Hannover zu erlangen. Bei dem Namen Papstthum richteten sich die Augen der damaligen Engländer nicht zuerst auf den Kaiser oder irgend welchen anderen Fürsten katholischer Religion, sondern auf den König von Frankreich. Die Worte Popery and France, oder Popery and French interest, oder Popery and arbitrary power verschmolzen für die damaligen Engländer in Einen untrennbaren Begriff. So unrichtig das ist, der Irrthum war ein allgemein nationales Vorurtheil. Von diesem Boden aus war jene Demonstration mindestens eben so sehr politisch wie confessionell. Aber setzen wir auch, der Prätendent habe die Absicht gehabt, dem elterlichen Erbe der Verblendung des Vertrauens in den König von Frankreich zu entsagen — was doch nach seinem Abschiedsbriefe vom Jahre zuvor, aus Chalons-sur-Marne (S. 460), kaum anzunehmen ist — so sagt doch davon, also von der eigentlichen Ursache des Falles seines Vaters, jenes Schreiben an den Priester Gautier kein Wort. Daher kann das Schreiben nicht auf viele Engländer zu seinen Gunsten gewirkt haben.

In jedem Falle aber that der Königin Anna die Antwort kund, daß sie mit dieser Forderung des Religionswechsels oder gar der Simulation desselben bei ihrem Bruder nicht durchdringen werde. Und eben

dasſelbe galt für Oxford und für Bolingbroke. Danach hatten ſie ihre weiteren Schritte zu bemeſſen. Diejenigen des Lords Oxford führten, wie wir geſehen, ſchon vorher nach Hannover, ohne daß er darum das Doppelſpiel nach der anderen Seite hin aufgab, ſo lange es noch vorhielt. Bolingbroke hätte die ſeinigen gar gern unverweilt nach Bar-le-Duc gelenkt; aber die Machtfülle der Krone lag noch in den Händen des Treaſurers Oxford.

Die Seſſion des Parlamentes.

Stellung der Parteien.

Das Parlament trat zuſammen am 16. 27. Februar. Aber der leidende Zuſtand der Königin hatte ihr bis dahin die Fahrt nach der Stadt noch nicht geſtattet. Deshalb beſchränkte ſich die Thätigkeit des Unterhauſes am erſten Tage auf die zwei Acte der Wahl des Sprechers und dann der Vertagung bis zum März. Die Wahl fiel, nach dem Willen des Miniſteriums, auf Sir Thomas Hanmer, den Führer derjenigen Tories, die man als hannöverſche bezeichnete.

Oxford hatte einige Tage zuvor dem franzöſiſchen Agenten Gautier die Abſicht dieſer Wahl mitgetheilt, mit der Begründung, daß er dadurch Hanmer hindern wolle, ſich gegen den Hof zu bethätigen.[1] Gautier ſcheint die Zweckmäßigkeit dieſes Mittels etwas in Zweifel gezogen zu haben. Lebhafter erregt waren die eigentlichen Jacobiten, die mit nicht geringen Hoffnungen nach London gekommen waren. „Die Tory Partei, berichtet Lockhart, hatte im Unterhauſe nicht eine ſo ſtarke Mehrheit wie früher; aber ſie waren unter einander feſter geeinigt, unter ihr viele eifrige junge Männer, die nur wünſchten, zur That geführt zu werden. Sie waren willig und fähig das ihrige zu thun, wenn nicht der Hof ſie mit Verzögerungen hingehalten hätte, bis die goldene Gelegenheit verloren war.“[2]

Als hauptſächliche Misgriffe ſolcher Art von Seiten des Miniſteriums bezeichnet Lockhart wie die Wahl des Ritters Hanmer zum

[1] Correspondence of Sir Thomas Hanmer vol. II, p. 42.

[2] Lockhart Papers vol. I. p. 439.

Sprecher, so die Ernennung des bisherigen Bischofs von Chester, Sir William Dawes, zum Erzbischofe von York. „Der einzige Grund, sagt er, den die Minister dafür angeben konnten, war die Hoffnung, die beiden zu gewinnen. Aber das Gegentheil trat ein. Denn indem diese Persönlichkeiten erkannten, daß nicht Gunst für sie, sondern Furcht vor ihnen der Grund ihrer Beförderung war, lohnten sie dieselbe nicht mit Dank. Hätten dagegen die Minister einen Mann von festen Grundsätzen und offenem Charakter zum Sprecher aufgestellt, so würde der Erfolg nicht ausgeblieben sein." — „Für mich jedoch glaube ich, daß der wahre und hauptsächliche Grund, aus welchem das Ministerium in die Wahl des Ritters Hammer einging, der Zwiespalt zwischen Oxford und Bolingbroke war. Weil sie sich über eine geeignete Persönlichkeit nicht einigen konnten, so ergriffen sie den Ausweg, einen Mann vorzuschlagen, der Jedem von ihnen gleich abgeneigt war."

Die Jacobiten des Parlamentes traten unter einander zusammen, zu berathen, was bei dieser Sachlage zu thun. Sie erwogen den Zustand der Königin, daß die Tage derselben gezählt seien. Sie kamen daher zu dem Beschlusse, daß keine Zeit verloren werden dürfe, wenigstens die Dinge auf den Fuß zu stellen, daß, im Falle des Todes der Königin, der Weg zur Rückkehr für den König gebahnt sei. Sie erachteten es für zweckmäßig sich direct an Lord Bolingbroke zu wenden und ihm zu eröffnen, daß es nunmehr mit ihrer Geduld zu Ende und daß darum sofort etwas Zweckdienliches geschehen müsse. Im anderen Falle dürfe er nicht erwarten, daß sie gesonnen seien, noch länger eine Regierung zu stützen, die mehr Schaden thue durch Aufschieben und Verzögern als geschehen würde durch offenen Widerstand. Besonders gereiche es zur Beschwerde, daß die erledigten Stellen in der Armee besetzt würden mit Personen von gefährlichen Grundsätzen. Darum sei es vor allen Dingen nothwendig, daß baldmöglichst die Armee gesäubert und nur solche Officiere angestellt würden, deren Ergebenheit für Krone und Kirche notorisch sei.[1])

Lockhart und Packington erhielten von der Versammlung den Auftrag, zu Bolingbroke in dieser Weise zu reden. Es geschah zu wiederholten Malen, einzeln und zusammen. Bolingbroke erwiederte:

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 441.

auch er erkenne an, daß viele kostbare Zeit verloren und manche gute Gelegenheiten versäumt seien. Er für seinen Theil jedoch sei daran nicht schuldig: vielmehr falle aller Vorwurf auf Lord Oxford. Die Privat-Absichten dieses Herrn könne er nicht errathen; aber er glaube die Königin nunmehr schon ziemlich überzeugt zu haben, daß dieselben ihren Wünschen nicht entsprächen, und auf ihren eigenen und ihrer Familie Untergang hinaus laufen würden. Er hoffe, jener Lord werde es nicht mehr lange in seiner Macht haben die Dinge aufzuhalten, wie er bisher gethan. Einstweilen aber sei es erforderlich, die Dinge mit der größten Vorsicht und Besonnenheit zu leiten, bis die Königin, die nicht so leicht dahin gebracht werden könne, die gute Meinung von dem Treasurer und das Vertrauen, das sie früher in ihn gesetzt, ganz bei Seite zu legen, sich von der Wahrheit dessen was er und Andere wider jenen vorgebracht, sich zum vollen überzeugt habe. Dann werde sie die Verwaltung in die Hände solcher Personen legen, die den Willen und die Fähigkeit vereinigten dasjenige durchzuführen, was dem Interesse der Krone und der Kirche entspreche, damit nicht inzwischen Lord Oxford überspringe und, im Vereine mit den Whigs, neue große Ungelegenheiten bereite. Deshalb bat Lord Bolingbroke, man wolle doch noch ein wenig länger sich gedulden, mit der Versicherung, daß sie bald keine Ursache mehr zur Klage haben sollten.

Die zwei Abgesandten erklärten sich durch das Vernommene in keiner Weise befriedigt. Sie sagten ihm offen, daß, obwohl sie die Königin nicht verlassen, sondern immer bemüht sein würden, ihre Regierung aufrecht zu halten, sie doch für das Weitere derartige Maßregeln erwägen und treffen würden, die sie für zweckmäßig erachteten. Wenn Lord Bolingbroke und andere Diener der Königin nicht dazu mitwirken wollten, so bleibe ihnen dafür die Verantwortlichkeit vor Gott und ihrem Vaterlande.

Dies war die Antwort der zwei Abgesandten. Als sie jedoch den anderen Mitgliedern ihrer Vereinigung den Hergang berichteten, mit der Hoffnung dort Zustimmung zu finden, ergab es sich, daß so viele auch für die Sache wohl gesinnte Personen von Bolingbroke gewonnen waren, daß sie sich genöthigt sahen, die Ausführung verschiedener, nach ihrer Ansicht wohl überlegten Entwürfe hinauszuschieben.

Das neue Unterhaus erwies ſich als verſchiedentlich getheilt. Zuerſt war da die Hofpartei, die ſich wieder in die Anhänger je Oxfords oder Bolingbrokes ſchied. Der Regel nach hielten ſie zuſammen; aber es war beiderſeitig bekannt genug, daß die Häupter darauf ausgingen einander zu unterwühlen, und daß es zwiſchen ihnen bald zum offenen Bruche kommen werde. Ferner war da die Whig-Partei, die rechten blauen Whigs, wie man ſie nannte, entſchloſſen jede Maßregel des Hofes zu durchkreuzen. Die dritte Partei beſtand aus den misvergnügten Tories. Dieſe, indem ſie ſich betrachteten als treue Mitglieder der Hochkirche, ſuchten das Intereſſe derſelben hoch zu halten, gingen jedoch mit den Whigs zuſammen in der Oppoſition gegen das Miniſterium, und entwickelten ganz beſonders einen außerordentlichen Eifer für die Thronfolge des Hauſes Hannover. Sie wurden daher hannöverſche Tories genannt, unter der Führung des Sprechers, Sir Thomas Hanmer. Die anderen Tories, die man im Gegenſatze gegen jene als jacobitiſche Tories bezeichnen konnte, gingen mit dem Miniſterium. Dieſes beſaß daher die Mehrheit.

So war der Stand der Dinge beim Beginne des Parlamentes nach jacobitiſcher Darlegung.

Beim Herannahen desſelben wurden die Berichte der Vertreter des Hauſes Hannover in London nicht günſtiger. Der Reſident Kreyenberg, indem er einen Rückblick warf auf die unwahren Gerüchte, die Oxford wiederholt ausgeſtreut, warnte nach Hannover hin namentlich davor, in das ſcheinbare Entgegen-Kommen dieſes Mannes irgend welches Vertrauen zu ſetzen. Er behauptete, daß man in die geringeren Aemter, deren Beſetzung nicht veröffentlicht werde, täglich Jacobiten einſchiebe, daß dagegen aus den größeren demnächſt der Lord Stair und der Herzog von Argyle entfernt werden ſollten. Als beſonders gefährlich erſchien ihm der Plan Oxfords, die Regentſchafts-Acte einer Reviſion zu unterziehen. Das Ergebnis derſelben würde einer Aufhebung gleich ſein, und damit das ſtärkſte Bollwerk der Succeſſion durchbrochen werden.[1])

Er bemühe ſich vergeblich, ſagte er weiter, an irgend welche Aufrichtigkeit des Treaſurers zu glauben. Dieſer ſuche nur hinzuhalten,

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 565.

um das weitere Sinken des öffentlichen Credites zu hindern, um ferner diejenigen Tories, welche für die gesetzliche Thronfolge, abzuhalten sich mit den Whigs zu vereinigen, damit nicht diese im Beginne des Parlamentes zum Vorgehen ermuthigt würden. Ueberhaupt sei dem Treasurer alles darum zu thun, Zeit zu gewinnen.

Der schwerste Stein des Anstoßes für die Anhänger der Succession des Hauses Hannover in England blieb die Nicht-Willfährigkeit des Kurfürsten, seinen Sohn herüber zu senden. Aber der Kurfürst hatte allzu oft sich dahin kund gegeben, daß er einen solchen Schritt nur mit Vorwissen und Genehmigung der Königin thun werde. Es kam also darauf an, für die Herüberkunft des Kurprinzen eine solche Form zu finden, die beiderseits als gesetzlich anerkannt werden müßte.

Der Graf Nottingham, eins derjenigen Mitglieder der Tory-Partei, die mit besonderem Eifer für die Succession des Hauses Hannover eintraten, machte bei dem Gesandten Schütz einen Vorschlag in dieser Richtung.[1]) Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß das Ministerium der Königin völlig für den Prätendenten sei, und suchte dies durch den Verlauf der Dinge seit zwei Jahren zu beweisen. Er war weiter der Ansicht, daß das Ministerium selber überzeugt sei, für die Ausführung des Planes nicht den Tod der Königin abwarten zu dürfen, sondern handeln zu müssen bei ihren Lebzeiten. Dies könne versucht werden entweder mit französischer Hülfe, oder durch die Aufhebung der Regentschafts-Bill. Gegen alle Versuche solcher Art sei das einzige Heilmittel die Ueberkunft des Kurprinzen.

„Euere Freunde, fuhr Nottingham zu dem Gesandten Schütz fort, werden nicht fallen, ohne zuvor das Aeußerste aufgeboten zu haben, um dem Hause Hannover die Krone zu verschaffen. Da sie nun sehen, daß alle Vorstellungen bei Euch vergeblich sind, daß Ihr Euch nicht herbeilassen wollt, ihnen Glauben zu schenken, und vielleicht gar meint, daß die Freunde Euerer Succession nur ihrem Privat-Interesse nachtrachten: so wollen sie von dem Lord-Canzler das Writ (Einladungsschreiben) fordern, welches den Kurprinzen berechtigt als erster Pair seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Dies wäre gleich einer Ein-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 563. Vom 16./27. Februar.

ladung von Seiten der Königin, und Niemand würde wagen ſich dem zu widerſetzen.“ [1])

Diejenigen, welche Schütz darüber befragte, riethen zu. „Sie verlangen von mir, meldet er, darauf direct eine poſitive Antwort.“ „Unſere Freunde hier, fährt dann ſein Schreiben an Robethon fort, können uns nur Vorſtellungen machen. Wenn wir dann Alles und Jedes außer Acht laſſen, ſo bleibt ihnen wenigſtens die Genugthuung Alles aufgeboten zu haben, was von ihnen abhing, und ſie werden ſich dann darein ergeben müſſen, das Unglück zu tragen, welches über ſie nur darum hereinbricht, weil wir ſelber für unſer Intereſſe nicht eintreten. Dies nämlich thun wir, wenn wir uns weigern, dem Rathe derjenigen zu folgen, welche ihr eigenes Intereſſe für untrennbar erachten von dem unſerigen.“

An demſelben Tage jedoch, wo Schütz dies berichtete, dem 16. 27. Februar, war ein Verſuch in jener Richtung bereits gemacht. Der frühere Lord-Canzler Cowper, welcher wußte, daß das Writ für den Herzog von Cambridge, ausgefertigt wie diejenigen für alle anderen Pairs, ſich bei dem Lord-Canzler Harcourt befand, bewog einen der Beamten desſelben, ihm die Frage vorzulegen, ob das Writ für den Kurprinzen dem kurfürſtlichen Geſandten zugeſtellt werden ſolle. Der Chef antwortete auf dieſe Frage mit nachdrücklichem Vorwurfe für die unberufene Einmiſchung, und verbot, das Writ aus der Canzlei verabfolgen zu laſſen, ſelbſt wenn es verlangt würde. Jener Plan war alſo vom Beginne an als mislungen zu betrachten.

Auch die Whig-Partei ihrerſeits berieth lange über das Verhalten in dem bevorſtehenden Parlamente. Sie einigten ſich endlich dahin, in keiner Sache die Initiative zu ergreifen. Als Grund dafür gaben ſie an, daß ſie den in Betreff der Succeſſion gleichgeſinnten Tories wie dem Grafen Angleſea, dem Ritter Hanmer und Anderen derſelben Richtung durch die That beweiſen wollten, daß ſie bisher nicht aus einem Geiſte der Faction gehandelt, und nicht für ſich den Ruhm erzwingen wollten, die Succeſſion geſichert zu haben, ſondern bereitwillig alle Ehre und alles Verdienſt darum den Tories überlaſſen

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 567. Kreyenbergs Bericht vom 16./27. Februar.

würden, mit dem Versprechen ihrerseits jene zu unterstützen, wann und wie es von ihnen verlangt würde.[1])

Dem Residenten Kreyenberg jedoch gestanden sie offen ein, daß alle ihre Bemühungen fruchtlos sein würden, wenn nicht auch der Kurfürst einen entscheidenden Schritt thäte, und bis sie nicht sicher wären, daß er nicht ihr Auftreten mehr eigennützigen Motiven, als dem Streben für das Gemeinwohl beimäße. Sie würden zunächst den Erfolg der Mission Harleys nach Hannover abwarten.[2])

Man vernahm dagegen, daß die Minister unter einander sich der Sendung Harleys als eines Meisterstreiches rühmten. Er werde der Kurfürstin und dem Kurfürsten darthun, daß die Ueberkunft irgend eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie der Königin höchlichst missfallen, daß die Königin dagegen in aller anderen Beziehung für die Wünsche in Hannover willfährig sein werde.

Damals jedoch, in den Tagen der Eröffnung des Parlamentes, war Harley, der wieder wie das erste Mal, lange in Holland verweilte, noch nicht in Hannover eingetroffen, und es konnte daher von einem Erfolge noch nicht die Rede sein.

Schütz dagegen benutzte solche Reden, wie sie ihm über die Minister kund gethan wurden, zu einem abermaligen Dringen auf die Ueberkunft des Kurprinzen. „Ich habe bereits berichtet, meldet er, am 23. Februar/6. März, an Robethon, daß von zehn, die zur Zeit für uns sind, neun sich eher den Umständen anbequemen und demjenigen anhangen werden, der zuerst zur Stelle ist, und dann unzweifelhaft das beste Spiel und alle Aussichten des Erfolges für sich hat, als daß sie sich durch Widerstand dem Unheil eines Bürgerkrieges aussetzen wollen. Denn sie meinen, die Regierung des Prätendenten, den sie als einen schwachen Prinzen ansehen, werde nicht ein so großes Uebel sein wie ein Bürgerkrieg. Wir dagegen dürfen uns nicht der Einbildung hingeben, diejenigen, die sich unsere Freunde nennen, für Helden zu halten, welche die Liebe zu ihrer Religion und die Ergebenheit für uns bewegen wird, sich willig den größten Gefahren auszusetzen, um das Recht einer Familie zu vertheidigen, welche, weit von ihnen ent-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 571.
[2]) A. a. O., p. 572.

fernt, für die Succeſſion an der Krone dieſer Königreiche immer eine große Gleichgültigkeit bewieſen hat.“ [1])

Der Beſorgnis des Geſandten Schütz liegt der Gedanke zu Grunde, daß eine Berufung des Prätendenten bei Lebzeiten der Königin möglich ſei. Dieſer Gedanke ſetzte jedoch erſt noch andere Thatſachen voraus. Wie die Whigs ſich dem kaiſerlichen Reſidenten Hoffmann ausſprachen, befürchteten ſie, daß die Gegner mit dem wiederholt erwähnten Vorſchlage einer Reviſion der Regentſchafts-Acte von 1705 beginnen würden. Dieſe Reviſion würde die völlige Zernichtung derſelben zur Folge haben. Alsdann werde man den weiteren Schritt thun, daß das Parlament, nach dem Muſter desjenigen zur Zeit Heinrichs VIII., die Angelegenheit der Succeſſion der letztwilligen Verfügung der Königin anheim ſtellen werde. [2]) Dieſer Plan war vorbereitet durch die im Herbſte zuvor mit einigem Aufſehen publicirte Schrift: the hereditary right of the crown of England asserted. Es fragte ſich alſo, ob er zur Reife gedeihen könne.

Der Königin ſelber lag jedoch damals die Beſorgnis näher, was für ſie von Hannover zu erwarten war. Sie begab ſich von Windſor nach Hamptoncourt, und von dort nach London. Doch verſchob ſie ihre Thronrede noch um einige Tage. In der Zwiſchenzeit wurden verſchiedene Perſonen des Parlamentes zu ihr geladen. Sie ſagte ihnen, daß ſie vernommen, es werde von Einigen der Vorſchlag einer Einladung für ein Mitglied des kurfürſtlichen Hauſes beabſichtigt. Sie erwarte aber, daß die ihr Ergebenen ſich widerſetzen würden. — Dem Herzoge von Kent, der ausweichend geantwortet, ſandte ſie dann noch den Grafen Oxford zu, welcher darauf beſtand, daß eine Einladung ſolcher Art der Königin ihren Sarg vor die Augen ſtellen hieße. [3])

Das Parlament im März.

Am 2. 13. März erſchien die Königin im Parlamente. Ihre Thronrede begann mit einem Lobe auf den errungenen Frieden, namentlich auf die Befreiung von dem verzehrenden Landkriege, wies auf das

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 573.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. März.

[3]) Desgleichen vom 13. März. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 574.

wahre Intereſſe Englands hin, welches nur durch den Handel aufblühe und dafür den nachdrücklichen Schutz einer Seemacht verlange. Sie ſprach dann den Wunſch aus, daß ſcharf eingeſchritten werden möge gegen die ſeditiöſe Preſſe, durch welche argliſtige Perſonen den Credit ſchädigen, zum Nachtheile der Unſchuldigen.

„Es gibt Einige, fuhr ſie fort, die zu der Höhe der Bosheit gelangt ſind, andeuten zu wollen, daß die proteſtantiſche Thronfolge im Hauſe Hannover unter meiner Regierung in Gefahr ſtehe.“

„Diejenigen, welche in dieſer Weiſe darauf ausgehen, die Gemüther der Menſchen mit eingebildeten Gefahren zu erfüllen, trachten nur danach den gegenwärtigen Frieden zu ſtören und wirkliches Unheil über uns zu bringen.“

„Nach Allem was ich gethan, unſere Religion und Euere Freiheiten zu ſichern und beide unverſehrt auf die Nachwelt zu bringen, kann ich jenes Verfahren nicht ohne eine gewiſſe Erregung erwähnen, und darf mich der Hoffnung hingeben, Ihr Alle werdet darin mit mir überein ſtimmen, daß Verſuche meine Autorität zu ſchwächen, oder mich im Beſitze der Krone zu ſtören, niemals geeignete Mittel ſein können, die proteſtantiſche Thronfolge zu ſtärken.“

Die Rede ſchloß mit einer Mahnung zum inneren Frieden.

Die angeführten Worte wurden allgemein, und namentlich von der Whig-Partei angeſehen als eine Erklärung der Königin im voraus gegen jeglichen Verſuch, eine Ueberkunft des Kurprinzen im Parlamente anzuregen.[1])

Die Adreſſen beider Häuſer waren, wie üblich, der Widerhall der Thronrede. Diejenige des Unterhauſes jedoch überbot ſie. Sie ſchloß mit den Worten: „Wie Ew. Majeſtät Commons jederzeit die proteſtantiſche Succeſſion im Hauſe Hannover behaupten und ſtützen werden, ſo können ſie nicht umhin, ihr Erſtaunen auszuſprechen über irgend welche böswillige Inſinuation, daß dieſe Succeſſion unter der glückſeligen Regierung Ew. Majeſtät in Gefahr ſtehe. Denn in Betracht, daß ſie ſicher geſtellt iſt durch die ſtärkſten Verpflichtungen, weltlich wie kirchlich, durch Parlaments-Acten, durch Eide und Verträge, können wir bei dieſen Sicherheiten uns nur für völlig beruhigt erklären,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. März.

und müſſen ſolche Inſinuationen anſehen als in ſich ſelber grundlos, und als eine Beleidigung Ew. Majeſtät und Ihrer Regierung. Und Ew. Majeſtät mögen ſich darauf verlaſſen, daß Ihre loyalen Commons niemals durch irgend welche Vorwände ſich dazu bewegen laſſen werden, Verſuche zu fördern, die bezwecken könnten die Autorität Ew. Majeſtät zu ſchwächen, und Sie in dem ruhigen Beſitze der Krone zu ſtören, wie ja dies lediglich von der Wuth einer misvergnügten Faction und dem Geiſte der Rebellion ausgehen könnte."[1])

Die Königin erwiederte in längeren Worten als ſie ſonſt zu thun pflegte, ihren herzlichen Dank, und empfing darauf, wie üblich, wiederum den Dank des Hauſes.

Der Beginn alſo erſchien günſtig für die Regierung. Und doch drängt ſich dabei die Frage auf, ob die Stellung, welche ſie durch dieſen Beginn zu der Frage der Succeſſion eingenommen, die richtige war, und ob auf dieſem Wege der Erfolg dauernd ihr verbleiben konnte. Die Königin hatte in der Thronrede geſagt: es ſei eine Manifeſtation des Uebelwollens gegen ſie zu behaupten, daß die Thronfolge des Hauſes Hannover unter ihr in Gefahr ſtehe. Und eben dasſelbe hatte dann die Mehrheit des Parlamentes eifrig wiederholt. Ja die Mehrheit im Unterhauſe war ſo weit gegangen, in der Adreſſe an die Königin, für die Sicherheit der Succeſſion ſich zu berufen auf die geſchworenen Eide, auf die völkerrechtlichen Verträge. Die Königin und die Mehrheit des Unterhauſes hatten ſich geeinigt zur Drohung gegen diejenigen, welche die Succeſſion als nicht genügend geſichert anſahen, und welche darum eine noch beſſere Sicherung wünſchten.

Wir ſehen demnach ein auffallendes Widerſpiel. Diejenige Richtung, welche die hannöverſche Succeſſion will, iſt der Meinung, daß ſie nicht genügend geſichert iſt. Unter denen dagegen, welche behaupten, daß ſie genügend geſichert iſt, befinden ſich Viele, welche ſie nicht wollen. Als das gemeinſame Band Aller erſcheint alſo in Worten die Ueberzeugung oder Vorausſetzung, daß in der Sicherheit der hannöverſchen Succeſſion das politiſche Lebensbedürfnis der engliſchen Nation beſtehe. Das war der Eindruck, den die Thronrede der Königin und die darauf antwortenden Adreſſen auf die engliſche Nation machen mußten. Und weiter war

[1]) Commons Debates vol. V, p. 61.

dies die Basis, welche die Jacobiten selber den Anhängern der Succession dargeboten hatten. Von dieser Basis aus konnten die letzteren ihre Angriffe auf das Ministerium erneuern, mit dem moralischen Vortheile, daß die Aufrichtigkeit nicht auf Seiten der Gegner war.

Eben darum hatten die Betheuerungen der Thronrede und der Adressen den umgekehrten Erfolg. Je stärker sie vor den Ohren der britischen Nation lauteten oder lauten sollten, desto höher stieg die Besorgnis der Whig-Partei. Es gingen Gerüchte um, daß der Prätendent noch bei Lebzeiten der Königin herüber berufen werden solle. Auch selbst unparteiliche Personen wiesen solche Gerüchte nicht zurück, sondern meinten, es habe dazu allen Anschein.[1] Ein Mitglied der Tory-Partei, Lord Dudley, erwiederte dem ihm befreundeten Lord Cowper von der Whig-Partei auf dessen Frage, was von solchen Gerüchten zu halten sei: er könne beschwören, daß ihm von einem formellen Plane, den Prätendenten einzubringen, nichts bekannt sei, und er glaube auch nicht, daß Jemand einen solchen Plan habe. „Aber ich bekenne offen, fügt er dann hinzu, daß wenn es dahin käme, die Mehrzahl von uns Tories sich willig fügen wird, während Ihr Whigs vielleicht thöricht genug sein werdet, das Vaterland einem Bürgerkriege auszusetzen und es in Asche legen zu lassen einerseits von Franzosen, andererseits von Deutschen.“[2]

Die Besorgnisse von der einen Seite gingen eben so sehr über das Maß hinaus wie von der anderen.

Besonders bekümmert zeigte sich von der Whig-Partei Lord Halifax. Er eröffnete dem Gesandten Schütz, daß er im Parlamente von der Succession nicht mehr reden, sondern wie er auf alle Vortheile verzichte, die von dort her ihm zuwachsen könnten, auch die Thätigkeit dafür den für Hannover geneigten Tories überlasse. „Nach meiner Meinung, sagte er, dürfen Sie, wenn nicht die Königin oder der Prätendent bald stirbt, die Succession als verloren ansehen. Ein Vorwurf darüber kann nicht auf mich fallen; denn hätte Ihr Hof auch nur noch in der letzten Stunde meinen und aller Euerer Freunde Rath befolgt, so würde er jene Stelle in der Thronrede verhindert haben,

[1] Hoffmanns Bericht vom 23. März.

[2] Macpherson's Original papers vol. II, p. 576.

durch welche, wie die Minister sich rühmen, sie der Ueberkunft irgend eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses das Thor geschlossen haben."[1])

In denselben Tagen aber erneuerte der Kurfürst diese abschlägige Antwort. In seinem Auftrage schrieb Bothmar im Haag an den General Cadogan, daß der Kurfürst, bei seiner Kenntnis der Abneigung der Königin, ein Mitglied seines Hauses in England zu sehen, immer gezaudert habe seinen Sohn zu senden. Dennoch würde er sich vielleicht endlich entschlossen haben, dem Andringen der Freunde zu willfahren, wenn ihm nicht die Kunde zugekommen wäre, daß Harley — damals noch nicht in Hannover eingetroffen — von der Königin beauftragt sei ihm zu eröffnen, daß die Sendung des Kurprinzen ihr höchst misfallen und daß sie sich seiner Ueberkunft widersetzen werde. Es falle in die Augen, daß die Thronrede der Königin sich darauf beziehe. Darum hoffe der Kurfürst, seine Freunde in England werden erwägen, daß diese Umstände die Ueberkunft unausführbar machen, es wäre denn daß er zum offenen Bruche mit der Königin kommen wolle. Ob aber dies rathsam, ob es der Succession zum Vortheile oder Nachtheile gereichen, ob der Stand der Dinge in England wie im übrigen Europa ein solches Wagnis rechtfertigen würde — stelle der Kurfürst dem Urtheile seiner Freunde anheim.

Nachdem also dieser Vorschlag, fährt Bothmar fort, sich als unausführbar erwiesen, sei es um so nothwendiger, daß der Prätendent weiter entfernt werde. Er berichtet die Schritte, welche der Kurfürst bereits bisher zu diesem Zwecke bei der Königin gethan, und meldet, daß er durch Schütz und durch Harley sie erneuern werde. Desgleichen will er durch diese der Königin und ihren Ministern kund geben, daß er mit der Regentschafts-Bill von 1705 völlig befriedigt sei und eine Aenderung nicht wünsche. Der Kurfürst ist bereit, weitere Vorschläge der Freunde entgegen zu nehmen. Er hofft, daß die Abneigung der Königin nicht so weit gehe, wider die Ueberkunft des Successors ein Gesetz errichten zu lassen. Denn dieses würde ihn, in gewisser Weise, mit dem Prätendenten auf Eine Stufe stellen.

Bothmar versichert den Freunden der Succession in England, daß in der Republik sich der gute Wille rege, im Falle des Todes

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 577. Vom 21. März.

der Königin die Verpflichtungen für die Succeſſion zu erfüllen, ſo wie den feſten Entſchluß des Kurfürſten für dieſen Fall. Der Friede, den der Kaiſer mit Frankreich abzuſchließen im Begriffe ſtehe, verändere ein wenig die Lage der Dinge, aber für Monate noch verbleibe der Kaiſer in Waffen, und inzwiſchen werde man ſich bemühen, die Differenz des Kaiſers mit den Generalſtaaten über die Barriere zum Austrage zu bringen.[1])

Alles dies war zur Mittheilung an die Freunde beſtimmt. In einem beſonderen Schreiben jedoch meldete Bothmar, daß der Kurfürſt in die erneuerten Bitten um Jahrgelder für einige arme Lords, damit ſie ihre Sitze im Oberhauſe einnehmen könnten, ſich nicht einlaſſen wolle. Bothmar für ſich, im Vereine mit Robethon, gab den Rath, daß die Freunde der Succeſſion dieſe Beträge vorſchießen möchten, in der ſicheren Vorausſicht, nach der Verwirklichung der Succeſſion, Entſchädigung dafür zu erhalten.[2])

Wenige Tage ſpäter, am 17./28. März, zog das Oberhaus den Stand der Nation in Erwägung. In der Wirklichkeit redeten die Grafen Wharton, Nottingham, Sunderland, die Lords Halifax und Cowper von der Gefahr für die Thronfolge des Hauſes Hannover, die daraus erwachſe, daß der Prätendent noch immer in Lothringen ſich aufhalte. Sie verlangten die Vorlage der Acten über die Schritte, welche in Folge der früheren Parlaments-Beſchlüſſe in dieſer Richtung geſchehen ſeien.[3])

Graf Oxford erklärte dann, daß er für die künftige Sicherheit der proteſtantiſchen Succeſſion eine Bill einreichen werde, welche die Einbringung von irgend welchen fremden Truppen zum Hochverrathe mache. Graf Nottingham ſchöpfte Verdacht, welchem er Ausdruck gab mit den Worten, daß eine ſolche Bill gegen die Garantie der proteſtantiſchen Succeſſion gewendet, und ſomit dienen könne zur Schwächung der glücklichen Feſtſtellung, zu deren Stärkung ſie angeblich beſtimmt ſei. Bolingbroke kam ſeinem Collegen zu Hülfe mit den Worten: er zweifele nicht, daß der edele Lord, der die Sache angeregt, nur ſolche

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 578. Schreiben Bothmars an Cadogan, vom 20. März.

[2]) A. a. O., p. 580.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 408.

fremde Truppen gemeint habe, die von dem Prätendenten oder deſſen Anhängern eingebracht würden. Nachdem Oxford dies bejaht, ward erwiedert, daß ja in dieſem Falle der Antrag völlig überflüſſig; denn ſolche Truppen ſeien durch die Sache ſelbſt entweder, wenn fremde, offene Feinde, oder, wenn einheimiſche, Rebellen und Verräther.[1])

In ähnlicher Weiſe trat im Unterhauſe bei jeder etwa auftauchenden Frage der Kampf um die Thronfolge in den Vordergrund. In Folge der Aufforderung der Thronrede gegen die Preſſe einzuſchreiten, wurden dort zwei Flugſchriften unter dem Titel: the Englishman und the crisis einer Anklage unterzogen. Eine der ſchwerſten Stellen jener erſten Schrift war: „Es iſt die Pflicht eines jeden Engländers, der die Königin, ſeine Religion, die Geſetze und die Freiheiten liebt, zur Vertheidigung derſelben herzhaft aufzutreten, und die Feinde des Vaterlandes, wo immer er ſie findet, zu entlarven und zu faſſen. Was hat in einer ſo gerechten Sache derjenige zu fürchten, der unter dem Schutze der Geſetze des Landes agirt, wo ja die Gegner ihrerſeits den Strick bereits am Halſe haben!“ — Niemand zweifelte, daß mit dieſen letzten Worten die Miniſter gemeint ſeien.[2])

Der Verfaſſer, Steele, ſelber Mitglied des Unterhauſes, vertheidigte ſich in dreiſtündiger Rede. Dann traten mehrere Whigs für ihn ein, namentlich Robert Walpole. „Seine Rede, meldet Hoffmann, iſt gehalten worden zu des ganzen Hauſes Bewunderung. Der Eindruck iſt um ſo gewichtiger, weil Niemand von der Regierung dagegen geſprochen, obwohl der Staats-Secretär Bromley anweſend war.“ Die Verhandlung zog ſich hin von Mittag bis elf Uhr Abends. Bei der Abſtimmung jedoch wurden die zwei Schriften Steeles mit 245 gegen 152 Stimmen für ſeditiöſe Libelle und auf die Königin zielend erklärt, und dem Verfaſſer das Recht aberkannt, ferner im Unterhauſe zu ſitzen.[3])

Dann vertagten ſich beide Häuſer wegen der Oſterzeit um einige Tage.

Der Gang der Dinge im Parlamente bis dahin war nicht zur Zufriedenheit Bolingbrokes. In einem Briefe an Strafford, vom

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 409.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. März.

[3]) Desgleichen vom 30. März und 3. April.

23. März 3. April, leiht er seinem Verdrusse Worte, die zugleich auf die Absicht einer Aenderung deuten. Er hält das Leben der Königin, an welchem er einige Monate zuvor zweifelte, noch für längere Zeit gesichert. Dann ergießt er seinen Unmuth gegen Hannover, welches sich, wie er behauptet, zur Sicherung der Succession um Allianzen mit Dänemark und Preußen bemühe. „Unsere Gesetze, unsere Eide, die gerechte Sorgfalt für unsere Religion und Freiheit werden die Nation fest und beständig erhalten in ihrer Zuneigung für einen protestantischen Fürsten, in ihrem Gegensatze gegen einen papistischen. Aber wenn eine vorgebliche Gefahr für die Succession dazu dienen soll, fremde Truppen bei uns einzubringen, so dürfte sich das Object der Furcht bei Zeiten wandeln. Britannien darf unter keiner Bedingung zum Schauplatze der Verwirrung gemacht werden. Unsere Krone ist gegeben worden; aber unser Land soll nicht erobert werden, und das sind die schlimmsten Feinde des Hauses Hannover, welche darauf ausgehen dasselbe zu überreden, daß das Letztere nothwendig oder ausführbar sei.“ [1])

Da dem Eifer dieser Worte von Hannover her nichts Thatsächliches zu Grunde lag, so blickt aus ihm der Wunsch Bolingbrokes hervor, in irgend einer Weise zum Bruche mit Hannover zu gelangen.

Allein noch stand in England Oxford über ihm.

„In beiden Häusern, fährt er fort, sind die Gemüther so wohl disponirt, wie ich je gesehen; aber es thut mir auch leid Ihnen sagen zu müssen, daß diese Disposition nicht ausgenutzt wird. Die Whigs verfolgen ihren Plan in guter Ordnung und Uebereinstimmung. Die Tories stehen gaffend da und erwarten, daß der Hof ihre Führung übernehme. Der Hof dagegen erscheint wie in einer Lethargie. Daraus kann, wie Sie sehen, nichts kommen als was zugleich die größte Absurdität und das größte Unglück sein würde.“

„Die Minderheit, und diese nicht einmal populär, muß so die Oberhand gewinnen über die Mehrheit, welche getragen wird von dem Gemeingefühle der Nation. Alles was gethan werden kann, geschieht, um unseren Freund, den Lord Treasurer, zu einer Aenderung seiner

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 493. Vom 22. März 3. April.

Maßregeln zu bewegen, ihn dahin zu bringen, daß er das Vertrauen mit den Tories erneuert, sie ermuthigt, und alle Räder der Regierung in regelmäßige Bewegung setzt. Ich bin sanguinisch genug zu hoffen, daß wir durchdringen werden. In der That, es wäre ein Jammer, wenn wir durch unsere Führung verlören, was mit Gewalt Niemand aus unseren Händen reißen kann."

Es liegt keine Andeutung vor, daß Strafford, an den dies Schreiben gerichtet war, von den Anknüpfungen mit dem Prätendenten, weder Oxfords, noch Bolingbrokes, eine Kunde hatte. Das Schreiben des letzteren hatte also nur den Zweck ihn vorzubereiten, daß der Kampf um die Führung in England bevorstehe.

Bolingbroke verfolgt demnach zunächst zwei Ziele: das eine Oxford zu stürzen, das andere mit Hannover zum Bruche zu gelangen. Es fragt sich, wie zu diesem letzteren Plane sich die Sendung Harleys nach Hannover verhielt.

Die Sendung des Thomas Harley nach Hannover.

Der Graf Oxford hatte von Anfang an in England die Sendung seines Verwandten Thomas Harley nach Hannover als einen Act der Freundlichkeit für das kurfürstliche Haus dargestellt. Daß die Sendung sein Werk war, zu dem Zwecke für sich das Wohlwollen des kurfürstlichen Hauses wieder zu gewinnen, oder in seinem Sinne, der es nie verloren zu haben meinte, neu zu befestigen, ergibt sich wie aus der Wahl der Persönlichkeit, so ganz besonders aus dem Schreiben, welches Oxford seinem Verwandten Harley für die Kurfürstin Sophie mitgab. Dasselbe lautet wie folgt.[1])

„Madame. Das Wohlwollen Ew. kurfürstlichen Hoheit für Herrn Harley hat Ihre Majestät ermuthigt, ihn abermals zu Ew. kurfürstlichen Hoheit zu entsenden, mit den nachdrücklichsten Versicherungen des Entschlusses Ihrer Majestät, die Thronfolge Ew. kurfürstlichen Hoheit aufrecht zu halten und alles aufzubieten, was die darüber Besorgten zu beruhigen vermag."

---

[1]) Anlage II.

„Ew. kurfürstliche Hoheit werden bei Ihrem großen Scharfsinne leicht diejenigen Persönlichkeiten erkennen, welche Geschrei erheben, weil sie nicht die von ihnen gewünschte Macht besitzen, und werden wissen, daß in einem seit zwanzig Jahren von einer Partei zerklüfteten Lande falsche Vorstellungen unvermeidlich sind. Aber mit Befriedigung darf ich Ihnen versichern, daß die Allgemeinheit der Nation wetteifert für Ihre Thronfolge, und, wie Ihre durchlauchtige Familie berufen ist, die gesammte Nation zu regieren, so sind Sie zu einsichtig, einer Partei zugethan sein zu wollen."

„Die Einstimmigkeit der Königin mit den Herzenswünschen ihres Volkes hat sie bewogen, sich wiederholt zu Gunsten Ihres durchlauchtigsten Hauses zu erklären, mit großem Eindrucke auf die Gemüther des Volkes, und ich nehme mir die Freiheit Ew. kurfürstlichen Hoheit zu versichern, daß, nach der Erfahrung und Beobachtung vieler Jahre, ich überzeugt bin von dem festen und standhaften Entschlusse der Königin, die Thronfolge in Ihrem Hause zu bestätigen und zu sichern. Und wie ich in meinem Eifer für dieselbe niemals geschwankt habe, so werde ich sorgfältig jegliche Gelegenheit ergreifen, das Interesse Ew. kurfürstlicher Hoheit zu befördern und besonders die für diesen guten Zweck so nothwendige Freundschaft mit der Königin zu pflegen. Ich weiß, daß Ihre Majestät dies aufrichtig wünscht, und zweifele nicht, daß auch Ihre durchlauchtigste Familie es ihrem Interesse für entsprechend hält, wenn es der ganzen Welt bekannt ist, daß eine gute Harmonie besteht. Dies wird ein wirksames Mittel sein, das Gelangen zum Throne leicht und den Besitz desselben sicher zu machen. Mein sehnlichster Wunsch ist, zu einem so guten Zwecke dienen und Ew. kurfürstliche Hoheit von der Verehrung überzeugen zu können, mit welcher ich die Ehre habe zu sein u. s. w. Oxford und Mortimer."

Das Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, welches Harley zu überbringen hatte, von ihr bereits am 8./19. Januar unterzeichnet, betheuerte in starken Ausdrücken die Zuneigung der Königin für das kurfürstliche Haus. Mit Bedauern, sagt es, sehe die Königin die Spaltungen daheim. Sie möchte wünschen, daß diejenigen, welche sich Freunde der kurfürstlichen Familie nenneten, es in der That wären. Wenn der Kurfürst die Ansicht hege, daß zu seiner Beruhigung und Sicherheit noch etwas erforderlich sei, so möge er sich offen

darüber aussprechen. Dann werde die Königin, der nichts so sehr am Herzen liege als in voller Eintracht mit dem Kurfürsten zu leben, gern dazu bereit sein.[1])

Die Instruction für Harley war von Bolingbroke verfaßt, gemäß einer besonderen Beredung mit der Königin. In dem Berichte über die Ausführung an die Königin sagt Bolingbroke, daß die Maßregel den Kurfürsten zu der einen oder anderen Erklärung bringen werde.[2]) Die unbestimmten Worte deuten nicht auf einen Beifall Bolingbrokes für die Sendung an sich, sondern auf die Absicht, die etwa zu erwartende Erklärung des Kurfürsten zu verwerthen.

Bestimmter spricht Bolingbroke sich darüber zu Strafford aus, am 13. 24. Februar. „Die schwere Bürde, schreibt er, die bisher auf uns gelastet, war die vorgebliche Unsicherheit der Succession. Nach meiner Ansicht hat nun die Königin eine wirksame Maßregel getroffen, diese Last von uns zu nehmen. Herr Harley, der bald die Reise nach Hannover antreten wird, hat den Befehl, zunächst die Versicherungen zu erneuern, welche die Königin so oft gegeben, daß sie fest entschlossen ist, die Thronfolge des Hauses Hannover aufrecht zu erhalten. Zugleich aber soll er dann der Prinzessin Sophie und dem Kurfürsten bemerken, daß, da die Neigung der Königin dieselbe ist wie früher, da ferner die geleisteten Eide, welche uns Alle in der feierlichsten Weise binden, bestehen wie zuvor, unter diesen Umständen es sehr ungerecht und sehr unangenehm für die Königin sein würde, wenn das Haus Hannover selber, oder Jemand in dessen Dienste, die geringste Ermuthigung oder Unterstützung darbieten würde für das Geschrei einer Faction, die nichts weniger im Sinne hat, als den wirklichen Vortheil jener Familie, die vielmehr lediglich darauf ausgeht, die früher von ihr misbrauchte und darum verlorene Macht, auch auf Kosten des allgemeinen Friedens, wieder zu gewinnen. Harley soll ferner vorstellen, daß es die Absicht der Königin ist, die Frage über die Sicherheit der Succession in kurzer Frist zur Entscheidung zu bringen. Deshalb soll er der Kurfürstin und dem Kurfürsten die Frage vorlegen, ob sie noch eine weitere Maß-

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VIII, p. 640. Das Datum ergibt sich aus der späteren Antwort des Kurfürsten.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 456.

regel der Sicherheit vorzuschlagen haben. Im Falle der Verneinung wird er ihnen sagen, daß demnach die Königin sie als mit den bisher bestehenden völlig befriedigt ansehen muß. Im Falle der Bejahung wird er ihnen versprechen, der Königin einen getreuen Bericht abzustatten, und wird hinzufügen, im voraus ihnen versichern zu dürfen, daß, wenn die zu machenden Vorschläge vereinbar sind mit der Ehre und der Sicherheit der Königin, so wie mit den gesetzlichen Bestimmungen, auf welchen die Krone beruht, die Königin in alle solche Vorschläge nicht bloß einwilligen, sondern sie befördern wird. Die Königin wird sich niemals in den Sinn kommen lassen zu denken, daß von dort Vorschläge ausgehen können, die nicht vereinbar wären mit ihrer Ehre, ihrer Sicherheit oder den Gesetzen. Aber Harley soll erklären, daß, wenn Vorschläge im Widerspruche mit diesen drei Punkten, an irgend einem anderen Orte, oder von irgend welchen anderen Personen gemacht werden, die Königin denselben niemals nachgeben, und daß alle ihre getreuen Diener sich mit dem Aufgebote aller Kraft entgegen stellen werden. Bevor Harley den Hof von Hannover wieder verläßt, soll er darauf eine klare Antwort erwarten." — „Ich mache, fügt dann Bolingbroke hinzu, weder über diese Instruction, noch über die natürliche Wirkung derselben, daheim oder auswärts, keinerlei Bemerkung."

Die nächst liegende Bemerkung dürfte diejenige sein, daß die Sendung, die, im Sinne Oxfords, vor der Welt erscheinen sollte wie eine Bethätigung des Wohlwollens, durch eine solche Instruction, im Sinne Bolingbrokes, sich wandelte in eine Provocation.

Die an verschiedenen Orten Europas in Umlauf gesetzten Gerüchte, vermuthlich auf Oxford als Ursprung zurückzuführen, meldeten noch im März, daß Harley ein werthvolles Geschenk der Königin nach Hannover überbringen und daß der Herzog von Kent ihm bald folgen werde, um den Kurprinzen nach England einzuladen.[1]) Indem der Graf Schönborn als kaiserlicher Gesandter in Hannover dies meldet, fügt er hinzu: „Man wird sich hier auf solche Dinge nur mit großer Vorsicht einlassen. Denn die Einsichtigsten hier sind der Meinung,

[1]) Bericht des kaiserlichen Gesandten Grafen Schönborn aus Hannover, vom 4. März. Man vergleiche die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 437.

daß alle ſchöne Redensarten nur darauf abzielen, den hieſigen Hof hinzuhalten, während man im Ernſte dort arbeitet, im Einverſtändniſſe mit Frankreich den Prätendenten herüber zu bringen. Die Krankheit der Königin wird für derartig gehalten, daß ſie davon nicht wieder aufkommen könne."[1])

Harley jedoch hielt ſich wie bei ſeiner erſten Sendung, längere Zeit in Holland auf und gelangte erſt im Anfange April nach Hannover. Noch vor ſeiner Ankunft gab die Kurfürſtin an Leibniz, der, ſeit längerer Zeit abweſend von Hannover, ſich in Wien befand, davon Kunde mit den Worten: „Eine Unterhaltung mit Ihnen würde mir lieber ſein als diejenige mit dem Geſandten Harley; denn ich vernehme, daß er nichts Anderes zu melden haben wird als Complimente."[1])

Dennoch hatte Harley einen beſonderen Auftrag gerade an die Kurfürſtin. „Er hat mir, ſchreibt ſie ſpäter, von der Königin ein Jahrgeld angeboten. Ich habe dies ſehr höflich abgelehnt, und geſagt, daß ich als präſumtive Thronerbin allerdings ein Jahrgeld wünſche, aber nach gemeinſamem Beſchluſſe der Königin und des Parlamentes, und zwar dies gemäß dem Vorbilde der Königin, welche, wie man dies ja in der Geſchichte leſen kann (Band V, S. 70 u. f.), bei dem ähnlichen Angebote Wilhelms III. eben ſo verfuhr."[2])

Harley verweilte in Hannover bis in den Monat Mai. Inzwiſchen jedoch zog ſeine Sendung dahin und die Gerüchte, mit welchen Oxford dieſelbe umgeben, an einer anderen Stelle eine Wirkung nach ſich, an die der Urheber nicht gedacht hatte. Wir haben dieſelbe mit den Worten Berwicks zu vernehmen, mit welchem Oxford zwei Jahre zuvor durch Gautier und Torcy zu Gunſten des Prätendenten angeknüpft hatte.[3])

Oxford und Bolingbroke.

„Als wir, ſchreibt Berwick, die Zeit verrinnen ſahen, ohne daß von Seiten Oxfords uns ein Plan vorgelegt wurde, und dazu die Kunde erhielten, daß die Geſundheit der Königin täglich abnahm,

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 433.

[2]) A. a. O., S. 447.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 131.

befestigte sich in mir der Argwohn, daß der Treasurer uns betrog, um so mehr, da ich erfuhr, daß er an den Kurfürsten in Hannover geschrieben und kürzlich seinen Vetter Harley dahin abgesendet hatte. Ich eröffnete mich darüber dem Staats-Secretär Torcy, durch welchen meine gesammte Correspondenz mit Gautier und Oxford ging. Er stimmte mir bei, daß das Verhalten des Treasurers sehr auffallend sei. Wir kamen also überein ihm zu schreiben, um ihm vorzuhalten, daß die Königin Anna stündlich wegfallen könne, und daß es daher durchaus nothwendig sei, daß er uns Kenntnis gebe von den Maßregeln, die er in diesem Falle für die Interessen des Königs Jacob getroffen, wie auch von den Schritten, welche dieser Prinz zu thun habe. Die Antwort lautete dahin, daß, im Falle des Todes der Königin, die Angelegenheiten des Königs Jacob und seiner Partei unwiederbringlich verloren wären. Da wir keine andere Antwort als diese erlangen konnten, so lag darin der klare Beweis seiner Schurkerei. Denn, wenn er wirklich die Absichten gehabt hätte, die er im Anfange uns ausgesprochen, so hätte er nicht so lange Zeit verfließen lassen können, ohne an die Mittel zur Ausführung zu denken. Er hätte nicht, um seiner selbst und seiner Partei Erhaltung willen, vernachlässigen dürfen, sich gegen den Zorn der Whig-Partei sicher zu stellen, wo er wußte, daß, wenn einmal wieder die Macht in ihrer Hand, sie ihm das Vorgefallene nie verzeihen würden. Diese Unthätigkeit bei ihm war nicht die Folge eines Mangels an Verstand oder Muth; denn Niemand besaß diese Eigenschaften mehr als er. Darum war es moralisch gewis, daß alles Entgegen-Kommen, das er uns bis dahin bewiesen, keinen anderen Beweggrund gehabt hatte als sein eigenes Interesse, nämlich um die Jacobiten mit den Tories zu vereinigen, dadurch sich im Parlamente stark zu machen und den Frieden durchzusetzen. Sobald er damit zum Ziele gekommen, dachte er nur noch daran, sich mit dem Hofe von Hannover gut zu stellen. Den König Jacob dagegen hielt er hin von einer Zeit zur anderen mit irgend einem neuen Vorschlage der Religions-Aenderung, oder wenigstens des Scheines derselben. Der Hof von Frankreich faßte damals eben so wohl wie wir die Ueberzeugung, daß Oxford uns prellte. Aber da der Hof, durch das Mittel Oxfords, sein hauptsächliches Ziel erreicht hatte, so wußte er sich darüber leicht zu trösten."

Bevor wir die weiteren Entschlüsse Berwicks bei diesem Stande der Sache vernehmen, haben wir aus dieser wichtigen Darlegung, die das Verhalten Oxfords summarisch beleuchtet, die letzten Sätze noch besonders ins Auge zu fassen.

Oxford hatte also die Jacobiten als die Werkzeuge für seinen persönlichen Zweck gebraucht, den Frieden zu machen, ohne welchen er sich als Minister nicht hätte behaupten können. Der Prätendent hatte seine Anhänger in England, ungeachtet ihres Verdachtes und Argwohnes gegen Oxford, und demgemäß ihres Sträubens, immer wieder aufs neue angewiesen, mit Oxford zu gehen. Er vertrauete einem Manne, für dessen Vertrauenswürdigkeit er keine andere Bürgschaft hatte, als dessen Worte aus dem Munde eines Dritten. Demgemäß ward er betrogen.

Aber der Prätendent hatte sich in dies Vertrauen auf Oxford doch nur auf die Empfehlung der französischen Politik eingelassen. Die Fäden der Anknüpfung Oxfords mit St. Germain waren von Anfang an bis zu Ende durch die Hände Gautiers und Torcys gegangen. Wie Oxford persönlich seinen Vortheil davon gezogen, so in höherem und umfassendem Grade die Politik der Macht Frankreich. Es lag daher nicht im Interesse dieser Politik, daß vor der Erreichung des Zieles derselben, also vor dem Abschlusse des Friedens, dem Prätendenten eine Ahnung aufstieg, daß Oxford ihn prellen werde. Es lag vielmehr im Interesse der französischen Politik, daß der Prätendent möglichst lange in dem guten Glauben an die Ehrlichkeit Oxfords beharrte, und demgemäß auch, so lange er beharrte, seine Anhänger in England dem Grafen Oxford dienstbar machte, und, mittelbar durch ihn, der französischen Politik. In diesem Sinne also hatte die französische Politik auf den Prätendenten gewirkt. Mit anderen Worten: sie hatte abermals, wie immer, die Thorheit und Verblendung des unglücklichen Hauses Stuart ausgebeutet für ihre Zwecke.

Aber nun lag die Wahrheit zu Tage, daß Oxford den Prätendenten und die Jacobiten getäuscht, sie für sein Interesse ausgenutzt. Torcy erkannte es an. Der französische Hof war desgleichen davon überzeugt. Aber wie Berwick sagt, er hatte sein Geschäft gemacht und wußte daher sich leicht darüber zu trösten.

Die Tragweite dieser Worte ist, daß die französische Politik, nachdem der Prätendent und die Jacobiten mitgearbeitet, ihr einen

Frieden zu verſchaffen, auf welchen ſie bis in das Jahr 1710 hinein ſich keine Hoffnung machen durfte, nicht Willens war, nun auch ihrerſeits etwas für den Prätendenten und die Jacobiten zu thun. Dieſe hatten gedient wozu ſie der franzöſiſchen Politik gut waren: das Weitere war ihre Sache.

Und damit gelangen wir an den Punkt, einen ſchon wiederholt geſtreiften Irrthum völlig klar zu ſtellen, der damals, bis tief in das Jahr 1714 hinein, an vielen Orten in Europa mächtig war, nicht bloß in England, ſondern auch im Haag, in Hannover, in Wien. Es war die Meinung, daß die franzöſiſche Politik mit Waffenmacht zu Gunſten des Prätendenten auftreten werde. Das war nicht die Abſicht Ludwigs XIV. Wie er überhaupt niemals ernſtlich des Willens geweſen war ſich durch eine Sendung von Truppen auf dem Boden Englands zu verwickeln, es wäre denn daß eine jacobitiſche Erhebung dort voranging — ſo ſicherlich nicht damals nach dem eben erlangten Frieden. Er unterzeichnete damals im zweiundſiebenzigſten Jahre ſeiner Regierung.[1]) Er bedurfte für die ihm noch übrigen Tage der Ruhe. Er wußte ſich, wie Berwick ſagt, über den Gang der Sache des Prätendenten leicht zu tröſten. Während namentlich die Whigs in England träumten von der Gefahr einer Landung von franzöſiſchen Truppen, erkannte Berwick klar, daß Frankreich ihm dazu auch nicht Einen Mann ſtellen würde, ſondern daß, was immer zu erreichen, nur durch engliſche Kräfte auf engliſchem Boden erreicht werden könne. In dieſer Richtung alſo waren die Kräfte anzuſpannen. Darum fährt er in jenem ſeinem ſummariſchen Berichte fort wie folgt.[2])

„Was mich betrifft, ſo drängte ich lebhaft in den Herzog von Ormond und einige Andere. Ich mahnte ſie, ſich los zu reißen aus ihrem Hinbrüten, auf ihrer Hut zu ſein gegen das Unglück, welches, im Falle des Todes der Königin, ihnen zuſtoßen würde. Ich wies ſie darauf hin, daß ihr perſönliches Intereſſe zuſammen falle mit demjenigen des Königs Jacob, daß es einen Mittelweg für ſie nicht mehr gebe, daß ihnen nur die Wahl bleibe, entweder zu Grunde gerichtet zu werden, ſie und ihre Partei, oder den König herzuſtellen. Indem

[1]) Dangeau t. XIV, p. 402.

[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 132.

ſie ſich durch unſere unabläſſigen Mahnungen überzeugen ließen, raffſten ſie ſich auf und ſuchten, vermittelſt des Zuredens der Lady Maſham, die Königin zu dem Entſchluſſe der Entlaſſung des Groß-Schatzmeiſters Oxford zu bringen, weil, ſo lange dieſer ſich im Amte befand, es nicht möglich war, die Sache durchzuführen."

In dieſer ganzen, lange nachher niedergeſchriebenen Darlegung findet ſich keine andere Zeitangabe als die, daß der Treaſurer gerade damals ſeinen Vetter Harley nach Hannover entſendet. Die Bemühungen Berwicks und der anderen Jacobiten um die Entlaſſung Oxfords beginnen alſo im Monate März. Die Wirkungen ſind ſehr bald erkennbar.

Während noch die Vertagung des Parlamentes dauerte, vernahm man, daß es in der Umgebung der Königin zu einem harten Kampfe gekommen war. Schütz berichtet darüber nach Hannover, am 26. März/6. April: „Es war heute nahe daran, daß ich Ihnen die wichtige Meldung zu machen hatte, daß Oxford, von den anderen Miniſtern verlaſſen und ſelbſt von der Königin in gewiſſer Weiſe übel angeſehen, ohne den weißen Stab ſei. Er bat die Königin um die Erlaubnis ſein Amt nieder zu legen, während er zur ſelben Zeit Gelegenheit fand, durch einen Anderen ihr ſagen zu laſſen, daß bei ſeiner Entlaſſung die geſammte Tory-Partei ſich auflöſen und ſie, die Königin, wieder in die Hände der Whigs gerathen würde. Dieſe Ausſicht erſchien der Königin ſo ſchrecklich, daß ſie alle Mittel aufbot, eine Ausſöhnung zu bewirken, wie es ihr denn auch gelungen iſt."[1])

Dieſer Bericht bezeichnet die mitwirkenden Perſonen nicht näher. Nach demjenigen des kaiſerlichen Reſidenten ſtanden gegen Oxford für Bolingbroke die Lady Maſham und der Kanzler Harcourt. „Es ſoll eine Ausſöhnung erfolgt ſein — ſchließt er — taliter qualiter."[2])

Auch der hannöverſche Reſident Kreyenberg gibt an, daß die Lady Maſham, welche, wie er meint, Bolingbroke für ſich gewonnen, bei der Königin gegen Oxford eingetreten ſei.[3])

Das eigentliche Object der Differenz wird nicht mit Beſtimmtheit angegeben. Nach der Anſicht Kreyenbergs betraf dieſelbe die Maß-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 585.
[2]) Bericht vom 10. April.
[3]) Macpherson's Original papers, vol. II, p. 586.

regeln für die Einbringung des Prätendenten. Bolingbroke sei darin eifrig und überstürzend, Oxford langsam und hinzögernd.[1])

Bei der ungemeinen Vorsicht, mit welcher auch notorische Jacobiten vermieden, sich in Ausdrücken bloß zu geben, welche die Anwendung der Hochverrathsgesetze wider sie zur Folge haben konnten, ist es indessen sehr zu bezweifeln, daß die hauptsächlichen Differenz-Punkte direct zur Sprache gekommen seien.[2])

Oxford selber scheint von dem feindseligen Einwirken Berwicks nichts gewußt zu haben. Er beharrte dabei, auch noch ferner seine Betheuerungen nach jener Seite zu senden. Am 6. Mai meldet Berwick aus St. Germain dem Prätendenten in Bar-le-Duc: „Obwohl Gautier früher geschrieben hat, daß Oxford und Bolingbroke sich auf nichts einlassen würden, als unter der Bedingung des Uebertrittes zur Hochkirche, so meldet er doch jetzt die Versicherung beider Herren, daß sie nach der Königin Anna keinem Anderen dienen wollen als dem Könige."[3])

Sehen wir hinweg über die Doppelzüngigkeit Oxfords, die für alle Fälle sich sicher zu stellen sucht, so tritt uns nicht bloß eine Verschiedenheit Oxfords und Bolingbrokes entgegen, die, wie Viele meinten, darin bestand, daß Bolingbroke rasch und überstürzend zu

---

[1]) Macpherson Original Papers vol. II, p. 586.

[2]) Es existirt freilich eine Ueberlieferung als von Bolingbroke selber herstammend, in den Marchmont Papers vol. II, p. 192, Note, daß dies einmal doch geschehen sei. Nach derselben hat Bolingbroke lange Jahre später dem Grafen Marchmont erzählt, daß kurze Zeit vor dem Tode der Königin die Minister sich in einem Zustande des Schwankens befanden, ob sie die Thronfolge des Hauses Hannover befördern sollten, oder die Rückkehr des Prätendenten, und daß sie in Betreff dieser Frage den Grafen Oxford nicht zu einer Entscheidung bringen konnten. Nachdem sie verschiedene Male im Stillen darüber bei ihm angeklopft, habe der Herzog von Shrewsbury von den Anderen den Auftrag erhalten, ihn zur Kundgebung eines Entschlusses zu bewegen, mit der Versicherung, daß dieser Entschluß auch für sie maßgebend sein würde. Der Herzog habe in einer Cabinets-Sitzung den Auftrag ausgeführt, so eindringlich, daß ihm darüber die Thränen in die Augen traten, habe jedoch nicht vermocht, den Grafen Oxford zu einer bestimmten Erklärung zu bewegen. Von diesem Augenblicke an sei der Beschluß gefaßt ihn zu entfernen. — Gegen diese Tradition ist einzuwenden, daß der Herzog von Shrewsbury noch bis in Juni in Irland weilte, daß dagegen der Sieg Bolingbrokes bei der Königin über Oxford schon im Mai sich entschied, wenn auch die formelle Entlassung sich noch zwei Monate hinzog.

[3]) Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 390.

Gunsten des Prätendenten handeln wollte, Oxford durch Zaudern und Bedächtigkeit zurückhielt, sondern ein wirklicher Gegensatz, wie er klarer und bestimmter in jener Darstellung Berwicks ausgesprochen vorliegt. Oxford suchte sich mit Hannover gut zu stellen, und im Rathe der Königin so lange zu laviren, bis ihr voraussichtlich nicht mehr ferner Tod die Dinge in dem Stande belassen würde, wie sie damals waren. Dann hoffte er für diese seine Führung nicht bloß des Schutzes, sondern auch des Dankes von Hannover sicher zu sein. Bolingbroke dagegen trachtete, auf welche Weise immer, nach einem Bruche mit Hannover, um durch diesen Bruch die immer schwankende Königin zum festen Entschlusse für ihren Bruder zu bewegen, und dadurch wie seine Sicherheit so auch seinen Lohn zu finden. Auch er konnte keinen Glauben an eine lange Lebensdauer der Königin haben; aber, wie aus späteren Aeußerungen hervorgeht, hoffte er doch, daß sie noch bis zum Herbste gelangen würde. Sie war damals wieder so weit hergestellt, daß sie, am 10. April, vermöge ihres Titels als Königin von Frankreich die herkömmliche Berührung von Trotteln (Cretins) vornahm.[1])

Oxford suchte seine Gesinnung nach Hannover hin, außer den gelegentlichen directen Betheuerungen, noch in anderer Weise kund zu geben. Der General Schulenburg, der sich häufig in Hannover aufhielt, hatte, bei einer früheren Anwesenheit in London, mit dem pfälzischen Residenten Steingens eine nähere Bekanntschaft angeknüpft, die dann durch eine gelegentliche Correspondenz unterhalten wurde. Steingens hatte schon 1712 dem Grafen Oxford für die geheime Correspondenz nach Wien hin gedient. Er berichtete auch nunmehr an Schulenburg über den Stand der Dinge in England, wie es den Meinungen Oxfords entsprach, in der Voraussicht, daß Schulenburg von den Briefen einen weiteren Gebrauch machen würde. Dies geschah. Schulenburg schickte die Briefe einerseits an Leibniz in Wien, der die Berichte von Steingens einer mistrauischen und scharfen Kritik unterzog, andererseits lieferte er die beiderseitigen Schriftstücke dem Kurfürsten Georg Ludwig ein. Daß diese Correspondenz, in welcher Oxford-Steingens darzuthun sucht, daß die Thronfolge des Hauses Hannover nicht in Gefahr, auf die Haltung des Kurfürsten einen Einfluß geübt

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. April.

habe, ist kaum anzunehmen, weil die Erörterung den Thatsachen allzu spät nachfolgte. Die eigentliche Bedeutung liegt nur darin, daß Oxford seinen Freund Steingens für sich plaidiren ließ.[1])

Einen anderen Weg zu demselben Ziele fand Oxford durch eines der Häupter der Republik der Niederlande, den Freiherrn von Wassenaer-Duyvenwoorde. Oxford benutzte den Anlaß einer Antwort an denselben, um, wie er selber sich ausdrückte, in der feierlichsten Weise zu versichern, daß er völlig und unabänderlich dem Interesse des Kurfürsten ergeben sei. „Dies betheuere ich, fährt er fort, nicht bloß aus dem Bewußtsein der von mir geleisteten Eide, sondern auch aus tiefem Respecte für die großen Tugenden des Kurfürsten. Ich darf ohne Eitelkeit sagen, daß ich bei der Feststellung der Successions-Acte den wirksamsten Antheil hatte.[2]) Ich habe immer dieselbe Gesinnung bewahrt, und den wiederholten Erklärungen der Königin zu ihren Gunsten ist es zu danken, daß die Nation im Ganzen für das durchlauchtige Haus gesinnt ist.“[3])

Er fügt dann die Unwahrheit hinzu: „Ich bin sicher, daß auch Lady Masham, die Vertraute der Königin, völlig für die Succession ist. Es ist mir ferner gewis, daß auch die Königin so denkt, und Sie dürfen in meinem Namen dem Kurfürsten versichern, daß ich bereit bin, ihm alle Beweise meiner Anhänglichkeit zu geben.“ Er warnt dagegen vor der Ueberkunft eines Mitgliedes der Familie, weil der Gegensatz zweier Höfe verderblich wirken würde.

Der Zweck des Schreibens liegt vor Augen. Oxford will jeden Schritt von Seiten des Hauses Hannover zurückhalten, damit, bei dem bald zu erwartenden Tode der Königin, alles sich von selber fügen und dann er als erster Minister den Lohn der Führung beanspruchen könne.

Den Freunden der Thronfolge des Hauses Hannover lag dies Verhältnis von Oxford und Bolingbroke nicht offen. Vielmehr maßen sie beiden Männern dasselbe Streben bei. Jenem Berichte über den Zwiespalt und den noch einmal wieder erfolgten Ausgleich fügt der

[1]) Die Correspondenz ist abgedruckt in: Werke von Leibniz Bd. IX, S. 466. Appendice.

[2]) Als Sprecher des Unterhauses, vergleiche Bd. IX, S. 274.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 593. Vom 14. 25. April.

Geſandte Schütz ſeine Meinung hinzu: „Für uns würde nichts vortheilhafter ſein, als wenn dieſer Ausgleich nicht von Dauer wäre.“[1]) Die Sache lag doch wohl umgekehrt. So lange Oxford im Amte verblieb, war er der erſte Miniſter und lähmte dadurch die Schwingen Phaethons, wie Bolingbroke von den fremden Geſandten oft genannt wurde.[2]) Die Vorbedingung eines nachdrücklichen Handelns war, wie Berwick angegeben, die Entlaſſung Oxfords.

Fortſetzung der Parlaments-Seſſion, im April.

Ein eigentlicher Plan der Rückführung des Prätendenten konnte alſo bis dahin nicht vorliegen. Und dennoch ſehen wir die Beſorgnis um die geſetzlich feſtgeſtellte Thronfolge im Wachſen.

Bolingbroke hatte ſchon ſeit Wochen die Klage ausgeſprochen, daß die Faction, wie er es benannte, unter den Truppen um ſich greife,[3]) und es verlautete wiederholt, daß einige General-Officiere, wie der Herzog von Argyle und Lord Stair, ihre Stellen verlieren würden. Es geſchah in der Form, daß die Königin ihnen andeuten ließ: es ſei ihr Wunſch, daß ſie ihre Stellen an beſtimmte Perſonen verkauften. Der Herzog von Argyle hatte eine Compagnie der Leibwache. Er wurde genöthigt, ſie für 10.000 Pfund Sterling, von denen die Königin ein Drittel zahlte, dem Grafen Dundonald abzutreten, der für einen Jacobiten galt.[4]) Der Herzog war zugleich Gouverneur von Edinburgh und von Port Mahon. Er mußte auf beide Poſten verzichten. Der Graf Stair mußte ſein Regiment für 6000 Pfund Sterling an den Lord Portmore abtreten. Es folgte eine Reihe von minder bedeutenden Aenderungen. Der Treaſurer Oxford ging umher und verſicherte, daß er in dieſen Aenderungen keine Hand habe, und daß ſie ohne ſein Vorwiſſen geſchehen ſeien, oder auch, wie er zu Anderen ſich ausdrückte, wider ſeine Zuſtimmung.[5])

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 585.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. September.

[3]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 489. Vom 9./20. März.

[4]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 588. — Lockhart Papers vol. I, p. 459.

[5]) A. a. O.

Zugleich jedoch erfolgte ein sehr gewichtiger Gegenzug, indem mehrere Häupter der hannöversch gesinnten Tories den Whigs näher traten. Es waren namentlich der Herzog von Argyle, Lord Anglesea, der Ritter Hanmer, Sprecher des Unterhauses, Graf Nottingham und Andere. Nach wiederholten Zusammenkünften einigten sie sich, am 2. 13. April, zu dem Vorsatze, mit den Whigs in Freundschaft zu leben und gemeinsam mit ihnen festzustellen, was zu thun sei die hannöversche Thronfolge zu sichern und sich dem Prätendenten zu widersetzen. Sie verabredeten ferner, nicht den Grafen Oxford zu stützen, sondern gemeinsam auf seine Entfernung zu arbeiten, dann aber nicht zu gestatten, daß das Schatzamt in der Hand eines einzigen Mannes sei, sondern einer Commission übergeben werde. — Es ist nicht unwichtig dabei an die frühere Klage Bolingbrokes zu erinnern, daß die ganze Machtfülle der Krone in der Hand des Treasurers ruhe.

Diese Tories versprachen endlich, mit den Whigs bei der Königin die Bitte zu wiederholen, daß sie den Herzog von Lothringen in Güte oder durch Zwang dahin vermöge, dem Prätendenten den Aufenthalt in seinem Lande nicht ferner zu verstatten.

Die Consequenzen dieser Coalition traten in den nächsten Tagen augenfällig hervor. In den Berathungen des Oberhauses über den Zustand der Nation, am 5. 16. April, brachte die Hofpartei, entsprechend der Thronrede der Königin, die Behauptung, daß die Succession unter der gegenwärtigen Regierung gesichert sei, selber zur Sprache. Es erfolgten darauf heftige Angriffe gegen die Minister. Namentlich zeichnete der Graf Anglesea, ein Mitglied jener Coalition, das Werden des Utrechter Friedens in scharfen Worten. „Ich bekenne, sagte er, so unglücklich gewesen zu sein, im Geheimen Rathe zu dem Waffenstillstande meine Zustimmung gegeben zu haben. Allein ich habe mich dazu bewegen lassen nur durch die vielfache und hochbetheuerte Versicherung, daß nicht bloß England einen besseren Frieden als seit zweihundert Jahren erlangen, sondern daß auch alle Verbündete vortheilhaftere Bedingungen erhalten würden, als sie selbst dächten. Von allem dem hat sich das Gegentheil als wahr erwiesen. Wir haben den Kaiser verlassen. Wir haben Portugal preis gegeben. Wir wissen noch bis heute nicht, worin für uns der Friede besteht. Das aber wissen wir, daß wir ohne alle Freunde und Verbündete sind, daß wir nur mit

Frankreich und dem Herzoge von Savoyen gut ſtehen. Wir wiſſen endlich, daß wir in Betreff der Succeſſion völlig abhangen von Frankreich, daß ein König, den unſere Königin aus dem Staube wieder aufgerichtet hat, jetzt die Macht beſitzt, über die Succeſſion unſerer Krone zu verfügen nach ſeinem Wohlgefallen.“ [1])

Die Faſſung der geſtellten Frage war: ob die Succeſſion in Gefahr ſtehe unter Ihrer Majeſtät Regierung. Die Gegner des Miniſteriums verlangten die Streichung der hervorgehobenen Worte. Sie verlangten dies, wie ſie ſagten, aus Reſpect; denn die Königin ſei dabei nicht betheiligt, und, welches Unrecht immer geſchehen ſei, falle nur den Miniſtern zur Laſt. Der Kampf um dieſe Worte wogte viele Stunden lang hin und her. Bei der Abſtimmung erfanden ſich 76 Stimmen für jene Worte, und 63 dagegen, ſo daß das Miniſterium mit dreizehn Stimmen die Oberhand behielt. Aber die Gegner rechneten von der Mehrheit moraliſch ab die vor zwei Jahren zwölf neu ernannten Pairs, ſo wie die ſechszehn ſchottiſchen Pairs. „Dieſe ſechszehn alle, keinen ausgenommen, haben für den Hof votirt, und werden ihrer Armuth nach allezeit für ihn votiren.“ [2]) Dagegen ward als beſonders wichtig hervorgehoben, daß der neue Erzbiſchof von York, Dawes, gegen das Miniſterium geſtimmt, und faſt die ganze Bank der Biſchöfe nach ſich gezogen hatte.[3])

Nach der Abſtimmung verließen viele Lords das Haus in der Meinung, daß an dem Tage weiter nichts geſchehen werde.[4]) Dieſen Umſtand benutzte die Whig-Partei zu neuen tief einſchneidenden Anträgen. Die Königin, ſagte der erſte derſelben, ſei durch eine Adreſſe zu erſuchen, eine Proclamation ausgehen zu laſſen, durch welche ſie demjenigen, der den Prätendenten, im Falle ſeiner Landung auf britiſchem oder iriſchem Boden, lebendig oder todt einliefere, eine angemeſſene Belohnung in Ausſicht ſtelle. Ferner möge die Adreſſe vor-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. April. — Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 44 gibt drohende Worte von Angleſea gegen den Treaſurer perſönlich an. Ich finde dafür keine Quelle.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. April.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 413.

[4]) Dies ſagt ausdrücklich Lockhart vol. I, p. 471. Und in der That macht nur dies die folgenden Beſchlüſſe erklärlich.

ſtellen, wie empfindlich das Oberhaus es aufnehme, daß die Abſicht der Königin, den Prätendenten aus Lothringen fortzuſchaffen, bisher keinen Erfolg gehabt, und darum die Bitte ausſprechen, daß die Königin dieſes Andringen erneuern wolle. Endlich ſei die Königin zu bitten, in Gemeinſchaft mit den Generalſtaaten ſich bei dem Kaiſer zu bemühen, daß er der Garantie der Succeſſion des Hauſes Hannover in England beitrete.

Die im Oberhauſe noch anweſenden Mitglieder der Hofpartei wagten gegen dieſe Anträge keinen Widerſpruch zu erheben. Man vernahm von ihnen nur die Rufe nach Vertagung des Beſchluſſes. Die andere Seite dagegen hielt feſt und verlangte Abſtimmung. Dieſe erfolgte zu Gunſten der drei Anträge.

Der Beſchluß war für das Miniſterium ein ſchwerer Schlag; aber er war gefaßt, und es blieb nur das Mittel, vor der Abfaſſung der Adreſſe ihn zu mildern. Dies geſchah in den nächſten Tagen. Es erhoben ſich viele Stimmen gegen die Worte: todt oder lebendig, als nicht bloß dem engliſchen Rechte, ſondern auch der chriſtlichen Religion zuwider. Die Worte fielen weg. Wichtiger noch war eine andere Aenderung. Der Zeitpunkt, ſagte man, wann eine ſolche Proclamation zu erlaſſen, müſſe dem Ermeſſen der Königin anheim geſtellt werden. Um dieſe Aenderung durchzuſetzen, hatte die Königin vorher den Erzbiſchof von York und den Grafen Angleſea zu ſich rufen laſſen. Sie folgten dem Wunſche. Demgemäß entſchied eine große Mehrheit in dieſem Sinne.[1])

Die in dieſer Weiſe abgeſchwächte Adreſſe ward, am 12./23. April, der Königin überreicht. Sie antwortete: „Es würde eine wirkliche Befeſtigung der Thronfolge des Hauſes Hannover ſein, und meiner Regierung zur Stütze gereichen, wenn den grundloſen Befürchtungen und argwöhniſchen Reden, die man ſo gefliſſentlich ausſtreut, endlich ein Ziel geſetzt würde. Ich ſehe zur Zeit für eine ſolche Proclamation gar keinen Anlaß. Sollte ich ſie einmal für nöthig erachten, ſo werde ich meine Befehle geben. Die anderen Einzelnheiten der Adreſſe werde ich in geeigneter Weiſe ausführen.“[2])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. April.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 417.

Der zuerst für die Whigs günstige Verlauf schien sich damit völlig gewendet zu haben. Man nahm an, daß die Königin niemals eine solche Proclamation erlassen werde. Das Verhalten der Minister im Oberhause legte an den Tag, daß eine Differenz nicht mehr bestand, daß sie gemeinsam handelten. „Aus Allem geht hervor, sagten die Whigs, daß der Hof den Prätendenten einbringen will.“[1])

Am selben Tage noch, dem 12./23. April, trat ein Ereignis ein, welches die ganze Sachlage zu wandeln schien.

Die Forderung des Writ und ihre Consequenzen.

Während die Angelegenheit der englischen Succession sich von Tag zu Tag mehr in den Vordergrund des europäischen Interesses drängte, verlautete die überraschende Kunde: der kurfürstlich-braunschweigische Gesandte in London, Freiherr von Schütz, habe von dem Lord-Canzler das Einberufungsschreiben, das sogenannte Writ, für den Kurprinzen, Herzog von Cambridge, verlangt, damit derselbe als erster Pair von England seinen Sitz im Oberhause einnehme.

Diese Forderung mit ihren Consequenzen wird von da an für Wochen hindurch der Knotenpunkt der Successionsfrage. Daher erscheint es, zur Klarstellung des Ganzen, von besonderem Interesse, die successive Entwicklung der Sache, wie sie damals vor den Betheiligten sich abspann, von ihnen selbst wie von anderen Zeugen zu hören. Nicht bloß diese Zeugen stehen zu Anfang unter der Einwirkung thatsächlicher Irrthümer, sondern die Gesammtheit, und deshalb ist diese Einwirkung und die aus derselben sich ergebende Stimmung der Gemüther ein geschichtliches Moment, welches nicht außer Acht gelassen werden darf.

Das Writ oder Einberufungsschreiben für den Herzog von Cambridge seinen Sitz im Oberhause einzunehmen, und wie der englische Ausdruck lautete: to serve the Queen in Parliament — lag ausgefertigt bei dem Lord-Canzler Harcourt. Wir haben seiner Zeit vernommen, daß Lord Cowper, der frühere Kanzler, Mitglied der Whig-Partei, den Versuch gemacht es dahin zu bringen, daß Harcourt es

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. April.

dem hannöverschen Gesandten Schütz einhändige, und daß Harcourt abgeschlagen hatte.

Fortan ließ der Gedanke an dies Writ dem Gesandten Schütz keine Ruhe. Das Writ lag da, ausgestellt in aller Form, mit dem großen Siegel versehen, sorgfältiger ausgestattet als diejenigen der anderen Pairs, ganz wie es für die Prinzen von königlichem Blute üblich war. Warum also, fragte Schütz bei sich, wird es nicht überreicht?[1])

„Sie begreifen leicht, schrieb er, gleich beim Beginne des Parlamentes, darüber an Bothmar im Haag — in welcher Verlegenheit ich mich gegenüber diesem Writ befinde. Viele derjenigen, die wissen, daß der Canzler es mir nicht zugestellt, sind erstaunt darüber, daß ich es nicht verlange. Aber wie kann ich das, wo ich nicht Befehl dazu habe? Ich gestehe freilich, daß dies allein mich nicht abhalten würde, wenn ich nur hoffen dürfte, daß, sobald ich es erhalten und dann durch einen Courier nach Hannover geschickt, der Kurprinz sich sofort hierher auf den Weg machen würde. Es sind also zwei Bedenken, die mir im Wege stehen: die Besorgnis, daß der Canzler mir die Auslieferung weigert, und dann diejenige, daß der Kurprinz, auch wenn er das Writ hat, dennoch nicht kommt."[2])

Wir sehen, daß bei dem Gesandten der Gedanke, ob er in London noch Jemanden anders zu fragen habe als den Kanzler, etwa die Königin selber, oder den Treasurer, oder einen der Staats-Secretäre für die auswärtigen Angelegenheiten — von Anfang an gar nicht aufkommt.

Für längere Zeit war in London von dem Writ nicht weiter die Rede. Aber in Hannover riefen die Berichte von Schütz die Frage hervor: zu welchem Zwecke war das Writ ausgefertigt, wenn es nicht auch behändigt werden sollte? Die Kurfürstin Sophie gab diesem Gedanken Ausdruck in einem Briefe an Schütz, mit den Worten: On est fort étonné ici qu'on n'a point envoyé un writ à mon petit-fils le prince électoral pour pouvoir entrer au parlement comme

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 573.
[2]) A. a. O., p. 574.

duc de Cambridge, comme cela lui était dû par le patent que la reine lui a donné.[1])

Bei der Stimmung, in welcher ſich Schütz von Anfang an gegenüber dem Writ befunden, war er aus ſich geneigt, dieſe Worte der Kurfürſtin als einen Befehl aufzufaſſen. „Die Freunde der Succeſſion, meldet er an Bothmar, waren alle erfreut über den von der Kurfürſtin mir ertheilten Befehl, das Writ für den Kurprinzen zu verlangen. Bevor ich einen Schritt in der Sache that, befragte ich die folgenden Perſonen um Rath: Devonſhire, Somerſet, Nottingham, Argyle, Orford, Somers, Cowper, Halifax, Wharton, Townſhend. Sie waren alle derſelben Meinung.“[2])

„Auf den Rath dieſer Freunde, meldet Schütz weiter, habe ich gehandelt wie folgt. Ich begab mich geſtern, am 12./23. April, zum Lord-Canzler und ſprach, im Namen der Kurfürſtin, ihm ihren Dank aus, daß er ſich ihr Intereſſe ſo ſehr angelegen ſein ließe. Er antwortete nach Wunſch und betheuerte, daß er glücklich ſein würde, Ihrer königlichen Hoheit bei jeder Gelegenheit Beweiſe ſeines tiefen Reſpectes und ſeiner Anhänglichkeit zu geben. Ich fuhr dann fort, daß ich von der Kurfürſtin den Befehl hätte, für den Kurprinzen als Herzog von Cambridge das Writ zu verlangen. Er veränderte die Farbe, blickte nieder und ſagte dann, daß er mit der Königin darüber reden würde; denn ohne die Befehle derſelben dürfe er mir es nicht geben. Nach einigem Schweigen fuhr er fort: er erinnere ſich nicht, daß, ſo lange er im Dienſte, ihm ein Writ abverlangt, noch daß ein ſolches über See geſchickt ſei. Ich erwiederte, daß er es, durch die Auslieferung an mich, nicht aus dem Königreiche ſende, und bat ihn, mir vor Abend ſeine Antwort zu geben, damit ich mit der heutigen Poſt der Kurfürſtin über die Ausführung ihres Befehles berichten könne. Darauf entgegnete er kurz, daß er ſich zur Königin begeben werde, um mit ihr zu reden. Ich höre, daß ein Conſeil noch geſtern Abend berufen iſt, und gedauert hat bis nach Mitternacht. Ich erwarte das Ergebnis.“

---

[1]) Abgedruckt in der Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen. Jahrgang 1883. S. 47.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 592. Bericht vom 13./24. April.

„Beim Abſchiede ſagte mir der Lord-Canzler, noch an der Thüre ſeines Zimmers: er hoffe, daß ich dies nicht für eine Verweigerung ſeinerſeits anſehen würde, da er zuvor den Willen der Königin wiſſen müſſe.“[1])

Erſt am Abende desſelben Tages traf Schütz auch den Grafen Angleſea bei dem Ritter Hanmer. Auf die Mittheilung des Geſchehenen erwiederte jener, daß dies ſehr zweckmäßig und hier die letzte Gelegenheit vorliege, die Succeſſion zu retten: denn er halte es für ſicher, daß, wenn man nicht ſchleunige Hülfsmittel anwende, in ſechs Monaten es zu ſpät ſein werde. Deshalb beſchwören er wie alle andere Freunde den Kurfürſten, den Kurprinzen ſofort zu ſenden, auch wenn das Writ verweigert werden ſollte. Denn nur die Gegenwart des Prinzen könne noch alles herſtellen; dagegen ſei ſicherlich alles verloren, wenn man, nachdem ein ſolcher Schritt gethan, nicht weiter gehe.[2])

Der Ritter Hanmer war derſelben Anſicht, und verſprach eben ſo wohl wie Lord Angleſea, bei allen ſeinen Freunden im Unterhauſe ſeinen Einfluß aufzubieten, um ſie zu einer Erklärung zu bringen. Er ſprach ſeine volle Ueberzeugung aus, daß der Hof nicht vermöge ſie zu hindern.[3])

Noch am ſelben Tage dieſes Berichtes, dem 13./24. April, erhielt der Geſandte Schütz die Antwort des Lord-Canzlers. Die Königin habe erwiedert, daß ihr weder von dem Geſandten her, noch in irgend einer anderen Weiſe von Hannover aus eine Mittheilung über dieſe Forderung des Writ gemacht ſei. Daher könne ſie nicht glauben, daß Schütz im Auftrage von Hannover her handele. Auf dieſe Antwort habe ſie ſich beſchränkt. — Dann ſetzte der Lord-Canzler hinzu: das Writ für den Herzog von Cambridge ſei, wie ſich von ſelbſt verſtehe, zugleich mit denen für die anderen Pairs ausgefertigt und liege zu jeder Stunde zur Aushändigung an Schütz bereit.[4])

Die Nachricht, daß der kurfürſtliche Geſandte, auf Befehl ſeines Hofes, von dem Lord-Canzler das Writ verlangt, durcheilte ſofort die politiſchen Kreiſe von London. Der kaiſerliche Reſident Hoffmann

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 591.
[2]) A. a. O., p. 592.
[3]) A. a. O.
[4]) A. a. O., p. 591.

ſchildert in ſeinem Berichte die Freude der Whig-Partei über dies Ereignis. „Das Haus Hannover, ſagen ſie, hat einen Schritt vorwärts gethan, von welchem es, wenn es ſich nicht freiwillig ſeines Anſpruches an die Krone begeben will, ſich nicht zurückziehen kann. — Daß Schütz nicht den Auftrag gehabt habe, ſich an die Königin zu wenden, ſondern direct an den Lord-Canzler, gelte für einen Beweis, daß der hannöverſche Hof entſchloſſen ſei, auf jeden Fall den Kurprinzen herüber zu ſenden, möge auch das Writ ausgeliefert werden, oder nicht.“[1])

Das Urtheil der Whigs entſprach, wie man ſieht, ihren Wünſchen.

Dann jedoch erfuhr Hoffmann jene Antwort des Lord-Canzlers. Er ſetzte ſeinem Berichte hinzu: „Das Cabinet der Königin bezweifelt, daß Schütz zu ſeinem Vorgehen einen Befehl von ſeinem Hofe beſeſſen, vermuthet dagegen, daß er gehandelt habe auf Einrathen und Antrieb einiger Whigs. Das Cabinet hat ſofort nach der Sitzung einen Courier mit Aufträgen an den Geſandten Harley in Hannover abgefertigt. Lord Paget ſoll als Geſandter folgen. Der Hof iſt entſchloſſen, die Ueberkunft des Kurprinzen zu verhindern.“[2])

Auf die Antwort des Lord-Canzlers begab ſich Schütz am nächſten Tage, dem 15./26. April, zu ihm, um das Writ in Empfang zu nehmen. In der Kanzlei war Niemand anweſend. Er begab ſich zu dem Treaſurer. Dieſer empfing ihn mit den Worten, daß er die Königin noch nie ſo leidenſchaftlich erregt geſehen, wie durch dies Uebergehen ihrer Perſon.[3]) Schütz berief ſich auf ſeinen Befehl, der ihn an den Canzler gewieſen. Oxford, mit ſeinen üblichen Betheuerungen der Ergebenheit, redete weiter, Wahres und Falſches. Wenn nicht dieſer Zwiſchenfall gekommen, ſagte er, ſo ſei es ſogar der Wunſch der Königin geweſen, den Kurprinzen für den nächſten Sommer einzuladen. „Lord Oxford vergaß dabei, bemerkt Schütz, daß er wenige Minuten zuvor geſagt: die Königin habe allzu große Furcht, Jemanden von der kurfürſtlichen Familie dort zu ſehen, und, wenn man nur das nicht verlange, ſo werde ſie alles Andere gern bewilligen.“ — Die Bemerkung von Schütz war ohne Zweifel richtig. Allein es war

[1]) Bericht vom 24. April.

[2]) Desgleichen vom 27. April.

[3]) Unter den verſchiedenen Berichten von Schütz iſt derjenige an Robethon der genaueſte, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 599.

ſicherlich weniger die Abſicht Oxfords, ſelber die Wahrheit zu ſagen, als durch ſeine Reden und Fragen an Schütz den wirklichen Sachverhalt klar zu ſtellen. Der überaus falſche Schritt, ſagte Oxford zuletzt, ſei ohne allen Zweifel auf das Einrathen hitziger Leute gethan.[1])

Die Unſicherheit der Haltung des Geſandten Schütz auf dieſe hingeworfene Vermuthung beſtärkte Lord Oxford in der Anſicht, daß er das Richtige getroffen. Er deutete dem Geſandten, nach ſeiner Art, in halb verſtändlichen Worten an, daß es beſſer für ihn ſein würde ſich bei Hofe nicht ſehen zu laſſen.

Diejenigen dagegen, die angerathen, kargten nicht mit ihrem Lobe. Sie gaben durch Schütz nach Hannover hin eindringlich den Rath, daß nun auch die Ausführung baldigſt folgen möge. Voran trat Lord Townſhend, in einem Briefe an Robethon, vom 15./26. April.[2]) Er bezieht ſich darin auf die frühere Antwort des Kurfürſten, daß der gemeinſamen Sache gedient werde durch ſeine Waffen gegen Frankreich. „Das war für uns, ſagt Townſhend, ein geringer Troſt. Denn wir hätten verloren ſein können, bevor es nur möglich war, uns Hülfe zu bringen. Nun aber muß ich meinen Glückwunſch darbringen für den Befehl das Writ zu verlangen. Ich kann verſichern, daß Jedermann, Freund und Feind, dieſen Befehl betrachtet als den erſten Schritt, der danach ausſieht, daß es dem Hofe von Hannover mit der Succeſſion Ernſt ſei.“ Townſhend ſchildert die Beſtürzung der Miniſter über den Schritt, die Freude des Volkes. Er hebt hervor, daß jene kein Mittel unverſucht laſſen werden, um den Hof von Hannover dahin zu bringen, daß er, wie Townſhend ſich ausdrückt, ſich ſelber verrathe. Aber er ſpricht auch zugleich die Erwartung aus, daß man ſich in Hannover, bei der Ertheilung eines ſolchen Befehles, der Conſequenzen desſelben zum vollen bewußt geweſen ſei, und daß man handeln werde entſprechend dieſem Bewußtſein.

Daß die Forderung des Writ der erſte Schritt von Seiten Hannovers für die Succeſſion ſei, war auch die Anſicht von Schütz ſelber. „Unſere Gegner, ſagt er, haben überall das Gerücht verbreitet

---

[1]) Schütz berichtet nicht dieſe Worte, ſondern der kaiſerliche Reſident Hoffmann, mit der folgenden Bemerkung, im Berichte vom 27. April.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 597.

und an vielen Orten damit Glauben gefunden, daß wir in Betreff der Succeſſion ganz gleichgültig ſeien. Wenn nun, nach dieſer Forderung des Writ, der Kurprinz nicht ſofort ſich hierher begibt, ſo wird dies Gerücht als durchaus wahr angeſehen werden.“ [1])

Mochte auch dieſer oder jener, der den Sachverhalt genauer kannte, bei ſich einen Zweifel hegen, ob wirklich der Hof von Hannover den Geſandten Schütz zu ſeinem Vorgehen ermächtigt habe: in den erſten Tagen nachher wäre ein ſolcher Zweifel kaum angehört worden. In London ertönten wiederholt Glocken zur Kundgebung der allgemeinen Freude: man trank einander zu auf die glückliche Reiſe des Herzogs von Cambridge. Die Actien der Bank von England ſtiegen um vier bis fünf Percent.[2]) Die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung war eine freudig gehobene. Die Erwartung der Ueberkunft des Kurprinzen war ſo zuverſichtlich, daß Jemand den Lord Paget bei dem Glückwunſche zu ſeiner Ernennung nach Hannover zugleich die Frage vorlegte, ob er ſich getraue das Haus Hannover zum Verzichte auf die Krone von England zu bewegen.[3])

Unter dem Eindrucke dieſer Stimmung berieth das Unterhaus, am 15./26. April, über den Zuſtand der Nation. Die Berathung ergab auch hier, wie früher im Oberhauſe, die Frageſtellung: ob die proteſtantiſche Succeſſion des Hauſes Hannover Gefahr laufe unter der Regierung der Königin. Bromley ſuchte das Gegentheil darzuthun, fand jedoch einen ſcharfen und überlegenen Gegner an Walpole. Er betonte, daß allerdings die Succeſſion in Gefahr ſtehe, nicht wegen der Königin, ſondern wegen der zweifelhaften Führung anderer Perſonen, und verlangte daher, daß die Königin nicht genannt werde. Unter den Rednern wider das Miniſterium trat voran der Sprecher, Ritter Hanmer. Eine lange Reihe von Tories ſtimmte mit den Whigs. Die Zählung ergab 256 Stimmen zu Gunſten der Regierung, 208 gegen dieſelbe. Das Ergebnis war ſehr bemerkenswerth; denn bis dahin hatte die Mehrheit, auf welche im Unterhauſe die Miniſter ſich verlaſſen konnten, immer über hundert, bis zu zweihundert Stimmen betragen.[4])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 595.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 419.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 596.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 27. April. — Commons Debates vol. V, p. 125.

Vernehmen wir, nach dieser Abstimmung, über die Sachlage die Ansicht eines nicht betheiligten Beobachters.

„Es ist nicht zu bezweifeln, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß, wenn der Kurprinz sich auf die Reise nach England begibt, sich alles für ihn erklären wird. Sollte aber der Kurfürst sich irre machen lassen, so geben die Whigs selber die Sache für verloren. Viele sprechen dabei die Ansicht aus, daß der Befehl an Schütz zur Forderung des Writ nicht hätte erlassen werden sollen ohne den gleichzeitigen Aufbruch des Kurprinzen zur Reise nach England. Denn dann wäre mit dem einmaligen Verdrusse alles abgemacht, und die Sache dadurch sehr erleichtert."

Der Beschluß des Cabinets der Königin war dahin ausgefallen, daß nach den englischen Gesetzen das verlangte Writ dem Herzoge von Cambridge nicht zu verweigern sei. Am 17./28. April nahm der Freiherr von Schütz dasselbe bei dem Lord-Canzler in Empfang. Dieser verlangte einen Schein der Bestätigung mit der Angabe, auf wessen Befehl der Gesandte gehandelt. Schütz stellte den Schein dahin aus, daß er das Writ gefordert habe auf Befehl der Kurfürstin-Witwe.[1])

Mit diesem Scheine hatte also der Lord-Canzler das negative Zugeständnis in Händen, daß der Kurfürst Georg Ludwig nicht betheiligt sei. Auf Grund dieses schweigenden Zugeständnisses von Schütz ging der Hof gegen ihn persönlich vor.

Bereits zuvor hatte wie Oxford, dann auch Bromley ihm den Wink gegeben, sich lieber am Hofe nicht zu zeigen. Am folgenden Morgen, dem 18./29. April, erschien, wie zwei Jahre zuvor bei dem kaiserlichen Gesandten Gallas, der Ceremonienmeister des Hofes, Namens Cotterell, in der Wohnung des Gesandten Schütz, und verlas vor ihm ein Schreiben des Staats-Secretärs Bromley. Dasselbe lautete dahin, daß das Verfahren des Gesandten, ohne Vorwissen und mit Umgehung der Königin, das Writ für den Herzog von Cambridge, einen Prinzen vom königlichen Blute, zu verlangen, die Königin beleidigt habe, und daß sie deshalb dem Gesandten den Hof verbieten lasse. Die Königin

[1]) Schütz in seinen Berichten erwähnt dies nicht. Ich entnehme es denjenigen Hoffmanns.

werde ferner ihrem Gesandten Harley in Hannover beauftragen, von dem Kurfürsten die Abberufung des Gesandten Schütz zu verlangen.

Bereits begann auch die Auffassung des Hofes zu wirken und sich weiter zu verbreiten. Man vernahm, daß der Gesandte bei den Mittheilungen Oxfords über den sehr übelen Eindruck, den sein Vorgehen bei Hofe gemacht, sich verwirrt gezeigt habe. Es ward daraus gefolgert, daß der Befehl für ihn doch wohl nicht so klar und bestimmt gelautet haben könne. Es sei eher anzunehmen, daß Schütz sich mehr nach dem Rathe einiger Häupter der Whig-Partei gerichtet als nach dem ihm gewordenen Befehle. Der Kurfürst sei zu vorsichtig, als daß man ihm zutrauen dürfe: er werde ohne Vorwissen und ohne Genehmigung der Königin seinen Sohn herüber schicken. — Bereits erhoben sich Stimmen, welche das Uebergehen der Königin als einen politischen Fehler bezeichneten. Denn es sei dadurch dem Hofe der Vorwand dargeboten zu erwiedern, daß gegen die Sache an sich nichts einzuwenden gewesen wäre, wenn man sie vorgebracht hätte mit Beobachtung der Form, daß aber nun, wo sie angeregt sei mit Verletzung der Form, der Hof gezwungen sein würde sich zu widersetzen.[1])

Der Hof der Königin führte seine wohl berechneten Schläge nur gegen die Person des Gesandten Schütz. Neben demselben stand der hannöversche Resident Kreyenberg. Ganz eben so wie es früher in der Sache des Grafen Gallas geschehen war, machte der Staats-Secretär Bromley auch dies Mal dem Residenten amtlich das Vorgefallene kund, mit dem Bemerken, daß das gute Verständnis der Höfe darunter nicht leiden, und daß sowohl der Resident, wie auch irgend ein anderer Minister des Kurfürsten der Königin genehm sein werde.

Dem Herrn von Schütz indessen war es auf englischem Boden nicht mehr wohl zu Muthe. In der Nacht auf den 2. Mai reiste er in der Stille ab, um sich in Harwich einzuschiffen. Das Geheimnis, in welches er seine Abreise hüllte, schien die Vermuthung zu bestätigen, daß er reise auf dringendes Anrathen der Coalition, die seit dem 2. 13. April zwischen Whigs und Tories zu Gunsten der Thronfolge bestand, damit er durch ihre Briefe und persönlich den Kurfürsten zur

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Mai.

unverzüglichen Ueberſendung des Kurprinzen bewegen ſolle. Die Vermuthung entſprach der Wahrheit.[1])

Der Schritt der Abreiſe des Geſandten mit ſolchen Briefen deutet an, daß bei den Häuptern jener Coalition doch ein leiſer Zweifel ſich zu regen begann, ob der Kurfürſt ſich auf die Sache einlaſſen werde. Aber auch nur dieſe Thatſache bezeugte den Zweifel. Nach den Reden, die man vernahm, war es wie ausgemacht, daß in den nächſten Tagen der Herzog von Cambridge landen werde.

Bereits begann auch der Treaſurer, Lord Oxford, ſeine Segel ſo zu ſtellen, daß ſie dem Winde, der dann wehen würde, entſprechen konnten. Eins der hauptſächlichen damaligen Zeitungsblätter von London war der Examiner, dreimal wöchentlich. Es herrſchte darüber die Meinung, daß es keinen wichtigen Artikel bringe, den nicht Lord Oxford zuvor geleſen und gebilligt. Der Examiner vom 23. April 4. Mai verkündete, daß die Tory-Partei, weit entfernt, dem Kommen des Herzogs von Cambridge zuwider zu ſein, mit Freuden ihn begrüßen, und ſich ihren Antheil an dieſem Kommen zuſprechen würde. Lord Townſhend meldete dies nach Hannover. „Sie ſehen, ſchreibt er, Lord Oxford geht darauf aus, die Protection des Kronprinzen zu erlangen. Das Kommen desſelben wird ein Werk der Verſöhnung der Parteien ſein. Das Parlament wird ihm 40.000 Pfund Sterling bewilligen.“[2])

Die ſchleunige Abreiſe von Schütz hatte ihn gehindert, die Grüße der Kurfürſtin Sophie an mehrere Lords der Tory-Partei auszurichten, die ſich in der letzteren Zeit an ſie gewendet, die Lords Abingdon und Angleſea, und den Erzbiſchof von York. An der Feſtigkeit des Letzteren hegte das Perſonal der Geſandtſchaft einigen Zweifel. Dieſer war nicht begründet. Gerade damals, am 23. April/4. Mai, richtete der Erzbiſchof an die Kurfürſtin ein Ergebenheitsſchreiben mit den wärmſten Betheuerungen für die feſtgeſtellte Succeſſion, und, wie üblich, gegen France and popery.[3])

Am 29. April/10. Mai traf der alte Erb-Kämmerer, Marquis von Lindſay, Mitglied der Tory-Partei, in London ein. Er hatte ſeinen Landſitz nur zu dem Zwecke verlaſſen, um, bei der bevorſtehenden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. Mai.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 604. Vom 4. Mai.

[3]) A. a. O., p. 605.

Ankunft des Herzogs von Cambridge, seines Amtes zu warten, und kraft dessen denselben ins Haus der Lords einzuführen.[1])

Auch der Herzog von Marlborough, der damals noch in Antwerpen weilte, drängte in Briefen nach Hannover für die Sendung des Kurprinzen. Er schrieb, am 5. Mai, an Robethon: „Dieses Mittel der Sendung des Kurprinzen wird die Succession sichern ohne Gefahr, ohne Kosten, ohne Krieg. Und es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß Frankreich, wenn es einsehen muß, daß man so ihm zuvorgekommen ist, verzichten wird auf seinen Plan den Prätendenten zu unterstützen. Aber nach meiner Ansicht thut Eile Noth. Es wäre gut, wenn der Prinz aufbräche, bevor der nach Hannover als Gesandter bestimmte Lord Paget dorthin kommt."[2])

Von Wien aus meldete Leibniz an die Kurfürstin Sophie, daß der Prinz Eugen mit Eifer für die Sendung des Kurprinzen stimme.[3])

Alle Briefe und Berichte jener Tage spiegeln die Spannung und Erwartung wieder, mit welcher man von heute auf morgen den Entschlüssen in Hannover entgegen sah. Denn, obwohl der Hof in London sehr bald durchschaut hatte, daß der Kurfürst direct in der Sache nicht betheiligt war: so schwebte er doch in Unruhe und Sorge, ob der Kurfürst nicht die Stimmung in England sich zu nutze machen werde. Dem Parlamente ward officiell keine Mittheilung gemacht, damit, wie angenommen wurde, nicht daraus der Anlaß zu einer Adresse erwachse. Andererseits ward von Seiten des Parlamentes Schweigen beobachtet, aus Respect, wie es hieß, vor der Königin.[4]) Der Beschluß, den Lord Paget nach Hannover zu senden, war von dem Cabinet der Königin im ersten Eifer gefaßt. Es überwog dann der Gedanke, daß es richtiger sei zuvor den Bericht des Thomas Harley aus Hannover über die dort gefaßten Beschlüsse abzuwarten.[5])

Am 3./14. Mai waren volle drei Wochen verflossen, seitdem der Gesandte Schütz die Forderung des Writ gestellt, und in London noch keine Nachricht darüber aus Hannover. Am Abend dieses Tages lief

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.
[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 605.
[3]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 450.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 11. Mai.
[5]) Desgleichen vom 15. Mai.

eine Post ein. Sie überbrachte von Harley die Abschrift eines Handschreibens, welches der Kurfürst ihm für die Königin übergeben, so wie eine Denkschrift im Namen der Kurfürstin Sophie und des Kurfürsten, beide Schriftstücke in Antwort auf dasjenige der Königin vom 8./19. Januar. Beide Schriftstücke trugen das Datum des 7. Mai (n. St.). Das Handschreiben lautet wie folgt.[1])

„Madame. Das Schreiben vom 8./19. Januar, dessen Ueberbringung Ew. Majestät dem Herrn Harley anvertraut, habe ich mit vollster Dankbarkeit empfangen. Nichts konnte verbindlicher für mich sein als die darin enthaltenen Versicherungen der fortgesetzten Sorgfalt, welche Ew. Majestät der Befestigung der protestantischen Thronfolge widmen. Denn diese ist ja das einzige Mittel zur Sicherung dessen, was am meisten auf der Welt Ihnen am Herzen liegt, der Religion und des inneren Friedens Ihrer Königreiche."

„Ich glaube solchen großen Beweisen Ihrer Güte nicht besser entsprechen zu können, als durch die Uebergabe einer Denkschrift an den Herrn Harley, aus welchem Ew. Majestät ersehen werden, was mir bei der gegenwärtigen Weltlage als nothwendig erscheint, um Ihre königliche Person, Ihre Königreiche und die gesetzliche Succession in Sicherheit zu stellen. Da für eine Königin, welche so ausgezeichnet da steht durch ihre Frömmigkeit und die Liebe zu ihren Unterthanen, kein anderes Interesse in gleicher Weise die Sorgfalt in Anspruch nimmt, so darf ich nicht zweifeln, daß Ew. Majestät dieser Schrift eben so viele Aufmerksamkeit widmen werden, wie ich Vertrauen habe in Ihre Einsicht und Güte. Ich verbleibe wie immer mit großem Respecte Ew. Majestät ergebenster und gehorsamster Diener

Georg Ludwig, Kurfürst."

In diesem Handschreiben war also der Forderung des Writ so wie des Gesandten Schütz mit keinem Worte gedacht.

Die begleitende Denkschrift lautet wie folgt.[2])

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten haben mit tiefster Dankbarkeit den neuen Beweis der Güte empfangen, welchen die Königin ihnen gegeben

[1]) Anlage III.
[2]) Anlage IV.

durch den Auftrag an Herrn Harley, zu erfragen, welche Wünsche sie hätten für die weitere Befestigung der protestantischen Thronfolge in ihrem Hause, so wie durch die hinzugefügten verbindlichen Zusicherungen, daß Ihre britannische Majestät die Wünsche Ihrer kurfürstlichen Hoheiten in dieser Beziehung mit Vergnügen gewähren würden."

„Im Vertrauen darauf nehmen Ihre kurfürstlichen Hoheiten die Freiheit, Ihrer Majestät die Nothwendigkeit vorzustellen, daß der Prätendent verpflichtet werde, sich nach Italien zurückzuziehen, so wie auf die Gefahr hinzuweisen, die aus seinem längeren Aufenthalte in Lothringen erwachsen könnte, sowohl für die Königreiche Ihrer Majestät als für Ihre königliche Person und die protestantische Succession."

„Man kann Ihrer Majestät nicht mehr verpflichtet sein als es in Betreff der bisher schon von ihr so wohlwollend gemachten Schritte für die Entfernung des Prätendenten Ihre kurfürstliche Hoheiten sind. Und wie das gegenwärtige Parlament eben so wohl wie das frühere die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Sicherheit der Nation und diejenige der Succession daran hafte, und wie dies auch die Meinung Ihrer kurfürstlichen Hoheiten ist: so bitten sie Ihre Majestät, die wirksamsten Maßregeln zur Erreichung eines so heilsamen Zieles zu ergreifen, dies um so mehr, da die Anhänger des Prätendenten mit der äußersten Zuversicht verkünden, daß er sich von Stund an zu einer Landung im Norden von Groß-Britannien vorbereite, während jene Gegend weder durch eine Flotte noch durch Truppen geschützt ist. Dies wird bestätigt durch verschiedene Nachrichten von Personen, die sich in jüngster Zeit in Bar-le-Duc aufgehalten und dort Antheil an dem Vertrauen des Prätendenten gehabt haben, und welche versichern, daß er sich zur Ausführung seines Unternehmens sehr bald auf den Weg begeben wird und dabei auf eine mächtige fremde Hülfe rechnet."

„Da also der Stand der Dinge ein gefährlicher ist, so hoffen Ihre kurfürstlichen Hoheiten, Ihre Majestät werde ihnen beistimmen, daß es für die Sicherheit ihrer königlichen Person, für diejenige ihrer Königreiche und der protestantischen Succession nothwendig ist, in Groß-Britannien ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses zu etabliren, welches über so wichtige Interessen wachen und durch seine Treue und unerschütterliche Anhänglichkeit an die königliche Person Ihrer Majestät beweisen würde, wie sehr Ihre kurfürstlichen Hoheiten von Respect und

Dankbarkeit für sie erfüllt sind. Die Zeit scheint gekommen, wo die Sicherheit der gemeinsamen Interessen nur noch im gegenseitigen Vertrauen gefunden werden kann, so wie in Maßregeln, die in voller Uebereinstimmung getroffen werden, und wo Ihre kurfürstlichen Hoheiten, wie sie die Sicherheit ihrer Anrechte auf die Succession nur von der Fortdauer der Güte Ihrer Majestät erwarten, ihrerseits, so viel es in ihrem Vermögen steht, bereitwillig sind beizutragen, um die Plane derjenigen zu vereiteln, welche darauf ausgehen, die Ruhe und das Glück der ruhmvollen Regierung Ihrer Majestät zu stören."

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten nehmen sich ferner die Freiheit, die Vorstellungen zu erneuern, welche sie seit nahe zwei Jahren bei Ihrer Majestät und Ihren Ministern gemacht haben, daß für Ihre kurfürstliche Hoheit die Kurfürstin durch eine Parlaments-Acte ein Jahrgeld festgestellt werde, wie es für den nächsten Erben der Krone das Herkommen mit sich bringt. Ihre kurfürstlichen Hoheiten haben, so lange die Nation mit den Kriegesausgaben belastet war, in dieser Beziehung keinen Anspruch geltend machen wollen; aber nachdem diese Ausgaben aufgehört haben, und nunmehr in Folge des Friedens alles auf einen festen und soliden Fuß gestellt werden muß, geben sie sich der Hoffnung hin, daß, noch während der gegenwärtigen Session des Parlamentes, Ihre Majestät die Güte haben wird, ihnen eine Sache zu verschaffen, die an sich gerecht, zugleich eine so natürliche Folge alles dessen ist, was die Königin bisher zu ihren Gunsten gethan hat."

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten hoffen ferner, daß Ihre Majestät geneigt sein wird, den protestantischen Prinzen des kurfürstlichen Hauses, die noch keine englischen Titel besitzen, solche zu gewähren, wie sie den Prinzen vom Geblüte von Groß-Britannien zustehen."

„Geschehen zu Hannover, 7. Mai 1714."

(Siegel des Kurfürsten.) (Siegel der Kurfürstin.)

Auch diese Denkschrift erwähnte also mit keinem Worte einer Forderung des Writ, machte vielmehr die Frage der Ueberkunft irgend eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses durchaus von dem Willen der Königin abhängig.

Die Kunde dieser zwei Schriftstücke war am 7./18. Mai in London,[1]) nicht jedoch diejenige eines Entschlusses des Kurfürsten in der Angelegenheit des Writ. Man wußte aber auch, daß bereits vor der Aushändigung der zwei Schriftstücke an Harley die Couriere mit der Meldung über das Writ in Hannover eingetroffen waren.[2]) Demnach hatte der Kurfürst sich nicht veranlaßt gesehen, aus sich selber sich darüber auszusprechen.

Am Tage nach dem Empfange jener zwei Schriftstücke aber meldete sich der Gesandte Harley in Hannover zur Audienz, um, gemäß seinem Auftrage, über die Forderung des Writ bei dem Lord-Canzler ohne Vorwissen der Königin Beschwerde zu führen. Er erhielt von dem Kurfürsten die Antwort, daß die Forderung des Writ nicht auf seinen Befehl, und ohne sein Vorwissen geschehen sei, und daß er sich nimmer in den Sinn kommen lassen werde, ohne Wissen und Wollen der Königin seinen Sohn nach England zu senden.[3]) — Wie ernstlich das gemeint war, zeigt uns Späteren der am selben Tage ausgefertigte Verweis für den in Hannover noch nicht eingetroffenen Gesandten Schütz, mit den Worten: „Uns gereicht Solches und daß Ihr bei dieser Gelegenheit Unserer Frau Mutter Namen gebraucht, zu besonderem Misfallen und Befremdung.“[4])

Bevor jene Meldung Harleys über die Nicht-Betheiligung des Kurfürsten an der Forderung des Writ in London eintraf, schrieb der General Cadogan an Bothmar im Haag: „Ich halte es für meine Pflicht, mit den stärksten Ausdrücken, die mir zu Gebote stehen, Ihnen vorzustellen, daß, im Falle der Nicht-Sendung des Kurprinzen, die Succession unvermeidlich verloren ist.“

„Die Gründe für die Herüberkunft wachsen täglich an Zahl und Gewicht. Alle Tories, mit Ausnahme derer, welche unbedingt den Ministern ergeben sind, wünschen sie nicht minder eifrig als die Whigs. Wir haben Grund zur Besorgnis, daß, im Falle des Verzichtes auf den Entschluß, den Prinzen zu senden, unsere neuen Freunde, Lord

---

[1]) Im Berichte vom 18. Mai theilt Hoffmann sie im Auszuge mit.

[2]) Derselbe Bericht.

[3]) Desgleichen vom 22. Mai.

[4]) In der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 51.

Angleſea, der Erzbiſchof von York, der Sprecher des Unterhauſes, mit ihrem ganzen Anhange uns verlaſſen werden. Denn ſie betrachten die Herüberkunft als das einzige Mittel, und deuten an, daß, wenn dieſelbe nicht erfolgt, ſie andere Entſchlüſſe faſſen werden.“ [1])

Cadogan fügt hinzu: „Die Jacobiten vermögen nicht ihre Beſorgnis vor dieſer Herüberkunft zu verhehlen, welche ſie als den Todesſtreich für ihre Wünſche anſehen.“

Gegenüber dieſer Anſicht Cadogans ſind jedoch auch die Meinungen von jacobitiſcher Seite zu hören.

Sofort auf die Forderung des Writ deutet Bolingbroke dem Lord Strafford im Haag, der nicht im jacobitiſchen Einverſtändniſſe war, den Plan ſeines Verhaltens an mit den Worten: „Bei einem ſolchen Verfahren handelt es ſich nicht mehr um den Streit zwiſchen dem Hauſe Hannover und dem Prätendenten, ſondern die Königin ſelber wird zur Partei. Das ſind keine Freunde der proteſtantiſchen Succeſſion, welche Rathſchläge angeben, die die Königin zwingen, Partei zu werden. Ob der Herzog von Cambridge kommen wird, nachdem nun das Writ überliefert iſt, oder ob es nur in der Hoffnung auf eine abſchlägige Antwort verlangt wurde, weiß ich nicht: aber ſicherlich iſt eine Herüberkunft mit einem Angeſichte des Trotzes gegen die Königin, und mit der Hülfe einer Partei, ein durchaus unnöthiger Weiſe verzweifelter Entſchluß und der unklugſte, der jemals gefaßt worden iſt. Die Maſſe der Nation wird feſthalten an ihren Eidſchwüren; aber ſie wird, unter denſelben, in erſter Linie hochhalten denjenigen der Huldigung für die Königin.“ [2])

Der Jacobit Lockhart berichtet über die Zeit der Ungewisheit des Entſchluſſes in Hannover wie folgt.[3])

„Einige wohlgeſinnte Leute waren über dies Project der Ueberkunft des Kurprinzen ſehr beunruhigt; Andere dagegen waren darüber erfreut und es that ihnen leid, daß es nicht ausgeführt wurde. Denn da es für ſicher galt, daß die Königin dieſe Ueberkunft nicht leiden, und demnach der Prinz und ſeine Freunde wahrſcheinlich zu Maßregeln

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 615.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 512. Vom 23. April/4. Mai.

[3]) Lockhart Papers vol. I, p. 465.

der Gewalt greifen würden, so würde der offene Bruch zwischen der Königin und jener Familie die Folge gewesen sein. Und da man nicht zu besorgen hatte, daß die Macht der Königin nicht ausreichen würde, die Gegner zu überwältigen, so war es gleicher Weise mehr als wahrscheinlich, daß sie sich offen für ihren Bruder erklärt, ihn zu Hülfe gerufen und dadurch seine Herstellung beschleunigt und gesichert haben würde."

Der pfälzische Resident Steingens meldet dem General Schulenburg: „Ich kann Ihnen versichern, daß, ungeachtet aller schönen Versprechungen der Whig-Partei, das Parlament für den Unterhalt des Prinzen, wenn er wider den Willen der Königin gekommen wäre, niemals auch nur Einen Pfennig bewilligt hätte, und kann Ihnen ferner sagen, aus dem Munde gewichtiger Personen vernommen zu haben, daß, wenn der Prinz in dieser Weise gekommen wäre, der Prätendent ihm nur auf dem Fuße hätte zu folgen brauchen, um für sich alle diejenige Willigkeit zu finden, welche der Verdruß und der Zorn eines insultirten Hofes und seiner Partei einflößen können."[1])

Die Meinungen beiderseits hatten die Probe der That nicht zu bestehen.

Die Nachrichten, die von Harley in Hannover her am 19. Mai in London eingetroffen, lauteten positiv in Betreff der Nicht-Betheiligung des Kurfürsten an der Forderung des Writ. Nur in Betreff der Kurfürstin Sophie, auf deren Befehl Schütz sich berufen, konnte noch einiger Zweifel bleiben. Wir werden später sehen, wie auch dieser sich löste.

Die Minister hielten, wie zu erwarten, diese Nachrichten nicht geheim. Die Whigs und mit ihnen diejenigen Tories, welche die Herüberkunft des Kurprinzen mit Sicherheit erwartet hatten, waren sehr überrascht und betroffen. Es ward ihnen schwer zu glauben, daß der Kurfürst, der doch gewußt habe, daß Schütz unterwegs sei, vor der Ankunft desselben sich so entschieden geäußert haben solle. Eben darum ließen sie noch nicht alle Hoffnung fahren. Wenn erst Schütz angelangt, wenn er dem Kurfürsten vorgetragen, was er schriftlich

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 477. Vom 25. Mai/5. Juni.

und mündlich zu überbringen habe: so werde dennoch der Kurfürst sich anders entscheiden.[1])

„Wenn aber dies nicht geschehe, äußerten sich die Whigs, so seien auch sie nicht gesonnen, sich länger bloß zu stellen und zu opfern für einen Hof, der bis dahin in nichts sie unterstützt habe, und der sogar den einzigen Schritt, den er endlich in der Successions-Sache gethan, zu behaupten sich nicht getraue."[2])

Die Worte sind von besonderer Wichtigkeit gegenüber der damals und später oft wiederholten Behauptung Bolingbrokes, die nicht ohne Einfluß auf die englische Geschichtschreibung geblieben ist, daß der Kurfürst unter dem Einflusse der Whigs gehandelt, oder gar, wie er einmal sich ausdrückt, sich zum Parteihaupte derselben gemacht habe.[3])

Nach jenen Aeußerungen scheinen in London Viele noch gemeint zu haben, daß der Schritt, den Schütz am 23. April gethan, dem Hofe von Hannover zuzuschreiben sei. Anderen lag der Hergang bereits offener vor. Ein unbetheiligter Zeuge, der kaiserliche Resident Hoffmann, sagt weiter, am 22. Mai: „Für Viele ist die Erklärung des Kurfürsten ganz zweifellos. Denn man weiß jetzt, daß Schütz zu der Forderung des Writ vom Kurfürsten keinen Befehl gehabt, sondern lediglich von der Kurfürstin-Witwe; oder vielmehr, es wird eigentlich geglaubt, Schütz habe nur den Auftrag gehabt, den Lord-Canzler zu fragen, warum er, bei der Eröffnung dieses neuen Parlamentes, den Herzog von Cambridge nicht eben so wohl aufgefordert habe zu erscheinen, wie alle anderen Pairs des Reiches. Schütz hat diesen Befehl einigen der vornehmsten Whigs gezeigt. Diese haben ihm gerathen, keine Umwege zu machen, sondern das Writ direct zu begehren, in der Zuversicht, daß, wenn einmal dieser Schritt gethan, der Kurfürst, möchte es geschehen sein mit oder ohne sein Wissen, sich nicht entübrigen können würde, ihn zu behaupten."[4])

Inzwischen verlautete in London die Nachricht, daß Schütz in Hannover eingetroffen sei. Die Spannung stieg aufs neue. Hinter

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Mai.

[2]) So wörtlich Hoffmann im Berichte vom 22. Mai.

[3]) Vergl. Bolingbroke's letters vol. II, p. 210. — Works vol. I, p. 26; vol. III, p. 135.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 22. Mai.

die anscheinende Sicherheit des Hofes von St. James barg sich abermals die Sorge und die Furcht. Lord Paget reiste nicht ab. Er sprach offen aus, daß er keine Mission auf sich nehmen wolle, die dem Hause Hannover misfällig oder dem Interesse der Succession zuwider sei.[1]) Die Coalitions-Partei vom 2./13. April hielt an ihrer Hoffnung fest. Der nächste Posttag war der 13./24. Mai. Er brachte Briefe aus Hannover für den Staats-Secretär Bromley. Sie meldeten, daß Schütz nach seiner Ankunft in Hannover nicht vorgelassen sei, daß der Kurfürst seinem eigenmächtigen Gesandten die erbetene Audienz abgeschlagen habe. Bromley beeilte sich diese Nachricht zu verkünden. Sie erregte diejenigen, die an dem Rathe für Schütz Theil genommen, in sehr lebhafter Weise. „Wenn der Kurfürst, rief der Herzog von Argyle aus, in solcher Weise uns stecken läßt, wenn er sich weigert eine Gelegenheit zu erfassen, die so günstig ist, so leicht, unseren Gesetzen so sehr entsprechend, wenn er nach Allem, was wir für ihn gethan, so uns opfert, uns der Wuth unserer Feinde preis gibt: so haben wir keine andere Zuflucht mehr als den Sprung auf die entgegengesetzte Seite: nämlich den Prätendenten einzuladen, herüber zu kommen auf erträgliche Bedingungen und ohne eine französische Armee."[2])

Aehnlich sprachen Andere sich aus. Indessen zwischen den Aeußerungen leidenschaftlicher Erregung und dem Vollzuge des Sprunges behauptet, der Regel nach, die Ueberlegung ihr Recht. Viele auch vermochten noch nicht den Glauben zu fassen. Sie bezeichneten die Nachrichten Bromleys als Fiction.[3]) Erst die nächste Post, am 28. Mai, welche die Briefe aus Hannover vom 22. Mai einliefern werde, könne eine Entscheidung bringen. Falle dieselbe nicht günstig aus, dann allerdings sei alles verloren.[4])

Die ersehnte Post traf ein am 28. Mai. Sie brachte aus Hannover keine neue Nachricht. Mithin gewannen diejenigen Bromleys an Wahrscheinlichkeit.

Dagegen brachte diese Post vom 28. Mai ein Schreiben aus dem Haag, von Lord Strafford, an die Königin.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Mai.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 618.

[3]) A. a. O.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 29. Mai.

Auf die Kunde der Forderung des Writ hatte ſich nämlich Strafford, mit welchem die alte Kurfürſtin eine dauernde Correſpondenz unterhielt, an ſie ſelber mit der Bitte gewendet, das Verfahren von Schütz nicht gut zu heißen.[1]) Es geſchah am 4. Mai. Er legte der Kurfürſtin ſo ausführlich und aufrichtig ſeine Anſicht dar, ohne jeglichen Vorwurf für ſie, daß ſie ſich entſchloß, dieſen ihr perſönlich anhänglichen Tory über die Sachlage aufzuklären. Der von dem Herrn von Schütz geſchehene Schritt, erwiederte die Kurfürſtin, thue ihr um ſo mehr leid, weil ſie unſchuldiger Weiſe dazu Urſache gegeben habe. Sie habe ihm nämlich, ohne alle weitere Abſicht, nur den Auftrag ertheilt, den Lord-Canzler zu fragen, warum er nicht auch dem Kurprinzen das Writ eben ſo zugeſtellt wie den anderen Pairs. Sie habe dabei nicht im geringſten vorausſehen können, daß Schütz von dieſem ihrem Befehle einen ſolchen Gebrauch machen und dadurch der Königin zu einem ſo großen Misfallen Anlaß geben werde. Denn weder ihr, noch dem Kurfürſten, ſei es jemals in den Sinn gekommen, den Kurprinzen ohne die Genehmigung der Königin hinüber ſenden zu wollen.[2])

Auch dieſer Brief ward in London nicht geheim gehalten. Der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſchließt ſeine Meldung darüber mit den Worten: „Welches auch iſt, wie ſich die Sache in der That befindet.“

Jeder vorher etwa noch mögliche Zweifel an der Loyalität der Kurfürſtin Sophie, an ihrer Nicht-Einmiſchung in britiſche Angelegenheiten, ohne Vorwiſſen der Königin, war durch dieſen Brief gelöſt. Ihre Uebereinſtimmung mit dem Kurfürſten war dargethan. Die Angelegenheit des Writ war erledigt.

Nachdem nunmehr der Verlauf der ganzen Angelegenheit offen vorlag, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, am 8. Juni: „Es iſt nicht zu beſchreiben, wie ſehr die Whigs, beſonders diejenigen, welche in der Schütziſchen Sache die Hand gehabt, über den Kurfürſten von Braunſchweig-Lüneburg darum misvergnügt ſind, daß er nicht einmal die Rückſicht für ſie gehabt, den Freiherrn von Schütz vor ſich kommen zu laſſen, um von ihm zu vernehmen, was er in ihrem Namen vorzubringen habe. Sie verwundern ſich auch nicht wenig, daß der

[1]) Das Schreiben bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 600.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juni.

Kurfürſt, nachdem er ſich auf die Sendung des Kurprinzen nicht hat einlaſſen wollen, ſich nicht wenigſtens daraus bei der Königin ein Verdienſt gemacht hat, welcher ja doch dieſe Zurückhaltung höchſt wohlgefällig hätte ſein müſſen. Der Kurfürſt habe alſo, ſagen ſie, durch ſein andauerndes Schweigen weder den Hof, noch die Whigs ſich verpflichtet."

In der Wirklichkeit hatte aber doch der Kurfürſt nur ſein ſo oft ausgeſprochenes, und dennoch von ſo wenigen Zeitgenoſſen in England gewürdigtes Princip bethätigt, ſich in engliſche Angelegenheiten überhaupt gar nicht, weder nach rechts, noch nach links, einmiſchen zu wollen.

Dagegen haben wir vernommen, daß er auf die Fragen, welche die Königin ihm durch ihren Geſandten Harley geſtellt, ſeine Antworten gegeben hatte.

Die drei Briefe der Königin und der Tod der Kurfürſtin.

Die Angelegenheit des Writ war durch die Behandlung, die der Kurfürſt ſeinem Geſandten Schütz hatte widerfahren laſſen, ſo wie durch die Worte der Kurfürſtin Sophie an Strafford ſo gut wie erledigt; aber vor der Königin Anna lag das Handſchreiben des Kurfürſten, in Antwort auf dasjenige der Königin vom 8./19. Januar, ſo wie die im Namen beider kurfürſtlichen Hoheiten ausgeſtellte Denkſchrift. Die Schriftſtücke waren ſpäteſtens am 7./18. Mai zur Kenntnis der Königin gekommen; denn von dieſem Tage iſt der Auszug datirt, den der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſich von der Denkſchrift gemacht und nach Wien eingeſendet hatte.

Es fragt ſich zunächſt, mit welchem ihrer Miniſter die Königin darüber zu Rathe ging.

Im April hatte die Furcht der Königin vor den Whigs den Treaſurer Oxford bei ihr noch aufrecht gehalten. Zu der jacobitiſchen Einwirkung auf ſie, wie wir ſie von Berwick vernommen haben, kam dann die Stellung ihrer Miniſter zu der Angelegenheit des Writ. In der erſten Zeit, wo man den eigentlichen Sachverhalt nicht kannte, ward erzählt, daß Oxford bei der Königin wieder völlig in Gnaden ſtehe, weil er ſie zu überreden gewußt, daß das heftige Auftreten

Bolingbrokes den Kurfürſten zu der Forderung bewogen habe.[1]) Dies hielt nicht vor. Reichlich vierzehn Tage ſpäter berichtet Cadogan an Bothmar: „Die Differenzen zwiſchen Oxford und Bolingbroke ſind heftiger als je zuvor. Ihre gemeinſamen Freunde verſöhnen ſie für einen oder zwei Tage; aber dann bricht der Zank aufs neue aus. Die beiderſeitigen Anhänger geben vor, daß je ihr Haupt das Vertrauen und die Gunſt der Königin beſitzt; aber es iſt unmöglich etwas Poſitives darüber zu ſagen; denn in der letzten Zeit hat ſich dies Spiel am Hofe ſo oft gedreht wie der Wind. Thatſache iſt, daß dieſe zwei Miniſter offen dahin trachten einander zu ſtürzen, und da unter den Anhängern derſelbe Zwieſpalt herrſcht wie unter den Häuptern, ſo iſt es ganz gewis, daß, wenn der Kurprinz kommt, ſie alle beide bald fallen werden. Ich darf hinzufügen, daß im Grunde der Treaſurer dies Kommen nicht ſehr übel nehmen würde, obwohl er das Gegentheil ſagen muß, aus Furcht der Königin zu misfallen. Denn dieſe kann von der Ueberkunft des Prinzen nicht reden hören, ohne in leidenſchaftliche Erregung zu gerathen, und dies deſto mehr, je klarer ſie wahrnimmt, daß die Nation dieſelbe lebhaft wünſcht."

„Was ich Ihnen hier von den wirklichen Geſinnungen des Treaſurers ſchreibe, rührt von ſeinem Bruder her, der ſich dem General Erle darüber ausgeſprochen, von welchem ich es habe. Zugleich hat der Treaſurer, ſeitdem ſein Credit bei Hofe ſinkt, mit den Whigs angeſponnen. Sie haben ihm geantwortet, daß, wenn er für die Ueberkunft des Kurprinzen, überhaupt für die hannöverſche Succeſſion arbeiten wolle, ſie nicht bloß das Vergangene vergeſſen, ſondern auch ſich bemühen werden, ihn im Amte und Stellung zu erhalten."[2])

Bei der Abneigung der Königin gegen das Haus Hannover mußte derjenige der zwei Rivale, der auf dieſe Stimmung rechnete und ſie anzufachen trachtete, die Oberhand behalten über denjenigen, welcher, direct und indirect, ſich bemühete, in Hannover als guter Freund angeſehen zu werden. Gegen Ende des Monates Mai (a. St.) war es offenkundig, daß Einer von den Zweien weichen müſſe. „Zwiſchen

[1]) Kreyenbergs Bericht vom 8. Mai, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 612. — Hoffmanns Bericht vom ſelben Tage.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 620.

Oxford und Bolingbroke, meldet Hoffmann, ist es dahin gekommen, daß der Eine oder der Andere entlassen werden muß. Trifft es den Ersten, so kann es wegen der Geldangelegenheiten nicht vor dem Ende des Parlamentes geschehen; mit dem Anderen wäre es eher möglich, wenn gleich auch nicht ohne Schwierigkeit. Die Whigs wünschen, daß zuerst Bolingbroke fallen möge, weil er geradezu für Frankreich und den Prinzen von Wales gesinnt sei, dessen man Oxford nicht im Verdachte hat."[1])

Bereits zwei Tage zuvor waren die Dinge weiter gekommen, als die draußen Stehenden erkannten. Und zwar hatten sie sich weiter entwickelt an jener Denkschrift des Kurfürsten und der Kurfürstin vom 7. Mai.

Der Kurfürst hatte den Verstoß seines Gesandten in der Forderung des Writ gegen die der Königin gebührende Rücksicht misbilligt, in Betreff der Form ihn öffentlich desavouirt; aber die Denkschrift vom 7. Mai enthielt in den höflichsten und rücksichtsvollsten Ausdrücken nicht bloß Eine Forderung, sondern eine Reihe derselben. Das kurfürstliche Haus verlangte, daß der Prätendent in Lothringen nicht bleiben dürfe. Aber diesen Aufenthalt hatte er gewählt auf den eigenen Wink der Königin. Die Kurfürstin als präsumtive Thronerbin verlangte eine Dotation. Aber die Königin hatte auf die erste Denkschrift, welche zu diesem Zwecke reichlich ein Jahr zuvor der Gesandte Grote eingereicht, nicht einmal eine schriftliche Antwort ertheilen lassen. Sie hatte auszuweichen gesucht durch das mündliche Angebot ihres Gesandten Harley, aus ihren Mitteln der Kurfürstin ein Jahrgeld zu zahlen. Das Angebot war abgelehnt mit dem Hinweise auf das eigene Verhalten der Königin als Prinzessin.

Dazu kam dann noch die dritte Forderung, die unangenehmste von allen, diejenige der Residenz eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses in England.

Die Forderungen dieser Denkschrift traten an die Königin heran offen und gerade, und doch dabei in den höflichsten Ausdrücken. Sie gingen nicht aus von einer Initiative des Hauses Hannover, sondern waren hervorgerufen durch die Frage und das Erbieten der Königin,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juni.

vom 8./19. Januar. Wir haben gesehen, wie Bolingbroke sich diese Fragen ausgedacht, in der unverkennbaren Absicht, darüber zum Bruche mit Hannover zu gelangen. Die Antworten boten zum Bruche keinen Anlaß. Sie stellten dagegen die Königin vor die Entscheidung, verlangten von ihr, anstatt der bisherigen Worte, Realitäten, die über die Aufrichtigkeit ihres Willens in der Angelegenheit der Succession keinen Zweifel mehr belassen würden.

Die Denkschrift des Hauses Hannover vom 7. Mai lag der Königin Anna im Wege wie ein schwerer Stein des Anstoßes. Es war für sie sehr wünschenswerth, demselben ausweichen zu können.

Ihr Berather Bolingbroke meinte dafür einen Weg zu finden. Der Gesandte Thomas Harley hatte in Hannover das Handschreiben und die Denkschrift in Empfang genommen. Er hatte eine Abschrift eingeschickt, die vor dem 7./18. Mai in London eingetroffen war. Er war dann mit seinem ganzen Gefolge von Hannover aus zur Rückkehr aufgebrochen, nicht zur Zufriedenheit Bolingbrokes, der ausdrücklich an Strafford meldet, daß er die Gründe dieser Eile nicht kenne.[1]) Aber Harley war bis Ende Mai noch nicht in London angekommen, hatte also der Königin das kurfürstliche Handschreiben und die Denkschrift vom 7. Mai im Originale noch nicht übergeben. Bis dieses geschah, war die Regierung der Königin Anna formell nicht verpflichtet, eine Kunde dieser Denkschrift zu haben.

Bolingbroke legte also der Königin den Plan vor, drei Handschreiben nach Hannover zu richten, an die Kurfürstin, an den Kurfürsten, an den Kurprinzen, die sämmtlich, ohne jener Denkschrift zu gedenken, im geraden Gegensatze mit derselben stehen sollten.

Es ist besonders merkwürdig wie Bolingbroke, während er diesen Plan entwarf, sich nach einer anderen Seite äußerte. Am 17./28. Mai war das Schreiben Straffords eingegangen, welchem er dasjenige der Kurfürstin Sophie an ihn beigelegt, mit dem Ausdrucke des Leidwesens der alten Fürstin, daß sie unabsichtlich den Anlaß gegeben, die Königin zu kränken. Bolingbroke antwortete auf das Schreiben Straffords sofort mit den Worten: „Es ist mir herzlich lieb, von Ew. Lordschaft zu vernehmen, daß zur Zeit nicht mehr daran gedacht wird, den

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 534.

Herzog von Cambridge herüber zu ſenden, und ich bin darüber froh, weil ich der proteſtantiſchen Succeſſion wohl will. Parteien mögen ihre Rechnung finden in einem Zwieſpalte zwiſchen der Königin und dem Hauſe Hannover; aber ſicherlich iſt es das offenbare Intereſſe dieſes Hauſes, mit der Königin gut zu ſtehen, und, nach ihrem Tode, den Thron zu beſteigen unter der Mitwirkung der geſammten Nation, und nicht durch eine beſondere Geſellſchaft dazu befördert zu werden."[1]) Bolingbroke fügt weiter eine Reihe Betheuerungen gegen den Verdacht einer jacobitiſchen Geſinnung bei ihm hinzu.

Nachdem Bolingbroke ſich in dieſer Art zu dem Lord Strafford ausgeſprochen, deſſen perſönliche Beziehungen nach Hannover hin ihm bekannt waren, legte er, am nächſten Tage, der Königin die drei Briefe an die Mitglieder des kurfürſtlichen Hauſes vor. Sie unterzeichnete. Derjenige an den Kurprinzen, Herzog von Cambridge, lautet wie folgt.

„Mein Vetter. Nachdem ein Unglücksfall in der Familie des Lords Paget ihn gehindert, ſeine Abreiſe ſo ſehr zu beſchleunigen, wie er gewünſcht hätte, kann ich nicht länger zaudern Ihnen meine Meinung kund zu thun über das von Ihnen entworfene Project, ſich in meine Staaten zu begeben. Da mir zuerſt ein ſolcher Plan hätte mitgetheilt werden müſſen, ſo ſchmeichele ich mir, daß Sie ihn nicht ausführen werden, ohne meine Meinung zu vernehmen. Wie immer dem ſei, ich weiß was ich meiner Würde ſchuldig bin, ſo wie der Zuneigung, die ich für das kurfürſtliche Haus hege, dem Sie entſtammen, und endlich meinem Wunſche, daß dasſelbe die Succeſſion nach mir erlange. Dieſe Verpflichtung legt mir auf Ihnen zu ſagen, daß für die Ruhe meiner Unterthanen und dem Rechte der Succeſſion in Ihrer Familie nichts nachtheiliger und folglich bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nichts mir weniger angenehm ſein kann als ein ſolches Vorgehen. Ich bin mit vieler Zuneigung" u. ſ. w.

Das Schreiben an den Kurfürſten lautet wie folgt.[2])

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 530. Vom 18./29. Mai.

[2]) Dies Schreiben, welches damals nicht wie die zwei anderen, zur öffentlichen Kunde gelangte, findet ſich in engliſcher Ueberſetzung bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 621.

„Herr Bruder. Da das Gerücht sich mehrt, daß mein Vetter, der Kurprinz, beschlossen hat hierher zu kommen, um, bei meinen Lebzeiten, in meinem Königreiche sich niederzulassen, so halte ich es nicht für rathsam einen Augenblick zu verlieren, um Ihnen über eine Sache von dieser Wichtigkeit zu schreiben und meine Ansichten mitzutheilen."

„Ich gestehe Ihnen also ganz offen nicht fassen zu können, daß ein Fürst von einer solchen Einsicht und solchem Scharfblicke wie Ew. kurfürstliche Hoheit, jemals zu einem derartigen Versuche mitzuwirken vermöchte. Ich halte Sie für zu gerecht um zu gestatten, daß in mein Souveränetäts-Recht ein Eingriff geschieht, den Sie in Betreff Ihres eigenen nicht zulassen würden. Ich bin fest überzeugt, daß Sie nicht die geringste Schmälerung Ihrer Autorität dulden würden: ich meinerseits bin in dieser Beziehung nicht weniger feinfühlend, und, wie unheilvoll auch die Consequenzen sein mögen, ich bin entschlossen, einem Projecte, welches meiner königlichen Autorität zuwider, entgegen zu treten."

„Ew. kurfürstliche Hoheit sind zu gerecht, um mir das Zeugnis zu versagen, daß ich, bei allen Gelegenheiten, Beweise meines Wunsches gegeben habe, daß Ihr Haus an meinen Kronen succediren möge. Ich empfehle jederzeit meinem Volke diese Succession als den sichersten Pfeiler der Religion und der Gesetze des Königreiches. Ich wende alle meine Sorgfalt dahin, daß nichts vermögen soll, diese Eindrücke aus den Herzen meiner Unterthanen auszutilgen. Allein eine Verringerung der Würde und der Prärogative der souveränen Persönlichkeit, die zur Zeit die Krone trägt, kann nicht geschehen, ohne zugleich einen gefährlichen Abbruch an den Rechten der Nachfolger nach sich zu ziehen. Deshalb zweifele ich nicht, daß Sie, mit Ihrer erprobten Weisheit, dem Versuche eines solchen Schrittes zuvorkommen, und mir eine Gelegenheit geben werden, die Versicherungen der aufrichtigsten Freundschaft zu erneuern, mit welcher ich bin" u. s. w.

Das dritte Schreiben war gerichtet an die Kurfürstin Sophie. Wegen der Consequenzen, die gerade dies Schreiben hatte, ist es besser, jede Alterirung, die es durch eine Uebersetzung erfahren könnte, zu vermeiden und es im Originale hier folgen zu lassen.[1])

[1]) Aus dem British Museum. Add. Ms. Nr. 4903.

La reine Anne à l'Electrice Sophie.

St. James, le 19 May 1714 (St. V.).

Madame ma Sœur et Tante.

Depuis que le droit à la succession de mes royaumes a été declaré appartenir à vous et à votre famille, il s'est tousjours trouvé des personnes mal-intentionnées qui, par des veues particulieres pour leur propre interest, sont entrées dans des mesures pour attirer dans mes Etats, même pendant ma vie, un Prince de votre sang. Je n'ay pû m'imaginer jusqu'à present que ce projet eût été si loin, et qu'il eût pû faire la moindre impression sur votre esprit: mais comme j'ay appris depuis peu par les bruits publics qui se repandent avec tant de promptitude, que Votre Altesse Electorale est aussi de cet avis, il est important pour la succession de votre famille que je vous dise qu'une telle conduite pourroit certainement avoir des suites prejudiciables à cette succession même, qui ne peut être en seureté qu'autant que le Souverain qui porte actuellement la Couronne, en defendra les droits. Il y a icy (et c'est ce qui cause tout notre chagrin) une multitude d'esprits turbulents; je vous laisse à penser quel trouble ils seroient capables d'exciter, s'ils avoient quelque pretexte de machiner une revolte: ainsi je me flatte que vous ne consentirez à rien qui pût troubler mon repos ou celuy de mes sujets.

Faites-moy connoistre avec la même sincerité que j'en ay agi à votre égard, ce que vous croyez que l'on doit faire pour asseurer encore d'avantage cette succession: j'y concourray avec zele, pourveu que cela ne soit point au prejudice de ma dignité que j'ay resolu de maintenir. Je suis avec beaucoup d'affection etc.

Außer den drei Schreiben der Königin überbrachte der Courier noch ein viertes, von dem Grafen Oxford an den Kurfürſten, erfüllt von ſeinen üblichen Verſicherungen. „Jedermann weiß, ſagt er darin, daß ich Ihrer Succeſſion unabänderlich ergeben bin. Nichts kommt für mich damit in Vergleich; weil ich weiß, daß ich durch den Eifer für den Dienſt Ihres durchlauchtigen Hauſes mir das Wohlgefallen

der Königin erwerbe. Deshalb glaube ich bei Ew. königlichen Hoheit Glauben zu finden, indem ich Ihnen unterthänig meine aufrichtige Meinung ausspreche, daß die Königin von ganzem Herzen für Ihre Succession gesinnt ist.“ [1])

Was immer man über solche Versicherungen Oxfords urtheilen mochte: aus dem ganzen Schreiben ging hervor, daß er den Inhalt derjenigen der Königin nicht kennen konnte, und daß daher nicht mehr er der erste Berather der Königin war, sondern Bolingbroke.

Der Courier mit diesen Briefen traf in Hannover ein am 5. Juni (n. St.). Der nächste Eindruck, den sie machten, so wie überhaupt der Stand der Sache dort, ergibt sich aus einem Schreiben der Kurprinzessin Caroline an Leibniz in Wien, welcher von da aus seine Wünsche für die Uebersendung des Kurprinzen nach England ausgesprochen hatte. Der Brief, vom 7. Juni, lautet wie folgt.[2])

„Von allen den Vortheilen, welche den Kurprinzen erwarteten, ist der einzige, der mir zu Theil geworden, der Brief, den Sie an mich gerichtet haben. Der Kurprinz ist Ihnen sehr dafür verpflichtet, daß Sie an seiner Sache so lebhaften Antheil genommen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß alle Welt darüber eben so gedacht hätte. Daß es nicht geschehen, liegt nicht an dem Kurprinzen, noch an anderen rechtschaffenen Leuten hier. Er hat Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, und ich selber habe darüber sehr nachdrücklich mit dem Kurfürsten gesprochen. Wir sind in der Krisis gewesen bis vorgestern, wo ein Courier drei Handschreiben der Königin überbracht hat, für die Kurfürstin, den Kurfürsten, den Kurprinzen. Diese Briefe, abgefaßt mit einer Heftigkeit wie sie des Lords Bolingbroke würdig ist, belassen dem Kurprinzen fast keine Hoffnung mehr, seinen Sitz im Oberhause, seinem Rechte gemäß, einzunehmen.“

„Ich weiß nicht was die Welt über das bisher von uns beobachtete Verhalten urtheilen wird. Ich beklage nicht so sehr den Verlust, den vielleicht dieses unser Verhalten uns zuzieht, als daß wir in gewisser Weise das Interesse unserer Religion, die Freiheit Europas, und so viele brave und ehrliche Leute in England preis gegeben haben. Mein

[1]) British Museum. Add. Mss. Birch papers vol. 4107.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 452.

einziger Troſt beſteht darin, daß ich den Kurprinzen alles habe aufbieten ſehen, um dieſe Erlaubnis zu erlangen. Die Kurfürſtin iſt ihm beigetreten, und ſie wollen jetzt die von der Königin erhaltenen Briefe nach England ſchicken."

„Der Kurprinz hat mir aufgetragen, Sie zu bitten, dem Prinzen Eugen von Savoyen ſeine Empfehlungen auszurichten und ihn inſtändigſt zu erſuchen, nicht dem Kurprinzen in dieſer Sache etwas zur Laſt zu legen. Er erinnert ſich ſehr wohl, was der Prinz Eugen vor zwei Jahren ihm gerathen (S. 360). Und wenn es von ihm abgehangen, ſo hätte er von Anfang an den Rath eines ſo hoch von ihm verehrten Mannes ausgeführt. Aber es iſt alles vergeblich geweſen."

„Ich für mich halte mich an die Ueberzeugung, daß die Vorſehung alles zu unſerem Beſten lenkt, und Ihre Einleitung zur Theodizee iſt eine wahre Stütze für mich. Kurz, niemals iſt mir ein Kummer ſo ſcharf und ſo unerträglich erſchienen wie dieſer. Ich fürchte für die Geſundheit des Kurprinzen und vielleicht für ſein Leben. Hoffentlich kommen Sie nun bald wieder zu uns" u. ſ. w.

Nicht für des Kurprinzen Leben war zu fürchten, ſondern für dasjenige eines anderen Mitgliedes der Familie.

Die Kurfürſtin Sophie, geboren am 13. October 1630, damals alſo im vierundachtzigſten Lebensjahre, erfreute ſich, ungeachtet dieſes Alters, der Regel nach einer guten Geſundheit, welche ſie zu erhalten beſtrebt war durch Seelenruhe und körperliche Bewegung in den ausgedehnten Gärten von Herrenhauſen. Für ihre Geiſtesfriſche zeugte die ausgedehnte Correſpondenz, der Regel nach eigenhändig. Der Leſer dieſes Werkes wird ſich verſchiedener Aeußerungen von ihr erinnern, die nicht Zeugnis ablegen für ein Trachten nach der engliſchen Krone. So namentlich noch im März 1708 (Band XIII, S. 43 u. f.). In dem Zuſammen-Leben jedoch mit der Frau ihres Enkels, der ihr an geiſtiger Befähigung ebenbürtigen Kurprinzeſſin Caroline, welche die Ausſicht auf die engliſche Krone mit lebhafter Neigung erfaßte, ſcheint auch die Kurfürſtin weniger für ſich ſelber als für ihre Descendenz ſich derſelben mehr zugewendet zu haben. Es lag ihr am Herzen zur Klarheit darüber zu kommen, was am Ende die Königin Anna wolle, ohne jedoch derſelben zu nahe zu treten. Zur Antwort nun auf den guten Willen,

den ſie in jenem Briefe an den Grafen Strafford bethätigt, erhielt ſie das von Bolingbroke abgefaßte Schreiben.

Der Ton desſelben kränkte ſie tief. Sie brach zu ihrer Staatsdame, der Gräfin von Bückeburg, in die Worte aus: „Die Sache wird mich krank machen. Ich werde ſie nicht überwinden.“ — „Aber, ſagte ſie dann, ich will dieſen gnädigen Brief der Welt kund machen, damit Jedermann ſehen kann, daß es nicht meine Schuld iſt, wenn meine Kinder um dieſe Kronen kommen.“[1]) — In der That verſtattete ſie dem Irländer Molineux, der im Auftrage Marlboroughs nach Hannover gekommen war, Abſchriften zu nehmen, ſowohl von dem Briefe der Königin an ſie als von demjenigen an den Kurprinzen, und an Marlborough einzuſchicken.[2])

Das Unwohlſein, von dem die Kurfürſtin befallen war, ſchien indeſſen vorüber zu gehen, ſo daß ſie ſich am 8. Juni, dem dritten Tage nach dem Empfange jenes Schreibens, im Stande fühlte, am Abende ihren gewohnten Spaziergang im Garten von Herrenhauſen zu unternehmen. Sie ſchritt einher, zwiſchen der Kurprinzeſſin und der Gräfin von Bückeburg, lebhaft mit ihnen ſich unterhaltend. Auf einmal wurde ihr Gang ſchwankend. Auf die beſorgte Frage der Frauen erwiederte ſie, die Hand auf den Magen legend: „Hier! Hier!“ — Zugleich begann es zu regnen. Jene ſchlugen vor, ſich in einen der kleinen gemalten Pavillons dort zurückzuziehen; aber kaum hatte die Kurfürſtin zehn Schritte gemacht, um den nächſten derſelben zu erreichen, als ſie ausrief: „Ich befinde mich ſehr ſchlecht: reicht mir die Hand.“ Es waren ihre letzten Worte. Im ſelben Augenblicke ſank ſie zuſammen, und ſofort trat der Tod ein.[3])

„Niemals, ſchließt Molineux ſeinen Bericht an Marlborough, iſt eine Fürſtin ſo tief betrauert geſtorben, und ich beklage unendlich die Dienerſchaft, die lange um ſie geweilt hat, wo ich, der ich nur Einen

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 459.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 360. Das Schreiben von Molineux.

[3]) Aus dem Schreiben der Gräfin Bückeburg. Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 460. Die darauf geprägte Medaille gibt genau den Ort an. Eine Beſprechung des Ortes bei Malortie: Beiträge zur Geſchichte des W. L. Hauſes und Hofes, Heft I, S. 47.

Monat lang die Ehre gehabt, von ihr gekannt zu werden, mich bei dieſem Berichte der Thränen kaum enthalten kann.“[1])

Die Worte dieſes Irländers entſprechen der Wahrheit. Es mag wenigen Menſchen beſchieden ſein, ein ſolches Vollmaß der Liebe und Anhänglichkeit bei Anderen ſich zu erwerben und zu bewahren, wie die Kurfürſtin Sophie, die man auch in England nur als the good old Electress benannte. Eine Zeugin deſſen iſt vor Allen ihre Nichte, die Herzogin Eliſabeth Charlotte von Orleans, die in ihrer Jugend mehrere Jahre unter der Obhut der Tante verbracht hatte. Selber bereits Großmutter, ſchreibt die Herzogin, im Jahre 1705: „Nichts in der Welt iſt mir lieber als ma tante: meine Kinder und Kindeskinder kommen da nicht bei.“[2]) Dieſe Geſinnung der Anhänglichkeit an die Kurfürſtin durchweht alle die zahlreichen Correſpondenzen der Herzogin. Sie ſtand darin nicht allein. Derſelben Geſinnung waren ihre Halbſchweſtern, die Raugräfinnen zu Pfalz, von denen die eine, Louiſe, eine Reihe von Jahren Oberſt-Hofmeiſterin der Kurfürſtin geweſen war. An dieſe daher, die zufällig wenige Tage vor dem Unglücke nach Frankfurt am Main verreiſt war, richteten ſich von Hohen und Niederen zahlreiche Trauerbriefe tief empfundener Klage.[3])

Verhalten des Kurfürſten.

Sogleich nach dem Tode der Großmutter ließ der Kurprinz ſeinen Vater erſuchen, ihm allein in ſeinem Zimmer ſeinen Schmerz ausſprechen zu dürfen. Es geſchah und es erfolgte die Ausſöhnung zwiſchen Vater und Sohn.[4]) Einige Wochen ſpäter meldet eine der Damen des Hofes an die Raugräfin: „Der geſammte Hof lebt in der ſchönſten Einigkeit, und es iſt eine wahre Freude Vater und Sohn beiſammen zu ſehen.“[5])

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 361.

[2]) Bibliothek des literariſchen Vereines in Stuttgart, Bd. LXXXVIII, S. 407.

[3]) Im Gräflich Degenfeld-Schonburgiſchen Archive.

[4]) Schreiben der Frau von Bennigſen, vom 20. Juni, an die Raugräfin, im vorgenannten Archive. — Aehnlich Schulenburg an Leibniz, Werke Bd. IX, S. 484. — Robethon an Polwarth in Marchmont papers vol. II, p. 401 und 405.

[5]) Frau von Bennigſen an die Raugräfin, 26. Juli.

Die Aussöhnung zwischen Vater und Sohn in Hannover mußte zur nächsten Folge haben, daß, da das kurprinzliche Paar für die Succession in Groß-Britannien den lebhaftesten Eifer bethätigte, fortan auch der Kurfürst nachdrücklicher als bisher für dieselbe eintrat. Dazu kam das eigene verletzte Ehrgefühl. Wir haben einige Monate früher von dem ihn beobachtenden General Schulenburg das Wort vernommen, daß der Kurfürst, wenn es mit Ehren geschehen könnte, die Aussicht auf die englische Succession aufgeben würde. Dies ist die Meinung Schulenburgs, für die doch eine directe Aeußerung des Kurfürsten nicht vorliegt. Aber angenommen auch daß die Meinung richtig sei, so machten die drei Briefe der Königin dem Kurfürsten einen Verzicht mit Ehren unmöglich, legten vielmehr ihm die Ehrenpflicht auf, nun erst recht mit Nachdruck zu beharren.

Denn die drei Briefe dürften für den Wunsch des Bruches, der aus jeder Anklage und jeder Drohung derselben athmet, wohl kaum als eine geschickte Leistung anzusehen sein. Weil der Verfasser die Sache selber, gegen die er ankämpfen will, die Denkschrift vom 7. Mai, oder ihren Inhalt nicht nennt, sondern völlig verschweigt, bleibt ihm als einziges Fundament seiner Anklagen das armselige des bruit public. Eine solche Anklage forderte als Antwort den Hinweis auf die Denkschrift heraus, und die nachdrückliche Bitte, daß man diese lesen und darauf einen Bescheid ertheilen möge. Die Briefe drohen mit Gefahren für die Succession. Aus diesen Drohungen blickt der Wunsch des Verfassers der Briefe hervor, sie zu verwirklichen. Aber die Drohungen enthalten zugleich doch auch wieder die Anerkennung der Succession. Und darum verstrickte sich die Königin, indem sie die Briefe unterzeichnete, immer aufs neue in die Unwahrheit der Betheuerung, daß sie dieselbe wolle. Die Briefe selbst also boten die Handhabe, die Königin beim Worte zu nehmen.

Es ward damit keine Zeit verloren. Bereits am 31. Mai/11. Juni zeichnete der Kurfürst eine vorläufige Antwort, mit der Meldung, daß der Tod seiner Mutter, den er in gebührender Form durch einen eigenen Gesandten kund thun werde, ihn nöthige, die eigentliche Antwort um einige Tage zu verschieben. Die Ernennung dieses Gesandten erfolgte schon am nächsten Tage in der Person des Freiherrn von Bothmar, der zwei Jahre zuvor die gewichtige Denkschrift gegen die

damalige geheime Unterhandlung mit Frankreich in London überreicht, damals Gesandter im Haag.[1]) Die eigentliche Antwort erfolgte am 4./15. Juni, und lautet wie folgt.[2])

„Madame. Ich habe das Schreiben empfangen, mit welchem Ew. Majestät, am 30. des vorigen Monates, mich beehrt haben, und dessen Inhalt mir eben so viele Ueberraschung wie Betrübnis verursacht hat. Ich hatte gehofft, Ew. Majestät die überzeugendsten Beweise meines Respectes für Ihre königliche Person und meiner Erkenntlichkeit für Ihre Güte gegeben zu haben. Es kann Ew. Majestät nicht unbekannt sein, daß ich mich stets mit dem äußersten Vertrauen auf die Weisheit Ihrer Regierung verlassen habe, ohne den geringsten Antheil an dem Parteigetriebe zu nehmen, viel weniger denn dasselbe zu ermuthigen, und daß ich immer gewünscht habe, daß Ihre Autorität und Ihre königlichen Prärogativen im vollen Glanze verblieben, da ja nach Ew. Majestät Niemand daran ein höheres Interesse haben kann als ich und mein Haus. Es ist mir so wesentlich, die Ehre Ihrer gnädigen Gesinnung zu cultiviren, daß es natürlich ist zu denken, die Anwesenheit eines Prinzen meines Hauses in Ihren Königreichen könne niemals einen anderen Zweck haben, als das gute Einverständnis zwischen den zwei Höfen zu befestigen, und Ew. Majestät alle möglichen Dienste zu leisten. Wenn Ew. Majestät sich die Mühe geben wollen, die Augen auf die Denkschrift zu werfen, welche ich dem Herrn Harley habe übergeben lassen, so werden Sie daraus erkennen, mit welcher Aufrichtigkeit ich mit Ew. Majestät alles dasjenige zu vereinbaren wünsche, was für die Befestigung der gesetzlichen Succession noch für nothwendig erachtet werden könnte."

„Ich ersuche Ew. Majestät, diesen so wichtigen Interessen diejenige Aufmerksamkeit zu beweisen, welche sie verdienen, und überzeugt zu sein, daß niemals etwas im Stande sein wird, den Respect zu alteriren, mit welchem ich bin Ew. Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener Georg Ludwig, Kurfürst."

---

[1]) Bothmar an Robethon in Macpherson's Original papers vol. II, p. 625.

[2]) Beide Briefe in englischer Uebersetzung, die dem französischen Originale entspricht, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 623.

Das Schreiben des Kurprinzen lautet wie folgt.[1])

„Madame. Aus dem Schreiben vom 30. vorigen Monates, mit welchem Ew. Majeſtät mich beehrt, habe ich mit tiefem Schmerze erſehen, daß man getrachtet hat mich bei Ihnen in Verdacht zu bringen und mich darzuſtellen als wäre ich fähig, Verwirrung zu erregen und Parteiungen in Ihren Königreichen zu ermuthigen. Da dies Abſichten ſein würden, an die auch nur zu denken ich mir nicht verzeihen könnte, ſo möchte ich ſehnlichſt wünſchen, in der Lage zu ſein, Ew. Majeſtät das Gegentheil darzuthun und näher von Ihnen gekannt zu werden. Nach meiner Ueberzeugung würde mein Verhalten Ew. Majeſtät bald bewegen, mir Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen, und mir die Ehre Ihrer gnädigen Geſinnung zu gewähren, welche ich immer mit dem lebendigſten Eifer erſtreben würde. Der ich mit allem Reſpecte verharre, Madame, Ew. Majeſtät unterthänigſter und gehorſamſter Diener Georg Auguſt."

Die zwei Schreiben wieſen alſo nicht bloß die Anklagen und Drohungen jener drei Briefe der Königin zurück, ſondern wiederholten gerade das was dieſe drei hatten vermeiden wollen. Alle Höflichkeit des kurfürſtlichen Schreibens umhüllte nur die eine Forderung der Antwort auf ſeine Denkſchrift. Dieſe redete nur im Allgemeinen von der Ueberkunft eines Prinzen des Hauſes, der ja auch der jüngere Bruder des Kurfürſten, Herzog Ernſt Auguſt, hätte ſein können. Das Schreiben des Kurprinzen ſprach direct und daher im geraden Gegenſatze mit demjenigen der Königin, den Wunſch aus ſelber zu kommen.

Am ſelben Tage unterzeichnete der Kurfürſt als nunmehriger präſumtiver Thronerbe die drei gleich lautenden Documente, durch welche er, gemäß der Regentſchafts-Bill vom October 1705, neben den ſieben Groß-Würdenträgern, die beim Tode der Königin Anna im Amte ſein würden, eine Anzahl anderer Lords zu Mitgliedern der Regentſchaft bis zu ſeiner perſönlichen Ueberkunft ernannte. Endlich zeichnete er am ſelben Tage zwei Vollmachten für ſeinen Geſandten Bothmar, für den Fall des Todes der Königin während der Anweſenheit desſelben in England, die eine, wenn alles ruhig verliefe, die andere, wenn der Prätendent die Succeſſion ſtreitig machte. Bei der

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 625.

Unterzeichnung dieſer Vollmachten mochte der Kurfürſt noch nicht wiſſen, daß ſie, weil eventuell ausgeſtellt, nach dem engliſchen Geſetze keine Gültigkeit hatten.

Zunächſt haben wir den Verlauf der Dinge in London weiter zu beobachten.

Weiterer Verlauf der Dinge in London, im Juni.

Bereits im Laufe des Monates Mai wurden Vermuthungen laut, daß im Cabinet der Königin Beſchlüſſe gefaßt würden, von denen der in Stellung und Rang erſte Miniſter, der Treaſurer Oxford, vorher keine Kunde habe. Am 12. 23. Mai regte Sir William Wyndham, ein Freund Bolingbrokes, Kanzler der Schatzkammer, im Unterhauſe eine Bill an gegen das Wachsthum des Schisma und für die beſſere Sicherheit der Kirche von England. Auf die Zuſtimmung der Mehrheit ward die Bill eingebracht am 21. Mai/1. Juni. Der Zweck derſelben war, nicht bloß den bereits beſtehenden Geſetzen für die Beſchränkung des politiſchen Einfluſſes der Diſſenters mehr Nachdruck zu verleihen, ſondern auch ihre Grundſätze auszutilgen, indem die Bill die Diſſenters unfähig machte, irgendwie ſich am Unterrichte der Jugend zu betheiligen. Es ſolle fortan in Groß-Britannien Niemand eine öffentliche oder Privatſchule halten, oder überhaupt unterrichten, der nicht zuvor die Erklärung unterzeichnet, ſich zur Hochkirche zu halten, und auf Grund derſelben von dem Biſchof der Diöceſe die Erlaubnis erhalten habe. Das Zuwider-Handeln ſolle mit Gefängnis beſtraft werden.

Man ſah den Entwurf an als die gemeinſame Arbeit von Bolingbroke und Atterbury, dem jacobitiſch geſinnten Biſchofe von Rocheſter, in der Abſicht die Hochkirchlichen feſt zu einigen, andererſeits der Königin, welcher für die Hochkirche niemals zu viel geſchah, einen Gefallen zu thun. Die Aufrichtigkeit des Eifers für die Hochkirche bei Bolingbroke, dem ſpäteren Lehrmeiſter Voltaires, läßt allerdings einigem Zweifel Raum. Der Jacobit Lockhart gibt die Abſicht Bolingbrokes beſtimmter an mit den Worten: „Er wollte eine That vollbringen, die ihm die Hochkirchlichen gewann und zugleich den Grafen Oxford

in die Nothwendigkeit brachte, sich nach der einen oder der anderen Seite zu erklären."[1])

Da Oxford einer presbyterianischen Familie entstammte und mehrere seiner nahen Verwandten noch derselben Richtung angehörten, so schien es schwer denkbar, daß er einem solchen Gesetze zustimmen werde. Auf der anderen Seite aber stand die Klippe des Missfallens der Königin.

Die Reden gegen diese Bill im Unterhause von Seiten der Whig-Partei waren sehr nachdrücklich, namentlich vor der dritten Lesung. Sie bringe, sagte man, über die protestantischen Brüder eine eben so scharfe Verfolgung, wie die ersten Christen sie von den heidnischen Kaisern erlitten, namentlich von Julian Apostata.[2]) Aber Bolingbroke durfte nicht bloß auf seinen Anhang rechnen, sondern auch diejenigen Tories, welche in der Angelegenheit der Succession mit der Whig-Partei gingen, wollten in dem Eifer für die Hochkirche Niemandem nachstehen.[3]) Nach langen Erörterungen stimmten 237 für die Bill und 126 dagegen. Sir William Wyndham brachte demgemäß die Bill an das Oberhaus, 1./12. Juni.[4])

Die Kunde, daß Oxford zu den drei Handschreiben der Königin nach Hannover, vom 19. 30. Mai, nicht zugezogen sei, mochte noch für einige Tage nur im engeren Kreise bleiben; aber bereits an jenem 1./12. Juni verlautete eine neue Thatsache, welche andeutete, nach welcher Seite die Wage des Vertrauens der Königin sich neige. Es hieß, daß nicht Lord Paget als Gesandter nach Hannover gehen werde, sondern Lord Clarendon, ein Vetter der Königin, Enkel des einst berühmten Lord-Canzlers. Als den Grund der Veränderung nahm man an jene Aeußerung Pagets, daß er einen in Hannover missfälligen Auftrag nicht auf sich nehmen werde. „Von einem solchen Scrupel, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ist Lord Clarendon frei, vielmehr zu Allem fähig."[5]) Bothmar im Haag, der bereits am 16. Juni die Kunde dieser Ernennung hatte, warnte nach Hannover

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 462.
[2]) Commons Debates vol. V, p. 135.
[3]) Lockhart Papers vol. I, p. 462.
[4]) Commons Debates vol. V, p. 137.
[5]) Hoffmanns Bericht vom 12. Juni.

hin vor dem Lord Clarendon mit den Worten: „Er ist ein selbstsüchtiger und aufgeblasener Thor, und so sehr ein Thor, daß er als Gouverneur der Königin in Nordamerika es für erforderlich hielt, um Ihre Majestät zu repräsentiren, sich in Frauenkleider zu stecken, und dies wirklich ausführte.“[1]) — Von London her berichtete der kaiserliche Resident, daß, weil Lord Paget mit Oxford befreundet, der Wechsel geschehen sein müsse ohne Vorwissen des Letzteren, welcher demnach mehr und mehr zurücktrete.[2]) Noch stärker spricht dies Bothmar aus auf Grund der Berichte von Kreyenberg in London. Dieser schreibt am 1./12. Juni: „Ich erfahre so eben, daß Bolingbroke bei der Königin durchaus die Oberhand erlangt hat, und daß Oxford in wenigen Tagen springen wird. Daß Oxford sich bedrängt fühlt, wird bestätigt dadurch, daß er vor einigen Tagen um eine Unterredung mit Walpole nachgesucht hat. Diese ist ihm bewilligt, jedoch ohne Ergebnis, weil er sich auf allgemeine Redensarten beschränkt hat. Morgen soll er auch mit Cadogan reden.“[3])

Dem Versuche Oxfords, mit der Whig-Partei Fühlung zu gewinnen, entsprach andererseits seine Bereitwilligkeit, jegliche Empfehlung von Bothmar anzunehmen und diesem eine aufrichtige Freundschaft anzubieten. „Dies ist mir ein Beweis, schreibt Bothmar, daß er sich im Sinken fühlt.“

So richtig dieser letzte Gedanke sein mochte, so sehr sträubte sich doch auch Oxford vor dem Untergehen. Allerdings suchte er Fühlung mit den Whigs: nicht jedoch wollte er es mit der Königin verderben. Es war allmählich bekannt geworden, daß die Schisma-Bill ohne sein Vorwissen von der Regierung ins Unterhaus eingebracht sei. Es war also die Frage, wie er, presbyterianischen Ursprunges, im Oberhause sich derselben gegenüber verhalten werde. Am 5./16. Juni ward dort die Bill verlesen, und Lord Bolingbroke beantragte sofort die zweite Lesung, mit hohem Lobe für die Bill, welche die Sicherheit der Kirche von England bezwecke als der festesten Stütze der Monarchie. Eine Reihe von Rednern jedoch erhob sich zu scharfem Tadel gegen den

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 626.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. Juni.
[3]) British Museum. Add. Mss. Birch Collection vol. 4107.

Zwang dieſer Bill. Nottingham vertheidigte vor Allem das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder an ſeinem eigenen Beiſpiele. „Ich habe viele Kinder, ſagte er, und weiß nicht, ob der allmächtige Gott mir die Gnade verleihen wird, ihnen eine Erziehung zu geben wie ich ſie wünſche. Darum geſtehe ich ein, daß mich ein Zittern überkommt, wenn ich daran denke, daß ein gewiſſer Theologe, der kaum noch für einen Chriſten gilt und nunmehr auf dem beſten Wege iſt ein Bisthum zu erlangen, eines Tages berechtigt ſein ſoll, Vollmachten für die Lehrer der Jugend auszuſtellen.“[1]) — Die Rede zielte auf den Freund der Miniſter Oxford und Bolingbroke, Dr. Jonathan Swift, deſſen Mährchen von einer Tonne (tale of a tub) Grund gab für jene Anklage.

Es folgten andere ſcharfe Reden. Aber man war beſonders geſpannt auf dasjenige, was Oxford vorbringen würde. Er erhob ſich zu ſagen: er habe die Sache noch nicht recht erwogen. Wenn er es gethan, ſo werde er votiren, wie er es dem Wohle des Landes entſprechend erachte. Und darum ſtimme er für die zweite Leſung.[2])

Damit hatte indeſſen Oxford die Klippe des Misfallens der Königin noch nicht völlig umſchifft. Am nächſten Tage ward von Diſſenters die Bitte eingereicht, daß man ſie über die Schisma-Bill hören möge. Einige Freunde von Oxford, auch aus dem Cabinet der Königin, wagten für die Bewilligung zu ſprechen. Oxford ſelber zog vor ſich hinweg zu begeben, bevor es zur Abſtimmung kam, und vermied es dadurch, ſich nach der einen oder der anderen Seite zu erklären. Dies beſtärkte Viele in der Meinung, daß die Bill im Grunde gegen ihn gerichtet ſei.[3])

Jene Bitte der Diſſenters ward mit 72 gegen 66 Stimmen abgelehnt, die ganze Schisma-Bill endlich, vielfach amendirt, mit 77 gegen 72 Stimmen im Oberhauſe angenommen. In der neuen Geſtalt ging ſie wieder zurück an das Unterhaus und ward auch dort mit 168 gegen 98 Stimmen angenommen. Die Königin betrachtete ſie ſo ſehr als eine werthvolle Errungenſchaft für die Hochkirche, daß ſie einige

[1]) Lords Debates vol. II, p. 422.
[2]) A. a. O., p. 426.
[3]) A. a. O.

Tage ſpäter einem der anglicaniſchen Biſchöfe den Vorwurf machte: er habe im Oberhauſe die Bill verdorben. Er hatte nämlich beantragt, einige Schärfen und Härten derſelben zu mildern.[1])

Dieſe Bill jedoch, welche von ſpäteren Engländern als ein recht häßliches Product der Geſetzgebung bezeichnet worden iſt, überlebte nicht die Königin Anna. Der Termin, an welchem ſie in Kraft treten ſollte, war eben der Todestag der Königin Anna. Der Nachfolger ſuspendirte die Ausführung, und einige Zeit ſpäter ward ſie aufgehoben.[2])

Jedenfalls hatte in dieſer Angelegenheit der Graf Oxford der Königin keinen Anlaß zum Misfallen gegeben. Einige Tage ſpäter, am 8./19. Juni, reichte er einen, wie er es nennt, kurzen Bericht der öffentlichen Angelegenheiten ein, nämlich der Zeit ſeines Miniſteriums, vom Auguſt 1710 an, in Wahrheit eine Selbſtvertheidigung und Anklage gegen Bolingbroke, in welcher Lady Maſham wiederholt als Zeugin angerufen wird.[3]) Die damals zunächſtliegende Frage des Verhaltens gegenüber der Succeſſion, kommt in dieſem Schriftſtücke nicht zur Sprache. Es iſt einerſeits ſo allgemein und dann doch wieder ſo perſönlich gehalten, daß es auch nur eine vorübergehende Wirkung zu Gunſten Oxfords kaum gehabt haben dürfte.

Unterdeſſen trafen nach einander die Nachrichten von Hannover ein, zuerſt am 4./15. Juni diejenige des Todes der Kurfürſtin Sophie. Man vernahm, daß noch am ſelben Abend die Königin Befehl gegeben, in das öffentliche Gebet für das königliche Haus in ihrer Schloß-Capelle ſtatt des Namens der Kurfürſtin Sophie denjenigen des Kurfürſten Georg einzuſetzen.[4]) Den zweiten Taufnamen beizufügen, entſprach nicht dem engliſchen Brauche.

Am ſelben Tage ward im Unterhauſe die Angelegenheit der Rückſtände für die hannöverſchen Truppen im Jahre 1712 berathen. Sie betrugen, bis zum Tage der Trennung von Ormond, 65.000 Pfund Sterling. Man hatte die Bewilligung erwartet. Es erfolgten dagegen von den Jacobiten ſehr heftige Reden, die jedoch von dem Irrthume

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juli.

[2]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 87.

[3]) Abgedruckt in Commons Debates vol. V, p. 155.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juni.

ausgegangen zu sein scheinen, als stelle der Kurfürst eine Forderung hinaus über den Tag der Trennung Bülows von Ormond. Von diesem Standpunkte aus erging sich namentlich der Jacobit Whitlocke in heftigen Invectiven gegen den Kurfürsten, und sprach die Hoffnung aus, daß er niemals zur Krone gelange. Von den Whigs dafür in die Enge getrieben, half er sich mit der Ausrede, daß die Königin jünger sei als der Kurfürst und darum hoffentlich ihn überleben werde; denn im Vergleiche mit der Königin schätze er alle deutschen Fürsten nicht eines Hellers werth.[1])

Der Ausgang der heftigen Debatte war, daß eine wenn auch geringe Mehrheit die Bewilligung ablehnte. Dieser Ausgang ward betrachtet wie eine Erklärung gegen die Succession des Hauses Hannover. „In der That, sagt der Jacobit Lockhart darüber, wenn Bolingbroke den Sieg weiter verfolgt hätte, so war damals nichts zu schwer auszuführen. Viele Tories, die sich auf dem Lande befanden, eilten zur Stadt, und bedauerten, daß sie nicht gegenwärtig gewesen, ihr Zeugnis mit abzugeben, und es wurde beobachtet, daß viele, die früher auch nur bei der Nennung des Königs ein Zittern überkam, fortan frei und offen auf sein Wohl tranken. Und Einige, die früher mit den Whigs stimmten, begannen nun sich zu wenden und jene Sache als verloren anzusehen, so daß die Tories, indem sie sich täglich stärker fühlten, erwarteten und wünschten, es möge ein Antrag auf die Herstellung des Königs eingebracht werden. Im Unterhause wäre sicherlich eine große Mehrheit beigefallen, und daß dann auch das Oberhaus dem Beispiele zugestimmt hätte, leidet keinen Zweifel. Aber Lord Bolingbroke verlangte ein wenig mehr Geduld, indem er denjenigen, mit welchen er offener verkehrte, zu verstehen gab, daß, bevor man so weit vorgehen könne, noch Verschiedenes zu thun sei. Die Armee müsse gereinigt, Lord Oxford beseitigt, die Zügel der Regierung in sichere Hände gelegt werden. Da es durchaus erforderlich war, ihn wohlgesinnt zu erhalten, so fügte man sich seinen Weisungen und ward auch über einen kleinen Aufschub nicht unwillig. Denn man folgerte, daß er bereits zu weit gegangen, um hinter sich sehen oder still stehen zu können, und man bemerkte, daß es weder an der Macht,

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 469.

noch der Neigung fehlte, dasjenige auszuführen, was für den künftigen Frieden dieser Königreiche so erwünscht und so nothwendig war, nämlich die Herstellung des Königs."[1])

Dieser Auffassung Lockharts steht ein anderer Bericht nahe, dessen Ursprung auf den Jacobiten Patterson zurückzuführen ist. Er lautet wie folgt.[2])

„Eine erhebliche Anzahl von Personen speisten in einem Gasthofe zusammen, zu dem ausdrücklichen Zwecke, nachher einen Tag für die Einbringung eines Antrages festzustellen. Ritter Wyndham führte den Vorsitz. Die Gesellschaft erschien wie Eines Sinnes, und Ritter Patterson hob in seiner späteren Erzählung hervor, daß man ohne allen Zweifel einen baldigen Tag bestimmt haben würde, wäre nicht ein Schreiben Bolingbrokes eingelaufen, gerichtet an den Vorsitzenden der Versammlung. Darin sprach er, mit vielen Ausdrücken der Hochschätzung, sein Bedauern aus, der Versammlung nicht beiwohnen zu können. Er hoffe, sagte er ferner, sie alle würden überzeugt sein, daß, in Betreff des wichtigen Zweckes der Zusammenkunft, seine Ansichten mit den ihrigen übereinstimmten; jedoch ersuche er sie, die Sache nicht zu überstürzen, sondern für eine kurze Zeit hinauszuschieben, bis die Friedenssache endgültig geregelt sein werde. Dann könnten mit Unterstützung der Regierung und ohne irgend welche Gefahr des Einspruches von einem der Häuser des Parlamentes, die geeigneten Maßregeln getroffen werden. — Auf das Vorlesen dieses Briefes sprach der Vorsitzende seine Geneigtheit aus, diesem Vorschlage zu willfahren. Ritter Patterson redete offen dagegen, und flüsterte dem Vorsitzenden zu: ‚Hören Sie doch nicht auf Lord Bolingbroke. Er ist ein Schurke und geht nur darauf aus, uns zu täuschen.' Die Mehrheit der Anwesenden war für Patterson; aber Wyndham hielt an seiner Ansicht fest und fand so viele Zustimmung, daß die Anderen, obwohl in der Versammlung die Mehrheit, doch ohne jene Parteigenossen im Unterhause nicht die Mehrheit ausgemacht hätten. Bei so getheilten Ansichten ging die Versammlung aus einander, ohne zu einem Beschlusse gekommen zu sein."

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 470.

[2]) Anlage V.

Diesen Nachrichten von jacobitischer Seite steht gegenüber, daß bei den Whigs jener Beschluß des Unterhauses für die Nichtzahlung der Rückstände an den Kurfürsten nicht so hoch aufgenommen wurde. „Die Whigs, meldet Hoffmann, haben sich darüber ziemlich indifferent gezeigt, weil sie die Nicht-Sendung des Kurprinzen nicht verschmerzen können.“ [1])

Diese Misstimmung der Whigs wich jedoch vor den weiteren Nachrichten über den Tod der Kurfürstin, als dessen nächsten Anlaß man in London wie in Hannover den Verdruß über die drei Briefe der Königin vermuthete. In den ersten Tagen kannte man den Wortlaut derselben noch nicht; aber man wußte, daß sie scharf waren und namentlich gegen einen Versuch der Ueberkunft des Kurprinzen drohend lauteten.[2])

Am 9./20. Juni begab sich die Königin nach Kensington. Ihr Zustand, hieß es, sei derartig, daß es nicht lange mehr dauern könne. Die Gerüchte meldeten unabläßige Werbungen in Irland für den Prätendenten. Der Zwiespalt zwischen Oxford und Bolingbroke ward täglich offenkundiger. Es war die allgemeine Meinung, daß sie zusammen nicht ferner bleiben könnten. Der Whig-Partei war es damals gleich, welcher von beiden fallen werde, wenn es nur bald geschehe, in der Hoffnung, daß im Ministerio keine Aenderung eintreten könne, die nicht eine größere nach sich ziehen würde.[3])

Auf der Königin und Bolingbroke lastete eine andere Sorge. Man konnte nicht wohl einen Gesandten nach Hannover schicken, ohne nunmehr auch, wie es das kurfürstliche Handschreiben vom 15. Juni verlangte, auf die Denkschrift vom 7. Mai zu antworten. Dazu wußte man bald, daß der Gesandte, den der Kurfürst in dem ersten Schreiben vom 11. Juni angekündigt, derselbe Baron Bothmar sein werde, dem die Königin und ihre Minister wegen seiner Sendung zu Ende 1711 nicht ein freundliches Andenken bewahrten. Oxford nahm dies zum Anlasse, sich ein Verdienst um die Königin zu erwerben. Er stellte dem Residenten Kreyenberg vor, daß es nicht wohl gethan

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juni.
[2]) Desgleichen vom 22. Juni.
[3]) Desgleichen vom 19., 21., 26. Juni.

ſei, einen Mann zu ſenden, deſſen gegen den Frieden eingegebene Denkſchrift noch in allzu friſchem Gedächtniſſe ſtehe. Er ſelber zwar, ſagte Oxford, habe Alles längſt vergeſſen, und werde freundlich und vertraulich mit Bothmar umgehen, beſorge aber, daß Andere nicht in gleicher Weiſe handeln würden. — Kreyenberg verſprach zu berichten.[1])

Es iſt ſehr wohl möglich, daß Oxford, eben ſo wie er von der Königin die Ueberkunft Bothmars abwehren wollte, ſich mit der Hoffnung ſchmeichelte, den Kurfürſten vor einem Misgriffe zu bewahren. Er vergaß dabei, daß jene Denkſchrift nicht das Werk Bothmars perſönlich war, ſondern daß der Kurfürſt wiederholt und ausdrücklich dieſe Denkſchrift anerkannt hatte.

Bothmar ſelber hatte auf ſeine Ernennung das Bedenken geäußert, ob er bei der Lage der Dinge in England die geeignete Perſönlichkeit ſei. Aber der Kurfürſt hatte nicht vorher ſich Jemanden vorſchlagen laſſen, ſondern aus eigener Initiative Bothmar ernannt. Auch erfolgte auf ſein Bedenken keine Aenderung. Demnach iſt eher anzunehmen, daß gerade wegen ſeines Verhaltens in England im Winter 1711/12 die Wahl auf ihn gefallen war.

Das Princip des Kurfürſten tritt alſo in ſeinem Verfahren mit ſeinen zwei Geſandten, Schütz und Bothmar, in ausgeprägter Weiſe hervor. Den Erſteren, der ſeine Inſtruction überſchritten und, mit Uebergehung der Königin, ſich in engliſche Angelegenheiten eingemiſcht hatte, desavouirte er, ungeachtet alles Bittens und Grollens der Whigs und der hannöverſchen Tories. Den Anderen, Bothmar, ſandte er abermals als ſeinen Vertreter, weil dieſer bei der früheren Sendung ſich bewährt hatte, ungeachtet alles Misfallens, welches darüber in Kenſington ſich regen mochte.

Es ward ſogar die Beſorgnis laut, daß der Hof in Kenſington ſich die Sendung von Bothmar verbitten würde.[2]) Dies geſchah nicht.

Faſt zur ſelben Zeit machten dieſe Geſandten ſich auf die Reiſe, Clarendon von London nach Hannover, Bothmar vom Haag nach London.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. Juni.

[2]) Desgleichen.

Das Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, datirt zu Kensington am 19./30. Juni, lautete wie folgt.[1])

„Bruder und Vetter. Die Erfahrung, die ich an der Befähigung des Grafen Clarendon gemacht, hat mich bewogen, ihn als meinen außerordentlichen Gesandten an Ihren Hof zu senden, und ich habe ihm den Auftrag gegeben, Ihnen die Gedanken meines Herzens auszusprechen, in Betreff Ihrer Interessen und derjenigen Ihres kurfürstlichen Hauses. Ich bin überzeugt, daß Sie bald das Verdienst seiner Lordschaft erkennen und ihn in aller Beziehung befähigt finden werden, die Freundschaft zu erhalten, welche, wie ich hoffe, immer zwischen uns bestehen soll. Demgemäß habe ich nichts weiter zu sagen als Sie zu bitten, ihm Ihre Gesinnungen zu eröffnen, und die Versicherungen anzunehmen, welche er von meiner Seite geben wird, in Betreff der Aufrichtigkeit, mit welcher ich bin, Bruder und Vetter, Ihre wohlgesinnte Schwester und Cousine, Anna R."

Das Schreiben ist nicht bloß höflicher als dasjenige um einen Monat zuvor, sondern freundlich, so daß die Vermuthung nahe liegt, die Königin habe es nicht durch Bolingbroke abfassen lassen, sondern durch den anderen Staats-Secretär, Bromley. Hannover gehörte zu Bromleys Geschäftskreis, so daß auch die Berichte Clarendons an ihn gerichtet wurden.[2])

Graf Clarendon war jedoch auch ausgestattet mit einer Antwort auf die kurfürstliche Denkschrift vom 7. Mai. Diese Antwort, das Gepräge Bolingbrokes tragend, lautet wie folgt.[3])

„Die Königin, auf die Erwägung der Denkschrift Ihrer kurfürstlichen Hoheiten, hält für angemessen, darauf die folgende Antwort zu geben."

„Herr Harley hatte den Auftrag, Ihren kurfürstlichen Hoheiten zu eröffnen, daß Ihre Majestät jede weitere Sicherheit, welche sie für die Succession ihres kurfürstlichen Hauses zur britischen Krone wünschten, nicht bloß bewilligen, sondern auch befördern werde, wenn nur der Wunsch vereinbar sei mit ihrer Ehre, ihrer Sicherheit, und den Gesetzen, auf welche die Succession sich gründet."

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 627.

[2]) Diese Berichte in Coxe's Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 41.

[3]) A. a. O., p. 45.

„Ihre Majestät hat ihre Bemühungen aufgeboten, den Prätendenten aus Lothringen zu entfernen, und hat, seit den letzten Parlaments-Adressen, sie wiederholt, und selber an den Herzog von Lothringen geschrieben, um in den stärksten Ausdrücken ihn zu drängen. Dies hat Ihre Majestät gethan, um die Entfernung des Prätendenten zu erwirken; aber man darf sich nicht einbilden, daß es in ihrer Macht stehe vorzuschreiben, wohin er gehen, oder wer ihn aufnehmen soll. Seine Entfernung aus Frankreich ist mehr als was der Ryswicker Friede verlangte."

„Eine Correspondenz mit dem Prätendenten ist vor dem Gesetze Hochverrath, und es ist das Interesse und die Sorge Ihrer Majestät, daß dieses Gesetz streng beobachtet werde. Ueber die leeren Hoffnungen, die in Bar-le-Duc gehegt werden, so wie über die Berichte von dort hat man sich nicht zu verwundern."

„Ihre Majestät glaubt sich, sowohl durch die Verträge als durch das Pflichtgefühl und die Zuneigung ihrer Unterthanen, in voller Sicherheit gegen jeden erdenklichen Versuch. Außer diesen Bürgschaften hat Ihre Majestät eine geordnete Miliz, und so viele andere Streitkräfte, wie ihr Parlament, dessen Erwägung sie diese Sache heimgestellt, für die Sicherheit des Königreiches erforderlich gehalten hat. Und es kann nicht unbekannt sein, daß eine stehende Armee in Friedenszeit, ohne Bewilligung des Parlamentes, dem Grundgesetze dieses Königreiches zuwider ist. Ihre Majestät ist endlich so wenig ohne Schutz durch eine Flotte, daß sie zur Zeit mehr Schiffe zur See und seefertig hat als irgend eine Macht in Europa."

„Ihre Majestät sieht es als sehr unnöthig an, daß ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses in Groß-Britannien residirt, um für die Sicherheit ihrer königlichen Person, ihrer Königreiche und der protestantischen Succession — wie es in der Denkschrift heißt — Sorge zu tragen. Diese Sorge hat Gott und haben die Gesetze Ihrer Majestät allein zugewiesen, und die Zulassung irgend einer Person in einen Antheil dieser Sorge neben Ihrer Majestät würde eben so gefährlich für die öffentliche Ruhe sein, wie sie unvereinbar ist mit der Verfassung der Monarchie. Nach den häufigen Versicherungen, die Ihre Majestät in Betreff ihres Entschlusses gegeben, die gesetzlich festgestellte Thronfolge aufrecht zu halten, darf nicht ein Zweifel Raum

finden, ob Ihre Majestät dafür alles thun werde, was in ihren Kräften steht. Die gemeinsamen Interessen Ihrer Majestät und des Kurfürsten werden sicherlich am besten gewahrt durch gegenseitiges Vertrauen und übereinstimmendes Handeln. Dies hat Ihre Majestät immer gewünscht und wird es bei allen Gelegenheiten befördern."

„Wenn Ihre Majestät den Gebrauch erwägt, den man versucht hat von den bereits verliehenen Titeln zu machen, so findet sie darin geringe Ermuthigung, noch mehr zu verleihen. Die Bewilligung von Ehrentiteln an Personen ausländischer Geburt erregte unter der vorigen Regierung bei der Nation ein solches Misvergnügen, daß in der Parlaments-Acte, welche die Succession auf das kurfürstliche Haus begründet, Fürsorge getroffen ist, daß, nach dem In-Kraft-Treten der Beschränkungen jener Acte, fortan keine Person, die außerhalb der Königreiche England, Schottland, Irland oder den dazu gehörigen Besitzungen geboren ist, auch wenn sie naturalisirt oder ansässig wäre — ausgenommen sie wäre von englischen Eltern geboren — fähig sein soll im geheimen Rathe zu sitzen, oder ein Mitglied eines der beiden Häuser des Parlamentes zu sein, oder ein Amt oder einen Vertrauensposten zu besitzen, oder eine Schenkung an Land von der Krone unmittelbar oder mittelbar zu erhalten."

„Auf diese Einzelnheiten hat Ihre Majestät in ihrer Antwort auf die Denkschrift eingehen zu müssen geglaubt, und sie hofft, es werde zwischen ihr und dem Kurfürsten ein so gutes Einverständnis herrschen, daß, wie sie fortfahren wird, für die Behauptung der Succession alles zu thun was sie vermag, so auch an Ihre Majestät kein Verlangen gerichtet werden wird, als ein solches, welches geeignet ist gewährt zu werden."

„Gegeben an unserem Hofe in Kensington, dem 19. Juni 1714, im dreizehnten Jahre unserer Regierung."

Diese Antwort, vom 19./30. Juni, gelangte zur Kunde des Kurfürsten Georg Ludwig erst nach der ersten Audienz des Grafen Clarendon, die am 27. Juli 7. August stattfand,[1]) und übte daher auf die Weiter-Entwickelung des Verhältnisses der Höfe von Herrenhausen

[1]) Clarendons Bericht vom 7. August, in Coxe's Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 41.

und Kenſington keine Wirkung. Sie hat daher nur den geſchichtlichen Werth, zu conſtatiren, bis zu welcher Kraft der Einfluß Bolingbrokes auf die Königin bereits gediehen war. Denn die Antwort, deren Ton kaum höflicher iſt als derjenige der drei Briefe einen Monat zuvor, enthält kurzweg den Abſchlag aller derjenigen Forderungen, welche die kurfürſtliche Denkſchrift vom 7. Mai im Intereſſe der Sicherung der Thronfolge als nothwendig aufgeſtellt hatte.

Die Proclamation gegen den Prätendenten.

Bolingbroke war indeſſen noch nicht Herr der Situation.

Bevor der neue hannöverſche Geſandte Bothmar aus dem Haag aufbrach, übergab er dem dortigen Reſidenten Klinggraef ein Schreiben des Kurfürſten an die Generalſtaaten, einzureichen auf die Nachricht des Todes der Königin Anna, in welchem der Kurfürſt ſie aufforderte, ihre Pflicht gemäß dem Barriere-Vertrage zu erfüllen.[1]) Bothmar und Clarendon kreuzten einander auf der Themſe. Jener, von Vielen in London mit Ungeduld erwartet, weil er in Betreff der Regentſchaft anſtatt der Ernennungs-Documente der Kurfürſtin Sophie, die durch ihren Tod ungültig geworden waren, neue Documente des Kurfürſten mitbringen mußte, traf ein am 24. Juni/5. Juli. Er fand die Lage der Dinge etwas verändert vor.

Am 22. Juni/3. Juli begann der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſeinen Bericht an den Kaiſer mit den Worten: „Allhier wird von nichts Anderem geredet als von der Frage, welcher der zwei Miniſter, Oxford oder Bolingbroke, bei der Königin die Oberhand behalten und den anderen hinausdrängen werde.“ Bei der Fortſetzung des Berichtes kam ihm dann eine andere wichtige Nachricht zu, die er in die Worte kleidet: „Es iſt eine königliche Proclamation erlaſſen, welche auf den Kopf des Prätendenten 5000 Pfund Sterling ausſetzt.“[2])

Die Proclamation war die That Oxfords. Indem er bei der Königin den Boden unter ſich wanken fühlte, ſuchte er nach Stützen

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 632.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juli.

im Parlamente und in der Meinung der Nation.[1]) Als das geeignete Mittel erschien ihm eine auffallende Erklärung zu Gunsten des Hauses Hannover, ausgehend von dem Cabinet der Königin. Die Aussicht dafür lag nicht ungünstig. Bereits im Anfange der Session hatte das Oberhaus in einer Adresse an die Königin den Wunsch ausgesprochen, daß auf den Kopf des Prätendenten, im Falle seiner Landung, ein Preis ausgesetzt werden möge (S. 557 u. f.). Die Minister hatten damals dem Antrage die Spitze abgebrochen durch den Einwand: die Bestimmung des Zeitpunktes, wann dies geschehen solle, müsse der Königin vorbehalten bleiben. Lord Oxford erklärte nun im Conseil vom 21. Juni 2. Juli: dieser Zeitpunkt sei gekommen; denn jegliche Post bringe neue Kunde von den Werbungen des Prätendenten. Gerade am selben Tage war die Nachricht eingelaufen, daß in Irland drei Officiere solcher Werbungen überführt, des Hochverrathes schuldig erklärt und gehängt seien.

Das Cabinet bestand aus zehn Mitgliedern: Oxford, Shrewsbury, Dartmouth, Poulett und dem Bischofe von London; ferner Bolingbroke, Buckingham, Ormond, Harcourt, Bromley. Der Antrag kam fast allen unerwartet. Nur Shrewsbury war mit Oxford im Einverständnisse.[2]) Dieser schlug einen Preis von 100.000 Pfund Sterling vor.

Bolingbroke wagte nicht gegen den Antrag zu reden. Er entschuldigte sich nachher bei den Jacobiten damit, daß er durch einen Widerspruch sich bloß gegeben haben würde.[3]) Es ist möglich, daß Shrewsbury aus dem Vorgange die Erfahrung mitnahm, daß Bolingbroke sich überraschen lasse. Dieser versuchte dagegen, den Antrag illusorisch zu machen durch den Ansatz einer Summe, die nach dem Verhältnisse jener anderen wie ein Spott erschien. Aber er hatte dafür einen Präcedenzfall. Er bezog sich auf das Beispiel der Procla-

[1]) Nach den Berichten Hoffmanns.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 631. Der Secretär Gödele an Robethon, 6. Juli. Eben so Bolingbroke zu den Jacobiten, in Lockhart Papers vol. I, p. 472.

[3]) Die angeregte Stelle bei Lockhart. — Vergleiche auch Bolingbrokes Aeußerung in dem Berichte Ibervilles an Torcy, in Lord Mahon's History of England vol. I, p. 88.

mation des Königs Jacob II., von 1685, gegen den Herzog von Monmouth. Dieſelbe ſetze 5000 Pfund aus. Er beantragte dieſelbe Summe. Dagegen waren die Worte jener Proclamation: lebendig oder todt — ſchon in Anlaß der früheren Adreſſe des Oberhauſes verneint. In der Vorausſicht, daß der Vorſchlag der erſten Summe ſich herſtellen ließ, gab Oxford nach. Die Proclamation, welche gemäß dem Beſchluſſe des Cabinets die Königin am nächſten Tage, dem 22. Juni/3. Juli, ausgehen ließ, lautete auf Gefangennahme, im Falle der Landung, mit dem Preiſe von 5000 Pfund Sterling.

Der Beſchluß des Cabinets für eine ſolche Proclamation hatte eine merkwürdige Wirkung zunächſt auf die Königin ſelbſt. Drei Tage zuvor hatte ſie jene Antwort Bolingbrokes auf die hannöverſche Denkſchrift gutgeheißen, die in Inhalt und Form nicht als ein Meiſterſtück der Höflichkeit gelten kann. Nun aber, am Tage des Erlaſſes der Proclamation, erhielt der andere Staats-Secretär, Bromley, von der Königin den Auftrag, dem Grafen Clarendon zur Inſtruction ein Schreiben nachzuſenden, welches einen ungleich freundlicheren Ton anſchlägt.[1]) Es beginnt mit den Worten: „Da die Königin nichts ſo ſehr erſtrebt als daß Sie im Stande ſein mögen, eine feſte und völlige Freundſchaft zwiſchen Ihrer Majeſtät und dem Hauſe Hannover zu vermitteln, ſo habe ich den Auftrag Ew. Lordſchaft zu eröffnen, daß, wenn Sie zu dem Kurfürſten über dieſe gute Neigung Ihrer Majeſtät reden, Sie ihm zu verſtehen geben mögen, daß ſie darin auf die entſprechende Erwiederung hofft.“

Die Königin will alles thun, ſagt weiter das Schreiben, was zur Sicherung der Thronfolge des Hauſes Hannover beitragen kann, wenn es nur vereinbar iſt mit dem ruhigen Beſitze der Krone für ihre Lebenszeit. Der Kurfürſt möge ſich darüber frei ausſprechen, und beſonders möge er, wenn er einen Verdacht habe, die Gründe desſelben angeben. Er möge ſich darauf verlaſſen, daß die Königin in ihrem Dienſte Niemanden dulden werde, der andere Abſichten habe.

Es folgt dann eine Beſprechung der Angelegenheit des Kurprinzen, welche zeigt, daß ungeachtet aller Drohung die Furcht vor deſſen Ueberkunft noch nicht beſchwichtigt war. Sie lautet wie folgt.

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 628.

„Bei Ihrer Ankunft in Hannover werden Ew. Lordschaft in Erfahrung bringen, welchen Entschluß jener Hof über eine Herüberkunft des Kurprinzen gefaßt hat. Denn die Forderung des Writ für ihn hat ja die Erwartung erregt, daß sie bald beabsichtigt werde. Ew. Lordschaft werden heraus finden, ob ein solcher Entschluß entweder gefaßt, oder suspendirt ist, oder daß der Entschluß gefaßt ist, ihn nicht kommen zu lassen ohne Ihrer Majestät Bewilligung und Einladung."

Im ersteren Falle soll der Gesandte nochmals die Kränkung hervorheben, die darin für die Königin liege, ferner das Unzeitige und selbst die Gefahr.

„Wenn aber der Entschluß gefaßt ist, daß der Herzog von Cambridge nicht ohne die Erlaubnis und die Einladung der Königin kommen soll, so werden Ew. Lordschaft dem Kurfürsten zu erkennen geben, daß diese Deferenz und dieser Respect die Königin so sehr verpflichten wird, daß er davon alle gute Wirkung hoffen kann."

Nun hatte aber der Kurfürst nicht bloß Einmal, sondern seit Jahren unabläßig verkündet, daß er in englischen Angelegenheiten nicht handeln werde ohne Vorwissen und Genehmigung der Königin. Es war landkundig, daß er eben zuvor darum seinen Gesandten Schütz desavouirt hatte. Der Auftrag an Clarendon also beweist, daß an dem Mistrauen der Königin bisher nicht bloß Worte, sondern auch die Thatsachen abgeprallt waren.

Clarendon führte seinen Auftrag aus, und, obwohl bei der Ankunft seines Berichtes darüber das Auge der Königin bereits erloschen war, so ist es doch, zur Klarstellung der geschichtlichen Wahrheit, zweckmäßig, den Verlauf der Sache des Writ mit den eigenen Worten des Kurfürsten zu vernehmen. Auf die Erwähnung derselben erwiederte er dem Gesandten:[1]) J'espère que la reine n'a pas cru que cela s'est fait par mon ordre. Je vous assure que cela a été fait à mon insu. La défunte Electrice avoit écrit à Schutz, sans que je l'aye su, pour s'informer pourquoi le prince électoral n'avoit

[1]) Coxe, Memoirs of Robert Walpole vol. II, p. 42. Clarendon selber hat seinem Berichte in englischer Sprache die Worte des Kurfürsten französisch eingefügt. Deshalb belasse ich sie so.

pas eu son writ, puisqu'elle croyoit qu'on les envoyoit à tous ceux qui étoient pairs, et lui, au lieu de cela, alla demander le writ, même sans l'ordre de l'Electrice. Je ne feray rien qui puisse, en aucune façon, choquer la reine, à qui nous avons tant d'obligations.

Kehren wir zurück zu dem Verlaufe der Dinge in England, zu der Wirkung der Proclamation auf das Parlament.

Wie war die Regierung durch den Erlaß dieſer Proclamation ſo weit abgewichen von der Linie des Verfahrens, welche ſie im Beginne dieſer Seſſion des Parlamentes inne gehalten hatte! Damals hatte die Königin in der Thronrede mit lebhaftem Ausdrucke erklärt, daß die hannöverſche Succeſſion unter ihrer Regierung nicht in Gefahr ſtehe. Aus den Antworts-Adreſſen beider Häuſer hallte dieſelbe Erklärung zurück, und zwar in noch ſtärkerem Tone. Und noch einmal ſpäter hatte ſich in beiden Häuſern die Mehrheit, wenn auch bereits etwas zerbröckelt und geſchmolzen, dennoch gehorſam und gefügig gefunden zu derſelben Erklärung.

Und nun erließ dieſelbe Regierung, ohne daß von außen her eine gewichtige neue Thatſache herangetreten war, überhaupt ohne dringende Nöthigung, eine Proclamation, welche indirect gerade dasjenige anerkannte, was man früher ſo gefliſſentlich verneint hatte, eine Proclamation, welche gerade durch dieſe Anerkennung die Gemüther ſehr tief erregen mußte. Die Proclamation gab den Anhängern der hannöverſchen Succeſſion, ob Whigs, ob Tories, die nicht mehr zu beſtreitende Vollmacht, die Gefahren für die geſetzlich feſtgeſtellte Succeſſion mit allem Nachdrucke geltend zu machen.

Am nächſten Tage beantragte im Oberhauſe der Graf Nottingham, an die Königin eine Dank-Adreſſe für dieſe Proclamation zu richten. Mehrere Reden in gleichem Sinne folgten. Der Graf Wharton rief aus: „Unglückliche Fürſtin, wie ſehr iſt ihre Stellung verändert! Wird die Nachwelt glauben, daß eine ſo große Königin, welche die übergreifende Macht Frankreichs reducirt, Spanien einen König gegeben, eine Königin, deren Miniſter ſogar es vermögen, den Kaiſer und die Generalſtaaten zum Zittern zu bringen, daß dieſe Königin nicht die Macht beſitze, bei einem ſo geringen, ſo unbedeutenden Fürſten wie dem Herzoge von Lothringen die Erfüllung ihres gerechten Wunſches

durchzusetzen, daß er den Prätendenten ihrer Krone aus seinem Lande entferne?“[1])

Gegen den Antrag des Grafen Nottingham ward kein Widerspruch laut. In die Adresse ward die Bitte und der Rath an die Königin aufgenommen, nicht bloß die früheren Allianzen mit europäischen Mächten zu erneuern, sondern auch sie einzuladen, besonders den Kaiser und den König von Preußen, in die Garantie der Thronfolge des Hauses Hannover miteinzutreten und, zum Zwecke der Entfernung des Prätendenten, auf den Herzog von Lothringen einen Druck auszuüben.

Auf die Ueberreichung der Adresse am nächsten Tage sprach die Königin ihren Dank aus, daß das Oberhaus ihre Bemühungen für die protestantische Thronfolge anerkennt, und fügte die Versicherung hinzu, daß sie fortfahren werde alles zu thun, was sie für nothwendig erachte, die Religion und die Freiheit ihres Volkes zu bewahren und den leeren Hoffnungen des Prätendenten ein Ende zu machen.

Im Unterhause beantragte desgleichen der Ritter Freeman, ein angesehenes Mitglied der Tory-Partei, eine Dank-Adresse für die Proclamation. Auch dort erhob sich kein Widerspruch. Aber man ging weiter. Der Graf Hertford, Sohn des Herzogs von Somerset, beantragte, daß das Unterhaus der Königin als fernere Belohnung für die Gefangennahme des Prätendenten, im Falle der Landung, die Summe von 100.000 Pfund Sterling zur Verfügung stellen möge. Der Staats-Secretär Bromley wandte ein, daß ein solches Hinausgehen über den Ansatz in der Proclamation der Königin wider den Respect verstoße. Man ging darüber hinweg. Unter den Rednern für die Adresse trat voran Harley, ein Bruder des Grafen Oxford. Zuletzt ward die Adresse einstimmig angenommen, und am 28. Juni 9. Juli von dem Sprecher mit dem gesammten Hause der Königin in Kensington überreicht. Sie sprach mit ihrem Danke die Hoffnung aus, daß das Mit-Eintreten der Commons den gewünschten Erfolg haben werde, die Besorgnisse zu zerstreuen und die Gemüther zu beruhigen.[2])

Es blieb nicht unbekannt, daß Oxford die im Unterhause beschlossene Summe zuerst im Cabinetsrathe vorgeschlagen hatte.[3])

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 430.

[2]) Commons Debates vol. V, p. 150. — Hoffmanns Bericht vom 6. Juli.

[3]) Desgleichen.

Die Sache war damit noch nicht zu Ende. Bei der Berathung der Dank-Adreſſe im Oberhauſe hatte Bolingbroke, der nicht von Anfang an zugegen geweſen war, mit dem Ausdrucke des Erſtaunens über ein ſolches Vorgehen geäußert: es gebe einen wirkſameren Weg, die Succeſſion des Hauſes Hannover zu ſichern. Auf die Anforderung ſich näher zu erklären, entgegnete er: es müſſe eine Bill eingebracht werden, welche jegliche Anwerbung für den Prätendenten für Hochverrath erkläre. Lord Halifax nahm ihn beim Worte. Obwohl, ſagte er, nach den bereits beſtehenden Geſetzen eine ſolche Bill überflüſſig ſein würde, ſo ließe ſich doch vielleicht durch Zuſätze etwas Gutes daraus machen. Demgemäß ward der Entwurf eingebracht. Das geſammte Haus conſtituirte ſich als Comité, um unter Bolingbrokes Vorſitz über die Bill zu berathen.[1])

Es dürfte fraglich ſein, ob dabei irgend einem derjenigen Mitglieder des Oberhauſes, die für die Sicherheit der Thronfolge des Hauſes Hannover fürchteten, es zweifelhaft geweſen ſei, auf welche Perſönlichkeit in England zuerſt ſich der Verdacht der Thätigkeit für den Prätendenten zu richten hatte.

In dieſem Comité gingen diejenigen Mitglieder, welche ſich zumeiſt am Reden betheiligten, die Lords Halifax, Townſhend, Cowper, Somers, Wharton, hauptſächlich darauf aus, die Gefahr vor Frankreich darzulegen. Der Prätendent, meinten ſie, ſei an ſich unbedeutend und nur in ſo weit zu fürchten, als er ſeinen Schutz und ſeine Stütze an dem Könige von Frankreich finde, deſſen Intereſſe und beharrlicher Plan es ſei, ihn in Groß-Britannien einzuſetzen.[2])

Die Worte enthalten den eigentlichen und wirklichen Grund der Abneigung gegen den Prätendenten. In der populären Rede ward die Religion vorangeſtellt; aber wir Spätere haben dabei uns immer gegenwärtig zu halten, daß für das damalige England die Worte: Popery and France ſich in einen untrennbaren Begriff verſchmolzen.

Wir Spätere wiſſen ferner, bereits aus den Worten Ludwigs XIV. an Mesnager bei deſſen Sendung nach England im Jahre 1711, daß dieſer König nicht den Willen hatte für den Prätendenten etwas zu

[1]) Lords Debates vol. II, p. 432.

[2]) A. a. O.

thun, wobei sein eigenes Interesse Schaden leiden könne (S. 189 u. f.). Wir haben ferner von Berwick vernommen, daß die französische Politik die Erkenntnis, von Oxford in der Sache des Prätendenten getäuscht worden zu sein, leicht darum verschmerzte, weil es mit Oxford und vermittelst der hoffenden Jacobiten seine Geschäfte gemacht hatte.

Dennoch hatte die französische Politik eben damals, im Juni, wieder einen Schritt gethan, der in London die Besorgnisse neu erregte. Zur Begründung jener Bitte und jenes Rathes in der Dank-Adresse des Oberhauses an die Königin, daß sie außer dem Kaiser auch den König von Preußen zur Garantie der Succession auffordern möge, war im Oberhause geltend gemacht, daß ein sehr großer Potentat dem preußischen Hofe vorgeschlagen habe, sich in der englischen Successionssache neutral zu verhalten.[1])

Ueber diesen Vorschlag und den Stand der Dinge überhaupt berichtet am selben Tage der kaiserliche Resident Hoffmann wie folgt.

„Der Vorschlag ist in der That von Frankreich an Preußen geschehen und ein genugsames Zeichen, daß man in Vorbereitung steht, den Prinzen von Wales herüber zu senden. So viel sich aber in hiesigen Sachen vorher sehen läßt, so dürfte das für Frankreich eine sehr gefährliche Unternehmung sein, die es in einen neuen Krieg mit England verwickeln würde. Denn unter den vermögenden Personen, die etwas zu verlieren haben, sind sicherlich wenige, weder von der einen Partei, noch von der anderen, dem Prinzen von Wales zugethan. Die wohlhabenden Katholiken wünschen sein Kommen nicht, aus Furcht, in dem dann unvermeidlichen innerlichen Kriege zuerst geopfert zu werden. Die Whigs und mit ihnen die wohlgesinnten Tories haben zwar den liederlichen Frieden nicht verhindern können, weil die Masse der Nation, ein Torrens also, dem man nicht widerstehen kann, ihn verlangte. Allem Ansehen jedoch, wie sich die Sachen bereits dazu anlassen, werden sie die Succession des Hauses Hannover behaupten."

Demnach war es nicht bloß bei jenen Engländern, sondern auch vielfach sonst die allgemeine Meinung, daß der König von Frankreich irgend etwas zu Gunsten des Prätendenten unternehmen werde. Die geeignete Persönlichkeit zur Führung eines solchen Unternehmens war

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Juli.

in vieler Beziehung der französische Marschall Herzog von Berwick. Jedenfalls lag es nahe, daß der Prätendent, im Falle einer Unternehmung, sich diesen seinen Halbbruder zum Anführer erbitten werde. Aber in dieser selben Zeit, wo täglich an allen Höfen Europas die Frage sich erhob, wie es um die Königin Anna stehe, und was geschehen werde nach ihrem Tode, entsendete Ludwig XIV. den Marschall Berwick nach Spanien, damit er das Commando gegen Barcelona übernehme. Am 22. Juni brach Berwick von St. Germain auf.[1])

Diese Thatsache scheint auf die Besorgnisse in England sehr wenig beschwichtigend eingewirkt zu haben. Vielmehr erzählte man, daß die Werbungen für den Prätendenten lebhaft fortgesetzt würden, daß er bereits Heerschau abgehalten habe, und daß es auf eine Landung in Schottland oder Irland abgesehen sei. Bereits, meinte man, lägen in verschiedenen Häfen von Frankreich Transportschiffe in privater Weise bereit.[2])

Es ist bei der Weise der damaligen französischen Politik, sich der Gerüchte zu bedienen, immerhin möglich, daß von dort aus mit Vorbedacht den Engländern der Anlaß zu ihren Besorgnissen gegeben wurde.

So war der Stand der Dinge beim Eintreffen des hannöverschen Gesandten Bothmar. Noch am selben Abend empfing er viele Besuche. Am 29. Juni/10. Juli hatte er seine Audienz bei der Königin in Kensington. „Sie antwortete mir, meldet er, in sehr gnädiger Weise. Ich finde sie blässer als früher; im Uebrigen sieht sie wohl aus und scheint sich gesund zu fühlen. Jedoch kann sie weder stehen noch gehen.“[3])

Die durch die Proclamation gegen den Prätendenten erregte Stimmung hielt an. Am 1./12. Juli überreichte der Gemeinderath von London der Königin eine ähnliche Dank-Adresse, wie diejenigen der beiden Häuser des Parlamentes. Es hieß, daß andere Städte dem Beispiele folgen würden.[4])

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 108.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 630. Gödekes Bericht an Robethon, vom 22. Juni/3. Juli.

[3]) A. a. O., p. 632.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juli.

Dennoch darf man fragen, ob die hauptsächlichen Personen selber den durch diese Proclamation geführten Streich als so bedeutend ansahen. Bolingbroke nahm die erste Gelegenheit wahr, dem französischen Gesandten Iberville zu versichern, daß in der Sache dies keinen Unterschied machen werde.[1]) Aehnlich aber äußerte sich auch Oxford selber in jener Correspondenz, die er durch den pfälzischen Residenten Steingens mit Schulenburg und Leibniz unterhalten ließ. „Wenn Sie Gewicht darauf legen, schreibt Steingens, daß das Parlament auf die Gefangennahme des Prätendenten einen Preis ausgesetzt hat: so gestatten Sie mir zu erwiedern, daß dasselbe Parlament, welches im November einen Preis auf den Kopf Carls II. setzte, im März, wenn ich nicht irre, ihn als König zurückrief.“[2]) Es kommt hier weniger auf die Richtigkeit dieser Daten an als auf den in dieser Anführung liegenden Hinweis, daß Oxford selber nicht allzu viel auf diese Proclamation bauete.

Stand der Dinge bis zur Vertagung des Parlamentes.

Jedenfalls hatte Oxford, dessen Urheberschaft an der Proclamation nicht unbekannt blieb, bei den Freunden der Succession des Hauses Hannover dadurch einen Schritt vorwärts gemacht. Am 29. Juni/10. Juli zeichnet der kaiserliche Resident Hoffmann die Lage der Dinge wie folgt.[3])

„Zwischen dem Grafen Oxford und Lord Bolingbroke sind die Sachen heute — ich sage heute; denn der morgige Tag kann ein Anderes bringen — in dem Stande, daß Bolingbroke der Königin angehört, in dem ganzen Ministerio aber Niemanden für sich hat als den Lord-Canzler Harcourt. Die anderen Minister halten zu Oxford, wie auch die Whig-Partei und viele von den Tories. Durch diesen Anhang behauptet er sich noch bei der Königin gegen Bolingbroke. Dies kann aber nicht länger dauern als bis zur Vertagung des Parlamentes. Demnach muß Oxford entweder vor derselben vermittelst des Parlamentes seinen Nebenbuhler stürzen, oder nach dem Parlamente,

[1]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 88.
[2]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 500.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 10. Juli.

wenn die Königin wieder allein Meiſter iſt, ſeiner Entlaſſung gewärtig ſein."

Es lag daher in Bolingbrokes Intereſſe, daß die Vertagung beſchleunigt wurde.

Aber die Jacobiten ſelber waren darin ihm hinderlich. Sie grollten ihm wegen der Proclamation, für welche ſie ſeine Entſchuldigung nicht gelten ließen. Einige gingen ſo weit zu ſagen, daß er in der Angelegenheit der Rückſtände von 1712 für die hannöverſchen Truppen dem Kurfürſten nur ſeine Macht habe zeigen wollen: dann jedoch habe er Frieden und Vertrag mit ihm gemacht. Aber der Unmuth gegen ihn war Allen gemein, ſo ſehr, daß ſie einmal den Gedanken erwogen, ihm, wie ſie es nannten, mit ſeiner eigenen Münze heimzuzahlen, und eine Adreſſe für eine Einladung des Kurfürſten einzubringen. Dann erſchraken ſie ſelber über dies Wagnis und ließen den Plan fallen. Aber etwa vierzig oder fünfzig von ihnen kamen überein, ihren Verdruß gegen das Miniſterium dadurch kund zu geben, daß ſie gegen die Geldbewilligungen ſtimmten, alſo im Vereine mit den Whigs die Geſchäfte verzögerten.[1])

Nachdem dies Verhalten acht bis zehn Tage gedauert, ließ Bolingbroke den Jacobiten Lockhart, der zu jener Partei gehörte, eines Morgens zu ſich bitten. Er fragte nach dem Grunde eines ſo unverantwortlichen Verhaltens. Lockhart entgegnete: wenn Bolingbroke und deſſen Freunde für ihre letzten Schritte einen haltbaren Grund angäben, ſo ſei auch er zu Gleichem bereit. Bolingbroke erwiederte: was geſchehen, ſei unvermeidlich geweſen. Oxford ſei der Urheber. Aber mit dieſem Manne ſei es nun zu Ende. Er werde beſeitigt werden, jedoch nicht eher als nach der Vertagung des Parlamentes. Denn im anderen Falle würde er zu den Whigs übergehen und Lärmen anrichten. Auch andere Ungelegenheiten könnten dazu kommen. Nach der Vertagung ſei die Königin frei zu handeln nach ihrem Ermeſſen. Wenn dies geſchehen, könne das Parlament in kurzer Zeit wieder zuſammen treten und gut heißen und ratificiren, was inzwiſchen die Königin gethan. Dies um ſo mehr, da nach geſchehener Sache und gewonnenem Spiele gar Manche herüber kommen würden.[2])

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 472.

[2]) A. a. O., p. 476.

„Bolingbroke, fügt Lockhart hinzu, nannte nicht die Herstellung des Königs; aber er drückte sich in einer solchen Weise aus, daß ich es nicht anders verstehen konnte. Er ersuchte mich, die anderen Mitglieder unserer Vereinigung aufzufordern, die Geschäfte zu erledigen, damit das Parlament vertagt werden könne."

Lockhart gab noch nicht nach. Zu oft, sagte er, seien sie durch schöne Versprechungen hingehalten: es fehle ihnen der Glaube. Bolingbroke entgegnete: „Bedenken Sie was Sie thun. In keinem Falle haben Sie Nutzen davon. Dagegen ist es durchaus nothwendig, daß die Session endet. Daß dann alles zu Ihrer Befriedigung gehen wird, darauf verpfände ich Ihnen mein Ehrenwort. Wenn ich darin mangelhaft erfunden werde, so beanspruche ich nicht, jemals wieder Vertrauen zu finden, und unterwerfe mich der schärfsten Rüge. Ist es denn nicht besser, noch einmal mein Wort anzunehmen als zu hindern?"

Lockhart erwiederte: er könne für die Anderen nicht bürgen und wolle sie nicht verlassen. „Dieselbe Antwort, sagte Bolingbroke, hat mir der Ritter Packington gegeben. Aber ich bitte Sie beide: versammeln Sie Ihre Parteigenossen, legen Sie ihnen meine Vorschläge vor und beschließen Sie dann."

So geschah es. Die Jacobiten traten zusammen und erwogen, daß aus ihrer Opposition gegen das Ministerium geringer Nutzen, dagegen große Gefahr erwachsen könne. Der Beschluß, wieder mit dem Ministerium zu gehen und die Geschäfte so schnell wie möglich zu erledigen, ward gefaßt. „Wir gingen, erzählt Lockhart, direct von dort ins Unterhaus, und votirten gerade das Gegentheil dessen was bisher." Die Whigs waren überrascht diesen Umschlag zu sehen, dessen Grund sie nicht kannten, höchstens vermutheten; aber es lag vor Augen, daß er auf ihre Kosten geschah.

Bolingbroke hatte gesagt, daß Oxford erst nach der Vertagung des Parlamentes entlassen werden solle. Demnach lag es im Interesse Bolingbrokes, daß Oxford über diesen gefaßten Entschluß vor der Vertagung nicht zur Klarheit kam.

Im Unterhause verlief fortan alles glatt, nicht jedoch im Oberhause. Dort hatte Oxford noch einen scharfen Pfeil im Köcher.

Das Oberhaus zog am 2./13. Juli den Handelsvertrag mit Spanien in Berathung. Der Graf Nottingham legte dar, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages in Utrecht zu drei Artikeln desselben in Madrid Erläuterungen hinzugesetzt seien, und daß diese Erläuterungen den englischen Kaufleuten unmöglich machten, einen Handel nach Spanien ohne Verlust zu betreiben. Bolingbroke bestritt das. Ungeachtet seines Widerspruches lud die Mehrheit, zu welcher sich auch Oxford gesellte, eine Reihe der vornehmsten Kaufleute Londons zum Zeugnisse vor. Ihre Aussagen stimmten zu der Darlegung Nottinghams. Fortan schwieg Oxford. Nach langen Erörterungen beschloß das Oberhaus, durch eine Adresse die Königin um die Vorlegung aller betreffenden Papiere zu ersuchen, sowie um die Namen derjenigen Personen, welche die Ratification des Vertrages mit jenen Erläuterungen angerathen.[1])

Am 5./16. Juli brachten die Lords mit weißen Stäben die Antwort der Königin. Der Inhalt war, daß, nachdem der Königin dargelegt worden, daß die Erläuterungen zu dem Handelsvertrage mit Spanien dem Handel ihrer Unterthanen nicht nachtheilig, so habe sie eingewilligt dieselbe mit dem Vertrage zu ratificiren. — Die Königin ließ keine Namen nennen. Aber gerade um diese war es den Lords zu thun, und darum wurden scharfe Reden gegen die ungenügende Antwort laut. Man kam zu dem Beschlusse, in einer neuen Vorstellung die unüberwindlichen Schwierigkeiten darzulegen, welche jene Erläuterungen dem englischen Handel bereiteten. Es gelang jedoch der Hofpartei, den Beschluß das Ansuchen um die Nennung der Namen zu erneuern, abzuwehren. Ein jeder vermuthete diese Namen, nämlich Lord Bolingbroke und den ersten Commissär in Handelssachen, Arthur Moore. Für diese Vermuthung konnte nur Ein Mitglied des Oberhauses die feste Grundlage der Gewisheit geben, der Graf Oxford. Dann verblieb, aller Wahrscheinlichkeit nach, ihm der Sieg über Bolingbroke. Aber der Graf Oxford schwieg.

Das Verhalten dieses Mannes in der Sache zeichnet am Abende dieses Tages der kaiserliche Resident mit den folgenden Worten.[2])

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 433.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 17. Juli.

„Als der Handelsvertrag mit Spanien im Oberhause vorgenommen wurde, erwartete man, der Graf Oxford würde sich öffentlich gegen Lord Bolingbroke erklären und darthun, daß dieser aus eigener Macht und ohne Vorwissen des Cabinetsrathes die drei besonderen Erläuterungs-Artikel in den Vertrag mit aufgenommen und zur Ratification vorgelegt hat. Dies nämlich hatte der Graf Oxford selber den Whigs an die Hand gegeben. Es lag also eine für Bolingbroke ganz unverantwortliche Sache vor, vermittelst deren Oxford ihn stürzen konnte. Anstatt sich jedoch zu erklären, wie er den Whigs vorher versichert, hat er wenig oder nichts dazu gesagt, mithin den Whigs und sich selber die Gelegenheit zum directen Angriffe auf Bolingbroke entzogen. Entweder also hat er, aus Furcht vor Gegenbeschuldigungen, dazu nicht das Herz gehabt, oder er will, in der Hoffnung sich zu erhalten, noch immer mit dem Hofe auf gutem Fuße bleiben, wo er doch seit Monaten nicht mehr als Minister fungirt. Er hat aber die Königin das Dissimuliren, dem sie ohnehin ergeben, allzu viel gelehrt, um nicht selbst die Wirkung davon zu fühlen. Wie denn Niemand mehr daran zweifelt, daß er nicht erster Tage entlassen, Bolingbroke an seine Stelle gesetzt, und eine völlige Veränderung im Ministerio vorgenommen werden wird." — „Aber dem Grafen Oxford ist es fast nicht möglich, in etwas, es sei was es wolle, den geraden Weg zu gehen, namentlich im Verkehre mit Personen, die ihn kennen und die wissen, wie wenig auf sein Wort zu geben ist."

Wesentlich übereinstimmend mit dieser Charakteristik des Verhaltens von Oxford lautet diejenige, die Bothmar nach Hannover einschickte. Nur hob Bothmar noch stärker die Furcht Oxfords hervor, daß der Sturz Bolingbrokes, den er herbeiführen konnte, ihn selber mit verwickelt haben würde.[1])

Die Antwort der Königin auf die erneute Vorstellung bestand in der allgemeinen Versicherung, daß sie sich den Handel ihrer Unterthanen, besonders denjenigen nach Spanien sehr angelegen sein lasse. Aber das Oberhaus setzte seine Berathungen fort. Es ersuchte das Unterhaus, diejenigen Mitglieder, welche als Commissäre für Handel und Colonien fungirten, herauf zu senden. Das Unterhaus willfahrte.

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 634.

Die Fragen an Arthur Moore zogen sich enger. Die Aussagen von Zeugen wurden belastend für ihn. Die Untersuchung erstreckte sich weiter auf den Assiento-Vertrag. Es stieg der starke Verdacht empor, daß der Antheil, den die Königin sich daran vorbehalten, dem Lord Bolingbroke, der Lady Masham und Arthur Moore zu gute komme. Nach langen Erörterungen ward eine von Lord Anglesea beantragte Adresse angenommen, die mit den Worten schloß, daß die Königin geruhen wolle, die auf sie entfallenden Vortheile solcher Art für das öffentliche Wohl zu verwenden.[1])

Die Antwort der Königin lautete ausweichend. Sie habe immer, sagte sie, auf den Rath des Hauses einen großen Werth gelegt. Was die gewünschten Einzelnheiten betreffe, so werde sie darüber so verfügen, wie sie es ihrem Dienste für best angemessen erachte.

Die Antwort, am 9./20. Juli, befriedigte nicht, namentlich nicht den Lord Anglesea, der die Adresse gemacht hatte. Es erhoben sich Klagen über das Schweigen der Königin in Betreff der Namen derjenigen, welche die Ratification des spanischen Handelsvertrages mit den Erläuterungen angerathen. Die Reden wurden heftiger. Es ward später allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß bei Fortsetzung dieser Debatten das Oberhaus dahin gekommen sein würde, Tadel über Arthur Moore zu verhängen, und ihn dann der Anklage zu überweisen. Ja Viele meinten, die Lords würden ihren Unwillen über das Verhalten Moores und Bolingbrokes in Betreff des Handelsvertrages mit Spanien so weit getrieben haben, sie beide in den Tower zu senden.[2])

Allein der heftige Redekampf nahm ein Ende durch das Erscheinen der Königin im Ornate. Sie ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und sanctionirte eine lange Reihe von Bills. Dann verlas sie ihre Thronrede, in welcher sie nach dem Danke für die erfolgten Bewilligungen die Wiederberufung im Beginne des Winters in Aussicht stellte. Sie schloß mit den Worten: „Mein hauptsächliches Bemühen ist, Euch und Eueren Nachkommen unsere heilige Religion

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 437.

[2]) A. a. O. — Bothmars Bericht in Macpherson's Original papers vol. II, p. 635.

und die Freiheit meiner Unterthanen zu bewahren, und die gegenwärtige und die künftige Ruhe meiner Königreiche zu sichern. Aber ich muß Euch offen sagen, daß diese wünschenswerthen Ziele niemals erreicht werden können, wenn nicht auch Ihr Eurerseits dieselbe Neigung beweist, wenn nicht aller grundlose Argwohn, welcher Spaltungen unter Euch hervorruft und nährt, zum Schweigen gebracht wird, und wenn Ihr nicht für meine gerechten Prärogativen und für die Ehre meiner Regierung dieselbe Rücksicht beweist, die ich immer für die Rechte meines Volkes bewiesen habe."[1])

Alsdann vertagte der Lord-Canzler im Namen der Königin das Parlament auf den 10. August.

Waren schon die Lords des Oberhauses erregt gewesen, durch die Antwort der Königin auf ihre letzte Adresse, so stieg der Unmuth bei ihnen wie bei vielen Mitgliedern des Unterhauses durch diesen Schluß der Thronrede. „Das Eine wie das Andere, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, wird dem Lord Bolingbroke zugeschrieben, als dessen Uebermuth und Violenz nichts zu vergleichen ist."[2])

„Es wird versichert, meldet darüber Bothmar, daß Bolingbroke in der nächsten Session heftig angegriffen werden soll. Allein, da er selber dies besorgt, so ist zu fürchten, daß er vorher den Prätendenten herüber bringt, um sich selber zu sichern und den großen Plan auszuführen, von welchem er die Vollendung des Glückes erwartet, die sein Ehrgeiz ihm verheißt."[3])

Vernehmen wir über diese Lage der Dinge auch die Ansicht des Jacobiten Lockhart.

„Etwa eine Stunde nach der Vertagung, erzählt er, traf ich den General Stanhope, verdrossenen Angesichtes in Westminster Hall auf- und abwandelnd. Ich fragte ihn, was es mit ihm sei; denn er scheine mir sich unbehaglich zu fühlen, wo doch Jedermann sich freue, nun hinaus aufs Land gehen zu können. Er antwortete, daß jeder gute Brite Ursache habe unmuthig zu sein. Ich erwiederte, daß ich mich auch für einen wahren Briten hielte und dennoch sehr guten Muthes

[1]) Commons Debates vol. V, p. 154.

[2]) Bericht vom 20. Juli.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 636.

ſei. ‚Wie, ſagte er, dann haben Sie, wie es ſcheint, die Rede der Königin nicht erwogen.‘ — ‚Freilich habe ich das, verſetzte ich, und habe mich darüber gefreut; denn ich meine, ſie redete als Herrſcherin.‘ — ‚Das iſt wahr, ſagte er, denn nach ihren Worten zu ſchließen, ſehe ich fortan unſere Freiheiten wie verloren an.‘ — ‚Ich wünſche, ſagte ich, von ganzer Seele, daß dem ſo wäre.‘ — ‚Was? fragte er, erklären Sie ſich offen für den Prätendenten?‘ — ‚Den Prätendenten? — verſetzte ich — ich dachte nicht einmal an ihn; aber da Ihr Engländer uns Schotten zu Sclaven gemacht habt, ſo würde es mich freuen, Euch auf denſelben Stand herab gebracht zu ſehen. Dann wären wir beiderſeits auf gleichem Fuße, und das, wiſſen Sie ja, iſt auch in anderen Fällen erforderlich, die Union vollſtändig zu machen.‘ — ‚Nun, nun, fuhr er heraus, es iſt kein Scherz, Ihr werdet Eueren Prätendenten bekommen, und werdet es, dafür bürge ich Euch, bald bereuen.‘ — Nach dieſen Worten eilte er in heftiger Erregung fort.“[1])

„In Wahrheit, fügt Lockhart hinzu, war er nicht der Einzige, der ſo dachte. Vielmehr ſahen Alle, Whigs und Tories, die Herſtellung des Königs als von der Königin und ihren Räthen beſchloſſen an, und ſchauten voll Erwartung dem Fortgange eines ſo wichtigen Unternehmens und dem Ende einer ſolchen Kriſis entgegen.“

Entlaſſung des Treaſurers Oxford und Tod der Königin Anna.

Entlaſſung Oxfords.

Noch vor der Vertagung des Parlamentes hatte ſich etwas ereignet, was mehr noch als früher die Forderung des Writ ohne Vorwiſſen der Königin, auf eine unfreundliche Geſinnung des Hofes von Hannover gegen ſie zu deuten ſchien. Am 6. 17. Juli erſchien der Staats-Secretär Bromley bei dem Geſandten Bothmar, um Beſchwerde zu führen, daß die Handſchreiben der Königin, vom 19. 30. Mai, an die Kurfürſtin-Witwe und an den Kurprinzen, in London gedruckt zum Verkaufe ausgeboten würden. Bothmar entgegnete, daß er davon keine Kenntnis habe. Er berichtete weiter nach Hannover, daß die-

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 479.

jenigen, welche die Ueberkunft des Kurprinzen wünschten, die Publication übel aufnähmen, weil daraus die Bevölkerung ersähe, wie sehr die Königin diesem Wunsche abgeneigt sei.[1])

Bromley meldete ferner die Sache an den Gesandten Clarendon in Hannover. „Da Abschriften von diesen Briefen nur von Hannover her erlangt sein können, fuhr er fort, so ist es der Befehl Ihrer Majestät, daß Sie dem Kurfürsten dies bemerklich machen, und zu erkennen geben, daß die Königin unangenehm berührt ist durch eine Behandlung, welche sie nicht verdient zu haben glaubt."[2])

Die Königin verlangt also nicht zuerst eine Untersuchung, wie etwas so Auffallendes habe geschehen können, sondern mißt, ohne weiter zu fragen, dem Kurfürsten selber die Urheberschaft einer Handlung zu, die mit seinen Versicherungen durchaus nicht im Einklange stand. Aber es lag doch wenigstens die Frage nahe, warum, wenn die Sache von dem Kurfürsten ausging, und demnach ein feindseliger Act war, nicht alle drei Briefe vom 19./30. Mai veröffentlicht waren, und namentlich derjenige an den Kurfürsten selber, als der, nach Verhältnis, schroffste von allen?

Die Thatsache, daß nur jene zwei Briefe veröffentlicht waren, führt auf die Spur der Stelle, von welcher aus die Veröffentlichung erfolgte. Wir haben (S. 588) vernommen, daß bei der Ankunft jener drei Briefe in Hannover Molineux, der Agent Marlboroughs, dort anwesend war, daß die Kurfürstin Sophie aus dem erhaltenen Briefe vor ihm so wenig ein Geheimnis machte, daß sie ihn für Marlborough eine Abschrift nehmen ließ, und daß sie eben so verfuhr mit dem Briefe an den Kurprinzen.[3]) Sie beide trugen kein Bedenken, daß die Briefe zur Kunde der Freunde in England kamen. Aber die Aeußerungen solcher Art fielen in der ersten Aufregung. Die andere dort erwähnte Aeußerung der Kurfürstin, vom Tage des Empfanges des Briefes, dem 6. Juni, lautet noch bestimmter, nämlich: „Ich werde diesen gnädigen Brief drucken lassen, um aller Welt zu zeigen, daß es

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 633. — Bothmars Bericht vom 6./17. Juli.

[2]) A. a. O., p. 639.

[3]) Daß nur von diesen zwei Briefen die Rede, ergibt positiv das Schreiben der Kurprinzessin Caroline an Leibniz, in Werke von Leibniz Bd. IX, S. 453.

nicht meine Schuld geweſen iſt, wenn meine Kinder um die britiſche Krone kommen."[1]) Für den Fall des Bruches alſo in Anlaß der drei Briefe der Königin Anna ſollte die Publication, im Sinne der Kurfürſtin, eine Vertheidigung ſein.

Aber der Kurfürſt Georg Ludwig wollte nicht einen Bruch. Vielmehr erließ er an die Königin die zwei Handſchreiben vom 13. und vom 15. Juni, deren conciliante Haltung die Wiederholung einer Provocation, wie ſie in dem Handſchreiben der Königin vom 19./30. Mai lag, moraliſch unmöglich machte. Noch minder vereinbar war dann aber mit den Briefen des Kurfürſten vom 13. und vom 15. Juni eine Betheiligung oder auch nur eine Mitwiſſenſchaft von ſeiner Seite um die Publication jener zwei Briefe der Königin. Denn dieſer Act, an ſich feindſelig gegen die Königin, konnte der Sache der Succeſſion in aller Beziehung nur ſchaden.

Da weder der Königin, noch dem Kurfürſten die Publication der Briefe genehm ſein konnte, ſo bleibt nur übrig den Urheber an der dritten Stelle zu erſuchen, die erweislich Abſchriften von den zwei publicirten Briefen beſaß, nämlich bei Marlborough.

Molineux kehrte im Juli nach England zurück.[2]) Am 26. Juni/7. Juli ſchiffte er ſich in Oſtende mit günſtigem Winde dahin ein. Am 6./17. Juli, alſo zehn Tage ſpäter, ſprach Bromley bei Bothmar die Beſchwerde aus, daß die Briefe gedruckt ſeien.[3])

Aber es erwächſt dann die Frage: welches Motiv konnte Marlborough dabei haben?

Zunächſt haben wir uns zu erinnern, daß ſein Verhalten in Betreff der Succeſſion immer doppelt geweſen war. Während er in Hannover für höchſt vertrauenswürdig angeſehen wurde, richtete er noch im März 1714 nach St. Germain Betheuerungen, welche allerdings Berwick dort als leere Worte anſah.[4])

Er weilte nun in Antwerpen, nicht jedoch, wie Viele meinten, im freiwilligen Exile. Wir haben geſehen, daß Ludwig XIV. durch Oxford, vermittelſt der Vorlegung der Briefe Marlboroughs vom

[1]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 459.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 632.

[3]) A. a. O., p. 633.

[4]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 389.

Herbste 1708, ihn hatte hinausdrängen lassen (S. 410). Oxford war noch weiter gegangen. Indem er durch die Sendung seines Vetters Thomas Harley nach Hannover, im Frühlinge dieses Jahres, sich dort herzustellen suchte, hatte er ihm Original-Briefe Marlboroughs an den Prätendenten mitgegeben.[1]) Da dennoch das Verhalten des Kurfürsten gegen Marlborough sich nicht änderte, so ist anzunehmen, daß der Kurfürst die Briefe nicht für echt gehalten habe. Oxford mochte nicht wissen, daß von allen in England hervorragenden Persönlichkeiten vielleicht Niemand in Hannover ein geringeres Vertrauen besaß als gerade er.

Am 18. Juni schrieb Marlborough an Robethon in Hannover, daß seine besten Freunde in England ihm ihre Meinung ausgesprochen, seine Anwesenheit in England werde dem Dienste (also doch wohl des Kurfürsten) nützlicher sein als sein Verweilen außer Landes, und daß er deshalb beabsichtige, nach der Vertagung des Parlamentes dahin zurückzukehren.[2]) Zu diesen besten Freunden rechnete Marlborough jedenfalls nicht den Grafen Oxford; denn zugleich klagte er diesen an, er behaupte, für die Thronfolge des Hauses Hannover zu sein, während er doch in der ganzen Zeit seiner Macht keinen anderen Schritt gethan als direct dagegen.

Aber Marlborough berief sich für seine Rückkehr auf den Rath seiner besten Freunde in England. Demnach müßte man auf die Whig-Partei schließen. Aber Marlboroughs eigener Schwiegersohn, Lord Sunderland, und Lord Halifax, äußerten sich zu Bothmar, daß sie die Absicht Marlboroughs, bei dieser Krisis zurückzukehren, nicht begriffen.[3]) Sie vermutheten, der Treasurer Oxford könne ihn bewogen haben. — Dieselbe Meinung sprach Bolingbroke nach dem Haag hin zu Strafford aus.[4])

Allein die Anklagen, die eben damals Marlborough und Oxford wider einander vor dem Kurfürsten in Hannover erhoben, machen ein Zusammengehen der Beiden höchst unwahrscheinlich. Auch war es nicht die Absicht Marlboroughs, während der Krisis zwischen Oxford

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 638.
[2]) A. a. O., p. 627.
[3]) A. a. O., p. 636.
[4]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 567.

und Bolingbroke nach England zu gehen, sondern zuvor die Entscheidung derselben abzuwarten. Oxford hatte ihn zum Exile gezwungen. Der Fall dieses Ministers stellte ihm die Sicherheit der Rückkehr in Aussicht.

Eben darum liegt es nahe zu vermuthen, daß Marlborough, ungeachtet jener Meldung Bolingbrokes an Strafford, im Einverständnisse mit dem ersteren handelte. Diese Vermuthung wird zur Gewisheit durch eine Nachricht des Jacobiten Lockhart. „Marlborough, sagt er, begab sich nach Ostende, damit er auf Bolingbrokes Mahnung bereit sei zur Ueberfahrt, um im Vereine mit ihm gegen Oxford zu stehen." — „In diesem Falle, fügt Lockhart hinzu, ist es wahrscheinlich, daß alle Plane des Lords Bolingbroke zu Gunsten des Königs vereitelt und andere Ziele erstrebt wären. Ich habe auch von ziemlich guter Autorität — ob jedoch ganz zuverlässig, kann ich nicht sagen vernommen, daß Bolingbroke sich auch bemühete, Marlborough für den König zu gewinnen und darin Fortschritte machte, daß jedoch der König, der zu gute Gründe hatte, ihm nicht zu trauen, als ein Pfand seiner Treue ein Anlehen von 100.000 Pfund Sterling forderte. Auf die Weigerung Marlboroughs gedieh die Sache nicht zum Abschlusse."[1])

Andererseits aber erfolgte auch so wenig ein Abbrechen zwischen dem Prätendenten und Marlborough, daß der Erstere noch ein Jahr später sich Berwick gegenüber erbot, eigenhändig an Marlborough zu schreiben und ihn aufzufordern, sich in England offen für ihn zu erklären.[2])

In wie weit, im Juli 1714, Marlborough und Bolingbroke zusammen gehen wollten, ist weniger wichtig, als daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Absicht des Zusammen-Gehens vorhanden war. Zu dieser Absicht stimmte die Publication jener Briefe, welche, den Umständen nach, die Königin als einen feindseligen Act des Kurfürsten gegen sie betrachtete.

Auch nach der Vertagung des Parlamentes beharrte Oxford persönlich in der Meinung sich halten zu können. Andererseits war seine Aufmerksamkeit für die Vertreter des Kurfürsten augenfällig. Bolingbroke dagegen hielt eine solche Aufmerksamkeit für nicht vereinbar

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 460.

[2]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 401.

mit dem Dienste der Königin. „Das allein schon, meint Bothmar, deutet seine Absicht an, auch wenn man sonst davon gar keine Kunde hätte. Man darf mit Gewisheit voraussetzen, daß er, sobald die Leitung der Geschäfte völlig in seine Hände gelangt, rasch vorgehen wird.“ Noch am Tage der Entlassung des Parlamentes, 9./20. Juli, verlautete über die Grundzüge des demnächstigen Ministeriums, daß Bolingbroke Staats-Secretär bleiben, das Schatzamt dagegen in Commission gegeben werden solle.[1])

Es waren damals reichlich zwei Jahre verflossen seit jenen Juli-Tagen 1712, wo, nach Bolingbrokes Ansicht, die Königin Anna sich auf dem Gipfel ihrer Macht befand, wo, wie er meinte, Europa sich beugte vor ihr (S. 349). Anders sah er die Dinge an im Juli 1714. Es ist von Interesse zu vernehmen, wie er am 14. 25. Juli sich darüber aussprach zu Lord Strafford im Haag, der nicht ein Vertrauter seiner jacobitischen Entwürfe war.[2])

„Mein lieber Lord. In Folge der glorreichen Leitung, an welcher ja, wie es scheint, Niemand etwas auszusetzen haben darf, sind die Angelegenheiten der Königin in einem beklagenswerthen Zustande: Verachtung von außen, Verwirrung daheim. Wir, die wir weitaus die Mehrheit der Nation auf unserer Seite haben, lassen uns insultiren von der Minderheit. Wir, die wir das Verdienst beanspruchen, einen guten und populären Frieden gemacht zu haben, lassen uns Vorwürfe gefallen von denen, auf welchen die Schuld lastet, Versuche gemacht zu haben für die Fortsetzung eines zerrüttenden Krieges. Seit langem schon habe ich erwogen, daß dies alles nicht sein könnte, wenn nicht unser Führer im geheimen einverstanden wäre mit unserem Feinde, und ich glaube, daß es in England weder einen Whig noch einen Tory gibt, der darin nicht mit mir übereinstimmte.“

„Was die Königin thun wird sich diesem Wirrsal zu entwinden, aus welchem sie allein sich selber retten kann, weiß ich nicht. Das dagegen weiß ich, daß es keine Gefahr noch Mühe gibt, die ich für ihren Dienst nicht willig auf mich nähme, nur freilich Eine nicht, nämlich nicht die Gefahr ihres ferneren Vertrauens, für ein fünftes

[1]) Bericht Bothmars in Macpherson's Original papers vol. II. p. 634.

[2]) Letters and Correspondence vol. IV, p. 567.

Jahr, auf diejenige Führung, welche nun vier Jahre lang ſie irre geführt hat."

„Leben Sie wohl, lieber Lord, und freuen Sie ſich, daß Sie fern ſind von dieſen Scenen der Thorheit und der Schurkerei. Wenige Tage noch, und es wird viel entſchieden ſein. Sobald ich gewis bin, ſollen auch Sie es ſein."

Bolingbroke ſchrieb dies am 14. 25. Juli. Die Königin hatte die Abſicht gehabt, gleich nach der Vertagung des Parlamentes ſich von Kenſington nach Windſor zu begeben. Vorher jedoch ſollte die Angelegenheit der Entlaſſung des Treaſurers Oxford erledigt werden. Dieſe zog ſich hin, einerſeits, weil Oxford ſich an jede Hoffnung und an jeden Schein einer Hoffnung zu klammern ſuchte, andererſeits weil, wie es ſcheint, die Königin darüber nicht zum Entſchluſſe kommen konnte. Dem Treaſurer blickte freilich die feindliche Geſinnung wider ihn aus jedem Worte und jeder Miene der Umgebung entgegen. Lady Maſham, einſt die Genoſſin ſeiner Minirarbeit wider Marlborough und Godolphin, fuhr ihn in ihrem eigenen Hauſe an mit den Worten: „Sie haben der Königin niemals einen Dienſt erwieſen und ſind nicht fähig ihr einen zu erweiſen." — Oxford nahm die Worte ſchweigend hin, am Morgen des 15. 26. Juli. Am ſelben Abende ſpeiſte er zuſammen mit Bolingbroke bei Lady Maſham. Vor ſeinen Freunden dagegen erging er ſich in Reden von ten thousand bitches and kitchen wenches.[1])

Der Dechant Swift, mit Oxford und mit Bolingbroke befreundet, machte einen Verſuch des Ausgleiches, nicht nach dem Wunſche der Wenigen, welche, durch Dankbarkeit an Oxford gebunden, wie ſein erſter Secretär Erasmus Lewis, Schmach und Schande von ihm abzuwehren ſuchten.[2])

„Niemals, ſchrieb Lewis nachher an Swift, bin ich in meinen Anſichten ſo weit von den Ihrigen abgewichen als in Betreff des Vorſchlages, zwiſchen Oxford und ſeinen ehemaligen Freunden einen Aus-

[1]) So Erasmus Lewis, erſter Secretär Oxfords, an den Dechanten Swift. British Museum. Add. Mss. Wotton papers vol. 4291.

[2]) Die vorgenannte Correſpondenz. In derſelben heißt Oxford the Dragon, Bolingbroke Mercurialis. Der Gefährte von M. iſt der Lord-Canzler Harcourt. Der Prälat iſt der Biſchof von London, früher von Briſtol.

gleich herzustellen. Immerhin kann ich Ihnen so weit beipflichten, mit Ihnen zu sagen, daß er durch seine Kleinlichkeiten zu seiner Ungnade mehr beigetragen als sie, oder als sie es auch nur in der Macht hatten zu thun. Aber als sie damals, wo er sich erbot, ihnen auf ihre eigenen Bedingungen zu dienen, sich weigerten irgend welchen Ausgleich zuzulassen, hätte ich lieber ihn als Leichnam gesehen denn als zahmen Diener derjenigen, die alle Schmähworte der Bosheit auf ihn gewälzt hatten. Wahrlich der Türke bringt nicht solche Ungeheuer hervor, wie Bolingbroke und seinen Gefährten und den Prälaten, welcher letztere jetzt offen behauptet, er sei Oxford zu nichts verpflichtet."

Noch am 20./31. Juli versicherte John Drummond von London aus den kaiserlichen Gesandten Heems im Haag, daß Oxford wieder fest stehe, daß die Königin ihn nicht fahren lassen werde. „Drummond, fügt Heems seiner Meldung hinzu, ist eine Creatur von Oxford: demnach muß doch wohl dieser sich noch mit der Hoffnung schmeicheln."

Er beharrte in dieser Hoffnung bis zum 23. Juli 3. August. An diesem Tage ließ Bolingbroke bei ihm die Formulare der königlichen Patente abfordern, durch welche das Schatzamt in Commission gegeben werden sollte. Die Forderung schnitt jede Hoffnung ab. Doch zog sich die Sache noch einige Tage hin wegen der zu ernennenden Commissäre. Der Unwille der Königin gegen Oxford scheint während dieser vier letzten Tage nur noch gestiegen zu sein. Am 23. Juli/3. August hieß es, daß er mit dem Titel eines Herzogs von Newcastle und bedeutender Pension ausscheiden solle: am 27. Juli/7. August war nicht mehr von Titel und von Pension die Rede, sondern nur von der völligen Ungnade der Königin.[1])

Diese gab sich sichtlich kund. An demselben Tage schrieb Erasmus Lewis an Swift: „Nicht die Entlassung erregt meinen Zorn, sondern die Art und Weise, in welcher sie geschieht. Die Königin hat allen Lords (des Cabinets) ihre Gründe für die Entlassung Oxfords angegeben mit den Worten: er vernachlässige alle Geschäfte; er rede selten verständlich; wenn er sich über etwas ausspreche, so könne sie sich auf die Wahrheit des Gesagten nicht verlassen; er komme niemals

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. August.

zu der von ihr angesetzten Stunde; endlich benehme er sich vor ihr nicht mit guter Art, ungebührlich und ohne Respect."[1])

Es gibt eine Tradition, daß dann noch, am letzten Abende, vor der Königin eine heftige Erörterung der zwei Minister statt gehabt und sich hingezogen habe bis zwei Uhr Morgens.[2]) Es ist kaum denkbar, daß, nach jenen Eröffnungen der Königin an die Lords, sie eine solche Debatte noch zugelassen habe. Der Verlauf der Dinge am 27. Juli/7. August war vielmehr wie folgt.[3])

Am Morgen des 27. Juli/7. August schrieb die Königin an Oxford den Befehl sein Amt niederzulegen. Er eilte nach Kensington, erhielt aber auf die Anmeldung die Antwort, daß die Königin ihn nicht sprechen könne. Zwei Stunden später jedoch ließ sie ihn vor. Die Audienz dauerte eine Viertelstunde. Dann begab er sich ins Schatzamt und traf verschiedene Anordnungen. Um acht Uhr Abends trat er zum letzten Male vor die Königin, um ihr das Abzeichen der hohen Staatsämter, den weißen Stab, zu überreichen. Diese letzte Audienz dauerte eine halbe Stunde.

Auch Oxford berichtete über diesen letzten Tag seines Amtes an Swift. Am nächsten Morgen, schreibt er, werde er ein Privatmann sein, und bitte seiner auch fortan zu gedenken. Auf dem Wege nach Kensington, meldet er dann, habe er einige Verse Drydens imitirt und sende sie. Diese Imitation lautet:

To serve with love
And shed your blood,
Approved is above;
But here below
Th'examples show
T'is fatal to be good.[4])

Das Urtheil Anderer lautete anders. „Er ist dergestalt gefallen, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß man nicht weiß, ob mehr verachtet oder mehr verhaßt."[5])

---

[1]) Erasmus Lewis to Dean Swift, July 27th.

[2]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91. Er führt dafür kein positives Zeugnis an, und weder Hoffmann, noch die Lady Masham in einem Briefe an Swift, vom 29., wo die Königin bereits krank, erwähnen es.

[3]) Lamberty t. VIII, p. 657.

[4]) Aus der wiederholt genannten Sammlung im British Museum.

[5]) Hoffmanns Bericht vom 10. August.

Tod der Königin.

Aber war nun darum die Königin definitiv entschlossen für den Prätendenten?

Am selben Tage meldete der Staats-Secretär Bromley an Clarendon in Hannover: „Ich habe den Befehl Ew. Lordschaft zu melden, daß die Königin den Lord Treasurer entlassen hat. Sie werden dem Kurfürsten dies kund thun, und zugleich ihn wissen lassen, daß diese innere Angelegenheit in Betreff der öffentlichen keine Folge haben wird.“ [1])

Noch auf einem anderen Wege ließ die Königin dasselbe aussprechen. Sie scheint Kunde gehabt zu haben von der Correspondenz zwischen dem pfälzischen Residenten Steingens und dem General Schulenburg, so wie daß diese Briefe an den Kurfürsten gelangten. Am 27. Juli 7. August erschien bei Steingens eine Vertrauensperson der Königin, mit dem Auftrage: Steingens möge dem Kurfürsten die Versicherung geben, daß diese neuen Maßregeln seinem Interesse keinen Nachtheil bringen würden, und daß er des Respectes und der beständigen Freundschaft der Königin sich versichert halten möge.[2])

Die Uebereinstimmung des Auftrages an Steingens mit demjenigen durch Bromley an Clarendon beweist, daß es der Königin daran gelegen war, eine solche Kundgebung nach Hannover gelangen zu lassen.

Nach solchen Aeußerungen muß es dahingestellt bleiben, ob die Königin jemals zu einem festen Entschlusse gekommen ist.

Anders dagegen stand es mit Bolingbroke. Er versicherte am selben Tage, dem 27. Juli 7. August, dem französischen Priester Gautier, daß er in seinen Gesinnungen für den Prätendenten beharre, wenn nur auch dieser die Maßregeln treffe, welche die rechtschaffenen Leute im Lande von ihm erwarteten.[3])

Zu diesem Zwecke nahm Bolingbroke die Neubildung des Ministeriums in Aussicht. Er selbst wollte Staats-Secretär bleiben, mit der alleinigen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Aber er wollte

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 639.

[2]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 502.

[3]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91.

nicht wieder einen Treasurer mit der umfassenden Machtfülle dieses Amtes, sondern eine Commission für das Schatzamt, an deren Spitze der ihm ganz ergebene Jacobit Sir William Wyndham stehen würde. Harcourt, dessen Anhänglichkeit er erprobt, sollte Lord-Canzler bleiben, das Geheimsiegel an Atterbury, Bischof von Rochester, kommen. Bromley sollte zweiter Staats-Secretär bleiben, der Graf Mar als dritter für Schottland eintreten. Der Herzog von Ormond sollte Höchst-Commandirender bleiben, der Herzog von Buckingham Präsident des geheimen Rathes.

Auch für denjenigen, der von Bolingbrokes Beziehungen zu dem Prätendenten nichts wußte, verbürgte schon die Kenntnis dieser Namen den jacobitischen Charakter des neu zu schaffenden Cabinets.

Dagegen erschien es auffallend, daß Bolingbroke, am Tage nach dem Sturze Oxfords, einige hervorragende Whigs zu sich einlud.[1]) Man nannte Stanhope, Walpole, Craggs, Pulteney. Wollte er sie versöhnen oder täuschen? Sie stellten ihm die Forderung, daß der Prätendent aus Lothringen entfernt werde. Er erwiederte, daß die Königin dies nicht gewähren könne.

Es stand damals, am 28. Juli/8. August, noch in der Hand Bolingbrokes, sein neues Ministerium zu bilden, auch noch am 29. Juli/9. August, bis zum Abende. Dann nicht mehr.

An diesem Tage schrieb Lady Masham an den Dechanten Swift, welcher, da er vor dem Sturze Oxfords London verlassen, um sich nach seiner Dechanei in Dublin zu begeben, mit allen Persönlichkeiten der früheren Partei Oxford-Bolingbroke befreundet geblieben zu sein scheint, über die letzten Vorgänge. Sie unterbricht ihr Schreiben wiederholt durch die Selbstmahnung, daß sie nun zur Königin eilen müsse, die sich nicht wohl befinde. Drei Wochen lang habe Oxford die Königin geärgert und gequält, und sie habe ihn nicht los werden können als am Dienstage zuvor. Ihm hauptsächlich lege sie, Lady Masham, das Unwohlsein der Königin zur Last.[2])

Es war mehr als ein Unwohlsein.

[1]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91. Die Thatsache auch in den Briefen von Erasmus Lewis, mit dem Ausrufe: What, if the Dragon had done so?

[2]) In der wiederholt genannten Sammlung im British Museum.

Der innere Sturm dieſer letzten Zeit hatte die wankende Kraft der Königin Anna erſchöpft. In der Nacht fand ſie keinen Schlaf. Am Abend des 29. Juli/9. Auguſt, an welchem Lady Maſham jene Worte ſchrieb, kam über die Königin Anna eine Lethargie, am Morgen darauf Krämpfe, dann ein Schlaganfall. Es ging mit ihr zu Ende.

Am Morgen des 30. Juli/10. Auguſt durcheilte dieſe Nachricht die Stadt London. Die Mitglieder des Cabinets begaben ſich nach Kenſington. Sie traten zuſammen, um zehn Uhr Morgens. Während ſie beſtürzt, unvorbereitet die Lage der Dinge beſprachen und ſelbſt der ſchnellkräftige Bolingbroke noch keinen Entſchluß gefunden, wurden zwei Mitglieder des geheimen Rathes gemeldet, die Herzöge Argyle und Somerſet. Sie eröffneten der erſtaunten Verſammlung, daß ſie, obwohl nicht aufgefordert, bei der kritiſchen Lage der Dinge ihre Dienſte anböten. Der Herzog von Shrewsbury erhob ſich und ſprach ihnen Dank aus für dieſe Bereitwilligkeit. Der Herzog von Argyle fuhr fort, daß man zunächſt den Bericht der Aerzte zu vernehmen habe. Auf die Meldung derſelben, daß bei der Königin lichte Augenblicke eingetreten ſeien, ſchlug Argyle vor, daß bei der Gefahr, in der man ſich befinde, die ſofortige Beſetzung des Schatzamtes dringend nothwendig, und der Königin für dieſen Poſten der Herzog von Shrewsbury zu empfehlen ſei. Der Vorſchlag war der Todesſtreich für die Entwürfe Bolingbrokes. Dieſer ſelbſt, völlig überraſcht, wußte ſich nicht zu einem Widerſpruche zu faſſen. Der Vorſchlag Argyles ward angenommen.

Eine Deputation, geführt von Shrewsbury, begab ſich an das Bett der todeskranken Königin. Shrewsbury berichtete die einmüthige Meinung des Cabinets. Die Königin gab ihre Zuſtimmung kund. Der weiße Stab ward ihr aufs Bett gelegt. Bevor Shrewsbury ihn nahm, richtete er an die Königin die Frage, ob ſie ihn erkenne. Sie nannte hörbar ſeinen Namen.[1])

Mit dem Ergreifen des weißen Stabes war der Herzog von Shrewsbury Groß-Schatzmeiſter und als ſolcher erſter Miniſter.

Vernehmen wir über dieſe Lage der Dinge die Stimme eines Engländers, der mitten darin ſtand, der wenige Tage vorher noch ſehr misмuthig, nun voll Hoffnung und in einer Erregung, die ſelbſt in

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 10. und 11. Auguſt.

den Schriftzügen wohl erkennbar ist, aber doch mit voller Klarheit seine Anschauung derselben wieder zu geben sucht, und zwar in einem Berichte an den Kaiser Carl VI. Es war der General Stanhope, dem Kaiser wohl bekannt und werth als Diener und Waffengefährte in den Feldzügen auf der spanischen Halbinsel. Das Schreiben vom 30. Juli/ 10. August lautet wie folgt.[1])

„Sire. Ich glaube zur Stunde Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät mit Gewisheit melden zu können, daß die Königin im Todeskampfe liegt. Nach einem zweitägigen Unwohlsein hat sie diesen Morgen einen Schlaganfall erlitten, der zwei Stunden gedauert, während deren sie bewußtlos war. Gegen elf Uhr hat sie sich ein wenig erholt, und das versammelte Conseil hat diese lichten Augenblicke benutzt, um von der Königin die Genehmigung der Ernennung des Herzogs von Shrewsbury zum Treasurer zu erlangen, anstatt der fünf Commissäre des Schatzamtes, von denen man gesprochen, die dem Lord Bolingbroke als erstem Minister untergeben sein sollten. Das Conseil sitzt andauernd beisammen und ertheilt alle erforderlichen Befehle, um die öffentliche Ruhe zu erhalten und die Besitzergreifung des Kurfürsten zu sichern. Heute Nachmittag um drei Uhr haben die vier Aerzte dem Conseil eröffnet, daß die von ihnen angewandten Arzeneien, zwei sehr starke Brechmittel, durchaus keine Wirkung thun, und daß daher, nach den Regeln ihrer Wissenschaft, die Königin nicht mehr zwölf Stunden leben kann."

„Dieser plötzliche und unvorhergesehene Zufall ist wie ein Donnerschlag für die jacobitische Partei, die für die Ausführung ihrer Entwürfe bis jetzt durchaus nicht die erforderlichen Maßregeln getroffen hat. Daher darf ich Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät versichern, daß, wenn die Aussage der Aerzte sich als richtig bewährt, der Kurfürst als König proclamirt werden, und eben so friedlich wie irgend einer seiner Vorgänger vom Königreiche Besitz ergreifen wird. Allerdings, wenn die Krankheit sich in die Länge zöge, und wäre es auch nur um einige Wochen, würden wir sehr in Verlegenheit kommen; aber alle diejenigen, welche die Königin gesehen und mit den Aerzten gesprochen haben, stimmen darin überein, daß es bis morgen zu Ende sein wird."

[1]) Bei den Berichten Hoffmanns im k. k. Archive.

„Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät mitzutheilen, was ich bei einer so delicaten Conjunctur habe in Erfahrung bringen können. Ich hoffe ferner nicht etwas Neues zu sagen, indem ich die Versicherung gebe, daß alle rechtschaffenen Leute hier über die Perfidie des vorigen Ministeriums gegen Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät eben so sehr aufgebracht sind, wie es irgend ein Oesterreicher oder Spanier sein kann, und daß sie, wann die Gelegenheit sich bietet, mit aller Kraft bemüht sein werden, diese Schande der Nation wieder gut zu machen. Eben so schmeichele ich mir, Sire, mich darin nicht geirrt zu haben, daß ich den Wohlgesinnten bei jedem Anlasse ausgesprochen, Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät würden immer Ihr eigenes Interesse darin finden, für die Freiheit Englands einzutreten, die Rechte des Hauses Braunschweig zu stützen, und uns, wenn es dessen bedarf, gegen den gemeinsamen Feind zu vertheidigen. Möge Gott verleihen, daß das gute Einverständnis, welches so viele ruhmvolle Erfolge hervorgebracht, sich aufs neue für immer knüpfe! In Erwartung dessen bitte ich unterthänigst Ew. Majestät zu glauben, daß ich bin und ewig sein werde, Sire, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät unterthänigster Diener."

Dies Schreiben wie andere dieser Art ging ab mit dem ersten Courier, den der Gesandte Bothmar Abends um 10 Uhr über den Haag nach Hannover entsandte.[1])

Unter dem Vorsitze des Herzogs von Shrewsbury traf unterdessen das Cabinet und die geheimen Räthe, welche sich zugesellt hatten, rasche Maßregeln zur Sicherheit nach außen und nach innen. Alle Häfen wurden geschlossen. An die Admiralität erging die Aufforderung, sofort zwanzig Kriegsschiffe fertig zu stellen. Die Sorge für die Sicherheit der Stadt London überließ man dem Lord-Mayor. Während die fremden Gesandten die Berichte verfaßten, um ihren Souveränen von dem Stande der Dinge Kunde zu geben, wirbelten die Trommeln durch die Straßen der Stadt London, um die Bürgermiliz in die Waffen zu rufen.

[1]) Für das Folgende hauptsächlich die ausführlichen Berichte Hoffmanns vom 10., 11., 12. August.

Es war am 30. Juli 10. Auguſt. In den lichten Augenblicken der Königin vernahm man von ihr noch die Worte: My poor brother![1]) Für die Unkundigen konnte an dieſem Tage die Dauer des Zuſtandes der Königin noch fraglich ſein. Sie war es nicht mehr am Morgen des 31. Juli, 11. Auguſt. Die Symptome des herannahenden Todes wurden unverkennbar. Das Cabinet berief ſämmtliche geheime Räthe, ſowohl des beſtehenden als des vorigen Miniſteriums, wie ſie erreichbar waren, nach Kenſington. Eben dahin lud die Verſammlung die beiden Vertreter des Kurfürſten, den Geſandten Bothmar und den Reſidenten Kreyenberg, welche das verſiegelte Inſtrument der Ernennung der Regentſchaft bei ſich trugen. Um ein Uhr Nachmittags gaben die Aerzte der Königin nur noch vier Stunden.

Man entſandte einen Courier nach dem Haag an Lord Strafford mit dem Befehle, die Republik an den Garantie-Vertrag zu mahnen, und ſie zu erſuchen zu handeln, weil der Fall des Bündniſſes vor Augen. Zugleich erging nach den Niederlanden der Befehl zur Rückkehr der Mehrzahl der dort ſtehenden engliſchen Truppen, denn in den drei vereinigten Königreichen befanden ſich nur 4000 Mann. Alsdann ward, ohne Beiſein der zwei Hannoveraner, ein Schreiben an den Kurfürſten berathen. Dasſelbe erforderte längere Zeit, und einer der Räthe ſagte dem Geſandten Bothmar vertraulich ins Ohr, daß der Titel Schwierigkeiten bereitet habe. Bothmar glaubte daraus zu entnehmen, daß man den Eintritt des Todes habe abwarten wollen. Die Vermuthung war nicht richtig. Die ſchwierige Frage war geweſen, ob man dem Kurfürſten als nicht unmittelbar vom königlichen Blute ſtammend, den Titel der königlichen Hoheit geben dürfe oder nicht. Nach längerer Erörterung war die Entſcheidung bejahend ausgefallen.

Das Schreiben, unterzeichnet von etwa vierzig Geheimräthen, meldete dem Kurfürſten, daß alles geordnet ſei, und enthielt weiter die dringende Bitte an ihn, bei der zu erwartenden Todesnachricht ſofort aufzubrechen. Craggs von der Whig-Partei erbot ſich als Courier damit nach Hannover zu gehen. Beim Aufbruche, um elf Uhr Abends

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 658, nach dem mündlichen Berichte des Couriers Gödele.

am 31. Juli 11. August nahm er die Meldung mit, daß die Königin höchstens noch zwei Stunden zu leben haben werde.

Der Tod der Königin jedoch verzog sich bis zum nächsten Morgen, Sonntag dem 1. 12. August, kurz nach sieben Uhr.

König Georg I.

Die ersten fünf Tage der Regentschaft für den König Georg I.

Auf die Todesnachricht trat der große geheime Rath, nach der Abrede des Abends zuvor, wieder in Kensington zusammen, begab sich dann aber bald von dort nach St. James. Dorthin lud der Präsident, Herzog von Buckingham, auch die Vertreter des Kurfürsten, nunmehrigen Königs Georgs I., und wies ihnen ihren Platz an oben an der rechten Seite des Tisches, in einiger Entfernung von demselben.[1])

Die erste Berathung betraf die Anstalten zur Proclamirung des Königs. Weil diese Berathung einige Stunden in Anspruch nahm, so wurden inzwischen die versiegelten Instrumente eröffnet, in welche der Kurfürst, gemäß dem Regentschafts-Gesetze von 1705, die Namen der Regenten eingeschrieben. Nach demselben Gesetze war dies Instrument dreifach ausgestellt, das eine Exemplar in Verwahrung des Erzbischofs von Canterbury, das andere in derjenigen des Lord-Canzlers, das dritte bei dem hannöverschen Residenten Kreyenberg. Nur die letzteren zwei waren anfangs zur Stelle; doch schleppte sich bald auch, alt und krank wie er war, der Erzbischof Tennison von Canterbury herbei. Die Instrumente wurden gleichlautend befunden. Die sieben Personen, die wegen ihres Amtes der Regentschaft angehörten, waren der Erzbischof von Canterbury, der Canzler, der Treasurer, der Präsident des geheimen Rathes, der Geheimsiegel-Bewahrer, der Groß-Admiral, der Oberrichter der Queens Bench. Nach dem Gesetze konnte von dem Regierungs-Nachfolger die dreifache Zahl anderer Persönlichkeiten ernannt werden. Es erfanden sich von dem Kurfürsten aufgezeichnet die Namen: der Erzbischof von York, die Herzöge von Somerset,

[1]) Bothmars Bericht vom 1./12. August.

Shrewsbury, Bolton, Devonshire, Kent, Argyle, Montrose, Roxborough; die Grafen von Pembroke, Anglesea, Carlisle, Nottingham, Abington, Scarborough, Orford; der Viscount Townshend; die Barone Halifax und Cowper, also neunzehn Namen, oder, da sich Shrewsbury schon wegen seines Amtes unter den Regenten befand, achtzehn. Von diesen gehörten vier der Tory-Partei an, nämlich der Erzbischof von York, die Grafen Anglesea, Abington, Nottingham. Jedoch ward der Letzte von Vielen geradezu als Whig angesehen.

Auffallend erschien Manchen die Nicht-Nennung von Marlborough, Sunderland, Wharton, Somers. Diejenige Marlboroughs erklärt sich dadurch, daß der Kurfürst die Liste am 15. Juni aufgestellt, und daß das Schreiben, durch welches Marlborough nach Hannover hin die Absicht seiner Rückkehr nach England kund gab, in Antwerpen erst am 18. Juni datirt war. Die drei anderen waren Mitglieder der früheren Whig-Junta. Es ist möglich, daß der Kurfürst nicht alle Mitglieder dieser Junta hatte ernennen wollen, sondern nur zwei derselben, als welche er die Lords Cowper und Halifax ersah. Sein späteres Verhalten gegen den bereits kränklichen Lord Somers, so wie gegen die Lords Sunderland und Wharton, deutet nicht auf eine Missstimmung gegen sie.

Der Gesandte Bothmar war, wie seine Vorgänger, für den Fall des Todes der Königin, mit einer Vollmacht ausgerüstet, die genau genommen, ihn über die Regentschaft gestellt hätte. Diese Vollmacht war bereits ausgefertigt im August 1710, damals für den Freiherrn von Schütz, den Vater, unterschrieben von der Kurfürstin Sophie. Die Minute trägt dann noch zweimal dieselbe Unterschrift, vom 7. November 1712, für den Gesandten Grote, vom 28. August 1713, für den jüngeren Schütz, endlich diejenige des Kurfürsten, vom 15. Juni 1714, für den Herrn von Bothmar. Diesem Gesandten indessen war es zur Kunde gekommen, daß eine solche eventuelle Vollmacht nach englischem Rechte nicht gültig war. In seinem Berichte über die Verhandlungen vom 1./12. August ist von der Vollmacht nicht die Rede.[1])

Zuerst leisteten dann die Mitglieder des geheimen Rathes den Eid, darauf die Regenten, endlich die Inhaber von hohen Staats-

[1]) Die Minute der Vollmacht in den Robethon-Papieren.

ämtern. Nachdem dies geſchehen, begaben ſich die ſämmtlichen Lords hinab bis vor das Thor des Palaſtes St. James. Dort vernahmen ſie ſtehend und unbedeckten Hauptes die erſte Proclamirung des Königs, um halb zwei Uhr Nachmittags. Die Herolde ritten darauf voran, und es folgte ein langer Wagenzug, voran derjenige des Lord-Canzlers, dann derjenige des Präſidenten des geheimen Raths, Herzogs von Buckingham, der den Geſandten Bothmar zu ſich einlud. Die zweite Proclamation geſchah in Charing Croß, die dritte in Temple Bar. Dort ſtieß der Lord Mayor von London zu dem Zuge und fuhr fortan dem Canzler voran. Die vierte Proclamation erfolgte vor der Bow Church, die fünfte und letzte vor der Börſe.

Die Proclamirung geſchah ſo friedlich und ruhig, wie Stanhope vorher geſehen, und dem Kaiſer gemeldet. Der Jubel des Volkes jedoch übertraf die Erwartungen. Dagegen wurden wider die Lords Oxford und Bolingbroke, die ſich in dem feierlichen Zuge mitbefanden, derartige Aeußerungen des Unwillens laut, daß ſie es für gerathen hielten, vorher durch Nebenſtraßen heim zu gelangen.[1])

Am ſelben Tage ergingen die Befehle den König Georg I. zu proclamiren, durch ganz Groß-Britannien. Es geſchah überall ohne Widerſpruch, auch in Edinburgh.

Die Zufriedenheit der beſitzenden Claſſen gab ſich kund in dem Steigen der Actien der Bank, am erſten Tage um drei Percent.

Gemäß der Succeſſions-Acte trat am ſelben Tage noch, dem 1. 12. Auguſt, das Parlament zuſammen, nämlich diejenigen Mitglieder, die ſich in London befanden. Aber dem Unterhauſe fehlte der Sprecher, Sir Thomas Hanmer, der ſich auf dem Lande befand. Die Geſchäfte der erſten Tage beſtanden daher in den Eidesleiſtungen.[2])

Noch am Sonntage, dem 1./12. Auguſt, hatte Bothmar ſeinen Secretär Gödeke als Courier mit der Todesnachricht nach Hannover abgeſchickt. Am nächſten Tage entſandten die Regenten den jungen Grafen Dorſet von der Whig-Partei, um dem neuen Könige in aller Form ihre Glückwünſche darzubringen und die Bitte um baldige Ueberkunft zu erneuern. Der Admiral Berkeley erhielt das Commando des

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. Auguſt.

[2]) Commons Debates vol. VI, p. 1.

Geſchwaders von 20 Schiffen, welches den König von Holland herüberfahren ſollte. Die Regentſchaft und Bothmar begaben ſich dann nach Kenſington, um das Cabinet der Königin zu eröffnen. Es fand ſich ein nicht vollzogener Entwurf eines Teſtamentes vor, und dann ein verſiegeltes Päckchen, auf welches die Königin eigenhändig geſchrieben, daß es nach ihrem Tode uneröffnet zu verbrennen ſei. Nach kurzer Berathung ward im Kamine ein Feuer angelegt. Als die Briefe, nach Verzehrung der Hülle, auseinander fielen, meinte Bothmar in den zierlichen Schriftzügen die Hand des Prätendenten zu erkennen.[1]) Jedenfalls war es die allgemeine Meinung, daß das Päckchen die von dem Vater Jacob II. und dem Prätendenten empfangenen Briefe der Königin enthalten habe.[2])

Es iſt von Wichtigkeit, dieſe Thatſache der Erfüllung des Willens der Königin Anna hervorzuheben, weil Bolingbroke lange Jahre ſpäter wiederholt das Gegentheil behauptet hat.[3]) Die eine dieſer Stellen, in dem Aufſatze über den Stand der Parteien bei der Thronbeſteigung Georgs I., iſt in aller Beziehung von beſonderem Intereſſe. Bolingbroke ſchreibt wie folgt.

„Welche Anekdoten immer man Ihnen erzählt haben mag — denn Sie ſind zu jung die Vorgänge der Zeiten geſehen zu haben, deren ich gedenken will — welche Voreingenommenheit immer Sie davon haben mögen: betrachten Sie als unzweifelhafte Wahrheiten dieſe Thatſachen, nämlich, daß während der letzten vier Jahre der Königin Anna kein Plan im Gange war, die Thronfolge des Hauſes Hannover zu beſeitigen, und die Krone dem Prätendenten auf das Haupt zu ſetzen, noch daß ſich zu dieſem Zwecke eine Partei gebildet hatte, zur Zeit des Todes jener Fürſtin, deren Gedächtnis ich verehre, während die Irreverenz, mit welcher wir es behandelt geſehen haben, mich mit gerechter Indignation erfüllt. Wenn ein ſolcher Plan im Gange geweſen wäre, ſo gab es während jener Zeit Momente genug, wo die Ausführung nicht ſchwierig, oder ſo gefährlich geweſen wäre,

[1]) Sein Bericht in dem Aufſatze von Schaumann: Geſchichte der Erwerbung der Krone von England u. ſ. w. S. 94.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 17. Auguſt.

[3]) Bolingbroke's works vol. I, p. 32, in der letter to Sir William Wyndham, und vol. III, p. 129, in dem Aufſatze of the state of parties etc.

Männer von mäßiger Entschlossenheit zurückzuschrecken. Auch hätte ein solcher Plan, auch wenn er nicht zur Ausführung gelangte, dennoch nicht so lange hingezogen werden können, ohne einige Spuren zu hinterlassen, die bei den scharfen Untersuchungen nachher hätten zum Vorscheine kommen müssen. Denn es wurden ja die Papiere so mancher Diener der Königin ergriffen, wie selbst auch ihre eigenen, und sogar diejenigen welche sie eingesiegelt hatte, damit man sie nach ihrem Tode verbrennen solle, wurden einer sehr ungebührlichen Durchsicht ausgesetzt. Aber, sehen wir ab von aller Erörterung der Unwahrscheinlichkeit, so verneine ich die Thatsache absolut, und ich habe um so besseren Anspruch, Glauben zu erwarten, weil sie nicht wahr sein konnte ohne meine Kenntnis, oder wenigstens Verdacht derselben, und weil sogar diejenigen, welche daran glaubten — denn nicht Alle, die behaupteten, glaubten auch — keinen Beweis vorzubringen hatten, noch bis auf diese Stunde etwas Anderes haben als leeren Verdacht, nicht eine Autorität, auf die man bauen kann, sondern das Geschrei der Partei."

Es war Bolingbrokes Interesse die Thatsache zu verneinen. Aber damit räumte er sie nicht hinweg. Nicht bloß die Whig Partei hatte Verdacht gegen ihn, sondern auch die Unparteiischen. In Anlaß des völligen Sturzes von Bolingbroke, einige Wochen später, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann: „Damit ist dieser gefährliche Mann beseitigt, dem man hier mit großem Rechte den Namen Phaethon gegeben. Denn Niemand zweifelt daran, daß, wenn die Königin noch zwei bis drei Monate gelebt — wie er sich denn ganz gewis einbildet, daß sie noch den Winter erreichen werde — er nicht den Prinzen von Wales eingebracht, mithin die hiesigen Gesetze, Freiheiten und alles über den Haufen geworfen haben würde."[1])

Dies ist eine Meinung über Bolingbroke. Weniger jedoch auf fremde Meinungen kommt es an als auf sein eigenes Zeugnis. An demselben Tage, dem 2./13. August, an welchem, dem Willen der Königin gemäß, die Regenten in Kensington ihre Correspondenz dem Feuer übergaben, berichtete der französische Gesandte in London, Iberville, an Ludwig XIV.: Mylord Bolingbroke est pénétré de douleur .... Il m'a assuré que les mesures étoient si bien prises,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. September.

qu' en six semaines de temps on auroit mis les choses en tel état qu'il n'y auroit eu rien à craindre de ce qui vient d'arriver.[1])

In der späteren Zeit, nachdem alles ruhig verlaufen war, mochten die weniger Kundigen allerdings ein Erſtaunen ausſprechen über das Aufbieten ſo bedeutender Streitkräfte zu Waſſer und zu Lande, ſowohl in England wie in der Republik, gegen einen Prätendenten, der tief landeinwärts in Bar-le-Duc weilte. Aber die Reden im Oberhauſe, vom 26. Juni 7. Juli, haben dargethan, daß nicht ſo ſehr gegen den Prätendenten als ſolchen die Beſorgnis ſich richtete, ſondern gegen ihn als den Schützling Frankreichs. Es war überhaupt, wie jede Kundgebung jener Tage beweiſt, in Europa die allgemeine Meinung, daß Ludwig XIV. im geeigneten Falle zu Gunſten des Prätendenten eintreten würde. Dieſe Meinung indeſſen war, wie wiederholt ſchon angedeutet, nicht richtig. Ein erſter Fingerzeig deſſen lag in der Entſendung des Marſchalls Berwick nach Spanien, zu einer Zeit wo täglich in Europa die Frage erörtert wurde, wie lange noch das Leben der Königin dauern könne. Auf die Nachricht ihrer ſchweren Erkrankung und vor derjenigen ihres Todes ſchrieb Prior aus Paris an Bolingbroke: „Dieſer Hof, und der König beſonders, ſcheinen bei dieſer traurigen Lage der Dinge ſehr bekümmert zu ſein. Die ſorgfältigſte Nachforſchung ergibt mir nicht, daß etwas für den Prätendenten im Werke iſt.“[2]) Demnach iſt anzunehmen, daß Ludwig XIV., auch bevor er die Nachrichten über den Verlauf der Dinge in England nach dem Tode der Königin erhielt, entſchloſſen war, dort nicht einzugreifen. Dieſe Anſicht wird beſtätigt durch das Verhalten ſeines Geſandten Iberville in London. Am Tage nach dem Tode der Königin erſchien er bei dem hannöverſchen Geſandten Bothmar, um ihm zur Acceſſion des Königs Georg I. Glück zu wünſchen. Die Ausdrücke klangen freilich etwas gezwungen. Zu Anderen redete Iberville, daß er ſich deſſen nicht habe entübrigen können, nachdem ſein König in dem Friedensvertrage mit Groß-Britannien die Succeſſion des Hauſes Hannover anerkannt habe.[3])

---

[1]) Lord Mahon's, History of England vol. I, p. 97.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 644.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 14. Auguſt.

Die Stimmung der Regentſchaft in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten war, wie ſchon jenes Schreiben Stanhopes (S. 633) vermuthen läßt, ſo günſtig für den Kaiſer, daß der Reſident Hoffmann an ſie die Bitte richtete, etwas für die Catalonier und namentlich für das bedrängte Barcelona zu thun. Man erkannte an, daß es ſich dort um die Ehre Englands handele. Aber die Regentſchaft hielt ſich zum Eingreifen nicht befugt, ſondern wies die Sache an den König.[1] Die Verſuche der Verwendung kamen bereits zu ſpät.

Dagegen ergab ſich im auswärtigen Amte der Entwurf einer Allianz wider den Kaiſer, betrieben von dem Herzoge Victor Amadeus. Auf die Anfrage der Regenten antwortete Bolingbroke, daß der Zweck nur defenſiv geweſen ſei, um den Ruheſtand in Italien zu verbürgen. Allein, da die Spitze einer ſolchen Allianz ſich jedenfalls wider den Kaiſer richten würde, ſo erhielt Prior in Paris den Befehl, in der Angelegenheit keinen weiteren Schritt zu thun.[2]

Auch in Betreff Portugals richtete ſogleich die Regentſchaft an den König die Vorſtellung, daß es erforderlich ſei, von Spanien eine kategoriſche Erklärung zu verlangen, damit endlich der Friede zwiſchen Spanien und Portugal abgeſchloſſen werden könne. In der Vorausſicht der Beiſtimmung des Königs erließen die Regenten ſofort dieſe Zuſicherung nach Portugal.[3]

Nachdem unterdeſſen die Parlaments-Mitglieder ſich angeſammelt, begaben ſich, am 5./16. Auguſt, die Regenten in das Oberhaus und ließen, nach der üblichen Weiſe, das Unterhaus an die Schranken beſcheiden. Der Lord Canzler Harcourt führte im Namen der Regentſchaft das Wort. Nach einem kurzen Ueberblicke des Geſchehenen richtete er an das Unterhaus die Mahnung, daß, nachdem durch den Tod der Königin mehrere Zweige des öffentlichen Einkommens erledigt ſeien, das Unterhaus diejenigen Anordnungen treffen möge, die der Ehre und der Würde der Krone entſprächen. — An beide Häuſer ſich wendend, mahnte er dann zur vollkommenen Einigkeit.[4]

[1] Hoffmanns Bericht vom 6./17. Auguſt.
[2] Desgleichen vom 10./21. Auguſt.
[3] Lamberty t. VIII, p. 782. Vom 8./18. Auguſt.
[4] Commons Debates vol. VI, p. 2.

Das Unterhaus beſchloß einſtimmig eine Adreſſe an den König, und genehmigte eben ſo einſtimmig am nächſten Tage den von Bromley vorgelegten Entwurf derſelben. Die Adreſſe enthielt die Verſicherung, daß das Unterhaus bis aufs äußerſte das unzweifelhafte Recht des Königs auf die kaiſerliche Krone von Groß-Britannien gegen den Prätendenten und wer immer es ſei, vertheidigen wolle. Es folgte die erneuerte Bitte um die baldige Ueberkunft, und dann das Verſprechen, den öffentlichen Credit der Nation aufrecht zu halten und alle früheren Bewilligungen des Parlamentes gut zu machen.

Die Bezeichnung der kaiſerlichen Krone von Groß-Britannien erfordert hier eine Bemerkung. Sie iſt nicht etwa, wie man ſpäter oft angenommen hat, eine Conſequenz der Union von England und Schottland, ſondern ward auch früher, bei wichtigen Anläſſen, z. B. in der Succeſſions-Acte von 1701, für die Krone von England allein angewandt. Die Bezeichnung hat den Zweck, die Unabhängigkeit der Krone von England von jeder anderen weltlichen Macht auszuſprechen, auch von dem römiſchen Kaiſerthume, mit welchem ſich in den früheren Zeiten der Anſpruch auf das Imperium mundi verband. Damals war dem römiſchen Kaiſer deutſcher Nation nur noch das Ehrenrecht des erſten Ranges verblieben.[1])

In Folge des Eindruckes der Adreſſe des Unterhauſes ſtiegen an dem einen Tage die Werthpapiere um ſieben Percent, ſo daß die Steigerung in den fünf Tagen ſeit dem Tode der Königin bereits elf Percent betrug. „Daraus, fügt der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſeinem Berichte hinzu, iſt mehr als aus allem Anderen abzunehmen, wie ſehr ſich die hieſigen Dinge auf einmal geändert haben, wie dann der Königin, auch ſogar unter dem gemeinen Volke ſelbſt, faſt nicht mehr

[1]) Chamberlayne: the present state of Great Britain 1710, p. 46: He (the king of England) holdeth not his Kingdom in Vassalage, nor receiveth his Investiture or Installation from another: allows no Superiority to any, but God only. Not to the Emperor, for Omnem potestatem habet Rex Angliae in Regno suo quam Imperator vendicat in Imperio; and therefore the Crown of England hath been declared in Parliament, long ago, to be an Imperial Crown.

He acknowledges only Precedence to the Emperor, Eo quod Antiquitate Imperium omnia Regna superare creditur.

anders gedacht wird, als mit der Reflexion, daß es ein Glück für die Nation geweſen, wenn ſie vor drei Jahren geſtorben wäre.“[1])

Indem ſomit nach dem Tode der Königin die Erinnerungen an die ruhmreiche Zeit vor 1711 wieder wach wurden, kam dieſe Stimmung derjenigen Perſönlichkeit zu gute, die zu dieſem Kriegesruhme hauptſächlich beigetragen hatte, dem Herzoge von Marlborough. Aber weshalb kam Marlborough? Dieſe Frage tritt hier abermals heran. Ein Schriftſteller jener Zeit behauptet, jedoch ohne nähere Angabe, daß er von Bolingbroke gerufen ſei.[2]) Thatſache iſt, daß er in Oſtende mit der Ueberfahrt gewartet, bis der Kampf zwiſchen Oxford und Bolingbroke zu Gunſten des letzteren entſchieden war. Am Todestage der Königin landete er in Dover. Von da an geſtaltete ſich ſeine Fahrt durch das Land zu einer Art von Triumphzuge. „Er hielt ſeinen Einzug in die Stadt, meldet Bothmar, unter dem Zurufe des Volkes, als hätte er abermals eine Schlacht von Höchſtädt gewonnen. Für den Fall daß der Prätendent einen Verſuch macht, wird er von großem Nutzen ſein. Es iſt ihm nicht angenehm, daß er nicht ein Mitglied der Regentſchaft iſt, und daß, außer dem Könige, überhaupt Jemand in dieſem Lande höher ſteht als er.“[3])

König Georg I. in Hannover.

Wegen eines Beſuches des Königs Friedrich Wilhelm I. in Hannover hatte ſich die erſte Audienz des Grafen Clarendon bei dem Kurfürſten verzögert bis zum 27. Juli/7. Auguſt, dem Tage, wo in Kenſington Oxford entlaſſen wurde. Demnach iſt die Sendung Clarendons für die weitere Entwickelung der Dinge in London bedeutungslos, und es kommt nur darauf an, die Thatſachen in Hannover feſtzuſtellen. Alſo erſt am 7. Auguſt überreichte Clarendon die von Bolingbroke verfaßte Antwort, vom 19./30. Juni (S. 602), auf die kurfürſtliche Denkſchrift vom 7. Mai (S. 570). Der Kurfürſt gab

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. Auguſt.

[2]) Rapin Thoyras vol. IV, p. 345.

[3]) Bericht vom 6./17. Auguſt in Macpherson's Original papers vol. II, p. 640.

ihm wiederholt die Versicherung, daß er alles thun werde, mit der Königin in guten Beziehungen zu bleiben, daß er von Niemandem sonst in England abhange und nicht abhangen wolle. Clarendon meldet, daß der Kurfürst bis dahin den früheren Gesandten Schütz nicht vorgelassen habe. Er beobachtete, daß die Hannoveraner mit großer Werthschätzung von dem Kurfürsten redeten, und eben so von dessen Bruder, dem Herzoge Ernst August. Er fand einen scharfen Gegensatz zwischen den Ministern Görz, dem Präsidenten der Finanzen, den er als sehr brav bezeichnet, und Bernstorf, der sich völlig von dem Rath Robethon leiten lasse. Ueber diesen letzteren lautet Clarendons Urtheil sehr ungünstig, jedoch ohne Anführung einer Thatsache. Die anderen Minister Platen, Elz, Bussche mengen sich nur in so weit in die auswärtigen Geschäfte, als der Kurfürst sie befragt.[1])

Auch das gleichzeitige Urtheil des Generals Schulenburg lautet über Robethon sehr ungünstig, ebenfalls ohne Angabe einer Thatsache. Es ist dabei zu bemerken, daß Schulenburg eben so wie sein Correspondent Steingens in London, sich bemüheten in der Angelegenheit der Succession eine Mitwirkung zu erlangen.[2])

Eben dieser Eifer Schulenburgs mag einigen Einfluß geübt haben auf sein schon früher (S. 516) berührtes Urtheil über den Kurfürsten. Während schon die Königin Anna in Kensington im Todeskampfe lag, am 10. August, schrieb Schulenburg, dessen unkundig, an Steingens in London: „In Betreff der hauptsächlichen Persönlichkeit ist es sicher, daß über den Ausgang der fraglichen Angelegenheit er sich sehr indifferent verhält, und ich glaube behaupten zu dürfen, daß, wenn sie heute zur Reife gelangte, er sich sehr unglücklich fühlen würde, seinen Aufenthalt, in welchem er sich mit Kleinigkeiten ergötzt, Ehren halber verlassen zu müssen, um eine so hochragende Stellung einzunehmen. Er ist begabt mit allen für einen vollendeten Edelmann erforderlichen Eigenschaften, aber in keiner Weise mit denen eines Souveräns."[3])

Am 4./15. August erstattete Graf Clarendon von Hannover aus abermals Bericht an den Staats-Secretär Bromley. Von irgend

[1]) Coxe: Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 43.

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 542 u. f.

[3]) A. a. O.

welcher Kunde der Veränderung der Dinge in England zeigt ſich in dieſem Berichte noch keine Spur.[1])

Vom Morgen des 5./16. Auguſt an trafen die Couriere aus London in Hannover ein. Zuerſt Robert Gardner, der am Abende des 10. Auguſt von London aufgebrochen war, einige Stunden ſpäter Craggs, angeſehenes Mitglied der Whig-Partei, der am Abende des 11. abgereiſt war. Er überbrachte das Schreiben des geheimen Rathes über die getroffenen Maßregeln. Am Morgen des 6./17. kam der Secretär Gödeke an mit der entſcheidenden Nachricht, vom 1./12. Auguſt, ſowohl des Todes der Königin als der Proclamirung des Königs Georg I. Die Ankunft des von der Regentſchaft entſandten Grafen Dorſet verzog ſich bis zum Abend des 8./19. Auguſt.[2]) Er war der erſte vornehme Engländer, der nach engliſcher Weiſe ſeinen König Georg I. knieend begrüßte.[3])

Georg I. nahm die Krone an, die ſo ihm dargeboten wurde, in dem Vollbewußtſein, daß er für ein Trachten nach derſelben niemals einen Schritt gethan. Er ſo wenig, wie ſein Vater, oder ſeine Mutter, hatten im geringſten zum Sturze des Hauſes Stuart beigetragen. Vielmehr hatte die unter ihnen zunächſt betheiligte Perſönlichkeit, die Kurfürſtin Sophie, die Mutter Georgs I., zu wiederholten Malen ihre Stimme zu Gunſten ihrer Verwandten in St. Germain erhoben, des Vaters wie des Sohnes. Sie hatte dies gethan im Jahre 1688, im Jahre 1700, und in ihren Wünſchen noch ſogar im Jahre 1708. War dem Hauſe Stuart ein Unrecht geſchehen, ſo trugen weder Sophie, noch Georg daran eine Mitſchuld.

Und auch ferner hatten ſie ſich an engliſchen Angelegenheiten nicht betheiligt. Sie hatten von Anfang an den Grundſatz aufgeſtellt,

[1]) Coxe: Sir Robert Walpole vol. II, p. 43.

[2]) Tägliche Berichte von Hannover aus an den Grafen Schönborn in Braunſchweig, im k. k. Archive.

[3]) Der Bericht in Herrn v. Malorties Beiträgen zur Geſchichte u. ſ. w., Heft I, S. 56, ſcheint mir nicht haltbar. Der hannöverſche Geſandtſchafts-Secretär Gödeke, der die entſcheidende Nachricht brachte, hat wohl nicht zuerſt den Grafen Clarendon aufgeſucht. Dieſer, in dem Berichte vom 17. Auguſt, bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 646, ſagt nichts dergleichen. Vielleicht hat die Tradition Clarendon und Dorſet verwechſelt. Aber der letztere, der ausdrücklich an den König geſandt war, traf erſt am Abende des 19. ein. – Von einer Deputation des Parlamentes nach Hannover findet ſich nichts in den Verhandlungen deſſelben.

anzunehmen, was vom Souverän und Parlamente gemeinsam ihnen dargeboten wurde, jedoch keine Partei dort zu kennen, in keiner Weise sich in die inneren Angelegenheiten Englands einzumischen. Ungeachtet aller Bitten, Vorschläge, Mahnungen, Vorwürfe hatten sie an diesem Grundsatze unverbrüchlich festgehalten. Die Sache der Thronfolge war von Anfang an bis zur Eröffnung derselben eine lediglich englische Angelegenheit geblieben.

Georg I. nahm die Krone an, obwohl, nach Allem, mit Sicherheit gesagt werden kann, daß die Annahme seinen Neigungen und Wünschen nicht entsprach. Es handelte sich dabei nicht bloß um Neigungen und Wünsche persönlicher Art. Freilich dürfen auch diese nicht gering angeschlagen werden. Die Annahme legte dem vierundfünfzigjährigen Fürsten, der geehrt und geliebt von seinen Unterthanen, hoch angesehen unter den Mitfürsten im Reiche, fest und sicher daheim auf eigenem Boden saß, die Verpflichtung auf, hinüber zu siedeln in ein fremdes Land, die Regierung einer Nation zu übernehmen, deren Sitten und Gesetze er nicht kannte, deren Sprache er nicht redete, höchstens mangelhaft verstand, einer Nation endlich, die, wie damals seit siebenzig Jahren die Dinge lagen, als die veränderlichste, unbeständigste in Europa galt. Wichtiger indessen war die politische Seite der Sache. Der Vater Ernst August hatte mit Kraft und Ausdauer das Bestreben verfolgt, die Geltung seines Hauses und des sächsischen Volksstammes, den es in höherem Maße als irgend ein anderes Fürstenhaus vertrat, und mit dem es seit sechs Jahrhunderten in Freud und Leid verwachsen war, im Reiche herzustellen. Georg I. hatte das Erbe auch dieses politischen Strebens seines Vaters übernommen und mit Erfolg. Nun aber trat diese englische Thronfolge an ihn heran. Sicherlich hat Georg I. sich von Anfang an kein Hehl darüber gemacht, daß fortan England mehr als Hannover seine Thätigkeit in Anspruch nehmen, und daß er in seinem Streben für dies sein Heimatland jenseit des Meeres auf Hindernisse stoßen würde. Dies um so mehr, da die Successions-Urkunde von 1701, also der Vertrag selber, durch welchen er die Krone übernahm, die Bestimmung enthielt: fortan solle keine Persönlichkeit, die zum Besitze der Krone gelange, den Boden der drei Länder England, Schottland, Irland verlassen dürfen ohne Einwilligung des Parlamentes.

Die verschiedenen Stimmungen in Hannover prägen sich aus in einem vertraulichen Schreiben des Herzogs Ernst August, den die Mutter, die Kurfürstin Sophie, als den Schatten seines Bruders, des Kurfürsten, zu bezeichnen pflegte. „Die neue Würde, schreibt er, verursacht hier unterschiedliche Gesichter. Einige weinen, Andere sind außer sich vor Freude. Ich kann nicht sagen, daß ich zu den Letzteren gehöre.“[1])

Der Kurfürst bedurfte nicht Englands, aber England bedurfte seiner. Die britische Nation setzte auf ihn das Vertrauen und die Hoffnung, durch ihn bewahrt zu bleiben vor dem Bürgerkriege, durch ihn den inneren Frieden, ihre Rechte, ihre Freiheiten gesichert zu sehen. Der Ruf dahin war, wie die Dinge lagen, einstimmig: es war der Ruf einer gesammten Nation. Es mochten Zweifel sich regen, ob die glatte Oberfläche dieser Einstimmigkeit nicht doch auch Elemente des Sturmes in sich berge; es mochten Bedenken laut werden, ob nicht die Abwesenheit im fremden Lande der Heimat zum Nachtheile gereiche: die Annahme der Krone, die eine Nation in ihrer Gesammtheit durch ihre berufenen Vertreter entgegen trug, war eine Ehrenpflicht.

Und endlich war die Annahme eine Ehrenpflicht gegenüber dem übrigen Europa. Es war nun ein halbes Jahrhundert, daß die Herrschsucht Ludwigs XIV. immer erneuten Krieg über die Völker gebracht hatte. Was seine Person betraf, so war, wie es sich dann bald herausstellte, der Krater nunmehr ausgebrannt: er selber hatte nur noch den Wunsch des Friedens für seine letzten Tage. Aber die Erinnerung an alle Noth und allen Jammer, den die Politik dieses Einen Mannes über Europa gebracht, war frisch und lebendig. Und aus derselben erwuchs die Furcht vor der Erneuerung des Krieges, wenn es Ludwig XIV. gelänge, den Sohn Jacobs II., den er im Jahre 1701 als König von England proclamirt hatte, auf den Thron von England zurückzuführen. Denn ein Jacob III. auf dem Throne von England erschien für Europa gleichbedeutend mit der französischen Vasallenschaft dieses Königreiches. Dies hatte vor Allem die Republik der Niederlande zu fürchten. Denn wenn auch die Engländer geneigt waren zu

[1]) An die Raugräfin Louise, 25. August 1714. Im Degenfeld-Schonburgischen Archive in Eybach.

vergessen, daß die Waffen der Republik unter der Führung des Oraniers zuerst und hauptsächlich die Umwälzung von 1688 herbei geführt, so war doch mit großer Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß ein König Jacob III. des wirklichen Sachverhaltes von 1688 gegenüber der Republik genauer eingedenk sein würde.

Der Gesandte Bothmar hatte dem hannöverschen Residenten Klinggräf im Haag das eventuelle Schreiben des Kurfürsten an die Generalstaaten für den Fall des Todes der Königin Anna hinterlassen. Auf das Eintreffen der Nachricht im Haag, am 15. August, reichte Klinggräf es ein. Es enthielt die Aufforderung an die Generalstaaten, den Vertrag der Garantie für die Succession zu erfüllen. Noch am selben Tage erfolgte die Antwort an Klinggräf. Zugleich entsandten die Generalstaaten an den neuen König einen Courier mit einem Schreiben, in welchem sie erklären: „Die Erwägung, wie sehr bei der Thronfolge in England die Erhaltung unserer Religion, die Sicherheit unserer Republik, und die Freiheit von ganz Europa betheiligt sind, hat uns den festen Entschluß fassen lassen, unseren Verpflichtungen zu genügen und alles was wir in den Verträgen, besonders in demjenigen der Garantie, versprochen haben, zu erfüllen, und wir sind um so mehr dazu angefeuert durch die festen Versicherungen, die Ew. Majestät von Ihrer freundlichen Gesinnung für uns gegeben haben." Endlich bitten sie den König, seine demnächstige Reise nach England über das Territorium der Republik zu nehmen.[1])

Eine entsprechende Antwort erhielt der Botschafter Strafford auf seinen Vortrag, obwohl er dabei eingestehen mußte, von der Regentschaft keine Kunde erhalten zu haben. In den nächsten Tagen nahm man mit Erstaunen die Veränderung wahr, die in dem Verhalten dieses bisher so hochfahrenden Mannes vorging. „Er ist geschmeidig geworden wie ein Handschuh" — berichtet einer der hannöverschen Secretäre im Haag. Die Holländer erklärten dies dahin, daß nun seine wahre Natur zu Tage trete, daß er früher sich anders benommen habe nach den Weisungen des Ministeriums Oxford-Bolingbroke.[2])

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. VIII, p. 665 et suiv.

[2]) Lamberty t. VIII, p. 671. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 647.

Wie in England, so wurden auch in den Niederlanden die Vorbereitungen darauf hin getroffen, als werde Ludwig XIV. dem Prätendenten eine Waffenmacht zur Verfügung stellen. Wie jedoch Iberville in London schon am Tage nach dem Tode der Königin dem Gesandten Bothmar ausgesprochen, daß Ludwig XIV. dem Utrechter Frieden gemäß den neuen König anerkennen werde, so übersandte Strafford aus dem Haag, am 23. August, nach Hannover eine von Prior in Paris erhaltene Erklärung dieser Bereitwilligkeit sowohl von Seiten Ludwigs XIV. als Philipps V.[1])

Es fragte sich also um das Verhalten des Prätendenten.

Der Prätendent.

Auf die Nachricht von dem Schlaganfalle der Königin verließ er in der Stille Bar-le-Duc, um sich nach Paris zu begeben. Als er bis Chantilly gelangt war, trat ihm ein Abgesandter Ludwigs XIV. entgegen, mit dem Ausdrucke der Ueberraschung, daß er Bar-le-Duc verlassen, und mit der Aufforderung dahin zurückzukehren, weil nach dem Frieden von Utrecht der König nichts für ihn thun könne. Der Prätendent ließ erwiedern, daß er nach England hinüber wolle mit nur zwei oder drei Begleitern, um zu versuchen, den Thron seiner Ahnen wieder zu gewinnen. Es erfolgte von Versailles aus die Antwort, daß nach den Seehäfen das Verbot seiner Einschiffung ergangen sei, daß ihm daher nur die Rückkehr übrig bleibe, und daß der König Gehorsam fordere.[2])

So ward es sofort nach allen Seiten verkündet, und die Geflissentlichkeit, mit welcher dies geschah, läßt eine besondere französische Absicht dabei vermuthen. Bolingbroke erzählt, später von dem Prätendenten vernommen zu haben, es sei alles nach Vereinbarung geschehen, damit, wo die Hoffnung für die Sache des Prätendenten verloren schien, die Meinung von seinem Charakter erhalten bliebe.[3]) — Dies kann doch nur heißen, daß die französische Politik dem Präten-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 646.
[2]) Lamberty t. VIII, p. 672.
[3]) Bolingbroke's works vol. I, p. 28.

denten diejenige Hülfe, die sie ihm für den Augenblick versagte, für die Zukunft in Aussicht stellte. Wenn dies sich so verhält, so war der Prätendent, indem er nicht zu der Erkenntnis kommen konnte, daß eins der wesentlichen Hindernisse gegen seine Herstellung gerade die Verbindung mit Frankreich war, und daß England niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen würde, abermals der Geprellte.

Es blieb ihm zur Zeit als einziges Mittel übrig eine Protestation. Er erließ dieselbe zu Plombieres, am 29. August.

Der Protest berührt zuerst mit wenigen Worten die Revolution von 1688, den, wie sie sagt, Umsturz der englischen Monarchie. Aber es fehlt dabei die Erwähnung der für den Sturz des Hauses Stuart entscheidenden Thatsache, der freiwilligen Flucht Jacobs II., so wie der Königin mit dem Kinde, nach Frankreich.

Ueberhaupt scheint bei der Abfassung dieser Protestation dem Sohne Jacobs II. noch nicht die Erkenntnis aufgegangen zu sein, daß der Fehler und das Unglück ihrer beider, des Sohnes wie des Vaters, bestanden hatte in ihrer Dienstbarkeit für die Politik Ludwigs XIV., und daß darum seit nunmehr sechsundzwanzig Jahren die Sache der Dynastie Stuart in den Augen der Mehrzahl der Engländer gleichbedeutend erschien mit demjenigen, was sie unter France and popery sich vorstellten. Der Prätendent berief sich auf die vielfachen Versicherungen, die er gegeben, daß im Falle seiner Herstellung die Gesetze des Landes die Richtschnur seines Handelns sein würden; aber er wurde sich nicht klar darüber, warum diese Versicherungen keinen Glauben fanden.

„Alles dies Entgegen-Kommen von unserer Seite, sagt weiter die Protestation, hat nichts gefruchtet. Die guten Absichten der Prinzessin unserer Schwester zu unseren Gunsten, die uns bekannt waren, und darum uns für die letzten Jahre zur Unthätigkeit bewogen, haben nicht ausgeführt werden können, weil der Tod sie überraschte. Und so ist es gekommen, daß man, anstatt die günstige Gelegenheit zur Herstellung des Rechtes zu benutzen, wider das unvertilgliche Erbrecht der Krone einen fremden Fürsten zum Könige proclamirt hat."

Die Behauptung während der letzten Jahre unthätig geblieben zu sein, war doch nur in Bezug auf einen Angriff von außen richtig. Dagegen waren die Jacobiten im Parlamente, und zwar nach dem

Willen des Prätendenten, thätig genug gewesen, für sich und ihre Sache, wie sie meinten, in der Wirklichkeit für Oxford einerseits und andererseits für die französische Politik, welche beide sie gebrauchte, wozu sie ihnen gut waren, und dann sie preis gaben.

Die Protestation des Prätendenten legte das letzte Verhalten Ludwigs XIV. gegen ihn dar mit den Worten: „Auf die erste Nachricht, die wir von dem Stande der Dinge in England erhielten, brachen wir von unserer gewöhnlichen Residenz auf, um uns an irgend einen Ort in unseren Königreichen zu begeben, in der Absicht uns an die Spitze derjenigen unserer getreuen Unterthanen zu stellen, die geneigt sein würden, unsere Rechte zu behaupten und sich mit uns der fremden Invasion zu widersetzen; aber, indem wir quer durch Frankreich reisten, um uns einzuschiffen, wurde, mit Berufung auf die Verpflichtungen, die man in dem letzten Friedensvertrage eingegangen, uns nicht bloß jegliche Hülfe verweigert, sondern auch sogar unserer Durchfahrt Widerstand entgegen gesetzt, so daß wir genöthigt wurden, nach Lothringen zurückzukehren."

Die Protestation schließt mit der Betheuerung des Prätendenten, sein Recht nicht lassen zu wollen als mit dem Leben.

Fortgang der Dinge in England.

Unterdessen nahmen die Dinge in England weiter ihren friedlichen Verlauf. Im Unterhause handelte es sich zunächst darum die Bewilligung der Mittel für den königlichen Haushalt, die mit dem Tode der Königin Anna erloschen war, auch für Georg I. durchzusetzen. Der Betrag war 650.000 Pfund Sterling. Von jacobitischer Seite wurde, nicht in wohlwollender Absicht, der Versuch gemacht, für den König den Betrag auf eine Million zu erhöhen.[1]) Man ging darüber hinweg. Dagegen brachte Horace Walpole die Forderung der Rückstände für die hannöverschen Truppen von 1712 wieder ein, zum Betrage von 65.000 Pfund Sterling, die einige Wochen zuvor abgelehnt war. Einige Mitglieder, die damals dagegen gestimmt, erklärten,

[1]) Commons Debates vol VI, p. 4. — Lord Mahon, History of England vol. I, p. 102.

daß sie zuvor über die Sachlage irrthümlich unterrichtet gewesen seien, und deshalb nach besserer Kenntnis nun dafür stimmen würden. — Es ward dann von jacobitischer Seite der Versuch gemacht, die 100.000 Pfund Sterling zu streichen, die als Preis auf die Gefangennahme des Prätendenten gesetzt waren. Dagegen schlug die Erwiederung durch, daß, wenn der Prätendent keinen Landungsversuch unternehme, dieser Betrag der Nation nicht zur Last fallen, im anderen Falle aber wohl angewendet sein werde.[1])

Bei der obwaltenden Stimmung der Gemüther handelte es sich bei diesen Bills fast nur um die Beobachtung der Formen.

Inzwischen kehrte der von der Versammlung des geheimen Rathes noch vor dem Tode der Königin entsendete Craggs von Hannover zurück, am 13./24. August. Er brachte ein Dankschreiben des Königs an den geheimen Rath zurück, so wie auch bereits ein solches an die Regentschaft. Der König gab darin kund, daß er mit seinem Sohne, dem Kurprinzen, gegen das Ende des Monates aufbrechen, die Kurprinzessin später folgen werde. Beide Schreiben wurden dem Parlamente mitgetheilt.[2]) Es bedurfte dabei keiner Uebersetzung. Denn, so wenig auch die Mitglieder des kurfürstlichen Hauses der englischen Sprache kundig waren, der Rath Robethon, als langjähriger Secretär Wilhelms III., sprach und schrieb sie mit voller Gewandtheit.

Der Gesandte Bothmar eröffnete der Regentschaft einen besonderen Wunsch des Königs. Gemäß der englischen Rangordnung hatte fortan der Kurprinz als ältester Sohn des Königs den Titel des Herzogs von Cornwall. Derjenige des Prinzen von Wales erforderte die ausdrückliche Ernennung auf englischem Boden. Bothmar ersuchte die Regentschaft, die Dinge so vorzubereiten, daß der König sofort bei seinem Betreten des englischen Landes die Ernennung vollziehen könne.[3])

Ein anderer Wunsch des Königs klang der Regentschaft minder erfreulich. Georg I., dem Gepränge abhold, ließ andeuten, daß es ihm lieb sein würde, ohne Ceremonien in London einzuziehen. Die Regentschaft dagegen erwiederte, daß es nicht bloß nützlich, sondern sogar

---

[1]) Commons Debates vol. VI, p. 5.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 24. August.

[3]) Derselbe Bericht.

nöthig ſein werde, der Hauptſtadt das Schauſpiel eines feierlichen Einzuges zu geben. Sie ſchlug daher vor, daß der König Georg dem Beiſpiele Wilhelms III. nach dem Frieden von Ryswyck folgen möge. Wilhelm III. ſei in Greenwich ausgeſtiegen und über Nacht geblieben. Dort ſeien am nächſten Tage die Pairs des Königreiches vor ihm erſchienen, um dann ihm beim feierlichen Einzuge in London das Geleite zu geben.[1])

Craggs brachte ferner eine Ernennung mit, welche die Meinung, als habe der König den Namen Marlboroughs wegen des unaufrichtigen Verhaltens vor dem Feldzuge von 1708 nicht in die Regentſchafts-Liſte eingeſetzt, als irrig darthat. Daß der Kurfürſt ihm jenes Verhalten nicht nachtrug, hatte Marlborough zur Genüge bereits erfahren im Auguſt 1710. Nun aber, wo es bekannt war, daß Marlborough ſich wieder in England befand, brachte Craggs ihm das Diplom der Ernennung zum General-Capitän der Streitkräfte in Groß-Britannien und Irland. Das Diplom, in engliſcher Sprache, iſt auch deshalb merkwürdig, weil es, aller Wahrſcheinlichkeit nach, das erſte iſt, welches Georg I. als König unterzeichnet hat. Denn es trägt das Datum des 6. 17. Auguſt, desſelben Tages, an welchem der Courier Bödeke mit der Todesnachricht in Hannover angekommen war.[2]) Desgleichen überreichte Bothmar im Namen des Königs dem Grafen Orford das Diplom der Ernennung zum Groß-Admiral. Orford jedoch entgegnete: er wünſche, daß dieſe Ernennung zunächſt geheim bleibe. Auch Marlborough war in Betreff der ſeinigen der Anſicht, daß man bis auf die Ankunft des Königs die Dinge lieber im bisherigen Stande belaſſen ſolle.[3]) — Es ſcheint alſo, daß ſie die Ernennung unter einem fremdländiſchen Siegel nicht als gültig für England betrachtet haben.

Unterdeſſen erledigte das Unterhaus in aller Form die Geld-Bills, und ſandte ſie hinauf an das Oberhaus, welches wiederum ſie

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. Auguſt.

[2]) Die Minute, aber mit der vollen Unterſchrift George R., ohne Gegenzeichnung, in den Robethon Papieren in Hannover. Das Siegel zur Linken iſt das kurfürſtliche mit der Umſchrift: Georgius Ludovicus D. G. dux Br. et Lun. S. R. I. Archithesaurarius et Elector.

[3]) Bothmars Bericht in der Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen. Jahrgang 1883. S. 58.

zurückgab ohne jegliche Aenderung. Am 21. August 1. September begaben ſich die Regenten in das Oberhaus, und ließen, nach üblicher Weiſe, das Unterhaus vorladen. Der Sprecher desſelben begleitete die Uebergabe der Bill für den königlichen Haushalt mit einer Rede, in welcher er hervorhob, daß das Unterhaus für dieſe Bewilligung jegliche Beſchleunigung aufgewandt, welche die Formen des Verfahrens geſtatten, damit der König bei ſeiner Ankunft in den Beſitz eintrete wie durch ein nicht unterbrochenes Erbrecht. — Die Regenten ſanctionirten die vorgelegten Bills.[1])

Dann ſprach im Namen der Regentſchaft der Lord-Canzler dem Parlamente Dank aus für die überzeugenden Beweiſe des bewieſenen Pflichteifers, insbeſondere dem Unterhauſe für die Bewilligungen. „Seien Sie verſichert, ſagte er, daß die Einſtimmigkeit, die Freudigkeit, die Schleunigkeit, welche Sie bei dieſen Bewilligungen an den Tag gelegt, ſie Sr. Majeſtät noch um ſo angenehmer machen.“ Er erſuchte dann beide Häuſer, ſich ſelber bis auf die nächſte Woche zu vertagen.

Dies geſchah in der Erwartung der Antworten des Königs auf die Adreſſen beider Häuſer des Parlamentes. Sie trafen ein am 25. Auguſt/5. September. Diejenige an das Oberhaus ſchloß mit den Worten: „Ich werde es mir zur beſtändigen Sorgfalt machen, Euere Religion, Geſetze und Freiheiten unverletzlich zu bewahren, und die Ehre und das Gedeihen meiner Königreiche zu befördern.“ Diejenige an das Unterhaus, weſentlich desſelben Inhaltes, fügte eine beſondere Anerkennung hinzu für das Bemühen, den öffentlichen Credit aufrecht zu halten.[2])

Alsdann erfolgte die Vertagung im Namen des Königs, dies Mal als Vorbote der Auflöſung.

Wie dasſelbe Parlament, in welchem wiederholt die Jacobiten gehofft hatten, die Mehrheit erringen zu können, ſeit dem Tode der Königin wie völlig verwandelt erſchien, ſo gab ſich auch auf andere Weiſe vielfach kund, daß ein anderer Luftſtrom über das Land zog

---

[1]) Commons Debates vol. VI, p. 6.

[2]) Die Antworten in Lords Debates vol. III, p. 2, und Commons Debates vol. VI, p. 8.

als zuvor. Der Erste, der dies in unangenehmer Weise erfuhr, war der von dem Ministerium Oxford-Bolingbroke mit besonderer Gunst behandelte Lord Peterborough. Auf der Rückkehr von seinem Gesandtschaftsposten in Turin vernahm er in Frankreich die Nachricht des Todes der Königin, erbat und erhielt eine Audienz bei Ludwig XIV., und in derselben mündlich die friedlichen Zusicherungen des Königs in Bezug auf England. Mit diesen eilte Peterborough heim, traf schon am 7./18. August in London ein, und bat bei den Regenten zum Zwecke der Berichterstattung um eine Audienz. „Die Regenten, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, haben ihn als zeitraubend nicht vorgelassen.“[1])

Ungleich schwerer traf die Wendung der Dinge den Staats-Secretär Bolingbroke.

Der Abgesandte Craggs, der vor dem Eintritte des Todes der Königin von London aufbrach, brachte über das Verhalten Bolingbrokes nach Hannover eine Meldung Bothmars mit den Worten: Mylord Bolingbroke fait des merveilles pour nous.

Nach dem Tode der Königin verblieben, gemäß der Successions-Acte, einstweilen alle Angestellte in ihren Aemtern, bis der Successor etwas Anderes verfügen würde. Dazu richtete Bolingbroke, der am 2./13. August dem Franzosen Iberville jene Klage ausgesprochen (S. 640), bereits am 3./14. August, an den König Georg I. ein Schreiben, um, wie er darin sagt, seine Freude auszusprechen, ein Unterthan eines so großen Fürsten geworden zu sein, so wie das Erbieten, ihm eben so treu und gewissenhaft zu dienen, wie bisher der Königin Anna.[2])

Dagegen verschärfte der Unmuth über den Wechsel der Dinge seinen Haß gegen Oxford. Eine Reihe heftiger Anklagen wider diesen in einem Briefe an Swift, vom 11./22. August, endet mit den Worten: But enough of this! I cannot load him as knave, without fixing fool upon myself, for having trusted him so long. Bolingbroke beschließt den Brief mit den Worten: Love me and love me better, because after a greater blow than most men ever felt, I keep up my spirits, am neither dejected at what has passed, nor

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. August.

[2]) Bolingbroke's letters and correspondence vol. IV, p. 581.

apprehensive of what is to come. Mea virtute me involvo.[1])

Die Worte deuten an, daß Bolingbroke ſich nicht mehr ganz ſicher fühlte. In der That ſtellten die Regenten in denſelben Tagen durch Bothmar an den König das Erſuchen, daß Bolingbroke, gegen den man großen Verdacht habe, vor der Ankunft des Königs entlaſſen werden möge. Der König willfahrte, wie verlangt war. Als Bothmar, am 31. Auguſt 11. September, den Regenten den Beſcheid des Königs überreichte, ward ihm erwiedert, daß man beſondere Sorgfalt tragen werde, dem eingeriſſenen Misbrauch zu ſteuern, daß ein Staats-Secretär die öffentlichen Papiere wie ſeine Privatſachen behandele.[2])

Zur Ausführung ward zunächſt an die Poſtbehörde Befehl gegeben, alle für Bolingbroke einlaufenden Briefe direct an die Regentſchaft abzuliefern. Aus dieſer wurden Shrewsbury, Somerſet, Cowper deputirt, den Auftrag der Entlaſſung zu vollziehen. Dieſe geſchah in einer ſehr ungewöhnlichen Weiſe. Als der Staats-Secretär Bolingbroke ſich, wie er zu thun pflegte, im Vorzimmer der Regentſchaft einfand, nicht ahnend, was ihm bevorſtehe, traten die drei Bevollmächtigten zu ihm, um ihm den Befehl des Königs kund zu thun. „Worüber, meldet der kaiſerliche Reſident Hoffmann, ſich dieſer übermüthige Miniſter dergeſtalt conſternirt und dabei ſo ſubmiß und deject bezeigt, daß einer von den beſagten drei Regenten ſich nachher vernehmen laſſen: er habe ſich zwingen müſſen, ſich alle frühere Inſolenz dieſes Mannes, beſonders in den Schreiben nach Hannover hin, friſch ins Gedächtnis zu rufen, um kein Mitleid mit ihm zu haben.“ Die drei Bevollmächtigten fuhren dann ſofort mit ihm zu ſeiner Canzlei im Cockpit, nahmen dort die königlichen Siegel in Empfang, und verſchloſſen und verſiegelten die Canzlei, damit, wie der Auftrag lautete, die Briefſchaften dort in ſicherer Verwahrung bleiben ſollten.

Bolingbroke ſelber ſchrieb über dieſe Entlaſſung an den Biſchof Atterbury: „daß ich entlaſſen wurde, war mir weder eine Sache der

---

[1]) Britiſh Muſeum. Add. Ms. Wotton papers Nr. 4291.

[2]) Bothmars Tagebuch in der Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen. Jahrgang 1883. S. 62, ferner Hoffmanns Berichte vom 11. und 14. September.

Ueberraschung, noch der Betrübnis. Aber die Art und Weise der Entlassung erschreckte mich für wenigstens zwei Minuten."[1])

„Die dem bisherigen Staats-Secretär Bolingbroke widerfahrene Behandlung, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ist eine so schimpfliche, wie sie noch keinem hiesigen Staats-Secretär geschehen ist. Er hat aber Zeit gehabt, das Gefährliche wegzuschaffen."

Wie das Verfahren gegen Bolingbroke schon die Absicht der Anklage von Seiten der Whig-Partei gegen ihn andeutet, so erweisen sich dann auch die letzten Worte als richtig. In dem Anklage-Material, welches im nächsten Jahre dem Comité des Unterhauses wider Bolingbroke zur Verfügung stand, finden sich erhebliche Lücken. Eben so ist die Correspondenz Bolingbrokes aus den letzten vier Jahren der Königin Anna, wie man sie später, im Jahre 1798, veröffentlicht hat, in Betreff des Jahres 1714 auffallend arm, sowohl in Betreff der Quantität als der Qualität. In einem der dort erhaltenen Briefe, vom 13./24. August, an Strafford gerichtet, sagt bereits Bolingbroke: „Sykophanten und Parasiten mögen reden von Planen zu Gunsten des Prätendenten: aber sicherlich hat es niemals einen so friedlichen Uebergang von einer Regierung zur anderen gegeben."[2]) Es tritt uns also hier bereits das System der Vertheidigung entgegen, das er später immer festgehalten hat, jeglichen Plan für die Herstellung des Prätendenten vor dem Tode der Königin Anna zu verneinen. Und wenigstens aus seinen eigenen erhaltenen Papieren ließ sich der Beweis des Gegentheils nicht führen.

Auch fühlte Bolingbroke sich dessen sicher. Noch am selben Tage sandte er an Bothmar ein Schreiben an den König ein, und bat um die Feststellung einer Stunde zur Unterredung. Am nächsten Tage begab Bothmar selber sich zu ihm. Bolingbroke erklärte, daß er sich in die Entlassung gehorsam füge; aber die Versiegelung sei eine Ungerechtigkeit, die aus einem besonderen Mistrauen herrühre. Dies Mistrauen könne nur zwei Punkte betreffen: entweder die Sache des Prätendenten oder die Friedenshandlung. „Wegen des ersteren, berichtet Bothmar, sagte er, daß sicherlich nichts Unziemliches auf ihn

[1]) Memoirs and Correspondence of Atterbury vol. I, p. 279.
[2]) Bolingbroke's letters and correspondence vol. IV, p. 583.

werde gebracht werden können, weil er niemals irgend einen Gedanken gehabt, die Absichten des Prätendenten zu befördern, viel weniger denn etwas dazu gethan habe. Er begehre nicht, daß ich ihm darüber auf sein Wort trauen solle, sondern es werde sich in der That so befinden, wenn man alles untersuchen wolle."[1])

Eine im Vergleiche mit der früheren Rede zu Iberville (S. 640) so kühne Verneinung war doch nur möglich, wenn Bolingbroke sich sicher wußte, daß kein Schriftstück übrig geblieben war, welches in dieser Sache Zeugnis gegen ihn ablegen konnte.

Was die Friedenshandlung betreffe, fuhr Bolingbroke fort, so habe er aus sich selber nichts gethan, sondern nur die Direction Anderer befolgt und dasjenige ausgerichtet, was im Rathe beschlossen worden. Er werde nun sich auf das Land hinaus begeben, und dort des Königs ferneren Willen erwarten. Bothmar lobte diesen Entschluß.

Diese Reden Bolingbrokes hatten in Bothmar den Eindruck hinterlassen, daß jener das ihm kund gegebene Misfallen des Königs nicht einem Berichte der Regentschaft beimaß, sondern den Urheber suchte in dem Grafen Oxford. Diese Vermuthung wurde in den nächsten Tagen zur Gewisheit. „Bolingbroke, meldet Bothmar einige Tage später dem Könige, hat um so leichter auf diesen Gedanken gerathen können, weil der Graf Oxford selber umhergeht zu verkünden, daß er durch seinen Credit bei Ew. Majestät den Bolingbroke gefällt habe. Er trachtet auch, einige der Regenten an sich zu ziehen und ihnen weis zu machen, er werde bei Ew. Majestät eine besondere Disposition über die hiesigen Aemter haben." In einem anderen Schreiben, vom selben Datum, an Robethon macht Bothmar sogar die Aemter und die Personen namhaft, über die Oxford in solcher Weise im voraus verfüge. „Das Beste an der ganzen Sache ist, schließt er, daß weder Whig noch Tory auf diesen doppelzüngigen Grafen noch irgend ein Vertrauen setzt."[2])

Es erscheint auffallend, wie es dahin kommen konnte, daß ein Mann, dem Niemand eine ungewöhnliche Befähigung, namentlich aber List und Verschlagenheit absprach, durch seine Illusionen sich dem

[1]) Bericht Bothmars vom 1./12. September.

[2]) British Museum. Add. Ms. Birch papers, vol. 4107.

Spotte aussetzte. Allein gehen wir auf den Kern der Sache, so muß anerkannt werden, daß der Graf Oxford für die Succession des Hauses Hannover eine große Bedeutung gehabt hatte. Er war, gemäß dem Willen des Königs Wilhelm III., Sprecher des Unterhauses gewesen, welches die Successions-Acte beschlossen hatte (Band IX, S. 154). Er selbst spricht sich in einem Schreiben, vom 14./25. April 1714, an Duyvenwoorde im Haag, das, wie er wußte, nach Hannover gelangen würde (vergl. S. 554), über seine Thätigkeit in der Angelegenheit aus mit den Worten: „Ich darf ohne Eitelkeit sagen, daß ich bei der Feststellung der Successions-Acte die wirksamste Hand hatte. Seitdem habe ich immer dieselbe Gesinnung bewahrt, und den Erklärungen, welche die Königin so häufig zu Gunsten des Hauses Hannover gemacht hat, ist es beizumessen, daß die Nation im Großen und Ganzen für die Succession gesinnt ist.“[1])

Jedenfalls ist daran so viel wahr, daß die Thronreden der Königin unter Oxfords Führung die Succession stärker betonten als die früheren zur Zeit Godolphins. Ob sie, bei dem Verhalten der britischen Regierung gegenüber Frankreich, darum mehr Glauben fanden, ist freilich eine andere Frage.

Dagegen verschweigt Oxford in jenem Briefe ein anderes sehr wichtiges Verhältnis, nämlich seine Anknüpfung mit St. Germain seit dem Beginne des Jahres 1712. Es liegt hinaus über den Bereich der Geschichtschreibung, erörtern zu wollen, was hätte erfolgen können, wenn Oxford diese Anknüpfung ehrlich gemeint hätte. Dagegen ist es eine geschichtliche Thatsache, daß er sie nicht ehrlich gemeint, und daß er durch diese Unehrlichkeit das Haus Stuart einerseits, die Jacobiten in England andererseits über zwei Jahre hingehalten hat, bis Berwick sich entschloß seinen Einfluß bei der Königin Anna für die Entlassung von Oxford geltend zu machen. In so weit also war die Haltung Oxfords negativ der Thronfolge des Hauses Hannover zu gute gekommen.

Wie Oxford über dies sein unehrliches Spiel mit der jacobitischen Richtung nach Hannover hin nicht redete, so liegt auch kein Anzeichen vor, daß man dasselbe dort durchschauete. Er sandte dagegen seine

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 593.

Betheuerungen ein, denen, von der ersten Sendung des Grafen Rivers an, wenigstens der Kurfürst selber niemals einen Glauben beigemessen zu haben scheint. Darüber aber kam Oxford nie zur Klarheit. Indem er für sich mit Sicherheit sagen konnte, daß er auch da wo er die Jacobiten belog und betrog, indirect zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover gearbeitet hatte, mochte er um so eher sich in die Illusion hinein leben und darin beharren, daß er in Hannover Glauben finde. Dazu trug bei, daß es auch ihm nicht unbekannt geblieben sein kann, daß der Briefwechsel, den er in der letzten Zeit durch Steingens mit Schulenburg-Leibniz unterhalten hatte, auch vor die Augen des Kurfürsten gekommen war.

Angenommen aber auch selbst, es wäre in den letzten Monaten dem Grafen Oxford gelungen, bei dem Kurfürsten seinen Credit einigermaßen herzustellen: so richtete er ihn, durch jenes sein Auftreten in der Sache Bolingbrokes, völlig wieder zu Grunde. An moralischer Qualität dürfte zwischen den zwei Individuen kaum ein großer Unterschied zu machen sein.

Der Verlauf der Dinge in England war so friedlich und still, daß er der Regentschaft bald keinen Anlaß mehr zu Geschäften bot. Sie versammelte sich täglich nur noch der Form wegen, hoffend auf die baldige Ankunft des Königs.[1])

Um so lebhafter war die Correspondenz nach Hannover hin, nämlich die dorthin gerichteten Bitten um Verleihung von Aemtern. Von besonderer Wichtigkeit ist darüber, so wie überhaupt in Betreff der Principien der Regierung Georgs I., die Ansicht des Grafen Nottingham, welcher, der Tory-Partei angehörig, in der Angelegenheit der Thronfolge mit den Whigs gegangen war. Er begab sich zu Bothmar, mit der Bitte dem Könige seine Ansicht kund zu thun.[2])

Es sei gut, sagte Nottingham, wenn man den König keiner Parteilichkeit zwischen Whigs und Tories beschuldigen könne. Er selber rechne sich zwar auch zu den letzteren, erkenne aber an, daß der König nur ein Whig-Ministerium berufen könne, wenn gleich ein oder anderer dem König genehmer Tory mit darunter gemengt sein würde. Er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. September.

[2]) Bothmars Bericht vom 10./21. September. In der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 66 u. f.

glaube auch, die Tories selber würden dem Könige dies nicht verdenken, sondern anerkennen, daß unter der vorigen Regierung sich sehr wenige von ihnen so verhalten, daß sie von dem Könige eine Belohnung mit Fug erwarten könnten. Die Whigs dagegen hätten jederzeit das Interesse des Königs vertreten, auch in Betreff der europäischen Angelegenheiten die Ansichten des Kurfürsten befolgt, und besäßen unter sich sehr geschickte Persönlichkeiten, die dem Dienste des Königs nützlich und nöthig sein würden.

Ferner hielt Nottingham eine Untersuchung für nothwendig, wie das vorige Ministerium die öffentlichen Angelegenheit geführt, damit die Nation mit Klarheit ersehen könne, daß man nicht ohne Ursache sich über dasselbe beschwert habe.

Nottingham faßte seine Ansicht zusammen in die Worte: „Wie die Minister und die weltliche Regierung whiggistisch, so muß die Kirche toryistisch sein und bleiben. Dann wird der König die Liebe und Verehrung, welche die Nation ihm entgegen trägt, stärken und vermehren."

In späterer Zeit ist von Historikern, welche die Lage der Dinge im Jahre 1714 nicht aus unmittelbarer Anschauung kannten, oft die Frage erörtert worden, ob der König Georg I. vom Beginne seiner Regierung an die richtigen Principien verfolgt habe. Gewichtiger als alle derartige spätere Erörterungen ist ein solcher Rath eines Staatsmannes, der in sich die vierfache Qualität zum Urtheile verband, ein warmer Patriot zu sein, mitten in den Dingen zu stehen, die Befähigung zur klaren Erkenntnis zu besitzen, und nicht sich dem Eifer für die eigene Partei hinzugeben.

Reise und Einzug des Königs.

Vom 18./29. August an lag die britische Flotte unter dem Admiral Berkeley, die dem neuen Könige das Geleit bis in die Themse geben sollte, in der Mündung der Maas. Der Aufbruch des Königs von Herrenhausen verzögerte sich bis zum 31. August 11. September.

Es wird erzählt, daß der König beim Einsteigen in den Wagen wieder zurückgetreten sei, um sein geliebtes Herrenhausen noch einmal zu überblicken. Jedenfalls ist anzunehmen, daß er mit der Absicht

ſchied, bei Gelegenheit die Aufhebung derjenigen Clauſel in der Succeſſions-Acte zu verlangen, welche den Beſuch der Heimat von der Einwilligung des Parlamentes abhängig machte.[1])

Der König hatte in ſeinem Gefolge die Miniſter Bernſtorf und Görz, den Ober-Kammerherrn Grafen Platen, den Ober-Hofmarſchall von Hardenberg, den Vice-Oberſtallmeiſter Freiherrn von Kielmansegg, den Ober-Kammerherrn von Reden, den Ober-Jägermeiſter von Oeynhauſen, den Oberſchenk Freiherrn von Görz, die Kammerherren von Bernſtorf und von Schulenburg, den Kriegsrath von Hattorf, ferner vier Kammerjunker, dann die Räthe der geheimen Canzlei, Reiche und Robethon, ſo wie ein zahlreiches Dienſtperſonal. Der frühere Geſandte Schütz befand ſich nicht im Gefolge.

Der Kurprinz, der erſt auf engliſchem Boden zum Prinzen von Wales ernannt werden konnte, hatte zum Gefolge den Stallmeiſter von Campe und zwei Kammerjunker, mit dem Dienſtperſonale.

Das erſte Nachtlager war in Diepenau, das zweite in Ippenburg, das dritte in Twickel. Dort auf der Grenze der Republik, harrten des Königs Deputirte der Generalſtaaten, um ihn zu geleiten. Die nächſte Nacht, vom 14./15., verbrachte der König zu Voorſt, einem Gute des Grafen Albemarle. Bis dahin hatte man noch keine nennenswerthe Stadt berührt. Die erſte war Amersfoort. Wie die Stadt im Feſtkleide den König empfing, ſo drängte die wohlgeſetzte Anrede des Bürgermeiſters die Hoffnungen und Wünſche der Niederländer kurz zuſammen. Von da an berührte der Zug bald eine Stadt nach der anderen, alle im feſtlichen Schmucke. In Woerden, wo der König zum fünften Male übernachtete, begrüßten ihn die Deputirten der Stände von Holland. Am nächſten Tage, dem 5./16. September, erreichte man den Haag, wo der Alte-Hof zur Aufnahme des Königs vorbereitet war.

Dort entwickelte ſich wieder, wie einſt in den Tagen Wilhelms III., der volle Glanz des Königthumes. Die Geſandten der fremden Mächte, die vornehmſten Perſönlichkeiten der Republik, viele Engländer, die

---

[1]) Für das Folgende verſchiedene Berichte: Reiſejournal u. ſ. w. abgedruckt in der Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen. Jahrgang 1883. S. 69. — Umſtändliche Relation der Reiſe u. ſ. w. Hamburg 1714. — Der Bericht bei Lamberty t. VIII, p. 672 et suiv.

entgegen gekommen waren, drängten ſich zur Audienz. Der König verweilte im Haag elf Tage. Am Morgen des 16. 27. September ward der Wind ſo günſtig gemeldet, daß man ihn benutzen zu müſſen glaubte. Der König Georg fuhr des Morgens vom Alten-Hof ab denſelben Weg, den Wilhelm III. ſo oft zurück gelegt, beſah unterwegs das Schloß Honslardyk, und betrat dann am Oranie-Polder vom Wagen aus das Boot, das ihn an die Jacht Peregrine führen ſollte. Die zum Geleite beſtimmten Kriegsſchiffe, elf engliſche, acht holländiſche, lagen tiefer hinab, an der Mündung der Maas. Unter dem Donner ſämmtlicher Geſchütze der Flotte wurden die Anker gelichtet und die Segel beigeſetzt.

Die Fahrt war eine der glücklichſten. Die aufgehende Sonne des nächſten Morgens beleuchtete zur Rechten die Küſte von Suffolk. Längs derſelben und dann an derjenigen von Eſſex her, ſuchte man die Mündung der Themſe zu gewinnen. Am Nachmittage tauchte zur Linken dem Auge die Küſte von Kent auf, und bald ſendeten die Kanonen von Sheerneß ihr Willkommen entgegen. Darüber brach die Dunkelheit herein. Die königliche Jacht warf die Anker, und die geſammte Flotte folgte dem Beiſpiele.

Am nächſten Morgen, dem 18. 29. September, deckte ein dichter Nebel den Strom, ſo daß man erſt um neun Uhr die Anker lichtete. Die Kriegsſchiffe, die bis dahin das Geleite gegeben, wendeten, mit dreimaligem Abſchiedsgruße ihrer Geſchütze, zurück in das Meer. Die Jachten fuhren, bei ſchwachem Winde, langſam ſtromaufwärts, zumal als die Ebbe entgegen trieb. Am Nachmittage verließ der König die Jacht und ſtieg in ein mit ſechszehn Matroſen bemanntes Boot. Der Ruderſchlag derſelben brachte ihn am Abend zwiſchen ſechs und ſieben Uhr an Greenwich.

Am Ufer begrüßte den König zuerſt der Erzbiſchof von Canterbury, dann, nachdem der König die Stufen einer Treppe zum Quai hinauf geſtiegen, der Lord-Canzler im Namen der Regentſchaft. Zugleich hoben ſich Raketen empor, als Signal für die Beſatzung des Tower, und im ſelben Augenblicke verkündeten die Kanonen desſelben der Hauptſtadt die Landung des Königs.

Das Gedränge in Greenwich war ſo groß, zumal da Jedermann den König knieend begrüßen wollte, daß er nur mit Mühe die wenigen

hundert Schritte vom Ufer bis zum Palaſte zurücklegte und dann nur durch ein Nebenthor hinein gelangte. Die Stadt war erfüllt von den Vornehmſten des Königreiches, die alle wünſchten zum Handkuſſe zugelaſſen zu werden. Unter dieſen war auch der Graf Oxford. Ueber den Empfang desſelben berichtet der kaiſerliche Reſident Hoffmann an den Kaiſer wie folgt.[1])

„Ich darf nicht verſchweigen, daß als der Graf Oxford zu Greenwich endlich vor den König gekommen iſt, der vorſtellende Kammerherr Graf Dorſet dem Könige geſagt hat: Voilà le comte Oxford dont V. M. aura entendu parler. — Worauf der König ihm die Hand zu küſſen gegeben, ihn mit einiger Verachtung angeſehen, und, ohne ihm ein Wort zu ſagen, ſich auf die Seite gekehrt hat.“

Der nächſte Tag, der 19./30. September, war ein Sonntag. Deshalb ward der Einzug in London angeſetzt auf den Montag. Auch die Vollziehung des Patentes der Ernennung des Kurprinzen zum Prinzen von Wales ward verſchoben. Ein mitwirkender Grund dafür war, daß der Vollzug dieſes Patentes dem zeitigen Lord-Canzler 5000 Pfund Sterling einbrachte, welcher Betrag nicht dem bisherigen, Lord Harcourt, ſondern dem neu zu ernennenden Lord Cowper zugewendet werden ſollte.[2])

Eine Verordnung des Lord-Marſchall-Amtes ließ zur Theilnahme am Feſtzuge nur Sechsſpänner zu, die ſich vor zehn Uhr Morgens im Parke von Greenwich einzuſtellen hatten. Es fanden ſich deren über zweihundert. Die Herolde wurden durch das Einordnen der Wagen ſo in Anſpruch genommen, daß der erſte Wagen um elf Uhr Morgens ſich in Bewegung ſetzte, derjenige des Königs um ein Uhr Nachmittags. Die Menſchenmenge, die von Greenwich an bis zum Palaſte St. James grüßend und jubelnd ſich drängte, ward auf eine und eine halbe Million geſchätzt. Demnach bewegte der Zug ſich ſehr langſam. Noch bevor der königliche Wagen die Mitte der Stadt erreichte, brach die Nacht ein. Da man dies nicht vorhergeſehen, war für das damals erforderliche Beleuchtungsmittel der Fackeln nicht vorgeſorgt. Aber es brannten Freudenfeuer in den Straßen und die ganze Stadt war

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derſelbe Bericht.

illuminirt. Nach sieben Uhr Abends gelangte der König in den Palast St. James.[1])

Am nächsten Tage empfing der König die Gesandten der fremden Mächte, die, nach dem Rathe Bothmars, die Bewillkommnung in Greenwich den Engländern allein überlassen hatten.

In den nächsten Tagen erfolgten Belohnungen für diejenigen, welche für die Sache der Succession hervorragend thätig gewesen waren. Die Sache ward dem Könige erleichtert dadurch, daß Shrewsbury zwei seiner hohen Aemter niederlegte: dasjenige des Treasurers und dasjenige der Statthalterschaft von Irland. Das Schatzamt ward in Commission gegeben mit dem Lord Halifax an der Spitze, der zugleich zum Viscount ernannt wurde. Shrewsbury war der letzte Treasurer; denn keiner der George hat fortan einen solchen wieder ernannt. Sunderland erhielt die Statthalterschaft in Irland. Cowper wurde wieder zum Lord-Canzler, Townshend und Stanhope zu Staats-Secretären ernannt. Die Herzöge von Somerset und Devonshire erhielten hohe Stellen im königlichen Haushalt, derjenige von Argyle das Commando in Schottland. Nottingham wurde Präsident des großen geheimen Rathes.

Die Zusammensetzung des engeren Cabinetsrathes entsprach jenem Rathe Nottinghams, den wir vernommen haben. Außer diesem selber und Marlborough, zählte das Cabinet die Namen: Sunderland, Somers, dessen Schwäche die Uebernahme eines activen Amtes nicht gestattete, Halifax, die beiden Staats-Secretäre Townshend und Stanhope, und den Lord-Canzler Cowper.

Der kaiserliche Resident Hoffmann, der nunmehr seit dreiunddreißig Jahren als unparteiischer Zeuge die Vorgänge in England beobachtet hatte, fügt seinem Berichte über diese Ernennungen seine Ansicht mit den Worten hinzu: „Der König darf der anderen Partei nicht trauen."[2])

Es war damals alles noch Freude und Jubel. Kein Mißton wurde laut. Und doch vernehmen wir von diesem kundigen Beobachter, bereits am 1. 12. October, die Worte: „Obwohl noch nirgends eine

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derselbe Bericht.

Unruhe sich kund gibt, so dürfte doch, bei einer so getheilten Nation, die zu einigen und zu befriedigen unmöglich ist, der König seine besten und ruhigsten Tage jenseit des Meeres zugebracht haben."[1])

Die Krönung.

Am 4./15. October verkündeten die Herolde unter Pauken- und Trompetenschall in den Straßen von London, daß am 20./31. October die Krönung in Westminster statt finden werde, und riefen zugleich die Namen der Mitglieder der Commission aus, welche diese Feier zu berathen hatte. Die Krönung ward bis dahin verschoben, weil zuvor die Ankunft der Kurprinzessin, nunmehr, nachdem das Patent der Ernennung des Prinzen vollzogen, Prinzessin von Wales, abzuwarten war. Sie brach am 3./14. October von Hannover auf, und landete am 11. 22. zu Margate in Kent. Der Gemahl eilte ihr bis Rochester entgegen, und führte sie zwei Tage später in London ein. Bereits am nächsten Tage gab sie Audienzen. „Ihre Höflichkeit und Leutseligkeit, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, gefällt dieser Nation über alle Maßen."[2])

Am Morgen des 20./31. October begab sich der König Georg nach Westminster Hall. Von dort aus entwickelte sich gegen zehn Uhr Morgens der Krönungszug nach der Westminster-Abtei, mit der Entfaltung alles erdenklichen Pompes, in den Hauptzügen gleich mit der Krönung Jacobs II., im April 1685 (vergleiche Band III, S. 40)[3]). Den wesentlichsten Unterschied am 20. 31. October mochte die Krönungs-Predigt darbieten, die der Bischof von Oxford, Dr. Wilhelm Talbot, über den 118. Psalm, Vers 24 und 25 abhielt. Der zweite Theil derselben wandte sich direct gegen den Prätendenten. Man sei Gott viele Dankopfer schuldig, sagte der Bischof, daß das Absterben der Königin zu einer Zeit erfolgt sei, wo die auswärtigen Freunde des Prätendenten wegen der noch nicht völlig hergestellten Ruhe nicht im Stande gewesen wären, durch die Anhänger desselben im König-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. October.

[2]) Desgleichen vom 26. October.

[3]) Die Krönung ausführlich in Lünigs Theatrum Ceremoniale, S. 1378 u. f.

reiche einen Aufstand zu erwecken. Der Bischof malte dann die Gefahren für England aus, wenn ihm ein König aufgedrungen wäre, der, wie er sagte, zu den Gebräuchen der französischen Tyrannei und den Grundsätzen des papistischen Aberglaubens, noch die Rachgier für das seinem vermeintlichen Vater widerfahrene Unrecht zugesellt hätte.

Die Maßlosigkeit dieses Redners scheint anzudeuten, daß er ungeachtet des Pompes der Krönung sich doch vor den Jacobiten noch nicht so ganz sicher fühlte.

„Es ist leicht zu erachten, schrieb eine der anwesenden Peeresses, Lady Cowper, die Frau des Lord-Canzlers, in ihr Tagebuch, daß dieser Tag für die Jacobiten nicht ein wirklicher Freudentag war. Dennoch waren sie Alle da, so heiter blickend wie sie es unter den Umständen konnten, aber sehr mürrisch gegen Jeden, der sie ansprach. Lady Dorchester — einst die Maitresse Jacobs II. — stand nahe bei mir, und als der Erzbischof von Canterbury, dem Herkommen gemäß, an die Versammelten die Frage der Zustimmung richtete, wandte sie sich zu mir und sagte: ‚Meint denn der alte Narr, daß, wo man so viele Schwerter gezogen erblickt, Jemand auf seine Frage mit Nein antworten werde?‘“ [1])

Einer der thatkräftigsten, man möchte sagen, leidenschaftlichsten Jacobiten nahm sogar fungirend an der Krönung Theil. Es war Franz Atterbury, anglicanischer Bischof von Rochester, und vermöge dessen zugleich Dechant von Westminster.

Es dauerte bis zwei Uhr Nachmittags, daß nach dem Vollzuge der anderen Ceremonien dem Könige die Krone St. Eduards aufgesetzt wurde. Im selben Augenblicke fuhren in der Kirche alle Hände der Pairs und Peeresses von England empor, um auch sich selber die bis dahin niedergehaltenen Krönlein aufzusetzen. Zugleich stieg von dem Dache der Westminster-Abtei eine Fahne als Signal empor, und sofort verkündeten die Kanonen des Tower über die Stadt den Vollzug der feierlichen Handlung.

Es folgte der Act der Huldigung. Zuerst der Prinz von Wales stieg die Stufen des Thrones hinan, berührte mit der Hand die Krone

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

des Königs, zum Zeichen, daß er ſie vertheidigen wolle, und küßte den König auf die linke Wange. Es folgten die ſämmtlichen anweſenden geiſtlichen und weltlichen Lords. Unter dieſen erblickte man einen, den man kaum vermuthete. Es war Bolingbroke.

Der Empfang, der dem Lord Oxford in Greenwich widerfahren war, hatte für Bolingbroke gezeigt, daß Oxford ihm beim Könige nicht hatte ſchaden können. Bolingbroke verſuchte dann vor den König zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Nun gab die Krönung ihm das Recht der Huldigung. Der König, ein Angeſicht erblickend, das ihm bisher unbekannt, fragte einen Anderen nach dem Namen. Bolingbroke, der hinabſteigend dies vernahm, wendete ſich um und verbeugte ſich dreimal bis zum Boden.[1])

Es iſt zur Charakteriſtik einer Perſönlichkeit, die ſo tief in die Geſchichte Englands und des geſammten Europa eingegriffen, wie Bolingbroke, nicht unwichtig zu bemerken, daß er lange Jahre ſpäter in einer Schrift, die rhetoriſch als meiſterhaft bezeichnet werden darf, die Demüthigung, die Oxford in Greenwich erfahren, betrachtend erörtert, und wenige Seiten ſpäter von ſich ſelber erzählt, daß er von ſeiner Entlaſſung im September an bis zum Februar des nächſten Jahres auf dem Lande geweilt habe,[2]) ſeine Betheiligung an der Huldigung alſo verſchweigt.

Die Thatſache des Erſcheinens von Bolingbroke zur Huldigung, ſo wie ſein Verhalten dabei thun dar, daß es nicht an ihm lag, wenn er nicht in den Dienſt Georgs I. eintrat.

Nach der Huldigung wurde das Abendmahl nach anglicaniſchem Ritus genommen. Es war der Schluß der Handlung.

Der König begab ſich in die St. Eduards-Capelle, legte dort die Krone des heil. Eduard ab, und empfing dafür eine andere prächtige Staatskrone. Alsdann wurde der Rückweg in derſelben Ordnung angetreten wie zuvor, nur mit dem Unterſchiede, daß alle Krönlein, die bei dem Hinwege in den Händen getragen waren, nun die Häupter bedeckten.

---

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

[2]) Bolingbroke's works vol. I, p. 24 and 38. Letter to Sir William Wyndham. Man ſcheint in England in ſpäteren Zeiten oft vergeſſen zu haben, daß dieſe Schrift Bolingbrokes zu ſeiner Selbſtvertheidigung abgefaßt iſt.

Es folgte in Westminster-Hall das große Festmahl, und während desselben das Einreiten des königlichen Vorfechters in den Saal, und die laute Herausforderung desjenigen, der das Recht des Königs an der Krone bezweifele. Im Saale und in England erfolgte keine Antwort; aber draußen ward sie vorbereitet.

Denn, wenn auch, wie oft hervorgehoben ist, die Thronfolge des Königs Georg I. so friedlich und ruhig in Kraft getreten war, wie diejenige eines Sohnes auf den Vater, so hatten doch darum nicht alle die zahlreichen Anhänger des flüchtigen Königshauses ihre Gesinnung geändert. Wir haben vernommen, daß wiederholt die jacobitische Partei im Unterhause sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, die Mehrheit gewinnen zu können. Die Probe ist nicht gemacht; aber jedenfalls beweist die Existenz einer solchen Hoffnung so viel, daß ein erheblicher Bruchtheil der Nation jacobitisch gesinnt war. Es ist gesagt worden, daß Uebergriffe der Whig-Regierung die jacobitische Gesinnung angefacht haben. Bolingbroke hat später geredet von einem inquisitorischen Verhalten zuerst der Regentschaft, dann des neuen Ministeriums unter dem Könige.[1]) Zum Beweise dessen führt er an das Ergreifen und Durchforschen der Papiere. Dies dürfte sich namentlich auf ihn selber beziehen. Aber er nennt dann auch die Papiere der Königin, was mit der Wahrheit nicht besteht (vgl. S. 639). Weitere Thatsachen, die ein inquisitorisches Verhalten oder Uebergriffe darthun könnten, gibt Bolingbroke nicht an.

Anders lautet das Urtheil eines unparteiischen Beobachters. „Während die Whigs sich um die Aemter raufen, meldet Hoffmann, und darüber schon in zwei, ja drei Parteien unter einander zertrennt sind, arbeiten die Tories auf dem Lande, um ihr Interesse bei den künftigen Parlaments-Wahlen durchzusetzen, damit sie im Unterhause die Mehrheit erlangen. Dies würde, wenn es ihnen gelingt, dem Hofe wie der Whig-Partei nicht wenig zu thun geben, namentlich, wenn der König nicht geneigt sein sollte, sich für die Wahlen der Geldmittel zu bedienen, was er, nach der Aussage seiner deutschen Minister, niemals thun wird, damit es nicht heiße, daß er seine Regierung mit

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 32. Jener Brief an Sir William Wyndham.

Corruption beginne. Dies ist zwar in sich selber sehr billig und gerecht, dürfte jedoch bei einer so interessirten und durch die frühere Erkaufung der Stimmen so sehr verwöhnten Nation sehr wenig austragen.“ [1])

Die lang erwartete Auflösung des Parlamentes erfolgte erst im Beginne 1715. Die Neuwahlen ergaben für das Unterhaus eine Mehrheit der Whigs, und bekräftigten dadurch die Thronfolge des Hauses Hannover.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. November.

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Siebenunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 26.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere. Bericht des Geſandten Robethon an den Miniſter Bernſtorff in Hannover, aus dem Haag, den 21. März 1711.

M. le Duc m'ayant mené dans son carosse à Scheveling m'a entretenu pendant deux heures sur les affaires d'Angleterre. Il a commencé par dire qu'il avoit honte de sa propre nation, et des noires calomnies par lesquelles une partie dechiroit l'autre, mais que ce qui luy faisoit le plus de peine, estoit le danger réel dans lequel se trouvoit sa pauvre patrie. Que Dieu luy estoit tesmoin qu'il aimoit la Reyne et sa Patrie avec tendresse, et que c'estoit principalement par ce motif qu'il s'estoit donné tant de mouvement pour conserver son poste. Que rien ne luy auroit esté plus facile que de brouiller tout en Angleterre. „Car les Whigs, dit-il, croyoient qu'estant degousté je quitterois mes employs et ferois avec eux cause commune contre la cour, et les Tories se flattoient que, pour me maintenir, je me joindrois absolument à eux et me declarerois contre les Whigs. Mais je n'ay fait ni l'un ni l'autre. Un troisième party qui auroit esté plus de mon goust qu'aucun autre, c'estoit de me retirer à la campagne, et de ne me mesler absolument de rien. Les affaires auroient peut-estre pris un tel train (le commandement estant en d'autres mains) que tout auroit tourné à ma gloire, et qu'on m'auroit regretté. C'estoit là sans doute le plus seur moyen de me vanger de mes ennemis. Mais le public et ma patrie en auroient

souffert, et j'ay cru leur devoir le sacrifice de servir plustost avec desagrement, et de m'exposer à des evenements malheureux, quoy que je sache combien le nouveau ministere sera prompt me les imputer. Une autre raison tres forte qui m'y a determiné c'est l'interest de la succession, croyant pouvoir luy estre utile, en demeurant dans mon poste et en empêchant qu'il ne tombe en de mauvaises mains." — „Mais, adjouta-t-il, ne vous flattez point. Ce party du Prince de Galles est tres fort. Personne n'ose parler ouvertement pour luy, ce seroit un crime de Lèse-Majesté. Mais nous qui connoissons le terrain, connoissons aussi les intentions, et les motifs qui causent les divers maneges que nous voyons presentement en Angleterre."

„Le Party des Octobriens est superieur dans la chambre basse. Ce sont des gentilshommes de la campagne qu'on nomme ainsy à cause de leur chaleur, et parce que la biere forte se brasse au mois d'octobre. Ces gens l'ont emporté en plusieurs divisions contre les Whigs et le party de la cour joints ensemble. De ces Octobriens la pluspart sont Jacobites. Les autres buttent à vivre comme leurs ancestres, lorsque l'Angleterre ne prenoit aucune part aux affaires du dehors. Tous ensemble sont las des taxes et desirent une prompte paix. Les Ministres de la Reyne sont dans la mesme disposition, M. de Shrewsbury entre autres. L'idée de M. Rochester est que l'Angleterre devroit demeurer neutre pendant cette guerre-cy et voir faire les autres. Vous avez connu ce president du conseil, et combien il aimoit à primer et à gouverner. Mais il est bien changé. Il est devenu vieux et infirme, et timide. Il ne prime point dans le conseil de cabinet, et n'y parle jamais d'un ton decisif. Harley ne le fait pas non plus. Il ne parle jamais que des affaires de la Tresorerie ou de celles du Parlement, et il le fait avec une timidité extrême. Chacun croit de s'advanturer trop et de donner prise à d'autres. De sorte que personne ne prenant la direction, tout va au hazard. Mylord Shrewsbury est encore plus timide que les deux autres. Le duc de Buckingham est assez hardy, mais il n'a ni assez de capacité pour conduire la barque, ni assez de reputation pour se faire suivre par les autres. Le duc de Queensbury est peu de chose. Le seul secretaire d'Estat St. Jean s'applique aux affaires et ayant de l'esprit, il s'y rendra capable. On fera bien à Hannover de le menager. Il parle à S. M. dans le conseil plus hardiment qu'aucun autre. Harley et sa parente Mme Masham ne sont point Jacobites. Si cet homme avoit le choix, il prefereroit la succession protestante

au Prince de Galles, et si en se joignant aux Whigs, il pouvoit former un party plus fort que celuy des Tories, il le feroit dès demain. Mais le party de ces derniers (ou des Octobriens) est si fort dans la chambre basse, qu'il est à craindre que Harley, qui sacrifiera toujours tout à son ambition et à son interest particulier, ne soit obligé pour se maintenir, de se devouer à eux, et d'entrer dans tous leurs projets, et alors les affaires du Prince de Galles pourroient aller si viste qu'il n'y auroit plus de remede."

„Ce n'est pas, adjouta M^d^ Duc, que je croye que la Reyne soit pour ce Prince. Son interest est de regner tranquillement et d'affermir apres elle la succession Protestante, et je suis tres persuadé que c'est aussy son intention. Car de faire un accord avec le Prince de Galles pour qu'il regne apres Elle, ce seroit risquer sa propre liberté et mesme sa vie, en se livrant à l'impatience du Party qui vont assurer le trosne à ce Prince. Mais la Reyne est une femme, on peut la tromper. On peut la mener où elle ne croit pas aller. Je ne puis vous exprimer à quel point sa favorite et M. Harley la gouvernent. Ils la peuvent mettre haut et puis la mettre bas à leur plaisir. La pauvre Reyne a encore eu cet hyver de tems en tems des ouvertures de coeur pour moy, qui m'ont fait voir jusques à quel poinct ces gens-là se sont emparez de son esprit. En un mot le tems viendra et peut-estre plustost qu'on ne croit, qu'il faudra que S. A. E. paroisse, et témoigne ouvertement qu'elle a la succession à cœur."

„Nous regardons Msgr. l'Electeur comme un honneste Prince, incapable de tromper l'attente que nous avons de luy. Il a accepté nostre succession, et en suivant les conseils de ses amis, lorsque le tems en sera venu, il sera toujours le Maistre de sauver l'Angleterre et peutestre l'Europe entiere. Jamais ses amis ne l'abandonneront, à moins qu'il ne les abandonne le premier."

Dans cet endroit Mylord fit les protestations les plus fortes de son attachement pour S. A. E. et pour la succession, disant, les larmes aux yeux, qu'il ne voyoit point d'autre salut que celuy là pour son pauvre Païs. Il desaprouve et rejette bien loin les conseils donnés par Mr. Sunderland tant pour prendre au service de S. A. E. les trois generaux cassés, que pour donner des pensions à quelques pauvres seigneurs. „Tout cela, dit-il, sont de miserables palliatifs. Il faut un remede qui aille à la source du mal, et qui soit appliqué, quand le veritable tems en sera venu."

L'ayant pressé de se declarer là dessus, il m'a dit qu'il n'en estoit pas encore tems, et qu'il falloit faire la guerre à l'œil, et se tenir en estat de se regler sur les conjonctures qui pourroient se presenter, outre que ce qui paroistroit propre presentement, pourroit ne l'estre plus dans quelque tems dans des circonstances differentes; que le meilleur estoit de continuer de la part de S. A. E. à menager la Reyne au possible, et à vivre avec S. M. et avec Son Ministere dans une parfaite intelligence.

M^d^ Townshend m'avoit tenu les mesmes discours. Son sentiment est que les Whigs doivent tout faire pour gagner Harley, et se servir de son credit et de celuy de la favorite, pour faire casser le Parlement. Il est persuadé que pourvû que la Reyne voulust, dans de nouvelles elections, s'interesser pour les Whigs, comme elle a fait cette fois pour les Tories, les Whigs auroient certainement la superiorité. M^d^ Duc est d'un sentiment opposé. Il dit que ce Parlement cy n'ayant rien fait d'atroce et de capable d'ouvrir les yeux au peuple estant seduit par les Prestres, on courroit risque que le nouveau Parlement seroit encore pire que celuy-cy, quelques efforts que la Reyne pust faire en faveur des Whigs. D'ailleurs M^d^ Duc croit que Harley trouvant son jeu plus seur avec les Tories, puisqu'ils ont la majorité, aimera mieux s'accommoder avec eux que de se les rendre irreconciliables, en faisant casser le Parlement, puisque, si dans le prochain ils estoient les plus forts, il seroit perdu.

Au fonds Mylord Duc est entierement d'accord avec Mylord Townshend que le gouvernement ne peut pas subsister longtems comme il est, et qu'il faut que l'un des deux partis, c'est à dire celuy de Rochester ou celuy de Harley, prenne entierement le dessus, et la direction des affaires. Le premier party a la majorité dans les deux chambres, l'autre a le penchant et l'inclination de la Reyne. „D'ailleurs, dit M^d^ Duc, la nation ne peut pas estre longtems gouvernée par un principe Tory; car ce principe allant teste levée au despotisme, il n'est pas possible que la nation ne s'aperçoive bientost du precipice où on la conduit, quoy que ce ne sera peutestre pas assez tost pour nous garantir d'une mauvaise paix avec la France, et comme le Party qui gouverne à present, comprend assez que son autorité ne peut estre de longue durée qu'en mettant le prince de Galles sur le trosne, il est fort à craindre que ces gens là n'y travaillent pendant qu'ils ont le pouvoir en main, et beaucoup plustost qu'on ne pense."

M^d^ Duc m'a dit qu'il auroit dit tout cela à Mr. de Bothmar, s'il n'avoit apprehendé qu'on ouvrist les lettres de ce Ministre, mais que cette crainte cessant à mon égard, et mon retour à Hannover estant prochain, il avoit voulu m'ouvrir entierement son cœur, priant que personne au monde que S. A. E. et Mr. de Bernstorf ne fussent instruits de tout ce detail. Il s'estendit aussy extremement sur la maniere genereuse dont S. A. E. en avoit usé à son égard pour luy assurer le commandement, et sur la reconnoissance qu'il en conserveroit jusqu'au tombeau, adjoutant à cet égard une ou deux choses qu'il m'a fait jurer de ne point ecrire, mais d'en faire rapport de bouche à S. A. E., puisqu'il n'y avoit rien de pressé, et que le secret n'en pouvoit estre trop menagé.

A l'égard de l'invitation, M^d^ Duc m'a dit qu'il ne falloit pas croire que la Reyne ni le Parlement y procedassent, et qu'il pouvoit m'assurer que S. M. se feroit une extreme peine de voir en Angleterre quelqu'un de la famille electorale. Il croit qu'il seroit bon que Mgr. le prince Electoral fist la campagne pour se faire de plus en plus connoistre aux officiers de l'armée angloise; mais il ne decide pas si positivement que M^d^ Townshend qu'il seroit necessaire que ce Prince passast l'hyver prochain en Angleterre, pour faire sa cour à la Reyne.

M^d^ Townshend m'en a parlé deux ou trois fois. Il croit que ce voyage, quand mesme il ne seroit que de quelques mois, convaincroit la nation que S. A. E. a la succession à cœur, et qu'elle scaura bien maintenir ses droits, lorsque la succession sera ouverte. Il juge une telle demarche necessaire pour guerir la defiance qu'on tache d'inspirer aux Anglois à cet égard, comme si S. A. E. n'avoit pour cette succession que de la froideur et de l'indifference. Il ne voit, dit-il, que ce moyen pour separer les Tories qui sont pour la succession d'avec ceux qui sont Jacobites, en sorte qu'il ne resteroit plus que deux partis dans le Royaume, scavoir celuy de la Maison d'Hannover et celuy du Prince de Galles, auquel cas ce dernier seroit fort foible, n'estant fort que par l'adresse qu'ont les chefs du Party de faire marcher à leur suite plusieurs Tories qui ne sont aucunement Jacobites.

M^d^ Townshend m'a assuré que, si les Whigs songeoient à faire casser le Parlement en gagnant Harley et à rentrer dans les employs, c'estoit uniquement par amour pour la succession, puisque sans cela leur interest particulier seroit de laisser les Tories dans

les charges pendant quelques années, afin qu'ils portassent le blasme des mauvais succez qui sont à apprehender, de la perte du credit qui est infaillible, et de la mauvaise paix qui est apparente; mais que les Whigs consideront qu'en mesme tems la succession Protestante seroit abysmée et leur patrie perdue sans ressource: cela seul les encourageoit à passer par dessus toute autre consideration, pour sauver leur liberté et leur Religion d'un naufrage evident. Il m'a dit que ce qui a si fort animé les Tories à revoquer l'acte de naturalisation des Protestants estrangers, c'est que par cet acte les Whigs avoient tacitement annullé une des limitations attachées à la succession, par laquelle la naturalisation estoit defendue sous le regne de la Maison de Hannover, afin d'exclure des charges les Allemands que S. A. E. pourroit amener un jour avec Elle. C'est aussi en haine contre la succession que les Tories ont introduit en Angleterre la loy d'Ecosse, par laquelle on ne confisque pas les biens des criminels de Lèse-Majesté, mais on les laisse aux enfants du coupable. A la verité cela ne doit commencer à avoir lieu que trois ans apres la mort de la Reyne. Mais cela ne s'est fait que pour encourager les revoltes contre le successeur Protestant. Car les Anglois estant remuants et méprisant la mort, ne sont retenus dans ces occasions que par la crainte de laisser leurs familles dans le mépris et dans la misere, et en les delivrant de cette crainte, on lache la bride à la rebellion.

Anlage II. Zu S. 94.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere. Bericht Robethons an den Kurfürſten Georg Ludwig, vom 5. Mai 1711.

. . . Mylord Raby me dit que la Reine s'estoit conformée à tous égards aux resolutions des E. G., et que S. M. lui avoit envoyé des lettres pour tous les Electeurs, tendantes à les exhorter à proceder promptement et unanimement à l'election du roy d'Espagne. Il avoit été d'accord avec les Hollandois et les Imperialistes à tous égards, excepté sur l'article du prompt retour de S. M. C., sur lequel il avoit representé que, si ce prince partoit avec trop de precipitation, il perdroit tout-à-fait son credit en Espagne, et même aupres des Catalans, qui prendroient un tel départ pour une fuite et le regarderoient du même œil que les Polonois avoient regardé celuy de Henry de Valois. Que le roy devoit rester encore deux mois pour

asseurer les esprits, et afin que tout le monde demeurât persuadé que S. M. C., bien loin de vouloir abandonner ses veues sur l'Espagne, étoit dans la disposition de faire les derniers efforts pour se mettre en possession de toute la Monarchie.

Mylord Raby ajouta que le Pensionnaire avoit esté du mesme sentiment, mais que la plus grande partie des deputez ayant paru persuadés de la necessité du prompt retour du roy d'Espagne, et les ministres imperiaux y ayant insisté avec la derniere vehemence, il avoit esté resolu de remettre le tout à la prudence de S. M. C., et d'ordonner sans aucun delay aux admiraux d'obeir à ses ordres, en quoy la Reine s'etoit aussi conformée à la resolution des E. G., croyant tres necessaire de marquer dans cette grande affaire un parfait concert avec eux.

Mylord me dit ensuite que le Ministere de Vienne avoit esté si consterné de la mort de S. M. I. qu'il avoit aussitôt depêché un exprez au roy d'Espagne pour le prier de venir en toute diligence et pour luy representer que, s'il n'y avoit pas de flotte, il devoit passer la mer sur une frégate plustost que de differer. Mylord regarde ce conseil comme tres pernicieux pour l'intérêt des puissances maritimes, lequel consistant uniquement à empescher que le Duc d'Anjou ne garde l'Espagne et les Indes, rien n'y pourroit estre plus prejudiciable que de faire remarquer aux Espagnols et à la France que le prince, en faveur duquel les dites puissances ont fait jusqu'à present de si grands efforts, et auquel elles destinent la Monarchie entiere, témoignast de l'indifference pour y parvenir, et un empressement excessif à abandonner ceux qui tiennent son party en Espagne et à tourner toutes ses pensées vers la dignité Imp. et les pays hereditaires.

M^{d} Raby voudroit donc qu'on ne changeast pendant tout le reste de la guerre ni de methode ni d'object, que le Roy C. se montrast plus attentif que jamais au dessein de se rendre possesseur de toute la Monarchie sans aucun demembrement, et qu'il fist connoistre qu'estant devenu Maître de tout, et agissant pour soy-mesme, il soutiendra à l'avenir les affaires en Espagne avec une toute autre vigueur que le feu Empereur ne l'a fait. Surtout M^{d} Raby paroist tres persuadé, aussi bien que le C. Pensionnaire, que rien ne pourroit estre plus pernicieux que d'agiter à present la question, s'il est à propos que la dignité Imp. et la Monarchie d'Esp. soyent reunies dans la mesme personne. Car, dit-il, à quoy bon raisonner sur les

inconvénients qu'il pourroit y avoir que l'Empereur possedast cette Monarchie, lorsqu'elle est actuellement entre les mains du duc d'Anjou? Ne faut-il pas plustost borner tous ses soins à la luy arracher, et ne sera-t-il pas assez temps, lorsque les Alliées en seront les maistres, de deliberer en faveur de qui ils en doivent disposer? Il suffit donc pour le present de rester dans le chemin qu'on a pris, de caresser au possible le Roy de Portugal et de tenir le duc de Savoye en bonne humeur par de belles expérances, sans se déclarer sur un cas qui n'existe point et qui n'existera peut-être jamais.

D'ailleurs, ajouta M^d^ Raby, y auroit-il de la justice à obliger le Roy d'Espagne, qui peut avoir plusieurs enfants, à renoncer à une Monarchie qui doit naturellement devenir le partage de quelqu'un d'eux? Auquel cas elle seroit séparée de la dignité imp. comme par le passé. Et pour ce qui est de priver ce Prince malgré luy de ses droits sur cette Monarchie, ne seroit-ce pas le rendre mécontent et par consequent inutile aux alliés pour le reste de la guerre? Que si même il se portoit volontairement à renoncer à l'Espagne, comme il ne le feroit qu'à condition de garder les Estats d'Italie et les Pays-Bas, quel effect pourroit produire cette demarche sinon de faire tomber sur les seules puissances maritimes tout le fardeau de la guerre d'Espagne, apres avoir plus que jamais alienè la nation par le susdit demembrement.

C'est donc un tres grand malheur, adjouta M^d^ Raby, que M^d^ Peterborough soit parti de Vienne pour Turin dans la resolution d'inspirer au duc de Savoye des vues sur la M. d'Espagne? Il est trop zelé pour les interests de ce Duc, et je voy par ses lettres que non seulement il luy inspirera ce dessein, mais aussi qu'il le flattera de l'approbation de la Reine. Il en a écrit à nos ministres en Angleterre. Nous en avons quelques-uns qui sont fort portez pour le Duc de Savoye; mais j'espère que la Reine continuera à faire plus d'attention à mes lettres qu'à celles de ce comte. Que si dans la suite et mesme des le temps de la conclusion de la paix on juge à propos de separer l'Espagne de la dignité d'Empereur et de marier pour cet effect le Prince de Piedmont à une des deux archiduchesses, je voudrois, dit Mylord, que ce fût à la cadette, afin qu'en cas que le Roy Cath. n'ait point d'enfants, l'archiduchesse aisnée pust avoir pour partage les pays hereditaires et qu'ils ne fussent pas incorporez à la monarchie d'Espagne.

J'allai le même jour, le 2 de ce mois, chez le comte de Sinzendorf. Il me parut fort satisfait des resolutions venues d'Angleterre et de la declaration du Roy de Prusse en faveur du Roy d'Espagne, et tombant de luy mesme sur les discours qui se tiennent icy et à Londres touchant cette affaire, il me dit que S. M. C. par la juste reconnoissance qu'Elle devoit aux Puissances maritimes, continueroit à pousser la guerre en Espagne, quoyque ce Royaume là luy seroit plustost à charge qu'à profit, adjoutant que c'estoit uniquement pour l'interest des dites puissances et de leur commerce qu'il falloit faire tous ses efforts pour deposseder le duc d'Anjou, qu'avec le temps, si S. M. C. demeuroit sans enfants, Elle pourroit se resoudre à disposer de l'Espagne en faveur d'une Archiduchesse; mais que cela se devoit entendre de l'Espagne et des Indes seulement, puisque tres certainement le roy C. ne renonceroit jamais, dans quelque cas que ce pust estre, ni aux Etats d'Italie ni aux P. B., qu'au reste S. M. ne permettroit pas que le Duc de Savoye s'establist en Espagne, ayant de fortes raisons pour se defier de ce Prince et pour apprehender qu'il ne se servist d'un tel accroissement de puissance contre ceux qui le luy auroient procuré, et qu'il ne prist des liaisons avec la France, adjoutant qu'on en estoit si persuadé à la cour de Portugal que l'ambassadeur de cette cour qui est icy, avoit asseuré les M. imperiaux que le roy son m., plustost que de souffrir que le duc de Savoye parvînt à la couronne d'E., s'accommoderoit avec le duc d'Anjou, ce duc luy estant moins redoutable et moins suspect que l'autre.

Anlage III. Zu S. 119.

Gräflich Clam Gallas'ſches Archiv in Prag. Bericht des Grafen Gallas, vom 31. Juli 1711, an Carl III. Dieſer Bericht, der einzige, den der Graf Gallas der Poſt übergeben, wurde dort von dem engliſchen Miniſterium gegriffen, und der Chiffre-Schlüſſel dazu von dem ſpaniſchen Secretär San Clemente ausgeliefert. Der Inhalt diente dann zum Vorwande der Schritte der Königin gegen den Geſandten und zu ihrer Anklage bei Carl III., daß er ſie beleidigt habe. Der Bericht iſt ſehr ausführlich. Es folgen hier nur die wichtigſten Stellen, namentlich diejenigen, welche für jene Anklage dienten.

. . . Io gli (al conte Sinzendorf) soggiunsi colla mia degli 24, che, benchè io non havessi potuto ricavare maggior certezza degl' accen-

nati avvisi, non volevo con tutto ciò assicurarlo di fidarsi in alcuna forma alla risposta datami da' ministri della Regina. Perche veruno m' haveva detto che non trattavano colla Francia, ne che trattarebbero, ma solamente che la Regina nulla farebbe senza communicarlo e di concerto colli suoi Alleati. E per esempii del modo di trattare di questa gente gli dissi che sul principio della passata rivoluzione del governo la Regina fece assicurare gli suoi Alleati di nulla voler fare che potesse pregiudicare al ben Publico, et alla causa commune, e che ciò non ostante contro tutta sorte di promessa e di dichiarazione haveva cassato tutt' il Ministerio, rovinato il credito con grandissimo rischio di non rimetterlo, abbandonata per cosi dire la Spagna, in mezzo de' più felici successi di tutta questa guerra, e lasciatala dopo per più d' un' anno senza soccorso di denaro, ed a quest' ora nell' incertezza che non si sappia cosa si deva sperare per liberarsi dalle grandi strettezze che costà si provano.

In oltre essersi stabilita una compagnia per il commercio del mare del Sud senza essersene prima consultato alcuno degl' Alleati, ne senza curarsi dell' influenza buona o cattiva, che ciò può havere nell' Alleanza, e quel che è peggio, ch' il Ministero et il partito dominante sanno d' essere sospettati d' havere delle pratiche colla Francia e di non curarsi che la Spagna coll' Indie restino al Duca d' Angiò, e pure che nulla pensino a disingannare la M. V. ed a contribuire alla di lei quiete, nel mentre che noi siamo obbligati di credere non haver la Regina causato alcun pregiudizio alla Alleanza, e che la buona amicizia, l' unione, il zelo, e la fermezza di lei sono sempre nella loro prima sussistenza, senza verun' alterazione.

Gli dissi che per questo e per tant' altre moltissime circostanze impossibili ad esser scritte, e che aggravano assai il caso presente, colle quali lo haverei potuto trattenere personalmente assai a lungo, già che dovevo replicargli un' altra volta, continuarei nell' istesso proposito, che bisognava continuar adesso ad operare senz' aspettare la venuta di V. M., o il prossimo inverno, per che vedendo io questa gente in continua agitazione, e sapendo da un altro canto, che prima della prossima sessione del Parlamento deve il Ministero prendere il suo partito sia per la pace sia per la continuazione della guerra, se dalla parte degl' altri Alleati si fosse restato immobile, questa corte potrebbe stabilire il suo proprio piano senza dubbio pessimo e svantaggioso per tutti, ed in ogni forma inalterabile dopo il suo stabilimento, come l' esperienza pur troppo fa vedere chiaramente, e

doversi considerare, che verificandosi le loro prattiche secrete per la pace, la maggior applicazione sarà allora d' imprimere nell' animo del popolo svantaggiosissime idee degl' Alleati, et all' incontro che dovendosi formare un piano per la guerra senza la concorrenza di quelli, difficilissimo sarebbe di farlo giusto, particolarmente in riguardo alle cose di Spagna, se non gli diceva in tempo ciò ch' il servizio di V. M. richiedeva, anzi non potessi sperare alcuna cosa in questo particolare della guerra in Spagna, se non si decideva prima la questione principale in riguardo della continuazione della guerra in generale.

Di modo che tutta la dilazione che poteva soffrire l'esecuzione del suggeritogli da me nella mia precedente si restringeva solamente ad aspettare delle nuove lettere di costà, per ch' il protesto del Memoriale fosse tanto più naturale, che si sarebbe potuto dire essere tali gli ordini venuti coll' ultime poste per parte della M. V., la qual occasione di lettere non poteva tardare, mentre il Ministro di Savoya sapeva già esservene in Torino giunte in data degli 20 del passato.

Anlage IV. Zu S. 184.

K. k. Archiv. Anglica 1711. Beilage zu dem Handſchreiben der Königin von Groß-Britannien an Kaiſer Carl VI., vom 7. November.

Articles à la charge de M. le comte de Gallas.

1. D'avoir planté un espion auprès de Mylord Peterborough, qui a communiqué ses lettres et conté tout ce qui se passoit dans la famille, aux ministres de S. M. I.

2. D'avoir dressé le projet d'un mémoire à présenter à la Reine pour la duper, en luy promettant des trouppes d'Hongrie et d'ailleurs, pour porter S. M. qu'elle continueroit la guerre, et d'avoir en mesme temps proposé des expedients pour éluder l'accomplissement de ce qu'il avoit promis, comme par exemple l'apprehension de la guerre en Hongrie, et de celle entre les Moscovites et les Turcs, mais en cas que ces pretextes là ne subsistoient plus, on pourroit detacher un regiment ou deux des trouppes, que la Reine et l'Etat avoient tesmoigné tant d'envie d'employer pour la cause commune, et s'excuser sur le reste, faute d'argent; que de cette maniere on pourroit engager la Reine a payer une grande partie de ce corps, et peutestre le tout. M. le comte de Gallas a communiqué ce projet

a M. le comte de Sinzendorf, pour en avoir son consentement, ce qu'il a refusé d'une maniere qui luy fait beaucoup d'honneur.

3. D'avoir dans ses depesches a S. M. I. alors Roy d'Espagne reproché la Reine du manque de sa parole au sujet du changement du Ministere. Il a marqué aussi dans les mesmes depesches que la Reine avoit entierement destruit le credit de la nation, et qu'Elle avoit abandonné le Roy, lorsque par une suite de succez il y avoit la plus grande apparence que S. M. viendroit a bout de s'établir sur le throsne d'Espagne.

4. Il fait passer les Ministres d'a present pour des ignorants et des mal-intentionnez, ennemis plustost qu'amis de la cause commune, de la personne du Roy et de la guerre commencée principalement en sa faveur.

Anlage V. Zu S. 188.

K. k. Archiv. Anglica 1711. Bericht des Grafen Gallas vom 10. Juli. Ich habe den Bericht bereits berührt in Band IV, S. 496, kann jedoch um der vollen Wahrheit willen nicht umhin, ihn hier ganz zu geben.

Der Königin Geſundheit, wie ſolches unter der Hand vernehme, ſoll auf einem ſo ſchlechten Fuße ſtehen, daß ſolches Einen und den Anderen den Frieden verlangen macht. Man will, daß derſelben Geblüt, weilen der König ihr Herr Vater Seel. mit dem veneriſchen Uebel behaftet ware, nie das beſte geweſen ſeye, und daß das Podagra, anſtatt in denen Extremitäten zu verbleiben, ſich hin und her in den Leib ausgegoſſen und ſolchen mit allerhand übelen Humoren anfüllend, ſich ſchon zum öfteren in dem Magen habe verſpüren laſſen, wie nicht weniger, daß dieſelbe einen Nabelbruch habe, ſo dieſelbe verhindert, immerzu einige Bewegung zu machen, ſo derſelben Conſtitution ſehr nothwendig wäre, und daß alles dies zuſammen genommen derſelben gar kein langes Leben verſpreche, und verurſache, daß man ihrer Perſon halben in continuirlicher Apprehenſion ſtehen muß. Man verdecket zwar ſolches ſo viel als möglich iſt; allein die Rede geht immer weiter, und iſt ſchon in ſo vieler Leute Mund, daß mich verwundert, daß ſolches nicht ſchon mehr und gleichſam völlig kund ſei.

Anlage VI. Zu S. 188.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere 1711. Bericht an den Kurfürſten, aus dem Haag, vom 25. Juli.

La reine est dans le temps où ses ordinaires cessent. Elle est quelquefois trois mois sans les avoir, après quoy elle a des pertes de sang qu'on a toutes les peines du monde à arrêter. Cela est cause que le fameux accouchour Chamberlaine est presque toujours à la cour. On craint que S. M. ne tombe en hydropisie, et M. de Bothmar trouve qu'elle a enflé dans le temps qu'il a passé à Londres. D'ailleurs il semble que la nature n'a plus la force de pousser la goutte aux extrêmités, et que l'humeur de la goutte restant au dedans, cause ces fréquentes coliques et fièvres, dont S. M. a été depuis peu tourmentée. Elle croit y remédier en buvant beaucoup de vin pur et même d'eau de vie, et elle achève d'esteindre par là la chaleur naturelle. Outre qu'elle mange avec excez. On dit même qu'elle a une rupture au nombril, qui coule sans cesse. Usée d'ailleurs qu'elle est par tant de couches, on ne peut pas s'en promettre une longue vie.

Anlage VII. Zu S. 189.

Der vollſtändige Titel der fraglichen Schrift lautet: Minutes of the Negotiations of Mr. Mesnager at the Court of England, towards the close of the last reign. — Wherein some of the most secret transactions of that time, relating to the Interest of the Pretender, and a clandestine separate Peace, are detected and laid open. — Written by Himself. — Done out of French. — London 1717.

Frühere engliſche Hiſtoriker wie Macpherſon und Somerville haben gegen die Echtheit dieſer Schrift kein Bedenken erhoben, obwohl für Somerville, bei ſeinem Beſtreben, jegliche Gefahr für die Thronfolge des Hauſes Hannover in England zu verneinen, ein Bedenken ſolcher Art willkommen geweſen wäre.

Lord Stanhope in ſeinen beiden größeren Werken erwähnt das Buch nicht. Coxe in dem Werke über Marlborough, ſo viel ich erſehe, nennt es einmal, in vol. III, p. 252, ohne einen Zweifel zu bekunden.

Ein ſolcher Zweifel iſt jedoch erhoben von Hallam, in einer Note zu Ch. XVI ſeiner Constitutional History.

Da ich mich wiederholt auf die Schrift von Mesnager beziehe, ſo halte ich, bei dem Anſehen, welches das Werk von Hallam genießt, es für erforderlich, ſeine Bedenken gegen jene Schrift anzuführen und kritiſch zu beſprechen.

Die Bedenken Hallams lauten wie folgt.

1. It is printed in England without a word of preface to explain how such important secrets came to be divulged, or by what means the book came before the world;

2. the correct information as to English customs and persons frequently betrays a native pen;

3. the truth it contains, as to Jacobite intrigues, might have transpired from other sources, and in the main was pretty well suspected, as the Report of the Secret Committee on the Impeachment in 1715 shows;

4. so that, upon the whole, I cannot but reckon it a forgery in order to injure the Tory leaders.

Ad 1. It is printed in England etc. Dieſe Thatſache iſt richtig. Allein es fehlt darum nicht ganz der Nachweis oder doch eine Angabe dieſer Art. Auf dem Titel ſtehen die Worte: written by himself, und dann done out of French. Das engliſche Buch alſo gibt ſich aus für eine Ueberſetzung einer von Mesnager ſelbſt verfaßten Schrift. Dieſe Schrift beginnt dann mit den Worten: Purposing here to write for private remembrance, memorials of some particular secret negotiations, which I have been employed in by the king's command for some years passed, I design not to form it as an History of my life, which was led in a more private capacity, or to put it into such shape as to appear publickly in the Word.

Man dürfte ſagen, daß ja in dieſen Worten die von Hallam vermißte Vorrede vorhanden und zugleich die Motivirung enthalten ſei, warum die Schrift nicht erſcheine in der für ſolche Fälle gewöhnlichen Form.

Hallam hat bei ſeinem allgemein ausgeſprochenen Zweifel dieſe Eingangsworte nicht berückſichtigt.

Es kommt alſo die Frage der äußeren Möglichkeit in Betracht. Der duc de St. Simon berichtet Band VII, S. 63 ſeiner Memoiren mehrere Todesfälle aus dem Monate Juni 1714, unter ihnen diejenigen der Kurfürſtin Sophie und des Mesnager. Ueber den letzteren ſagt er:

Mesnager troisième plénipotentiaire à Geertruydenberg (?) et à Utrecht dont on a suffisamment parlé alors pour le faire connaître, mourut d'apoplexie à Paris, fort riche, sans avoir été marié. Ce fut

dommage pour sa probité, sa modestie, sa capacité dans le commerce et son intelligence dans les affaires. Il n'était point vieux.

Daß das Buch vor dem Eintritte des Succeſſionsfalles, vor dem Tode der Königin Anna, geſchrieben iſt, beweiſt der ganze Inhalt. Der Verfaſſer ſpricht beſtändig über die noch lebende Königin. Ja man kann ſogar die Zeit der Abfaſſung annähernd beſtimmen. Der Verfaſſer vergleicht, S. 184 u. f., den Einfluß, deſſen zur Zeit ſeiner Anweſenheit in England, 1711, Oxford ſich erfreuete, mit dem nunmehr ſinkenden. Die letztere Beſchreibung paßt genau auf die erſten Monate des Jahres 1714.

Die Schrift war, wie der Verfaſſer in den erſten Zeilen geſagt hat, nicht für die Oeffentlichkeit beſtimmt. Aber Mesnager ſtarb im Juni 1714, ohne Familie. Mithin wurde das was ihm angehört hatte, hierhin und dorthin zerſtreut. Auch ſeine Papiere. Iſt es undenkbar, iſt es nicht vielmehr wahrſcheinlich, daß irgend ein entfernter Erbe, der keine Pietät hatte für den Willen des Erblaſſers, dies beſonders auf die engliſche Geſchichte ſich beziehende Manuſcript einem Engländer käuflich überlaſſen, oder vielleicht auch nur eine Abſchrift verſtattet hat? — Auch dieſe konnte dann vielleicht noch erſt durch mehrere engliſche Hände gehen, bis ſie im Jahre 1717 ins Engliſche überſetzt und gedruckt erſchien. Und dennoch iſt ſelbſt auch dieſe Publication nicht ganz rückſichtslos; denn die betreffenden engliſchen Namen ſind nicht ausgedruckt.

Dies ſind Vermuthungen über die Schickſale der Schrift von Mesnager, nachdem er geſtorben war, bis zur Publication derſelben. Der Gang der Dinge kann auch ein anderer geweſen ſein. In jedem Falle aber entſprach die ſofortige Publication, nach den Eingangsworten der Schrift, nicht den Intentionen des Verfaſſers. Eben darum auch iſt es ſehr erklärlich, daß der Herausgeber, der ſich dieſes moraliſchen Unrechtes gegen Mesnager bewußt war, weder den eigenen Namen nannte, noch die Art und Weiſe angab, wie die Schrift in ſeinen Beſitz gelangt war.

Und damit dürfte dies erſte Bedenken von Hallam erledigt ſein.

Das zweite Bedenken Hallams lautet wie folgt:

2. The correct information as to English customs and manners frequently betrays a native pen.

Nach dieſem Urtheile Hallams wäre alſo der Verfaſſer der Schrift ein Engländer. Aber nach Hallam iſt die Schrift zum Nachtheile der Tories abgefaßt: der Verfaſſer kann alſo nicht ein Tory ſein. Iſt er alſo ein Whig? — Es dürfte doch die Frage ſein, ob die Schrift glimpflicher mit den Whigs als mit den Tories verfährt. Sie berichtet den Sturz des Whig-Miniſteriums im Jahre 1710 mit einer Freude, die

jede Sympathie für dasselbe ausschließt. Der Verfasser kann endlich auch kein englischer Jacobit sein, wegen seiner scharfen Urtheile über St. Germain S. 314 u. f.

Ja man darf mit Wahrheit sagen, daß die Urtheile, welche die Schrift über England enthält, S. 93 bis 95, es moralisch unmöglich machen, daß sie von einem Engländer abgefaßt sein kann.

Dagegen wiederholt der Verfasser unabläßig selber, daß er ein Franzose sei, schwärmerischer Anhänger seines Königs, den er, wie überhaupt alle Franzosen damaliger Zeit, nie anders nennt als kurz: le roi, daher also in der englischen Uebersetzung: the king. Das Buch ist nicht bloß, wie der Titel sagt, ursprünglich in französischer Sprache geschrieben, sondern es ist auch durchaus französisch gedacht, nicht ohne die für die damalige Zeit charakteristische Ruhmredigkeit des Franzosen.

Ferner gibt der Verfasser sich überall als Katholiken zu erkennen. Man vergleiche S. 41 und 43. Wenn aber die Schrift in politischer Tendenz abgefaßt wäre: so konnte dies in dem damaligen England doch wohl nicht ungeschickter angefangen werden als in der Maske eines Franzosen und Katholiken.

Wozu also eine solche Annahme? Der Verfasser der Schrift war wirklich Franzose und Katholik. Der Nachdruck liegt auf dem ersteren Worte.

Dagegen hält nun Hallam als einzigen Grund der Vermuthung einer englischen Autorschaft: the correct information as to English customs and manners. Aber Mesnager war jedenfalls, im Jahre 1711, viele Monate in London. Er war ein, nach dem Urtheile aller Zeitgenossen, sehr befähigter Mann, den Ludwig XIV. selbst sich aus dem Kaufmannsstande zum Diplomaten heran gezogen hatte. In London verkehrte er mit den Staatsmännern, mit der ersten Gesellschaft: wäre es da nicht eher zu verwundern, wenn seine Informationen über englische Zustände nicht correct gewesen wären?

3. The truth it contains, as to Jacobite intrigues, might have transpired from other sources, and in the main was pretty well suspected, as the Report of the Secret Committee on the Impeachment in 1715 shows.

Auch dieser Satz ist wieder zu allgemein und unbestimmt. Hallam bringt nicht den Beweis einer Unrichtigkeit, und dennoch wird die Wahrheit, die in dem Buche enthalten sei, hier so stark limitirt, daß die Schrift etwa wie ein historischer Roman erscheint. Der Nachweis einer einzigen Unrichtigkeit würde stärker für Hallams Ansicht plaidiren, als diese allgemeine Behauptung.

Die Schrift Mesnagers iſt abgefaßt im Jahre 1714. Der Report erſchien 1715.

Endlich faßt Hallam ſeine Einwürfe in dem vierten Punkte zuſammen in folgende Worte:

4. so that, upon the whole, I cannot but reckon it a forgery in order to injure the tory leaders.

Mit dem Zuſammenbrechen der drei erſten Einwände fällt auch dieſer letzte. Irgend ein Beweis einer forgery iſt nicht erbracht, und eben ſo wenig der Zweck dargethan: to injure the tory leaders. Denn, wie ſchon vorher erwähnt, Mesnager iſt ſehr weit davon entfernt über die Whigs günſtiger zu urtheilen als über die Tories. Er als Franzoſe nennt die Whigs, und damals mit vollem Rechte (p. 45): our mortal enemies.

Dagegen iſt es mir nicht zweifelhaft, daß der engliſche Ueberſetzer ſich nicht begnügt hat, die Schrift möglichſt objectiv zu überſetzen, ſondern auch hier und da von dem Seinigen etwas eingefügt hat, z. B. S. 51 die Charakteriſtik der Haltung Oxfords im Jahre 1715; S. 53 diejenige der Lady Maſham. — Ferner hat Mesnager nicht die letzte Hand angelegt. Die Schrift iſt an mehreren Stellen unfertig geblieben, namentlich in Betreff der Chronologie.

Daher iſt bei Benutzung der Schrift eine ſcharfe Kritik erforderlich. Ich beziehe mich auf dieſelbe nur da, wo, wie hier in den Unterredungen Mesnagers mit Frau Maſham, ein in ſich geſchloſſenes Ganzes vorliegt.

Anlage VIII. Zu S. 210.

Robethon-Papiere im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover.

Memoire instructif pour le Baron de Bothmar. Au Göhrde, le 7 Novembre 1711.

Quoy que la reponse que S. A. E. a fait donner par écrit au comte de Rivers, de laquelle le B. de Bothmar trouvera la copie cy-jointe, pourroit suffire pour luy faire connoistre les intentions de S. A. E. et la maniere dont il doit parler en Angleterre, cependant comme il y a quelques articles sur lesquels S. A. E. souhaite que son Ministre s'explique d'une maniere plus forte qu'on n'a pû le faire dans la dite reponse, on a jugé à propos de les indiquer icy.

1° Il sera bon qu'il represente fortement aux Ministres de la Reyne qu'il est tres juste que S. M. convienne avec Ses alliez du

lieu où la paix se traittera, et en particulier avec S. M. I. et les Estats Generaux, puisqu'il seroit d'une tres pernicieuse consequence de permettre que la France leur prescrivist des loix à cet égard, comme elle paroist le vouloir faire, et que si cela luy reussissoit des ce 1er pas, elle prendroit des airs de hauteur et de fierté pendant tout le cours de la negotiation.

2° Les alliez ont besoin non seulement de declarations positives, mais encore de seuretez réelles, ayant affaire à un Ennemy dont les chicanes et la mauvaise foy sont assez connues. C'est à quoy les Preliminaires precedents avoient pourvû, en obligeant la France à restituer prealablement des places de seureté. Icy il n'y a ni seuretez réelles, ni aucunes declarations claires et precises. Tout se reduit à des generalitez vagues qui au fonds ne veulent rien dire, et sur lesquelles on pourroit negotier dix ans de suite. On laisse à juger quel est le moyen le plus seur pour mettre une prompte fin à la guerre, ou d'exiger prealablement de la France de telles conditions qu'il n'y ait plus rien à faire dans l'assemblée generale que de leur donner la forme de traitté, ou d'ouvrir cette assemblée sur 6 ou 7 articles captieux et obscurs, qui laissent un champ libre à la negotiation, et qui donnent si beau jeu à la France pour mettre en usage ses intrigues et ses chicanes ordinaires.

3° Il n'y a qu'une parfaite union entre les alliez pendant qu'on traittera la paix generale, et il n'y a que la garantie mutuelle qu'ils se donneront de ce qu'il y aura esté conclu, qui puisse les mettre en seureté pour l'advenir. Sans cela toute l'Europe tombera dans la confusion, et tost ou tard dans l'esclavage, surtout si on laissait l'Espagne et les Indes à un Prince de la Maison de Bourbon. Ce seroit une grande erreur de croire que mesme apres la paix conclue, et surtout apres une telle paix, la Grande Bretagne pust estre en seureté, et se maintenir dans un état tranquille et fleurissant, à moins que de demeurer avec la Hollande, et avec les autres alliez dans une union, qui les mist tous ensemble à couvert des entreprises de la France. Toutes leurs forces unies ont à peine suffi pour s'en garantir, d'où on peut juger de ce qui arriveroit, si cette couronne venoit à bout de mettre la division parmy eux, et ce qu'elle seroit capable d'executer apres avois respiré pendant quelques années. On ne doute donc pas que S. M. B. ne se propose d'agir dans toute cette affaire conjointement et de concert avec ses alliez, conformement aux assurances qu'elle leur en donne. Mais pour bannir toute

sorte de defiance, il seroit bon qu'il n'y eust aucune negotiation secrete qui pust donner lieu de soupçonner que la Grande Bretagne pourroit faire son traitté separement.

4° Il seroit inutile de s'estendre sur les suites pernicieuses qu'on auroit sujet d'apprehender si on laissait l'Espagne et les Indes au duc d'Anjou. Le Ministre de S. A. E. les connoist parfaitement, et il ne manquera pas de les faire remarquer à ceux de la Reyne. S. M. Elle-mesme s'en est expliquée ouvertement dans sa harangue à l'entrée de la derniere session, recommandant la guerre d'Espagne comme celle qui interessoit le plus la nation Britannique. En un mot c'est vouloir tout perdre de gayeté de cœur, et forger des fers à l'Europe que d'abandonner l'Espagne et les Indes, et c'est en particulier sacrifier le principal interest de la Grande Bretagne, laquelle ne sera aucunement dedommagée par le commerce dans la mer du sud, dont on la flatte, lequel, s'il n'est pas tout-à-fait chimerique, sera au moins precaire, et ne durera qu'autant que l'Espagne et la France voudront bien le permettre.

5° Il sera bon de desabuser ceux qui s'imaginent que la Barriere aux Pays-Bas ne regarde que la seureté de la Hollande, et de leur faire comprendre qu'elle regarde tout autant celle de la Grande Bretagne, laquelle ne se trouveroit pas moins en danger que la Hollande, si la France devenoit maîtresse des Pays-Bas. C'est une verité qui a esté reconnue de tout temps par les bons Anglois, et mesme sous le regne de Charles II, lequel, malgré ses liaisons avec cette couronne, ne voulut pas permettre qu'elle en fist la conqueste, de sorte que la Barriere qui ferme à ce dangereux ennemy l'entrée aux Pays-Bas est un interest commun aux deux Puissances Maritimes.

6° Tous les alliez concourront avec plaisir à conclure la paix, pourvû qu'elle leur procure leur seureté, n'y en ayant point qui ne soit las des depenses et des incommoditez de la guerre, et qui veuille la continuer, lorsqu'elle cessera d'estre necessaire. De plus il n'y en a point parmy eux, qui ne se fasse un plaisir de contribuer de tout son pouvoir à obtenir à la Grande Bretagne les conditions et les advantages qu'elle peut pretendre de la France. S. A. E. en particulier se fera un devoir d'y apporter tous ses soins, rien n'estant plus juste apres tant de grandes choses que S. M. B. a faites pour la cause commune depuis le commencement de son glorieux regne. Et cette voye paroist plus seure pour parvenir à ce but que si la

Grande Bretagne y travailloit sans la concurrence de ses alliez par une negotiation separée.

7° S. A. E. peut repondre que la cour Imperiale n'a jamais formé le dessein qu'on luy impute, de vouloir entamer avec la France une negotiation secrete au prejudice des interests de la Grande Bretagne; mais pour oster à cet égard tout sujet d'ombrage, tant de la part de l'Empereur que de la part de la Hollande, on pourra prendre avec ces deux Puissances de nouveaux engagements, et on peut s'assurer qu'elles ne feront aucune difficulté de promettre à la Reyne de la maniere la plus forte et la plus solennelle de n'entrer jamais avec l'ennemy dans aucune negotiation particuliere, et de ne recevoir jamais aucune ouverture ni proposition de sa part sans la participation de S. M., et sans prendre de concert avec Elle des resolutions et des mesures communes. On allegue que la cour Imperiale renoncera sans peine à l'Espagne et aux Indes, pourvû qu'on luy donne les Estats d'Italie et les Pays-Bas. Mais c'est sur quoy il est juste d'entendre le nouvel Empereur qu'on scait avoir fort à cœur les affaires d'Espagne, et qui a lieu d'estre surpris d'apprendre à son arrivée dans l'Empire que sans aucune communication prealable avec luy, on presse de la part de la Reyne l'ouverture de l'assemblée de la paix, et que S. M. B. fasse demander aux Estats Generaux des passeports pour les plenipotentiaires de France, acceptant pour fondement du traitté 6 ou 7 articles preliminaires vagues et captieux, dans lesquels les interests de S. M. I. sont entierement negligez.

8° Quelque chose qui arrive, et soit qu'on ouvre des à present l'assemblée de la paix, soit qu'on la renvoye (comme il le faut esperer) à un autre tems, c'est à dire jusqu'à ce que la France ait fait des declarations plus satisfactoires, le Ministre de S. A. E. representera à ceux de la Reyne, de quelle absolue necessité il est de ne se point relacher par rapport aux preparatifs pour la campagne prochaine, n'y ayant aucune esperance d'obtenir de bonnes conditions de paix qu'en se mettant en estat de poursuivre vigoureusement la guerre, et de commencer la campagne de bonne heure avec des forces considerables. On ne doit pas douter que l'Empereur ne fasse de beaucoup plus grands efforts que cy-devant, et que la Hollande ne fournisse ce à quoy elle est obligée par les traitez. Mais il est surtout essentiel de se garantir du piege d'une cessation d'armes, qu'il est tres-apparent que la France proposera aussitost

que l'assemblée de la paix sera ouverte, et qui, laissant les Puissances maritimes dans la necessité de faire les mesmes efforts et les mesmes depenses pour la guerre, et d'entretenir les mesmes flottes et les mesmes armées, leur osteroit les moyens de s'en servir, et arresteroit les progrez de leurs armes victorieuses. Il y a lieu d'esperer qu'en demeurant unis on reduira bientost la France (avec la benediction de Dieu) à accorder des conditions de paix raisonnables, l'extreme epuisement où est cette couronne, et le besoin qu'elle a de la paix estant certain et confirmé de tous costez.

9° Le Ministre de S. A. E. n'oubliera pas de remercier la Reyne de l'envoy du comte de Rivers, des confidences qu'elle a bien voulu faire à S. A. E. par ce comte au sujet de la paix, et du soin que S. M. a eu la bonté de prendre des interests de la Maison Electorale dans le 1er article des Preliminaires. Fait au Göhrde, le 7 Novembre 1711.

L. S.

P. S. le Ministre de S. A. E. ne manquera pas sans doute de faire remarquer que la Barriere de la France est forcée, et qu'en prenant encore une place, on sera au cœur du Royaume et on aura telles conditions de paix qu'on voudra. Il pourra aussy adjouter que la France, ayant esté rebutée par les Estats Generaux, lorsqu'elle a voulu les engager à un traitté separé, si elle l'estoit aussi à present par l'Angleterre, elle seroit obligée de s'adresser à tous les alliez conjointement, et de leur dire de bonne foy ce qu'elle veut faire pour la paix, et elle se porteroit d'autant plustost à leur accorder de bonnes conditions qu'elle s'apperçoit que les brouilleries du Nord ne luy procureront pas la diversion dont elle s'estoit flattée.

Achtunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 278.

British Museum. Add. Manuscripts. Coxe's Collection. Vol. 9129. Essay on the succession. Darin dieſer Brief des Herzogs von Hamilton an Lord Middleton, vom 11. Januar 1712.

The possession of the crown has never been the object of the Queen's wishes, nor does she consider it as her property. She looks

upon it as a deposit placed in her hands, for which she thinks herself accountable. The Prince's misfortunes affect her sensibly; she laments that they have been brought upon him by imbibing tenets repugnant to her people. For my part I am hurt to see Jacobite Lords siding with Marlborough. The sight is odious and gives offence to the Queen. What can you mean by opposing her views? Are you not satisfied about the man's fallacy? It is time you should open your eyes and cease to flatter yourselves or suffer yourselves to be amused with vain hopes. The country will never receive a king from France; nor will the English suffer themselves to be governed by a roman catholick. I would rejoice to see the prince one day restored; but I declare against having any concern in civil wars. To be plain, you should lose no time in taking him away from France, and not wait till you be compelled by a publick or private article in the treaty. Go with him to a protestant country, and marry him as soon as possible to a protestant. I wish you were safe in Sweden.

Anlage II. Zu S. 332.

Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv in Prag. Schreiben des Secretärs Primoli, vom 4. Juni 1712, aus dem Haag, an den früheren Geſandten Grafen Gallas.

I due Deputati, Velderen et Hop, sono partiti per l'armata. Pare che si habbia voglia di (das Folgende in Ziffern) disarmare gli Inglesi. Se potesse riuscire per l'Elettore e Danimarca, si sarebbe sicuro, che vi darebbero mano. Solo Prussia è quello che fa paura. Io credo che un colpo di questa natura farebbe un buonissimo effetto presso gl' Inglesi, chè acciecati dalle doppie insinuazioni del ministero, colle quali non ravisano la verità degl' intrighi di quelli, come l' annesse lettere di Londra fanno vedere, venendo mi dimandate qualche lume delle cose della pace — scorgerebbero allora il tradimento ordito da quelli alla publica sicurezza e tranquillità egualmente che al vero interesse dell' Inghilterra.

Anlage III. Zu S. 437.

Aus den Robethon-Papieren des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover.

Aus dem zweiten Artikel des Barriere- und Succeſſions-Vertrages.

Britiſcher Text.

Si autem contingeret, ut potestas aliqua extranea, vel status, seu persona, personaeve quaecumque, sub specie qualibetcumque, directe bello aperto, vel conspiratione, seu perfidia sese opponere velint juri Successionis haeredum Majestatis Suae Regiae post obitum ipsius, vel deficientibus hujusmodi haeredibus, juri Successionis Exc^mae Principis Sophiae, aut haeredum ejus quorumcumque, ad quos dicta Successio tunc spectaverit, secundum leges et statuta Magnae Britanniae, D. Ordines Generales Foederatarum Belgii Provinciarum promittunt ac spondent, sese omni prorsus tempore, vivente Ser^ma Regina antea memorata, ipsi opitulaturos ad pugnandum pro jure Successionis ad Coronam Regiam Magnae Britanniae, prout per leges et statuta ejusdem Regni stabilita determinataque est, et post obitum antedictae Ser^mae Reginae sese opem laturos haeredibus Ejus, iisve deficientibus Principi Sophiae supra memoratae, aut talibus ejus haeredibus ad quos ut praefatum est, Successio ad Coronam Regiam M. Br. post obitum Ser^mae nunc regnantis legitime spectaverit, ut veniant in ejusdem possessionem, eandemque conservent.

Von Hannover aus vorgeſchlagener Text. Die weſentlichen Zuſätze curſiv.

Si autem contingeret, ut potestas aliqua extranea vel status, seu persona, personaeve quaecumque, sub specie qualibetcumque, directe vel indirecte, bello aperto vel conspiratione, seu perfidia, sese post obitum Regiae Suae Majestatis opponere vellent juri Successionis haeredum *ex ipsa procreatorum*, vel, deficientibus ejusmodi haeredibus *ex ipsa procreatis*, juri Successionis praedictae Exc^mae Principis Sophiae aut haeredum ejus Protestantium, ad quos dicta Successio tunc spectaverit, secundum leges et statuta Magnae Britanniae, D. Ordines Generales Foederatarum Belgii Provinciarum promittunt ac spondent, sese omni prorsus tempore, vivente Ser^ma Regina antememorata, ipsi opitulaturos ad propugnandum pro jure Successionis ad Coronam Regiam Magnae Britanniae, prout per leges et statuta ejusdem Regni stabilita determinataque est, et post obitum antedictae Ser^mae Reginae sese operam laturos haeredibus Ejus *ex ipsa procreatis*, iisve deficientibus Principi Sophiae supramemoratae aut talibus ipsius haeredibus, ad quos, ut praefatum est, Successio ad Coronam Regiam M. Br. post obitum Ser^mae Reginae nunc regnantis legitime spectaverit, ut veniant in ejusdem possessionem. eandemque conservent.

Zu den Bemerkungen von Seiten der Generalſtaaten zu dem britiſchen Entwurfe des Vertrages heißt es: Là où il est parlé des héritiers de Sa Majesté, il devroit y avoir: *procreez par Elle.*

Neununddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 511.

K. k. Archiv. Hollandica 1714. Beilage zum Berichte des Freiherrn von Heems, vom 16. Januar. Copie d'une lettre de Mylord Bolingbroke à un de ses intimes amis à Londres, en date: Windsor, le 6 janvier 1714. Traduite de l'anglais.

Monsieur. J'ai fait rester votre homme ici, jusqu'à ce que je pourrois vous rendre un compte exact de l'état de la santé de la Reine, selon le rapport fait par les medecins aux seigneurs du conseil. Ils disent donc que la maladie de Sa M^té^ est une fievre tierce ou fievre intermittente, car on donne à son mal ces deux noms; que le premier accès a été tres violent, mais que le second a été moins rude, et les symptomes qui l'ont accompagné, pas si dangereux que ceux du premier; qu'une humeur goutteuse voltigeoit par tout son corps avec une complication de quelque chose qu'on appelle hysterical.

Mon cher ami, je ne puis m'empêcher de vous dire que la nuit de Jeudi étoit la plus triste que j'aye passée de ma vie, et je suis toujours dans de grandes apprehensions, ou peutêtre je prevois plus que je ne devrois. J'espere que ces accidents reiterez auront leur effet sur M. Oxford, et le porteront sans perte de temps à prendre les mesures necessaires, pour le mettre lui-même et ses amis dans un état et sur un fondement à pouvoir faire des conditions au moins pour eux et leur pays, lorsque le fatal coup arrivera de la mort de la Reine.

Mon retour à Londres depend de la santé de S. M^té^; ainsi je ne puis rien marquer de positif là-dessus; mais je vous assûre que je viendrai aussitôt que je pourrai; car je suis dans de grandes inquietudes à cause des delais dans notre principale affaire. Quant à vous, pour qui j'ai nulle reserve, je vous dirai: si je puis obtenir dix mille Livres Sterl. de la Reine, cette somme mettra mes petites affaires en bon état. Si je puis avoir d'avantage, il sera mieux;

mais si cela me manque et qu'un accident arrive à S. M^té^, je serois honteux de me trouver avec des dettes, *lorsque tous les autres qui ont contribué à la paix, ont si largement augmenté leurs biens et fortunes.* Adieu mon cher ami. Je suis à vous de toute mon ame.

Bolingbroke.

Anlage II. Zu S. 543.

British Museum. Add. MS. Birch Collection. Vol. 4107.

Lord Oxford to the Princess Sophia.

(Without date.)

Madam. Y. R. H's goodness to Mr. Harley has encouraged H. M. to employ him again to Y. R. H., with H. M's utmost assurances of her resolution to support your succession, and to do every thing which may quiet those who are in earnest for it.

Y. R. H's great sagacity will easily distinguish those who clamour because they have not all the power they desire, and that in a country torn by faction, which has been twenty years gathering strength, misrepresentations are unavoidable. But it is with pleasure, I can assure You that the generality of the Nation concur in Your succession, and as Your Serene family are to reign over the whole Nation, so You are too wise to be affected to a party.

The Queen's interest in the hearts of her people has made her repeated declarations in favour of Your Illustrious House make great impressions on the people's minds, and I take leave to assure Y. R. H., from many years' experience and observation, that I am certain that this is a steady and fixed resolution in the Queen to confirm and secure Your succession. And as I have never varied in my zeal for it, so I shall make it my study to watch every occasion to promote the interest of Y. R. H., and particularly to cultivate that friendship with the Queen, which is so necessary for this good end, which I know H. M. sincerely desires, and I doubt not Y. S. F. will think it to be for your interest, the world should publickly know there is this good harmony. This will be a very effectual way to make the accession to the throne easy, and the possession of it safe. My utmost wishes are to be serviceable to so good an end, and to convince Y. R. H. of the great veneration wherewith I am, Madam, of Y. R. H. etc.

Oxford and Mortimer.

Anlage III. Zu S. 570.

Aus den Robethon-Papieren im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen, zu Hannover.

L'Electeur George Louis à la Reine Anne.

Hanover, le 26 Avril/7 Mai 1714.

Madame. J'ai reçu avec une parfaite reconnoissance la lettre du 9me Janvier, dont Votre Majesté avoit chargé le Sieur Harley. Rien ne sauroit être plus obligeant que les asseurances dont elle est remplie des soins que Votre Majesté veut bien continuer d'apporter à l'affermissement de la Succession Protestante, qu'elle dit être l'unique moyen d'assurer la Religion et le repos de ses Royaumes, et n'avoir rien au monde plus au cœur. J'ai crû ne pouvoir mieux repondre à de si grands témoignages de bonté, qu'en faisant remettre au Sieur Harley un Memoire qui fera voir Votre Majesté ce qui me paroist necessaire dans la presente conjoncture pour mettre en sûreté votre Personne Royale, Vos Royaumes, et la Succession établie par les Lois. Comme il n'y a pas d'interests plus dignes que ceux là de l'attention d'une Reyne si distinguée par sa pieté et par son amour pour ses Peuples, je ne doute pas que Votre Majesté n'y apporte autant d'attention que j'ai de confiance en ses lumieres et en ses bontés, étant toujours avec beaucoup de respect

De Votre Majesté le tres humble et tres obéissent serviteur

George Louis Electeur.

Anlage IV, wie Anlage III.

Mémoire delivré à Monsieur Harley le 7me May 1714. N. S. à Hanover.

Leurs Altesses Electorales ont receu avec une extreme reconnoissance la nouvelle marque de la bonté que la Reine Leur a donnée, en ordonnant au Sieur Harley de Leur demander ce qu'Elles souhaitoient qu'on fît pour le plus grand affermissement de la Succession Protestante établie dans Leur maison, de même que les asseurances obligeantes qu'il y a ajoutées, que Sa Majesté Britannique se feroit un plaisir d'accorder à LL. AA. EE. ce qu'Elles desireroient à cet égard.

C'est dans cette confiance que LL. AA. EE. prennent la liberté de representer à Sa M^té^ la necessité qu'il y a d'obliger le Pretendant à se retirer en Italie, et le danger qui pourroit resulter de son plus long sejour en Lorraine, tant aux Royaume de Sa M^té^ qu'à la Personne Royale et à la Succession Protestante.

On ne peut pas être plus obligé à Sa M^té^ que le sont LL. AA. EE. des instances qu'Elle a déja eu la bonté de faire pour l'éloignement du Pretendant. Et comme le present Parlement aussi bien que le precedent a tesmoigné être persuadé que la seureté de la Nation et de la Succession y est attachée, ce qui est aussi l'opinion de LL. AA. EE., Elles supplient S. M^té^ de prendre les mesures les plus efficaces pour parvenir à un but si salutaire, et cela d'autant plus que les partisans du Pretendant publient avec la derniere asseurance qu'il se prepare à faire incessamment sa descente dans le Nord de la Grande Bretagne, pendant qu'elle se trouve degarnie de flotte et de trouppes, ce qui est confirmé par divers avis venus de personnes qui ont eté depuis peu à Bar-le-Duc, qui ont eu part à la confiance du Pretendant, et qui asseurent qu'il se mettra bientôt en chemin pour l'execution de son entreprise, et qu'il compte sur un puissant secours étranger.

Les affaires se trouvant dans une situation si dangereuse, LL. AA. EE. esperent que S. M^té^ conviendra avec Elles qu'il seroit necessaire pour la seureté de sa Personne Royale et pour celle de ses Royaumes et de la Succession Protestante, d'établir dans la Grande Bretagne quelqu'un de la Maison Electorale qui pût veiller à de si grands interests et témoigner à Sa M^té^ par une fidelité et par un attachement inviolable à Sa Personne, combien LL. AA. EE. sont remplies pour Elle de respect et de reconnoissance. Le tems paroist être venu où la seureté des interests communs ne peut plus se trouver que dans une confiance reciproque et dans des mesures prises avec un parfait concert, et où LL. AA. EE. de même qu'Elles n'attendent que de la continuation des bontés de Sa M^té^ la seureté de Leurs Droits à la Succession, sont prestes à contribuer de leur costé, autant qu'il est en leur pouvoir, à renverser les desseins de ceux qui voudroient troubler la tranquillité et le bonheur de Son glorieux Regne.

LL. AA. EE. prennent aussi la liberté de renouveller les instances qu'Elles ont faites depuis prés de deux ans auprés de S. M^té^ et Ses Ministres pour demander qu'on fixe à S. A. E. Madame l'Elec-

trice par Acte de Parlement l'Etablissement et pension dont le plus proche heritier de la Couronne a accoutumé de jouir. LL. AA. EE. n'ont voulu former aucune prétention à cet égard, pendant que la Nation a été chargée des depenses de la guerre, mais ces depenses ayant cessé et tout devant être mis par la Paix sur un pied fixe et solide, Elles esperent que, même pendant la presente Session du Parlement, Sa M^té^ aura la bonté de Leur procurer une chose si juste et qui est une suite si naturelle de tout ce qu'Elle a déja fait en Leur faveur.

LL. AA. EE. esperent aussi que Sa M^té^ voudra bien accorder des Titres affectés aux Princes du Sang de la Grande Bretagne à ceux des Princes Protestants de la Maison Electorale, qui n'en sont pas encore revestus.

Fait à Hanover le 4me May 1714.

Le Sceau de M^sgr^ L'Electeur.

Le Sceau de Madame L'Electrice.

Anlage V. Zu S. 599.

British Museum. Add. Manuscripts. Coxe's Collection vol. 9129. Essay on the succession.

These persons dined together at a tavern, for the express purpose of fixing a day for the introduction of a motion. Sir William Wyndham was in the chair. The company appeared unanimous in their sentiments, and Sir Hugh Patterson particularly said that he had no doubt but an early day would have been fixed, if a letter had not been received from Lord Bolingbroke, addressed to the chairman of the meeting. Bolingbroke, with many expressions of respect, testified his regret that he could not be present there. He hoped they were all convinced that his sentiments coincided with theirs, respecting the great object of the meeting, entreated them not to be precipitate in the business, but to defer it a short time, till the peace should be finally settled, after which the measure might be brought forward with the support of government, and without any danger of being defeated in either House of Parliament. When the letter was read, the chairman expressed his opinion in favour of a compliance with the proposal. Sir Hugh Patterson opposed it publickly, and also whispered to Sir William: „Do not

listen to Lord Bolingbroke. He is a villain and will only deceive us." The greater part of the compagny were of Sir Hugh's opinion; but Sir William was strenuous in his own, and so many persons coincided with him, that the remainder, though a majority of the meeting, would not have been a majority in the House of Commons, when deprived of their associates. The sentiments of the company being thus divided, the meeting broke up without coming to any resolution. [1])

[1]) Note of Mr. Coxe.

This anecdote was communicated to me by Thomas Bowdler Esq[re], whose aunt married a younger brother of Sir Hugh Patterson of Bonnorsham, in whose company I passed a good deal of time, while I was at the university of Edinburgh during the years 1772, 3, 4, 5. Sir Hugh was at that time between 85 and 90 years of age, but his faculties were not impaired, and though I have heard him repeat this story to many different persons at different times, yet he never varied in the smallest circumstances.

Alphabetiſches Namen- und Sachregiſter.

A.

Abington, Lord, 568, 637.
Albani 108.
Albans, Herzog von St., 254, 426.
Albemarle 159, 164, 377.
Allianz, die große. Rückblick auf das Werden derſelben 295 u. f.
Almanza, die Schlacht von, 36 u. f.
Althann, General Graf, 123, 166.
Altona 498.
Amersfoort 663.
Amſterdam 274, 447.
Angleſea, Graf, 226, 533, 556, 562, 568, 574, 619, 637.
Anhalt, Fürſt von, preußiſcher General, 148, 150, 159, 355, 360, 363, 366, 382.
Anjou, Herzog von, wird Dauphin 304. Wichtigkeit ſeines Lebens 305. Schwäche desſelben 315, 343, 352.
Anna, Königin von Groß-Britannien und Irland. Sie hat, bei dem Miniſter-Wechſel von 1710, noch nicht die Abſicht des Friedensſchluſſes 3 u. f. Ihre Thronrede betont den Krieg, beſonders in Spanien 8. Ihre kleinen Feindſeligkeiten gegen Marlborough 20, 22, 23 u. f., ſo wie 28 u. f. Sie beläßt ihm das Commando der Armee 30.

Sie äußert ſich über die Nachrichten aus Spanien 32; gibt, mit ihrem Cabinet, Spanien auf 34; hört den Debatten im Oberhauſe zu 36 u. f.; empfängt ein Schreiben des Prätendenten 49 u. f. Frage ob ſie geantwortet hat 52. Sie wird von Marlborough beurtheilt 53 u. f.; hat zur Vertrauten lediglich die Frau Maſham 54; dankt für die Adreſſe des Parlamentes für Harley 60; ernennt Harley zum Grafen Oxford und Mortimer und zum Treaſurer 62 u. f.; erhält vom Unterhauſe die Mittel zum Baue von 50 Kirchen 64.

Sie läßt die Todesnachricht von Joſeph I. ans Parlament bringen 92; geht, im April 1711, auf die franzöſiſchen Vorſchläge ein 101; ruft Lord Raby nach London 109; nimmt keine fremde Information an 111; gibt Verſprechen für Victor Amadeus 145; unterzeichnet die Vollmacht für die Friedenshandlung mit Frankreich ohne Gegenzeichnung 172; empfängt Mesnager in Audienz 174;

läßt dem Grafen Gallas den Hof verbieten 181; sendet ein Handschreiben darüber an den Kaiser Carl VI. 183.

Ihr Krankheitszustand gibt Anlaß zu Vermuthungen über die Thronfolge 188. Sie ertheilt der Frau Masham die Erlaubnis mit Mesnager zu reden 191; durchschaut nicht Oxford 195; erläßt Circularschreiben an die verbündeten Mächte 201; nimmt die Pathenschaft einer Prinzessin in Hannover an 206.

Ihre Thronrede, 7./18. December 1711, 224. Sie hört den Debatten im Oberhause zu und wird schwankend 226 u. f.; antwortet auf die Adressen 230; faßt ihren Entschluß zu Gunsten der Minister 230 u. f.; entläßt Marlborough seiner Aemter 240; ernennt zwölf neue Pairs 241; empfängt, mit Oxford und St. John zur Seite, den Prinzen Eugen in Audienz 244; bewilligt nicht dem Gemeinderathe den Prinzen Eugen zu bewirthen 245.

Sie erläßt, auf die Nachricht des Erfolges von Cardona, eine Botschaft an das Parlament 250; handelt in vielen Dingen aus Furcht 255; empfängt eine Adresse des Oberhauses 275; wird charakterisirt vom Herzog von Hamilton 278 u. f. Ihre Stellung zu dem Prätendenten 287.

Ueberblick ihres Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f. Sie läßt durch St. John für Philipp V. eine Alternative stellen 315; will nicht mehr einen Feldzug 317; erläßt durch St. John Mahnungen an Ormond 321; ist Urheberin des Befehles vom 10./21. Mai 323. Ihr Verhalten nach der Ausführung 334. Ihre Thronrede für den Frieden 6./17. Juni 339 u. f. Ihre Antwort an die Generalstaaten 344. Ihre Antwort an das Unterhaus zu Gunsten der Succession des Hauses Hannover 347.

Ihre Bedingung für den Waffenstillstand mit Frankreich 351. Sie macht an Frankreich weitere Concessionen 357; verlangt Sicilien für Victor Amadeus 379 u. f., so wie 384; ist einem Sonderfrieden mit Frankreich nicht abgeneigt 399; hat selber Lothringen zum Aufenthalte für den Prätendenten bestimmt 408; verlangt in Hannover die Auslieferung von Macartney 412.

Ihr Handschreiben an den Kurfürsten Georg Ludwig 417. Sie läßt den Generalstaaten einen neuen Barriere- und Successions-Vertrag vorlegen 437 u. f.; entscheidet für die von Ludwig XIV. geforderte Satisfaction für Mesnager 439; fordert und erhält durch Shrewsbury in Versailles Nachgiebigkeit 443; ist mismuthig über die Verzögerung des Friedens 445.

Ihr Gesundheitszustand 452 und 461. Sie betont in der Thronrede, im April 1713, die Succession 466; sendet den Handelsvertrag mit Frankreich an das Unterhaus 470 u. f.; verlangt vom Unterhause eine halbe Million 479; läßt eine Friedensfeier halten 480; dankt für die Adressen für die weitere Entfernung des Prätendenten 481 u. f. Ihre Thronrede scharf gegen die Whigs 482.

Sie geht nicht ein auf den Vorschlag Berwicks 486 u. f.; bewahrt noch dem Grafen Oxford ihr Vertrauen 487. Ihr eigentlicher Gedanke über die Thronfolge in dem Werke: The hereditary right of the crown of England asserted 488.

Ihr Krankheitsanfall im Januar 1714 S. 509 u. f., und abermals 521. Ihr Geburtstag 523. Sie bleibt noch dem Treasurer Oxford geneigt 524; ist entschieden gegen die Ueberkunft des Kurprinzen 535. Ihre Thronrede vom

2./13. März 1714 S. 536. Handſchreiben an den Kurfürſten Georg Ludwig 544. Oxford vom März an bei ihr im Sinken 551.

Sie antwortet auf die Adreſſe des Oberhauſes für eine Proclamation gegen den Prätendenten 558; läßt dem kurfürſtlichen Geſandten Schütz den Hof verbieten 561 u. f. In Verlegenheit geſetzt durch die kurfürſtliche Denkſchrift, unterzeichnet ſie drei von Bolingbroke verfaßte Schreiben nach Hannover 581 u. f.

Sie iſt eifrig für die Schisma-Bill 596; läßt den Namen des Kurfürſten ins Kirchengebet einſetzen 597. Ihr Handſchreiben, vom 19./30. Juni, an den Kurfürſten 602. Sie läßt noch ein anderes folgen 607. Ihr Mistrauen gegen Hannover 608. Sie dankt für die Adreſſen auf die Proclamation gegen den Prätendenten 610; will dem Oberhauſe die Namen in Betreff des Handelsvertrages mit Spanien nicht nennen 617 u. f.; vertagt das Parlament 619 u. f.

Sie mißt dem Kurfürſten die Publication ihrer Briefe bei 622. Angabe ihrer Gründe für die Entlaſſung Oxfords 628. Ihre letzte Kundgebung nach Hannover 630. Sie wird vom Schlage gerührt 631; ernennt Shrewsbury zum Treaſurer 632; ſtirbt 635 u. f. Ihre Correſpondenz nach ihrem Willen verbrannt 639.

Argyle, Herzog von, 20 u. f., 107, 113, 123, 126, 293. Er tritt im Oberhauſe gegen den Antrag Halifax auf 336 u. f.; von Lockhart anfangs für einen Jacobiten gehalten, von demſelben charakteriſirt 414 u. f.; in Hannover mit Vertrauen genannt 426 und 451. Aufmerkſamkeit für ihn in Verſailles 458. Er redet im Oberhauſe gegen die Union 472; wird genöthigt ſeine Stellen in der Armee aufzugeben 555, tritt der Coalition von Whigs und Tories für die Succeſſion bei 556. Seine Betheiligung an der Angelegenheit des Writ 561 und 577. Sein entſcheidendes Auftreten im Cabinetsrath 632. — 637, 666.

Aſaph, Biſchof von, 343.

Aſow 140 u. f., 427.

Aſſiento-Vertrag 172, 619.

Atterbury, Biſchof von Rocheſter, 63, 593, 628, 631, 657.

Audiffret 44.

Auguſt II., Kurfürſt von Sachſen und König von Polen, 65. Er ſucht, in Gemeinſchaft mit Peter I. und Franz Rakoczy mit Ludwig XIV. anzuknüpfen 134 u. f.; proteſtirt gegen den Termin der Kaiſerwahl 138; rückt in Pommern ein 141. Sein Verhalten in Betreff ſeiner Truppen in den Niederlanden 147. — 164, 420, 427.

B.

Bank von England 3, 10, 178, 343, 368, 522, 565, 638, 642.

Barcelona 87, 95, 124 u. f., 166, 293, 503, 613.

Barriere- und Succeſſions-Vertrag 196, 262, 267, 330, 396 u. f., 435, 437, 449, 635.

Begue, Le, 45.

Bender 140 u. f.

Bercſeny, Graf, 68, 75, 79.

Digitized by Google

Berkeley, Admiral, 638, 662.
Berner, General, 363.
Bernstorf, Graf, Minister in Hannover, 61, 448, 450, 491, 645, 663.
Berwick, Marschall, 43. Sein Bericht über die Sendung Gautiers an ihn 47 u. f. Er wird getäuscht durch Harley (Oxford) 57 u. f., so wie 272 u. f. und 420 und 458. Sein Verhalten in der Sache des Prätendenten nach dem Utrechter Frieden 483 u. f. Sein besonderer Plan 485 u. f. Er erwartet keine Hülfe von Ludwig XIV. 508. Er dringt abermals in Oxford 519; ist unmuthig über die Forderung des Religionswechsels 524; kommt zur Erkenntnis von Oxford betrogen zu sein 547 u. f.; dringt in Ormond und Andere, Oxford zu stürzen 550; wird, im Juni 1714, von Ludwig XIV. nach Spanien geschickt 613.
Biberstein, Marschall von, 330 u. f., 360.
Bolingbroke, Viscount, vorher St. John. — Diese Ernennung der Beginn des Bruches zwischen ihm und Oxford 386; Frage des Sonderfriedens mit Frankreich 388 u. f., so wie 398 u. f. Seine Sendung nach Paris 390 u. f. Anklage gegen ihn in Betreff von Tournay 396. Er muß, nach der Erklärung der Generalstaaten, von dem Plane des Sonderfriedens ablassen 402. Ueber die Entfernung Marlboroughs aus England 408. Ueber die Thätigkeit des Thomas Harley in Hannover 419.

Er sucht, ohne Wissen Oxfords, mit dem Prätendenten in Beziehung zu treten 420. Seine und Oxfords Politik gegenüber dem Kaiser Carl VI. 432 u. f. Er fordert von den Generalstaaten die Aenderung des Barriere-Vertrages 435. Seine abweisende Antwort an die vier oberen Reichskreise 439.

Er antwortet, im Januar 1713, nachdrücklich auf das französische Ultimatum 441; stellt seinerseits, durch Shrewsbury, eine andere Forderung 442 u. f.; drückt auf den Prätendenten, Frankreich zu verlassen 458. Er tritt den Jacobiten näher 464; erleidet im Unterhause eine Niederlage in Betreff des französischen Handelsvertrages 471; kann für den Prätendenten nicht handeln ohne Oxford 484.

Sein Urtheil über den Reichskrieg von 1713 gegen Frankreich 502. Er hält die kaiserlichen Truppen in Spanien zurück 502.

Sein Schreiben an Gautier, Januar 1714, bei der Krankheit der Königin 511 und abermals 521; an den Lord-Mayor von London 522. Differenz mit Oxford 528. Unterredung mit Lockhart und Packington 529 u. f. Er deutet dem Grafen Strafford seine Absicht gegen Hannover und gegen Oxford an 541 u. f. Sein Plan bei der Instruction für Thomas Harley 545 u. f.

Er erlangt das Uebergewicht über Oxford 551. Eigentlicher Gegensatz der Beiden 552. Er ist entschlossen für den Fall der Ueberkunft des Kurprinzen 574. Wachsen der Rivalität zwischen ihm und Oxford 579 u. f. Die drei von ihm verfaßten Handschreiben der Königin nach Hannover 582 u. f.

Er tritt für die Schisma-Bill ein 593; von den Jacobiten gedrängt, weist sie zur Geduld 598 u. f. Die von ihm verfaßte Antwort auf die Denkschrift des Kurfürsten vom 7. Mai 602 u. f. Er bekämpft nicht den Antrag einer Proclamation gegen den Prätendenten 606; sucht im Oberhause den Schein einer Begünstigung desselben von sich abzuwehren 611; hat bei der Königin das Uebergewicht über Oxford 614; sucht abermals die Jacobiten zu

beschwichtigen 615; ist wegen des Handelsvertrages mit Spanien Angriffen im Oberhause ausgesetzt 617 und 619 u. f. Besorgnisse vor ihm 620.

Er hat ein Einverständnis mit Marlborough 625; schreibt an Strafford über die Lage der Dinge 626; deutet für Oxford die Entlassung an 628. Sein Plan S. 630 wird zertrümmert S. 632. Seine irrigen Behauptungen über die letzte Zeit der Königin Anna 639 u. f.

Er richtet ein Schreiben an den König 656. Sein Haß gegen Oxford 656. Er wird in ungewöhnlicher Weise entlassen 657; vertheidigt sich bei Bothmar 658 u. f.; findet sich zur Huldigung ein 669.

Bolton, Herzog von, 637.

Borgo, Marquis del, 144.

Borselen, van, 331, 401.

Bothmar, Freiherr von, Gesandter abwechselnd im Haag und in London, 12, 90, 188, 209 u. f.

Er reicht den britischen Ministern eine Denkschrift ein, gleichlautend mit seiner Instruction 210 u. f.; fügt in Betreff des Prätendenten einen Zusatz hinzu 215. Verlauf der Dinge in Betreff dieser Denkschrift 216 u. f., so wie 228 u. f. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, den Prinzen Eugen und Marlborough 255 u. f. Er wird dem britischen Ministerium gegenüber vom Kurfürsten nachdrücklich aufrecht gehalten 262 u. f. — 290, 330, 360, 362, 447.

Er meldet nach England, daß der Kurfürst den Kurprinzen nicht senden werde 539; wird zum Gesandten nach England ernannt 590 und 592 und 599; meldet das Sinken Oxfords 595; trifft in London ein 605; hat Audienz bei der Königin 613; berichtet die Publication von zwei der Briefe der Königin 621 u. f.; hält Bolingbroke im Verdachte eines jacobitischen Planes 626; meldet nach Hannover die Todesnachricht der Königin 634. Eine eventuelle Vollmacht für ihn nicht gültig 637. Seine weitere Thätigkeit 644 und 649 und 653 und 654 u. f.

Bouchain 158, 163, 395.

Bourgogne, Herzog und Herzogin von, 302 u. f.

Bourlie, de la, f. Guiscard.

Braunschweig, Friedenscongreß zu, 499.

Bremen, Herzogthum, 420 u. f.

Brenner, Agent des Franz Rakoczy, 78, 85, 143, 428.

Briançon 37.

Brihuega 31.

Bristol, Bischof von, f. Robinson.

Bromley, Sprecher des Unterhauses, dann Staats-Secretär, 8, 62, 524, 541, 565, 566, 577, 607, 621, 630, 631.

Brügge 370 u. f.

Bruininx, Hamel, holländischer Gesandter in Wien, 87, 93.

Brydges 253.

Bückeburg, Gräfin von, 588.

Buckingham, Herzog von, 10, 92, 116, 126, 206, 404, 427, 636.

Bülow, Freiherr von, hannöverscher General in den Niederlanden, 355, 360, 363, 365, 427.

Buys 103, 110, 196. Er geht als Gesandter nach England 197, 200, 217, 228, 232. Friedensbotschafter in Utrecht 271, 272 u. f., 363, 401.

C.

Cadogan, General, 158, 326, 369, 427, 539, 573, 580.
Canada, Expedition nach, 109.
Cardona, Graf, 166.
Cardona, Stadt, 250.
Carl III., König von Spanien. Sein Verhalten bei der Todesnachricht von Joseph I. S. 87 u. f. Er lehnt französische Erbietungen ab 91 und 95 und 108; will Spanien nicht aufgeben 106; ahnt nicht die Arglist der britischen Minister 107. Die Frage seiner Heimkehr 121 u. f. und 166.

Er wird zum römischen Kaiser erwählt als Kaiser Carl VI. 166.

Seine Rede zu dem Engländer Chetwynd 180. Er will festhalten an den Präliminarien von 1709 S. 200. Ein Handschreiben von ihm an die Königin Anna nicht übergeben 202. Er tritt nicht mit Nachdruck für seinen Gesandten Gallas ein 220 und 247; sendet den Prinzen Eugen nach England 220; dringt in ihn zur Ueberfahrt 242; beharrt noch länger in diesen Meinungen 248; kann, in der Verkennung der Sachlage, von Spanien nicht lassen 372.

Er empfängt in Preßburg den Gesandten Peterborough in Audienz 374; schickt Truppen nach Spanien und erstrebt eine neue Allianz 375; nimmt die Gegenrede Wratislaws entgegen 376; will die Catalonier nicht verlassen 376 und 430; sieht sich genöthigt, der Friedenshandlung beizutreten 431.

Seine Forderung in London abgelehnt 432. Er muß in den Verzicht auf Sicilien und in die Neutralität für Italien willigen 434 und Catalonien räumen 445; kann sich in die gesteigerten Forderungen Frankreichs nicht fügen 446 u. f.; führt den Reichskrieg gegen Frankreich fort 499 u. f.; kann die nach Spanien geschickten Truppen nicht rechtzeitig wieder haben 502; läßt durch den Prinzen Eugen mit Villars in Rastadt den Frieden unterhandeln 504; will nicht eigenen Vortheil auf Kosten des Reiches 506.
Carl XII., König von Schweden, 32, 64 u. f., 137, 140 u. f., 427, 498.
Carlisle, Graf, 637.
Caroline, Kurprinzessin in Hannover, 206. Sie ist eifrig für die Succession 514; berichtet an Leibniz über die drei Handschreiben der Königin 586. Ihre Ankunft in London 667.
Catalonien 94, 111, 113, 122, 124, 126, 250, 372, 376, 430 u. f., 432, 445 u. f., 502.
Chetwynd berichtet über seine Audienz bei Carl VI. S. 180.
Clarendon, Graf, Gesandter nach Hannover, 594, 601, 604, 622, 630, 644 u. f.
Clemens XI., Papst, 190, 270.
Clement, Agent des Franz Rakoczy, 69 u. f., 72 u. f., 74, 142, 428.
Clemente, Secretär des Grafen Gallas, 176, 184, 185.
Comines, Philipp von, 42.
Comité des Unterhauses von 1715 über das Verfahren der britischen Minister bei der Friedenssache 169 u. f., 190 u. f., 276 u. f., 325 u. f., 350 u. f., 364 u. f., 368 u. f., 389 u. f., 393 u. f., 403, 408 u. f., 430, 434, 441 u. f., 658.
Concert, das Haager, 66, 137, 141.
Consbruch, kaiserlicher Friedensbotschafter in Utrecht, 272, 403.

Convocation von Canterbury 64.
Corunna 104.
Cotterell 181, 566.
Cowper, Lady, 668.
Cowper, Lord, 341, 426, 533, 538, 540, 561, 611, 637, 657, 666.
Craggs 33, 631, 635, 646, 653, 556.
Craffau, General, 65 u. f., 137 u. f.
Cufani, Feldmarſchall, 81.

D.

Daily Courant, Zeitungsblatt der Whig-Partei, 7, 178, 217.
Dartmouth, Staats-Secretär, 112, 115, 172, 177, 179, 245, 446.
Dauphin. Die Todesfälle der drei Dauphins 302 u. f. Vergl. Anjou.
Dawes, Sir William, Erzbiſchof von York, 529, 568, 574, 636.
Denain, Unfall von, 377 u. f.
Desalleurs 65.
Devonſhire, Herzog von, 239, 426, 561, 637.
Dieren 149.
Dolgorucki 79.
Doph, General, 326 u. f.
Dorcheſter, Gräfin, 668.
Dorſet, Graf, 638, 646.
Douay 395.
Drummond 22, 33, 39, 146, 164, 167, 243, 628.
Dudley 538.
Dünkirchen 171, 174, 340, 351 u. f., 357, 364, 366, 370, 379, 391, 396.
Dundonald, Graf, 555.

E.

Ebergeny, Feldmarſchall-Lieutenant, 82.
Edinburgh 204.
Elein 503 u. f.
Eleonora, Kaiſerin-Witwe, 81, 87, 88, 108.
Eliſabeth, Gemahlin Carls III., S. 122 u. f., 128, 129, 375, 432, 502.
Engelbert S. J. 86.
Ernſt Auguſt, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg, Bruder des Kurfürſten Georg Ludwig, 592, 645, 648.
Eſtaing, d', General, 155, 157.
Eſterhazy 79, 81.
Ettlingen, die Linien von, 504.
Eugen, Prinz von Savoyen. Er empfängt einen türkiſchen Aga 67. Seine Anſicht über den Friedenshandel in Ungarn 70 und 74. — 88, 110, 119.
Er dringt auf die Rückkehr des Königs Carl aus Spanien 123; beurtheilt die Häupter im öſtlichen Europa 137; trifft bei der Armee in den Niederlanden ein 150, und zieht ab an den Rhein 153.

Digitized by Google

Er erhält vom Kaiser Carl VI. den Auftrag nach London zu gehen 220. Seine Unterredungen im Haag 234. Er läßt sich durch die Einwendungen der britischen Minister von der Reise nach London nicht abhalten 235 u. f.; landet in London 243. Seine Audienz bei der Königin 244. Die Sendung von Vielen als aussichtslos angesehen 245. Seine Denkschrift 246. Er muß, nach der Meinung Carls VI., auch noch nach der Antwort verbleiben 248. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, Marlborough und Bothmar 255 u. f. Weiterer Verlauf seiner Mission in London 292 u. f., so wie 298 u. f. Er läßt sich mit Oxford ein 300; verläßt London 301.

Sein Commando in den Niederlanden, 1712, nicht unbeschränkt 319 u. f. Sein Verhalten gegenüber Ormond 322 und 327 u. f. Er belagert Le Quesnoi 333 u. f. Die Frage des Verbleibens der verbündeten Truppen bei ihm 355 u. f. Er nimmt Le Quesnoi 358; hofft, daß der Kurfürst Georg Ludwig activ gegen die britischen Minister auftrete 359; erhält von den Generalen befriedigende Antworten 363; bringt Ormond in die Nothwendigkeit sich zu erklären 364; zieht mit den verbündeten Truppen gegen Landrecy 366.

Er bietet dem Ormond für dessen Marsch jegliche Begünstigung an 370; durchschaut die Falschheit Oxfords 373; ist Zeuge des Unfalls von Denain 377; klagt über die Feld-Deputirten der Republik 378 und 394 u. f.

Er ist im Januar 1713 zum Feldzuge bereit 440 und 443. Sein Urtheil über die Leistungen der Reichsfürsten 500. Sein Feldzug 503 u. f. Er verhandelt mit Villars in Rastadt den Frieden 505 u. f.; gibt nach Wien seinen Rath für den Frieden 506. — 569, 587.

F.

Feld Deputirte der Republik der Niederlande 319, 320, 325, 327, 355, 363, 370, 378, 394 u. f.

Feldzug von 1712 in den Niederlanden 318 u. f.

Fels, General, 326 u. f.

Fenelon, Erzbischof von Cambrai, 303.

Findlater, Lord, 472.

Forgacs 79.

Frankfurt am Main 165 u. f.

Freiburg i. B. 503 u. f.

Friedenshandlung, geheime, zwischen London und Versailles 39 u. f., 99 u. f., 130 u. f.; in London 167 u. f.

Friedensschluß zu Utrecht 447 u. f.

Friedrich I., König von Preußen und Kurfürst von Brandenburg. Er stellt für Franz Rakoczy eine Protections Urkunde aus 72 u. f. Verhalten in Betreff der Kaiserwahl 89 u. f. Er geht auf das französische Angebot des Kaiserthumes nicht ein 138; ist unzufrieden mit Franz Rakoczy 142.

Sein Verhalten in Betreff seiner Truppen in den Niederlanden 147. Er begibt sich selber nach Holland 149; drückt bei den Generalstaaten seinen Willen durch 151 u. f.; ist willig für das Ministerium Oxford-Bolingbroke 203;

sucht durch den Grafen Strafford sein Interesse zu wahren 305. Sein Verhalten nach dem Befehle der Königin an Ormond 330 und 362 und 381.
Friedrich IV., König von Dänemark, 134, 141, 147, 420, 427.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, 500.

G.

Gadebusch 498.
Gallas, Graf, Gesandter des Hauses Habsburg in London. Er dringt auf Hülfe für Carl III. S. 4 u. f.; schildert St. John 15; über Marlborough 25; ist besorgt wegen der Nachrichten aus Spanien 32. Seine Wahrnehmungen am Hofe in London bei der Todesnachricht Josephs I. S. 92.

Er forscht der geheimen britisch französischen Friedenshandlung nach 111 u. f. Erwägungen für und wider 114 u. f. Charakteristik der Minister 115 u. f. Er schlägt Mittel dagegen vor, namentlich eine Denkschrift 118 u. f.; findet dafür bei dem Prinzen Eugen und Sinzendorf keine Zustimmung 119; gibt darum den Plan nicht auf 120.

Sein Bericht vom 31. Juli 1711 von dem Ministerium der Post entnommen 121. Er gibt seine Denkschrift ein 124; erhält Antwort von St. John 126; dringt abermals 129; kann keine feste Antwort erlangen 131; findet keine Unterstützung 132 und 176; wird überwacht von Spionen Oxfords 176.

Er fragt an wegen der Vorschläge des Mesnager 177; hat Audienz in Windsor 178; erhält, auf eine Anfrage, eine hochfahrende Antwort 179. Auf seine Bitte um eine Abschieds-Audienz erfolgt ein Verbot des Hofes 181. Handschreiben der Königin und Anklagepunkte gegen ihn an den Kaiser 183 u. f. Sein Zweifel über die Thronfolge 188.

Er stimmt gegen die Uebergabe eines Handschreibens von Carl VI. an die Königin 202. Der ihm in England widerfahrene Affront vor dem Kaiser Carl VI. S. 220.
Galway, General Graf, 36 u. f.
Gautier, Priester, Friedensunterhändler zwischen London und Versailles 40 u. f. Er dient zugleich für Oxford zur Anknüpfung mit Berwick 47 u. f.; 99, 114, 198, 279 u. f. — Sein Verhalten in der Sache des Prätendenten nach dem Frieden von Utrecht 483 u. f.; 512, 524.
Generalstaaten der Republik der Niederlande. Sie bitten die Königin um die Uebersendung Marlboroughs 30; werden vom britischen Ministerium getäuscht 39 u. f.; beurtheilt von Marlborough 44.

Sie wollen, nach Josephs I. Tode, den König Carl als Kaiser 89 und 93; müssen dem Andringen Friedrichs I. in Betreff der oranischen Erbschaft nachgeben 147 u. f.; lehnen, nach Bouchain, weitere Unternehmungen ab 164; erkennen die Vorschläge des Mesnager nicht an als geeignet für eine Unterhandlung 197 und 200; geben darin nach, bestimmen Utrecht und bewilligen die Pässe 201.

Sie geben, 1712, den Oberbefehl in gleicher Weise an den Prinzen Eugen und an Ormond 319 u. f.; erheben nachdrückliche Vorstellungen bei Ormond 329; laden die Gesandten der Verbündeten zur Besprechung 330;

richten Vorstellungen an die Königin 331; erhalten Antwort 344; halten Geld bereit für die Uebernahme aller verbündeten Truppen 354.

Sie erklären sich, im August, bereit sich England zu fügen 396; haben geringes Vertrauen auf die Leistungen der Reichsfürsten 400; durchkreuzen, durch ihre Erklärung an England, im October 1712, den französischen Plan des Sonderfriedens 401; werden fortdauernd beeinflußt durch die Besorgnis vor demselben 436; fügen sich in den neuen Barriere- und Successions-Vertrag 438; sprechen abermals der Königin ihre Bereitwilligkeit aus 443.

Ihr Verhalten zu der Frage der Thronfolge in England erörtert 494. Sie wünschen, Anfang 1714, die Sendung des Kurprinzen nach England 514; werden bei der Todeskrankheit der Königin an den Garantie-Vertrag gemahnt 635; erklären dem Könige Georg I. ihre Bereitwilligkeit 649; lassen ihn an der Grenze ihres Landes empfangen 663, und durch ihre Flotte nach England geleiten 664.

Gent 370 u. f.

Georg, Ritter St., f. Prätendent.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg und Herzog von Cambridge, 15, 206, 239, 258, 352 u. f., 417, 449.

Die Frage seiner Ueberkunft nach England 454 u. f., so wie 467 u. f. und 474 u. f. und 477 u. f. und 492 u. f. und 497 und 509 und 514 u. f.

Die Angelegenheit der Forderung des Writ für ihn 533, so wie 559 u. f. Handschreiben der Königin an ihn 583. Aussöhnung mit dem Vater 589. Sein Handschreiben an die Königin 592. Sein Gefolge nach England 663. Zum Prinzen von Wales ernannt 667; huldigt 668.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 1, 12, 20, 23, 29.

Sein Verhalten auf das britische Circularschreiben für den Frieden 203 u. f. Er ersucht die Königin um die Rücksendung einiger seiner Regimenter 205; sendet Handschreiben an die Königin, Oxford, Buckingham, und eine kurze Denkschrift, nicht im Sinne der britischen Friedenspolitik 208; entsendet Bothmar mit Instruction nach London 209 u. f.; hält durch ein Handschreiben an die Königin seinen Gesandten mit Nachdruck aufrecht 263; wird beurtheilt von St. John 290 u. f., so wie 419.

Seine Haltung während des Feldzuges von 1712 S. 332 u. f. Er will nicht sich gegen die Regierung der Königin bethätigen 359 u. f.; will nicht General Macartney in Hannover 412; hat nicht ein festes Vertrauen in die Königin 417; will nicht, wie das britische Ministerium wünscht, sich in den nordischen Krieg mengen 421.

Er spricht nochmals, in einem Schreiben an Shrewsbury, sein Princip aus 422; sendet den Freiherrn Grote nach London 423. Instruction für denselben in Betreff Oxfords und Bolingbrokes 424 u. f. und in Betreff der Parteien 425. Er läßt durch Bothmar in Utrecht nachdrücklich reden 447.

Wachsthum seines Mistrauens gegen Oxford 448. Er beharrt bei seinem Principe sich in britische Angelegenheiten nicht zu mischen 450 u. f.; ist geneigt für den Herzog von Argyle und dessen Bruder Islay 451; hat Vertrauen in Marlborough 452.

Der Vorschlag der Uebersendung des Kurprinzen nach England erörtert 454 u. f.

Er willigt nicht in den Friedensschluß von Utrecht 454 u. f. Er wird von den Whigs gedrängt den Kurprinzen zu senden 467 u. f., so wie 475 u. f.; lehnt in motivirter Weise ab 477 u. f. und 492 und 515.

Er ernennt den Freiherrn Schütz, Sohn des früheren Gesandten, nach London, mit Instruction 491 u. f. Er kann nicht handeln wie 1688 der Oranier 494. Verhältnis zu seinem Sohne, dem Kurprinzen, und zu der Aussicht auf die englische Succession 516 u. f. Er erneuert, nach der Thronrede der Königin, den Abschlag seinen Sohn zu senden 539; weigert sich Geld für arme Lords herzugeben 540; hat Einsicht in die Correspondenz zwischen Steingens und Schulenburg 553.

Handschreiben an die Königin und Denkschrift vom 7. Mai 1714 S. 570 u. f. Er misbilligt das Vorgehen des Gesandten Schütz 573; läßt nicht sich beeinflussen von den Whigs 575 u. f. Sein Verhalten auf die drei Handschreiben der Königin 589 u. f. Sein Handschreiben an die Königin 591. Er bethätigt sein Princip in dem Verfahren mit den zwei Gesandten Schütz und Bothmar 601. Seine Antwort an Clarendon 608. Er ist bei der Publication von zweien jener Briefe der Königin nicht betheiligt 622 u. f.

Er wird in London als König Georg I. proclamirt 638. Er empfängt Clarendon 645; wird beurtheilt von Schulenburg 645. Rückblick auf sein Verhalten zu der Wandlung der Dinge in England 646 u. f.

Er kündigt der Regentschaft die Zeit seines Aufbruches an 653. Besondere Ernennungen für Marlborough und Orford 654. Er antwortet auf die Adresse beider Häuser des Parlamentes 655; erhält von dem Tory Nottingham den Rath sich auf die Whigs zu stützen 661. Abfahrt und Reise 662; im Haag 663; in Greenwich 664. Sein Einzug in London 666. Eine Reihe von Ernennungen 666. Die Krönung 667 u. f. Er will nicht auf die Wahlen einwirken 670.

Germain, St., 45 u. f., 189 u. f., 278 u. f., 409, 415, 420, 458, 623. Vergl. Prätendent.

Germain, Sir John, 253.

Gibraltar 104, 171, 293 u. f., 340.

Godolphin, Graf, 1, 9 u. f., 26, 34, 63, 132.

Goes, Graf, 221.

Gordon, Herzogin von, 204 u. f.

Goslinga, Feld-Deputirter, 153. Sein Verhältnis zu Marlborough 154 u. f., so wie 158 u. f. Sein Urtheil über den 6. August 1711 S. 160. Unterredung mit Marlborough 162 u. f., vergl. 378.

Friedensbotschafter in Utrecht 271, 401.

Greenwich 654.

Grote, Freiherr von, Gesandter in London, 423. Seine Instruction 423 u. f. und 448. Er findet bei den britischen Ministern geringes Entgegen-Kommen 449 u. f.; stirbt 454. — 476 u. f.

Grumbkow, General, 147 u. f.

Guiscard 58 u. f.

H.

Halifax, Lord, 15, 275, 335, 426, 430, 467, 472, 479 u. f., 495, 511, 520, 538, 540, 561, 611, 624, 637, 666.

Hamilton, Herzog von, 238, 278 u. f. Seine Ernennung zum Botschafter nach Frankreich und sein Ende 410 u. f.

Hampden 346.

Hanmer, Sir Thomas, 13, 295, 457 u. f., 471, 528, 533, 556, 562, 574, 638.

Hannover, Haus, f. Succeſſion und die Namen Sophie, Georg Ludwig, Georg Auguſt, Caroline.

Harcourt, Lord-Canzler, 63, 224, 538, 551, 559, 561, 628, 642.

Harcourt, Marſchall, 164.

Harley, Sir Robert, Kanzler der Schatzkammer. Er legt der Königin die Stellung Englands nach außen dar 5; benutzt die periodiſche Preſſe 7; betheuert in Hannover ſeine Ergebenheit 10; tritt im Unterhauſe für dieſe Succeſſion ein 14; will die Whigs nicht aufs äußerſte erbittern 19. Sein Verhalten gegenüber Marlborough 24. Er berichtet dem Kurfürſten Georg Ludwig die Entlaſſung der Lady Marlborough 29.

Umſchlag der britiſchen Politik in Betreff Spaniens 35. Seine Argliſt in der Ausnutzung der Jacobiten 47 u. f. Er handelt dabei ohne Mitwiſſen der Königin 55 u. f.

Er wird durch Guiscard verwundet 58; ſteigt im Anſehen empor 62; wird zum Grafen Oxford und zum Treaſurer ernannt 63. Siehe weiter unter Oxford.

Harley, Thomas, 260, 266, 282, 306, 367, 418 u. f., 420, 422, 520, 543, 570, 573, 582.

Heems, Freiherr von, 201, 628.

Heinſius, Rathspenſionär von Holland, urtheilt über die Königin Anna 60; will den Frieden im Reiche erhalten 60 und 137; wünſcht Carl III. als Kaiſer 89 und 93 u. f.; antwortet auf die Eröffnungen des Lords Raby 102; ſucht vergeblich Sonderunterhandlung mit Frankreich 103; billigt nicht den Plan einer Denkſchrift des Grafen Gallas 120. Ueber die Forderungen Friedrichs I. an die oraniſche Erbſchaft 148 u. f. — 155, 161, 167.

Er weicht den drohenden Reden Straffords 301; wünſcht nicht die Reiſe des Prinzen Eugen nach London 221. Sein Verhalten gegenüber Ormond 320. Er dringt in Oxford für die Vorſtellung der Generalſtaaten 491. — 506.

Hermitage, L', 132, 467, 477, 479.

Herrenhauſen 588, 604, 662.

Hervart 11 u. f., 119.

Hill, Brigadier, 109, 112.

Hoffmann, kaiſerlicher Reſident in London. Unterredung mit Oxford 175. Er übergibt nicht ein Handſchreiben des Kaiſers Carl VI. an die Königin 202; berichtet über die Denkſchrift Bothmars 216 u. f.; verhandelt in Betreff der Reiſe des Prinzen Eugen 235 u. f.; hegt davon keine Hoffnung 236 und 242 und 248. — 432, 480, 488.

Er meldet zu Anfang 1714, daß die Miniſter keinen Plan für die Herſtellung des Prätendenten haben 512. Ueber die Angelegenheit des Writ 562 u. f

und 576 und 578. Ueber die Stimmung in England für oder gegen den Prätendenten 612; über die Entlassung Oxfords 629; über den Sturz Bolingbrokes 640 und 657; über Oxford in Greenwich 665; über die neue Regierung 666 und 670.
Hohendorf, Adjutant des Prinzen Eugen, 300, 373, 376.
Holland, Stände von, 362, 663.
Honeywood 22 u. f.
Honslardyk 150 u. f., 664.
Hymnen 89, 331.

J.

Iberville 640, 641, 650, 659.
Ilay, Graf, 345, 414, 427.
Ilgen, Minister Friedrichs I., S. 72.
Jablonski, Hofprediger in Berlin, 69 u. f., 73, 428.
Jacob II. Ueberblick der im Jahre 1688 u. f. entscheidenden Thatsachen 405 u. f., so wie 456 u. f.
Jacobiten 19, 46 u. f., 60, 63, 114, 186, 204, 288 u. f., 292, 346, 403, 411, 413, 418, 461, 463, 481, 484, 490, 492, 497, 520, 528 u. f., 538, 574, 597, 615 u. f., 652, 668.
James, St., 636 u. f., 638, 666.
Jennings, Admiral, 123 u. f., 129.
Jersey, Graf und Gräfin, 40.
John, Harry St., Staats-Secretär. Ueber das Verhalten Englands nach außen 3. Er benutzt die periodische Presse 7; sucht mit Robethon in Hannover anzuknüpfen 11. Seine Gesinnung gegen Oesterreich 15. Scharf gegen Marlborough 22, so wie 24 u. f. und 30.

Er deutet den Umschwung der britischen Politik in Bezug auf Spanien an 31 u. f.; erhebt irrige Anklagen gegen Wien 34; bringt die Nachrichten aus Spanien an das Unterhaus 35; sucht die Generalstaaten über den Beginn des Friedenshandels zu täuschen 39 u. f.; lehnt ein Schreiben aus St. Germain ab 56. Sein Eifer damals für Harley 59. Verhalten zu der Friedenshandlung in Ungarn 76.

Er weiß, daß Carl III. die französischen Vorschläge abgelehnt 91. Seine Darstellungen aus späterer Zeit trüben die Kunde des Sachverhältnisses 98. Er sendet, im April 1711, die französischen Vorschläge nach dem Haag 101, und antwortet zugleich an Torcy 102; fürchtet einen Sonderfrieden Carls III. mit Ludwig XIV. und verlangt Häfen in Spanien 104; beruft, auf Befehl der Königin, Raby nach London 109; kann dies nicht völlig verhehlen 112; sucht den Wiener Hof zu täuschen durch die Forderung von Mannschaft für Victor Amadeus 113.

Er wird von Gallas beurtheilt 115; antwortet auf die Denkschrift von Gallas 126 u. f. und abermals 129; weicht den Fragen des Grafen Gallas aus 131; meldet die gute Gesinnung der Königin für Victor Amadeus 145; hält Marlborough in Unkenntnis des Friedenshandels 156; sucht Heinsius über Mesnager irre zu führen 167; über die geheime Abmachung mit Mesnager 168 u. f.

Digitized by Google

Er äußert sich drohend über die Anfrage des Grafen Gallas 177 u. f.; antwortet demselben hochfahrend 179; sendet ihm das Verbot des Hofes 181; stellt Anklagepunkte gegen Gallas zusammen 184; instruirt Strafford und Watkins darüber 184 u. f.; leugnet den geheimen Vertrag mit Frankreich ab 198; wird durch Torcy weiter gedrängt und treibt Strafford vorwärts 199; erwartet die Zustimmung des Kurfürsten Georg Ludwig für die britische Friedens-Politik 207; äußert sich scharf gegen Marlborough 222 u. f.; führt im Unterhause die Sache des Ministerii 227.

Er läßt in seiner Instruction für Strafford das Schwanken der Königin durchblicken 228 u. f.; meldet den günstigen Verlauf der Krisis 230; widerstrebt dem Kommen des Prinzen Eugen 236 u. f.; urtheilt über den Pairschub 241; sieht die Sache als gewonnen an 242; führt den Prinzen Eugen zur Königin 243; antwortet auf dessen Denkschrift 246 u. f.; läßt eine scheinbar gefährliche Adresse im Unterhause durchgehen 251; übt einen scharfen Druck aus auf die gegnerische Presse 252. Ueber den Spruch gegen Marlborough im Unterhause 254.

Er schreibt scharf an Bothmar 262; äußert sich unmuthig über den Kurfürsten Georg Ludwig 265; sieht das Unterhaus als völlig sicher für den Frieden an 275. Seine Stellung zu Oxford 289. Seine wachsende Mißstimmung gegen Hannover 290 u. f. und Beginn seiner Wendung 292. Sein Schriftenwechsel mit dem Prinzen Eugen 293 u. f., so wie 298 u. f.

Er hofft damals auf einen schnellen Frieden 301. Seine Correspondenz mit Torcy über die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien 306 u. f., so wie 311 u. f. Er meldet an Torcy eine Alternative für Philipp V. 313 u. f.; ruft Strafford und Maffei nach London 317; erläßt Abmahnungen an Ormond 321; schreibt den wichtigen Befehl vom 10./21. Mai 322 u. f.

Sein Lob für Ormond 334. Sein Erfolg im Unterhause 338. Er meldet an Torcy die Bedingungen des Waffenstillstandes 348. Seine Worte über das fruchtlose Bemühen der Holländer 350. Sein Plan in Betreff der Soldtruppen in den Niederlanden 354 und 357. Er macht in Versailles Hoffnung auf den Sonderfrieden 358; bemüht sich, daß Anhalt mit Ormond gehe 360; ist entschlossen Alles zu wagen 361. Sein Unmuth über die Trennung der Armeen gegen Anhalt 366, und, stärker noch, gegen Hannover 367. Die Anklage des Unterhauses von 1715 gegen ihn 368.

Er lobt Ormond für die Besetzung von Gent und Brügge 371; sieht die Kaiserin Elisabeth und die Truppen Carls VI. in Catalonien als Geiseln an 375; verlangt in Versailles Sicilien für Victor Amadeus 379 u. f. und abermals 381, so wie das Recht der eventuellen Nachfolge in Spanien 382; setzt Peterborough davon in Kenntnis 383; charakterisirt vor Torcy den britischen Friedenshandel 384 u. f.; erhält Befehl zur Reise nach Frankreich 386, und wird zum Viscount Bolingbroke ernannt. (Siehe fortan den Namen Bolingbroke.)

Joseph I., römischer Kaiser. Er geht auf die Friedenshandlung mit den aufständischen Ungarn ein 74 u. f. Sein Tod 81 und 85 u. f. und 144.

Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, 138, 139.

Juntilla 1.

K.

Kaiserwahl 164 u. f.
Kanitz, sächsischer General, 136.
Karoly, Graf, unterhandelt den Frieden mit Graf Palffy 68 u. f., 70 u. f., 74, 78 u. f., 80 u. f.
Kaschau 81 u. f.
Kensington 627 u. f.
Kent, Herzog von, 522, 523, 535, 546, 637.
Klinggräf 649.
Kreyenberg, hannöverscher Resident in London, 204 u. f., 357. — Sein Bericht über den Stand der Successionsfrage 473 u. f. — 480, 531, 534, 551, 567, 595, 599, 636.
Krone, kaiserliche, von England, 643.

L.

Landau 503.
Landrecy 364, 366, 377, 394.
Lechmere 13, 18.
Leibniz 514, 553, 586, 614.
Leopold I., Kaiser. Ueberblick seines Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f.
Leopold, Herzog von Lothringen, 45, 457, 480.
Lesley, anglicanischer Geistlicher, 525.
Lewis, Erasmus, 627 u. f.
Lexington, englischer Gesandter in Spanien, 430, 433, 445.
Lille 273.
Lindenheim, Locher von, 74 u. f., 81.
Lindsay, Marquis of, 568.
Lingen 148 u. f.
Lockhart, schottischer Jacobit, 19, 46. — Er berichtet im Unterhause über die Geldbezüge Marlboroughs 239. Er hat nicht rechtes Vertrauen in Oxford 258, so wie 288 u. f. Ueber die Wirkung einer Rede Argyles im Oberhause 337. Seine Ansicht über Argyle, so wie über Oxford 345 u. f. und über den letzteren auch 359 und 403. Er stellt an den Prätendenten nicht die Forderung des Religionswechsels 411; charakterisirt Argyle 413 u. f.; fordert vergeblich Klarheit von Oxford und neigt sich Bolingbroke zu 463 u. f.

Sein Plan zur Lösung der Union 471 u. f. Tadel gegen die Misgriffe der Minister 528. Er dringt in Bolingbroke zur Eile 529 u. f.

Ueber die Frage der Ueberkunft des Kurprinzen 574. Er sieht, im Juni, die Lage der Dinge als günstig für den Prätendenten an 598; hält, im Namen der Jacobiten, dem Bolingbroke das Zaudern vor 615. Günstige Ansicht bei der Vertagung des Parlamentes 620.
Ludwig XIV. Ueber die Nachrichten von Brihuega und Villaviciosa 31. Er sucht die Allianz vermittelst Englands zu sprengen 41 u. f.; weist den Versuch des Herzogs

von Lothringen zur Friedensvermittelung ab 45; bemüht sich, daß die Kaiserwürde alternire 90; sucht England von den Generalstaaten zu trennen 99 u. f.; bewilligt für England Gibraltar 104; hätte lieber mit Carl III. abgeschlossen 105 und 108.

Er sendet Mesnager nach London 130 u. f. Anknüpfung mit Peter I. und August II. 133 u. f. Er entsendet Truppen aus den Niederlanden an den Rhein 153; will nicht ein Treffen 154; gibt dazu die bedingte Erlaubnis 157; bewilligt die acht besonderen englischen Forderungen, jedoch in seiner Fassung 169 u. f.

Er beauftragt Mesnager zu Gunsten des Prätendenten zu reden, ohne Nachtheil der eigenen Sache 189 u. f.; sendet nach London seinen Friedensentwurf 200; macht einige Concessionen für Victor Amadeus 202; sendet seine Friedensbedingungen 272 u. f. Ueberblick seines Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f. Sein Lob für das britische Ministerium 300.

Rasche Folge der Todesfälle im Hause Bourbon 302 u. f. Sein Plan für Philipp V. S. 305 u. f. Er räth demselben sich auf die Forderung Englands zu entscheiden 312 u. f.; wünscht, daß Philipp V. auf Spanien verzichte 315 u. f.

Er hat Bedenken noch einen Feldzug zu machen 315 und 317 und 321. Seine Antwort auf die britischen Bedingungen für einen Waffenstillstand 351; trachtet nach einem Sonderfrieden mit England 378 u. f.; bewilligt erst nicht Sicilien für Victor Amadeus 384; lenkt dann ein 385; verlangt aber einen Sonderfrieden 386; empfängt Bolingbroke in Audienz 394.

Er fordert Satisfaction für Mesnager 398; macht Versuch für einen Sonderfrieden 400; erhebt keinen Widerspruch gegen die Forderung, den Prätendenten zu entfernen 403; läßt Marlborough aus England hinausdrücken 410; würdigt das Verdienst des Franz Rakoczy um ihn 429; steigert in Utrecht seine Forderungen an Kaiser und Reich 446.

Ueberblick seines Verhaltens gegenüber dem Hause Stuart 456 u. f. Er gibt dem Marschall Villars Vollmacht zum Frieden in Rastadt 507; ist nicht geneigt für den Prätendenten etwas zu thun 508, so wie 549 u. f. und 611 und 641 und 650.

M.

Macartney, General, 22 u. f., 412.
Maffei, Graf, 36 u. f., 144.
Mahon, Port, 104, 171, 293, 340.
Maintenon, Frau von, 188.
Malztaxe 471.
Mar, Graf, 414 u. f., 631.
Marchiennes 377 u. f.
Marie, Witwe des Königs Jacob II. S. 189 u. f.
Marlborough, Herzog von. Ueber Rochester und Harley 2. Seine Stellung im Beginne 1711 S. 20 u. f. Verhalten zu der Königin 23. Er spricht sich zu Gallas und Robethon über seine Stellung aus 25 u. f. Seine Audienz im Interesse seiner Frau 28.

Ueber den früheren Plan gegen Toulon 37 u. f. Seine Meinung, im März 1711, über die Politik der Generalstaaten 44; über die Macht der Jacobiten 46; über die Königin in Betreff des Prätendenten 53 u. f.

Er bemüht sich um die Beibehaltung der Truppen Friedrichs I. 147 u. f.; sieht ungern den Prinzen Eugen nach dem Rheine abziehen 153 u. f. Sein Verhältnis zu dem Feld-Deputirten Goslinga 154 u. f. Er sucht mit Oxford anzuknüpfen 155 u. f.; geht dabei von einer irrigen Basis aus 156. Sein Verhalten am 6. August 1711 S. 158. Unmuthig über die ungünstigen Urtheile darüber, sucht er sich zu rechtfertigen 161. Seine Unterredung darüber mit Goslinga 162 u. f.

Er sendet Betheuerungen an den Prätendenten 187; handelt darin nicht mit Vorwissen der Königin 188; wünscht, Ende 1711, dringend die Ueberkunft des Prinzen Eugen 221; wird belastet durch die Aussage des Armee-Lieferanten Medina 222; tritt im Oberhause für den Antrag Nottingham ein 226; erleidet im Unterhause ein ungünstiges Votum 240. Von der Königin seiner Aemter entlassen, weist er alle Beschuldigungen zurück 240 u. f.; wird von der Mehrheit des Unterhauses eines illegalen Verfahrens schuldig gesprochen 254. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, den Prinzen Eugen und Bothmar 255 u. f.

Er tritt für den Antrag Halifax ein 336. Seine Stellung zu den Höfen von St. Germain und Hannover 409, 496. Er wird von Oxford aus England gedrängt 410; gibt Rathschläge nach Hannover 452; stimmt für die Ueberkunft des Kurprinzen 569; läßt durch Molineux zwei der Briefe der Königin in London veröffentlichen 622 u. f.; will nach England zurückkehren, im Einverständnisse mit Bolingbroke 624; ist nicht ein Mitglied der Regentschaft 637; wird bei der Heimkehr gefeiert 644.

Marlborough, Herzogin von, 21 u. f., 24 u. f.

März-Club 288.

Masham, Frau, 2, 29, 46, 54. — Ihre Unterredungen mit Mesnager 191. Sie drängt ihre Auffassung der Dinge zusammen 193. Sie durchschaut nicht Oxford 195. — 227, 241, 279 u. f. — Ihre weitere Correspondenz mit Mesnager 281 u. f. Vergl. 403 und 408.

Ihr Verhalten zu Oxford und Bolingbroke 387. Sie redet bei der Königin gegen Oxford 551. — 619, 627, 631.

Max Emanuel, Kurfürst von Bayern, 138, 139, 153, 164, 273 u. f., 380 384, 386, 392, 435, 446.

Mecklenburg 428.

Medina 222, 239.

Meinershagen 89.

Meinzies 289, 415.

Meredith, General, 22 u. f.

Mesnager, Bevollmächtigter Ludwigs XIV., verhandelt in London die Bedingungen des Friedens 131 u. f. und 167 u. f. Er erhält von Ludwig XIV. den Auftrag für den Prätendenten thätig zu sein 188. Verhandlung mit Middleton 189. Er geht wieder nach London 190; erlangt Unterredung mit Frau Masham 191 u. f.

Friedensbotschafter in Utrecht 268, 279. Seine Correspondenz mit Lady Masham über die Sache des Prätendenten 281, vergl. 403 und 408 Seine Differenz mit Rechteren 397 u. f.

Digitized by Google

Middleton, Lord, Miniſter in St. Germain, 189 u. f., 278 u. f., 289, 409, 416, 461.
Mohun, Lord, 412.
Moles, Duca di, 166.
Molineux 588, 622.
Monaco 379 u. f., 384.
Monte Leone 436.
Montesquiou, Marſchall, 377.
Montroſe, Herzog von, 637.
Moore, Sir Arthur, 617 u. f.
Mörs 148 u. f.
Munkacs 74 u. f., 83.

N.

Nairne, Staats Secretär des Prätendenten, 413, 460.
Naſſau ſ. Wilhelm Friſo.
Neutralitäts Armee 66, 137, 142.
Newfoundland 440.
Nottingham, Graf, 226 u. f., 238, 333, 336, 341, 346, 426, 472, 532, 540, 556, 596, 609, 611, 637, 661.

O.

Ober-Geldern 330, 436.
Oberhaus des britiſchen Parlamentes 13, 36 u. f., 226 u. f., 230, 238, 241 u. f., 252, 275, 300, 333, 335, 340, 466, 472, 476, 480, 532, 540, 556 u. f., 595, 609, 611, 617, 642, 654.
October-Club 20, 47, 288 u. f., 464.
Oraniſche Erbſchaftsſache 147 u. f.
Orford, Graf, 561, 637.
Orleans, Herzog von, 304.
Orleans, Herzogin von, 303 u. f., 589.
Ormond, Herzog von, 30, 241, 319 u. f. — Sein Verhalten auf den Befehl vom 10. 21. Mai 324 u. f. Er erhält durch St. John das Lob der Königin 334. Die Frage des Verbleibens der nicht-engliſchen Truppen unter ihm 353 und 355 u. f. und 365. Sein Verfahren nach der Trennung jener Truppen von ihm 369 u. f. Er erhält das Lob der Königin 371. — 457, 519, 631.
Orſini, Prinzeſſin, 272, 505.
Orford und Mortimer, Graf, Treaſurer. Siehe zuvor Robert Harley. Er unterläßt jede Geldſendung nach Spanien 111; beurtheilt von Gallas 115 und 116 u. f. Er ſucht Gallas zu täuſchen 126; weicht deſſen Fragen aus 131; trachtet durch Gerüchte die Engländer irre zu führen 132; geht auf Marlboroughs Erbieten der Freundſchaft ſcheinbar ein 156; hält ihn hin 157 und bricht dann ab 162.
Er verneint, daß Spanien und Indien an Philipp V. hingegeben 175; läßt Gallas durch Spione beobachten 176.
Seine Argliſt gegenüber dem Prätendenten 186 und 279. Seine Verſchwiegenheit in dieſer Sache 191 und 195. Er wird durch Torcy für Frank-

reich weiter gedrängt 199. Er betheuert in Hannover die gute Gesinnung der Königin 205. Ueber die Denkschrift Bothmars 228. Er widerstrebt dem Kommen des Prinzen Eugen 235 u. f.; läßt die Königin zwölf neue Pairs ernennen 241; erregt bei der Königin Furcht vor unbekannten Gefahren 257.

Sein Verhalten gegenüber dem Hause Hannover 257 u. f. Seine Instruction für seinen Vetter Thomas Harley nach Hannover 260. Er muß der Strömung im Oberhause gegen die französischen Bedingungen nachgeben 275; wird in der Sache des Prätendenten beurtheilt von Lady Masham 282 u. f. Meinung der Jacobiten über ihn 288 u. f.

Er sucht geheim mit dem Prinzen Eugen anzuknüpfen 300 u. f.; ist, durch den Vermittler Gautier, der eigentliche Vertrauensmann für Versailles 313 u. f. Sein Verhalten nach dem Befehle vom 10./21. Mai an Ormond 334 u. f. Er steht allgemein in dem Rufe den Prätendenten einbringen zu wollen 345 u. f. Er lobt Ormond für die Besetzung von Gent und Brügge 371; sucht den Kaiser Carl VI. andauernd irre zu führen 372.

Die Ernennung St. Johns zum Viscount der Beginn des Bruches zwischen ihnen 386 u. f. Die Frage des Sonderfriedens mit Frankreich 388 u. f. Er drängt Marlborough aus England 410; gewinnt durch die Ernennung Hamiltons zum Botschafter bei den Jacobiten wieder Vertrauen 411 u. f.; verkehrt mit St. Germain nur mündlich durch Boten, mit Hannover schriftlich 417; weiß nichts von einer Anknüpfung Bolingbrokes mit St. Germain 420 und 484; wird in Hannover verschieden beurtheilt 424 u. f. Wachsthum des Mistrauens dort gegen ihn 448 u. f. Sein Verhalten gegenüber dem Gesandten Grote 449 u. f.

Er läßt durch Gautier Vorwürfe gegen den Prätendenten erheben 458 u. f.; sucht die Jacobiten zu vertrösten 464; stellt Bolingbroke bloß 471; wird beurtheilt von Kreyenberg 476; vereitelt den Vorschlag Berwicks 486; läßt ein Werk über das Erbrecht der Krone verfassen 487 u. f.; hält sich für sicher nach allen Seiten 490; ist undurchdringlich 495 und 512 und 519.

Seine Bemühungen um Gunst in Hannover 520 und 531. Er redet beschwichtigend zu den Bank-Directoren 522. Differenz mit Bolingbroke 528. Er ist den Whigs höchst verdächtig 540; schreibt, durch Harley, an die Kurfürstin Sophie 543; wird von Berwick durchschaut 548; hat die Jacobiten in der Umgebung der Königin zu Feinden 551. Eigentlicher Gegensatz zwischen ihm und Bolingbroke 552. Er plaidirt für sich nach Hannover hin auf verschiedenen Wegen 553.

Er durchschaut die Angelegenheit des Writ 563; stellt die Segel nach dem Winde 568. Wachsen der Rivalität zwischen ihm und Bolingbroke 579. Er betheuert abermals seine Ergebenheit nach Hannover 585. Seine Verlegenheit gegenüber der Schisma-Bill 594 und 595 u. f. Er sucht sich bei der Königin zu halten 597; trachtet Bothmar als Gesandten abzuwehren 600; bewirkt eine Proclamation gegen den Prätendenten 606; wagt nicht in Betreff des Handelsvertrages Bolingbroke namentlich anzugreifen 617 u. f.; sucht Marlborough bei dem Kurfürsten anzuklagen 624; beharrt noch in der Meinung sich halten zu können 625; wird entlassen 628 u. f.

Er rühmt sich seiner Geltung bei dem Könige Georg I. 659. Seine Bedeutung für die Successión 660. Er findet bei Georg I. nicht den gehofften Empfang 665.

P.

Packington, Jacobit, 529, 616.
Paget, Lord, 563, 569, 583, 594.
Palffy, Graf Johann, vermittelt den Frieden mit den Aufständischen in Ungarn 68 u. f., 70 u. f., 81 u. f.
Palmes, englischer Gesandter in Wien, 68 u. f., 74, 115.
Parker, Lord, Oberrichter, 453 u. f.
Parlament, britisches, 8, 60, 64, 93, 118, 218, 224, 249, 274 u. f., 339, 347, 466 u. f., 528, 638, 642, 654. S. auch Oberhaus und Unterhaus.
Patterson, Jacobit, 599.
Pelet, General, über 6. August 1711, S. 160.
Pembroke, Graf, 637.
Peter I., Czar von Rußland, 32, 64 u. f., 77 u. f., 84, 133 u. f., 139 u. f., 420, 427, 499.
Peterborough, Graf, 7, 15, 16. Sein Redekampf mit Galway im Oberhause über Toulon und Almanza 36 u. f. Gesandter in Wien 75 und 87 u. f., 93, 107, 144. — 169, 176, 179. Seine Audienz beim Kaiser Carl VI. in Preßburg 374. Ueber Victor Amadeus 393. — 656.
Petkum 103 u. f., 111.
Philipp V., König von Spanien, 104, 110 u. f., 171, 225, 272, 305 u. f., 315 u. f., 339, 429, 430, 433, 445.
Plunket 256.
Polignac, Friedensbotschafter in Utrecht, 268 u. f., 309 u. f.
Poniatowski 140 u. f.
Portmore, Lord, 555.
Post Boy, Zeitung der Minister Oxford und St. John, 7, 182.
Poulett, Graf, 337.
Prätendent 45 u. f. Er empfängt durch Gautier das Erbieten Harleys 48; schreibt an die Königin Anna 49 u. f.; wird getäuscht von Harley 57 u. f. und 186 und 279. Er ist bei der Armee des Villars 187. Medaille auf ihn in Edinburgh 204. Erörterung seiner Sache in der Denkschrift Bothmars 215. Seine Angelegenheit in Utrecht 278 u. f. Sein zweites Schreiben an die Königin 287 u. f. Meinungen über Oxfords Absichten zu seinen Gunsten 346 und 402 u. f.

Seine Erklärungen über die Zumuthungen des Uebertrittes zur Hochkirche 406 und 524 u. f. Bedeutung der französischen Absicht eines Sonderfriedens für seine Sache 406. Die Frage seines künftigen Aufenthaltes 417. Er weist die Jacobiten im Parlamente abermals an Oxford 413; lehnt die Erbietungen Bolingbrokes nicht ab 420.

Frage der völkerrechtlichen Bedeutung seines Protestes gegen den Utrechter Frieden 453 u. f. Er muß sich nach Lothringen begeben 458. Sein Abschiedsschreiben an Ludwig XIV. S. 460. Er hält fest an dem Glauben an Oxford 461. Antrag auf seine Entfernung aus Lothringen 480 u. f.

Er und Berwick sind über Oxford und Bolingbroke mangelhaft unterrichtet 484. Zu Anfang 1714 kein fester Plan in England zu seinen Gunsten 512 u. f. Gerüchte über ihn 519 und 521.

Digitized by Google

Ueberblick der Ausnutzung seiner Sache durch die französische Politik 549. Beschluß einer Proclamation gegen ihn 558. Die Proclamation gegen ihn 605 u. f., so wie 613 u. f. Er wird wegen vermeintlicher französischer Hülfe für ihn in England gefürchtet 611 und 641.

Er wird, nach dem Tode der Königin, auf der Reise durch Frankreich nach Lothringen zurückgewiesen 650; erläßt für sein Recht die Protestation von Plombieres 651.

Primoli, Secretär des Grafen Gallas, 202, 256.
Prior, Matthew, 7, 110, 130 u. f., 230, 402, 420, 441.
Pruth, Feldzug am, 139 u. f.
Pulteney 337.

Q.

Quesnoi, Le, 325 u. f., 328, 335, 355, 395.

R.

Raby, Lord, 7, 31, 69 u. f., 89 u. f., 94 u. f., 101 u. f., 109, 110, 167. Fortan Strafford.

Rakoczy, Franz. Er hofft auf den Czaren Peter 69; tritt mit Palffy zusammen 70. Seine persönliche Stellung zu der Friedenshandlung 71. Er erhält eine Protections-Urkunde von Friedrich I. S. 72; sucht desgleichen Protection bei August II. S. 73; verfaßt ein Schreiben an den Kaiser Joseph I. S. 74. Sein Bericht über seinen Austritt nach Polen 77 u. f. Er hält Berathung in Stry 79. Sein Verhalten kritisirt von Petes 80 u. f. Charakter seines Aufstandes 83. Er schließt sich dem Frieden von Szathmar nicht an 84.

Er gewinnt den Czaren Peter wieder für sich und spinnt mit ihm und August II. weit aussehende Plane 133 u. f. Vereitelung derselben 139 u. f. Seine letzten Versuche 142 u. f. und 428. Er betont in Versailles seine Leistungen 428 u. f.

Rastadt 505 u. f.
Raugräfin zu Pfalz 589.
Rechteren, Graf, 397 u. f., 401.
Regensburg, Reichstag zu, 500.
Regentschaft constituirt 636 u. f., 642, 653, 655 u. f., 657, 661.
Regentschafts-Acte 520, 531, 532, 535, 539, 592, 636.
Reichskreise, die vier oberen, 438.
Ridpath 398.
Rivers, Graf, 3, 10, 14, 175, 203, 206, 209, 241, 257.
Robethon, vortragender Rath in Hannover für die Angelegenheit der englischen Succession, 11 u. f., 26, 53, 61, 90, 97, 148, 417, 424, 428, 448 u. f., 450, 477, 491 u. f., 645, 653.
Robinson, anglicanischer Bischof von Bristol, Friedensbevollmächtigter in Utrecht, 206, 237, 268, 271, 276 u. f., 330 u. f., 349, 362, 396, 444, 447.
Rochester, Graf, 1, 6, 10, 46, 58, 62.
Roxborough, Herzog von, 426, 637.

S.

Sacheverell 46 u. f., 465.
Sardinien 386, 435.
Scarborough, Graf, 21, 360, 426, 637.
Schelde 321 u. f.
Schisma-Bill 596 u. f.
Schönborn, Graf, 88, 546.
Schulenburg, General, 450, 516, 590, 614, 645.
Schütz, Freiherr von, der ältere, Gesandter in London, 188.
Schütz, Freiherr von, der jüngere, Gesandter in London. Seine Instruction 491 u. f. Vorschrift für sein Verhalten auf der Reise und nach der Ankunft in London 495 u. f.

Er berichtet über den Stand der Dinge im Beginne 1714 S. 509 und 519 u. f.; meldet den Plan Nottinghams das Writ für den Kurprinzen zu verlangen 532; dringt abermals auf die Sendung des Kurprinzen 534; über die Gegenstellung von Oxford und Bolingbroke 551 und 555; legt eine Anfrage der Kurfürstin über das Writ als Befehl aus 560; verlangt das Writ 560 u. f.; erhält es und dann das Verbot sich am Hofe zu zeigen 566; reist ab nach Hannover 567; wird desavouirt 573 und 578 und 601.
Seilern, Graf, 88.
Shrewsbury, Herzog von, 1, 10, 27, 92, 168, 205, 227, 422, 442, 606.

Zum Treasurer ernannt 632 leitet er als solcher die Maßregeln für den Tod der Königin 634 u. f. — 657.
Sicilien, von der Königin Anna für Victor Amadeus bestimmt 379 und 382 u. f., 384, 392.
Sinzendorf, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 67, 97 u. f., 119, 121, 161, 220.

Friedensbotschafter in Utrecht 271, 273, 276, 310, 330, 359, 375, 395, 400, 416.
Slingeland 155, 161.
Somers, Lord, 426, 561, 611, 637, 666.
Somerset, Herzog von, 1, 29, 227, 231, 254, 426, 561, 636, 657.
Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg. Sie führt bei der britischen Regierung Beschwerde über eine Medaille in Edinburgh 204 u. f.; hat Correspondenz mit dem Grafen Strafford 206 u. f.; lehnt jede Parteinahme in England ab 209. Merkwürdige Worte über die Parteien in England und das Parlament 233. Sie mißt den Druck der Bothmar'schen Denkschrift den Ministern bei 234; setzt geringes Vertrauen in die Königin 261 und 417; glaubt jedoch eher den Versicherungen Oxfords 417 und 449; bleibend in Correspondenz mit Strafford 418.

Kundgebung der Gesinnung für sie in London 423. Ihre Instruction für Grote in Betreff Oxfords und Bolingbrokes 424, und in Betreff der Parteien 425. Ihre Offenheit den Ministern in Hannover bedenklich 451. Ihre Ernennung für Marlborough 453.

Ihr Verhalten zu der Aussicht auf die englische Krone, zu Anfang 1714, S. 511. Sie lehnt ein von der Königin allein ihr angebotenes Jahrgeld ab 547;

richtet an Schütz eine Anfrage über das Writ für den Kurprinzen 560. Ihr Schreiben darüber an Strafford 578. Das Handschreiben der Königin und dessen Wirkung auf sie 585 u. f. Ihr Tod 588.
Spanheim, Ezechiel von, 6.
Stade 498.
Stadion, Graf, 446.
Stair, Graf, 156, 360, 426, 555.
Stamford, Lord, 426.
Stanhope, General, 2, 15, 31, 426, 481, 496, 620. Er meldet dem Kaiser die Todeskrankheit der Königin 633.
Stanislaus von Polen 65.
Starhemberg, Feldmarschall, 31, 122, 126, 166, 293.
Steele 541.
Steinbock, schwedischer General, 408.
Steingens, pfälzischer Resident in London, 300, 373, 376, 553, 575, 614, 630, 645.
Strafford, Graf, vorher Raby. Er hat den Auftrag, die Republik zum Eingehen auf die französischen Vorschläge zu bewegen 175 und 196. Er redet im Haag drohend 200 u. f.; ist in Privat-Correspondenz mit der Kurfürstin Sophie 206; beschuldigt Bothmar des Zusammengehens mit den Whigs und wird damit von der Kurfürstin zurückgewiesen 233; ist nicht hochfahrend gegenüber dem Prinzen Eugen 234; kann denselben nicht von der Reise nach London abhalten 237.

Als Friedensbotschafter in Utrecht redet er, gemäß seiner Instruction, über Spanien und Westindien der Wahrheit zuwider 268; sucht, im Auftrage St. Johns, in Utrecht die Friedensvermittelung zu erlangen 270; redet beschwichtigend im Haag 274. Sein Verhalten in Utrecht am 4. und 5. März 1712 S. 276 u. f.

Von St. John nach England berufen 317. Seine Thätigkeit für den Feldzug 318 u. f. Im Oberhause für den Frieden 341. Seine Reden im Haag 361 u. f. Sein Bericht über die Vorgänge bei der Trennung der Armeen 369, und nachher 370 u. f. Hochfahrend in Utrecht 396.

Er betheuert der Kurfürstin Sophie die Aufrichtigkeit der Minister 418; antwortet, 8. December, auf die Vorstellung der Generalstaaten vom October 435 u. f.; misbilligt das Verhalten der Franzosen in Utrecht 441. Unterzeichnung des Friedens in seinem Hause 447.

Er erhält von Bolingbroke die Andeutung seines Kampfes gegen Oxford 542; sendet der Königin ein Schreiben der Kurfürstin Sophie an ihn ein 577; tritt im Haag im Sinne der Regentschaft auf 635 und 649.
Stralsund 142.
Straßburg 273, 362, 390, 433, 439.
Stuart, das Haus. Ueberblick über den Niedergang desselben 455 u. f., so wie 489. Ausbeutung desselben durch die französische Politik 549.
Succession des Hauses Hannover in England 6, 9 u. f., 13 u. f., 18, 27, 46 u. f., 188, 193 u. f., 195, 205 u. f., 215, 225, 228, 238 u. f., 258, 260, 282 u. f., 285 u. f., 288, 290, 330 u. f., 346, 359, 417 u. f., 422, 437, 451, 456 u. f., 466, 472, 483, 487 u. f., 493 u. f., 514 u. f., 532, 536, 542, 545, 556, 558, 598, 607, 611, 646 u. f., 660.

Sunderland, Graf, 426, 450, 540, 624, 637, 666.
Swift, Dr. Jonathan, 7, 46, 227, 230, 596, 628 u. f., 631, 656.
Szathmar, Friede von, 68, 81 u. f.

T.

Talbot, Biſchof von Oxford, 667.
Tarouca, Graf, portugieſiſcher Friedensbotſchafter in Utrecht, 272, 276, 363.
Tenniſon, Erzbiſchof von Canterbury, 636, 668.
Torcy, franzöſiſcher Staats-Secretär. Er empfängt durch Gautier die engliſche Friedenswerbung 40 u. f.; empfiehlt Gautier bei Berwick 48; macht, im April 1711, nach London hin Vorſchläge 99; nimmt mit Befriedigung die Spaltung zwiſchen England und der Republik wahr 104; dringt in das britiſche Miniſterium die Zeit zu benutzen 105; urtheilt ungünſtig über Rakoczy 142.

Er drängt das britiſche Miniſterium in die Dienſtbarkeit für Frankreich 198 u. f.; berichtet die verleumderiſchen Gerüchte gegen den Prinzen Eugen, Marlborough und Bothmar 255 u. f.; lobt die britiſchen Miniſter 300. Seine Correſpondenz mit St. John über die Gefahr der Vereinigung der Kronen von Spanien und Frankreich 306 u. f., ſo wie 311 u. f.; dringt, nachdem Philipp V. ſich für Spanien entſchieden, in London auf Waffenſtillſtand 339; antwortet auf die Bedingungen desſelben 351; trachtet England zu einem Sonderfrieden zu bewegen 379 u. f. Seine Correſpondenz darüber mit St. John 381 u. f. Perſönlicher Verkehr mit dieſem als Lord Bolingbroke 390 u. f.

Ueber die Differenz zwiſchen Mesnager und Rechteren 397. Er trachtet abermals nach dem Sonderfrieden 397 u. f. Ueber den künftigen Aufenthalt für den Prätendenten 407 u. f. und 458 u. f. Er ſtellt, im Januar 1713, ein Ultimatum an England 440.

Sein Verhalten gegenüber den Unterhandlungen in Raſtadt 507 u. f. Er nutzt das Haus Stuart für die franzöſiſche Politik aus 549.
Tönningen 498.
Tories 1 u. f., 8 u. f., 13, 17, 19, 26, 114, 132, 178, 188, 238, 290, 333, 426, 464, 472, 476, 492, 528, 533, 565, 594, 614, 621, 661 u. f.
Toulon, das Unternehmen von 1707 gegen, 37 u. f.
Tournay 273, 396, 400, 401, 402, 434 u. f.
Townſhend, Lord, 31, 267, 428, 472, 568, 611, 637, 666.
Trautſon, Fürſt, 88.
Tunſtal 496.
Türkei 32, 64 u. f., 139 u. f.

U.

Ungvar 83.
Union von England und Schottland 13, 471 u. f., 621.
Unterhaus des Parlamentes von Groß-Britannien 13, 18, 35, 61, 64, 227, 230, 239, 249, 251, 252, 262, 266, 275, 294 u. f., 333, 337, 343, 345 u. f., 465 u. f., 470, 531, 536, 565, 594, 597, 616, 618, 642, 652, 654.

Urbich, czariſcher Geſandter in Wien, 79.
Utrecht, Friedenscongreß in, 201, 268, 273, 278, 281, 309, 396, 440 u. f., 447, 454 u. f.
Urelles, Marſchall, Friedensbotſchafter in Utrecht, 268, 310, 439.

V.

Vetes, Agent des Franz Rakoczy, 69 u. f., 80 u. f., 82, 84, 143.
Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, 6, 17, 37 u. f., 43, 113, 127.
Er wird in Frankreich mit ſeinen Anträgen abgewieſen 144. Differenz mit Kaiſer Joſeph I. über ſeine Forderungen 144 u. f. Er erhält Verſprechungen von England 145. Sein Feldzug bedeutungslos 146.
Er geht auf den britiſchen Friedenshandel ein 202. Britiſche Forderungen in Verſailles zu ſeinen Gunſten 379 u. f. und 392. Verhalten von Victor Amadeus zu dem Angebote von Sicilien 392. — 431, 642.
Villars, Marſchall. Er befürwortet nach Verſailles hin einen Sonderfrieden mit Carl III. 105 u. f. Er hat nicht die Erlaubnis zum Schlagen 153 u. f.; erhält ſie bedingt 157. Sein Verhalten am 6. Auguſt 1711 verſchieden beurtheilt 158 u. f. Er zeigt der engliſchen Armee den Prätendenten 187.
Er hat 1712 wieder das Commando 321. Seine Correſpondenz mit Ormond 324 u. f., ſo wie 355 u. f. und 364 u. f. und 366.
Er erlangt, 24. Juli, den Erfolg von Denain 377; tritt mit Erfolg in die Offenſive 394 u. f. — Feldzug von 1713 S. 503 u. f. Er verhandelt mit dem Prinzen Eugen zu Raſtadt 505; räth nach Verſailles hin nachdrücklich zum Frieden 507.
Voiſin, franzöſiſcher Miniſter, 507.
Vrybergen, holländiſcher Geſandter in London, 176.

W.

Walpole, Robert, 24, 227, 249, 252 u. f., 541, 652.
Waſſenaar-Duyvenwoorde 554, 660.
Watkins, Botſchafts-Secretär, 184, 247, 270.
Wharton, Lord, 242, 336, 340, 341, 426, 480, 540, 561, 609, 611, 657.
Whigs 1 u. f., 8 u. f., 13, 18, 26, 60, 114, 118, 132, 178, 188, 217, 224, 226, 238, 242, 251, 258, 290, 333, 341, 346, 411, 425, 441, 450, 465, 467, 476, 480, 482, 490, 492, 502, 508, 510, 519, 522, 533, 536, 538, 557, 563, 565, 575 u. f., 578, 594, 600, 614, 618, 621.
Whitlocke, Jacobit, 481, 598.
Whitworth, Lord, 113, 128.
Wilhelm III. Ueberblick ſeines Verhaltens in der Frage der ſpaniſchen Erbfolge 148 u. f.
Wilhelm Friſo, Prinz von Naſſau, in Betreff der oraniſchen Erbſchaftsſache 148 u. f.
Willoughby, Lord, 476.
Wilkens, ſächſiſcher General, 363.
Wiſhart, Admiral, 519, 522.

Wolgow, czarischer Secretär 135.
Wratislaw, Graf, über den Tod des Kaisers Joseph I. S. 86; bittet Carl III. um die Rückkehr 87; dringt damit nicht durch 106 u. f.; ist in Beziehung mit St. John 113; dringt auf die Rückkehr Carls III. S. 122 und 126. Seine eindringliche Rede bei Carl VI. gegen die Fortführung des Krieges 376.
Writ (Einberufungsschreiben zum Oberhause) 532 u. f., 559 u. f., 561.
Württemberg, Herzog von, dänischer General, 363.
Wyndham, Sir William, 596, 599, 630.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 07485 4335

Digitized by Google